

+cultura Dachverband für die Interessensverbände der Schweizer Kulturinstitutionen

Eidgenössisches Departement des Innern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

**Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024
Vernehmlassung des Vereins CULTURA zum Entwurf vom 29.Mai 2019**

Zürich, 16. September 2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Als Dachverband für die Interessenverbände der Schweizer Kulturinstitutionen, der den Berufstheatern, Orchestern und Konzertveranstaltern, Museen, Fotoinstitutionen, Tanznetzwerken, Bibliotheken, Buchhandlungen, Verlagen, Archiven und Kunsthochschulen spartenübergreifend und auf nationaler Ebene eine gemeinsame Stimme geben will, bedankt sich der Verein CULTURA für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021–2024 Stellung zu nehmen.

In unserem Schreiben beantworten wir im Teil A den Fragenkatalog des EDI zur Vernehmlassungsvorlage. Im anschliessenden Teil B orientieren wir uns am Text, der die Grundlage für das Gespräch einer CULTURA-Delegation vom 13. Juli 2018 mit Frau Direktorin Isabelle Chassot und Herrn Daniel Zimmermann bildete.

Teil A: Fragenkatalog des EDI zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes

Die Kulturbotschaft 2016–2020 wurde aus Sicht von CULTURA konsequent umgesetzt und hat zur weiteren Klärung der Arbeitsteilung zwischen BAK und Pro Helvetia geführt. Die Festlegung von drei zentralen Handlungsachsen ist sinnvoll, um auch den Akteuren im Kulturbereich einen Referenzrahmen zu bieten, an dem sie sich orientieren konnten. Auffällig ist etwa, wie stark die «Kulturelle Teilhabe» in den vergangenen vier Jahren auf allen föderalistischen Ebenen zu einem Leitbegriff für kulturelle Institutionen und Kulturvermittler wurde.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Grundsätzlich unterstützen wir die Beibehaltung der drei Handlungsachsen, denn die gesetzten Ziele lassen sich nicht in wenigen Jahren erreichen. Insofern ist Kontinuität gerechtfertigt. Allerdings bedauert CULTURA, dass diese Handlungsachsen als Kategorien der Kulturpolitik definiert werden, ohne dass wirklich erkennbar wird, wie diese Handlungsachsen in der Lage sind, auf die heutigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren. Auch wird zu wenig bedacht, dass die Handlungsachsen nicht als isoliert stehende Säulen der Kulturpolitik betrachtet werden können, sondern dass sie in Beziehung zueinanderstehen und einander

bedingen. So machen «Kreation und Innovation» nur Sinn, wenn die künstlerischen Werke auch in die Öffentlichkeit gelangen. Umgekehrt ist «Teilhabe» nur möglich, wenn die Bevölkerung über das künstlerische Schaffen informiert wird. Schliesslich bilden «Teilhabe» und «Kreation» Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Verbindung dieser Handlungsachsen geschieht aber keineswegs automatisch, sondern ist sowohl auf Vermittlungsinstanzen wie auch auf Vermittlungsmedien angewiesen.

Bezeichnend für die isolierte Betrachtungsweise im Entwurf ist der Umstand, dass der Begriff «Teilhabe» dort nirgends definiert wird. So können sich alle Rezipienten etwas anderes darunter vorstellen. Auch das vom Nationalen Kulturdialog (Bund, Kantone, Städte, Gemeinden) vor kurzem herausgegebene Handbuch hilft diesbezüglich kaum weiter. Grundsätzlich wird «Teilhabe» als Interaktion zwischen Personen und Institutionen und somit als «Projekt» oder als Aufgabe einer Institution verstanden. Nur halbherzig erwähnt werden hingegen die eigentlich naheliegenden Begriffe «Medien», «kritische Auseinandersetzung» oder «Information». Dass sich der Staat zurückhält, in den Bereich der Medien vorzustossen, ist aus historischer Sicht zwar verständlich, angesichts der veränderten Medienlandschaft aber kaum mehr zu rechtfertigen.

Die Erkenntnis, dass die Kulturpolitik in Zukunft stärker auf die Digitalisierung und den damit verbundenen gesellschaftlichen Wandel reagieren sollte, ist richtig. Da dieses Thema aber sämtliche Bereiche unseres Alltags betrifft, scheint es uns wichtig, bei entsprechenden Projekten und Fördermassnahmen über die Kultur im engeren Sinn hinauszudenken. Die Folgen der Digitalisierung sind so tiefgreifend, dass dieser Tatbestand in Zukunft aus unserer Sicht stärker gewichtet und mit entsprechenden Mitteln (nicht nur aus dem Budget für die Kultur) alimentiert werden sollte.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Generell begrüssen wir die Weiterentwicklung der unter Ziffer 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 aufgeführten Massnahmen. Besonders positiv beurteilen wir die verstärkte Förderung des Kulturaustausches im Inland, und zwar auch innerhalb einer Sprachregion. Dies ist zweifellos ein wichtiger Beitrag zum Thema «Gesellschaftlicher Zusammenhalt». Damit kann auch das Verhältnis zwischen Aufwand und Ressourcen verbessert werden, indem Projekte zum Beispiel nicht nur für eine einmalige lokale Umsetzung konzipiert werden.

Im Kapitel 2.1.3 sieht die Botschaft unter dem Titel «Kunstvermittlung» Massnahmen vor, «um die öffentliche kritische Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen zu fördern». Dieser Vorschlag ist vor dem Hintergrund der sich dramatisch verändernden Medienlandschaft sehr zu begrüssen. Allerdings sollte er sich nicht nur auf das «zeitgenössischen Kunstschaffen» im engeren Sinn beziehen, sondern generell die kritische Auseinandersetzung mit kulturellen Themen umfassen. Der Einbruch der Kulturberichterstattung in klassischer Form betrifft sämtliche Bereiche des kulturellen Lebens. Kultur, verstanden in einem breiten Sinn, braucht zwingend einen medialen Echoraum, in dem eine professionelle und kritische Auseinandersetzung mit den in der Kultur produzierten Inhalten und Formen stattfindet. Dieser Echoraum hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher von den Printmedien und elektronischen Medien hin zu den sozialen Medien verlagert, wo es

jedoch häufig an fachlicher Qualifikation, Kontinuität und Kontextualisierung fehlt. Die Anerkennung der Kulturkritik als eigenständige und unentbehrliche Sparte des Kulturschaffens muss zum Ziel haben, dass sich die interessierte Öffentlichkeit nicht allein mit Verlautbarungen und «Likes» begnügen muss.

Insgesamt fällt auf, dass die Kulturbotschaft im wichtigen Kapitel 1.4.2 keine Reflexion über die Bedeutung der Institutionen für die Produktion und Vermittlung von Kultur enthält. In den letzten Jahren hat sich immer mehr erwiesen, dass die Institutionen ein entscheidendes Bindeglied zwischen individuell Kulturschaffenden und der Bevölkerung darstellen. Ihre Bedeutung in diesem Gefüge ist kaum zu überschätzen. Gerade für Förderungen und Entwicklungen im Bereich der «Kulturellen Teilhabe» wäre es wünschenswert, die Rolle der Kulturinstitutionen speziell zu beleuchten. Dabei geht es nicht nur um gut dotierte, staatlich geförderte Institutionen wie Opernhäuser, grosse Kunstmuseen oder Theater. Auch Vereine, kleinere und mittlere Museen, Ausstellungsorte, Festivals, Tanzorganisationen und Buchhandlungen sowie mit bescheidenen Mitteln arbeitende Produzenten von Veranstaltungen leisten unverzichtbare Arbeit. Kulturpolitik sollte das Zusammengehen von «Kreation» und «Teilhabe», «Produktion» und «Partizipation», stärker gewichten, zumal in vielen Fällen und in zunehmendem Masse diese Institutionen Prozesse und Kooperationen in Bezug auf das materielle wie auch das immaterielle Kulturerbe («lebendige Traditionen») fördern, sowie an Realisationen von Werken beteiligt sind.

Das gilt ebenfalls für die unter Ziffer 2.3.1 formulierte Massnahme, kuratorische Arbeit «als Teil des künstlerischen Prozesses» zu fördern. Kunst- und Kulturschaffende brauchen für die Vermittlung und Umsetzung ihrer Arbeit auch Partner und Produzenten, weshalb wir diese Massnahme positiv beurteilen. Allerdings ist die kuratorische Arbeit nicht isoliert zu betrachten und zu fördern, denn oft ist sie eingebettet in einen institutionellen Kontext. Wir würden es begrüssen, wenn sich diese komplexen Rahmenbedingungen bezüglich Produktion und Vermittlung von Kunstwerken in der Kulturbotschaft deutlicher spiegeln würden.

In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag «Angemessene Honorare für Künstlerinnen und Künstler» (Ziffer 2.3.1) genauer zu betrachten: Wir sind uns durchaus bewusst, dass die Arbeitsbedingungen für Künstlerinnen und Künstler oftmals prekär sind und eine Verbesserung ihrer ökonomischen Situation wünschenswert wäre. Es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern die institutionellen Partner, die zur Realisation und Vermittlung ihrer Werke beitragen, diesbezüglich in die Pflicht genommen werden können. Um diese Aufgabe adäquat wahrnehmen zu können sind die Kulturvermittlungsinstitute auf eine solide Finanzierungsbasis der öffentlichen Hand angewiesen. Das «Arbeitsverhältnis» zwischen Künstlerinnen und Künstler einerseits und Institutionen andererseits ist schwer zu definieren: Erbringen die Kunstschaftenden eine Dienstleistung für die Institution? Erbringen die Institutionen eine Dienstleistung für die Kunstschaftenden? Diese Frage ist nicht pauschal zu beantworten, und es wäre gefährlich, ein solches «Arbeitsverhältnis» einseitig festzuschreiben.

Ferner ist zu berücksichtigen:

- dass die Institutionen in vielen Fällen nicht die Auftraggeber der Kunstschaftenden sind und demnach auch keinen Einfluss auf die Entstehung

eines Werkes nehmen – dies etwa im Gegensatz zu den von den Institutionen bezahlten Arbeiten / Arbeitnehmern einer Produktion

- dass Nonprofit-Organisationen in der Regel keinerlei kommerziellen Gewinn aus der Präsentation eines Werks im Rahmen einer Ausstellung oder einer Veranstaltung erzielen
- dass die Institutionen ihrerseits einen hohen Aufwand leisten, um den Künstlerinnen und Künstlern einen Auftritt zu ermöglichen, häufig verbunden mit gezieltem Fundraising für die Realisierung eines Projekts
- dass die Institutionen auch die Produktion von individuellen Werken häufig (mit-)finanzieren und auf diese Weise Künstlerinnen und Künstler fördern
- dass die so produzierten Werke zum Beispiel häufig nach dem Ende einer Ausstellung ins Eigentum der Kunstschaffenden übergehen, so dass diese eine materielle Kompensation erhalten, die sie bei Bedarf auch auf dem freien Markt veräussern können
- dass die Institutionen zur kulturellen und ideellen Wertsteigerung von Werken beitragen und in diesem Sinn als Partner und nicht als «Profiteure» der Kunstschaffenden zu betrachten sind, und
- dass die durchaus wünschbare Besserstellung von Kunstschaffenden demnach vor allem von jener Seite kommen müsste, die mit ihren Werken einen Gewinn erzielt.

Die Kulturbotschaft nimmt auf diese Problematik Rücksicht, indem sie von der «Angemessenheit» der Entschädigungen für Künstlerinnen und Künstler spricht. Diese Formulierung ist allerdings sehr vage. Für viele Nonprofit-Organisationen müsste sie auch die Möglichkeit zulassen, symbolische Formen der Entschädigung zu finden oder kreative Formen der Zusammenarbeit (ohne Entschädigung) zu entwickeln, die beiden Parteien gleichermassen dienen. Wird die Cash-Honorierung als zwingende Regel den Institutionen aufgebürdet, so kann dies dazu führen, dass gerade die kleineren Institutionen nicht mehr in der Lage sind, ihre Plattformen für die Bekanntmachung und Präsentation von Werken zur Verfügung zu stellen. Das wäre auch für das Kunst- und Kulturschaffen kontraproduktiv.

4. Revision des Filmgesetzes

CULTURA begrüsst die Idee des BAK, einen Online-Zugang für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe zu schaffen. Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für die Konsumenten werden von CULTURA abgelehnt, eine kostenlose Nutzung würde das Werk entwerten.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wir sind mit den vorgeschlagenen Massnahmen einverstanden. Zusätzlich beantragen wir, dass der Bund die Absichten und Massnahmen der Leseförderung auf die Bildförderung, resp. Bildkompetenz ausweitet. Hierfür soll Art. 15 KFG (Lese- und Literaturförderung) mit dem Begriff «**Förderung der Bildkompetenz**» ergänzt werden. Dies hätte eine enorme Signalwirkung auf die Kantone, die in diesem Bereich an erster Stelle in Pflicht stehen.

Analog zur Förderung der Filmkultur, die in Art. 5 lit. a des Filmgesetzes (FiG) verankert ist («Der Bund kann Finanzhilfen und andere Formen der Unterstützung leisten für die Verbreitung der Filmkultur und die Vertiefung des Filmverständnisses»), verdient auch die Berichterstattung und Reflexion über alle

anderen Sparten der Kunst eine gesetzliche Grundlage, welche die subsidiäre Unterstützung von entsprechenden Medien ermöglicht. Wir beantragen demzufolge, Art. 9a KFH (Kulturelle Teilhabe) wie folgt zu erweitern: **Der Bund kann Vorhaben zur Stärkung der Teilhabe der Bevölkerung am kulturellen Leben sowie die Berichterstattung und Reflexion über alle Sparten der Kunst unterstützen.**

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wir begrüssen es, dass zusätzliche Mittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehen sind. Allerdings halten wir das geplante Wachstum von 2,9 % pro Jahr für zu gering, um die in der Botschaft formulierten Ziele zu erreichen – dies umso mehr, als die Aufstockung nur ausgewählte Sektoren betrifft. Gemessen an den programmatischen Erläuterungen der Botschaft, die kulturelles Schaffen zu Recht nicht einfach als «nice to have» betrachtet, sondern als unverzichtbares Element zur Bewältigung wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen erachtet, wäre es wünschenswert, die Mittel zur Förderung der «kulturellen Teilhabe», des «gesellschaftlichen Zusammenhalts» sowie der «Kreation und Innovation» – immer in Kombination mit dem Thema «Digitalisierung» – insgesamt zu erhöhen.

Im Bereich der Netzwerke Dritter z.B. werden neue Aufgaben formuliert, zugleich aber wird eine Plafonierung der vorhandenen Mittel gefordert. Es ist evident, dass es einer Aufstockung der Mittel bedarf, um diese Aufgaben sowie die anstehenden Herausforderungen zur Erhaltung und Vermittlung des audiovisuellen Kulturguts zu bewältigen.

Eine letzte Bemerkung bezieht sich auf das Schweizerische Nationalmuseum. Nachdem die Betriebsmittel für die bauliche Erweiterung infolge haushälterischen Umgangs mit den öffentlichen Mitteln nicht ausgeschöpft wurden, wurde der Betriebskredit in der laufenden Periode 2016–2020 um insgesamt 6,5 Millionen Franken gekürzt. Die Vorlage sieht nun einen teilweisen Ausgleich der erfolgten Anpassungen vor. Wir beantragen, dass die Betriebsmittel nicht nur teilweise, sondern vollumfänglich wieder auf das ungekürzte Niveau angehoben werden.

Teil B: Vernehmlassung zu spezifischen Anregungen der Vereinsmitglieder von CULTURA

1. Memopolitik – Erhaltungspolitik und Erhaltungsstrategien

Vor 11 Jahren (Mai 2008) hat das BAK den Fachbericht «Memopolitik. Eine Politik des Bundes zu den Gedächtnissen der Schweiz» vorgelegt (Bericht Memopolitik). Der Bericht beschreibt unter Einbezug empirischer Grundlagen die aktuelle Situation in der Schweiz und fasst die entstandenen Herausforderungen unter dem Begriff «Memopolitik» zusammen. Obwohl im Bericht erstmals die Grundsätze einer Memopolitik des Bundes festgehalten werden und sich der Bund zur Stärkung der bestehenden Gedächtnisinstitutionen, zur Vielfalt an Gedächtnissen und zur Erhaltung des audiovisuellen Erbes bekennt und auch Massnahmen zur Erschliessung und Bewahrung audiovisueller Dokumente und elektronischer Publikationen vorschlägt, wird in der Kulturbotschaft der Begriff «Memopolitik» nirgends erwähnt. Stattdessen wird an verschiedenen Stellen von Langzeitarchivierung gesprochen und gefordert, dass die Abstimmung mit den

weiteren in diese Thematik involvierten Institutionen sichergestellt werden soll. Dass die «digitale Langzeitarchivierung» in der neuen Kulturbotschaft mehrfach thematisiert wird, ist zu begrüßen, denn sie gehört zu einer der grossen Herausforderungen, bedingt durch die Komplexität der Fragestellung und letztendlich auch der Kosten (2.4.3). Es ist von Koordination die Rede, doch sind die Zuständigkeiten sehr offen. Hier bedarf es klarerer Verantwortlichkeiten, um Ressourcen gezielt einzusetzen. Es darf nicht dazu kommen, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Wir schlagen deshalb vor, den Begriff Memopolitik wieder aufzunehmen und die diversen Massnahmen zur Erschliessung und Bewahrung audiovisueller Dokumente und elektronischer Publikationen darunter zusammenzufassen. Der Begriff unterstreicht die Notwendigkeit, das kulturelle Erbe zu pflegen und zu erhalten. Er prägt sich auch in der Öffentlichkeit ein und erleichtert die politische Argumentation (vgl. Provenienzforschung).

Im Weiteren teilen wir die Ausführungen in der Kulturbotschaft, wonach angesichts der immensen Datenmenge zusammen mit den Akteuren aller föderalistischen Ebenen geklärt werden muss, welche Daten von wem erhalten werden sollen. Gefordert sind hier neben Kantonsbibliotheken und Staatsarchiven auch die Nationalbibliothek und das Schweizerische Bundesarchiv als Gedächtnisinstitutionen des Bundes.

2. Digitalisierung

Die Digitalisierung wird in der Kulturbotschaft als besonders wirkungsmächtig eingestuft. Sie habe sich in den letzten Jahren rasant weiterentwickelt und präge inzwischen alle gesellschaftlichen Bereiche. Die Betonung der Wichtigkeit der Digitalisierung ist verständlich und richtig, doch darf darob das analoge künstlerische Schaffen nicht vernachlässigt werden. So wird in Kapitel 1.4.2, Kulturpolitik des Bundes, der Begriff «Digitalisierung» achtmal verwendet, während der Begriff «analog» nicht vorkommt. Diese Übergewichtung des Digitalen gegenüber dem Analogen scheint uns gerade im Bereich der Kulturpolitik fragwürdig und auch nicht sachgerecht, beruht doch das künstlerische Schaffen, insbesondere im Bereich der Bildenden Kunst und bei Werken mit räumlicher Ausstrahlung, häufig auf Überlegungen und Handlungen, die analogen Mustern folgen.

Das Begriffspaar «analog oder digital» weist demnach nicht auf sich gegenseitig ausschliessende Beziehungen, sondern eher auf ein komplementäres und komplexes Geflecht. Wenn das Digitale nicht ins Analoge übersetzt werden kann, bleibt es bedeutungslos und der Begriff der Digitalisierung verkommt zur Worthülse.

3. Medien- und Bildkompetenz

Im Gespräch vom 13. Juli 2018 mit Frau Direktorin Isabelle Chassot und Herrn Daniel Zimmermann haben wir ausgeführt, dass unser Kulturerbe und die damit verbundenen Partizipationsangebote eine solide Leseförderung voraussetzen. Auch auf der Homepage des BAK steht unter dem Titel «Leseförderung» geschrieben: «Lesen und Schreiben sind grundlegende Fähigkeiten, die Tore zu Wissen und Denken öffnen, den Zugang zu Bildung sowie die berufliche Integration sichern und somit einen Pfeiler für eine aktive kulturelle Teilhabe bilden. Die Bedeutung der Leseförderung für die Entwicklung sozialer und intellektueller Kompetenzen ist

unbestritten». Unter Bezugnahme auf Artikel 15 KFG äussert sich die Kulturbotschaft klar und unmissverständlich zur Leseförderung.

Wir leben heute allerdings in einer Zeit, in der die bislang dominanten Druckmedien durch elektronische Medien ersetzt wurden. Das hat zur Folge, dass die Vermittlung der Wirklichkeit durch Texte immer stärker durch eine Rekonstruktion der Wirklichkeit mittels Bilder ersetzt wird. Erstaunlicherweise werden Bilder und ihre Wirkungsweisen aber bislang nur wenig reflektiert. Zwangsläufig muss deshalb die Medien- und Bildkompetenz (Fotografie, Film, social media) gefördert werden. Eine sachkundige Nutzung der alten wie auch der neuen Medien ist Aufgabe gleichermassen von Bildungs-, wie auch von Kulturinstitutionen. Der Begriff «Bildkompetenz» kommt in der Kulturbotschaft jedoch nicht vor. Wir erwarten demzufolge, dass der Bund die Absichten und Massnahmen der Leseförderung auf die Bildförderung, resp. Bildkompetenz ausweitet und beantragen die Ergänzung von Art. 15 KFG mit dem Begriff «Förderung der Bildkompetenz».

4. Kulturberichterstattung und Kulturdiskurs

Wir freuen uns sehr, dass der durch die Veränderungen der Medienlandschaft bedingte Rückgang der Kulturkritik in den traditionellen (Print-)Medien thematisiert wird, und unterstützen die Aussage, wonach entsprechende Diskussionsräume im digitalen Bereich weiter aufgebaut werden müssen. In diesem Sinn begrüssen wir die in der Kulturbotschaft ausgedrückte Absicht, ab 2021 die bisherige Praxis der Unterstützung von kulturellen Vermittlungsprojekten in Richtung der kritischen Kunst- und Kulturreflexion weiterzuentwickeln. So sollen in Zusammenarbeit mit Partnern wie Kulturinstitutionen und -verbänden, Medien und Universitäten/Hochschulen, welche mediale Vermittlungskompetenzen und entsprechende Angebote aufbauen, Massnahmen entwickelt werden, um die öffentliche kritische Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen zu fördern und unterschiedliche Publikumssegmente (z. B. ein traditionelles, junges oder interkulturelles Publikum) gezielt ansprechen zu können.

Kulturberichterstattung benötigt des Weiteren als Grundlage eine vom Bundesamt für Statistik (Statistik Schweiz) ausgebaute Kulturstatistik.

5. Kompetenzaufbau

Die Vermittlungstätigkeit der Kulturinstitutionen ist nur aufgrund fundierter Forschungsarbeit möglich. Erfreut stellen wir deshalb fest, dass der Begriff «Kompetenz» in der Kulturbotschaft einen wichtigen Stellenwert einnimmt. So wird beispielsweise gesagt, dass Hochschulen und die Industrie zunehmend die Kompetenzen von Kunstschaaffenden suchen, um neue Kurations-, Forschungs- und Produktionsprozesse zu initiieren. Die Forschungsprozesse der künstlerischen und technologischen Innovation sind jedoch zeitaufwändig und komplex. Wissenschaftliche Sparten wie beispielsweise die Provenienzforschung, Restaurierungs- oder Konservierungsforschungen bedürfen mehr als einmalig gewährte Projektbeiträge, um Bestand zu haben. Sie sind auf eine langfristige Förderung angewiesen, die nur sichergestellt werden kann, wenn entsprechende Betriebsbeiträge in Aussicht stehen. Ziel muss ein umfassender Kompetenzaufbau sein.

Wir begrüßen, dass der Bund neben Versicherungsbeiträgen und Projektbeiträgen weiterhin Betriebsbeiträge an Kulturinstitutionen Dritter ausrichtet. Werden die Kriterien der letzten Ausschreibung beibehalten, müsste sichergestellt werden, dass die Betriebsbeiträge nach vier Jahren nicht wieder auslaufen, denn die Nutzniessenden sind auf eine längerfristige Planungssicherheit angewiesen.

Der Verein CULTURA ist im Weiteren der Ansicht, dass die Rolle und die Bedeutung der Kulturinstitutionen gerade in den Bereichen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Immaterielles Kulturerbe» zu wenig Beachtung finden. Die Vielfältigkeit der Kulturinstitutionen in der Schweiz, sowohl was die Themen, die Ausrichtung als auch die Formen betrifft, birgt für die kulturelle Teilhabe wie für den gesellschaftlichen Zusammenhang und die Tradierung lebendiger Traditionen ein enormes Potential.

6. Kulturelle Teilhabe

Siehe hierzu auch unsere Bemerkungen zum Fragenkatalog des EDI.

Der Begriff der «Teilhabe» ist nach wie vor unklar, alle können sich darunter etwas anderes vorstellen. Das muss nicht unbedingt ein Nachteil sein, weil Teilhabe auf diese Weise in keinem Fall einschränkend interpretiert wird. Grundsätzlich wird «Teilhabe» als Interaktion zwischen Personen und Institutionen und somit als «Projekt» oder als Aufgabe einer Institution verstanden. Für die Mitglieder von CULTURA ist Teilhabe jedoch weniger ein «Projekt» als vielmehr eine kontinuierliche Vermittlungsaufgabe und ein gesellschaftlicher Auftrag. Dies geschieht über die Vermittlung von Kulturinstitutionen hinaus auch mittels Medien, kritische Auseinandersetzung und sachliche Information. Es gibt seitens der öffentlichen Verwaltung keinen Grund, in diesem Bereich nicht auch unterstützend tätig zu werden, denn die ursprüngliche Subsidiarität (Medien sollen sich über Abonnemente und Inserate selber finanzieren) ist angesichts der veränderten Verhältnisse in der Medienlandschaft nur noch in Ausnahmefällen und auf Kosten der Vielfalt möglich. Wo es hingegen um kritische Reflexion geht, ist das Engagement der öffentlichen Hand unumgänglich.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die Förderung der Arbeit von Kuratorinnen und Kuratoren, die sich vermittelnd zwischen Kultur-, bzw. Kunstschaaffenden, Kultur-, bzw. Kunstinstitutionen und Publikum bewegen, und massgeblich zur nationalen und internationalen Wahrnehmung und Vernetzung des kulturellen Schaffens beitragen. Ihnen fehlt es jedoch oft an finanziellen Mitteln sowie an der notwendigen Zeit, um sich gründlichen Recherchen, der Suche nach Partizipationsmöglichkeiten und dem Aufbau von inhaltlich sinnvollen Kooperationen zu widmen. Die Kulturbotschaft legt hier das Fundament für eine Veränderung der Verhältnisse.

Weiter sind wir auch hier besorgt über die Umverteilung bei gleichzeitiger Plafonierung der finanziellen Mittel im Bereich der Netzwerke Dritter. Gerade der Verband der Museen der Schweiz (VMS) leistet wichtige Unterstützungsarbeit insbesondere für kleine und mittlere Museen im Bereich der Vermittlung und Teilhabe.

7. Kulturpreise

Wir schliessen uns den Ausführungen im Botschaftsentwurf an. Angesichts der ins Zahllose steigenden Preisverleihungen auf allen föderalistischen Ebenen schlagen wir jedoch vor, dass spätestens für die nächste Kulturbotschaft eine eigentliche Preisvergabepolitik vorgelegt wird, die unter anderem folgende Fragen klärt:

- das Verhältnis Preise und Werkbeiträge
- die Schnittstelle BAK und Pro Helvetia
- einen möglichen Transfer von der Preisvergabe zu Werkbeiträgen.

8. Gastspiele im Ausland und Austausch im Inland

Wir begrüssen den Fokus, den die Kulturbotschaft auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Kunst- und Kulturschaffens setzt. Die Feststellung, dass diese sich «durch die oftmals prekäre Gagensituation im Ausland beziehungsweise die im Vergleich dazu hohen Lebenskosten in der Schweiz für die internationale Verbreitung des Schweizer Musikschaftens nachteilig auswirkt» teilen wir vollumfänglich. Wir halten es daher für zweckmässig, dass Pro Helvetia beabsichtigt, durch geeignete Massnahmen die Promotion im Ausland insbesondere durch die Unterstützung von Tournéen mit Mehrmitteln zu fördern.

Die in der Kulturbotschaft geäusserte Absicht, «die Wahrnehmung der Musikszenen aus anderen Sprachregionen verstärkt fördern zu können und zusätzlich auch den Austausch unter Veranstaltern innerhalb der Schweiz zu unterstützen» trifft ein Kernanliegen.

9. Archive (siehe auch Ziffer 1, Memopolitik)

Die Schweizer Archive helfen mit, das nationale Kulturerbe zu garantieren. Öffentliche und private Archive sind wichtige Partner und Bestandteil der Kulturerhaltung, sie dürfen nicht nur als Teil der Verwaltung wahrgenommen werden. Archive sind kulturerhaltende und -vermittelnde Institutionen und müssen als solche wertgeschätzt werden. Wir unterstützen die Absicht, die Erhaltung, Digitalisierung und Vermittlung des fotografischen Kulturerbes zu fördern, indem die Fotostiftung Schweiz die dringend benötigten zusätzlichen Mittel zur Erfüllung ihres Auftrags erhält. Wir weisen aber darauf hin, dass auch in anderen Bereichen grosser Nachholbedarf besteht, so etwa bei der Erhaltung, Digitalisierung und Vermittlung des immateriellen Kulturerbes der Darstellenden Künste, aber auch bei der Stärkung des Netzwerks Memoriav, das für die Erhaltung und Vermittlung sämtlicher Sparten des audiovisuellen Kulturerbes zuständig ist und in diesem Bereich eine zentrale Rolle übernehmen kann. Deshalb sprechen wir uns dezidiert gegen die geforderte Budgetneutralität bei den «Netzwerken Dritter» aus, um Kürzungen von Beiträgen für Organisationen wie Memoriav oder SAPA zu verhindern. Wir begrüssen sehr, dass sich der Bund – gerade im Bereich der Provenienzforschung – für die Verbesserung der Zugänglichkeit der Archive engagiert (vgl. Ziff. 2.4.2.2).

10. Bibliothekskoordination

Wir werten es auch als positiv, dass der Bund beabsichtigt, die bis anhin geförderten thematischen Netzwerke weiterhin zu unterstützen, und freuen uns, dass neu auch die Unterstützung des Verbandes «Bibliosuisse» ab 2021 geplant ist, da dieser eine wesentliche Rolle beim Setzen von Standards im Bereich des Bibliothekswesens

sowie der Vernetzung spielt. Als neuer nationaler Dachverband wird «Bibliosuisse» übergeordnete Fragen zum Bibliothekswesen fortan thematisieren und diskutieren, weshalb die Kommission der Nationalbibliothek per 2021 aufgehoben werden kann.

Bedauerlich ist jedoch, dass gemäss Botschaftsentwurf die Neuaufnahme von «Bibliosuisse» und der zusätzliche Finanzbedarf der Fotostiftung im Bereich der Räumlichkeiten und der analogen Archivierung im Rahmen des bestehenden Budgetrahmens, also «budgetneutral» erfolgen soll. Dies hätte eine Umverteilung der beschränkten Mittel zur Folge. CULTURA ist der Ansicht, dass die Erweiterung «Netzwerke Dritter» keinesfalls «budgetneutral» erfolgen kann, denn alle im Kapitel genannten Institutionen/Netzwerke werden im Rahmen der allgemeinen Strategie (Digitalisierung, digitale Langzeitarchivierung) neue Aufgaben übernehmen müssen.

11. Art 67a BV (Musikalische Bildung)

Am 23. September 2012 haben Volk und Stände mit grossem Mehr eine neue Verfassungsbestimmung zur Förderung der musikalischen Bildung angenommen. Die Umsetzung des neuen Artikels 67a BV erfolgt allerdings nur langsam und etappenweise. Immerhin sollen gemäss Botschaftsentwurf die im Zeitraum 2016–2020 ergriffenen Massnahmen Programm «Jugend und Musik» in der Periode 2021–2024 verstärkt werden, um die hohe Nachfrage zu decken. Bisher noch nicht umgesetzt wurde der Verfassungsauftrag in Bezug auf die Förderung musikalischer Talente. In Zusammenarbeit mit den Kantonen und Musikorganisationen (insbesondere Musikschulen und -hochschulen) soll ab 2021 eine spezifische musikalische Talentförderung eingeführt werden. Gestützt auf die Vergabe von «Talentkarten» (analog zum Sportbereich) sollen schweizweit rund 1'000 Musiktalente gefördert werden. Wir unterstützen diese geplanten Massnahmen vollumfänglich.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unserer Vernehmlassungsantwort widmen, und hoffen, dass Sie unsere Bemerkungen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten berücksichtigen können.

Mit freundlichen Grüssen



Prof. Dr. Felix Gutzwiller
Präsident Verein CULTURA

Eidg. Departement des Innern
einzureichen unter:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Freiburg, 4. Juli 2019

Vernehmlassungsantwort zur «Kulturbotschaft 2021-2024»

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beehren uns, Ihnen im Folgenden unsere Antworten und Reflexionen zur «Kulturbotschaft» zu übermitteln und hoffen auf eine möglichst vollständige und konstruktive Berücksichtigung der erwähnten Anliegen.

Einleitend möchten wir Sie bitten, unseren Verein künftig in die Liste der Adressaten Ihrer Vernehmlassungsdokumente aufzunehmen. KUND widmet sich seit bald 100 Jahren der Pflege und Begleitung des materiellen und immateriellen Kulturerbes im Kanton Freiburg, dem Schutz von Landschaft und Ortsbildern, der Förderung von Sprache und Kultur sowie der Zweisprachigkeit in unserer Region.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

- a) Hinsichtlich der Umsetzung der letzten Kulturbotschaft möchten wir die gemachten Anstrengungen und die erzielten Fortschritte im Bereich der Förderung des schulischen und bildungsbezogenen Sprachaustausches begrüßen. Die neue schweizerische Austausch-Agentur «movetia» leistet hervorragende Arbeit und verdient die weitergehende Unterstützung durch den Bund. Es darf jedoch nicht sein, dass Austauschprojekte mit dem Ausland (so wünschenswert sie sind) stärker finanziell unterstützt werden als Austauschprojekte innerhalb des Landes – beispielsweise zwischen den verschiedenen Sprachregionen in der Schweiz.
- b) Als weitere kritische Rückmeldung sei in direktem Zusammenhang mit dem schulischen Austausch erwähnt, dass die Förderung innovativer Modelle des Sprachenunterrichts und Sprachenlernens in der Förderperiode 2016-2020 keine Fortschritte gemacht hat. Mit Ausnahme einiger Projekte, die die italienische Sprache betreffen, ist die Förderung des Bundes von zweisprachigen Schulprojekten ungenügend (wir reden wohlgemerkt nur über die Förderung von zweisprachigen Unterrichtsmodellen, die zwei Nationalsprachen beinhalten). Hier liegt unseres Erachtens das grösste Förderpotential um den «gesellschaftlichen Zusammenhalt» innerhalb unseres mehrsprachigen Landes zu stärken (um eine der drei Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes explizit zu erwähnen).

- c) Des Weiteren bereitet uns die erfolgte Reduktion der finanziellen Mittel zur Pflege von geschützten Bauten und Ortsbildern Sorgen. In den Jahren 2016-2020 standen für diesen wichtigen Zweck nur halb so viel Mittel zur Verfügung wie zuvor (ca. 20, anstelle der früheren 40 Millionen). Dies ist v.a. deswegen bedauernswert, weil der Bund selber den Bedarf in diesem Bereich auf gegen 100 Millionen Franken pro Jahr veranschlagt. Siehe dazu weiter unten.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die drei bisherigen Handlungsachsen (Kulturelle Teilhabe, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Kreation und Innovation) scheinen uns nach wie vor aktuell und gut gewählt zu sein. Die neue, zusätzliche Achse «Digitalisierung» wäre in unseren Augen eher als transversale Handlungsachse zu betrachten, die auch die bisherigen Achsen betrifft – teilweise ganz unmittelbar.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

- a) Bei der Prioritätensetzung der geplanten Massnahmen begrüssen wir die hohe Wichtigkeit, die dem Aspekt Denkmalpflege im zweiten Handlungsbereich der Kulturpolitik zugemessen wird. Hier hat der Bund in den vergangenen Jahren seine Verantwortung vernachlässigt. Es ist dringend nötig, dass die geplante interdepartementale Strategie in diesem Bereich rasch und zügig ausgearbeitet, verabschiedet und mit den notwendigen Mitteln ausgestattet und umgesetzt wird. Die Verdichtung des Bauens wird durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Tendenzen, aber auch durch gesetzliche Vorgaben von Bund und Kantonen gefördert und erhöht in starkem Mass den Druck auf bestehende Ortsbilder sowie auf schützenswerte – und teilweise unter Schutz der Eidgenossenschaft stehenden – Baudenkmälern. Die entsprechende Prioritätensetzung scheint uns darum von grosser Wichtigkeit, auch wenn wir in der vorgelegten Kulturbotschaft noch keine Ansätze zu materiellen Fortschritten ausmachen können.
- b) Hinsichtlich des Bereichs Denkmalschutz und -pflege ist es für uns nicht verständlich, dass der Bund die Mittelreduktion der letzten Periode nicht rückgängig macht, sondern beibehält. Die knapp 20 zur Verfügung stehenden Millionen reichen in keiner Weise aus, um die notwendigen Arbeiten zu finanzieren. Die Botschaft spricht unter Punkt 2.5 selber von einem Bedarf von jährlich 100 Millionen. Es ist darum absolut notwendig, dass die vorgesehenen 20 Millionen mindestens wieder auf die früheren 40 Millionen erhöht werden. Alles andere kommt einer Abdankung der Eidgenossenschaft hinsichtlich der Denkmalpflege gleich. Es ist nicht nachvollziehbar und nicht haltbar, dass der Bund Baudenkmäler und Ortsbilder unter Schutz stellt (ISOS), um dann für die notwendigen Arbeiten zum Erhalt nicht genügend Mittel bereitzustellen. Es handelt sich dabei um eine Abwälzung von Kosten auf Kantone, Gemeinden, Pfarreien und weitere öffentliche und private Besitzer, die nicht mit den Erfordernissen einer effektiven und effizienten Denkmalschutzpolitik des Bundes vereinbar ist.

- c) Ebenfalls begrüßen wir die hohe Prioritätensetzung bei der weitergeführten Förderung der sprachlichen Austauschprojekte im Schul- und Bildungswesen auf nationaler und interkantonaler Ebene. Hier ist man auf dem richtigen Weg. Wir sind jedoch der Meinung, dass sich das Engagement des Bundes für den Zusammenhalt und die Verständigung in unserem mehrsprachigen Land auf weitere prioritär zu behandelnde Bereiche ausweiten sollte. Alle beteiligten Akteure haben mittlerweile verstanden, dass der schulische Austausch ein wichtiges Mittel zum Brückenschlag zwischen Sprach- und Kulturgemeinschaften bildet. Es geht in unseren Augen jetzt darum, dass man diese Dynamik nutzt, um die Anstrengungen auf einem bisher vernachlässigten Gebiet zu verstärken: der Förderung zweisprachiger Schulmodelle (Nationalsprachen), des partiellen Immersionsunterrichts und weiterer innovativer Methoden zum Erlernen der Nationalsprachen. Hier geht es nicht darum, dass der Bund anstelle der Kantone Verantwortung im Bildungswesen übernimmt, sondern um die subsidiäre Unterstützung zweisprachiger Unterrichtsmodelle, die zwei Nationalsprachen beinhalten. Hier wäre eine dezidierte Erhöhung der Förderaktivitäten gemäss Sprachengesetz des Bundes jederzeit möglich und würde keine übermässigen Mittel erfordern. Es scheint uns, dass die Zeit für diesen zusätzlichen Schritt zu mehr sprachenpolitischer und sprachlich-schulischer Innovation gekommen ist. Wenn der Bund die Nationalsprachen, die Verständigung zwischen den nationalen Sprachgruppen und die (National-)Sprachkompetenzen nachhaltig stärken will, wird er nicht um eine Förderung solcher Schul- und Bildungsmodelle herumkommen. Hier liegt eine der grössten Lücken in der Kulturpolitik und der vorliegenden Kulturbotschaft.

4. Revision Filmgesetz

Keine Bemerkungen

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Keine Bemerkungen

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

- a) Wie bereits unter Antwort 1.c) sowie 3.a) und 3.b) genügen in unseren Augen die für denkmalschützerische und denkmalpflegerische Zwecke bereitgestellten Mittel nicht im Entferntesten. Diese Einschätzung deckt sich im Übrigen mit der in der Botschaft geäusserten Meinung. Für diesen Bereich sind die in der letzten Periode gemachten Kürzungen unbedingt rückgängig zu machen. Wir würden eine sofortige Erhöhung der Mittel auf 50 Millionen und mittelfristig auf die vom Bund selber bezifferten Summen in höchstem Mass begrüßen.



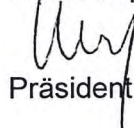
KULTUR NATUR
DEUTSCHFREIBURG

- b) Ebenfalls sind die Mittel in den zwei Bereichen Förderung des schulischen Austauschs und Förderung innovativer Unterrichtsmodelle für das Erlernen der Nationalsprachen zu erhöhen – wie unter Antwort 1.a) und 1.b) sowie 3.c) ausgedrückt. Hier liegt in unseren Augen das grösste brache Potential zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Anstatt bescheiden auf Bewährtes zu setzen, bedarf es hier einer ambitionierteren Strategie, die unseres mehrsprachigen Staates würdig ist.

Mit freundlichen Grüssen,

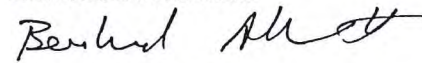
KULTUR NATUR DEUTSCHFREIBURG

Franz-Sepp Stulz



Präsident

Bernhard Altermatt



Vorstandsmitglied

Schweizerischer Tambouren- und Pfeiferverband
Roman Lombriser, Zentralpräsident
Oberbotsbergstrasse 48
9230 Flawil

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Flawil, 26. Juli 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der **Schweizerische Tambouren- und Pfeiferverband STPV** bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. Der STPV vereint über 4'000 Mitglieder und verfolgt folgende Ziele:

- die Pflege, Erhaltung und Förderung des Schweizer Trommel-, Pfeifen- und Claironspiels;
- die Zusammenarbeit der Regional- und Mitgliederverbände sowie der übrigen Mitglieder;
- die Aus- und Weiterbildung von Instruktoren und Juroren;
- die Pflege gesellschaftlicher und kameradschaftlicher Beziehungen;
- die Bildung einer Plattform für artverwandte Musikstile in der Schweiz.

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3 % der Bundesaussgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüßen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an.

Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie des Ineinanderfließens von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Wie der SMR schon in seinem Positionspapier zur neuen Kulturbotschaft vom 30. August 2018 formulierte, erachtet der Musiksektor demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüßen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrucklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung

der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist der [Verein] gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüssen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden. Bei Bedarf ist der Schweizer Musikrat, bei dem praktisch sämtliche nationalen Musikorganisationen und –verbände zusammengefasst sind, gerne bereit, eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU InstA. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein

Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller.

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fliessender werden.

→ Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüßen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Der Schweizer Musikrat bietet hier gerne seine Expertise an.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hocherfreulich. Wir unterstützen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüßen.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit sparten-spezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Der [Verein] bietet sich hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Der Schweizer Musikrat hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüßen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüßen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschafterns Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise.

→ Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Verweis auf die auf Seite 4 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der

Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung der Digitalisierung der Bücher wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

→ Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

→ Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

→ Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» auf den Seiten 2 – 4 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

→ Es bräuchte hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.

Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.

- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz vollumfänglich unterstützen. Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

→ Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

→ Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Dank

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Roman Lombriser
Zentralpräsident



Schweizerischer Tambouren- und Pfeiferverband
Association Suisse des Tambours et Fifes
Associazione Svizzera del Tamburini e Pifferi



schweizerischer ingenieur- und architektenverein
société suisse des ingénieurs et des architectes
società svizzera degli ingegneri e degli architetti
swiss society of engineers and architects

Herr Bundesrat Alain Berset
Vorsteher des Departements des Innern EDI
3003 Bern

Herr Daniel Zimmermann
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Geht per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Claudia Schwalfenberg
Verantwortliche Themenfeld Baukultur
claudia.schwalfenberg@sia.ch
+41 44 283 15 94

Zürich, 29. Juli 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) / Stellungnahme des SIA zum Thema Baukultur

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 Stellung zu nehmen. Der SIA unterstützt das Vorhaben, mit dem vorliegenden Entwurf die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes und den Finanzierungsrahmen für die Förderung der Schweizer Kultur festzulegen.

Die Baukultur ist für das Wohlergehen der Menschen und für die kulturelle Vielfalt in der Schweiz von zentraler Bedeutung. Die von Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, angestossene Erklärung von Davos «Eine hohe Baukultur für Europa» ist ein Meilenstein für die Anerkennung der grossen kulturellen Relevanz von Baukultur. Die Erklärung hat zu Recht erhebliche nationale wie internationale Beachtung gefunden.

Wir äussern uns im Folgenden zum Politikfeld Baukultur, zu dessen Ausgestaltung im Rahmen bisheriger und neuer Massnahmen sowie zu den relevanten Finanzierungsfragen/Bundesbeschlüssen.

Zusammenfassung

Der SIA begrüsst, dass die Kulturbotschaft Kontinuität mit gezielter Weiterentwicklung verbindet. Die beabsichtigte Etablierung eines neuen, ganzheitlichen Verständnisses von Baukultur, das neben dem baukulturellen Erbe auch zeitgenössische Baukultur umfasst, ist hoch erfreulich. Der Bund hat die strategische Bedeutung von Baukultur erkannt. Die Kulturbotschaft 2021-24 vermittelt eine Aufbruchstimmung und zeugt vom Willen, Grenzen zu über-

winden. Es ist zielführend, dass die Kulturbotschaft im Förderbereich Baukultur einen Akzent auf den umfassenden Kompetenzaufbau in baukulturellen Fragen, auf baukulturelle Vermittlung und Plattformen für den baukulturellen Diskurs setzt. Ebenso löblich ist es, dass der Bund unter Federführung des Bundesamts für Kultur eine sektorübergreifende Gesamtstrategie anstrebt. Überdies stärkt die Erklärung von Davos zusammen mit der geplanten Weiterentwicklung im Rahmen des Davosprozesses die Baukultur auch im Inland.

Zu bemängeln ist hingegen, dass das umfassende Verständnis von Baukultur, das der Kulturbotschaft 2021-24 zugrunde liegt, im Entwurf keine konsequente Anwendung findet. Die Kulturbotschaft reduziert Baukultur sowohl im Bereich «Schweizer Preise» als auch bei Pro Helvetia auf Architektur. Ausserdem können die hohen Erwartungen mit den bereitgestellten Finanzmitteln nicht erfüllt werden. Die vom Parlament beauftragte Stärkung der zeitgenössischen Baukultur droht, auf halbem Weg stecken zu bleiben.

Grundzüge der Vorlage und einzelne Förderbereiche der Kulturpolitik

Übersicht / Inhalt der Vorlage

Es richtig und wichtig, dass die Kulturbotschaft 2021-24 Baukultur bereits in der Übersicht nennt, konkret die Absicht des Bundesrats, «durch geeignete Massnahmen im Bereich Baukultur zu einer höheren Qualität der gebauten Umwelt» beizutragen.

1.2.1 Bundesamt für Kultur / Baukultur

Es ist erfreulich, dass «die Bereiche Heimatschutz und Denkmalpflege sowie die zeitgenössische Baukultur unter dem gemeinsamen Titel ‚Baukultur‘ geführt» werden. Dies entspricht einer langjährigen Forderung des SIA und ist eine logische Konsequenz des in der Kulturbotschaft formulierten neuen, ganzheitlichen Verständnisses von Baukultur. Die Ausweitung, die in der Umbenennung zum Ausdruck kommt, muss substantiell untersetzt werden. Zu ergänzen ist deshalb ein erläuternder Zusatz, welche Aktivitäten des Bundesamts jenseits der Koordination der interdepartementalen Strategie für Baukultur unter zeitgenössischer Baukultur zu verstehen sind.

1.2.1 Bundesamt für Kultur / Preise

Schweizer Preise sind in den Sparten Kunst, Design, Bühnenkunst, Literatur, Musik und Buchgestaltung vorgesehen. Schweizer Preise für Baukultur fehlen und sind angesichts der grossen kulturellen Relevanz von Baukultur zu ergänzen.

1.2.1 Bundesamt für Kultur / Museen und Sammlungen

Das Konzept, auf dem die Unterstützung von Museen, Sammlungen und Netzwerken Dritter beruht, wird der Realität vieler Kulturinstitutionen heute nicht gerecht. Es ist deshalb auf eine zeitgemässe Grundlage zu stellen, die es ermöglicht, auch Institutionen wie das Schweizerische Architekturmuseum SAM oder ein Schweizerisches Museum für Ingenieurbaukunst zu fördern.

1.2.2 Pro Helvetia / Jahresbudget

Die Aufzählung von Disziplinen reduziert Baukultur auf Architektur. Das in der Kulturbotschaft formulierte interdisziplinäre Verständnis von Baukultur ist auch bei Pro Helvetia anzuwenden.

1.3 Nationale Zusammenarbeit in der Kulturpolitik

Es ist anzustreben, dass der Bund Baukultur auch jenseits ihrer Vermittlung in das Arbeitsprogramm des Nationalen Kulturdialogs für die nächste Förderperiode einbringt.

1.4.2.2 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» / Kunstvermittlung (Pro Helvetia)

Der SIA begrüsst, dass die kritische Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen verstärkt werden soll. Dabei sind insbesondere auch modellhafte Projekte im Bereich Baukultur vorzusehen, für die der SIA gerne als Partner zur Verfügung steht.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» / Baukultur

Mit der interdepartementalen Strategie zur Baukultur greift der Bund eine langjährige Forderung des SIA und seiner Partner vom Runden Tisch Baukultur Schweiz auf, eine sektorübergreifende Gesamtstrategie zu entwickeln. Die Federführung des Bundesamts für Kultur ist zielführend und fortzuführen. Die vorgesehenen finanziellen Mittel decken sich jedoch nicht mit den Zielsetzungen des Aktionsplans Strategie Baukultur. Die vom Parlament beauftragte Stärkung zeitgenössischer Baukultur droht, auf halbem Weg stecken zu bleiben. Die Strategie ist mit den erforderlichen Mitteln zu untersetzen.

Bei der Strategie Baukultur handelt es sich gemäss Auftrag des Parlaments um eine (Teil-)Strategie «Zeitgenössische Baukultur». Um einem umfassenden Verständnis von Baukultur sowie den gesetzlichen Grundlagen des Natur- und Heimatschutzgesetzes Rechnung zu tragen, ist eine zeitnahe Erarbeitung einer Teilstrategie «Baukulturelles Erbe/Erhalt» von grosser Bedeutung.

1.4.2.3. Entwicklungen «Kreation und Innovation» / Systematische Förderung von Kreation und Innovation (Pro Helvetia)

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist insbesondere die Baukultur zu berücksichtigen, darunter namentlich die Digitale Fabrikation.

1.4.3 Kulturpolitik des Bundes im Ausland

Mit der Erklärung von Davos «Eine hohe Baukultur für Europa» hat die Schweiz eine hoch erfreuliche internationale Führungs- und Pionierrolle eingenommen. Die Erklärung ist ein Meilenstein für die Anerkennung der grossen kulturellen Relevanz von Baukultur. Der SIA begrüsst die geplante Weiterentwicklung im Rahmen des Davosprozesses, die Baukultur auch im Inland stärkt.

2.1 Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Die genannten Kunstformen reduzieren Baukultur auf Architektur. Dies widerspricht dem in der Kulturbotschaft selbst formulierten interdisziplinären Verständnis von Baukultur und ist anzupassen.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland / Chancengleichheit

Die geplanten vertieften statistischen Erhebungen für mehr Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbereich sind sehr erfreulich. Für die Baukultur steht der SIA gerne als Partner zur Verfügung.

2.1.4 Schweizer Preise

Die vorgenommenen Anpassungen bei den Schweizer Preisen sind aus Sicht der Baukultur ungenügend. Der SIA und seine Partner vom Runden Tisch Baukultur Schweiz haben im Manifest zur Baukultur bereits 2011 darauf hingewiesen, dass die Subsumierung von Architektur unter Kunst dem spezifischen Charakter von Baukultur nicht gerecht wird. Spätestens jetzt, wo die Kulturbotschaft selbst ein ganzheitliches Verständnis von Baukultur etablieren möchte, geht Architektur als Unterkategorie der Schweizer Kunstpreise nicht mehr. Vielmehr sind eigenständige Schweizer Baukulturpreise erforderlich.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Die Architekturbiennale von Venedig ist eine wichtige Plattform für den baukulturellen Diskurs. Das Engagement von Pro Helvetia in diesem Bereich wurde bei der letzten Ausgabe durch einen Goldenen Löwen gekrönt.

2.3.1 Visuelle Künste

Auch die Visuellen Künste reduzieren Baukultur auf Architektur. Hier ist ebenfalls eine Korrektur zugunsten eines interdisziplinären Verständnisses von Baukultur erforderlich.

2.4.2.2 Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter

Die 2017 erstmals durchgeführte öffentliche Ausschreibung der Betriebsbeiträge an Museen und Sammlungen Dritter war intransparent und unbefriedigend. Für die nächste Ausschreibung ist mehr Transparenz erforderlich. Ausserdem ist das Konzept, auf dem die Unterstützung von Museen, Sammlungen und Netzwerken Dritter beruht, auf eine zeitgemässe Grundlage zu stellen, die es ermöglicht, auch Institutionen wie das Schweizerische Architekturmuseum S AM oder ein Schweizerisches Museum für Ingenieurbaukunst zu fördern.

2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter / Ziele und Massnahmen

Bei den Netzwerken sind auch Archive für Baukultur zu berücksichtigen.

2.5 Baukultur

Das unter «Baukultur» formulierte neue, ganzheitliche Verständnis ist hoch erfreulich. Die Förderung zeitgenössischer Baukultur ist jedoch nicht mit «der zukünftigen Kulturerbepolitik des Bundes» gleichzusetzen. Die wegweisende Erklärung von Davos muss in der Kulturbotschaft deshalb auch explizit auf die zeitgenössische Baukultur bezogen werden. Ausserdem ist ein ganzheitlicher Landschaftsbegriff im Sinne der Europäischen Landschaftskonvention zu integrieren.

2.5 *Baukultur / Interdepartementale Strategie für Baukultur*

Die interdepartementale Strategie für Baukultur ist eine wertvolle Ergänzung zur und Konkretisierung der Kulturbotschaft. Der Bund greift damit eine langjährige Forderung des SIA und seiner Partner vom Runden Tisch Baukultur Schweiz auf, eine sektorübergreifende Gesamtstrategie zu entwickeln. Die Federführung des Bundesamts für Kultur ist zielführend und fortzuführen. Ebenso zielführend ist es, dass das Bundesamt für Kultur im Rahmen der Strategie einen Akzent auf den umfassenden Kompetenzaufbau in baukulturellen Fragen, auf baukulturelle Vermittlung und Plattformen für den baukulturellen Diskurs setzt. Als wichtige Plattform für den baukulturellen Diskurs hat sich in den letzten Jahren das Schweizerische Architekturmuseum S AM etabliert. Es ist ausdrücklich in die Vorhaben Dritter zu integrieren. Als wichtige Plattformen für baukulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche haben sich in den letzten Jahren Archjeunes und die Konferenz Bildschulen Schweiz etabliert und sind ausdrücklich in die entsprechenden Plattformen zu integrieren. Die vorgesehenen finanziellen Mittel decken sich jedoch nicht mit den Zielsetzungen des Aktionsplans Strategie Baukultur. Die vom Parlament beauftragte Stärkung zeitgenössischer Baukultur droht, auf halbem Weg steckenzubleiben. Die Strategie ist mit den erforderlichen Mitteln zu untersetzen. Bei der Strategie Baukultur handelt es sich gemäss Auftrag des Parlaments um eine (Teil-)Strategie «Zeitgenössische Baukultur». Um einem umfassenden Verständnis von Baukultur sowie den gesetzlichen Grundlagen des Natur- und Heimatschutzgesetzes Rechnung zu tragen, ist eine zeitnahe Erarbeitung einer Teilstrategie «Baukulturelles Erbe/Erhalt» von grosser Bedeutung.

2.5 *Baukultur / Forschung, Wissen, Vermittlung*

Die geplante wissenschaftliche Vertiefung der nötigen Grundlagen sowie die Förderung des Interesses an Kultur und Raumqualität und die Ermöglichung von mehr Teilhabe sind erfreulich. Zu ergänzen sind die Erhaltung, Erschliessung und Vermittlung des planerischen baukulturellen Erbes.

2.5 *Baukultur / ISOS*

Die geplante Verstärkung der Information über die Ziele und den Sinn des ISOS sowie die Förderung entsprechender Teilhabe sind erfreulich.

2.5 *Baukultur / Internationales*

Mit der Erklärung von Davos «Eine hohe Baukultur für Europa» hat die Schweiz eine hoch erfreuliche internationale Führungs- und Pionierrolle eingenommen. Die Erklärung ist ein Meilenstein für die Anerkennung der grossen kulturellen Relevanz von Baukultur. Der SIA begrüsst die geplante Weiterentwicklung im Rahmen des Davosprozesses, die Baukultur auch im Inland stärkt.

2.5 *Baukultur / Ziele und Massnahmen*

Die Entwicklung des Bereichs Heimatschutz und Denkmalpflege zum Bereich Baukultur ist erfreulich. Dies entspricht einer langjährigen Forderung des SIA und ist eine logische Konsequenz des in der Kulturbotschaft formulierten neuen, ganzheitlichen Verständnisses von Baukultur. Die breite Anerkennung zeitgenössischer Baukultur als eigenständiger Wert ist eine unabdingbare Voraussetzung, um die Qualität des gestalteten Lebensraums zu verbessern. Es besteht jedoch eine beachtliche Diskrepanz zwischen den geweckten Erwartungen und den effektiv zur Verfügung gestellten Mitteln.

Die geplanten Fördermassnahmen und die zweite Ministerkonferenz sind ausdrücklich zu begrüssen. Die hohe Symbolkraft, die der Davosprozess entfaltet hat, muss nun im Rahmen der Kulturbotschaft 2021-24 mit den erforderlichen finanziellen Mitteln untersetzt werden.

4.1.5 Rahmenkredit Baukultur

Es besteht eine beachtliche Diskrepanz zwischen den geweckten Erwartungen und den effektiv zur Verfügung gestellten Mitteln. Insbesondere die im Rahmen der Strategie Baukultur eingestellten finanziellen Mittel stehen im Widerspruch zu den formulierten Zielsetzungen. Die vom Parlament beauftragte Stärkung zeitgenössischer Baukultur droht, auf halbem Weg stecken zu bleiben. Weiter sind die Förderbeiträge für die Erhaltung schützenswerter Objekte und Archäologie netto leicht rückläufig. Der Rahmenkredit ist so zu erhöhen, dass die vorgegebenen Zielsetzungen erreicht werden können.

4 Rahmenkredit Baukultur

Finanzhilfen zur Vermittlung von Baukultur müssen auch der zeitgenössischen Baukultur zugute kommen.

5.1.2 Personelle Auswirkungen

Die geplanten zusätzlichen 80 Stellenprozente für Baukultur müssen schwerpunktmässig der zeitgenössischen Baukultur zugute kommen.

H Bundesbeschluss Rahmenkredit Baukultur

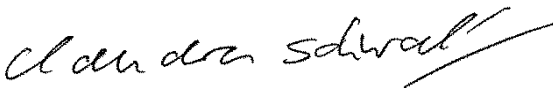
Die vorgesehenen finanziellen Mittel decken sich nicht mit den Zielsetzungen des Aktionsplans Strategie Baukultur und der vom Parlament beauftragten Stärkung zeitgenössischer Baukultur. Ebenso stehen die netto rückläufigen Finanzbeiträge zum Erhalt des baukulturellen und archäologischen Erbes im Widerspruch zum propagierten ganzheitlichen Verständnis von Baukultur. Der Rahmenkredit ist so zu erhöhen, dass die vorgegebenen Zielsetzungen erreicht werden können.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Stefan Cadosch
Geschäftsführer ad interim



Claudia Schwalfenberg
Verantwortliche Themenfeld Baukultur

ARGUMENTARIUM ZUR VERDOPPLUNG DER SUCCÈS CINÉMA-BEITRÄGE FÜR DIE SCHWEIZER KINOS

EIN KURZER RÜCKBLICK

Die Schweizer Kinos haben mit sinkenden Eintrittszahlen zu kämpfen. Über mögliche Gründe wurde viel geschrieben: starke Konkurrenz durch Streaminganbieter (u.a. Netflix), ein Überangebot von konkurrenzierenden Events, klimatische Veränderungen (lange und heisse Sommer), oder auch populäre Sportformate am Fernsehen wie Fussballmeisterschaften wurden als Ursachen genannt. Im letzten Jahr war gesamtschweizerisch ein Rückgang von 12.86% zu verzeichnen; insbesondere ist auch ein Rückgang bei den jüngeren Kinobesuchern festzustellen.

Von der strukturellen Krise sind vor allem die Studiofilmkinos betroffen. Es fehlen diesen die grossen Blockbuster-Titel, um die schwächeren Zahlen über das Jahr hinweg auszugleichen. Hört man sich bei ihnen um, so äussern sich alle höchst besorgt über die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Unternehmungen.

Welches sind die zusätzlichen Gründe neben den oben beschriebenen Umständen, die zu dieser bedrohlichen Situation für die Studiofilmkinos geführt haben? Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist die Digitalisierung der Kinoauswertung von Filmen und die spezifische Verflechtung von Kino und Verleih. Am Stärksten trifft diese Problematik die Studiokinos in den mittelgrossen und grösseren Städten.

Die Digitalisierung der Schweizer Kinobetriebe war Ende 2012 mehrheitlich abgeschlossen. Ab diesem Zeitpunkt konnten fast alle Säle mit DCP beliefert werden. Diese Umstellung führte in den Kinos zu aufwändigen und kostenintensiven technischen Umrüstungen in Bezug auf Projektoren, Lüftung und Leinwänden.

DCPs hingegen können sehr günstig hergestellt werden. Zwischenzeitlich ist die digitale Technologie soweit fortgeschritten, dass ein DCP im Homeoffice vervielfältigt werden kann.

Bezüglich Anzahl der Kopien eines Films gibt es somit kein ökonomisches Regulativ, welches für Verleih und Kino spielt.

DIE SITUATION HEUTE

Dieser Sachverhalt hat für die Kinobetriebe und insbesondere für die Studiokinos schwerwiegende Konsequenzen:

- Es werden von einem Titel (zu) viele Kopien/DCP in mehreren Kinos (auch in denselben Städten oder Regionen) gleichzeitig platziert. Die Anzahl der Kopien wird vom Filmanbieter/Verleih bestimmt und ist von der wirtschaftlichen Logik getrieben. Auch wenn diese Logik sehr kurz greift, wird sie von vielen (nicht allen) Verleihern mehr oder weniger konsequent angewendet.

Generell verschiebt sich der Box-Office-Split zwischen Verleih und Kino von anfänglich 50%:50% in den ersten Wochen schrittweise zugunsten des Kinos auf 30%:70% in der Prolongation. Die Erhöhung der Anzahl Startkopien erlaubt den Verleihern auf Grund der allgemein angewandten Abrechnungsstaffel pro Film insgesamt mehr zu fakturieren. In der ersten Woche eines «Runs» ist der Anteil des Box-Office für den Verleih grösser und ändert sich erst über die Laufzeit und im Verhältnis zum schwindenden Publikumsinteresse umgekehrt proportional zu Gunsten des Kinos.

- Die Praxis der intensivierten Multikopien-Starts – auch bei Filmen mit mittlerem und kleinerem kommerziellem Potenzial – wirkt sich gravierend auf das effektive Boxoffice-Resultat der einzelnen Kinobetriebe aus. Die Eintrittszahlen eines Titels pro Kino können sich im Verhältnis zu früheren Jahren je nach Anzahl der konkurrenzierenden Kopien halbieren oder gar dritteln. Es ist unschwer festzustellen, dass bei vielen Multikopien-Starts lediglich ein – wenn auch nur kurzfristiger – Vorteil für den Verleih im Vordergrund steht. Kurzfristig, weil die gesamte Kinolandschaft darunter leidet und geschwächt wird. Durch die Multikopien-Starts werden die spezifischen Programmprofile der einzelnen Kinos verwischt, das Gesamtangebot wird nivelliert und austauschbar. Die sinkende Auslastung der Kinos wird weiter verstärkt, so dass sich die Filme auch nach einem erfolgreichen Start nicht mehr in den Kinos zu etablieren vermögen. Die verkürzten Laufzeiten ziehen einen beschleunigten Programmwechsel nach sich. Die Kadenz und Menge an Filmstarts nehmen weiter zu.

Multikopien-Starts sind ein wirtschaftlicher Vorteil für den Verleih und gleichzeitig ein Nachteil für den Kinobetrieb.

QUO VADIS ANGEBOTSVIELFALT?

Diese Entwicklung hat problematische Konsequenzen:

Die Multiplizierung der Startkopien («überall und nirgends») und der Filmstarts reduzieren die Kinos zum Durchlauferhitzer der Filmauswertung. Quantität wird zur Gegenspielerin der Qualität. Denn obwohl immer mehr Filme einen Kinostart erhalten, ist es paradoxerweise die Angebotsvielfalt, welche dabei auf der Strecke bleibt.

Was nützt eine Angebotsvielfalt, wenn die Voraussetzungen zur «Pflege» eines Filmes nicht mehr gegeben sind? Wenn dem Publikum keine Zeit zugestanden wird das Angebot wahrzunehmen? Wenn ihm angesichts der Menge an Filmen keine Orientierung geboten wird, hängt es ab und bleibt weg.

Unter dieser Zunahme der Multikopien-Starts leiden alle Kinobetriebe. Am stärksten betroffen sind indes die Studiofilmkinos in den grösseren Städten. Im Unterschied zu den Kinos in mittelgrossen und kleinen Orten, die in der Regel einen Mix aus Mainstream- und Studiofilmen zeigen, konzentrieren sich diese auf Studiofilme. Es sind gerade diese städtischen Studiofilmkinos, welche Schweizer Filme kontinuierlich spielen, pflegen und dem einheimischen Filmschaffen zu einer breiten Wahrnehmung

verhelfen. Dank diesen Kinos hat der Schweizer Film in den letzten Jahren an Präsenz und Zuspruch dazu gewonnen.

Anfänglich war der Einbezug der Kinos in die erfolgsabhängige Filmförderung notwendig, um die Kinobetreiber für den Start von Schweizer Filmen zu motivieren und zu belohnen. Heute trägt die bestehende Förderung zur Existenzsicherung derjenigen Kinobetriebe bei, die kontinuierlich Schweizer Filme spielen.

DIE ZUKUNFT

Wir fordern aufgrund der aus der Digitalisierung entstandenen Benachteiligung eine Verdoppelung der Succès-Beiträge für die Kinobetriebe. Nur so kann die einmalige Schweizer Studiokinolandschaft für das einheimische Filmschaffen erhalten bleiben und weiterhin qualitativ hochstehend arbeiten.

Nur wenn in den städtischen Zentren eine Kinostruktur erhalten werden kann, die in der Lage ist, den Schweizer Film wirkungsvoll an ein Publikum heranzuführen, nur dann macht es Sinn, die Schweizer Filmproduktion in all ihrer Vielfalt zu fördern. Nur unter Einbezug der Kinos können die Subventionen für die Filmproduktion politisch legitimiert werden. Selbstverständlich sollen alle Kinos, die Schweizer Filme spielen, Anrecht auf diese Subventionen haben. Durch die Erhöhung werden die Kinos zusätzlich motiviert sein, dem einheimischen Filmschaffen vermehrt Platz einzuräumen.

KINOFÖRDERUNG IST AUCH FILMFÖRDERUNG UND FILMFÖRDERUNG IST AUCH KINOFÖRDERUNG

Die benötigten Mittel sollen aus der Förderung Filmkultur bestritten werden. Die Succès-Cinéma-Beiträge in den anderen Kategorien sollen nicht reduziert werden. Falls dies nicht ausreichen sollte, muss eine Neubewertung der Subventionen für Filmkultur und Filmförderung vorgenommen werden. Ebenso soll der Etat des bestehenden Förderprogramm Angebotsvielfalt in den Kinos erhöht werden und gegebenenfalls mittels modifizierter Kriterien engagierte und innovative Kinobetriebe substanziell belohnen.

Neugass Kino AG

Thomas Imbach, Verwaltungsratspräsident
Christoph Schaub, ehemaliger Verwaltungsratspräsident.

Juli 2019

Regionalkonferenz Oberland-Ost, Postfach 312, 3800 Interlaken

Eidg. Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

e-mail: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Unsere Referenz	Stefan Schweizer
Direkt	033 822 43 72
E-Mail	stefan.schweizer@oberland-ost.ch
OS-Nr.	451\...\STN_RKOO_Kulturbotschaft_2021-24_20190814.docx

Interlaken, 14. August 2019

**Vernehmlassung über die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024
(Kulturbotschaft)
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Alain Berset,
sehr geehrte Damen und Herren,

Gerne benutzen wir die Gelegenheit, uns im Rahmen der öffentlichen Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 des Bundes zu äussern. Als Bergregion im Kanton Bern erlauben wir uns, unsere Stellungnahme zur Kulturbotschaft auf die wichtigsten den Kanton Bern betreffenden Auswirkungen zu beschränken.

Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Wir begrüssen die Unterstützung des Bundes für die Netzwerke, insbesondere das Alpine Museum der Schweiz sowie SAPA, Schweizer Archiv der Darstellenden Künste (hervorgegangen aus der Fusion des Schweizerischen Tanzarchivs Zürich und Lausanne mit dem Schweizerischen Theaterarchiv Bern).

Die sich seit dem laufenden Jahr im Gang befindliche Neuausrichtung des Alpinen Museums der Schweiz als Netzwerk stützt sich auf entsprechende Zusagen für Bundesbeiträge. Um die mit dem Bund vereinbarte Aufgabe als Netzwerk erfüllen zu können, braucht das Alpine Museum der Schweiz auch künftig mindestens die aktuell gesprochenen Mittel. Die Ankündigung, die beschränkten Mittel für die Unterstützung von Netzwerken Dritter umzuverteilen, darf nicht zu Kürzungen beim Alpinen Museum führen; mittelfristig ist sogar wieder eine Anhebung dieser Mittel auf das frühere Niveau zu prüfen.

Wir beantragen:

Der Bund muss genügend Mittel für das Alpine Museum der Schweiz bereitstellen, damit dessen Auftrag als Netzwerk gesichert werden kann. Die entsprechende Zusage ist in der Botschaft in geeigneter Form zu ergänzen.

Beatenberg
Bönigen
Brienz
Brienztal
Därigen
Grindelwald
Gsteigwil
Gündlischwand
Guttannen
Habbkern
Hasliberg
Hofstetten
Innertkirchen
Interlaken
Iseltwald
Lauterbrunnen
Leissigen
Lütschental
Matten
Meiringen
Niederried
Oberried
Ringgenberg
Saxeten
Schattenhalb
Schwanden
Unterseen
Wilderswil

Bundesbeitrag an die Stadt Bern

Die Stadt Bern ist nicht nur Hauptort des Kantons Bern sondern seit 1848 auch Bundesstadt und somit das Politzentrum der Schweiz mit der nationalen Bundesverwaltung und zahlreichen internationalen diplomatischen Vertretungen. Sowohl Bundesverwaltung wie auch ausländische Vertretungen sind steuerbefreit, was die Stadt Bern gegenüber anderen Städten benachteiligt. Der Bundesbeitrag an die speziellen kulturellen Aufwendungen ist die einzige Abgeltung für die Stellung als Bundesstadt und Standort internationaler Organisationen sowie diplomatischer Vertretungen, die der Stadt Bern zukommt. Aktuell beläuft sich dieser Beitrag auf gut 1 Mio. Franken jährlich. Gemäss Kulturbotschaft will der Bundesrat nun diesen im Vergleich zu anderen Abgeltungen doch eher bescheidenen Kulturbeitrag streichen und gleichzeitig auch Artikel 18 des Kulturförderungsgesetzes löschen, welcher die einzige Grundlage für diese Abgeltung beinhaltet (Bundesbeitrag an die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen). Wir erachten dies als nicht nachvollziehbaren Affront gegenüber der Stadt Bern als Bundesstadt.

Wir beantragen:


Von der Streichung des Artikels 18 KFG ist abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Einschätzung und unserer Anträge.

Freundlich grüssen



Peter Aeschmann, Präsident
Regionalkonferenz Oberland-Ost



Stefan Schweizer, Geschäftsführer
Regionalkonferenz Oberland-Ost

- Kopie an:
- (per E-Mail) - Geschäftsleitung
 - Regionsgemeinden
 - Grossratsmitglieder Region Oberland-Ost
 - Nationalräte Berner Oberland: Adrian Amstutz, Jürg Grossen, Albert Röstli, Erich von Siebenthal
 - Volkswirtschaft Berner Oberland
 - Stadt Bern
 - Hauptstadtregion Schweiz
 - Netzwerk Berner Regionen

Eidgenössisches Departement des Inneren EDI
Herrn Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Aarau, 21. August 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 Vernehmlassung des Verbandes Bibliosuisse zum Entwurf vom 29. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Bibliosuisse, der nationale Verband der Bibliotheken, Informations- und Dokumentationsstellen, bedankt sich für die Gelegenheit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu nehmen. Mit grosser Freude hat der Verband die vorgesehene Neuaufnahme zu den vom Bund geförderten Netzwerken zur Kenntnis genommen. Wir verstehen diese Absicht als Anerkennung unseres Engagements für starke Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Unsere Gesellschaft steht vor grossen Herausforderungen; Bibliotheken spielen dabei mit ihren Werten, ihren Angeboten und ihren Mitarbeitenden eine aktive Rolle. Die geplante Berücksichtigung als thematisches Netzwerk wird es uns ermöglichen, unseren Einsatz für die Verbandsmitglieder durch Lancierung relevanter Themen, der Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs sowie Vernetzungs- und Bildungsangeboten weiter zu optimieren und intensivieren.

In unserer Stellungnahme fokussieren wir uns auf die in der eidgenössischen Kulturbotschaft definierte Netzwerkfunktion.

Die Fusion der beiden Verbände (SAB: Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der allgemein öffentlichen Bibliotheken und BIS: Bibliothek Information Schweiz) zu Beginn des Jahres 2019 erlaubt uns heute, unsere Aufgaben als Interessenvertretung der öffentlichen und akademischen Bibliotheken gesamthaft, mit einer Stimme wahrzunehmen. Die bereits sichtbaren Synergieeffekte werden sich inskünftig noch verstärken. Bibliosuisse wird die daraus hervorgehenden Chancen wahrnehmen, um seine Mitglieder in ihren Professionen bestmöglich zu unterstützen. Ziel des Verbandes ist, für Bibliotheken, Informations- und Dokumentationsstellen Voraussetzungen zu schaffen, die Menschen dazu befähigen, Teil einer demokratischen, digitalisierten, integrativen und nachhaltigen Gesellschaft zu werden.

Die Beibehaltung der drei zentralen Handlungsachsen aus der Kulturbotschaft 2016-2020 «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation» begrüsst Biblosuisse. Die fünf dargestellten Megatrends «Globalisierung», «Digitalisierung», «demographischer Wandel», «Urbanisierung» und «Individualisierung», welche als Faktoren den gesellschaftlichen Veränderungsprozess beeinflussen und Basis der Handlungsachsen sind, nehmen auch in unserer Auseinandersetzung mit bibliothekarischen Aktionsfeldern grossen Raum ein.

Der Verband trägt bereits heute dazu bei, dass die drei Handlungsachsen als Säulen der Kulturpolitik nicht isoliert, sondern zueinander in Beziehung stehend betrachtet werden können. Öffentliche Bibliotheken schaffen bemerkenswerte Leistungen in den Bereichen der kulturellen Partizipation, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und des kreativen Tuns. Exemplarisch aufgeführt seien architektonische Konzepte der Bibliothek als 3. Ort, alle Formen von Leseförderungsprogrammen im Rahmen der Vermittlungsarbeit, das Engagement betreffend Inklusion, die Förderung von Menschen mit Migrationserfahrung oder innovative Maker Space Projekte.

Die Definition von Netzwerken, gemäss der Kulturbotschaft 2021-2024 (Punkt 2.4.2.3) entspricht den Statuten und dem Auftrag unseres Verbandes. Als gesamtschweizerisches Netzwerk erbringt Biblosuisse national und auch international Dienstleistungen, setzt Standards und vertritt die Interessen zu Gunsten von Bibliotheken sowie Informations- und Dokumentationseinrichtungen insbesondere in den Bereichen Erschliessung, Erhaltung oder Vermittlung des kulturellen Erbes.

So unterstützt der Bibliotheksverband mit der Kampagne Biblio2030 die Bibliotheken dabei, ihre Angebote in den Kontext der UNO Agenda 2030 zu stellen und mit deren Zielformulierungen zu verknüpfen. Er stellt seinen Mitgliedern Kommunikationsmaterial, Checklisten sowie Beispiele von Best Practice zur Verfügung. Er stellt den Zugang zu diesen Informationen sicher, vernetzt Bibliothekar/innen untereinander sowie mit anderen nationalen Verbänden und der internationalen Dachorganisation IFLA und fördert die Interaktion der Mitglieder. Biblosuisse ermutigt seine Mitglieder, ein zentrales Gegenwartsthema auf die eigene Agenda zu setzen und sich als Plattform für die lokale Diskussion und Umsetzung zu positionieren. Der Verband vermittelt Biblio2030 als Chance für Bibliotheken, der Öffentlichkeit und den politisch Verantwortlichen zu signalisieren, wie ihre vielfältigen Aktivitäten den lokalen und globalen Herausforderungen der heutigen Welt gerecht werden.

Belege für die Rolle des Verbandes im Hinblick auf durch Normierung vereinheitlichte Orientierungsgrößen, vor allem zur Durchführung von Prozessen, gibt es einige. Die Richtlinien für Gemeindebibliotheken beantworten die grundlegenden Fragen der Bibliotheksführung. Biblosuisse fungiert für diese Publikation als Verlag; Ende 2019 wird eine überarbeitete Ausgabe erscheinen. Der Leitfaden ist seit Jahren der Standard für Gemeindebibliotheken. Gleiches gilt für die Richtlinien für Schulbibliotheken (2014), welche Fachinstanzen, Behörden, Planer, Schulbibliothekarinnen und Schulbibliothekaren, Lehrerinnen und Lehrern als Grundlage und Arbeitsinstrument dienen.

Seit rund 5 Jahren bietet der Bibliotheksverband eine Expertiseleistung zu Gunsten seiner Mitglieder im Bereich der Erschliessung, welche auch international Anerkennung findet. Im Hinblick auf den internationalen Formalkatalogisierungsstandards RDA (Resource, Description and Access) wurde noch zu SAB-Zeiten ein Mandat geschaffen, welches insbesondere die öffentlichen Bibliotheken bei der Implementierung des Regelwerks unterstützt. Seit 2018 hat Biblosuisse einen Sitz in der Fachgruppe Erschliessung des Standardisierungsausschusses der Deutschen Nationalbibliothek inne und kann Erschliessungskonzepte für den deutschsprachigen Raum im Sinne seiner Mitglieder mitgestalten. Biblosuisse ist Mitglied des Weltverbandes IFLA und unterstützt dessen Arbeit durch die Delegation von Vertretungen in deren Gremien sowie neuerdings durch die Förderung des Nachwuchses bei der Teilnahme am World Library and Information Congress (WLIC).

Wesentliche Standards setzt der Bibliotheksverband im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Die Ausbildungsdelegation I+D, ein Zusammenschluss der Trägerorganisationen Biblosuisse und Verein Schweizerischer Archivarinnen und Archivare (VSA), koordiniert die berufliche Grundbildung (Fachfrau/Fachmann Information und Dokumentation) als Organisation der Arbeitswelt gemäss dem Berufsbildungsgesetz. Die Ausbildungsdelegation I+D gibt es seit 1994. Der ehemalige SAB Grundkurs, ein Weiterbildungsangebot für Mitarbeitende in öffentlichen Bibliotheken ohne I+D-Hintergrund mit einem Umfang eines CAS, wird derzeit überarbeitet.

An Fachtagungen sowie einem umfangreichen Weiterbildungsprogramm (ca. 60 Kursangebote pro Jahr) vermittelt Biblosuisse Thesen, Trends und Tipps aus den Bereichen Benutzung/Vermittlung, Informations- und Medienmanagement, Digitalisierung oder Marketing und Kommunikation. Im Rahmen der Förderung von Einzelprojekten beauftragte das Bundesamt für Kultur den Verband im Jahr 2018 mit der Konzeption und Durchführung einer Konferenz Leseförderung. Ziel der Konferenz war die Sichtbarmachung möglichst aller bestehenden Player im Bereich der Leseförderung und die Schaffung eines Dialogs zwischen Anbietern und Kultureinrichtungen. Die Fortführung dieser Konferenz ist aufgrund des grossen Erfolgs vorgesehen. Alle zwei Jahre führt der Verband den Schweizerischen Bibliothekskongress durch. Stetig steigende Teilnehmerzahlen (2018: 600) beweisen, dass diese Veranstaltung sich als nationaler Netzwerkanlass für die Profession etabliert hat.

Die Aufnahme in die Kulturbotschaft 2021-2024 wertet der Verband als Meilenstein in seiner noch jungen Geschichte. Als neuer nationale Dachverband der Bibliotheken der Schweiz wenden wir uns fokussiert der Diskussion von übergeordneten Fragen zum Bibliothekswesen zu.

So hat Biblosuisse für die kommenden vier Jahre strategische Schwerpunkte definiert:

- Überarbeitung Bildungsplan I+D; Entwicklung Basiskurs für Bibliotheksmitarbeitende
- Positionierung Biblosuisse als Ansprechpartner für alle bibliothekarischen Anliegen
- Aktive Auseinandersetzung mit den digitalen Entwicklungen / Digitale Schweiz
- Ausbau der Kampagne Biblio2030
- Revision Urheberrecht

Der Konflikt um die Urheberrechtsabgaben birgt durchaus auch die Chance, die Bibliotheken langfristig stärker zu profilieren. Bibliotheken sichern den freien Zugang zu Informationen, was national und international oberstes Ziel ist. Bibliotheken ermöglichen, den digitalen Gap zu reduzieren, in der Datenflut die Orientierung nicht zu verlieren, und sie unterstützen die formelle und informelle Bildung. Das bedeutet, dass sie nicht nur für Schulen und Universitäten eine unverzichtbare Funktion haben, sondern allen Menschen in jedem Lebensalter die Chance geben, sich Wissen anzueignen.

Zudem sind Bibliotheken heute einer der wenigen Orte im öffentlichen Raum, an dem sich Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung treffen, miteinander ins Gespräch kommen und unterschiedlichen Aktivitäten nachkommen. Bibliotheken werden auch zu „öffentlichen Wohnzimmern“ – dem sogenannten dritten Ort nebst Wohnung und Arbeitsplatz. Bibliotheken sind aber vor allem die Grundlage, damit sich jede und jeder lebenslang weiterbilden kann, was im Zeitalter der Digitalisierung gefordert ist. Dazu tragen die Projekte des Verbandes und der Bibliotheken wesentlich bei.

Abschliessend geben wir nochmals unserer Freude darüber Ausdruck, dass Bibliosuisse das Vertrauen in die Kompetenz zur Koordination des nationalen Bibliothekswesens geschenkt wird. Gleichzeitig möchten wir Ihnen signalisieren, dass wir uns darauf freuen, mit den Verantwortlichen den allfälligen Leistungsauftrag zu besprechen und zu vereinbaren.

Mit freundlichen Grüssen



Hans Ambühl
Präsident



Halo Locher
Geschäftsführer

Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 23. August 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme Cinésuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet und Cinésuisse die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt, wofür wir uns bedanken.

Cinésuisse setzt sich als Dachverband der Schweizerischen Film- und Audiovisionsbranche für Anliegen ein, über die unter den insgesamt 15 (Voll-)Mitgliederverbänden aus allen Bereichen der Branche Einigkeit herrscht. Die vorliegende Stellungnahme fokussiert daher auf gemeinsame Interessen der Branche im Bereich der Filmförderung und im Hinblick auf den Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 insbesondere auf die Ziffern 2.3.6, 3.2 und 4.1.3.

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024

Cinésuisse erachtet den vom BAK erarbeiteten Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 als sehr gute Grundlage. Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass mehrere Forderungen der Schweizer Film- und Audiovisionsbranche (u.a. Investitionspflicht für Online-Anbieterinnen ins Schweizer Filmschaffen) im Entwurf vom BAK bereits enthalten sind.

Cinésuisse vertritt zudem nachfolgend dargelegte Anliegen, die im vorgelegten Entwurf noch nicht enthalten sind. Es versteht sich, dass diese Forderungen und allfällige damit verbundene Massnahmen ausserhalb des im Entwurf enthaltenen Zahlungsrahmens liegen und daher zusätzliche Mittel erforderlich machen.

Für den guten Austausch, insbesondere mit der Direktorin des BAK und der Sektion Film, bedanken wir uns herzlich.

Anliegen der Schweizerischen Film- und Audiovisionsbranche im Besonderen

1. Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

Cinésuisse stellt den Antrag, in der Kulturbotschaft 2021-2024 die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung einzubringen. Ziel ist die Mandatierung einer ausgewählten Arbeitsgruppe die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst.

Das Bedürfnis nach einer Reform und Neuaufstellung der Schweizer Filmförderung wird von allen Akteur_innen und Branchenverbänden des Schweizer Filmschaffens als zentrales und vordringlichstes Anliegen gesehen (vgl. ausführliche Begründung im Anhang 1).

2. Reinvestitionspflicht und Territorialitätsprinzip für Online-Anbieterinnen

Cinésuisse begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Nachdem sich das geplante Gesetz über die elektronischen Medien verzögern wird, muss der Onlinebereich im Filmgesetz geregelt werden, denn das Filmgesetz ist heute nicht mehr allein für die Belange des Kinofilms zuständig, sondern bewegt sich zunehmend in Richtung eines Gesetzes über den Film, unabhängig der Auswertungsform. So muss neben dem traditionellen linearen Fernsehen auch ein Umgang mit Online-Angeboten gefunden werden. Cinésuisse begrüsst daher, dass Online-Anbieterinnen dieselben Pflichten haben sollen wie die Anbieterinnen von linearen Fernsehprogrammen. Sie müssen – neben der Entrichtung von film- und urheberrechtlichen Abgaben – einen Anteil ihres Umsatzes für die Entwicklung und Herstellung von Schweizer Filmen zur Verfügung stellen.

Begrüssenswert wäre sodann, dass auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, die heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe, kompetente Instanz, das BAK, überprüft werden.

Die von den Online-Anbieterinnen entrichteten Urheberrechtsentschädigungen sollen nicht angerechnet werden dürfen: Im Entwurf ist aufgeführt, dass auch die Urheberrechtsentschädigung als Investition in den Schweizer Film gilt (Art. 24c Abs. 2 lit. b FiG). Das ist falsch, eine Urheberrechtsentschädigung ist nicht ausschliesslich für Schweizer Filmproduktionen vorgesehen. Im Gegenteil, der Grossteil, der durch die Verwertungsgesellschaften erfassten Urheberrechtsentschädigungen, fliesst ins Ausland. Die Bestimmung zur Förderung des Schweizer Films aber ist eine ausschliesslich schweizerische Regelung. Diese Bestimmung muss deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Sodann muss das gesamte Onlineangebot erfasst werden inkl. IPTV (Internet Fernsehen). Mit dem Hinweis in Art. 24b FiG, wonach „Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten“, verpflichtet sind, 4% ihrer Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden, muss sichergestellt sein, dass sämtliche Angebote, die weder unter das heutige RTVG fallen noch als Kino gelten, erfasst werden. Das bedeutet, dass auch IPTV hier erfasst werden muss, sofern es nicht unter das RTVG fällt. Wichtig ist, dass es keine vierte Auswertungsmöglichkeit eines Filmes gibt. Es muss die lückenlose Aufteilung der Auswertung garantiert werden auf die drei Bereiche: Kinoauswertung, Fernsehauswertung, Onlineauswertung. In Art. 24d FiG wird zudem aufgeführt, was als Bruttoeinnahmen gilt. Dabei wird folgerichtig aufgeführt, dass auch Werbeeinnahmen darunter fallen. Die Frage ist allerdings, ob mit der Aufzählung der Aufnahmeposten in Art. 24d FiG sämtliche wirtschaftlichen Vorteile aus der Filmauswertung erfasst werden. Es gibt bereits heute Angebote, die für Konsument_innen unentgeltlich sind und zudem wird es Fälle geben, in welchen auch die Berechnung der „aus der Schweiz zufließenden Bruttoeinnahmen“ schwierig vorzunehmen sein wird. Wir beantragen deshalb die Einführung eines weiteren Absatzes in Art. 24d FiG:

Art. 24d Abs. 3 (neu) FiG: Sofern die Errechnung der Bruttoeinnahmen nicht sinnvoll oder möglich ist, orientiert sich die Abgabe an den Kosten für die Bereitstellung des Filmangebots in der Schweiz.

Im weiteren können wir die neu nach Auswertungskanal getrennte Strukturierung des Filmgesetz mittragen, wenn die bisherigen Regeln entsprechend übernommen werden ins neue Kapitel 3a für die Online-Auswertung, was im vorgelegten Entwurf vergessen ging. Insbesondere sind die Regeln zur Angebotsvielfalt und zur Territorialität (u.a. Art. 19 FiG) entsprechend auch im Kapitel 3a aufzunehmen und dahingehend zu präzisieren, dass auch die Online-Einverleiherin (analog der Kinoverleiherin) für das ganze Gebiet der Schweiz sämtliche Digitalrechte (wie z.B. und nicht abschliessend: TVOD, EST, SVOD, ER) exklusiv für alle in der Schweiz zur Online-Verwertung gelangenden Sprachversionen besitzt. Gleichzeitig ist die Gelegenheit zu nutzen, um endlich griffige Sanktionen vorzusehen bei Zuwiderhandlungen sowohl im Kino- als auch im Online-Auswertungsbereich (Ergänzung von Art. 29 FiG).

3. Schweizer Film: Video on Demand (VoD) beim BAK

Cinésuisse begrüsst die Idee des BAK, einen Online-Zugang für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe zu schaffen. Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden.

Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für die Konsument_innen, die mehrfach geäussert wurden, werden von Cinésuisse abgelehnt. Die kostenlose Nutzung entwertet das Werk und fördert eine Tendenz zur Gratisnutzung von Filmen sowie anderen kulturellen Werken im Internet. Wie beim Buch ist gegen eine für die Konsument_innen unentgeltliche Nutzung des Werks an wenigen, dedizierten Orten (wie z.B. in der Cinémathèque) nichts einzuwenden.

Die Erstellung der VoD-Plattform muss kostenneutral erfolgen, d.h. es dürfen keine Mittel aus den Filmförderungskrediten verwendet werden. In diesem Sinne und zugunsten der Konsument_innen wäre eine Zusammenführung von geplanten Plattformen/Editionen (insbesondere BAK, SRG, Migros/Solothurn) nach wie vor wünschenswert. Viel wichtiger als die Plattform wird allerdings die digitale Aufbereitung der Filme sein. Die Schweiz braucht einen Digitalisierungsfonds, der die umfassende Digitalisierung unseres Kulturgutes sicherstellt (darunter auch den Film, aber auch andere Kulturformen, siehe unten unter Ziff. 7, Innovation).

Die komplexen Fragestellungen, die mit einer solchen Streamingplattform einhergehen, erfordern zudem eine Vernetzung nach neuesten technischen Verfahren und frei zugängliche Filmdatenbanken, wie auch koordinierte Forschung zur Erfassung und Sichtbarmachung der Metadaten der Werke. Dies erfordert verstärkte Koordination und den Einsatz von Bundesmitteln zur Digitalisierung des Film-erbes, damit genügend Schweizer Filme für die Plattformen zur Verfügung stehen.

4. Angemessener Anteil von Schweizer Filmen im Angebot

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien fordern wir die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieterinnen. Damit würde Kompatibilität mit der EU im Hinblick auf einen zukünftigen Wiederbeitritt ins MEDIA-Programm erreicht.

Als Ergänzung soll in diesen 30% ein angemessener Anteil an Schweizer Filmen festgeschrieben werden. Art. 24a Abs. 1 FiG ist deshalb um folgenden Satz zu ergänzen: *Dabei ist ein angemessener Anteil für Schweizer Filme vorzusehen.*

5. Flexibilisierung der Formen

Wir fordern, dass die Handlungssache «Kreation und Innovation» auch den Film berücksichtigt und schlagen folgende Ergänzung des Textes vor:

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation» (S. 13)

Zusätzliche 4. Auflistung:

Kreation und Innovation im Bereich Film (BAK): Die Bedeutung audiovisueller Narrative zur Vermittlung von Inhalten hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Von der Erfahrung des Films in der audiovisuellen Erzählweise können andere Kunstdisziplinen profitieren. Andererseits ist durch die Digitalisierung auch beim Film selbst ein erheblicher Wandel im Gang. In der Kreation innovativer Formate und Inhalte liegt die Erneuerungschance des Mediums Film – von Kino bis zu Plattformen und neuen Technologien. Damit kann der Film zukünftig eine breite Bevölkerung erreichen und auch ein jüngeres Publikum ansprechen, was als wichtiges Element kultureller Teilhabe gewertet werden kann. Das BAK ist sich dieser Chance bewusst und fördert die Kreation und Innovation im Bereich Film, insbesondere durch Weiterbildung, Vernetzung mit anderen Kulturdisziplinen und Projektförderung.

6. Verarbeitungsstandort Schweiz (Swissness)

Das Thema „Verarbeitungsstandort Schweiz“ erhielt an der letzten Cinésuisse-Retraite grossen Zuspruch. Als Ziele wurden a) die Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Techniker_innen und technischen Betriebe, b) die Beibehaltung, Förderung und Entwicklung des technischen Know-hows sowie c) die Technologie und Innovationsförderung (vergleichbar mit dem Ausland) genannt.

Das bisherige FISS funktioniert – vorbehältlich der minoritären Koproduktionen – weitgehend gut und ist ein geeignetes Instrument, die Ziele der Standortförderung zu erreichen. Im Sinne der Zielsetzung der Kulturbotschaft, die minoritären Koproduktionen im Rahmen des FISS zu stärken, sind die Bonifizierungsanreize hierfür entsprechend zu erhöhen.

Problematisch sind weiterhin die teilweise unfairen und wettbewerbsverzerrenden direkten und indirekten Infrastrukturbeihilfen und Fördersysteme der anderen Länder (namentlich Frankreich mit rigidem, einseitigem Punktesystem, Deutschland/Bundesländer mit offenen und verdeckten Infrastruktur- und Standorthilfen oder Benelux mit dem Tax Shelter etc.). Dies stellt eine reale und strukturell bedingte Wettbewerbsbenachteiligung der schweizerischen Anbieterinnen dar, welche nicht in den Genuss von solchen Infrastrukturhilfen oder Schutzmechanismen kommen. Es ist deshalb zu überlegen, ob kulturpolitisch relevante oder innovative Technologien durch spezielle Anreizsysteme gefördert werden könnten, von welchen die schweizerische Filmbranche profitieren würde. Frankreich unterstützt z.B. den Kauf von professionellen Filmkameras unter der Bedingung, dass der Geräteverleiher dem französischen Produzenten darauf einen Verleihrabatt gewährt. Ähnliches kann für innovative Technologien im Ton- und Bildbereich geprüft werden.

Letztlich sind für die Erhaltung und Weiterentwicklung des filmtechnischen Know-hows bei der Digitalisierung und Restaurierung des schweizerischen Filmerbes geeignete Massnahmen zur Berücksichtigung der noch bestehenden unabhängigen Anbieterinnen zu ergreifen (Ausbildung, Regeln für Archive zur angemessenen Berücksichtigung von Schweizer Anbietern, öffentliche Kommunikation der Projektvergaben der Archive etc.). Nur so kann einerseits das von der Kulturbotschaft selber deklarierte Ziel – das in der Schweiz vorhandene Restaurationswissen zu nutzen bzw. zu verstärken (Ziffer 2.3.6.3, S. 29) – erfüllt werden und andererseits die Existenz der verbleibenden Infrastrukturen (z.B. des Filmlabors Cinegrell) gesichert bzw. vor einer Schliessung bewahrt werden.

7. Innovation

Ziff. 2.3.6.3 des Entwurfs (Filmerbe der Schweiz) ist um folgenden Passus zu ergänzen:

Dem Bund stellen sich im Bereich des Filmerbes folgende Herausforderungen:

Zusätzliche 4. Auflistung:

In der Schweiz ist kaum mehr filmtechnisches Know-how vorhanden, welches für den Erhalt des Filmkulturerbes unbedingt notwendig ist. Es besteht dringend Bedarf nach einem strukturierten Programm zur Förderung der Ausbildung von filmtechnischen Berufen, die vom Aussterben bedroht sind. In der Schweiz fehlt geeignetes Personal für die Bearbeitung und Restaurierung von analogem Filmmaterial. Die Ausbildung dieses Personals kann die in der Schweiz noch aktive Industrie nicht in Eigenregie leisten, ist daher auf Unterstützung angewiesen und muss gesamtschweizerisch koordiniert und durch geeignete Mittel unterstützt werden. Ohne ein derartiges Programm droht der Schweiz der Verlust dieser wichtigen Kompetenzen. Sie wäre somit künftig auf Dienstleisterinnen und Personal aus dem Ausland angewiesen.

Die an verschiedenen Stellen beschriebenen komplexen Fragestellungen der Digitalisierung erfordern sowohl die Ausbildung als auch die Förderung von Kompetenzen. Deshalb sollen die technischen Fragestellungen praxisnah erforscht und das Prototyping von filmtechnologischen Kompetenzzentren aufgestellt werden. In Bern könnte bereits 2021-2024 ein Prototyp eines solchen Kompetenzzentrums (beispielsweise unter dem Namen „Maison du Futur“) starten. Zur Finanzierung dieses Prototypings sind zusätzliche Mittel dringend notwendig. Frau Ständerätin Savary hat kürzlich in ihrer Motion (19.3649) die Schaffung eines Digitalisierungsfonds beantragt, der durch die Erträge aus den 5G Lizenzen (380 Mio. CHF) finanziert würde. Dieser Digitalisierungsfonds soll für Innovationen zur

Verfügung stehen, das betrifft im Bereich des Films insbesondere auch die Mittel für die Digitalisierung von Filmen, insbesondere von älteren Formaten. Die heute für diesen Bereich zur Verfügung stehenden Mittel sind bei weitem nicht genügend, um notwendigen Veränderungen zu finanzieren.

8. Kino

Die Bedeutung des Kinos als Kulturvermittlerin kommt auch in der neuen Kulturbotschaft zu wenig zum Ausdruck. Kino ist nicht nur ein Ort sozialer Begegnungen, es ist auch der Ort, an dem die kulturelle Teilhabe am Film generell und am Schweizer Filmschaffen im Speziellen stattfindet. Dies trifft auf Kinos jeder Grösse zu. Die Kinos in kleineren Orten leisten dazu einen besonders grossen Effort. Das wird vom Bund zu wenig gewürdigt. Neue Unterstützungsmassnahmen und –formen sind erforderlich.

9. Standortvorteil Mehrsprachigkeit nutzen und ausbauen

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung einerseits eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung von Filmen in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

10. Filmpromotion

In den Kredit «Filmkultur» fällt der Beitrag an die Promotionsagentur «Swiss Films», der vom Bund mit der Promotion des Schweizer Filmschaffens im Ausland beauftragt ist. Zu den Aufgaben von «Swiss Films» gehört neben den Aktivitäten zur Promotion auch die Abwicklung von Vollzugs- und Unterstützungsmassnahmen zur Stärkung der Präsenz des Schweizer Filmschaffens sowie die Erfassung und Auswertung der internationalen Kennzahlen zum Schweizer Film im Bereich Verleih und Vertrieb. Der Beitrag von 2,8 Millionen an «Swiss Films» umfasst entsprechend neben einem Beitrag an den Betrieb auch die Mittel der verschiedenen Unterstützungsmassnahmen, die der Schweizer Filmbranche direkt zukommen. Für die kommende Kulturbotschaftsperiode analysiert «Swiss Films» die Möglichkeit der internationalen Unterstützung der Promotion von neuen Formaten im Bereich Serien und immersive Technologien.

11. Gender

Als weitergehende Gender Massnahme empfehlen wir, für die Entwicklungs- und Herstellungs-Anträge einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern zu installieren, welcher der Einschränkung von Filmschaffenden mit familiärer Verantwortung entgegenwirkt.

Diese Beiträge dürfen nicht zulasten des bestehenden Budgets gehen, sonst wäre die Massnahme für Frauen und Männer mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern im Film kontraproduktiv.

12. Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind sehr wichtige und dringliche Themen, denen sich auch die Filmindustrie stellen will. Angefangen bei den Filmschulen über die Filmproduktion und -auswertung bis hin zur Aufbewahrung des Filmerbes: Die Verantwortung zu Nachhaltigkeit im Filmsektor ist bereichsübergreifend und bedarf dringender Aufklärung, Innovation sowie einer regelmässigen Anpassung an neueste Techniken und Lösungen.

Um die Filmproduktion diesbezüglich so rasch wie möglich zukunftsfähig zu machen und somit so nachhaltig und “grün” zu produzieren wie möglich, ist eine Integration dieses Themas in die jetzige Kulturbotschaft nötig - mit dem Ziel, dass darauf aufbauend in der Filmförderverordnung

Sofortmassnahmen geprüft (z.B. bei der Begutachtung von Gesuchen) und spätestens in der nächsten Kulturbotschaft konkrete Ideen und verbindliche Umsetzungsvorschläge verankert werden.

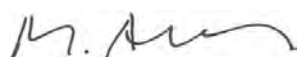
13. Zusammenarbeit mit Europa

Ein möglichst rascher Wiedereintritt in ein künftiges europäisches Film- und Audiovisionsförderprogramm (Creative Europe MEDIA) scheint uns eminent wichtig.

In der Zwischenzeit begrüsst CinéSuisse die in den Punkten 1.4.3.2 und 2.3.6.4 genannte Anpassung und Verstetigung der MEDIA-Ersatzmassnahmen. Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss in vollem Umfang erhalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein und inhaltlich an die Veränderungen des Marktes angepasst werden können.

Im Namen von CinéSuisse danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und Anregungen.

Freundliche Grüsse
CinéSuisse



Matthias Aebischer
Präsident



Salome Horber
Geschäftsführerin

Anhang 1: Ausführungen zu Punkt 1, Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

Anhang 2: Weitere konkrete Änderungsvorschläge im Entwurfstext

Anhang 1: Ausführungen zu Punkt 1, Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

A. Begründung

a. Grundlegende Veränderungen verlangen Anpassungen

In der Geschichte des Films stehen wir an einem Wendepunkt. Die Digitalisierung hat die Bedingungen der Filmherstellung und Filmauswertung in grundlegender Weise verändert. Mit dem Auftreten einer Vielzahl von Online-Anbietern ist eine komplett neue Marktsituation für die Finanzierung und Auswertung von Filmen entstanden. Dies verlangt nach einer Flexibilisierung und Dynamisierung der Filmförderung. Zudem müssen die neuen Online-Anbieter, wie in der Kulturbotschaft vorgesehenen, in die Filmförderung eingebunden werden.

Angesichts der elementaren Veränderung, die die Filmwirtschaft herausfordert, sind die Förder- und Produktions- und Auswertungsstrukturen neu zu überdenken. Dabei muss der Bund Garant für die Zukunft des filmischen Schaffens in der Schweiz und dessen wichtiger kultureller Bedeutung bleiben.

b. Stärke durch gemeinsame Ausrichtung

Genauso wie sich jedes Unternehmen heute strategisch ausrichten muss, um sich international zu behaupten, orientieren sich immer mehr nationale Filmförderungen an Zielen, die sie für die Branche als Ganzes anstreben. Sie sehen ihre Aufgabe in der Förderung der gesamten audiovisuellen Landschaft und gehen damit über die Förderung von Einzelwerken deutlich hinaus. Zwar unterstützt das BAK das Filmschaffen auch auf bestimmte Ziele hin, insbesondere jenes der Vielfalt und Qualität, doch können diese nur auf Einzelwerke appliziert werden. Länder mit strategisch ausgerichteter Filmförderung schaffen weitergehende Förderinstrumente und motivieren die Akteure damit zu konsequentem Handeln.

Zur gemeinsamen Ausrichtung und Zielsetzung gehört auch die SRG SSR als weiterer wichtiger Partner des Schweizer Filmschaffens. Die Wandlung des Film- und Fernsehkonsums verändert die Rolle des Fernsehens grundlegend, weshalb die Zusammenarbeit neu strukturiert werden muss. Der Einbezug der SRG SSR in die Diskussion über eine mögliche Reform der Filmförderung ist somit eine weitere, zentrale Aufgabe. Ebenso die Zusammenführung von Filmgesetz – und RTVG in einem umfassenden Audiovisionsgesetz, welches die Gleichbehandlung aller Medien garantiert.

c. Stärke durch prozesshafte Herangehensweise

Die Anforderungen an die Herstellung von Spiel, Dokumentar- und Animationsfilm haben sich im Zuge der Digitalisierung und der Medialisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens stark verändert und sind markant gewachsen. Hinzu kommen diverse neue Formate. Für die Filmförderung ist dies eine grosse Herausforderung, die eine zeitgemässe, kontinuierliche Kommunikationsstruktur zwischen Filmförderung, Filmherstellung und Filmvertrieb bedingt. Dies von der Stoffentwicklung bis hin zur Auswertung. Auch die Talententwicklung, die Weiterbildung und die Promotion gehören dazu.

Je mehr diese Teilbereiche in der Förderung unabhängig voneinander strukturiert und auf verschiedene unabhängige (zum Teil vom BAK finanzierte) Institutionen verteilt sind, desto weniger kann die Filmförderung den ganzen Prozess der Filmherstellung als Partner begleiten und stärken.

d. Stärke durch partnerschaftliche Aufstellung

Die aktuelle Projektförderung beschränkt sich im Wesentlichen auf die Evaluierung der schriftlichen Anträge. Zwar können die Unterlagen durch ein persönliches Gespräch mit der entsprechenden Kommission ergänzt werden und bei komplexeren Projekten besteht mit dem BAK ein Austausch über die Produktionsveränderungen. Dies reicht aber nicht aus. Angesichts der Vielfalt der audiovisuellen Werke und Auswertungsmöglichkeiten muss die Filmförderung viel weitergehende Kommunikationsformen in Betracht ziehen und entwickeln. Filmförderungen, welche den Filmschaffenden professionelle Begleitung zur Verfügung stellen, pflegen einen kontinuierlichen Austausch, bieten einen vielfältigen Input und unterstützen dadurch die Filmherstellung. Von einer engen Zusammen-

arbeit profitieren beide Seiten. Insbesondere wird der Entscheid zu verfrühten Entscheidungen minimiert und offene Fragen werden bis zur Fertigstellung in konstruktivem Austausch erörtert.

Es lohnt sich, die in Europa angewandten Modelle partnerschaftlicher und dynamischer Filmförderungen genau zu analysieren und daraus Anregungen und Möglichkeiten für die Schweiz abzuleiten.

e. Stärke durch Synergien

Es gibt in der Schweiz eine Vielzahl von öffentlichen Institutionen, die sich für ein vielfältiges Angebot und deren Verbreitung engagieren. Dazu gehören Swiss Films, die Cinémathèque Suisse, MEDIA Desk Suisse, FOCAL und die Schweizer Filmakademie. Die Vielzahl der Institutionen mit jeweils eigenen Zielsetzungen erschweren die Zusammenarbeit. Die einzelnen Institutionen arbeiten zu isoliert, ohne in einen gemeinsamen, koordinierten Prozess einbezogen zu sein. Zwar sind sie mit dem BAK durch einen Leistungsvertrag verbunden, einen frühen Einbezug in den Prozess der Entwicklung und Herstellung von Filmen wird dadurch aber nicht garantiert, da sich der Bund als politische Instanz, nicht in die inhaltlichen Fragen einmischt. Der Einsatz erfolgt aufgrund der Parzellierung oft nacheinander statt gleichzeitig. Dieser Verzettlung der Filmförderung ist durch die Schaffung neuer Strukturen entgegenzuwirken, so dass effiziente Synergien ermöglicht werden.

f. Stärke durch adäquate Rechtsform

Die weitreichenden Veränderungen der Filmwirtschaft veranlasste in den letzten Jahren immer mehr nationale Filmförderungen, ihre Struktur zu überdenken und neu aufzustellen. Nur noch in ganz wenigen Ländern erfolgt die Förderung direkt durch eine Regierungsstelle, neben der Schweiz sind dies Italien, die Türkei und Cypern. In Europa sind inzwischen die meisten nationalen Filmförderungen als öffentlich Einrichtungen organisiert, die administrativ unabhängig aufgestellt sind, aber unter der Kontrolle oder der direkten Aufsicht eines Ministeriums stehen. In einigen Ländern tritt die nationale Fördereinrichtung als öffentliche oder private Stiftung bzw. als Verein auf.

Die oben genannte Förderstruktur verhilft vor allem kleineren Ländern, wie das in Dänemark, Serbien oder Rumänien der Fall war, zu einer dynamischen und flexiblen Filmförderung, was die Anerkennung und Sichtbarkeit der Filme erhöht.

B. Schlussbemerkung

Das Schweizer Filmschaffen wird in der europäischen Filmlandschaft zu wenig wahrgenommen. Der Ausschluss aus dem Media Programm erschwert zudem die internationale Zusammenarbeit und schwächt seine Stellung auf dem globalen Markt. Eine Dynamisierung und Flexibilisierung durch die Schaffung zeitgemässer Förderstrukturen wie sie in vielen europäischen Ländern realisiert wurden, ist deshalb anzustreben.

Der Wandel der gesamten medialen Landschaft und die Wandlung des Medienkonsums verändern die herkömmlichen Herstellungs- und Auswertungsbedingungen für Filme grundlegend. Sie hat neue, teilweise gigantische Marktplayer hervorgebracht, welche eine Neustrukturierung der Filmförderung dringend notwendig macht.

Die Branche ist sich der grossen Herausforderung bewusst. Sie ist bereit, sich dem medialen Umbruch zu stellen. Gemeinsam mit dem BAK möchte sie die Möglichkeiten einer administrativen Auslagerung der Filmförderung oder anderer struktureller Rechtsformen prüfen, um die bestmögliche Filmförderung für die Zukunft zu finden. Dies mit dem Ziel, die den neuen Anforderungen entsprechenden Voraussetzungen und damit den möglichst grossen kreativen Raum für die Herstellung und die Visibilität wertvoller Schweizer Filme zu schaffen.

Anhang 2: Weitere konkrete Änderungsvorschläge im Entwurfstext

Änderungsvorschlag 1:

1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024 (S. 12)

Ergänzung im 4. Textblock:

In Bezug auf die Entwicklungen der Digitalisierung ist in der Förderperiode 2021–2024 primär vorgesehen, dass Pro Helvetia wie bisher in allen Disziplinen die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Förderinstrumente regelmässig überprüft und diese gegebenenfalls anpasst. Beispielhaft für Entwicklungen in den letzten Jahren sind die verschiedenen Online-Promotionsplattformen zu erwähnen, die von der Stiftung eingerichtet worden sind. Ebenso wird das seit 2016 erfolgreich aufgebaute Programm «Kultur & Wirtschaft» mit den beiden Förderschwerpunkten Design und interaktive Medien (Games) in die regulären Förderaktivitäten integriert. Es ist dabei die Absicht des Bundes, die entsprechenden Massnahmen in der nächsten Förderperiode zu intensivieren, um das grosse Potential an jungen Designerinnen und Designern sowie Gameentwicklerinnen und -entwicklern auf dem Weg zu internationaler Anerkennung zu begleiten. Im Weiteren ist unter anderem geplant, dass das BAK die digitale Erfassung der bedeutenden Werke seiner Museen und Sammlungen fortsetzt (vgl. Ziff. 2.4.2.1) und die von ihm geförderten Filme nach der Erstauswertung der Allgemeinheit online zugänglich macht (vgl. Ziff. 2.3.6.2) **und das Filmschaffen für die digitale Auswertung mit Vermittlung von Know-How unterstützt**. Das SNM wird sich verstärkt original digitalem Kulturgut («digitally born») annehmen sowie in den Bereichen Marketing und Kommunikation die digitale Transformation vollziehen (vgl. Ziff. 2.4.1). Die Nationalbibliothek wird den Ausbau ihrer eigenen digitalen Sammlung weiter vorantreiben und ihre Bemühungen für die kooperative Langzeiterhaltung und -verfügbarkeit des schweizerischen digitalen Kulturerbes fortführen (vgl. Ziff. 2.4.3).

Änderungsvorschlag 2:

2.1.2 Künstlerisches Schaffen (S. 15 / 16)

Ergänzung im 4. Textblock:

Innovative Zusammenarbeitsformen: Die Verbindungen zwischen Kunst, Wissenschaft und Technologie sind von wachsender Bedeutung für das Kulturschaffen. Einerseits wecken technologische Entwicklungen etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz oder der Robotik das Interesse von Kunstschaffenden. Andererseits suchen Forschende das Wissen und die Kompetenzen von Kunstschaffenden, um an den genannten Schnittstellen neue Erkenntnis-, Kurations- und Produktionsprozesse zu initiieren. Die Schweiz bietet mit ihren Hochschulen ausgezeichnete Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Erprobung entsprechender Produktions- und Zusammenarbeitsmodelle. Für die Kulturförderung des Bundes (Pro Helvetia) gilt es, die Potentiale zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gezielt zu nutzen. Hierzu wird die Einrichtung von spezifischen Förderinstrumenten angestrebt. Auch sollen gemeinsam mit Partnerinstitutionen aus Kultur, Forschung und Industrie **sowie aus dem Bereich Film** neue Möglichkeiten der Mitwirkung von Nutzerinnen und Nutzern an Kurations- und Entscheidungsprozessen erprobt werden.

Änderungsvorschlag 3:

2.3.6.2 Filmkultur (S. 29)

Ergänzung im 4. Textblock:

Ausgangslage und Herausforderungen

Der Bund fördert im Bereich der Filmkultur erstens Organisationen, die zur Promotion des Schweizer Films an Filmfestivals im In- und Ausland beitragen, sowie zweitens Institutionen, welche die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für das Medium Film zum Ziel haben. Drittens werden Filmpublikationen und die Weiterbildung der Filmschaffenden, **namentlich durch die Stiftung FOCAL**, unterstützt. Der Bereich der Filmkultur umfasst auch die Unterstützung der wichtigsten Schweizer Filmfestivals. Zur Filmkultur gehört ferner die Ausrichtung des Schweizer Filmpreises in

Zusammenarbeit mit der SRG SSR und den Städten Zürich und Genf sowie dem Kanton Genf. Der Bereich Filmkultur wurde für die Periode der Kulturbotschaft 2016–2020 über vierjährige Leistungsvereinbarungen gesteuert. Die Förderung von Einzelprojekten wurde infolge des Stabilisierungsprogramms des Bundes eingestellt.

Änderungsvorschlag 4:

2.3.6.2 Filmkultur (S. 29)

Ergänzung in der letzten Auflistung:

Der Bereich der Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weiterer spezifischen Zielgruppen wird in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Kantonen koordiniert. Bei der Erarbeitung der Förderkriterien werden die neuen digitalen Konsumgewohnheiten berücksichtigt. ***Die Stiftung FOCAL wird sich in ihren Weiterbildungsangeboten auch den Themen „junges Publikum“ und „digitaler Konsum“ widmen.***

Konkretisierung zu Punkt 1 "Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung" der Stellungnahme von Cinésuisse zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024:

Cinésuisse stellt den Antrag, in der Kulturbotschaft 2021-2024 die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung einzubringen. Ziel ist die Mandatierung einer ausgewählten Arbeitsgruppe, die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst.

Das Bedürfnis nach einer Reform und Neuaufstellung der Schweizer Filmförderung wird von allen Akteur_innen und Branchenverbänden des Schweizer Filmschaffens als zentrales und vordringlichstes Anliegen gesehen (vgl. ausführliche Begründung im Anhang 1 der Stellungnahme).

Kernanliegen:

Das Ziel der Arbeitsgruppe ist, die Möglichkeiten und den Umfang für die Schaffung eines „Filmförderfonds“ zu prüfen. Dies auch im Vergleich mit unseren Nachbarländern, die wie zum Beispiel Frankreich (CNC), Deutschland (FFA) oder Österreich (ÖFI) Strukturen geschaffen haben, die einerseits eine engere Zusammenarbeit mit anderen Förderinstitutionen erlauben (wie Fernsehanstalten) und andererseits in der Budgetierung und Vergabe von Mitteln (Darlehen) über einen grösseren Spielraum verfügen.

Ziel ist

- a) eine Bündelung und Koordination der Kräfte der wichtigsten Akteure der verschiedenen Herstellungs- und Auswertungsphasen gemäss gemeinsam zu erarbeitenden Zielsetzungen;
- b) eine Fokussierung und Flexibilisierung des Begutachtungssystems im Sinne einer Projektbegleitung mit offener, unterstützender Kommunikation, etc. (siehe auch Begründung im Anhang 1 der Stellungnahme).

Zusammensetzung Arbeitsgruppe:

Die vom Bund eingesetzte Arbeits- resp. Expertengruppe sollte aus Expertinnen und Experten aus der Sektion Film sowie aus der Filmbranche (Kreation, Herstellung, Auswertung) zusammengesetzt werden. Zudem ist eine Person beizuziehen, welche die verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen kennt (allenfalls jemanden vom BA für Justiz) und so die rechtlichen Möglichkeiten bestens ausloten kann. Zudem ist es sinnvoll, auch eine Person der SRG SSR beizuziehen, da in der neuen Struktur auch eine intensive Zusammenarbeit mit der SRG gesucht werden muss.

Bern, 20. September 2019



Bern, 29. Mai 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft); Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Mit dem 2016 neu eingeführten Instrument der Filmstandortförderung soll vor allem erreicht werden, dass Dreharbeiten aber auch die filmtechnische Verarbeitung von Schweizer Filmen und internationalen Koproduktionen auch tatsächlich in der Schweiz durchgeführt werden. Das neue Instrument ist sehr erfolgreich und bewährt sich gut. Es zeigt sich allerdings, dass bisher alleine dank diesem Instrument nicht mehr internationale Koproduktionen entstanden sind, dafür braucht es zusätzlich einen Support durch die selektive Förderung. Hier hat das Bundesamt für Kultur aber reagiert und will nun verstärkt sicherstellen, dass internationale Koproduktionen auch in der selektiven Förderung gestärkt werden. Das neue Instrument hat aber relativ hohe Schwellenwerte, die dazu führen, dass Filme aus dem Tessin und der Romandie oft nicht berücksichtigt werden können, weil sie zu klein sind. Hier müssen Anpassungen geprüft werden. Die aktuell für dieses Instrument zur Verfügung stehenden Mittel von jährlich CHF 6 Millionen sind aber zu bescheiden, hier muss in den nächsten Jahren eine finanzielle Erhöhung notwendig sein, was zusätzliche Mittel erfordert (vgl. hierzu Stellungnahme CinéSuisse, Allg. Bemerkungen).

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Die Kontinuität dieser drei übergreifenden Handlungssachsen wird als sinnvoll erachtet. Insbesondere im Bereich «Kreation und Innovation» soll indes auch der Film explizit berücksichtigt werden. Entsprechend schlägt CinéSuisse eine Ergänzung des erläuternden Berichts in Ziff. 1.4.2.3 vor (vgl. hierzu Stellungnahme CinéSuisse, Ziff. 5).

Was den Bereich «Kulturelle Teilhabe» anbelangt, so sind wir erfreut, dass das BAK die Chancengleichheit für Frauen und Männer im Kulturbereich als wichtiges Ziel erachtet und begrüßen es, dass hier weitere Massnahmen (insbesondere statistische Erhebungen) getroffen werden sollen. Den Bereich Film erachten wir diesbezüglich in einer Vorreiterrolle, da neben der Erhebung von Daten im Bereich der Filmförderung schon etliche weitere Massnahmen vom BAK getroffen wurden. Als weitergehende Gender Massnahme empfiehlt CinéSuisse, für die Entwicklungs- und Herstellungs-Anträge einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern zu installieren, welcher der Einschränkung von

Filmschaffenden mit familiärer Verantwortung entgegenwirkt. Diese Beiträge dürfen nicht zulasten des bestehenden Budgets gehen, ansonsten wäre die Massnahme für Frauen und Männer mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern im Film kontraproduktiv (vgl. hierzu Stellungnahme CinéSuisse, Ziff. 11).

Ebenso begrüsst CinéSuisse es, dass ein Fokus auf der «Digitalisierung» liegen soll. Aus unserer Stellungnahme ist ersichtlich, dass diese Entwicklung die Schweizerische Film- und Audiovisionsbranche stark herausfordert, aber natürlich auch zahlreiche neue Möglichkeiten bietet (vgl. hierzu Stellungnahme CinéSuisse, insbesondere Ziff. 1 und Anhang 1). Insbesondere die Digitalisierung des Schweizerischen Filmerbes bedarf einer verstärkten Koordination und dem Einsatz von Bundesmitteln (vgl. hierzu Stellungnahme CinéSuisse, insbesondere Ziff. 3, 6 und 7).

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Vorbehältlich des zur Frage 2 Gesagten, erachtet CinéSuisse die grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung als zentrales und vordringlichstes Anliegen. Ziel ist die Mandatierung einer ausgewählten Arbeitsgruppe die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst. Das Bedürfnis nach einer Reform und Neuaufstellung der Schweizer Filmförderung wird von allen Akteur_innen und Branchenverbänden des Schweizer Filmschaffens getragen (vgl. hierzu Stellungnahme CinéSuisse, Ziff. 1 sowie Anhang 1).

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Zugang zum Filmerbe (Art. 19a FiG):

CinéSuisse begrüsst die Idee des BAK, einen Online-Zugang für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe zu schaffen. Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für die Konsument_innen, die mehrfach geäussert wurden, werden von CinéSuisse abgelehnt. Die Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet das Werk und fördert eine Haltung, die eine Gratisnutzung von Filmen im Internet reklamiert. Bei neuen Filmen ist der Online-Zugang in der Regel unproblematisch, schwierig ist es bei älteren Filmen, die nicht über die notwendigen Formate verfügen. Hier sind durch den Bund zusätzliche Mittel bereit zu stellen um die Digitalisierung dieser Filme zu ermöglichen (für weiterführende Details vgl. Stellungnahme CinéSuisse, Ziff. 3).

Investitionspflicht für Online-Anbieterinnen (Art. 24b ff. FiG):

CinéSuisse begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Online-Anbieterinnen sollen dieselben Pflichten haben wie die Anbieterinnen von linearen Fernsehprogrammen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Bund neu sämtliche Auswertungen, die nicht als Fernsehen (RTVG) oder Kino gelten, in die Pflicht nimmt. Begrüssenswert

wäre zudem, dass auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe, kompetente Instanz, das BAK, überprüft werden.

Weiter verlangt Cinésuisse Anpassungen im vorgeschlagenen Gesetzestext in Art. 24c (Anrechenbare Aufwendungen) und Art. 24d FiG (Bruttoeinnahmen) sowie eine Ergänzung des Kapitels 3a (vgl. Stellungnahme Cinésuisse, Ziff. 2).

Vielfalt des Filmangebots (Art. 24a FiG):

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien wird die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieterinnen gefordert. Somit soll hinsichtlich einem zukünftigen Wiederbeitritt ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden.

Als Ergänzung soll in diesen 30% ein angemessener Anteil an Schweizer Filmen festgeschrieben werden. Art. 24a Abs. 1 ist deshalb um folgenden Satz zu ergänzen: *Dabei ist ein angemessener Anteil für Schweizer Filme vorzusehen.*

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1 ff. des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Nebst den unter Frage 4 geforderten weiteren Anpassungen des Filmgesetzes, erachtet Cinésuisse eine Ergänzung des Sprachengesetzes als notwendig:

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Cinésuisse vertritt die in der Stellungnahme ausführlich dargelegten Anliegen. Es versteht sich, dass Forderungen und allfällige damit verbundene Massnahmen, die im vorgelegten Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 noch nicht enthalten sind, ausserhalb des im Entwurf enthaltenen Zahlungsrahmens liegen und daher zusätzliche Mittel erforderlich machen.

26. August 2019

Schweizerische Stiftung für die Photographie
Fondation Suisse pour la Photographie
Fondazione Svizzera per la Fotografia
Fundaziun Svizra per la Fotografia
Swiss Foundation for Photography

Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15

3003 Bern

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot
Sehr geehrter Herr Zimmermann
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, zur Kulturbotschaft 2021-24 Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir zunächst Bezug auf ausgewählte Punkte des Fragenkatalogs, den Sie Ihrem Schreiben vom 29. Mai beigelegt haben:

Frage 1: Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes

Die Kulturbotschaft 2016–2020 wurde aus unserer Sicht konsequent umgesetzt und hat zur weiteren Klärung der Verantwortlichkeiten (BAK / ProHelvetia) geführt. Die Festlegung von drei zentralen Handlungsachsen war sinnvoll, um auch den Akteuren im Kulturbereich einen Referenzrahmen zu bieten, an dem sie sich orientieren konnten. Auffällig ist etwa, wie stark die „Kulturelle Teilhabe“ in den vergangenen vier Jahren zu einem Leitbegriff für kulturelle Institutionen und Kulturvermittler wurde, über dessen Umsetzung in verschiedensten Gremien immer wieder diskutiert wurde.

Frage 2: Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Grundsätzlich unterstützen wir die Beibehaltung der drei Handlungsachsen. Die gesetzten Ziele lassen sich nicht in wenigen Jahren erreichen, und es dauert gewiss länger als eine einzige Finanzperiode, bis dieses Konzept greift. Insofern ist Kontinuität gerechtfertigt. Die Erkenntnis, dass die Kulturpolitik in Zukunft noch stärker auf die Digitalisierung und den damit verbundenen gesellschaftlichen Wandel reagieren sollte, ist zweifellos richtig. Da dieses Thema aber *sämtliche* Bereiche unseres Alltags betrifft, scheint es uns wichtig, bei entsprechenden Projekten und Fördermassnahmen über die Kultur im engeren Sinn hinauszudenken. Die Folgen der Digitalisierung sind so tiefgreifend, dass dieses Thema in Zukunft aus unserer Sicht noch stärker gewichtet und mit entsprechenden Mitteln (nicht nur aus dem Budget für die Kultur) forciert werden sollte.

Frage 3: Weiterentwicklung von Massnahmen

Generell begrüssen wir die Weiterentwicklung der unter Ziffer 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 aufgeführten Massnahmen. Besonders positiv beurteilen wir die verstärkte Förderung des Kulturaustausches im Inland, und zwar auch innerhalb einer Sprachregion. Dies ist zweifellos ein wichtiger Beitrag zum Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Damit kann aber auch das Verhältnis zwischen Aufwand und Ressourcen verbessert werden, indem Projekte zum Beispiel nicht nur für eine einmalige lokale Umsetzung konzipiert werden.

Im Kapitel 2.1.3 sieht die Botschaft unter dem Titel "Kunstvermittlung" Massnahmen vor, "um die öffentliche kritische Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen zu fördern". Dieser Vorschlag ist vor dem Hintergrund der sich dramatisch verändernden Medienlandschaft sehr zu begrüssen. Allerdings sollte er sich nicht nur auf das "zeitgenössischen Kunstschaffen" im engeren Sinn beziehen, sondern generell die kritische Auseinandersetzung mit kulturellen Themen umfassen. Der Einbruch der Kulturberichterstattung in klassischer Form betrifft sämtliche Bereiche des kulturellen Lebens. Kultur, verstanden in einem breiten Sinn, braucht zwingend einen medialen Echoraum, in dem professionelle und kritische Auseinandersetzungen mit den produzierten Inhalten und Formen stattfinden. Dieser Echoraum hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher von den Printmedien und elektronischen Medien in die sozialen Medien verlagert, wo es jedoch häufig an fachlicher Qualifikation, Kontinuität und Kontextualisierung fehlt. Die Anerkennung der Kulturkritik als eigenständige und unentbehrliche Sparte des Kulturaufbaus muss zum Ziel haben, dass sich die interessierte Öffentlichkeit nicht bloss mit Verlautbarungen und "Likes" begnügen muss, wie dies heute allzu oft der Fall ist.

Insgesamt fällt auf, dass die Kulturbotschaft im wichtigen Kapitel 1.4.2 keine Reflexion über die Bedeutung der Institutionen für die Produktion und Vermittlung von Kultur enthält. In den letzten Jahren ist jedoch immer deutlicher geworden, dass die Institutionen ein entscheidendes Bindeglied zwischen den individuellen Kulturschaffenden und der Bevölkerung darstellen; ihre Bedeutung in diesem Gefüge ist kaum zu überschätzen. Gerade für Verbesserungen im Bereich der "Kulturellen Teilhabe" wäre es wünschenswert, ihre Rolle speziell zu beleuchten. Dabei geht es nicht nur um die gut dotierten, staatlich geförderten Institutionen wie Opernhäuser, grosse Kunstmuseen oder Theater. Auch Vereine, kleinere Museen und Ausstellungsorte sowie mit bescheidenen Mitteln arbeitende Produzenten von Veranstaltungen leisten unverzichtbare Arbeit. Als Gegenstück bzw. Partner der individuellen Akteure hat der Verein "Cultura", der Dachverband der institutionellen Kulturvermittler aller Sparten, deutlich gemacht, warum die Kulturpolitik diesen Aspekt stärker gewichten sollte. In vielen Fällen sind die Institutionen auch wesentlich an künstlerischen Prozessen und an der Realisation von Werken beteiligt.

Das gilt auch für die unter Ziffer 2.3.1 formulierte Massnahme, kuratorische Arbeit "als Teil des künstlerischen Prozesses" zu fördern. Kunst- und Kulturschaffende brauchen für die Vermittlung und Umsetzung ihrer Arbeit auch Partner und Produzenten, weshalb wir diese Massnahme positiv beurteilen. Allerdings ist die kuratorische Arbeit nicht isoliert zu betrachten und zu fördern, denn in der Regel ist sie eingebettet in einen institutionellen Kontext. Wir würden es begrüssen, wenn sich diese komplexen Rahmenbedingungen für die Produktion und Vermittlung von Kunstwerken in der Kulturbotschaft noch deutlicher spiegeln würden.

In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag für "Angemessene Honorare für Künstlerinnen und Künstler" (Ziffer 2.3.1) genauer zu betrachten: Wir sind uns durchaus bewusst, dass die Arbeitsbedingungen für Künstlerinnen und Künstler oftmals prekär sind und eine Verbesserung ihrer ökonomischen Situation wünschenswert wäre. Es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern die institutionellen Partner, die zur Realisation und Vermittlung ihrer Werke beitragen, diesbezüglich in die Pflicht genommen werden können. Je nach Sparte und Grösse der Institution ist diese Problematik ganz unterschiedlich zu beurteilen. Das "Arbeitsverhältnis" zwischen Künstlerinnen und Künstler einerseits und Institutionen andererseits ist schwer zu definieren: Erbringen die Kulturschaffenden eine Dienstleistung für die Institution? Erbringen die Institutionen eine Dienstleistung für die Kulturschaffenden? Diese Frage ist jedenfalls nicht pauschal zu

beantworten, und es ist gefährlich, ein solches „Arbeitsverhältnis“ einseitig festzuschreiben. Ferner ist zu berücksichtigen,

- dass die Institutionen in vielen Fällen *nicht* die Auftraggeber der Kunstschaffenden sind und demnach auch keinen Einfluss auf die Entstehung eines Werkes nehmen – dies etwa im Gegensatz zu den von den Institutionen bezahlten Arbeiten / Arbeitnehmern einer Produktion;
- dass Nonprofit-Organisationen in der Regel keinerlei kommerziellen Gewinn aus der Präsentation eines Werks im Rahmen einer Ausstellung oder einer Veranstaltung erzielen;
- dass die Institutionen ihrerseits einen hohen Aufwand leisten, um den Künstlerinnen und Künstlern einen Auftritt zu ermöglichen, häufig verbunden mit gezieltem Fundraising für die Realisierung eines Projekts;
- dass die Institutionen auch die Produktion von individuellen Werken häufig (mit-)finanzieren und auf diese Weise Künstlerinnen und Künstler fördern;
- dass die so produzierten Werke (insbesondere Fotografien) zum Beispiel nach dem Ende einer Ausstellung ins Eigentum der Kunstschaffenden übergehen, so dass diese eine materielle Kompensation erhalten, die sie bei Bedarf auch auf dem freien Markt veräussern können;
- dass die Institutionen zur kulturellen und ideellen Wertsteigerung von Werken beitragen und in diesem Sinn als Partner und nicht als "Profiteure" der Kunstschaffenden zu betrachten sind
- dass die durchaus wünschbare Besserstellung von Kunstschaffenden demnach vor allem von jener Seite kommen müsste, die mit ihren Werken einen Gewinn erzielen.

Die Kulturbotschaft nimmt auf diese Problematik Rücksicht, indem sie von der "Angemessenheit" der Entschädigungen für Künstlerinnen und Künstler spricht. Diese Formulierung ist allerdings sehr vage. Für viele Nonprofit-Organisationen müsste sie auch die Möglichkeit zulassen, symbolische Formen der Entschädigung zu finden oder kreative Formen der Zusammenarbeit (ohne Entschädigung) zu entwickeln, die beiden Parteien gleichermaßen dienen. Wird die Cash-Honorierung als zwingende Regel den Institutionen aufgebürdet, so kann dies dazu führen, dass gerade die kleineren Institutionen nicht mehr in der Lage sind, ihre Plattformen für die Bekanntmachung von Werken zur Verfügung zu stellen. Das wäre auch für die Kunstschaffenden kontraproduktiv. Bei der Produktion von Fotografien und Fotoausstellungen zum Beispiel gelten spezielle Rahmenbedingungen, die bei der Umsetzung der Forderung nach Honoraren zu beachten sind. In vielen Fällen wurde die Produktion solcher Werke bereits durch einen kommerziellen Auftraggeber abgegolten, bevor sie für eine kulturelle Nutzung zur Verfügung stehen (vgl. zum Beispiel die fließenden Übergänge zwischen Angewandter und Künstlerischer Fotografie, siehe unten). In der Werbe-, Mode- und Architekturfotografie, aber auch bei Fotografien, die im journalistischen Kontext entstanden sind oder durch Projektstipendien vorfinanziert wurden, ist ein zusätzliches Künstlerhonorar kritisch zu hinterfragen.

Frage 6: Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir begrüßen es, dass zusätzliche Mittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehen sind. Allerdings halten wir das geplante Wachstum von 2,9 % pro Jahr für zu gering, um die in der Botschaft formulierten Ziele zu erreichen – dies umso mehr, als die Aufstockung nur ausgewählte Sektoren betrifft. Gemessen an den programmatischen Erläuterungen der Botschaft, die kulturelles Schaffen zu Recht nicht einfach als „nice to have“ betrachtet, sondern als unverzichtbares Element zur Bewältigung wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen, wäre es wünschenswert, die Mittel zur Förderung der "kulturellen Teilhabe", des "gesellschaftlichen Zusammenhalts" sowie der "Kreation und Innovation" – immer in Kombination mit dem Thema "Digitalisierung" – insgesamt zu erhöhen.

Das Thema Fotografie in der Kulturbotschaft 2021-2024

Als national und international tätige Institution zur Erhaltung und Vermittlung des „patrimoine photographique“ richtet sich unser besonderes Augenmerk auf das Thema Fotografie in der neuen Kulturbotschaft. Wir begrüßen es sehr, dass in diesem Bereich gegenüber der letzten Kulturbotschaft neue Akzente gesetzt werden. Das unter Ziffer 2.3 genannte Ziel, die „Fotografie in ihrer gesamten Breite zu fördern“ entspricht einem schon seit langem vorgebrachten Anliegen der Fotostiftung Schweiz. Angesichts der Geschichte und der Entwicklung des Mediums macht es durchaus Sinn, neben Projekten im Bereich der visuellen Kunst auch solche in den Bereichen der Dokumentar- und der Angewandten Fotografie zu fördern. In der Praxis sind die Übergänge

zwischen diesen Bereichen fliessend. Wir nehmen auch erfreut zur Kenntnis, dass die Fotografie im Zusammenhang mit der internationalen Verbreitung und Promotion des Schweizer Kulturschaffens explizit genannt wird (Ziffer 2.3.1) – tatsächlich eignet sich das Fotoschaffen hervorragend für den nationalen und internationalen Austausch. Sowohl bei zeitgenössischen Projekten als auch bei der Vermittlung historischer Bestände gibt es diesbezüglich ein grosses und wachsendes Potenzial.

Fotostiftung Schweiz

Die Fotostiftung Schweiz, die vom Bund schon in der Kulturbotschaft 2016-19 als nationales Kompetenzzentrum anerkannt wurde, wird in der neuen Kulturbotschaft wiederum den Museen, Sammlungen und Netzwerken Dritter zugeordnet, die von gesamtschweizerischer Bedeutung sind und für spezifische Leistungen – festgehalten in einer Leistungsvereinbarung mit der Eidgenossenschaft – einen Betriebsbeitrag erhalten. Seit bald 50 Jahren ist es eine zentrale Aufgabe der Fotostiftung, die Archive herausragender Fotografinnen und Fotografen zu sichern, zu erschliessen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So ist bis heute eine einzigartige und umfangreiche Sammlung zur Geschichte der Fotografie und zum visuellen Gedächtnis der Schweiz entstanden, die sowohl für die Online-Nutzung als auch physisch für Ausstellungen, Forschungen, Publikationen, Medien und andere Nutzungen zur Verfügung steht. Die Fotostiftung Schweiz gehört heute international zu den führenden Institutionen in diesem Bereich.

Die auf Helvetica ausgerichtete Sammlung der Fotostiftung ist aber inzwischen so stark angewachsen – sie zählt u.a. über 80 Archive von Fotoschaffenden –, dass die personellen Ressourcen für ihre Betreuung nicht mehr ausreichen. Mit rund 600 Stellenprozenten (inkl. Administration) ist die Fotostiftung seit Jahren massiv unterdotiert. Neben der notwendigen konservatorischen Arbeit (Archivierung, Aufarbeitung und Vermittlung der Sammlung) kommen auch die Dienstleistungen (Beratung von anderen Institutionen und Privatpersonen, Leihanfragen, Digitalisierungen, Netzwerkaktivitäten) zu kurz, zumal die Nachfrage nach solchen Dienstleistungen in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Ebenso sind die Raumreserven am Standort der Fotostiftung in Winterthur ausgeschöpft; die Gefahr, dass neue Archive aus Platzgründen nicht mehr aufgenommen werden können, obschon deren Bedeutung unbestritten ist, wächst von Jahr zu Jahr. Die Situation wird dadurch verschärft, dass eine ganze Generation von Fotografinnen und Fotografen, die noch analog gearbeitet hat, heute einen Platz für die langfristige Betreuung ihrer Lebenswerke sucht. Als gesamtschweizerisch tätige Institution, die sich – als einzige mit einem expliziten Mandat des Bundesamts für Kultur – auf die Übernahme von Fotoarchiven spezialisiert hat, steht die Fotostiftung hier vor einer besonderen Herausforderung. In den kommenden Jahren gilt es insbesondere dem Zerfall bedeutender Negativbestände, welche der Fotostiftung anvertraut wurden, entgegenzuwirken. Ein grosser Teil davon ist aufgrund des im 20. Jahrhundert verwendeten Trägermaterials (Acetat- und Nitratfilme) akut gefährdet und kann nur durch komplexe Digitalisierungsprozesse für kommende Generationen gerettet und langfristig gesichert werden. Die Fotostiftung hat entsprechende Projekte initiiert, die sich aber nur mit zusätzlichem Personal bewältigen lassen.

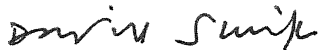
Eine Erhöhung der Subventionen ist aber auch ganz einfach eine *conditio sine qua non*, damit die Fotostiftung an ihrem aktuellen Standort überleben kann. Die unmittelbar bevorstehenden Veränderungen beim langjährigen Partner Fotomuseum Winterthur (Sanierung, Umbau, Neuorientierung) bringen es mit sich, dass die Fotostiftung ab 2021 zwingend mehr Mittel braucht, um die benötigten Räumlichkeiten und die Infrastruktur zu finanzieren. Kanton Zürich und Stadt Winterthur haben ihrerseits Bereitschaft signalisiert, diesen Prozess zu unterstützen.

Wir sind sehr dankbar, dass der Bund in seiner Kulturbotschaft diesen prekären Umständen Rechnung trägt, indem er den zusätzlichen Finanzbedarf der Fotostiftung anerkennt (Ziffern 2.4.2.3 und 4.1.2). Vorausgesetzt, dass die vorgesehene Erhöhung der Mittel ausreicht, um die dringendsten Herausforderungen zu bewältigen, wird sie ihre spezifische Aufgabe als Kompetenzzentrum und als Teil des Netzwerks für die Erhaltung des audiovisuellen Kulturguts der Schweiz auch in Zukunft wahrnehmen können. Sie wird dies in Absprache und in Zusammenarbeit mit den anderen Netzwerken des audiovisuellen Kulturguts tun (Memoriav, SAPA), die

sinnvollerweise zu einer eigenen Förderkategorie zusammengefasst wurden (Ziffer 2.4.2.3). Es wäre allerdings wünschenswert, dass die Stärkung der Fotostiftung nicht nur durch eine Umverteilung von Mitteln innerhalb der Netzwerke erfolgt, sondern durch eine Aufstockung, die auch den real wachsenden Aufgaben im Bereich dieser Netzwerke entspricht.

Für weitere Informationen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. David Streiff
Präsident



Dr. Peter Pfrunder
Direktor

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesrat
Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe
Kohlenweg 12, Postfach 111
CH-3097 Liebefeld

t +41 (0)31 336 71 11
info@nike-kulturerbe.ch

Per Mail eingereicht an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Liebefeld, 27. August 2019

Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019

Stellungnahme der Nationalen Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019 äussern zu können und stellen Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zu.

Die Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE setzt sich für eine starke Verankerung des Kulturerbes in Gesellschaft und Politik ein. Sie ist ein Verband mit 40 Mitgliederorganisationen aus allen Bereichen des Kulturerbes, denen 92'000 Mitglieder angehören. Als Verband der schweizerischen Kulturerbeorganisationen ist die NIKE die relevante Stimme der Zivilgesellschaft und der Fachwelt für eine zukunftsorientierte Ausgestaltung der Kulturerbepolitik in der Schweiz. Sie ist massgebliche Akteurin zur Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins für die Bedeutung des Kulturerbes.

In Entsprechung zur thematischen Ausrichtung der NIKE beschränkt sich die Stellungnahme auf die Kulturerbepolitik. Sie folgt in ihrem Aufbau den gestellten Fragen.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Als gelungene Umsetzungen beurteilen wir die in der KB 2016-2020 vorgesehenen, folgenden Vorhaben im Bereich des Kulturerbes:

- die Integration des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) in das Bundesamt für Kultur
- die Ratifizierung der Konvention von 2001 zum Schutz des Unterwasserkulturerbes
- der vollzogene Systemwechsel bei der Vergabe von Betriebsbeiträgen an Museen: neu gab es eine öffentliche Ausschreibung, die eingereichten Fördergesuche wurden geprüft und die Mittel aufgrund eines Förderkonzeptes vergeben. Diesen Systemwechsel betrachten wir als wichtigen Schritt in die richtige Richtung selbst wenn das Förderkonzept, dessen Kriterien und deren Gewichtung noch verbesserungswürdig sind.

Besonders hervorzuheben sind u.E. zudem weitere in der Kulturbotschaft nicht vorgesehene, jedoch umgesetzte Vorhaben:

- die Teilnahme am Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018, das von der Europäischen Kommission unter dem Motto «Sharing Heritage» ausgerufen wurde, und die Durchführung von einer Vielzahl von Aktionen, u.a.:
 - die Organisation einer informellen Kulturministerkonferenz zum Thema Baukultur im Januar 2018 im Vorfeld des WEF und die Verabschiedung der Davos Declaration
 - die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention 2005)

Wir bedauern es hingegen, dass wegen der durch das Parlament beschlossenen Teuerungskorrekturen sowie des Stabilisierungsprogramms 2017–2019 die tatsächlichen Voranschlagskredite tiefer lagen als ursprünglich in der Kulturbotschaft 2016–2020 vom Parlament festgelegt und auf die Umsetzung verschiedener Vorhaben verzichtet werden musste:

- namentlich wurde darauf verzichtet, Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der Baukultur zu ergreifen.¹

Die nationale Zusammenarbeit aller staatlicher Ebenen in der Kulturpolitik im Rahmen des «Nationalen Kulturdialogs» hat sich als sinnvoll und effektiv erwiesen, namentlich im Bereich der «Kulturellen Teilhabe». Im Weiteren konnte erstmals in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik eine nationale Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie erstellt werden.² Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass diese Statistik keine Antwort zum Finanzmittelbedarf von Archäologie und Denkmalpflege liefert – wie von der ständerätlichen WBK 2015 gefordert.³

Ein Desiderat bleibt nach wie vor, dass für die Zivilgesellschaft (Organisationen der verschiedenen Kulturbereiche) eine ähnliche Plattform wie der «Nationale Kulturdialog» geschaffen wird.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die NIKE nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die kulturpolitische Stossrichtung der Kulturbotschaft 2021–2024 weitgehend auf inhaltlicher Kontinuität basiert. Wir teilen die Auffassung, dass sich die fünf identifizierten Megatrends bestätigt haben und den gesellschaftlichen Veränderungsprozess immer noch wesentlich beeinflussen, namentlich die besondere Wirkungsmacht der Digitalisierung. Insofern beurteilen wir die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes als sinnvoll und richtig: «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation». Wir stimmen der weitgehenden inhaltlichen Kontinuität mit einer punktuellen Weiterentwicklung bisheriger Massnahmen einhellig zu. Demzufolge begrüssen wir es, dass die in der Förderperiode 2016–2020 eingeführten Massnahmen fortgesetzt werden sollen.

¹ Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft 2016–2020), Zwischenbericht per Ende April 2018. <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/bericht-wbk-kulturbotschaft-2018-05-d.pdf>. - Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft), BBl 2015 497, S. 564:

Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung Der Bund hat in der laufenden Periode die Unterstützung von Organisationen und Sensibilisierungs- sowie Wissensvermittlungsprojekten, namentlich die Europäischen Tage des Denkmals, im bisherigen Rahmen fortgeführt. Diese Anstrengungen sind in der kommenden Periode neu auszurichten und zu verstärken.

² Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.6949761.html>

³ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen bei den drei Handlungsachsen beurteilen wir wie folgt:

- Grundsätzlich ist anzumerken, dass sich der Kulturbegriff mit immer noch neuartigen Konzepten wie «Kulturelle Teilhabe» oder «Open Access» in der Digitalisierung stark gewandelt hat bzw. im Wandel begriffen ist und ein hohes Mass an Interdisziplinarität verlangt, jedoch die gegenwärtigen Förderstrukturen diesen Wandel noch nicht vollzogen haben.

Empfehlung:

Um der Interdisziplinarität der obengenannten Konzepte und den darauf basierenden Projekten gerecht zu werden, sollte das Bundesamt für Kultur passende Förderstrukturen einrichten und entsprechende Projekte sektionsübergreifend fördern.

- «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1., S. 12): bei dieser Handlungsachse vermissen wir, Massnahmen zur Teilhabe am Kulturerbe, wie sie die ratifizierte Faro-Konvention vorsieht und wie sie die Interdepartementale Strategie Baukultur als vorrangiges strategisches Ziel formuliert.

Empfehlung:

Entsprechende Massnahmen sind vorzusehen.

4. Baukultur

An dieser Stelle äussern wir uns – statt zur Revision des Filmgesetzes Stellung zu nehmen – zum neuen Konzept Baukultur (2.5., S. 35ff).

Neu wird die bisherige Bezeichnung «Heimatschutz und Denkmalpflege» unter dem prägnanten Begriff «Baukultur» zusammengefasst. Bereits in der zweiten Kulturbotschaft 2016–2020 wurde die Bezeichnung «Heimatschutz und Denkmalpflege» um den Begriff «Baukultur» erweitert – allerdings ohne gesetzliche Abstützung.

Inhaltlich durchaus nachvollziehbar wurde diese begriffliche Erweiterung damit begründet, dass die Verdichtung und die energetischen Sanierungen in den Siedlungsgebieten den Druck auf historische Bauten und Anlagen sowie archäologische Fundstellen erhöhten und eine Herausforderung für die Baukultur darstellten.

In Erfüllung des Postulats 12.3658 der WBK-N («Zeitgenössische Baukultur in der Kulturbotschaft 2016–2019») wurde geprüft, ob die zeitgenössische Baukultur im Rahmen des Bereichs Heimatschutz und Denkmalpflege gefördert werden kann und demzufolge die Massnahmen definiert, eine Interdepartementale Strategie Baukultur zu entwickeln.

Dieser Entwurf zur Interdepartementalen Strategie zur Förderung der Baukultur liegt nun zeitgleich mit dem Entwurf der Kulturbotschaft 2021–2024 zur informellen Anhörung vor. Im Rahmen dieses Verfahrens wird die NIKE gesondert dazu Stellung nehmen.

Die Kernaussagen wie auch der Bedarf an finanziellen Mitteln sind im vorliegenden Entwurf integriert.

Die Strategie Baukultur des Bundes strebt eine Verbesserung der Gestaltung des gesamten Lebensraums an und folgt der Vision «Eine hohe Baukultur für die Schweiz».

Diese Vision soll mit Hilfe von sieben strategischen Zielen erreicht werden. Um diese Ziele umzusetzen, wurde für die Jahre 2020–2023 ein erster Aktionsplan mit 41 Massnahmen entwickelt, die ausschliesslich der Stärkung der zeitgenössischen Baukultur dienen sollen.

Die NIKE begrüsst nachdrücklich die vorliegende Strategie Baukultur und insbesondere das ihr zu Grunde liegende ganzheitliche Verständnis von Baukultur, das sowohl das baukulturelle Erbe wie auch das zeitgenössische baukulturelle Schaffen umfasst.

Damit die Strategie mit ihrer Vision, den strategischen Zielen und insbesondere dem Konzept Baukultur («Der Umgang mit dem historischen Bestand und das zeitgenössische Schaffen bilden eine Einheit.») konsequent und glaubwürdig umgesetzt werden kann, braucht es zwingend eine Ergänzung des Aktionsplans, die auch die Bereiche des baukulturellen Erbes miteinbezieht.

Die vorgeschlagene neue Bezeichnung für die Sektion beinhaltet offensichtlich auch eine Akzentverschiebung der Tätigkeiten der Sektion, denn gemäss Strategie Baukultur soll im Bundesamt für Kultur ein neuer Politikbereich auf- und ausgebaut werden.

Solange die Bereiche des baukulturellen Erbes nicht Teil des Aktionsplans der Strategie Baukultur sind, ist unseres Erachtens ein Namenswechsel der Sektion nicht nachvollziehbar.

5. Gesetzesanpassungen

Die Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Art. 1 des Kulturförderungsgesetzes betrachten wir angesichts seiner hohen Bedeutung als sinnvoll und richtig.

Die Erweiterung des Filmgesetzes um Art. 19a zum Zugang zum Filmerbe begrüssen wir, denn damit würde die gesetzliche Grundlage geschaffen, die von der öffentlichen Hand geförderten Filme der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir werten es grundsätzlich als positives Signal, dass der Vernehmlassungsentwurf im Vergleich zum Finanzplan 2020 den Teuerungsausgleich sowie Mehrausgaben insgesamt von CHF 35,4 Mio. für die Finanzperiode 2021-2024 vorsieht und sind erfreut über die Wertschätzung, die der Bundesrat damit gegenüber der Kultur und dem Kulturerbe zum Ausdruck bringt.

Zu den Prioritätensetzungen in den einzelnen Bereichen haben wir folgende Bemerkungen und Anträge:

1. Im Bereich **«Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter»** (Rubrik 2.4.2.2) ist es sehr zu begrüßen, dass davon abgesehen wird, die Betriebsbeiträge an Museen von nationaler Bedeutung durch Projektbeiträge abzulösen. Allerdings bezweifeln wir, ob ein auf 4 Jahre beschränkter Betriebsbeitrag eine nachhaltige Entwicklung einer Institution erlaubt.
2. Die Projektbeiträge zur Abklärung und Publikation der **Provenienzen von Kunstwerken** sind notwendig, die Thematik der Provenienzforschung muss beibehalten werden, da in diesem Bereich noch immer ein grosser Handlungsbedarf besteht.
3. Unter der Rubrik **«Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter»** (Rubrik 2.4.2.3.) ist geplant, neu auch den Verband «Bibliosuisse» über diesen Budgetposten zu finanzieren und die Schweizerische Stiftung für die Photographie bei ihrer Neuorganisation und Restrukturierung stärker zu unterstützen. Bei Budgetneutralität ist es u.E. nicht möglich, die bestehenden Aufgaben und Verpflichtungen sowie zusätzliche neue in der gebotenen Qualität zu erfüllen. Es braucht eine Aufstockung der Mittel.

Der wirkungsmächtige Megatrend «Digitalisierung» betrifft namentlich auch das audiovisuelle Kulturerbe. Die zahlreichen, grossen Herausforderungen, wie digitale Langzeitarchivierung, der Zugang oder Archivierung von digitalem Kulturgut, würden ein

koordiniertes Vorgehen und die Zusammenarbeit aller audiovisueller Stakeholder (Cinémathèque, Fonotoca, Memoriav, SAPA, Fotostiftung etc.) verlangen – die Erarbeitung einer kohärenten Memopolitik ist angezeigt.

4. **Antrag zum Rahmenkredit «Baukultur» (4.1.5): Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen**

Die rückläufigen Finanzhilfen zur Erhaltung schützenswerter Objekte (Denkmalpflege) und zur Durchführung archäologischer Massnahmen stehen im Widerspruch zum selbstdeklarierten ganzheitlichen Verständnis von Baukultur (2.5).⁴

Aus den nachfolgend dargelegten Gründen ist für denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen innerhalb des Förderbereichs «Baukultur» über die vier Jahre insgesamt zumindest ein Kredit von CHF 100 Mio. einzustellen; dies in Entsprechung zum vorgesehenen realen Wachstum von jährlich 1,9 Prozent und der angenommenen Teuerung von 1 Prozent (siehe Rubrik 4.5, S. 55).⁵ Im Durchschnitt stünden dann für die Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen pro Jahr CHF 25 Mio. zur Verfügung. Diese Summe entspricht den Leistungen des Bundes im Jahr 2018 an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen.⁶

Verbundaufgabe Archäologie und Denkmalpflege

Der Bereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» ist seit der NFA 2008 zwischen Bund und Kantonen als Verbundaufgabe geregelt. Die finanzielle Verantwortung wird in diesem Bereich von den Kantonen im Verbund mit dem Bund getragen. Diese Bundesbeiträge werden seither im Rahmen von Programmvereinbarungen mit den Kantonen und mittels Einzelverfügungen gesprochen. Im Bericht vom 28. September 2018 über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen stellt der Bundesrat fest, dass «durch die subsidiäre Beteiligung des Bundes (...) die Effektivität der Finanzhilfen im Bereich des kulturellen Erbes erhöht» werde. Dies wirke der in der Kulturbotschaft 2016–2020 beklagten «Tradierungskrise» entgegen. Die Teilentflechtung zwischen Bund und Kantonen habe sich bewährt.⁷

Die öffentlichen Ausgaben für den Bereich «Denkmalpflege und Archäologie» betragen CHF 265,7 Mio. bzw. 8,7% der gesamten öffentlichen Kulturfinanzierung (Bund, Kantone und Gemeinden, 2016). Auf der Ebene der Kantone sind es sogar 17,7% der Kulturausgaben, die diesem Bereich zukommen, das sind nominal CH 47 Mio.⁸ Der Bund leistete 2016 (im Datenerhebungsjahr der Denkmalstatistik) im Rahmen von Programmvereinbarungen und Einzelverfügungen CHF 25,5 Mio. an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen.⁹

⁴ Entwurf Kulturbotschaft 2021–2024, S. 35–38.

⁵ Diese Berechnung fusst auf den beschlossenen Mitteln für archäologische und denkmalpflegerische Massnahmen des Parlaments in der Höhe von CHF 23,3 Mio. für das Jahr 2020, siehe: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft), BBl 2015 497, S. 613.

⁶ Jahresbericht Bundesamt für Kultur 2018, S. 54–55.: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/das-bak/jahresberichte/jahresbericht-2018--bundesamt-fuer-kultur.html>

⁷ Bericht vom 28. September 2018 über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, S. 19–21: <https://kdk.ch/uploads/media/Ber-4313-6-Aufgabenteilung-Bund-Kantone-20180928.pdf>. - Siehe dazu die Empfehlungen, Aussagen zu Finanzierung und Finanzmittelbedarf im Evaluationsbericht von Schwenkel, Christof et al. Untersuchung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege. Bericht zuhanden des BAK. Luzern 2018.

⁸ Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018. S. 4: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.6949761.html>

⁹ Jahresbericht Bundesamt für Kultur 2016, S. 49–51: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/das-bak/jahresberichte/jahresbericht-2016--bundesamt-fuer-kultur.html>

Zwischen 1995 und 2002 wurde das Budget des Bereichs «Heimatschutz und Denkmalpflege» von CHF 48 Millionen auf 36 Millionen gekürzt und 2003 erneut um CHF 12 Mio. zu Gunsten des Films.¹⁰

Diese Einsparungen würden durch die ab 2008 mit der Einführung der NFA geleisteten ungebundenen Ausgleichszahlungen des Bundes an die Kantone wettgemacht, jedoch hätten die Kantone diese Mittel nicht für den Bereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» eingesetzt, argumentierte SR Eder anlässlich der Eintretensdebatte zur Kulturbotschaft 2016-20 vom 12.3.15.¹¹

Es liegt jedoch in der Natur der ungebundenen Ausgleichszahlungen, dass sie nicht in einem bestimmten Budgetposten auftauchen.

Gesetzliche Grundlagen und ausgewiesener Finanzmittelbedarf

Seit 2009 wird der spezialgesetzlich geregelte Kulturbereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» über das Kulturförderungsgesetz geregelt und in den Kulturbotschaften jeweils ein Rahmenkredit für diesen Bereich gestützt auf Art. 16a NHG festgesetzt. Zur Vorbereitung der ersten Kulturbotschaft setzte 2009 der damalige Direktor des Bundesamtes für Kultur eine «Groupe de réflexion» ein, um Fragen rund um die Programmvereinbarungen mit den Kantonen und zum Finanzmittelbedarf zu klären.¹² Der damals ermittelte Finanzbedarf wurde in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 wie auch im jetzigen Entwurf (Kapitel 2.5 Baukultur) wie folgt ausgewiesen, dass «der Bedarf an Bundesmitteln bei über 100 Mio. Franken läge, um massgebliche Verluste zu verhindern». Auch wenn die 2018 erschienene Denkmalstatistik dazu keine detaillierten, aktuellen Zahlen liefert,¹³ stimmen die damals von ausgewiesenen Fachpersonen errechneten Grössenordnungen immer noch. Zumal die aktuelle Zinspolitik und die damit verbundenen erhöhten Aktivitäten im Bausektor, die Umsetzung von RPG 1 (Stichwort: Siedlungsentwicklung nach Innen) und der Energiestrategie 2050 zu einer Zunahme von im Baubewilligungsprozess verlangten denkmalpflegerischen und archäologischen Massnahmen führt.

Intaktes Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen und ist beliebt

Das intakte Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt. Namentlich sind Weiler, Dörfer, Städte und Landschaften eine bedeutende Quelle für die regionale und lokale Identität, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Lebensqualität bei und sind ein wesentlicher Standortfaktor für den Tourismus. So lautet das Fazit des Berichts «Schweizer Ortsbilder erhalten», den der Bundesrat in Erfüllung eines Postulats von Nationalrat Kurt Fluri am 17. Januar 2018 verabschiedet hat.¹⁴ Der Bericht untersucht die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Leistungen des natürlichen und kulturellen Erbes und belegt dessen

¹⁰ Siehe dazu die Debatte der Sommersession vom 16.6.2003 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=28347>

¹¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

¹² Die auf Einladung des BAK-Direktors Jean-Frédéric Jauslin einberufene «Groupe de réflexion», ein beratendes Gremium des BAK, setzte sich zusammen aus Daniel Zimmermann (Chef Rechtsdienst BAK), Johann Mürner (Sektionschef Heimatschutz und Denkmalpflege BAK), Georg Carlen (KSD), Stefan Hochuli (KSKA), Uta Hassler (ETHZ), Bernard Wicht (Sekretär EDK), Philippe Biéler (Präsident Schweizer Heimatschutz) und Philipp Maurer (Büro Bausatz, mit Studie beauftragtes Büro).

¹³ SR Eder beklagte die missliche Datenlage anlässlich der Sitzung SR 12.3.2015: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

¹⁴ Schweizerischer Bundesrat: Schweizer Ortsbilder erhalten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4028 Fluri vom 15. Dezember 2016. Bern 2018.

Relevanz für Aspekte, wie Aufenthaltsqualität, soziale Kohäsion, Standortattraktivität, Wertsteigerungs- und Umsatzpotentiale für die einzelnen Anspruchsgruppen.¹⁵

Die Tourismusstrategie des Bundes (15. November 2017) nennt unter den vier Hauptzielsetzungen, dass die Rahmenbedingungen für den Tourismus zu verbessern sind, wozu auch die landschaftlichen und baukulturellen Qualitäten gehören. Denn die hohe Dichte an Attraktionen sei eine Stärke und bilde das Fundament des Schweizer Tourismus. Zu diesen Attraktionen zählen insbesondere die attraktiven Landschaften sowie die historischen Stätten.¹⁶

Im Bericht «Cultural Heritage counts for Europe» wurden diese Leistungen – basierend auf vielen Einzelstudien – für Europa nachgewiesen.¹⁷ Im Sinne der Strategie für nachhaltige Entwicklung des Bundes 2016-2019 und der UNO-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung gilt es die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Leistungen des Natur- und Kulturerbes zu erhalten.¹⁸

Baudenkmäler und archäologische Stätten sind bei der Bevölkerung beliebt: «Hinter den Museen und Ausstellungen aller Art sowie den Konzerten und anderen Musikanlässen, die von etwas über 70% der Bevölkerung mindestens ein Mal in den zwölf Monaten vor der Erhebung frequentiert wurden, folgen die Baudenkmäler und die historischen oder archäologischen Stätten. Sie sind mit 70% dicht dahinter an dritter Stelle der meistbesuchten Kulturinstitutionen, knapp vor dem Kino, das rund zwei Drittel der Personen anzog», so die Denkmalstatistik 2018.¹⁹ Diese hält weiter fest: «Sie ziehen ein nicht nur zahlreiches, sondern auch breites Publikum an. Männer wie Frauen interessieren sich gleichermassen dafür.» Dies ist zudem ein deutliches Zeichen der Bedeutung dieses Bereichs für die definierten Handlungsachsen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kulturelle Teilhabe».

5. **Antrag für die UNESCO Weltkulturerbestätten:**

Für das UNESCO-Welterbe ist in der Kulturbotschaft ein zusätzlicher Förderbereich mit einem angemessenen Kredit einzurichten. Obwohl der Bund im Bereich des UNESCO-Welterbes eine massgebliche Rolle spielt, ist das UNESCO-Welterbe unter den Massnahmen in der Kulturbotschaft nicht speziell erwähnt. Laut dem Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt erkennt jeder Vertragsstaat an, «dass es in erster Linie seine Aufgabe ist, Identifizierung, Schutz, Erhaltung und Erschliessung des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen (...) Kultur- und Naturgutes (...) sicherzustellen. Er wird hierfür alles in seinen Kräften Stehende tun, unter vollem Einsatz seiner eigenen Hilfsmittel.» Die Kulturerbestätten erhalten im Gegensatz zu den Naturerbestätten bisher keine finanzielle Unterstützung des Bundes.

¹⁵ Schweizerischer Bundesrat: Schweizer Ortsbilder erhalten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4028 Fluri vom 15. Dezember 2016. Bern 2018, S. 14, 17 und 19.

¹⁶ Schweizerischer Bundesrat: Tourismusstrategie des Bundes. Bern 2017, S. 3, 13.

¹⁷ CHCFE Consortium: Culture Heritage Counts for Europe. Brussels, Krakow 2015.

¹⁸ Schweizerischer Bundesrat: Strategie zur nachhaltigen Entwicklung 2016-2019. Bern 2016.

www.eda.admin.ch/post2015/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html (abgerufen am 29. April 2018).

¹⁹ Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018., S. 28-29.

6. **Antrag zur Umsetzung des Aktionsplans Strategie Baukultur:**

Der ambitionierte Aktionsplan mit den 41 Massnahmen soll im Rahmen der bestehenden Ressourcen umgesetzt werden, ein Mehrbedarf beim Bundesamt für Kultur soll über den Rahmenkredit «Baukultur» finanziert werden.²⁰ Die NIKE ist der Auffassung, dass der

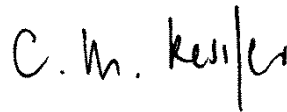
Finanzrahmen den hohen Ambitionen entsprechend angepasst werden muss, jedoch darf dies nicht zu Ungunsten des baukulturellen Erbes geschehen.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Jean-François Steiert
Staatsrat, Präsident der NIKE



Dr. Cordula M. Kessler
Geschäftsführerin der NIKE

²⁰ Strategie Baukultur, S. 46. – Entwurf Kulturbotschaft 2021-2024, S. 51.

Bundesamt für Kultur
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Holzikofenweg 22
Postfach
3001 Bern
Telefon 031 370 40 70
info@bernmittelland.ch
www.bernmittelland.ch

Bern, 29. August 2019

Vernehmlassung des Bundes zur Kulturbotschaft 2021–2024; Stellungnahme RKBM

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zur Kulturbotschaft 2021–2024 Stellung nehmen zu können.

In der öffentlich-rechtlichen Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM erfüllen die Stadt Bern und 78 weitere Gemeinden, die meisten davon zur Agglomeration Bern zählend, Aufgaben, die ihr durch kantonales Recht übertragen sind. So beteiligen sich die Gemeinden der RKBM an den Betriebskosten der mindestens regional bedeutenden Kulturinstitutionen – zusammen mit dem Kanton Bern und der Stadt Bern («tripartite Finanzierung»).

Wir beziehen uns auf die geplante Streichung von Artikel 18 KFG und der finanziellen Abgeltung für die Stadt Bern. Diese Streichung würde auch die von uns mitgetragenen Kulturhäuser Konzert Theater Bern und Bernisches Historisches Museum betreffen.

Die Kommission Kultur der RKBM erachtet die Abgeltung als Akt der Solidarität des Bundes mit seiner Bundesstadt sowie als wichtigen und verhältnismässigen Beitrag für die Stärkung der kulturellen Strahlkraft der Institutionen.

Die Leistungsverträge 2020–2023 mit den genannten Institutionen sind eben erst genehmigt worden. Während dieser Periode gibt es von Seiten RKBM keinen Handlungsspielraum für die Kompensation allfällig wegfallender Beiträge aus der Bundesabgeltung. Doch es ist klar: die bisher geltenden Beiträge des Bundes sind Teil der Finanzpläne der genannten Institutionen. Fallen sie weg, müssen Leistungen gekürzt werden oder das Geld muss anderweitig beschafft werden. Hierzu liegt es nahe, dass die Institutionen Druck auf die tripartiten Finanzierer machen werden. Insofern stimmt die Aussage in Ihrer Kulturbotschaft nicht, wonach keine Auswirkungen auf Kantone, Städte und Gemeinden zu erwarten seien.

In diesem Sinne beantragen wir:

- ▶ Artikel 18 KFG wird unverändert belassen.
- ▶ In den Zahlungsrahmen KFG wird eine Abgeltung an die Stadt Bern aufgenommen. Diese soll mindestens so hoch sein wie bisher.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Regionalkonferenz Bern-Mittelland



Benjamin Marti, Präsident Kommission Kultur



Michael Achermann, Fachbereichsleiter Kultur

Kopie zur Kenntnis:

- ▶ Kommission Kultur RKBM
- ▶ Geschäftsleitung RKBM
- ▶ Amt für Kultur Kanton Bern
- ▶ Kultur Stadt Bern

Romont, le 29 août 2019

**Prise de position sur le message concernant l'encouragement de la culture pour la période
2021 à 2024**

Mesdames, Messieurs,

C'est avec beaucoup d'intérêt que le Vitromusée Romont a pris connaissance du rapport explicatif destiné à la consultation du message culture pour la période de 2021 à 2024, et en particulier du point 2.4.2 concernant les activités de l'Office fédéral de la culture dans le domaine des musées et collections.

Soutenu par la ville de Romont et l'État de Fribourg, le Vitromusée Romont est l'un des treize musées d'importance nationale soutenus par la Confédération lors de la première mise au concours des contributions pour l'exploitation de musée et collections. En tant que musée suisse du vitrail et des arts du verre, le Vitromusée Romont conserve et valorise un important patrimoine culturel suisse, et en assure la transmission auprès de nombreux et divers publics. De plus, le Vitromusée Romont encourage la création contemporaine dans le domaine des arts du verre.

L'aide financière dont le Vitromusée Romont bénéficie actuellement donne la possibilité de réaliser les objectifs et mesures définis dans le message culture 2016-2020 et réaffirmés dans le message culture 2021-2024 en cours de consultation. Dans ce contexte, nous considérons que les points suivants sont particulièrement importants :

- La numérisation
- L'accessibilité de la collection en ligne et en open access
- Les activités de médiation inclusive pour un public diversifié
- La représentation égalitaire d'artistes féminins et masculins

Les buts fixés et réalisés par le Vitromusée Romont, en accord avec l'Office fédéral de la culture, dans le domaine de la numérisation et la mise en ligne de la collection du Vitromusée Romont sur *vitrosearch* ainsi que le développement de nouveaux programmes de médiation et de soutien d'artistes féminines n'auraient pas été possibles sans le soutien de la Confédération.

C'est grâce à ces efforts que le Vitromusée Romont apporte une contribution substantielle à l'encouragement de la culture en Suisse et nous considérons que, par conséquent, le soutien de la Confédération aux musées et aux collections est un point essentiel du message culture 2021-2024. Sans ces aides financières, le Vitromusée Romont ne pourrait pas assumer et développer les tâches décrites dans le message culture et ainsi contribuer à la sauvegarde et la mise en valeur d'un patrimoine suisse d'importance nationale et internationale.

Nous vous prions d'agréer, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.



PD Dr. Francine Giese

Directrice du Vitromusée Romont

Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024 (message culture) ; Liste de questions sur le projet mis en consultation

1. Mise en œuvre du message culture 2016–2020

Comment jugez-vous la mise en œuvre du message culture 2016–2020 par l'Office fédéral de la culture (OFC), Pro Helvetia et le Musée national suisse (cf. point 1.4.1 du rapport explicatif) ?

Le Vitromusée Romont considère que la mise en œuvre du message culture 2016–2020 dans le domaine des musées et collections, qui nous concerne directement, est efficace. Les subventions de la Confédération ont été investies au Vitromusée Romont pour réaliser les objectifs définis dans le premier message culture et ainsi contribuer à l'encouragement de la culture. Cependant, une augmentation du subventionnement pour la prochaine période nous semble indispensable pour mener à bien les nouvelles stratégies et offres de médiation.

2. Axes d'action de la politique culturelle de la Confédération

Comment jugez-vous le maintien des trois axes d'action de la politique culturelle fédérale (« participation culturelle », « cohésion sociale » et « création et innovation ») et l'ajout de l'accent « numérisation » (voir point 1.4.2 du rapport explicatif) ?

À notre avis, les trois axes d'action tiennent compte des évolutions dans le domaine de la politique culturelle. La participation culturelle et la sensibilisation de la société pour des aspects culturels nous semblent particulièrement importants. Selon nous, l'accent mis sur la numérisation va dans le bon sens, en réagissant aux développements actuels, notamment dans le domaine de la gestion des collections et leur mise en valeur auprès du large public.

3. Poursuite du développement des mesures

Comment évaluez-vous la fixation des priorités en ce qui concerne le développement des mesures durant la période de financement 2021 à 2024 (voir points 1.4.2.1 à 1.4.2.3 du rapport explicatif) ?

Le Vitromusée Romont évalue positivement la fixation des priorités définies pour la deuxième période de financement. Des trois priorités fixées, nous considérons que le point 1.4.2.1 mérite une attention particulière. Indépendamment des priorités définies dans le message culture 2021–2024, le Vitromusée Romont lancera cette année le nouveau format *Création féminine*, qui aura pour but de soutenir des artistes féminines du passé et présent.

4. Révision de la loi sur le cinéma

Les films soutenus par la Confédération devraient à l'avenir être plus facilement accessibles au grand public une fois l'exploitation commerciale terminée (voir point 3.2 du rapport explicatif). Êtes-vous d'accord avec cette proposition ? En outre, les entreprises qui proposent des films par voie électronique à la demande ou par abonnement devraient être tenues, comme c'est déjà le cas aujourd'hui pour les diffuseurs de télévision, d'investir 4 % de leur chiffre d'affaires brut dans le cinéma suisse ou de payer une taxe de remplacement correspondante (voir point 3.2 du rapport explicatif). Êtes-vous d'accord avec cette proposition ? Enfin, les entreprises qui proposent des films en ligne sont tenues de réserver 30 % de leur catalogue à des films européens (cf. ch. 3.2 du rapport explicatif). Êtes-vous d'accord avec cette proposition ?

Comme le domaine du cinéma ne nous concerne pas directement, nous nous abstenons de tout commentaire.

5. Autres modifications législatives

Comment évaluez-vous les autres adaptations législatives (cf. ch. 3.1 ss du rapport explicatif) et la proposition de confier à une institution fédérale de droit public le recrutement des enseignants des écoles suisses à l'étranger (voir point 2.6.3 du rapport explicatif) ?

Le Vitromusée Romont souligne l'importance du patrimoine culturel immatériel, notamment les techniques artisanales traditionnelles, et soutient fermement l'inscription du patrimoine culturel immatériel à l'art. 1 de la LEC.

6. Ressources financières pour la mise en œuvre du message culture 2021–2024

Comment évaluez-vous les ressources financières affectées à la mise en œuvre du message culture 2021–2024 (voir point 4 du rapport explicatif), qui s'élèvent à un montant total de 942,8 millions de francs ? Comment évaluez-vous les priorités établies par rapport aux moyens prévus ?

Vu les objectifs fixés et les tâches à réaliser dans le domaine des musées et collections (numérisation, inventarisation, mise en ligne des bases de données, entretien de l'exposition permanente, conception et réalisation d'expositions temporaires, médiation, communication et marketing), le Vitromusée Romont le Vitromusée Romont considère qu'un renforcement des ressources financières affectées à ce domaine est nécessaire.

Romont, 29 août 2019

PD Dr. Francine Giese, Directrice Vitromusée Romont

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 – Vernehmlassung

Herisau, 30. August 2019

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Interesse aber ebenso grosser Beunruhigung haben wir, der «Verein Figurentheater-Museum» (VTM), mit Sitz in Herisau, die Vernehmlassungsvorlage zur Kulturbotschaft gelesen und unterbreiten Ihnen hiermit unsere Stellungnahme.

Wir nehmen Bezug auf den Paragraf 2.4.3, Beiträge an Netzwerke Dritter, Abschnitt Ziele und Massnahmen: «Die Neuaufnahme von «Bibliosuisse» zu den vom Bund geförderten Netzwerken ab 2021 und der zusätzliche Finanzbedarf der Fotostiftung im Bereich der Räumlichkeiten und der analogen Archivierung führen dazu, dass die beschränkten finanziellen Mittel im Bereich der Netzwerke umverteilt werden müssen.»

Diese Aussage gibt Anlass zur Vermutung, dass die Gelder bei den verbleibenden Netzwerken SAPA und Memoriav gekürzt werden.

Diese Kürzung kann die Stiftung SAPA, welche eben erst auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesamtes für Kultur aus dem Zusammenschluss der Schweizerischen Theatersammlung und dem Schweizer Tanzarchiv hervorgegangen ist, nun sämtliche Sparten der Darstellenden Künste umfasst und im Aufbau begriffen ist, unmöglich hinnehmen.

Die SAPA besitzt nicht nur ein grossartiges Archiv als nationale Sammlung zum Theatergeschehen in der Schweiz, um welches sie viele Länder beneiden könnten, sie bildet auch ein notwendiges Scharnier zu weiteren Institutionen! Wenn diese Funktion nicht geleistet werden kann, fällt eine wichtige Dokumentations-Zentrale weg, die vernetzt, kanalisiert, Wissen und Kompetenz einbringen kann. Eine solche Tätigkeit ist nicht nur wichtig für ihr eigenes Archiv und dessen Dokumentation – das in erster Linie! – sondern erfüllt auch eine unverzichtbare Scharnierfunktion für weitere Institutionen!

Diese zeigt sich für das Figurentheater zum Beispiel folgendermassen: Diese Theatersparte hat in den letzten 50 Jahren einen enormen Aufschwung genommen. Mindestens eine halbe Million Kinder und Erwachsene sehen jährlich deren Aufführungen. Dieses Theatergeschehen jedoch ist sehr ungenügend dokumentiert. Der «Verein Figurentheater-Museum» in Herisau hat sich dieser Situation angenommen und führt eine Erhebung bei hundert Bühnen und Personen der ganzen Schweiz durch, um die nötigen Daten zu erheben. Dieser Verein betreibt diese Erhebung, da die UNIMA-Suisse, der Berufsverband der Theatersparte, leider – nicht zuletzt infolge der Streichung sämtlicher Unterstützung durch das BAK – infolge daraus resultierender Handlungsunfähigkeit aufgelöst werden musste. Was zu einem, für die betroffenen Bühnen, aber auch für die kulturelle Aktions- und Dokumentationsfähigkeit, schmerzhaften Verlust führte. Nebenbei: Diese Erhebung muss mit absolut bescheidenen Mitteln durchgeführt werden!

Die genannte Erhebung mit den hundert Besuchen ist im Gange und wird eine Menge relevanter Daten erbringen. Der «Verein Figurentheater-Museum» kann diese besorgen. Wenn aber eine Institution wie die SAPA wegfällt oder ihre Aufgabe nicht genügend erfüllen kann, fällt die wesentliche Funktion weg, die diese Datenerfassung erst sinnvoll macht: Die Weitervermittlung!

Diese Daten müssen von Forschung und weiteren Interessen auch gefunden werden – da braucht es unbedingt solche Institutionen wie gerade die SAPA! Es wäre ein unverständliches Armutszeugnis für ein Land, wenn dessen kulturelles Gedächtnis einfach Google überlassen würde!

Ein weiteres Beispiel zeigt die Notwendigkeit einer solchen Institution: Die erwähnte Auflösung der UNIMA-Suisse führte auch zur Frage, was mit deren Archiv geschehen soll. Eine einzigartige Sammlung von Dokumenten aus der Gründungszeit des Berufsverbandes: Protokolle, Briefe, Artikel, Fotos – eine Fülle von Originalen, durch welche die Diskussion der Fragen, die sich zu dieser Zeit stellten, die Verhältnisse der Personen zueinander, die Einbindung ins internationale Geschehen usw., nachvollzogen werden kann. Dies lebendige Fülle ist bestes kulturhistorisches Material! Dessen Verschwinden wäre ein wirklicher Verlust. Auch da bot sich die SAPA als nun einzig sinnvoller Ort der Aufbewahrung an!

Eine persönliche Bemerkung noch zum Schluss: In meiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied und als Präsident der UNIMA habe ich während fast 40 Jahren den Betrieb von Theaterverbänden, deren Auf- und Ab, Zusammengehen usw. aktiv erlebt. Nach einer anfänglichen Zeit der Förderung dieser Verbände durch die öffentliche Hand, die jenen ein Aufblühen ermöglichten (es wurden enorm viele Aufgaben übernommen, erkannt und erfüllt!), folgte eine Zeit endloser Strukturdebatten, die immer durch finanzielle Vorgaben «von oben» ausgelöst wurden. Was dazu führte, dass die Geldmittel, die einer Institution zur Verfügung gestellt wurden mehr und mehr dazu aufgewendet werden mussten, die Anforderungen dieser Geldgeber zu erfüllen. Anforderungen, die die Aufbereitung, Darstellung, Qualitätskontrolle usw. notwendig machen. Dies hat aber mit der eigentlichen Kernaufgabe einer Institution leider meist sehr wenig zu tun. Wechselnde Funktionäre in übergeordneten Institutionen der öffentlichen Hand entwerfen Modelle, in wechselhafte Richtungen weisend wie Wetterfahnen, nach denen sich Institutionen zu richten haben; diese Vorgaben binden dann enorme Energie und Geldmittel, um die immer wieder neu zu kämpfen ist. Planungssicherheit, Dranbleiben an der eigenen Arbeit geht anders!

Ich wünsche der SAPA, dass sie ihre Aufgabe, die durch das kulturhistorische Verständnis einer interessierten Öffentlichkeit gestellt ist, in Ruhe, konzentriert und effizient angehen und erfüllen kann, einmal über zehn Jahre hinweg, in einem sinnvollen Rahmen, der mit den Geldgebern gemeinsam diskutiert und ausgehandelt werden konnte.

Wir bitten Sie, unsere Argumentation in die Kulturbotschaft 2021-2024 aufzunehmen und der SAPA, aufgrund Ihrer zunehmend komplexeren Aufgabe, eine Budgeterhöhung, die mit dieser gemeinsam zu bestimmen wäre, zu gewähren.

Mit bestem Dank für diese Berücksichtigung und

mit freundlichen Grüßen

Kurt Fröhlich, Präsident

Verein Figurentheater-Museum

Gemeinderat, Jurastrasse 22, 4901 Langenthal

per E-Mail: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Gemeinderat
Direkt 062 916 22 21
stadtkanzlei@langenthal.ch

30. August 2019

Kulturbotschaft 2021-2024; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zur Kulturbotschaft 2021-2024 des Bundes Stellung nehmen zu können.

Es geht uns insbesondere um zwei Anliegen, die den Kanton Bern und die Bundesstadt betreffen:

1. Streichung der Bundesmillion:

Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das Kulturförderungsgesetz klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Von der Streichung des Artikels 18 KFG ist abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten. Eine Streichung der Bundesmillion würde nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern treffen, sondern die gesamte Kantonsbevölkerung.

2. Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter:

Wir begrüssen die Unterstützung des Bundes für die Netzwerke, insbesondere das Alpine Museum der Schweiz sowie SAPA, Schweizer Archiv der Darstellenden Künste (hervorgegangen aus der Fusion des Schweizerischen Tanzarchivs Zürich und Lausanne mit dem Schweizerischen Theaterarchiv Bern). Der Bund plant, die beschränkten Mittel für die Unterstützung von Netzwerken Dritter umzuverteilen. Als Gründe dafür werden genannt, dass neue Netzwerke hinzukämen ("Bibliosuisse") und andere, wie z. B. die Fotostiftung Winterthur, mehr Mittel bräuchten. Die seit dem laufenden Jahr im Gang befindliche Neuausrichtung des Alpen Museums der Schweiz als Netzwerk stützt sich auf entsprechende Zusagen für Bundesbeiträge. Um die mit dem Bund vereinbarte Aufgabe als Netzwerk erfüllen zu können, braucht das Alpine Museum der Schweiz mindestens die im Augenblick gesprochenen Mittel. Die angekündigte Verschiebung der Mittel darf nicht zu Kürzungen beim Alpen Museum führen, mittelfristig ist eine Anhebung dieser Mittel notwendig.

Wir beantragen, dass der Bund genügend Mittel für das Alpine Museum der Schweiz bereitstellt, damit dessen Auftrag als Netzwerk gesichert werden kann. Die entsprechende Zusage ist in der Botschaft in geeigneter Form zu ergänzen.

Wir danken Ihnen sehr für die Berücksichtigung unserer Anliegen, sie sind für den Kanton Bern von eminenter Bedeutung.

Freundliche Grüsse



Reto Müller
Stadtpräsident



Sandra Steiner-Krauer
stv. Stadtschreiberin

Kopie an:

- Kultur Stadt Bern, z.H. Frau Franziska Burkhardt, Effingerstrasse 21, 3008 Bern
- Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Amt für Kultur, z.H. Frau Sibylle Birrer, Sulgeneckstrasse 70, 3005 Bern
- Amt für Bildung, Kultur und Sport, im Hause
- Stadtkanzlei, im Hause

Bern, 30. August 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021-24: Stellungnahme des Alpinen Museums der Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-24 wahr. Wir konzentrieren uns dabei auf den Förderbereich, der die Zukunft des Alpinen Museums der Schweiz bzw. der Netzwerke Dritter unmittelbar betrifft: Ziff. 2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Das Alpine Museum der Schweiz gehört der Kategorie Netzwerke seit dem 1. Januar 2019 an. Ein Kategorienwechsel wurde 2018 vom Bundesrat vollzogen, nachdem die bisherige Museumsförderung des Bundes einem Systemwechsel unterzogen und der Beitrag an das Alpine Museum der Schweiz ab 2019 um 75% gekürzt worden war. Für den neuen Netzwerkstatus des Alpinen Museums und eine aufgabengerechte Finanzierung von Fr. 780'000/Jahr (gegenüber Fr. 1'020'000 als Museum in den Jahren 2014-17) sprachen sich die Eidg. Räte in der Wintersession 2018 mit deutlicher Mehrheit aus. Eine parlamentarische Mehrheit will, dass der Bund das Alpine Museum der Schweiz künftig als Thematisches Netzwerk substantiell unterstützt und seinen Betrieb für die Zukunft sichert.

Der Entwurf der Kulturbotschaft 2021-24 sieht Massnahmen vor, die sich bereits wieder als Relativierung und potentielle Gefährdung der Thematischen Netzwerke, insbesondere des eben erst in diese Kategorie aufgenommenen Alpinen Museums, lesen lassen. Neu sollen zwei Kategorien von Netzwerken gebildet werden, die eine ungleiche Förderung erfahren: die Audiovisuellen Netzwerke (Kompetenzzentren des audiovisuellen Erbes), für die ein Mehrbedarf an Mitteln geltend gemacht wird, und die Thematischen Netzwerke, die der Bund „weiterhin unterstützen“ will, aber jetzt schon ankündet: **„dass die beschränkten finanziellen Mittel im Bereich der Netzwerke umverteilt werden müssen“.**

Das wirft in mehrfacher Hinsicht Fragen auf: Problematisch ist, dass die Netzwerk-Begriffe „Netzwerke im Bereich audiovisuelles Kulturerbe“ und „thematische Netzwerke“ **nicht trennscharf** sind. Auch das Alpine Museum der Schweiz hat als Thematisches Netzwerk eine national bedeutende Fotosammlung zum alpinen Raum, darf diese aber nicht als Netzwerk-Leistung einbringen; die Sammlung ist beim Thematischen Netzwerk sogar explizit von jeder Förderung ausgeschlossen.

Ausserdem gelten für die beiden Netzwerk-Kategorien **ungleiche Anforderungen**. Die Audiovisuellen Netzwerke werden durch eine formulierte Zielorientierung priorisiert, für die Thematischen Netzwerke wird keine Zielorientierung formuliert, was offen lässt, was das BAK mit dieser Kategorie eigentlich will. Am irritierendsten ist jedoch die Aussage, dass Mehrmittel für neue Netzwerk-Institutionen (genannt wird Biblosuisse) bzw. für bestehende Netzwerke (genannt wird die Fotostiftung) durch interne „Umverteilungen“ und nicht über zusätzliche Gelder finanziert werden sollen. Damit wird aus unserer Sicht wieder eine Unsicherheit aufgebaut, ob der begonnene Aufbau einer Netzwerk-Architektur für das Alpine Museum eine Fortsetzung hat.

Wir halten die Idee, innerhalb der Netzwerke bereits wieder neue Förderkategorien zu bilden und diese ungleich zu behandeln, nicht für zukunftstauglich. Wir halten es für grundlegend, dass

1. **die genannten Netzwerk-Kategorien gleich behandelt und in vergleichbare Begrifflichkeiten gefasst werden.** Etwa in dem von Audiovisuellen Netzwerken und Thematischen Netzwerken die Rede ist, die sich nicht hierarchisch, sondern inhaltlich unterscheiden. Die einen sind einem bestimmten materiellen Kulturerbe verpflichtet (z.B. Fotografie), die anderen der Organisation und Vermittlung von gesamtschweizerisch relevanten Themen (z.B. dem Verhältnis der Schweizerinnen und Schweizer zu den Bergen und zum alpinen Raum). Thematische Netzwerke sind vorwiegend der Gegenwart und Zukunft verpflichtet und schliessen die Auseinandersetzung mit dem immateriellen Kulturerbe mit ein. Thematische Netzwerke mit eigener Sammlung, wie das Alpine Museum, müssen dieses Kulturerbe wie die Audiovisuellen Netzwerke in ihren Auftrag integrieren und als Netzwerkleistung geltend machen können.
2. **für die Thematischen Netzwerke eine Zielorientierung definiert wird, um deren komplementären Nutzen gegenüber bewahrenden audiovisuellen Kompetenzzentren deutlich zu machen.** Etwa mit dem zusätzlichen Abschnitt unter Ziff. 2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter / Ausgangslage und Herausforderungen:
„Für die vom Bund unterstützten Thematischen Netzwerke stellen sich folgende Herausforderungen:
 - *Kulturelle Teilhabe:* Die Thematischen Netzwerke fördern die gegenwarts- und zukunftsorientierte Auseinandersetzung um gesellschaftlich relevante Themen unter Teilhabe einer breiten Öffentlichkeit.
 - *Sammlung:* Es gilt, die thematischen Sammlungen gezielt und unter Berücksichtigung der beschränkten Ressourcen zu entwickeln und zu pflegen, insbesondere im Bereich der Dokumentation und Erhaltung des immateriellen Kulturerbes.
 - *Institutionelle Zusammenarbeit:* Die Entwicklung der Thematischen Netzwerke erfordert eine intensive Zusammenarbeit unter vergleichbaren thematischen Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene.“
3. **falls eine Priorisierung innerhalb der Netzwerkförderung erfolgt und zusätzliche Mittel notwendig sind, die Mittel dafür zusätzlich beschafft werden.**

Wir bitten Sie, unsere spezifischen Ergänzungen im Bereich „Netzwerke Dritter“ in Ihre weitere Bearbeitung einzubeziehen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Alpines Museum der Schweiz

Paul Messerli, Stiftungspräsident (bis 30. September 2019)
Gianna Luzio, design. Stiftungspräsidentin (ab 1. Oktober 2019)
Beat Hächler, Direktor

Alpines Museum der Schweiz / Musée Alpin Suisse
Museo Alpino Svizzero / Swiss Alpine Museum
Helvetiaplatz 4, CH-3005 Bern, T +41 31 350 04 40
info@alpinesmuseum.ch, www.alpinesmuseum.ch

Eidg. Departement des Innern
Herrn Bundesrat Alain Berset
Inselgasse
3000 Bern

Bern, 2. September 2019

Kulturbotschaft 2021-2024 Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Sie haben *educationsuisse* als Dachverband der Schweizerschulen im Ausland eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 des Bundesrates Stellung zu nehmen. Dieser Einladung folgen wir gerne und danken Ihnen für die Gelegenheit.

Danken möchten wir den Behörden des Bundes, insbesondere der Direktion und den Mitarbeitenden des Bundesamtes für Kultur (BAK) einleitend auch für die gute Zusammenarbeit, die wir seit Jahren und kontinuierlich im Dienst am Schweizer Auslandschulwesen pflegen dürfen.

Die für das Auslandschulwesen relevanten Inhalte der Kulturbotschaft wurden den Präsidentinnen und Präsidenten der Trägervereine sowie den Schulleitungen unserer 18 Schweizerschulen im Rahmen der *educationsuisse*-Jahreskonferenz 2019 seitens des BAK vorgestellt. Anschliessend hat der Verbandsvorstand die verschiedenen Elemente unserer Stellungnahme einlässlich mit den Präsidien und Schulleitungen der 18 Schulen besprochen. Zum schriftlichen Entwurf der Vernehmlassungsantwort konnte seitens der Schulen nochmals auf dem Zirkulationsweg Stellung genommen werden. Wir dürfen daher davon ausgehen, dass hier die konsolidierte Stellungnahme unserer Mitgliedschulen vorliegt.

I. Generelle Feststellungen

Wir stimmen der Stossrichtung der Kulturbotschaft im Allgemeinen, namentlich den identifizierten fünf Megatrends und den drei Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes, ausdrücklich zu.

Grundsätzliche Zustimmung bekunden wir auch zu den Zielsetzungen der Botschaft für das Auslandschulwesen im Besonderen, namentlich

- zur Schaffung eines international rechtsbeständigen Status der Schweizer Lehrkräfte durch eine öffentlich-rechtliche Entsendung
- zur weiteren Unterstützung und Stärkung der jüngsten Schweizerschule in Peking
- zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Auslandsschulen unserer Nachbarländer
- zur mittelfristigen Klärung des Verhältnisses zu kommerziellen (nicht gemeinnützigen) Schulen mit Schweiz-Bezug im Ausland

II. Im Einzelnen:

1. Die **finanzielle Unterstützung der Schweizerschulen durch den Bund** sollte auf jeden Fall von der bisherigen Basis aus weiter konsolidiert werden können. Die Schulen bemühen sich um eine aktuelle und glaubwürdige Swissness, deren Träger die Lehrkräfte und Schulleitungen aus der Schweiz sind. Dies schlägt sich im Kostenaufwand vor Ort nieder. Die Schulen bleiben daher auf die Bundesunterstützung im mindestens bisherigen Umfang dringend angewiesen. Wir begrüssen es deshalb ausdrücklich, dass für die Subventionierung der neuen Schule in Peking und für die Finanzierung der künftigen Entsendungsagentur zusätzliche Mittel vorgesehen sind. Auch gehen wir davon aus, dass die Subventionierung von während der Kreditperiode neu anerkannten Schweizerschulen gegebenenfalls mit zusätzlichen Mitteln erfolgen würde. Ferner sollte künftig auf Pauschalreduktionen des Subventionsbetrages im Rahmen von Sparmassnahmen des Bundes verzichtet werden, solange die effektiv ausgerichteten Gelder die vom Parlament bewilligte Höhe des Gesamtkredits gar nicht erreichen.
2. Indes erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass die qualitative Entwicklung der Schulen und deren quantitatives Wachstum stetig steigende Kosten verursachen, während die für die Schweizerschulen vorgesehenen Bundesbeiträge in Höhe der vergangenen Periode für weitere vier Jahre gleichsam eingefroren werden sollen. Die Beiträge an die Schweizer Schulen sind also vom Wachstum der Fördermittel des Bundes im Kulturbereich ausgenommen. Zwar werden sich die Schulen gewiss bemühen, weiterhin in hoher Eigenwirtschaftlichkeit erfolgreich zu sein. Doch müssen wir davon ausgehen, dass die gestiegenen Aufwendungen der Schweizerschulen mittel- bis längerfristig eine substantielle Anpassung der Bundesbeiträge erforderlich machen werden. Mit Blick auf die Sicherung der Qualität der Schulen ist eine kontinuierliche und stabile Entwicklung der Bundesbeiträge sehr wichtig. Für die Periode 2021-2024 bitten wir daher um eine Erhöhung der Beiträge um mindestens 3% im Verhältnis zur Vorperiode.
3. Unser Verband hat sich seit längerem dafür eingesetzt, dass ein **international rechtsbeständiger Status für die Schweizer Lehrkräfte** an den vom Bundesrat anerkannten Schweizerschulen im Ausland geschaffen wird. Es ist für die Zukunft der Schweizer Auslandschulen unabdingbar, dass die Schweizer Lehrkräfte künftig durch eine schweizerische Körperschaft öffentlich-rechtlich angestellt sein (bzw. bleiben) können, also: öffentlich-rechtlich entsandt werden und mithin dem Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht der Schweiz unterstellt bleiben. Anders wird es nicht mehr gelingen, genügend Schweizer Lehrkräfte für die Auslandschulen gewinnen zu können. Wir begrüssen ausdrücklich, dass die Kulturbotschaft dieses Vorhaben in Aussicht nimmt.
4. Mit einer gewissen Beunruhigung stellen wir jedoch fest, dass die Botschaft das Vorhaben noch nicht weiter konkretisiert – auch nicht hinsichtlich einer uns auf jeden Fall nötig scheinenden rechtlichen Grundlage im Schweizerschulengesetz –, sondern ausführt, dessen konkrete Ausgestaltung hänge noch vom Ergebnis einer anderweitigen Prüfung ab. Dabei geht es offenbar um eine neue Organisationsform und Führungsstruktur für die nationale Austausch-Agentur *Movetia*, die freilich mit den hier relevanten schulischen und personalrechtlichen Inhalten und Prozessen nichts zu tun hat. Wir befürchten, dass durch die Organisation der Entsendung in einer sachfremden institutionellen Umgebung unnötige Komplikationen, Ineffizienzen und ungerechtfertigter Mehraufwand entstehen werden, ohne dass wir hinter diesen Komplikationen irgendeinen Mehrwert erkennen können. Auch droht mit dieser für uns überraschenden, nicht nachvollziehbaren Entwicklung des Geschäfts ein zusätzlicher Zeitverlust, der die Schulen zwingt, ihre teilweise labilen Anstellungsverhältnisse mit allen entsprechenden Risiken noch länger weiterführen zu müssen. Wir bitten daher um eine rasche und eindeutige Klärung der Situation im Sinne der nachstehenden Ausführungen.

5. Für die Ausgestaltung einer entsprechenden öffentlich-rechtlichen Agentur, welche im Auftrag des Bundes die Entsendung der Schweizer Lehrkräfte verantwortet, sollte nach Auffassung der Schulen und ihres Verbandes *die einfachstmögliche Lösung* getroffen werden; dabei sollten aus unserer heutigen Sicht folgende Kriterien begleitend sein:
- a. Die erlaubte Dauer einer im Rahmen der Entsendung erfolgenden Anstellung einer Lehrperson sollte zweimal 4 Jahre, mindestens jedoch zweimal 3 Jahre betragen. Bei Schulleiterinnen/Schulleitern oder Mitglieder der erweiterten Schulleitung (z.B. Stufenleitungen, Fachvorstände etc.) soll im Einzelfall dem Gebot der Kontinuität in der Schulführung mit Ausnahmeregelungen Rechnung getragen werden können.
 - b. Die Schulen bleiben verantwortlich für die Auswahl, Führung und Evaluation ihrer Lehrkräfte und für den Entscheid über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses, während deren Anstellung künftig durch die öffentlich-rechtliche Agentur erfolgen wird.
 - c. Es bleiben unterschiedliche Gehaltsordnungen und Gehälter je nach Schulstandort bzw. Schulträgerschaft möglich.
 - d. Für die neue Agentur soll kein grosser finanzieller Mehraufwand entstehen im Vergleich zur heutigen, kostengünstigen Lösung der Personaladministration durch *educationsuisse*.
 - e. Insbesondere soll der Aufwand für die Agentur nicht zu einer Schmälerung der heute für die direkte Unterstützung der Schulen zur Verfügung stehenden Mittel führen.
 - f. Die Entsendung der Schweizer Lehrkräfte soll möglichst nicht zu einer zusätzlichen Bürokratisierung des Auslandschulwesens und zu Redundanzen bzw. konkurrierendem Handeln zwischen verschiedenen beteiligten Instanzen führen.
 - g. Für die Schulen soll nach Möglichkeit weiterhin ein «one stop-Shop» bestehen, d.h. *eine* zentrale Anlaufstelle in der Schweiz für alle zur (Personal-)Führung an der Auslandschule relevanten Fragen.
 - h. Damit heute vorhandenes Knowhow genutzt und mögliche Synergien gebildet werden können, soll die neue öffentlich-rechtliche Anstalt den Dachverband *educationsuisse* mit dem *administrativen Vollzug* der Personaladministration durch dessen Geschäftsstelle beauftragen.
 - i. Falls die neue öffentlich-rechtliche Anstalt aus *zwingenden* rechtlichen Gründen, die aus heutiger Sicht unerfindlich sind, nicht *educationsuisse* mit dem Vollzug der Personaladministration sollte beauftragen können, so soll dies keinen Abbau beim übrigen Leistungsportefeuille von *educationsuisse* zur Folge haben.
 - j. Insbesondere soll die Unterstützung der Auslandschulen bei der *Rekrutierung von Lehrkräften* weiterhin vom Dachverband *educationsuisse* in seiner anerkannt guten Vernetzung mit dem Bildungssystem Schweiz geleistet werden.
 - k. Bei der konkreten Ausgestaltung der Anstellungsmodalitäten zwischen der künftigen öffentlich-rechtlichen Anstalt und den Schulen im Ausland ist dem Aspekt der Geldflüsse ein hohes Augenmerk zu schenken, insbesondere dem Umstand, dass die Schulen gegen 80% ihrer Einnahmen vor Ort in Lokalwährung erwirtschaften und dass ihnen als Nonprofit-Organisationen Rücküberweisungen in die Schweiz in der Regel nicht möglich sind.
 - l. Lösungsmodelle, deren Einführung in Erwägung gezogen wird, sollen zuvor einer soliden Simulation unterzogen werden.

6. Nachdem die vorliegende Vernehmlassungsversion der Kulturbotschaft weder die erforderliche Rechtsgrundlage noch die institutionelle und organisatorische Ausgestaltung der Entsendungsagentur konkretisiert, bitten wir dringend darum, an den noch erforderlichen weiteren Planungs- und Realisierungsschritten und an der Gestaltung des Übergangs vom einen zum anderen System eng beteiligt zu werden. Wir dürfen für *educationsuisse* eine langjährige einschlägige Erfahrung, eine gute Vernetzung im Bildungssystem Schweiz, viel praktisches Knowhow in der Personaladministration an Schweizer Schulen im Ausland sowie das Vertrauen der Schulen selber in Anspruch nehmen – es wäre zweifellos für das Gelingen des Vorhabens dienlich, wenn wir frühzeitig und kontinuierlich in die Bearbeitung der relevanten Fragen einbezogen werden könnten. Wir bieten auch an dieser Stelle unsere Mitwirkung in aller Form an.
7. Das Modell für eine künftige **Zusammenarbeit mit gewinnorientierten Schulen «mit einem Bezug zur Schweiz»** wird konkrete und überprüfbare Kriterien für eine glaubwürdige Swissness solcher Schulen enthalten müssen, welche dereinst im Bundesgesetz zu verankern wären. Wesentlichste Voraussetzung wäre unseres Erachtens eine Leitung der Schule durch in der Schweiz diplomierte Fachkräfte und ein Unterricht, der zu einem minimalen Anteil von Lehrkräften aus der Schweiz und insgesamt zu einem relevanten Anteil von Lehrkräften mit schweizerischer Unterrichtsberechtigung erteilt würde. Erforderlich wäre auch, dass der Unterricht zu einem erheblichen Anteil nach schweizerischen Lehrplänen erfolgen würde. Es gilt auf jeden Fall zu vermeiden, dass die wegen ihrer besonderen Anstrengungen als Begegnungsschulen bundesrechtlich anerkannten und subventionierten Schweizer Schulen per öffentlich-rechtlicher Anerkennung konkurrenziert werden durch nicht-gemeinnützige, d.h. einen Shareholder-Value realisierende Schulen, deren angebotene Swissness nicht annähernd mit der ihren vergleichbar ist. Auch bei diesem Thema ist der Dachverband *educationsuisse* interessiert und gerne bereit, an entsprechenden Vorarbeiten mitzuwirken.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrte Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit gegenüber unseren Anliegen und stehen für ergänzende Ausführungen jederzeit zu Ihrer Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

***educationsuisse* – Schweizer Schulen im Ausland**

Hans Ambühl, Präsident

Barbara Sulzer Smith, Geschäftsführerin



Gegründet 1967 von Walter und Ambrosina Oertli

Stiftungsrat: Marco Baschera, Anne-Catherine de Perrot

Karl Vögeli, Hans Peter Bühler

Seestrasse 279, 8038 Zürich, Telefon 044 481 5385

oertlistiftung@bluewin.ch

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Als eine Stiftung, die sich seit über 50 Jahren für die Förderung des Brückenschlags zwischen den vier Sprachregionen der Schweiz einsetzt, begrüßen wir die Kulturbotschaft (2021-2024) generell und namentlich die unter 2.6.2 (Sprachen und Verständigung) angeführten Massnahmen. Sie decken sich weitgehend mit dem Hauptziel der Oertli-Stiftung, d.h. der Stärkung des inneren Zusammenhalts unseres Landes durch die bessere gegenseitige Verständigung zwischen der deutschsprachigen, der welschen, der italienischen und der rätoromanischen Schweiz.

Innerhalb des Katalogs der angeführten Fördermassnahmen sind aus unserer Sicht vor allem folgende Punkte wichtig:

- Die Förderung des Sprachunterrichts in mindestens einer anderen Landessprache für Lehrlinge und Berufsschüler*innen.
- Der Austausch von Lernenden über die innerschweizerischen Sprachgrenzen hinaus.
- Die Verbesserung des Sprachunterrichts in den Landessprachen in der Lehrer*innen-ausbildung.
- Die Förderung von Austauschprogrammen für Lehrer*innen innerhalb der Schweiz, vor allem während ihrer Ausbildung.

Wir schätzen Ihr Engagement und wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung der entsprechenden Massnahmen.

Mit freundlichen Grüssen:

Marco Baschera, Präsident

04. Sep. 2019

Registratur GS EDI

Eidgenössisches Departement des
Innern (EDI)
Herrn Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot, Amtsvorsteherin
Bundesamt für Kultur
Inselgasse 1
3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Thun, 3. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise eingeladen zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024. Das Kunstmuseum Thun trägt mit seiner bedeutenden Sammlung und attraktiven Wechselausstellungen wesentlich zur Bewahrung und Vermittlung des bildkünstlerischen Erbes unseres Landes bei und wird national wie international wahrgenommen. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes das Kunstmuseum Thun ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns, uns mit unseren spezifischen Anliegen in die Vernehmlassung einzubringen.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Kulturbotschaft 2021–2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür sind wir dankbar, lebt doch die Kulturpflege und -förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Megatrends wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Damit beschäftigen sich auch die Kunstmuseen seit längerer Zeit intensiv. Wir begrüßen explizit die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugute kommen.

Zu drei Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns im Detail einbringen:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge / Betriebsbeiträge

Wir begrüßen explizit die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, die die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungssummen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur

Kunstmuseum Thun
Thunerhof, Hofstettenstrasse 14, 3602 Thun
T +41 (0)33 225 84 20 / F +41 (0)33 225 89 06
kunstmuseum@thun.ch, www.kunstmuseumthun.ch

Thun-Panorama
Besuchsadresse: Schadaupark, 3602 Thun
T +41 (0)33 223 24 62
panorama@thun.ch, www.thun-panorama.ch

**THUN
PANORAMA**

Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen. Ein Optimierungspotential orten wir zudem bei der Antrags- und Bewilligungspraxis was Zeitpunkt der Ausschreibung sowie tatsächlich gesprochener prozentualer Beitrag der Versicherungskosten pro Gesuch betrifft.

Wir begrüssen es, dass der Bund sich subsidiär und längerfristig finanziell bei Museen von nationaler Bedeutung engagieren will, die nicht in seiner eigentlichen Verantwortung liegen. Die Betriebsbeiträge an einzelne Ausstellungshäuser binden sehr viele Mittel und damit widerspricht ihre zeitliche Begrenzung einer langfristigen kontinuierlichen Kulturförderung. Positiv ist, dass diese Beiträge vornehmlich für die Bereiche Sammlung und Vermittlung vorgesehen sind, zwei Aufgabengebiete, für die kaum anderweitig Drittmittel generiert werden können. Wir begrüsst zudem eine angemessene Vertretung von Kunstmuseen unter den durch Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen sowie grössere Transparenz der Entscheidungsfindung dieser Fördermassnahme, insbesondere bezüglich Zusammensetzung der Expertenkommission und der Kriterien für Zusage respektive Ablehnung der Gesuche.

2. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Das Kunstmuseum Thun begrüsst grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen wir indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem wir Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Zudem erwerben wir Kunstwerke für unsere Sammlung und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaaffenden bei. Diese Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zudem befürchten wir, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst nicht nötig. Zu befürchten ist, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

Daher ist es aus Sicht vom Kunstmuseum Thun notwendig, dass Ausstellungsinstitutionen, nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Kunsthallen und Off-Spaces, sich bei der Ausgestaltung von Ausstellungs- und Publikationshonoraren mit ihren Anliegen aktiv einbringen können und als wesentliche Akteure in die laufenden Diskussionen einbezogen werden.

3. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommenen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, was das Kunstmuseum

Thun erfreut zur Kenntnis nimmt. Wir stellen jedoch fest, dass das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Seit es die Datenmengen ermöglichen, sind Bilder auch in den neuen Kommunikationstechnologien allgegenwärtig. Die hohe Emotionalität, die mit einem Bild innerhalb eines Augenblicks erzeugt werden kann, wird mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und instrumentalisiert. Es ist noch immer selbstverständlich, dass ein Bild zunächst einmal Realität zeigt. Doch es bedarf sowohl der Bildung als auch der Übung, in einem Bild nicht nur den Realitätsbezug zu erkennen, sondern auch das Potential zu Manipulation. Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Dazu bedarf es einer Bildkompetenz, die insbesondere auch auf der Rezeptionsseite funktioniert.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten die Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung, liefert Denkanstösse und macht das Bewusste vom Unbewussten unterscheidbar. Ein Museum ist so gesehen ein 3-D-Bilderbuch, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Das Museum verfügt als Institution über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.

Die VSK würde sich freuen, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021-2024 einfließen würden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Vereinigung Schweizer Kunstmuseen VSK

Helen Hirsch

Vorstandsmitglied Vereinigung Schweizer Kunstmuseen
c/o Kunstmuseum Thun
Hofstettenstrasse 14
3602 Thun

Kunstmuseum Thun
Thunerhof, Hofstettenstrasse 14, 3602 Thun
T +41 (0)33 225 84 20 / F +41 (0)33 225 89 06
kunstmuseum@thun.ch, www.kunstmuseumthun.ch

Thun-Panorama
Besuchsadresse: Schadaupark, 3602 Thun
T +41 (0)33 223 24 62
panorama@thun.ch, www.thun-panorama.ch

**THUN
PANORAMA**

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Aargauer Kunsthaut, Aarau
Bündner Kunstmuseum, Chur
Graphische Sammlung ETH Zürich, Zürich
Kunsthaut Centre d'art Pasquart, Biel
Kunsthaut Glarus, Glarus
Kunsthaut Zug, Zug
Kunstmuseum Basel, Basel
Kunstmuseum Bern, Bern
Kunstmuseum Liechtenstein, Vaduz
Kunstmuseum Luzern, Luzern
Kunstmuseum Olten, Olten
Kunstmuseum St. Gallen, St. Gallen
Kunstmuseum Solothurn, Solothurn
Kunstmuseum Thun, Thun
Kunstmuseum Thurgau, Warth
Kunst Museum Winterthur, Winterthur
Musée cantonal des Beaux-Arts, Lausanne
Musée d'art et d'histoire Neuchâtel, Neuchâtel
Musée d'art et d'histoire Fribourg, Fribourg
Musée des Beaux-Arts, La Chaux-de-Fonds
Musée Jenisch, Vevey
Musées d'art et d'histoire de Genève, Genève
Museo d'arte della Svizzera italiana, Lugano
Museum Haus Konstruktiv, Zürich
Museum zu Allerheiligen, Schaffhausen
Musée d'art du Valais, Sion

Kunstmuseum Thun
Thunerhof, Hofstettenstrasse 14, 3602 Thun
T +41 (0)33 225 84 20 / F +41 (0)33 225 89 06
kunstmuseum@thun.ch, www.kunstmuseumthun.ch

Thun-Panorama
Besuchsadresse: Schadaupark, 3602 Thun
T +41 (0)33 223 24 62
panorama@thun.ch, www.thun-panorama.ch



Bern, 29. Mai 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft); Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

ICH BIN MIT ART. 18 NICHT EINVERSTANDEN.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

DIE STRICHUNG VON CA. 3% DER FINANZIELLEN MITTEL DER STADT BERN FÜR DIE KULTUR SIND NICHT ANZEHTABEL.

Basel,
3.9.2019

Herr Bundesrat Alain Berset
Vorsteher des Departements des Innern EDI
CH-3003 Bern

Herr Daniel Zimmermann
Bundesamt für Kultur
Hallwilerstrasse 15
CH-3003 Bern

Geht per Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

BOTSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER KULTUR 2021-2024: STELLUNGNAHME S AM

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Zimmer
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 Stellung nehmen zu können.

Gerne konzentrieren wir uns dabei auf die für das S AM wichtigsten Punkte:

2.4.2.2 Finanzhilfen an Museen und Sammlungen (S. 32f): Mit Betriebsbeiträgen an Museen und Sammlungen Dritter fördert der Bund Museen gesamtschweizerischer Bedeutung.

Das S AM Schweizerisches Architekturmuseum ist das einzige Themenmuseum zur Architektur und die führende Institution der Architekturvermittlung auf nationaler Ebene. Keine andere Schweizer Institution vereint eine derart umfassende Sammlung zur Schweizer Baukultur des 19.-21. Jh. und eine derart gebündelte Kompetenz zum Thema Architektur wie die 2016 vereinbarte Sammlungs Kooperation mit den vier Partnern

- S AM Schweizerisches Architekturmuseum
- gta Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der ETH Zürich
- Archives de la construction moderne der EPF Lausanne und
- Fondazione Archivio del Moderno dell'Università della Svizzera italiana Mendrisio.

Im Verbund mit den drei Archiven der Hochschulen ist das S AM das Kompetenzzentrum für Schweizer Baukultur des 19.-21. Jh. auf nationaler Ebene. Ihm kommt im Rahmen dieser Kooperation – ganz im Sinne der kulturellen Teilhabe – die Rolle des Vermittlers ans breite Publikum zu.

2.5 Baukultur (S. 35ff)

Seit seiner Gründung 1984 fördert das S AM Schweizerisches Architekturmuseum die Baukultur des 19.-21. Jh., indem es diese mit seinen

Wechselausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen an kulturinteressierte Laien unabhängig von Alter und Herkunft, Touristen sowie ein Fachpublikum vermittelt. Das S AM begrüsst deshalb die unter der Federführung des Bundesamts für Kultur erarbeitete Strategie Baukultur und unterstützt dieses Vorhaben, indem es sich gerne an der Umsetzung der geplanten Massnahmen beteiligt.

Im Rahmen der informellen Anhörung „Strategie Baukultur“ geht auch eine Stellungnahme des S AM ans Bundesamt für Kultur.

2.6.1 Kulturelle Teilhabe (S. 38ff)

Das S AM Schweizerisches Architekturmuseum begrüsst die in der Kulturpolitik des Bundes zentrale strategische Handlungsachse „Kulturelle Teilhabe“. Es richtet sein Programm an diesem Schwerpunkt der Schweizer Kulturpolitik aus. Als Institution, die Architektur und Baukultur des 19.-21. Jh. mit Wechselausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen an ein Laien- wie ein Fachpublikum vermittelt, leistet das S AM gerne einen Beitrag zur kulturellen Teilhabe.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an unseren Überlegungen zur Kulturbotschaft 2021-2024 und stehen bei Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Beste Grüsse

S AM Schweizerisches Architekturmuseum



Michèle Thüning
Managing Director
mt@sam-basel.org
Tel. +41 61 261 14 13

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Bundesamt für Kultur
Herrn Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot, Amtsvorsteherin Bundesamt für Kultur
Inselgasse 1
3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Museum zu Allerheiligen
Dr. Katharina Epprecht
Direktorin
Baumgartenstrasse 6
CH - 8200 Schaffhausen

Tel. +41 52 633 07 67
katharina.epprecht@stsh.ch
www.allerheiligen.ch

Schaffhausen, 3. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise eingeladen zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024. Das Museum zu Allerheiligen trägt mit seiner bedeutenden Sammlung und attraktiven Wechselausstellungen wesentlich zur Bewahrung und Vermittlung des bildkünstlerischen Erbes unseres Landes bei und wird national wie international wahrgenommen. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes das Museum zu Allerheiligen ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns, uns mit unseren spezifischen Anliegen in die Vernehmlassung einzubringen.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür sind wir dankbar, lebt doch die Kulturpflege und -förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Megatrends wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Damit beschäftigen sich auch die Kunstmuseen seit längerer Zeit intensiv. Wir begrüssen explizit die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugute kommen.

Zu drei Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns im Detail einbringen:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge / Betriebsbeiträge

Wir begrüssen explizit die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, die die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungssummen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung

der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen. Ein Optimierungspotential orten wir zudem bei der Antrags- und Bewilligungspraxis was Zeitpunkt der Ausschreibung sowie tatsächlich gesprochener prozentualer Beitrag der Versicherungskosten pro Gesuch betrifft.

Wir begrüssen es, dass der Bund sich subsidiär und längerfristig finanziell bei Museen von nationaler Bedeutung engagieren will, die nicht in seiner eigentlichen Verantwortung liegen. Die Betriebsbeiträge an einzelne Ausstellungshäuser binden sehr viele Mittel und damit widerspricht ihre zeitliche Begrenzung einer langfristigen kontinuierlichen Kulturförderung. Positiv ist, dass diese Beiträge vornehmlich für die Bereiche Sammlung und Vermittlung vorgesehen sind, zwei Aufgabengebiete, für die kaum anderweitig Drittmittel generiert werden können. Wir begrüssen zudem eine angemessene Vertretung von Kunstmuseen unter den durch Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen sowie grössere Transparenz der Entscheidungsfindung dieser Fördermassnahme, insbesondere bezüglich Zusammensetzung der Expertenkommission und der Kriterien für Zusage respektive Ablehnung der Gesuche.

2. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Das Museum zu Allerheiligen begrüsst grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen wir indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem wir Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Zudem erwerben wir Kunstwerke für unsere Sammlung und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaaffenden bei. Diese Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zudem befürchten wir, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst nicht nötig. Zu befürchten ist, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

Daher ist es aus Sicht des Museums zu Allerheiligen notwendig, dass Ausstellungsinstitutionen, nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Kunsthallen und Off-Spaces, sich bei der Ausgestaltung von Ausstellungs- und Publikationshonoraren mit ihren Anliegen aktiv einbringen können und als wesentliche Akteure in die laufenden Diskussionen einbezogen werden.

3. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, was das Museum zu Allerheiligen erfreut zur Kenntnis nimmt. Wir stellen jedoch fest, dass das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Seit es die Datenmengen ermöglichen, sind Bilder auch in den

neuen Kommunikationstechnologien allgegenwärtig. Die hohe Emotionalität, die mit einem Bild innerhalb eines Augenblicks erzeugt werden kann, wird mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und instrumentalisiert. Es ist noch immer selbstverständlich, dass ein Bild zunächst einmal Realität zeigt. Doch es bedarf sowohl der Bildung als auch der Übung, in einem Bild nicht nur den Realitätsbezug zu erkennen, sondern auch das Potential zu Manipulation. Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Dazu bedarf es einer Bildkompetenz, die insbesondere auch auf der Rezeptionsseite funktioniert.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten die Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung, liefert Denkanstösse und macht das Bewusste vom Unbewussten unterscheidbar. Ein Museum ist so gesehen ein 3-D-Bilderbuch, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Das Museum verfügt als Institution über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.

Die VSK würde sich freuen, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021-2024 einfliessen würden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Dr. Katharina Epprecht
Direktorin Museum zu Allerheiligen

Zürich, 4. September 2019

Eidgenössisches Departement des
Innern EDI
Herr Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot
Inselgasse 1
3003 Bern

Stabstelledirektion@bak.admin.ch

VERNEHMLASSUNG KULTURBOTSCHAFT 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024 eingeladen. Das Museum Haus Konstruktiv trägt mit seiner bedeutenden Sammlung und attraktiven Wechselausstellungen wesentlich zur Bewahrung und Vermittlung des bildkünstlerischen Erbes unseres Landes bei und wird national wie international wahrgenommen. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes unser Museum ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns, uns mit unseren spezifischen Anliegen in die Vernehmlassung einzubringen.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür sind wir dankbar, lebt doch die Kulturpflege und -förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Megatrends wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Damit beschäftigen sich auch die Kunstmuseen seit längerer Zeit intensiv. Wir begrüßen explizit die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugutekommen.

Zu drei Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns im Detail einbringen:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge / Betriebsbeiträge

Wir begrüßen explizit die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, die die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und

kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungssummen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen. Ein Optimierungspotential orten wir zudem bei der Antrags- und Bewilligungspraxis was Zeitpunkt der Ausschreibung sowie tatsächlich gesprochener prozentualer Beitrag der Versicherungskosten pro Gesuch betrifft.

Wir begrüssen es, dass der Bund sich subsidiär und längerfristig finanziell bei Museen von nationaler Bedeutung engagieren will, die nicht in seiner eigentlichen Verantwortung liegen. Die Betriebsbeiträge an einzelne Ausstellungshäuser binden sehr viele Mittel und damit widerspricht ihre zeitliche Begrenzung einer langfristigen kontinuierlichen Kulturförderung. Positiv ist, dass diese Beiträge vornehmlich für die Bereiche Sammlung und Vermittlung vorgesehen sind, zwei Aufgabengebiete, für die kaum anderweitig Drittmittel generiert werden können. Wir begrüsst zudem eine angemessene Vertretung von Kunstmuseen unter den durch Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen sowie grössere Transparenz der Entscheidungsfindung dieser Fördermassnahme, insbesondere bezüglich Zusammensetzung der Expertenkommission und der Kriterien für Zusage respektive Ablehnung der Gesuche.

2. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Das Museum Haus Konstruktiv begrüsst grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen wir indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem wir Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Zudem erwerben wir Kunstwerke für unsere Sammlung und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaaffenden bei. Diese Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zudem befürchten wir, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst nicht nötig. Zu befürchten ist, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

Daher ist es aus Sicht von Museum Haus Konstruktiv notwendig, dass Ausstellungsinstitutionen, nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Kunsthallen und Off-Spaces, sich bei der Ausgestaltung von Ausstellungs- und Publikationshonoraren mit ihren Anliegen aktiv einbringen können und als wesentliche Akteure in die laufenden Diskussionen einbezogen werden.

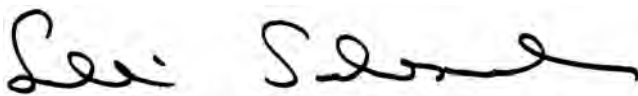
3. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommenen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, was unser Museum erfreut zur Kenntnis nimmt. Wir stellen jedoch fest, dass das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Seit es die Datenmengen ermöglichen, sind Bilder auch in den neuen Kommunikationstechnologien allgegenwärtig. Die hohe Emotionalität, die mit einem Bild innerhalb eines Augenblicks erzeugt werden kann, wird mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und instrumentalisiert. Es ist noch immer selbstverständlich, dass ein Bild zunächst einmal Realität zeigt. Doch es bedarf sowohl der Bildung als auch der Übung, in einem Bild nicht nur den Realitätsbezug zu erkennen, sondern auch das Potential zu Manipulation. Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Dazu bedarf es einer Bildkompetenz, die insbesondere auch auf der Rezeptionsseite funktioniert.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten die Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung, liefert Denkanstösse und macht das Bewusste vom Unbewussten unterscheidbar. Ein Museum ist so gesehen ein 3-D-Bilderbuch, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Das Museum verfügt als Institution über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.

Wir freuen uns, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021-2024 einfließen. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sabine Schaschl', with a stylized, flowing script.

Sabine Schaschl
Direktorin
Museum Haus Konstruktiv



Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Per Mail eingereicht an: stabstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 2. September 2019
Zuständig für Dossier: Josef Rohrer (j.rohrer@sl-fp.ch)
Jr/sl A31

**Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024
(Kulturbotschaft); Stellungnahme der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zur erwähnten Botschaft äussern zu können.

**Die SL unterstützt die Stellungnahme der Nationalen Informationsstelle zum
Kulturerbe NIKE voll und ganz und erklärt diese Stellungnahme zu ihrer Eigenen.**

Freundliche Grüsse

STIFTUNG LANDSCHAFTSSCHUTZ SCHWEIZ (SL-FP)

Dr. Raimund Rodewald
Geschäftsführer

Dr. Josef Rohrer
Projektleiter



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur BAK
Kommission der Schweizerischen Nationalbibliothek NB

CH-3003 Bern
BAK, NB

Bundesamt für Kultur BAK
Per Mail
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: 033-00077
Unser Zeichen:
Sachbearbeiter/in: Matthias Nepfer
Bern, 05.09.2019

Kulturbotschaft 2021-2024: Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns im Rahmen der Vernehmlassung eingeladen, zur bundesrätlichen Vorlage der Kulturbotschaft für die Jahre 2021 -2024 Stellung zu nehmen. Die Nationalbibliothekskommission hat sich an ihrer Sitzung vom 8. Juli dieses Jahres mit der Vorlage befasst und sich insbesondere jener Themen angenommen, die in ihrem Aufgabenbereich liegen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit, Ihnen unsere Haltung darlegen zu können.

Wir äussern uns, in eigener Sache, zur (1) Aufhebung der Kommission NB, zu den (2) Zielen und Massnahmen der NB und zu der (3) finanziellen Unterstützung von Bibliosuisse.

(1) Wir bedauern die Auflösung der Kommission NB, obwohl wir ein gewisses Verständnis für diesen Entscheid haben und einzelne Gründe nachvollziehen können. Durch die Aufhebung dieser ausserparlamentarischen Kommission verschwindet nun leider nach über hundert Jahren das einzige Organ, das sich mit schweizerischer Bibliothekspolitik in seiner ganzen Breite befasst. Die Positionierung als breit zusammengesetzte ausserparlamentarische Kommission hat ihr immer eine gewisse Neutralität ermöglicht. Die Kommission hat sich in der Vergangenheit stets bemüht, die verschiedenen Interessen rund um das Buch – das Buch im weiteren Sinne verstanden – zu bündeln. Die zum Teil divergierenden Haltungen innerhalb der NB Kommission haben die Arbeit in der Kommission und ihre Wirkung nach aussen nicht immer leichtgemacht. Sie war jedoch ein Abbild der Interessenvielfalt in diesem Kulturbereich, den es auszuhalten gilt. Wir befürchten, dass ein Verbandsgremium, das in anderer Form als Nachfolgeorganisation angedacht ist, diesbezüglich eine andere Rolle spielen wird und primär Brancheninteressen vertritt.

Wir wünschen uns, dass das neue Gremium, das bei Bibliosuisse angesiedelte «Bibliotheksforum» sich explizit zu einer übergreifenden, nationalen Perspektive bekennt. Ein wichtiges Thema dabei ist die Entwicklung einer schweizweit koordinierten Bibliothekspolitik. Wir sind auch der Meinung, dass sich der Bund weiterhin Überlegungen zu der gesamten Bibliotheksinfrastruktur des Landes machen soll, auch wenn sich neu ein Verbandsgremium damit befassen wird.

Schweizerische Nationalbibliothek NB
Matthias Nepfer
Hallwylstrasse 15, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 85 99, Fax +41 58 462 84 63
matthias.nepfer@nb.admin.ch
<http://www.nb.admin.ch>

(2) Die Ziele und Massnahmen in den Bereichen *Gebäude* (Bibliothek der Zukunft entwickeln), *Digitale Sammlung* (Digitale Strategie umsetzen) und *Digitale Langzeitarchivierung* (Digitales Gedächtnis der Schweiz kooperativ erhalten) können wir uneingeschränkt unterstützen.

(3) Wir begrüssen ausdrücklich, dass der neu gegründete Verband Bibliosuisse auf die Liste der vom Bund geförderten Netzwerken aufgenommen worden ist. Wir hoffen, dass die Finanzhilfe zwar erstmalig ausgerichtet wird, aber nicht einmalig bleibt.

Mit freundlichen Grüssen

P. Bieri, Präsident

Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 5. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme SSFV

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet und allen Verbänden die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt, wofür wir uns bedanken.

Der Berufsverband SSFV mit rund 600 Mitgliedern setzt sich als alleiniger Arbeitnehmersverband in der Filmbranche für zwölf Berufsgruppen von FilmtechnikerInnen und FilmschauspielerInnen ein. Unsere Crew-Berufsgruppen beinhalten sowohl technische (Kamera, Ton und Licht) wie auch künstlerische Berufe (Szenenbild, Kostüm, Maske).

Die vorliegende Stellungnahme lehnt sich stark an diejenige von CinéSuisse an und fokussiert auf gemeinsame Interessen der Branche im Bereich der Filmförderung und im Hinblick auf den Entwurf zur Kulturbotschaft 21-24 insbesondere auf die Ziffern 2.3.6, 3.2 und 4.1.3.

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024

Der SSFV erachtet den vom BAK erarbeiteten Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 als sehr gute Grundlage. Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass mehrere Forderungen der Schweizer Film- und Audiovisionsbranche (u.a. Investitionspflicht für Online-Anbieterinnen ins Schweizer Filmschaffen) im Entwurf vom BAK bereits enthalten sind.

Der SSFV vertritt zudem nachfolgend dargelegte Anliegen, die im vorgelegten Entwurf noch nicht enthalten sind. Es versteht sich, dass diese Forderungen und allfällige damit verbundene Massnahmen ausserhalb des im Entwurf enthaltenen Zahlungsrahmens liegen und daher zusätzliche Mittel erforderlich machen.

Unsere Anliegen im Besonderen

1. Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

Der SSFV stellt den Antrag, in der Kulturbotschaft 2021-2024 die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung einzubringen. Ziel ist die Mandatierung einer ausgewählten Arbeitsgruppe, die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst.

Das Bedürfnis nach einer Reform und Neuaufstellung der Schweizer Filmförderung wird von allen Akteur_innen und Branchenverbänden des Schweizer Filmschaffens als zentrales und vordringlichstes Anliegen gesehen (vgl. ausführliche Begründung im Anhang 1).

2. Reinvestitionspflicht und Territorialitätsprinzip für Online-Anbieterinnen

Der SSFV begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, **vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen** in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Nachdem der Bundesrat auf das geplante Gesetz über elektronische Medien verzichtet wird, muss der Onlinebereich im Filmgesetz geregelt werden, denn das Filmgesetz ist heute nicht mehr allein für die Belange des Kinofilms zuständig, sondern bewegt sich zunehmend in Richtung eines Gesetzes über den Film, unabhängig der Auswertungsform. So muss neben dem traditionellen linearen Fernsehen auch ein Umgang mit Online-Angeboten gefunden werden. Der SSFV begrüsst daher, dass Online-Anbieterinnen dieselben Pflichten haben sollen wie die Anbieterinnen von linearen Fernsehprogrammen. Sie müssen – neben der Entrichtung von film- und urheberrechtlichen Abgaben – einen Anteil ihres Umsatzes für die Entwicklung und Herstellung von Schweizer Filmen zur Verfügung stellen.

Begrüssenswert wäre sodann, dass auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, die heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe, kompetente Instanz, das BAK, überprüft werden.

Die von den Online-Anbieterinnen entrichteten Urheberrechtschädigungen sollen nicht angerechnet werden dürfen: Im Entwurf ist aufgeführt, dass auch die Urheberrechtschädigung als Investition in den Schweizer Film gilt (**Art. 24c Abs. 2 lit. b FiG**). Das ist falsch, eine Urheberrechtschädigung ist nicht ausschliesslich für Schweizer Filmproduktionen vorgesehen. Im Gegenteil, der Grossteil, der durch die Verwertungsgesellschaften erfassten Urheberrechtschädigungen, fliesst ins Ausland. Die Bestimmung zur Förderung des Schweizer Films aber ist eine ausschliesslich schweizerische Regelung. **Diese Bestimmung muss deshalb ersatzlos gestrichen werden.**

Sodann muss das gesamte Onlineangebot erfasst werden inkl. IPTV (Internet Fernsehen). Mit dem Hinweis in Art. 24b FiG, wonach „Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten“, verpflichtet sind, **4% ihrer Bruttoeinnahmen** für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden, muss sichergestellt sein, dass sämtliche Angebote, die weder unter das heutige RTVG fallen noch als Kino gelten, erfasst werden. Das bedeutet, dass auch IPTV hier erfasst werden muss, sofern es nicht unter das RTVG fällt. Wichtig ist, dass es keine vierte Auswertungsmöglichkeit eines Filmes gibt. Es muss die lückenlose Aufteilung der Auswertung garantiert werden auf die drei Bereiche: Kinoauswertung, Fernsehauswertung, Onlineauswertung. In Art. 24d FiG wird zudem aufgeführt, was als Bruttoeinnahmen gilt. Dabei wird folgerichtig aufgeführt, dass auch Werbeeinnahmen darunter fallen. Die Frage ist allerdings, ob mit der Aufzählung der Aufnahmeposten in Art. 24d FiG sämtliche wirtschaftlichen Vorteile aus der Filmauswertung erfasst werden. Es gibt bereits heute Angebote, die für Konsument_innen unentgeltlich sind und zudem wird es Fälle geben, in welchen auch die Berechnung der „aus der Schweiz zufließenden Bruttoeinnahmen“ schwierig vorzunehmen sein wird.

Wir beantragen deshalb die Einführung eines weiteren Absatzes in Art. 24d FiG:

Art. 24d Abs. 3 (neu) FiG: *Sofern die Errechnung der Bruttoeinnahmen nicht sinnvoll oder möglich ist, orientiert sich die Abgabe an den Kosten für die Bereitstellung des Filmangebots in der Schweiz.*

Im weiteren können wir die neu nach Auswertungskanal getrennte Strukturierung des Filmgesetzes mittragen, sofern die bisherigen Regeln entsprechend übernommen werden ins neue Kapitel 3a für die Online-Auswertung, was im vorgelegten Entwurf vergessen ging. Insbesondere sind die Regeln zur Angebotsvielfalt und zur Territorialität (u.a. Art. 19 FiG) entsprechend auch im Kapitel 3a aufzunehmen und dahingehend zu präzisieren, dass auch die Online-Einverleiherin (analog der Kinoverleiherin) für das ganze Gebiet der Schweiz sämtliche Digitalrechte (wie z.B. und nicht abschliessend: TVOD, EST, SVOD, ER) exklusiv für alle in der Schweiz zur Online-Verwertung gelangenden Sprachversionen besitzt. Gleichzeitig ist die Gelegenheit zu nutzen, um endlich griffige Sanktionen vorzusehen bei Zuwiderhandlungen sowohl im Kino- als auch im Online-Auswertungsbereich (Ergänzung von Art. 29 FiG).

3. Schweizer Film: Video on Demand (VoD) beim BAK

Der SSFV begrüsst die Idee des BAK, einen Online-Zugang für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe zu schaffen. Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden.

Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für die Konsument_innen, die mehrfach geäußert wurden, werden vom SSFV abgelehnt. Die kostenlose Nutzung entwertet das Werk und fördert eine Tendenz zur Gratisnutzung von Filmen

sowie anderen kulturellen Werken im Internet. Wie beim Buch ist gegen eine für die Konsument_innen unentgeltliche Nutzung des Werks an wenigen, dedizierten Orten (wie z.B. in der Cinémathèque) nichts einzuwenden.

Die Erstellung der VoD-Plattform muss kostenneutral erfolgen, d.h. es dürfen keine Mittel aus den Filmförderungskrediten verwendet werden. In diesem Sinne und zugunsten der Konsument_innen wäre eine Zusammenführung von geplanten Plattformen/Editionen (insbesondere BAK, SRG, Migros/Solothurn) nach wie vor wünschenswert. Viel wichtiger als die Plattform wird allerdings die digitale Aufbereitung der Filme sein. **Die Schweiz braucht einen Digitalisierungsfonds, der die umfassende Digitalisierung unseres Kulturgutes sicherstellt** (darunter auch den Film, aber auch andere Kulturformen, siehe unten unter Ziff. 7, Innovation).

Die komplexen Fragestellungen, die mit einer solchen Streamingplattform einhergehen, erfordern zudem eine Vernetzung nach neuesten technischen Verfahren und frei zugängliche Filmdatenbanken, wie auch koordinierte Forschung zur Erfassung und Sichtbarmachung der Metadaten der Werke. Dies erfordert verstärkte Koordination und den Einsatz von Bundesmitteln zur Digitalisierung des Filmerbes, damit genügend Schweizer Filme für die Plattformen zur Verfügung stehen.

4. Angemessener Anteil von Schweizer Filmen im Angebot

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien fordern wir die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieterinnen. Damit würde Kompatibilität mit der EU im Hinblick auf einen zukünftigen Wiederbeitritt ins MEDIA-Programm erreicht.

Als Ergänzung soll in diesen 30% ein angemessener Anteil an Schweizer Filmen festgeschrieben werden.

Antrag: Art. 24a Abs. 1 FiG ist deshalb um folgenden Satz zu ergänzen: *Dabei ist ein angemessener Anteil für Schweizer Filme vorzusehen.*

5. Flexibilisierung der Formen

Wir fordern, dass die Handlungsachse «Kreation und Innovation» auch den Film berücksichtigt und schlagen folgende Ergänzung des Textes vor:

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation» (S. 13)

Zusätzliche 4. Auflistung:

Kreation und Innovation im Bereich Film (BAK): Die Bedeutung audiovisueller Narrative zur Vermittlung von Inhalten hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Von der Erfahrung des Films in der audiovisuellen Erzählweise können andere Kunstdisziplinen profitieren. Andererseits ist durch die Digitalisierung auch beim Film selbst ein erheblicher Wandel im Gang. In der Kreation innovativer Formate und Inhalte liegt die Erneuerungschance des Mediums Film – von Kino bis zu Plattformen und neuen Technologien. Damit kann der Film zukünftig eine breite Bevölkerung erreichen und auch ein jüngeres Publikum ansprechen, was als wichtiges Element kultureller Teilhabe gewertet werden kann. Das BAK ist sich dieser Chance bewusst und fördert die Kreation und Innovation im Bereich Film, insbesondere durch Weiterbildung, Vernetzung mit anderen Kulturdisziplinen und Projektförderung.

6. Verarbeitungsstandort Schweiz (Swissness)

Das Thema „Verarbeitungsstandort Schweiz“ erhielt an der letzten Retraite des Dachverbandes Cinésuisse grossen Zuspruch. Als Ziele wurden a) die Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Techniker_innen und technischen Betriebe, b) die Beibehaltung, Förderung und Entwicklung des technischen Know-hows sowie c) die Technologie und Innovationsförderung (vergleichbar mit dem Ausland) genannt.

Das bisherige FISS funktioniert – vorbehältlich der minoritären Koproduktionen – weitgehend gut und ist ein geeignetes Instrument, die Ziele der Standortförderung zu erreichen. Im Sinne der Zielsetzung der Kulturbotschaft, die minoritären Koproduktionen im Rahmen des FISS zu stärken, sind die Bonifizierungsanreize hierfür entsprechend zu erhöhen.

Problematisch sind weiterhin die teilweise unfairen und wettbewerbsverzerrenden direkten und indirekten Infrastrukturbeihilfen und Fördersysteme der anderen Länder (namentlich Frankreich mit rigidem, einseitigem Punktesystem, Deutschland/Bundesländer mit offenen und verdeckten Infrastruktur- und Standorthilfen oder Benelux mit dem Tax Shelter etc.). Dies stellt eine reale und strukturell bedingte Wettbewerbsbenachteiligung der

schweizerischen Anbieterinnen dar, welche nicht in den Genuss von solchen Infrastrukturhilfen oder Schutzmechanismen kommen. Es ist deshalb zu überlegen, ob kulturpolitisch relevante oder innovative Technologien durch spezielle Anreizsysteme gefördert werden könnten, von welchen die schweizerische Filmbranche profitieren würde. Frankreich unterstützt z.B. den Kauf von professionellen Filmkameras unter der Bedingung, dass der Geräteverleiher dem französischen Produzenten darauf einen Verleihrabatt gewährt. Ähnliches kann für innovative Technologien im Ton- und Bildbereich geprüft werden.

Letztlich sind für die Erhaltung und Weiterentwicklung des filmtechnischen Know-hows bei der Digitalisierung und Restaurierung des schweizerischen Filmerbes geeignete Massnahmen zur Berücksichtigung der noch bestehenden unabhängigen Anbieterinnen zu ergreifen (Ausbildung, Regeln für Archive zur angemessenen Berücksichtigung von Schweizer Anbietern, öffentliche Kommunikation der Projektvergaben der Archive etc.). Nur so kann einerseits das von der Kulturbotschaft selber deklarierte Ziel – das in der Schweiz vorhandene Restaurationswissen zu nutzen bzw. zu verstärken (Ziffer 2.3.6.3, S. 29) – erfüllt werden und andererseits die Existenz der verbleibenden Infrastrukturen (z.B. des Filmlabors Cinegrell) gesichert bzw. vor einer Schliessung bewahrt werden.

6.1 Verbesserte Berücksichtigung der schweizerischen künstlerischen und technischen Mitarbeitenden und filmtechnischen Betriebe bei Schweizer Filmen

Bei den Schweizer Filmen – unabhängig ob mit oder ohne Standortförderung – gilt gemäss den Ursprungsregeln von Art. 108 folgende Regel: „Ein Film gilt im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c FiG als soweit als möglich von künstlerischen und technischen Mitarbeitenden schweizerischer Nationalität oder mit Wohnsitz in der Schweiz und durch filmtechnischen Betriebe in der Schweiz hergestellt, wenn deren jeweiliger Anteil mindestens 50 Prozent der mitwirkenden Personen beziehungsweise Betriebe beträgt.“

Diese Regelung sieht zwar vor, dass einerseits der Anteil der schweizerischen filmtechnischen Betriebe und andererseits derjenige der schweizerischen künstlerischen und technischen Mitarbeitenden 50% beträgt.

Ein Anteil von 50% ist vor dem Hintergrund der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers aber ungenügend, welcher in seiner Botschaft zum Filmgesetz unzweideutig festhielt: *„Auch die künstlerischen und technischen Mitwirkenden sollen soweit wie möglich Personen sein, die in diesem Land leben. Die Berücksichtigung der schweizerischen filmtechnischen Betriebe ist ein wichtiges kulturpolitisches Anliegen. Eine eigenständige Filmkultur setzt eine solide Brancheninfrastruktur voraus.“* (vgl. S. 5444 der Botschaft zum FiG, 18.9.2000).

Gleiches gilt für das Bundesamt für Kultur, welches den Standort für die schweizerischen künstlerischen und technischen Mitarbeitenden und filmtechnischen Betriebe fördern will und dies insbesondere mit dem ergänzenden Förderinstrument FiSS/Pics tut. Nebst diesem gut funktionierenden Förderinstrument bietet sich aber – ohne jegliche Erhöhung des eidgenössischen Filmbudgets (!) – eine sehr effektive implizite Standortförderung an, indem die Prozentsätze der Verarbeitung der Schweizer Filme in der Schweiz **auf 80% pro Kategorie erhöht** werden. Dass eine solche Verarbeitungsaufgabe für Schweizer Filme ohne weiteres möglich und durchführbar ist, belegt das FiSS-Modell namentlich bei den Anteilen der Technik und Postproduktion, die je über 90% lagen. Zudem wurde auch mit der SRG der „Pacte de l'Industrie“, welcher technische Dienstleistungen betrifft, geschlossen, der Zielgrössen von 70% pro Kategorie (TechnikerInnen, Tonverarbeitung, Bildpostproduktion und Geräteverleih) vorsieht und welche von der SRG ohne weiteres erfüllt werden.

Vor diesem Hintergrund und weil ein „Schweizer Film“ in der Regel ausschließlich mit Bundessubventionen und anderen Schweizer Subventionsgeldern (regionale Förderer, TV-Gelder, Fonds) hergestellt wird, gibt es kultur- und wirtschaftspolitisch kein stichhaltiges Argument, welches gegen eine solche Anpassung sprechen würde. Kommt hinzu, dass dies die preiswerteste Standortförderung ist, welche ohne neuen Kredite und Bundesmittel auskommt.

Der guten Ordnung halber weisen wir darauf hin, dass wegen der Preis- und Währungsvorteile und der ungenügenden Auflagen für den „Schweizer Film“, die Auslandverarbeitung bei der Bild- und Tonpostproduktion zunimmt und namentlich Geräte für Schweizer Filme im Ausland ausgeliehen werden. Besonders gefährdet durch solche Auslandverarbeitungen sind die standortgebundenen, schweizerischen filmtechnischen Betriebe, welche teurer offerieren müssen als die ausländische Konkurrenz und selber im Ausland – wegen Infrastrukturhilfen, protektionistischen Fördersystemen, starkem Schweizer Franken etc. – nicht konkurrenzfähig sind. Die filmtechnischen Betriebe verlieren bei Schweizer Filmen, die keine FiSS-Förderung haben, zunehmend Aufträge insbesondere nach München, Berlin, Hamburg, Mailand und Paris.

Nebst dem Verlust der einzelnen Aufträge für die filmtechnischen Betriebe, gehen auch – und dies ist mittelfristig das grösste Problem – die persönlichen Beziehungen zu den schweizerischen Filmschaffenden, namentlich zu den Produzenten, verloren. Setzt sich diese Negativspirale fort, werden das filmtechnische Fachwissen und die filmtechnische Infrastruktur in der Schweiz sehr schnell verloren gehen. Es findet eine Art „Deindustrialisierung“ des Filmverarbeitungsstandortes Schweiz statt.

Antrag:

Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, dass der Art. 108 Abs. 1 FiFV in dem Sinne geändert wird, dass **ein Film im Sinne von Art. 2 Absatz 2 Buchstabe c FiG als soweit als möglich von künstlerischen und technischen Mitarbeitenden schweizerischer Nationalität oder mit Wohnsitz in der Schweiz und durch filmtechnische Betriebe in der Schweiz hergestellt gilt, wenn der jeweilige Anteil pro Kategorie – d.h. a) künstlerische und technische Mitarbeitende, b) Geräteverleih (Kamera, Ton, Licht, Bühne), c) Tonpostproduktion und d) Bildpostproduktion – je 80% der Kosten beträgt.**

7. Innovation

Ziff. 2.3.6.3 des Entwurfs (Filmerbe der Schweiz) ist um folgenden Passus zu ergänzen:

Dem Bund stellen sich im Bereich des Filmerbes folgende Herausforderungen:

Zusätzliche 4. Auflistung:

In der Schweiz ist kaum mehr filmtechnisches Know-how vorhanden, welches für den Erhalt des Filmkulturerbes unbedingt notwendig ist. Es besteht dringend Bedarf nach einem strukturierten Programm zur Förderung der Ausbildung von filmtechnischen Berufen, die vom Aussterben bedroht sind. In der Schweiz fehlt geeignetes Personal für die Bearbeitung und Restaurierung von analogem Filmmaterial. Die Ausbildung dieses Personals kann die in der Schweiz noch aktive Industrie nicht in Eigenregie leisten, ist daher auf Unterstützung angewiesen und muss gesamtschweizerisch koordiniert und durch geeignete Mittel unterstützt werden. Ohne ein derartiges Programm droht der Schweiz der Verlust dieser wichtigen Kompetenzen. Sie wäre somit künftig auf Dienstleisterinnen und Personal aus dem Ausland angewiesen.

Die an verschiedenen Stellen beschriebenen komplexen Fragestellungen der Digitalisierung erfordern sowohl die Ausbildung als auch die Förderung von Kompetenzen. Deshalb sollen die technischen Fragestellungen praxisnah erforscht und das Prototyping von filmtechnologischen Kompetenzzentren aufgestellt werden. In Bern könnte bereits 2021-2024 ein Prototyp eines solchen Kompetenzzentrums (beispielsweise unter dem Namen "Maison du Futur") starten. Zur Finanzierung dieses Prototypings sind zusätzliche Mittel dringend notwendig. Frau Ständerätin Savary hat kürzlich in ihrer Motion (19.3649) die Schaffung eines Digitalisierungsfonds beantragt, der durch die Erträge aus den 5G Lizenzen (380 Mio. CHF) finanziert würde. Dieser Digitalisierungsfonds soll für Innovationen zur Verfügung stehen, das betrifft im Bereich des Films auch die Mittel für die Digitalisierung von Filmen, insbesondere von älteren Formaten. Die heute für diesen Bereich zur Verfügung stehenden Mittel sind bei weitem nicht genügend, um die notwendigen Veränderungen zu finanzieren.

8. Kino

Die Bedeutung des Kinos als Kulturvermittlerin kommt in der neuen Kulturbotschaft zu wenig zum Ausdruck. Kino ist nicht nur ein Ort sozialer Begegnungen, es ist auch der Ort, an dem die kulturelle Teilhabe am Film generell und am Schweizer Filmschaffen im Speziellen stattfindet. Dies trifft auf Kinos jeder Grösse zu. Die Kinos in kleineren Orten leisten dazu einen besonders grossen Effort. Das wird vom Bund zu wenig gewürdigt. Neue Unterstützungsmassnahmen und –formen sind erforderlich.

9. Standortvorteil Mehrsprachigkeit nutzen und ausbauen

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung einerseits eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung von Filmen in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

10. Filmpromotion

In den Kredit «Filmkultur» fällt der Beitrag an die Promotionsagentur «Swiss Films», der vom Bund mit der Promotion des Schweizer Filmschaffens im Ausland beauftragt ist. Zu den Aufgaben von «Swiss Films» gehört neben

den Aktivitäten zur Promotion auch die Abwicklung von Vollzugs- und Unterstützungsmassnahmen zur Stärkung der Präsenz des Schweizer Filmschaffens sowie die Erfassung und Auswertung der internationalen Kennzahlen zum Schweizer Film im Bereich Verleih und Vertrieb. Der Beitrag von 2,8 Millionen an «Swiss Films» umfasst entsprechend neben einem Beitrag an den Betrieb auch die Mittel der verschiedenen Unterstützungsmassnahmen, die der Schweizer Filmbranche direkt zukommen. Für die kommende Kulturbotschaftsperiode analysiert «Swiss Films» die Möglichkeit der internationalen Unterstützung der Promotion von neuen Formaten im Bereich Serien und immersive Technologien.

11. Gender

Als weitergehende Gender Massnahme empfehlen wir, für die Entwicklungs- und Herstellungsanträge einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern zu installieren, welcher der Einschränkung von Filmschaffenden mit familiärer Verantwortung entgegenwirkt.

Diese Beiträge dürfen nicht zulasten des bestehenden Budgets gehen, sonst wäre die Massnahme für Frauen und Männer mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern im Film kontraproduktiv.

12. Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind sehr wichtige und dringliche Themen, denen sich auch die Filmindustrie stellen will. Angefangen bei den Filmschulen über die Filmproduktion und -auswertung bis hin zur Aufbewahrung des Filmerbes: Die Verantwortung zu Nachhaltigkeit im Filmsektor ist bereichsübergreifend und bedarf dringender Aufklärung, Innovation sowie einer regelmässigen Anpassung an neueste Techniken und Lösungen.

Um die Filmproduktion diesbezüglich so rasch wie möglich zukunftsfähig zu machen und somit so nachhaltig und "grün" zu produzieren wie möglich, ist eine Integration dieses Themas in die jetzige Kulturbotschaft nötig - mit dem Ziel, dass darauf aufbauend in der Filmförderverordnung Sofortmassnahmen geprüft (z.B. bei der Begutachtung von Gesuchen) und spätestens in der nächsten Kulturbotschaft konkrete Ideen und verbindliche Umsetzungsvorschläge verankert werden.

13. Zusammenarbeit mit Europa

Ein möglichst rascher Wiedereintritt in ein künftiges europäisches Film- und Audiovisionsförderprogramm (Creative Europe MEDIA) scheint uns eminent wichtig.

In der Zwischenzeit begrüsst der SSFV die in den Punkten 1.4.3.2 und 2.3.6.4 genannte Anpassung und Verstetigung der MEDIA-Ersatzmassnahmen. Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss in vollem Umfang erhalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein und inhaltlich an die Veränderungen des Marktes angepasst werden können.

14. Änderungen im Filmgesetz, FiG, Artikel 10, Absatz 2

Wir erachten den neu aufgenommen Passus Artikel 10, Absatz 2, der auf die finanzielle Unterstützung des Zurich Film Festival abzielt, als nicht gerechtfertigt und schädlich für die gesamte Schweizer Filmbranche. Die neu gegründete Zurich Film Festival AG, welche 2018 vom BAK, Stadt und Kanton Zürich gutgeheissen wurde, arbeitet nicht gewinnorientiert und kennt ein statutarisches Gewinnausschüttungsverbot. Schwappt die Haltung des Bundes auf Städte und Kantone über, sind auch andere Festivals bedroht, weil sich weitere Geldgeber zurückziehen könnten.

Wir stellen daher den Antrag, den Artikel 10, Absatz 2 ersatzlos zu streichen.

~~"Ausgeschlossen sind Leistungsvereinbarungen mit gewinnstrebigem Unternehmen oder solche mit Unternehmen und Institutionen, die im Besitz von gewinnstrebigem Unternehmen sind oder unter deren Einfluss stehen. (Art. 10, Absatz 2)"~~

Im Namen des SSFV danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anträge und Anregungen.

Freundliche Grüsse
SSFV Schweizer Syndikat Film und Video

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Obrist'.

Roman Obrist
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Nicole Barras'.

Nicole Barras
Geschäftsleiterin

Anhang 1: Ausführungen zu Punkt 1, Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

Anhang 2: Weitere konkrete Änderungsvorschläge im Entwurfstext

Anhang 1: Ausführungen zu Punkt 1, Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

A. Begründung

a. Grundlegende Veränderungen verlangen Anpassungen

In der Geschichte des Films stehen wir an einem Wendepunkt. Die Digitalisierung hat die Bedingungen der Filmherstellung und Filmauswertung in grundlegender Weise verändert. Mit dem Auftreten einer Vielzahl von Online-Anbietern ist eine komplett neue Marktsituation für die Finanzierung und Auswertung von Filmen entstanden. Dies verlangt nach einer Flexibilisierung und Dynamisierung der Filmförderung. Zudem müssen die neuen Online-Anbieter, wie in der Kulturbotschaft vorgesehenen, in die Filmförderung eingebunden werden.

Angesichts der elementaren Veränderung, die die Filmwirtschaft herausfordert, sind die Förder- und Produktions- und Auswertungsstrukturen neu zu überdenken. Dabei muss der Bund Garant für die Zukunft des filmischen Schaffens in der Schweiz und dessen wichtiger kultureller Bedeutung bleiben.

b. Stärke durch gemeinsame Ausrichtung

Genauso wie sich jedes Unternehmen heute strategisch ausrichten muss, um sich international zu behaupten, orientieren sich immer mehr nationale Filmförderungen an Zielen, die sie für die Branche als Ganzes anstreben. Sie sehen ihre Aufgabe in der Förderung der gesamten audiovisuellen Landschaft und gehen damit über die Förderung von Einzelwerken deutlich hinaus. Zwar unterstützt das BAK das Filmschaffen auch auf bestimmte Ziele hin, insbesondere jenes der Vielfalt und Qualität, doch können diese nur auf Einzelwerke appliziert werden. Länder mit strategisch ausgerichteter Filmförderung schaffen weitergehende Förderinstrumente und motivieren die Akteure damit zu konsequentem Handeln.

Zur gemeinsamen Ausrichtung und Zielsetzung gehört auch die SRG SSR als weiterer wichtiger Partner des Schweizer Filmschaffens. Die Wandlung des Film- und Fernsehkonsums verändert die Rolle des Fernsehens grundlegend, weshalb die Zusammenarbeit neu strukturiert werden muss. Der Einbezug der SRG SSR in die Diskussion über eine mögliche Reform der Filmförderung ist somit eine weitere, zentrale Aufgabe. Ebenso die Zusammenführung von Filmgesetz – und RTVG in einem umfassenden Audiovisionsgesetz, welches die Gleichbehandlung aller Medien garantiert.

c. Stärke durch prozesshafte Herangehensweise

Die Anforderungen an die Herstellung von Spiel, Dokumentar- und Animationsfilm haben sich im Zuge der Digitalisierung und der Medialisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens stark verändert und sind markant gewachsen. Hinzu kommen diverse neue Formate. Für die Filmförderung ist dies eine grosse Herausforderung, die eine zeitgemässe, kontinuierliche Kommunikationsstruktur zwischen Filmförderung, Filmherstellung und Filmvertrieb bedingt. Dies von der Stoffentwicklung bis hin zur Auswertung. Auch die Talententwicklung, die Weiterbildung und die Promotion gehören dazu.

Je mehr diese Teilbereiche in der Förderung unabhängig voneinander strukturiert und auf verschiedene unabhängige (zum Teil vom BAK finanzierte) Institutionen verteilt sind, desto weniger kann die Filmförderung den ganzen Prozess der Filmherstellung als Partner begleiten und stärken.

d. Stärke durch partnerschaftliche Aufstellung

Die aktuelle Projektförderung beschränkt sich im Wesentlichen auf die Evaluierung der schriftlichen Anträge. Zwar können die Unterlagen durch ein persönliches Gespräch mit der entsprechenden Kommission ergänzt werden und bei komplexeren Projekten besteht mit dem BAK ein Austausch über die Produktionsveränderungen. Dies reicht aber nicht aus. Angesichts der Vielfalt der audiovisuellen Werke und Auswertungsmöglichkeiten muss die Filmförderung viel weitergehende Kommunikationsformen in Betracht ziehen und entwickeln. Filmförderungen, welche den Filmschaffenden professionelle Begleitung zur Verfügung stellen, pflegen einen kontinuierlichen Austausch, bieten einen vielfältigen Input und unterstützen dadurch die Filmherstellung. Von einer engen Zusammenarbeit profitieren beide Seiten. Insbesondere wird der Entscheid zu verführten Entscheidungen minimiert und offene Fragen werden bis zur Fertigstellung in konstruktivem Austausch erörtert.

Es lohnt sich, die in Europa angewandten Modelle partnerschaftlicher und dynamischer Filmförderungen genau zu analysieren und daraus Anregungen und Möglichkeiten für die Schweiz abzuleiten.

e. Stärke durch Synergien

Es gibt in der Schweiz eine Vielzahl von öffentlichen Institutionen, die sich für ein vielfältiges Angebot und deren Verbreitung engagieren. Dazu gehören Swiss Films, die Cinémathèque Suisse, MEDIA Desk Suisse, FOCAL und die Schweizer Filmakademie. Die Vielzahl der Institutionen mit jeweils eigenen Zielsetzungen erschweren die Zusammenarbeit. Die einzelnen Institutionen arbeiten zu isoliert, ohne in einen gemeinsamen, koordinierten Prozess einbezogen zu sein. Zwar sind sie mit dem BAK durch einen Leistungsvertrag verbunden, einen frühen Einbezug in den Prozess der Entwicklung und Herstellung von Filmen wird dadurch aber nicht garantiert, da sich der Bund als politische Instanz, nicht in die inhaltlichen Fragen einmischt. Der Einsatz erfolgt aufgrund der Parzellierung oft nacheinander statt gleichzeitig. Dieser Verzetteln der Filmförderung ist durch die Schaffung neuer Strukturen entgegenzuwirken, so dass effiziente Synergien ermöglicht werden.

f. Stärke durch adäquate Rechtsform

Die weitreichenden Veränderungen der Filmwirtschaft veranlasste in den letzten Jahren immer mehr nationale Filmförderungen, ihre Struktur zu überdenken und neu aufzustellen. Nur noch in ganz wenigen Ländern erfolgt die Förderung direkt durch eine Regierungsstelle, neben der Schweiz sind dies Italien, die Türkei und Cypern. In Europa sind inzwischen die meisten nationalen Filmförderungen als öffentlich Einrichtungen organisiert, die administrativ unabhängig aufgestellt sind, aber unter der Kontrolle oder der direkten Aufsicht eines Ministeriums stehen. In einigen Ländern tritt die nationale Fördereinrichtung als öffentliche oder private Stiftung bzw. als Verein auf.

Die oben genannte Förderstruktur verhilft vor allem kleineren Ländern, wie das in Dänemark, Serbien oder Rumänien der Fall war, zu einer dynamischen und flexiblen Filmförderung, was die Anerkennung und Sichtbarkeit der Filme erhöht.

B. Schlussbemerkung

Das Schweizer Filmschaffen wird in der europäischen Filmlandschaft zu wenig wahrgenommen. Der Ausschluss aus dem Media Programm erschwert zudem die internationale Zusammenarbeit und schwächt seine Stellung auf dem globalen Markt. Eine Dynamisierung und Flexibilisierung durch die Schaffung zeitgemässer Förderstrukturen wie sie in vielen europäischen Ländern realisiert wurden, ist deshalb anzustreben.

Der Wandel der gesamten medialen Landschaft und die Wandlung des Medienkonsums verändern die herkömmlichen Herstellungs- und Auswertungsbedingungen für Filme grundlegend. Sie hat neue, teilweise gigantische Marktplayer hervorgebracht, welche eine Neustrukturierung der Filmförderung dringend notwendig macht.

Die Branche ist sich der grossen Herausforderung bewusst. Sie ist bereit, sich dem medialen Umbruch zu stellen. Gemeinsam mit dem BAK möchte sie die Möglichkeiten einer administrativen Auslagerung der Filmförderung oder anderer struktureller Rechtsformen prüfen, um die bestmögliche Filmförderung für die Zukunft zu finden. Dies mit dem Ziel, die den neuen Anforderungen entsprechenden Voraussetzungen und damit den möglichst grossen kreativen Raum für die Herstellung und die Visibilität wertvoller Schweizer Filme zu schaffen.

Anhang 2: Weitere konkrete Änderungsvorschläge im Entwurfstext

Änderungsvorschlag 1:

1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024 (S. 12)

Ergänzung im 4. Textblock:

In Bezug auf die Entwicklungen der Digitalisierung ist in der Förderperiode 2021–2024 primär vorgesehen, dass Pro Helvetia wie bisher in allen Disziplinen die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Förderinstrumente regelmässig überprüft und diese gegebenenfalls anpasst. Beispielhaft für Entwicklungen in den letzten Jahren sind die verschiedenen Online-Promotionsplattformen zu erwähnen, die von der Stiftung eingerichtet worden sind. Ebenso wird das seit 2016 erfolgreich aufgebaute Programm «Kultur & Wirtschaft» mit den beiden Förderschwerpunkten Design und interaktive Medien (Games) in die regulären Förderaktivitäten integriert. Es ist dabei die Absicht des Bundes, die entsprechenden Massnahmen in der nächsten Förderperiode zu intensivieren, um das grosse Potential an jungen Designerinnen und Designern sowie Gameentwicklerinnen und -entwicklern auf dem Weg zu internationaler Anerkennung zu begleiten. Im Weiteren ist unter anderem geplant, dass das BAK die digitale Erfassung der bedeutenden Werke seiner Museen und Sammlungen fortsetzt (vgl. Ziff. 2.4.2.1) und die von ihm geförderten Filme nach der Erstauswertung der Allgemeinheit online zugänglich macht (vgl. Ziff. 2.3.6.2) **und das Filmschaffen für die digitale Auswertung mit Vermittlung von Know-How unterstützt**. Das SNM wird sich verstärkt original digitalem Kulturgut («digitally born») annehmen sowie in den Bereichen Marketing und Kommunikation die digitale Transformation vollziehen (vgl. Ziff. 2.4.1). Die Nationalbibliothek wird den Ausbau ihrer eigenen digitalen Sammlung weiter vorantreiben und ihre Bemühungen für die kooperative Langzeiterhaltung und -verfügbarkeit des schweizerischen digitalen Kulturerbes fortführen (vgl. Ziff. 2.4.3).

Änderungsvorschlag 2:

2.1.2 Künstlerisches Schaffen (S. 15 / 16)

Ergänzung im 4. Textblock:

Innovative Zusammenarbeitsformen: Die Verbindungen zwischen Kunst, Wissenschaft und Technologie sind von wachsender Bedeutung für das Kulturschaffen. Einerseits wecken technologische Entwicklungen etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz oder der Robotik das Interesse von Kunstschaffenden. Andererseits suchen Forschende das Wissen und die Kompetenzen von Kunstschaffenden, um an den genannten Schnittstellen neue Erkenntnis-, Kreative- und Produktionsprozesse zu initiieren. Die Schweiz bietet mit ihren Hochschulen ausgezeichnete Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Erprobung entsprechender Produktions- und Zusammenarbeitsmodelle. Für die Kulturförderung des Bundes (Pro Helvetia) gilt es, die Potentiale zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gezielt zu nutzen. Hierzu wird die Einrichtung von spezifischen Förderinstrumenten angestrebt. Auch sollen gemeinsam mit Partnerinstitutionen aus Kultur, Forschung und Industrie **sowie aus dem Bereich Film** neue Möglichkeiten der Mitwirkung von Nutzerinnen und Nutzern an Kreative- und Entscheidungsprozessen erprobt werden.

Änderungsvorschlag 3:

2.3.6.2 Filmkultur (S. 29)

Ergänzung im 4. Textblock:

Ausgangslage und Herausforderungen

Der Bund fördert im Bereich der Filmkultur erstens Organisationen, die zur Promotion des Schweizer Films an Filmfestivals im In- und Ausland beitragen, sowie zweitens Institutionen, welche die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für das Medium Film zum Ziel haben. Drittens werden Filmpublikationen und die Weiterbildung der Filmschaffenden, **namentlich durch die Stiftung FOCAL**, unterstützt. Der Bereich der Filmkultur umfasst auch die Unterstützung der wichtigsten Schweizer Filmfestivals. Zur Filmkultur gehört ferner die Ausrichtung des Schweizer Filmpreises in Zusammenarbeit mit der SRG SSR und den Städten Zürich und Genf sowie dem Kanton Genf. Der Bereich Filmkultur wurde für die Periode der Kulturbotschaft 2016–2020 über vierjährige Leistungsvereinbarungen gesteuert. Die Förderung von Einzelprojekten wurde infolge des Stabilisierungsprogramms des Bundes eingestellt.

Änderungsvorschlag 4:

2.3.6.2 Filmkultur (S. 29)

Ergänzung in der letzten Auflistung:

Der Bereich der Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weiterer spezifischen Zielgruppen wird in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Kantonen koordiniert. Bei der Erarbeitung der Förderkriterien werden die neuen digitalen Konsumgewohnheiten berücksichtigt. **Die Stiftung FOCAL wird sich in ihren Weiterbildungsangeboten auch den Themen „junges Publikum“ und „digitaler Konsum“ widmen.**

Hugo Fasel
Direktor
Tel.+41 41 419 22 18
E-Mail: hfasel@caritas.ch

Bundesamt für Kultur (BAK)
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Luzern, 5. September 2019

**Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021- 2024
(Kulturbotschaft)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Kulturbotschaft Stellung nehmen zu können. Wir begrüssen die in der Kulturbotschaft vorgesehene Fortsetzung der in der Förderperiode 2016-2020 eingeführten Massnahmen und die Weiterführung der bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes. Da Caritas und die KulturLegi sich insbesondere in der Handlungsachse der «Kulturellen Teilhabe» engagieren, bezieht sich unsere Stellungnahme vorwiegend auf dieses Themenfeld.

Es ist unser zentrales Anliegen, dass die Kulturförderung armutsbetroffene oder -gefährdete Menschen explizit miteinbezieht und benennt; dies ist in der vorliegenden Kulturbotschaft ungenügend umgesetzt.

Im Jahr 2017 waren in der Schweiz über eine Million Menschen (1,24 Mio.) armutsbetroffen oder armutsgefährdet. Armut führt zumeist zu einer eingeschränkten Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben bis hin zu sozialer Isolation. Sozialer Ausschluss macht krank. Eine Obsan-Studie kommt zum Schluss, dass «das Risiko frühzeitig zu sterben von sozial isolierten Personen zwei bis fünf Mal so hoch ist, wie das Risiko von gut integrierten Personen».¹ Deswegen muss Armut nicht nur bekämpft, sondern auch präventiv verhindert werden. Gerade die kulturelle und gesellschaftliche Integration ist für Menschen in prekären Verhältnissen zentral, um nicht in Armut abzurutschen. Dies ist für Menschen mit Einkommen knapp oberhalb der Armutsgrenze ebenso zentral wie für Menschen, die von Armut betroffen sind². Zudem betrifft Armut alle Bevölkerungsgruppen und Generationen.

¹ Durchgeführt vom Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan). Das Obsan wurde im Rahmen des Dialogs «Nationale Gesundheitspolitik» initiiert. Das Dialogprojekt entstand 1998 auf Anregung des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) und der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK).

² Neues Handbuch Armut in der Schweiz, Claudia Schuwy, Carlo Knöpfel, 2017.

Dank der Leistungsvereinbarung (2017 – 2020) im Rahmen des bisherigen Förderprogramms «Kulturelle Teilhabe» mit dem Bundesamt für Kultur konnte die KulturLegi der Caritas einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Integration von armutsbetroffenen- und gefährdeten Menschen leisten: So etablierte sie sich zu einem schweizweiten einzigartigen Angebot, welche die Nutzenden eigenverantwortlich zur Teilhabe an rund 3'200 vergünstigte Angebote im Bereich Kultur, Sport und Bildung befähigt.

Zur vorgesehenen Weiterentwicklung der Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe» (insbesondere Punkt 2.6.1 der Kulturbotschaft) möchten wir folgende Bemerkungen anbringen:

- Wir befürworten die Förderung des Programms «Jugend und Musik», die Begabtenförderung sowie die Umsetzung des chancengerechten Zugangs zum Musizieren. Dabei sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass der Musikunterricht und das Angebot von «Jugend und Musik» auch für armutsbetroffene und -gefährdete Familien und Personen **niederschwellig zugänglich** gemacht, das Kursangebot für eigene künstlerische Tätigkeiten (Theater- und Tanzkurse) ausgebaut und gefördert und für Menschen mit tiefem Einkommen bezahlbar wird. Die anerkannte KulturLegi der Caritas kann und soll dazu als nationales Instrument für die Berechtigung für Förderstipendien und Vergünstigungen in diesem Bereich dienen und anerkannt werden.
- Kulturschaffende sind selbst häufig von Armut betroffen. Daher begrüssen wir die Bemühungen in der Kulturbotschaft 2021-2024 zur Verbesserung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden (Punkt 2.1.2).
- Als zentral erachten wir das eingeführte Fördergefäss (Kulturbotschaft 2016–2020, Artikel 9a KFG), welches Projekte zur kulturellen Betätigung und gezielten Aktivierung der kulturellen Teilhabe unterstützt.
- Parallel zur Projektförderung soll eine kontinuierliche und **umfassende Förderung** bestehen. Dazu sollen **die Finanzmittel im Bereich «Kulturelle Teilhabe» erhöht werden**, insbesondere auch für jene Organisationen und Akteure, welche sich fortwährend dafür einsetzen die kulturelle Teilhabe von Menschen mit erhöhtem Risiko zur gesellschaftlichen Isolation zu fördern. Die Nutzung von Kulturangeboten ist stark abhängig von Herkunft, Bildung und Einkommen. Als Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik müssen Kulturpolitik und öffentliche Kulturförderung die gesamte Bevölkerung und ihr Miteinander im Auge haben. Die Kulturförderung soll demnach möglichst verschiedene Bevölkerungsgruppen ansprechen und gewinnen. Die Stärkung der kulturellen Teilhabe ist eine zentrale Antwort auf diese Herausforderung.³ Weiter ist nebst der politischen Zusammenarbeit auch die Kooperation und der Austausch direkt beteiligter Organisationen und Akteure von grosser Relevanz. Diese zu fördern erachten wir als sehr erstrebenswert.
- Das Ziel der Förderung der kulturellen Teilhabe ist – wie in der Botschaft beschrieben – der gesellschaftliche Zusammenhalt. Es geht jedoch weit darüber hinaus: Die Teilhabe am Kulturleben und die kulturelle Auseinandersetzung jedes Einzelnen ist als Grundrecht zu betrachten (Art.27 UNO Menschenrechte). Das Ziel der Förderung ist daher die Gewährleistung eines Grundrechts und das Erreichen der Chancengleichheit für alle (jedes Individuum im Einzelnen). So ist die Teilnahme am kulturellen Leben eine Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie am wirtschaftlichen und politischen Leben⁴.

³ Kulturelle Teilhabe, Positionspapier der Arbeitsgruppe Kulturelle Teilhabe des Nationalen Kulturdialogs, www.bak.admin.ch/kulturelle-teilhabe.

⁴ Patrice Meyer Bisch, Paideia - Ouvertures de chantiers, Développer les droits culturels dans le champ social, la lecture publique et le numérique, les patrimoines, mémoires et paysages, l'éducation et la jeunesse, Juni 2016.

Unsere Vision ist eine Schweiz, in der alle Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen können. Dazu braucht es die Förderung der Kulturellen Teilhabe, um möglichst viele Menschen – trotz ihrer ungleichen Startchancen bezüglich Bildung, Einkommen und Herkunft – einen Zugang zu Kultur erhalten und die Möglichkeit haben, sich mit Kultur auseinanderzusetzen und Kultur selber auszuüben.⁵

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Caritas Schweiz



Hugo Fasel
Direktor



Béatrice Käser
Abteilungsleiterin Soziale Aufgaben
Schweiz

⁵ Kulturelle Teilhabe, Positionspapier der Arbeitsgruppe Kulturelle Teilhabe des Nationalen Kulturdialogs, www.bak.admin.ch/kulturelle-teilhabe

Fribourg, le 5 septembre 2019

Consultation au sujet du Message culture 2021-2024

Monsieur le Conseiller fédéral,

En tant que membre de l'association des institutions Suisses pour l'art contemporain (VSIZK/AISAC), notre priorité est la présentation et la médiation de l'art contemporain. C'est de ce point de vue spécifique que nous avons lu le message culturel 2021-24. Nous avons constaté que les centres d'art et les institutions artistiques n'y sont mentionnés que de façon périphérique, ce qui constitue un problème.

Nous saluons le fait que la médiation de l'art contemporain ait été envisagée au niveau de la critique d'art et que l'on réfléchisse à la création de nouvelles plateformes, notamment numériques, pour développer un regard critique sur l'art contemporain. Le projet visant à promouvoir spécifiquement le travail de conservation ainsi que la recherche est également positive à nos yeux. Ces deux mesures permettront de stimuler le débat public au sujet de l'art contemporain.

Cependant, un acteur central a été oublié : les centres d'art et les institutions artistiques fournissent le cadre de présentation et la matière première sur laquelle se base la critique d'art et c'est avant tout les expositions qui permettent de rendre les arts visuels accessibles. Ainsi, l'exposition est un secteur clef de la promotion culturelle. Elle permet aux artistes de sortir de leurs ateliers et de rencontrer leur public. Les lieux d'exposition de taille moyenne – généralement sans collection propre – doivent donc également pouvoir bénéficier des ressources financières de la Confédération.

Enfin, nous apprécions que la situation souvent précaire des artistes soit considérée et que leurs plaidoyers pour une meilleure rémunération aient été entendus.

Cependant, les espaces d'exposition ne disposent pas automatiquement d'un budget qui rendrait ces rémunérations possibles. C'est pourquoi nous préconisons que les institutions artistiques soient considérées comme partie prenante de la promotion culturelle.



CENTRE D'ART DE FRIBOURG
KUNSTHALLE FREIBURG

Sans les espaces, il n'y a pas de présentation publique de l'art. Pour que le projet de rémunération appropriée des artistes soit mené à bon terme, nous souhaitons que les institutions artistiques soient incluses dans les réflexions.

Nous espérons vous avoir offert un aperçu éclairant du point de vue des producteurs d'exposition sur la politique culturelle. Nous serions ravis que nos réflexions participent à l'avenir plus directement à l'amélioration de la politique culturelle.

Veuillez agréer, Monsieur le Conseil fédéral, l'expression de nos sentiments les plus sincères et nous vous remercions de votre attention.

Nicolas Brulhart et Julia Crottet,
Co-direction Fri Art Kunsthalle Freiburg



www.independent-pictures.ch

Schweizer Studiofilmverband SSV
Association Suisse du Cinéma d'Art ASCA
Postfach 1366
8031 Zürich

Schweizerische Eidgenossenschaft
Herr Bundesrat Alain Berset
Vorsteher des Eidg. Departements des Innern
Schwanengasse 2
3003 Bern

p.A. stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 6. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Anhörung vom 29. Mai 2019. Sehr gerne nehmen wir innert der gesetzten Frist Stellung zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024.

Der Schweizer Studiofilm Verband SSV setzt sich dafür ein, dass dem Publikum auch zukünftig eine breite Auswahl an künstlerisch anspruchsvollen Filmen zugänglich bleibt. Die vom Gesetzgeber geforderte Angebotsvielfalt lässt sich jedoch nur mit einer umfassenden Filmbildung und einer adäquaten Infrastruktur erreichen, welche flächendeckend in allen Sprachregionen den Zugang zu audiovisuellen Werken ermöglicht.

1. Allgemeine Anmerkungen zum Entwurf der Kulturbotschaft

Der Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 wird grundsätzlich als sehr gute Basis für die wichtigen Diskussionen zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Bundes bewertet.

Im Bereich der audiovisuellen Medien wird in der Kulturbotschaft aus Sicht des SSV allerdings der Fokus zu stark auf den Produktionsbereich gerichtet. Geförderte Werke müssen jedoch auch mit geeigneten Massnahmen zugänglich gemacht und vermittelt werden können. In eine Gesamtsicht sind daher unabhängiger Verleih und Arthouse-Kinos stärker einzubeziehen und deren spezifische (auch ökonomische) Situation zu berücksichtigen. In vorliegender Stellungnahme äussert sich der SSV daher hauptsächlich zu den Themenbereichen Filmkultur und kulturelle Teilhabe.

1.1. Situation der unabhängigen Verleiher und Arthouse-Kinos

Unabhängige Verleiher und Arthouse-Kinos bilden in der Schweiz das Rückgrat zur Lancierung von Schweizer Filmen. Ein Kinostart garantiert die mediale Aufmerksamkeit und unterstützt weitere sekundäre Auswertungsquellen. Um den vom BAK in Entwicklung und Herstellung geförderten audiovisuellen Werken die notwendige Sichtbarkeit zu sichern, bzw. das Publikum auf diese Werke aufmerksam zu machen, braucht es eine funktionierende, schweizweit flächendeckende Infrastruktur im Bereich der Promotion (Verleiher) und der Abspielstellen (Kinos).

Die angestammten Geschäftsmodelle des unabhängigen Verleihs und der Arthouse-Kinos geraten immer mehr unter Druck. Einerseits führte die erste Digitalisierungswelle zu kostenintensiven technischen Umrüstungen, welche die Betriebsrechnung belasten. Andererseits können heute dank der technischen Möglichkeiten fast alle Kinosäle gleichzeitig mit günstig herzustellenden DCPs beliefert werden. Dadurch erhöht sich der Marktdruck für einzelne Filmtitel. Im kompetitiven Umfeld mit den Majors müssen auch unabhängige Verleiher möglichst breit im Markt auftreten, um die mediale Aufmerksamkeit zu erlangen und um am Startwochenende die Eintrittszahlen zu maximieren. Je mehr Filme in immer kürzerer Kadenz im Kino ausgewertet werden, desto höher werden die Kosten für Lancierung und Filmmiete.

In der Konkurrenz zu Mainstreamfilmen verschiebt sich in dieser Situation die Publikumsaufmerksamkeit von künstlerisch anspruchsvollen Filmen weg. Die Eintrittszahlen im Arthouse-Bereich sind weiterhin rückläufig, obwohl sich die Gesamtzahl der KinogängerInnen auf tiefem Niveau stabilisiert hat. Besorgniserregend ist zudem, dass das Durchschnittsalter im Arthouse-Bereich immer weiter steigt. Wie der Blick ins Ausland zeigt, könnte unter anderem mit einem Programm zur Filmbildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahren Gegensteuer gegeben werden.

In dieser bereits schwierigen Gesamtsituation rollt nun die zweite Digitalisierungswelle an. Das führt nebst der erwähnten Verschiebung im Box-Office-Split zu einem zusätzlichen ökonomischen Druck bei den Arthouse-Kinos.

1.2. Gesamtbetrachtung der Bundesfilmförderung

Der SSV unterstützt im Weiteren den Antrag Cinésuisse, in der Kulturbotschaft 2021-2024 explizit die Notwendigkeit nach einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung **unter Einbezug der Filmbildung und der Auswertungskanäle** zu erwähnen. Ziel ist die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform. Die Arbeitsgruppe hat unter Berücksichtigung aktueller Tendenzen und Erfahrungen in Europa dem Bundesrat bis 2022 konkrete Vorschläge zu unterbreiten, welche in der Kulturbotschaft 2025-2028 zur Umsetzung führen müssen. In diesem Zusammenhang wird integral auf das Argumentarium von Cinésuisse verwiesen.

2. Anliegen des Schweizerischen Studiofilm Verbandes

2.1. Filmkultur und Filmpromotion

Die Bedeutung des Kinos als Kulturvermittlerin kommt in der Kulturbotschaft 2021-2024 (wie auch bereits in der aktuellen Kulturbotschaft) zu wenig zum Ausdruck. Kinos sind nicht nur ein Ort sozialer Begegnungen, Studiokinos sind auch der Ort zur kulturellen Teilhabe am Film im Allgemeinen und insbesondere am Schweizer Filmschaffen. Dies trifft auf Kinos jeder Grösse zu. Die Kinos in kleineren Orten leisten hier jedoch einen besonders grossen Effort. Und die Arthouse-Kinos in Innenstadtlage stehen vor besonderen strukturellen Herausforderungen, z.B. durch die veränderte Nutzung des innerstädtischen Raums. Verschiedene Studien gehen zwar davon aus, dass der innerstädtische Raum langfristig attraktiv bleibt. Probleme ergeben sich für die Arthouse-Kinos jedoch in der aktuellen Phase der Transformation der Innenstädte: das bisherige Publikum bleibt zunehmend aus, das «neue» kommt noch nicht in genügender Zahl. Die Anstrengungen und Herausforderungen der Arthouse-Kinos in allen Sprachregionen werden in der Filmförderstrategie des BAK zu wenig berücksichtigt. Es braucht neue Unterstützungsformen bzw. Überbrückungsmassnahmen.

Verleiher und Kinos im Arthouse-Bereich führen einen Kampf an mehreren Fronten. Auf die erwähnten Herausforderungen muss mit der Entwicklung neuer ökonomischer Modelle reagiert werden. Auch Kinos sind zunehmend gefordert, pro Filmlancierung spezifische Promotionsmassnahmen zu ergreifen, um ihr Publikum gezielt anzusprechen. Die aufwendige Arbeit der Verleiher alleine reicht nicht mehr aus. Die Succès-Cinéma-Beiträge werden seit 2013 stets zwischen 20% und 45% gekürzt. Diese Mittel fehlen den Kinos zur Bewältigung der neuen Aufgaben.

Der SSV fordert daher dringlich, dass im Rahmen der Kulturbotschaft verstärkt Anstrengungen zur Bewahrung der Kino- und Filmkultur unternommen werden. **Filmkultur ist Kinokultur!** Und Filmförderung muss daher auch Kinoförderung umfassen. Der SSV schlägt wie skizziert verschiedene Massnahmen vor, um dieses wichtige Themenfeld anzugehen:

- Finanzierung von Projekten zur Förderung des Filmpublikumsnachwuchses (Filmbildung)
- Unterstützung zur Entwicklung neuer ökonomischer Modelle
- Marketing- und Promotionsförderung für Verleih **und** Kinos
- Bereitstellung genügender Mittel zur Bewältigung der zweiten Welle der Digitalisierung.
- Verdoppelung des Succès-Cinémas-Beitrags für die Kinos

Zentrales Anliegen ist der letzte Punkt: Die Arthouse-Kinos leisten in der Verwertungskette einen unverzichtbaren Beitrag zur Angebotsvielfalt. Im Gegensatz zu allen anderen Stakeholdern stellen die Mittel aus Succès-Cinéma für die Kinos jedoch die einzige Form von Unterstützung dar. Um so wichtiger ist daher die Durchsetzung der Idee «Erfolgsförderung», d.h. die Beträge gemäss Art. 89 FiFV müssen garantiert werden und dürfen in «zu erfolgreichen» Jahren nicht gekürzt werden. Für eine nachhaltige Stärkung der Angebotsvielfalt in der Schweizer Kinolandschaft ist nach Auffassung des SSV zudem eine Verdoppelung des Betrags auf CHF 7.00 und eine Aufhebung der Deckelung (oder zumindest ebenfalls eine Verdoppelung) in Art. 89 lit. e FiFV zwingend notwendig. Der SSV strebt **keine Umverteilung der verfügbaren Succès-Mittel** an, sondern eine entsprechende Erhöhung des Gesamtbudgets der automatischen Förderung. Für die Stärkung des Succès-Cinéma-Systems kann auf die neue Methodik der Zürcher Filmstiftung bei der Festlegung des Budgetanteils für Referenzmittel (Succès Zürich) hingewiesen werden. Dieser Methodik kommt Modellcharakter zu.

Für den SSV ist es wesentlich, dass neu erschlossene Beiträge (z.B. Abgabepflicht für Online-AnbieterInnen) nicht nur in die Produktion fliessen, sondern in einer Gesamtstrategie auch der Kinokultur und der Angebotsvielfalt zu Gute kommen. Die Angebotsvielfalt darf sich nach Überzeugung des SSV nicht nur auf die Verfügbarkeit der Werke beziehen sondern muss auch auf ein in allen Sprachregionen flächendeckendes Netz von geeigneten Abspielstellen ausgerichtet sein.

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche verfügt über Kompetenzen und Erfahrungen sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland («Exportförderung») zugute kommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

2.2. Besonderes Angebot für Kinder und Jugendliche

Trotz einem zunehmend breiteren Filmangebot kämpfen Schweizer Kinos mit immer mehr leeren Sitzplätzen. Gemäss Bundesamt für Statistik sanken die Durchschnittswerte pro EinwohnerIn von 3,3 Eintritten im Jahr 1980 auf 1,4 Eintritte im Jahr 2018. Besonders drastisch ist der Rückgang im jüngeren Segment. Im Entwurf zur Kulturbotschaft wird in 2.3.6.2 zwar die Absicht bekundet, dass die «Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weiteren spezifischen Zielgruppen» in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Kantonen koordiniert werden soll. In 2.6.1 fehlt jedoch ein entsprechender Abschnitt.

Unter den Titeln «Kinokultur» (2.3.6.2) und «kulturelle Teilhabe» (2.6.1) sollte sich der Bund in der neuen Kulturbotschaft dazu verpflichten, die schulische und ausserschulische Filmbildung für Kinder, Jugendliche und das junge Publikum bis 25 Jahre zu stärken und insbesondere Initiativen zur Förderung von Kompetenzen zur Filmnutzung und -analyse zu unterstützen. Ebenso wäre die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu fördern, welche künstlerisch anspruchsvolle Filme und insbesondere die Schweizer Produktionen einem jüngeren Publikum besser zugänglich machen.

2.3. Bedeutung der Distribution und Angebotsvielfalt

Die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher FilmanbieterInnen analog zur EU-Quoten-Richtlinie wird vom SSV unterstützt. Dass diese Verpflichtung auch für elektronische Abruf- und Abonnementsdienste gelten muss, versteht sich von selbst.

Die Arthouse-Kinos leisten in diesem Bereich schon heute einen wesentlichen Beitrag und spielen den höchsten Anteil an Schweizer Filmen. Einer expliziten «Schweizer»-Quote steht der SSV jedoch kritisch gegenüber. Aktuell betrug 2018 der Anteil Schweizer Filme im Gesamtangebot 15% (der langjährige Durchschnitt liegt bei 12,85%), erreichte jedoch nur einen Marktanteil von etwas mehr als sechs Prozent (Bundesamt für Statistik). Mit anderen Worten: gemessen an den Besucherzahlen gibt es zu viele «erfolglose» Schweizer Filme. Erstes Ziel müsste daher nicht die Erhöhung der Quote an Filmtiteln sein, sondern eine verstärkte Visibilität des Schweizer Films. Bei entsprechenden Erfolgen würde auch die Nachfrage nach weiteren Titeln anziehen.

Ein wichtiges Instrument zur Förderung des Schweizer Films in der Kinoauswertung wären daher substantielle Fördermittel für P&A-Budgets und eine substantielle Unterstützung der Arthouse-Kinos in ihren Bemühungen zur Angebotsvielfalt, zur Filmbildung und zur Kundenbindung.

2.4. Territorialitätsprinzip für Online-Anbieter

Der SSV begrüsst, dass auch Unternehmen, welche Filme über elektronische Kanäle anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren. Dabei stellt sich der Studiofilm Verband hinter die Forderung von CinéSuisse, dass für alle Anbieter und Auswertungskanäle dieselben Regeln gelten. Sinnvoller Weise werden die Bestimmungen für die unterschiedlichen FilmanbieterInnen einheitlich im FIG geregelt und derselben Kontrollinstanz, dem BAK, unterstellt. Auch hier ist bei der Verpflichtung nicht nur an die Herstellung sondern ebenso an Marketing, Promotion und Auswertung zu denken.

2.5. Schweizer Film: VoD beim BAK

Der SSV stellt sich nicht gegen die Idee des BAK eines niederschweligen Online-Zugangs für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe. Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden.

Die ebenfalls diskutierten Bestrebungen zu einer Gratisnutzung dieses Angebots werden vom SSV entschieden abgelehnt. Die Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet nicht nur das Werk und fördert eine falsche Haltung zur grundsätzlichen Gratisnutzung von Filmen. Es setzt die Programmkinos einem zusätzlichen Druck aus.

2.6. Zusammenarbeit mit Europa

Der SSV begrüsst die in den Punkten 1.4.3.2 sowie 2.3.6.4 genannten Anpassungen der MEDIA-Ersatzmassnahmen sowie das Ziel, am Creative-Europe-Folgeprogramm teilzunehmen. Dabei muss der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen in vollem Umfang erhalten werden. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein sowie inhaltlich an die Veränderungen des Marktes rasch und flexibel angepasst werden können.

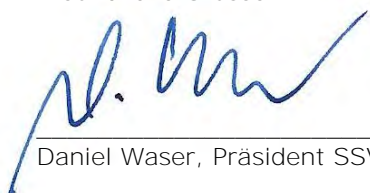
3. Konkrete Änderungs- und Ergänzungsvorschläge im Entwurfstext

Die Stellungnahme des SSV führt zu Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen im Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024. Die konkreten Anträge werden im Anhang zu diesem Schreiben ausformuliert.

Im Namen des Vorstandes Schweizer Studiofilm Verband danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Anregungen.

Seien Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, unserer aktiven Zusammenarbeit versichert.

Freundliche Grüsse



Daniel Waser, Präsident SSV

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Konkrete Änderungsvorschläge im Entwurfstext

Änderungsvorschlag zu:

1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021-2024 (p.12, Abs. 4)

...Im Weiteren ist unter anderem geplant, dass das BAK die digitale Erfassung der bedeutenden Werke seiner Museen und Sammlungen fortsetzt (vgl. Ziff. 2.4.2.1) und die von ihm geförderten Filme **auch** nach der Erstauswertung der Allgemeinheit **online** zugänglich **mach**bleiben (vgl. Ziff. 2.3.6.2) **und das Filmschaffen für die digitale Auswertung mit Vermittlung von Know-How unterstützt...**

Änderungsvorschlag zu:

2.3.6.2 Filmkultur (p.29 – Ziele und Massnahmen)

Die bisherigen Fördermassnahmen werden mit punktuellen Anpassungen in der Periode 2021-2024 weitergeführt. Den vorstehend dargestellten Herausforderungen soll wie folgt begegnet werden:

- Die Rahmenbedingungen der Förderung von Filmfestivals sind so anzupassen, dass Gewinne aus subventionierten Tätigkeiten ausschliesslich für den festgelegten Förderzweck verwendet werden können (vgl. Ziff. 3.2).
- Der Bund schafft die Voraussetzungen und stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung, um im Rahmen der Angebotsvielfalt ein in allen Sprachregionen flächendeckendes Netz von geeigneten Abspielstellen zu gewährleisten.
- Der Bereich der Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weitere spezifische Zielgruppen wird in der Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Kantonen koordiniert. Bei der Erarbeitung der Förderkriterien werden **Initiativen zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle** und die neuen digitalen Konsumgewohnheiten berücksichtigt.

Änderungsvorschlag zu:

2.6.1 Kulturelle Teilhabe (p.38)

Einschub nach dem Absatz *Leseförderung*

Förderung der schulischen und ausserschulischen Filmbildung

Film ist das narrative Leitmedium für Kinder und Jugendliche. Medienbildung gehört gleichwertig wie Lesen und Schreiben zu den grundlegenden Fähigkeiten für die Entwicklung von Wissen und Denken, für die kritische Auseinandersetzung mit verfügbaren Informationen. Die Grundkompetenzen der Medienanalyse und der Mediennutzung (Wirkung, Einfluss, Geschmacks- und Urteilsbildung) sind eine Voraussetzung für eine aktive kulturelle Teilhabe.

Der Bund schafft die Grundlagen für eine umfassende Medien- und Filmbildung und koordiniert gemeinsam mit Kantonen und Gemeinden entsprechende Förderangebote.

Änderungsvorschlag zu:

Art. 89 Abs. 1 lit. e FiFV:

~~3.507.00 Franken für die Vorführung, maximal 6'000 Franken pro Vorführunternehmen, Film und Kinoregion, insgesamt maximal 125'000 Franken pro Jahr und Vorführunternehmen.~~

Eventualiter:

~~3.507.00 Franken für die Vorführung, maximal 6'000~~ **12'000 Franken pro Vorführunternehmen, Film und Kinoregion, insgesamt maximal 125'000** ~~250'000 Franken pro Jahr und Vorführunternehmen.~~

Förderverein SAPA

An die Stabsstelle Direktion
des Bundesamts für Kultur
per Adresse: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, den 9. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 – Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zur Kulturbotschaft 2021–2024 Stellung nehmen zu können.

Mit grossem Interesse und ebenso grosser Beunruhigung haben wir die Vernehmlassungsvorlage zur Kulturbotschaft gelesen und erlauben uns, Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zu unterbreiten.

Wir nehmen Bezug auf den Paragraphen 2.4.3: Beiträge an Netzwerke Dritter, Abschnitt Ziele und Massnahmen: «Die Neuaufnahme von «Bibliosuisse» zu den vom Bund geförderten Netzwerken ab 2021 und der zusätzliche Finanzbedarf der Fotostiftung im Bereich der Räumlichkeiten und der analogen Archivierung führen dazu, dass die beschränkten finanziellen Mittel im Bereich der Netzwerke umverteilt werden müssen.»

Diese Formulierung gibt uns Anlass zur Befürchtung, dass die Gelder bei den verbleibenden Netzwerken SAPA und Memoriav gekürzt werden könnten.

Diese Kürzung hätte für die Stiftung SAPA, welche eben erst auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesamtes für Kultur aus dem Zusammenschluss der Schweizerischen Theatersammlung und dem Schweizer Tanzarchiv hervorgegangen ist, nun sämtliche Sparten der Darstellenden Künste umfasst und im Aufbau begriffen ist, fatale Folgen.

Mit der klassischen Aufgabentrias des Sammelns, Bewahrens und Vermittelns leistet die neugegründete SAPA eine zentrale Arbeit und einen bedeutenden Beitrag an das kulturelle Gedächtnis der Schweiz für die Sparte der Darstellenden Künste. Was in den anderen Bereichen – Historische Sammlungen, Literatur und Kunst etc. – eine etablierte Praxis ist, muss ebenfalls für die Darstellenden Künste Geltung erlangen. Nur so kann dieses wichtige Kulturerbe angemessen bewahrt, für die Forschung zugänglich gemacht und an künftige Generationen weitergegeben werden.

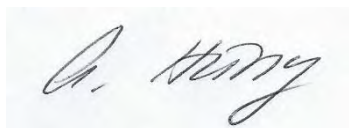
Zu den besonderen Herausforderungen der kommenden Jahre zählt insbesondere die digitale Langzeitarchivierung, eine Aufgabe, welche ohne angemessene finanzielle Unterstützung nicht in der gebotenen Weise und Qualität erfüllt werden kann, eine Aufgabe auch, welcher insbesondere im

Theater- und Tanzschaffen eine akzentuierte Bedeutung zukommt, denken wir nur an die Video- und Filmsammlungen grossartiger Tanz- und Theaterproduktionen des 20. Jahrhunderts.

In diesem Sinne bitten wir Sie, unsere Argumentation in der Kulturbotschaft 2021-2024 zu berücksichtigen und der SAPA aufgrund ihrer zunehmend komplexeren Aufgaben eine Budgeterhöhung von mindestens CHF 100'000.— zu gewähren.

Mit den besten Grüssen

Förderverein SAPA

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Hüsey', is shown on a light blue background.

Annelies Hüsey, Präsidentin



SCHWEIZER HEIMATSCHUTZ
PATRIMOINE SUISSE
HEIMATSCHUTZ SVIZZERA
PROTECZIUN DA LA PATRIA

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesrat
Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Villa Patumbah
Zollikerstrasse 128
8008 Zürich

T 044 254 57 00
F 044 252 28 70

www.heimatschutz.ch
www.patrimoinesusse.ch
info@heimatschutz.ch
info@patrimoinesusse.ch

PC 80-2202-7

Per Mail eingereicht an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 9. September 2019

Vernehmlassung zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024: Stellungnahme Schweizer Heimatschutz

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Für die Einladung zur Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021–2024 danken wir Ihnen herzlich. Als führende Schweizer Non-Profit-Organisation im Bereich der Baukultur mit 27'000 Mitgliedern und Gönnern fokussiert der Schweizer Heimatschutz seine Stellungnahme auf seine Kernkompetenz, den Bereich «Baukultur» (bisher «Baukultur, Heimatschutz und Denkmalpflege»).

Antworten auf den Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Der Schweizer Heimatschutz begrüsst das Instrument der Kulturbotschaft. Dieses ermöglicht dem Bund eine zielgerichtete Kulturpolitik und -förderung und schafft eine relative Planungssicherheit für die Akteure. Die Teuerungskorrektur sowie das Stabilisierungsprogramm haben allerdings leider zu einem weiteren Rückzug des Bundes aus der Verbundaufgabe des Erhalts und der Pflege von Baudenkmalern, Ortsbildern und archäologischen Stätten geführt. Die Differenz zwischen den in Aussicht gestellten Mitteln 2020 (CHF 23,3 Mio.) und dem effektiven Budget 2020 (CHF 20,6 Mio.) ist eklatant und steht im scharfen Gegensatz zur Bezifferung des jährlichen Bedarfs von CHF 100 Mio. jährlich in der Kulturbotschaft 2016–2020. Es besteht ein massiver Aufholbedarf bei der finanziellen Unterstützung der Kantone durch den Bund bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in den Bereichen Denkmalpflege, Ortsbildschutz und Archäologie.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik

Der Fortführung der mit der Kulturbotschaft 2016–2020 eingeführten strategischen Handlungsachsen wird grundsätzlich zugestimmt.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Umsetzung der interdepartementalen Strategie Baukultur ist ausgesprochen begrüssenswert. Allerdings ist zwingend von der «Strategie zeitgenössische Baukultur» zu sprechen – so lautete der parlamentarische Auftrag und so zeigen sich auch Inhalte und Ziele der Strategie.

Parallel zur Umsetzung der «Strategie zeitgenössische Baukultur» ist im Rahmen der kommenden Förderperiode eine zweite Teilstrategie zu lancieren, die sich den Herausforderungen im Bereich der Aufgaben, die das Bundesamt für Kultur und die Sektion «Baukultur» (bisher «Baukultur, Heimatschutz und Denkmalpflege») gemäss BV Art. 78 und NHG traditionell wahrnehmen.

Ebenso schweigt sich die Vorlage im strategischen Bereich darüber aus, wie der Bund das demnächst ratifizierte Rahmenübereinkommen des Europarats von 2005 über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Konvention von Faro) umsetzen will.

4. Revision Filmgesetz

Keine Position.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Der Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Kulturförderungsgesetz (Art. 1 Bst. a Ziff. 1) wird ausdrücklich zugestimmt.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Die vorgeschlagene Rahmenkredit im Bereich «Baukultur» fällt hinter das in der Kulturbotschaft 2016–2020 in Aussicht gestellte Budget zurück. Dies steht im krassen Widerspruch zur bereits heute markanten Unterfinanzierung bei der «Erhaltung schützenswerter Objekte», wie sie in der Kulturbotschaft 2016–2020 deutlich erwähnt wurde. Ebenso ist es wenig glaubwürdig, wenn die Schweiz neue Konventionen ratifiziert und sich beim Thema «Baukultur» eine internationale Vorreiterrolle gibt, aber zugleich die Budgets kürzt.

Wir fordern für den Budgetbereich «Erhaltung schützenswerter Objekte, Archäologie» mindestens eine Berechnungsbasis 2020 von CHF 23,3 Mio. (gemäss Kulturbotschaft 2016–2020) und daraus abgeleitet einen Gesamtbeitrag 2021–2024 von CHF 94 Mio.

Die Vorlage sieht vor, den Budgetbereich «Organisationen, Forschung, Ausbildung und Vermittlung» gegenüber der Kulturbotschaft 2016–2020 um jährlich CHF 800'000 aufzustocken. Diese Mehrmittel zur Umsetzung der «Strategie (zeitgenössische) Baukultur» sind in Anbetracht der gesetzten Ziele und Erwartungen sehr bescheiden. Es ist zwingend zu vermeiden, dass weitere Finanzmittel aus diesem Bereich von den bisherigen Engagements des Bundes in die Umsetzung der «Strategie (zeitgenössische) Baukultur» fliessen.

Weitere Anmerkungen und Präzisierungen zur Vorlage

Ergänzend und vertiefend zum Fragenkatalog erlauben wir uns, Ihnen weitere Anmerkungen zur präsentierten Vorlage zu übermitteln.

Übersicht, Abs. Inhalt der Vorlage

Antrag: Klärung der Formulierung «Bereich Baukultur».

Bemerkung: Es ist erfreulich, dass in der Übersicht das Ziel, die Qualität der gebauten Umwelt zu erhöhen, verankert ist. Die Nennung «Bereich Baukultur» ist allerdings schwammig: Ist hier die Umsetzung der Strategie (zeitgenössische) Baukultur gemeint oder sind es die Aktivitäten der Sektion mit dem geplanten Namen «Baukultur»?

1.2.1 Bundesamt für Kultur, Abs. Baukultur

Antrag: Von einer Umbenennung der Sektion «Baukultur, Heimatschutz und Denkmalpflege» in «Baukultur» ist vorderhand abzusehen.

Begründung: Die Hauptaufgabe der Sektion besteht in der Erfüllung der Aufgaben gemäss BV Art. 78 sowie gemäss NHG. Diese Hauptaufgabe sollte im Namen der Sektion ablesbar sein. Ebenso stiftet die Umbenennung Verwirrung: Die vorliegende Strategie Baukultur umfasst zu weiten Teilen lediglich das aktuelle baukulturelle Schaffen. Solange eine ergänzende Teilstrategie «Erhalt» fehlt, ist der Begriff «Baukultur» potenziell irreführend. Ebenso ist nicht geklärt, wie sich die Aufgaben im Bereich der Archäologie im geplanten Namen wiederfinden.

Antrag: Die «Strategie Baukultur» ist «Strategie zeitgenössische Baukultur» zu nennen.

Begründung: Der Auftrag an das Bundesamt für Kultur gemäss Kulturbotschaft 2016–2020 lautete in Erfüllung des Postulats 12.3658 WBK-N, eine «Strategie zeitgenössische Baukultur» zu entwickeln. Der vorliegende Entwurf der Strategie Baukultur bildet diesen Auftrag ab und verzichtet weitgehend auf Fragen zum Erhalt und der Pflege von Baudenkmalern oder archäologischen Stätten.

Antrag: In Ergänzung zur «Strategie zeitgenössische Baukultur (Teilstrategie)» ist im Rahmen der Kulturbotschaft 2021–2024 eine weitere Teilstrategie «baukulturelles Erbe/Erhalt» dringend angezeigt.

Begründung: Die Kulturbotschaft 2016–2020 hat eindringlich auf die «Tradierungskrise» im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege hingewiesen und Massnahmen zu deren Überwindung initiiert. Diese sind per Ende 2020 nicht abgeschlossen. Das Thema hat nichts an Relevanz eingebüsst. Darüber hinaus besteht ein aufgelaufener Bedarf, in wichtigen Handlungsfeldern des Bundes (Umsetzung RPG, Energiestrategie oder Zweitwohnungsgesetz) zeitgemässe und zukunftssträchtige Strategien für das baukulturelle und archäologische Erbe zu entwickeln. Zudem ist es dringend angezeigt zu resümieren, wie sich die Halbierung der Beiträge des Bundes für den Erhalt von Bau- und Bodendenkmälern seit den 1990er-Jahren ausgewirkt hat. Diese dringend anstehenden Massnahmen sind sinnvollerweise unter dem gemeinsamen Dach einer zusammenfassenden Strategie zu entwickeln und umzusetzen.

1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024 / Konvention von Faro

Antrag: Grundsätze zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarats von 2005 über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Konvention von Faro) sind unter 1.4.2.1 und/oder 1.4.2.2 aufzuführen.

Begründung: Sofern nicht bis am 1. Oktober 2019 das Referendum ergriffen wird, ratifiziert der Bund die Konvention von Faro. Zentrale Elemente der Konvention stimmen mit den Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe» sowie «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» überein. Da der Inhalt der Konvention verschiedene Sektionen des Bundesamtes und Schnittstellen zu weiteren Ämtern betrifft, ist eine grundsätzliche Darlegung des Vorgehens auf der Ebene der Kulturpolitik nötig.

1.4.2.2 Entwicklungen Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Abs. Baukultur

Antrag: Die «interdepartementale Strategie Baukultur» ist in «interdepartementale Strategie zeitgenössische Baukultur» umzubenennen. Gefordert ist zudem eine Teilstrategie «baukulturelles Erbe/Erhalt».

Begründung: Die inhaltliche Begründung ist oben unter 1.2.1 dargelegt.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Bemerkung: Die Architekturbiennale von Venedig ist eine wichtige Plattform für den baukulturellen Diskurs. Das Engagement von Pro Helvetia in diesem Bereich wurde erfreulicherweise bei der letzten Ausgabe durch einen Goldenen Löwen gekrönt.

2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Antrag: Bei den Netzwerken sind auch Archive für Baukultur zu berücksichtigen.

Begründung: Die Nachlässe verschiedener Akteure und Organisationen im Bereich der Baukultur werden heute an verschiedenen Standorten gesammelt. Wichtig sind insbesondere die Hochschulen, die ihre Archivpflege zu einem Gutteil aus Goodwill betreiben. Im Sinne einer langfristigen Erhaltung und Nutzung der Bestände ist es angezeigt, eine Gesamtsicht auf die künftigen Herausforderungen und möglichen Synergien zwischen den Institutionen zu entwickeln.

2.5 Baukultur, Abs. Ausgangslage und Herausforderungen

Antrag: Die Herausforderungen im Bereich des Erhalts und der Pflege der Bau- und Bodendenkmäler sowie der Ortsbilder sind klarer zu benennen. Daraus sind im Anschluss Massnahmen abzuleiten.

Begründung: In der Einleitung sowie im Absatz «Ausgangslage und Herausforderungen» nimmt die Darlegung der Herausforderungen im Bereich der zeitgenössischen Baukultur sehr viel Platz ein. Weitgehend ausgeklammert werden die bekannten Herausforderungen für das baukulturelle und archäologische Erbe, die sich im Kontext der Energiewende, der baulichen Innenentwicklung oder der vom Bund konstatierten Tradierungskrise ergeben

und Lösungen benötigen. Es reicht nicht, diese im Rahmen einer baukulturellen Gesamtsicht zu implizieren. Vielmehr braucht es eine Fokussierung auf diesen Teilbereich.

2.5 Baukultur, Abs. Interdepartementale Strategie Baukultur

Antrag: Die «interdepartementale Strategie Baukultur» ist in «interdepartementale Strategie zeitgenössische Baukultur» umzubenennen. Gefordert ist zudem eine Teilstrategie «baukulturelles Erbe/Erhalt».

Begründung: Die inhaltliche Begründung ist oben unter 1.2.1 dargelegt.

Antrag: Die formulierten Ziele der Strategie sind mit den in Aussicht gestellten Ressourcen in Einklang zu bringen und klarer zielgruppenspezifisch zu definieren.

Begründung: Die Strategie zeitgenössische Baukultur ist ausserordentlich zu begrüßen. Allerdings sind über vier Jahre hinweg lediglich total CHF 3.1 Mio. zur Umsetzung der Strategie in Aussicht gestellt. Die formulierten Ziele sind im Verhältnis zum Finanzrahmen sehr hoch. Es ist wünschenswert, die Ziele klarer an den Möglichkeiten auszurichten und zu unterscheiden in a) Ziele innerhalb des Bundes und b) Ziele mit übrigen Zielgruppen und Stakeholdern.

2.5 Baukultur, Abs. Forschung, Wissen, Vermittlung

Antrag: Es ist klar aufzuzeigen, welche Massnahmen der Bund zur Bewältigung der von ihm festgestellten Tradierungskrise im Rahmen der Kulturbotschaft 2021–2024 ergreift.

Begründung: Die Vorlage erklärt das Überwinden der Tradierungskrise zu einer der drei prioritären Herausforderungen im Bereich «Baukultur». Es ist allerdings deutlich zu wenig sichtbar und spürbar, wie der Bund diese Herausforderung angehen will. Massnahmen, die in Ableitung von anderen Zielen im Rahmen der interdisziplinären Strategie zeitgenössische Baukultur einen Beitrag leisten, sind kaum befriedigend. Es braucht eine strategische Herangehensweise sowie ausreichend Ressourcen, um das zielgerichtete Engagement zur Überwindung der Tradierungskrise mindestens auf dem aktuellen Niveau zu halten.

2.5 Baukultur, Abs. Finanzhilfen für die Erhaltung von schützenswerten Objekten und archäologischen Massnahmen

Antrag: Der effektive Bedarf an Finanzhilfen ist darzulegen. Die daraus abgeleiteten Massnahmen sind zu benennen und in eine zukunftssträchtige Strategie zu überführen.

Begründung: Die präsentierte Vorlage verwaltet den beständigen Abbau der Unterstützung der Erhaltung von schützenswerten Objekten und archäologischen Massnahmen. Die jährlichen Ausgaben des Bundes in diesem Bereich sind seit den 1990er-Jahren um mehr als 50% gesunken (von ca. CHF 48 Mio. auf ca. CHF 20 Mio.). Es fehlt eine Auslegeordnung über die Auswirkungen dieser massiv rückgängigen

Unterstützungsmassnahmen sowie eine Strategie bezüglich einer prospektiven Entwicklung des Teilbereichs.

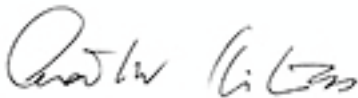
2.5 Baukultur, Abs. Ziele und Massnahmen

Antrag: Es ist aufzuzeigen, wie das Rahmenübereinkommen des Europarats von 2005 über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Konvention von Faro) im Bereich Baukultur umgesetzt wird.

Begründung: Aus der Vorlage geht kaum hervor, wie die Konvention von Faro die Kultur- und Kulturerbe-Politik des Bundes beeinflusst oder mitprägt. Ebenso werden Massnahmen vermisst, die zur Vermittlung der noch wenig bekannten Inhalte der Konvention an weitere Zielgruppen beitragen.

Freundliche Grüsse

Schweizer Heimatschutz



Martin Killias, Präsident



Stefan Kunz, Geschäftsführer

Institut für Theaterwissenschaft, Mittelstrasse 43, CH-3012 Bern

Bundesamt für Kultur (BAK)
Stabstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 9. September 2019

**Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021–2024
(betreffend SAPA)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset, sehr geehrte Damen und Herren

Als einziges Institut für Theaterwissenschaft an einer Schweizer Universität arbeiten wir eng mit SAPA, dem Schweizer Archiv der Darstellenden Künste, zusammen. Wir sind für unsere Forschung und Lehre auf die Archivbestände angewiesen und somit fundamental an einer professionellen Aufstellung dieser Institution interessiert. Deshalb trägt unsere Universität diese seit Jahren massgeblich mit. Wir haben auch die aufwändige, aber angemessene Fusion der beiden Vorgängereinstitutionen (Schweizerisches Tanzarchiv und Schweizerische Theatersammlung) ideell, organisatorisch und personell unterstützt.

Nun sieht die Kulturbotschaft 2021–2024 eine budgetneutrale Verschiebung der Finanzhilfen im Bereich der Netzwerke Dritter vor zu denen SAPA gehört. Wir müssen annehmen, dass SAPA in diesem Verteilungskampf Verluste drohen. Dies hätte zur Folge, dass das Kulturerbe der Darstellenden Künste in seiner Breite nicht mehr professionell bewahrt werden könnte.

Mit diesem Schreiben möchten wir die Stiftung SAPA nachdrücklich bei ihren Bemühungen unterstützen, die drohende Budgetkürzung abzuwenden, um das immaterielle Kulturerbe der Schweiz in den Bereichen Theater, Tanz, Kleinkunst und Performancekunst weiterhin hinreichend für Forschung und Lehre verfügbar zu halten. Wir kennen und befürworten die Argumentation von SAPA, die im Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft eingereicht wird, und wir fordern die Stärkung dieser für uns und unser Land einzigartigen und wichtigen Einrichtung.

Mit freundlichen Grüssen

Prof. Dr. Andreas Kotte

Bundesamt für Kultur BAK

Per E-Mail an:
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 10. September 2019 / JH

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben am 29. Mai 2019 das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet. AGILE.CH als Dachverband von 41 Behinderten-Selbsthilfeorganisationen, die unterschiedlichste Behinderungsgruppen repräsentieren, bedankt sich für die Einladung, zur Vorlage Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns im Folgenden zu ausgewählten Punkten.

Grundsätzliches

Mit der Kulturbotschaft 2016-2020 sprach sich der Bundesrat dafür aus, die kulturelle Teilhabe zu fördern. Möglichst viele Menschen sollen am Kulturgeschehen teilnehmen können: im Publikum, aktiv im Amateurbereich oder als professionelle Künstler/-innen sowie mitbestimmend bei Entscheiden zu kulturellen Programmen, Inhalten und Strukturen. Dafür sollten gemäss Kulturbotschaft 2016-2020 u.a. die Zugänge zu kulturellen Angeboten für Menschen mit Behinderungen – und auch für ältere Menschen – verbessert werden, z.B. mittels Audiodeskription von Filmen. AGILE.CH ist sehr erfreut, dass in der Kulturbotschaft 2016-2020 die kulturelle Teilhabe zum übergeordneten kulturpolitischen Ziel erklärt wurde und dass während der Umsetzung dieser zweiten Kulturbotschaft Anstrengungen zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen unternommen wurden.

AGILE.CH ist überzeugt, dass eine langfristige Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes, der Kantone und der Gemeinden auf kulturelle Teilhabe unabdingbar ist, um das Recht jedes Menschen und insbesondere auch von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe einzulösen¹. AGILE.CH begrüsst deshalb, dass die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» der Kulturbotschaft 2016-2020 in den nächsten vier Jahren weitergeführt werden sollen.

¹ Art. 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948; Art. 30 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; Art. 16 des Behindertengleichstellungsgesetzes

Die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sollte in der staatlichen Kulturpolitik (Bund, Kantone, Städte und Gemeinden) konsequent als Querschnittsthema mitgedacht werden, denn es gilt, den Nachteil von Menschen mit Behinderungen beim Zugang zu Kultur auszugleichen. In der Kulturbotschaft 2021-2024 werden Menschen mit Behinderungen jedoch kaum erwähnt und geraten damit bei der Auseinandersetzung mit den einzelnen Themen aus dem Fokus. AGILE.CH fordert, dass Menschen mit Behinderungen in der Kulturbotschaft 2021-2024 entweder ein eigenes Kapitel/ein eigener Abschnitt gewidmet wird oder dass auf ihre speziellen Bedürfnisse in den einzelnen Kapiteln hingewiesen wird.

AGILE.CH ist überzeugt, dass der Bund im Bereich der kulturellen Teilhabe eine Vorbildfunktion übernehmen kann und soll, indem er u.a. für seine eigenen Institutionen das Label «Kultur inklusiv» erwirbt, Ressourcen für die Umsetzung der kulturellen Teilhabe in diesen Institutionen einstellt und in seiner Förderpraxis ein besonderes Augenmerk auf kulturelle Teilhabe richtet. Zu fördern sind Vorhaben, die nachhaltig sind, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Kompetenzen der Zielgruppen eingehen, Menschen mit Behinderungen von der Konzipierung bis zur Umsetzung einbinden und eine klare Strategie zur Erreichung der Zielgruppen enthalten. Um die Sensibilisierung bei Kulturschaffenden/Kultureinrichtungen für die Voraussetzungen der selbständigen kulturellen Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungsformen zu verbessern, wären entsprechende Informationen auf den Internetseiten des Bundesamts für Kultur und von Pro Helvetia wünschenswert.

- ▶ *AGILE.CH unterstützt die Weiterführung der strategischen Handlungsachsen der Kulturbotschaft 2016-2020 in der Kulturbotschaft 2021-2024.*
- ▶ *AGILE.CH fordert, dass die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen konsequent als Querschnittsthema in der staatlichen Kulturpolitik mitgedacht wird. Entsprechend ist der Zielsetzung «Verbesserung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen» in der Kulturbotschaft 2021-2024 mehr Platz einzuräumen.*
- ▶ *AGILE.CH wünscht sich, dass der Bund im Bereich der kulturellen Teilhabe eine Vorbildfunktion übernimmt.*

Beantwortung ausgewählter Fragen des Fragenkatalogs

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Mit dem Bericht «Stärkung kultureller Teilhabe in der Schweiz», den der Verein Kulturvermittlung Schweiz im Auftrag der Arbeitsgruppe Kulturelle Teilhabe des Nationalen Kulturdialogs erarbeitete und im November 2015 veröffentlichte, lag für die Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe» eine sehr gute Grundlage vor. Der Bericht schlug auch mehrere Massnahmen zur Stärkung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen vor:

- ▶ Zugang zu kulturellen Institutionen für Menschen mit Behinderungen als Kulturschaffende

- ▶ Beauftragung der Kultureinrichtungen, klar und verständlich über ihre Angebote zu informieren und dabei die Bedürfnisse von hör- und sehbehinderten Menschen zu beachten
- ▶ Mitarbeit von Menschen mit Behinderungen in Kultureinrichtungen
- ▶ Produktion unter Mitwirkung oder Mitgestaltung von Künstlern/Künstlerinnen mit Behinderungen
- ▶ Kulturprojekte zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (Abbau baulich-technischer Hindernisse, Beseitigung von Barrieren bei der Information, behindertenspezifische Kulturveranstaltungen)
- ▶ Behindertenorganisationen als wichtige Stakeholder der Handlungsachse «Stärkung der kulturellen Teilhabe»

Trotz des im Bericht ausgewiesenen grossen Handlungsbedarfs im Bereich der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen legte der Bund gemäss Kapitel 1.4.1 in der Förderperiode 2016-2020 den Schwerpunkt – zumindest ressourcenmässig – auf sechs andere Themen. AGILE.CH bedauert diese Entscheidung, denn das Recht von Menschen mit Behinderungen auf selbständige Teilnahme am kulturellen Leben ist in der Schweiz noch lange nicht eingelöst. Dass beispielsweise das Kultur- und Kongresszentrum Luzern KKL Menschen mit Behinderungen einen selbständigen Konzertbesuch bis Anfang dieses Jahres verunmöglichte, indem Betroffenen ihre Hilfsmittel am Eingang abgenommen wurden, ist stossend und verdeutlicht, dass noch viel zu tun ist.

AGILE.CH anerkennt, dass verschiedene Massnahmen der Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe» auch Menschen mit Behinderungen zugutegekommen sind. So wurde mit Art. 9a «Kulturelle Teilhabe» im Bundesgesetz über die Kulturförderung vom 11. Dezember 2009 eine rechtliche Grundlage für die Unterstützung von Vorhaben zur Stärkung der Teilhabe der Bevölkerung am kulturellen Leben geschaffen. Ab 2016 wurden mehrere kulturelle Projekte für und/oder mit Menschen mit Behinderungen gestützt auf diese neue rechtliche Grundlage gefördert, u.a. die Projekte «Ich seh's anders!», «Clousiana Orchestra», «Oltner Schauspielseminar für Gehörlose» (s. [Projektlisten](#)). Mit Art. 65 der Verordnung des EDI über die Filmförderung vom 21. April 2016 wurde der behinderungsgerechte Zugang als Voraussetzung für Fördergelder des Bundes festgeschrieben. Im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs wurde die gemeinsame Auseinandersetzung mit kultureller Teilhabe von Bund, Kantonen und Gemeinden gefördert. Das Handbuch «Kulturelle Teilhabe», das 2019 vom Nationalen Kulturdialog herausgegeben worden ist, gibt einen sehr wertvollen Überblick über die Thematik und berücksichtigt Menschen mit Behinderungen angemessen. Auch konnte sich die Fachstelle Kultur inklusiv dank des verstärkten Fokus auf kulturelle Teilhabe in den letzten Jahren als Kompetenzzentrum etablieren.

► *AGILE.CH zieht eine gemischte Bilanz zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020. Die Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe» hat einen Beitrag zur Verbesserung des Zugangs zur Kultur für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen geleistet. Um das in der UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) verankerte Recht von Menschen mit Behinderungen auf Teilhabe am kulturellen Leben einzulösen, braucht es jedoch im Sinne des Nachteilsausgleichs eine Intensivierung der Anstrengungen zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen.*

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

AGILE.CH unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes, wobei der hindernisfreie Zugang zu Kultur in allen drei Achsen eine wichtige Zielsetzung sein muss. Gerade im Bereich «Kulturelle Teilhabe» gibt es aus unserer Sicht noch viel zu tun, denn nach wie vor bestehen verschiedenste Hindernisse (bauliche und technische Hindernisse sowie fehlende Aufbereitung von Informationen in zugänglichen Formaten), die Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am kulturellen Leben erschweren oder gar verunmöglichen. AGILE.CH fordert, dass bei der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 eine Akzentuierung auf die Umsetzung des in der UNO-BRK verankerten Rechts von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe vorgenommen wird. Als besonders wichtig erachtet AGILE.CH dabei den Einbezug von Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache, die gezielte Verbreitung und Vermittlung von inklusiver Kultur sowie die Förderung von unterschiedlichsten Kooperationen (u.a. zwischen den Fachbereichen Kultur und Behindertenwesen sowie zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und NGO).

AGILE.CH teilt die Einschätzung des Bundes, dass der digitale und damit verbundene technologische Wandel einen grossen Einfluss auf verschiedenste Kulturbereiche hat. AGILE.CH weist darauf hin, dass die Digitalisierung auch eine Chance auf Verbesserung der kulturellen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ist.

- *AGILE.CH verlangt, dass bei der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 ein Schwerpunkt auf die Umsetzung des in der UNO-BRK verankerten Rechts von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe gelegt wird.*
- *AGILE.CH erwartet, dass Menschen mit Behinderungen bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Massnahmen verstärkt als Expertinnen und Experten in eigener Sache einbezogen und für diese Experten-/Expertinentätigkeit angemessen entschädigt werden.*
- *AGILE.CH fordert, dass die Nutzung der Chancen der Digitalisierung zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen aktiv gefördert wird.*

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

AGILE.CH begrüsst es sehr, dass die kulturelle Teilhabe ein zentraler Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes für die Jahre 2021-2024 bleiben soll. AGILE.CH regt an, Menschen mit Behinderungen bei den geplanten Massnahmen stärker zu berücksichtigen:

- ▶ In der interdepartementalen Strategie zur Baukultur soll der baulichen Zugänglichkeit ein Kapitel gewidmet werden (S. 13 Kulturbotschaft).
- ▶ Der Bund setzt sich für eine angemessene Entschädigung der Kulturschaffenden ein, was AGILE.CH gutheisst. AGILE.CH verlangt, dass auch Menschen mit Behinderungen, die Kulturinstitutionen/Kulturschaffende bei der Umsetzung inklusiver Kultur beraten, angemessen bezahlt werden. AGILE.CH weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang unbedingt auch die Absicherung von Kulturschaffenden durch Sozialversicherungen mitbedacht werden sollte (S. 16 Kulturbotschaft).
- ▶ Im Rahmen der kulturförderpolitischen Debatte sind Menschen mit Behinderungen konsequent mitzuberücksichtigen (S. 16 Kulturbotschaft).
- ▶ Es ist zu prüfen, ob ein Schweizer Preis «Inklusive Kultur» geschaffen werden kann, mit dem Schweizer Kulturschaffende ausgezeichnet werden, die sich durch ein hervorragendes Engagement im Bereich der kulturellen Teilhabe auszeichnen. Bei der Festsetzung der Kriterien für den Preis sowie in der Jury müssten unbedingt Menschen mit Behinderungen einbezogen werden (S. 17 Kulturbotschaft).
- ▶ Die Audiodeskription von Filmen soll ein wichtiges Förderungskriterium sein, unabhängig von der Fördersumme (S. 28 Kulturbotschaft). Auch soll die Audiodeskription von Theateraufführungen, Opern und anderen Angeboten weiter gefördert werden.
- ▶ Mit spezifischen Angeboten für Menschen mit Behinderungen können Museen neue Zielgruppen erreichen. So eröffnen beispielsweise Führungen mit Beschreibungen der Gemälde durch entsprechend geschultes Personal Menschen mit Sehbehinderungen den Zugang zu Kunstausstellungen. Auch mit Führungen, die in Tandems (eine Person mit Behinderung und eine Person ohne Behinderung) durchgeführt werden, können Menschen mit Behinderungen gezielt angesprochen werden. Tastbare Exponate oder 3D-Modelle ermöglichen blinden Menschen, die Kunst mit einem für sie zugänglichen Sinn zu entdecken (S. 31ff. Kulturbotschaft). Audioguides sind unterschiedliche Zielgruppen sehr hilfreich.
- ▶ Zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Kultur gehört auch ihr aktiver Einbezug in Diskussionen über die Ausgestaltung des kulturellen Lebens. Entsprechend sollten Menschen mit Behinderungen auch in der Arbeitsgruppe «Kulturelle Teilhabe» des Nationalen Kulturdialogs vertreten sein (S. 38 Kulturbotschaft).
- ▶ Damit möglichst viele Menschen Freude am Lesen haben können, braucht es Texte in einfacher und leichter Sprache. AGILE.CH fordert den Bund auf, sich für Texte in einfacher und leichter Sprache einzusetzen sowie die Zusammenarbeit der Fachgebiete «einfache Sprache», «leichte Sprache» und «Illettrismus» zu fördern (S. 39 Kulturbotschaft).

- ▶ Die Gehörlosengemeinschaft ist eine sprachliche und kulturelle Minderheit der Schweiz. Es ist an der Zeit, dass die Sprachenförderung des Bundes die drei Gebärdensprachen (D, F, I) miteinschliesst (S. 41 Kulturbotschaft).

Zudem schlägt AGILE.CH folgende weiteren Massnahmen vor:

- ▶ Damit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungsformen Aufführungen der darstellenden Künste offenstehen, sind für sie alle Plätze nahe bei der Bühne zu reduzierten Preisen zu reservieren.
- ▶ Menschen mit Behinderungen sind teilweise auf Begleitung/Assistenz angewiesen. Für Assistenzpersonen sollen kostenlose Plätze an kulturellen Anlässen zur Verfügung gestellt werden. Blindenführhunde sollen entweder in den Aufführungsraum mitgenommen werden können oder während der Veranstaltung betreut werden.
- ▶ Erfreulicherweise setzen sich immer mehr Kulturschaffende/Kultureinrichtungen für die Zugänglichkeit ihrer Kunst ein. Dazu beigetragen hat u.a. auch das Label «Kultur inklusiv». Um diese Entwicklung zu fördern, könnte ein Gefäss des Erfahrungsaustauschs etabliert werden.
- ▶ Damit Menschen mit Behinderungen professionell als Künstler/-innen tätig sein können, muss der Zugang zu entsprechenden Bildungsinstitutionen hindernisfrei sein.
- ▶ Kulturschaffende und Kultureinrichtungen sollten die Möglichkeit haben, eine staatliche Finanzierung der nachteilsausgleichenden Kosten zu erhalten. Ein entsprechender Fonds ist nach dem Vorbild der Stadt Bern einzurichten.

- ▶ *AGILE.CH verlangt, dass Menschen mit Behinderungen bei der Umsetzung der dritten Kulturbotschaft noch besser berücksichtigt werden (s. obige Massnahmen).*
- ▶ *AGILE.CH fordert, dass Menschen mit Behinderungen oder zumindest Fachpersonen mit engem Bezug zur Thematik in der Arbeitsgruppe «Kulturelle Teilhabe» angemessen vertreten sind. AGILE.CH ist überzeugt, dass auch innerhalb der Verwaltungen geeignete Personen rekrutiert werden können, sollte die Arbeitsgruppe ausschliesslich aus Vertretern/Vertreterinnen der verschiedenen Verwaltungen zusammengesetzt sein.*
- ▶ *AGILE.CH verlangt, dass die Gebärdensprachen bei Massnahmen der Sprachenförderung mitberücksichtigt werden.*

4. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

AGILE.CH ist dezidiert der Meinung, dass das in der UNO-BRK verankerte Recht von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe nicht ressourcenneutral eingelöst werden kann. AGILE.CH erwartet, dass Mittel für die Stärkung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen eingesetzt werden.

► *AGILE.CH verlangt, dass Mittel für die Stärkung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen für die Jahre 2021-2024 eingestellt werden.*

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



Stephan Hüsler
Präsident



Suzanne Auer
Zentralsekretärin

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Bundesamt für Kultur
Herrn Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot, Amtsvorsteherin Bundesamt für Kultur
Inselgasse 1
3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 10. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021-2024

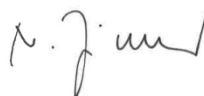
Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Frau Chassot

Mit diesem Schreiben bedanken wir uns für die Einladung zur Vernehmlassung der Kulturbotschaft 2021-2024 und legen im Folgenden gerne unsere Position dar.

Freundliche Grüsse



Jonathan Gimmel
Präsident Dachstiftung Kunstmuseum Bern-Zentrum Paul Klee



Nina Zimmer
Direktorin Kunstmuseum Bern-Zentrum Paul Klee



Gegründet von:
Maurice E. und Martha Müller
sowie den Erben Paul Klee

Stellungnahme

der Dachstiftung Kunstmuseum Bern – Zentrum Paul Klee zur Kulturbotschaft 2021-2024

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024 eingeladen. Als Dachstiftung Kunstmuseum Bern - Zentrum Paul Klee verstehen wir uns als Ort der Bewahrung und Vermittlung des bildkünstlerischen Erbes. Wir sind ein lebendiger Ort der Auseinandersetzung und Begegnung und werden mit unseren attraktiven Wechselausstellungen national wie international wahrgenommen. Damit sind die Kunstmuseen ein wesentlicher Akteur im reichen touristischen Angebot unseres Landes. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes uns ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns als Dachstiftung, unsere spezifischen Anliegen in die Vernehmlassung einzubringen.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür sind wir dankbar, lebt doch die Kulturpflege und -förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Megatrends wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Damit beschäftigen sich auch die Kunstmuseen seit längerer Zeit intensiv. Wir begrüßen explizit die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugutekommen.

Zu fünf Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns als Dachstiftung Kunstmuseum Bern - Zentrum Paul Klee einbringen:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge/Betriebsbeiträge

Wir begrüßen explizit die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, die die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungssummen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen. Ein Optimierungspotential orten wir zudem bei der Antrags- und Bewilligungspraxis was Zeitpunkt der Ausschreibung sowie tatsächlich gesprochener prozentualer Beitrag der Versicherungskosten pro Gesuch betrifft.

Die Dachstiftung begrüsst es, dass der Bund sich subsidiär und längerfristig finanziell bei Museen von nationaler Bedeutung engagieren will, die nicht in seiner eigentlichen Verantwortung liegen. Die Betriebsbeiträge an einzelne Ausstellungshäuser binden sehr viele Mittel und damit widerspricht ihre zeitliche Begrenzung einer langfristigen kontinuierlichen Kulturförderung. Die Dachstiftung begrüsst zudem eine angemessene Vertretung von Kunstmuseen unter den durch Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen sowie grössere Transparenz der Entscheidungsfindung dieser Fördermassnahme, insbesondere bezüglich Zusammensetzung der Expertenkommission und der Kriterien für Zusage respektive Ablehnung der Gesuche.



Gegründet von:
Maurice E. und Martha Müller
sowie den Erben Paul Klee

2. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Wir begrüßen grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen sie indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem sie Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Zudem erwerben sie Kunstwerke für ihre Sammlungen und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaffenden bei. Diese Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zudem ist zu befürchten, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst nicht nötig. Zu befürchten ist, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

Daher ist es aus unserer Sicht notwendig, dass Ausstellungsinstitutionen, nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Kunsthallen und Off-Spaces, sich bei der Ausgestaltung von Ausstellungs- und Publikationshonoraren mit ihren Anliegen aktiv einbringen können und als wesentliche Akteure in die laufenden Diskussionen einbezogen werden.

3. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommenen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, was grundsätzlich erfreulich ist. Wir stellen jedoch fest, dass das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Seit es die Datenmengen ermöglichen, sind Bilder auch in den neuen Kommunikationstechnologien allgegenwärtig. Die hohe Emotionalität, die mit einem Bild innerhalb eines Augenblicks erzeugt werden kann, wird mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und instrumentalisiert. Es ist noch immer selbstverständlich, dass ein Bild zunächst einmal Realität zeigt. Doch es bedarf sowohl der Bildung als auch der Übung, in einem Bild nicht nur den Realitätsbezug zu erkennen, sondern auch das Potential zu Manipulation. Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Dazu bedarf es einer Bildkompetenz, die insbesondere auch auf der Rezeptionsseite funktioniert.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten die Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung, liefert Denkanstösse und macht das Bewusste vom Unbewussten unterscheidbar. Ein Museum ist so gesehen ein 3-D-Bilderbuch, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Das Museum verfügt als Institution über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.



Gegründet von:
Maurice E. und Martha Müller
sowie den Erben Paul Klee

4. Beitrag an die Stadt Bern für besondere kulturelle Aufwände

Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das KFG klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Von der Streichung des Artikels 18 KFG ist abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten.

5. Nationale Offensive in der Provenienzforschung

Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Provenienzforschung weiterhin gefördert werden würde. Denn grundsätzlich sollte die Provenienzforschung dauerhaft an grossen und mittelgrossen Museen betrieben werden. Die erste Förderperiode (2016 bis 2018) zeigte die Fehleinschätzungen und grossen Defizite der Schweizer Museen im Bereich der Provenienzforschung. So konnte z.B. nur ein kleiner Teil der Sammlungen des Kunstmuseums Bern im Zeitraum 2017 bis 2018 erforscht werden. Der international akzeptierte Mittelwert liegt bei 80 Werken pro Jahr.

Provenienzforschung dient der Auffindung von NS-Raubkunst in öffentlichem Besitz, sie dient damit auch einem wichtigen Beitrag zum Erhalt des kulturellen Erbes. Die sorgfältige, wissenschaftliche Erschliessung der Sammlungen trägt dazu bei, die Identität eines Museum zu profilieren und damit die Netzwerke (Bürger, Sponsoren, Freundeskreise) zu stärken. Provenienzforschung bietet Rechtssicherheit für öffentlichen Kunstbesitz. Proaktives und transparentes Handeln verschafft Museen eine bessere Ausgangslage bei Auskunft- und Restitutionsgesuchen. Schliesslich zeichnet das Übernehmen von historischer Verantwortung ein positives Bild der Schweiz nach innen und aussen.

Wir eröffnen ein klares Signal des Bundes für die weitere Förderung der Provenienzforschung – auch um die privaten Förderer der Forschung zu motivieren, in ihrem Engagement fortzufahren.

Wir freuen uns, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021-2024 einfließen. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.



Gegründet von:
Maurice E. und Martha Müller
sowie den Erben Paul Klee

Office fédéral de la culture
Madame Isabelle Chassot
Directrice
Hallwylstrasse 15
3003 Berne

Gilles Marchand
Generaldirektor SRG SSR
Giacomettistrasse 1
3000 Bern 31

Datum 5. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat in der aktuellen Kulturbotschaft 2016-2020 seine Kulturpolitik auf die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhang» und «Kreation und Innovation» ausgerichtet und beabsichtigt nun, diese fortzuführen und weiterzuentwickeln. Die SRG begrüsst diese Kontinuität und die damit verbundenen Akzentuierungen. Der digitale Wandel betrifft uns alle und verändert auch den Zugang zu den Programmangeboten der SRG.

Diese Stellungnahme orientiert sich nach den Fragestellungen des Bundesrats und nimmt weiter Bezug auf Bereiche, die im Zusammenhang mit den SRG-Aktivitäten stehen.

Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Pour les domaines qui la concernent, la SSR tire un bilan positif de la mise en œuvre du Message culture 2016 – 2020. Elle se réjouit en particulier que le Prix suisse de musique ait trouvé une place pérenne dans le paysage culturel suisse et marqué une reconnaissance du Festival Label suisse, créé à l'origine par la RTS pour promouvoir les artistes suisses.

Par ailleurs, nous nous réjouissons que l'intégration de la Phonothèque suisse, dont la SSR a été cofondatrice, au sein de la Confédération ait été finalisée avec succès durant la période de mise œuvre de l'actuel Message. Nous avons enfin été particulièrement sensibles aux efforts déployés pour la défense des langues et cultures italophone et romanche.

Im Bereich des Films konnte die Standortförderung eingeführt werden, was sehr erfreulich ist und die Finanzierung von Schweizer Filmen und Koproduktionen weiter gefestigt hat. Das System ist unbedingt weiterzuführen. Zu prüfen ist, wie der Anreiz für internationale Koproduktionen noch gestärkt werden kann. Bis anhin haben vor allem reine Schweizer Filme von diesem neuen Instrument profitiert.

BAK / OFC / UFC					
Direktion					
Original:					
10. Sep. 2019					
CC:					

Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Comme nous l'écrivions lors de la consultation de 2014, la SSR est convaincue du bien-fondé des trois axes d'action de la politique culturelle de la Confédération. Elle se réjouit surtout de l'accent désormais aussi placé sur le monde numérique et l'indispensable adaptation de l'encouragement de la culture à cette bascule numérique. Les trois axes d'action et surtout cet accent sur le numérique correspondent de surcroît aux priorités actuelles de la SSR. Tout au plus, pourrions-nous souhaiter que ce nouvel accent soit encore plus marqué et élargi à l'ensemble des acteurs de la scène culturelle.

Weiterentwicklung von Massnahmen

La SSR peut souscrire aux priorités fixées en particulier dans le domaine de la participation culturelle : la promotion des talents musicaux, l'objectif d'assurer des chances égales pour les hommes et les femmes et l'attention portée aux nouveaux médias nous semblent particulièrement importants. Au moment de la bascule numérique et de la réorientation des flux d'argent vers des plateformes mondiales (soulignées dans le Message), la SSR soutient tout particulièrement l'objectif de renforcer les projets de coopération internationale. Les efforts pourraient même être intensifiés et agréger les efforts déployés par l'ensemble des acteurs de la scène culturelle. A cet effet, la SSR souligne l'importance de sa collaboration avec l'UER et avec les chaînes internationales de TV (TV5Monde et 3sat) ainsi que le développement des plateformes Internet, comme SWI, ou plus spécifiquement dédiées à la culture (Mx3 en particulier).

Revision Filmgesetz

Zugang zum Filmerbe

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein. Die SRG begrüsst dieses Ziel. Es ist auch im Interesse der SRG, dass die koproduzierten Filme für die breite Öffentlichkeit zugänglich sind. Die SRG ist bei einem Grossteil der vom Bund geförderten Filme beteiligt. Die SRG entwickelt derzeit eine digitale Plattform, die ab Herbst 2020 starten wird. Nebst Eigenproduktionen werden auch koproduzierte Filme und Serien angeboten. Das Angebot wird gratis sein, weshalb auch Gespräche mit den Rechteinhabern geführt werden müssen bezüglich Abgeltung, Dauer und Zeitpunkt des Zugänglichmachens. Die SRG ist sehr daran interessiert, zusammen mit dem Bundesamt für Kultur Lösungen zu erarbeiten.

Berücksichtigung des Schweizer Filmschaffens

Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Die SRG begrüsst diese Massnahme. Diese Pflicht besteht schon heute für Fernsehveranstalter mit nationalem und sprachregionalem Angebot. Eine Ausweitung dieser Pflicht auf Unternehmen, die Filme zum elektronischen Abruf anbieten, ist angesichts der Gleichbehandlung, des digitalen Wandels und dem veränderten Nutzungsverhalten nur folgerichtig und konsequent. Auch die SRG ist gemäss ihrer Konzession verpflichtet, das Schweizer Filmschaffen zu unterstützen. Seit über 20 Jahren tut dies die SRG im Rahmen des «Pacte de l'audiovisuel» mit jährlich CHF 27.5 Mio.

Der Bundesrat will auch ausländische Unternehmen verpflichten und begründet dies mit Chancengleichheit. Auch das ist zu begrüßen. Diese Regelung ist damit strenger als die jene für ausländische Werbefenster im Fernsehen. Hier besteht Handlungsbedarf. Im Gegensatz zu schweizerischen Veranstaltern entgehen die Werbefenster ausländischer Veranstalter der Pflicht, die Schweizer Filmproduktion zu unterstützen. Die über 30 ausländischen Werbefenster entziehen dem Schweizer TV-Markt über 300 Millionen Franken jährlich. Von diesen Einnahmen wird nichts in die Schweizer Produktion investiert.

Diese Ungleichbehandlung ausländischer und inländischer Medien geht zu Lasten aller Schweizer Medienunternehmen - auch der Presse. Verlierer sind die Schweizer Unternehmen mit einem publizistischen Angebot. Gewinner sind die ausländischen Unternehmen ohne publizistisches Angebot für die Schweiz. Anlässlich einer Revision des Filmgesetzes bietet sich die Gelegenheit, die heutige Ungleichbehandlung endlich zu beseitigen. Dabei müssten die ausländischen Programme mit einem ausschliesslich oder überwiegend an das Schweizer Publikum gerichteten Werbefenster denselben Beitrag an die Schweizer Filmförderung leisten, wie die inländischen Programme, d.h. mindestens 4 Prozent der Bruttoeinnahmen aus Werbung und Sponsoring.

Vielfalt des Filmangebots

Online-Filmeanbieter sollen verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Die SRG begrüsst diese Massnahme. Sie ist im Interesse eines vielfältigen Filmangebots. Für nationale Fernsehveranstalter besteht bereits heute die Pflicht, den überwiegenden Teil ihrer Programme europäischen Werken vorzubehalten. Eine Anpassung an die EU-Richtlinie ist im Hinblick auf eine Wiederaufnahme in das MEDIA-Abkommens ohnehin unerlässlich.

Leistungsvereinbarungen

Der Bundesrat will gewinnorientierte Unternehmen und Institutionen von der Subventionierung von Betriebsbeiträgen ausschliessen. Von den aktuellen Leistungsvereinbarungen des Bundes wird einzig das Zurich Film Festival (ZFF) betroffen sein. Das ZFF hat auf Wunsch des BAK die Organisation angepasst und erfüllt heute die geltenden Subventionsbestimmungen. Das ZFF spielt eine wichtige Rolle für den Schweizer Film. Auch die SRG unterstützt das Festival seit vielen Jahren mit einer Medienpartnerschaft. Diverse Redaktionen berichten über das Festival und Radio SRF 3 sendet live vor Ort. Die SRG lehnt deshalb die geplante Gesetzesänderung ab.

Weitere Gesetzesanpassungen

La SSR soutient ces projets, tout particulièrement l'élargissement du champ d'application de la LEC pour favoriser l'encouragement des jeunes talents.

Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

A une époque où les ressources se font rares et où les mesures d'économie se généralisent – aussi à la SSR ! – nous ne pouvons que nous réjouir que le projet de Message culture prévoie une augmentation des moyens mis à disposition. Nous soutenons les priorités fixées, en particulier pour la formation musicale (encouragement des jeunes talents) et pour la politique des langues et de la compréhension. La SSR recommanderait en revanche que les moyens mis à disposition des réseaux de tiers, en particulier de Memoriav, ne soient pas remis en cause, voire même plutôt développés pour assurer la sauvegarde et la valorisation du patrimoine audiovisuel, d'ailleurs présentées dans le Message comme prioritaires.

Weitere Bemerkungen

Filmförderung

In der laufenden Periode wurde das Instrument der Filmstandortförderung neu eingeführt. Dieses soll Anreize schaffen, damit grenzüberschreitende Koproduktionen mit Schweizer Beteiligung und «reine» Schweizer Filme vermehrt in der Schweiz hergestellt werden. Leider konnte dieses Instrument die Abnahme von minoritären Koproduktionen nicht verhindern. Die SRG teilt wie bereits eingangs erwähnt die Meinung, wonach die Standortförderung starke Anreize setzen soll, damit mehr Dreharbeiten aus dem Ausland in die Schweiz geholt werden können.

Angesichts des zusätzlichen Engagements im Bereich von fiktionalen Serien würde es die SRG begrüßen, wenn sich auch andere Förderinstitutionen an deren Finanzierung beteiligen. Das FiSS könnte ein interessantes Instrument sein bei grenzüberschreitenden Koproduktionen im Bereich von TV-Serien. In diesem Bereich setzen Länder wie z.B. Luxemburg starke Anreize, damit in ihrem Land gedreht wird.

Bibliothèque nationale suisse

La SSR souligne la place et le rôle de la Phonothèque nationale au sein de la Bibliothèque nationale. Que ce soit pour le stockage des supports analogiques et numériques ou pour l'accès du public aux archives de la SSR par les réseaux des postes d'écoute, nous sommes intéressés au développement de la collaboration avec cette nouvelle section de la Bibliothèque nationale. En ce sens, la SSR pourrait imaginer que ce rôle soit formellement reconnu dans le Message.

Création artistique (ch. 2.1.2)

La SSR se réjouit particulièrement de la volonté annoncée de soutenir « la genèse de créations authentiquement numériques » et l'adaptation des modèles d'encouragement. Cela correspond parfaitement aux efforts déployés de son côté par la SSR. Il en va de même dans le domaine de la médiation culturelle (ch. 2.1.3).

Echanges en Suisse (ch.3.2.5)

La SSR souligne l'importance du défi de promouvoir les échanges de projets musicaux en Suisse. La SSR s'y attelle, en particulier dans le cadre de ses projets interrégionaux, mais aussi dans le développement de plateformes musicales, en particulier le récent lancement de la plateforme NeoMx3 consacrée à la musique contemporaine suisse.

Fundaziun Medias Rumantschas

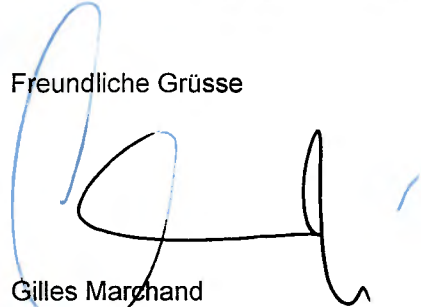
La SSR se félicite de la volonté affirmée par le Message de soutenir et de financer ce projet. Il s'agit d'un geste important pour la promotion de la 4^e langue nationale.

Langzeitarchivierung

Die Medienarchive der SRG sind – zum Teil mit Unterstützung des Bunds – fast vollständig digitalisiert worden und bilden einen zentralen Bestandteil des audiovisuellen Kulturguts der Schweiz. Die SRG begrüsst, dass der Bund mit dem Kompetenzzentrum der Schweizerischen Nationalbibliothek bei der Langzeitarchivierung und -verfügbarkeit des schweizerischen digitalen Kulturerbes auf Kooperation setzt. Die SRG kann insbesondere im Bereich der Videoarchivierung, die in diesem Bericht nicht erwähnt wird, ihre Kompetenz einbringen. Die Nutzung digitaler Informationen gehört heute zu unserem Alltag. Nicht selbstverständlich sind die langfristige Erhaltung und Nutzbarkeit dieser Daten. Angesichts der immensen Datenmenge muss zusammen mit den Akteuren aller föderalen Ebenen geklärt werden, welche Daten von wem erhalten werden sollen. Aufgrund der hohen Kosten ist diese Aufgabe nur kooperativ zu bewältigen.

Hier sind neben Kantonsbibliotheken und Staatsarchiven auch die Nationalbibliothek und das Schweizerische Bundesarchiv als Gedächtnisinstitutionen des Bundes in der Pflicht. Für eine rationale und nutznahe Langzeitarchivierung des audiovisuellen Kulturguts – insbesondere Video – ist die Zusammenarbeit mit der SRG wichtig.

Freundliche Grüsse



Gilles Marchand
Generaldirektor

Gemeinderat, Postfach 145, 3602 Thun

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

stabstelledirektion@bak.admin.ch

Thun, 6. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 bis 2024 (Kulturbotschaft) Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Kulturbotschaft für die Jahre 2021 bis 2024 Stellung zu nehmen. In der Stadt Thun nimmt die Kulturförderung einen wichtigen Stellenwert ein. Das städtische Kulturangebot ist vielfältig und lebendig und die Kulturszene sehr aktiv.

Zu den kulturellen Höhenpunkten in Thun zählt die jeweils im Frühling stattfindende Schweizer Künstlerbörse. Anlässlich dieser Veranstaltung wird seit 2015 auch der Schweizer Kleinkunstpreis vom Bundesamt für Kultur verliehen. Die Verleihung eines nationalen Kulturpreises in Thun bedeutet für uns eine grosse Wertschätzung und Ehre. Zugleich wird damit auch eine lange Tradition weitergeführt: In den Jahren 1993 bis 2014 vergab die KTV - Vereinigung KünstlerInnen - Theater - VeranstalterInnen - Schweiz verschiedene Kleinkunstpreise. Die Preisverleihung fand ebenfalls im Rahmen der Künstlerbörse statt.

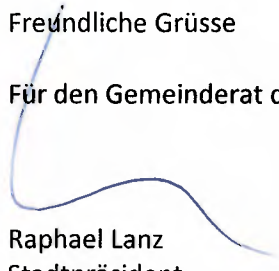
Die Kulturbotschaft für die Jahre 2021 bis 2024 sieht nun vor, den Schweizer Tanz- und den Schweizer Theaterpreis neu gemeinsam unter dem Titel «Schweizer Bühnenpreise» zu vergeben (vgl. Kpt. 2.1.4 «Schweizer Preise»). Die Bühnenpreise umfassen auch die Sparten Zirkus, Strassentheater, Figurentheater usw. Für die Verleihung dieser Preise sei in Zukunft eine einzige Veranstaltung vorgesehen. Die Stadt Thun erachtet die Schweizer Künstlerbörse mit ihrem breiten Spektrum an künstlerischen Ausdrucksformen – von Tanz über Performance, Akrobatik bis Cabaret - als prädestinierte und ideale Veranstaltung auch für die Vergabe der Schweizer Bühnenpreise ab 2021.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens und freuen uns bereits heute auf die Verleihung des Kleinkunstpreises anlässlich des Gala-Abends der Schweizer Künstlerbörse 2020.


Des Weiteren informieren wir Sie gerne darüber, dass die Stadt Thun mit der Stellungnahme zur Kulturbotschaft des Bundes des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) und seiner Sektion Städtekonferenz Kultur (SKK) einverstanden ist.

Freundliche Grüsse

Für den Gemeinderat der Stadt Thun



Raphael Lanz
Stadtpräsident



Bruno Huwyler Müller
Stadtschreiber

Zur Kenntnis an: Marianne Flubacher, Leiterin Kulturabteilung
Peter Jost, Leiter Stadtmarketing und Kommunikation
Geschäftsführung Schweizer Künstlerbörse, Obergasse 1, Postfach 703, 2501 Biel



KMHS Konferenz Musikhochschulen Schweiz
CHEMS Conférence des Hautes Ecoles de Musique Suisses
CSUMS Conferenza delle Scuole Universitarie di Musica Svizzere
CSUM Conference of Swiss Universities of Music

Basel, 10.09.2019

Vernehmlassungs-Antwort KMHS zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Gerne ergreift die Konferenz der Musikhochschulen Schweiz (KMHS) die Gelegenheit zur Stellungnahme zur «Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024», welche Sie am 29. Mai 2019 zur Vernehmlassung publiziert haben. Obschon nicht offiziell dazu eingeladen, erachten es die Schweizer Musikhochschulen als angemessen und legitim, in diesem Verfahren Stellung zu nehmen. Dies weil die Musikhochschulen als Bildungsinstitutionen indirekt sehr wohl zur Kultur- und Musikszene der Schweiz gerechnet werden können. Zudem müssen Fragen der Kulturförderung des Bundes die Musikhochschulen interessieren, da sowohl ihre Studierenden, als auch ihre Abgängerinnen und Abgänger auf eine lebendige und durchaus auch öffentlich geförderte Musikszene angewiesen sind. Wir bilden junge Menschen aus, welche im Musikmarkt ein Leben lang ihre Existenz bestreiten. Unsere generelle Sichtweise auf die Musikausbildung der Schweiz beginnt mit einer breiten Musikausbildung ab dem Schuleintritt junger Menschen. Deshalb sind die Schweizer Musikhochschulen mit den wichtigsten nationalen Musik- und Kunstinstitutionen sehr eng vernetzt, seien dies die Schweizer Musikschulen (VMS), seien dies der Schweizerische Musikrat sowie die wichtigsten Musikdachverbände sowohl im professionellen als auch im nicht-professionellen Bereich.

1. Allgemeines

Wir Musikhochschulen sind vom dem Förderartikel BV 67a und dessen Umsetzung direkt betroffen: Begabtenförderung und Vorbereitungsschulen vor der Stufe eines Hochschulstudiums sind uns Musikhochschulen ein grosses Anliegen. Das ist auch der Grund, warum wir in den letzten 7 Jahren aufgrund der damaligen Volksabstimmung zur Musikförderung intensiv bei der Umsetzung des 2016 gestarteten Programms «Jugend und Musik» mitgearbeitet haben. Dies Hand in Hand mit den Musikverbänden und den Musikschulen (ständiger Beirat BAK zu «j+m»). Parallel dazu haben wir uns in derselben Zeitspanne mit dem VMS auf Modalitäten eines gemeinsamen Qualitätslabels für Precollege-Studiengänge geeinigt in der Absicht, in Zukunft talentierte Schweizer Musikerinnen und Musiker noch gezielter auf ein erfolgreiches Musikstudium an einer Musikhochschule vorzubereiten. Insofern ist uns neben den öffentlichen Finanzierungsinstrumenten vor allem auch die Qualitätssicherung aller musikalischen Ausbildungen, insbesondere der Talentförderung an Musikschulen, als auch des sogenannten Precollege in Richtung Hochschulen ein grosses Anliegen. Dabei müssen Volksschulen bis zur Maturität, aber auch die Musikschulen und Hochschulen Hand in Hand arbeiten.

Wir bitten Sie deshalb, unsere Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Kenntnis zu nehmen und danken Ihnen bereits jetzt für die insgesamt positive Kulturbotschaft, welche in der Verteilung der Mittel im Allgemeinen sowohl die Schweizer Musikszene berücksichtigt, als auch ganz spezifisch mit

Blick auf die Thematik «Begabtenförderung» ein wichtiges weiteres Element zur Umsetzung des Verfassungsartikels Art. 67a vorschlägt. Sie können diesbezüglich unserer Unterstützung der Vorschläge zum Kulturförderungsgesetz versichert sein.

2. Zum Fragenkatalog der Vernehmlassung

1. **Gesamtbeurteilung KB 2016-2020:** Wir erachten die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020 mit Blick auf die Fragen der Musikförderung gemäss BV 67a, insbesondere von «Jugend und Musik» als «durchgezogen»: Einerseits ist die Einführung des «j+m»-Programms im Sinne einer breiten Förderung von jugendlichen Musizierenden bisher eine Erfolgsgeschichte, welche als «Pilotprojekt» auch dank der Mitwirkung der Musikverbände und der KMHS gut in Fahrt gekommen ist. Sicher gab und gibt es noch Kinderkrankheiten, vor allem auch bezüglich der Qualitätssicherung wird noch einiges optimiert werden müssen. Insgesamt aber sind wir auf gutem Weg und darf auf dieses Instrument und seine Weiterentwicklung – sozusagen als erste Stufe der Umsetzung des Verfassungsartikels – keinesfalls verzichtet werden.

Andererseits vermissten wir, wie in diversen Eingaben und Gesprächen immer wieder gefordert, die Aufnahme weiterer Massnahmen zur Umsetzung des Verfassungsartikels (siehe dazu den Expertenbericht zum Verfassungsartikel vom November 2013). Wir haben dabei immer wieder darauf hingewiesen, dass der Sinn und Geist des Verfassungsartikels im Rahmen eines speziellen Musik-Bildungsgesetzes auf Bundesebene angegangen werden sollten. Damit wäre eine wirklich umfassende Umsetzung der Verfassung gewährleistet.

2. **Handlungsachsen:** Wir teilen – im Sinne der Kontinuität – die Haltung des Bundesrates, die drei bisherigen Handlungsachsen auch weiterhin als Grundlage der «Kulturstrategie» des Bundes beizubehalten. Dabei ist – neben den wichtigen Herausforderungen der Innovation und der Digitalisierung – auch der Erhalt und die Weiterentwicklung des musikalischen Erbes von Bedeutung. Die entsprechenden Interpreten des traditionellen und zeitgenössischen Musikguts sind entsprechend zu unterstützen.

3. **Weiterentwicklung von Massnahmen**

1.4.2.1. (Umsetzung BV 67a): Wir begrüssen die verstärkte Ausgestaltung der musikalischen Bildung und teilen die diesbezüglich gemachten Einschätzungen sowohl zu «j+m» als auch den Vorschlag, die musikalische Talentförderung (Begabtenförderung) bis und mit Precollege zu den Hochschulen weiterzuentwickeln, bzw. neu in den Fokus im Kulturförderungsgesetz zu nehmen. Dabei ist klar: Während «j+m» eine punktuelle Projektunterstützung ist, sollen Talent- und Precollege-Förderung einen kontinuierlichen Aufbau für Talente anschieben.

Die verpflichtende Einführung entsprechender Massnahmen und Finanzierungen als Anstoss und in Ergänzung zu den Bestrebungen der Kantone ist jetzt an der Zeit. Ein solches Instrumentarium kann die kontinuierliche und qualitativ hochstehende musikalische Bildung von der frühen Jugend bis in die Hochschulen aufwerten und der Schweiz auch im internationalen Bereich die Chance geben, die grossen einheimischen Potenziale nochmals besser auszuschöpfen. Dies ist wichtig, damit auch Schweizer Musikerinnen und Musiker auf den internationalen Musikmärkten erhöhte Chancen erhalten – andererseits, weil an Schweizer Hochschulen top ausgebildete Musikpädagoginnen und – Pädagogen im Musikunterricht nach wie vor eine zentrale Komponente des Schweizer Bildungssystems beisteuern.

1.4.2.3. (Nachwuchsförderung): Ebenso begrüsst die KMHS ganz spezifisch bei Pro Helvetia die gezielte Weiterentwicklung der «Verbreitung, Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit». Die Intensivierung dieser Programme kann gerade auch jungen Abgängerinnen und Abgängern von der Hochschule die Chancen für eine Präsenz auf internationalen Bühnen massiv verbessern.

2.3.5. Kommentar zum Kapitel 2.3.5.: Die auf Seite 27 (dt. Fassung) erwähnten Ziele und Massnahmen unterstützt die KMHS sehr. Es muss in Zukunft darum gehen, einerseits durch die Ausweitung der Werkbegriffe auch spartenübergreifende Projekte aus Kunst, Theater und Musik zu fördern sowie insbesondere junge Künstlerinnen und Künstler durch Tourneeförderung und Promotion auf internationaler Ebene zu unterstützen. Andererseits wünschen wir uns, dass solche Möglichkeiten auch für inländische Projekte, insbesondere für national einzigartige Informations- und Dienstleistungsangebote sowie einzigartige Archivplattformen und Dokumentationszentren geschaffen werden. Dies eventuell auch unter 2.4.3. (Betriebsbeiträge an Netzwerke).

4. Revision Filmgesetz: Hierzu äussert sich die KMHS nicht.

5. Weitere Gesetzesanpassungen – insbesondere Kulturförderungsgesetz, Art. 12ff

Wir konzentrieren uns hier im Wesentlichen auf die angestrebten Gesetzesänderungen im Kulturförderungsgesetz (KFG), namentlich den Art. 12.

Nicht zufrieden ist die KMHS mit der Regelung des Art. 12a des KFG: Es ist aufgrund der entsprechenden Umfrage erwiesen, dass die im Jahr 2016 in Kraft getretene Version keine Wirkung erzeugt hat. Das bedeutet, dass die angestrebte soziale Ausgestaltung der Musikschultarife eine Verbesserung im breiten Zugang junger Menschen zum Musikschulunterricht zu erreichen, bisher gescheitert ist.

Die im Bericht erläuterte Stossrichtung sowie die Formulierung von Absatz 4 («Er kann musikalisch Begabte durch spezifische Massnahmen fördern») findet unsere volle Zustimmung. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass der Bundesrat gewillt ist, den BV 67a zur Musikförderung ernst zu nehmen und dieses weitere Element aufzubauen. Wir fordern jedoch eine verpflichtende Version im Gesetzestext – es bedarf jetzt einer konsequenten Umsetzung der Verfassungsgrundlagen. Mit dieser Änderung des KFG hätte ein neues Modell für die Begabtenförderung (inkl. Precollege) eine klare Rechtsgrundlage.

Wir interpretieren den knappen Absatz 4 und mit Blick auf einen entsprechenden Verordnungserlass in dem Sinne, dass hier zusammen mit Kantonen, die qualifizierte Begabten- oder Talentförderprogramme betreiben, eine subsidiäre Finanzierung durch den Bund erfolgt. Das noch zu entwickelnde Modell soll einen Anreiz bieten, dass die mitmachenden Kantone erfolgreiche und nachhaltige Talentfördermodelle durchführen. Die KMHS gemeinsam mit dem VSM erachten sich als die kompetenten Dachorganisationen für die Entwicklung der entsprechenden Talent- und Precollege-Modelle. Deshalb sind wir gerne bereit, im Rahmen der Umsetzung dieses Absatzes mit ihren Erfahrungen und dem Expertenwissen mitzuarbeiten – analog der bereits eingesetzten Begleitgruppe für «j+m».

In welcher finanziellen Grössenordnung das Modell der Begabtenförderung als realistisch erachtet werden kann, muss letztlich auch Praxis zeigen. Allerdings zeigen unsere Erfahrungen mit konkreten kantonalen Talentfördermodellen (siehe Bericht Swissuniversities zur Talentförderung vom 15. Mai 2019), dass die vom Bundesrat dafür vorgesehenen Finanzmittel von CHF 2.1 Mio. / Jahr deutlich an der unteren Grenze sind und mittelfristig wohl kaum ausreichen werden. Als «Startkapital» sind die vorgesehenen Mittel gemäss Kulturbotschaft durchaus positiv zu werten.

6. Finanzielle Mittel

Wir beurteilen das Gesamtpaket der Kulturförderung des Bundes insgesamt als ausgewogen. Die sanfte Weiterentwicklung mit einem Wachstum von durchschnittlich 2.9% pro Jahr erachten wir als zumindest angebracht – sie ist aus unserer Sicht eher moderat ausgefallen.

Der Anteil der Musik, vor allem im Rahmen der KFG-Aktivitäten, ist in diesem Rahmen realistisch vorgesehen, wie schon in der Beantwortung der Frage 5 festgestellt, erachten wir allerdings den neuen Beitrag an die Begabtenförderung zwar als vernünftiges «Startkapital», mittelfristig jedoch als zu tief angesetzt. Es sollen in einem dynamischen Modell jedenfalls genügend Mittel sein, damit die Entwicklung im Talentbereich erfolgreich verlaufen kann.

3. Vorschläge der KMS zum Artikel 12 KFG

Die KMHS schlägt folgerichtig folgende Änderungen zum Art. 12 KFG vor:

- Art. 12a (Tarife Musikschulen): Wir beantragen, die Version des VMS zu übernehmen.
- Art. 12, Abs. 4 (neu): Wir beantragen eine verpflichtende Formulierung: «Der Bund fördert musikalische Begabte in Ergänzung zur kantonalen Förderung.

Mit freundlichen Grüßen

KONFERENZ DER MUSIKHOCHSCHULEN SCHWEIZ – KMHS



Prof. Stephan Schmidt
Präsident

Vereinigung Schweizer Kunstmuseen VSK
Association des Musées d'art suisses AMB
Associazione dei Musei d'arte svizzeri AMA

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Bundesamt für Kultur
Herrn Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot, Amtsvorsteherin Bundesamt für Kultur
Inselgasse 1
3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Luzern, 10.09.2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise eingeladen zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024. Die Vereinigung Schweizerischer Kunstmuseen (VSK) vertritt die Interessen der Kunstmuseen in allen Landesteilen der Schweiz. Diese sind die Hauptträger der Bewahrung und Vermittlung des bildkünstlerischen Erbes unseres Landes und werden mit ihren bedeutenden Sammlungen und attraktiven Wechselausstellungen national wie international wahrgenommen. Damit sind die Kunstmuseen ein wesentlicher Akteur im reichen touristischen Angebot unseres Landes. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes die Kunstmuseen ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns als Interessenvertreterin, uns mit unseren spezifischen Anliegen in die Vernehmlassung einzubringen.

Grundsätzlich stellt die VSK fest, dass die Kulturbotschaft 2021–2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür ist unsere Vereinigung dankbar, lebt doch die Kulturpflege und -förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Megatrends wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Damit beschäftigen sich auch die Kunstmuseen seit längerer Zeit intensiv. Wir begrüssen explizit die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugute kommen.

Zu drei Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns als VSK im Detail einbringen:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge / Betriebsbeiträge

Die VSK begrüsst explizit die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, die die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungssummen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen. Ein Optimierungspotential orten wir zudem bei der Antrags- und Bewilligungspraxis was Zeitpunkt der Ausschreibung sowie tatsächlich gesprochener prozentualer Beitrag der Versicherungskosten pro Gesuch betrifft.

Die VSK begrüsst es, dass der Bund sich subsidiär und längerfristig finanziell bei Museen von nationaler Bedeutung engagieren will, die nicht in seiner eigentlichen Verantwortung liegen. Die Betriebsbeiträge an einzelne Ausstellungshäuser binden sehr viele Mittel und damit widerspricht ihre zeitliche Begren-

zung einer langfristigen kontinuierlichen Kulturförderung. Positiv ist, dass diese Beiträge vornehmlich für die Bereiche Sammlung und Vermittlung vorgesehen sind, zwei Aufgabengebiete, für die kaum anderweitig Drittmittel generiert werden können. Die VSK begrüsst zudem eine angemessene Vertretung von Kunstmuseen unter den durch Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen sowie grössere Transparenz der Entscheidungsfindung dieser Fördermassnahme, insbesondere bezüglich Zusammensetzung der Expertenkommission und der Kriterien für Zusage respektive Ablehnung der Gesuche.

2. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Die VSK begrüsst grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen sie indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem sie Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Zudem erwerben sie Kunstwerke für ihre Sammlungen und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaffenden bei. Diese Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zudem befürchtet die VSK, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst nicht nötig. Zu befürchten ist, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

Daher ist es aus Sicht der VSK notwendig, dass Ausstellungsinstitutionen, nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Kunsthallen und Off-Spaces, sich bei der Ausgestaltung von Ausstellungs- und Publikationshonoraren mit ihren Anliegen aktiv einbringen können und als wesentliche Akteure in die laufenden Diskussionen einbezogen werden.

3. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommenen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, was die VSK erfreut zur Kenntnis nimmt. Wir stellen jedoch fest, dass das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Seit es die Datenmengen ermöglichen, sind Bilder auch in den neuen Kommunikationstechnologien allgegenwärtig. Die hohe Emotionalität, die mit einem Bild innerhalb eines Augenblicks erzeugt werden kann, wird mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und instrumentalisiert. Es ist noch immer selbstverständlich, dass ein Bild zunächst einmal Realität zeigt. Doch es bedarf sowohl der Bildung als auch der Übung, in einem Bild nicht nur den Realitätsbezug zu erkennen, sondern auch das Potential zu Manipulation. Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Dazu bedarf es einer Bildkompetenz, die insbesondere auch auf der Rezeptionsseite funktioniert.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten die Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung, liefert Denkanstösse und macht das Bewusste vom Unbewussten unterscheidbar. Ein Museum ist so gesehen ein 3-D-Bilderbuch, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Das Museum verfügt als Institution über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.

Die VSK würde sich freuen, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021-2024 einfließen würden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vereinigung Schweizer Kunstmuseen VSK



Fanni Fetzer
Präsidentin Vereinigung Schweizer Kunstmuseen
c/o Kunstmuseum Luzern
Europaplatz 1
6002 Luzern
www.artmuseums.ch

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Bündner Kunstmuseum, Chur
Graphische Sammlung ETH Zürich, Zürich
Kunsthaus Centre d'art Pasquart, Biel
Kunsthaus Glarus, Glarus
Kunsthaus Zug, Zug
Kunstmuseum Basel, Basel
Kunstmuseum Bern, Bern
Kunstmuseum Liechtenstein, Vaduz
Kunstmuseum Luzern, Luzern
Kunstmuseum Olten, Olten
Kunstmuseum St. Gallen, St. Gallen
Kunstmuseum Solothurn, Solothurn
Kunstmuseum Thun, Thun
Kunstmuseum Thurgau, Warth
Kunst Museum Winterthur, Winterthur
Musée cantonal des Beaux-Arts, Lausanne
Musée d'art et d'histoire Neuchâtel, Neuchâtel
Musée d'art et d'histoire Fribourg, Fribourg
Musée des Beaux-Arts, La Chaux-de-Fonds
Musée Jenisch, Vevey
Musées d'art et d'histoire de Genève, Genève
Museum Haus Konstruktiv, Zürich
Museum zu Allerheiligen, Schaffhausen
Musée d'art du Valais, Sion

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage – Stellungnahme der Stiftung SAPA, Schweizer Archiv der Darstellenden Künste

1. Frage 1: Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Keine Bemerkungen

2. Fragen 2 und 3: Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes / Weiterentwicklung von Massnahmen

SAPA begrüsst den Beibehalt der Handlungsachsen, plädiert jedoch für eine zusätzliche Handlungsachse zum kulturellen Erbe. Verstärkt durch die im Kapitel 1.4.2 erwähnten Auswirkungen der Digitalisierung auf das digitale oder zu digitalisierende Kulturerbe muss sich die Kulturbotschaft grundsätzlich zu einer Politik des Kulturellen Erbes äussern. Es genügt nicht, dass das Kulturerbe in einzelnen Sparten (Film) oder unter anderen Kategorien subsumiert wird. Eine neue Handlungsachse Kulturerbe soll für sämtliche Kulturen die Leitlinien für den Erhalt des digitalen und des analogen Kulturerbes definieren. Nur somit wird der Wert der Archive, über Traditionspflege und Geschichtsbewusstsein hinaus, für die Entwicklung der Kulturgesellschaft genügend anerkannt.

3. Fragen 4 und 5: Revision Filmgesetz / Weitere Gesetzesanpassungen

Keine Bemerkungen

4. Frage 6: Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Die budgetneutrale Verschiebung der Gelder, aus welcher de facto eine Kürzung der Finanzhilfen einzelner Netzwerke resultiert, ist inakzeptabel. Durch die im Rahmen der Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020 auf ausdrücklichen Wunsch des Bundes 2017 erfolgte Fusion der Schweizerischen Theatersammlung mit dem Schweizer Tanzarchiv hat der Bund sein Bestreben, das Kunstschaffen im Bereich der Darstellenden Künste zu vereinen und zu stärken, ausgedrückt. Nun müssen entsprechend Gelder zur Verfügung gestellt werden, um die zwei Institutionen mit unterschiedlicher Ausrichtung und Geschichte sowie komplett anderen Workflows und Infrastrukturen zusammen zu führen und die Realisierung der Fusion zu gewährleisten. Es kann nicht sein, dass dieser Prozess nun aufgrund fehlender Mittel gestoppt wird. Der Stiftung SAPA fehlen bereits jetzt die Mittel um die Konsequenzen der Fusion auf den Erhalt und die teilweise Digitalisierung seiner Sammlung sowie die – seinem Auftrag als Netzwerk entsprechende – digitale Erhebung und Verlinkung von Informationen zum gesamten Bereich der Darstellenden Künste voran zu treiben. Nicht zuletzt, weil weitere Anspruchsgruppen wie die Performancekunst auf Anraten des Bundesamts für Kultur die Berücksichtigung ihrer Archivbestände bei SAPA fordern.

SAPA fordert daher eine substanzielle Erhöhung der Finanzmittel im Bereich der Netzwerke. Insbesondere die Kosten für die Digitalisierung des kulturellen Erbes werden in den nächsten Jahren erheblich sein. Wir begrüssen deshalb die Motion von Frau Ständerätin Savary vom 18. Juni 2019 (19.3649) sehr, wonach der Bund einen Digitalisierungsfonds schaffen muss. Dieser ist

– wie in der Motion verlangt – nicht nur für audiovisuelle Werke zu verwenden, sondern auch für die Digitalisierung von Beständen anderer Institutionen und so auch der SAPA.

5. Stellungnahme zu weiteren Kapiteln

2.1.4 Schweizer Preise

Die Anpassungen im Bereich der Kulturpreise sind grundsätzlich zu begrüssen. SAPA plädiert jedoch für eine Neukonzeption der Kulturpreise, wobei im Bereich der Bühnenkünste die jeweiligen Besonderheiten der Sparten Tanz und Theater, das Zusammenspiel zwischen Preisverleihung und Theatertreffen sowie Fördermassnahmen betreffend das Kulturerbe zu berücksichtigen sind. Letztere sorgen dafür, dass die Perspektiven zeitgenössischer künstlerischer Produktion in die Entwicklung der Archive einfließen und begünstigen den Austausch zwischen Archiv und aktuellem Kunstschaffen sowie die künstlerisch performative Forschung.

2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

SAPA begrüsst, dass der Sammlungsauftrag der Netzwerke ausdrücklich anerkannt wird. Der Bereich des audiovisuellen Erbes greift jedoch für SAPA zu kurz, zeichnen sich doch die Darstellenden Künste aufgrund ihrer grundlegenden Charakteristika – es können nur Spuren überliefert werden – durch äusserst heterogene Sammlungsbestände, zu denen wichtige, nicht audiovisuelle Dokumente (Bühnenbildskizzen, Strichtextfassungen, Notationen, etc.) gehören, aus .

Des Weiteren fehlt ein Hinweis auf die aktuelle Situation von SAPA als eine sich im Aufbau befindliche, für den gesamten Bereich der Darstellenden Künste zuständige Institution, für deren Aufgaben als Netzwerk und Sammlung zumindest vorübergehend ein finanzieller Mehrbedarf besteht. Hierfür sprechen die nachfolgenden Argumente:

- Die Stiftung SAPA verzeichnet seit der in den 60er Jahren einsetzenden Entwicklung und Diversifizierung der Bühnenkünste (Freie Theater- und Tanzszene, Sparten wie Kleinkunst, Performance-Kunst, Nouveau Cirque) einen steigenden Wachstum an analogen, digitalen und audiovisuellen Archivbeständen im Bereich der Helvetica.
- Die Archivierung des immateriellen Kulturgutes der Darstellenden Künste ist aufgrund der Medienvielfalt der Überlieferungsträger (audiovisuelle Aufzeichnungen, Fotografien, Bühnenbildskizzen, Papierdokumente, etc.) sehr aufwändig. Im Bereich Theater besteht zudem ein grosser Nachholbedarf, da die Dokumente bisher nicht archivgerecht aufbewahrt wurden und SAPA zusätzliche Anstrengungen (säurefreie Behältnisse) unternehmen muss, um die in der Schweiz geforderten Archivstandards zu erfüllen. Für die Förderperiode 2021-2024 erwägt SAPA im Rahmen seiner Profilierung eine teilweise Auslagerung seiner Bestände. Für das Prüfen von Kooperationen, Anfordern externer Gutachten und die daraus resultierende Konzeption und Umsetzung werden zusätzliche Gelder benötigt.

In seiner Funktion als Netzwerk baut SAPA eine digitale Wissensplattform für Nutzer*innen aus Kunst, Wissenschaft, Kulturpolitik, Bildung, Medien und Kreativwirtschaft auf. Mittels Linked-Data-Technologie werden Informationen zum gesamten Bereich der Darstellenden Künste erhoben, verlinkt und dargestellt. Für die Fertigstellung des ambitionierten und innerhalb der verschiedenen Nutzer*innengruppen sowohl national als auch international auf Interesse stossenden Projektes werden zusätzliche Gelder benötigt.

- Mit dem Aufbau eines Dienstleistungsangebots im Bereich der Videokonservierung möchte SAPA seine Funktion als Netzwerk intensivieren; auch bietet die Institution ihr Know-how als Projektpartnerin für anderweitige, zum Beispiel vom Bund im Bereich des Kulturerbes geförderten Initiativen (Kulturerbe tanz, PANCH-Symposium) an.
- Die Lohnstruktur von SAPA liegt weit unter den branchenüblichen Normen, was insbesondere in den schwierig zu rekrutierenden und zudem äusserst spezialisierten Bereichen wie die Konservierung moderner Medien und die Archivinformatik zu einem schwerwiegenden Know-how Verlust führen kann und bereits geführt hat.

Schliesslich müsste die geplante neue Förderkategorie (Abschnitt Ziele und Massnahmen: «Für die Netzwerke des audiovisuellen Erbes wird eine eigenen Förderkategorie geschaffen») genauer definiert werden und die oben aufgeführten Punkte berücksichtigen.

Im zweiten Abschnitt ist ein Fehler wie folgt zu korrigieren: (...., wobei bereits die Vorgängerinstitutionen – das Schweizerische Tanzarchiv und die Schweizerische Theatersammlung – vom Bund unterstützt wurden).

2.6.1 Kulturelle Teilhabe

SAPA erachtet die strategische Handlungsachse der Kulturellen Teilhabe als äusserst wichtig und setzt sich mittels umfassender Dokumentation und Darstellung von Informationen zur gesamtschweizerischen Amateurtheaterproduktion für die Pflege der Volkstheatertradition ein. Über das Vermittlungsformat «Archive meets Artist» arbeitet SAPA regelmässig mit Kulturveranstaltern zusammen und steht als Projektpartner für anderweitige, vom Bund im Bereich des Kulturerbes geförderte Initiativen (Bsp. Kulturerbe tanz) zur Verfügung. SAPA fehlt das Budget für solche Leistungen, daher ist die Stiftung auch aus dem Aspekt der Kulturellen Teilhabe heraus entsprechend zu fördern.

4.1.2 Zahlungsrahmen

Der Zahlungsrahmen im Bereich der Netzwerke stellt eine unmittelbare Bedrohung des Erhalts des immateriellen und audiovisuellen Kulturerbes dar und ist daher inakzeptabel. Allein schon die Konsolidierung von SAPA verursacht (nebst der Neuorganisation der Fotostiftung) zusätzliche Kosten von rund CHF 500'000, welche nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden können und eine substantielle Erhöhung der Finanzmittel durch den Bund erfordert.

Des Weiteren ist SAPA erstaunt, dass die Streichung der Kulturabgeltung an die Stadt Bern ohne eingehende Rücksprache erfolgt ist. Daher stellt SAPA den Entscheid in Frage und schlägt eine eingehendere Prüfung des Sachverhaltes im Rahmen der Kulturbotschaft 2021-2024 vor.

Bern, 11. September 2019



Beate Schlichenmaier

Direktorin Stiftung SAPA



Jacques Cordonier

Präsident Stiftungsrat SAPA



Pro Grigioni Italiano, Martinsplatz 8, CH-7000 Coira

Spett.
Ufficio federale della cultura
A.c.a. di Daniel Zimmermann
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Berna

*Die Schweiz wird vielsprachig sein, oder sie
wird nicht sein.*

CYRIL HEGNAUER

*Mit der Diskriminierung seiner Sprache wird
nicht nur ein Mensch im innersten seines Selbst
getroffen, sondern man entmannt mit ihm seine
Kultur, seine Herkunft und seine Sprachgemein-
schaft.*

THOMAS FLEINER

Coira, 10 settembre 2019

Messaggio sulla cultura 2021 – 2024

Stimato signor Zimmermann,

Rif.
Dr. phil. Paolo Fontana
Collaboratore scientifico

Pro Grigioni Italiano
Martinsplatz 8
CH-7000 Coira

Tel.
+41(0)81 252 86 16

E-mail
info@pgi.ch

www.pgi.ch

Con la presente inoltriamo la presa di posizione della Pro Grigioni Italiano per la procedura di consultazione sull'avamprogetto del Messaggio concernente la promozione della cultura negli anni 2021 – 2024 pubblicato il 29 maggio.

Il nuovo Messaggio sulla cultura si propone dichiaratamente di perseguire gli stessi obiettivi posti nel precedente messaggio sulla base di un'analisi dei processi di cambiamento sociale (globalizzazione, digitalizzazione, cambiamento demografico, urbanizzazione, individualizzazione) che la Pgi continua a condividere.

Parimenti la Pgi continua a sostenere i tre assi d'azione strategici individuati dalla Confederazione e, come già in occasione del Messaggio sulla cultura 2016 – 2020, pone in particolare l'accento sull'obiettivo del rafforzamento della coesione sociale, inviando all'attenzione del Consiglio federale le seguenti considerazioni.

Una sintesi delle principali raccomandazioni si trova al termine del documento.

1 *Equo trattamento delle lingue ufficiali nell'ambito della cultura e della ricerca*

In linea di principio la Pgi intende ribadire come nell'applicazione dei concetti di «partecipazione culturale» e «coesione sociale» si debba sempre e in tutti campi tenere conto delle minoranze linguistiche nazionali, sia nelle misure sostenute dall'Ufficio federale della cultura (si veda in questo senso il caso emblematico della Cineteca svizzera) sia nell'attività di Pro Helvetia, della Biblioteca nazionale svizzera e del polo museale del Museo nazionale svizzero. Il Consiglio federale è invitato a vigilare costantemente sul rispetto di questo principio.

Perlomeno per quanto riguarda l'aspetto della comunicazione esterna, tanto nell'ambito della promozione della cultura quanto nell'ambito della ricerca, si osserva che la garanzia della parità di trattamento delle lingue ufficiali dovrebbe essere facilitata e resa finanziariamente meno onerosa grazie al processo di digitalizzazione.



2 *Promozione del plurilinguismo nell'Amministrazione federale*

«La promozione del plurilinguismo nell'Amministrazione federale è strettamente legata alla promozione delle lingue nazionali e della comprensione tra le comunità linguistiche» (Messaggio sulla cultura 2016 – 2020, par. 2.2.6).

La Pgi concorda con l'affermazione del Consiglio federale secondo cui il plurilinguismo rappresenta un «pilastro dell'identità» e «una caratteristica essenziale e costitutiva» della Svizzera: è perciò da ritenere particolarmente importante che questo principio sia rispecchiato e attivamente vissuto in seno all'Amministrazione federale come pure presso gli istituti di diritto pubblico sostenuti dalla Confederazione. In questo senso, benché estraneo alle competenze dell'UFC, riteniamo opportuno dedicare anche a questo aspetto un breve paragrafo in questa sede.

Una regolare messa a disposizione dei dati relativi alla composizione linguistica e alle conoscenze linguistiche dell'Amministrazione federale è essenziale per una valutazione degli sforzi intrapresi e per la proposta di misure correttive.¹ Il rapporto quadriennale della delegata federale per il plurilinguismo sarà pubblicato presumibilmente soltanto nel corso dell'autunno: una valutazione delle misure prese in questo campo e dei risultati ottenuti è perciò al momento impossibile. Tuttavia, la flessione negativa della rappresentanza italofona nell'Amministrazione federale che emerge dagli ultimi dati pubblicati² non è un buon segnale.

Nonostante l'esame dei posti vacanti messi a concorso nell'Amministrazione federale mostri sotto l'aspetto formale un deciso miglioramento per quanto concerne le competenze linguistiche richieste e la parità di trattamento delle lingue nazionali, si può ritenere che nelle procedure di reclutamento³ siano necessari ulteriori sforzi per raggiungere gli obiettivi fissati dal Consiglio federale in questo ambito di particolare importanza. A tale riguardo la Pgi si associa dunque alle più recenti raccomandazioni del Comitato dei ministri del Consiglio d'Europa.⁴

¹ Cfr. mozione 19.3153 del consigliere nazionale Marco Romano, del 20 marzo 2019.

² Cfr. UFFICIO FEDERALE DEL PERSONALE, *Rapporto sulla gestione del personale 2018*, par. 3.3.

³ Cfr. RENATA CORAY et al., *Mehrsprachigkeit verwalten? Spannungsfeld Personalrekrutierung beim Bund*, Seismo, Zürich 2015.

⁴ Cfr. CONSEIL D'EUROPE – COMITÉ DES MINISTRES, *Risoluzione CM/ResCMN(2014)6 sull'attuazione della Convenzione-quadro per la protezione delle minoranze nazionali da parte della Svizzera*, p. 3; ID., *Risoluzione CM/ResCMN(2019)7 ...*, p. 2.

3.1 *Insegnamento di una seconda lingua nazionale nella scuola dell'obbligo*

Pur accogliendo con favore le decisioni prese in diversi Cantoni – incluso il Canton Grigioni – a tutela dell'insegnamento di una seconda lingua nazionale a livello primario, la Pgi continua a ritenere che una modifica dell'art. 15 cpv. 3 Lling sia l'unica soluzione stabile atta a garantire che l'insegnamento di una seconda lingua nazionale a partire dalla scuola primaria non venga messo nuovamente in discussione in tempi futuri: come indicato dalla sentenza del Tribunale federale del 3 maggio 2017,⁵ non esistono infatti al momento attuale disposizioni giuridiche sovraordinate che possano con certezza impedire che analoghe iniziative siano validamente ripresentate.



3.2 *Insegnamento di una terza lingua nazionale nella scuola dell'obbligo*

La Pgi si augura anche che il Consiglio federale possa tornare a rivedere l'art. 15 Lling facendo propria la richiesta presentata dal Canton Ticino e da diverse organizzazioni linguistiche della Svizzera italiana (Forum per l'italiano in Svizzera, OSLI e Pgi) a favore di un'integrazione nella Lling di una disposizione analoga a quella prevista dall'art. 4 cpv. 2 del Concordato HarmoS in base alla quale durante la scuola dell'obbligo deve essere proposta un'offerta di corsi facoltativi di una terza lingua nazionale.⁶ Come è noto, infatti, anche gli stessi Cantoni che hanno sottoscritto il Concordato HarmoS non sempre rispettano questa disposizione, ostacolando così la promozione dell'italiano in un ambito tanto significativo. Per una simile modifica legislativa già esistono fondate basi costituzionali (art. 70 cpv. 3 Cost. fed.) e di diritto internazionale (art. 14 cpv. 1 CQPMN).⁷

Altresì si può segnalare che una siffatta valorizzazione dell'italiano a livello confederale avrebbe dei riflessi anche sulla percezione del valore delle lingue minoritarie all'interno del Canton Grigioni; come infatti afferma il Messaggio sulla cultura, «divulgando competenze culturali e linguistiche nelle lingue nazionali la scuola fornisce un contributo alla coesione nazionale».

Per questo motivo la Pgi condivide l'opinione secondo cui «per ancorare saldamente la promozione delle lingue minoritarie italiano e romancio al di fuori del rispettivo territorio linguistico tradizionale occorre adeguare a medio termine la base legale» e invita il Consiglio federale ad adoperarsi in questa direzione.

⁵ Cfr. FABRIZIO E. CRAMERI, *Punti cardinali della sentenza del Tribunale federale del 3 maggio 2017 sull'iniziativa popolare cantonale «Per una sola lingua straniera nella scuola elementare» (DTF 143 I 361)*, «Newsletter IFF» (Institut für Föderalismus UNIFR), 4/2017.

⁶ Cfr. Cfr. DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO, *Modifica della legge federale sulle lingue nazionali e la comprensione tra le comunità linguistiche. Rapporto*, 16 dicembre 2016, § 6.1.

⁷ Cfr. ADRIANO PREVITALI, *L'insegnamento dell'italiano in Svizzera al di fuori dei suoi territori di diffusione tradizionale: una perizia giuridica*, in «Qgi», 81 (2012), n. 1, pp. 93-116.

3.3 Rafforzamento degli scambi scolastici

Concordando pienamente sul loro valore,⁸ la Pgi accoglie favorevolmente la proposta del Consiglio federale di intensificare la promozione di scambi di classi e di allievi nel quadro dei programmi di scambio dell'agenzia Movetia (Fondazione svizzera per la promozione degli scambi e della mobilità) e sostiene altresì la promozione di un programma di scambio per insegnanti in formazione o già formati nonché la promozione di un programma di scambi durante la formazione professionale di base. Il conseguente aumento delle risorse finanziarie messe a disposizione è da accogliere con grande favore, con l'auspicio che la particolare attenzione alla promozione della lingua italiana continui ad essere mantenuta.

Prendendo atto che, secondo un comunicato della stessa agenzia Movetia, nelle scuole e presso gli insegnanti del Canton Grigioni si riscontra una «reticenza» o una «tiepida accoglienza» in relazione agli scambi all'interno della Svizzera⁹ e che questa non è legata a motivi di ordine finanziario ma piuttosto logistico-amministrativi, la Pgi ritiene importante una valutazione delle misure atte a rendere più attrattivi i programmi di scambio tra regioni linguistiche. Come mostrano i dati più recenti, la promozione degli scambi nel Canton Grigioni è senz'altro migliorata, benché i risultati restino ancora distanti da quelli raggiunti nei Cantoni Vallese e Friburgo.¹⁰

A tal proposito la Pgi attende che il Governo cantonale presenti un aggiornamento sui passi intrapresi per ottemperare all'impegno assunto nell'ottobre 2015.¹¹

3.4 Sostegno di percorsi formativi bilingui

In occasione del precedente Messaggio sulla cultura la Pgi ha accolto con favore il sostegno della Confederazione a progetti di sensibilizzazione e progetti pilota per la creazione di formazioni bilingui con l'italiano al di fuori del territorio di diffusione tradizionale, quali sono stati p. es. avviati nel Canton Vaud e nel Canton Berna in collaborazione con i licei del Canton Ticino. Con altrettanto favore la Pgi approva oggi l'intenzione di estendere questo sostegno al ciclo d'orientamento, osservando tuttavia come una concreta estensione sia coerentemente possibile solo mettendo a disposizione ulteriori mezzi finanziari.

La Pgi segnala inoltre che un'offerta bilingue tedesco-francese/italiano a livello primario e (possibilmente) secondario nella città di Berna, in qualità di principale sede dell'Amministrazione federale, dovrebbe essere attivamente promossa dall'UFC presso le autorità comunali e cantonali, coprendone in misura prevalente i costi, al fine di facilitare il trasferimento di personale italofono e così promuoverne il reclutamento in seno alla stessa Amministrazione.¹² Un'analogha offerta bilingue tedesco/romancio nel-

⁸ Cfr. CONSIGLIO FEDERALE, *Gli scambi scolastici in Svizzera. Rapporto del Consiglio federale in adempimento del postulato 14.3670 della Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura del Consiglio nazionale (CSEC-N) del 28 agosto 2014*, 14 dicembre 2018, pp. 5 sg.

⁹ Cfr. <http://www.movetia.ch/it/news-events/i-grigioni-una-svizzera-dentro-la-svizzera>. Si noti a margine che in occasione della tappa – l'ultima – del «Tour de Suisse» di Movetia, diversamente dalla Lia Rumantscha, la Pro Grigioni Italiano non è stata contattata e dunque coinvolta.

¹⁰ Cfr. *Austausch Kantone. Statistik 2017/18*, Movetia – Austausch und Mobilität, Solothurn 2019.

¹¹ Cfr. interpellanza Locher Benguerel concernente la strategia per la promozione degli scambi linguistici scolastici nei Grigioni, del 28 agosto 2015, e la risposta del Governo del 28 ottobre 2015.

¹² Cfr. interpellanza 12.3516 della consigliera nazionale Silva Semadeni, del 13 giugno 2012 (domanda 4); *Rapporto delle Commissioni della gestione all'Assemblea federale sulle ispezioni e le richieste nel 1991* (FF 1992 III 417, p. 447, § 221); *Quadrilinguismo svizzero – presente e futuro. Analisi, proposte e raccomandazioni di un gruppo di lavoro del Dipartimento federale dell'interno*, DFI / Canc. fed., Berna 1989, p. 382.



la capitale federale sarebbe parimenti auspicabile e inoltre giustificata dalle impellenti necessità di salvaguardia di questa lingua nazionale.

Questo invito – da estendere anche ad altre principali città svizzere – segue le raccomandazioni formulate nel rapporto di valutazione dello ZDA sulle misure di difesa e promozione del romancio e dell'italiano¹³ nonché nella più recente risoluzione del Consiglio dei ministri del Consiglio d'Europa circa l'applicazione della Convenzione-quadro sulla protezione delle minoranze nazionali in Svizzera.¹⁴



4 *La (mancata) promozione del plurilinguismo nel Canton Grigioni*

Sulla scorta del rapporto di valutazione del Centro per la democrazia di Aarau ZDA¹⁵ pubblicato in appendice al Messaggio, il Consiglio federale osserva che «nel Cantone dei Grigioni la principale sfida per l'italiano consiste nella sua affermazione come lingua ufficiale (p. es. come lingua di lavoro nell'amministrazione e nella sanità)».

Questa constatazione risponde nei fatti alle conclusioni del sesto rapporto del Consiglio d'Europa sull'applicazione in Svizzera della Carta europea delle lingue regionali o minoritarie,¹⁶ con la conseguente raccomandazione del Comitato dei ministri che invita le autorità a «promouvoir l'utilisation de l'italien dans l'administration cantonale et dans le secteur public relevant du contrôle cantonal dans les Grisons».¹⁷ Con riferimento alla Convenzione-quadro per la protezione delle minoranze nazionali, lo stesso Comitato dei ministri ha inoltre recentemente incoraggiato le autorità a «promuovere ulteriormente l'uso delle lingue minoritarie nelle attività quotidiane, nelle campagne di informazione, nell'amministrazione e nel sistema giudiziario del Cantone dei Grigioni».¹⁸

Dovendo essere il fine ultimo della politica linguistica della Confederazione quello di promuovere la parità effettiva delle lingue nazionali/cantonali minoritarie,¹⁹ la Pgi ritiene necessario che il Consiglio federale intervenga in maniera decisa con i mezzi a sua disposizione – ovvero principalmente le facoltà di manovra finanziarie – perché questo fine venga concretamente perseguito nei campi in cui tale eguaglianza si è ancora dimostrata essere almeno in parte soltanto una semplice formalità.

¹³ Cfr. CORSIN BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache und Kultur im Kanton Graubünden*, ZDA, Aarau 2019, pp. 59 sg., §§ 206-207.

¹⁴ Cfr. CONSEIL D'EUROPE – COMITÉ DES MINISTRES, *Risoluzione CM/ResCMN(2019)7* ..., p. 2.

¹⁵ Cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung* ..., cit., p. 60, § 208.

¹⁶ Cfr. CONSEIL D'EUROPE, *Charte européenne des langues regionales ou minoritaires. Application de la Charte en Suisse. 6^e cycle de suivi*, ECRML(2016)5, p. 19.

¹⁷ CONSEIL D'EUROPE – COMITÉ DES MINISTRES, *Recommandation CM/RecChL(2016)6*, ivi, p. 23. Cfr. inoltre ID., *Recommandation CM/RecChL(2013)4*, ECRML(2013)4, p. 24.

¹⁸ ID., *Risoluzione CM/ResCMN(2019)7* ..., p. 2.

¹⁹ Cfr. REGULA KÄGI-DIENER, *Art. 4*, in BERNHARD EHRENZELLER et al. (hrsg. von), *Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar*, Dike Verlag, Zürich – Schulthess, Zürich-Basel-Genf 2014³, p. 97, § 14.

4.1 Parità delle lingue cantonali e promozione del plurilinguismo: alcuni aspetti rilevanti dell'attuale situazione nel Canton Grigioni

Per sostenere la nostra posizione in merito a questo punto del Messaggio sulla cultura è utile fornire un sintetico quadro della situazione basato su dati concreti e ampiamente documentabili che – per via del metodo d'indagine prescelto – non sono confluiti o sono riportati solo in parte nel rapporto di valutazione dello ZDA.



Secondo i dati forniti dall'Ufficio del personale del Canton Grigioni in risposta ad interrogazioni parlamentari e a richieste della stessa Pgi,²⁰ attualmente gli italofoeni rappresentano il 7.9% del personale impiegato nell'Amministrazione cantonale;²¹ nonostante la crescita complessiva del numero di impiegati nel corso degli ultimi otto anni (+11.8%) non ci sono state evoluzioni positive per quanto riguarda la rappresentanza di lingua italiana (– 0.2%). Con l'eccezione del Dipartimento costruzioni, trasporti e foreste (si noti che gli italofoeni impiegati presso questa unità nelle classi di stipendio 8-11 costituiscono 1/3 del totale degli stessi italofoeni impiegati nell'Amministrazione e che a questi può essere aggiunto un'ulteriore quota del 9% circa con stipendi forfettari), la quota di italofoeni presso le altre unità dipartimentali è compresa tra il 2.8% e il 5.5%, con una media del 4.1%, vale a dire – benché la legge cantonale non stabilisca quote di riferimento – soltanto 1/4 in rapporto alla popolazione residente che dichiara l'italiano come lingua principale (13.1%).²²

Il personale di madrelingua italiana nelle classi di stipendio dei quadri (22-25) ammonta allo 0.3% del totale degli impiegati;²³ per quanto riguarda le tre classi di stipendio dei quadri superiori (26-28) la presenza di italofoeni e/o romanciofoeni è asserita dall'Ufficio del personale senza tuttavia fornire dati concreti (per motivi di protezione dei dati).²⁴ Come è stato riconosciuto da svariati studi e rapporti, l'assenza di minoranze tra i quadri incide sul reclutamento di appartenenti alle minoranze medesime e sull'attenzione prestata al valore del plurilinguismo; la scarsità di appartenenti alle minoranze tra i quadri intermedi incide inoltre sulla futura rappresentanza delle stesse minoranze tra i quadri superiori.²⁵

Per quanto concerne le procedure di reclutamento l'esame dei bandi di concorso pubblicati dall'Amministrazione mostra quantomeno una scarsa attenzione per l'aspetto linguistico: per diverse funzioni di quadro non è indicato nessun requisito linguistico, mentre in numerosi altri casi – anche per funzioni direttamente a contatto con il pubblico del Grigionitaliano – conoscenze dell'italiano e/o del romancio sono considerate soltanto «auspicabili», senza indicare nessun livello minimo di competenza e lascian-

²⁰ Cfr. risposta del Governo all'interpellanza Pedrini concernente l'italianità nell'Amministrazione cantonale, del 14 ottobre 2011; risposta del Governo all'interpellanza Papa concernente il servizio pubblico in favore delle minoranze linguistiche, del 30 ottobre 2014; risposte (mail) dell'Ufficio del personale alla Pro Grigion Italiano del 14 ottobre 2016 e del 20 maggio 2019.

²¹ Esclusi il Servizio traduzioni della Cancelleria e gli insegnanti della Scuola cantonale.

²² Dato 2017 per la popolazione residente di età superiore ai 15 anni; intervallo di confidenza: $\pm 7.2\%$ (cfr. UFFICIO FEDERALE DI STATISTICA, *Popolazione residente permanente di più di 15 anni o più secondo le lingue principali, il Cantone e la città*, 29 gennaio 2019). È inoltre da tenere presente che soprattutto l'italiano è frequentemente utilizzato quale «lingua-ponte» per la comunicazione con residenti di madrelingua portoghese e spagnola (cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., pp. 27 sg., § 72).

²³ A causa dell'indisponibilità dei dati di base non è possibile indicare la percentuale in rapporto al totale dei soli impiegati nelle rispettive classi di stipendio.

²⁴ Cfr. risposta (mail) dell'Ufficio del personale alla Pro Grigion Italiano dell'11 giugno 2019.

²⁵ Cfr. p. es. ROMAN ZWICKY – DANIEL KÜBLER et al., *Topkader und Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung*, ZDA, Aarau 2018, pp. 153 sgg. e *passim*.

do trasparire che la lingua principale di lavoro debba essere il tedesco (con competenze da madrelingua); in altri casi ancora, e senza una giustificazione riconoscibile, i bandi chiedono espressamente una «perfetta padronanza del tedesco».

Come rilevato dal rapporto dello ZDA, corsi di lingua per il personale dell'Amministrazione sono offerti soltanto fino al livello B1-B2 e devono essere frequentati su base volontaria al di fuori dell'orario di lavoro,²⁶ limitando così ulteriormente – in aggiunta alle difficoltà create dall'insufficiente «massa critica» delle minoranze linguistiche all'interno dell'Amministrazione²⁷ – le possibilità di un plurilinguismo attivamente vissuto all'interno delle istituzioni pubbliche.

Dal quadro fornito consegue che molto frequentemente il diritto di lavorare nella lingua cantonale di propria scelta – quale può essere derivato dall'art. 3 cpv. 1 Cost. cant.,²⁸ in analogia al diritto sancito dall'art. 9 cpv. 1 LLing e al diritto già assicurato dalle precedenti istruzioni e direttive del Consiglio federale²⁹ – non appare essere garantito né sul piano formale né su quello materiale; ne consegue dunque che la parità di trattamento nel reclutamento del personale non può essere assicurata.³⁰

L'impressione generale, confermata in diversi campi e da numerosi indicatori, è dunque che nel Canton Grigioni si possa e si debba sviluppare una strategia coerente e mirata («teoria del programma»)³¹ per la promozione del plurilinguismo e delle minoranze linguistiche in seno all'Amministrazione cantonale.

Un esame campionario dei testi prodotti dall'Amministrazione cantonale e degli enti parastatali (documenti, formulari, pagine web e facebook ecc.) mostra che in numerose occasioni una traduzione in lingua italiana è inesistente, affidata a strumenti inaffidabili come «Google Translate» (è il caso dell'Ospedale cantonale)³² o solo difficilmente accessibile, talora anche a causa di banali motivi tecnici mai risolti nel corso degli anni.³³ Come segnalato in più occasioni della Pgi, singole risposte dell'Amministrazione in lingua italiana – incluse decisioni impugnabili – contenevano errori tali da renderne difficile una piena comprensione;³⁴ in altri casi, senza nessuna richiesta di autorizzazione al destinatario e anche con l'eventualità di spiacevoli incomprensioni (che possono comportare p. es. il rifiuto di un sussidio), le comunicazioni e/o le risposte dell'Amministrazione – incluso l'Ufficio della cultura – sono inoltrate in tedesco.

²⁶ Cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., pp. 51 sg., § 174.

²⁷ Cfr. STÉPHANIE ANDREY et al., *Is there a trade-off between diversity and performance? Efficient communication versus multilingualism in the Swiss federal administration*, in «European Group on Public Administration's yearly conference», Rotterdam, September 2008; R. ZWICKY – D. KÜBLER et al., *Topkader und Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung*, cit., pp. 162-164.

²⁸ Può inoltre essere fatto riferimento all'art. 4 cpv. 2 della Convenzione-quadro per la protezione delle minoranze nazionali e all'art. 7 cpv. 1 lett. d della Carta europea delle lingue regionali o minoritarie.

²⁹ Cfr. CONSIGLIO FEDERALE, *Istruzioni del Consiglio federale concernenti la promozione del plurilinguismo nell'Amministrazione federale*, del 22 gennaio 2003 (FF 2003 1312, p. 1313, n. 5); ID., *Rapporto delle Commissioni della gestione all'Assemblea federale sulle ispezioni e le richieste nel 1991 – Parere del Consiglio federale* (FF 1992 III 417, p. 457).

³⁰ Cfr. R. CORAY et al., *Mehrsprachigkeit verwalten?*, cit., pp. 116 sgg.; cfr. *infra* la nota 27.

³¹ Cfr. MICHELE GAZZOLA, *Programmazione e controllo della "politica del plurilinguismo" nell'amministrazione federale svizzera*, in «Studi italiani di linguistica teorica e applicata», XLV (2016), n. 3, pp. 479-497.

³² Cfr. p. es. IVAN FALCINELLA, *Italiano bistrattato dall'Ospedale cantonale dei Grigioni*, «ilbernina.ch», 27 marzo 2017.

³³ Cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., p. 36, § 110; p. 52, § 176. Cfr. anche FABIANA CALSOLARO – JARA UHRICEK, *Grigioni trilingue? «Sul web (spesso) non è così»*, ATS, 28 novembre 2017 (nota: nel frattempo il sito della Banca cantonale grigione è stato tradotto in italiano).

³⁴ Cfr. p. es. «Qualità delle traduzioni dell'UCIAML», lettera della Pro Grigioni Italiano al Governo del Canton Grigioni, del 5 settembre 2014.

La situazione complessiva in questo campo induce frequentemente il cittadino-utente di lingua italiana – spesso ignaro dei propri diritti (art. 3 cpv. 3 LCLing) o rassegnato alla situazione di fatto, sempre che le sue conoscenze lo consentano, con uno sforzo più o meno accentuato – a consultare la documentazione completa in tedesco e a rivolgersi agli uffici cantonali o ad accettare da questi risposte nella stessa lingua. Possibilità esistenti, come quella di ricevere il materiale di voto cantonale (art. 23 LDPC) e federale nella lingua ufficiale di propria scelta in tutto il territorio cantonale, sono poco conosciute³⁵ perché poco pubblicizzate e/o non segnalate al momento del trasferimento di domicilio.

Per quanto riguarda l'insegnamento, come rilevato anche dal rapporto di valutazione dello ZDA, dal momento dell'introduzione del *Piano di studio 21* diversi mezzi didattici non sono ancora stati tradotti o elaborati in italiano (inclusi quelli per l'insegnamento dell'italiano come L1); anche la qualità delle traduzioni o del materiale didattico già esistente nelle diverse lingue è in diversi casi discutibile.³⁶ In aperto contrasto con l'art. 6 cpv. 2 lett. c OCLing, persino i documenti relativi all'introduzione e all'applicazione del *Piano di studio 21* sono stati inviati originalmente solo in lingua tedesca e solo successivamente tradotti in romancio e in italiano, con un anno e mezzo di ritardo,³⁷ ovvero poco prima dell'entrata in vigore della riforma.

I problemi concernenti la posizione dell'italiano, rispettivamente del romancio come seconda lingua non sono peraltro sempre di facile o rapida soluzione: si tenga solo presente, ad emblematico titolo di esempio, che nonostante il caratteristico segno del trilinguismo, il Canton Grigioni è l'unico Cantone che per l'ammissione alle scuole medie superiori conferisce un valore rilevante alla conoscenza dell'inglese ma non anche (o non soltanto) alla seconda lingua nazionale/cantonale, la quale è anzi del tutto esclusa – come *unica* materia d'insegnamento – dai criteri per il passaggio al livello scolastico successivo.³⁸ Un simile ordinamento ha avuto ripercussioni anche sull'offerta dell'insegnamento a livelli nella scuola secondaria (che per l'italiano è di fatto scomparsa), declassando così il particolare valore delle lingue nazionali/cantonali – come seconda ma anche come prima lingua (nel caso del romancio) – nel contesto formativo e sociale.³⁹ Nello stesso contesto, la palese discriminazione prevista dall'ordinamento precedente – che prevedeva un esame nella seconda lingua cantonale soltanto a carico degli studenti di lingua italiana e romancia – è stata rimossa solo grazie all'intervento di uno studente presso il Tribunale amministrativo cantonale.⁴⁰

³⁵ Cfr. i dati sul materiale di voto distribuito dai Comuni pubblicati in appendice a C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., p. 68. Nel Comune di Coira, p. es., su 24'693 aventi diritto di voto il materiale viene distribuito soltanto in 2 esemplari in lingua romancia e in 6 esemplari in lingua italiana.

³⁶ Cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., pp. 35 sg., § 109; pp. 49 sg., § 172. Cfr. inoltre [http://www.gr.ch/IT/istituzioni/amministrazione/ekud/avs/aktivitascolastica/pianodistudio/lehrplan21/Seite n/Testi-didattici.aspx](http://www.gr.ch/IT/istituzioni/amministrazione/ekud/avs/aktivitascolastica/pianodistudio/lehrplan21/Seite%20n/Testi-didattici.aspx)

³⁷ Cfr. *Il Piano di studio 21 è ora disponibile anche in romancio e in italiano*, comunicato stampa DECA GR, 6 novembre 2017 (<http://www.gr.ch/IT/media/Comunicati/MMStaka/2017/Seiten/2017110602.aspx>).

³⁸ Cfr. l'ordinanza sulla procedura d'ammissione alle scuole medie del Cantone dei Grigioni, del 2 settembre 2008 (stato 15 agosto 2016), art. 17-18. Per il confronto dei sistemi adottati da diversi cantoni si veda la presa di posizione della Pro Grigioni Italiano sulla revisione della Legge sulle scuole medie, del 2 febbraio 2018 (<http://www.pgi.ch/index.php/attivita/politica-linguistica-e-altro/1832-revisione-legge-scuole-medie>).

³⁹ Cfr. «Protocollo del Gran Consiglio retico», 4/2008/2009, pp. 634-641 (*Anfrage Thomann betreffend Aufnahmeverfahren an den Mittelschulen*); ivi, p. 643 (*Anfrage Niederer betreffend Änderung der Verordnung über das Aufnahmeverfahren an den Mittelschulen*).

⁴⁰ Cfr. sentenza U 09 3 del Tribunale amministrativo del Canton Grigioni, del 5 maggio 2009.

Sul territorio cantonale non è peraltro disponibile un percorso scolastico in lingua italiana fino al livello medio-superiore o per la formazione professionale, mentre un ciclo bilingue tedesco/italiano è offerto solo per le classi liceali della Scuola cantonale di Coira. Di conseguenza, gli allievi del Grigionitaliano – che già seguono un superiore numero di lezioni nella seconda lingua cantonale nel corso della scuola dell'obbligo (con l'entrata in vigore del *Piano di studio 21* la differenza rispetto ai colleghi dei Comuni di lingua tedesca è salita al +40%)⁴¹ – prima del passaggio alla scuola media superiore sono tenuti a frequentare un corso intensivo extrascolastico di lingua tedesca.⁴² Questo diverso trattamento degli studenti grigionitaliani può sì essere giustificato come vantaggioso o persino necessario in ragione della realtà del settore formativo superiore in Svizzera e della realtà socio-economica del Cantone,⁴³ ma può anche trasformarsi in mera discriminazione se non attentamente bilanciato.

Infine, per quanto riguarda l'unico esempio di percorso scolastico obbligatorio bilingue tedesco/italiano in territorio tedescofono (Coira), si può rilevare come in parte siano ancora assenti – in particolare per il livello secondario I – adeguati strumenti didattici, corrispondenti alle differenti competenze sviluppate in un percorso scolastico di questa tipologia.

Per concludere: presso l'Amministrazione cantonale come pure in altri ambiti della vita pubblica *il trilinguismo grigione si risolve in una forzata diglossia*, senza che le autorità prendano le necessarie misure per contrastare una deleteria tendenza alla discriminazione e alla marginalizzazione delle lingue minoritarie rafforzatasi tanto a lungo nel tempo da essersi «istituzionalizzata», permettendo al Cantone di funzionare in una sola lingua.⁴⁴ Benché generalmente mascherata con imbarazzo oppure al contrario esibita come realtà ineluttabile, tale «istituzionalizzazione»⁴⁵ del diseguale trattamento delle lingue cantonali minoritarie ha condotto persino una parte delle stesse minoranze ad interiorizzare o comunque a rassegnarsi alla subalternità della propria lingua madre nell'ambito socio-politico e socio-economico.

5 *Compiti delle organizzazioni linguistiche e compiti del Cantone*

Sia il servizio pubblico sia l'insegnamento scolastico sono ambiti d'intervento che sottostanno alla sovranità cantonale e per cui sono dunque responsabili il Governo e il Gran Consiglio del Canton Grigioni. Cionondimeno la Pgi ritiene che il sostegno della Confederazione a misure di promozione del plurilinguismo e delle lingue nazionali minoritarie in questi ambiti costituisca una fondamentale forma d'incentivo finanziario e rivesta al tempo stesso un forte significato politico.

La Pgi condivide inoltre totalmente il parere espresso nel rapporto di valutazione dello ZDA secondo cui «l'attribuzione di responsabilità [politica] non viene toccata dalla conclusione di accordi di prestazione».⁴⁶ Alla luce dell'art. 3 cpv. 2 Cost. cant. è in-

⁴¹ Cfr. studio comparativo sull'insegnamento scolastico delle lingue in Svizzera, documento interno della Pro Grigioni Italiano, aprile 2016.

⁴² Cfr. ordinanza relativa alla legge scolastica, del 25 settembre 2012 (stato 1° agosto 2018), art. 33 lett. c.

⁴³ Cfr. sentenza V 15 2 del Tribunale amministrativo del Canton Grigioni, del 15 marzo 2016, p. 36.

⁴⁴ Cfr. *Bericht der "Arbeitsgruppe Sprachlandschaft Graubünden"*, [Kanton GR], [Chur] 1994, vol. 1, p. 13.

⁴⁵ Cfr. LINDA SUPIK, *Bedeutung und Relevanz von Mehrfachdiskriminierung*, conferenza – Olten, 12 dicembre 2008 (http://www.mehrfachdiskriminierung.ch/tagungsbeitraege/supik_bedeutung_mehrfachdiskriminierung.doc).

⁴⁶ Cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., p. 60, § 209. Cfr. inoltre ANDREAS GLASER – CORSIN BISAZ, *Die Lia Rumantscha und die Repräsentation der Rätoromanen. Rechtsgutachten*, ZDA, Aarau 2014, pp. 26 sg.

dubbio che la salvaguardia e la promozione della lingua romancia e della lingua italiana costituiscano un interesse pubblico superiore di rango costituzionale e che perciò il Cantone (insieme ai Comuni, nel loro ambito) debba pienamente assumere su sé stesso tale responsabilità e giocare un ruolo di condotta determinante nell'impiego degli aiuti finanziari della Confederazione come pure dei mezzi propri. La promozione del plurilinguismo nell'Amministrazione cantonale come anche la promozione delle lingue minoritarie cantonali nei diversi ambiti dovrebbero di conseguenza essere una «absolute Chefsache» onnipresente nella gestione della cosa pubblica.⁴⁷



Condividendo le conclusioni del rapporto di valutazione dello ZDA e consapevole del mandato di diritto pubblico di cui è rivestita,⁴⁸ la Pgi si dichiara da parte sua pronta a sottoscrivere con il Canton Grigioni e sotto gli auspici programmatici del Consiglio federale un accordo di prestazioni formulato in maniera più specifica e mirata,⁴⁹ verificando periodicamente con le stesse autorità cantonali e con l'UFC le misure adatte al perseguimento degli obiettivi sulla base della loro priorità e della loro efficacia.

5.1 Attività in ambito culturale

In quanto organizzazione attiva in buona misura nell'ambito della cultura, intendendo l'attività culturale come vettore di approccio alla conoscenza della lingua italiana e di sensibilizzazione nei confronti della pluralità linguistico-culturale quale arricchimento del «capitale culturale» grigione, la Pgi valuta con grande favore l'opportunità di rispondere alle aspettative del Consiglio federale sul rafforzamento delle attività di sensibilizzazione al plurilinguismo, intervenendo maggiormente fuori dal territorio di diffusione tradizionale (dove peraltro oggi vive circa la metà degli italofoeni del Cantone, con una possibile ulteriore crescita nel corso dei prossimi decenni).⁵⁰

⁴⁷ Cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., p. 49, § 169.

⁴⁸ Cfr. A. GLASER – C. BISAZ, *Die Lia Rumantscha und die Repräsentation der Rätoromanen*, cit., pp. 26 sg.; IDD., *Demokratische Neuausrichtung der Lia Rumantscha. Zweites Rechtsgutachten*, ZDA, Aarau 2015, p. 5: «Die Beleihung durch die Leistungsvereinbarung führt dazu, dass die LR ungeachtet der privatrechtlichen Rechtsform in verwaltungsrechtlicher Funktion handelt und sich damit der Stellung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft annähert».

⁴⁹ Cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., p. 61, §§ 211-212. Sotto molti aspetti si tratta in questo caso di rendere concrete le intenzioni espresse dal Governo al momento della consultazione concernente la Legge cantonale sulle lingue: «Geplant ist ein gewisser Ausbau bzw. die Professionalisierung der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den beitragsberechtigten Sprachenorganisationen. Im Rahmen von so genannten Leistungsvereinbarungen soll in verstärktem Masse sichergestellt werden, dass die von den Sprachenvereinigungen erbrachten Dienstleistungen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden können» (*Botschaft der Regierung an den Grossen Rat*, 2006-2007, vol. 2, p. 90).

⁵⁰ Diversamente da quanto indicato 25 anni fa dal gruppo di lavoro «Sprachlandschaft Graubünden» (*Bericht der "Arbeitsgruppe Sprachlandschaft Graubünden"*, [Kanton Graubünden], [Chur] 1994, vol. 1, pp. 11 sg.), il previsto declino dell'italiano al di fuori del territorio di diffusione tradizionale a causa del rallentamento del fenomeno migratorio e dell'assimilazione non si è ancora verificato, perlomeno non nell'ampia misura allora vaticinata. Lo stesso gruppo di lavoro riconosceva d'altro canto, al pari dello studio di valutazione dello ZDA (p. 27, § 72; p. 48, § 166) e di altri diversi studi condotti nell'ultimo trentennio, che – con parziale eccezione della Bregaglia (a Maloja e come lingua di lavoro) – non esiste nel Grigionitaliano alcun rischio di «germanizzazione». L'analisi delle rilevazioni strutturali più recenti conduce alla stessa conclusione (cfr. UFFICIO FEDERALE DI STATISTICA, *Sprachgebiete der Schweiz*, maggio 2017, pp. 37 sg.). Per quanto riguarda la popolazione del Grigionitaliano le prospettive di sviluppo entro il 2040 indicano mediamente un aumento demografico del 3%, ma con un calo della popolazione nell'Alta Calanca, in Bregaglia e in Valposchiavo (dati: CANTON GRIGIONI – UFFICIO PER LA PIANIFICAZIONE TERRITORIALE 2016). Questo dato conferma che il mantenimento dell'italianità fuori dal territorio di diffusione tradizionale – tenendo conto della continua crescita dell'urbanizzazione nella valle del Reno tra Thusis e Maienfeld (+18% nello scenario medio), in cui già oggi vive poco meno della metà della popolazione nel Cantone – deve costituire una priorità se si desidera evitare

Parallelamente la Pgi intende anche proseguire con rinnovato impulso l'attività di rafforzamento della sempre ancora incerta coesione interna del Grigionitaliano (secondo l'originaria intenzione delle autorità federali)⁵¹ attraverso pubblicazioni e progetti di carattere sovraregionale, oltre che per mezzo della sua attività di politica linguistica e di promozione culturale.



5.2 Attività nel campo della politica linguistica

La Pgi ritiene auspicabile una migliore collaborazione con il Cantone, con scambi di dati e informazioni privi di ostacoli nonché tramite consultazioni regolari a riguardo di tutti i possibili campi dell'attività pubblica in cui è dovuta o desiderabile una maggiore attenzione nei confronti delle lingue cantonali minoritarie e al valore del plurilinguismo.⁵² Un rafforzamento dell'attività della Pgi nel campo della politica linguistica, secondo le raccomandazioni del rapporto di valutazione dello ZDA,⁵³ può essere possibile ed efficace soltanto a queste condizioni e purché i risultati di eventuali compiti di consulenza, vigilanza e monitoraggio affidati alle organizzazioni linguistiche (a riguardo dell'Amministrazione cantonale, dei Comuni, degli enti di diritto pubblico e degli enti di diritto privato cui sono conferiti compiti pubblici ai sensi dell'art. 50 Cost. cant.) siano puntualmente discussi in forma di contromisure nell'attività dell'Amministrazione cantonale e del Governo.⁵⁴

In altre parole, diversamente da quanto oggi accade, Cantone e organizzazioni linguistiche, pur mantenendo la propria autonomia, dovrebbero elaborare una solida forma di partenariato volta a dare progressivamente corpo agli ideali iscritti nella Costituzione cantonale e a rimuovere gli ostacoli che vi si contrappongono. A questo proposito la recente risoluzione del Comitato dei ministri del Consiglio d'Europa sull'applicazione della Convenzione-quadro sulla protezione delle minoranze nazionali raccomanda di studiare a tutti i livelli istituzionali svizzeri «la possibilità di rafforzare la partecipazione delle persone appartenenti alle minoranze nazionali agli affari pubblici affinché possano prendere parte ai processi decisionali [...] per esempio mediante meccanismi permanenti [e] organi consultivi istituzionalizzati» oltre che tramite «valori obiettivo nell'amministrazione pubblica».⁵⁵

È tuttavia contemporaneamente anche doverosa una riflessione sull'opportunità di esternalizzare la gestione di alcuni compiti pubblici (quelli citati come pure altri in passato) ed è dunque necessario chiedersi se tale esternalizzazione non abbia in maniera contraria alle intenzioni contribuito all'alienazione delle questioni concernenti le lingue minoritarie cantonali nel cuore della vita pubblica, ovvero presso le istituzioni cantonali e comunali, conferendo alle organizzazioni linguistiche – in gran parte prive di poteri d'intervento concreti – una funzione di alibi rispetto al disimpegno delle istituzioni medesime. Con queste riflessioni si intende ulteriormente sottolineare come non siano direttamente le autorità del Canton Grigioni a doversi fare carico delle questioni relative alle minoranze linguistiche e come non sia possibile farlo con le

che la minoranza di lingua italiana diventi numericamente trascurabile, aggravando il problema della sua marginalizzazione.

⁵¹ Cfr. RINALDO BOLDINI, *Breve storia della Pro Grigion Italiano*, in «Qgi», 37 (1968), n. 2, p. 112.

⁵² Cfr. C. BISAZ et al., *Massnahmen zur Erhaltung ...*, cit., p. 61, § 210.

⁵³ Cfr. *ivi*, p. 64, § 228; p. 63, § 223.

⁵⁴ Cfr. A. GLASER – C. BISAZ, *Demokratische Neuausrichtung der Lia Rumantscha*, cit., p. 14.

⁵⁵ CONSEIL D'EUROPE – COMITÉ DES MINISTRES, *Risoluzione CM/ResCMN(2019)7 ...*, p. 1.

attuali strutture, ovvero anzitutto senza nessun «ufficio di coordinamento sovraordinato per le lingue».⁵⁶

Alla luce di queste considerazioni, tra le diverse misure auspicabili, *la presenza di una forte figura di riferimento per le questioni linguistiche all'interno dell'Amministrazione*, direttamente subordinata alla Cancelleria o alla direzione di un Dipartimento (ma con un mandato trasversale su tutta l'Amministrazione e il settore pubblico parastatale), è ritenuta *altamente raccomandabile*. Si invita perciò il Consiglio federale a considerare la possibilità di includere l'istituzione di un simile ufficio tra le misure che possono essere sostenute sulla base dell'art. 18 OLing.

In accordo con la più recente raccomandazione del Comitato dei ministri del Consiglio d'Europa⁵⁷ la Pgi invita inoltre il Consiglio federale a sostenere al proprio livello e nel Canton Grigioni la *creazione di istituzioni del difensore civico (ombudsperson institutions) per le minoranze*.



6 Raccomandazioni principali: sintesi

Riassumendo in breve sintesi, la Pgi invita il Consiglio federale a:

- orientare la propria politica linguistica in direzione dell'obiettivo costituzionale dell'eguaglianza di diritti delle lingue nazionali, sradicando e prevenendo la discriminazione delle lingue minoritarie in ogni campo e ad ogni livello;
- utilizzare la propria facoltà di manovra nell'attribuzione e nella ripartizione dei mezzi finanziari concessi ai sensi dell'art. 22 cpv. 1 LLing allo scopo di rafforzare la presenza di italofoni e l'uso dell'italiano presso l'Amministrazione cantonale e gli enti parastatali di servizio pubblico del Canton Grigioni, sostenendo anche la creazione di un ufficio cantonale sovraordinato per le questioni linguistiche;
- utilizzare la propria facoltà di manovra nell'attribuzione e nella ripartizione dei mezzi finanziari concessi ai sensi dell'art. 22 cpv. 1 LLing allo scopo di garantire la parità di mezzi per l'insegnamento nel Grigionitaliano nonché rafforzare la promozione dell'italiano nelle scuole di livello medio-superiore, nella formazione presso le scuole professionali e nelle scuole primarie e secondarie del Grigioni tedescofono;
- perfezionare in accordo con il Canton Grigioni gli strumenti di *governance* delle misure affidate alle organizzazioni di cui all'art. 22 cpv. 1 lett. b LLing e rafforzare il loro mandato nel campo della sensibilizzazione al plurilinguismo;
- adeguare la base legale e mettere a disposizione le risorse finanziarie al di fine rafforzare nella scuola dell'obbligo l'insegnamento dell'italiano al di fuori della Svizzera italiana, sia tramite l'insegnamento quale materia facoltativa sia tramite percorsi scolastici bilingui organizzati nelle principali città svizzere;
- promuovere l'uso dell'italiano quale lingua ufficiale nell'attività culturale propria della Confederazione e nelle misure e istituzioni sostenute dall'UFC;
- sostenere finanziariamente e politicamente la creazione a livello federale e a livello cantonale di istituzioni del difensore civico per le minoranze.

⁵⁶ Cfr. lettera dell'Ufficio della cultura del Canton Grigioni alla Pro Grigioni Italiano, del 14 settembre 2012.

⁵⁷ Cfr. CONSEIL D'EUROPE – COMITÉ DES MINISTRES, *Risoluzione CM/ResCMN(2019)7 ...*, p. 1.

Ringraziandovi per l'attenzione che vorrete dare al nostro scritto,
ci è gradita l'occasione per porgere i nostri più cordiali saluti.

Pro Grigioni Italiano



Franco Milani
Presidente



Dr. Paolo Fontana
Collaboratore scientifico



Copia p. c.:

Consigliere di Stato dr. Jon Domenic Parolini, presidente del Governo del Cantone dei Grigioni

Consigliere di Stato Manuele Bertoli, presidente del Forum per l'italiano in Svizzera

Consigliera nazionale Silva Semadeni, copresidente del Gruppo interparlamentare «Italianità»

Granconsigliere Paolo Papa, presidente della Deputazione grigionitaliana in Gran Consiglio

Sig. Simon Bott, segretario di concetto del Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente

Dr. Diego Erba, coordinatore del Forum per l'italiano in Svizzera

Sig.ra Corina Casanova, presidente del Forum Helveticum

Dr. Johannes Flury, presidente della Lia Rumantscha

Sig. Verio Pini, presidente di «Coscienza Svizzera»

Sig. Giuseppe Falbo, esperto della Confederazione svizzera nella Commissione consultiva della CQPMN

LCH DACHVERBAND LEHRERINNEN UND LEHRER SCHWEIZ BAK / OFC / UFC Direktion	
Original:	
11. Sep. 2019	
CC:	

**SYNDICAT DES
ENSEIGNANTS
ROMANDS** **SER**

Département fédéral de l'intérieur DFI
Office fédéral de la culture
Hallwylstrasse 15
3003 Berne

Martigny et Zürich, le 10 septembre 2019

**Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024 (message culture)
Position commune LCH – SER**

Mesdames, Messieurs,

Les deux faîtières d'enseignants suisses, Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) et le Syndicat des Enseignants romands (SER), ont pris connaissance du message susmentionné.

Nous nous sommes particulièrement intéressés aux points 2.6.2 *Langue et compréhension* et 4.1.6 *Plafond des dépenses pour la politique des langues et de la compréhension*.

Nous saluons l'effort consenti dans le message en faveur des échanges scolaires. Aujourd'hui, seul 2% des élèves participent à un échange pendant leur formation. Ce pourcentage doit absolument être augmenté. L'effort financier prévu par le message est donc nécessaire. Cependant, nous estimons qu'il est insuffisant. C'est pourquoi, nous nous permettons de répondre à la question 6 de la consultation :

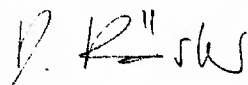
6. Ressources financières pour la mise en oeuvre du message culture 2021–2024.

*Comment évaluez-vous les ressources financières affectées à la mise en oeuvre du message culture 2021–2024 (voir point 4 du rapport explicatif), qui s'élèvent à un montant total de 942,8 millions de francs ?
Comment évaluez-vous les priorités établies par rapport aux moyens prévus ?*

Pour le SER et LCH, les ressources financières prévues pour le *Plafond de dépenses Politique des langues et de la compréhension (point 4.1.6)* doivent être sensiblement augmentées au-delà des propositions du message pour atteindre environ 20 millions.

Tout en restant à votre disposition pour tout renseignement complémentaire, nous vous présentons, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH



Dagmar Rösler
Zentralpräsidentin

Syndicat des enseignants romands SER



Samuel Rohrbach
Président

Personnes de contact : Dagmar Rösler, 079 866 54 43, d.roesler@LCH.ch

Samuel Rohrbach, 079 251 22 42, president@le-ser.ch

Copie à : CDIP

BAK / OFC / UFC					
Ducktion					
Original					
11. Sep. 2019					
CC:					
7. September 2019					

Bundesamt für Kultur
 Frau Isabelle Chassot
 Hallwylstrasse 15
 3003 Bern

Kulturbotschaft 2021-2024 / Vernehmlassung
Revision Filmgesetz (FiG) in Sachen Filmfestivals/filmkulturelle Institutionen

Sehr geehrte Frau Chassot
 Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 29. Mai 2019 die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021–2024 eröffnet. Die Vernehmlassung dauert bis am 20. September 2019. Der Inhalt der Botschaft definiert u.a., dass z.B. eine Institution wie das «Zurich Film Festival» in Zukunft nicht mehr unterstützt werden kann.

Die Begründung lautet, dass Kulturgelder nicht an private, gewinnorientierte Unternehmungen gesprochen werden. Das ist eine Haltung, die auf den ersten Blick durchaus plausibel erscheint. Auch wenn - wohl eher theoretisch - damit künftig einige Unternehmungen im kulturellen Bereich von Bundessubventionen ausgeschlossen werden müssten.

Was heisst „gewinnorientiert“?

Als erstes sei die Frage erlaubt: ist es schlecht, gewinnorientiert zu sein? Anders gefragt: macht es (m)ein Unternehmen gut, oder zumindest besser, wenn es nicht gewinnorientiert ist?

Erbringt nicht jede Künstlerin und jeder Künstler eine Leistung (Unternehmung), von der sie oder er erwartet, dass sie gesehen, gehört, gelesen, kurz „konsumiert“ wird? Auch auf die «Gefahr» hin Gewinn zu bringen.

Die Zürcher Filmstiftung, die nebst dem Bund zweitwichtigste Förderinstitution der Filmbranche, die wie der Bund private Filmprojekte und ebenso private Filmproduktionen unterstützt, hat für den Fall, dass ihre gesprochenen Gelder den Empfängern Gewinn bringen, eine Lösung bereit. In diesem, leider seltenen Fall müssen die Gelder an die Stiftung (somit an die öffentliche Hand) zurückbezahlt werden.

Locarno und Zürich - nicht Locarno vs. Zürich

Nach anfänglichen Unstimmigkeiten ist heute das Verhältnis zwischen den zwei bedeutendsten Filmfestivals der Schweiz respektvoll. Beide wissen, dass - nebst Nyon und anderen kleineren Festivals* - namentlich Locarno und Zürich entscheidend zum Image des Films, somit auch zur Ausstrahlung des Schweizer Films beitragen - im Land selber, aber auch international.

Beide Festivals prägen zeitlich weit über ihre kurze Dauer hinweg, kulturell ihre Region. In allen Medien sind die Festivals präsent - sie sind ein wichtiger kultureller, sozialer und auch wirtschaftlicher Faktor.

*Die Solothurner Filmtage gelten als Werkschau, sind somit kein Festival

Was unterscheidet die beiden Festivals?

Sicher hat das «*Locarno Film Festival*» ein klares Profil und wird weitgehend präzise kuratiert. Es bietet mit seiner grossen Leinwand auf der Piazza und in den Kinosälen der Stadt seit Jahrzehnten ein grossartiges Schaufenster für Autorenfilme mit sozialem und politischem Inhalt, aber auch für wertvolle Reprisen. Grosse Karrieren von RegisseurInnen und SchauspielerInnen - aus dem In- und Ausland - nahmen am «Locarno Film Festival» ihren Anfang.

Das «*Zurich Film Festival*», welches vor 15 Jahren auf rein privater Initiative und ohne jegliche Unterstützung der öffentlichen Hand, gegründet wurde, hat mittlerweile sein künstlerisches Profil geschärft, wird professionell programmiert und geniesst eine im Vergleich zu Locarno andere, aber ebenfalls internationale Reputation. Im eigentlichen Wettbewerb werden vornehmlich Erstlingsfilme (oder 2., resp. 3. Filme) mit dem „Golden Eye“ ausgezeichnet. So z.B. auch der Schweizer Film „Blue my Mind“ von Lisa Brühlmann. Dank dieser Auszeichnung wurde man selbst in den USA auf die junge Schweizerin aufmerksam. Sie wurde für eine bedeutende Serie als Regisseurin verpflichtet, was ihr dieses Jahr eine Emmy-Nomination einbrachte.

Die beiden Festivals kommen sich nicht ins Gehege.

Im Gegenteil, sie ergänzen sich und tragen beide wirkungsvoll den Ruf der Schweiz als „Filmland“ in die Welt.

Facts and Figures – oder, ohne «Private Partnership» geht es nicht

Und doch unterscheiden sie sich grundsätzlich, die Festivals von Locarno und Zürich, sagen kritische Stimmen. Denn das «Locarno Film Festival» ist nicht gewinnorientiert, das «Zurich Film Festival» jedoch schon! Stimmt das wirklich?

Einschränkend sagen einige: vielleicht nicht das «Zurich Film Festival» per se, aber die Besitzerin: die AG, die NZZ.

Folglich ist es richtig, die Subventionen zu streichen.

Ich meine, dass diese, auch in der Branche nicht unpopuläre Haltung, einer objektiven Einschätzung nicht standhält, respektive den Entscheid des Bundesamtes, dem ZFF die vergleichsweise bescheidene Subvention zu streichen, nicht rechtfertigt.

Überall und unbestritten kostet ein bedeutendes Festival mit einer internationalen Ausstrahlung viel Geld und ist ohne massives Sponsoring nicht möglich. Das Locarno Film Festival hat das höchste Budget aller Festivals in unserem Land und empfängt auch mit Abstand am meisten Bundessubventionen. Dies trotz massivem und dankenswertem Sponsoring von klar gewinnorientierten Unternehmen wie UBS, Manor etc.

Die Tessiner arbeiten aktuell mit einem Budget von 14.3 Millionen Franken jährlich. Die Subventionen der öffentlichen Hand liegen bei rund 6 Mio. Franken, der Bundesanteil liegt bei 1.51 Mio. Weitere 6 Millionen sind Sponsorengelder. Eine Studie der Universität der italienischen Schweiz (Lugano) aus dem Jahre 2005 (!) hat ergeben, dass das «Locarno Festival» seinerzeit, also vor 14 Jahren, bei einem Gesamtbudget von 10 Mio. Franken, Gelder der öffentlichen Hand von 3,8 Mio. Franken erhielt. Damit, so sagt die Studie der Universität Lugano, wurden 12-13 Millionen *erwirtschaftet*.

"Die regionale wirtschaftliche Bilanz war somit deutlich positiv." heisst es in der Studie.

Heute, 14 Jahre später, dürften es an die 20 Millionen sein, die das Locarno Film Festival der Region bringt.

Das ZFF arbeitet mit der *Hälfte des Budgets* der Kollegen im Süden und erhält von der öffentlichen Hand (Bund, Kanton und Stadt zusammen) lediglich 850'000 Franken. Fallen nun die 250'000 Franken vom Bund weg, muss sich das ZFF zu mehr als 90% selber finanzieren.

Der Präsident des Locarno Film Festivals, Marco Solari, stellt sich hinter das "Zurich Film Festival" und ist gegen eine Streichung der Subvention an das ZFF

Zitat Marco Solari: "*Wir sind aus Solidaritätsgründen auf Seiten des Zurich Film Festival*".

Zudem - wem hilft es, wenn man das ZFF abstrafft und wer und vor allem *warum* will man das eigentlich?

Last and Important

Das ZFF hat nach der Beteiligung durch die NZZ auf Wunsch des Bundesamtes für Kultur seine Organisation angepasst. Der Betrieb wurde in eine künstlerische Einheit – die *Zurich Filmfestival AG* – und eine Vermarktungseinheit – die *Spoundation Motion Picture AG* – aufgeteilt. Ein Schritt, der von Bund, Kanton und Stadt seinerzeit einstimmig gutgeheissen wurde. Jetzt, ein Jahr später, soll dies anders sein. Wie rechtfertigt sich ein derartiges Verhalten eines Bundesamts?

Die «Zurich Filmfestival AG» ist *nicht gewinnorientiert*. Sie hat viel mehr ein *statutarisches Gewinnausschüttungsverbot*, was heisst, dass ein möglicher Gewinn sofort wieder in das Festival investiert werden muss.

Ich vertrete die Meinung, dass die zur Vernehmlassung vorliegende Kulturbotschaft, betreffend Filmgesetz Art. 10, Abs. 2, nicht zu vertreten ist. In dieser Haltung werde ich von den nachfolgend Unterzeichnenden einhellig unterstützt.


Andres Bruetsch
Produzent/Regisseur
Langjähriger Stiftungsrat und Vize-Präsident der Zürcher Filmstiftung

Mit dem Inhalt dieses Schreibens einverstanden:
Alex Bänninger, Publizist / langjähriger Chef Sektion Film, BAK
Sabine Boss, Regisseurin
This Brunner, Arthousefilm-Experte
Bernhard Burgener, Produzent
Ralph Stephan Dietrich, Verleiher, Produzent
Karin G. Dietrich, Verleiherin, Produzentin
Leonardo di Nigro, Schauspieler
Christian Frei, Dokumentarfilmer
PC Fueter, Produzent
Stefan Gubser, Schauspieler
Villi Hermann, Regisseur, Produzent
Nick Hilber, Regisseur
Lukas Hobi, Produzent
Marcel Höhn, Produzent
IG Unabhängige Filmproduzenten, Jean-Marc Fröhle, Co-Präsident
Pius Knüsel, Mitglied Verwaltungsrat Locarno Film Festival
Rolf Lyssy, Regisseur
Benito Mueller, Produzent
Christof Neracher, Produzent
Daniel Rohr, Schauspieler, Leiter Theater Rigiblick
Ueli Steiger, Kameramann
Michael Steiner, Regisseur
Edi A. Stoeckli, Kinobesitzer Arena Cinemas
Philippe Täschler, CEO Kitag, Kino-Theater AG
Claudia Wick, Produzentin
Andrea Zogg, Schauspieler

Zürich, 11. September 2019

Bundesamt für Kultur

Stabsstelle Direktion

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) – Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns, dass Sie SzeneSchweiz die Gelegenheit bieten, zum Entwurf der Kulturbotschaft Stellung zu nehmen. Gerne nimmt stellvertretend der Schweizerische Bühnenkünstlerverband SBKV die Gelegenheit wahr.

Der SBKV ist der Berufsverband der Künstlerinnen und Künstler bei Theater, Film und TV. Er wahrt die Interessen der professionellen Bühnenkünstler*innen in arbeitsrechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und künstlerischen Belangen.

Allgemeines zur Vorlage

Der SBKV begrüsst, dass die Botschaft 2021–2024 auf Basis der bisherigen Kulturbotschaft fortgeführt und weiterentwickelt wird. Dies gibt der Botschaft eine nachvollziehbare Struktur.

Wir sind erfreut über die Erhöhung der finanziellen Mittel auf 942,8 Millionen Franken. Jedoch vertreten wir die Ansicht, dass 0.3 % der Bundesaussgaben für die Kultur schlicht zu wenig sind.

Selbst in der Botschaft wird gelegentlich erwähnt, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichend sind, obwohl verschiedene Tätigkeitsgebiete ausgebaut und andere hinzugefügt werden sollen. Wir vertreten dezidiert die Ansicht, dass künstlerisches Schaffen und dessen Verbreitung im Zentrum einer Kulturbotschaft stehen muss.

Die Prioritätensetzung in dieser Vorlage entspricht nicht immer diesem Grundsatz. Bei der Umsetzung sollte dies beachtet werden, was mitunter eine Verschiebung der Mittel zur Folge haben kann.

Wir können bestätigen, dass die Einkommenssituation vieler Kuschtschaffender, trotz erfolgreicher Arbeit, ungenügend ist. Wir begrüssen sehr, dass das BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit Bedingungen verbinden, welche die Entschädigung von Kulturschaffenden verbessern sollen.

Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

- *Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?*

Die Umsetzung zeigt positive Ansätze auf. Sie ist jedoch in vielen Bereichen nicht abgeschlossen, weshalb der Bundesrat richtigerweise auf Fortsetzung und Kontinuität setzt. Doch wie oben beschrieben besteht die Gefahr, dass in einzelnen Handlungsfeldern zu viele Massnahmen getroffen werden und dadurch die Fokussierung fehlt.

In der Evaluation werden vorwiegend Massnahmen erwähnt, die neu eingeführt oder verstärkt wurden. Keine Erwähnung finden Massnahmen, die in der Kulturbotschaft 2016 beabsichtigt, jedoch nicht umgesetzt wurden.

Das neue Instrument der Filmstandortförderung hat sich gut etabliert. Probleme zeigen sich noch bei den internationalen Ko-Produktionen, die sich nicht derart entwickelt haben wie erhofft. In diesem Bereich müssen die Fördermassnahmen und Anpassungen noch geprüft werden.

Das Programm «Kultur & Wirtschaft» erachten wir als sehr wichtig und spannend. Wir würden es begrüssen, wenn bei der Weiterführung des Projekts geprüft wird, ob auch andere Kultursektoren als Games und Design integriert werden könnten.

Die Massnahmen «zur Verbreitung der Kultur im Ausland» erachten wir als sehr wichtig und diese zeigen positive Tendenzen auf, aber auch einige Schwachstellen. So ist beispielsweise wenig von den Bemühungen zur Integration der Schweiz in kulturelle Projekte der Europäischen Union zu spüren. Schweizer Kulturschaffende sind weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen Europäischen Festivals und Wettbewerben ausgeschlossen, während Kulturschaffende anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, offenbar zur Teilnahme zugelassen sind. Auch verschiedene Promotionsprojekte erzielen kaum Wirkung, da sie teilweise unkoordiniert oder deutlich mit zu wenig Mitteln ausgestattet sind.

Nach wie vor wurden die Organisationen der Kulturschaffenden in vielen Bereichen nicht oder ungenügend mit einbezogen. Dies führte auch zu Umsetzungen, die weit an der Realität und den Bedürfnissen des Kulturschaffens in unserem Land vorbei gehen. Am krassesten kam dies bei der Umsetzung der Beiträge an die kulturellen Organisationen zum Ausdruck. In der Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender wurden Einschränkungen eingeführt, wodurch Verbände gezwungen wurden, überstürzte Fusionen einzuleiten und wichtige, traditionelle Aktivitäten aufzugeben.

Mehrfach wurde in der Kulturbotschaft 2016 die Bedeutung der medialen Vermittlung hervorgehoben. Dazu wurden beispielsweise von Pro Helvetia verschiedene Anläufe zur Schaffung solcher Plattformen unternommen. In der Regel aber ohne jegliche Absprache mit den Kulturorganisationen oder Rücksichtnahme auf bereits bestehende Projekte. So wurden auch von Pro Helvetia bedeutende finanzielle Mittel in eigene Plattformen investiert, die höchstens in Insiderkreisen Beachtung finden und nicht annähernd den gewünschten Effekt erzielen – anstatt solche in Zusammenarbeit mit der Kulturbranche zu entwickeln, die eine breitere Wirkung erzielt hätten.

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

- *Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?*

Der SBKV unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes und ebenso die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung».

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

- *Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?*

Grundsätzlich sind wir mit der Prioritätensetzung einverstanden. Weiterführende Ergänzungen sind im nächsten Kapitel «Weiteres zur Vernehmlassungsvorlage» zu finden.

4. Revision Filmgesetz

- *Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?*

Wir begrüssen die Absicht, dass durch den Bund unterstützte Filme in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein sollen. Dabei müssen jedoch die Urheber- und verwandten Schutzrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung, die mehrfach geäussert wurden, lehnen wir konsequent ab.

Wir unterstützen die beabsichtigte Gleichstellung von Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, mit TV-Veranstaltern. Mit der Verpflichtung, dass diese 4% ihrer Bruttoeinnahmen in den unabhängigen Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen haben, sind wir vollumfänglich einverstanden.

Ebenso einverstanden sind wir damit, dass elektronische Filmanbieter verpflichtet werden sollen, 30% ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten. Hier ist allenfalls auch eine Quote für Schweizer Filmproduktionen ins Auge zu fassen.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

- *Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizer Schulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?*

Mit den Gesetzesanpassungen in Art. 1 Bst. a Ziff. 1; Art. 12 Abs. 4 und Art. 17 sind wir einverstanden. Jedoch nicht mit der Streichung von Artikel 18.

Die Stadt Bern ist das politische Zentrum der Schweiz – mit Sitz der Bundesregierung, der Bundesverwaltung und den diplomatischen Vertretungen. Dadurch nimmt sie eine besondere Stellung ein, die auch Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das KFG klar

signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre spezifischen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Von der Streichung des Artikel 18 KFG ist abzusehen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

- *Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?*

Über die vorgesehenen Erhöhungen der Finanzmittel sind wir sehr erfreut und begrüßen diese ausdrücklich. Wir erachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehen Finanzmittel immer noch als zu bescheiden. Insbesondere für neue Aufgaben der Pro Helvetia oder den Anschluss an Creative Europe. Diese neuen Aufgaben dürfen aber nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.

Es versteht sich, dass Forderungen und allfällige damit verbundene Massnahmen, die im vorgelegten Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 noch nicht enthalten sind, ausserhalb des im Entwurf enthaltenen Zahlungsrahmens liegen und daher zusätzliche Mittel erforderlich machen.

Weiteres zur Vernehmlassungsvorlage

2.1.2 Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Die stetige Überprüfung und Anpassung der Werkbegriffe an die künstlerische Entwicklung erachten wir als sinnvoll. Dies muss aber in stetigem Austausch und Diskurs mit den Kunst- und Kulturschaffenden und deren Organisationen geschehen. Deren Fachwissen und direkter Bezug zu den Kulturschaffenden der verschiedensten Sparten sind bei der Ausarbeitung und Anpassung der Werkbegriffe und der Förderkriterien aktiv mit einzubeziehen.

Ebenso begrüßen wir die Bestrebungen zu innovativen Zusammenarbeitsformen. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit muss aber für die Kunst- und Kulturförderung der öffentlichen Hand, bei allen Werkbegriffen der künstlerische Wert als einziges Förderkriterium betrachtet werden.

Die Erkenntnis, dass die Einkommenssituation vieler Kunstschaffender ungenügend ist, können wir voll und ganz bestätigen. Wir sind erfreut, dass das BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffende einhalten und in Zusammenarbeit mit der Szene sowie mit den interessierten Kantonen und Städten eine Praxis zur Angemessenheit der Entschädigung entwickeln.

Die Absicherung im Bereich der sozialen Sicherheit sollte ebenfalls Teil der Förderstrategie sein. Das BAK sollte auch im Bereich der sozialen Sicherheit verwaltungsintern eine Beobachterrolle einnehmen, also das Monitoring und fallweise auch ämterinterne Aktionen bei Revisionen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze. Veranstalter und Produzenten müssen auch im Kontext mit der Förderung in die Verantwortung genommen werden, was die soziale Sicherheit ihrer Künstlerinnen und Künstler betrifft.

Auch erwarten wir vom BAK, Pro Helvetia und den anderen öffentlichen Kulturförderern, dass bei der Vergabe ihrer kulturellen Beiträge auf die Einhaltung der Urheber- und verwandten Schutzrechte bestanden wird und dass sich das BAK verwaltungsintern für eine gerechte urheberrechtliche Entschädigung der Urheberinnen und Interpreten einsetzt.

Ein grosses soziales Problem, mit dem der Schweizerische Bühnenkünstlerverband oft konfrontiert wird, ist die relativ kurze Dauer der Berufsausübung der Bühnentänzerinnen und Bühnentänzer, die sich mit durchschnittlich 35 Jahren aufgrund der physischen Anforderungen von ihrer aktiven Bühnenlaufbahn verabschieden müssen.

Die Schweizerische Stiftung für die Umschulung von darstellenden Künstler*innen in der deutschen Schweiz sowie der Verein DanseTransition in der Romandie wurden gegründet um hier Abhilfe zu schaffen. Eine finanzielle Unterstützung des BAK für die Umschulung dieser Künstler, die meist über keine finanziellen Ressourcen verfügen wäre wünschenswert.

Bereits 2006 wurde durch die Studie *Projekt Tanz*, (eine gemeinsame Initiative von BAK, Pro Helvetia, Kantonen, Städten Berufsverbänden und der Tanzszene) hier Handlungsbedarf bestätigt.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüssen die Bestrebungen der Pro Helvetia, gemeinsam mit interessierten Städten und Kantonen, spartenspezifische interregionale Netzwerke zu initiieren, die zur verbesserten Verbreitung von künstlerischen Werken beitragen. Umso vermehrt den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen innerhalb einer Sprachregion zu fördern.

Wir sind erfreut, dass bezüglich Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbetrieb Handlungsbedarf erkannt wurde und begrüssen die in diesem Bereich geplanten Massnahmen.

Ebenso unterstützen wir die Absichten im Bereich der Kunstvermittlung. Bei Vermittlungsprojekten muss aber die geäusserte Absicht zur Zusammenarbeit mit Partnern auch tatsächlich und auf gleichberechtigter Ebene ernsthaft erfolgen. Kunstschaffen und Kunstvermittlung dürfen sich nicht konkurrieren. Zudem darf die Förderung der Kunstvermittlung nicht zu Lasten der Förderung des Kunstschaffens finanziert werden. Es kann nicht sein, dass den Urheberinnen und Interpreten Mittel entzogen werden, um ihre Werke zu vermitteln – zumal die Künstlerinnen und Künstler selber die wirkungsvollsten Kulturvermittler sind.

2.1.4 Schweizer Preise

Die Würdigung von Kulturschaffenden durch die Vergabe von Preisen in verschiedenen Sparten erachten wir als sehr wichtig. In einzelnen Sparten erscheint uns die Umsetzung der Preisvergabe, der Promotion und der Kommunikation durch das BAK allerdings als ungenügend. Teilweise fehlt schlicht die Verankerung in den entsprechenden Szenen und auch ein Austausch oder die Zusammenarbeit mit bestehenden Formaten ist nicht erkennbar. Es gibt im Theater-, Film- Tanz- und Musikbereich einige nationale Preise. So sehr diese Preise helfen, die Vielfalt des Schweizer Kulturschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser Preise. Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird mit dem Ziel, dass die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden und dem Zweck entsprechen können. Wir begrüssen den Umstand, dass das BAK eine Analyse der Tanz- und Theaterpreise vorgenommen hat. In der Vernehmlassungsvorlage sind neben Tanz und Theater auch Zirkus, Strassentheater, Performance und Figurentheater erwähnt. Wir möchten hier erneut auf das Musiktheater hinweisen, denn mit „Theater“ wird meistens Schauspiel gemeint und die Oper, die Operette und das Musical gehen vergessen.

2.1.5 Organisationen professioneller Kulturschaffender

Die Unterstützung der kulturellen Organisationen durch das Förderungskonzept des Bundes ist im Rahmen der Kulturförderung grundsätzlich zu begrüssen. Diese Organisationen sind nebst der in der Kulturbotschaft beschriebenen Aktivitäten, als Dialogpartner für Behörden und Institutionen unerlässlich.

In der Umsetzung wurde die Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender realitätsfremd angepasst. Hier sind, in Absprache mit den Kulturverbänden, dringend Anpassungen vorzunehmen.

Die überarbeiteten und neu ausgerichteten Bedingungen müssen aus verschiedenen Gründen kritisch beurteilt werden. Die Verbände sind nicht, wie in der Botschaft beschrieben, «ermutigt» worden zu fusionieren. Der Druck, der vom BAK ausgeübt wurde, kann durchaus als Zwang zu Zusammenschlüssen bezeichnet werden. Folglich stellt sich auch die Frage, inwiefern das BAK in die Organisationsfreiheit der Verbände eingegriffen hat und wie zulässig dieses Eingreifen ist.

Bei der gesamtschweizerischen Ausrichtung der Förderperiode 2016–2020 ist ein wichtiger Aspekt ausser Acht gelassen worden: Die Sparte Schauspiel hat einen grundtiefen Bezug zur Sprache, die dazu führt, dass sich Schauspieler*innen mehr auf den eigenen europäischen Sprachraum ausrichten als in die französische oder italienische Schweiz. Der Austausch findet für inländische Schauspieler vor allem mit befristeten Engagements sehr oft im angrenzenden Ausland statt. Die Schweizer Verbände mit Schwerpunkt Schauspiel arbeiten deshalb, um dem Grundsatz der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu entsprechen, vornehmlich mit ausländischen Verbänden zusammen.

Die Aufteilung der Förderbeiträge unter den Verbänden unterliegt einem System, dem es an Transparenz mangelt. Für die unterstützten Verbände ist die Höhe der finanziellen Beiträge nicht nachvollziehbar. Dieser Umstand führt zu einer unschönen Konkurrenzsituation unter den Verbänden, die eine sinnvolle Zusammenarbeit in der Interessenvertretung und in der Umsetzung von Projekten schwierig macht.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir begrüssen die Fortsetzung und den Ausbau der Massnahmen in diesem Bereich. Insbesondere begrüssen wir, dass die infolge von Teuerungskorrekturen erfolgten Kürzungen im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der kommenden Kulturbotschaft 2021 rückgängig gemacht werden, und erwarten dass die entsprechenden Mittel zumindest wieder dem ursprünglich geplanten Betrag angepasst werden.

Die Weiterführung der beschriebenen Unterstützung von internationalen Kooperationsprojekten unterstützen wir. Hier erwarten wir jedoch vermehrte Anstrengungen für die Beteiligung an Projekten der europäischen Union (Festivals, Wettbewerbe, Vertriebskanäle etc.). Zurzeit sind Schweizer Kulturschaffende weitgehend von solchen Massnahmen ausgeschlossen. Dort wo solche Beteiligungen nicht erreicht werden können, sind – nicht nur im audiovisuellen Bereich – zusätzliche finanzielle Mittel für Ersatzmassnahmen bereit zu stellen.

Im Bereich der Promotionsmodelle, die wir im Grundsatz begrüssen, sollte mehr Rücksicht auf bereits bestehende Strukturen genommen und die Zusammenarbeit besser gepflegt werden. Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation sollte der Leitgedanke sein. Es ist durchaus denkbar, dass die Promotionsaufgaben vor Ort mittels einem Leistungsauftrag an bereits bestehende Organisationen wie z.B. Swiss Music Export delegiert werden.

Die Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland findet nicht selten auch über den umgekehrten Kanal statt, nämlich indem ausländische Kulturschaffende und Veranstalter zu Veranstaltungen in der Schweiz eingeladen werden – das heisst, durch die gegenseitige Präsenz, also ausländische Gäste hier, Schweizer Kulturschaffende im Ausland. So werden wichtige Kontakte geknüpft, die für langfristige Partnerschaften und vermehrte Auftritte im Ausland förderlich sind. Bei der Promotion ist noch stärker auf die Zusammenarbeit mit den Organisationen und Verbänden und die Weiterentwicklung von bestehenden Strukturen zu setzen.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir bitten Sie, unsere Vorschläge wohlwollend zu prüfen und bei der Erarbeitung der Revisionsvorlage zu beachten.

Freundliche Grüsse

Handwritten signature of Elisabeth Graf in black ink.

Elisabeth Graf
Präsidentin

Handwritten signature of Salva Leutenegger in blue ink.

Salva Leutenegger
Geschäftsleiterin

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion
Hallwilerstrasse 15
3003 Bern

IG Kultur Luzern
Bruchstrasse 53
Postfach
6000 Luzern 7
Telefon +41 410 31 07
info@kulturluzern.ch
www.kulturluzern.ch
www.null41.ch
www.kulturteil.ch

11. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Vernehmlassungsantwort der IG Kultur Luzern

Sehr geehrter Herr Bundesrat Alain Berset
Sehr geehrter Herr Zimmermann
Sehr geehrte Damen und Herren

Die IG Kultur Luzern erlaubt sich als grösste Interessensgemeinschaft der Kulturschaffenden, Institutionen und Vereine aus der Zentralschweiz im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 des Bundes Stellung zu nehmen.

Die IG Kultur Luzern ist die Lobby-Organisation der Kultur in der Zentralschweiz. Sie vermittelt zwischen Politik und Kulturschaffenden, vertritt die kulturpolitischen Anliegen und Interessen als Dachverband ihrer Mitglieder*innen gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen und Behörden. Gegründet im Jahr 1977, zählt der Verein heute mehr als 200 Mitglieder*innen bestehend aus kulturellen Institutionen, Organisationen und Vereinen sowie selbstständigen Kulturschaffenden.

Neben der kulturpolitischen Interessenvertretung gegenüber Parteien und Behörden unterstützen wir Kulturschaffende durch Beratung, Vernetzung und Wissensvermittlung- und -transfer. Mit dem Ziel, den Kulturveranstaltungen in der Zentralschweiz mehr Sichtbarkeit zu geben, betreiben wir den Online-Kulturkalender «kalender.null41.ch». Gleichzeitig ist die IG Kultur Luzern die Herausgeberin von «041 – Das Kulturmagazin», die unabhängige Stimme für Kultur in der Zentralschweiz.

Obwohl die IG Kultur Luzern regional und kantonale verankert ist, erscheint es uns wichtig, dass wir uns anlässlich des Vernehmlassungsverfahrens zur Kulturbotschaft 2021-2024 äussern. Wir haben ein grosses Interesse an der strategischen Ausrichtung der Kulturförderungspolitik des Bundes, da diese gemäss Subsidiaritätsprinzip die Gemeinden und Kantone als grösste öffentliche Kulturfinanzierungsquelle massgeblich beeinflusst und prägt.

Die Stellungnahme der IG Kultur entstand in einem engen Konsultationsverfahren mit unseren über 200 Mitglieder*innen. Als enge Partnerin der Stadt Luzern schliessen wir uns zudem der ihrerseits eingereichten Vernehmlassungsantwort grundsätzlich und vollumfänglich an.

1. Allgemeine Einschätzung

Die IG Kultur Luzern wertet die Kulturbotschaft gesamtheitlich als positiv. Die in der Kulturbotschaft 2016-2020 erstmals definierten drei Handlungsachsen für die zukünftige Kulturpolitik des Bundes erscheinen uns für die strategische Ausrichtung nach wie vor relevant, kohärent und zukunftsweisend.

Insbesondere die Handlungsachse «Gesellschaftlicher Zusammenhalt», welche die Kultur bezweckt und fördert, ist für uns wegweisend. Kultur ist unserem Verständnis nach nie Sache Einzelner, mag sie auch von ihnen ausgehen oder wachsen: Kultur ist angelegt auf Begegnung und findet ihr Ziel erst, wenn sie wahrgenommen wird. Sie ist Nährboden für Austausch und Selbstvergewisserung. Zugleich ist die Kultur ein Ausdruck eines selbstbewusst gestalteten Umgangs mit Traditionen, gesellschaftlichen Werten und künstlerischen Fertigkeiten, welche zur Selbstbefragung und Fortentwicklung befähigt. Wir sind erfreut, dass die Kulturbotschaft ein klares Bekenntnis zum unverzichtbaren Wert von Kunst und Kultur für die Gesellschaft ablegt.

Eine lebendige Kultur übt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität in der Gesellschaft, in der Politik und im Wirtschaftsleben. Dabei kommt auch einer breiten «Kulturellen Teilhabe» als auch einer beständigen «Kreations- und Innovationkraft» in der Kultur eine tragende Rolle zu. Dass mit der Kulturbotschaft 2021-2024 die strategische kulturpolitische und inhaltliche Kontinuität angestrebt wird, ist aus unserer Sicht positiv zu würdigen.

Dass der im Jahr 2011 gegründete «Nationale Kulturdialog» den Wissens- und Informationsaustausch zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden stets auf konstruktive Art und Weise weiterentwickelt, ist ebenfalls zu begrüßen – auch wenn die IG Kultur Luzern einen Einbezug der kulturpolitischen Dachverbände als wünschenswert erachtet. Denn mehrere Schweizer Gemeinden pflegen einen aktiven und engen Austausch mit öffentlichkeitswirksamen Interessensgemeinschaften. Deren Einbezug im «Nationalen Kulturdialog» könnte den verabschiedeten Arbeitsprogrammen weitere Stosskraft verleihen und die Zusammenarbeit auf politischer Ebene verstärken. Was indes der Kulturdialog mit dem Ziel einer «nationalen Kulturpolitik» verfolgt, bleibt schwammig und im Rahmen des Bundesverfassungsauftrages der Schweizer Kulturpolitik wenig nachvollziehbar. Dass die Kulturförderung den kommunalen und kantonalen Instanzen zugeschrieben wird, ist eine Stärke der hiesigen Kulturförderung und trägt zur kulturellen Vielfalt bei. Wir wünschten uns hier eine Präzisierung.

Ebenso betrachten wir es als eine zentrale Aufgabe einer nationalen Kulturpolitik, dass sie sich zur sozialen Sicherheit der Kunst- und Kulturschaffenden äussert. Seit vielen Jahre äussern sich die Dachverbände der Kunst- und Kulturschaffenden zur ungenügenden Absicherung im Alter. Wir wünschten uns klare Lösungsvorschläge in der Kulturbotschaft 2021-2024, mit denen die Grundlagen für die Verbesserung der sozialen Absicherung von Kunst- und Kulturschaffenden gelegt werden.

Die IG Kultur Luzern beobachtet zudem auch zunehmend die problematische Entwicklung, dass die Kulturförderung auf Kantons- wie auf Gemeindeebene allzu leichtfertig zum finanzpolitischen Spielball wird. Dieser Entwicklung gilt es unseres Erachtens auch im «Nationalen Kulturdialog» mehr Beachtung zu schenken und sie ist zusammen mit den Kantonen und Gemeinden zu thematisieren.

Im Folgenden äussern wir uns zu den einzelnen in der Vernehmlassung enthaltenen Fragen. Wird nicht spezifisch auf einen Aspekt verwiesen, unterstützen wir die in der Botschaft festgehaltenen Ausführungen.

2. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Die IG Kultur Luzern unterstützt die Sprachenpolitik des Bunds und die Bemühungen, durch den Austausch von Schülern, Lehrlingen und Lehrpersonen einen Beitrag zur Verständigung zwischen den sprachlichen und kulturellen Gemeinschaften zu leisten. Wir möchten jedoch hervorheben, dass obwohl Bildungsinstitutionen wesentlich am kulturellen und gemeinschaftlichen Austausch beteiligt sind, diese nicht jede Form von Austauschprojekten leisten können. Anderen Austauschprojekten in Literatur-, Sport- oder Freizeitorganisationen ist ebenso grosse Beachtung zu schenken.

Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass sich die in der Kulturbotschaft 2016-2020 formulierten Massnahmen und Ziele zu einem grossen Teil umgesetzt und erreicht werden konnten. Mit der Filmstandortförderung Schweiz (FiSS) wurde ein Gefäss geschaffen, um eine Kontinuität von Filmtechnikerinnen, filmtechnischen Betrieben und auch von Schauspielerinnen in der Schweiz zu gewährleisten. Nichtsdestotrotz erfährt das Schweizer Filmschaffen im Vergleich zu umliegenden Ländern stets eine bescheidene Förderung – wenn sich die Schweiz als Filmstandort weiterentwickeln will, sind in Zukunft zusätzliche Mittel vonnöten. Wir begrüssen, dass im Bereich der Standortförderung für minoritäre Koproduktionen in Zukunft noch stärkere Anreize gesetzt werden sollen.

Die öffentlich-rechtliche Stiftung des Bundes *Pro Helvetia* fördert ergänzend zur Tätigkeit von Kantonen und Städten das zeitgenössische Kunst- und Kulturschaffen der Schweiz und setzt sich für dessen Verbreitung im Ausland ein. Wir erachten es als wichtig, dass bei der Promotion, der Erschliessung von neuen Märkten als auch bei der Präsenz auf internationalen Plattformen eine enge Kooperation mit den Gemeinden und Kantonen angestrebt wird. Denn viele Städte und Gemeinden haben durch private sowie öffentliche Initiativen wichtige internationale Partnerschaften im Kulturbereich aufgebaut. Diese sollten sich nicht untereinander konkurrenzieren, sondern koordiniert und in Kooperationen weiterentwickelt oder ergänzt werden.

Im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen aus dem Jahr 2016 wurden engere Verbindungen zwischen «Kultur und Wirtschaft» geknüpft, um das Potential für die Zusammenarbeit und Mitfinanzierung von Fördermassnahmen oder Projekten zu intensivieren oder zu prüfen. Dass diese Stossrichtung zu Erfolgen und neuen Kooperationen geführt hat wird unsererseits geschätzt. Damit sich die *Pro Helvetia* als Brückenbauerin weiterhin für die Stärkung der Nachwuchsförderung einsetzen kann, um jungen Kunstschaaffenden den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen, sind unserer Meinung nach mit Partnern aus Industrie und Wirtschaft auch in dieser Hinsicht Projekte zu verfolgen. So sind auch darauf aufbauend Förderkonzepte zu entwickeln, die kontinuierliches Schaffen und eine langfristige künstlerische Entwicklung auch im Beruf gewährleisten können.

Uns erscheint es ebenfalls wichtig, dass das kulturelle Potential der interaktiven Medien (z.B. Games) nun erkannt wurde und die Bereiche «Design» und «digitale Medien» auch durch die *Pro Helvetia* mit neuen zusätzlichen Massnahmen gefördert werden sollen. Dem Grundsatz, dass die Kultur als Innovationskraft in der Gesellschaft gilt, wird so Rechnung getragen. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass die Verschmelzung von Kultur- und Kreativwirtschaft auch mit einer Verschmelzung der Grenzen zwischen Kultur- und

Wirtschaftsförderung einhergehen kann. Dieser Gefahr muss mit stringenten Förderkriterien begegnet werden, damit Unsicherheiten bei der Vergabe von Kulturfördergeldern ausgeschlossen sind. Wir nehmen auch wohlwollend zur Kenntnis, dass die Stiftung *Pro Helvetia* in Anbetracht des schwierigen währungspolitischen Umfelds zusätzliche fördernde Massnahmen für international aktive freie Tanz- und Theatergruppen (auch Compagnies) einführte.

Abschliessend hält die IG Kultur Luzern fest, dass wir die Mitwirkung in internationalen Netzwerken als unabdingbar betrachten und wir dieses Bestreben für den Kulturplatz Schweiz als sehr bedeutend einstufen. Dies beinhaltet auch die Teilnahme der Schweiz an der europäischen Kulturpolitik – denn Themen wie die Wahrung der Urheberrechte (und deren Abgeltung) oder die Digitalisierung sind in einer nationalen Perspektive nicht zu bewältigen.

3. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Der Bund definierte in der Kulturbotschaft 2016-2020 fünf Megatrends (Globalisierung, Digitalisierung, demographischer Wandel, Urbanisierung und Individualisierung) und drei Handlungssachsen («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt», «Kreation und Innovation»). Wie einleitend erwähnt, sind wir mit der Evaluation der Megatrends sowie mit der angestrebten Weiterentwicklung der Handlungssachsen grundsätzlich einverstanden. Dass auf den Bereich der «Digitalisierung» ein grösseres Augenmerk fällt, ist nachvollziehbar und mit der Strategie «Digitale Schweiz» vereinbar. Nachfolgend nehmen wir zu den einzelnen Massnahmen im Rahmen der Handlungssachsen und deren Weiterentwicklung Stellung.

4. Weiterentwicklung von Massnahmen

14.2.1. «Kulturelle Teilhabe»

Der Zugang zur Kultur ist eine Voraussetzung und ein wesentlicher Bestandteil eines nachhaltigen und wirkungsstarken Kulturstandorts. Dies gilt auf nationaler, regionaler wie auch auf kommunaler Ebene. Im Sinne der Gleichstellungspolitik soll unseres Erachtens auch die Teilhabe der weiblichen* Kulturschaffenden zum Ziel erklärt werden. In der Kulturbotschaft 2021-2024 wird die Chancengleichheit für Frauen und Männer (aber auch anderer Geschlechteridentitäten) im Kulturbereich ausdrücklich festgehalten. Die dazu notwendigen statistischen Vertiefungen sollen unserer Meinung nach der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und wenn möglich mit regionalen Abstufungen erfolgen. Die Weiterentwicklung der musikalischen Bildung in Bezug auf die Förderung musikalischer Talente als auch die verstärkte Förderung der kritischen Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen nehmen wir optimistisch zur Kenntnis. Dass dafür auch neue, insbesondere digitale Plattformen zur kritischen Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Kunst ermöglicht werden sollen ist positiv zu werten.

14.2.2. «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Weiterentwicklung der Handlungsachse «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» ist auch im Sinne der IG Kultur Luzern und wird im Einzelnen unterstützt. Besonders hervorheben möchten wir die angestrebten Entwicklungen im Bereich Kulturaustausch und Verbreitung von künstlerischen Werken (*Pro Helvetia*). Die IG Kultur Luzern wäre an der Mitarbeit in spartenspezifischen interregionalen Netzwerken, um die Verbreitung von künstlerischen Werken im Bereich Musik, Tanz und Theater zu fördern, sehr interessiert. So sind wir auch

an einem intensiveren Austausch zwischen gesellschaftlichen, kulturellen oder demographischen Gruppen auch innerhalb unserer Sprachregion sehr interessiert.

Museen sind unbestrittene kulturelle Pfeiler unserer Gesellschaft. Sie erfüllen zuverlässig diverse Funktionen: Sie konservieren unser Kulturerbe, erforschen es, stellen es öffentlich aus und vermitteln es, damit es eine breite Bevölkerungsschicht erfährt. Im Rahmen der Kulturbotschaft 2021-2024 ist die Gewährleistung der Museumsarbeit zentral, dafür müssen aber die in der Kulturbotschaft 2016-2020 vorgesehenen, jedoch nicht bereitgestellten Mittel in den nächsten Jahren auf den geplanten Stand erhöht werden. Eine nachhaltige und gesamtheitliche Museumsarbeit muss sichergestellt werden – insbesondere sollte der Bund unseres Erachtens Museen und Sammlungen von nationaler und internationaler Bedeutung beim Unterhalt und der Pflege der Sammlungen finanziell stärker unterstützen. Auch aus Sicht von kleinen und mittelgrossen Museen ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Betriebsbeiträge an Museen und Sammlungen ausgeschrieben werden. Es sollte jedoch durch eine geeignete Vergabepolitik für Betriebsbeiträge sichergestellt werden, dass die Chancengleichheit für alle Museen erfüllt wird. Im Sinne der Planungssicherheit ist die langfristige Vergabepolitik unseres Erachtens so umzusetzen, dass die Museen frühzeitig wissen, dass sie ab einem bestimmten Zeitpunkt keine Bundesbeiträge mehr erhalten.

14.2.3. «Kreation und Innovation»

Die IG Kultur Luzern nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass gezielte Verbreitungs- und Promotionsaktivitäten zur Erhöhung der Präsenz von Schweizer Kulturschaffenden auf Plattformen wie Messen und Festivals bereits Wirkung entfalten konnten. Neu soll in den nächsten Jahren neben Tanz und Theater auch die Sparte Musik von den Massnahmen profitieren. Dies ist begrüßenswert und wird von uns sehr unterstützt. Jedoch soll die intensivierte nationale Förderung von Tourneen oder Gastspielen in Kooperation mit dem Potential von bereits bestehenden, teils auch kleinen aber sehr effektiven Netzwerken geschehen, um auch die grösstmögliche Breitenwirkung erzielen zu können.

So ist es auch möglich, die Massnahme auch im Sinne der Förderung des künstlerischen Schaffens weiterzuentwickeln. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die Existenzsicherung für zahlreiche Musiker*innen – sei dies in Berufsorchestern oder unabhängigen Gruppen – oft eine grosse Herausforderung darstellt. Zumal die Kunstschaaffenden und Künstler*innen ihre Karriere lokal beginnen, bevor es zu einem internationalen Erfolg kommt. Die lokale Kulturförderung steht somit in einem wechselseitigen Verhältnis zum internationalen Erfolg von Kunstschaaffenden. Dass die Kulturförderung im Ausland von *Pro Helvetia* mit der lokal verankerten Kulturförderung (Kantone, Städte und Gemeinden), die teils über ebenso erprobte internationale Fördermöglichkeiten verfügt, eng koordiniert werden muss, liegt unserer Ansicht nach auf der Hand. Der Bund hat dies erkannt und hat seine bilateralen Bestrebungen in der Kulturpolitik mit dem Projekt «Panorama» ergänzt. Wir hoffen, dass das Projekt zur Sichtbarkeit der kulturellen Auslandbeziehungen der Kantone – künftig aber auch der Städte und Gemeinden – zu mehr Synergien und einer verbesserten strategischen Planung langfristig beiträgt.

5. Revision Filmgesetz

Die vom Bund unterstützten Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein. Die IG Kultur Luzern unterstützt diese Massnahme und möchte hierbei das vorhandene Potential herausstreichen. Wichtig erscheint uns aber, dass die Abgeltung für die Rechteinhaber korrekt abgegolten werden. Auch ist darauf zu achten, dass alle Gattungen im Film digital zugänglich gemacht werden.

Darin enthalten sind Dokumentarfilme, Spielfilme, Animationsfilme und experimentelle Formen, sowohl kurze, wie auch lange Formate. Die IG Kultur Luzern begrüsst ebenfalls die künftige Verpflichtung von Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu entrichten. Auch erachten wir es als sinnvoll, Online-Filmeanbieter zu verpflichten, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Wichtig ist dabei auch, das Filmerbe zu berücksichtigen und den Zugang zu Klassikern zu ermöglichen.

6. Weitere Gesetzesanpassungen

Die IG Kultur Luzern hat hierzu keine weiteren Anmerkungen.

7. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Die Kulturförderung durch den Bund betrug im Jahr 2016 lediglich 0.5 Prozent der Gesamtausgaben. Für den der Kultur in der Kulturbotschaft zugesprochenen Wert unter den Aspekten der kulturellen Teilhabe, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Kreation und Innovation, sind diese Aufwendungen unserer Meinung nach deutlich zu tief. Mit der Kulturbotschaft 2021-2024 beantragt der Bundesrat Finanzmittel in der Höhe von 942,8 Millionen Franken für die gesamte Förderperioden. Trotz der begrüßenswerten minimalen Mittelaufstockung um jährlich 2.9 Prozent bis 2024, verharret der jährliche Förderbeitrag des Bundes im Vergleich zu den öffentlichen Kulturausgaben in der Schweiz bei lediglich 10 Prozent (rund 300 Millionen Franken). Unter Berücksichtigung der Bemerkungen in unserer Vernehmlassungsantwort und der Prioritätensetzung der Kulturbotschaft, beurteilt die IG Kultur Luzern die Mehrmittel für die Periode 2021-2024 als positiv.

8. Weitere Bemerkung der IG Kultur Luzern

8.1. Förderung des künstlerischen Schaffens (S.15f)

Im Bereich der Förderung des künstlerischen Schaffens würdigt die IG Kultur Luzern die Bemühungen, dass künftig die Unterstützung von Ausstellungen und Publikationen von einer angemessenen Entschädigung der daran beteiligten Künstler*innen abhängig gemacht wird. Die dafür zu entwickelnden Anreizsysteme und Empfehlungen müssen unseres Erachtens zusammen mit den Kantonen, den Interessenvertretungen und vor allem auch mit den Ausstellungshäusern ausgearbeitet werden. Auch ist die Unterstützung von Mitwirkenden in künstlerischen Prozessen eine wichtige Prioritätensetzung. Wir erachten es als wichtig, in der Förderung des Bundes vermehrt Funktionen und Tätigkeiten zu berücksichtigen, welche den kreativen Prozess und die Verbreitung der künstlerischen Werke massgeblich mitprägen. Im Musikbereich beispielsweise, würde diese Art von Strukturförderung auch die Unterstützung von Labels oder Booking-Agenturen beinhalten. Eine weitere Ergänzung in der Kulturbotschaft 2021-2024 erachten wir als sinnvoll.

8.2. Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden (S.16ff)

Die IG Kultur Luzern begrüsst es sehr, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 das Thema rund um die Lohnsituation in Kulturbetrieben aufgreift. Die oft schwierige Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und die teils allzu flexiblen Arbeitsbedingungen in Kulturberufen sind weitere bekannte Probleme, für die dringendst Lösungen gesucht werden müssen. Das BAK und *Pro Helvetia* werden deshalb dort, wo Finanzhilfen gesprochen werden, darauf hinwirken, dass Finanzhilfeempfänger*innen die Richtlinien der relevanten Branchenverbände

zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten. Die IG Kultur Luzern erhofft sich von dieser Massnahme ein wirkungsvolles Anreizsystem, um dem Problem der ungenügenden Lohnsituation nachhaltig zu begegnen. Diesbezüglich fehlt der IG Kultur Luzern jedoch in der Kulturbotschaft 2021-2024 ein Bezug zur oft unzureichenden Einkommenssituation im Alter. Die mangelnde Abdeckung von Kulturschaffenden im Bereich der Altersvorsorge ist Tatsache. Ein entsprechender Absatz in der Kulturbotschaft fehlt. Dies erachten wir als weiteres dringendes Problem, das künftig stärkerer Beachtung bedarf. Auch könnten Anreizsysteme und Pilotprojekte unterstützt werden, welche die Frage der Sozialversicherungsbeiträge mit Förderbeiträgen verbinden – gerade im Bereich der beruflichen Vorsorge.

8.3. Musik (S.26ff)

Die IG Kultur Luzern begrüsst die weitere Fokussierung auf den Austausch unter den verschiedenen Sprachregionen. Neben Festivals und Konzertreihen wäre die Unterstützung von Netzwerk- und Austauschplattformen vor und hinter der Bühne wünschenswert, da diese für die nachhaltige Förderung unabdingbar werden. Der Einbezug von Branchen-/Szenen-Vertreter*innen ist von grosser Bedeutung. Im Bereich der internationalen Verbreitung und Promotion sind wir der Ansicht, dass der Bereich der prioritären Jazzförderung auch für den Pop geöffnet werden sollte. Denn aufgrund des heutigen Musikschaffens ist die Unterscheidung zwischen Pop und Jazz unseres Erachtens nicht mehr zeitgemäss, insbesondere weil die Grenzen immer mehr ineinander verschmelzen. Einen neuen Bereich der «aktuellen Musik», in welchem Pop und Jazz unter einem gemeinsamen Dach gefördert werden, würden wir daher sehr begrüssen. Swiss Music Export sollte zudem für beide Sparten zuständig werden, weshalb wir der Meinung sind, dass auch hier eine Anpassung in der Kulturbotschaft vonnöten wäre.

Grundsätzlich werden auch die Massnahmen zur internationalen Verbreitung und Promotion im Bereich Musik von uns unterstützt. Der Ausbau einer Strukturförderung in der Schweiz ist unabdingbar, um das Wirkungsfeld der Musikschaffenden in der Schweiz nachhaltig ausweiten zu können. Auch der Ansatz, die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Musikschaffenden mit gezielten Massnahmen zu erhöhen, wird geschätzt. Jedoch wäre es wichtig, das Augenmerk von Fördermassnahmen auch auf die Belange von Management/Kollektive/Labels/Agenturen auszuweiten und sich nicht ausschliesslich auf Tourneen im Ausland zu beschränken.

Bei neuen Kooperationen mit internationalen Akteuren wie beispielsweise Förderinstitutionen oder Veranstalternetzwerken sind wir der Ansicht, dass eine Ergänzung in der Kulturbotschaft angebracht wäre. Wir sind der Meinung, dass neue Kooperationen im Sinne der Nachhaltigkeit und unter Einbezug der verschiedenen Schweizer Sub-Szenen aufgebaut werden sollten. Dies müsste in der Kulturbotschaft 2021-2024 erwähnt werden.

8.4. Film (S. 27ff)

Die IG Kultur Luzern ist der Meinung, dass die Schweizer Filmförderung das Engagement für die Kinos und insbesondere für die Studiofilmkinos erweitern muss. Die Kulturbotschaft 2021-2024 selbst erwähnt die strukturellen Herausforderungen des Filmschaffens und ruft alle Akteur*innen auf, mit dem veränderten Konsumverhalten sowie mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten. Den Studiofilmkinos fehlen jedoch grosse Blockbuster-Titel, um schwächere Zahlen über das Jahr hinweg auszugleichen. Auch hat die Digitalisierung der Kinoauswertung von Filmen (Umrüstung für DCPs) und die zunehmende

Verflechtung von Kino und Verleih als weiterer Treiber fungiert, so dass immer mehr Innenstadt-Kinos schliessen.

Die Praxis der intensivierten Multikopien-Starts wirkt sich negativ auf das effektive Boxoffice-Resultat der einzelnen Kinobetriebe aus. Am stärksten betroffen sind die Studiofilmkinos in den grösseren Städten. Es sind aber gerade auch diese Kinos, welche Schweizer Filme kontinuierlich spielen, pflegen und dem einheimischen Filmschaffen zu einer breiten Wahrnehmung verhelfen. Die heutige erfolgsabhängige Filmförderung trägt heute noch lediglich zur Existenzsicherung der Kinobetriebe bei, welche kontinuierlich Schweizer Filme spielen.

Angesicht der Tatsache, dass immer mehr Innenstadt-Kinos schliessen und der schwierigeren Situation der Kinobetriebe fordern wir eine kulturpolitische Neubewertung der Kinobranche. Die Schweizer Filmproduktion zu fördern macht dann Sinn, wenn künftig in den städtischen Zentren eine Kinostruktur erhalten werden kann, die in der Lage ist, den Schweizer Film wirkungsvoll an ein Publikum heranzuführen. Deshalb fordert die IG Kultur Luzern eine Verdoppelung der erfolgsabhängigen Filmförderung (Beiträge von Succès Cinéma) für die Kinobetriebe. Wir sind der Meinung, dass dies zum Erhalt des einheimischen Filmschaffens beiträgt und weiterhin qualitativ hochstehende Arbeit für das Schweizer Filmschaffen geleistet werden kann. Wir schlagen vor, die benötigten Mittel aus der Förderung Filmkultur zu bestreiten, ohne die Succès-Beiträge in anderen Kategorien zu reduzieren. Ebenso fordern wir eine Etat-Erhöhung des bestehenden Förderprogramms für die Angebotsvielfalt in den Kinos, um gegebenenfalls mittels modifizierter Kriterien die engagierten und innovativen Kinobetriebe substantiell zu unterstützen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Urs Bugmann
Präsident IG Kultur Luzern
bugmann@kulturluzern.ch



Gianluca Pardini
Geschäftsleitung
pardini@kulturluzern.ch



Verband Schweizer Privatradios
Association of Swiss Private Radios

Jürg Bachmann
Präsident

Verband Schweizer Privatradios (VSP)
Speichergasse 37
CH-3011 Bern
juerg.bachmann@privatradios.ch

Bern, 11. September 2019

Per Mail an

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

**Vernehmlassung zur Förderung der Kultur
in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)**

**Stellungnahme des Verbands Schweizer Privatradios VSP im Rahmen der
Vernehmlassung der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024
(Kulturbotschaft)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband Schweizer Privatradios erlaubt sich, sich an der Vernehmlassung zur Förderung der Kultur 2012-2024 (Kulturbotschaft) zu beteiligen und die Interessen seiner Mitglieder einzubringen.

Wir danken herzlich für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für allfällige Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jürg Bachmann
Präsident

juerg.bachmann@privatradios.ch

Martin Muerner
Vizepräsident.

m.muerner@radiobeo.ch

Stellungnahme des Verbands Schweizer Privatradios VSP im Rahmen der Vernehmlassung Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Die Privatradiobranche ist seit über 35 Jahren ein publizistischer Erfolg: **Rund 50 Stationen** informieren und unterhalten **täglich über 3.2 Mio. Hörerinnen und Hörer**. Sie leisten damit einen **wichtigen Service public régional**, der die Bevölkerung regelmässig und verlässlich informiert und unterhält.

Die Privatradios leisten aber nicht nur einen wichtigen Service public in ihren Regionen, sondern tragen auch massgebend zur kulturellen Entfaltung der Schweiz bei. Gerade im Bereich der Musikkförderung unterstützen die Privatradios mit ihren Programmen regelmässig Schweizer Musikerinnen und Musiker, Komponistinnen und Komponisten, Produzentinnen und Produzenten. Dies mittels Produzieren von Beiträgen zu deren Werken, mittels Ausstrahlung ihrer Musiktitel und Produktionen und auch mittels indirekter Unterstützung, indem die Schweizer Privatradios vielfach Veranstaltungen der Schweizer Kulturlandschaft bewerben.

Wir bitten deshalb, diesen für die Kulturförderung wichtigen Pfeiler im Förderungskatalog 2021-2024 zu berücksichtigen. Die diesbezügliche Leistung der Privatradios soll einbezogen und damit auch finanziell unterstützt werden.

Gerne nehmen wir konkret Bezug zu Abschnitten aus der Botschaft:

Seite 26 - Abschnitt 2.3.5 auf Seite 26 – Thema Musik

Promotion: Die in den letzten Jahren aufgebauten Plattformen und neu lancierten Massnahmen sollen weitergeführt, flexibilisiert und auf weitere Regionen ausgeweitet werden. Die Einladungen von Veranstaltern aus dem Ausland sollen ausgebaut und auf weitere Multiplikatoren und Kooperationspartner ausgedehnt werden.

Neu (Vorschlag VSP):

Dabei sollen neu auch die Leistungen der Schweizer Privatradios berücksichtigt und gefördert werden.

Seite 58 – Abschnitt 7 - Zahlungsrahmen Pro Helvetia

Bedeutung für die vom Bund angestrebten Ziele Die Aufgaben der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia sind im KFG festgelegt. Nach diesem Auftrag fördert die Stiftung das Schweizer Kunst- und Kulturschaffen von nationaler oder internationaler Bedeutung, ergänzend zu kantonalen und kommunalen Massnahmen. Die beantragten Finanzmittel sind notwendig, um die Qualität und die Vielfalt des kulturellen Angebots in der Schweiz zu sichern und tragen zum kulturellen Selbstverständnis wie zur nationalen Kohäsion bei. Eine Reduktion der Beiträge würde die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Kultur und damit des innovativen Bildes der Schweiz im Ausland schwächen.

Materielle und finanzielle Steuerung Der Bundesrat legt die strategischen Ziele der Stiftung für jeweils vier Jahre fest. Er überprüft deren Erreichung jährlich gestützt auf den Bericht des Stiftungsrats. Die Voraussetzungen und Kriterien zur Ausrichtung von Finanzhilfen an Dritte werden durch die Verordnung vom 23. November 2011 über Beiträge der Stiftung Pro Helvetia geregelt.

Verfahren der Beitragsgewährung Die Beiträge werden auf Gesuch hin gewährt.

Neu (Vorschlag VSP) für die Botschaft wie auch für die Verordnung vom 23. November 2011:

Die Stiftung Pro Helvetia unterstützt schweizerische Privatradios, die schweizerische Kultur in Form von Musik oder Beiträgen fördern.

Konkret schlagen wir Ihnen einen Fonds vor, der von den beiden massgebenden Privatradioverbänden Verband Schweizer Privatradios VSP (Deutschschweiz und Tessin) und Radio Régional Romands RRR (Romandie) verwaltet und von der Kulturförderung (z.B. via Pro Helvetia) gespiesen wird.

Die Weiterverteilung der Gelder würden über Kriterien geregelt, die vom Bundesamt für Kultur / Pro Helvetia und den Radioveranstaltern gemeinsam erarbeitet würden.

Wir bitten die zuständigen Stellen, dieses Anliegen in die Vernehmlassung einzubeziehen und den Antrag zu prüfen.

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft);

Fragenkatalog des BAK zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Da die Privatradios und damit unser Verband noch nicht einbezogen wurde, können wir keine konkrete Antwort geben.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Wir begrüssen diese Stossrichtung, betonen aber, dass gerade mit der Ergänzung "Digitalisierung" auch die Leistungen der Privatradios im Kulturbereich einbezogen werden müssen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich finden wir die vorgeschlagenen Massnahmen gut, verweisen aber auf unsere Stellungnahme, die einen Einbezug der kulturellen Leistungen der Privatradios fordert.

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Keine Antwort.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Keine Antwort.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Wir begrüssen im Grundsatz die Prioritätensetzung, verweisen aber auf unsere Stellungnahme, die einen Einbezug der kulturellen Leistungen der Privatradios fordert.



VSIZK

Verein Schweizer Institutionen für zeitgenössische Kunst

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Bern
Mail: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Luzern, 11.9.2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–24

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Als Verein Schweizer Institutionen für zeitgenössische Kunst (VSIZK/AISAC) liegt unser Fokus primär auf der Präsentation und Vermittlung von zeitgenössischer Kunst. Wir haben die aktuelle Kulturbotschaft 2021–24 aus diesem Blickwinkel gelesen und festgestellt, dass wir als Ausstellungshäuser und Kunstinstitutionen quasi inexistent sind.

Wir begrüssen sehr, dass an die Vermittlung von zeitgenössischer Kunst auf der Ebene der Kunstkritik gedacht wurde und dafür neue, insbesondere digitale Plattformen zur kritischen Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Kunst ermöglicht werden sollen. Ebenfalls begrüssenswert ist der Plan, kuratorische Arbeit und Recherchen gezielt zu fördern. Beide Aspekte stellen wichtige Schritte dar, eine öffentliche Debatte über zeitgenössische Kunst anzuregen.

Ein Aspekt ging dabei allerdings verloren, nämlich dass die Ausstellungshäuser und Kunstinstitutionen den Rahmen für die Präsentation und die Basis für die Kunstkritik

bilden. Ausstellungen ermöglichen in erster Linie, bildende Kunst öffentlich sichtbar zu machen. Ausserdem ist die Ausstellung ein wichtiger Aspekt der Kulturförderung, da sie den Künstler*innen den Schritt aus dem Atelier in die Öffentlichkeit ermöglicht. Mittलगrosse Ausstellungshäuser – meist ohne eigene Sammlung – müssen daher ebenfalls von den finanziellen Gefässen des Bundes profitieren können.

Wir schätzen ausserdem, dass endlich die prekäre Situation von Künstler*innen wahrgenommen wird und deshalb die Forderung nach einem Honorar laut wird. Allerdings verfügen die Ausstellungshäuser nicht automatisch über ein Budget, das diese Honorare ermöglichen würde.

Wir plädieren deshalb dafür, dass Kunstinstitutionen in der Kulturförderung einen festen Stand haben. Denn ohne Räume gibt es auch keine öffentliche Präsentation von Kunst. Wir hoffen, dass die Kunstinstitutionen in die diskursiven Überlegungen einbezogen werden, damit die Notwendigkeit der angemessenen Vergütung der Künstler vorangetrieben und diskutiert werden kann.

Wir hoffen, Ihnen hier einen Blick auf die Dimension von Ausstellungsbetrieben innerhalb der Förderungspolitik eröffnet zu haben. Wir würden uns freuen, wenn wir in der Kulturpolitik mitgedacht werden. Sämtliche Mitglieder des Vereins AISAC/VSIZK (aufgeführt auf Seite 3) unterzeichnen die Stellungnahme und stehen hinter unserer Botschaft an das Eidgenössische Departement des Innern / BAK.

Mit freundlichen Grüssen und Danke für die Kenntnisnahme.

Annamira Jochim und Michael Sutter

Co-Präsidium VSIZK/AISAC

Verein Schweizer Institutionen für zeitgenössische Kunst / Association des institutions Suisses pour l'art contemporaine

Homepage: www.aisac-vsizk.ch

Mail: contact@aisac-vsizk.ch

MITGLIEDERLISTE VSIZK/AISAC

Stand: 11. September 2019

- 1) akku Kunstplattform, Emmenbrücke
- 2) Benzeholz – Raum für zeitgenössische Kunst, Meggen
- 3) Centre d'Art Contemporain — Yverdon-les-Bains
- 4) Centre d'Art Contemporain Genève
- 5) Centre d'art Neuchâtel (CAN)
- 6) Centre d'edition contemporaine Genève
- 7) Ferme Asile – Centre artistique et culturel, Sion
- 8) Haus für Kunst Uri
- 9) Kunst (Zeug) Haus Rapperswil-Jona
- 10) Kunst Halle Sankt Gallen
- 11) Kunsthalle Bern
- 12) Kunsthalle Fribourg (Fri Art)
- 13) Kunsthalle Luzern
- 14) Kunsthalle Palazzo, Liestal
- 15) Kunsthalle Winterthur
- 16) Kunsthhaus Baselland
- 17) Kunsthhaus Glarus
- 18) Kunsthhaus Grenchen
- 19) Kunsthhaus Langenthal
- 20) Kunsthhaus Pasquart Biel
- 21) Kunsthhaus Zofingen
- 22) Kunstmuseum Luzern
- 23) Kunstmuseum Olten
- 24) Kunstmuseum Thun
- 25) Kunstraum Baden
- 26) Musée d'art de Pully
- 27) Musée d'art de Valais
- 28) Musée des beaux-arts, Le Locle
- 29) Musée Jenisch, Vevey
- 30) Musée jurassien des arts, Moutier
- 31) Museum im Bellpark, Kriens
- 32) Museum zu Allerheiligen, Schaffhausen
- 33) Fundaziun Nairs – Künstlerhaus, Kunsthalle, Kulturlabor, Scuol
- 34) Shedhalle Zürich (voraussichtlich ab Herbst 2019)
- 35) Stadtgalerie Bern (voraussichtlich ab Herbst 2019)
- 36) Nidwaldner Museum (voraussichtlich ab Herbst 2019)

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Zusammenfassung

Als Trägerverein eines Pressedienstes, der im Auftrag des Bundesamtes für Kultur (BAK) tätig ist und zur Hauptsache aus Bundesgeldern finanziert wird, nehmen wir hier vor allem unter dem Gesichtspunkt der Bedingungen und Bedürfnisse einer umfassenden Kulturberichterstattung zur Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung.

Wie schon die beiden vorangehenden Kulturbotschaften geht auch die jetzige die Frage der Kulturberichterstattung zu sehr nur punktuell an und beschränkt sie hauptsächlich auf Bemühungen zur «Promotion» von künstlerischen und kulturellen Anliegen. Eine Kulturpolitik aber, die unter Öffentlichkeitsarbeit hauptsächlich das Wirken von Kommunikationsbeauftragten der einzelnen Kulturinstitutionen und Kunstverbände versteht und dabei vor allem auf einzelne «Promotionsplattformen» vertraut, droht Kunst- und Kulturdebatten durch Kunst- und Kulturmarketing zu ersetzen und die nötige alle Sparten umfassende kunstkritische und kulturpolitische Auseinandersetzung in eine Vielzahl getrennter Teilöffentlichkeiten zu fragmentieren.

Den Informationsdefiziten, die die jetzige Kulturbotschaft wie die zwei vorhergehenden beklagt, wäre eher dadurch zu begegnen, dass Foren und deren Vernetzung gefördert würden, die die Schaffung einer breiten, alle Sparten übergreifenden Öffentlichkeit für Fragen der Kunst und Kultur erlaubten. Voraussetzung dazu wäre, dass die Frage der Medien als integraler Teil der Kulturpolitik verstanden und angegangen würde.

Erfreulicherweise spricht die neue Kulturbotschaft zwar zum ersten Mal auch davon, dass im Rahmen des Sprachengesetzes Presseagenturen von nationaler Bedeutung unterstützt werden sollen und dass für «Verständigungsmassnahmen» Mehrmittel von durchschnittlich 2,5 Millionen Franken pro Jahr zu Verfügung gestellt werden. Doch auf die Abstützung durch eine breite kunstinteressierte und kulturkritische Öffentlichkeit sind neben dem Verständigungsauftrag auch alle drei Handlungsachsen der eidgenössischen Kulturpolitik angewiesen.

Das wirft aus unserer Sicht die Frage auf, ob die gegenwärtigen gesetzlichen und institutionellen Grundlagen es erlauben, die unerlässliche Verbindung von Kultur- und Medienpolitik zu befördern, oder ob sich dazu Gesetzesanpassungen aufdrängen. Denn offenbar werden Medien- und Kulturpolitik heute dadurch voneinander getrennt, dass die Erstere dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und dem Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) zugeordnet wird, während für die Letztere das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) und das Bundesamt für Kultur (BAK) zuständig sind. Unklar bleibt, wie die Zuständigkeiten zwischen EDI und UVEK bzw. BAK und BAKOM so geregelt werden können, dass genügend Finanzen zur Verfügung stehen, um dem Rückgang der Kulturberichterstattung in den Medien mit zeitgemässen Mitteln zu begegnen.

Zu ch-intercultur

Der Pressedienst ch-intercultur (cic) ist in der Periode der Kulturbotschaft 2016-2020 aus dem vormaligen Schweizerischen Feuilletondienst (SFD) entstanden.

Im Auftrag des Bundesamtes für Kultur (BAK) und hauptsächlich finanziert aus Bundesgeldern hat der SFD die Presseagentur SDA (heute Keystone-SDA) seit Jahren mit Rezensionen und Berichten zu allen Kunstsparten und dem gesamten Kulturgeschehen bedient und dazu beigetragen, dass der Anteil von Beiträgen der SDA über die Kultur in den letzten Jahrzehnten mit ca. 7% über jenem der Presseagenturen der Nachbarländer lag (APA ca. 5%, DPA und AFP je ca. 4%). Dieser hohe Prozentsatz rechtfertigt sich weiterhin aufgrund der grossen sprachlichen und kulturellen Heterogenität der Schweiz und ihres ausgeprägten Föderalismus.

Aus gesamtschweizerischer Perspektive störte am bisherigen Funktionieren des SFD, dass seine Beiträge ausschliesslich auf Deutsch abgefasst wurden und im Rahmen der SDA nur ausnahmsweise auch in die anderen Landessprachen übersetzt werden konnten. Im Rahmen der Leistungsvereinbarung, die Ende 2020 ausläuft, ermunterte das BAK den SFD, mit vermehrten Berichten aus den anderen Sprachregionen und Übersetzungen in

die anderen Landessprachen für einen breiteren und regeren Austausch über die Sprachgrenzen hinweg zu sorgen.

Um diesem Auftrag besser nachzukommen, gab sich der SFD 2018 den neuen Namen ch-intercultur, der in allen Sprachregionen Aufnahme findet, während «Feuilletondienst» vor allem in der Suisse romande nur falsch verstanden werden konnte. Die Organisationsform des Vereins mit Vertretungen aus der Politik und aus dem Kulturbereich wurde beibehalten.

Mit der Namensänderung wurde in Absprache mit Keystone-SDA versucht, den Redaktionen in der Suisse romande und in der Svizzera italiana mehr Beiträge in deren Sprachen zukommen zu lassen. Wirkung zeigte dieses Bemühen bisher vor allem in der Übernahme der übersetzten Beiträge durch Online-Redaktionen, deutlich weniger aber im Abdruck auf Papier.

Im Hinblick auf eine neue Leistungsvereinbarung ab 2021 entwickelt eine Arbeitsgruppe von cic seit 2018 ein neues Konzept zum Funktionieren von cic und verfolgt dabei drei Hauptzielrichtungen: 1. Beitrag zu einer kritischen Kulturpublizistik in den drei grossen Landessprachen mit Berücksichtigung des Rätoromanischen, 2. Schaffung einer digitalen Plattform, die Einzelpersonen zugänglich ist (Kommunikation «b to c»), 3. Einbindung dieser Plattform in ein breites Netz von Content-Partnerschaften zwischen Online-Seiten und Printmedien unter Einschluss von Keystone-SDA (Verbindung von «b to c» mit «b to b»).

Unser Vorbild für die Zielrichtungen 1 und 2 ist die digitale Literaturplattform ViceversaLiteratur. Im Unterschied zu dieser streben wir aber gemäss Zielrichtung 3 eine stärkere Einbindung in ein Netz von Content-Partnerschaften an.

Wir beantworten den Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage nun gemäss den Hauptzielrichtungen der künftigen Arbeit von ch-intercultur vor allem unter dem Gesichtspunkt der Bedingungen und Bedürfnisse einer umfassenden Kulturberichterstattung.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Die Kulturbotschaft 2016-2020 spricht die Frage der Kulturpublizistik nur punktuell und meist beschränkt auf die Bemühungen zur «Promotion» von künstlerischen und kulturellen Anliegen an und fragt kaum danach, was nötig ist, um jene öffentliche Auseinandersetzung zu ermöglichen, die im politischen und kulturellen Pluralismus einer demokratischen Gesellschaft unabdingbar sind, um diesen Bemühungen zum Erfolg zu verhelfen.

Der für die eidgenössische Kulturpolitik der letzten 45 Jahre wegweisende Clottu-Bericht von 1975 legt im Zusammenhang der «Probleme der Verbreitung» noch besonderes Gewicht auf das «Problem der Information und der Mittel zur demokratischen kulturellen Bildung des Volkes» (S. 19), das heisst der Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger, die kulturpolitische Entscheide treffen und von ihren Umsetzungen betroffen sind. So widmet dieser Bericht den Massenmedien (Presse, Radio, Fernsehen) im Kapitel «Kulturvermittlung» nicht nur einen Abschnitt von 50 Seiten (S. 223-273), er geht auch bezüglich aller Einzelsparten immer wieder auf ihren Beitrag zur «demokratischen kulturellen Bildung» der Bevölkerung ein.

Die erste Kulturbotschaft für die Periode von 2012-2015 macht noch auf die «Informationsdefizite» (S. 2994) aufmerksam, die den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zur Kultur erschweren, und verweist in einer Anmerkung «auf den Rückgang der Kulturberichterstattung in den Medien» (S. 2994, Anm. 32), der dafür mitverantwortlich ist. Doch wesentliche Schlussfolgerungen aus diesem entscheidenden Defizit zieht er nicht.

Die zweite Kulturbotschaft, jene für die Periode 2016-2020, erwähnt zwar ebenfalls einmal, dass der Zugang zur Kultur «durch Wissens- und Informationsdefizite erschwert» (S. 576) werde, setzt aber durchweg einfach auf den verstärkten Einsatz neuer Kommunikationstechnologien, um diesem Missstand zu begegnen.

Nur bezüglich der Literatur wird angesichts des Rückgangs der Literaturkritik neben der Unterstützung von «digitalen Promotionsplattformen» (S. 541) auch «die stärkere strukturelle Unterstützung für Literaturzeitschriften» (S. 544) ins Auge gefasst, und für den Bereich von Heimatschutz und Denkmalpflege ist von einem «Schwerpunkt 'Öffentlichkeitsarbeit und Wissen'» (S. 567) auf Bundesebene die Rede.

Unter welchen umfassenderen medialen Bedingungen einer kulturinteressierten und kunstkritischen Öffentlichkeit solche Anstrengungen überhaupt Aufmerksamkeit erlangen können, wird nicht weiter gefragt. Das würde ein grundlegendes konzeptuelles Herangehen an die Frage der öffentlichen Auseinandersetzung über das Kunstschaffen und die Kulturpolitik in den Medien verlangen, eine Aufgabe, der die Kulturbotschaft 2012-2016 auf fast systematische Weise ausweicht. Symptomatisch für dieses Defizit ist die Tatsache, dass das BAK auf die in der Kulturbotschaft versprochene Förderung von Literaturzeitschriften und die ebenfalls versprochenen Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der Baukultur dann einfach verzichtete.

Dieser Verzicht hätte weniger geschmerzt, wenn die Kulturbotschaft sich insgesamt nicht einfach auf den verstärkten Rückgriff der einzelnen Kulturinstitutionen und Kunstparten auf die «Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), insbesondere das Internet» beschränkt hätte, um «den Zugang zur Kultur wie auch deren Vermittlung zu erleichtern» (S. 573), sondern sich grundsätzlich der Frage gestellt hätte, wie die kulturinteressierten und kunstkritischen Medien gesamthaft gefördert werden können, um der Fragmentierung kulturpolitischer Auseinandersetzungen in Teilöffentlichkeiten zu begegnen.

Die Kulturbotschaft 2016-2020 ist so insgesamt dadurch gekennzeichnet, dass sie keine konzeptuellen Überlegungen dazu anstellt, wie breitere, die gesamte Gesellschaft erreichende Foren für die Auseinandersetzung über kulturelle Fragen zu fördern wären. Dieser Mangel hat sich für den SFD und dann ch-intercultur dahingehend ausgewirkt, dass deren Bemühung um die Schaffung neuer, zukunftsgerichteter Funktions- und Wirkungsweisen immer mehr nur noch unter dem Gesichtspunkt des Austauschs und der Verständigung zwischen den verschiedenen Sprachregionen angegangen wurde, während es doch darum ginge, die nötige Öffnung der Tätigkeit von ch-intercultur auf alle Landessprachen im Rahmen einer Gesamtkonzeption der medialen Bedingungen einer kulturellen Öffentlichkeit anzugehen.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Mit den drei strategischen Handlungsachsen werden Zielsetzungen der schweizerischen Kulturpolitik definiert, deren Beibehaltung wir in dieser Allgemeinheit zustimmen. Was wiederum fehlt, ist die Frage danach, welche medialen Bedingungen es erlauben, eine für die kulturelle Teilhabe, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Kreation und Innovation unerlässliche Öffentlichkeit zu schaffen, die die Fragmentierung der Kommunikation für Einzelparten und Einzelbereiche überwindet.

Dieses Defizit zeigt sich in den Erläuterungen zum ergänzenden Akzent der «Digitalisierung» besonders deutlich. Hier ist von «verschiedenen Online-Promotionsplattformen » (S. 12) die Rede, die es weiter zu entwickeln gilt, von Schwerpunkten im Bereich Kultur & Wirtschaft sowie von der digitalen Erfassung verschiedener Kulturgüter. Mit dem Verzicht darauf, die Frage der Digitalisierung auch im Hinblick auf den Strukturwandel der gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit anzugehen, leistet die Kulturbotschaft der Fragmentierung der Kommunikation und dem Abbau der öffentlichen Auseinandersetzung um kulturelle und kulturpolitische Fragen geradezu Vorschub.

Die drei Handlungsachsen der eidgenössischen Kulturpolitik sollen fünf Megatrends gerecht werden, welche den gesellschaftlichen Veränderungsprozess beeinflussen: «Globalisierung», «Digitalisierung», «demographischer Wandel», «Urbanisierung» und «Individualisierung». Kaum beachtet und nur am Rande gestreift wird der Strukturwandel der Öffentlichkeit, der mit diesen richtig diagnostizierten Megatrends einhergeht.

Der Publizistikwissenschaftler Kurt Imhof¹ diagnostiziert fünf Indikatoren dieses Strukturwandels: 1. Koppelung der Medien an die Marktlogik, 2. Intensivierung der Skandalkommunikation, 3. Privatisierung des Öffentlichen und Personalisierung der politischen Kommunikation, 4. Verkürzung der Themen- und Meinungsresonanz auf eine bloße Themenresonanz, 5. ein massiver Wachstums- und Konzentrationsprozess der Medienorganisationen mit einer raschen technischen Entwicklung.

¹ Vgl. Kurt Imhof (2006): Politik im "neuen" Strukturwandel der Öffentlichkeit. fög discussion paper GL-2006-0010. fög-Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft, Zürich. Zugriff über: <https://www.foeg.uzh.ch>dam> PDF (09. 08. 2019)

Dieser neue Strukturwandel der Öffentlichkeit hat einen verschärften Wettbewerb um Aufmerksamkeit und eine umfassende Medialisierung der Gesellschaft zur Folge: «Mit diesem Begriff wird implizit oder explizit ein grundsätzlicher Wandel der Sozialintegration moderner Gesellschaften postuliert, in dessen Verlauf die klassischen, norm- und wertsetzenden sowie Zugehörigkeit definierenden Institutionen (Schule, Religion, Armee, Parteien, soziokulturelle Milieus) im Zuge der funktionalen Differenzierung und Individualisierung an Bedeutung verlieren und durch sinn(re)produzierende Medien überformt werden. Die zuvor auf lebensweltlicher Integration basierende Gemeinschaftsbildung muss demzufolge über den Umweg medialer Orientierungsangebote substituiert werden.»²

Dieser grundsätzliche Wandel der Sozialintegration hat wesentlichen Einfluss auf eine Kultur, die nach der Definition der UNESCO nicht nur Kunst und Literatur einschliesst, «sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen» (vgl. Kulturbotschaft, S. 6). Eine Kulturpolitik, die von diesem breiten Verständnis ausgeht, muss angesichts der wesentlichen Beeinflussung der Gemeinschaftsbildung durch die Medialisierung der Gesellschaft auch Medienpolitik beinhalten.

Das gilt selbst für eine Kulturpolitik, die von «einem engeren praktischen Kulturbegriff» (Kulturbotschaft, S. 7) ausgeht und sich auf die Förderung der Künste und die Pflege des Kulturerbes konzentriert. Denn sowohl neu entstehende wie schon bestehende Kulturgüter stehen in produktiver Wechselwirkung mit den heute medial beeinflussten Lebensformen, Grundrechten, Wertesystemen, Traditionen und Glaubensrichtungen und tragen zu deren fortlaufendem Wandel bei.

Werden die medialen Orientierungsangebote, die heute der Gemeinschaftsbildung zugrundeliegen den grossen Medienhäusern und ihrem Wettbewerb um Aufmerksamkeit überlassen, droht die Kultur von einem Diskussionsgegenstand einer aufgeklärten «Räsonieröffentlichkeit» zum Objekt einer «konsumkulturellen Öffentlichkeit» der Massenmedien zu werden zu werden und «übernimmt Funktionen der Werbung».³ Eine Kulturpolitik, die unter Öffentlichkeitsarbeit hauptsächlich das Wirken von Kommunikationsbeauftragten der einzelnen Kulturinstitutionen und Kunstverbände versteht, droht einem solchen Verlust der räsonierenden Kunst- und Kulturkritik zugunsten des Kunst- und Kulturmarketings einer «konsumkulturellen Öffentlichkeit»⁴ Vorschub zu leisten.

Das fast ausschliessliche Vertrauen auf «Promotionsplattformen» für die verschiedenen Künste und Kulturinstitutionen droht dasselbe zu bewirken. Wer hauptsächlich auf die «Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), insbesondere das Internet» setzt, um «den Zugang zur Kultur wie auch deren Vermittlung zu erleichtern» (S. 573), muss sich grundsätzlich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass das Internet heute das vorantreibt, was Jürgen Habermas in seiner wegweisenden Schrift zum Strukturwandel der Öffentlichkeit schon 1961 befürchtete, dass nämlich das Raisonement des Publikums «tendenziell dem ‘Geschmacks- und ‘Neigungsaustausch’ des Konsumenten»⁵ weicht.

Die Fragmentierung der Öffentlichkeitsarbeit in verschiedene «Promotionsplattformen» beinhaltet zudem, wie schon angesprochen auch die Gefahr der Fragmentierung der Debatten in eine Vielzahl getrennter, kulturpolitisch homogener und auf einzelne Kunstsparten beschränkter Teilöffentlichkeiten, in denen sich Gleichgesinnte treffen. Grundvoraussetzung der Förderung einer kulturellen «Räsonieröffentlichkeit» ist die möglichst weitgehende Vernetzung von Plattformen die das Kunstschaffen und die Kulturpolitik insgesamt zum Thema haben.

Den Akzent der Kulturpolitik auf die Digitalisierung zu setzen, ohne die Notwendigkeit einer solchen Vernetzung anzusprechen und anzustreben, heisst bloss bestätigen, was schon geschieht: Online-Kommunikation zur Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit, die meist nur eine Teilöffentlichkeit schon Interessierter und Gleichgesinnter erreicht.

Stattdessen wären Knotenpunkte der Vernetzung zu schaffen, die drei Aufgaben erfüllen: 1. beobachten, das heisst Informationen und Meinungen sammeln und auswählen, 2. validieren, das heisst das ausgewählte Material in seinem informativen und argumentativen Gehalt prüfen, 3. orientieren, das heisst Informationen über Zu- oder Widerspruch zum geprüften Material weitergeben. Diese Aufgaben erfüllen können nur Personen, denen die nötige redaktionelle Freiheit gewährleistet wird, um bei ihrer Arbeit den journalistischen

² Ebd., S. 10.

³ Vgl. Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/M: Suhrkamp, 1990, S. 267.

⁴ Ebd., S. 250.

⁵ Ebd., S. 261.

Standards der Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität, Aktualität, Sachlichkeit und Objektivität zu entsprechen.

Nur eine Kulturpolitik, die den Akzent auf die Digitalisierung im Kulturbereich mit dem Blick auf diese Gefahren und Chancen verbindet, hat eine Aussicht, die drei kulturpolitischen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» auf längere Frist und im Blick auf die gesamte Gesellschaft fruchtbar werden zu lassen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Zu 1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass die Förderung der Kunstvermittlung inhaltlich erweitert wird «mit dem Ziel, eine verstärkte Förderung der kritischen Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen zu etablieren.» (S. 12)

Das entspricht in dieser Allgemeinheit unserem oben geäusserten Anliegen, dass die Kunstvermittlung sich nicht bloss auf «Promotion» beschränkt, sondern sich öffnet für das kritische Raisonement über Kunst und Kultur in einer gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit. In diesem Sinn bedauern wir es, dass die bei der letzten Kulturbotschaft kurzfristig gestrichene Unterstützung der Literaturzeitschriften nicht wieder aufgegriffen wird.

Offen bleibt für uns die Frage, was unter den «modellhaften Projekten» zu verstehen ist, mit denen «die kritische Kunst- und Kulturreflexion gestärkt und dabei insbesondere die Bedeutung neuer Medien (digitales Schreiben und Publizieren) berücksichtigt werden», welche Medien als «Partnerinstitutionen» in den Blick gefasst werden und wie die Zusammenarbeit in diesen Partnerschaften sich gestalten soll.

Es wäre wünschenswert, dass die Umsetzung dieser an sich löblichen Zielsetzungen etwas konkreter, allenfalls an einem Beispiel, erläutert würde.

Konkreter angesprochen werden die Medien dann unter 2.3.1. Erfreulicherweise ist hier zum Thema «Kunstvermittlung» zunächst einmal nicht bloss von «Promotion» die Rede, sondern davon, dass «für die Vermittlung und die Rezeption des zeitgenössischen Kunstschaffens aller Sparten (...) die öffentlich geführte Diskussion und individuelle Reflexion über Kunst und Kultur wesentlich» (S. 17) ist. Dazu stellt die Kulturbotschaft fest, dass die Entwicklungen in der Schweizer Medienlandschaft (...) zu einem Rückgang der Kulturkritik in den traditionellen (Print-)Medien» (S. 17) führen und dass «gleichzeitig (...) entsprechende Diskussionsräume im digitalen Bereich noch weitgehend aufgebaut werden» (S. 17) müssen.

Im Sinne unserer obigen Ausführungen wäre es sinnvoll, nicht einfach festzustellen, was in den herkömmlichen Medien geschieht, und dieser Entwicklung vermehrte Anstrengungen ausschliesslich im digitalen Bereich gegenüberzustellen, sondern beides in Verbindung der Medien- mit der Kulturpolitik im Hinblick auf Anstrengungen für beide Bereiche anzugehen. Dann würde auch besser absehbar, auf welche Weise ab 2021 auch im Medienbereich «die bisherige Praxis der Unterstützung von kulturellen Vermittlungsprojekten in Richtung der kritischen Kunst- und Kulturreflexion weiterentwickelt werden» (S. 17) kann.

Zu 1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Bezüglich der Handlungsachse «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» macht sich das oben angesprochene Defizit grundlegender konzeptueller Überlegungen zur Medienpolitik als Teil der Kulturpolitik besonders schmerzlich bemerkbar.

Die Abwesenheit solcher Überlegungen unter 1.4.2.2 ist um so bedauerlicher, als ja unter 2.6.2 dann zum Thema «Sprachen und Verständigung» auch «die Diskussionen über die Medienvielfalt» angesprochen werden, die «das Interesse der Bevölkerung für die Belange des nationalen Zusammenhalts und der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften» (S. 41) bezeugen. Zum ersten Mal, seit es die Kulturbotschaften gibt, wird in diesem Zusammenhang zur «Förderung der Verständigung und des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften» auch angekündigt, dass «Presseagenturen von nationaler Bedeutung, die Informationen über die vier Sprachregionen vermitteln» (S. 43), unterstützt werden sollen.

Wir sehen darin ein erfreuliches Wiederanknüpfen an die kulturpolitischen Orientierungen des Clottu-Berichts von 1975, der Kulturpolitik und Medienpolitik miteinander verband. Leider bleiben auch die Feststellungen und Versprechen unter 2.6.2 punktuell und bilden nicht Teil einer umfassenderen konzeptuellen Herangehensweise an die Thematik, obwohl dann bezüglich der «Unterstützung für Organisationen» festgehalten wird, die Synergien würden noch «nicht genügend genützt» (S. 43). Bedauerlich ist zudem, dass unter dem Titel «Ziele und Massnahmen» die versprochene Unterstützung für «Presseagenturen von nationaler Bedeutung» nicht mehr figuriert.

Erfreulicherweise hingegen wird nun im Sinn der Bestrebungen zur Verständigung unter 2.3.4 angekündigt, dass der Bund im Sinne der Gleichstellung der Übersetzerinnen und Übersetzer mit den Autorinnen und Autoren beabsichtigt, künftig auch für die Ersteren angemessene Auftrittshonorare zu garantieren. Die Frage einer besonderen Förderung der Übersetzung wäre auch im Bereich der Kulturberichterstattung zu prüfen, geht es doch darum, geeignete Beiträge aus der einen Sprachregion auch den anderen Sprachregionen zukommen zu lassen.

Zu 1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Auch bezüglich der drei Pfeiler der Handlungsachse «Kreation und Innovation», nämlich «Verbreitung, Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit», «Internationale Kooperationen und Kulturaustausch» und «Systematische Förderung von Kreation und Innovation», ist ein starkes Echo und eine lebendige Auseinandersetzung in den Medien entscheidend.

Auf diese unerlässliche Bedingung für den Erfolg der kulturpolitischen Anstrengungen zur Förderung von Kreation und Innovation geht die Kulturbotschaft unter 1.4.2.3 leider gar nicht ein. Dabei bleibt jede künstlerische Kreation und Innovation unbedingt auf eine kritisch rasonierende Öffentlichkeit angewiesen. Wenn sich die Kulturpolitik auch hier bloss auf «Promotion» beschränkt, droht das Kunstschaffen sich in marktgängigen Produkten zu erschöpfen, die sich dem «dem 'Geschmacks- und 'Neigungsaustausch' des Konsumenten» im Internet anpassen.

Die Eidgenossenschaft fördert die Kreation und Innovation in der Gegenwartskunst z. B. durch Vergabe von Preisen in allen Kunstsparten und stützt sich dabei auf Jurys mit ausgewiesenem Expertenwissen und auf Publikationen und Veranstaltungen zur Verbreitung und Verankerung der Ergebnisse. Weil diese Anstrengungen eher auf Qualität als auf Marktgängigkeit setzen, bleibt das nötige Medienecho oft aus oder es beschränkt sich auf die Skandalisierungskommunikation der grossen Medienhäuser in ihrem Aufmerksamkeitswettbewerb.

Das ist nur eines der Zeichen dafür, dass die Kulturpolitik nicht umhinkommt, auch Medienpolitik mit einzubegreifen und sich der grundsätzlichen Frage zu stellen, wie eine kulturpolitische «Räsonieröffentlichkeit» gefördert werden kann, die über das Kunst- und Kulturmarketing der «konsumkulturellen Öffentlichkeit» hinausreicht.

4. Revision Filmgesetz

Wir begrüssen die Revision des Filmgesetzes und sehen in den damit vorgesehenen Massnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Filmproduktion und -distribution der Schweiz.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlichrechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Wir begrüssen die unter Ziffer 2.6.3 vorgesehene Neuregelung der Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland sowie die unter Ziffer 3.1ff vorgestellten Gesetzesanpassungen mit Ausnahme der Streichung der Kulturabteilung für Bern als Bundesstadt (nicht: «Bundeshauptstadt» – das ist Berlin).

Die Kulturbotschaft beruft sich auf ein Gutachten von 2003 (also vor anderthalb Jahrzehnten erstellt!), ohne über die Auswirkungen der Neuregelung durch Leistungsvereinbarungen seit 2017 Auskunft zu geben. Wir können einer ersatzlosen Streichung der Kulturabteilung nicht zustimmen, ohne dass eine genauere Prüfung der Erfahrungen der letzten Jahre vorgenommen wird.

Was weitere Gesetzesanpassungen betrifft, möchten wir die Frage aufwerfen, ob die weitgehende Vernachlässigung der Medienpolitik als Teil der Kulturpolitik in allen bisherigen Kulturbotschaften darauf zurückzuführen ist, dass die nötigen gesetzlichen Grundlagen dazu fehlen.

Schon der Clottu-Bericht weist darauf hin, eine Schwierigkeit der Kulturorganisation in der Schweiz bestehe darin, dass sich die Zuständigkeiten nicht nur auf Bund, Kantone und Gemeinden verteilen, sondern auf Bundesebene auch auf verschiedene Departemente.

Das gilt insbesondere für die Medienpolitik, die heute meist ausschliesslich bloss dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und dem Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) zugeordnet wird, so dass in Vergessenheit zu geraten droht, dass sie auch Teil der eidgenössischen Kulturpolitik ist, für die wiederum ausschliesslich das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) und das BAK zuständig sind.

Zur Frage steht, ob die unerlässliche Verbindung von Kultur- und Medienpolitik auf den gegenwärtigen gesetzlichen und institutionellen Grundlagen möglich ist oder ob sich zu ihrer Stärkung Gesetzesanpassungen aufdrängen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Wir begrüssen es, dass im Tätigkeitsbereich «Verständigungsmassnahmen» Mehrmittel von durchschnittlich 2,5 Millionen Franken pro Jahr beantragt werden, und hoffen, dass bei der Prioritätensetzung dieses Postens auch die Kulturberichterstattung angemessen berücksichtigt wird.

Zugleich stellen wir wie unter Punkt 5 für die Gesetzesanpassungen auch für die Finanzmittel die Frage, wie die Zuständigkeiten zwischen EDI und UVEK bzw. BAK und BAKOM so geregelt werden, dass der Bund der Medienpolitik als Teil der Kulturpolitik in Zukunft jene grössere Aufmerksamkeit widmen kann, die heute unerlässlicher ist denn je.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Rat für Raumordnung ROR

CH-3003 Bern, DSRE /seco/rii

A-Post

Frau

Isabelle Chassot

Direktorin

Bundesamt für Kultur BAK

Hallwylstrasse 15

3003 Bern

Bern, 12.09.2019

Stellungnahme ROR zum Kulturbotschaft 2021–24 und interdepartementale Strategie Baukultur

Sehr geehrte Frau Direktorin

Im Rahmen der künftigen Kulturpolitik will der Bundesrat zu einer höheren Qualität im Bereich Baukultur beitragen. Damit reagiert er auf die abnehmende bauliche Qualität in weiten Teilen der Schweiz, welche sich unter anderem in gesichtslosen Agglomerationen und verantwortungslosem Landverbrauch manifestiert. Gemäss Kulturbotschaft 2021–24 soll eine breite Palette an Massnahmen (u.a. in den Bereichen Vermittlung und Beratung) dieser Entwicklung entgegenwirken. Ergänzend zur Kulturbotschaft haben 15 Bundesstellen eine interdepartementale «Strategie Baukultur» entworfen mit einem Aktionsplan zur Förderung der zeitgenössischen Baukultur.

Der Rat für Raumordnung unterstützt beide Vorlagen. In seinem Bericht zu den Megatrends und ihren Auswirkungen auf die Raumentwicklung Schweiz, der dieses Jahr veröffentlicht wurde, hat er auf die grosse Bedeutung von «Baukultur und urbaner Qualität» hingewiesen (Ziff. 3.1 und Empfehlung 5). Nach seiner Einschätzung bringt «die durch die Globalisierung verstärkte Dynamik im Immobilienmarkt und die Verwendung internationaler Standards (...) immer mehr vom Gleichen und gefährdet so die spezifischen räumlichen Qualitäten der Schweiz mit ihrer grossen Vielfalt an Siedlungen». Das Bauen darf, wie der Rat weiter ausführt, «nicht ausschliesslich auf ökonomische und effizienzbasierte Kriterien ausgerichtet sein, sondern muss auch ortsspezifische Gegebenheiten berücksichtigen und diese sorgfältig weiterentwickeln». Die Kulturbotschaft 2021–24 mit ihrem Bekenntnis zur Förderung der Baukultur und die interdepartementale Strategie Baukultur des Bundes tragen zu einer hochwertigen Siedlungsentwicklung bei, wie sie der Rat für Raumordnung anstrebt und zu welcher Bund, Kantone und Gemeinden auch aufgrund des revidierten RPG verpflichtet sind. Begrüssenswert ist auch die departementsübergreifende Erarbeitung der Strategie durch 15 Bundesämter. Die Abstimmung der räumlichen Entwicklung über die Sektoralpolitiken hinweg ist dem Rat für Raumordnung ebenfalls ein grosses Anliegen (siehe dazu Empfehlung 12 des Berichts über die Megatrends).

Drei Vorbehalte gilt es bezüglich der Kulturbotschaft 2021–24 und der interdepartementalen Strategie Baukultur des Bundes jedoch anzubringen.

Geschäftsstelle Rat für Raumordnung (ROR)

Delphine Rime, Staatssekretariat für Wirtschaft, DSRE, Holzikofenweg 36, 3003 Bern, 031 481 46 34, delphine.rime@seco.admin.ch

Regina Gilgen Thétaz, Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Worblentalstr. 66, 3003 Bern, 031 325 07 44, regina.gilgenthetaz@are.admin.ch

- Die Strategie Baukultur enthält nur Massnahmen zur Förderung der zeitgenössischen Baukultur. Massnahmen des Bundes in anderen Bereichen der Baukultur - wie Ortsbildschutz, Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz - sind nicht Gegenstand des entsprechenden Aktionsplans. Um einem umfassenden Verständnis von Baukultur sowie den gesetzlichen Grundlagen des Natur- und Heimatschutzgesetzes Rechnung zu tragen, ist daher ergänzend zur (Teil-)Strategie (zeitgenössische) Baukultur eine Teilstrategie «Baukulturelles Erbe» zu erarbeiten.
- In der Kulturbotschaft wird ein Tätigkeitsschwerpunkt auf die Forschung, die Wissensvermittlung und Sensibilisierung der Akteure gelegt. Verschiedene Grundlagen wurden dazu bereits erarbeitet und sollen nun vertieft werden. Dies ist zu begrüßen. Nach Meinung des Rates für Raumordnung müssen die Geistes- und Sozialwissenschaften jedoch angemessen in diese Arbeiten einbezogen werden. Sie können wesentlich zur besseren Vermittlung der Baukultur, zur Sensibilisierung und zur besseren Zusammenarbeit zwischen Behörden, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beitragen.
- Die Förderung der Baukultur, wie sie mit der Kulturbotschaft und der interdepartementalen Strategie angestrebt wird, muss mit den hierfür nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Der in Aussicht gestellte Rahmenkredit Baukultur soll für die Jahre 2021 bis 2024 rund 105 Millionen Franken betragen. Davon sind rund 85 Millionen Franken für den Erhalt schützenswerter Objekte sowie für die Archäologie vorgesehen (netto gesehen ein rückläufiger Betrag) und rund 20 Millionen Franken für die Bereiche Organisationen, Forschung, Ausbildung und Vermittlung. Diese Finanzmittel vermögen die hohen Erwartungen an die Förderung der Baukultur, wie sie in der Kulturbotschaft und in der Strategie Baukultur zum Ausdruck gebracht werden, nicht zu erfüllen. Nach Meinung des Rates für Raumordnung sind diese Mittel, insbesondere in den Bereichen Sensibilisierung und Vermittlung der Baukultur sowie Beratung und Unterstützung der Gemeinden zu erhöhen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Kulturbotschaft und Strategie Baukultur Stellung zu nehmen und hoffen, dass sich das damit verbundene neue und ganzheitliche Verständnis von Baukultur in der Praxis etablieren wird.

Freundliche Grüsse
Rat für Raumordnung



Dr. h.c. Lukas Bühlmann
Präsident des ROR

Kopien (per Mail)

- Frau Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamts für Raumentwicklung ARE
- Herr Erik Jakob, Leiter der Direktion für Standortförderung im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
- Frau Franziska Schwarz, Vize-Direktorin des Bundesamts für Umwelt BAFU
- Herr Oliver Martin, Leiter der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege des Bundesamtes für Kultur

Luzern, 11.09.2019 / KBI-mab

„Ich habe mehr gelernt, als ich eigentlich wollte“

Aus einem Dankeschreiben eines Sekundarschülers an den Direktor des Verkehrshauses der Schweiz

**Stellungnahme des Verkehrshauses der Schweiz (VHS)
zur Kulturbotschaft 2021-2024**

Allgemeine Bemerkungen

Die Kulturpolitik des Bundes soll gemäss eigenem Anspruch des BAK in den Jahren 2021-2024 durch Kontinuität geprägt sein. Nachdem im Bereich Museen und Sammlungen für die Jahre 2018-2022 aufgrund neu geschaffener Kriterien die Beitragszahlungen objektiviert wurden, ist diese Stossrichtung zumindest hier angemessen. Mangels Gesamtüberblick enthält sich das VHS einer Stellungnahme zur gesamten Kulturpolitik des Bundes.

Immerhin weist das VHS mit allem Nachdruck darauf hin, dass angesichts des Mehrwerts, welchen die Museen von gesamtschweizerischer Bedeutung für das kulturelle Leben erbringen, die Beiträge von jährlich 5.9 Mio. an diese Institutionen unangemessen tief sind. Das VHS lädt das BAK ein, auch von der Verwaltung aus sich bei der Politik für eine Erhöhung der Bundesbeiträge pro Jahr um mindestens 2.0 Mio. einzusetzen. Demgegenüber nimmt das VHS zusammen mit anderen Museen in Aussicht, sich bei Bundesparlamentarier*innen auf politischem Weg für Mehrleistungen einzusetzen.

Die zwischen dem BAK und dem VHS abgeschlossene Leistungsvereinbarung vom 20.2.2018 hat sich für das VHS als weiterführend erwiesen. Durch die Präzisierungen und Zuspitzungen der vom VHS zu erbringenden Leistungen hat das VHS die Möglichkeit erhalten, projektbezogen bei anderen Bundesstellen Beiträge zu erwirken. Diese neuen Handlungsmöglichkeiten haben die frühere Praxis, aufgrund der Beiträge des BAK keine anderweitigen Bundesleistungen erhältlich machen zu können, ersetzt.

Die herausragende Stellung des VHS bei den Museen von gesamtschweizerischer Bedeutung lässt sich schon daraus ableiten, dass rund ein Viertel der jährlich für die 13 Museen zur Verfügung stehenden Mittel dem VHS zusteht. Wir erneuern den Hinweis, dass das VHS im Bereich der Mobilität eine analoge Aufgabe wahrzunehmen hat wie das Landesmuseum in allen übrigen Lebensbereichen. Wir ersuchen darum, dass das VHS bei der Definition der Kulturpolitik des Bundes für die Zeit ab 2025 frühzeitig vom BAK miteinbezogen wird.

Zur Kulturbotschaft 2021-2024 S. 31 ff

Wir begrüssen ausdrücklich die in der Botschaft zum Ausdruck gebrachte Einschätzung, wonach eine Ablösung der Betriebsbeiträge durch Projektbeiträge abzulehnen sei. Es ist in der Tat in der Praxis weitgehend ausgeschlossen, für den laufenden Betrieb von privater Seite finanzielle Leistungen zu generieren.

In der Botschaft S. 33 werden unter Ziff. 2.4.2.3 die Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter behandelt. „Ein Netzwerk erbringt national und international anerkannte Expertiseleistungen zu Gunsten anderer Kulturinstitutionen in den Bereichen Erschliessung, Erhaltung und Vermittlung des kulturellen Erbes.“ Das VHS erbringt auch unter diesen Aspekten hervorragende Leistungen. Gemäss Praxis des BAK erbringt der Bund nur Leistungen entweder unter dem Titel „Museen und Sammlungen“ oder „Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter“. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum eine Institution, welche sich in beiden Bereichen verdient macht, vom einen Förderungsgrund ausgeschlossen sein soll. Die Praxis der Vergabe von Mitteln ist entsprechend anzupassen.

Anträge

- 1.) Das BAK soll sich bei der Politik dafür verwenden, die jährlichen Beiträge für die Museen von gesamtschweizerischer Bedeutung um mindestens 2.0 Mio. Franken zu erhöhen.
- 2.) Das BAK habe das VHS bei der Definition der Kulturpolitik des Bundes im Bereich „Museen und Sammlungen“ für die Zeit ab 2025 frühzeitig miteinzubeziehen.
- 3.) Es sollen zukünftig an eine einzelne Institution kumulativ unter den Titeln „Museen und Sammlungen“ einerseits und „Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter“ andererseits Beiträge geleistet werden können.

Abschliessend bedanken wir uns für die Möglichkeit einer Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024.

Freundliche Grüsse

Verkehrshaus der Schweiz

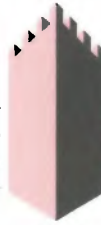


Kurt Bieder
Präsident Stiftung VHS



Martin Bütikofer
Direktor

Schweizerischer
Association Suisse
Associazione Svizzera
Associaziun Svizra



Burgenverein
Châteaux forts
dei Castelli
da Chastels

EINGEGANGEN

12. Sep. 2019

Registratur GS EDI

Eidgenössisches Departement
des Inneren
Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Versand per e-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, den 12. September 2019 / DGU

Vernehmlassung: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019

Stellungnahme des Schweizerischen Burgenvereins

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur obengenannten Botschaft danken wir. Der Schweizerische Burgenverein (SBV) wurde 1927 gegründet und ist mit seinen rund Tausend Mitgliedern heute neben dem Schweizer Heimatschutz (SHS), der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK), Archäologie Schweiz (AS) und Domus Antiqua Helvetica (DAH) eine der wichtigen Publikumsgesellschaften im Bereich Kulturerbe der Schweiz. Anfänglich ging es einzig um die Rettung von Ruinen - immerhin umfasst das Schweizerische Bauerbe rund 3'500 Burgen, Ruinen, Erdwerke und Schlösser. Bald rückten die Erforschung der materiellen Hinterlassenschaft des Mittelalters und deren Vermittlung in den Fokus und heute bildet die Sensibilisierung breiter Bevölkerungsschichten generell für die Aspekte der Kulturgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit das zentrale Anliegen.

Gerne benützen wir daher die Möglichkeit einer Stellungnahme, die wir am 30. August auch im Rahmen einer Vorstandssitzung diskutieren konnten.

Schweizerischer Burgenverein, Präsident
Dr. D. Gutscher, Münstergasse 62, CH-3011 Bern
praesident@burgenverein.ch Tel. +41 (0)79 652 24 35

Geschäftsstelle: Blochmonterstrasse 22, 4054 Basel
Telefon 061 361 24 44, Telefax 061 363 94 05
e-mail: info@burgenverein.ch, www.burgenverein.ch



Mitglied der Schweizerischen Akademie
der Geistes- und Sozialwissenschaften
www.sagw.ch

Entsprechend unserem statutarischen Auftrag beschränken wir unsere Bemerkungen auf die Kulturerbepolitik. Wir folgen dabei den gestellten Fragen.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Die Kulturbotschaft 2016-2020 hat sich als geeignetes und wertvolles Steuerungsinstrument der Kulturpolitik erwiesen. Besonders hervorzuheben ist dabei die im Sinne einer Verbundaufgabe gestärkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden: eine Zusammenarbeit, die sich als grundlegendes und tragendes Element der nationalen Kulturpolitik und einer strategischen Ausrichtung von Kulturförderung und -pflege etabliert hat.

Die bereits in der Botschaft 2016-2020 erkannten Megatrends und die daraus abgeleiteten Handlungsfelder der «Kulturellen Teilhabe», des «Gesellschaftlichen Zusammenhalts» und der «Kreation und Innovation» bilden nach wie vor Handlungsgrundlage und Rückgrat.

Das Instrument der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen hat sich in der vergangenen Periode als wertvolle Grundlage und Stütze namentlich für die Arbeit der kantonalen Fachstellen für Archäologie und Denkmalpflege erwiesen.

Im Weiteren konnte erstmals in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik eine nationale Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie erstellt werden. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass diese Statistik keine Antwort zum Finanzmittelbedarf von Archäologie und Denkmalpflege liefert – wie von der ständerätlichen WBK 2015 gefordert. Es wäre Aufgabe des Bundesamtes für Kultur gewesen, die in der Kulturbotschaft 2016-2020 als Sollwert genannten CHF 100 Mio für die Kulturpflege – aufgrund der Erhebungen des Bundesamtes für Statistik gewonnenen Basisdaten – zu plausibilisieren. Wir bedauern sehr, dass diese Zahlen nach wie vor fehlen.

Als weitere bedeutende Ereignisse im Sinne und während der Periode der Kulturbotschaft 2016-2020 zu erwähnen sind die Ratifizierungen der Übereinkommen zum Schutz des Unterwassererbes und des Rahmenübereinkommens über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention von 2005). Mit der Ratifizierung dieser Übereinkommen bekannten sich Bundesrat und Parlament zur Bedeutung, zum Schutz und zur Wertschätzung der nicht erneuerbaren Ressource Kulturerbe.

Anzuführen ist schliesslich der Schwerpunkt «Baukultur», welcher mit der 2018 verfassten, auf hohe Qualität einer sehr breit aufgefassten Baukultur abzielende und von zahlreichen Staaten mitunterzeichneten «Davos Declaration» national wie international verankert wurde.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die Kulturbotschaft 2021-2024 setzt auf Kontinuität. Die drei bereits in der Botschaft 2016-2020 definierten Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation» werden weiterverfolgt. Wir begrüssen diese Kontinuität, zumal sie die Zielsetzungen der bereits erwähnten Konvention von Faro aufnimmt und damit in der Schweizer Kulturpolitik verankern und konsolidieren will. Allerdings fehlt in der Botschaft nicht nur der konkrete Bezug zur Faro-Konvention,

sondern es fehlen auch entsprechende Massnahmen zur Teilhabe am Kulturerbe. Dies ist zu bedauern und muss aus unserer Sicht unbedingt ergänzt werden.

3. Zur Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Weiterentwicklung der Massnahmen folgt den definierten Handlungsachsen. Wir haben dazu folgende Bemerkungen und Empfehlungen:

1. Kulturelle Teilhabe (Kulturbotschaft Ziff. 1.4.2.1) durch Teilhabe am Kulturerbe ergänzen. Bei den Massnahmen im Bereich «Kulturelle Teilhabe» (S. 12) fehlt die Teilhabe am kulturellen Erbe – und damit genau der Inhalt der Faro-Konvention. Die Massnahmen müssen aus unserer Sicht zwingend um Massnahmen zur Förderung der Teilhabe am kulturellen Erbe ergänzt werden.

2. Baukultur (Kulturbotschaft Ziff. 2.5) Von erheblicher Tragweite ist das Massnahmenbündel, welches das in der Kulturbotschaft 2016-2020 eingeführte Konzept der «Baukultur» betrifft und zu dessen Umsetzung derzeit eine interdepartementale Strategie «Baukultur» erarbeitet wird. Dazu haben wir in einem gesonderten Schreiben vom 11. September 2019 im Rahmen der "Informellen Anhörung zur Strategie "Baukultur" Stellung genommen.

Wir begrüssen grundsätzlich die Entwicklung dieses Bereichs und den gewählten interdisziplinären und breit vernetzten Ansatz. Vor dem Hintergrund des demografischen Drucks, raumplanerischer Zielsetzungen wie der inneren Verdichtung der Siedlungsgebiete sowie dem Schutz des Kulturlandes ist das Ziel der Entwicklung einer hohen Qualität der zeitgenössischen Baukultur ausgesprochen zu begrüssen. Nur so kann die Qualität und Integrität der gebauten Umwelt – und damit auch der historischen Siedlungslandschaft in der Schweiz – gewahrt, entwickelt und zu einem gewissen Mass auch «repariert», d.h. Qualitätsmängel situativ behoben und Substanzverlust (in geringem Rahmen) kompensiert werden.

Als grundlegend erachten wir hierbei die vorgesehenen Massnahmen im Bereich Forschung, Wissen und Vermittlung (S. 36) sowie die angestrebte Stärkung der multi-sektoriellen und interdisziplinären Zusammenarbeit. Indessen stehen hier die Massnahmen und Ziele betreffend der zeitgenössischen Baukultur alleine: es fehlen gleichwertige Massnahmen und Ziele zum bauhistorischen Erbe. Solche sind ebenfalls zu erarbeiten und vorzulegen.

Grösste Vorbehalte haben wir schliesslich bezüglich der neuen Begrifflichkeit der Baukultur, die nun von der zeitgenössischen Baukultur bis hin zur Archäologie alle Bereiche umfassen und schliesslich in eine Umbenennung der "Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege" münden soll. Wir verweisen auf unser Schreiben im Rahmen der Informellen Anhörung vom 11. September 2019.

3. UNESCO Welterbe

Aus unserer Sicht unverständlich ist, dass im vorliegenden Entwurf der Kulturbotschaft und namentlich bei der Erläuterung der Massnahmen an keiner Stelle die von der UNESCO bezeichneten Welterbestätten benannt werden. Einzig ist die Erweiterung der Liste indicative durch den Antrag, die Salginatobelbrücke GR als Weltkulturgut

anerkennen zu lassen, erwähnt. Hier wäre zu nennen gewesen, ob und wann die Schweiz überhaupt eine Erweiterung der Liste indicative erwägt.

Die Schweiz hat als Unterzeichnerin des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturguts (Konvention von Paris 1972) die Verpflichtung, sich für den Schutz, die Erhaltung und Erschliessung dieser Stätten einzusetzen und es heisst wörtlich, dass jeder Vertragsstaat anerkennt, "dass es in erster Linie seine Aufgabe ist,...das in seinem Hoheitsgebiet befindliche...Kultur- und Naturgut sowie dessen Weitergabe an künftige Generationen sicherzustellen. Er wird hierfür alles in seinen Kräften Stehende tun, unter vollem Einsatz seiner eigenen Hilfsmittel..., insbesondere auf finanziellem, künstlerischem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet."

Während dieser Auftrag für den Bereich der Naturerbestätten durch das zuständige Bundesamt für Umwelt (BAFU) bereits umgesetzt ist, steht die Erfüllung dieser Aufgabe beim BAK noch an, was wir bereits in unserer Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2016-2020 monierten. Wir beantragen deshalb, dass in Analogie zu den Naturerbestätten auch für die UNESCO-Kulturerbestätten ein eigenes Finanzierungsgefäss geschaffen und dieses entsprechend alimentiert wird.

4. Revision Filmgesetz

Keine Bemerkungen.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wir haben in unserer Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zur Strategie Baukultur gefragt, ob der Aufbau eines neuen Politikbereiches ("Baukultur") genügend gesetzliche Grundlagen habe. Immerhin soll dem neuen Bereich aufgrund der Massnahmen 14 bis 16 allein im Bundesamt für Kultur nebst Stellenprozenten CHF 775'000 jährlich zufließen. Im selben Abschnitt (Strategie Baukultur, S. 46) wird aber auch gesagt, dass die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen der bestehenden Ressourcen erfolgen solle. So sehr wir die Massnahmen, insbesondere im Bereich der kulturellen Bildung und Teilhabe begrüßen, kommen wir nicht um die Frage herum: Wie kann dies ermöglicht werden ohne zusätzliche Mittel? Wie steht es mit dem Grundsatz der Politik: neue Aufgaben nur aufgrund neuer gesetzlicher Grundlagen?

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wie schon oben unter Punkt 1, 3 und 5 ausgeführt, erachten wir die Mittel für nicht ausreichend, insbesondere, da der Aufgabenkreis in grundsätzlich begrüßenswertem Masse erweitert werden soll.

Die rückläufigen Finanzhilfen zur Erhaltung schützenswerter Objekte (Denkmalpflege) und zur Durchführung archäologischer Massnahmen stehen im Widerspruch zum selbstdeklarierten ganzheitlichen Verständnis von Baukultur (Ziff. 2.5, S. 35 ff.).

Aus den nachfolgend dargelegten Gründen ist für denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen innerhalb des Förderbereichs «Baukultur» über die vier Jahre insgesamt zumindest ein Kredit von CHF 100 Mio. einzustellen; dies in Entsprechung zum vorgesehenen realen Wachstum von jährlich 1,9 Prozent und der angenommenen

Teuerung von 1 Prozent (Ziff. 4.5, S. 55). Im Durchschnitt stünden dann für die Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen pro Jahr CHF 25 Mio. zur Verfügung. Diese Summe entspricht den Leistungen des Bundes im Jahr 2018 an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen. Zieht man jedoch die aktuelle Zinspolitik und die damit verbundenen erhöhten Aktivitäten im Bausektor, die Umsetzung von RPG 1 (Stichwort: Siedlungsentwicklung nach Innen) und der Energiestrategie 2050 in Betracht, so ist klar mit einer Zunahme von im Baubewilligungsprozess verlangten denkmalpflegerischen und archäologischen Massnahmen zu rechnen. Die Kulturbotschaft trägt dieser Tatsache jedoch zu wenig Rechnung.

Der Schweizerische Burgenverein ist der Auffassung, dass der Finanzrahmen den hohen Ambitionen entsprechend anzupassen ist - und dies nicht zu Lasten des baukulturellen Erbes und der Archäologie.

Wir bedanken uns, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, nochmals für die Gelegenheit, dass wir im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 haben Bemerkungen anbringen dürfen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen



Dr. Daniel Gutscher, Präsident

Kopien:

- Präsidien von SHS, GSK, AS und DAH
- NIKE

Bundesamt für Kultur BAK
Frau Myriam Schleiss
Leiterin Dienst Kulturelle Teilhabe

Rafz, 10. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft

Liebe Myriam

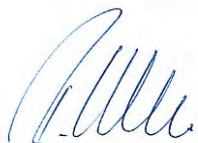
Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Vernehmlassung zu der Kulturbotschaft. Wir haben diese aufmerksam gelesen und sind grundsätzlich damit einverstanden. Im Detail dazu äussern möchten wir uns allerdings nur zu dem Teil, der uns als Verband für das Amateurtheater spezifisch betrifft, also zu Punkt 2.6 «Kultur und Gesellschaft» und dort insbesondere zum ersten Abschnitt über die «kulturelle Teilhabe».

Da Theater das Leben abbildet, ist die aktive Teilnahme an einem Theaterprojekt immer auch kulturelle Teilhabe und fast immer auch Inklusion im Sinne von Generationenprojekten oder Einbindung von Menschen mit Behinderungen, Migrationshintergrund und vielem mehr. Wir sind deshalb sehr interessiert an dem in Aussicht gestellten Handbuch. Wir hoffen auch, dass die Bemühungen Früchte tragen werden, damit auf allen Staatsebenen die Sensibilisierung für die Volkskultur und deren positiven gesellschaftlichen Wirkungen gelingt. Nicht umsonst wurde ja das Laientheater der Zentralschweiz bereits als immaterielles Kulturerbe ins Verzeichnis der UNESCO aufgenommen. Es gibt Gegenden in der Schweiz, in denen diese Tradition ebenso lange besteht und ebenso wichtig ist. Aufgrund der föderalistischen Strukturen und der damit zusammenhängenden unterschiedlichen Nominations- und Auswahlverfahren kam das Amateurtheater, das auch in einem europäischen Kontext eine überdurchschnittlich lange Tradition aufweist, sonst noch nirgends zu dieser Ehre. Wir verstehen das aber auch als ein Symbol für das Engagement schweizweit und werden uns als Verband bemühen, die Absichten der Kulturbotschaft in Bezug auf die kulturelle Teilhabe an der Basis konkret umzusetzen.

Wichtig erscheint uns aber auch, dass sich gerade im Theater Hochkultur und Volkskultur nicht ausschliessen oder gar als Gegenspieler auftreten. Viele Projekte der Vergangenheit haben gezeigt, dass das berufliche und das ausserberufliche Theater beidseitig profitieren kann, wenn es aufeinander zugeht und gemeinsame Produktionen wagt und vorantreibt. Nur so hat die Teilnahme an einem kulturellen Projekt auch eine breite Wirkung und bleibt nicht auf den Echoraum «Volkstheater» beschränkt.

Wir würden vermehrte Bemühungen und Projekte begrüssen, die digitale Plattformen schaffen, um einerseits unterschiedlichste Player der verschiedenen Volkskultursparten, andererseits innerhalb der Sparten berufliche und nichtberufliche Akteurinnen und Akteure besser zu vernetzen.

Freundliche Grüsse



Peter Keller
Zentralpräsident



Eva Rölli-Imgrüth
Geschäftsleiterin



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Eidgenössisches Departement des
Innern (EDI)
Herr Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Bern, 4. September 2019

**Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 – 2024 (Kulturbotschaft):
Eidgenössisches Departement des Innern (EDI); Stellungnahme der Stadt Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sie haben den Schweizerischen Städteverband eingeladen, sich zur Kulturbotschaft für die Jahre 2021 – 2024 zu äussern. Als dessen Mitglied schliesst sich der Gemeinderat der Stadt Bern in allen Punkten der gemeinsam von Schweizerischem Städteverband und Städtekonferenz Kultur verfassten Vernehmlassung an. Der Gemeinderat äussert sich im Folgenden lediglich zu Kapitel 4.1.2, Kulturabgeltung an die Stadt Bern und Kapitel 2.4.2.3., Netzwerke Dritter des Vernehmlassungsentwurfs sowie zum Thema audiovisuelles Kulturerbe, dem kein eigenes Kapitel gewidmet ist.

Kulturabgeltung an die Stadt Bern

Die Stadt Bern ist seit 1848 die Bundesstadt der Schweiz. Sie versteht sich als Politikzentrum des Landes, als Bühne für den politischen Diskurs und als Ort des Dialogs. Damit nimmt die Stadt Bern auch eine wichtige Funktion in der Förderung des nationalen Zusammenhalts ein.

Die Stadt Bern bietet der Politik, der Verwaltung und der internationalen Community vielfältige Unterstützung und Plattformen, damit das politische Leben reibungslos von statten gehen kann. Dazu gehören Netzwerkaktivitäten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung sowie Empfänge für das diplomatische Korps. Zum politischen und gesellschaftlichen Leben in der Stadt Bern gehört natürlich auch ein vielfältiges kulturelles Angebot. Das Kulturangebot soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann. Die Unterstützung des Bundes leistet dazu einen im Verhältnis kleinen, aber symbolisch äusserst wichtigen Beitrag. Der Bundesbeitrag an die speziellen kulturellen Aufwendungen ist die einzige

Abgeltung für die Aufgaben als Bundesstadt und als Standort internationaler Organisationen sowie diplomatischer Vertretungen, die der Stadt Bern zukommt.

Trotz des in der Kulturbotschaft geplanten Ausgabenwachstums von durchschnittlich 8,85 Millionen Franken pro Jahr wird die im internationalen Vergleich sehr bescheidene Kulturabgeltung an die Bundesstadt Bern gänzlich gestrichen. Zusätzlich ist die Streichung von Artikel 18 des Kulturförderungsgesetzes (KFG) vorgesehen, der einzigen Gesetzesgrundlage, die eine Abgeltung an die Bundesstadt vorsieht. Die Kulturabgeltung an die Stadt Bern sowie Artikel 18 KFG wurden in der Kulturbotschaft ohne jegliche Vorankündigung gestrichen. Es fanden im Vorfeld keinerlei Gespräche zwischen dem Bund und der Stadt Bern statt. Begründet wird die Streichung von Artikel 18 KFG mit der Bemerkung «Es ist fraglich, ob der Stadt Bern durch ihren Status als «Bundeshauptstadt» per Saldo überhaupt ein finanzieller Nachteil erwächst» (S.49). Dabei wird auf einen Bericht einer tripartiten Arbeitsgruppe vom August 2003 verwiesen. In diesem Bericht kommen die drei Partner Bund, Kanton und Stadt allerdings zu keinem gemeinsamen Schluss. Vielmehr werden darin die Differenzen in der Beurteilung zwischen Stadt und Kanton Bern einerseits, sowie Bund andererseits dargelegt. In diesem Punkt ist die Darstellung im Vernehmlassungsentwurf des Bundes deshalb sachlich nicht korrekt. Eine 2004 bei Ecoplan in Auftrag gegebene Studie kommt zudem zum Schluss, dass es aus ökonomischer Sicht keine «richtige» Abgeltung gebe, sondern es sei dies eine Verhandlungsfrage.

Der Bericht aus dem Jahr 2003 entstand im Zusammenhang mit einem Gesetzgebungsprojekt für ein «Bundesgesetz für die Bundesstadt Bern». Dieses Gesetzesprojekt wurde jedoch nicht weiterverfolgt. Stattdessen wurde Artikel 18 ins neue KFG aufgenommen. Das eidgenössische Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 ins KFG das klare Signal gesendet, dass eine Abgeltung an die Bundesstadt zu leisten sei. Folgerichtig hat es im Dezember 2017 dem Vorhaben, den Beitrag an die Stadt Bern zu kürzen und ab 2019 ganz zu streichen, eine Absage erteilt und die Abgeltung an die Stadt Bern wieder ins Budget aufgenommen. Über eine Verankerung der Abgeltung an die Stadt Bern in einem anderen gesetzlichen Rahmen darf diskutiert werden. Bis zu einer vom Parlament verabschiedeten gesetzlichen Alternative zu Artikel 18 KFG muss dieser allerdings zwingend bestehen bleiben.

Von der Streichung des Artikels 18 KFG ist deshalb abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten.

Netzwerke Dritter

Der Gemeinderat begrüsst die Unterstützung des Bundes für die Netzwerke Dritter. Alle im Kapitel genannten Institutionen/Netzwerke werden im Rahmen der allgemeinen Strategie (Digitalisierung, digitale Langzeitarchivierung) neue Aufgaben übernehmen und entwickeln müssen.

Der Bund plant, die beschränkten Mittel für die Unterstützung von Netzwerken Dritter umzuverteilen. Als Gründe dafür werden genannt, dass neue Netzwerke hinzukämen («Bibliosuisse») und andere, wie z. B. die Fotostiftung Winterthur, mehr Mittel bräuchten.

Die seit dem laufenden Jahr im Gang befindliche Neuausrichtung des Alpinen Museums der Schweiz als Netzwerk stützt sich auf entsprechende Zusagen für Bundesbeiträge. Die angekündigte Verschiebung der Mittel darf nicht zu Kürzungen beim Alpinen Museum führen. Mittelfristig ist ausserdem von einer Anhebung der vom Alpinen Museum benötigten Mittel auszugehen.

Die Stiftung SAPA, Schweizer Archiv der Darstellenden Künste mit Sitz in Bern und Geschäftsstellen in Bern, Zürich und Lausanne entstand aus einer vom Bundesamt für Kultur gewünschten Fusion der Schweizerischen Theatersammlung mit dem Schweizer Tanzarchiv. Die neue Institution ist auf eine Erhöhung der Bundesbeiträge angewiesen, um ihrer Aufgabe als Gedächtnisinstitution für die Darstellenden Künste gerecht werden zu können.

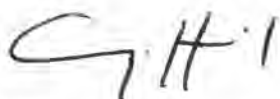
Der Bund muss genügend Mittel für das Alpine Museum der Schweiz und die Stiftung SAPA bereitstellen, damit deren Auftrag als Netzwerk gesichert werden kann. Die entsprechende Zusage ist in der Botschaft in geeigneter Form zu ergänzen.

Audiovisuelles Kulturerbe

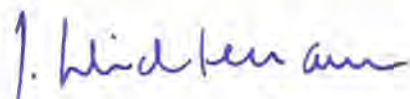
Dem Thema audiovisuelles Kulturerbe ist kein eigenes Kapitel gewidmet. Es ist auf verschiedene Kapitel aufgeteilt und betrifft sowohl die Netzwerke als auch die Cinéma-thèque suisse in Lausanne. Eine bessere konzeptuelle Klammer für diese Thematik würde einen Überblick über die Förderung des audiovisuellen Kulturerbes schaffen. Diese Aufgabe könnte der Verein Memoria.v übernehmen. In die Überlegungen müsste auch das Kino Lichtspiel/Kinemathek Bern einbezogen werden, das ergänzend zur Cinéma-thèque den Fokus besonders auf kleinere Filmproduktionen, Amateur- und Privatfilme sowie Filmtechnik richtet und so die Archivierung des audiovisuellen Erbes sinnvoll ausweitet.

Der Gemeinderat bedankt sich für die Berücksichtigung seiner Anträge.

Freundliche Grüsse



Alec von Graffenried
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber



Verband der Museen der Schweiz
Association des musées suisses
Associazione dei musei svizzeri



Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Herrn Alain Berset, Bundesrat, Vorsteher des EDI
Frau Isabelle Chassot, Direktorin des Bundesamtes
für Kultur BAK
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 12. September 2019

Stellungnahme des Verbands der Museen der Schweiz VMS und des Internationalen Museumsbunds ICOM Schweiz im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf einer Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot

Der Verband der Museen der Schweiz VMS/AMS sowie das Komitee des Internationalen Museumsrats ICOM Schweiz danken Ihnen für die Möglichkeit, sich zum Vernehmlassungsentwurf für eine Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) zu äussern.

Gerne möchten wir die Gelegenheit auch nutzen um uns für den regelmässigen und stets konstruktiven Dialog mit Ihnen, sehr geehrte Frau Direktorin Chassot, sowie mit Herrn Benno Widmer als dem Leiter Sektion Museen und Sammlungen und weiteren Experten des BAK auch ausserhalb formeller Verfahren zu bedanken. Diesen Austausch wissen unsere Verbände sehr zu schätzen.

An der aktuellen Vernehmlassung sind unsere Verbände sehr interessiert. Wir haben daher auch eine Mitgliederbefragung durchgeführt, um den Museen und Experten die Gelegenheit zu geben sich mit ihren Anliegen aktiv in den politischen Prozess einzubringen. Auf dem Jahreskongress der Museen vom 22./23. August 2019 haben wir die Vernehmlassung ebenfalls thematisiert und den Museen sowie den entsprechenden Regional-, Bereichs- und Fachverbänden und städtischen Koordinationsstellen eine Plattform zur Partizipation zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Mitglieder haben von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht. Deren Anliegen und Wünsche greifen wir mit unseren Ausführungen auf.

Die vorliegende Stellungnahme wurde an einem runden Tisch mit allen interessierten Mitgliedern diskutiert und an einer gemeinsamen Sitzung von den beiden Vorständen des ICOM und des VMS/AMS beschlossen.

Zum Entwurf: Generelle Äusserungen

ICOM Schweiz und VMS/AMS begrüßen die aktuelle Stossrichtung der Kulturbotschaft. Insbesondere die Absicht, die Kulturbotschaft 2021-2024 als Weiterentwicklung und Konsolidierung der Vorangehenden zu formulieren, ist für Kulturinstitutionen wie Museen sehr sinnvoll, da diese auf eine längerfristige Planungsgrundlage angewiesen sind. Für unsere Mitglieder von ausserordentlicher Bedeutung ist insbesondere, dass das BAK die Handlungsachsen Kulturelle Teilhabe (insbesondere die Stärkung der Kulturvermittlung 1.4.2.1), die Entwicklungen Gesellschaftlicher Zusammenhalt (hier vor allem die Gewährleistung der Museumsarbeit im Schweizerischen Nationalmuseum und den Kulturaustausch und die Verbreitung von künstlerischen Werken 1.4.2.3) sowie die Entwicklungen Kreation und Innovation (1.4.2.3) weiterhin als Leitlinien der Kulturförderung des Bundes definiert. Gerade im letztgenannten Bereich der innovativen und kreativen Tätigkeiten sehen wir für die Museen noch ein grosses Potential, das verstärkt ausgeschöpft werden sollte.

Explizit begrüßen wir, dass der Bund die Digitalisierung als Schwerpunkt seiner kulturpolitischen Tätigkeit hervorhebt. Die Digitalisierung in ihrer technischen Dimension, aber auch die zunehmende Digitalität, also die Vernetzung analogrealer Lebenswelten mit digitalvirtuellen Lebens- und Darstellungsformen, stellen für unsere Museen auf den unterschiedlichsten Ebenen eine ausserordentliche Herausforderung dar. Dies gilt nicht nur für die bundeseigenen, sondern für alle Museen und führt insbesondere zu zusätzlichen und aufwändigen Aufgaben zur Erhaltung des kulturellen Erbes. Das zeigen zahlreiche Rückmeldungen auf unsere Umfrage. Die Museen sind in diesem Bereich in besonderer Weise auf Unterstützung durch die Kulturförderung sowie durch unsere Verbände angewiesen.

Aus den uns zugegangenen Stellungnahmen entnehmen wir zudem ein allgemeines Anliegen: Vor allem kleinere Museen fühlen sich mit dem hohen Bürokratisierungsgrad und der umfangreichen Verschriftlichung von Genehmigungs- und Antragsprozessen überfordert. Besonders häufig wurde dieses Hemmnis von unseren Museen im Zusammenhang mit von der Verwaltung aufgestellten Richtlinien für die Förderung von Projekten geäußert. Wir regen daher in diesem Zusammenhang an, den zahlreichen Informationsangeboten auf der Webseite des Bundesamtes für Kultur durch eine bessere Nutzerfreundlichkeit und erhöhte Visibilität zu grösserer Wirksamkeit zu verhelfen.

Gerne möchten wir im Folgenden zu den einzelnen Abschnitten des Entwurfs wie folgt Stellung nehmen.

2.4.2: Tätigkeiten des Bundesamtes für Kultur im Bereich Museen und Sammlungen

Bemerkenswerterweise wurde bei fast allen der bei uns eingegangenen Rückmeldungen neben zahlreichen konkreten Einzelanliegen vorgebracht, dass die Museen – abgesehen von den wenigen, die direkt durch den Bund als Träger finanziert werden – und die Rolle, die sie in der Gesellschaft spielen, vom Bund noch nicht ausreichend gesehen und beachtet werden. Seien es örtliche Ausstellungs- und Kunsträume, wissenschaftlich geführte zoologische Gärten, Technikmuseen, Natur- oder kulturgeschichtliche Museen: Die ausserordentliche Vielfalt der Schweizer Museumslandschaft und die alltägliche Arbeit der Institutionen vor Ort, aber auch ihr Engagement auf nationaler und internationaler Ebene durch den Austausch mit auswärtigen Institutionen spiegeln sich im Entwurf für eine neue Kulturbotschaft noch nicht ausreichend wieder.

Die vielen Museumsexpertinnen und Museumsexperten und Mitarbeitenden bleiben dort bisher unsichtbar. Dies gilt nicht nur für die hauptberuflich Tätigen. Gerade kleinere und kleinste Museen könnten ohne das herausragende ehrenamtliche Engagement von Freiwilligen ihren Dienst an der Gemeinschaft nicht erbringen. Sie alle verdienen nach unserer Überzeugung die Beachtung der Politik.

Gerade die Museen nehmen durch ihre ganz konkrete Tätigkeit und ihre alltäglichen Begegnungen mit einzelnen Besucherinnen und Besuchern, mit betagten Personen, Kindern und ganzen Schulklassen, als Erlebnis-, Integrations-, Inklusions- und Reflexionsorte eine zentral wichtige Aufgabe in der Umsetzung der vom Bund vorgegebenen Handlungsachsen wahr. Museen setzen sich aktiv mit dem gesellschaftlichen Wandel auseinander und dienen damit als öffentliche Diskussionsräume.

Mit niederschweligen Angeboten vor Ort sowie mit ihrer digitalen Präsenz auf Webseiten und verstärkt auch in den Sozialen Medien richten sich unsere Schweizer Museen an alle interessierten Mitglieder unserer Gesellschaft. Damit leisten die Museen insbesondere für die Kulturelle Teilhabe und für den Gesellschaftlichen Zusammenhalt einen ausserordentlich wertvollen Beitrag.

VMS/AMS und ICOM Schweiz sind der Ansicht, dass die wichtige Rolle und die Bedeutung der Museen insbesondere in den Bereichen Kulturelle Teilhabe und Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vorliegenden Entwurf der Kulturbotschaft mehr Beachtung finden müssen. Gerade die Vielfältigkeit der Museumslandschaft in der Schweiz, sowohl was die Themen, als auch die Form der Museen betrifft, birgt für diese Bereiche ein enormes Potential, das in den Augen unserer Verbände allerdings noch bei Weitem nicht ausgeschöpft ist.

Auch das in unseren Museen ausserordentlich hohe Bildungspotential darf der Schweizer Gesellschaft nicht verloren gehen und muss noch mehr gehoben werden. Museen könnten auch insbesondere bei durch den Bund vermehrt geförderten Austauschprogrammen von Schülerinnen und Schülern zur Intensivierung der interregionalen Solidarität eine wichtige Rolle übernehmen.

Die Museen leisten zudem einen wesentlichen Teil der Erhaltung und Erforschung unseres gemeinsamen kulturellen Erbes, sowohl des materiellen wie des immateriellen. Sie digitalisieren, modernisieren und pflegen ihre Sammlungen. Mit ihrer engagierten Vermittlungsarbeit erschliessen und veranschaulichen sie die ihnen anvertrauten Kulturgüter. Besonders hervorzuheben ist, dass die Museen damit eine wichtige Rolle bei der Inwertsetzung (Valorisation) dieses kulturellen Erbes spielen. Sie sind erstrangige touristische Attraktionen mit wesentlicher wirtschaftlicher Ausstrahlung als Arbeitgeber sowie auf lokale Ökonomien. Nicht zuletzt sind unsere Museen ein Ausweis der Schweiz als Kulturland und dienen als internationale Begegnungsstätten.

Dass die Kulturhoheit den Kantonen obliegt, dass die Eidgenossenschaft diese Kulturhoheit zu respektieren hat und sich daher nur begrenzt kulturpolitisch engagieren kann, ist VMS/AMS und ICOM umfänglich bewusst. Die Kulturbotschaft bestimmt in diesem Bereich die Handlungsachsen des Bundes für die Ausgabe von Steuergeldern. Und doch hat sich die Kulturbotschaft nach unserer Beobachtung als richtungsweisendes Dokument für die Kulturpolitik unseres ganzen Landes erwiesen. Was der Bund dort als wichtigen kulturpolitischen Belang definiert, hat Signalwirkung für zahlreiche politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und ist wichtige Referenz auch für Kantone, Städte und Gemeinden.

Daher wirkt unmittelbar politisch auch dasjenige, was in der Kulturbotschaft nicht erwähnt ist. Was dem Bund keine Überlegungen wert ist, kann auf kantonaler Ebene und bei Städten und Gemeinden als vernachlässigbar gedeutet werden. Ein solches Auslassen, ein „von der Agenda nehmen“ seitens der Eidgenossenschaft hat daher direkte Auswirkungen auf politische und letztlich fiskalische Entscheidungen für unsere Museen.

Private wie auch Museen der öffentlichen Hand stehen häufig finanziell enorm unter Druck und müssen ihre Finanzierung durch private Geldgeber sowie auf kantonaler, städtischer und Gemeindeebene sicherstellen. Die bedeutende Umwegrentabilität unserer Museen, die für eine hohe Refinanzierung der investierten öffentlichen Gelder sorgt, darf aber nicht vergessen und muss hervorgehoben werden. Auch wenn die Trägerschaften unserer Museen vielfältig sind, sind sie sehr wohl auf eine aktive und entschiedene Unterstützung des Bundesamts für Kultur angewiesen. Die Bundespolitik und schlussendlich der Gesetzgeber sollte daher in der Kulturbotschaft explizit auf die Rolle und Bedeutung der Museen für die Schweizer Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft hinweisen. Eine solche Handreichung ist für unsere Mitglieder daher von zentralem Wert.

Unser Anliegen:

Die wichtige Aufgabe der Museen und Ausstellungsräume als Bindeglied zwischen Vergangenheit und Gegenwart, als Bewahrer von Kultur(gut) und Traditionen, als Räume für zukunftsgerichtete gesellschaftliche Diskurse, als integrative, lebendige und moderne Bildungsinstitutionen mit internationaler Ausstrahlung und nicht zuletzt als Wirtschaftsfaktor sollte in der Kulturbotschaft unbedingt prominent formuliert werden. Ihre Mitarbeitenden sollten sichtbar werden.

1.4.2.1 Entwicklungen „Kulturelle Teilhabe“

Die Beschränkung der Tätigkeit des Bundes auf die Bereiche Musik, Tanz und Theater ist unseres Erachtens zu eng und sollte erweitert werden. Gerade Museen haben die Pflicht, mit geeigneter Themenwahl und dem passenden Vermittlungsangebot zum gesellschaftlichen Zusammenhalt (Integration und Inklusion) beizutragen und leisten hier Bedeutendes.

VMS/AMS und ICOM erkennen insbesondere in der Vermittlung visueller Kompetenz gerade an jüngere Mitglieder unserer Gesellschaft ein wichtiges Desiderat. Kommunikation findet im heutigen digitalen Zeitalter vor allem visuell statt. Insbesondere jüngere Altersgruppen kommunizieren durch die Übermittlung von mit dem Smartphone fotografierten oder von anderer Seite aufgenommenen und weiterverbreiteten Bildern, die nur mit Icons oder einem kurzen Kommentar versehen werden. Zwar wird in der Schule im Fach „Medienkompetenz“ die dafür erforderliche technische Kompetenz vermittelt, jedoch nicht die entsprechende Fähigkeit auf der Empfängerseite, d.h. die Möglichkeit der Adressaten, die Flut der an sie gerichteten Bilder bzw. die darin enthaltenen Botschaften und Bedeutungsebenen zu entschlüsseln und zu verstehen. Damit verlieren jedoch Bilder ihre Nützlichkeit als Informationsträger und werden im Wortsinn „bedeutungslos“.

Digitale Abbildungen können die Betrachtung des Originals und die Auseinandersetzung mit ihm allerdings nicht ersetzen. Museen könnten hier – über die Unterrichtspläne der Bildungsinstitutionen hinaus – als wichtige Vermittler dieser Bildkompetenz fungieren und in die „visuelle Quellenkritik“ einführen. Sie haben diesbezüglich unseres Erachtens einen gesamtgesellschaftlichen Bildungsauftrag.

Unser Anliegen:

VMS/AMS und ICOM fordern neben dem Ausbau der Musikförderung und der digitalen Kompetenz im Bereich kultureller Teilhabe die visuelle Kompetenz als grundlegenden Teil des Bildungsangebots zu thematisieren und die Vermittlung dieser Kompetenz durch die Museen angemessen zu fördern.

2.1.2 Künstlerisches Schaffen sowie 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Es wird sehr begrüsst, dass an die Vermittlung von zeitgenössischer Kunst auf der Ebene der Kunstkritik gedacht wurde und dafür neue, insbesondere digitale Plattformen zur kritischen Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Kunst ermöglicht werden sollen.

Ebenfalls begrüssenswert ist der Plan, kuratorische Arbeit und Recherchen gezielt zu fördern. Beide Aspekte stellen wichtige Schritte dar, eine öffentliche Debatte über zeitgenössische Kunst anzuregen.

2.3.1 Visuell nste

VMS/AMS und ICOM wünschen sich eine verstärkte Vernetzung der Arbeit der ProHelvetia mit den Aufgaben der Museen.

So begrüssen wir beispielsweise grundsätzlich, dass die prekäre Situation von Künstlerinnen und Künstlern wahrgenommen wird und deshalb die Forderung nach einem Honorar für die Kunstschaffenden laut wird. Zu beachten ist aber, dass die Museen und Ausstellungshäuser nicht automatisch über ein Budget verfügen, welches Honorare für Kunstschaffende ermöglichen würde. Wir wünschen uns daher eine aktive Beteiligung unserer Verbände und der Kunstmuseen bzw. der sie vertretenden Vereinigung der Schweizer Kunstmuseen (VSK) bei der Erarbeitung von Richtlinien für Kunstschaffende sowie der geplanten „Anreizsysteme und Empfehlungen für Veranstalter oder Institutionen“ durch die Pro Helvetia und das BAK. Wir regen darüber hinaus an bei dem Prozess der Findung solcher Regelwerke auch die Träger von Kunsthallen, die über keine eigene Sammlung verfügen, oder von Off-Spaces zu hören.

Unser Anliegen:

Der Austausch mit den Museen als zentral wichtige Kulturträger sollte aus unserer Sicht gezielt als Auftrag an die Pro Helvetia formuliert werden.

Bei der Ausarbeitung der in der Botschaft geforderten Richtlinien für Ausstellungshonorare für Kunstschaffende sind die Verbände und besonders betroffene Museen unbedingt frühzeitig einzubeziehen.

2.4.2.1 Betrieb von Museen und Sammlungen

Allen Museen sollte aus unserer Sicht der Zugang zu und der Austausch mit den musealen Einrichtungen des Bundes (insbesondere das Schweizerische Nationalmuseum und die Kunstsammlung des Bundes) erleichtert werden, etwa der Zugang zu Leihgaben, die Kommunikation zwischen Expertinnen und Experten im Hinblick auf das sog. Handling von Museumsobjekten, Vermittlungsangeboten etc.

Mit diesen Massnahmen könnte die Zusammenarbeit gefördert und insbesondere kleineren Häusern die Möglichkeit gegeben werden, qualitativ hochwertige "Teil-"Ausstellungen zu übernehmen. Dies würde die Attraktivität dieser Häuser erhöhen und damit auch der regionalen Einbettung der Sammlungen langfristig zugutekommen.

Unser Anliegen:

Die Kooperation mit den Institutionen des Bundes insbesondere mit kleinen Museen sollte gefördert werden.

2.4.2.2. Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter

Betriebsbeiträge

VMS/AMS und ICOM begrüssen es und sehen es als essentiell an, dass der Bund neben den Versicherungsbeiträgen und den Projektbeiträgen weiterhin auf der aktuellen Grundlage Betriebsbeiträge an Museen Dritter ausrichtet. Grosse Institutionen und Sammlungen von wesentlicher Bedeutung für das gesamtschweizerische Kulturerbe wie etwa das Freilichtmuseum Ballenberg und das Verkehrshaus der Schweiz sollte der Bund unbedingt weiter fördern und hier unseres Erachtens einen Zusatzeffort leisten.

Gerade für die Finanzierung von Fixkosten ist es im Vergleich zur Unterstützung konkreter Projekte schwieriger andere Finanzierungsquellen zu finden. Andererseits hat sich gezeigt, dass Betriebsbeiträge des Bundes den geförderten Museen vereinfachen an weitere Unterstützungsgelder von dritter Seite zu gelangen.

Da Museen generell auf eine längerfristige Planungssicherheit angewiesen sind, sprechen wir uns dafür aus, die Betriebsbeiträge nicht nur für einen Förderzeitraum von vier, sondern für acht Jahre zu gewähren. Auch sollten aus unserer Sicht die Voraussetzungen für das Sprechen dieser Beiträge präzise gefasst werden. Diese Fördergelder dürfen in erster Linie nicht dem Ausbau der jeweiligen Museumsverwaltung, sondern müssen insbesondere der Sicherung der vorhandenen Sammlung dienen.

Unser Anliegen:

Der Bund sollte seine Unterstützung für Museen und Sammlungen von wesentlicher Bedeutung für das gesamtschweizerische Kulturerbe unbedingt ausbauen. Längerfristig sollte eine Verlängerung der jeweiligen Förderperiode für die Betriebsbeiträge geprüft werden.

Ausstellungsversicherung

Unsere Verbände begrüssen ausdrücklich die Unterstützung der Museen im Bereich der Ausstellungsversicherung. Allerdings sind die Aufwendungen der Museen für Ausstellungsversicherungen in den letzten Jahren markant gestiegen. Da sich die Versicherungsprämien nach den Werten von Leihgaben auf dem (Kunst)Markt richten, diese aber durch einen boomenden Kunstmarkt in die Höhe getrieben wurden, müssen Museen einen immer höheren Anteil ihres Ausstellungsbudgets für Ausstellungsversicherungen aufwenden. Andererseits erwarten die Besucher von den Museen spektakuläre Sonderausstellungen, deren Bestückung durch die Transport- und Versicherungskosten sehr kostspielig ist.

Vor diesem Hintergrund erachten wir die Förderung durch den Bund im Bereich der Ausstellungsversicherung als viel zu niedrig an und ersuchen eindringlich um Erhöhung des entsprechenden Betrags. Auch sollte aus unserer Sicht insbesondere auf die Planungssicherheit und den Zeitpunkt der Entscheidungsfindung ein noch grösseres Augenmerk gerichtet werden, da bei einer kurzfristigen Kürzung von Beiträgen bei erhöhter Zahl der Antragstellerinnen und Antragsteller die Ausstellungsfinanzierung im Einzelfall kurzfristig gefährdet sein kann.

Auch ist zu überlegen, ob der Bund gegenüber der Versicherungsbranche neue Wege beschreiten könnte. Wir regen beispielsweise an zu prüfen, ob die Versicherungen nicht stärker auf den Gemeinwohlgedanken verpflichtet und eine gesetzliche Deckelung von Versicherungsprämien für den Leihverkehr der Museen angedacht werden könnte.

Unser Anliegen:

VMS/AMS und ICOM bitten um Weiterführung und markante Erhöhung der Beiträge zu den Ausstellungsversicherungen und streben eine erhöhte Planungssicherheit für die Museen an. Gegenüber der Versicherungsbranche sollten neue Vertragsmodelle geprüft werden.

Projektbeiträge

Ausserordentlich begrüssenswert ist aus unserer Sicht die Unterstützung der Museen mit Projektbeiträgen. Wie die Rückmeldungen mehrerer Museen ergeben haben, schätzen diese die Finanzierungsbeiträge des Bundes für die Provenienzforschung weit über die rein monetäre Wirkung hinaus, haben sie doch bei Verantwortlichen von Museen und Kantonen, aber auch bei privaten Geldgebern ein Umdenken mitbewirkt. Zudem hat die Etablierung einer schweizerischen Arbeitsgruppe für Provenienzforschung, an der alle grossen Schweizer Museen und einige weitere beteiligt sind, wesentlich auf den BAK-Projekten aufbauen können. Sie ist ein Symbol der intensivierten Forschung in der Schweiz. Jedes durch das BAK unterstützte Projekt hat bewirkt, dass sich die Fachkompetenz der Schweizer Provenienzforscherinnen und -forscher substantiell verbessert hat. Dank den Projektbeiträgen konnte sich ausserdem ein Pool an kompetenten Forscherinnen und Forschern entwickeln, auf dem sich nun aufbauen lässt. Die Voraussetzungen für eine stärker vernetzte, landesweite Forschung sind massiv verbessert worden. Auch wird die bereits erfolgte Öffnung der Ausschreibung hin zu Projektbeiträgen an Recherchen zu Kulturgütern aus dem kolonialen Kontext und zu archäologischen Kulturgütern sehr begrüsst.

Der Bedarf an Projekten und finanzieller Unterstützung bleibt aus unserer Sicht und der Sicht der betroffenen Museen jedoch gross.

Unser Anliegen:

VMS/AMS sowie ICOM sprechen sich dafür aus, die Projektunterstützung im Bereich der Provenienzforschung für die erste Hälfte der nächsten Förderperiode, also für die Jahre 2021-2022, fortzuführen und auszubauen.

Darüber hinaus sehen wir jedoch auch für den bereits erwähnten Bereich Digitalisierung eine herausragende Bedeutung. Der digitale Wandel in den Schweizer Museen findet im internationalen Vergleich deutlich verzögert und zögerlich statt. Das Thema Digitalisierung bietet sich daher als zweites Thema zur Ausschreibung von Projektbeiträgen an, denn die Digitalisierung hat grosse Kostenfolgen für die Museen (digitale Erfassung aller Objekte, Web Technologien, Wandel des Konsumverhaltens etc.).

Die Rückmeldungen unserer Museen bestätigen uns, dass sich insbesondere zwischen grossen, international bereits sehr gut aufgestellten Museen und kleineren Institutionen eine „digitale Kluft“ öffnet. Eine Verringerung derselben würde auch zu einem Transfer von Wissen über unser Kulturerbe und zu einer verstärkten Öffnung unserer Gesellschaft führen. Eine entsprechende Ergänzung im Text wie auch eine Stärkung des Bereichs durch Projektbeiträge für Museen seitens des Bundes wären daher aus unserer Sicht begrüssenswert und zukunftsweisend. Zusätzliche Anstrengungen sollten in diesem Zusammenhang auch unternommen werden, um die Digitalisierung von Archiven und Beständen oder die Sicherung von Sammlungen zu harmonisieren.

Der VMS/AMS möchte hierzu ein Projekt zur Digitalisierung entwickeln, das künftig unsere Mitglieder unterstützen soll.

Unser Anliegen:

VMS/AMS sowie ICOM sprechen sich dafür aus, die Projektunterstützung im Bereich der Provenienzforschung für die zweite Hälfte der nächsten Förderperiode, also für die Jahre 2023-2024, auszubauen und der Digitalisierung zu widmen. Der VMS/AMS bietet sich hierfür als Kooperationspartner an.

2.4.2.3. Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Der VMS/AMS erbringt mit kleinstem Personalschlüssel wichtige Services an über 770 Museen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Schweizer Museumslandschaft in ihrer eingangs dargelegten Vielfalt, Tiefe, Internationalität und ihrem lokalen und nationalen Bezug zu stärken und zu koordinieren. So unterstützen wir unsere Mitgliedermuseen mit der Publikation von Standards, die den Museen eine praxisnahe Anleitung für viele alltägliche Fragen des Museumsalltags bieten. Auch in Kooperation mit der Partnerorganisation ICOM Schweiz veranstalten wir Kurse und nationale wie internationale Tagungen, die bei den Museumsexpertinnen und -experten auf grösstes Interesse stossen und als wichtige Informations- und Begegnungsplattform dienen. Über unseren Verband bieten wir Beratungen an und vernetzen die Mitglieder mit Expertinnen und Experten aus ihrem Bereich. Wir informieren Museen über politische Entwicklungen, die sie betreffen, und bringen die Position der Museen aktiv in aktuelle Gesetzgebungsverfahren ein. So beteiligen wir uns intensiv am politischen Diskurs.

Diese Dienstleistungen kommen insbesondere auch kleinen und kleinsten Museen zugute, bei denen tendenziell ein höheres Professionalisierungspotential sowie ein grösserer Beratungsbedarf festzustellen ist. Indem der Bund unser Netzwerk unterstützt, wird ein hoher Wissenstransfer gesichert und damit eine bemerkenswerte Breitenwirkung erzielt. Damit investiert der Bund nachhaltig in die Zukunft unserer äusserst diversifizierten Museumslandschaft.

Um diese erfolgreiche Arbeit für die Museen der Schweiz fortzusetzen und deren Qualität zu gewährleisten, sind wir auf die finanzielle Unterstützung von aussen wesentlich angewiesen. Der VMS/AMS benötigt dringend die Förderung seitens des BAK. Wir schätzen es daher ausserordentlich, dass der VMS/AMS bei dieser grundlegenden Arbeit für unsere Mitglieder in den vergangenen Jahren durch das BAK unterstützt wurde und so seine Dienstleistungen für seine Mitgliedermuseen ausbauen konnte, ohne die Museen mit ihrer oft prekären wirtschaftlichen Situation finanziell weiter zu belasten. Aus unserer Sicht müssten diese Finanzierungshilfen für unseren Verband weiterhin gewährt und ausgebaut werden. Davon könnten insbesondere Museen, die im Wesentlichen durch Freiwilligenarbeit betrieben werden, profitieren - zu denken wäre hier etwa an eine Reduktion oder einen Erlass von Kursgebühren.

Insgesamt ist es sehr zu begrüßen, dass der Bund die Netzwerke in der kommenden Förderperiode auch weiterhin fördern will. Für besonders wichtig erachten wir dies nicht nur für den VMS/AMS, sondern auch für unsere Partnerorganisation Stiftung Schweizer Museumspass. Der Pass öffnet für Inhaberinnen und Inhaber zu einem sehr moderaten Preis den Zugang zu über 500 Schweizer Museen. Damit trägt der Museumspass wesentlich dazu bei die Schweizer Museen für ein möglichst breites Publikum zu erschliessen und eine kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Besonders am Herzen liegt unseren Verbänden auch die Stiftung Memoriav. Diese setzt sich für die Erhaltung, Valorisierung und die breite Nutzung des audiovisuellen Kulturgutes in der Schweiz ein und hat diesbezüglich eine Kompetenz aufgebaut, aus der sich wichtige Synergien mit unseren Museen und für unser Kulturerbe ergeben.

Die in der Kulturbotschaft angekündigte Umverteilung von Mitteln und die Neuaufnahme von Geförderten bedeutet für den VMS/AMS, für die Stiftung Schweizer Museumspass und für Memoriav allerdings automatisch eine Mittelkürzung. Wir ersuchen den Bund darum dringend von einer solchen Kürzung abzusehen und die Finanzierung in bisheriger Höhe weiterzuführen. Ohne diese sind Hilfestellungen für unsere Museen in der erforderlichen Breite und Qualität, die weitere Förderung des Museumszugangs für Bildungsinteressierte durch den Museumspass und die Erhaltung des visuellen und audiovisuellen Kulturguts in bislang möglichem und erforderlichen Umfang nicht mehr möglich.

Unser Anliegen:

VMS/AMS, der Schweizer Museumspass sowie Memoriav erbringen für die Schweizer Museumslandschaft wesentliche Dienstleistungen. Es würde dementsprechend begrüsst, wenn die Mittel nicht nur im bisher bestehenden Umfang sichergestellt, sondern vielmehr erhöht werden, damit diese Netzwerke die ihnen zuerkannten Aufgaben erfüllen können.

Sollten künftig mehr Netzwerke gefördert werden als in der laufenden Förderperiode 2016-2020, sollten unseres Erachtens die Unterstützungsbeiträge erhöht und nicht umverteilt werden.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat Berset, sowie Ihnen, sehr geehrte Frau Direktorin Chassot, für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit für unsere Anliegen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Isabelle Raboud-Schüle
Präsidentin Verband der Museen der Schweiz VMS



Tobia Bezzola
Präsident ICOM Schweiz



Catherine Schott
Geschäftsführerin Verband der Museen der Schweiz VMS sowie ICOM Schweiz



Biel/Bienne, le 12 septembre 2019

Office fédéral de la culture

Par courriel :

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

**Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024 (message culture) :
prise de position du Forum du bilinguisme**

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir consulté notre fondation dans le cadre du Message culture 2021-2024 et nous réjouissons de vous transmettre la prise de position suivante :

Participation culturelle

La participation culturelle est primordiale pour faire vivre l'expression culturelle de la Suisse et sa diversité. Nous saluons le fait que celle-ci soit toujours considérée comme un axe principal.

Cohésion sociale

La compréhension entre communautés linguistiques est l'un des fondements de la cohésion sociale. Dans ce cadre, nous saluons évidemment l'intensification prévue des activités d'échange, mais appelons de nos vœux la **diversification des moyens et des publics-cibles**. Il s'agit en effet de passer du plurilinguisme officiel au plurilinguisme vécu. Pour ce faire, les échanges seuls sont perçus comme positifs mais insuffisants. Nous souhaitons que le travail de sensibilisation au sens large, effectué par des organisations comme la nôtre, soit davantage reconnu et soutenu.

7, Place Robert-Walser / Robert-Walser Platz 7, CP/PF 439, 2501 Biel/Bienne T 032 323 2280
forum@bilinguisme.ch forum@zweisprachigkeit.ch www.bilinguisme.ch www.zweisprachigkeit.ch

Par ailleurs, nous proposons que tous les départements fédéraux considèrent le plurilinguisme comme une priorité car agissant comme liant social et que ce ne soit pas uniquement le fait de l'Office de la culture.

Création et innovation

La numérisation est une thématique centrale, qui touche également celle des langues. Nous recommandons vivement le fait qu'un projet soit conçu de manière inclusive, également au niveau des langues. Expériences faites sur les frontières linguistiques, le fait de penser un projet de manière plurilingue permet de renforcer la richesse créative et le génie helvétique.

Echanges linguistiques en Suisse

Le Forum du bilinguisme salue la volonté d'accroître les échanges linguistiques. Il serait souhaitable de disposer de statistiques précises tant sur le plan national que cantonal. En effet, tous les cantons suisses ne disposent pas encore d'un bureau d'échanges. Or, une politique d'encouragement nationale liée à des statistiques fiables encourageront assurément chaque canton à disposer d'un tel bureau. Nous appelons en outre de nos vœux l'encouragement d'échanges linguistiques à tous les niveaux de l'enseignement : primaire, secondaires 1 et 2 et tertiaire.

L'échange scolaire ne pourra cependant pas assurer à lui seul une meilleure compréhension culturelle et linguistique en Suisse. Comme relevé plus haut, des mesures de sensibilisation doivent être proposées aux différents segments de la population. Le Tandem linguistique (et la plateforme électronique des Tandems) proposé par notre fondation pourrait clairement en faire partie.

De la même manière, il est important que les milieux professionnels soient sensibilisés à l'importance des langues comme instrument de cohésion sociale et comme facteur de développement économique : une fois encore, une politique d'encouragement nationale serait hautement souhaitable afin que les langues suisses retrouvent systématiquement une place dans les cursus des écoles du secondaire 2.

Soutien aux organisations de la compréhension

Le Forum du bilinguisme ne cache pas son inquiétude de constater que les nouveaux critères de soutien aux organisations de la compréhension ne sont pas encore définis. Notre fondation souhaiterait pouvoir être consultée pour la formulation de ces critères. Comme évoqué précédemment, les outils développés par notre fondation nous semblent importants en matière de cohésion sociale et nous souhaiterions que ces instruments de sensibilisation et de promotion (Tandems linguistiques, Labels du bi- et plurilinguisme) puissent être valorisés par le prochain Message culture.

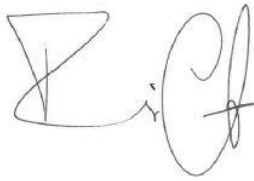
Création culturelle

Le Forum du bilinguisme souhaite que le Message culture insiste sur l'importance que tout organisme culturel d'importance nationale (par ex. musées, théâtre, etc.) et toute production soutenus par la Confédération (par ex. cinéma) veille à une accessibilité dans les langues officielles. Il serait envisageable de fixer des objectifs de type linguistique dans le cadre des contrats de prestations.

Soutien aux cantons plurilingues

L'enjeu du plurilinguisme est important en Suisse. Il l'est peut-être plus encore pour les cantons plurilingues. Les moyens alloués aux cantons plurilingues ont fortement diminué ces dernières années, ce qui est en contradiction avec une politique de cohésion nationale. Considérant ceci, nous invitons la Confédération à réévaluer sa subvention pour la prochaine période d'encouragement afin que les bonnes pratiques puissent être développées dans ces cantons directement concernés.

Nous vous souhaitons bonne réception de la présente prise de position et vous adressons, Madame, Monsieur, nos plus cordiales salutations.



René Graf, président



Virginie Borel, directrice

Per Email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Ossingen, 12. September 2019

Stellungnahme Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Die Kulturbotschaft enthält nicht akzeptierbare Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in unsere verfassungsmässigen Rechte als Anbieter einer Video-on-Demand-Plattform eingreifen. Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit fristgerecht wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch darüber begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist eine schädliche und unüberlegte Reaktion auf diese Digitalisierungseffekte. Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an die Fernmeldedienstanbieterinnen (FDA). Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Um dieser Position ausreichend Gewicht zu geben, werden wir eine Kopie der vorliegenden Stellungnahme den entsprechenden Stakeholdern (Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.) zur Information zukommen lassen und unsere Unterstützung für ein fakultatives

Referendum gegen die geplanten Neuerungen im Filmgesetz anbieten, sollte das Vorhaben nicht fallen gelassen werden.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Wir betreiben ein Kommunikationsnetz und stellen unserer Kundschaft auch eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, VoD), folglich wir den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst anbieten, dessen Umsatz zukünftig mit 4% spezial-besteuert werden sollte.

Namentlich die Rechtebeschaffung ist eine sehr aufwendige Angelegenheit, weshalb wir das Content-Repertoire der Videothek durch einen Dritten organisieren und bereitstellen lassen. Für die Vermittlungstätigkeit erhalten wir eine Entschädigung in der Form einer Kommission, ungeachtet der Tatsache, dass wir gegenüber den Endkunden in eigenem Namen handeln, und es für die Konsumentinnen und Konsumenten deshalb nicht offensichtlich ist, dass sie das Angebot eines Drittanbieters nutzen.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+), etc. ist gross und wir betreiben diesen Dienst in erster Linie um unserer Kundschaft ein möglichst umfassendes Packet an Audiovisionsdiensten (linear und nicht-linear) im Rahmen unserer Telekom-Bündelangeboten (Triple- oder Quadruple-Play) bieten zu können. Es ist deshalb schon vom Ansatz her falsch, davon auszugehen, mit elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten liessen sich grosse direkte Umsätze generieren, entsprechend eine Besteuerung einfach beim Umsatz anzuhängen wäre. Die geplanten Abgaben stellen für uns Betreiber reine Betriebskosten dar, welche die Attraktivität zur Bereitstellung von solchen inländischen Videotheken stark mindern wird.

Betreffend Rentabilität des Vod-Angebotes ist vorab auch daran zu erinnern, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechtsgesetzes für VoD-Anbieter bereits zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgaben beschlossen hat, was weiter zur Verminderung der Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Video-Abrufdiensten beitragen wird¹. Es ist deshalb grundsätzlich erstaunlich, dass jetzt über die Revision des Filmgesetzes noch mehr Abgaben in Betracht gezogen werden, die am Ende entweder das inländische Angebot verhindern und/oder von den Schweizer Konsumenten getragen werden müssen.

2. Warum ist die geplante Revision des Filmgesetzes abzulehnen?

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend E-FiG) vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, zum einen eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend europäische Pflichtquote) im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und zum anderen 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen. Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der FiG-Entwurf Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

¹ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision des Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzvereinbarung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>)

a. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht². Es wird vertuscht, dass die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen im E-FiG verfassungswidrig sind!

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass der Bund Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Demgemäss weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt auch keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die Förderung des Schweizer Filmschaffens muss bei einer der Verfassung entsprechenden Rechts(um)setzung immer Aufgabe des Bundes bleiben, denn die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen, namentlich durch die vom Bundesrat geplante Einführung einer Förderabgabe, welche dem Schweizer Filmschaffen zugutekommen soll.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll. Im Erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio und TV-Gesetzgebung mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen.³ Hier besteht aber demgegenüber mit BV Art. 93 eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und –Finanzierungsmodellen. Der Vergleich ist haarsträubend und kann sicher nicht als Begründung dienen, in derart heftiger Weise in verfassungsmässig geschützte Rechte von Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste einzugreifen⁴. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste zu vergleichen: Die Fernsehveranstalter stehen viel näher zur Schweizer Filmproduktion, sie produzieren regelmässig selber Audiovisionsinhalte. Demgegenüber produzieren VoD-Anbieter normalerweise keine Inhalte, sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

Wie einführend dargelegt, stellt für uns als Kommunikationsunternehmen das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, unser Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Wir erbringen damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Damit leisten wir bereits indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Wir verbinden nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte- und

² Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

⁴ Sinngemäss gleicher Auffassung ist die EMEK, vgl. Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien vom 11.10.2018, zu Art. 12 BGeM

Diensteangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges (welcher nicht zu verwechseln ist mit dem via Fernmeldegesetzgebung garantierten Zugangsdienst zum Internet⁵). Es ist auch deshalb nicht richtig, uns nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe dann auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwältzt wird.

Vor allem jüngere Generationen, welche immer mehr nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden durch die neue Abgabe übermässig belastet. Diese Bevölkerungsgruppe bezahlt nun schon eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen (ehemals Billag-Gebühr), ohne eventuell jemals die damit (mit)finanzierten Rundfunkprogramme zu nutzen und sie werden schliesslich auch für die von beiden Parlamentskammern im Rahmen der laufenden Urheberrechtsrevision beschlossenen zusätzlichen Urheberrechtsabgaben auf VoD (vgl. oben) aufzukommen haben. Deren Medienbudget darf nicht unbeschränkt durch Abgaben für den Service Public, zusätzliche Abgaben für Filmurheber und Ausübende des Films und nun auch noch durch neue Abgaben ganz allgemein für das Schweizer Filmschaffen ausgehöhlt werden. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dieser offenbar unersättlichen Forderungs- und Subventionsmentalität einen Riegel zu schieben. Wir werden nicht zögern, die Konsumentenschutzverbände auf diese nicht endende Kette von Forderungen im Zusammenhang mit Kulturförderungen aufmerksam zu machen.

b. Mangelnde Wirksamkeit

Auch die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können – weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.⁶ Es ist erstaunlich, dass der Bundesrat (und insbesondere die entsprechende Departementsvorsteherin) diese Position eines für die von ihm beschworene Digitalisierung wichtigen Bundesamtes nicht kennt (oder schon wieder vergessen hat).

Schliesslich ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz zu bestücken. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten „Long Tail“ wieder

⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 1 lit. d FDV

⁶ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

vernichtet. Es ist überaus bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es allein um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

c. Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix⁷, de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Fall von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hier strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerblich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Und da hilft es wenig, wenn hinsichtlich Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter, welcher allenfalls dann mal in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁸, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmeldepflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förderabgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁹, Verfügungen der Behörden werden

⁷ Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

⁸ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

⁹ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

im Ausland jedoch nicht dursetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (dem allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend¹⁰) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem Erläuternden Bericht¹¹ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Solche Bestimmungen zeigen einzig, dass sich der Bundesrat selbst nicht geheuer ist und bereitet mit diesen sein Argument vor, man müsse dann im Einzelfall auf Verordnungsstufe wieder Gegensteuer geben, wenn dem Parlament wenig durchdachte und verfassungswidrige Gesetze vorgelegt werden. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschont.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend finden Sie unsere Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen für den Fall, dass am Revisionsprojekt in dieser Form festgehalten werden sollte. Hier gehen wir insbesondere auf die vorgesehenen Ausnahmeregelungen zur europäischen Pflichtquote sowie auf die Förder- bzw. Ersatzabgabe ein.

a. Ausnahmeregelungen

Wie bereits angesprochen, sieht der Gesetzesentwurf für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie

¹⁰ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grösserem Ausmass hochgefahren werden.

¹¹ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) Ausnahmen vor. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur einzeln gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für uns von vornherein nicht anwendbar sein werden. Unser VoD-Angebot enthält nicht nur einzelne Filme und ist im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen.

b. Ausnahme Mindestumsatz, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. a und Art. 24e Abs. 2 lit. a E-FiG

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, wie auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF¹² gelten; bezüglich Förderabgabe werden im Erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden¹³, die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Im Weiteren bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand¹⁴, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief angedacht zu sein. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten auf das Angebot der Rechteinhaber Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2,5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

c. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG

Der Erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu diesem Ausnahmefall. Wie einleitend festgehalten, vermarkten wir das Angebot eines Dritten in eigenem Namen. Wir haben deshalb auch nur beschränkt

¹² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

¹³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

¹⁴ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und erfüllen damit eigentlich die Ausnahmegeneralklausel, wonach für uns die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Wir müssten demnach ohne weiteres unter die Regel fallen, auch wenn wir, wie vorliegend, das VoD-Angebot in eigenem Namen vermarkten. Denn wäre letzteres nicht der Fall, sprich das Dienstleistungsverhältnis besteht direkt zwischen diesem Dritten und den Konsumentinnen und Konsumenten, so wäre zwingend im Sinne von Art. 24a und Art. 24b E-FiG dieser Dritte als VoD-Anbieter zu betrachten. Dieser Sachverhalt ist auf Gesetzesstufe zu präzisieren, damit von vornherein keine Unklarheiten und Unsicherheiten entstehen. Und da trotzdem nicht erwartet werden kann, dass das „weitergeleitete“ Angebot in Bezug auf die darin enthaltenen Filmtitel sowie der Preise streng identisch ist zu einem allenfalls daneben auch noch bestehen OTT-Streaming-Angebot dieses Dritten, sollte dies mit einem relativierenden Attribut angemerkt werden.

Unsere Forderungen zu Artikel 24a Abs. 3 und Abs. 3 lit. c sowie Art. 24e Abs. 2 und Abs. 2 lit. c FiG:

Art. 24a Abs. 3 FiG soll lauten:

„Der Bundesrat ~~kann~~ nimmt Unternehmen von der Pflicht nach Absatz 1 ~~ausnehmen~~, wenn:
(...)“

Art. 24a Abs. 3 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Art. 24e Abs. 2 FiG soll lauten:

„Er ~~kann~~ nimmt Unternehmen von der Verpflichtung ~~ausnehmen oder den Anteil, der für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden ist, auf 2 Prozent ermässigen~~, wenn:
(...)“

Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Schliesslich regen wir an, dass die gleichen Ausnahmen auch für die (seit 2016 bestehende) Filmmeldepflicht vorgesehen werden. Da wir lediglich das Angebot eines Dritten (zwar in eigenem Namen) vermarkten und damit in diesem Sinne „weiterleiten“ (obschon dies in eigenem Namen geschieht), haben wir grosse Schwierigkeiten, die benötigten Filmdaten für die Filmstatistik beizubringen. Viele dieser Daten werden deshalb durch das BFS direkt bei unseren Filmlieferanten erhoben. Trotzdem fallen wir unter die Meldepflicht und müssen mit Sanktionen rechnen, falls unsere Filmlieferanten den Meldeaufforderungen nicht nachkommen.

Unsere Forderungen zu Artikel 24i Abs. 1 FiG:

„Unternehmen, die in der Schweiz (...) müssen dem Bund die Anzahl Abrufe pro Filmtitel melden, *ausser sie erreichen den vom Bundesrat bestimmten Mindestumsatz nicht, oder es werden Angebote Dritter in eigenem Namen nahezu unverändert weitergeleitet.*“

Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Bemerkungen und Argumente in die weitere Behandlung des Geschäfts einbeziehen und unsere Position und Anträge berücksichtigen. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

GAO Gemeinschafts- Antennenanlage Ossingen



Marcel Dällenbach

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Kopie zur Kenntnis Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.

Bundesamt für Kultur (BAK)

«Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024 »

Hallwylstrasse 15

3003 Bern

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Basel, 13. September 2019

Vernehmlassung «Kulturbotschaft 2021 – 2024»

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband Musikschulen Schweiz (VMS) bedankt sich für die Möglichkeit einer Verbandsstellungnahme zu den aus seiner Sicht relevanten Themen der Kulturbotschaft 2021 – 2024. Der VMS ist die Dachorganisation der rund 400 lokalen und regionalen Schweizer Musikschulen, die ihre Bildungsaufgabe im öffentlichen Auftrag einer Gemeinde und / oder eines Kantons wahrnehmen, sowie ihrer kantonalen Verbände. Er vertritt die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder in der Öffentlichkeit und gegenüber Dritten. An den Schweizer Musikschulen werden rund 296'000 Kinder und Jugendliche von 12'500 Musiklehrpersonen unterrichtet.

Unsere Ausführungen sind wie folgt gegliedert:

- I. Würdigung der Vorlage und grundsätzliche Gedanken
- II. Umsetzung des BV Art. 67a
- III. Grundzüge
- IV. Förderbereiche der Kulturpolitik 2021 – 2024
- V. Gesetzesänderungen
- VI. Fazit

I. Würdigung der Vorlage und grundsätzliche Gedanken

Wir sind grundsätzlich erfreut, dass der Bundesrat die in der Zeit von 2016 – 2020 verfolgte strategische Ausrichtung beibehält sowie insgesamt CHF 942,8 Millionen und damit gegenüber der letzten Botschaft Mehrmittel von CHF 35,4 Millionen in die Kulturförderung investieren will.

Wir unterstützen die damit verbundenen Ziele und Weiterentwicklungen in den Handlungssachen «kulturelle Teilhabe», «gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation». Die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Bedeutung der Künste und die Ziele einer staatlichen Kulturförderung sind in der Botschaft gut, klar und deutlich umschrieben.

Die präsentierte Vorlage bietet insgesamt eine ausgewogene und geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie dem Ineinanderfliessen von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Wie der Schweizer Musikrat (SMR) schon in seinem Positionspapier zur neuen Kulturbotschaft vom 30. August 2018 formulierte, erachtet der Musiksektor hingegen die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung wichtig wäre.

Beachtenswert ist weiter der Teiler der Partizipation der öffentlichen Hand an der Finanzierung des Schweizer Kulturschaffens. Die Gemeinden werden dabei mit 51.1 Prozent als Hauptförderer hervorgehoben, gefolgt von den Kantonen. Der Bund beteiligt sich insgesamt mit etwas über 10 Prozent, was mit 0,3 Prozent des Gesamtbudgets des Bundes einer, aus unserer Sicht, zu bescheidenen Mitwirkung entspricht.

Wir begrüssen besonders die Erweiterungen im Bereich der musikalischen Bildung, vorab die Neuaufnahme der musikalischen Begabtenförderung von früher Kindheit bis zur Hochschulreife, womit ein zentraler Teil des Art. 67a BV, Abs. 3 umgesetzt wird. Für die Zeit bis 2024 beantragt der Bundesrat für die Förderung der musikalischen Bildung Zusatzmittel in der Höhe von CHF 2.1 Millionen pro Jahr, womit sich die Beteiligung des Bundes über die Gesamtperiode bis 2024 von CHF 17,3 Millionen auf CHF 25,7 Millionen erhöht. Dies nehmen wir erfreut zur Kenntnis. Allerdings scheint es uns verfrüht, von einer «volumfänglichen» und damit abschliessenden Umsetzung des Verfassungsartikels zu sprechen. Wir erinnern daran, dass im Bericht des EDI zur „Umsetzung von Art. 67a BV auf Bundesebene“ (2013) insgesamt 31 Massnahmen in Bundeskompetenz beschrieben werden.

Antrag: Wir beantragen den Begriff „volumfänglich“ auf Seite 2 zu streichen und mit «weiter» zu ersetzen.

Im Zeichen des Vorhabens der weiteren engen Zusammenarbeit in der Kulturpolitik zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sind wir überzeugt, dass das Gefäss des nationalen Kulturdialogs sich auch der Umsetzung der in der Kulturbotschaft verankerten Massnahmen zur musikalischen Bildung annehmen müsste.

Schliesslich ist uns wichtig, die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, besonders zu würdigen. Auch wenn es primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies auch eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfliessen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Umsetzung des Art. 67a BV

Mit der Kulturbotschaft 2021-24 berücksichtigt der Bundesrat zum zweiten Mal Teile des am 23. September 2012 vom Schweizer Stimmvolk mit 72,7 Prozent JA-Stimmen und von allen Ständen gutgeheissenen Verfassungsartikels «Musikalische Bildung». Wir möchten daran erinnern, dass der Verfassungsartikel das Ziel verfolgt, die schulische und ausser schulische musikalische Bildung sowie die Begabtenförderung als Einheit zu betrachten. Mit der deutlichen Annahme der Vorlage haben Volk und Stände klar festgehalten, dass für den Souverän die musikalische Bildung ein Thema von grosser Bedeutung ist.

Das Bundesamt für Kultur wurde vom Bundesrat beauftragt, den Verfassungsartikel auf Bundesebene gesetzlich zu verankern. Die von BR Alain Berset unmittelbar nach der Abstimmung eingesetzte Arbeitsgruppe durfte ausschliesslich die ausser schulische musikalische Bildung sowie die Begabtenförderung behandeln (Art. 67a BV, Abs. 1 und 3). Die Schulmusik wurde wegen der kantonalen Bildungshoheit bewusst ausgeklammert (Art. 67a BV, Abs 2).

Wir bedauern, dass es, wie bereits mit der Kulturbotschaft 2016 – 2020, leider auch mit der Kulturbotschaft 2021 – 2024 erneut nicht gelingt, diese Einheit zu schaffen.

Folgende Fakten bleiben im Fokus:

- Art. 67a BV ist in erster Linie ein Bildungsartikel und erst in der Folge ein Kulturartikel, weswegen eine alleinige und umfassende Unterbringung all seiner Inhalte in einem (reinen) Kulturförderungsgesetz nicht möglich ist.
- Die Umsetzung des Verfassungsartikels orientiert sich nach heutigem Stand an der massnahmen- und projektorientierten Dynamik des Kulturförderungsgesetzes (KFG). Bildung ist jedoch curricular und nachhaltig zu denken.
- Die Verbindung von Kultur und Bildung ist im Fall von Art. 67a BV besonders engmaschig. Auf Bundesebene sind Bildung und Kultur nicht im selben Departement untergebracht: ein erschwerender Faktor für eine umfassende Umsetzung der Anliegen von Art. 67a VA. Eine mögliche Zuordnung der Inhalte zu verschiedenen Gesetzen birgt allerdings die Gefahr des Verlustes des Zusammenhangs in der musikalischen Bildung, weshalb dem Aspekt des Bildungsanliegens seitens des Bundes mit besonderer Sorgfalt zu begegnen ist.
- Die Umsetzung von Art.67a BV zur musikalischen Bildung liegt weiter nicht alleine in der Zuständigkeit des Bundes. Die Bedeutung der verbindlichen Kooperation und des Austausches zwischen allen für die Bildung zuständigen Akteuren ist daher besonders gross, um gesetzlich verankerte Massnahmen erfolgreich umzusetzen. Dies gilt auch für weitere Bereiche von geteilten Kompetenzen, wie z.B. in der Leseförderung. Im Hinblick auf die Bildungsmassnahme zur Förderung musikalisch Begabter ist diese Kooperation zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zwingend zu intensivieren.

Wenn auch die Kulturbotschaft 2021 – 2024 den weiteren Ausbau der musikalischen Bildung in den Massnahmen «Programm Jugend und Musik» und «Talent Card» in wichtigen Bereichen

vorsieht, so bleibt unser Anliegen einer schulisch und ausserschulisch zusammenhängenden musikalischen Bildung bestehen.

***Antrag:** Zur erfolgreichen Umsetzung des Art. 67a BV sind dringlich Überlegungen zu einer allfälligen Aufteilung der Zuständigkeiten der Bildungs- und der Kulturinhalte auf Bundesebene nötig. Weiter sind stabile und zielführende Kooperationen unter den zuständigen und verantwortlichen Akteuren (Bund, Kantone und Gemeinden) unabdingbar und zu etablieren. Beide Dimensionen sind in der Kulturbotschaft deutlicher zu formulieren.*

III. Grundzüge

Wir schliessen uns in diesem Kapitel der Stellungnahme des Schweizerischen Musikrates (SMR) an.

IV. Förderbereiche der Kulturpolitik 2021 – 2024

Der VMS schliesst sich grundsätzlich der Stellungnahme des SMR an und äussert sich zu den für den Verband und die Schweizer Musikschulen besonders relevanten Themen darüber hinaus wie folgt:

Ad 2.6.1. Kulturelle Teilhabe

Wir unterstützen grundsätzlich die einführenden Schilderungen zu Ausgangslage und Herausforderungen. Gleichzeitig betonen wir jedoch, dass die Angebote der Musikschulen dem Bildungssektor als schulbegleitende und freiwillige Angebote angehören. Musikschulen übernehmen bedeutsam Verantwortung für die Schulung und den individuellen Aufbau von kulturellem Wissen, künstlerischem Können, kreativem Ausdruck sowie der Persönlichkeitsentwicklung. Sie bieten damit einen wichtigen Rahmen zur Entwicklung von Kreativität, einer in unserer Gesellschaft von heute und in Zukunft höchst gefragten Schlüsselkompetenz.

ad Abschnitt «Musikalische Bildung»

- Förderung nationaler Musikformationen, Musikwettbewerben und Musikfestivals

Die zur Verfügung stehenden Mehrmittel in der laufenden Periode sowie die Leistungsvereinbarungen erweisen sich als wertvoll. Wir unterstützen die Weiterführung im bisherigen Ausmass.

- Programm Jugend und Musik (Art.12 KFG)

Der Bund hat mit in Krafttreten des Kulturfördergesetzes 2016 – 2020 zur Förderung des Zugangs und der Chancengerechtigkeit das Programm Jugend und Musik ins Leben gerufen. Damit werden das bedeutsame Laienmusizieren und das Vereinsleben in unseren Städten und Gemeinden gefördert. Den Miteinbezug der Musikorganisationen beim Programmaufbau haben wir begrüsst. Die bereits bei Halblegislatur bekannte hohe Anzahl der erreichten Kinder und Jugendlichen sowie der hohe Anteil an fachkundigen Leitenden dürfen als Erfolge – auch im Bereich der Musikschulen – begrüsst werden.

Wir heissen die geplanten Optimierungsmassnahmen gut. Aus unserer Sicht wäre es sehr zu begrüssen, wenn dabei dringlich auch weitere Massnahmen zur Steigerung der Wahrnehmung des Programms in den Organisationen, den Gemeinden und den Kantonen angestrebt würden.

Wir sind gerne bereit, in der kommenden Geltungsperiode des KFG 2021 – 2024 wiederum aktiv und konstruktiv an der Weiterentwicklung des Programmes Jugend und Musik mitzuwirken.

Dem Programm Jugend und Musik (J+M) wurden in der letzten Periode CHF 12 Millionen zugesprochen, was einen begrüssenswerten Aufbau in Schritten ermöglichte. Erfreulicherweise ist es nun für die zweite Periode vorgesehen, die Reichweite des Programms mit Mehrmitteln zu erhöhen. Der geplante Finanzrahmen ist unseres Erachtens für diese nächste Periode zielführend.

Antrag: Folgende zusätzliche Optimierung des Programms ist aufzunehmen:

Ausbildung von J+M Leitenden: *es ist künftig eine ins musikpädagogische Studium integrierte Ausbildung zum J+M Leitenden (Grundmodul) für angehende Musiklehrpersonen – analog der pädagogischen Hochschulen – anzubieten.*

- Musikschultarife (Art. 12a KFG)

Der seit 1. Januar 2016 in Kraft getretene Art. 12a KFG verfolgt das Ziel der Förderung des chancengerechten Zugangs der Jugend zur musikalischen Bildung an Musikschulen. Wir begrüsst damals inhaltlich dieses Vorhaben, wiesen aber bereits 2015 auf den problematischen Mechanismus der gesetzlichen Formulierung hin. Die durch das Bundesamt für Kultur durchgeführte Überprüfung der Wirksamkeit dieses Artikels ist ernüchternd. Bedauerlicherweise werden die Resultate dieser Studie in der Botschaft nur sehr oberflächlich erwähnt. Die Studienergebnisse zeigen aber deutlich auf, dass seit 2016 kaum Veränderungen der Tarife im Sinne des Gesetzgebers erfolgten:

- Lediglich 3.2% der Musikschulen haben ihre Tarife für Kinder und Jugendliche gesenkt, bei 80.7% der Musikschulen blieben für Kinder und Jugendliche die Tarife gleich, 16.1% erhöhten sie.
- Die mit Art. 12a geforderte Subventionierung des Musikschulunterrichts bis Abschluss der Sekundarstufe II wird weiterhin von 12.8% der Musikschulen nicht erfüllt.
- Rabattsysteme waren an 82.5% der antwortenden Musikschulen bereits vor 2016 vorhanden, seit Inkrafttreten des Gesetzes haben nur sechs Musikschulen einkommensabhängige Rabatte und lediglich zwei Musikschulen andere Schulgeldermässigungen neu eingeführt. Nur eine Musikschule bietet neu Förderbeiträge für Begabte an.
- Den chancengerechten Zugang für Kinder und Jugendliche zum Musikunterricht sehen 126 der befragten Musikschulen (57.8%) als gewährleistet, während 98 Musikschulen (40.8%) das Bestehen der Chancengerechtigkeit zum heutigen Zeitpunkt verneinen und drei (1.4%) dazu keine Angabe machten.

Auch mit der Schaffung der Talent Card durch den Bund, einem komplementären Angebot zu bereits Bestehendem, bleibt die gesetzeskonforme Ausgestaltung der Musikschultarife für Angebote der Begabtenförderung bezüglich ihrer Anteile nach wie vor eine Aufgabe der Gemeinden und Kantone. Die Schlussfolgerung in der Botschaft ist daher missverständlich und suggeriert, dass die Talent Card die öffentliche Hand entlaste und nicht die Eltern.

Wir erinnern an dieser Stelle explizit an das ursprüngliche Vorhaben zur Thematik der Tarifierung an den Musikschulen. Es galt, den chancengerechten Zugang zur musikalischen Bildung in erster Linie über die Harmonisierung der Höhe der Beteiligung der öffentlichen Hand am Bildungsangebot der Musikschule zu fördern (EDI Bericht 2013, S.37). Bzgl. der Höhe der Schulgelder bestehen weiterhin grosse Unterschiede zwischen den Kantonen, bzw. sogar innerhalb eines Kantons von Gemeinde zu Gemeinde. Der VMS erhebt dazu jährlich die Höhe der Beteiligung der öffentlichen Hand am Unterricht der Musikschulen. Die Streuung dieser Beteiligung erstreckt sich weiterhin von ca. 15% (TI) bis 75% (FR, NE, ZG, SO)¹. Innerkantonale Unterschiede bis zu 30% betragen.

Zu Recht stellt der Bund fest, dass für eine wirkungsvolle Umsetzung des chancengerechten Zugangs über die Tarifierung an Musikschulen zusätzliche Anstrengungen seitens der Träger der Musikschulen (Gemeinden und Kantone) notwendig sind.

Antrag: Auf diesen Erläuterungen basierend beantragen wir die Berücksichtigung folgender Inhalte:

- *Der Botschaftstext ist zu präzisieren und der Handlungswille seitens des Bundes in Bezug auf Art. 12a ist bestimmter aufzuzeigen.*
- *Der bestehende Art. 12a adressiert direkt die operativen Führungsebenen der Musikschulen. Die Trägerschaften der Musikschulen und damit die behördlichen Entscheidungsinstanzen sind nicht in der Pflicht. Eine Umformulierung des Artikels zur Erhöhung der Wirksamkeit im Sinne von klaren Rahmenbedingungen und korrekten Adressaten ist notwendig. Die Kulturbotschaft 2021-2024 soll einen dahingehenden Vorschlag enthalten.*
- *Wir verweisen diesbezüglich erneut auf eine Formulierung ohne Bezug auf Erwachsenentarife. Musikschulen sind vorwiegend für Kinder und Jugendliche da. Die in der BAK-Studie aufgeführten Tarife für Erwachsene suggerieren, dass das Anliegen von Art. 12a und somit von Art. 67 BV erfüllt ist. Die gleiche Studie zeigt jedoch klar, dass nur 20% der Musikschulen Erwachsenentarife kennen. Ausserdem ist die Handhabung der Erwachsenentarife hinsichtlich der Vollkostenrechnung nicht einheitlich. Sie bilden somit keinen verlässlichen Referenzrahmen.*
- *Wir erinnern hier ebenfalls an das Anliegen subventionierter Tarife für die Studierenden im tertiären Bereich (BAK Bericht 2013, S. 38). Daher soll das Gesetz mit „bis zum Abschluss der ersten Berufsbildung“ umformuliert werden.*

¹ Kantonsprofile 2018, VMS

- *Die Forderung von Art. 67 BV ist klar. Es sind in der Botschaft konkrete Vorgehensweisen aufzuzeigen, die dazu beitragen, die Kooperation zwischen den Trägern der Musikschulen zur Umsetzung dieses Anspruches zu intensivieren. Dies auch im Hinblick auf eine landesweite Verbesserung der Beteiligung der öffentlichen Hand in der nächsten Legislatur.*

Der VMS ist gerne bereit, sich für eine gute Lösung einzusetzen und mitzuarbeiten.

- Begabtenförderung

Wir freuen uns, dass mit der neuen Kulturbotschaft das Anliegen einer Förderung der musikalisch begabten Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden kann. Wir begrüssen die gewählte Struktur über die Finanzierung einer Talent Card sowie das Vorgehen, die Grundlagen und die spezifischen Massnahmen 2021 zu erarbeiten und danach in den drei Folgejahren schrittweise einzuführen. Wir verweisen dabei auch auf unsere Arbeiten mit der Konferenz der Musikhochschulen Schweiz (KMHS) im Bereich der Begabtenförderung, deren Ergebnisse wir zuhänden dieses Prozesses gerne zur Verfügung stellen.

Antrag: die Anzahl der geförderten Kinder und Jugendlichen ist mit 1'000 – 1'500 / Jahr zu umschreiben (Basis VMS Umfrage zur Begabtenförderung 2018).

Die angedeutete Struktur über kantonale Förderprogramme scheint uns ein äusserst sinnvoller Weg, zumal bereits existierende Programme dieser Art überzeugende Ergebnisse zeitigen (BL, GE, LU, TG z. B). Ebenso hoffen wir, dass die Unterstützung in Form einer Anschubfinanzierung für Kantone, die aktuell keine Begabtenförderungsprogramme anbieten, Anklang findet.

Wir möchten an dieser Stelle jedoch darauf hinweisen, dass für kleinere Kantone auch die Möglichkeit bestehen soll, sich im Konkordat mit einem anderen Kanton zusammen zu schliessen. Die Kantone BL und BS führen ihr Programm bereits in diesem Setting. Insofern sollen diese Kooperationen auch entsprechend seitens des Bundes gefördert werden.

Die Massnahme des Bundes hat einen subsidiären Charakter zu den bestehenden Leistungen der Träger der Musikschulen oder Talentprogramme. Dies betrachten wir als richtig. Ziel dieser Massnahme soll eindeutig eine Entlastung der Eltern in Bezug auf die Schulgelder für Begabtenförderangebote sein, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen.

Aus unserer Sicht ist die Talentförderung als curriculares und nachhaltiges Bildungsangebot zu betrachten und daher primär an Bildungsinstitutionen anzusiedeln. Über das System einer Talent Card ist die gezielte und kooperative Beteiligung seitens interessierter Laienverbände mit qualitativ entsprechenden Angeboten bestimmt möglich. Der VMS in Kooperation mit der KMHS ist gerne bereit, sich in der Konzeptarbeit dafür einzusetzen.

Antrag: Die Subsidiarität der Bundesunterstützung ist entsprechend zuhänden der öffentlichen Hand (Kantone und Gemeinden) zu formulieren. Wir verweisen dazu nochmals auf den Kommentar zu Art. 12a, der diesbezüglich auch eine klare Forderung beinhaltet.

- **Label «Musikfreundlicher Betrieb»**

Die laufende Kulturbotschaft 2016-20 enthält die Idee eines Labels «musikfreundlicher Betriebe» mit Ziel, für Lernende in Berufsbildung gute Voraussetzungen zur Kombination mit musikalischer Bildungsaktivität zu schaffen. Wir fanden diese Idee äusserst prüfenswert und beantragten dem Bund, den Auftrag zu dieser Prüfung einem Verband mit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung zu vergeben. Dieser Punkt wird weder mit einem Prüfungsergebnis noch mit einer möglichen Fortsetzung erwähnt.

Antrag: Der VMS beantragt, allfällige Prüfungsergebnisse zu dieser Frage in der Kulturbotschaft aufzunehmen. Sollten keine bestehen, ist der Auftrag erneut in der Kulturbotschaft 2021–2024 zu formulieren und zur Prüfung mit einer finanziellen Abgeltung an eine geeignete Musikorganisation zu vergeben. Der VMS steht für ein Mandat zur Verfügung, allenfalls in Kooperation mit anderen grossen Musikverbänden.

V. Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Änderung des Kulturförderungsgesetzes

Art. 12 Abs 4

Die Schaffung der Massnahme der Talent Card ist eine wertvolle Umsetzung der durch Art.67a BV geforderten Unterstützung der Begabtenförderung. Insofern ist es richtig, dass die Begabtenförderung explizit in Art.12 festgehalten wird. Allerdings ist unseres Erachtens die gewählte «kann»-Formulierung zu vage und zu unverbindlich angesichts der Gewichtigkeit des Anliegens.

Antrag: Es ist eine bestimmte und verpflichtende Formulierung zu wählen, im Sinne der bestehenden Absätze 1 und 2, um dem neuen Modell der Begabtenförderung eine klare Rechtsgrundlage zu geben, wie z. B:

«Der Bund fördert musikalisch Begabte in Ergänzung zur kantonalen (und kommunalen) Förderung.»

Art. 12a Tarife an Musikschulen

Im Bereich der Tarife an Musikschulen war man sich zu jeder Zeit, in allen Gremien und politischen Parteien einig, dass ein grosser Handlungsbedarf besteht, um der Chancengleichheit gerecht zu werden. Es herrschte auch Einigkeit in der Einschätzung, dass zusätzliche Massnahmen notwendig sind, um Kinder aus finanziell schwachen Verhältnissen sowie besonders begabte Kinder und Jugendliche unterstützen zu können.

Die laufende Periode zeigt, dass mit dem vorliegenden Gesetzestext diese Ziele nicht erreicht werden können.

Antrag: Wir verweisen auf die Erläuterungen unter Ziffer IV Fördermassnahmen, S. 6 und beantragen eine Umformulierung von Art. 12a KFG zur Erhöhung der Wirksamkeit.

Möglicher Ansatz:

Art. 12a Tarife an Musikschulen

¹ *Die Schweizer Musikschulen sind schulbegleitende Bildungsinstitutionen. Kantonale oder kommunale Musikschulen sind von den zuständigen Kantonen oder Gemeinden zu unterstützen und sehen für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Abschluss der Sekundarstufe II Tarife vor, die 1/3 der Gesamtkosten pro Lektion nicht übersteigen dürfen.*²

² *Sie sehen zusätzlich reduzierte Tarife vor*

- *für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien*
- *für musikalisch begabte Kinder und Jugendliche zum Besuch eines erweiterten Fächerangebotes*
- *wenn mehrere Kinder einer Familie die Musikschule besuchen.*

³ *Die Kantone erlassen für die Musikschulen nach Absatz 1 Bestimmungen über:*

- a. *den Finanzteiler zwischen öffentlicher Hand und Elternschaft nach Absatz 1;*
- b. *die Definition einkommensschwacher Familien;*
- c. *die zusätzlichen Tarifreduktionen nach Absatz 2.*

VI. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- **Musikalische Bildung:** Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich CHF 2.1 Millionen pro Jahr als adäquat. Sie ermöglichen den Ausbau und die Optimierung des Programms Jugend+Musik und andererseits den Aufbau sowie die erste Umsetzung der Begabtenförderungsmassnahme «Talent Card».

Wir erachten es jedoch als zentral, dass die Einführung der Begabtenförderung nicht, z.B. aufgrund von allfälligen Sparvorgaben, plötzlich vertagt wird. Wir gehen davon aus, dass der vorgesehene Finanzrahmen zur Begabtenförderung nur die erste Umsetzung des geplanten Förderkonzeptes umfasst. Eine landesweite nachhaltige Abdeckung dürfte in einer zweiten Periode höhere Fördermittel benötigen.

Wir unterstützen weiter die Anträge des SMR.

VII. Fazit

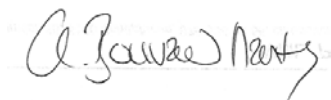
- Die Kulturbotschaft 2021 – 2024 beinhaltet gute Analysen und folgerichtige Massnahmen. Die Aufrechterhaltung der Strategie zur Förderung der kulturellen Teilhabe, des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der Kreation und Innovation begrüssen wir sehr. Die Mittel sind aus unserer Sicht gerecht verteilt.

² analog Bildungsgesetzgebung Baselland

- Wir bedauern, dass es auch mit der neuen Kulturbotschaft nicht gelingt, die Einheit der schulischen und ausserschulischen musikalischen Bildung abzubilden. Es ist unerlässlich, sich zu weiteren Massnahmen diesbezüglich Gedanken zu machen.
- Die Entwicklung des Programms «Jugend und Musik» erachten wir als äusserst positiv und stellen erfreut fest, dass Mehrmittel zum weiteren Ausbau gesprochen werden. Wenn auch mit der neuen Massnahme zur Begabtenförderung ein wichtiger Schritt gemacht wird, ist es jedoch zu weit gegriffen, damit von einer “vollständigen” Umsetzung des Art. 67a BV auszugehen. Wir verweisen auf den Bericht des EDI/BAK (2013) zu den Massnahmen.
- Musikschulen sind Bildungs- und nicht Freizeitorganisationen. Art 12a zu den Tarifen an Musikschulen ist nachweislich nicht wirksam. Die Formulierung des Gesetzes setzt den Verfassungsartikel nicht um und bedingt unumgängliche Anpassungen. Weiter soll klar ersichtlich sein, dass die öffentliche Hand auf kantonaler bzw. kommunaler Ebene im Bereich der Begabtenförderung mit der Schaffung der Talent Card nicht aus der Pflicht entlassen wird, auch den chancengerechten Zugang zu Förderangeboten für Begabte durch entsprechende Tarifierungen zu ermöglichen.
- Der Bereich der Begabtenförderung ist mit der Massnahme Talent Card auf erfreuliche Weise berücksichtigt. Wir begrüssen das Vorgehen und die angedeutete Struktur über kantonale Programme. Auf Ebene des Gesetzes wird dieser Handlungswille jedoch zu schwach abgebildet. Der Gesetzestext ist in bestimmter und verbindlicher Form anzupassen.

Wir bedanken uns für Ihre grosse Arbeit zugunsten von Kunst und Kultur in unserem Land und bitten Sie, unsere Überlegungen in der definitiven Kulturbotschaft wohlwollend zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Christine Bouvard Marty
Präsidentin VMS



Valentin Gloor
Vize-Präsident VMS

Office fédéral de la culture (OFC)

« Consultation sur le Message culture 2021 – 2024 »

Hallwylstrasse 15

3003 Berne

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bâle, le 13 septembre 2019

Consultation sur le « Message culture 2021 – 2024 »

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame la directrice,
Mesdames, Messieurs,

L'Association suisse des écoles de musique (ASEM) est heureuse de participer à la consultation et de se prononcer sur les sujets du Message culture 2021 – 2024 la concernant. L'ASEM est l'organisation faîtière des quelque 400 écoles de musique suisses locales et régionales assumant leur tâche de formation sur mandat public d'une commune et / ou d'un canton ainsi que de leurs associations cantonales. En tant que telle, elle défend les intérêts communs de ses membres dans le domaine public et auprès de tiers. Environ 296'000 enfants et adolescents suivent l'enseignement de 12'500 professeurs dans les écoles de musique suisses.

Nos commentaires sont structurés comme suit :

- I. Appréciation du projet et réflexions de principe
- II. Mise en œuvre de l'art. 67a Cst.
- III. Fondements
- IV. Domaines d'encouragement de la politique culturelle 2021 - 2024
- V. Modifications législatives
- VI. Conclusion

I. Appréciation du projet et réflexions de principe

D'une manière générale, nous saluons le fait que le Conseil fédéral entende maintenir l'orientation stratégique suivie durant la période de 2016 à 2020 et mettre à disposition 942,8 millions de francs pour l'encouragement de la culture, soit 35,4 millions de plus que dans le dernier

message. Nous soutenons les objectifs et développements prévus dans les axes stratégiques d'action « participation culturelle », « cohésion sociale » et « création et innovation ». L'importance sociale, politique et économique des arts et les buts d'un encouragement étatique de la culture sont décrits de manière claire et concise.

Dans l'ensemble, le projet présenté offre une base équilibrée et appropriée pour soutenir le développement de la vie culturelle dans notre pays. Selon notre appréciation globale, il nous semble que Pro Helvetia en particulier s'efforce de tenir compte, dans ses mesures d'encouragement, de la progression continue de la pensée et de l'action en réseau ainsi que de l'imbrication des différents domaines, secteurs et styles. En revanche, comme le Conseil suisse de la musique (CSM) l'a déjà relevé dans sa prise de position du 30 août 2018 sur le nouveau Message culture, le secteur musical estime que les catégories d'encouragement de l'Office fédéral de la culture sont encore trop rigides et nécessiteraient d'être adaptées.

Un autre point à relever concerne la répartition du financement public de la création culturelle suisse. Les communes apparaissent comme le principal bailleur de fonds (51,1 %), devant les cantons. La part de la Confédération s'élève à un peu plus de 10% au total, une participation insuffisante de notre point de vue sachant qu'elle ne représente que 0,3% du budget global de la Confédération.

Nous sommes particulièrement satisfaits des élargissements prévus dans le domaine de la formation musicale, notamment de l'intégration de l'encouragement des talents musicaux de la petite enfance jusqu'à l'entrée en haute école, qui permet de mettre en œuvre un point central de l'art. 67a Cst., al. 3. Pour la période jusqu'en 2024, le Conseil fédéral propose des aides supplémentaires d'un montant de 2,1 millions de francs par année en faveur de la promotion de la formation musicale, la participation de la Confédération passant ainsi de 17,3 à 25 millions de francs sur toute la période. Nous en prenons acte avec satisfaction. Toutefois, il nous paraît prématuré d'évoquer une mise en œuvre complète, et donc définitive de l'article constitutionnel. Nous rappelons que le rapport du DFI sur la « Mise en œuvre de l'art. 67a Cst. au niveau fédéral » (2013) décrit au total 31 mesures relevant de la compétence de la Confédération.

Proposition : Nous proposons de supprimer le passage « mettre complètement en œuvre » et de le remplacer par « poursuivre la mise en œuvre » (p. 2).

Dans le contexte du projet de maintien d'une coopération étroite entre la Confédération, les cantons, les villes et les communes dans le domaine culturel, nous sommes d'avis que la plateforme du Dialogue national sur la culture devrait aussi se pencher sur la mise en œuvre des mesures en faveur de la formation musicale prévues dans le Message culture.

Enfin, nous tenons à saluer tout particulièrement la prise en compte explicite du revenu et de la rémunération des acteurs culturels, ainsi que l'élargissement du soutien à toute personne ayant une influence décisive sur le processus créatif et la diffusion des œuvres d'art. Même si cette mesure concerne en premier lieu les acteurs culturels professionnels, elle contribuera aussi à une sensibilisation dans les domaines où la création culturelle professionnelle et amateur se rejoignent, ce qui nous paraît important et justifié.

II. Mise en œuvre de l'art. 67a Cst.

Dans le Message culture 2021-24, le Conseil fédéral tient compte pour la deuxième fois de certaines parties de l'article constitutionnel relatif à la formation musicale, approuvé le 23 septembre 2012 par le peuple suisse avec 72,7 % des voix et par tous les cantons. Nous nous permettons de rappeler que le but de cet article est que la formation musicale scolaire et extrascolaire ainsi que l'encouragement des talents soient considérés comme un tout. En approuvant à une très large majorité le projet, le peuple et les cantons ont clairement montré l'importance que le souverain attache à la formation musicale.

L'Office fédéral de la culture a été chargé par le Conseil fédéral d'inscrire l'article constitutionnel dans la législation fédérale. Le groupe de travail institué immédiatement après la votation par le CF Alain Berset a toutefois dû se limiter à la formation musicale extrascolaire et à l'encouragement des talents (art. 67a Cst., al. 1 et 3). L'enseignement de la musique à l'école a été délibérément laissé de côté en raison de la souveraineté cantonale en matière d'éducation (art. 67a Cst., al. 2).

Nous regrettons que le Message culture 2021-2024, comme celui de 2016-2020, n'intègre toujours pas cette approche globale.

Les considérations suivantes nécessitent une attention particulière :

- L'art. 67a Cst. relève avant tout du domaine de la formation, et en second lieu seulement du domaine de la culture, raison pour laquelle l'intégration complète et exclusive de tous ses contenus dans une loi consacrée (spécifiquement) à l'encouragement de la culture est impossible.
- En l'état actuel, la mise en œuvre de l'article constitutionnel se base sur la dynamique axée sur des mesures et des projets de la loi sur l'encouragement de la culture (LEC). Or la formation doit être envisagée en termes de plans d'études et de manière durable.
- Dans le cas de l'art. 67a, le lien entre culture et formation est particulièrement étroit. Au niveau fédéral, la formation et la culture ne sont pas rattachés au même département, ce qui rend plus difficile une mise en œuvre globale des objectifs de l'art. 67a. Une répartition éventuelle des contenus dans différentes lois comporte toutefois le risque de nuire à la cohésion de la formation musicale, raison pour laquelle le Conseil fédéral devrait aborder avec une attention particulière l'aspect de l'objectif éducatif.
- A cela s'ajoute le fait que la mise en œuvre de l'art. 67a sur la formation musicale ne relève pas seulement de la compétence de la Confédération. La coopération contraignante et les échanges entre tous les acteurs responsables de la formation revêtent donc une importance particulière pour le succès de la mise en œuvre des mesures inscrites dans la loi. Cela vaut également pour d'autres domaines de compétences partagées, comme la promotion de la lecture. S'agissant des mesures de formation en faveur de l'encouragement des talents musicaux, cette coopération entre la Confédération, les cantons et les communes doit être impérativement intensifiée.

Même si le Message culture 2021 – 2024 prévoit de poursuivre le développement de la formation musicale dans des domaines importants au travers des mesures « Programme Jeunesse et Musique » et « Talent Card », notre objectif d'une formation musicale scolaire et extrascolaire cohérente reste valable.

Proposition : Pour une mise en œuvre réussie de l'article 67a, il est urgent de mener une réflexion sur un partage éventuel des compétences au niveau fédéral concernant les contenus éducatifs et culturels. D'autre part, il est indispensable de mettre en place des coopérations stables et efficaces entre les acteurs responsables (Confédération, cantons et communes). Ces deux aspects sont à formuler plus clairement dans le Message culture.

III. Fondements

Nous rejoignons dans ce chapitre la prise de position du Conseil suisse de la musique (CSM).

IV. Domaines d'encouragement de la politique culturelle 2021 - 2024

L'ASEM adhère sur le principe à la prise de position du CSM, et formule en outre les considérations suivantes sur les sujets particulièrement importants pour l'association et les écoles de musique suisses :

ad 2.6.1. Participation culturelle

Nous soutenons en principe les descriptions introductives du contexte et des défis. Cependant, nous soulignons que les prestations des écoles de musique relèvent du secteur de la formation en tant qu'offres extrascolaires complémentaires à l'école et facultatives. Les écoles de musique assument une responsabilité considérable dans l'apprentissage et le développement individuel du savoir culturel, des connaissances artistiques, de l'expression créative ainsi que dans le développement de la personnalité. Elles offrent ainsi un cadre important pour le développement de la créativité, une compétence fondamentale très demandée dans notre société actuelle et qui le restera à l'avenir.

ad paragraphe « Formation musicale »

- Soutien des formations musicales, concours musicaux et festivals de musique d'envergure nationale

Les fonds supplémentaires disponibles pour la période en cours ainsi que les conventions de prestations s'avèrent très utiles. Nous sommes favorables à leur maintien à leur niveau actuel.

- Programme Jeunesse et Musique (art. 12 LEC)

A l'occasion de l'entrée en vigueur de la loi sur l'encouragement de la culture 2016 – 2020, la Confédération a mis en place le programme Jeunesse et Musique, dans le but de promouvoir l'accès et l'égalité des chances. Le programme permet de soutenir le domaine important de la pratique musicale amateur ainsi que la vie associative dans nos villes et nos communes. Nous avons salué le fait que les organisations musicales aient été associées à son élaboration. Le

nombre élevé d'enfants et de jeunes qui en ont déjà bénéficié au milieu de la législature, de même que la forte proportion de moniteurs qualifiés, peuvent être considérés comme un succès, y compris dans le secteur des écoles de musique.

Nous approuvons les mesures d'optimisation prévues. De notre point de vue, il serait en outre vivement souhaitable que des mesures supplémentaires soient rapidement prises afin de mieux faire connaître le programme auprès des organisations, des communes et des cantons.

Nous sommes volontiers prêts à participer de nouveau activement et de manière constructive au développement du programme Jeunesse et Musique durant la prochaine période de validité de la LEC 2021-2024.

Le montant de 12 millions de francs alloué au programme Jeunesse et Musique pour la période en cours a permis une mise en œuvre échelonnée dont nous nous félicitons. Il est très réjouissant que le nouveau message prévoie d'augmenter la portée du programme à l'aide de moyens supplémentaires. Le cadre financier proposé pour cette prochaine période nous paraît adéquat.

***Proposition** : Il convient de prévoir l'optimisation suivante du programme :*

Formation de moniteurs J+M : à l'avenir, une formation de moniteur J+M (module de base) intégrée dans les études de pédagogie musicale est à proposer aux futurs professeurs de musique – comme dans les hautes écoles pédagogiques.

- Ecolages dans les écoles de musique (art. 12a LEC)

L'art. 12a LEC, en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2016, a pour but de promouvoir l'égalité d'accès des jeunes à la formation musicale dans les écoles de musique. Si nous avons initialement approuvé ce projet sur le fond, dès 2015, nous avons attiré l'attention sur les problèmes posés par la formulation de la disposition législative. L'évaluation des effets de cet article réalisée par l'Office fédéral de la culture aboutit à un constat décevant. Il est regrettable que ces résultats n'aient été que très sommairement évoqués. Pourtant, l'étude montre clairement que depuis 2016, les tarifs n'ont connu pratiquement aucun changement allant dans le sens du législateur :

- Seules 3,2% des écoles de musique ont diminué leurs tarifs appliqués aux enfants et aux jeunes, 80,7% ne les ont pas modifiés, et 16,1% les ont augmentés.
- 12,8% des écoles de musique n'appliquent toujours pas le subventionnement de l'enseignement musical jusqu'à la fin du niveau secondaire II prévu dans l'art. 12a.
- Chez 82,5% des écoles ayant répondu à l'enquête, des systèmes de rabais existaient déjà avant 2016 ; depuis l'entrée en vigueur de la loi, six écoles de musique seulement ont introduit des rabais liés aux revenus, et deux écoles seulement d'autres réductions des ecolages. Une seule école de musique a introduit de nouvelles aides en faveur des élèves doués.
- Parmi les écoles de musique interrogées, 126 (57,8%) considèrent que l'égalité d'accès des jeunes est assurée, alors que 98 (40,8%) estiment qu'elle ne l'est pas à l'heure actuelle ; trois écoles (1,4%) ne se sont pas prononcées à ce sujet.

Même après la mise en place par la Confédération de la Talent Card, une offre complémentaire à celles existantes, il appartiendra toujours aux communes et aux cantons d'assurer, à travers leur participation, un aménagement conforme à la loi des écolages des offres de l'encouragement des talents. La conclusion du message prête donc à confusion, car elle laisse entendre que la Talent Card permettrait de soulager les pouvoirs publics, et non les parents.

Nous nous permettons de rappeler à ce propos le projet initial concernant la question de la tarification dans les écoles de musique. L'objectif était d'encourager l'égalité d'accès à la formation musicale avant tout par l'harmonisation du taux de participation des pouvoirs publics aux offres éducatives des écoles de musique (rapport du DFI de 2013, p. 37). Or le montant des écolages présente encore d'importantes différences entre les cantons, et même entre les communes d'un même canton. L'ASEM recense chaque année le niveau de la participation des pouvoirs publics à l'enseignement des écoles de musique. La fourchette de participation s'étend de 15% environ (TI) à 75% (FR, NE, ZG, SO¹). Au sein des cantons, les différences peuvent atteindre 30%.

La Confédération constate à juste titre que pour mettre en œuvre l'égalité d'accès, les organismes responsables des écoles de musique (cantons, communes) doivent fournir des efforts supplémentaires au niveau des écolages.

Proposition : *Sur la base de ces considérations, nous proposons de tenir compte des points suivants :*

- *Le texte du message est à formuler de façon plus précise et doit mieux faire ressortir la volonté d'agir de la Confédération par rapport à l'art. 12a.*
- *L'art. 12a actuel s'adresse directement à la direction opérationnelle des écoles de musique. Il reste sans effet contraignant pour les organismes responsables, et donc pour les instances décisionnelles des autorités. Il convient de reformuler l'article afin de le rendre plus efficace en définissant un cadre clair et les bons destinataires. Le Message culture 2021-2024 devrait contenir une proposition allant dans ce sens.*
- *Nous revenons sur la nécessaire suppression du lien avec les tarifs appliqués aux adultes. Les écoles de musique sont avant tout destinées aux enfants et aux jeunes. Les tarifs pour adultes indiqués dans l'étude de l'OFC suggèrent que l'objectif de l'art. 12a, et donc de l'art. 67 Cst., serait rempli. Mais la même étude montre clairement que seules 20% des écoles de musique pratiquent des tarifs pour adultes. En outre, le traitement de ces tarifs n'est pas uniforme en ce qui concerne la couverture intégrale des coûts. Ils ne constituent donc pas un cadre de référence fiable.*
- *Nous rappelons également la demande relative aux tarifs subventionnés pour les étudiants du secteur tertiaire (rapport OFC 2013 p. 38). Il convient par conséquent de reformuler la loi comme suit : « jusqu'à la fin de la formation initiale ».*
- *L'exigence de l'art. 67a est claire. En conséquence, il s'agit de présenter dans le message des démarches concrètes qui contribuent à soutenir sa mise en œuvre par un renforcement de la coopération entre les organismes responsables des écoles de musique. Y compris dans l'optique d'une amélioration au niveau national de la participation des pouvoirs publics lors la prochaine législature.*

¹ Profils cantonaux 2018, ASEM

L'ASEM est volontiers prête à s'engager en ce sens et à participer à la recherche d'une bonne solution.

- Encouragement des talents

Nous sommes très heureux que le nouveau Message culture intègre l'encouragement des enfants et des jeunes musicalement doués. Nous approuvons le choix de la structure basée sur le financement d'une Talent Card, de même que la démarche consistant à fixer des principes et introduire des mesures spécifiques en 2021, puis à les mettre en œuvre de manière graduée pendant trois ans. Sur ce point, nous nous référons également à nos travaux réalisés avec la Conférence des hautes écoles de musique suisses (CHEMS) dans le domaine de l'encouragement des talents. Nous nous faisons un plaisir de mettre les résultats à votre disposition en perspective de ce processus.

Proposition : le nombre d'enfants et d'adolescents soutenus par année est à chiffrer de 1000 à 1500 /an (sur la base de l'enquête de l'ASEM sur l'encouragement des talents de 2018).

La structure esquissée, basée sur les programmes d'encouragement cantonaux, nous paraît une solution très pertinente, d'autant plus que les programmes existants montrent des résultats convaincants (p. ex. BL, GE, LU, TG). De même, nous espérons que le financement incitatif destiné à soutenir les cantons ne proposant pas encore de programme d'encouragement, sera bien accueilli.

Nous souhaitons toutefois attirer votre attention sur le fait que les petits cantons doivent aussi avoir la possibilité de se regrouper avec un autre canton au sein d'un concordat. Les cantons de BL et de BS proposent déjà leur programme sous cette forme. Ces coopérations devraient aussi être soutenues par la Confédération.

La mesure de la Confédération revêt un caractère subsidiaire par rapport aux prestations actuelles des organisations responsables des écoles de musique ou des programmes d'encouragement des talents. Nous considérons que c'est une approche pertinente. La mesure doit clairement viser à soulager les parents au niveau des écolages des offres d'encouragement des talents, afin d'améliorer l'égalité des chances.

Nous estimons que l'encouragement des talents doit être considéré comme une offre de formation durable, basée sur des programmes et qu'il doit par conséquent être rattaché en premier lieu à des institutions de formation. Le système de la Talent Card permettra certainement une participation ciblée et partenariale d'associations amateur intéressées proposant des offres d'une qualité adéquate. L'ASEM en coopération avec la CHEMS est volontiers prête à s'engager dans les travaux conceptuels correspondants.

Proposition : La subsidiarité du soutien financier de la Confédération est à formuler de façon adéquate à l'intention des pouvoirs publics (cantons et communes). Nous référons au commentaire de l'article 12a, qui comporte aussi une exigence claire sur ce point.

- **Label « Entreprise formatrice favorable à la musique »**

Le Message culture en cours 2016-20 mentionne la création d'un label « Entreprise formatrice favorable à la musique » visant à créer des conditions favorables à la pratique de la musique chez les jeunes en apprentissage. Estimant que cette idée méritait d'être étudiée, nous avons proposé que la Confédération charge une association d'effectuer une étude correspondante, moyennant un soutien financier approprié. Le nouveau message ne mentionne ni résultat d'évaluation ni suite éventuelle à donner à ce point.

Proposition : L'ASEM propose d'intégrer les éventuels résultats d'évaluation de ce projet dans le Message culture. S'il n'en existe pas, il convient de reformuler le mandat dans le Message culture 2021–2024 et de le confier à une organisation musicale appropriée, en prévoyant une indemnisation financière. L'ASEM se tient à disposition pour assumer un mandat, éventuellement en coopération avec d'autres grandes associations musicales.

V. Commentaire des modifications législatives

Ad 3.1 Modification de la loi sur l'encouragement de la culture

Art. 12, al. 4

La création de la mesure « Talent Card » est une précieuse contribution au soutien de l'encouragement des talents exigé par l'art. 67a Cst. La mention explicite de l'encouragement des talents à l'art. 12 est donc justifiée. Toutefois, la formulation potestative nous paraît trop imprécise et pas assez contraignante compte tenu de l'importance de cet objectif.

Proposition : Il convient de choisir une formulation déterminée et contraignante au sens des al. 1 et 2 existants, afin de donner une base légale claire au modèle de l'encouragement des talents p. ex. :

« La Confédération encourage les talents musicaux en complément de l'encouragement cantonal (et communal) ».

Art. 12a Ecolages dans les écoles de musique.

Concernant les ecolages dans les écoles de musique, l'ensemble des organisations et des partis politiques se sont toujours accordés sur la nécessité d'agir pour garantir l'égalité des chances. Il y avait également unanimité sur la nécessité de prévoir des mesures supplémentaires pour soutenir les enfants de familles à faible revenu ainsi que les jeunes talents.

La période en cours montre que le texte de loi actuel ne permet pas d'atteindre cet objectif.

Proposition : Nous nous référons aux commentaires sous le chiffre IV Mesures d'encouragement, p. 6 et proposons de reformuler l'art. 12a LEC afin de renforcer son efficacité.

Solution possible :

Art. 12a Ecolages dans les écoles de musique.

¹ *Les écoles de musique suisses sont des institutions de formation extra-scolaires et complémentaires à l'école. Les écoles de musique cantonales ou communales sont à soutenir par les cantons ou les communes responsables et ont à prévoir pour tous les enfants et tous les jeunes jusqu'à la fin du niveau secondaire II des ecolages n'excédant pas 1/3 des coûts totaux par leçon.²*

² *Elles prévoient des réductions supplémentaires :*

- *pour les enfants et les jeunes issus de familles à faible revenu ;*
- *pour les enfants et les jeunes musicalement doués afin de leur permettre de suivre une offre de branches élargie ;*
- *lorsque plusieurs enfants d'une même famille suivent l'école de musique.*

³ *Les cantons édictent à l'intention des écoles de musique visées à l'al. 1 des dispositions relatives :*

- a. *à la clé de répartition du financement entre les pouvoirs publics et les parents conformément à l'al. 1 ;*
- b. *à la définition de familles à faible revenu ;*
- c. *aux réductions supplémentaires au sens de l'al. 2.*

VI. Mesures et finances

ad 4.1.2 Plafond de dépenses pour les aides financières de l'OFC en vertu de la LEC

- *Formation musicale : la proposition d'allouer des fonds supplémentaires de 2,1 millions de francs en moyenne par année nous paraît adéquate. Ils permettront d'étendre et d'optimiser le programme Jeunesse+Musique ainsi que d'assurer la mise en œuvre initiale de la mesure d'encouragement des talents « Talent Card ».*
Nous soulignons toutefois qu'il est essentiel selon nous que l'introduction de l'encouragement des talents ne soit pas subitement reportée p. ex. en raison d'éventuelles mesures d'économies. Nous partons du principe que le cadre financier prévu pour l'encouragement des talents ne couvre que la mise en œuvre initiale. Des fonds d'encouragement plus élevés seront certainement nécessaires dans une deuxième période pour pouvoir assurer une couverture durable à l'échelle nationale.

Nous soutenons pour le reste les propositions du CSM.

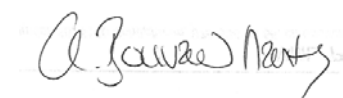
² Par analogie à la législation sur l'instruction publique de Bâle-Campagne.

VII. Conclusion

- Le Message culture 2021 - 2024 renferme de bonnes analyses et des mesures appropriées. Nous sommes très favorables au maintien de la stratégie d'encouragement de la participation culturelle, de la cohésion sociale ainsi que de la création et de l'innovation. De notre point de vue, les ressources sont équitablement réparties.
- Nous regrettons que le projet du Message culture ne reflète à nouveau pas le fait que la formation musicale scolaire et extrascolaire forment un tout. Il est indispensable de mener une réflexion sur les mesures supplémentaires envisageables dans ce domaine.
- L'évolution du programme « Jeunesse et Musique » est selon nous très positive et nous constatons avec satisfaction que des ressources supplémentaires seront allouées pour poursuivre son développement. Cependant, même si les nouvelles mesures d'encouragement des talents musicaux constituent une importante avancée, il est exagéré de partir du principe que l'art. 67a Cst. serait ainsi « complètement » mis en œuvre. Nous nous référons aux mesures énoncées dans le rapport du DFI/OFC (2013)
- Les écoles de musique sont des institutions de formation et non des organisations récréatives. Il a été démontré que l'art. 12a relatif aux écolages dans les écoles de musique était inefficace. La formulation de la loi doit être impérativement adaptée, car elle n'applique pas l'article constitutionnel. En ce qui concerne le domaine de la promotion des talents, il faut clairement souligner que la création de la Talent Card ne dégage par les pouvoirs publics de leur responsabilité d'assurer l'égalité d'accès aux offres d'encouragement des talents au moyen de tarifications adéquates.
- Il est réjouissant que le domaine de l'encouragement des talents soit pris en compte avec la mesure Talent Card. Nous accueillons favorablement la démarche et la structure suggérée, fondée sur les programmes cantonaux. Cette volonté d'action n'apparaît toutefois pas assez clairement au niveau de la loi. Le texte de loi a besoin d'être adapté en termes contraignants.

Nous vous remercions de l'important travail accompli en faveur de l'art et de la culture dans notre pays, et vous prions de bien vouloir tenir compte de nos réflexions dans le Message culture définitif.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame la Directrice, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.



Christine Bouvard Marty
Présidente de l'ASEM



Valentin Gloor
Vice-président de l'ASEM

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral

Par email : stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Genève, le 10 septembre 2019

Objet : Réponse de Cinéforum à la consultation concernant le Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le 29 mai 2019, le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation pour le Message Culture 2021-2024. En tant que principale institution en charge du soutien à la création audiovisuelle indépendante romande, il nous paraît tout à fait légitime que Cinéforum (Fondation romande pour le cinéma) participe au débat et vous fasse part de ses remarques et suggestions. Pour mémoire, Cinéforum mutualise les soutiens financiers des six cantons romands, des villes de Lausanne, Genève et Neuchâtel et de la Loterie Romande pour le soutien à la création audiovisuelle indépendante romande.

Il va de soi que nous limiterons nos commentaires et propositions au domaine qui nous concerne au premier chef, à savoir la partie du Message Culture consacrée au soutien au cinéma (en particulier les articles 2.3.6, 3.2 et 4.1.3).

Préambule :

Si nous saluons les efforts consentis par la Confédération pour l'encouragement fédéral de la culture qui s'inscrivent dans la continuité du message culture 2016-2020, nous ne pouvons passer sous silence notre déception face à un manque de prise en compte des bouleversements qui animent globalement la création cinématographique et plus généralement la création audiovisuelle. Pour notre part, nous avons dès la création de Cinéforum englobé dans notre périmètre d'action le soutien à la création cinématographique **et** audiovisuelle. Depuis plusieurs années, la création audiovisuelle indépendante se décline sur de nouvelles formes d'écriture et il devient inopportun de vouloir comparer ou hiérarchiser l'apport culturel de telle ou telle. Raconter des histoires originales et inventives, nourries de notre culture propre, est aujourd'hui tout autant important que cela soit sous forme de récits cinématographiques, de séries télévisuelles ou de projets audiovisuels interactifs.

La période que nous vivons représente certainement un **tournant fondamental** pour ce qui concerne le cinéma et l'audiovisuel. La numérisation a fondamentalement changé les conditions de production et d'exploitation des films et exacerbé la concurrence. L'émergence sur le marché de nouveaux acteurs, notamment les plateformes d'offre on-line, impacte les modes de fabrication et de financement et appelle à des mécanismes de soutien du cinéma et de l'audiovisuel plus flexibles et plus dynamiques.

Face à cette nouvelle situation, il convient désormais de **tracer des lignes stratégiques claires** dans l'accompagnement financier de la création audiovisuelle, en prenant en considération l'ensemble de la chaîne, de l'idée de base à son entrée sur le marché, sans omettre la promotion à l'étranger et la formation.

Il est urgent de prendre en compte cette nouvelle situation et de revoir la structure qui doit permettre **un soutien plus cohérent et une utilisation plus efficace des ressources financières**. La quasi-totalité des pays européens ont développé des institutions nationales de soutien, indépendantes de l'administration étatique, mais évidemment sous le contrôle étroit de leurs autorités de tutelle. Ces « instituts de l'audiovisuel » largement dotés de moyens financiers ont ainsi une plus grande capacité à être en phase avec l'ensemble de la problématique du soutien à l'audiovisuel et d'être plus réactifs aux changements inhérents à ce domaine d'activité en constante mutation. Ces structures de financement ont conduit à un **financement plus dynamique et plus flexible** des œuvres audiovisuelles, en particulier dans les petits pays, et a considérablement accru leur reconnaissance et leur visibilité.

En Suisse, le soutien fédéral à la création audiovisuelle indépendante représente un tiers des moyens engagés au plan institutionnel, le reste se répartissant à part égale entre la SRG SSR et les fonds régionaux. Il nous paraît dès lors indispensable qu'une large concertation se fasse entre ces différents acteurs, sans oublier ceux de la branche elle-même, afin de définir une **stratégie commune** pour la prochaine décennie et tendre vers la création d'un « **Centre national du cinéma et de l'audiovisuel** », la mise en place d'une telle institution étant d'ailleurs compatible avec l'actuelle LCin (Art.9).

Comme énoncé plus haut, l'arrivée des nouveaux acteurs du numérique modifie profondément le paysage audiovisuel et agit également sur les habitudes des consommateurs. Ces nouveaux acteurs doivent évidemment être impliqués dans le développement de la création audiovisuelle suisse au même titre que le sont déjà les télévisions linéaires. Nous saluons donc à ce titre la volonté de l'OFC d'obliger les plateformes de streaming à participer à l'effort collectif.

Mais c'est également l'arsenal législatif qui doit être revu fondamentalement. La LCin telle qu'elle est actuellement en vigueur, de même que la LRTV, ne répondent plus à la réalité du terrain. En conséquence, il nous paraît urgent de légiférer en tenant compte d'un spectre plus large que celui du cinéma et de rédiger une *Loi sur le cinéma et l'audiovisuel*, qui prenne en compte à part égale création cinématographique et création audiovisuelle, incluant tant les séries que les nouvelles écritures numériques. De ce point de vue, il devient obsolète de vouloir catégoriser les œuvres en terme de « cinéma » ou de « télévision », tant ces deux mondes autrefois différenciés s'interpénètrent aujourd'hui. Pour y parvenir, nous appelons à une plus grande transversalité entre les différents départements fédéraux concernés, à savoir le DFI via l'OFC, le DETEC via l'OFCOM et le DEFR via le SEFRI dont dépend l'ensemble des formations.

Ajoutons que dans ce contexte de transformation radicale des modes de diffusion, **seules quelques œuvres de notre patrimoine cinématographique ont été numérisées** ces dernières

années et peuvent redevenir accessibles au public. Dans ce domaine, la Suisse a pris un retard considérable en comparaison avec ses voisins européens. L'accessibilité de l'ensemble du corpus audiovisuel du siècle passé par les modes de diffusion actuels doit être une des priorités de ces prochaines années. Si la volonté en est effectivement exprimée dans le Message Culture (2.3.6.3), les moyens financiers alloués restent dérisoires pour lancer un véritable programme de numérisation tel que des pays comme la Suède, le Danemark ou la Norvège, pour ne citer qu'eux, ont réussi à accomplir. Face à cette situation, la **motion Savary (19.3649)** déposée le 18 juin 2019 au Conseil des États apporte une possibilité de réponse financière adéquate en proposant l'affectation des recettes extraordinaires générées par la vente des concessions 5G à l'accompagnement de la transition numérique.

Ceci étant énoncé, nous revenons maintenant sur quelques points précis du Message Culture :

2.3.6.1

a) Cinéforum salue la volonté de l'OFC de corriger les mécanismes du PICS dont les résultats sur la période en cours ne correspondent pas aux attentes. Une incitation plus forte pour les coproductions minoritaires nous paraît effectivement un correctif qu'il est urgent de mettre en place. De même les seuils d'accès doivent être abaissés afin de permettre aux coproductions de moindre envergure budgétaire d'y avoir accès.

b) De notre point de vue, le soutien fédéral devrait s'ouvrir davantage aux nouvelles formes d'écritures audiovisuelles qui font également partie du futur champ d'activité de la branche. Les lignes de démarcation sont de plus en plus perméables entre les différentes disciplines, en particulier en ce qui concerne ce que l'on caractérise par le terme *d'interactivité*. Les critères actuellement en vigueur entre la Section Cinéma et Pro Helvetia demanderaient à être revisités afin d'éviter à un certain nombre de projets de qualité de tomber dans un no man's land en matière de soutien (ex. projet VR_I - Gilles Jobin).

c) Cinéforum salue la proposition de l'OFC d'obliger les fournisseurs de contenus en ligne à participer au financement de productions suisses au même titre que le sont les télévisions linéaires (LRTV - Art.7) à hauteur de 4% de leur chiffre d'affaire annuel réalisé en Suisse.

A l'instar de la DSMA, Cinéforum propose qu'une telle **obligation de réinvestissement soit également introduite pour les plateformes de partage de vidéo et les médias sociaux**. Les offres des plateformes de partage de vidéo et des médias sociaux constituent de véritables services de médias audiovisuels. Elles procèdent désormais à l'éditorialisation et à l'organisation des contenus de leurs plateformes. Le public consomme aujourd'hui plus d'heures de vidéo sur YouTube que sur Netflix et y visualise des formats longs, donc des documentaires et des fictions. Les plateformes veulent conquérir l'écran du salon, produire des œuvres audiovisuelles pour les offrir en exclusivité dans des fenêtres spécifiques, et même commercialiser une partie des contenus sous forme de bouquets payants. Elles sont devenues bien plus que de simples moyens qui permettent aux utilisateurs d'échanger et l'importance des vidéos dans leurs modèles d'affaires est incontestable. Leurs systèmes de partage de rémunération sont opaques et le manque de régulation en fait des concurrentes déloyales pour les autres offres en ligne, de sorte que l'économie digitale ne présente actuellement pas les conditions d'une économie de marché saine.

Il est urgent de reconnaître ces évolutions et d'agir sur le plan légal. Il serait erroné de ne viser que les offres à accès payant et d'ignorer que les modèles d'affaires de l'économie digitale bouleversent les médias traditionnels. L'UE l'a bien identifié et a légiféré.

Les télévisions linéaires dont le financement ne repose que sur la publicité sont aujourd'hui déjà assujetties à une obligation de réinvestissement. Pourquoi en irait-il autrement pour ces plateformes qui génèrent d'énormes profits ?

La publicité en ligne est devenue un duopole de Google et de Facebook, contractant le marché publicitaire télévisuel. Cela produit un effet direct sur les mécanismes de réinvestissement existants et diminue les ressources disponibles pour la production suisse.

Par souci de cohérence, il faudrait également rapatrier l'Art. 7 de la LRTV dans la Lcin.

Pour compléter le dispositif il serait également fortement souhaitable de taxer à hauteur de 4% les revenus publicitaires engrangés par les télévisions étrangères (TF1, M6, RTL, etc.) via les décrochages de fenêtres publicitaires ciblées sur la Suisse. La DSMA prévoit désormais explicitement cette possibilité.

d) Cinéforum salue l'introduction de quotas de 30% de films européens exigés pour les opérateurs en ligne, ceci en conformité avec la nouvelle directive de l'UE (DSMA). S'inspirant de la DSMA, ces opérateurs devraient également avoir une obligation de promotion de ces œuvres dans leur offre.

2.3.6.3

Comme énoncé plus haut, la numérisation du patrimoine cinématographique suisse afin de lui permettre une nouvelle visibilité est l'une des priorités auxquelles nous devons faire face. Le financement supplémentaire de 7.2 millions de francs pour la période 2016 à 2020 est évidemment totalement insuffisant pour engager un programme digne de ce nom. D'autres ressources doivent être trouvées pour engager un programme ambitieux analogues à ceux lancés chez nos voisins européens. Ce programme ne devrait pas se limiter à l'action de la Cinémathèque suisse, mais encourager financièrement les ayants-droits à numériser les œuvres dont ils sont les propriétaires.

2.3.6.4

a) Cinéforum salue la prise en compte de l'importance de la collaboration internationale. La signature de nouveaux traités de coproduction avec des pays tels que le Mexique sont des signes d'ouverture encourageants. Toutefois, s'ils ne sont pas accompagnés de nouveaux moyens financiers ad hoc, cette volonté d'ouverture aura de la peine à trouver une réelle concrétisation, dans la mesure où les moyens actuellement à disposition ne permettent pas aux producteurs suisses d'être des partenaires solides dans le cadre des accords de coproductions avec nos voisins naturels (France, Allemagne, Italie, Belgique, etc.).

b) Face à notre exclusion du programme MEDIA, les mesures compensatoires mises en place doivent perdurer. Elles devraient même se développer afin de coller aux développements en cours au sein de l'UE (ex. encouragement des jeux vidéo et des médias).

Nous espérons néanmoins que tous les efforts seront faits par notre diplomatie afin qu'à terme la Suisse puisse rejoindre le programme Creative Europe.

3.2

Cinéforum salue également l'introduction à l'**art. 19a** du principe d'une accessibilité facilitée pour le public des œuvres financées par la Confédération, ceci après un délai raisonnable suivant la première exploitation (5 ans) et tout en respectant bien évidemment la rémunération des auteurs. Du point de vue opérationnel, il serait souhaitable que l'accès à ces films puissent se faire via une plateforme qui pourrait être conjointement gérées sur le plan technique par la SSR et la Cinémathèque suisse.

En ce qui concerne l'**art. 24c.2.a**, le versement des rémunérations dues aux sociétés de gestion collective agréées pour l'utilisation des films selon la loi du 9 octobre 1992 sur le droit d'auteur ne doivent pas être imputables aux dépenses reconnues et cette disposition doit être biffée. En effet, ces rémunérations sont calculées sur la base de tarifs souvent forfaitaires qui incluent toutes les œuvres diffusées, indépendamment de leur origine. Le texte proposé permettrait de considérer comme dépenses non seulement les redevances en faveur des scénaristes et réalisateurs, mais également les redevances relatives à la musique et aux droits voisins.

Au nom de Cinéforum, nous vous remercions de l'opportunité que vous nous avez offerte d'apporter nos remarques et commentaires à l'occasion de cette consultation du Message Culture 2021-2024 et espérons que ceux-ci vous seront utiles pour la suite de vos travaux. Nous espérons vivement qu'au cours de la nouvelle période, le Département de l'intérieur et son Office fédéral de la culture étudieront de manière approfondie la mise en place à terme d'un véritable « Centre national du cinéma et de l'audiovisuel » en charge de répondre aux nombreux défis qui attendent ce secteur d'activité, et pourront en dessiner les conditions-cadres.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations distinguées.

Pour Cinéforum
Jacques-André Maire
Président

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Maire'.

Gérard Ruey
Secrétaire général

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'G. Ruey'.

geschäftsstelle ig für volkskultur
c/o haus der volksmusik
lehnplatz 22, postfach
ch-6460 altdorf
telefon 041 871 14 78
www.volkskultur.ch

Bundesamt für Kultur
Frau Isabelle Chassot
Direktorin
Hallwylstr. 15
3003 Bern
stabstelledirektion@bak.admin.ch

BAK / OFC / UFC					
Direktion					
Original:					
13. Sep. 2019					
CC:					

Altdorf, 10.9.2019

Kulturbotschaft 2021–24, Stellungnahme der IGV

Sehr geehrte Frau Chassot

Datiert vom 29. Mai 2019, haben uns die Unterlagen zur Vernehmlassung der Kulturbotschaft 2021–24 erreicht. Wir danken für die Möglichkeit, zum Entwurf Stellung nehmen zu können – was für im Folgenden gerne so prägnant wie möglich tun.

Allgemein

Die Kulturbotschaft setzt auf Kontinuität, das betont sie mehrfach. Insofern erübrigt sich grundsätzliche Kritik an den Handlungssachsen, wenn sie nicht bereits im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2016–2020 geäußert wurde.

Zwei Aspekte möchten wir jedoch hervorheben:

1. Die Handlungssachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation/Innovation» leiten sich direkt aus dem Kulturförderungsgesetz her (Art. 3a und 3d, Art. 6.2.e) und haben deshalb wenig unmittelbaren Bezug zu den fünf Megatrends Globalisierung, Digitalisierung, demographischer Wandel, Urbanisierung und Individualisierung, die ebenfalls aus der älteren Kulturbotschaft übernommen werden. Es wurde bereits vor vier Jahren nicht klar, ob die Kulturpolitik des Bundes diese fünf Megatrends mit den Mitteln der Kultur korrigieren, kompensieren oder nutzen will. Es wird auch in dieser Botschaft nicht klar. Es wäre vielleicht zu viel verlangt von einer Bundeskulturpolitik, solche Kräfte zu zähmen. Doch dann wäre es wohl ehrlicher, sie nicht als Referenzrahmen aufzuspannen, statt von den unmittelbaren soziokulturellen Bedürfnissen auszugehen.
2. Die Ergänzung «Digitalisierung» als vierte Handlungssache überzeugt uns nicht. Es fehlt uns eine grundsätzliche Reflexion über die Veränderungen, die die Digitalisierung in die Kultur(landschaft) bringt und wie Kulturpolitik darauf reagieren könnte. Die Handlungssache beschränkt sich auf ein Bündel von verstreuten Massnahmen wie Digitalisierung von Sammlungen (versteht sich von selbst), Förderung von Games (ebenso eine Selbstverständlichkeit), Design (wobei unklar bleibt, inwiefern Design von der Digitalisierung substantiell affiziert wird) und einigen anderen geringfügigen Massnahmen. Digitalisierung verändert nicht nur Wertschöpfungsketten. Sie verändert den Stellenwert von Kunst und Kultur überhaupt. Sie zieht die Aufmerksamkeit von der künstlerischen Produktion ab, v.a. bei den Jungen. Der Bildschirm ist die neue Bühne. Doch was passiert da? Dazu finden wir in der Kulturbotschaft nicht den Ansatz einer Überlegung; eher durchwirkt eine mit den bundesrätlichen und parlamentarischen Digitalisierungsoffensiven übereinstimmende Technologiegläubigkeit den Text (insbesondere in Kapitel 2.1.2). Das stimmt skeptisch, wo doch gerade Kunst berufen ist, solche Verhältnisse zu reflektieren.

Soweit das Allgemeine.

Im Besonderen

Als Interessengemeinschaft Volkskultur interessiert uns insbesondere das Schicksal, das die Kulturbotschaft der Volkskultur angedeihen lässt. Wir haben lange gesucht, um sicher zu sein, dass der Volkskultur nur gerade sieben Zeilen auf S. 16, Absatz 2.1.3, gewidmet sind. 20 Zeilen schliesslich thematisieren die Laienkultur auf S. 39 im Abschnitt 2.6.1 unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe». Beide Minipassagen verzichten darauf, neue Gedanken zu entwickeln. Absatz 2.1.3 differenziert grosse und kleine innovative Projekte auseinander; erstere werden von Pro Helvetia selbst, letztere von der IGV über den «Volkskulturfonds Pro Helvetia» unterstützt. Abschnitt 2.6.1 fasst die Förderaktivitäten des BAKs zusammen: Unterstützung für die Organisationen kulturell tätiger Laien einerseits, Mitfinanzierung von kulturellen Projekten und Anlässen für ein breites Publikum, also eidgenössische Volks- und Laienkulturanlässe andererseits.

Mit diesen Förderaktivitäten sind wir absolut einverstanden. Das einzige Problem ist, dass sie das grosse Feld der gelebten Volkskultur (unter die wir Laienkultur subsumieren) ausser Acht lassen. Innovation ist gut und recht, aber sie berührt nicht den Kern von Volkskultur, der in der Tradition, im Ritualen, dem Selber-machen sowie in der unsichtbaren Eintrittsschwelle liegt. Während Pro Helvetia sich überlegt, wie sie dem selbst auferlegten Innovationsdogma entkommt und Wiederaufnahmen und Reprisen subventionieren könnte und daraus einen Mehrbedarf an Fördermitteln ableitet (Abschnitt 2.3.3), bleibt Projektförderung durch Pro Helvetia in der Volkskultur an eben dieses (sachfremde) Innovationsdogma gebunden. Volkskultur kennt auch Innovation, allerdings ereignet sie sich inkrementell, nicht disruptiv, wie es in der Kulturförderung gefordert wird. Damit lässt sich die volksskulturelle Innovation nicht projektmässig ausweisen.

Die Organisationen kulturell tätiger Laien wiederum, die – in der IGV zusammengefasst – fast eine halbe Million Aktiver vertreten, werden mit knapp 0.72 Mio. jährlich unterstützt, die Organisationen professioneller Kulturschaffender, denen grosszügig gerechnet 50'000 Kulturschaffende angehören, hingegen mit gerundet 2.7 Mio. Franken jährlich.

Angeichts der Leistung der Volks- und Laienkultur in Sachen Identitätsbildung, Traditionsvermittlung und Partizipation (Abschnitt 2.1; allerdings werden hier diese Leistungen besonders dem professionellen Kulturschaffen zugeschrieben, was wir für einen Irrtum halten, denn das professionelle Kulturschaffen steht ganz im Zeichen der innovationsgetriebenen Differenz) scheint uns das Ungleichgewicht eklatant. Es stünde einer Bundeskulturpolitik gut an, es auf mittlere Frist zu beheben und in der vorliegenden Kulturbotschaft den ersten Schritt dafür zu tun.

Denn auch die Organisationen kulturell tätiger Laien leisten nicht nur, was die Kulturbotschaft allgemein als Leistungen der Kultur anerkennt. Sie stehen auch vor Herausforderungen, die ins Geld gehen. Die Pflege des Nachwuchses, die Begabtenförderung, die Erweiterung des Repertoires, das Engagement qualifizierte Chorleiter, Dirigenten, Regisseure, Choreographen, die Weiterbildung von Verbandsadministratoren etc. rufen nach Mitteln. Ebenso scheint es uns nötig, dass über den Volkskulturfonds oder über andere Mittel auch wichtige volksskulturelle Projekte gefördert werden können, die dem inhaltlichen Gebot der Volkskultur gehorchen, also traditionell im besten Sinne und partizipativ sind.

Für diese beiden Stossrichtungen – Stärkung der Verbände und Förderung des Kerns, nicht nur der «Avantgarde» der Volkskultur – ist ein Mittelwachstum angezeigt, wie es für andere in der Kulturbotschaft aufgeführte Einrichtungen und Organisationen unter den Titeln «intensivieren» (16 Mal) oder «Stärkung» (20 Mal) offenbar selbstverständlich ist. Angesichts der Grösse des Feldes, das wir zur Volks- und Laienkultur zählen, gehen wir von 10% Mittelzuwachs aus, sowohl was die Kredite an die Organisationen kultureller Laien wie was den Aufbau einer Förderrichtlinie «traditionelle Volkskultur» angeht.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme.
Mit freundlichen Grüßen



Albert Vitali, Präsident



Markus Brülisauer, Geschäftsstelle

Bundesamt für Kultur
Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024
Hallwylstrasse 15

3003 Bern

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Malix, 13. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Eidgenössischer Jodlerverband

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Eidgenössische Jodlerverband (EJV) bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen.

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine
- II. Grundzüge der Vorlage
- III. Förderbereiche
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen

I. Allgemein

Die gesamte Vorlage erscheint uns ausgewogen und eine gute Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Wir unterstützen die strategische Ausrichtung der Kulturbotschaft mit den drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation». Wir sind überzeugt, dass diese drei Säulen für die Gesamtentwicklung des Bundesstaates Schweiz von zentraler Bedeutung sind. Der EJV ist mit seinen 20'000 Mitgliedern und

seinen Aktivitäten von nationaler Bedeutung bewusst, bei der Umsetzung dieser Ziele eine wichtige Rolle zu spielen.

Wir nehmen den Antrag des Bundesrates für eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets gerne zur Kenntnis und wir stellen weiter fest, dass in der neuen Kulturbotschaft der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird. Allerdings sind wir nicht der Meinung, dass die Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt ist. Vor allem im Bereich der schulischen musikalischen Bildung liegt aus unserer Sicht noch einiges im Argen.

II. Grundzüge der Vorlage

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das aus Sicht EJV beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht. Vor allem bei der Ausbildung von Laien als J+M-Leitende sehen wir grossen Handlungsbedarf. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.» Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Gerade was

die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisation aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller. Dieser Aspekt wird in vielen Teilen der Kulturbotschaft aus unserer Sicht zu wenig gewichtet.

Allen Akteuren auf den drei Staatsebenen in Kultur, Politik und Verwaltung muss dieser Aspekt immer wieder vor Augen geführt werden und in der Kulturpolitik entsprechend einfließen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt. Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete Massnahme. Angesichts der Grösse dieses Bereiches, fallen die finanziellen Mittel die dafür vorgesehen sind, sehr bescheiden aus.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» gemacht haben.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- **Musikalische Bildung:** Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.
- **Übersicht über die Beiträge:** Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag mindestens verdoppelt werden.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen

Wie zu Beginn erwähnt, finden wir die Vorlage ausgewogen und stimmig. Wir möchten aber zum Schluss noch einmal dezidiert festhalten, dass die Laienverbände in unserem Land, was die strategische Ausrichtung der Kulturbotschaft betrifft, eine zentrale Rolle spielen. Dies wird von der Politik anerkannt. Wenn es aber um die finanzielle Unterstützung dieser Kulturorganisationen geht, baut man nach wie vor sehr stark auf die «Gutmütigkeit und die damit verbundene Ehrenamtlichkeit» seiner Mitglieder. Wir sehen hier eine Gefahr der entgegenzuwirken ist. Der KUOR-Kredit für Laienorganisationen müsste aus Sicht des EJV verdoppelt werden.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, unsere Anregungen und Überlegungen bei Ihren Anträgen an die Räte zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Eidgenössischer Jodlerverband

Karin Niederberger, Präsidentin

Hector Herzig, Zentralsekretär



EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Bern, 5. September 2019
410-15 fj

Herr Bundesrat
Alain Berset
Vorsteher EDI
Inselgasse 1
3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft): Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie die EDK eingeladen, zum Vernehmlassungsentwurf der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Einladung und nehmen diese Gelegenheit gerne wahr.

Insgesamt begrüsst die EDK die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024. Wir schätzen insbesondere, dass die Botschaft im Zeichen der Kontinuität steht und die drei bestehenden Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» beibehalten werden.

Vorab möchten wir auf das bildungspolitisch zentrale Thema „Sprachen und Verständigung“ eingehen.

2.6.2 Sprachen und Verständigung

Schulischer Austausch (S. 41-43) und 4.1.6 Zahlungsrahmen Sprachen und Verständigung (S. 51):

Die Weiterentwicklung der nationalen Austauschaktivitäten ist ein zentrales Anliegen der EDK. Der Austausch von Schüler/innen und von Lehrpersonen trägt wesentlich zur Förderung und Stärkung des Unterrichts in den Landessprachen bei. Zudem spielen Austauschaktivitäten eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, kulturelle Aspekte der anderen Sprachregionen aufzunehmen und so zu einem gegenseitigen Verständnis beizutragen. Die Kantone leisten bereits einen grossen Beitrag, indem sie Austauschaktivitäten der Schulen und die dafür erforderlichen Koordinationsmassnahmen sowie im Rahmen der interkantonalen Hochschulfinanzierung den Studierendenaustausch finanzieren. Insgesamt belaufen sich die finanziellen Mittel gemäss Stand 2017 (vgl. Schweizerische Strategie Austausch und Mobilität, Anhang 2, November 2017) auf insgesamt 125 Millionen pro Jahr. Davon fliessen rund 20 Millionen in Austausch- und Mobilitätsaktivitäten auf Stufe obligatorische Schule und Gymnasien. Rund 105 Millionen werden auf der Tertiärstufe für die Freizügigkeit über die Sprachgrenzen hinweg aufgewendet. Damit die Kantone die gemeinsamen ambitionierten Ziele und die damit verbundenen Herausforderungen erfolgreich angehen können, sind sie auf die Mitfinanzierung des Bundes angewiesen. In der 2017 vom Bund und den Kantonen gemeinsam verabschiedeten „Schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität“ wird darauf hingewiesen, dass die finanziellen Anstrengungen zur Unterstützung des Binnenaustauschs zu verstärken sind. Für den internationalen Austausch wendet der Bund aktuell jährlich über 30 Millionen auf, für die Förderung des Binnenaustauschs dagegen CHF 500'000.-. Dieses Missverhältnis ist unbedingt zu korrigieren. In diesem Sinn werden in der neuen Kulturbotschaft Zusatzmittel für nationale Austauschaktivitäten beantragt. Der Zahlungsrahmen „Sprachen und Verständigung“ (vgl. S. 51) weist aus, dass für den Tätigkeitsbereich „Verständigungsmassnahmen“ Mehrmittel von jährlich durchschnittlich 2,5 Millionen beantragt werden, was

Generalsekretariat | Secrétariat général

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern | T: +41 31 309 51 11, F: +41 31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 31 309 51 00, F: +41 31 309 51 10, ides@edk.ch

einen finanziellen Mehraufwand von 10 Millionen für den Zeitraum 2021–2024 bedeutet. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Entwicklungsplans 2021 – 2024 für die nationalen Mobilitäten und Kooperationen sind aber aus Sicht der Kantone insgesamt 20 Millionen an neuen Finanzmitteln nötig. Diese Gelder sind erforderlich, damit das anvisierte Wachstum bei den Klassenaustauschen (2018: 8'500 Schülerinnen und Schüler (SuS), 2021: 12'000 SuS, 2024: 18'000 SuS) erreicht werden kann. Hinzu kommt, dass deutlich mehr Einzelaustausche, insbesondere auf der Sekundarstufe II, ermöglicht werden sollen. Neu sollen zudem in den kommenden Jahren auch im Bereich der Berufsbildung Austauschaktivitäten und Kooperationen aufgebaut werden. Schliesslich ist es ein zentrales Anliegen, die nationale Mobilität und Kohäsion durch Austauschaktivitäten auf der Tertiärstufe zu stärken. Es hat sich gezeigt, dass die Nachfrage und das Potential für Austauschaktivitäten für Studierenden und Dozierende gross ist. Zur besseren Verständlichkeit ist die auf Seite 51 aufgeführte "Übersicht über die Beträge" wie folgt zu ergänzen: (1) Es soll ersichtlich sein, dass mit den „Verständigungsmassnahmen“ schulische Austauschaktivitäten im Binnenraum Schweiz gemeint sind; (2) Der unter 4.1.6 genannte Mehraufwand von 10 Millionen für die „Verständigungsmassnahmen“ muss aus der Tabelle deutlich ersichtlich werden. Im Zusammenhang mit den Schweizer Schulen im Ausland wird in der neuen Kulturbotschaft auf die derzeit laufende Prüfung der Organisationsform und Führungsstruktur der nationalen Agentur Movetia hingewiesen. Wir sind erstaunt, dass nur drei Jahre nach der Errichtung einer gemeinsamen Stiftung (SFAM) der Bund zum Schluss kommt, dass diese Rechtsform seinen Governance-Grundsätzen nicht entspricht. Indes erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, dass die qualitative Entwicklung der Schweizer Schulen im Ausland und deren quantitatives Wachstum stetig steigende Kosten verursachen, während die für die Schweizer Schulen vorgesehenen Bundesbeiträge in Höhe der vergangenen Periode für weitere vier Jahre gleichsam eingefroren werden sollen. Die Beiträge an die Schweizer Schulen sind also vom Wachstum der Fördermittel des Bundes im Kulturbereich ausgenommen. Dies führt bei einigen Schulen zu finanziellen Problemen. Aus diesem Grund müssen die Finanzmittel entsprechend erhöht werden. Sodann erachten wir es als wichtig, Schweizer Lehrkräfte an Schweizer Schulen schnellstmöglich einen international rechtsbeständigen Status mittels Anstellung bei einer Schweizerischen öffentlich-rechtlichen Einrichtung zu verschaffen.

Im Sinne der Strategie „Austausch und Mobilität“ von Bund und Kantonen sowie der neu formulierten gemeinsamen bildungspolitischen Zielen 2019 ist die Förderung von Austausch und Mobilität eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen. Dies muss auch in der neuen Organisationsform der Agentur Movetia umgesetzt werden. Für die EDK sind folgende drei Kriterien für die neu organisierte „gemeinsame Institution“ von zentraler Bedeutung: Die Beteiligung der Kantone an der Trägerschaft und Steuerung; die neue Organisationsform muss die Förderung von Austausch und Mobilität langfristig gewährleisten können; für die Umsetzung des Auftrags von Movetia müssen die finanziellen Mittel des Bundes auch im Rahmen der neuen Organisation sichergestellt sein.

Italienische und rätoromanische Sprache und Kultur (S. 43):

Für die EDK geniesst der Unterricht in den Landessprachen eine hohe Priorität. Das Vorhaben, die Unterstützung von Pilotprojekten zur Schaffung zweisprachiger Unterrichtsprogramme mit Italienisch auf die Sekundarstufe I auszuweiten, ist deshalb begrüssenswert. Die finanzielle Unterstützung – auch für die Sekundarstufe II (Gymnasium) – sollte sich jedoch nicht ausschliesslich auf zweisprachige Programme beschränken, sondern generell immersive Ansätze des Sprachenlernens umfassen. Diese Ansätze beinhalten vielerlei didaktische Umsetzungen: von einzelnen Lektionen mit „immersiven Inseln“ bis zu komplett bilingualen Lehrgängen. Auf der Grundlage des Sprachengesetzes unterstützt der Bund schon heute Projekte für die Weiterentwicklung des Sprachenunterrichts, namentlich auch des Italienischunterrichts, in den

Kantonen. Die Kosten für die Kantone, welche für innovative immersive Unterrichtsformen entstehen, fallen hauptsächlich in die Projektphase und die Phase der Einführung. Die vorgesehene Ausweitung der finanziellen Unterstützung des Bundes sollte sich daher in erster Linie auf die Einführungsphase im Sinne einer Anschubfinanzierung beziehen.

Bemerkungen zu den Grundzügen der Vorlage

1.1 Kulturpolitische Ausgangslage und 1.3 Nationale Zusammenarbeit in der Kulturpolitik

Der Bund fördert gemäss Bundesverfassung im Rahmen seiner subsidiären Kulturförderung kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse. Dies bedingt ein abgestimmtes und ergänzendes Handeln, welches die Politik der Kantone und Städte ebenso wie gesamtschweizerische Interessen und die kulturelle Vielfalt in der Schweiz berücksichtigt.

Wir begrüssen deshalb, dass in der neuen Kulturbotschaft die Zusammenarbeit und Koordination zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und Städten im Sinne einer gesamtschweizerisch koordinierten Kulturpflege beschrieben wird. Wir sind wie der Bund der Meinung, dass der nationale Kulturdialog eine gute Plattform ist für den Austausch, die Erarbeitung von gemeinsamen Stellungnahmen und Empfehlungen sowie die Vertiefung von einzelnen Themen. Wir freuen uns darauf, mit dem Bund zusammen den nationalen Kulturdialog weiterzuentwickeln und das künftige Arbeitsprogramm festzulegen. Und wir nehmen gerne zur Kenntnis, dass in Bezug auf mehrere Sparten und einzelne Bereiche interregionale Netzwerke weitergeführt bzw. initiiert werden sollen.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal festhalten, dass der Bund gemäss Artikel 69 BV im Rahmen seiner subsidiären Kulturförderung kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse fördern kann. Wie bereits in der Stellungnahme zur ersten und zur zweiten Kulturbotschaft ausgeführt, verstehen wir unter einer subsidiären Kulturpolitik des Bundes „ein abgestimmtes, ergänzendes Handeln, welches die Politik der Kantone und Städte ebenso wie die gesamtschweizerischen Interessen und die kulturelle Vielfalt in der Schweiz berücksichtigt“. In diesem Sinne befürworten wir insbesondere eine Übernahme koordinierender Aufgaben durch den Bund auf gesamtschweizerischer Ebene sowie die Mitgestaltung einer koordinierten (öffentlichen) Kulturpolitik zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden.

1.1.4 Finanzierung der Kulturförderung in der Schweiz

Dass der Bund für die Kulturförderung für die Kreditperiode 2021–2024 mehr finanzielle Mittel vorsieht als bis anhin, begrüssen wir ausdrücklich. Bezüglich Finanzierung der Massnahmen und Institutionen durch den Bund gehen wir vom Grundsatz aus, dass der Bund bundeseigene und -nahe Institutionen (z.B. Istituto Svizzero in Rom) sowie vom Bund neu lancierte Programme bzw. Massnahmen ausfinanziert. Dies gilt insbesondere auch, falls der nun vorliegende Finanzierungsrahmen gekürzt werden bzw. Sparmassnahmen oder parlamentarisch finanzwirksame Entscheide zur Unterstützung anderer kultureller Vorhaben anfallen sollten. In diesem Falle müsste der Bund zunächst die angestammten Verpflichtungen (z.B. Denkmalpflege und Archäologie, zeitgenössisches Kunstschaffen) erfüllen und bei den neuen Massnahmen zwingend eine Priorisierung und Verzichtsplanung vornehmen. Eine solche allfällige Priorisierung muss unseres Erachtens zudem in gemeinsamer Absprache mit den Kantonen erfolgen, um klären zu können, ob und welche neuen Massnahmen allenfalls durch Bund und Kantone gemeinsam finanziert werden könnten.

Die Aussage aber, dass die Kulturbotschaft im Prinzip keine finanziellen oder personellen Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden hat, stellen wir infrage. Wir geben zu bedenken, dass Programme initiiert werden sollen, für die kein Finanzrahmen definiert ist und die aus diesem Grund vorhersehbare finanzielle

Auswirkungen auf die Kantone, Städte und Gemeinden haben (bspw. Künstlerhonorare, Anschubfinanzierung für die Begabtenförderung Musik, Gestaltung Musikschartarife, Erhöhung der Anzahl Spielorte für zeitgenössischen Tanz und Zirkus, Erhöhung der Zahl der Halteplätze für nomadische Lebensweisen) (vgl. auch Kapitel 5.2, 2.6.4). Die Finanzierung der Anschubprojekte der vorangegangenen Kulturbotschaft und der neuen Pilotprojekte des Bundes sind zeitlich befristet, was bedeutet, dass die Verantwortung für ihren Fortbestand implizit auf andere Stellen und damit auf die Kantone und Gemeinden übertragen wird.

1.4 Kulturpolitik des Bundes

Wir stimmen mit dem Bund überein, dass die Umfeldanalyse mit den fünf Megatrends, die den gesellschaftlichen Veränderungsprozess massgeblich beeinflussen, auch heute noch gültig ist und nehmen in diesem Zusammenhang die Kontinuität der drei wesentlichen Handlungsachsen als positiv wahr. Sowohl die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Stärkung der kulturellen Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts als auch die Förderung von Kreation und Innovation zur Verbesserung der internationalen Sichtbarkeit und Vernetzung des Schweizer Kulturschaffens halten wir weiterhin für sehr wichtig. Grundsätzlich ist jedoch festzustellen, dass für manche Förderbereiche quantitative Erhebungen und externe Evaluationen vorliegen (bspw. Jugend und Musik, BAK) und für andere nicht. Des Weiteren sieht der Bund vor, Programme fortzusetzen, deren Wirksamkeit im Hinblick auf deklarierte Ziele nur teilweise positiv ausfällt (bspw. FISS, BAK) und andere Programme, bei denen keinerlei externe Evaluation vorliegt, sogar ganz wesentlich auszubauen (bspw. Kultur und Wirtschaft, Pro Helvetia). Wir regen an, dass im Hinblick auf einen Ausbau von Programmen, ebenso wie bei einer geplanten Überführung einer Initialförderung in eine Regelförderung, eine externe Evaluation durchgeführt wird, deren Ergebnisse publiziert werden.

1.4.3 Kulturpolitik des Bundes im Ausland

Die Frage nach der Teilnahme am Programm «Kreatives Europa» (Programme MEDIA und Kultur) (Ausgabe 2021–2027) ist noch offen. Die Ersatzmassnahmen sind im Vergleich zu einer vollwertigen Teilnahme ungenügend, denn es fehlen Zugangs- und Kooperationsmöglichkeiten für Schweizer Kulturschaffende und Kulturinstitutionen innerhalb Europas. Aus unserer Sicht sollte der Bundesrat eine vollwertige Teilnahme per 2021 anstreben.

Bemerkungen zu den einzelnen Förderbereichen der Kulturpolitik

2.1 Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Das Engagement des Bundes im Bereich der Nachwuchsförderung, Promotion und Austausch im Inland, sowie Interkulturalität und Kunstvermittlung wird begrüsst, gleichzeitig wird erwartet, dass der Bund die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellt.

2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Die Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden wird grundsätzlich als sehr wichtig erachtet. Die Anpassung der Förderpraxis hat allerdings auch Mehrkosten zur Folge, für welche Mehrmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüssen es, dass der Bund eine umfassende Studie zum Thema Chancengleichheit von Frauen und

Männern im Kulturbereich durchführen wird. Die Zielsetzung, eine angemessene Vertretung der Geschlechter in allen relevanten Bereichen (Ausbildung, Subventionierung, Programmierung, Vertretung in Kulturinstitutionen) zu erreichen, unterstützen wir ausdrücklich. Wir gehen davon aus, dass diese Studie die Grundlage für daraus abzuleitende Handlungsempfehlungen und spezifische Fördermassnahmen sein wird, die innerhalb der Vierjahresperiode umgesetzt werden. Aus diesem Grund sollten die Finanzmittel hierfür erhöht werden.

2.1.4 Schweizer Preise

Wir würdigen, dass der Bund die Verbindung der Preisvergaben mit bestehenden Veranstaltungen (Schweizer Theatertreffen, Musikfestivals) koordiniert. Die Anpassungen (bspw. Spezialpreis für Kinder- und Jugendliteratur) werden begrüsst; auch die Zusammenlegung der Schweizer Theater- und Tanzpreise. Aus kantonaler Optik ist jedoch die Anzahl der vom BAK vergebenen Preise kritisch zu betrachten. Die Vergabe von Preisen und Auszeichnungen durch den Bund an Schweizer Kulturschaffende verschiedener Sparten ist ein wichtiges, öffentlichkeitswirksames Element der personenbezogenen Kulturförderung mit hoher Ausstrahlung und Renommee. Die zahlreichen Spartenpreise haben aber eine inflationäre Wirkung und konkurrieren bedeutende regionale Preise. Wir schlagen daher vor, dass der Bund seine Preisvergabepolitik hinsichtlich Anzahl Preise pro Kultursparte, Häufigkeit der Vergabe und Dotation stärker fokussiert. Um einem drohenden Bedeutungsverlust zu begegnen, ist die Positionierung der kulturellen Preise und Auszeichnungen des Bundes mit nationaler Ausstrahlung mit den Kantonen, Städten und betroffenen Branchenverbänden abzusprechen.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir begrüssen die Arbeit von Pro Helvetia in der Promotion, im Austausch und bei internationalen Kooperationsprojekten. Wir möchten aber darauf aufmerksam machen, dass die Austauschprogramme, die auf eine interkulturelle Begegnung ausgerichtet sind, einen hohen kulturpolitischen Wert haben und wie die Promotionsmassnahmen zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit explizit in die Ziele und Massnahmen aufgenommen werden sollten.

2.3 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche

2.3.1 Visuelle Künste

Wir nehmen positiv wahr, dass auch in der visuellen Kunst seit 2016 Werkbeiträge vergeben werden. Dem Thema Künstlerhonorare sollte in der bildenden Kunst ein besonderer Stellenwert zukommen, da es bisher noch keine Branchenrichtlinien gibt.

2.3.2 Design und interaktive Medien (Games)

Das Thema „Kultur und Wirtschaft“ (Pro Helvetia) und mit ihm der Schwerpunkt Design und interaktive Medien anerkennen wir als wichtig für die Entwicklung von neuen innovativen Formen künstlerischen Schaffens und Ausdrucks. Wir möchten aber festhalten, dass die Schnittstelle zur Wirtschafts- und Innovationsförderung bis heute immer noch nicht abschliessend geklärt wurde.

Um das Design und die interaktiven Medien zu fördern und zu unterstützen, ist es wichtig, ein koordiniertes Fördermodell zwischen Kultur- und Wirtschaftsförderung zu entwickeln und damit auch die entsprechenden Finanzierungen zu klären.

Darüber hinaus wird die Fokussierung des Bereichs interaktive Medien auf Games als zu einschränkend wahrgenommen, da weite Bereiche des interaktiven digitalen Kulturschaffens damit ausgeschlossen sind.

2.3.3 Darstellende Künste

Die Einführung der Werkförderung für Musiktheater und die Einführung der Werkförderung für zeitgenössischen Zirkus wird begrüsst. Die Verstärkung des Austauschs und der Diffusion im Inland, auch innerhalb der Sprachregionen, wird positiv wahrgenommen. Und wir machen darauf aufmerksam, dass dafür die Unterstützung von Unter- und Übertiteln sehr wichtig ist. Auch dass die Ausgestaltung gemeinsam mit interessierten Städten und Kantonen geprüft werden soll, wird sehr positiv aufgenommen.

2.3.4 Literatur

Die Gleichstellung von Übersetzerinnen und Übersetzern mit den Autorinnen und Autoren wird begrüsst.

2.3.5 Musik

Die Ausweitung des Werkbegriffs wird positiv wahrgenommen. Neben den benannten innovativen Formaten (Klangkunst, multimediale Arbeiten und internationale Kollaborationen) sollten dabei insbesondere auch die improvisierte Musik Berücksichtigung finden.

Um die Bedeutung der Vielfalt der Schweizer Musik zu unterstreichen, wäre es besser, die diesbezügliche unvollständige Liste der Genres wegzulassen, auch um zukünftige, neue Bestimmungen nicht auszuschliessen.

2.3.6 Film

Wir begrüssen grundsätzlich die Stossrichtung der Änderung des Filmgesetzes und weisen darauf hin, dass das Zugänglichmachen von Filmen über die Cinémathèque Suisse für die kulturelle Teilhabe und die Vermittlung des Filmerbes sehr wichtig ist. Sofern rechtlich und finanziell möglich, sollte eine kostenlose Zurverfügungstellung angestrebt werden.

Die Motivation, auch ausserhalb des Kinos die Vielfalt des Filmangebots sicherzustellen, können wir sehr gut nachvollziehen und unterstützen, stellen aber infrage, ob die aufgezeigten Massnahmen und Gesetzesänderungen zielführend sind. Zudem stellen wir infrage, ob eine Quote für europäische Filme im Internet ebenso wie eine Reinvestitionspflicht für Online-Filmanbieter dazu führen könnte, dass diese darauf verzichten, einen so kleinen Markt wie die Schweiz bedienen zu wollen. Bei der Umsetzung ist zu beachten, dass dieser Effekt nicht eintritt bzw. minimiert wird.

2.4 Kulturerbe

Die Eingrenzung des Handlungsfelds Kulturerbe in der Kulturbotschaft scheint unklar in der Abgrenzung zu anderen Bereichen. Es ist weder eine umfassende Politik im Zusammenhang mit dem Kulturerbe, noch eine echte Handlungsbereitschaft erkennbar. Denkmalpflege, Archäologie und Heimatschutz werden Teil der Baukultur und damit Teil der Handlungsachse sozialer Zusammenhalt. Die Unterstützung der Cinémathèque Suisse ist Teil der Filmförderung, Memoriav und die Fotostiftung hingegen werden im Bereich Netzwerke aufgeführt. Lebendige Traditionen sind Teil des Kapitels über kulturelle Teilhabe. Vermisst wird eine übergeordnete Memopolitik.

Überdies soll bei den Beiträgen an die Netzwerke Dritter die Zahl der Bezüger bei gleichbleibenden Finanzmitteln erhöht werden. Dies gefährdet Institutionen wie die SAPA, Memoriav und die Fotostiftung zu einem Zeitpunkt, in dem diese Bereiche, die von der künstlerischen und dokumentarischen Arbeit von den 1970er Jahren bis heute geprägt sind, auf umfassende Massnahmen angewiesen sind, damit das Fortbestehen ihres kulturellen Erbes gewährleistet werden kann. Daher schlagen wir vor, dass die hier für die Periode 2021–2024 vorgesehenen Mittel deutlich erhöht werden und dass der Bund die Schwerpunkte seiner

Politik für die Erhaltung des kulturellen Erbes in unserem Land genauer und zweckmässiger definiert. In der Vorperiode hat der Bund die punktuelle Unterstützung von Museen zwar geklärt und fortgesetzt, namentlich mit der Aufnahme der Nationalen Phonotheek als eidgenössische Institution, doch hat er bislang keine eindeutigen Überlegungen zu anderen Bereichen geführt (etwa den Bühnenkünsten), um seine Rolle beim Erhalt des nationalen Kulturerbes zu klären.

Die Digitalisierung, auf welche der Bund mit der neuen Kulturbotschaft einen besonderen Akzent als Transversalthema legt, hat besonders für Gedächtnisinstitutionen und für die „Memopolitik“ einen hohen Stellenwert und wird zunehmend zur Voraussetzung für die Konservierung, die Vermittlung, Partizipation und Teilhabe sowie Kommunikation und Marketing. Aus diesem Grund begrüssen wir es ausdrücklich, dass auch Digitalisierungsprojekte von Dritten künftig vom Bund unterstützt werden sollen.

Angesichts der allgemeinen und transversalen Bedeutung der Digitalisierung und der Beiträge an Dritte für die Erhaltung und die Valorisierung des Gedächtnisses, wird vorgeschlagen, solche Fachzentren vermehrt zu unterstützen, um auch kleine und mittlere Institutionen in die digitale Herausforderung einzubeziehen und ihr Wachstum zu gewährleisten. Im Allgemeinen sollen digitale Archivierungstätigkeiten von einer Überlegung über Notwendigkeit und Gestaltung begleitet werden.

2.4.2.2 Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter

Wir bedauern ausserordentlich, dass der Bund auf die Einführung einer Staatsgarantie weiterhin verzichtet. Wir verstehen zwar die vor allem finanzpolitisch motivierten Argumente des Bundes und anerkennen, dass ein umsetzungsfähiges Modell zu entwickeln eine höchst komplexe Aufgabe darstellt, deren Lösung nicht auf der Hand liegt. Dennoch sind wir der festen Überzeugung, dass die bedeutenden Schweizer Museen mit herausragender Ausstrahlung mittelfristig im internationalen Vergleich an Konkurrenzfähigkeit verlieren werden. Aus unserer Sicht würde die gerade der unter Art. 69 BV erwähnten Förderung kultureller Bestrebungen im gesamtschweizerischen Interesse entsprechen. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel zur Ausrichtung von Finanzhilfen an Drittmuseen für die Versicherung von Leihgaben sind erstens in den Beitragshöhen zu niedrig angesetzt und können zweitens den Verzicht auf die Einführung einer Staatsgarantie bei Weitem nicht kompensieren. Wir schlagen deshalb vor, dass der Bund eine Arbeitsgruppe zur Prüfung verschiedener Modelle einer Staatsgarantie einsetzt. Zusammensetzung: Bund, Kantone, Museen und Versicherer. Zu prüfen wären Teilgarantien.

Dass der Bund weiterhin sowohl Betriebs- als auch Projektbeiträge an Museen und Sammlungen Dritter vergeben wird, nehmen wir erfreut zur Kenntnis. Das Thema der Provenienzforschung hat nichts an Relevanz und Dringlichkeit verloren und entsprechende Projekte sollten auch weiterhin mit Beiträgen unterstützt werden können. Die bereits erfolgte Öffnung der Ausschreibung hin zu Projektbeiträgen an Recherchen zu Kulturgütern aus dem kolonialen Kontext und zu archäologischen Kulturgütern wird sehr begrüsst. Wir gehen davon aus, dass eine Anpassung der Förderkriterien für Betriebsbeiträge in der Arbeitsgruppe des Nationalen Kulturdialogs beraten und möglichst rasch und verbindlich öffentlich kommuniziert wird, um ein transparentes Verfahren zu gewährleisten.

2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Wir unterstützen die Betriebsbeiträge an die Netzwerke Dritter, fordern aber ein Erarbeiten von Kriterien, analog dem Vorgehen bei den Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter, nach welchen die Ausschreibungen vorgenommen werden und zusätzliche Mittel für diese. Die erwähnten Herausforderungen im Bereich Digitalisierung und Zugang sowie in der Langzeitarchivierung können mit den bisherigen Mitteln nicht abgedeckt werden.

2.5 Baukultur

Es wird grundsätzlich sehr begrüsst, dass die Baukultur als Kulturleistung angesehen wird. Die Begriffsdefinition ist Voraussetzung für das Grundverständnis und die Abklärung der Zuteilung der Mittel sowie die Priorisierung derselben. Das zusätzliche Engagement im Bereich der Finanzmittel zur Förderung der Vermittlung und des Diskurses zur Baukultur sowie die Unterstützung für Beratungs- und Schulungsangebote (in der Höhe von 800'000 CHF pro Jahr) ist zu begrüssen. Jedoch gibt es weder Anpassungen im Bereich Heimatschutz, Archäologie und Denkmalpflege noch der bereits im Zuge der letzten Kulturbotschaft beantragten zusätzlichen Mittel zum Erhalt und zur Pflege von Unesco-Kulturerbestätten.

Dass im Bereich Heimatschutz, Archäologie und Denkmalpflege keine neuen Mittel vorgesehen sind, jedoch neu der Begriff der Baukultur lanciert wird, sehen wir sehr kritisch. Die neue Strategie Baukultur sollte nicht auf Kosten der Verbundaufgabe Denkmalpflege gehen.

Sollten an der Höhe der bisher eingestellten Mittel von insgesamt 105,3 Mio. Franken festgehalten werden, müssten diese vollumfänglich dem Erhalt schützenswerter Denkmäler sowie der Archäologie zugutekommen. Massnahmen in den Bereichen Organisation, Forschung, Ausbildung und Vermittlung wären separat zu finanzieren.

Zudem wollen wir darauf hinweisen, dass zwischen Bestandenserhaltung und Förderung der Vermittlung von neuer Architektur kein direkter Zusammenhang besteht, es handelt sich hier um zwei grundsätzlich getrennte Bereiche. Der Begriff Baukultur erscheint nicht geeignet, das gesamte Feld der Aufgaben zu repräsentieren, die hier subsumiert werden, denn er deckt nur einen Teilbereich ab. Zudem sind die finanziellen Mittel für Heimatschutz, Denkmalpflege und Archäologie massgeblich zu gering, um den Bundesaufgaben gerecht zu werden, um dem drohenden Verlust an historischer Substanz im Schweizerischen Baubestand und den Bodendenkmälern Einhalt zu gebieten.

2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Im zur Vernehmlassung vorgelegten Text zur kulturellen Teilhabe wird auch der Wunsch erwähnt, die Chancengleichheit zu stärken, u.a. für Menschen mit Behinderungen; dies ist ein Thema, das zu Recht gefördert werden sollte und deshalb sollten konkrete Inklusionsmassnahmen vorgesehen werden.

Wir danken Ihnen noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen bei den weiteren Arbeiten.

Freundliche Grüsse

**Schweizerische Konferenz
der kantonalen Erziehungsdirektoren**

Regierungsrätin Silvia Steiner
Präsidentin

Aldo Caviezel
Präsident der KBK

Kopie

- Mitglieder der EDK
- Mitglieder der Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten (KBK)



EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Berne, le 5 septembre 2019
410-15 fj

Monsieur
le Conseiller fédéral
Alain Berset
Chef du DFI
Inselgasse 1
3003 Berne
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024 (message culture): prise de position

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par une lettre datée du 29 mai 2019, vous avez invité la CDIP à se prononcer sur le projet de consultation du message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024. Nous vous remercions de cette invitation et lui donnons volontiers suite.

La CDIP salue dans son ensemble le message culture 2021–2024. Nous apprécions en particulier le fait qu'il soit placé sous le signe de la continuité et que les trois axes d'action définis pour la période actuelle, à savoir la participation culturelle, la cohésion sociale ainsi que la création et l'innovation, soient maintenus. Nous souhaitons aborder en premier lieu le thème «Langues et compréhension», qui est au cœur de la politique éducative.

2.6.2 Langues et compréhension

Échanges scolaires (p. 40-43) et point 4.1.6 Plafond de dépenses pour la politique des langues et de la compréhension (p. 50):

Le développement des activités nationales d'échange est l'une des principales préoccupations de la CDIP. Les échanges d'élèves et d'enseignants contribuent fortement à promouvoir et à renforcer l'enseignement dans les langues nationales. Par ailleurs, les activités d'échange permettent de découvrir des aspects culturels propres aux autres régions linguistiques, ce qui favorise la compréhension mutuelle. Les cantons fournissent déjà une participation importante en finançant les activités d'échange des écoles et les mesures de coordination nécessaires à cet effet, mais aussi les échanges d'étudiants dans le cadre du financement intercantonal des hautes écoles. En tout, les moyens financiers alloués se montent d'après l'état de 2017 (cf. *Stratégie suisse Échanges et mobilité*, annexe 2, novembre 2017) à 125 millions de francs par année, répartis de la manière suivante: environ 20 millions pour les activités d'échange et de mobilité au niveau de la scolarité obligatoire et des gymnases, et environ 105 millions pour la libre circulation estudiantine au-delà des régions linguistiques au degré tertiaire. Les cantons doivent atteindre des objectifs communs ambitieux et relever également les défis qui les accompagnent; pour cela, ils ont besoin d'un cofinancement de la Confédération. Dans la *Stratégie suisse Échanges et mobilité* adoptée en 2017 par la Confédération et les cantons, il est indiqué que les ressources financières destinées aux échanges à l'intérieur du pays doivent être augmentées. La Confédération dépense actuellement chaque année plus de 30 millions de francs pour les échanges internationaux et seulement 500 000 francs pour la promotion des échanges à l'intérieur du pays. Ce déséquilibre doit absolument être corrigé. C'est dans cette optique

Generalsekretariat | Secrétariat général

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern | T: +41 31 309 51 11, F: +41 31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 31 309 51 00, F: +41 31 309 51 10, ides@edk.ch

que des fonds supplémentaires sont requis dans le nouveau message culture pour les activités d'échange sur le plan national. Il est ainsi précisé au point 4.1.6 (Plafond de dépenses pour la politique des langues et de la compréhension, p. 50) que 2,5 millions de plus par an en moyenne (soit 10 millions pour la période 2021–2024) sont demandés dans le domaine d'activité «Mesures en faveur de la compréhension». Cependant, pour mettre en œuvre le plan de développement 2021–2024 concernant les activités de mobilité et de coopération à l'échelle nationale, les cantons estiment qu'il faudrait des nouvelles ressources d'un montant total de 20 millions de francs. Ces fonds sont indispensables si l'on veut pouvoir atteindre la croissance visée pour les échanges de classes (2018: 8500 élèves, 2021: 12 000 élèves, 2024: 18 000 élèves). À cela s'ajoute le fait qu'il est question d'intensifier davantage les échanges individuels, en particulier au secondaire II, et qu'il est en outre prévu de développer ces prochaines années les activités d'échange et de coopération dans le domaine de la formation professionnelle. Enfin, l'un des enjeux majeurs consiste aussi à renforcer la mobilité et la cohésion nationale par le biais d'activités d'échange au degré tertiaire, où la demande est forte et le potentiel important en ce qui concerne les activités d'échange entre étudiants d'une part et enseignants d'autre part. Il convient donc, en vue de permettre une meilleure compréhension, de compléter ainsi le tableau synoptique des aides financières allouées (p. 50): (1) il doit apparaître clairement que les «Mesures favorisant la compréhension» correspondent aux activités d'échange scolaires organisées en Suisse; (2) les 10 millions supplémentaires mentionnés au point 4.1.6 et destinés aux «Mesures en faveur de la compréhension» doivent être bien visibles dans le tableau. Dans la partie consacrée aux écoles suisses à l'étranger (point 2.6.3), il est fait référence à la structure d'organisation et de gestion de l'agence nationale Movetia, qui est actuellement en cours d'examen. Nous sommes surpris de constater que, trois ans seulement après la création d'une fondation commune (la FPEM), la Confédération arrive à la conclusion que cette forme juridique n'est pas conforme à ses principes de gouvernance. Nous nous permettons néanmoins de faire remarquer que le développement qualitatif et quantitatif des écoles suisses à l'étranger engendre des coûts sans cesse plus élevés et que, malgré tout, les contributions fédérales prévues pour ces écoles restent bloquées, pour la prochaine période de quatre ans, au même montant que celui fixé pour la période actuelle. Autrement dit, l'augmentation des moyens de la Confédération en faveur de l'encouragement de la culture ne profite pas aux écoles suisses à l'étranger, qui se trouvent ainsi exclues du cercle des bénéficiaires. Cela entraîne des problèmes financiers pour certaines d'entre elles, d'où la nécessité de revoir à la hausse le montant des contributions. Nous estimons par ailleurs qu'il est important de procurer le plus rapidement possible aux enseignants suisses travaillant dans les écoles suisses à l'étranger un statut ayant une validité juridique au niveau international, cela grâce à un contrat d'engagement signé avec une institution suisse de droit public.

Selon la *Stratégie suisse Échanges et mobilité* de la Confédération et des cantons, et selon aussi leurs objectifs politiques communs concernant l'espace suisse de formation (qui ont été reformulés en 2019), l'encouragement des échanges et de la mobilité est une tâche commune de la Confédération et des cantons. Cet aspect doit également être mis en œuvre dans la nouvelle structure d'organisation de l'agence Movetia. Pour la CDIP, il est fondamental que les trois critères suivants soient respectés dans l'organisation de la «nouvelle institution commune»: participation des cantons à la direction et au pilotage; garantie à long terme de l'encouragement des échanges et de la mobilité; maintien des moyens financiers de la Confédération pour la réalisation du mandat fixé.

Langues et cultures italienne et romanche (p. 42):

L'enseignement dans les langues nationales fait partie des priorités de la CDIP. Prévoir de soutenir également au secondaire I, et non plus seulement au secondaire II, les projets pilotes de filières bilingues incluant l'italien est donc une mesure jugée très positive. Ce soutien ne devrait toutefois pas – que ce soit

au secondaire I ou au secondaire II (gymnase) – se limiter aux filières bilingues, mais concerner aussi de manière plus générale les approches immersives de l'apprentissage des langues. Ces approches englobent toutes sortes de réalisations didactiques, qui peuvent aller de simples cours isolés comprenant des «plages d'immersion» à des filières entièrement bilingues. La Confédération soutient actuellement déjà, sur la base de la loi sur les langues, des projets menés dans les cantons et visant à développer l'enseignement des langues, dont l'italien. Les coûts que les nouvelles formes d'enseignement immersives occasionnent aux cantons surviennent essentiellement durant les phases de conception et d'introduction des projets. Il faudrait donc que l'extension de l'aide financière prévue par la Confédération porte en premier lieu sur la phase d'introduction, c'est-à-dire sur le financement initial des projets.

Remarques sur les grandes lignes du projet

1.1 Le point sur la politique culturelle

1.3 Coopération nationale en matière de politique culturelle

La Constitution fédérale confère à la Confédération une compétence subsidiaire lui permettant de promouvoir les activités culturelles présentant un intérêt national. Cette compétence doit s'exercer par une action coordonnée et complémentaire, tenant compte de la politique menée par les cantons et les villes aussi bien que des intérêts nationaux et de la diversité culturelle de la Suisse.

Nous saluons donc le fait que la coopération et la coordination entre la Confédération, les cantons, les communes et les villes soient décrites dans ce message comme un encouragement de la culture coordonné sur le plan national. Nous partageons l'avis de la Confédération selon lequel le Dialogue culturel national constitue une bonne plateforme permettant de favoriser les échanges, d'élaborer des recommandations et des positions communes et d'approfondir certains thèmes. Nous nous réjouissons de continuer à développer le Dialogue culturel national avec la Confédération et de définir avec elle le prochain programme de travail. Nous prenons note avec satisfaction de la volonté de poursuivre les réseaux d'échange interrégionaux ou d'en mettre d'autres sur pied pour plusieurs disciplines artistiques dans différents domaines.

Nous aimerions rappeler ici que, selon l'art. 69 Cst., la Confédération peut promouvoir les activités culturelles présentant un intérêt national en se fondant sur le principe de subsidiarité. Comme nous l'avons déjà indiqué dans nos prises de position concernant le premier et le deuxième message culture, nous considérons toujours que «la subsidiarité de la politique culturelle fédérale doit se traduire [...] par une action concertée et complémentaire, prenant en compte la politique des cantons et des villes de même que les intérêts nationaux et la diversité culturelle de la Suisse». En ce sens, nous sommes favorables à ce que la Confédération assume des tâches de coordination sur le plan suisse et à ce que la Confédération, les cantons, les villes et les communes s'emploient ensemble à aménager une politique culturelle (publique) coordonnée.

1.1.4 Le financement de la culture en Suisse

Nous saluons expressément le fait que la Confédération entende allouer davantage de moyens à l'encouragement de la culture pour la période budgétaire 2021–2024. En matière de soutien financier, nous continuons de partir du principe que la Confédération assure le financement intégral des institutions dont elle est en charge ou de celles qui lui sont proches (par exemple l'Institut suisse de Rome), de même que celui des programmes et mesures nouvellement mis en place. Ce principe reste valable même si la présente

enveloppe financière était revue à la baisse à la suite de mesures d'économie ou de décisions parlementaires se traduisant par un report du soutien financier à d'autres projets culturels. Dans un tel cas, la Confédération devrait d'abord remplir ses obligations de base (entre autres celles concernant les monuments historiques, l'archéologie et l'art contemporain) et impérativement fixer des priorités pour les nouvelles mesures, en déterminant celles qui pourraient être abandonnées. Ces priorités devraient en outre être établies avec les cantons, de manière à ce qu'il soit possible de définir les nouvelles mesures susceptibles de faire l'objet d'un financement commun Confédération-cantons.

Nous contestons en revanche l'affirmation selon laquelle le message culture n'aurait en principe pas de conséquences en matière de finances et de personnel pour les cantons et les communes. Nous faisons en effet remarquer qu'il est prévu de lancer des programmes dont le cadre financier n'a pas été défini et qui auront donc nécessairement des incidences financières pour les cantons, les villes et les communes (honoraires des artistes, financement initial pour l'encouragement des jeunes talents en musique, fixation des écolages des écoles de musique, augmentation du nombre de lieux d'accueil pour la danse et le cirque contemporains, augmentation du nombre d'aires d'accueil pour les modes de vie nomades, etc.; voir aussi les points 5.2 et 2.6.4). Les soutiens aux projets incitatifs du message précédent ainsi que les nouveaux projets pilotes de la Confédération s'exercent sur une durée déterminée, ce qui implique que la responsabilité de leur pérennisation est implicitement transférée à d'autres instances et donc aux cantons et communes.

1.4 Politique culturelle de la Confédération

Comme la Confédération, nous estimons que l'analyse contextuelle et les cinq tendances globales précédemment identifiées comme ayant une influence majeure sur le processus de transformation de la société n'ont rien perdu de leur actualité, et dans ce sens nous approuvons la continuité proposée pour les trois axes d'action principaux. Aujourd'hui encore, nous trouvons très important d'œuvrer en faveur de ces enjeux de politique sociétale que sont la participation culturelle et la cohésion sociale, de même que de promouvoir la création et l'innovation afin d'améliorer la visibilité internationale et la mise en réseau de la création culturelle suisse.

Nous constatons néanmoins que certains domaines d'encouragement (par exemple «Jeunesse et Musique», OFC) font l'objet d'enquêtes quantitatives et d'évaluations externes, et d'autres pas. La Confédération prévoit par ailleurs de poursuivre des programmes qui ne permettent d'atteindre que partiellement les objectifs fixés (par exemple PICS, OFC) et même d'en développer d'autres pour lesquels il n'existe aucune évaluation externe (par exemple «Culture et économie», Pro Helvetia). Nous proposons donc, avant de développer un programme ou de transformer un encouragement initial en un encouragement régulier, de planifier une évaluation externe avec publication des résultats.

1.4.3 Politique culturelle de la Confédération à l'étranger

La question de la participation au programme «Europe créative» (programmes MEDIA et Culture) (volet 2021 à 2027) est encore ouverte. Les mesures de compensation n'offrent pas des conditions aussi satisfaisantes qu'une participation à part entière, puisque les possibilités d'accès et de coopération au sein de l'Europe sont inexistantes pour les artistes et les institutions culturelles suisses. Selon nous, le Conseil fédéral devrait chercher à obtenir une pleine participation dès 2021.

Remarques sur les différents domaines d'encouragement de la politique culturelle

2.1 La création culturelle et artistique professionnelle en général

L'engagement de la Confédération dans les domaines «encouragement de la relève», «promotion et échanges en Suisse», «interculturalité» et «médiation artistique» est salué, mais il faut aussi qu'elle mette à disposition les moyens correspondants.

2.1.2 Création artistique

Le revenu et la rémunération des acteurs culturels sont des points auxquels il est accordé beaucoup d'importance. L'adaptation de la pratique d'encouragement entraîne toutefois aussi des coûts supplémentaires qu'il faut couvrir en mettant davantage de moyens à disposition.

2.1.3 Diffusion, promotion et échanges en Suisse

Nous saluons le fait que la Confédération prévoit de procéder à une enquête poussée sur le thème de l'égalité des chances entre femmes et hommes dans le domaine de la culture. Faire en sorte que les sexes soient représentés convenablement dans tous les domaines importants (formation, subventionnement, programmation, représentation dans les institutions culturelles) est un but que nous soutenons explicitement. Nous supposons que les résultats de cette enquête constitueront la base sur laquelle seront élaborées les recommandations d'action et les mesures d'encouragement spécifiques qu'il s'agira de mettre en œuvre durant la période considérée (2021–2024). Il faudrait donc que soient attribués pour cela des moyens financiers plus élevés.

2.1.4 Prix suisses

Nous apprécions le fait que la Confédération coordonne remises de prix et manifestations existantes (Rencontres du théâtre suisse, festivals de musique). Les adaptations (par exemple Prix spécial littérature enfance et jeunesse) sont saluées, tout comme la fusion des prix suisses de théâtre et de danse. Le nombre de prix remis par l'OFC est cependant vu d'un œil critique sur le plan cantonal. La remise de prix et de distinctions à des artistes suisses de différentes disciplines par la Confédération est une mesure individuelle de promotion culturelle qui confère reconnaissance et notoriété, et qui a donc un fort impact sur le public. Il y a toutefois un effet inflationniste dû à la quantité de prix remis, lesquels font aussi concurrence à des prix régionaux importants. Nous proposons par conséquent à la Confédération d'élarguer sa politique de remise de prix, c'est-à-dire de reconsidérer le nombre de prix par discipline artistique, la fréquence des remises de prix ainsi que la dotation des prix. Pour éviter que les distinctions et prix culturels d'ampleur nationale remis par la Confédération perdent de leur impact, leur positionnement doit être redéfini avec les cantons, les villes et les associations faîtières concernées.

2.2 Diffusion de la culture suisse à l'étranger et échanges culturels internationaux

Nous saluons le travail effectué par Pro Helvetia dans les domaines «promotion», «échanges» et «projets de coopération internationale», mais souhaitons néanmoins attirer l'attention sur le fait que les programmes d'échange axés sur les rencontres interculturelles ont une grande importance politico-culturelle et qu'ils devraient donc, au même titre que les mesures visant à renforcer la compétitivité internationale, figurer explicitement sous la rubrique «Objectifs et mesures».

2.3 Disciplines et domaines d'encouragement

2.3.1 Arts visuels

Nous considérons de manière positive le fait que, depuis 2016, des contributions à la création soient également accordées dans le domaine des arts visuels. Le thème «honoraires convenables pour les artistes» devrait faire l'objet d'une attention particulière, étant donné qu'il n'existe encore aucune directive en la matière dans cette branche.

2.3.2 Design et médias interactifs (jeux vidéo)

Le thème «Culture et économie» (Pro Helvetia) ainsi que le domaine «design et médias interactifs» qui y est associé nous semblent importants pour le développement de formes novatrices de création et d'expression artistiques. Toutefois, nous tenons à souligner que la question de l'interface avec les organes de promotion de l'innovation et de promotion économique n'a toujours pas été clarifiée de façon concluante.

Pour promouvoir et soutenir le domaine «design et médias interactifs», il est important de développer un modèle d'encouragement coordonné, c'est-à-dire applicable à la culture et à l'économie et permettant donc aussi de clarifier les questions de financement.

À noter encore que limiter les médias interactifs essentiellement aux jeux vidéo ne semble pas véritablement approprié, étant donné que cela exclut d'autres domaines de la création interactive numérique.

2.3.3 Arts du spectacle

Nous saluons l'introduction d'un encouragement à la création dans le théâtre musical et le cirque contemporain. Nous jugeons également positivement le renforcement des échanges et de la diffusion en Suisse et au sein des régions linguistiques, mais faisons remarquer qu'il est très important pour cela de soutenir financièrement les sous-titrages et les surtitrages. Autre point positif: le fait que la Confédération prévoit d'examiner conjointement avec les villes et les cantons intéressés des solutions pour mieux favoriser la diffusion de productions.

2.3.4 Littérature

Nous approuvons la mise sur un pied d'égalité des traducteurs avec les auteurs.

2.3.5 Musique

Nous considérons de manière positive l'extension de la notion d'œuvre. Outre les formes novatrices de création musicale citées (art sonore, œuvres multimédiales et collaborations internationales), il faudrait aussi prendre en compte en particulier la musique improvisée.

Il serait préférable d'éviter de fournir une liste incomplète des genres musicaux pour mettre en valeur la diversité de la production suisse, cela notamment afin de ne pas exclure les futurs nouveaux courants musicaux.

2.3.6 Cinéma

Nous approuvons sur le fond la direction prise avec la modification de la loi sur le cinéma et soulignons le fait que rendre les films accessibles via la Cinémathèque suisse est d'une grande importance pour la participation culturelle et la médiation du patrimoine cinématographique. Il faudrait, dans la mesure où cela est juridiquement et financièrement possible, instaurer un principe de gratuité pour la mise à disposition des films.

Si nous comprenons et soutenons la volonté d'assurer la diversité de l'offre cinématographique également en dehors des salles de cinéma, nous mettons par contre en doute le fait que les mesures proposées et les modifications apportées à la loi puissent permettre de parvenir au but recherché. Nous nous demandons en outre si l'introduction d'un quota pour les films européens sur Internet de même que l'obligation de réinvestir qui est imposée aux fournisseurs de films en ligne ne pourraient pas inciter ces derniers à renoncer à desservir un marché aussi limité que la Suisse. Il faudra veiller à éviter ou à contenir ces effets lors de la mise en œuvre.

2.4 Patrimoine culturel

La délimitation entre le domaine «patrimoine culturel» et certains autres domaines n'est pas claire dans le message culture. Il ne semble s'agir ni d'une politique globale en lien avec le patrimoine culturel lui-même, ni d'une véritable volonté d'intervention. Par ailleurs, ce domaine fait désormais partie, avec les monuments historiques et sites archéologiques, de la culture du bâti, et donc de l'axe d'action «cohésion sociale». Le soutien à la Cinémathèque suisse s'inscrit dans l'encouragement du cinéma, tandis que l'association Memoriav et la Fondation suisse pour la photographie sont intégrées dans le domaine «réseaux»; les traditions vivantes figurent quant à elles dans le chapitre consacré à la participation culturelle.

Ce qui manque en réalité, c'est une mémopolitique globale.

Par ailleurs, la stagnation des moyens financiers destinés aux réseaux de tiers pour lesquels, avec des moyens en stagnation, il est prévu d'élargir le cercle des bénéficiaires met en danger des institutions telles que SAPA, Memoriav ou la Fondation pour la photographie, précisément au moment où ces domaines, marqués par la production artistique et documentaire des années 1970 à nos jours, nécessitent des mesures importantes pour en garantir l'héritage culturel. Nous demandons dès lors que les moyens octroyés soient nettement renforcés pour la période 2021–2024 et que la Confédération définisse avec plus de précision et de pertinence les lignes de force de sa politique en matière de sauvegarde de l'héritage culturel de notre pays. En effet, si elle a, au cours de la période précédente, clarifié son soutien ponctuel aux musées et si elle l'a poursuivi, notamment à travers l'intégration de la Phonothèque nationale au rang des institutions fédérales, elle n'a pas porté jusqu'ici de réflexion claire sur d'autres domaines (tels que les arts vivants) en ce qui concerne son rôle pour assurer la sauvegarde de l'héritage culturel national.

La numérisation, qui est particulièrement mise en avant dans le nouveau message culture du Conseil fédéral et qui y est reprise comme un thème transversal, joue un rôle très important pour les institutions mémorielles et pour la «mémopolitique»; il s'agit également d'une composante de plus en plus essentielle pour les activités de conservation, de médiation, de participation, de communication et de marketing. C'est pourquoi nous sommes nous aussi favorables à ce que des projets de numérisation menés par des tiers puissent à l'avenir recevoir un soutien de la Confédération.

Vu l'importance générale et transversale de la numérisation et des contributions versées à des tiers pour la sauvegarde et la valorisation de la mémoire, il est proposé de soutenir de manière accrue les centres spécialisés (l'idée étant de permettre aux petites et moyennes institutions de participer également au défi numérique) et d'assurer leur croissance. Les activités d'archivage numérique doivent normalement s'accompagner d'une réflexion en termes de nécessité et d'aménagement.

2.4.2.2 Aides financières aux musées et collections de tiers

Nous regrettons beaucoup que la Confédération maintienne sa décision et renonce à introduire une «garantie d'État». Nous comprenons certes ses arguments, qui sont essentiellement motivés par des

considérations de politique financière, et reconnaissons que le développement d'un modèle concrètement applicable est une tâche extrêmement complexe, dont la solution n'est pas évidente. Néanmoins, nous sommes fermement convaincus que les musées suisses importants (c'est-à-dire dont le rayonnement dépasse les frontières) vont, à moyen terme, perdre de leur compétitivité par rapport aux musées internationaux. Une «garantie d'État» s'inscrit, selon nous, précisément dans la promotion des activités culturelles présentant un intérêt national mentionnée à l'art. 69 Cst. Le fait que la Confédération renonce à une telle garantie ne peut pas, et de loin, être compensé par les aides financières (au montant trop bas) qu'elle verse pour soutenir les musées indépendants devant assurer des œuvres prêtées pour d'importantes expositions. Nous proposons par conséquent à la Confédération de mettre sur pied un groupe de travail chargé d'examiner divers modèles de «garantie d'État», dont des garanties partielles. Composition: Confédération, cantons, musées et assureurs.

Nous saluons en revanche la volonté de la Confédération de maintenir ses contributions à l'exploitation de musées et de collections de tiers ainsi que ses contributions à des projets. La recherche de provenance est un thème qui n'a rien perdu de son importance et de son urgence, et des projets en la matière devraient également pouvoir être soutenus à l'avenir au moyen de contributions. La mise au concours des contributions aux recherches sur les biens culturels issus du contexte colonial ou provenant de fouilles archéologiques est déjà lancée, ce qui constitue un autre point très positif. En ce qui concerne les critères d'éligibilité pour les contributions à l'exploitation de musées et de collections de tiers, nous partons du principe que, pour garantir une procédure transparente, leur adaptation sera discutée au sein du groupe de travail du Dialogue culturel national et communiquée le plus rapidement possible sous une forme contraignante.

2.4.2.3 Contributions à l'exploitation de réseaux de tiers

Nous approuvons les contributions à l'exploitation de réseaux de tiers, mais estimons qu'il est nécessaire de fixer, pour leur mise au concours, des critères d'éligibilité comme c'est le cas pour les aides financières aux musées et collections de tiers. Des moyens supplémentaires sont par ailleurs indispensables, car ceux octroyés jusqu'à présent ne permettent pas de couvrir les défis en lien avec les domaines «numérisation et accès» et «archivage à long terme».

2.5 Culture du bâti

De manière générale, nous trouvons très positif que la culture du bâti soit considérée comme un mode d'expression culturelle. Bien définir les notions constitue en effet une condition préalable pour parvenir à une bonne compréhension de base, savoir comment allouer les moyens à disposition et établir les priorités nécessaires. Nous saluons l'engagement supplémentaire fourni en termes de ressources octroyées pour la promotion de la médiation et l'encouragement de la discussion sur la culture du bâti de même que pour le soutien des prestations de conseil et des offres de formation (d'un montant de 800 000 francs par année). Cependant, le message ne propose pas d'adaptation dans les domaines du patrimoine culturel, de l'archéologie et des monuments historiques, et il ne prévoit pas non plus de moyens supplémentaires pour l'entretien et la conservation des sites inscrits au Patrimoine mondial de l'UNESCO, comme cela avait été demandé dans le cadre du message culture précédent.

Nous considérons d'un œil très critique le fait qu'il ne soit pas attribué de nouveaux moyens dans les domaines du patrimoine culturel, de l'archéologie et des monuments historiques, mais que soit en revanche lancé le nouveau concept de «culture du bâti». La mise en place de la nouvelle stratégie en faveur de la culture du bâti ne doit pas se faire au détriment de la tâche commune à assumer au niveau des monu-

ments historiques.

Si les moyens attribués restent fixés à 105,3 millions de francs, ils devraient être entièrement consacrés à la protection des monuments historiques et à l'archéologie. Cela signifie que les mesures prévues dans les autres domaines (organisation, recherche, formation et médiation) devraient être financées séparément. Nous tenons par ailleurs à faire remarquer qu'il n'existe aucun lien direct entre la conservation du patrimoine et l'encouragement à la médiation architecturale; il s'agit de deux domaines totalement distincts. Le concept de «culture du bâti» ne couvre pas l'ensemble des tâches concernées, mais une partie seulement, et ne semble donc guère approprié. Les moyens prévus pour le patrimoine culturel, les monuments historiques et l'archéologie sont en outre clairement insuffisants et ne permettent pas de financer les tâches de la Confédération, de protéger les monuments suisses d'une perte de substance historique et d'assurer la conservation du patrimoine archéologique.

2.6.1 Participation culturelle

Dans le texte sur la participation culturelle mis en consultation, il est également émis le souhait de renforcer l'égalité des chances, notamment pour les personnes en situation de handicap; il s'agit d'un thème qui doit à juste titre être encouragé, raison pour laquelle des mesures concrètes d'inclusion doivent être envisagées.

Nous vous remercions encore une fois pour la possibilité qui nous est donnée d'exprimer notre point de vue sur le message culture et pour la prise en compte de nos préoccupations dans la suite des travaux.

Avec nos meilleures salutations

**Conférence suisse des directeurs
cantonaux de l'instruction publique**



Silvia Steiner
Présidente de la CDIP



Aldo Caviezel
Président de la CDAC

Copie

- Membres de la CDIP
- Membres de la Conférence des délégués cantonaux aux affaires culturelles (CDAC)



EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Berna, 5 settembre 2019
410-15fj

Egregio Consigliere federale
Alain Berset
Capo del DFI
Inselgasse 1
3003 Berna
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Messaggio concernente la promozione della cultura negli anni 2021–2024 (Messaggio sulla cultura): parere

Egregio Consigliere federale,

con lettera del 29 maggio 2019 ha invitato la CDPE ad esprimere il suo parere sul progetto in consultazione relativo al messaggio concernente la promozione della cultura negli anni 2021–2024. La ringraziamo dell'invito, che accogliamo con piacere.

Complessivamente la CDPE accoglie con favore il messaggio concernente la promozione della cultura negli anni 2021–2024. In particolar modo apprezziamo che il messaggio sia all'insegna della continuità e che i tre assi d'intervento esistenti, «partecipazione culturale», «coesione sociale» e «creazione e innovazione» siano mantenuti.

In primo luogo desideriamo entrare nel merito del tema «lingue e comprensione», centrale per la politica della formazione.

2.6.2 Lingue e comprensione

Scambi scolastici (pp. 41–43) e 4.1.6 Limite di spesa lingue e comprensione (p. 51): la CDPE attribuisce un'importanza centrale all'ulteriore sviluppo delle attività di scambio nazionali. Gli scambi di allievi e docenti contribuiscono in modo sostanziale alla promozione e al consolidamento dell'insegnamento nelle lingue nazionali. Le attività di scambio hanno inoltre un ruolo centrale quando si tratta di far propri aspetti culturali delle altre regioni linguistiche e contribuire così alla reciproca comprensione. I Cantoni danno già un grande contributo finanziando le attività di scambio delle scuole e le necessarie misure di coordinamento nonché gli scambi di studenti nel quadro del finanziamento del settore universitario intercantionale. Complessivamente, in base ai dati del 2017, i mezzi finanziari ammontano a 125 milioni l'anno. (cfr. Strategia svizzera per gli scambi e la mobilità, allegato 2, novembre 2017). Di essi, circa 20 milioni confluiscono in attività di scambio e mobilità al livello della scuola obbligatoria e del liceo. Circa 105 milioni sono impiegati a livello terziario per la libera circolazione oltre i confini linguistici. Per far fronte agli ambiziosi obiettivi comuni e alle sfide che essi comportano, i Cantoni dipendono dal cofinanziamento della Confederazione. Nella «Strategia svizzera per gli scambi e la mobilità», varata congiuntamente dalla Confederazione e dai Cantoni nel 2017, si indica la necessità di rafforzare gli sforzi finanziari a sostegno degli scambi all'interno del Paese. Per gli scambi internazionali la Confederazione spende oltre 30 milioni l'anno e per finanziare gli scambi interni invece solo CHF 500 000. Questa sproporzione va assolutamente corretta. In tal senso nel nuovo messaggio sulla cultura si richiedono mezzi supplementari per le attività di scambio nazionali. Il limite di spesa «Lingue e comprensione» (cfr. p. 51) indica che per l'ambito «misure volte a favorire la comprensione» sono richiesti mezzi supplementari di 2,5 milioni in media all'anno, corrispondenti a mag-

Generalsekretariat | Secrétariat général

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern | T: +41 31 309 51 11, F: +41 31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 31 309 51 00, F: +41 31 309 51 10, ides@edk.ch

giori spese per 10 milioni nel periodo 2021–2024. Tuttavia, per implementare con successo il piano di sviluppo 2021–2024 per la mobilità e le collaborazioni nazionali, dal punto di vista dei Cantoni servono complessivamente 20 milioni di nuovi mezzi finanziari. Tali fondi sono necessari per far fronte al previsto aumento degli scambi di classi (2018: 8 500 allievi, 2021: 12 000 allievi, 2024: 18 000 allievi). A ciò si aggiunga che dovrebbero essere realizzati molti più scambi di allievi, in particolare al livello secondario II. Costituisce inoltre una novità il fatto che nei prossimi anni anche nell'ambito della formazione professionale si realizzeranno attività di scambio e collaborazioni. Infine è di primaria importanza rafforzare la mobilità nazionale e la coesione attraverso attività di scambio al livello terziario. Si è visto che la domanda e il potenziale per le attività di scambio per studenti e docenti sono consistenti. Ai fini di una maggiore chiarezza la parte relativa ai «Sussidi» di pagina 51 andrebbe così integrata: (1) Deve essere chiaro che con «misure volte a favorire la comprensione» si intendono le attività di scambio scolastico all'interno della Svizzera; (2) La spesa aggiuntiva di 10 milioni citata alla sezione 4.1.6 per le «misure volte a favorire la comprensione» deve risultare in modo evidente dalla tabella.

In relazione alle scuole svizzere all'estero, nel nuovo messaggio sulla cultura si fa riferimento all'esame in corso della struttura organizzativa e della struttura gestionale dell'agenzia nazionale Movetia. Siamo sorpresi di constatare che solo tre anni dopo la creazione di una fondazione comune (SFAM/FPEM) la Confederazione giunga alla conclusione che questa forma giuridica non sia conforme ai suoi principi di governance. Tuttavia, ci permettiamo di far notare che lo sviluppo qualitativo delle scuole svizzere all'estero e la loro crescita quantitativa causano costi in costante aumento, mentre i contributi federali stanziati per le scuole svizzere dovrebbero essere congelati al livello del periodo precedente per altri quattro anni. I contributi alle scuole svizzere sono pertanto esclusi dall'aumento dei finanziamenti federali nel settore culturale. Per alcune scuole ciò comporta problemi finanziari. Per questo motivo, i mezzi finanziari devono essere adeguatamente aumentati. Inoltre riteniamo importante fornire quanto prima agli insegnanti svizzeri delle scuole svizzere uno stato giuridico valido a livello internazionale, assumendoli in un istituto di diritto pubblico svizzero.

In linea con la strategia «Scambi e mobilità» della Confederazione e dei Cantoni, nonché con gli obiettivi comuni di politica della formazione 2019 di nuova formulazione, la promozione degli scambi e della mobilità è un compito congiunto della Confederazione e dei Cantoni. Ciò va attuato anche nella nuova forma organizzativa dell'agenzia Movetia. La CDPE attribuisce un'importanza centrale ai seguenti tre criteri per questa «istituzione comune» di nuova organizzazione: la partecipazione dei Cantoni alla responsabilità e alla conduzione; la nuova forma di organizzazione deve essere in grado di garantire la promozione degli scambi e della mobilità a lungo termine; per l'attuazione del mandato di Movetia devono essere garantite le risorse finanziarie della Confederazione anche nel quadro della nuova organizzazione.

Lingua e cultura italiana e romancia (p. 43):

Per la CDPE l'insegnamento nelle lingue nazionali è altamente prioritario. Accogliamo quindi con favore il progetto di ampliare il sostegno a progetti pilota per istituire programmi di insegnamento bilingui con l'italiano al livello secondario I. Il sostegno finanziario – anche per il livello secondario II (liceo) – non dovrebbe però essere limitato solo ai programmi bilingui ma comprendere in generale approcci immersivi dell'apprendimento linguistico. Tali approcci prevedono numerose applicazioni didattiche: da singole lezioni con «isole immersive» fino a corsi interamente bilingui. Conformemente alla legge sulle lingue, la Confederazione sostiene già progetti per l'ulteriore sviluppo nei Cantoni dell'insegnamento linguistico, segnatamente anche quello della lingua italiana. Le spese per i Cantoni, derivanti da forme di insegnamento innovative e immersive, riguardano principalmente la fase progettuale e quella introduttiva. Il previsto

ampliamento del sostegno finanziario della Confederazione dovrebbe quindi concernere innanzitutto la fase introduttiva come finanziamento di partenza.

Osservazioni concernenti i punti essenziali del progetto

1.1 Situazione iniziale e 1.3 Collaborazione a livello nazionale in materia di politica culturale

Conformemente alla Costituzione federale, la Confederazione, nel quadro della propria azione sussidiaria di promozione della cultura, sostiene attività culturali di interesse nazionale. Ciò implica un intervento coordinato ed integrativo, che tiene conto della politica dei Cantoni e delle Città così come degli interessi nazionali e della diversità culturale nel Paese.

Per questo ci rallegriamo che nel nuovo messaggio sulla cultura si illustrino la collaborazione e il coordinamento tra Confederazione, Cantoni, Comuni e Città per una tutela coordinata della cultura a livello nazionale. Condividiamo l'opinione della Confederazione che il Dialogo culturale nazionale costituisce una piattaforma valida per discutere, elaborare pareri e raccomandazioni comuni ed approfondire singoli temi. Saremo lieti di sviluppare ulteriormente assieme alla Confederazione il Dialogo culturale nazionale e definire il futuro programma di lavoro. E apprendiamo con piacere che verranno portate avanti e/o avviate reti interregionali in relazione a varie discipline e singoli ambiti.

Desideriamo ribadire in questa sede che la Confederazione, in base all'articolo 69 della Costituzione federale, può sostenere attività culturali di interesse nazionale nel quadro della propria azione sussidiaria di promozione della cultura. Come già espresso nel parere relativo al primo messaggio sulla cultura e in quello concernente il secondo, intendiamo per politica culturale sussidiaria della Confederazione «un intervento coordinato ed integrativo, che tiene conto della politica dei Cantoni e delle Città così come degli interessi nazionali e della diversità culturale nel Paese». In tal senso siamo a favore, in particolare, dell'assunzione da parte della Confederazione di compiti di coordinamento a livello nazionale e della partecipazione di Confederazione, Cantoni, Città e Comuni all'elaborazione di una politica culturale (pubblica) coordinata.

1.1.4 Finanziamento della promozione culturale in Svizzera

Accogliamo espressamente con favore il fatto che la Confederazione preveda per la promozione della cultura per il periodo 2021–2024 maggiori mezzi finanziari rispetto a quanto avvenuto sinora. Per quanto concerne il finanziamento di misure ed istituzioni da parte della Confederazione, partiamo dal principio fondamentale che la Confederazione finanzia istituzioni proprie e vicine ad essa (ad es. l'Istituto Svizzero di Roma) nonché nuovi programmi e/o misure che essa stessa ha lanciato. Ciò vale, in particolare, anche qualora questo quadro finanziario subisca delle riduzioni o nel caso di misure di risparmio o decisioni finanziarie prese a livello parlamentare a favore di altri progetti culturali. In tale eventualità la Confederazione dovrebbe innanzitutto assolvere gli obblighi già assunti (ad es. tutela dei monumenti e archeologia, produzione artistica contemporanea) e procedere per le nuove misure ad una prioritizzazione e ad una pianificazione delle rinunce. È nostro parere che tale, eventuale prioritizzazione debba altresì avvenire d'intesa con i Cantoni, per chiarire se e quali nuove misure possano essere eventualmente finanziate in modo congiunto dalla Confederazione e dai Cantoni.

Mettiamo tuttavia in discussione l'affermazione secondo la quale il messaggio sulla cultura non avrebbe in linea di principio alcun impatto in materia di finanze o personale per Cantoni e Comuni. Osserviamo che verranno avviati programmi per i quali non è stato definito alcun quadro finanziario e che per questo si prevedono ripercussioni finanziarie su Cantoni, Città e Comuni (ad es. compensi per gli artisti, finanziamenti iniziali di promozione per talenti musicali, creazione di tariffe delle scuole di musica, aumento del

numero dei luoghi per rappresentazioni di danza contemporanea e circo, aumento del numero delle aree di sosta per la vita nomade) (cfr. anche i capitoli 5.2, 2.6.4). Il finanziamento dei progetti nelle fasi iniziali di cui al precedente messaggio sulla cultura e dei nuovi progetti pilota della Confederazione hanno un limite temporale e ciò significa che la responsabilità per la loro continuità passa implicitamente ad altri enti e quindi ai Cantoni e ai Comuni.

1.4 Politica culturale della Confederazione

Concordiamo con la Confederazione che l'analisi del contesto con i cinque mega trend che influenzano in maniera determinante i processi di cambiamento sociale, mantiene tuttora la propria validità e giudichiamo a tale proposito positiva la continuità dei tre assi d'azione fondamentali. Continuiamo a ritenere molto importanti sia gli obiettivi di politica sociale del rafforzamento della partecipazione culturale e della coesione sociale che la promozione della creazione e innovazione a miglioramento della visibilità internazionale e delle relazioni degli operatori culturali svizzeri.

Si deve tuttavia rilevare, in linea di massima, che per taluni ambiti della promozione vi sono rilevazioni quantitative e valutazioni esterne (ad es. Gioventù e musica, UFC), mentre per altri no. Inoltre la Confederazione prevede di portare avanti programmi la cui efficacia, rispetto agli obiettivi dichiarati, appare solo in parte positiva (ad es. PICS, UFC) e anche di sviluppare in modo sostanziale altri programmi, per i quali manca qualsiasi valutazione esterna (ad es. Cultura ed economia, Pro Helvetia). Chiediamo che, in vista di uno sviluppo di programmi e anche nel caso in cui si pianifichi di trasformare una promozione iniziale in una promozione su base regolare, venga svolta una valutazione esterna e che i risultati siano pubblicati.

1.4.3 Politica culturale della Confederazione all'estero

La questione della partecipazione al programma «Europa Creativa» (programmi MEDIA e Cultura) (edizione 2021–2027) è ancora aperta. Le misure compensative sono insufficienti rispetto ad una partecipazione a pieno titolo perché mancano le possibilità di accesso e collaborazione per gli operatori e le istituzioni culturali della Svizzera in Europa. Riteniamo che il Consiglio federale dovrebbe aspirare ad una partecipazione a pieno titolo dal 2021.

Osservazioni concernenti gli ambiti di promozione della politica culturale

2.1 Produzione artistica e culturale professionale in generale

Si accolgono con favore l'impegno della Confederazione nell'ambito della promozione delle nuove leve, della promozione e degli scambi in Svizzera e anche dell'interculturalità e della mediazione artistica e ci si attende al contempo che la Confederazione metta a disposizione i mezzi a tal fine necessari.

2.1.2 Produzione artistica

Si reputano molto importanti in linea di principio il reddito e il compenso degli operatori culturali. L'adeguamento della prassi di promozione comporta tuttavia anche dei costi supplementari per i quali devono essere messi a disposizione ulteriori mezzi.

2.1.3 Diffusione, promozione e scambi in Svizzera

Accogliamo in modo favorevole il fatto che la Confederazione effettuerà uno studio approfondito sul tema delle pari opportunità di uomini e donne in ambito culturale. Sosteniamo espressamente l'obiettivo di una rappresentanza adeguata dei sessi in tutti gli ambiti rilevanti (formazione, sussidi, programmazione,

rappresentanza nelle istituzioni culturali). Partiamo dal presupposto che tale studio sia la base da cui scaturiranno raccomandazioni operative e specifiche misure di promozione da attuare nel corso del quadriennio. Per tale motivo andrebbero aumentati i relativi mezzi finanziari.

2.1.4 Premi svizzeri

Apprezziamo il fatto che la Confederazione coordini la consegna dei premi e le manifestazioni esistenti (Incontro del Teatro Svizzero, festival musicali). Accogliamo con favore gli adeguamenti (ad es. premio speciale per la letteratura rivolta a bambini e giovani) così come l'accorpamento dei premi svizzeri di teatro e di danza. Tuttavia, dal punto di vista dei Cantoni, è necessario sottoporre ad un vaglio critico il numero dei premi assegnati dall'UFC. La consegna di premi e riconoscimenti da parte della Confederazione ad operatori culturali svizzeri di diverse discipline costituisce un elemento importante ed efficace presso il pubblico di promozione culturale delle persone di grande carisma e fama. I numerosi premi nelle varie discipline hanno però un effetto inflazionistico e fanno concorrenza a importanti premi regionali. Proponiamo perciò che la Confederazione metta maggiormente a fuoco la propria politica in materia di assegnazione dei premi in relazione al loro numero per ciascuna disciplina culturale, alla frequenza della loro assegnazione e alla loro dotazione. Per contrastare il rischio che perdano importanza, va concordato con i Cantoni, le Città e le associazioni del relativo ambito il posizionamento dei premi e dei riconoscimenti culturali di portata nazionale della Confederazione.

2.2 Diffusione della cultura svizzera all'estero e scambi culturali internazionali

Accogliamo con favore il lavoro di Pro Helvetia nella promozione, negli scambi e nei progetti di collaborazione internazionale. Desideriamo tuttavia richiamare l'attenzione sul fatto che i programmi di scambio, orientati all'incontro interculturale, hanno un elevato valore di politica culturale e dovrebbero essere inclusi esplicitamente negli obiettivi e nelle misure, così come avviene per le misure di promozione finalizzate ad aumentare la competitività internazionale.

2.3 Discipline e ambiti di produzione

2.3.1 Arti visive

Riteniamo positivo che dal 2016 siano accordati contributi anche per le arti visive. Bisognerebbe attribuire particolare importanza al tema dei compensi degli artisti nelle arti visive perché sinora non vi sono ancora direttive per tale settore.

2.3.2 Design e media interattivi (videogiochi)

Riconosciamo l'importanza del tema «Cultura ed economia» (Pro Helvetia) e con esso della priorità costituita dal design e dai media interattivi per lo sviluppo di nuove forme innovative della produzione e dell'espressione artistica. Rileviamo tuttavia che ad oggi non sia stata definitivamente chiarita l'interfaccia con la promozione dell'economia e dell'innovazione.

Per promuovere e sostenere il design e i media interattivi è importante sviluppare un modello di promozione coordinata tra la promozione culturale e quella economica e chiarire quindi anche i relativi finanziamenti.

Inoltre si reputa eccessivamente restrittiva la concentrazione del settore dei media interattivi sui videogiochi, perché in questo modo si escludono ampi settori della produzione artistica digitale interattiva.

2.3.3 Arti dello spettacolo

Accogliamo favorevolmente l'introduzione della promozione delle opere del teatro musicale e del circo contemporaneo. Riteniamo positivo rafforzare lo scambio e la diffusione nel Paese, anche all'interno delle regioni linguistiche. Richiamiamo inoltre all'attenzione la grande importanza di sostenere a tale scopo la sottotitolazione e la sopratitolazione. Si giudica molto positivamente anche il fatto che l'intervento verrà verificato con le Città e i Cantoni interessati.

2.3.4 Letteratura

Si accoglie con favore la parità dei traduttori con gli autori.

2.3.5 Musica

Si ritiene positivo l'ampliamento del concetto di opera. Oltre ai formati innovativi citati (arte del suono, lavori multimediali e collaborazioni internazionali) andrebbe considerata in particolare anche l'improvvisazione musicale.

Per sottolineare l'importanza della diversità della musica svizzera sarebbe meglio omettere il corrispondente elenco, incompleto, dei generi, anche per non escludere nuove definizioni future.

2.3.6 Cinema

Accogliamo favorevolmente in linea di principio l'orientamento a modificare la legge sul cinema e sottolineiamo l'importanza della messa a disposizione di film attraverso Cinémathèque Suisse per la partecipazione culturale e la mediazione del patrimonio cinematografico. Nei limiti delle possibilità giuridiche e finanziarie, si dovrebbe mirare ad una messa a disposizione gratuita.

Comprendiamo molto bene e sosteniamo la motivazione di garantire la pluralità dell'offerta di film anche al di fuori delle sale cinematografiche ma ci chiediamo se le misure e le modifiche di legge indicate siano efficaci in tal senso. Ci chiediamo inoltre se una quota per i film europei in internet e l'obbligo di reinvestire per gli operatori che offrono film online non possano comportare che essi rinuncino a servire un mercato così piccolo come quello svizzero. In fase di attuazione bisogna prestare attenzione affinché non si produca tale effetto o esso sia minimo.

2.4 Patrimonio culturale

La definizione dell'ambito d'intervento relativo al patrimonio culturale nel messaggio sulla cultura appare poco chiara per quanto concerne la sua circoscrizione rispetto ad altri ambiti. Non si ravvisano né una politica di ampio respiro in materia di patrimonio culturale né una vera disponibilità ad agire. La tutela dei monumenti, l'archeologia e la protezione del paesaggio diventano parte della cultura della costruzione e quindi parte dell'asse d'azione della coesione sociale. Il sostegno a Cinémathèque Suisse rientra nella promozione cinematografica. Memoriav e la Fondazione svizzera per la fotografia sono invece inserite nell'ambito delle reti. Le tradizioni viventi rientrano nel capitolo sulla partecipazione culturale.

Manca una politica della memoria generale.

Inoltre, la stagnazione dei mezzi finanziari destinati alle reti di terzi per i quali, a fronte di risorse che non aumentano, si prevede di ampliare la cerchia dei beneficiari, rappresenta un rischio per istituzioni come SAPA, Memoriav o la Fondazione per la cinematografia, proprio nel momento in cui tali ambiti, caratterizzati da una produzione artistica e documentaria che va dagli anni Settanta sino ai nostri giorni, necessitano di misure importanti per garantire la salvaguardia del loro patrimonio culturale. Chiediamo quindi un netto aumento dei mezzi destinati a tale ambito per il periodo 2021–2024 e che la Confede-

razione definisca in modo più preciso e pertinente le direttrici della sua politica in materia di salvaguardia del patrimonio culturale del nostro Paese. Infatti, se nel corso del periodo precedente ha definito il proprio sostegno specifico ai musei e lo ha portato avanti, in particolare attraverso l'integrazione della Fonoteca nazionale svizzera con le istituzioni federali, finora non ha condotto una riflessione chiara su altri ambiti, come le arti viventi, per quanto concerne il suo ruolo di salvaguardia del patrimonio nazionale culturale. La digitalizzazione, che la Confederazione pone in particolare rilievo come tema trasversale nel nuovo messaggio sulla cultura, riveste una grande importanza proprio per le istituzioni della memoria e per la «memopolitica» e diventa sempre più il presupposto per la conservazione, la mediazione, la partecipazione e il coinvolgimento così come per la comunicazione e il marketing. Per questa ragione siamo espressamente a favore del futuro sostegno da parte della Confederazione anche di progetti di digitalizzazione di terzi.

Di fronte all'importanza generale e trasversale della digitalizzazione e dei contributi a terzi per conservare e valorizzare la memoria, si propone di sostenere di più questi centri specialistici, per coinvolgere anche le istituzioni di piccole e medie dimensioni nella sfida digitale e per garantirne la crescita. In generale, le attività di archiviazione digitale dovrebbero essere accompagnate da una riflessione sulla loro necessità e concezione.

2.4.2.2 Aiuti finanziari a musei e collezioni di terzi

Siamo estremamente rammaricati che la Confederazione continui a rinunciare ad introdurre una garanzia di Stato. Comprendiamo certamente le argomentazioni, di natura soprattutto finanziaria, della Confederazione e riconosciamo che sviluppare un modello attuabile rappresenta un compito molto complesso, di non immediata risoluzione. Siamo tuttavia fermamente convinti che i più importanti musei svizzeri che esercitano una forte attrattiva nel medio termine saranno meno competitivi a livello internazionale. Siamo dell'avviso che ciò rientrerebbe proprio nella promozione delle attività culturali di interesse nazionale, di cui all'articolo 69 della Costituzione federale. I mezzi messi a disposizione dalla Confederazione per l'erogazione di aiuti finanziari a musei di terzi per assicurare le opere in prestito innanzitutto prevedono importi di contributi troppo bassi e in secondo luogo non riescono neanche lontanamente a compensare la rinuncia all'introduzione di una garanzia di Stato. Per questo proponiamo che la Confederazione istituisca un gruppo di lavoro per verificare diversi modelli di garanzia di Stato, composto da: Confederazione, Cantoni, musei ed assicuratori. Andrebbero verificate le garanzie parziali.

Apprendiamo con piacere che la Confederazione continuerà ad erogare sia contributi d'esercizio che contributi a progetto a musei e collezioni di terzi. Il tema della ricerca sulla provenienza non è assolutamente diventato meno rilevante e urgente e riteniamo che si dovrebbe poter continuare a sostenere con contributi i progetti in tale ambito. Accogliamo molto positivamente la già avvenuta indizione di un bando di concorso per contributi a progetto per ricerche concernenti i beni culturali in contesti coloniali e per i beni culturali archeologici. Partiamo dal presupposto che l'adeguamento dei criteri di promozione per i contributi d'esercizio sia discusso in seno al gruppo di lavoro del Dialogo culturale nazionale e sia comunicato pubblicamente il più presto possibile, in modo vincolante, a garanzia della trasparenza della procedura.

2.4.2.3 Contributi d'esercizio alle reti di terzi

Sosteniamo i contributi d'esercizio alle reti di terzi ma chiediamo che siano elaborati dei criteri, così come avviene per gli aiuti finanziari ai musei e alle collezioni di terzi, per indire i bandi di concorso e mezzi supplementari per essi. Con i mezzi sinora disponibili non è possibile rispondere alle sfide già citate nell'ambito della digitalizzazione e dell'accesso e anche dell'archiviazione a lungo termine.

2.5 Cultura della costruzione

In linea di principio accogliamo molto favorevolmente il fatto che la cultura della costruzione sia ritenuta un contributo culturale. La definizione del termine rappresenta il presupposto per comprendere le basi e per chiarire l'attribuzione di mezzi e la loro prioritizzazione. Riteniamo positivo l'impegno aggiuntivo nel campo dei mezzi finanziari per la promozione della mediazione e del dibattito in materia di cultura della costruzione e anche il sostegno a consulenze e formazione (per 800 000 CHF l'anno). Tuttavia non vi sono adeguamenti nel settore della protezione del paesaggio, dell'archeologia e della salvaguardia dei monumenti né dei mezzi supplementari richiesti già in occasione dell'ultimo messaggio sulla cultura per la conservazione e la cura dei siti culturali Unesco.

Siamo molto critici rispetto al fatto che non siano previsti nuovi mezzi nell'ambito della protezione del paesaggio, dell'archeologia e della tutela dei monumenti ma che si lanci il concetto nuovo della cultura della costruzione. La nuova strategia della cultura della costruzione non dovrebbe aver luogo a spese del compito in comune della tutela dei monumenti.

Qualora si confermassero gli importi dei mezzi sinora impiegati, pari in totale a 105,3 milioni di franchi, essi dovrebbero andare interamente a beneficio della conservazione dei monumenti degni di tutela e dell'archeologia. Le misure negli ambiti dell'organizzazione, della ricerca, della formazione e della mediazione dovrebbero essere finanziate a parte.

Rileviamo inoltre che non vi sia un nesso diretto tra la conservazione del patrimonio esistente e la promozione della mediazione di una nuova architettura; si tratta di due ambiti fondamentalmente separati. Il termine di cultura della costruzione non appare idoneo a rappresentare l'intero settore dei compiti qui inclusi, perché ne copre solo una parte. Inoltre i mezzi finanziari per la protezione del paesaggio, la tutela dei monumenti e l'archeologia sono decisamente troppo bassi per far fronte ai compiti confederali e contrastare il rischio di perdere sostanza storica nel patrimonio costruito svizzero e nel patrimonio archeologico.

2.6.1 Partecipazione culturale

Nel testo sulla partecipazione culturale sottoposto alla consultazione si esprime anche il desiderio di rafforzare le pari opportunità, anche per le persone con disabilità; questo è un tema che giustamente va promosso e quindi dovrebbero essere previste misure concrete di inclusione.

Ringraziamo di averci dato l'opportunità di esprimere il nostro parere e di tener conto delle nostre richieste nei successivi lavori.

Cordiali saluti

Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione

Consigliera di Stato Silvia Steiner
Presidente

Aldo Caviezel
Presidente della CDAC

Copia

- Membri della CDPE
- Membri della Conferenza dei delegati cantonali agli affari culturali (CDAC)

Verein Schweizer Kinder- und Jugendchorförderung SKJF
Renate Leu, Sekretariat
Hohentwielstrasse 5
8200 Schaffhausen
info@skjf.ch
www.skjf.ch

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Schaffhausen, 11.09.2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Verein Schweizer Kinder- und Jugendchorförderung SKJF bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. **Der Verein Schweizer Kinder- und Jugendchorförderung SKJF vernetzt die Kinder- und Jugendchöre in der Schweiz und weitere an der Kinder- und Jugendchorszene der Schweiz Interessierte im Umfang von gegen 2000 Adressen. Der Verein SKJF führt regelmässig das Schweizer Kinder- und Jugendchorfestival durch. Zudem fördert und bereichert er die Schweizer Kinder- und Jugendchorkultur, indem er die Schweizer Kinder- und Jugendchöre über die Sprachgrenzen hinweg vernetzt sowie weitere Projekte und Veranstaltungen durchführt wie Forum SKJF, SingplausCH®, Organisation und Ausübung des Musikmoduls J+M im Bereich „Chor“ im Auftrag des BAK. Der Verein SKJF fördert den Einbezug von Nachwuchskräften in allen Bereichen. Der Verein SKJF ist von der Schweizer Chorvereinigung SCV beauftragt, sich um deren Kinder- und Jugendbereich zu kümmern und ist deshalb auch Mitglied der SCV.**

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüßen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüßen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir unsere Mitarbeit dazu an. Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie des Ineinanderfließens von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Wie der SMR schon in seinem Positionspapier zur neuen Kulturbotschaft vom 30. August 2018 formulierte, erachtet der Musiksektor demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hocherfreulich. Auch wenn dies primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfließen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüßen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laubahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrucklich. *Die Erhöhung der Mittel im erwähnten Umfang ist bestimmt sinnvoll, könnte ev. aber auch an der unteren Grenze sein. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass die bisherigen Ausschüttungen auch bei einer sehr guten Weiterentwicklung des Programms garantiert sind. Müssten die Mittel von J+M Leitenden, welche bereits beginnen, sich auf den finanziellen Zustupf zu verlassen, plötzlich gekürzt werden, wäre dies ein riesiger Rückschlag und Imageschaden für das ganze Programm. Ein solches Szenario möchten wir wenn immer möglich verhindert wissen.*

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden. *In diesem Zusammenhang möchten wir er-*

wähnen, dass der interkulturelle Austausch mit ähnlichen Auswirkungen auch in der Schweiz finanziell unterstützt werden sollte. Wir halten den einseitigen Export von Schweizer Kultur ins Ausland für nicht mehr zeitgemäss.

Ein weiteres Anliegen betrifft Auslandsreisen an Festivals und Wettbewerbe von Amateur-Musikgruppen. Diese werden von der Pro Helvetia nicht unterstützt. Sie sind jedoch ein äusserst wesentliches Element der Erweiterung des musikalischen Horizontes und der musikalischen Fähigkeiten der Amateurmusiker/innen sowie oftmals ein wichtiger Teil im Aufbau einer internationalen Karriere der professionellen Leitung. Dass dabei ebenfalls Musik von Schweizer Komponierenden exportiert wird, versteht sich von selbst. Wir wünschen uns deshalb, dass sich der Bund in naher Zukunft dieser Lücke in der Förderpolitik annehmen wird.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. [Wir verstehen dies so, dass auch Laienverbände und ausserschulische Organisationen die Umsetzung mitgestalten werden. Das macht aus unserer Sicht Sinn, da viele Begabte auch die Angebote dieser Organisationen nutzen. Als Beispiel aus dem Chorbereich möchten wir auf die Kantonalen Jugendchöre hinweisen, die sich mehr und mehr formieren und bereits heute einen wesentlichen Baustein in der Begabtenförderung darstellen.](#)

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist der Verein Schweizer Kinder- und Jugendchorförderung SKJF gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden. Bei Bedarf ist der Schweizer Musikrat, bei dem praktisch sämtliche nationalen Musikorganisationen und –verbände zusammengefasst sind, gerne bereit, eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU InstA. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern

Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller.

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fließender werden.

Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch

der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Der Schweizer Musikrat bietet hier gerne seine Expertise an.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hochehrwürdig. Wir unterstützen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüssen.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit sparten-spezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Der Verein Schweizer Kinder- und Jugendchorförderung SKJF bietet sich hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Der Schweizer Musikrat hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig ziel-führend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise.

Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unum-gänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert.

Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der inter-nationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun fol-genden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu neh-men:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Ver-weis auf die auf Seite 4 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung

der Digitalisierung der Bücher wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» auf den Seiten 2 – 4 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

Es bräuchte hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;

2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.

Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.

- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz vollumfänglich unterstützen. Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Vreni Winzeler
Präsidentin Verein Schweizer Kinder- und Jugendchorförderung SKJF



Bellinzona 14 settembre 2019.

Ufficio federale della cultura
Stato maggiore Direzione
Consigliere federale Alain Berset
Hallwylstrasse 15
3003 Berna

Stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Concerne: Parere di Coscienza Svizzera

Messaggio concernente la promozione della cultura negli anni 2021–2024 (Messaggio sulla cultura): procedura di consultazione

Gentili signori,
nell'ambito dei lavori preliminari per la stesura del *Messaggio sulla cultura* per il periodo 2021-2024, Coscienza Svizzera ha preso atto con interesse dei documenti inviati in consultazione il 29 maggio 2019, come pure dei pareri elaborati da *Forum Helveticum*, associazione cui Coscienza Svizzera partecipa e con la quale ha condiviso la preparazione di un parere comune, e dal Cantone Ticino, che a sua volta ha elaborato una dettagliata presa di posizione.

Coscienza Svizzera sostiene quanto esposto in questi pareri, non intende riproporre riflessioni già formulate e desidera integrarvi solo brevi osservazioni per sottolineare puntuali convergenze e dare ulteriore rilievo agli aspetti più vicini alle sue attività associative.

Ad 2.6.2

Coscienza Svizzera segue con attenzione le proposte relative alla:

- promozione delle lingue e della comprensione;
- al sostegno dato alle diverse forme di mobilità di giovani e insegnanti, tramite scambi ai vari livelli; e
- alla mediazione culturale.

Premessa una valutazione complessivamente positiva dell'impostazione e dell'azione svolta nel periodo che sta per concludersi, Coscienza Svizzera condivide la volontà di dare continuità sui tre assi d'azione già presenti in passato e nelle modalità di promozione avviate. Lo sviluppo e il rafforzamento previsti per questi ambiti, tanto nei risvolti organizzativi, di sostegno e finanziari sono dunque benvenuti.

Plurilinguismo e comprensione. Lingua e cultura italiana.

L'azione avviata nel quadriennio 2016-2020 ha posto opportunamente l'attenzione sulla promozione delle lingue minoritarie - e in particolare dell'italiano e del romancio - fuori dal loro contesto territoriale tradizionale, e dell'importanza centrale della mobilità.

I rilevamenti strutturali condotti dall'UFS dal 2010 in poi hanno mostrato i nuovi equilibri esistenti tra comunità linguistiche e la loro distribuzione nel territorio (forte italianità in crescita al Nord delle Alpi), indicando in pari tempo l'urgenza di un intervento di sensibilizzazione nei confronti degli italofoeni che vivono fuori contesto tradizionale affinché non abbandonino l'italiano, nel volgere delle generazioni.

A nostro parere, quest'azione di sostegno è necessaria, va continuata e ulteriormente rafforzata con scambi, indagini, mediazione culturale e offerte di insegnamento, con corsi di lingua e cultura italiana ai vari livelli. Un plurilinguismo vissuto ed effettivo è una ricchezza individuale e una risorsa collettiva, sul piano economico e culturale.

In particolare ci sembra urgente:

- creare le basi legali – obiettivo per altro indicato, ma solo come ipotesi a medio termine, nel testo in consultazione – per facilitare e sostenere l'offerta di corsi e la partecipazione dei giovani interessati a simili corsi sin dalla scuola primaria (sfruttando l'offerta già esistente almeno negli agglomerati principali: corsi organizzati da Ministero degli Esteri italiano e frequentati da alunni italiani e svizzeri);
- a tal fine, intensificare gli sforzi per consentire un'applicazione dinamica e flessibile del principio di territorialità adeguata alla mobilità odierna, trasversale rispetto ai confini cantonali, e ottenere sostegno logistico da parte dei Cantoni interessati;
- intensificare gli sforzi per garantire una presenza dell'insegnamento dell'italiano, in quanto lingua ufficiale praticata da forti comunità presenti sul territorio, nell'intero "spazio formativo svizzero": nel settore medio, superiore e accademico. Su questi aspetti si auspica che la Confederazione assuma con maggior vigore la difesa dei principi costituzionali (art. 18, 61° e sgg. e 70 Cost.), con una visione d'insieme di respiro nazionale, pur nel rispetto dell'autonomia cantonale.

Mobilità e scambi

Con il progetto "*Parlo un'altra lingua ma ti capisco*" (PUAL), Coscienza Svizzera si occupa di scambi di allievi e classi da oltre vent'anni; ne conosce i pregi, l'interesse, le ricadute positive in termini di arricchimento personale per i partecipanti, di creatività, inter-comprensione e coesione nazionale, ma anche le difficoltà organizzative e pratiche.

Considerate le diverse misure prospettate per il prossimo quadriennio, in particolare tramite le prestazioni attese da *Movetia*, Coscienza Svizzera si rallegra di potervi partecipare, auspica di trovare maggior sostegno, ed è disposta a contribuire nella ricerca di sinergie, forme d'attuazione più flessibili e adatte, o collaborazioni atte a rafforzare la qualità e il volume di scambi o a rinnovare la formula, per adeguarla sempre meglio alle attese delle diverse categorie di giovani.

Mediazione culturale e comprensione

La mediazione culturale, intesa come dimensione di approfondimento, di divulgazione e di discussione, occupa uno spazio importante nelle attività di Coscienza Svizzera. Di volta in volta, seguendo l'evoluzione politica, economica e socioculturale del Paese, sono affrontati temi di portata globale, nazionale o locale, quali il federalismo e i suoi sviluppi, i diritti politici, la politica d'integrazione, le relazioni con l'Unione europea, le infrastrutture di trasporto, oppure indagati temi di società, come l'evoluzione dei media, la società digitale, il plurilinguismo e l'insegnamento delle lingue, la coesione nazionale, l'invecchiamento della popolazione, le traduzioni letterarie e scientifiche, ecc.

La realizzazione di queste iniziative è ovviamente legata all'impegno del comitato e della sua rete di collaborazioni (prestazioni proprie e di referenti, collaborazioni e sinergie con altri attori culturali), alla base associativa (sostegno dei soci), ma anche al sostegno diretto e indiretto dell'ente pubblico.

Per poter essere maggiormente propositivi, elaborare efficaci strategie a medio termine con sufficiente attenzione non solo ai contenuti, ma anche alla loro adeguata comunicazione, divulgazione e diffusione, Coscienza Svizzera si rallegra di poter contribuire al riesame dei criteri di sostegno, come previsto dal progetto qui in esame, auspicando tuttavia che questo si traduca anche in un rafforzamento del sostegno finanziario.

Ringraziando per l'opportunità offerta e per la cortese attenzione, restiamo a vostra disposizione per ulteriori chiarimenti e porgiamo cordiali saluti.

Per Coscienza Svizzera
Il Presidente

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Verio Pini', with a stylized, flowing script.

Verio Pini



Hans-Jürg Rickenbacher
Präsident EVTA Schweiz
Knettnauweg 23
2560 Nidau

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Nidau, 14. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Schweizer Verband der Gesangslehrenden EVTA.CH bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. Die Schweizer Verband der Gesangslehrenden EVTA.CH vereint 207 Mitglieder. Die EVTA.CH ist ein Verein mit ausschliesslich künstlerischer, pädagogischer, wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zweckbestimmung.

Sie setzt sich insbesondere zum Ziel die Förderung:

- der Gesangspädagogik
- der beruflichen Weiterbildung von Gesangslehrkräften und Sänger/ innen
- der interdisziplinären Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung (Phoniatrie, Medizin, Psychologie, u. a. m.)
- des Gedankenaustausches unter den eigenen Mitgliedern
- des allgemeinen Interesses an der Gesangkunst.

Sie bezweckt ferner:

- die Organisation von Vorträgen, Kursen, Tagungen und Kongressen
- die Herausgabe von Publikationen von beruflichem Interesse (Fachzeitschrift Vox Humana)
- die Pflege gemeinsamer Interessen der schweizerischen Gesangslehrkräfte

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüssen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an.

Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie des Ineinanderfließens von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Wie der SMR schon in seinem Positionspapier zur neuen Kulturbotschaft vom 30. August 2018 formulierte, erachtet der Musiksektor demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie

die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hochehrföulich. Auch wenn dies primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfliessen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist die EVTA.CH gerne bereit, ihre Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüssen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden. Bei Bedarf ist der Schweizer Musikrat, bei dem praktisch sämtliche nationalen Musikorganisationen und –verbände zusammengefasst sind, gerne bereit, eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU InstA. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich

Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller.

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fließender werden.

→ Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Der Schweizer Musikrat bietet hier gerne seine Expertise an.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die

musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hocherfreulich. Wir unterstützen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüssen.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit sparten-spezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Die EVTA.CH bietet sich hier gerne mit ihrem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Der Schweizer Musikrat hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise.

→ Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Verweis auf die auf Seite 4 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung der Digitalisierung der Bücher wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

→ Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

→ Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

→ Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen.

Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» auf den Seiten 2 – 4 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

→ Es bräuchte hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.

Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.

- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz vollumfänglich unterstützen. Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

→ Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr,

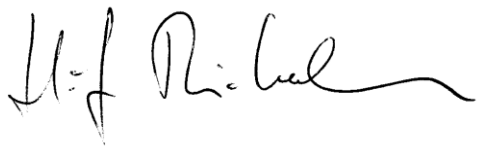
dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

→ Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Hans-Jürg Rickenbacher
Präsident EVTA Schweiz

KONFERENZ SCHWEIZERISCHER KANTONSARCHÄOLOGINNEN
UND KANTONSARCHÄOLOGEN | **KSKA**

CONFERENCE SUISSE DES ARCHEOLOGUES CANTONALES
ET DES ARCHEOLOGUES CANTONAUX | **CSAC**

CONFERENZA SVIZZERA DELLE ARCHEOLOGHE CANTONALI
E DEGLI ARCHEOLOGI CANTONALI | **CSAC**

Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Versand per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme der KSKA

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, uns zur Kulturbotschaft 2021-2024 zu äussern. Gerne lassen wir Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024 zukommen. Wir äussern uns in der vorliegenden Stellungnahme primär zu den Themenbereichen der Botschaft, die das Kulturerbe betreffen.

Grundsätzliche Erwägungen zum Mittel und der Wirksamkeit der Kulturbotschaft 2016-2020

Die Kulturbotschaft hat sich in den vergangenen Jahren als geeignetes und wertvolles Steuerungsinstrument der Kulturpolitik erwiesen. Besonders hervorzuheben ist dabei die im Sinne einer Verbundaufgabe gestärkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden: eine Zusammenarbeit die sich als grundlegendes und tragendes Element der nationalen Kulturpolitik und einer strategischen Ausrichtung von Kulturförderung und -pflege etabliert hat.

Der vorliegende Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 baut in den wesentlichen Zügen auf der Kulturbotschaft 2016-2020 auf und sichert damit die Kontinuität. Die bereits in der Botschaft 2016-2020 erkannten Megatrends und die daraus abgeleiteten Handlungsfelder der «Kulturellen Teilhabe», des «Gesellschaftlichen Zusammenhalts» und der «Kreation und Innovation» bilden nach wie vor Handlungsgrundlage und Rückgrat.

Das Instrument der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen hat sich in der vergangenen Periode als wertvolle Grundlage und Stütze namentlich für die Arbeit der kantonalen Fachstellen für Archäologie und Denkmalpflege erwiesen. Es ist ausserordentlich begrüssenswert, diese Instrumente in der bewährten Form beizubehalten.

Als weitere bedeutende Ereignisse im Sinne und während der Periode der Kulturbotschaft 2016-2020 zu erwähnen sind die Ratifizierungen der Übereinkommen zum Schutz des Unterwassererbes und des Rahmenübereinkommens über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention von 2005). Mit der Ratifizierung dieser Übereinkommen bekannten sich Bundesrat und Parlament zur Bedeutung, zum Schutz und zur Wertschätzung der nicht erneuerbaren Ressource Kulturerbe. Anzuführen ist schliesslich der Schwerpunkt «Baukultur», welcher mit der 2018 verfassten, auf hohe Qualität einer sehr breit aufgefassten Baukultur abzielende und von zahlreichen Staaten mitunterzeichneten «Davos Declaration» national wie international verankert wurde.

Zu den einzelnen Fragen und Themenbereichen

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Zur Umsetzung der Kulturbotschaft haben wir uns bereits oben einleitend geäussert. Den genannten positiven Effekten steht die Tatsache gegenüber, dass die realen Mittel in Folge der Teuerungskorrekturen im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 *de facto* nicht den ursprünglich gesprochenen Mitteln entsprachen.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die Kulturbotschaft 2021-2024 setzt auf Kontinuität. Die drei bereits in der Botschaft 2016-2020 definierten Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation» werden weiterverfolgt. Wir begrüssen diese Kontinuität, zumal sie die Zielsetzungen der bereits erwähnten Konvention von Faro aufnehmen und damit in der Schweizer Kulturpolitik verankern und konsolidieren. Allerdings fehlt in der Botschaft nicht nur der konkrete Bezug auf die Faro-Konvention, sondern es fehlen auch entsprechende Massnahmen zur Teilhabe am Kulturerbe. Dies ist zu bedauern und muss aus Sicht der KSKA unbedingt ergänzt werden.

3. Zur Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Weiterentwicklung der Massnahmen folgt den definierten Handlungsachsen. Wir haben dazu folgende Bemerkungen:

3.1. Kulturelle Teilhabe durch Teilhabe am Kulturerbe ergänzen

Bei den Massnahmen im Bereich «Kulturelle Teilhabe» (S. 12) fehlt indes die Teilhabe am kulturellen Erbe – und damit genau der zentrale Inhalt der Faro-Konvention. Die Massnahmen müssen aus unserer Sicht zwingend um Massnahmen zur Förderung der Teilhabe am kulturellen Erbe ergänzt werden.

3.2. Anmerkungen zu den Konzepten und Massnahmen im Bereich «Baukultur»

Von erheblicher Tragweite ist das Massnahmenbündel, welches das in der Kulturbotschaft 2016-2020 eingeführte Konzept der «Baukultur» betrifft und zu dessen Umsetzung derzeit eine interdepartementale Strategie «Baukultur» erarbeitet wird.

Vonseiten der KSKA begrüssen wir grundsätzlich die Entwicklung dieses Bereichs und den gewählten interdisziplinären und breit vernetzten Ansatz. Vor dem Hintergrund des demografischen Drucks, raumplanerischer Zielsetzungen wie der inneren Verdichtung der Siedlungsgebiete sowie dem Schutz des Kulturlandes ist das Ziel der Entwicklung einer hohen Qualität der zeitgenössischen Baukultur ausgesprochen zu begrüssen. Nur so kann die Qualität und Integrität der gebauten Umwelt – und damit auch der (prä-)historischen Siedlungslandschaft in der Schweiz – gewahrt, entwickelt und zu einem gewissen Mass auch «repariert», d.h. Qualitätsmängel situativ behoben und Substanzverlust (in geringem Rahmen) kompensiert werden.

Als grundlegend erachten wir hierbei die vorgesehenen Massnahmen im Bereich Forschung, Wissen und Vermittlung (S. 36) sowie die angestrebte Stärkung der multisektoriellen und interdisziplinären Zusammenarbeit. Indessen stehen hier die Massnahmen und Ziele betreffend der zeitgenössischen Baukultur alleine: es fehlen gleichwertige Massnahmen und Ziele zum archäologisch-historischen Erbe. Solche sind ebenfalls zu erarbeiten und vorzulegen.

Grösste Vorbehalte haben wir indes bezüglich der neuen Begrifflichkeit der sog. *Baukultur*, die nun von der zeitgenössischen Baukultur bis hin zur Archäologie (d.h. in der Schweiz bis in die Altsteinzeit) alle Bereiche umfassen soll (s.u.)!

3.3. Zur Begrifflichkeit der «Baukultur» und Umbenennung der Sektion «Denkmalpflege und Heimatschutz» des BAK in «Sektion Baukultur»

Neu sollen unter dem Begriff und Konzept der «Baukultur» auch die Fachbereiche Archäologie und Denkmalpflege subsummiert werden.

Der Begriff der «Baukultur» umfasst gemäss der «Davos Declaration» von 2018 *«die Summe der menschlichen Tätigkeiten, welche die gebaute Umwelt verändern»*. Liest man die «Davos Declaration» aufmerksam, so muss konstatiert werden, dass das archäologische Erbe sowie historische Denkmäler und Kulturlandschaften lediglich implizit *«als Denkmäler und andere Elemente des Kulturerbes»* erwähnt werden. Sowohl die «Davos Declaration», der derzeit zur informellen Anhörung aufliegende Entwurf der erwähnten Strategie «Baukultur»¹ als auch die hier zur Diskussion stehende Kulturbotschaft 2021-2024 sind damit erstaunlich indifferent, was das Kulturerbe als Bestandteil der «Baukultur» betrifft. Das archäologische Erbe wird in allen genannten Dokumenten nie explizit als Bestandteil von «Baukultur» genannt. Es ist deshalb zu befürchten, dass sowohl in der Politik als auch in der breiten Öffentlichkeit keine spontane Konnotation von «Baukultur» mit dem Kulturerbe und insbesondere dem archäologischen Erbe erfolgt – und was nicht miterwähnt und explizit mitgemeint ist, droht schnell auch vergessen zu gehen und zu verschwinden.

So sehr also der ganzheitliche und sowohl den Bestand, das zeitgenössische Bauen sowie die aktuellen Belange nicht zuletzt der Raumplanung einbeziehende Ansatz des Konzepts «Baukultur» im Grundsatz zu begrüßen ist, so sehr ist für uns die begriffliche – und die daraus vermeintlich oder faktisch ablesbare inhaltliche – Vernachlässigung, ja Benachteiligung des archäologischen Kulturerbes ein erheblicher und nicht zu tragender Mangel.

Die Archäologie erforscht unsere Vergangenheit bekanntlich anhand materieller Reste, die mehrheitlich im Boden bewahrt sind, doch der puristische Überbegriff «Baukultur» riskiert, dass die Archäologie in ihrer Bedeutung missverständlich aufgefasst und damit unterbewertet und ignoriert wird: zum einen, indem sie auf Baulichkeiten vergangener Epochen reduziert wird, zum anderen, indem das kulturelle Bodenarchiv ausschliesslich in seiner Wirkung auf die zeitgenössische Bautätigkeit miteinbezogen wird. Der Begriff der «Baukultur» marginalisiert somit einen substanziellen, ja gar den mehrheitlichen Teil unseres kulturellen Erbes und einen wesentlichen Zuständigkeitsbereich von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden! Es ist zu befürchten, dass der begrifflichen Marginalisierung ein faktischer Bedeutungs- und Wahrnehmungsverlust der Bereiche Archäologie und Denkmalpflege folgt.

Ablehnend stehen wir vonseiten der KSKA deshalb auch der Namensänderung der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege des BAK in «Sektion Baukultur» gegenüber. Wir können einerseits die stipulierte belastete Wahrnehmung der bisherigen Bezeichnung allenfalls ansatzweise nachvollziehen. Die neue Bezeichnung hingegen führt unserer Meinung nach nicht nur zu einer Verschleierung der tatsächlichen Handlungs- und Aufgabenbereiche, sondern sie grenzt Denkmalpflege und insbesondere Archäologie geradezu aus! Zudem ergibt sich eine schwer erklärbare Diskrepanz der Bezeichnungen zwischen der Behörde auf Bundesebene, die für die Belange von Archäologie und Denkmalpflege zuständig zeichnet, und unseren kantonalen und städtischen Fachstellen, die nach wie vor als Denkmalpflege und Kantonsarchäologie bezeichnet werden und auf diese Weise diese Fachbereiche gegenüber Bauherren, Behörden und der Öffentlichkeit repräsentieren. Mit einer derartigen Umbenennung wird der föderalen Ausgestaltung der (boden-)denkmalpflegerischen Anliegen daher keinerlei Rechnung getragen.

Da die Namensanpassung der Sektion Baukultur auch mit einer Erweiterung oder Verlagerung der Aufgaben, so namentlich mit der Förderung der zeitgenössischen Baukultur, verbunden ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Handlungsschwerpunkte der Sektion und damit auch die Mittelverteilung verschieben werden. Es ist folglich zu vermuten, dass die traditionellen, namentlich und inhaltlich nun bereits

¹ Bundesamt für Kultur: Strategie Baukultur. Entwurf vom 06.06.2019.

verschwindenden Aufgabenbereiche Archäologie und Denkmalpflege künftig von substanziellen Mittelkürzungen betroffen sein könnten.

Wir fordern deshalb, dass die Änderung der Bezeichnung der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege nochmals breit reflektiert wird. Sollte die Umbenennung dennoch umgesetzt werden, so muss – soll die Bezeichnung «Baukultur» verwendet werden – aus unserer Sicht zwingend der Zusatz «Archäologie und Denkmalpflege» hinzugefügt werden.

Des Weiteren muss die Mittelsprechung für die neu definierte Sektion auch die zusätzlichen Aufgaben abdecken. Dies sollte ohne Umlagerung von Mitteln erfolgen. Wir kommen unter Punkt 6. darauf zurück.

3.4. Nationaler Kulturdialog

Zu begrüßen ist auch die Fortsetzung des «Nationalen Kulturdialogs». Diese Form der Zusammenarbeit, die alle Staatsebenen einbindet, hat sich in den vergangenen Jahren durchaus bewährt. Die Fortführung dieses Instruments, die zu einer intensivierten Zusammenarbeit und einem regelmässigen Austausch unter den Fachstellen des Bundes, der Kantone und Städte führt, hat beispielsweise zur gemeinsamen Erarbeitung der ersten Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie geführt.

3.5. UNESCO Welterbe

Aus unserer Sicht unverständlich ist, dass im vorliegenden Entwurf der Kulturbotschaft und namentlich bei der Erläuterung der Massnahmen an keiner Stelle die von der UNESCO bezeichneten Welterbestätten benannt werden. Die Schweiz hat als Unterzeichnerin des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturguts (Konvention von Paris 1972) hier die Verpflichtung, sich für den Schutz, die Erhaltung und Erschliessung dieser Stätten einzusetzen. Während dies für die Naturerbestätten bereits umgesetzt wird, besteht in Bezug auf die Kulturerbestätten hier noch erheblicher Nachholbedarf. Wir beantragen deshalb, dass in Analogie zu den Naturerbestätten auch für die UNESCO-Kulturerbestätten ein eigenes Finanzierungsgefäss geschaffen und dieses entsprechend alimentiert wird.

4. Revision Filmgesetz

Die vorgesehene Revision des Filmgesetzes betrifft den Interessensbereich von Archäologie Schweiz nicht. Wir enthalten uns deshalb einer Stellungnahme.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wir begrüßen namentlich die Aufnahme und gesetzliche Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Kulturförderungsgesetz – dies auch und gerade im Sinne der Faro-Konvention.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Die KSKA begrüsst grundsätzlich, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 für die Kulturpolitik keine Mittelkürzungen vorsieht. Vor dem Hintergrund der insbesondere durch die Umsetzung des Konzepts «Baukultur» und der damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben- und Förderbereiche (Stichwort «zeitgenössische Baukultur») ist zu befürchten, dass letztendlich den traditionellen Bereichen des Denkmal- und Heimatschutzes Mittel entzogen werden. Es scheint uns unmöglich, mit gleichbleibenden Mitteln zusätzliche Handlungsbereiche abzudecken. Die neue Strategie Baukultur darf jedenfalls nicht auf Kosten der Verbundaufgaben Denkmalpflege und Archäologie gehen.

Denkmäler, Ortsbilder und archäologische Fundstätten sind Objekte, anhand deren das Kulturerbe vermittelt und für die breite Bevölkerung fassbar gemacht werden kann. In diesem Sinne spielen sie bei den beschriebenen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe» und «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» eine wichtige Rolle, indem sie den Zugang zur Kultur fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Denkmäler, Ortsbilder und archäologische Fundstätten sind unser kulturelles Fundament, prägen unser Heimatbild, stiften Identität und sind damit ein wichtiger Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses. Sie sind gleichzeitig individuelle Zeitzeugen, die überdauern und uns von früheren Zeiten erzählen. Denkmäler, Ortsbilder und archäologische Fundstätten bieten als Bindeglied einen Zugang für die «kulturelle Teilhabe»

heutiger und zukünftiger Generationen. Der Erhalt unseres baukulturellen und archäologischen Erbes ist aus diesem Grund eine zentrale Aufgabe.

Angesichts der Gefährdung des baukulturellen Erbes durch stetig zunehmenden Siedlungsdruck, welcher eine Begrenzung des Siedlungsgebietes und die Siedlungsentwicklung nach innen mit sich zieht, stehen wir vor grossen Herausforderungen an die gebaute Umwelt. Und auch die beschlossene Energiewende, welche die Nutzung von Gebäuden und Böden nachhaltig verändern wird, stellt die Archäologie vor immense Herausforderungen. Die seit Jahren unzureichenden Mittel für eine nachhaltige Archäologie- und Denkmalpolitik und die mangelnde gesellschaftliche Sensibilisierung für die Anliegen der Archäologie setzen unseren Boden- und Baudenkmalern, Ortsbildern und archäologischen Fundstätten massiv zu. Um unser kulturelles Erbe vor Schäden und dem schleichenden Zerfall zu bewahren, müssen daher die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Gesamthaft können die in der Kulturbotschaft vorgesehenen Mittel allerdings nicht als ausreichend für alle angestrebten Fördermassnahmen und für die betroffenen Bereiche erachtet werden.

Bereits in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 wurde festgehalten, dass über 100 Mio. Franken notwendig wären, um unser Kulturerbe nachhaltig zu sichern (S. 37). Die Kulturbotschaft 2016-2020 sah denn im Mittel 22,2 Mio. Franken pro Jahr für den Teilbereich «Erhaltung schützenswerter Objekte, Archäologie» vor, also den Bereich, welcher das Kulturerbe sichert und der Nachwelt erhält. Der vorliegende Entwurf sieht im Rahmenkredit «Baukultur» für den Teilbereich «Erhaltung» nur noch 21,2 Mio. Franken vor. Die vorgesehenen Mittel reichen somit kaum aus, um den Erhalt und die Pflege unserer Denkmäler und archäologischen Fundstätten sicherzustellen. Die massive Unterfinanzierung steht im überdeutlichen Kontrast zur bau- und bodendenkmalpflegerischen Realität: der Verlust des kulturellen Erbes schreitet ungebremst und vielerorts undokumentiert fort. Dies wird zwar immer wieder erwähnt, schlussendlich machen hier aber Formulierungen wie «striktere Priorisierung der begrenzten Mittel» (Kulturbotschaft, S. 38) oder «der Aktionsplan beinhaltet ausschliesslich Massnahmen zur Stärkung der zeitgenössischen Baukultur» (Strategie Baukultur, S. 25) hellhörig. Die Weiterentwicklung des Bereichs Heimatschutz und Denkmalpflege hin zum Bereich Baukultur unter Weiterführung der bestehenden Aufgaben (Kulturbotschaft, S. 38), wobei die Mehrheit der Massnahmen ohne Mehrmittel umgesetzt werden können (Strategie Baukultur, S. 3), mit einem sich bescheiden ausnehmenden Mehrbedarf für das federführende Bundesamt für Kultur, ist schlicht nicht glaubhaft.

Wir fordern deshalb, dass sich die Bemessung der Mittel für den Bereich «Erhaltung» am für das letzte Jahr der Kulturbotschaft 2016-2020 festgelegten Betrag (23,3 Mio. Franken) orientiert und dieser Betrag für die Jahre 2021-2024 – inklusive der Anpassung an die Teuerung – fortführt. Nur so können die Aufgaben in den Bereichen Denkmalpflege und Archäologie sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen und Gemeinden weiterhin wahrgenommen und damit der unwiederbringliche Verlust von kulturellem Erbe verhindert werden.

Im Hinblick auf die Umsetzung der «Strategie Baukultur» muss aus unserer Sicht zwingend die Einbindung und die Alimentierung der Bereiche Denkmalpflege und Archäologie offengelegt werden. Ebenso fehlen uns in diesen Bereichen konkrete Massnahmen und Zielvorgaben.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, unsere Bemerkungen und Anliegen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens einbringen zu können und das Interesse, das Sie unserer Stellungnahme entgegenbringen. Bei Fragen stehen wir Ihnen jederzeit sehr gerne zu Ihrer Verfügung.

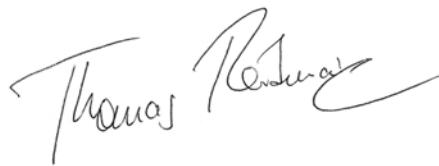
7. Anträge vonseiten der Konferenz Schweizerischer Kantonsarchäologinnen und Kantonsarchäologen:

Zusammenfassend möchten wir unsere Anträge nochmals festhalten:

- Ergänzung der Handlungssachse «Kulturelle Teilhabe» um den Begriff der Teilhabe am kulturellen Erbe nach der Definition der Konvention von Faro.
- Das Aussetzen der angestrebten Umbenennung der Sektion Denkmalpflege und Heimatschutz des BAK bzw. Anpassung des Namens in «Sektion Baukultur, *Archäologie und Denkmalpflege*».
- Die Aufstockung der vorgesehenen Finanzmittel auf Basis der in der Kulturbotschaft 2016-2020 für deren letztes Geltungsjahr vorgesehenen Beträge. Eine Kürzung der Mittel ist kontraproduktiv und gefährdet massiv den Erhalt von Denkmälern, Ortsbildern und archäologischen Fundstellen.
- Die Sicherung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Schweizer UNESCO-Weltkulturerbestätten.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, unsere Bemerkungen und Anliegen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens einbringen zu können und das Interesse, das Sie unserer Stellungnahme entgegenbringen. Bei Fragen stehen wir Ihnen jederzeit sehr gerne zu Ihrer Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, reading 'Thomas Reitmaier'.

(Für den Vorstand: Dr. Thomas Reitmaier, Präsident KSKA)



connecta ag

Per Email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Ilanz, 13.9.2019

Stellungnahme Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Die Kulturbotschaft enthält nicht akzeptierbare Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in unsere verfassungsmässigen Rechte als Anbieter einer Video-on-Demand-Plattform eingreifen. Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit fristgerecht wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch darüber begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist eine schädliche und unüberlegte Reaktion auf diese Digitalisierungseffekte. Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an die Fernmeldedienstanbieterinnen (FDA). Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Um dieser Position ausreichend Gewicht zu geben, werden wir eine Kopie der vorliegenden Stellungnahme den entsprechenden Stakeholdern (Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien,

Wirtschaftsverbände, etc.) zur Information zukommen lassen und unsere Unterstützung für ein fakultatives Referendum gegen die geplanten Neuerungen im Filmgesetz anbieten, sollte das Vorhaben nicht fallen gelassen werden.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Wir betreiben ein Kommunikationsnetz und stellen unserer Kundschaft auch eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, VoD), folglich wir den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst anbieten, dessen Umsatz zukünftig mit 4% spezial-besteuert werden sollte.

Namentlich die Rechtebeschaffung ist eine sehr aufwendige Angelegenheit, weshalb wir das Content-Repertoire der Videothek durch einen Dritten organisieren und bereitstellen lassen. Für die Vermittlungstätigkeit erhalten wir eine Entschädigung in der Form einer Kommission, ungeachtet der Tatsache, dass wir gegenüber den Endkunden in eigenem Namen handeln, und es für die Konsumentinnen und Konsumenten deshalb nicht offensichtlich ist, dass sie das Angebot eines Drittanbieters nutzen.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+), etc. ist gross und wir betreiben diesen Dienst in erster Linie um unserer Kundschaft ein möglichst umfassendes Packet an Audiovisionsdiensten (linear und nicht-linear) im Rahmen unserer Telekom-Bündelangeboten (Triple- oder Quadruple-Play) bieten zu können. Es ist deshalb schon vom Ansatz her falsch, davon auszugehen, mit elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten liessen sich grosse direkte Umsätze generieren, entsprechend eine Besteuerung einfach beim Umsatz anzuhängen wäre. Die geplanten Abgaben stellen für uns Betreiber reine Betriebskosten dar, welche die Attraktivität zur Bereitstellung von solchen inländischen Videotheken stark mindern wird.

Betreffend Rentabilität des Vod-Angebotes ist vorab auch daran zu erinnern, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechtsgesetzes für VoD-Anbieter bereits zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgaben beschlossen hat, was weiter zur Verminderung der Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Video-Abrufdiensten beitragen wird¹. Es ist deshalb grundsätzlich erstaunlich, dass jetzt über die Revision des Filmgesetzes noch mehr Abgaben in Betracht gezogen werden, die am Ende entweder das inländische Angebot verhindern und/oder von den Schweizer Konsumenten getragen werden müssen.

2. Warum ist die geplante Revision des Filmgesetzes abzulehnen?

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend E-FiG) vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, zum einen eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend europäische Pflichtquote) im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und zum anderen 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen. Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der FiG-Entwurf Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat

¹ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision des Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzbereinigung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>)

konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

a. **Fehlende verfassungsmässige Grundlage**

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht². Es wird vertuscht, dass die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen im E-FiG verfassungswidrig sind!

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass **der Bund** Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Demgemäss weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt auch keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die Förderung des Schweizer Filmschaffens muss bei einer der Verfassung entsprechenden Rechts(um)setzung immer Aufgabe des Bundes bleiben, denn die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen, namentlich durch die vom Bundesrat geplante Einführung einer Förderabgabe, welche dem Schweizer Filmschaffen zugutekommen soll.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll. Im Erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio und TV-Gesetzgebung mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen.³ Hier besteht aber demgegenüber mit BV Art. 93 eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und –Finanzierungsmodellen. Der Vergleich ist haarsträubend und kann sicher nicht als Begründung dienen, in derart heftiger Weise in verfassungsmässig geschützte Rechte von Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste einzugreifen⁴. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste zu vergleichen: Die Fernsehveranstalter stehen viel näher zur Schweizer Filmproduktion, sie produzieren regelmässig selber Audiovisionsinhalte. Demgegenüber produzieren VoD-Anbieter normalerweise keine Inhalte, sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

Wie einführend dargelegt, stellt für uns als Kommunikationsunternehmen das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, unser Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Wir erbringen damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Damit leisten wir bereits

² Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

⁴ Sinngemäss gleicher Auffassung ist die EMEK, vgl. Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien vom 11.10.2018, zu Art. 12 BGeM

indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Wir verbinden nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte- und Dienstangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges (welcher nicht zu verwechseln ist mit dem via Fernmeldegesetzgebung garantierten Zugangsdienst zum Internet⁵). Es ist auch deshalb nicht richtig, uns nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe dann auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwältigt wird.

Vor allem jüngere Generationen, welche immer mehr nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden durch die neue Abgabe übermässig belastet. Diese Bevölkerungsgruppe bezahlt nun schon eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen (ehemals Billag-Gebühr), ohne eventuell jemals die damit (mit)finanzierten Rundfunkprogramme zu nutzen und sie werden schliesslich auch für die von beiden Parlamentskammern im Rahmen der laufenden Urheberrechtsrevision beschlossenen zusätzlichen Urheberrechtsabgaben auf VoD (vgl. oben) aufzukommen haben. Deren Medienbudget darf nicht unbeschränkt durch Abgaben für den Service Public, zusätzliche Abgaben für Filmurheber und Ausübende des Films und nun auch noch durch neue Abgaben ganz allgemein für das Schweizer Filmschaffen ausgehöhlt werden. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dieser offenbar unersättlichen Forderungs- und Subventionsmentalität einen Riegel zu schieben. Wir werden nicht zögern, die Konsumentenschutzverbände auf diese nicht endende Kette von Forderungen im Zusammenhang mit Kulturförderungen aufmerksam zu machen.

b. Mangelnde Wirksamkeit

Auch die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können – weiter tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.⁶ Es ist erstaunlich, dass der Bundesrat (und insbesondere die entsprechende Departementsvorsteherin) diese Position eines für die von ihm beschworene Digitalisierung wichtigen Bundesamtes nicht kennt (oder schon wieder vergessen hat).

Schliesslich ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz zu bestücken. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch

⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 1 lit. d FDV

⁶ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten „Long Tail“ wieder vernichtet. Es ist überaus bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es allein um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

c. Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix⁷, de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Fall von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hier strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerbslich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Und da hilft es wenig, wenn hinsichtlich Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter, welcher allenfalls dann mal in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁸, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmel-

⁷ Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

⁸ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

depflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förderabgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁹, Verfügungen der Behörden werden im Ausland jedoch nicht dursetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (dem allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend¹⁰) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem Erläuternden Bericht¹¹ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Solche Bestimmungen zeigen einzig, dass sich der Bundesrat selbst nicht geheuer ist und bereitet mit diesen sein Argument vor, man müsse dann im Einzelfall auf Verordnungsstufe wieder Gegensteuer geben, wenn dem Parlament wenig durchdachte und verfassungswidrige Gesetze vorgelegt werden. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschont.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend finden Sie unsere Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen für den Fall, dass am Revisionsprojekt in dieser Form festgehalten werden sollte. Hier gehen wir insbesondere auf die vorgesehenen Ausnahmeregelungen zur europäischen Pflichtquote sowie auf die Förder- bzw. Ersatzabgabe ein.

⁹ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

¹⁰ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grösserem Ausmass hochgefahren werden.

¹¹Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

a. Ausnahmeregelungen

Wie bereits angesprochen, sieht der Gesetzesentwurf für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) Ausnahmen vor. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur vereinzelt gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für uns von vornherein nicht anwendbar sein werden. Unser VoD-Angebot enthält nicht nur einzelne Filme und ist im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen.

b. Ausnahme Mindestumsatz, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. a und Art. 24e Abs. 2 lit. a E-FiG

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, wie auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF¹² gelten; bezüglich Förderabgabe werden im Erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden¹³, die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Im Weiteren bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand¹⁴, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief angedacht zu sein. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten auf das Angebot der Rechteinhaber Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2,5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

¹² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

¹³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

¹⁴ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

c. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG

Der Erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu diesem Ausnahmefall. Wie einleitend festgehalten, vermarkten wir das Angebot eines Dritten in eigenem Namen. Wir haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und erfüllen damit eigentlich die Ausnahmegeneralklausel, wonach für uns die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Wir müssten demnach ohne weiteres unter die Regel fallen, auch wenn wir, wie vorliegend, das VoD-Angebot in eigenem Namen vermarkten. Denn wäre letzteres nicht der Fall, sprich das Dienstleistungsverhältnis besteht direkt zwischen diesem Dritten und den Konsumentinnen und Konsumenten, so wäre zwingend im Sinne von Art. 24a und Art. 24b E-FiG dieser Dritte als VoD-Anbieter zu betrachten. Dieser Sachverhalt ist auf Gesetzesstufe zu präzisieren, damit von vornherein keine Unklarheiten und Unsicherheiten entstehen. Und da trotzdem nicht erwartet werden kann, dass das „weitergeleitete“ Angebot in Bezug auf die darin enthaltenen Filmtitel sowie der Preise streng identisch ist zu einem allenfalls daneben auch noch bestehen OTT-Streaming-Angebot dieses Dritten, sollte dies mit einem relativierenden Attribut angemerkt werden.

Unsere Forderungen zu Artikel 24a Abs. 3 und Abs. 3 lit. c sowie Art. 24e Abs. 2 und Abs. 2 lit. c FiG:

Art. 24a Abs. 3 FiG soll lauten:

„Der Bundesrat ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Pflicht nach Absatz 1 ~~ausnehmen~~, wenn:
(...)“

Art. 24a Abs. 3 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Art. 24e Abs. 2 FiG soll lauten:

„Er ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Verpflichtung ~~ausnehmen oder den Anteil, der für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden ist, auf 2 Prozent ermässigen~~, wenn:
(...)“

Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Schliesslich regen wir an, dass die gleichen Ausnahmen auch für die (seit 2016 bestehende) Filmmeldepflicht vorgesehen werden. Da wir lediglich das Angebot eines Dritten (zwar in eigenem Namen) vermarkten und damit in diesem Sinne „weiterleiten“ (obschon dies in eigenem Namen geschieht), haben wir grosse Schwierigkeiten, die benötigten Filmdaten für die Filmstatistik beizubringen. Viele dieser Daten werden deshalb durch das BFS direkt bei unseren Filmlieferanten erhoben. Trotzdem fallen wir unter die Meldepflicht und müssen mit Sanktionen rechnen, falls unsere Filmlieferanten den Meldeaufforderungen nicht nachkommen.

Unsere Forderungen zu Artikel 24i Abs. 1 FiG:

„Unternehmen, die in der Schweiz (...) müssen dem Bund die Anzahl Abrufe pro Filmtitel melden, *ausser sie erreichen den vom Bundesrat bestimmten Mindestumsatz nicht, oder es werden Angebote Dritter in eigenem Namen nahezu unverändert weitergeleitet.*“

Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Bemerkungen und Argumente in die weitere Behandlung des Geschäfts einbeziehen und unsere Position und Anträge berücksichtigen. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

connecta ag

Glennerstrasse 22a
7130 Ilanz

Peter Caviezel
Geschäftsführer

Walter Albin
Leiter Technik

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Kopie zur Kenntnis Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.

Per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Bern, 16. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

fds, filmdistribution schweiz (vormals und immer noch in der Adressatenliste für die Vernehmlassung: Schweizerischer Filmverleiher-Verband, SFV) ist der massgebende Berufsverband der in der Schweiz tätigen Filmdistributionsunternehmen. Er umfasst 23 Mitglieder, die zusammen mehr als 95% des in der Schweiz jährlich getätigten Verleihumsatzes mit Kinofilmen erzielen. Seine Mitglieder sind im Verleih mit Kinofilmen, in der Distribution von Tonbildträgern (DVD), in der Lizenzierung von Filmen für Digitale Plattformen und für das lineare Fernsehen tätig.

filmdistribution schweiz

- unterstützt die Weiterführung der Kulturpolitik entlang der Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“, «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und „Kreation und Innovation“ und unterbreitet im Bereich Film Vorschläge zu deren Umsetzung;
- befürwortet eine Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer im Bereich der Filmauswertung;
- erachtet es als wichtig, für den Bereich Film die Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 zu erhöhen.

Unsere Stellungnahme gliedert sich wie folgt:

- A Allgemeine Bemerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Film in der Schweiz
- B Anliegen und Forderungen von filmdistribution schweiz
- C Stellungnahme zu den expliziten Fragen des Fragenkatalogs

A. Allgemeine Bemerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Film in der Schweiz

„Filme werden in den nächsten Jahren noch stärker als bisher über Online-Plattformen bezogen und auf mobilen Geräten konsumiert“ (Botschaft, Ziff. 2.3.6.1). Die Feststellung ist richtig. Es wird aber nur ungenügend aufgezeigt, welche dramatischen Änderungen die Veränderung der Sehgewohnheiten des (Film-) Publikums auf den Markt hat: Bisher wichtige Akteure verschwinden (Tonbildträgerindustrie), zentrale Pfeiler der schweizerischen Filmpolitik verlieren an Bedeutung (lineares Fernsehen, Kino) während neue Akteure eine starke oder dominante Position einnehmen. Wenn in Ziff. 1.2 der Botschaft ausgeführt wird, die Kulturpolitik des Bundes beruhe im Wesentlichen auf dem Zusammenspiel der vier Institutionen BAK, Schweizerische Nationalbibliothek, Pro Helvetia und Schweizerisches Nationalmuseum, mag das aus Sicht der Verwaltungsorganisation des BAK stimmen. Faktisch aber haben Politikbereiche, die in die Zuständigkeit des BAKOM (lineares Fernsehen, elektronische Medien) oder des IGE (Urheberrecht) fallen, einen grösseren Einfluss auf die Kulturpolitik als die vom BAK verwalteten Förder- und Regulierungsmassnahmen.

fds fordert vom Bund eine kohärente Kulturpolitik über alle relevanten Politikbereiche, insbesondere im Bereich Film. So beschädigt beispielsweise der Grundsatz der internationalen Erschöpfung oder der Verzicht auf das Erfordernis der legalen Quelle im Urheberrecht die Entwicklung der schweizerischen Kulturindustrie. Als besonders störend erachtet fds die vom Institut für Geistiges Eigentum explizit befürwortete Straffreiheit beim Download aus illegaler Quelle. Der Radio- und Fernsehgebühr und den Investitionsverpflichtungen im Bereich der elektronischen Medien kommt wegen der Vielsprachigkeit der Schweiz eine eminente Bedeutung zu. Politikbereiche übergreifende Programme der EU, wie „Digital Single Market“ oder „Creative Europe“, haben grosse Auswirkungen für die Kulturpolitik der Schweiz. So dürfte ein Verbot des Geoblocking für audiovisuelle Inhalte in der EU (wie in der EU aktuell geprüft) für die Schweiz faktisch zur Folge haben, dass die Schweiz als lizenzrechtliches Territorium verschwindet.

fds verlangt vom Bund und insbesondere vom BAK aus kulturpolitischen Gründen ein konsequentes Eintreten für ein lizenzrechtliches Territorium Schweiz und eine deutliche Stärkung des Engagements für die Zugänglichkeit kultureller Werke (insb. Filmen) in allen Landessprachen. An diesen Forderungen misst fds die vorgelegte Revision des Filmgesetzes.

B. Anliegen und Forderungen von filmdistribution schweiz

1. fds stellt den Antrag während der Geltung der Kulturbotschaft 2021-2024 die rechtlichen Rahmenbedingungen für Filmproduktion und Filmauswertung departementsübergreifend zu prüfen und mit der Gesetzgebung im Ausland und den vorhersehbaren Entwicklungen im Ausland, namentlich in der EU, zu vergleichen und aufzuzeigen, welche Änderungen der schweizerischen Gesetzgebung den Schweizer Markt stärken könnten. Eine grundlegende Analyse und Reflexion des Bundesfilmförderung wird von fds angeregt.

2. Die vorgeschlagene Ergänzung von Art. 10 FiG überzeugt nicht. In der Begründung zur Gesetzesänderung wird ausgeführt:

Die Institutionen sind meist als gemeinnützige Stiftungen oder auf Vereinsbasis organisiert, so dass allfällige Überschüsse als Reserven für die geförderten Zwecke zur Verfügung bleiben. Bei gewinnorientierten Unternehmen und Institutionen, die im Besitz von solchen Unternehmen sind, ist dies nicht garantiert. Sie sollen deshalb von der Subventionierung durch Betriebsbeiträge ausgeschlossen werden. Projektbezogene Subventionen bleiben auch für gewinnorientierte Unternehmen weiterhin möglich.

Auch in Leistungsvereinbarungen mit nicht gewinnorientierten Unternehmen muss sichergestellt werden, dass Bundesmittel effektiv und effizient eingesetzt werden, so ist beispielsweise zu prüfen, ob Organe der Institutionen nicht übermässige Vergütungen beziehen oder Dritten nicht Aufträge zu übersetzten Preisen vergeben werden. In der Kulturvermittlung ist der Bund auf die Zusammenarbeit mit Privaten angewiesen – auch mit Verleihern und Kinos. Diese können unabhängig von der Organisationsform (z.B. Einzelfirma) und der Gewinnstrebigkeit wertvolle und förderungswürdige Arbeit leisten.

Die vorgeschlagene Änderung ist ersatzlos fallen zu lassen. Die Zweckmässigkeit der Mittelverwendung ist in den Leistungsvereinbarungen abzusichern.

3. Die nach Auswertungskanälen getrennte Strukturierung des Filmgesetz' lehnen wir ab, wenn die bisherigen Regeln nicht expressis verbis ins neue Kapitel 3a für die online-Auswertung übernommen werden (insb. Art. 19 FiG).
4. Die Revision von Art. 24 Abs. 1 FiG betreffend Meldepflichten lehnt fds ab. Es besteht ein hohes öffentliches Interesse, dass die Auswertungsergebnisse von Filmen, die in der Produktion gefördert wurden, bekannt sind. Dazu gehören insbesondere auch die Resultate in der Auslandsauswertung. Die Produktionsunternehmen wären auch in der Lage, die Verkäufe von Tonbildträgern zu melden. In der politischen Argumentation für die Filmförderung sind Zahlen über Auswertungsergebnisse essentiell.
5. In das Registrierungsformular des BAK (Art. 23 und Art. 24g) ist eine Erklärung aufzunehmen, welche die mit der Registrierung verbundenen Verpflichtungen unter Hinweis auf die Strafandrohungen aufzählt und den Unterzeichnenden die Erklärung abnimmt, sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten zu wollen. Die Bestimmung von Art. 23 Abs. 3 FiG (Mitglieder der GL müssen in der

Schweiz Wohnsitz haben) ist in Art. 24g zu überführen. In der Bundesverwaltung sind mehr Ressourcen bereit zu stellen, damit der Vollzug der Bestimmungen sichergestellt und insbesondere ohne Verzug die in den Art. 27 und 28 FiG genannten Strafverfahren in die Wege geleitet werden können, nicht nur gegen die Mitglieder der Geschäftsleitung, sondern gegen die Unternehmen selbst. Es ist wichtig, die Vollzugsaufgaben gleich von der Geltung der Revisionsbestimmungen an zu priorisieren. Richtigerweise stellt die neue Bestimmung von Art. 15 Abs. 2 lit c Mittel für diesen Verwendungszweck frei.

6. Die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, sollte fortan im FiG geregelt werden. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe Instanz, das BAK, überprüft werden.
7. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Der Standortvorteil der Mehrsprachigkeit ist zu nutzen und auszubauen.

Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

8. Die Filmpolitik des Bundes hat bis anhin zur Erreichung des Ziels „Angebotsvielfalt“ und der übergeordneten Ziele „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftliche Teilhabe“ einerseits von den Distributoren und Kinos einen eigenen Beitrag eingefordert (Art. 17ff FiG) und andererseits staatliche Beihilfen an Akteure gewährt, die durch besondere Massnahmen zur Zielerreichung beigetragen haben. Je weniger eigene Beiträge der Branche der Bund über Marktregulierungen einfordert, desto mehr direkte finanzielle Hilfen wird er zur Erreichung der kulturpolitischen Ziele einsetzen müssen.

Am Prinzip der Eigenleistungen der Kinoauswertungsbranche soll im Grundsatz offenbar auch nichts geändert werden; die Art. 20-22 FiG (Evaluation der Angebotsvielfalt im Kinobereich; Nachbesserung, Abgabe, Befreiung von der Abgabe) werden unverändert im Gesetz belassen.

fds unterstützt das Nebeneinander von Marktregulierung und staatlichen Beihilfen. Für die Zukunft wäre es aber wünschenswert, wenn das von Art. 17 FiG vorgesehene Instrument der Branchenvereinbarung vom BAK in der konkreten Umsetzung der kulturpolitischen Zielsetzungen stärker unterstützt würde, sowohl politisch als auch durch staatliche Beihilfen. So sollten die Angebote zur Bildung im Bereich Film für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden durch die Unterstützung von Initiativen aus der Branche für neue Formen von Unterrichts- und Freizeitangeboten, für nationale

Jugendkinotage oder für Schweizer Filmproduktionen, die sich explizit an Kinder und Jugendliche richten und auch entsprechend für die Auswertung konzipiert werden.

Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss erhalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein.

C. Stellungnahme zu den expliziten Fragen des Fragenkatalogs

1. Die **Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020** erfolgte bezüglich des per 01.01.2016 in Kraft getretenen und revidierten Art. 19 FiG mit angezogener Handbremse. Das BAK trat Interventionen von ausländischen Akteuren zu wenig entschlossen entgegen und liess auch gegenüber inländischen Bedenkenträgern ein interessiertes, kreatives Engagement für die vom Gesetzgeber (vgl. Kulturbotschaft 2016-2020, S. 602-603) intendierte Zielsetzung vermissen. Das Filmgesetz ist seit seiner Schaffung 1962 nicht nur ein Instrument der Kulturförderung, sondern auch der Marktregulierung.
2. Die **Beibehaltung der drei Handlungsachsen** und deren Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“ ist richtig, muss aber im Bereich Film mit zusätzlichen und massiven Massnahmen zur Überwindung der Barrieren zwischen den Landessprachen verstärkt werden.
3. „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bedingen sich wechselseitig. Im Sinne der **Weiterentwicklung der Massnahmen** beantragen wir im Bereich Film alle vom Bund geförderten Produktionen zumindest in den drei hauptsächlich gesprochenen Landessprachen zugänglich zu machen. Die Förderungstatbestände des Sprachengesetzes sind auf die ganze sprachgebundene Kulturproduktion der Schweiz auszudehnen und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel massiv aufzustocken. Wenn die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ effektiv im Bereich Film umgesetzt werden sollen, lohnt es sich, die in der Produktion unterstützten Filme mit einem zusätzlichen Aufwand von im Schnitt wohl rund CHF 50'000.00 in den Landessprachen zugänglich zu machen.

Bei der Handlungsachse „Kreation und Innovation“ ist für die Verbreitung, den Marktzugang und die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Filmen eine vom Filmkredit unabhängige Untertitelungs- und Synchronisationsförderung vorzusehen. Können Sprachfassungen für die Zielmärkte eines Schweizer Films zur Verfügung gestellt werden, senkt sich das Risiko eines ausländischen Filmverleihers erheblich, den Film in sein Angebot aufzunehmen.

4. Bei der **Revision des Filmgesetzes** nehmen wir zu den gestellten Fragen wie folgt Stellung:
 01. Wir befürworten die Erweiterung der Datenbank der vom Bund unterstützten Filme mit einer für die Bevölkerung kostenlos zugänglichen und nachgeführten Information über welche elektronischen Abruf- oder Abonnementsdienste das Werk abgerufen werden kann. Der Rechteinhaber entscheidet über die Vertriebswege und die Konditionen des Zugangs zum Werk. Der Gratiszugang zum Film für die Bevölkerung, ausserhalb der klar definierten Schranken des Urheberrechts für Wissenschaft und Bildung, devalorisiert das Werk und leistet einem in der Schweiz bedauerlicherweise weit verbreiteten Verständnis Vorschub, urheberrechtlich geschütztes Eigentum (content; software) müsse gratis zu haben sein, weil ja schon die hardware

gekostet habe. Staatliche Beihilfen legitimieren den Bund nicht, in den Markt für Endverbraucher einzugreifen!

02. Lineare und nicht lineare Angebote, freie und kostenpflichtige Angebote werden zunehmend von den gleichen Anbietern für den Markt bereitgestellt. Der Konsument entscheidet, ob und wieviel er bereit ist für die Angebote zu bezahlen. Es rechtfertigt sich daher klassische Fernsehveranstalter und elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste im Filmgesetz grundsätzlich gleichzustellen.
03. Es ist richtig, sich die Option einer späteren Teilnahme am MEDIA-Programm der EU offenzuhalten und deshalb einzelne Bestimmungen zu übernehmen, vor allem wenn sie in der Schweiz schon erfüllt werden, wie beispielsweise die Quote bezüglich europäischer Filme für Online-Filmeanbieter. Auch wenn nicht Bestandteil der Vernehmlassungsvorlage, weist fds darauf hin, dass eine Quote in der Kinauswertung der Zielsetzung (Förderung der Verbreitung europäischer und schweizerischer Filme) schädlich wäre. Die Bereitstellung eines Vorführungstermins im Kino ist – ungleich mit einem Listenplatz eines Online-Filmeanbieters - mit hohen Kosten verbunden und die Sitzplatzauslastung entscheidet, ob der Betrieb rentabel ist. Wenn der Schweizer Film im Kino bessere Chancen haben soll, ist seine Visibilität bei der Bevölkerung mit einem Bündel an Massnahmen zu steigern, das direkt auf die Auswertung zielt.

Zu Bereichen, die mit den Fragestellungen nicht abgedeckt wurden, verweisen wir mit Nachdruck auf die oben unter B, 1-5 gemachten Ausführungen zur Revision des Filmgesetzes.

5. Bei den **weiteren Gesetzesanpassungen** beschränken wir uns darauf hinzuweisen, dass im Sprachengesetz (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen ist, der es ermöglicht, alle Schweizer Filme in mindestens drei Landessprachen zugänglich zu machen. Wie oben unter Ziff. 3 ausgeführt, könnten die Handlungssachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ im Bereich Film effektiv umgesetzt werden, wenn in der Produktion unterstützte Filme mit einem zusätzlichen Aufwand von im Schnitt rund CHF 50'000.00 in den Landessprachen zugänglich gemacht werden. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes ein neuer Fördertatbestand zu schaffen. Die Massnahme würde auch dem Export der Filme ins gleichsprachige Ausland zugutekommen. Der Standortvorteil der Mehrsprachigkeit ist zu nutzen und auszubauen.
6. Die **Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024** sind insgesamt zu knapp bemessen. Die Handlungssachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sollten mit mehr Breitenwirkung umgesetzt. Dazu gehört die Bereitstellung eines in der Schweiz geschaffenen kulturellen Angebots, das für alle Sprachgruppen verständlich ist und breite Bevölkerungskreise dazu einlädt, sich über Kultur auszutauschen. Im Bereich Film ist dieser Ort das Kino.

Mit freundlichen Grüssen

filmdistribution schweiz



Lea Meister
Geschäftsführerin



Quickline AG

Dr. Schneider-Strasse 16
Postfach, CH-2560 Nidau
Tel. +41 32 559 99 99
Fax +41 32 559 99 90
info@qlgroup.ch
quickline.ch

Per Email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Nidau, 16. September 2019

Stellungnahme Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Quickline unterstützt grundsätzlich Bestrebungen, Endkunden ein vielfältiges Unterhaltungsangebot zur Verfügung zu stellen und wir erbringen als Schweizer KMU einen wesentlichen Beitrag hierzu. Wir stellen mitunter gegen entsprechendes Entgelt auf unserer Plattform CH Content der SRG unseren Kunden zur Verfügung, da wir die lokale Nähe und die Vielfalt des Angebots fördern wollen. Die Kulturbotschaft enthält jedoch nicht akzeptierbare Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in unsere verfassungsmässigen Rechte als Anbieter von Video-on-Demand Inhalten eingreifen. Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit fristgerecht wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch darüber begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist eine schädliche und unüberlegte Reaktion auf diese Digitalisierungseffekte. Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an die Fernmeldediensteanbieterinnen (FDA). Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Um dieser Position ausreichend Gewicht zu geben, werden wir eine Kopie der vorliegenden Stellungnahme den entsprechenden Stakeholdern (Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.) zur Information zukommen lassen und unsere Unterstützung für ein fakultatives Referendum gegen die geplanten Neuerungen im Filmgesetz anbieten, sollte das Vorhaben nicht fallen gelassen werden.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Wir betreiben ein Kommunikationsnetz und stellen unserer Kundschaft auch eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, VoD), folglich wir den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst anbieten, dessen Umsatz zukünftig mit 4% spezial-besteuert werden sollte.

Namentlich die Rechtebeschaffung ist eine sehr aufwendige Angelegenheit, weshalb wir das Content-Repertoire der Videothek durch einen Dritten organisieren und bereitstellen lassen. Für die Vermittlungstätigkeit erhalten wir eine Entschädigung in der Form einer Kommission, ungeachtet der Tatsache, dass wir gegenüber den Endkunden in eigenem Namen handeln, und es für die Konsumentinnen und Konsumenten deshalb nicht offensichtlich ist, dass sie das Angebot eines Drittanbieters nutzen.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+), etc. ist gross und wir betreiben diesen Dienst in erster Linie um unserer Kundschaft ein möglichst umfassendes Paket an Audiovisionsdiensten (linear und nicht-linear) im Rahmen unserer Telekom-Bündelangeboten (Triple- oder Quadruple-Play) bieten zu können. Es ist deshalb schon vom Ansatz her falsch, davon auszugehen, mit elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten liessen sich grosse direkte Umsätze generieren, entsprechend eine Besteuerung einfach beim Umsatz anzuhängen wäre. Die geplanten Abgaben stellen für uns Betreiber reine Betriebskosten dar, welche die Attraktivität zur Bereitstellung von solchen inländischen Videotheken stark mindern wird.

Betreffend Rentabilität des Vod-Angebotes ist vorab auch daran zu erinnern, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechtsgesetzes für VoD-Anbieter bereits zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgaben beschlossen hat, was weiter zur Verminderung der Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Video-Abrufdiensten beitragen wird¹. Es ist deshalb grundsätzlich erstaunlich, dass jetzt über die Revision des Filmgesetzes noch mehr Abgaben in Betracht gezogen werden, die am Ende entweder das inländische Angebot verhindern und/oder von den Schweizer Konsumenten getragen werden müssen.

¹ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision des Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzvereinigung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>)

2. Warum ist die geplante Revision des Filmgesetzes abzulehnen?

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend E-FiG) vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, zum einen eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend europäische Pflichtquote) im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und zum anderen 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen. Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der FiG-Entwurf Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

a. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht². Es wird vertuscht, dass die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen im E-FiG verfassungswidrig sind!

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass der Bund Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Demgemäss weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt auch keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die Förderung des Schweizer Filmschaffens muss bei einer der Verfassung entsprechenden Rechts(um)setzung immer Aufgabe des Bundes bleiben, denn die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen, namentlich durch die vom Bundesrat geplante Einführung einer Förderabgabe, welche dem Schweizer Filmschaffen zugutekommen soll.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll. Im Erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio und TV-Gesetzgebung mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen.³ Hier besteht aber demgegenüber mit BV Art. 93 eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und –Finanzierungsmodellen. Der Vergleich ist haarsträubend und kann sicher nicht als Begründung dienen, in

² Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

derart heftiger Weise in verfassungsmässig geschützte Rechte von Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste einzugreifen⁴. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste zu vergleichen: Die Fernsehveranstalter stehen viel näher zur Schweizer Filmproduktion, sie produzieren regelmässig selber Audiovisionsinhalte. Demgegenüber produzieren VoD-Anbieter normalerweise keine Inhalte, sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

Wie einführend dargelegt, stellt für uns als Kommunikationsunternehmen das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, unser Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Wir erbringen damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Damit leisten wir bereits indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Wir verbinden nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte- und Dienstangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges (welcher nicht zu verwechseln ist mit dem via Fernmeldegesetzgebung garantierten Zugangsdienst zum Internet⁵). Es ist auch deshalb nicht richtig, uns nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe dann auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwältigt wird.

Vor allem jüngere Generationen, welche immer mehr nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden durch die neue Abgabe übermässig belastet. Diese Bevölkerungsgruppe bezahlt nun schon eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen (ehemals Billag-Gebühr), ohne eventuell jemals die damit (mit)finanzierten Rundfunkprogramme zu nutzen und sie werden schliesslich auch für die von beiden Parlamentskammern im Rahmen der laufenden Urheberrechtsrevision beschlossenen zusätzlichen Urheberrechtsabgaben auf VoD (vgl. oben) aufzukommen haben. Deren Medienbudget darf nicht unbeschränkt durch Abgaben für den Service Public, zusätzliche Abgaben für Filmurheber und Ausübende des Films und nun auch noch durch neue Abgaben ganz allgemein für das Schweizer Filmschaffen ausgehöhlt werden. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dieser offenbar unersättlichen Forderungs- und Subventionsmentalität einen Riegel zu schieben. Wir werden nicht zögern, die Konsumentenschutzverbände auf diese nicht endende Kette von Forderungen im Zusammenhang mit Kulturförderungen aufmerksam zu machen.

b. Mangelnde Wirksamkeit

Auch die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können - weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

⁴ Sinngemäss gleicher Auffassung ist die EMEK, vgl. Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien vom 11.10.2018, zu Art. 12 BGeM

⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 1 lit. d FDV

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.⁶ Es ist erstaunlich, dass der Bundesrat (und insbesondere die entsprechende Departementsvorsteherin) diese Position eines für die von ihm beschworene Digitalisierung wichtigen Bundesamtes nicht kennt (oder schon wieder vergessen hat).

Schliesslich ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz zu bestücken. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten „Long Tail“ wieder vernichtet. Es ist überaus bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es allein um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

c. Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix⁷, de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Fall von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hier strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerblich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Und da hilft es wenig, wenn hinsichtlich Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter,

⁶ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

⁷ Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

welcher allenfalls dann mal in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁸, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmeldepflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förderabgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁹, Verfügungen der Behörden werden im Ausland jedoch nicht durchsetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (dem allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend¹⁰) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem Erläuternden Bericht¹¹ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

⁸ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

⁹ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

¹⁰ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grösserem Ausmass hochgefahren werden.

¹¹ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Solche Bestimmungen zeigen einzig, dass sich der Bundesrat selbst nicht geheuer ist und bereitet mit diesen sein Argument vor, man müsse dann im Einzelfall auf Verordnungsstufe wieder Gegensteuer geben, wenn dem Parlament wenig durchdachte und verfassungswidrige Gesetze vorgelegt werden. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschönt.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend finden Sie unsere Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen für den Fall, dass am Revisionsprojekt in dieser Form festgehalten werden sollte. Hier gehen wir insbesondere auf die vorgesehenen Ausnahmeregelungen zur europäischen Pflichtquote sowie auf die Förder- bzw. Ersatzabgabe ein.

a. Ausnahmeregelungen

Wie bereits angesprochen, sieht der Gesetzesentwurf für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) Ausnahmen vor. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur vereinzelt gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für uns von vornherein nicht anwendbar sein werden. Unser VoD-Angebot enthält nicht nur einzelne Filme und ist im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen.

b. Ausnahme Mindestumsatz, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. a und Art. 24e Abs. 2 lit. a E-FiG

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, wie auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF¹² gelten; bezüglich Förderabgabe werden im Erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden¹³, die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

¹² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

¹³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Im Weiteren bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand¹⁴, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief angedacht zu sein. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten auf das Angebot der Rechtelieferanten Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2,5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

c. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG

Der Erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu diesem Ausnahmefall. Wie einleitend festgehalten, vermarkten wir das Angebot eines Dritten in eigenem Namen. Wir haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und erfüllen damit eigentlich die Ausnahmegeneralklausel, wonach für uns die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Wir müssten demnach ohne weiteres unter die Regel fallen, auch wenn wir, wie vorliegend, das VoD-Angebot in eigenem Namen vermarkten. Denn wäre letzteres nicht der Fall, sprich das Dienstleistungsverhältnis besteht direkt zwischen diesem Dritten und den Konsumentinnen und Konsumenten, so wäre zwingend im Sinne von Art. 24a und Art. 24b E-FiG dieser Dritte als VoD-Anbieter zu betrachten. Dieser Sachverhalt ist auf Gesetzesstufe zu präzisieren, damit von vornherein keine Unklarheiten und Unsicherheiten entstehen. Und da trotzdem nicht erwartet werden kann, dass das „weitergeleitete“ Angebot in Bezug auf die darin enthaltenen Filmtitel sowie der Preise streng identisch ist zu einem allenfalls daneben auch noch bestehen OTT-Streaming-Angebot dieses Dritten, sollte dies mit einem relativierenden Attribut angemerkt werden.

¹⁴ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

Unsere Forderungen zu Artikel 24a Abs. 3 und Abs. 3 lit. c sowie Art. 24e Abs. 2 und Abs. 2 lit. c FiG:

Art. 24a Abs. 3 FiG soll lauten:

„Der Bundesrat ~~kann nimmt~~ Unternehmen von der Pflicht nach Absatz 1 ~~ausnehmen~~, wenn:
(...)“

Art. 24a Abs. 3 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Art. 24e Abs. 2 FiG soll lauten:

„Er ~~kann nimmt~~ Unternehmen von der Verpflichtung ~~ausnehmen oder den Anteil, der für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden ist, auf 2 Prozent ermässigen~~, wenn:
(...)“

Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Schliesslich regen wir an, dass die gleichen Ausnahmen auch für die (seit 2016 bestehende) Filmmeldepflicht vorgesehen werden. Da wir lediglich das Angebot eines Dritten (zwar in eigenem Namen) vermarkten und damit in diesem Sinne „weiterleiten“ (obschon dies in eigenem Namen geschieht), haben wir grosse Schwierigkeiten, die benötigten Filmdaten für die Filmstatistik beizubringen. Viele dieser Daten werden deshalb durch das BFS direkt bei unseren Filmlieferanten erhoben. Trotzdem fallen wir unter die Meldepflicht und müssen mit Sanktionen rechnen, falls unsere Filmlieferanten den Meldeaufforderungen nicht nachkommen.

Unsere Forderungen zu Artikel 24i Abs. 1 FiG:

„Unternehmen, die in der Schweiz (...) müssen dem Bund die Anzahl Abrufe pro Filmtitel melden, *ausser sie erreichen den vom Bundesrat bestimmten Mindestumsatz nicht, oder es werden Angebote Dritter in eigenem Namen nahezu unverändert weitergeleitet.*“

Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Bemerkungen und Argumente in die weitere Behandlung des Geschäfts einbeziehen und unsere Position und Anträge berücksichtigen. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundlichen Grüsse

Quickline AG



Frédéric Goetschmann
CEO



Lorenz Hadorn
Business Development

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Verband Schweizer Schulmusik VSSM
Vennerweg 6
3006 Bern

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 16. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Verband Schweizer Schulmusik VSSM bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. Der VSSM vertritt die Interessen der Musikbildung und arbeitet dafür mit Bildungsorganisationen zusammen.

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.41% der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüssen es, dass die Musikorganisatio-

nen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an.

Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es dringend unter Absatz 2 noch verschiedene Aspekte anzugehen.

→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie des Ineinanderfließens von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Der VSSM erachtet den Musiksektor gegenüber den Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hochehrföhrlich. Auch wenn dies primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfliessen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und

dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrucklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. Vor allem ist die Mitbeteiligung der Volksschule in den Bereichen Musikkurs und Musiklager sehr wichtig und muss stark gefördert werden. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind. Die Volksschule muss in die Thematik Begabtenförderung einbezogen werden, da diese bereits mit dem Eintritt in die Volksschule (Zyklus 1, Lehrplan 21) beginnt.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich sowie die Exponenten der Volksschule in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Zudem soll die Begabtenförderung auf der curricularen Grundlage erfolgen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen.

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüssen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU InstA. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller.

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fließender werden.

→ Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter,

gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüßen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Der VSSM bietet hier gerne seine Expertise an. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hocherfreulich. Wir unterstützen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüßen.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert.

→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Der VSSM erkennt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüßen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise.

→ Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Verweis auf die auf Seite 4 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» auf den Seiten 2 – 4 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

→ Es braucht hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als

verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.

Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.

- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz vollumfänglich unterstützen. Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

→ Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

→ Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

Der Verband Schweizer Schulmusik VSSM anerkennt den Willen und die Absicht in der Kulturbotschaft 2021 – 2024 der Musik allg. und der Musikbildung explizit Beachtung zu schenken. Insbesondere fordert der VSSM, dass die Umsetzung des Art. 67a „Musikalische Bildung“ auch im Kontext der Kulturförderung mit- einbezogen wird.

Für den VSSM sind drei wesentliche Themen für die erfolgreiche Umsetzung von BV Art. 67a entscheidend (die z.T. auch in der Kulturbotschaft zu Tragen kommen sollen):

1. Umsetzung BV Art. 67.a insbesondere Abs. 2 (Verantwortung des Bundes im Bereich der Fachhochschulen) Grundlage: Rahmengesetz Musikbildung (analog Sportförderungsgesetz)
2. Programm J+M (Zugang explizit für Volksschule in den Bereichen Musikkurse und Musiklager)
3. Sicherstellung des „hochwertigen „ Musikunterrichts (BV Art. 67.a Absatz 2) Mitverantwortung des Bundes nicht zuletzt auch unter dem Titel „Kulturelle Teilhabe“.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Armon Caviezel
Präsident Verband Schweizer Schulmusik VSSM

**SBV**

Schweizerischer Blinden-
und Sehbehindertenverband

Könizstrasse 23, Postfach, 3001 Bern

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft

Per E-Mail an: stabstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 16.09.2019 / KM/om

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 – 2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrte Damen und Herren

Über 320'000 (Tendenz steigend) Schweizer Bürgerinnen und Bürger leben mit einer Sehbehinderung. Als grösste Selbsthilfeorganisation dieser Behinderungsgruppe vertritt der Schweizerische Blinden- und Sehbehindertenverband SBV die Interessen der betroffenen Menschen im ganzen Land. Gerne nehmen wir im Folgenden zu ausgewählten Punkten der Kulturbotschaft Stellung.

Grundsätzliches

Für blinde und sehbehinderte Personen ist es essentiell, dass ihr Recht auf kulturelle Teilhabe¹ eingelöst wird. Der SBV begrüsst deshalb die Weiterführung der drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» der Kulturbotschaft 2016-2020 in den nächsten vier Jahren. In der staatlichen Kulturpolitik (Bund, Kantone und Städte) sollte konsequent danach gestrebt werden, den Nachteil von Menschen mit Behinderungen beim Zugang zu Kultur auszugleichen.

¹ Art. 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948; Art. 30 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; Art. 16 des Behindertengleichstellungsgesetzes

Generalsekretariat

Könizstrasse 23, Postfach, 3001 Bern

031 390 88 00 | info@sbv-fsa.ch | sbv-fsa.ch



**SBV****Schweizerischer Blinden-
und Sehbehindertenverband**

Leider werden in der Kulturbotschaft 2021-2024 Menschen mit Behinderungen kaum erwähnt und erhalten somit nicht die notwendige Aufmerksamkeit. Der SBV fordert, dass Menschen mit Behinderungen in der Kulturbotschaft 2021-2024 entweder ein eigenes Kapitel/ ein eigener Abschnitt gewidmet wird oder dass auf ihre speziellen Bedürfnisse in den einzelnen Kapiteln hingewiesen wird. Um die Sensibilisierung bei Kulturschaffenden/ Kultureinrichtungen für die Voraussetzungen der selbständigen kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, wären entsprechende Informationen auf den Internetseiten des Bundesamts für Kultur und von Pro Helvetia wünschenswert.

- Der SBV unterstützt die Weiterführung der strategischen Handlungsachsen der Kulturbotschaft 2016-2020 in der Kulturbotschaft 2021-2024.
- Der SBV fordert, dass die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen konsequent als ständiges Thema der staatlichen Kulturpolitik behandelt wird. Entsprechend ist der Zielsetzung «Verbesserung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen» in der Kulturbotschaft 2021-2024 mehr Platz einzuräumen.

Beantwortung ausgewählter Fragen des Fragekatalogs

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016 - 2020

Trotz des im Bericht «Stärkung kultureller Teilhabe in der Schweiz» ausgewiesenen grossen Handlungsbedarfs im Bereich der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen legte der Bund gemäss Kapitel 1.4.1 in der Förderperiode 2016-2020 den Schwerpunkt – zumindest ressourcenmässig - auf sechs andere Themen. Der SBV bedauert diese Entscheidung, denn das Recht von Menschen mit Behinderungen auf selbständige Teilnahme am kulturellen Leben ist in der Schweiz noch lange nicht eingelöst.

- Es braucht eine Intensivierung der Anstrengungen zur Verbesserung des Nachteilsausgleichs und der kulturellen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, um das in der UNO-Behindertenkonvention verankerte Recht von Menschen mit Behinderungen auf Teilhabe am kulturellen Leben einzulösen.

**Generalsekretariat**

Könizstrasse 23, Postfach, 3001 Bern

031 390 88 00 | info@sbv-fsa.ch | sbv-fsa.ch

**SBV**

Schweizerischer Blinden-
und Sehbehindertenverband

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Der SBV unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes. Wir begrüssen auch die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung». Für blinde und sehbehinderte Personen kann der digitale und der damit verbundene technologische Wandel eine Chance auf Verbesserung der kulturellen Teilhabe bieten.

Gerade im Bereich «Kulturelle Teilhabe» gibt es aus unserer Sicht allerdings noch viel zu tun, denn nach wie vor bestehen verschiedenste Hindernisse (insbesondere fehlende Aufbereitung von Informationen in zugänglichen Formaten), die blinden und sehbehinderten Personen die Teilhabe am kulturellen Leben erschweren oder gar verunmöglichen. Der SBV fordert, dass bei der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 eine Akzentuierung auf das in der UNO-BRK verankerte Recht von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe vorgenommen wird.

- Der SBV verlangt, dass bei der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 ein Schwerpunkt auf die Umsetzung des in der UNO-BRK verankerten Rechts von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe gelegt wird.
- Bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Massnahmen sollen blinde und sehbehinderte Menschen verstärkt als Experten in eigener Sache einbezogen und dafür entschädigt werden.
- Der SBV fordert, dass die Nutzung der Chancen der Digitalisierung zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen aktiv gefördert wird.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Der SBV begrüsst es sehr, dass die kulturelle Teilhabe ein zentraler Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes für die Jahre 2021-2024 bleiben soll. Der SBV empfiehlt, im Interesse der blinden und sehbehinderten Menschen und im Sinne des Nachteilsausgleichs die geplanten Massnahmen wie folgt zu optimieren:

- In der interdepartementalen Strategie zur Baukultur soll der baulichen Zugänglichkeit (kontrastreiche Farben, optimale Beleuchtung, Boden- und Glasscheibenmarkierungen...) ein Kapitel gewidmet werden (S. 13 Kulturbotschaft).

Generalsekretariat

Könizstrasse 23, Postfach, 3001 Bern
031 390 88 00 | info@sbv-fsa.ch | sbv-fsa.ch



**SBV**

Schweizerischer Blinden-
und Sehbehindertenverband

- Im Rahmen der kulturförderpolitischen Debatte sind Menschen mit Behinderungen konsequent mitzuberücksichtigen (S. 16 Kulturbotschaft).
- Die Audiodeskription von Filmen soll ein wichtiges Förderungskriterium sein, unabhängig von der Fördersumme (S. 28 Kulturbotschaft).
- Analog der Vorgaben im Art. 65, Abs. 3 der Filmförderungsverordnung soll die Audiodeskription bei einer staatlichen Förderung ebenfalls für die darstellende und die bildende Kunst einbezogen werden.
- Mit spezifischen Angeboten für Menschen mit Behinderungen können Museen neue Zielgruppen erreichen. So eröffnen beispielsweise Führungen mit Beschreibungen der Ausstellungsobjekte durch entsprechend geschultes Personal Menschen mit Sehbehinderungen den Zugang zu Kunstaussstellungen (S. 31ff Kulturbotschaft).
- Zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Kultur gehört auch ihr aktiver Einbezug in Diskussionen über die Ausgestaltung des kulturellen Lebens. Entsprechend sollten Menschen mit Behinderungen auch in der Arbeitsgruppe «Kulturelle Teilhabe» des Nationalen Kulturdialogs vertreten sein (S. 38 Kulturbotschaft).
- Damit auch sehbehinderten Menschen Aufführungen der darstellenden Künste offenstehen, sind für sie und ihre Begleitperson Plätze nahe bei der Bühne zu reservieren, für wenig Verdienende zu reduzierten Preisen.
- Um auch blinden und sehbehinderten Menschen den Besuch eines Theaters oder Konzerts zu ermöglichen, sollen die Kulturveranstalter entweder die Mitnahme des Blindenführhundes in den Zuschauerraum erlauben oder einen Begleitservice organisieren.
- In Museen und grösseren Ausstellungen sollen tastbare Exponate oder 3D-Modelle blinden Menschen ermöglichen, die Kunst mit einem für sie zugänglichen Sinn zu entdecken.
- Um barrierefreie kulturelle Angebote bei Menschen mit Behinderungen bekannt zu machen, braucht es die Förderung des Austauschs zwischen Kulturschaffenden/ Kultureinrichtungen sowie Behindertenorganisationen.
- Erfreulicherweise setzen sich immer mehr Kulturschaffende/ Kultureinrichtungen für die Zugänglichkeit ihrer Kunst ein. Dazu beigetragen hat u.a. auch das Label «Kultur inklusiv». Um diese Entwicklung zu fördern, könnte ein Gefäss des Erfahrungsaustauschs etabliert werden.
- Kulturschaffende und Kultureinrichtungen sollten eine staatliche Kompensation der nachteilsausgleichenden Kosten erhalten. Ein entsprechender Fonds ist nach dem Vorbild der Stadt Bern einzurichten.

Generalsekretariat

Könizstrasse 23, Postfach, 3001 Bern

031 390 88 00 | info@sbv-fsa.ch | sbv-fsa.ch



**SBV**

Schweizerischer Blinden-
und Sehbehindertenverband

- Es ist zu prüfen, ob ein Schweizer Preis «Inklusive Kultur» geschaffen werden kann, mit dem Schweizer Kulturschaffende ausgezeichnet werden, die sich durch ein hervorragendes Engagement im Bereich des Nachteilsausgleichs und der kulturellen Teilhabe auszeichnen (S. 17 Kulturbotschaft).
- Der SBV verlangt, dass Menschen mit Behinderungen bei der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 und künftigen Kulturbotschaften noch besser berücksichtigt werden (s. obige Massnahmen).
- Der SBV fordert, dass Menschen mit Behinderungen in der Arbeitsgruppe «Kulturelle Teilhabe» angemessen vertreten sind.

4. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021 - 2024

Das in der UNO-BRK verankerte Recht von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe kann nicht ressourcenneutral eingelöst werden. Der SBV erwartet daher, dass spezifisch Mittel für die Stärkung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen eingesetzt werden.

- Der SBV verlangt, dass Mittel für die Stärkung des Nachteilsausgleichs und der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen für die Jahre 2021-2024 eingesetzt werden.

Besten Dank im Voraus für Ihre Berücksichtigung unserer Stellungnahme und unserer Anliegen im Rahmen dieser Vernehmlassung.

Ihre Fragen beantwortet gerne unser Mitarbeiter der Interessenvertretung, Herr Olivier Maridor (031 390 88 33 / olivier.maridor@sbv-fsa.ch).

Freundliche Grüsse

Kannarath Meystre
Generalsekretär

Olivier Maridor
Interessenvertretung



Generalsekretariat

Könizstrasse 23, Postfach, 3001 Bern
031390 88 00 | info@sbv-fsa.ch | sbv-fsa.ch

Kunst Museum Winterthur

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Bundesamt für Kultur
Herrn Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot, Amtsvorsteherin
Inselgasse 1
3003 Bern
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Winterthur, 16. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 24

Schr geehrter Herr Bundesrat Berset
Schr geehrte Frau Chassot

Das Kunst Museum Winterthur mit seinen drei Häusern Reinhart am Stadtgarten, Beim Stadthaus und Villa Flora zählt aufgrund seiner Sammlungen und Ausstellungsprogramme zu den national wie international beachteten Museen der Schweiz. Zugleich handelt es sich aufgrund von Betriebsgrösse und finanzieller Ausstattung um ein mittelgrosses Museum, das sich den stetig steigenden Herausforderungen des internationalen Kunstbetriebs ebenso zu stellen hat wie den wachsenden Ansprüchen unterschiedlichster Publikumssegmente.

Daher begrüsst das Kunst Museum Winterthur die Möglichkeit, zur Kulturbotschaft 2021 – 24 Stellung nehmen zu dürfen. Mit Genugtuung stellen wir fest, dass der Bund in seiner Kulturbotschaft zum einen Kontinuität wahrt, zum anderen aktuelle Themen wie Teilhabe, Globalisierung und Digitalisierung aufgreift. Diese fordern uns bereits heute und werden es in Zukunft verstärkt tun. Wenn die Kulturbotschaft in diesen Bereichen Schwerpunkte setzt und die vorhandenen Aktivitäten der zahlreichen Kulturakteure stärker unterstützen wird, ist das begrüssenswert.

Für ein Museum mit anspruchsvollem Ausstellungsprogramm freuen wir uns insbesondere auch über die Weiterführung der Finanzhilfen für Versicherungsprämien, von der wir in der Vergangenheit profitieren durften. Diese Förderung ermöglicht die Realisierung attraktiver Ausstellungen und kommt dem Publikum unmittelbar zugute. Um als mittelgrosses Haus im internationalen Umfeld bestehen zu können, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Mittel sowie eine transparentere Vergabestrategie dringend notwendig.

Das Kunst Museum Winterthur unterstützt alle Bemühungen zur Förderung von Kunstschaaffenden. Als Museum realisieren wir dies bereits heute u.a. in Form von Werkankäufen für unsere Sammlung. Die angedachte Unterstützung der Kunstschaaffenden mittels Ausstellungshonoraren sollte jedoch umsichtig und vor allem in Absprache mit allen Beteiligten, auch den Museen, entwickelt werden. Staatspolitisch problematisch erscheint uns, dass der Bund hier Vorgaben formuliert, die von kommunalen Museen umgesetzt werden müssen. Diese sind nicht dem Bund unterstellt und werden finanziell massgeblich von Gemeinden, Kantonen und privaten Kunstvereinen getragen. Die staatliche Auflage,


Kunst Museum Winterthur

Ausstellungshonorare auszurichten, wäre daher logischerweise mit dem Bereitstellen der notwendigen Finanzmittel durch den Bund zu verbinden. Zudem ist unseres Erachtens die Gefahr gross, dass die Förderung von Kunstschaffenden aus zwei Gründen nicht zielgerichtet erreicht wird: 1) Grosse Ausstellungen werden weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaffenden gewidmet, die eine solche Förderung nicht nötig haben. 2) Die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels Ausstellungsangeboten wie Jahres- oder Weihnachtsausstellungen in Kunstmuseen und Kunsthallen wird gefährdet, da diese Plattformen sich durch die Honorare massiv verteuern. Gerade kleinere und mittelgrosse Ausstellungshäuser verfügen nicht über die zusätzlichen Finanzen für Honorare.

Am Standort Winterthur betreibt die Schweizerische Eidgenossenschaft die bedeutende Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz». Mit der Stiftung Oskar Reinhart verfügt das Kunst Museum Winterthur über den anderen, weit umfangreicheren Teil der bedeutenden Privatsammlung, insbesondere über Werke jener Künstler, die Oskar Reinhart mit Aufträgen für seine Liegenschaften betraute. Da ein Ausbau der Sammlung Oskar Reinhart in der Kulturbotschaft skizziert wird, wäre es wünschenswert, wenn sich Zusammenarbeit und Austausch zwischen den beiden Sammlungen intensivieren liesse. Das Kunst Museum Winterthur hat dazu Schritte unternommen. Es wäre im Sinne von Oskar Reinharts Vision als Sammler zu wünschen, bei der Entwicklung der Sammlung «Am Römerholz» einbezogen zu werden.

Wir freuen uns, wenn unsere Anliegen in die Diskussionen um den Kulturbericht 2021 – 24 einfließen würden.

Mit besten Grüssen



Konrad Bitterli
Direktor

An das Eidgenössische Departement des Innern EDI

Basel, 16. September 2019

Stellungnahme zur Vernehmlassung <Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)>

Die Konferenz Bildschulen Schweiz KBS ist zwar nicht zur Vernehmlassung eingeladen, als wichtige Organisation im Bereich der kulturellen Bildung möchte sie aber eine Stellungnahme zu einzelnen Punkten der Vernehmlassung abgeben. Es ist der KBS, die 2015 als Dachorganisation für Schweizerische Bildschulen gegründet wurde und seither jährlich wächst, ein Anliegen, sich mit ihrer professionellen Organisation im Bereich der Kulturförderung als gewichtiger Partner einzubringen.

2 Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Die drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes sind sehr wichtig. Die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» erachten wir als sinnvoll, die Ausgestaltung der Förderung in diesem Bereich braucht aber noch eine vertiefte Diskussion über die anvisierten Ziele (welche Digitalisierung ist für welche Bereiche mit welchen Begründungskontexten gemeint).

3 Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Kulturelle Teilhabe:

Zur musikalischen Bildung sollte unbedingt die künstlerische Bildung als neuer Punkt eingeführt werden.

Unter künstlerischer Bildung sind alle kulturellen Aktivitäten gemeint, die ästhetische Erfahrung und Bildung verknüpfen. Es ist schon lange ein Anliegen verschiedener AkteurInnen und notwendig, dass auch Baukultur, Bildkompetenz, Artikulationsfähigkeit durch Tanz, Theater,

Performance, bildende Künste durch die Vermittlung der Künste respektiert und finanziell durch den Bund getragen werden. Dass die Musik und der Film einen so wichtigen Platz im Gesetz erhalten haben, finden wir wichtig, aber dass dabei die Entwicklung einer kontinuierlichen Ausbildung und Bildung in den Künsten ausserhalb der gesetzlichen Verankerungen und deshalb eben auch ausserhalb der Reichweite für finanzielle Mittel und der gesellschaftlichen Anerkennung gestellt wird, erachten wir als äusserst problematisch.

Der Schwerpunkt Vermittlung, welcher Pro Helvetia vor ein paar Jahren strategisch verfolgt hatte, war ein Anfang in eine gute Richtung für dieses Feld. Nun sehen wir bei Pro Helvetia einen Richtungswechsel in der Kunstvermittlung hin zum kritischen Umgang mit zeitgenössischer Kunst. Das begrüssen wir, müssen aber gleichzeitig sagen, dass es hier nicht wirklich um eine Erweiterung gehen kann, weil die Grundlage in der Kunstvermittlung nicht stabil ist. Was wir beobachten: Wir sehen heute einerseits ein Alternativprogramm, welches zum Beispiel von der Stiftung Mercator mit den KulturagentInnen in Betrieb genommen wurde. Natürlich freuen wir uns, dass an Schulen mit den Auffassungen und Mitteln der Kunst etwas bewegt wird. Andererseits zeigt sich, wie hoffnungslos die Situation für die Künste und ihre AkteurInnen in der Vermittlung ist, weil sie auf eine kontinuierliche Unterstützung von Stiftungen angewiesen sind, die ihrerseits «eigene Projekte» lancieren und durchsetzen.

Deshalb bitten wir Sie, diesen in unterschiedlichen Vereinen verbundenen AkteurInnen der Baukultur- und Kulturvermittlung, der Bildung in den Künsten, der Konferenz Bildschulen Schweiz, die sich für die ganze Schweiz einsetzen, deutlicher auszuschildern, wo und wie ihre Arbeit auch mit öffentlichen Geldern und Bundesgeldern unterstützt werden kann.

Gesellschaftlicher Zusammenhang:

«Die Massnahmen des BAK betreffen namentlich die Vermittlung sowie die Kompetenzförderung im Bereich Baukultur und tragen als Teil der Gesamtstrategie im Zuge der fortschreitenden Urbanisierung zu einer höheren Qualität der baulichen Entwicklung der Schweiz bei.»

*Im Abschnitt Baukultur werden die Begriffe **Vermittlung und Kompetenzförderung** gebraucht. Es ist aus unserer Sicht zu wenig explizit gemacht, wie das gemeint ist. Wenn damit zum Beispiel gemeint ist, dass mit Kindern Raum- und Konstruktionserfahrungen gemacht werden, dann sind wir mit den Ausführungen sehr einverstanden. Diese Zuordnung könnte auch in der Teilhabe Platz finden.*

Entwicklung Kreation und Innovation:

«Systematische Förderung von Kreation und Innovation (Pro Helvetia): Die Schnittstellen zwischen Kunst, Technologie und Wissenschaft sind von zunehmender Bedeutung und bergen ein grosses Potential für neue Zusammenarbeits- und Geschäftsmodelle insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung. So suchen etwa Hochschulen und die Industrie zunehmend die Kompetenzen von Kunstschaaffenden, um neue Kurations-, Forschungs- und Produktionsprozesse zu initiieren. Für die Kulturförderung gilt es, neue künstlerische Tendenzen aufzugreifen, die entsprechenden Projekte zu unterstützen und damit auch neue Wege der Kulturförderung zu erproben. Daher sollen Kulturschaaffende in der laufenden Finanzierungsperiode vermehrt darin unterstützt werden, Kooperationen mit Institutionen aus dem Bereich Technologie und Wissenschaft wie zum Beispiel der ETH, der Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne EPFL oder der Europäischen Organisation für Kernforschung CERN einzugehen und konkrete Projekte zu entwickeln.»

Dieser Abschnitt ist wichtig und zeigt auf, wie Innovation entstehen kann. Leider fallen die Kinder und ihre künstlerische Bildung auch hier durchs Netz. Eine Schwerpunktsetzung in diese Richtung darf nicht heissen, dass die Nachwuchsförderung erst an der ETH beginnt.

6 Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

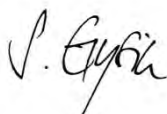
Die Finanzmittel für die Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 erachten wir als gering, wenn wir sehen, was das Milizsystem und die Stiftungen leisten. Zur vorgeschlagenen Verteilung innerhalb der zur Verfügung stehenden Mittel können wir wie folgt Stellung nehmen: Wir erachten es als Erfordernis, dass nicht nur die musikalische Bildung, sondern auch die künstlerische Bildung in Zukunft eine Bundesförderung erhält. Wir schlagen vor, ein neues Entwicklungsfeld zu eröffnen, wo die Vermittlung in den Künsten deutlich einen Platz erhält. Eventuell müsste eine Absprache zwischen BAK und Pro Helvetia geprüft werden.

Vorstand Konferenz Bildschulen Schweiz

Brigit Eriksson



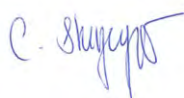
Sabine Gysin



Sabine Hirsig



Claudia Sturzenegger



Verena Widmaier



Barbara Windholz



Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, den 16. September 2019

Kulturbotschaft 2021–2024: Vernehmlassung des Schweizerischen Instituts für Kinder- und Jugendmedien SIKJM

Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Schweizerische Institut für Kinder- und Jugendmedien SIKJM wurde eingeladen, sich zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021–2024 des Bundesamtes für Kultur zu äussern. Wir bedanken uns für diese Gelegenheit und machen gerne davon Gebrauch.

Das SIKJM ist die einzige Institution in der Schweiz, die sich durch Forschung, Vermittlung und Dokumentation mit allen Dimensionen von Kinder- und Jugendliteratur befasst. Ein zentraler Schwerpunkt unserer Arbeit ist denn auch die Leseförderung. Unsere Stellungnahme beschränkt sich deshalb auf die Bereiche der Botschaft, die unsere Kernkompetenzen betreffen: die Förderung und Pflege der Schweizer Kinder- und Jugendliteratur als wichtiger Bestandteil unserer Kultur und ihre Vermittlung im Rahmen der Leseförderung.

I. Antworten auf ausgewählte Punkte des Fragekatalogs

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes / 3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Das SIKJM erachtet die in der Kulturbotschaft 2021–2024 für die künftige Kulturpolitik definierten drei strategischen Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und

„Kreation und Innovation“ als sinnvoll und begrüsst auch die diesbezügliche Kontinuität der Kulturpolitik.

Angesichts der hohen Relevanz und des anhaltend grossen Förderbedarfs erachten wir es als notwendig, der Bedeutung und Weiterentwicklung der Leseförderung in der Botschaft mehr Gewicht zu verleihen und ein klares Bekenntnis zur Bedeutung einer vielfältigen Kinder- und Jugendliteratur und nationalen Leseförderung abzulegen. Dazu bietet sich unter anderem der Abschnitt 1.4.2.1 „Entwicklungen kulturelle Teilhabe“ an, in dem die Bedeutung, welche der Leseförderung diesbezüglich zukommt, leider unerwähnt bleibt. Im Bereich Literatur wäre dafür auch im Abschnitt 1.4.2.2 „Kulturaustausch und Verbreitung von künstlerischen Werken“ ein entsprechender Hinweis erwünscht und zielführend.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Grundsätzlich begrüssen wir die geplanten Erhöhungen der Finanzmittel zur Umsetzung der neuen Kulturbotschaft. Der vorgesehene Finanzrahmen für die Leseförderung ermöglicht zwar die Fortführung der bisherigen Anstrengungen in diesem Bereich, ist aber zu eng, um die mit Blick auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse (Erreichen aller Zielgruppen; kulturelle Teilhabe) notwendigen Weiterentwicklungen zu ermöglichen. Unter diesen Umständen ist eine grosszügigere finanzielle Aufstockung für die Leseförderung unabdingbar.

II. Stellungnahme zu weiteren Punkten der Kulturbotschaft

2.1.4 Schweizer Preise

In der Botschaft wird die Ausrichtung eines „Spezialpreises für Kinder- und Jugendliteratur“ erwähnt. Ein solcher kann nur von einer Jury vergeben werden, welche die nötige Fachkompetenz im Bereich Schweizer Kinder- und Jugendliteratur hat. Der erwähnte „Spezialpreis für Kinder- und Jugendliteratur“ zur Würdigung eines Gesamtwerks könnte eine sinnvolle Ergänzung darstellen zum künftigen „Schweizer Kinder- und Jugendbuchpreis“, der ab 2020 jährlich von einer Trägerschaft bestehend aus SBV, Solothurner Literaturtage und SIKJM vergeben werden soll. Ein Beitrag des Bundes an die Finanzierung dieser nationalen Auszeichnung des aktuellen Kinder- und Jugendbuchschaftens wäre – auch mit Blick auf die Praxis anderer europäischer Länder – angemessen und Ausdruck der Wertschätzung des Bundes für das Schaffen von Literatur für Kinder.

2.3.4 Literatur

Die explizite Erwähnung von Comics, Graphic Novels und illustrierten Kinderbüchern im Zusammenhang mit der Förderung von „Innovativen Literaturformen“ wird begrüsst. Diese fallen bei Fördermassnahmen bis anhin meist zwischen „Stuhl und Bank“, weil sie in keine der gängigen Sparten (Literatur/Kunst) passen und die dafür nötige Fachexpertise in den entsprechenden Gremien oft nicht vorhanden ist.

Ansonsten wird in diesem Kapitel nirgends explizit darauf verwiesen, ob bzw. dass die Schweizer Kinder- und Jugendliteratur als Teil des Handlungssystems Literatur bei den Ausführungen mitbedacht ist. Eine explizite Nennung erachten wir als notwendig, weil die Sparte in der Realität, wie oben bereits erwähnt, bei der Förderung oft vergessen geht oder aus Gründen der Spartenzuordnung bzw. Expertise nicht beachtet wird.

Um eine vielfältige und dynamische Schweizer Kinder- und Jugendliteraturszene zu gewährleisten, braucht es die entsprechenden Förderstrukturen. Wichtig ist zudem, dass die Schweizer Kinder- und Jugendliteratur an internationalen Buchmessen gut vertreten ist und die Aufmerksamkeit, die ihr anlässlich der Kinderbuchmesse in Bologna 2019 zukam, weiterhin erhalten bleibt.

2.6.1. Kulturelle Teilhabe/Leseförderung

Unter „Ausgangslage und Herausforderungen“ wird die Leseförderung als „nicht-professionelles Kulturschaffen“ bezeichnet. Die Leseförderszene in der Schweiz arbeitet auf sehr hohem Niveau und befindet sich in einem ständigen Dialog mit den zuständigen Fachwissenschaften im In- und Ausland, weshalb diese Zuschreibung unzutreffend ist.

Die Kulturbotschaft bestätigt die Kontinuität der Leseförderung durch den Bund. Das erachten wir als wichtig und sinnvoll. Zu den in der Botschaft konkret formulierten Empfehlungen haben wir folgende Kommentare:

Schaffung einer digitalen Plattform zur Koordination und Information zum Thema Leseförderung:

Die Dringlichkeit der Schaffung einer solchen Plattform ist unserer Meinung nach nicht gegeben. Für Schulen und Bibliotheken besteht bereits ein grosses Angebot an Leseförderideen und -projekten (vgl. die kantonalen Plattformen zur Leseförderung oder bischu.zh.ch). Mit Bibliomedia Schweiz und dem SIKJM gibt es zwei vom BAK geförderte Institutionen, die Information zur Leseförderung vermitteln. Bibliosuisse wartet mit einem einheitlichen Aus- und Weiterbildungsprogramm auf. Wir

erachten es als Gefahr, dass mit einer digitalen Plattform viel Geld und Ressourcen gebunden würden, die anderweitig nachhaltiger genutzt werden könnten.

Unterstützung eines Aktionstags zur Leseförderung:

Der 2018 mit grossem Erfolg lancierte jährliche Schweizer Vorlesetag ist ein Förderinstrument mit viel Potenzial. Damit kann eine breite Öffentlichkeit auf die Wichtigkeit des Vorlesens aufmerksam gemacht werden.

Durchführung von Netzwerktreffen:

Die beiden ersten Netzwerktreffen waren informativ. Sie haben aber den nachhaltigen Dialog zwischen den Organisationen und den Zielgruppen bisher kaum befeuert. Wichtiger als grosse nationale Austauschtreffen zu organisieren, erscheint es uns, lokale Akteurinnen und Akteure der Leseförderung mit bildungs- und sozialpolitischen Instanzen vor Ort zu vernetzen. Hier sehen wir eine wichtige Rolle für die Gemeinden und Kantone. Nur durch das Zusammenspiel aller wichtigen Akteure gelingt es, die Kinder aus Familien, in denen keine Bücher gelesen werden, früh zu erfassen und zu fördern.

Erleichterung des Aus- und Weiterbildungsangebots für kommunale und kantonale Bibliotheken:

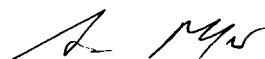
Diesbezüglich wären wir dankbar, wenn die Ausführungen konkretisiert würden, damit verstanden wird, was gemeint ist. Mit Bibliosuisse findet dieses Angebot seit letztem Jahr unter einem Dach statt.

Freundliche Grüsse



Regine Aeppli

Präsidentin Johanna Spyri-Stiftung / SIKJM



Dr. Anita Müller

Direktorin SIKJM

Per Email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

St. Gallen, 18. September 2019

Stellungnahme Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Die Kulturbotschaft enthält nicht akzeptierbare Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in unsere verfassungsmässigen Rechte als Anbieter einer Video-on-Demand-Plattform eingreifen. Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit fristgerecht wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch darüber begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist eine schädliche und unüberlegte Reaktion auf diese Digitalisierungseffekte. Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an die Fernmeldedienstanbieterinnen (FDA). Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Um dieser Position ausreichend Gewicht zu geben, werden wir eine Kopie der vorliegenden Stellungnahme den entsprechenden Stakeholdern (Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien,

Wirtschaftsverbände, etc.) zur Information zukommen lassen und unsere Unterstützung für ein fakultatives Referendum gegen die geplanten Neuerungen im Filmgesetz anbieten, sollte das Vorhaben nicht fallen gelassen werden.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Wir betreiben ein Kommunikationsnetz und stellen unserer Kundschaft auch eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, VoD), folglich wir den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst anbieten, dessen Umsatz zukünftig mit 4% spezial-besteuert werden sollte.

Namentlich die Rechtebeschaffung ist eine sehr aufwendige Angelegenheit, weshalb wir das Content-Repertoire der Videothek durch einen Dritten organisieren und bereitstellen lassen. Für die Vermittlungstätigkeit erhalten wir eine Entschädigung in der Form einer Kommission, ungeachtet der Tatsache, dass wir gegenüber den Endkunden in eigenem Namen handeln, und es für die Konsumentinnen und Konsumenten deshalb nicht offensichtlich ist, dass sie das Angebot eines Drittanbieters nutzen.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+), etc. ist gross und wir betreiben diesen Dienst in erster Linie um unserer Kundschaft ein möglichst umfassendes Packet an Audiovisionsdiensten (linear und nicht-linear) im Rahmen unserer Telekom-Bündelangeboten (Triple- oder Quadruple-Play) bieten zu können. Es ist deshalb schon vom Ansatz her falsch, davon auszugehen, mit elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten liessen sich grosse direkte Umsätze generieren, entsprechend eine Besteuerung einfach beim Umsatz anzuhängen wäre. Die geplanten Abgaben stellen für uns Betreiber reine Betriebskosten dar, welche die Attraktivität zur Bereitstellung von solchen inländischen Videotheken stark mindern wird.

Betreffend Rentabilität des Vod-Angebotes ist vorab auch daran zu erinnern, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechtsgesetzes für VoD-Anbieter bereits zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgaben beschlossen hat, was weiter zur Verminderung der Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Video-Abrufdiensten beitragen wird¹. Es ist deshalb grundsätzlich erstaunlich, dass jetzt über die Revision des Filmgesetzes noch mehr Abgaben in Betracht gezogen werden, die am Ende entweder das inländische Angebot verhindern und/oder von den Schweizer Konsumenten getragen werden müssen.

2. Warum ist die geplante Revision des Filmgesetzes abzulehnen?

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend E-FiG) vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, zum einen eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend europäische Pflichtquote) im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und zum anderen 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen. Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der FiG-Entwurf Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat

¹ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision des Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzvereinbarung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>)

konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

a. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht². Es wird vertuscht, dass die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen im E-FiG verfassungswidrig sind!

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass **der Bund** Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Demgemäss weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt auch keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die Förderung des Schweizer Filmschaffens muss bei einer der Verfassung entsprechenden Rechts(um)setzung immer Aufgabe des Bundes bleiben, denn die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen, namentlich durch die vom Bundesrat geplante Einführung einer Förderabgabe, welche dem Schweizer Filmschaffen zugutekommen soll.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll. Im Erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio und TV-Gesetzgebung mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen.³ Hier besteht aber demgegenüber mit BV Art. 93 eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und –Finanzierungsmodellen. Der Vergleich ist haarsträubend und kann sicher nicht als Begründung dienen, in derart heftiger Weise in verfassungsmässig geschützte Rechte von Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste einzugreifen⁴. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste zu vergleichen: Die Fernsehveranstalter stehen viel näher zur Schweizer Filmproduktion, sie produzieren regelmässig selber Audiovisionsinhalte. Demgegenüber produzieren VoD-Anbieter normalerweise keine Inhalte, sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

Wie einführend dargelegt, stellt für uns als Kommunikationsunternehmen das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, unser Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Wir erbringen damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Damit leisten wir bereits

² Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

⁴ Sinngemäss gleicher Auffassung ist die EMEK, vgl. Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien vom 11.10.2018, zu Art. 12 BGeM

indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Wir verbinden nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte- und Dienstangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges (welcher nicht zu verwechseln ist mit dem via Fernmeldegesetzgebung garantierten Zugangsdienst zum Internet⁵). Es ist auch deshalb nicht richtig, uns nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe dann auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwältigt wird.

Vor allem jüngere Generationen, welche immer mehr nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden durch die neue Abgabe übermässig belastet. Diese Bevölkerungsgruppe bezahlt nun schon eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen (ehemals Billag-Gebühr), ohne eventuell jemals die damit (mit)finanzierten Rundfunkprogramme zu nutzen und sie werden schliesslich auch für die von beiden Parlamentskammern im Rahmen der laufenden Urheberrechtsrevision beschlossenen zusätzlichen Urheberrechtsabgaben auf VoD (vgl. oben) aufzukommen haben. Deren Medienbudget darf nicht unbeschränkt durch Abgaben für den Service Public, zusätzliche Abgaben für Filmurheber und Ausübende des Films und nun auch noch durch neue Abgaben ganz allgemein für das Schweizer Filmschaffen ausgehöhlt werden. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dieser offenbar unersättlichen Forderungs- und Subventionsmentalität einen Riegel zu schieben. Wir werden nicht zögern, die Konsumentenschutzverbände auf diese nicht endende Kette von Forderungen im Zusammenhang mit Kulturförderungen aufmerksam zu machen.

b. Mangelnde Wirksamkeit

Auch die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können - weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.⁶ Es ist erstaunlich, dass der Bundesrat (und insbesondere die entsprechende Departementsvorsteherin) diese Position eines für die von ihm beschworene Digitalisierung wichtigen Bundesamtes nicht kennt (oder schon wieder vergessen hat).

Schliesslich ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz zu bestücken. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch

⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 1 lit. d FDV

⁶ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten „Long Tail“ wieder vernichtet. Es ist überaus bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es allein um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

c. Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix⁷, de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Fall von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hier strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerblich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Und da hilft es wenig, wenn hinsichtlich Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter, welcher allenfalls dann mal in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁸, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmel-

⁷ Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

⁸ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

depflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förderabgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁹, Verfügungen der Behörden werden im Ausland jedoch nicht dursetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (dem allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend¹⁰) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem Erläuternden Bericht¹¹ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Solche Bestimmungen zeigen einzig, dass sich der Bundesrat selbst nicht geheuer ist und bereitet mit diesen sein Argument vor, man müsse dann im Einzelfall auf Verordnungsstufe wieder Gegensteuer geben, wenn dem Parlament wenig durchdachte und verfassungswidrige Gesetze vorgelegt werden. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschont.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend finden Sie unsere Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen für den Fall, dass am Revisionsprojekt in dieser Form festgehalten werden sollte. Hier gehen wir insbesondere auf die vorgesehenen Ausnahmeregelungen zur europäischen Pflichtquote sowie auf die Förder- bzw. Ersatzabgabe ein.

⁹ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

¹⁰ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grösserem Ausmass hochgefahren werden.

¹¹ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

a. Ausnahmeregelungen

Wie bereits angesprochen, sieht der Gesetzesentwurf für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) Ausnahmen vor. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur einzeln gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für uns von vornherein nicht anwendbar sein werden. Unser VoD-Angebot enthält nicht nur einzelne Filme und ist im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen.

b. Ausnahme Mindestumsatz, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. a und Art. 24e Abs. 2 lit. a E-FiG

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, wie auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF¹² gelten; bezüglich Förderabgabe werden im Erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden¹³, die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Im Weiteren bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand¹⁴, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief angedacht zu sein. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten auf das Angebot der Rechtlieferanten Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2,5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

¹² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

¹³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

¹⁴ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

c. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG

Der Erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu diesem Ausnahmefall. Wie einleitend festgehalten, vermarkten wir das Angebot eines Dritten in eigenem Namen. Wir haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und erfüllen damit eigentlich die Ausnahmegeneralklausel, wonach für uns die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Wir müssten demnach ohne weiteres unter die Regel fallen, auch wenn wir, wie vorliegend, das VoD-Angebot in eigenem Namen vermarkten. Denn wäre letzteres nicht der Fall, sprich das Dienstleistungsverhältnis besteht direkt zwischen diesem Dritten und den Konsumentinnen und Konsumenten, so wäre zwingend im Sinne von Art. 24a und Art. 24b E-FiG dieser Dritte als VoD-Anbieter zu betrachten. Dieser Sachverhalt ist auf Gesetzesstufe zu präzisieren, damit von vornherein keine Unklarheiten und Unsicherheiten entstehen. Und da trotzdem nicht erwartet werden kann, dass das „weitergeleitete“ Angebot in Bezug auf die darin enthaltenen Filmtiteln sowie der Preise streng identisch ist zu einem allenfalls daneben auch noch bestehen OTT-Streaming-Angebot dieses Dritten, sollte dies mit einem relativierenden Attribut angemerkt werden.

Unsere Forderungen zu Artikel 24a Abs. 3 und Abs. 3 lit. c sowie Art. 24e Abs. 2 und Abs. 2 lit. c FiG:

Art. 24a Abs. 3 FiG soll lauten:

„Der Bundesrat ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Pflicht nach Absatz 1 ~~ausnehmen~~, wenn:
(...)“

Art. 24a Abs. 3 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Art. 24e Abs. 2 FiG soll lauten:

„Er ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Verpflichtung ~~ausnehmen oder den Anteil, der für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden ist, auf 2 Prozent ermässigen~~, wenn:
(...)“

Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Schliesslich regen wir an, dass die gleichen Ausnahmen auch für die (seit 2016 bestehende) Filmmeldepflicht vorgesehen werden. Da wir lediglich das Angebot eines Dritten (zwar in eigenem Namen) vermarkten und damit in diesem Sinne „weiterleiten“ (obschon dies in eigenem Namen geschieht), haben wir grosse Schwierigkeiten, die benötigten Filmdaten für die Filmstatistik beizubringen. Viele dieser Daten werden deshalb durch das BFS direkt bei unseren Filmlieferanten erhoben. Trotzdem fallen wir unter die Meldepflicht und müssen mit Sanktionen rechnen, falls unsere Filmlieferanten den Meldeaufforderungen nicht nachkommen.

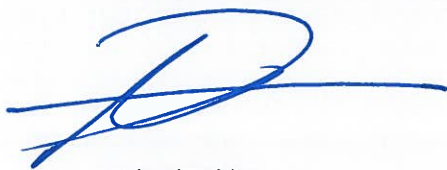
Unsere Forderungen zu Artikel 24i Abs. 1 FiG:

„Unternehmen, die in der Schweiz (...) müssen dem Bund die Anzahl Abrufe pro Filmtitel melden, *ausser sie erreichen den vom Bundesrat bestimmten Mindestumsatz nicht, oder es werden Angebote Dritter in eigenem Namen nahezu unverändert weitergeleitet.*“

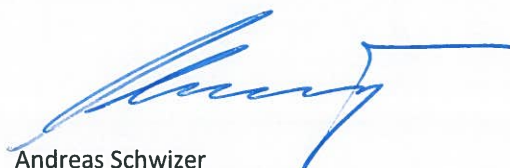
Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Bemerkungen und Argumente in die weitere Behandlung des Geschäfts einbeziehen und unsere Position und Anträge berücksichtigen. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG



Michael Tobler
Leiter Produkt & Technik



Andreas Schwizer
Mitglied der Geschäftsleitung

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Kopie zur Kenntnis Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.

Vorab per E-Mail an: Daniel.Zimmermann@bak.admin.ch

A-Post +

Bundesamt für Kultur BAK

Herr Daniel Zimmermann

Leiter Direktionsgeschäfte und Recht

Hallwylstrasse 15

CH-3005 Bern

Bern, 16. September 2019

Unser Zeichen: 513163/Pp/rf

Q:\MADABAW\KORR\513163\1120.docx

Vernehmlassung der audiovisions- und filmtechnischen Betriebe der Schweiz zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Zimmermann

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. August 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Kulturbotschaft 2021-2024 übermittelt. Wir danken dafür, dass Sie uns die Gelegenheit einräumen, hierzu Stellung zu nehmen. Die vorliegende Stellungnahme lehnt sich an diejenige von Ciné suisse an, welche wir voll und ganz unterstützen und nachfolgend noch durch eigene, spezifische Anliegen ergänzen.

1. Einleitung

Mit Interesse haben wir der Kulturbotschaft entnommen, dass für die Kultur- und Förderpolitik des Bundes insbesondere die Themen der Globalisierung, Digitalisierung und Innovation von Bedeutung sind. Die film- und audiovisionstechnischen Betriebe sind a) von der Globalisierung durch die unterschiedlichen ausländischen, protektionistischen Filmfördersysteme stark betroffen, b) wegen ihrer Infrastruktur an den Standort Schweiz gebunden, c) der rasanten Entwicklung der Digitalisierung

ausgesetzt, d.h. sie müssen in immer schnelleren Zyklen investieren und d) keine direkten oder indirekten Subventionsempfänger. Filmpolitisch ist unbestritten, dass *eine eigenständige schweizerische Filmkultur eine solide Brancheninfrastruktur* benötigt (vgl. hierzu auch Botschaft zum FiG S. 5444). Deshalb begrüssen wir, dass die Kreation und Innovation im Kulturbereich durch die Vertiefung der erprobten Zusammenarbeit zwischen Kulturförderung, Industrie und Wirtschafts- sowie Innovationsförderung gestärkt werden soll. Insbesondere begrüssen wir die eingeführte Standortförderung, welche sich aus Sicht der filmtechnischen Betriebe gut bewährt hat und wir unterstützen auch punktuelle Verbesserungen für die Zukunft.

2. Globalisierung

Die „Globalisierung“ wirkt sich auf das schweizerische Filmschaffen insofern aus, als dass zwischen den Staaten seit längerer Zeit eine Art „Subventionswettbewerb“ stattfindet, welcher die Marktverhältnisse für die nicht geförderten Schweizer Betriebe völlig verzerrt. Die nationalen und regionalen Filmfördersysteme im Ausland, namentlich in Frankreich, Deutschland, Österreich und Belgien, sind primär darauf ausgerichtet, den Standort bzw. die *Produktionsinfrastruktur* mit ausgeklügelten Anreizen und Auflagen zu fördern und zu sichern. Die jeweiligen Auflagen werden von den nationalen Behörden streng durchgesetzt und überwacht. In Ländern wie der Schweiz, welche bei der *Projektförderung* nicht über so rigide Vorschriften verfügen und *keine Investitionshilfen* für *Infrastrukturen* kennen (z.B. für Tonstudios, Postproduktionshäuser und Geräteverleiher), ergeben sich für die filmtechnischen Betriebe gravierende Nachteile, da sie im Gegensatz zu ihren ausländischen Konkurrenten weder geschützt noch unterstützt werden. Schweizerische Betriebe sind in diesem verzerrten „Wettbewerb“ benachteiligt, da sie weder Investitionshilfen für den Aufbau ihrer Infrastruktur noch sonstige direkte Unterstützungshilfen erhalten. Die etablierte Standortförderung ist sicherlich eine wichtige neue Stütze, es bedarf aber weiterer Massnahmen, um den Verarbeitungsstandort Schweiz aufzuwerten.

3. Verarbeitungsstandort Schweiz („Swissness“)

Zum Thema Verarbeitungsstandort Schweiz beziehen wir uns nachfolgend auf die Eingabe des schweizerischen Dachverbandes der Schweizerischen Film- und Audiovisionsbranche CinéSuisse (Text in Anführungszeichen) und ergänzen diese mit unseren konkreten Anliegen und Vorschlägen.

„Das Thema Verarbeitungsstandort Schweiz erhielt an der letzten Cinésuisse-Retraite grossen Zuspruch. Als Ziele wurden a) die **Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Techniker und technischen Betriebe**, b) die **Beibehaltung, Förderung und Entwicklung des technischen Know-hows** sowie c) die **Technologie und Innovationsförderung** (vergleichbar mit dem Ausland) genannt.“

„Das bisherige **FISS** funktioniert – vorbehaltlich der minoritären Koproduktionen – weitgehend gut und ist ein geeignetes Instrument, die Ziele der Standortförderung zu erreichen. Im Sinne der Zielsetzung der Kulturbotschaft, die minoritären Koproduktionen im Rahmen des FISS zu stärken, sind die Bonifizierungsanreize hierfür entsprechend zu erhöhen.“

„Problematisch sind weiterhin die teilweise unfairen und wettbewerbsverzerrenden direkten und indirekten Infrastrukturbeihilfen und Fördersysteme der anderen Länder (namentlich Frankreich mit rigidem, einseitigem Punktesystem, Deutschland/Bundesländer mit offenen und verdeckten Infrastruktur- und Standorthilfen oder Benelux mit dem Tax Shelter etc.). Dies stellt eine reale und strukturell bedingte Wettbewerbsbenachteiligung der schweizerischen Anbieter dar, welche nicht in den Genuss von solchen Infrastrukturhilfen oder Schutzmechanismen kommen. Es ist deshalb zu überlegen, ob **kulturpolitisch relevante oder innovative Technologien durch spezielle Anreizsysteme gefördert werden könnten**, von welchen die schweizerische Filmbranche profitieren würde. Frankreich unterstützt z.B. den Kauf von professionellen Filmkameras unter der Bedingung, dass der Geräteverleiher dem französischen Produzenten darauf einen Verleihrabatt gewährt. Ähnliches kann für innovative Technologien im Ton- und Bildbereich geprüft werden.“

Hier wäre es sehr begrüssenswert, wenn die filmtechnischen Betriebe mit der Sektion Film die Möglichkeiten von direkten und indirekten Unterstützungen ausloten könnten.

„Letztlich sind für die Erhaltung und Weiterentwicklung des **filmtechnischen Know-hows bei der Digitalisierung und Restaurierung des schweizerischen Filmerbes** geeignete Massnahmen zur Berücksichtigung der noch bestehenden unabhängigen Anbieter zu ergreifen (Ausbildung, Regeln für Archive zur angemessenen Berücksichtigung von Schweizer Anbietern, öffentliche Kommunikation der

Projektvergaben der Archive etc.). Nur so kann einerseits das von der Kulturbotschaft selber deklarierte Ziel – das in der Schweiz vorhandene Restaurationswissen zu nutzen bzw. zu verstärken (Ziffer 2.3.6.3, S. 29) – erfüllt werden und andererseits die Existenz der verbleibenden Infrastrukturen (z.B. des Filmlabors Cinegrell) gesichert bzw. vor einer Schliessung bewahrt werden.“

Hier geht es konkret um die Auftragsvergaben sowie die Infrastrukturinvestitionen der **Cinémathèque Suisse**. Diese ist fast ausschliesslich mit öffentlichen Geldern finanziert und das Bundesamt für Kultur hat mit ihr einen Leistungsvertrag abgeschlossen. Es geht darum, im Rahmen einer solchen Leistungsvereinbarung griffige Instrumente und konkret messbare Vorgaben zu schaffen, welche die Cinémathèque Suisse verpflichten, in der Schweiz zu verarbeiten und keine Infrastrukturinvestitionen zu tätigen, die dem freien Markt die Arbeit entziehen und diesen dadurch schwächen. Die bisherige Leistungsvereinbarung sowie deren Durchsetzung vermochten diesbezüglich nicht wirklich zu überzeugen. Es darf nicht sein, dass die etablierten privaten Infrastrukturen mitunter wegen der regelmässigen Vergabe von Aufträgen ins Ausland zerstört werden und letztlich keine andere Möglichkeit mehr besteht, als im Ausland oder in der Cinémathèque Suisse selbst zu verarbeiten. Kurz: Die Cinémathèque Suisse soll in Zukunft ihre Restaurationsarbeiten und sonstige filmtechnische Aufträge an schweizerische und nicht an ausländische Betriebe vergeben.

Unser Kernanliegen ist, dass der Subventionsfranken durch die Subventionsempfängerin auch in der Schweiz ausgegeben wird (wie dies übrigens die anderen schweizerischen Filmsubventionsempfänger auch tun müssen), soweit die entsprechenden Infrastrukturen vorhanden sind. Diese Massnahme hat übrigens den Vorteil, dass eine solche „Standortförderung“ die Eidgenossenschaft und andere Filmförderereinrichtungen nichts kostet.

4. Verbesserte Berücksichtigung der Techniker und filmtechnischen Betriebe bei Schweizer Filmen

Bei den **Schweizer Filmen** – unabhängig ob mit oder ohne Standortförderung – gilt gemäss den Ursprungsregeln von Art. 108 FiFV folgende Regel: *„Ein Film gilt im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c FiG als soweit als möglich von künstlerischen und technischen Mitarbeitenden schweizerischer Nationalität oder mit Wohnsitz in der*

Schweiz und durch filmtechnischen Betriebe in der Schweiz hergestellt, wenn deren jeweiliger Anteil mindestens 50 Prozent der mitwirkenden Personen beziehungsweise Betriebe beträgt.“

Diese Regelung sieht zwar vor, dass einerseits der Anteil der schweizerischen filmtechnischen Betriebe und andererseits derjenige der schweizerischen künstlerischen und technischen Mitarbeitenden je 50% beträgt. Dies ist vor dem Hintergrund der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers aber ungenügend, welcher in seiner Botschaft zum Filmgesetz unzweideutig festhielt: *„Auch die künstlerischen und technischen Mitwirkenden sollen soweit wie möglich Personen sein, die in diesem Land leben. Die Berücksichtigung der schweizerischen filmtechnischen Betriebe ist ein wichtiges kulturpolitisches Anliegen. Eine eigenständige Filmkultur setzt eine solide Brancheninfrastruktur voraus.“* (vgl. S. 5444 der Botschaft zum FiG, 18.9.2000).

Gleiches gilt für das Bundesamt für Kultur, welches den Standort für die schweizerischen künstlerischen/technischen Mitarbeitenden und filmtechnischen Betriebe fördern will und dies insbesondere mit dem ergänzenden Förderinstrument FiSS/Pics tut. Nebst diesem gut funktionierenden Förderinstrument bietet sich aber – ohne jegliche Erhöhung des eidgenössischen Filmbudgets (!) – eine sehr effektive implizite Standortförderung an, indem die Prozentsätze der Verarbeitung der Schweizer Filme in der Schweiz auf 80% *pro Kategorie* erhöht werden. Dass eine solche Verarbeitungsaufgabe für Schweizer Filme ohne weiteres möglich und durchführbar ist, belegt das FiSS/Pics-Modell namentlich bei den Anteilen der Technik und Postproduktion, die je über 90% lagen. Zudem wurde auch mit der SRG der „pacte d’industrie“, welcher technische Dienstleistungen betrifft, geschlossen, der Zielgrößen von 70% *pro Kategorie* (Techniker, Tonverarbeitung, Bildpostproduktion und Geräteverleih) vorsieht und welche von der SRG ohne weiteres erfüllt werden.

Vor diesem Hintergrund und weil ein „Schweizer Film“ in der Regel ausschließlich mit Bundessubventionen und anderen Schweizer Subventionsgeldern (regionale Förderer, TV-Gelder, Fonds) hergestellt wird, gibt es kultur- und wirtschaftspolitisch kein stichhaltiges Argument, welches gegen eine solche Anpassung spricht. Kommt hinzu, dass dies die preiswerteste Standortförderung ist, welche ohne neuen Kredite und Bundesmittel auskommt.

Der guten Ordnung halber weisen wir darauf hin, dass wegen der Preis- und Währungsvorteile und der ungenügenden Auflagen für den „Schweizer Film“ die Auslandverarbeitung bei der Bild- und Tonpostproduktion zunimmt und namentlich Geräte für Schweizer Filme im Ausland ausgeliehen werden. Besonders gefährdet durch solche Auslandverarbeitungen sind die schweizerischen filmtechnischen Betriebe, welche teurer offerieren müssen als die ausländische Konkurrenz und selber im Ausland – wegen Infrastrukturhilfen, protektionistischen Fördersystemen, starkem Schweizer Franken – nicht konkurrenzfähig sind. Die filmtechnischen Betriebe verlieren, bei Schweizer Filmen, welche keine FiSS/Pics-Förderung haben, zunehmend Aufträge insbesondere nach München, Berlin, Hamburg, Mailand und Paris.

Nebst dem Verlust der einzelnen Aufträge, gehen auch – und dies ist mittelfristig das grössere Problem – die persönlichen Beziehungen zu den schweizerischen Filmschaffenden, namentlich zu den Produzenten, verloren. Setzt sich diese Negativspirale fort, werden das filmtechnische Fachwissen und die filmtechnischen Infrastrukturen verloren gehen. Es findet eine Art „Deindustrialisierung“ des Filmverarbeitungsstandortes Schweiz statt.

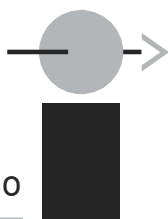
Vor diesem Hintergrund stellen wir den **Antrag**, dass der Art. 108 Abs. 1 FiFV in dem Sinne geändert wird, dass ein Schweizer Film im Sinne von Art. 2 Absatz 2 Buchstabe c FiG als soweit als möglich von künstlerischen und technischen Mitarbeitenden schweizerischer Nationalität oder mit Wohnsitz in der Schweiz und durch filmtechnische Betriebe in der Schweiz hergestellt gilt, wenn der jeweilige Anteil pro Kategorie – d.h. a) künstlerische und technische Mitarbeitende, b) Geräteverleih (Kamera, Ton, Licht, Bühne etc.), c) Tonpostproduktion und d) Bildpostproduktion – je 80% der Kosten beträgt.

Wir sind Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die von uns aufgebraachten Punkte wohlwollend in die Kulturbotschaft einflechten können.

Mit freundlichen Grüssen



Philippe Probst
Geschäftsführer FTB/ASITIS



Forum per l'italiano

in Svizzera

Diego Erba
Via A. Pioda 61
6600 Locarno

Ufficio federale della cultura
Stato maggiore Direzione
Hallwylstrasse 15
3003 Berna

Invio per posta elettronica a:
daniel.zimmermann@bak.admin.ch

Locarno, 13 settembre 2019

Messaggio concernente la promozione della cultura negli anni 2021-2024 (messaggio sulla cultura): procedura di consultazione

Gentili signore, egregi signori,

ringraziamo il Dipartimento federale dell'interno per aver associato il Forum per l'italiano in Svizzera (in seguito Forum) alla procedura di consultazione sopramenzionata.

Il Forum – che comprende 38 organizzazioni attive in ambito istituzionale, culturale e formativo – ha preso conoscenza con particolare soddisfazione degli obiettivi e dei mezzi finanziari illustrati dal progetto di Messaggio, con particolare riguardo agli interventi volti a promuovere il plurilinguismo e, in questo contesto, la lingua e la cultura italiana nelle diverse regioni linguistiche.

Con riferimento agli interrogativi da voi posti nella procedura di consultazione, il Forum formula le seguenti osservazioni:

1. Attuazione del messaggio sulla cultura 2016–2020

Come valutate l'attuazione del messaggio sulla cultura 2016–2020 da parte dell'Ufficio federale della cultura (UFC), di Pro Helvetia e del Museo nazionale svizzero (cfr. n. 1.4.1 del rapporto esplicativo)?

Per quanto riguarda gli ambiti di competenza del Forum sono state apprezzate soprattutto le iniziative che hanno permesso di sostenere la presenza e la diffusione della lingua e della cultura italiana al di fuori della Svizzera italiana. Programmi come gli scambi linguistici, l'istituzione di corsi e maturità bilingui, il sostegno alla realizzazione di materiali didattici ecc. sono indubbiamente stati degli strumenti molto efficaci per assicurare uno spazio adeguato alla terza lingua nazionale nel panorama linguistico del nostro Paese. Queste iniziative sono quindi da promuovere e da sviluppare ulteriormente con il prossimo messaggio sulla cultura.

2. Assi d'azione della politica culturale della Confederazione

Come valutate la scelta di mantenere i tre assi d'azione attuali della politica culturale della Confederazione («partecipazione culturale», «coesione sociale» e «creazione e innovazione») e di integrarvi la tematica focale «digitalizzazione» (cfr. n. 1.4.2 del rapporto esplicativo)?

Si tratta di una scelta certamente opportuna e coerente con quanto fin qui svolto. Molto utile appare l'integrazione fra questi assi d'azione del tema della "digitalizzazione" che rappresenta non solo una necessità, ma pure un'esigenza accresciuta in considerazione dello sviluppo tecnologico in atto.

3. Ulteriore sviluppo di misure

Come valutate le priorità definite rispetto all'ulteriore sviluppo di misure nel periodo di finanziamento 2021–2024 (cfr. n. 1.4.2.1–1.4.2.3 del rapporto esplicativo)?

Le priorità indicate sono valutate positivamente, con particolare riferimento a quelle che permettono una miglior coesione fra le regioni linguistiche e la loro reciproca conoscenza.

4. Revisione della legge sul cinema

Approvate che in futuro i film sostenuti dalla Confederazione diventino più facilmente accessibili per la popolazione una volta terminato l'utilizzo commerciale (cfr. n. 3.2 del rapporto esplicativo)? Approvate inoltre che, come già oggi le emittenti televisive, anche le imprese che offrono servizi a richiesta o di abbonamento elettronici abbiano l'obbligo di investire il 4 per cento delle entrate lorde nel cinema svizzero oppure pagare una tassa sostitutiva corrispondente (cfr. n. 3.2 del rapporto esplicativo)? Approvate infine che gli offerenti di film online siano obbligati a destinare ai film europei il 30 per cento del loro catalogo cinematografico (cfr. n. 3.2 del rapporto esplicativo)?

Con riferimento alla produzione cinematografica e all'importante sostegno assicurato dalla Confederazione, il Forum condivide l'obiettivo secondo cui le nuove produzioni siano facilmente accessibili dalla popolazione. A questo proposito si ritiene che per le opere sussidiate, la Confederazione debba obbligare i produttori a sottotitolare i film con scritte nelle lingue nazionali. Solo in questo modo si favorisce lo scambio culturale fra le regioni linguistiche, accentuando di conseguenza la reciproca comprensione e rafforzando la coesione nazionale. S'invita quindi l'Ufficio federale della cultura a valutare se quest'auspicato obbligo necessiti di un'adeguata base legale.

Il Forum sostiene pure con convinzione il concreto sostegno da parte dell'autorità federale alla diffusione della produzione cinematografica nelle altre aree linguistiche.

5. Altri adeguamenti legislativi

Come valutate gli altri adeguamenti legislativi (cfr. n. 3.1 segg. del rapporto esplicativo) e la proposta di assumere insegnanti nelle scuole svizzere all'estero tramite un istituto di diritto pubblico della Confederazione (cfr. n. 2.6.3 del rapporto esplicativo)?

Per quanto riguarda la Legge sul cinema si rinvia a quanto espresso al punto 4 del presente scritto.

In merito alla Legge sulle lingue si ritiene che la proposta di modifica dell'art.25 cpv. 3 non debba limitarsi all'allestimento di una statistica sugli scambi, ma debba contemplare pure la definizione di chiari obiettivi e di priorità da perseguire nell'attuazione degli scambi fra le regioni linguistiche. Si dovrebbe inoltre prevedere la possibilità di concedere degli aiuti finanziari differenziati per conseguire la miglior attuazione degli obiettivi definiti. Le ragioni di questa proposta del Forum sono illustrate qui di seguito al punto 6.

Si segnala pure l'opportunità di allestire delle statistiche sugli scambi che possano fornire dei dati non solo sugli scambi interni al Paese, ma anche quelli verso le altre nazioni circostanti.

6. Mezzi finanziari per l'attuazione del messaggio sulla cultura 2021–2024

Come valutate i mezzi finanziari previsti per l'attuazione del messaggio sulla cultura 2021–2024, complessivamente pari a 942,8 milioni di franchi (cfr. n. 4 del rapporto esplicativo)? Come valutate le priorità stabilite in riferimento ai mezzi finanziari previsti?

Si valuta positivamente l'incremento dei mezzi finanziari previsti dal nuovo messaggio sulla cultura. A questo proposito, e in rapporto agli ambiti d'azione, si sostengono con convinzione le iniziative volte a potenziare la diffusione della lingua e cultura italiana in Svizzera, soprattutto al di fuori del suo contesto territoriale (2.6.2). Si valutano quindi positivamente i maggiori sussidi previsti per conseguire gli obiettivi indicati, mezzi che, nel corso del quadriennio 2021/2024, passeranno da 15,2 a 20,1 milioni annui.

In merito all'importante obiettivo d'incrementare gli scambi linguistici nel contesto scolastico, il Forum evidenzia che attualmente questi scambi coinvolgono marginalmente la lingua italiana. Infatti, in base ai dati forniti da Movetia, nel 2018:

- Dalla Svizzera tedesca, nel Secondario I, si sono registrati 3507 scambi di classi verso la Svizzera francese e 44 verso la Svizzera italiana (pari all'1,2%); nel Secondario II gli scambi verso la Svizzera francese sono stati 533 e verso la Svizzera italiana 33 (pari al 5,8%);
- Dalla Svizzera francese nel Secondario I si sono registrati 1728 scambi di classi verso la Svizzera tedesca e 42 verso la Svizzera italiana (pari al 2,3 %); nel Secondario II gli scambi verso la Svizzera tedesca sono stati 516 e verso la Svizzera italiana 31 (pari al 5,6%);
- Per contro dalla Svizzera italiana vi sono stati 72 scambi verso le altre due regioni linguistiche nel Secondario I (40 verso la Svizzera tedesca e 31 verso la Svizzera francese) e ben 106 nel Secondario II (24 verso la Svizzera tedesca e 82 verso la Svizzera francese).

Questi dati evidenziano come l'importante sostegno della Confederazione nel promuovere gli scambi linguistici vada a esclusivo beneficio della lingua tedesca e francese. L'italiano è decisamente penalizzato e discriminato e le percentuali sopraindicate riferite agli scambi verso la Svizzera italiana sono ben inferiori alla percentuale di coloro che in Svizzera hanno dichiarato l'italiano come lingua principale (8,8%). Ciò è probabilmente dovuto alla scarsa offerta dell'italiano quale materia d'insegnamento nelle scuole, in particolare nel Secondario I. Il Forum già si è rivolto nel 2018 alla CDPE segnalando questa spiacevole situazione, non conforme di certo all'Accordo HarmoS. Si chiede quindi alla Confederazione di valutare con le competenti autorità cantonali come apportare le necessarie modifiche affinché il sostegno finanziario concesso per l'attuazione degli scambi linguistici permetta effettivamente alle classi della Svizzera tedesca e a quelle della Svizzera francese di conoscere meglio la Svizzera italiana, la sua cultura e la sua lingua. Oggi purtroppo ciò si manifesta in modo insoddisfacente. Si suggerisce anche di valutare l'opportunità di concedere maggiori sussidi finanziari alle classi che desiderano realizzare uno scambio verso la Svizzera italiana. Appare evidente – e i dati lo dimostrano in modo lapalissiano – che se gli allievi non sanno l'italiano, oppure se le sedi scolastiche non offrono l'insegnamento dell'italiano in modo adeguato ai propri scolari, difficilmente gli studenti delle altre regioni linguistiche potranno realizzare uno scambio verso la Svizzera italiana.

Il Forum sostiene pienamente non solo lo scambio di studenti, ma anche quello degli apprendisti e del personale docente. Infatti, ogni grado scolastico dovrebbe poter approfittare maggiormente della realtà plurilingue del nostro Paese e privilegiare soprattutto gli scambi interni alla Svizzera rispetto a quelli verso le nazioni confinanti.

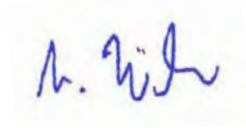
Sempre in ambito culturale il Forum ritiene particolarmente importante proseguire e incentivare la presenza di spettacoli teatrali e musicali in lingua italiana nelle altre regioni linguistiche, come pure procedere alla traduzione di opere letterarie nelle altre lingue nazionali (2.3.4), accentuare la presenza dell'italiano nelle guide dei musei, nelle didascalie e nei pannelli degli oggetti esposti, ecc. a maggior ragione quando queste proposte e iniziative culturali sono ampiamente sostenute e finanziate dalla Confederazione.

Pur esulando dagli interventi prospettati dal messaggio sulla cultura 2021-2024 il Forum si permette infine di sollecitare le competenti autorità federali affinché abbiano un occhio di riguardo sulla presenza nelle nostre università delle cattedre d'italiano, francese, tedesco, romancio. L'auspicio è che queste siano mantenute e che non debbano subire un ridimensionamento, come invece spesso accade. La promozione del plurilinguismo e la miglior conoscenza delle lingue e culture proprie al nostro Paese si realizzano anche attraverso questa valida offerta formativa. Si auspica quindi una stretta collaborazione su questo tema fra i due Dipartimenti interessati, a maggior ragione dato che le università fruiscono d'importanti contributi federali.

Vogliate gradire, gentili Signore e Signori, i nostri migliori saluti.

Forum per l'italiano in Svizzera

Manuele Bertoli, presidente



Diego Erba, coordinatore



Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Zürich, 16. September 2019

**Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2016-2019: Stellungnahme
SWISS FILMS**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet und SWISS FILMS die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt, wofür wir uns bedanken möchten. SWISS FILMS schätzt die in der aktuellen Kulturbotschaft definierten Ziele und Handlungsfelder. Sie unterstützen fokussierte und abgestimmte Aktivitäten der Akteure im Filmbereich. SWISS FILMS begrüsst auch die Stossrichtung der Kulturbotschaft 2021-2024 und insbesondere das Bekenntnis zum Schweizer Filmschaffen.

Die vorliegende Stellungnahme konzentriert sich auf den Auftrag von SWISS FILMS gemäss Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Kultur.

SWISS FILMS ist vom Bund mit der Promotion des Schweizer Filmschaffens im Ausland beauftragt. Zu den Aufgaben von SWISS FILMS gehört neben den Aktivitäten zur Promotion auch die Abwicklung von Vollzugs- und Unterstützungsmassnahmen zur Stärkung der Präsenz des Schweizer Filmschaffens sowie die Erfassung und Auswertung der internationalen Kennzahlen zum Schweizer Film im Bereich Verleih und Vertrieb. Der Beitrag von heute 2,8 Millionen an SWISS FILMS umfasst entsprechend neben einem Beitrag an den Betrieb auch die Mittel der verschiedenen Unterstützungsmassnahmen, die der Schweizer Filmbranche direkt zukommen.

SWISS FILMS erlebt in der täglichen Arbeit die Auswirkungen der digitalen Transformation der Auswertung und der Vermittlung des Filmschaffens, der Entwicklung von neuen audiovisuellen Formaten und der politischen Rahmenbedingungen für die internationale Präsenz der Schweizer Filme. Die Herausforderung der Digitalisierung, wie sie auch in der Kulturbotschaft festgehalten wird, betrifft in besonderem Mass die Filmwirtschaft. Die Digitalisierung schafft nebst neuen Produktionsformen, auch neue Distributionskanäle und Nutzungsformen. Hier ist der internationale Markt weit fortgeschritten.

Damit das Schweizer Filmschaffen auch in Zukunft eine relevante Präsenz beim internationalen Publikum erhält, müssen während der Geltungsdauer der Kulturbotschaft von 2021 bis 2024 Antworten auf die digitalen Realitäten gefunden und diese zeitgerecht umgesetzt werden.

Die Auswertung der Filme erfolgt neben den klassischen Plattformen Kino, Fernsehen, Festivals vermehrt auf über Online-Anbieter wie Netflix oder Youtube oder andere Art House - Anbieter wie MUBI und Hulu. Für die internationale Promotion des Filmschaffens bedeutet dies, eine Berücksichtigung der verschiedenen Auswertungswege und vor allem verschiedenen Zeitpunkte («Day & Date»-Modelle) sowie eine Anpassung der kommunikativen Massnahmen. Für die kommende Kulturbotschaftsperiode analysiert SWISS FILMS zudem die Möglichkeit der internationalen Unterstützung der Promotion von neuen Formaten im Bereich Serien und immersiven Technologien.

Mit dem Ausscheiden der Schweiz aus dem europäischen MEDIA-Programmen kann der Schweizer Film nicht mehr vom MEDIA-Promotionsnetzwerk und dessen Förderinstrumenten profitieren. Damit fehlen ab 2014 für die wichtigsten Absatzländer effektive Promotionsinstrumente. Während mit den eingeleiteten Ersatzmassnahmen die negativen Folgen für die Akteure im Inland teilweise kompensiert werden, konnten damit die negativen Folgen für internationale Promotionspartner des Schweizer Films nicht aufgefangen werden. Mit Sorge stellen wir fest, dass die bedeutende Arbeit der internationalen Verleiher, Weltrechteinhaber und Kinobetreiber nicht gebührend berücksichtigt wird.

SWISS FILMS begrüsst die in den Punkten 1.4.3.2 und 2.3.6.4 genannte Anpassung und Verstärkung der MEDIA-Ersatzmassnahmen sowie das Ziel, am Creative Europe-Folgeprogramm teilzunehmen.

Ein möglichst rascher Wiedereintritt in ein künftiges, europäisches Kulturförderprogramm (MEDIA, Creative Europe) scheint uns eminent wichtig. In der Zwischenzeit muss der Bund die entsprechenden Ersatzmassnahmen aufrechterhalten.

Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss in vollem Umfang erhalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein und inhaltlich an die Veränderungen des Marktes angepasst werden können.

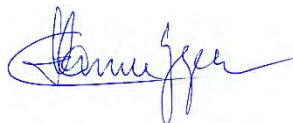
Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugute kommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

Im Namen von SWISS FILMS danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und Anregungen. Im Anhang erlauben wir uns einen Änderungsvorschlag zu formulieren. Für Rückfragen und Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Josefa Haas
Präsidentin SWISS FILMS



Catherine Ann Berger
Direktorin SWISS FILMS

Anhang

Änderungsvorschlag 1

2.3.6.2 Filmkultur (S. 29)

Ergänzung im 4. Textblock:

Ausgangslage und Herausforderungen Der Bund fördert im Bereich der Filmkultur erstens Organisationen, die zur Promotion des Schweizer Films an Filmfestivals im In- und Ausland beitragen, **namentlich durch die Stiftung SWISS FILMS**, sowie zweitens Institutionen, welche die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für das Medium Film zum Ziel haben. Drittens werden Filmpublikationen und die Weiterbildung der Filmschaffenden, **namentlich durch die Stiftung FOCAL**, unterstützt. Der Bereich der Filmkultur umfasst auch die Unterstützung der wichtigsten Schweizer Filmfestivals. Zur Filmkultur gehört ferner die Ausrichtung des Schweizer Filmpreises in Zusammenarbeit mit der SRG SSR und den Städten Zürich und Genf sowie dem Kanton Genf. Der Bereich Filmkultur wurde für die Periode der Kulturbotschaft 2016–2020 über vierjährige Leistungsvereinbarungen gesteuert. Die Förderung von Einzelprojekten wurde infolge des Stabilisierungsprogramms des Bundes eingestellt.

Zürich, 16. September 2019

Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) – Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns, dass Sie uns die Gelegenheit bieten, zum Entwurf der Kulturbotschaft Stellung zu nehmen. Gerne machen wir davon Gebrauch.

Die Schweizerische Interpretengenossenschaft SIG ist die Interessenvertretung der ausübenden Künstlerinnen und Künstler und ihr gehören ein Grossteil der in der Schweiz professionell tätigen Musikerinnen, Schauspieler und Tänzerinnen an.

Allgemeines zur Vorlage

Die SIG begrüsst, dass die Botschaft 2021–2024 auf Basis der bisherigen Kulturbotschaft fortgeführt und weiterentwickelt wird. Dies gibt der Botschaft eine nachvollziehbare Struktur.

Wir sind erfreut über die Erhöhung der finanziellen Mittel auf 942,8 Millionen Franken. Jedoch vertreten wir die Ansicht, dass 0.3 % der Bundesaussgaben für die Kultur schlicht zu wenig sind.

Selbst in der Botschaft wird gelegentlich erwähnt, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichend sind, obwohl verschiedene Tätigkeitsgebiete ausgebaut und andere hinzugefügt werden sollen. Wir vertreten dezidiert die Ansicht, dass künstlerisches Schaffen und dessen Verbreitung im Zentrum einer Kulturbotschaft stehen muss. Die Prioritätensetzung in dieser Vorlage entspricht nicht immer diesem Grundsatz. Bei der Umsetzung sollte dies beachtet werden, was mitunter eine Verschiebung der Mittel zur Folge haben kann.

Positiv werten wir die Erkenntnis, dass die Einkommenssituation vieler Kuntschaffender, trotz erfolgreicher Arbeit, ungenügend ist. Wir begrüssen sehr, dass das BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit Bedingungen verbinden, welche die Entschädigung von Kulturschaffenden verbessern sollen.

Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

- *Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?*

Die Umsetzung zeigt positive Ansätze auf. Sie ist jedoch in vielen Bereichen nicht abgeschlossen, weshalb der Bundesrat richtigerweise auf Fortsetzung und Kontinuität setzt. Doch wie oben beschrieben besteht die Gefahr, dass in einzelnen Handlungsfeldern zu viele Massnahmen getroffen werden und dadurch die Fokussierung fehlt.

In der Evaluation werden vorwiegend Massnahmen erwähnt, die neu eingeführt oder verstärkt wurden. Keine Erwähnung finden Massnahmen, die in der Kulturbotschaft 2016 beabsichtigt, jedoch nicht umgesetzt wurden.

Das neue Instrument der Filmstandortförderung hat sich gut etabliert. Probleme zeigen sich noch bei den internationalen Ko-Produktionen, die sich nicht derart entwickelt haben wie erhofft. In diesem Bereich müssen die Fördermassnahmen und Anpassungen noch geprüft werden.

Die Einführung des Programms «Jugend und Musik» begrüssen wir und sind erfreut, dass es sich gut entwickelt hat. Wichtig erscheint uns, dass das Programm kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wird, was aber auch bedeutet, dass die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Das Programm «Kultur & Wirtschaft» erachten wir als sehr wichtig und spannend. Wir würden es begrüssen, wenn bei der Weiterführung des Projekts geprüft wird, ob auch andere Kultursektoren als Games und Design integriert werden könnten.

Die Massnahmen «zur Verbreitung der Kultur im Ausland» erachten wir als sehr wichtig, und diese zeigen positive Tendenzen auf, aber auch einige Schwachstellen. So ist beispielsweise wenig von den Bemühungen zur Integration der Schweiz in kulturelle Projekte der Europäischen Union zu spüren. Schweizer Kulturschaffende sind weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen Europäischen Festivals und Wettbewerben ausgeschlossen, während Kulturschaffende anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, offenbar zur Teilnahme zugelassen sind. Auch verschiedene Promotionsprojekte erzielen kaum Wirkung, da sie teilweise unkoordiniert oder deutlich mit zu wenig Mitteln ausgestattet sind.

Nach wie vor wurden die Organisationen der Kulturschaffenden in vielen Bereichen nicht oder ungenügend mit einbezogen. Dies führte auch zu Umsetzungen, die weit an der Realität und den Bedürfnissen des Kulturschaffens in unserem Land vorbei gehen. Deutlich kam dies bei der Umsetzung der Beiträge an die kulturellen Organisationen zum Ausdruck. In der Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender wurden Einschränkungen eingeführt, wodurch Verbände gezwungen wurden, überstürzte Fusionen einzuleiten und wichtige, traditionelle Aktivitäten aufzugeben.

Mehrfach wurde in der Kulturbotschaft 2016 die Bedeutung der medialen Vermittlung hervorgehoben. Dazu wurden beispielsweise von Pro Helvetia verschiedene Anläufe zur Schaffung solcher Plattformen unternommen. In der Regel aber ohne jegliche Absprache mit den Kulturorganisationen oder Rücksichtnahme auf bereits bestehende Projekte. So wurden auch von Pro Helvetia bedeutende finanzielle Mittel in eigene Plattformen investiert, die höchstens in Insiderkreisen Beachtung finden und nicht annähernd den gewünschten Effekt erzielen – anstatt solche in Zusammenarbeit mit der Kulturbranche zu entwickeln, die eine breitere Wirkung erzielt hätten.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

- *Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?*

Die SIG unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes und ebenso die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung».

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

- *Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?*

Grundsätzlich sind wir mit der Prioritätensetzung einverstanden. Weiterführende Ergänzungen sind im nächsten Kapitel «Weiteres zur Vernehmlassungsvorlage» zu finden.

4. Revision Filmgesetz

- *Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?*

Wir begrüssen die Absicht, dass durch den Bund unterstützte Filme in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein sollen. Dabei müssen jedoch die Rechte der Urheber und die verwandten Schutzrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung, die mehrfach geäussert wurden, lehnen wir konsequent ab.

Wir unterstützen die beabsichtigte Gleichstellung von Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, mit TV-Veranstaltern. Mit der Verpflichtung, dass diese 4% ihrer Bruttoeinnahmen in den unabhängigen Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen haben, sind wir vollumfänglich einverstanden.

Ebenso einverstanden sind wir damit, dass elektronische Filmanbieter verpflichtet werden sollen, 30% ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten. Hier ist allenfalls auch eine Quote für Schweizer Filmproduktionen ins Auge zu fassen.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

- *Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?*

Mit den Gesetzesanpassungen in Art. 1 Bst. a Ziff. 1; Art. 12 Abs. 4 und Art. 17 sind wir einverstanden. Jedoch nicht mit der Streichung von Artikel 18.

Die Stadt Bern ist das politische Zentrum der Schweiz – mit Sitz der Bundesregierung, der Bundesverwaltung und den diplomatischen Vertretungen. Dadurch nimmt sie eine besondere Stellung ein, die auch Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18

in das KFG klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre spezifischen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Von der Streichung des Artikel 18 KFG ist abzusehen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

- *Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?*

Über die vorgesehenen Erhöhungen der Finanzmittel sind wir sehr erfreut und begrüßen diese ausdrücklich. Wir erachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Finanzmittel immer noch als zu bescheiden. Insbesondere für neue Aufgaben der Pro Helvetia oder den Anschluss an Creative Europe. Diese neuen Aufgaben dürfen aber nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.

Es versteht sich, dass Forderungen und allfällige damit verbundene Massnahmen, die im vorgelegten Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 noch nicht enthalten sind, ausserhalb des im Entwurf enthaltenen Zahlungsrahmens liegen und daher zusätzliche Mittel erforderlich machen.

Weiteres zur Vernehmlassungsvorlage

2.1.2 Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Die stetige Überprüfung und Anpassung der Werkbegriffe an die künstlerische Entwicklung erachten wir als sinnvoll. Dies muss aber in stetigem Austausch und Diskurs mit den Kunst- und Kulturschaffenden und deren Organisationen geschehen. Deren Fachwissen und direkter Bezug zu den Kulturschaffenden der verschiedensten Sparten sind bei der Ausarbeitung und Anpassung der Werkbegriffe und der Förderkriterien aktiv mit einzubeziehen.

Ebenso begrüßen wir die Bestrebungen zu innovativen Zusammenarbeitsformen. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit muss aber für die Kunst- und Kulturförderung der öffentlichen Hand, bei allen Werkbegriffen, der künstlerische Wert als einziges Förderkriterium betrachtet werden.

Die Erkenntnis, dass die Einkommenssituation vieler Kunstschaffender ungenügend ist, können wir voll und ganz bestätigen. Wir sind erfreut, dass das BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffende einhalten und in Zusammenarbeit mit der Szene sowie mit den interessierten Kantonen und Städten eine Praxis zur Angemessenheit der Entschädigung entwickeln.

Die Absicherung im Bereich der sozialen Sicherheit sollte ebenfalls Teil der Förderstrategie sein. Das BAK sollte auch im Bereich der sozialen Sicherheit verwaltungsintern eine Beobachterrolle einnehmen, also das Monitoring und fallweise auch ämterinterne Aktionen bei Revisionen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze. Veranstalter und Produzenten müssen auch im Kontext mit der Förderung in die Verantwortung genommen werden, was die soziale Sicherheit ihrer Künstlerinnen und Künstler betrifft.

Auch erwarten wir vom BAK, Pro Helvetia und den anderen öffentlichen Kulturförderern, dass bei der Vergabe ihrer kulturellen Beiträge auf die Einhaltung der Urheber- und verwandten Schutzrechte bestanden wird und dass sich das BAK verwaltungsintern für eine gerechte urheberrechtliche Entschädigung der Urheberinnen und Interpreten einsetzt.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüssen die Bestrebungen der Pro Helvetia, gemeinsam mit interessierten Städten und Kantonen, spartenspezifische interregionale Netzwerke zu initiieren, die zur verbesserten Verbreitung von künstlerischen Werken beitragen. Um so vermehrt den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen innerhalb einer Sprachregion zu fördern.

Wir sind erfreut, dass bezüglich Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbetrieb Handlungsbedarf erkannt wurde und begrüssen die in diesem Bereich geplanten Massnahmen.

Ebenso unterstützen wir die Absichten im Bereich der Kunstvermittlung. Bei Vermittlungsprojekten muss aber die geäusserte Absicht zur Zusammenarbeit mit Partnern auch tatsächlich und auf gleichberechtigter Ebene ernsthaft erfolgen. Kunstschaffen und Kunstvermittlung dürfen sich nicht konkurrenzieren. Zudem darf die Förderung der Kunstvermittlung nicht zu Lasten der Förderung des Kunstschaffens finanziert werden. Es kann nicht sein, dass den Urheberinnen und Interpreten Mittel entzogen werden, um ihre Werke zu vermitteln – zumal die Künstlerinnen und Künstler selber die wirkungsvollsten Kulturvermittler sind.

2.1.4 Schweizer Preise

Die Würdigung von Kulturschaffenden durch die Vergabe von Preisen in verschiedenen Sparten erachten wir als sehr wichtig. In einzelnen Sparten erscheint uns die Umsetzung der Preisvergabe, der Promotion und der Kommunikation durch das BAK allerdings als ungenügend. Teilweise fehlt schlicht die Verankerung in den entsprechenden Szenen und auch ein Austausch oder die Zusammenarbeit mit bestehenden Formaten ist nicht erkennbar. So gibt es beispielsweise im Musikbereich drei nationale Preise wie den «Schweizer Musikpreis» des BAK, den «Swiss Music Award» und den «Prix Walo». So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser Preise. Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

2.1.5 Organisationen professioneller Kulturschaffender

Die Unterstützung der kulturellen Organisationen durch das Förderungskonzept des Bundes ist im Rahmen der Kulturförderung grundsätzlich zu begrüssen. Diese Organisationen sind nebst der in der Kulturbotschaft beschriebenen Aktivitäten als Dialogpartner für Behörden und Institutionen unerlässlich. In der Umsetzung wurde die Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender realitätsfremd angepasst. Hier sind, in Absprache mit den Kulturverbänden, dringend Anpassungen vorzunehmen.

Die überarbeiteten und neu ausgerichteten Bedingungen müssen aus verschiedenen Gründen kritisch beurteilt werden. Die Verbände sind nicht, wie in der Botschaft beschrieben, «ermutigt» worden, zu fusionieren. Der Druck, der vom BAK ausgeübt wurde, kann durchaus als Zwang zu Zusammenschlüssen bezeichnet werden. Folglich stellt sich auch die Frage, inwiefern das BAK in die Organisationsfreiheit der Verbände eingegriffen hat und wie zulässig dieses Eingreifen ist.

Bei der gesamtschweizerischen Ausrichtung der Förderperiode 2016-2020 ist ein wichtiger Aspekt ausser Acht gelassen worden: Die Sparte Schauspiel hat einen grundtiefen Bezug zur Sprache, die dazu führt, dass sich Deutschschweizer Schauspielerinnen mehr auf den deutschsprachigen europäischen Raum ausrichten, als in die französische oder italienische Schweiz. Der Austausch findet für inländische Schauspieler mit befristeten Engagements im grenznahen Ausland statt. Die Schweizer Verbände mit Schwerpunkt Schauspiel arbeiten deshalb, um dem Grundsatz

der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu entsprechen, vornehmlich mit ausländischen Verbänden zusammen.

Die Aufteilung der Förderbeiträge unter den Verbänden unterliegt einem System, dem es an Transparenz mangelt. Für die unterstützten Verbände ist die Höhe der finanziellen Beiträge nicht abschliessend nachvollziehbar. Dieser Umstand führt zu einer unschönen Konkurrenzsituation, die eine sinnvolle Zusammenarbeit in der Interessenvertretung und in der Umsetzung von Projekten schwierig macht.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir begrüssen die Fortsetzung und den Ausbau der Massnahmen in diesem Bereich. Insbesondere begrüssen wir, dass die infolge von Teuerungskorrekturen erfolgten Kürzungen im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der kommenden Kulturbotschaft 2021 rückgängig gemacht werden, und erwarten, dass die entsprechenden Mittel zumindest wieder dem ursprünglich geplanten Betrag angepasst werden.

Die Weiterführung der beschriebenen Unterstützung von internationalen Kooperationsprojekten unterstützen wir. Hier erwarten wir jedoch vermehrte Anstrengungen für die Beteiligung an Projekten der europäischen Union (Festivals, Wettbewerbe, Vertriebskanäle etc.). Zurzeit sind Schweizer Kulturschaffende weitgehend von solchen Massnahmen ausgeschlossen. Dort wo solche Beteiligungen nicht erreicht werden können, sind – nicht nur im audiovisuellen Bereich – zusätzliche finanzielle Mittel für Ersatzmassnahmen bereit zu stellen.

Im Bereich der Promotionsmodelle, die wir im Grundsatz begrüssen, sollte mehr Rücksicht auf bereits bestehende Strukturen genommen und die Zusammenarbeit besser gepflegt werden. Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation sollte der Leitgedanke sein. Es ist durchaus denkbar, dass die Promotionsaufgaben vor Ort mittels einem Leistungsauftrag an bereits bestehende Organisationen wie z.B. Swiss Music Export delegiert werden.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich Webseiten wie etwa «swissmusic.ch» als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv – da sie nicht in Zusammenarbeit mit der Musikszene entstanden sind – und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert wurden.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir bitten Sie, unsere Vorschläge wohlwollend zu prüfen und bei der Erarbeitung der Revisionsvorlage zu beachten.

Freundliche Grüsse



Ronald Dangel
Präsident



Bruno Marty
Geschäftsleiter

Swiss Science Center Technorama

15. September 2019

Stellungnahme des Swiss Science Center Technorama

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024

Das Swiss Science Center Technorama begrüsst grundsätzlich den Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 und die darin vorgesehene Fortschreibung der Kulturpolitik des Bundes.

Einmal mehr gilt es darauf hinzuweisen, dass das Technorama mit über 270'000 Eintritten jährlich zu den am häufigsten besuchten Kultureinrichtungen der Schweiz gehört. Als einziges Science Center zeichnet es sich durch sehr viele Besonderheiten aus: Durch seinen Fokus auf selbstbestimmtes Lernen am Phänomen an Hunderte Experimentierstationen, das grösste ausserschulische Labor- und Workshopangebot und umfangreiche Lehrerfortbildungen prägt das Technorama nachhaltig die Art und Weise, wie Naturwissenschaft wahrgenommen, gelehrt und gelernt wird.

Vernehmlassungsfragen

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016 - 2020

Die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020 hatte für das Technorama im Resultat eine Kürzung des Bundesbeitrages zur Folge. Einmal mehr zeigte sich, dass das Swiss Science Center Technorama aufgrund seiner besonderen Ausrichtung und seines Selbstverständnisses als ausserschulischer Lernort, welcher der Förderung der «scientific literacy» verpflichtet ist, nur bedingt mit der grossen Mehrheit der geförderten Sammlungen und Museen vergleichbar ist.

Trotzdem begrüssen wir die Zuweisung von Betriebsbeiträgen nach objektiven Förderkriterien. Das erstmals angewendete Verfahren scheint uns aber noch verbesserungsfähig zu sein. Einerseits erscheint uns die Evaluation einer Institution durch Experten, die ohne Vor-Ort-Besuch lediglich aufgrund von Dokumenten eine Bewertung abgeben, als unzureichend und wir plädieren sehr für Site-Visits wie sie auch die Akademien der Wissenschaften durchführen. Ebenfalls nicht angemessen und eine falsche Objektivität vortäuschend scheint uns eine Benotung der Förderkriterien und Berechnung der Gesamtnote auf Zehntel-Kommastellen, die für Zuweisung oder Kürzung von substanziellen Fördermitteln entscheidet.¹

Wir unterstützen die in der Kulturbotschaft vertretene Haltung, dass eine Ablösung der Betriebsbeiträge durch Projektbeiträge nicht zielführend ist und die betroffenen Institutionen eine nicht verkraftbare Diskontinuität in der strategischen Entwicklung und operativen Führung bewirken würde.

¹ Als Referenz für Verfahren der Qualitätsprüfung von Organisationen könnten die im europäischen Hochschulraum heute angewendeten Verfahren der Akkreditierung von Hochschulen herangezogen werden. Siehe zum Beispiel die Grundlagendokumente des Schweizerischen Akkreditierungsrates <https://akkreditierungsrat.ch/>

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Keine Stellungnahme

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wir unterstützen ausdrücklich die Handlungsachse «Kreation und Innovation» (Abschnitt 1.4.2.3 der Kulturbotschaft). Wir sind vollständig einverstanden mit der Aussage, dass die Schnittstellen zwischen Kunst, Technologie und Wissenschaft an Bedeutung gewinnen und einer grösseren Aufmerksamkeit bedürfen, auch im Hinblick auf die Kulturförderung. Das Technorama verfügt über eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit Kunstschaaffenden, welche bei der Konzeption, Entwicklung und Implementierung von Exponaten mitwirken. Gut 100 Kunstwerke bereichern die Ausstellungen, die unter der Prämisse, Wissenschaft, Kunst und Wahrnehmung zu vereinen, konzipiert wurden. Insofern würden wir es begrüssen, dass die Kulturbotschaft nicht nur die Zusammenarbeit von Kunstschaaffenden mit Institutionen wie ETH, EPFL und CERN, sondern auch mit dem Swiss Science Center Technorama explizit erwähnt.

4. Revision Filmgesetz

Keine Stellungnahme


5. Weitere Gesetzesanpassungen

Keine Stellungnahme

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir stellen fest, dass der Zahlungsrahmen für die Unterstützung von Museen und Sammlungen Dritter von 13.3 Mio. Fr. (2020) auf 13.9 Mio. Fr. (2024) angehoben wird. Diese Steigerungsraten sind klar ungenügend, um die Kostensteigerungen in den betroffenen Institutionen abzufangen. Es ist - auch unter ökonomischen Gesichtspunkten - unzulässig mit einer Teuerungsrate gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise zu argumentieren. Dieser Index reflektiert in keiner Weise die relevanten Kostensteigerungen der Summe von Lohnkosten, Infrastrukturkosten und Erneuerungsinvestitionen. Gemessen an den aktuellen Betriebsbeiträgen für Museen von gesamtschweizerischer Bedeutung in Höhe von jährlich ca. CHF 5,9 Mio. halten wir eine Erhöhung dieses Betrages um mindestens CHF 2 Mio. für notwendig, um den Betrieb dieser Häuser nachhaltig zu sichern. Das Technorama hofft auf die Fürsprache des BAK im Parlament und wird seinerseits in Absprache mit anderen Häusern das Gespräch mit der Bundespolitik suchen.

Das Technorama bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und die konstruktive Zusammenarbeit.



Werner Inderbitzin, Präsident des Stiftungsrates



Thorsten-D. Künnemann, Direktor

Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage „Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)“, beantwortet durch **Memoriav, Verein zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturguts der Schweiz**

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Die drei strategischen Handlungsachsen der Kulturbotschaft 2016-2020 haben sich für Memoriav sehr bewährt:

- Die **«Kulturelle Teilhabe»** und **«Kreation und Innovation»** haben Memoriav darin bestärkt, Initiativen zu **Erhaltung** und **Zugang** von audiovisuellem Kulturgut (AVK) noch zu verstärken und zu verbreitern: So konnten einmalige AV-Dokumente aus allen Landesteilen und Sprachregionen erhalten und via Memobase zugänglich gemacht werden; zu erwähnen sind die Veranstaltungen für unterschiedlichste Zielgruppen, mit besonderem Akzent auf dem Zugangsprojekt «Schweizer Filmwochenschau», welches **sehr breite** Kreise für audiovisuelles Kulturgut begeistert und dadurch auch sensibilisiert. Der verbesserte und erweiterte Zugang zu AVK ist auch der Grund für die Planung der Weiterentwicklung der Memobase.
- Die Handlungsachse **«Gesellschaftlicher Zusammenhalt»** ist für das Netzwerk Memoriav die zentrale Grundlage für seine Tätigkeit: die Erhaltung des grossen Reichtums an AVK ist ein Grundpfeiler der Erinnerungskultur und somit der Identität unseres Landes. Erhaltung und Zugänglichmachung richten sich an unterschiedliche Zielgruppen (Bildung, Wissenschaft, allgemeine Öffentlichkeit, speziell auch im Rahmen des «Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018») und beinhalten alle Landesteile/Sprachregionen.
- Entsprechend positiv ist in unseren Augen die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention 2005).
- Die Darstellung des audiovisuellen Kulturguts in einem eigenen Kapitel der KB 2016/2020 hat zu grösserer Visibilität und Einheit beigetragen und wäre auch für die KB 2021-2024 ein Desiderat.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Aus Sicht der (audiovisuellen) Kulturerhaltung sind diese Handlungsachsen zentral, denn sie geben den Erhaltungs- und Vermittlungsmassnahmen die volle gesellschaftliche Bedeutung (Erinnerung, Fragen der Identität, des Zugangs und der Transparenz). Der Akzent der „Digitalisierung“ ist eminent wichtig aufgrund der vielen noch ungelösten Fragen zum langfristigen Erhalt, zur Erschliessung und zum Zugang, doch darf dabei die Erhaltung und nachhaltige Aufbewahrung von physischen Objekten nicht vernachlässigt werden.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Zu 1.4.2.2: In Analogie und ergänzend zum Thema „Baukultur“ fehlen Massnahmen und Strategien zur Erhaltung von „Patrimoine“ gänzlich. Materielles, mobiles Kulturgut (Archivalien, Bücher, audiovisuelles Kulturgut) ist eine identitätsstiftende Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine auf der Subsidiarität basierende Erhaltungspolitik des mobilen Patrimoine und des audiovisuellen Kulturguts ist als Massnahme dringend nötig.

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts).

Sind Sie damit einverstanden?

Diese Massnahme ist ganz im Sinne der von Memoriav via Memobase schon lange praktizierten Zugangs- und Öffnungspolitik. Im Sinne eines optimalen Ressourceneinsatzes sollten Synergien zwischen der bestehenden Memobase und den Projekten des BAK gefunden werden.

Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Es wäre sinnvoll, wenn ein Teil dieser Abgabe auch für erhaltungstechnische Massnahmen reserviert würde.

Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)?

Die Gesamterhöhung um 2,9% (1,9%) ist zu begrüßen, aber die Verteilung ist nicht nachvollziehbar. Wir weisen darauf hin, dass speziell im Kapitel «Netzwerke Dritter» die postulierte Budgetneutralität bei zusätzlichen Stakeholdern und erweiterten Aufgabenkatalogen nicht realistisch ist. Die von den «Umverteilungen», dh. Kürzungen betroffenen Institutionen sind dadurch in ihrer Mission, wenn nicht sogar Existenz bedroht.

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Wir weisen darauf hin, dass speziell im Kapitel «Netzwerke Dritter» die postulierte Budgetneutralität bei zusätzlichen Stakeholdern und erweiterten Aufgabenkatalogen nicht realistisch ist. Die von den «Umverteilungen», dh. Kürzungen betroffenen Institutionen sind dadurch in ihrer Mission, wenn nicht sogar Existenz bedroht.

Memoriav
16.9.2019

Cécile Vilas, Direktorin

Basierend auf der Vorstandssitzung vom 28. August 2019



Bümplizstrasse 192
CH-3018 Bern

Tel. +41 (0)31 380 10 80
Fax +41 (0)31 380 10 81

info@memoriav.ch
www.memoriav.ch

Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 16. September 2019

**Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024
(Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019:
Stellungnahme von MEMORIAV, Verein zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturguts der
Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset,
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot,
Sehr geehrter Herr Zimmermann,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019 äussern zu können und stellen Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zu.
Entsprechend der thematischen Ausrichtung von Memoriav, beschränkt sich die Stellungnahme auf die (audiovisuelle) Kulturerbe-Politik und die Positionierung innerhalb der Kulturbotschaft und ergänzt die Beantwortung des Fragebogens.

Rückblick Kulturbotschaft 2016-2020 (KB 2016/20)

Die drei strategischen Handlungsachsen der Kulturbotschaft 2016-2020 haben sich für Memoriav sehr bewährt:

- Die **«Kulturelle Teilhabe»** und **«Kreation und Innovation»** haben Memoriav darin bestärkt, Initiativen zu **Erhaltung** und **Zugang** von audiovisuellem Kulturgut (AVK) noch zu verstärken und zu verbreitern: So konnten einmalige AV-Dokumente aus allen Landesteilen und Sprachregionen erhalten und via Memobase zugänglich gemacht werden; zu erwähnen sind die Veranstaltungen für unterschiedlichste Zielgruppen, mit besonderem Akzent auf dem Zugangsprojekt «Schweizer Filmwochenschau», welches **sehr breite** Kreise für audiovisuelles Kulturgut begeistert und dadurch auch sensibilisiert. Der verbesserte und erweiterte Zugang zu audiovisuellem Kulturgut ist auch der Grund für die Planung der Weiterentwicklung der Memobase.

- Die Handlungsachse «**Gesellschaftlicher Zusammenhalt**» ist für das Netzwerk Memoriav die zentrale Grundlage für seine Tätigkeit: die Erhaltung des grossen Reichtums des AVK ist ein Grundpfeiler der Erinnerungskultur und somit der Identität unseres Landes. Erhaltung und Zugänglichmachung richten sich an unterschiedliche Zielgruppen (Bildung, Wissenschaft, allgemeine Öffentlichkeit, speziell auch im Rahmen des «Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018») und beinhalten alle Landesteile/Sprachregionen.
- Entsprechend positiv ist in unseren Augen die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention 2005).
- Die Darstellung des audiovisuellen Kulturguts als wichtiger Bestandteil des Schweizer Kulturerbes in einem **eigenen** Kapitel der KB 2016/2020 hat zu grösserer Visibilität beigetragen und wäre auch für die KB 2021-2024 ein **Desiderat**.

Kulturbotschaft 2021-2024

Basierend auf der vorangegangenen Evaluation der KB 2016/2020 begrüssen wir die Fortführung der drei strategischen Handlungsachsen. **Kulturelle Teilhabe** und **Gesellschaftlicher Zusammenhalt** sind zentrale Grundlagen für die Tätigkeit von Memoriav: Der Zugang und die Vermittlung von AVK in allen Landesteilen und Sprachregionen sind ein zentraler, verbindender Bestandteil aller Memoriav-Projekte und Aktivitäten.

Bezugnehmend auf das Kapitel 2.4.2.3., welches Memoriav direkt betrifft, haben wir folgende Rückmeldungen:

- Die im Kapitel vorgegebene Definition von «Netzwerk» wird von Memoriav in jeder Hinsicht erfüllt: Memoriav setzt sich seit 1995 für nationale und internationale **Vernetzung und Kooperationen** im AVK-Bereich ein und erbringt Expertiseleistung in den Bereichen Erhaltung, Erschliessung und Vermittlung von Kulturgut zugunsten von Kulturinstitutionen.
- Die Memoriav Strategie 2020-2024 setzt einen noch grösseren Akzent auf die Weiterentwicklung Memoriavs als **nationale Kompetenzstelle des AVK**. Bereits jetzt positioniert sich Memoriav mit seinen auch international rezipierten «Empfehlungen» und der langjährigen Projektarbeit als Schweizerisches Kompetenzzentrum.
- Die laufende Kulturbotschaft widmete dem «Audiovisuellen Kulturerbe» ein eigenes Kapitel und betonte damit zu Recht die Wichtigkeit dieses Kulturerbetyps und den Aspekt der Koordination. Der **medienübergreifende** und **fördernde** Aspekt ist der nationale USP Memoriavs. Wir würden es sehr begrüssen, dass diese **Gesamtdarstellung** des AVK wieder in einem eigenen Kapitel aufgenommen wird.

Memoriav kann zu allen **vier** genannten Herausforderungen Wesentliches beitragen:

Digitalisierung und Zugang: sind zwei zentrale Herausforderungen, zu denen Memoriav, basierend auf der langjährigen Erfahrung mit Datentransfers auf unterschiedliche Träger,

bereits viel Know-How besitzt. Das AVK ist sehr direkt vom «digital born» betroffen, wobei «digitalisiert» noch keineswegs eine Garantie für die nachhaltige Auffindbarkeit und Zugänglichkeit ist.

Gleichzeitig soll nicht vergessen werden, dass noch grosse Bestände im **analogen** Bereich erhalten und digitalisiert werden und zugänglich gemacht werden müssen.

Die Digitalisierung ist die logische Fortführung von erprobten Prozessen und Fragestellungen (Erschliessung, Zugang, Vermittlung), eröffnet gleichzeitig aber auch zusätzliche neue Herausforderungen (fachlich, juristisch, infrastrukturell, aber auch finanziell). Im Rahmen der Projektförderung bewegt sich Memoriav bereits länger im analogen und digitalen Bereich und setzt entsprechende Standards.

Nebst den vier traditionellen AVK-Bereichen (Foto, Ton, Film, Video) werden auch die **digitalen** Kulturen und deren Erhaltung zu einer neuen Herausforderung. Auf der Förderseite werden die digitalen Kulturen zunehmend unterstützt, doch zu Fragen der Erhaltung ist vieles ungelöst. Memoriav muss diese Kompetenz ausbauen können.

Memobase

Aufgrund einer bundesrätlichen Botschaft aus dem Jahr 2009 wurde die Memobase sukzessive ausgebaut. Dieser Auftrag war auch mit einer zusätzlichen Mittelsprechung verbunden und besteht weiter.

Zurzeit wird die Memobase weiterentwickelt: Durch die Schaffung eines gesamtschweizerischen audiovisuellen Zugangsportals soll eine wichtige Lücke im Bereich des Zugangs und der Teilhabe am AVK geschlossen werden.

Mit der aktuell laufenden Memobase-Migration werden die inhaltlichen und technischen Grundlagen gelegt, damit Memobase ab 2020 zum ersten audiovisuellen Zugangsportal der Schweiz und zur «Vorzeigepattform» wird. Durch automatisierte Importverfahren kann Memobase zukünftig mehr als die eigenen AVK-Projekte spiegeln und will sich zum AVK-Aggregator der Schweiz entwickeln. Zurzeit (2019/2020) werden die Grundlagen für die neue Memobase gelegt. In den Jahren 2021-2024 soll sie ausgebaut werden.

Die Memobase kann in der geforderten Massnahme des Online-Zugangs eine wesentliche Rolle übernehmen.

Memoriav findet es sehr wichtig, dass die Weiterentwicklung der Memobase in die laufenden Überlegungen des BAK zu einer Verbesserung des Online-Zugangs integriert wird. Ebenso weisen wir nochmals auf den zusätzlichen Finanzbedarf hin, der an den BAK-Sitzungen vom 12.12.2018 und vom 26.6.2019 aufgezeigt wurde.

Langzeitarchivierung für audiovisuelle Medien:

Praktisch in jedem von Memoriav behandelten Gesuch ist die (nicht optimale oder nicht gelöste) digitale Langzeitarchivierung ein grosser Diskussionspunkt. Oft haben Institutionen Mühe, eine nachhaltige digitale Speicherlösung zu finden. Parallel dazu werden vielerorts viele Mittel eingesetzt, um (individuelle) Lösungen aufzubauen. Memoriav stellt oft auch fest, dass die Bedürfnisse multimedial sind, dh. es macht oft keinen Sinn, dass multimediale Bestände auseinandergerissen werden, um die einzelnen AVK-Arten an unterschiedlichen Orten zu speichern. Eine koordinierte Lösung wäre notwendig.

Memoriav übernimmt gerne im Rahmen der Kompetenzstelle eine zentrale Rolle als Vermittlerin und Koordinatorin von digitalen Speicherlösungen für AVK, im Dienst der Anbietenden und der Gesuchstellenden.

Sammlung

Die «valorisation fédérale» des AVK als «nationale Sammlung» ist eine der Hauptaufgaben Memoriav, denn das AVK ist weit verstreut und mengenmässig sehr gross. Es ist nicht ausschliesslich in grossen Gedächtnisinstitutionen vorhanden.

Die Situation bzgl. Erhaltungspolitik ist in den Kantonen sehr unterschiedlich. Der Bedarf an Koordination und Priorisierung ist gross. Memoriav sieht sich in der Rolle der Koordinatorin und der Unterstützerin der Kantone, speziell bei der Erstellung von **Übersichtsinventaren**. Nur wenn das vorhandene AVK durch ein nationales Übersichtsinventar, das mit der Kooperation der Kantone entsteht, bekannt ist, kann priorisiert werden. Erst dann kann auch eine **AV-Erhaltungspolitik** formuliert werden.

Übersichtsinventare

Mit seinem Projekt «Übersichtsinventare» (2021-2024), das 2019/2020 in einem Pilotprojekt «Aargau/Wallis» vorbereitet wird, will Memoriav den Kantonen eine Handhabe für die Inventarisierung zur Verfügung stellen und sie gleichzeitig motivieren, Inventare durchzuführen. Nur aus der Basis dieser Fakten kann eine koordinierte, subsidiäre Erhaltungspolitik entstehen.

Das dafür notwendige Vorgehen sowie der finanzielle Rahmen wurden an den BAK-Sitzungen vom 12.12.2018 und 26.6.2019 aufgezeigt.

Institutionelle Zusammenarbeit

Mit seiner Projekterfahrung und der langjährigen nationalen und internationalen Vernetzung ist Memoriav den Gedächtnis-Institutionen sehr nahe. Durch seinen gesamtschweizerischen Auftrag ist Memoriav der **Motor von Kooperationen** im AV-Bereich: Das gilt für Erhaltungsprojekte, Standards oder Weiterentwicklung der Memobase zum nationalen audiovisuellen Aggregator, welche in Zusammenarbeit mit den Institutionen erfolgen wird.

Finanzrahmen «Netzwerke Dritter»:

Im Kapitel 2.4.2.3 «Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter», bzw. im Kapitel 4.1.2. «Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK», wird erwähnt, dass «*Mittel im Bereich der Netzwerke umverteilt werden müssen*», bzw. dass es «*budgetneutral zu einer teilweisen Verschiebung der Finanzhilfen im Bereich der Netzwerke*» komme, weil es Neuzugänge (Bibliosuisse) und Budgetaufstockungen für Institutionen gibt.

Die geplanten Neuzugänge und Budgetaufstockungen sind sinnvoll, dürfen aber nicht auf Kosten anderer erfolgen. Memoriav kann den zahlreichen Herausforderungen nur entsprechen, wenn zusätzliche Mittel (Memobase, Inventare) gewährt werden. Eine Kürzung der Fördergelder von Memoriav stellt die Mission von Memoriav in Frage. Zudem wären auch die Kantone betroffen, da dann weniger Fördermittel in die Kantone fliessen können, zu einem Zeitpunkt, wo die Erhaltung des audiovisuellen Kulturguts in vollem Gange ist. Die zahlreichen Aufgaben aller Partner der «Netzwerke Dritter» können nicht «budgetneutral» erfüllt werden.

Wir würden es sehr begrüssen, dass die «Netzwerke Dritter» mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um die im Bericht genannten Massnahmen auch erfüllen zu können. Im Fall von Memoriav sind das zusätzliche Mittel für die Memobase (Zugang) und das Projekt «Audiovisuelles Übersichtsinventar» (Grundlage für eine zukünftige Erhaltungspolitik), gemäss den Gesprächen, welche am 12.12.2018 und 26.6.2019 im BAK erfolgten.

Weitere Bemerkungen

Filmerbe

Memoriav begrüsst, dass die Erhaltung des Schweizer Filmerbes als «Kernaufgabe des Bundes» eingestuft wird, möchte aber darauf hinweisen, dass dies für das **gesamte** AVK gelten müsste. Als eine der Antworten auf die sehr berechtigte Forderung nach einer Verbesserung des (Film)-Zugangs, möchte Memoriav erneut auf das Potenzial der erweiterten Memobase hinweisen.

Memoriav begrüsst auch die Forderung, dass das in der Schweiz vorhandene Restaurierungswissen genutzt, bzw. verstärkt wird. In diesem Zusammenhang bedarf es einer Erhaltungsstrategie, welche einerseits den von der Cinémathèque geforderten «Retour sur pellicule» für «digital born» und digitalisierte analoge Filme regelt und vor allem finanziert. Andererseits braucht es eine koordinierte Strategie und finanzielle Mittel zur Digitalisierung, um den Zugang und die digitale Langzeitarchivierung von Filmen zu ermöglichen.

Memoriav kann durch seine Erfahrung und Verankerung bei den Institutionen zusammen mit der CS und dem BAK eine koordinierende Rolle zwischen allen Playern übernehmen.

Fotografie

Im Bereich Förderung (2.3.1. Visuelle Künste) wird die «Fotografie in ihrer gesamten Breite» erwähnt. Dies sollte auch für die Erhaltung gelten: Die Fotografie spielt eine zentrale Rolle bei der Überlieferung unserer Kulturgeschichte. Es geht nicht nur um Kunstfotografie, sondern auch um die dokumentarische Fotografie. Speziell für die Pflege und Erhaltung von analogen Dokumenten braucht es einen Fortbestand von Kompetenz und auch entsprechende Lagermöglichkeiten.

Erhaltung von Radio-und TV-Dokumenten

Eine optimal koordinierte audiovisuelle Erhaltungspolitik darf die Erhaltung von Radio-und TV-Dokumenten nicht ausschliessen. Der 2018 erfolgte Teil-Rückzug des BAK im Bereich der Erhaltung von Radio-und TV-Dokumenten (ausserhalb der SRG) ist zu überdenken.

Radio- und TV-Dokumente sind ein äusserst wichtiger Teil des audiovisuellen Gedächtnisses der Schweiz und ebenfalls ein Kulturgut. Fragen der Erhaltung können vom nur finanziell zuständigen BAKOM zu wenig gestützt werden, die nur begleitende Rolle von Memoriav bietet zu wenig Steuerungsmöglichkeit und die fehlenden Memoriav/BAK-Gelder für diese Projekte erschweren die Aufgabe massiv.

Wir fänden es wichtig, dass das BAK die Erhaltung von Dokumenten aus der Rundfunkarchivierung wiederum als kulturelle Aufgabe betrachtet und in die Kulturbotschaft aufnimmt.

Erweiterung des «Nationalen Kulturdialogs»

Die nationale Zusammenarbeit aller staatlicher Ebenen in der Kulturpolitik im Rahmen des «Nationalen Kulturdialogs» hat sich als sinnvoll und effektiv erwiesen, namentlich im Bereich der «Kulturellen Teilhabe».

Memoriav als AVK-Kompetenzstelle schlägt vor, dass für die Zivilgesellschaft (Organisationen der verschiedenen Kulturbereiche) eine ähnliche Plattform wie der «Nationale Kulturdialog» geschaffen wird und übernimmt gerne im Bereich des Audiovisuellen eine koordinierende Funktion.

Wir danken im Voraus für die Berücksichtigung unserer Rückmeldungen und hoffen, dass wir Ihnen Anregungen für mögliche Optimierungen des Entwurfs geben konnten. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Egerszegi-Obrist'.

Christine Egerszegi-Obrist
Präsidentin MEMORIAV

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'C. Vilas'.

Cécile Vilas
Direktorin MEMORIAV

Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.ch
per Mail

Referenz/Aktenzeichen: 033-21
Unser Zeichen:
Sachbearbeiter/in: -
Bern, 17. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der Kantonsbibliotheken (SKKB)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir – der Vorstand der Schweizerischen Konferenz der Kantonsbibliotheken (SKKB) – danken für die Möglichkeit, zur Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu nehmen.

Die SKKB vertritt die Anliegen des Bibliothekswesens der Kantone und der Nationalbibliothek. Sie trägt zur Koordination des schweizerischen Bibliothekswesens bei und verfolgt das Ziel, qualitativ hochstehende bibliothekarische Dienstleistungen im ganzen Land sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sind die in der Kulturbotschaft aufgeführten Megatrends und Handlungsachsen äusserst relevant. Bibliotheken sind heutzutage dynamische Dienstleistungsbetriebe, die ihre Aufgaben in einer sich rasch verändernden, globalisierten und zunehmend digitalisierten Welt erfüllen. Über die klassische bibliothekarische Tätigkeit der Bereitstellung von Literatur und Medien hinausgehend widmen sich die Kantonsbibliotheken und die Nationalbibliothek als Kernaufgabe ihren spezifischen Sammelaufträgen. Sie erwerben, pflegen, bewahren und vermitteln die publizierte Literatur ihres Kantons bzw. im Fall der Nationalbibliothek der gesamten Schweiz. Darüber hinaus sammeln und archivieren sie Kulturgüter in unterschiedlicher medialer Form, d.h. Handschriften, Nachlässe, Fotos, Filmmaterial und vieles mehr. Durch die Bewahrung wichtiger Objekte des kantonalen oder nationalen Kulturerbes in analoger oder digitaler Form und vor allem ihrer Vermittlung leisten die Bibliotheken einen wesentlichen Beitrag zu den Handlungsachsen der kulturellen Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Vor diesem Hintergrund ist es uns ein Anliegen, zu ausgewählten Aspekten der Kulturbotschaft, vor allem im Bereich der schweizweiten Kooperation und des Umgangs mit Kulturgut, Stellung zu nehmen.

1. Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

Frage 2: Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung».

Die SKKB begrüsst die Beibehaltung der bisherigen Handlungsachsen, da diese den Aufgaben der Bibliotheken an der Schnittstelle von Bildung und Kultur gerecht werden und eine Perspektive auf die gesellschaftliche Relevanz bibliothekarischer Arbeit eröffnen. Gerade die Nationalbibliothek und die Kantonsbibliotheken leisten durch ihre Tätigkeit im Bereich der Bewahrung und Vermittlung von Kulturgut einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Teilhabe, da sie der Bevölkerung den Zugang zu zentralen Dokumenten der eigenen Geschichte und Kultur eröffnen. In Zeiten der Globalisierung besteht vielerorts ein Bedürfnis nach lokalen, regionalen und nationalen Bezugspunkten. In diesem Kontext wirken Kulturgüter identitätsstiftend und tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Die Ergänzung der Handlungsachsen durch den Akzent «Digitalisierung» erscheint uns als überaus sinnvoll. Die Digitalisierung verändert zwar nicht die Ziele bibliothekarischer Tätigkeit, greift aber tief in deren Struktur ein und verändert Arbeitsprozesse von Grund auf. Ergänzend zu physischen Objekten und Dokumenten werden zunehmend digitale (ursprünglich digitale oder retrodigitalisierte) Objekte aufbewahrt, erschlossen und zugänglich gemacht. Es steht ausser Zweifel, dass in diesem Bereich neben der Frage nach der Langzeitarchivierung noch viele andere Herausforderungen, so etwa die nach der sinnvollen Definition digitaler Sammelaufträge oder nach geeigneten Vermittlungsformen, zu bewältigen sind.

Trotz der Bedeutung der Digitalisierung möchten wir darauf hinweisen, dass auch das physische Kulturgut nach wie vor sorgfältiger Pflege und Archivierung bedarf. Originalobjekte wie z.B. schriftliche Quellen oder Bildmaterial werden trotz aller Digitalisierungstendenzen niemals ihre Bedeutung verlieren. Es handelt sich um in ideeller (und materieller) Hinsicht kostbare Dokumente, die im Sinne der kulturellen Überlieferung an künftige Generationen weitergereicht werden müssen. Der Ressourcenbedarf im Bereich der Erschliessung, Konservierung und Archivierung besteht unverändert weiter und wird durch Digitalisierungsprojekte keineswegs geringer.

2. Schweizerische Nationalbibliothek (2.4.3)

Die SKKB möchte die Bedeutung der Schweizerischen Nationalbibliothek für die Arbeit der Kantonsbibliotheken besonders hervorheben. Als bibliothekarische Kompetenzstelle erfüllt die Nationalbibliothek eine zunehmend wichtige Funktion. Sie führt und koordiniert kooperative Projekte vor allem im Bereich der Digitalisierung, bringt dabei potentielle Partner zusammen, stellt den Kantonsbibliotheken bibliothekarisches und technisches Know-How zur Verfügung und unterstützt sie bei der Durchführung eigener Projektarbeiten. Beispiele für solche kooperativen Projekte sind das «Webarchiv Schweiz», in dem Webseiten von nationaler und kantonaler Bedeutung archiviert werden, und die Plattform «e-newspaperarchives.ch», auf der digitalisierte Zeitungen aus der gesamten Schweiz aufgeschaltet und zentral recherchierbar sind. Es ist wichtig, dass die Nationalbibliothek diese Art der Kooperation mit den Kantonsbibliotheken auch in Zukunft fortführen kann, da sie zur Versorgung der Bevölkerung mit zeitgemässen bibliothekarischen Dienstleistungen und auch zur deutlichen Einsparung von Ressourcen beiträgt.

3. Digitale Langzeitarchivierung (2.4.3)

Die SKKB teilt die in der Kulturbotschaft dargelegte Auffassung, dass die Aufgabe der «langfristigen Erhaltung und Nutzbarkeit digitaler Daten» nur kooperativ zu bewältigen ist und dabei die Akteure aller föderalen Ebenen beteiligt werden müssen. Wir bieten daher gerne an, uns an entsprechenden Diskussionen und Planungsvorgängen zu beteiligen, da das Problem der digitalen Langzeitarchivierung auch bei den Kantonsbibliotheken dringend gelöst werden muss. In diesem Sinn befürwortet die SKKB das Vorhaben «eines spartenübergreifenden Netzwerkes, das die Langzeiterhaltung und -verfügbarkeit des schweizerischen digitalen Kulturerbes sichert», und ist gerne bereit, sich hier mit ihrer spezifischen Fachkompetenz einzubringen.

4. Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter (2.4.2.3)

Die SKKB begrüsst die geplante finanzielle Unterstützung des neuen Berufsverbands Bibliosuisse, der einen wesentlichen Beitrag zur Vernetzung aller schweizerischen Bibliotheken leisten wird. Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Unterstützung wie in der Kulturbotschaft erwähnt budgetneutral durchgeführt werden kann. Angesichts der Bedeutung der bereits bestehenden Netzwerke Memoriav, SAPA und der Fotostiftung schlagen wir eine Erhöhung der gesamthaft bereitgestellten Mittel vor. Denn es ist im Sinne der Kulturbotschaft und ihrer Handlungssachsen zentral, dass alle erwähnten Netzwerke bei der Erreichung ihrer Ziele ausreichend unterstützt werden.

Im Namen des Vorstands der SKKB danke ich im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anregungen und Vorschläge und verbleibe mit freundlichen Grüßen



Sonia Abun-Nasr, Dr. phil.
Präsidentin SKKB



Schweizer **Musikzeitung**

Revue Musicale Suisse • Rivista Musicale Svizzera

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung

Kulturbotschaft 2021 - 2024

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Brunnen, 16. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Die Schweizer Musikzeitung bedankt sich als Mitglied des Schweizer Musikrats für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen. Gerne schliessen wir uns im Grundsatz der Vernehmlassung des Schweizer Musikrats an und ergänzen diese aus unserer Sicht. Gemäss ihren publizistischen Leitlinien (siehe Anhang 2) ist die Schweizer Musikzeitung/Revue musicale Suisse/Rivista Musicale Svizzera (SMZ/RMS) «die landesweit tonangebende spartenübergreifende Fachzeitung für musikalische, kultur- und bildungspolitische Fragen. Sie richtet sich an alle musikalisch Aktiven und Interessierten sowie als offizielles oder informelles Publikationsorgan musikalischer Verbände und Organisationen an deren Mitglieder. In Abgrenzung zu andern Medien, die sich auf bestimmte Aspekte des Musiklebens konzentrieren, bildet sie dieses in seiner ganzen Breite ab.»

Anmerkungen aus Sicht der Schweizer Musikzeitung

Die SMZ vertritt die Ansicht, dass der Bund sich in erster Linie dort engagieren sollte, wo **kulturelle Alltagsarbeit** geleistet wird, die zu unterstützen für private Sponsoren und Mäzene wenig attraktiv ist. Seriöse Alltagsarbeit ist die Grundlage jeglicher Exzellenz und muss deshalb mit hoher Qualität geleistet werden können. Bereits bestehende Angebote,

www.musikzeitung.ch

Dammstrasse 2 — 6440 Brunnen — T 044 281 23 21 — F 044 281 23 53 — contact@musikzeitung.ch



Initiativen oder Organisationen zu berücksichtigen, zu unterstützen und allenfalls zu koordinieren wäre sehr hilfreich, während neue staatliche Initiativen Gefahr laufen, Bewährtes zu konkurrenzieren. In diesem Sinne plädiert die SMZ für die Förderung bereits bestehender Strukturen – seien diese nun im Profi- oder im Laienbereich angesiedelt –, die diese Grundlagenarbeit leisten.

Die SMZ steht ein für die **Freiheit künstlerischen Schaffens**, für dessen Evaluierung der Staat auf die Kompetenzen der Zivilgesellschaft, also der seit Jahrzehnten agierenden Verbände vertrauen sollte. Damit diese ihre Aufgaben weiterhin wahrnehmen können angesichts von Digitalisierung, Individualisierung und Globalisierung, sollten mehr Mittel in die institutionelle Förderung gesteckt werden.

Die substantielle **Wertschätzung von Inhalten** (Musik, Text, Kunst) sollte nicht der vermehrten Bereitstellung von Vermarktungsmöglichkeiten zum Opfer fallen. Attraktive Plattformen sind bald aus dem Boden gestampft – sie funktionieren langfristig aber nur mit guten Inhalten. Diejenigen, die diese Inhalte schaffen, müssen dafür richtig entschädigt werden und ihre Werke durch ein griffiges Urheberrechtsgesetz geschützt wissen. Letzteres gehört zwar nicht zur Kulturbotschaft, die sich auf das Kulturförderungsgesetz stützt. Beide Gesetze haben aber grossen Einfluss auf das Kulturschaffen, wozu auch (Musik)journalismus gehört.

Im Übrigen schliesst sich die SMZ grundsätzlich der Vernehmlassung des Schweizer Musikrats an und wiederholt dessen Einschätzungen deshalb an dieser Stelle nicht. Besonders wichtig findet die SMZ die Stellungnahme des SMR in folgenden Punkten:

- 1.4.2. Kulturpolitik des Bundes 2021-2024
- 2.1. Kunst- und Kulturschaffen
- 2.2. Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland
- 2.4.3. Schweizerische Nationalbibliothek

Herzlichen Dank für Ihre Arbeit und die Kenntnisnahme dieser Antwort! Bitte zögern Sie nicht, bei Bedarf Kontakt mit mir aufzunehmen.

Mit besten Wünschen und Grüssen

Katrin Spelinova, Redaktionsleiterin

Zwei Anhänge: Kurzporträt der Schweizer Musikzeitung; Publizistische Leitlinien



Kurzporträt Schweizer Musikzeitung

Die Schweizer Musikzeitung/Revue musicale Suisse/Rivista Musicale Svizzera (SMZ/RMS) erschien erstmals im Januar 1998. Getragen wurde sie bis Ende 2014 vom Verein Schweizer Musikzeitung. Damals, 2014, gehörten diesem folgende Organisationen an:

Eidgenössischer Orchesterverband (EOV)

ForumMusikDiversität (FMD)

Jeunesses Musicales Suisse (JMS) – *aktuell nicht mehr dabei*

Schweizer Muskrat (SMR) und IG Chorama

Schweizerische Gesellschaft für Musikmedizin (SMM)

Schweizerischer Jugendmusikwettbewerb (SJMw) und Arosa Kultur

Schweizerische Musikforschende Gesellschaft (SMG)

Schweizerischer Musikpädagogischer Verband (SMPV)

Schweizerischer Musikerverband (SMV)

Schweizerischer Tonkünstlerverein (STV) – *Verein inzwischen aufgelöst, nicht mehr dabei*

Verband Musikschulen Schweiz (VMS)

Verein Jugend+Musik (j+m) – *Verein inzwischen aufgelöst, nicht mehr dabei*

Im September 2014 konnte sich die Delegiertenversammlung des Vereins Schweizer Musikzeitung nicht auf ein neues Finanzierungsmodell einigen, das der SMZ in einem schwierigen Umfeld für gedruckte Medien eine sichere Zukunft geboten hätte, und wollte den Titel nur noch online führen. Daraufhin hat die NZZ Fachmedien AG die SMZ per 1.1.2015 übernommen. Der Erscheinungsrhythmus sank von jährlich 11 auf 9 gedruckte Ausgaben. Damit verbunden war die Streichung von 80 Stellenprozenten auf der Redaktion. Seither absolviert sie ihr im Zusammenhang mit der Digitalisierung ständig wachsendes Aufgabengebiet mit 230 Stellenprozenten. 2017 wurde ein von der Redaktionsleiterin neu entwickeltes Finanzierungsmodell eingeführt, womit die Beiträge der Verbände moderat erhöht werden konnten; ihr Anteil am Gesamtbudget betrug 2018 23%.

Im Verlauf der vergangenen Jahre hat sich die Trägerschaft (seit 2015 sind die Musikorganisationen «Kunden» der SMZ) verändert. Aus finanziellen Gründen nicht mehr dabei sind die Jeunesses Musicales Suisse. Der Schweizerische Tonkünstlerverein ging auf in SONART – Musikschaffende Schweiz und der Verein Jugend+Musik hat sich aufgelöst. Neu dazugekommen sind (Stand September 2019) folgende Organisationen: Konferenz Musikhochschulen Schweiz (KMHS), Musikhochschule Kalaidos, SONART – Musikschaffende Schweiz (Probejahr 2019), SUIA – Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik.

Die WEMF-beglaubigte Auflage der gedruckten Ausgabe beträgt aktuell 19'484 Exemplare, die Zahl der Visits auf der Website durchschnittlich 21'000 pro Monat (Quelle: Analysetool Piwik).

Publizistische Leitlinien

Die Schweizer Musikzeitung ist die landesweit tonangebende spartenübergreifende Fachzeitung für musikalische, kultur- und bildungspolitische Fragen. Sie richtet sich an alle musikalisch Aktiven und Interessierten sowie als offizielles oder informelles Publikationsorgan musikalischer Verbände und Organisationen an deren Mitglieder. In Abgrenzung zu andern Medien, die sich auf bestimmte Aspekte des Musiklebens konzentrieren, bildet sie dieses in seiner ganzen Breite ab.

Haltung

Die Schweizer Musikzeitung liefert ihrem Publikum relevante Informationen und Dienstleistungen. Sie ist unabhängig von politischen, wirtschaftlichen, weltanschaulichen, religiösen oder anderen Interessengruppen.

Redaktionen

Die Verantwortung für den Inhalt wird von mehreren Redaktionen getragen, von einer eigenständigen Hauptredaktion und von den verschiedenen Verbandsredaktionen.

Die Redaktionen der musikalischen Verbände arbeiten unabhängig von der Hauptredaktion und berücksichtigen die Anliegen ihrer Organisationen. Sie sind vom jeweiligen Verband angestellt. Die Verbände schliessen mit dem Verleger/Herausgeber der Schweizer Musikzeitung einen Vertrag, der die Zusammenarbeit regelt.

Die Hauptredaktion berichtet unabhängig und richtet ihre Arbeit nach der *Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten* und der *Charta Qualität im Journalismus*.

Die Redaktionsmitglieder sind vom Verleger/Herausgeber der Schweizer Musikzeitung angestellt.

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission ist ein informelles beratendes Gremium. Jeder Verband, mit dem ein Zusammenarbeitsvertrag besteht, hat das Recht, eine Person in die Redaktionskommission zu delegieren. Die Hauptredaktion resp. der Verleger/Herausgeber darf unabhängige Personen in die Redaktionskommission berufen.

Publikationskanäle

Die Schweizer Musikzeitung publiziert ihre Inhalte in gedruckter Form und im Internet.

Sprachen

Die Schweizer Musikzeitung publiziert in Deutsch, Französisch und Italienisch. Die Gewichtung der Sprachen orientiert sich in groben Zügen an der sprachregionalen Herkunft der Leserinnen und Leser.

Finanzielle Mittel

Die Schweizer Musikzeitung finanziert sich durch Werbung, Abonnemente, Dienstleistungen und Gönnerbeiträge.



Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 – 2024 (Kulturbotschaft)

Bern, 16.09.2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) ist eine private Stiftung, welche die Interessen von rund 760 200 ausserhalb unserer Landesgrenzen lebenden Schweizerinnen und Schweizern vertritt. Das Hauptorgan, der Auslandschweizerrat (ASR), welcher als das «Parlament der Fünften Schweiz» bezeichnet wird, ist vom Bund anerkannt und wird alle vier Jahre durch die Mitglieder der über 650 anerkannten Schweizer Vereine neu gewählt. Die vier Grundfunktionen der ASO beinhalten das Informieren, Vernetzen, Vertreten und Beraten der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Dies erreichen wir unter anderem durch unsere diversen Kommunikationskanäle. In erster Linie ist hier die Schweizer Revue zu erwähnen, welche in vier Sprachen erscheint und an alle Auslandschweizerhaushalte versendet wird. Für die Italienischsprachigen gibt es als Pendant die «Gazzetta Svizzera».

Wie aus den nachstehenden Ausführungen ersichtlich, hat die ASO mehrere wichtige Berührungspunkte zur Kulturbotschaft, die über unsere enge Zusammenarbeit mit dem EDA hinausgehen. Gerne machen wir Sie im Rahmen der Vernehmlassung auf diese besonderen Anliegen aufmerksam.

Kulturbeitrag der Schweizer Vereine

Die Tätigkeiten der weltweit rund 650 Schweizer Vereinen liegen im Bereich der von der Kulturbotschaft angesprochenen strategischen Handlungsachse „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Sie passen auch zu der in Absatz 2.2 angesprochenen „Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland“.

Die Schweizer Vereinen halten im Ausland die Schweizer Brauchtümer und Traditionen hoch. So gibt es zum Beispiel unzählige Trachten-, Jodel-, Alphorn-, Gesangs-, Schützen- und Jassvereine und entsprechende öffentliche und private Anlässe. Man trifft sich, tauscht sich aus und führt Diskussionen, dies meist in einer der Schweizer Landessprachen oder in der Sprache des Gastlandes. So wird Kultur gelebt. Durch diese Vereinstätigkeiten wird die Vielfältigkeit der Schweizer Kulturlandschaft bewahrt sowie nach Aussen getragen. Es findet ein Austausch mit dem Gastland statt und es werden soziale Netze geschaffen.

Diese Pflege der Schweizergemeinschaft ist aber auch bedroht. Die Vereine sind auf freiwilliger Basis organisiert und müssen derzeit ohne finanzielle Zuwendungen auskommen. Dies stellt viele Vereine vor grosse Probleme, welche in Einzelfällen leider zu der Auflösung des Vereins aus finanziellen Gründen führen.

Antrag

Wir bitten, dem geschilderten Einsatz der Schweizer Vereine im Ausland im Rahmen der Kulturförderung die nötige Anerkennung zukommen zu lassen und ihn angemessenen zu honorieren. Aus diesem Grund sind die vielfältigen Leistungen der Auslandschweizer Gemeinschaft bei der Vergabe von Fördergeldern und Subventionen in Zukunft mit zu berücksichtigen und ihr Engagement zu unterstützen.

Schweizer Schulen

Den Schweizer Schulen ist in der Kulturbotschaft ein eigenes Kapitel gewidmet. Weltweit besuchen rund 8'000 Schülerinnen und Schüler die derzeit 18 Schweizer Schulen, welche im Ausland betrieben werden. Der Unterricht basiert auf dem Lehrplan 21 und ist mehrsprachig. Die Schweizer Schulen verstehen sich als ein Ort der Begegnung zwischen der Schweiz und dem Gastland und sind in diesem Sinne eine Visitenkarte für die Schweizer Kultur und Bildung im Ausland.

Es ist unbestritten, dass diese Schulen als Bildungsstätten die kulturelle Teilhabe, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Kreation und Innovation fördern. Bei der Umsetzung dieser Ziele stehen die Schulen aber auch vor vielen Herausforderungen. So ist für die gesetzlich vorgeschriebene Rekrutierung von Schweizer Lehrpersonen zwingend eine dauerhafte Lösung für die Anstellung und den Status dieser Lehrpersonen zu finden. Andernfalls ist das Fortbestehen der Schweizer Schulen im Ausland mit qualifizierten Lehrpersonen mit schweizerischer Lehrberechtigung nicht zu sichern. Die bereits in Gang gesetzten Arbeiten zur Schaffung einer nationalen Agentur sind dringend zu beschleunigen. Es ist unabdingbar, dass die Lehrkräfte künftig durch eine schweizerische Körperschaft öffentlich-rechtlich angestellt sein können und somit als entsandte gelten, welche dem Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht der Schweiz unterstellt bleiben. Die geplanten Mittel für diese neue Entsendungsagentur werden ausdrücklich begrüsst.

Dennoch ist zu beachten, dass aufgrund der immer grösser werdenden Mobilität der Gesellschaft die 18 bestehenden Schulen nicht ausreichen werden und ein Bedarf am Ausbau dieses Schulnetzes besteht.

Diesen Aufgaben kann nur mit genügenden finanziellen Mitteln nachgekommen werden. So nehmen wir mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Höhe der für die Schweizerschulen vorgesehenen Bundesbeiträge für die weiteren vier Jahre gleich hoch bleiben soll, obwohl das Parlament eine Erhöhung beschlossen hatte. Die Subventionen durch den Bund sind die letzten 20 Jahre gleich hoch geblieben. Dies ist unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es mehr Schulen gibt und diese immer grösseren Anforderungen entsprechen müssen, nicht haltbar.

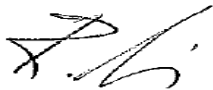
Antrag

Die ASO fordert, dass die vom Parlament genehmigte Erhöhung der Bundessubventionen für die Schweizer Schulen umgesetzt wird und es keinen faktischen Ausschluss der Schweizer Schulen von der erhöhten Kulturförderung des Bundes gibt. Somit werden für die Periode von 2021 -2024 Fördergelder in der Höhe von CHF 150 Millionen geltend gemacht.

Weiter fordert die ASO, dass die Lehrpersonen der Schweizer Schulen zukünftig den Status als Entsendete erhalten und die Arbeiten zur Schaffung einer nationalen Agentur zügig vorangetrieben werden.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und bitten Sie unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Gysin'.

Remo Gysin
Präsident der ASO

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Rustichelli'.

Ariane Rustichelli
Direktorin

Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Solothurn, 13. September 2019

Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme der Stiftung Bibliomedia Schweiz

Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stiftung Bibliomedia Schweiz wurde eingeladen, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Gelegenheit und machen gerne davon Gebrauch. Bibliomedia ist eine nationale Akteurin im Bereich der Leseförderung und der Bibliotheksentwicklung. Unsere Stellungnahme bezieht sich auf die Punkte des Entwurfs, die unsere Kernkompetenzen betreffen.

I. Antworten auf ausgewählte Fragen aus dem entsprechenden Fragenkatalog

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die Stiftung Bibliomedia Schweiz hält die drei in der Kulturbotschaft 2021-2024 definierten Handlungsachsen für relevant und zeitgemäss. Insbesondere die Fokussierung auf die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ erscheint uns entscheidend für eine demokratische, inklusive und auf die Partizipation möglichst aller Bevölkerungsgruppen ausgerichtete Gesellschaft.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Der Megatrend Digitalisierung hat das Aufgabenfeld der Leseförderung massiv vergrössert. Dieser Herausforderung sollte die Kulturbotschaft 2021-2024 noch stärker Rechnung tragen: Lesen, die Freude am Lesen und das Vertrauen in die eigene Lesefähigkeit sind Grundlagen für eine selbstbestimmte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, die aktive Teilhabe an Kultur und die positive Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. Der Digital Gap, der die Gesellschaft bedroht, kann mit Massnahmen im Bereich der Leseförderung wirkungsvoll angegangen werden. Dazu sind konkrete Aufträge zu formulieren und zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Die Bibliotheken und Schulen als niederschwellige Eintrittspforten in die Welt von Kultur und Bildung spielen für die genannten Handlungsachsen sowie für das gesellschaftliche Konzept des lebenslangen Lernens eine entscheidende Rolle. Insbesondere die Öffentlichen Bibliotheken (Gemeindebibliotheken) in der Schweiz sind als informelle Bildungseinrichtungen von grosser Bedeutung: Sie stehen wirklich allen Menschen, unabhängig von ihrem Status, ihrer Kaufkraft, ihrer Herkunft, etc. offen und leisten auch in den entlegenen Randregionen des Landes wichtige Informations- und Integrationsarbeit. Geeignete Massnahmen, um die Bibliotheken im Rahmen der Subsidiarität zu unterstützen, müssen entwickelt werden.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Der vorgesehene Finanzrahmen reicht aus, um die in der Regel erfolgreich durchgeführten bestehenden Anstrengungen fortzusetzen. Dass dies in der Kulturbotschaft 2021-2024 gewährleistet scheint, ist wichtig – und wir bedanken uns dafür.

Für eine wirkungsvolle und nachhaltige überregionale Reaktion auf die Anforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist der vorgesehene Finanzrahmen jedoch zu knapp bemessen. Die digitale Infrastruktur z.B., auf die alle Akteur*innen der Leseförderung zugreifen können sollten (Datenpool-Lösungen, Lizenzen zur Massenausleihe, Online-Angebote, Angebote im Bereich Gamification, etc.) kann nur mit Massnahmen im Verbund aufgebaut und erneuert werden – für einzelne Gemeinden und auch für die meisten Kantone ist diese Aufgabe alleine nicht zu bewältigen.

Leseförderung bedarf zunehmend spezialisierter Instrumente. Die Entwicklung von Angeboten für Jugendliche, für die fremdsprachige Bevölkerung und für Menschen mit besonderen Anforderungen (Leseschwäche, Sehschwäche, kognitive Einschränkungen, etc.) ist aufwändig und kostspielig. Auch dies kann nicht von einzelnen Akteur*innen allein gemeistert werden – auch hier braucht es ein koordiniertes gemeinsames Vorgehen, um gute Resultate zu erzielen, die ihre Zielgruppen erreichen.

Unter diesen Gesichtspunkten erscheint uns eine grosszügigere finanzielle Aufstockung für die Leseförderung unabdingbar notwendig.

II. Stellungnahme zu weiteren Punkten der Kulturbotschaft 2021-2024

2.4.2.3. Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Die Stiftung Bibliomedia Schweiz erachtet es als richtig und wichtig, dass der neugegründete Bibliotheksverband „Bibliosuisse“ unterstützt wird. Die Zusammenarbeit verschiedener Organisationen ist auf dem kleinteiligen Feld der Leseförderung besonders wichtig – auch angesichts der knappen Ressourcen namentlich im Bereich der Öffentlichen Bibliotheken (Gemeindebibliotheken). Deren zum Teil mangelhafte Ausstattung steht in keinem Zusammenhang zu ihrem grossen und z.T. ungenutzten Potential, vor Ort sehr viele Menschen erreichen zu können und ihnen den Zugang zu Bildung und Kultur zu erschliessen. Insofern begrüssen wir die Aufnahme von „Bibliosuisse“ in die Kulturbotschaft 2021-2024 nachdrücklich.

2.6.1. Kulturelle Teilhabe

Das Aufgabenfeld der Leseförderung ist von vielen lokalen „Besonderheiten“ bestimmt. Zudem verändern sich die Bedürfnisse der Zielgruppen rasch. Aufgrund dieser Ausgangslage begrüssen wir es, wenn der Dialog mit den Akteur*innen der Leseförderung und der *Arbeitsgruppe des*

Nationalen Kulturdialogs weitergeführt wird. Dieses Instrument ermöglicht die Überprüfung der unmittelbaren Notwendigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen im Einzelnen (*Schaffung einer digitalen Plattform zur Koordination und Information zum Thema Leseförderung*) sowie deren allfällige Anpassung an die aktuellen Bedürfnisse und Entwicklungen. Eine effektive Koordination zwischen allen Beteiligten (Bund, Kantone, Gemeinden, Bibliotheken, weitere Akteur*innen) und ihren Wirkungsebenen ist in jedem Fall notwendig, um mit Leseförderungsmassnahmen das gewünschte Zielpublikum nachhaltig zu erreichen. Regelmässige Branchentagungen (*Netzwerktreffen*) sind insbesondere zur Präsentation von Best Practice-Beispielen und für den direkten Austausch, z.B. zwischen den Sprachregionen, sehr hilfreich und willkommen. Mit dem Vorlesetag des SIKJM konnte ein nationaler *Aktionstag zur Leseförderung* entwickelt werden, den die Stiftung Bibliomedia als Netzwerkpartnerin unterstützt. Die *Erleichterung des Zugangs zu Aus- und Weiterbildungsangeboten für kommunale und kantonale Bibliotheken* ist ein wichtiges Anliegen im Hinblick darauf, dass auch kleinere Bibliotheken mit der Digitalisierung und dem sozialen Wandel Schritt halten können sollen. Umgesetzt werden kann dieses Anliegen vermutlich am besten vom Bibliotheksverband „Bibliosuisse“.

Freundliche Grüsse

Dominique de Buman
Präsident des Stiftungsrats Bibliomedia Schweiz

Franziska Baetcke
Direktorin Bibliomedia Schweiz

G S KGesellschaft für
Schweizerische Kunstgeschichte**S H A S**Société d'histoire de l'art
en Suisse**S S A S**Società di storia dell'arte
in Svizzera**Par mail : stabsstelledirektion@bak.admin.ch**

Département de l'Intérieur

Monsieur le Conseiller fédéral

Alain Berset

Inselgasse 1

CH-3003 Berne

Berne, le 16 septembre 2019

Message culture 2021-2024**Prise de position de la Société d'histoire de l'art en Suisse SHAS**

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Société d'histoire de l'art en Suisse vous sait gré de lui donner l'occasion de prendre position sur le contenu du Message culture 2021-2024, dont elle salue la réalisation et la mise à disposition.

Elle se permet de vous faire parvenir les réflexions et suggestions suivantes à son sujet, s'exprimant dans le cadre des questions posées dans la mesure où ces dernières concernent ses tâches statutaires.

0. Généralités

La migration du domaine « patrimoine culturel et monuments historiques » en « culture du bâti » est intéressante, et nous saluons l'approche holistique du tissu culturel national. La culture au sens de la préservation et de la mise en valeur est souvent perçue comme antithétique par rapport à la création. Si le fait de réunir ces deux moments de la vie des bâtiments peut s'avérer positif dans la perception qu'en a la population, il nous paraît toutefois peu opportun de soutenir les associations qui les pratiquent grâce aux mêmes types de subsides.

Le fait que toute notion liée à l'art disparaisse dans la dénomination de cette section de l'OFC semble cependant indiquer une nouvelle priorisation des tâches de ladite section de l'OFC, avec le risque afférant que les tâches liées à la préservation et la valorisation du patrimoine historique n'en pâtissent.

Une mise en œuvre transversale des axes d'action définis par le présent projet doit par ailleurs être adoptée par l'OFC, et ce afin de disposer des outils nécessaires pour soutenir la créativité et l'innovation dans tous les domaines – y compris dans le domaine patrimonial.

Nous apprécions vivement que les questions liées à la numérisation soient intégrées de manière aussi explicite à ce message culture. Toutefois, les corollaires à la numérisation et à l'*Open Acces* ne sont pas suffisamment approfondis, et l'absence de coordination en matière de politique numérique reste à ce jour un problème majeur pour les intervenants du domaine.

1. Mise en œuvre du message culture 2016-2020

Les orientations définies par le message 2016-2020 (participation culturelle, cohésion sociale, création et de l'innovation) se sont avérées positives.

Les moyens nécessaires pour la mise en œuvre de la politique fédérale dans le domaine « patrimoine culturel et monuments historiques » n'ont toutefois pas été dégagés. Le frein aux dépenses a eu des incidences négatives sur les moyens déjà modestes accordés au domaine.

Le message culture 2016-2020 a vu s'inscrire de manière explicite les tâches d'inventorisation des « Monuments d'art et d'histoire de la Suisse », ce que la SHAS a considéré comme opportun vu le caractère de référence nationale de ce projet.

Autres faits positifs durant la période 2016-2020 du point de vue de la SHAS :

- L'ISOS a été intégré à l'Office fédéral de la culture. L'OFC a soutenu l'Année européenne du patrimoine (même si cette année du patrimoine n'a pas totalement atteint ses objectifs ni trouvé son public).
- La convention de Faro a été ratifiée.
- L'OFC a créé et coordonné un groupe destinée à une gestion interdépartementale du dossier « Culture du bâti », dont les incidences sur le message actuel sont importantes.
- L'OFC a par ailleurs soutenu, en ce qui concerne le thème *recherche, savoirs et médiations culturelle*, les associations compétentes dans le domaine ; « la crise de la transmission » constatée exige encore beaucoup d'efforts pour être surmontée.

2. Comment évaluez-vous les axes prioritaires de la politique culturelle fédérale ?

Les axes généraux définis par le message culture 2021-2024 sont dans la continuité du message culture précédent, à savoir le soutien à la participation culturelle, la cohésion sociale, la création et l'innovation. Cette continuité nous paraît positive.

Une mise en œuvre transversale de ces axes d'action doit pourtant impérativement être adoptée par l'OFC, et ce afin de disposer des outils nécessaires pour favoriser la créativité et l'innovation dans tous les domaines – y compris dans le domaine patrimonial.

Les questions liées à la numérisation et à l'*Open Acces* ne sont pas suffisamment approfondies, et l'absence de coordination en matière de politique numérique reste un problème majeur pour les intervenants du domaine.

3. Comment évaluez-vous la priorisation des mesures pour 2021-2024

La priorisation des mesures nous paraît fondée.

Recherche, savoirs et médiation culturelle sont en effet à la base de tout travail dans le domaine.

Les mesures permettant d'encourager la médiation culturelle du bâti nous semblent essentielles. Mais la SHAS demande que soit précisé sous quelles formes cette médiation est envisagée, les apports scientifiques à la base de toute intervention dans le domaine nous semblant mentionnés de manière trop anecdotique. Les apports des nouveaux médias doivent aussi faire l'objet de soutien spécifique.

Les Forums de la culture du bâti. La SHAS souhaiterait que des précisions soient apportées au présent message sur la manière dont ces forums sont envisagés, et quels intervenants issus du milieu doivent y prendre place le cas échéant.

Les collaborations transversales et multidisciplinaires sont nécessaires, pour autant que soient également considérées comme telles les collaborations entre sciences humaines et spécialistes de nouveaux médias.

Mais le fait que des acteurs privés aient une place dans ces collaborations ne doit pas servir de prétexte à un désengagement financier de l'OFC dans ces domaines.

Dans ce cas comme dans celui des forums de la culture du bâti, il est essentiel d'aller puiser les compétences là où elles existent déjà – à savoir auprès de structures existantes, comme la SHAS, et d'assurer leur coordination – mais de ne pas multiplier le nombre d'intervenants en créant des nouvelles structures dépourvues d'expérience dans le domaine.

L'inventaire fédéral des sites d'importance nationale à protéger doit certes être renforcé et poursuivi.

Puisque l'inventaire ISOS prend place nommément dans le message culture, la SHAS demande instamment à ce que l'inventaire national des « Monuments d'art et d'histoire de la Suisse », dont elle pilote le projet depuis 1927 en partenariat avec les Cantons – et la Confédération à titre subsidiaire – soit intégré au message comme il l'était dans le message précédent. Cet inventaire a en effet valeur de référence nationale et doit, à ce titre, figurer dans le message culture.

3.1. A propos du domaine « culture du bâti » (2.5, p. 35 sqq)

La stratégie interdépartementale en faveur de la culture du bâti semble prendre une importance quelque peu disproportionnée par rapport aux autres thèmes que la section a à gérer.

Comme déjà dit plus haut, la recherche, les savoirs et la médiation culturelle sont les conditions sine qua non pour surmonter le « crise de la transmission » mentionnée par le message 2016-2020.

La SHAS note avec inquiétude que l'inventaire national des « Monuments d'art et d'histoire de la Suisse » produit par la Société d'histoire de l'art en Suisse pour les Cantons, soutenu à titre subsidiaire par la Confédération, a disparu du présent Message culture. Toute mention des associations bénéficiaires du soutien de l'Office a également disparu.

Les octrois semblent désormais devoir être attribués sur la base de décrets d'applications ou de conventions de prestations, dont les bases et conditions d'attribution ne sont pas explicitées dans le présent projet. De telles conditions d'attribution semblent peu opportunes à la SHAS ; elles risquent en effet de soumettre les instances responsables à des pressions trop importantes dès lors qu'elles seront seules juges du bien-fondé d'un projet ou d'une demande. Elles risquent également d'exacerber une compétition improductive entre les différents acteurs du domaine, alors que l'époque requiert de leur part une nécessaire cohésion.

Demandes de la SHAS

- L'inventaire des « Monuments d'art et d'histoire » doit être réintroduit dans le message culture
- Les conditions d'attributions des octrois et de la signature des conventions de prestation doivent être clarifiées

4. La Société d'histoire de l'art en Suisse ne souhaite pas s'exprimer sur cette question

5. La Société d'histoire de l'art en Suisse ne souhaite pas s'exprimer sur cette question

6. Financement du message culture 2021-2024, domaine « Culture du bâti »

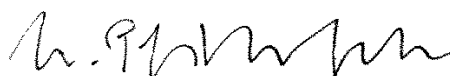
La SHAS note que les moyens prévus pour les tâches liées à la conservation des objets à protéger, à leur mise en valeur, mais aussi aux inventaires proprement dits ne sont pas proportionnés à la liste qui en est dressée. Si l'OFC entend prendre en charge le nouveau poste de « culture du bâti contemporain », un ajustement en proportion des finances à disposition s'avère impératif.

La Société d'histoire de l'art en Suisse estime nécessaire une adaptation du crédit-cadre. Elle prie donc instamment l'OFC de prévoir au minimum une somme équivalente à celle du message 2016-2020, voire une augmentation en rapport avec les tâches supplémentaires prises en charge par l'OFC. Cette consolidation / cette augmentation sont nécessaires afin que les milieux concernés puissent effectuer de manière satisfaisante leurs tâches de protection, de conservation et de mise en valeur du patrimoine architectural, archéologique et historique de la Suisse.

Elle demande par ailleurs instamment que les associations concernées soient associées étroitement à la discussion concernant la répartition des octrois financiers.

Demandes de la SHAS

- La prise en charge de nouvelles tâches par l'OFC doit être accompagnée d'une augmentation parallèle des moyens nécessaires à réaliser ces tâches.
- Les associations concernées doivent être associées à l'attribution des octrois et à l'élaboration des conventions de prestation. Les décrets d'application ne doivent pas être élaborés à l'insu des principaux concernés.



Nicole Pfister Fetz
Présidente



Nicole Bauermeister
Directrice

Qu'est-ce que la SHAS ?

Fondée en 1880, la Société d'histoire de l'art en Suisse SHAS est une société privée d'utilité publique; ses buts essentiels sont de répertorier, étudier et faire connaître le patrimoine architectural de la Suisse. Dans ses années de création, elle a fortement contribué à une prise de conscience de l'identité culturelle nationale, notamment grâce à ses travaux d'inventorisation. Par son histoire, ses travaux scientifiques et son positionnement, la SHAS se veut un moteur d'intégration culturelle significatif au niveau national.

Quelles sont les principales réalisations de la SHAS au 20e siècle ?

Jusqu'en 2010, la SHAS a privilégié l'édition traditionnelle d'excellence. Parmi ses grandes collections, on peut citer

- « Les Monuments d'art et d'histoire » (l'inventaire national des monuments suisses depuis 1927 ; **139** volumes publiés d'ici la fin de l'année 2019),
- Les « Guides d'art et d'histoire de la Suisse » (depuis 1935 ; la collection la plus vendue en Suisse, avec plus de 5 millions d'exemplaires écoulés),
- ou encore la très réputée revue « Art + Architecture ».

Quels sont les nouveaux axes stratégiques de la SHAS ?

Depuis 2010, la SHAS s'est dotée de moyens renforcés pour diffuser plus largement encore les connaissances accumulées, dans l'édition imprimée comme dans le monde numérique, en Suisse comme à l'étranger. Pour ce faire, la SHAS a diversifié ses canaux de diffusion et ses méthodes de mise en valeur du patrimoine culturel.

- L'édition imprimée des « Monuments d'art et d'histoire », sa collection phare, est systématiquement doublée par une édition numérique. Ces eBooks enrichis sont dotés de nombreuses plus-values (vues 360°, géolocalisation, liens sur d'autres séries de référence, etc.) ; ils offrent à un large public un accès facilité à la remarquable somme d'informations synthétisées dans les livres.
- Le projet « MAH-online » associe une bibliothèque virtuelle, une base de données géo-référencée de tous les bâtiments présents dans la collection imprimée et un moteur de recherche sur mesure basé sur un algorithme d'intelligence artificielle. « MAH-online » synthétise, d'une manière novatrice, la recherche en sciences humaines, le livre imprimé et les technologies de pointe, créant ainsi les conditions idéales pour une approche renouvelée des études patrimoniales et l'exploitation de leurs résultats.
- Toujours dans le domaine numérique, l'outil d'édition online « Péristyle » permet aux étudiants et jeunes chercheurs de publier leurs travaux à un coût extrêmement réduit.
- Les applications pour smartphones « Swiss Art To Go » et « EuropeArt To Go » (application trinationale réalisée avec des institutions françaises et allemandes) mettent entre toutes les mains, de manière intuitive et ludique, le fruit de 100 ans de recherche en histoire de l'art dans le domaine du bâti.
- L'application « 360° Swiss Heritage » permet des visites en réalité virtuelle de châteaux importants suisses.

Ces axes stratégiques, concrétisés par des produits alliant tradition et innovation, ont pour buts l'éducation, la formation et la transmission des connaissances. Ils visent un large panel de particuliers, et répondent chacun à leur manière à des usages de participation culturelle en constante évolution.

Le but de la SHAS, aujourd'hui plus que jamais, est de **garantir l'avenir du patrimoine culturel national** en sensibilisant et en informant toutes les générations et toutes les classes de population d'une manière fiable, novatrice, et adaptée aux besoins de chacun.



ifpi Schweiz
Schweizer Landesgruppe der ifpi

representing the
recording industry
worldwide

Berninastrasse 53
8057 Zürich

Tel. +41 43 343 93 30

info@ifpi.ch
www.ifpi.ch

MWST 361 176

Ifpi Schweiz, Berninastrasse 53, 8057 Zürich

Bundesamt für Kultur
Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 17. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Frau Direktorin

Wir bedanken uns, im Namen unserer Mitglieder zum Entwurf der Kulturbotschaft Stellung zu nehmen. IFPI Schweiz ist der führende Branchenverband der Schweizer Musiklabels und vereint rund 40 Mitglieder aller Musikrichtungen und Genres. Zu unseren Mitgliedern gehören kleine bis mittelgrosse Betriebe aus allen Landesteilen.

Als Mitglied des Schweizer Musikkrates schliessen wir uns grundsätzlich dessen Stellungnahme an und verweisen auf die dortigen Ausführungen. Ergänzend möchten wir uns zur Situation der Schweizer Musikpreise äussern:

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

IFPI Schweiz ist Gründerin und Rechteinhaberin des Swiss Music Award (SMA). Dessen Preisverleihung wurde 2019 zum zwölften Mal ausgetragen und erreicht über die verschiedenen Medienkanäle regelmässig ein Millionenpublikum in der gesamten Schweiz. Ermöglicht wird dies durch ein binäres Konzept, welches einen Teil der Preise vor allem nach Massgabe von Popularität und kommerziellem Erfolg der Preisträgerinnen und Preisträger vergibt. Von diesem Scheinwerferlicht profitieren aber genauso jene Kategorien, in denen ideelle Aspekte und der Fördergedanke im Vordergrund stehen, beispielsweise die Kategorien *Best Talent*, *Best Breaking Act* oder der *Artist Award*. Die hier Ausgezeichneten und Nominierten profitieren regelmässig von einer gesteigerten Aufmerksamkeit und Medieninteresse, was zu mehr und besseren Auftrittsmöglichkeiten und nicht zuletzt auch in Mehreinkünften führt. Mit dem *Outstanding Achievement Award* schliesslich werden ausgesuchte Schweizer Künstlerinnen und Künstler für ihr Lebenswerk ausgezeichnet. Eine solche Plattform mit nationaler und internationaler Ausstrahlung kann kein anderer Musikpreis der Schweiz bieten.

IFPI Schweiz

Bakara Music • Brambus Records • Chlyklass Records • Claves Records • Delma JAG Records • Disques VDE-Gallo • Divox • FarMore Records • Gadget Records • G. records • Grüezi Music • HitMill • k-direct • Mad Records • Mouthwatering Records • Musikvertrieb • Niro Music • Phonag Records • Pick Records • Profimedia • R-Tunes • Reader's Digest • Rise up • Sennheiser Media • Sony Music Entertainment Switzerland • Sound Service • Star Productions • Starworld Enterprise • TCB Music • Tonstudio Amos • Tudor Recording • Turicaphon • Two Gentlemen • Universal Music Switzerland • Viteka Music • Warner Music Switzerland • Zytglogge Verlag • Zyx Music

Wir sind durchaus stolz auf das Ansehen und die hohe Reichweite des SMA und suchten in der Vergangenheit schon die Zusammenarbeit mit dem BAK. Leider lehnte das BAK dies mit Verweis auf die geltende Rechtslage ab.

Wir schlagen deshalb vor, namentlich im Kulturförderungsgesetz eine Rechtsgrundlage dafür zu schaffen, dass das BAK künftig mit privaten Musikpreisen wie dem SMA organisatorisch und finanziell zusammenarbeiten oder diese unterstützen kann.

Wir bedanken uns für Ihre Kenntnisnahme und bitten Sie, unsere Überlegungen bei Ihren Anträgen an die Räte zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

IFPI Schweiz

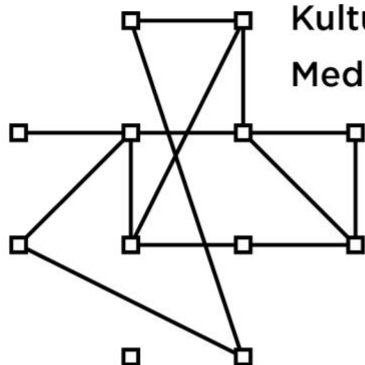


Lorenz Haas
Geschäftsführer



Ivo Sacchi
Präsident

Médiation Culturelle Suisse Kulturvermittlung Schweiz Mediazione Culturale Svizzera



Bern, den 16. September 2019

Positionierung von Kulturvermittlung Schweiz zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024

Als Dachverband vernetzt und unterstützt Kulturvermittlung Schweiz die in der schulischen, ausserschulischen und institutionellen Kulturvermittlung tätigen Fachverbände, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen auf gesamtschweizerischer Ebene.

Kulturpolitisch vertritt der Dachverband die Anliegen des Fachgebietes der Kulturvermittlung auf breiter Ebene. Zu unseren Mitgliedern gehören Kantone, Hochschulen (Kunsthochschulen und pädagogische Hochschulen), Fachverbände, kulturelle Organisationen sowie Kulturvermittler*innen.

Die Themenfelder, in denen unsere Mitglieder wirken, umfassen alle künstlerischen Sparten, setzen sich mit Forschung und Wissenschaft auseinander und betreffen schulische, ausserschulische und institutionelle Kulturvermittlung.

Kommentare und gewünschte Ergänzungen zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 wurden aus den Perspektiven verschiedener Mitgliedsorganisationen formuliert.

Kulturvermittlung Schweiz hat sich aus diesem Grund entschieden, keine eigene Stellungnahme zum Entwurf der Kulturbotschaft zu machen, sondern die fachspezifischen Stellungnahmen der Mitglieder zu sammeln und gebündelt über die Webseite www.kulturvermittlung.ch zur Verfügung zu stellen, um sie so wertschätzend und sichtbar nach aussen mit zu vertreten.

Mit diesem Vorgehen unterstützt Kulturvermittlung Schweiz die in einer gesamtheitlichen Art die Anliegen des Bereichs der Kulturvermittlung.

Wir hoffen auf die Berücksichtigung der darin enthaltenen Wünsche und Anregungen in der definitiven Version der Kulturbotschaft 2021 – 2024.

Two handwritten signatures in blue ink. The first signature is 'G. Hamer' and the second is 'Philipp Burkard'.

Gunhild Hamer und Philipp Burkard

Co-Präsidium Kulturvermittlung Schweiz

Lausanne, le 17 septembre 2019.

Message culture 2021-2024 : Réponse à la consultation

La CORODIS est la commission romande de diffusion des spectacles. Créée en 1993 elle s'engage depuis 26 ans à soutenir la diffusion des spectacles romands dans le domaine des arts de la scène en accordant des soutiens financiers aux tournées, en favorisant la mise en réseau des artistes et en faisant une promotion active des spectacles romands en tournée.

Constituée en association à but non lucratif, elle a pour membres les chef-fe-s des services culturels des 6 cantons romands plus du canton de Berne pour sa partie francophone, et de 23 villes. Elle compte également parmi ses membres la Fédération des arts de la scène (une cinquantaine de théâtres d'accueil et de production) et Danse Suisse.

La CORODIS se situe à l'intersection entre les collectivités publiques qui la financent et lui donnent sa mission, les théâtres de la FRAS avec lesquels elle collabore étroitement dans la mise en œuvre de certains dispositifs et les compagnies qui lui présentent des demandes de soutien. Cette position lui offre une vision unique de l'évolution de la production et de la diffusion des arts vivants en Suisse romande.

COMMENTAIRE GÉNÉRAL

1.1.3 Objectifs de l'encouragement fédéral de la culture

« ...le Conseil Fédéral a pour la première fois défini trois principaux axes d'action qui guideront la future politique culturelle fédérale. Ils ont pour nom « participation culturelle », « cohésion sociale », « création et innovation. »

Comme le soulignent l'UNESCO, la culture joue un rôle central dans la formation de la cohésion sociale qui est une condition essentielle de la qualité de vie des habitants et de la gouvernabilité du pays. Or, elle est souvent mise à mal par les différences culturelles qui s'expriment lors de votation entre régions linguistiques, entre centres urbains et campagnes, et par le repli identitaire qui s'observe en Suisse comme dans le reste de l'Europe ces dernières années.

La création et l'innovation sont largement soutenues dans le domaine académique et la Suisse peut s'enorgueillir de disposer d'écoles et de chercheurs de haut niveau. Comme le mentionne le rapport, certains artistes suisses connaissent aussi le succès à l'international grâce à des productions de haute qualité. Il serait maintenant souhaitable que la création et l'innovation artistiques reçoivent un soutien à la mesure de leur qualité afin que ceux qui œuvrent dans ce domaine puissent aussi vivre de leur métier. Le manque de moyen confine les créateurs dans la précarité et restreint les conditions de la recherche.

La précarité des travailleurs du domaine des arts vivants s'est accrue ces 10 dernières années et leurs perspectives de prévoyance professionnelle s'en trouve gravement affectées. Il est indispensable de renforcer les moyens d'aide à la création et à la diffusion des spectacles. La longévité des créations et leur rayonnement sont intimement liés aux conditions de production des œuvres, ce qui a une influence majeure sur le développement des artistes.

Il nous semble utile de favoriser de manière plus ambitieuse le partage de la culture si riche et diversifiée de ce pays, d'en valoriser les multiples expressions, qu'elles soient traditionnelles ou contemporaines, et d'encourager la participation culturelle avec plus de vigueur et surtout de moyens.

Aussi, le montant demandé à la Confédération par le Conseil fédéral pour la mise en place de sa politique culturelle (0.3% des dépenses de la Confédération), ne nous semble-t-il pas proportionné à l'importance des enjeux sociétaux visés. Nous souhaiterions qu'un pays aussi prospère que la Suisse accorde au minimum 1% des dépenses publiques fédérales au soutien à la culture.

COMMENTAIRE SUR LES MESURES ENVISAGÉES CONCERNANT LES ARTS VIVANTS

2.1.1 LA RELÈVE (P. 15)

Les mesures d'encouragement de la Confédération (Pro Helvetia) ont pour but l'acquisition de la pratique professionnelle et de l'expérience artistique ainsi que leur premier approfondissement.

La CORODIS se préoccupe de la multiplication des jeunes structures de production. Les artistes émergents qui veulent créer un projet fondent une structure de production (une compagnie sous forme d'association à but non lucratif) pour pouvoir en chercher le financement et engager une équipe. La plupart de ces jeunes artistes n'ont pas les compétences pour assumer la gestion administrative et économique de leur entreprise. Ils-elles n'ont pas les connaissances et donc la conscience de leurs responsabilités d'employeur-se-s, notamment en matière de ressources humaines et de droit du travail. Ils-elles perdent un temps précieux à essayer de comprendre comment s'y prendre et sont susceptibles de faire des erreurs. Il serait judicieux de décharger les jeunes artistes de ces préoccupations le temps qu'ils acquièrent un peu d'expérience et pour leur permettre de se concentrer sur leur compétences / responsabilités artistiques.

➔ **Il nous semble souhaitable de soutenir les structures de production professionnelles à même de porter les projets de plusieurs artistes en leur accordant les ressources nécessaires à cette prise en charge.**

La limite d'âge de 35 ans pour bénéficier des dispositifs d'aide à la relève est trop limitative dans le domaine de la mise en scène et de la chorégraphie notamment. En effet, nombre d'artistes font une carrière d'interprète avant de porter des projets en qualité de metteur ou metteuse en scène, ou de

chorégraphe. On peut être un chorégraphe émergent à 36 ans et être trop vieux pour bénéficier d'un soutien à la relève.

- ➔ La limite d'âge devrait être repoussée ou considérée selon d'autres critères (nombre de productions professionnelles réalisées par exemple).

2.1.2 CRÉATION ARTISTIQUE

Revenu et rémunération des acteurs culturels (p. 15)

« C'est pourquoi, à partir de 2021, l'OFC et Pro Helvetia assortiront leurs aides financières d'une condition stipulant que les bénéficiaires d'aide financière doivent se conformer aux directives des associations faitières respectives en matière de rémunération des acteurs culturels. »

Nous faisons le constat que les professionnels de la scène ne vivent pas convenablement de la pratique de leur métier, que celle-ci précarise à long terme leur prévoyance et qu'il convient d'adopter des mesures pour faire évoluer la situation. Ceci constitue une véritable préoccupation pour la CORODIS. À ce propos, il nous semble souhaitable d'engager une révision concertée des politiques de soutien à la création artistique entre les villes, les cantons et la confédération.

Toutefois, les producteurs ne devraient pas être les seuls à assumer une contrainte car ils sont tributaires des subventions qu'ils reçoivent et des conditions financières que leur accordent les lieux.

Par ailleurs, remettre en mains des seules associations faitières les directives visant à améliorer les conditions de rémunération des acteurs culturels, et finalement des conditions de productions et diffusion nous semble insuffisant.

- ➔ Nous pensons que l'OFC et Pro Helvetia devraient également prendre en considération les recommandations des organisations représentatives au niveau régional, comme les syndicats. Ceci permettrait d'éviter un nivellement par le bas des conditions salariales compte tenu du fait que la réalité en Suisse romande par exemple, est différente de celle du reste de la Suisse en ce qui concerne les arts vivants en particulier.
- ➔ Nous pensons que l'objectif devrait être de faire respecter et appliquer les recommandations des organisations professionnelles de référence à tous les employeurs et employés, producteurs institutionnels et indépendants, afin de garantir à moyen et long terme une progression et de meilleures conditions cadres. Ces dernières permettront une concurrence plus équitable entre producteurs, mais aussi une utilisation plus respectueuse des deniers publics et finalement une offre culturelle de qualité en regard des moyens financiers disponibles.

Soutien des personnes collaborant à des processus artistiques (p. 15)

À partir de 2021, l'encouragement de la Confédération tiendra plus fortement compte des fonctions et activités qui ont une influence décisive sur le processus créatif et la diffusion des œuvres d'art, même si elles ne correspondent pas à la définition étroite du terme « créateur culturel ».

- ➔ La CORODIS soutient pleinement cette évolution. C'est ici peut-être que la question de l'encouragement aux maisons de production devrait être considérée, notamment de celles qui porteraient les projets d'artistes émergents.

2.3.3 Arts du spectacle

Encouragement de la création artistique (p. 22)

Nous partageons sans réserve le constat d'un déséquilibre entre les moyens publics investis dans la production des œuvres et ceux consacrés à leur exploitation. La diffusion des œuvres devrait constituer une priorité dans le développement des politiques de soutien, en particulier dans le domaine des arts vivants où les productions sont onéreuses.

- ➔ Dans cette perspective, nous insistons sur la nécessité d'augmenter les moyens dévolus à la diffusion nationale et internationale de Pro Helvetia.

« Compagnies indépendantes obligées de produire : Afin d'offrir davantage de possibilités et d'espace pour créer des œuvres artistiques plus mûres et plus approfondies, l'on examinera l'éventualité de verser aussi des aides à la création sous forme de contributions à la recherche. »

- ➔ Nous approuvons les mesures qui permettent d'améliorer les conditions de production plutôt que la multiplication du nombre d'œuvres qui voient le jour, en finançant par exemple des temps de recherche plus importants. Cette augmentation des périodes de travail renforcera la qualité des créations et stimulera l'innovation.

Encouragement à la création dans le théâtre musical et le cirque contemporain

- ➔ La CORODIS salue l'ouverture du soutien à ces disciplines qui connaissent une évolution importante ces dernières années.
- ➔ Nous faisons parallèlement le constat d'une toujours plus forte hybridation entre arts scéniques et performance. La CORODIS est de plus en plus régulièrement sollicitée à soutenir des performances qui se présentent au public dans le cadre de festivals, de saison d'arts vivants mais également dans des galeries et des musées. À titre d'exemple, La Ribot est l'une des invitées principales du Festival d'Automne à Paris après une rétrospective espagnole qui passait notamment par le MACBA – Musée d'art contemporain de Barcelone. Yann Marrussich alterne festivals et galeries. Il lui a notamment été consacré une rétrospective l'an passé au Lieu unique à Nantes où il a présenté 9 de ses performances. Ces artistes, pour ne citer qu'eux, ne sont pas considérés au regard de la réalité de leur expression artistique mais associés à la danse (d'où ils viennent). Nous pourrions aussi mentionner Yan Duyvendak dont les propositions scéniques sont multiformes. Il nous semblerait opportun de mentionner la performance aux côtés des disciplines nouvellement reconnues comme le « théâtre musical » et le « cirque contemporain ».
- ➔ Dans le même ordre d'idée, nous soutenons la demande de la FARS pour une reconnaissance de l'art en espace public. En effet, il existe de plus en plus de manifestations qui accueillent des spectacles professionnels à la belle saison. Dans ce domaine, les spectacles ont souvent une exploitation importante et tournent beaucoup. Il nous semble nécessaire de reconnaître ces artistes et de veiller pour un soutien public à favoriser leurs conditions d'exercice et de rémunération.

« Pour le cirque, l'encouragement à la création sera systématisé et intégré dans l'encouragement existant pour la danse et le théâtre. »

- ➔ Nous sommes inquiets de lire que l'encouragement à la création dans le domaine du cirque sera intégré à l'encouragement existant pour le théâtre et la danse sans qu'un accroissement

des moyens ne soit mentionné. L'augmentation du nombre de bénéficiaires potentiels et la diversification de leurs profils doit être assortie d'une augmentation des fonds alloués à cette mission et non d'une partition des ressources existantes.

2.1.3 DIFFUSION, PROMOTION ET ÉCHANGES EN SUISSE (p.16)

Échanges et promotion

Les instruments existants pour l'encouragement des échanges culturels entre communauté linguistiques ne sont pas suffisants ou pas suffisamment efficaces. Les statistiques de la CORODIS montrent que selon les années, entre 2% et 4% des représentations qu'elle soutient se déroulent dans une autre région linguistique du pays.

- ➔ Nous recommandons de renforcer la circulation des œuvres d'arts vivants entre les régions linguistiques.
- ➔ La mise en place de réseaux interrégionaux spécifiques à telle ou telle discipline intéresse vivement la CORODIS qui se met à disposition de la Confédération (Pro Helvetia) pour contribuer à la réflexion.

Échanges en Suisse (p. 23)

Nous partageons le constat des difficultés de diffusion du théâtre parlé dans les autres régions linguistiques et du manque de lieux d'accueil en Suisse pour la danse et le cirque contemporain.

- ➔ Nous approuvons l'augmentation des moyens dédiés à la traduction et au surtitrage des œuvres, pour favoriser leur diffusion entre les régions linguistique.
- ➔ La mise en place d'un projet impliquant les villes et les cantons pour soutenir la diffusion de la danse et du cirque contemporain, en particulier en Suisse romande, concerne directement la CORODIS qui se met à disposition de la Confédération (Pro Helvetia) pour prendre part à la réflexion.

Nous pensons nécessaire de trouver le moyen de favoriser la connaissance des artistes des autres régions, d'encourager des dispositifs du type « Salons d'artistes » organisés par la FRAS et la CORODIS ou « Fonds des programmateurs » de RESO qui favorisent les conditions de production et assurent une première exploitation des spectacles au niveau national.

- ➔ Nous approuvons le soutien au travail de diffusion qui nécessite un engagement dans la durée et se trouve pour le moment très mal rémunéré si bien que les professionnels abandonnent rapidement. Il est important d'encourager le développement de ces compétences en permettant aux professionnels de vivre de ce métier.

2.2 DIFFUSION DE LA CULTURE SUISSE À L'ÉTRANGER ET ÉCHANGES CULTURELS INTERNATIONAUX (p. 17-18)

Compétitivité internationale

Nous partagerons le constat que l'intérêt pour les artistes suisses à l'étranger a véritablement grandi ces dernières années du fait de la qualité des œuvres, des différentes initiatives des professionnels et des dispositifs existants.

- ➔ Le financement de cette mission nous semble insuffisant pour la période 2021-2024. L'enveloppe de Pro Helvetia devrait être augmentée pour que les artistes puissent recevoir une rémunération convenable même lorsqu'ils se produisent dans des régions avec un niveau économique plus faible que la Suisse.

Diffusion et promotion internationale

- ➔ Nous partageons le constat que les fonds d'encouragement aux tournées internationales, au renforcement de la compétitivité internationale des producteurs et à la visibilité des artistes suisses dans les plateformes internationales leur permettant d'accéder à de nouveaux territoires de diffusion doivent absolument être augmentés de manière significative.

Développement et élargissement des mesures concernant l'accès au marché et la compétitivité (p.52)

- ➔ La CORODIS considère que l'élargissement *des mesures concernant l'accès au marché et la compétitivité* ne peut se réaliser avec une augmentation de 300 000 francs par an considérant l'ambition formulée d'étendre les mesures actuelles à un autre discipline (la musique) et d'autre régions géographiques (les pays extra-européens).
- ➔ En réalité, en comparaison avec les ressources dont dispose Pro Helvetia en 2020 (11.7 millions de francs pour la diffusion, les échanges culturels et la promotion à l'étranger), les fonds vont baisser à 11.1 millions en 2021 pour remonter progressivement à 11.9 en 2024.
- ➔ Le montant n'étant pas en cohérence avec l'ambition et le besoin exprimés. Dans ces conditions l'élargissement des mesures favorisant les échanges culturels internationaux ne devrait pas se faire. En effet, élargir les mesures conduirait à un moins bon soutien pour tous que celui qui existe actuellement.

2.1.4 PRIX SUISSES (P. 16)

Les Prix suisses des arts de la scène

La CORODIS soutient la fusion des Prix suisses du théâtre et des Prix suisses de la danse en Prix suisse des arts de la scène.

- ➔ La CORODIS conçoit que les prix des arts vivants incluent désormais les arts du cirque, les arts de rue, les performances et le cabaret pour autant que ces nouvelles disciplines ne soient pas distinguées en puisant dans le budget alloué jusqu'ici à la danse ou au théâtre mais par un apport financier supplémentaire.

2.1.5 ORGANISATIONS D'ACTEURS CULTURELS PROFESSIONNELS (P. 17)

Le soutien de l'OFC aux organisations d'acteurs culturels professionnels est absolument indispensable. Toutefois, au cours de la dernière période, certaines organisations ont été contraintes à des fusions inopportunes dans des organisations nationales, seules susceptibles de bénéficier d'un soutien.

Les fusions ne devraient pas être un but mais uniquement un moyen d'améliorer les prestations aux acteurs culturels. Or, la réalité des acteurs culturels et du fonctionnement des arts vivants en Suisse romande est très différente de celle des autres régions linguistiques. L'accompagnement des

professionnels nécessite des compétences, connaissances et une compréhension du fonctionnement de la scène indépendante que l'on ne trouve pas en Suisse alémanique où les réalités sont autres.

La réduction du nombre d'organisations soutenues est contreproductive si elle ne permet pas de reconnaître et de composer avec les particularités propres à chaque région linguistique. Par ailleurs, la concentration des organisations soutenues par l'OFC à Zürich n'offre aucune garantie que les particularités propres au fonctionnement culturel des autres régions linguistiques soient réellement comprises et considérées.

- ➔ **La CORODIS souhaite que l'OFC réintroduise la possibilité de soutien aux organisations professionnelles qui jouent un rôle important dans les régions linguistiques et dont la contribution ne peut pas être fournie depuis Zürich.**

2.4.2.3 CONTRIBUTION À L'EXPLOITATION DE RÉSEAUX DE TIERS (p. 32)

- ➔ **Nous partageons les préoccupations de la SAPA concernant la menace d'une baisse de son budget liée à la nouvelle répartition des soutiens financiers qui va toucher le domaine des réseaux de tiers.**

Nous faisons partie des organisations professionnelles à avoir transmis nos archives à la fondation et considérons son rôle comme très important pour un secteur récent, éphémère par nature, qui est en train d'écrire son histoire.

Le domaine des arts de la scène connaît une forte croissance depuis 30 ans couplée à une diversification des formes et modes de création. Le patrimoine d'intérêt national, qui se constitue peu à peu, permet de porter un regard sur son évolution et de constituer un héritage culturel fort utile à la recherche. Il est constitué d'une grande variété de supports et notamment d'archives vidéo très précieuses dans un domaine où les œuvres ont des durées de vie limitée.

COMMENTAIRES SUR LA DIFFUSION EN LIGNE DES FILMS ET VIDEOS

2.3.6.1 ENCOURAGEMENT DU CINÉMA

- ➔ **Nous soutenons le projet d'extension aux géants d'internet et autres plateformes qui proposent des films suisses en ligne, de l'obligation faite aux chaînes de télévision de réinvestir dans le financement de la production audiovisuelle helvétique.**
- ➔ **Nous soutenons la Société Suisse des Auteurs (SSA) dans son désir d'étendre cette obligation de réinvestissement aux plateformes de partage de vidéo.**

Pour le comité de la CORODIS, Karine Grasset, Secrétaire générale.

Le comité de la CORODIS est composé de :

Zsuzsanna Beri, Cheffe du service des affaires culturelles du canton de Neuchâtel, Présidente - Nicolas Gyger, Adjoint à la Cheffe du service de la culture du canton de Vaud - Natacha Roos, Cheffe du service de la culture de la ville de Fribourg - Veronica Traccia, Adjointe aux Affaires culturelles de la

ville de Nyon - Jasmine Morand, Chorégraphe et Vice-présidente de Danse suisse - Thierry Luisier,
Secrétaire général de FRAS, représentant du Pool de théâtres romands - Mathieu Berthollet, Directeur
du Poche---Genève et représentant de l'Union des Théâtres Romands.

Bundesamt für Kultur
Frau Isabelle Chassot, Direktorin
Hallwylstr. 15
3003 Bern

BAK / OFC / UFC Direktion					
Original:					
17. Sep. 2019					
CC:					

Interlaken, 11. September 2019 jk

Vorstoss zur Kulturbotschaft 2021-2024

Zur Erhöhung der finanziellen Möglichkeiten des Bundesamts für Kultur im Rahmen der Vernehmlassung des Kulturförderungsgesetzes

Sehr geehrte Frau Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Schützt die Kulturbotschaft 2021-2024 Brauchtum und Tradition in ausreichendem Masse, um die Existenz auch in Zeiten der Globalisierung und des gesellschaftlichen Wandels zu sichern?

Brauchtum und Tradition sind ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen und kulturellen Wurzeln der Schweizerinnen und Schweizer. Sie stützen schwindende Werte, stärkende Verbundenheit und die bewunderten Vorzüge unseres Landes. Sie sind ein ideales Element zur Förderung

- der Verständigung von Stadt und Land
- des Zusammenhalts von Sprachregionen, Generationen und Kulturen

Brauchtum und Tradition stützen die fundamentale Grundlage der Schweiz und lassen sie immer wieder in seiner ganzen Vielfalt und Farbenpracht erstrahlen.

Die Kulturbotschaft des Bundes, als wichtige Grundlage der Kulturförderung, hat sich für 2021-2024 neu definiert, um die Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation/Innovation» den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Sind dabei die grossen Themen wie demografische Wandel, Digitalisierung, Globalisierung und der zunehmenden Verstädterung (auch in der Schweiz) ausreichend berücksichtigt? Individuelle Bedürfnisse werden zudem immer stärker dem Gesamtwohl vorgezogen und damit Dorf- und Quartiergemeinschaften mit lebendigem Vereinsleben geschwächt.

Diese grossen Trends verstärken den drohenden Graben zwischen Stadt und Land, zwischen Generationen und Sprachgrenzen, was an jeder Abstimmung und in Wahlzeiten bestätigt wird.

Diese grossen Trends verstärken den drohenden Graben zwischen Stadt und Land, zwischen Generationen und Sprachgrenzen, was an jeder Abstimmung und in Wahlzeiten bestätigt wird.

Die neue Kulturbotschaft setzt auf Kontinuität, was im Grundsatz zu begrüßen ist. Veränderte Rahmenbedingungen und sich verschiebende Priorisierungen rufen aber nach Anpassungen.

Wir erlauben uns, Sie auf folgende Aspekte hinzuweisen und ersuchen Sie:

1. den grossen Veränderungen unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen und dabei insbesondere die gelebte Volkskultur als ideales Verbindungselement stärker zu unterstützen und ihren Erhalt langfristig zu sichern.
2. der Laienkultur mit breiter Abstützung in der Bevölkerung bis hinein in Bergdörfer und Täler den gleichen Stellenwert zu geben, wie den professionellen Kulturschaffenden
3. die Leistung der Volks- und Laienkultur in Bezug auf Verständigung von Stadt und Land, Integritätsbildung mit unserem Land, Traditionserhalt und -pflege sowie Förderung der Dorf-, Quartier- und Interessengemeinschaft als Zusammenhalt unserer Schweizer Gesellschaft zu anerkennen und zu unterstützen
4. gezielt in die Nachwuchsförderung zu investieren, um die Existenz gefährdeter Traditionen zu sichern und den Fortbestand von regionalen Eigenheiten zu garantieren
5. brauchtumsunterstützende Innovationen zu fördern, denn Traditionen werden nicht geboren, Traditionen entstehen über Zeit.
6. die nationalen Verbände und Vereine der national ausgerichteten Grossanlässe als Kern der gelebten Volkskultur zu stärken und damit wichtige Unterstützung zum Erreichen der Ziele zu nutzen.

Die Schweiz verfügt über etablierte Marken, Möglichkeiten und Wege, diese Ziele zu erreichen. Eine hochangesehene und perfekt die aktuelle Swissness-Bewegung verkörpernde Möglichkeit ist UNSPUNNEN.

Unspunnen, entstanden aus politischer Not und Unruhen sowie zur besseren Verständigung von Stadt und Land

Unspunnen, seit 1805 das starke Symbol der essenziellen Pflege von Brauchtum und Tradition

Unspunnen, u.a. die Wiege des Schwingens und der Schweizer Trachtenvereinigung

Unspunnen, festlicher nationaler Treffpunkt seit mehr als 200 Jahren

Wir von Unspunnen waren für das Unspunnenfest 2017 Begünstigte der Finanzierungsmöglichkeiten des Bundesamts für Kultur mit einem Betrag, der mithalf die Durchführung des grossen Schwing-, Trachten- und Alpirtenfests zu sichern. Heute, zwischen den alle 12 Jahre stattfindenden Festen, ist Unspunnen mit Herausforderungen konfrontiert, die seinen Fortbestand sichern und das unabhängig von kommerziellen Interessen grosser Unternehmen. Zukünftig muss die «Marke Unspunnen» mit seinem historischen und kulturell hohen Stellenwert mit gezielten Kommunikationsmassnahmen und Aktivitäten professionell gestützt werden. Diese Aufwände sind nur mit finanzieller Unterstützung möglich.

Wir sehen, dass das Bundesamt für Kultur mit seinen Finanzierungsmöglichkeiten für den Bereich Brauchtum und Tradition stark eingeschränkt ist und mehr Handlungsspielraum benötigt.

Wir beantragen deshalb eine Erhöhung der verfügbaren finanziellen Mittel für

- strukturelle Beiträge an nationale Verbände und die Erweiterung des Begünstigungskreises auf Vereine der führenden Anlässe mit ausgewiesener Pflege und Förderung von Brauchtum und Tradition unseres Landes (entsprechend strenge Richtlinien mit Faktoren der nationalen Bedeutung, historischen Wichtigkeit und Kommerz-übergeordneten Interessen sind zu erarbeiten) von jährlich CHF 700'000 auf neu CHF 1'000'000
- Projektbezogene Beiträge für Grossanlässe nationaler Bedeutung im Bereich von Brauchtum und Tradition sowie Aktivitäten zum Erhalt dieses Kulturguts von jährlich CHF 400'000 auf neu CHF 800'000
- Die Aufnahme des Vereins «Schweizerisches Trachten- und Alphirtenfests Unspunnen» in den Kreis der strukturell begünstigten Organisationen zur Verständigung von Stadt und Land und zur Pflege von Brauchtum und Tradition

Wir verweisen auf die nationale Wichtigkeit des Bereichs sowie auf die unterstützenden Partner von Seiten der nationalen Verbände sowie der IG Volkskultur.

Mit Unterstützung der Ständeräte Werner Luginbühl und Hans Stöckli engagiert sich Unspunnen für eine stabile finanzielle Grundlage, um die Kulturförderung speziell in den Bereichen

- Nachwuchsförderung
- Innovationen zum Erhalt der Lebendigkeit der Traditionen
- Steigerung der Zusammenarbeit der betreffenden nationalen Verbände
- Erhalt und Pflege des Kulturguts der Schweizer Brauchtümer und Traditionen

Wir danken für die Berücksichtigung und stehen jederzeit gerne für Auskünfte zur Verfügung.

Brauchtum und Tradition in lebendiger, volksnaher und verbindender Art. Dafür setzen wir uns ein und hoffen auf die Unterstützung des Bundes.

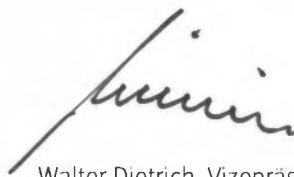
Mit freundlichen Grüssen

Schwing-, Trachten- und Alphirtenfest Unspunnen

im Auftrag des Vorstandes



Ueli Bettler, Präsident



Walter Dietrich, Vizepräsident



Consultaziun davart il messadi da cultura 2021-2024 – la Confederaziun duai sustegnair pli ferm il rumantsch en la diaspora

L'uniun Pro Svizra Rumantscha (PSR) è vegnida fundada il 1992 cun la finamira da crear ina gasetta quotidiana rumantscha, ma ella sa deditgescha er a projects e mesiras generalas per la promoziun da la lingua rumantscha.

En vista al svilup da la politica da linguas svizra è ella da l'avis ch'i dovria dapli engaschi da la Confederaziun, e che las organisaziuns da lingua stoppian prender posiziun cun dapli conscienza. Perquai propona la PSR da sviluppar vinavant la politica da linguas er en il rom dal messadi da cultura.

Inqual resposta sin il catalog da dumondas tar il messadi da cultura 2021-2024

2. Lingias d'acziun

La PSR sustegna vinavant ils trais accents da la cultura politica. Gist la coesiun da la societad è ord vista da las linguas minoritaras in punct central. En quest connex èsi necessari da sviluppar vinavant l'engaschament da la Confederaziun per la coesiun da la societad. Uschia propona la PSR da reactivar la proposta per ina cumissiun da convivenza, sco proponì dal Cussegl dals Chantuns. Gista las difficultads tar la protecziun e promoziun da las linguas minoritaras talian e rumantsch demussan ch'igl è necessari per la Confederaziun da surpigliar dapli responsabladad en lur rolla da sustegnair ils chantuns en la promoziun da linguas minoritaras.

D'aggiuntar la digitalisaziun sco quart punct vegn sustegnì cumplettaimain.

6. Meds finanzials

En vista a la summa da be 0,3 pertschient da las expensas da la Confederaziun èsi da constatar che la politica da cultura è plitost maculatura che punct central. Quai è deplorabel, gist considerond ch'il barat cultural tranter las quatter regiuns linguisticas fiss in champ d'engaschament cultural impurtant che profitass da dapli sustegn. Ch'il quart punct d'accent, la digitalisaziun, vegn agiuntà senza er auzar la contribuziun per la cultura considerablamain, tge che correspundess a la relevanza da la digitalisaziun per las linguas e per la societad, demussa memia bler retegnientscha.

Igl è necessari che questa sutvalitaziun vegn curregida il pli tard sin la proxima perioda cun auzar la contribuziun per la cultura.

Ulteriuras propostas e remartgas areguard il champ da la politica da linguas

Coesiun da la societad: rinforzar l'engaschament per la diaspora linguistica

La diaspora è ina part impurtanta da la Rumantschia. Bun in terz dals Rumantschs e las Rumantschas abitescha dador il chantun Grischun, e bun la mesadad n'è betg pli da chasa en il territori da tschep. Era la diaspora duai vegnir sustegnida (finanzialmain) e la sensibilitad per il rumantsch en la Bassa duai vegnir augmentada. Uschia vegn la coesiun da la societad rumantscha en la Bassa, cun ed en il Grischun promovida. Gist en vista a persunas che partan vers la Bassa per studi, lavur u motivs persunals duain avair la pussaivladad da tgirar vinavant lur lingua.

Las paginas 42 e 43 dal Rapport explicativ tar il messadi da cultura menziunan:

«Angeichts der Abwanderung der Bevölkerung in die städtischen Zentren darf sich die Förderung nicht auf die herkömmlichen Verbreitungsgebiete der rätoromanischen Sprache beschränken. Der Bundesrat hat bereits in der Kulturbotschaft 2016–2020 die Prüfung von Massnahmen für die Förderung des Rätoromanischen ausserhalb des rätoromanischen Sprachgebiets angekündigt. Die Evaluation hat diese Stossrichtung bestätigt.»

«Um die Förderung der Minderheitensprachen Italienisch und Rätoromanisch ausserhalb ihres traditionellen Verbreitungsgebiets nachhaltig verankern zu können, bedarf es mittelfristig einer Anpassung der gesetzlichen Grundlage, die dem Bund auch eine Direktunterstützung erlauben würde und nicht nur – gemäss aktuellem Wortlaut – über die Kantone Graubünden und Tessin (Art. 22 SpG). Die nachfolgend genannten Massnahmen werden ohne Mehrmittel innerhalb des bestehenden Kreditrahmens umgesetzt.»

La Confederaziun duai animar la Lia Rumantscha da metter a disposiziun meds per la diaspora e promover projects en la diaspora. Ils raps che vegnan ussa da la Confederaziun per il rumantsch na duain betg tuts vegnir investids en il Grischun e per ina cumpart dals Rumantschs e las Rumantschas, ma era per projects che vegnan dabun a la diaspora. La Lia Rumantscha ha dentant la responsablada da represchentar e promover tut ils Rumantschs e tut las Rumantschas, e betg mo la mesadad. Ils ultims onns ha ella tralaschà da crear in program da sustegnimient per la diaspora rumantscha, ed adina puspè spustà acziuns concretas. La Confederaziun stuess pretender che ses sustegn finanziel va a favur da l'entira Rumantschia.

Cunquai che questas mesiras sa drizzan vers novas gruppas da persunas ch'èn fin ussa vegnidas tralaschadas da la promoziun da linguas èsi era necessari d'augmentar las contribuziuns per che quest sustegn per la diaspora na mainia betg ad ina reducziun per il territori linguistic da tschep.

Accent digitalisaziun: meds moderns era per il Rumantsch

La digitalisaziun vegn proponida sco quart punct d'acziun per il messadi da cultura, tge che nus pudain sustegnair cumplettaimain.

Ord vista dal rumantsch fissi necessari da guardar che nossa lingua minoritara na vegn betg emblidada tar il svilup digital linguistic. Il tudestg, franzos e talian pon profitar d'iniziativas internaziunalas per la digitalisaziun dal linguatg, saja quai cun translaziuns automatisadas, products per renconuschientscha vocala e la basa da quests products, corporas dal linguatg.

Er en il chantun Grischun vegni proponì da rinforzar l'engaschament per la digitalisaziun. La regenza dal chantun Grischun ha dentant desistì d'integrar en il program per la digitalisaziun da sustegnair il rumantsch cun almain crear corpora e vocabularis digitals che fissan la premissa per sviluppar products sco translaziuns automatisadas u programs da correctura.

Per il rumantsch n'exista nagin martgà da crear quests products. Sch'ìls Rumantschs na duain betg vegnir discriminads en lur diever da products electronics, alura èsi necessari da sustegnair iniziativas per digitalisar la lingua. Quest sustegn fiss alura er in catalisatur: sche la basa tecnic-linguistica exista per uschenumnads programs e projects, alura è l'implementaziun parallelamain ad autras linguas fitg simpla. Quai dess era la pussaivladad da sustegnair puspè auters projects centrals da la Rumantschia: Cun systems da translaziuns automatics fissi pussaivel da translatar meds d'instrucziuns bler pli spert; ils Rumantschs e las Rumantschas avessan access a programs da correctura e pudessan uschia auzar lur nivel linguistic; ed els avessan la pussaivladad da communitgar cun in telefonin u systems ch'enconuschan la vusch.

D'uschè in'iniziativa per la digitalisaziun da la lingua rumantscha pudess era la Confederaziun profitar – la translaziun da texts en rumantsch fiss bler pli simpla ed uschia er pli bunmartgada. Ma per che quai daventia pussaivel èsi ussa necessari d'investir en la creaziun da bancas da datas extensivas e corporas per il rumantsch, nua che la Confederaziun ed il chantun Grischun han la pussaivladad da metter la basa.

La strategia da promover e proteger il rumantsch – insufficienta?

L'evaluaziun da la promoziun dal rumantsch e da la Lia Rumantscha ha demussà blers problems. En connex cun il messadi da cultura vulain nus proponer da preparar in meglierament da quests problems.

In punct central è ch'uschè in'evaluaziun duai vegnir instituziunalisada. L'evaluaziun ha mussà ch'igl è essenzial da sclerir regularmain co che la situaziun tant dal

rumantsch sco era dal talian è. Plinavant èsi necessari d'analisar quant adequat ch'ils meds impundids da la Confederaziun e dal chantun Grischun vegnan utilisads. Nus proponin perquai da fixar en la lescha da linguas da far questa evaluaziun mintga quatter onns avant il proxim messadi da cultura.

Art. 25, alinea 2:

La Confederaziun examinescha ~~regularmain~~ mintga quatter onns l'opportunitad e l'efficacitad da las mesiras.

Cumissiuun federala da linguatgs

En vista dals resultats alarmants da l'evaluaziun essan nus persvadids anc pli fitg da la necessitad per ina cumissiuun federala da linguatgs. En l'argumentaziun encunter l'iniziativa parlamentara Engler 17.3164¹ menziuna il Cussegl federal ch'el na vesa betg la necessitad per uschè in gremi. Medemamain è il Cussegl federal stà encunter l'evaluaziun proponida en il postulat Semadeni 15.4117.² Il resultat da l'evaluaziun mussa dentant che l'argumentaziun encunter il postulat Semadeni sco er encunter l'iniziativa parlamentara Engler na subsista betg en vista als problems ch'èn vegnids illustrads da l'evaluaziun. En il rom da questa consultaziun vulain nus perquai re-proponer d'installar ina cumissiuun federala da linguatgs sco proponida en l'iniziativa parlamentara Engler 17.3164.

Der Bundesrat wird beauftragt einen Entwurf für die Verankerung einer ausserparlamentarischen "Kommission für Sprachenfragen" im Sprachengesetz vorzulegen. Die Kommission soll dabei paritätisch mit je drei Vertretern der vier Landessprachen sowie drei weiteren Vertretern von Minderheitensprachen zusammengesetzt sein. Die entsprechende Fachkommission beschäftigt sich mit der Verständigung und dem Austausch zwischen den Sprachengemeinschaften nach Artikel 70 Absatz 3 der Bundesverfassung und berät den Bundesrat in allen Fragen der Sprachenpolitik, welche in die Kompetenz des Bundes fallen.

Alternativ u en agiunta fissi era pussaivel da stgaffir in post independent per perseguitar, mesirar e survegliar l'implementaziun da la lescha da linguatgs tant federala sco era chantunala, sco era dal contract da prestaziun.

Diversitad a promoziun e protecziun – dapli acturs?

In ulteriur problem demussà da l'evaluaziun è la stretga che po impedir la promoziun dal rumantsch: la situaziun instituziunala da la Lia Rumantscha. Ozendi èn tut ils meds da promoziun concentrads sin la Lia Rumantscha. Sche l'organisaziun na funcziuna betg u sche l'organisaziun è en ina crisa da legitimaziun munta quai che la promoziun dal rumantsch disdescha cumplettamain. Da focusar tut ils daners per la

1 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20173164>

2 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20154117>

promoziun dal rumantsch tant da la Confederaziun sco era dal Chantun tar ina suletta organisaziun correspunda ad ina accumulaziun da ristgs.

Plinavant n'è quai era betg ina situaziun che promova creatividad ed innovaziun – la Lia Rumantscha po, independentamain da las prestaziuns ed il success da sia lavur e ses projects, quintar cun in 'scheck blanko' per mintgamai quatter onns. Quest sistem senza sancziuns maina dentant a la situaziun ch'autras iniziativas empermettentas rumantschas dependan cumplettamain da la Lia Rumantscha.

En vista a la finamira d'impunder ils (paucs) meds finanzials per il rumantsch en moda uschè innovativa ed effizienta sco pussaivla proponin nus da sviluppar vinavant e differenziar ora pli fitg il sistem actual per la promoziun da linguas:

- Per l'ina duai la Lia Rumantscha sco organisaziun tetgala survegnir ina cumpart da tschep da questa summa – p.ex. dus terzs che vegnan impundids per il rumantsch. Questa contribuziun da tschep duai garantir la basa dal rumantsch e vegnir investida en emprima lingua en ils pensums da coc da la Lia Rumantscha – vul dir il servetsch linguistic (vocabulary) e la promoziun da la scolaziun per rumantsch.
- La summa che resta duai vegnir messa a disposiziun sin basa da dumondas da projects – saja quai projects da la Lia Rumantscha u dad auters acturs cun in project persvadent e necessari per la promoziun dal rumantsch. Uschia vegn garantì ch'ils projects che vegnan finanziads tras quests meds èn per l'ina innovativs, effizients ed effectivs, per l'autra che tut ils projects e tut las persunas che vulan s'engaschar per il rumantsch han la pussaivladad da realisar lur ideas e lur projects per la promoziun dal rumantsch, e betg be ina pitschna gruppa rumantscha sco la suprastanza da la Lia Rumantscha. Uschia pudess er il giavisch per dapli participaziun, che l'evaluaziun ha demussà, vegnir ademplì. Il pensum d'evaluar projects pudess vegnir surdà ad ina cumissiun federala da linguas sco proponì en questa risposta da consultaziun. Uschiglio pudess quai era vegnir fatg d'in gremi d'expertAs incaricà da Chantun e Confederaziun e che surpiglia tras delegaziun da Chantun e Confederaziun da reparter quests daners.

Grazia fitg per resguardar ils basegns ed interess da la cuminanza rumantscha e da gidar da mantegnair er en l'avegnir la quarta lingua naziunala.

Per la Pro Svizra Rumantscha

Barbla Etter e Clau Dermont, copresidents



Consultaziun davart il messadi da cultura 2021-2024 – la Confederaziun duai sustegnair pli ferm il rumantsch en la diaspora

L'uniun Pro Svizra Rumantscha (PSR) è vegnida fundada il 1992 cun la finamira da crear ina gasetta quotidiana rumantscha, ma ella sa deditgescha er a projects e mesiras generalas per la promoziun da la lingua rumantscha.

En vista al svilup da la politica da linguas svizra è ella da l'avis ch'i dovria dapli engaschi da la Confederaziun, e che las organisaziuns da lingua stoppian prender posiziun cun dapli conscienza. Perquai propona la PSR da sviluppar vinavant la politica da linguas er en il rom dal messadi da cultura.

Inqual resposta sin il catalog da dumondas tar il messadi da cultura 2021-2024

2. Lingias d'acziun

La PSR sustegna vinavant ils trais accents da la cultura politica. Gist la coesiun da la societad è ord vista da las linguas minoritaras in punct central. En quest connex èsi necessari da sviluppar vinavant l'engaschament da la Confederaziun per la coesiun da la societad. Uschia propona la PSR da reactivar la proposta per ina cumissiun da convivenza, sco proponì dal Cussegl dals Chantuns. Gista las difficultads tar la protecziun e promoziun da las linguas minoritaras talian e rumantsch demussan ch'igl è necessari per la Confederaziun da surpigliar dapli responsabladad en lur rolla da sustegnair ils chantuns en la promoziun da linguas minoritaras.

D'aggiuntar la digitalisaziun sco quart punct vegn sustegnì cumplettaimain.

6. Meds finanzials

En vista a la summa da be 0,3 pertschient da las expensas da la Confederaziun èsi da constatar che la politica da cultura è plitost maculatura che punct central. Quai è deplorabel, gist considerond ch'il barat cultural tranter las quatter regiuns linguisticas fiss in champ d'engaschament cultural impurtant che profitass da dapli sustegn. Ch'il quart punct d'accent, la digitalisaziun, vegn agiuntà senza er auzar la contribuziun per la cultura considerablamain, tge che correspundess a la relevanza da la digitalisaziun per las linguas e per la societad, demussa memia bler retegnientscha.

Igl è necessari che questa sutvalitaziun vegn curregida il pli tard sin la proxima perioda cun auzar la contribuziun per la cultura.

Ulteriuras propostas e remartgas areguard il champ da la politica da linguas

Coesiun da la societad: rinforzar l'engaschament per la diaspora linguistica

La diaspora è ina part impurtanta da la Rumantschia. Bun in terz dals Rumantschs e las Rumantschas abitescha dador il chantun Grischun, e bun la mesadad n'è betg pli da chasa en il territori da tschep. Era la diaspora duai vegnir sustegnida (finanzialmain) e la sensibilitad per il rumantsch en la Bassa duai vegnir augmentada. Uschia vegn la coesiun da la societad rumantscha en la Bassa, cun ed en il Grischun promovida. Gist en vista a persunas che partan vers la Bassa per studi, lavur u motivs persunals duain avair la pussaivladad da tgirar vinavant lur lingua.

Las paginas 42 e 43 dal Rapport explicativ tar il messadi da cultura menziunan:

«Angeichts der Abwanderung der Bevölkerung in die städtischen Zentren darf sich die Förderung nicht auf die herkömmlichen Verbreitungsgebiete der rätoromanischen Sprache beschränken. Der Bundesrat hat bereits in der Kulturbotschaft 2016–2020 die Prüfung von Massnahmen für die Förderung des Rätoromanischen ausserhalb des rätoromanischen Sprachgebiets angekündigt. Die Evaluation hat diese Stossrichtung bestätigt.»

«Um die Förderung der Minderheitensprachen Italienisch und Rätoromanisch ausserhalb ihres traditionellen Verbreitungsgebiets nachhaltig verankern zu können, bedarf es mittelfristig einer Anpassung der gesetzlichen Grundlage, die dem Bund auch eine Direktunterstützung erlauben würde und nicht nur – gemäss aktuellem Wortlaut – über die Kantone Graubünden und Tessin (Art. 22 SpG). Die nachfolgend genannten Massnahmen werden ohne Mehrmittel innerhalb des bestehenden Kreditrahmens umgesetzt.»

La Confederaziun duai animar la Lia Rumantscha da metter a disposiziun meds per la diaspora e promover projects en la diaspora. Ils raps che vegnan ussa da la Confederaziun per il rumantsch na duain betg tuts vegnir investids en il Grischun e per ina cumpart dals Rumantschs e las Rumantschas, ma era per projects che vegnan dabun a la diaspora. La Lia Rumantscha ha dentant la responsabladad da represchentar e promover tut ils Rumantschs e tut las Rumantschas, e betg mo la mesadad. Ils ultims onns ha ella tralaschà da crear in program da sustegnimient per la diaspora rumantscha, ed adina puspè spustà acziuns concretas. La Confederaziun stuess pretender che ses sustegn finanziel va a favur da l'entira Rumantschia.

Cunquai che questas mesiras sa drizzan vers novas gruppas da persunas ch'èn fin ussa vegnidas tralaschadas da la promoziun da linguas èsi era necessari d'augmentar las contribuziuns per che quest sustegn per la diaspora na mainia betg ad ina reducziun per il territori linguistic da tschep.

Accent digitalisaziun: meds moderns era per il Rumantsch

La digitalisaziun vegn proponida sco quart punct d'acziun per il messadi da cultura, tge che nus pudain sustegnair cumplettaimain.

Ord vista dal rumantsch fissi necessari da guardar che nossa lingua minoritara na vegn betg emblidada tar il svilup digital linguistic. Il tudestg, franzos e talian pon profitar d'iniziativas internaziunalas per la digitalisaziun dal linguatg, saja quai cun translaziuns automatisadas, products per renconuschientscha vocala e la basa da quests products, corporas dal linguatg.

Er en il chantun Grischun vegni proponì da rinforzar l'engaschament per la digitalisaziun. La regenza dal chantun Grischun ha dentant desistì d'integrar en il program per la digitalisaziun da sustegnair il rumantsch cun almain crear corpora e vocabularis digitals che fissan la premessa per sviluppar products sco translaziuns automatisadas u programs da correctura.

Per il rumantsch n'exista nagin martgà da crear quests products. Sch'ìls Rumantschs na duain betg vegnir discriminads en lur diever da products electronics, alura èsi necessari da sustegnair iniziativas per digitalisar la lingua. Quest sustegn fiss alura er in catalisatur: sche la basa tecnic-linguistica exista per uschenumnads programs e projects, alura è l'implementaziun parallelamain ad autras linguas fitg simpla. Quai dess era la pussaivladad da sustegnair puspè auters projects centrals da la Rumantschia: Cun systems da translaziuns automatics fissi pussaivel da translatar meds d'instrucziuns bler pli spert; ils Rumantschs e las Rumantschas avessan access a programs da correctura e pudessan uschia auzar lur nivel linguistic; ed els avessan la pussaivladad da communitgar cun in telefonin u systems ch'enconuschan la vusch.

D'uschè in'iniziativa per la digitalisaziun da la lingua rumantscha pudess era la Confederaziun profitar – la translaziun da texts en rumantsch fiss bler pli simpla ed uschia er pli bunmartgada. Ma per che quai daventia pussaivel èsi ussa necessari d'investir en la creaziun da bancas da datas extensivas e corporas per il rumantsch, nua che la Confederaziun ed il chantun Grischun han la pussaivladad da metter la basa.

La strategia da promover e proteger il rumantsch – insufficienta?

L'evaluaziun da la promoziun dal rumantsch e da la Lia Rumantscha ha demussà blers problems. En connex cun il messadi da cultura vulain nus proponer da preparar in meglierament da quests problems.

In punct central è ch'uschè in'evaluaziun duai vegnir instituziunalisada. L'evaluaziun ha mussà ch'igl è essenzial da sclerir regularmain co che la situaziun tant dal

rumantsch sco era dal talian è. Plinavant èsi necessari d'analisar quant adequat ch'ils meds impundids da la Confederaziun e dal chantun Grischun vegnan utilisads. Nus proponin perquai da fixar en la lescha da linguas da far questa evaluaziun mintga quatter onns avant il proxim messadi da cultura.

Art. 25, alinea 2:

La Confederaziun examinescha ~~regularmain~~ mintga quatter onns l'opportunitad e l'efficacitad da las mesiras.

Cumissiuun federala da linguatgs

En vista dals resultats alarmants da l'evaluaziun essan nus persvadids anc pli fitg da la necessitad per ina cumissiuun federala da linguatgs. En l'argumentaziun encunter l'iniziativa parlamentara Engler 17.3164¹ menziuna il Cussegl federal ch'el na vesa betg la necessitad per uschè in gremi. Medemamain è il Cussegl federal stà encunter l'evaluaziun proponida en il postulat Semadeni 15.4117.² Il resultat da l'evaluaziun mussa dentant che l'argumentaziun encunter il postulat Semadeni sco er encunter l'iniziativa parlamentara Engler na subsista betg en vista als problems ch'èn vegnids illustrads da l'evaluaziun. En il rom da questa consultaziun vulain nus perquai re-proponer d'installar ina cumissiuun federala da linguatgs sco proponida en l'iniziativa parlamentara Engler 17.3164.

Der Bundesrat wird beauftragt einen Entwurf für die Verankerung einer ausserparlamentarischen "Kommission für Sprachenfragen" im Sprachengesetz vorzulegen. Die Kommission soll dabei paritätisch mit je drei Vertretern der vier Landessprachen sowie drei weiteren Vertretern von Minderheitensprachen zusammengesetzt sein. Die entsprechende Fachkommission beschäftigt sich mit der Verständigung und dem Austausch zwischen den Sprachengemeinschaften nach Artikel 70 Absatz 3 der Bundesverfassung und berät den Bundesrat in allen Fragen der Sprachenpolitik, welche in die Kompetenz des Bundes fallen.

Alternativ u en agiunta fissi era pussaivel da stgaffir in post independent per perseguitar, mesirar e survegliar l'implementaziun da la lescha da linguatgs tant federala sco era chantunala, sco era dal contract da prestaziun.

Diversitad a promoziun e protecziun – dapli acturs?

In ulteriur problem demussà da l'evaluaziun è la stretga che po impedir la promoziun dal rumantsch: la situaziun instituziunala da la Lia Rumantscha. Ozendi èn tut ils meds da promoziun concentrads sin la Lia Rumantscha. Sche l'organisaziun na funcziuna betg u sche l'organisaziun è en ina crisa da legitimaziun munta quai che la promoziun dal rumantsch disdescha cumplettamain. Da focusar tut ils daners per la

1 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20173164>

2 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20154117>

promoziun dal rumantsch tant da la Confederaziun sco era dal Chantun tar ina suletta organisaziun correspunda ad ina accumulaziun da ristgs.

Plinavant n'è quai era betg ina situaziun che promova creativitat ed innovaziun – la Lia Rumantscha po, independentamain da las prestaziuns ed il success da sia lavur e ses projects, quintar cun in 'scheck blanko' per mintgamai quatter onns. Quest sistem senza sancziuns maina dentant a la situaziun ch'autras iniziativas empermettentas rumantschas dependan cumplettamain da la Lia Rumantscha.

En vista a la finamira d'impunder ils (paucs) meds finanzials per il rumantsch en moda uschè innovativa ed effizienta sco pussaivla proponin nus da sviluppar vinavant e differenziar ora pli fitg il sistem actual per la promoziun da linguas:

- Per l'ina duai la Lia Rumantscha sco organisaziun tetgala survegnir ina cumpart da tschep da questa summa – p.ex. dus terzs che vegnan impundids per il rumantsch. Questa contribuziun da tschep duai garantir la basa dal rumantsch e vegnir investida en emprima lingua en ils pensums da coc da la Lia Rumantscha – vul dir il servetsch linguistic (vocabulary) e la promoziun da la scolaziun per rumantsch.
- La summa che resta duai vegnir messa a disposiziun sin basa da dumondas da projects – saja quai projects da la Lia Rumantscha u dad auters acturs cun in project persvadent e necessari per la promoziun dal rumantsch. Uschia vegn garantì ch'ils projects che vegnan finanziads tras quests meds èn per l'ina innovativs, effizients ed effectivs, per l'autra che tut ils projects e tut las persunas che vulan s'engaschar per il rumantsch han la pussaivladad da realisar lur ideas e lur projects per la promoziun dal rumantsch, e betg be ina pitschna gruppa rumantscha sco la supranza da la Lia Rumantscha. Uschia pudess er il giavisch per dapli participaziun, che l'evaluaziun ha demussà, vegnir ademplì. Il pensum d'evaluar projects pudess vegnir surdà ad ina cumissiun federala da linguas sco proponì en questa risposta da consultaziun. Uschiglio pudess quai era vegnir fatg d'in gremi d'expertAs incaricà da Chantun e Confederaziun e che surpiglia tras delegaziun da Chantun e Confederaziun da reparter quests daners.

Grazia fitg per resguardar ils basegns ed interess da la cuminanza rumantscha e da gidar da mantegnair er en l'avegnir la quarta lingua naziunala.

Per la Pro Svizra Rumantscha

Barbla Etter e Clau Dermont, copresidents

Bundesamt für Kultur
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 16. September 2019

**Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024:
Stellungnahme des Vereins Creative Europe - MEDIA Desk Suisse**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2019 das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-24 eröffnet und MEDIA Desk Suisse zu einer Stellungnahme eingeladen.

MEDIA Desk Suisse ist Leistungsträger unter einer Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Kultur BAK und gemäss Verordnung des EDI über die Förderung der internationalen Präsenz des Schweizer Filmschaffens und die MEDIA-Ersatz-Massnahmen (IPFiV, Art. 28 al. 3) mit der Durchführung der MEDIA-Ersatzmassnahmen beauftragt.

Wir begrüssen den vom BAK erarbeiteten Entwurf der Kulturbotschaft 2021-24 als sehr gute Basis für die nächsten Jahre, insbesondere die in 1.4.3.2 genannte Einbindung der Schweiz in internationale Plattformen, wie das Programm Creative Europe (MEDIA und KULTUR). Die Teilnahme an diesem Programm ist besonders für die Auswertung des Schweizer Films im Ausland von grosser Bedeutung.

Es ist sehr positiv, dass Elemente der AVMD-Richtlinie der EU auch in die Schweizer Gesetzgebung Eingang finden sollen, wie für das Filmgesetz Art. 24a vorgeschlagen. MEDIA Desk Suisse plädiert dafür, dass durch die frühzeitige Berücksichtigung aller Elemente der Richtlinie in allen betroffenen Gesetzesüberarbeitungen oder Neuformulierungen die Grundlage für eine möglichst reibungslose Teilnahme an europäischen Förderprogrammen geschaffen wird.

Konkret haben wir folgende Bemerkungen zum Text der Kulturbotschaft:

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

In dieser Handlungsachse wäre der Bereich Film einzubeziehen - die Audiovision ist entstanden durch Innovation und ist prädestiniert für Kreation und Innovation, z.B. (aber nicht nur) durch AR/VR Technologie.

Der folgende Passus ist unklar:

2.3.6.4 „Verschiedene neue Fördermassnahmen, die im MEDIA-Unterprogramm 2014-2020 erstmals enthalten sind – wie die Förderung von Games und Medien -, werden durch die Ersatzmassnahmen nicht kompensiert. Es ist derzeit auch nicht vorgesehen, die bestehenden MEDIA-Ersatzmassnahmen inhaltlich auszubauen.“

Wir gehen davon aus, dass im ersten Satz „Games und interaktive Medien“ gemeint sind. Falls auch der zweite Satz sich lediglich auf Games und interaktive Medien beziehen soll, schlagen wir folgende Formulierung vor: „Es ist derzeit nicht vorgesehen, die bestehenden MEDIA-Ersatzmassnahmen in dieser Hinsicht inhaltlich auszubauen.“

Die Möglichkeit, *inhaltliche Anpassungen*, wohlgernekt *ohne finanziellen Mehrbedarf*, in den Ersatzmassnahmen vornehmen zu können, sollte unbedingt gegeben sein, weil die Ersatzmassnahmen und die Branche sich den veränderten Marktbedingungen anpassen müssen.

Neue Förderlinien im Bereich Film, die im Rahmen von Creative Europe MEDIA seit 2014 angeboten werden, sollten auch im Rahmen der Ersatzmassnahmen angeboten werden können, um auf einen Wiedereinstieg in das EU-Programm vorbereitet zu sein.

2.3.6.4 Internationale Zusammenarbeit

In „Ziele und Massnahmen“, Punkt 1 könnte die Teilnahme an einem künftigen europäischen Film- und Audiovisionsförderprogramm (Creative Europe MEDIA-Folgeprogramm) noch stärker betont werden, z.B. „ist weiterhin oberstes Ziel“ statt „wird weiterhin angestrebt“.

Wir würden eine Nennung des MEDIA Desk Suisse in Punkt 2 begrüßen, und schlagen folgende Ergänzung vor: *„Die Fortführung der nationalen Ersatzmassnahmen (über den Verein Creative Europe -MEDIA Desk Suisse) soll in der Zwischenzeit die finanziellen Nachteile aus der Nichtteilnahme an diesem Programm abfedern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Filmschaffenden erhalten.“*

Wir plädieren ausserdem dafür, dass der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen in vollem Umfang erhalten wird.

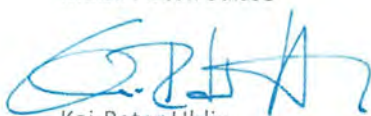
Im übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme von Cinésuisse und schliessen uns dieser insbesondere in den folgenden Punkten an:

- Angleichung der Pflichten von Online-Anbietern an die Pflichten linearer Fernsehanbieter und die Einführung einer Investitionspflicht in das Schweizer Filmschaffen für Online-Anbieter, die auf ein Schweizer Publikum zielen, unabhängig von ihrem Sitz;
- Einführung einer Quote von 30% für europäische Filme auf Online-Plattformen sowie deren angemessene Herausstellung;
- Förderung der Kreation und Innovation im Film und Flexibilisierung der Formen;
- Stärkung der minoritären Koproduktionen im Rahmen des FISS;
- Unterstützung der Kinos als Ort gesellschaftlicher Diskussion und kultureller Teilhabe;
- Förderung der Untertitelung und Synchronisierung, Auswertung von Filmen in allen Schweizer Sprachregionen;
- Zusammenarbeit mit Europa (wie in unserer Stellungnahme weiter oben ausgeführt).

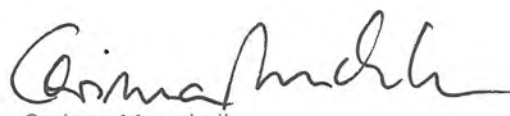
Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit und den engen Austausch mit dem BAK, besonders mit der Sektion Film und der Leiterin des BAK, sowie für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen

MEDIA Desk Suisse



Kai-Peter Uhlig
Präsident des Vorstands



Corinna Marschall
Geschäftsführerin

Genève le 17 septembre 2019

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral

Par email : stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Objet : Réponse de Fonction : Cinéma à la consultation concernant la procédure de consultation sur le Message Culture de la Confédération pour la période 2021 – 2024

Monsieur le Conseiller fédéral,

Fonction : Cinéma vous communique ci-dessous ses remarques afin de participer à la présente consultation. En tant qu'association professionnelle non-corporatiste régionale dans les domaines cinématographique et audiovisuel, nous limiterons nos propositions aux articles consacrés au cinéma. Le contact direct que nous avons avec nos membres producteurs, réalisateurs, techniciens et auteurs nous incite à souligner trois aspects de ce message, qui tous ont tous un impact direct sur la vie quotidiennes des professionnels.

Particulièrement, assurer le financement général de la branche par des **ressources pérennes et suffisantes** pour permettre **des salaires décents**, encourager une **promotion soutenue des oeuvres** liées à un **succès justement valorisé**, mettre **rapidement et pour longtemps** à disposition des citoyens **les œuvres financées par de l'argent public**. Tels sont les questions interdépendantes et vitales au maintien d'une activité audiovisuelle professionnelle viable dans notre pays. Dans ce sens, l'autorité politique à un rôle majeur à jouer pour offrir un solide cadre de travail à la fabrication aussi bien d'œuvres de création originales que de productions de commandes indispensables à l'économie.

Préambule :

A l'instar de Cinéforum (la fondation romande du cinéma), nous saluons les efforts consentis par la Confédération pour l'encouragement fédéral de la culture qui s'inscrivent dans la continuité du message culture 2016-2020, nous ne pouvons passer sous silence notre déception face à un manque de prise en compte des bouleversements qui animent globalement la création cinématographique et plus généralement la création audiovisuelle. Depuis plusieurs années, la création audiovisuelle indépendante se décline sur de nouvelles formes d'écriture et il devient inopportun de vouloir comparer ou hiérarchiser l'apport culturel de telle ou telle. Raconter des histoires originales et inventives, nourries de notre culture propre, est aujourd'hui tout autant important que cela soit sous forme de récits cinématographiques, de séries télévisuelles ou de projets audiovisuels interactifs.

La période que nous vivons représente certainement un **tournant fondamental** pour ce qui concerne le cinéma et l'audiovisuel. La numérisation a fondamentalement changé les conditions de production et d'exploitation des films et exacerbé la concurrence. L'émergence sur le marché de nouveaux acteurs, notamment les plateformes d'offre on-line, impacte les modes de fabrication et de financement et appelle à des mécanismes de soutien du cinéma et de l'audiovisuel plus flexibles et plus dynamiques.

Face à cette nouvelle situation, il convient désormais de **tracer des lignes stratégiques claires** dans l'accompagnement financier de la création audiovisuelle, en prenant en considération l'ensemble de la chaîne, de l'idée de base à son entrée sur le marché, sans omettre la promotion à l'étranger et la formation.

Il est urgent de prendre en compte cette nouvelle situation et de revoir la structure qui doit permettre **un soutien plus cohérent et une utilisation plus efficace des ressources financières**. La quasi- totalité des pays européens ont développé des institutions nationales de soutien, indépendantes de l'administration étatique, mais évidemment sous le contrôle étroit de leurs autorités de tutelle. Ces

« Instituts de l'audiovisuel » largement dotés de moyens financiers ont ainsi une plus grande capacité à être en phase avec l'ensemble de la problématique du soutien à l'audiovisuel et d'être plus réactifs aux changements inhérents à ce domaine d'activité en constante mutation. Ces structures de financement ont conduit à un **financement plus dynamique et plus flexible** des œuvres audiovisuelles, en particulier dans les petits pays, et a considérablement accru leur reconnaissance et leur visibilité.

En Suisse, le soutien fédéral à la création audiovisuelle indépendante représente un tiers des moyens engagés au plan institutionnel, le reste se répartissant à part égale entre la SRG SSR et les fonds régionaux. Il nous paraît dès lors indispensable qu'une large concertation se fasse entre ces différents acteurs, sans oublier ceux de la branche elle-même, afin de définir une **stratégie commune** pour la prochaine décennie et tendre vers la création d'un « **Centre national du cinéma et de l'audiovisuel** », la mise en place d'une telle institution étant d'ailleurs compatible avec l'actuelle LCin (Art.9).

Comme énoncé plus haut, l'arrivée des nouveaux acteurs du numérique modifie profondément le paysage audiovisuel et agit également sur les habitudes des consommateurs. Ces nouveaux acteurs doivent évidemment être impliqués dans le développement de la création audiovisuelle suisse au même titre que le sont déjà les télévisions linéaires. Nous saluons donc à ce titre la volonté de l'OFC d'obliger les plateformes de streaming à participer à l'effort collectif.

Mais c'est également l'arsenal législatif qui doit être revu fondamentalement. La LCin telle qu'elle est actuellement en vigueur, de même que la LRTV, ne répondent plus à la réalité du terrain. En conséquence, il nous paraît urgent de légiférer en tenant compte d'un spectre plus large que celui du cinéma et de rédiger une *Loi sur le cinéma et l'audiovisuel*, qui prenne en compte à part égale création cinématographique et création audiovisuelle, incluant tant les séries que les nouvelles écritures numériques. De ce point de vue, il devient obsolète de vouloir catégoriser les œuvres en terme de « cinéma » ou de « télévision », tant ces deux mondes autrefois différenciés s'interpénètrent aujourd'hui. Pour y parvenir, nous appelons à une plus grande transversalité entre les différents départements fédéraux concernés, à savoir le DFI via l'OFC, le DETEC via l'OFCOM et le DEFR via le SEFRI dont dépend l'ensemble des formations.

Ajoutons que dans ce contexte de transformation radicale des modes de diffusion, **seules quelques œuvres de notre patrimoine cinématographique ont été numérisées** ces dernières années et peuvent redevenir accessibles au public. Dans ce domaine, la Suisse a pris un retard considérable en comparaison avec ses voisins européens. L'accessibilité de l'ensemble du corpus audiovisuel du siècle passé par les modes de diffusion actuels doit être une des priorités de ces prochaines années. Si la volonté en est effectivement exprimée dans le Message Culture (2.3.6.3), les moyens financiers alloués restent dérisoires pour lancer un véritable programme de numérisation tel que des pays comme la Suède, le Danemark ou la Norvège, pour ne citer qu'eux, ont réussi à accomplir. Face à cette situation, la **motion Savary (19.3649)** déposée le 18 juin 2019 au Conseil des États apporte une possibilité de réponse financière adéquate en proposant l'affectation des recettes extraordinaires générées par la vente des concessions 5G à l'accompagnement de la transition numérique.

Nos remarques :

2.1.2 Création artistique

Revenu et rémunération des acteurs culturels :

Fonction : Cinéma s'associe aux structures qui œuvrent tant pour le respect des bases salariales recommandées par les associations professionnelles, que pour le respect des droits d'auteurs qui sont aussi une importante source de rémunération.

Soumettre l'attribution de fonds publics fédéraux à la présentation de budgets de création contenant des « rémunérations convenables » nous semble indispensable mais revient, si l'assiette des financements généraux n'augmente pas, à diminuer le nombre d'œuvres produites. Cela, nous ne l'imaginons pas vu la diversité et la masse critique d'œuvres dont nous avons besoin pour faire exister un secteur professionnel diversifié, créatif et productif.

La cohérence globale d'un système qui entend poursuivre et améliorer la formation de nouveaux artistes et techniciens tout en garantissant des « revenus convenables » à l'ensemble des professionnels exige l'augmentation des financements alloués et donc de trouver de nouvelles ressources. En particulier, l'attention internationale se porte sur les opérateurs du web qui captent énormément d'argent sans participer au développement de l'audiovisuel local, pourtant indispensable à l'expression culturelle de notre société et à son économie.

Il est primordial, à l'instar des chaînes publiques, que les opérateurs agissant sur le marché national (Swisscom, Orange, Sunrise et autres GAFA) financent la création nationale à hauteur de 4% de leurs chiffres d'affaires indigènes. Soit en participant au « pot commun » des fonds publics dévolu à la création, soit en finançant un fond administré par un tiers soit en coproduisant directement des œuvres suisses. Nous

espérons vivement que la Suisse saura profiter et s'inspirer des négociations et législations actuellement mise en place au niveau international à ce propos.

Nous devons cependant ajouter, à l'instar du pénible constat fait par les syndicats, que même en prélevant les assurances sociales dès le premier franc sur les rémunérations, la bombe à retardement des retraites insuffisantes ne sera pas désamorcée vu la modestie des salaires « convenables » les plus bas dans les milieux culturels.

Il est à noter que les services publics, au sens larges, ou les structures subventionnées ou au bénéfice de la redevance audiovisuelle, devraient agir avec exemplarité sur ces questions. Et que malheureusement, nombreuses sont encore les prestations commandées qui ne permettant pas des « rémunérations convenables », en particulier autour du statut des « vrais » ou « faux » indépendants.

Dans tous ces cas de travail financés avec de l'argent public, nous appelons de nos vœux que la Confédération exerce une véritable forme d'information, d'incitation et de pression sur les services publics et les financeurs de la branche.

2.1.3 Diffusion, promotion et échanges en Suisse

Fonction : Cinéma fait le constat, à l'instar de ce message culture fédéral, que le nombre des films suisse en salle de cinéma se fait rare et que leurs fenêtres d'exploitation sont de plus en plus courtes.

L'efficacité des fonds attribués au secteur privé de la distribution et de l'exploitation des films doit être réévalué et sans doute partiellement réattribué pour soutenir d'autres initiatives. Pour nous, toutes les actions de promotions / distributions / diffusions des films sont maintenant à valoriser.

La courte sortie en salle de cinéma et la ponctuelle diffusion en TV linéaire d'une œuvre ressemble de plus en plus à de la diffusion événementielle, qui ne sert qu'à faire la promotion de l'exploitation en ligne et sur le long terme des films disponibles sur les plateformes web.

Du coup, chaque événement ou projection initiée par les distributeurs, les exploitants, les auteurs, les producteurs, les institutions, les festivals etc. relance la vision des œuvres sur le web.

A ce titre, le référencement des visionnements en ligne, quel que soit la plateforme, doit donc être urgemment imposé à tous les acteurs du web qui opèrent en Suisse.

Aussi, comment la Confédération entend-elle valoriser au mieux toutes ces initiatives qui améliorent indiscutablement la visibilité des films ? Comment l'OFCOM et l'OFS vont-elles référencer et valoriser les visionnements en ligne, les projections événementielles et les entrées en Festival A et B ? Sans des indicateurs fiables, impossible de mener une politique transparente de valorisation politique et financière de l'investissement culturel public.

2.3.6.1 Encouragement du cinéma

Objectifs et mesures

Fonction : Cinéma voit d'un très bon œil la création **d'une plateforme web SSR nationale qui peut devenir le site audiovisuel de référence pour les spectateurs suisses**, aussi bien pour visionner les programmes linéaires du service public que les archives ou la création d'œuvres originales récentes.

En effet, vu la notoriété et le rôle primordial de la SSR dans la production des films à travers le pacte de l'audiovisuel, la Confédération, la Cinémathèque et la SSR ont intérêt à collaborer pour n'avoir qu'une seule plateforme web de référence partagée pour la diffusion de la production audiovisuelle nationale.

En ce qui nous concerne, et pour autant que les visionnements sur cette plateforme soient valorisés justement du point de vue des droits d'auteurs, tous nos films subventionnés devraient y être mis rapidement à disposition des citoyens et de façon permanente.

La question de la « durée d'exploitation » est de plus en plus mal posée. L'ancienne « chronologie des médias » est obsolète. En effet, les films ont une durée de vie tellement courte au cinéma et dans les festivals que nous aurions tous à gagner à les placer sur une plateforme web nationale dès le début de leur exploitation. Si on ajoute que la courte campagne de presse qui accompagne la sortie d'un film dépasse rarement une semaine, nous devrions considérer cette mise à disposition sur une plateforme de référence nationale comme une chance supplémentaire de multiplier les possibilités de visionnements. Cela pourrait être le cas grâce à la notoriété et à la facilité d'accès d'un site national comme celui que construit la SSR.

Genève le 17 septembre 2019

La gestion technologique et éditoriale d'une telle plateforme demande tellement de savoir-faire et de ressources que la Cinémathèque devrait pouvoir s'y associer pour y offrir ses films de patrimoines. On a de la peine à imaginer une multiplication des plateformes suisse, pour d'évidentes raisons de dispersion de coûts, de savoir-faire et de notoriété.

La gestion éditoriale d'une telle plateforme, si elle est bien menée, peut amener à des recommandations de visionnements qui font à la fois la promotion de films nouveaux et le lien avec des archives tièdes ou froides, par sujets, auteurs ou comédiens. Cela dynamiserait l'ensemble d'une production nationale historiquement très riche et valoriserait la mémoire des regards posés par les créateurs de notre pays.

Au nom de Fonction : Cinéma, nous vous remercions de l'opportunité que vous nous avez offerte d'apporter nos remarques et commentaires à l'occasion de cette consultation du Message Culture 2021-2024 et espérons que ceux-ci vous seront utiles pour la suite de vos travaux.

Nous espérons vivement qu'au cours de la nouvelle période, le Département de l'intérieur et son Office fédéral de la culture étudieront de manière approfondie la mise en place à terme d'un véritable « Centre national du cinéma et de l'audiovisuel » en charge de répondre aux nombreux défis qui attendent ce secteur d'activité, et pourront en dessiner les conditions-cadres.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations distinguées.

Pour Fonction Cinéma,

Xavier Derigo, président

Aude Vermeil, directrice

Laurent Graenicher, resp. dossiers politiques

Per Mail eingereicht an: stabstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 17. September 2019

**Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024
(Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019**

**Stellungnahme der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Archäologie des Mittelalters und der
Neuzeit (SAM)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019 äussern zu können und stellen Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zu.

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit (SAM) wurde 1974 gegründet und 1998 zu einem Verein. Sie vereinigt Fachleute der Archäologie, der Kunstwissenschaft und der Geschichte, die sich mit materiellen Hinterlassenschaften des Mittelalters und der Neuzeit aus dem Gebiet der heutigen Schweiz und angrenzenden Räumen befassen. Die SAM fördert den Informationsaustausch zwischen öffentlichen und privaten Institutionen und den Forschenden sowie mit Nachbarwissenschaften. Sie ist Ansprechpartnerin für Politikerinnen, Politiker und Behörden.

In Entsprechung zur thematischen Ausrichtung der SAM beschränkt sich die Stellungnahme auf die Kulturerbepolitik, die auch archäologisches Kulturerbe umfasst. Sie folgt in ihrem Aufbau den gestellten Fragen.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Als gelungene Umsetzungen beurteilen wir die in der KB 2016-2020 vorgesehene Ratifizierung der Konvention von 2001 zum Schutz des Unterwasserkulturerbes

Hervorzuheben sind u.E. zudem weitere in der Kulturbotschaft nicht vorgesehene, jedoch umgesetzte Vorhaben:

- die Teilnahme am Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018, das von der Europäischen Kommission unter dem Motto «Sharing Heritage» ausgerufen wurde, und die Durchführung von einer Vielzahl von Aktionen, u.a.:
 - die Organisation einer informellen Kulturministerkonferenz zum Thema Baukultur im Januar 2018 im Vorfeld des WEF und die Verabschiedung der Davos Declaration
 - die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention 2005)

Wir bedauern es hingegen, dass wegen der durch das Parlament beschlossenen Teuerungskorrekturen sowie des Stabilisierungsprogramms 2017–2019 die tatsächlichen Voranschlagskredite tiefer lagen als ursprünglich in der Kulturbotschaft 2016–2020 vom Parlament festgelegt und auf die Umsetzung verschiedener Vorhaben

verzichtet werden musste. Namentlich wurde darauf verzichtet, Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der Baukultur zu ergreifen.¹

Die nationale Zusammenarbeit aller staatlicher Ebenen in der Kulturpolitik im Rahmen des «Nationalen Kulturdialogs» hat sich als sinnvoll und effektiv erwiesen, namentlich im Bereich der «Kulturellen Teilhabe». Im Weiteren konnte erstmals in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik eine nationale Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie erstellt werden.² Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass diese Statistik keine Antwort zum Finanzmittelbedarf von Archäologie und Denkmalpflege liefert – wie von der ständerätlichen WBK 2015 gefordert.³

Ein Desiderat bleibt nach wie vor, dass für die Zivilgesellschaft (Organisationen der verschiedenen Kulturbereiche) eine ähnliche Plattform wie der «Nationale Kulturdialog» geschaffen wird.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die SAM nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die kulturpolitische Stossrichtung der Kulturbotschaft 2021-2024 weitgehend auf inhaltlicher Kontinuität basiert. Wir teilen die Auffassung, dass sich die fünf identifizierten Megatrends bestätigt haben und den gesellschaftlichen Veränderungsprozess immer noch wesentlich beeinflussen, namentlich die besondere Wirkungsmacht der Digitalisierung. Insofern beurteilen wir die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes als sinnvoll und richtig: «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation». Wir stimmen der weitgehenden inhaltlichen Kontinuität mit einer punktuellen Weiterentwicklung bisheriger Massnahmen einhellig zu. Demzufolge begrüssen wir es, dass die in der Förderperiode 2016–2020 eingeführten Massnahmen fortgesetzt werden sollen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen bei den drei Handlungsachsen beurteilen wir wie folgt:

- Grundsätzlich ist anzumerken, dass sich der Kulturbegriff mit immer noch neuartigen Konzepten wie «Kulturelle Teilhabe» oder «Open Access» in der Digitalisierung stark gewandelt hat bzw. im Wandel begriffen ist und ein hohes Mass an Interdisziplinarität verlangt, jedoch die gegenwärtigen Förderstrukturen diesen Wandel noch nicht vollzogen haben.

Empfehlung:

Um der Interdisziplinarität der obengenannten Konzepte und den darauf basierenden Projekten gerecht zu werden, sollte das Bundesamt für Kultur passende Förderstrukturen einrichten und entsprechende Projekts sektionsübergreifend fördern.

- «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1., S. 12): bei dieser Handlungsachse vermissen wir, Massnahmen zur Teilhabe am Kulturerbe, wie sie die ratifizierte Faro-Konvention vorsieht und wie sie die Interdepartementale Strategie Baukultur als vorrangiges strategisches Ziel formuliert.

Empfehlung:

Entsprechende Massnahmen sind vorzusehen.

4. Baukultur

¹ Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft 2016–2020), Zwischenbericht per Ende April 2018. <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/bericht-wbk-kulturbotschaft-2018-05-d.pdf>. - Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft), BBl 2015 497, S. 564: *Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung* Der Bund hat in der laufenden Periode die Unterstützung von Organisationen und Sensibilisierungs- sowie Wissensvermittlungsprojekten, namentlich die Europäischen Tage des Denkmals, im bisherigen Rahmen fortgeführt. Diese Anstrengungen sind in der kommenden Periode neu auszurichten und zu verstärken.

² Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.6949761.html>

³ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

An dieser Stelle äussern wir uns zum neuen Konzept Baukultur (2.5., S. 35ff).

Neu wird die bisherige Bezeichnung «Heimatschutz und Denkmalpflege» unter dem prägnanten Begriff «Baukultur» zusammengefasst. Bereits in der zweiten Kulturbotschaft 2016–2020 wurde die Bezeichnung «Heimatschutz und Denkmalpflege» um den Begriff «Baukultur» erweitert – allerdings ohne gesetzliche Abstützung.

Inhaltlich durchaus nachvollziehbar wurde diese begriffliche Erweiterung damit begründet, dass die Verdichtung und die energetischen Sanierungen in den Siedlungsgebieten den Druck auf historische Bauten und Anlagen sowie archäologische Fundstellen erhöhten und eine Herausforderung für die Baukultur darstellten.

In Erfüllung des Postulats 12.3658 der WBK-N («Zeitgenössische Baukultur in der Kulturbotschaft 2016–2019») wurde geprüft, ob die zeitgenössische Baukultur im Rahmen des Bereichs Heimatschutz und Denkmalpflege gefördert werden kann und demzufolge die Massnahmen definiert, eine Interdepartementale Strategie Baukultur zu entwickeln.

Dieser Entwurf zur Interdepartementalen Strategie zur Förderung der Baukultur liegt nun zeitgleich mit dem Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 zur informellen Anhörung vor. Im Rahmen dieses Verfahrens wird die SAM gesondert dazu Stellung nehmen.

Die Kernaussagen wie auch der Bedarf an finanziellen Mitteln sind im vorliegenden Entwurf integriert.

Die Strategie Baukultur des Bundes strebt eine Verbesserung der Gestaltung des gesamten Lebensraums an und folgt der Vision «Eine hohe Baukultur für die Schweiz».

Diese Vision soll mit Hilfe von sieben strategischen Zielen erreicht werden. Um diese Ziele umzusetzen, wurde für die Jahre 2020-2023 ein erster Aktionsplan mit 41 Massnahmen entwickelt, die ausschliesslich der Stärkung der zeitgenössischen Baukultur dienen sollen.

Die SAM begrüsst nachdrücklich die vorliegende Strategie Baukultur und insbesondere das ihr zu Grunde liegende ganzheitliche Verständnis von Baukultur, das sowohl das baukulturelle und archäologische Erbe wie auch das zeitgenössische baukulturelle Schaffen umfasst. Damit die Strategie mit ihrer Vision, den strategischen Zielen und insbesondere dem Konzept Baukultur («Der Umgang mit dem historischen Bestand und das zeitgenössische Schaffen bilden eine Einheit.») konsequent und glaubwürdig umgesetzt werden kann, braucht es zwingend eine Ergänzung des Aktionsplans, die auch die Bereiche des baukulturellen Erbes miteinbezieht.

Die vorgeschlagene neue Bezeichnung für die Sektion beinhaltet offensichtlich auch eine Akzentverschiebung der Tätigkeiten der Sektion, denn gemäss Strategie Baukultur soll im Bundesamt für Kultur ein neuer Politikbereich auf- und ausgebaut werden.

Solange die Bereiche des baukulturellen und archäologischen Erbes nicht Teil des Aktionsplans der Strategie Baukultur sind, ist unseres Erachtens ein Namenswechsel der Sektion nicht nachvollziehbar.

5. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir werten es grundsätzlich als positives Signal, dass der Vernehmlassungsentwurf im Vergleich zum Finanzplan 2020 den Teuerungsausgleich sowie Mehrausgaben insgesamt von CHF 35,4 Mio. für die Finanzperiode 2021-2024 vorsieht und sind erfreut über die Wertschätzung, die der Bundesrat damit gegenüber der Kultur und dem Kulturerbe zum Ausdruck bringt.

Zu den Prioritätensetzungen in den einzelnen Bereichen haben wir folgende Bemerkungen und Anträge:

1. Die Projektbeiträge zur Abklärung und Publikation der **Provenienzen von Kunstwerken** sind notwendig, die Thematik der Provenienzforschung muss beibehalten werden, da in diesem Bereich noch immer ein grosser Handlungsbedarf besteht. Der Begriff sollte allerdings wie folgt erweitert werden:
Provenienzen von Kunstwerken und archäologischen Objekten
2. **Antrag zum Rahmenkredit «Baukultur» (4.1.5): Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen**

Die rückläufigen Finanzhilfen zur Erhaltung schützenswerter Objekte (Denkmalpflege) und zur Durchführung archäologischer Massnahmen stehen im Widerspruch zum selbstdeklarierten ganzheitlichen Verständnis von Baukultur (2.5).⁴

Aus den nachfolgend dargelegten Gründen ist für denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen innerhalb des Förderbereichs «Baukultur» über die vier Jahre insgesamt zumindest ein Kredit von CHF 100 Mio. einzustellen; dies in Entsprechung zum vorgesehenen realen Wachstum von jährlich 1,9 Prozent und der angenommenen Teuerung von 1 Prozent (siehe Rubrik 4.5, S. 55).⁵ Im Durchschnitt stünden dann für die Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen pro Jahr CHF 25 Mio. zur Verfügung. Diese Summe entspricht den Leistungen des Bundes im Jahr 2018 an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen.⁶

Verbundaufgabe Archäologie und Denkmalpflege

Der Bereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» ist seit der NFA 2008 zwischen Bund und Kantonen als Verbundaufgabe geregelt. Die finanzielle Verantwortung wird in diesem Bereich von den Kantonen im Verbund mit dem Bund getragen. Diese Bundesbeiträge werden seither im Rahmen von Programmvereinbarungen mit den Kantonen und mittels Einzelverfügungen gesprochen. Im Bericht vom 28. September 2018 über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen stellt der Bundesrat fest, dass «durch die subsidiäre Beteiligung des Bundes (...) die Effektivität der Finanzhilfen im Bereich des kulturellen Erbes erhöht» werde. Dies wirke der in der Kulturbotschaft 2016–2020 beklagten «Tradierungskrise» entgegen. Die Teilentflechtung zwischen Bund und Kantonen habe sich bewährt.⁷

Die öffentlichen Ausgaben für den Bereich «Denkmalpflege und Archäologie» betragen CHF 265,7 Mio. bzw. 8,7% der gesamten öffentlichen Kulturfinanzierung (Bund, Kantone und Gemeinden, 2016). Auf der Ebene der Kantone sind es sogar 17,7% der Kulturausgaben, die diesem Bereich zukommen, das sind nominal CH 47 Mio.⁸ Der Bund leistete 2016 (im Datenerhebungsjahr der Denkmalstatistik) im Rahmen von Programmvereinbarungen und Einzelverfügungen CHF 25,5 Mio. an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen.⁹

Zwischen 1995 und 2002 wurde das Budget des Bereichs «Heimatschutz und Denkmalpflege» von CHF 48 Millionen auf 36 Millionen gekürzt und 2003 erneut um CHF 12 Mio. zu Gunsten des Films.¹⁰

Diese Einsparungen würden durch die ab 2008 mit der Einführung der NFA geleisteten ungebundenen Ausgleichszahlungen des Bundes an die Kantone wettgemacht, jedoch hätten die Kantone diese Mittel nicht für den Bereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» eingesetzt, argumentierte SR Eder anlässlich der Eintretensdebatte zur Kulturbotschaft 2016–20 vom 12.3.15.¹¹ Es liegt jedoch in der Natur der ungebundenen Ausgleichszahlungen, dass sie nicht in einem bestimmten Budgetposten auftauchen.

Gesetzliche Grundlagen und ausgewiesener Finanzmittelbedarf

Seit 2009 wird der spezialgesetzlich geregelte Kulturbereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» über das Kulturförderungsgesetz geregelt und in den Kulturbotschaften jeweils ein Rahmenkredit für diesen Bereich gestützt auf Art. 16a NHG festgesetzt.

Zur Vorbereitung der ersten Kulturbotschaft setzte 2009 der damalige Direktor des Bundesamtes für Kultur eine «Groupe de réflexion» ein, um Fragen rund um die Programmvereinbarungen mit den

⁴ Entwurf Kulturbotschaft 2021–2024, S. 35–38.

⁵ Diese Berechnung fusst auf den beschlossenen Mitteln für archäologische und denkmalpflegerische Massnahmen des Parlaments in der Höhe von CHF 23,3 Mio. für das Jahr 2020, siehe: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft), BBl 2015 497, S. 613.

⁶ Jahresbericht Bundesamt für Kultur 2018, S. 54–55.: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/das-bak/jahresberichte/jahresbericht-2018--bundesamt-fuer-kultur.html>

⁷ Bericht vom 28. September 2018 über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, S. 19–21: <https://kdk.ch/uploads/media/Ber-4313-6-Aufgabenteilung-Bund-Kantone-20180928.pdf>. - Siehe dazu die Empfehlungen, Aussagen zu Finanzierung und Finanzmittelbedarf im Evaluationsbericht von Schwenkel, Christof et al. Untersuchung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege. Bericht zuhanden des BAK. Luzern 2018.

⁸ Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018. S. 4: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.6949761.html>

⁹ Jahresbericht Bundesamt für Kultur 2016, S. 49–51: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/das-bak/jahresberichte/jahresbericht-2016--bundesamt-fuer-kultur.html>

¹⁰ Siehe dazu die Debatte der Sondersession vom 16.6.2003 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=28347>

¹¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

Kantonen und zum Finanzmittelbedarf zu klären.¹² Der damals ermittelte Finanzbedarf wurde in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 wie auch im jetzigen Entwurf (Kapitel 2.5 Baukultur) wie folgt ausgewiesen, dass «der Bedarf an Bundesmitteln bei über 100 Mio. Franken läge, um massgebliche Verluste zu verhindern». Auch wenn die 2018 erschienene Denkmalstatistik dazu keine detaillierten, aktuellen Zahlen liefert,¹³ stimmen die damals von ausgewiesenen Fachpersonen errechneten Grössenordnungen immer noch. Zumal die aktuelle Zinspolitik und die damit verbundenen erhöhten Aktivitäten im Bausektor, die Umsetzung von RPG 1 (Stichwort: Siedlungsentwicklung nach Innen) und der Energiestrategie 2050 zu einer Zunahme von im Baubewilligungsprozess verlangten denkmalpflegerischen und archäologischen Massnahmen führt.

Intaktes Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen und ist beliebt

Das intakte Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt. Namentlich sind Weiler, Dörfer, Städte und Landschaften eine bedeutende Quelle für die regionale und lokale Identität, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Lebensqualität bei und sind ein wesentlicher Standortfaktor für den Tourismus. So lautet das Fazit des Berichts «Schweizer Ortsbilder erhalten», den der Bundesrat in Erfüllung eines Postulats von Nationalrat Kurt Fluri am 17. Januar 2018 verabschiedet hat.¹⁴ Der Bericht untersucht die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Leistungen des natürlichen und kulturellen Erbes und belegt dessen Relevanz für Aspekte, wie Aufenthaltsqualität, soziale Kohäsion, Standortattraktivität, Wertsteigerungs- und Umsatzpotentiale für die einzelnen Anspruchsgruppen.¹⁵

Die Tourismusstrategie des Bundes (15. November 2017) nennt unter den vier Hauptzielsetzungen, dass die Rahmenbedingungen für den Tourismus zu verbessern sind, wozu auch die landschaftlichen und baukulturellen Qualitäten gehören. Denn die hohe Dichte an Attraktionen sei eine Stärke und bilde das Fundament des Schweizer Tourismus. Zu diesen Attraktionen zählen insbesondere die attraktiven Landschaften sowie die historischen Stätten.¹⁶

Im Bericht «Cultural Heritage counts for Europe» wurden diese Leistungen – basierend auf vielen Einzelstudien – für Europa nachgewiesen.¹⁷ Im Sinne der Strategie für nachhaltige Entwicklung des Bundes 2016-2019 und der UNO-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung gilt es die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Leistungen des Natur- und Kulturerbes zu erhalten.¹⁸

Baudenkmäler und archäologische Stätten sind bei der Bevölkerung beliebt: «Hinter den Museen und Ausstellungen aller Art sowie den Konzerten und anderen Musikanlässen, die von etwas über 70% der Bevölkerung mindestens ein Mal in den zwölf Monaten vor der Erhebung frequentiert wurden, folgen die Baudenkmäler und die historischen oder archäologischen Stätten. Sie sind mit 70% dicht dahinter an dritter Stelle der meistbesuchten Kulturinstitutionen, knapp vor dem Kino, das rund zwei Drittel der Personen anzog», so die Denkmalstatistik 2018.¹⁹ Diese hält weiter fest: «Sie ziehen ein nicht nur zahlreiches, sondern auch breites Publikum an. Männer wie Frauen interessieren sich gleichermassen dafür.» Dies ist zudem ein deutliches Zeichen der Bedeutung dieses Bereichs für die definierten Handlungsachsen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kulturelle Teilhabe».

3. Antrag für die UNESCO Weltkulturerbestätten:

¹² Die auf Einladung des BAK-Direktors Jean-Frédéric Jauslin einberufene «Groupe de réflexion», ein beratendes Gremium des BAK, setzte sich zusammen aus Daniel Zimmermann (Chef Rechtsdienst BAK), Johann Mürner (Sektionschef Heimatschutz und Denkmalpflege BAK), Georg Carlen (KSD), Stefan Hochuli (KSKA), Uta Hassler (ETHZ), Bernard Wicht (Sekretär EDK), Philippe Biéler (Präsident Schweizer Heimatschutz) und Philipp Maurer (Büro Bausatz, mit Studie beauftragtes Büro).

¹³ SR Eder beklagte die missliche Datenlage anlässlich der Sitzung SR 12.3.2015:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

¹⁴ Schweizerischer Bundesrat: Schweizer Ortsbilder erhalten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4028 Fluri vom 15. Dezember 2016. Bern 2018.

¹⁵ Schweizerischer Bundesrat: Schweizer Ortsbilder erhalten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4028 Fluri vom 15. Dezember 2016. Bern 2018, S. 14, 17 und 19.

¹⁶ Schweizerischer Bundesrat: Tourismusstrategie des Bundes. Bern 2017, S. 3, 13.

¹⁷ CHCFE Consortium: Culture Heritage Counts for Europe. Brussels, Krakow 2015.

¹⁸ Schweizerischer Bundesrat: Strategie zur nachhaltigen Entwicklung 2016-2019. Bern 2016.

www.eda.admin.ch/post2015/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html (abgerufen am 29. April 2018).

¹⁹ Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018., S. 28-29.

Für das UNESCO-Welterbe ist in der Kulturbotschaft ein zusätzlicher Förderbereich mit einem angemessenen Kredit einzurichten. Obwohl der Bund im Bereich des UNESCO-Welterbes eine massgebliche Rolle spielt, ist das UNESCO-Welterbe unter den Massnahmen in der Kulturbotschaft nicht speziell erwähnt. Laut dem Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt erkennt jeder Vertragsstaat an, «dass es in erster Linie seine Aufgabe ist, Identifizierung, Schutz, Erhaltung und Erschliessung des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen (...) Kultur- und Naturgutes (...) sicherzustellen. Er wird hierfür alles in seinen Kräften Stehende tun, unter vollem Einsatz seiner eigenen Hilfsmittel.» Die Kulturerbestätten erhalten im Gegensatz zu den Naturerbestätten bisher keine finanzielle Unterstützung des Bundes.

4. **Antrag zur Umsetzung des Aktionsplans Strategie Baukultur:**

Der ambitionierte Aktionsplan mit den 41 Massnahmen soll im Rahmen der bestehenden Ressourcen umgesetzt werden, ein Mehrbedarf beim Bundesamt für Kultur soll über den Rahmenkredit «Baukultur» finanziert werden.²⁰ Die SAM ist der Auffassung, dass der Finanzrahmen den hohen Ambitionen entsprechend angepasst werden muss, jedoch darf dies nicht zu Ungunsten des baukulturellen Erbes geschehen.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Armand Baeriswyl, Präsident der SAM

PD Dr. Armand Baeriswyl, Präsident,
Archäologischer Dienst des Kantons Bern, Brünnenstrasse 66, Postfach 5233, 3001 Bern, armand.baeriswyl@erz.be.ch

²⁰ Strategie Baukultur, S. 46. – Entwurf Kulturbotschaft 2021-2024, S. 51.



**Für die weltweite Unterstützung von
immersiven Künsten und Technologien der
Schweiz**

Seit Beginn des Wendepunkts in den Jahren 2013-2014 haben immersive Technologien die internationale, audiovisuelle Landschaft schrittweise verändert. Sie eröffnen neue Möglichkeiten für Begegnungen und Zusammenarbeit zwischen den Sektoren der technologischen Innovation, des künstlerischen Schaffens und der Industriewirtschaft. Diese Sektoren haben in den letzten Jahren eine beispiellose Entwicklung durchlaufen.

Dank einer starken Vernetzung zwischen kulturellen und technologischen Ökosystemen ist es mehreren Schweizer Akteuren der digitalen Kultur gelungen, sich in der internationalen Szene zu etablieren. Dies mit Hilfe von Virtual-, Augmented- oder Mixed-Reality-Projekten, die sowohl von technologischen Fortschritten als auch von den Visionen einzelner Künstler getragen wurden. Die Liste umfasst Media Design oder Interactive Design-Projekte, welche immersive Komponenten (VR & AR) in Kombination mit Geräte, Games, Machine Learning, Creative Coding oder Generative Design einsetzen.

Diese Projekte haben positive Reaktionen aus der ganzen Welt ausgelöst und wurden bei den renommiertesten Kunstveranstaltungen von immersiven Medien wie Sundance New Frontier, Venedig Mostra VR oder 2018 dank der gemeinsamen Anstrengungen von Pro Helvetia, Engagement Migros und dem Internationalen Filmfestival Genf im Marché du Film des Filmfestivals von Cannes gezeigt. Die Auftritte von Schweizer Projekten auf diesen weltweit operierenden Plattformen zeigen, dass ein neugieriges Publikum für neue Erzählformen vorhanden ist. Das internationale Interesse zeigt überdies ein Potential für die wirtschaftliche Weiterentwicklung dieser künstlerischen Projekte, die den Anfang einer international erfolgreichen Kulturwirtschaft bildet. Die Unterstützung der Herstellung künstlerischer Werke im Bereich der immersiver Technologien ist damit sowohl unter den Gesichtspunkten der Kulturförderung als auch wirtschaftlicher Überlegungen sinnvoll, denn künstlerische Projekte sind oft Ausgangspunkt für marktfähige Produkte. Eine adäquate Unterstützung ist notwendig, um eine nachhaltige Wirtschaft zu etablieren.

Trotz dieser Erfolge ist die Subventionierung vom Bund, die direkt für immersive Projekte eingesetzt werden kann, für die Akteure nach wie vor schwer zugänglich. Zusätzlich ist die Unterscheidung zwischen narrativer und interaktiver Virtueller Realität, die in der Förderung gemacht wird, für die verschiedenen Akteure der Disziplin schwer zu verstehen. Die Hersteller*innen von innovativem digitalem Content haben keinen klaren Zugang zu einem Förderinstrument, das speziell für das Wachstum dieses vielversprechenden Sektors der

Kultur und Innovation konzipiert und eingerichtet und auf die spezifischen Formate adäquat angepasst ist. Bestehende Plattformen wie Festivals und Kunstzentren, die virtuelle Werke präsentieren, können lediglich auf die Hilfe Dritter, wie beispielsweise der Filmbranche, zurückgreifen und werden daher kurzfristig keine technische und logistische Unterstützung mehr anbieten können, die den Bedürfnissen der schweizerischen und internationalen Akteure gerecht wird.

Die Lesung des dem Bundesrat zur Konsultation vorgelegten Entwurfs der Kulturbotschaft 2021 - 2024 wirft diesbezüglich viele Fragen auf. Die verschiedenen Schweizer Akteure im immersiven Bereich sind zutiefst besorgt über die Bedeutung von Videospiel-Projekten als Hauptempfänger von Förderung für digitale Werke. **Sie bedauern auch, dass der einzige Hinweis auf immersive Künste und insbesondere auf die Virtuelle Realität ausschliesslich im Format Videospiele erfolgt, obwohl die grössten Schweizer Erfolge in anderen Bereichen erzielt wurden** wie beispielsweise im Interaktionsdesign (Birdly, Fragment.In, etc.) als auch in Kombinationen zwischen innovativen, immersiven Technologien und traditionellen, künstlerischen Disziplinen wie Tanz (VR_I von Artanim und Gilles Jobin) oder Performance (Interlooped von Imverse und Maria Guta).

Caecilia Charbonnier, Präsidentin der Artanim Foundation und Verwaltungsratspräsidentin von Virtual Switzerland betont: "Mit dieser Botschaft möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, **dass es uns wichtig erscheint, immersive Technologien in den Mittelpunkt Ihrer Strategie zur Kulturförderung zu stellen und nicht nur mit Videospielen in Verbindung zu bringen, weil diese das Potenzial haben das kulturelle Feld zu revolutionieren insbesondere dank eines Netzwerks von Schweizer Fachleuten, die sich auf hohem technologischem Niveau bereits ausgezeichnet haben.**"

Zudem müssen die Ansätze zur Forschung und Entwicklung, die es jungen Schweizer Unternehmen ermöglicht haben, schnell eine Führungsrolle in der Entwicklung immersiver Technologien zu übernehmen, weiter vorangetrieben werden. Für alle Fachkräfte der digitalen Kultur in diesem Land erscheint es unerlässlich, dass der Bund nicht nur ein wichtiger Akteur bei der Finanzierung immersiver Technologien und Künste in der Schweiz wird, sondern dass seine Unterstützung mit der Offenheit und Flexibilität ausgeübt wird, die eine effektive und nachhaltige Förderung von Innovationen unterstützt. **Dazu bieten sich insbesondere verschiedenste neu gegründete Programme an den Schweizer Kunsthochschulen an, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen ausserhalb des Gamings etabliert haben.**

Nicht nur bilden diese die Kulturschaffenden (im Film, dem Design und der Kunst) der Zukunft aus, sie sind mit ihren Forschungsprogrammen auch wichtige Kooperationspartner für Forschung, Entwicklung und Innovation und müssen in der Förderkonzepten für immersive Technologien mit berücksichtigt werden.

Abschliessend ist es wichtig, **ein starkes Signal für die Multidisziplinarität** zu setzen indem die Beschränkung der Virtual Reality auf den Bereich der Videospiele vermieden wird. **Ziel ist es ab heute, solide Brücken zwischen immersiven Schöpfern und ihren Kollegen in den Bereichen darstellende Kunst (Theater, Tanz usw.), audiovisuelle Kunst (Fernsehen, Kino usw.), aber auch Architektur, bildende Kunst oder Musik zu schlagen – alles Praktiken, die bereits von der virtuellen Realität (VR) oder der erweiterten Realität (AR) beeinflusst werden.** Nur wenn diese Logik für die Schweizer Plattformen gilt, die nationale und internationale immersive Werke präsentieren, sowie für die Kulturförderung, kann sich die florierende Szene immersiver Medienproduzent*innen hierzulande in einem sich atemberaubend schnell verändernden Umfeld international wettbewerbsfähig weiterentwickeln. Wir fordern die Verantwortlichen für die Eidgenössische Kulturförderung auf, die erfolgreiche Basis der vergangenen Jahre nicht durch eine verfehlte/unspezifische Förderpolitik zu ersticken.

Max Rheiner, CEO and Founder of Somniacs (Birdly)

Jean-Pierre Greff, director, HEAD-Genève

Emmanuel Cuénod, Artistic and General Director, Geneva International Film Festival

Anaïs Emery, CEO & Artistic Director, Neuchâtel International Fantastic Film Festival (NIFFF)

Pr. Martin Vollenweider, Lecturer for Interactive Media at the Institute for Multimedia Production (IMP) at the HTW

Pr. Dr. Fred Truniger, Head of the Master's Programme in Film, Hochschule Luzern – Design & Kunst

Dr. Caecilia Charbonnier, Founder and Research Director Artanim, Founder and Chief Innovation Officer Dreamscape, President Virtual Switzerland

Dr. Marc Atallah, Director Numerik Games, Maison d'Ailleurs Museum in Yverdon, MER-1 at University of Lausanne

Prof. Dr. Tiziano Leidi, Head of the Institute for Information Systems and Networking (ISIN), Department of Innovative Technologies (DTI), SUPSI

Gilles Jobin, artist and choreographer, Compagnie Gilles Jobin



Pour un soutien global aux arts et technologies immersives suisses

Position des acteurs du secteur de l'audiovisuel numérique
sur le Message Culture 2021-2024

Depuis le tournant amorcé en 2013-2014, les technologies immersives ont transformé graduellement le paysage audiovisuel international. Ouvrant de nouvelles possibilités de rencontres et de collaborations entre les secteurs de l'innovation technologique, de la création artistique et de l'économie industrielle, elles ont connu ces dernières années un développement sans précédent.

Grâce à une interpénétration forte entre les écosystèmes culturels et techniques, plusieurs acteurs suisses de la culture numérique sont parvenus à s'imposer sur la scène internationale, à travers des projets en réalité virtuelle, augmentée ou mixte portés à la fois par des technologies innovantes et des visions d'artistes singulières. Des projets de media design ou de design interactif, alliant les expériences immersives (VR, AR) aux objets connectés, jeux, machine learning, creative coding ou design génératif, ont également été régulièrement honorés en dehors des frontières suisses.

Ces oeuvres ont suscité de nombreuses réactions positives à travers le monde et ont été accueillis dans les manifestations les plus prestigieuses consacrées aux arts immersifs, tels Sundance New Frontier, la Mostra VR de Venise ou, jusqu'en 2018 et grâce aux efforts conjoints de Pro Helvetia, d'Engagement Migros et du Geneva International Film Festival, au sein du Marché du Film du Festival de Cannes. Le public est au rendez-vous, intéressé et friand de nouvelles formes de narration. Soutenir cette création afin que les œuvres puissent devenir des produits économiques qui se vendent et s'exportent est une possibilité. Le soutien est nécessaire afin de créer une économie durable.

Malgré ces succès, les aides fédérales consacrées directement aux projets immersifs sont restées peu lisibles, avec des distinctions entre réalité virtuelle narrative et interactive difficiles à comprendre pour les différents praticiens de la discipline. La production de contenus mais aussi de contenants ne bénéficie pas d'accès clairs à des soutiens constitués et dotés spécifiquement pour accompagner la croissance de ce secteur prometteur de la culture et de l'innovation. Enfin, les plateformes existantes (festivals, centres d'art, etc.) présentant des œuvres virtuelles ne peuvent recourir qu'à des aides issues de domaines tiers, comme le cinéma, et ne pourront donc plus, à court terme, proposer des soutiens techniques et logistiques capables de répondre aux besoins des créateurs suisses comme internationaux.

La lecture du projet du Message Culture 2021 – 2024 mis en consultation par le Conseil Fédéral pose à ce titre de nombreuses questions. Si les différents acteurs de l'immersif suisse saluent d'une même voix la place centrale accordée à la création numérique dans ce texte, ils s'interrogent profondément sur l'emphase donnée au jeu vidéo comme principal récipiendaire des soutiens au numérique. Ils regrettent par ailleurs que **la seule référence faite aux arts immersifs et plus particulièrement à la réalité virtuelle le soit à travers la pratique de ces mêmes jeux vidéo**. Et ce alors que les plus grandes réussites suisses en la matière ont été enregistrées dans d'autres domaines, touchant aussi bien au design d'interaction (Birdly, Fragment.In, etc.) qu'aux hybridations entre des technologies immersives innovantes et des disciplines artistiques traditionnelles, telles que la danse (VR_I d'Artanim et Gilles Jobin) ou la performance (Interlooped d'Imverse et Maria Guta).

Ainsi, comme le rappelle Caecilia Charbonnier, présidente de la Fondation Artanim et Présidente du Conseil d'administration de Virtual Switzerland, « par ce message, nous souhaitons attirer votre attention sur le fait qu'il **nous semble primordial que les technologies immersives figurent au cœur de votre stratégie d'encouragement de la culture et qu'elles ne soient pas simplement associées aux jeux vidéo, car elles ont le potentiel de révolutionner le domaine culturel au sens large, notamment grâce à un vivier de professionnels suisses qui ont su se démarquer sur ce plan technologique** ».

En outre, les notions de recherche et d'expérimentation, qui ont permis à des jeunes sociétés suisses d'acquérir rapidement un leadership dans les technologies immersives, doivent continuer à être valorisées. Il paraît indispensable, pour l'ensemble des professionnels de la culture numérique de ce pays, que la Confédération devienne non seulement un acteur majeur du financement des technologies et arts immersifs en Suisse mais que son soutien s'exerce avec l'ouverture d'esprit et la flexibilité que requiert tout encouragement efficace et durable à l'innovation.

Par ailleurs, un grand nombre de programmes récemment créés dans les hautes écoles d'art et de design suisses s'adressent à un large éventail de domaines, outre celui du gaming. Il apparaît notamment important de valoriser des filiales de media design et de design d'interaction, porteuses d'innovation et qui concourent elles aussi à faire rayonner la Suisse dans le monde. Ces programmes ne forment pas seulement les acteurs des sphères culturelles de demain, mais ils contribuent en tant que partenaires de coopération à la recherche appliquée entreprise dans ces instituts, qui devraient être considérés lors des

discussions pour l'encouragement au développement des technologies immersives et des pratiques numériques artistiques.

Enfin, il apparaît important de **donner un signal fort à la pluridisciplinarité**, en évitant de confiner la réalité virtuelle au seul domaine du jeu vidéo. **Il s'agit de créer, dès aujourd'hui, des ponts solides entre les créateurs immersifs et leurs homologues des arts de la scène (théâtre, danse, etc), des arts audiovisuels (télévision, cinéma, etc) mais aussi de l'architecture, des arts visuels ou encore de la musique – autant de pratiques d'ores et déjà impactées par la réalité virtuelle ou la réalité augmentée.** Cette logique doit aussi bien s'appliquer aux plateformes suisses qui présentent des œuvres immersives nationales et internationales qu'aux marchés professionnels, qui contribuent dès lors à une meilleure reconnaissance publique et/ou médiatique de la culture numérique et renforcent les coproductions possibles entre les acteurs suisses et étrangers de l'immersif.

Max Rheiner, CEO and Founder of Somniacs (Birdly)

Jean-Pierre Greff, director, HEAD-Genève

Emmanuel Cuénod, Artistic and General Director, Geneva International Film Festival

Anaïs Emery, CEO & Artistic Director, Neuchâtel International Fantastic Film Festival (NIFFF)

Pr. Martin Vollenweider, Lecturer for Interactive Media at the Institute for Multimedia Production (IMP) at the HTW

Pr. Dr. Fred Truniger, Head of the Master's Programme in Film, Hochschule Luzern – Design & Kunst

Dr. Caecilia Charbonnier, Founder and Research Director Artanim, Founder and Chief Innovation Officer Dreamscape, President Virtual Switzerland

Dr. Marc Atallah, Director Numerik Games, Maison d'Ailleurs Museum in Yverdon, MER-1 at University of Lausanne

Prof. Dr. Tiziano Leidi, Head of the Institute for Information Systems and Networking (ISIN), Department of Innovative Technologies (DTI), SUPSI

Gilles Jobin, artist and choreographer, Compagnie Gilles Jobin

Mirko Bischofberger, EPFL Head of Communications and founder of Swiss Fiction Movement

Schweizerische Eidgenossenschaft
Herr Bundesrat Alain Berset
Vorsteher des Eidg. Departement des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Per E-Mail an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 17. September 2019

Anhörung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung zur Anhörung vom 29. Mai 2019. Die Zürcher Filmstiftung nimmt gerne Stellung zu den angedachten Zielen und Massnahmen im Bereich Film.

Ziff. 2.3.6.1. und Ziff. 2.3.6.4

Anreize für den verstärkten Austausch mit dem Ausland

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Filmschaffen sehen auch wir als wichtig an und begrüssen deshalb die in der Kulturbotschaft thematisierten Initiativen und Bemühungen, die den Weg zur internationalen Zusammenarbeit ebnen.

Im Bereich der Herstellung stehen wir hinter der Massnahme, die Standortförderung für minoritäre Koproduktionen attraktiver zu gestalten, um majoritäre Koproduktionen mit dem Ausland eher zu ermöglichen. Interessant am Instrument der Standortförderung ist jedoch auch, dass es rein inländischen Produktionen ebenfalls zugutekommt. So können einheimische Stoffe mit höheren Produktionsbudgets umgesetzt werden, was wiederum das Förderziel der Filmstiftung unterstützt, die einzelnen Projekte besser zu finanzieren.

Ziff. 2.3.6.1

Chancengleichheit, beziehungsweise Förderung der Diversität

Wir begrüssen es sehr, dass die Filmförderung chancengleich für alle gestaltet wird. Wenn Chancengleichheit bedeutet, die Diversität innerhalb der Filmbranche zu erhöhen, um die gesellschaftliche Vielfalt der Schweiz zu spiegeln, dann ist dies in der Praxis der Filmförderung jedoch auch sehr schwierig. Die Zürcher Filmstiftung macht die Erfahrung, dass kaum je zwei Projekte im Entwicklungsstadium qualitativ eindeutig auf einer Stufe stehen und in Folge dieser Feststellung beispielsweise dem Projekt mit weiblicher Regie oder Produzentin der Vorzug gegeben werden könnte.

Wichtig erscheint uns deshalb einerseits, die Filminhalte auf Diversität hin zu prüfen: Werden mit der Handlung oder der Zeichnung der Figuren Stereotypen bedient, die nicht notwendigerweise so angelegt sein müssten, um die Geschichte zu erzählen? Andererseits kann versucht werden, die Arbeitsbedingungen in Bezug auf Lohn, Rechte und Pflichten bei der Beurteilung von Projekten als Kriterium stärker zu etablieren.

Ziff. 2.3.6.1

Erfolgsabhängige Filmförderung

Die Eintritte an inländischen Filmfestivals bei der erfolgsabhängigen Filmförderung zu berücksichtigen, erscheint uns fair. Die Filmstiftung kann sich vorstellen, in diesem Punkt mit der Sektion Film des Bundesamtes für Kultur gleichzuziehen. Die finanziellen Auswirkungen müssen zuvor jedoch genau geprüft und abgestimmt werden.

Angesichts des veränderten Medienkonsumverhaltens ist es gerechtfertigt, auch den Filmkonsum im Onlinebereich zu berücksichtigen. Die Schwierigkeit besteht hier sicher darin, einen geeigneten Weg zu finden, wie Manipulationen verhindert werden können. Zudem müsste eine Deckelung der Succès-Gelder eingeplant werden (in punkto Auswertungsdauer und Zuschauer- bzw. Klickzahl). An einem Austausch zu diesem Thema ist die Filmstiftung sehr interessiert.

Ziff. 2.3.6.1

Angebotsvielfalt als Kriterium in der Verleihförderung

Mit dem neu eingeführten Instrument «Marketing & Promotion» geht die Filmstiftung einen neuen Weg im Bereich der Auswertung: Eine Produktionsfirma legt zusammen mit einem Verleih/Vertrieb ein Marketingkonzept vor, das von Marketingexpertinnen und -experten geprüft wird. Hintergrund dieser Massnahme ist die Überlegung, dass ein breites Filmangebot nichts nützt, wenn es im Strom tausender anderer (kultureller) Angebote untergeht und für die Schweizer Bevölkerung unsichtbar bleibt.

Nur weil ein Film die Hürde der Herstellungsfinanzierung geschafft hat, heisst dies nicht, dass er qualitativ überzeugend ist. Die Verleihfirmen mit monetären Mitteln dazu zu bringen, qualitativ nicht überzeugende Filme in ihr Programm aufzunehmen, hält die Filmstiftung nicht für ein geeignetes Mittel, um die Schweizer Bevölkerung von der Qualität des Schweizer Films als Ganzem zu überzeugen. Vielmehr sollten die Schweizer Filme, die dem Qualitätsstandard einer Verleihfirma entsprechen, in der Auswertungsförderung so ausgestattet werden, dass genügend Mittel für die Umsetzung einer geeigneten Marketingstrategie und für Massnahmen im In- und Ausland zur Verfügung stehen.

Ziff. 2.3.6.1

Angebotsvielfalt auf Onlineplattformen

Die Filmstiftung befürwortet die Einführung von Quoten für europäische Filme im Onlinebereich. Eine angemessene Vertretung von Schweizer Filmen ist wünschenswert.

Ziff. 2.3.6.1

Reinvestitionspflicht für Online-Filmanbieter

Auch eine Reinvestitionspflicht oder Ersatzabgabe für Online-Filmanbieter hält die Zürcher Filmstiftung für eine gute und richtige Massnahme.

Ziff. 2.3.6.2

Unterstützung von Filmfestivals

Als Institution, die das Schweizer und insbesondere das Zürcher Filmschaffen fördert, sieht es die Zürcher Filmstiftung mit Besorgnis, dass das Zurich Film Festival von Subventionen des Bundes ausgeschlossen werden könnte. Denn wir schätzen den Wert, den das Zurich Film Festival für das Filmschaffen und für die Filmförderung der Schweiz hat, als sehr hoch

ein. Insbesondere dem Nachwuchs ist dieses Festival ein Wegbereiter für eine erfolgreiche Zukunft geworden – einigen auch bereits ein Sprungbrett ins Ausland.

Wir teilen die Ansicht, dass die Gewinne aus subventionierten Tätigkeiten ausschliesslich für den festgelegten Förderzweck verwendet werden dürfen. Jedoch bezweifeln wir, dass das Kriterium des Besitzverhältnisses – alleinstehend – ein geeignetes ist, um die Vergabe von Betriebsbeiträgen zu regeln. Dafür ist eine differenziertere Prüfung der Sachlage notwendig.

Wir fordern den Bund deshalb auf, Art. 10 Abs. 2 im Filmgesetz wie folgt anzupassen: Ausgeschlossen sind Leistungsvereinbarungen mit gewinnstrebigen Unternehmen.

Allgemein zur Filmförderung

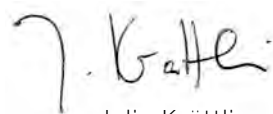
In der Filmförderung bauen seit fünfzehn Jahren langsam aber stetig die Regionen ihre Tätigkeit aus und ergänzen Bund und Schweizer Fernsehen. Dadurch sind mehr finanzielle Mittel vorhanden und auch die Fördertätigkeiten im Bereich von Weiterbildung, Promotion und Vernetzung zeigen Wirkung: Immer mehr Produktionsfirmen und Filmschaffende streben in den Markt, darunter viele mit neuen Ideen und Geschäftsmodellen. Hinzu kommen internationale Grossunternehmen, die den Wettbewerb beispielsweise in der Auswertung völlig verändern

Die Filmlandschaft in der Schweiz ist in Bewegung. Dasselbe sollte für die Fördertätigkeit der entsprechenden Akteure in der Schweiz gelten. Die Kulturbotschaft zeigt, dass sich in der Bundesfilmförderung etwas bewegt, aber es sind nur kleine Schritte; in erster Linie Reaktionen auf einen veränderten Auswertungsmarkt. Die Zürcher Filmstiftung ist der Ansicht, dass es einer tiefer greifenden Reflexion und Anpassung bedarf, um mit allen Veränderungen Schritt zu halten. Die Schweizer Filmförderung sollte sich einer grundlegenden Analyse unterziehen, mit dem Ziel, das Filmschaffen in der Schweiz optimal und nachhaltig zu unterstützen. Und dieses Streben sollte in der Botschaft zur Förderung der Kultur sichtbar sein.

Freundliche Grüsse



Corine Mauch
Präsidentin des Stiftungsrates



Julia Krättli
Geschäftsführerin

Bundesamt für Kultur
Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 17. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Verein Swiss Music Export (SME) bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen, vorwiegend aus dem Bereich der Musik.

Swiss Music Export ist seit 2003 die Schweizer Organisation für den Export aktueller Popmusik im weitesten Sinn. Swiss Music Export ist ein Verein, der von Pro Helvetia, Stiftung Phonoproduzierende, FONDATION SUISA, Migros-Kulturprozent und der Schweizerischen Interpretenstiftung SIS getragen wird und eng mit der Fondation CMA zusammenarbeitet.

Wir folgen dem Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage und verweisen ausserdem auf die Stellungnahmen des Schweizerischen Musikkongresses SMR und von Suisseculture, welche wir zum Teil ausschnittsweise übernommen haben.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016 – 2020

Grundsätzlich beurteilen wir die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als positiv.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der FONDATION SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Swiss Music Export trägt mit seiner partnerschaftlichen Finanzierung durch Pro Helvetia und privaten Stiftungen zu einem Multiplikator-Effekt in der Musikförderung bei.

In der Botschaft war eines der Ziele die Stärkung des Exportes von Kultur bei Pro Helvetia, was wir sehr begrüsst haben. Auch die Nennung eines Fokus auf die Kulturmetropolen Berlin und London ist eine richtige strategische Überlegung.

Bei der Umsetzung der Exportförderung könnte sich Swiss Music Export besser einbringen, hätte sie mehr Mittel zur Verfügung. Die Erfahrung zeigt, dass Swiss Music Export gerade in diesem Bereich eine hohe Kompetenz hat und effizient arbeitet.

Europäische Union: Die Bemühungen zur Integration der Schweiz in Projekte der EU sind ausserhalb des audiovisuellen Bereichs wenig zu spüren. So sind Schweizer Kulturschaffende der meisten Sparten weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen Europäischen Festivals und Wettbewerben ausgeschlossen, während solche anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, offenbar zur Teilnahme zugelassen sind. Diese Tendenz wird durch eine Nicht-Teilnahme am «Kreativen Europa» künftig vermehrt zu spüren sein.

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Swiss Music Export unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes. Ebenso die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung». Kontinuität in der eingeschlagenen, grundsätzlich begrüßenswerten Kulturpolitik des Bundes, ist erwünscht.

Der Bundesrat folgt in seinem Vorschlag für die Kulturbotschaft 21/24 weitgehend den Megatrends und Hauptargumenten der Europäischen Union. Insbesondere die drei Hauptachsen Kulturelle Teilhabe (audience development), Gesellschaftlicher Zusammenhalt (social cohesion) und Kreation und Innovation (creation&innovation) sind deckungsgleich mit den Begriffen des Kulturprogramms der Europäischen Union. Umso wichtiger, dass der Bundesrat aktiv den Eintritt der Schweiz in das Kulturprogramm der EU verfolgt, vor allem, wenn er mit diesen Begriffen operiert.

(zu 1.4.3 Kulturpolitik des Bundes im Ausland)

Wir freuen uns über die erwähnte gute Zusammenarbeit zwischen dem EDA und dem EDI in der aussenpolitischen Kulturpolitik. Wir würden uns generell eine bessere finanzielle Ausstattung der Kulturabteilungen der Botschaften wünschen.

Bei geeigneter Finanzierung kann auch Swiss Music Export als Schweizer Kompetenzzentrum mithelfen, Projekte im Ausland durchzuführen.

Musik und deren Interpreten sind erfahrungsgemäss sehr gute Botschafterinnen und Botschafter für unser Land.

(zu 1.4.3.2. Multilaterale Ebene / EU / «Kreatives Europa»)

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm «Kreatives Europa» der EU zentral.

Die Teilnahme an europäischen Programmen ist für Schweizer Artists und Firmen nicht ausschliesslich wegen einer finanziellen Unterstützung interessant. Ein Ausschluss von bestimmten Plattformen (Eurosonic, ETEP; INES, EMEE, usw.) würde ein schweres Handicap für Schweizer Musikerinnen und Musiker bedeuten, sich überhaupt im internationalen Markt präsentieren zu können. Viele dieser Programme sind direkt oder zumindest massgeblich durch das EU-Kulturförderprogramm «Kreatives Europa» finanziert.

Deshalb ist nebst der Personenfreizügigkeit der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie «Kreatives Europa» und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) für den Musiksektor elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden. Diese sind allerdings kein Ersatz für eine wirkliche Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen, welche in erster Linie anzustreben ist.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

(zu 1.4.2. Kulturpolitik des Bundes 2021–2024)

Wir begrüssen das Programm «Kultur & Wirtschaft» und betrachten es als sehr wichtig. Es ist zwingend auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Mit entsprechenden Mitteln ausgestattet, könnte Swiss Music Export mit seinem bisherigen Netzwerk und Wissen genau hier ansetzen.

(zu 1.4.2.3. Entwicklungen «Kreation und Innovation»)

Wir sind sehr erfreut und begrüssen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen.

Im Bereich des Musikexportes bietet sich Swiss Music Export hierbei wiederum als kostengünstige Partnerin mit langjähriger Erfahrung an.

(zu 2.1.4. Schweizer Preise)

Damit die Preisträger-Innen nachhaltig und auch im Ausland unterstützt werden können, bietet sich Swiss Music Export bei Bedarf an, bei der exportorientierten Vermittlung der Preisträger-Innen Hand zu bieten.

(zu 2.2. Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch)

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Im Bereich der Promotionsmodelle, die wir sehr begrüssen, sollte weiterhin Rücksicht auf bereits bestehende Strukturen genommen und die Zusammenarbeit gepflegt werden.

Die bewährte gute Zusammenarbeit von Pro Helvetia mit Swiss Music Export zeigt, dass man dieses Erfolgsmodell im Musikbereich ausbauen kann und soll.

Die Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland folgt nicht selten auch über den umgekehrten Kanal, nämlich indem ausländische Kunstschaffende und Veranstalter an Veranstaltungen in der Schweiz eingeladen werden. So werden wichtige Kontakte geknüpft, die für langfristige Partnerschaften und vermehrte Auftritte im Ausland förderlich sind.

4. Revision Filmgesetz

--

5. Weitere Gesetzesanpassungen

--

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir betrachten deshalb die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Finanzmittel immer noch als zu bescheiden, insbesondere im Hinblick auf die laufenden grossen technologischen Veränderungen und der grossen Herausforderungen durch den Ausschluss aus «Kreatives Europa».

Bei «Kulturaustausch international» (4.2.1. Finanzmehrbedarf Pro Helvetia) sind wir der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:


- Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien mindestens 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also mindestens CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.
- Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1.2 Mio CHF für die ganze Förderperiode.
- Zur Erfüllung dieser Aufgabe bietet sich Swiss Music Export im Bereich Musik als Kompetenzzentrum an. Ein Teil dieser Mittel muss dafür aufgewendet werden, Swiss Music Export stärker zu finanzieren.

7. Schlussbemerkungen

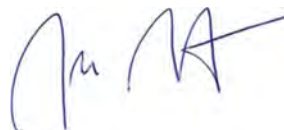
Es ist darauf zu achten, dass die Organisation Swiss Music Export, welche als exportfördernde Agentur für Musik von Pro Helvetia und anderen Stiftungen ins Leben gerufen wurde, mit ausreichend Mitteln ausgestattet wird, damit sie ihre Arbeit effizient und mit ihrer bewährten schlanken Struktur erledigen kann.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen
Swiss Music Export



Balthasar Glättli (Präsident)



Jean Zuber (Geschäftsleitung)

Eidgenössisches Departement des Innern
Herrn Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Zürich, den 15. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

gerne nehmen wir Stellung zur Kulturbotschaft 2021-2024. Was das Zurich Film Festival (ZFF) betrifft enthält diese mit der vorgesehenen Änderung im Filmgesetz, wonach Filmfestivals, welche als AG organisiert, gewinnstrebig oder im Besitz von gewinnstrebigem Unternehmen sind, eine Hiobsbotschaft. Faktisch würden wir ab übernächstem Jahr als einziges Schweizer Festival von einer Unterstützung durch den Bund ausgeschlossen, weil die NZZ-Mediengruppe eine Mehrheitsbeteiligung am ZFF hält.

Nachdem uns das BAK 2017 die Subventionen gestrichen hat, haben wir unsere gesamte Organisation umgebaut und die Aktivitäten in die nichtgewinnorientierte Zurich Film Festival AG, welche das Filmprogramm kuratiert und das Festival veranstaltet, und in die Vermarktungsorganisation Spoundation Motion Picture, welche im Mandatsverhältnis Promotionsaufgaben übernimmt, aufgeteilt. Diese Neuorganisation war zeitlich aufwendig und kostspielig. Sie wurde vom BAK in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich überprüft und für gut befunden, weshalb wir die Subventionen seit diesem Jahr wieder erhalten. Nun, lediglich ein Jahr nach dem Umbau, sollen wir via Gesetzesänderung doch wieder von einer Unterstützung ausgeschlossen werden. Das verstösst unseres Erachtens gegen Treu und Glauben der im letzten Jahr geschlossenen Vereinbarung.

Zumal die Organisationsform nicht entscheidend ist für die Erfüllung des kulturellen Auftrages. Das Zurich Film Festival leistet einen wichtigen Beitrag zur Filmkultur in unserem Land. Einen hohen Stellenwert genießt am ZFF seit je der Schweizer Film. Zahlreiche Titel profitierten von einer Premiere bei uns: Anspruchsvolle Erstlinge wie «Blue My Mind» von Lisa Brühlmann und «Cronofobia» des Tessiners Francesco Rizzi genauso wie grosse Publikumsfilme wie «Sennentuntschi» oder «Wolkenbruch».

Da das ZFF eine Zusammenarbeit mit dem Filmfestival San Sebastian pflegt, sind dort in den letzten Jahren zahlreiche Schweizer Filme gezeigt worden und erhielten so Aufmerksamkeit in der spanischsprachigen Welt. In unserem Fokus-Wettbewerb zeigen wir viele erste, zweite und dritte Arbeiten von einheimischen Filmschaffenden, davon profitierten Regisseurinnen wie Anna Thommen, die mit «Neuland» reüssierte oder Petra Volpe mit «Traumland».

Im Unterschied zu anderen Festivals pflegen wir die einheimischen Filmschaffenden über das Festival hinaus, etwa mit Beiträgen über sie, die wir über unseren Newsletter an 17000 Abonnenten verschicken oder mit Hintergründen in der Filmzeitschrift «Frame», die wir in Zusammenarbeit mit der «NZZ am Sonntag» herausgeben. Jedes Jahr zeigen wir zudem in Zusammenarbeit mit der Cinémathèque suisse, der SRG und MemoriaV einen restaurierten Schweizer Klassiker und leisten damit einen Beitrag zur Kenntnis der Schweizer Filmgeschichte.

In unseren Nebenprogrammen beziehen wir die einheimischen Filmschaffenden mit ein, etwa im Kinderprogramm, wo sie Workshops betreuen und Einblick in ihre Arbeit geben. Und last but not least zeichnen wir immer wieder Schweizer Filmschaffende aus, den Produzenten Marcel Hoehn etwa mit einer Retrospektive oder den Basler Arthur Cohn mit einem Gala-Screening inklusive Werkstattgespräch. Schliesslich bieten wir den Schweizer Filmschaffenden an unseren Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit internationalen Players zu vernetzen.

Würden wir von der öffentlichen Hand nicht mehr unterstützt, wäre dieses Engagement gefährdet – der Schweizer Film würde an Aufmerksamkeit einbüßen.

Denn das ZFF war nie ein Festival von Insidern für Insider, wir haben stets den Crossover vom cinéphilen Milieu zum breiten Publikum gesucht: Mit zuletzt 104 000 Besucherinnen und Besuchern ist das ZFF das zweitgrösste Filmfestival der Schweiz. Wir leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Teilhabe, die in der Kulturbotschaft als ein primäres Ziel definiert wird. Gemäss Kulturbotschaft will der Bund ferner dafür sorgen, dass das Kulturschaffen näher an die Wirtschaft geführt wird, im Bereich Videogames gibt es dazu eigens ein Programm namens «Industry». Im Bereich der Filmfestivals soll nun aber mit dem vorgesehenen Art. 10 Abs. 2 des Filmgesetzes das Engagement eines privaten Medienhauses abgestraft werden, was ein schlechtes Signal an die Privatwirtschaft wäre. Wie erfolgreich das Zusammengehen mit Privaten sein kann, zeigt unser zusammen mit IWC realisierter Verein zur Filmförderung in der Schweiz, mit dem wir bisher 500000 Franken in die Realisierung von Schweizer Filmen investiert haben.

Der Leiter der Sektion Film im BAK, Ivo Kummer, hat betont, von den Überlegungen des Bundes seien auch Musikfestivals und andere Institutionen betroffen. Wenn der Grundsatz jedoch für alle Veranstalter in den verschiedenen Sparten gelten soll, ist das Filmgesetz der falsche Ort, um ein Exempel zu statuieren. Vielmehr müsste die Subventionsgesetzgebung generell angepasst werden. Auch die Lösung, dem ZFF allenfalls via Projektförderung weiterhin Unterstützungen zugehen zu lassen, erachten wir nicht als praktikabel, weil in der Kulturbotschaft explizit darauf hingewiesen wird, dass die Projektförderung im Bereich der Filmkultur eingestellt worden ist. Selbst ihre Wiedereinführung wäre nicht zielführend, weil Projektförderung mit einer Erhöhung des administrativen Aufwands verbunden wäre und die für Filmfestivals wichtige Langzeitplanung erschwerte.

Wir sind überzeugt, dass im durch die Digitalisierung besonders hart betroffenen Filmbereich neue Konzepte gefordert sind, um die siebte Kunst dem Publikum zu vermitteln. Private-Public-Partnership soll dabei eine wichtige Rolle spielen, wie zum Beispiel die ehemalige französische Kulturministerin Françoise Nyssen betonte. Sie schreibt in ihren soeben erschienen Memoiren «Plaisir», das Misstrauen der öffentlichen Hand gegenüber privaten Akteuren verhindere positive Resultate. Das Zurich Film Festival kann seine Rolle als Vermittlerin von Filmkultur auch unter den neuen Besitzverhältnissen erfolgreich spielen. Wir erachten daher die vorgesehene Gesetzesänderung als nicht zweckmässig und fordern die ersatzlose Streichung von Art. 10, Absatz 2 des Filmgesetzes aus der Kulturbotschaft.

Mit freundlichen Grüßen,



Nadja Schildknecht

Gründerin und Co-Direktorin ZFF



Karl Spoerri

Gründer und Co-Direktor ZFF

**Coalition suisse pour la diversité culturelle
Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt
Coalizione svizzera per la diversità culturale
Coaliziun svizra per la diversidad culturala**

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 18. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Wir bedauern, dass die Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt wie schon bei der Kulturbotschaft 2016-2020 erneut nicht zur Vernehmlassung eingeladen wurde. Dennoch erlauben wir uns, zur aktuellen Vorlage Stellung zu nehmen.

Die Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt ist die grösste Dachorganisation im kulturellen Bereich in der Schweiz und verfolgt den Zweck, in Anwendung der UNESCO-Konvention von 2005 die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu schützen und zu fördern. Die Koalition vereinigt rund 35 Verbände, Organisationen und Institutionen aus allen Bereichen des Kulturlebens, der Medien und der Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist Gründungsmitglied der Internationalen Föderation der Koalitionen für die kulturelle Vielfalt IFCCD.

Würdigung des Vernehmlassungsentwurfs

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO. Allerdings vermissen wir, entgegen den früheren Kulturbotschaften, eine vertiefte Darstellung der Zwecke der Kulturförderung des Bundes und insbesondere eine Wertediskussion, die Innovation, Bildung und Genuss als eigene Zwecke der Förderung benennt, nicht nur wegen deren unbestrittenem ökonomischem und gesellschaftspolischem Nutzen.

Wir begrüssen auch, dass die einzelnen Anliegen in nachvollziehbaren Vorhaben ausformuliert sind und dass die dazu benötigten finanziellen Mittel genau benannt werden. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und der hohen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein. Allerdings deutet unseres Erachtens die Absicht, lediglich 0.3% der Gesamtausgaben für Kulturförderung einzusetzen (worin noch artfremde Ausgaben für die Schweizerschulen in Höhe von 90.4 Mio. inbegriffen sind), auf eine beschränkte

Wertschätzung der Kultur hin, und dies in einem Land, dessen verfassungsmässiger Zweck u.a. die Förderung der kulturellen Vielfalt ist. Neue Aufgaben, wie wir sie im folgenden teilweise einfordern, müssen zusätzlich finanziert werden und dürfen nicht durch Umverteilung des Budgets gedeckt werden.

Wir begrüssen sehr, dass das Thema der ungenügenden Einkommenssituation auch vieler erfolgreicher Kulturschaffender Einzug gehalten hat in die Kulturbotschaft (ad 2.1.2); die Idee, die Honorarrichtlinien von Berufsverbänden für verbindlich zu erklären, ist daher aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt. Richtig ist auch, dass in modernen künstlerischen Prozessen neben dem künstlerischen Autor im engeren Sinn weitere Personenkreise mitbeteiligt sind (ad 2.1.2). Allerdings kann eine Unterstützung dieser mitbeteiligten Personen nicht mit den bestehenden Mitteln gedeckt werden. Diese wichtigen zusätzlichen Aufgaben müssen zusätzlich finanziert werden und dürfen nicht dazu führen, dass die Urheber*innen im engeren Sinne finanzielle Einbussen zu tragen haben, denn ohne künstlerische Autor*innen entsteht kein Werk.

Wir äussern uns in der Folge nur zu wenigen ergänzenden Punkten und haben diese thematisch geordnet mit Verweisen auf die entsprechenden Absätze der Kulturbotschaft.

Einbindung der Zivilgesellschaft (ad 1.4.1 und 1.4.2, 2.1.5)

Die UNESCO-Konvention zum Schutz und der Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen hält im verbindlich formulierten Artikel 11 die hohe Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Umsetzung der Ziele des Übereinkommens fest («Die Vertragsparteien ermutigen die Zivilgesellschaft zur aktiven Beteiligung an ihren Bemühungen, die Ziele dieses Übereinkommens zu erreichen.»). Wir wünschen uns daher nach wie vor eine verstärkte, institutionalisierte und frühzeitige Einbindung der Verbände und Organisationen im Kulturbereich, wenn es um die Entwicklung der kulturpolitischen Stossrichtungen und Strategien geht. Diese Verbände und Organisationen können zur Gestaltung der sie betreffenden Kulturpolitik viel Wissen, Know-how und Erfahrungswerte einbringen; sie kennen die Realität und die Bedürfnisse der Kulturschaffenden. Heute wird dieses Potential noch viel zu wenig ausgeschöpft.

Wichtige Vertreter der Zivilgesellschaft sind die Organisationen professioneller Kulturschaffender. Die in der Botschaft positiv geschilderte Annäherung durch Fusionen unterschiedlicher Verbände (ad 2.1.5.) im Zeitraum von 2016–2020 wurde von den Betroffenen oft als Bevormundung empfunden und hat teils zusammengezwungen, was nicht zusammen passt. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass die Kürzung bereits versprochener finanzieller Mittel während der laufenden Periode einer Leistungsvereinbarung inakzeptabel ist. In der *Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender* wurden Einschränkungen eingeführt, die verschiedene Verbände dazu zwangen, innert kürzester Zeit überstürzte Fusionen einzuleiten und wesentliche, teils zentrale identitätsstiftende Aktivitäten aufzugeben, um überleben zu können. Dies hat vielerorts einen enormen Arbeitsaufwand generiert, wodurch die Ressourcen für die Tätigkeit zugunsten des eigentlichen Verbandszwecks stark eingeschränkt wurden. Absolut unrealistisch war die Streichung der Ausnahme des Erfordernisses der gesamtschweizerischen Tätigkeit im Theaterbereich, der traditionell in den verschiedenen Sprachregionen grundverschieden organisiert ist und sich jeweils auf eine Landessprache konzentriert. Dies war effektiv ein Angriff auf die kulturelle Vielfalt und ein übermässiger Eingriff in die Organisationsfreiheit der Verbände, der ausser grossem Schaden nichts gebracht hat.

Uns erstaunt auch, dass die Organisationen der Kulturschaffenden nur noch als Dienstleister für ihre Mitglieder und damit indirekt für die Verwaltung gefördert werden sollen und nicht mehr für ihre grundlegenden, das Kulturschaffen und Kulturleben mitgestaltenden Tätigkeiten.

Erhöhung der Chancengleichheit (ad 1.4.2.1, 2.1.3)

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist selbstverständlich richtig, wichtig und unbestritten. Dieses Ziel ist auch in der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt explizit aufgeführt (s. Art. 7). Unbestritten ist auch die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir es aber als unabdingbar, alle Kultursparten zu überprüfen und jedenfalls deren Verbände einzubeziehen. Zudem erachten wir eine angemessene Vertretung aller demographischen Gruppen, insbesondere auch der Migrant*innen, in allen relevanten Bereichen als unabdingbar.

Kulturstatistik (ad 1.2.1)

Hinweise auf Kulturstatistik finden sich nur wenige in der Kulturbotschaft. Das BAK ist für die nationale Kulturstatistik zuständig. Eine aussagekräftige Kulturstatistik gibt Auskunft über Lücken und Fehlentwicklungen bzw. über den Erfolg der verschiedenen Fördermassnahmen. Wichtig wäre hier, dass neben wirtschaftlichen und quantitativen auch qualitative Indikatoren definiert würden (zum Beispiel für die Qualität der kritischen Auseinandersetzung in den Medien u.a.m.); es fehlen derzeit auch Indikatoren für die kulturelle Vielfalt. Erfolg darf nicht einseitig nur nach primär ökonomischen Kriterien oder nach der Kundenzufriedenheit beurteilt werden. Zur Evaluation der Besucherzufriedenheit im Schweizerischen Nationalmuseum beispielsweise (ad 1.4.1) erfährt man denn auch nur Ergebnisse zum Kundendienst, nicht etwa zu inhaltlichen Aspekten der kulturellen Angebote im Museum. Das ist befremdlich. Wir wünschen uns ein verstärktes Engagement seitens des Bundes für die Entwicklung einer befriedigenden Kulturstatistik, aber unter Mitbeteiligung der Zivilgesellschaft.

Kulturaustausch und Netzwerkbildung (ad 1.4.3.2, 2.1.3, 2.2, 2.4.2.3, 2.6.2)

Wir begrüssen alle Massnahmen, die den nationalen wie den internationalen Kulturaustausch stärken, denn gleichberechtigter Kulturaustausch ist ein grundlegendes Anliegen der UNESCO-Konvention. Allerdings ist, wie schon in der Kulturbotschaft 2016–2020, eine auffallende Verschiebung von einem auf Gegenseitigkeit beruhenden Austauschkonzept zu – wirtschaftlich orientierten – Promotionstätigkeiten festzustellen. Diese Entwicklung von einem wertorientierten zu einem merkantilen Austauschkonzept, das mehr und mehr nur in einer Richtung geht, beobachten wir mit Besorgnis.

Beim nationalen Kulturaustausch begrüssen wir insbesondere die Austauschprogramme zwischen den Sprachgemeinschaften (ad 2.6.2) und die Förderung von Übersetzungen für kulturelle Produktionen und Texte. Wichtig ist aber, dass die Förderung der Projekte nicht auf die vier Landessprachen beschränkt wird, sondern allen in der Schweiz vertretenen Sprachkulturen zugänglich ist. Auch die Beiträge an die Netzwerke Dritter sind zu nennen (ad 2.4.2.3). Insbesondere freuen wir uns, dass durch die Konzeption des Alpenen Museums der Schweiz als Netzwerk mit Expertisenleistung zum Alpengebiet ein in den letzten Jahren höchst innovatives und eigenständiges Museum weiterbestehen kann, das die Vielfalt der schweizerischen Museumslandschaft um einen einzigartigen Aspekt ergänzt.

Europäischer Kulturaustausch: Der Bundesrat hat bisher ausserhalb des audiovisuellen Bereiches zu wenig Anstrengungen unternommen, ein Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union über die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm 2021 bis 2027 zu erreichen. Europa ist ein Kulturraum, zu dem die Schweiz dazu gehört. Der europäische Kulturraum geht über politische Geographien oder Institutionen hinaus. Der transeuropäische Kulturaustausch ermöglicht

europäischen Kulturschaffenden einen intensiven Austausch, von dem die Schweizer Kulturschaffenden ausgeschlossen sind. Die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm ist für die Schweizer Kulturschaffenden elementar wichtig. Die Situation wie sie sich seit 2014 zeigt, stellt eine erhebliche Benachteiligung dar. Diese kann durch Kompensationsmassnahmen erleichtert werden, ersetzt aber keineswegs die volle Beteiligung.

Die Programme «Horizon» und «Erasmus+» sind ebenfalls für den Kulturbereich elementar wichtig, da sowohl Forschungsvorhaben als auch individuelle künstlerische Mobilität innerhalb Europas mit diesen Programmen gefördert werden. Auch bei diesen Programmen ist die vollständige Teilnahme für den Schweizer Kulturbereich enorm wichtig.

Ebenso sind beim internationalen Kulturaustausch alle Bemühungen zu begrüßen, die die Verbreitung des Schweizer Kulturschaffens im Ausland fördern, etwa die internationalen Austauschprogramme der Pro Helvetia. Mit Nachdruck ist allerdings darauf hinzuweisen, dass nicht nur die Verbreitung der Schweizer Kultur im Ausland gefördert werden muss, sondern Austausch bedeutet, dass umgekehrt ebenso ausländischen Künstler*innen erleichtert wird, das Kulturleben in der Schweiz zu bereichern. Eine Voraussetzung für den Künftler*innen Austausch ist die bevorzugte Behandlung von Künstler*innen bei der Visaerteilung, wie sie die UNESCO-Konvention im Artikel 16 vorsieht («Die entwickelten Länder erleichtern den Kulturaustausch mit Entwicklungsländern, indem sie in geeigneten institutionellen und rechtlichen Rahmen Künstlern, Kulturschaffenden und anderen im Kulturbereich Tätigen sowie kulturellen Gütern und Dienstleistungen aus Entwicklungsländern eine Vorzugsbehandlung gewähren.»). Bedauerlicherweise enthält die Vorlage nach wie vor keine Lösungsansätze zur Umsetzung dieses zentralen Artikels der Konvention.

Eine glaubwürdige internationale Kulturpolitik der reichen Schweiz zum Kulturaustausch beginnt mit der moralischen Verpflichtung des Bundes, seinen Finanzbeitrag zum Kulturfonds der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt (Fonds international pour la diversité culturelle FIDC) wieder zu bezahlen. Die Koalition beklagt ausdrücklich, dass sich der Bund dieser Verantwortung entzieht.

Folgen der „digitalen Revolution“ (ad 1.4.2, 2.4.2.1, 2.4.3 u.a.m)

Der Abschnitt zur Kulturpolitik des Bundes 2021–2024 (1.4.2) enthält nur wenige konkrete Überlegungen zum Wandel der Produktionsbedingungen unter den Vorzeichen der «Digitalisierung» aller Wirtschaftsbereiche. Es genügt unseres Erachtens nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst (1.4.2). Wir sind vielmehr der Überzeugung, dass vertiefte Reflexionen darüber anzustellen sind, wie man die negativen Folgen der Digitalisierung einschränken kann. Diese zeigen sich etwa im Wandel des Zeitungswesens, im Feuilletonsterben, in der Verlagerung des Kulturkonsums auf Streamingdienste u.a.m. Diese Phänomene bedrohen die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen in hohem Masse, und bei den neuen Vertriebskanälen werden die Kulturschaffenden aussen vor gelassen (ausser beim Filmgesetz). Eine nationale Kulturpolitik sollte hier eine breite Diskussion über Entwicklungen und Lösungen in Gang bringen (u.a. in der Organisation von entsprechenden Tagungen) und massgebliche Leitplanken setzen, vergleichbar mit den Anstrengungen bezüglich der Baukultur, die der Bund 2018 mit der *Erklärung von Davos 2018 für eine hohe Baukultur* unternommen hat.

Es ist aber explizit darauf hinzuweisen, dass die Anwendung von neuen digitalen Methoden per se keine Qualitätsgarantie ist. Im Zentrum jeder Kunst- und Kulturförderung der öffentlichen Hand muss, bei allen Werkgattungen, der künstlerische Wert als das wichtigste Förderkriterium betrachtet werden. Ökonomische, technologische oder wissenschaftliche Bewertungen dürfen dabei keine Rolle spielen, ebensowenig der Einsatz neuer digitaler Techniken. Ein Werk, das auf traditionellen künstlerischen Methoden beruht, darf keine geringeren Förderchancen haben als ein künstlerisch

gleichwertiges Projekt mit Einbezug digitaler Technologien. Für beide Arten von Projekten braucht es ausreichende Fördermittel.

Gesetzesänderungen (Kap. 3)

3.1. Kulturförderungsgesetz

Die Streichung von Art. 18 lehnen wir ab. Der Bund soll eine seiner wenigen Möglichkeiten direkter Kulturförderung beibehalten und sich explizit dafür einsetzen, dass sich die Hauptstadt der Schweiz als eine Stadt präsentiert, in der kulturelle Vielfalt im Sinne der UNESCO-Konvention gelebt und öffentlich gefördert wird.

3.2. Filmgesetz

Ausdrücklich begrüssen wir die Neuerungen im Filmgesetz, denn solche Regulierungen entsprechen den Intentionen der UNESCO-Konvention, indem sie dem Erhalt der nationalen Filmproduktion zugutekommen.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Stefano Kunz
Präsident



Susan Marti
Generalsekretärin

Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot
Sehr geehrter Herr Zimmermann
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verein **Spectrum – Photography in Switzerland** (photography-in-switzerland.ch) ist eine nationale Organisation, in der sich die wichtigsten Institutionen und Vermittler von Fotografie in der Schweiz zusammengeschlossen haben. Er vereinigt mehr als 50 Fotomuseen, Archive, Sammlungen, Bildungsinstitutionen, Bibliotheken, Galerien und zahlreiche individuelle VermittlerInnen – KuratorInnen, ForscherInnen, RestauratorInnen und Medienschaffende –, die sich professionell mit der Vermittlung des Mediums Fotografie in der Schweiz befassen.

Spectrum – Photography in Switzerland ist die Nachfolgeorganisation von ASIP (Association Suisse des Institutions pour la Photographie). Wir bedauern, dass der Verein Spectrum – Photography in Switzerland im Gegensatz zur ASIP nicht offiziell zu einer Stellungnahme aufgefordert worden ist. Der Vorstand von Spectrum – Photography in Switzerland hat sich dennoch mit der Kulturbotschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 befasst und gibt zu folgenden fünf Punkten eine Stellungnahme / einen Kommentar ab:

1.4.2 Botschaftsentwurf: Kulturpolitik des Bundes

Der Verein Spectrum – Photography in Switzerland begrüsst die Betonung der Digitalisierung in der Kulturbotschaft. Sie hat sich im vergangenen Jahrzehnt bereits als sehr wirkmächtig erwiesen und wird das in Zukunft noch weit mehr tun. Es scheint uns hingegen wichtig zu betonen, dass die Bedeutung der Digitalisierung nicht nur in den Bereichen Film, Musik und interaktive Medien zugenommen hat, sondern auch und besonders im Bereich Bild und Fotografie, im Bereich des elektronisch erstellten und elektronisch verbreiteten Bildes. Das gilt es jetzt zu erkennen und die Auseinandersetzung damit zu fördern (siehe auch den Punkt zur „Bildkompetenz“).

Wir bedauern, dass in der Botschaft die Memopolitik in Bezug auf das audiovisuelle Kulturerbe und insbesondere in Bezug auf die Fotografie keine Erwähnung findet. Neben der Kulturförderung sollte die Erhaltung der Fotografie mittels einer austarierten Memopolitik aus der Sicht von Spectrum ein wichtiger Bestandteil der Kulturpolitik des Bundes sein.

2.3.1./2.1.1. Fotografie in ihrer gesamten Breite fördern

Wir unterstützen das neue Bestreben, „*Fotografie in ihrer gesamten Breite zu fördern ... so dass verstärkt auch Projekte aus dem Bereich der Dokumentar- und Angewandten Fotografie gefördert werden können.*“ Fotografie ist ein schwach kodiertes Bildsystem. Es ist nie eindeutig lesbar, ist ambivalent, deshalb kann es heute in allen Bereichen, in den sozialen Medien in fast beliebig jeden neuen Kontext verschoben werden und da immer wieder von neuem wahrhaftig, glaubwürdig – wie „mit den eigenen Augen gesehen“ – auftreten. Die Fotografie gleitet wie ein Chamäleon durch die verschiedensten Medienkontexte und passt sich an, spiegelt gleichsam den je neuen Kontext. Und das mit eindrücklicher visueller Kraft. Dieser Kraft kann man – inhaltlich und förderungstechnisch – nur gerecht werden, wenn man sie in ihrer gesamten Bandbreite betrachtet, fördert und als zentrales Erinnerungs-, Kultur- und Kommunikationsinstrument versteht.

2.4. Erhaltung, Erforschung und Vermittlung des kulturellen Erbes & 2.1.3. Kunstvermittlung

Wir unterstützen stark den Entscheid, die Kunstvermittlung zu fördern. Wir erkennen aber zwischen der Absicht, die Kunstvermittlung als kritische Reflexion des zeitgenössischen Kunstschaffens zu erkennen und zu fördern, und dem eher traditionellen Verständnis der Kunst- und Kulturorte, vor allem der Museen, und hier auch der auf Fotografie basierten Museen, eine Diskrepanz. Das zeitgenössische Museum ist zu einem Denkort, Debattierort, Spekulationsort und Entwurfsort geworden, an dem Kultur und Gesellschaft im weiteren Sinne verhandelt, begutachtet und diskutiert werden. Es ist von unserer Seite her deutlich zu machen, dass die Museen (besonders auch fotografische, mediale Museen), Kunsthallen, Off Spaces, Kulturorte auch zu „Denkanstalten“ geworden sind: für die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ganz allgemein, vor allem aber als Schnittstellen von Kunst, Technologie und Wissenschaft und ebenso von Technologien und ihren politischen Herausforderungen für unsere Demokratie gerade in heutiger Zeit. Das gilt es aus unserer Sicht schnell zu erkennen und zu fördern.

2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Der Verein Spectrum – Photography in Switzerland unterstützt alle in der Kulturbotschaft enthaltenen Punkte zur Stärkung der Fotostiftung Schweiz (Schweizerische Stiftung für die Photographie). Auch wenn die Sammlungs- und Archivlandschaft der Fotografie in der Schweiz stark über ein Netzwerk vieler verschiedener Institutionen abgedeckt ist, kommt der Fotostiftung Schweiz seit ihrer Gründung Anfang der 1970er Jahre eine besondere Rolle bezüglich der Bewahrung und Aufarbeitung der Fotografie in der Schweiz zu. Die anstehenden Aufgaben – viele neue Nachlässe, Erweiterung der Räumlichkeiten – erfordern eindeutig eine zusätzliche Unterstützung der Fotostiftung Schweiz.

Wir betonen aber gleichzeitig, dass in der Schweizer Kulturlandschaft grundsätzlich zu wenig Finanzmittel zur Verfügung stehen, um die Aufbewahrung, Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der Fotografie genügend breit und genügend tief zu gewährleisten. So werden in den Kapiteln 2.4.2.3 und 4.1.2. etwa neue Aufgaben und Herausforderungen für die Erhaltung

des audiovisuellen Kulturguts formuliert, worunter auch die Fotografie fällt, gleichzeitig wird aber unter dem Begriff der „Budgeneutralität“ die Plafonierung der Mittel gefordert, die dafür bereitgestellt werden („Betriebsbeiträge an die Netzwerke Dritter“). Die zusätzlichen Aufgaben der Netzwerke Dritter – wozu auch eine so wichtige Organisation wie MemoriaV gehört – können unseres Erachtens nur durch eine Aufstockung des Budgets in diesem Bereich bewältigt werden. Es ist daran zu erinnern, dass die von MemoriaV verwalteten Gelder für zahlreiche Gedächtnisinstitutionen (Bibliotheken, Archive, Museen), die sich für den Erhalt der Fotografie als visuelles Gedächtnis einsetzen, essentiell sind.

Langfristig muss deshalb aus der Sicht von Spectrum – Photography in Switzerland insgesamt ein Nettozuwachs an Finanzmitteln für die Fotografie in die Wege geleitet werden, sonst wird die Schweiz in diesem Bereich auch international mit der Entwicklung nicht mithalten können. Dazu gehört auch die unter 2.3.1. angesprochene *Förderung von kuratorischer Arbeit*. Ja, das ist eine zentrale Herausforderung, da die sorgfältige, wissenschaftliche, diskursive Erarbeitung von Themenfeldern durch freie KuratorInnen im schweizerischen Kontext finanziell bisher weit unterbezahlt ist.

2.6.1 Kulturelle Teilhabe, Leseförderung, Bildkompetenz

In diesem Kapitel wird ausdrücklich und ausführlich die Leseförderung erörtert. Das ist richtig so. Es fällt aber auf, dass Leseförderung hier ausschliesslich das Lesen von Sprache meint. Die digitalen Gesellschaften sind aber in wenigen Jahren sehr stark zu Bildgesellschaften geworden. Neue Generationen kommunizieren fast ebenso häufig mit Bildern – explizit mit Fotografie, Minivideos, Emojis – wie mit Sprache. Es ist deshalb fast zwingend zu fordern, dass jetzt in dieser Kulturbotschaft der Begriff und die Vorstellung von „Bildkompetenz“ als zentrales Thema eingebaut und diskutiert wird. Das Lesen und Verstehen, das Kommunizieren mit Bildern ist dringend zu analysieren und zu fördern. Es ist eine elementare Notwendigkeit, auf allen Alters- und Ausbildungsstufen, in der Laien- wie in der professionellen Kultur.

Mit freundlichen Grüssen

Urs Stahel

Spectrum-Präsident

Im Namen des Vorstands von Spectrum – Photography in Switzerland

Zürich, 16. 9.2019

Der Vorstand des Vereins Spectrum – Photography in Switzerland

Präsident: Urs Stahel, Kurator MAST (Bologna), Autor und Berater
(stahel@ursstahel.ch)

Vizepräsidentin: Nora Mathys, leitende Sammlungskuratorin, Musée de l'Elysée, Lausanne

Kassier: Christophe Brandt, Direktor Institut suisse pour la conservation de la
photographie, Neuenburg

Vorstandsmitglieder: Nathalie Herschdorfer, Direktorin Musée des Beaux-Arts, Le Locle

Danaé Panchaud, Direktorin Photoforum Pasquart, Biel/Bienne
Peter Pfrunder, Direktor Fotostiftung Schweiz, Winterthur
Barbara Spalinger, M.A. Konservierung-Restaurierung / Wissenschaftliche
Mitarbeiterin Hochschule der Künste Bern, Studiengang Konservierung
und Restaurierung
Nadine Wietlisbach, Direktorin Fotomuseum Winterthur
Lars Willumeit, Leitung Fachklasse Fotografie EFZ/BM, selbständiger
Kurator

Einzel- und Kollektivmitglieder des Vereins Spectrum:
<https://photography-in-switzerland.ch/about-spectrum>

Mehr transversale Aktionen und vielfältige Sensibilisierungsmassnahmen für die Schweizer Mehrsprachigkeit

Die führenden Organisationen im Bereich der Sprachen und der Verständigung in der Schweiz tätig begrüssen die in der neuen Kulturbotschaft 2021-2024 vorgeschlagene Kontinuität und die Betonung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Sprachaustausches. Sie fordern mehr transversale Aktionen und unterschiedliche Sensibilisierungsmassnahmen, um eine positive Vision der Schweizer Mehrsprachigkeit zu fördern.

Die unterzeichnenden Organisationen legen eine gemeinsame Stellungnahme vor und erklären somit ihren Willen, koordiniert zu arbeiten. Betreffend *Kulturbotschaft 2021-2024*, halten sie folgende Punkte fest:

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Beibehaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als Schwerpunkt wird geschätzt. Dabei spielt die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften eine wichtige Rolle: Es ist zentral, die Einstellung zur Mehrsprachigkeit und zu den Minderheitensprachen in der Schweiz zu verbessern. Zwischen den im Gesetz verankerten Prinzipien und der Realität des Zusammenlebens besteht aktuell eine Lücke.

Sprachaustausch und die Verbreitung des künstlerischen Schaffens sind in diesem Zusammenhang wichtige Massnahmen. Darüber hinaus ist ein transversales Vorgehen erforderlich, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Organisationen, die im Bereich der Verständigung tätig sind, haben hier eine wichtige Rolle zu spielen.

Kulturelle Teilhabe

Die Beibehaltung der kulturellen Teilhabe als Handlungsachse wird ebenso begrüsst: sie ermöglicht es, der kulturellen Vielfalt unseres Landes Ausdruck zu geben.

Digitalisierung

Es ist erforderlich, dass die Sprachen als wesentliches Element der Reflexion über Digitalisierung wahrgenommen werden. Der Umgang mit den Sprachen wird direkt vom digitalen Wandel beeinflusst. Die Berücksichtigung von Sprachen bereits in der Festlegung einer Strategie ermöglicht es zudem, integrativ über digitale Inhalte nachzudenken und die vielfältige Kreativität der Schweiz zur Geltung zu bringen.

Schulischer Austausch

Eine wirksame Politik bezüglich schulischem Austausch erfordert umfangreiche Ressourcen und zuverlässige Statistiken. Die Unterzeichnerorganisationen begrüssen hier eine kohärente Strategie. Sie ersuchen die Kantone, diese Massnahmen mit Überzeugung zu ergreifen, um konkrete Verbesserungen in diesem Bereich zu ermöglichen.

Eine bessere kulturelle und sprachliche Verständigung in der Schweiz wird jedoch durch den Schulaustausch allein nicht gewährleistet. Zudem werden Sprachaufenthalte in der Regel als eine Erweiterung des Unterrichts geplant: Italienisch und Rätoromanisch sind hier gegenüber dem Deutsch und dem Französischen benachteiligt, da sie in anderen Regionen kaum unterrichtet werden.

Aus diesem Grund fordern die unterzeichnenden Organisationen eine Vielfalt von

	<p>Austauschmodellen (z.B. Sensibilisierungswochen, Tandems, digitale Medien, etc.). Die Stärkung der Austauschmassnahmen für ein Zielpublikum ausserhalb der obligatorischen Schule (Lehrerinnen und Lehrer, Auszubildende) wird begrüsst. Ebenfalls fordern die Organisationen den Bund auf, eine stärkere Kohärenz zwischen seinem kulturellen Handeln einerseits und den sprachlichen Anforderungen im Bereich der Berufsbildung andererseits zu gewährleisten.</p>
Promotion Italienisch und Rätoromanisch	<p>Die vorgeschlagenen Prinzipien und Massnahmen werden positiv aufgenommen, wobei Vorbehalte hinsichtlich der begrenzten finanziellen Mittel zu ihrer Konkretisierung bestehen.</p> <p>Zwischen den auf Bundesebene vorgestellten Zielen und dem in den Kantonen bestehenden Bildungsangebot in Sachen Italienisch und Rätoromanisch besteht eine Diskrepanz. Eine stärkere Abstimmung zwischen dem Handeln der Kantone und des Bundes sowie die Entwicklung alternativer Lehrmodelle sind wünschenswert, um das Ziel der Erhaltung und Förderung dieser beiden Minderheitensprachen optimal zu erreichen.</p>
Verständigungs- organisationen	<p>Der Wunsch, die Akteure zu vernetzen, um eine höhere Effizienz zu erreichen, wird von den Unterzeichnerorganisationen geteilt. Es bestehen Bedenken, dass die neue Förderpolitik bewährte Projekte gefährden könnte. Die unterzeichnenden Organisationen beantragen deshalb, in den Überarbeitungsprozess der Förderkriterien einbezogen zu werden.</p>
Verbreitung künstlerischer Werken	<p>Die Verbreitung von schweizerischen künstlerischen Werken innerhalb des Landes ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Die in diesem Zusammenhang geplanten Massnahmen werden begrüsst.</p> <p>In diesem Sinne wäre es wünschenswert, dass die vom Bund unterstützten grösseren Werke (z.B. Filme, Ausstellungen, etc.) in allen Amtssprachen zugänglich sind.</p>
Massnahmen Bildung	<p>Eine wesentliche Massnahme zugunsten der schweizerischen Mehrsprachigkeit besteht darin, die Kohärenz der Ausbildungssysteme vom frühesten Alter bis zur Hochschulbildung zu gewährleisten - insbesondere die Aufrechterhaltung von Lehrstühlen, die mit den Landessprachen verbunden sind. Eine interdepartementale Zusammenarbeit innerhalb der Bundesverwaltung ist hier wünschenswert.</p>

Diese Stellungnahme wird von folgenden Organisationen unterstützt:



Die Unterzeichnerorganisationen behalten sich das Recht vor, sich zusätzlich zu dieser gemeinsamen Stellungnahme individuell zu äussern. / 18.09.2019

Plus de transversalité et des mesures de sensibilisation variées pour le plurilinguisme helvétique

Les principales organisations actives dans le domaine des langues et de la compréhension en Suisse se félicitent de la continuité proposée par le nouveau Message Culture 2021-2024 et de la part belle faite à la cohésion sociale et aux échanges linguistiques. Elles en appellent à plus de transversalité et à des mesures de sensibilisation variées pour favoriser une vision positive du plurilinguisme suisse.

Les organisations signataires transmettent une position commune et témoignent à cette occasion de leur volonté de travailler de manière coordonnée. Au sujet de la proposition de *Message Culture 2021-2024*, elles retiennent les points suivants :

Cohésion sociale	<p>Le maintien de la cohésion sociale comme axe principal est reçu très positivement. La compréhension entre les communautés linguistiques joue ici un rôle majeur : il est essentiel de faire évoluer les attitudes vis-à-vis du plurilinguisme et des langues minoritaires en Suisse. Pour l'heure, on constate un décalage entre les principes exprimés dans la loi et la réalité du vivre-ensemble.</p> <p>Les échanges linguistiques et la diffusion de la création artistique sont des mesures importantes dans ce cadre. De plus, une action transversale touchant l'ensemble de la société est nécessaire. Les organisations actives dans le domaine de la compréhension ont un rôle de sensibilisation important à jouer ici.</p>
Participation culturelle	<p>Le maintien de la participation culturelle comme axe principal est également salué : celle-ci permet l'expression de la diversité culturelle de notre pays.</p>
Numérisation	<p>Les langues doivent impérativement apparaître comme élément majeur de la réflexion sur la numérisation. Les pratiques linguistiques sont directement influencées par l'évolution digitale. De plus, la prise en compte des langues dès la conception stratégique permet de penser les contenus numériques de manière inclusive et de refléter la riche créativité de la Suisse.</p>
Echanges linguistiques	<p>Une réelle politique des échanges nécessite des moyens conséquents et des statistiques fiables. Les organisations signataires saluent ici une stratégie cohérente. Elles invitent les cantons à porter ces mesures avec conviction afin de permettre des améliorations concrètes dans ce domaine.</p> <p>L'échange scolaire ne pourra cependant pas assurer à lui seul une meilleure compréhension culturelle et linguistique en Suisse. De plus, les séjours linguistiques s'inscrivant en règle générale dans le prolongement de l'enseignement en classe, l'italien et le romanche sont ici défavorisés par rapport au français et à l'allemand, car peu enseignés dans les autres régions.</p> <p>Dans cette optique, les organisations signataires en appellent à une variété des modèles d'échanges (par exemple: semaines de sensibilisation, tandems, supports numériques, etc.). Le renforcement des mesures d'échanges en faveur</p>

	<p>d'un public hors de la scolarité obligatoire (enseignants, apprentis) est salué. Les organisations invitent en outre la Confédération à d'avantage de cohérence entre, d'un côté, sa politique des échanges et, de l'autre, les exigences linguistiques qu'elle énonce dans le secteur de la formation professionnelle.</p>
Promotion italien et romanche	<p>Les principes et mesures proposées sont reçus positivement, avec une réserve concernant les moyens limités devant permettre leur concrétisation.</p> <p>Un décalage existe entre les objectifs présentés au niveau fédéral et l'offre d'enseignement existante dans les cantons en faveur de l'italien et du romanche. Une plus grande harmonisation entre l'action des cantons et de la Confédération, ainsi que le développement de modèles d'enseignement alternatifs sont souhaitables pour une réalisation optimale des objectifs de sauvegarde et de promotion de ces deux langues minoritaires.</p>
Organisations de la compréhension	<p>La volonté d'une mise en réseau des acteurs en vue d'une plus grande efficacité est partagée par les organisations signataires. Celles-ci s'inquiètent que la nouvelle politique de soutien mette en difficulté des projets ayant fait leurs preuves. Les organisations signataires demandent à être impliquées dans le processus de réexamen des critères de soutien.</p>
Diffusion de la création	<p>La diffusion de la création artistique helvétique au sein du pays est importante pour la cohésion nationale. Les mesures prévues en ce sens sont saluées.</p> <p>Dans cet esprit, il serait souhaitable que les grandes créations soutenues par la Confédération (par ex. films, expositions, etc.) soient accessibles dans les langues officielles.</p>
Mesures formation	<p>Une mesure essentielle en faveur de la diversité linguistique suisse est de garantir la cohérence des systèmes de formation du plus jeune âge jusqu'aux études supérieures - et notamment le maintien des chaires universitaires liées aux langues nationales. Une collaboration interdépartementale au sein de l'administration fédérale est ici souhaitable.</p>

Cette prise de position est soutenue par les organisations suivantes :



Les organisations signataires se réservent le droit de s'exprimer individuellement en complément à la présente prise de position commune. / 18.09.2019

Più trasversalità e misure di sensibilizzazione più diversificate per il plurilinguismo elvetico

Le principali organizzazioni attive nel campo delle lingue e della comprensione in Svizzera si felicitano per la continuità proposta dal nuovo Messaggio sulla cultura 2021-2024 e per i capitoli riservati alla coesione sociale e agli scambi linguistici. Per favorire una visione positiva del plurilinguismo svizzero, esse chiedono però più trasversalità e misure di sensibilizzazione più diversificate.

Le organizzazioni firmatarie inviano una presa di posizione comune e attestano in questo modo la loro volontà di lavorare in modo coordinato. In merito alla proposta di *Messaggio sulla cultura 2021-2024* si evidenziano i seguenti aspetti:

Coesione sociale	<p>La conferma della coesione sociale come asse principale è recepita positivamente. La comprensione fra le comunità linguistiche riveste in questo caso un ruolo maggiore: è essenziale far evolvere le attitudini nei confronti del plurilinguismo e delle lingue minoritarie in Svizzera. Attualmente si constata uno scollamento tra i principi espressi nella legge e la realtà vissuta.</p> <p>In quest'ottica, gli scambi linguistici e la diffusione della creazione artistica sono delle misure importanti. Inoltre un'azione trasversale riguardante l'insieme della società è ritenuta necessaria. Le organizzazioni attive nell'ambito della comprensione hanno un ruolo importante di sensibilizzazione da svolgere.</p>
Partecipazione culturale	<p>Il mantenimento della partecipazione culturale come asse principale è condiviso: essa permette l'espressione della diversità culturale nel nostro paese.</p>
Digitalizzazione	<p>Le lingue devono essere obbligatoriamente considerate come elemento maggiore nella riflessione sulla digitalizzazione. Le pratiche linguistiche sono direttamente influenzate dall'evoluzione digitale. Inoltre il considerare le lingue sin dalla concezione strategica permette di definire i contenuti numerici in modo inclusivo e di riflettere la ricchezza creativa della Svizzera.</p>
Scambi linguistici	<p>Una concreta politica di scambi richiede mezzi conseguenti e statistiche attendibili. Le organizzazioni firmatarie auspicano una strategia coerente. Esse invitano i cantoni a sostenere queste misure con convinzione in modo di permettere dei concreti miglioramenti in questo campo.</p> <p>Lo scambio scolastico non può da solo assicurare una migliore comprensione culturale e linguistica in Svizzera. Inoltre i soggiorni linguistici per l'italiano e il romancio, iscrivendosi in termini generali come prolungamento dell'insegnamento in classe, sono sfavoriti in rapporto al francese e al tedesco poiché poco insegnati nelle altre regioni linguistiche.</p> <p>In quest'ottica le organizzazioni firmatarie auspicano l'adozione di una varietà di modelli di scambio (ad esempio: settimane di sensibilizzazione, tandem, supporti numerici, ecc.). Il rafforzamento delle misure di scambio in favore di chi ha già terminato l'obbligo scolastico (docenti, apprendisti) è condiviso. Le</p>

**Promozione
dell'italiano e
del romancio**

organizzazioni invitano pure la Confederazione a una maggior coerenza, da un lato, tra la sua politica degli scambi e, dall'altro, le esigenze linguistiche definite nel settore della formazione professionale.

I principi e le misure proposte sono valutati positivamente, con la riserva dei limitati mezzi stanziati per permetterne la concreta attuazione.

Uno squilibrio esiste tra gli obiettivi presentati a livello federale e l'offerta esistente nei cantoni a favore dell'italiano e del romancio. Una maggiore armonizzazione fra l'azione dei cantoni e quella della Confederazione, come pure lo sviluppo di modelli alternativi d'insegnamento, sono auspicati per una realizzazione ottimale degli obiettivi di tutela e di promozione di queste due lingua minoritarie.

**Organizzazioni
attive
nell'ambito
della
comprensione**

La volontà di una messa in rete degli attori in vista di una migliore efficacia è condivisa dalle organizzazioni firmatarie. Esse sono preoccupate che la nuova politica di sostegno possa mettere in difficoltà i progetti che hanno dato fin qui buona prova. Le organizzazioni firmatarie chiedono di essere coinvolte nel processo di riesame dei criteri di sostegno.

**Diffusione della
creazione
artistica**

La diffusione della creazione artistica nel nostro paese è importante per la coesione nazionale. Le misure previste in quest'ambito sono condivise.

In quest'ottica sarebbe auspicabile che le grandi creazioni artistiche sostenute dalla Confederazione (ad esempio film, esposizioni, ecc.) siano fruibili nelle lingue ufficiali.

**Altre misure
formative**

Una misura essenziale in favore della diversità linguistica svizzera è quella di garantire la coerenza del sistema formativo dall'inizio della scolarità agli studi superiori, in particolare con il mantenimento delle cattedre universitarie riferite alle lingue nazionali. Una collaborazione interdipartimentale nell'amministrazione federale è quindi auspicata.

Questa presa di posizione è sostenuta dalle seguenti organizzazioni:



Le organizzazioni firmatarie si riservano il diritto d'esprimersi individualmente a complemento della presente presa di posizione in comune. / 18.09.2019

Dapli acziuns transversalas e differentas mesiras da sensibilisaziun per la plurilinguitad svizra

Las pli impurtantas organisaziuns svizras activas sin il sector da las linguas e da la chapientscha beneventan la cuntinuitad che la nova missiva da cultura 2021-2024 propona ed approvan l'impurtanza ch'ella attribuescha a la coesiun sociala ed al barat linguistic. Ellas pretendan dapli acziuns transversalas e differentas mesiras da sensibilisaziun per promover ina vista positiva sin la plurilinguitad svizra.

Las organisaziuns signataras preschantan ina posiziun communabla e mussan la voluntad da coordinar lur lavur. Ellas suttastritgan ils suandants puncts da la *missiva da cultura 2021-2024* proponida:

Coesiun sociala	<p>Ins considerescha sco fitg positiva la voluntad d'accentuar la coesiun sociala. La chapientscha tranter las cuminanzas linguisticas gioga ina rolla impurtanta: la tenuta envers la plurilinguitad ed envers las linguas minoritaras en Svizra sto sa midar. Per il mument datti ina largia tranter ils princips definids en la lescha e la realitad da la convivenza.</p> <p>Il barat linguistic e la derasaziun da la producziun artistica èn impurtantas mesiras en quel regard. Plinavant dovri in proceder transversal che includa tut la societad. Las organisaziuns activas sin il sector da la chapientscha linguistica giogan qua ina rolla impurtanta.</p>
Participaziun culturala	<p>Ins beneventa era l'intenziun da mantegnair la participaziun culturala sco accent principal: uschia pon ins mussar la diversitad culturala da noss pajais.</p>
Digitalisaziun	<p>Igl è impurtant che las linguas sajan in element central en la reflexiun davart la digitalisaziun. Il diever linguistic vegn influenzà directamain dal svilup digital. Cun resguardar las linguas gia en la concepziun strategica pon ins far patratgs a moda inclusiva davart ils cuntegns digitals e reflectar la gronda creativitat da la Svizra.</p>
Barat linguistic	<p>Ina politica da barat efectiva pretenda vastas resursas e statisticas fidablas. Las organisaziuns signataras beneventan en quel connex ina strategia coerenta. Ellas supplitgeschan ils chantuns da prender questas mesiras cun persvasiun per pussibilitar meglieraments concrets sin quel sector.</p> <p>Il barat scolastic na po però betg garantir sulet in meglierament da la chapientscha culturala e linguistica en Svizra. Per regla mo cumpletteschan segiurns linguistics l'instrucziun. Il rumantsch ed il talian èn pia dischavantiads en cumparegliaziun cun il franzos ed il tudestg, perquai ch'els vegnan instruids darar en las autras regiuns.</p> <p>Da quel punct da vista pretendan las organisaziuns signataras numerus programs da barat (per exempel: emnas da sensibilisaziun, tandems, medias digitalas, etc.). Ins beneventa il schlargiament da mesiras da barat per in public interessà che ha gia terminà il temp da scola obligatoric (scolasts, emprendists). Plinavant giavischan las organisaziuns da la Confederaziun da garantir ina coerenza pli accentuada tranter ses agir cultural d'ina vart e las exigenzas linguisticas sin il</p>

	sector da la furmaziun professiunala da l'autra vart.
Promozion dal rumantsch e talian	<p>Ins considerescha sco positivs ils princips e las mesiras proponidas. I dat però resalvas areguard ils meds finanzials che stattan a disposiziun.</p> <p>Igl exista ina largia tranter las finamiras preschentadas sin nivel federal e la purschida da furmaziun rumantscha e taliana existenta en ils chantuns. Giavischabel fiss in'armonisaziun tranter chantuns e Confederaziun sco er il svilup da models d'instrucziun alternativs per pudair mantegnair e promover las duas linguas minoritaras.</p>
Organisaziuns da chapientscha	Las organisaziuns signataras sustegnan l'idea da colliar ils acturs per dapli effizienz. Ellas temen che la nova politica da promozion pericliteschia projects cumprovads. Las organisaziuns signataras vulan vegnir integradas en il process d'examinaziun dals criteris da promozion.
Derasaziun da la creaziun	<p>Derasar la creaziun artistica svizra a l'intern dal pajais è impurtant per la coesiun naziunala. Las mesiras ch'ins prevesa en quel connex èn bainvegnidas.</p> <p>En quel senn admett'ins il giavisch che la Confederaziun rendia adina accessiblas en las linguas uffizialas las grondas ovras ch'ella promova (p.ex. films, exposiziuns, etc.).</p>
Mesiras furmaziun	Ina mesira impurtanta en favur da la diversità linguistica è da garantir la coerenza dal sistem da furmaziun e quai a partir dal pli bass fin al pli aut stgalim – en spezial da mantegnair las professuras liadas a las linguas naziunals. Ina collavuraziun interdepartamentala a l'intern da l'administraziun federala è desiderabla en quel connex.

Las suandantas organisaziuns sustegnan questa posiziun:



Las organisaziuns signataras resalvan il dretg da s'exprimer individualmain ed a moda complementara a questa posiziun communabla. / 18.09.2019

Per Email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Freienbach, 18.09.2019

Stellungnahme Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Die Kulturbotschaft enthält nicht akzeptierbare Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in unsere verfassungsmässigen Rechte als Anbieter einer Video-on-Demand-Plattform eingreifen. Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit fristgerecht wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch darüber begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist eine schädliche und unüberlegte Reaktion auf diese Digitalisierungseffekte. Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an die Fernmeldedienstanbieterinnen (FDA). Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Um dieser Position ausreichend Gewicht zu geben, werden wir eine Kopie der vorliegenden Stellungnahme den entsprechenden Stakeholdern (Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien,

Wirtschaftsverbände, etc.) zur Information zukommen lassen und unsere Unterstützung für ein fakultatives Referendum gegen die geplanten Neuerungen im Filmgesetz anbieten, sollte das Vorhaben nicht fallen gelassen werden.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Wir betreiben ein Kommunikationsnetz und stellen unserer Kundschaft auch eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, VoD), folglich wir den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst anbieten, dessen Umsatz zukünftig mit 4% spezial-besteuert werden sollte.

Namentlich die Rechtebeschaffung ist eine sehr aufwendige Angelegenheit, weshalb wir das Content-Repertoire der Videothek durch einen Dritten organisieren und bereitstellen lassen. Für die Vermittlungstätigkeit erhalten wir eine Entschädigung in der Form einer Kommission, ungeachtet der Tatsache, dass wir gegenüber den Endkunden in eigenem Namen handeln, und es für die Konsumentinnen und Konsumenten deshalb nicht offensichtlich ist, dass sie das Angebot eines Drittanbieters nutzen.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+), etc. ist gross und wir betreiben diesen Dienst in erster Linie um unserer Kundschaft ein möglichst umfassendes Packet an Audiovisionsdiensten (linear und nicht-linear) im Rahmen unserer Telekom-Bündelangeboten (Triple- oder Quadruple-Play) bieten zu können. Es ist deshalb schon vom Ansatz her falsch, davon auszugehen, mit elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten liessen sich grosse direkte Umsätze generieren, entsprechend eine Besteuerung einfach beim Umsatz anzuhängen wäre. Die geplanten Abgaben stellen für uns Betreiber reine Betriebskosten dar, welche die Attraktivität zur Bereitstellung von solchen inländischen Videotheken stark mindern wird.

Betreffend Rentabilität des Vod-Angebotes ist vorab auch daran zu erinnern, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechtsgesetzes für VoD-Anbieter bereits zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgaben beschlossen hat, was weiter zur Verminderung der Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Video-Abrufdiensten beitragen wird¹. Es ist deshalb grundsätzlich erstaunlich, dass jetzt über die Revision des Filmgesetzes noch mehr Abgaben in Betracht gezogen werden, die am Ende entweder das inländische Angebot verhindern und/oder von den Schweizer Konsumenten getragen werden müssen.

2. Warum ist die geplante Revision des Filmgesetzes abzulehnen?

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend E-FiG) vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, zum einen eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend europäische Pflichtquote) im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und zum anderen 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen. Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der FiG-Entwurf Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat

¹ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision des Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzvereinbarung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>)

konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

a. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht². Es wird vertuscht, dass die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen im E-FiG verfassungswidrig sind!

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass **der Bund** Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Demgemäss weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt auch keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die Förderung des Schweizer Filmschaffens muss bei einer der Verfassung entsprechenden Rechts(um)setzung immer Aufgabe des Bundes bleiben, denn die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen, namentlich durch die vom Bundesrat geplante Einführung einer Förderabgabe, welche dem Schweizer Filmschaffen zugutekommen soll.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll. Im Erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio und TV-Gesetzgebung mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen.³ Hier besteht aber demgegenüber mit BV Art. 93 eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und –Finanzierungsmodellen. Der Vergleich ist haarsträubend und kann sicher nicht als Begründung dienen, in derart heftiger Weise in verfassungsmässig geschützte Rechte von Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste einzugreifen⁴. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste zu vergleichen: Die Fernsehveranstalter stehen viel näher zur Schweizer Filmproduktion, sie produzieren regelmässig selber Audiovisionsinhalte. Demgegenüber produzieren VoD-Anbieter normalerweise keine Inhalte, sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

Wie einführend dargelegt, stellt für uns als Kommunikationsunternehmen das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, unser Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Wir erbringen damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Damit leisten wir bereits

² Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

⁴ Sinngemäss gleicher Auffassung ist die EMEK, vgl. Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien vom 11.10.2018, zu Art. 12 BGeM

indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Wir verbinden nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte- und Dienstangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges (welcher nicht zu verwechseln ist mit dem via Fernmeldegesetzgebung garantierten Zugangsdienst zum Internet⁵). Es ist auch deshalb nicht richtig, uns nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe dann auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwälzt wird.

Vor allem jüngere Generationen, welche immer mehr nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden durch die neue Abgabe übermässig belastet. Diese Bevölkerungsgruppe bezahlt nun schon eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen (ehemals Billag-Gebühr), ohne eventuell jemals die damit (mit)finanzierten Rundfunkprogramme zu nutzen und sie werden schliesslich auch für die von beiden Parlamentskammern im Rahmen der laufenden Urheberrechtsrevision beschlossenen zusätzlichen Urheberrechtsabgaben auf VoD (vgl. oben) aufzukommen haben. Deren Medienbudget darf nicht unbeschränkt durch Abgaben für den Service Public, zusätzliche Abgaben für Filmurheber und Ausübende des Films und nun auch noch durch neue Abgaben ganz allgemein für das Schweizer Filmschaffen ausgehöhlt werden. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dieser offenbar unersättlichen Forderungs- und Subventionsmentalität einen Riegel zu schieben. Wir werden nicht zögern, die Konsumentenschutzverbände auf diese nicht endende Kette von Forderungen im Zusammenhang mit Kulturförderungen aufmerksam zu machen.

b. Mangelnde Wirksamkeit

Auch die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können – weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.⁶ Es ist erstaunlich, dass der Bundesrat (und insbesondere die entsprechende Departementsvorsteherin) diese Position eines für die von ihm beschworene Digitalisierung wichtigen Bundesamtes nicht kennt (oder schon wieder vergessen hat).

Schliesslich ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz zu bestücken. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch

⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 1 lit. d FDV

⁶ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten „Long Tail“ wieder vernichtet. Es ist überaus bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es allein um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

c. Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix⁷, de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Fall von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hier strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerblich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Und da hilft es wenig, wenn hinsichtlich Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter, welcher allenfalls dann mal in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁸, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmel-

⁷ Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

⁸ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

depflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förderabgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁹, Verfügungen der Behörden werden im Ausland jedoch nicht dursetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (dem allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend¹⁰) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem Erläuternden Bericht¹¹ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Solche Bestimmungen zeigen einzig, dass sich der Bundesrat selbst nicht geheuer ist und bereitet mit diesen sein Argument vor, man müsse dann im Einzelfall auf Verordnungsstufe wieder Gegensteuer geben, wenn dem Parlament wenig durchdachte und verfassungswidrige Gesetze vorgelegt werden. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschont.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend finden Sie unsere Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen für den Fall, dass am Revisionsprojekt in dieser Form festgehalten werden sollte. Hier gehen wir insbesondere auf die vorgesehenen Ausnahmeregelungen zur europäischen Pflichtquote sowie auf die Förder- bzw. Ersatzabgabe ein.

⁹ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

¹⁰ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grösserem Ausmass hochgefahren werden.

¹¹ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

a. Ausnahmeregelungen

Wie bereits angesprochen, sieht der Gesetzesentwurf für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) Ausnahmen vor. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur vereinzelt gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für uns von vornherein nicht anwendbar sein werden. Unser VoD-Angebot enthält nicht nur einzelne Filme und ist im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen.

b. Ausnahme Mindestumsatz, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. a und Art. 24e Abs. 2 lit. a E-FiG

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, wie auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF¹² gelten; bezüglich Förderabgabe werden im Erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden¹³, die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Im Weiteren bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand¹⁴, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief angedacht zu sein. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten auf das Angebot der Rechteinhaber Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2,5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

¹² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

¹³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

¹⁴ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

c. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG

Der Erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu diesem Ausnahmefall. Wie einleitend festgehalten, vermarkten wir das Angebot eines Dritten in eigenem Namen. Wir haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und erfüllen damit eigentlich die Ausnahmegeneralklausel, wonach für uns die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Wir müssten demnach ohne weiteres unter die Regel fallen, auch wenn wir, wie vorliegend, das VoD-Angebot in eigenem Namen vermarkten. Denn wäre letzteres nicht der Fall, sprich das Dienstleistungsverhältnis besteht direkt zwischen diesem Dritten und den Konsumentinnen und Konsumenten, so wäre zwingend im Sinne von Art. 24a und Art. 24b E-FiG dieser Dritte als VoD-Anbieter zu betrachten. Dieser Sachverhalt ist auf Gesetzesstufe zu präzisieren, damit von vornherein keine Unklarheiten und Unsicherheiten entstehen. Und da trotzdem nicht erwartet werden kann, dass das „weitergeleitete“ Angebot in Bezug auf die darin enthaltenen Filmtitel sowie der Preise streng identisch ist zu einem allenfalls daneben auch noch bestehen OTT-Streaming-Angebot dieses Dritten, sollte dies mit einem relativierenden Attribut angemerkt werden.

Unsere Forderungen zu Artikel 24a Abs. 3 und Abs. 3 lit. c sowie Art. 24e Abs. 2 und Abs. 2 lit. c FiG:

Art. 24a Abs. 3 FiG soll lauten:

„Der Bundesrat ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Pflicht nach Absatz 1 ~~ausnehmen~~, wenn:
(...)“

Art. 24a Abs. 3 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Art. 24e Abs. 2 FiG soll lauten:

„Er ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Verpflichtung ~~ausnehmen oder den Anteil, der für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden ist, auf 2 Prozent ermässigen~~, wenn:
(...)“

Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Schliesslich regen wir an, dass die gleichen Ausnahmen auch für die (seit 2016 bestehende) Filmmeldepflicht vorgesehen werden. Da wir lediglich das Angebot eines Dritten (zwar in eigenem Namen) vermarkten und damit in diesem Sinne „weiterleiten“ (obschon dies in eigenem Namen geschieht), haben wir grosse Schwierigkeiten, die benötigten Filmdaten für die Filmstatistik beizubringen. Viele dieser Daten werden deshalb durch das BFS direkt bei unseren Filmlieferanten erhoben. Trotzdem fallen wir unter die Meldepflicht und müssen mit Sanktionen rechnen, falls unsere Filmlieferanten den Meldeaufforderungen nicht nachkommen.

Unsere Forderungen zu Artikel 24i Abs. 1 FiG:

„Unternehmen, die in der Schweiz (...) müssen dem Bund die Anzahl Abrufe pro Filmtitel melden, *ausser sie erreichen den vom Bundesrat bestimmten Mindestumsatz nicht, oder es werden Angebote Dritter in eigenem Namen nahezu unverändert weitergeleitet.*“

Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Bemerkungen und Argumente in die weitere Behandlung des Geschäfts einbeziehen und unsere Position und Anträge berücksichtigen. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

EW Höfe AG

Schwerzistrasse 37
8807 Freienbach

Stefan Fäusch
Leiter Netze /
Mitglied der Geschäftsleitung

Jürg Müller
Leiter Markt und Kunden /
Mitglied der Geschäftsleitung

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Kopie zur Kenntnis Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.



**Archäologie Schweiz
Archéologie Suisse
Archeologia Svizzera
Swiss Archaeology**

Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Versand per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Basel, 18. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024; Stellungnahme von Archäologie Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Archäologie Schweiz ist mit rund 2'000 Mitgliedern die grösste landesweit tätige Publikums- und Fachgesellschaft, welche sich dem archäologischen Kulturerbe der Schweiz widmet. Als in Fachkreisen sowie in der Bevölkerung verankerte unabhängige Gesellschaft engagieren wir uns für den Schutz, die wissenschaftliche Erforschung, Inwertsetzung und die Vermittlung archäologischer Stätten und Objekte. Archäologie Schweiz gibt durch ihre Tätigkeit dem archäologischen Erbe in der Schweiz eine breit abgestützte Stimme in der Gesellschaft und der Politik.

Gerne lassen wir Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024 zukommen. Wir äussern uns in der vorliegenden Stellungnahme primär zu den Themenbereichen der Botschaft, die das Kulturerbe betreffen.

Grundsätzliche Erwägungen zum Mittel und der Wirksamkeit der Kulturbotschaft 2016-2020

Die Kulturbotschaft hat sich in den vergangenen Jahren als geeignetes und wertvolles Steuerungsinstrument der Kulturpolitik erwiesen. Besonders hervorzuheben ist dabei die im Sinne einer Verbundaufgabe gestärkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden: eine Zusammenarbeit die sich als grundlegendes und tragendes Element der nationalen Kulturpolitik und einer strategischen Ausrichtung von Kulturförderung und -pflege etabliert hat.

Petersgraben 51
CH-4051 Basel
T: +41 61 261 30 78, F: +41 61 261 30 76
info@archaeologie-schweiz.ch
www.archaeologie-schweiz.ch



Mitglied der Schweizerischen Akademie
der Geistes- und Sozialwissenschaften
www.sagw.ch

Der vorliegende Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 baut in den wesentlichen Zügen auf der Kulturbotschaft 2016-2020 auf und sichert damit die Kontinuität. Die bereits in der Botschaft 2016-2020 erkannten Megatrends und die daraus abgeleiteten Handlungsfelder der «Kulturellen Teilhabe», des «Gesellschaftlichen Zusammenhalts» und der «Kreation und Innovation» bilden nach wie vor Handlungsgrundlage und Rückgrat.

Das Instrument der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen hat sich in der vergangenen Periode als wertvolle Grundlage und Stütze namentlich für die Arbeit der kantonalen Fachstellen für Archäologie und Denkmalpflege erwiesen. Es ist ausserordentlich begrüßenswert, diese Instrumente in der bewährten Form beizubehalten.

Als weitere bedeutende Ereignisse im Sinne und während der Periode der Kulturbotschaft 2016-2020 zu erwähnen sind die Ratifizierungen der Übereinkommen zum Schutz des Unterwassererbes und des Rahmenübereinkommens über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention von 2005). Mit der Ratifizierung dieser Übereinkommen bekannten sich Bundesrat und Parlament zur Bedeutung, zum Schutz und zur Wertschätzung der nicht erneuerbaren Ressource Kulturerbe.

Anzuführen ist schliesslich der Schwerpunkt «Baukultur», welcher mit der 2018 verfassten, auf hohe Qualität einer sehr breit aufgefassten Baukultur abzielende und von zahlreichen Staaten mitunterzeichneten «Davos Declaration» national wie international verankert wurde.

Zu den einzelnen Fragen und Themenbereichen

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Zur Umsetzung der Kulturbotschaft haben wir uns bereits oben einleitend geäußert. Den genannten positiven Effekten steht die Tatsache gegenüber, dass die realen Mittel in Folge der Teuerungskorrekturen im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 *de facto* nicht den ursprünglich gesprochenen Mitteln entsprachen.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die Kulturbotschaft 2021-2024 setzt auf Kontinuität. Die drei bereits in der Botschaft 2016-2020 definierten Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation» werden weiterverfolgt. Wir begrüßen diese Kontinuität, zumal sie die Zielsetzungen der bereits erwähnten Konvention von Faro aufnehmen und damit in der Schweizer Kulturpolitik verankern und konsolidieren. Allerdings fehlt in der Botschaft nicht nur der konkrete Bezug auf die Faro-Konvention, sondern es fehlen auch entsprechende Massnahmen zur Teilhabe am Kulturerbe. Dies ist zu bedauern und muss aus Sicht von Archäologie Schweiz unbedingt ergänzt werden.

3. Zur Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Weiterentwicklung der Massnahmen folgt den definierten Handlungsachsen. Wir haben dazu folgende Bemerkungen:

3.1. Kulturelle Teilhabe durch Teilhabe am Kulturerbe ergänzen

Bei den Massnahmen im Bereich «Kulturelle Teilhabe» (S. 12) fehlt indes die Teilhabe am kulturellen Erbe – und damit genau der Inhalt der Faro-Konvention. Die Massnahmen müssen aus unserer Sicht zwingend um Massnahmen zur Förderung der Teilhabe am kulturellen Erbe ergänzt werden.

3.2. Anmerkungen zu den Konzepten und Massnahmen im Bereich «Baukultur»

Von erheblicher Tragweite ist das Massnahmenbündel, welches das in der Kulturbotschaft 2016-2020 eingeführte Konzept der «Baukultur» betrifft und zu dessen Umsetzung derzeit eine interdepartementale Strategie «Baukultur» erarbeitet wird.

Wir begrüssen grundsätzlich die Entwicklung dieses Bereichs und den gewählten interdisziplinären und breit vernetzten Ansatz. Vor dem Hintergrund des demografischen Drucks, raumplanerischer Zielsetzungen wie der inneren Verdichtung der Siedlungsgebiete sowie dem Schutz des Kulturlandes ist das Ziel der Entwicklung einer hohen Qualität der zeitgenössischen Baukultur ausgesprochen zu begrüssen. Nur so kann die Qualität und Integrität der gebauten Umwelt – und damit auch der historischen Siedlungslandschaft in der Schweiz – gewahrt, entwickelt und zu einem gewissen Mass auch «repariert», d.h. Qualitätsmängel situativ behoben und Substanzverlust (in geringem Rahmen) kompensiert werden.

Als grundlegend erachten wir hierbei die vorgesehenen Massnahmen im Bereich Forschung, Wissen und Vermittlung (S. 36) sowie die angestrebte Stärkung der multisektoriellen und interdisziplinären Zusammenarbeit. Indessen stehen hier die Massnahmen und Ziele betreffend der zeitgenössischen Baukultur alleine: es fehlen gleichwertige Massnahmen und Ziele zum historischen Erbe. Solche sind ebenfalls zu erarbeiten und vorzulegen.

Grösste Vorbehalte haben wir indes bezüglich der neuen Begrifflichkeit der Baukultur, die nun von der zeitgenössischen Baukultur bis hin zur Archäologie alle Bereiche umfassen soll (s.u.).

3.3. Zur Begrifflichkeit der «Baukultur» und Umbenennung der Sektion «Denkmalpflege und Heimatschutz» des BAK in «Sektion Baukultur»

Neu sollen unter dem Begriff und Konzept der «Baukultur» auch die Fachbereiche Archäologie und Denkmalpflege subsummiert werden,

Der Begriff der «Baukultur» umfasst gemäss der «Davos Declaration» von 2018 *«die Summe der menschlichen Tätigkeiten, welche die gebaute Umwelt verändern»*. Liest man die «Davos Declaration» aufmerksam, so muss konstatiert werden, dass das archäologische Erbe sowie historische Denkmäler und Kulturlandschaften lediglich implizit *«als Denkmäler und andere Elemente des Kulturerbes»* erwähnt werden. Sowohl die «Davos Declaration», der derzeit zur informellen Anhörung aufliegende Entwurf der erwähnten Strategie «Baukultur»¹ als insbesondere auch die hier zur Diskussion stehende Kulturbotschaft 2021-2024 sind damit erstaunlich indifferent, was das Kulturerbe als Bestandteil der «Baukultur» betrifft. Das archäologische Erbe wird in allen genannten Dokumenten nie explizit als Bestandteil von «Baukultur» genannt. Es ist deshalb zu befürchten, dass sowohl in der Politik als auch in der breiten Öffentlichkeit keine spontane Konnotation von «Baukultur» mit dem Kulturerbe und insbesondere dem archäologischen Erbe erfolgt – und was nicht miterwähnt und explizit mitgemeint ist, droht schnell auch vergessen zu gehen.

So sehr also der ganzheitliche und sowohl den Bestand, das zeitgenössische Bauen sowie die aktuellen Belange nicht zuletzt der Raumplanung einbeziehende Ansatz des Konzepts «Baukultur» im Grundsatz zu begrüssen ist, so sehr ist für uns die begriffliche – und die daraus vermeintlich oder faktisch ablesbare inhaltliche – Vernachlässigung, ja Benachteiligung des archäologischen Kulturerbes ein erheblicher und nicht zu tragender Mangel.

Die Archäologie erforscht unsere Vergangenheit anhand materieller Reste, die mehrheitlich im Boden bewahrt sind, doch der puristische Überbegriff «Baukultur» riskiert, dass die Archäologie in ihrer Bedeutung missverständlich aufgefasst und damit unterbewertet und ignoriert wird: zum einen, indem

¹ Bundesamt für Kultur: Strategie Baukultur. Entwurf vom 06.06.2019.

sie auf Bauten vergangener Epochen reduziert wird, zum anderen, indem das kulturelle Bodenarchiv ausschliesslich in seiner Wirkung auf die zeitgenössische Bautätigkeit miteinbezogen wird. Der Begriff der «Baukultur» marginalisiert somit einen substanziellen, ja gar den mehrheitlichen Teil unseres kulturellen Erbes und einen wesentlichen Zuständigkeitsbereich von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden! Es ist zu befürchten, dass der begrifflichen Marginalisierung ein faktischer Bedeutungsverlust der Bereiche Archäologie und Denkmalpflege folgt.

Ablehnend stehen wir deshalb auch der Namensänderung der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege des BAK in «Sektion Baukultur» gegenüber. Wir können einerseits die stipulierte belastete Wahrnehmung der bisherigen Bezeichnung allenfalls ansatzweise nachvollziehen. Die neue Bezeichnung hingegen führt nicht nur zu einer Verschleierung der tatsächlichen Handlungs- und Aufgabenbereiche, sondern sie grenzt Denkmalpflege und insbesondere Archäologie geradezu aus! Zudem ergibt sich eine schwer erklärbare Diskrepanz der Bezeichnungen zwischen der Behörde auf Bundesebene, die für die Belange von Archäologie und Denkmalpflege zuständig zeichnet, und den kantonalen und städtischen Fachstellen, die nach wie vor als Denkmalpflege und Kantonsarchäologie bezeichnet werden und auf diese Weise diese Fachbereiche gegenüber Bauherren, Behörden und der Öffentlichkeit repräsentieren.

Da die Namensanpassung der Sektion Baukultur auch mit einer Erweiterung oder Verlagerung der Aufgaben, so namentlich mit der Förderung der zeitgenössischen Baukultur, verbunden ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Handlungsschwerpunkte der Sektion und damit auch die Mittelverteilung verschieben werden. Es ist folglich zu vermuten, dass die traditionellen, namentlich und inhaltlich nun bereits verschwindenden Aufgabenbereiche Archäologie und Denkmalpflege künftig von substanziellen Mittelkürzungen betroffen sein könnten.

Wir fordern deshalb, dass die Änderung der Bezeichnung der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege nochmals breit reflektiert wird. Sollte die Umbenennung dennoch umgesetzt werden, so muss – soll die Bezeichnung «Baukultur» verwendet werden – aus unserer Sicht zwingend der Zusatz «Archäologie und Denkmalpflege» hinzugefügt werden.

Des Weiteren muss die Mittelsprechung für die neu definierte Sektion auch die zusätzlichen Aufgaben abdecken. Dies sollte ohne Umlagerung von Mitteln erfolgen. Wir kommen unter Punkt 6. darauf zurück.

3.4. Nationaler Kulturdialog

Zu begrüßen ist auch die Fortsetzung des «Nationalen Kulturdialogs». Diese Form der Zusammenarbeit, die alle Staatsebenen einbindet, hat sich in den vergangenen Jahren durchaus bewährt. Die Fortführung dieses Instruments, die zu einer intensivierten Zusammenarbeit und einem regelmässigen Austausch unter den Fachstellen des Bundes, der Kantone und Städte führt, hat beispielsweise zur Erarbeitung der ersten Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie geführt.

3.5. UNESCO Welterbe

Aus unserer Sicht unverständlich ist, dass im vorliegenden Entwurf der Kulturbotschaft und namentlich bei der Erläuterung der Massnahmen an keiner Stelle die von der UNESCO bezeichneten Welterbestätten benannt werden. Die Schweiz hat als Unterzeichnerin des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturguts (Konvention von Paris 1972) hier die Verpflichtung, sich für den Schutz, die Erhaltung und Erschliessung dieser Stätten einzusetzen. Während dies für die Naturerbestätten bereits umgesetzt wird, besteht in Bezug auf die Kulturerbestätten hier noch erheblicher Nachholbedarf. Wir beantragen deshalb, dass in Analogie zu den Naturerbestätten auch

für die UNESCO-Kulturerbestätten ein eigenes Finanzierungsgefäss geschaffen und dieses entsprechend alimentiert wird.

4. Revision Filmgesetz

Die vorgesehene Revision des Filmgesetzes betrifft den Interessensbereich von Archäologie Schweiz nicht. Wir enthalten uns deshalb einer Stellungnahme.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wir begrüssen namentlich die Aufnahme und gesetzliche Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Kulturförderungsgesetz – dies auch und gerade im Sinne der Faro-Konvention.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Archäologie Schweiz begrüsst grundsätzlich, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 für die Kulturpolitik keine Mittelkürzungen vorsieht. Vor dem Hintergrund der insbesondere durch die Umsetzung des Konzepts «Baukultur» und der damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben- und Förderbereiche (Stichwort «zeitgenössische Baukultur») ist zu befürchten, dass letztendlich den traditionellen Bereichen des Denkmal- und Heimatschutzes Mittel entzogen werden. Es scheint uns unmöglich, mit gleichbleibenden Mitteln zusätzliche Handlungsbereiche abzudecken.

Gesamthaft können die vorgesehenen Mittel nicht als ausreichend für alle angestrebten Fördermassnahmen und für die betroffenen Bereiche erachtet werden.

Bereits in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 wurde festgehalten, dass über 100 Mio. Franken notwendig wären, um unser Kulturerbe nachhaltig zu sichern (S. 37). Die Kulturbotschaft 2016-2020 sah denn im Mittel 22,2 Mio. Franken pro Jahr für den Teilbereich «Erhaltung schützenswerter Objekte, Archäologie» vor, also den Bereich, welcher das Kulturerbe sichert und der Nachwelt erhält. Der vorliegende Entwurf sieht im Rahmenkredit «Baukultur» für den Teilbereich «Erhaltung» nur noch 21,2 Mio. Franken vor.

Die vorgesehenen Mittel reichen somit kaum aus, um den Erhalt und die Pflege unserer Denkmäler und archäologischen Fundstätten sicherzustellen. Die massive Unterfinanzierung steht im überdeutlichen Kontrast zur bau- und bodendenkmalpflegerischen Realität: der Verlust des kulturellen Erbes schreitet ungebremst und vielerorts undokumentiert fort.

Wir fordern deshalb, dass sich die Bemessung der Mittel für den Bereich «Erhaltung» am für das letzte Jahr der Kulturbotschaft 2016-2020 festgelegten Betrag (23,3 Mio. Franken) orientiert und dieser Betrag für die Jahre 2021-2024 – inklusive der Anpassung an die Teuerung – fortführt. Nur so können die Aufgaben in den Bereichen Denkmalpflege und Archäologie sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen und Gemeinden weiterhin wahrgenommen und damit der unwiederbringliche Verlust von kulturellem Erbe verhindert werden.

Im Hinblick auf die Umsetzung der «Strategie Baukultur» muss aus unserer Sicht zwingend die Einbindung und die Alimentierung der Bereiche Denkmalpflege und Archäologie offengelegt werden. Ebenso fehlen uns in diesen Bereichen konkrete Massnahmen und Zielvorgaben.

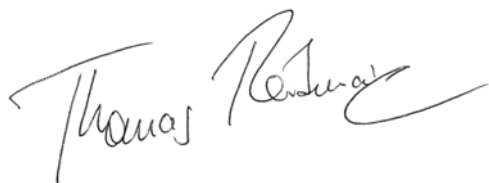
Wir bedanken uns für die Gelegenheit, unsere Bemerkungen und Anliegen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens einbringen zu können und das Interesse, das Sie unserer Stellungnahme entgegenbringen. Bei Fragen stehen wir Ihnen jederzeit sehr gerne zu Ihrer Verfügung.

7. Anträge von Archäologie Schweiz

Zusammenfassend möchten wir unsere Anträge nochmals festhalten:

- Ergänzung der Handlungssachse «Kulturelle Teilhabe» um den Begriff der Teilhabe am kulturellen Erbe nach der Definition der Konvention von Faro.
- Das Aussetzen der angestrebten Umbenennung der Sektion Denkmalpflege und Heimatschutz des BAK bzw. Anpassung des Namens in «Sektion Baukultur, *Archäologie und Denkmalpflege*».
- Die Aufstockung der vorgesehenen Finanzmittel auf Basis der in der Kulturbotschaft 2016-2020 für deren letztes Geltungsjahr vorgesehenen Beträge.
- Die Sicherung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für die UNESCO-Weltkulturerbestätten.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in black ink, reading 'Thomas Reitmaier'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Thomas' clearly legible and the last name 'Reitmaier' written in a more stylized, connected script.

(Dr. Thomas Reitmaier, Präsident Archäologie Schweiz)

Per E-Mail an stabstelledirektion@bak.admin.ch

Eidgenössisches Departement des Innern
Herrn Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Zürich, 18. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2019 das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft eröffnet. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, dazu Stellung zu nehmen. Unsere Stellungnahme wird sich im Wesentlichen auf die vorgeschlagene Anpassung des Bundesgesetzes über die Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz) konzentrieren.

Seit 2016 hält die NZZ-Mediengruppe eine Mehrheit am Zurich Film Festival (ZFF). Dieses wurde 2005 gegründet und hat sich innerhalb weniger Jahre in der nationalen und internationalen Festivallandschaft etabliert. Es bietet heute eine wichtige Plattform für die vielversprechendsten neuen Filmemacher/innen aus der ganzen Welt. Das ZFF ist nach Locarno das zweitgrösste Filmfestival der Schweiz und hat eine erhebliche, auch internationale Ausstrahlung. 2018 verzeichnete es rund 104'000 Eintritte und zog mehr als 600 akkreditierte Filmschaffende sowie über 600 Medienschaffende aus aller Welt an. Es hat sich zum Ziel gesetzt, den Austausch zwischen aufstrebenden Regisseur/innen, arrivierten Filmschaffenden, der Filmindustrie und dem Publikum zu fördern. Der Förderung des Schweizer Filmschaffens kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Das ZFF wird von Stadt und Kanton Zürich sowie vom Bund (Bundesamt für Kultur) mittels Leistungsvereinbarungen unterstützt.

Zusammenfassung und Anpassungsvorschlag: Streichung Art. 10 Abs. 2 Filmgesetz

Mit der anvisierten Revision des Filmgesetzes würde das Zurich Film Festival (ZFF) faktisch als einziges Filmfestival der Schweiz von künftigen Leistungsvereinbarungen ausgeschlossen. Dies, obwohl es seit Jahren einen wichtigen Beitrag zur Filmkultur in der Schweiz erbringt.

Vorbehalte aufgrund der Verbindung zur NZZ-Mediengruppe konnten im Vorfeld der aktuellen Leistungsvereinbarung adressiert und behoben werden. Zudem wurde die Organisation in Absprache mit dem BAK angepasst.

Die Verbindung zur NZZ-Mediengruppe steht der Erfüllung des Kulturauftrags nicht im Weg – im Gegenteil kann dadurch die kulturelle Teilhabe gar verstärkt werden. Wir erachten den vorgeschlagenen **Art. 10 Abs. 2 Filmgesetz** deshalb weder als sachgerecht noch als zielführend und schlagen dessen **ersatzlose Streichung** vor.

Begründung:

Die Kulturbotschaft betont, dass Filmfestivals in der Schweiz eine immer stärkere Rolle für die Angebotsvielfalt, die Promotion und die Vermittlung von Filmen spielen. Die Festivals tragen zur kulturellen Teilhabe bei und sind dadurch am Publikumserfolg der Filme massgeblich beteiligt. Die Teilhabe der Bevölkerung am kulturellen Leben ist ein gemeinsames Anliegen von Kantonen, Städten, Gemeinden und Bund. Die Förderung der kulturellen Teilhabe ist denn auch eine zentrale Handlungsachse der schweizerischen Kulturpolitik.

Wichtiger Beitrag zur kulturellen Teilhabe

In diesem Bereich leistet das Zurich Film Festival (ZFF) unbestritten viel. Das ZFF erreicht von allen Schweizer Filmfestivals am zweitmeisten Zuschauer und schafft im Unterschied zu anderen Kulturveranstaltungen den Crossover zum ganz ‚normalen‘ Publikum. Trotz dem Trend abnehmender Kino-Besuche ist es in den letzten Jahren gewachsen und heute sehr gut in der Bevölkerung verankert. Auch für Kinder gibt es ein Festivalprogramm, das in Zusammenarbeit mit städtischen und kantonalen Schulen entsteht und nebst Kinderjury auch verschiedene Workshops anbietet.

Durch die angestrebte Revision des Filmgesetzes würde mit dem ZFF eines der erfolgreichsten Schweizer Filmfestivals von der Förderung ausgeschlossen. Dieser Ausschluss wäre nicht mit mangelnden programmlichen Leistungen begründet, sondern ergäbe sich aus rein organisatorischen Fragen – welche faktisch von allen Schweizer Filmfestivals nur das ZFF treffen würden.

Nicht sachgerechter Ausschluss

Gemäss dem vorgeschlagenen neuen Art. 10 Abs. 2 Filmgesetz sollen nicht nur gewinnstrebige Unternehmen und Institutionen von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund ausgeschlossen werden, sondern auch solche, *die im Besitz von gewinnstrebigen Unternehmen sind oder unter deren Einfluss stehen.*

Eine solche Regelung erachten wir nicht als sachgerecht. Wir können zwar nachvollziehen, dass eine private Organisation, welche staatliche Finanzhilfen erhält, keine Gewinne ausschütten

soll. Dies ist bei der Filmkulturförderung heute schon gewährleistet. Weder die Gesellschaftsform noch die Eigentumsverhältnisse sollten aber für die Frage der zweckmässigen Mittelverwendung und der effizienten Umsetzung kulturpolitischer Ziele entscheidend sein. Es ist auch nicht erkennbar, welcher Missstand mit einer derartigen Regelung beseitigt werden soll. Die erwähnte Bestimmung geht somit zu weit und würde nicht nur das ZFF ungerechtfertigt von Leistungsvereinbarungen ausschliessen, sondern auch verhindern, dass sich andere Festivals in Zukunft neu organisieren können.

Die ZFF AG als Veranstalterin des Filmfestivals kennt ein statutarisches Gewinnausschüttungsverbot – ist also im Sinne der Kulturbotschaft kein gewinnstrebendes Unternehmen. Auch durch die bestehende Leistungsvereinbarung ist gesichert, dass allfällige Gewinne der ZFF AG aus dem Festivalbetrieb wieder in das Festival investiert werden. Dem ZFF würde der Abschluss einer erneuten Leistungsvereinbarung alleine dadurch verunmöglicht, dass die NZZ-Mediengruppe Mehrheitseignerin der ZFF AG ist – obwohl diese Verbindung die nachhaltige Positionierung des Festivals gerade stärkt.

Nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung gegenüber Projektförderung

Die Kulturbotschaft sieht vor, dass projektbezogene Subventionen auch für gewinnorientierte Unternehmen weiterhin möglich sein sollen. Während also eine profitorientierte Unternehmung für ein bestimmtes Projekt weiterhin eine Subvention erhalten kann, soll eine Leistungsvereinbarung mit einer nicht-profitorientierten Unternehmung nur aufgrund der Besitzverhältnisse ausgeschlossen sein! Für diese unterschiedliche Regelung gibt es weder einen sachlichen Grund noch ein öffentliches Interesse. Die nötige Transparenz und die Überprüfbarkeit der zweckmässigen Mittelverwendung kann in beiden Fällen gewährleistet werden. Zudem dürfte die Abgrenzung nicht in jedem Fall trennscharf sein. Die in einer Leistungsvereinbarung genannten Aufgaben (z.B. die Durchführung eines Filmfestivals) können je nach Ausgestaltung durchaus als jährlich wiederkehrendes Projekt verstanden werden. Eine rechtliche Ungleichbehandlung ist jedenfalls nicht gerechtfertigt.

Im Übrigen gilt der Hinweis in der Botschaft auf die weiterhin bestehende Möglichkeit projektbezogener Subventionen für Filmfestivals nicht. An anderer Stelle wird in der Kulturbotschaft explizit darauf hingewiesen, dass die Einzelprojektförderung im Bereich der Filmkultur eingestellt worden ist. Eine Projektförderung müsste also zunächst eine entsprechende Anpassung des Förderkonzepts voraussetzen. Allerdings sind im Fall von Filmfestivals mehrjährige Leistungsvereinbarungen mit Blick auf die damit verbundene Planungssicherheit und zur Etablierung geförderter Programmteile einer jährlichen Projektförderung auf jeden Fall vorzuziehen.

Singuläre Regelung entgegen den allgemeinen Subventionsvoraussetzungen

Die vorgeschlagene Änderung des Filmgesetzes würde den Abschluss von Leistungsvereinbarungen somit übermässig und einseitig einschränken und wäre darin auch nicht konsistent mit

der allgemeinen schweizerischen Subventionspolitik. In anderen, verwandten Bereichen gibt es durchaus eine strukturelle Förderung von privaten Unternehmen (etwa in der Verlagsförderung oder bei Nachrichtenagenturen). Auch die Voraussetzungen für Leistungsvereinbarungen im zwischenzeitlich zurückgezogenen Entwurf zu einem Bundesgesetz über elektronische Medien (Art. 50 ff.) umfassten keine vergleichbaren Vorgaben, wie sie nun die Kulturbotschaft für Filmfestivals vorsieht.

Seitens des Bundesamts für Kultur wird vorgebracht, es handle sich hierbei nicht um eine «Lex Anti-ZFF», sondern um ein übergreifendes Thema staatlicher Subventionspolitik. Davon ist bis jetzt nichts erkennbar. Wenn dem so wäre, dann müsste dies auch generell thematisiert werden und sich nicht nur in einer sehr spezifischen Regelung niederschlagen, welche von den sonst geltenden Regeln abweicht und von der gegenwärtig genau eine einzige Institution betroffen wäre. So sieht das Subventionsgesetz, das die einheitliche Ausgestaltung staatlicher Finanzhilfen und Abgeltungen gewährleisten soll, keine solchen Voraussetzungen für Leistungsvereinbarungen vor. Läge in der aufgeworfenen Frage tatsächlich eine generelle subventionsrechtliche Problematik, so müsste dies somit breiter diskutiert werden und entsprechend auch über eine allfällige Änderung des Subventionsgesetzes erfolgen. Nur dadurch könnte eine faire und rechtsgleiche Regelung getroffen werden. So wie sich der vorgeschlagene Art. 10 Abs. 2 Filmgesetz aufgrund seiner Entstehungsgeschichte, seiner Stossrichtung und den zu erwartenden Folgen heute präsentiert, bleibt der Eindruck, er richte sich ausschliesslich gegen das ZFF. Damit würde diese Regelung ein verfassungswidriges Einzelfallgesetz darstellen, welches gegen das Gebot der Rechtsgleichheit verstossen würde.

Erreichen kulturpolitischer Ziele massgeblich

Für eine generelle Anpassung der schweizerischen Subventionsregeln gibt es jedoch keinen Bedarf. Aus Sicht der Öffentlichkeit und des Gemeinwesens ist letztlich massgeblich, ob mit einer Förderung die (kultur)politischen Ziele erreicht werden. Die Kulturbotschaft spricht in diesem Zusammenhang von einer Überprüfung von *Wirksamkeit und Zweckmässigkeit*. Die Erfüllung der kulturellen Leistungen war beim ZFF nie umstritten und hängt jedenfalls nicht von den Eigentumsstrukturen ab.

Die Erreichung der kulturpolitischen Ziele, aber auch die Zweckmässigkeit der Mittelverwendung und allfällige Auflagen können durch organisatorische Massnahmen und die griffige Abfassung von Leistungsvereinbarungen abgesichert werden. So ist etwa die programmlich-inhaltliche Unabhängigkeit zurecht eine Fördervoraussetzung für die finanzielle Unterstützung von Filmfestivals. Diese kann aber durch geeignete Massnahmen gesichert werden - dafür braucht es keine Gesetzesänderung. Im Fall des ZFF wurde die aktuelle Organisation des Zurich Film Festivals zudem in Absprache mit dem BAK vorgenommen. Umso weniger nachvollziehbar ist es, dass diese Organisationsform nun nicht mehr gesetzeskonform sein soll.

Die Unabhängigkeit des Kulturschaffens ist im Übrigen an vielen Fronten zu behaupten. Politische Einflussnahme und Förderung gehören genauso dazu, wie Verpflichtungen gegenüber Kooperationspartnern und Sponsoren. Die einseitige Fokussierung auf Beteiligungsverhältnisse wäre jedenfalls nicht sachgerecht. Die vorgeschlagene Bestimmung ist in diesem Punkt auch höchst unklar formuliert. So bleibt zum Beispiel unklar, was damit gemeint ist, dass die Leistungsempfänger nicht «unter Einfluss» gewinnstrebigter Unternehmen stehen dürften. Genügen dafür Zusammenarbeitsvereinbarungen oder die Einsitznahme von Vertretern in Leitungsgremien? Sollten damit auch massgebliche Sponsoring-Vereinbarungen gemeint sein, so wäre dies wohl das Ende für viele Festivals.

Sinnvolle Zusammenarbeit mit Privaten

Die Medien- und Kulturwelt hat sich durch die Digitalisierung und Globalisierung radikal geändert. In dieser neuen Welt sind neue Konstruktionen/Partnerschaften nötig, um sicherzustellen, dass die kulturellen Inhalte zum Publikum gelangen. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit Unternehmen an der Schnittstelle zwischen Kultur, Medien und Wirtschaft. Im Bereich Gaming ist dies explizit vorgesehen. In seinem Bericht zur Gameindustrie vom März 2018, auf den die Kulturbotschaft verweist, zeigt der Bundesrat keine Berührungsängste zur Industrie und schreibt, dass die Förderung der Game-Industrie aufgrund ihrer innovativen und unternehmerischen Aspekte als Vorbild für andere Kreativbereiche und eine Zusammenführung von Kultur-, Wirtschafts- und Innovationsförderung dienen könne.

Auch die Filmförderung fördert bereits kommerzielle Unternehmen im Bereich der Filmproduktion und des Vertriebs. Partnerschaften zwischen Gemeinwesen und privaten Unternehmen (Public-Private-Partnership) oder Leistungsvereinbarungen mit privaten Unternehmen haben sich überhaupt in vielen Bereichen öffentlicher Aufgaben etabliert.

Vor diesem Hintergrund sollte ein Engagement von Privaten auch bei den Festivals eher gesucht als verhindert werden. Der generelle Ausschluss von Leistungsvereinbarungen mit gewinnorientierten Unternehmen (oder mit Unternehmen und Institutionen, die im Eigentum von gewinnstrebigem Unternehmen sind) wie im revidierten Filmgesetz vorgeschlagen, scheint jedenfalls weder zeitgemäss noch zielführend, sondern kann im Gegenteil in hohem Mass dysfunktional wirken.

Das ZFF hatte schon vor dem Erwerb durch die NZZ-Mediengruppe mit dieser zusammengearbeitet – zum Beispiel bei der Herausgabe des gemeinsamen Filmmagazins «Frame». Zudem hat das Haus NZZ in der Schweizer Medienlandschaft bei der Filmvermittlung eine herausragende Stellung, drei ihrer Filmjournalisten wurden in den letzten Jahren mit dem renommierten Prix Pathé ausgezeichnet (alle für Texte zu Schweizer Filmen). Die Verbindung zur NZZ-Mediengruppe steht der Erfüllung des Kulturauftrags des ZFF nicht im Weg – im Gegenteil kann dadurch die kulturelle Teilhabe verstärkt werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Felix Graf
CEO NZZ-Mediengruppe



Hanspeter Kellermüller
Generalsekretär NZZ-Mediengruppe

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Frau Chassot
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Luzern und Zürich, den 18. September 2019

Stellungnahme des Verbandes Industriekultur und Technikgeschichte Schweiz VINTES und der Schweizerischen Gesellschaft für Technikgeschichte und Industriekultur SGTI im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf einer Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrte Frau Chassot

Der Verband Industriekultur und Technikgeschichte Schweiz (kurz „VINTES“) wurde 2015 gegründet. VINTES ist in den Bereichen Wirtschafts- und Technikgeschichte sowie Industriekultur tätig (nachfolgend kurz „Industriekultur“). Die angeschlossenen Institutionen befassen sich namentlich mit der Sammlung, Bewahrung und Vermittlung der mobilen Hinterlassenschaften der Industriegeschichte (Sammlungen, Firmenarchive, Werkarchive, Privatsammlungen). Die Sammlungen umfassen Maschinen, Produkte, Fotografien, Werbung, Pläne, Akten etc. Eine besondere Herausforderung ist bei technischen Kulturgütern die Erhaltung des tradierten Erfahrungswissens. Die Sammlungen decken wichtige Bereiche der Entwicklung der Schweiz vom Agrarstaat zu einem der reichsten Länder der Welt ab. Sie zeugen in einmaliger Weise von Innovationskraft und Risikobereitschaft.

VINTES hat heute rund 60 Mitglieder: Museen, öffentlich zugängliche Sammlungen, Archive und Denkmäler. Der Verband will die Institutionen der Industriekultur vernetzen, sie für ein nationales Publikum sichtbar machen und gegenüber Behörden und Wirtschaft vertreten. VINTES bietet den Verbandsmitgliedern Informationen und Weiterbildung in den Bereichen Sammlung und Archivierung, der Digitalisierung, Vermittlung, Kommunikation und Positionierung der Institutionen an. Hierzu veranstaltet VINTES jährlich Fachtagungen und informiert die Mitglieder mittels eines Jahresbulletins. Zudem plant VINTES in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Gesellschaft für Technikgeschichte und Industriekultur SGTI, sowie Industriekultour einen virtuellen Industriekultur-Atlas, um die reichhaltige und kaum bekannte Schweizer Industriekulturlandschaft zu vernetzen und für ein breites Publikum zugänglich zu machen. Der Schweizer Industriekultur-Atlas soll nach dem Muster des europäischen Vorbilds gestaltet und mit diesem verbunden werden (European Route of Industrial Heritage, erih.net).

Wir haben die Kulturbotschaft durchgesehen und begrüßen die verschiedenen Stossrichtungen, die für die kommenden Jahre geplant sind. Namentlich begrüßen wir die Aufstockung

der zur Verfügung stehenden Mitteln. Für die Gelegenheit uns zu diesen Themen vernehmen zu lassen danken wir. Nachfolgend nehmen wir als Verband diese Gelegenheit erstmals wahr.

Generelle Bemerkungen

Vorab erlauben wir uns zu bemerken, dass wir eine Stellungnahme abgeben, obwohl bzw. weil die Industriekultur in der Kulturbotschaft 2021-2024 mit keinem Wort erwähnt wird.

Unseres Erachtens ist die Industriekultur (im oben umschriebenen Sinn) seit längerer Zeit ein anerkannter und vom Publikum sehr geschätzter Teil der Kultur. Die kulturgeschichtliche Bedeutung liegt auf der Hand. Industrie und Wirtschaft prägten die Entwicklung der vergangenen 200 Jahre wie kein anderes gesellschaftliches Phänomen. Die Industriekultur wird daher in den anderen klassischen Industriestaaten von den zentralen staatlichen und überstaatlichen Stellen seit Langem unterstützt und gefördert.

Im Gegensatz zu anderen Bereichen ist die Industriekultur ausgesprochen überregional, weshalb die Subsidiarität der Entfaltung hinderlich wirken kann. Betriebsstätten, Firmen und Branchen richten sich nicht nach Kantonsgrenzen. Meist sind sie in mehreren Regionen oder Kantonen, ja sogar in verschiedenen Sprachräumen zuhause. Viele bedeutende Schweizer Unternehmungen sind überdies seit jeher international tätig. Hingegen sind sie, und das erschwert die Pflege des Erbes zusätzlich, oft ausserhalb der grossen städtischen Zentren angesiedelt.

Während bei den Baudenkmalern und historischen Objekten die Wahrung des öffentlichen Interesses an der Erhaltung sich klar im Zuständigkeitsbereich der kantonalen Denkmalpflege und Museen befindet, ist dies bei mobilen technischen Kulturgütern weit weniger eindeutig. Obwohl das eidgenössische Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) und vielerorts auch entsprechende kantonale Gesetze diese keineswegs ausklammern, sondern teilweise sogar definieren, fallen technische Kulturgüter und vor allem deren Erhaltung immer wieder durch die Maschen der heutigen Strukturen.

Erschwerend kommt hinzu, dass es keine oder nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten gibt, mobiles Kulturgut zu schützen. Der Bund kennt keine, die Kantone nur vereinzelt entsprechende gesetzliche Grundlagen. Auch hier unterscheidet sich die schweizerische Landschaft von derjenigen in anderen Staaten. Sammlungen von nationaler Bedeutung, wie die Sammlung des Dampfzentrums geniessen keinen gesetzlichen Schutz. Die wahrscheinlich weltweit einzigartige Schuhsammlung von Bally oder die Archive der grossen Unternehmungen befinden sich im Privateigentum. Im Konfliktfall gäbe es kaum Möglichkeiten hoheitlich einzugreifen. Die Erhaltung des industriehistorischen Kulturgutes ist damit reine Privatsache.

Zudem fehlt ein nationaler Überblick über die Landschaft der Schweizer Industriekultur. Damit ist es unmöglich die verschiedenen Kulturgüter zu bewerten, zu vergleichen und gezielt zu unterstützen. Nur als ein Beispiel sind die über das ganze Land zerstreuten Sammlungen von Eisenbahnrollmaterial zu nennen. Es wäre auch für die öffentliche Hand von Interesse ein Instrument zur Verfügung zu haben, welches eine Einschätzung der historischen Bedeutung erleichtert. Ohne einen Überblick geht heute immer noch bedeutendes Kulturgut verloren, ohne dass dies erkannt wird.

Wir verstehen die Kulturpolitik des Bundes und finden es richtig, die spezifischen Bereiche, wie Jenische, Sinti und Roma, die NS-Raubkunstforschung, Film, Games etc. zu unterstützen.

Indessen betrachten wir es als störend und unverhältnismässig, dass ein so wichtiger Bereich wie die Industriekultur in der Botschaft mit keinem Wort erwähnt wird.

Unser Anliegen:

Die Industriekultur ist als Teil des Kulturbetriebs durch den Bund zu anerkennen. Sie ist in den Gebieten «Kulturerbe/ Museen und Sammlungen» und «Kultur und Gesellschaft/Kulturelle Teilhabe» namentlich zu erwähnen.

Die Industriekultur sollte ein Anliegen des Bundes sein, weil die traditionellen kantonalen Zuständigkeiten nur punktuell greifen und die Gefahr besteht, dass Kulturgut von nationaler Bedeutung unwiederbringlich verloren geht.

Im BAK ist eine Stelle zu bezeichnen, welche für Industriekultur zuständig ist. Die Industriekultur ist als unterstützungsberechtigter Bereich zu erwähnen.

Zu 2.6.1 «Kulturelle Teilhabe»

Die Teilhabe der breiten Bevölkerung am Kulturleben zu ermöglichen, ist eine der strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes. Die Kulturbereiche, in denen sich der Bund engagieren will, sind beschränkt (Leseförderung, Musikalische Bildung, Tanz und Theater).

Der Bereich Industriekultur ist geradezu ein Musterbeispiel der kulturellen Teilhabe breiter Schichten. Zahlreiche Institutionen arbeiten ausschliesslich mit Volunteers, die meist aus der lokalen Bevölkerung stammen. Tausende von Freiwilligen erhalten historische Objekte und das entsprechende Betriebswissen. Sie vermitteln diesen wesentlichen Teil unseres Kulturerbes einem breiten Publikum.

Die Einrichtungen haben sich zivilgesellschaftlich gebildet und vereinigen einen in jeder Beziehung breiten Kreis von Teilnehmenden. Jung und Alt, Búezer und Akademiker, Mann und Frau, Schweizer und Ausländer arbeiten aus Freude an der Sache Seite an Seite. Das Engagement erfolgt zu praktisch 100% ehrenamtlich. Wenn man von der «Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts» spricht, findet man hier wohl eines der besten Beispiele der gesamten Kulturlandschaft.

Indessen sind auch hier Infrastrukturen, Geschäftsstellen, Backoffice und ein Minimum an Administration sowie eine nationale Verbandsstruktur, wie die unsere, nötig. Sie vernetzen die Institutionen, bieten Weiterbildung und Unterstützung an. Damit fallen Betriebskosten an, die schwer finanzierbar sind. Eine Anerkennung des Bereichs durch den Bund würde die Erlangung vom Mittel sehr erleichtern.

Unser Anliegen:

Der Bereich Industriekultur ist geradezu das Musterbeispiel eines natürlich gewachsenen Engagements mit breiter kultureller Teilhabe. Er leidet jedoch an einem chronischen Mangel an Anerkennung. Der Bereich Industriekultur ist vermehrt als Kulturarbeit anzuerkennen und in seinen Strukturen ernst zu nehmen und angemessen zu unterstützen.

Zu 2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Die vielfältigen Sammlungen und Museen im Bereich der Industriekultur entstanden wie erwähnt durch lokale Initiativen, teils zivilgesellschaftlich, teils im Rahmen von kommunalen oder kantonalen Strukturen. Die Finanzierung erfolgt individuell. Sie ist nicht Thema der vorliegenden Eingabe. Indessen ist deutlich darauf hinzuweisen, dass die finanzielle Unterstützung und damit die Ermöglichung grosser industriekultureller Einrichtungen, wie dies in Frankreich, Grossbritannien oder Deutschland erfolgte, in der Schweiz vollständig ausgeblieben ist.

Besonders wichtig für die Entwicklung und Stabilisierung der Industriekultur ist eine gemeinsame Struktur der Akteure im nationalen Verbund. Hier füllt unser vor vier Jahren ins Leben gerufene Verband eine grosse Lücke. VINTES bildet die nationale Plattform, auf der sich die Institutionen und deren Exponenten vernetzen können. Nur mit einer gemeinsamen Struktur und mit gebündelten Kräften können die spezifischen Herausforderungen bei der Erhaltung unseres industriellen Erbes angepackt werden.

Unser Anliegen:

VINTES ist als nationales Netzwerk im Bereich Industriekultur anzuerkennen und mit Betriebsbeiträgen zu unterstützen.

VINTES



Kilian T. Elsasser
Präsident

SGTI



Cornel Doswald
Präsident SGTI und Vorstand VINTES

Bundesamt für Kultur

Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Per Mail an: stabsstellendirektion@bak.admin.ch

Zürich, 18.09.2019

Kulturbotschaft 2021–2024: Vernehmlassungsantwort des Schweizer Buchhändler- und Verleger-Verbands SBVV

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung, zur aktuellen Vorlage für die Kulturbotschaft 2021–2024 Stellung nehmen zu dürfen. Gern nehmen wir die Gelegenheit wahr.

Der Schweizer Buchhändler- und Verleger-Verband SBVV (www.sbv.ch) ist der grösste Branchenverband der Schweizer Buchbranche. Wir vertreten die Interessen fast sämtlicher Deutschschweizer Buchhandlungen und Buchverlage in enger Zusammenarbeit mit den Partnerverbänden der Westschweiz und dem Tessin und den «Swiss Independent Publishers» (Swips).

Wir nehmen hauptsächlich zu jenen Punkten Stellung, die den Sektor Buch betreffen.

A. Antworten auf den Fragenkatalog

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich beurteilen wir die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als gelungen. Der SBVV hat bereits in seiner Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2016–2020 deren Ziele und Inhalt positiv beurteilt. Es ist sinnvoll, auf Fortsetzung und Kontinuität zu setzen und wo nötig nachzubessern. Die Arbeit des Bundesamtes für Kultur und von Pro Helvetia ist aus Sicht des SBVV in vielen Punkten positiv zu würdigen.

Beim BAK jedoch bemängeln wir nach wie vor, dass die Branchen-Organisationen nicht oder zu wenig in die Planung und Umsetzung von Projekten mit einbezogen werden. Dies führt dazu, dass diese teilweise massiv an den Bedürfnissen der jeweiligen Branchen vorbei realisiert werden, was zu unnötigem Ressourcenverschleiss führt. Zu den Bereichen, in denen wir die Umsetzung der alten Kulturstrategie

als gescheitert betrachten, gehören die Bemühungen zur besseren Integration der Schweiz in kulturelle Projekte der EU mit Ausnahme des audiovisuellen Sektors.

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Der SBVV unterstützt die Idee, dass die drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes beibehalten werden sollen; ebenso die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung». Kontinuität und Verlässlichkeit sind auch hier erwünscht.

Hingegen geben wir zu bedenken, dass bei aller Berechtigung, welche der Fokus auf die Digitalisierung hat, besser darauf geachtet werden sollte, das Analoge nicht zu vernachlässigen. Allzu häufig werden unserer Erfahrung nach bei digitalen Projekten die Kriterien der Qualität und Relevanz zu wenig gewichtet. Analoge Kultur hat ihren bedeutenden Stellenwert und wird ihn auch künftig haben; sie ist häufig das Fundament aller Digitalisierungen und darf nicht zweitrangig werden.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Wir begrüßen insbesondere die Bestrebungen von Pro Helvetia, internationale Kooperationen und den Kulturaustausch mit dem Ausland zu verbessern.

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich gemacht werden (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? (...)

Grundsätzlich ist gegen die Idee des BAK, einen niederschweligen Zugang zum Schweizer Film-Erbe zu schaffen, nichts einzuwenden, wenn dabei die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden.

Bedenklich finden wir hingegen eine Gratisnutzung für subventionierte Kulturproduktionen zu propagieren, wie das der Chef der Sektion Film des BAK mehrfach getan hat. Es ist unverständlich und zeugt von einer erstaunlichen Naivität, wie das Bundesamt für Kultur damit der Gratis-Mentalität von Kulturproduktionen im Internet Vorschub leistet (niemandem aus dem Bundesamt für Landwirtschaft käme es in den Sinn, Gratis-Milch für die Konsumentinnen zu fordern, weil die Schweizer Bauern hoch subventioniert werden). Mit solchen Gedankenspielen nimmt das BAK in Kauf, wirtschaftlich (noch) funktionierende Kulturmärkte zu zerstören. Dem professionellen Kulturschaffen – in vielen Fällen auf Subventionen angewiesen – erweist man damit weit über den Film hinaus einen Bärendienst. Zudem gilt es aufzupassen, dass durch die sich in solchen Gedankenspielen zeigende Sonderbehandlung des Films nicht Präjudizen und Denkmuster der Kulturförderung geschaffen werden, die für die anderen Kultursparten nicht umsetzbar, sondern im Gegenteil schädlich sind.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Der Artikel 18 des Kulturförderungsgesetzes soll nicht gestrichen werden. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er der Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten. Die Stadt Bern erbringt wichtige kulturelle Leistungen für das politische Zentrum der Schweiz. Die Streichung des Betrags von rund einer Million Franken ist insbesondere deshalb unverständlich, da gleichzeitig der Bund beabsichtigt, das internationale Genf ab 2020 mit einem jährlichen Beitrag von durchschnittlich 25,95 Millionen zu unterstützen.

Zudem würde es der SBVV begrüßen, wenn die Schweizerschulen der Zuständigkeit des EDA angegliedert werden würden, wie das bei der letzten Kulturbotschaft bereits diskutiert worden ist.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Über die vorgesehenen Erhöhungen der Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 sind wir erfreut und begrüßen diese ausdrücklich. Wir betrachten jedoch die vorgesehenen Finanzmittel als immer noch zu gering und in der Gewichtung zum Teil fragwürdig – insbesondere die augenscheinliche Unterfinanzierung die Sparte Literatur. Vor dem Hintergrund einmal mehr steigender Unterstützungen im Bereich Film und der vom Bundesrat vorgesehenen indirekten Presseförderung von neu 50 Millionen Franken, fordert der SBVV zusammen mit andern Interessensorganisationen der Buchbranche folgende **jährlichen Erhöhungen im Bereich Literatur:**

- **350'000 Franken für die Verlagsförderung,**
- **1,5 Millionen für eine Förderung des Buchhandels für dessen kulturelle Vermittlungs- und Promotionsleistungen** (siehe Ausführungen Seiten 5 und 6),
- **150'000 Franken für Literaturzeitschriften**, wie sie in der letzten Kulturbotschaft vorgesehen waren,
- sowie **100'000 Franken für den nationalen Kinder- und Jugendbuchpreis**, welche das Schweizerische Institut für Kinder- und Jugendmedien zusammen mit dem SBVV und den Solothurner Literaturtagen ab 2020 durchführen wird.

Der letztgenannte Betrag kann aus dem Topf der eidgenössischen Literaturpreise finanziert werden. Für die andern Bereiche fordert der SBVV, den vorgesehenen Finanzrahmen der Kulturbotschaft 2021–2024 um **insgesamt 2 Millionen Franken jährlich** zu erhöhen. Die zusätzlichen Beiträge dürfen nicht auf Kosten bereits vorgesehener Unterstützungen erfolgen.

B. Rückmeldungen und Forderungen zu einzelnen Bereichen der Kulturbotschaft

- 1.2.4: Schweizer Preise

Bei Preisen und Auszeichnungen zeigt sich exemplarisch die mangelnde Bereitschaft des BAK, zusammen mit den Fachleuten aus den jeweiligen Branchen im Sinne guter Lösungen zusammenzuarbeiten; darauf haben u.a. auch die Kultur-Dachorganisationen «suisseculture» oder «cultura» hingewiesen. Bei den eidgenössischen Kunst-Preisen leistet sich das BAK seit vielen Jahren in verschiedenen Sparten eine Politik, die sich vor allem durch ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Wirkung auszeichnet. Im Falle der Literaturpreise konkurrenziert das BAK zudem direkt eine private Initiative von SBVV und LiteraturBasel. Ein gemeinsames Projekt aller nationalen Buchverbände, zusammen mit dem BAK die verschiedenen Literatur-Preisveranstaltungen zu einer effizienteren und insgesamt günstigeren Organisation zusammenzulegen, ist 2018 mit fadenscheinigen Argumenten zurückgewiesen worden. Die gleiche ablehnende Haltung des BAK erfuhr auch das Schweizerische Institut für Kinder- und Jugendmedien (Sikjm) beim Wunsch, im Rahmen der eidgenössischen Literaturpreise einen Kinderbuchpreis auszuloben. Dies ist der Grund, weshalb das Sikjm zusammen mit dem SBVV und den Solothurner Literaturtagen einen nationalen Kinder- und Jugendbuchpreis lanciert, der 2020 zum ersten Mal vergeben wird.

Aus diesem Grund fordert der SBVV, 100'000 Franken pro Jahr aus dem Literaturpreis-Budget von rund 800'000 Franken für die Organisation des Kinder- und Jugendbuchpreises bereit zu stellen.

- 2.3.4: Literatur

- a) Verlagsförderung

Der Schweizer Buchhändler- und Verleger-Verband SBVV begrüsst es sehr, dass die mit der Kulturbotschaft 2016–2019 eingeführte strukturelle Verlagsförderung weitergeführt werden soll. Diese unterstützt und honoriert die wichtige kulturelle Rolle und Arbeit der Buchverlage in diesem Land. Das Fördermodell mit dem Ziel, professionelle Strukturen anhand klar nachvollziehbarer, wirtschaftlich sinnvoller und transparenter Kriterien zu vergeben, ist ein international beachtetes Beispiel zeitgemässer Förderpolitik. Wie in der aktuellen Kulturbotschaft zu Recht festgehalten wird, hat sich das System sehr bewährt und leistet einen wichtigen Beitrag, die vielfältige Verlagslandschaft in der Schweiz und damit die kulturelle Vielfalt zu stützen und zu fördern. Dazu gehört, dass weiterhin sämtliche kulturell relevanten Literatur-Genres einbezogen werden, wie das mit der Verlagsförderung 2016 umgesetzt worden ist – also Belletristik, Sachbuch (bspw. zu geschichtlichen, politischen oder gesellschaftlichen Themen), Lyrik, Kunstbuch, Kinder- und Jugendbuch, Comics oder Graphic Novels.

Zu den dafür vorgesehenen Finanzmitteln: Im Entwurf zur Kulturbotschaft 2016–2019 war ein jährlicher Beitrag von zwei Millionen Franken für die Verlagsförderung vorgesehen, real ausbezahlt worden sind rund 1,6 Millionen Franken pro Jahr. – Das ist deutlich weniger, als die 4,5 Millionen Franken, welche die Arbeitsgruppe des Bundes unter der Leitung des St. Galler Professors für Handelsrecht, Thomas Geiser,

2009 für das Projekt «Succès livre et littérature» zur nachhaltigen Unterstützung von Schweizer Verlagen berechnet hat (siehe Schlussbericht an das BAK vom 6. August 2009). Seither hat sich die wirtschaftliche Situation für Schweizer Verlage (u.a. Wegfall der Buchpreisbindung, Euroschwäche) noch verschärft.

Nachdem sich das 2016 eingeführte System der strukturellen Verlagsförderung für die kulturelle Leistung der Verlage sehr bewährt hat, fordert der SBVV eine Erhöhung der dafür vorgesehenen Finanzmittel von 350'000 Franken pro Jahr.

b) Austausch im Inland

Der SBVV begrüsst die vorgesehenen Massnahmen zur Förderung des wichtigen Austauschs im Inland. Die KB 2021–2024 unterstreicht die Bedeutung der Übersetzung von Werken Schweizer Autorinnen und Autoren in die anderen Landesprachen und sieht auch dafür Fördermittel vor. Der SBVV begrüsst diese Massnahme. In der gegenwärtigen Form bleibt die Übersetzungsförderung allerdings auf halbem Weg stehen: Während die Kosten für die eigentliche Übersetzung und das Lektorat des in die anderen Sprachen übertragenen Textes durch Beiträge an den Originalverlag bzw. die Übersetzerinnen und Übersetzer teilweise gedeckt werden, sind danach für den Lizenzverlag Druckkostenzuschüsse kaum mehr zu bekommen. Gleichzeitig lassen sich die Herstellkosten aus dem Verkauf der fremdsprachigen Ausgabe kaum je refinanzieren, da oftmals keine kostendeckende Auflage abgesetzt werden kann.

Der SBVV unterstützt die Forderung der «Swiss Independent Publishers» (Swips), dass die Übersetzungsförderung des Bundes um Druckkostenzuschüsse an den jeweiligen Lizenzverlag erweitert und damit vervollständigt wird. In der KB 2021–2024 ist daher der Zahlungsrahmen entsprechend auszuweiten und die entsprechende Verordnung anzupassen.

c) Internationale Verbreitung und Promotion

Die in der Kulturbotschaft formulierten bisherigen Tätigkeiten und geplanten Massnahmen zur internationalen Verbreitung und Produktion sind zentral für die schweizerische Buchlandschaft. Der SBVV begrüsst die vorgesehenen Massnahmen und ist mit den Unterstützungsleistungen von Pro Helvetia sehr zufrieden.

- **Zusätzliche Massnahmen im Bereich Literatur**

a) Prämien für Vermittlungs- und Promotionsleistungen des Buchhandels

Der Buchhandel erbringt – gerade für die vielen Schweizer Verlage und Schweizer Autorinnen und Autoren – eine entscheidende Leistung, indem er Bücher von lokaler, regionaler oder nationaler Bedeutung dem Publikum auf unterschiedliche Arten nahebringt – sei dies zunächst einmal dadurch, die Bücher im Sortiment zu haben und auszustellen (der Buchmarkt ist v.a. ein Angebotsmarkt), durch Veranstaltungen, Empfehlungslisten und viele Aktivitäten mehr.

Es ist der Buchhandel, der für die Endprodukte der Autoren-, Übersetzungs- und Verlagsförderung den Kontakt zum Leser und zur Leserin herstellt. Gut sortierte Buchhandlungen sind die «Spielstätten» des Buchsektors und in der Summe neben

den Bibliotheken die wichtigsten Vermittler. Bereits in der Kulturbotschaft 2016–2020 hat das BAK auf die «wichtige Rolle in der Literaturvermittlung» hingewiesen und den Buchhandlungen attestiert, «vollwertige Kulturakteure» zu sein. Der SBVV fordert deshalb, mit einem Fördermodell die wichtigen kulturpolitischen Leistungen von Schweizer Buchhandlungen in der Vermittlung und Promotion zu unterstützen. Damit würde nach der Autoren/Übersetzungs- und der Verlagsförderung das letzte Drittel der Förderkette geschlossen.

Der SBVV hat dafür ein Modell entwickelt, das sich an die Grundsätze der strukturellen Verlagsförderung und das Modell der Buchhandelsförderung im Kanton Genf anlehnt. Wie bei der Verlagsförderung sollen die Kriterien transparent sein, sich an professionellen Standards orientieren, die Entscheide sollen nachvollziehbar, die Vergaben mehrjährig und damit planbar sein.

Zusammenfassung des Fördermodells für Vermittlungs- und Promotionsleistungen des Buchhandels:

In einem ersten Schritt müssen Buchhandlungen nachweisen, dass sie professionelle Anforderungen erfüllen, um überhaupt förderberechtigt zu sein; Voraussetzung wären bspw. der Nachweis, ein Schweizer Unternehmen zu sein, ein Mindest-Jahresumsatz, ein Ladenlokal mit regelmässigen Öffnungszeiten, ein Mindest-Anteil aktuell lieferbarer Bücher in den Landessprachen, etc. – Nur wer diese Kriterien erfüllt, ist grundsätzlich förderberechtigt.

In einem zweiten Schritt werden in einem Leistungskatalog verschiedene Tätigkeiten und Dienstleistungen des Buchhandels im Bereich der Vermittlung und Promotion aufgelistet. Je nachdem, wie viele dieser Punkte die Gesuchsteller erfüllen, erhalten sie Prämien über 5000 oder 10'000 Franken pro Jahr. Bewertet werden beispielsweise folgende Kriterien:

- Die Buchhandlung hat ein Sortiment, in dem Schweizer Autorinnen und Verlage aktiv ausgestellt und gepflegt werden (Mindest-Prozentanteil definieren).
- Die Buchhandlung führt mindestens vier Veranstaltungen pro Jahr durch (Lesungen, Lesegruppen, Büchertische für Veranstaltungen im Ort, Bibliotheksabende, etc.).
- Die Buchhandlung erbringt kuratorische Dienstleistungen (Empfehlungslisten, Vorauswahlen für Bibliotheken und Schulen, persönliche Buchtipps oder Kurzrezensionen auf unterschiedlichen Kanälen, Bücherblogs, etc.).
- Der Betrieb bildet Buchhandelslernende aus und sichert damit das Grundwissen der professionellen Literaturvermittlung.

Das vom SBVV ausgearbeitete Modell beschert allen Partnern wenig administrativen Aufwand und liesse sich in kurzer Zeit schweizweit realisieren, sodass die Förderung für kulturelle Vermittlungs- und Promotionsleistungen des Buchhandels ab 2021 umgesetzt werden könnte.

Zum Finanzbedarf: Wir gehen von rund 140 Buchhandlungen in der Deutschschweiz, 30 in der Romandie und unter 10 Buchhandlungen im Tessin aus, welche sowohl die professionellen Einstiegs-Kriterien erfüllen als auch entsprechende Vermittlungsleistungen erbringen. Multipliziert mit einem Prämien-Mittel von 7500 Franken ergibt sich daraus ein Finanzbedarf von rund 1,35 Millionen Franken. Rechnet man die Administrationskosten sowie eine kleine Reserve dazu, würde die Vermittlungs- und Promotions-Prämie für den Buchhandel 1,5 Millionen Franken pro Jahr kosten.

Sinnvollerweise würde der dafür vorgesehene Betrag bei Pro Helvetia eingestellt, wo auch andere Promotionsmassnahmen für Literatur angesiedelt sind.

b) Ankaufs-Regelungen

Das einfachste, effizienteste und billigste – weil bereits durch Steuergelder vorfinanzierte – Fördermodell für Schweizer Autorinnen, Verlage und Buchhandlungen ist es, wenn öffentliche Institutionen wie Schulen, Bibliotheken oder die Verwaltung die Ankäufe konsequent in Schweizer Buchhandlungen tätigen würden. So wird das Geld ins Schweizer Ökosystem Buch investiert und fördert Schweizer Autorinnen, Verlage und Buchhandlungen ohne einen zusätzlichen Franken.

Der SBVV fordert deshalb vom Bund **Massnahmen bei der Ankaufspolitik von Büchern** mit Steuergeldern zu ergreifen: Öffentliche Institutionen wie Bibliotheken, Schulen und die Verwaltung sollen ihre Bücher im lokalen Buchhandel einkaufen müssen.


c) Literaturzeitschriften

Der SBVV unterstützt die Forderung des Verbands der Autorinnen und Autoren Schweiz (AdS), Literaturzeitschriften mit einem jährlichen Betrag von 150'000 Franken zu unterstützen, wie dies in der Kulturbotschaft 2016 vom Parlament beschlossen, jedoch nicht umgesetzt wurde. Es war vorgesehen, Literaturzeitschriften mit der Ausschreibung von mehrjährigen Leistungsvereinbarungen zu unterstützen, mit dem Ziel der Förderung des Austauschs und des Zugangs zur Literatur.

d) Ausbau der Kulturstatistik

In der vorliegenden Kulturbotschaft wird gelegentlich auf Statistiken hingewiesen. Es ist jedoch auffällig, dass im Vergleich zu andern Wirtschaftsbranchen und auch dem Ausland wenig belastbare Daten zum Kulturmarkt Schweiz vorhanden sind. Für den Schweizer Buchmarkt werden vom Bundesamt für Statistik praktisch keine Daten erhoben. Der SBVV fordert das BAK deshalb auf, im Rahmen der Kulturbotschaft 2021–2024 die Grundlagen dafür zu schaffen, dass zusammen mit dem BfS und den einzelnen Kulturverbänden Massnahmen eingeleitet werden, um dieses Manko mittelfristig zu beheben.

Schweizer Buchhändler- und Verleger-Verband SBVV


Thomas Kramer (Präsident)


Dani Landolf (Geschäftsführer)

EINGEGANGEN

18. Sep. 2019

Registratur GS EDI

Eidgenössisches Departement des Innern
Herrn Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Zürich, den 17. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

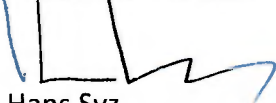
Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot

Gerne möchte ich als Filmproduzent Stellung zur Kulturbotschaft 2021-2024 des Bundesrates beziehen, insbesondere zur geplanten Gesetzesänderung (Art. 10, Abs. 2), die bewirken soll, dass das Zurich Film Festival (ZFF) künftig keine Subventionen mehr erhalten kann, weil es einem gewinnstrebigen Unternehmen gehört.

Mit dieser Gesetzesänderung würde meines Erachtens dem Schweizer Film ein Bärendienst erwiesen. Das ZFF engagiert sich tatkräftig für den Schweizer Film – indem es einheimische Werke einlädt, Schweizer Filmschaffende auszeichnet, sie in die Jury beruft oder ihnen an seinen Veranstaltungen die Möglichkeit bietet, sich mit Vertretern der internationalen Filmszene zu vernetzen. Letztes Jahr durften wir mit unserer Produktion «Wolkenbruch» von Michael Steiner am ZFF Weltpremiere feiern – im begehrten Samstagabend-Slot am ersten Wochenende. Davon hat der Film in Sachen Publizität profitiert, das ZFF hat einen wichtigen Beitrag zum Erfolg dieses Films geleistet, der nun vom BAK ins Oscarrennen geschickt wird, wofür ich mich nochmals herzlich bei Ihnen bedanken möchte.

Ich bin überzeugt, dass die Zurich Film Festival AG, die nicht gewinnorientiert ist und ein statuarisches Gewinnausschüttungsverbot kennt, auch weiterhin eine wichtige Vermittlungsrolle für den Schweizer Film spielen kann. Das Zusammengehen mit der NZZ hilft dabei eher noch. Ohnehin erachte ich Public-Private-Partnership im Bereich der Kulturförderung als wichtiges Erfolgsrezept. Ich möchte Sie daher bitten, im Interesse des Schweizer Films und der Filmkultur im Land die geplante Gesetzesänderung (Art. 10, Abs. 2) ersatzlos aus der Kulturbotschaft zu streichen.

Freundliche Grüsse



Hans Syz



Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich 17. September 2019

Stellungnahme SWISS FICTION MOVEMENT zur Kulturbotschaft,

Ergänzung zu der Stellungnahme von CineSuisse

Swiss Fiction Movement ist grundsätzlich über die Ausrichtung der Kulturbotschaft sehr glücklich und dankt dem BAK und dem EDI für die klugen, ausgewogenen Vorschläge. Die Stellungnahme von CineSuisse haben wir massgeblich mit unseren Ideen zu Innovation und filmischem Erbe mitgeprägt und unterstützen sie. Wir präzisieren nun aber in einer Ergänzung folgende Punkte (*in Bezugnahme auf die Stellungnahme von CineSuisse*), beachten sie auch den Anhang (*LOI von HKB*). Die Nummern 4 und 7 beziehen sich auf die Nummerierung in der Cine-Suisse - Stellungnahme.

- Punkt 4: Angemessener Teil von Schweizer Filmen im Angebot

Während der Schweizer Film insbesondere im Ausland und in den Kinos eine stabile Präsenz verzeichnet, ist er auf den am stärksten frequentierten Online-Videoanbietern in der Schweiz und im Programm der Schweizer TV-Sendern deutlich untervertreten, kaum oder nicht präsent. Auch in den Klassenzimmern der Schulen, den Präsenz-Beständen der Bibliotheken, in den Spitälern und in den Programmen der Fluggesellschaften ist er kaum oder nicht vertreten. Wir fordern deshalb die Einführung einer Angebotsquote, analog zu den AVMD-Richtlinien, die durch die Europäische Union erlassen wurden. Die Übernahme derselben stösst auch in der Schweizer Branche auf grosse Zustimmung. Dabei sollte es aber nicht unterlassen werden, im gleichen Zuge auch eine Schutzbestimmung für den Schweizer Film einzuführen.

Wir fordern deshalb eine Angebotsquote von 20%, die vorsieht, dass Online-Anbieter, TV-Sender und Kataloganbieter, die mehr als 500 Titel im Angebot führen, verpflichtet werden, dem kulturellen Schaffen, der Geschichte und der Tradition dieses Landes mit einem Angebotsanteil von 20% gerecht zu werden. Im

Fälle der TV-Sender soll der Prozentanteil auf die ausgestrahlten Filme bezogen werden, nicht auf die Summe des Gesamtprogrammes. Die Angebots-Quote hat zum Ziel, eine bessere und umfassende Verbreitung des Schweizer Films im Inland zu erreichen. Diese hat die Branche in den vergangenen Jahren trotz vielen Bemühungen und Initiativen nicht aus eigener Kraft bewerkstelligen können und wird es auch in Zukunft ohne umfassende Regulation nicht aus eigenen Stücken leisten können.

Eine Angebotsquote wird eine höhere Nachfrage nach Schweizer Filmtiteln auslösen. Wir erhoffen uns hier auch einen positiven Effekt auf die Digitalisierung und Bereitstellung älterer Schweizer Filme, die nach wie vor nicht verfügbar sind.

- 7. Innovation - Maisons du futur

Das Prototyping eines “Maisons du futur” (Kompetenzzentren für filmische Innovation und Storytelling) geniesst als Idee wie erwähnt bereits Rückenwind (siehe LOI HKB im Anhang und Abschnitt 7 bei der Stellungnahme von CineSuisse). Wichtig für ein solches Prototyping ist die Zentralisierung des Wissens. Im Vernehmlassungsprozess haben wir die “Maisons du futur” in Gesprächen und Sitzungen mit der HKB, der Swiss Game Developer Association, dem Theaterverband t. und den Kulturabteilungen der Kantone Bern und Zürich zu folgender Kurzzusammenfassung kondensiert:

Kurzdefinition:

“Maisons du futur” - Die “Maisons du futur” sind nationale Innovationszentren für die Künste, in dem alle Formen des audiovisuellen und performativen Erzählens (Film, Game, Theater, Musiktheater, Film, Tanz, Literatur) in Kombination mit neuen Mitteln wie Artificial Intelligence (AI), Extended Reality (XR, inkl. Virtual und Augmented Reality) oder Big Data entwickelt und vorgestellt werden. Auch die Archivierung, Restauration und Sichtbarmachung des erzählerischen Erbes werden in den “Maisons du futur” erforscht. Die Vermittlung, der niederschwellige Zugang und eine kulturelle Teilhabe breiter Teile der Gesellschaft sind von Beginn an essentiell. Dazu stellt das “Maison du futur” für Showings und Tests die Infrastruktur zur Verfügung. Die Entwicklung und Vermittlung der digitalen Technologien kann so permanent praktisch vorgeführt und getestet werden und steht immer in Verbindung mit der konkreten Produktions- und Rezeptionspraxis innerhalb der Branchen. Die Erforschung aller Erzählformen der Zukunft wird gebündelt, woraus nationale Kompetenzzentren entstehen, von dem sowohl alle Kultur-Branchen als auch Wirtschaftssektoren profitieren und sich so international abheben können und konkurrenzfähig bleiben.”

Das Konzept wurde überdies an einem Modell über digitalen Wandel an der Universität Zürich (EMAA) intensiv besprochen und weiterentwickelt. Diese Präsentationen und das bestehende Modell würde wir gerne in den Folgemonaten dem BAK genauer vorstellen. Mit der HKB als Unterstützerin sehen wir den "Start" eines ersten «Maisons du futur» in Bern als realistisch an, in enger Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie evtl. der ZHdK und der EPFL. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Filmszene das Prototyping eines solchen Kompetenzzentrums *sofort* braucht, den "Bau" eines konkreten neuen Hauses sehen wir aber als zweitrangig an - es geht bei den "Maisons" immer um die Vernetzung bestehender Institutionen von Forschung und Praxis (nicht, oder zumindest noch nicht in den Jahren 2021-2024 - um den Bau konkreter "Häuser"). Dass sich eine Institution wie die HKB bereit erklärt hat, die Idee zu tragen, sehen wir als wichtigen Schritt zur möglichen Realisierung. Finanziert würde dieser erste Prototyp eines "Maison du futur" mit speziellen Mitteln des Bundes (*dabei denken wir an die Potentiale der Motion Savary, aber auch an Mittel aus der Bundesmillion - im Falle des Standorts Bern*). Grundsätzlich unterstützen wir die Stellungnahmen von Franziska Burkhardt (Kultur Stadt Bern) als auch von SuisseCulture und Kanton Bern, die sich dezidiert gegen die Streichung des Bundesbeitrags an die Hauptstadt stellen. Mit einem sehr konkreten Vorschlag im Sinne der Kulturbotschaft (digitale Innovation) stützen wir also nun die Wichtigkeit der Hauptstadtregion mit. Die Inbetriebnahme eines Prototypings eines "Maison du futur" in der Hauptstadt wäre ein Effekt, der der Innovationskraft der Schweizer Erzählbranche zuträglich wäre - und somit gutes Argument zur Erhaltung der Bundesmillion.

- **Neu: Zusätzliche Forderung:**
Beibehaltung der Subventionen für das ZFF

Das Zürcher Film Festival hat sich in den letzten Jahren sowohl als zentrales Premieren-Festival, als auch als Vernetzungsplattform in der Branche, über die Landesgrenzen hinaus, etabliert. Insbesondere für den deutschsprachigen Raum ist das Festival eine wichtige Plattform geworden, die den Austausch und Lancierung von deutschsprachigen Filmen ermöglicht. Eine Streichung der Subventionen hätte eine substantielle Schwächung der Filmszene und der Positionierung unserer Filmwerke zur Folge. Zudem würde der Filmstandort Zürich als solches bedeutend geschwächt.

Das ZFF leistete in den letzten Jahren viel für die internationale Entwicklung der Schweizer Film-Talente. Nicht zuletzt auch durch die Kooperation mit dem San Sebastian Film Festival hat sich die Türen für mehrere Schweizer Produktionen für dortige Premieren geöffnet. SFM setzt sich deshalb für die Beibehaltung der

Subventionen für das ZFF ein. Die Subventionen stellen zudem sicher, dass die Kräfteverteilung innerhalb des Festivals nicht monopolisiert sind und ein besseres Controlling durch die Bundesmittel möglich ist.

Wir freuen uns, Ihnen diese Anregungen zuzustellen und wünschen eine angeregte Diskussion und einen ergiebigen Prozess im Jahre 2020.

Swiss Fiction Movement

Zürich 17. September

Unterzeichner:



Joël Jent
Vizepräsident, Swiss Fiction Movement



Mirko Bischofberger
Präsident, Swiss Fiction Movement



Samuel Schwarz
Vorstandsmitglied, Swiss Fiction Movement

HKB
Hochschule der Künste Bern
Haute école des arts de Berne
Bern University of the Arts

HKB | Fellerstrasse 11 | 3027 Berne

Samuel Schwarz
Swiss Fiction Movement
c/o M. Bischofberger
Heinrichstrasse 125
8005 Zurich

Berner Fachhochschule
Hochschule der Künste Bern HKB
Hochschule der Künste Bern

Thomas Beck
Direktor

Fellerstrasse 11
3027 Berne

Telefon 031 848 38 38

thomas.beck@hkb.bfh.ch
ww.hkb.bfh.ch

9. Juli 2019

to whom it may concern

Wir haben mit Samuel Schwarz vom *Swiss Fiction Movie* die Konzeption eines «Maison du futur» besprochen, die Idee eines zukünftigen Konvergenzzentrums für die audiovisuellen Künste. Das Ziel, ein solches Konvergenzzentrum in der Hauptstadtregion zu etablieren, halten wir als multidisziplinäre Kunsthochschule für verfolgenswert.


Die in der vorliegenden Kulturbotschaft erwähnte verstärkte systematische Förderung von Design und interaktiven digitalen Medien (siehe 4.2.1 der Botschaft) könnte Grundlage für die Inbetriebnahme eines Prototyps eines *Maison du futur* bereits in den Jahren 2021-2024 sein. Wichtig erscheint uns, dass ein solches Maison einem erweiterten Filmbegriff verpflichtet ist. So wird insbesondere auch die Literatur als Keimzelle vieler Narrative verstanden – ist also Teil eines konvergenten Filmbegriffs. Das *digitale Storytelling* könnte in diesem Zusammenhang zu einer Kernkompetenz des *Maison du futur* in der Hauptstadtregion werden – und könnte sowohl der Literaturszene als auch der Wirtschaft wichtige Impulse geben.

Insbesondere die Vernetzung mit Institutionen, die sich auf andere Kern-Gebiete der Digitalisierung konzentrieren, wäre sinnvoll. Die Nutzung bestehender Netzwerke halten wir in der Phase 2021-24 für essentiell und könnte für die Kulturbotschaft 2025 und für eine Ausdifferenzierung einer *Maison du futur*-Konzeption wichtige Erkenntnisse liefern.

Unter den oben genannten Bedingungen unterstützt die HKB das Projekt eines derartigen *Maison du futur*, in anderen Kontexten auch «Centre national de l'audiovision» genannt. Gerne bringen wir uns mit diesem *Letter of Intent* in das entsprechende Vernehmlassungsverfahren ein.

Freundliche Grüsse

Hochschule der Künste Bern HKB



Prof. Dr. Thomas Beck
Direktor HKB



Berner Fachhochschule
Haute école spécialisée bernoise
Bern University of Applied Sciences

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 13. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft): Stellungnahme des A*dS

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset,
sehr geehrte Frau Chassot,
sehr geehrte Damen und Herren

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben von Ende Mai 2019 dankt Ihnen der Verband Autorinnen und Autoren der Schweiz A*dS für die Möglichkeit, zum Entwurf der «Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)» Stellung nehmen zu können.

Der A*dS wurde 2002 gegründet und umfasst heute über 1000 Mitglieder (Autorinnen und Autoren, Übersetzerinnen und Übersetzer aller literarischen Gattungen und aller vier Landessprachen, dazu verschiedener weiterer Sprachen). Er verfolgt gewerkschaftliche, politische und kulturelle Ziele.

Die vorliegende Stellungnahme geht speziell auf die Anliegen der Autorinnen und literarischen Übersetzer ein. Im Übrigen verweisen wir auch ausdrücklich auf die Stellungnahme von Suisseculture, die wir mit unterstützen.

Grundsatz: Faire Rahmenbedingungen für Autorinnen und Autoren

Literatur bzw. Texte würden ohne Autorinnen und Autoren nicht existieren. Ob von einer Schriftstellerin in Originalsprache geschaffen oder von einem literarischen Übersetzer in einer weiteren Sprache erneuert, ob zwischen zwei Buchdeckeln veröffentlicht, als Blog geschrieben oder auf der Bühne vorgetragen, Texte haben ihren Ursprung immer bei Urheberinnen und Urhebern.

Dem Autor gegenüber stehen die potenziellen Rezipienten von Texten, die Leserinnen oder Zuhörer. Dazwischen befindet sich bis heute in der Regel noch ein traditioneller Literaturbetrieb, der professionelles Schreiben und die Verbreitung jener Werke möglich machen soll: Verlagswesen, Buchhandel, Bibliotheken, Veranstalter. Dieser Literaturbetrieb ist systemisch, ökonomisch wie auch im Hinblick auf die technischen Entwicklungen enorm unter Druck geraten und verändert sich rasend schnell. Beispielsweise setzen sich international operierende Konzerne wie Amazon oder Google regelmässig über rechtliche, ökonomische oder gesellschaftliche Prinzipien hinweg. Das Weiterbestehen des bisherigen Literaturbetriebs in dieser

Form ist zumindest teilweise in Frage gestellt, zumal sich zusätzlich neue Wege auftun, wie Texte zum Publikum finden können. Einzige Konstante bleibt die Dualität Autor-Leser, auch wenn sich hier wie dort das Selbstbild wie der Aktionsradius ebenfalls verändert haben.

Für den A*dS ist es deshalb zentral, dass Rahmenbedingungen wie literarische Publikationssorte (Veranstaltungen wie Publikationen), Urheberrecht, Honorierung, soziale Sicherheit usw. für Autorinnen und Autoren auf allen Stufen der sogenannten Verwertungskette gewährleistet sind. Gleichermassen ist der Verband überzeugt, dass man die Errungenschaften des traditionellen Literaturbetriebs bewahren und die Innovation wirkungsvoll unterstützen muss. Nicht zu vergessen sind die Vorteile einer mehrsprachigen Schweiz und die daraus resultierende kulturelle Vielfalt, die auch im grenzüberschreitenden Rahmen bewahrt werden sollte.

Aber: keine Verlagsförderung ohne faire Rahmenbedingungen für Autoren und Übersetzerinnen (professionelle Betreuung, Honorierung, etc.); keine Unterstützung von Veranstaltern ohne angemessene Entschädigung der Autorinnen (für Lesungen z.B.); keine urheberrechtlichen Schranken ohne faire Vergütungsregelungen für Urheber; keine Förderung von technischen Innovationen ohne Einhalten des Urheberrechts...

Literaturförderung soll für den A*dS somit nur dann geleistet werden, wenn faire Rahmenbedingungen für Autorinnen und Übersetzer von allen Beteiligten des Literaturbetriebs konsequent eingehalten werden.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

- > Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich wertet der A*dS die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 positiv. Bereits in unserer Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2016–2020 haben wir betont, dass damit zum ersten Mal eine umfassende nationale Kulturpolitik formuliert wurde. Sowohl in inhaltlicher Hinsicht wie auch in Bezug auf die Finanzierung unterstrich sie die wichtige Bedeutung, welche das Kunst- und Kulturschaffen im gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umfeld hatte. Für den A*dS war schliesslich besonders erfreulich, dass Sprache, Literatur, Schreiben und Lesen sowie im Besonderen die Mehrsprachigkeit der Schweiz eine hohe Wertschätzung erfahren sollten. Der Bundesrat erkannte damit die Dringlichkeit einer verstärkten Literatur- und Leseförderung. Inzwischen konnten wichtige Anliegen und Vorhaben in den meisten Bereichen in Angriff genommen oder umgesetzt werden.

Der A*dS möchte folgende positive wie auch kritische Aspekte besonders hervorheben:

1. Werkbeiträge bilden ein massgebendes Förderinstrument, das erfreulicherweise auch in der noch laufenden Förderperiode wichtiger Teil der Kurationsförderung war. Ebenso begrüssen wir die Erweiterung der Werkbeiträge auf performative Literatur, vermissen aber eine praxisnahe Definition. Ein Einbezug von Fachwissen aus der Branche und dem Berufsverband wäre eine Notwendigkeit gewesen – und muss daher künftig berücksichtigt werden. Auch bleibt zu überprüfen, ob mit der abschliessenden Feststellung «sämtliche Gattungen» ohne genauere Nennung dieser Gattungen tatsächlich die gewünschte Offenheit für literarische Gattungen garantiert war, insbesondere mit Blick auf Kinder- und Jugendliteratur, Spoken Poetry, Graphic Novel oder literarische Übersetzungen.
2. Die Massnahmen zu einer Verbesserung der Übersetzungs- und Übersetzer*innenförderung haben sich bewährt und trugen zu einer besseren Anerkennung der literarischen Übersetzerinnen und Übersetzer bei. Die Kommunikation über die verschiedenen

Förderungsmöglichkeiten und zwischen den unterschiedlichen Förderinstanzen bleibt jedoch nach wie vor unklar.

3. Der A*dS begrüsst die Einführung der strukturellen Verlagsförderung durch den Bund, die in ihrer Umsetzung gut funktioniert. Auch die gute Zusammenarbeit bei der Erarbeitung der Förderkonzepte mit der gesamten Branche ist positiv zu werten.
4. Die Vergabe der Schweizer Literaturpreise begrüssen wir, da sie die mehrsprachige literarische Vielfalt der Schweiz in den Fokus rücken. Bedauerlich bleibt, dass in der Förderperiode 2016–2020 weder für die Theaterautor*innen noch für die Kinder- und Jugendliteratur oder für übersetzte Werke befriedigende Lösungen gefunden werden konnten. Der aktive Dialog mit dem A*dS bei der Weiterentwicklung der Preise und Auszeichnungen erschien uns konstruktiv und soll fortgesetzt werden.
5. Die in der Kulturbotschaft 2016–2020 geplante wichtige Förderung von Literaturzeitschriften wurde im Zuge von Sparmassnahmen vom BAK gestrichen. Der A*dS ist über den Wegfall dieser Fördermassnahme sehr besorgt, befinden sich literarische Zeitschriften doch in einer prekären Situation, was sich auch auf die Bedingungen für Schreibende auswirkt (u.a. Honorierung). Diese Massnahme muss unbedingt in der neuen Förderperiode eingeführt werden (siehe auch Bemerkung unter Punkt 3.4.9).
6. Der A*dS begrüsst, dass der Bund sich besonders um internationale Verbreitung bemüht. Von der erwähnten Entwicklung eines Promotionsmodells in Berlin und London war für den Bereich Literatur jedoch bisher wenig zu spüren.
7. Der Vergabeprozess für die Subventionen an Organisationen professioneller Kulturschaffender («KUOR-Beiträge») wurde mit der neuen Förderperiode des Bundes überarbeitet, leider nicht optimal. Der A*dS bedauert unter anderem, dass die Erfahrung der Verbände bei der Neustrukturierung nicht einbezogen wurde. Auch sollte die Gewichtung der Kriterien im Hinblick auf die Berechnung der Beiträge dringend nochmals überarbeitet werden. Als problematisch erachtet der A*dS zumal die erfolgte Kürzung innerhalb der Leistungsperiode.

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

- > Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Der A*dS begrüsst grundsätzlich die Fortschreibung der bisherigen Kulturpolitik des Bundes und damit einhergehend die Beibehaltung der drei Handlungssachsen, ergänzt um den Akzent «Digitalisierung». Kontinuität und Vertiefung der bisherigen Kulturpolitik des Bundes unterstützen wir, die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Digitalisierung ist von immenser Bedeutung.

Denn gerade für Autorinnen und Übersetzer ist die Digitalisierung zunehmend eine besondere Herausforderung, deren Auswirkungen noch längst nicht absehbar sind. So hat sich das Autorenbild in den letzten Jahren stark verändert. Autorinnen und Übersetzer verstehen sich längst nicht mehr allein als Schreibende, sondern sind häufig gleichzeitig Performer, publizistische Unternehmer (insbesondere im digitalen Bereich) oder Veranstalter. Literatur umfasst heute neben den traditionellen Gattungen u.a. auch Spoken poetry oder experimentelle Netzliteratur. Literarische Aktivitäten wie Lesungen, spartenübergreifende Performances, digitale Publikations-experimente oder -plattformen und vieles mehr sind Teile einer eigenständigen, aktiven literarischen Tätigkeit als Autor. Darüber hinaus gehören Texte zu den natürlichsten

Ausdrucksformen im Netz. Form-, Relevanz-, Visibilitäts- und Rechtsfragen innerhalb der digitalen Entwicklungen sind deshalb zurzeit für Autorinnen und Übersetzer besonders virulent.

Der A*dS sieht jedoch die Entwicklung eigenständiger Online-Promotionsplattformen seitens Pro Helvetia kritisch. Wir erwarten vielmehr, dass die Schweizer Kulturstiftung mit bestehenden Plattformen innerhalb der Branchen zusammenarbeitet und deren allfällige Erweiterung entsprechend den Bedürfnissen aus der Branche unterstützt. Eine Konkurrenz mit bestehenden Plattformen ist daher zwingend zu vermeiden. Im Bereich Literatur verweisen wir insbesondere auf die bestehende, breit vernetzte Plattform LiteraturSchweiz.ch. Zudem ist bei solchen Projekten Transparenz bei den Kriterien zu garantieren.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

- > Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Aufgrund der positiven Ausgangslage der aktuellen Kulturbotschaft 2016–2020 ist der A*dS mit einer Weiterentwicklung der Massnahmen, die auf Kontinuität setzen, einverstanden.

Mit den Entwicklungen zur «Kulturellen Teilhabe» ist der A*dS im Wesentlichen einverstanden. Für Bemerkungen zu Weiterentwicklungen in diesem Bereich verweisen wir auf Punkt 3.4.11 dieser Stellungnahme

3.1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Kapitel 1.4.2.2)

Aus Sicht des A*dS wird die Weiterführung der bisherigen Massnahmen zur Förderung des kulturellen Austausches unterstützt. So begrüßen wir die Förderung der nationalen Austauschaktivitäten und somit die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften. Dabei ist zu beachten, dass auch Übersetzerinnen und Autoren hervorragende Vermittler im Umgang mit der Sprache sowie im sprachübergreifenden Bereich sind.

Zwingend zu überprüfen wäre, welche Aufgaben – trotz ihrer Wichtigkeit für die Gesellschaft – wirklich zur Kulturförderung gehören und für welche eigentlich andere Departemente oder Bundesämter zuständig sein und somit entsprechend transferiert werden müssten, so Schweizer Schulen im Ausland und Halteplätze für Jenische, Sinti und Roma. Daher erwartet der A*dS, dass das Bundesamt für Kultur in den nächsten Jahren den interdepartementalen Dialog sucht, um die Bereiche der Kulturförderung zu schärfen und bei anderen Aufgaben mit anderen Departementen und Bundesämtern verstärkt zusammenzuarbeiten.

Schliesslich erachtet der A*dS den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen, kulturellen oder demographischen Gruppen auch innerhalb einer Sprachregion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt als ausgesprochen wichtig. Dabei muss immer wieder betont werden, dass sich der Austausch nicht nur auf die vier Landessprachen konzentrieren darf. Heute tragen auch weitere Sprachgruppen wesentlich zum kulturellen bzw. literarischen Leben bei und sollten daher in Originalsprache und in Übersetzungen entsprechend gewürdigt und gefördert werden. Wir begrüßen somit die Bemühungen des Bundes um föderale Fördermodelle, allerdings sollten sie auch im Bereich Literatur geprüft und zusammen mit den Branchenverbänden konzipiert werden.

3.2. Kreation und Innovation (Kapitel 1.4.2.3)

Der A*dS begrüsst, dass der Bund Kreation und Innovation an den Schnittstellen zwischen Kunst, Technologie und Wissenschaft fördern möchte. Denn für viele Autor*innen ist der Austausch mit verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen Teil ihrer Tätigkeit. Allerdings soll

besonders darauf geachtet werden, dass eine klare Aufgabenteilung zwischen Kunst-, Technologie- und Wissenschaftsförderung besteht und somit auch den entsprechenden Budgets zugeordnet werden. Schliesslich bleibt die Beachtung der grundlegenden Rechte der Urheber*innen zwingend.

3.3. Multilaterale Ebene (Kapitel 1.4.3.2)

Es ist begrüssenswert, dass der Bund verschiedene Achsen der Zusammenarbeit mit den genannten internationalen Organisationen und Plattformen verfolgt. Dennoch muss der Bundesrat aus Sicht des A*dS zwingend dafür eintreten, dass die Schweiz dem Programm «Kreatives Europa» beitreten kann. Die Prüfung allein ist nicht ausreichend. Denn auch für die Autoren und Übersetzerinnen sind internationale, in diesem Fall europäische Projekte für den künstlerischen Austausch entscheidend. Zudem würde ein solcher Beitritt dem literarischen Nachwuchs die Möglichkeit eröffnen, beim «Europäischen Preis für Literatur» teilzunehmen und somit in ein wichtiges europäisches Vermittlungsprojekt eingebunden zu sein.

3.4. Ergänzende Bemerkungen in Bezug auf den Förderbereich Literatur (Kapitel 2)

Grundsätzlich teilt der A*dS die Überlegungen für den Bereich Literatur, wie sie in der Kulturbotschaft 2021–2024 an verschiedenen Stellen ausgeführt sind. Die Schweizer Literaturlandschaft ist von nationaler und internationaler Bedeutung und trägt wesentlich zum Zusammenhalt der Schweiz wie auch zum Erhalt der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa bei.

3.4.1. Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen (Kapitel 2.1)

Aus Sicht des A*dS ist festzuhalten, dass die Situation der Autorinnen und Autoren – trotz kontinuierlichen Verbesserungen in den letzten Jahren – nach wie vor unzufriedenstellend ist. Dem föderalen Fördersystem mangelt es an Koordination und somit befördert es weiterhin eine ungleiche Behandlung der Autorinnen und Autoren je nach Ort, an dem sie ihren Wohnsitz haben. Urheberrechte werden teils nicht eingehalten, Verstösse sind insbesondere im digitalen Bereich oft schwer zu ahnden. Die aktuelle Urheberrechtsrevision wird leider auch nur wenig zur Verbesserung beitragen. Zudem fehlt es an Regelungen für angemessene Entschädigungen für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke, wie z.B. bei der Ausleihe (Verleihrecht). Angemessene Honorierungen für literarische Tätigkeiten, wie z.B. Publikationen oder Lesungen, sind immer noch mehr die Ausnahme denn die Regel und ebenfalls grossen regionalen Unterschieden unterworfen. Bei der Altersvorsorge wie auch beim Steuersystem sind viele berufsspezifische Probleme noch ungelöst. Honorare, Preise oder Stipendien werden zu meist in derselben Höhe ausgerichtet wie vor 20 Jahren, ohne jede Anpassung an die Teuerung. Sozialbeiträge müssen zudem vom Förderer übernommen werden, ohne dass es zu einer Reduktion der Preisgelder kommt. Schliesslich muss das Vertriebsnetz für Bücher von Verlag zu Buchhandlung auch in Zeiten der Digitalisierung gewährleistet bleiben. Der A*dS erwartet daher, dass der Bund Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Autorinnen und Autoren sowie für Übersetzerinnen und Übersetzer ergreift – nicht nur in Bezug auf die eigene Kulturförderung, sondern auch mit ämterübergreifenden Massnahmen.

3.4.2. Nachwuchs (Kapitel 2.1.1)

Der A*dS unterstützt besonders die Absicht, die Nachwuchsförderung den Bedürfnissen und Potentialen der jeweiligen Sparten entsprechend weiterzuentwickeln. Dabei ist mit den Organisationen der jeweiligen Sparten eng zusammenzuarbeiten.

Der Bereich Literatur zeigt zudem besonders gut auf, dass gesetzlich vorgeschriebene Altersgrenzen nicht zielführend, ja sogar kontraproduktiv sind. Ob man in der Literatur zu den Nachwuchsautorinnen und -übersetzern gehört, hat kaum mit der Altersfrage, sondern vielmehr mit

der Schaffensphase zu tun. Die Branche liefert regelmässig den Beweis, dass eine literarische Laufbahn nicht in Abhängigkeit mit dem Lebenslauf erfolgt. Daher fordert der A*dS eine Anpassung von Art. 4 Kulturförderungsverordnung KfV, die die dort festgeschriebene Altersgrenze von 35 Jahren aufzuheben sei. Daher schlagen wir folgende Streichung vor:

«Als Nachwuchs gelten Personen unter 35 Jahren,

- a. die zum Zeitpunkt der Einreichung des Förderungsgesuchs ihre künstlerische Berufsausbildung in der gleichen Kunstsparte nicht seit mehr als fünf Jahren abgeschlossen haben; oder
- b. deren erste öffentliche Präsentation eines Werkes zum Zeitpunkt der Einreichung des Förderungsgesuchs nicht mehr als fünf Jahre zurückliegt, sofern sie keine Berufsausbildung oder eine Berufsausbildung in einer anderen Kunstsparte absolviert haben.»

3.4.3. Künstlerisches Schaffen (Kapitel 2.1.2)

Die direkte Förderung des künstlerischen Schaffens wie Werkbeiträge, die Autorinnen und Übersetzern wichtige Freiräume für neue Werke bietet, ist ein zentraler Pfeiler im heutigen Subventionssystem und muss, wie vorgesehen, unbedingt weitergeführt werden. Grundsätzlich gilt, dass es Förderung zu jedem Zeitpunkt des schriftstellerischen Schaffens braucht: am Anfang (wobei das Alter in der Sparte Literatur keine Rolle spielt), in der Mitte wie auch für ein Spätwerk. Darüber hinaus ist unbedingt eine bessere Koordination der selektiven Werkförderung auf allen föderalen Ebenen anzustreben, damit das Ungleichgewicht allein aufgrund geografischer Zugehörigkeit der Übersetzerinnen und Autoren endlich aufgehoben werden kann.

Der A*dS begrüsst den Willen des Bundes, den Werkbegriff je nach Entwicklung zu erweitern und die Förderinstrumente ggf. anzupassen. Ebenso ist der mit der Förderung neuer digitaler Kreationen einverstanden. Allerdings ist unbedingt zu beachten, dass dies in stetigem und gleichwertigem Austausch mit den Kunstschaffenden und deren Organisationen geschieht.

Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden

Wie unter Punkt 2.5.1 dieser Stellungnahme ausgeführt, ist die Einkommenssituation der Autoren und Übersetzer mehrheitlich prekär. Daher ist der A*dS erfreut, dass der Bund auf eine angemessene Entschädigung der Kulturschaffenden hinwirken möchte, zumindest dort, wo er Finanzhilfen verspricht (vgl. Kapitel 2.1.2). So begrüsst er insbesondere, dass BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten.

Die Absicherung im Bereich der sozialen Sicherheit sollte ebenfalls Teil der Förderstrategie sein. Das BAK sollte auch im Bereich der sozialen Sicherheit verwaltungsintern eine Beobachterrolle einnehmen, also das Monitoring und fallweise auch ämterinternes Intervenieren bei Revisionen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze. Veranstalter und Produzentinnen müssen auch im Kontext mit der Förderung in die Pflicht genommen werden, damit sie ihre Verantwortung in Bezug auf die soziale Sicherheit von Künstlerinnen und Künstler wahrnehmen.

Schliesslich erwarten wir vom BAK und Pro Helvetia sowie den anderen öffentlichen Kulturförderern, dass bei der Vergabe ihrer kulturellen Beiträge auf die Einhaltung der Urheberrechte bestanden wird und das BAK sich verwaltungsintern für eine gerechte urheberrechtliche Entschädigung der Autorinnen und Interpreten einsetzt.

Schliesslich fordert der A*dS, dass der Sozialfonds von Suisseculture Sociale künftig mit einem jährlichen Beitrag von 50'000 Fr. unterstützt wird. Der Sozialfonds wurde ursprünglich mit Mitteln des Bundes geäufnet, um Kunstschaffenden aller Sparten unmittelbare Nothilfe leisten zu können. Dieser Sozialfonds ist die einzige Anlaufstelle für professionelle Kunstschaffende in Notlagen, unabhängig von einer Mitgliedschaft in Verbänden oder

Urheberrechtsgesellschaften und füllt daher im Nothilfe-System für Kunstschaffende eine wichtige Lücke. Mit Einführung des Kulturförderungsgesetzes hat sich der Bund aus dieser Verpflichtung zurückgezogen, obwohl die Soziale Sicherheit explizit Teil des Kulturförderungsgesetzes bleibt. Daher ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bund nicht weiterhin den in wenigen Jahren auslaufenden Fonds zum Schutz von Kunstschaffenden in Notlagen unterstützen soll.

Der A*dS begrüsst im Prinzip, dass künftig auch Mitwirkende in künstlerischen Prozessen unterstützt werden sollen. Doch darf dies nicht auf Kosten der direkten Künstlerförderung geschehen, sondern nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln.

3.4.4. Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland (Kapitel 2.1.3)

Interkulturalität

Austausch und Vermittlung von literarischen Werken im Inland unterstützen eine verbesserte Wahrnehmung der Literaturen der Schweiz in den jeweils anderen Sprach- und Kulturräumen. Doch die bisherige Konzentration auf die vier Landessprachen schien uns stets zu eng gefasst. Heute tragen auch weitere Sprachgruppen wesentlich zum kulturellen bzw. literarischen Leben bei und sollten daher in Originalsprache und in Übersetzungen entsprechend gewürdigt und gefördert werden. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass Autoren und Übersetzerinnen im besonderen Masse wichtige Vermittler sind, die dem Publikum Begegnungen und Auseinandersetzung mit der Literatur bieten. Dies gilt für alle Altersstufen. Daher unterstützt der A*dS die Absicht von Pro Helvetia, sich mit den Herausforderungen der interkulturellen Gesellschaft und deren Auswirkungen auf den professionellen Kulturbetrieb auseinanderzusetzen, strukturelle Defizite des Kulturbetriebs zu bekämpfen, den Erfahrungsaustausch zu stärken und die Durchlässigkeit des Fördersystems besonders für Menschen mit Migrationserfahrung zu erhöhen. Schliesslich erwartet der A*dS, dass der Bund sich dafür einsetzt, dass die Ungleichbehandlung von Autor*innen und Übersetzer*innen, die in einer anderen Sprachregion als der ihrer literarischen Sprache leben, im föderalen Fördersystem abgeschafft wird.¹

Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbereich

Der A*dS ist über das geplante Engagement zugunsten der Chancengleichheit für Frauen und Männer im Kulturbereich erfreut. Für die Entwicklung von statistischen Erhebungen und qualitativen Studien zu Entscheidungsprozessen sind aber zwingend die Branchenverbände aktiv mit einzubeziehen, damit bereits vorliegende Erkenntnisse mit beachtet, Branchenerfahrungen für korrekte Fragestellungen berücksichtigt und klare Zielvorgaben erarbeitet werden können.

Kunstvermittlung

Eine verstärkte Förderung der kritischen Reflexion unterstützen wir. Dabei ist zu beachten, dass das digitale Schreiben und Publizieren nicht nur als technisches Hilfsmittel verstanden werden, sondern die Veränderung der literarischen Ausdrucksweise durch die neuen Medien auch kritisch reflektiert werden kann.

3.4.5. Schweizer Preise (Kapitel 2.1.4)

Die Weiterführung der 2012 eingeführten Schweizer Literaturpreise ist zu begrüessen, da auch sie die mehrsprachige literarische Vielfalt der Schweiz in den Fokus zu rücken wissen. Wir erwarten für die Förderperiode 2021–2024 die Ausarbeitung adäquater Preise für

¹ Dem AdS sind diverse Fälle bekannt, in denen in Deutsch schreibende Autor*Innen und Übersetzer*Innen in französischsprachigen Kantonen die Förderung verweigert wurde mit dem Verweis auf die lokal gültige Amtssprache. Dies ist ein Phänomen im föderalen Fördersystem, das ausschliesslich die Literatur zu betreffen scheint.

Theaterautor*innen, Autor*innen von Kinder- und Jugendliteratur und Literarische Übersetzer*innen oder fallweise auch eine Prüfung der Zusammenarbeit mit bestehenden Preisen.

3.4.6. Organisationen professioneller Kulturschaffender (Kapitel 2.1.5)

Der A*dS befürwortet die Absicht des Bundes, Organisationen kultureller Kulturschaffender weiterhin zu unterstützen. Ohne diese Unterstützung wären diese Organisationen, so auch der A*dS, nur in beschränktem Rahmen handlungsfähig. Zudem ist uns wichtig zu betonen, dass wir neben den in der Kulturbotschaft beschriebenen Aktivitäten auch Dialogpartner für Behörden und Institutionen sind. Im Bereich Literatur funktionierte dieser Austausch recht gut. Dennoch wünschen auch wir uns, dass wir noch mehr bzw. früher in kulturpolitische Entwicklungsprozesse mit einbezogen werden. Eine Zusammenarbeit wäre aber schon auf der ersten Entwicklungsstufe von neuen Überlegungen oder Strategien sinnvoll, nicht nur in Form von Anhörungen. Dafür wären kontinuierliche Dialogmöglichkeiten mit den Bundesstellen und Kantonen zu schaffen, z.B. im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs. Verbände sollten standardmässig Teil von Arbeitsgruppen sein, die sich mit der Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte beschäftigen.

In der Umsetzung der Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender sind, im Dialog mit den betroffenen Organisationen, Anpassungen vorzunehmen. Es stellt sich zudem die Frage, ob die Festsetzung der KUOR-Beiträge innerhalb der Leistungsvereinbarung nicht verbindlicher festgelegt werden sollte, bzw. die Bedingungen für eine mögliche Kürzung in der Leistungsvereinbarung festgelegt werden müssten (analog zur Lösung der Stadt Zürich).

3.4.7. Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch (Kapitel 2.2)

Autorinnen und Autoren hierzulande schreiben in der Polarität zwischen einer nationalen Literaturlandschaft und dem grenzüberschreitenden Sprachraum bzw. Buchmarkt. Nach wie vor begrüsst der A*dS, dass der Bund sich besonders um internationale Verbreitung bemüht. Für Autorinnen und Übersetzer sind Lesereisen und Auftritte an ausländischen Literaturveranstaltungen vital. Umgekehrt bieten auch Anlässe in der Schweiz, bei denen Autoren aus anderen Sprach- und Kulturräumen eingeladen werden, wichtige Kontaktmöglichkeiten, die nicht selten in Austauschprojekten der Schweizer Autoren und Übersetzerinnen mit ihren ausländischen Kolleginnen münden. Leider bleibt die Förderung solcher Austauschmöglichkeiten immer noch eine Seltenheit. Ebenso ist die Förderung des hierzulande praktizierten kulturellen Schaffens von Autoren der sog. 5. Landessprachen als Teil der kulturellen Vielfalt der Schweiz anzustreben.

Verbreitung und Promotion

Die genannte Massnahme einer Online-Bibliothek mit Übersetzungen von Schweizer Literatur begrüsst der A*dS. Ein solches Projekt muss allerdings zwingend in Zusammenarbeit mit bestehenden Plattformen, wie LiteraturSchweiz und Viceversaliteratur, entwickelt werden.

Intensivierung und Flexibilisierung der Residenzen

Der A*dS begrüsst die neue Möglichkeit sehr, auch von den Künstlern selbst organisierte Residenzaufenthalte zu fördern. Generell plädieren wir dafür, das Engagement von Autor*innen und Verlagen stärker zu gewichten gegenüber der Promotion von Programmen und Projekten, die von Förderorganisationen wie Pro Helvetia selbst initiiert werden.

3.4.8. Darstellende Künste (Kapitel 2.3.3)

Der A*dS erachtet die Förderung der Darstellenden Künste als wichtig und richtig. Dabei ist aus Sicht der Autorinnen und Autoren zu beachten, dass mit den vorgesehenen Förderinstrumenten die Theaterautor*innen nicht durch die Maschen fallen – wie dies heute beispielsweise bei den Schweizer Preisen immer noch der Fall ist.

3.4.9. Literatur (Kapitel 2.3.4)

Im Grundsatz unterstützt der A*dS die Förderziele, welche der Bund für 2021–2024 für den Bereich Literatur formuliert.

Folgende Aspekte, Forderungen oder Anpassungen sind aus unserer Sicht jedoch zusätzlich zu berücksichtigen:

Im einleitenden Satz zu Kapitel 2.3.4 sind die einzelnen Förderbereiche in der Reihenfolge der Buchkette zu nennen, um eine bewusste oder unbewusste Gewichtung zu vermeiden. Somit würde der Satz folgendermassen heissen:

«Der Bund unterstützt die Kreation von zeitgenössischen schriftstellerischen Werken (u.a. durch Werkbeiträge und Residenzen von Schriftstellerinnen und Schriftstellern, literarischen Übersetzerinnen und Übersetzern), deren Übersetzungen, die Produktion dieser Werke durch Verlage sowie die Verbreitung und Promotion der Werke im In- und Ausland (mittels Lesereisen, Auftritten an Festivals, Buchmessen etc.).»

Förderung des künstlerischen Schaffens

Der A*dS begrüsst die Öffnung der Werkbeiträge für neue Literaturformen, ebenso die Flexibilisierung und Öffnung der Förderinstrumente. Dabei müssen die klassischen Literaturformen jedoch gleichwertiger Bestandteil der Förderung bleiben. Dies bedeutet auch, dass für die Erweiterung der Werkbeiträge Mehrmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die künftige Förderung von aufwändigen thematischen oder formalen Recherchen unterstützen wir.

Über die Absicht des Bundes, die Übersetzerinnen und Übersetzer den Autorinnen und Autoren gleichzustellen, insbesondere auch in Honorarfragen bei Auftritten, ist der A*dS hoch erfreut. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Übersetzer*innen auch urheberrechtlich entsprechend korrekt behandelt werden und dies bei der Förderung als Kriterium mitberücksichtigt wird.

Verlagsförderung

Der A*dS ist mit der Weiterführung der Verlagsförderung einverstanden. Er erwartet hierbei auch in Zukunft eine strikte Kontrolle, so dass insbesondere die verlangten Grundsätze im Umgang mit Autorinnen und Übersetzern eingehalten werden. Zudem unterstützt der A*dS die Schweizer Buchhändler- und Verlegerverbände in ihrer Forderung, die Verlagsförderung von 1.6 Mio. Fr. auf 1.95 Mio. Fr. pro Jahr zu erhöhen, was dem bereits in früheren Jahren errechneten eigentlichen Bedarf an eine Verlagsförderung entspricht.

Austausch im Inland

Wir begrüssen die Weiterentwicklung der Übersetzungsförderung, machen aber darauf aufmerksam, dass die Förderung über die gesamte Schaffenszeit von Übersetzerinnen und Übersetzern von gleichwertiger Bedeutung ist. Nachwuchs (siehe auch Bemerkung unter Punkt 3.4.2 dieser Stellungnahme) ist wichtig, doch braucht es auch eine langfristige Förderung von Übersetzer*innen, damit ausreichend Raum für qualitätvolle Übersetzungen geschaffen werden kann. Das Bestreben, Übersetzer*innen angemessener zu entschädigen, erscheint dem A*dS für eine lebendige professionelle Übersetzer*innenbranche in der Schweiz vital.

Schliesslich erwartet der A*dS, dass der Bund sich dafür einsetzt, dass die Ungleichbehandlung von Autor*innen und Übersetzer*innen, die in einer anderen Sprachregion als der ihrer literarischen Sprache leben, im föderalen Fördersystem abgeschafft wird.

Internationale Verbreitung und Promotion

Die vorgeschlagene Promotionsförderung auf internationaler Ebene unterstützt der A*dS, ganz besonders in den angrenzenden Sprachräumen. Denn Autorinnen und Autoren hierzulande schreiben in der Polarität zwischen einer nationalen Literaturlandschaft und dem grenzüberschreitenden Sprachraum bzw. (Buch-)Markt. Daher ist es richtig, dass der Bund sich um internationale Verbreitung bemüht. Allerdings kann sich die Förderung nicht nur auf die Vermittler von Literatur beschränken, sondern muss weiterhin auch die Autorinnen und Übersetzer explizit berücksichtigen. Denn für Autorinnen und Übersetzer sind Lesereisen und Auftritte an ausländischen Literaturveranstaltungen vital. Eine Vereinfachung der Regelungen für die Förderung von Lesereisen im Ausland ist aus Sicht des A*dS anzugehen. Zudem ist wichtig, dass auch von Autor*innen und Übersetzer*innen selbst organisierte Lesereisen und Auftritte gefördert werden können (analog zu den Residenzen, siehe Punkt 3.4.7, *Intensivierung und Flexibilisierung von Residenzen*). Generell plädieren wir auch hier dafür, das Engagement von Autor*innen und Verlagen stärker zu gewichten gegenüber der Promotion von Programmen und Projekten, die von Förderorganisationen wie Pro Helvetia selbst initiiert werden.

Zusätzlich muss aber auch bedacht werden, dass auch Anlässe in der Schweiz, bei denen Autor*innen aus anderen Sprach- und Kulturräumen eingeladen werden, umgekehrt wichtige Kontaktmöglichkeiten bieten, die nicht selten in späteren Austauschprojekten der Schweizer Autoren und Übersetzerinnen mit ihren ausländischen Kolleg*innen resultieren.

Schliesslich teilt der A*dS die Haltung des Bundes, dass Buchmessen und Gastland-Auftritte für die Schweizer Verlage wichtige Promotionsplattformen im Ausland sind, um ihre Programme zu präsentieren. Insofern sind sie als Schaufenster der gesamten Buchproduktion für die Schweiz interessant. Als Präsentationsplattformen für Autorinnen und Übersetzer erscheinen sie uns hingegen weniger ideal. Dafür sind spezifische Orte wie Literaturhäuser, Literaturfestivals und -feste, etc. passender. Diese Institutionen sind es, die das spezifisch literarische Umfeld im Gegensatz zu einem gesamtpublizistischen Umfeld der Buchmessen fördern und bessere Umgebungsbedingungen für Schreibende (inkl. Honorare) bieten.

Zusätzliche, in der Kulturbotschaft nicht enthaltene Forderungen zur Literatur:

- > Literaturzeitschriften befinden sich in einer prekären Situation, was sich auch auf die Bedingungen für die Schreibenden auswirkt (u.a. Honorierung). Literarische Zeitschriften sind aber zum einen wichtige Plattformen für die literarische Auseinandersetzung. Zum anderen – und für Autoren und Übersetzerinnen zentral – bieten sie, neben journalistischen und wissenschaftlichen Sekundärtexten, auch Raum für literarische Texte aller Gattungen, auch experimenteller Natur. Zudem übernehmen Literaturzeitschriften insbesondere die wichtige Rolle, eine der wenigen Einstiegsmöglichkeiten für junge Autorinnen und Autoren, Übersetzer und Übersetzerin bieten zu können. Doch ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand dürfte die Situation der Literaturzeitschriften noch prekärer werden, Auflösungen wären kaum zu vermeiden und angemessene Honorierung für Autor*innen und Übersetzer*innen wäre kaum zu erwarten. Daher fordert der A*dS, dass die strukturelle Unterstützung von Literaturzeitschriften als Bundesaufgabe wieder in die Kulturförderung aufgenommen wird. Finanziell wäre mindestens der in der Kulturbotschaft 2016–2020 vorgesehene Beitrag angemessen, also 150'000 Fr. pro Jahr, insgesamt 600'000 Fr. für vier Jahre.

Schliesslich wäre der Dialog mit den föderalen Partnern dringend, damit auch Kantone und Städte die Förderung von Literaturzeitschriften künftig in ihre Förderstrategien einbeziehen.

- > Buchhandlungen wurde bereits in der Kulturbotschaft 2016–2020 eine «wichtige Rolle in der Literaturvermittlung» als «vollwertige Kulturakteure» attestiert. Als Anbieter von literarischen Veranstaltungen spielen sie eine wichtige Rolle in der Verbreitung besonders in den Regionen. Daher unterstützt der A*dS die Schweizer Buchhändler- und Verlegerverbände in ihrer Forderung, nicht nur für die Verlage, sondern auch für die Buchhandlungen eine strukturelle Unterstützung einzuführen. Dafür wären gemäss diesen Verbänden zusätzliche Mittel in der Höhe von rund 1.1 Mio. Fr. bereitzustellen.

3.4.10. Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter (Kapitel 2.4.2.3)

Der A*dS begrüsst grundsätzlich die Neuaufnahme von «Bibliosuisse» in die vom Bund geförderten Netzwerke. Er erwartet jedoch eine entsprechende Mittelerhöhung und keine Umverteilung innerhalb dieses Bereichs, so dass die Unterstützung nicht zulasten von anderen wichtigen Netzwerken fällt, wie zum Beispiel Memoriam.

3.4.11. Kulturelle Teilhabe – Leseförderung (Kapitel 2.6.1)

Für Sprache und Literatur ist die Leseförderung als Teil der vom Bund definierten Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe» von besonderer Bedeutung. Einerseits soll professionelles Literaturschaffen vermittelt werden, andererseits möchte man durch kulturelle Bildung gewisse Fähigkeiten wie Lesen – aber auch Schreiben – aktivieren. Für den A*dS ist die Bedeutung der Leseförderung für die Entwicklung intellektueller und sozialer Kompetenzen unbestritten. Allerdings sollte Leseförderung über die grundlegende Lese- und Schreibfähigkeit hinausgehen und auch literarische Lese- und Schreibkompetenz umfassen. Hierbei ist wichtig zu bemerken, dass Literatur (ob nun sog. Erwachsenen- oder Kinder- und Jugendliteratur) nicht nur ein Hilfsmittel für das Lesen darstellt, sondern dass es in erster Linie um literarische Werke geht, die im Unterricht auch als solche verwendet und kenntlich gemacht werden sollen. Dabei ist aus Sicht des A*dS besonders wichtig, dass unter Leseförderung auch das Fördern der Präsenz von Autorinnen und Übersetzer in Form von Lesungen oder Werkstätten zu verstehen ist. Denn die Urheberinnen und Urheber von Texten spielen für die literarische Bildung eine wichtige Rolle. Hier ist auch ein Ausgleich zwischen den Sprachregionen zu fördern. Zudem bietet sich die aktive Rolle von Autorinnen und Übersetzern als Vermittler im Bereich der Integration besonders an, was Veranstaltungsprojekte in mehrsprachigen Schulklassen gezeigt haben.

3.4.12. Sprachen und Verständigung (Kapitel 2.6.2)

Der A*dS unterstützt die Absicht des Bundes, die Landessprachen zu fördern und somit auch die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften zu verbessern. Dabei ist zu beachten, dass auch Übersetzerinnen und Autoren hervorragende Vermittler*innen im Umgang mit der Sprache sowie im sprachübergreifenden Bereich sind. Diese Vermittlungstätigkeit sollte bei der Entwicklung von Strategien im Sprachunterricht – auch von Fremdsprachen – berücksichtigt werden.

Ebenso scheint dem A*dS zentral, dass Austausch und Vermittlung zwischen den Sprachregionen, also die Förderung des kulturellen Austauschs im Inland, besonders über literarische Projekte und Institutionen (in und ausserhalb des Schulbereichs) vermittelt werden können. Gerade im literarischen Bereich zeigt sich, dass der Austausch über Sprachgrenzen bereichernd sein kann – für Autor*innen wie für das Publikum, zumal literarische Übersetzer*innen zusätzlich vermittelnd wirken können. Darüber hinaus ist es gerade für periphere Literaturlandschaften, wie Tessin oder Graubünden, besonders wichtig, dass Autorinnen und Autoren auch aus anderen Sprachregionen präsent sind und den Austausch mit den eigenen Schreibenden befördern können. Daher sind in diesem Sinne auch Organisationen und Institutionen zu unterstützen, die Raum für die Pflege der eigenen Sprache, aber auch für den Austausch

mit anderen Sprachregionen bieten, wie z.B. die im März 2019 eröffnete Casa della letteratura per la Svizzera italiana.

4. Revision Filmgesetz

Keine Bemerkungen.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

- > Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3 des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Mit den Gesetzesanpassungen im Kulturförderungsgesetz Art. 1 Bst. a Ziff. 1; Art. 12 Abs. 4 und Art. 17 ist der A*dS einverstanden. Die Streichung des Bundesbeitrages an die Bundeshauptstadt und somit die Streichung von Art. 18 lehnen wir ab.

Mit der Gesetzesanpassung des Nationalbibliotheksgesetz Art. 14 ist der A*dS einverstanden. Die Kommission der Nationalbibliothek in der vorgesehenen Form hat sich als ungeeignetes Instrument erwiesen. Der A*dS bedauert hingegen, dass damit ein Diskursraum zur Entwicklung des Bibliothekswesens verloren geht, in dem neben den Bibliotheken auch Autor*innen und Verlage bzw. Buchhandlungen ihre Stimme hatten. Die Wiedereinführung eines solchen Gremiums ist daher zu prüfen.

Schliesslich fordert der A*dS eine Anpassung von Art. 4 KfV (siehe auch Bemerkungen unter Punkt 3.4.2 dieser Stellungnahme):

«Als Nachwuchs gelten Personen unter 35 Jahren, [...]» (d.h. Streichung der Altersgrenze).

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

- > Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942.8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Die vorgesehene Erhöhung der finanziellen Mittel scheint uns gerechtfertigt und notwendig, aber nicht in jedem Fall ausreichend. Problematisch ist, dass in einigen Bereichen neu Umverteilungen der Mittel stattfinden, so beispielsweise bei der neuen Unterstützung von Bibliothekswesen (vgl. Ziffer 4.1.2). Aus Sicht des A*dS dürfen neu geplante Vorhaben und Unterstützungen nur verwirklicht werden, wenn die dazu benötigten finanziellen Mittel zusätzlich bereitgestellt werden können.

Für die Verbesserung der Sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden ist ein Mehrbedarf von 50'000 Fr. pro Jahr, insgesamt von 200'000 Fr. über die gesamten vier Jahre, nötig, um den Sozialfonds von Suisseculture Sociale zu äufnen (siehe Punkt 3.4.3, *Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden*, dieser Stellungnahme).

Der Bereich Literatur benötigt einen finanziellen Mehrbedarf von 2 Mio. Fr. pro Jahr, also insgesamt von 8 Mio. Fr. über die gesamten vier Jahre (siehe auch Punkt 3.4.9 dieser Stellungnahme), und zwar für folgende Massnahmen:

- > Förderung von Literaturzeitschriften: 150'000 Fr. pro Jahr, insgesamt 600'000 Fr.
- > Strukturelle Verlagsförderung: 350'000 Fr. pro Jahr, insgesamt 1.4 Mio. Fr. zusätzlich zu den vorgesehenen Mitteln

- > Einführung einer Förderung des Buchhandels für dessen kulturelle Vermittlungs- und Promotionsarbeiten: 1.5 Mio. Fr. pro Jahr, insgesamt 6 Mio. Fr.

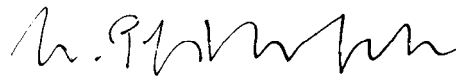
Darüber hinaus ist die Koordination mit allen föderalen Ebenen genauso wichtig, ohne die eine kohärente Kulturpolitik und -förderung nicht funktionieren kann. Bundesmassnahmen müssen auf jene der Kantone, Städte und Gemeinden abgestimmt sein – und umgekehrt. Damit könnten künftige inhaltliche wie finanzielle Lücken im Fördersystem erkannt und verbessert werden. Gerade in der Literaturförderung ist das föderale Zusammenspiel von besonderer Bedeutung. Allerdings müssen in den Dialog um eine optimale Förderung auch die zivilgesellschaftlichen Organe (wie z.B. die entsprechenden Verbände) mit einbezogen werden. Ebenso wichtig wäre die Klärung der Rolle der Privaten in Bezug auf eine gesamtschweizerische Kulturförderung.

Der A*dS dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bittet Sie, unseren Überlegungen und Vorschlägen Rechnung zu tragen. Für Fragen und weiterführende Diskussionen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Nicolas Couchepin
Präsident



Nicole Pfister Fetz
Geschäftsführerin

Per Email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Bern, 18. September 2019

Stellungnahme Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Die Kulturbotschaft enthält nicht akzeptierbare Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in verfassungsmässige Rechte unserer Mitglieder als Anbieter von Video-on-Demand-Plattformen eingreifen. Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit fristgerecht wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch darüber begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist eine schädliche und unüberlegte Reaktion auf diese Digitalisierungseffekte. Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an die Fernmeldedienstanbieterinnen (FDA). Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Um dieser Position ausreichend Gewicht zu geben, werden wir eine Kopie der vorliegenden Stellungnahme

den entsprechenden Stakeholdern (Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.) zur Information zukommen lassen und unsere Unterstützung für ein fakultatives Referendum gegen die geplanten Neuerungen im Filmgesetz anbieten, sollte das Vorhaben nicht fallen gelassen werden.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Die ca. 200 privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich organisierten Mitglieder unseres Branchenverbandes SUISSDIGITAL betreiben Kommunikationsnetze und stellen ihrer Kundschaft auch eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, VoD), folglich die in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienste angeboten werden, deren Umsätze zukünftig mit 4% spezial-besteuert werden sollten.

Die Anzahl der darin enthaltenen Inhalte (Filme, Serien, Dokus, etc.) ist unterschiedlich und reicht von ein paar hundert bis zu ein paar tausend Titeln, wobei die Auswahl jeweils keiner einheitlichen thematischen Ausrichtung folgt. Die dazu in technischer Hinsicht benötigte elektronische VoD-Plattform betreiben sie entweder in eigener Regie, zusammengeschlossen im Verbund oder beziehen den Dienst vorkonfektioniert von einem White Label-Drittanbieter.

Namentlich die Rechtebeschaffung für die Videothek ist eine sehr aufwendige Angelegenheit, weshalb viele Mitglieder sowohl die technische Plattform, wie aber auch das gesamte Content-Repertoire durch einen Dritten organisieren und bereitstellen lassen. Für ihre Vermittlungstätigkeit erhalten sie eine Entschädigung in der Form einer Kommission, ungeachtet der Tatsache, dass sie gegenüber den Endkunden in eigenem Namen handeln, und es für die Konsumentinnen und Konsumenten deshalb meist nicht offensichtlich ist, dass sie das Angebot eines Drittanbieters nutzen.

Diese Art der Dienstleistungsorganisation hat insbesondere aufgrund des verstärkten Wettbewerbsdrucks durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+), etc. zugenommen. So ist uns im Verband nur noch ein einziges Mitglied bekannt, welches eine eigenständige VoD-Plattform mit selber zusammengestelltem Repertoire betreibt. Alle anderen Mitglieder sind dazu übergegangen, diese Dienste an einen Dritten auszulagern. Diese Drittanbieter betreiben teilweise auch selber ein Over-the-Top (OTT)-Angebot für die Schweiz, d.h. einen VoD-Streamingdienst, der via Internet Schweizer Konsumenten direkt zugänglich ist. Im Zusammenhang mit der im Jahre 2016 eingeführten Filmmeldepflicht für die Filmstatistik hat das Bundesamt für Kultur (BAK) bzw. das Bundesamt für Statistik (BFS), welches im Auftrag des BAK handelt, selber die Erfahrung gemacht, dass die Schweizer TV/Radio-Diensteanbieter mit VoD-Angebot kaum eigene direkte Kontrolle über das von ihnen weitervermarktete/weitergeleitete Filmangebot haben. So müssen die zu meldenden Filmdaten regelmässig bei deren Lieferanten eingeholt werden. Unsere Mitglieder betreiben diese Dienste in erster Linie um ihrer Kundschaft ein möglichst umfassendes Paket an Audiovisionsdiensten (linear und nicht-linear) im Rahmen der Telekom-Bündelangeboten (Triple- oder Quadruple-Play) bieten zu können. Es ist deshalb schon vom Ansatz her falsch, davon auszugehen, mit solchen Angeboten von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten liessen sich grosse direkte Umsätze generieren, entsprechend eine Besteuerung einfach beim Umsatz anzuhängen wäre. Die geplanten Abgaben sind für die Betreiber reine Betriebskosten, welche die Attraktivität zur Bereitstellung von solchen inländischen Plattformen stark mindern wird.

Betreffend Rentabilität der VoD-Angebote ist vorab auch daran zu erinnern, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechtsgesetzes für VoD-Anbieter bereits zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgaben beschlossen hat, was weiter zur Verminderung der Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Video-Abrufdiensten beitragen wird¹. Es ist deshalb grundsätzlich erstaunlich, dass jetzt über die Revision des Filmgesetzes noch mehr Abgaben in Betracht gezogen werden, die am Ende entweder das inländische Angebot verhindern und/oder von den Schweizer Konsumenten getragen werden müssen.

2. Warum ist die geplante Revision des Filmgesetzes abzulehnen?

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend E-FiG) vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, zum einen eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend europäische Pflichtquote) im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und zum anderen 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen. Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der FiG-Entwurf Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

a. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht². Es wird vertuscht, dass die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen im E-FiG verfassungswidrig sind!

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass **der Bund** Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Demgemäss weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt auch keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die Förderung des Schweizer Filmschaffens muss bei einer der Verfassung entsprechenden Rechts(um)setzung immer Aufgabe des Bundes bleiben, denn die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen, namentlich durch die vom Bundesrat geplante Einführung einer Förderabgabe, welche dem Schweizer Filmschaffen zugutekommen soll.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe

¹ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision des Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzvereinbarung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>)

² Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll. Im Erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio und TV-Gesetzgebung mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen.³ Hier besteht aber demgegenüber mit BV Art. 93 eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und –Finanzierungsmodellen. Der Vergleich ist haarsträubend und kann sicher nicht als Begründung dienen, in derart heftiger Weise in verfassungsmässig geschützte Rechte von Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste einzugreifen⁴. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste zu vergleichen: Die Fernsehveranstalter stehen viel näher zur Schweizer Filmproduktion, sie produzieren regelmässig selber Audiovisionsinhalte. Demgegenüber produzieren VoD-Anbieter normalerweise keine Inhalte, sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

Wie einführend dargelegt, stellt für Kommunikationsunternehmen, wie die Mitglieder von SUISSDIGITAL, das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, ihr Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Sie erbringen damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Damit leisten sie bereits indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Sie verbinden nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte- und Dienstangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges (welcher nicht zu verwechseln ist mit dem via Fernmeldegesetzgebung garantierten Zugangsdienst zum Internet⁵). Es ist auch deshalb nicht richtig, diesen Unternehmen nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe in der Praxis auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwälzt wird.

Vor allem jüngere Generationen, welche immer mehr nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden durch die neue Abgabe übermässig belastet. Diese Bevölkerungsgruppe bezahlt nun schon eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen (ehemals Billag-Gebühr), ohne eventuell jemals die damit (mit)finanzierten Rundfunkprogramme zu nutzen und sie werden schliesslich auch für die von beiden Parlamentskammern im Rahmen der laufenden Urheberrechtsrevision beschlossenen zusätzlichen Urheberrechtsabgaben auf VoD (vgl. oben) aufzukommen haben. Deren Medienbudget darf nicht unbeschränkt durch Abgaben für den Service Public, zusätzliche Abgaben für Filmurheber und Ausübende des Films und nun auch noch durch neue Abgaben ganz allgemein für das Schweizer Filmschaffen ausgehöhlt werden. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dieser offenbar unersättlichen Forderungs- und Subventionsmentalität einen Riegel zu schieben. Wir werden nicht zögern, die Konsumentenschutzverbände auf diese nicht endende Kette von Forderungen im Zusammenhang mit Kulturförderungen aufmerksam zu machen.

b. Mangelnde Wirksamkeit

Auch die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

⁴ Sinngemäss gleicher Auffassung ist die EMEK, vgl. Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien vom 11.10.2018, zu Art. 12 BGeM

⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 1 lit. d FDV

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können – weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.⁶ Es ist erstaunlich, dass der Bundesrat diese Position eines für die von ihm beschworene Digitalisierung wichtigen Bundesamtes nicht zu kennen scheint.

Schliesslich ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz zu bestücken. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten „Long Tail“ wieder vernichtet. Es ist überaus bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es allein um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

c. Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix⁷, de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Fall von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hier strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerblich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Und da hilft

⁶ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

⁷ Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

es wenig, wenn hinsichtlich Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter, welcher allenfalls dann mal in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁸, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmeldepflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förderabgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁹, Verfügungen der Behörden werden im Ausland jedoch nicht dursetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (der allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend¹⁰) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem Erläuternden Bericht¹¹ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;

⁸ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürften die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

⁹ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

¹⁰ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grossem Ausmass hochgefahren werden.

¹¹ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Solche Bestimmungen zeigen einzig, dass sich der Bundesrat selbst nicht geheuer ist und mit diesen sein Argument vorbereitet, man müsse dann im Einzelfall auf Verordnungsstufe wieder Gegensteuer geben, wenn dem Parlament wenig durchdachte und verfassungswidrige Gesetze vorgelegt werden. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschont.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend finden Sie unsere Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen für den Fall, dass am Revisionsprojekt in dieser Form festgehalten werden sollte. Hier gehen wir insbesondere auf die vorgesehenen Ausnahmeregelungen zur europäischen Pflichtquote sowie auf die Förder- bzw. Ersatzabgabe ein.

a. Ausnahmeregelungen

Wie bereits angesprochen, sieht der Gesetzesentwurf für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) Ausnahmen vor. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur einzeln gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für Mitglieder von SUISSEDIGITAL von vornherein nicht anwendbar sein werden. Deren VoD-Angebote enthalten nicht nur einzelne Filme und sind im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen.

b. Ausnahme Mindestumsatz, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. a und Art. 24e Abs. 2 lit. a E-FiG

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, wie auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF¹² gelten; bezüglich Förderabgabe werden im erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden¹³, die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen keinen Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Im Weiteren bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund

¹² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

¹³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand¹⁴, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief angedacht zu sein. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten auf das Angebot der Rechteinhaber Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen und angesichts der uns bekannten Umsätze unserer Mitglieder bei VoD, erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2,5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

c. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG

Der Erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu diesem Ausnahmefall. Wie einleitend festgehalten, sind mittlerweile die meisten VoD-Anbieter von SUISSDIGITAL dazu übergegangen, Angebote eines Dritten in eigenem Namen zu vermarkten. Sie haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und erfüllen damit eigentlich die Ausnahmegeneralklausel, wonach für sie die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Sie müssten demnach ohne weiteres unter die Regel fallen, auch wenn sie, wie vorliegend, das VoD-Angebot in eigenem Namen vermarkten. Denn wäre letzteres nicht der Fall, sprich das Dienstleistungsverhältnis besteht direkt zwischen diesem Dritten und den Konsumentinnen und Konsumenten, so wäre zwingend im Sinne von Art. 24a und Art. 24b E-FiG dieser Dritte als VoD-Anbieter zu betrachten. Dieser Sachverhalt ist auf Gesetzesstufe zu präzisieren, damit von vornherein keine Unklarheiten und Unsicherheiten entstehen. Und da trotzdem nicht erwartet werden kann, dass das „weitergeleitete“ Angebot in Bezug auf die darin enthaltenen Filmtitel sowie der Preise streng identisch ist zu einem allenfalls daneben auch noch bestehen OTT-Streaming-Angebot dieses Dritten, sollte dies mit einem relativierenden Attribut angemerkt werden.

Unsere Forderungen zu Artikel 24a Abs. 3 und Abs. 3 lit. c sowie Art. 24e Abs. 2 und Abs. 2 lit. c FiG:

Art. 24a Abs. 3 FiG soll lauten:

„Der Bundesrat ~~kann~~ nimmt Unternehmen von der Pflicht nach Absatz 1 ausnehmen, wenn:
(...)“

Art. 24a Abs. 3 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Art. 24e Abs. 2 FiG soll lauten:

„Er ~~kann~~ nimmt Unternehmen von der Verpflichtung ausnehmen ~~oder den Anteil, der für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden ist, auf 2 Prozent ermässigen~~, wenn:
(...)“

Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

¹⁴ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

Schliesslich regen wir an, dass die gleichen Ausnahmen auch für die (seit 2016 bestehende) Filmmeldepflicht vorgesehen werden. Die Erfahrungen in der Praxis dieser Filmmeldepflicht haben gezeigt, dass die VoD-Anbieter mit tiefem Umsatz, welche im Normalfall lediglich das Angebot eines Dritten (zwar in eigenem Namen) vermarkten und damit in diesem Sinne „weiterleiten“ (obschon dies in eigenem Namen geschieht), grosse Schwierigkeiten haben, die benötigten Filmdaten für die Filmstatistik beizubringen. Deshalb werden viele dieser Daten durch das BFS direkt bei den jeweiligen Filmlieferanten erhoben. Trotzdem fallen diese Anbieter unter die Meldepflicht und müssen mit Sanktionen rechnen, falls die Filmlieferanten den Meldeaufforderungen nicht nachkommen.

Unsere Forderungen zu Artikel 24i Abs. 1 FiG:

„Unternehmen, die in der Schweiz (...) müssen dem Bund die Anzahl Abrufe pro Filmtitel melden, ausser sie erreichen den vom Bundesrat bestimmten Mindestumsatz nicht, oder es werden Angebote Dritter in eigenem Namen nahezu unverändert weitergeleitet.“

Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Bemerkungen und Argumente in die weitere Behandlung des Geschäfts einbeziehen und unsere Position und Anträge berücksichtigen. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

SUISSEDIGITAL – Verband für Kommunikationsnetze



Dr. Simon Osterwalder, Rechtsanwalt
Geschäftsführer



Stefan Flück, Fürsprecher LL.M.
Leiter Rechtsdienst

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Kopie zur Kenntnis Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.

Alliance Patrimoine · Schauplatzgasse 39 · 3011 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesrat
Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Per Mail eingereicht an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 18. September 2019

Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019

Stellungnahme der Alliance Patrimoine

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019 äussern zu können und stellen Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zu.

Alliance Patrimoine setzt sich ein für den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes der Schweiz. Sie ist ein Zusammenschluss von vier Organisationen: Archäologie Schweiz AS, Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte GSK, Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE sowie Schweizer Heimatschutz SHS.

In Entsprechung zur thematischen Ausrichtung der Alliance Patrimoine beschränkt sich die Stellungnahme auf die Kulturerbepolitik. Sie folgt in ihrem Aufbau den gestellten Fragen.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Als gelungene Umsetzungen beurteilen wir die in der KB 2016-2020 vorgesehenen, folgenden Vorhaben im Bereich des Kulturerbes:

- die Integration des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) in das Bundesamt für Kultur
- die Ratifizierung der Konvention von 2001 zum Schutz des Unterwasserkulturerbes
- der vollzogene Systemwechsel bei der Vergabe von Betriebsbeiträgen an Museen: neu gab es eine öffentliche Ausschreibung, die eingereichten Fördergesuche wurden geprüft und die Mittel aufgrund eines Förderkonzeptes vergeben. Diesen Systemwechsel betrachten wir als wichtigen Schritt in die richtige Richtung selbst wenn das Förderkonzept, dessen Kriterien und deren Gewichtung noch verbesserungswürdig sind.

Besonders hervorzuheben sind u.E. zudem weitere in der Kulturbotschaft nicht vorgesehene, jedoch umgesetzte Vorhaben:

- die Teilnahme am Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018, das von der Europäischen Kommission unter dem Motto «Sharing Heritage» ausgerufen wurde, und die Durchführung von einer Vielzahl von Aktionen, u.a.:
 - die Organisation einer informellen Kulturministerkonferenz zum Thema Baukultur im Januar 2018 im Vorfeld des WEF und die Verabschiedung der Davos Declaration
 - die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention 2005)

Wir bedauern es hingegen, dass wegen der durch das Parlament beschlossenen Teuerungskorrekturen sowie des Stabilisierungsprogramms 2017–2019 die tatsächlichen Voranschlagskredite tiefer lagen als ursprünglich in der Kulturbotschaft 2016–2020 vom Parlament festgelegt und auf die Umsetzung verschiedener Vorhaben verzichtet werden musste:

- namentlich wurde darauf verzichtet, Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der Baukultur zu ergreifen.¹

Die nationale Zusammenarbeit aller staatlicher Ebenen in der Kulturpolitik im Rahmen des «Nationalen Kulturdialogs» hat sich als sinnvoll und effektiv erwiesen, namentlich im Bereich der «Kulturellen Teilhabe». Im Weiteren konnte erstmals in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik eine nationale Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie erstellt werden.² Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass diese Statistik keine Antwort zum Finanzmittelbedarf von Archäologie und Denkmalpflege liefert – wie von der ständerätlichen WBK 2015 gefordert.³

Ein Desiderat bleibt nach wie vor, dass für die Zivilgesellschaft (Organisationen der verschiedenen Kulturbereiche) eine ähnliche Plattform wie der «Nationale Kulturdialog» geschaffen wird.

¹ Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft 2016–2020), Zwischenbericht per Ende April 2018. <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/bericht-wbk-kulturbotschaft-2018-05-d.pdf>. - Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft), BBl 2015 497, S. 564: *Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung* Der Bund hat in der laufenden Periode die Unterstützung von Organisationen und Sensibilisierungs- sowie Wissensvermittlungsprojekten, namentlich die Europäischen Tage des Denkmals, im bisherigen Rahmen fortgeführt. Diese Anstrengungen sind in der kommenden Periode neu auszurichten und zu verstärken.

² Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.6949761.html>

³ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Alliance Patrimoine nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die kulturpolitische Stossrichtung der Kulturbotschaft 2021-2024 weitgehend auf inhaltlicher Kontinuität basiert. Wir teilen die Auffassung, dass sich die fünf identifizierten Megatrends bestätigt haben und den gesellschaftlichen Veränderungsprozess immer noch wesentlich beeinflussen, namentlich die besondere Wirkungsmacht der Digitalisierung. Insofern beurteilen wir die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes als sinnvoll und richtig: «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation». Wir stimmen der weitgehenden inhaltlichen Kontinuität mit einer punktuellen Weiterentwicklung bisheriger Massnahmen einhellig zu. Demzufolge begrüssen wir es, dass die in der Förderperiode 2016–2020 eingeführten Massnahmen fortgesetzt werden sollen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen bei den drei Handlungsachsen beurteilen wir wie folgt:

- Grundsätzlich ist anzumerken, dass sich der Kulturbegriff mit immer noch neuartigen Konzepten wie «Kulturelle Teilhabe» oder «Open Access» in der Digitalisierung stark gewandelt hat bzw. im Wandel begriffen ist und ein hohes Mass an Interdisziplinarität verlangt, jedoch die gegenwärtigen Förderstrukturen diesen Wandel noch nicht vollzogen haben.

Empfehlung:

Um der Interdisziplinarität der obengenannten Konzepte und den darauf basierenden Projekten gerecht zu werden, sollte das Bundesamt für Kultur passende Förderstrukturen einrichten und entsprechende Projekte sektionsübergreifend fördern.

- «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1., S. 12): bei dieser Handlungsachse vermissen wir, Massnahmen zur Teilhabe am Kulturerbe, wie sie die ratifizierte Faro-Konvention vorsieht und wie sie die Interdepartementale Strategie Baukultur als vorrangiges strategisches Ziel formuliert.

Empfehlung:

Entsprechende Massnahmen sind vorzusehen.

4. Baukultur

An dieser Stelle äussern wir uns – statt zur Revision des Filmgesetzes Stellung zu nehmen – zum neuen Konzept Baukultur (2.5., S. 35ff).

Neu wird die bisherige Bezeichnung «Heimatschutz und Denkmalpflege» unter dem prägnanten Begriff «Baukultur» zusammengefasst. Bereits in der zweiten Kulturbotschaft 2016–2020 wurde die Bezeichnung «Heimatschutz und Denkmalpflege» um den Begriff «Baukultur» erweitert – allerdings ohne gesetzliche Abstützung. Inhaltlich durchaus nachvollziehbar wurde diese begriffliche Erweiterung damit begründet, dass die Verdichtung und die energetischen Sanierungen in den Siedlungsgebieten den Druck auf historische Bauten und Anlagen sowie archäologische Fundstellen erhöhten und eine Herausforderung für die Baukultur darstellten.

In Erfüllung des Postulats 12.3658 der WBK-N («Zeitgenössische Baukultur in der Kulturbotschaft 2016–2019») wurde geprüft, ob die zeitgenössische Baukultur im Rahmen des Bereichs Heimatschutz und Denkmalpflege gefördert werden kann und demzufolge die Massnahmen definiert, eine Interdepartementale Strategie Baukultur zu entwickeln. Dieser Entwurf zur Interdepartementalen Strategie zur Förderung der Baukultur liegt nun zeitgleich mit dem Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 zur informellen Anhörung vor. Im Rahmen dieses Verfahrens wird Alliance Patrimoine gesondert dazu Stellung nehmen.

Die Kernaussagen wie auch der Bedarf an finanziellen Mitteln sind im vorliegenden Entwurf integriert. Die Strategie Baukultur des Bundes strebt eine Verbesserung der Gestaltung des gesamten Lebensraums an und folgt der Vision «Eine hohe Baukultur für die Schweiz». Diese Vision soll mit Hilfe von sieben strategischen Zielen erreicht werden. Um diese Ziele umzusetzen, wurde für die Jahre 2020-2023 ein erster Aktionsplan mit 41 Massnahmen entwickelt, die ausschliesslich der Stärkung der zeitgenössischen Baukultur dienen sollen.

Alliance Patrimoine begrüsst nachdrücklich die vorliegende Strategie Baukultur und insbesondere das ihr zu Grunde liegende ganzheitliche Verständnis von Baukultur, das sowohl das baukulturelle Erbe wie auch das zeitgenössische baukulturelle Schaffen umfasst. Damit die Strategie mit ihrer Vision, den strategischen Zielen und insbesondere dem Konzept Baukultur («Der Umgang mit dem historischen Bestand und das zeitgenössische Schaffen bilden eine Einheit.») konsequent und glaubwürdig umgesetzt werden kann, braucht es zwingend eine Ergänzung des Aktionsplans, die auch die Bereiche des baukulturellen Erbes miteinbezieht.

Die vorgeschlagene neue Bezeichnung für die Sektion beinhaltet offensichtlich auch eine Akzentverschiebung der Tätigkeiten der Sektion, denn gemäss Strategie Baukultur soll im Bundesamt für Kultur ein neuer Politikbereich auf- und ausgebaut werden.

Solange die Bereiche des baukulturellen Erbes nicht Teil des Aktionsplans der Strategie Baukultur sind, ist unseres Erachtens ein Namenswechsel der Sektion nicht nachvollziehbar.

5. Gesetzesanpassungen

Die Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Art. 1 des Kulturförderungsgesetzes betrachten wir angesichts seiner hohen Bedeutung als sinnvoll und richtig.

Die Erweiterung des Filmgesetzes um Art. 19a zum Zugang zum Filmerbe begrüssen wir, denn damit würde die gesetzliche Grundlage geschaffen, die von der öffentlichen Hand geförderten Filme der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir werten es grundsätzlich als positives Signal, dass der Vernehmlassungsentwurf im Vergleich zum Finanzplan 2020 den Teuerungsausgleich sowie Mehrausgaben insgesamt von CHF 35,4 Mio. für die Finanzperiode 2021-2024 vorsieht und sind erfreut über die Wertschätzung, die der Bundesrat damit gegenüber der Kultur und dem Kulturerbe zum Ausdruck bringt.

Zu den Prioritätensetzungen in den einzelnen Bereichen haben wir folgende Bemerkungen und Anträge:

1. Im Bereich **«Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter»** (Rubrik 2.4.2.2) ist es sehr zu begrüssen, dass davon abgesehen wird, die Betriebsbeiträge an Museen von nationaler Bedeutung durch Projektbeiträge abzulösen. Allerdings bezweifeln wir, ob ein auf 4 Jahre beschränkter Betriebsbeitrag eine nachhaltige Entwicklung einer Institution erlaubt.
2. Die Projektbeiträge zur Abklärung und Publikation der **Provenienzen von Kunstwerken** sind notwendig, die Thematik der Provenienzforschung muss beibehalten werden, da in diesem Bereich noch immer ein grosser Handlungsbedarf besteht.
3. Unter der Rubrik **«Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter»** (Rubrik 2.4.2.3.) ist geplant, neu auch den Verband «Bibliosuisse» über diesen Budgetposten zu finanzieren und die Schweizerische Stiftung für die Photographie bei ihrer Neuorganisation und Restrukturierung stärker zu unterstützen. Bei

Budgetneutralität ist es u.E. nicht möglich, die bestehenden Aufgaben und Verpflichtungen sowie zusätzliche neue in der gebotenen Qualität zu erfüllen. Es braucht eine Aufstockung der Mittel. Der wirkungsmächtige Megatrend «Digitalisierung» betrifft namentlich auch das audiovisuelle Kulturerbe. Die zahlreichen, grossen Herausforderungen, wie digitale Langzeitarchivierung, der Zugang oder Archivierung von digitalem Kulturgut, würden ein koordiniertes Vorgehen und die Zusammenarbeit aller audiovisueller Stakeholder (Cinémathèque, Fonoteca, Memoriav, SAPA, Fotostiftung etc.) verlangen – die Erarbeitung einer kohärenten Memopolitik ist angezeigt.

4. **Antrag zum Rahmenkredit «Baukultur» (4.1.5): Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen**

Die rückläufigen Finanzhilfen zur Erhaltung schützenswerter Objekte (Denkmalpflege) und zur Durchführung archäologischer Massnahmen stehen im Widerspruch zum selbstdeklarierten ganzheitlichen Verständnis von Baukultur (2.5).⁴

Aus den nachfolgend dargelegten Gründen ist für denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen innerhalb des Förderbereichs «Baukultur» über die vier Jahre insgesamt zumindest ein Kredit von CHF 100 Mio. einzustellen; dies in Entsprechung zum vorgesehenen realen Wachstum von jährlich 1,9 Prozent und der angenommenen Teuerung von 1 Prozent (siehe Rubrik 4.5, S. 55).⁵ Im Durchschnitt stünden dann für die Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen pro Jahr CHF 25 Mio. zur Verfügung. Diese Summe entspricht den Leistungen des Bundes im Jahr 2018 an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen.⁶

Verbundaufgabe Archäologie und Denkmalpflege

Der Bereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» ist seit der NFA 2008 zwischen Bund und Kantonen als Verbundaufgabe geregelt. Die finanzielle Verantwortung wird in diesem Bereich von den Kantonen im Verbund mit dem Bund getragen. Diese Bundesbeiträge werden seither im Rahmen von Programmvereinbarungen mit den Kantonen und mittels Einzelverfügungen gesprochen. Im Bericht vom 28. September 2018 über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen stellt der Bundesrat fest, dass «durch die subsidiäre Beteiligung des Bundes (...) die Effektivität der Finanzhilfen im Bereich des kulturellen Erbes erhöht» werde. Dies wirke der in der Kulturbotschaft 2016–2020 beklagten «Tradierungskrise» entgegen. Die Teilentflechtung zwischen Bund und Kantonen habe sich bewährt.⁷

Die öffentlichen Ausgaben für den Bereich «Denkmalpflege und Archäologie» betragen CHF 265,7 Mio. bzw. 8,7% der gesamten öffentlichen Kulturförderung (Bund, Kantone und Gemeinden, 2016). Auf der Ebene der Kantone sind es sogar 17,7% der Kulturausgaben, die diesem Bereich zukommen, das sind nominal CH 47 Mio.⁸ Der Bund leistete 2016 (im Datenerhebungsjahr der Denkmalstatistik) im

⁴ Entwurf Kulturbotschaft 2021-2024, S. 35-38.

⁵ Diese Berechnung fusst auf den beschlossenen Mitteln für archäologische und denkmalpflegerische Massnahmen des Parlaments in der Höhe von CHF 23,3 Mio. für das Jahr 2020, siehe: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft), BBl 2015 497, S. 613.

⁶ Jahresbericht Bundesamt für Kultur 2018, S. 54-55.: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/das-bak/jahresberichte/jahresbericht-2018--bundesamt-fuer-kultur.html>

⁷ Bericht vom 28. September 2018 über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, S. 19-21: <https://kdk.ch/uploads/media/Ber-4313-6-Aufgabenteilung-Bund-Kantone-20180928.pdf>. - Siehe dazu die Empfehlungen, Aussagen zu Finanzierung und Finanzmittelbedarf im Evaluationsbericht von Schwenkel, Christof et al. Untersuchung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege. Bericht zuhanden des BAK. Luzern 2018.

⁸ Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018. S. 4: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.6949761.html>

Rahmen von Programmvereinbarungen und Einzelverfügungen CHF 25,5 Mio. an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen.⁹

Zwischen 1995 und 2002 wurde das Budget des Bereichs «Heimatschutz und Denkmalpflege» von CHF 48 Millionen auf 36 Millionen gekürzt und 2003 erneut um CHF 12 Mio. zu Gunsten des Films.¹⁰

Diese Einsparungen würden durch die ab 2008 mit der Einführung der NFA geleisteten ungebundenen Ausgleichszahlungen des Bundes an die Kantone wettgemacht, jedoch hätten die Kantone diese Mittel nicht für den Bereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» eingesetzt, argumentierte SR Eder anlässlich der Eintretensdebatte zur Kulturbotschaft 2016-20 vom 12.3.15¹¹. Es liegt jedoch in der Natur der ungebundenen Ausgleichszahlungen, dass sie nicht in einem bestimmten Budgetposten auftauchen.

Gesetzliche Grundlagen und ausgewiesener Finanzmittelbedarf

Seit 2009 wird der spezialgesetzlich geregelte Kulturbereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» über das Kulturförderungsgesetz geregelt und in den Kulturbotschaften jeweils ein Rahmenkredit für diesen Bereich gestützt auf Art. 16a NHG festgesetzt.

Zur Vorbereitung der ersten Kulturbotschaft setzte 2009 der damalige Direktor des Bundesamtes für Kultur eine «Groupe de réflexion» ein, um Fragen rund um die Programmvereinbarungen mit den Kantonen und zum Finanzmittelbedarf zu klären.¹² Der damals ermittelte Finanzbedarf wurde in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 wie auch im jetzigen Entwurf (Kapitel 2.5 Baukultur) wie folgt ausgewiesen, dass «der Bedarf an Bundesmitteln bei über 100 Mio. Franken läge, um massgebliche Verluste zu verhindern». Auch wenn die 2018 erschienene Denkmalstatistik dazu keine detaillierten, aktuellen Zahlen liefert,¹³ stimmen die damals von ausgewiesenen Fachpersonen errechneten Grössenordnungen immer noch. Zumal die aktuelle Zinspolitik und die damit verbundenen erhöhten Aktivitäten im Bausektor, die Umsetzung von RPG 1 (Stichwort: Siedlungsentwicklung nach Innen) und der Energiestrategie 2050 zu einer Zunahme von im Baubewilligungsprozess verlangten denkmalpflegerischen und archäologischen Massnahmen führt.

Intaktes Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen und ist beliebt

Das intakte Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt. Namentlich sind Weiler, Dörfer, Städte und Landschaften eine bedeutende Quelle für die regionale und lokale Identität, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Lebensqualität bei und sind ein wesentlicher Standortfaktor für den Tourismus. So lautet das Fazit des Berichts «Schweizer Ortsbilder erhalten», den der Bundesrat in Erfüllung eines Postulats von Nationalrat Kurt Fluri am 17. Januar 2018 verabschiedet hat.¹⁴ Der Bericht untersucht die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Leistungen des natürlichen und kulturellen Erbes und belegt dessen

⁹ Jahresbericht Bundesamt für Kultur 2016, S. 49-51: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/das-bak/jahresberichte/jahresbericht-2016--bundesamt-fuer-kultur.html>

¹⁰ Siehe dazu die Debatte der Sommersession vom 16.6.2003 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=28347>

¹¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

¹² Die auf Einladung des BAK-Direktors Jean-Frédéric Jauslin einberufene «Groupe de réflexion», ein beratendes Gremium des BAK, setzte sich zusammen aus Daniel Zimmermann (Chef Rechtsdienst BAK), Johann Mürner (Sektionschef Heimatschutz und Denkmalpflege BAK), Georg Carlen (KSD), Stefan Hochuli (KSKA), Uta Hassler (ETHZ), Bernard Wicht (Sekretär EDK), Philippe Biéler (Präsident Schweizer Heimatschutz) und Philipp Maurer (Büro Bausatz, mit Studie beauftragtes Büro).

¹³ SR Eder beklagte die missliche Datenlage anlässlich der Sitzung SR 12.3.2015:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

¹⁴ Schweizerischer Bundesrat: Schweizer Ortsbilder erhalten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4028 Fluri vom 15. Dezember 2016. Bern 2018.

Relevanz für Aspekte, wie Aufenthaltsqualität, soziale Kohäsion, Standortattraktivität, Wertsteigerungs- und Umsatzpotentiale für die einzelnen Anspruchsgruppen.¹⁵

Die Tourismusstrategie des Bundes (15. November 2017) nennt unter den vier Hauptzielsetzungen, dass die Rahmenbedingungen für den Tourismus zu verbessern sind, wozu auch die landschaftlichen und baukulturellen Qualitäten gehören. Denn die hohe Dichte an Attraktionen sei eine Stärke und bilde das Fundament des Schweizer Tourismus. Zu diesen Attraktionen zählen insbesondere die attraktiven Landschaften sowie die historischen Stätten.¹⁶

Im Bericht «Cultural Heritage counts for Europe» wurden diese Leistungen – basierend auf vielen Einzelstudien – für Europa nachgewiesen.¹⁷ Im Sinne der Strategie für nachhaltige Entwicklung des Bundes 2016-2019 und der UNO-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung gilt es die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Leistungen des Natur- und Kulturerbes zu erhalten.¹⁸

Baudenkmäler und archäologische Stätten sind bei der Bevölkerung beliebt: «Hinter den Museen und Ausstellungen aller Art sowie den Konzerten und anderen Musikanlässen, die von etwas über 70% der Bevölkerung mindestens ein Mal in den zwölf Monaten vor der Erhebung frequentiert wurden, folgen die Baudenkmäler und die historischen oder archäologischen Stätten. Sie sind mit 70% dicht dahinter an dritter Stelle der meistbesuchten Kulturinstitutionen, knapp vor dem Kino, das rund zwei Drittel der Personen anzog», so die Denkmalstatistik 2018.¹⁹ Diese hält weiter fest: «Sie ziehen ein nicht nur zahlreiches, sondern auch breites Publikum an. Männer wie Frauen interessieren sich gleichermassen dafür.» Dies ist zudem ein deutliches Zeichen der Bedeutung dieses Bereichs für die definierten Handlungsachsen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kulturelle Teilhabe».

5. **Antrag für die UNESCO Weltkulturerbestätten:**

Für das UNESCO-Welterbe ist in der Kulturbotschaft ein zusätzlicher Förderbereich mit einem angemessenen Kredit einzurichten. Obwohl der Bund im Bereich des UNESCO-Welterbes eine massgebliche Rolle spielt, ist das UNESCO-Welterbe unter den Massnahmen in der Kulturbotschaft nicht speziell erwähnt. Laut dem Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt erkennt jeder Vertragsstaat an, «dass es in erster Linie seine Aufgabe ist, Identifizierung, Schutz, Erhaltung und Erschliessung des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen (...) Kultur- und Naturgutes (...) sicherzustellen. Er wird hierfür alles in seinen Kräften Stehende tun, unter vollem Einsatz seiner eigenen Hilfsmittel.» Die Kulturerbestätten erhalten im Gegensatz zu den Naturerbestätten bisher keine finanzielle Unterstützung des Bundes.

6. **Antrag zur Umsetzung des Aktionsplans Strategie Baukultur:**

Der ambitionierte Aktionsplan mit den 41 Massnahmen soll im Rahmen der bestehenden Ressourcen umgesetzt werden, ein Mehrbedarf beim Bundesamt für Kultur soll über den Rahmenkredit «Baukultur» finanziert werden.²⁰ Alliance Patrimoine ist der Auffassung, dass der Finanzrahmen den hohen Ambitionen entsprechend angepasst werden muss, jedoch darf dies nicht zu Ungunsten des baukulturellen Erbes geschehen.

¹⁵ Schweizerischer Bundesrat: Schweizer Ortsbilder erhalten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4028 Fluri vom 15. Dezember 2016. Bern 2018, S. 14, 17 und 19.

¹⁶ Schweizerischer Bundesrat: Tourismusstrategie des Bundes. Bern 2017, S. 3, 13.

¹⁷ CHCFE Consortium: Culture Heritage Counts for Europe. Brussels, Krakow 2015.

¹⁸ Schweizerischer Bundesrat: Strategie zur nachhaltigen Entwicklung 2016-2019. Bern 2016.

www.eda.admin.ch/post2015/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html (abgerufen am 29. April 2018).

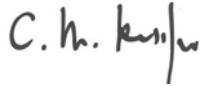
¹⁹ Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018., S. 28-29.

²⁰ Strategie Baukultur, S. 46. – Entwurf Kulturbotschaft 2021-2024, S. 51.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Alliance Patrimoine



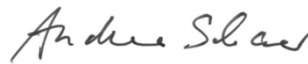
Cordula M. Kessler
Geschäftsführerin NIKE



Nicole Bauermeister
Direktorin GSK



Stefan Kunz
Geschäftsführer Schweizer Heimatschutz



Andrea Schaer
Delegierte Archäologie Schweiz

Alliance Patrimoine – Anwältin des kulturellen Erbes

Alliance Patrimoine setzt sich ein für den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes der Schweiz. Sie ist ein Zusammenschluss von vier Organisationen: Archäologie Schweiz AS, Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte GSK, Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE sowie Schweizer Heimatschutz SHS.

Département fédéral de l'Intérieur
Office fédéral de la culture
Monsieur Alain Berset
Madame Isabelle Chassot
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Par e-mail :
stabsstelledirektion@bak.admin.ch
info@bak.admin.ch

Lausanne, le 18 septembre 2019

Message culture 2021-2024 : prise de position

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame la Directrice de l'Office fédéral de la culture,
Mesdames, Messieurs,

La CASES – KDKS fédère les Hautes écoles suisses du domaine des arts de la scène et de la littérature. Ces établissements ne font pas, en tant que tels, partie du périmètre de financement de l'Office fédéral de la culture et ne sont donc pas directement touchés par les considérations formulées dans le Message culture. Toutefois, celles-ci affectent directement le domaine dans lequel ils travaillent, sont en réseau, et contribuent à former la relève. Ainsi, la CASES – KDKS a pris l'initiative de répondre à la consultation sur le Message culture 21-24.

Voici les points sur lesquels notre conférence souhaite prendre position :

Politique culturelle de la Confédération ; *megatrends* dans l'avenir

Le message culturel pose les cinq *megatrends* suivantes pour l'évolution de la société : mondialisation, numérisation, changement démographique, urbanisation et individualisation. Ces mégatendances nous semblent refléter une vision incomplète, voire dépassée, de notre société. En premier lieu, nous déplorons l'absence de toute forme de référence au changement climatique et au développement durable. Par ailleurs, le message culture ne nous semble pas prendre pas assez en compte la diversité des problématiques qui traversent la société d'aujourd'hui, impliquant en particulier : paupérisation, montée du populisme, crise des valeurs.

In fine, l'artiste et les domaines artistiques semblent être considérés sans aucune mise en relation avec ces questions de société pourtant primordiales pour l'avenir. Les artistes et leurs œuvres sont pourtant partie prenante de toutes les évolutions, en sont les vecteurs et les médiateurs auprès de la population, et bien souvent, des agents de la transformation sociétale. Considérer la place de l'esthétique dans la structure de la société contemporaine implique par ailleurs une réflexion sur la fonction et l'objectif des arts, notamment les arts vivants. Un prochain message culturel devrait prendre en compte ces dimensions.

Création culturelle et artistique professionnelle ; industrie créative

Tout au long du message, on observe l'essor de la place donnée aux arts qui peuvent construire des partenariats avec l'économie (notion d'« industrie créative ») et ainsi mettre en avant systématiquement la culture qui peut trouver un « marché » contre la culture qui permet « seulement » le lien social, la réflexion, l'émotion. Or, l'un ne peut se penser sans l'autre et notre conférence s'inquiète que cette dimension de l'industrie ne se développe au dépend de celle de la création.

En ce sens, dans les missions de Pro Helvetia, la promotion de la création et de l'innovation doit inclure le point de vue de la recherche artistique (au sens de la création) et non seulement celui de la recherche appliquée (au sens de l'industrie) sous peine d'exclure une partie essentielle de la recherche et innovation en Arts de la scène. Ainsi, la promotion de la création et de la recherche par Pro Helvetia et l'OFC devrait se focaliser sur la recherche en art et la recherche par l'art, et non seulement la recherche qui se construit avec les partenaires de la technologie et de la science pour lesquels il existe par ailleurs de nombreux fonds de soutien spécifiques, ainsi que des partenariats financiers possibles avec l'industrie.

Création culturelle et artistique professionnelle ; précarisation des artistes

La problématique majeure actuelle dans le paysage professionnel culturel est la précarisation des artistes dans l'ensemble de notre pays.

Dans les arts de la scène, cela est renforcé par un système d'assurance chômage qui tient peu compte des spécificités des métiers dits « atypiques », à savoir composé exclusivement de contrats de durée déterminée, mais également par une politique de course à la production, qui demande de nouvelles créations en permanence, au risque d'un essoufflement et d'une faible durée d'exploitation des œuvres. L'artiste est ainsi contraint de devenir auto-entrepreneur, rôle pour lequel il n'est pas formé et qui a pour impact un essoufflement de sa créativité. Concernant le domaine de la littérature, le soutien à la relève doit impérativement inclure et repenser la situation singulière des écrivains, dont la production littéraire semble s'essouffler après une première ou deuxième publication.

Ainsi, il est souhaitable de reconnaître les différents rôles, modes d'organisation et métiers de la culture, et d'en soutenir le développement.

A ce titre, dans le paysage des arts du spectacle principalement composé de salariés, nous regrettons que le message n'envisage aucune mesure concrète pour assurer des meilleures conditions d'exercice de ces métiers : assurances sociales, accès à la formation continue, soutien à la recherche et au temps de répétition, p.ex.

Création culturelle et artistique professionnelle ; contributions à la recherche

Dans les arts de la scène, les contributions à la recherche doivent être spécifiquement promues. Idéalement, il convient d'envisager la création de laboratoires spécifiques aux travaux de recherche dans tous les domaines des arts du spectacle, qui permettraient d'influencer et de renforcer à l'avenir la continuité de l'activité professionnelle des artistes et acteurs culturels. Si nous observons et saluons l'élargissement de la définition d'œuvre artistique, nous regrettons néanmoins que dans le domaine des arts de la scène le financement des recherches préliminaires reste hypothétique, contrairement à d'autres champs artistiques. Un temps et un financement opportun aux périodes de recherches s'inscrivent également dans une perspective de durabilité.

Création culturelle et artistique professionnelle ; diffusion et échanges en Suisse

La durabilité doit également être un objectif dans la diffusion et la reprise/la tournée des productions. Cela ne saurait concerner exclusivement les domaines de la danse contemporaine, du théâtre musical et du cirque pour lesquels l'utilisation du langage n'est pas centrale. En Suisse en particulier, la promotion du lien entre les régions linguistiques doit être assurée, en intégrant notamment la diffusion d'œuvres jouées dans les différentes langues nationales sur l'ensemble du territoire.

Création culturelle et artistique professionnelle ; diffusion et compétitivité internationale

Il y a aussi, et le message le dit, nécessité d'adapter les soutiens aux tournées et les accès aux réseaux tenant compte des différences économiques avec les autres pays. En ce sens, les montants alloués à la diffusion ne semblent que peu prendre en compte la progression financière indispensable pour rester compétitifs à l'international, tout en rémunérant les équipes artistiques en reprise de spectacle puis tournée à hauteur du niveau de vie suisse.

Si la diffusion et compétitivité internationale sont données comme prioritaires, nous regrettons que les soutiens financiers supplémentaires nécessaires ne soient pas alloués.

Afin de garantir la promotion des productions à succès sur le plan international et leur rayonnement, des procédures spécifiques avec jury pourraient être mises en place, dans un temps ultérieur au montage de la production (p.ex. élargissement du modèle romand Corodis au niveau national).

La participation aux plateformes internationales est une excellente mesure qu'il convient d'étendre, en garantissant une rémunération correcte aux artistes et équipes de production. Enfin, l'assouplissement des modèles de résidence à l'étranger est à saluer.

Disciplines et domaines d'encouragement ; digitalisation

Nous invitons la Confédération à maintenir une attitude critique envers la modernisation et à considérer les innovations en art dans une perspective plus large que la seule digitalisation.

Si l'on souhaite faire une politique d'encouragement de la culture, il ne s'agit pas seulement de « mettre à profit » de l'industrie les compétences des artistes et créateurs. Mais principalement de « mettre à profit » de la société les œuvres artistiques et la création.

Il serait plutôt nécessaire de problématiser les industries créatives :

En termes de politique de financement, deux domaines de la culture et des arts qui n'ont pas la même valeur peuvent émerger : ceux qui ont une valeur ajoutée économique et ceux qui sont inutiles dans ce sens ou autrement utiles.

Or, la nouveauté n'émerge généralement pas là où on l'attend, et ses possibilités d'évaluation économique ne sont généralement pas prévisibles. Les projets particulièrement "innovants" pourraient

être d'avantage pris en compte et soutenus par des fonds provenant du développement économique car ils offrent également un grand potentiel d'innovation. Or, dans le message, l'impression demeure que l'objectif premier est de promouvoir des projets commercialement réussis qui génèrent autant de fonds propres que possible et exploitent le seul potentiel de la numérisation/digitalisation.

Il est nécessaire de permettre aux artistes et créateurs de développer leur recherche artistique afin de nourrir les arts, décloisonner les pratiques, renouveler les approches et méthodes de la création, de l'interprétation également hors de seul paradigme.

Disciplines et domaines d'encouragement ; nouvelles disciplines des arts du spectacle

Le soutien à de nouvelles disciplines est à saluer (théâtre musical, cirque contemporain, spectacles jeune public). Il doit cependant impérativement s'accompagner de nouvelles ressources allouées, et non pas être intégré dans l'encouragement existant pour la danse et le théâtre comme prévu dans le message, au risque de précariser encore plus d'acteurs de ces disciplines. Tenant compte de cela, la progression du Plafond de dépenses Pro Helvetia alloué à la création à Pro Helvetia est insuffisante.

Disciplines et domaines d'encouragement ; coopération professionnelle interdisciplinaire

Dans la mesure où l'on parle encore clairement de secteurs d'activité et de domaines de financement distincts, les approches interdisciplinaires et performatives risquent ainsi d'être ignorées. Il est important de considérer les arts dans leur diversité et leur capacité à s'ouvrir à d'autres disciplines. Il est essentiel de valoriser des œuvres et des lieux d'expression artistique qui échappent aux modèles usuels de séparation des disciplines.

Ainsi, nous souhaitons que la Confédération considère et soutienne toute forme de coopération artistique professionnelle, et ne privilégie pas systématiquement les coopérations avec l'industrie et la technologie citées plus haut.

Patrimoine culturel ; contributions à l'exploitation de réseaux de tiers

Le paragraphe 2.4.2.3 mentionne qu'en raison de l'ajout de Bibliosuisse, les ressources limitées dans ce domaine doivent être redistribuées. Cela ne peut s'interpréter autrement que par l'annonce d'une réduction des contributions aux réseaux existants. Or, la fusion des deux Collections d'archives du théâtre et de la danse a fait de la SAPA un partenaire indispensable pour le paysage théâtral suisse en général et pour les institutions de formation, en particulier dans la perspective d'une consolidation de la recherche artistique. Nous soutenons l'intégration de Bibliosuisse dans les réseaux soutenus. Toutefois, nous insistons sur le fait que cela ne doit pas se faire au détriment des réseaux existants, qui souffrent déjà d'un sous-financement structurel. C'est pourquoi nous soutenons sans réserve la déclaration de la Fondation suisse des arts du spectacle SAPA.

Nous vous remercions pour l'attention portée à nos réflexions et commentaires, et vous prions de recevoir, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame la Directrice de l'Office fédéral de la culture, Mesdames, Messieurs, l'expression de nos meilleurs sentiments.

Prof. Dr. Frédéric Plazy
Président de la CASES
Directeur La Manufacture, Haute école des arts de la scène, Lausanne

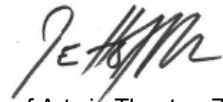


Die Mitglieder der KDKS sind:

Prof. Dr. Marie Caffari
Leiterin Schweizerisches Literaturinstitut, Hochschule der Künste Bern



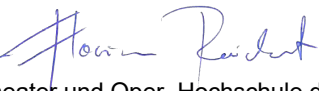
Prof. Dr. Jacqueline Holzer
Leiterin Bachelor und Master of Arts in Theater, Zürcher Hochschule der Künste



Prof. Corinna Vitale
Decana et Responsabile Formazione Base, Accademia Teatro Dimitri, Verscio



Prof. Florian Reichert
Fachbereichsleiter Theater und Oper, Hochschule der Künste Bern



Per Email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Buchs SG, 18. September 2019

Stellungnahme Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Die Kulturbotschaft enthält nicht akzeptierbare Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in unsere verfassungsmässigen Rechte als Anbieter einer Video-on-Demand-Plattform eingreifen. Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit fristgerecht wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch darüber begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist eine schädliche und unüberlegte Reaktion auf diese Digitalisierungseffekte. Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an die Fernmeldediensteanbieterinnen (FDA). Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Um dieser Position ausreichend Gewicht zu geben, werden wir eine Kopie der vorliegenden Stellungnahme den entsprechenden Stakeholdern (Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Partei-

en, Wirtschaftsverbände, etc.) zur Information zukommen lassen und unsere Unterstützung für ein fakultatives Referendum gegen die geplanten Neuerungen im Filmgesetz anbieten, sollte das Vorhaben nicht fallen gelassen werden.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Wir betreiben ein Kommunikationsnetz und stellen unserer Kundschaft auch eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, VoD), folglich wir den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst anbieten, dessen Umsatz zukünftig mit 4% spezial-besteuert werden sollte.

Namentlich die Rechtebeschaffung ist eine sehr aufwendige Angelegenheit, weshalb wir das Content-Repertoire der Videothek durch einen Dritten organisieren und bereitstellen lassen. Für die Vermittlungstätigkeit erhalten wir eine Entschädigung in der Form einer Kommission, ungeachtet der Tatsache, dass wir gegenüber den Endkunden in eigenem Namen handeln, und es für die Konsumentinnen und Konsumenten deshalb nicht offensichtlich ist, dass sie das Angebot eines Drittanbieters nutzen.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+), etc. ist gross und wir betreiben diesen Dienst in erster Linie um unserer Kundschaft ein möglichst umfassendes Packet an Audiovisionsdiensten (linear und nicht-linear) im Rahmen unserer Telekom-Bündelangeboten (Triple- oder Quadruple-Play) bieten zu können. Es ist deshalb schon vom Ansatz her falsch, davon auszugehen, mit elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten liessen sich grosse direkte Umsätze generieren, entsprechend eine Besteuerung einfach beim Umsatz anzuhängen wäre. Die geplanten Abgaben stellen für uns Betreiber reine Betriebskosten dar, welche die Attraktivität zur Bereitstellung von solchen inländischen Videotheken stark mindern wird.

Betreffend Rentabilität des VoD-Angebotes ist vorab auch daran zu erinnern, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechtsgesetzes für VoD-Anbieter bereits zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgaben beschlossen hat, was weiter zur Verminderung der Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Video-Abrufdiensten beitragen wird¹. Es ist deshalb grundsätzlich erstaunlich, dass jetzt über die Revision des Filmgesetzes noch mehr Abgaben in Betracht gezogen werden, die am Ende entweder das inländische Angebot verhindern und/oder von den Schweizer Konsumenten getragen werden müssen.

2. Warum ist die geplante Revision des Filmgesetzes abzulehnen?

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend E-FiG) vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, zum einen eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend europäische Pflichtquote) im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und zum anderen 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen. Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der FiG-Entwurf Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

¹ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision des Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzbereinigung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>)

a. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht². Es wird vertuscht, dass die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen im E-FiG verfassungswidrig sind!

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass der Bund Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Demgemäss weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt auch keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die Förderung des Schweizer Filmschaffens muss bei einer der Verfassung entsprechenden Rechts(um)setzung immer Aufgabe des Bundes bleiben, denn die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen, namentlich durch die vom Bundesrat geplante Einführung einer Förderabgabe, welche dem Schweizer Filmschaffen zugutekommen soll.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll. Im Erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio und TV-Gesetzgebung mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen.³ Hier besteht aber demgegenüber mit BV Art. 93 eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und –Finanzierungsmodellen. Der Vergleich ist haarsträubend und kann sicher nicht als Begründung dienen, in derart heftiger Weise in verfassungsmässig geschützte Rechte von Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste einzugreifen⁴. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste zu vergleichen: Die Fernsehveranstalter stehen viel näher zur Schweizer Filmproduktion, sie produzieren regelmässig selber Audiovisionsinhalte. Demgegenüber produzieren VoD-Anbieter normalerweise keine Inhalte, sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

Wie einführend dargelegt, stellt für uns als Kommunikationsunternehmen das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, unser Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Wir erbringen damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Damit leisten wir bereits indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Wir verbinden nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte-

² Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

⁴ Sinngemäss gleicher Auffassung ist die EMEK, vgl. Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien vom 11.10.2018, zu Art. 12 BGeM

und Dienstangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges (welcher nicht zu verwechseln ist mit dem via Fernmeldegesetzgebung garantierten Zugangsdienst zum Internet⁵). Es ist auch deshalb nicht richtig, uns nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe dann auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwältigt wird.

Vor allem jüngere Generationen, welche immer mehr nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden durch die neue Abgabe übermässig belastet. Diese Bevölkerungsgruppe bezahlt nun schon eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen (ehemals Billag-Gebühr), ohne eventuell jemals die damit (mit)finanzierten Rundfunkprogramme zu nutzen und sie werden schliesslich auch für die von beiden Parlamentskammern im Rahmen der laufenden Urheberrechtsrevision beschlossenen zusätzlichen Urheberrechtsabgaben auf VoD (vgl. oben) aufzukommen haben. Deren Medienbudget darf nicht unbeschränkt durch Abgaben für den Service Public, zusätzliche Abgaben für Filmurheber und Ausübende des Films und nun auch noch durch neue Abgaben ganz allgemein für das Schweizer Filmschaffen ausgehöhlt werden. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dieser offenbar unersättlichen Forderungs- und Subventionsmentalität einen Riegel zu schieben. Wir werden nicht zögern, die Konsumentenschutzverbände auf diese nicht endende Kette von Forderungen im Zusammenhang mit Kulturförderungen aufmerksam zu machen.

b. Mangelnde Wirksamkeit

Auch die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können – weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.⁶ Es ist erstaunlich, dass der Bundesrat (und insbesondere die entsprechende Departementsvorsteherin) diese Position eines für die von ihm beschworene Digitalisierung wichtigen Bundesamtes nicht kennt (oder schon wieder vergessen hat).

Schliesslich ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz zu bestücken. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten

⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 1 lit. d FDV

⁶ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

„Long Tail“ wieder vernichtet. Es ist überaus bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es allein um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

c. Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix⁷, de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Fall von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hier strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerblich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Und da hilft es wenig, wenn hinsichtlich Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter, welcher allenfalls dann mal in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁸, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmeldepflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förder-

⁷ Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

⁸ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

abgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁹, Verfügungen der Behörden werden im Ausland jedoch nicht dursetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (dem allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend¹⁰) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem Erläuternden Bericht¹¹ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Solche Bestimmungen zeigen einzig, dass sich der Bundesrat selbst nicht geheuer ist und bereitet mit diesen sein Argument vor, man müsse dann im Einzelfall auf Verordnungsstufe wieder Gegensteuer geben, wenn dem Parlament wenig durchdachte und verfassungswidrige Gesetze vorgelegt werden. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschont.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend finden Sie unsere Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen für den Fall, dass am Revisionsprojekt in dieser Form festgehalten werden sollte. Hier gehen wir insbesondere auf die vorgesehenen Ausnahmeregelungen zur europäischen Pflichtquote sowie auf die Förder- bzw. Ersatzabgabe ein.

⁹ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

¹⁰ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grösserem Ausmass hochgefahren werden.

¹¹ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

a. Ausnahmeregelungen

Wie bereits angesprochen, sieht der Gesetzesentwurf für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) Ausnahmen vor. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur vereinzelt gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für uns von vornherein nicht anwendbar sein werden. Unser VoD-Angebot enthält nicht nur einzelne Filme und ist im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen.

b. Ausnahme Mindestumsatz, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. a und Art. 24e Abs. 2 lit. a E-FiG

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, wie auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF¹² gelten; bezüglich Förderabgabe werden im Erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden¹³, die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Im Weiteren bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand¹⁴, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief angedacht zu sein. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten auf das Angebot der Rechteinhaber Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2,5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

c. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG

Der Erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu diesem Ausnahmefall. Wie einleitend festgehal-

¹² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

¹³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

¹⁴ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

ten, vermarkten wir das Angebot eines Dritten in eigenem Namen. Wir haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und erfüllen damit eigentlich die Ausnahmegeneralklausel, wonach für uns die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Wir müssten demnach ohne weiteres unter die Regel fallen, auch wenn wir, wie vorliegend, das VoD-Angebot in eigenem Namen vermarkten. Denn wäre letzteres nicht der Fall, sprich das Dienstleistungsverhältnis besteht direkt zwischen diesem Dritten und den Konsumentinnen und Konsumenten, so wäre zwingend im Sinne von Art. 24a und Art. 24b E-FiG dieser Dritte als VoD-Anbieter zu betrachten. Dieser Sachverhalt ist auf Gesetzesstufe zu präzisieren, damit von vornherein keine Unklarheiten und Unsicherheiten entstehen. Und da trotzdem nicht erwartet werden kann, dass das „weitergeleitete“ Angebot in Bezug auf die darin enthaltenen Filmtitel sowie der Preise streng identisch ist zu einem allenfalls daneben auch noch bestehen OTT-Streaming-Angebot dieses Dritten, sollte dies mit einem relativierenden Attribut angemerkt werden.

Unsere Forderungen zu Artikel 24a Abs. 3 und Abs. 3 lit. c sowie Art. 24e Abs. 2 und Abs. 2 lit. c FiG:

Art. 24a Abs. 3 FiG soll lauten:

„Der Bundesrat ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Pflicht nach Absatz 1 ~~ausnehmen~~, wenn:
(...)“

Art. 24a Abs. 3 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Art. 24e Abs. 2 FiG soll lauten:

„Er ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Verpflichtung ~~ausnehmen oder den Anteil, der für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden ist, auf 2 Prozent ermässigen~~, wenn:
(...)“

Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Schliesslich regen wir an, dass die gleichen Ausnahmen auch für die (seit 2016 bestehende) Filmmeldepflicht vorgesehen werden. Da wir lediglich das Angebot eines Dritten (zwar in eigenem Namen) vermarkten und damit in diesem Sinne „weiterleiten“ (obschon dies in eigenem Namen geschieht), haben wir grosse Schwierigkeiten, die benötigten Filmdaten für die Filmstatistik beizubringen. Viele dieser Daten werden deshalb durch das BFS direkt bei unseren Filmlieferanten erhoben. Trotzdem fallen wir unter die Meldepflicht und müssen mit Sanktionen rechnen, falls unsere Filmlieferanten den Meldeaufforderungen nicht nachkommen.

Unsere Forderungen zu Artikel 24i Abs. 1 FiG:

„Unternehmen, die in der Schweiz (...) müssen dem Bund die Anzahl Abrufe pro Filmtitel melden, *ausser sie erreichen den vom Bundesrat bestimmten Mindestumsatz nicht, oder es werden Angebote Dritter in eigenem Namen nahezu unverändert weitergeleitet.*“

Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Bemerkungen und Argumente in die weitere Behandlung des Geschäfts einbeziehen und unsere Position und Anträge berücksichtigen. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Elektrizitäts- und Wasserwerk der Stadt Buchs
(Provider Rii Seez Net)**

Matthias Lehmann
Leiter Kommunikationsnetze

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Kopie zur Kenntnis Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.



CH-3003 Bern-Wabern, EKM

A-Post

Herr
Bundesrat Alain Berset
Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Generalsekretariat GS-EDI
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.103.7.18217 / 42/2019/00009

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: ekm-Jaro

3003 Bern-Wabern, 18. September 2019

Antwort der Eidgenössischen Migrationskommission EKM zur Vernehmlassung der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Die Eidgenössische Migrationskommission EKM befasst sich mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen, demografischen und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Migration. Gerne nimmt sie an der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 teil und dankt Ihnen dafür, dazu eingeladen worden zu sein.

Ausgangslage

Die Förderung kultureller Vielfalt sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind explizite Ziele der Schweizer Kulturpolitik. Migration und Globalisierung wurden in der Kulturbotschaft 2016-2020 und 2021-2024 als wichtige Rahmenbedingungen dafür anerkannt. Gemäss Kulturbotschaft sind «Kunst und Kultur zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt» (Kulturbotschaft 2021-2024: 15).

Wenn öffentliche Kultur und Kunschaffen den kollektiven Identifikations- und Ausdrucksraum einer Gesellschaft darstellen sollen, bilden diese zurzeit die von Migration geprägte Schweiz nur beschränkt ab. Gemäss einem OECD-Bericht haben fast 50 Prozent der 15-34-Jährigen in der Schweiz einen Migrationshintergrund.¹ Nichtsdestotrotz prägen Schablonen

¹ Gemäss OECD sind dies Personen mit mindestens einem Elternteil, der im Ausland geboren wurde. Vgl. OECD/EU (2019): Indicators of Immigrant Integration 2018. Settling In, Paris: OECD.

von «Wir» und den «Anderen» nur zu oft öffentliche, mediale, kulturelle oder politische Debatten und stellen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Frage. Die öffentlich vermittelten Bilder, Werte, Geschichten, Identitäten und Imaginationen, aber auch die Personen, die diese vermitteln, werden zurzeit der gelebten demografischen Vielfalt im Alltag, den Mehrfachzugehörigkeiten und transnationalen Lebenswelten zu wenig gerecht.

Im Umgang mit diesen Herausforderungen nähern sich die Bestrebungen und Handlungsfelder staatlicher Kultur- und Integrationspolitik zunehmend an – wenn auch basierend auf unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen und daraus abgeleiteten Aufgaben.

Integrationspolitik und Kulturpolitik

Integration ist neben Zugang zu Rechten, Arbeitsmarkt oder Wohnen auch eine Frage der Zugehörigkeit, der Anerkennung, der emotionalen und moralischen Verbundenheit sowie der Teilhabe an der Kultur und am öffentlichen Leben.² Ein vielfältiger kultureller Ausdruck unserer von Migration geprägten Gesellschaft eröffnet wichtige öffentliche Identifikations- und Anerkennungsräume. Eine öffentliche und institutionelle Kultur, die dies leistet, ist also eine Bedingung einer erfolgreichen Integrationspolitik mit dem Ziel der gesellschaftlichen Kohäsion und eines guten Zusammenlebens.

Die Kulturpolitik wiederum steht im Kontext von Migration und Globalisierung vor der Herausforderung, dass Kulturinstitutionen als vitale Orte der gesellschaftlichen Reflexion und des ästhetischen Ausdrucks die damit verbundene Vielfalt abbilden und verhandeln. Dazu sollen u.a. die «kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen verbessert [...] interkulturelle Kompetenzen gestärkt sowie ein gleichberechtigter Zugang zu Kultur ermöglicht werden» (Kulturbotschaft 2016-2020: 25).

Stellungnahme

Die EKM begrüsst vor dem skizzierten Hintergrund grundsätzlich die Weiterführung der bestehenden Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreativität und Innovation», wie sie in der Kulturbotschaft 2021-2024 formuliert sind. Namentlich die Umsetzung des Programms «Interkulturelle Gesellschaft» der Pro Helvetia sowie die Massnahmen des Bundesamts für Kultur (BAK) im Rahmen der kulturellen Teilhabe (Projektförderung, Sensibilisierung sowie Erfahrungsaustausch) sind aus integrationspolitischer Sicht begrüssenswert. Darauf aufbauend möchte die EKM folgende Anregungen machen, damit Schweizer Kultur den durch Migration stattfindenden Wandel besser abbildet und die damit verbundenen Potenziale besser genutzt werden können.

1. Die EKM regt an, die Entwicklung einer kulturpolitischen Strategie für eine von Migration geprägten Schweiz in der Kulturbotschaft zu verankern.

In der vorliegenden Fassung der Kulturbotschaft sind kaum explizite Massnahmen oder Strategien erwähnt, die den von Migration geprägten kulturellen Wandel und namentlich die Potenziale von Migration für die Gesellschaft und die Kulturpolitik aufgreifen. Andere von Migration geprägte Länder wie etwa Deutschland oder Grossbritannien haben kulturpolitisch aktiv auf den demografischen und kulturellen Wandel reagiert, etwa um Chancengleichheit und

² Integrationspolitik soll namentlich die «Teilhabe der ausländischen Bevölkerung am öffentlichen Leben» (Art. 53 Abs. 2 AIG) und das «Zusammenleben zwischen der einheimischen und ausländischen Bevölkerung» (Art. 12 Abs. 1f. VIntA) stärken. Neben dem Zugang zu weiteren Regelstrukturen soll der Zugang zur Kultur gefördert werden (Art 54f AIG).

Zusammenhalt zu stärken sowie um innovative künstlerische Potenziale zu nutzen.³ Die Schweiz verfügt als multikulturelle und föderalistische Nation über Erfahrung und Werkzeuge, um neben regionaler auch durch Migration entstandene Vielfalt anzuerkennen und produktiv und innovativ zu nutzen. Die EKM würde es daher begrüssen, wenn in der Kulturbotschaft die Prüfung einer nachhaltigen kulturpolitischen Strategie für eine von Migration geprägte Schweiz explizit als Ziel verankert wird. Es wäre aus unserer Sicht weiter ein Desiderat, für eine solche strategische Ausrichtung mittelfristig eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.

2. Die EKM unterstützt die Massnahmen zur kulturellen Teilhabe hinsichtlich einer von Migration geprägten Schweiz und schlägt vor, diese zu konkretisieren und zu stärken.

Die EKM unterstützt die Weiterführung der Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe», namentlich die geplanten Massnahmen «Dokumentation guter Beispiele, Reflexion der Förderpraxis und Erfahrungsaustausch» sowie die «strategischen Überlegungen für eine nachhaltige Verankerung der kulturellen Teilhabe in der Schweizer Förderlandschaft» (Kulturbotschaft 2021-2024: 40). Diese Massnahmen könnten aus unserer Sicht mit Gewinn konkretisiert, gestärkt und weiterentwickelt werden.

Die EKM würde es sehr begrüssen, wenn die Massnahmen zur kulturellen Teilhabe Menschen mit Migrationshintergrund *explizit* berücksichtigen würden. Diese Überlegungen betreffen die chancengleiche Teilhabe sowie auch das innovative Potenzial eines von Migration geprägten gesellschaftlichen Wandels für das kulturelle Leben und das künstlerische Schaffen. Dabei wäre es besonders wünschenswert, wenn diese Massnahmen der kulturellen Teilhabe dahingehend gestärkt würden, dass nicht nur rezeptive Teilhabe, sondern zunehmend partizipative Ansätze der Ko-Konstruktion gestärkt werden.⁴ Dies würde erlauben, neue Bilder, Geschichten, Imaginationen, Zugehörigkeiten und Räume einer vielfältigen Schweiz zu entwickeln sowie innovative Formen des interkulturellen Zusammenlebens künstlerisch zu verhandeln und zu stärken.

Die Förderung der kulturellen Teilhabe betrifft viele Bevölkerungsgruppen (gemäss Alter, Bildungsgrad, Einkommen, körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung, Migrationshintergrund, Hautfarbe). Es ist durchaus denkbar, konkrete Massnahmen zur kulturellen Teilhabe für verschiedene Bevölkerungsgruppen *explizit* in der Kulturbotschaft vorzusehen, falls dieser Ansatz substantiell in einer Strategie verankert und intersektional weiterentwickelt wird.

3. Die EKM fordert die Prüfung einer breiten, interkulturellen Öffnung von Kulturinstitutionen und die damit verbundene Verankerung einer angemessenen Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund im Kulturbereich.

Um kulturelle Teilhabe nachhaltig zu verankern, ist es wichtig, die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund im Publikum, im Kunstschaffen, im Personal staatlich geförderter Kulturinstitutionen sowie in der Förderung und in der Ausbildung zu stärken. Die Überlegungen dahinter betreffen einerseits die angemessene institutionelle Vertretung dieser Bevölkerungsgruppe, wie dies für die Kategorie Geschlecht in der aktuellen Fassung der Kulturbotschaft vorgesehen ist (Kulturbotschaft 2021-2024:12). Andererseits erlaubt eine interkulturelle Öffnung des Kulturfeldes, das innovative Potenzial eines von Migration geprägten gesell-

³ Z.B. 360° *Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft* der Kulturstiftung des Bundes; *Creative Case for Diversity* des Arts Council England.

⁴ Vgl. Stärkung Kultureller Teilhabe in der Schweiz, Bericht im Auftrag der Arbeitsgruppe Kulturelle Teilhabe, durchgeführt vom Verein Kulturvermittlung Schweiz, 2015.

schaftlichen Wandels im kulturellen Leben und im künstlerischen Schaffen nachhaltig zu reflektieren, abzubilden und zu nutzen.

4. Die EKM unterstützt das Vorhaben eines systematischen Monitorings der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Kunst und Kultur.

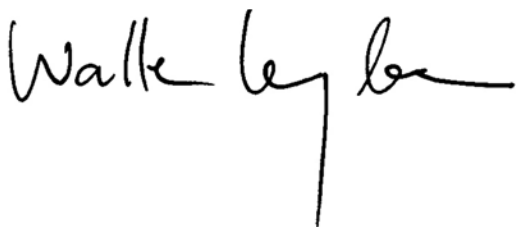
Für eine Stärkung von Teilhabe und Vielfalt sowie von Chancengleichheit im Kulturfeld bietet ein Monitoring eine wichtige Grundlage. Neben den bestehenden grundlegenden Ergebnissen aus der statistischen Erhebung zu Sprache, Religion und Kultur⁵ würden konkrete Befragungen von Kulturinstitutionen zu Publikum, Personal und Programm eine wichtige empirische und operationelle Grundlage liefern.⁶ Die EKM würde es begrüßen, wenn der Aufbau eines systematischen und geeigneten Monitorings der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund – für welches schon eine gesetzliche Grundlage besteht – in der Kulturbotschaft als explizites Ziel verankert würde.⁷

5. Die EKM fordert, die Zusammenarbeit zwischen Akteurinnen und Akteuren der Integrations- und Kulturpolitik explizit in der Kulturbotschaft zu verankern.

Die EKM begrüsst die Arbeit des Nationalen Kulturdialogs, namentlich der Arbeitsgruppe «Kulturelle Teilhabe». Aufbauend darauf liesse sich die interinstitutionelle und interdepartementale Zusammenarbeit zwischen Integrations- und Kulturpolitik auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene mittelfristig stärken und explizit in der Kulturbotschaft verankern. Dies betrifft zum einen die Förderung: Gemäss dem Erfahrungsaustausch mit kulturpolitischen Akteuren, Integrationsdelegierten und Projektträgerschaften tragen bestehende Förderkriterien oft dazu bei, dass Projekte an der Schnittstelle Kultur/Integration, resp. von Menschen mit Migrationshintergrund zwischen den zuständigen Förderstellen hin und her geschoben werden und so «zwischen Stuhl und Bank fallen». Zum anderen wäre auch auf der Ebene der Strategieentwicklung, des Kompetenzaufbaus und der Vernetzung eine interinstitutionelle, interdepartementale Zusammenarbeit zwischen Kultur- und Integrationspolitik aus der Sicht der EKM mittelfristig wünschenswert.

Wir danken Ihnen, dass Sie unsere Überlegungen in die Überarbeitung der Kulturbotschaft 2021-2024 einbeziehen.

Mit freundlichen Grüssen,
Eidgenössische Migrationskommission EKM



Walter Leimgruber
Präsident

⁵ Vgl. Bundesamt für Statistik: Das Kultur- und Freizeitverhalten in der Schweiz, 2014.

⁶ Vgl. Report: Equality, Diversity and the Creative Case 2015-2016 des British Arts Council.

⁷ Vgl. Art. 1c. Verordnung des EDI über das Förderkonzept 2016-2020 zur Stärkung der kulturellen Teilhabe vom 25. November 2015.



CH-3003 Berne-Wabern, CFM

Courrier A

Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset
Département fédéral de l'intérieur DFI
Secrétariat général SG-DFI
Inselgasse 1
CH-3003 Berne

N° Référence: COO.2180.103.7.18226 / 42/2019/00009

Votre référence :

Notre référence : ekm-Jaro

3003 Berne-Wabern, le 18 septembre 2019

Réponse de la Commission fédérale des migrations CFM à la consultation sur le message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024 (Message culture)

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Commission fédérale des migrations CFM est une commission extraparlamentaire qui examine les questions sociales, économiques, culturelles, politiques, démographiques et juridiques liées aux migrations. C'est volontiers qu'elle prend part à la consultation sur le message culture 2021–2024 et remercie l'Office fédéral de la culture de l'y avoir conviée.

Contexte

La promotion de la diversité culturelle et de la cohésion sociale sont des objectifs clairs de la politique culturelle suisse. Les migrations et la mondialisation ont ainsi été reconnues comme des conditions cadre essentielles dans le message culture 2016–2020 et 2021–2024.

Ce dernier stipule que « l'art et la culture sont des facteurs centraux de l'essence sociale et de la formation de l'identité, qu'ils encouragent le dialogue et renforcent la cohésion sociale » (message culture 2021–2024 : 15). Si la culture publique et la création artistique doivent représenter l'espace collectif d'identification et d'expression d'une société, elles ne représentent aujourd'hui que de manière limitée la Suisse imprégnée de migrations. Selon un rapport de l'OCDE, 50 pourcent des 15–34 ans sont issus de l'immigration.¹ Malgré cela, les modèles basés sur le « nous » et l'« autre » façonnent trop souvent les débats publics, médiatiques, culturels ou politiques et remettent en question la cohésion sociale. Les images, valeurs, histoires, identités et imaginations véhiculées publiquement, mais aussi les personnes

¹ Selon l'OCDE, ces personnes ont au moins un parent né à l'étranger. Cf. OCDE/UE (2019) : indicators of Immigrant Integration 2018 : settling In, Paris, OCDE.

qui les véhiculent, ne rendent pas suffisamment justice à la diversité démographique vécue au quotidien, aux appartenances multiples et aux milieux de vie transnationaux.

Face à ces défis, les efforts et les champs d'action de la politique culturelle et de la politique d'intégration de l'État se rapprochent de plus en plus, même s'ils reposent sur des bases juridiques et donc des missions différentes.

Politique d'intégration et politique culturelle

L'intégration est non seulement une question d'accès aux droits, au marché du travail ou au logement, mais aussi d'appartenance, de reconnaissance, de lien affectif ou moral et de participation à la culture et à la vie publique.² Une expression culturelle diversifiée de notre société marquée par les migrations ouvre d'importants espaces publics d'identification et de reconnaissance. Une culture publique et institutionnelle qui y parvient constitue donc une condition préalable au succès d'une politique d'intégration ayant pour objectif la cohésion sociale et une cohabitation réussie.

Dans un contexte de migrations et de mondialisation, la politique culturelle doit, à son tour, faire en sorte que les institutions culturelles, en tant que lieux vitaux de réflexion sociale et d'expression esthétique, représentent et traitent la diversité qui en découle. Il s'agit surtout d'« encourager la participation culturelle de tous les groupes de population, de renforcer les compétences interculturelles et de permettre un accès équitable à la culture » (message culture 2016–2020 : 25).

Avis

Dans ce contexte, la CFM salue la poursuite des axes d'action existants tels que « participation culturelle », « cohésion sociale » et « créativité et innovation », comme formulés dans le message culture 2021–2024. La mise en place du programme « société interculturelle » de Pro Helvetia et les mesures prises par l'Office fédéral de la culture (OFC) dans le cadre de la participation culturelle (promotion de projets, sensibilisation et échange d'expériences) sont les bienvenues, notamment dans la perspective d'une intégration politique. Sur cette base, la CFM souhaiterait faire les propositions suivantes, afin que la culture suisse puisse mieux refléter le changement engendré par les migrations et exploiter les potentiels qui en découlent.

1. La CFM suggère d'ancrer le développement d'une stratégie de politique culturelle pour une Suisse imprégnée de migrations dans le message culture.

La version actuelle du message culture ne mentionne pratiquement pas de mesures ou de stratégies explicites prenant en compte les changements culturels liés aux migrations et, notamment, le potentiel des migrations pour la société et la politique culturelle. D'autres pays imprégnés de migrations, comme l'Allemagne ou la Grande-Bretagne, ont réagi activement aux changements démographiques et culturels en termes de politique culturelle, par exemple pour renforcer l'égalité des chances et la cohésion et pour exploiter le potentiel artistique novateur.³ La Suisse, en tant que nation multiculturelle, dispose de l'expérience et des outils

² La politique d'intégration doit notamment renforcer la « participation de la population étrangère à la vie publique » (article 53, paragraphe 2, LEI) et la « cohabitation entre la population nationale et la population étrangère » (article 12, paragraphe 1, f, OIE). En plus de l'accès à d'autres structures ordinaires, l'accès à la culture devrait être encouragé (article 54f, LEI).

³ P. ex. fonds 360° pour les cultures de la nouvelle société urbaine de la Fondation fédérale pour la culture ; Creative Case for Diversity des Arts Council England.

pour reconnaître et utiliser de manière productive et innovante la diversité régionale et celle engendrée par les migrations. La CFM serait donc favorable à ce que le message culture inscrive explicitement comme objectif l'examen d'une stratégie de politique culturelle durable pour une Suisse imprégnée de migrations. Selon nous, il serait toujours souhaitable de créer une base juridique pour une telle orientation stratégique à moyen terme.

2. La CFM soutient les mesures de participation culturelle dans une Suisse imprégnée de migrations et propose de les concrétiser et de les renforcer.

La CFM appuie la poursuite de l'axe d'action « participation culturelle », notamment les mesures « documentation sur les bons exemples, réflexion sur la pratique d'encouragement et l'échange d'expériences » ainsi que les « réflexions stratégiques pour un ancrage de la participation culturelle dans le paysage d'encouragement de la Suisse » envisagées (message culture 2021-2024 : 40). Ces mesures pourraient, selon nous, être concrétisées, renforcées et développées de manière bénéfique. La CFM apprécierait fortement que les mesures en faveur de la participation culturelle prennent en compte les personnes issues de l'immigration de manière explicite. Ces réflexions concernent à la fois la participation équitable et la cohésion sociale, mais aussi le potentiel novateur du changement social marqué par les migrations pour la vie culturelle et la création artistique.

Il serait ainsi particulièrement souhaitable de consolider ces mesures de participation culturelle, de manière à renforcer non seulement la participation réceptive, mais aussi les approches de plus en plus participatives de la co-construction.⁴ Cela permettrait de développer de nouvelles images, histoires, imaginations, affiliations et espaces d'une Suisse diversifiée et de traiter et de renforcer des formes novatrices de cohabitation interculturelle.

La promotion de la participation culturelle concerne de nombreux groupes de population (en raison de l'âge, du niveau d'éducation, des revenus, du handicap physique ou mental, du parcours migratoire). Il est alors tout à fait concevable de prévoir des mesures concrètes de participation pour différents groupes de population de manière explicite dans le message culture, à condition que cette approche soit essentiellement ancrée dans une stratégie et développée de manière intersectionnelle.

3. La CFM encourage l'examen d'une large ouverture interculturelle des institutions culturelles et l'ancrage d'une représentation appropriée des personnes issues de la migration dans le domaine de la culture.

Le renforcement de la présence de personnes issues de la migration dans le domaine public, la création artistique, le personnel des institutions culturelles publiques, la promotion et la formation est essentiel pour ancrer durablement la participation culturelle. Les réflexions sous-jacentes concernent, d'une part, la représentation institutionnelle appropriée de ces groupes de population, comme le prévoit la version actuelle du message culture pour la catégorie du genre. D'autre part, une ouverture interculturelle du domaine de la culture et dans la création artistique permet de refléter, représenter et d'exploiter le potentiel novateur du changement social marqué par les migrations dans la vie culturelle et dans la création artistique.

⁴ Cf Renforcement de la participation culturelle en Suisse, rapport commandé par le groupe de travail sur la participation culturelle, réalisé par l'association Médiation Culturelle Suisse, 2015.

4. La CFM soutient le projet de suivi systématique de la participation des personnes issues de l'immigration dans l'art et la culture.

Ce suivi constitue une base importante pour renforcer la participation, la diversité et l'égalité des chances dans le domaine culturel. En plus des résultats de base existants issus de l'étude statistique sur la langue, la religion et la culture ⁵, des enquêtes concrètes auprès des institutions culturelles sur le domaine public, le personnel et le programme fourniraient une base empirique et opérationnelle importante.⁶ La CFM souhaiterait que le développement d'un système de suivi systématique et approprié, pour lequel il existe déjà une base juridique, soit ancré dans le message culture comme un objectif explicite.⁷

5. La CFM demande que la coopération entre les acteurs de la politique d'intégration et de la politique culturelle soit explicitement ancrée dans le message culture.

La CFM salue le travail du dialogue culturel national, notamment du groupe de travail sur la « participation culturelle ». Sur cette base, la coopération interinstitutionnelle et interdépartementale entre la politique culturelle et la politique d'intégration au niveau fédéral, cantonal et communal pourrait être renforcée à moyen terme et explicitement ancrée dans le message culture. Cela concerne d'abord la promotion : selon l'échange d'expériences avec les acteurs de la politique culturelle, les délégués à l'intégration et les responsables de projets, les critères de contribution existants contribuent souvent à ce que les projets se situant à l'interface culture/intégration soient tiraillés entre les services compétents, sans être réellement adressés. Du point de vue de la CFM, au niveau du développement de la stratégie, des compétences et de la mise en réseau, une coopération interinstitutionnelle et interdépartementale entre la politique culturelle et la politique d'intégration serait également souhaitable à moyen terme.

Nous vous remercions de prendre nos réflexions en considération pour l'élaboration du Message culture 2021–2024.

Meilleures salutations

Commission fédérale des migrations CFM



Walter Leimgruber
Président

⁵ Cf Rapport : Equality, Diversity and the Creative Case 2015-2016 du British Arts Council

⁶ Cf Office fédéral de la statistique : les pratiques culturelles et de loisirs en Suisse, 2014.

⁷ Cf Art. 1c. Ordonnance du DFI sur le concept d'encouragement 2016 à 2020 relatif au renforcement de la participation culturelle du 25 novembre 2015.



LET'S PLAY!
EIDGENÖSSISCHES
MUSIKFEST 13.-16. MAI
INTERLAKEN 2021
Film fédérale de musique Interlaken FFM 2021
 Festa federale di musica Interlaken FFM 2021
 Fieste da musica Interlaken FFM 2021

Schweizer Blasmusikverband
 Association suisse des musiques
 Associazione bandistica svizzera
 Uniun svizra da musica



Bundesamt für Kultur
 Frau Isabelle Chassot
 Direktorin
 Hallwylstrasse 15
 3003 Bern
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Geschäftsstelle
 Gönhardweg 32
 Postfach · CH-5001 Aarau
 Telefon 062 822 81 11
 Telefax 062 822 81 10
 E-Mail info@windband.ch
www.windband.ch

Aarau, 17. September 2019

Kulturbotschaft 2021 – 24, Stellungnahme des Schweizer Blasmusikverbandes SBV

Sehr geehrte Frau Chassot

Mit Datum vom 29. Mai 2019 haben Sie uns die Unterlagen zur Vernehmlassung der Kulturbotschaft 2021-24 zukommen lassen. Wir danken Ihnen herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf Stellung zu nehmen.

Zuerst möchten wir ausdrücklich festhalten, dass der Schweizer Blasmusikverband mit seinen rund 80'000 Musikantinnen, Musikanten, Dirigentinnen und Dirigenten als Mitglied des Schweizer Musikrats vollumfänglich hinter der Vernehmlassung dieser Organisation steht. Dasselbe gilt für die Vernehmlassung der Interessengemeinschaft für Volkskultur. Beide Papiere zeigen die Notwendigkeit der Anpassungen auf. Nachstehend möchten wir daher nur noch auf die, den SBV explizit betreffenden Punkte, aufmerksam machen.

1.2.2 Pro Helvetia

Es ist sehr erfreulich, dass Pro Helvetia über die Interessengemeinschaft für Volkskultur die Aktivitäten der Laienmusikszene unterstützt. Es ist allerdings festzuhalten, dass dabei eine sehr zurückhaltende Praxis bei der Vergabe ausgeübt wird und dies auf fehlende Mittel zurückzuführen ist. Diesbezüglich wären wir froh, wenn die Laienkultur mehr alimentiert und die Vorgaben gelockert würden. Auch in Bezug auf Aktivitäten von Laienmusikorganisationen im Ausland ist Pro Helvetia sehr zurückhaltend. Da erwarten wir eine Gleichstellung mit den übrigen Musikschaffenden.

Möglich wäre auch das Einsetzen einer Organisation analog Pro Helvetia, beispielsweise wie die Organisation «Premio», welche erfolgreich Theaterinstitutionen während der Periode 2016-2020 unterstützt hat.

Partner/partenaires:

rewordo
SHOP DEIN GELD ZURÜCK

AVENCHES
TATTOO

Basel
Tattoo.

EUROPA ★ **PARK**



Schweizerische Eidgenossenschaft
 Confédération suisse
 Confederazione Svizzera
 Confederaziun svizra

Bundesamt für Kultur BAK
 Office fédéral de la culture OFC
 Ufficio federale della cultura UFC
 Uffizi federal da cultura UFC



LET'S PLAY!
EIDGENÖSSISCHES
MUSIKFEST
INTERLAKEN 2021
13. – 16. MAI
Film Festival de musique Interlaken FFM 2021
Festa federata di musica Interlaken FFM 2021
Festa da musica Interlaken Interlaken FFM 2021

Schweizer Blasmusikverband
Association suisse des musiques
Associazione bandistica svizzera
Uniuon svizra da musica



Geschäftsstelle
Gönhardweg 32
Postfach · CH-5001 Aarau
Telefon 062 822 81 11
Telefax 062 822 81 10
E-Mail info@windband.ch
www.windband.ch

1.4.1 Evaluation der Kulturförderung

Die Zertifizierung von 710 Monitoren und die Teilnahme von circa 20'000 Jugendlichen im Programm Jugend + Musik ist ein sehr gutes Resultat. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch sehr viel weitere Entwicklungsarbeit ansteht.

1.4.2.1 Kulturelle Teilhabe

Wir sind der Ansicht, dass leider auch im Entwurf zur neuen Kulturbotschaft der ganze Laienmusikbereich zu wenig Gewicht erhält. Die immensen Leistungen der verschiedenen Musikausübenden verdient es, der Laienmusik den entsprechenden Stellenwert zuzugestehen.

Bei der Entwicklung des Programms für die musikalische Talentförderung ist unbedingt darauf zu achten, dass auch die Laienverbände mit einbezogen werden. Es besteht sonst die Gefahr, dass nur Musikschulen und Musikhochschulen mitwirken können. Es geht dabei auch um die Schaffung von Netzwerken zwischen den einzelnen Protagonisten.

Partner/partenaires:

rewardo
SHOP DEIN GELD ZURÜCK

2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Grundsätzlich sind wir mit der Aussage der Kulturbotschaft in Bezug auf die Einkommenssituation und Entschädigungen von Kulturschaffenden einverstanden. Es gilt aber zu beachten, dass es im Laienmusikbereich Ausnahmen geben muss, welche es Vereinen ermöglicht, Kulturschaffende – sprich zB. Dirigent – ausserhalb einer fixen Entschädigungsstruktur entlohnen zu können. Andernfalls sind viele Vereine nicht mehr in der Lage, die Saläre ausrichten zu können. Mit einer entsprechenden Formulierung in der Botschaft muss dem deshalb Rechnung getragen werden.

AVENCHES
TATTOO

Basel
Tattoo.

In diesem Zusammenhang ist auch die Entschädigungsfrage für Laien zu klären, welche ein musikalisches Schaffen überhaupt erst ermöglichen, beispielsweise Komponisten, Lagerleiter usw. Da besteht grosser Handlungsbedarf.

EUROPA
PARK



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Kultur BAK
Office fédéral de la culture OFC
Ufficio federale della cultura UFC
Uffizi federal da cultura UFC



LET'S PLAY!
EIDGENÖSSISCHES
MUSIKFEST
INTERLAKEN 2021
 13. - 16. MAI
Film Festival de musique Interlaken FFM 2021
 Festa federata di musica Interlaken FFM 2021
 Festa da musica Interlaken FFM 2021

Schweizer Blasmusikverband
 Association suisse des musiques
 Associazione bandistica svizzera
 União svizra da musica



Geschäftsstelle
 Gönhardweg 32
 Postfach · CH-5001 Aarau
 Telefon 062 822 81 11
 Telefax 062 822 81 10
 E-Mail info@windband.ch
www.windband.ch

2.1.4 Schweizer Musikpreise

Der Schweizer Musikrat fordert in seiner Vernehmlassungsantwort die in Gang-Setzung eines Dialogs, um die Aktivitäten des Grand Prix Musique des BAK, dem Swiss Music Award und dem Prix Walo zumindest aufeinander abzustimmen. Es wäre aus unserer Sicht wichtig und notwendig, dabei auch den «Prix Musique» des Schweizer Blasmusikverbandes miteinzubeziehen. Der «Prix Musique» ist eine musikalische Plattform, auf welcher sich die Elite der Schweizer Blasmusik misst und dabei eine hervorragende Visitenkarte der Laienmusik abgibt. Der Einbezug des «Prix Musique» wäre eine ausserordentliche Wertschätzung dieser Musiksparte.

2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Im Rahmen der kulturellen Teilhabe sind nationale und interkantonale Musikmanifestationen ein wichtiger Teil. Es erscheint uns deshalb nur konsequent, den Eidgenössischen Veranstaltungen wie einem Eidgenössischen Musikfest, einem Jodler- oder Eidgenössischen Gesangsfest die entsprechende Unterstützungsattribute zuzuordnen.

Wir bedanken uns ganz herzlich für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen und Anträge zu berücksichtigen und mitzutragen. Für allfällige Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Partner/partenaires:



Herzliche Grüsse

SCHWEIZER BLASMUSIKVERBAND

Im Namen der Verbandsleitung

Valentin Bischof
 Präsident



Schweizerische Eidgenossenschaft
 Confédération suisse
 Confederazione Svizzera
 Confederaziun svizra

Bundesamt für Kultur BAK
 Office fédéral de la culture OFC
 Ufficio federale della cultura UFC
 Uffizi federal da cultura UFC

Danielle Chaperon
Présidente du Jury fédéral du théâtre
Danielle.Chaperon@unil.ch

Lausanne, le 17 septembre 2019

Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021-2014 (message culture)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Avant tout, je vous remercie de me donner l'occasion de commenter, au nom du Jury fédéral du théâtre, le message cité en titre.

1. MISE EN ŒUVRE DU MESSAGE CULTURE 2016-2020

La mise en œuvre du message 2016-2020 est appréciée très positivement, en dépit des effets de la correction du renchérissement opérée dans le cadre du programme de stabilisation. Le Jury tient à saluer tout particulièrement les efforts consentis, via Pro Helvetia, en faveur de la diffusion des œuvres scéniques à l'échelle nationale et internationale.

2. AXES D'ACTION DE LA POLITIQUE CULTURELLE DE LA CONFEDERATION

Le Jury fédéral du théâtre apprécie la définition de la culture proposée par l'UNESCO (1.1.3) qui a inspiré le message 2016-2020 et la recherche d'un juste périmètre pour l'action de la Confédération. Il approuve les trois axes d'action – *participation culturelle*, *cohésion sociale* et *création et innovation* – ainsi que leur maintien dans le message 2021-2024. La poursuite des efforts en matière de culture numérique lui paraît judicieuse. Le Jury tient à souligner à ce sujet l'importance, dans le domaine des arts vivants, de la numérisation des archives et de leur accessibilité sur le web. Par ailleurs, l'ouverture du soutien à la production vidéo-ludique lui semble totalement pertinente.

Malgré son adhésion globale, le Jury s'étonne de l'absence des enjeux environnementaux dans les *megatrends* identifiés par le Conseil fédéral. Il n'est peut-être pas exact à cet égard d'affirmer que « les grandes tendances et les défis qui leur sont associés [n'ont] pas fondamentalement changé ces dernières années » (1.4.2). Force est de constater, par contraste, que de nombreux artistes ont d'ores et déjà intégré ce « défi » dans leurs réflexions, leurs intentions et leurs pratiques. Dans la mesure où le message 2021-2024 valoriser avec insistance l'association entre la *création* et l'*innovation*, et l'interface entre *art*, *technologie* et *science* (objets d'une « promotion systématique »), l'expression d'une préoccupation envers le réchauffement du climat, l'épuisement des ressources naturelles et la chute de la biodiversité aurait été une contrepartie bienvenue. De plus en plus rares sont les citoyens et citoyennes – particulièrement dans la jeune génération – qui estiment que les réponses aux défis environnementaux sont uniquement technologiques. L'art et la culture ont un rôle spécifique à jouer dans la prise en charge collective de ces problématiques – à l'instar du rôle qui leur est reconnu en matière de cohésion sociale.

3. POURSUITE DU DEVELOPPEMENT DES MESURES

Le Jury fédéral du théâtre approuve les mesures prévues dans le message, en particulier – pour les secteurs qui lui sont familiers – en faveur de la formation musicale, de l'égalité des chances des femmes et des hommes dans le domaine de la culture, de la médiation artistique et de la diffusion des œuvres.

Le Jury comprend l'intérêt des collaborations entre artistes et scientifiques, tout en s'interrogeant sur le privilège accordé aux deux Ecoles polytechniques et au CERN. Un tel privilège pourrait laisser croire que seules les institutions fédérales sont actives dans les domaines de la « technologie » et de « la science ».

La Confédération subventionne de nombreuses autres institutions et la recherche dans des domaines scientifiques non couverts par les trois institutions susmentionnées.

Le Jury salue le travail de Pro Helvetia dans le soutien à la relève (2.1.1), à la création artistique (2.1.2) et à la diffusion, à la promotion et aux échanges en Suisse (2.1.3) :

- Le Jury tient à souligner la pertinence d'une définition élargie de la notion d'œuvre, ainsi que de l'attention portée à l'ensemble de la chaîne du processus artistique et à la rémunération des personnes intervenant en amont ou en aval de la production.
- Le Jury se réjouit de la poursuite du soutien aux festivals et manifestations suisses ainsi qu'à la constitution de réseaux de partenariats avec les villes et les cantons (dans les domaines musique, danse, théâtre).
- Il approuve les efforts poursuivis en matière de médiation culturelle, tout en invitant à prendre garde à ne pas lâcher la proie (artistique) pour l'ombre (numérique).
- **Le Jury constate par ailleurs, que malgré l'importance donnée à cette dimension dans le message, le budget alloué à la diffusion internationale n'est pas en augmentation par rapport au précédent message – les arts du spectacle ne sont pas considérés comme un « thème culturel porteur » (p. 12).**

Le Jury fédéral du théâtre est le jury des prix suisses du théâtre, il est évidemment particulièrement concerné par le chapitre qui concerne cette activité (2.1.4) :

- Le Jury se réjouit de la poursuite des efforts financiers consentis à l'ensemble des prix.
- Il conseille (c'est un détail), au sujet des Prix suisses de danse et des Prix suisses de théâtre, de revoir la version française du message qui fait mention d'une « nécessité d'adaptations plus radicales ». Bien que l'argumentation en faveur de la fusion de l'association des deux prix soit par ailleurs tout à fait correcte, cette expression sonne en français très négativement. Le rassemblement sous l'égide des Prix suisses des arts de la scène n'est pas une « nécessité » mais une décision stratégique qui prend en compte l'évolution artistique des relations entre les disciplines. La fusion des prix n'est plus une adaptation « radicale », mais une formule qui rapproche les disciplines dans l'évaluation de leurs succès et prend en compte des secteurs émergents – tout en ménageant les identités professionnelles.

En matière de disciplines, le Jury fédéral du théâtre s'est évidemment intéressé tout particulièrement au chapitre consacré aux arts du spectacle (2.3.3) :

- Le Jury se réjouit de voir entérinée l'inscription du théâtre musical et du cirque contemporain parmi les genres concernés par les instruments de soutien. Il constate cependant que si le théâtre musical sera spécifiquement soutenu, le cirque contemporain devra partager la ligne budgétaire affectée à l'ensemble des autres domaines. Le développement de l'art du cirque nécessitera, à moyen terme, un rééquilibrage.
- Dans le même ordre d'idée, le Jury constate que les arts du spectacle ne sont pas concernés par la reconnaissance du travail de recherche préalable et par le soutien au processus de création entendu au sens large. A la différence des propositions concernant d'autres domaines (la musique, encore, ou les arts visuels), la contribution à la recherche n'est en effet pour les arts du spectacle que très vaguement envisagée.
- Le Jury suggère de corriger la version italienne du Message au point 2.3.3.3 sur un point important. Il est en effet annoncé que Pro Helvetia « *sostiene la creazione di opere (produzioni) della scena indipendente (attori indipendenti senza ingaggio fisso in una compagnia)* ». Il est proposé, afin d'éviter une ambiguïté fâcheuse, de remplacer la dernière formule entre parenthèses par la suivante : *(lavoratori dello spettacolo che operano fuori dal sistema dei teatri stabili)*.

4. REVISION DE LA LOI SUR LE CINEMA

Le Jury s'abstient de commentaire à ce propos.

5. AUTRES MODIFICATIONS LEGISLATIVES

Le Jury s'abstient de commentaire à ce propos.

6. RESSOURCES FINANCIERES POUR LA MISE EN ŒUVRE DU MESSAGE CULTURE 2021-2024

Le Jury fédéral du théâtre se réjouit de la croissance de 1,9% prévue globalement pour le budget alloué dans le cadre du message.

Il se permet d'insister néanmoins sur les deux points suivants :

RENCONTRES DU THEATRE SUISSE

Dans le cadre de la future organisation des Prix suisses des arts de la scène, le Jury tient à insister sur l'importance de la Rencontre du théâtre suisse.

Cet événement crée depuis 2014 un lien sans pareil – pour les artistes comme pour les spectateurs – entre les différentes régions culturelles et linguistiques du pays. La fusion de l'organisation des prix suisses de la danse et du théâtre offre l'occasion de redéfinir les missions de la Rencontre du théâtre suisse. Le Jury prévoit par ailleurs de déléguer à la Rencontre du théâtre suisse la lourde responsabilité de la sélection des spectacles pouvant prétendre au Prix du « meilleur » spectacle de l'année. Dans cette perspective, le Jury fédéral du théâtre soutient avec vigueur le maintien du soutien de la Confédération à cette manifestation.

SWISS ARCHIVES OF PERFORMING ARTS

Le Jury fédéral du théâtre a examiné avec attention les chapitres consacrés au soutien des institutions de tiers, parmi lesquelles figurent la SAPA (Swiss Archives of the Performing Arts)

Les chapitres concernant le soutien au cinéma distinguent explicitement plusieurs volets : *encouragement (à la création), culture, patrimoine*. Cette tripartition de la mission paraît si pertinente qu'elle mériterait d'être transposée aux autres domaines. Les arts vivants sont éphémères, mais ils laissent de nombreuses traces de natures très variées (maquettes, photographies, enregistrements sur divers supports analogiques, manuscrits, etc.) – sans compter les documents nativement numériques dont il faut assurer la pérennité. Si la Suisse possède une tradition bien à elle en matière de spectacles (par la richesse des traditions qui s'y conjuguent de manière originale), cette tradition est peu documentée et surtout insuffisamment consolidée.

C'est à cet effet que la SAPA a été fondée, en fusionnant la Collection suisse du théâtre et la Collection suisse de la danse (déjà soutenues à l'époque par la Confédération). Cette fusion est un processus qui viendra à terme en 2020. Au vu du rôle majeur que ce centre de compétences doit jouer dans la conservation et la valorisation du patrimoine national dans le domaine des arts vivants, le Jury fédéral du théâtre ne peut que s'inquiéter de la réduction de son budget consécutive à l'introduction d'un nouvel acteur (Bibliosuisse) parmi les réseaux tiers pouvant prétendre à un soutien de la Confédération (4.1.2).

La SAPA voit ainsi son développement freiné à un moment délicat. La réduction du soutien à la SAPA paraît en contradiction flagrante avec plusieurs objectifs définis comme cruciaux dans le Message : cohésion des différentes régions linguistiques, constitution d'une identité artistique reconnaissable à l'échelle internationale, médiation culturelle et artistique, numérisation,

collaboration avec les institutions scientifiques.

Le Jury tient à souligner que les fonds documentaires de la SAPA sont également nécessaires aux travaux de recherche académiques sur l'histoire des arts de la scène en Suisse. Rappelons que si l'*Institut für Theaterwissenschaft* de Berne existe depuis plus d'un quart de siècle, il faut compter aujourd'hui sur les études théâtrales développées depuis plusieurs années dans les universités, ainsi que dans les filières HES. Les projets de recherche et la recherche-création entrepris dans l'ensemble des hautes écoles, soutenus souvent par le FNS, ont besoin de ressources documentaires pour orienter les jeunes chercheurs sur des thèmes nationaux. A défaut, ce sont – toujours et encore – d'autres thématiques qui les attireront.

Le Jury fédéral du théâtre se permet donc de recommander non seulement le maintien du soutien à la SAPA, mais une montée en puissance programmée de ce soutien : la mémoire et le patrimoine des arts vivants ne devraient pas devoir pâtir de l'effort consenti en faveur de la Fondation pour la photographie suisse.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien accorder à ces quelques pages, je vous prie de recevoir, au nom de l'ensemble des membres du Jury fédéral du théâtre, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de mes sentiments les plus distingués.

Pour le Jury fédéral du théâtre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Chaperon', with a long horizontal stroke extending to the right.

Danielle Chaperon
Présidente

Consultation Message Culture 2021-2024

Prise de position du Forum Helveticum

A - RÉPONSES AUX QUESTIONS SUR LE PROJET DE CONSULTATION

1. Mise en œuvre du message culture 2016-2020

Le Forum Helveticum (FH) salue les avancées opérées par la Confédération durant la période 2016-2020 en matière de politique nationale des échanges linguistiques (création de Movetia, adoption d'une stratégie commune) et se réjouit que celle-ci aient déjà porté ses premiers fruits (augmentation du nombre d'échanges).

2. Axes d'actions de la politique culturelle de la Confédération &

3. Poursuite du développement des mesures

Une continuité telle que proposée s'impose, les thématiques «Participation culturelle», «Cohésion sociale» et «Création et innovation» retenues en 2016 ayant gardé toute leur importance et leur actualité. Le FH salue la volonté de cohérence de la Confédération dans son action à moyen terme.

Les développements prévus dans le cadre de la cohésion sociale au sujet des échanges linguistiques sont réjouissants, de même que la volonté de renforcer les échanges et la promotion des créations artistiques au sein de la Suisse – pour l'heure encore un grand défi dans notre pays.

L'accent «numérisation» semble lui aussi central pour l'ensemble des activités culturelles. On regrettera que le rapport sur le Message Culture (MC) ne mentionne cependant pas au point 1.4.2 l'impact important à attendre de cette tendance sur la compréhension et les pratiques linguistiques, tel que le FH a pu le thématiser lors de sa conférence-jubilée «Plurilinguisme 4.0» de 2018 (cf. [synthèse](#)).

4. Révision de la loi sur le cinéma

Le FH ne se prononce pas sur la révision de la loi sur le cinéma.

5. Autres modifications législatives

Le FH soutient la modification envisagée de la LCC (MC 3.4) et la volonté de mettre en place des statistiques normées au niveau national concernant les échanges linguistiques. Des indicateurs fiables sont nécessaires à une stratégie nationale efficace dans ce domaine.

6. Ressources financières pour la mise en œuvre du message culture 2021-2024

Le FH ne se prononce que sur les ressources financières affectées à la politique des langues et de la compréhension. Il soutient fermement la volonté de libérer CHF 2,5 mio annuels supplémentaires en faveur des échanges linguistiques. En parallèle, il souhaite néanmoins voir des moyens additionnels engagés dans les autres domaines d'activités et objectifs visés par le point 2.6.2 (par ex. pour les tâches des cantons plurilingues et les organisations actives dans le domaine de la compréhension, etc.). Les acteurs concernés nécessitent en effet des fonds plus importants pour mener à bien leur mission et ont été particulièrement touchés par le Programme de stabilisation de la Confédération 2017-2019.

B – COMMENTAIRE COMPLÉMENTAIRE

7. Langues et compréhension

Le FH soutient les différents axes développés par la Confédération pour agir concrètement dans les domaines de la compréhension culturelle et linguistique. La volonté claire de systématiser les échanges linguistiques et les moyens prévus pour réaliser une telle action sont essentiels au quadrilinguisme helvétique. Le FH s'engage donc clairement en leur faveur. Comme mentionné dans sa prise de position pour le MC précédent, le FH espère voir les efforts en faveur des échanges s'intensifier dans les domaines des stages en entreprises, ainsi que des formations universitaires et professionnelles.

Les mesures prévues en faveur du romanche et de l'italien sont fondamentales. Compte tenu de la répartition géographique des locuteurs de ces deux langues, le FH salue l'ouverture à une promotion en dehors de leurs zones géographiques traditionnelles. Dans cette perspective, une appréciation différenciée pour l'italien et le romanche du principe de territorialité dans le cadre de la LLC serait souhaitable. Il s'agira en outre de veiller à ce que les moyens prévus soient conformes aux objectifs dans ce domaine.

Le FH relève que, si le MC 2016-2020 spécifiait la volonté de porter l'importance des langues au niveau international (notamment auprès du Conseil de l'Europe, cf. MC 2016-2020 pt. 2.3.1), cette résolution semble avoir disparu du nouveau MC (cf. MC 2021-2024, point 1.4.3). Le plurilinguisme se présente comme un élément-clé des compétences suisses exportables («soft power»), en particulier au niveau européen. La Suisse a ici un rôle important d'ambadrice à jouer sur la scène internationale. Le FH regrette que cette dimension n'apparaisse plus comme une priorité pour la période 2021-2024.

Comme mentionné au point 6 de cette prise de position, le FH s'inquiète en outre de l'absence de mesures réaffirmées en faveur des cantons plurilingues. Ceux-ci ont un rôle de moteur et de modèle dans la gestion du plurilinguisme au sein de la Confédération helvétique et ont particulièrement souffert des coupes budgétaires 2017-2019. De plus, des mesures spécifiques en faveur de certains cantons transfrontaliers seraient nécessaires : le plurilinguisme transfrontalier doit s'inscrire comme

force régionale et favoriser une croissance dynamique, et non pas devenir un obstacle à la collaboration et aux échanges avec les régions limitrophes.

Enfin, s'il comprend la volonté de cohérence et d'optimisation dans le soutien aux organisations actives dans le domaine de la compréhension et donc le besoin de réexaminer les critères de soutien, le FH se réjouit d'obtenir prochainement des informations plus précises sur la teneur exacte de cette évolution.

La sensibilisation de la population est un élément central de l'action en faveur du plurilinguisme, le FH salue donc cette priorité. Pour de nombreuses organisations, elle reste cependant limitée à des projets exemplaires, les moyens nécessaires à une sensibilisation plus large manquant. Quant à la mise en réseau des acteurs, elle s'avère importante en vue des synergies recherchées et s'inscrit comme réflexion constante au sein même des organisations actives dans le domaine.

8. Domaine de la création

Le FH note que si les défis des échanges artistiques en Suisse – encore insatisfaisants à l'heure actuelle – sont relevés et des pistes proposées pour les encourager dans les divers domaines de la création (arts visuels, design, médias interactifs, arts du spectacle, littérature, musique – MC 2.3.1 à 2.3.5), ils sont absents de la réflexion sur la politique cinématographique (MC 2.3.6 et ss). Or les films, comme les livres ou le théâtre, sont des éléments culturels forts permettant de construire des ponts entre les cultures de notre pays.

Dans ce cadre des échanges en Suisse, le FH salue les efforts déjà fournis et encore prévus pour favoriser le surtitrage des pièces de théâtre (MC 2.3.3). Celui-ci jouit fort heureusement d'une acceptation croissante auprès du public, une chance à ne pas rater pour promouvoir dans leur langue d'origine les pièces issues des autres régions linguistiques. Le FH se réjouit également des efforts supplémentaires prévus pour la circulation de la littérature suisse au sein du pays (MC 2.3.4), et des mesures envisagées pour favoriser les offres plurilingues dans les musées (MC 2.4.2.1). Celle-ci pourra également favoriser la venue de visiteurs d'autres régions linguistiques et/ou le partage d'exposition avec d'autres institutions helvétiques.

Nous espérons que cette prise de position trouvera un écho positif dans l'évolution du Message Culture et restons à votre disposition pour tout développement ou question.

Lenzburg, le 19.09.2019

Pour le Forum Helveticum



Corina Casanova
Présidente



Christine Matthey
Directrice

MESSAGE CULTURE 2021-2024

En consultation jusqu'au 20 septembre 2019

POSITIONNEMENT ARTOS

Résumé

artos - association romande technique organisation spectacle - a été constituée en 1996 par les professionnels des métiers du spectacle (responsables de lieux d'accueil et de création, techniciens de spectacle, administrateurs).

Depuis bientôt 25 ans, l'association assure le rôle de plateforme d'échange, d'information et de conseil au service de ses 350 membres, individuels et structures, et met tout en œuvre pour leur assurer des formations de qualité, la reconnaissance de leur métier et un appui dans la réalisation de leurs projets.

Le domaine culturel en Suisse romande ne cesse de se déployer et son importance dans le développement économique et social de la Suisse est certaine. [La Suisse romande](#) a un rôle phare à jouer dans la politique culturelle fédérale, mais elle est malheureusement trop souvent peu ou pas consultée par les organismes fédéraux.

De plus, notre lien direct avec les professionnels du terrain nous fait malheureusement constater qu'une grande partie des professionnels du domaine culturel romande vivent dans [la précarité](#), malgré la qualité de leur formation.

Ces deux thèmes préoccupent notre association et c'est pourquoi **artos** vous transmet le commentaire suivant sur le message culture de l'OFC 2021-2024, actuellement en consultation.



Mathieu Obrist, Président



Carmen Bender, Secrétaire générale

CONDENSÉ (p. 2)

L'investissement à hauteur de 0,3% du total des dépenses de la Confédération dans la culture semble être totalement dérisoire, ne serait-ce que par rapport à l'importance des principaux axes d'actions retenus (la « *participation culturelle* », la « *cohésion sociale* » et la « *création et innovation* »), aux multiples bénéfices qui en découlent ainsi qu'au vu des ambitions des projets présentés dans le message culture 2021-2024.

Il paraît nécessaire de favoriser de manière bien plus ambitieuse le *partage de la culture* si riche et diversifiée de ce pays, d'en valoriser les multiples expressions, qu'elles soient traditionnelles ou contemporaines, et d'encourager la participation culturelle avec plus de vigueur et surtout de moyens.

Il est essentiel de soutenir plus fortement la culture dans son rôle d'aide à la *cohésion sociale* afin d'inciter le dialogue et de préserver la stabilité de notre société. Dans ce rôle, la culture complète parfaitement les formations scolaires, professionnelles et académiques et aide chaque personne qui en consomme à développer sa capacité personnelle à communiquer, à juger et à s'exprimer. Elle joue un rôle clef dans la formation de l'identité de ses habitants, dans leur ouverture d'esprit et dans le respect mutuel qui en découle.

La *création et l'innovation* sont largement soutenues dans le domaine académique, il est fondamental qu'elles le soient davantage dans le domaine artistique afin que les conditions de recherche ne soient plus restreintes par le manque de moyen et que ceux qui créent et innovent puissent aussi vivre de leur métier.

Ces éléments reflètent les conditions de base de la qualité de vie des habitants de ce pays et de l'équilibre d'une nation.

Afin de concrétiser les ambitions élevées qui découlent des lignes directrices présentées dans le message culture 2021-2024, il nous apparaît indispensable d'augmenter significativement les moyens financiers qui y sont attribués.

De plus, des moyens largement insuffisants confinent les professionnels du milieu culturel dans la précarité. Certains professionnels possédant un niveau de formation de degré tertiaire, équivalant à celui de scientifiques, de professeurs, d'experts ou d'autres métiers très reconnus, ne dépassent que rarement un niveau de vie convenable ; certains font même encore trop souvent partie des personnes vivant sous le seuil de pauvreté en Suisse.

Le combat contre la précarité des professionnels du monde culturel devrait être un axe d'actions supplémentaire et prioritaire dans l'encouragement en matière culturelle.

Au vu de ce qui précède, **artos** recommande que les ressources financières allouées au message culture correspondent à **1% des dépenses de la Confédération**. Cette augmentation massive du financement de sa politique culturelle permettrait à la Confédération de se donner les moyens de ses ambitions et d'éviter que son message ne reste « lettres mortes ». Cela contribuerait également à sortir de la précarité un pan important des acteurs culturels, sans lesquels la mise en œuvre de la politique culturelle de la Confédération ne pourrait tout simplement pas se faire.

2.1.1 LA RELÈVE (p. 15)

artos salue les mesures et projets de promotion de la relève présentés afin d'atteindre l'objectif de positionner durablement les jeunes artistes aux niveaux national et international.

Nous relevons cependant l'importance d'y ajouter les trois sujets de réflexion suivants :

1er sujet :

Limite d'âge pour bénéficier des dispositifs d'aide à la relève

La limite d'âge de 35 ans est trop limitative et peut s'avérer discriminative dans le domaine de la mise en scène et de la chorégraphie notamment. En effet, nombre d'artistes font une carrière d'interprète avant de porter des projets en qualité de metteur/metteuse en scène ou de chorégraphe.

artos propose :

→ La suppression ou l'augmentation de la limite d'âge.

→ La mise en place d'autres critères (nombre de productions professionnelles réalisées, par exemple).

2e sujet :

Manque de cohérence entre la multiplication des jeunes structures de production et le financement y relatif

Le nombre de structures de production de Suisse romande croît très rapidement alors que les financements s'y rapportant ne suivent pas le même taux de croissance. Le fait que toujours plus de structures bénéficient d'un montant global de subvention quasiment fixe ne peut aboutir à une situation saine et pérenne.

Se pencher sérieusement sur la question de la corrélation entre le montant total de subventions alloué et le nombre de compagnies en quête de financement devrait être une priorité.

3e sujet :

Travail administratif trop pesant pour les compagnies

Pour la création d'un projet, les artistes émergents fondent généralement une structure de production, soit une compagnie sous forme d'association sans but lucratif (ASBL), pour pouvoir le financer et engager une équipe artistique, administrative et technique.

La création d'une structure de production requiert des compétences pointues dans des domaines divers tels que la gestion financière, la gestion RH, le secrétariat, le marketing, la gestion de projet, la communication, la production, les relations publics et médias ainsi que la diffusion. Ces activités purement administratives ne correspondent pas avec le métier de base de l'artiste et ne devraient pas faire partie de son cahier des charges.

Le temps passé à créer des dossiers et à assurer ces tâches administratives est complètement disproportionné par rapport au temps qu'il leur reste pour la création artistique, qui devrait pouvoir rester leur préoccupation professionnelle principale.

Malheureusement, le manque de moyen ne leur permet pas d'engager des professionnels de l'administration et les oblige à devoir assumer, seuls, l'entier du travail de gestion et les risques financiers qui en découlent.

Les jeunes artistes n'arrivent finalement qu'à se verser un salaire dérisoire pour leur travail artistique et leur travail administratif n'est souvent pas rémunéré. Ils débute alors leur vie professionnelle dans une précarité certaine.

Il serait judicieux de décharger les jeunes artistes (et les artistes d'expérience) des préoccupations purement administratives pour leur permettre de se concentrer sur leurs compétences et responsabilités artistiques.

artos propose les pistes suivantes :

→ Inciter les théâtres à porter les productions des artistes émergents.

→ Soutenir les structures de production professionnelles à même de porter les projets de plusieurs artistes.

→ Soutenir les structures de soutien et de conseils aux professionnels du domaine culturel.

→ Augmenter les subventions afin que les artistes puissent engager des professionnels de l'administration, de la production et de la diffusion.

2.1.2 CRÉATION ARTISTIQUE (p. 15)

artos félicite les divers encouragements à la création artistique et aimerait apporter un complément sur le point *« revenu et rémunération des acteurs culturels »*.

Le manque de réglementation des rapports de travail est en effet l'une des causes de la précarité des artistes et des techniciens et du fait que dans leur grande majorité les professionnels de la scène ne vivent pas convenablement de la pratique de leur métier. Nous relevons également le fait que les recommandations existantes en matière d'honoraires ne sont que très rarement respectées par les organisateurs et les structures d'accueil, de création et production.

Ajout de la condition stipulant de se conformer aux directives des associations faïtières et associations professionnelles régionales.

Nous saluons le fait qu'« à partir de 2021, l'OFC et Pro Helvetia assortiront leurs aides financières d'une condition stipulant que les bénéficiaires d'aide financière doivent se conformer aux directives des associations faïtières respectives en matière de rémunération des acteurs culturels ».

Cependant, **le maintien et le respect des spécificités régionales sont essentiels** dans notre pays aux réalités si diversifiées.

C'est pourquoi **artos** souhaiterait que :

→ Les recommandations des associations professionnelles **régionales** soient également prises en compte.

Réajustement du montant des subventions accordées afin que les producteurs et organisateurs puissent honorer des conditions de travail acceptables.

Le respect des salaires minimums, par un jeu de contrainte sur les bénéficiaires d'aide financière, ne peut fonctionner que si les subventions accordées sont suffisantes et que si les organisateurs achètent les productions à des prix corrects. En effet, les producteurs sont pris en étau entre les subventionneurs qui accordent des soutiens souvent inférieurs aux besoins exprimés et une partie des organisateurs qui offrent des cachets insuffisants pour couvrir les charges qui pèsent sur le producteur pour la (re)présentation de son projet artistique. Par conséquent, les bénéficiaires d'aide financière n'ont alors souvent pas la possibilité de respecter les recommandations salariales.

artos demande :

→ La prise en charge de la problématique salariale par l'ensemble des acteurs, soit : les producteurs indépendants, les subventionneurs, les structures d'accueil et de production ainsi que les organisateurs.

artos soutient pleinement l'évolution du *« soutien des personnes collaborant à des processus artistiques »* proposée.

A ce sujet, notre association ajouterait les points suivants :

→ L'encouragement aux maisons de production porteuses de projets d'artistes émergents devrait être considéré.

→ L'encouragement aux associations soutenant la branche par leur travail d'information, de formation et de conseil devrait également être considéré.

2.1.3 DIFFUSION, PROMOTION ET ÉCHANGES EN SUISSE (p. 16)

En ce qui concerne ce sujet, **artos** partage le [point de vue de la CORODIS](#) :

Échanges et promotion

« Par tradition, les instruments existants de la Confédération sont axés sur l'encouragement des échanges culturels entre les communautés linguistiques ».

Les instruments existants pour l'encouragement des échanges culturels entre communautés linguistiques ne sont pas suffisants ou pas suffisamment efficaces. Il serait souhaitable de renforcer la circulation des œuvres d'arts vivants entre les régions linguistiques. Les statistiques de la CORODIS montrent que selon les années, entre 2% et 4% des représentations qu'elle soutient se déroulent dans une autre région linguistique du pays.

Interculturalité

« Dans le cadre de l'axe d'action Participation culturelle », la fondation Pro Helvetia s'est attaquée au cours de la période d'encouragement 2016 à 2020 aux défis de la société interculturelle et de ses effets sur la création culturelle professionnelle. À cet effet, Pro Helvetia a mis au point, d'entente avec les villes et les cantons, un catalogue de différentes mesures destinées à sensibiliser les acteurs culturels au thème et à ses défis, à édifier des réseaux et à mettre en œuvre des actes concrets de promotion et des projets pilotes. »

Ce point semble important en effet, mais la formulation du thème puis des défis et mesures envisagées pour y remédier reste absconse. Qu'entendons-nous par « effets de la société interculturelle » ? Parlons-nous de favoriser l'accès au marché de la culture à des formes d'expression artistique issues de communautés d'origine étrangère ? Parlons-nous de former/sensibiliser les curateurs aux expressions artistiques issues de communautés d'origine étrangère ? Parlons-nous d'accès à la culture (pratique culturelle) pour ces personnes issues de la migration ou d'accès à des subventions ?

2.1.4 PRIX SUISSES (p. 16-17)

artos soutient l'unique manifestation dédiée aux prix suisses des arts de la scène, soit la fusion des Prix suisses de la danse et des Prix suisses de théâtre. Le fait d'y ajouter les arts circassiens, le théâtre de rue, les performances et les spectacles de marionnettes est tout à fait cohérent par rapport à l'importance de ces 3 domaines.

Afin d'honorer l'ensemble des disciplines des arts de la scène, nous proposons également les catégories suivantes :

→ Prix suisses « arts circassiens », « arts en espace public », « arts performatifs » et « théâtre d'objets et de marionnettes », au même titre que « théâtre » ou « danse ».

2.1.5 ORGANISATIONS D'ACTEURS CULTURELS PROFESSIONNELS (p. 17)

Le soutien de l'OFC aux organisations d'acteurs culturels professionnels est absolument indispensable.

Cependant, se concentrer seulement sur les **organisations d'envergure nationale** n'est porteur que de peu de sens, car le résultat obtenu est de ne soutenir que des organisations très majoritairement basées à Zurich (9 sur 10 organisations soutenues sont basées à Zurich). Les autres régions linguistiques se sentent mises de côté et les besoins spécifiques s'en trouvent gommés.

De plus, la **réduction par fusion** du nombre d'organisations soutenues est contreproductive si elle ne permet pas de reconnaître et de composer avec les particularités propres à chaque région linguistique. La concentration des organisations soutenues par l'OFC à Zurich n'offre aucune garantie quant à la sauvegarde des particularités propres au fonctionnement culturel des autres régions linguistiques.

La réalité des acteurs culturels et du fonctionnement des arts vivants de chaque région linguistique diffère très fortement d'une région à une autre. L'objectif de ces fusions ne semble malheureusement pas être au service des acteurs culturels, mais paraît répondre uniquement au besoin de simplification ou de réduction du nombre d'associations à soutenir.

La fusion, sans objectif ciblé au réel profit du milieu culturel, ne devrait pas devenir une finalité.

Suite à ces constats, **artos** propose :

- Un élargissement du soutien de l'OFC aux organisations qui jouent un rôle phare dans les régions linguistiques et dont la contribution ne peut pas être fournie depuis Zurich.
- Permettre aux associations régionales une meilleure implication dans les dialogues culturels nationaux.

De plus, soutenir les organisations engagées dans l'amélioration des conditions de création n'a du sens que si la diffusion est également soutenue. Trop de compagnies et de créateurs créent un projet artistique pour ne l'exploiter que quelques fois, faute de moyens suffisants alloués pour la tournée.

Le soutien à la création devrait s'élargir et être accompagné du soutien à la diffusion.

Dans ce sens, **artos** propose :

- Une ouverture des conditions de soutien aux organisations engagées dans l'amélioration des conditions de création et de diffusion de leurs membres.

2.2 DIFFUSION DE LA CULTURE SUISSE À L'ÉTRANGER ET ÉCHANGES CULTURELS INTERNATIONAUX (p. 17-19)

Compétitivité internationale (p. 18)

artos est persuadée que l'encouragement de la Confédération à la diffusion à l'étranger reste indispensable. Une augmentation de ces moyens est nécessaire pour permettre aux artistes de percevoir une rémunération convenable même lorsqu'ils se produisent dans des régions avec une situation économique plus faible qu'en Suisse.

S'il reste difficile pour les compagnies suisses de s'exporter, il est également compliqué de résister à la concurrence européenne présente sur le marché suisse. En effet, les compagnies suisses se trouvent en concurrence avec des compagnies européennes qui ne pratiquent pas les mêmes salaires et peuvent ainsi proposer des cachets bien plus bas.

artos soutiendrait l'idée de :

- Augmenter les moyens attribués aux artistes suisses pour les tournées à l'étranger.
- Rendre obligatoire le respect des directives salariales en vigueur, pour toutes prestations dans le milieu culturel sur le sol suisse, y compris pour les compagnies étrangères.

2.3.3 ARTS DU SPECTACLE (p. 22-24)

Nous partageons le constat d'un déséquilibre entre les moyens publics investis dans la production des œuvres et ceux consacrés à leur exploitation. Nous pensons nécessaire d'augmenter les moyens dévolus à la diffusion et à l'exploitation des œuvres.

Favoriser l'amélioration des conditions d'exploitation et de diffusion permettra d'exploiter plus longtemps chaque œuvre créée.

artos propose de :

- Favoriser une cohérence entre la production et la diffusion afin d'éviter une multiplication démesurée d'œuvres qui ne tourneront malheureusement jamais.

Echanges en Suisse (p. 23)

Nous partageons sur ce point [le positionnement de la CORODIS](#) :

Nous partageons le **constat des difficultés de diffusion** du théâtre parlé dans les autres régions linguistiques et du manque de lieux d'accueil en Suisse pour la danse et le cirque contemporain.

Nous approuvons l'**augmentation des moyens dédiés à la traduction et au surtitrage** des œuvres, pour favoriser leur diffusion entre les régions linguistiques.

Nous pensons nécessaire de trouver le moyen de favoriser la promotion des artistes entre les régions, **d'encourager les rencontres interrégionales** du type « Salons d'artistes » qui permettent à des artistes et à des programmeurs de se rencontrer ; d'encourager des dispositifs du type « Fonds des programmeurs » de RESO qui favorisent les conditions de production et assurent une première exploitation des spectacles au niveau national.

Nous approuvons **le soutien au travail de diffusion qui nécessite un engagement dans la durée** et est pour le moment mal rémunéré, si bien que les professionnels abandonnent rapidement. Il est important d'encourager le développement de ces compétences en permettant aux professionnels de vivre de ce métier.

Nous partageons le constat que les fonds **d'encouragement aux tournées internationales, au renforcement de la compétitivité internationale des producteurs et à la visibilité des artistes suisses dans les plateformes** internationales leur permettant d'accéder à de nouveaux territoires de diffusion doivent absolument être augmentés de manière significative.

2.3.5 MUSIQUE (p. 25-27)

artos relève le manque de moyen que subit le domaine musical, en particulier le domaine de la musique actuelle.

Un soutien plus conséquent aux festivals de taille moyenne est indispensable, car leur existence dépend souvent largement du bénévolat. Malencontreusement, les valeurs du bénévolat – aussi louables soient-elles – qui imprègnent la philosophie des structures qui y ont recours ont bien souvent tendance à être reportées sur les professionnels. Il en résulte un effet pervers induit par des messages implicites du type « sans don de votre temps, le festival ne peut survivre ». L'intégration de ce genre de notion dans le champ professionnel pousse les salariés à accepter qu'une partie de leur travail ne soit pas rémunérée ou à renoncer à un juste salaire, ceci afin de contribuer à la pérennité de la structure qui les emploie. Au final, cette situation exerce une pression à la baisse sur les salaires, précarise les employés impliqués et impacte par mimétisme l'ensemble de la branche, entraînant une forme sous-enchère salariale.

Si la diffusion internationale est essentielle pour les musiciens et techniciens de groupe de musique, un soutien pour la diffusion nationale et régionale est tout aussi important.

Suite à ces constats, **artos** propose de :

→ [Soutenir plus fortement les festivals qui accueillent des groupes de musique suisse.](#)

→ [Soutenir plus fortement les groupes de musique suisse, en encourageant non seulement la création musicale, mais également la diffusion.](#)

3.2 LOI SUR LE CINÉMA (p. 45-47)

art. 24a et 24b (p. 46)

artos partage [le point de vue de la SSA](#) sur le sujet.

artos salue l'obligation faite aux diffuseurs de respecter un quota de 30% de films européens pour les catalogues en ligne (art. 24a).

artos soutient également la proposition d'élargir l'obligation de réinvestissement dans la production audiovisuelle suisse pour les entreprises qui proposent des films en ligne (art. 24b P-LCin).

De plus, **artos** propose que cette obligation de réinvestissement s'étende aux plateformes de partage de vidéos et aux médias sociaux.

4.2. PRO HELVETIA (p. 51-53)

4.2.1 Priorités nécessitant des ressources supplémentaires pour le crédit-cadre 2021-2024 (p. 51)

Nous partageons sur ce point [le positionnement de la CORODIS](#) :

L'augmentation de 300'000 francs par an pour financer les mesures concernant l'accès au marché et la compétitivité internationale est insuffisante, considérant l'ambition formulée d'élargir les mesures actuelles à une autre discipline (la musique) et à d'autres régions géographiques.

La somme de 300'000 francs représente 15 soutiens d'un montant de 20'000 francs. Il n'est pas réaliste de considérer que ce montant va permettre d'étendre les mesures actuelles. Il est probable que le résultat se révèle être un moins bon soutien pour tous que celui qui existe actuellement.

Une augmentation plus massive est souhaitable pour que les mesures puissent avoir de l'effet et que le montant soit cohérent avec l'ambition exprimée.

ARTS EN ESPACE PUBLIC

artos soutient pleinement [la demande de la FARS](#) pour une reconnaissance fédérale des arts en espace public.

Malheureusement, les arts de la rue sont trop souvent négligés, bien qu'ils permettent de toucher une population qui ne se rend pas forcément dans des lieux dédiés à la culture et qu'ils concernent une multitude de professionnels et de compagnies.

Mentionner clairement les arts en espace public dans le message culture serait le signe tangible d'une reconnaissance largement méritée.

La qualité du travail des artistes de rue et leur capacité à toucher un si large et nombreux public devraient largement suffire pour leur dédier une place à part entière dans le monde culturel.

L'inclusion des arts en espace public dans les Prix suisses va dans ce sens et nous saluons cette évolution.



Confédération Suisse – DFI
Département Fédéral de l'Intérieur
Office Fédéral de la Culture
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Par email à:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Lausanne, le 18 septembre 2019,

Concerne: Réponse de l'AROPA – Association Romande de la Production Audiovisuelle à la consultation sur le Message Culture 2021-2024

Monsieur le Conseiller Fédéral,
Madame la Directrice de l'Office,
Mesdames, Messieurs,

En référence à l'ouverture de la procédure de consultation susmentionnée le 29 mai 2019, nous vous prions de trouver ci-après notre prise de position dans le délai fixé.

L'AROPA – Association Romande de la Production Audiovisuelle représente les sociétés de production audiovisuelle romandes. Notre association est notamment représentée au conseil de fondation de Cinéforum, et nous sommes co-signataires du Pacte de l'Audiovisuel avec la SSR-SRG, et membres associés de Cinésuisse, la faîtière nationale de la branche cinématographique et audiovisuelle. Nous sommes très reconnaissants de l'opportunité qui nous est offerte de partager avec vous notre prise de position détaillée ci-dessous.

Préambule:

Si nous saluons les efforts consentis par la Confédération pour l'encouragement fédéral de la culture qui s'inscrivent dans la continuité du message culture 2016-2020, nous ne pouvons passer sous silence notre déception face à un manque de prise en compte des bouleversements qui animent globalement la création cinématographique et plus généralement la création audiovisuelle.

Nos membres, à l'instar de l'ensemble de la branche, ont toujours été actifs tant dans la production cinématographique qu'audiovisuelle. Depuis plusieurs années, la création audiovisuelle indépendante se décline sur de nouvelles formes d'écriture et il devient inopportun de vouloir comparer ou hiérarchiser l'apport culturel de telle ou telle.

Raconter des histoires originales et inventives, nourries de notre culture propre, est aujourd'hui tout autant important que cela soit sous forme de récits cinématographiques, de séries télévisuelles ou de projets audiovisuels interactifs.

La période que nous vivons représente certainement un tournant fondamental pour ce qui concerne le cinéma et l'audiovisuel. La numérisation a fondamentalement changé les conditions de production et d'exploitation des films et exacerbé la concurrence. L'émergence sur le marché de nouveaux acteurs, notamment les plateformes d'offre online, impacte les modes de fabrication et de financement et appelle à des mécanismes de soutien du cinéma et de l'audiovisuel plus flexibles et plus dynamiques.

Face à cette nouvelle situation, il convient désormais de tracer des lignes stratégiques claires dans l'accompagnement financier de la création audiovisuelle, en prenant en considération l'ensemble de la chaîne, de l'idée de base à son entrée sur le marché, sans omettre la promotion à l'étranger et la formation.

Il est urgent de prendre en compte cette nouvelle situation et de revoir la structure qui doit permettre un soutien plus cohérent et une utilisation plus efficace des ressources financières. La quasi-totalité des pays européens ont développé des institutions nationales de soutien, indépendantes de l'administration étatique, mais évidemment sous le contrôle étroit de leurs autorités de tutelle. Ces « instituts de l'audiovisuel » largement dotés de moyens financiers ont ainsi une plus grande capacité à être en phase avec l'ensemble de la problématique du soutien à l'audiovisuel et d'être plus réactifs aux changements inhérents à ce domaine d'activité en constante mutation. Ces structures de financement ont conduit à un financement plus dynamique et plus flexible des œuvres audiovisuelles, en particulier dans les petits pays, et a considérablement accru leur reconnaissance et leur visibilité.

En Suisse, le soutien fédéral à la création audiovisuelle indépendante représente un tiers des moyens engagés au plan institutionnel, le reste se répartissant à part égale entre la SRG SSR et les fonds régionaux. Il nous paraît dès lors indispensable qu'une **large concertation** se fasse entre ces différents acteurs et ceux de la branche elle-même, afin de définir une stratégie commune pour la prochaine décennie et tendre vers la création d'un « **Centre national du cinéma et de l'audiovisuel** », la mise en place d'une telle institution étant d'ailleurs compatible avec l'actuelle LCin (Art.9).

Comme énoncé plus haut, l'arrivée des nouveaux acteurs du numérique modifie profondément le paysage audiovisuel et agit également sur les habitudes des consommateurs. Ces nouveaux acteurs doivent évidemment être impliqués dans le développement de la création audiovisuelle suisse au même titre que le sont déjà les télévisions linéaires. Nous saluons donc à ce titre la volonté de l'OFC d'obliger les plateformes de streaming à participer à l'effort collectif.

Mais c'est également l'arsenal législatif qui doit être revu fondamentalement. La LCin telle qu'elle est actuellement en vigueur, de même que la LRTV, ne répondent plus à la réalité du terrain. En conséquence, il nous paraît urgent de légiférer en tenant compte d'un spectre plus large que celui du cinéma et de rédiger une Loi sur le cinéma et l'audiovisuel, qui prenne en compte à part égale création cinématographique, création audiovisuelle et médias électroniques, incluant tant les séries que les nouvelles écritures numériques. De ce point de vue, il devient obsolète de vouloir catégoriser les œuvres en terme de « cinéma » ou de « télévision », tant ces deux mondes autrefois différenciés

s'interpénètrent aujourd'hui. Pour y parvenir, nous appelons à une plus grande transversalité entre les différents départements fédéraux concernés, à savoir le DFI via l'OFC, le DETEC via l'OFCOM et le DEFR via le SEFRI dont dépend l'ensemble des formations.

Numérisation

Ajoutons que dans ce contexte de transformation radicale des modes de diffusion, seules quelques œuvres de notre patrimoine cinématographique ont été numérisées ces dernières années et peuvent redevenir accessibles au public. Dans ce domaine, la Suisse a pris un retard considérable en comparaison avec ses voisins européens. L'accessibilité de l'ensemble du corpus audiovisuel du siècle passé par les modes de diffusion actuels doit être une des priorités de ces prochaines années. Si la volonté en est effectivement exprimée dans le Message Culture (2.3.6.3), les moyens financiers alloués restent dérisoires pour lancer un véritable programme de numérisation tel que des pays comme la Suède, le Danemark ou la Norvège, pour ne citer qu'eux, ont réussi à accomplir. Face à cette situation, la **Motion Savary 19.3649** déposée le 18 juin 2019 au Conseil des États apporte une possibilité de réponse financière adéquate en proposant l'affectation des recettes extraordinaires générées par la vente des concessions 5G à l'accompagnement de la transition numérique.

Utiliser et développer les avantages du multilinguisme

D'une part, le multilinguisme suisse est un défi important pour l'exploitation de films (d'autant plus en comparaison d'autres états européens) et un facteur de coûts conséquent. D'autre part, l'industrie locale possède des compétences et de l'expérience dans le domaine du sous-titrage et du doublage des œuvres audiovisuelles. Dans l'intérêt de la diversité culturelle, il serait nécessaire de soutenir ces instruments en vue d'une exploitation systématique des films dans toutes les régions linguistiques. Pour permettre un subventionnement fédéral additionnel, il serait nécessaire d'ajouter un nouveau domaine de soutien, qui pourrait inclure également l'exploitation des films suisses à l'étranger. Ces compétences pourraient faire de notre pays un lieu incontournable dans la post-production des films étrangers également. Ce serait dans l'intérêt économique et culturel de la Suisse.

Égalité

Dans le domaine de l'égalité, nous recommandons l'ajout d'un point du budget des demandes de soutien pour le développement et la production concernant la garde des enfants et des proches nécessitant des soins, afin de compenser les contraintes des professionnels du cinéma et de l'audiovisuel qui ont des responsabilités familiales. Ces soutiens devraient être additionnels et non au détriment du budget actuel, sans quoi les mesures pour l'égalité seraient contreproductives.

Développement durable

Le développement durable et la protection du climat sont des thèmes importants et urgent dans lesquels l'industrie du cinéma souhaite également s'investir. Des écoles de cinéma à la valorisation du patrimoine cinématographique, en passant par la production et l'exploitation des films, la responsabilité écologie du secteur du cinéma et de l'audiovisuel est transversale et nécessite urgemment des mesures de sensibilisation, d'innovation et d'adaptation régulière à de nouvelles techniques et solutions durables. Afin de permettre à la production audiovisuelle de devenir durable et verte aussi rapidement que possible, il est essentiel que cette thématique fasse partie du présent Message Culture, avec l'objectif de définir des mesures immédiates dans ce sens, et

au plus tard que des idées concrètes de mesures contraignantes soient formulées dans le prochain Message Culture.

Ceci étant énoncé, nous revenons maintenant sur quelques points précis du Message Culture:

2.1.5.

Nous saluons le fait que l'OFC soutienne les organisations d'acteurs culturels professionnels. Au cours de la dernière période, certaines organisations notamment dans le théâtre ont été toutefois contraintes à des fusions précipitées dans des organisations nationales, seules susceptibles de bénéficier du soutien. Leurs sièges et les résidences de leurs secrétaires généraux sont désormais concentrés presque exclusivement à Zürich. Bien que notre association ne soit pas à ce jour soutenue financièrement par l'OFC, l'AROPA voit cette évolution avec préoccupation, car elle reflète une vision des dynamiques interrégionales qui nous paraît contraire à la cohésion nationale.

Il faut **réintroduire la possibilité de soutenir des organisations régionales linguistiques** lorsque les circonstances le justifient, comme c'est le cas dans le domaine du cinéma et de l'audiovisuel. C'est l'existence de notre association à l'échelon régional qui a mené à la création de Cinéforum, et nous jouons depuis un rôle de contrepoint essentiel pour y défendre les intérêts de la branche, d'une manière qui ne serait pas possible de la part d'une association nationale. Nous rappelons également que la SSR-SRG qui participe à un tiers du financement de l'audiovisuel en Suisse, est organisée en trois unités d'entreprise, une par région. Notre association joue un rôle unique auprès de la RTS afin de permettre la meilleure collaboration possible avec la production indépendante. Ce rôle n'est pas et ne pourrait pas être joué par d'autres associations à l'échelon national. Enfin, en tant que membre associé de Cinésuisse, nous ne connaissons que trop bien l'importance d'accorder une voix spécifique aux régions linguistiques minoritaires dans un pays multilingue comme la Suisse. Par simple effet de majorité, une association nationale va naturellement privilégier les intérêts de la majorité alémanique et les enjeux minoritaires romands et italophones vont être relégués au second plan.

La démarche de l'OFC qui tend à affaiblir et décourager les associations professionnelles régionales nous paraît être en contradiction avec toutes les démarches entreprises, notamment dans ce projet de Message Culture, pour valoriser la diversité culturelle et multilingue de notre pays.

Ces organisations devraient également **être mieux impliquées** dans l'élaboration des mesures de soutien et pouvoir participer, par exemple, au dialogue culturel national.

2.3.6.1.

a) L'AROPA salue la volonté de l'OFC de corriger les mécanismes du PICS dont les résultats sur la période en cours ne correspondent pas aux attentes. Une incitation plus forte pour les coproductions minoritaires nous paraît effectivement un correctif qu'il est urgent de mettre en place. De même les seuils d'accès doivent être abaissés afin de permettre aux coproductions de moindre envergure budgétaire d'y avoir accès, quitte à renoncer à soutenir par ce mécanisme les productions 100% suisses.

b) De notre point de vue, le soutien fédéral devrait s'ouvrir d'avantage aux nouvelles formes d'écritures audiovisuelles qui font également partie du futur champ d'activité de la branche. Les lignes de démarcation sont de plus en plus perméables entre les différentes disciplines, en particulier en ce qui concerne ce que l'on caractérise par le terme d'interactivité. Les critères actuellement en vigueur entre la Section Cinéma et Pro Helvetia demanderaient à être revisités afin d'éviter à un certain nombre de projets de qualité de tomber dans un no man's land en matière de soutien (ex. projet VR_I - Gilles Jobin).

c) L'AROPA salue la proposition de l'OFC d'obliger les fournisseurs de contenus en ligne à participer au financement de productions suisses au même titre que le sont les télévisions linéaires (LRTV - Art.7) à hauteur de 4% de leur chiffre d'affaire annuel réalisé en Suisse.

A l'instar de la DSMA, L'AROPA propose qu'une telle obligation de réinvestissement soit également introduite **pour les plateformes de partage de vidéo et les médias sociaux**. Les offres des plateformes de partage de vidéo et des médias sociaux constituent de véritables services de médias audiovisuels. Elles procèdent désormais à l'éditorialisation et à l'organisation des contenus de leurs plateformes¹. Le public consomme aujourd'hui plus d'heures de vidéo sur YouTube que sur Netflix² et y visualise des formats longs, donc des documentaires et des fictions.

Les plateformes veulent conquérir l'écran du salon, produire des œuvres audiovisuelles pour les offrir en exclusivité dans des fenêtres spécifiques, et même commercialiser une partie des contenus sous forme de bouquets payants³. Elles sont devenues bien plus que de simples moyens qui permettent aux utilisateurs d'échanger et l'importance des vidéos dans leurs modèles d'affaires est incontestable. Leurs systèmes de partage de rémunération sont opaques et le manque de régulation en fait des concurrentes déloyales pour les autres offres en ligne, de sorte que l'économie digitale ne présente actuellement pas les conditions d'une économie de marché saine.

Il est urgent de reconnaître ces évolutions et d'agir sur le plan légal. Il serait erroné de ne viser que les offres à accès payant et d'ignorer que les modèles d'affaires de l'économie digitale bouleversent les médias traditionnels. L'UE l'a bien identifié et a légiféré. Les télévisions linéaires dont le financement ne repose que sur la publicité sont aujourd'hui déjà assujetties à une obligation de réinvestissement. Pourquoi en irait-il autrement pour ces plateformes qui génèrent d'énormes profits? La publicité en ligne est devenue un duopole de Google et de Facebook, contractant le marché publicitaire

¹ Dans un récent arrêt en Autriche, il a été conclu à une responsabilité éditoriale de ces prestataires.
<https://www.swissinfo.ch/fre/autriche--youtube-coresponsable-des-violations-de-droits-d-auteur/44173674>

² Selon une récente étude d'Ampere Analytics portant sur le premier trimestre 2019: le plus grand nombre de vidéos regardées en ligne le sont sur YouTube, suivi par Netflix et Facebook.

³ Voir par exemple:

- <https://www.inaglobal.fr/numerique/article/les-plateformes-video-la-conquete-de-nouveaux-horizons>

- Facebook: <https://www.telerama.fr/series-tv/des-series-facebook-avant-la-fin-de-l-ete,160159.php>

- Instagram: <https://www.franceinter.fr/emissions/capture-d-ecrans/capture-d-ecrans-28-juin-2018>

- YouTube: <https://www.letemps.ch/economie/youtube-va-lancer-un-service-television-ligne>

<https://www.20min.ch/ro/multimedia/stories/story/YouTube-TV-lance-l-assaut-sur-les-ecrans-de-salon-18138678?httpredirect>

Twitter et Dailymotion ne sont pas en reste.

télévisuel⁴. Cela produit un effet direct sur les mécanismes de réinvestissement existants et diminue les ressources disponibles pour la production suisse.

Par souci de cohérence, il faudrait également rapatrier l'Art. 7 de la LRTV dans la LCin. Pour compléter le dispositif il serait également fortement souhaitable de taxer à hauteur de 4% les revenus publicitaires engrangés par les télévisions étrangères (TF1, M6, RTL, etc.) via les décrochages de fenêtres publicitaires ciblées sur la Suisse. La DSMA prévoit désormais explicitement cette possibilité.

d) L'AROPA salue l'introduction de quotas de 30% de films européens exigés pour les opérateurs en ligne, ceci en conformité avec la nouvelle directive de l'UE (DSMA). Il conviendrait d'ajouter l'obligation d'inclure une part adéquate de films suisses inclus dans les 30% de films européens. Nous proposons l'ajout de la phrase suivante à l'Art. 24a, al. 1: *Une part adéquate de films suisses doit y être incluse*. La DSMA prévoit également l'obligation de **promouvoir les films européens**, ce qu'il faudrait ajouter à la teneur de la LCin proposée. En effet, rien ne sert d'être présent dans les catalogues si le public n'y est pas rendu attentif par le biais de mesures d'éditorialisation et les algorithmes de recommandation⁵.

2.3.6.3.

Comme énoncé plus haut, la numérisation du patrimoine cinématographique suisse afin de lui permettre une nouvelle visibilité est l'une des priorités auxquelles nous devons faire face. Le financement supplémentaire de 7.2 millions de francs pour la période 2016 à 2020 est évidemment totalement insuffisant pour engager un programme digne de ce nom. D'autres ressources doivent être trouvées pour engager un programme ambitieux analogues à ceux lancés chez nos voisins européens. Ce programme ne devrait pas se limiter à l'action de la Cinémathèque suisse, mais encourager financièrement les ayants-droits à numériser les œuvres dont ils sont les propriétaires. En ce sens, la **Motion Savary 19.3649** déposée au Conseil des États en juin 2019 est une proposition que le Conseil Fédéral doit examiner avec la plus grande attention.

2.3.6.4.

a) L'AROPA salue la prise en compte de l'importance de la collaboration internationale. La signature de nouveaux traités de coproduction avec des pays tels que le Mexique sont des signes d'ouverture encourageants. Toutefois, s'ils ne sont pas accompagnés de nouveaux moyens financiers ad hoc, cette volonté d'ouverture aura de la peine à trouver une réelle concrétisation, dans la mesure où les moyens actuellement à disposition ne permettent pas aux producteurs suisses d'être des partenaires solides dans le cadre des accords de coproductions avec nos voisins naturels (France, Allemagne, Italie, Belgique, etc.).

b) Face à notre exclusion du programme MEDIA, les mesures compensatoires mises en place doivent perdurer. Elles devraient même se développer afin de coller aux développements en cours au sein de l'UE (ex. encouragement des jeux vidéo et des

⁴ <https://www.letemps.ch/economie/google-devore-marche-publicite>

⁵ L'Observatoire européen de l'audiovisuel a déjà développé une méthode pour mesurer la promotion ; https://www.obs.coe.int/en/web/observatoire/home/-/asset_publisher/9iKCxBYgiO6S/content/european-films-and-tv-content-get-27-of-tvod-prominence?inheritRedirect=false

médias). Nous espérons néanmoins que tous les efforts seront faits par notre diplomatie afin qu'à terme la Suisse puisse rejoindre le programme Creative Europe.

3.2.

L'AROPA salue également l'introduction à l'art.19a du principe d'une accessibilité facilitée pour le public des œuvres financées par la Confédération, ceci après un délai raisonnable suivant la première exploitation (5 ans) et tout en respectant bien évidemment la rémunération des auteurs. Du point de vue opérationnel, il serait souhaitable que l'accès à ces films puissent se faire via une plateforme qui pourrait être conjointement gérées sur le plan technique par la SSR et la Cinémathèque suisse.

En ce qui concerne l'art. 24c.2.a, le versement des rémunérations dues aux sociétés de gestion collective agréées pour l'utilisation des films selon la loi du 9 octobre 1992 sur le droit d'auteur ne doivent pas être imputables aux dépenses reconnues et cette disposition doit être biffée. En effet, ces rémunérations sont calculées sur la base de tarifs souvent forfaitaires qui incluent toutes les œuvres diffusées, indépendamment de leur origine. Le texte proposé permettrait de considérer comme dépenses non seulement les redevances en faveur des scénaristes et réalisateurs, mais également les redevances relatives à la musique et aux droits voisins.

D'avance, nous vous remercions de l'attention que vous porterez à notre prise de position et espérons que nos remarques et propositions seront prises en compte afin d'aboutir à un Message Culture qui réponde aux enjeux de l'avenir dans le domaine de la culture et en particulier du cinéma et de l'audiovisuel.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller Fédéral, Madame la Directrice de l'Office, Mesdames et Messieurs, nos salutations distinguées.

Joëlle Bertossa
co-présidente



Max Karli
co-président





CH-3003 Bern

EKD c/o BAK

Bundesamt für Kultur BAK
Stabstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Ihr Zeichen:
Referenz/Aktenzeichen:
Unser Zeichen: bri
Sachbearbeiter/in: Irene Bruneau
Bern, 19. September 2019

Kulturbotschaft 2021-2024. Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege.

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit elektronischem Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD) eingeladen, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen; wir danken Ihnen für diese Möglichkeit.

1 Generelle Anmerkungen zur Kulturbotschaft 2021-2024

Die EKD beobachtet mit Interesse die unter dem Titel „Baukultur“ in Aussicht gestellte gesamtheitliche Sicht auf Heimatschutz und Denkmalpflege sowie zeitgenössisches Bauen. Dieses ganzheitliche Verständnis von Baukultur umfasst das gebaute Erbe ebenso wie die entstehende zeitgenössische Architektur und fasst die Erhaltung und Pflege des historischen Baubestandes und das heutige und künftige baukulturelle Schaffen als Einheit auf. Dieses umfassende Verständnis von Baukultur ist in der *Erklärung von Davos für eine hohe Baukultur* verankert und wurde im Januar 2018 von den europäischen Kulturministerinnen und -ministern verabschiedet. Diese gesamtheitliche Sicht soll zu einer höheren Qualität der gebauten Umwelt beitragen; gerade in der dicht besiedelten und innerhalb der festgesetzten Bauzonen weitgehend überbauten Schweiz ist diese Vision von grosser Tragweite.

Die EKD vermisst allerdings die konsequente Umsetzung dieser behaupteten ganzheitlichen Sichtweise, einerseits in den Formulierungen der Kulturbotschaft, insbesondere aber auch innerhalb der in Kapitel 2.5 zusammengefassten neuen interdepartementalen Strategie für Baukultur. Letztere einseitig auf das zeitgenössische baukulturelle Schaffen auszurichten, erachtet die EKD als falsches Signal, denn zur Etablierung eines umfassenden Verständnisses von Baukultur bedarf es einer ebenso umfassenden Strategie für Baukultur, welche Aktionen und Massnahmen definiert, die sich sowohl dem Historischen als auch dem Zeitgenössischen widmen. Laut Kulturbotschaft werde „die gesellschaftliche Bedeutung des kulturellen Erbes und der Nutzen seiner Erhaltung [...] erst als Teil einer umfassenden qualitativen Betrachtung der gesamten gebauten Umwelt sinnhaft“, weshalb eine neue und erweiterte kulturelle Sicht auf die gebaute Umwelt nötig werde. Da „dieses Konzept Baukultur [...] die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes zusammen mit dem zeitgenössischen Schaffen als Einheit“ versteht, darf die interdepartementale Strategie sich nicht so einseitig auf das zeitgenössische Schaffen fokussieren.

Die EKD empfiehlt, die Strategie Baukultur zu überarbeiten und sicherzustellen, dass ein umfassendes Verständnis von Baukultur konsequent umgesetzt wird. In der heute vorliegenden Form müsste die „Strategie Baukultur“ als „Strategie zeitgenössische Baukultur“ bezeichnet werden, da es sich nicht um eine „Interdepartementale Strategie zur Förderung der Baukultur“, sondern um eine „Interdepartementale Strategie zur Förderung der zeitgenössischen Baukultur“ handelt.

Die EKD stimmt mit dem BAK überein, wonach die Konsolidierung des umfassenden Verständnisses von Baukultur und die Überwindung der sogenannten „Tradierungskrise“ für das kulturelle Erbe Herausforderungen darstellen, die es in der nächsten Periode zu überwinden gilt. **Die EKD schlägt vor, dass die Herausforderungen, welche die Tradierungskrise an das BAK stellt, im Einzelnen aufgeführt werden und in geeigneter Form erläutert wird, mit welchen Massnahmen die genannten Problemfelder überwunden werden sollen. Da angesichts der begrenzten Finanzmittel eine Priorisierung der Massnahmen nötig sein wird, empfiehlt die EKD, transparent darzulegen, was das BAK unter einer „stärkere[n] Fokussierung auf Vorhaben von gesamtschweizerischem Interesse“ versteht.**

2 Bemerkungen zu Kapitel 2.5 der Kulturbotschaft

Interdepartementale Strategie für Baukultur

Der in der interdepartementalen Strategie für Baukultur festgelegte Massnahmen- und Aktionsplan soll in der Legislatur 2020–2023 von allen beteiligten Bundesstellen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Wie weiter oben erwähnt und im Rahmen der Stellungnahme zur interdepartementalen Strategie für Baukultur ausgeführt, erachtet die EKD die Fokussierung auf die zeitgenössische Baukultur als falsch, da einseitige Ausrichtung der Strategie, die einem ganzheitlichen Verständnis von Baukultur nicht gerecht werden kann.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Tradierungskrise im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege, kann das in der Strategie Baukultur postulierte ganzheitliche Verständnis durchaus als Chance für mehr Akzeptanz gegenüber Massnahmen zum Schutz des kulturellen Erbes verstanden werden. Bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags geht es heute weniger um raumplanerische und bauliche Massnahmen, als vielmehr um die Schonung, Pflege, Erhaltung und Weiterentwicklung des Kulturerbes in der Gesamtheit seiner Bedeutungen. Die tradierten Begriffe „Heimatschutz“ und „Denkmalpflege“ sind gesetzlich verankert, für den Begriff „Baukultur“ existiert (noch) keine gesetzliche Grundlage. **Die EKD weist darauf hin, dass die Neuausrichtung, die sich einerseits in der Umbenennung der Sektion "Heimatschutz und Denkmalpflege" in Sektion "Baukultur" manifestieren und bald auch in die Bundesgesetzgebung einfließen soll, auf keinen Fall zu einer Abkehr von den bisherigen Aufgaben im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege führen darf. Es ist sicherzustellen, dass der Bund sein Engagement zur Pflege und Erhaltung des gebauten Erbes nicht zugunsten der zeitgenössischen Baukultur schmälern wird.**

Gleichzeitig ist der personelle und finanzielle Etat, der zur zielführenden Bewältigung der neuen Aufgabe „Baukultur“ nötig ist, realistisch auszugestalten.

Die EKD empfiehlt, bis auf Weiteres auf eine Umbenennung der Sektion zu verzichten, insbesondere, weil das umfassende Verständnis von Baukultur noch nicht etabliert ist und deshalb die Anliegen von Heimatschutz und Denkmalpflege zwingend in der Bezeichnung wahrnehmbar bleiben müssen. Zudem ist der implizierte Strukturwandel faktisch nicht erkennbar bzw. werden die Aufgaben der Sektion lediglich marginal erweitert. Denkbar wäre nach Ansicht der EKD eine Erweiterung der Bezeichnung, z.B. in „Sektion Heimatschutz, Denkmalpflege und zeitgenössische Baukultur“. In einem nächsten Schritt könnte dann, sofern der Begriff „Baukultur“ entsprechend verankert ist, die Sektion in „Baukultur“ umbenannt werden.

Gutachten und Beratung

Die Stellungnahmen des Bundes zu Bau- und Ausbauprojekten tragen zur Entwicklung einer hohen Baukultur bei. Die Kulturbotschaft beurteilt die „zunehmende Begleitung von Projekten ab den ersten Entwicklungsphasen [als] eine positive Tendenz, die im Hinblick auf eine bessere Planung weiterverfolgt werden soll“. Nicht nachvollziehbar ist daher die Aussage in den Zielen, wonach „aufgrund der begrenzten Ressourcen [...] eine Priorisierung der gutachterlichen Beratungstätigkeit nach gesamtschweizerischen Fragen und Interessen vorgenommen werden“ müsse. **Wichtig ist, dass zumindest die Kriterien bekannt gegeben werden und transparent gemacht wird, was unter „gesamtschweizerischen Fragen und Interessen“ verstanden wird.**

Dass sich der Bund neu mit Beratungsangeboten für Gemeinden in baukulturellen Fragen engagieren möchte, ist grundsätzlich zu begrüßen; es ist jedoch offen zu legen, wie die Kantone in die Umsetzung dieses Ziels eingebunden werden.

Die Gutachten, die den Kantonen zur Verfügung gestellt werden, sind von grossem Interesse und sollten (weiterhin) zeitnah zugänglich gemacht werden.

Forschung, Wissen, Vermittlung

Die Tradierungskrise im Bereich Kulturerbe, wie sie in der Kulturbotschaft skizziert wird, ist ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem, das sich massgeblich auf die Qualität unserer gebauten Umwelt auswirken kann. Gerade auch in diesem Zusammenhang ist es wichtig, ein gesamtheitliches und fundiertes Verständnis von Baukultur zu fördern und zu stärken. **Die in der Strategie Baukultur festgelegten Handlungsachsen, Ziele und Massnahmen müssen eine differenzierte Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und dem baukulturellen Erbe ebenso dezidiert berücksichtigen wie eine Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Baukultur: Zukunft braucht Herkunft! Von zentraler Bedeutung scheint auch, die einzelnen Problemfelder offenzulegen und aufzuzeigen, wie die durch die Tradierungskrise verursachten Herausforderungen überwunden werden können.**

Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung ISOS

Im Bereich des ISOS wurde mit dem Aufbau eines Inventarisationsteams ein wichtiger Meilenstein erreicht. Verschiedene Massnahmen haben dazu beigetragen, die Akzeptanz und Anwendungskompetenzen des ISOS zu verbessern; dass dieses Engagement weitergeführt wird, wird durch die EKD begrüsst. Eine weiter vereinfachte Zugänglichkeit dank digitaler Nutzungsmöglichkeiten kann die Akzeptanz weiter verbessern; eine rasche Umsetzung scheint daher unabdingbar. Wichtig ist aber auch, dass die für die beschleunigte Inventarisierung und Aktualisierung des ISOS nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Finanzhilfen

Der eigentliche Bedarf an Bundesmitteln für Pflege und Erhalt des archäologischen und baulichen Erbes der Schweiz liegt seit Jahren bei über 100 Millionen Franken. Dass die Finanzmittel selbst vor dem Hintergrund der zum Schutz der Landschaft notwendigen Siedlungsentwicklung nach innen,

welche die Kosten für Beratungen und Massnahmen in den Bereichen Denkmalpflege und Archäologie nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Kantonen in die Höhe treiben dürfte, nicht massgeblich erhöht werden, ist allerdings nicht nachvollziehbar. **Der Betrag ist daher deutlich zu erhöhen. Wichtig ist, dass die angekündigte „strikttere Priorisierung“ bei der Finanzhilfe transparent dargelegt wird. Zudem ist zu ermitteln und offenzulegen, wie sich die fehlende finanzielle Unterstützung im Bereich Denkmalpflege und Heimatschutz auf das baukulturelle Erbe in der Schweiz auswirkt.**

Internationales

Mit der Verabschiedung der *Erklärung von Davos 2018 für eine hohe Baukultur* und der Revision der Liste indicative des UNESCO-Welterbes wurden wichtige Meilensteine erreicht. Dass in der Periode 2021–2024 die Ziele auf internationaler Ebene auf diesen für die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland wichtigen Pfeilern aufsetzen, ist zu begrüssen.

3 Beantwortung der Fragen:

Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020. Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege wurden wichtige Meilensteine erreicht. Hervorheben möchte die EKD:

- Im Kulturerbejahr 2018 hat das BAK im Vorfeld des WEF eine informelle Kulturministerkonferenz zum Thema der Baukultur organisiert. Die *Erklärung von Davos für eine hohe Baukultur* wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern verabschiedet.
- Ebenfalls im Kulturerbejahr 2018 hat der Bundesrat dem Parlament die Ratifikation des Rahmenübereinkommens des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Konvention von Faro) sowie des Übereinkommens der UNESCO über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes (UNESCO-2001) unterbreitet.
- Die Kulturbotschaft 2016–2020 hat das Konzept „Baukultur“ eingeführt und die Erarbeitung einer interdepartementalen Strategie zur Förderung der Baukultur angekündigt. Unter der Leitung des BAK wurde eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit den fünfzehn betroffenen Bundesstellen einberufen. Zeitgleich zur Kulturbotschaft 2021–2024 liegt ein erster Entwurf einer interdepartementalen Strategie zur informellen Anhörung vor.
- Mit der Verabschiedung der *Erklärung von Davos für eine hohe Baukultur* und der Erarbeitung einer interdepartementalen Strategie Baukultur wurden wichtige Grundlagen für die Neupositionierung von Denkmalpflege und Heimatschutz geschaffen. Obwohl die EKD dieser Neupositionierung noch nicht in allen Punkten folgen kann, ist sie für eine hohe Baukultur in der Schweiz von grosser Bedeutung.
- Das ISOS wurde erfolgreich ins BAK integriert, ein eigenes Inventarisationssteam wurde rekrutiert und mit der Inventarisierung der Kantone Graubünden und Genf betraut.
- Verschiedene Publikationen und Auftritte an Diskussionsforen und Tagungen haben dazu beigetragen, Akzeptanz und Anwendungskompetenzen für das ISOS als Planungsgrundlage zu verbessern.
- In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik wurde eine nationale Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie erarbeitet. Aufgrund der unterschiedlichen kantonalen Gesetzgebungen ist die Vergleichbarkeit der Daten allerdings nicht gegeben. Für die nächste Ausgabe ist daher eine Konsolidierung erforderlich.

Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes. Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes („Kulturelle Teilhabe“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sowie „Kreation und Innovation“) und die Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“ (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Die strategischen Handlungsachsen *kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt* sowie *Kreation und Innovation* harmonisieren mit dem umfassenden Kulturbegriff, wie er in Kapitel 1.1.3 postuliert wird. Dass diese strategischen Handlungsachsen nach wie vor gültig sind, sichert eine inhaltliche Kontinuität sowie eine hohe Qualität für die Umsetzung der davon abgeleiteten Ziele und Massnahmen.

Nur schwer nachvollziehbar ist, dass die Etablierung einer hohen Baukultur in der Schweiz im Rahmen der Kulturpolitik des Bundes nicht im Rahmen der Handlungsachse „Kulturelle Teilhabe“ (1.4.2.1) gesehen, sondern unter der Handlungsachse „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (1.4.2.2) erwähnt wird. Die aus der erwähnten interdepartementalen Strategie hervorgehende und von der EKD kritisierte Fokussierung auf die Weiterentwicklung der zeitgenössischen Baukultur würde gar eine Erwähnung im Rahmen der dritten Handlungsachse „Kreation und Innovation“ sinnvoll erscheinen lassen.

Weiterentwicklung von Massnahmen. Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Das neue Konzept „Baukultur“ scheint inhaltlich noch nicht in die geplanten Fördermassnahmen des Bundes integriert. Es ist sicher richtig, dass die Teilhabe der Wohnbevölkerung der Schweiz an baukulturellen Fragen eine Grundvoraussetzung für alle Entwicklungen in Richtung einer höheren Baukultur ist. Die dazu notwendige Urteilsfähigkeit und die dazu dienlichen ästhetischen Kategorien sind zwingend auch über die Förderung visuell-ästhetischer Wahrnehmungs- und Urteilsfähigkeit sowie über ein umfassendes Geschichtsverständnis, beginnend bei einer entsprechenden Schulbildung, zu entwickeln. Umso bedauernswerter ist es, dass die diesbezügliche Förderung von Schülerinnen und Schülern sowie von Laien in der Kulturbotschaft neben beispielsweise musikalischer Bildung, Leseförderung oder Laienkultur keine Berücksichtigung findet (1.2.1).

Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024. Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Wie bereits in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2019 dargelegt wurde, liegt der eigentliche Bedarf an Bundesmitteln für Denkmalpflege und Heimatschutz bzw. Baukultur bei mehr als 100 Mio. Franken pro Jahr. Mit der Teilrevision 2012 fordert das RPG eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen, womit neben der Siedlungsbegrenzung insbesondere auch eine hochwertige Verdichtung gefordert wird, was den Druck auf die Ortsbilder von nationaler Bedeutung wie auch auf die Denkmäler verstärkt. Nach Auffassung der Kommission ist der für den Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege vorgesehene Rahmenkredit in der Höhe von rund 25 Mio. Franken pro Jahr nicht ausreichend, da der Beratungsaufwand für Ortsbildschutz, Denkmalpflege und Archäologie angesichts dieser Herausforderungen kaum nachlassen, sondern vielmehr anwachsen wird.

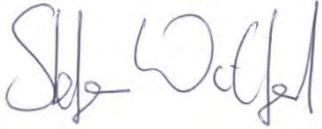
Darüber hinaus übernimmt die Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege mit der zeitgenössischen Baukultur ein neues Aufgabenfeld. Für die Umsetzung der Massnahmen, die das BAK im Rahmen der interdepartementalen Strategie für Baukultur umsetzen möchte, werden an Mehrmitteln lediglich rund 800'000 Franken pro Jahr beantragt. Die EKD ist der Meinung, dass für Massnahmen, die sowohl die zeitgenössische Baukultur fördern als auch ein ganzheitliches Verständnis von Baukultur stützen wollen, der Rahmenkredit massgeblich erhöht werden muss und allenfalls auch von anderen mit raumwirksamen Aufgaben betrauten Bundesämtern mitgetragen werden sollte. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass auch die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Interessant wäre, wie sich das Budget für die Umsetzung der neuen Massnahmen des BAK im Rahmen der interdepartementalen Strategie für Baukultur zusammensetzt. Auf keinen Fall darf die zeitgenössische

Baukultur auf Kosten des baukulturellen Erbes gefördert werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anträge (im Text fett markiert) und stehen Ihnen zur Klärung allfälliger Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Eidgenössische Kommission
für Denkmalpflege**



Dr. phil.-nat. Stefan Wüelfert
Präsident



Irène Bruneau
Sekretärin

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Altdorf, 19. September 19

**Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021-24:
Stellungnahme des Vereins Haus der Volksmusik**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie verschiedene Adressaten eingeladen, zur Vernehmlassungsvorlage der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Stand: 29. Mai 2019) Stellung zu nehmen. Leider gehörte das Haus der Volksmusik, das nationale Kompetenzzentrum für Volksmusik nicht zu diesem ausgewählten Kreis. Trotzdem nehmen wir die Gelegenheit gerne wahr.

Als Mitglied der IG Volkskultur Schweiz und Fürstentum Liechtenstein schliesst sich das Haus der Volksmusik in seiner Stellungnahme im Wesentlichen der Dachorganisation an, ergänzt oder präzisiert diese jedoch stellenweise:

Der Volkskultur, zu grösstenteils Volksmusik teilweise zählt – sogenannt Neue Volksmusik wird wohl, nicht unumstritten, eher der Hochkultur zugerechnet, sind nur gerade sieben Zeilen auf S. 16, Absatz 2.1.3, gewidmet. Neue Gedanken werden darin nicht formuliert. Absatz 2.1.3 differenziert grosse und kleine innovative Projekte auseinander; erstere werden von Pro Helvetia selbst, letztere von der IGV über den «Volkskulturfonds Pro Helvetia» unterstützt. Abschnitt 2.6.1 fasst die Förderaktivitäten des BAKs zusammen: Unterstützung für die Organisationen kulturell tätiger Laien einerseits, Mitfinanzierung von kulturellen Projekten und Anlässen für ein breites Publikum, also eidgenössische Volks- und Laienkulturanlässe anderseits.

Mit diesen Förderaktivitäten sind wir absolut einverstanden. Das einzige Problem ist, dass sie das grosse Feld der gelebten Volkskultur ausser Acht lassen. Innovation ist gut und recht, aber sie berührt nicht den Kern von Volkskultur, der in der Tradition, im Ritualen, dem Selbermachen sowie in der unsichtbaren Eintrittsschwelle liegt.

Während Pro Helvetia sich überlegt, wie sie dem selbst auferlegten Innovationsdogma entkommt und Wiederaufnahmen und Reprisen subventionieren könnte und daraus einen Mehrbedarf an Fördermitteln ableitet (Abschnitt 2.3.3), bleibt Projektförderung durch Pro Helvetia in der Volkskultur an eben dieses (sachfremde) Innovationsdogma gebunden. Volkskultur kennt auch Innovation, allerdings ereignet sie sich inkrementell, nicht disruptiv, wie es in der Kulturförderung gefordert wird. Damit lässt sich die volkskulturelle Innovation nicht projektmässig ausweisen. Einzige Ausnahme bildet wiederum die sogenannt Neue Volksmusik, welche von Profis kreiert wird und wesentlich durch gerade dieses Innovationsdogma überhaupt entstand, um sein eigenes professionelles Volksmusik-schaffen überhaupt als Beruf betreiben zu können. Eine solche institutionelle Steuerung widerspricht der volkskulturellen Praxis eigentlich aufs schärfste.

Die Volksmusikszene zeigt sich wohl noch am innovativsten von allen Volkskultursparten, jedoch lässt sich diese Innovation praktisch nur von professionellen VolksmusikernInnen umsetzen. Das ganz grosse Feld der volksmusikalischen Laien, wird ignoriert.

Die Organisationen kulturell tätiger Laien wiederum, die fast eine halbe Million Aktiver vertreten, werden mit knapp 0.72 Mio. jährlich unterstützt, die Organisationen professioneller Kulturschaffender, denen grosszügig gerechnet 50'000 Kulturschaffende angehören, hingegen mit gerundet 2.7 Mio. Franken jährlich. Zu welcher dieser beiden Kategorien das Haus der Volksmusik dereinst einmal zählen könnte, ist unklar, sind wir doch ein professioneller Kulturbetrieb, dessen Kernthema „Volksmusik“ jedoch zu 90% von Laien ausgeübt wird. Wir fielen bisher zwischen Stuhl und Bänke. Aus unserer Sicht sollte darum nicht länger zwischen Laien und professionellen Kulturschaffenden unterschieden werden.

Angesichts der Leistung der Volks- und Laienkultur in Sachen Identitätsbildung, Traditionsvermittlung und Partizipation (Abschnitt 2.1; allerdings werden hier diese Leistungen besonders dem professionellen Kulturschaffen zugeschrieben, was wir für einen Irrtum halten, denn das professionelle Kulturschaffen steht ganz im Zeichen der innovationsgetriebenen Differenz) scheint uns das Ungleichgewicht eklatant. Es stünde einer Bundeskulturpolitik gut an, es auf mittlere Frist zu beheben und in der vorliegenden Kulturbotschaft den ersten Schritt dafür zu tun.

Denn auch das Haus der Volksmusik und alle anderen Organisationen kulturell tätiger Laien leisten nicht nur, was die Kulturbotschaft allgemein als Leistungen der Kultur anerkennt. Sie stehen auch vor Herausforderungen, die ins Geld gehen. Die Förderung des Nachwuchses, die Begabtenförderung, die Dokumentation des volksmusikalischen Erbes und der kontemporären Volksmusik, die Erschliessung dieses ganzen Materials, die langfristige Sicherung, die Vermittlung der Volksmusik, die Aus- und Weiterbildung der Akteure, die Vernetzung und schliesslich auch die Sicherung des Betriebs an sich rufen nach Mitteln. Die in der heutigen Zeit notwendige Professionalisierung in der Volkskultur zeigt das Haus der Volksmusik geradezu beispielhaft auf.

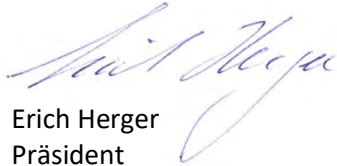
Ebenso scheint es uns nötig, dass über den Volkskulturfonds oder über andere Mittel auch wichtige volkskulturelle Projekte gefördert werden können, die dem inhaltlichen Gebot der Volkskultur gehören, also traditionell im besten Sinne und partizipativ sind.

Für diese beiden Stossrichtungen – Stärkung der Kompetenzzentren/Verbände und Förderung des Kerns, nicht nur der «Avantgarde» der Volkskultur – ist ein Mittelwachstum angezeigt, wie es für andere in der Kulturbotschaft aufgeführte Einrichtungen und Organisationen unter den Titeln «intensivieren» (16 Mal) oder «Stärkung» (20 Mal) offenbar selbstverständlich ist. Angesichts der Grösse des Feldes, das wir zur Volks- und Laienkultur zählen, gehen wir von 10% Mittelzuwachs aus, sowohl was die Kredite an die Organisationen kultureller Laien wie was den Aufbau einer Förderrichtlinie «traditionelle Volkskultur» angeht.

Zusätzliche Mittel müssen zur Förderung der Netzwerke und Sammlungen Dritter bereitgestellt werden, so dass die volkskulturellen Kompetenzzentren, namentlich das Haus der Volksmusik in Altdorf UR, das Roothuus Gonten in Gonten AI und das Schweizer Zither-Kulturzentrum in Trachselwald BE, langfristig gesichert werden können. Diese Zentren erbringen in hohem Masse professionelle Leistungen für breite Kreise der Bevölkerung, welche die Leistungen Laienverbände perfekt ergänzen.

Wir danken für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüße
Haus der Volksmusik



Erich Herger
Präsident



Markus Brülisauer
Geschäftsführer

SWIPS, c/o Verlag Scheidegger & Spiess AG, Niederdorfstrasse 54, 8001 Zürich, Schweiz

Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Per Mail an: stabsstellendirektion@bak.admin.ch

Zürich, 19. September 2019

Kulturbotschaft 2021–2024: Vernehmlassungsantwort SWIPS

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset,
sehr geehrte Damen und Herren,

Gerne nimmt auch [SWIPS Swiss Independent Publishers](#) (SWIPS) die Gelegenheit wahr, zur Vernehmlassungsvorlage für die Kulturbotschaft 2021–2024 (KB 2021–2024) Stellung zu nehmen.

SWIPS ist eine Vereinigung von derzeit 31 unabhängigen Deutschschweizer Verlagen. SWIPS steht für die Bestrebungen von Buchverlagen aus diversen Gattungs- und Wirkungsbereichen, gemeinsame Interessen zu formulieren, und ist eine Plattform, um deren Wahrnehmung bei den Leserinnen und Lesern, dem Buchhandel, den Medien und den kulturpolitischen Institutionen sichtbar zu machen.

Die Mehrheit der Mitgliedsverlage von SWIPS sind auch Mitglied des Schweizer Buchhändler- und Verleger-Verbandes (SBVV).

Die SWIPS-Mitgliedsverlage sind alle in den Sachgebieten Belletristik, Biografien und erzählendes Sachbuch sowie Architektur, Design und Kunst tätig und zählen zum Kern der Deutschschweizer Verlagslandschaft. Sie sind somit von der Kulturförderungspolitik des Bundes mit ihren Stärken und Schwächen direkt betroffen.

Bei der Einschätzung zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 (KB 2016–2020) stimmt SWIPS mit den Ausführungen der Vernehmlassungsantwort des SBVV zur KB 2021–2024 insgesamt absolut überein. Auf einige für die SWIPS-Mitgliedsverlage besonders wesentliche Aspekte wird nachstehend besonders eingegangen.

Verlagsförderung des Bundes 2016–2020

Mit der Kulturbotschaft 2016–2020 (KB 2016–2020) und den von den Eidgenössischen Räten bewilligten Massnahmen und Geldmitteln war die Anerkennung der Tatsache verbunden, dass Literatur- und Sachbuchverlage wesentliche kulturelle Leistungen erbringen. Dass Politik und Verwaltung auf Bundesebene anerkennen, dass Verlage nicht nur Wirtschaftsunternehmen, sondern in ihrer Rolle als Qualitätsgaranten und Vermittler literarischer Werke und anspruchsvoller Sachliteratur eben auch wichtige Protagonisten des Schweizer Kulturschaffens sind, ist nach Ansicht von SWIPS ein sehr bedeutender Schritt in der öffentlichen Kulturförderung der Schweiz.

Ebenfalls anerkannt wurde durch Politik und Verwaltung, dass der Begriff Literatur nicht auf belletristische Werke zu beschränken ist. Vielmehr sind darunter auch Gattungen wie z.B. Biografien, erzählendes Sachbuch und Essays, Bücher zu Themen wie Architektur, Design und Kunst, Kinderbücher und Graphic Novels (Comics) zu zählen. Auch

dies ist aus Sicht von SWIPS eine wichtige und äusserst positive Entwicklung und für die Autorinnen und Autoren und ihre Verlage von grosser Bedeutung.

Es besteht Konsens zwischen dem Bundesamt für Kultur (BAK) und den Branchenverbänden einschliesslich SWIPS, dass die mit der KB 2016–2020 eingeführte Strukturförderung für Verlage ein Erfolg ist. Sie hat sich als grundsätzlich wirksam und der Verteilmechanismus für die gesprochenen Gelder als gut funktionsfähig erwiesen. Die noch vorhandenen Schwachstellen sind erkannt und notwenige Verbesserungen im vertrauensvollen Gespräch zwischen dem BAK und den Vertretern der Branchenverbände auf den Weg gebracht.

Gegenüber dem Zustand vor 2016 ist nach Ansicht von SWIPS also bei der Kulturförderung des Bundes ein grosser Schritt in die richtige Richtung erfolgt. Mit der KB 2021–2024 muss nun dieser Weg fortgesetzt werden, um die Wirksamkeit der bestehenden Massnahmen weiter zu verbessern und zusätzlich notwendige Instrumente der Literaturförderung zu schaffen.

Verlagsförderung 2021–2024: Verbesserung der Wirksamkeit

Die KB 2021–2024 sieht vor, dass die Verlagsförderung unverändert fortgeführt werden soll. Um deren Wirksamkeit zu verbessern, ist nach Ansicht von SWIPS jedoch eine deutliche Erhöhung der dafür eingeplanten Beiträge unbedingt erforderlich.

Für die Verlagsförderung sind statt der im Vernehmlassungsentwurf genannten 1.8 bis 1.9 Mio Franken pro Jahr 2.5 Mio Franken pro Jahr über die gesamte Periode vorzusehen, also total 10 Mio Franken für 2021–2024.

Die Parameter des Verteilungsmechanismus sind demnach der erhöhten Gesamtsumme so anzupassen, dass sowohl bei den Förderprämien als auch bei den Strukturbeiträgen entsprechend höhere Mindest- und Maximalbeiträge (für Förderprämien) bzw. ein höherer Plafond (für Strukturbeiträge) festgesetzt werden können.

Alle Schweizer Verlage arbeiten in einem unverändert schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und mit knappsten Budgets. Deutlich erhöhte jährliche Ausschüttungen sowohl bei den Förderprämien als auch bei den Strukturbeiträgen entfalten naturgemäss eine stärkere Wirkung und ermöglichen nachhaltigere strukturelle Verbesserungen bei den Empfängern.

Zudem sollen in Zusammenarbeit mit den Branchenverbänden die kleinen Verlage aktiv zur Bewerbung um Förderprämien eingeladen werden.

Weitere Massnahmen

Neben der weitergeführten und hinsichtlich des Zahlungsrahmens erweiterten strukturellen Verlagsförderung sollten im Rahmen der KB 2021–2024 nach Ansicht von SWIPS folgende weitere Fördermassnahmen eingeführt werden, die der Produktion und Verbreitung belletristischer Werke, Sach- und Kinderbücher sowie Graphic Novels (Comics) insgesamt zugutekommen.

Buchhandelsförderung

Der SBVV hat ein Konzept für die Förderung von Buchhandlungen in ihrer mit den Verlagen vergleichbaren Rolle als Kulturvermittler erarbeitet. Dieses basiert ähnlich wie die Verlagsförderung auf transparenten und rationalen Kriterien bei Förderberechtigung und bei der Bemessung der zu vergebenden Gelder an einzelne Empfänger. SWIPS begrüsst und unterstützt dieses Konzept ausdrücklich.

Wie Verlage erbringen insbesondere inhabergeführte Sortimentsbuchhandlungen, die ein regelmässiges Veranstaltungsprogramm beispielsweise mit Lesungen sowie Autoren- oder Podiumsgesprächen oder Aktivitäten mit

Kindern bestreiten, einen äusserst wertvollen Beitrag zur Förderung von Literatur und des Lesens. Wie die Verlage sind sie somit gleichzeitig kaufmännische Unternehmen und Protagonisten des Kulturlebens.

Wie in den allermeisten Fällen die Urheber literarischer Werke und ihre Verlage operieren auch Buchhandlungen mit knappsten Budgets und Erträgen, während Gestaltung, Promotion und Durchführung eines Veranstaltungsprogramms grosse finanzielle Aufwendungen erfordern.

Buchhandlungen sind das dritte Glied der Wertschöpfungskette von Belletristik sowie Sach- und Kinderbüchern. Wenn die Schöpferinnen und Schöpfer dieser Werke und ihre Qualitätssicherung und Verbreitung durch Verlage gefördert werden, ist die Unterstützung auch der Buchhandlungen als aktive Vermittler an das Publikum aus Mitteln der Kulturförderung des Bundes nur die konsequente Vollendung einer echten Literaturpolitik im weiteren Sinne.

Austausch im Inland

Die KB 2021–2024 unterstreicht die Bedeutung der Übersetzung von Werken Schweizer Autorinnen und Autoren in die anderen Landesprachen und sieht auch dafür Fördermittel vor. SWIPS begrüsst diese Massnahme sehr. In der gegenwärtigen Form bleibt die Übersetzungsförderung allerdings auf halbem Weg stehen: Während die Kosten für die eigentliche Übersetzung und das Lektorat des in die anderen Sprachen übertragenen Textes durch Beiträge an den Originalverlag bzw. die Übersetzerinnen und Übersetzer teilweise gedeckt werden, sind danach für den Lizenzverlag Druckkostenzuschüsse kaum mehr zu bekommen. Gleichzeitig lassen sich die Herstellkosten aus dem Verkauf der fremdsprachigen Ausgabe kaum je refinanzieren, da oftmals keine kostendeckende Auflage abgesetzt werden kann.

SWIPS fordert daher, dass die Übersetzungsförderung des Bundes um Druckkostenzuschüsse an den jeweiligen Lizenzverlag erweitert und damit vervollständigt wird. In der KB 2021–2024 ist daher der Zahlungsrahmen entsprechend auszuweiten und die entsprechende Verordnung anzupassen.

Vorgaben für Ankäufe durch öffentliche Bibliotheken

SWIPS unterstützt ebenfalls ausdrücklich die unter anderem vom SBVV geforderten Massnahmen bei der Ankaufspolitik von Büchern mit Steuergeldern. Die Beschaffung von Büchern durch öffentliche Institutionen wie Schulen und Hochschulen, Bibliotheken und Verwaltungsstellen auf allen staatlichen Ebenen bei Schweizer Buchhandlungen ist reine und hocheffektive Literaturförderung.

Zusammenfassung

- SWIPS würdigt ausdrücklich die Anerkennung seitens des Parlaments und des BAK von Verlagen als Akteure des Schweizer Kulturlebens und die Ausweitung des Literaturbegriffs in der Kulturförderung des Bundes auf Sachbücher, Kinderbücher sowie Graphic Novels (Comics).
- SWIPS fordert die **Ausweitung des Zahlungsrahmens** für die Verlagsförderung in der Finanzierungsperiode 2021–2024 auf total 10 Mio Franken (2.5 Mio Franken pro Jahr), um die **Erhöhung der Förderprämien und Strukturbeiträge** zu ermöglichen und damit **deren Wirksamkeit zu stärken**.
- SWIPS unterstützt ausdrücklich das **Konzept des SBVV für eine Buchhandelsförderung** zur Unterstützung von Veranstaltungsprogrammen und die damit eingehende Anerkennung von Sortimentsbuchhandlungen als Akteure des Schweizer Kulturlebens.
- SWIPS fordert eine **Ergänzung** der in der KB 2021–2024 vorgesehenen **Massnahmen zur Förderung des Austausches im Inland durch Druckkostenzuschüsse für die Lizenzverlage** von aus anderen Landessprachen übersetzten Büchern.
- SWIPS unterstützt die vom SBVV und anderen Verbänden vorgeschlagenen **Massnahmen bei der Ankaufspolitik von Büchern aus Schweizer Verlagen mit Steuergeldern** durch die öffentliche Hand auf allen staatlichen Ebenen.

Mit freundlichen Grüssen,

Patrick Schneebeli

Verlag Scheidegger & Spiess, Zürich

Delegierter SWIPS in der Arbeitsgruppe Verlagsförderung BAK / SBVV / SWIPS / ASDEL / SESI

Annette Beger

Kommode Verlag, Zürich, Vorstandsmitglied SWIPS

Matthias Graezer

Unionsverlag, Zürich, Vorstandsmitglied SWIPS

Rosie Krebs

Limmat Verlag, Zürich, Vorstandsmitglied SWIPS

Bea Maritz

edition pudelundpinscher, Wädenswil, Vorstandmitglied SWIPS

Heinz Scheidegger

Edition 8, Zürich, Vorstandsmitglied SWIPS



Tanznetzwerk Schweiz
Réseau Danse Suisse
Rete Danza Svizzera
Dance Network Switzerland

A l'att. de M. Alain Berset, Conseiller fédéral
et Mme Isabelle Chassot, Directrice
Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Office fédéral de la culture (OFC)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Berne

Envoyé par e-mail à :
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zurich/Lausanne/Genève, 18 septembre 2019

Message culture 2021-2024 : Réponse à la consultation

Cher Monsieur le Conseiller fédéral,
Chère Madame la Directrice de l'Office fédéral de la culture,

Nous nous permettons de vous faire parvenir par la présente la prise de position de l'association Reso – Réseau Danse Suisse sur le projet mis en consultation du Message culture 2021-2024.

Nous tenons à indiquer au préalable que Reso – Réseau Danse Suisse n'a pas été invité officiellement à déposer une prise de position. Étant donné que les activités de Reso sont principalement financées par la Confédération et les 26 cantons, nous nous permettons donc de vous faire part de notre position et nous espérons que notre association pourra être impliquée lors de prochaines consultations fédérales liées à son champ de compétences.

Reso – Réseau Danse Suisse a vu le jour en 2006. L'association est le fruit de vastes discussions entre la scène suisse de la danse et les responsables de la politique culturelle à l'échelle des villes, des cantons et de la Confédération. Les cantons et la Confédération lui ont finalement attribué le mandat d'un «encouragement coordonné pour la danse».

Parmi nos membres figurent aujourd'hui quelque 90 organisations actives dans le domaine de la création professionnelle en danse qui couvrent l'ensemble du territoire suisse. Avec elles, Reso met en œuvre des mesures visant l'amélioration de la qualité et de la diffusion de la danse ainsi que son accessibilité auprès d'un large public. Reso est en outre membre de l'association CULTURA et de l'association Médiation Culturelle Suisse.

1. Mise en œuvre du Message culture 2016–2020

Comment jugez-vous la mise en œuvre du Message culture 2016–2020 par l'Office fédéral de la culture (OFC), Pro Helvetia et le Musée national suisse (cf. point 1.4.1 du rapport explicatif) ?

Un point fort du Message culture 2012-2015 de la Confédération était le renforcement de la discipline artistique qu'est la danse, marquée entre autres par un manque important d'encouragements et d'infrastructures. Dans ce dernier Message culture, Reso – Réseau Danse Suisse a été cité comme un modèle de « politique d'encouragement coordonné innovant », qui pourrait être appliqué à d'autres disciplines. Ce n'est hélas pas ce qui s'est passé par la suite.

Au contraire, nous constatons en considérant le Message culture 2016-2020, un changement important de paradigme : avec la concentration sur les thèmes transversaux « participation culturelle », « cohésion sociale » et « création et innovation », les moyens d'encouragement culturels de la Confédération ont été de plus en plus transférés de la création artistique professionnelle aux domaines de la culture amateur, du socioculturel et de l'industrie créative. Le Message culture actuel a donc activement contribué à



Tanznetzwerk Schweiz
Réseau Danse Suisse
Rete Danza Svizzera
Dance Network Switzerland

l'augmentation de la pression sur les disciplines artistiques traditionnelles de la part des villes et des cantons, les poussant à une subordination accrue à des objectifs économiques et sociaux-politiques ! Bien que la danse – de par « l'être ensemble » qu'elle suppose et sa tendance à chercher l'émancipation et l'expérimentation – incarne de façon naturelle et idéale les trois axes d'action du Message culture 2016-2020, force est de constater aujourd'hui que la danse n'a guère profité des mesures d'encouragement spécifiques de la Confédération.

En 2017, le soutien conjoint apporté à Reso par l'OFC et Pro Helvetia a été entièrement transféré, au niveau de la Confédération, à Pro Helvetia. La Conférence permanente Danse a été dissoute et intégrée à un groupe de travail provisoire du Dialogue culturel national. Dans le sillage de mesures d'économies, la contribution versée par Pro Helvetia à Reso a été diminuée d'environ 23'000 francs par an pour les années 2018-2020.

En 2019, l'Office fédéral de la culture a annoncé sa volonté de fusionner, dès 2021, les Prix suisses de la danse, créés en 2013 seulement, avec les Prix suisses du théâtre. Ces deux exemples – il y en aurait d'autres – illustrent un recul extrêmement inquiétant que nous constatons depuis quatre ans, et qui remet par ailleurs en cause la durabilité de la politique culturelle mise en place précédemment par la Confédération.

Concernant le recul du soutien apporté à Reso depuis 2018 : L'étude «Panorama de l'encouragement de la danse en Suisse» menée pour le compte du Dialogue culturel national montre que l'encouragement de la création professionnelle en danse reste insuffisante et est marquée par des différences régionales énormes. Or «l'encouragement coordonné pour la danse» tel que le propose Reso répond de façon particulièrement efficace à ce type de problèmes. La poursuite du soutien accordé à Reso par la Confédération et les cantons s'impose, tout comme une augmentation significative des moyens, notamment par l'intégration plus active des villes et communes.

Concernant la tendance à la fusion de la danse avec d'autres disciplines des arts de la scène : La tendance à la fusion qui sévit actuellement dans les arts du spectacle et qui se traduit par le regroupement des Prix de la danse et du théâtre prévu par l'OFC ou celui des domaines Danse et Théâtre chez Pro Helvetia se situe aux antipodes d'un encouragement renforcé et concerté de la danse, appelé par les résultats de l'étude citée ci-dessus.

Ces deux exemples – le recul du soutien apporté à Reso, la fusion de la danse avec les arts de la scène – remettent en question l'autonomie, la visibilité et le développement de la danse de manière importante.

La danse a lutté pendant des années pour être considérée comme une discipline à part entière et se développer : avoir ses propres commissions, jury, prix, lignes aux budgets, experts, renforcer ses soutiens, mettre en place une politique d'encouragement concerté etc. La création des Prix suisse de la danse a montré aussi que cet art s'inscrivait dès lors dans une histoire et une reconnaissance. La danse observe aujourd'hui globalement un retour en arrière – c'était d'ailleurs la thématique de l'édition 2018 du Forum Danse. Or, la danse est un domaine artistique à part entière. Il y a une culture, une pratique, des métiers, des techniques, une histoire, des savoirs qui sont propres à la danse. Ce n'est pas parce que l'on est sur une scène que l'on pratique (ou que l'on découvre en tant que public) le même art. Personne n'aurait l'idée de fusionner le théâtre et la musique, pratiquée elle aussi sur une scène. Il ne faut pas oublier non plus que la danse reste encore un art fragile, marginalisé, sous-doté par rapport aux autres disciplines artistiques. Elle a besoin de visibilité et de soutien et ne peut se faire escamoter sans dommage.

2. Axes d'action de la politique culturelle de la Confédération

Comment jugez-vous le maintien des trois axes d'action de la politique culturelle fédérale (« participation culturelle », « cohésion sociale » et « création et innovation ») et l'ajout de l'accent « numérisation » (voir point 1.4.2 du rapport explicatif) ?

Le projet du Message culture 2021-2024 renforce la tendance mentionnée ci-dessus, qui consiste à transférer les moyens aux domaines de la culture amateur, du socioculturel et de l'industrie créative. En revanche, l'encouragement de la création artistique professionnelle et sa diffusion auprès de publics



Tanznetzwerk Schweiz
Réseau Danse Suisse
Rete Danza Svizzera
Dance Network Switzerland

variés stagne. Des thèmes sociétaux importants, tels que les enjeux actuels de la démocratie, les modes de vie durables et écologiques ou encore les modèles de coopération novateurs – thèmes abordés par ailleurs sur les scènes depuis quelques années déjà – n'apparaissent pas dans le Message culture 2021-2024 de la Confédération. C'est bien dommage : ces dernières années montrent à quel point notre société peine à s'engager dans un renouvellement de pensées et d'actions, pourtant absolument nécessaires.

Les arts et la culture doivent aussi faire face aux changements sociétaux profonds et urgents de notre temps. Reprendre les trois axes du Messages précédents quasi « tels quels » ne laisse pas entrevoir que la Confédération va accompagner les politiques, administrations et acteurs culturels, tout comme les artistes, dans ces nouveaux défis.

Ce sont au contraire principalement des arguments économiques qui sont invoqués, comme le développement de nouveaux marchés. Or précisément dans le domaine de l'accès au marché, des différences déterminantes subsistent entre les diverses disciplines artistiques. Le Message culture n'en tient cependant pas suffisamment compte. La quasi-totalité des formes de production dans le domaine des arts du spectacle, et notamment de la discipline qu'est la danse, nécessite un soutien continu du secteur public, sans quoi elle ne peut tout simplement plus exister.

Il ressort du projet mis en consultation que « innovation » est en grande partie synonyme de « numérisation », au grand dam de développements artistiques innovants, guère pris en considération. Il nous semble indispensable que la notion d'innovation et celle de recherche s'applique également au domaine de l'art en tant que tel, et qu'en ce qui concerne l'innovation, la danse ne soit pas exclusivement traitée comme un outil potentiel au service de l'industrie technologique et de l'économie.

Ceci étant précisé, nous tenons à indiquer que la danse contemporaine s'intéresse depuis longtemps déjà aux développements technologiques et aux coopérations interdisciplinaires. Pour la plupart des compagnies professionnelles, ces technologies restent toutefois hors de prix. Des déficits décisifs dans le domaine de la numérisation sont également à déplorer dans les secteurs de la médiation et du développement du public ainsi que dans l'archivage de la danse professionnelle. Ainsi, et même si l'innovation ne peut pas être restreinte au seul axe de la numérisation, nous sommes favorables à des développements dans ce domaine.

3. Poursuite du développement des mesures

Comment évaluez-vous la fixation des priorités en ce qui concerne le développement des mesures durant la période de financement 2021 à 2024 (voir points 1.4.2.1 à 1.4.2.3 du rapport explicatif) ?

Reso – Réseau Danse Suisse demande que les résultats de l'étude « Panorama de l'encouragement de la danse en Suisse » influent de façon adéquate sur le prochain Message culture, non seulement de façon rhétorique, mais aussi en libérant les moyens financiers nécessaires à la mise en place des mesures d'encouragement.

L'étude révèle des différences gigantesques au niveau de l'encouragement, des infrastructures et de la présence de la danse professionnelle dans les régions et en particulier entre les quatre grandes villes suisses et le reste du pays. Pour gagner de nouvelles régions et de nouveaux publics, il faut investir dans le développement du public et dans le secteur jeune public. Ce sont précisément des domaines où Reso est actif depuis des années et a récolté de multiples expériences.

D'après le projet, Pro Helvetia désire lancer, en collaboration avec des villes et des cantons, des développements dans certaines régions en sus de l'engagement de Reso ainsi que dans d'autres disciplines. Des moyens financiers supplémentaires ne sont toutefois pas prévus pour cet engagement. Nous demandons toutefois que les moyens nécessaires à « l'encouragement conjoint à la danse » par Reso – Réseau Danse Suisse soient inscrits explicitement dans le Message culture 2021-2024.

Le nouveau département Arts du spectacle de Pro Helvetia (né de la fusion toute récente des domaines Danse et Théâtre) accordera à l'avenir les soutiens réguliers aussi à la production, à la diffusion et à la promotion d'œuvres contemporaines dans les domaines du nouveau cirque et du théâtre musical. Si



Tanznetzwerk Schweiz
Réseau Danse Suisse
Rete Danza Svizzera
Dance Network Switzerland

nous saluons solidairement cette nouveauté, la question du financement demeure néanmoins sans réponse. La demande de hausse de crédit pour l'ensemble des disciplines s'élève à seulement 1 million de francs. Alors que pour la danse, les moyens manquent déjà aujourd'hui pour les contributions subsidiaires à la création d'œuvres, qui, au cours des dernières années, ont été continuellement versées à la promotion et à la diffusion et qui ne représentent actuellement que 4% du budget des aides accordées à la danse. Il manque par ailleurs depuis des années les moyens nécessaires au développement des conventions de soutien conjoint, financées conjointement par les villes, les cantons et Pro Helvetia, et qui se sont établies comme l'unique instrument efficace de promotion de l'excellence. De manière générale, toute nouvelle mesure devrait impérativement être accompagnée de moyens supplémentaires y liés, dans un domaine professionnel déjà fortement marqué par une grande précarité économique de ses principaux acteurs et actrices, à savoir, les artistes !

Le soutien aux Archives suisses des arts de la scène (SAPA) est en outre particulièrement menacé. La fondation a vu le jour en 2018 à l'initiative de l'OFC, suite à la fusion de la Collection suisse de la danse et de la Collection suisse du théâtre, avec au moins cet espoir que les synergies puissent libérer les moyens nécessaires à la numérisation et à la médiation de ce patrimoine culturel immatériel. Il ressort par ailleurs du projet mis en consultation que l'OFC désire favoriser deux organisations à partir de 2021 (nouvelle intégration de l'organisation *Bibliosuisse* ainsi qu'une hausse déjà prévue par l'OFC à la *Fondation de la photographie suisse*), sans toutefois prévoir de hausse générale des ressources allouées à ce domaine. Pour garantir la conservation du patrimoine culturel éphémère des Arts de la scène, nous nous opposons vivement à la diminution prévue du soutien apporté par l'OFC à la Fondation SAPA.

6. Ressources financières pour la mise en œuvre du Message culture 2021–2024

Comment évaluez-vous les ressources financières affectées à la mise en œuvre du Message culture 2021–2024 (voir point 4 du rapport explicatif), qui s'élèvent à un montant total de 942,8 millions de francs ? Comment évaluez-vous les priorités établies par rapport aux moyens prévus ?

La position de principe de Reso – Réseau Danse Suisse est qu'un pays aussi prospère que la Suisse devrait investir plus de 0,3 % des dépenses de la Confédération pour la culture. Les artistes apportent incontestablement une contribution de taille à la «cohésion nationale». C'est pourquoi la Confédération devrait, en complément aux cantons et aux communes, mettre à disposition des moyens d'encouragement culturels adéquats. Tout en rappelant le rôle et l'importance accordés par l'OFC à l'économie culturelle et créative pour notre pays, et en nous référant aux exigences passées, nous plaçons pour qu'au minimum 1 % des dépenses publiques fédérales soient consacrées au soutien à la culture ainsi qu'à un encouragement à la danse qui tient compte des défis actuels à surmonter.

En espérant vivement que notre réponse sera prise en considération et puisse influencer le projet du Message culture 2021-2024 positivement, nous vous présentons, au nom de l'ensemble du comité de Reso – Réseau Danse Suisse, nos salutations les plus distinguées.

Sandrine Kuster
Présidente

Boris Brüderlin
Directeur

Les autres membres du comité :

- Anne Davier, Directrice adc Association pour la danse contemporaine, Genève
- Anne-Catherine de Perrot, Directrice Evalure, Zurich
- Karine Grasset, Secrétaire générale Corodis, Lausanne
- Sandro Lunin, Directeur Kaserne Basel
- Sarah Neumann, Secrétaire générale La Manufacture, Lausanne

Madame, Monsieur,

Nous faisons suite à la mise en consultation par la Confédération du **Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 - 2024** (message culture), du 29.5.19.

Nous avons pris connaissance avec intérêt de son contenu et entendons faire les observations suivantes:

Dans l'évaluation pour la période 2016-2020 (p.11) figure le fait qu' « *avec les ressources supplémentaires disponibles depuis 2016, Pro Helvetia soutient la présence suisse d'importants festivals et manifestations dans tous les domaines afin de renforcer la visibilité des artistes à l'étranger* ». Dans le Domaine Musique, tous les domaines ne sont en réalité pas soutenus par Pro Helvetia, ni n'ont pu bénéficier desdites ressources supplémentaires, car les soutiens sont réservés à la création d'œuvres suisses contemporaines. En conséquence, des pans entiers du Domaine Musique - la musique ancienne et sur instruments d'époque notamment - n'ont bénéficié d'aucun soutien fédéral.

S'agissant de la période 2021-2024, cette limitation de l'aide est reconduite dans le Message culture. C'est ainsi que pour la Diffusion de la culture suisse à l'étranger et des échanges culturels internationaux (2.2), son financement dans le domaine Musique (2.3.5) est limité à la création: « *La Confédération soutient la création et la diffusion en Suisse et à l'étranger de nouvelles œuvres de musique classique contemporaine* » (p25).

La Suisse peut se targuer de disposer de plusieurs ensembles de musique classique de premier plan. Notre ensemble, à titre d'exemple, est reconnu dans son domaine - la musique ancienne et sur instruments d'époque - comme l'un des meilleurs au monde. Il effectue annuellement plusieurs tournées dans des festivals et des salles parmi les plus prestigieux d'Europe et du monde. Cependant, il doit renoncer à de nombreux concerts faute de soutien de la part de la Confédération, malgré un soutien au niveau cantonal.

Nous souhaitons dès lors dès 2021:

- que le soutien pour la diffusion à l'étranger dans le Domaine Musique ne soit plus réservé comme jusqu'ici à la création d'œuvres suisses contemporaines, mais que des ensembles dont l'excellence est reconnue soient éligibles au dispositif d'aide financière, même si leur programme de concert ne comprend pas une telle création. La Suisse soutiendrait ainsi des ambassadeurs culturels de haut niveau, susceptibles de diffuser l'art et la culture suisses à l'étranger;

- que la pratique de Pro Helvetia en la matière (« *Dans le domaine de la musique classique, les programmes doivent comporter une part significative d'œuvres contemporaines suisses* », cf Le guide à l'usage des requérants musique, point 2.2.2 (Manifestations à l'étranger)) **soit modifiée dans le même sens.**

En vous remerciant de bien vouloir tenir compte de nos observations, et tout en restant à votre disposition, nous vous transmettons nos salutations respectueuses.

Frederik Sjollesma
Manager
+41 22 734 71 70 - mobile +41 76 317 32 12

<http://www.gliangeligeneve.com/>



Copie à:

M. Thierry Apothéloz, Conseiller d'Etat de la République et Canton de Genève, chargé du Département de la Cohésion sociale

M. Sami Kanaan, Conseiller administratif de la Ville de Genève, chargé de la Culture et du Sport

M. Andri Hardmeier, Pro Helvetia, Responsable Musique

MM Andrew Ferguson et Didier Schnorhrk, Groupement d'intérêt des employeurs musique (GIEM), Genève

M. David Jaussi, Orchestre de la Suisse romande, Directeur administratif et financier

M. Stephan MacLeod, Gli Angeli Genève, Directeur artistique

Madame, Monsieur,,

Je me permets de vous adresser un bref **addenda**, s'agissant de la justification d'une aide à la diffusion à l'étranger concernant en particulier la musique ancienne et sur instruments d'époque:

La Confédération dépense des sommes très importantes tant à la Schola Cantorum de Bâle, rattachée à la Musikhochschule bâloise, qu'au Département de Musique ancienne de la Haute Ecole de Musique de Genève, pour former une élite de musiciens dont le travail, dans un domaine qui ne fonctionne au plus haut niveau que dans le cadre du rayonnement et des voyages des musiciens, n'est jamais soutenu par Pro Helvetia, en raison de la disposition réservant l'aide à la diffusion à la seule création d'oeuvres contemporaines suisses.

Il nous semble qu'il s'agit d'une mauvaise allocation des ressources publiques, en l'occurrence celles de la Confédération, que de financer dans un premier temps des études coûteuses, pour que dans un second la carrière de ces musiciens et leur rayonnement ne soit aucunement soutenue par la Confédération, pour elle Pro Helvetia.

C'est pourquoi nous demandons que le Message culture et les règlements internes de Pro Helvetia soient amendés afin de permettre un soutien de la diffusion à l'étranger pour des ensembles de musique ancienne dont l'excellence est reconnue.

En vous remerciant une fois de plus de bien vouloir tenir compte de nos observations, et tout en restant à votre disposition, nous vous transmettons nos salutations respectueuses.

Frederik Sjollema
Manager
+41 22 734 71 70 - mobile +41 76 317 32 12

<http://www.gliangeligeneve.com/>



Le 19 sept. 2019 à 10:08, Frederik Sjollema <fsjollema@gliangeligeneve.com> a écrit :

Madame, Monsieur,

Nous faisons suite à la mise en consultation par la Confédération du **Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024** (message culture), du 29.5.19.

Nous avons pris connaissance avec intérêt de son contenu et entendons faire les observations suivantes:

Dans l'évaluation pour la période 2016-2020 (p.11) figure le fait qu' « avec les ressources supplémentaires disponibles depuis 2016, Pro Helvetia soutient la présence suisse d'importants festivals et manifestations dans tous les domaines afin de renforcer la visibilité des artistes à l'étranger ». Dans le Domaine Musique, tous les domaines ne sont en

réalité pas soutenus par Pro Helvetia, ni n'ont pu bénéficier desdites ressources supplémentaires, car les soutiens sont réservés à la création d'œuvres suisses contemporaines. En conséquence, des pans entiers du Domaine Musique - la musique ancienne et sur instruments d'époque notamment - n'ont bénéficié d'aucun soutien fédéral.

S'agissant de la période 2021-2024, cette limitation de l'aide est reconduite dans le Message culture. C'est ainsi que pour la Diffusion de la culture suisse à l'étranger et des échanges culturels internationaux (2.2), son financement dans le domaine Musique (2.3.5) est limité à la création: *«La Conf d ration soutient la cr ation et la diffusion en Suisse et l' tranger de nouvelles œuvres de musique classique contemporaine » (p25).*

La Suisse peut se targuer de disposer de plusieurs ensembles de musique classique de premier plan. Notre ensemble, à titre d'exemple, est reconnu dans son domaine - la musique ancienne et sur instruments d'époque - comme l'un des meilleurs au monde. Il effectue annuellement plusieurs tournées dans des festivals et des salles parmi les plus prestigieux d'Europe et du monde. Cependant, il doit renoncer à de nombreux concerts faute de soutien de la part de la Confédération, malgré un soutien au niveau cantonal.

Nous souhaitons dès lors dès 2021:

- que le soutien pour la diffusion tranger dans le Domaine Musique ne soit plus r serv comme jusqu'ic a cr ation d'œuvres suisses contemporaines, mais que des ensembles dont l'excellence est reconnue soient ligib e dispositif d'aide financière, même si leur programme de concert ne comprend pas une telle création. La Suisse soutiendrait ainsi des ambassadeurs culturels de haut niveau, susceptibles de diffuser l'art et la culture suisses à l'étranger;

- que la pratique de Pro Helveita en la matière (*« Dans le domaine de la musique classique, les programmes doivent comporter une part significative d'œuvres contemporaines suisses »*, cf Le guide à l'usage des requérants musique, point 2.2.2 (Manifestations à l'étranger)) **soit modifiée dans le même sens.**

En vous remerciant de bien vouloir tenir compte de nos observations, et tout en restant à votre disposition, nous vous transmettons nos salutations respectueuses.

Frederik Sjollem
Manager
+41 22 734 71 70 - mobile +41 76 317 32 12

<http://www.gliangeligeneve.com/>

[<PastedGraphic-3.tiff>](#)

Copie à:

M. Thierry Apothéloz, Conseiller d'Etat de la République et Canton de Genève, chargé du Département de la Cohésion sociale
M. Sami Kanaan, Conseiller administratif de la Ville de Genève, chargé de la Culture et du Sport
M. Andri Hardmeier, Pro Helvetia, Responsable Musique
MM Andrew Ferguson et Didier Schnorhrk, Groupement d'intérêt des employeurs musique (GIEM), Genève
M. David Jaussi, Orchestre de la Suisse romande, Directeur administratif et financier

M. Stephan MacLeod, Gli Angeli Genève, Directeur artistique



Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
3003 Bern

Per Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 19. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Interessengemeinschaft Künstler*innen Nachlass-Initiativen IG KNI (www.ig-kni.ch) begrüsst, dass der Bundesrat beschlossen hat, mit der Weiterentwicklung der Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und „Kreation und Innovation“ eine Kontinuität zu gewährleisten, die für das kulturelle Leben der Schweiz wichtig ist.

Als Organisationen, die sich dem Bewahren von künstlerischen Nachlässen widmen, bedauern wir hingegen, dass in der neuen Kulturbotschaft keine expliziten Ziele und Massnahmen in diesem Bereich ausgearbeitet wurden. Die IG KNI vertritt sieben Initiativen, die gemeinsam mehrere 10'000 Kunstwerke verwalten und sie der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die betreuten Nachlässe dokumentieren die Entwicklung des schweizerischen Kunstschaffens und tragen zur Stärkung der kulturellen Identität bei. Durch die fachgerechte Lagerung und Erschliessung stehen die Werke der Öffentlichkeit zur Verfügung – sei es digital, in Ausstellungen oder bei Besichtigungen in den Archiven. Damit übernehmen die Künstler*innen Nachlass-Initiativen eine wichtige Aufgabe, die Bevölkerung am kulturellen Leben teilhaben zu lassen und ihr das regionale Kunstschaffen zu vermitteln. Dieses Engagement wird gegenwärtig von den einzelnen Organisationen allein getragen. Es ist aber deren einhellige Meinung, dass sich die öffentliche Hand auf allen Staatsebenen in Zukunft an dieser Aufgabe beteiligen muss.

Das Bundesamt für Kultur BAK unterstützt zwar im Rahmen seiner Fördertätigkeit Museen und Sammlungen, indem es Betriebsbeiträge an Institutionen und Netzwerke von Dritten vergibt, die nicht vom Bund geführt werden.¹ Bei den 13 seit 2018 unterstützten Institutionen handelt es sich jedoch ausschliesslich um Museen, die zwar auch einen Sammlungsbestand haben, diesen jedoch öffentlich ausstellen können. Reine Sammlungs- und Bewahrungstätigkeit, also die eigentliche Funktion der Kunstarchivierung, scheint in dieser Art der Förderung bislang nicht unterstützenswert.

¹¹ Erläuternder Bericht zur Vernehmlassungsvorlage, S. 8.

ArchivArte
Breitenrainstrasse 47
3013 Bern
www.archivarte.ch



Die IG KNI fordert daher, dass das Bundesamt für Kultur seine Schwerpunkte in der Unterstützung von Sammlungen auf die Nachlassgesellschaften ausweitet und so dazu beiträgt, das Erbe des schweizerischen Kunstschaffens zu bewahren.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen,

für die IG KNI:

ArchivArte, Bern

Sig. Marianne Keller Tschirren, Franz-Josef Sladeczek, Steffi Göber-Moldenhauer

Archiv Regionaler Künstler*innen, Basel

Sig. Ricarda Gerosa

Art-Nachlassstiftung, Bern

Sig. Günther Ketterer

Fondation Ateliers d'Artiste, St-Maurice

Sig. Jean Menthonnex, Walter Tschopp

Galleria il Tesoro, Altendorf

Sig. Ueli Eberhart

Kunststiftung Zürichsee, Horgen

Sig. Ulrich Fausch, Matthias Fischer

Nachlass-Saat, Olten

Sig. Regina Graber

Bundesamt für Kultur

Stabsstelle Direktion

Per E-mail an

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 18. September 2019/hl

**Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024
(Kulturbotschaft);
Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns, zur aktuellen Vorlage für die Kulturbotschaft Stellung nehmen zu dürfen. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr.

Suisseculture ist der Dachverband der Fach- und Berufsverbände der professionellen Kulturschaffenden der Schweiz. Uns gehören alle gesamtschweizerischen Organisationen der professionellen Kulturschaffenden sowie vier Urheberrechtsgesellschaften an. Wir nehmen vor allem zu den allgemeinen Punkten Stellung, die unsere Mitglieder betreffen. Zu den spartenspezifischen Themen äussern wir uns nur in groben Zügen. Unsere Mitgliederverbände werden im Detail dazu Stellung nehmen.

Suisseculture gehören folgende Verbände und Organisationen an: AdS - Autorinnen und Autoren der Schweiz; ARF/FDS – Verband Filmregie und Drehbuch Schweiz; assitej – Verband theater für junges publikum; dansesuisse – Berufsverband der Schweizer Tanzschaffenden; Fondation SUISA; impressum - Die Schweizer Journalistinnen; Pro Cirque; ProLitteris; ProLitteris - Fürsorge-Stiftung; SBf - Schweizer Berufsfotografen; SBKV, Schweizerischer Bühnenkünstlerverband; SGBK, Schweizerische Gesellschaft Bildender Künstlerinnen; SIG - Schweizerische Interpretengenossen-schaft; SMV - Schweizerischer Musikerverband; SONART – Musikschaffende Schweiz; STFG – Schweizerische Trickfilmgruppe; SSA - Société Suisse des Auteurs; SSM - Schweizer Syndikat Medienschaffender; ssfv – schweizer syndikat film und video; ssrs - syndicat suisse romand du spectacle; syndicom – Gewerkschaft Medien und Kommunikation; SUISA; SUISSIMAGE; t. Theaterschaffende Schweiz; UNIMA Suisse; USPP - Union Suisse des Photographes Professionnels; VISARTE – Berufsverband visuelle Kunst Schweiz; vfg - Vereinigung fotografischer GestalterInnen

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich beurteilen wir die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als positiv. Suisseculture hat in seiner Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2016–2020 deren Ziel und Inhalt positiv beurteilt. Nun wurde auch deren Umsetzung in den meisten Bereichen positiv in Angriff genommen. Sie ist in vielen Punkten nicht abgeschlossen, weswegen der Bundesrat richtigerweise auf Fortsetzung und Kontinuität setzt. Die Arbeit von Pro Helvetia und dem Bundesamt für Kultur ist aus Sicht von Suisseculture durchaus positiv zu würdigen.

Nach wie vor wurden aber die Organisationen der Kulturschaffenden in den meisten Bereichen nicht oder zu wenig miteinbezogen. Dies führte auch zu Umsetzungen, die an der Realität und den Bedürfnissen des Kulturschaffens in unserem Land vorbeigehen.

In der **Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender** wurden Einschränkungen eingeführt, mit welchen diese bestraft werden, wenn sie Aktivitäten entwickeln, die nicht in das Raster dieser Verordnung passen, anstatt zu umschreiben, welche Aktivitäten vom BAK unterstützt werden und welche nicht.

Mehrfach wurde in der Kulturbotschaft 2016–2020 die grosse Bedeutung der medialen Vermittlung der Kultur hervorgehoben und, richtigerweise, deren Verschwinden in den traditionellen Medien festgestellt. Es wurden Massnahmen vor allem in Bezug auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Literaturzeitschriften, aber auch in anderen Kulturbereichen, insbesondere im Bereich elektronischer Medien und Plattformen angekündigt. Pro Helvetia hat in den letzten Jahren selbst verschiedene Anläufe zur Schaffung solcher Plattformen unternommen, in der Regel aber ohne jegliche Absprache mit den Kulturorganisationen oder bereits bestehenden Projekten (in allen Kulturbereichen bestehen Plattformen, die, unkoordiniert wie sie sind, nur rudimentäre Beachtung finden). So wurden von Pro Helvetia bedeutende finanzielle Mittel in eigene Plattformen investiert, die höchstens in Insiderkreisen Beachtung finden und nicht annähernd den gewünschten Effekt erzielen – statt Massnahmen in enger Absprache und Zusammenarbeit mit der Kulturbranche zu entwickeln, die eine breitere Wirkung hätten.

In der Evaluation werden vorwiegend Massnahmen erwähnt, die neu eingeführt oder verstärkt wurden. Keine Erwähnung finden Massnahmen, die in der Kulturbotschaft 2016 beabsichtigt, jedoch nicht umgesetzt wurden.

Es war vorgesehen, Literaturzeitschriften mit der Ausschreibung von mehrjährigen Leistungsvereinbarungen zu unterstützen, mit dem Ziel der Förderung des Austauschs und des Zugangs zur Literatur. Diese wichtige Massnahme fiel Sparbeschlüssen der

Eidg. Räte zum Opfer.-Paradoxerweise wurde durch die **Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender** zudem die Einstellung der einzigen Zeitschrift über das zeitgenössische Musikschaffen «Dissonanz» erzwungen, die von einer kulturellen Organisation herausgegeben wurde, der die Unterstützung entzogen wurde. Dies, weil sie diese, nicht über den KUOR-Beitrag finanzierte Zeitschrift, herausgegeben hat.

Impressum – Schweizer Journalisten, Mitglied von Suisseculture, fordert die Aufnahme der Journalistinnen und Journalisten als Kulturschaffende in die Kulturbotschaft und bezieht sich dabei auf die UNESCO-Definition von Kultur.

Suisseculture hat Verständnis für die Anliegen Impressums, ist jedoch der Meinung, dass der Journalismus über ein Medienförderungsgesetz und nicht aus den schon sehr knapp bemessenen Mitteln der Kulturförderung unterstützt werden soll. Hingegen sollte der Kulturjournalismus in der Kulturbotschaft besser berücksichtigt werden. Ohne Kulturjournalismus, ohne kulturelle Kolumnen, ohne kulturelle Zeitschriften leiden alle Kulturbereiche oder sind sogar bedroht. Um dem Kulturjournalismus mehr Beachtung zu verleihen, können wir uns die Schaffung eines neuen Preises für diesen Bereich vorstellen.

Vielfach wird in der Kulturbotschaft 2016–2020 die grosse Bedeutung der Vernetzung des Schweizer Kulturschaffens auf europäischer Ebene hervorgehoben. Die umfassende Arbeit von Pro Helvetia auf diesem Gebiet bewerten wir sehr positiv. Allerdings wurden im Bereich der **Entwicklung eines Promotionsmodells** bereits vorhandene und gut funktionierende Infrastrukturen einer Schweizer Partnerorganisation in Berlin nicht genutzt, was zu unnötigen Doppelspurigkeiten und Kosten führte.

Ausserhalb des audiovisuellen Bereichs ist wenig zu spüren von Bemühungen zur Integration der Schweiz in Projekte der Europäischen Union. So sind Schweizer Kulturschaffende der meisten Sparten weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen Europäischen Festivals und Wettbewerben ausgeschlossen, während solche anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, offenbar zur Teilnahme zugelassen sind.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Suisseculture unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes. Ebenso die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung». Kontinuität in der eingeschlagenen, grundsätzlich begrüssenswerten, Kulturpolitik des Bundes ist erwünscht.

Der Bundesrat folgt in seinem Vorschlag für die Kulturbotschaft 2021–2024 weitgehend den Megatrends und Hauptargumenten der Europäischen Union. Insbesondere die drei Hauptachsen Kulturelle Teilhabe («audience development»), Gesellschaftlicher Zusammenhalt («social cohesion») und Kreation und Innovation («creation&innovation») sind deckungsgleich mit den Begriffen des Kulturprogramms der Europäischen Union. Umso wichtiger, dass der Bundesrat aktiv den Eintritt der Schweiz in das Kulturprogramm der EU verfolgt, wenn er mit diesen Begriffen operiert.

zu 1.4.2.1 Kulturelle Teilhabe

Der Begriff der Kulturellen Teilhabe enthält andere sprachliche Konnotationen als der Ursprungsbegriff aus dem Kulturprogramm der EU: «audience development». Auch der verwendete Begriff der Kunstvermittlung ist in diesem Zusammenhang verwirrend.

Kulturelle Teilhabe in der ursprünglichen Bedeutung befasst sich vor allem mit der Erschliessung von neuen Formen des Publikums von Kulturinstitutionen oder -initiativen. Besonderes Augenmerk wird in diesem Zusammenhang auf Fragen gelegt, wie kulturferne und/oder soziale Randgruppen einen Zugang zu Kultur erhalten können.

Kulturelle Teilhabe bedingt auch ein Umdenken von Kulturinstitutionen in der Arbeit mit ihrem Publikum, ihren Communities: Neue Ausstellungen, Stücke, Musikprogramme, die in Zusammenarbeit mit einem Publikum erarbeitet werden, ermöglichen auch ein intensiveres Engagement des Publikums für eine Kulturinstitution und/oder -initiative. Entsprechende Programme fehlen in dieser Kulturbotschaft.

zu 1.4.2.2 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Vorschläge zur Handlungsachse «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» beziehen sich auf einzelne Aspekte dieser Handlungsachse. Es fehlt jedoch ein aktives Element, um diese Handlungsachse hervorzuheben. Die Erarbeitung eines Förderprogramms, das insbesondere Kulturschaffende anregt, sich über Sprachgrenzen in künstlerischer Form auszutauschen, könnte eine Möglichkeit darstellen. Der Kulturbereich bietet die Chance, neue Formen des Austauschs zu entwickeln, zu erproben und kann Motor sozialer Innovation sein.

zu 1.4.3.2 Multilaterale Ebene

Der Bundesrat hat bisher ausserhalb des audiovisuellen Bereichs zu wenig Anstrengungen unternommen, ein Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union über die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm 2021–2027 zu erreichen. Zwar wurden Kompensationsmassnahmen für den Mediabereich eingerichtet, für den Kulturbereich, der am 1.1.2015 in das Programm «Kreatives Europa» hätte eintreten sollen, fehlen solche Massnahmen bis heute. Die Kulturverbände fordern den Bundesrat auf, aktiv

das Verhandlungsmandat zur Aufnahme der Schweiz in das europäische Kulturprogramm voranzutreiben und auszuarbeiten.

Europa ist ein Kulturraum, zu dem die Schweiz dazu gehört. Der europäische Kulturraum geht über politische Geografien oder Institutionen hinaus. Der transeuropäische Kulturaustausch ermöglicht europäischen Kulturschaffenden einen intensiven Austausch, von dem die Schweizer Kulturschaffenden ausgeschlossen sind. Die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm ist für die Schweizer Kulturschaffenden elementar wichtig. Die Situation wie sie sich seit 2014 zeigt, stellt eine erhebliche Benachteiligung dar. Diese kann durch Kompensationsmassnahmen erleichtert werden, ersetzt aber keineswegs die volle Beteiligung.

Die Programme «Horizon» und «Erasmus+» sind ebenfalls für den Kulturbereich elementar wichtig, da sowohl Forschungsvorhaben als auch individuelle künstlerische Mobilität innerhalb Europas mit diesen Programmen gefördert werden. Die vollständige Teilnahme auch an diesen Programmen ist für den Schweizer Kulturbereich enorm wichtig.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich sind wir mit der Prioritätensetzung, die auf Kontinuität setzt, einverstanden.

Hierzu einige ergänzende Bemerkungen und Forderungen im Detail zu Kapitel 2 des erläuternden Berichts.

2 Die einzelnen Förderbereiche der Kulturpolitik

2.1.2 Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Die stetige Überprüfung und **Anpassung der Werkbegriffe an die künstlerische Entwicklung** begrüssen wir grundsätzlich. Dies muss aber in stetigem Austausch und Diskurs mit den Kunst- und Kulturschaffenden und deren Organisationen geschehen. Deren Fachwissen und direkten Bezug zu den Kulturschaffenden der verschiedenen Sparten sind bei der Ausarbeitung und Anpassung der Werkbegriffe und der Förderkriterien aktiv miteinzubeziehen.

Ebenso begrüssen wir die Bestrebungen zu **innovativen Zusammenarbeitsformen**. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit muss aber für die Kunst- und Kulturförderung der öffentlichen Hand bei allen Werkbegriffen der künstlerische Wert als einziges Förderkriterium betrachtet werden. Ökonomische, technologische oder wissenschaftliche Bewertungen dürfen dabei keine Rolle spielen.

Die Erkenntnis, dass die Einkommenssituation vieler Kunschtschaffender, trotz erfolgreicher Arbeit, ungenügend ist, können wir voll und ganz bestätigen. Wir begrüssen sehr, dass das BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten und in Zusammenarbeit mit der Szene sowie mit den interessierten Kantonen und Städten eine Praxis angemessener Entschädigungen entwickeln.

Die Absicherung im Bereich der sozialen Sicherheit sollte ebenfalls Teil der Förderstrategie sein. Das BAK sollte auch hier verwaltungsintern eine Beobachterrolle einnehmen, also das Monitoring, und fallweise auch bei Revisionen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze aktiv werden. Veranstalter und Produzenten müssen im Kontext der Förderung auch in die Verantwortung genommen werden, was die soziale Sicherheit ihrer Künstlerinnen und Künstler betrifft.

Seit Jahren stellen wir immer wieder fest, dass in den Gremien von Pro Helvetia (Stiftungsrat, Fachkommissionen sowie Expertinnen und Experten) die Urheberinnen und Urheber massiv untervertreten sind. Hier fordern wir in nächster Zeit dringend nötige Anpassungen.

Auch erwarten wir von BAK und Pro Helvetia sowie den anderen öffentlichen Kulturförderern, dass bei der Vergabe ihrer kulturellen Beiträge auf die Einhaltung der Urheberrechte bestanden wird, und dass das BAK sich verwaltungsintern für eine gerechte urheberrechtliche Entschädigung der Autorinnen und Interpreten aller Sparteneinsetzt.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüssen die Bestrebungen von Pro Helvetia, gemeinsam mit interessierten Städten und Kantonen **spartenspezifische interregionale Netzwerke zu initiieren**, die zur verbesserten Verbreitung von künstlerischen Werken beitragen. Zudem soll künftig vermehrt auch der Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen innerhalb einer Sprachregion gefördert werden.

Wir begrüssen ausdrücklich die von Bund und Pro Helvetia in Angriff genommenen und für die Zukunft geplanten Massnahmen zur **Interkulturalität**. In diesem Bereich ist die vertiefte Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Organisationen anzustreben. So der Verein «artlink», der im Bereich Interkulturalität grosse Erfahrungen und personelle Kompetenzen ausweist. Es ist zu prüfen, ob hier nicht Aufgaben im Leistungsauftrag delegiert werden können, anstatt innerhalb von Pro Helvetia teure Parallelstrukturen aufzubauen. Ebenso anzustreben ist auch in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden, von denen die meisten mit ihren Mitgliedern ebenfalls über einen Erfahrungspool verfügen.

Wir sind erfreut, dass im Bereich **Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbetrieb** Handlungsbedarf erkannt wurde und begrüssen die dazu geplanten Massnahmen. Allerdings wünschen wir uns konkrete Zielvorgaben (50:50) in Bezug auf die «angemessene Beteiligung», wie wir sie bei der selektiven Filmförderung bereits kennen.

Wir unterstützen die aus der Filmbranche stammenden Forderungen zur Berücksichtigung der Kosten von Kinderbetreuung und Pflege von betagten Angehörigen bei der Erstellung und Begutachtung von Projektbudgets durch zusätzliche Mittel. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Gendergerechtigkeit in der Kulturförderung.

Ebenso begrüssen wir die Absichten im Bereich der **Kunstvermittlung**. Im Bereich von Vermittlungsprojekten muss aber die geäusserte Absicht zur Zusammenarbeit mit Partnern auch tatsächlich und auf gleichberechtigter Ebene erfolgen. Kunstschaffen und Kunstvermittlung dürfen sich nicht konkurrenzieren. **Die Förderung der Kunstvermittlung darf nicht zu Lasten der Förderung des Kunstschaffens finanziert werden.** Es kann nicht sein, dass den Urheberinnen und Urhebern Mittel entzogen werden, um ihre Werke zu vermitteln, zumal die Künstlerinnen und Künstler selber die wirkungsvollsten Kulturvermittler sind.

2.1.4 Schweizer Preise

«Für die *Schweizer Kunstpreise* wurde der Schwerpunkt auf die Kategorien Architektur und Kritik/Edition/Ausstellung gelegt [...]». Dieser Satz irritiert sehr. Heisst das, dass der *Kunstpreis* (Swiss Art Award) nicht mehr in erster Linie oder gar nicht mehr an bildende Künstlerinnen und Künstler geht? Die Preise immer mehr weg von den Kunstschaffenden hin zu den Vermittlern zu vergeben, wäre eine fatale Entwicklung und würde dem eigentlichen Fördergedanken der Kunst widersprechen. Diese Schwerpunktsetzung muss dringend überdacht werden.

2.1.5 Organisationen professioneller Kulturschaffender

Wir begrüssen, dass Organisationen professioneller Kulturschaffender weiterhin subventioniert werden. Ohne finanzielle Unterstützung des Bundes sind die meisten dieser Organisationen nur in sehr beschränktem Rahmen handlungsfähig. Sie sind nebst der in der Kulturbotschaft beschriebenen Aktivitäten als Dialogpartner für Behörden und Institutionen, so auch für Bund und Pro Helvetia, unerlässlich. Nach wie vor werden sie aber zu wenig oder zu spät in kulturpolitische Entwicklungsprozesse miteinbezogen. Eine Zusammenarbeit wäre schon ab der ersten Entwicklungsstufe von neuen Überlegungen und Strategien sinnvoll und nicht erst in Form von Einladungen zu Anhörungen etc. Es müssten kontinuierliche Dialogmöglichkeiten mit den Bundesstellen und Kantonen geschaffen werden, z.B. in einem Gefäss des Nationalen Kulturdialogs. Die Verbände sollten standardmässig Teil von

Arbeitsgruppen sein, wenn es um die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte geht.

In der Umsetzung der **Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender** sind, im Dialog mit den betroffenen Organisationen, Anpassungen vorzunehmen.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir unterstützen die Fortsetzung und den Ausbau der Massnahmen in diesem Bereich. Insbesondere begrüssen wir, dass die infolge von Teuerungskorrekturen erfolgten Kürzungen im Bereich der **internationalen Wettbewerbsfähigkeit** in der kommenden Kulturbotschaft 2021 rückgängig gemacht werden, und erwarten, dass die entsprechenden Mittel wieder mindestens dem ursprünglich geplanten Betrag angepasst werden.

Die Weiterführung der beschriebenen Unterstützung von **internationalen Kooperationsprojekten** finden wir begrüssenswert. Hier erwarten wir jedoch vermehrte Anstrengungen für die Beteiligung an Projekten der europäischen Union (Festivals, Wettbewerbe, Vertriebskanäle etc.). Zurzeit sind Schweizer Kulturschaffende weitgehend von solchen Massnahmen ausgeschlossen. Dort, wo solche Beteiligungen nicht erreicht werden können, sind – nicht nur im audiovisuellen Bereich – zusätzliche finanzielle Mittel für Ersatzmassnahmen bereit zu stellen.

Im Bereich der **Promotionsmodelle**, die wir im Grundsatz begrüssen, sollte mehr Rücksicht auf bereits bestehende Strukturen genommen und die Zusammenarbeit besser gepflegt werden. Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation sollte der Leitgedanke sein. Es ist durchaus auch denkbar, dass die Promotionsaufgaben vor Ort an bereits bestehende Organisationen, wie z.B. Swiss Music Export, mittels eines Leistungsauftrags delegiert werden.

Die Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland findet nicht selten auch über den umgekehrten Kanal statt, nämlich indem ausländische Kunstschaftende und Veranstalter zu Veranstaltungen in der Schweiz eingeladen werden – das heisst, durch die gegenseitige Präsenz, also ausländische Gäste hier, Schweizer Kunstschaftende im Ausland. So werden wichtige Kontakte geknüpft, die für langfristige Partnerschaften und vermehrte Auftritte im Ausland förderlich sind. Bei der Promotion ist noch stärker auf die Zusammenarbeit mit den Organisationen und Verbänden und die Weiterentwicklung von bestehenden Strukturen zu setzen.

2.4 Kulturerbe

2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Im Bereich «Netzwerke Dritte» werden für verschiedene Sparten wichtige Archive unterstützt. Gegen die Neuaufnahme von «Bibliosuisse» und einen Beitrag an den Ausbau der Fotostiftung ist grundsätzlich nichts einzuwenden. **Solches darf aber nur erfolgen, wenn auch die hierfür notwendigen Mittel bereitgestellt werden.** Ansonsten sind Kürzungen an bisher unterstützte Netzwerke zu befürchten, die bereits jetzt mit knappen Mitteln wirtschaften müssen.

4. Revision Filmgesetz

Wir begrüßen die Absicht, dass durch den Bund unterstützte Filme in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein sollen, grundsätzlich (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Allerdings lehnen wir die in verschiedenen Medien wiederholt gemachte Äusserung eines leitenden Mitarbeiters des Bundesamtes für Kultur, dass diese gratis zugänglich gemacht werden sollen, vehement ab. Ob es für die Zugänglichmachung einen speziellen Gesetzesartikel braucht, stellen wir in Frage. Eine verbindliche Verpflichtung zur elektronischen Zugänglichmachung der audiovisuellen Werke für Empfänger von Bundesbeiträgen kann in einer Verordnung oder einem Reglement festgelegt werden. So wie bereits heute ein Auswertungsplan im Rahmen der Auswertungskaskade verlangt wird. Festzulegen ist allenfalls, dass der Bund Mittel für die elektronische Auswertung zur Verfügung stellen kann.

Den Gesetzesartikel in der vorliegenden Form (Art. 19a im Filmgesetz) lehnen wir ab.

Wir begrüßen die beabsichtigte Gleichstellung von Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, mit Fernsehveranstaltern. Mit der Verpflichtung, dass diese 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den unabhängigen Schweizer Film investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen müssen, sind wir vollumfänglich einverstanden (Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Ebenso sollten aber auch «Video sharing platforms» und soziale Medien zur Investition in die nationale AV-Produktion verpflichtet werden.

Ebenso einverstanden sind wir damit, dass elektronische Filmanbieter verpflichtet werden sollen, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Hier ist allenfalls auch eine Quote für Schweizer Filmproduktionen ins Auge zu fassen. Zusätzlich sollten Online-Filmanbieter zur Herausstellung dieser Werke in den Katalogen verpflichtet werden.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Mit den Gesetzesanpassungen Art. 1 Bst. a Ziff. 1; Art. 12 Abs. 4 und Art. 17 sind wir einverstanden.

Die Streichung des Bundesbeitrages an die Bundeshauptstadt und somit von Art. 18 lehnen wir ab.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Über die vorgesehenen Erhöhungen der Finanzmittel sind wir sehr erfreut und begrüssen diese ausdrücklich. Wir betrachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Finanzmittel immer noch als zu bescheiden. Insbesondere im Hinblick auf die laufenden grossen technologischen Veränderungen und die grossen Herausforderungen durch den Ausschluss aus Creative Europe.

Ebenso dürften die Mittel nicht ausreichend sein für neue Aufgaben von Pro Helvetia, als da sind: Unterstützung für Tourneen auch ausserhalb von Europa, Ausweitung von zu unterstützenden Werkbegriffen, Erweiterungen auf weitere Mitwirkende (Kuratorinnen, Produzentinnen etc.), Erschliessung oder Systematisierung der Unterstützung neuer Gattungen. **Diese neuen Aufgaben dürfen nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.**

Ausserdem sind in verschiedenen Bereichen (z.B. Beitrag Literaturzeitschriften, Erhalt des Beitrages an die Bundeshauptstadt) zusätzliche Beiträge (wieder-)einzustellen. **Auch diese Beiträge dürfen nicht auf Kosten bereits vorgesehener Unterstützungen erfolgen. Der vorgesehene Finanzrahmen muss insgesamt entsprechend erhöht werden.**

Im Bereich Netzwerke Dritter müssen für eine allfällige Neuaufnahme von «Bibliosuisse» und einen Beitrag an den Ausbau der Fotostiftung (2.4.2.3) zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die neuen Aufgaben, die sich das BAK vornimmt, und für die das zusätzliche Budget beantragt wird, sind nicht nur unter der Bedingung vorgesehen, dass diese Budgetaufstockung auch erfolgt. Sollte das Parlament zwar den neuen Aufgaben zustimmen, aber weniger Geld sprechen, besteht die Gefahr, dass auf Kosten eines

kulturellen Bildungsbereiches bei der Kulturförderung an sich gespart werden muss. Das wäre aus unserer Sicht ganz und gar inakzeptabel.

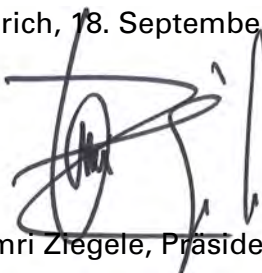
Wir erwarten, dass das BAK nur Aufgaben im kulturellen Bildungsbereich übernimmt, wenn dafür nicht bei der Förderung der Kulturschaffenden und ihrer berechtigten Interessen gespart werden muss. Ansonsten sehen wir es in der Verantwortung des EDI, die Finanzierung der wichtigen musikalischen Förderung aus anderen Budgets sicherzustellen.

Wir verweisen auch auf das **Postulat Quadranti 19.3725**, in dem diese Problematik der Zuweisung von Aufgaben an nur ein Departement aufgegriffen wird.

Kultur ist in der Tat ein weiter Begriff. Für Suisseculture steht «Kultur» im Kontext des Bundesamtes für Kultur vor allem für kreative Arbeit in allen künstlerischen Bereichen. Uns ist es ein zentrales Anliegen, dass die Förderung der kreativen Arbeit und ihrer Rahmenbedingungen nicht zunehmend verdrängt wird von kultureller Bildung oder soziokulturellen Themen. Diese sind selbstverständlich auch von grosser Bedeutung für die Gesellschaft, sie sind aber mit dem beschränkten Budget, das dem BAK zur Verfügung steht, nicht angemessen bearbeitbar.

Suisseculture erwartet, dass das Bundesamt für Kultur in den nächsten Jahren den interdepartementalen Dialog sucht, um die Bereiche der Kulturförderung zu schärfen und bei anderen Aufgaben mit den entsprechenden Departementen und Bundesämtern verstärkt zusammenarbeitet.

Zürich, 18. September 2019



Omri Ziegele, Präsident



Hans Läubli, Geschäftsleiter

Anhang

Spartenspezifische Anliegen, die von Suisseculture unterstützt werden

Bereich Musik

Wettbewerbsfähigkeit: Unter Herausforderungen wird völlig zurecht auf die «oftmals prekäre Gagensituation im Ausland bzw. die im Vergleich dazu hohen Lebens[haltungs]kosten in der Schweiz» als Nachteil für die internationale Verbreitung des Schweizer Musikschafterns hingewiesen. Als Massnahmen dagegen werden weiter unten speziell eine «Beteiligung an den Kosten für Booking und Diffusionsarbeit» erwähnt, nicht aber eine Unterstützung der Gagen der Musikschafternden. Dies müsste aus unserer Sicht der primäre Fokus sein. Nur mit existenzsichernden Gagen können Berufsmusikerinnen und -musiker ihren Beruf auf Dauer ausüben.

Im Filmbereich soll die heutige Reinvestitionspflicht der Fernsehveranstalter auf Online-Filmanbieter ausgedehnt werden. Dies ist voll und ganz zu unterstützen, beherrschen die ausländischen Streamingplattformen doch den Markt zunehmend. Allerdings ist dies im Musikbereich genauso: Der Grossteil der Vertriebsenerträge fällt den internationalen Streaminganbietern zu, die keinerlei Produktionsunterstützung in der Schweiz leisten (und zumeist auch keine Steuern zahlen). Die Major Labels, die früher Schweizer Produktionen finanziert haben, haben sich davon immer mehr zurückgezogen, auch weil sie einen grossen Teil ihrer ehemaligen Einkünfte an die Plattformen verloren haben. Deshalb sollte eine vergleichbare Regelung auch für den Musiksektor getroffen werden.

Bereich Visuelle Kunst

Zu 1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Zur «kulturellen Teilhabe» ist festzuhalten, dass heute ein grosser Teil der Kommunikation über Bilder stattfindet – diese ist gerade auch angesichts der Sprachenvielfalt in der Schweiz ein zentraler Bestandteil der Verständigung. Um Bilder richtig einordnen zu können und sie richtig zu verstehen, braucht es eine Bildkompetenz, die ebenso vermittelt werden muss wie die musikalische Kompetenz. Es ist deshalb dringend notwendig, dass sich das BAK auch dem Thema Bildkompetenz annimmt.

Zu 1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Mit der Baukultur wird ein wichtiges Thema aufgenommen. Die interdepartementale Strategie des Bundes zur Baukultur ist deswegen sehr zu begrüßen. Um die Lebensqualität und kulturelle Identitäten von Städten, Agglomerationen, Dörfern und Siedlungen der Zukunft zu stärken, muss die Politik die zeitgenössische Baukultur fördern und unterstützen. An dieser Stelle soll betont werden, dass Baukultur nicht nur Denkmalpflege und Heimatschutz meint, sondern auch die Gegenwart berücksichtigen und vor allem in die Zukunft gerichtet sein muss. Verbunden mit der Baukultur ist auch auf die grosse Bedeutung von Kunst und Bau und ihren Beitrag zur Findung kultureller Identität hinzuweisen (vgl. auch 2.3.1).

Zu 1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Verschiedentlich wird in der Kulturbotschaft 2021–2024 die Bedeutung der Promotion Schweizer Kunstschafter im Ausland durch Pro Helvetia betont (z.B. 1.2.2 oder 1.4.1). Unter Verbreitung, Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit (Pro Helvetia) steht: «Gezielte Verbreitungs- und Promotionsaktivitäten sind zur Erhöhung der Präsenz von Schweizer Kulturschaftern auf Plattformen (wie Messen oder Festivals) im internationalen Kulturbetrieb von zentraler Bedeutung.» Diese Aussage unterstützen wir absolut. Sie steht aber (noch) im Widerspruch zur aktuellen Bestimmung von Pro Helvetia, die Messeauftritte im Bereich der visuellen Kunst als Nachwuchsförderung betrachtet und eine Altersgrenze von 35 Jahren festlegt. Ist die Aussage in der Kulturbotschaft so zu verstehen, dass die Altersgrenze aufgehoben wird und Messeauftritte allen bildenden Künstlerinnen und Künstlern ermöglicht werden sollen? Diese Änderung wäre sehr zu begrüßen. Generell ist heute Nachwuchsförderung nicht mehr mit einer Altersgrenze zu beziffern, sie entspricht der heutigen Realität von Ausbildung und Berufseinstieg nicht mehr.

Kunst am Bau

Mit Kunst am Bau wird in der Kulturbotschaft ein für viele visuelle Kunstschafter existentiell wichtiges Standbein in ihrem Kunstschaffen angesprochen. In den letzten Jahren haben immer mehr Kantone das «Kunst-am-Bau-Prozent» aus ihren Kulturförderungsgesetzen gestrichen und auch bei Bundesbauten wurde auf Kunst am Bau verzichtet. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass der Bund sich in der Kulturbotschaft zu Kunst am Bau bekennt und damit eine Vorbildrolle einnimmt.

Performance

In den letzten Jahren hat die performative Kunst kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig sind neue Raumbedürfnisse für temporäre Kunstaktionen entstanden. Solchen Kunstformen sollte in Zukunft in der Förderung mehr Beachtung geschenkt werden.

Pro Helvetia

Seit Jahren kann immer wieder festgestellt werden, dass in den Gremien von Pro Helvetia (Stiftungsrat, Fachkommissionen sowie Expertinnen und Experten) die Urheberinnen und Urheber massiv untervertreten sind. Dass bei den Expertinnen und Experten der visuellen Kunst gerade ein Künstler zwei Vermittlern und einer Vermittlerin gegenübersteht, ist ein grobes Missverhältnis. Mit wenigen Ausnahmen, wie zum Beispiel beim Design oder der Fotografie, haben Urheberinnen kaum eine Stimme. Hier fordern wir in nächster Zeit dringend nötige Anpassungen.

Bereich Theater

1.4.2.1 Kulturelle Teilhabe

Kulturelle Teilhabe in der ursprünglichen Bedeutung befasst sich vor allem mit der Erschliessung von neuen Formen des Publikums von Kulturinstitutionen oder -initiativen. Genau diese Fragen stellen sich beim Veranstellen von Stücken/Performances aus anderen Sprachregionen. Die Kulturbotschaft legt grossen Wert auf Überwindung der Sprachregionen, also auf die Auswertung von deutschsprachigen Theaterstücken in der Romandie oder im Tessin und umgekehrt. Gleichzeitig beschränken sich ihre Massnahmen im «sprachbasierten Theater» aber auf «Übersetzung und Übertitelung», was für eine kulturelle Teilhabe nicht ausreicht.

1.4.2.2 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Um gesellschaftlichen Zusammenhalt über die sprachregionalen Grenzen hinweg zu erreichen, ist ein hohes und vor allem gemeinsames Engagement nötig. Warum werden Stücke so selten in anderen Sprachregionen gespielt? Wieso finden Stücke aus anderen Sprachregionen kein Publikum? Bei welchen Stücken/Gruppen/Veranstaltern/Formaten klappt es gut (z.B. Festivals)? Warum klappt es? Erst wenn die Situation systematisch und konkret analysiert wurde, können sinnvolle Massnahmen entworfen und umgesetzt werden. Dies bedingt Gespräche vor Ort mit aktiven Playern aus der jeweiligen Szene. Ideal wäre eine Fachperson, die im Tessin, in der Romandie sowie in der Deutschschweiz (nicht nur in Städten) mit Veranstalterinnen bzw. Veranstaltern und Theatergruppen spricht, um die konkreten Schwierigkeiten zu erörtern. So spielen beispielsweise Phil Hayes, Boris Nikitin, Daniel Hellmann oder die Tessiner Gruppe Trickster P jeweils auch in anderen Sprachregionen der Schweiz. Ihre Erfahrungen sollten die Ämter nutzen.

Darstellende Künste

In der einleitenden Aufzählung werden unterschiedliche Darstellungsformen erwähnt. Diese eher unsystematische Aufzählung kann nicht recht eingeordnet werden. Es ist unklar, warum Musiktheater und zeitgenössischer Zirkus ausdrücklich erwähnt, andere Unterformen von Theater jedoch nicht (Performance, Kindertheater, Figurentheater

usw.). Eine klarere Definition (was ist Musiktheater?) bzw. eine wissenschaftlichere Einordnung (wieso fällt Musiktheater nicht unter den Begriff Theater?) wäre wünschenswert. Neben Sprachen und Genrevielfalt gibt es auch eine ästhetische Vielfalt, die für Theaterschaffende sehr wichtig ist. Dem Abschnitt «darstellende Künste» ist dazu nichts zu entnehmen.

Die geplante Werkförderung im Zirkus und im Bereich Musiktheater ist zu begrüßen. Die dafür geplanten Mittel dürften jedoch kaum ausreichen. Die Mittel müssen entsprechend aufgestockt werden.

Es ist sehr zu begrüßen, dass künftig auch Werkbeiträge in Form von Recherchebeiträgen erfolgen sollen. Dies ermöglicht den Schweizer Theaterschaffenden gerade auch international konkurrenzfähigere Produktionen zu erarbeiten.

Sichtbarkeit des freien Theaterschaffens: Es fehlen in der Kulturbotschaft Massnahmen zur Sichtbarmachung des freien Schweizer Theaterschaffens. Es gibt keine Plattform, die zeigt, welche Theatergruppen und Theaterschaffende es in der Schweiz gibt und welche Theaterproduktionen aktuell gespielt werden. Pro Helvetia setzt sich u.a. das Ziel, freie Theaterproduktion national und international zu exportieren. Dies ist sehr zu begrüßen. Als Vorstufe müsste aber eine bessere Sichtbarkeit des freien Theaterschaffens auf nationaler Ebene erreicht werden. Vorstellbar sind verschiedene Formate oder Plattformen. Wir teilen die in der Kulturbotschaft gemachten Feststellungen betreffend Tourneen und Gastspiele in anderen Sprachregionen: Es ist eine grosse Herausforderung – für die Theatergruppen, aber auch für die Veranstalterinnen und Veranstalter. Mit der gewählten Fokussierung auf Unterstützung für Übersetzungen und Übertitelungen wird aber das eigentliche Problem weder erfasst noch gelöst. Ein französischsprachiges Stück aus Genf wird auch mit deutschen Untertiteln kein Publikum in Zürich generieren können, es sei denn, es hat sein Publikum auch ohne solche Übersetzung. Es stellen sich viele Fragen im Bereich «Publikumsarbeit» und «Publikumsanbindung». Viel wichtiger als «Untertitelung» ist die Entwicklung von Instrumenten zur Suche geeigneter Spielstätten, zum Aufbau eines nachhaltigen Netzwerkes und zur Gewinnung eines Publikums für Produktionen aus anderen Sprachregionen.

Bereich Literatur

2.1.1. Nachwuchs

Der Bereich Literatur zeigt besonders gut auf, dass gesetzlich vorgeschriebene Altersgrenzen nicht zielführend, ja sogar kontraproduktiv sind. Ob man in der Literatur zu den Nachwuchsautorinnen und -übersetzern gehört, hat kaum mit der Altersfrage, sondern vielmehr mit der Schaffensphase zu tun. Die Branche liefert regelmässig den Beweis, dass eine literarische Laufbahn nicht in Abhängigkeit von einem Lebenslauf erfolgt. Daher ist eine Anpassung von Art. 4 Kulturförderungsverordnung KfV vorzunehmen, mit welcher die dort festgeschriebene Altersgrenze von 35 Jahren aufgehoben wird.

2.1.2. Künstlerisches Schaffen

Es ist eine bessere Koordination der selektiven Werkförderung auf allen föderalen Ebenen anzustreben, damit das Ungleichgewicht allein aufgrund geografischer Zugehörigkeit der Übersetzerinnen und Autoren endlich aufgehoben werden kann.

2.1.3. Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Interkulturalität

Es sind diverse Fälle bekannt, in denen in Deutsch schreibenden Autorinnen und Übersetzern in französischsprachigen Kantonen die Förderung verweigert wurde mit dem Verweis auf die lokal gültige Amtssprache. Dies ist ein Phänomen im föderalen Fördersystem, das ausschliesslich die Literatur zu betreffen scheint. Die Diskriminierung von Autorinnen und Übersetzer, die in einer anderen Sprachregion als der ihrer literarischen Sprache leben, gehört abgeschafft.

Kunstvermittlung

Eine verstärkte Förderung der kritischen Reflexion ist zu begrüßen. Dabei ist zu beachten, dass das digitale Schreiben und Publizieren nicht nur als technisches Hilfsmittel verstanden wird, sondern die Veränderung der literarischen Ausdrucksweise durch die neuen Medien auch kritisch reflektiert werden kann.

2.2. Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Verbreitung und Promotion

Die genannte Massnahme einer Online-Bibliothek mit Übersetzungen von Schweizer Literatur ist zu begrüßen. Ein solches Projekt muss allerdings zwingend in Zusammenarbeit mit bestehenden Plattformen, wie LiteraturSchweiz und Viceversaliteratur, entwickelt werden.

2.3.4. Literatur)

Die Öffnung der Werkbeiträge für neue Literaturformen, ebenso die Flexibilisierung und Öffnung der Förderinstrumente wird begrüsst. Dabei müssen die klassischen Literaturformen jedoch gleichwertiger Bestandteil der Förderung bleiben. Dies bedeutet auch, dass für die Erweiterung der Werkbeiträge Mehrmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Internationale Verbreitung und Promotion

Die vorgeschlagene Promotionsförderung auf internationaler Ebene, ganz besonders in den angrenzenden Sprachräumen ist zu begrüßen. Denn Autorinnen und Autoren hierzulande schreiben in der Polarität zwischen einer nationalen Literaturlandschaft und dem grenzüberschreitenden Sprachraum bzw. (Buch-)Markt. Daher ist es richtig, dass der Bund sich um internationale Verbreitung bemüht. Allerdings kann sich die Förderung nicht nur auf die Vermittler von Literatur beschränken, sondern muss weiterhin auch die Autorinnen und Übersetzer explizit berücksichtigen. Denn für Autorinnen und Übersetzer sind Lesereisen und Auftritte an ausländischen Literaturveranstaltungen vital. Eine Vereinfachung der Regelungen für die Förderung von Lesereisen im Ausland ist anzugehen. Zudem ist wichtig, dass auch von Autorinnen und Übersetzern selbst organisierte Lesereisen und Auftritte gefördert werden können.

2.6.1. Kulturelle Teilhabe – Leseförderung

Leseförderung sollte über die grundlegende Lese- und Schreibfähigkeit hinausgehen und auch literarische Lese- und Schreibkompetenz umfassen. Hierbei ist wichtig zu bemerken, dass Literatur (ob nun sog. Erwachsenen- oder Kinder- und Jugendliteratur) nicht nur ein Hilfsmittel für das Lesen darstellt, sondern dass es in erster Linie um literarische Werke geht, die im Unterricht auch als solche verwendet und kenntlich gemacht werden sollen. Dabei ist besonders wichtig, dass unter Leseförderung auch das Fördern der Präsenz von Autorinnen und Übersetzer in Form von Lesungen oder Werkstätten zu verstehen ist.

2.6.2. Sprachen und Verständigung

Im literarischen Bereich zeigt sich, dass der Austausch über Sprachgrenzen bereichernd sein kann – für Autoren wie für das Publikum, zumal literarische Übersetzerinnen zusätzlich vermittelnd wirken können. Darüber hinaus ist es gerade für periphere Literaturlandschaften, wie Tessin oder Graubünden, besonders wichtig, dass Autorinnen und Autoren auch aus anderen Sprachregionen präsent sind und den Austausch mit den eigenen Schreibenden befördern können.

Par e-mail à stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Office fédéral de la culture
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Berne

Sierre, le 17 septembre 2019

Prise de position sur le message culture 2021-2024

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame la Directrice,
Madame, Monsieur,

Dans votre lettre du 29 mai 2019, vous invitez les cercles intéressés à prendre position avant le 20 septembre 2019 sur le message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021-2024 (message culture). Le message culture contient des idées et des concepts de réglementation qui ne sont pas acceptables et qui constituent une intervention considérable dans nos droits décrits dans la Constitution en notre qualité de fournisseurs d'une plateforme de vidéo à la demande. Nous vous remercions donc de nous donner la possibilité d'exprimer notre avis et prenons par la présente position dans les délais impartis.

Notre position sur les modifications prévues de la loi sur le cinéma

Dans son message culture 2021-2024, le Conseil fédéral veut mettre l'accent sur la «transformation numérique dans l'encouragement de la culture». Comme dans tous les domaines de la vie, la numérisation entraîne un changement structurel du paysage culturel mais s'y exprime en premier lieu positivement : d'une part par des gains de rentabilité croissants et une baisse des coûts pour la production de contenus et d'autre part par la stimulation de la croissance de la diversité des offres culturelles qui en découle.

Le modèle d'encouragement proposé par le Conseil fédéral reposant sur l'introduction de quotas est une réaction nuisible et irréflectie à ces effets de la numérisation. L'élargissement du modèle de financement avec de nouvelles taxes sur les services électroniques par abonnement et à la demande constitue par ailleurs un transfert inacceptable des obligations de financement aux fournisseurs de services de télécommunication (FST). Leur noyau d'activité, à savoir la diffusion et la mise à disposition de contenus et d'offres (culturels) par le biais d'une infrastructure fiable, s'en trouve menacé de manière anticonstitutionnelle.

Nous rejetons donc totalement les art. 24a – i, art. 27, al. 1 et art. 28, al. 1 proposés pour la loi sur le cinéma pour cause

- **de manque de constitutionnalité,**
- **de manque d'efficacité et**
- **d'inégalité de traitement en résultant en Suisse.**

Afin de conférer suffisamment de poids à notre position, nous ferons parvenir une copie de la présente prise de position aux parties prenantes concernées (associations de protection des consommateurs, parlementaires fédéraux, partis politiques, associations économiques, etc.) à titre d'information et proposerons notre assistance pour un référendum facultatif contre les nouveautés prévues dans la loi sur le cinéma si le présent projet n'était pas abandonné.

Nos raisons sont les suivantes :

1. Remarque préalable sur l'impact direct et sur l'offre de services électroniques à la demande et par abonnement

Nous exploitons un réseau de communication et mettons aussi à la disposition de nos clients une vidéothèque à la demande (vidéo à la demande ou VoD). Par conséquent, nous proposons le service électronique à la demande et par abonnement mentionné dans le message culture dont le chiffre d'affaires doit à l'avenir être imposé avec une taxe spéciale à 4 %.

L'acquisition de droits est une activité très onéreuse. C'est la raison pour laquelle nous faisons organiser et fournir le répertoire de contenus de la vidéothèque par un tiers. Pour cette activité d'intermédiaire, nous recevons une indemnisation sous la forme d'une commission, même si nous agissons en notre nom propre auprès du client final. Les consommateurs ne voient donc pas qu'ils utilisent l'offre d'un fournisseur tiers.

La pression concurrentielle exercée par des fournisseurs Over-the-Top internationaux disposant de beaucoup de capitaux et directement ancrés au sein de l'industrie cinématographique comme par exemple Netflix, Sky Ltd. (avec Sky Show), Amazon (avec Amazon Prime), The Walt Disney Company (prochainement avec Disney+), etc. est importante et nous exploitons ce service en premier lieu pour proposer à nos clients un pack le plus complet possible de services audiovisuels (linéaires et non linéaires) dans le cadre de nos offres groupées de télécommunication (Triple Play ou Quadruple Play). Partir du principe que les services électroniques à la demande et d'abonnement génèrent des chiffres d'affaires directs importants est donc une approche erronée tout comme une simple imposition en fonction du chiffre d'affaires. Les taxes prévues constituent pour nous autres exploitants des coûts d'exploitation purs qui réduiront fortement l'attrait de la mise à disposition de telles vidéothèques nationales.

Concernant la rentabilité des offres VoD, il faut aussi rappeler au préalable que le Parlement a déjà décidé de redevances de droit d'auteur collectives supplémentaires pour les fournisseurs de VoD dans le cadre de l'actuelle révision de la loi sur le droit d'auteur ce qui contribuera encore à réduire l'attrait des services de vidéo à la demande exploités en Suisse¹. Il est donc en principe étonnant que davantage de taxes soient encore considérées dans le cadre de la révision de la loi sur le cinéma. En fin de compte, ces taxes vont soit réduire l'offre nationale soit devoir être supportées par les consommateurs suisses.

2. Pourquoi faut-il rejeter la révision prévue de la loi sur le cinéma ?

Le message culture prévoit par des modifications de la loi sur le cinéma (ci-après P-LCin) que les entreprises proposant des films aux consommateurs suisses par le biais de services électroniques à la demande et par abonnement soient d'une part obligées de proposer dans leur répertoire 30 % de films européens (ci-après «quota obligatoire européen») (cf. art. 24a P-LCin) et qu'elles doivent verser d'autre part 4 % de leurs recettes brutes annuelles pour

¹ Cf. le dépliant actuel sur la révision de la loi sur le droit d'auteur art. 13a et 35a LDA dans le cadre de l'élimination des divergences au sein du Parlement (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/cu-ria/2017/20170069/N4%20F.pdf>)

la création cinématographique suisse ou s'acquitter d'une taxe de remplacement correspondante (cf. art. 24 et suivants P-LCin). Dans ce contexte, les coûts d'acquisition des droits d'exploitation en ligne correspondants peuvent être décomptés comme dépenses imputables affectées pour le cinéma suisse (cf. art. 24c, al. 1 et al. 2 let. e P-LCin). Le projet de LCin prévoit des exceptions pour les deux obligations qui devront être concrétisées plus tard par le Conseil fédéral dans l'ordonnance sur le cinéma (voir art. 24a, al. 3 et art. 24e, al. 2 P-LCin).

a. Manque d'une base constitutionnelle

Le rapport explicatif sur le projet de loi ne s'exprime pas de manière significative sur les bases constitutionnelles régissant l'introduction d'un quota obligatoire européen pour l'offre cinématographique et une taxe en pourcentage des recettes pour la création cinématographique suisse². On dissimule le fait que les nouvelles dispositions proposées dans le P-LCin sont anticonstitutionnelles !

Dans le domaine cinématographique, la loi sur le cinéma s'appuie sur l'article 71 de la Constitution fédérale (Cst.) selon lequel la Confédération peut promouvoir la production cinématographique suisse ainsi que la culture cinématographique (al. 1) et peut légiférer pour encourager une offre d'œuvres cinématographiques variée et de qualité (al. 2). Par conséquent, la Constitution permet à la **Confédération** d'encourager la production et la culture cinématographiques suisses. Par contre, la base constitutionnelle ne prévoit pas la possibilité d'obliger des tiers à agir de la sorte dans une loi à la place de la Confédération en les forçant à verser une taxe d'encouragement annuelle pour le cinéma suisse.

En ce sens, la loi sur le cinéma actuellement en vigueur ne contient à juste titre pas une telle interprétation de la base constitutionnelle (voir l'art. 3 dans la Section 2 de la LCin consacrée à la promotion cinématographique). La promotion de la création cinématographique suisse doit toujours rester la tâche de la Confédération dans le cadre d'une législation et d'une application juridique conformes à la Constitution car la Constitution fédérale ne contient aucune base permettant de transférer la mission d'encouragement de la culture au secteur privé comme le prévoit le Conseil fédéral avec l'introduction prévue d'une taxe d'encouragement en faveur de la création cinématographique suisse.

Le principe de légalité, un droit constitutionnel dans le cadre de la législation fiscale, est par conséquent violé par l'introduction d'une taxe financière pour les entreprises privées dans le domaine cinématographique même si cette dernière est conçue comme une taxe de remplacement et ne doit être appliquée que si les moyens dépensés par l'entreprise pour la création cinématographique en Suisse s'avèrent insuffisants. Par ailleurs, les cinémas n'ont pas dû verser par le passé et ne devront pas verser à l'avenir une telle taxe sans condition qui équivaut à un nouvel impôt puisqu'elle doit être prélevée pour couvrir le besoin financier de la promotion de la création cinématographique suisse sans contrepartie effective. Dans ce contexte, le rapport explicatif fait un lien avec les diffuseurs de programmes télévisés qui, selon la législation sur la radio et la télévision, doivent dépenser au moins 4 % de leurs recettes pour la création cinématographique suisse.³ Or l'article 93 de la Constitution fédérale fournit à cet égard une base constitutionnelle large avec les missions et les modèles de financement du Service public. La comparaison est invraisemblable et ne peut certainement pas servir à justifier une intervention aussi importante dans les droits des fournisseurs de services électroniques à la demande et par abonnement protégés par la Constitution⁴. De plus, les diffuseurs de programmes télévisés ne sont pas comparables avec les fournisseurs de services électroniques à la demande et par abonnement: les diffuseurs de programmes télévisés

² Cf. Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021-2024 (message culture) – rapport explicatif destiné à la consultation, notamment le chiffre 7.1 portant sur la constitutionnalité et la légalité des modifications en page 56

³ Rapport explicatif aux endroits indiqués pour l'art. 24b, p. 47

⁴ La COFEM est du même avis, voir la prise de position de la Commission fédérale des médias (COFEM) dans le cadre de la consultation relative à la nouvelle loi sur les médias électroniques du 11.10.2018, sur l'art. 12 LME

sont beaucoup plus proches de la production cinématographique suisse car ils produisent régulièrement leurs propres contenus audiovisuels. A contrario, les fournisseurs de VoD ne produisent normalement aucun contenu. Ils se contentent d'acquérir les droits d'exploitation correspondants et de les commercialiser ou de les diffuser.

Comme exposé en introduction, l'offre de VoD constitue plus pour nous autres entreprises de communication un produit complémentaire. Notre activité principale est constituée par l'élaboration et l'exploitation d'infrastructures de réseau. Nous apportons ainsi une contribution importante à l'approvisionnement de la Suisse en Internet haut débit. Ce faisant, nous apportons ainsi déjà indirectement une contribution «culturelle» importante, soit dit en passant sans subventions des pouvoirs publics. En effet, nous créons un lien entre les consommateurs et les différentes offres culturelles de services et de contenus par le biais d'un accès haut débit performant (qui ne doit pas être confondu avec le service d'accès à Internet garanti de la loi sur les télécommunications⁵). Il n'est donc pas juste de nous imposer encore une obligation de subvention pour la culture suisse. Par conséquent, c'est l'offre de VoD qui se trouvera renchérie puisque la nouvelle taxe sera répercutée sur les clients finaux à savoir les consommateurs.

La nouvelle taxe constituera notamment une charge disproportionnée pour les jeunes générations qui consomment de plus en plus de contenus médiatiques non linéaires. Ce groupe démographique paie déjà une redevance facturée aux ménages pour la radio et la télévision indépendamment des appareils (ancienne redevance Billag) sans éventuellement jamais utiliser les programmes de radiodiffusion (co)financés. Ils vont également devoir supporter les redevances de droit d'auteur supplémentaires sur la VoD (voir ci-dessus) décidées par les deux chambres du Parlement dans le cadre de l'actuelle révision de la loi sur le droit d'auteur. Il ne faut pas puiser sans restriction dans leur budget médiatique avec des taxes pour le Service public, des redevances supplémentaires pour les producteurs de films et les artistes du cinéma et les nouvelles taxes générales pour la création cinématographique suisse. Il faut espérer que le Conseil fédéral réalise qu'il doit mettre un terme à cette mentalité apparemment insatiable d'encouragement et de subvention. Nous n'hésiterons pas à attirer l'attention des associations de protection des consommateurs sur cette chaîne de revendications sans fin dans le cadre des encouragements de la culture.

b. Manque d'efficacité

Dans les faits, l'introduction d'un quota obligatoire européen pour les fournisseurs VoD ne va encourager ni la diversité ni la qualité de l'offre cinématographique. Une telle disposition forçant à proposer un assortiment de films donné a des conséquences néfastes sur la diversité cinématographique et le cinéma suisse.

La numérisation a énormément augmenté l'inventaire possible de contenus audiovisuels accessibles de tous les coins du monde ce qui représente un enrichissement culturel important pour le public.

Les fournisseurs de VoD proposant à leurs clients une sélection maximale de contenus d'une grande diversité seraient touchés particulièrement durement par la réglementation sur quota prévue dans l'art. 24a P-LCin. Concernant les contenus cinématographiques proposés, qui probablement ne se limitent déjà pas aux films Mainstream et qui ne sont donc pas spécialement rentables, les fournisseurs devraient maintenant devoir intégrer dans leur offre d'autres films peu demandés en général mais d'une origine donnée afin de pouvoir respecter les quotas prescrits.

Ces réflexions sont justement la raison pour laquelle l'Office fédéral de la communication a considéré en 2013 qu'une réglementation reposant sur des quotas n'était pas opportune pour l'offre des fournisseurs cinématographiques électroniques dans le cadre de la directive européenne prévue sur les services audiovisuels (directive «services de médias audiovisuels») alors que c'est maintenant ce qui est conçu de manière autonome avec la

⁵ Voir art. 15 al. 1 let. d OST

révision prévue.⁶ Il est étonnant que le Conseil fédéral (et notamment la directrice de département compétente) n'ait pas connaissance de cette position d'un office fédéral important pour la numérisation qu'il prône (ou qu'il l'ait déjà oubliée).

Pour finir, il convient de remarquer qu'en présence d'une offre cinématographique importante, il doit dans les faits encore être possible de trouver 30 % d'œuvres de provenance européenne pour remplir le quota. Un fournisseur VoD proposant une petite offre s'en sortirait mieux car il peut satisfaire à l'exigence avec les quelques films Mainstream rentables originaires d'Europe qui existent ce qui est cependant diamétralement opposé à la diversité cinématographique proposée et réduit à nouveau à néant la diversité culturelle atteinte suite à l'augmentation des capacités de diffusion dans le «Long Tail». Il est très regrettable que le Conseil fédéral lance une révision de la loi devant mettre l'accent sur la «transformation numérique dans l'encouragement de la culture» comme indiqué dans son message et qu'il propose dans les faits des modifications ayant l'effet inverse. Le seul but est de satisfaire les intérêts des producteurs cinématographiques qui croient par erreur que seule une présence de haute qualité leur permettra d'augmenter leurs revenus même si leurs produits ne trouvent pas suffisamment d'acheteurs sur le marché.

c. Distorsion de la concurrence suite à un manque d'applicabilité

Les deux dispositions, à savoir le quota obligatoire européen et la taxe d'encouragement ou de remplacement, doivent donc en fin de compte être rejetées car elles provoqueraient une énorme distorsion de la concurrence.

Même si le projet de LCin prévoit dans les dispositions correspondantes que les nouvelles obligations s'appliquent aussi aux entreprises domiciliées à l'étranger (art. 24a, al. 2 et art. 24b, al. 2 P-LCin), il est extrêmement douteux, en raison du principe de territorialité, que les dispositions puissent jamais être imposées vis-à-vis de ces entreprises étrangères. De plus, le concept d'une offre qui «s'adresse expressément au public suisse» peut dans la pratique être manipulé à volonté si bien que cette condition peut rapidement être considérée comme non remplie. Dans les faits, ces deux nouvelles obligations entraînent une inégalité de traitement et un traitement désavantageux des entreprises suisses. Il ne s'agit pas comme le décrit la presse d'une «Lex Netflix»⁷. Dans les faits, seules les entreprises suisses devront payer la nouvelle taxe et subir les nouvelles obligations car elles sont domiciliées en Suisse. En cas d'infractions, leurs organes pourraient être poursuivis pénalement au sens de l'art. 27, al. 1 P-LCin.

Les fournisseurs de VoD locaux doivent aujourd'hui déjà lutter contre une concurrence internationale de poids. D'autres désavantages ne feraient qu'accélérer les changements structurels qui s'esquissent si bien que les entreprises suisses devraient se retirer totalement de l'activité cinématographique liée à la VoD. Le fait que la disposition coïncide avec la directive «services de médias audiovisuels» européenne est dans ce contexte peu utile. Le marché de la VoD n'est pas dominé par des entreprises européennes mais surtout par des entreprises américaines comme amazon, Netflix, The Walt Disney Company. Cela signifie que même si les fournisseurs de VoD européens sont effectivement tenus par les autorités de l'État où ils sont domiciliés de respecter l'application selon le principe du pays d'origine avec une reprise de la directive dans la législation nationale d'ici à septembre 2020 selon la version de 2018, les acteurs importants du marché seront très probablement épargnés. Il est difficile d'imaginer qu'un fournisseur américain accepte également de modifier son offre pour la Suisse même s'il cédait un jour à l'avenir aux demandes des autorités de l'UE et respectait les obligations en vigueur dans l'Europe. Nul n'ignore que les offres cinématographiques varient en fonction des pays avec une application et une mise en œuvre hétérogènes des fournisseurs vis-à-vis des clients finaux par Geoblocking. Le rapport explicatif reconnaît

⁶ Lettre de l'OFCOM du 23.08.2013 à la Commission européenne sur le livre vert de l'Union européenne consacré à la préparation à la convergence intégrale du monde audiovisuel (consultation publique)

⁷ Tagesanzeiger du 31.05.2019 : Le Conseil fédéral veut la Lex Netflix

dans ce contexte les difficultés d'application⁸ mais ajoute que les expériences acquises avec l'obligation de communication des données sur les films introduite en 2016 auraient montré que les entreprises étrangères étaient également intéressées par le respect de la législation des pays visés. Cela sonne certes bien. Par nature, les entreprises ont toujours intérêt à respecter la législation mais les autorités doivent apporter la preuve que ces entreprises respectent véritablement l'obligation de communication des données sur les films et ce de manière quasi volontaire. Voici ce qu'il va se passer avec la réglementation relative aux quotas et avec la taxe d'encouragement: on aura des échanges informels avec les entreprises étrangères⁹ mais les décisions des autorités ne seront pas imposables à l'étranger. Par contre, les entreprises suisses seront contrôlées et subiront effectivement les nouvelles taxes et obligations. Pour imposer ces obligations et pouvoir prélever la taxe en Suisse, une nouvelle bureaucratie sera requise au niveau des fournisseurs mais aussi au niveau des autorités (qui est totalement opposée au développement politique général¹⁰) à partir de l'entrée en vigueur de ces dispositions. Elle sera en premier lieu à la charge des seules entreprises suisses et des consommateurs suisses:

- Tenue de calculs de coûts séparés car les prestations financières consenties pour l'acquisition, la production ou la coproduction de films suisses et de coproductions reconnues entre la Suisse et l'étranger et qui rapportent à des tiers indépendants ayant leur siège ou leur domicile en Suisse sont considérées comme des dépenses imputables pour le calcul de la taxe de remplacement, art. 24c P-LCin (ce qui signifie qu'un fournisseur de VoD suisse simple doit premièrement connaître les détails de production d'un film donné et deuxièmement pouvoir amener son fournisseur de films à indiquer séparément les prix pour les droits d'exploitation en ligne de ces films suisses);
- Tenue de synthèses séparées pour les recettes étant donné qu'il ne faut pas seulement incorporer la rémunération des consommateurs pour le service VoD dans les recettes brutes déterminantes pour le calcul du montant de la taxe de remplacement mais aussi les recettes de la publicité et l'indemnisation pour l'utilisation des données, le tout uniquement pour les longs métrages, les films d'animation et les documentaires selon le rapport explicatif¹¹; les séries, soaps, émissions de télé réalité et reportages ne doivent pas être pris en compte selon l'art. 24e P-LCin;
- Obligations de rapports annuels, art. 24h P-LCin;
- Enregistrement obligatoire, art. 24g P-LCin.

Le vaste catalogue d'exceptions possibles que le Conseil fédéral peut prévoir conformément aux art. 24a, al. 3 et art. 24e, al. 2 P-LCin constitue un autre risque de distorsion de la concurrence. De telles dispositions montrent seulement que le Conseil fédéral n'est lui-même pas très à l'aise et prépare ainsi son argument selon lequel il faut donner une contre-tendance dans les cas individuels au niveau de l'ordonnance en cas de présentation au Parlement de lois anticonstitutionnelles et mal réfléchies. Les art. 24a, al. 3 let. c et art. 24e, al. 2 let. c P-LCin pavent notamment largement la voie pour des décisions administratives arbitraires au cas par cas. Toute autorisation exceptionnelle aura en fin de compte des effets générateurs d'une distorsion de la concurrence car on épargne ainsi un concurrent en termes de coûts et de charge de travail.

⁸ Rapport explicatif aux endroits indiqués pour l'art. 24a P-LCin, p. 47 : «Pour ce qui est des entreprises installées hors de l'Europe, les possibilités de contrôle risquent par contre d'être limitées et il pourrait être difficile d'exercer une surveillance depuis la Suisse.»

⁹ C'est aussi par exemple le cas pour une offre qui, au sens de la loi «s'adresse expressément au public suisse» sur la base des art. 24a, al. 2 et art. 24b, al. 2 P-LCin. Selon les explications portant sur les art. 24b P-LCin en page 47, l'offre doit s'adresser au public cible «de façon ciblée».

¹⁰ Tandis que dans d'autres domaines on s'efforce d'éliminer une bureaucratie excessive pour l'économie privée, voir par exemple la révision de la législation sur les télécommunications, l'administration se verrait grandement développée avec le présent projet.

¹¹ Rapport explicatif aux endroits indiqués pour l'art. 24e P-LCin, p. 48

3. Remarques sur les différentes dispositions

Vous trouverez ci-après nos commentaires et demandes sur les différentes dispositions au cas où le projet de révision serait maintenu sous cette forme. Nous examinons ici tout particulièrement les réglementations exceptionnelles prévues pour le quota obligatoire européen et la taxe d'encouragement ou de remplacement.

a. Réglementations exceptionnelles

Comme déjà évoqué, le projet de loi prévoit des exceptions pour le quota obligatoire européen (art. 24a P-LCin) et la taxe d'encouragement ou de remplacement (art. 24e P-LCin). Si un régime devait être conservé avec des exceptions malgré notre critique de principe, lesdites exceptions devraient selon nous être réglementées dans la loi clairement et concrètement. Seuls deux cas exceptionnels sont abordés par la suite puisque les autres constellations d'exceptions prévues et mentionnées à titre d'exemples ne seront d'emblée pas applicables pour nous à savoir – i) les films sont uniquement exploités / proposés occasionnellement et ii) l'obligation semble disproportionnée ou impossible, par exemple à cause de l'orientation thématique de l'offre ou d'une sélection très spécialisée de films proposés. Notre offre de VoD ne contient pas que des films individuels et est en principe à orientation commerciale et donc ouverte sur le plan thématique.

b. Exception du chiffre d'affaires minimum, voir art. 24a, al. 3 let. a et art. 24e, al. 2 let. a P-LCin

Le projet prévoit des chiffres d'affaires minimaux à concrétiser dans l'ordonnance d'exécution aussi bien pour le quota obligatoire européen que pour la taxe d'encouragement ou de remplacement. En s'appuyant sur la législation portant sur la radio et la télévision, un seuil de chiffre d'affaires d'un million de francs¹² doit s'appliquer selon les explications pour le quota obligatoire européen; concernant la taxe d'encouragement, le rapport explicatif ne contient pas d'informations concrètes et indique seulement qu'afin d'éviter des cas de rigueur pour les entreprises plus petites¹³, la taxe pourrait être réduite des 2 % déjà prévus par la loi. On peut supposer que le même chiffre d'affaires minimum (un million de CHF) sera aussi pertinent pour la réduction de la taxe d'encouragement ou de remplacement.

Il faut ici en principe remarquer que le montant des recettes brutes n'est pas un indicatif de la situation effective de l'offre en termes de bénéfices. La situation serait différente si l'on prenait en compte les recettes nettes comme valeur de mesure. De plus, l'exception référencée pour les diffuseurs de programmes télévisés sur la base de la législation sur la radio et la télévision se rapporte à la charge d'exploitation¹⁴ ce qui n'est pas comparable avec les recettes brutes. Il est probable que les recettes brutes aient été choisies pour des raisons pratiques car elles sont plus facilement mesurables. Il n'y a rien à objecter sur le plan pragmatique mais le seuil de chiffre d'affaires déterminant semble trop faible. Du point de vue pratique, on a une corrélation entre le chiffre d'affaires atteint et les possibilités d'influencer l'offre des fournisseurs de droits. Plus le chiffre d'affaires est élevé et plus la puissance de marché est élevée et plus on dispose d'un levier important pour inciter les fournisseurs à proposer une offre sur mesure en matière de prix et de choix de films. Nous estimons que la réglementation des exceptions doit de plus contenir et recevoir une incitation pour continuer à exploiter l'activité de VoD depuis la Suisse sans taxes supplémentaires. C'est la raison pour laquelle nous estimons qu'un seuil de chiffre d'affaires

¹² Rapport explicatif aux endroits indiqués pour l'art. 24a P-LCin, p. 47

¹³ Rapport explicatif aux endroits indiqués pour l'art. 24e P-LCin, p. 48

¹⁴ Art. 6, al. 1 let. b ORTV

annuel de 2.5 millions de francs est justifié. Conformément à ce qui est proposé dans le projet de loi, nous recommandons de ne définir la somme qu'au niveau de l'ordonnance car il est plus facile de l'adapter aux développements. En raison de la situation tendue sur le front des bénéfices, nous proposons cependant d'exclure totalement ces entreprises de la taxe d'encouragement ou de remplacement et de ne pas se contenter de diviser la taxe par deux.

c. Exception de la retransmission de l'offre de tiers, voir art. 24a, al. 3 let. c et art. 24e, al. 2 let. c P-LCin

Le rapport explicatif ne contient pas d'autres informations sur ce cas exceptionnel. Comme indiqué en introduction, nous commercialisons l'offre d'un tiers en notre nom propre. Par conséquent, nous ne pouvons influencer que de manière limitée la tarification et le choix des titres et remplissons ainsi les conditions de la clause générale d'exception selon laquelle l'obligation semble disproportionnée ou son respect impossible. Par conséquent, nous devrions de toute façon relever de cette règle même si nous commercialisons comme indiqué l'offre de VoD en notre nom propre. Ce ne serait pas le cas si l'on avait une relation de prestation directe entre ce tiers et le consommateur. Ce tiers devrait alors obligatoirement être considéré comme un fournisseur de VoD au sens des art. 24a et art. 24b P-LCin. Cela doit être précisé au niveau législatif pour éviter d'emblée toute incertitude ou zone d'ombre. Étant donné que l'on ne peut pas attendre que l'offre «transmise» soit strictement identique en termes de prix et de titres cinématographiques proposés à une éventuelle offre de streaming OTT d'un tiers qui existerait le cas échéant en parallèle, un attribut relativisant le tout devrait être ajouté.

Nos demandes sur l'article 24a, al. 3 et al. 3 let. c ainsi que sur l'art. 24e, al. 2 et al. 2, let. c LCin :

L'art. 24a, al. 3 LCin doit être formulé ainsi :

« Le Conseil fédéral ~~peut exempter~~ *exempte* des entreprises de l'obligation visée à l'al. 1 si :
(...) »

L'art. 24a, al. 3 let. c LCin doit être formulé ainsi :

« l'obligation semble disproportionnée ou si son observation semble impossible, (...) ou parce que l'offre d'un tiers est transmise *presque* sans être changée en son nom propre.

L'art. 24e, al. 2 LCin doit être formulé ainsi :

« Il ~~peut exempter~~ *exempte* des entreprises de la taxe de remplacement ou réduire la part d'investissement à 2 % si :
(...) »

L'art. 24e, al. 2 let. c LCin doit être formulé ainsi :

« l'obligation semble disproportionnée ou si son observation semble impossible, (...) ou parce que l'offre d'un tiers est transmise *presque* sans être changée en son nom propre.

Pour finir, nous demandons à ce que les mêmes exceptions soient aussi prévues pour l'obligation de communication des données sur les films (qui existe depuis 2016). Puisque nous commercialisons seulement l'offre d'un tiers (certes en notre nom propre) et que nous la «transmettons» en ce sens (même si cela est fait en notre propre nom), nous avons beaucoup de difficultés à fournir les données cinématographiques requises pour la statistique relative au cinéma. Beaucoup de ces données sont donc directement collectées par l'OFS auprès de nos fournisseurs de films. Nous sommes cependant assujettis à l'obligation d'annoncer et devons escompter des sanctions si nos fournisseurs de films ne satisfont pas aux injonctions d'annoncer.

Nos demandes sur l'art. 24i, al. 1 LCin :

« Les entreprises qui diffusent en Suisse (...) sont tenues d'annoncer à la Confédération le nombre de visionnements par titre de film *sauf si elles n'atteignent pas le chiffre d'affaires minimum défini par le Conseil fédéral ou si elles transmettent presque sans changement les offres de tiers en leur nom propre* ».

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir incorporer nos remarques et arguments dans la suite du traitement de l'affaire et de prendre en compte notre position et nos demandes. Nous nous tenons à tout moment à votre disposition pour répondre à vos questions.

Meilleures salutations

netplus.ch SA



Mireille Duchoud
Head of General Services



Christian Voide
CEO

Fournisseur multimédia pour le compte de 12 réseaux multimédia Romand :
La SEVJ, VOénergies, net+ Léman, SEIC, SEFA, Citycable, net+ FR, SEIC-Télédis, Sinergy, net+ Entremont, esr, Sierre-Energie

Réponses au point 4 du questionnaire sur le projet de consultation (révision la loi sur le cinéma)

Question	Réponse
En outre, les entreprises qui proposent des films par voie électronique à la demande ou par abonnement devraient être tenues, comme c'est déjà le cas aujourd'hui pour les diffuseurs de télévision, d'investir 4 % de leur chiffre d'affaires brut dans le cinéma suisse ou de payer une taxe de remplacement correspondante (voir point 3.2 du rapport explicatif). Êtes-vous d'accord avec cette proposition ?	Non
Enfin, les entreprises qui proposent des films en ligne sont tenues de réserver 30 % de leur catalogue à des films européens (cf. ch. 3.2 du rapport explicatif). Êtes-vous d'accord avec cette proposition ?	Non

Copie pour information aux associations de protection des consommateurs, parlementaires fédéraux, partis politiques, associations économiques, etc.



Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Versand per Email an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 17. September 2019

**Stellungnahme der
Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
zur
«Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024»
(Kulturbotschaft)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur oben genannten Botschaft Stellung zu beziehen. Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) unterstützt in der vorliegenden Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021–2024 grundsätzlich die Positionen der Nationalen Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE, der Archäologie Schweiz, des Verbandes der Museen der Schweiz (VMS/AMS) und des Internationalen Museumsrats ICOM Schweiz sowie der Stiftung SAPA (Schweizer Archiv der Darstellenden Künste).

Grundsätzliche Erwägungen

Wir betrachten die Kulturbotschaft als wertvolles Steuerungsinstrument der Kulturpolitik und begrünnen, dass die drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation») sowie die verbundenen Massnahmen in der neuen Kulturbotschaft 2021–2024 beibehalten und fortgesetzt werden (siehe Punkt 2). Wir begrünnen auch, dass der Bundesrat durch geeignete Massnahmen im Bereich Baukultur zu einer höheren Qualität der gebauten Umwelt beitragen will.

Positiv und als Signal zugunsten der Kultur hervorheben möchten wir das vorgesehene durchschnittliche Ausgabenwachstum von 2,9% pro Jahr im Vergleich zum Finanzplan 2020.

Die Ratifizierung des Übereinkommens zum Schutz des Unterwassererbes und des Rahmenübereinkommens über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention von 2005) sind als bedeutende Ereignisse zu erwähnen. Dadurch bekennen sich Bundesrat und Parlament zum Schutz und zur Wertschätzung der nicht erneuerbaren Ressource Kulturerbe.

Detailbesprechung

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wir begrüssen die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 und möchten folgende Punkte speziell hervorheben:

Die Integration des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) in das Bundesamt für Kultur gewährt dem Inventar eine grössere Wichtigkeit und eine bessere Sichtbarkeit.

Besonders erfreulich war die aktive Rolle der Schweiz im Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018, das von der Europäischen Kommission unter dem Motto «Sharing Heritage» ausgerufen wurde. Wir begrüssen auch die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft und das Übereinkommen der Unesco über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes. Die Definition eines weit gefassten Kulturerbebegriffs sowie die Inwertsetzung des Kulturerbes für die breite Bevölkerung ermöglichen innovative Interpretationsformen und neuartige Zugänge, aber auch neue Möglichkeiten für den Schutz von beziehungsweise den Umgang mit Kulturerbe.

Notwendige Massnahmen:

Es wäre wünschenswert, dass künftig zusätzliche Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der Baukultur ergriffen werden.

Es muss angemerkt werden, dass aufgrund der Teuerungskorrekturen im Rahmen des Stabilisierungsprogrammes die realen Mittel 2017–2019 nicht den ursprünglich gesprochenen Beträgen entsprochen haben.

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die SAGW begrüsst die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation»). Wir stimmen der weitgehenden inhaltlichen Kontinuität mit einer punktuellen Weiterentwicklung bisheriger Massnahmen zu.

Demzufolge begrüssen wir es, dass die in der Förderperiode 2016–2020 eingeführten Massnahmen fortgesetzt werden sollen. Eine namentliche Verankerung der Faro-Konvention in der Kulturbotschaft wäre wünschenswert und würde dem Kulturerbe einen gewichtigeren Status verleihen.

Die SAGW teilt die Auffassung, dass sich die fünf identifizierten Megatrends bestätigen haben und den gesellschaftlichen Veränderungsprozess immer noch wesentlich beeinflussen, namentlich die besondere Wirkungsmacht der Digitalisierung.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

«Entwicklungen Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1)

Insgesamt begrüsst die SAGW die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024. Die SAGW begrüsst speziell die vorgesehenen Projekte zur angemessenen Vertretung der Geschlechter im Bereich Kultur sowie die vorgesehenen vertieften statistischen Erhebungen, die den konkreten Handlungsbedarf festlegen sollen.

Explizit zu begrüssen ist die Fortführung des «Nationalen Kulturdialogs» und die daraus entstandene intensiverte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Städten.

Notwendige Massnahmen:

Die Massnahmen müssen zwingend so ergänzt werden, dass sie auch die Teilhabe am Kulturerbe berücksichtigen, wie sie die ratifizierte Faro-Konvention vorsieht und wie sie die interdepartementale Strategie Baukultur als vorrangiges strategisches Ziel formuliert.

Die vorgesehenen Massnahmen im Bereich Forschung, Wissen und Vermittlung (S. 36) sind von grundlegender Bedeutung. Allerdings möchten wir die Position von Archäologie Schweiz unterstützen, die darauf hinweist, dass die Massnahmen und Ziele die zeitgenössische Baukultur betreffen, nicht jedoch das historische Erbe im Auge haben. Auch für das historische Erbe sind Massnahmen und Ziele zu erarbeiten.

Die Umbenennung der Fachbereiche und die Subsumierung der Fachbereiche Archäologie und Denkmalpflege unter den Begriff und das Konzept «Baukultur» sind nicht ideal: Es ist fraglich, ob das archäologische Erbe genügend mitberücksichtigt wird und es ist zu befürchten, dass die Archäologie auf lediglich einen kleinen Teil ihres Befundes reduziert wird, nämlich die über dem Boden sichtbaren Teile, und der weitaus grössere Teil, das Bodenarchiv, vergessen geht.

Wir empfehlen, die Umbenennungen der Fachbereiche nochmals sorgfältig zu überdenken und die Begriffe «Archäologie» und «Denkmalpflege» nicht fallenzulassen.

Wir unterstützen die Position von VMS/AMS und ICOM Schweiz, welche neben dem Ausbau der Musikkförderung und der digitalen Kompetenz im Bereich kulturelle Teilhabe eine Thematisierung der visuellen Kompetenz als grundlegender Teil des Bildungsangebots fordert. Wichtig ist auch eine angemessene Förderung der Vermittlung dieser Kompetenz durch die Museen.

Wir begrüssen die Kontinuität der Massnahmen in Bezug auf Sprachen und Verständigung unter 2.6.2.

Die SAGW begrüsst die Sprachenförderung des Bundes, unterstützt das Ziel, die vier Sprachregionen der Schweiz zu stärken und die Minderheitensprachen zu fördern. Wir begrüssen insbesondere die neu ausgerichteten Massnahmen im Bereich des schulischen Austausches sowie der Stärkung der italienischen und rätoromanischen Sprache und Kultur.

Notwendige Massnahme: Die aufgrund des Stabilisierungsprogrammes des Bundes für die Jahre 2017–2019 erheblich reduzierten Mittel zur Unterstützung der mehrsprachigen Kantone sollten in der Periode 2021–2024 deutlich erhöht werden.

4. Revision Filmgesetz

Wir enthalten uns einer Stellungnahme für die vorgesehene Revision des Filmgesetzes.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Die Verankerung des immateriellen Kulturerbes in Art. 1 des Kulturförderungsgesetzes betrachten wir angesichts seiner hohen Bedeutung und auch im Sinne der Faro-Konvention als sinnvoll und richtig.

Die Erweiterung des Filmgesetzes um Art. 19a zum Zugang zum Filmerbe begrüssen wir, denn damit würde die gesetzliche Grundlage geschaffen, die von der öffentlichen Hand geförderten Filme der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Es ist sehr begrüssenswert, dass die Finanzmittel für die Periode 2021–2024 eine Erhöhung erfahren.

«Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter» (2.4.2.3, S. 33)

Notwendige Massnahmen: Wir würden eine Mittelaufstockung der Institutionen begrüssen, die unter der Rubrik «Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter» zusammengefasst sind, da weitere Institutionen angegliedert wurden. Zudem können nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln notwendige Digitalisierungsprojekte sowie eine professionell eingerichtete und regelmässig gewartete Langzeitarchivierung realisiert werden. Wir empfehlen, sowohl für die Digitalisierungsprojekte als auch für die Langzeitarchivierung ein koordiniertes Vorgehen sowie eine Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen zu prüfen.

Angesichts der Vielfalt des Kulturschaffens im Bereich der darstellenden Künste sind wir der Meinung, dass dafür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Durch die vorgesehene budgetneutrale Verschiebung der Finanzhilfen im Bereich der Netzwerke Dritter ist die Funktion der Stiftung SAPA (unter anderen) in Gefahr. Für dringend anstehende Konservierungs- und Digitalisierungsarbeiten sowie die Langzeitarchivierung müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Ihre wichtige Funktion als Netzwerk im Bereich des audiovisuellen Erbes kann die Stiftung SAPA nur wahrnehmen, wenn die beantragten Finanzen gesprochen werden.

Open Science ist ein zentrales Anliegen der SAGW und wir sind überzeugt, dass einzig eine professionelle Konservierung, Digitalisierung sowie eine qualitativ hochstehende Langzeitarchivierung einen nachhaltigen Nutzen des audiovisuellen Kulturerbes im Bereich der darstellenden Künste garantieren.

Wir unterstützen VMS/AMS und ICOM Schweiz in ihrer Forderung nach einer Verlängerung der Projektunterstützung im Bereich der Provenienzforschung während der nächsten Förderperiode. Zudem wäre es wünschenswert, wenn diese Projektbeiträge für die Jahre 2023–2024 ausgebaut würden und seitens des VMS/AMS das vorgeschlagene Digitalisierungsprojekt realisiert werden könnte.

«Baukultur» (4.1.5): Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen

Notwendige Massnahmen: Eine Aufstockung der derzeit rückläufigen Finanzhilfen zur Erhaltung schützenswerter Objekte (Denkmalpflege) und zur Durchführung archäologischer Massnahmen ist zwingend notwendig.

Historisch wertvolle Gebäude und Baudenkmäler, archäologische Exkursionen und Referate mit archäologischen und historischen Inhalten oder die jährlich stattfindenden Denkmaltage erfreuen sich grosser Beliebtheit. Sie sind Teil des gesellschaftlichen kollektiven Gedächtnisses und integrierende Bestandteile der Handlungssachen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kulturelle Teilhabe».

Aus diesem Grund unterstützen wir den von der NIKE vorgebrachten Antrag zum Rahmenkredit des Fachbereichs «Baukultur», der innerhalb des genannten Förderbereichs über die vier Jahre insgesamt einen Kredit von mindestens 100 Millionen Franken vorsieht.

Unesco-Weltkulturerbestätten

Die NIKE und Archäologie Schweiz beantragen, in der Kulturbotschaft einen zusätzlichen Förderbereich mit einem angemessenen Kredit für das Unesco-Welterbe einzurichten. Bisher erhalten die Kulturerbestätten, im Gegensatz zu den Naturerbestätten, keine finanzielle Unterstützung.

Notwendige Massnahmen: Die SAGW begrüsst diesen Antrag, denn im Sinne eines Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt müssen genügend finanzielle Mittel vorhanden sein, um die vorgesehenen Aufgaben erfüllen zu können.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und verbleiben mit freundlichen Grüssen.



Dr. Markus Zürcher
Generalsekretär SAGW

Vom Vorstand der SAGW genehmigt am 17.09.2019

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Altdorf, 19. September 19

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021-24: Stellungnahme des Verbands Schweizer Volksmusik

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie den Verband Schweizer Volksmusik eingeladen, zur Vernehmlassungsvorlage der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Stand: 29. Mai 2019) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Einladung und nehmen diese Gelegenheit gerne wahr.

Im Wesentlichen schliesst sich der Verband Schweizer Volksmusik in seiner Stellungnahme der IG Volkskultur Schweiz und Fürstentum Liechtenstein an, ergänzt oder präzisiert diese jedoch stellenweise:

Der Volkskultur, zu welcher Volksmusik zweifellos zählt, sind nur gerade sieben Zeilen auf S. 16, Absatz 2.1.3, gewidmet. Neue Gedanken werden darin nicht formuliert. Absatz 2.1.3 differenziert grosse und kleine innovative Projekte auseinander; erstere werden von Pro Helvetia selbst, letztere von der IGV über den «Volkskulturfonds Pro Helvetia» unterstützt. Abschnitt 2.6.1 fasst die Förderaktivitäten des BAKs zusammen: Unterstützung für die Organisationen kulturell tätiger Laien einerseits, Mitfinanzierung von kulturellen Projekten und Anlässen für ein breites Publikum, also eidgenössische Volks- und Laienkulturanlässe anderseits.

Mit diesen Förderaktivitäten sind wir absolut einverstanden. Das einzige Problem ist, dass sie das grosse Feld der gelebten Volkskultur ausser Acht lassen. Innovation ist gut und recht, aber sie berührt nicht den Kern von Volkskultur, der in der Tradition, im Ritualen, dem Selbermachen sowie in der unsichtbaren Eintrittsschwelle liegt.

Während Pro Helvetia sich überlegt, wie sie dem selbst auferlegten Innovationsdogma entkommt und Wiederaufnahmen und Reprisen subventionieren könnte und daraus einen Mehrbedarf an Fördermitteln ableitet (Abschnitt 2.3.3), bleibt Projektförderung durch Pro Helvetia in der Volkskultur an eben dieses (sachfremde) Innovationsdogma gebunden. Volkskultur kennt auch Innovation, allerdings ereignet sie sich inkrementell, nicht disruptiv, wie es in der Kulturförderung gefordert wird. Damit lässt sich die volksculturelle Innovation nicht projektmässig ausweisen.

Presenting-Partner



Haupt-Partner

RAIFFEISEN

Co-Partner



Unterstützt durch



Car-Partner



Verband Schweizer Volksmusik
Lehnplatz 22
6460 Altdorf
T 077 411 09 38
info@vsv-asmp.ch
vsv-asmp.ch

Die Volksmusikszene zeigt sich wohl noch am innovativsten von allen Volkskultursparten, jedoch lässt sich diese Innovation praktisch nur von professionellen VolksmusikernInnen umsetzen. Das ganz grosse Feld der volksmusikalischen Laien, wird ignoriert.

Die Organisationen kulturell tätiger Laien wiederum, zu denen der Verband Schweizer Volksmusik auch zählt und die fast eine halbe Million Aktiver vertreten, werden mit knapp 0.72 Mio. jährlich unterstützt, die Organisationen professioneller Kulturschaffender, denen grosszügig gerechnet 50'000 Kulturschaffende angehören, hingegen mit gerundet 2.7 Mio. Franken jährlich.

Angesichts der Leistung der Volks- und Laienkultur in Sachen Identitätsbildung, Traditionsvermittlung und Partizipation (Abschnitt 2.1; allerdings werden hier diese Leistungen besonders dem professionellen Kulturschaffen zugeschrieben, was wir für einen Irrtum halten, denn das professionelle Kulturschaffen steht ganz im Zeichen der innovationsgetriebenen Differenz) scheint uns das Ungleichgewicht eklatant. Es stünde einer Bundeskulturpolitik gut an, es auf mittlere Frist zu beheben und in der vorliegenden Kulturbotschaft den ersten Schritt dafür zu tun.

Denn auch der Verband Schweizer Volksmusik und alle anderen Organisationen kulturell tätiger Laien leisten nicht nur, was die Kulturbotschaft allgemein als Leistungen der Kultur anerkennt. Sie stehen auch vor Herausforderungen, die ins Geld gehen. Die Pflege des Nachwuchses, die Begabtenförderung, die Erweiterung des Repertoires, das Engagement qualifizierter Chorleiter, Dirigenten, Regisseure, Choreographen, die Weiterbildung von Verbandsadministratoren etc. rufen nach Mitteln. Die in der heutigen Zeit notwendige Professionalisierung der Verbandsverwaltung benötigt zusätzliche Mittel, die in Anbetracht von Überalterung und Mitgliederschwund nicht ohne weiteres durch Mitgliederbeitrags erhöhungen generiert werden können. Insbesondere die nationalen Spartendachverbände sind auf dringende Unterstützung angewiesen.

Ebenso fordern wir, dass über den Volkskulturfonds oder über andere Mittel auch wichtige volkskulturelle Projekte gefördert werden können, die dem inhaltlichen Gebot der Volkskultur gehorchen, also traditionell im besten Sinne und partizipativ sind.

Für diese beiden Stossrichtungen – Stärkung der Verbände und Förderung des Kerns, nicht nur der «Avantgarde» der Volkskultur – ist ein Mittelwachstum angezeigt, wie es für andere in der Kulturbotschaft aufgeführte Einrichtungen und Organisationen unter den Titeln «intensivieren» (16 Mal) oder «Stärkung» (20 Mal) offenbar selbstverständlich ist. Angesichts der Grösse des Feldes, das wir zur Volks- und Laienkultur zählen, gehen wir von 10% Mittelzuwachs aus, sowohl was die Kredite an die Organisationen kultureller Laien wie was den Aufbau einer Förderrichtlinie «traditionelle Volkskultur» angeht.

Aus Sicht des Verbands Schweizer Volksmusik kommt hinzu, dass die volkskulturellen Kompetenzzentren, namentlich das Haus der Volksmusik in Altdorf UR, das Roothuus Gonten in Gonten AI und das Schweizer Zither-Kulturzentrum in Trachselwald BE, in hohem Masse professionelle Leistungen für breite Kreise der Bevölkerung erbringen, welche die Leistungen des Verbands Schweizer Volksmusik und weiterer Volkskulturverbände perfekt ergänzen. Diese Sammlungen und Netzwerke müssen durch gezielte finanzielle Unterstützung u.a. durch den Bund in ihren Bestrebungen unterstützt und damit deren Betrieb langfristig gesichert werden.

Presenting-Partner



Haupt-Partner



Co-Partner



Unterstützt durch



Car-Partner



Verband Schweizer Volksmusik
 Lehnplatz 22
 6460 Altdorf
 T 077 411 09 38
 info@vsv-asm.ch
 vsv-asm.ch

Die Symbiose des Verbands Schweizer Volksmusik als grösster Volksmusiklaienverband mit den professionellen Kompetenzzentren wirkt sich befruchtend auf die Volksmusik in der Schweiz aus und kann so deren Lebendigkeit in Tradition wie auch Innovation sicherstellen.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Verband Schweizer Volksmusik VSV



Ursula Haller
Zentralpräsidentin



Markus Brülisauer
Geschäftsführer

Presenting-Partner



Haupt-Partner

RAIFFEISEN

Co-Partner



Unterstützt durch



Car-Partner



Verband Schweizer Volksmusik
Lehnplatz 22
6460 Altdorf
T 077 411 09 38
info@vsv-asmp.ch
vsv-asmp.ch



Verein Strapazin | Eglistrasse 8 | 8004 Zürich | 044 491 96 82 | post@strapazin.ch | www.strapazin.ch

Schweizer Eidgenossenschaft
Bundesamt für Kultur
Leiter Direktionsgeschäfte und Recht
Daniel Zimmermann
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Zürich, 18. September 2019

Stellungnahme Verein Strapazin zur Vernehmlassungsvorlage betreffend Förderung der Kultur 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zur Vernehmlassungsvorlage Stellung zu beziehen. Das Comic-Magazin Strapazin, 1984 gegründet, hat seinen Sitz in Zürich und entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten zum wichtigsten Avantgarde-Magazin für Comics im deutschsprachigen Raum. «Strapazin hat pionierhaft mitgeholfen, den Comic als Neunte Kunst zu etablieren. Mit über 130 Nummern in fast 35 Jahren ist Strapazin international zu einem vitalen Seismographen für das aktuelle Comic-Schaffen avanciert.» (Auszug aus der Laudatio anlässlich der Anerkennungsgabe der Stadt Zürich 2018).

Der Verein Strapazin, bestehend aus 20 Mitgliedern aus der Kulturszene, publiziert viermal jährlich auf 80-100 Seiten mehrheitlich Erstabdrucke und Erstübersetzungen von Originalwerken (auch von Autor*innen aus der italienischen und französischen Schweiz). Neben internationalen und nationalen Comic-Berühmtheiten bietet Strapazin immer auch dem Nachwuchs eine Plattform für eine erste Publikation nach dem Studienabschluss. Schon oft bedeutete eine Veröffentlichung in Strapazin den Startschuss für eine zeichnerische Karriere. Zudem engagiert sich der Verein Strapazin in den Bereichen Vermittlung (Comic-Workshops, Nachwuchs-Praktika) und internationaler Kulturaustausch (Länder-Ausgaben, Festivalpräsenz, nationale und internationale Kooperationen).

Comic-Szene Schweiz

Das Schweizer Comic-Schaffen hat Tradition – der erste «richtige» Comic-Zeichner war ein Genfer namens Rodolphe Töpffer (1799 – 1846) – allerdings dauerte es bis in die 80er-Jahre des 19. Jahrhunderts, bis sich auch in der deutschen Schweiz eine eigentliche Szene entwickelte. Heute sind Comicfestivals (z.B. Fumetto Luzern, BDFIL Lausanne), Ausstellungen (z.B. im Cartoonmuseum Basel und an Festivals), Ausbildungsmöglichkeiten (z.B. Illustration HSLU, Comic und Illustration ESBDI Genf), Comic-Verlage (z.B. Edition Moderne), etablierte (Strapazin) und neue (Ampel) Comic-Zeitschriften sowie Vereinigungen (z.B. Réseau BD Suisse, SCAA, Fokus Illustration) nicht mehr aus dem kulturellen Schaffen wegzudenken.

Innerhalb der Comic-Szene spielt Strapazin eine wichtige Rolle, ermöglicht durch die konstante Publikation von innovativen Autor*Innen eine kulturelle Teilhabe am Comic-Geschehen und lotet auch neue Formen aus (z.B. Comic-Reportagen).

Zur Vernehmlassungsvorlage

Strapazin begrüsst, dass die Förderung der Vermittlung und des Nachwuchses als zentral erachtet wird. Strapazin freut sich auch über die Erwähnung von Comics, insbesondere über den Abschnitt Innovative Literaturformen (Ziffer 2.3.4, Seite 25): «Eine Herausforderung besteht in der angemessenen und kontinuierlichen Förderung von innovativen Literaturformen, welche nicht nur eine textliche,

sondern auch eine visuelle oder performative Ebene beinhalten (u. a. Comics, Graphic Novels, illustrierte Kinderbücher) und die oft neue Zielgruppen ansprechen.»

Keine Förderung von Literaturzeitschriften

Ebenso begrüssen wir, dass eine Unterstützung von Literaturzeitschriften ins Auge gefasst wurde für die Förderperiode 2016-2020. Im Entwurf stand unter Ziffer 2.1.4. auf Seite 40: « ... dazu (...) brauchen insbesondere drei Bereiche dringend eine öffentliche Unterstützung, um die aktuellen Herausforderungen bewältigen zu können: das Verlagswesen, die literarische Übersetzung und die Literaturzeitschriften.» Wir bedauern, dass die Förderung von Literaturzeitschriften nicht umgesetzt wurde und auch in der Förderperiode 2021-2024 nicht vorgesehen ist. Wir teilen die Ansicht des Entwurfs der Kulturbotschaft 2016-2020 (Seite 40): *Eine stärkere strukturelle Unterstützung für Literaturzeitschriften ist erforderlich, damit diese unabhängig von ihrem Format (elektronisch und/oder auf Papier) ihre Rolle als Austauschplattformen wahrnehmen können. Die Literaturzeitschriften tragen zum Dialog und zum Zusammenhalt zwischen den Sprachregionen bei. Sie machen damit die Literatur für die breite Öffentlichkeit besser zugänglich. Das BAK sieht deshalb vor, Literaturzeitschriften mit der Ausschreibung von vierjährigen Leistungsvereinbarungen zu unterstützen. Ziel ist die Förderung des Austauschs und des Zugangs zur Literatur.*»

Insbesondere möchten wir auf den Inserate-Rückgang in Schweizer Printmedien hinweisen, der weiterhin zunimmt und zu einer erheblichen Unsicherheit betreffend die Zukunft von Zeitschriften führen kann.

Punktuelle Förderung und Projektförderung versus strukturelle Förderung

Wir begrüssen sehr, dass auch Strapazin für Projektförderungen Eingaben machen konnte und weiterhin kann (z.B. Projektwettbewerb Kulturerbe für alle, Buchpromotion). Dies ermöglicht beispielsweise Zusatzprojekte im Bereich Vermittlung. Eine für die längerfristige Planung wichtige strukturelle Förderungsmöglichkeit fehlt jedoch bei Literaturzeitschriften, darunter könnten auch zusätzliche Vermittlungsprojekte im Zusammenhang mit der Publikation leiden.

Anliegen

Ein grundsätzliches Anliegen ist uns, dass der Comic und die Illustration als eigene Kategorie gelten, da hier sowohl Kriterien der visuellen Künste als auch der Literatur eine Rolle spielen.

Zudem wünscht sich Strapazin, dass die gestrichenen Passagen bezüglich Literaturzeitschriften des Entwurfs zur Kulturbotschaft 2016-2020 wieder aufgenommen werden und/oder dass

Literaturzeitschriften, welche mehrheitlich Originalwerke und Erst-Übersetzungen (Kurzgeschichten, Comic-Geschichten) kuratieren, lektorieren und publizieren (sowie übersetzen) um Verlagsförderung nachsuchen können, einerseits, weil sie in dieser Hinsicht eine ähnliche Rolle wie Verlage spielen bei der Veröffentlichung von Werken, andererseits weil für Kleinwerke im Bereich Comic eine punktuelle Förderung im Bereich Werkeingabe, Übersetzung und Druckkostenbeitrag nicht oder nur sehr begrenzt möglich ist. Die Publikation eines kurzen Werkes ist jedoch von Bedeutung für das Resumé des Nachwuchses.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme und freuen uns über die lebendige Comic-Szene Schweiz mit ihren zahlreichen leidenschaftlichen Akteur*innen.

Hochachtungsvoll
Lawrence Grimm



Verlagsleiter Strapazin

CH-3003 Berne, EDA, AIO, Sektion UNESCO

A-Post

Eidgenössisches Departement des Inneren
Herr Bundesrat Alain Berset
Generalsekretariat GS-EDI
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Referenz : BERJE
Bern, 19.9.2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft); Stellungnahme der Schweizerischen UNESCO-Kommission

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur obengenannten Konvention danken wir. Als Schweizerische UNESCO-Kommission sehen wir uns als Bindeglied zwischen der internationalen Gemeinschaft und der Schweizer Zivilgesellschaft. Die Kommission setzt sich wie die UNESCO mit den Mitteln der Bildung, der Wissenschaft, der Kultur und der Kommunikation auf allen Ebenen für den Frieden und die internationale Verständigung ein. Sie vertritt die Werte der UNESCO, die in ihrer Verfassung verankert sind. Zu den wichtigsten Aufgaben der Schweizerischen UNESCO-Kommission gehören die Beratung der Regierung mittels Empfehlungen und Stellungnahmen zu Themen im Zusammenhang mit der UNESCO sowie die Bekanntmachung der Tätigkeiten der UNESCO in der Schweiz.

Gerne machen wir daher von der Möglichkeit einer Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung Gebrauch.

Wir unterstützen die **Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen** der Kulturpolitik des Bundes, zum einen, weil wir von deren Pertinenz überzeugt sind, zum andern, weil die Kontinuität eine Vertiefung der Themen ermöglicht:

Die **Teilhabe** möglichst aller Bevölkerungsschichten an den ganz unterschiedlichen Bereichen der vielfältigen kulturellen Praxis ist für die Identitätsfindung von Individuum und Gesellschaft unerlässlich. Gerade in einer Zeit zunehmender Infragestellung gemeinsamer Werte ist die Pflege einer breiten Vielfalt bedeutender geworden. Kulturelle Praxis ist hervorragend geeignet, Gemeinsamkeiten trotz Vielfalt zu entdecken und zu pflegen, unerlässlich in einer Zeit verstärkter Fluktuationen unserer mobilen Gesellschaft.

Die Schweizerische UNESCO-Kommission ist überzeugt von der Wichtigkeit der Anerkennung der kulturellen Vielfalt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, welcher die Schweiz heterogener und bevölkerungsreicher werden lässt. Verständigung über Sprachgrenzen hinaus und über Generationen hinweg sind unabdingbare Fundamente, auf denen der **gesellschaftliche Zusammenhalt** aufbaut. Wir weisen in diesem Kontext auf die Pertinenz der UNESCO Konvention von 2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen von 2005 hin, welche von der Schweiz 2008 ratifiziert worden ist.

Kreation und Innovation: Wir teilen die Auffassung, dass Kreativität zum Aufbau einer offenen, inklusiven und pluralistischen Gesellschaft beiträgt. Den Künstlerinnen und Künstlern kommt dabei als wichtige Impulsgeber und Wegbereiter für die Herausforderungen der Zukunft eine ganz besondere Rolle zu.

Bezüglich der beiden ersten Handlungsachsen begrüsst die Schweizerische UNESCO-Kommission insbesondere den Beitritt der Schweiz zum **Rahmenübereinkommens des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Konvention von Faro)**. Die Konvention ist unseres Erachtens ganz besonders geeignet, die bereits in der Kulturbotschaft vorgezeichneten Wege zum besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt grenzübergreifend zu definieren und den Zugang zum gemeinsamen Erbe Europas zu erleichtern. Die in der Konvention verlangte Vertiefung des Wissens zum «Kulturerbes als Ressource für ein friedliches Zusammenleben, und zwar durch die Förderung von Vertrauen und gegenseitigem Verständnis im Hinblick auf Konfliktlösung und Konfliktverhinderung» entspricht dem Kern der Mission der UNESCO.

Die Schweizerische UNESCO-Kommission begrüsst ebenfalls die Ratifikation des **Übereinkommens der UNESCO über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes (UNESCO 2001)**. Die Schweiz hat somit alle kulturellen Konventionen der UNESCO ratifiziert und damit ein wichtiges Zeichen für den Schutz von Kulturgut gesetzt – sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene.

Die Schweizerische UNESCO-Kommission wird sich weiterhin im Bereich Welterbe für die Sensibilisierung und die Bekanntmachung der Werte des Welterbes einsetzen und freut sich auf die Weiterführung der guten Zusammenarbeit. Unseres Erachtens müsste unter dem Punkt 2.5 Baukultur unbedingt die **Umsetzung des «Aktionsplans Schweiz 2016 – 2023»** im Bereich UNESCO Welterbe erwähnt werden. Des Weiteren sind wir der Auffassung, dass für die nächstmögliche Programmperiode ein eigenes Finanzierungsgefäss für das Management und die Sensibilisierung für die Werte der UNESCO-Kulturerbestätten geschaffen und alimentiert werden müsste.

Die Schweizerische UNESCO-Kommission ist überzeugt von der Wichtigkeit der **Umsetzung der Agenda 2030** und der essenziellen Rolle, welche der Kultur dabei zufällt. Die Schnittstellen sind mannigfaltig. Für die Faro-Konvention sind dies namentlich die Ziele 4 (Hochwertige Bildung) und 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden). Neben den bereits erwähnten SDGs 11 und 4 leisten beispielsweise die kulturellen Konventionen der UNESCO Beiträge zu folgenden Zielen: 5 (Geschlechtergleichheit), 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), 13 (Massnahmen zum Klimaschutz), 14 (Leben unter Wasser), 16 (Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele). Wir laden das BAK ein, das Engagement für das Erreichen der Ziele der Agenda 2030 weiterzuführen und zu verstärken. Wir sehen unter anderem die Möglichkeit, die Ziele in den verschiedenen Bereichen und Projekten zu erwähnen und damit die involvierten Akteure verstärkt für die Agenda 2030 zu sensibilisieren.

Wir unterstützen die **Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021 – 2024**. Speziell hervorheben möchten wir dabei das Konzept der **Baukultur**, welches wir als bedeutend erachten, insbesondere im Zuge der fortschreitenden Urbanisierung der Schweiz. Dies bedeutet wachsende Agglomerationen, verbautes Kulturland und zunehmender Druck auf historische Bauten. Auch die Welterbestätten in der Schweiz sind nicht davon gefeit. Uns überzeugt der vielschichtige Ansatz der Baukultur, der alle menschlichen Aktivitäten umfasst, welche die gebaute Umwelt betreffen. Die Baukultur leistet damit ebenfalls einen wichtigen

Beitrag zur Erfüllung der Ziele der Agenda 2030 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur), 11, 13 und 16.

In Bezug auf die **vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen** begrüßen wir die Änderung von Art.1 des Kulturförderungsgesetzes mit der namentlichen Nennung des immateriellen Kulturerbes. Das immaterielle Erbe erhält damit eine explizite Erwähnung, welche dessen hohem Stellenwert entspricht.

Die Schweizerische UNESCO-Kommission möchte des Weiteren auf folgende Punkte hinweisen:

1.4.3 Kulturpolitik des Bundes im Ausland

In Zusammenarbeit mit dem EDA hat das EDI eine Strategie zum Schutz des gefährdeten Erbes entwickelt. Diese Strategie hat das Ziel, die Schweiz zu positionieren in einem internationalen Kontext der zunehmenden Gefährdung des Kulturerbes aufgrund von bewaffneten Konflikten oder von Naturkatastrophen.

Die Schweizerische UNESCO-Kommission, welche ebenfalls an der Erarbeitung der Strategie beteiligt war, begrüsst die Aufnahme der Strategie in die Kulturbotschaft und ist bereit, sich aktiv an deren Umsetzung im Rahmen eines Aktionsplans zu beteiligen.

Wir schlagen folgende ergänzende Formulierungen vor: Der Bundesrat hat 2019 die interdepartementale Strategie zum Schutz des gefährdeten Kulturerbes 2019 - 2023 verabschiedet. Sie wurde in Zusammenarbeit mit dem EDA und allen involvierten Bundesämtern entwickelt. Diese Strategie hat das Ziel, die Schweiz zu positionieren in einem internationalen Kontext der zunehmenden Gefährdung des Kulturerbes aufgrund von bewaffneten Konflikten oder von Naturkatastrophen.

1.4.3.2 Multilaterale Ebene

In der Förderperiode 2021–2024 will der Bund seine Position konsolidieren und seine Kandidatur für Schlüsselstellen in einschlägigen zwischenstaatlichen Komitees einreichen. Damit soll ein Beitrag gegen die zunehmende Politisierung der Komitees geleistet werden.

Wird explizit eine Schlüsselstelle in den zwischenstaatlichen Komitees angestrebt oder schlicht die Einsitznahme in den Komitees, welche an und für sich bereits eine Schlüsselstelle darstellen? Oder ist damit insbesondere die Übernahme einer Präsidentschaft gemeint? Welche Komitees sind namentlich gemeint?

Obwohl die Politisierung der erwähnten Komitees in der Tat eine Herausforderung darstellt, schlagen wir eine Formulierung vor, welche auch den Hauptaufgaben, nämlich der Umsetzung der Konventionen und dem Schutz des Kulturerbes, Rechnung trägt: Damit soll ein Beitrag für eine glaubwürdige Umsetzung der Konventionen, für die gute Regierungsführung und gegen die zunehmende Politisierung der Komitees geleistet werden.

2.1.3 Volkskultur

Im Rahmen des Inlandaustausches unterstützt der Bund (Pro Helvetia) die Schweizerische Volkskultur. Der Begriff «Volkskultur» ist unseres Erachtens auf die Deutschschweiz zugeschnitten, entspricht aber nicht der Realität in der Romandie und in der italienischsprachigen Schweiz. «Volkskultur» umfasst unter anderem «Volksmusik» oder «Volkstanz», in der Romandie ist die «culture populaire» keinem Genre oder Stil zugewiesen, die Diversität ist sehr gross. Falls die «Volkskultur» vor allem die «Volksmusik» meint (Handörgeli und Jodel), dann ist anzumerken, dass diese Musikformen in der Romandie bei Weitem nicht so verbreitet sind wie in der Deutschschweiz.

2.6.1 Kulturelle Teilhabe, Seite 40

Viele nationale und regionale Identitäten und Besonderheiten definieren sich über die Bestandteile des immateriellen Kulturerbes. Wir würden eine aktive Formulierung vorziehen, welche die Träger in den Mittelpunkt stellt: Die Träger von Traditionen leisten einen aktiven Beitrag zu Identitäten und sozialem Zusammenhalt in den Gemeinschaften auf regionaler, kantonaler und nationaler Ebene.

2.6.1 Kulturelle Teilhabe, Seite 41

Wir begrüßen die Ausarbeitung von Leitlinien für die Beteiligung der Schweiz an internationalen Kandidaturen. Unseres Erachtens müssten in diesem Zusammenhang auch die Kompetenzen definiert werden sowie die Mittel, um die eingeschriebenen multinationalen Elemente zu schützen und bekannt zu machen.

4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das Kulturförderungsgesetz

Projekte und Anlässe: Die Projektförderung zu Gunsten des immateriellen Kulturerbes (vgl. Ziff. 2.6.1) wird durch Verschiebungen innerhalb des entsprechenden Kredits erhöht.
Wir sind der dezidierten Auffassung, dass neue Aufgaben eine Aufstockung der finanziellen Mittel erfordern und nicht lediglich eine Verschiebung.

Wir bedanken uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit besten Grüßen,



Nicolas Mathieu
Generalsekretär

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft); Stellungnahme zum Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage:

Vorbemerkung

Das Netzwerk nimmt nur zu den generellen Fragen und zu denjenigen, welche die Pärke direkt betreffen, Stellung

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Wir beurteilen die Umsetzung als gut und richtig

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Wir beurteilen die drei Handlungsachsen als richtig, ebenso den zusätzlichen Akzent Digitalisierung

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Wir beurteilen die Weiterentwicklung der Massnahmen grundsätzlich als richtig. Von besonderer Bedeutung ist aus Sicht der Pärke die Baukultur (4.1.2.2). Dieses Element ist für die Lebens- und Landschaftsqualität zentral, sowohl was die historische Bausubstanz angeht, wie auch die Bauten ausserhalb der Bauzonen und die Qualität der Bauten bei der Verdichtung nach innen.

Aus Sicht des Netzwerks sollte die Liste hier um einen Punkt ergänzt werden: die Transition. Die Gesellschaft wird in den nächsten Jahren durch schnelle Anpassungs- und Wandlungsprozesse gefordert werden. Die Anpassungen an den Klimawandel, die Digitalisierung und der ökonomische Wandel (Negativzinsen, Kreislaufwirtschaft, CO₂-Reduktion) haben zunehmende Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt und sind grosse kulturelle Herausforderungen. Ihre Bedeutung wird in den nächsten Jahren wachsen. Deshalb sollten die kulturellen Aspekte der Transition zum jetzigen Zeitpunkt hier berücksichtigt werden und als eigener Unterpunkt aufgeführt werden.

Der Umgang mit Veränderung ist eine der Kernkompetenzen der Pärke. Sie verknüpfen im Veränderungsprozess Schutz mit Nutzung und arbeiten mit unterschiedlichen Partnern aus einer Region zusammen. Mit ihrem breiten Know How und ihren Plattformen sind sie wichtige mögliche Motoren der Transition.

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Keine Stellungnahme

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Wir befürworten die vorgeschlagenen Änderungen, insbesondere Art. 1 Bst. A Ziff.1 zur expliziten Verankerung des immateriellen Kulturerbes in Art. 1 KFG.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Wir finden den Gesamtrahmen richtig, dagegen sind die Beiträge für die kulturelle Teilhabe und der Rahmenkredit zur Baukultur anteilmässig aus unserer Sicht zu gering.

19. September 2019, C. Stauffer



Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Herr Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Henriette von Wattenwyl
Bürgergemeindeschreiberin
031 328 86 65
henriette.vonwattenwyl@bgbern.ch

Per Mail an
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 19. September 2019

Vernehmlassung: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 - 2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie – auch interessierte Kreise – eingeladen, sich zur Kulturbotschaft für die Jahre 2021 – 2024 zu äussern. Mit ihren grossen Engagements in Kultur und Gesellschaft zählt sich die Burgergemeinde Bern zu diesen.

Gemäss den Vorgaben aus der bernischen Verfassung will die Burgergemeinde Bern mit ihren Engagements in Kultur und Gesellschaft etwas für die Allgemeinheit tun, sie erwartet von diesen nicht in erster Linie einen direkten Nutzen für sich selbst im Sinne einer Gegenleistung oder der Selbstlegitimation.

Für die Burgergemeinde erfordert ein Engagement immer einen Bezug zu Bern. Als Partnerin engagiert sie sich von alters her in wichtigen Projekten der Bundesstadt im Verbund mit der Stadt und auch dem Kanton Bern als Beispiel seien hier nur das Bernische Historische Museum, das Stadttheater oder auch das Politforum genannt.

Die Burgergemeinde möchte sich lediglich zum Kapitel 4.1.2, Kulturabgeltung an die Stadt Bern und Kapitel 2.4.2.3., Netzwerke Dritter des Vernehmlassungsentwurfs äussern.

Die Stadt Bern ist seit 1848 die Bundesstadt der Schweiz. Sie versteht sich als Politikzentrum des Landes, als Bühne für den politischen Diskurs und als Ort des Dialogs. Damit nimmt die Stadt Bern auch eine wichtige Funktion in der Förderung des nationalen Zusammenhalts ein.

Die Stadt Bern bietet der Politik, der Verwaltung und der internationalen Community vielfältige Unterstützung und Plattformen, damit das politische Leben reibungslos von statten gehen kann. Dazu gehören Netzwerkaktivitäten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung sowie Empfänge für das diplomatische Korps. Zum politischen und gesellschaftlichen Leben in der Stadt Bern gehört natürlich auch ein vielfältiges kulturelles Angebot. Das Kulturangebot soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann. Die Unterstützung des Bundes leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Der Bundesbeitrag an die speziellen kulturellen Aufwendungen ist die einzige Abgeltung für die Aufgaben als Bundesstadt und als Standort internationaler Organisationen sowie diplomatischer Vertretungen, die der Stadt Bern zukommt.

Trotz des in der Kulturbotschaft geplanten Ausgabenwachstums von durchschnittlich 8,85 Millionen Franken pro Jahr wird die im internationalen Vergleich sehr bescheidene Kulturabgeltung an die Bundesstadt Bern gänzlich gestrichen. Zusätzlich ist die Streichung von Artikel 18 des Kulturförderungsgesetzes (KFG) vorgesehen, der einzigen Gesetzesgrundlage, die eine Abgeltung an die Bundesstadt vorsieht. Die Kulturabgeltung an die Stadt Bern sowie Artikel 18 KFG wurden in der Kulturbotschaft ohne jegliche Vorankündigung gestrichen. Begründet wird die Streichung von Artikel 18 KFG mit der Bemerkung «Es ist fraglich, ob der Stadt Bern durch ihren Status als «Bundeshauptstadt» per Saldo überhaupt ein finanzieller Nachteil erwächst» (S.49).

Ein angedachtes Gesetzgebungsprojekt für ein «Bundesgesetz für die Bundesstadt Bern» aus dem Jahre 2003 wurde fallengelassen. Stattdessen wurde Artikel 18 ins neue KFG aufgenommen. Das eidgenössische Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 ins KFG das klare Signal gesendet, dass eine Abgeltung an die Bundesstadt zu leisten sei. Folgerichtig hat es im Dezember 2017 dem Vorhaben, den Beitrag an die Stadt Bern zu kürzen und ab 2019 ganz zu streichen, eine Absage erteilt und die Abgeltung an die Stadt Bern wieder ins Budget aufgenommen. Über eine Verankerung der Abgeltung an die Stadt Bern in einem anderen gesetzlichen Rahmen darf diskutiert werden. Bis zu einer vom Parlament verabschiedeten gesetzlichen Alternative zu Artikel 18 KFG muss dieser allerdings zwingend bestehen bleiben.

Von der Streichung des Artikels 18 KFG ist deshalb abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten.

Netzwerke Dritter

Die Burgergemeinde begrüsst die Unterstützung des Bundes für die Netzwerke Dritter. Alle im Kapitel genannten Institutionen/Netzwerke werden im Rahmen der allgemeinen Strategie (Digitalisierung, digitale Langzeitarchivierung) neue Aufgaben übernehmen und entwickeln müssen.

Der Bund plant, die beschränkten Mittel für die Unterstützung von Netzwerken Dritter umzuverteilen. Als Gründe dafür werden genannt, dass neue Netzwerke hinzukämen («Bibliosuisse») und andere, wie z. B. die Fotostiftung Winterthur, mehr Mittel bräuchten.

Die seit dem laufenden Jahr im Gang befindliche Neuausrichtung des Alpinen Museums der Schweiz als Netzwerk stützt sich auf entsprechende Zusagen für Bundesbeiträge.

Die angekündigte Verschiebung der Mittel darf nicht zu Kürzungen beim Alpinen Museum führen. Mittelfristig ist ausserdem von einer Anhebung der vom Alpinen Museum benötigten Mittel auszugehen.

Der Bund muss genügend Mittel für das Alpine Museum der Schweiz bereitstellen, damit dessen Auftrag als Netzwerk gesichert werden kann. Die entsprechende Zusage ist in der Botschaft in geeigneter Form zu ergänzen.

Die Burgergemeinde bedankt sich für die Berücksichtigung ihrer Anliegen und ist gerne bereit, diese in einem persönlichen Gespräch zu erläutern.

Freundliche Grüsse



Bernhard Ludwig
Burgergemeindepräsident



Henriette v. Wattenwyl
Burgergemeindeschreiberin

Arbeitsgruppe (AG) Visuelle Kunst
c/o Schweizer Kunstverein

Per Mail:
Eidgenössisches Departement des Innern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 19. September 2019

**Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024
Vernehmlassung der AG Visuelle Kunst zum Entwurf vom 29. Mai 2019**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wie bereits für die Kulturbotschaft 2012–2015 und die Kulturbotschaft 2016–2020 hat der Schweizer Kunstverein auch für die Kulturbotschaft 2021–2024 Vertreterinnen und Vertreter wichtiger Stakeholder der Visuellen Kunst eingeladen, den Kulturbehörden des Bundes im Rahmen der seit nunmehr 8 Jahren existierenden Arbeitsgruppe (AG) Visuelle Kunst noch vor der Formulierung eines Botschaftsentwurfs ein Stimmungsbild der Szene zu vermitteln und Einblick in Themen und Anliegen zu gewähren, welche die Betroffenen bewegen. Dies geschah am 27. Juli 2018 mit einem gleichlautenden Schreiben an Bundesrat Berset sowie an die Direktionen von BAK, Pro Helvetia und Musée Suisse. Jetzt, wo der Botschaftsentwurf vom 29. Mai 2019 vorliegt und die interessierten Kreise zur Vernehmlassung eingeladen sind, nimmt die Arbeitsgruppe Visuelle Kunst die Gelegenheit gerne wahr, sich erneut zu äussern.

An der Antwort haben folgende Institutionen und Personen mitgewirkt:

- Fotostiftung Schweiz, Peter Pfrunder
- Kunstbulletin, Claudia Jolles
- Last Tango, Independent Art Space Zürich, Linda Jensen und Arianna Gellini
- Schweizer Kunstverein, Jean-Pierre Hoby
- SIK-ISEA, Katharina Ammann
- Spectrum – Photography in Switzerland, Urs Stahel
- Verband der Museen der Schweiz VMS, Stefan Zollinger
- Verband Kunstmarkt Schweiz, Andreas Ritter
- Verband Schweizer Galerien, Fabian Walter
- Verein Schweizer Institutionen für zeitgenössische Kunst VSIZK, Oliver Kielmayer
- Verein Schweizer Kunstmuseen SKV, Sandra Sykora (Rechtsberatung)
- Visarte Schweiz, Josef Felix Müller, Regine Helbling

Die Stellungnahme gliedert sich in zwei Teile:

Im Teil A beantworten wir den Fragenkatalog des EDI zur Vernehmlassungsvorlage, während wir uns im Teil B am oben erwähnten Schreiben vom 27. Juli 2018 an die Kulturbehörden des Bundes orientieren. Jedem Kapitel wird eine Kernaussage vorangestellt.

Teil A:

Fragenkatalog des EDI zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes

Die Kulturpolitik des Bundes hat sich bewährt und sich gleichzeitig positiv auf die Kulturleitbilder der Kantone und Städte ausgewirkt. Die Festlegung von zentralen Handlungsachsen hat praktisch allen Fördergremien ein zweckmässiges Fundament gegeben.

Die Kulturbotschaft 2016–2020 wurde aus Sicht der AG Visuelle Kunst zweckmässig umgesetzt. Anliegen, die unserer Ansicht nach in der Botschaft nicht oder zu wenig thematisiert und demzufolge auch nicht umgesetzt werden konnten, haben wir den Bundeskulturbehörden im Vorfeld der Vernehmlassung mitgeteilt. Dazu gehören u.a. die Förderung der Bildkompetenz, die Lebensbedingungen von Kunschtchaffenden und Künstlerhonorare, die Kunstberichterstattung, also die mediale Vermittlung des kulturellen Schaffens, die weitgehend aus den traditionellen Medien verschwunden ist, der Umgang mit Künstlernachlässen sowie die aktuelle Situation der Kunstgalerien. Diverse Anliegen wurden denn auch in die nun vorliegende Kulturbotschaft 2021–2024 aufgenommen.

Im Weiteren begrüssen wir die nunmehr klarere Arbeitsteilung zwischen BAK und Pro Helvetia. Auch die Festlegung von zentralen Handlungsachsen halten wir für sinnvoll, denn sie bilden für alle Beteiligten einen Orientierungsrahmen. Erfreulich ist insbesondere, dass der Begriff «Kulturelle Teilhabe» praktisch in alle Leitbilder der Kantone und Gemeinden Eingang gefunden hat und zu einem Leitgedanken für kulturelle Institutionen und Kulturvermittler wurde.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

«Teilhabe» muss mehr bedeuten als konkrete Interaktionen zwischen Kulturschaffenden, Kulturinteressierten und Kulturinstitutionen. «Teilhabe» muss auch als Kompetenz gesehen werden, etwas zu verstehen. Diese Befähigung wird über Erläuterungen, Erklärungen oder Umschreibungen seitens Kulturjournalismus und öffentlich verbreiteter Kommunikationsmittel vermittelt.

Die Festlegung der Handlungsachsen «kulturelle Teilhabe», «gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» erfolgt vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen, welche die Kulturpolitik herausfordern. Die AG Visuelle Kunst begrüsst dieses Konzept und unterstützt demzufolge die Beibehaltung der drei Handlungsachsen. Auch ist die Erkenntnis wichtig, dass die Kulturpolitik in Zukunft noch stärker auf die Digitalisierung reagieren muss. Dabei darf jedoch das analoge künstlerische Schaffen nicht vernachlässigt werden. Eine Übergewichtung des Digitalen gegenüber dem Analogen wäre gerade im Bereich der Kulturpolitik fragwürdig und auch nicht sachgerecht, beruht doch das künstlerische Schaffen oft auf Überlegungen und Handlungen, die analogen Mustern folgen.

Nach Ansicht der AG Visuelle Kunst thematisiert jedoch die Kulturbotschaft die Tatsache zu wenig, dass **die Handlungsachsen nicht als isoliert stehende Säulen der Kulturpolitik betrachtet werden können, sondern in einer Wechselbeziehung zueinander stehen und einander bedingen. Die Verbindung der Handlungsachsen ist denn auch die Kernaufgabe der Kulturpolitik. Alles hängt mit allem zusammen.**

So machen «Kreation und Innovation» nur Sinn, wenn die künstlerischen Werke auch in die Öffentlichkeit gelangen. Umgekehrt ist «Teilhabe» nur möglich, wenn die Bevölkerung über das künstlerische Schaffen informiert wird. Analog zum Wirtschaftsbereich, der ohne Werbung für die von ihm produzierten Erzeugnisse nicht lebensfähig ist, produzieren Künstlerinnen und Künstler «auf Halde», wenn deren Werke nicht wahrgenommen und in einer breiteren Öffentlichkeit reflektiert werden. «Kreation» und «Teilhabe» bilden als korrelierende Aktionsfelder eine wichtige Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhang.

Symptomatisch für die isolierte Betrachtungsweise im Entwurf ist der Umstand, dass der Begriff «Teilhabe» nirgends definiert wird. So können sich alle etwas anderes darunter vorstellen. Auch das vom Nationalen Kulturdialog (Bund, Kantone, Städte, Gemeinden) vor kurzem herausgegebene Handbuch hilft kaum weiter. «Teilhabe» ist und bleibt ein schillernder Begriff. Versteht man «Teilhabe» als Interaktion zwischen Personen und Institutionen und somit als «Projekt» oder als Aufgabe einer Institution, so steht die Erschliessung von neuen Formen des Publikums von Kulturinstitutionen oder -initiativen im Vordergrund. Dabei sind Massnahmen zu entwickeln, die kulturfernen Bevölkerungsgruppen einen Zugang zur Kultur ermöglichen.

«Teilhabe» muss jedoch mehr bedeuten als konkrete Interaktionen zwischen Kulturschaffenden, Kulturinteressierten und Kulturinstitutionen. «Teilhabe» muss auch als Kompetenz gesehen werden, etwas zu verstehen. Diese Befähigung wird über Erläuterungen, Erklärungen oder Umschreibungen erworben, die in der Regel durch Kulturjournalismus und über öffentlich verbreitete Kommunikationsmittel vermittelt werden. Die AG Visuelle Kunst bedauert deshalb, dass die naheliegenden Begriffe «Medien», «kritische Auseinandersetzung» oder «Information» in der Kulturbotschaft nur halbherzig erwähnt werden. Dass sich der Staat zurückhält, in den Bereich der Medien vorzustossen, ist aus historischer Sicht verständlich, angesichts der heute veränderten Medienlandschaft aber nicht mehr zu rechtfertigen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Generell begrüssen wir die Weiterentwicklung der aufgeführten Massnahmen. Wir vermissen jedoch eine Reflexion zur Bedeutung der Institutionen, die ein entscheidendes Bindeglied zwischen den individuellen Kunstschaaffenden und der Bevölkerung sind.

Die Weiterentwicklung der unter Ziffer 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 aufgeführten Massnahmen sind begrüssenswert. Allerdings fällt uns auf, dass die Kulturbotschaft im wichtigen Kapitel 1.4.2 keine Reflexion über die Bedeutung der Institutionen für die Produktion und Vermittlung von visueller Kunst enthält, obwohl diese ein entscheidendes Bindeglied zwischen den individuellen Kulturschaaffenden und der Bevölkerung sind. Gerade die Vielfältigkeit der Museumslandschaft in der Schweiz, sowohl was die Themen wie auch die Form der Museen betrifft, birgt für die Erhaltung, Erforschung und Vermittlung des kulturellen Erbes (Kapitel 2.4.), aber auch für Kultur und Gesellschaft (Kapitel 2.6) ein enormes Potential.

Die fehlende Reflexion widerspiegelt sich im Umstand, dass in den Eingangskapiteln zur Kulturbotschaft (Kap 1 und 2) die Bildende Kunst lediglich 1 Mal explizit genannt wird. Im Gegensatz dazu wird bspw. die Musik 80 Mal, das Theater 47 Mal, der Tanz 38 Mal, die Literatur 30 Mal, die Games 18 Mal und der Film 12 Mal erwähnt. Es ist zu wünschen, dass im definitiven Text bei der Aufzählung der verschiedenen Kultursparten auch die Bildende Kunst entsprechend ihrer Bedeutung systematisch genannt wird.

Die Rolle der Vermittlungsinstitutionen als «Transformatoren» im Bereich der «Kulturellen Teilhabe» kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dabei geht es nicht nur um die «grossen» Institutionen, auch die mittleren und kleineren Museen (Ortsmuseen, Kunsträume) sowie die Galerien leisten unverzichtbare Arbeit zum Verständnis und zur Bewältigung der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse.

3.1. Kunstvermittlung (Kapitel 1.4.2.1 KB)

Die Teilhabe am kulturellen Leben setzt zwingend einen medialen Echoraum voraus, in dem professionelle und kritische Auseinandersetzungen mit den künstlerischen Inhalten und Formen stattfinden.

Dieser Abschnitt findet grundsätzliche Zustimmung, wobei die Bedeutung der kritischen Kunst- und Kulturreflexion aber noch expliziter formuliert werden müsste. Im Wesentlichen geht es hier sowohl um Vermittlung von Information als auch um deren Gewichtung, resp. Einordnung in einen übergreifenden und zusammenhängenden Kontext. Erfreulich sind in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen in Kap. 2.1.3 der Kulturbotschaft. Die vorgesehenen Massnahmen sollten sich allerdings nicht nur auf das «zeitgenössischen Kunstschaaffen» im engeren Sinn beziehen, sondern generell die kritische Auseinandersetzung mit kulturellen Themen umfassen, denn der Einbruch der Kulturberichterstattung in klassischer Form betrifft sämtliche Bereiche des kulturellen Lebens. Kultur braucht

zwingend einen medialen Echoraum, in dem professionelle und kritische Auseinandersetzungen mit den produzierten Inhalten und Formen stattfinden. Dieser Echoraum hat sich in den letzten Jahren immer deutlicher von den Printmedien und elektronischen Medien in die sozialen Medien verlagert, wo es jedoch häufig an fachlicher Qualifikation, Kontinuität und Kontextualisierung fehlt. Die Anerkennung der Kulturkritik als eigenständige und unentbehrliche Sparte des Kulturschaffens ermöglicht, dass sich die interessierte Öffentlichkeit nicht bloss mit Verlautbarungen und «Likes» begnügen muss, wie dies heute allzu oft der Fall ist.

3.2. Baukultur (Kapitel 1.4.2.2. KB), Kunst am Bau (Kapitel 2.3.1. KB)

Die Verbesserung der Qualität der gebauten Umwelt verlangt, dass baukulturelle Aspekte gegenüber einer heute stark auf technische und ökonomische Logiken ausgerichteten Bau- und Planungspraxis stärker berücksichtigt werden.

Der Passus der Kulturbotschaft, in der sich der Bund zur Förderung der zeitgenössischen Architektur äussert und für die dezidierte Förderung innovativer Projekte im Rahmen von Kunst und Bau, Kunst im öffentlichen Raum, von Architektur und Städtebau plädiert, ist sehr zu begrüßen. So wird ausdrücklich festgehalten, dass Architektur unser Leben und das Funktionieren der Gesellschaft beeinflusst und unmittelbar in die Gestaltung des öffentlichen Raums oder in soziokulturelle Bereiche hineinwirkt. Das ist ein eigentlicher Durchbruch in der Kulturpolitik des Bundes!

Trotzdem kann man den Ausführungen zur Baukultur differenziert (Kapitel 2.5.) gegenüberstehen. Was ist Denkmalpflege und was ist zeitgenössisches Bauen? Entscheidend ist jedenfalls, dass das **Konzept «Baukultur» die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes zusammen mit dem zeitgenössischen Architekturschaffen als Einheit versteht**, wobei für die angestrebte Verbesserung der Qualität der gebauten Umwelt baukulturelle Aspekte gegenüber einer heute stark auf technische und ökonomische Logiken ausgerichteten Bau- und Planungspraxis in eine bessere Balance gebracht werden muss. Für die Kulturförderung des Bundes gilt es somit, Architektur und architektonisch relevante Fragestellungen künftig noch fokussierter zu unterstützen. Die geplanten Aktivitäten von Pro Helvetia (Förderung) und BAK (Preise) ergänzen sich in diesem Bereich auf sinnvolle und zweckmässige Weise. Die AG Visuelle Kunst legt deshalb Wert darauf, dass die Förderung der zeitgenössischen Baukultur die erforderliche Aufmerksamkeit erhält und innovative Projekte aus Überzeugung unterstützt werden.

3.3. Einkommenssituation und Entschädigungen von Kulturschaffenden (Kapitel 2.1.2 und 2.3.1. KB)

Die Entschädigung von Kulturschaffenden bildet einen wichtigen Eckpfeiler der zukünftigen Existenzsicherung. Es handelt sich allerdings um ein komplexes Thema, das differenziert zu betrachten ist. Es ist deshalb richtig, dass die Kulturbotschaft auf die komplexe Thematik Rücksicht nimmt und von der «Angemessenheit» einer Entschädigung spricht.

Die Aufnahme der vorgesehenen Massnahmen in den Botschaftsentwurf erfüllt ein Begehren, das von der Szene schon lange ausgedrückt wurde. Die AG Visuelle Kunst ist höchst erfreut darüber, dass dieses Thema jetzt erstmals in einem offiziellen Bericht erwähnt wird. Es bildet einen wichtigen Eckpfeiler der zukünftigen Existenzsicherung von Kunstschaftenden. Allerdings handelt es sich hier um ein komplexes Thema, das differenziert zu betrachten ist. Ausser Frage steht jedoch, dass für die finanzielle Situation der Kunstschaftenden dringend etwas unternommen werden muss. Dabei ist wichtig zu wissen, dass es hier um Honorare geht für Leistungen von Kunstschaftenden, die in Bezug zu einer Ausstellung stehen. Es geht hier keinesfalls um «Starhonorare». Je nach Sparte und Grösse der Institution ist diese Problematik ganz unterschiedlich zu beurteilen und individuell auszuhandeln.

Im Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass der gegenwärtige Text im Botschaftsentwurf bezüglich der internationalen Präsenz von Schweizer Künstlerinnen und Künstlern kontraproduktiv sein könnte. So wird erwartet, dass Veranstalter Honorare zahlen müssen, die «den Empfehlungen der jeweiligen Interessengemeinschaften entsprechen», um vom Bund eine Unterstützung zu erhalten. Die wenigsten Länder sind jedoch in der Lage, Schweizer Löhne zu zahlen. Dies könnte zur Folge haben, dass Schweizerinnen und Schweizer von der Teilnahme an Projekten ausländischer Institutionen ausgeschlossen würden, was sicher nicht der Absicht des Bundes entsprechen dürfte.

Die Kulturbotschaft nimmt auf die komplexe Thematik Rücksicht, indem sie von der **«Angemessenheit» der Entschädigungen** für Künstlerinnen und Künstler spricht. Darum muss jetzt abgeklärt werden, wie die Honorare berechnet werden und wie damit umgegangen werden soll, wenn sich die Institutionen finanziell an einer Produktion beteiligen. Die Ausgestaltung der Entschädigung ist und bleibt somit Verhandlungssache zwischen Kunstschaftenden, Visarte als Berufsverband, den Institutionen und den Kulturförderungsinstanzen. Entsprechende Gespräche sind bereits im Gange.

Gleiches gilt auch für die unter Ziffer 2.3.1 KB formulierte Massnahme, kuratorische Arbeit «als Teil des künstlerischen Prozesses» zu fördern. Kunst- und Kulturschaftende brauchen für die Vermittlung und Umsetzung ihrer Arbeit auch Partner und Produzenten, weshalb wir diese Massnahme sehr begrüssen. Allerdings ist die kuratorische Arbeit nicht isoliert zu betrachten und zu fördern, denn nicht immer ist sie eingebettet in einen institutionellen Kontext. Wir würden es daher begrüssen, wenn sich die komplexen Rahmenbedingungen für die Produktion und Vermittlung von Kunstwerken in der Kulturbotschaft noch deutlicher spiegeln würden.

3.4. Betriebsbeiträge an Museen und Netzwerke Dritter

Die erfreuliche Erweiterung der Netzwerke Dritter (Kapitel 2.4.2.3) darf keinesfalls budgetneutral erfolgen. Andernfalls wird das «Kind mit dem Bade ausgeschüttet».

Die AG Visuelle Kunst begrüsst, dass der Bund neben den Projektbeiträgen auch Betriebsbeiträge an Museen Dritter ausrichtet. Behält man die Kriterien der letzten Ausschreibung bei, muss jedoch im Interesse der Planungssicherheit gewährleistet sein, dass die Betriebsbeiträge nach vier Jahren nicht schon wieder auslaufen, damit längerfristige Ziele und Aufgaben auch verwirklicht werden können und der Elan nicht nach kurzer Zeit bereits wieder verpufft.

Abzulehnen ist hingegen, dass die erfreuliche Erweiterung der Netzwerke Dritter (Kapitel 2.4.2.3) budgetneutral erfolgen soll. Dies hätte eine Umverteilung der beschränkten Mittel zur Folge, was allen im Text genannten Institutionen die Erfüllung ihrer Aufgaben erschweren und zum Teil gar verunmöglichen würde. Gleiches gilt bezüglich der Beiträge an Versicherungen für Leihgaben. Diese dürfen nicht prozentual gekürzt werden, wenn mehrere Museen sich darum bewerben.

4. Revision des Filmgesetzes

Die im Entwurf enthaltenen Massnahmen sind zu begrüessen.

Die AG Visuelle Kunst ist einverstanden mit den im Entwurf der Kulturbotschaft enthaltenen Massnahmen, die von der öffentlichen Hand unterstützten Filme in Zukunft für die Bevölkerung leichter zugänglich zu machen. Auch hier zeigt sich die Wechselwirkung zwischen den drei Handlungsachsen der Kulturpolitik.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Art 15 KFG (Lese- und Literaturförderung) muss mit dem Begriff «Förderung der Bildkompetenz» ergänzt werden. Desgleichen ist Art. 9 KFG (Kulturelle Teilhabe) mit dem Hinweis zu erweitern, dass der Bund auch Massnahmen zur Berichterstattung und Reflexion über alle Sparten der Kunst hinweg unterstützen kann.

Mit Blick auf die Förderung der Bildkompetenz (siehe hinten Teil B, Kapitel 1) beantragen wir, dass Art 15 des Kulturförderungsgesetzes KFG (Lese- und Literaturförderung) mit dem Begriff «Förderung der Bildkompetenz» ergänzt wird. **Dies hätte eine enorme Signalwirkung auf die Kantone und Städte, die in diesem Bereich an erster Stelle in Pflicht stehen.**

Analog zur Förderung der Filmkultur, die in Art. 5 lit. a des Filmgesetzes (FiG) verankert ist («Der Bund kann Finanzhilfen und andere Formen der Unterstützung leisten für die Verbreitung der Filmkultur und die Vertiefung des Filmverständnisses»), verdient auch die Berichterstattung und Reflexion über alle Sparten der Kunst eine gesetzliche Grundlage, welche die subsidiäre Unterstützung von entsprechenden Medien ermöglicht. Wir beantragen demzufolge, **Art. 9a KFG (Kulturelle Teilhabe) wie folgt zu erweitern: Der Bund kann Vorhaben zur Stärkung der Teilhabe der Bevölkerung am kulturellen Leben sowie die Berichterstattung und Reflexion über alle Sparten der Kunst unterstützen.**

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Kulturelles Schaffen ist kein «nice to have», sondern ein unverzichtbares Element zur Bewältigung wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen. Parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung müssen deshalb auch genügend Mittel zur Umsetzung der Kulturpolitik bereitgestellt werden.

Wir begrüßen es, dass zusätzliche Mittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehen sind. Allerdings halten wir das geplante Wachstum von 2,9 % pro Jahr für zu gering, um die in der Botschaft formulierten Ziele zu erreichen – dies umso mehr, als die Aufstockung nur ausgewählte Sektoren betrifft. Gemessen an den programmatischen Erläuterungen der Botschaft, die kulturelles Schaffen zu Recht nicht einfach als «nice to have» betrachtet, sondern als unverzichtbares Element zur Bewältigung wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen, wäre es wünschenswert, die Mittel zur Förderung der «kulturellen Teilhabe», des «gesellschaftlichen Zusammenhalts» sowie der «Kreation und Innovation» – immer in Kombination mit dem Thema «Digitalisierung» – insgesamt zu erhöhen.

Teil B:

Vernehmlassung zu spezifischen Anregungen der AG Visuelle Kunst gemäss Schreiben vom 27. Juli 2018 an die Kulturbehörden des Bundes

1. Medien- und Bildkompetenz

Die Kommunikation durch Sprache wird immer mehr durch eine Kommunikation durch Bilder ersetzt. Eine Erziehung zum Bildverständnis, zur Bildsprache, zur Kommunikation und Manipulation mit Bildern ist unverzichtbar.

Wenn gemäss Homepage des BAK Lesen und Schreiben grundlegende Fähigkeiten sind, die Tore zu Denken und Wissen öffnen, den Zugang zu Bildung sowie die berufliche Integration sichern und einen Pfeiler für eine aktive kulturelle Teilhabe bilden, so gilt dies ebenso für die Fähigkeit, Bilder zu «lesen» und zu verstehen. Da heute Printmedien immer stärker durch elektronische Medien konkurrenziert und die Vermittlung der Wirklichkeit durch Texte immer stärker durch eine Kommunikation und eine Rekonstruktion der Wirklichkeit durch Bilder ersetzt werden, ist nicht einzusehen, weshalb in der Kulturbotschaft nur die Leseförderung, nicht aber die Bildkompetenz als wichtig erachtet wird. Eine sachkundige Nutzung der alten wie auch der neuen Medien ist Aufgabe gleichermassen von Bildungs- wie auch von Kulturinstitutionen. Der Begriff Bildkompetenz kommt in der ganzen Kulturbotschaft jedoch kein einziges Mal vor. Wir erwarten demzufolge, dass der Bund die Absichten und Massnahmen der Leseförderung auf die Bildförderung resp. Bildkompetenz ausweitet und beantragen die Ergänzung von Art. 15 KFG (Leseförderung) mit dem Begriff «Förderung der Bildkompetenz». **Dies würde auch den Kantonen einen Anstoss geben, das Thema Bildkompetenz in die schulischen Lehrpläne aufzunehmen.**

In diesem Zusammenhang verdient die heute allgegenwärtige Fotografie eine besondere Erwähnung. Das angekündigte Bestreben, «Fotografie in ihrer gesamten Breite fördern ... so dass verstärkt auch Projekte aus dem Bereich der Dokumentar- und Angewandten Fotografie gefördert werden können», ist deshalb ausdrücklich zu begrüssen, weil die Fotografie nie eindeutig lesbar ist. Bilder können heute fast beliebig in jeden neuen Kontext verschoben werden und immer wieder von neuem wahrhaftig und glaubwürdig auftreten. Dieser Kraft und Vielfalt kann man – inhaltlich und förderungstechnisch – nur gerecht werden, wenn man die kritische Auseinandersetzung mit Fotografie fördert und sie als zentrales Erinnerungs-, Kultur- und Kommunikationsinstrument versteht. Die vorgesehene Stärkung der Fotostiftung Schweiz (Schweizerische Stiftung für die Photographie) ist hierfür ein wichtiger Schritt, um das fotografische Schaffen zu sichern, zu erforschen und zur Diskussion zu stellen.

2. Architektur, Baukultur sowie Kunst im öffentlichen Raum

Die Förderung der zeitgenössischen Baukultur muss die Gegenwart und vor allem die Zukunft miteinschliessen.

Siehe hierzu auch unsere Ausführungen vorne in Teil A, Kapitel 3.2.

Um die Lebensqualität und kulturellen Identitäten von Städten, Agglomerationen, Dörfern und Siedlungen der Zukunft zu stärken, muss die Politik ein Interesse an der Förderung der zeitgenössischen Baukultur haben. Baukultur meint nicht nur Vergangenheit (Denkmalpflege), sondern muss die Gegenwart und vor allem die Zukunft miteinschliessen. Hierfür ist eine interdepartementale Strategie für Baukultur zu entwickeln. Ziel muss sein, normative Grundlagen, Rahmenbedingungen und Förderinstrumente in allen raumwirksamen Politikbereichen auf ein zeitgenössisches Verständnis von Baukultur auszurichten.

3. Unabhängige Ausstellungsplattformen (Offspaces)

Kunsträume und Programmgalerien, welche die von ihnen vertretenen Kunstschaftenden aufbauen und über längere Zeit fördern, sind für Künstlerinnen und Künstler von existenzieller Bedeutung. Ihr zunehmendes Verschwinden ist höchst problematisch. Diese Entwicklung muss spätestens in der Kulturbotschaft 2025–2028 eingehend thematisiert werden.

Siehe hierzu auch unsere Ausführungen im nachfolgenden Kap. 9 von Teil B.

Die unabhängigen Ausstellungsplattformen sind mit höchst prekären finanziellen Bedingungen konfrontiert. Nicht nur Pro Helvetia unterstützt Kunsträume mit Beiträgen an die Jahresprogramme sowie an Projekte, die dazu beitragen, dass junge Künstlerinnen und Künstler erste professionelle Ausstellungserfahrungen sammeln können, auch Kantone und Städte sowie private Stiftungen engagieren sich vermehrt in diesem Bereich. Die Gewährung von Projektbeiträgen sowie von Beiträgen an einen Jahresbetrieb hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden. Allerdings decken die erhaltenen Beträge nie die anfallenden Ausgaben für die Infrastruktur. Es wäre daher wichtig, die Bedingungen zur Einreichung von Gesuchen so zu lockern, dass auch Beiträge an die Infrastrukturkosten bewilligt werden können.

Da Kunsträume, aber auch Programmgalerien, die die von ihnen vertretenen Kunstschaftenden aufbauen und über längere Zeit fördern, für die Kunstschaftenden von existenzieller Bedeutung sind, ist das zunehmende Verschwinden vor allem von mittleren und kleineren Galerien problematisch. Demzufolge muss die Bedingung, wonach Ausstellungsräume keine Verkäufe tätigen dürfen, wenn sie Subventionen beantragen, flexibler gehandhabt werden. Unabhängige Kunsträume und Programmgalerien sind längerfristig eingerichtete Betriebe mit selbstverwalteten Strukturen, die den grössten Teil ihrer Kosten selber decken müssen. Ihre Motivation ist in erster Linie das Engagement für zeitgenössische Kunst und nicht der finanzielle

Gewinn. Ausstellungsräumen darf deshalb das Recht, ihre eigenen Finanzierungsstrategien zu wählen, nicht abgesprochen werden. Im Weiteren sollten Ankäufe von Werken in unabhängigen Ausstellungsräumen und Programmgalerien durch die öffentliche Hand und Drittinstitutionen vermehrt propagiert werden.

4. Lebensbedingungen von Kunstschaffenden und Künstlerhonorare

Siehe hierzu unsere Ausführungen vorne in Teil A, Kapitel 3.3.

5. Kulturberichterstattung, Kulturdiskurs und critical writing

Siehe hierzu unsere Ausführungen vorne in Teil A, Kapitel 3.1.

6. Umgang mit Künstlernachlässen

Ein zweckmässiger Umgang Künstlernachlässen braucht privates und öffentliches Engagement. Es ist zu wünschen, dass dieses Thema jetzt oder in der künftigen Kulturbotschaft 2025–2028 aufgenommen wird.

Die AG Visuelle Kunst ist sich bewusst, dass sich das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft SIK-ISEA eingehend mit dieser Frage befasst hat und zum Schluss gelangt ist, dass die Aufgabe der Künstlernachlässe nicht einfach dem Staat übertragen werden kann. Im Vordergrund muss immer die Selbstbefähigung der Nachlassverwalterinnen und Nachlassverwalter stehen. Im Interesse aller Beteiligten wäre allerdings zu begrüßen, wenn dieses Thema auch in der Kulturbotschaft erwähnt würde, denn **öffentlich unterstützte Stellen können wertvolle Beratungsdienste im Umgang mit Künstlernachlässen leisten, Hilfe bei der digitalen Sicherung anbieten und Zusammenschlüsse sowie den Austausch von Interessengruppen fördern.**

7. Revision des Urheberrechts

Die Revision des Urheberrechts steht im Parlament vor dem Abschluss und ist nicht Gegenstand der Kulturbotschaft. Ein Ausgleich zwischen den Ansprüchen von Autoren und Kunstschaffenden sowie den vermittelnden Instanzen (Museen, Bibliotheken, Hochschulen...) ist und bleibt zwingend nötig.

8. Schutz und Bewahrung von Kulturgütern und Ausbildung von Experten aus Krisenregionen

Angeichts der Massnahmen, welche die Kulturbotschaft vorsieht, sollte der Schutz für Kulturgüter aus Krisengebieten als festes Ziel in die Kulturbotschaft aufgenommen werden.

Die AG Visuelle Kunst begrüsst die diesbezüglichen Ausführungen im Kapitel 2.4.2.5 KB. Die bilateralen Vereinbarungen sowie die Unterstützung von Projekten zur Erhaltung des bedrohten kulturellen Erbes im internationalen Kontext machen deutlich, dass sich die Schweiz für den legalen Kulturgüteraustausch engagiert und sich gegen illegale Aktivitäten in diesem Bereich aktiv einsetzt. In Zukunft sollen weiterhin bilaterale Vereinbarungen gezielt und nach Dringlichkeit geordnet abgeschlossen werden. Auch die Beiträge zur Erhaltung des beweglichen kulturellen Erbes werden weitergeführt und jährlich ausgeschrieben, wobei prioritär Projekte zu unterstützen sind, die dem Schutz und Erhalt von besonders gefährdeten beweglichen Kulturgütern dienen. Dem Begehren, den Schutz für Kulturgüter aus Krisengebieten als festes Ziel in die Kulturbotschaft aufzunehmen, sollte demnach nichts entgegenstehen. Damit kann die Schweiz als «safe haven» international Bekanntheit und Bedeutung erlangen.

9. Aktuelle Situation der Kunstgalerien

Es wäre zu begrüessen, wenn der Bund jetzt oder jedenfalls in der Kulturbotschaft 2025–2028 Strategien vorschlagen würde, wie dem Schliessen und Verschwinden von kleinen und mittleren Programmgalerien entgegengewirkt werden kann.

Siehe hierzu auch unsere Ausführungen im vorangehenden Kap. 3 von Teil B.

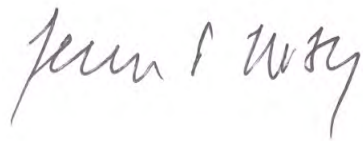
Die Kulturbotschaft äussert sich leider nicht explizit zur Situation der Kunstgalerien, sondern spricht lediglich von (unabhängigen) Kunsträumen. Sie übersieht dabei, dass der Wettbewerb auf dem Kunstmarkt zunehmend dominiert wird von international tätigen Grossgalerien und vom internationalen Auktions- und Internethandel. Der Wandel zu einer vernetzten Informationsgesellschaft ist für den Kunsthandel Fluch und Segen zugleich. Im Inlandmarkt mit 8,5 Millionen Einwohnern und einer zunehmenden Überalterung der Gesellschaft verschärft sich die aktuelle Situation und veranlasst Galerien und Kunsthändler, sich zunehmend international auszurichten, die digitalen Verkaufsplattformen im Netz zu nutzen, an internationalen Kunstmessen teilzunehmen und Kooperationen mit Galerien im In- und Ausland einzugehen, um überhaupt überleben zu können. Auf der Strecke bleiben nur allzu oft Schweizer Kunstschafter – junge Künstler und übersehene Positionen. Es wäre deshalb zu begrüessen, wenn der Bund in der überarbeiteten Kulturbotschaft und flankierend zu den bereits eingeführten Massnahmen der Pro Helvetia (Ermöglichung der Teilnahme junger, noch nicht im Markt etablierte Künstlerinnen und Künstler an Messen) Strategien unterstützen würde, die dem Schliessen und

Verschwinden von kleinen und mittleren Programmgalerien entgegenwirken. Dazu gehören auch die Erarbeitung von aussagekräftigen Statistiken zum Kunstmarkt Schweiz, eine Analyse der Entwicklung, aber auch eine kritische Überprüfung der immer aufwändigeren administrativen Regulatorien und gesetzgeberischen Massnahmen, welche eine Tätigkeit als Programmgalerie, die Schweizer Kunstschaftende fördert, bald einmal zu verunmöglichen drohen. Vielmehr wären Anreize für Kunstmarktteilnehmende zu schaffen, damit sie Künstlerförderung betreiben. Gefragt ist schliesslich eine Unterstützung im Hinblick auf digitale Geschäftsmodelle. Wünschenswert wäre auch die Einrichtung eines Archivs des Schweizer Kunsthandels. Nur so bleibt wichtiges Wissen (etwa im Hinblick auf die Provenienzforschung) erhalten. Fazit: Eine stabile Galerie- und Kunsthandelsszene garantiert den Schweizer Kunstschaftenden erfolgreiche Auftritte im In- und Ausland und trägt wesentlich zu einer lebendigen Kunstszene bei. Die Präsenz der Schweizer Galerien auf nationalen und internationalen Messen ist für Schweizer Künstlerinnen und Künstler von existenzieller Bedeutung.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unserer Stellungnahme widmen, und hoffen, dass Sie unsere Bemerkungen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten berücksichtigen können.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen der AG Visuelle Kunst

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Jean P. Hoby', written in a cursive, flowing style.

Jean-Pierre Hoby, Präsident Schweizer Kunstverein

Bundesamt für Kultur

Stabsstelle Direktion

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, den 19.9.2019

**Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft);
Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns, zur aktuellen Vorlage für die Kulturbotschaft Stellung nehmen zu dürfen. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr.

Als Berufsverband der Schweizer Tanzschaffenden vertritt Danse Suisse die professionellen Tänzer*innen, Choreograph*innen, Tanzpädagog*innen und Tanzvermittler*innen in allen Belangen der Berufsankennung und Berufsausübung. Danse Suisse wird im Rahmen des Kredits für Kulturelle Organisationen vom BAK subventioniert.

Stellungnahme Danse Suisse zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024,

A. Allgemeines

[1] Der Entwurf zeigt eindrücklich die stetig wachsende Ausdifferenzierung der Förderformen und -instrumente bei gleichzeitig zunehmender Verwischung der Grenzen zwischen den einzelnen Kunstsparten. Dies müsste sich in der Struktur der Förderung niederschlagen, doch dafür sucht man Anhaltspunkte in der Botschaft vergeblich. Der Kulturdiallog der drei staatlichen Ebenen findet innerhalb der herkömmlichen Bereiche statt und befasst sich wenig mit deren gegenseitiger Durchdringung bzw. den Zusammenhängen zwischen ihnen.

[2] Zu den weissen Flecken in der Botschaft gehört die Kreativwirtschaft, jener Bereich an der Nahtstelle von Kultur und Wirtschaft, künstlerischer Gestaltung im weiteren Sinn und praktischem Nutzen. Er wächst im Umfeld von sich gegenseitig anregenden Kleinbetrieben, oft in Zwischennutzungen. Und er gewinnt an Bedeutung in Form von Start up-Firmen, mit denen Kulturschaffende im Beruf Fuss fassen. Die Förderung dieser Szene ist einerseits Sache der Wirtschafts-, andererseits der Kulturförderung. Die Instrumente sind aufeinander abzustimmen.

[3] Die wachsende Bedeutung der ProduzentInnen und Produktionsleitungen in vielen Kunstsparten – gerade auch im Bühnentanz – wird in der Botschaft kaum erwähnt. Sie nimmt unter anderen zu in der Folge der stetig höheren Ansprüche, die von der Förderung an Projektbeschreibungen und Geschäftspläne gestellt werden. Hier sind ein Einhalt und eine Überprüfung der herrschenden Anforderungen geboten.

[4] Ebenso wenig thematisiert wird in der Produktionsförderung das Verhältnis zwischen jungen, arrivierten und alten Kulturschaffenden: Bei kontinuierlich wachsender Zahl gut ausgebildeter KünstlerInnen, aber praktisch gleichbleibenden Fördermitteln wächst die Konkurrenz. Folglich drängen sich Überlegungen zur schärferen Auswahl auf, die sich auf die „Karrieren“ und Berufsbiographien stark auswirken können und deshalb sorgfältig – und sinnvollerweise im Rahmen des Kulturdialogs – diskutiert werden müssen. Weiter wie bisher ist keine Option.

[5] Zahlreiche Kulturprojekte sind neben Beiträgen der öffentlichen Hand auch auf Zuschüsse von Stiftungen und Sponsoren angewiesen. Letztere sind im nationalen Kulturdialog nicht ständige Teilnehmende. Mit der Folge, dass eine gemeinsame Förderpolitik der öffentlichen und privaten Stellen weitgehend inexistent ist. In unserem Land, wo die Vielfalt der Förderstellen eine Qualität für sich darstellt und die private Förderung im Grunde immer die zu knappen Mittel der öffentlichen Hand ergänzt, tut eine koordinierte Politik Not.

[6] Wir erachten es für eine Gesellschaft, die sich zur Kultur bekennt, als zwingend, dass Organisationen professioneller Kulturschaffender subventioniert werden und begrüssen deshalb die weitere Subventionierung der KUOR-Organisationen. Ohne finanzielle Unterstützung des Bundes sind die meisten dieser Organisationen nur in sehr beschränktem Rahmen oder gar nicht handlungsfähig. Sie sind nebst der in der Kulturbotschaft beschriebenen Aktivitäten als Dialogpartner für Behörden und Institutionen, so auch für den Bund und die Pro Helvetia, unerlässlich.

Die Organisationen der professionellen Kulturschaffenden werden in der Botschaft ausschliesslich als Beitragsempfängerinnen erwähnt. Den Organisationen kultureller Laien wird wenigstens in Bezug auf die Teilhabe an der Kultur Bedeutung beigemessen. Diese Platzierung wird der Bedeutung beider Typen bei der Entwicklung günstiger Rahmenbedingungen für das kulturelle Schaffen und dessen Verankerung in der Bevölkerung nicht gerecht. Ihr Potential als Partnerinnen sowohl des BAK, als auch von PH, liegt weitgehend brach, weil man ihre Erfahrung, ihre Nähe zu den Kulturschaffenden und ihre Dienstleistungen unterschätzt und übersieht; eher weist man ihnen artfremde Aufgaben zu als mit ihnen in einen Diskurs auf Augenhöhe zu treten. Dass der Dachverband Suisseculture ab und zu angehört und in den Kulturdialog einbezogen wird, ist ein Anfang, der aber bei Weitem nicht genügt.

Es müssten kontinuierliche Dialogmöglichkeiten mit den Bundesstellen und Kantonen geschaffen werden z.B. in einem Gefäss des Nationalen Kulturdialogs. Die Verbände sollten standardmässig Teil von Arbeitsgruppen sein, wenn es um die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte geht.

In der Umsetzung der Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender sind, im Dialog mit den betroffenen Organisationen, Anpassungen vorzunehmen.

[7] Die Kulturschaffenden aller Sparten sollen soweit wie möglich vom Ertrag ihrer künstlerischen Arbeit leben können. Die Kulturförderung soll nur eine ergänzende und anschiebende Funktion haben. Diese Maxime bedingt eine systematische Politik der Wertschätzung und Abgeltung der künstlerischen Arbeit durch deren Nutzerinnen und Nutzer. Stichwörter: Angemessene Gagen und Honorare, Gewährleistung angemessener Abgeltung der Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke, Verpflichtung der Kulturschaffenden und ihrer Arbeitgeber (etwa in Subventionsverträgen) bzw. Unterstützer zu Abgaben an die Sozialversicherungen, Berücksichtigung der unregelmässigen Arbeitsentgelte bei projektbezogener Arbeit im System der sozialen Sicherheit, auch in der Arbeitslosenversicherung. Das BAK in Verbindung mit dem BSV sollte ein derartiges System konzipieren, die unterschiedlichen Akteure zu genügenden Leistungen verpflichten oder überzeugen und regelmässig über die Ergebnisse berichten. Feststellungen des Typs „Geprüft werden Anreizsysteme und Empfehlungen für Veranstalter und Institutionen, den Künstlerinnen und Künstlern angemessene Honorare und Entschädigungen auszurichten“ (Ziffer 2.3.1, S. 20 unten) wirken schwach und entsprechen dem Ernst der Lage nicht.

Die Erkenntnis, dass die Einkommenssituation vieler Kunstschaftender, trotz erfolgreicher Arbeit, ungenügend ist, müssen wir leider voll und ganz bestätigen. Wir begrüssen sehr, dass das BAK und die Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten und in Zusammenarbeit mit der Szene sowie mit den interessierten Kantonen und Städten eine Praxis angemessener Entschädigungen entwickeln.

Die Absicherung im Bereich der sozialen Sicherheit sollte ebenfalls Teil der Förderstrategie sein. Das BAK sollte auch hier verwaltungsintern eine Beobachterrolle einnehmen, also das Monitoring, und fallweise auch bei Revisionen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze aktiv werden. Veranstalter und Produzenten müssen auch im Kontext der Förderung in die Verantwortung genommen werden, was die soziale Sicherheit ihrer Künstlerinnen und Künstler betrifft. Es ist bspw. an die Einführung einer Künstlersozialkasse nach dem Vorbild in Deutschland zu denken.

Auch erwarten wir vom BAK und der Pro Helvetia und den anderen öffentlichen Kulturförderern, dass bei der Vergabe ihrer kulturellen Beiträge auf die Einhaltung der Urheberrechte bestanden wird, und dass das BAK sich verwaltungsintern für eine gerechte urheberrechtliche Entschädigung der Autorinnen und Interpreten einsetzt.

[8] Frühförderung von Talenten: Durch die Verankerung der musikalischen Nachwuchsförderung in der Bundesverfassung ist es in der Sparte Musik möglich, für diesen spezifischen Bereich Bundessubventionen zu erhalten. Wir begrüssen dies sehr, würden uns aber wünschen, dass auch für die anderen Kunstsparten, nicht zuletzt aus Gründen der Gleichbehandlung, entsprechende Massnahmen geschaffen werden.

Beispiel: Im Tanz bedeutet Nachwuchsförderung die Förderung von Choreographen. Die wichtige Funktion der Interpret*innen wird hier nicht berücksichtigt, obwohl diese Gruppe gerade im Tanz mit ihrem Beitrag wesentlich zum kreativen Prozess beiträgt.

Insbesondere im Tanz kommt der Frühförderung der Talente eine besondere Bedeutung zu. Wer nicht ab 10-12 Jahren einen vorprofessionellen Förderunterricht besucht, hat keine Chance, mit 16 Jahren in eine Berufsausbildung aufgenommen zu werden. Den Kunst+Sport-Programmen der Sekundarschulen und Gymnasien kommt hier eine wichtige Funktion zu. Danse Suisse arbeitet eng mit den entsprechenden Behörden zusammen und führt alljährlich die Talentscouting Days durch. Ebenso veranstaltet Danse Suisse einmal jährlich «Summerdance!», ein intensiv Sommerkurs für Tanztalente aus der ganzen Schweiz. All diese wichtigen Massnahmen im Bereich der Nachwuchsförderung können in der Sparte Tanz nur durch private Zuwendungen durchgeführt werden.

Gegen die Ungleichbehandlung der Nachwuchsförderung in den verschiedenen Sparten sind mit den Spartenorganisationen gezielte Massnahmen zu definieren und umzusetzen.

Für die Förderung eines kulturellen Bildungsbereichs ist eine Budgetaufstockung vorzusehen, damit diese nicht auf Kosten der Kulturförderung und der Förderung des Kunstschaffens geht, was nicht akzeptabel wäre.

B. Zum Tanz

Einleitend halten wir Folgendes fest:

In der Kulturbotschaft 2016-2020 wurden im Kapitel 2.: Kunst- Kulturschaffen die einzelnen Sparten in je eigenen Unterkapiteln behandelt. So wurden zum Beispiel Grundlagen und Massnahmen für Tanz und Theater spezifisch der Sparte entsprechend definiert.

Im Entwurf zur neuen Kulturbotschaft wurden nun Theater, Tanz, Musiktheater und Zirkus unter dem Begriff „Darstellende Künste“ zusammengefasst. Wir lehnen die Zusammenfassung dieser verschiedenen Sparten unter dem Begriff „Darstellende Künste“ ab. Diese Zusammenfassung verunmöglicht eine Profilierung der Identität dieser verschiedenen Bereiche des Kunst- und Kulturschaffens. Zudem wird die Kulturbotschaft den sehr unterschiedlichen Berufskarrieren und Produktionsweisen in diesen Kunstbereichen dadurch nicht gerecht. Wir fordern, dass auch in den „Darstellenden Künsten“ diversifiziert die je sparteneigenen Bedürfnisse von Theater, Tanz, Musiktheater und Zirkus definiert und berücksichtigt werden.

Zu den einzelnen Kapiteln: Vor allem im Kapitel 2.3.3 wird Vieles in positivem Sinn angesprochen, dass auch dem Bühnentanz zu Gute kommt. Wir begrüssen dies! Ebenso begrüssen wir die Studie „Panorama Tanz“ und die darin formulierten Schlussfolgerungen. Gleichzeitig bedauern wir, dass durch die Konzentration der Studie auf das Jahr 2017 kein Vergleich mit der Situation in früheren Jahren und dadurch auch keine Tendenzen in der Tanzförderung ablesbar sind. Wir bedauern auch, dass die Studie zu einem Zeitpunkt abgeschlossen wurde, zu welchem die Resultate nicht mehr in die Kulturbotschaft 2021-2024 einfliessen konnten.

In der Botschaft fehlen jegliche Hinweise auf Besonderheiten, die unsere Sparte von allen anderen unterscheiden:

[1] Die Ausbildung zur Bühnentänzerin / zum Bühnentänzer EFZ liegt weitgehend in der Verantwortung unseres Verbands als Organisation der Arbeitswelt (OdA) im Sinne der Berufsbildungsgesetzgebung. Das gleiche gilt für die qualitativ hochstehende und gesundheitsbewusste Vorbereitung auf eine professionelle Berufsbildung. In der Beratung, Begleitung und der Qualitätskontrolle trägt Danse Suisse eine mit grossem Arbeitseinsatz von

Geschäftsstelle und ExpertInnen verbundene Verantwortung, die entscheidend ist für den Ausbildungserfolg und den guten Start ins Berufsleben der Tänzerinnen und Tänzer. Diese essentielle Aufgabe – einzigartig in der Sparte Tanz – wird in der Botschaft mit keinem Wort erwähnt und in der Unterstützung der Organisation mit keinem Franken abgegolten.

[2] Bühnentänzerinnen und Bühnentänzer in klassischer Richtung müssen im Alter von etwa 35 Jahren den Beruf aufgeben, weil der Körper dann den Anforderungen nicht mehr gewachsen ist. Im Tanz zeitgenössischer Richtung liegt das entsprechende Alter bei etwa 40 Jahren. Die Berufsleute müssen sich für die zweite Hälfte ihres Berufslebens ohne eigenes Verschulden neu orientieren und umschulen. Für die entsprechende Beratung und Begleitung bestehen – in engem Kontakt zu Danse Suisse – zwei spezialisierte Stiftungen. Die systematische Arbeit mit den Tänzerin und Tänzer in der Umorientierung und -schulung ist aufwendig. Auch diese Arbeit erscheint in der Botschaft nirgends und wird nicht subventioniert.

[3] In der dargelegten Perspektive muss die Nachwuchsförderung im Bühnentanz in zweierlei Hinsicht anders konzipiert werden als jene in den anderen Kunstsparten: sie muss ausdrücklich auch die rein tänzerischen Fähigkeiten und Fertigkeiten umfassen, also Tänzer als Tänzer weiterfördern (und nicht nur als Choreografen); und sie muss kurz nach dem Alter 20 einsetzen.

[4] Nicht einverstanden ist Danse Suisse mit der vorgesehenen Neuerung bei den Tanzpreisen (Ziffer 2.1.4, Seite 17). Wir verweisen auf unsere beiliegende Stellungnahme.

Zum Fragenkatalog:

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich beurteilen wir die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als positiv. Bezogen auf die Sparte Tanz und insbesondere auf die Aufgaben des Berufsverbandes bedauern wir:

- dass die Subventionen gegenüber der vorhergehenden Kulturbotschaft gekürzt wurden, obwohl unser Verband bereits in den Vorjahren mehrmals darauf hingewiesen hatte, dass die Mittel zur Erfüllung der Aufgaben nicht ausreichen.

Diese Kürzung der Mittel wirkte sich durch die Erweiterung des Leistungskatalogs besonders negativ aus. Insbesondere die Bereitstellung umfangreicher Informationen in drei statt wie bisher zwei Landessprachen brachte erhebliche Mehraufwendungen mit sich. In diesem Zusammenhang bedauern wir besonders, dass unserer Bitte, anstelle des Italienischen als dritte Sprache das Englische – die «lingua franca» des Tanzes - berücksichtigen zu dürfen, nicht stattgegeben wurde. Mit Englisch würde Danse Suisse viel mehr Tanzschaffende in der Szene erreichen. Mit wenig mehr Finanzmitteln könnte der Aktionsradius von Danse Suisse deutlich erhöht werden.

- dass unsere Aufgaben im Ausbildungsbereich nicht in die Leistungsvereinbarung aufgenommen werden konnten. Eine angestammte Aufgabe für Berufsverbände allgemein ist die Sicherung einer guten Ausbildung und die Anerkennung der Berufsdiplome.

Der Tanz hat als einzige Kunstsparte in der Schweiz seit 2008 eine Berufliche Grundbildung Bühnentänzerin/Bühnentänzer EFZ und seit 2013 ein Diplom HF für Zeitgenössischen und Urbanen Bühnentanz. Grund: der Einstieg in eine professionelle Ausbildung muss im Tanz sehr früh erfolgen,

spätestens mit 16 Jahren, in der Regel jedoch noch früher.

Für beide Ausbildungen ist Danse Suisse Organisation der Arbeit und übernimmt in diesem Zusammenhang wesentliche Aufgaben für die Wahrung der Berufsankennung und die Inhalte der Ausbildung in Bezug auf die Bedürfnisse am Arbeitsmarkt. Wir bedauern deshalb ausserordentlich, dass Art. 2, Abs. a) der Verordnung des EDI über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender («Organisationen, deren Zweck vorwiegend auf den schulischen Unterricht, die Ausbildung oder die Wissenschaft ausgerichtet ist») bei der Umsetzung dahingehend ausgelegt wurde, dass diese Aufgaben im Bereich der Ausbildung nicht in die Leistungsvereinbarung aufgenommen und bei der Festlegung der Höhe der Subvention nicht berücksichtigt werden konnten.

Im Gegensatz zur Sparte Tanz werden in den anderen Kunstsparten Ausbildungen auf der Ebene der Fachhochschulen angeboten, d.h. die Berufsverbände haben in diesem Rahmen keine Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu übernehmen, um die Abschlüsse zu garantieren. Der Tanz bildet hier eine Ausnahme, da die Ausbildung in einem sehr frühen Alter erfolgen muss.

- dass in obenerwähnter Verordnung, Art. 4, Abs. b. zur Bemessung der Beiträge die absolute Zahl der Mitglieder einer Kulturellen Organisation als Basis dient und nicht die prozentuale Vertretung im Verhältnis zu allen Berufsschaffenden der Sparte, was zu einem Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Sparten führt. Wir würden es begrüssen, wenn in Zukunft die Repräsentanz der Sparte prozentual zur Zahl der Berufsschaffenden – zumindest teilweise - berücksichtigt würde.

Allgemein schliessen wir uns der Haltung von Suisseculture an, dass nach wie vor die Organisationen der Kulturschaffenden in den meisten Bereichen nicht oder zu wenig miteinbezogen wurden. Dies führte auch zu Umsetzungen, die an der Realität und den Bedürfnissen des Kulturschaffens in unserem Land vorbeigehen.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich ist Danse Suisse mit der Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen einverstanden. Das Weiterverfolgen der eingeschlagenen Richtung in der Kulturpolitik des Bundes und die dadurch geschaffene Kontinuität ist grundsätzlich begrüssenswert. Innerhalb der Handlungsachsen verweisen wir auf unsere Überlegungen in Kapitel A. der beiliegenden Stellungnahme.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich sind wir mit der Prioritätensetzung, die auf Kontinuität setzt, einverstanden. Im Übrigen verweisen wir auf die Kapitel A. und B. unserer Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024.

Im Übrigen unterstützen wir die folgenden Forderungen von Suisseculture:

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüßen die Bestrebungen der Pro Helvetia, gemeinsam mit interessierten Städten und Kantonen spartenspezifische interregionale Netzwerke zu initiieren, die zur verbesserten Verbreitung von künstlerischen Werken beitragen und um den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen künftig auch vermehrt innerhalb einer Sprachregion fördern zu können.

Wir begrüßen ausdrücklich die von Bund und Pro Helvetia in Angriff genommenen und für die Zukunft geplanten Massnahmen in den Bereichen Interkulturalität. In diesem Bereich ist die vertiefte Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Organisationen anzustreben. Es ist zu prüfen, ob hier nicht Aufgaben im Leistungsauftrag delegiert werden können, anstatt innerhalb der Pro Helvetia teure Parallelstrukturen aufzubauen. Ebenso anzustreben ist auch in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden, von denen die meisten mit ihren Mitgliedern ebenfalls über einen Erfahrungspool verfügen.

Wir sind erfreut, dass im Bereich Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbetrieb Handlungsbedarf erkannt wurde und begrüßen die in diesem Bereich geplanten Massnahmen. Allerdings wünschen wir uns konkrete Zielvorgaben in Bezug auf die «angemessene Beteiligung», wie wir sie bei der selektiven Filmförderung bereits kennen.

Wir unterstützen die aus der Filmbranche stammenden Forderungen zur Berücksichtigung der Kosten von Kinderbetreuung und Pflege von betagten Angehörigen bei der Erstellung und Begutachtung von Projektbudgets durch zusätzliche Mittel. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Gendergerechtigkeit in der Kulturförderung.

Ebenso begrüßen wir die Absichten im Bereich der Kunstvermittlung. Im Bereich von Vermittlungsprojekten muss aber die geäußerte Absicht zur Zusammenarbeit mit Partnern auch tatsächlich und auf gleichberechtigter Ebene erfolgen. Kunstschaffen und Kunstvermittlung dürfen sich nicht konkurrenzieren. Die Förderung der Kunstvermittlung darf nicht zu Lasten der Förderung des Kunstschaffens finanziert werden. Es kann nicht sein, dass den Urheberinnen und Urhebern Mittel entzogen werden um ihre Werke zu vermitteln, zumal die Künstlerinnen und Künstler selber die wirkungsvollsten Kulturvermittler sind.

2.4 Kulturerbe

2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Im Bereich «Netzwerke Dritte» werden für verschiedene Sparten wichtige Archive unterstützt. Gegen die Neuaufnahme von «Bibliosuisse» und einen Beitrag an den Ausbau der Fotostiftung ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Solches darf aber nur erfolgen, wenn auch die hierfür notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Ansonsten sind Kürzungen an bisher unterstützte Netzwerke zu befürchten, die bereits jetzt mit knappen Mitteln wirtschaften müssen.

Wir erwarten, dass der Bund in den nächsten Jahren den interdepartementalen Dialog sucht, um die Bereiche der Kulturförderung zu schärfen und bei anderen Aufgaben mit anderen Departementen und Bundesämtern verstärkt zusammenzuarbeiten.»

Insbesondere lehnen wir eine Budgetkürzung für das SAPA ab. Das Kulturschaffen im Bereich der Darstellenden Künste hat in den letzten 50 Jahren einen grossen Aufschwung erlebt. Die Stiftung SAPA wird in ihrer Funktion als Netzwerk im Bereich des audiovisuellen Erbes unterstützt. Ihre Aufgaben umfassen jedoch weit mehr als das audiovisuelle Kulturerbe im Bereich der Darstellenden Künste. 90% der Bestände sind im analogen Sektor angesiedelt und es müssen dringende Massnahmen zur Konservierung, Digitalisierung und Langzeitarchivierung dieser Bestände getroffen werden. Das audiovisuelle Erbe des Tanzes wurde erstmals durch die mediathek tanz, welche später in das SAPA übergang, systematisch erfasst. Gerade im Tanz als Kunst in Bewegung kommt dem audiovisuellen Erbe besondere Bedeutung zu. Ein grosser Teil dieses Bestandes wurde auf Medien festgehalten (z.B. Videokassetten) die heute vom Zerfall akut bedroht sind. Wenn nicht in nächster Zukunft die Konservierung, Digitalisierung und Langzeitarchivierung dieser Medien an die Hand genommen werden kann, verliert das Tanzschaffen in der Schweiz einen wichtigen Teil seiner Geschichte und die Tanzwissenschaft wichtige Quellen für die Forschung.

4. Revision Filmgesetz

Wir schliessen uns der Stellungnahme von Suisseculture an:

Wir begrüssen die Absicht, dass durch den Bund unterstützte Filme in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein sollen, grundsätzlich (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). (...) Ob es für die Zugänglichmachung einen speziellen Gesetzesartikel braucht, stellen wir in Frage. Eine verbindliche Verpflichtung zur elektronischen Zugänglichmachung der audiovisuellen Werke für Empfänger von Bundesbeiträgen kann in einer Verordnung oder einem Reglement festgelegt werden. So wie bereits heute ein Auswertungsplan im Rahmen der Auswertungskaskade verlangt wird. Festzulegen ist allenfalls, dass der Bund Mittel für die elektronische Auswertung zur Verfügung stellen kann. Den Gesetzesartikel in der vorliegenden Form (Art 19a im Filmgesetz) lehnen wir ab.

Wir begrüssen die beabsichtigte Gleichstellung von Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, mit Fernsehveranstaltern. Mit der Verpflichtung, dass diese 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den unabhängigen Schweizer Film investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen müssen, sind wir vollumfänglich einverstanden (Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Ebenso sollten aber auch «Video sharing platforms» und soziale Medien zur Investition in die nationale AV-Produktion verpflichtet werden.

Ebenso einverstanden sind wir damit, dass elektronische Filmanbieter verpflichtet werden sollen, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Hier ist allenfalls auch eine Quote für Schweizer Filmproduktionen ins Auge zu fassen. Zusätzlich sollten Online-Filmanbieter zur Herausstellung dieser Werke in den Katalogen verpflichtet werden.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wir wenden uns gegen die Streichung von Art. 18 KFG und die Einstellung des Bundesbeitrags an die Bundesstadt Bern. Der Beitrag soll in gegenwärtiger Höhe beibehalten werden.

Begründung: Die Zuwendungen an grosse Kultureinrichtungen in Bern (KTB, Historisches Museum) mögen entbehrlich erscheinen oder könnten von den angestammten Finanzierungsträgern kompensiert werden. Hingegen ist das Förderinstrument „Hauptstadtkulturfonds“ eine spezifische

Errungenschaft, die nur dank dem Beitrag des Bundes an Bern möglich ist. Das Konzept des Fonds kann weiterentwickelt werden. Die Grundpfeiler – Zusammenarbeit unter verschiedensten Kulturschaffenden und -einrichtungen zu einem gesellschafts- und politikrelevanten Thema – sind jedoch überzeugend. Wünschbar ist zudem, die Kooperation der Stadt mit anderen Staaten via deren Botschaften in Bern systematisch zu stärken. Damit kann ein Beitrag zur Interkulturalität und zum gegenseitigen Verständnis geleistet werden. Hier ist gerade der Tanz, der ohne Worte auskommt, und für das Wesen der jeweiligen Kulturen ausschlaggebend ist, von grosser Bedeutung.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Über die vorgesehenen Erhöhungen der Finanzmittel sind wir sehr erfreut und begrüßen diese ausdrücklich. Wir betrachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Finanzmittel immer noch als ungenügend.

Insbesondere sehen wir vermehrten Bedarf in folgenden Bereichen:

- Beitrag an die Bundesstadt Bern
- Beitrag an das SAPA
- Vermehrte Unterstützung von Kulturvermittlung und kultureller Teilhabe
- Erhöhung des KuOr-Beitrags, damit die Aufnahme neuer Organisationen nicht eine Kürzung der aktuellen Subventionen oder gar den Ausschluss von Organisationen professioneller Kulturschaffender nach sich zieht.
- Gewährung des Teuerungsausgleiches auf den Subventionen im gleichen Umfang wie in der Bundesverwaltung
- Stärkere Unterstützung von Danse Suisse für die in Kapitel B der beiliegenden Stellungnahme beschriebenen Aufgaben.

Im Übrigen teilen wir die Haltung von Suisseculture:

„Ebenso dürften die Mittel für neue Aufgaben der Pro Helvetia, als da sind: Unterstützung für Tourneen auch ausserhalb von Europa, Ausweitung von zu unterstützenden Werkbegriffen, Erweiterungen auf weitere Mitwirkende (Kuratorinnen, Produzentinnen etc.), Erschliessung oder Systematisierung der Unterstützung neuer Gattungen, nicht ausreichend sein. Diese neuen Aufgaben dürfen nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.“

Ausserdem sind in verschiedenen Bereichen zu (z.B. Beitrag Literaturzeitschriften, Erhalt des Beitrages an die Bundeshauptstadt) zusätzliche Beiträge (wieder-)einzustellen. Auch diese Beiträge dürfen nicht auf Kosten bereits vorgesehener Unterstützungen erfolgen. Der vorgesehene Finanzrahmen muss insgesamt entsprechend erhöht werden.

Stellungnahme Danse Suisse zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024,

Position zu Art. 2.1.4. Schweizer Preise

Danse Suisse begrüsst die Anpassung der Preissumme des Grand Prix Tanz an jene des Grand Prix Theater und die jährliche Durchführung der Preisgala. Wir lehnen aber die Fusion der Tanzpreise mit den Theaterpreisen, einschliesslich des Zirkus, Strassentheaters, der Performance und des Figurentheaters unter dem Titel «Schweizer Bühnenpreise» entschieden ab. Und wir sind dagegen, dass der Grand Prix in Zukunft jeweils nur für eine der unter «Schweizer Bühnenpreise» zusammengefassten Sparten verliehen wird.

Im Folgenden unsere Gründe:

Schweizer Tanzpreise - eigenständige Preise für eine eigenständige Kunstsparte!

Die Tanzschaffenden und die Tanzorganisationen, allen voran der Berufsverband Danse Suisse setzen sich seit langem für die Anerkennung des Tanzes als eigenständige Kunstsparte ein. Mit der Einführung der durch das Bundesamt für Kultur verliehenen Schweizer Tanzpreise ab 2013 wurde ein Meilenstein erreicht. Nun will das Bundesamt für Kultur ab 2021 die Verleihung der Tanzpreise mit jener der Preise für Theater und Kleinkunst, Nouveau Cirque, Art de la Rue und Figurentheater zusammenlegen. **Danse Suisse bedauert diese Entscheidung und fordert, die Tanzpreise eigenständig beizubehalten und dadurch den Tanz als Kunstsparte weiter zu stärken.** Durch die Zusammenlegung verliert die Tanzszene ihre „eigene“ Gala und damit einen Abend, der identitätsstiftend wirkt, dem Tanz uneingeschränkte Wertschätzung entgegenbringt und ihn als eigenständige Kunstsparte in der Öffentlichkeit profiliert. Selbst der aktuelle Trend zur Interdisziplinarität auf der Bühne rechtfertigt eine Fusion der Tanz- und Theaterpreise nicht, denn nur die Eigenständigkeit jeder Disziplin kann eine hohe künstlerische Qualität in der Zusammenarbeit gewährleisten.

Danse Suisse legt besonderen Wert auf **die Beibehaltung der Preise für herausragende Tänzerinnen und Tänzer.** Gemäss dem Bundesamt für Kultur sollen diese ab 2021 entfallen. Damit wäre die wichtige Wertschätzung für den Beruf der Tänzerin / des Tänzers, und die Auszeichnung ihrer künstlerisch-kreativen Leistung bei der Entwicklung und Präsentation choreographischer Werke nicht mehr gegeben. Die Tanzpreise an Interpret*innen setzen hier ein wichtiges Signal und unterstützen die Wahrnehmung des Berufs der Tänzer*innen und der in den letzten Jahren geschaffenen Berufsabschlüsse.

Die Stimme der Tanzschaffenden

«Die Schweizer Tanzpreise ab 2021 in einen Pool von «Schweizer Preise für darstellende Künste» zu versenken ist falsch!

Auch wenn ich sonst kein Freund von Trennungen bin - sind sie in diesem spezifischen Fall nicht nur sinnvoll - sondern zwingend.

Kaum hat die permanent diskriminierte «Kunstform Tanz» einmal ihr eigens Fenster und ihre Plattform genehmigt gekriegt, um endlich geballt und in einer repräsentativen Schnittmenge einmal jährlich ihr Schaffen einer interessierten Öffentlichkeit zu zeigen - wird ihr diese wieder genommen. Und wer daran glaubt, dass **sie** in diesem «neu angedachten Pool», der mit «den wachsenden Gemeinsamkeiten der darstellenden Künste und ihrer tendenziell steigenden Interdisziplinarität» argumentiert, - gleichberechtigt zu den anderen Künsten - mit Preisen und Geld - ausgestattet würde, muss naiv sein. Diese Entscheidung ist für mich ein «no go»! Aber sie verwundert mich nicht...»

Martin Schläpfer

Empfänger Grand Prix Tanz 2013

Chefchoreograph & Künstlerischer Direktor

Ballett am Rhein Düsseldorf Duisburg

designierter Leiter des Wiener Staatsballetts

«Theater and Dance are two different forms of performances. They are two different platforms which requires their own recognition and their own supports.

Perhaps from a spectator's point of view, they see dancers and actors belonging to the same platform because we are performers.

True, we are performers. We are to tell stories, to entertain. However, the fundamental craft we deliver are different. Dancers has years of physical training to master the craft of expressing movements through music. A craft that is with body language. While theater is with text.

These are just two different forms of technique and talents. A dancer may not have speaking talent while an actor may not have any body coordinations or musical ears. One can't compare.

Art and Culture always suffers from financial difficulties. Mixing the pot of arts to save financial costs would be a pity. The fundamental of each art should be recognize on its own pure form.

How we treat the fundament is how we also educate the next generation. »

Yen Han

Solistin Ballett Opernhaus Zürich,

Schweizer Tanzpreise 2013, «Herausragende Tänzerin»

« En 2017, j'ai reçu ce coup de téléphone m'annonçant que l'on me décernait un Prix Fédéral, en tant que « Danseuse Exceptionnelle ». Ma première réaction a été de pleurer. Le méritais-je vraiment ? Je ne suis pas si exceptionnelle que ça me suis-je dit. Beaucoup d'autres le sont et méritent autant que moi cette récompense.

Cela m'a immensément touchée.

Le travail accompli pour devenir une bonne interprète n'avait pas été vain. On en doute parfois, tellement l'investissement est immense, souvent mal rémunéré, ou pas suffisant en rapport avec le coût de la vie. 10 ans d'apprentissage et 30 ans de danse. Toute une carrière dédiée à défendre des œuvres, à structurer, tordre le corps, améliorer et/ou maintenir la technique, répéter et répéter et répéter encore et encore malgré un corps en souffrance parfois. C'est un métier magnifique, mais c'est un métier très exigeant, pour ne pas dire usant. Les gens qui ne l'ont pas pratiqué ne se rendent pas compte à quel point nous sommes soumis à une gestion de nos corps en permanence.

Sur scène, c'est entre les mains de l'interprète qu'est confiée la responsabilité de donner à l'œuvre chorégraphique son potentiel. Et j'avais très à cœur cette responsabilité. Au final, la reconnaissance va au chorégraphe. Et c'est très bien. Mais ce dont on ne sent pas compte, c'est qu'un bon danseur/interprète peut élever le niveau d'une œuvre par son interprétation ou au contraire l'abaisser. Sa responsabilité est là. Et elle est peu visible ou mise en avant. Et ce n'est pas grave, nous le savons dès le départ. Mais ce Prix est une récompense qui nous fait du bien parce qu'il donne à voir qu'on a servi à quelque chose d'important. Une félicitation du travail accompli, d'une carrière dédiée à servir l'art.

Ce Prix a été important et je l'ai reçu comme un « merci » dans ma manière à moi de choisir, d'investir et de défendre des œuvres.

Si ce Prix n'existait pas, cela ne changerait rien. L'investissement serait le même. Mais je me suis rendue compte en le recevant, qu'il a tranquilisé la dureté parfois exigée par le métier. Un baume en quelque sorte qui allège, mine de rien, beaucoup de choses. Aussi, une reconnaissance de la part de la société, du métier de « danseur ». D'autant plus dans un pays comme la Suisse où la danse excelle, avance à grands pas, et où les écoles pullulent.

Je suis loin de me sentir « exceptionnelle » et je pense que le terme est mal approprié pour ce Prix. Je l'ai pris comme un Prix récompensant ma carrière. Et je remercie la Suisse de l'existence de ce Prix qui met en lumière le travail d'un interprète tout comme il y a des Prix qui félicitent les œuvres des chorégraphes, d'œuvres. Je me réjouis que d'autres puissent bénéficier de ce Prix. »

Tamara Bacci

Danseuse

Prix Suisses de danse 2017, « Danseuse Exceptionnelle »

« La danse est historiquement sous représentée, elle n'a jamais atteint ni les moyens institutionnels, ni la reconnaissance publique qu'elle mérite et notamment en comparaison au théâtre. **Je pense qu'il est essentiel qu'il existe un prix spécifique pour cette pratique, qui a une histoire, un langage et un futur qui lui est propre !**

La visibilité et la reconnaissance de la danse est justement en train d'apparaître de plus en plus nettement en Suisse ces dernières années, que ce soit à travers la reconnaissance de nos professions dans la constitution, la création des écoles supérieures et la visibilité de nos spectacles en Suisse et à l'international grâce aux tournées des compagnies.

Mais c'est aussi grâce au Prix Suisse de la Danse, que notre pratique rayonne dans la sphère publique et atteint ainsi un public très large ! Retirer les Prix Suisse de la Danse, serait à mon avis, un triste retour en arrière ! »

Yasmine Hugonnet

danseuse et chorégraphe

Cie. Compagnie Arts Mouvementés

Prix Suisses de Danse 2017, « Création actuelle de danse »

«Dance in Switzerland is deeply imbedded in the culture and is internationally recognized for it's very high professional level. It should be celebrated! It would be completely inappropriate to diminish the importance of this art form by doing away with the Swiss Dance Prize. »

Amanda Bennett

Direktorin Ballettschule Theater Basel

Leiterin der Beruflichen Grundbildung

Bühnentänzerin / Bühnentänzer EFZ, Fachrichtung Klassischer Tanz

« En Suisse, la reconnaissance du métier de danseur-euse interprète est très récente. Il aura fallu attendre 2010, rappelons-le, pour que s'ouvre le premier CFC de danse classique à Zurich. Un an après, en 2011, Genève ouvre au sein du CFP Arts celui pour la danse contemporaine. Puis ce fut au tour de Bâle et dès cette année de Luzern pour l'orientation en comédie musicale. Ces décisions et engagements politiques ont confirmé, validé la nécessité de soutenir, valoriser, développer la formation dans le domaine chorégraphique. Depuis toujours l'interdisciplinarité est omniprésente dans les Arts vivants. La porosité est de fait intrinsèque à tout acte créatif, nous le savons. Faut-il pour autant supprimer les cérémonies qui honorent chaque domaine ? Valoriser les excellences de chaque discipline, le temps d'une soirée permet cela et plus encore : il mobilise, crée du lien et nous renforce. »

Rachel Bénitah

Doyenne Arts vivants

Formation professionnelle initiale de

danseuse interprète / danseur interprète CFC, orientation Danse contemporaine

CFPA Genève

« Il est important que les Prix de la Danse Suisse restent indépendants. Si aujourd'hui, les différentes expressions artistiques fusionnent sur scène, la formation du danseur, le moment de fin de carrière, et certains aspects de la profession sont particuliers. Au niveau politique et face à l'opinion publique, il est important que la danse garde sa spécificité, et ainsi, un prix distinct pour cette discipline. »

Guilherme Botelho

Directeur - Chorégraphe Alias compagnie

Prix Suisses de Danse 2013, « Création actuelle de danse »

« Je n'aime pas trop les cases, les frontières fermées. Je suis pour l'inter- et la pluri-disciplinarité entre les expressions. Néanmoins, chaque discipline artistique a également besoin d'organiser, et célébrer, sa spécificité.

C'est pourquoi, je suis contre le projet des Swiss Dance Prizes de fusionner avec les Prix du Théâtre.

Historiquement, la danse a toujours été le parent pauvre des arts de la scène, restant sous la tutelle des disciplines du théâtre (au niveau des sections d'octroi de subvention), de l'opéra (dans la structuration des grandes institutions), ainsi que de la musique (dans l'enseignement dans les écoles).

Ce n'est que très récemment que la danse a enfin été reconnue comme une discipline artistique et une profession méritant des articles de loi adéquats ainsi que des structures organisantes, structurantes, soutenantes et honorantes à part entière.

Le fusionnement est un retour en arrière qui enlèverait à la danse son statut d'asile pour un nombre infini de formes alternatives qui se sentent at home sur la Planète Danse et nul part ailleurs. »

Foofwa d'Imobilité,

danseur-chorégraphe,

Prix Suisses de Danse 2013, Danseur exceptionnel

« Im Tanz ist der Körper alles. Durch den Körper allein können Tänzerinnen und Tänzer auf der Bühne alles ausdrücken, was unser Leben ausmacht. Dies unterscheidet den Tanz von jeder anderen Kunstform. Deshalb ist es wichtig, den Tänzerinnen und Tänzern eine eigene Bühne für die Verleihung von Preisen zu bieten und sie nicht einfach als Teil der darstellenden Künste sichtbar zu machen. Nur dies verhilft ihnen alle zwei Jahre zu ungeteilter Aufmerksamkeit für ihre Arbeit. Darin liegt das, was kein Geld ersetzen kann: Anerkennung. »

Christoph Reichenau

Fürsprecher, Bern

Ehrenpräsident Danse Suisse

« La première chose que je trouve aberrante que cette décision a été prise sans consultation des milieux professionnels. Après on peut argumenter des deux côtés, mais on ne nous laisse pas le choix dans ce cas.

Deuxièmement, dans le descriptif ils parlent des arts de la scène au sens large. Théâtre, danse (contemporain, ballet, jazz, hip-hop, traditionnelle ?), cabaret (?? bon, je ne fais pas mon snob...), cirque, arts de la rue, marionnette. Par contre dans les catégories des prix ils parlent seulement du théâtre et de la danse. Comment on va faire si tout à coup il y a 3 spectacles de cirque, 2 marionnettes, et 2 cabarets extraordinaires ? Dans quelle catégorie on les met ? Je suis tout pour le partage, mais le spectrum arts de la scène pour un prix qui est sensé relever de l'excellence me semble vraiment trop large. On va perdre les spécialités dans chaque domaine et on se retrouvera avec les prix consensuels et collégiaux. De plus, avec tous ces disciplines et sous-disciplines, qui sera l'expert pour pouvoir juger la qualité artistique ?

Et en fin, je suis à 100% d'accord pour défendre le prix de l'interprète. Aujourd'hui plus que jamais on s'éloigne des models ou le/la chorégraphe tout puissant/e dirige un groupe de danseurs qui suivent docilement les instructions et se laissent diriger pour servir de médium. C'est une vision très-très-très rétrograde des danseurs.

Les interprètes sont devenu-e-s des artistes chorégraphiques à part entière. Ils/elles participent activement, c'est à dire physiquement et avec leurs idées, concepts, à la création. Les chorégraphes ont besoin que les interprètes puissent faire des propositions alternatives aux leurs, pour pouvoir nourrir la création. Si on enlève le prix de l'interprète, on enlève la chance à 95% des artistes qui travaillent dans la danse, qui font le corps de ce métier, d'être célébré pour un petit moment. C'est très injuste par rapport à leur/notre (car je me considère toujours plus interprète que chorégraphe) engagement. »

Gabor Varga

Danseur, chorégraphe,

Cie. József Trefeli & Gábor Varga

Prix Suisses de Danse 2017, « Création actuelle de danse »

« Ayant appris qu'il est question de fusionner les prix des différents arts de la scène que décerne l'Office fédéral de la culture, je tiens à faire connaître ma désapprobation. Il a fallu des décennies pour que la danse s'émancipe de l'opéra et soit considérée comme un art à part entière jouissant de son autonomie. Et voici que maintenant, ainsi que cela se fait déjà, hélas, dans certaines villes et cantons, la Confédération envisage un absurde retour en arrière.

Je souhaite vivement que l'OFC reconsidère sa décision. »

Jean Pierre Pastori

critique et écrivain de la danse

Fondateur des Archives suisses de la danse

« La danse a besoin d'autonomie et visibilité, car sa reconnaissance dans la société civile est encore jeune et fragile.

Le prix fédéral de la danse est une occasion rare de célébrer la danse comme un art à part entière, et indépendante. »

Marco Cantalupo et Katarzyna Gdaniec

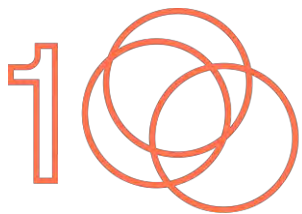
Directeurs et chorégraphes de la Compagnie Linga
Grand Prix de la Fondation Vaudoise pour la Culture, 2012
Prix Jeunes Créateurs Danse de la Fondation Vaudoise
pour la promotion et la création artistique, 2001

Prix Suisses de Danse 2019, « Création actuelle de danse »

«Ich gehe mit Danse Suisse einig und plädiere für die Beibehaltung der eigenständigen Tanzpreise. »

Tina Mantel

Choreographin, Tanzpädagogin, Zürich



100 onns
Lia Rumantscha

Lia Rumantscha
Via da la Plessur 47
Chascha postala
7001 Cuira

Lia Rumantscha, Via da la Plessur 47, 7001 Cuira
Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Cuira, ils 10 da settember 2019

+41 81 258 32 22
info@rumantsch.ch
www.liarumantscha.ch

Stellungnahme der Lia Rumantscha zur Förderung der Kultur 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Prezià signur cusseglier federal
Preziadas damas, preziads signurs

Im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Lia Rumantscha wird auf die gemeinsame Stellungnahme der Fondazione Lingue e Culture; Forum per l'italiano in Svizzera; Forum du bilinguisme; Helvetia Latina; Forum Helveticum e Lia Rumantscha (Beilage), sowie auf die Stellungnahme des Kantons Graubünden verwiesen.

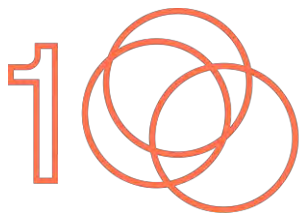
Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht betreffend Botschaft zur Förderung der Kultur für die Jahre 2021-2024 (Kulturbotschaft) und nehmen gerne dazu Stellung:

Allgemeine Bemerkungen zur Vorlage

Aus der Vernehmlassungsvorlage zur Kulturbotschaft 2021-2024 geht unter anderem hervor, dass die Kulturförderung des Bundes in der kommenden Periode weitgehend auf inhaltliche Kontinuität setzt. Vorstand und Direktion der Lia Rumantscha begrüssen dies und unterstützen insbesondere die Absicht des Bundesrates, die schulischen Austauschaktivitäten zwischen den Sprachregionen zu verstärken. Wir erachten es als gewinnbringend mit den bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes fortzufahren und die bestehenden Achsen mit der Digitalisierung zu ergänzen.

Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Lia Rumantscha unterstützt den Vorschlag des Bundesrates die nationalen schulischen Austauschaktivitäten zu intensivieren (Ziffer 1.4.2.2, Absatz 2). Durch ein verbindliches Austauschprogramm kann die rätoromanische Sprachregion bekannt gemacht werden. Beim Austausch werden die individuellen Sprachkompetenzen gefördert und der Austausch dient der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften. Diesbezüglich würde die Lia Rumantscha z.B. gerne von den Austauschaktivitäten von Movetia profitieren. Wir möchten überdies auf die Aufforderung von Bundesrat Ignazio Cassis anlässlich der 100-Jahr-Feier der Lia Rumantscha in Zuoz hinweisen.



Sprachen und Verständigung

Die Lia Rumantscha als Dachverband der rätoromanischen Vereine möchte an dieser Stelle zur Ziffer 2.6.2 (italienische und rätoromanische Sprache und Kultur) Stellung nehmen. Wir stimmen mit dem Bundesamt für Kultur überein, dass die Förderung der Minderheitensprachen sich nicht auf das traditionelle Sprachgebiet beschränken darf.

Aufgrund der Empfehlungen im Evaluationsbericht «Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und italienischen Sprache in Graubünden» des Zentrums für Demokratie in Aarau (ZDA), plant die Lia Rumantscha zurzeit die Schaffung von Bildungsmöglichkeiten ausserhalb der traditionellen Sprachgebiete, in der sogenannten Diaspora. Wir wären dem Bundesrat sehr verbunden, wenn er die gesetzliche Grundlage dahingehend anpassen würde, dass der Bund auch eine Direktunterstützung für die Diaspora ausserhalb von Graubünden erlauben würde und nicht nur – gemäss aktuellem Wortlaut im Sprachengesetz – über die Kantone Graubünden und Tessin (Art. 22 SpG).

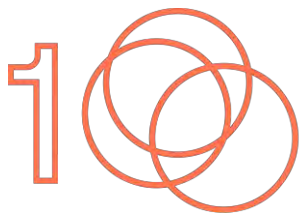
Die Lia Rumantscha hat aus dem Evaluationsbericht des ZDA die Empfehlung zur stärkeren Priorisierung der Projekte und zur Fokussierung des Mitteleinsatzes auf den Bildungssektor zur Kenntnis genommen und möchte diese Empfehlungen umsetzen. Es muss aber betont werden, dass in Graubünden der Kanton alleine für die Schaffung und für die Finanzierung der Unterrichtsmittel zuständig ist, währenddessen die Lia Rumantscha den gesellschaftlichen Teil (Leuchtturmprojekte zum schulischen Pflichtstoff) betreut.

In den Jahren 2017-2019 hat die Lia Rumantscha das Projekt «Medias rumantschas» geleitet und zusammen mit Bund und Kanton finanziert. Das Projekt, das jetzt erfolgreich umgesetzt werden kann, hat die Lia Rumantscha in mehreren Hinsichten an ihre Grenzen gebracht. Sowohl finanziell sowie personell wurde dem Projekt absolute Priorität geschenkt. 2018 engagierte sich die Lia Rumantscha zudem für die No Billag – Initiative (Radiotelevision Svizra Rumantscha) und für die Bündner Fremdspracheninitiative.

Leider wird der Bund ab 2021 rund drei Viertel der an die Lia Rumantscha in Aussicht gestellten finanziellen Aufstockung an die Fundaziun Medias Rumantschas (FMR) ausrichten, welche eigentlich eine eigene (von der Lia Rumantscha unabhängigen) Leistungsvereinbarung mit dem Kanton hat.

Dieses Geld fehlt uns ab 2021 für die Massnahmen in der Diaspora und wir sind somit gezwungen, unsere Aktivitäten ausserhalb der Stammgebiete nach unten anzupassen.

In Absprache mit dem BAK sind wir zurzeit daran, ein Konzept für die Aktivitäten im 2020 zu erstellen. Vorstand und Direktion der Lia Rumantscha beantragen mit dieser Stellungnahme eine höhere Aufstockung der finanziellen Mittel für Bildungsangebote in der Diaspora ausserhalb von Graubünden. Eigens für die Begleitung dieser Projekte, sollte mindestens ein Teilzeitpensum geschaffen werden können.



100 onns
Lia Rumantscha

Die Lia Rumantscha bedankt sich für die Prüfung unserer Stellungnahme und für das Mittragen der Bedürfnisse und Interessen der vierten Landessprache. Mit der Durchführung des 100-Jahr-Jubiläums der LR möchten wir unsere strategischen Akzente für die zukünftigen Bedürfnisse setzen, dabei verweisen wir auch auf die beigelegte Stellungnahme zum Evaluationsbericht des ZDA Aarau im Auftrag des Bundesamtes für Kultur.

Cordials salids
Lia Rumantscha

Martin Gabriel,
secretari general

Beilage: Message Culture 2021-2024

Dapli acziuns transversalas e differentas mesiras da sensibilisaziun per la plurilinguitad svizra

Las pli impurtantas organisaziuns svizras activas sin il sector da las linguas e da la chapientscha beneventan la cuntinuitad che la nova missiva da cultura 2021-2024 propona ed approvan l'impurtanza ch'ella attribuescha a la coesiun sociala ed al barat linguistic. Ellas pretendan dapli acziuns transversalas e differentas mesiras da sensibilisaziun per promover ina vista positiva sin la plurilinguitad svizra.

Las organisaziuns signataras preschantan ina posiziun communabla e mussan la voluntad da coordinar lur lavur. Ellas suttastritgan ils suandants puncts da la *missiva da cultura 2021-2024* proponida:

Coesiun sociala	<p>Ins considerescha sco fitg positiva la voluntad d'accentuar la coesiun sociala. La chapientscha tranter las cuminanzas linguisticas gioga ina rolla impurtanta: la tenuta envers la plurilinguitad ed envers las linguas minoritaras en Svizra sto sa midar. Per il mument datti ina largia tranter ils princips definids en la lescha e la realitad da la convivenza.</p> <p>Il barat linguistic e la derasaziun da la producziun artistica èn impurtantas mesiras en quel regard. Plinavant dovri in proceder transversal che includa tut la societad. Las organisaziuns activas sin il sector da la chapientscha linguistica giogan qua ina rolla impurtanta.</p>
Participaziun culturala	<p>Ins beneventa era l'intenziun da mantegnair la participaziun culturala sco accent principal: uschia pon ins mussar la diversitad culturala da noss pajais.</p>
Digitalisaziun	<p>Igl è impurtant che las linguas sajan in element central en la reflexiun davart la digitalisaziun. Il diever linguistic vegn influenzà directamain dal svilup digital. Cun resguardar las linguas gia en la concepziun strategica pon ins far patratgs a moda inclusiva davart ils cuntegns digitals e reflectar la gronda creativitat da la Svizra.</p>
Barat linguistic	<p>Ina politica da barat efectiva pretenda vastas resursas e statisticas fidablas. Las organisaziuns signataras beneventan en quel connex ina strategia coerenta. Ellas supplitgeschan ils chantuns da prender questas mesiras cun persvasiun per pussibilitar meglieraments concrets sin quel sector.</p> <p>Il barat scolastic na po però betg garantir sulet in meglierament da la chapientscha culturala e linguistica en Svizra. Per regla mo cumpletteschan segiurns linguistics l'instrucziun. Il rumantsch ed il talian èn pia dischavantiads en cumparegliaziun cun il franzos ed il tudestg, perquai ch'els vegnan instruids darar en las autras regiuns.</p> <p>Da quel punct da vista pretendan las organisaziuns signataras numerus programs da barat (per exempel: emnas da sensibilisaziun, tandems, medias digitalas, etc.). Ins beneventa il schlargiament da mesiras da barat per in public interessà che ha gia terminà il temp da scola obligatoric (scolasts, emprendists). Plinavant giavischan las organisaziuns da la Confederaziun da garantir ina coerenza pli accentuada tranter ses agir cultural d'ina vart e las exigenzas linguisticas sin il</p>

	sectur da la furmaziun professiunala da l'autra vart.
Promoziun dal rumantsch e talian	<p>Ins considerescha sco positivs ils princips e las mesiras proponidas. I dat però resalvas areguard ils meds finanzials che stattan a disposiziun.</p> <p>Igl exista ina largia tranter las finamiras preschentadas sin nivel federal e la purschida da furmaziun rumantscha e taliana existenta en ils chantuns. Giavischabel fiss in'armonisaziun tranter chantuns e Confederaziun sco er il svilup da models d'instrucziun alternativs per pudair mantegnair e promover las duas linguas minoritaras.</p>
Organisaziuns da chapientscha	Las organisaziuns signataras sustegnan l'idea da colliar ils acturs per dapli effizienz. Ellas temen che la nova politica da promoziun pericliteschia projects cumprovads. Las organisaziuns signataras vulan vegnir integradas en il process d'examinaziun dals criteris da promoziun.
Derasaziun da la creaziun	<p>Derasar la creaziun artistica svizra a l'intern dal pajais è impurtant per la coesiun naziunala. Las mesiras ch'ins prevesa en quel connex èn bainvegnidas.</p> <p>En quel senn admett'ins il giavisch che la Confederaziun rendia adina accessiblas en las linguas uffizialas las grondas ovras ch'ella promova (p.ex. films, exposiziuns, etc.).</p>
Mesiras furmaziun	Ina mesira impurtanta en favur da la diversitad linguistica è da garantir la coerenza dal sistem da furmaziun e quai a partir dal pli bass fin al pli aut stgalim – en spezial da mantegnair las professuras liadas a las linguas naziunals. Ina collavuraziun interdepartamentala a l'intern da l'administraziun federala è desiderabla en quel connex.

Las suandantas organisaziuns sustegnan questa posiziun:



Las organisaziuns signataras resalvan il dretg da s'exprimer individualmain ed a moda complementara a questa posiziun communabla. / 18.09.2019



MEDIAMUS

Schweiz. Verband der Fachleute für Bildung und Vermittlung im Museum
Association suisse des médiateurs culturels de musée
Associazione Svizzera dei mediatori culturali di museo

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Isabelle Chassot
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 18. September 2019

Stellungnahme von mediamus zum Entwurf einer Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Sehr geehrte Frau Chassot

mediamus, der Schweizerische Verband der Fachleute für Bildung und Vermittlung im Museum, nimmt die Gelegenheit wahr, zum Entwurf einer Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu beziehen. mediamus setzt sich seit über 25 Jahren für die Kulturvermittlung an Schweizer Museen ein und vertritt die Interessen seiner über 300 Mitglieder, die Orte für aktive Begegnungen mit Kultur, Kunst und Wissenschaft in Museen schaffen. Wir konzentrieren uns in unserer Rückmeldung deshalb auf Themen, die insbesondere die Kulturvermittlung an Museen betreffen.

A. GRUNDLEGENDE VORBEMERKUNG

mediamus begrüsst die Absicht, die Kulturbotschaft 2021-2024 als Weiterentwicklung und Konsolidierung der Vorangehenden zu formulieren. Wir unterstützen insbesondere die Absicht, die Handlungsachse *Kulturelle Teilhabe* weiterhin als eine der Leitlinien der Kulturförderung des Bundes zu definieren.

B. ZU DEN EINZELNEN KAPITELN UND THEMENFELDERN

1.4.2.1 Entwicklungen „Kulturelle Teilhabe“

Die Beschränkung der Tätigkeit des Bundes auf die Bereiche Musik- und Kunstvermittlung ist aus Sicht von mediamus zu eng formuliert und birgt ein strukturelles Problem, auf das mediamus bereits im Rahmen der Vernehmlassung der vorangehenden Kulturbotschaft hingewiesen hat. Gemäss den aktuellen Zahlen des Bundesamts für Statistik (2017) sind lediglich 15% aller Museen der Kategorie „Kunstmuseen“ zuzuordnen. Der Begriff „Kunstvermittlung“ wird den wichtigen Impulsen der Kultur- und Wissenschaftsvermittlung, die in allen anderen Museen und verwandten Institutionen gesetzt werden, deshalb nicht gerecht. Wir fordern, dass die zentrale gesellschaftliche Rolle der Kulturvermittlung in der Kulturbotschaft prominent formuliert wird und sich ihre grosse Bandbreite und Heterogenität auch in der Begrifflichkeit („Kulturvermittlung“ anstelle von „Kunstvermittlung“) niederschlägt. Seit über 20 Jahren betreibt der Verband mediamus einen grossen Effort, um die Terminologie „Kulturvermittlung“ flächendeckend einzuführen und ein veraltetes Verständnis von Vermittlungsaktivitäten an Museen aufzubrechen. mediamus setzt sich ausserdem für die regelmässige Qualitätsüberprüfung ein, sichert diese und ist stets bemüht, erreichte Standards – auch im Austausch mit Partnerorganisationen im In- und Ausland – weiter zu entwickeln. Ein Zeichen für die gemeinsame Zielsetzung von Qualitätsstandards der Vermittlungsarbeit an Museen wird im Oktober 2019 mit der von mediamus und den Vermittlungsfachverbänden Deutschlands und Österreichs unterzeichneten Salzburger Erklärung gesetzt. Wohl bemerkt, wird dieser Einsatz für die Professionalisierung der Kulturvermittlung in Museen durch das hohe Engagement von ehrenamtlichen Kulturvermittlungspersonen aus der ganzen Schweiz geleistet. Wäre es nicht insbesondere in diesem Bereich der internationalen Zusammenarbeit auch für den Bund interessant, dieses Engagement zu fördern und den fachlichen Austausch über Ländergrenzen hinweg zu unterstützen?



MEDIAMUS

Schweiz. Verband der Fachleute für Bildung und Vermittlung im Museum
Association suisse des médiateurs culturels de musée
Associazione svizzera dei mediatori culturali di museo

2.1.1. Nachwuchs

Die Nachwuchsförderung über pro helvetia unterstützt aktuell Künstler und Kulturschaffende in den Bereichen Visuelle Künste, Design und interaktive Medien, Musik, Literatur, Theater und Tanz. Der gesamte Förderbereich von Kulturvermittler*innen an Museen in den Berufsanfängen ist nicht abgedeckt, obwohl in der Schweiz renommierte Ausbildungsinstitutionen im In- und Ausland dafür werben. Atelier- und Rechercheaufenthalte für Kulturvermittler*innen in in- oder ausländischen Museen sowie artverwandten Bereichen wären aus der Sicht von mediamus ein erstrebenswertes Ziel, um die qualitative Vermittlungstätigkeit an Schweizer Museen zu sichern und den Nachwuchs zu fördern.

2.1.2 Künstlerisches Schaffen

mediamus begrüsst die verstärkte Berücksichtigung von Funktionen und Tätigkeiten, welche den kreativen Prozess massgeblich mitprägen. Die Kulturvermittler*innen in Museen und verwandten Institutionen leisten für die Verbreitung von künstlerischen Werken einen wesentlichen Beitrag und regen zu einer kritischen Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen an. Wie andere Kulturschaffende sind jedoch auch viele Kulturvermittler*innen von prekären Arbeitsbedingungen betroffen. Der von mediamus regelmässig veröffentlichte Benchmark Honorare zeigt, dass Entschädigungen und Sozialleistungen für Kulturvermittler*innen – in der Vermittlung arbeiten grösstenteils Frauen in Teilzeitanstellungen – von den verschiedenen Museen und Institutionen sehr unterschiedlich gehandhabt werden. mediamus begrüsst deshalb, dass der Bund zumindest dort, wo er Finanzhilfen spricht, künftig auf eine angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden hinwirken wird und damit auch einen adäquaten Standard für die Arbeitsbedingungen von Kulturvermittler*innen setzen kann.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

mediamus unterstützt den Ausbau der Vermittlungstätigkeit im digitalen Bereich. Digitale Kulturvermittlung hat das Potential, Strukturen zu verändern und neue Vermittlungsformen zu generieren, sie muss jedoch immer in Abstimmung mit anderen personalen und medialen Vermittlungsformen erarbeitet und gezielt und reflektiert eingesetzt werden. Digitalisierung heisst nicht gleich Auseinandersetzung, hier sollten Produzent und Konsument auf Augenhöhe eingebunden werden und das erfordert Ressourcen. mediamus spricht sich deshalb für eine ganzheitliche Förderung von Vermittlungsprojekten und -strategien aus, welche die digitale Vermittlung als ein Werkzeug der Museumsarbeit unter vielen anderen versteht.

Im Rahmen der Digitalisierungsdebatte und der „Kulturellen Teilhabe“ kommen unserer Meinung nach die Museen zu kurz. Museen etablieren sich zunehmend als sogenannte «Dritte Orte» und stehen für den interkulturellen Austausch. „Dritte Orte“ sind aus Sicht von mediamus Museen, die als Begegnungsorte fungieren, wo auch aktuelle und für die Gesellschaft relevante Themen wie u.a. Inklusion, Klimawandel und Digitalisierung diskutiert werden. Wäre es nicht erstrebenswert, dieses Knowhow zu nutzen und die Angebote in der kulturellen Bildungslandschaft Schweiz für ein diverses Publikum zugänglich zu machen und transparent zu kommunizieren? Digitalisierung könnte hier ein sinnvoll genutztes Hilfsmittel werden.

C. FAZIT UND ZUSAMMENFASSUNG

- o Ersetzung des Begriffs «Kunstvermittlung» durch «Kulturvermittlung»
- o Einbezug des Knowhows der Kulturvermittlung an Schweizer Museen
- o Qualitätssicherung von Kulturvermittlungsarbeit an Schweizer Museen
- o Nachwuchsförderung im Bereich Kulturvermittlung an Museen

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Chassot, für Ihre Aufmerksamkeit für unsere Anliegen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Im Namen des Vorstands,

Christiane Kurth
Präsidentin mediamus

Caroline Spicker
Co-Präsidentin mediamus

Schweizerische Föderation Europa Cantat – SFEC
c/o Liliane Keller Würmli
Brunnmatte 1b
5647 Oberrüti

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Oberrüti, 13. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Die Schweizerische Föderation Europa Cantat – SFEC bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. Die SFEC vereint rund 50 Chor- und 200 Einzelmitglieder.

Die SFEC ist ein Netzwerk von Chören, Chorleitern, Chorleiterinnen und Einzelpersonen. Sie pflegt und fördert das Singen auf anspruchsvollem Niveau, ist besorgt um den Austausch zwischen Sprach- und Kulturregionen, fördert und verbreitet neue Schweizer Chor-Kompositionen. Sie hat ein Patronat über den Schweizer Jugendchor und arbeitet eng mit den andern Chorverbänden, mit SKJF (Verein Schweizer Kinder- und Jugendchorförderung), der SCV und mit den Ausbildungs- und Weiterbildungsorten für Chorleitung zusammen. Die SFEC pflegt den Austausch mit in- und ausländischen Organisationen mit gleichem oder ähnlichem Zweck. Sie ist Mitglied der Europäischen Chorvereinigung EUROPA CANTAT (ECA-EC).

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüssen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an.

Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «volumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie des Ineinanderfliessens von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Wie der SMR schon in seinem Positionspapier zur neuen Kulturbotschaft vom 30. August 2018 formulierte, erachtet der Musiksektor demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hochehrfrohlich. Auch wenn dies primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfliessen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laubahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrucklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir

der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüßen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist die SFEC gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden. Bei Bedarf ist der Schweizer Musikrat, bei dem praktisch sämtliche nationalen Musikorganisationen und – verbände zusammengefasst sind, gerne bereit, eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU InstA. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller.

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fließender werden.

→ Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Der Schweizer Musikrat bietet hier gerne seine Expertise an.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hocherfreulich. Wir unterstützen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative

Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüssen.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Die SFEC bietet sich hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Der Schweizer Musikrat hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise.

→ Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Verweis auf die auf Seite 4 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung der Digitalisierung der Bücher wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

→ Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

→ Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

→ Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» auf den Seiten 2 – 4 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

→ Es bräuchte hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen. Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.

Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.

- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz vollumfänglich unterstützen. Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

→ Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

→ Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Patrick Secchiari
Präsident Schweizerische Föderation Europa Cantat – SFEC



SGB-FSS
Schweizerischer Gehörlosenbund
Fédération Suisse des Sourds
Federazione Svizzera dei Sordi

Räffelstrasse 24 | 8045 Zürich

Tel. 044 315 50 40 | Fax 044 315 50 47

Videophone 032 512 50 80

www.sgb-fss.ch | rechtsdienst@sgb-fss.ch

Bundesamt für Kultur BAK
Unterer Graben 1
8400 Winterthur

Per E-Mail an: stabstelledirektion@bak.admin.ch

19. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Stellungnahme des SGB-FSS

Der Schweizerische Gehörlosenbund ist der nationale Dachverband der Gehörlosen- und Hörbehindertenorganisationen. Er engagiert sich für die Gleichstellung von Menschen mit einer Hörbehinderung und steht ein für die vollumfängliche Inklusion aller Menschen mit einer Hörbehinderung in Bildung, Beruf, Kultur und Gesellschaft.

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft).

Im Zusammenhang mit den Leistungen für Menschen mit einer Hörbehinderung oder Gehörlosigkeit bringen wir Folgendes vor:

In der Schweiz leben etwa 10'000 gehörlose und rund 1 Million schwerhörige Menschen. Mehr als 13'000 davon nutzen die Gebärdensprache als Muttersprache und sehen sich als Teil einer kulturellen und sprachlichen Minderheit: der Schweizer Gehörlosengemeinschaft. In der Schweiz werden drei Gebärdensprachen gesprochen – die Deutschschweizer Gebärdensprache, die französische Gebärdensprache und die italienische Gebärdensprache. Der Zugang zum kulturellen Angebot und die Teilhabe an der kulturellen Vermittlung zentraler Werte ist ein Hauptelement für die volle Inklusion aller Minderheiten am kulturellen Selbstverständnis der Schweiz. Leider ist das heute für Gehörlose noch nicht im ausreichendem Masse Realität.

Die Behindertenrechtskonvention der UNO (UNO-BRK) verpflichtet die Schweiz in Art. 30 Abs. 4 Massnahmen für die Förderung der Gehörlosengemeinschaft zu treffen:

„Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer **spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität, einschliesslich der Gebärdensprachen und der Gehörlosenkultur.**“

Zusätzlich verpflichtet die UNO-BRK in Art. 30 Abs. 1 die Schweiz dazu, alle Massnahmen zu treffen, die Menschen mit einer Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Insbesondere hat die Schweiz den Zugang zu kulturellem Material, zu Fernsehprogrammen, Filmen, Theatervorstellungen und anderen kulturellen Aktivitäten in zugänglichen Formaten sowie den Zugang zu Orten kultureller Darbietungen oder Dienstleistungen, wie Theatern, Museen, Kinos, Bibliotheken und Tourismusdiensten, sowie, so weit wie möglich, zu Denkmälern und Stätten von nationaler kultureller Bedeutung zu ermöglichen.

Von diesen Bestimmungen lassen sich konkret Ansprüche auf Massnahmen einerseits zur Förderung der Kultur und Sprache der Gehörlosen und andererseits zur Teilhabe von Gehörlosen an den verschiedenen Angeboten ableiten.

Die Massnahmen in Rahmen der Kulturbotschaft müssen ebenfalls solche Massnahmen zur Förderung der Kultur und Sprache der Gehörlosen sowie zu den Zugängen zu den verschiedenen Angeboten beinhalten.

Zu den einzelnen Fragen des Fragekatalogs:

Zu Frage 2 - Handlungsachsen

Es ist sinnvoll, sich weiterhin auf die drei Handlungsachsen zu konzentrieren und diese weiterzuentwickeln. Insbesondere unterstützen wir die Bestrebungen im Bereich Kultur und Gesellschaft.

Zu Frage 3 - Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Kulturbotschaft 2021-2024 muss sicherstellen, dass sie den in der UNO-BRK verankerten Umsetzungsauftrag zum Recht von Menschen mit Behinderungen und damit auch demjenigen der Gehörlosen auf Teilhabe am kulturellen Leben berücksichtigt und umsetzt. Hierfür ist der Einbezug von gehörlosen Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache sowie deren Organisationen, die gezielte Verbreitung und Vermittlung von inklusiver Kultur sowie die Förderung von unterschiedlichsten Kooperationen (u.a. zwischen den Fachbereichen Kultur und Behindertenwesen sowie zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und NGO) unabdingbar. Als Gruppe mit eigener sprachlichen und kulturellen Identität können sie nicht exklusiv durch andere Behindertengruppen vertreten werden und müssen ihre Anliegen direkt als Expert*innen einbringen können. Da oftmals die Anliegen und Bedürfnisse von gehörlosen Menschen vergessen gehen, wird die Gruppe der gehörlosen Menschen als Teil der Gehörlosengemeinschaft mit eigener Sprache und Kultur auch eigens in der UNO-BRK erwähnt.

Die kulturelle Teilhabe von Menschen mit einer Hörbehinderung oder Gehörlosigkeit muss in der staatlichen Kulturpolitik (Bund, Kantone, Städte und Gemeinden) somit konsequent als Querschnittsthema mitgedacht werden. Deshalb müssen die Bedürfnisse von gehörlosen Personen bei allen geplanten Massnahmen abgeklärt und berücksichtigt werden. Dies kann nur gewährleistet werden, wenn gehörlose Personen in der Arbeitsgruppe «Kulturelle Teilhabe» angemessen vertreten sind.

Es braucht mehr Angeboten von Museen, Theater und anderen kulturellen Veranstaltungen in Gebärdensprache. Durch diese Angebote können neue Zielgruppen erreicht werden, gleichzeitig eröffnen solche spezifischen Angebote gehörlosen Personen einen gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten und damit können gehörlose Menschen Teil der kulturellen Vielfalt der Schweiz werden und zur Vielfalt der Kultur einen eigenen Beitrag leisten.

Hierzu müssen die verschiedenen Kulturschaffenden und Kulturorganisationen sensibilisiert und unterstützt werden. Finanzierungshilfen der Kulturförderung sollten von einem inklusiven Angebot abhängig gemacht werden.

In der Schweiz gibt es drei verschiedene Gebärdensprachen, namentlich die Deutschschweizer Gebärdensprache (DSGS), die Langue des Signes Française (LSF) und die Lingua dei Segni Italiana (LIS).

Mehr als 13'000 Personen nutzen die Gebärdensprache als Erst- oder Muttersprache und sehen sich als Teil einer kulturellen und sprachlichen Minderheit: der Schweizer Gehörlosengemeinschaft. Da Kultur und Sprache untrennbar miteinander verbunden sind, gehört die Gebärdensprache zur kulturellen Identität der Schweiz und der Schweizer Gehörlosengemeinschaft.

Deshalb ist es zwingend notwendig, dass die Kultur der Gehörlosen und die Gebärdensprache anerkannt, geschützt und gefördert wird. Der SGB-FSS fordert im Bereich der Kulturförderung insbesondere folgende Massnahmen:

- Die Sprachenförderung und Sprachpolitik des Bundes muss auch die drei Gebärdensprachen des Landes und die Gehörlosengemeinschaft als sprachliche und kulturelle Minderheit der Schweiz miteinschliessen.
- Massnahmen sind nötig für die Erhaltung und Entwicklung von Verbindungen zwischen gehörlosen und hörenden Menschen sowie für das Herstellen kultureller Beziehungen zueinander sowie für die Förderung von Achtung, Verständnis und Toleranz.
- Ausreichend finanzielle Mittel müssen für Gebärdensprachdolmetscherleistungen für inklusive Kulturangebote zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere braucht es Museumsführungen mit Gebärdensprachdolmetschenden oder von Gehörlosen direkt in

Gebärdensprache geführt, Konzerte und Theateraufführungen sowie Lesungen in Gebärdensprache und mit Gebärdensprachdolmetschenden.

- Bei kulturellen Anlässen muss Gebärdensprachdolmetschenden in ihrer Funktion als Gebärdensprachdolmetschende der Zutritt frei gewährt werden und es müssen freie Plätze für die Verdolmetschung zur Verfügung gestellt werden.
- Zur Förderung der sprachlichen Identität von Gehörlosen muss das Erlernen und der Zugang zur Gebärdensprache erleichtert werden durch schulische Angebote und Gebärdensprachkursen. Artikel 24 UNO-BRK verpflichtet die Vertragsstaaten sicherzustellen, dass gehörlose Menschen lebenspraktische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen erwerben, um die volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung und als Mitglieder der Gemeinschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck ergreifen die Vertragsstaaten gestützt auf Artikel 24 Absatz 3 Buchstabe b UNO-BRK geeignete Massnahmen, um das Erlernen der Gebärdensprache und die Förderung der sprachlichen Identität der Gehörlosen zu erleichtern. Sodann müssen sie sicherstellen, dass Kinder die Gebärdensprache erlernen können.
- Bei der Umsetzung der Strategie „Austausch und Mobilität“ im Rahmen der Förderung der Verständigung des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften müssen ebenfalls die Gehörlosenschulen miteinbezogen / eingebunden werden.
- Gehörlose Personen müssen in der Arbeitsgruppe „Kulturelle Teilhabe“ vertreten sein.

Zu Frage 4 - Filmförderung

Der SGB-FSS fordert mittelfristig 100% Untertitelung im öffentlichen wie auch im privaten Fernsehen. Weiterhin fordert der SGB-FSS mehr Fernsehprogramme in Gebärdensprache und mit Gebärdensprach-verdolmetschung für Menschen mit einer Hörbehinderung, denn Fernsehen vermag eine kulturbildende und kulturwahrende Rolle zu spielen. Dabei soll ein nachhaltiges Angebot in hoher Qualität von Gebärdensprachdolmetschenden und unter Einbezug von tauben Dolmetschenden umgesetzt werden. Bilinguale Sendungen in Gebärdensprache, mit Untertiteln und Vertonung tragen massgeblich zur Inklusion von Menschen mit einer Hörbehinderung bei. In diesem Sinne sollte die Inklusion von Menschen mit Behinderung im Zentrum der Filmförderung stehen. Daher fordern wir, dass in Art. 8 FiG über die Filmförderung die Inklusion von Menschen mit Behinderung als Voraussetzung für die Filmförderung definiert wird, ähnlich wie das schon mit Sicht auf Audiodeskription teilweise umgesetzt wird.

Im Bereich der Filmförderung erfolgt nach Art. 8 Abs. 1 lit. d FiG eine Präzisierung, wonach Finanzhilfen nach Massgabe des geleisteten Beitrags zur Vielfalt und Qualität des Filmangebots in allen Landesteilen (Vielfaltsförderung) zugesprochen werden.

- Der SGB-FSS fordert, dass Art. 8 Abs. 1 lit. d FiG wie folgt ergänzt wird:
Art. 8 Abs. 1
Die Finanzhilfen werden zugesprochen:
 - d) nach Massgabe des geleisteten Beitrags zur Vielfalt, **Inklusion von Menschen mit Behinderung** und Qualität des Filmangebots in allen Landesteilen (Vielfaltsförderung).
- Der SGB-FSS begrüsst, dass der Verwendungszweck der in Art. 15 Abs. 2 FiG genannten Einnahmen neu auch für die Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt eingesetzt wird. Der SGB-FSS fordert, dass die Einnahmen auch für die Untertitelung und Gebärdensprach-verdolmetschung von Filmen verwendet werden.

Analog zur Pflicht zum Schutz der Angebotsvielfalt für Kino- und Verleihfirmen wird im FiG neu ein Kapitel 3a eingeführt, welches die Pflichten zum Schutz der Angebotsvielfalt für Filme regelt, die in der Schweiz elektronisch angeboten werden.

Das Angebot muss zugänglich und barrierefrei sein auch wenn das Angebot elektronisch abrufbar ist (Abruf- oder Abonnementsdienste (on-demand-Angebote)).

- Der SGB-FSS fordert, dass Kapitel 3a, 1. Abschnitt (Vielfalt des Filmangebots) analog zu Art. 19 FiG einen Artikel zur Sprachenvielfalt enthält und insbesondere die Untertitelung und Gebärdensprach-verdolmetschung von Filmen als Förderkriterium anerkannt wird.

Weitere Anliegen

Der SGB-FSS stellt fest, dass bei der Umsetzung der Filmförderung die Barrierefreiheit nicht genügend gewichtet wird. Ein barrierefreier Zugang für Menschen mit einer Hörbehinderung oder Gehörlosigkeit ist nur durch die visuelle Darstellung von akustischen Informationen gewährleistet. Es kommt immer wieder vor, dass Spielfilme in Kinos ohne Untertitelung oder mit Untertitelung in einer anderen Landessprache ausgestrahlt werden. Die Untertitelung führt nicht automatisch zur Barrierefreiheit und Zugänglichkeit für Menschen mit Hörbehinderung oder Gehörlosigkeit. Gehörlose Personen können die Filme trotz Untertitelung in einer anderen Landessprache nicht verstehen. Zum Beispiel der Deutschschweizer Film Zwingli wird ohne Untertitelung oder nur mit französischer Untertitelung gezeigt. Dies schliesst Menschen mit einer Hörbehinderung von der gleichberechtigten kulturellen Teilhabe aus.

Gemäss Art. 65 ViFV müssen vom Bund mit Finanzhilfen geförderte Filme und Tätigkeiten die Grundsätze der Barrierefreiheit für einen behindertengerechten Zugang einhalten. Nach Art. 64 Abs. 2 lit. a müssen Filme, deren Herstellung mit einer Finanzhilfe des Bundes gefördert wurde, Synchronisationen oder Untertitelungen in mindestens einer weiteren Landessprache aufweisen.

- Um den Anforderungen an einen barrierefreien Zugang für Menschen mit einer Hörbehinderung oder Gehörlosigkeit gerecht zu werden, fordert der SGB-FSS, dass vom Bund mit Finanzhilfen geförderte Filme auch mit Untertitelungen in derselben Landessprache zu versehen sind.

Zu Frage 6 - Finanzmittel

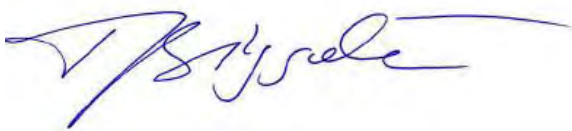
Es muss sichergestellt werden, dass die Finanzierung der spezifischen Bedürfnisse von gehörlosen Personen gewährleistet ist. Darum müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um in der gesamten Schweiz eine ausreichende und flächendeckende Versorgung mit qualitativ hochwertigen Gebärdensprachdolmetscherleistungen für Kulturangebote zu gewährleisten. Nur so kann die volle kulturelle Teilhabe und der Zugang zur Kultur für gehörlose Personen garantiert werden.

Finanzierungshilfen sollten von einem inklusiven Angebot abhängig gemacht werden.

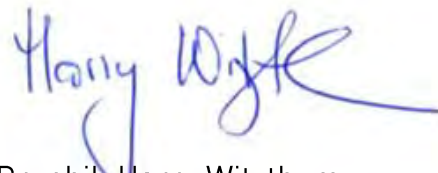
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gehörlosenbund SGB-FSS



Dr. sc. med. Tatjana Binggeli
Präsidentin
Schweizerischer Gehörlosenbund
SGB-FSS



Dr. phil. Harry Witzthum
Geschäftsführer
Schweizerischer Gehörlosenbund
SGB-FSS

Swiss Accordion Association SAA
Denis Etienne
Präsident
Route de Longefont 14
1475 Autavaux
denis.etienne21@gmail.com

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Autavaux, 19. September 2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre grosse Arbeit und für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung nehmen zu können.

Kurz über uns: Mitglieder der 2016 gegründeten Swiss Accordion Association SAA sind die beiden sprach-regionalen Laien Akkordeon Orchesterverbände Akkordeon Schweiz (DE/IT/RM, gegründet 1926) und Accordéon Suisse (FR, gegründet 1935). Der Dachverband bezweckt die Förderung und Weiterentwicklung des schweizerischen Akkordeon-Musikwesens und vertritt aktuell 138 Akkordeon-Orchester bzw. Ensemble-Formationen mit über 2'600 Aktiven. Ein Zusammenschluss der beiden Verbände mit der IG Akkordeon und dem SALV Schweizer Akkordeon-Lehrer Verband ist per Ende März 2020 projektiert. Die Kräfte werden gebündelt - wir sind dann zu viert gemeinsam mit einer Stimme und viel Leidenschaft für die Akkordeon Szene Schweiz unterwegs. Die SAA ist aktuell u.a. Mitglied bei der IG Volkskultur Schweiz und Fürstentum Liechtenstein, beim Schweizer Musikrat SMR und in der beratenden Begleitgruppe zur Umsetzung des Programms Jugend und Musik.

Nachfolgend nehmen wir gerne zu einzelnen Punkten der Kulturbotschaft Stellung. Vorab freuen wir uns, dass der Bundesrat eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Die Umsetzung von Art. 67a BV erachten wir wie der Schweizer Musikrat als noch nicht vollumfänglich umgesetzt, begrüssen aber insbesondere den Ausbau des Programms Jugend und Musik und den Aufbau eines Talentförderungsprogramms in Zusammenarbeit mit den Musik- und Musikhochschulen.

1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Digitalisierung verändert nicht nur Wertschöpfungsketten. Sie verändert den Stellenwert von Kunst und Kultur überhaupt. Daher genügt es nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente im Bereich Digitalisierung laufend überprüft und diese gegebenenfalls anpasst. Die Anstrengungen sollten hier deutlich verstärkt werden - der Bildschirm ist die heutige Bühne.

Das seit 2016 erfolgreich aufgebaute Programm „Kultur & Wirtschaft“ mit den beiden Förderschwerpunkten Design und interaktive Medien (Games) muss auf den Bereich Musik ausgeweitet und so in die regulären Förderaktivitäten integriert werden. Die schöpferischen Prozesse in der Musik und die innovativen Prozesse in der Wirtschaft liegen offenkundig sehr nahe beieinander.

1.4.2.1 Entwicklungen „Kulturelle Teilhabe“

Bei der Zahl von 1'000 Talenten sollte ergänzt werden, dass dies pro Jahr gemeint ist. Für das Gelingen des Talentförderprogramms ist es unabdingbar, dass sowohl die Laien als auch die Profis und der Wirtschaftsbe-reich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden. Wir bestärken den Schweizer Musikrat in der Ansicht, dass das Talentförderprogramm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein sollte.

1.4.2.2 Entwicklungen „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“

Die Bildung von Netzwerken innerhalb von Sprachregionen erachten wir als interessante Idee. Das bei den nationalen und kantonalen Verbänden vorhandene Know-how müsste hier unbedingt genutzt werden. Konkreter Handlungsbedarf besteht jedoch gleichzeitig und -wertig im Austausch über die Sprachgrenzen hinweg.

1.4.2.3 Entwicklungen „Kreation und Innovation“

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Der Schweizer Musikrat wäre geeignet, eine koordinierende Funktion zu übernehmen, damit die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden.

1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Die Teilnahme des Musiksektors an den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe ist elementar und ein Muss, da so u.a. die Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt werden kann (Zugang zu Festivals, etc.). Wir wünschen uns, dass sich der Bund nicht auf Kompensationsmassnahmen beschränkt.

2.1 Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien werden immer fließender. Angesichts der Leistung der Volks- und Laienkultur in Sachen Identitätsbildung, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Traditionsvermittlung und Partizipation halten wir es für falsch, dass die Leistungen hier besonders dem professionellen Kulturschaffen zugeschrieben werden. Die seitens BAK angestrebte Professionalisierung der Organisationen kulturell tätiger Laien (Verbandsadministration, etc.) bedeuten grosse Herausforderungen, die es insbesondere finanziell zu bewältigen gilt.

2.1.1 Nachwuchs

Wir empfehlen, den Begriff „Kunstsparten“ mit „Kultursparten“ zu ersetzen. Zentral ist hier, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Die Verbindung von Kultur (nicht Kunst), Technologie und Wissenschaft kann durch die sukzessive Einführung von Projekten in der Volksschule erlebt und geübt werden. Der Schweizer Musikrat bietet hier gerne seine Expertise an. Die Erschliessung der kreativen, musischen und handwerklichen Fähigkeiten auf Stufe Volksschule darf unter keinen Umständen reduziert werden.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Spartenspezifische interregionale Netzwerke sind sehr interessant. Im kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus sehen wir grossen Handlungsbedarf (vgl. Ziff. 1.4.2.2). Musik und Migration resp. „Interkultur“ ist ein wichtiges Thema, mit dem auch wir uns auseinandersetzen werden.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Webseiten wie swissmusic.ch werden seitens unserer Mitglieder wenig bis gar nicht als Promotionsinstrumente und Informationsquellen genutzt. Wir verweisen hier auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates.

2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek NB

Die Musik muss bei der NB als nationale Gedächtnisinstitution integriert sein. Stand heute ist unklar, wer für die Fachliteratur der Musik zuständig ist. Zudem sind die Bestände über das ganze Land verstreut. Dadurch besteht die Gefahr, dass viel Wertvolles verlorengeht. Offene Fragen sind hier zu klären und sich daraus ergebende Massnahmen aufzugleisen.

2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Es wäre wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann - Stichworte sind Miliz- und/oder Freiwilligenarbeit. Allfällige Änderungen in der Umsetzung von Art. 12a KFG dürfen nicht dazu führen, dass der angestrebte verbesserte Zugang zum Musizieren ins Gegenteil dreht.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos: (i) Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien; (ii) Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule und (iii) Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht konsequent - wir freuen uns darüber. Ebenso unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Der Satz „Der Bund wird den Aufbau von Angeboten für musikalisch Begabte an Musikschulen im Rahmen der Einführung der Talentkarte unterstützen.“ passt nicht zum Absatz „Musikschultarife“. Wir empfehlen, den Absatz neu zu formulieren, um Unklarheiten vorzubeugen.

3.1 Kulturförderungsgesetz KFG

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird.

4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Wir erachten die im Tätigkeitsbereich „Musikalische Bildung“ beantragten Mehrmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Wichtig ist, dass sich die Einführung der Begabtenförderung aufgrund allfälliger Sparvorgaben nicht verzögert.

Wie der Schweizer Musikrat sind auch wir der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, auf 2 Mio CHF pro Jahr zu verdoppeln sind. Wir unterstützen den diesbezüglichen Antrag des Schweizer Musikrats.

4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Bei „Kulturaustausch international“ / „Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit“ beantragt der Schweizer Musikrat, 2 Mio CHF anstatt 1,2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen. Bei „Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten“ seien zudem Mehrmittel von 1,2 Mio CHF statt 0,9 Mio CHF zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen beide Anträge.

Wir bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Herzlichen Dank und freundliche Grüsse

Swiss Accordion Association SAA



Denis Etienne
Präsident



Markus Jordi
Aktuar



Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 15. September 2019

**Stellungnahme von t. Theaterschaffende Schweiz zur Botschaft
zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir hiermit zur aktuellen Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung.

t. Theaterschaffende Schweiz ist der nationale, dreisprachige Verband der Schweizer Theaterschaffenden und gehört mit 1'800 Mitgliedern zu den grössten Kulturverbänden der Schweiz.

Wir bitten Sie, das Fachwissen der Kulturverbände zukünftig besser und früher einzubinden, sei es bei Situationsanalysen, Entscheidungsprozessen oder für die Entwicklung neuer Modelle (zur Förderung, zur internationalen Diffusion, zur sprachregional übergreifenden Zusammenarbeit usw.).

Wir bedanken uns bestens für Ihre Aufmerksamkeit und stehen bei Rückfragen gerne zu Verfügung.

Mit besten Grüssen

Sandra Künzi, Präsidentin

Claudia Galli, Geschäftsleiterin



Stellungnahme von t. Theaterschaffende Schweiz zur Kulturbotschaft (2021-2024)

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016 – 2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich beurteilen wir die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft sowie die Arbeit der Pro Helvetia und des BAK als positiv. Ein fundamentales Problem stellt jedoch der **fehlende Einbezug der Kulturverbände** dar. Die Kulturverbände kennen die Realität und Bedürfnisse der Kulturschaffenden in unserem Land am besten. Ihre Vorstände, Arbeitsgruppen und Gremien bestehen aus aktiven Kulturschaffenden mit konkretem Knowhow und guter Vernetzung. Dieses Wissen wurde vom BAK wie auch von Pro Helvetia bisher zu wenig in die Analyse, Entwicklung und Umsetzung von neuen Fördermodellen oder Plattformen einbezogen. Wir bedauern dies und wünschen uns hier eine vermehrte Zusammenarbeit. t. steht für solche Kooperationen auf jeden Fall zur Verfügung.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

t. unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen wie auch den ergänzenden Akzent «Digitalisierung». Diese Handlungsachsen entsprechen den Megatrends und Hauptargumenten der Europäischen Union (audience development, social cohesion, creation&innovation). Umso wichtiger ist für die Schweizer Theaterschaffenden, dass der Bundesrat den Eintritt der Schweiz in das Kulturprogramm der EU verfolgt. t. ist Gründungsmitglied des Europäischen Dachverbands der Freien Darstellenden Künste (European Association of Independent Performing Arts, EAIPA) und arbeitet in dessen Vorstand mit.

t. bedauert, dass in der Botschaft das Thema «Ökologie» keinerlei Erwähnung findet. Wir sind der Ansicht, dass diese Thematik auch grundlegenden Einfluss auf Kunst und Kultur hat und haben muss.



1.4.2.1 Kulturelle Teilhabe

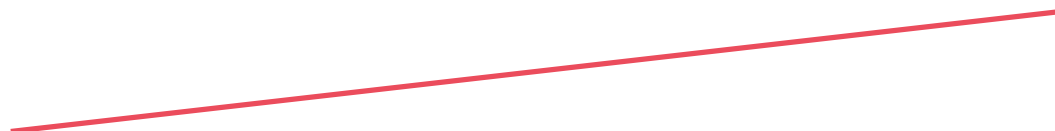
Kulturelle Teilhabe in der ursprünglichen Bedeutung befasst sich vor allem mit der Erschliessung von neuen Formen des Publikums von Kulturinstitutionen oder -initiativen. Genau diese Fragen stellen sich beim Veranstellen von Stücken/Performances aus anderen Sprachregionen. Die Kulturbotschaft legt grossen Wert auf Überwindung der Sprachregionen, also auf die Auswertung von deutschsprachigen Theaterstücken in der Romandie oder im Tessin und umgekehrt. Gleichzeitig beschränken sich ihre Massnahmen im «sprachbasierten Theater» aber auf «Übersetzung und Übertitelung», was für eine kulturelle Teilhabe nicht ausreicht.

Die **Chancengleichheit von Frauen und Männern** im Theater ist ein zentrales Thema für uns. Wir sind dazu mit verschiedenen Organisationen in Kontakt (female act, Helvetiarockt) und unterstützen die vorgesehene Datenerhebung der Pro Helvetia zu Frauen im Kulturbereich explizit.

Wir begrüssen die Unterstützung von «**Presseagenturen von nationaler Bedeutung**, die Informationen über die vier Sprachregionen vermitteln». Wir erachten Kulturerichterstattung und Kulturkritik als wichtige «öffentliche Plattform» für Kultur und als ein Ort der Auseinandersetzung. Allerdings ist uns nicht klar, welche finanziellen Mittel dafür eingesetzt werden sollen.

1.4.2.2 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Um gesellschaftlichen Zusammenhalt über die sprachregionalen Grenzen hinweg zu erreichen, ist ein hohes und vor allem gemeinsames Engagement nötig. Warum werden Stücke so selten in anderen Sprachregionen gespielt? Wieso finden Stücke aus anderen Sprachregionen kein Publikum? Bei welchen Stücken/Gruppen/Veranstaltern/Formaten klappt es gut (zB. Festivals)? Warum klappt es? Erst wenn die Situation systematisch und konkret analysiert wurde, können sinnvolle Massnahmen entworfen und umgesetzt werden. Dies bedingt Gespräche vor Ort mit aktiven Playern aus der jeweiligen Szene. Ideal wäre ein Fachperson, die im Tessin, in der Romandie sowie in der Deutschschweiz (nicht nur in Städten) mit Veranstalter*innen und Theatergruppen spricht, um die konkreten Schwierigkeiten zu erörtern. So spielen beispielsweise **Phil Hayes, Boris Nikitin, Daniel Hellmann** oder die Tessiner Gruppe **Trickster P** jeweils auch in anderen Sprachregionen der Schweiz. Ihre Erfahrungen sollten die Ämter nutzen. Wir wünschen uns gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht nur über die Sprach-, sondern auch über die Institutionsgrenzen hinweg.



Das Theater ist als direkte, publikumsnahe Kunstform prädestiniert für Lösungen in der Überwindung von Sprachgrenzen. Übersetzungsbeiträge sind hilfreich, nützen aber als Hauptmassnahme nicht, um regionale Grenzen zu überwinden. Als nationale Organisation wissen wir genau, dass es keine Entwicklung ohne konkrete Kenntnis und Einbindung der regionalen Gegebenheiten geben wird. Daher sind persönliche Gespräche mit unterschiedlichen Akteur*innen und nachhaltige Vernetzung unabdingbar. t. stellt sein Knowhow und seine Kontakte dafür gerne zur Verfügung.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

2.1.4 Schweizer Preise

Grundsätzlich begrüssen wir die Vergabe von Preisen auf Bundesebene auch im Bereich Theater. Den Schweizer Theaterpreisen fehlt jedoch die **nachhaltige Wirkung**. Abgesehen von der einmaligen Preisübergabe erhalten die Träger*innen der Schweizer Theaterpreise kaum Aufmerksamkeit. Analog zur Lesereise in der Literatur schlagen wir vor, dass die Theater-Preisträger*innen als Gesprächspartner oder Referentinnen an nationale oder internationale Festivals eingeladen werden. Eine andere Möglichkeit wäre auch eine Tour innerhalb der Schweiz. Und natürlich wünschen wir uns eine Preisverleihung mit Ausstrahlung. Dafür böten sich Festivals geradezu an (zB. La Bâtie, Auawirleben, o.a.). Das Schweizer Theatertreffen konnte diese Ausstrahlung bisher nicht erreichen. Das dürfte unter anderem auch mit dem jährlich wechselnden Ort zu tun haben. Dieses «Wandern» ist zwar nachvollziehbar (Einbindung aller Sprachregionen), funktioniert aus unserer Sicht aber nicht. Es ist unmöglich, in nur einem Jahr und für nur eine Durchführung ein gutes, regional verankertes Festival aufzubauen. Besser schiene uns das Schweizer Theatertreffen:

- für jeweils vier Jahre an einen Ort bzw. eine Sprachregion zu vergeben;
- mit echter Einbindung der freien Theaterszene (auch in der Auswahlkommission);
- für die Sichtbarkeit des Schweizer Theaterschaffens;
- und in Zusammenarbeit mit regionalen, lokalen Akteuren.



t. unterstützt die Entwicklung eines solchen breitenwirksamen Festivals. Denn die Sichtbarmachung der freien Schweizer Theaterszene ist eines unserer wichtigsten Ziel der nächsten Jahre.

Ausserdem bietet sich die Schweizer Künstlerbörse auch weiterhin als ideale Partnerin für die Promotion von Preisträger*Innen aus dem Bereich der sogenannten «Kleinkunst» an, selbst wenn die eigentliche Preisvergabe nicht mehr an der Börse stattfindet.

Wir sind sehr interessiert daran, in die in der Kulturbotschaft erwähnte **Analyse zu den Theaterpreisen** Einsicht zu nehmen.

2.1.5 Organisationen professioneller Kulturschaffender

Wir begrüßen sehr, dass die Organisationen professioneller Kulturschaffender weiterhin vom Bund unterstützt werden. Ohne diese Unterstützung wäre t. nur beschränkt handlungsfähig. Wir sind einerseits **Lobbyisten und Dienstleisterinnen** für unsere Mitglieder, die als Freischaffende dringendst darauf angewiesen sind. Andererseits sind wir **Dialogpartner** für Behörden und Institutionen wie den Bund und die Pro Helvetia. Durch den Einsatz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die regelmässigen Beratungen von Theaterschaffenden sind wir über die aktuellen Tendenzen, Probleme und Bedürfnisse der Theaterszene bestens informiert.

Die Organisationen haben viel Wissen, das vom Bund unbedingt mehr genutzt werden sollte. Entsprechend fordern wir das BAK auf, t. bei theaterrelevanten Fragen rechtzeitig einzubeziehen. Dies gilt gerade auch bei den in der Kulturbotschaft angedachten Massnahmen.

Generell möchten wir vorschlagen, die Zusammenarbeit mit den Verbänden bereits zu Beginn von neuen Überlegungen und Strategien anzustreben, und nicht erst gegen Ende eines Prozesses. Wir haben oft das Gefühl, man werde einfach vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir vermissen das Vertrauen in unsere Arbeit und in unser Wissen, gerade wenn es um die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte geht. Wir wünschen uns einen **kontinuierlichen Dialog** mit klar bezeichneten Stellen/Personen. t. ist seinerseits gerne bereit, sein Knowhow und seine Kontakte im Dialog mit dem Bund einzusetzen. Wir bieten uns ausdrücklich an, im Rahmen einer Arbeitsgruppe Gefässe/Regeln für diesen verbesserten Dialog mitzuentwickeln. Ihre Ansprechpartnerinnen

seitens t.: Claudia Galli (Geschäftsführerin) sowie die Präsidentin Sandra Künzi (Spoken-Word-Autorin, Performerin, Juristin, Mitglied der Eidg. Schiedskommission für Urheber- und verwandte Schutzrechte).

t. plant ein **Modell sowie Instrumente zur Verbesserung der Sichtbarkeit des Schweizer Theaterschaffens** (Übersicht). Auch hier schiene uns eine frühzeitige Kooperation mit dem Bund bzw. der Pro Helvetia angezeigt. Wir werden diesen Dialog von uns aus initiieren.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir begrüßen die Unterstützung von internationalen Kooperationsprojekten. Hier erwarten wir jedoch vermehrte Anstrengungen für die Beteiligung an Projekten der europäischen Union (Festivals, Wettbewerbe, Vertriebskanäle etc.). Zurzeit sind Schweizer Kulturschaffende weitgehend davon ausgeschlossen. Dort wo eine solche Beteiligung nicht erreicht werden kann, sind – auch im Bereich Theater – zusätzliche finanzielle Mittel für Ersatzmassnahmen bereit zu stellen.

Im Bereich der Promotionsmodelle, die wir im Grundsatz begrüßen, sollte mehr Rücksicht auf bereits bestehende Strukturen genommen und die Zusammenarbeit besser gepflegt werden. Es ist durchaus denkbar, Promotionsaufgaben an bereits bestehende Organisationen zu delegieren und hierfür das Gespräch mit dem Europäischen Dachverband der Freien Darstellenden Künste aufzunehmen.

2.3.3 Darstellende Künste

In der einleitenden Aufzählung werden **unterschiedliche Darstellungsformen** erwähnt. Wir können diese eher unsystematische Aufzählung nicht recht einordnen. Es ist unklar, warum Musiktheater und zeitgenössischer Zirkus ausdrücklich erwähnt, andere Formen von Theater jedoch nicht (Performance, Kindertheater, Figurentheater usw.). Wir wünschen uns hier klarere Definitionen (was ist Musiktheater?), bzw. eine wissenschaftlichere Einordnung (wieso fällt Musiktheater nicht unter den Begriff Theater?). Neben Sprachen und Genrevielfalt gibt es auch eine ästhetische Vielfalt, die für Theaterschaffende sehr wichtig ist. Dem Abschnitt «darstellende Künste» ist dazu nichts zu entnehmen.

Wir begrüßen die **geplante Werkförderung im Zirkus und im Bereich Musiktheater**. Wir sind aber der Ansicht, dass die dafür geplanten Mittel nicht



ausreichen, bzw. die Ausweitung der geförderten Produktionen auf Kosten der übrigen freien Theaterproduktionen geht. Wir sind der Ansicht, dass die Mittel entsprechend aufgestockt werden müssen. Gerade der Bereich Musiktheater ist ein undefiniert grosser Bereich.

Wir begrüßen es sehr, dass künftig auch **Werkbeiträge in Form von Recherchebeiträgen** erfolgen sollen. Dies ermöglicht den Schweizer Theaterschaffenden gerade auch international konkurrenzfähigere Produktionen zu erarbeiten.

Sichtbarkeit des freien Theaterschaffens: Aus Sicht von t. fehlen in der Kulturbotschaft Massnahmen zur Sichtbarmachung des freien Schweizer Theaterschaffens. Es gibt keine Plattform, die zeigt, welche Theatergruppen und Theaterschaffende es in der Schweiz gibt und welche Theaterproduktionen aktuell gespielt werden. Pro Helvetia setzt sich u.a. das Ziel, freie Theaterproduktion national und international zu exportieren. Das begrüßen wir sehr. Als Vorstufe müsste aber eine bessere Sichtbarkeit des freien Theaterschaffens auf nationaler Ebene erreicht werden. Wir können uns verschiedene Formate oder Plattformen vorstellen, die wir gerne mit Pro Helvetia diskutieren und entwickeln möchten. In diesem Zusammenhang begrüßen wir konkrete Vorschläge aus der Szene wie etwa die von t.Zürich vorgeschlagene «Bundesbühne» oder auch die aus Theaterkreisen stammende Idee eines «Maison du Futur» als Kompetenzzentrum für digitales Storytelling. Was ist die freie Theaterszene? Was leistet diese, wer arbeitet wie, was bringt es der Gesellschaft? Wer und welche Formen sind gemeint? Gerade weil die Förderung der darstellenden Künste primär auf kommunaler und kantonaler Ebene geschieht, ist eine gesamtschweizerische Übersicht und Sichtbarmachung von Nöten. Dies sollte mit Initiative und Mitteln des Bundes geschehen. Nur so können wir die angestrebte Sichtbarkeit des freien Theaterschaffens im In- und Ausland erreichen.

Wir stellen in der italienischen wie auch in der französischen **Übersetzung der Kulturbotschaft** mehrere Unstimmigkeiten fest. Beispielsweise ist der Begriff der freien Szene (2.3.3, Förderung des künstlerischen Schaffens, 1. Zeile) auf Italienisch falsch definiert.

Grundsätzlich begrüßen wir den Fokus auf **Vermittlung und Promotion von Theaterproduktionen** über die Sprachgrenzen hinweg. Wir teilen die in der

Kulturbotschaft gemachten Feststellungen betreffend Tourneen und Gastspielen in anderen Sprachregionen: Es ist eine grosse Herausforderung – für die Theatergruppen aber auch für die Veranstalter*innen. Mit der gewählten Fokussierung auf Unterstützung für Übersetzungen und Übertitelungen wird aber das eigentliche Problem weder erfasst noch gelöst. Ein französischsprachiges Stück aus Genf wird auch mit deutschen Untertiteln kein Publikum in Zürich generieren können, oder es hat sein Publikum, auch wenn es nicht übersetzt ist. Für uns stellen sich viele Fragen im Bereich «Publikumsarbeit» und «Publikumsanbindung». Viel wichtiger als «Untertitelung» erscheint uns die Entwicklung von Instrumenten zur Suche geeigneter Spielstätten, zum Aufbau eines nachhaltigen Netzwerkes und zur Gewinnung eines Publikums für Produktionen aus anderen Sprachregionen.

Daher schlagen wir vor, eine **Expertenkommission / Arbeitsgruppe** einzusetzen, die folgende Aufgaben verfolgt (im Rahmen eines klaren Zeitplanes):

- a. Eine vertiefte Analyse der Situation und der Zusammenhänge: Was benötigen Theatergruppen und Veranstalter*Innen, damit die Diffusion in andere Sprachregionen tatsächlich realisiert werden kann? Was bedeutet in diesem Zusammenhang «Publikumsarbeit»? Wer übernimmt das?
- b. Die Entwicklung neuer Modelle: Gruppen laden jeweils Gruppen aus anderen Sprachregionen ein, touren gemeinsam, bestimmte Häuser aus allen Sprachregionen verpflichten sich zur «idée suisse» und erhalten dafür Unterstützung bei der Organisation und Werbung oder andere Anreize usw.
- t. ist bereit, diese grosse Herausforderung anzupacken und im einzusetzenden Fachgremium mitzuarbeiten.

Die Massnahmen von Pro Helvetia zur Förderung der internationalen Präsenz der Schweizer Gruppen im Ausland erachten wir als sehr positiv. Plattformen wie am Festival in Avignon (oder zukünftig in Edinburgh) sind für unsere Mitglieder wichtige Orte für internationalen Austausch und Vernetzung. Um diese Prozesse zu vertiefen und die Aufmerksamkeit von ausländischen Programmverantwortlichen zu gewinnen (und sie in die Schweiz einladen zu



können) ist die finanzielle Unterstützung von entsprechenden **Plattformen und Festivals im Inland** genauso wichtig. Wir engagieren uns im Veranstalternetzwerk AREA (Association des Réseaux d'Événements Artistiques), einer seit mehreren Jahren bestehenden Kooperation der Schweizer Künstlerbörse in Thun mit den Programmverantwortlichen von Festivals in Brüssel (www.propulsefestival.be), Frankreich (www.fntva.com), Kanada (www.rideau-inc.qc.ca) und Genf (www.voixdefete.com) sowie im Austausch mit der Kulturbörse Freiburg (<https://www.kulturboerse-freiburg.de/>). Es werden mehr Mittel benötigt, um diesen Austausch nachhaltig zu ermöglichen.

Nebst Promotionsplattformen, sind aber auch öffentliche Debatten über Kunst und Kultur nötig. Aus unserer Sicht sind **Kulturberichterstattung und Kulturkritik** «öffentliche Plattformen» und damit Teil einer modernen Kulturpolitik. In der Kulturbotschaft fehlt die vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Thematik. Die nächste Förderperiode wäre ideal, um neue Modelle im Sinn von Pilotprojekten zu unterstützen. Wir denken dabei beispielsweise an die Bemühungen von **ch-intercultur** (ehem. Schweizerische Feuilletondienst SFD).

Wir glauben ausserdem, dass es unabdingbar ist, auch im Kulturschaffen und in der Kulturförderung über **Ökologie** zu sprechen. Wir möchten hier gerne mitdenken.

3. Filmgesetz

Keine Bemerkungen.

4. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizer Schulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Archive 2.4.2.3: Die Kulturbotschaft 2021-2024 sieht eine budgetneutrale Verschiebung der Finanzhilfen im Bereich der Netzwerke Dritter vor, zu denen nebst SAPA, Memoria, die Schweizerische Stiftung für die Photographie und neu auch Biblosuisse gehören. Die Neuaufnahme von Biblosuisse begrüßen wir grundsätzlich. Dies darf aber nicht auf Kosten der anderen Archive, wie beispielsweise von SAPA gehen. **SAPA** ist für die Schweizer Theaterschaffenden von grosser Bedeutung und garantiert





nicht nur das Gedächtnis der darstellenden Künste der Schweiz, sondern ist auch für Forschung und Wissenschaft zentral. Bisher umfasst das Archiv über 60'000 professionelle Theaterproduktionen. Wir sprechen uns daher deutlich gegen eine mögliche Kürzung der Beiträge an SAPA aus. Mit Blick auf den Akzent «Digitalisierung» (Ziff. 1.4.2.) müsste der Beitrag an SAPA deutlich erhöht statt gesenkt werden, damit das Archiv seine Bestände endlich digitalisieren kann.

Bundesbeitrag an Bern: Wir fordern den Bund auf, die Kulturabteilung an die Stadt Bern beizubehalten. Wir finden es befremdend, dass die Streichung dieses Beitrages ohne den Einbezug betroffener Stellen geplant wurde. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten. Dies ist auch im Interesse der Kulturschaffenden.

5. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Wir begrüßen die geplante Aufstockung der Mittel für Kultur. Die Kulturbotschaft sieht jedoch einige Ausweitungen vor. Diese neuen Aufgaben dürfen nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden (Archive, Förderung neuer Theaterformen, Diffusion). Wir begrüßen die Bemühungen um verstärkte internationale Diffusion, stellen jedoch eine Diskrepanz zwischen den gesetzten Zielen und dem dafür geplanten Budget fest.



**Office fédéral de la culture
Etat-major de direction
stabsstelledirektion@bak.admin.ch**

Berne, le 15 septembre 2019

Prise de position de t. Professionnels du spectacle Suisse sur le message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021-2024 (message culture)

**Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,**

Ci-dessous, vous trouverez notre prise de position sur le message culture 2021-2024.

t. Professionnels du spectacle Suisse est l'association nationale trilingue des professionnels suisses du théâtre et, avec 1'800 membres, l'une des plus grandes associations culturelles de Suisse.

Nous vous remercions de votre attention et nous restons à votre disposition pour toute question.

Avec nos meilleures salutations,

Sandra Künzi, présidente

Claudia Galli, directrice

Prise de position de t. Professionnels du spectacle Suisse sur le message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021-2024 (message culture)

1. Mise en œuvre du message culture pour la période 2016-2020

Comment jugez-vous la mise en œuvre du message culture pour la période 2016-2020 par l'Office fédéral de la culture (OFC), Pro Helvetia et le Musée national suisse (cf. point 1.4.1 du rapport explicatif)?

De manière générale, nous jugeons positive la mise en œuvre du message culture et le travail de Pro Helvetia et de l'OFC. Cependant, un problème fondamental est le manque d'implication des associations culturelles. Les associations culturelles sont celles qui connaissent le mieux la réalité et les besoins des acteurs culturels de notre pays. Leurs comités, groupes de travail et instances sont composés d'acteurs culturels actifs, dotés d'un savoir-faire concret et d'un important réseau. Jusqu'ici, ces connaissances n'ont pas été suffisamment prises en compte par l'OFC ou Pro Helvetia dans l'analyse, le développement et la mise en œuvre de nouveaux modèles ou plateformes d'encouragement. Nous le regrettons et nous souhaiterions une meilleure collaboration. t. reste dans tous les cas à disposition pour de telles coopérations.

2. Axes de la politique culturelle de la Confédération

Comment jugez-vous la poursuite des trois axes d'action précédents de la politique culturelle fédérale («participation culturelle», «cohésion sociale» et «création et innovation») et l'ajout de l'accent «numérisation» (cf. point 1.4.2 du rapport explicatif)?

t. soutient la poursuite des trois axes d'action précédents ainsi que l'accent supplémentaire mis sur la «numérisation». Ces axes d'action correspondent aux mégatendances et aux principaux arguments de l'Union européenne (développement des publics, cohésion sociale, création et innovation). Il est donc d'autant plus important pour les professionnels suisses du théâtre que le Conseil fédéral suive l'entrée de la Suisse dans le programme culturel de l'UE. t. est membre fondateur de l'Association européenne des arts du spectacle indépendants (European Association of Independent Performing Arts, EAIPA) et siège dans son comité.

t. regrette que «l'écologie» ne soit aucunement mentionnée dans le message. Nous sommes d'avis que ce thème a aussi et doit avoir une influence fondamentale sur l'art et la culture.

1.4.2.1 Participation à la vie culturelle

La participation à la vie culturelle, dans son sens originel, vise avant tout à ouvrir de nouvelles formes d'audience pour les institutions ou

initiatives culturelles. Ce sont précisément ces questions qui se posent lors de l'organisation de pièces de théâtre/spectacles en provenance d'autres régions linguistiques. Le message culturel attache une grande importance au dépassement des régions linguistiques, c'est-à-dire à l'évaluation des pièces en langue allemande présentées en Suisse romande ou au Tessin et vice-versa. Cependant, leurs actions concernant le «théâtre parlé» se limitent à la «traduction et au surtitrage», ce qui n'est pas suffisant pour la participation à la vie culturelle.

1.4.2.2 Cohésion sociale

Pour parvenir à la cohésion sociale au-delà des frontières linguistiques et régionales, un engagement fort et surtout commun est nécessaire. Pourquoi les pièces de théâtre sont-elles si rarement jouées dans d'autres régions linguistiques? Pourquoi les pièces d'autres régions linguistiques ne trouvent-elles pas de public? Quels pièces/groupes/organiseurs/formats fonctionnent bien (p. ex. festivals)? Pourquoi cela fonctionne-t-il? Ce n'est que lorsque la situation aura fait l'objet d'une analyse systématique et concrète que des actions significatives pourront être conçues et mises en œuvre. Cela nécessite des discussions sur place avec les acteurs de la scène concernée. L'idéal serait qu'un expert puisse rencontrer les organisateurs/organisatrices et les troupes de théâtre au Tessin, en Suisse romande et en Suisse alémanique (pas seulement dans les villes), afin de discuter des difficultés concrètes. Phil Hayes, Boris Nikitin, Daniel Hellmann et le groupe tessinois Trickster P jouent également dans d'autres régions linguistiques de Suisse. Les offices fédéraux devraient mettre à profit leur expérience. Nous voulons la cohésion sociale non seulement au-delà des frontières linguistiques, mais aussi au-delà des frontières institutionnelles.

En tant que forme d'art direct proche du public, le théâtre est prédestiné à trouver des solutions pour surmonter les barrières linguistiques. Les aides pour les traductions sont utiles, mais ne constituent pas la principale mesure pour surmonter les frontières régionales. En tant qu'organisation nationale, nous sommes bien conscients qu'il n'y aura pas de développement sans connaissance et intégration concrètes des spécificités régionales. C'est pourquoi des entretiens personnels avec les différents acteurs et une mise en réseau durable sont indispensables. t. met volontiers à disposition son savoir-faire et ses contacts pour cela.

3. Développement des mesures

Comment évaluez-vous le choix des priorités en ce qui concerne le développement des mesures au cours de la période d'encouragement 2021-2024 (cf. points 1.4.2.1 à 1.4.2.3 du rapport explicatif)?

2.1.4 Prix suisses

De manière générale, nous saluons le fait que l'attribution de prix au niveau fédéral inclut également le domaine du théâtre. Les prix suisses de théâtre n'ont cependant pas d'impact durable. En dehors de la cérémonie de remise de prix elle-même, les lauréats des Prix suisses de théâtre ne reçoivent pratiquement aucune attention. À l'instar des tournées de lecture en littérature, nous proposons d'inviter les lauréats des prix de théâtre à des festivals nationaux ou internationaux en tant qu'interlocuteurs ou orateurs. Une autre possibilité serait une tournée dans toute la Suisse. Nous aimerions bien sûr également avoir une cérémonie de prix réellement impactante. Les festivals nous sembleraient être un endroit idéal pour ça (cf. Berliner Theatertreffen / Berliner Festspiele). La Rencontre du Théâtre Suisse n'a pas encore réussi à atteindre ce niveau de rayonnement. Cela est sans doute aussi dû au fait qu'elle change chaque année de lieu. Bien que cette «itinérance» soit compréhensible (intégration de toutes les régions linguistiques), elle ne fonctionne pas selon nous. Il est impossible de mettre sur pied un bon festival ancré au niveau régional en une seule année et pour une seule édition. La Rencontre du Théâtre Suisse gagnerait selon nous à:

- être organisée quatre années de suite dans un même lieu ou dans la même région linguistique;
- avoir une implication réelle de la scène théâtrale indépendante (également au sein du comité de sélection);
- offrir de la visibilité à la création théâtrale suisse;
- être réalisée en coopération avec des acteurs régionaux et locaux.

t. soutient le développement d'un tel festival bénéficiant à tous, la visibilité de la scène théâtrale suisse indépendante étant l'un de nos objectifs les plus importants pour les années à venir.

La Bourse Suisse aux spectacles de Thoue reste le cadre idéal pour l'attribution du Prix suisse de la scène: de nombreux(ses) politicien(ne)s et organisateurs/organisatrices assistent à la cérémonie de remise du Prix suisse de la scène. t. est donc favorable à la poursuite de l'attribution du Prix suisse de la scène dans le cadre de la Bourse Suisse aux Spectacles.

Dans ce contexte, nous nous demandons comment pourrait être améliorée la transparence en ce qui concerne les critères de sélection des prix de théâtre.

Nous aimerions beaucoup pouvoir prendre connaissance de l'analyse des prix de théâtre mentionnée dans le message culture. Les organisations théâtrales n'ont pas été incluses dans cette analyse.

2.1.5 Organisations d'acteurs culturels professionnels

Nous nous réjouissons du fait que les organisations d'acteurs culturels professionnels continuent à être soutenues par la Confédération. Sans ce soutien, la marge d'action de t. serait limitée. Nous sommes tout d'abord des lobbyistes et des prestataires de services pour nos membres qui, en tant qu'indépendants, en ont un urgent besoin. Nous sommes ensuite des interlocuteurs pour les autorités et les institutions telles que la Confédération et Pro Helvetia. Grâce à notre engagement à améliorer les conditions de travail et à des consultations régulières avec les professionnels du spectacle, nous sommes bien informés des tendances, des problèmes et des besoins actuels du milieu du théâtre.

Les organisations disposent de nombreuses connaissances qui devraient être davantage utilisées par la Confédération. C'est pourquoi nous demandons à l'OFC d'impliquer t. suffisamment tôt dans les questions relatives au théâtre. Cela vaut en particulier pour les mesures envisagées dans le message culture.

D'une manière générale, nous aimerions proposer que la coopération avec les associations soit recherchée au tout début de nouvelles réflexions et stratégies, et non pas à la fin du processus. Nous avons souvent l'impression d'être mis devant le fait accompli. Nous regrettons le manque de confiance en notre travail et en nos connaissances, surtout lorsqu'il s'agit de développer et de mettre en œuvre de nouveaux concepts. Nous souhaitons un dialogue permanent avec des personnes clairement définies. t. est pour sa part tout à fait disposée à mettre à disposition son savoir-faire et ses contacts dans le dialogue avec la Confédération. Nous proposons expressément de participer, dans le cadre d'un groupe de travail, à l'élaboration de procédures/règles visant à améliorer ce dialogue. Vos interlocuteurs au sein de t. sont: Claudia Galli (directrice) et la présidente Sandra Künzi (auteure de spoken word, interprète, juriste, membre de la Commission arbitrale fédérale pour la gestion de droits d'auteur et de droits voisins).

t. prévoit un modèle et des instruments pour améliorer la visibilité de la création théâtrale suisse (vue d'ensemble). Une coopération en amont avec la Confédération et Pro Helvetia nous semblerait ici aussi appropriée. Nous engagerons ce dialogue de notre propre initiative.

2.2 Diffusion de la culture suisse à l'étranger et échanges culturels internationaux

Nous saluons le soutien apporté aux projets de coopération internationale. Dans ce domaine, nous comptons cependant sur des efforts accrus pour la participation à des projets de l'Union européenne (festivals, concours, canaux de distribution, etc.). A l'heure actuelle, les acteurs suisses de la culture sont largement exclus. Lorsqu'une telle participation ne peut pas être obtenue, des ressources financières supplémentaires devraient être mises à disposition - également dans le secteur du théâtre - pour des mesures de remplacement.

Dans le domaine des modèles de promotion, que nous saluons sur le plan général, il faudrait accorder davantage d'attention aux structures existantes et mieux cultiver la coopération. Il semble tout à fait envisageable de déléguer des mandats de promotion à des organisations déjà existantes et d'entamer à cette fin des discussions avec l'Association européenne des arts du spectacle indépendants.

2.3.3 Arts du spectacle

Dans l'énumération introductive, différentes formes de représentation sont mentionnées. Nous ne pouvons pas vraiment classer cette énumération peu systématique. On ne comprend pas pourquoi le théâtre musical et le cirque contemporain sont explicitement mentionnés, mais pas les autres sous-genres du théâtre (performance, théâtre pour enfants, théâtre de marionnettes, etc.). Nous aimerions voir des définitions plus claires (qu'est-ce que le théâtre musical?) ou une classification plus scientifique (pourquoi le théâtre musical n'est-il pas inclus dans l'appellation théâtre?). Outre la diversité des langues et des genres, il y a aussi la diversité esthétique, qui est très importante pour les professionnels du théâtre. Rien ne figure à ce propos dans la section «arts de la scène».

Nous saluons l'encouragement à la création prévu dans le domaine du cirque et du théâtre musical. Nous sommes toutefois d'avis que les moyens envisagés ne sont pas suffisants et que l'expansion des productions soutenues se fera au détriment d'autres productions théâtrales indépendantes. Nous pensons que les ressources doivent être augmentées en conséquence. Le théâtre musical, en particulier, est un secteur indéfiniment vaste.

Nous saluons tout particulièrement le fait qu'à l'avenir, des aides à la création soient également apportées sous forme de contributions à la recherche. Cela permettra aux professionnels suisses du spectacle de réaliser des productions plus compétitives sur le plan international.

Visibilité de la création théâtrale indépendante: **du point de vue de t., le message culture manque de mesures pour rendre visible la création théâtrale suisse indépendante. Il n'y a pas de plateforme qui montre quelles troupes de théâtre et quels professionnels du théâtre existent en Suisse et quelles productions théâtrales sont actuellement jouées. L'un des objectifs de Pro Helvetia est notamment d'exporter des productions théâtrales indépendantes à l'échelle nationale et internationale. Nous nous en félicitons vivement. Toutefois, dans un premier temps, une plus grande visibilité de la production théâtrale indépendante devrait être atteinte au niveau national. Nous imaginons différents formats ou plateformes dont nous aimerions discuter et que nous souhaiterions développer avec Pro Helvetia. Dans ce contexte, nous accueillons favorablement les propositions concrètes de la scène, telles que la «Bundesbühne» proposée par t.Zurich ou l'idée d'une «Maison du Futur» comme centre de compétences pour la narration numérique. Qu'est-ce que la scène théâtrale indépendante? Que fait-elle? Qui travaille et comment? Qu'apporte-t-elle à la société? Qui et quelles formes sont concernées? C'est précisément parce que l'encouragement des arts de la scène se fait avant tout au niveau communal et cantonal qu'une vue d'ensemble et une mise en évidence à l'échelle nationale sont nécessaires. Cela devrait se faire avec l'initiative et les ressources de la Confédération. Ce n'est qu'ainsi que nous pourrions atteindre la visibilité souhaitée de la création théâtrale indépendante en Suisse et à l'étranger.**

Nous avons trouvé plusieurs incohérences dans les traductions du message culture en italien et français. Par exemple, le concept de scène indépendante (2.3.3.3, Encouragement de la création artistique, 1ère ligne) est mal défini en italien.

De manière générale, nous saluons l'accent mis sur le placement et la promotion des productions théâtrales au-delà des frontières linguistiques. Nous partageons les remarques faites dans le message culture à propos des tournées et des représentations dans d'autres régions linguistiques: c'est un grand défi - pour les troupes de théâtre mais aussi pour les organisateurs/organisatrices. En mettant l'accent sur le soutien aux traductions et aux sous-titres, le problème actuel ne sera cependant ni compris, ni résolu. Une pièce de théâtre en français de Genève ne pourra pas générer de public à Zurich, même avec des sous-titres allemands, ou alors c'est qu'elle a déjà son public, même si elle n'est pas traduite. Pour nous, de nombreuses questions se posent dans le domaine du «travail d'audience» et de la «connexion avec le public». Le développement d'instruments pour la recherche de lieux appropriés, pour la mise en place d'un réseau durable et pour attirer un public à des

productions venues d'autres régions linguistiques, nous semblent bien plus important que le «sous-titrage».

Nous proposons donc de mettre en place une commission d'experts / un groupe de travail qui aura pour mission (dans le cadre d'un calendrier clairement défini):

- a. **Une analyse approfondie de la situation et du contexte: de quoi ont besoin les troupes de théâtre et les organisateurs/organisatrices pour que la diffusion dans d'autres régions linguistiques puisse réellement se faire? Que signifie «travail d'audience» dans ce contexte? Qui s'en charge?**
- b. **Le développement de nouveaux modèles: des troupes invitent d'autres troupes d'autres régions linguistiques et font des tournées ensemble, certains établissements toutes régions linguistiques confondues s'engagent dans «l'idée suisse» et reçoivent un soutien pour l'organisation et la publicité ou d'autres mesures de promotion, etc.**

t. est prête à relever ce défi majeur et à travailler au sein d'un tel comité d'experts.

Les mesures prises par Pro Helvetia, afin de promouvoir la présence internationale des troupes suisses à l'étranger nous semblent très positives. Des plateformes comme le festival d'Avignon (ou à l'avenir celui d'Edimbourg) sont des lieux importants d'échanges et de réseautage internationaux pour nos membres. Afin d'approfondir ces processus et d'attirer l'attention des programmeurs étrangers (et de les inviter en Suisse), il est tout aussi important de soutenir financièrement les plateformes et festivals suisses homologues. Nous sommes impliqués dans le réseau de programmeurs AREA (Association des Réseaux d'Événements Artistiques), une coopération qui existe depuis plusieurs années entre la Bourse Suisse aux Spectacles à Thoun et les programmeurs de festivals à Bruxelles (www.propulsefestival.be), en France (www.fntva.com), au Canada (www.rideau-inc.qc.ca) et à Genève (www.voixdefete.com), ainsi que dans un échange avec la Bourse culturelle internationale de Fribourg-en-Brisgau (<https://www.kulturboerse-freiburg.de/>). Davantage de fonds sont nécessaires pour pérenniser cet échange.

L'égalité des chances entre les femmes et les hommes dans le théâtre est une question centrale pour nous. Nous sommes d'ailleurs en contact avec diverses organisations (female act, Helvetiarockt) et nous

soutenons explicitement la collecte de données sur les femmes dans le secteur culturel prévue par Pro Helvetia.

Nous pensons également qu'il est indispensable de parler d'écologie dans la création culturelle et dans la promotion de la culture. Nous aimerions beaucoup y réfléchir avec vous.

4. Loi sur le cinéma
Aucune remarque.

5. Autres adaptations de la loi
Comment évaluez-vous les autres adaptations de la loi (cf. point 3.1 et suivants du rapport explicatif) et l'engagement proposé d'enseignants dans les écoles suisses à l'étranger par une institution fédérale de droit public (cf. point 2.6.3 du rapport explicatif)?

Archives 2.4.2.3: **le message culture 2021-2024 prévoit un report budgétaire neutre de l'aide financière dans le domaine des réseaux tiers, dont SAPA, Memoriav, la Fondation suisse pour la photographie et désormais également Bibliosuisse. En principe, nous réjouissons de l'intégration de Bibliosuisse. Toutefois, cela ne doit pas se faire aux dépens d'autres archives, telles que SAPA. SAPA est d'une grande importance pour les professionnels suisses du théâtre et elle ne garantit pas uniquement la sauvegarde de la mémoire des arts du spectacle en Suisse, mais elle est également au cœur de la recherche et de la science. À ce jour, les archives comprennent plus de 60'000 productions théâtrales professionnelles. Nous sommes donc clairement opposés à une éventuelle réduction des contributions à SAPA. Compte tenu de l'accent mis sur la «numérisation» (point 1.4.2.), la contribution à SAPA devrait être sensiblement accrue plutôt que réduite afin que les archives puissent enfin numériser leurs fonds.**

Subvention fédérale à Berne: nous demandons à la Confédération de maintenir la subvention culturelle en faveur de la ville de Berne. Nous trouvons étrange que l'annulation de cette subvention ait été planifiée sans la participation des organismes concernés. La Confédération doit continuer à verser la seule subvention qu'elle verse à sa ville fédérale. Ceci également dans l'intérêt de ceux qui travaillent dans le secteur culturel.

6. Ressources financières pour la mise en œuvre du message culture 2021–2024
Comment évaluez-vous les ressources financières affectées à la mise en œuvre du message culture 2021-2024 (cf. point 4 du rapport explicatif), qui s'élèvent à CHF 942,8 millions? Comment évaluez-vous la priorisation des ressources financières prévues?



Nous saluons l'augmentation prévue des fonds pour la culture. Le message culture prévoit toutefois certaines extensions. Ces nouvelles tâches ne doivent pas être mises en œuvre au détriment des activités existantes, mais elles doivent être financées en complément (archives, promotion de nouvelles formes de théâtre, diffusion). Nous saluons les efforts visant à intensifier la diffusion internationale, mais nous notons un décalage entre les objectifs fixés et le budget prévu pour les atteindre.



**Ufficio federale della cultura
Stato maggiore Direzione
stabsstelledirektion@bak.admin.ch**

Berna, 15 settembre 2019

Presa di posizione di t. Professionisti dello spettacolo Svizzera sul
Messaggio concernente la promozione della cultura negli anni 2021-2024
(messaggio sulla cultura)

**Onorevole Consigliere federale,
Gentili signore, egregi signori,**

**con il presente documento ci pregiamo consegnarvi il nostro parere in
merito all'attuale messaggio sulla cultura 2021-2024.**

**t. Professionisti dello spettacolo Svizzera è l'associazione nazionale
trilingue dei professionisti dello spettacolo in Svizzera e con i suoi 1'800
membri è una delle principali associazioni culturali del Paese.**

**Vi ringraziamo per la vostra attenzione e restiamo a vostra disposizione
per eventuali domande.**

Distinti saluti

Sandra Künzi, Presidente

Claudia Galli, Direttrice

Presa di posizione di t. Professionisti dello spettacolo Svizzera in merito al Messaggio sulla cultura (2021-2024)

1. Attuazione del messaggio sulla cultura 2016 – 2020

Come valutate l'attuazione del messaggio sulla cultura 2016–2020 da parte dell'Ufficio federale della cultura (UFC), di Pro Helvetia e del Museo Nazionale Svizzero (cfr. n. 1.4.1 del rapporto esplicativo)?

In generale valutiamo positivamente l'operato finora svolto in attuazione del messaggio sulla cultura, come pure il lavoro di Pro Helvetia e dell'UFC. Riteniamo tuttavia sostanzialmente problematico il mancato coinvolgimento delle associazioni culturali. Le associazioni culturali conoscono meglio di chiunque altro la realtà e le esigenze degli operatori culturali nel nostro Paese. I loro comitati, i gruppi di lavoro e gli organi sono composti da operatori culturali attivi, che vantano competenze concrete e una buona rete di relazioni. Questo patrimonio di conoscenze è stato finora preso troppo poco in considerazione dall'UFC e da Pro Helvetia ai fini dell'analisi, dello sviluppo e dell'attuazione di nuovi modelli di promozione o piattaforme. Ci rammarichiamo di questa situazione e auspichiamo in tal senso una maggiore collaborazione. t. è in ogni caso disponibile per siffatte cooperazioni.

2. Assi d'azione della politica culturale della Confederazione

Come valutate la scelta di mantenere i tre assi d'azione attuali della politica culturale della Confederazione («partecipazione culturale», «coesione sociale» e «creazione e innovazione») e di integrarvi la tematica focale «digitalizzazione» (cfr. n. 1.4.2 del rapporto esplicativo)?

t. appoggia il mantenimento dei tre attuali assi d'azione e anche l'integrazione della tematica della «digitalizzazione». Questi assi d'azione corrispondono ai mega trend e ai temi principali dell'Unione Europea (audience development, social cohesion, creation&innovation). A maggior ragione, per i professionisti dello spettacolo della Svizzera è importante che il Consiglio federale persegua l'entrata della Svizzera nel programma culturale dell'UE. t. è membro fondatore dell'EAIPA (European Association of Independent Performing Arts), l'associazione mantello europea delle arti di scena indipendenti, e collabora in seno al suo direttivo.

t. si rammarica del fatto che nel messaggio non sia citato il tema «ecologia». Siamo dell'opinione che questo tema abbia e debba avere un'importante influenza anche su arte e cultura.

1.4.2.1 Partecipazione culturale

La partecipazione culturale, nella sua accezione originaria, si riferisce soprattutto all'apertura verso nuove forme di pubblico di istituzioni o

iniziative culturali. Sono esattamente queste le domande che ci si pone nell'organizzazione di opere/performance di altre regioni linguistiche. Il messaggio sulla cultura attribuisce grande importanza al superamento delle barriere tra regioni linguistiche, ovvero alla presentazione delle opere teatrali in lingua tedesca in Svizzera romanda o in Ticino, e viceversa. Allo stesso tempo, però, i suoi provvedimenti nel «teatro linguistico» si limitano alla «traduzione e sopratitolazione», il che non è sufficiente ai fini della partecipazione culturale.

1.4.2.2 Coesione sociale

Per raggiungere la coesione sociale al di là dei confini linguistici, sono necessari grossi sforzi e soprattutto un impegno comune. Perché le opere teatrali vanno di scena così raramente in altre regioni linguistiche? Per quale motivo le opere teatrali di altre regioni linguistiche non trovano nessun pubblico? Per quali opere teatrali / gruppi / organizzatori / formati funziona (ad es. festival)? E perché funziona? Solo dopo aver analizzato sistematicamente e concretamente la situazione è possibile progettare e realizzare interventi utili. Questo richiede un confronto con gli operatori attivi del rispettivo ambito artistico-culturale. L'ideale sarebbe una persona qualificata, che in Ticino, nella Svizzera romanda e nella Svizzera tedesca (non solo nelle città) interpella organizzatori e gruppi teatrali, al fine di appurare le difficoltà concrete. A titolo di esempio, Phil Hayes, Boris Nikitin, Daniel Hellmann o il gruppo ticinese Trickster P si esibiscono anche in altre regioni linguistiche della Svizzera. Gli enti ufficiali dovrebbero riferirsi alle loro esperienze. La coesione sociale che noi auspichiamo non va solo oltre i confini linguistici, bensì anche oltre quelli istituzionali.

Il teatro, in quanto forma d'arte diretta e vicina al pubblico, è predestinato a esprimere soluzioni per il superamento dei confini linguistici. I contributi per la traduzione sono utili, ma se rappresentano la misura principale non servono a superare i confini regionali. In quanto organizzazione nazionale sappiamo esattamente che non ci può essere alcuno sviluppo senza la conoscenza concreta e la considerazione delle realtà regionali. Sono pertanto indispensabili colloqui personali con diversi attori e un'interrelazione durevole. t. mette volentieri a disposizione le sue competenze e i suoi contatti per questo scopo.

3. Ulteriore sviluppo di misure

Come valutate le priorità definite rispetto all'ulteriore sviluppo di misure nel periodo di finanziamento 2021–2024 (cfr. n. 1.4.2.1 - 1.4.2.3 del rapporto esplicativo)?

2.1.4 Premi svizzeri

In linea di massima accogliamo favorevolmente il conferimento di premi a livello federale anche nel settore del teatro. Ai premi svizzeri di teatro manca però l'effetto a lungo termine. A prescindere dall'unica cerimonia di premiazione, i vincitori di premi svizzeri di teatro non sono oggetto di grandi attenzioni. Analogamente alle rassegne di letture, previste per la letteratura, proponiamo che i vincitori di premi teatrali siano invitati come interlocutori o relatori a festival nazionali o internazionali. Un'altra possibilità sarebbe anche un tour in Svizzera. E naturalmente auspichiamo che la premiazione abbia un effetto diffusivo, come ad esempio nell'ambito di festival (cfr. Berliner Theatertreffen, Berliner Festspiele). Lo Schweizer Theatertreffen, l'Incontro del Teatro Svizzero, non ha saputo finora accrescere l'attrazione del teatro. Ciò potrebbe anche dipendere dal fatto che ha luogo ogni anno in una località diversa. Questo carattere «itinerante» ha sicuramente le sue ragioni (coinvolgimento di tutte le regioni linguistiche), ma a nostro avviso non funziona. È impossibile allestire un festival ben radicato a livello regionale in un solo anno e per una sola edizione. Secondo noi sarebbe meglio se l'Incontro del Teatro Svizzero:

- **si svolgesse per quattro anni consecutivi in un luogo, rispettivamente in una regione linguistica;**
- **con il coinvolgimento effettivo del teatro indipendente (anche nella commissione di selezione);**
- **con l'intento di dare maggiore visibilità alle arti teatrali svizzere;**
- **e in collaborazione con attori regionali e locali.**

t. sostiene lo sviluppo di un tale festival inclusivo. Perché la visibilità della scena teatrale svizzera indipendente è uno dei nostri principali obiettivi dei prossimi anni.

Per il conferimento del Premio svizzero della scena, la Borsa Svizzera degli Spettacoli di Thun offre una cornice ideale di ampia risonanza: numerosi esponenti della politica e organizzatori assistono alla premiazione. t. auspica quindi che anche in futuro l'assegnazione del Premio svizzero della scena avvenga nel quadro della Borsa degli Spettacoli.

In questo contesto ci chiediamo in che modo sia possibile migliorare la trasparenza circa i criteri di selezione adottati per l'aggiudicazione di premi di teatro.



Siamo molto interessati a prendere visione dell'analisi sui premi di teatro citati nel messaggio sulla cultura. Le organizzazioni teatrali non sono state coinvolte in quest'analisi.

2.1.5 Organizzazioni di operatori culturali professionisti

Prendiamo atto con soddisfazione che le organizzazioni di operatori culturali professionisti continueranno a beneficiare del sostegno della Confederazione. Senza questo sostegno, l'operatività di t. sarebbe alquanto limitata. Da un lato siamo promotori degli interessi e fornitori di servizi per i nostri membri, che in quanto liberi professionisti ne hanno urgente necessità. Dall'altro lato siamo interlocutori nel dialogo con autorità e istituzioni, come la Confederazione e Pro Helvetia. Attraverso l'impegno per il miglioramento delle condizioni di lavoro e le consulenze periodiche dei professionisti dello spettacolo, siamo perfettamente informati sulle attuali tendenze, problematiche ed esigenze dell'ambiente del teatro.

Le organizzazioni dispongono di un vasto bagaglio di conoscenze, che andrebbe valorizzato dalla Confederazione. Di conseguenza esortiamo l'UFC a coinvolgere per tempo t. in questioni concernenti il teatro. Questo vale anche e soprattutto per le misure proposte nel messaggio sulla cultura.

In generale, vorremmo proporre di cercare la collaborazione con le associazioni sin dall'inizio di nuove riflessioni e strategie, e non solo alla fine di un processo. Abbiamo spesso la sensazione di essere semplicemente messi di fronte a fatti compiuti. Notiamo l'assenza di fiducia nel nostro lavoro e nelle nostre conoscenze, segnatamente quando si tratta dello sviluppo e dell'attuazione di nuovi concetti. Auspichiamo un dialogo permanente con uffici/persone chiaramente designate. t., dal canto suo, è ampiamente disponibile a mettere in campo il proprio know-how e i propri contatti nel dialogo con la Confederazione. Ci offriamo espressamente per collaborare, in seno a un gruppo di lavoro, allo sviluppo di canali/regole per questo migliore dialogo. I vostri referenti all'interno di t.: Claudia Galli (Direttrice) e la Presidente Sandra Künzi (autrice di spoken word, performer, giurista, membro della Commissione arbitrale federale per la gestione dei diritti d'autore e dei diritti affini).

t. ha in programma lo sviluppo di un modello e di strumenti per migliorare la visibilità della produzione teatrale svizzera (panoramica). Anche in questo contesto ci sembra opportuna una cooperazione precoce con la Confederazione, rispettivamente Pro Helvetia. Avvieremo questo dialogo di nostra iniziativa.

2.2 Diffusione della cultura svizzera all'estero e scambi culturali internazionali

Accogliamo favorevolmente il sostegno a progetti di cooperazione internazionale. Ci aspettiamo tuttavia maggiori sforzi per la partecipazione a progetti dell'Unione Europea (festival, concorsi, canali di distribuzione ecc.). Attualmente, gli operatori culturali svizzeri ne sono in larga misura esclusi. Laddove non sia possibile ottenere questa partecipazione, vanno messi a disposizione – anche nel settore teatro – ulteriori mezzi finanziari per misure sostitutive.

Sul fronte dei modelli di promozione, che in linea principio accogliamo favorevolmente, si dovrebbe tenere maggiormente in considerazione le strutture esistenti e gestire meglio la collaborazione. È senz'altro possibile delegare compiti promozionali a organizzazioni già esistenti e a tal scopo instaurare un dialogo con l'Associazione mantello europea delle arti di scena indipendenti.

2.3.3 Arti dello spettacolo

Nell'elenco introduttivo vengono menzionate diverse forme di spettacolo. L'elenco ci sembra poco sistematico e ci riesce difficile inquadrarlo. Non è chiaro per quale motivo vengano espressamente citati il teatro musicale e il circo contemporaneo, ma non altre sottoforme di teatro (performance, teatro per bambini, teatro di figura). Su quest'aspetto vorremmo definizioni più chiare (cos'è il teatro musicale?), o una classificazione più scientifica (per quale motivo il teatro musicale non rientra nella categoria teatro?) Oltre alle lingue e alla varietà dei generi, esiste anche una varietà estetica, che per i professionisti dello spettacolo riveste grande importanza. Nel paragrafo «arti dello spettacolo» non si legge nulla in merito.

Prendiamo atto con favore della prevista promozione delle opere nel circo e nel settore del teatro musicale. Siamo tuttavia dell'avviso che i mezzi previsti a questo scopo non siano sufficienti e che di conseguenza l'ampliamento delle produzioni promosse possa andare a discapito delle restanti produzioni teatrali indipendenti. Siamo perciò dell'opinione che i mezzi vadano opportunamente aumentati. Lo stesso teatro musicale è, di per sé, un settore dall'ampiezza indefinita.

Ci fa piacere che in futuro si voglia contribuire alla realizzazione delle opere anche sotto forma di contributi di ricerca. Questo consentirà ai professionisti dello spettacolo in Svizzera di realizzare produzioni più competitive anche a livello internazionale.

Visibilità della produzione teatrale indipendente: dal punto di vista di t., nel messaggio sulla cultura latitano misure volte a promuovere la visibilità delle arti teatrali svizzere indipendenti. Non vi sono piattaforme da cui si possa evincere quali sono i gruppi teatrali e i professionisti dello

spettacolo operanti in Svizzera e quali produzioni teatrali sono rappresentate attualmente. Tra i vari obiettivi di Pro Helvetia vi è anche quello di esportare la produzione teatrale indipendente in Svizzera e all'estero. È un obiettivo che condividiamo appieno. In prima istanza si dovrebbe tuttavia ottenere una maggiore visibilità della produzione teatrale indipendente a livello nazionale. Abbiamo in mente diversi formati e piattaforme che gradiremmo discutere e sviluppare con Pro Helvetia. In questo contesto accogliamo positivamente proposte concrete provenienti dalla scena, come la «Bundesbühne» proposta da t.Zürich o l'idea, maturata in seno alle cerchie teatrali, di una «Maison du Futur» come centro di competenza per la narrazione digitale. Cos'è la scena teatrale indipendente? Quali sono le sue prestazioni, chi vi lavora e come, cosa apporta alla società? Chi e quali forme s'intendono? Proprio perché la promozione delle arti dello spettacolo avviene in primo luogo a livello comunale e cantonale, è necessaria una visione d'assieme e un conferimento di visibilità in tutto il Paese. Questo dovrebbe avvenire su iniziativa e con i mezzi della Confederazione. Solo così si può raggiungere l'auspicata visibilità delle arti teatrali indipendenti in Svizzera e all'estero.

Abbiamo constatato diverse incongruenze nella traduzione italiana e francese del messaggio sulla cultura. Ad esempio, il concetto di "scena indipendente" (2.3.3, Promozione della produzione artistica, 1^a riga) in italiano è definito in maniera errata.

In linea di principio accogliamo favorevolmente l'accento posto sulla mediazione e la promozione di produzioni teatrali al di là dei confini linguistici. Condividiamo le constatazioni fatte nel messaggio sulla cultura riguardo alle tournée e agli spettacoli fuori sede in altre regioni linguistiche: si tratta di una grande sfida, per le compagnie teatrali ma anche per gli organizzatori. Incentrando l'intervento sul sostegno alle traduzioni e alle sopratitolazioni, tuttavia, non si coglie, né si risolve, il vero problema. Un'opera in lingua francese proveniente da Ginevra non potrà generare pubblico a Zurigo nemmeno con sottotitoli in tedesco, oppure ha il suo pubblico anche se non viene tradotta. Per noi si pongono molte domande nell'ambito delle «relazioni con il pubblico» e del «consolidamento del legame con il pubblico». Molto più importante della «sottotitolazione» ci sembra lo sviluppo di strumenti per la ricerca di luoghi di rappresentazione adatti, per la costruzione di una rete solida e duratura e per l'acquisizione di un pubblico per produzioni provenienti da altre regioni linguistiche.



Per questi motivi proponiamo di istituire una commissione di esperti / un gruppo di lavoro a cui affidare i seguenti compiti (nel quadro di un calendario ben definito).

- a. **Analisi approfondita della situazione e del contesto: di cosa hanno bisogno i gruppi teatrali e gli organizzatori affinché la diffusione in altre regioni linguistiche possa essere effettivamente realizzata? Cosa significa in questo contesto «relazioni con il pubblico»? Chi se ne prende carico?**
- b. **Sviluppo di nuovi modelli: gruppi invitano gruppi di altre regioni linguistiche, organizzano tournée comuni, determinate strutture in tutte le regioni linguistiche si impegnano a mettere in pratica l'«idée suisse» e a questo scopo ottengono sostegno per l'organizzazione, la pubblicità o altri incentivi ecc.**

t. è disponibile ad affrontare questa grande sfida e a collaborare nell'organo di esperti da istituire.

Consideriamo molto positive le misure di Pro Helvetia per la promozione della presenza internazionale dei gruppi svizzeri all'estero. Per i nostri membri, piattaforme come il Festival di Avignone (o in futuro quello di Edinburgo) sono luoghi importanti per lo scambio e l'interrelazione a livello internazionale. Per approfondire questi processi e attirare l'attenzione dei responsabili dei programmi esteri (e poterli invitare in Svizzera) è altrettanto importante il sostegno finanziario di corrispondenti piattaforme e festival in Svizzera. Siamo attivi nella rete degli organizzatori di eventi artistici AREA (Association des Réseaux d'Événements Artistiques), una pluriennale cooperazione della Borsa Svizzera degli Spettacoli di Thun con i responsabili della programmazione di festival a Bruxelles (www.propulsefestival.be), in Francia (www.fntva.com), in Canada (www.rideau-inc.qc.ca) e a Ginevra (www.voixdefete.com) nonché nello scambio con la Kulturbörse di Friburgo (<https://www.kulturbörse-freiburg.de/>). Perché questo scambio possa consolidarsi e durare nel tempo servono più mezzi.

Il tema delle pari opportunità di uomini e donne nel teatro è di fondamentale importanza per noi. A questo proposito siamo in contatto con diverse organizzazioni (female act, Helvetiarockt) e sosteniamo esplicitamente la prevista rilevazione statistica di Pro Helvetia sulle donne nel settore culturale.

Riteniamo inoltre che sia indispensabile, anche nella produzione e nella promozione culturale, parlare di ecologia. Su questo tema ci piacerebbe condividere le nostre riflessioni.

4. Legge sul cinema
Nessuna osservazione.

5. Altri adeguamenti legislativi

Come valutate gli altri adeguamenti legislativi (cfr. no 3.1 segg. del rapporto esplicativo) e la proposta di assumere insegnanti nelle scuole svizzere all'estero tramite un istituto di diritto pubblico della Confederazione (cfr. n. 2.6.3 del rapporto esplicativo)?

Archivi 2.4.2.3: Il messaggio sulla cultura 2021-2024 prevede una ridistribuzione degli aiuti finanziari senza ripercussioni sul preventivo nell'ambito delle reti di terzi, di cui fanno parte, oltre a SAPA, Memoriav, la Fondazione Svizzera per la Fotografia e ora anche Bibliosuisse. In linea di principio accogliamo favorevolmente l'ammissione di Bibliosuisse. Questo però non può andare a discapito degli altri archivi, come ad esempio SAPA. SAPA riveste grande importanza per i professionisti dello spettacolo svizzeri, e oltre a custodire la memoria delle arti dello spettacolo della Svizzera svolge anche un ruolo centrale per la ricerca e la scienza. A tutt'oggi, l'archivio comprende oltre 60'000 produzioni teatrali professionali. Siamo pertanto chiaramente contrari a un possibile taglio dei contributi a SAPA. Nell'ottica di quanto sottolineato in merito alla tematica focale «digitalizzazione» (n. 1.4.2.) il contributo a SAPA andrebbe decisamente aumentato, anziché ridotto, per far sì che l'archivio possa finalmente digitalizzare il proprio materiale.

Contributo alla Città di Berna: Chiediamo alla Confederazione di mantenere il contributo alla Città di Berna per spese culturali. Troviamo sconcertante che la soppressione di questo contributo sia stato pianificato senza il coinvolgimento degli organi interessati. Vogliamo che la Confederazione continui a versare l'unico contributo per spese destinato alla propria Città federale, anche nell'interesse degli operatori culturali.

6. Mezzi finanziari per l'attuazione del messaggio sulla cultura 2021–2024
Come valutate i mezzi finanziari previsti per l'attuazione del messaggio sulla cultura 2021–2024, complessivamente pari a 942,8 milioni di franchi (cfr. n. 4 del rapporto esplicativo)? Come valutate le priorità stabilite in riferimento ai mezzi finanziari previsti?

Valutiamo positivamente il previsto aumento dei mezzi destinati alla cultura. Il messaggio sulla cultura prevede tuttavia alcuni ampliamenti dei compiti. Questi nuovi compiti non possono andare a discapito delle attuali attività, ma dovranno essere finanziati in aggiunta a queste (archivi, promozione di nuove forme di teatro, diffusione). Accogliamo



con favore gli sforzi per una maggiore diffusione internazionale, ma intravediamo una discrepanza tra gli obiettivi fissati e i mezzi preventivati previsti a tal fine.



Office Fédéral de la Culture
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, le 19 septembre 2019

Message culture 2021-2024 – Prise de position de l'ACS

Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de la possibilité de prendre position sur le Message Culture 2021-2024.

L'Association Cinématographique Suisse représente 95% des cinémas suisses (245 cinémas/573 écrans, 57 cinémas Open Air, 11 ciné-clubs) avec des cinémas représentant tous les types d'exploitation, toutes les régions et toutes les tailles.

Notre prise de position concerne principalement la place des salles de cinéma dans le Message Culture, au vu des changements observés ces dernières années dans la branche cinématographique en général et dans le mode de consommation des films par le public en particulier.

Nous notons avec satisfaction que les salles de cinéma ne sont pas absentes du message culture, on leur donne même une grande importance dans les mots :

- « *L'OFC prend des mesures incitatives en faveur des entreprises de distribution et d'exploitation de films afin de garantir une offre variée de haute qualité dans toutes les régions linguistiques.* » (p. 7)

- « *Cette politique se fonde sur 3 piliers : 1) encouragement du cinéma (production et exploitation)...* » (p. 27)

- « *Le Cinéma traditionnel continuera toutefois à jouer un rôle important en tant que lieu d'expérience communautaire.* » (p. 27)

- « *À l'ère numérique, les salles de cinéma et les entreprises de distribution fournissent justement une contribution importante à la participation culturelle et à l'ancrage local du cinéma.* » (p. 28)

Mais elles perdent de l'importance dans les faits quand on en vient à parler d'argent. La majorité du message parle avant tout de création, de production, de distribution, d'archivage, de diffusion à l'étranger et de festivals. Nous constatons que beaucoup de moyens sont alloués à la création des films mais on ne soutient pas assez leur diffusion dans les salles de cinéma, qui sont à la base du succès d'un film.

C'est pourquoi nous plaçons en faveur de la création d'un chapitre « Salles de cinéma » dans le message culture (en reprenant les points qui précèdent), car :

- Le cinéma doit être reconnu et soutenu comme un lieu de culture. Le cinéma reste au centre de l'exploitation d'un film, il lui garantit une visibilité.

- Le cinéma est la plateforme la plus importante pour la mise en valeur de la production nationale. C'est seulement grâce à une exploitation en salles qu'un film suisse obtient une visibilité de portée nationale.

- Les cinémas sont importants : pour la diversité qu'ils proposent mais aussi par les plateformes qu'ils offrent par exemple pour la Lanterne Magique et les festivals. Sans les cinémas, ceux-ci n'existeraient probablement pas.

- Les salles de cinéma doivent retrouver une place adéquate dans le système de subventionnement. La diffusion dans les cinémas doit être mieux soutenue. Le système actuel favorise trop la création et pas assez la diffusion.

La situation des salles de cinéma a beaucoup changé ces dernières années, elles font face à de nombreux problèmes :

- Les **investissements ces dernières années ont été massifs** : numérisation, accueil, confort, rénovations, innovations techniques (4DX, IMAX, ScreenX...) et nouvelles constructions chez les petits exploitants (Stans, Flims, Schaan...) comme les grands exploitants (Ebikon, Muri b. Bern, Spreitenbach...).

- Les cinémas rivalisent d'originalité pour la **diversité des contenus et des événements, au prix d'un énorme travail**. Chaque événement représente un investissement considérable en communication et en temps de travail.

- Le **recul des entrées depuis 2013** (où on passe sous la barre des 15 mio d'entrées) se confirme comme une tendance, avec un minimum inquiétant de 12 mio en 2018.

-> Il y a un **changement d'habitudes du public**, le cinéma n'est plus une priorité pour une sortie (offre pléthorique de divertissement, manque de temps, rencontres entre amis, concurrence TV et streaming, etc.). Les films événementiels tirent leur épingle du jeu, pour les autres c'est beaucoup plus difficile. Même un Almodovar ou une Palme d'Or ne sont plus synonymes de succès.

-> Cette baisse sur plusieurs années représente **un danger pour beaucoup de salles, petites, moyennes ou grandes**. En perdant 20% d'entrées entre 2012 et 2018, la plupart des salles passent en-dessous du seuil de rentabilité.

Les salles de cinémas ont été longtemps financièrement indépendantes. Les aides et subventions existantes (régulières comme Succès Cinéma ou le soutien à la diversité, ou ponctuelles comme l'aide à la numérisation) ont été très appréciées. Mais aujourd'hui, **elles ne suffisent plus face au danger réel qui menace les salles**.

-> Le montant alloué à Succès Cinéma n'est plus suffisant. Trop de films se partagent l'argent, les montants sont plafonnés. Trop de films que les salles sont obligées de sortir ne rapportent pratiquement rien car la fréquentation demeure anecdotique.

-> Le soutien à la diversité doit continuer, être inscrit dans la durée et être étendu à toutes les salles (limite actuelle de 25 écrans).

-> L'aide à la numérisation sera nécessaire une seconde fois pour le renouvellement du matériel existant.

Mesures à prendre et propositions :

Si le cinéma traditionnel est reconnu pour son « rôle important en tant que lieu d'expérience communautaire » et qu'il fournit « une contribution importante à la participation culturelle et à l'ancrage local du cinéma », il est temps de lui donner **plus de moyens et plus de soutien pour garantir sa survie**. Ceci concerne les cinémas de toutes tailles.

- Il faut rediscuter le modèle de répartition des subventions au cinéma suisse. On donne beaucoup d'argent pour créer et distribuer des films. On soutient leur diffusion dans des festivals et sur des plateformes VoD. Mais **on ne soutient pas suffisamment leur diffusion en salles**, qui doit être le cœur de l'exploitation d'un film. La sortie en salle crée la reconnaissance et le bouche-à-oreille et assure le succès futur du film sur les autres supports.

- Il faut soutenir **moins de films, mais avec plus de moyens**. Être plus sélectif sur les projets soutenus et les soutenir de bout en bout, y compris en salle, avec des montants réellement incitatifs.

Même si les mesures et les règlements de financement ne font pas partie directement du message culture, nous nous permettons d'indiquer quelques pistes :

- **Doublement du budget Succès Cinéma** pour les salles selon la proposition de Neugass Kino AG et du SSV. Cette mesure existe, son application est simple, elle soutient la diffusion du cinéma suisse, elle soutient les cinémas art-et-essai dont le programme se compose d'une large part de cinéma suisse.

- Inscription du **soutien à la diversité sur la durée** et augmentation du budget. Pour toutes les salles.

- Créer un fonds pour la **numérisation 2.0** pour éviter que des cinémas se retrouvent sur le bord de la route lorsqu'il faudra renouveler le matériel.

Autres points du message culture :

- Concernant les conventions de prestations et l'exclusion des entreprises à but lucratif : La promotion de la culture cinématographique est un élément important de la politique cinématographique suisse. Le projet de message culturel actuel envisage une révision de la loi sur le film, qui devrait exclure à l'avenir les conventions de prestations avec des sociétés à but lucratif ou avec des organisations appartenant à des sociétés à but lucratif. L'ACS ne considère pas un tel règlement comme efficace et rejette cette proposition. La modification proposée limiterait indûment

la conclusion d'accords de prestations et serait également incompatible avec la politique générale en matière de subventions. Nous pouvons comprendre qu'un organisme privé bénéficiant de subventions gouvernementales ne devrait pas réaliser de bénéfices. Cependant, ni la structure de la société ni celle de son propriétaire ne sont décisives pour la mise en œuvre efficace des objectifs de la politique culturelle. Que les objectifs souhaités soient atteints au moyen d'un financement et que les fonds soient utilisés à bon escient peuvent être garantis par la formulation appropriée des conventions de prestations - une modification de la loi n'est pas nécessaire pour cela.

- Nous soutenons l'idée que les fournisseurs de contenus en ligne (streaming) aient les mêmes obligations que les fournisseurs linéaires de télévision (versement d'un pourcentage des recettes en faveur du cinéma suisse et obligation d'annoncer les résultats des visionnements).

- Nous soutenons l'idée que les films soutenus par l'OFC soient disponibles en ligne pour un large public après leur exploitation commerciale. Ceci doit cependant se faire sur un modèle payant traditionnel, et pas gratuitement.

- Ciné suisse propose la création du « **Centre national de l'audiovisuel** » qui regrouperait les différentes sources de subventions avec une meilleure vue d'ensemble et des buts plus clairement fixés. Nous soutenons cette idée, à condition encore une fois que les cinémas prennent une position importante dans le modèle de répartition.

Nous vous remercions de votre attention et restons à votre disposition pour toute question relative à ce document.

Avec nos meilleures salutations

Edna Epelbaum
Présidente

Cédric Bourquard
Secrétaire

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Bundesamt für Kultur
Herrn Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot, Amtsvorsteherin
Bundesamt für Kultur
Inselgasse 1
3003 Bern

Biel/Bienne, 19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise eingeladen zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024. Das Kunsthaus Pasquart trägt mit seiner bedeutenden Sammlung und attraktiven Wechselausstellungen wesentlich zur Bewahrung und Vermittlung des bildkünstlerischen Erbes unseres Landes bei und wird national wie international wahrgenommen. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes das Kunsthaus Pasquart ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns, uns mit unseren spezifischen Anliegen in die Vernehmlassung einzubringen.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Kulturbotschaft 2021–2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür sind wir dankbar, lebt doch die Kulturpflege und -förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Megatrends wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Damit beschäftigen sich auch die Kunstmuseen seit längerer Zeit intensiv. Wir begrüßen explizit die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugutekommen.

Zu drei Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns im Detail einbringen:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge / Betriebsbeiträge

Wir begrüßen explizit die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, die die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungssummen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien

für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen. Ein Optimierungspotential orten wir zudem bei der Antrags- und Bewilligungspraxis was Zeitpunkt der Ausschreibung sowie tatsächlich gesprochener prozentualer Beitrag der Versicherungskosten pro Gesuch betrifft.

Wir begrüssen es, dass der Bund sich subsidiär und längerfristig finanziell bei Museen von nationaler Bedeutung engagieren will, die nicht in seiner eigentlichen Verantwortung liegen. Die Betriebsbeiträge an einzelne Ausstellungshäuser binden sehr viele Mittel und damit widerspricht ihre zeitliche Begrenzung einer langfristigen kontinuierlichen Kulturförderung. Positiv ist, dass diese Beiträge vornehmlich für die Bereiche Sammlung und Vermittlung vorgesehen sind, zwei Aufgabengebiete, für die kaum anderweitig Drittmittel generiert werden können. Wir begrüssen zudem eine angemessene Vertretung von Kunstmuseen unter den durch Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen sowie grössere Transparenz der Entscheidungsfindung dieser Fördermassnahme, insbesondere bezüglich Zusammensetzung der Expertenkommission und der Kriterien für Zusage respektive Ablehnung der Gesuche.

2. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Das Kunsthaus Pasquart begrüsst grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen wir indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem wir Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Zudem erwerben wir Kunstwerke für unsere Sammlung und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaaffenden bei. Diese Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zudem befürchten wir, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst nicht nötig. Zu befürchten ist, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

Daher ist es aus Sicht des Kunsthaus Pasquart notwendig, dass Ausstellungsinstitutionen, nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Kunsthallen und Off-Spaces, sich bei der Ausgestaltung von Ausstellungs- und Publikationshonoraren mit ihren Anliegen aktiv einbringen können und als wesentliche Akteure in die laufenden Diskussionen einbezogen werden.

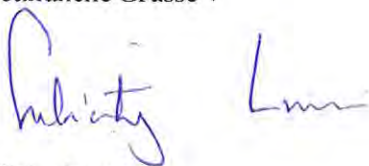
3. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommenen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, was das Kunsthaus Pasquart erfreut zur Kenntnis nimmt. Wir stellen jedoch fest, dass das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Seit es die Datenmengen ermöglichen, sind Bilder auch in den neuen Kommunikationstechnologien allgegenwärtig. Die hohe Emotionalität, die mit einem Bild innerhalb eines Augenblicks erzeugt werden kann, wird mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und instrumentalisiert. Es ist noch immer selbstverständlich, dass ein Bild zunächst einmal Realität zeigt. Doch es bedarf sowohl der Bildung als auch der Übung, in einem Bild nicht nur den Realitätsbezug zu erkennen, sondern auch das Potential zu Manipulation. Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Dazu bedarf es einer Bildkompetenz, die insbesondere auch auf der Rezeptionsseite funktioniert.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten die Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung, liefert Denkanstösse und macht das Bewusste vom Unbewussten unterscheidbar. Ein Museum ist so gesehen ein 3-D-Bilderbuch, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Das Museum verfügt als Institution über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.

Das Kunsthaus Pasquart würde sich freuen, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021-2024 einfließen würden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse .



Felicity Lunn
Direktorin

Giuseppe Falbo
Wiesentalstrasse 83
7000 Coira
Email: giuseppe.falbo@me.com

Spett.
Ufficio federale della cultura
A.c.a. di Daniel Zimmermann
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Berna

Coira, 19 settembre 2019

Messaggio sulla cultura 2021 – 2024

Stimato signor Zimmermann,

Con la presente inoltro la mia presa di posizione concernente l'avamprogetto del Messaggio sulla cultura per gli anni 2021 – 2024. Un importante aspetto del Messaggio riguarda la promozione delle lingue nazionali minoritarie in Svizzera e nel Cantone dei Grigioni, argomento che mi sta particolarmente a cuore e a cui ho dedicato la mia attività nell'ultimo decennio.

Fondamento e significato del sostegno alle lingue nazionali minoritarie

Il fondamento giuridico immediato del sostegno federale alla difesa e alla promozione delle lingue nazionali minoritarie sta nell'art. 22 cpv. 1 LLing. La sua formulazione che unisce in un unico binomio «lingua» e «cultura», riprendendo gli atti normativi che precedono le revisioni costituzionali del 1995 e del 1999, si presta tuttavia a possibili equivoci interpretativi volti a porre l'accento sulla dimensione culturale. È al contrario evidente che l'accento debba essere posto sulla questione linguistica: non da ultimo, questo aspetto emerge con chiarezza dalla volontà del Legislatore – contro l'iniziale proposta del Consiglio federale – di separare in due distinti articoli costituzionali le disposizioni relative alla politica culturale, rispettivamente alla politica linguistica.

A riguardo dell'art. 70 cpv. 5 Cost. fed., su cui si regge il citato art. 22 LLing, è inoltre importante ricordare la sua origine storica quale derivato dell'art. 116 Cost. fed. 1874: il suo fondamento giuridico-costituzionale più profondo risiede infatti nella parità di rango e diritti delle lingue nazionali. Questa uguaglianza delle lingue nazionali – da intendere non soltanto in senso formale ma assai più come una parità potenzialmente fattuale – deve essere pertanto vista anche come fine ultimo del sostegno garantito dalla Confederazione all'italiano e al romancio (cfr. *Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar*, p. 97).

Da queste considerazioni deriva la necessità di impostare il sostegno federale all'italiano e al romancio in maniera tale da orientarlo concretamente alla promozione dell'uguaglianza rispetto alle lingue nazionali maggioritarie, intervenendo politicamente e finanziariamente in tutti i settori in cui questa non è oggi ancora garantita. Nel caso dell'italiano, in particolare, come già affermava il Consiglio federale nel 1991, si tratta di affrontare con gli strumenti adeguati il rischio di una sua riduzione a «fenomeno regionale, di minore importanza» (FF 1991 II 293, p. 304): soprattutto nel

Cantone dei Grigioni il rischio di una simile riduzione a fenomeno regionale e frammentato, è ben presente e concerne tanto l'italiano quanto il romancio.

Il trilinguismo nel Cantone dei Grigioni: priorità d'intervento

Facendo riferimento al rapporto di valutazione del Centro per la democrazia di Aarau ZDA pubblicato in appendice, nel suo Messaggio il Consiglio federale osserva che «nel Cantone dei Grigioni la principale sfida per l'italiano consiste nella sua affermazione come lingua ufficiale (p. es. come lingua di lavoro nell'amministrazione e nella sanità)». Questa constatazione risponde alle raccomandazioni del Comitato dei ministri del Consiglio d'Europa sull'applicazione in Svizzera della Carta europea delle lingue regionali o minoritarie («promouvoir l'utilisation de l'italien dans l'administration cantonale et dans le secteur public relevant du contrôle cantonal dans les Grisons», CM/RecChL(2016)6) come pure alle raccomandazioni dello stesso Comitato dei ministri circa l'applicazione della Convenzione-quadro per la protezione delle minoranze nazionali («promuovere ulteriormente l'uso delle lingue minoritarie nelle attività quotidiane, nelle campagne di informazione, nell'amministrazione e nel sistema giudiziario», CM/ResCMN(2019)7).

Dai risultati del rapporto di valutazione dello ZDA nonché dalle osservazioni riportate nella presa di posizione della Pro Grigioni Italiano del 10 settembre 2019 scaturisce una sola ma determinante conclusione: presso l'Amministrazione cantonale e in generale nell'ambito del servizio pubblico il trilinguismo del Cantone dei Grigioni si rivolge in una obbligata diglossia, senza che le autorità prendano le misure necessarie per contrastare la tendenza alla discriminazione delle lingue cantonali minoritarie. A dispetto della formale uguaglianza dichiarata nella Costituzione cantonale, l'ineguale trattamento delle lingue cantonali è ormai così radicato che non è improprio parlare di una sua «istituzionalizzazione», le cui conseguenze si ripercuotono tanto sull'uso dell'italiano quanto sull'uso e sulla vitalità del romancio.

Nel quadro della promozione del plurilinguismo e delle lingue nazionali minoritarie il rapporto di valutazione dello ZDA ha perciò correttamente individuato due ambiti in cui è necessario intervenire in via prioritaria per un sostegno adeguato e conforme alle disposizioni costituzionali: il servizio pubblico (statale e parastatale) e l'insegnamento scolastico.

È dunque necessario che le autorità del Cantone dei Grigioni assumano su loro stesse la responsabilità di agire per difendere e promuovere concretamente l'italiano e il romancio, ricordando che tale questione dovrebbe essere una «absolute Chefsache» (rapporto ZDA, p. 49).

Un rafforzamento delle possibilità d'intervento delle organizzazioni linguistiche in questi campi non è invece auspicabile tanto per ragioni giuridico-istituzionali quanto per ragioni strutturali e di rappresentatività legate alla forma associativa delle due organizzazioni. Come inoltre rileva la stessa Pro Grigioni Italiano nella sua presa di posizione, l'implicita esternalizzazione di compiti propri dello Stato ha contribuito «all'alienazione delle questioni concernenti le lingue cantonali minoritarie nel cuore della vita pubblica, conferendo alle organizzazioni linguistiche – perlopiù prive di poteri concreti – una funzione di alibi rispetto al disimpegno delle istituzioni pubbliche».

Dal momento che la sottoscrizione di un accordo di prestazioni non tocca l'attribuzione di responsabilità politica (rapporto ZDA, p. 60), anche alla Confederazione resta e deve restare un margine di manovra sufficiente per fare sì che il sostegno finanziario da essa fornito al Cantone dei Grigioni persegua in maniera adeguata ed efficiente le concrete necessità di promozione delle lingue nazionali minoritarie. Nonostante la relativa esiguità dei fondi a disposizione, è infatti indubbio che i contributi federali costituiscano un incentivo finanziario ma ancor più politico di fondamentale importanza.

Riallacciandomi alle raccomandazioni finali della Pro Grigioni Italiano nella sua presa di posizione del 10 settembre 2019, invito perciò il Consiglio federale ad *utilizzare le proprie facoltà di manovra nell'attribuzione e/o nella ripartizione dei mezzi finanziari concessi ai sensi dell'art. 22 cpv. 1 LLing* (in particolare art. 18-19 OLing) allo scopo di:

- rafforzare la presenza di italofoni e l'uso dell'italiano presso l'Amministrazione cantonale e gli enti parastatali di servizio pubblico del Canton Grigioni, sostenendo la creazione di un ufficio cantonale sovraordinato per le questioni linguistiche come pure la creazione di un'istituzione del difensore civico (*ombudsperson institution*) per le minoranze (cfr. CM/ResCMN(2019)7);
- garantire la parità di mezzi per l'insegnamento nel Grigionitaliano nonché rafforzare la promozione dell'italiano nelle scuole di livello medio-superiore, nella formazione presso le scuole professionali e nelle scuole primarie e secondarie del Grigioni tedescofono.

Limiti dell'attività in ambito culturale

Facendo riferimento alle osservazioni preliminari concernenti il fondamento e il significato del sostegno federale alla difesa e alla promozione dell'italiano e del romancio, alcune osservazioni critiche devono essere mosse anche all'attuale attività della Pro Grigioni Italiano.

Secondo i dati riportati sul sito web e nell'«Annuario Pgi», almeno un terzo dei contributi federali e cantonali è attualmente investito dall'associazione nell'esercizio dei suoi «Centri regionali» (Bregaglia, Moesano, Valposchiavo e Coira). Secondo lo statuto l'attività di questi «Centri regionali» è stabilita e gestita dalle rispettive sezioni e non dall'associazione centrale direttamente legata agli accordi di prestazione con il Cantone dei Grigioni.

Analizzando l'attività di questi «Centri regionali» risulta evidente che diverse attività non presentano nessun legame con la promozione della lingua italiana e in molti casi neppure con il patrimonio culturale grigionitaliano: concerti (musica classica, argentina, blues ecc.), spettacoli di danza (tango, flamenco, ecc.) e d'illusionismo, mostre di collezionismo amatoriale, colonie estive per bambini e ragazzi del luogo, corsi di cucina, di scherma e tiro con l'arco, giornate di volontariato nel bosco, in passato anche corsi di tedesco e di inglese ecc.

Oltre allo scollamento tra queste attività e le basi giuridiche che ne sostengono il finanziamento è da rilevare come in sé stessa questa forte concentrazione di attività nei territori di diffusione tradizionale della lingua italiana non risponda per nulla al problema – ben identificato dal Consiglio federale già decenni fa – di una riduzione dell'italiano a «fenomeno regionale, di minore importanza» (FF 1991 II 293, p. 304).

Un'ulteriore obiezione riguarda il mancato rispetto del principio della parità di trattamento e lo fa in due distinti modi. Da un lato, mancando a queste attività un fattore pertinente alla promozione della lingua italiana, il loro finanziamento da parte della Confederazione costituisce un arbitrario privilegio nel confronto con la promozione culturale nei Cantoni di lingua tedesca e francese nonché nel Canton Ticino. D'altro lato, all'interno del Cantone dei Grigioni il finanziamento di queste attività sulla base della LLing e della LCLing GR costituisce allo stesso tempo un vantaggio permanente fornito a un singolo attore del panorama culturale: se, infatti, tali attività dovessero essere ritenute compatibili con gli scopi stabiliti dalla legge, non si spiegherebbe il motivo per cui diverse altre associazioni ed altri attori culturali attivi in Bregaglia, nel Moesano e in Valposchiavo siano esclusi dal diritto al finanziamento sulla base delle medesime normative.

Bisognerebbe inoltre chiedersi se una presenza tanto forte (perché sostenuta da finanziamenti pubblici che permettono anche la presenza fissa di un operatore professionale) di un singolo attore culturale nel contesto di piccole realtà locali non possa turbare la spontanea vitalità culturale oppure dare luogo a un eccesso di proposte culturali, spesso ripetitive. Una così forte presenza

della Pro Grigioni Italiano quale attore nel campo della promozione culturale può infine anche disincentivare Comuni e Regioni dall'assumere attivamente le proprie responsabilità nello stesso ambito (cfr. art. 21 LPCult GR: uffici per la promozione della cultura).

Alla luce di questi ragionamenti possono essere tratte le seguenti conclusioni:

- l'attività di promozione culturale della Pro Grigioni Italiano dovrebbe essere focalizzata in maniera riconoscibile sulla promozione della lingua italiana e in prevalenza concentrata al di fuori delle regioni di diffusione tradizionale, dove l'italiano come lingua principale non è in generale minacciato (con parziale eccezione della Bregaglia);
- è necessario che il Cantone dei Grigioni sviluppi strumenti di *governance* più efficienti, elaborando accordi di prestazione più specifici e mirati (cfr. rapporto ZDA, p. 61) e verificando regolarmente la pertinenza e l'efficacia delle attività delle organizzazioni linguistiche;
- è opportuno che il Cantone dei Grigioni sfrutti il proprio diritto ad esigere dalle organizzazioni linguistiche una struttura efficiente e professionale (cfr. *ibidem*) chiedendo p. es. che l'intera attività sia gestita direttamente dalla Pro Grigioni Italiano quale firmataria degli accordi di prestazione e non da comitati sezionali che rivendicano piena autonomia e allo stesso tempo un (presunto) incontestabile diritto al finanziamento da parte di Confederazione e Cantone.

Conclusioni

Le necessità come pure i margini d'intervento per la promozione della lingua italiana all'interno dello stesso Grigionitaliano sono scarsi. Parallelamente, al momento attuale, anche i margini d'intervento per la promozione della lingua italiana tramite manifestazioni culturali nel Grigioni tedescofono sono ristretti: mancano infatti da un lato le possibilità di raggiungere un'ampia parte della comunità italofona che vive fuori dal territorio di diffusione tradizionale (circa la metà degli italofoni nel Cantone) e dall'altro le basi minime, ovvero la conoscenza della lingua italiana, per raggiungere la popolazione tedescofona.

Per queste ragioni confermo in conclusione che il focus dei contributi federali erogati al Cantone dei Grigioni sulla base dell'art. 22 cpv. 1 LLing dovrebbe essere posto più severamente sulla promozione dell'italiano negli ambiti che possono raggiungere la più ampia parte della società: il servizio pubblico (statale e parastatale) e l'istruzione scolastica. Solo intervenendo anzitutto in questi ambiti è possibile ipotizzare per il futuro la possibilità di una maggiore e più efficace azione di sostegno al trilinguismo cantonale in ambito culturale.

Ringraziandola per l'attenzione,
mi è gradita l'occasione per porgere i miei più cordiali saluti.



Giuseppe Falbo



FSSTA

Natacha Astuto Laubscher
Temple-Allemand 58 – 2300 La Chaux-de-Fonds
M 079 214 33 09
natacha.astutolaubscher@fssta.ch

Office fédéral de la Culture

Par courriel:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

La Chaux-de-Fonds, le 19 septembre 2019

Consultation sur le projet de message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024 (message culture)

Madame, Monsieur,

C'est avec satisfaction que nous avons accueilli le Message du 29 mai 2019 sur lequel nous sommes consultés. Nous sommes reconnaissants à l'Office Fédéral de la Culture (OFC) d'avoir apporté des clarifications sur de nombreux points et d'avoir émis des propositions pour la période 2021-2024. Nous en approuvons les trois objectifs que sont "participation culturelle, cohésion sociale et innovation".

La FSSTA est concernée par les trois objectifs: l'accès à la culture le plus large, l'encouragement de la diversité culturelle et la reconnaissance de la culture populaire sous le thème des traditions vivantes.

Nous regrettons que l'on sous-estime le monde des amateurs, car les amateurs organisés – parce que c'est d'eux qu'il s'agit – sont actifs dans deux domaines: le théâtre, qui n'est que très peu évoqué dans le Message, et la musique. Le monde des amateurs est l'un des médiateurs culturels les plus puissants. Il est un relai irremplaçable entre la "grande culture" et la population qui n'y accède pas. Il assure une présence décentralisée, partout, en particulier dans les lieux et dans les couches de la population peu touchées. Il invite non seulement à recevoir de la culture, mais à la faire, à devenir soi-même un.e acteur.rice culturel.le. Par son mode d'organisation associatif, il réunit des gens de toute obédience, origine sociale, de tout âge qui collaborent au même but: la réussite d'une prestation artistique. Il remplit ce faisant une fonction stabilisatrice essentielle à la démocratie. Il est également source d'intégration d'autres cultures à la culture suisse par le mode du théâtre, des écoles et des associations du type maison de quartier. Il est aussi par le théâtre des patoisants une source de maintien des traditions des langues perdues. Le théâtre des amateurs est l'un des chaînons reliant la population à la culture.



FSSTA

Natacha Astuto Laubscher
Temple-Allemand 58 – 2300 La Chaux-de-Fonds
M 079 214 33 09
natacha.astutolaubscher@fssta.ch

Dans le domaine de la diversité culturelle et linguistique en tant que Romands, nous ne pouvons ignorer que la plupart des cantons alémaniques ont introduit l'anglais comme première langue enseignée. Cet affaiblissement symbolique et de fait de la position de la langue française en Suisse contredit les intentions affichées concernant le multilinguisme helvétique. Un rapprochement de la culture latine et germanique est complexe en particulier dans le domaine du théâtre, c'est aussi un dilemme dès lors qu'il présente le risque de la perte d'identité des trois langues minoritaires au profit de la langue dominante. Toutefois la collaboration au plan national offre l'avantage d'associer un véritable ancrage régional à des possibilités d'échange et de partage très riches, ces dernières favorisées par la mise en commun d'activités au plan national et par des événements importants comme la Biennale suisse du théâtre d'amateurs qui perdure depuis 1991.

S'agissant de la promotion des auteurs et des autrices suisses, la FSSTA poursuit une politique de promotion en collaboration avec la Société Suisse des Auteurs (SSA). Des initiatives en ce sens - concours, support financier à des troupes participant à des festivals en Suisse et à l'étranger, débats, informations – sont toujours d'actualité.

Finalement, nous ne pouvons que nous réjouir que l'OFC continue de considérer la FSSTA comme un partenaire solide qui permette de faire avancer la cause la culture en Suisse et nous espérons par cette réponse contribuer ainsi au mouvement culturel.

Nous vous prions de recevoir, Madame, Monsieur, l'assurance de notre parfaite considération.

Natacha Astuto Laubscher
Présidente

Michel Préperier
Secrétaire général

**BUNDESAMT FÜR
KULTUR**

Vernehmlassung Kulturbotschaft
stabstelledirektion@bak.admin.ch

HELVETIAROCKT

Im Zieglerspital
Morillonstrasse 77
3007 Bern

Bern, 19. September 2019

VERNEHMLASSUNG KULTURBOTSCHAFT 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Frau Direktorin

Helvetiarockt bedankt sich für die Möglichkeit zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung nehmen zu können.

Helvetiarockt ist die Schweizer Koordinations- und Vernetzungsstelle für Frauen* in der Musikbranche und macht sich seit 2009 für eine signifikante Erhöhung des Frauen*anteils stark. Mit unseren Angeboten für junge Frauen* schaffen wir einen niederschweligen Zugang zur Musik, wir fördern und vernetzen professionelle Künstlerinnen* und sensibilisieren die Branche.

Wir sind in der ganzen Schweiz und in allen vier Sprachregionen aktiv und bieten ein breites Angebot für Hobby- und Nachwuchsmusikerinnen* wie auch professionelle Musikerinnen* und weitere Akteur*innen in der Musikbranche an. An unseren Angeboten nehmen jährlich rund 200 Musikerinnen* teil, die in ihren musikalischen Aktivitäten von 40 Coaches begleitet werden. Zudem arbeiten wir schweizweit mit verschiedenen Musiker*innen, Veranstalter*innen und Kulturakteur*innen sowie weiteren Organisationen in der Musikbranche zusammen und sind mit Träger*innen der formellen wie auch informellen Bildung vernetzt.

Helvetiarockt steht für eine gesunde und daher diverse Musikbranche ein. Wir setzen uns im Bereich Pop, Rock, Jazz aber auch in der elektronischen Musik, Hip Hop / Rap sowie der Musikproduktion für den chancengleichen Zugang von Mädchen* und Frauen* ein und fordern eine Erhöhung des Frauen*anteils in der gesamten Branche (vor, hinter und neben der Bühne). Zudem sensibilisieren wir mit unserer Arbeit und insbesondere mit unserer Diversity Roadmap die gesamte Musikbranche für das Thema Diversität und stehen aktiv für den Abbau aller Formen von Diskriminierung und diskriminierenden Strukturen ein.

Wir bedanken uns, dass der Handlungsbedarf bezüglich der Chancengleichheit von Frauen* und Männern* erkannt wurde und das Thema Eingang in die Kulturbotschaft erhalten hat. Die Gleichstellung von Frauen* und Männern* ist der erste Schritt zu einer vielfältigen Gesellschaft und einer vielförmigen und lebendigen Kulturlandschaft. Zudem begrüßen wir, dass die Strukturen sowie die Förderinstrumente ebenfalls in die Bemühungen um mehr Chancengleichheit miteinbezogen werden.

Eine Studie zur Chancengleichheit in der Kulturbranche ist unabdingbar, um Massnahmen und Empfehlungen zu erarbeiten. Diese Studie darf sich allerdings nicht nur auf eine quantitative Erhebung beschränken. Wir fordern eine qualitative Analyse, die auch die soziale Dimension von Kulturschaffenden berücksichtigt. Erst diese erlaubt es, konkrete Massnahmen und Empfehlungen daraus abzuleiten.

Es bestehen bereits Empfehlungen, Massnahmenvorschläge sowie Aktivitäten im Film und in der Musik – es ist davon auszugehen, dass auch in anderen Sparten ein erhebliches Expert*innenwissen vorhanden ist. Wir bitten Sie die entsprechenden Organisationen in die Bedarfsklärung und Erarbeitung der Studie miteinzubeziehen und deren Expertise abzuholen.

Wir schätzen die vorgesehenen 300 000 CHF zur Erstellung einer Studie und für die Entwicklung von Empfehlungen im Bereich Chancengleichheit von Frauen* und Männern* als unzureichend ein. Eine qualitative Studie über alle Sparten hinweg wird damit kaum realisierbar sein. Wir befürchten, dass damit Abstriche gemacht werden müssen. Aus diesem Grund beantragen wir mindestens eine Verdoppelung der vorgesehenen Finanzmittel.

Im Folgenden nehmen wir gerne Stellung zu den weiteren Inhalten der Kulturbotschaft.

GRUNDZÜGE DER VORLAGE

Grundsätzlich begrüssen wir die Beibehaltung der drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation». Helvetiarockt arbeitet ebenfalls zu den Bereichen «Kulturelle Teilhabe» und «Gesellschaftlicher Zusammenhalt». Die angekündigte punktuelle Weiterentwicklung dieser Bereiche ist allerdings mit einer moderaten Erhöhung der Finanzmittel für die Kultur auf 0.3% der Bundesausgaben kaum umzusetzen.

Ziele der Kulturförderung des Bundes (S. 6)

Wir unterstützen, dass der Kulturbegriff entsprechend der UNESCO breit gefasst und Kultur als zentraler Faktor des gesellschaftlichen Zusammenhalts angesehen wird, möchten allerdings darum bitten angesichts der schleppenden Entwicklung bezüglich Gleichstellung und Chancengleichheit kritisch zu bleiben. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nur unter Einbezug der Menschen, die in einer Gesellschaft leben. Dies muss vor dem Hintergrund, der in der Kulturbotschaft formulierten Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe», unbedingt als Querschnittsthema präsent gehalten werden.

Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (S.12)

Musikalische Bildung

Wir hoffen, dass die spezifische musikalische Talentförderung alle Sparten abdeckt und bei der Auswahl der zu fördernden Talente auf Diversität geachtet wird. Wir erlauben uns zu behaupten, dass Talente in den Bereichen Jazz, Pop, Rock insbesondere aber auch in der elektronischen Musik, dem Hip Hop / Rap sowie der Musikproduktion nicht ausschliesslich über die formellen Bildungsinstitutionen eruiert werden können. So ist zu befürchten, dass mit der Kopplung an die formelle Musikausbildung ein beträchtlicher Teil an Musikschaffenden nicht in die Nachwuchsförderprogramme und deren Aktivitäten miteinbezogen werden.

Wir sind zudem der Meinung, dass sich die Strukturen und Auswahlverfahren aus dem Sportbereich nicht auf die Musikbranche übertragen lassen.

Chancengleichheit für Frauen und Männer im Kulturbereich

Wir begrüssen die Aufnahme der Chancengleichheit von Frauen* und Männern* im Kulturbereich in die Kulturbotschaft. Die weiteren Ausführungen entnehmen Sie unserem Statement eingangs dieses Schreibens.

Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» (S.13)

Nationale Austauschaktivitäten

Die Bestrebungen den Austausch von Jugendlichen innerhalb der vier Sprachregionen voranzutreiben, unterstützen wir gerne. Wir möchten allerdings auch hier anregen, die Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen ausserhalb der formellen Bildung zu suchen.

Kulturaustausch und Verbreitung von künstlerischen Werken

Im Sinne des kulturellen Austauschs würden wir es begrüssen, dass auch hier die Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen gesucht und deren bereits etablierten Gefässe und Strukturen

unterstützt werden. Diese bringen einerseits bereits eine vertiefte Kenntnis der jeweiligen Kulturlandschaft mit. Andererseits müssen aber gerade in der Vernetzungsarbeit oftmals Abstriche gemacht werden, da die Ressourcen nicht ausreichen, um die Bemühungen zu intensivieren.

DIE EINZELNEN FÖRDERBEREICHE DER KULTURPOLITIK

Nachwuchs (S.15)

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass im Jazz, Pop, Rock insbesondere aber auch in der elektronischen Musik, dem Hip Hop / Rap sowie der Musikproduktion zu wenig Angebote seitens der formellen Bildung bestehen. Die Musikschaaffenden in diesen Bereichen sollen aber genauso von diesem Programm profitieren können. Die Nachwuchsförderung kann also nicht nur über anerkannte Ausbildungsstätten und etablierte Institutionen erfolgen.

Künstlerisches Schaffen (S.15)

Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaaffenden

Wir teilen die Auffassung, dass die Einkommenssituation von Kulturschaaffenden ungenügend, wenn nicht sogar prekär ist. Wir begrüßen deshalb auch die Bestrebungen des Bundes, Empfehlungen und Richtlinien der Branchenverbände in der Finanzvergabe auf nationaler Ebene zur Bedingung zu erheben. Langfristig muss dies aber auch auf kantonaler und kommunaler Ebene angestrebt werden, um so eine Harmonisierung der Förderinstrumente zu erlangen.

Des Weiteren ist die soziale Sicherheit von Kulturschaaffenden zwingend in diese Bedingungen mit einzubeziehen. Wir bitten Sie dies in den Ausführungen explizit anzuführen.

Unterstützung von Mitwirkenden in künstlerischen Prozessen

Wir begrüßen, dass sich der Bund der Herausforderung stellt, auch begleitende Tätigkeiten und Funktionen im künstlerischen Prozess zu berücksichtigen und zu unterstützen. Wir möchten anmerken, dass eine solche Unterstützung nicht nur personenbezogen gesprochen, sondern auch auf die Strukturen ausgeweitet werden muss.

Zudem erscheint es uns wichtig zu erwähnen, dass es Kulturschaaffenden an relevantem Wissen im Bereich Entrepreneurship / selbstständiges Arbeiten fehlt und der Gesundheit im Berufsalltag zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Für Kulturschaaffende sind diese beiden Aspekte zentral im künstlerischen Prozess. Auch diese müssen zum Beispiel in Form von Angeboten und Unterstützung berücksichtigt werden.

Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland (S.16)

Austausch und Promotion

Auch in Bezug auf den Austausch und die Promotion würden wir begrüßen, wenn die Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen gesucht und deren bereits etablierten Gefässe und Strukturen unterstützt werden.

Interkulturalität

Wir sind erfreut darüber, dass der Bund den Handlungsbedarf im Bereich Interkulturalität und Diversität erkannt hat. Wir begrüßen, dass der Bund Mittel für die gezielte Sensibilisierung und Öffnung von Organisationen bereitstellt. In allen drei genannten Bereichen wäre es aber wünschenswert, wenn der Vertrieb, die Sichtbarkeit und die Weiterentwicklung bestehender Instrumente ebenfalls unterstützt wird. Wir bitten um die dementsprechende Ergänzung der Abschnitte.

Chancengleichheit von Frauen und Männern* im Kulturbereich*

Wir verweisen auf unsere bisherigen Ausführungen zum Thema.

DIE EINZELNEN SPARTEN UND FÖRDERBEREICHE

Musik (S.26)

Förderung des künstlerischen Schaffens

Wir begrüssen, dass sich die Kulturförderungen gegenüber neuen, interdisziplinären Kunstformen weiter öffnet und den Werkbegriff ausweitet. Allerdings fehlt uns, dass die unter dem Förderbereich Künstlerisches Schaffen angeführte Unterstützung von Mitwirkenden in künstlerischen Prozessen nicht nochmals explizit aufgegriffen wird, sondern nur auf die Recherche eingegangen wird.

Internationale Verbreitung und Promotion

Die im Rahmen der Jazzförderung entwickelte Programm der Tourneeförderung, Coachings und Promotionshilfen soll sich auch auf die anderen Sparten ausdehnen. Es ist anzustreben, dass Kulturschaffende ihre Kompetenzen im Bereich der Promotion und Vertriebs vertiefen können und wo nötig Unterstützung erhalten.

KULTURERBE (S.30)

Wir erlauben uns an dieser Stelle die allgemeine Bemerkung, dass Frauen* in der Geschichtsschreibung und somit auch im kulturellen Bewusstsein fehlen. Die für die Teilhabe formulierte Chancengleichheit von Männern* und Frauen* muss auch für die Sammlung resp. Archivierung und deren Zugang (Digitalisierung) definiert werden.

KULTURELLE TEILHABE (S.38)

In den Ausführungen zu den Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (S. 12) wird die Chancengleichheit von Frauen* und Männern* explizit erwähnt. Wir sind enttäuscht, dass dieses Thema im Bereich Kultur und Gesellschaft nicht wieder aufgenommen und keine weiteren Massnahmen daraus abgeleitet werden.

Laienkultur

Es ist erfreulich, dass der Bund die Wichtigkeit der Laienkultur und des Vereinswesens anerkennt und weiterhin unterstützt. Wir begrüssen zudem, dass mit der Projektförderung «Kulturelle Teilhabe» Diversität angestrebt wird. Diese Bemühungen müssen – auch im Zusammenhang mit der bereits formulierten interkulturellen Öffnung – weiter intensiviert werden. Es ist deshalb wichtig, diesen Aspekt auch im Absatz über die Laienkultur zu berücksichtigen.

Musikalische Bildung

Wir begrüssen die Bestrebungen des Bundes, den chancengleichen Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Angeboten der staatlich unterstützten Musikschulen weiterhin garantieren zu wollen.

Wie aber bereits mehrfach angeführt, kann sich die Talentförderung nicht nur auf die Angebote der formellen Bildung erstrecken – diese würde nicht zu einer chancengleichen Teilhabe führen und die einseitige Förderung verstärken.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN GESETZESÄNDERUNGEN

Kulturförderungsgesetz, Art. 12 Abs. 4 (S.46)

Der Hinzufügung eines weiteren, vierten Absatzes zu Artikel 12 KFG sehen wir mit gemischten Gefühlen entgegen. Wir befürchten eine zu einseitige Förderung, die gerade Musiker*innen im Jazz, Pop, Rock insbesondere aber auch in der elektronischen Musik, dem Hip Hop / Rap sowie der Musikproduktion zu wenig berücksichtigen wird. Zur Formulierung des Absatzes haben wir keine Bemerkungen.

MASSNAHMEN UND FINANZEN

Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das Kulturförderungsgesetz (S.49)

Musikalische Bildung

Wir nehmen an, dass die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr kaum ausreichen werden, um einerseits das Programm Jugend und Musik voranzutreiben und andererseits das Programm Begabtenförderung aufzubauen. Wie in der Kulturbotschaft selbst festgehalten wurde, wird ein Wachstum des Programms Jugend und Musik erwartet, dass mehr finanzielle Mittel beanspruchen wird. Wir befürchten, dass im Zuge dieser Entwicklung dem Aspekt des diversen und chancengleichen Zugangs im Aufbau des neuen Begabtenförderungsprogramms zu wenig Priorität eingeräumt wird.

Wir sind zudem der Auffassung, dass auch die vorgesehenen Mittel für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe nicht ausreichend sind. Angesichts der Wichtigkeit, die die Kulturbotschaft der Kulturellen Teilhabe beimisst, müsste dieser Betrag mindestens verdoppelt werden.

Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021-2024 Pro Helvetia (S.52)

Chancengleichheit von Frauen und Männern* im Kulturbereich*

Wir verweisen auf unseren weiter oben formulierten Antrag, der mindestens eine Verdoppelung der vorgesehenen Finanzmittel fordert.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

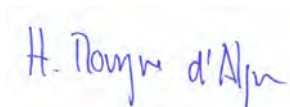
Freundliche Grüsse



Regula Frei
Co-Geschäftsleiterin



Manuela Jutzi
Co-Geschäftsleiterin



Hélène Mourgue-d'Algue
Co-Präsidentin Verein



Chantal Bolzern
Co-Präsidentin Verein

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

19.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank, dass Sie dem Verein PromoterSuisse, dem Dachverband der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche die Möglichkeit bieten, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft stellt ein wichtiges Leitbild für die Kulturförderung in der Schweiz dar. Sie definiert dabei nicht nur die nationale, sondern beeinflusst auch in einem hohen Masse die Förderung auf regionaler und kommunaler Ebene.

Mit Blick auf die Kulturbotschaft 2017-2020 lässt sich feststellen, dass sich die zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Als Dachverband der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche sind wir irritiert darüber, dass es in keiner Art und Weise, z.B. in Form von Hearings, die Möglichkeit gab unsere Bedürfnisse und Anliegen bei der Ausformulierung der Kulturbotschaft 2021-2024 auszuführen. Es überrascht uns deshalb nicht, dass aus Sicht von PromoterSuisse, die Kulturbotschaft 2021-2024 ein grosses Defizit aufweist. Denn in keiner Art und Weise werden auf den rund 80 Seiten Musikspielstätten (Clubs, Konzert-, Eventlokale aber auch Bars mit einer kleinen Bühne) oder Popmusikfestival als förderungsfähig aufgeführt. Unerklärlich, denn

- ohne Spielstätten, keine Auftrittsmöglichkeiten, da bringt auch die beste Nachwuchsförderung nichts!
- bei den Spielstätten und Festivals handelt es sich um einen eigenen Kosmos, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, Kreation und Innovation im höchsten Mass gefördert wird
- es handelt sich um einen niederschweligen Zugang zur Kultur, den jedes Jahr Millionen von meist jungen Bewohnerinnen der Schweiz eine kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Festivals und Grossevents den kulturellen Austausch und den Zusammenhalt innerhalb der Schweiz, sowohl unter den Gästen als auch bei den Musikern fördert.
- Grossevents wie die Street Parade oder das Paléo Festival, auch von Kulturfachständigen aus dem Ausland besucht werden, was wiederum den Export von Schweizer Musik ins Ausland fördert, ohne dass dabei kostenintensive Showcases an ausländischen Festivals nötig sind.

Der Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche muss aus kultureller Perspektive als Ganzes betrachtet werden, und zwar als ein Ökosystem aus Künstlern, aus den Bereichen Musik, Licht und Design, von Labels und Veranstaltungsorten. Gerade heute befindet sich die Popmusikveranstaltungsbranche in der Schweiz zunehmen unter Druck, die Hauptgründe dafür sind:

- steigende Gagen von Künstler*innen auf einem globalen Markt
- erhöhte Aufwände für Miete, Infrastruktur, Sicherheit und Personal
- steigender Druck innerhalb der Städte, infolge Gentrifizierung und sich ändernden Nachbarschaften und daraus resultierenden Lärmklagen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Clubs, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum umzugehen. Weshalb wir von PromoterSuisse eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021-2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Für die Prüfung dieser Stellungnahme möchten wir uns bedanken. Wir bitten Sie unsere Anträge der den zuständigen Ratsmitgliedern zukommen zu lassen, um sie bei der weiteren Bearbeitung der Kulturbotschaft berücksichtigen zu können. Gerne sind wir auch bereit im Rahmen eines Hearings, auch mündlich dazu Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüssen, im Namen von PromoterSuisse

Alexander Bücheli
(Sekretär)

Informationen zum Vernehmlassungspartner

Name: PromoterSuisse
Organisationsstruktur: Verein
Adresse: C/o. Verein PETZI, Postfach 679, 8038 Zürich
Ort: Zürich
Kanton: Schweiz
Kontaktperson: Alexander Bücheli (Sekretär)
Telefon: +41 76 574 49 76
E-Mail: alex@a-buecheli.ch
Web: www.promotersuisse.ch

Kurze Beschreibung des Vernehmlassungspartners:

PromoterSuisse ist der Dachverband der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche. PromoterSuisse bezweckt die Förderung, Wahrung und Verteidigung der ideellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche und vertritt die Belange der Mitglieder auf nationaler Ebene. PromoterSuisse ist parteipolitisch und konfessionell neutral und unabhängig von offiziellen Stellen. Aktuell Vertritt PromoterSuisse die Interessen der Schweizer Bar und Club Kommission, von PETZI Schweiz, SMPA und Safer Clubbing Schweiz, die mit ihren mehr als 400 Mitglieder, Millionen von Menschen in der Schweiz eine kulturelle musikalische Teilnahme ermöglichen.

Inhaltsverzeichnis

- I. Grundsätzliche Würdigung
- II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 S. 5 - 8
- III. Rückmeldung zu einzelnen Förderbereiche
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkung

S. 8 - 12 IV. Spezifische Änderungsvorschläge zur Verordnung (AS 2019)

I. Grundsätzliche Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

0.3 % der Bundesaussgaben für die Kultur sind aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche schlicht zu wenig. Vor allem wenn man bedenkt wie wichtig Kultur für die Identifikation, aber auch für die Zufriedenheit unserer Bevölkerung ist. Zudem rechnen wir damit, dass in der sich rasant wandelnden Schweiz, auch in Bezug auf Gentrifizierung und Raummangel, zukünftig mit einem finanziellen Mehraufwand in Bezug auf die Verbreitung von Kunststücken und den kulturellen Austausch zu rechnen ist.

→ *Wir fordern deshalb, auch aufgrund der finanziell ausgezeichneten Lage der Schweiz, eine substantielle Erhöhung der Kulturausgaben des Bundes.*

Wir stellen ebenfalls fest, dass erfreulicherweise in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angesprochen werden soll. Doch sind alle diesbezüglichen Formulierungen sehr vage und es besteht die Gefahr, dass vor allem Begabte welche mit klassischen Instrumenten musizieren, als besonders förderungsfähig betrachtet werden.

→ *Wir beantragen deshalb, dass*

- *es einen Hinweis darauf braucht, das neue Formen des Musizieren, wie mittels PC oder auch DJing, unterstützungsfähig sind.*
- *nicht nur Musikschulen und Musikhochschulen, sondern auch die*

Veranstaltungsbranche zur Zusammenarbeit eingeladen wird, um zu verhindern, dass Künstlerinnen ohne Konsumenten ausgebildet werden.

Nicht einverstanden sind wir mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Wie aufgeführt, gilt es noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ *Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.*

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert. Es besteht aber die Gefahr, dass der dadurch allenfalls entstehende Mehraufwand, nur einseitig auf Kosten der Veranstaltungsbranche übertragen wird. Dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei der Popmusikveranstaltungsbranche um einen globalen, jetzt schon überhitzten Markt handelt.

→ *Wir beantragen deshalb, im Bereich der Musik auf einheitliche Richtlinien zu verzichten, um die nicht jetzt schon stetig ansteigende Teuerung weiter anzuheizen.*

Abgesehen davon erscheint uns aber die Kulturbotschaft 2021-2024 als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Da es sich bei den Spielstätten und Festivals um einen eigenen Kosmos handelt, bei welchen Musik mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, erachtet die Popmusikveranstaltungsbranche demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021-2024

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. Gerade die Relevanz des Programms J+M für die Popmusikveranstaltungsbranche ist noch nicht gegeben. Dies hat damit zu tun, dass neue Formen des Musizieren beim J+M Programm noch zu wenig einbezogen sind und keinen Rücksicht auf die Konsumentinnen, denn tatsächlichen Markt genommen wird. So gesehen fällt für uns das Fazit tendenziell eher negativ aus. Gerne ist die Popmusikveranstaltungsbranche dem BAK behilflich, das Programm fortlaufend den Marktgegebenheiten anzupassen.

Mit keinem Wort wird die Wichtigkeit der Popmusikveranstaltungsbranche für die Verbreitung der Kultur im Inland gewürdigt. Alleine der Swiss Music Guide von der SUIA weist 400 Locations, Festivals und über 550 Eventlabels aus. Welche mit tausenden von Konzerten, der wichtigste Player ist, wenn um die Verbreitung von Kultur im Inland geht. Dabei fördern diese

Veranstaltung auch die kulturelle Identität und den nationalen Austausch zwischen den Gästen und den Musikern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche fehlen hier ganz klar Ausführungen dazu, in wie fern die fortschreitende Urbanisierung, die Entwicklung innerhalb der Städte Auswirkungen auf die Veranstaltungsbranche hat. Spielstätte und Festivals leiden immer mehr darunter, dass der Raum in den Städten für Lärm- und Publikumsintensive Kunst fehlt und die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Ruhestörungen abnimmt. Neben stetig steigenden Kosten besteht die Gefahr, dass ohne spezifische Förderung die Anzahl an Spielstätten und Festivals in den nächsten Jahren abnehmen wird oder sich die Kosten für die kulturelle Teilnahme erhöhen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik und die Veranstaltungsbranche ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident und ist dabei seit Jahren innerhalb der Wirtschaftsförderung, innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Begriff Kreativwirtschaft, ein Thema.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist. Zudem wäre es wünschenswert das ausgewiesen würde, in welchen musikalischen Bereiche, Talente gefördert worden sind.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass

ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ *Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich, beispielsweise die Popmusikveranstaltungsbranche, in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.*

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Hier fehlen grundsätzliche Überlegungen dazu, in wie fern die Veranstaltungsbranche einen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Handelt es sich doch um einen niederschweligen Zugang zur Kultur, Konzerten sowie Tanzanlässe, werden meist von den Gästen als positive Erlebnis wahrgenommen. Gefördert wird dieser gesellschaftliche Zusammenhalt durch eine Vielzahl von Gratis-Events die allen, egal über welches Budget sie verfügen, offen stehen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird übrigens auch dadurch gefördert, dass vor allem an Festivals und nicht kommerziellen Live-Musikclubs eine Vielzahl von Freiwilligen tätig sind.

→ *Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass die Popmusikveranstaltungsbranche für die gesellschaftlichen Zusammenhang von grosser Wichtigkeit ist.*

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ *Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen*

und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know-how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist PromoterSuisse gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Zudem weisen wir auch darauf hin, dass dabei nicht nur Anlässe im Ausland eine wichtige Rolle spielen, sondern auch inländische Veranstaltungen als Leuchtturm-Veranstaltungen entwickelt werden können, zu welcher sich Fachpersonen aus dem In- und Ausland einfinden.

Die systematische Förderung von Kreation und Innovation ist im Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche gang und gäbe. Gibt es in diesem Bereich seit jeher Kooperation mit der Wirtschaft und stellen gerade die Musikveranstaltungsbranche wichtige Orte für die Entwicklung und den Test von technischen Innovationen dar.

→ Wir fordern deshalb, dass ein stärkeres Augenmerk auf den Austausch, den Knowhow-Transfer zwischen den unterschiedlichen Bereichen, auch mit der Wirtschaftsförderung, damit nicht dasselbe, jeweils für unterschiedliche, Bereiche entwickelt wird.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU, dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musik- und Veranstaltungssektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum

InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen. Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, auch den Zugang ausländischer Künstler zu hiesigen Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musik- und Veranstaltungssektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik, Veranstaltungsbranche ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Einzelne Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Bei diesem allgemeinen Abschnitt geht vergessen, dass Kultur, beispielsweise Musikveranstaltungen, auch einen positiven Einfluss auf die individuelle Zufriedenheit hat, handelt es sich doch um Veranstaltungen, welche durchaus positive Erlebnisse hervorrufen.

→ Wir fordern deshalb, den ersten Satz folgendermassen zu ergänzen; fördern den Dialog, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die individuelle Zufriedenheit.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Popmusikveranstaltungsbranche bewusst miteinbezogen wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Dabei solle auch auf die Expertise der Veranstaltungsbranche eingegangen werden.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden und auch von der Kreativwirtschaft die Rede sein.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert. Aus der Sicht Popmusikveranstaltungsbranche, welche jetzt schon einem überhitzten Marktes ausgesetzt ist, ist es unabdingbar, dass eine solche Entschädigungsrichtlinie gemeinsam unter Einbezug der aktuellen globalen Marktsituation entwickelt wird. Es ist zu verhindern, dass durch einen Anstieg der Gagen bei geförderten Veranstaltungen, sich die Gagen weiter verteuern.

Kritisch stehen wie der Forderung gegenüber, dass die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mittragen. Da es gerade im Bereich der modernen elektronischen Musik quasi unmöglich ist, festzustellen wo der kreative Prozess begonnen hat oder nicht.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüßen das die erwähnten Fördermassnahme für Festivals und Veranstaltungen weitergeführt werden sollen. Bei der tagtäglichen Verbreitung von Kunstwerken spielen gerade Spielstätten, wie Clubs, Bars und Konzertlokale eine wichtige Rolle.

→ Wir fordern, dass neben Festivals und Veranstaltungen, auch Spielstätten wie Clubs, Bars und Konzert- und Eventlokale als förderungsfähig in Bezug auf die Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland bezeichnet werden.

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Da dieser Austausch innerhalb der Popmusikbranche, nicht nur an Festivals bereits geschieht, bietet sich PromoterSuisse hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

*→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf. Hier soll nochmals auf die wichtige Rolle von Festivals eingegangen werden, da diese nicht nur den Austausch zwischen den Musikern, sondern auch zwischen den Besucher*innen teils aus allen Sprachregionen der Schweiz fördert.*

In Bezug auf die Förderung der Schweizer Volkskultur sehen wir das Problem dort, wo es darum geht, wer definiert wann was als Volkskultur bezeichnet werden soll. Was ist mit der Schweizer Space und Rockmusik, aus den 70er Jahren oder der Zürcher Technomusik? Die übrigens schon in die UNESCO Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen worden ist.

→ Wir fordern hier eine genauere Definition dafür, was aus musikalischer Sicht als Volkskultur bezeichnet werden soll, wer dies entscheidet und ob die Einteilung zumindest periodisch überprüft werden.

PromoterSuisse hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüßen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüßen wir.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise. Vor allem in Bezug auf die Marktrelevanz dieser Preise gibt es grosse Unterschiede und das Potential ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft.

→ *Wir fordern, weniger ist mehr, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden und dabei auch die Bedürfnisse des Marktes berücksichtigt werden.*

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Aus Sicht von PromoterSuisse fehlt hier ein starkes Statement für inländische Leuchtturmveranstaltungen welche ausländische Fachpersonen in die Schweiz locken. Gute Beispiele sind ein Paléo Festival oder eine Street Parade welche Jahr für Jahr, Fachpersonen aus dem In- und Ausland anziehen.

→ *Wir fordern das zur Förderung der Schweizer Kultur im Ausland und für den internationalen Kulturaustausch auch Leuchtturm Veranstaltungen im Inland als förderungsfähig bezeichnet werden.*

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen der Veranstaltungsbranche vorbeikonzipiert.

→ *Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.*

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

2.3 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen.

Ad 2.3.2 Design und Interaktive Medien

Musikspielstätten spielen eine wichtige Rolle wenn es um die Entwicklung von Design und Interaktiven Medien geht. Beispielsweise von Visuals, abgestimmt auf die Musik und den Ort. Doch Musik spielt auch eine wichtige Rolle, wenn es um das Gesamterlebnis eines Games geht, auf diese wichtigen Schnittstellen wird in keiner Weise eingegangen, aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche wird dadurch brach liegendes Potential verschenkt. Weshalb kurz auf die Wichtigkeit von Musik, Spielstätten für die Förderung des kreativen und künstlerischen Schaffens im Bereich Design und interaktiven Medien eingegangen werden soll.

2.3.5 Musik

Ausgangslage und Herausforderungen

Bei den aktuellen Herausforderungen fehlt die heutige Situation der Musikveranstaltungsbranche in der Schweiz. Sowohl Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations als auch Festivals stehen zunehmen unter Druck. Nicht nur aufgrund der Situation auf dem globalen Musikmarkt (explorierende Gagen), den stetig steigenden Kosten für Sicherheit, Personal und Infrastruktur sondern vor allem auch deshalb, weil sich die Städte, urbane Zentren, im Umbruch befinden. Gerade die Gentrifizierung der Innenstädte, führt zunehmen dazu, dass der Platz für schall- und publikumsintensive Kultur, die auch in der Nacht stattfindet, immer knapper wird. Lärmklagen sind an der Tagesordnung, stossend ist dabei, dass schon eine klagende Person genügt um Administrativmassnahmen wie ein Musikverbot auszusprechen. Dreht sich diese Spirale weiter, ist mit einem Sterben von Musikspielstätten zu rechnen, wie dies beispielsweise im Ausland schon der Fall ist. Oder die immer höheren Kosten, würden auf die Eintrittspreise abgewälzt, was wiederum den niederschweligen kulturellen Zugang, die Teilhabe, gefährdet. Die Kulturbotschaft 2021 – 2024 sollte deshalb präventiv gegen dieses drohende Worstcase Szenario einwirken.

→ Wir fordern deshalb dezidiert, dass die aktuell schwierige Situation für Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten und Festivals als aktuelle Herausforderung im Bereich der Musikkultur aufgeführt wird.

Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations spielen bei der alltäglichen Verbreitung von Kunstwerken eine wichtige Rolle. Leider ist unter Austausch im Inland nur von Konzertreihen und Festivals die Rede.

→ Wir fordern deshalb das bei den Herausforderungen nicht nur vom Austausch, sondern auch von der Verbreitung von Musik im Inland die Rede ist. Das nicht nur Festivals und Konzertreihen sondern auch Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten aufgeführt werden.

Bei internationaler Verbreitung und Austausch fehlen uns die Einzelkünstler und DJs, es sind hier nur Bands, Ensembles und Orchester aufgeführt. Gerade Einzelkünstler aus dem Bereich Sing und Song Writing aber auch Schweizer DJs weisen international durchaus ein grosses Potential auf.

→ Wir fordern deshalb, um der aktuellen Situation auf Musikmarkt gerecht zu werden, dass auch Tourneen von Einzelkünstler und DJs aufgeführt werden.

Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass das Ziel nicht nur die Präsenz im Rahmen von Musikmessen und Festivals im Ausland die Rede sein soll. Sondern das es auch Sinn machen würde, als Herausforderung den Auf- oder besser gesagt Ausbau eine Schweizer Festivals oder Musikmessen zu einem internationalen Leuchtturmevent, zu welchem Fachpersonen aus dem Ausland anreisen.

→ Wir fordern deshalb, dass als Herausforderung das Schaffen eines Schweizer Leuchtturmevents, mit internationaler Ausstrahlung, aufgenommen werden soll.

Ziele und Massnahmen

Austausch im Inland

Wie begrüssen das der Austausch unter den Veranstaltenden in der Schweiz gefördert werden soll. Gerne unterstützen wir als PromoterSuisse mit unseren Mitgliedern diese Bestrebungen, z.B. in einer koordinierenden Funktion.

→ Wir fordern dezidiert, dass nicht nur vom Austausch sondern auch weiterhin von der Verbreitung von Musik im Inland die Rede ist und um die Situation für Spielstätten und

Festivals zu entschärfen, deren Förderung und die Stärkung deren Position bei urbanen Nutzungskonflikten als Ziel formuliert wird (Beispiele sind hier der Agent of Change in England oder das Schaffen urbaner Wohnzonen).

Internationale Verbreitung und Promotion

→ Wir fordern, als weiteres Ziel, das Schaffen oder der Ausbau eines Festivals/Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, der Fachpersonen aus dem Ausland anzieht.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Aufgrund der Wichtigkeit von Musikspielstätten und Festivals in Bezug auf kulturelle Teilhabe unserer Bevölkerung, liesse sich die unter 2.3.5 aufgeführten aktuellen Herausforderungen für Bar-, Club-, Event- und Konzertlokale ausgeführten Herausforderungen auch in diesem Kapitel aufführen. Eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals stellt immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe dar.

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welche bei Musikfestivals aber auch bei nichtkommerziellen Musikbetrieben eine wichtige Rolle spielen.

→ Wir begrüssen, dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde. Kritisch sehen wir die Projektorientierung, eine solche schliesst durchaus förderungsfähige Regelangebote, wie z.B. bestehende Spielstätte oder Festivals, aus.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung», ist es uns wichtig festzuhalten, dass sich diese auch immer am Markt orientieren und auch moderne Musikdarbietungsarten wie musizieren mit dem PC, Laptop oder DJing beinhalten soll. Weshalb eine enge Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsbranche zwingend ist, um zu verhindern, dass nur Talente, ohne ein tatsächliches Marktbedürfnis ausgebildet und gefördert werden.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen. Dass eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe ist.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir, sie sind richtig und dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Da sich Musikbildung und Begabtenförderung immer auch am tatsächlichen Markt orientieren soll, muss die Zusammenarbeit nicht nur mit der Volksschule, sondern auch mit Popmusik- und anderen Verbänden gestärkt werden.

→ *Wir fordern, dass als Ziel nicht nur die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Volksschulen, sondern auch mit den Musikverbänden aufgeführt wird.*

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die eine Mio. CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ *Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio. CHF pro Jahr erhöht wird.*

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz unterstützen. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen von Musik-Spielstätten und -Festivals, ist in Bezug auf die Verbreitung, von künstlerischen Werken und beim Kulturaustausch national mit einem finanziellen Mehraufwand zu rechnen ist, um den

Status Quo, Anzahl an Musikspielstätten und Festivals, beizubehalten. Zudem ist es aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche stossend, wenn der Beitrag für die Förderung im Ausland höher ausfällt, als für das Inland vorgesehen ist.

→ *Wir beantragen deshalb, dass die Unterstützung für die Verbreitung, Kulturaustausch und Promotion im Inland mindestens gleich hoch ausfällt als der für das Ausland vorgesehene Betrag (45.8 CHF statt 32.1 Millionen pro Jahr).*

Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen.

→ *Wir beantragen deshalb, vor allem für den Aufbau eines Schweizer Leuchtturm-Musikevents oder -Messe, bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio. CHF für die ganz Förderperiode.*

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Clubs, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum umzugehen. Weshalb wir von PromoterSuisse eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Alexander Bücheli (Sekretär)



CH-3003 Berne
OFC, CFCI

Per Mail :

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 12. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme Eidgenössische Filmkommission

Die Eidgenössische Filmkommission dankt für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesamtes für Kultur für die Kulturbotschaft 2021 bis 2024 Stellung zu beziehen.

Die EFiK hat den Entwurf des Bundesamts für Kultur in ihrer letzten Sitzung diskutiert und erachtet die Stossrichtung der enthaltenen Vorschläge als sinnvoll und relevant.

Die Kommission möchte besonders auf folgende Punkte hinweisen:

Die Kommission begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Die bis anhin geltende Ungleichbehandlung von Fernsehveranstalterinnen, die bereits nach geltendem Recht eine entsprechende Abgabe leisten müssen, und genannten Online-Anbieterinnen ist nicht haltbar. Die Digitalisierung und die damit verbundene rasante Veränderung des Medienkonsumverhaltens hat die Filmlandschaft, den Markt, aber insbesondere auch die Produktion und Auswertung der Filme massiv verändert. Nachdem sich das geplante Gesetz über die elektronischen Medien verzögern wird, muss der Onlinebereich im Filmgesetz geregelt werden, denn das Filmgesetz ist heute nicht mehr alleine für die Belange des Kinofilms zuständig, sondern bewegt sich zunehmend in Richtung eines Gesetzes über den Film unabhängig von der eigentlichen Auswertung. So muss neben dem traditionellen linearen Fernsehen auch ein Umgang mit den neuen Online-Angeboten gefunden werden. Die Kommission begrüsst es daher, dass Online-Anbieterinnen dieselben Pflichten haben sollten wie die Anbieterinnen von linearen Fernsehprogrammen. Sie müssen – neben der Entrichtung von film- und urheberrechtlichen Abgaben – einen Anteil ihres Umsatzes insbesondere für die Förderung der neuern Auswertungsformen für Schweizer Filme zur Verfügung stellen.

Die Kommission erachtet einen **Übertrag an das Bundesamt für Kultur** der gesamten Abwicklung im Zusammenhang mit der Reinvestitionspflicht als äusserst sinnvoll. Dadurch könnten Synergien genutzt werden, und die relevanten Informationen wären bei einer Institution gebündelt.

Ebenfalls sind die Kommissionsmitglieder von der Wichtigkeit eines griffigen **Gender-Artikels** in der Kulturbotschaft überzeugt. Wir begrüssen die Weiterführung der aktuellen Massnahmen bei der Filmproduktion zur Stärkung der weiblichen Filmschaffenden. Es fehlen konkrete Massnahmen für die Verbesserung der Visibilität des weiblichen Filmschaffens bei der Auswertung (Verleih und Vertriebsförderung, Festivals und beim Schweizer Filmerbe).

Als weitergehende Gender Massnahme empfehlen wir, für die Entwicklungs- und Herstellungs-Anträge einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern zu installieren, welcher der Einschränkung von Filmschaffenden mit familiärer Verantwortung entgegenwirkt.

Zu definieren gilt, bis zu welchem Lebensjahr bei Kindern, und ab welcher Betreuungsstufe bei pflegebedürftigen Familienmitgliedern, ein Betrag angerechnet werden darf. Diese Beiträge dürfen nicht zulasten des bestehenden Budgets gehen, ansonsten wäre die Massnahme für Frauen und Männer mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern im Film kontraproduktiv.

Es ist der Schweizer Filmbranche ein wichtiges Anliegen, möglichst bald wieder Teil des MEDIA Programms Creative Europe zu werden (resp. des Nachfolgeprogramms ab 2020). Die Konsequenzen des Ausschlusses sind nicht nur für die Schweizer Filmproduktion und die internationalen Koproduktionen spürbar. Die Nachteile zeigen sich vor allem auch bei der Auswertung der Schweizer Filme im Ausland. Es fehlen zurzeit auch klare Strategien, wie die Auswertung bzw. die Visibilität des Schweizer Films und die internationalen Koproduktionen mit der Schweiz gestärkt werden können. Diese Hindernisse können nur teilweise durch die MEDIA-Ersatzmassnahmen und das FISS abgefedert werden. Ein Wieder-Eintritt der Schweiz ins MEDIA Programm Creative Europe ist jedoch in absehbarer Zeit unmöglich. Gerade deshalb kann das Ziel der **Wiedereingliederung der Schweiz in das Europäische MEDIA Programm** in der Kulturbotschaft nicht mit genug Nachdruck erwähnt werden.

In Art. 19a, betreffend **Zugang zu den Filmen**, die „mit einem namhaften Betrag“ durch das BAK unterstützt wurden, sollte präzisiert werden, dass dieser Artikel jene Filme betrifft, die nicht bereits online verfügbar sind. Die jeweilige Situation muss von Fall zu Fall mit den Rechteinhabern geprüft werden, und es müssen klare und umsetzbare Vorgaben formuliert werden. Eine allfällige nicht-exklusive Nutzung, resp. Verfügbarmachung der Filme durch den Bund kann erst angegangen werden, wenn diese die kommerzielle Auswertung des Films in keiner Weise beeinträchtigt oder behindert.

Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden. Das Parlament hat erst gerade in der Sommersession einen Versuch, im Bereich der wissenschaftlichen Publikationen im Rahmen der URG-Revision die Rechteinhaber zu enteignen, sehr deutlich verworfen. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für den Konsumenten, die mehrfach geäussert wurden, werden von der Eidg. Filmkommission entschieden bekämpft. Die Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet das Werk und fördert eine Haltung, die eine Gratisnutzung von Filmen im Internet reklamiert. Wie beim Buch ist gegen eine für den Konsumenten unentgeltliche Nutzung des Werks an wenigen, dedizierten Orten (wie z.B. in der Cinémathèque) nichts einzuwenden.

Auch ist es wichtig, dass für die Herausforderung der zukünftigen **Archivierung** der Filme durch die Cinémathèque eine zeitgemässe und nachhaltige Lösung gefunden wird, die in Zusammenarbeit mit dem Bund erarbeitet wird.

Im Namen der Eidgenössischen Filmkommission danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Baume-Schneider
Präsidentin

per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch
Eidgenössisches Departement des Inneren (EDI)

Zürich, 19. September 2019

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 - 2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen des Verband Kunstmarkt Schweiz (VKMS) danke ich Ihnen für die Möglichkeit, Stellung zur Kulturbotschaft 2021-2024 nehmen zu dürfen. Der VKMS vertritt in seiner Funktion als Dachverband den Verband Schweizerischer Antiquare und Kunsthändler, den Verband Schweizer Auktionatoren von Kunst- und Kulturgut, den Kunsthandelsverband der Schweiz und den Verband Schweizer Galerien. Zusätzlich zu der Stellungnahme, welche der VKMS als Mitglieder der Arbeitsgruppe Visuelle Kunst einreicht, möchte ich namens des Verbandes ebenfalls die Gelegenheit nutzen, eine eigene Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024 einzureichen.

Eine Vorbemerkung sei erlaubt: Über die rein wirtschaftlichen Interessen hinaus ist es dem VKMS wichtig die kulturelle Bedeutung der Arbeit der Mitglieder der einzelnen Verbände hervorzuheben, weshalb der Unterzeichnete die Gelegenheit gerne wahrnimmt, sich zur Kulturbotschaft 2021-2024 zu äussern. Ein intakter Kunsthandel in allen Facetten ist noch immer treibende Kraft für einen vitalen Kulturstandort Schweiz. Es ist unbestritten, dass auch der Expertise der Kunst- und Antiquitätenhändler, der Auktionatoren und der Galeristen zentrale Bedeutung zukommt für die Entdeckung und Förderung von Künstlern, für öffentlich zugängliche und Ausstellungen und Auftritte an Kunstmessen, für Kooperationen mit Museen und Kunsträumen, für die Herausgabe von Publikationen und schliesslich für die Betreuung von Nachlässen und Archiven. Deshalb gestatten wir uns im Folgenden zuerst auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragen einzugehen, die unseren Verband und seine Mitgliedsverbände betreffen. Anschliessend werden gesondert zwei weitere Punkte eingebracht, welche die Mitglieder der von uns vertretenen Verbände im Kernbereich ihrer Tätigkeiten beschäftigen und welche unserer Ansicht nach in der Kulturbotschaft deutlicher thematisiert werden sollen. Insgesamt sind wir der Ansicht, dass in einer aktuellen Kulturbotschaft die bildende Kunst eine stärkere Stellung innehaben soll, als dies im jetzigen Entwurf der Fall ist: in den Eingangskapiteln wird die bildende Kunst explizit nur ein Mal genannt. Im Gegensatz dazu die Musik 80 Mal, Theater 47 Mal, Tanz 38 Mal, Literatur 30 Mal, Games 18 Mal (!) und Film 12 Mal. Seitens des Verbandes und dessen vier Mitgliedsverbänden, die allesamt in der bildenden Kunst tätig sind, darf der Erwartung Ausdruck gegeben werden, dass im definitiven Text der bildenden Kunst dieselbe Gewichtung beigemessen wird wie den anderen Kultursparten. Alles andere würde die Realität in der Schweizer Kulturlandschaft unsachgemäss abbilden.

A. Fragenkatalog

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016 - 2020

keine Bemerkungen

2. Handlungsachsen in der Kulturpolitik des Bundes

Es wird begrüsst, dass die drei Handlungsachsen beibehalten werden. Diese sollten jedoch nicht nur isoliert betrachtet werden, sondern auch im Zusammenspiel und bei der nächsten Kulturbotschaft grundlegend überdacht werden. Die Erweiterung um den Akzent "Digitalisierung" ist unumgänglich. Auch der VKMS und seine Mitglieder sehen sich in rasant zunehmendem Masse mit den Auswirkungen von Digitalisierung konfrontiert, es werden grosse Herausforderungen auf die Geschäftsmodelle von Galerien, Kunst- und Antiquitätenhändler und Auktionshäuser zukommen. Die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Kunstmarkt und weitere Märkte, welche nicht direkt oder traditionellerweise mit digitalen Medien arbeiten, scheint bis dato vom BAK noch nicht thematisiert worden zu sein. Es wird angeregt, dass der Bund in Sachen Digitalisierung seine Ressourcen für Hilfestellungen in der Erarbeitung neuer Geschäftsmodelle auch für die Verbandsmitglieder des VKMS bzw. der vier Mitgliedsverbände zur Verfügung stellt.

3. Weiterentwicklung Massnahmen

Auf der Handlungsachse "Kulturelle Teilhabe" betrifft insbesondere der Punkt "Kunstvermittlung" den VKMS und seine Mitgliederverbände. Die Zusammenarbeit des Bundes mit Partnerinstitutionen, soll sich nicht nur auf das digitale Schreiben und Publizieren beschränken, sondern auch auf weitere Einsatzbereiche der Digitalen Medien oder den Umgang mit diesen. In Bezug auf den Kunsthandel – wohlverstanden nicht nur als kommerzielle Branche sondern auch als wichtiger Impulsgeber, Förderer, Vermittler und Bewahrer für die kulturelle Entwicklung und die Pflege und Bewahrung von Kulturgütern im Bereich der bildenden Kunst in der Schweiz generell – bietet sich der VKMS gerne als eine Partnerinstitution an und nimmt gerne an der kritischen Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen teil. Ebenso sind für gewisse Branchen und Anspruchsgruppen innerhalb des Kunstmarkts die klassischen Medien weiterhin von Relevanz.

Auf der Handlungsachse "Kreation und Innovation" wird von einem erhöhten Marktzugang und einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit gesprochen, derzeit noch in den Bereichen Tanz und Theater und zukünftig im Bereich Musik. Tatsache ist leider, dass im Schweizer Kunstmarkt die ArtBasel die einzig international wettbewerbsfähige Messe ist, diese jedoch nur einen Bruchteil an Schweizer Künstlern vertritt und Schweizer Galeristen sich die hohen Standpreise kaum noch leisten können. Derweilen war es Vertretern von Schweizer Kunst bis vor kurzem noch möglich auf die Genfer Kunstmesse (art Genève) auszuweichen, aber auch dort sind die Aussteller internationaler geworden und die Standpreise gestiegen. Weitere periphere kleinere Kunstmessen konnten sich in den letzten Jahren weder finanzieren, noch etablieren. Einige sind ganz vom Markt verschwunden. Hier wäre es Sicht des Unterzeichneten vonnöten, der Schweizer Kunstszenen und den Protagonisten auch des Kunsthandels eine Starthilfe zu geben und Kunstmessen ähnlich zu Festivals und Veranstaltungen zu fördern (vgl. Kulturbotschaft 2.1.3).

Unter "Internationale Kooperationen und Kulturaustausch" ist insbesondere die Rede vom Austausch zwischen Kulturschaffenden. Nicht nur die Kulturschaffenden selber, sondern auch deren Vertreter und Händler sind sehr wohl an solch einem Austausch mit ausländischen Institutionen interessiert und sind mehr und mehr auf Eigeninitiative hin bereits mit diesen in Kontakt. Die diesjährige Jahrestagung und – Konferenz des VKMS ist deshalb auch ganz dem Thema „Neue Handelsmodelle“ gewidmet und es wird ein intensiver Austausch mit internationalen Fachleuten und Marktteilnehmern gesucht und gepflegt (<https://www.kunstmarktschweiz.ch/aktuell/events/>).

4. Revision Filmgesetz

keine Bemerkungen

5. Weitere Gesetzesanpassungen

keine Bemerkungen

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

keine Bemerkungen

B. Zusätzliche Themen**1. Aktuelle Situation der Kunstgalerien, des Kunsthandels**

Die Kulturbotschaft äussert sich leider nicht explizit zur Situation der Kunstgalerien, sondern spricht lediglich von (unabhängigen) Kunsträumen. Sie übersieht dabei, dass der Wettbewerb auf dem Kunstmarkt zunehmend dominiert wird von international tätigen Grossgalerien und vom internationalen Auktions- und Internethandel. Der Wandel zu einer vernetzten Informationsgesellschaft ist für den Kunsthandel Fluch und Segen zugleich. Im Inlandmarkt mit 8,5 Millionen Einwohnern und einer zunehmenden Überalterung der Gesellschaft verschärft sich die aktuelle Situation und veranlasst Galerien und Kunsthändler, sich zunehmend international auszurichten, die digitalen Verkaufsplattformen im Internet zu nutzen, an internationalen Kunstmessen teilzunehmen und Kooperationen mit Galerien im In- und Ausland einzugehen, um überhaupt überleben zu können. Auf der Strecke bleiben nur allzu oft Schweizer Kunstschaaffende – junge Künstler und übersehene Positionen. Es wäre deshalb zu begrüssen, wenn der Bund in der überarbeiteten Kulturbotschaft und in Ergänzung zu den bereits eingeführten Massnahmen der Pro Helvetia (Ermöglichung der Teilnahme junger, noch nicht im Markt etablierte Künstlerinnen und Künstler an Messen) Strategien vorschlagen würde, wie dem Schliessen und Verschwinden von kleinen und mittleren Programmgalerien entgegengewirkt werden kann. Dazu gehören allem voran die Erarbeitung von aussagekräftigen Statistiken zum Kunstmarkt Schweiz, eine Analyse der Entwicklung, dazu gehört vor allem auch eine kritische Überprüfung der immer aufwändigeren administrativen Regularien und gesetzgeberischen Massnahmen, welche eine Tätigkeit als Programmgalerie, welche Schweizer Künstler fördert, bald einmal zu verunmöglichen droht. Vielmehr wären Anreize für Kunstmarktteilnehmende zu schaffen, damit sie Künstlerförderung betreiben, und gefragt ist schliesslich eine Unterstützung in Richtung der Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen. Als wünschenswert wäre auch im Bereich Kunsthandel die Förderung der Einrichtung eines Archivs, um wichtiges Wissen (etwa im Hinblick auf die immer wichtiger werdende Provenienzforschung) der Nachwelt zu erhalten. Im Ergebnis wird nur eine stabile Galerie- und Kunsthandelsszene den Kunstschaaffenden in unserem Land erfolgreiche Auftritte im In- und Ausland verschaffen und eine lebendige Kunstszene ermöglichen. Für die Schweizer Künstlerinnen und Künstler ist es von existenzieller Bedeutung, durch ihre Schweizer Galerien an nationalen wie an internationalen Kunstmessen vertreten zu werden.

2. Schutz und Bewahrung von Kulturgütern und Ausbildung von Experten

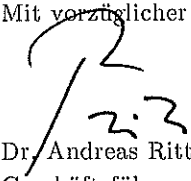
Der VKMS begrüsst die diesbezüglichen Ausführungen im Kapitel 2.4.2.5 der Kulturbotschaft, wonach der Abschluss von bilateralen Vereinbarungen sowie die Unterstützung von Projekten zur Erhaltung des bedrohten kulturellen Erbes im internationalen Kontext deutlich machen, dass sich die Schweiz für den legalen Kulturgüteraustausch engagiert und sich gegen illegale Aktivitäten in diesem Bereich aktiv einsetzt. In Zukunft sollen weiterhin bilaterale Vereinbarungen gezielt und nach Dringlichkeit geordnet abgeschlossen werden. Die eigenen Bestrebungen der Schweizer Museen und deren Angebote der Rückgabe ihrer Bestände an deren Herkunftsländer, welche von diesen jedoch kaum genutzt wird, zeigt den offenen Umgang und den Wunsch nach Dialog der Schweizer Institutionen. Es ist den Verbandsmitgliedern ein Anliegen, dass die Schweiz kein Umschlagsplatz für illegalen Handel wird und dieser gezielt bekämpft wird. Dies soll jedoch nicht zur Folge haben, dass das ohnehin bereits angeschlagene Antiquitäten- und Antikenhandelsgeschäft zur wahl- und wehrlosen Zielscheibe wird. Genau wie im Bereich der NS-Raubkunst und der diesbezüglichen Provenienzforschung bedarf es auch im Umgang mit altertümlichen Kulturgütern sorgfältiger Provenienzforschung und vorgängigen Abklärungen seitens aller Beteiligten – auch des Staates – bevor der Händler oder Besitzer des streitigen Gegenstandes direkt belangt wird.

Ebenso wird es begrüsst, dass die Beiträge zur Erhaltung des beweglichen kulturellen Erbes weitergeführt und jährlich ausgeschrieben werden, wobei prioritär Projekte zu unterstützen sind, die dem Schutz und Erhalt von besonders gefährdeten beweglichen Kulturgütern dienen.

Dem Begehren, den Schutz für Kulturgüter aus Krisengebieten als festes Ziel in die Kulturbotschaft aufzunehmen, sollte demnach nichts entgegenstehen. Der VKMS unterstützt, dass die Schweiz als "safe haven" international an Bekanntheit und Bedeutung erlangt.

Ich danke im Namen des VKMS für die Aufmerksamkeit, die Sie unserer Stellungnahme widmen und hoffe, dass unsere Bemerkungen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bei der weiteren Ausarbeitung der Kulturbotschaft berücksichtigt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



Dr. Andreas Ritter
Geschäftsführer

Hauptstadtregion Schweiz | Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern

EDI
Bundesamt für Kultur BAK
Daniel Zimmermann
3003 Bern

Bern, 19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. Mai 2019 und danken Ihnen für die Möglichkeit zur geplanten Kulturbotschaft 2021–2024 Stellung zu nehmen. Aus Sicht der Hauptstadtregion Schweiz müssen in der Kulturbotschaft folgende zwei Punkte angepasst werden:

- 1) Finanzielle Unterstützung des kulturellen Angebotes im Politzentrum
- 2) Höhere finanzielle Mittel für den Denkmalschutz & Archäologie

Finanzielle Unterstützung des kulturellen Angebotes im Politzentrum

Eines der sieben Schlüsselthemen des Vereins Hauptstadtregion Schweiz, zu dem die fünf Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis sowie die grossen Gemeinden und Regionen gehören, ist das **Politzentrum**. Ein starkes Politzentrum ist für die Schweiz wichtig, um der Politik, der Verwaltung und der internationalen Gemeinschaft Plattformen zum Dialog bieten zu können. Zudem wird der nationale Zusammenhalt durch die Identifikationsfunktion des Politzentrums gestärkt.

Die Hauptstadtregion Schweiz setzt sich für ein vitales Politzentrum ein. Die Stadt Bern hat als Politzentrum eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat dies anerkannt und mit der Aufnahme von Artikel 18 in das Kulturförderungsgesetz KFG klar signalisiert, dass die Stadt Bern als Sitz der Bundesversammlung sowie der diplomatischen Vertretungen für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Die Anerkennung dieser besonderen Situation soll auch künftig beibehalten werden.

Trotz dieser unbestrittenen Ausgangslage und den parlamentarischen Entscheidungen, will der Bundesrat nun das kulturelle Angebot in «seiner» Bundesstadt nicht weiter unterstützen. Diese Absicht ist für die Hauptstadtregion Schweiz nicht nachvollziehbar.

Folgende Punkte sprechen für die Beibehaltung der finanziellen Unterstützung durch den Bund (Artikel 18 KFG) an das Kulturangebot im Schweizerischen Politzentrum:

- Im Jahr 2003 wurde ein Gesetzgebungsprojekt für ein «Bundesgesetz für die Bundesstadt Bern» diskutiert. Dieses Gesetzesprojekt wurde jedoch nicht weiterverfolgt, stattdessen wurde der Artikel 18 ins neue KFG aufgenommen. Das eidgenössische Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 ins KFG entschieden, dass eine Abgeltung an die Bundesstadt geleistet werden soll.
- Bereits 2017 wollte das Bundesamt für Kultur (BAK) im Rahmen des Voranschlags 2018, den Beitrag um 300 000 Franken kürzen und ab 2019 ganz streichen. Das Bundesparlament hat diesen Plänen im Dezember 2017 eine Absage erteilt und die Abgeltung an die Stadt Bern wieder ins Budget aufgenommen. Dass nun bereits wieder ein Versuch unternommen wird, die Bundesbeiträge einzustellen, zeigt wenig Respekt gegenüber dieser Parlamentsentscheid.
- Die Stadt Bern bietet als Politzentrum der Politik, der Verwaltung und der internationalen Gemeinschaft vielfältige Unterstützung und Plattformen. Zum politischen und gesellschaftlichen Leben gehören aber auch kulturelle Angebote. Das Kulturangebot des Politzentrums soll einen würdigen Rahmen bieten, damit das Politzentrum mit der Stadt Bern als Bundesstadt ihre Funktion angemessen wahrnehmen kann. Die Unterstützung des Bundes leistet dazu zwar nur einen kleinen (ca. 2,5 %), aber wichtigen Beitrag.
- Es ist die einzige Abgeltung für die Stellung als Bundesstadt und Standort internationaler Organisationen sowie diplomatischer Vertretungen. 2019 beträgt der Beitrag des Bundes an die Stadt Bern als Bundesstadt 1,02 Millionen Franken. Als Vergleichsgrösse dazu kann die Unterstützung des Bundes an das internationale Genf dienen. Ab 2020 werden jährlich durchschnittlich 25,95 Millionen Franken eingesetzt.
- Trotz dem in der Kulturbotschaft geplanten Ausgabenwachstum von durchschnittlich 8,85 Millionen Franken pro Jahr wird die im internationalen Vergleich sehr bescheidene Kulturabgeltung an die Bundesstadt Bern gänzlich gestrichen. Der Bundesrat geht noch weiter: Er will nicht nur die Abgeltung streichen, sondern plant sogar die Streichung von Artikel 18 des Kulturförderungsgesetzes (KFG), der einzigen Gesetzesgrundlage, die eine Abgeltung vorsieht.

Wir bitten, von der Streichung des Artikel 18 KFG abzusehen und die Abgeltung an die Stadt Bern weiterhin auszurichten. Die Aufgaben und die Strahlwirkung eines Politzentrums müssen von der nationalen Politik unterstützt und nicht beschnitten werden.

Höhere finanzielle Mittel für den Denkmalschutz

Aus den nachfolgend dargelegten Gründen ist für denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen innerhalb des Förderbereichs «Baukultur» der Rahmenkredit zu erhöhen.

- Die aktuell gesprochenen Mittel reichen nicht aus, um das Minimum für den Erhalt und die Pflege der Denkmäler und archäologischen Fundstätten zu leisten und das Fortschreiben der massiven Unterfinanzierung steht im überdeutlichen Gegensatz zur denkmalpflegerischen Realität. Die in den vergangenen Jahren entstandenen Schäden können nicht behoben werden und der Verlust des baukulturellen Erbes schreitet fort.
- Seit 2009 wird der spezialgesetzlich geregelte Kulturbereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» über das Kulturförderungsgesetz geregelt und in den Kulturbotschaften jeweils ein Rahmenkredit für diesen Bereich gestützt auf Art. 16a NHG festgesetzt. Zur Vorbereitung der ersten Kulturbotschaft setzte 2009 der damalige Direktor des Bundesamtes für Kultur eine «Groupe de réflexion» ein, um Fragen rund um die Programmvereinbarungen mit den Kantonen und zum Finanzmittelbedarf zu klären. Der damals ermittelte Finanzbedarf wurde in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 wie auch im jetzigen Entwurf (Kapitel 2.5 Baukultur) wie folgt ausgewiesen, «der Bedarf an Bundesmitteln bei über 100 Mio. Franken läge, um massgebliche Verluste zu verhindern». Auch wenn die 2018 erschienene Denkmalstatistik dazu keine detaillierten, aktuellen Zahlen liefert, stimmen die damals von ausgewiesenen Fachpersonen errechneten Grössenordnungen noch immer. Zumal die aktuelle Zinspolitik und die damit verbundenen erhöhten Aktivitäten im Bausektor, die Umsetzung von RPG 1 (Stichwort: Siedlungsentwicklung nach Innen) und der Energiestrategie 2050 zu einer Zunahme von im Baubewilligungsprozess verlangten denkmalpflegerischen und archäologischen Massnahmen führt.
- Trotz der klaren Aussage in der vorliegenden Botschaft, wonach ein Finanzbedarf von rund 100 Mio. Franken notwendig wäre, um das Kulturerbe zu sichern, haben die Bundesmittel in den letzten Jahren stetig abgenommen. Während die letzte Kulturbotschaft noch jährliche Beiträge in der Höhe von 28 Millionen Franken für den Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege vorgesehen hat, sind im vorliegenden Entwurf nur noch total 26.3 Mio. Franken geplant (aufsteigend von 2021 von 25.2 Mio. Franken bis 2024 auf 27.5 Mio. Franken). Davon sind für 2021 nur 20.6 Mio. für die Erhaltung schützenswerter Objekte und für archäologische Massnahmen eingestellt. Auffällig und bedenklich ist, dass die aufsteigenden Beiträge bis 2024 mehrheitlich dem Bereich Organisation, Forschung, zeitgenössische Baukultur, Ausbildung und Vermittlung zugutekommen sollen. Die massiven Kürzungen der vergangenen Jahre sollen gemäss vorliegendem Entwurf zur Kulturbotschaft nicht nur weiter zementiert, sondern geradezu fortgeschrieben werden.
- Das intakte Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt. Namentlich sind Denkmäler, Ortsbilder und archäologische Fundstätten Objekte, anhand deren das Kulturerbe vermittelt und für die breite Bevölkerung fassbar gemacht werden kann. In diesem Sinne spielen sie bei den beschriebenen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe» und «Gesellschaftlicher Zusammenhalt», eine wichtige Rolle, indem sie den Zugang zur Kultur fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Denkmäler, Ortsbilder und archäologische Fundstätten sind das kulturelle Fundament, prägen das Heimatbild, stiften Identität und sind damit ein wichtiger Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses. Sie sind gleichzeitig individuelle Zeitzeugen, die überdauern und uns von früheren Zeiten erzählen. Denkmäler, Ortsbilder und archäologische Fundstätten bieten als Bindeglied einen Zugang für die «kulturelle Teilhabe» heutiger und zukünftiger Generationen. Der Erhalt des baukulturellen Erbes ist darum eine zentrale Aufgabe. Um das kulturelle Erbe vor Schäden und dem schleichenden Zerfall zu bewahren, müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

-
- Der ambitionierte Aktionsplan der «Strategie Baukultur» mit den 41 Massnahmen soll im Rahmen der bestehenden Ressourcen umgesetzt werden, ein Mehrbedarf von durchschnittlich 800'000.00 Franken pro Jahr beim Bundesamt für Kultur soll über den Rahmenkredit «Baukultur» finanziert werden. Die Hauptstadtregion Schweiz ist der Auffassung, dass der Finanzrahmen den hohen Ambitionen nicht genügt und zwingend entsprechend angepasst werden muss; jedoch darf dies nicht zu Lasten des Kulturerbes geschehen.

Wir bitten, bei der Überarbeitung der Kulturbotschaft die oben genannten Punkte einfließen zu lassen und danken an dieser Stelle für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Hauptstadtregion Schweiz



Alec von Graffenried
Co-Präsident
Stadtpräsident Bern



Laurent Favre
Co-Präsident
Regierungsrat Neuenburg



Département fédéral de la culture
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

N/réf. : JR/DR

Lausanne, le 19 septembre 2019

Message culture 2021-2024 : procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions d'avoir invité la SSA à participer à la procédure de consultation précitée et vous prions de trouver ci-après notre prise de position dans le délai fixé.

Représentant les autrices et les auteurs dans les arts du spectacle et l'audiovisuel, nous nous limiterons à évaluer les propositions qui concernent ces deux domaines. Nos développements suivent l'ordre suggéré par le questionnaire de consultation du DFI.

Synthèse

La SSA salue l'augmentation globale des moyens financiers tout en estimant qu'elle n'est pas suffisante pour réaliser de manière satisfaisante les objectifs du message culture. Elle identifie la paupérisation des artistes comme tendance globale additionnelle. Le soutien à la création doit donc être augmenté. Il ne serait pas acceptable que l'extension de certaines mesures se fasse au détriment du soutien à la création artistique. La SSA est très satisfaite qu'une juste rémunération des artistes conditionne désormais le soutien financier public d'un projet et formule des compléments aux propositions de l'OFC. Il s'agit de faire respecter le droit d'auteur dans le cadre de projets soutenus et de promouvoir une rémunération proportionnelle à l'exploitation des œuvres en faveur de leurs autrices et auteurs.

La SSA soutient inconditionnellement la proposition d'introduire une obligation de réinvestissement dans la production audiovisuelle nationale pour les fournisseurs en ligne. Elle propose de l'étendre aux plateformes de partage de vidéo et aux réseaux sociaux, à la manière de l'Union européenne. Ces obligations devraient être regroupées pour tous les médias au sein la Loi sur le Cinéma, les attribuant ainsi à la seule compétence de l'OFC. Les modes de subventionnement doivent également s'adapter à l'évolution du paysage audiovisuel. La SSA est favorable à une obligation de quota de 30% d'œuvres européennes dans les catalogues des fournisseurs en ligne et propose d'introduire en plus des mesures favorisant leur mise en valeur. Enfin, si la SSA est favorable au concept de disponibilité du patrimoine audiovisuel suisse en ligne, elle estime que les réflexions en la matière ne sont pas encore arrivées à maturité.



Toute mesure favorisant la promotion, la diffusion, l'accès aux marchés et la compétitivité de la culture suisse est accueillie positivement par la SSA. Elle considère que les moyens proposés sont toutefois insuffisants et recommande de donner la priorité à la promotion en Europe. Elle regrette que les spectacles d'humour ne soient pas spécifiquement mentionnés dans les mesures concernant le soutien à la création artistique et à la diffusion.

1. Mise en œuvre du message culture 2016–2020

De manière générale, nous évaluons la mise en œuvre du message culture 2016-2020 comme positive. Il est regrettable que les actions prévues n'aient pas pu être entièrement réalisées faute de moyens.

Nous saluons que l'OFC soutienne les **organisations d'acteurs culturels professionnels**. Au cours de la dernière période, ces organisations ont été toutefois contraintes à des fusions précipitées dans les organisations nationales seules susceptibles de bénéficier du soutien. Leurs sièges et les résidences de leurs secrétaires généraux sont désormais concentrés presque exclusivement à Zurich. En tant qu'organisation regroupant majoritairement des autrices et auteurs romands et tessinois, la SSA observe cette évolution avec une certaine préoccupation et craint qu'elle ne stimule pas la cohésion sociale et l'échange entre régions linguistiques.

L'application de la nouvelle ordonnance concernant ces organisations a eu pour effet de restreindre leurs prestations, affaiblissant leur utilité générale et limitant leur autonomie. Qui mieux que ces organisations pourrait connaître les besoins des métiers qu'elles réunissent ? Nous suggérons que l'OFC soutienne les actions qu'elles proposent plutôt que de vouloir les déterminer. Cela ne l'empêcherait pas de fixer un cadre général à son soutien.

Enfin, beaucoup d'acteurs culturels relèvent que ces organisations devraient être davantage impliquées dans l'élaboration de mesures de soutien et pouvoir participer, par exemple, au dialogue culturel national.

Si les circonstances particulières le justifient, comme dans le domaine des arts du spectacle, l'OFC devrait à nouveau contribuer au financement d'associations régionales représentatives.

2. Axes d'action de la politique culturelle de la Confédération

Sans doute, les tendances globales ont été identifiées et la continuité des axes d'action paraît la bonne voie à suivre. L'accent mis sur la **numérisation** nous paraît particulièrement pertinent et nous invitons les acteurs de la politique culturelle fédérale à poursuivre leur examen des fonctionnements particuliers de l'économie numérique, souvent défavorables aux artistes.

2.1. Une autre tendance majeure : la paupérisation des artistes

La SSA a identifié la paupérisation des artistes comme tendance majeure additionnelle. À titre d'illustration, le revenu médian d'un/e artiste est de CHF 40'000, selon une étude de Suisseculture Sociale. Les causes de la paupérisation sont multiples : dysfonctionnement de l'économie digitale et piraterie, réduction des périodes



d'exploitation (arts vivants, cinéma), accroissement du nombre d'acteurs culturels dans un même secteur. Elle frappe principalement les artistes « établis », celles et ceux qui ont fait métier de leur activité artistique sans atteindre la sphère restreinte de l'élite en termes de popularité.

Le combat de la précarisation devrait être un axe stratégique supplémentaire de l'encouragement en matière culturelle. Pour cette raison,

⇒ ***la SSA estime qu'il faut accorder plus d'importance au soutien financier à la création artistique dans un sens étroit, par opposition aux fonctions de médiation avec le public.***

Le budget prévu pour la relève paraît adéquat.

2.2. Recommandations en matière de rémunération

Nous **saluons vivement le souhait de lier les subventions au respect des rémunérations des artistes recommandées** par les organisations faîtières. Nous recommandons de développer cette proposition de deux manières :

⇒ ***Ajouter le respect du droit d'auteur et des modèles de rémunération liés à l'exploitation des œuvres au dispositif conditionnel.***

Les modèles préconisés et pratiqués par les sociétés de gestion de droits d'auteur devraient davantage être pris en considération par les acteurs de la politique culturelle fédérale car les droits d'auteur font partie de la rémunération des artistes.

Il est intéressant de noter que dans sa toute récente « Directive sur le droit d'auteur à l'ère numérique », l'Union européenne oblige ses États membres à instaurer des mécanismes de rémunération « adéquate et proportionnelle à l'exploitation des œuvres ». Disposition générale, elle vise plus particulièrement l'iniquité actuelle de l'économie numérique qui malmène celles et ceux qui créent des œuvres, des « contenus ». Les rémunérations forfaitaires doivent demeurer l'exception, justifiées par des circonstances très particulières.

La SSA suggère aux acteurs compétents d'être plus attentifs à la question des droits d'auteur dans les budgets. On pourrait ainsi éviter les écueils dont la SSA a occasionnellement dû faire l'expérience : la question des droits d'auteur n'ayant pas été considérée avec suffisamment d'attention, ils n'ont pas pu être encaissés par nos organisations partenaires étrangères ou ont été englobés dans un montant inapproprié, alors que le projet bénéficiait d'aides fédérales. La SSA est naturellement à la disposition des organismes concernés pour développer ce point et de contribuer activement à une amélioration.

En matière de référence aux recommandations de rémunération émises par les associations faîtières, nous attirons votre attention sur

⇒ ***le danger d'un nivellement par le bas des rémunérations par méconnaissance des terrains régionaux.***



En effet, le rapport ne qualifie pas quelles seraient les associations faïtières prises en considération. Typiquement dans les arts du spectacle, les recommandations peuvent diverger selon les régions. Le subventionnement relevant prioritairement des cantons et des communes, les recommandations véritablement nationales font défaut. Un soutien fédéral qui aurait pour résultat que l'artiste soit moins bien traité que s'il/si elle n'avait été soutenue que par les autorités régionales, voilà qui irait à l'opposé des louables intentions des acteurs de la politique culturelle fédérale.

S'il existe des divergences régionales, ou en l'absence de recommandations à caractère véritablement national, les acteurs de la politique culturelle fédérale devraient donc se référer à la recommandation la plus favorable aux artistes. On atteindrait ainsi le but voulu : l'amélioration des revenus pour tous les artistes en Suisse, où qu'ils ou ils se trouvent. Ce sera favorable à la cohésion sociale.

3. Poursuite du développement des mesures (ch. 1.4.2.1-3 du rapport)

Le développement des mesures ne peut pas être examiné indépendamment des ressources financières qui seraient mises à disposition. De manière générale, la SSA estime ainsi que l'extension de certaines mesures devrait être accompagnée d'une augmentation plus significative des dotations. Si cela n'est pas possible, une réflexion sélective est inévitable.

Incontestablement, le soutien de la Confédération doit suivre l'évolution des arts et, dans nos activités, nous constatons également une tendance vers des formes d'expression qui traversent la catégorisation traditionnelle : la danse et le théâtre font appel à la vidéo, les performances visuelles et littéraires épousent les arts du spectacle, le cirque adopte des formes narratives élaborées, la production théâtrale connaît une forte tendance vers la création collective et évolutive, des projets musicaux innovants sont caractérisés par une forte dramatisation, les sketches et l'humour investissent les médias délinéarisés, l'expression audiovisuelle s'adapte aux nouveaux modes de consommation, la réalité virtuelle fait irruption et, plus généralement, les potentialités des nouvelles technologies sont explorées dans toutes les disciplines.

⇒ ***En raison des limitations financières, nous sommes cependant sceptiques quant à l'opportunité de faire « évoluer la notion d'œuvre » et d'étendre le soutien à des « personnes collaborant à des processus artistiques » qui ne seraient pas des créatrices. De plus, nous regrettons que les mesures proposées ne fassent pas explicitement état d'un renforcement du soutien financier à la création pour l'audiovisuel et les arts du spectacle, la littérature et les arts visuels.***

Or, comme nous l'avons expliqué ci-dessus, les artistes établis font face à une forte précarisation. Pour poursuivre leur activité professionnelle, ils ont besoin d'un soutien renforcé.

Nous suggérons que les acteurs de la politique culturelle fédérale collaborent étroitement avec les organisations d'acteurs culturels professionnels en ce qui concerne l'évolution de la notion d'œuvre et le soutien aux personnes collaborant à des processus artistiques. La prise en considération de ces dernières ne doit pas se faire au détriment des ressources allouées aux créatrices et créateurs proprement dits.



ad 1.4.2.1. : Développements en matière de « participation culturelle »

Nous saluons les mesures qui favorisent l'égalité des chances entre hommes et femmes. Le budget alloué nous semble cependant insuffisant.

Le domaine de cette égalité n'est pas le seul à souffrir d'un manque de statistiques, la Suisse accusant un certain retard en matière de statistiques culturelles. La SSA saluerait toute mesure visant à développer l'outil statistique concernant la culture.

ad 1.4.2.2. : Développements en matière de « cohésion sociale »

Toujours dans l'hypothèse que les moyens disponibles ne pourraient pas s'accroître plus significativement, mais aussi en raison de l'usage proposé, la SSA s'étonne de l'importance des postes budgétaires concernant :

- La culture du bâti (3,1 MCHF), pour l'encouragement à la médiation et du *débat* dans la culture du bâti et soutien à des offres de *conseil* et de *formation*
- Yéniches et manouches, 2,5 MCHF non pas destinés à des mesures favorisant le dialogue avec les populations d'accueil sédentaires, la participation culturelle ou des projets d'expression culturelle, mais pour le *cofinancement d'aires de stationnement supplémentaires*
- École suisse de Pékin (2,7 MCHF), pour sa *reconnaissance* définitive

ad 1.4.2.3. : Développements en matière de création et innovation

⇒ **Nous évaluons de manière positive la volonté de renforcer les mesures visant la promotion, la diffusion, l'accès aux marchés et la compétitivité.**

Dans la continuité des actions de promotion et de diffusion, nous saluons les mesures visant les métropoles européennes. Concernant la coopération et les échanges culturels internationaux, nous sommes plus **sceptiques quant à l'extension des soutiens aux présences hors d'Europe**, de nouveau en raison des budgets modestes qu'il est prévu d'y consacrer. Le rapport relève d'ailleurs à plusieurs reprises le manque de moyens dans le domaine du soutien à la diffusion.

Un soutien accru des présences en Europe est d'autant plus nécessaire que les artistes suisses sont souvent exclus des programmes de promotion de l'UE, notre pays n'étant plus partie à *Creative Europe*. Premier marché naturel d'exportation et premier espace de coproduction en matière culturelle, **ce sont sans doute les actions en Europe qu'il faut privilégier**. À ce titre, nous relevons la pertinence d'un soutien à la présence d'artistes suisses à l'*Edinburgh Fringe Festival*, s'agissant d'une importante plateforme pour l'accès aux marchés et donc une plus large diffusion des créations suisses.

La SSA est **favorable à toute mesure qui favorise la circulation des œuvres des arts vivants tant à l'intérieur d'une région linguistique et entre celles-ci**. Elle suggère que ces mesures soient développées en étroite collaboration avec les entités spécialisées existant déjà dans ce domaine, telles que la CORODIS et RESO.

Elle salue plus particulièrement un **soutien accru à la traduction et aux surtitrages** des spectacles.



Pour ces mesures tout comme en matière de soutien à la création,

⇒ ***nous regrettons que les spectacles d'humour ne soient pas spécifiquement mentionnés.***

Populaires et appréciés, ces spectacles répondent pourtant parfaitement aux objectifs de participation culturelle et de cohésion sociale. La Suisse compte de nombreux talents contemporains dans ce genre d'expression.

Concernant les **formes novatrices de collaboration**, seul le travail créatif doit faire l'objet du soutien financier public. De même, la qualité artistique doit rester le critère exclusif, à l'exclusion de considérations économiques, scientifiques ou technologiques.

La SSA considère que les moyens prévus pour la **numérisation du patrimoine culturel** sont nettement insuffisants, notamment dans le domaine du patrimoine cinématographique et des arts du spectacle.

Le rapport fait état que les moyens globaux disponibles pour les **contributions à l'exploitation de réseaux de tiers chargés de la conservation de mémoire** seront inchangés mais devront être « redistribués ». Vu le nombre accru de bénéficiaires, cela signifie que les contributions aux réseaux soutenus jusqu'ici vont diminuer. Nous rendons l'OFC attentif aux besoins spécifiques de la SAPA (Swiss Performing Arts Archive) dont la diversité des archives nécessite au moins le maintien des contributions si l'on veut éviter de la fragiliser excessivement.

4. Révision de la Loi sur le cinéma (ch. 3.2. du rapport)

Nous saluons vivement les propositions courageuses de l'OFC en matière de vidéo à la demande. Il serait d'ailleurs judicieux de régler les obligations de réinvestissement pour tous types de médias audiovisuels au sein de la Loi sur le Cinéma (LCin), attribuées ainsi à la seule compétence de l'OFC. Pour tenir compte de l'évolution du paysage audiovisuel, les modes de subventionnement devront inclure le soutien aux productions destinées prioritairement aux médias délinéarisés.

4.1. Disponibilité en ligne des productions soutenues

Les propositions visant la disponibilité du patrimoine audiovisuel en ligne ne nous semblent pas arrivées à maturité. La SSA s'oppose à toute équation entre l'accès gratuit aux œuvres pour la population et le subventionnement étatique. Ce serait contribuer à la « culture du gratuit » qui a permis aux géants de l'internet d'enregistrer d'immenses profits au détriment de celles et ceux qui produisent les contenus appréciés par le public. Cela reviendrait aussi à nier que les produits et métiers culturels ont une valeur économique dont il faut soutenir la compétitivité en raison de l'étroitesse du marché et des conditions de production locales.

Il nous semble indispensable que les acteurs déterminants pour la production cinématographique et audiovisuelle suisse soient encouragés à créer *ensemble* une plateforme qui serait attractive. Dans l'économie numérique, l'exhaustivité de l'offre est



un puissant aimant pour le public. La richesse du catalogue constitue un facteur exponentiel pour le succès d'une plateforme. Ainsi, nous avons toujours défendu l'idée qu'une telle plateforme devait impliquer la SSR, connue et appréciée par la population, plutôt que de concéder à de lourds investissements dans des plateformes qui ne dépasseront pas l'état de produits de niche.

⇒ ***Dans ce sens, l'art. P-LCin devrait être reformulé en une possibilité, pour l'OFC, d'inciter à la disponibilité des productions soutenues dans les médias délinéarisés.***

Nous suggérons également que l'OFC puisse soutenir des ressources qui permettent de localiser les œuvres suisses soutenues dans les différentes offres disponibles sur le marché. « JustWatch » est un exemple intéressant d'application.

Ailleurs, il existe des plateformes dont le modèle d'affaires repose sur un catalogue d'œuvres patrimoniales. De plus, les modes de consommation bouleversent les cascades traditionnelles d'exploitation. Nous considérons donc qu'il est inadéquat de fixer un délai dans la loi.

Enfin, la SSA s'attend à ce que le droit d'auteur soit respecté et exige une rémunération équitable au regard des autrices et des auteurs par les plateformes concernées.

4.2. Obligations de réinvestissements pour les fournisseurs en ligne

La SSA soutient inconditionnellement la proposition d'élargir l'obligation de réinvestissement dans la production audiovisuelle suisse aux entreprises qui proposent des films en ligne (art. 24b P-LCin).

Nous encourageons la Confédération à prendre toute la mesure de la disruption du paysage médiatique et à aller plus loin sans tarder.

⇒ ***A l'instar de la Directive UE sur les services de médias audiovisuels, la SSA propose qu'une telle obligation de réinvestissement soit également introduite pour les plateformes de partage de vidéo et les réseaux sociaux.***

Les offres des plateformes de partage de vidéo et des médias sociaux constituent de véritables services de médias audiovisuels. Elles procèdent désormais à l'éditorialisation, à l'organisation des contenus de leurs plateformes dans un but lucratif. Le public consomme aujourd'hui plus d'heures de vidéo sur YouTube que sur Netflix et il y visualise des formats longs, donc des films, des séries et des documentaires.

Les plateformes de partage veulent conquérir l'écran du salon, produire des œuvres audiovisuelles pour s'en réserver l'exclusivité dans des fenêtres spécifiques, voire commercialiser une partie des contenus sous forme de bouquets payants. Les réseaux sociaux sont devenus bien plus que de simples moyens qui permettent aux particuliers d'échanger sur leurs vies et l'importance des vidéos créées par des professionnels dans leurs modèles d'affaires est incontestable.



Les prétendus systèmes de « partage de rémunération » sont opaques et le manque de régulation fait de ces plateformes des concurrentes déloyales pour les autres offres en ligne, de sorte que l'économie digitale ne présente actuellement pas les conditions d'une économie de marché saine.

- Il est urgent de reconnaître ces évolutions et d'agir sur le plan légal. Il serait erroné de ne viser que les offres à accès payant et d'ignorer que les modèles d'affaires de l'économie digitale bouleversent les médias traditionnels. L'UE l'a bien identifié et a légiféré par le biais de la Directive sur les services de médias audiovisuels (DSMA), de manière intelligemment différenciée.
- Les télévisions linéaires dont le financement ne repose que sur la publicité sont aujourd'hui déjà assujetties à une obligation de réinvestissement. Pourquoi en irait-il autrement pour ces plateformes qui génèrent d'énormes profits ?
- La publicité en ligne est devenue un duopole de Google et de Facebook, contractant le marché publicitaire télévisuel. Cela produit un effet direct sur les mécanismes de réinvestissement existants, en diminuant les ressources de ceux qui y sont tenus pour finir par amoindrir en toute logique les ressources disponibles pour la production suisse.

Le fait de suivre l'UE dans ce domaine ne manquera pas d'avoir un effet positif sur les discussions de réintégration de la Suisse dans le programme MEDIA, souhaitée tant par la profession que par la Confédération.

L'art. 24c P-LCin définit les dépenses imputables quant à l'obligation de réinvestissement. En fait partie le « versement des rémunérations dues aux sociétés de gestion agréées pour l'utilisation des films selon la loi du 9 octobre 1992 sur le droit d'auteur ». Nous attirons votre attention sur les **conséquences aberrantes** de cette disposition. Les redevances sont perçues sous forme de montants globaux pour tout le répertoire géré par ces sociétés. L'immense majorité des encaissements concerne des œuvres étrangères. Telle quelle, la disposition mènerait à ce que les fournisseurs puissent déduire les redevances payées par exemple pour les musiques américaines sonorisant des séries US, des films français ou des documentaires anglais. On viderait ainsi l'obligation de réinvestissement dans la production *suisse* de son sens.

La part des redevances perçues pour les œuvres suisses par les sociétés de gestion auprès des fournisseurs en ligne est très modeste. Si l'on veut éviter des coûts administratifs disproportionnés, on arrive vite à la conclusion que **cette disposition doit tout simplement être biffée.**

De plus, la SSA propose **de transférer les obligations de réinvestissement des diffuseurs linéaires**, réglés actuellement à l'art. 7 al. 2 LRTV, **dans la LCin.** Ce faisant, l'obligation de réinvestissement pourrait être étendue aux programmes étrangers avec décrochages publicitaires suisses, profitant des possibilités que la DSMA confère aux pays « cibles », en vue de la mise à jour des accords « Télévision sans frontières ».

En soumettant ainsi toutes les obligations de réinvestissement à la seule compétence de l'OFC, on garantirait mieux l'égalité de traitement. Cela paraît d'autant plus judicieux que la révision de la LRTV ou son remplacement par une hypothétique LME semblent actuellement bien lointains.



Dans cette perspective, il sera important **d'adapter également les modes de subventionnement à l'évolution du paysage audiovisuel** et d'y inclure les productions destinées prioritairement aux médias délinéarisés.

⇒ ***Les obligations de réinvestissement des médias linéaires actuellement réglées dans la LRTV doivent être transférées dans la LCin. Elles doivent être étendues aux programmes étrangers avec décrochages publicitaires suisses. Les modes de subventionnement doivent être adaptés à l'évolution du paysage audiovisuel.***

4.3. Quota d'œuvres européennes dans les catalogues en ligne

La SSA soutient la proposition d'un quota de 30% de films européens pour les catalogues en ligne (l'art. 24a P-LCin).

⇒ ***A l'instar de la DSMA, il faudrait compléter cette disposition par une obligation de promouvoir les films européens.***

En effet, rien ne sert d'être présent dans les catalogues si le public n'y est pas rendu attentif par le biais de l'éditorialisation et des algorithmes de recommandation. Les productions de petits pays souffrent d'un manque constant de moyens disponibles pour le marketing. L'obligation de favoriser la visibilité des œuvres européennes serait un moyen efficace pour pallier à ce désavantage concurrentiel. L'Observatoire européen de l'audiovisuel a déjà mis en place une méthode d'évaluation de la mise en valeur des films européens sur les plateformes en ligne.

Enfin, la LCin devrait également prévoir un quota adéquat de films suisses dans les catalogues de fournisseurs en ligne.

4.4. Autres considérations

La SSA soutient également la proposition de création d'un institut national de l'audiovisuel, émanant notamment de Cinéforum et de Cinésuisse dont les arguments l'ont convaincue.



5. Ressources financières pour la mise en œuvre

Si l'augmentation globale proposée de l'enveloppe budgétaire est évidemment à saluer, la SSA estime que des moyens plus considérables sont nécessaires pour une mise en œuvre efficace des mesures proposées et pour soutenir une création artistique qui soit aussi vivace, dynamique et diversifiée à l'image de notre pays.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position et d'examiner nos propositions avec bienveillance, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre considération distinguée.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'J' followed by a horizontal line and a small flourish.

Jürg RUCHTI
Directeur

A handwritten signature in black ink, featuring a series of vertical and horizontal strokes that form a complex, stylized shape.

Denis RABAGLIA
Président du Conseil d'administration



Verband Schweizer Filmklubs und nicht-gewinnorientierter Kinos
Association suisse des ciné-clubs et des cinémas à but non lucratif
Associazione svizzera dei circoli del cinema e dei cinema senza scopo di lucro

Herr Bundesrat Alain Berset
Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Bern, den 19. September 2019

Per Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Vernehmlassungsverfahren
Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)
Stellungnahme von Cinélibre

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Cinélibre bedankt sich für Ihre Einladung, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu beziehen. Gerne unterbreiten wir Ihnen anbei unsere Stellungnahme.

Aufgrund der über 40jährigen Tätigkeit und Kompetenz in den Bereichen der filmkulturellen Angebotsvielfalt auf der Kinoleinwand und der kulturellen Teilhabe des filminteressierten Publikums beschränkt sich unsere Stellungnahme auf die entsprechenden Vorschläge der Kulturbotschaft 2021-2024. Dies betrifft insbesondere die Förderbereiche „Filmkultur“ und die Förderung der Angebotsvielfalt im Kino.

Kulturpolitik des Bundes im Bereich Film

Cinélibre¹, der Dachverband der nicht-gewinnorientierten Programmkinos und der Filmklubs in der Schweiz, erachtet die Kulturpolitik des Bundes im Bereich Filmkultur und Kinovielfalt in vielen Bereichen als **mutlos, opportunistisch und als Kniefall vor den grossen Akteuren in der Schweizer Filmbranche**. Dies insbesondere bezüglich der Entwicklung der Kulturpolitik von der vorangegangenen Kulturbotschaft zu jener für die Jahre 2021-2024.

Das zweifelsohne hehre **Ziel der Filmpolitik**, „die Vielfalt und Qualität des Filmangebots zu fördern“ und die „Filmkultur zu stärken“ (Punkt 2.3.6 des Berichts zur Kulturbotschaft) wird in wesentlichen Bereichen **deutlich verfehlt**, da Akteure und Realitäten, die massgeblich zur Filmkultur und Angebotsvielfalt beitragen, schlicht und einfach ausgeblendet wurden.

Cinélibre schliesst daraus, **dass es dem Bundesamt für Kultur (BAK)** als zuständige Fachinstitution der Eidgenossenschaft **an Visionen und Mut fehlt**, die die Grundlagen für eine zeitgemässe Kulturpolitik im Bereich Film sein sollten.

Die Filmpolitik des Bundes basiert gemäss Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 auf den drei Säulen Filmförderung im Bereich Herstellung, Filmkultur und Filmerbe. Für Cinélibre ist die Filmförderung / Herstellungsförderung finanziell deutlich zu stark gewichtet. Der **Bereich Förderung der Filmkultur ist dagegen finanziell viel zu klein dotiert**; zudem ist der Förderbereich Filmkultur zu eng definiert und spiegelt nicht die Realität in der Schweiz. Was ist der kulturpolitische Nutzen, die Herstellung einer grossen Zahl an einheimischen Filmen, die mehrheitlich Nischenprodukte bleiben, zu fördern, wenn angesichts viel zu klein bemessener und unzureichend definierter Förderung der Filmkultur ganz allgemein jene Initiativen verkümmern, die eine grosse Vielfalt an Filmen (vor allem auch Nischenfilme) das ganze Jahr über zum Publikum bringen? **Ohne diese Initiativen verkümmert auch das Interesse des Kinopublikums an einer filmkulturellen Vielfalt und an Schweizer Filmen.**

¹ Cinélibre ist der Dachverband der nicht-gewinnorientierten Kinos, der Programmkinos und der Filmklubs in allen Landesteilen der Schweiz. Die erfreulich grosse filmkulturelle Angebotsvielfalt in der Schweiz basiert ausschlaggebend und nachweislich auf dem Angebot der nicht-gewinnorientierten Programmkinos und der Filmklubs. Dies betrifft die ganze Breite des Filmschaffens, von zeitgenössischen Schweizer Filmen, die zu einem bedeutenden Teil sogar ihre Erstaufführung in diesen Programmkinos erleben, über das Filmschaffen aus Ländern aller Kontinente bis zur regelmässigen Wiederaufführung von filmhistorischen Werken, was ein bedeutender Beitrag zur Filmbildung für alle Bevölkerungskreise darstellt. Dem Kinopublikum in der Schweiz wird die Filmgeschichte von den Anfängen in der Stummfilmzeit bis in die jüngste Vergangenheit und einschliesslich der Schweizer Filmgeschichte ausschliesslich von Programmkinos und Filmklubs regelmässig angeboten, da es die rein marktwirtschaftlichen Reprisenkinos schon seit Jahren nicht mehr gibt. Diese hohe Angebotsvielfalt kann nur erhalten und entwickelt werden, wenn der Bund auch Netzwerke der nicht-gewinnorientierten Kinos, Programmkinos und Filmklubs fördert.

Förderung der Filmkultur

Cinélibre erachtet die aktuelle Förderung der Filmkultur durch die Eidgenossenschaft als **„Etikettenschwindel“**. Dies insbesondere vor dem Hintergrund dessen, was das BAK auf seiner Website schreibt: *„Ohne die Pflege einer echten Filmkultur und ohne entsprechende Sensibilisierung hätte es wenig Sinn, überhaupt Filme zu produzieren. Aus diesem Grund fördert das BAK nicht nur den Schweizer Film, sondern auch die Filmkultur allgemein in unserem Land.“*

Dieses vom BAK umschriebene Förderziel wird bei weitem verfehlt. Denn das BAK fördert zurzeit nur einen sehr eng definierten Bereich der Filmkultur: Filmfestivals in der Schweiz, die Promotion des Schweizer Films im In- und Ausland, die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für das Medium Film, Filmpublikationen / -zeitschriften sowie das schweizerische Filmarchiv.

Die **Filmförderung des Bundes blendet einen der wichtigsten Bereiche der Filmkultur aus**, die massgeblich und kontinuierlich zur filmkulturellen Angebotsvielfalt beitragen: Die vielfältigen Initiativen beispielsweise des Netzwerks von Cinélibre mit den darin angeschlossenen Kinoinitiativen in der ganzen Schweiz (von Dörfern, in denen es sonst kein Kino mehr gäbe, bis zu den Grossstädten). Diese **nicht-privatwirtschaftlichen, nicht-gewinnorientierten Kinos und Filmklubs sind die Garanten für die Angebotsvielfalt auf der Kinoleinwand schlechthin**: Einerseits bringen sie als einzige Kinos nachweislich Schweizer Filme zum Publikum, die von privatwirtschaftlich organisierten Studiokinos als kommerziell uninteressante Nischenfilme abgestempelt und daher nicht programmiert werden. Andererseits erreichen sie als einzige Kinoinitiativen in der Schweiz mit einem wahrlich grossen Angebot an Filmen aus allen Kontinenten und aus allen Epochen der Filmgeschichte erfolgreich das Schweizer Kinopublikum.

Der Bericht zur Kulturbotschaft 2021-2024 hält in Punkt 2.3.6.2 lakonisch fest: *„Die Förderung von Einzelprojekten wurde infolge des Stabilisierungsprogramms des Bundes eingestellt.“* Die **Förderung von Einzelprojekten** war bis 2016 das einzige und zudem finanziell überaus bescheiden dotierte Förderinstrument des BAK im Bereich Filmkultur, über das Initiativen zur Angebotsvielfalt und Filmkultur ausserhalb der wenigen explizit vorgesehenen Förderbereiche in der Filmkultur unterstützt werden konnten. Cinélibre erachtet die umgehende **Wiedereinführung** der Einzelprojektförderung mit einem entsprechend angemessenen Budget als **kulturpolitisch dringend notwendig**.

Dazu ein konkretes Beispiel zur Kinopräsenz von Schweizer Filmen: Die Tessiner Mitglieder von Cinélibre organisieren Jahr für Jahr ein Programm mit neuen Schweizer Filmen. Diese Initiative wurde bis vor wenigen Jahren über die Einzelprojektförderung unterstützt. Es ist beschämend, dass diese Förderung ersatzlos gestrichen wurde, da die Initiative der Tessiner Mitglieder von Cinélibre die einzige Möglichkeit ist, dem Tessiner Publikum eine Vielzahl an Schweizer Filmen auf der Kinoleinwand zugänglich zu machen, Filme, die im Kanton Tessin von kommerziellen Kinos sonst kategorisch nicht programmiert werden.

Filmfestival – und was geschieht danach?

Die in der Kulturbotschaft geäusserte Einschätzung, Filmfestival spielen „eine immer stärkere Rolle für die Angebotsvielfalt, für (...) die Vermittlung sowie für die Auswertung von Filmen“ teilt Cinélibre in dieser Formulierung nicht. Festivals leisten zwar einen Beitrag zur Angebotsvielfalt, aber die **Bedeutung von Filmfestivals** für das filminteressierte Publikum in der Schweiz **wird von der eidgenössischen Filmpolitik klar überbewertet**.

Filmfestivals finden nur während weniger Tage statt und können nur von jenen Berufstätigen besucht werden, die abends in der Nähe der Festivals sind. Kulturpolitisch dringend nötig sind Massnahmen, die eine **Verbreitung von ausgewählten Festivalfilmen**, die von keiner Schweizer Verleihfirma übernommen werden, **ausserhalb der Festivaltermine und Festivalorte** ermöglichen.

Kulturpolitisch ist es keinesfalls legitim, mit öffentlichen Kulturgeldern Festivals in bedeutendem Umfang zu fördern, ohne aber Fördermassnahmen zu ergreifen, damit die Mehrheit der Bevölkerung nach den Festivals (und auch in anderen Landesteilen) effektiven Zugang zu nach qualitativen und inhaltlichen Kriterien ausgewählten Filmen erhält.

Cinélibre beweist seit vielen Jahren, dass die Vermittlung von Festivalfilmen mit bescheidenen Mitteln möglich und kulturell sinnvoll ist: Cinélibre nimmt regelmässig und erfolgreich Filme des Festivals Visions du Réel in sein Verleihangebot auf und ermöglicht es dem Publikum in allen Teilen der Schweiz, herausragende Festivalfilme zu entdecken. Zur Intensivierung dieser Initiative sind Cinélibre und Visions du Réel eine Kooperationspartnerschaft eingegangen. Unverständlicherweise fehlt aber eine eidgenössische **Förderung von Initiativen**, die den **schweizweiten Zugang des Kinopublikums zu Festival-Highlights** erfolgreich ermöglichen.

Kulturelle Teilhabe

Die Punkte 1.4.2.1 und 2.6.1 definieren die Entwicklungen der „kulturellen Teilhabe“. **Völlig inakzeptabel** ist, **dass die Kulturbotschaft 2021-2024** sich dabei auf wenige Bereiche konzentriert und **viele und zentrale Bereiche der kulturellen Angebote und des kulturellen Lebens in der Schweiz ausklammert und ausblendet**. Cinélibre fordert nachdrücklich, dass die Kulturbotschaft den Bereich **„Film auf der Leinwand“ in den Förderbereich** der „kulturellen Teilhabe“ aufnimmt und entsprechende Förderinstrumente vorgibt. Die Präsentation von Filmen auf der Kinoleinwand ermöglicht als einzige Form des Sehens von Filmen die kollektive Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit Inhalten und filmischen Formen.

Eine Beschränkung der Förderung der kulturellen Teilhabe auf den Bereich Kinder und Jugendliche (und andere Teilbereiche) ist kulturfremd. Die **kulturelle Teilhabe muss in der ganzen Breite und für alle Mitglieder unserer Schweizer Gesellschaft gefördert werden**.

Förderung von Kinonetzwerken und Verleih

Das BAK kennt die Förderung von Verleih und Kino im Bereich Angebotsvielfalt und Schweizer Film (u.a. 2.3.6.1 inkl. „Ziele und Massnahmen“). **Die bestehenden Förderinstrumente sind für Cinélibre aber völlig einseitig und unzureichend.**

Dies zeigt sich schon in der Berechnungsgrundlage für den Förderbeitrag an Kinos für ihre Leistung zur Angebotsvielfalt: Stark gewichtet werden neue Filme; **Werke der Filmgeschichte werden diskriminiert.** Ein kulturell vertretbares Gleichgewicht, das der realen Angebotsvielfalt in den Kinoprogrammen Rechnung trägt, muss dringend eingefügt werden, sonst ist diese Förderung eine verkappte Wirtschaftsförderung und keine kulturelle.

Dringend einzuführen sind eine echte kulturelle Verleihförderung und eine auf rein kulturellen Kriterien basierende Förderung von Programm kino-Netzwerken. Cinélibre bietet aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrung und Kompetenz ausdrücklich den Dialog zur Ausformulierung dieser Förderinstrumente an.

a) Kulturelle Verleihförderung: Kulturelle Angebotsvielfalt schliesst per Definition sowohl publikumswirksame Filme als auch Filme ein, die ein bescheideneres Publikum interessieren. Denn **Angebotsvielfalt bedeutet eben Vielfalt: von Filmen mit grösserem und mit kleinerem Publikumszuspruch** – erst beides zusammen führt zu Vielfalt. Daher dürfen Filme sowie Verleihfirmen, die sich mit grossem Engagement für eine echte und grosse Vielfalt einsetzen, keinesfalls bestraft werden, indem sie von der Förderung aufgrund von rein quantitativen Kriterien, konkret von Box-Office-Zahlen, ausgeschlossen werden. Cinélibre unterstützt den Vorschlag in der Kulturbotschaft, die Verleihförderung am *„Beitrag der Verleihunternehmen zur Angebotsvielfalt“* auszurichten. Die Förderkriterien dürfen aber keinesfalls quantitativ, sondern müssen qualitativ definiert sein. Denn der *„Beitrag zur kulturellen Teilhabe und lokalen Verankerung“* (Zitat Kulturbotschaft) im Bereich Filmkultur ist umso bedeutender, je grösser die angebotene Vielfalt ausfällt. **Kulturelle Verleihförderung ist keine Frage der Quantität, sondern allein eine Frage der Qualität.**

b) Programm kino-Netzwerke (und Netzwerke mit Initiativen im Geiste der Filmklubs): Es ist klar belegt, dass die nicht-gewinnorientierten **Programmkino-Netzwerke** und die Zusammenarbeit unter ihnen hinsichtlich der Programmgestaltung **den grössten Beitrag zur Angebotsvielfalt auf Kinoleinwänden leisten.** Will die eidgenössische Kulturpolitik diese **Angebotsvielfalt**, die im europäischen Vergleich ein sehr hohes Niveau erreicht hat, **für die Zukunft sichern**, sind entsprechende Förderinstrumente zu entwickeln und umzusetzen.

Kulturstatistiken

Leider beschränkt sich die Kulturstatistik im Bereich Kino weiterhin auf rein quantitative Messkriterien. Damit eine Kulturstatistik dem Begriff Kultur gerecht werden kann, muss eine **Kulturstatistik entwickelt und eingeführt werden, die nicht nur quantitative, sondern vor allem auch qualitative Kriterien** gebührend berücksichtigt.

Erst die qualitative Betrachtung kann die Grundlage für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Kulturpolitik darstellen.

Im Namen des Vorstandes von Cinélibre danken wir Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, dafür, dass wir zum Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung nehmen durften.

Gleichzeitig bitten wir Sie, unsere Anliegen und Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen und in der weiteren Ausarbeitung der Kulturbotschaft zu berücksichtigen. Für weitere Auskünfte und einen konstruktiven Dialog mit Ihnen stehen wir gerne zur Verfügung und freuen uns, von Ihnen die definitive Fassung der Kulturbotschaft zu erhalten.

Mit freundlichem Gruss



Robert Richter

Geschäftsführer Cinélibre

im Auftrag des Vorstands von Cinélibre (Giorgio Andreoli, Giancarlo De Bernardi, Eva Furrer-Haller, Beat Obergfell, Karel van Riel)

Kopie an die Mitglieder der Kommissionen Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK.

DER BEITRAG VON FILMEXPLORER FÜR DIE KULTURBOTSCHAFT 2021–2024

Filmexplorer verfolgt die Entwicklung der Kulturpolitik in der Schweiz, deren allgemeine Leitlinien wir begrüssen, aufmerksam. Im Rahmen der Debatte über die neue Kulturbotschaft 2021–2024 möchten wir unseren Beitrag leisten, indem wir verschiedene Überlegungen vorbringen, die unser Gebiet betreffen, nämlich Film und digitale Publikationen.

Wir wären nicht in diese Diskussion eingestiegen, wenn wir in der Kulturbotschaft 2021–2024 nicht auf *die mangelnde Berücksichtigung der Entwicklung, der Innovationen und der Schwierigkeiten im Bereich der Veröffentlichung kultureller Inhalte* gestossen wären. Darüber hinaus sind wir überzeugt, dass das Bundesamt für Kultur auf diesen Bereich mehr Aufmerksamkeit legen *sollte*, da es in der Kulturbotschaft die Bedeutung von Publikationen – in den allgemeinen Passagen – mehrfach unterstreicht, ohne jedoch auf diese Publikationen in den Passagen mit konkreten Massnahmen zurückzukommen. Siehe hierzu zum Beispiel den Verweis auf Publikationen, die den Kinosektor betreffen, im Absatz 1.2.1, dann deren Verschwinden im entsprechenden Absatz für konkrete Massnahmen, 1.4.2.1.

Im Jahr 2016, als Filmexplorer gegründet wurde, waren wir enttäuscht, dass das BAK die Tür zur Förderung digitaler Publikationen – bis auf Weiteres – schloss und seine Unterstützung auf gedruckte Publikationen beschränkte. Diesen Mangel an Mut haben wir damals auf fehlendes Wissen und fehlende Erfahrung auf dem Gebiet der vielfältigen und sich ständig verändernden Galaxie der digitalen Publikationen zurückgeführt. Aber nach fünf Jahren seit der Lancierung der letzten Kulturbotschaft erscheint es uns sehr bedauerlich, dass die neue Kulturbotschaft keine strukturierte Reflexion über einen schnell wachsenden Sektor bietet, welcher sich auch in grossen Schwierigkeiten befindet, insbesondere für Akteure, die ihre Produktionen auf kulturelle Inhalte ausrichten.

Mit den folgenden vier Überlegungen wollen wir das BAK dazu anregen, den Sektor der digitalen Publikationen zu verstehen und darüber nachzudenken. Dieser kann nicht als marginal betrachtet werden, wenn man die Hauptachsen, auf denen die neue Kulturbotschaft basiert, intelligent – d. h. mit einer zeitgemässen Denkweise – interpretieren will.

Digitalisierung

Wir freuen uns, dass die Kulturbotschaft 2021–2024 die Bedeutung der Digitalisierung weiter unterstreicht. Aber die Digitalisierung im Kinosektor scheint uns auf die Aufgabe der Erhaltung und Archivierung des Erbes sowie seiner digitalen Zugänglichkeit (durch eine Art "State VOD") beschränkt zu sein. Vermutlich lesen wir darin den Wunsch, sich ausschliesslich auf das *Angebot* für die Bevölkerung zu konzentrieren. Wenn "Teilhabe" jedoch ein Schlüsselbegriff ist, der die Kulturbotschaft inspiriert, sollte diese auch auf den *Austausch* abzielen, d. h. auch auf die *Diskussion* der angebotenen Werke. Darüber hinaus finden die Praktiken (Information, Selektion, Auswahl), durch die die Öffentlichkeit heutzutage Zugang zu Filmen hat, in einem digitalen Milieu (Internet, soziale Netzwerke

usw.) statt. Deswegen würde in diesem Milieu eine Plattform, die auf Auswahl und Diskussion ausgerichtet ist, notwendigerweise eine entscheidende Rolle spielen. In der digitalen Landschaft des Kulturaustauschs ist es heute nicht mehr möglich – und im Film Bereich noch weniger –, Produktion und Rezeption zu trennen.

Rezeption

Im Jahr 2017 setzte Filmexplorer – auch dank des Engagements des BAK selbst («Kulturpolitische Debatten» – Sprachen und Gesellschaft) – ein Forum zum Thema «Die Rezeption von Bewegtbildern im digitalen Zeitalter» um. Die Ergebnisse der Studie bestätigten das *immer engere Hin und Her zwischen Produktion und Rezeption*. In der Kulturbotschaft stellen wir jedoch ein überwältigendes Ungleichgewicht zugunsten der Produktion von Filmen – Schweizer Filmen und in der Schweiz gedrehten Filmen – fest. Wenn das BAK sich in seinen Inhalten und Formen *innovativen und kreativen* Filmen verschrieben hat, um seinem Engagement für Vielfalt gerecht zu werden, sollte es auch annehmen, dass ihre Rezeption ausserhalb der Kreise der Filmfans nicht gegeben ist. Wir brauchen Vermittlung oder, besser noch, Ausbildung und Austausch, um die Sprache und die spezifischen Formen des Films als Kunstform zugänglich zu machen. Für die Vermittlungsbemühungen finden wir im BAK-Dokument die Erwähnung der Weiterbildung (2.3.6, die zusammen mit «Festivals» und «Promotion» die Liste der förderungswürdigen Aspekte der "Kinokultur" abschliesst!), die vage von «Publikationen zum Kino» im dritten Punkt des «Kontextes» der Kinokultur begleitet wird (2.3.6.2), ohne dass dies in den nachfolgenden konkreten Massnahmen wiederholt wird. In diesem Zusammenhang sind wir davon überzeugt, dass Fachpublikationen, die sich auf kulturelle Inhalte konzentrieren (Diskussion über künstlerische und innovative Filmformen), die grundlegende Aufgabe haben, *die Lücke zwischen Informations- und Werbungsjournalismus und akademischer Forschung zu schliessen*. Andernfalls werden die Empfangsbereiche des Films zunehmend polarisiert und isoliert, ohne "Zusammenhalt", wodurch eine Kluft zwischen einem breiteren Publikum, das Unterhaltungsprodukte konsumiert, und immer mehr geschlossenen Kreisen von Filmliebhabern und/oder Forschern entsteht.

Kultur

Diese letzte Überlegung erinnert an die leitende Inspiration für das BAK: die Kultur selbst. Wir finden es eine gute Idee, dass sich die Kulturbotschaft 2021–2024 auf die UNESCO-Definition von "Kultur" bezieht und gleichzeitig ihre zu breite Bedeutung einschränkt. Für die engeren Konturen des praktischen Begriffs "Kultur" werden wir auf die Prioritäten der Kulturbotschaft selbst verwiesen (1.1.3). Wenn wir uns also auf die Kriterien «kulturelle Teilhabe», «gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation» beziehen, glauben wir, dass eine partizipative, kohäsive, kreative und innovative *Filmkultur* notwendig und förderungswürdig ist. Warum wird dann der Film oder das Kino bei der Entwicklung der kulturellen Teilhabe, des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Kreativität und der Innovation nie erwähnt (1.4.2.1, 1.4.2.2, 1.4.2.3)?

Wir haben den Eindruck – zu Unrecht, wie wir hoffen –, dass in der Kulturbotschaft die zu entwickelnde "kulturelle" Spezifität im Wesentlichen nicht das Kino betrifft. Die für das Kino geplanten Massnahmen betreffen die Produktion, die Verfilmung und die Archivierung, als ob das Ziel des BAK hauptsächlich darin bestünde, das Schweizer Kino zu unterstützen, d. h. die Gesundheit des Schweizer Kinos, d. h. den Erfolg des Schweizer Kinos, der die Gesundheit des Schweizer Kinomarktes zu erfordern scheint. Wenn dies der Fall wäre, soweit die Unterhaltung in Filmen und der einfache Konsum von Filmen als Erfolgskriterien für Filmproduktionen unerlässlich sind, würde das BAK seine "kulturelle" Berufung nur sehr indirekt oder durch Kompromisse erfüllen.

Die "kulturelle", d. h. die partizipative, kohäsive, kreative und innovative Berufung ernst zu nehmen, bedeutet *für den Film* mindestens zwei Dinge:

- der "Filmkultur" viel mehr Bedeutung beizumessen, einschliesslich der Instrumente des Austauschs und der Diskussion, d. h. Publikationen, die sich auf kulturelle Inhalte konzentrieren;
- das Kino mit den gleichen Entwicklungszielen wie andere "Künste" zu behandeln (der Absatz 1.4.2.3 über die Entwicklungen im Bereich Kreation und Innovation sollte sich beispielsweise nicht ausschliesslich auf Pro Helvetia und die Kunstwelt beziehen!).

Digitale Publikationen

Wir nehmen an, dass eines der dringlichsten Probleme, mit denen das BAK bei der Beschäftigung mit dem Archipel der digitalen Filmpublikationen konfrontiert ist, darin besteht, Kriterien für die Auswahl der Akteure zu erarbeiten, die den Zielen der Kulturbotschaft am besten entsprechen. Persönliche Blogs, Plattformen, die Informationen sammeln: Sind das immer Akteure, deren kulturelle Inhalte interessant, seriös, nützlich und vor allem mit den Prinzipien der Kulturbotschaft übereinstimmen?

Auf der Grundlage der oben dargestellten Überlegungen schlagen wir hier *konstruktiv* eine Reihe von Kriterien vor, die unserer Meinung nach eine entscheidende Rolle bei der Orientierung unter den digitalen Filmpublikationen spielen sollten und innovative Formen vorantreiben können.

Aus Sicht der Kulturbotschaft des Bundes sollte eine digitale Plattform mit einer "kulturellen" Berufung vorzugsweise folgende Aufgaben erfüllen:

- Eine *nationale* Zielgruppe mit mehreren Landessprachen (einer der Schwerpunkte der Kulturbotschaft) ansprechen – auch weil Plattformen mit lokaler oder kantonaler Ausrichtung von lokalen oder kantonalen Fördermitteln profitieren können.
- *Internationale Anerkennung* erlangen, um die Filmkultur der Schweiz im Ausland sichtbar zu machen und die Schweizer Filmbranche darin zu fördern, sich mit der internationalen Filmbranche zu konfrontieren.
- Fähigkeit, die *Spezifität des digitalen Mediums* zu interpretieren: gezielte Kommunikation mit verschiedenen Zielgruppen, Bildung von Communities und vor allem:
- Verwendung von mehreren *multimedialen und crossmedialen* Ressourcen: Text, Links, Audio, Video, Social Media, Shared Channels (YouTube, Vimeo etc.).
- Fokussierung mit einem spezifischen und klaren Profil auf *kulturelle Inhalte*, und weniger auf Information oder Werbung – Letztere wird leichter über kommerzielle Kanäle abgewickelt.

- Berücksichtigung der Untrennbarkeit von *allen Formen von bewegten Bildern*, in Kunst, Kino und neuen Medien.
- Zusammenarbeit mit der Branche und den *Bildungsinstitutionen*, Schulen, Hochschulen und akademischen Institutionen.
- Fähigkeit, die *neuen Generationen* einzubeziehen, als Publikum und als Mitarbeiter.
- *Angemessene Entlohnung* der Mitarbeiter – in einem beruflichen Kontext oder im Rahmen einer Professionalisierung.
- Gemeinnütziges Management mit einer ständigen *Reinvestition* von Ressourcen.

Das sind Aufgaben, die Filmexplorer von Anfang an selbst anging, ja gar als Voraussetzung für die Lancierung wahrnahm, obwohl diese Aufgaben einen grossen finanziellen Aufwand erfordern. Doch wurden die auftretenden Schwierigkeiten immer durch die Überzeugung gemildert, dass diese Aufgaben für die Aufrechterhaltung einer kulturellen Berufung unerlässlich sind.

Eine kulturelle Berufung, die, so scheint es uns, in der Kulturbotschaft 2021–2024 ein perfektes Echo finden sollte. Und daher eine Kulturbotschaft 2021–2024, die sich offen an der Diskussion über Publikationen, über digitale Publikationen, über digitale Filmpublikationen und insbesondere über digitale Filmpublikationen, die kulturelle Inhalte in den Mittelpunkt stellen, beteiligen sollte.

Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung für einen Austausch über die Themen, die in unserem Beitrag zur Diskussion der Kulturbotschaft 2021–2024 angesprochen werden. Diese werden nach dem 20. September 2019 auch auf der Plattform Filmexplorer (in Französisch, Deutsch und Italienisch) veröffentlicht, um die Debatte transparent zu verbreiten.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die Bereitschaft, auf unsere Diskussion einzutreten.

Mit freundlichen Grüssen

Giuseppe Di Salvatore & Ruth Baettig
FILMEXPLORER

Basel, 11.9.2019

CONTRIBUTION DE FILMEXPLORER POUR LE MESSAGE CULTURE 2021-2024

Filmexplorer suit avec attention l'évolution de la politique culturelle en Suisse, dont nous apprécions positivement les lignes directrices générales. Dans le cadre des débats sur le nouveau Message Culture 2021-2024, nous souhaitons apporter notre contribution en proposant une réflexion qui concerne notre domaine, celui du film et des publications numériques.

Nous ne serions pas intervenus dans cette discussion si nous n'avions pas remarqué, dans le Message Culture 2021-2024, un *manque de prise en considération de l'évolution, des nouveautés et des difficultés du secteur de la publication de contenus culturels*. Plus encore, nous sommes convaincus qu'une plus grande attention à ce domaine est *nécessaire* pour l'Office Fédéral de la Culture, lequel souligne justement l'importance des publications à plusieurs reprises — dans les passages à caractère général —, sans pour autant y revenir dans les passages qui concernent les mesures concrètes. Voir, par exemple, la mention des publications, à propos du secteur cinéma, au 1.2.1, puis leur disparition au paragraphe corrélié pour les mesures concrètes, le 1.4.2.1.

En 2016, lors de la fondation de Filmexplorer, nous avons constaté avec déception que l'OFC fermait la porte des subventions aux publications numériques, en restreignant son support aux seules publications imprimées. Au bénéfice du doute, nous avons alors imputé cette prise de position peu courageuse à une méconnaissance de la galaxie changeante et variée des publications numériques. Mais après cinq ans du lancement du dernier Message Culture, il nous semble fort regrettable que le nouveau Message Culture n'apporte aucune réflexion structurée sur un secteur en forte expansion, mais également en grande difficulté, surtout pour les acteurs qui orientent leurs productions vers des contenus culturels.

Avec les quatre réflexions suivantes, nous voulons aider l'OFC à comprendre et penser un secteur qui ne saurait être considéré comme marginal, si l'on veut interpréter avec intelligence — l'intelligence de la contemporanéité — les axes principaux sur lesquels le nouveau Message Culture se fonde.

Numérisation

Nous sommes heureux que le Message Culture 2021-2024 souligne davantage l'importance de la numérisation. Mais la numérisation pour le secteur cinéma nous paraît être réduite à la tâche de conservation et d'archivage du patrimoine, ainsi qu'à son accessibilité numérique (à travers une sorte de « VOD d'État »).

Il nous semble pouvoir y lire une volonté de s'intéresser exclusivement à l'*offre* faite à la population. Or, si la « participation » est un concept clé qui inspire le Message Culture, il faudrait également viser à l'*échange*, c'est-à-dire aussi à la *discussion* des œuvres qui sont offertes. Par ailleurs, les pratiques à travers lesquelles le public a aujourd'hui accès aux films — information, sélection et choix — prennent toutes place dans un milieu numérisé (internet, réseaux sociaux, etc.) où une plateforme de sélection et discussion aurait forcément un rôle décisif.

Dans le paysage numérisé des échanges culturels, il est désormais impossible — plus encore en ce qui concerne le film — de séparer la production de la réception.

Réception

À ce sujet, Filmexplorer a réalisé en 2017 — et cela grâce aussi à l'engagement de l'OFC lui-même (« Débats de politique culturelle » - Langage et société) — un FORUM sur « La réception des images en mouvement à l'ère numérique », lequel a confirmé ce constat d'un *va-et-vient toujours plus étroit entre production et réception*. Or, dans le Message Culture, nous remarquons un déséquilibre écrasant en faveur de la seule production de films, films suisses et films en Suisse.

Si l'OFC s'engage en faveur des films *novateurs et créatifs* dans leurs contenus et dans leurs formes afin d'honorer son engagement pour la diversité, force est aussi d'admettre que leur réception n'est pas donnée en dehors des cercles de cinéphiles. Il faut un travail de médiation ou, mieux, de formation et d'échange pour rendre accessibles le langage et les formes propres au film comme forme d'art. Pour les efforts de médiation, dans le document de l'OFC, nous trouvons mentionnée la formation continue (2.3.6, qui avec les « festivals » et la « promotion » ferme la liste de ce qui mérite d'être soutenu pour ce qui concerne la « culture cinématographique » !), qui se retrouve vaguement accompagnée par « les publications sur le cinéma » dans le troisième point du « Contexte » de la culture cinématographique (2.3.6.2), sans que cela réapparaisse dans les mesures concrètes qui suivent.

À ce propos, nous sommes convaincus que les publications spécialisées qui mettent au centre le contenu culturel (discussion des formes artistiques et novatrices des films) ont pour tâche fondamentale de *combler le vide entre le journalisme d'information-promotion et les études académiques*. À défaut, les milieux de réception du film seront toujours plus polarisés et isolés, sans « cohésion », créant ainsi un gouffre entre un large public qui consomme des produits de divertissement et des cercles de cinéphiles et/ou de chercheurs.

Culture

Cette dernière réflexion ne fait que rappeler l'inspiration directrice qui guide l'OFC, la culture elle-même. Nous trouvons sage que le Message Culture 2021-2024 se réfère à la définition de « culture » de l'UNESCO, tout en renvoyant à la nécessité de restreindre une acception certainement trop ample. Or, pour les contours plus restreints de la notion pratique de « culture » nous sommes renvoyés aux priorités du Message Culture lui-même (1.1.3). Dès lors, si nous nous référons aux critères de « participation culturelle », de « cohésion sociale » et de « création et innovation », nous croyons qu'une *culture de film* participative, cohésive, créative et novatrice est bien nécessaire et digne de soutien. Pourquoi, alors, le film ou le cinéma ne sont-ils jamais mentionnés dans les développements en matière de participation culturelle, cohésion sociale, création et innovation (1.4.2.1, 1.4.2.2, 1.4.2.3) ?

Nous avons l'impression — à tort, nous l'espérons — qu'au fond, dans le Message Culture, la spécificité « culturelle » à développer ne concerne pas le cinéma. Les mesures prévues pour le cinéma concernent la production, le tournage, l'archivage, comme si l'objectif de l'OFC était principalement le soutien au cinéma suisse, c'est-à-dire la bonne santé du cinéma suisse, c'est-à-dire le succès du cinéma suisse, ce qui semble passer par la bonne

santé du *marché* du cinéma suisse. Si tel était le cas, dans la mesure où le film comme divertissement et la consommation facile des films s'imposent comme critères de succès dans les productions cinématographiques, l'OFC satisferait sa vocation « culturelle » seulement très indirectement ou par compromis.

Prendre au sérieux la vocation « culturelle », c'est-à-dire participative, cohésive, créatrice et novatrice, *pour le film* signifie en revanche au moins deux choses :

- donner beaucoup plus d'importance à la « culture cinématographique », en y incluant les instruments d'échange et discussion, donc les publications qui mettent au centre le contenu culturel ;
- traiter le cinéma avec les mêmes objectifs de développement que les autres « arts » (le paragraphe 1.4.2.3 sur les développements en matière de création et d'innovation, par exemple, ne devrait pas concerner exclusivement Pro Helvetia et le milieu de l'art !).

Publications numériques

Nous imaginons qu'un des problèmes les plus pressants que l'OFC a rencontrés en se tournant vers l'archipel des publications numériques sur le film est d'isoler des critères pour sélectionner les acteurs qui répondent le mieux aux objectifs du Message Culture. Blogs personnels, portails de collection d'information : s'agit-il toujours d'acteurs dont le contenu culturel est intéressant, sérieux, utile et, surtout, en accord avec les principes du Message Culture ?

Sur la base des réflexions présentées plus haut, et *de façon constructive*, nous proposons ici un *décatalogue*, c'est-à-dire une *série de critères* qui nous semblent devoir jouer un rôle décisif pour s'orienter parmi les publications numériques sur le film.

Du point de vue du Message Culture de l'État fédéral, une plateforme numérique à vocation « culturelle » devrait remplir, de préférence, les tâches suivantes :

- 1) S'adresser à un public d'*ampleur nationale*, en impliquant plusieurs langues nationales (une des priorités du Message Culture) — aussi car les plateformes à orientation locale ou cantonale peuvent bénéficier des subventions locales ou cantonales.
- 2) Gagner une *renommée internationale*, pour rendre visible à l'étranger la culture de cinéma en Suisse, et pour pousser la branche du cinéma suisse à se confronter à l'international.
- 3) Savoir interpréter la *spécificité du médium numérique* : communication ciblée à différents types de publics, création de communautés, et surtout :
- 4) Utiliser plusieurs ressources *multi-médiales* et *cross-médiales* : texte, liens, audio, vidéo, réseaux sociaux, canaux de partage (YouTube, Vimeo, etc.).
- 5) Se concentrer avec un profil défini et clair sur les *contenus culturels*, davantage que sur l'information ou la promotion — ces dernières étant plus facilement menées par des circuits commerciaux.
- 6) Considérer *toutes les formes d'image en mouvement*, entre art, cinéma et nouveaux médias, sans solution de continuité.
- 7) Collaborer avec la branche et les *institutions de formation* scolaires, supérieures et académiques.
- 8) Savoir impliquer les *nouvelles générations*, comme public et comme collaborateurs.

- 9) Rémunérer *correctement* les collaborateurs, dans un contexte professionnel ou un parcours de professionnalisation.
- 10) Rester dans une gestion à but non lucratif de constant *réinvestissement* des ressources.

C'est à ces tâches que Filmexplorer s'est toujours attelé lui-même, bien qu'elles impliquent un effort majeur en termes de financement. Mais les difficultés rencontrées ont été toujours allégées par la conviction que ces tâches sont essentielles pour garder une vocation culturelle.

Une vocation culturelle qui, nous semble-t-il, devrait trouver un écho parfait dans le Message Culture 2021-2024. Et un Message Culture 2021-2024, donc, qui devrait s'engager *ouvertement* dans la discussion sur les publications, sur les publications numériques, sur les publications numériques sur le film, et notamment sur les publications numériques sur le film qui mettent au centre le contenu culturel.

Nous restons à votre disposition pour échanger sur les sujets évoqués dans notre contribution à la discussion du Message Culture 2021-2024, laquelle sera également publiée après le 20 septembre 2019 sur la plateforme Filmexplorer (en français, allemand et italien) dans l'espoir d'élargir le débat de façon transparente.

Bien cordialement,

Giuseppe Di Salvatore & Ruth Baettig
FILMEXPLORER

Bâle, 11.9.2019

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Herrn Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Basel, den 19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024 eingeladen. Die Kunstmuseen sind ein wesentlicher Akteur im reichen touristischen Angebot unseres Landes. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes die Kunstmuseen ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns als eines der führenden Kunstmuseen der Schweiz an der Vernehmlassung teilzunehmen.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür sind wir dankbar, lebt doch die Kulturpflege und -förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Themen wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Mit diesen Themen beschäftigen sich auch die Kunstmuseen intensiv. Wir begrüssen die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugutekommen, sehr.

Zu folgenden Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns äussern:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge / Betriebsbeiträge

Wir begrüssen die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, welche die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungssummen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein beträchtlicher Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen.

2. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Projektbeiträge an Provenienzforschung

Das Kunstmuseum Basel begrüsst es sehr, dass wiederum Projektbeiträge der Thematik der Provenienzforschung bzw. NS-Raubkunst gewidmet werden sollen. Gerade im Kunstmuseum Basel haben die vom BAK unterstützten Projekte gezeigt, wie wichtig die gesprochenen

Förderbeiträge für die Priorisierung der Provenienzforschung im Museum, bei der kantonalen Behörde und bei privaten Geldgebern waren. Im Moment wird im Kunstmuseum Basel eine Abteilung für Provenienzforschung längerfristig etabliert, die z.T. durch Drittmittel, z.T. durch öffentliche Gelder finanziert wird.

Die Etablierung einer schweizerischen Arbeitsgruppe der Provenienzforschung, an der alle grossen CH-Museen und einige weitere beteiligt sind, hat wesentlich auf den BAK-Projekten aufbauen können. Sie ist ein erfreuliches Symptom der intensivierten Forschung in der Schweiz. Jedes BAK-unterstützte Projekt hat eine substantielle Verbesserung der Fachkompetenz der Schweizer Provenienzforscher und -forscherinnen bewirkt. Dank der Projektbeiträge hat sich mittlerweile ein Pool an kompetenten Forschern und Forscherinnen entwickelt. Darauf lässt sich aufbauen und die Voraussetzungen einer stärker vernetzten, landesweiten Forschung sind massiv gestärkt worden. In diesem Zusammenhang wäre es der Forschung förderlich, auch institutionsübergreifende Projekte anzuregen und zu unterstützen.

Die Notwendigkeit für weitere Projekte und der daraus resultierende Bedarf an finanzieller Unterstützung ist weiterhin gross. Denn gerade in grossen und bedeutenden Sammlungen wie dem Kunstmuseum Basel bleibt sowohl im Bereich der Sammlung wie auch im Archiv, dessen Bestände von nationaler Bedeutung sind, noch viel zu tun. Gerade in Graphischen Sammlungen ist Provenienzforschung ohne aufwändige Digitalisierung nicht möglich. So haben wir im Hinblick auf den folgenden Satz aus Kap. 2.4.2.2 auf S. 33 Bedenken: „Ebenso die *Projektbeiträge*, wobei bei Letzteren zu prüfen sein wird, ob die Thematik der Provenienzforschung für die ganze Förderperiode beizubehalten ist.“ Uns scheint es wichtig, dass die ganze Förderperiode dem Thema NS-Raubkunst gewidmet wird.

3. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Wir begrüßen grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen sie indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem sie Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Besonders Ausstellungen in international renommierten Häusern wie dem Kunstmuseum Basel haben die Steigerung des Marktwertes zur Folge. Zudem erwerben sie Kunstwerke für ihre Sammlungen und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaffenden bei. Diese grundlegenden Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zu befürchten ist, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst oft nicht nötig. Es ist auch zu befürchten, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

4. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommenen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, worüber wir uns freuen. Wir stellen jedoch fest, dass

das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Im Zuge der fortschreitenden Medialisierung der Lebenswelten sind Fragen nach der Produktion, Verbreitung und Wahrnehmung von Bildern in besonderer Weise virulent geworden. Dies gilt vor allem für das Zeitalter der Digitalisierung. Der Begriff Bildkompetenz thematisiert dabei zentrale Fragen: Wie lassen sich aus heutiger Perspektive Bilder herstellen, manipulieren, interpretieren oder kritisch hinterfragen? Welcher Kompetenzen bedarf es, um sich in den neuen Bildwelten zu orientieren? Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Daher ist es wichtig das Bilderlesen im Sinne der *visual literacy* als gleichwertige Kulturtechnik zu betrachten und zu fördern. Hier können Kunstmuseen einen wichtigen Beitrag leisten.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten den Punkt Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung und liefert wichtige Denkanstösse zu aktuellen Debatten. So gesehen ist ein Museum mit einem dreidimensionalen, körperlich erfahrbaren Bilderbuch vergleichbar, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Als Institution verfügt das Museum über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.

Wir würden uns freuen, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021-2024 einfließen würden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Josef Helfenstein
Direktor

Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz
ag-schweiz@arbeitskreis-provenienzforschung.org

An
Herrn Bundesrat Dr. Alain Berset
Frau Direktorin Isabelle Chassot
StabsstelleDirektion@bak.admin.ch

**Stellungnahme der *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz*
zur Kulturbotschaft 2021-2024. Vernehmlassung.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Eröffnung am 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur «Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024» (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen; wir danken Ihnen für diese Möglichkeit.

Als *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz* möchten wir nun diese Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen unsere Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024 zu unterbreiten:

Wissenschaftler*innen aller Schweizer Sprachregionen aus den Bereichen Museen, Bibliotheken, Archive sowie Hochschulen und dem Kunstmarkt haben sich im Sommer 2019 mit dem Ziel zusammengeschlossen, sich über Fragen der Provenienzforschung in der Schweiz auszutauschen und ihr Fachwissen institutionenübergreifend auf nationaler und internationaler Ebene zu teilen.

Die *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz* ist im internationalen *Arbeitskreis Provenienzforschung e.V.* organisiert und orientiert sich an dessen Statuten.¹ Dieser im Jahr 2000 zuerst informell und 2014 formell gegründete Verbund hat sich mit seinen mittlerweile über 300 Mitgliedern als internationales Netzwerk etabliert.

¹ <https://www.arbeitskreis-provenienzforschung.org/> Vgl. zudem das in der Anlage mitgesandte Gründungspapier der *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz*.

Bemerkungen zur aktuellen Situation der Provenienzforschung in der Schweiz

Die Provenienzforschung in der Schweiz hat in den vergangenen vier Jahren einen enormen Aufschwung erfahren. Zu verdanken ist dies in erster Linie den Projektbeiträgen für Schweizer Museen, die das Bundesamt für Kultur (BAK) auf Basis der Kulturbotschaft 2016-2020 für die Provenienzforschung in Schweizer Sammlungen ausgeschrieben hat. Diese Gelder, in Höhe von insgesamt zwei Millionen Schweizer Franken, deren Vergabe an Eigenleistungen in gleicher Höhe gebunden war, haben es den geförderten Museen ermöglicht, auf Projektbasis wissenschaftliches Personal frei- bzw. einzustellen, um systematisch ihre Sammlungsbestände auf NS-Raubkunst zu untersuchen.

Die Unterstützung des BAK hat viel bewirkt: Innerhalb von vier Jahren konnten strukturierte Forschungsprojekte in den international und national bedeutenden Sammlungen der Schweizer Museen durchgeführt und die Ergebnisse im Internet für Fachleute und die interessierte Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.² Der so gewonnene Wissens- und Kompetenzzuwachs qualifiziert die Museen dazu, die gebotene Transparenz hinsichtlich der Erwerbsumstände ihrer Objekte zu erfüllen.

Seit rund zwei Jahren treffen sich Provenienzforscher*innen der vom BAK geförderten Projekte an den Schweizer Museen mit Wissenschaftler*innen an Hochschulen, Bibliotheken und Archiven sowie freien Forscher*innen. Diese Treffen tragen wesentlich dazu bei, die notwendige Expertise in der Schweiz zu verankern und über die Institutionen- und Landesgrenzen hinweg zu vertiefen.

Dies ist jedoch erst der Anfang: Die Limitierung der Förderung auf zwei Projektphasen von je zwei Jahren berücksichtigt nicht die international anerkannten Mittelwerte der Provenienzforschung, wonach die Erwerbsumstände von rund 60 Kunstwerken pro Jahr mit wissenschaftlicher Sorgfalt rekonstruiert werden können.³ So zeigte sich während der Projektlaufzeit, dass die umfangreichen Sammlungen der Schweizer Museen nur auszugsweise und nicht mit aller gebotenen Tiefe auf NS-Raubkunst überprüft werden konnten. Eine systematische Erforschung der Erwerbungskontexte wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen.

Heute ist offensichtlich, dass Provenienzforschung wesentlich umfassender ist als bisher angelegt:

Die Problematik unrechtmässiger Kulturguttranslokationen betrifft nicht die Museen allein, sondern vielmehr alle sammelnden Gedächtnisinstitutionen. Darüber hinaus beschränkt sich Provenienzforschung nicht auf den Kunst- und Kulturgutraub der Nationalsozialisten, sondern umfasst gleichermassen Erwerbungen in kolonialen Kontexten sowie den Kunst- und Kulturgutraub der Gegenwart und den illegalen Kulturgüterhandel.

Substantielle Provenienzforschung erfordert ausserdem die Schaffung einer adäquaten Datenbankinfrastruktur, um die gewonnenen Erkenntnisse langfristig und kollektiv verfügbar zu machen. Bereits die Kulturbotschaft 2016-2020 hat die Digitalisierung als «Megatrend» hervorgehoben.

Damit wird deutlich: Die bisherige, zeitlich auf vier Jahre und auf zwei Millionen begrenzte Unterstützung von Provenienzforschung an den Schweizer Museen ist unzureichend und weiterer Handlungsbedarf besteht:

² Eine Sammlung der Links zu den Ergebnissen aller bereits abgeschlossenen Projekte findet sich unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/kulturerbe/raubkunst/provenienzforschung-in-der-schweiz/links-provenienzforschung-von-museen-und-sammlungen-dritter-in-d.html>

³ Dieser Wert basiert auf langjähriger Praxiserfahrung und entspricht einem Vollzeitpensum, vgl. Dr. Andrea Bambi, Leiterin Provenienzforschung, Bayerische Staatsgemäldesammlungen, Vortrag anlässlich der Tagung «Biographien der Kunstwerke. Perspektiven der Provenienzgeschichte an Universitäten und Museen», Kunstmuseum Bern, 1. Juni 2017.

Weiterer Handlungsbedarf

- **Sammlungsforschung:** Mit Aussetzen der Förderung werden die im Zuge der Projektarbeit der letzten Jahre geschaffenen Grundlagen zur wissenschaftlichen Sammlungsforschung wieder verkümmern und gewonnene Erkenntnisse nicht nachhaltig fruchtbar gemacht.
- **Erweiterung des Förderrahmens** auf archäologische, ethnologische sowie aussereuropäische Sammlungen, Bibliotheken und Archive.
- **Schaffung digitaler Infrastrukturen**, einerseits zur Sicherung und Veröffentlichung der gewonnenen Erkenntnisse sowie andererseits zur digitalen Veröffentlichung zentraler Quellenbestände in Schweizer Archiven, Bibliotheken, Museen und weiteren Einrichtungen für die internationale Provenienzforschung.
- **Grundlagenforschung:** Die einzelfallbezogene Provenienzforschung stösst vielfach an Grenzen. Sie bedarf begleitender Grundlagenforschung zu Translokationen von Kunst- und Kulturgütern, insbesondere dem Kunsthandel, dem Sammlungs- und Museumswesen sowie der Wissenschaftsgeschichte in den Disziplinen Kunstgeschichte, Geschichte, Archäologie und Ethnologie.
- **Festlegen wissenschaftlicher Standards** für die Erforschung und Dokumentation von Provenienzanangaben.
- **Ausbildung:** Es gilt, den Nachwuchs durch die gezielte Zusammenarbeit zwischen Museen, Archiven, Bibliotheken und Bildungsinstitutionen für die Herausforderungen der Provenienzforschung zu qualifizieren.

Unser Appell zur neuen Kulturbotschaft

Provenienzforschung ist kein kurzfristiger Trend. Im Gegenteil: Verantwortungsvolle Provenienzforschung bedarf einer langfristigen Handlungsstrategie und eines Bekenntnisses aller Kulturträger zu einer entsprechend kontinuierlichen personellen und finanziellen Ausstattung.

Provenienzforschung gehört heute zum Kernauftrag sammelnder Institutionen. Die Ressourcen für Provenienzforschung, die ein spezifisches Fachwissen voraussetzt, aus eigenen Mitteln aufzubringen, ist jedoch angesichts der beständig wachsenden Anforderungen zunehmend unrealistisch.

Die Sammlungen der Schweizer Museen, Bibliotheken und Archive bilden einen wertvollen Bestandteil des nationalen und globalen Kulturerbes. Die Sammlungsdichte und die Bedeutung des Kunsthandelsplatzes Schweiz verlangen eine entsprechend umfassende Verpflichtung zu Aufarbeitung und Transparenz.

Deshalb erachten wir, die Unterzeichnenden, es als unzureichend und wirklichkeitsfern, dass Provenienzforschung in der nun zur Vernehmlassung gebrachten Fassung der Kulturbotschaft 2021-2024 nur mehr in folgendem Nebensatz Erwähnung findet: «[Erneut ausgeschrieben werden ebenso, Anm. d. Verf.] die Projektbeiträge, wobei bei Letzteren zu prüfen sein wird, ob die Thematik der Provenienzforschung für die ganze Förderperiode beizubehalten ist.» (Zitat aus Kapitel 2.4.2.2., S. 33).

Als Mitglieder der *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz* plädieren wir dafür, dass die neue Kulturbotschaft einen Rahmen dafür schaffen möge, die Provenienzforschung an Schweizer Museen, Archiven und Bibliotheken weiterhin und nachhaltig zu fördern.

Wir ersuchen Sie darum, die oben zitierte zögerliche Formulierung zu revidieren und dafür Sorge zu tragen, dass Provenienzforschung für die gesamte Dauer der Legislaturperiode 2021-2024 die Unterstützung des Bundes erfährt und die Projektbeiträge auf mindestens vier Millionen Schweizer Franken erhöht werden.

Wir ersuchen Sie ferner, Massnahmen für eine langfristige Etablierung von Provenienzforschung an Schweizer Institutionen zu treffen. Nur durch die nachhaltige Unterstützung des Bundes, kann eine verantwortungsvolle Pflege unseres kulturellen Erbes sichergestellt werden.

Wir danken für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

19.09.2019, *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz*

Claire Brizon (Doktorandin, Universität Bern)

Dr. Simon Crameri (Provenienzforschung, Fondation Beyeler)

Dr. Nikola Doll (Leiterin Provenienzforschung, Kunstmuseum Bern)

Dr. Gudrun Föttinger (Leiterin Sammlungen, Bernisches Historisches Museum)

Dr. Katharina Georgi-Schaub (Wissenschaftliche Mitarbeiterin Provenienzforschung, Kunstmuseum Basel)

Lena Lehmann (Kunstmuseum Basel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Provenienzforschung, Kunstmuseum Basel)

Silja Meyer (Wissenschaftliche Mitarbeiterin Provenienzforschung, Kunstmuseum Bern)

Brigitte Monti (Collaboratrice scientifique, Musée d'art et d'histoire, Genève)

Renato Moser (Wissenschaftlicher Assistent, Kunstmuseum Bern)

Dr. Johannes Nathan (Nathan Fine Art / Chair International Art Market Studies Association)

Samuel Reller (Wissenschaftlicher Mitarbeiter Provenienzforschung, Kunstmuseum St. Gallen)

David Schmidhauser (Kurator, Kunstmuseum Winterthur)

Floria Segieth-Wuelfert (Studienleiterin CAS «Werkzuschreibung und Provenienzforschung interdisziplinär», HKB/BFH)

Joachim Sieber (Wissenschaftlicher Mitarbeiter Provenienzforschung, Kunsthaus Zürich)

Jessica Skolovski (Wissenschaftliche Mitarbeiterin Provenienzforschung, Kunstmuseum Bern)

Dr. Joanna Smalcerz (Wissenschaftliche Mitarbeiterin Provenienzforschung Kunstmuseum Basel / Assoziierte Wissenschaftlerin, Universität Bern)

Luca Stoppa (Wissenschaftlicher Mitarbeiter Provenienzforschung, Museum zu Allerheiligen Schaffhausen)

Laura Studer (Wissenschaftliche Mitarbeiterin Provenienzforschung, Kunstmuseum St. Gallen)

Esther Tisa Francini (Leiterin Provenienzforschung, Museum Rietberg, Zürich / Mitarbeiterin SNF-Projekt Hans Himmelheber, Museum Rietberg / Universität Zürich)

Matthias Wohlgemuth (Kurator und Leiter Provenienzforschungsprojekte, Kunstmuseum St. Gallen)

Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz

im internationalen Arbeitskreis Provenienzforschung e.V.

Wissenschaftler*innen aller Sprachregionen der Schweiz aus den Bereichen Museum, Archive und Bibliotheken sowie von Hochschulen und aus dem Kunstmarkt haben sich zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen mit dem Ziel, sich über Provenienzforschung in der Schweiz auszutauschen und ihr Forschungswissen institutionenübergreifend auf nationaler und internationaler Ebene zu teilen.

Die Ziele im Einzelnen

- nachhaltige Etablierung von Provenienzforschung in den sammelnden Institutionen und im Kunsthandel
- Förderung der Grundlagenforschung zu Kunstmarkt, Ausstellungsgeschichte und Museumspolitik in der Schweiz
- Mitwirkung an der Etablierung digitaler Forschungsstrukturen
- Transparenz in der Vermittlung von Ergebnissen aus der Provenienzforschung
- Engagement für die Etablierung von Provenienzforschung an Hochschulen
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Provenienzfragen

Perspektiven der Provenienzforschung

Provenienzforschung wird als eine Auseinandersetzung mit den historischen Erwerbungskontexten von Artefakten und Sammlungen begriffen. Dazu zählen die Untersuchung der Schweizer Kulturpolitik, von Erwerbungen für private und öffentliche Sammlungen sowie von transnationalen Verflechtungen des Kulturgütertransfers, insbesondere in Unrechtskontexten von Kolonialherrschaft oder dem NS-Regime.

Die Rolle der Schweiz als politisch neutraler Staat im internationalen Gefüge, die hohe Dichte an öffentlichen und privaten Sammlungen sowie der Spitzenplatz auf dem internationalen Kunstmarkt sind gewichtige Gründe, Forschungen in diesen Bereichen voranzutreiben.

Mitgliedschaft

Eine Mitgliedschaft in der *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz* ist an eine persönliche Mitgliedschaft im internationalen *Arbeitskreis Provenienzforschung e.V.* gebunden. Damit verpflichten sich die Mitglieder gemäss dessen Satzung der guten wissenschaftlichen Praxis und anerkennen wissenschaftliche, kollegiale und rechtliche Standards.

Die *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz* verfolgt keine kommerziellen Ziele; Tätigkeiten im Rahmen der AG sind ehrenamtlich.

Die *Arbeitsgruppe Provenienzforschung Schweiz* ist auf der Website des internationalen *Arbeitskreis Provenienzforschung e.V.* vertreten:

<https://www.arbeitskreis-provenienzforschung.org/index.php?id=ag-schweiz>
mit E-Mailadresse ag-schweiz@arbeitskreis-provenienzforschung.org

Zürich, 2019



VERBAND SCHWEIZER MUSIKCLUBS UND FESTIVALS
FEDERATION SUISSE DES CLUBS ET DES FESTIVALS DE MUSIQUES ACTUELLES

Office fédéral de la culture

Consultation sur le message culture 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Fribourg, le 16.09.2019

Consultation sur le message culture 2021–2024

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame la Directrice,

PETZI est la faîtière de plus de 190 clubs et festivals de musiques actuelles, dans 20 cantons et dans les 3 régions linguistiques de la Suisse. PETZI représente des clubs (Rote Fabrik, Les Docks, Fri-Son, Dachstock, KIFF, Kaserne...) et des festivals (Bad Bonn Kilbi, Festi'neuch, B-Sides, Le Festival de la Cité, Jazz Festival Willisau, Les Urbaines, Antigél...) développant leurs activités dans un but culturel et non lucratif; elle tisse des liens entre ses membres, les différents partenaires politiques, médiatiques et le public.

Les membres de PETZI comptabilisent ensemble près de 3 milliards de chiffre d'affaires pour plus de 2 millions de visiteurs par an. Les clubs et festivals en Suisse ont un fort impact social (intégration, cohésion), et jouent un rôle conséquent dans la formation continue (apprentissage dans la structure, valorisation du bénévolat par l'acquisition de compétences). Enfin ces structures ont un rôle économique et touristique non négligeable.

Depuis 2004 PETZI bénéficie d'un contrat de subventionnement dans le cadre de l'art. 7 al. 1 de la LEEJ avec l'OFAS.

Bien que ne figurant pas dans la liste des associations consultées, PETZI prend volontiers position sur les sujets qui la concerne et vous transmet ses considérations dans le document ci-joint.

Nous vous remercions de votre travail et restons à votre disposition.

Avec nos salutations les meilleures.

Alexandre de Charrière, co-président

Oliver Dredge, co-président

Anya della Croce, coordinatrice

Jonatan Niedrig, coordinateur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge der Botschaft
- III. Förderbereiche; Ziele und Massnahmen
- IV. Massnahmen und Finanzen
- V. Schlussbemerkungen

I. Allgemeine Würdigung

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3% der Bundesausgaben für die Kultur zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der finanzpolitischen Lage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

In Bezug auf den Musiksektor stellen wir fest, dass in der neuen Kulturbotschaft der Umsetzung von Art. 67a BV grosse Beachtung geschenkt wird, indem das in Absatz 3 des besagten Artikels erwähnte Thema «Begabtenförderung» angegangen werden soll. Die diesbezüglichen Formulierungen bleiben jedoch weiterhin sehr vage und es ist bedauerlich, dass die aktuelle Musik, die eine entscheidende Rolle bei der Entdeckung von jungen Talenten spielt, sowie die Orte, die diese fördern, nicht erwähnt werden. Es erscheint uns deshalb wesentlich, die Clubs und Festivals in den Prozess der Förderung dieser jungen Talente einzubeziehen. Diese Förderung erfolgt auch über eine starke Partnerschaft mit den Orten, in denen diese jungen Talente in ihren Anfängen auftreten können bzw. den Clubs und Festivals, die wir vertreten. Die Begleitung und die Unterstützung der lokalen Musikszene ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Mitglieder. In diesem Zusammenhang schätzen wir es ganz besonders, dass geplant ist, die Kantone in diesem Stadium der Umsetzung einzubeziehen. Sie befinden sich nämlich in der einzigartigen Lage, unsere Mitglieder in ihrer Rolle als Entdecker und Förderer junger Musikerinnen und Musiker zu fördern und zu unterstützen. Gerne beteiligen wir uns auch an dieser Diskussion.

Im Hinblick auf die direkte Unterstützung des künstlerischen Schaffens ist die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, eine sehr erfreuliche Nachricht. Auch wenn diese Bestimmung primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird sie sicherlich dazu beitragen, eine Sensibilisierung dort zu bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfliessen. Dies erachten wir als sinnvoll und richtig. Dennoch sind wir erstaunt, dass in der gesamten Kulturbotschaft vor allem von den Bereichen Verlagswesen und Bildende und Visuelle Künste die Rede ist: Der Musikbereich wird hingegen nicht erwähnt. Dabei sind die Tourmanager, Produzenten, Musikvertreiber und anderen lokalen Programmverantwortlichen bei dieser Unterstützung ebenso wichtig wie Verleger, Ausstellungskuratoren usw.

II. Die Grundzüge der Botschaft

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der Kulturbegriff des Bundes an der Definition der Kultur der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz bei der Unterstützung von Pro Helvetia als sehr sinnvoll und zielführend.

Erlauben Sie uns eine Anmerkung in Bezug auf die Terminologie: In diesem Unterkapitel ist manchmal von «Kunstschaaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaaffenden» die Rede. Um jegliches Missverständnis zu vermeiden und niemanden auszuschliessen, wäre es wünschenswert, konsequent die Begriffe «Kunst- und Kulturschaaffende» zu verwenden und diese auch ebenso strikt zu übersetzen.

Ad 1.3 Nationale Zusammenarbeit in der Kulturpolitik

PETZI hofft, dass im nationalen Kulturdiallog die kulturellen Strukturen, welche die Arbeit der Kunstschaaffenden unterstützen, im zu entwickelnden Arbeitsprogramm berücksichtigt werden.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016-2020

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Schweizer Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia und ihren Partnern, insbesondere Swiss Music Export SME oder die Stiftung SUIA, gelungen, die Sichtbarkeit der Schweizer Kulturschaaffenden in der Schweiz und im Ausland deutlich zu verbessern. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass der Massnahmenkatalog der Kulturbotschaft unvollständig ist. Die Unterstützung der lokalen Kultur- und Musikszene verdient konkrete Massnahmen, denn die bisher ergriffenen Massnahmen haben keine nennenswerten Auswirkungen auf die Clubs und Festivals, welche diese fördern. Allem Anschein nach fehlt in der Förderung junger Talente zwischen deren Förderung in den Musikschulen und der breiten Promotion eine wichtige Etappe. Die lokalen Clubs sind in dieser entscheidenden Etappe Schlüsselakteure, indem sie die jungen Musikerinnen und Musikern bei ihren ersten Schritten auf der Bühne unterstützen – insbesondere auch mit den Residenzen, die sie regelmässig organisieren.

Dieser Mangel wird jedoch in der Evaluation der letzten Kulturbotschaft nicht erwähnt und auch bei den vorgeschlagenen neuen Massnahmen nicht berücksichtigt.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund sind wir der Meinung, dass Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich nicht nur laufend überprüfen und gegebenenfalls anpassen, sondern ihre Anstrengungen verstärken sollte.

Auch wenn wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» uneingeschränkt unterstützen, sind wir der Meinung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft offensichtlich.

Ad 1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Es ist erfreulich, dass die Musikorganisationen und die Kantone künftig in die Einführung der Talentförderung des Bundes einbezogen werden sollen. Die spezifische Erwähnung von Musikschulen und Musikhochschulen könnte jedoch zu der Annahme verleiten, dass damit ausschliesslich Bildungseinrichtungen gemeint sind. In diesem Zusammenhang erscheint es uns äusserst wichtig, auch die Verbände, Produktionsstätten oder sogar Kollektive, die über ein einzigartiges Wissen über die Musikszene verfügen, zu berücksichtigen. Wir möchten deshalb die Notwendigkeit betonen, auch die Laien, die Profis und sämtliche Bereiche der Musik und der aktuellen Musik in diesen Prozess einzubinden.

Daher erscheint es uns wesentlich, dass die Clubs und Festivals in diesem Kapitel als wichtige Partner bei der Entwicklung der kulturellen Teilhabe erwähnt werden, da sie durch die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie auch durch die ehrenamtliche und z.T. auch professionelle Mitarbeit des Betriebs diesbezüglich eine wichtige Funktion wahrnehmen. Schliesslich erfüllen sie auch die Kriterien der kulturellen Zugänglichkeit für die meisten Menschen durch ihre zumeist niederschwellige Preispolitik.

Ferner weisen wir darauf hin, dass wir es fragwürdig finden, die Einführung eines Förderprogramms für musikalische Talente im Kapitel «Kulturelle Teilhabe» zu behandeln. Ein solches Programm gehört in die Rubrik «Bildung» und nicht in die Rubrik «Kultur».

Es ist richtig, wichtig und unbestritten, dass die Kulturpolitik des Bundes auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse und der daraus resultierenden Schlüsse eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt. Wir sind jedoch der Meinung, dass dazu eine Überprüfung sämtlicher Kultursparten und insbesondere der Einbezug derer Verbände erforderlich ist. Für die Umsetzung einer echten Gleichstellung braucht es eine Partnerschaft mit allen kulturellen Akteuren und Akteurinnen, nicht nur in Bezug auf den Zugang, sondern auch bei der Kuration bzw. Programmation, bei den freiwilligen Helferinnen und Helfern sowie bei den kulturellen Akteurinnen und Akteuren selber.

Zu diesem Punkt möchten wir anfügen, dass uns der Satz «Die Förderung der Kunstvermittlung wird inhaltlich erweitert mit dem Ziel, eine verstärkte Förderung der kritischen Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen zu etablieren» wenig zweckmässig erscheint. Was ist mit den anderen künstlerischen Sparten? Verdienen diesen nicht auch einen wichtigen Anteil an der Kunstvermittlung, um der gesamten Bevölkerung den Zugang zu ihnen zu ermöglichen? In diesem Zusammenhang scheint uns eine echte Arbeit darüber, was die künstlerischen Produktionsstätten im Allgemeinen bieten können, wichtig. Der Punkt Kunstvermittlung scheint daher sein Ziel zu verfehlen. Es erscheint uns wichtig, über Zugänglichkeit, Kunstvermittlung im Allgemeinen und ihre Förderung in den verschiedenen Bereichen der Kunst zu sprechen. In diesem Zusammenhang ist es von grösster Wichtigkeit, dass ein breiter und integrativer Dialog über die allgemeine Strategie für die Förderung der Kunstvermittlung mit den Kantonen, den Städten sowie sämtlichen kulturellen Akteurinnen und Akteuren geführt wird.

Ad 1.4.2.2 Entwicklungen «gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die

Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als eine interessante Idee, die es unbedingt zu erproben gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen.

Wir finden es zudem wesentlich, dass beim Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da diese über sehr viel Know-how und zum Teil bereits über enorme Netzwerke verfügen. Es wäre daher unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. PETZI ist gerne bereit, das BAK mit seiner Expertise in diesem Bereich wie auch im Bereich der kulturellen Teilhabe zu unterstützen.

Ad 1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Angesichts der deutlichen und sichtbaren Zunahme der Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musiker sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

Damit diese Massnahmen erfolgreich sind, erscheint es uns zentral, dass sie koordiniert und gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteurinnen und Akteure, beispielsweise im Bereich des Musikexports, zusammengefasst werden können, damit die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden können.

Bei Bedarf ist der Schweizer Musikat, mit dem wir eng zusammenarbeiten und der beinahe alle nationalen Musikorganisationen der Schweiz zusammenfasst, gerne bereit, eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland: Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz-EU (InstA). Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

Wir fordern den Bund deshalb auf, alles daran zu setzen, damit die Schweiz an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen 2021-2027 teilnehmen kann.

Der Wille, die Kompensationsmassnahmen weiterhin beizubehalten, um den fehlenden Zugang der Schweiz zu diesem Programm auszugleichen, ist unserer Meinung nach ein bedenkliches Signal und lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund nicht besonders viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder-

und Forschungsprogrammen liegt, was für uns ganz einfach unvorstellbar ist. Als Mitglied von Live DMA (die Vereinigung aller europäischen Dachverbände) sehen wir regelmässig die Projektausschreibungen von Creative Europe, von denen unsere Mitglieder aufgrund der aktuellen Situation leider nicht profitieren können.

III. Förderbereiche; Ziele und Massnahmen

Ad 2.1 Professionelles Kunst- und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Kapitel. Wir verweisen allerdings darauf, dass sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auf die Aufgaben der Laienmusik übertragen lässt: «Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.» Gerade in diesem Zusammenhang sind Festivals und Clubs aufgrund ihrer starken lokalen und regionalen Verwurzelung von entscheidender Bedeutung. Darüber hinaus profitiert die Gesellschaft als Ganzes vom informellen Ausbildungsumfeld, das sie ihren freiwilligen Helferinnen und Helfern bieten.

Es sei zudem auch auf die Schlüsselrolle hingewiesen, welche die Laienorganisationen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielen: Das sie auf Freiwilligenarbeit basieren, sind sie oftmals wesentlich wirkungsvoller. Wir fordern die kulturellen Akteure aus Politik und Verwaltung auf, dies zu bedenken und in ihrer Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein eigenes Unterkapitel gewidmet wird und sind auch inhaltlich damit einverstanden. Wir sind jedoch erstaunt, dass der Bereich der Musik darin absolut keine Erwähnung findet. Ebenso wichtig erscheint uns, nicht nur von Kunstsparten zu sprechen, sondern von kulturellen Akteurinnen und Akteuren in ihrer Gesamtheit.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und dabei Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindungen zwischen Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollten. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Primarschule, damit die Kinder kreative Prozesse erleben und steuern können. In Zeiten, in denen die Wirtschaft immer mehr auf Kreativität setzt und sogar von Führungskräften künstlerische Fähigkeiten fordert, muss mit der Förderung dieser Fähigkeiten bereits in der Primarschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb die Musik- und Kulturverbände fordern, dass künstlerische und handwerkliche Fächer in der Schule mehr Gewicht erhalten müssen.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird auf die Potenziale zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft verwiesen. Aus unserer Sicht ist der Begriff «Kunst» im vorliegenden Kontext zu restriktiv. Es wäre sinnvoller, systematisch den Begriff «Kultur» zu verwenden.

Wir begrüssen es ausdrücklich, dass in der Kulturbotschaft die Frage der Einkommenssituation und Entschädigung von kulturellen Akteurinnen und Akteuren erwähnt wird. Wir unterstützen die Absicht von Pro

Helvetia und BAK vorbehaltlos, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist es, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüssen. Dennoch verstehen wir nicht, warum die Musik in diesem Rahmen erneut nicht berücksichtigt wird und warum alle Beispiele aus dem Bereich des Theaters und der Literatur stammen. Wir hoffen daher, dass diese wesentliche Frage der Vergütung der kulturellen Akteurinnen und Akteure in ihrer Gesamtheit mit Akteuren aus sämtlichen betroffenen Kreisen behandelt wird, unter anderem mit PETZI, der sich gerne an der Diskussion beteiligen wird.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. PETZI stellt seine Kompetenzen und Netzwerk gerne in den Dienst dieses Vorhabens. Zugleich halten wir es für unerlässlich, dass die Bemühungen zur Förderung des Austauschs über die Sprachregionen hinaus unvermindert fortgesetzt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf. In der Tat sollte eine nationale Politik der Unterstützung von Veranstaltungen und Clubs, die Randgebiete mit Leben erfüllen, umgesetzt werden. In einer Zeit, in der die Probleme im Zusammenhang mit der immer grösseren Zahl an kulturellen Veranstaltungen zunehmen, ist dennoch festzustellen, dass viele von ihnen rund um die grossen urbanen Zentren stattfinden und damit das Aussterben der Randgebiete begünstigen.

Wir begrüssen auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste. Gerne nehmen wir an Diskussionen zu diesem Thema mit den Städten, Kantonen und anderen Vertretern kultureller Interessen teil. Wir weisen an dieser Stelle auf die Diversity Roadmap hin, die wir in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, herausgegeben haben und an der zahlreiche unserer Mitglieder arbeiten.

->> Diversity Roadmap : bit.ly/2m4fEPt

Wir bleiben jedoch skeptisch gegenüber den im Zusammenhang mit der Vermittlung vorgeschlagenen Elementen. Die Botschaft spricht von den Medien, der Kunstkritik, die Vermittlung und mögliche Vermittlungstätigkeiten werden jedoch kaum thematisiert. In diesem Zusammenhang wäre ein Dialog mit den Kantonen und Städten über die Möglichkeiten der Vermittlung in jeder Institution sehr sinnvoll. Dennoch wird es notwendig sein, eine klare Trennlinie zwischen Kommunikation und Vermittlung zu ziehen. Für uns sind dies zwei sich ergänzende, aber auch sehr unterschiedliche Bereiche, die jeweils einen spezifischen Ansatz erfordern und unter keinen Umständen gleichbehandelt werden dürfen.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Dies ist notwendig, wenn wir das gestiegene Interesse an der Schweizer Kultur aufrechterhalten wollen.

Wir teilen hingegen die Einschätzung nicht, dass sich Webseiten wie z.B. [swissmusic.ch](https://www.swissmusic.ch) als Promotionsin-

strumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und nicht den Bedürfnissen des Musiksektors entsprechend. Wir sehen deshalb in Bezug auf diese Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Wir unterstützen hingegen die geplanten Massnahmen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche – Musik

Wir haben in diesem Zusammenhang nicht viele neue Kommentare anzuführen, mit Ausnahme derjenigen, die bereits weiter oben erwähnt wurden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Tatsache, dass die Förderung des künstlerischen Schaffens auch diejenigen Orte umfassen muss, die dieses begünstigen und dass es in Bezug auf die Musikschaffenden wichtig wäre, wie in den übrigen Bereichen zu erwähnen, dass sich die Förderung nicht nur auf die Komposition beschränkt, sondern auch die übrigen Berufsfelder berücksichtigt werden müssen. Wir weisen zudem darauf hin, wie wichtig es ist, das künstlerische Schaffen und die Verbreitung auch in den Randgebieten zu unterstützen.

Generell möchten wir auch noch einmal die entscheidende Bedeutung der bestehenden Vielfalt (insbesondere Festivals und Clubs) für die Kulturszene im Allgemeinen (und für die kulturelle Teilhabe) hervorheben. Auch wenn klar ist, dass die Unterstützung dieser Strukturen nicht auf Bundesebene geregelt werden kann und die Kompetenzen in den Händen der Kantone und Städte bleiben müssen, wäre deren Erwähnung in der Bundespolitik ein ausserordentlich wichtiges Signal. Wir halten es für notwendig, dass der Bund in diesem Punkt interveniert.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als «Gedächtnisinstitution der Nation» bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei.

Wenn die Nationalbibliothek ihrer Rolle als Gedächtnis der Nation wirklich gerecht werden will, muss die Musik zwingend wieder in ihre Bestände integriert werden. Es gibt keinen Grund, weshalb die Musik und damit auch Musikschaffende nicht Teil der Institution sein sollte. Die derzeitige Unklarheit in Bezug auf die Verantwortung für die bibliographische Musiksammlung und die föderalistischen Strukturen haben dazu geführt, dass wertvolle Bestände verschwunden sind. Wir fordern deshalb, dass die Nationalbibliothek sich einen umfassenden nationalen Überblick verschafft, der die Fragen der Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassungen usw. im Bereich der Musik klärt und die notwendigen Massnahmen einleitet, um den Reichtum der kulturellen Vielfalt widerzuspiegeln.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Grundsätzlich unterstützen wird die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur. Allerdings fallen diese angesichts des Gewichts und der Bedeutung dieser Laienkultur eher bescheiden aus. Die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, sollten daher vertieft und anschliessend mit konkreten Massnahmen ergänzt werden, beispielsweise, auf welche Weise die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. In diesem Zusammenhang ist insbe-

sondere die Miliz- bzw. Freiwilligenarbeit zu erwähnen, welche angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer wichtigere Rolle spielt.

Deswegen war es sinnvoll, in der laufenden Förderperiode die Projektförderung der kulturellen Teilhabe einzuführen: Dabei handelt es sich um eine konkrete und zweckmässige Massnahme.

IV. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Generell unterstützen wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte vollumfänglich. Beim Kapitel «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb die folgenden Erhöhungen:

→ In der Rubrik «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» sind 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen bzw. CHF 500'000 pro Jahr. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

→ In der Rubrik «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» sind 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen bzw. 1,2 Mio CHF für die ganze Förderperiode.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

V. Schlussbemerkungen

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, unsere Ausführungen bei Ihren Anträgen an die Räte zu berücksichtigen und freuen uns darauf, in die Diskussionen zu diesem Thema einbezogen zu werden.

Consultation sur le message culture 2021–2024

Contenu du présent rapport

- I. Appréciation générale
- II. Les grandes lignes du message
- III. Les disciplines et les domaines d'encouragement ; objectifs et mesures
- IV. Mesures et financement
- V. Conclusions

I. Appréciation générale

La culture représente 0,3 pour cent des dépenses de la Confédération, ce qui est clairement insuffisant à notre avis. Nous enregistrons néanmoins avec plaisir l'augmentation – quoique faible - du budget de la culture proposée par le Conseil fédéral. Cette modeste proposition devrait faire l'unanimité compte tenu de la situation financière de la Confédération ainsi que de l'énorme valeur ajoutée générée aujourd'hui par le secteur créatif.

Pour ce qui est de la musique, nous relevons l'importante place réservée à la mise en œuvre de l'art. 67a cst dans le nouveau message culture, notamment en abordant le sujet de l'encouragement des jeunes talents mentionnée à l'al. 3 dudit article. Toutefois, les formulations à ce propos restent vagues, et il est malheureux qu'aucune mention des musiques actuelles, secteur capital de la révélation de jeunes talents, ainsi que des lieux qui la promeuvent, n'y soient faites. Dès lors, il nous semble essentiel d'associer les clubs et festivals dans le processus d'encouragement à ces jeunes talents.

En effet, cet encouragement passe également par un partenariat fort avec les lieux qui leurs permettent de se produire dans leurs débuts – à savoir les clubs et festivals que nous représentons. L'accompagnement et le soutien de la scène locale est une des missions d'importance de nos membres. Dans ce cadre, nous apprécions tout particulièrement le fait qu'il soit prévu d'associer les cantons à ce stade de la mise en œuvre. En effet, ils sont dans une position unique pour aider et soutenir nos membres dans leur rôle de révélateurs et de soutien des jeunes musiciens. Nous nous tenons également à votre disposition pour participer à cette discussion.

Pour ce qui est du soutien direct à la création, la prise en compte explicite du revenu et de la rémunération des acteurs culturels et l'élargissement du domaine d'encouragement à celles et à ceux qui marquent de leur empreinte les processus créatifs et la diffusion d'œuvres d'art est une excellente nouvelle. Bien que cette disposition touche avant tout les actrices et les acteurs culturels professionnel.le.s, elle ne manquera pas de contribuer à sensibiliser le secteur où la limite entre engagement professionnel et engagement amateur s'efface, une évolution que nous estimons judicieuse et salubre. Néanmoins, nous nous étonnons du fait que dans l'ensemble du document sont surtout mentionnés les domaines de l'édition et des arts plastiques et visuels : aucune mention n'y est faite du domaine de la musique. Alors que les tourneurs, les producteurs, les distributeurs et autres programmeurs locaux ont tout autant d'importance dans ce soutien que les éditeurs, les commissaires d'exposition, etc.

II. Les grandes lignes du message

À propos de 1.1.3 Les objectifs de l'encouragement fédéral de la culture

Nous approuvons que la notion de culture de la Confédération s'inspire de la définition de la culture donnée par l'Organisation des Nations unies pour l'éducation, la science et la culture (UNESCO), notamment parce que la Suisse se conçoit comme membre actif de l'UNESCO.

À propos de 1.2. Les acteurs de la politique culturelle de la Confédération

Les informations sur les différents acteurs de la politique culturelle de la Confédération sont instructives et claires. On comprend particulièrement bien la division des tâches entre OFC et Pro Helvetia, une définition qui sera utile pour les bénéficiaires d'encouragements.

À propos de 1.2.2 Pro Helvetia

Nous estimons que l'approche curriculaire du soutien accordé par Pro Helvetia est judicieuse et qu'elle a fait ses preuves.

Permettez-nous une remarque terminologique : il est parfois question, dans ce sous-chapitre, d'*artistes*, parfois d'*acteurs culturels* et d'*artistes*. Pour éviter tout malentendu et afin de n'exclure personne, il est souhaitable d'utiliser de manière rigoureuse les termes d'*acteurs culturels* et d'*artistes* et de les traduire de manière tout aussi rigoureuse.

À propos de 1.3 Coopération nationale en matière de politique culturelle

PETZI espère que dans le dialogue culturel national, les structures culturelles qui soutiennent le travail des artistes soient prises en compte dans le programme de travail qui sera élaboré.

À propos de 1.4.1 Évaluation du message culture 2016-2020

Les mesures prises pour faire connaître la culture suisse à l'étranger par Pro Helvetia et ses partenaires, notamment Swiss Music Export SME ou la fondation SUISA, ont permis d'améliorer sensiblement la visibilité des actrices et des acteurs culturels suisses en Suisse et à l'étranger. Par conséquent, il nous semble important d'étendre ces mesures à tous les secteurs culturels.

Dans ce cadre, nous soulevons que le message culture en général souffre d'un manque dans les mesures proposées. En effet, le soutien à la scène locale culturelle et musicale mériterait des actions spécifiques, et les mesures prises jusqu'à présent n'ont que peu d'effet sur les clubs et festivals qui la promeuvent. Il semble dès lors manquer une étape dans le soutien aux jeunes talents entre leur promotion dans le cadre des écoles de musique et leur diffusion à large échelle. Les clubs locaux sont des acteurs incontournables de cette étape capitale en aidant les jeunes musiciens dans leurs premiers pas sur les scènes – grâce notamment aux résidences qu'ils organisent régulièrement.

Pourtant, ce manque n'est pas relevé dans l'évaluation du précédent message culture et n'est pas non plus pris en compte dans les nouvelles mesures proposées.

À propos de 1.4.2 Politique culturelle de la Confédération 2021–2024

Le deuxième paragraphe de ce chapitre insiste sur la puissance d'impact de la numérisation. Nous estimons que face à ce constat, Pro Helvetia ne doit pas se contenter d'évaluer ses instruments d'encouragement dans ce domaine et de les adapter le cas échéant, mais redoubler d'efforts.

Si nous approuvons sans réserve le programme « Culture et économie », nous sommes d'avis que ce programme doit désormais intégrer la musique pour tenir compte de la proximité évidente des processus

créatifs en musique et des processus innovants de l'économie.

À propos de 1.4.2.1 Développements en matière de « participation culturelle »

Nous nous réjouissons que les organisations musicales et les cantons soient désormais associés aux démarches de la Confédération destinées à encourager les jeunes talents. La mention spécifique des écoles de musique et des hautes écoles de musique pourrait toutefois faire penser que l'intégration concerne exclusivement les établissements de formation. Dans ce cadre, prendre en compte les associations, les lieux de production, voir même les collectifs, qui ont une connaissance unique de la scène musicale, nous paraît capital. Nous insistons donc sur la nécessité d'associer également les amateurs, les professionnels et l'ensemble du secteur de la musique et des musiques actuelles à ce processus.

Il nous paraît donc essentiel que les clubs et festivals de musiques actuelles soient mentionnés dans ce chapitre en tant que partenaires incontournables dans le développement de la participation culturelle, tant par l'implication des publics que l'implication bénévole et/ou professionnelle dans leurs activités des personnes vivant dans la communauté dans laquelle ils s'inscrivent. Aussi, ils répondent pleinement aux critères d'accessibilité à la culture pour le plus grand nombre de par une politique de prix qui se veut « abordable ».

Nous signalons également que nous trouvons discutable de placer le lancement du programme d'encouragement des talents musicaux dans le chapitre intitulé « Participation culturelle ». La place d'un tel programme est à la rubrique « Formation » et non à la rubrique « Culture ».

Il est juste, important et incontestable que la politique culturelle de la Confédération s'efforce d'obtenir une représentation équitable des genres, se basant sur les résultats de l'évaluation de la situation et sur les interventions qui en découlent. Pour qu'une telle démarche aboutisse, nous estimons toutefois qu'il est indispensable d'évaluer la totalité des secteurs culturels et en particulier de faire participer les institutions sectorielles. Un partenariat avec l'ensemble des acteurs culturels est en effet nécessaire pour la mise en place d'une réelle égalité, non seulement dans l'accessibilité, mais aussi dans la programmation, chez les bénévoles et les acteurs culturels eux-mêmes, etc.

Sur ce point, nous rajoutons également que la phrase « il s'agit d'élargir l'éventail des contenus pour renforcer le soutien à la réflexion critique sur l'art contemporain. » nous semble peu appropriée. Qu'en est-il des autres disciplines artistiques ? Ne méritent-elles pas également une part importante de médiation, afin d'aider toute la population à y avoir accès ? Dans ce cadre, un vrai travail sur ce que peuvent offrir les lieux de production artistique en général nous semble important. Le point médiation semble dès lors manquer sa cible. Parler d'accessibilité, de médiation artistique en général et de sa promotion dans les divers domaines artistique nous apparaît comme important. Dans ce cadre, un dialogue large et inclusif avec les cantons, les villes ainsi que l'ensemble des acteurs culturels sur la stratégie générale d'encouragement de la médiation est capital.

À propos de 1.4.2.2 Développements en matière de « cohésion sociale »

L'idée d'encourager les échanges entre différents groupes d'une même région linguistique en créant des réseaux nous paraît intéressante et mérite à tout prix d'être mise à l'épreuve. Nous aimerions toutefois que de tels échanges ne se fassent pas au détriment des échanges entre régions linguistiques différentes : il y a encore beaucoup à faire à ce niveau selon nous.

Par ailleurs, nous estimons essentiel d'associer les associations nationales et cantonales lors de la création de réseaux, car ces institutions disposent d'un important savoir-faire ainsi que, dans de nombreux cas, de



VERBAND SCHWEIZER MUSIKCLUBS UND FESTIVALS
FEDERATION SUISSE DES CLUBS ET DES FESTIVALS DE MUSIQUES ACTUELLES

réseaux très conséquents. Il serait donc étrange de ne pas mettre à profit toutes les potentialités existantes. PETZI est prête à faire bénéficier l'OFC de son expertise dans ce domaine, tout comme dans celui de la participation culturelle.

À propos de 1.4.2.3 Développements en matière de « création et innovation »

Nous sommes ravis d'apprendre que Pro Helvetia prévoit d'une part d'intensifier ses démarches de diffusion et d'autre part d'étendre à la musique les mesures prévues pour améliorer la compétitivité durant la nouvelle période de financement. Ce sont deux types de mesures essentielles compte tenu de l'augmentation très sensible et visible du nombre d'excellent-e-s musiciennes et musiciens suisses.

Il nous semble donc capital de coordonner et de concentrer les mesures pour assurer leur succès. Nous estimons qu'il est utile de voir comment associer les activités des différents acteurs, par exemple dans le domaine de l'exportation musicale, pour veiller à une utilisation aussi efficace que possible des ressources à disposition.

Si nécessaire, le Conseil Suisse de la Musique, avec lequel nous sommes en étroite collaboration et qui chapeaute la quasi-totalité des organisations musicales nationales, est prêt à assurer une fonction de coordination.

À propos de 1.4.3.2 Politique culturelle de la Confédération à l'étranger : le niveau multilatéral

L'accès au programme Creative Europe est un facteur de succès clé pour le secteur de la musique, comme démontré dans la prise de position du CSM à propos de l'accord institutionnel Suisse-Europe. À la page 4, il est écrit :

« À côté de la libre circulation des personnes, l'accès aux programmes d'encouragement et de recherche de l'UE, tels que Creative Europe et Horizon 2020 (respectivement le programme de suivi) sont conditions élémentaires pour le secteur de la musique, car synonymes d'accès au marché. Juridiquement, ces programmes sont sans lien direct avec l'accord institutionnel. Dans les faits, ce lien existe pour l'UE, que nous le voulions ou non. Nous y reviendrons.

Pour nous, l'intérêt de ces programmes ne réside pas en premier lieu dans la possibilité d'accéder aux fonds de l'UE, mais de pouvoir accéder aux festivals, aux concours, etc., autant de manifestations qui sont fréquemment cofinancées par les programmes cités. La présence de la Suisse sur ces plates-formes est indispensable si nous voulons que le secteur de la musique en Suisse reste compétitif et puisse se développer. »

Nous invitons donc la Confédération à tout mettre en œuvre pour que la Suisse puisse participer aux programmes d'encouragement et de recherche européens 2021 – 2027.

La volonté de faire perdurer les mesures de compensation afin de palier au non-accès de la Suisse à ce programme constitue, à notre avis, un signe préoccupant, car il pourrait prêter à penser que la Confédération ne tient pas particulièrement à une participation aux programmes d'encouragement et de recherche européens, ce qui nous semble tout simplement inimaginable. En effet, en tant que membre de Live DMA (association regroupant toutes les faïtières européennes), nous voyons régulièrement passer les appels à projets de Creative Europe, que nous regrettons vivement de ne pas pouvoir faire profiter à nos membres de par la situation actuelle.

III. Les disciplines et les domaines d'encouragement ; objectifs et mesures

À propos de 2.1 La création culturelle et artistique professionnelle

Nous partageons le contenu général de ce chapitre. Toutefois, nous signalons que la première phrase en particulier coïncide intégralement avec les tâches de la musique amateur : « L'art et la culture sont des facteurs essentiels du sentiment social et de la formation de l'identité, car ils favorisent le dialogue et renforcent la cohésion sociale. » C'est précisément dans ce cadre-là que les festivals et les clubs ont une importance capitale de par leur fort ancrage local et régional. De plus, le cadre de formation informelle qu'ils offrent à leurs bénévoles bénéficie à la société dans son ensemble.

Il faut en effet rappeler le rôle clé joué par les organisations d'amateurs pour la cohésion sociale : basées sur le bénévolat, elles sont souvent d'autant plus efficaces. Nous invitons les actrices et les acteurs culturels de la politique et de l'administration à garder en mémoire ce constat et d'en tenir compte dans leur politique culturelle.

À propos de 2.1.1 La relève

Nous approuvons le choix d'accorder à la question de la relève un sous-chapitre spécifique et nous en approuvons également le contenu. Toutefois, nous sommes étonnés que le domaine de la musique ne soit absolument pas mentionné. De même, nous estimons qu'il serait important de ne pas parler exclusivement des disciplines artistiques, mais bien des acteurs culturels dans leurs ensemble.

À propos de 2.1.2 La création artistique

Nous sommes ravis que des formes de collaboration innovantes soient évaluées, que les instruments d'encouragement correspondants soient introduits et que ces démarches se fassent en associant des institutions scientifiques ainsi que l'industrie. Nous sommes toutefois d'avis que les liens entre culture, technique et sciences devraient intervenir à un stade beaucoup plus précoce. L'approche imaginée par le secteur de la musique prévoit l'introduction successive de projets à l'école primaire afin de donner aux enfants la possibilité d'expérimenter et de piloter des processus créatifs.

Si l'économie se réfère de manière toujours plus pressante à la créativité, allant jusqu'à demander des aptitudes artistiques aux cadres, l'encouragement de ces aptitudes doit commencer dès l'école primaire. Dans un même ordre d'idées, on comprendra pourquoi les associations musicales et culturelles demandent que les branches artistiques et manuelles obtiennent davantage de poids à l'école.

Le paragraphe intitulé « Formes de collaboration innovantes » évoque le potentiel qui sommeille entre art, technique et science. Nous estimons que la notion d'art est trop restrictive dans le présent contexte. Il serait plus judicieux d'utiliser systématiquement la notion de « culture ».

Nous saluons explicitement la mention dans le message culture de la question du revenu et de la rémunération des actrices et des acteurs culturels. Nous apportons notre soutien inconditionnel à l'intention de Pro Helvetia et de l'OFC de soumettre le versement des aides financières de l'OFC à la condition que les rémunérations tiennent compte des recommandations des organisations professionnelles déterminantes dès 2021. Nous saluons également que des soutiens puissent désormais être accordés aux personnes qui marquent de leur empreinte les processus créatifs et la diffusion d'œuvres artistiques, une évolution importante selon nous et dont nous sommes très heureux. Néanmoins, nous ne comprenons pas que la musique ne soit à nouveau pas prise en compte dans ce cadre, et que l'ensemble des exemples soient tirés

du monde du théâtre et de la littérature. Nous espérons donc que cette question essentielle de la rémunération des actrices et des acteurs culturels dans leur ensemble sera traitée en incluant tous les milieux concernés, dont PETZI, qui sera heureuse de prendre part aux discussions.

À propos de 2.1.3 Diffusion, promotion et échanges en Suisse

Les deux idées visant à encourager non seulement les échanges entre différents groupes sociétaux et culturels mais aussi entre groupes au sein d'une même région linguistique ainsi qu'à encourager la diffusion d'œuvres artistiques à l'aide de réseaux interrégionaux spécifiques rencontrent tout notre intérêt ; elles méritent une évaluation. PETZI mettra volontiers ses compétences et son réseau au service de cette démarche. Il nous semble indispensable que les efforts accomplis pour promouvoir les échanges au-delà des régions linguistiques soient maintenus sans relâche compte tenu du travail qui reste à accomplir dans ce domaine. En effet, une politique nationale de l'aide aux manifestations et clubs qui font vivre les endroits périphériques devrait être mise en place. A l'heure où la problématique de la surcharge d'événements culturels est de plus en plus prégnante, on remarque tout de même qu'ils restent pour beaucoup autour des grands centres urbains, par là-même favorisant le dépérissement des régions périphériques.

Nous saluons également la revendication explicite d'une représentation convenable des sexes dans tous les domaines de la politique et de l'encouragement de la culture. Il faut toutefois se demander s'il n'est pas opportun de remplacer « convenablement » par « de manière équilibrée » dans la formulation existante. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour participer aux discussions à ce sujet au côté des villes, cantons et des autres représentants des intérêts culturels. Afin d'appuyer sur ce point, nous joignons à cet envoi un lien vers la Diversity Roadmap que nous avons éditée en collaboration avec d'autres associations actives sur le sujet et sur laquelle l'ensemble de nos membres sont encouragés à travailler.

->> Diversity Roadmap : bit.ly/2m2p3XO

Nous restons néanmoins sceptiques quant aux éléments mis en avant en ce qui concerne la médiation. Le message parle des médias, de la critique d'art, mais assez peu de médiation et d'actions de médiation possibles. Dans ce cadre, un dialogue avec les cantons et les villes sur les moyens donnés à la médiation dans chaque institution serait une excellente idée. Néanmoins, il s'agira d'établir une séparation claire entre la communication et la médiation. En effet, il s'agit pour nous de deux domaines complémentaires, mais également très différents qui demandent chacun une approche spécifique et ne doivent en aucun cas être traités similairement.

À propos de 2.2 Diffusion de la culture suisse à l'étranger et échanges culturels internationaux

Nous lisons avec plaisir qu'il est prévu d'allouer davantage de ressources à la diffusion et à la promotion. C'est une nécessité s'il l'on veut maintenir l'intérêt accru que connaît la culture suisse.

Nous ne partageons pas le constat que les sites tels que swissmusic.ch ont rempli leur rôle d'instrument de promotion et d'information. Nous estimons au contraire que cette plate-forme est peu efficace et sans rapport avec les besoins du secteur de la musique. Nous sommes donc d'avis qu'une intervention s'impose au niveau de cette plate-forme.

Nous abondons en revanche dans le sens des mesures prévues pour améliorer la compétitivité internationale.

À propos de 2.3.5 Disciplines et domaines d'encouragement : musique

Nous n'avons pas énormément de nouvelles remarques à faire valoir dans ce cadre, à l'exception de celles qui sont déjà mentionnées ci-dessus. Il s'agit principalement du fait que l'aide à la création doit inclure les lieux qui la favorisent, que quand il est question des créateurs musicaux il serait important de mentionner comme pour les autres domaines que ça ne s'arrête pas à la composition, mais que les autres métiers doivent être pris en compte. Nous revenons également sur l'importance de soutenir la création et la diffusion dans les régions périphériques aussi.

D'une manière plus générale, nous souhaiterions également souligner encore une fois l'importance capitale que revêt la diversité existante (notamment des festivals et des clubs) pour la scène culturelle en général (et pour la participation culturelle). En effet, même s'il est clair que le soutien à ces structures ne peut se régler au niveau fédéral et que les compétences doivent rester dans les mains des cantons et des villes, le mentionner dans la politique fédérale représenterait déjà une grande victoire. Nous trouverions souhaitable d'avoir une intervention de la confédération sur ce point.

À propos de 2.4.3 Bibliothèque nationale

On désigne très justement la BN de « mémoire de la nation ». Il est bon de rappeler également que la BN, avec d'autres bibliothèques, archives et musées, contribue à la conservation du patrimoine culturel de la Suisse.

Si la Bibliothèque nationale veut effectivement remplir son rôle de mémoire de la nation, elle doit impérativement réintégrer la musique dans ses fonds. Rien ne justifie que la musique et ses représentants soit exclue de l'institution. L'ambiguïté qui prévaut actuellement quant à la responsabilité du fonds bibliographique musical ainsi que les structures fédéralistes ont eu pour effet de faire disparaître des fonds précieux. Nous exigeons donc que la Bibliothèque nationale procède à un tour d'horizon national complet qui répond aux questions des compétences, de la conservation, de la saisie, etc. dans le domaine de la musique et qui lance les mesures correspondantes afin de rendre compte de toute la richesse de la diversité culturelle suisse.

À propos de 2.6.1 Participation culturelle

De manière générale, nous adhérons aux énoncés relatifs à la participation culturelle, tout particulièrement en ce qui concerne la culture amateur. On constate toutefois que ces explications occupent une place modeste en regard du poids et de l'importance de cette culture amateur. Il s'agirait donc d'approfondir les généralités en tête de chapitre puis de les assortir de mesures concrètes, par exemple quant à la manière de renforcer la culture amateur sous l'angle de la participation culturelle. Il convient notamment de mentionner le travail de milice / bénévole, appelé à jouer un rôle toujours plus important compte tenu de l'évolution de notre société.

Ainsi, il était judicieux d'introduire l'encouragement des projets de participation culturelle durant la période de financement en cours : il s'agit précisément d'une mesure concrète et opportune.



VERBAND SCHWEIZER MUSIKCLUBS UND FESTIVALS
FEDERATION SUISSE DES CLUBS ET DES FESTIVALS DE MUSIQUES ACTUELLES

IV. Mesures et financement

À propos de 4.2.1 Pro Helvetia, priorités nécessitant des ressources supplémentaires pour le crédit-cadre 2021–2024

De manière générale, nous souscrivons aux demandes de moyens supplémentaires pour les différentes activités prioritaire. Au chapitre « Échanges culturels internationaux », nous estimons que les augmentations demandées ne seront pas suffisantes. Nous suggérons de prévoir les augmentations suivantes :

→ À la rubrique « Développement et élargissement des mesures concernant l'accès au marché et la compétitivité », l'enveloppe supplémentaire doit être fixée à deux millions, soit à 500'000 francs par année, faute de quoi les mesures prévues risquent de ne pas pouvoir développer les effets escomptés.

→ À la rubrique « Soutien de projets de promotion et de coopération », c'est un montant de 300'000 francs par année, soit 1,2 millions au total, qu'il faut prévoir pour la période de financement considérée.

Nous n'avons pas de remarques à formuler sur les autres contributions.

V. Conclusions

Nous vous remercions de votre travail et vous invitons à intégrer nos réflexions aux propositions que vous soumettrez aux Chambres, et nous réjouissons d'avance d'être intégré aux discussions liées aux sujets ci-dessus.

Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Fribourg, 19. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024
Stellungnahme des Dachvereins Interbiblio zum Entwurf vom 29. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrte Damen und Herren

Interbiblio, der Dachverein der interkulturellen Bibliotheken der Schweiz, wurde eingeladen, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Gelegenheit und äussern uns gerne zu den Punkten der Botschaft, die unsere Tätigkeitsbereiche betreffen.

Wir beziehen uns dabei auch auf die Stellungnahmen des Schweizerischen Instituts für Kinder- und Jugendmedien SIKJM sowie des Bibliotheksverbands Bibliosuisse, deren Anliegen in mehreren Punkten mit den unseren übereinstimmen, die wir aber mit spezifischen Aspekten ergänzen.

Interbiblio ist die einzige Institution der Schweiz, die – in Zusammenhang mit Leseförderung und Bibliotheksarbeit – auf die Förderung der Erstsprache und der Mehrsprachigkeit sowie auf Fragen zu Interkulturalität und Integration spezialisiert ist.

A. Stellungnahme zum Fragenkatalog

Punkt 2: Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes; und Punkt 3: Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik („Kulturelle Teilhabe“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „Kreation und Innovation“) erachten wir als sinnvoll, zumal dadurch eine Kontinuität der Kulturpolitik gewährleistet ist. Wir begrüssen auch die Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“.

Wie das SIKJM finden wir es jedoch notwendig, die Bedeutung und Weiterentwicklung der Leseförderung in der Botschaft viel stärker zu gewichten. Der Förderbedarf ist gross, sowohl für einsprachig als auch mehrsprachig aufwachsende Kinder und Jugendliche. Deshalb bedauern auch wir, dass im Abschnitt 1.4.2.1. „Entwicklungen kultureller Teilhabe“ die Leseförderung unerwähnt bleibt. Gerade im Bereich „Kulturelle Teilhabe“ hätte Leseförderung eine wichtige Bedeutung, insbesondere wenn man mit dem Begriff allgemeine literale Kompetenzen verbindet. Die Förderung von Schreib-, Lese- und digitalen Kompetenzen gelingt besonders gut, wenn die Angebote und Programme partizipativ angelegt sind.

Punkt 6: Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wie das SIKJM finden auch wir, dass eine grosszügigere finanzielle Aufstockung für die Leseförderung unabdingbar ist, um notwendige Weiterentwicklungen in Hinblick auf das Erreichen aller Zielgruppen zu realisieren. Insbesondere die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sollte besser in die

Leseförderungsmassnahmen einbezogen werden. Da sind dem Dachverein Interbiblio, aber auch seinen Partnerorganisationen mit deren interkulturellen Angeboten, zu enge Grenzen gesetzt.

B. Stellungnahme zu weiteren Punkten der Kulturbotschaft

1.3. Nationale Zusammenarbeit in der Kulturpolitik

Bereits für die Förderperiode 2016-2020 unterstrich die Kulturbotschaft die Bedeutung der Zusammenarbeit. Im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs haben Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsame Empfehlungen für eine bessere Koordination unter anderem in der Leseförderung verabschiedet. Eine bessere Koordination von Massnahmen zu spezifischen Themen halten wir für sehr wichtig, um die Wirkung und Sichtbarkeit zu erhöhen. Das gilt insbesondere auch für Massnahmen im Bereich Interkulturalität, Mehrsprachigkeit und Integration. Wir hoffen, dass Interbiblio sich in der nächsten Förderperiode in dieser Hinsicht besser einbringen kann.

2.1.3. Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Interkulturalität

Interbiblio hält das Konzept der Stiftung Pro Helvetia, sich der Herausforderungen der interkulturellen Gesellschaft in Bezug auf das professionelle Kulturschaffen anzunehmen, für sehr wichtig. Darin geht es darum,

- mit gezielten Fördermassnahmen institutionelle Prozesse der interkulturellen Sensibilisierung und Öffnung zu fördern (Personal, Programm, Kommunikation, Zielpublika) und die Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen zu unterstützen
- die Förderung der kulturellen Partizipation von Menschen mit Migrationserfahrung und die Auseinandersetzung mit ihrem kulturellen Potenzial im öffentlichen Fördersystem besser zu berücksichtigen.

Dieses Engagement wird auch den Bemühungen von Interbiblio im spezifischen Bereich der Leseförderung zugute kommen, weshalb Interbiblio gefordert ist, diese Entwicklungen mitzuverfolgen und sich gegebenenfalls einzubringen.

2.6.1. Kulturelle Teilhabe

Ausgangslage und Herausforderungen

Wir begrüssen es, dass in diesem Abschnitt die Zusammenarbeit und der Austausch mit den Politikbereichen „Kinder- und Jugendförderung“, „Migration und Integration“ sowie „Schutz vor Diskriminierung“ explizit erwähnt sind. Für Interbiblio ist es sehr wichtig, die Vernetzung mit diesen Bereichen im Auge zu behalten und im Rahmen seiner Möglichkeiten deren Zusammenarbeit in spezifischen Projekten zu suchen.

Hingegen sind wir, wie das SIKJM, befremdet, die Leseförderung in Zusammenhang mit „nicht-professionellem Kulturschaffen“ erwähnt zu sehen. Zwar ist aus der Sicht von Interbiblio die Verzahnung von professionellen LesefördererInnen bzw. MultiplikatorInnen und nicht-professionellen oder informellen AkteurInnen (z.B. Familien) äusserst wichtig. Im Rahmen der Kulturbotschaft ist jedoch die Förderung der Professionalisierung solcher Leseförderungsmassnahmen relevant.

Projektförderung Kulturelle Teilhabe

Wie oben erwähnt würden wir es begrüßen, wenn in diesem Abschnitt auch die Leseförderung einbezogen würde bzw. wenn sich beide Abschnitte „Kulturelle Teilhabe“ und „Leseförderung“ besser aufeinander beziehen könnten. Aus der Sicht von Interbiblio würde dies gerade in Bezug auf Interkulturalität und Mehrsprachigkeit in der Leseförderung Sinn machen, etwa beim Einbringen von sprach- oder kulturspezifischem Know-how bei Leseförderungsmassnahmen.

Leseförderung

Interbiblio erachtet den Schwerpunkt auf „das Lesen als kulturelle Fähigkeit und die Freude am Lesen“ sowie „den Zugang zu Büchern und Schriftkultur“ für sinnvoll. Wir hielten es jedoch für angebracht, wenn hier digitale Medien explizit erwähnt würden – heutzutage unumgängliche Schriftträger, die zu lesen, zu deuten und zu geniessen ebenfalls eine Kulturhandlung darstellt.

Dass weiterhin gesamtschweizerische Organisationen und Institutionen im Bereich Leseförderung vom Bund unterstützt werden sollen, begrüsst Interbiblio. Auch dass weiterhin Einzelprojekte gefördert werden, finden wir sehr gut. Das ist eine sehr wichtige Ergänzung zur institutionellen Förderung, die EinzelakteurInnen im Bereich Leseförderung anregt, sich regional zu vernetzen, spezifische Ideen einzubringen und weiterzuentwickeln.

Wie das SIKJM steht Interbiblio jedoch der Schaffung einer digitalen Plattform zur Koordination und Information zum Thema Leseförderung äusserst skeptisch gegenüber. Informationen dazu lassen sich bereits jetzt massenweise finden. Stattdessen sollten nicht nur national, sondern auch regional ausgerichtete Aktionstage zur Leseförderung die verschiedenen AkteurInnen zusammenbringen. Ausserdem sollten Massnahmen entwickelt werden, damit diese Aktionstage und Netzwerktreffen eine nachhaltigere Wirkung zeigen, z.B. durch die Erarbeitung eines konkreten Aktionsplans innerhalb eines solchen Treffens.

Etwas enttäuschend für Interbiblio ist, dass die Aspekte der Förderung der Erstsprache, der Interkulturalität und Mehrsprachigkeit sowie der Integration in Zusammenhang mit Leseförderung mit keinem Wort erwähnt werden. Der Ausdruck „sprachliche und kulturelle Vielfalt der Schweiz“ taucht lediglich in Zusammenhang mit dem „Schulischen Austausch“ (2.6.2) auf, mit dem die Verständigung zwischen den offiziell anerkannten Schweizer Sprachgemeinschaften gemeint ist. Mit „Mehrsprachigkeit“ ist hier somit nur diejenige zwischen den Amtssprachen, nicht aber zwischen Familiensprache(n) und Umgebungssprache(n) gemeint. Das ist fern der heutigen Realität in der Schweiz mit einem hohem Prozentanteil Menschen mit Migrationshintergrund aus zahlreichen verschiedenen Sprachgemeinschaften.

Diese Aspekte sind gerade in Zusammenhang mit Leseförderung im Kleinkindalter, aber auch mit Partizipation/Kultureller Teilhabe äusserst wichtig. Interbiblio ist zwar gefordert, seine Anliegen im Sinne des Abschnitts 2.1.3. einzubringen (s. oben). Aber ein Hinweis auf den Zusammenhang zwischen diesen beiden Achsen wäre sinnvoll.

4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das Kulturförderungsgesetz

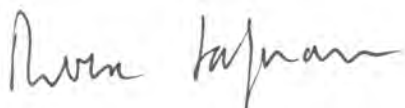
Museen, Sammlungen und Netzwerke Dritter

Mit dem Verband Bibliosuisse begrüßen auch wir dessen Neuaufnahme zu den vom Bund geförderten Netzwerken. Bibliosuisse plant, in dieser Funktion Vernetzungs- und Bildungsangebote sowie relevante Themen zu lancieren. Aus der Sicht von Interbiblio ist es sehr wichtig, dabei auch den Aspekt der Interkulturalität und Mehrsprachigkeit zu berücksichtigen. Diese Thematik gehört zum heutigen Diskurs in der Bibliothekswelt unbedingt dazu und sollte auch in diesem Zusammenhang explizit erwähnt werden.

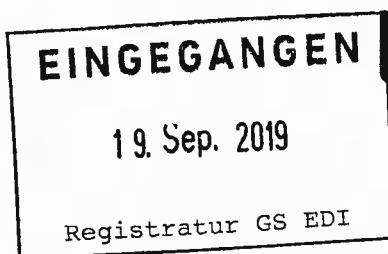
Wir hoffen, dass unsere Anliegen in Zusammenhang mit der Kulturbotschaft 2021-2024 auf Ihr Interesse stossen und bedanken uns noch einmal für die Gelegenheit.

Mit freundlichen Grüssen

Für den Dachverein Interbiblio:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Therese Salzmann', written in a cursive style.

Therese Salzmann, Leiterin Geschäftsstelle Interbiblio



Département fédéral de l'intérieur DFI
Secrétariat général SG - DFI
Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Inselgasse 1
CH – 3003 Berne

Hauterive, le 17 septembre 2019

Message culture

Monsieur le Conseiller fédéral,

En date 29 mai dernier, le Conseil fédéral m'a adressé un courrier dans le cadre de la procédure de consultation relative au Message concernant l'encouragement à la culture pour la période 2021-2024. Je tiens tout d'abord à vous remercier de me donner la possibilité de prendre position dans cette procédure.

En préambule, je me permets de préciser que j'interviens ici en tant que directeur du Laténium, parc et musée d'archéologie de Neuchâtel – soit en tant que responsable d'une institution culturelle cantonale. Les points développés ci-dessous ont été établis en concertation avec le Service de la culture de l'Etat de Neuchâtel, et doivent par conséquent être entendus comme un complément sectoriel de la prise de position du gouvernement neuchâtelois, qui vous a été adressée récemment.

A ce titre, je tiens à relever que je souscris tout particulièrement à l'analyse du Conseil d'Etat neuchâtelois pour ce qui touche à l'occultation de l'enjeu « **développement durable** » dans les « mégatrends » évoqués dans le Rapport. Cette lacune semble d'autant plus regrettable si l'on tient compte de l'importance de la dimension sociale et culturelle pour la réalisation des "Objectifs" définis par l'Agenda 2030, qui répond du reste parfaitement aux axes "cohésion sociale" et "participation culturelle" désormais encouragés par vos services. Il s'agit là d'une question avec laquelle le Laténium entretient une certaine familiarité, et qui nous a conduit l'an passé à accueillir une manifestation organisée par l'Académie suisse des sciences humaines et sociales, traitant précisément des implications de la durabilité dans la gestion des sites inscrits au Patrimoine mondial de l'UNESCO.

Pour suivre la ligne directrice de la liste de questions proposées en annexe au « Message culture » :

1. Très favorablement.
2. Assez favorablement. L'ajout de l'accent numérique me paraît porter le risque d'un affadissement des accents antérieurs, en particulier dans la mesure où l'enjeu numérique semble envisagé avant tout sous l'angle technologique, sans véritable prise en considération de ses dimensions sociales (accessibilité, diffusion, etc.).
3. Très favorablement. Je tiens en particulier à saluer les points a) et b), tout en faisant observer que la notion très originale mais insuffisamment définie de « **culture du bâti** » **ne prend tout son sens que si elle intègre le patrimoine dans toutes ses dimensions archéologiques** – soit en comprenant les « paysages culturels » et les vestiges des activités humaines passées, souvent enfouis et invisibles.

4. Aucune remarque.
5. Aucune remarque.
6. A priori, les ressources financières affectées semblent satisfaisantes. Toutefois, si l'on tient compte de l'impact financier de l'accent « numérique » et de ses implications technologiques, qui ressortissent partiellement au domaine de la promotion économique, ces ressources devraient être augmentées en proportion.

Observations complémentaires sur des points particuliers

- 1.4.2.3 **Les HES - hautes écoles spécialisées** devraient être ajoutées à la liste des « institutions oeuvrant dans le domaine de la technologie et des sciences », notamment parce qu'elles me paraissent particulièrement proches des besoins des acteurs culturels.
- 2.4.2.2 Extrêmement favorable. Le Laténium peut actuellement expérimenter le caractère opérationnel extrêmement efficace de l'instrument des **contributions à l'exploitation des musées**. En l'espèce, des montants d'ampleur somme toute modeste constituent un encouragement puissant pour la consolidation structurelle des institutions muséales et pour la mise en œuvre d'actions difficilement imaginables sur leur budget ordinaire – ceci d'autant plus que la caution offerte ainsi par l'OFC génère manifestement un effet d'entraînement cumulé hautement bénéfique pour la notoriété des institutions soutenues. A ce titre, je tiens en particulier à souligner l'impact considérable de cet instrument pour la promotion des axes « cohésion sociale » et « participation culturelle », puisqu'il s'agit là de tâches hélas difficiles à valoriser pour d'autres modes de financement, notamment auprès des sponsors privés.
- 2.4.2.5 **Transfert international des biens culturels**. Le travail de l'OFC est exemplaire dans ce domaine, et fait l'objet d'une reconnaissance internationale utile et bienvenue. L'engagement de la Confédération pour les recherches de provenance liées aux crimes nazis a prouvé sa pertinence et son efficacité. En l'espèce, les priorités définies par le contexte actuel (débat international sur la restitution des collections d'origine coloniale) invite à étendre cette démarche dans un autre domaine : celui des **collections recueillies dans le cadre de spoliations coloniales voire dans le contexte de domination postcolonial**. Une telle démarche permettrait à la Confédération de jouer, ici aussi, un rôle exemplaire, qui semble d'autant plus aisé à mettre en œuvre si l'on considère l'implication essentiellement indirecte de notre pays dans l'exploitation coloniale. Elle permettrait par ailleurs d'élargir le rayon d'action de la recherche de provenance, en intégrant mieux les collections scientifiques (histoire naturelle, archéologie, ethnographie, etc.), dont l'histoire s'est souvent construite à distance du marché de l'art et des échanges purement pécuniaires.
- **Patrimoine culturel mondial de l'UNESCO**. Je m'étonne vivement de l'absence de cette thématique dans le Message culture. Ces sites, qui contribuent de manière notable au rayonnement international de notre pays, ont en effet été choisis en vertu d'une représentativité significative, dont la pertinence a été reconnue par l'OFC. Leur gestion est un défi important pour les instances cantonales de protection, de sauvegarde et de mise en valeur du patrimoine, et mobilise l'intervention parfois importante de certaines institutions muséales telles que le Laténium. A notre sens, ces missions devraient impérativement être intégrées dans le nouveau *Message concernant l'encouragement de la culture*.

En vous remerciant encore de la possibilité offerte de prendre part à cette consultation, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre parfaite considération.



Prof. Dr. Marc-Antoine Kaeser
Directeur du Laténium

Langenthal, 19. September 2019

Vernehmlassungsantwort zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Interesse haben wir die Botschaft zur künftigen Förderung der Kultur in der Schweiz in den Jahren 2021 - 2024 gelesen und danken für die Möglichkeit, zu dieser Stellung zu nehmen.

Der Gemeindeverband Kulturförderung der Region Oberraargau vertritt die Interessen der 46 Oberraargauer Gemeinden des Kantons Bern im Bereich der Kultur. Wie sie in der Botschaft richtigerweise festhalten, sind die Gemeinden die wichtigsten Kulturförderer und tragen über die Hälfte (1.56 Mrd.) der Kosten. Hinzu kommt ein grosses freiwilliges und unentgeltliches kulturelles Engagement, welches gerade in kleineren Gemeinden getragen wird. Dies gilt es aus unserer Sicht entsprechend zu würdigen.

Wir begrüssen grundsätzlich die Beibehaltung, resp. Weiterführung der drei strategischen Ziele «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation». Gerade als Binnenland ohne natürliche Ressourcen, fusst unser wirtschaftlicher Erfolg auf einer ausgezeichneten Bildung und einem starken kulturellen Bewusstsein, auf Kreativität und gegenseitigem Verständnis. Kultur trägt massgeblich dazu bei, dass sich die viersprachige Schweiz als Einheit versteht. Kultur berührt, rüttelt auf, regt zum Nachdenken an, initiiert Dialoge, baut Brücken zwischen Nationen, Generationen und Religionen - **KULTUR VERBINDET**.

Unser Gemeindeverband fordert folgende Änderungen:

Die Streichung des Artikels 18 KFG ist zu unterlassen

Zur nationalen Identität und zum Bild einer offenen und reizvollen Schweiz trägt auch eine attraktive, kulturell vielfältige und bunte Bundesstadt bei, die unseres Erachtens durchaus eine Berechtigung auf einen Bundesbeitrag mindestens im Rahmen des bisherigen hat. Zudem weisen wir darauf hin, dass gerade die Bundesverwaltung, die bundesnahen Betriebe sowie die diplomatischen Vertretungen in Bern überdurchschnittlich von den Leistungen der Kulturhäuser im Raum Bern profitieren und auch regen Gebrauch von

deren Angeboten (bspw. Raummieten, Durchführung von Anlässen, Führungen, etc.) machen. Dieser soll deshalb weiterhin im Kulturförderungsgesetz verankert bleiben und auch in der nächsten Leistungsperiode fliessen. Die geplante Streichung desselben entbehrt jeglicher Grundlage und kommt einer indirekten Belastung sämtlicher Gemeinden des Kantons Bern gleich (Umfinanzierung über Lastenausgleich, mögliche Kürzung des Kantons bei den regional bedeutenden Kulturinstitutionen).

Alpines Museum der Schweiz, Bern

Weiter beantragen wir, dass der Bund weiterhin ausreichende Mittel für das Alpine Museum der Schweiz bereitstellen soll, was in der Botschaft explizit zu erwähnen ist. Wir befürchten, dass mit der geplanten Umverteilung der finanziellen Mittel für die Unterstützung von Netzwerken Dritter das ohnehin bereits stark eingeschränkte Budget des Alpinen Museums der Schweiz, Bern, weiter beschnitten werden könnte. Dies ist weder im Sinne einer Stärkung resp. gar eines Ausbaus dieses nationalen, resp. internationalen Kompetenzzentrums. Wir sind der Überzeugung, dass die Schweiz als typisches und bekanntes Alpenland, dies diesem einzigartigen Museum schuldig ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Gemeindeverband
Kulturförderung Region Oberraargau

Kurt Blauenstein
Präsident

Elias Maier
Sekretär

Office fédéral de la Culture
Madame la directrice Isabelle Chassot
Hallwylstrasse 15
3003 Berne

Lausanne, le 19 septembre 2019

Prise de position concernant le Message Culture 2021-2024

Chère Madame la directrice,

Comme demandé, nous prenons position sur le projet de Message Culture pour les années 2021 à 2024 que vous nous avez envoyé. Comme évoqué avec vos collaborateurs, nous nous permettons de ne pas répondre directement à la liste de questions sur le projet mis en consultation, dans la mesure où nous avons connu une évolution très conséquente de notre institution durant le message culture en cours, et que, de par notre position, nous ne sommes pas habilités à répondre à toutes les questions. Nous confirmons néanmoins que les axes d'action de la politique culturelle de la Confédération (point 2.) et la poursuite du développement de ces mesures (point 3.) nous semblent essentiels et pertinents, notamment en ce qui concerne la numérisation qui nous touche au plus haut point.

La Cinémathèque suisse félicite l'Office fédéral de la Culture pour l'établissement de ce nouveau message culture et estime que ce qui y est dessiné, en ce qui la concerne, reflète bien les défis auxquels notre institution est et sera confrontée. Nous vous en remercions. Maintenant que la Confédération nous a doté d'un bâtiment performant pour préserver le patrimoine cinématographique suisse et le mettre en valeur, il s'agit désormais pour nous de travailler à la sauvegarde du patrimoine analogique et numérique, à la numérisation du patrimoine analogique et à la diffusion de ce patrimoine dans les salles de cinéma et à travers des plateformes numériques.

Nous nous permettons toutefois de soulever quelques points dont nous avons déjà fait part oralement à vos collaborateurs, et qui mériteraient selon nous quelques précisions.

1. Nous vous sommes gré de faire l'adjonction du mot «sauvegarder» dans le premier paragraphe du point 2.3.6.3 Patrimoine cinématographique suisse: *«La Cinémathèque a entre autre pour tâches fondamentales de collectionner, conserver, **sauvegarder**, faire connaître et diffuser...»*. En effet, ce mot permet de

faire référence à l'activité de restauration de ce patrimoine qui est menée par l'institution, et qui sinon n'est pas contemplée dans cet article.

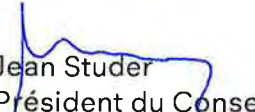
2. Comme vous le mentionnez dans le Message culture, il est indispensable que la Cinémathèque suisse puisse assurer la sauvegarde des œuvres suisses tournées désormais en numérique, et qu'elle puisse opérer une numérisation progressive du cinéma suisse afin de le rendre accessible, cela dans une politique concertée avec l'OFC, comme nous l'avons déjà évoquée avec votre office. Nous vous rendons néanmoins attentifs au fait que les moyens financiers mis à dispositions de notre institution, pour conséquents qu'ils soient, ne nous permettent pas d'assurer une numérisation de films en grand nombre. En effet, une grande partie des moyens alloués au numérique doivent assurer en priorité l'*ingest* (intégration des données dans notre système d'archivage numérique), la maintenance, le renouvellement des machines et les migrations régulières des archives numériques. Une autre partie des montants, alloués de leur côté par Memoriav, sont consacrés à la restauration des documents en danger. Nous sommes en train de réaliser les projections financières 2021-2024 mais nous pouvons déjà estimer qu'il ne va rester que des montants relativement modestes (de l'ordre de CHF 300'000 à 600'000) à allouer spécifiquement à la numérisation du cinéma suisse. Ce qui, en comptant les charges nécessaires au travail de préparation, d'analyse et de suivi du travail de numérisation, outre les mandats donnés à des laboratoires externes et le travail de sous-titrage, ne permettra que la numérisation de 8 à 9 longs métrages par année, cela sans compter le travail d'archivage de ces données numériques que nous incluons dans les montants prévus pour l'archivage.
3. Comme nous l'avons souligné avec le soutien et la collaboration de votre office au sein du dernier Congrès de la Fédération internationale des Archives du Film en avril 2019, le film dit «de patrimoine» représente aujourd'hui à la fois un bien culturel et un marché en plein développement. La mission de promotion du cinéma suisse passe ainsi toujours plus par une mise en valeur de son histoire, qu'il s'agisse du «Heimatfilm» alémanique, du nouveau cinéma romand ou de notre riche culture documentaire. Ce travail implique à la fois des liens avec des acteurs publics comme des cinémathèques étrangères, nos propres centres culturels et ambassades à l'étranger, ou des acteurs privés désireux d'acquérir et diffuser des œuvres suisses sur leur territoire, qu'il s'agisse des salles, des télévisions ou des plateformes de streaming. Depuis la fusion du secteur cinéma de Pro Helvetia avec le Centre suisse du cinéma, ce rôle a été dévolu en théorie à la Fondation Swiss Films. Mais il est souvent, par défaut, assumé par nos soins, sans que ce rôle ne soit ni clairement défini ni financé. De ce point de vue, le Message Culture ne nous semble pas préciser quel serait notre rôle dans la diffusion de ce patrimoine en Suisse et à l'étranger, dans la mesure où la fondation Swiss Films a la mission de «la promotion à l'étranger de la production cinématographique suisse», mais que, de son côté, Swiss Films limite cette mission aux films dits «frais», c'est-à-dire récents. Nous avons d'ailleurs souvent eu toutes les peines du monde à leur faire intégrer dans leur programme de films suisses dans certains festivals la présence de films du patrimoine restaurés¹.

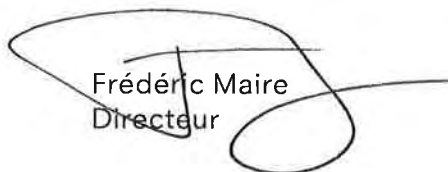
1. Pour donner un exemple, les films restaurés par nos soins et présentés à Locarno *Charles mort ou vif* d'Alain Tanner, *Le Grand soir* de Francis Reusser et *Grauzone* de Fredi Murer, dont la sélection a donné

4. Dans le même ordre d'idée, nous rappelons qu'il serait à terme essentiel de développer une plateforme publique, sous l'égide de l'OFC et de la Cinémathèque suisse, de mise à disposition du cinéma suisse qui soit libérée des contraintes des opérateurs privés (de type Swisscom, UPC, Netflix, Amazon, Apple, etc.) et qui permette la mise à disposition du public en Suisse mais aussi à l'étranger des œuvres de notre cinéma, avec ou sans paiement à la clé, et dans tous les territoires légalement autorisés pour chaque œuvre. Cette plateforme pourrait par exemple être élaborée en collaboration avec la SSR. Outre son rôle pour valoriser notre patrimoine auprès du public du monde entier, cette ressource pourrait aussi être utile à nos ambassades, consulats, centres culturels suisses à l'étranger qui souvent souhaiteraient pouvoir accéder à ce patrimoine sans toujours y parvenir. Votre office est, nous le savons, convaincu de cette nécessité, mais les moyens manquent pour l'instant pour y parvenir.
5. Enfin, nous nous permettons de revenir sur un point déjà soulevé et qui est également évoqué dans ce message culture comme dans le précédent («...Les films analogiques (bobines) d'une durée de conservation de plus de 100 ans passent aujourd'hui encore pour le moyen d'archivage le plus sûr – mais le plus coûteux, à court terme.»). Actuellement, en raison de la fragilité des supports numériques et des inconnues que ceux-ci comportent, la seule sauvegarde pérenne d'une œuvre cinématographique en numérique reste, malgré tout, le support pellicule. Nous continuons à préconiser le retour sur pellicule polyester de tout ou partie de la production suisse, moyennant des critères clairs à définir avec l'OFC, et pour lesquels évidemment des moyens sont nécessaires. Nous souhaitons pouvoir définir une politique claire avec l'OFC afin de savoir dans quelle direction aller. Nous proposons également de modifier la phrase par «d'une durée de conservation **de plusieurs centaines d'années**» dans la mesure où les dernières études faites avec les pellicules donnent une durée de vie de la pellicule polyester de l'ordre de 400 à 500 ans.

Nous espérons, Chère Madame, que ces quelques remarques vous seront utiles et restons bien évidemment à votre disposition pour en discuter plus avant.

Et dans l'attente nous vous prions d'agréer, Chère Madame la Directrice, l'assurance de notre considération la meilleure.


Jean Studer
Président du Conseil de Fondation


Frédéric Maire
Directeur

l'idée à Lili Hinstin de lui attribuer le Léopard d'Honneur, n'étaient pas présents dans le catalogue édité par Swiss Films des films suisses présentés à Locarno.

Eidgenössisches Departement des Inneren EDI
Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich/Genf, 20. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Stellungnahme des SwissFoundations Arbeitskreises Kunst und Kultur

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns freundlich für die Gelegenheit, zur Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu nehmen und machen hiermit gerne davon Gebrauch.

2001 als Gemeinschaftsinitiative von elf Stiftungen gegründet, ist SwissFoundations der grösste Dachverband der gemeinnützigen Förderstiftungen der Schweiz. Die 170 Mitglieder von SwissFoundations haben in den letzten fünf Jahren über CHF 2.5 Mrd. in gemeinnützige Projekte und Initiativen investiert. Damit repräsentiert SwissFoundations ein knappes Drittel der geschätzten jährlichen Ausschüttungen aller gemeinnütziger Stiftungen in der Schweiz. Ein gutes Viertel aller Mitgliedstiftungen bilden im «Arbeitskreis Kunst & Kultur» eine themenspezifische Arbeitsgruppe, welche sich mit Aspekten der Kulturpolitik und Kulturförderung befasst. Weitere Informationen zu Verband und Arbeitskreise finden Sie unter www.swissfoundations.ch

Einleitung

Stiftungen zählen zu den unverzichtbaren Partnern im Kulturförderungsbereich. In der Regel unterstützen Förderstiftungen Aktivitäten, die an sie herangetragen werden. Einzelne Stiftungen führen zudem eigene Projekte. Meist treten gemeinnützige Stiftungen nicht als «Kulturschaffende» im engeren Sinne des Begriffes in Erscheinung. In unserer Stellungnahme gehen wir daher nicht auf Fragen ein, welche die Rolle und Aufgaben der Kulturschaffenden betreffen. Diesbezüglich unterstützen wir die Haltung von Suisseculture, Dachverband der Fach- und Berufsverbände der professionellen Kulturschaffenden der Schweiz.

Grundsätzliche Bemerkung

Der SwissFoundations Arbeitskreis Kunst und Kultur begrüsst das Vorgehen des Bundes, seine in der letzten Kulturbotschaft formulierten kulturpolitischen Strategien im Sinne einer Konsolidierung weiter zu verfolgen.

Der Arbeitskreis beurteilt die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als positiv. Er hat in seiner Stellungnahme der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2016 bereits deren Ziel und Inhalt positiv gewürdigt («Megatrends» und «Handlungsachsen»). Nun wurde auch deren Umsetzung in den meisten Bereichen positiv in Angriff genommen. Sie ist in vielen Punkten nicht abgeschlossen, wodurch der Bundesrat richtigerweise auf Fortsetzung und Kontinuität setzt.

Die Arbeit von Pro Helvetia und des Bundesamtes für Kultur ist aus Sicht des Arbeitskreises positiv zu würdigen.

Finanzielles

Obschon der Arbeitskreis der Auffassung ist, dass 0.3 % der Bundesaussgaben für die Kultur zu wenig ist, nimmt er doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets von real 1,9% jährlich auf 942.8 Millionen Franken für die Förderperiode 20-24 beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Zu 1.1.4 Private und halbstaatliche Kulturförderung in der Schweiz

Die Botschaft schreibt: «Kulturförderung durch Private ist für die Schweizer Kulturlandschaft von eminenter Wichtigkeit. So gibt es in der Schweiz über 13 000 gemeinnützige Stiftungen mit einem geschätzten Stiftungsvermögen von rund 100 Milliarden Franken. Die jährliche Ausschüttung der gemeinnützigen Stiftungen beläuft sich auf rund 2 Milliarden Franken pro Jahr. Kultur gehört dabei (...) zu den wichtigsten Förder- und Aktivitätsbereichen der gemeinnützigen Stiftungen.»

In die Diskussion um die Entwicklung von kulturpolitischen Strategien sollten neben den im «Nationaler Kulturdialog» vereinten Kräfte der Öffentlichen Hände zwingend auch die zivilgesellschaftlichen Förderstellen (u.a. Stiftungen) besser mit einbezogen werden. Mit der Einführung einer institutionalisierten Form des Austausches könnten das Wissen und die Erfahrung der «privaten» Kulturförderer in die nationale Kulturpolitik einfließen.

Der Austausch der Behörden aller Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) mit SwissFoundations bewegt sich noch immer weitgehend auf der informellen Ebene. So werden Vertreter des Bundesamtes für Kultur wie auch von Pro Helvetia als ständige Gäste zu den Treffen des Arbeitskreises eingeladen. Dem Gespräch zwischen den Gremien des Kulturdialogs und denjenigen der zivilgesellschaftlichen Förderinstitutionen ist unserer Ansicht nach auch von Seiten der Behörden mehr Gewicht beizumessen. Dies würde auch der föderalistischen Struktur unseres Systems Rechnung tragen.

Arbeitskreis wie auch Verband würden eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Kulturförderstellen in der Schweiz begrüßen.

Zu 1.4 Kulturpolitik des Bundes

Der Bundesrat folgt in seinem Vorschlag für die Kulturbotschaft 21/24 weitgehend den Megatrends und Hauptargumenten der Europäischen Union. Insbesondere die drei Hauptachsen Kulturelle Teilhabe («audience development»), Gesellschaftlicher Zusammenhalt («social cohesion») und Kreation und Innovation («creation&innovation») sind deckungsgleich mit den Begriffen des Kulturprogramms der Europäischen Union. Umso wichtiger, dass der Bundesrat aktiv den Eintritt der Schweiz in das Kulturprogramm der EU verfolgt, vor allem, wenn er mit diesen Begriffen operiert (siehe auch 2.2)

Zu 1.4.2.1 Kulturelle Teilhabe

Der Begriff der Kulturellen Teilhabe enthält andere sprachliche Konnotationen als der Ursprungsbegriff aus dem Kulturprogramm der EU: «audience development». Auch der verwendete Begriff der Kunstvermittlung ist in diesem Zusammenhang verwirrend.

Kulturelle Teilhabe in der ursprünglichen Bedeutung befasst sich vor allem mit der Erschliessung von neuen Formen des Publikums von Kulturinstitutionen oder -initiativen. Besonderes Augenmerk wird in diesem Zusammenhang auf Fragen gelegt, wie kulturferne und/oder soziale Randgruppen einen Zugang zu Kultur erhalten können.

Kulturelle Teilhabe bedingt auch ein Umdenken von Kulturinstitutionen in ihrer Arbeit mit ihrem Publikum, ihren Communities: Neue Ausstellungen, Stücke, Musikprogramme, die in Zusammenarbeit mit einem Publikum erarbeitet werden, ermöglichen auch ein intensiveres Engagement des Publikums mit einer Kulturinstitution und/oder -initiative. Entsprechende Programme fehlen in dieser Kulturbotschaft.

Zu 1.4.2.2 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Vorschläge zur Handlungsachse «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» beziehen sich auf einzelne Aspekte dieser Handlungsachse. Es fehlt jedoch ein aktives Element, um diese Handlungsachse hervorzuheben. Die Erarbeitung eines Förderprogramms, das insbesondere Kulturschaffende anregt, sich über Sprachgrenzen in künstlerischer Form auszutauschen, könnte eine Möglichkeit

darstellen. Der Kulturbereich bietet die Chance neue Formen des Austauschs zu entwickeln, zu erproben und kann Motor sozialer Innovation sein.

Zu 1.4.3.2 Multilaterale Ebene

Der Bundesrat hat bisher ausserhalb des audiovisuellen Bereiches zu wenig Anstrengungen unternommen, ein Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union über die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm 2014 bis 2020 zu erreichen. Zwar wurden Kompensationsmassnahmen für den Medienbereich eingerichtet, für den Kulturbereich, der am 1.1.2015 in das Programm «Kreatives Europa» eintreten sollte, wurden keine solche Massnahmen eingerichtet und fehlen bis heute. Die Kulturverbände fordern den Bundesrat auf aktiv das Verhandlungsmandat zur Aufnahme der Schweiz in das europäische Kulturprogramm aufzunehmen und auszuarbeiten.

Europa ist ein Kulturraum, zu dem die Schweiz dazu gehört. Der europäische Kulturraum geht über politische Geographien oder Institutionen hinaus. Der transeuropäische Kulturaustausch ermöglicht europäischen Kulturschaffenden einen intensiven Austausch, von dem die Schweizer Kulturschaffenden ausgeschlossen sind. Die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm ist für die Schweizer Kulturschaffenden elementar wichtig. Die Situation, wie sie sich seit 2014 zeigt, stellt eine erhebliche Benachteiligung dar. Diese kann durch Kompensationsmassnahmen erleichtert werden, ersetzt aber keineswegs die volle Beteiligung.

Die Programme Horizon und Erasmus+ sind ebenfalls für den Kulturbereich elementar wichtig, da sowohl Forschungsvorhaben als auch individuelle künstlerische Mobilität innerhalb Europas mit diesen Programmen gefördert werden. Die vollständige Teilnahme auch an diesen Programmen ist für den Schweizer Kulturbereich von enormer Wichtigkeit.

Internationale Zusammenarbeit

Zu 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Das Ziel von Kulturfördermassnahmen durch Stiftungen kann auch sein, Schweizer Künstlerinnen und Künstlern einen Marktzugang im internationalen Kontext zu ermöglichen: nebst einer «Botschafterrolle» stellen Auslandaktivitäten auch einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar.

Leider ist wenig zu spüren von staatlichen Bemühungen zur Integration der Schweiz in Projekte der Europäischen Union. So sind Schweizer Kulturschaffende weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen Europäischen Festivals und Wettbewerben oder Förderprogrammen wie «Creative Europe» ausgeschlossen, während Kulturschaffende anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, zur Teilnahme zugelassen sind.

Der Arbeitskreis begrüsst die Fortsetzung und den Ausbau der Massnahmen in diesem Bereich. Insbesondere begrüsst er, dass die infolge von Teuerungskorrekturen erfolgten Kürzungen im

Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der kommenden Kulturbotschaft 2021 ausgebaut wird, und erwartet, dass die entsprechenden Mittel wieder zumindest dem ursprünglich geplanten Betrag angepasst werden.

Abschliessend möchten wir nochmals ausdrücklich betonen, dass der SwissFoundations Arbeitskreis Kunst und Kultur die vorliegende Kulturbotschaft in ihrer Gesamtausrichtung unterstützt. Wir erkennen darin die Bereitschaft zu einer der Entwicklung verpflichteten Kulturpolitik sowie den erfreulichen Willen zum steten Dialog mit allen Beteiligten des Kulturschaffens in der Schweiz.

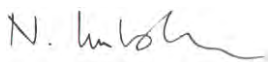
Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen, wünschen Ihnen eine zielführende Weiterarbeit und stehen Ihnen jederzeit gerne für weitere Ausführungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Regula Koch

Co-Leiterin Arbeitskreis
Kunst und Kultur



Nathalie Unternährer

Co-Leiterin Arbeitskreis
Kunst und Kultur



Urs Schnell

Projektleiter für die
Stellungnahme

Die Stellungnahme wird im Namen folgender Stiftungen des Arbeitskreises «Kunst & Kultur» eingereicht:

Animato Stiftung, Zürich
Cassinelli-Vogel-Stiftung, Zürich
Christoph Merian Stiftung, Basel
Dätwyler Stiftung, Altdorf
Ernst Göhner Stiftung, Zug
Fondation Leenaards, Lausanne
Fondation Nestlé pour l'Art, Genève
FONDATION SUISA, Lausanne
Forlen Stiftung, Basel
LANDIS & GYR STIFTUNG, Zug
Paul Schiller-Stiftung, Lachen
Prof. Otto Beisheim Stiftung, Baar
Schweizerische Interpretenstiftung SIS, Zürich
Sophie und Karl Binding Stiftung, Basel
Stanley Thomas Johnson Stiftung, Bern
Stiftung Corymbo, Zürich
Stiftung Mercator Schweiz, Zürich



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Musée d'art et d'histoire Fribourg
Rue de Morat 12, 1701 Fribourg

Service de la culture SeCu
Amt für Kultur KA

Musée d'art et d'histoire Fribourg MAHF
Museum für Kunst und Geschichte Freiburg MAHF

Rue de Morat 12, 1701 Fribourg

T +41 26 305 51 40, F +41 26 305 51 41
www.mahf.ch

Eidgenössisches Departement des Innern
(EDI)
Bundesamt für Kultur
Herrn Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot, Amtsvorsteherin
Bundesamt für Kultur
Inselgasse 1
3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Réf: Verena Villiger Steinauer, directrice MAHF
T direct: +41 26 305 51 40
Courriel: verena.villiger@fr.ch

Freiburg, 19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise eingeladen zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024. Das Musée d'art et d'histoire Fribourg trägt mit seiner bedeutenden Sammlung und attraktiven Wechselausstellungen wesentlich zur Bewahrung und Vermittlung des bildkünstlerischen Erbes unseres Landes bei und wird national wie international wahrgenommen. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes unser Museum ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns, uns mit unseren spezifischen Anliegen in die Vernehmlassung einzubringen.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür sind wir dankbar, lebt doch die Kulturpflege und -förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Megatrends wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Damit beschäftigen sich auch die Kunstmuseen seit längerer Zeit intensiv. Wir begrüßen explizit die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugutekommen.

Zu drei Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns im Detail einbringen:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge / Betriebsbeiträge

Wir begrüßen explizit die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, die die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungs-

summen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen. Ein Optimierungspotential orten wir zudem bei der Antrags- und Bewilligungspraxis, was den Zeitpunkt der Ausschreibung sowie den tatsächlich gesprochenen prozentualen Beitrag der Versicherungskosten pro Gesuch betrifft.

Wir begrüssen es, dass der Bund sich subsidiär und längerfristig finanziell bei Museen von nationaler Bedeutung engagieren will, die nicht in seiner eigentlichen Verantwortung liegen. Die Betriebsbeiträge an einzelne Ausstellungshäuser binden jedoch sehr viele Mittel; zugleich widerspricht ihre zeitliche Begrenzung einer langfristigen kontinuierlichen Kulturförderung. Positiv ist, dass diese Beiträge vornehmlich für die Bereiche Sammlung und Vermittlung vorgesehen sind, zwei Aufgabengebiete, für die anderweitig kaum Drittmittel generiert werden können. Wir begrüsst zudem eine angemessene Vertretung von Kunstmuseen unter den durch Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen sowie grössere Transparenz der Entscheidungsfindung dieser Fördermassnahme, insbesondere bezüglich Zusammensetzung der Expertenkommission und der Kriterien für Zusage respektive Ablehnung der Gesuche.

2. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Das Musée d'art et d'histoire Fribourg begrüsst grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen wir indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem wir Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Zudem erwerben wir Kunstwerke für unsere Sammlung und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaaffenden bei. Diese Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zudem befürchten wir, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst nicht nötig. Zu befürchten ist, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

Daher ist es aus Sicht des Musée d'art et d'histoire Fribourg notwendig, dass Ausstellungsinstitutionen, nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Kunsthallen und Off-Spaces, sich bei der Ausgestaltung von Ausstellungs- und Publikationshonoraren mit ihren Anliegen aktiv einbringen können und als wesentliche Akteure in die laufenden Diskussionen einbezogen werden.

3. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommenen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, was das Musée d'art et d'histoire Fribourg erfreut zur Kenntnis nimmt. Wir stellen jedoch fest, dass das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Seit es die Datenmengen ermöglichen, sind Bilder auch in den neuen Kommunikationstechnologien allgegenwärtig. Die hohe Emotionalität, die mit einem Bild innerhalb eines Augenblicks erzeugt werden kann, wird mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und instrumentalisiert. Es ist noch immer selbstverständlich, dass ein Bild zunächst einmal Realität zeigt. Doch es bedarf sowohl der Bildung als auch der Übung, in einem Bild nicht nur den Realitätsbezug zu erkennen, sondern auch das Potential zu Manipulation. Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Dazu bedarf es einer Bildkompetenz, die insbesondere auch auf der Rezeptionsseite funktioniert.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten die Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung, liefert Denkanstösse und macht das Bewusste vom Unbewussten unterscheidbar. Ein Museum ist so gesehen ein 3-D-Bilderbuch, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Das Museum verfügt als Institution über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.

Das Musée d'art et d'histoire Fribourg würde sich freuen, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021-2024 einfliessen würden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Verena Villiger Steinauer
Direktorin

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
Adresse Nr.
CH-3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

19. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Stellungnahme des Freilichtmuseums Ballenberg

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zur Kulturbotschaft 2021–2024.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Das Freilichtmuseum Ballenberg (FLM) unterstützt die drei strategischen Handlungsachsen: Kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Kreation und Innovation. Als einziges Freilichtmuseum der Schweiz leistete und leistet es 2016–2020 zu allen drei Achsen einen wichtigen Beitrag.

Kulturelle Teilhabe: Das FLM war Mitglied im Trägerverein des Kulturerbejahres und realisierte 2018 zahlreiche Projekte, in welchen sich das Publikum aktiv mit dem Kulturerbe auf dem Ballenberg auseinandersetzte. Die Ergebnisse flossen in die Publikation «[Ballenberg. Sichtweisen auf das Freilichtmuseum der Schweiz](#)¹» ein.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Das FLM repräsentiert alle Regionen der Schweiz, ist ein Ort der Begegnung und leistet einen grundlegenden Beitrag zur Verständigung der sprachlichen und kulturellen Gemeinschaften in der Schweiz.

Kreation und Innovation: Das FLM beteiligt sich aktiv an Forschungsprojekten und sucht die Kooperation mit Hochschulen.²

¹ Download ganze Publikation 15 MB:

https://www.dropbox.com/s/pwap2wgwc9vc09e/Ballenberg_Sichtweisen_def

² 2015–2017 war das FLM Projektpartner des KTI-Forschungsprojektes «[Ubiquitous Computing for knowledge transfer, exhibition design and museum operations](#)» der Fachhochschule Nordwestschweiz Basel und der Hepia HES-SO Genf. 2019 initiierte es einen Projektantrag zur Erforschung der

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Das FLM erachtet die Beibehaltung der bisherigen Handlungssachsen und die Ergänzung um den Akzent «Digitalisierung» für sinnvoll. Es plant in den kommenden Jahren vermehrt digitale Angebote zu entwickeln. In Zusammenhang mit dem Megatrend «Digitalisierung» kommt es aber auch zu einer «Wiederentdeckung des Live-Erlebnisses» und zum «Bedürfnis nach 'realen' Begegnungen»³ – beides kann ein Freilichtmuseum prädestiniert anbieten und somit neue hybride Vermittlungsangebote und Erlebnisse schaffen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Das FLM begrüsst insbesondere die Weiterentwicklung der Handlungssache «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» in Richtung «Baukultur», welche sowohl die Bereiche Heimatschutz und Denkmalpflege als auch die zeitgenössische Baukultur beinhaltet. Die Vermittlung der ländlichen Baukultur der Schweiz stellt eine der Kernaufgaben des FLM dar. Gerade in den ländlichen Regionen stellt die Landschaft eine der wertvollsten Ressourcen unseres Landes dar, die es zu erhalten gilt. Der Ballenberg bildet für Architekten und Architektinnen eine Inspirationsquelle für den Umgang mit Ressourcen, Materialien und handwerklichen Techniken⁴ und leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zum modernen Bauen und zum Verständnis von Baukultur, wie es 2018 in der Erklärung von Davos verankert wurde.

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Wir sind mit den in der Revision vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Insbesondere die Aufnahme des immateriellen Kulturerbes in das Kulturfördergesetz erachten wir als eine wichtige und dringende Gesetzesanpassung. Lebendige Traditionen der Schweiz werden auf dem

Bewohnergeschichte von Häusern auf dem Ballenberg, der beim Schweizerischen Nationalfonds eingereicht wurde. (Antragsteller: Prof. Dr. Walter Leimgruber, Universität Basel, Antwort ausstehend).

³ Vergl. Verband der Museen der Schweiz (Hg.): Museumszukünfte. Wir haben die Wahl. 2016, S. 8, Abschnitt «Live Experience und «Culture on Demand».

https://www.museums.ch/assets/files/dossiers_d/Publikationen/VMS_Zukunft_D_web.pdf

⁴ Vergl. Gion A. Caminada: [Das Verwaltungsgebäude auf dem Ballenberg](#). In Ballenberg, Freilichtmuseum der Schweiz (Hg.): Ballenberg. Sichtweisen auf das Freilichtmuseum der Schweiz. Bern 2019, S. 66-75.

Ballenberg gelebt oder finden ihren Niederschlag in seinen Sammlungsobjekten und Ausstellungen. Von der «Liste der lebendigen Traditionen in der Schweiz» sind folgende Traditionen im Freilichtmuseum vertreten:

Alphorn, Bauernmalerei rund um den Säntis, Bénichon, Berner Bauernkeramik, Brienzer Holzschnitzerei, Chlefele, Kastanienkult, Kirschenanbau, Köhlern, Kräuterwissen und Naturheilkunde, Platzgen, Maiensässfahrt, Saison d'alpage, Schwingen, Seidenband und Bandweberei, Tavillonnage, Volksmusik, Volkstanz.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Die Betriebsbeiträge des BAK sind für das FLM absolut grundlegend und notwendig, damit es seinen Auftrag als Bildungs- und Kulturinstitution weiterhin erfüllen kann. Ohne die Betriebsbeiträge könnte das FLM substanzielle Arbeiten nicht leisten. Der Kostendeckungsgrad des FLM beträgt aktuell über 80 Prozent. Aus finanziellen Gründen musste das FLM in den letzten Jahrzehnten wichtige Dokumentations- und Unterhaltsarbeiten aufschieben und konnte die Dauerausstellung nur teilweise erneuern. Die Anforderungen an das Freilichtmuseum steigen stetig – sowohl inhaltlich (Vermittlung) als auch bezüglich seiner Positionierung in einem Umfeld wachsender Konkurrenzangebote. Gleichzeitig sind die Mittel des Bundes im Vergleich zur vorhergehenden Periode rückläufig. Um seine Angebote und Infrastruktur laufend auf dem neusten Stand zu halten, fehlt dem FLM eine solide und nachhaltige finanzielle Grundlage durch den Bund.

Wir sind mit der Beurteilungsmethode und den Kriterien des neuen Förderkonzeptes grundlegend einverstanden. Der für Museen und Sammlungen zur Verfügung stehende Zahlungsrahmen muss jedoch aus unserer Sicht dringend substanziell erhöht werden. Als Institution, die sich seit einem halben Jahrhundert für die Vermittlung der ländlichen Architektur und Kultur aller Regionen der Schweiz engagiert und deren Sammlungen fast ausschliesslich aus Helvetica bestehen, sind wir nicht nur auf monetär grössere Unterstützung angewiesen, sondern auch auf mehr Verbindlichkeit in der Unterstützung. Ein plötzlicher Wegfall der Betriebsbeiträge durch das BAK würde für das FLM ein existenzielles Problem darstellen.

Freundliche Grüsse

Ballenberg, Freilichtmuseum der Schweiz

Stiftungsrat



Peter Flück
Stiftungsratspräsident

Geschäftsleitung



Martin Michel
Geschäftsführer



Beatrice Tobler
Leiterin Wissenschaft,
Stv. Geschäftsführerin

Beilage: Stellungnahme des Verbands der Europäischen Freilichtmuseen AEOM

Bokrijk, 18. September 2019



Frau Beatrice Tobler
Ballenberg, Freilichtmuseum der Schweiz
Museumsstr. 100
CH-3858 Hofstetten bei Brienz
Schweiz

Stellung zur Kulturbotschaft 2021–2024 Museum Ballenberg, Freilichtmuseum der Schweiz

Sehr geehrte Frau Tobler
Liebe Beatrice

Gerne nehme ich als Präsidentin des Verbandes Europäischer Freilichtmuseen (AEOM) Stellung zum Papier 'Stellungnahme des Freilichtmuseums Ballenberg 2021–2024'.

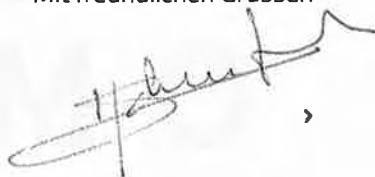
Wie Sie wissen, war ich in den letzten Jahren regelmäßig auf dem Ballenberg. Nicht nur als Freilichtmuseum der Schweiz ist das Museum einzigartig, sondern auch in Bezug auf die Formate und die Qualität der Vermittlung im internationalen Vergleich. Der Ballenberg hat mich persönlich inspiriert, und einige ihrer Projekte (u.a. Haus von Matten, Handwerkskunst, ...) haben mein eigenes Museum direkt beeinflusst.

Der Ballenberg hat mehrmals bewiesen, dass es für die heutigen Besucher äußerst relevant ist. Nicht nur weil der Ballenberg das einzige Freilichtmuseum der Schweiz ist, verdient es nachhaltige nationale Unterstützung, sondern auch, weil das Museum die Gesellschaft von Heute mit der von Gestern und Morgen verbindet. Neben der Pflege der eigenen historischen Sammlungen ist es die Aufgabe des Museums, die Alltagskultur der gewöhnlichen Menschen zu vermitteln. Ohne strukturelle und substanzielle finanzielle Unterstützung des Bundes ist es schlichtweg nicht möglich, die verschiedenen musealen Aufgaben mit hoher Qualität zu erfüllen und gleichzeitig Projekte mit Charisma und aktueller Relevanz zu realisieren. Die Tatsache, dass sich der Ballenberg vermehrt auf immaterielles kulturelles Erbe konzentrieren möchte, ist eine kluge und strategische Entscheidung, die ich dem Museum von ganzem Herzen empfehle.

Insgesamt kann ich aus Sicht des Verbandes Europäischer Freilichtmuseen sagen, dass die bisherige Finanzierung mit einem Kostendeckungsgrad von über 80 Prozent nicht realistisch ist. Ein jährlicher Zuschuss von bis zu 50% des Budgets ist für vergleichbare Einrichtungen mit einem solchen Aufgabenspektrum als Untergrenze zu betrachten.

Sollten Fragen zu einzelnen Punkten bestehen, wäre ich gern zu Gesprächen bereit. Sicher ließen sich dazu mündlich oder auch auf Nachfrage schriftlich weitergehende Stellungnahmen erbringen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hilde Schoefs', with a stylized flourish at the end.

Hilde Schoefs

Präsidentin AEOM www.theaeom.eu | Museumsleiterin Freilichtmuseum Bokrijk www.bokrijk.be

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
3003 Bern

(eingereicht per Email in Word- und PDF-Fassung an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch)

Opfikon, 19. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise gebeten, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu beziehen. Als Anbieterin von Abruf- und Abonnementsdiensten (VoD Anbieter) nimmt die Sunrise Communications AG (nachfolgend „Sunrise“) diese Gelegenheit der Meinungsäusserung wahr und reicht hiermit fristgerecht die Stellungnahme ein.

Ausgangslage

Im Zuge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 will der Bundesrat verstärkt den Fokus auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ setzen. Die Digitalisierung führt auch in der Kulturlandschaft zu einem strukturellen Wandel. Dieser Wandel äussert sich hier jedoch in erster Linie positiv: einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeit und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch eine gesteigerte Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Als Reaktion auf die voranschreitende Digitalisierung soll nun im Zuge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 auch das vorgeschlagene Förder- bzw. Finanzierungsmodell auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste ausgeweitet werden. Schweizerische und europäische Filme sollen zudem durch eine Quotenregelung stärker gefördert werden. Wir sind überzeugt, dass die dargelegten Massnahmen und Änderungen im Filmgesetz (FiG) sich kontraproduktiv auf die Förderung von Kultur in digitalen Medien auswirken und lehnen insbesondere die vorgeschlagenen Änderungen des Filmgesetzes (Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1) aus den folgenden drei Hauptgründen ab.

1. Mangelnde Wirksamkeit

Wie eingangs erwähnt wird durch die Digitalisierung das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt. Die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz jedoch weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Vielmehr wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen auf die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können - weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

Es ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es zudem auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz bestücken zu müssen. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten „Long Tail“ wieder vernichtet. Es ist bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es vor allem um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.¹

2. Inländerungleichbehandlung und Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen

¹ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix², de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Falle von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hierzulande strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerblich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Wenig hilfreich ist dabei, wenn hinsichtlich der Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter, welcher allenfalls in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten³, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmeldepflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förderabgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁴, Verfügungen der Behörden werden im Ausland jedoch nicht dursetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (dem allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend⁵) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine

² Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

⁴ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

⁵ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grösserem Ausmass hochgefahren werden.

neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten, Art. 24c E-FiG (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem erläuternden Bericht⁶ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschont.

3. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht⁷.

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass der Bund Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem

⁶Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

⁷ Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll.

Für Fernmeldediensteanbieter wie Sunrise stellt das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, das Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Sunrise erbringt damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Auf diese Weise leisten wir bereits indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Sunrise verbindet nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte- und Dienstleistungsangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges. Es ist auch deshalb nicht richtig, Unternehmen wie Sunrise nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe in der Praxis auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwälzt wird.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sunrise



Marcel Huber
General Counsel and Chief Administrative Officer



Cédric Marty
Corporate Governance Manager Administrative Office

Einschreiben

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

(per E-Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch)

Zürich, 19. September 2019

STELLUNGNAHME KULTURBOTSCHAFT 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (die "**Kulturbotschaft**") Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft enthält Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in die verfassungsmässigen Rechte unserer Mitglieder eingreifen, welche auch als Anbieter von Video-on-Demand-Plattformen tätig sind.

Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit gerne wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den "digitalen Wandel in der Kulturförderung" fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch dadurch begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist aus unserer Sicht keine adäquate Reaktion auf diese Effekte der Digitalisierung.

Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten auf unsere Mitglieder.

Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Ein Teil unserer Mitglieder, bei welchen es sich um Fernmeldedienstanbieterinnen mit Sitz in der Schweiz handelt, stellt ihrer Kundschaft eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, "VoD"). Dabei handelt es sich um den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+) ist gross. Die Fernmeldedienstanbieterinnen betreiben diese Dienste daher in erster Linie, um ihrer Kundschaft ein möglichst umfassendes Paket an linearen und nicht-linearen audiovisuellen Inhalten bieten zu können.

Es ist aus unserer Sicht daher falsch, Abgaben vom Umsatz der Dienstbetreiber abhängig zu machen. Die geplanten Abgaben stellen für die Betreiber derartiger Dienste zusätzliche Betriebskosten dar, welche die Attraktivität der Bereitstellung solcher inländischen Videotheken stark mindern wird.

2. Gründe für die Ablehnung der Revision des Filmgesetzes

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend "**E-FiG**") vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, einerseits eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend "**europäische Pflichtquote**") im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und andererseits 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen.

Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der das E-FiG Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

2.1. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage nicht¹.

¹ Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung ("BV"), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit der Förderung von Schweizer Filmproduktion und -kultur durch den Bund. Eine neue gesetzliche Verpflichtung von Marktteilnehmern, die Kultur über eine jährliche Abgabe für das Schweizer Filmschaffen zu fördern, lässt sich dagegen nicht auf Art. 71 BV stützen.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben etwa Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten. Im erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio- und TV-Gesetz mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen². Anders als vorliegend existiert im Hinblick auf die Fernsehveranstalter mit Art. 93 BV aber eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und -Finanzierungsmodellen. Dies ist mit der vorliegenden Situation nicht zu vergleichen. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste vergleichbar: Die Fernsehveranstalter stehen der Schweizer Filmproduktion viel näher, da sie regelmässig selbst audiovisuelle Inhalte produzieren. Demgegenüber produzieren unsere Mitglieder als VoD-Anbieter keine Inhalte; sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

2.2. Mangelnde Wirksamkeit

Die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können – weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen oder aber ihr Angebot insgesamt verkleinern, um die Quote zu erreichen. In dieses Bild passt die Einschätzung des Bundesamts für Kommunikation, welches bereits im Jahr 2013 in einer Stellungnahme zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete³.

Schliesslich ist anzumerken, dass es bei einem insgesamt grossen Filmangebot dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit Inhalten europäischer Provenienz zu bestücken. VoD-Anbieter mit kleinem Angebot fahren dann besser, weil sie mit wenigen rentablen Mainstream-Filmen

² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

³ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

aus Europa die Anforderung erfüllen können, was dem Ziel einer grossen Filmvielfalt jedoch diametral entgegensteht und eine durch die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt wieder zunichtemacht.

2.3. Fehlende Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine substantielle Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon das E-FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Die neuen Auflagen führen daher faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung Schweizer Unternehmen. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁴.

Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Schweizer Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen (und damit indirekt die Kunden Schweizer Unternehmen) belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannter schweizerisch-ausländischer Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie für die Nutzung von Daten, all dies gemäss dem erläuternden Bericht⁵ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmen, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend erlauben wir uns, für den Fall, dass das Gesetzgebungsprojekt weiterverfolgt wird, Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen anzubringen.

⁴ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

⁵ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

3.1. Ausnahmeregelungen

Der Gesetzesentwurf sieht für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) die Möglichkeit vor, dass der Bundesrat Ausnahmen beschliesst. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur vereinzelt gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für unsere Mitglieder von vornherein nicht anwendbar sein werden, da deren Angebot nicht nur einzelne Filme enthält und im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen, ist.

3.1.1. Ausnahme Mindestumsatz

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, als auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF⁶ gelten; bezüglich Förderabgabe werden im erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass (um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden⁷) die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Weiter bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand⁸, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten, auf das Angebot der Rechteinhaber Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2.5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

⁶ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

⁷ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

⁸ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

3.1.2. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter

Der erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu dem in Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG genannten Ausnahmefall. Ein Teil unserer Mitglieder vermarktet regelmässig VoD-Angebote Dritter in eigenem Namen. Sie haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und fallen daher unter die Ausnahmegeneralklausel, wonach für sie die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Es ist aus unserer Sicht im Gesetz klarzustellen, dass dies auch dann gilt, wenn die Fernmeldedienstanbieterinnen einen von einem Dritten bereitgestellten Dienst im eigenen Namen "weiterleiten".

3.2. Meldepflichten

Gemäss dem erläuternden Bericht zur Kulturbotschaft wurde die Pflicht der Anbieter von On Demand-Diensten zur Meldung der Anzahl Abrufe pro Filmtitel aus dem bisherigen Art. 24 Abs. 3^{bis} FiG übernommen. Art. 24 Abs. 3^{bis} FiG, der nunmehr aufgehoben werden soll, verpflichtete hingegen nicht primär die Anbieter von On Demand-Diensten, sondern parallel auch den Inhaber der entsprechenden Verwertungsrechte (Lizenzgeber). Warum die Meldepflicht neu allein für den Dienstanbieter gelten soll, ist nicht nachvollziehbar, verfügt doch allein der Rechteinhaber über sämtliche Daten, die im Rahmen der Meldepflicht gemäss Art. 16a FiV zu liefern sind, einschliesslich der Abrufzahlen der Dienste der Anbieter, an welche er entsprechende Rechte lizenziert hat. Deshalb schlagen wir vor, die Bestimmung über die Meldepflicht gemäss dem vorgeschlagenen Art. 24i Abs. 1 FiG dahingehend anzupassen, dass die Meldung durch den Inhaber der Verwertungsrechte (und nicht den Dienstanbieter) zu erfolgen hat.

Abschliessend danken wir Ihnen bestens für Ihre Kenntnisnahme. Im Falle von Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

SWISSSTREAM

Alexander Schmid
Geschäftsführer

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Per Email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Suhr, 19. September 2019

Stellungnahme Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Die Kulturbotschaft enthält nicht akzeptierbare Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in unsere verfassungsmässigen Rechte als Anbieter einer Video-on-Demand-Plattform eingreifen. Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit fristgerecht wahr.

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch darüber begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist eine schädliche und unüberlegte Reaktion auf diese Digitalisierungseffekte. Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an die Fernmeldedienstanbieterinnen (FDA). Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Um dieser Position ausreichend Gewicht zu geben, werden wir eine Kopie der vorliegenden Stellungnahme den entsprechenden Stakeholdern (Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien,

Wirtschaftsverbände, etc.) zur Information zukommen lassen und unsere Unterstützung für ein fakultatives Referendum gegen die geplanten Neuerungen im Filmgesetz anbieten, sollte das Vorhaben nicht fallen gelassen werden.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Wir betreiben ein Kommunikationsnetz und stellen unserer Kundschaft auch eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, VoD), folglich wir den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst anbieten, dessen Umsatz zukünftig mit 4% spezial-besteuert werden sollte.

Namentlich die Rechtebeschaffung ist eine sehr aufwendige Angelegenheit, weshalb wir das Content-Repertoire der Videothek durch einen Dritten organisieren und bereitstellen lassen. Für die Vermittlungstätigkeit erhalten wir eine Entschädigung in der Form einer Kommission, ungeachtet der Tatsache, dass wir gegenüber den Endkunden in eigenem Namen handeln, und es für die Konsumentinnen und Konsumenten deshalb nicht offensichtlich ist, dass sie das Angebot eines Drittanbieters nutzen.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+), etc. ist gross und wir betreiben diesen Dienst in erster Linie um unserer Kundschaft ein möglichst umfassendes Packet an Audiovisionsdiensten (linear und nicht-linear) im Rahmen unserer Telekom-Bündelangeboten (Triple- oder Quadruple-Play) bieten zu können. Es ist deshalb schon vom Ansatz her falsch, davon auszugehen, mit elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten liessen sich grosse direkte Umsätze generieren, entsprechend eine Besteuerung einfach beim Umsatz anzuhängen wäre. Die geplanten Abgaben stellen für uns Betreiber reine Betriebskosten dar, welche die Attraktivität zur Bereitstellung von solchen inländischen Videotheken stark mindern wird.

Betreffend Rentabilität des Vod-Angebotes ist vorab auch daran zu erinnern, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechtsgesetzes für VoD-Anbieter bereits zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgaben beschlossen hat, was weiter zur Verminderung der Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Video-Abrufdiensten beitragen wird¹. Es ist deshalb grundsätzlich erstaunlich, dass jetzt über die Revision des Filmgesetzes noch mehr Abgaben in Betracht gezogen werden, die am Ende entweder das inländische Angebot verhindern und/oder von den Schweizer Konsumenten getragen werden müssen.

2. Warum ist die geplante Revision des Filmgesetzes abzulehnen?

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend E-FiG) vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, zum einen eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend europäische Pflichtquote) im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und zum anderen 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen. Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der FiG-Entwurf Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat

¹ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision des Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzvereinbarung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>)

konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

a. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage bezeichnenderweise nicht². Es wird vertuscht, dass die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen im E-FiG verfassungswidrig sind!

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit, dass **der Bund** Schweizer Filmproduktion und -kultur fördern kann. Die Verfassungsgrundlage sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass Dritte anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten.

Demgemäss weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt auch keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die Förderung des Schweizer Filmschaffens muss bei einer der Verfassung entsprechenden Rechts(um)setzung immer Aufgabe des Bundes bleiben, denn die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen, namentlich durch die vom Bundesrat geplante Einführung einer Förderabgabe, welche dem Schweizer Filmschaffen zugutekommen soll.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten, welche einer neuen Steuer gleichkommt, da sie ohne eigentliche Gegenleistung für den Finanzbedarf der Förderung des Schweizer Filmschaffens erhoben werden soll. Im Erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio und TV-Gesetzgebung mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen.³ Hier besteht aber demgegenüber mit BV Art. 93 eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und –Finanzierungsmodellen. Der Vergleich ist haarsträubend und kann sicher nicht als Begründung dienen, in derart heftiger Weise in verfassungsmässig geschützte Rechte von Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste einzugreifen⁴. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste zu vergleichen: Die Fernsehveranstalter stehen viel näher zur Schweizer Filmproduktion, sie produzieren regelmässig selber Audiovisionsinhalte. Demgegenüber produzieren VoD-Anbieter normalerweise keine Inhalte, sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

Wie einführend dargelegt, stellt für uns als Kommunikationsunternehmen das VoD-Angebot mehr ein Ergänzungsprodukt dar, unser Kerngeschäft ist das Erstellen und Betreiben von Netzinfrastrukturen. Wir erbringen

² Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

⁴ Sinngemäss gleicher Auffassung ist die EMEK, vgl. Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission (EMEK) zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien vom 11.10.2018, zu Art. 12 BGeM

damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Schweiz mit Breitbandinternet. Damit leisten wir bereits indirekt einen wichtigen „kulturellen“ Beitrag, notabene ohne Subventionen der öffentlichen Hand. Wir verbinden nämlich die Konsumentinnen und Konsumenten mit den verschiedenen auch kulturellen Inhalte- und Dienstangeboten auf der Basis eines leistungsstarken Breitbandzuganges (welcher nicht zu verwechseln ist mit dem via Fernmeldegesetzgebung garantierten Zugangsdienst zum Internet⁵). Es ist auch deshalb nicht richtig, uns nun noch eine Subventionierungspflicht für die Schweizer Kultur aufzubürden. In der Konsequenz wird damit einfach das VoD-Angebot verteuert, da die neue Abgabe dann auf die Endkunden, die Konsumentinnen und Konsumenten, überwältigt wird.

Vor allem jüngere Generationen, welche immer mehr nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden durch die neue Abgabe übermässig belastet. Diese Bevölkerungsgruppe bezahlt nun schon eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen (ehemals Billag-Gebühr), ohne eventuell jemals die damit (mit)finanzierten Rundfunkprogramme zu nutzen und sie werden schliesslich auch für die von beiden Parlamentskammern im Rahmen der laufenden Urheberrechtsrevision beschlossenen zusätzlichen Urheberrechtsabgaben auf VoD (vgl. oben) aufzukommen haben. Deren Medienbudget darf nicht unbeschränkt durch Abgaben für den Service Public, zusätzliche Abgaben für Filmurheber und Ausübende des Films und nun auch noch durch neue Abgaben ganz allgemein für das Schweizer Filmschaffen ausgehöhlt werden. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dieser offenbar unersättlichen Forderungs- und Subventionsmentalität einen Riegel zu schieben. Wir werden nicht zögern, die Konsumentenschutzverbände auf diese nicht endende Kette von Forderungen im Zusammenhang mit Kulturförderungen aufmerksam zu machen.

b. Mangelnde Wirksamkeit

Auch die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können - weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen.

Gerade diese Überlegungen werden exakt auch der Grund dafür gewesen sein, warum das Bundesamt für Kommunikation im Jahr 2013 zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie), welche mit der geplanten Revision jetzt autonom nachvollzogen werden soll, eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete.⁶ Es ist erstaunlich, dass der Bundesrat (und insbesondere die entsprechende Departementsvorsteherin) diese Position eines für die von ihm beschworene Digitalisierung wichtigen Bundesamtes nicht kennt (oder schon wieder vergessen hat).

Schliesslich ist anzumerken, dass bei einem insgesamt grossen Filmangebot es dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit europäischer Provenienz zu bestücken. Besser fährt dann ein VoD-Anbieter mit kleinem Angebot, weil er mit den paar existierenden und rentablen Mainstream-Filmen aus Europa die

⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 1 lit. d FDV

⁶ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

Anforderung erfüllen kann, was der angebotenen Filmvielfalt jedoch diametral entgegen läuft und eine durch die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt im sogenannten „Long Tail“ wieder vernichtet. Es ist überaus bedauerlich, dass der Bundesrat eine Gesetzesrevision, wie die Vorliegende, kommunikativ mit dem „Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung“ ausruft, faktisch mit den vorgeschlagenen Änderungen aber genau das Gegenteil bewirkt. Hier geht es allein um die Befriedigung von Interessen von Filmschaffenden, die dem Irrtum unterliegen, allein mit einer quantitativ höheren Präsenz würden ihre Einkommen steigen, obschon ihre Produkte nicht ausreichend Abnehmer im Markt finden können.

c. Wettbewerbsverzerrung infolge fehlender Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon der Entwurf FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Zudem ist die Wendung „sich an das schweizerische Publikum richten“ in der Praxis beliebig manipulierbar, so dass diese Bedingung rasch als nicht erfüllt betrachtet werden müsste. Die neuen Auflagen führen faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse geschrieben, um eine Lex Netflix⁷, de facto werden nämlich nur Schweizer Unternehmen mit einer neuen Abgabe und neuen Auflagen belastet, weil diese in der Schweiz ihren Sitz haben und – im Fall von Verstössen – deren Organe im Sinne von Art. 27 Abs. 1 E-FiG hier strafrechtlich verfolgt werden könnten.

Die hiesigen VoD-Anbieter haben aber bereits heute wettbewerblich einen schweren Stand gegen die internationale Konkurrenz und weitere Nachteile werden den abzeichnenden Strukturwandel nur weiter vorantreiben, so dass sich Schweizer Unternehmen ganz aus dem VoD-Filmgeschäft zurückziehen werden. Und da hilft es wenig, wenn hinsichtlich Quotenregelung die Bestimmung mit der europäischen AVMD-Richtlinie übereinstimmt. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von US-amerikanischen Firmen, wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc. Das bedeutet, auch wenn europäische VoD-Anbieter zukünftig irgendwann – gemäss der Fassung 2018 soll die Richtlinie bis September 2020 in nationales Recht überführt werden – nach dem Herkunftslandprinzip von den Behörden ihres Sitzstaates effektiv zur Umsetzung angehalten werden, bleiben die massgeblichen Marktakteure höchstwahrscheinlich verschont. Und ob ein US-amerikanischer Anbieter, welcher allenfalls dann mal in der Zukunft den EU-Behörden nachgeben und für Europa die Auflagen einhalten wird, auch für die Schweiz das Angebot anpassen wird, ist kaum denkbar. Bekanntlich sind die Filmangebote für die verschiedenen Länder unterschiedlich und werden mittels Geoblocking seitens der Anbieter auch gegenüber den Endkunden so gehandhabt und umgesetzt. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁸, führt dann aber an, dass die Erfahrungen mit der 2016 eingeführten Filmmeldepflicht gezeigt hätten, dass auch ausländische Unternehmen durchaus interessiert seien, die Gesetzgebung ihrer Zielländer einzuhalten. Das klingt zwar gut und naturgemäss ist bei Unternehmen immer ein Interesse vorhanden, möglichst „compliant“ zu sein, indes bleiben die Behörden den Nachweis schuldig, dass diese Unternehmen nun auch wirklich, quasi freiwillig, die Schweizerische Filmmel-

⁷ Tagesanzeiger vom 31.05.2019: Der Bundesrat will die Lex Netflix

⁸ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

depflicht einhalten. So wird es sich dann auch mit der Quotenregelung und Förderabgabe verhalten: Es werden mit den ausländischen Unternehmen informelle Gespräche geführt⁹, Verfügungen der Behörden werden im Ausland jedoch nicht dursetzbar sein. Demgegenüber werden aber die Schweizer Unternehmen kontrolliert werden und mit den neuen Auflagen und Abgaben tatsächlich belastet sein. Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden (dem allgemeinen politischen Entwicklung diametral entgegenlaufend¹⁰) ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen und Konsumenten belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie ein Entgelt für die Nutzung von Daten, all dies dann gemäss dem Erläuternden Bericht¹¹ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmemöglichkeiten, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann. Solche Bestimmungen zeigen einzig, dass sich der Bundesrat selbst nicht geheuer ist und bereitet mit diesen sein Argument vor, man müsse dann im Einzelfall auf Verordnungsstufe wieder Gegensteuer geben, wenn dem Parlament wenig durchdachte und verfassungswidrige Gesetze vorgelegt werden. Insbesondere Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c E-FiG ebnen einen breiten Weg für willkürliche, einzelfallbezogene Behördenentscheidungen. Jede Ausnahmegenehmigung wird am Ende wettbewerbsverzerrende Wirkungen haben, weil man damit einen Wettbewerber in Bezug auf Kosten und Aufwand verschont.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend finden Sie unsere Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen für den Fall, dass am Revisionsprojekt in dieser Form festgehalten werden sollte. Hier gehen wir insbesondere auf die vorgesehenen Ausnahmeregelungen zur europäischen Pflichtquote sowie auf die Förder- bzw. Ersatzabgabe ein.

⁹ Auch beispielsweise zur Frage aufgrund von Art. 24a Abs. 2 und 24b Abs. 2 E-FiG, welches im Sinne des Gesetzes Angebote darstellen, die „sich an das schweizerische Publikum richten.“ Gemäss den Erläuterungen zu Art. 24b E-FiG auf S. 47, muss sich das Angebot dabei „gezielt“ an das Schweizer Publikum richten.

¹⁰ Während man in anderen Bereichen bemüht ist, überschüssende Bürokratie für die Privatwirtschaft abzubauen, vgl. z.B. revidierte Fernmeldegesetzgebung, soll vorliegend die Verwaltungsadministration in grösserem Ausmass hochgefahren werden.

¹¹ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

a. Ausnahmeregelungen

Wie bereits angesprochen, sieht der Gesetzesentwurf für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) Ausnahmen vor. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur vereinzelt gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für uns von vornherein nicht anwendbar sein werden. Unser VoD-Angebot enthält nicht nur einzelne Filme und ist im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen.

b. Ausnahme Mindestumsatz, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. a und Art. 24e Abs. 2 lit. a E-FiG

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, wie auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF¹² gelten; bezüglich Förderabgabe werden im Erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden¹³, die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Im Weiteren bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand¹⁴, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief angedacht zu sein. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten auf das Angebot der Rechteinhaber Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2,5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

¹² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

¹³ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

¹⁴ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

c. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter, vgl. Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG

Der Erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu diesem Ausnahmefall. Wie einleitend festgehalten, vermarkten wir das Angebot eines Dritten in eigenem Namen. Wir haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und erfüllen damit eigentlich die Ausnahmegeneralklausel, wonach für uns die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Wir müssten demnach ohne weiteres unter die Regel fallen, auch wenn wir, wie vorliegend, das VoD-Angebot in eigenem Namen vermarkten. Denn wäre letzteres nicht der Fall, sprich das Dienstleistungsverhältnis besteht direkt zwischen diesem Dritten und den Konsumentinnen und Konsumenten, so wäre zwingend im Sinne von Art. 24a und Art. 24b E-FiG dieser Dritte als VoD-Anbieter zu betrachten. Dieser Sachverhalt ist auf Gesetzesstufe zu präzisieren, damit von vornherein keine Unklarheiten und Unsicherheiten entstehen. Und da trotzdem nicht erwartet werden kann, dass das „weitergeleitete“ Angebot in Bezug auf die darin enthaltenen Filmtitel sowie der Preise streng identisch ist zu einem allenfalls daneben auch noch bestehen OTT-Streaming-Angebot dieses Dritten, sollte dies mit einem relativierenden Attribut angemerkt werden.

Unsere Forderungen zu Artikel 24a Abs. 3 und Abs. 3 lit. c sowie Art. 24e Abs. 2 und Abs. 2 lit. c FiG:

Art. 24a Abs. 3 FiG soll lauten:

„Der Bundesrat ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Pflicht nach Absatz 1 ~~ausnehmen~~, wenn:
(...)“

Art. 24a Abs. 3 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Art. 24e Abs. 2 FiG soll lauten:

„Er ~~kann~~ *nimmt* Unternehmen von der Verpflichtung ~~ausnehmen oder den Anteil, der für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden ist, auf 2 Prozent ermässigen~~, wenn:
(...)“

Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG soll lauten:

„die Verpflichtung unverhältnismässig oder deren Einhaltung unmöglich erscheint, (...) oder weil Angebote Dritter *in eigenem Namen nahezu* unverändert weitergeleitet werden.“

Schliesslich regen wir an, dass die gleichen Ausnahmen auch für die (seit 2016 bestehende) Filmmeldepflicht vorgesehen werden. Da wir lediglich das Angebot eines Dritten (zwar in eigenem Namen) vermarkten und damit in diesem Sinne „weiterleiten“ (obschon dies in eigenem Namen geschieht), haben wir grosse Schwierigkeiten, die benötigten Filmdaten für die Filmstatistik beizubringen. Viele dieser Daten werden deshalb durch das BFS direkt bei unseren Filmlieferanten erhoben. Trotzdem fallen wir unter die Meldepflicht und müssen mit Sanktionen rechnen, falls unsere Filmlieferanten den Meldeaufforderungen nicht nachkommen.

Unsere Forderungen zu Artikel 24i Abs. 1 FiG:

„Unternehmen, die in der Schweiz (...) müssen dem Bund die Anzahl Abrufe pro Filmtitel melden, *ausser sie erreichen den vom Bundesrat bestimmten Mindestumsatz nicht, oder es werden Angebote Dritter in eigenem Namen nahezu unverändert weitergeleitet.*“

Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Bemerkungen und Argumente in die weitere Behandlung des Geschäfts einbeziehen und unsere Position und Anträge berücksichtigen. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

TBS Strom AG



Johnny Strebel
Geschäftsführer



Nico Wild
Leiter Planung & Projekte

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Kopie zur Kenntnis Konsumentenschutzverbände, Bundesparlamentarier, politische Parteien, Wirtschaftsverbände, etc.

Office fédéral de la culture
Service Affaires de direction et droit
3003 Berne

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Paudex, le 19.09.2019
PAS/ty

Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024

Madame, Monsieur,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'objet cité sous rubrique, qui a retenu toute notre attention, et nous permettons de vous faire part de notre avis sur ce sujet.

1. Remarque générale

Nous nous contenterons de rappeler notre position de principe quant au rôle de la Confédération en matière de culture, sans entrer dans les détails du Message mis en consultation.

La culture est un domaine de compétence cantonale, raison pour laquelle nous n'étions pas favorables à l'introduction dans la Constitution fédérale d'une disposition accordant à la Confédération la possibilité de prendre des mesures en la matière. Nous avons également pris position contre l'adoption d'une loi fédérale sur l'encouragement de la culture, la considérant comme inutile et inopportune. En particulier, l'instauration d'un financement systématique et de régimes d'encouragement propres à chaque domaine est la base d'une lourde machine à subventions dans un domaine où la Confédération n'est censée intervenir qu'à titre subsidiaire. On relevait aussi le risque de besoins toujours accrus conduisant à une extension de la politique de subventionnement de la Confédération.

Cette position a été rappelée lors des procédures de consultation relatives aux précédents Messages sur l'encouragement de la culture. Elle reste pleinement valable aujourd'hui.

2. Remarques particulières

De ce qui précède découle que nous nous opposons en particulier à toute allocation de moyens supplémentaires, y compris en personnel.

Nous refusons également le projet d'article 12 alinéa 4 de la loi fédérale sur l'encouragement de la culture, selon lequel la Confédération peut «arrêter des mesures spécifiques pour promouvoir les talents musicaux».

3. Révision de la loi fédérale sur la culture et la production cinématographiques

Le objectifs et mesures contenus dans le Message s'accompagnent notamment d'un projet de modification de la loi sur la culture et la production cinématographiques, comprenant un nouvel article 3a, qui vise «les entreprises qui diffusent des films par le biais de services électroniques à la demande ou par abonnement en s'adressant à un public suisse». Celles-ci auraient en particulier l'obligation:

- de s'assurer qu'au moins 30% des films diffusés soient des films européens;
- d'affecter au moins 4% de leurs recettes brutes (réalisées en Suisse, pour ce qui concerne les entreprises ayant leur siège à l'étranger) à la création cinématographique suisse indépendante ou de s'acquitter d'une taxe de remplacement correspondante;
- d'être inscrites dans un registre public de la Confédération et
- de remettre chaque année à l'Office fédéral de la culture un rapport indiquant si la première exigence est remplie et, si oui, comment.

Nous considérons que cette modification est inopportune. L'exigence de quotas de films européens est justifiée par le fait qu'elle correspond au seuil prévu dans la directive européenne sur les services de médias audiovisuels, dont il expressément rappelé qu'elle «n'est toutefois pas contraignante pour la Suisse». Il est en outre peu probable qu'une telle obligation profite à la production cinématographique suisse.

La taxe d'affectation de 4% des recettes brutes est quant à elle motivée par un souci d'égalité de traitement, dès lors que les «diffuseurs de télévision nationaux et de programmes destinés aux régions linguistiques» (mais non la SSR) y sont déjà astreints en vertu de l'article 7 alinéa 2 de la loi sur la radio et la télévision. On rappellera toutefois que ces derniers doivent être au bénéfice d'une concession et profitent, pour certains, d'une part de la redevance. Une telle exigence conduirait, au pire, à un retrait de l'offre, la Suisse étant un marché extrêmement petit; au mieux, à un report du prélèvement sur le prix de l'abonnement, alors que les utilisateurs financent déjà la culture au travers de leurs impôts et de la redevance.

En conséquence, nous n'entrons pas en matière sur l'objet mis en consultation.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à cette prise de position, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de notre considération distinguée.

Centre Patronal



Sophie Paschoud

Eidgenössisches Departement des Inneren
EDI
Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Ort, Datum Ort, 19. September 2019
Betreff **Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)**
Stellungnahme Direktion Kultur und Soziales, Migros-Genossenschafts-Bund

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns freundlich für die Gelegenheit, zur Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu nehmen und machen hiermit gerne davon Gebrauch.

Das **Migros-Kulturprozent** ist ein freiwilliges, seit 1957 in den Statuten der Migros verankertes Engagement in den Bereichen Kultur, Gesellschaft, Bildung, Freizeit und Wirtschaft. Mit seinen Institutionen, Projekten und Aktivitäten (z.B. Klubschule Migros, GDI Gottlieb Duttweiler Institute oder Monte-Generoso-Bahn) ermöglicht es einer breiten Bevölkerung Zugang zu kulturellen und sozialen Leistungen. (Investitionen rund CHF 120 Mio pro Jahr).

Engagement Migros fördert Pionierprojekte im gesellschaftlichen Wandel. Der Förderfonds wurde 2012 als freiwilliges Engagement der Tochtergesellschaften des Migros-Genossenschafts-Bundes wie Denner, Migros-Bank, Migrol oder migrolino ins Leben gerufen. Engagement Migros ergänzt die Fördertätigkeit des Migros-Kulturprozent mit einem eigenständigen Förderansatz. (Investitionen rund CHF 15 Mio pro Jahr).

Die Direktion Kultur und Soziales verantwortet den Förderfonds Engagement Migros wie auch die national ausgerichteten Aktivitäten des Migros-Kulturprozent in den Bereichen Kultur und Soziales.

Einleitung

Private Kulturfinanzierer zählen zu den unverzichtbaren Partnern im Kulturförderungsbereich. In der Regel unterstützen diese Aktivitäten, die an sie herangetragen werden. Einzelne private Kulturfinanzierer wie zum Beispiel das Migros-Kulturprozent führen zudem eigene Projekte. Meist

treten private Kulturfinanzierer nicht als «Kulturschaffende» im engeren Sinne des Begriffes in Erscheinung. In unserer Stellungnahme gehen wir daher nicht auf Fragen ein, welche die Rolle und Aufgaben der Kulturschaffenden betreffen. Diesbezüglich unterstützen wir die Haltung von Suisseculture, Dachverband der Fach- und Berufsverbände der professionellen Kulturschaffenden der Schweiz.

Grundsätzliche Bemerkung

Die Direktion Kultur und Soziales des Migros-Genossenschafts-Bundes begrüsst das Vorgehen des Bundes, seine in der letzten Kulturbotschaft formulierten kulturpolitischen Strategien im Sinne einer Konsolidierung weiter zu verfolgen. Wir beurteilen die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als positiv und hatten in unserer Stellungnahme der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2016 bereits deren Ziel und Inhalt positiv gewürdigt («Megatrends» und «Handlungsachsen»). Nun wurde auch deren Umsetzung in den meisten Bereichen positiv in Angriff genommen. Sie ist in vielen Punkten nicht abgeschlossen, wodurch der Bundesrat richtigerweise auf Fortsetzung und Kontinuität setzt.

Die Arbeit von Pro Helvetia und des Bundesamtes für Kultur ist aus unserer Sicht positiv zu würdigen.

Finanzielles

Obschon die Direktion Kultur und Soziales der Auffassung ist, dass 0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur zu wenig ist, nimmt sie doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets von real 1,9% jährlich auf 942.8 Millionen Franken für die Förderperiode 20-24 beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Zu 1.1.4 Private und halbstaatliche Kulturförderung in der Schweiz

Die Botschaft schreibt: «Kulturförderung durch Private ist für die Schweizer Kulturlandschaft von eminenter Wichtigkeit. So gibt es in der Schweiz über 13 000 gemeinnützige Stiftungen mit einem geschätzten Stiftungsvermögen von rund 100 Milliarden Franken. Die jährliche Ausschüttung der gemeinnützigen Stiftungen beläuft sich auf rund 2 Milliarden Franken pro Jahr. Kultur gehört dabei (...) zu den wichtigsten Förder- und Aktivitätsbereichen der gemeinnützigen Stiftungen.»

In die Diskussion um die Entwicklung von kulturpolitischen Strategien sollten neben den im «Nationaler Kulturdialog» vereinten Kräfte der Öffentlichen Hände zwingend auch die zivilgesellschaftlichen Förderstellen (u.a. private Kulturfinanzierer) besser mit einbezogen werden. Mit der Einführung einer institutionalisierten Form des Austausches könnten das Wissen und die Erfahrung der «privaten» Kulturförderer in die nationale Kulturpolitik einfließen. Das Forum Kultur und Ökonomie bietet als informeller Zusammenschluss von öffentlichen und privaten Kulturförderern eine Plattform des Austausches. Dennoch ist dem Gespräch zwischen den Gremien des Kulturdialogs und denjenigen der zivilgesellschaftlichen Förderinstitutionen unserer Ansicht nach auch von Seiten der Behörden mehr Gewicht beizumessen. Dies würde auch der föderalistischen Struktur unseres Systems Rechnung tragen.

Zu 1.4 Kulturpolitik des Bundes

Der Bundesrat folgt in seinem Vorschlag für die Kulturbotschaft 21/24 weitgehend den Megatrends und Hauptargumenten der Europäischen Union. Insbesondere die drei Hauptachsen Kulturelle Teilhabe («audience development»), Gesellschaftlicher Zusammenhalt («social cohesion») und Kreation und Innovation («creation&innovation») sind deckungsgleich mit den Begriffen des Kulturprogramms der Europäischen Union. Umso wichtiger, dass der Bundesrat aktiv den Eintritt der Schweiz in das Kulturprogramm der EU verfolgt, vor allem, wenn er mit diesen Begriffen operiert (siehe auch 2.2)

Zu 1.4.2.1 Kulturelle Teilhabe

Der Begriff der Kulturellen Teilhabe enthält andere sprachliche Konnotationen als der Ursprungsbegriff aus dem Kulturprogramm der EU: «audience development». Auch der verwendete Begriff der Kunstvermittlung ist in diesem Zusammenhang verwirrend.

Kulturelle Teilhabe in der ursprünglichen Bedeutung befasst sich vor allem mit der Erschliessung von neuen Formen des Publikums von Kulturinstitutionen oder -initiativen. Besonderes Augenmerk wird in diesem Zusammenhang auf Fragen gelegt, wie kulturferne und/oder soziale Randgruppen einen Zugang zu Kultur erhalten können.

Kulturelle Teilhabe bedingt auch ein Umdenken von Kulturinstitutionen in ihrer Arbeit mit ihrem Publikum, ihren Communities: Neue Ausstellungen, Stücke, Musikprogramme, die in Zusammenarbeit mit einem Publikum erarbeitet werden, ermöglichen auch ein intensiveres Engagement des Publikums mit einer Kulturinstitution und/oder -initiative. Entsprechende Programme fehlen in dieser Kulturbotschaft.

Zu 1.4.2.2 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Vorschläge zur Handlungssachse «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» beziehen sich auf einzelne Aspekte dieser Handlungssachse. Es fehlt jedoch ein aktives Element, um diese Handlungssachse hervorzuheben. Die Erarbeitung eines Förderprogramms, das insbesondere Kulturschaffende anregt, sich über Sprachgrenzen in künstlerischer Form auszutauschen, könnte eine Möglichkeit darstellen. Der Kulturbereich bietet die Chance neue Formen des Austauschs zu entwickeln, zu erproben und kann Motor sozialer Innovation sein.

Zu 1.4.3.2 Multilaterale Ebene

Der Bundesrat hat bisher ausserhalb des audiovisuellen Bereiches zu wenig Anstrengungen unternommen, ein Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union über die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm 2021 bis 2027 zu erreichen. Zwar wurden Kompensationsmassnahmen für den Medienbereich eingerichtet, für den Kulturbereich, der am 1.1.2015 in das Programm «Kreatives Europa» eintreten sollte, wurden keine solche Massnahmen eingerichtet und fehlen bis heute. Die Kulturverbände fordern den Bundesrat auf aktiv das Verhandlungsmandat zur Aufnahme der Schweiz in das europäische Kulturprogramm aufzunehmen und auszuarbeiten.

Europa ist ein Kulturraum, zu dem die Schweiz dazu gehört. Der europäische Kulturraum geht über politische Geographien oder Institutionen hinaus. Der transeuropäische Kulturaustausch ermöglicht europäischen Kulturschaffenden einen intensiven Austausch, von dem die Schweizer

Kulturschaffenden ausgeschlossen sind. Die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm ist für die Schweizer Kulturschaffenden elementar wichtig. Die Situation, wie sie sich seit 2014 zeigt, stellt eine erhebliche Benachteiligung dar. Diese kann durch Kompensationsmassnahmen erleichtert werden, ersetzt aber keineswegs die volle Beteiligung.

Die Programme Horizon und Erasmus+ sind ebenfalls für den Kulturbereich elementar wichtig, da sowohl Forschungsvorhaben als auch individuelle künstlerische Mobilität innerhalb Europas mit diesen Programmen gefördert werden. Die vollständige Teilnahme auch an diesen Programmen ist für den Schweizer Kulturbereich von enormer Wichtigkeit.

Kultur ist heute vernetzt, auch international. Wenn Europa den Zugang zu europäischen Programmen den Schweizer Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden verwehren sollte, würde sich dies nicht nur negativ auf die Vernetzung des Schweizer Kulturlebens auswirken, sondern auch wirtschaftlichen Schaden anrichten, etwa durch Behinderung des Exports von Schweizer Kulturgütern (z.B. Konzerte-Tourneen von Schweizer Musikschaftern, Teilnahme an internationalen Plattformen und Wettbewerben). Deshalb ist es wichtig, dass die Schweiz kulturpolitische und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen schafft, die den Zugang zu Europa ermöglichen.

Internationale Zusammenarbeit

Zu 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Das Ziel von Kulturfördermassnahmen durch private Kulturfinanzierer kann auch sein, Schweizer Künstlerinnen und Künstlern einen Marktzugang im internationalen Kontext zu ermöglichen: nebst einer «Botschafterrolle» stellen Auslandaktivitäten auch einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar.

Leider ist wenig zu spüren von staatlichen Bemühungen zur Integration der Schweiz in Projekte der Europäischen Union. So sind Schweizer Kulturschaffende weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen Europäischen Festivals und Wettbewerben oder Förderprogrammen wie «Creative Europe» ausgeschlossen, während Kulturschaffende anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, zur Teilnahme zugelassen sind.

Wir begrüssen die Fortsetzung und den Ausbau der Massnahmen in diesem Bereich. Insbesondere begrüssen wir, dass die infolge von Teuerungskorrekturen erfolgten Kürzungen im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der kommenden Kulturbotschaft 2021 ausgebaut wird, und erwartet, dass die entsprechenden Mittel wieder zumindest dem ursprünglich geplanten Betrag angepasst werden.

Abschliessend möchten wir nochmals ausdrücklich betonen, dass die Direktion Kultur und Soziales des Migros-Genossenschafts-Bundes die vorliegende Kulturbotschaft in ihrer Gesamtausrichtung unterstützt. Wir erkennen darin die Bereitschaft zu einer der Entwicklung verpflichteten Kulturpolitik sowie den erfreulichen Willen zum steten Dialog mit allen Beteiligten des Kulturschaffens in der Schweiz.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen, wünschen Ihnen eine zielführende Weiterarbeit und stehen Ihnen jederzeit gerne für weitere Ausführungen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Migros-Genossenschafts-Bund



Hedy Graber
Leiterin Direktion Kultur und Soziales



Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende
Fondation Assurer l'avenir des gens du voyage suisses
Fondazione Un futuro per i nomadi svizzeri

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende,
Schwanengasse 9, 3011 Bern

Bundesamt für Kultur BAK
Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Hallwilerstrasse 15
CH-3003 Bern

Bern, 18. September 2019

Vernehmlassungsantwort der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende dankt Ihnen für die Einladung, am Vernehmlassungsverfahren der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 – 2024 (Kulturbotschaft) teilzunehmen. Die Stiftung äussert sich ausschliesslich zu den Finanzhilfen für Jenische, Sinti und die fahrende Lebensweise (vgl. erläuternder Bericht Ziffern 2.6.4; 4.1.2 und Übersicht Finanzbeiträge, Seite 50).

Stiftung begrüsst mehr Mittel für Halteplätze

Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende begrüsst die vorgesehenen Mehrmittel von 2.5 Mio. CHF für die Förderung von Halteplätzen für Jenische, Sinti und Roma (jährlich durchschnittlich 625'000 CHF). Die fahrende Lebensweise ist ein wesentlicher Teil der Identität der Jenischen, Sinti und Roma. Es ist dementsprechend folgerichtig, die Schaffung neuer Halteplätze prioritär zu fördern.

Die Realisierung von Halteplätzen bedingt nicht nur umfassende planerische, sondern auch erfolgreich zu Ende geführte politische Prozesse: Es müssen Mehrheiten bei den Entscheidungsträgern und möglicherweise in Volksabstimmungen oder Gemeindeversammlungen geschaffen werden. Deshalb ist es wichtig, Unterstützungsmassnahmen und Fördermittel bereits während der Suchprozesse für geeignete Grundstücke und in frühen Projektphasen einzubringen.

Mittel für bestehende Aufgaben und Kulturförderung

Neben der Förderung von Halteplätzen gibt es eine Vielzahl von Themenfeldern wie Kultur, Soziales oder Bildung, die einer Förderung bedürfen um die Minderheiten – namentlich die Jenischen, Sinti und Roma – zu schützen. Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende sowie die Selbstorganisationen der Jenischen, Sinti und Roma bearbeiten diese Themenfelder.

Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende weist deshalb darauf hin, dass für diese Themenfelder und für die vom Bund finanzierten Organisationen mindestens gleich viele finanzielle Ressourcen des Bundes wie bisher zur Verfügung stehen sollten. Die Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen ist auch eine Empfehlung des Ministerkomitees des Europarates über die Umsetzung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten (vgl. Empfehlungen für umgehendes Handeln, verabschiedet am 14.5.2019).

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Anmerkungen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

i.A. Simon Röthlisberger

Geschäftsführer



Fragenkatalog Kulturbotschaft

Bern, 19.09.2019

Antworten zum Fragenkatalog zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) von SWAN (Swiss Women's Audiovisual Network)

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Antwort: In der Kulturbotschaft 2016-2021 wurde im Bereich Filmförderung dem Thema Chancengleichheit und Diversität, unserer Kenntnis nach, keinen expliziten Platz eingeräumt. Die bisherige Filmförderung hat sich statistisch nachweisbar auf die Chancenungleichheit ausgewirkt. Die Studie DIE GENDERFRAGE: ZAHLEN UND FAKTEN AUS DER SCHWEIZER FILMFÖRDERUNG von ARF/FDS, Focal und CinéSuisse 2015 hat klare Chancenungleichheiten in der Schweizer Filmwirtschaft aufgezeigt. Insbesondere wurde darin aufgezeigt, dass Filme von Regisseurinnen meist weniger und mit weniger Geld gefördert werden. Dies resultiert auch in einem Verlust von weiblichen qualifizierten Filmprofessionellen, da 50% der Studierenden an Filmschulen Frauen sind. Frauen machen zudem 50% der Bevölkerung aus. Sie sollten äquivalent hinter der Kamera und auf der Leinwand repräsentiert sein. Wir halten es deswegen für unabdingbar, genau hinzuschauen, wieso immer noch ein grosses Ungleichgewicht herrscht und wie das BAK dem effektiv entgegenwirken kann.

Wir sind erfreut, dass diesem Thema in der neuen Kulturbotschaft mehr Platz eingeräumt wird (s. Antwort Punkt 2). Auch begrüßen wir die Datenerhebung des Bundesamtes für Kultur in diesem Bereich seit 2017, die in Zusammenarbeit mit den regionalen, kantonalen und privaten Filmförderinstitutionen, der SRG SSR und den Schweizer Produzentinnen und Produzenten standardisierte Daten zum Thema Gender im Film liefert und sind erfreut über die erste Veröffentlichung einer «Gender Map» 2019. Die Studie, die im Jahr 2020 auf Basis dieser Erhebungen in Auftrag gegeben werden soll, begrüßen wir sehr und erachten dies als wichtige Grundlage für die künftige Diskussion über die Geschlechtergleichstellung im Schweizer Filmschaffen. Wir möchten ergänzen, dass darin immer auch die Beitragshöhen von geförderten Filmen aufgezeigt und verglichen werden sollen mit den Beitragshöhen von männlichen Filmschaffenden.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Antwort: Wir beurteilen die drei Handlungsachsen als wichtig. Unter allen drei Achsen «kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation», ist der Frage der Gleichstellung der Geschlechter und der Diversität explizit besonderes Augenmerk zu gewähren. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass das BAK die Chancengleichheit für Mann und Frau als wichtiges Ziel erachtet. Wir begrüßen es, dass hier weitere Massnahmen ergriffen werden. Wir schlagen dennoch weitergehende Massnahmen in der neuen Kulturbotschaft vor (siehe dazu ausführlicher in der Stellungnahme von SWAN zur Kulturbotschaft). Des Weiteren halten wir es für unumgänglich, das Stellenprozent bei der Sektion Film für Gleichstellung und Diversität weiter auszubauen, da sie uns als geeignet erscheint, die Sache genau zu beobachten und zu evaluieren.



SWAN ist der Meinung, dass in den letzten Jahren nicht nur das Thema Digitalisierung eine der wichtigsten Herausforderungen ist, sondern auch die Förderung der Chancengleichheit, der Gleichstellung der Geschlechter und der Diversität. Wir regen deswegen neben der Akzentuierung auf die Digitalisierung an, dies als weiteren wichtigen Akzent aufzuführen, da dies wie erwähnt in allen drei oben aufgeführten Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes wichtig ist.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Antwort: Es ist wichtig, dass der Miteinbezug in die kulturelle Teilhabe von Frauen und unserer diversen Bevölkerung als wichtig formuliert wird.

In Bezug auf die Filmförderung: SWAN ist der Meinung, dass die Filmbranche an einem massiven Wendepunkt steht mit zwei Hauptthemen, über die weltweit diskutiert wird: die Digitalisierung sowie die Gleichstellung der Geschlechter und Diversität. Wir begrüssen, dass das BAK in der Kulturbotschaft 2021 – 2024 beiden Punkten Rechnung trägt. Wir beantragen allerdings, wie schon oben gesagt, dass neben dem Schwerpunkt Digitalisierung auch die Gleichstellung der Geschlechter und Diversität explizit als Schwerpunkt aufgenommen wird. Weiteres haben wir in unserer Stellungnahme ausgeführt.

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Antwort: wir sind mit diesem vorgeschlagenen Punkt der Revision einverstanden. Wir erachten es als begrüssenswert, das CH Filmschaffen der Bevölkerung leichter zugänglich zu machen. Selbstverständlich bei Einhaltung von Urheberrechten und nur unter sinnvoller Entschädigung der Filmschaffenden durch die Nutzung. Bei der digitalen Bereitstellung des Filmkulturerbes, also von historischen Filmen, soll besonders darauf geachtet werden, dass den weiblichen Filmschaffenden im gleichen Masse berücksichtigt werden wie ihre männlichen Kollegen. Eine Kanonisierung des Filmerbes ist immer auch eine bewusste Auswahl von Hierarchien und Prioritäten.

SWAN begrüsst die Investitionspflicht von 4% für Online Anbieterinnen von Schweizer Filmen.

Auch erachtet SWAN es als sinnvoll, 30% Europäische Filme anzubieten. Wir unterstützen den Vorschlag der Filmbranche, dabei auch einen angemessenen Anteil an Schweizer Filmen vorzusehen. SWAN schlägt vor, dies auch auf Video-Sharing-Plattformen und soziale Netzwerke auszudehnen, ebenso wie die Europäische Union. Bei den geforderten neuen Quoten sollen Gleichstellung der Geschlechter und Diversität mitgefordert werden.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?



Wir enthalten uns in diesem Punkt mit einer Antwort.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Antwort: SWAN begrüsst eine Aufstockung der Mittel für Kultur. In der Prioritätensetzung ist der Frage Gleichstellung von weiblichen Kulturschaffenden und Diversität eine wichtige Stellung einzuräumen. SWAN nimmt dazu ausführlicher in der Stellungnahme zur Kulturbotschaft Stellung (unter Punkt 2 auf Seite 2).



Bundesamt für Kultur
stabsstellendirektion@bak.admin.ch

Bern, 19. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme SWAN (Swiss Women's Audiovisual Network)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 29. Mai das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet. SWAN hat die Möglichkeit ergriffen, eine eigene Stellungnahme zu verfassen, wofür wir uns bedanken.

SWAN ist der Verband von Frauen in der Schweizer Film- und Audiovisionsbranche, wir setzen uns für die Chancengleichheit, Gleichstellung und gegen Sexismus in der Film- und Audiovisionsbranche ein. Unser Verein repräsentiert die Frauen in der Schweizer audiovisuellen Branche in allen Bereichen: Filmemacherinnen, Autorinnen, Technikerinnen, Mitarbeiterinnen von Institutionen und Organisationen und Mitarbeiterinnen von Festivals. Unsere Stellungnahme fokussiert daher auf die gemeinsamen Interessen der Frauen in der Schweizer Filmbranche im Bereich der Filmförderung im Hinblick auf den Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024, insbesondere in den Bereichen Förderung und Visibilität. Und insbesondere in Bezug auf folgende Ziffern:

- 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland (im Abschnitt Interkulturalität auf Seite 16)
- 2.3.6.1 Filmförderung (S. 28)
- 2.3.6.2 Filmkultur (S. 29)
- 2.3.6.3 Filmerbe in der Schweiz (S. 29)
- 2.6.1 Kulturelle Teilhabe (S.38 und S. 40)

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024

SWAN erachtet den vom BAK erarbeiteten Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 als gute Grundlage. Wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass einige Forderungen zur Gleichstellung der Frauen und Diversität intensiviert werden.

SWAN vertritt die nachfolgend dargelegten Ergänzungen. Wir erachten es zudem als sinnvoll, die Bestrebungen gegen Benachteiligungen und zur Förderung von Chancengleichheit sowie Diversität in der Filmwirtschaft gesetzlich zu verankern. Wir schlagen dazu eine Ergänzung in Artikel 8 des Bundesgesetzes über die Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz FiG) vor (S.60). Siehe dazu unsere Ergänzung im Anhang 1 auf Seite 6.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu können und bedanken uns auch herzlich für den Austausch mit dem Bundesamt für Kultur.



Anliegen von SWAN (Swiss Women's Audiovisual Network)

Grundlegende Gedanken zur Bundesfilmförderung

Die Geschichte des Films steht an einem massiven Wendepunkt mit zwei Hauptthemen, über die weltweit diskutiert wird: die Digitalisierung sowie die Gleichstellung der Geschlechter und Diversität. Wir begrüßen, dass das BAK in der Kulturbotschaft 2021 – 2024 beiden Punkten Rechnung trägt. Wir beantragen allerdings, dass neben dem Schwerpunkt Digitalisierung auch die Förderung der Chancengleichheit und Diversität explizit als Schwerpunkt aufgenommen wird.

Wir beachten es als sinnvoll, das Stellenprozent für die Fragen zur Gleichstellung und Diversität beim BAK auszubauen. Wir sind der Meinung, dass dies eine wichtige Stelle ist, um die in der Kulturbotschaft formulierten angestrebten Ziele zur Gleichstellung und Diversität in der Schweizer Filmszene zu beobachten und überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen zu fordern, wenn sich zeigen würde, dass die Massnahmen zu wenig greifen.

Zur Vorgehensweise in unserer Stellungnahme: im Folgenden stellen wir unsere Ergänzungen in der Kulturbotschaft in den für unsere Anliegen als wichtig definierten Punkten dar.

1. Gender and Diversity: für eine bessere Chancengleichheit und Diversität in der Schweizer Filmszene

Die Chancengleichheit in der Filmszene ist in der Schweiz nicht gegeben. Wir erachten die Gewichtung dazu in der Kulturbotschaft 2021-2024 als eminent wichtig. Chancengleichheit und Diversität muss sowohl in der Förderung wie auch in der Visibilität durch die Filmauswertung und Promotion gewährleistet werden. Auch der Bereich der Aus- und Weiterbildung ist sehr wichtig. Als weitere Massnahme schlagen wir vor, bei Entwicklungs- und Herstellungsanträgen einen Budgetposten für die Kinderbetreuung an Sets einzuführen. Die Förderung von weiblichen Filmschaffenden ist unsere oberste Priorität. Aber wir erachten es auch als sehr wichtig, dass das Kultur- und insbesondere das Filmschaffen die Diversität in unserer Gesellschaft in Zukunft mehr repräsentiert. Wir erachten die Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe» deswegen als sinnvoll.

2. Förderbereiche der Kulturpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe»

Zur Ziffer 2.1 «Professionelles Kulturschaffen im Allgemeinen»: Die zunehmende Verarmung von Künstlern stellt ein grosses Problem dar. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Bekämpfung der Prekarität sollte ein zusätzlicher strategischer Schwerpunkt der Kulturförderung sein. Aus diesem Grund ist SWAN der Ansicht, dass die finanzielle Unterstützung des künstlerischen Schaffens im engeren Sinne stärker betont werden sollte. Frauen in der Kulturwirtschaft sind vom Prekariat immer besonders betroffen.

In der Ziffer 2.1.3 «Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland», findet sich auf Seite 16 im Abschnitt «Interkulturalität» der Absatz «Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbereich»: *«Ziel der Kulturpolitik des Bundes ist eine angemessene Vertretung der Geschlechter in allen relevanten Bereichen (Ausbildung, Subventionierung, Programmierung, Vertretung in Kulturinstitutionen usw.) sowie entsprechende Förderinstrumente. Unter anderem gestützt auf erste statistische Erhebungen aus dem Filmbereich zeigt sich, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Kulturförderung und im Kulturbetrieb noch nicht erreicht ist. Um den konkreten Handlungsbedarf festlegen zu können, sind in der nächsten Förderperiode – gemeinsam mit interessierten Städten, Kantonen sowie kulturellen Interessenvertretungen – vertiefte statistische Erhebungen durchzuführen. Gestützt auf die Ergebnisse der Datenerhebung sollen noch in der Förderperiode 2021–2024 konkrete Massnahmen entwickelt*



werden, die es den Förderinstanzen ermöglichen, ihre Aktivitäten im Sinne der Chancengleichheit zu überprüfen und entsprechend zu entwickeln.»

Die Formulierung «eine angemessene Vertretung der Geschlechter» (...) erachten wir als zu offen, insbesondere da schwierig zu definieren ist, was «angemessen» ist. Wir haben folgenden Vorschlag für eine Umformulierung:

«Ziel der Kulturpolitik des Bundes ist eine Gleichstellung der Geschlechter in allen relevanten Bereichen (Ausbildung, Subventionierung, Programmierung, Vertretung in Kulturinstitutionen usw.) sowie entsprechende Förderinstrumente. Unter anderem gestützt auf erste statistische Erhebungen aus dem Filmbereich zeigt sich, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Kulturförderung und im Kulturbetrieb noch nicht erreicht ist. Um den konkreten Handlungsbedarf festlegen zu können, sind in der nächsten Förderperiode – gemeinsam mit interessierten Städten, Kantonen sowie kulturellen Interessenvertretungen – vertiefte statistische Erhebungen durchzuführen. Gestützt auf die Ergebnisse der Datenerhebung sollen noch in der Förderperiode 2021–2024 konkrete Massnahmen entwickelt werden, die es den Förderinstanzen ermöglichen, ihre Aktivitäten im Sinne der Chancengleichheit zu überprüfen und entsprechend zu entwickeln. Die Förderinstanzen sind aufgerufen, diesem Punkt eine hohe Priorität einzuräumen.»

3. Zum Punkt Filmförderung

Unter der Ziffer 2.3.6.1 Filmförderung unter dem Abschnitt «Ausgangslage und Herausforderungen» finden sich folgende Absätze:

«Besondere Beachtung wurde der Frage des gleichberechtigten Zugangs zur Förderung (Geschlechter und Nachwuchs) geschenkt: In der selektiven Filmförderung werden seit 2016 bei gleicher Qualität Projekte von Frauen und Nachwuchs-Filmschaffenden bevorzugt.»

Wir sind der Meinung, dass die oben genannte Massnahme seit 2016 laut der vom BAK im Sommer 2019 veröffentlichten Gender Map Statistik zwar die ersten positiven Auswirkungen zu zeigen scheint, aber dass die Entwicklung genau beobachtet werden muss. Die gezielte Förderung von Frauen sollte dringend beibehalten werden, da die Gleichstellung von Frauen in der Filmbranche noch nicht erreicht und stabil ist. Dass es einen grossen Handlungsbedarf gibt, hat sich insbesondere auch in der Studie DIE GENDERFRAGE: ZAHLEN UND FAKTEN AUS DER SCHWEIZER FILMFÖRDERUNG von ARF/FDS, Focal und CinéSuisse 2015 gezeigt. SWAN begrüsst sehr, dass dies auch vom BAK seit 2017 statistisch überprüft wird, wir haben die vom BAK publizierte Gender Map mit grosser Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Wir möchten anmerken, dass insbesondere auch weiterhin überprüft werden soll, wie die Beitragshöhen der geförderten Filmprojekte im Verhältnis von weiblichen und männlichen Filmschaffenden ausfallen.

«Im Bereich der Förderinstrumente hat sich die Einführung von spezifischen Kriterien zur Förderung des gleichberechtigten Zugangs zur Filmförderung bewährt. Die Chancengleichheit bleibt aber über längere Zeiträume zu beobachten.»

Hierzu haben wir folgenden Ergänzungsvorschlag:

«Die Chancengleichheit bleibt aber über längere Zeiträume zu beobachten und muss gewährleistet werden.»

Unter dem Abschnitt «Ziele und Massnahmen» findet sich folgender Text:

«Die Filmförderung soll chancengleich ausgestaltet sein. Die aktuellen Kriterien der Nachwuchsförderung und zur Stärkung der weiblichen Filmschaffenden sollen weiterverfolgt und dokumentiert werden.»

Wir sind der Meinung, dies sei nicht verbindlich genug formuliert. Unser Ergänzungsvorschlag:



*«Die Filmförderung soll chancengleich ausgestaltet sein. Die aktuellen Kriterien der Nachwuchsförderung und zur Stärkung der weiblichen Filmschaffenden **müssen gewährt sein**. Sie sollen weiterverfolgt und dokumentiert werden. »*

Wie oben ausgeführt, schlagen wir als weitergehende Gender Massnahme vor, für die Entwicklungs- und Herstellungsförderung einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern einzuführen.

4. Zum Punkt Filmkultur und Filmerbe

Allgemeines zum Thema Visibilität des Schaffens von Filmemacherinnen:

Leistungsvereinbarungen mit den Schweizer Filmfestivals:

Die wichtigen Schweizer Filmfestivals haben den «Pledge for Parity and Diversity» unterzeichnet oder sind daran, ihn zu unterzeichnen. Es ist SWAN ein Anliegen, dass dies auch in den Leistungsvereinbarungen der Festivals mit dem Bundesamt für Kultur zum Tragen kommt. SWAN beantragt, dass das BAK überprüft, ob die durch Leistungsvereinbarungen geförderten Festivals genug tun, um die Diversität zu fördern und dem weiblichen Filmschaffen Visibilität zu gewähren. Festivals sind für das Schweizer Filmschaffen zu einer sehr wichtigen Auswertungsstelle geworden, insbesondere für die Visibilität und Promotion der Filmschaffenden.

Visibilität des weiblichen Filmschaffens bei der Cinémathèque:

Bei der Erhaltung des Schweizer Filmschaffens, sowohl analog als auch digital, soll darauf geachtet werden, dass auch die Filme von Schweizer Filmemacherinnen genügend berücksichtigt werden. Die Aufarbeitung des Filmerbes ist immer verbunden mit einer Auswahl und Priorisierung von einzelnen Filmschaffenden. SWAN fordert, dass die Cinémathèque Suisse bei dieser Auswahl auch die weiblichen Filmschaffenden gebührend berücksichtigt.

Visibilität des weiblichen Filmschaffens bei der Promotion durch Swiss Films:

Swiss Films organisiert regelmässig Retrospektiven von Schweizer Filmschaffenden im Ausland. SWAN fordert, dass dabei auch der Gleichstellung und Diversität gebührend Rechnung getragen wird.

Konkrete Ergänzungsvorschläge zum Text:

Unter der Ziffer 2.3.6.2 Filmkultur auf Seite 29 findet sich unter dem Abschnitt «Ziele und Massnahmen» folgender Absatz:

«Der Bereich der Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weiterer spezifischen Zielgruppen wird in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Kantonen koordiniert. Bei der Erarbeitung der Förderkriterien werden die neuen digitalen Konsumgewohnheiten berücksichtigt.»

SWAN hat folgenden Ergänzungsvorschlag:

*«Der Bereich der Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weiterer spezifischen Zielgruppen wird in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Kantonen koordiniert. Bei der Erarbeitung der Förderkriterien werden die neuen digitalen Konsumgewohnheiten berücksichtigt. **Bei der Vermittlung für Kinder und Jugendlichen soll zudem auch die Gleichstellung der Geschlechter und die Diversität des Filmschaffens angemessen berücksichtigt werden.**»*

Das ist insbesondere wichtig, da bei Kindern und Jugendlichen die Weichen gestellt werden.



5. Digitalisierung

Reinvestitionspflicht und Territorialitätsprinzip für Online-Anbieterinnen (Kapitel 3 im FiG)

Digitalisierung:

SWAN begrüsst den Entscheid des BAK, eine Entschädigung von 4% von den Einnahmen der Online Anbietern von Filmen in die Förderung von Schweizer Filmen zu investieren. SWAN schlägt vor, dies auch auf Video-Sharing-Plattformen und soziale Netzwerke auszudehnen, ebenso wie die Europäische Union. Diese Verpflichtungen sollten für alle Medien im Kinogesetz zusammengefasst werden und damit der ausschließlichen Zuständigkeit des BAK unterstellt werden. Die Subventionssysteme müssen sich auch an die sich verändernde audiovisuelle Landschaft anpassen. Auch begrüssen wir die Quote von 30% Europäischer Filme, die auch von den anderen Europäischen Staaten gefordert wird.

Wir erachten es als sinnvoll, auch eine Quote für den Schweizer Film zu fordern.

SWAN beantragt, dass in Bezug auf diese geforderten neuen Quoten die Gleichstellung der Geschlechter und Diversität explizit mitgefordert werden.

SWAN erachtet weiterhin die Digitalisierung des Schweizer Filmerbes als wichtig und sinnvoll. SWAN fordert bei der Digitalisierung eine spezielle Berücksichtigung auch bei der Aufarbeitung der Filme von weiblichen Filmschaffenden, insbesondere Regisseurinnen (s. Punkt 3 in unserer Stellungnahme). SWAN unterstützt die Idee des BAK, den Zugang zum CH Filmschaffen auf einer Video-on-Demand Plattform zu schaffen. Natürlich unter Berücksichtigung des Urheberrechtes und mit einer Entschädigung für die Filmschaffenden. Wir sind der Meinung, dies sollte kostenneutral erfolgen, es sollen dazu keine Mittel aus der Filmförderung aufgewendet werden. Wie oben schon angefügt sind wir der Meinung, auch bei der digitalen Bereitstellung des Filmerbes und der aktuellen Filmkultur soll dem weiblichen Filmschaffen gebührend Platz eingeräumt werden.

6. Synergien und Zusammenarbeit der Institutionen für die Förderung des Schweizer Filmschaffens

Wir sehen es als sinnvoll an, die verschiedenen Bereiche der Projektförderung zu koordinieren und den Austausch mit den Förderinstitutionen auszubauen. Das BAK soll ein Gesprächspartner sein, der auf dem Laufenden ist, was in der CH Filmszene entwickelt wird, und welche Talente auch internationales Potential haben und gefördert werden sollen. Eine partnerschaftliche und dynamische Filmförderung erachten wir als wichtig. SWAN ist der Meinung, dass das BAK dadurch auch die Diversität und Gleichstellung fördern soll. Die dafür geschaffene Stelle zur Gleichstellung beim BAK betrachten wir diesbezüglich wie schon oben erwähnt als sinnvoll. Wenn die Stelle ausgebaut wird, kann dieser wichtige Aspekt besser beobachtet und analysiert werden. Diese Stelle könnte damit zu einer wichtigen Gesprächspartnerin der Frauen in der CH Filmindustrie werden.

Wir unterstützen den Vorstoss der Filmbranche, die verschiedenen öffentlichen Institutionen, die sich für ein vielfältiges Angebot und deren Verbreitung engagieren, besser zu koordinieren. Es macht Sinn, wenn Swiss Films, die Cinémathèque Suisse, FOCAL, die Schweizer Filmakademie und Media Desk Suisse enger zusammenarbeiten und Synergien nutzen.



**Anhang 1: Ergänzungsvorschlag von SWAN für den Artikel 8 des Fördergesetzes
SWAN schlägt folgende Ergänzung in Artikel 8 des Fördergesetzes vor:**

Art. 8 Sachüberschrift und Abs. 1 Filmförderung

¹ Die Finanzhilfen werden zugesprochen:

1. nach Qualitätskriterien (selektive Förderung);
2. nach Erfolgskriterien (erfolgsabhängige Filmförderung);
3. nach standortbezogenen Kriterien (Standortförderung); oder
4. nach Massgabe des geleisteten Beitrags zur Vielfalt und Qualität des Filmangebots in allen Landesteilen (Vielfaltsförderung).
5. **nach Kriterien der Chancengleichheit von weiblichen und männlichen Filmschaffenden, der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Diversität.**

Im Namen von SWAN danken wir für die Möglichkeit, Stellung zu nehmen und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und Ergänzungen.

Das Präsidium von SWAN

Gabriel Baur
Co-President

Stéphane Mitchell
Co-President

Laura Kaehr
Co-President

Simone Späni
Executive Committee Co-opted Member, Projektleitung Stellungnahme Kulturbotschaft



ENHK c/o BAFU, GU, 3003 Bern

Bundesamt für Kultur BAK
Stabstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Per Email an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: GU
Sachbearbeiter/in: GU
Bern, 19. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 - 2024 (Kulturbotschaft) – Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Mai 2019 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) die Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 - 2024 (Kulturbotschaft) eröffnet. Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) hat den Entwurf zur Kenntnis genommen und äussert sich dazu wie folgt:

Kulturerbepolitik

2.5 Baukultur

In der Kulturbotschaft 2016 - 2019 wurden die Bereiche "zeitgenössische Baukultur" sowie "Heimatschutz und Denkmalpflege" als zwei eigenständige Themen behandelt; in der Kulturbotschaft 2021 - 2024 werden sie neu unter dem gemeinsamen Titel "Baukultur" aufgeführt. Begründet wird dieser Schritt damit, dass die gesellschaftliche Bedeutung des kulturellen Erbes und der Nutzen seiner Erhaltung erst als Teil einer umfassenden qualitativen Betrachtung der gesamten gebauten Umwelt sinnvoll wären. Deshalb werde eine neue und erweiterte kulturelle Sicht auf die gebaute Umwelt nötig. Diese neue Sicht, als Konzept "Baukultur" bezeichnet, verstehe die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes zusammen mit dem zeitgenössischen Schaffen als Einheit. An der Kommissionssitzung vom 27. Juni 2019 orientierte Frau Nina Mekacher vom BAK die ENHK über die Vorlage. Dabei führte sie auch aus, dass als Folge dieser neuen Ausrichtung beabsichtigt sei, die Sektion "Heimatschutz und Denkmalpflege" in Sektion "Baukultur" umzubenennen und diese neue ergänzende Aufgabe namensgebend über die Gesamtheit der gesetzlichen Aufgaben dieser Sektion zu stellen.

Inwiefern die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes zusammen mit der zeitgenössischen Baukultur zwingend als Einheit zu verstehen ist, ist für die Kommission nicht nachvollziehbar. Erstens umfasst der Begriff Baukultur gemäss Kulturbotschaft alle menschlichen Tätigkeiten, die den gebauten Lebensraum verändern. Bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags von Heimatschutz und Denkmalpflege geht es jedoch nicht nur um raumplanerische und bauliche Massnahmen, sondern auch um die Schonung, Pflege und Erhaltung des Kulturerbes in der Gesamtheit seiner Bedeutung.

Archäologische, bzw. geschichtliche Stätten und Kulturdenkmäler sind nicht nur bauliche Zeugen. Sie verweisen auch auf politische und religiöse Veränderungen und geben wertvolle Hinweise auf die Religions-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Sie zeugen u.a. von klimatischen Veränderungen und den daraus resultierenden Herausforderungen, mit denen sich die Bevölkerung konfrontiert sah. Zweitens sind die Begriffe "Heimatschutz" und "Denkmalpflege" gesetzlich im NHG verankert, während für den Begriff "Baukultur" keine gesetzliche Grundlage besteht.

Die Kommission empfiehlt, das Thema Baukultur als Aufgabe der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege aufzunehmen, jedoch auf eine Namensänderung der Sektion zu verzichten. Damit muss sichergestellt werden, dass der Schutz des Kulturerbes weiterhin zentrale Aufgabe der Fachstelle des Bundes bleibt. Eine Verwässerung der Aufgaben des Natur- und Heimatschutzes und damit eine Schwächung der gesetzlichen Grundlagen wäre bei einem Namenswechsel, der auch rechtlich festgelegt werden müsste, nicht auszuschliessen.

Wie in der Kulturbotschaft festgehalten wird, soll aufgrund der begrenzten Ressourcen der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege eine Priorisierung der gutachterlichen und der beratenden Tätigkeit vorgenommen werden. Diese Priorisierung wird von der Kommission in Frage gestellt. Erst die differenzierte Auseinandersetzung mit möglichst vielen Einzelfällen ermöglicht eine angemessene Berücksichtigung der denkmalpflegerisch relevanten Werte und eine einheitliche Beurteilungspraxis.

Die ENHK empfiehlt auf eine Priorisierung der gutachterlichen und der beratenden Tätigkeit zu verzichten.

Wie bereits in den Kulturbotschaften 2012 - 2015 und 2016 - 2019 dargelegt wurde, liegt der eigentliche Bedarf an Bundesmitteln bei mehr als 100 Mio. Franken pro Jahr. Mit der Teilrevision 2012 fordert das RPG eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen, womit neben der Siedlungsbegrenzung insbesondere auch eine hochwertige Verdichtung gefordert wird, was den Druck auf die Ortsbilder von nationaler Bedeutung verstärkt. Nach Auffassung der ENHK ist der für den Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege vorgesehene Rahmenkredit in der Höhe von rund 25 Mio. Franken pro Jahr nicht ausreichend.

Die ENHK beantragt, den Kredit substanziell zu erhöhen.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für ergänzende Ausführungen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission ENHK

Dr. Heidi Z'graggen
Präsidentin

Dr. Beatrice Miranda-Gut
Stellvertretende Sekretärin

Kopie an:

- EKD
- BAK, Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege
- BAFU, Abteilung Arten, Ökosysteme, Landschaften

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit der Impuls Pictures AG als Lizenznehmer erreichen Filme das Publikum, das sie verdienen. Denn die Impuls Pictures AG bietet den Kinoverleih in allen drei Sprachgebieten der Schweiz an. Im Weiteren bietet Impuls Rechteinhabern die Vermarktung sämtlicher Rechte als Dienstleister an.

Unsere Stellungnahme gliedert sich wie folgt:

- A Allgemeine Bemerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Film in der Schweiz
- B Anliegen und Forderungen von Impuls Pictures AG
- C Stellungnahme zu den expliziten Fragen des Fragenkatalogs

A. Allgemeine Bemerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Film in der Schweiz

„Filme werden in den nächsten Jahren noch stärker als bisher über Online-Plattformen bezogen und auf mobilen Geräten konsumiert“ (Botschaft, Ziff. 2.3.6.1). Die Feststellung ist richtig. Es wird aber nur ungenügend aufgezeigt, welche dramatischen Änderungen die Veränderung der Sehgewohnheiten des (Film-) Publikums auf den Markt hat: Bisher wichtige Akteure verschwinden (Tonbildträgerindustrie), zentrale Pfeiler der schweizerischen Filmpolitik verlieren an Bedeutung (lineares Fernsehen, Kino) während neue Akteure eine starke oder dominante Position einnehmen. Wenn in Ziff. 1.2 der Botschaft ausgeführt wird, die Kulturpolitik des Bundes beruhe im Wesentlichen auf dem Zusammenspiel der vier Institutionen BAK, Schweizerische Nationalbibliothek, Pro Helvetia und Schweizerisches Nationalmuseum, mag das aus Sicht der Verwaltungsorganisation des BAK stimmen. Faktisch aber haben Politikbereiche, die in die Zuständigkeit des BAKOM (lineares Fernsehen, elektronische Medien) oder des IGE (Urheberrecht) fallen, einen grösseren Einfluss auf die Kulturpolitik als die vom BAK verwalteten Förder- und Regulierungsmassnahmen.

Impuls fordert vom Bund eine kohärente Kulturpolitik über alle relevanten Politikbereiche, insbesondere im Bereich Film. So beschädigt beispielsweise der Grundsatz der internationalen Erschöpfung oder der Verzicht auf das Erfordernis der legalen Quelle im Urheberrecht die Entwicklung der schweizerischen Kulturindustrie. Als besonders störend erachtet Impuls die vom Institut für Geistiges Eigentum explizit befürwortete Straffreiheit beim Download aus illegaler Quelle. Der Radio- und Fernsehgebühr und den Investitionsverpflichtungen im Bereich der elektronischen Medien kommt wegen der Vielsprachigkeit der Schweiz eine eminente Bedeutung zu. Politikbereiche übergreifende Programme der EU, wie „Digital Single Market“ oder „Creative Europe“, haben grosse Auswirkungen für die Kulturpolitik der Schweiz. So dürfte ein Verbot des Geoblocking für audiovisuelle Inhalte in der EU (wie in der EU aktuell geprüft) für die Schweiz faktisch zur Folge haben, dass die Schweiz als lizenzrechtliches Territorium verschwindet.

Impuls verlangt vom Bund und insbesondere vom BAK aus kulturpolitischen Gründen ein konsequentes Eintreten für ein lizenzrechtliches Territorium Schweiz und eine deutliche Stärkung des Engagements für die Zugänglichkeit kultureller Werke (insb. Filmen) in allen Landessprachen. An diesen Forderungen misst Impuls die vorgelegte Revision des Filmgesetzes.

B. Anliegen und Forderungen von Impuls Pictures AG

1. Impuls stellt den Antrag während der Geltung der Kulturbotschaft 2021-2024 die rechtlichen Rahmenbedingungen für Filmproduktion und Filmauswertung departementsübergreifend zu prüfen und mit der Gesetzgebung im Ausland und den vorhersehbaren Entwicklungen im Ausland, namentlich in der EU, zu vergleichen und aufzuzeigen, welche Änderungen der schweizerischen Gesetzgebung den Schweizer Markt stärken könnten. Eine grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung wird von Impuls angeregt.
2. Die vorgeschlagene Ergänzung von Art. 10 FiG überzeugt nicht. In der Begründung zur Gesetzesänderung wird ausgeführt:

Die Institutionen sind meist als gemeinnützige Stiftungen oder auf Vereinsbasis organisiert, so dass allfällige Überschüsse als Reserven für die geförderten Zwecke zur Verfügung bleiben. Bei gewinnorientierten Unternehmen und Institutionen, die im Besitz von solchen Unternehmen sind, ist dies nicht garantiert. Sie sollen deshalb von der Subventionierung durch Betriebsbeiträge ausgeschlossen werden. Projektbezogene Subventionen bleiben auch für gewinnorientierte Unternehmen weiterhin möglich.

Auch in Leistungsvereinbarungen mit nicht gewinnorientierten Unternehmen muss sichergestellt werden, dass Bundesmittel effektiv und effizient eingesetzt werden, so ist beispielsweise zu prüfen, ob Organe der Institutionen nicht übermässige Vergütungen beziehen oder Dritten nicht Aufträge zu übersetzten Preisen vergeben werden. In der Kulturvermittlung ist der Bund auf die Zusammenarbeit mit Privaten angewiesen – auch mit Verleihern und Kinos. Diese können unabhängig von der Organisationsform (z.B. Einzelfirma) und der Gewinnstrebigkeit wertvolle und förderungswürdige Arbeit leisten.

Die vorgeschlagene Änderung ist ersatzlos fallen zu lassen. Die Zweckmässigkeit der Mittelverwendung ist in den Leistungsvereinbarungen abzusichern.

3. Die nach Auswertungskanälen getrennte Strukturierung des Filmgesetz' lehnen wir ab, wenn die bisherigen Regeln nicht expressis verbis ins neue Kapitel 3a für die online-Auswertung übernommen werden (insb. Art. 19 FiG).
4. Die Revision von Art. 24 Abs. 1 FiG betreffend Meldepflichten lehnt Impuls ab. Es besteht ein hohes öffentliches Interesse, dass die Auswertungsergebnisse von Filmen, die in der Produktion gefördert wurden, bekannt sind. Dazu gehören insbesondere auch die Resultate in der Auslandsauswertung. Die Produktionsunternehmen wären auch in der Lage, die Verkäufe von Tonbildträgern zu melden. In der politischen Argumentation für die Filmförderung sind Zahlen über Auswertungsergebnisse essentiell.
5. In das Registrierungsformular des BAK (Art. 23 und Art. 24g) ist eine Erklärung aufzunehmen, welche die mit der Registrierung verbundenen Verpflichtungen unter Hinweis auf die Strafandrohungen aufzählt und den Unterzeichnenden die Erklärung abnimmt, sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten zu wollen. Die Bestimmung von Art. 23 Abs. 3 FiG (Mitglieder der GL müssen in der Schweiz Wohnsitz haben) ist in Art. 24g zu überführen. In der

Bundesverwaltung sind mehr Ressourcen bereit zu stellen, damit der Vollzug der Bestimmungen sichergestellt und insbesondere ohne Verzug die in den Art. 27 und 28 FiG genannten Strafverfahren in die Wege geleitet werden können, nicht nur gegen die Mitglieder der Geschäftsleitung, sondern gegen die Unternehmen selbst. Es ist wichtig, die Vollzugsaufgaben gleich von der Geltung der Revisionsbestimmungen an zu priorisieren. Richtigerweise stellt die neue Bestimmung von Art. 15 Abs. 2 lit c Mittel für diesen Verwendungszweck frei.

6. Die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, sollte fortan im FiG geregelt werden. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe Instanz, das BAK, überprüft werden.
7. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Der Standortvorteil der Mehrsprachigkeit ist zu nutzen und auszubauen.

Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

8. Die Filmpolitik des Bundes hat bis anhin zur Erreichung des Ziels „Angebotsvielfalt“ und der übergeordneten Ziele „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftliche Teilhabe“ einerseits von den Distributoren und Kinos einen eigenen Beitrag eingefordert (Art. 17ff FiG) und andererseits staatliche Beihilfen an Akteure gewährt, die durch besondere Massnahmen zur Zielerreichung beigetragen haben. Je weniger eigene Beiträge der Branche der Bund über Marktregulierungen einfordert, desto mehr direkte finanzielle Hilfen wird er zur Erreichung der kulturpolitischen Ziele einsetzen müssen.

Am Prinzip der Eigenleistungen der Kinoauswertungsbranche soll im Grundsatz offenbar auch nichts geändert werden; die Art. 20 -22 FiG (Evaluation der Angebotsvielfalt im Kinobereich; Nachbesserung, Abgabe, Befreiung von der Abgabe) werden unverändert im Gesetz belassen.

Impuls unterstützt das Nebeneinander von Marktregulierung und staatlichen Beihilfen. Für die Zukunft wäre es aber wünschenswert, wenn das von Art. 17 FiG vorgesehene Instrument der Branchenvereinbarung vom BAK in der konkreten Umsetzung der kulturpolitischen Zielsetzungen stärker unterstützt würde, sowohl politisch als auch durch staatliche Beihilfen. So sollten die Angebote zur Bildung im Bereich Film für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden durch die Unterstützung von Initiativen aus der Branche für neue Formen von Unterrichts- und Freizeitangeboten, für nationale Jugendkinotage oder für Schweizer Filmproduktionen,

die sich explizit an Kinder und Jugendliche richten und auch entsprechend für die Auswertung konzipiert werden.

Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss erhalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein.

C. Stellungnahme zu den expliziten Fragen des Fragenkatalogs

1. Die **Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020** erfolgte bezüglich des per 01.01.2016 in Kraft getretenen und revidierten Art. 19 FiG mit angezogener Handbremse. Das BAK trat Interventionen von ausländischen Akteuren zu wenig entschlossen entgegen und liess auch gegenüber inländischen Bedenkenträgern ein interessiertes, kreatives Engagement für die vom Gesetzgeber (vgl. Kulturbotschaft 2016-2020, S. 602-603) intendierte Zielsetzung vermissen. Das Filmgesetz ist seit seiner Schaffung 1962 nicht nur ein Instrument der Kulturförderung, sondern auch der Marktregulierung.
2. Die **Beibehaltung der drei Handlungsachsen** und deren Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“ ist richtig, muss aber im Bereich Film mit zusätzlichen und massiven Massnahmen zur Überwindung der Barrieren zwischen den Landessprachen verstärkt werden.
3. „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bedingen sich wechselseitig. Im Sinne der **Weiterentwicklung der Massnahmen** beantragen wir im Bereich Film alle vom Bund geförderten Produktionen zumindest in den drei hauptsächlich gesprochenen Landessprachen zugänglich zu machen. Die Förderungstatbestände des Sprachengesetzes sind auf die ganze sprachgebundene Kulturproduktion der Schweiz auszudehnen und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel massiv aufzustocken. Wenn die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ effektiv im Bereich Film umgesetzt werden sollen, lohnt es sich, die in der Produktion unterstützten Filme mit einem zusätzlichen Aufwand von im Schnitt wohl rund CHF 50'000.00 in den Landessprachen zugänglich zu machen.

Bei der Handlungsachse „Kreation und Innovation“ ist für die Verbreitung, den Marktzugang und die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Filmen eine vom Filmkredit unabhängige Untertitelungs- und Synchronisationsförderung vorzusehen. Können Sprachfassungen für die Zielmärkte eines Schweizer Films zur Verfügung gestellt werden, senkt sich das Risiko eines ausländischen Filmverleihers erheblich, den Film in sein Angebot aufzunehmen.

4. Bei der **Revision des Filmgesetzes** nehmen wir zu den gestellten Fragen wie folgt Stellung:
 01. Wir befürworten die Erweiterung der Datenbank der vom Bund unterstützten Filme mit einer für die Bevölkerung kostenlos zugänglichen und nachgeführten Information über welche elektronischen Abruf- oder Abonnementsdienste das Werk abgerufen werden kann. Der Rechteinhaber entscheidet über die Vertriebswege und die Konditionen des Zugangs zum Werk. Der Gratiszugang zum Film für die Bevölkerung, ausserhalb der klar definierten Schranken des Urheberrechts für Wissenschaft und Bildung, devaloriert das Werk und leistet einem in der Schweiz bedauerlicherweise weit verbreiteten Verständnis

Vorschub, urheberrechtlich geschütztes Eigentum (content; software) müsse gratis zu haben sein, weil ja schon die hardware gekostet habe. Staatliche Beihilfen legitimieren den Bund nicht, in den Markt für Endverbraucher einzugreifen!

02. Lineare und nicht lineare Angebote, freie und kostenpflichtige Angebote werden zunehmend von den gleichen Anbietern für den Markt bereitgestellt. Der Konsument entscheidet, ob und wieviel er bereit ist für die Angebote zu bezahlen. Es rechtfertigt sich daher klassische Fernsehveranstalter und elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste im Filmgesetz grundsätzlich gleichzustellen.
03. Es ist richtig, sich die Option einer späteren Teilnahme am MEDIA-Programm der EU offenzuhalten und deshalb einzelne Bestimmungen zu übernehmen, vor allem wenn sie in der Schweiz schon erfüllt werden, wie beispielsweise die Quote bezüglich europäischer Filme für Online-Filmeanbieter. Auch wenn nicht Bestandteil der Vernehmlassungsvorlage, weist Impuls darauf hin, dass eine Quote in der Kinoauswertung der Zielsetzung (Förderung der Verbreitung europäischer und schweizerischer Filme) schädlich wäre. Die Bereitstellung eines Vorführungstermins im Kino ist – ungleich mit einem Listenplatz eines Online-Filmeanbieters - mit hohen Kosten verbunden und die Sitzplatzauslastung entscheidet, ob der Betrieb rentabel ist. Wenn der Schweizer Film im Kino bessere Chancen haben soll, ist seine Visibilität bei der Bevölkerung mit einem Bündel an Massnahmen zu steigern, das direkt auf die Auswertung zielt.

Zu Bereichen, die mit den Fragestellungen nicht abgedeckt wurden, verweisen wir mit Nachdruck auf die oben unter B, 1-5 gemachten Ausführungen zur Revision des Filmgesetzes.

5. Bei den **weiteren Gesetzesanpassungen** beschränken wir uns darauf hinzuweisen, dass im Sprachengesetz (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen ist, der es ermöglicht, alle Schweizer Filme in mindestens drei Landessprachen zugänglich zu machen. Wie oben unter Ziff. 3 ausgeführt, könnten die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ im Bereich Film effektiv umgesetzt werden, wenn in der Produktion unterstützte Filme mit einem zusätzlichen Aufwand von im Schnitt rund CHF 50'000.00 in den Landessprachen zugänglich gemacht werden. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes ein neuer Fördertatbestand zu schaffen. Die Massnahme würde auch dem Export der Filme ins gleichsprachige Ausland zugutekommen. Der Standortvorteil der Mehrsprachigkeit ist zu nutzen und auszubauen.
6. Die **Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024** sind insgesamt zu knapp bemessen. Die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sollten mit mehr Breitenwirkung umgesetzt werden. Dazu gehört die Bereitstellung eines in der Schweiz geschaffenen kulturellen Angebots, das für alle Sprachgruppen verständlich ist und breite Bevölkerungskreise dazu einlädt, sich über Kultur auszutauschen. Im Bereich Film ist dieser Ort das Kino.

Impuls Pictures AG

A blue ink signature of Peter Schaumlechner, consisting of stylized initials and a surname.

Peter Schaumlechner
CEO

Steinhausen, 19. September 2019

Bundesamt für Kultur
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Lausanne, 19. September 2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2019 das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet und interessierte Kreise eingeladen, Stellung zu beziehen. Dafür bedanken wir uns!

Roadmovie setzt sich als national tätiger Verein seit über fünfzehn Jahren für die Filmkultur und Filmvermittlung in Landregionen und Berggebieten ein und gehört zu den führenden Akteuren in diesem Bereich. Da die Kulturbotschaft u.a. eine Förderung der Filmvermittlung vorsieht, erlauben wir es uns als Einzelorganisation Stellung zur Kulturbotschaft zu nehmen. Ziel unserer Stellungnahme ist es, die Filmvermittlung als Instrument zur Förderung der filmkulturellen Teilhabe in der Kulturbotschaft zu stärken.

Filmvermittlung

Die Filmvermittlung ist in der Kulturbotschaft eine von mehreren Säulen zur Förderung der Filmkultur (vgl. Ziffer 2.3.6 Film, S. 27-29). Der Verein Roadmovie erachtet es für richtig, dass die Kulturbotschaft in der Vermittlung ein wichtiges Instrument zur Förderung der Filmkultur in der Schweiz sieht. Die Erfahrung anderer Kultursparten, die bereits über eine breite und etablierte Vermittlungstätigkeit verfügen, zeigt, dass Vermittlung die Teilhabe breiter Bevölkerungskreise an der Kultur aktiviert und fördert.

Weiter werten wir es als positiv, dass die Kulturbotschaft Filmvermittlung tendenziell eng fasst und sie vor allem auf Aktivitäten von Organisationen bezieht, die eine vertiefte Auseinandersetzung breiter Bevölkerungskreise, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, mit dem Medium Film zum Ziel haben (z.B. über Publikumsgespräche, Workshops, Filmeinführungen). **Diese enge Auffassung von Filmvermittlung soll in Analogie zu anderen Kultursparten (z.B. Kunstvermittlung, Seite 9) in der Kulturbotschaft unbedingt beibehalten werden.**

Auch wenn Kino & Verleih in gewissem Sinne ebenfalls Vermittlungsarbeit leisten, indem sie hochwertige Filme dem Publikum zugänglich machen, sollte in der Kulturbotschaft die Verfügbarmachung von Filmen durch Kino & Verleih von zusätzlichen Vermittlungsaktivitäten, die die Auseinandersetzung mit einem präsentierten filmischen Werk zum Ziel haben, unterschieden werden.

Kulturelle Teilhabe

Die Kulturbotschaft sieht in der Entwicklung des Filmkonsums über verschiedene Plattformen die grösste Herausforderung für die Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie für weitere Zielgruppen (vgl. Ziffer 2.3.6.2, S. 29). Als Massnahme wird eine Einbindung des Bereichs Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weiterer spezifischer Zielgruppen in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe und eine Koordination mit den Kantonen beabsichtigt. Zudem sollen bei der Erarbeitung der Förderkriterien die neuen digitalen Konsumgewohnheiten berücksichtigt werden.

Es ist grundsätzlich begrüssenswert, dass der Bereich Filmvermittlung in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Kantonen koordiniert werden soll. Dabei ist jedoch die unterschiedliche Schwerpunktsetzung des Bereichs Filmvermittlung und der Kulturellen Teilhabe zu berücksichtigen.

Die Filmvermittlung, wie sie von der Sektion Film des BAK gefördert wird, hat die Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen mit Werken *professioneller* Filmschaffender zum Ziel (sogenannte rezeptive Filmvermittlung). Die Förderung der rezeptiven Filmvermittlung erfolgt auf der Grundlage des Filmgesetzes (Art. 5 FiG) und ist Teil der weiteren Massnahmen des Bundes zur Filmförderung. **Aus diesem Grund soll die Förderung der rezeptiven Filmvermittlung auch zukünftig Aufgabe der Sektion Film bleiben.**

Die Kulturelle Teilhabe zielt dagegen in erster Linie auf die aktive Mitgestaltung des Kulturlebens und den kulturellen Selbstausdruck von *nicht-professionellen* Kulturschaffenden. Grundlage zur Förderung der Kulturellen Teilhabe ist das Kulturförderungsgesetz (Art. 9a KFG). Eine Einbindung der Filmvermittlung in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe macht daher insbesondere im Bereich der eigenen filmkulturellen Betätigung von Kindern und Jugendlichen sowie weiterer Zielgruppen (sogenannte praktische Filmvermittlung) Sinn. Die Kulturbotschaft soll daher sicherstellen, dass Projekte und Organisationen von nationaler Bedeutung, die die praktische Filmvermittlung zum Ziel haben, auf der Grundlage des KFG weiterhin gefördert werden.

Zur Stärkung der Filmvermittlung in der Schweiz soll zudem die Notwendigkeit einer Koordination der Bereiche Filmvermittlung (BAK) und Kunstvermittlung (Pro Helvetia) in die Kulturbotschaft aufgenommen werden. Die Kunstvermittlung ist nicht zuletzt dank der seit Jahren umsichtig konzipierten Förderung durch Pro Helvetia gut aufgestellt. Insbesondere das von 2009-2012 durchgeführte Programm «Kulturvermittlung» hat der Kunstvermittlung in der Schweiz wesentliche Impulse geben können und deren Professionalisierung befördert. Aufgrund der institutionellen Trennung zwischen BAK (Filmvermittlung) und Pro Helvetia (Kunstvermittlung) konnte die Filmvermittlung von diesen Impulsen in der Vergangenheit nicht profitieren. Die Filmvermittlung in der Schweiz befindet sich heute daher nicht auf der gleichen Flughöhe wie die Kunstvermittlung. Die Kulturbotschaft dürfte diese Entwicklung verstärken, indem sie für die Kunstvermittlung zukunftsweisende Weiterentwicklungen einplant, die Filmvermittlung jedoch davon ausschliesst (Ziffer 1.4.2.1, S.12).

Wir beantragen daher, die geplante Massnahme im Bereich Filmvermittlung in folgender Weise zu ändern: «Der Bereich der Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weiterer spezifischer Zielgruppen wird in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Massnahmen der Kulturstiftung Pro Helvetia im Bereich Kunstvermittlung sowie den Kantonen koordiniert.» (Ziffer 2.3.6.2, S. 29).

Digitale Konsumgewohnheiten

Schliesslich ist es begrüssenswert, dass die Beschäftigung der Filmvermittlung mit den neuen digitalen Konsumgewohnheiten gefördert werden soll. In der Praxis gibt es im Moment jedoch noch keine verlässlichen Konzepte, wie die Filmvermittlung die neuen digitalen Konsumgewohnheiten einbeziehen kann. **Der Bund soll daher in den nächsten vier Jahren die digitale Herausforderung für die Filmvermittlung über die Förderung von modellhaften Einzelprojekten angehen.** Damit können Bund und Organisationen der Filmvermittlung Erfahrungen in dieser Frage sammeln. Die Förderung von Organisationen der Filmvermittlung, wie sie aktuell vom BAK praktiziert wird, scheint uns dafür nicht geeignet.

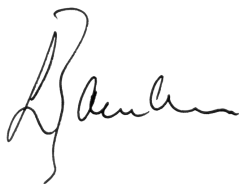
Internationale Zusammenarbeit

Weiteren Handlungsbedarf im Bereich Filmvermittlung sehen wir bei der internationalen Zusammenarbeit im Film (Ziffer 2.3.6.4). Das Rahmenprogramm «Kreatives Europa» der Europäischen Kommission enthält Massnahmen zur Förderung der Filmvermittlung (Handlungsfeld «film education»), von denen die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied ausgeschlossen ist. Die 2014 eingeführten nationalen Ersatzmassnahmen kompensieren die Fördermassnahme im Bereich Filmvermittlung nicht. Wir begrüssen es daher, dass der Bund eine Teilnahme am EU-Programm «Kreatives Europa» ab 2021 anstrebt. **Sollte dies nicht gelingen, muss die Förderung der Filmvermittlung in die Weiterführung der Ersatzmassnahmen aufgenommen werden.** Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass die Filmvermittlung analog der Kunstvermittlung an zukunftsweisende europäische Netzwerke und deren Wissensbestände anschliessen kann. Wir beantragen daher, die folgende Änderung im Text: «Die bisherigen Fördermassnahmen werden mit punktuellen Anpassungen (z.B. Aufnahme der Filmvermittlung) in der Periode 2021-2024 weitergeführt.» (Ziffer 2.3.6.4, S. 30).

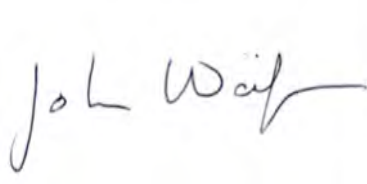
Da es sich bei der Filmvermittlung um eine der Säulen zur Stärkung der Filmkultur handelt, möchten wir abschliessend anregen, die einleitenden Bemerkungen zu 2.3.6 Film um den Begriff «Vermittlung» zu ergänzen. Damit stimmen sie auch inhaltlich mit der zu Beginn der Kulturbotschaft gemachten Aussage «Die Stärkung der filmkulturellen Teilhabe fokussiert auf Festivals, [...] und die Vermittlung» (Seite 7) überein. Konkret schlagen wir die folgende Ergänzung auf Seite 27 vor: «Die Filmpolitik des Bundes hat zum Ziel, das Schweizer Filmschaffen sowie die Vielfalt und Qualität des Filmangebots zu fördern, die Schweizer Filmkultur zu stärken sowie das Filmerbe zu bewahren und zugänglich zu machen. Sie basiert auf drei Säulen: die Filmförderung (Herstellung und Auswertung), die Filmkultur (Festivals, Weiterbildung, Promotion, Filmvermittlung) sowie das Filmerbe.»

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Laurent Baumann
Präsident Verein Roadmovie
lbaumann@roadmovie.ch



John Wäfler
Co-Leiter Roadmovie
jwaefler@roadmovie.ch

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit der Impuls Home Entertainment AG als Lizenznehmer erreichen Filme das Publikum, das sie verdienen. Denn die Impuls Home Entertainment AG bietet die Lizenzierung und Vermarktung der Home-, VoD-, EST- und TV-Rechte an. Im Weiteren bietet Impuls Rechteinhabern die Vermarktung sämtlicher Rechte als Dienstleister an.

Unsere Stellungnahme gliedert sich wie folgt:

- A Allgemeine Bemerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Film in der Schweiz
- B Anliegen und Forderungen von Impuls Home Entertainment AG
- C Stellungnahme zu den expliziten Fragen des Fragenkatalogs

A. Allgemeine Bemerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Film in der Schweiz

„Filme werden in den nächsten Jahren noch stärker als bisher über Online-Plattformen bezogen und auf mobilen Geräten konsumiert“ (Botschaft, Ziff. 2.3.6.1). Die Feststellung ist richtig. Es wird aber nur ungenügend aufgezeigt, welche dramatischen Änderungen die Veränderung der Sehgewohnheiten des (Film-) Publikums auf den Markt hat: Bisher wichtige Akteure verschwinden (Tonbildträgerindustrie), zentrale Pfeiler der schweizerischen Filmpolitik verlieren an Bedeutung (lineares Fernsehen, Kino) während neue Akteure eine starke oder dominante Position einnehmen. Wenn in Ziff. 1.2 der Botschaft ausgeführt wird, die Kulturpolitik des Bundes beruhe im Wesentlichen auf dem Zusammenspiel der vier Institutionen BAK, Schweizerische Nationalbibliothek, Pro Helvetia und Schweizerisches Nationalmuseum, mag das aus Sicht der Verwaltungsorganisation des BAK stimmen. Faktisch aber haben Politikbereiche, die in die Zuständigkeit des BAKOM (lineares Fernsehen, elektronische Medien) oder des IGE (Urheberrecht) fallen, einen grösseren Einfluss auf die Kulturpolitik als die vom BAK verwalteten Förder- und Regulierungsmassnahmen.

Impuls fordert vom Bund eine kohärente Kulturpolitik über alle relevanten Politikbereiche, insbesondere im Bereich Film. So beschädigt beispielsweise der Grundsatz der internationalen Erschöpfung oder der Verzicht auf das Erfordernis der legalen Quelle im Urheberrecht die Entwicklung der schweizerischen Kulturindustrie. Als besonders störend erachtet Impuls die vom Institut für Geistiges Eigentum explizit befürwortete Straffreiheit beim Download aus illegaler Quelle. Der Radio- und Fernsehgebühr und den Investitionsverpflichtungen im Bereich der elektronischen Medien kommt wegen der Vielsprachigkeit der Schweiz eine eminente Bedeutung zu. Politikbereiche übergreifende Programme der EU, wie „Digital Single Market“ oder „Creative Europe“, haben grosse Auswirkungen für die Kulturpolitik der Schweiz. So dürfte ein Verbot des Geoblocking für audiovisuelle Inhalte in der EU (wie in der EU aktuell geprüft) für die Schweiz faktisch zur Folge haben, dass die Schweiz als lizenzrechtliches Territorium verschwindet.

Impuls verlangt vom Bund und insbesondere vom BAK aus kulturpolitischen Gründen ein konsequentes Eintreten für ein lizenzrechtliches Territorium Schweiz und eine deutliche Stärkung des Engagements für die Zugänglichkeit kultureller Werke (insb. Filmen) in allen Landessprachen. An diesen Forderungen misst Impuls die vorgelegte Revision des Filmgesetzes.

B. Anliegen und Forderungen von Impuls Home Entertainment AG

1. Impuls stellt den Antrag während der Geltung der Kulturbotschaft 2021-2024 die rechtlichen Rahmenbedingungen für Filmproduktion und Filmauswertung departementsübergreifend zu prüfen und mit der Gesetzgebung im Ausland und den vorhersehbaren Entwicklungen im Ausland, namentlich in der EU, zu vergleichen und aufzuzeigen, welche Änderungen der schweizerischen Gesetzgebung den Schweizer Markt stärken könnten. Eine grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung wird von Impuls angeregt.
2. Die vorgeschlagene Ergänzung von Art. 10 FiG überzeugt nicht. In der Begründung zur Gesetzesänderung wird ausgeführt:

Die Institutionen sind meist als gemeinnützige Stiftungen oder auf Vereinsbasis organisiert, so dass allfällige Überschüsse als Reserven für die geförderten Zwecke zur Verfügung bleiben. Bei gewinnorientierten Unternehmen und Institutionen, die im Besitz von solchen Unternehmen sind, ist dies nicht garantiert. Sie sollen deshalb von der Subventionierung durch Betriebsbeiträge ausgeschlossen werden. Projektbezogene Subventionen bleiben auch für gewinnorientierte Unternehmen weiterhin möglich.

Auch in Leistungsvereinbarungen mit nicht gewinnorientierten Unternehmen muss sichergestellt werden, dass Bundesmittel effektiv und effizient eingesetzt werden, so ist beispielsweise zu prüfen, ob Organe der Institutionen nicht übermässige Vergütungen beziehen oder Dritten nicht Aufträge zu übersetzten Preisen vergeben werden. In der Kulturvermittlung ist der Bund auf die Zusammenarbeit mit Privaten angewiesen – auch mit Verleihern und Kinos. Diese können unabhängig von der Organisationsform (z.B. Einzelfirma) und der Gewinnstrebigkeit wertvolle und förderungswürdige Arbeit leisten.

Die vorgeschlagene Änderung ist ersatzlos fallen zu lassen. Die Zweckmässigkeit der Mittelverwendung ist in den Leistungsvereinbarungen abzusichern.

3. Die nach Auswertungskanälen getrennte Strukturierung des Filmgesetz' lehnen wir ab, wenn die bisherigen Regeln nicht expressis verbis ins neue Kapitel 3a für die online-Auswertung übernommen werden (insb. Art. 19 FiG).
4. Die Revision von Art. 24 Abs. 1 FiG betreffend Meldepflichten lehnt Impuls ab. Es besteht ein hohes öffentliches Interesse, dass die Auswertungsergebnisse von Filmen, die in der Produktion gefördert wurden, bekannt sind. Dazu gehören insbesondere auch die Resultate in der Auslandsauswertung. Die Produktionsunternehmen wären auch in der Lage, die Verkäufe von Tonbildträgern zu melden. In der politischen Argumentation für die Filmförderung sind Zahlen über Auswertungsergebnisse essentiell.
5. In das Registrierungsformular des BAK (Art. 23 und Art. 24g) ist eine Erklärung aufzunehmen, welche die mit der Registrierung verbundenen Verpflichtungen unter Hinweis auf die Strafandrohungen aufzählt und den Unterzeichnenden die Erklärung abnimmt, sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten zu wollen. Die Bestimmung von Art. 23 Abs. 3 FiG (Mitglieder der GL müssen in der Schweiz Wohnsitz haben) ist in Art. 24g zu überführen. In der

Bundesverwaltung sind mehr Ressourcen bereit zu stellen, damit der Vollzug der Bestimmungen sichergestellt und insbesondere ohne Verzug die in den Art. 27 und 28 FiG genannten Strafverfahren in die Wege geleitet werden können, nicht nur gegen die Mitglieder der Geschäftsleitung, sondern gegen die Unternehmen selbst. Es ist wichtig, die Vollzugsaufgaben gleich von der Geltung der Revisionsbestimmungen an zu priorisieren. Richtigerweise stellt die neue Bestimmung von Art. 15 Abs. 2 lit c Mittel für diesen Verwendungszweck frei.

6. Die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, sollte fortan im FiG geregelt werden. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe Instanz, das BAK, überprüft werden.
7. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Der Standortvorteil der Mehrsprachigkeit ist zu nutzen und auszubauen.

Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

8. Die Filmpolitik des Bundes hat bis anhin zur Erreichung des Ziels „Angebotsvielfalt“ und der übergeordneten Ziele „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftliche Teilhabe“ einerseits von den Distributoren und Kinos einen eigenen Beitrag eingefordert (Art. 17ff FiG) und andererseits staatliche Beihilfen an Akteure gewährt, die durch besondere Massnahmen zur Zielerreichung beigetragen haben. Je weniger eigene Beiträge der Branche der Bund über Marktregulierungen einfordert, desto mehr direkte finanzielle Hilfen wird er zur Erreichung der kulturpolitischen Ziele einsetzen müssen.

Am Prinzip der Eigenleistungen der Kinoauswertungsbranche soll im Grundsatz offenbar auch nichts geändert werden; die Art. 20 -22 FiG (Evaluation der Angebotsvielfalt im Kinobereich; Nachbesserung, Abgabe, Befreiung von der Abgabe) werden unverändert im Gesetz belassen.

Impuls unterstützt das Nebeneinander von Marktregulierung und staatlichen Beihilfen. Für die Zukunft wäre es aber wünschenswert, wenn das von Art. 17 FiG vorgesehene Instrument der Branchenvereinbarung vom BAK in der konkreten Umsetzung der kulturpolitischen Zielsetzungen stärker unterstützt würde, sowohl politisch als auch durch staatliche Beihilfen. So sollten die Angebote zur Bildung im Bereich Film für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden durch die Unterstützung von Initiativen aus der Branche für neue Formen von Unterrichts- und Freizeitangeboten, für nationale Jugendkinotage oder für Schweizer Filmproduktionen,

die sich explizit an Kinder und Jugendliche richten und auch entsprechend für die Auswertung konzipiert werden.

Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss erhalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein.

C. Stellungnahme zu den expliziten Fragen des Fragenkatalogs

1. Die **Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020** erfolgte bezüglich des per 01.01.2016 in Kraft getretenen und revidierten Art. 19 FiG mit angezogener Handbremse. Das BAK trat Interventionen von ausländischen Akteuren zu wenig entschlossen entgegen und liess auch gegenüber inländischen Bedenkenträgern ein interessiertes, kreatives Engagement für die vom Gesetzgeber (vgl. Kulturbotschaft 2016-2020, S. 602-603) intendierte Zielsetzung vermissen. Das Filmgesetz ist seit seiner Schaffung 1962 nicht nur ein Instrument der Kulturförderung, sondern auch der Marktregulierung.
2. Die **Beibehaltung der drei Handlungsachsen** und deren Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“ ist richtig, muss aber im Bereich Film mit zusätzlichen und massiven Massnahmen zur Überwindung der Barrieren zwischen den Landessprachen verstärkt werden.
3. „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bedingen sich wechselseitig. Im Sinne der **Weiterentwicklung der Massnahmen** beantragen wir im Bereich Film alle vom Bund geförderten Produktionen zumindest in den drei hauptsächlich gesprochenen Landessprachen zugänglich zu machen. Die Förderungstatbestände des Sprachengesetzes sind auf die ganze sprachgebundene Kulturproduktion der Schweiz auszudehnen und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel massiv aufzustocken. Wenn die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ effektiv im Bereich Film umgesetzt werden sollen, lohnt es sich, die in der Produktion unterstützten Filme mit einem zusätzlichen Aufwand von im Schnitt wohl rund CHF 50'000.00 in den Landessprachen zugänglich zu machen.

Bei der Handlungsachse „Kreation und Innovation“ ist für die Verbreitung, den Marktzugang und die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Filmen eine vom Filmkredit unabhängige Untertitelungs- und Synchronisationsförderung vorzusehen. Können Sprachfassungen für die Zielmärkte eines Schweizer Films zur Verfügung gestellt werden, senkt sich das Risiko eines ausländischen Filmverleihers erheblich, den Film in sein Angebot aufzunehmen.

4. Bei der **Revision des Filmgesetzes** nehmen wir zu den gestellten Fragen wie folgt Stellung:
 01. Wir befürworten die Erweiterung der Datenbank der vom Bund unterstützten Filme mit einer für die Bevölkerung kostenlos zugänglichen und nachgeführten Information über welche elektronischen Abruf- oder Abonnementsdienste das Werk abgerufen werden kann. Der Rechteinhaber entscheidet über die Vertriebswege und die Konditionen des Zugangs zum Werk. Der Gratiszugang zum Film für die Bevölkerung, ausserhalb der klar definierten Schranken des Urheberrechts für Wissenschaft und Bildung, devaloriert das Werk und leistet einem in der Schweiz bedauerlicherweise weit verbreiteten Verständnis

Vorschub, urheberrechtlich geschütztes Eigentum (content; software) müsse gratis zu haben sein, weil ja schon die hardware gekostet habe. Staatliche Beihilfen legitimieren den Bund nicht, in den Markt für Endverbraucher einzugreifen!

02. Lineare und nicht lineare Angebote, freie und kostenpflichtige Angebote werden zunehmend von den gleichen Anbietern für den Markt bereitgestellt. Der Konsument entscheidet, ob und wieviel er bereit ist für die Angebote zu bezahlen. Es rechtfertigt sich daher klassische Fernsehveranstalter und elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste im Filmgesetz grundsätzlich gleichzustellen.
03. Es ist richtig, sich die Option einer späteren Teilnahme am MEDIA-Programm der EU offenzuhalten und deshalb einzelne Bestimmungen zu übernehmen, vor allem wenn sie in der Schweiz schon erfüllt werden, wie beispielsweise die Quote bezüglich europäischer Filme für Online-Filmeanbieter. Auch wenn nicht Bestandteil der Vernehmlassungsvorlage, weist Impuls darauf hin, dass eine Quote in der Kinoauswertung der Zielsetzung (Förderung der Verbreitung europäischer und schweizerischer Filme) schädlich wäre. Die Bereitstellung eines Vorführungstermins im Kino ist – ungleich mit einem Listenplatz eines Online-Filmeanbieters - mit hohen Kosten verbunden und die Sitzplatzauslastung entscheidet, ob der Betrieb rentabel ist. Wenn der Schweizer Film im Kino bessere Chancen haben soll, ist seine Visibilität bei der Bevölkerung mit einem Bündel an Massnahmen zu steigern, das direkt auf die Auswertung zielt.

Zu Bereichen, die mit den Fragestellungen nicht abgedeckt wurden, verweisen wir mit Nachdruck auf die oben unter B, 1-5 gemachten Ausführungen zur Revision des Filmgesetzes.

5. Bei den **weiteren Gesetzesanpassungen** beschränken wir uns darauf hinzuweisen, dass im Sprachengesetz (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen ist, der es ermöglicht, alle Schweizer Filme in mindestens drei Landessprachen zugänglich zu machen. Wie oben unter Ziff. 3 ausgeführt, könnten die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ im Bereich Film effektiv umgesetzt werden, wenn in der Produktion unterstützte Filme mit einem zusätzlichen Aufwand von im Schnitt rund CHF 50'000.00 in den Landessprachen zugänglich gemacht werden. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes ein neuer Fördertatbestand zu schaffen. Die Massnahme würde auch dem Export der Filme ins gleichsprachige Ausland zugutekommen. Der Standortvorteil der Mehrsprachigkeit ist zu nutzen und auszubauen.
6. Die **Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024** sind insgesamt zu knapp bemessen. Die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sollten mit mehr Breitenwirkung umgesetzt werden. Dazu gehört die Bereitstellung eines in der Schweiz geschaffenen kulturellen Angebots, das für alle Sprachgruppen verständlich ist und breite Bevölkerungskreise dazu einlädt, sich über Kultur auszutauschen.

Impuls Home Entertainment AG

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "P. Schaumlechner".

Patrick Schaumlechner
CEO

Steinhausen, 19. September 2019

Berufsverband Rhythmik Schweiz
Céline Shuler
Ebnetsweg 36
4460 Gelterkinden
sekretariat@rhythmik.ch
www.rhythmik.ch

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Rhythmik Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. Rhythmik Schweiz vereint 120 Mitglieder und zielt auf die Vernetzung der RhythmikerInnen schweizweit und deren Interessenvertretung.

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

I. Allgemeine Würdigung

Wie der Bundesrat, erachten wir die Fokussierung auf die drei Felder «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» weiterhin als sinnvoll.

Wir sind jedoch nicht der Ansicht, dass Art. 67a mit der Umsetzung von Absatz 3 «vollumfänglich» realisiert

ist. Beispielsweise ist nicht bekannt, was die EDK für die Qualität der musikalischen Bildung an der Volksschule unternimmt. Dies gilt es insbesondere in Absatz 1 noch auszuführen.

Insgesamt erachten wir die Vorlage jedoch als geeignet, die Kulturlandschaft in den kommenden Jahren zu stärken.

Besonders begrüssen wir die Berücksichtigung der finanziellen Situation von Kulturschaffenden. Die Ausweitung der Förderung auf Personen und Personenkreise, die kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke mitprägen erachten wir als wesentlich, zumal sie uns als Kulturschaffende aus dem Bereich Rhythmik / Musik und Bewegung betrifft.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Keine Bemerkungen.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Keine Bemerkungen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Das Programm J+M stellt für den Musiksektor einen zentralen Bestandteil dar. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrucklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und das Programm immer wieder auf wackligen Beinen steht. Wir anerkennen aber die Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Keine Bemerkungen.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüßen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits erwähnt, begrüsst Rhythmik Schweiz den Einbezug von Musikorganisationen und Kantonen bei der Einführung der musikalischen Talentförderung. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind. Eine breite Förderung von Talenten beginnt jedoch in der Volksschule.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Die Talentförderung ist nur ein Teil von «Kulturelle Teilhabe». Für «Kulturelle Teilhabe» wäre ein Zugang zu Förderprogrammen auf allen Stufen wichtig. Rhythmik Schweiz ist der Ansicht, dass solche Programme im Rahmen der Bildung und nicht im Rahmen der Kultur eingeführt werden sollen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, ist für Rhythmik Schweiz zentral. Dabei sollte der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg berücksichtigt werden.

→ Wir finden es zentral, dass bei einem Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da diese über wichtiges, lokales Wissen verfügen. Rhythmik Schweiz ist an einer solchen Vernetzung sehr interessiert.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Keine Ergänzungen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Keine Ergänzungen.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen. Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller. Die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien ist in diesem Bereich sehr fließend.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet ist. Eine Nachwuchsförderung soll jedoch in allen Kulturbereichen der Kunsthochschulen zentral sein – so auch im Bereich Rhythmik / Musik- und Bewegungspädagogik.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen die Prüfung innovativer Zusammenarbeitsformen, die Einführung entsprechender Förderinstrumente eingeführt und den Einbezug von Institutionen aus Forschung und Industrie.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass die Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, der auch Rhythmik Schweiz begrüssen würde, besteht in der Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse erlebt und geübt werden.

Aus Sicht von Rhythmik Schweiz ist es wesentlich, dass musische und kreative Fächer in der Volksschule wieder mehr Gewicht erhalten sollten. Eine Entwicklung, die trotz klarem WählerInnenwillen, leider in die gegenteilige Richtung läuft: subventionierter Musikunterricht von qualifizierten Fachpersonen wird zurzeit eher abgebaut.

Besonders begrüssen wir die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der

Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen.

Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse mitprägen. Aus Sicht der RhythmikerInnen ist dies ein wichtiger Schritt.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüssen, dass das Thema Interkultur in der neuen Kulturbotschaft mehr berücksichtigt wird. Wir erachten es als wesentlich, dass dieses Thema sowohl in der Volksschule, als auch im ausserschulischen Bereich fokussiert wird.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Keine Bemerkungen.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Keine Ergänzungen.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Keine Ergänzungen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Unseres Erachtens ist nicht geklärt, wer für die Fachliteratur der Musik zuständig ist. Dies führt leider dazu, dass wertvolle Bestände verschwinden und verloren gehen. Wir würden es begrüssen, wenn diese Problematik angegangen würde und ein Überblick über die gesamtschweizerische Musikbibliothekenlandschaft erstellt würde. Mit der Klärung bestehender Lücken und der Darlegung notwendiger Massnahmen.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur unterstützen wir. Wir sind je-

doch der Ansicht, dass ein allgemeines Lippenbekenntnis nicht ausreicht und eine Ergänzung mit konkreten Massnahmen nötig ist.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme. Jedoch müsste die Kulturelle Teilhabe breiter verstanden werden.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände. Jedoch muss Musikalische Bildung auch im schulischen Kontext verstanden werden und nicht nur im ausserschulischen.

Die Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil verkehrt. Dies lehnen wir ab. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir als zu vage.

Es bräuchte daher ein klares Bekenntnis, dass Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Keine Ergänzungen.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Keine Ergänzungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Keine Ergänzungen.

VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Céline Shuler
Vorstand Rhythmik Schweiz

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Davos, den 7. August 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot

Der Schweizerische Musikpädagogische Verband SMPV bedankt sich ganz herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen.

Der SMPV ist der Berufsverband der Musikpädagog*innen, sowohl der angestellten als auch der freischaffenden, und durfte letztes Jahr sein 125-jähriges Bestehen feiern. Wir haben im Augenblick fast 3000 Mitglieder. Lange Zeit stand sein Name auch für eine private, professionelle Musik(Lehrer)-Ausbildung, die 2007 vollumfänglich an die SAMP/Kalaidos übergeben wurde.

Der SMPV setzt sich für die Interessen seiner Mitglieder ein und offeriert ihnen zahlreiche attraktive Dienstleistungen. Er ist Mitglied des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds SGB, des Schweizer Musikkongresses SMR und hat vor einigen Jahren eine schweizweite Plattform für den privaten Musikunterricht lanciert. Im Augenblick sind wir daran, ein Modell für Qualitätsmanagement zu entwickeln, um unseren Mitgliedern die (freiwillige) Teilnahme in entsprechenden Programmen anzubieten.

Wir sind national tätig, sind in der Ausarbeitung des Programmes «Jugend und Musik» involviert und decken im Verband alle (Sprach-) Regionen der Schweiz ab.

Zusätzlich zu unseren Ausführungen in der Folge verweisen wir auf die Stellungnahme des SMV.

Die Kontinuität, die im vorliegenden Entwurf vorangetrieben wird, begrüßen wir sehr. Die drei Handlungsachsen kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kreation und Innovation haben sich in der jetzigen Kulturbotschaft als sehr wirksam und praxisorientiert erwiesen, und es ist nur folgerichtig, dass sie in der kommenden Kulturbotschaft beibehalten und weiterverfolgt werden.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig sind, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor mittlerweile generiert, der Wichtigkeit, die der Kreativität auch in anderen Bereichen wie Wirtschaft oder Digitalisierung beigemessen wird, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Ebenfalls begrüßen wir den Austausch zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden im «Nationalen Kulturdialog», denn nur im Austausch unter- und miteinander lassen sich unserer Ansicht nach Synergien nutzen, Doppelspurigkeiten vermeiden und neue Wege erschliessen.

Dasselbe gilt für den Austausch unter den Sprachregionen. Es ist, auch innerhalb unserer Landesgrenzen, eine Bereicherung, sich mit einer anderen Kultur auseinanderzusetzen.

Auch ist die Präsenz an internationalen Plattformen aus unserer Sicht sehr wichtig, um den Zusammenhalt in Europa zu stärken; gerade weil die Schweiz nicht Mitglied der EU ist, ist es unabdingbar, auf kultureller Ebene einen regen Kontakt zu pflegen.

Angesichts des hohen Lohnniveaus in unserem Land ist es nur folgerichtig, dass Beiträge zugunsten derjenigen Künstler*innen gesprochen werden, die die entsprechenden Kontakte aktiv pflegen und dass diese für ihre Arbeit angemessen bezahlt werden. Diesen Punkt unterstützen wir ebenfalls.

Zudem begrüßen wir es sehr, dass die Mittel für das Programm «Jugend und Musik» aufgestockt und so der steigenden Nachfrage Rechnung tragen sollen. Das Programm «Jugend und Musik» ist unserer Ansicht nach ein wichtiges Instrument, um die breitere Jugend niederschwellig zum Musizieren zu animieren. Es kann jedoch auf keinen Fall den Musikunterricht ersetzen.

Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass Organisationen professioneller Kulturschaffender mit namhaften Beiträgen aufgrund von Fördervereinbarungen unterstützt werden sollen, da sie sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen und dass Organisationen kulturell tätiger Laien ebenfalls von Unterstützungsgeldern profitieren sollen.

Unverständlich ist uns jedoch, weshalb der SMPV, der Berufsverband der Musiklehrpersonen, nicht ebenfalls von Unterstützungsgeldern profitieren soll. Wie Sie aus obenstehender Beschreibung unseres Berufsverbandes ersehen können, erfüllt der SMPV die Bedingungen der kulturellen Teilhabe in hohem Masse; gerade im professionellen Einzelunterricht kann sich das Individuum mit Kultur auseinandersetzen, Kultur aktiv gestalten und zu einem kulturellen Selbstausdruck gelangen. Professioneller Musikunterricht lässt das Individuum Kultur erfahren, erweitert dessen Horizont und sein Können und führt es so zu einer Auseinandersetzung mit Kultur, zu einer aktiven Gestaltung von Kultur und zu einem kulturellen Selbstausdruck. Erst dann ist das Individuum wirklich in der Lage, sein kulturelles Selbstverständnis in der Gruppe zu teilen.

Als Berufsverband von Musiklehrpersonen ist der SMPV eindeutig innerhalb der musikalischen Bildung zu verorten und nicht bei den Organisationen professioneller Kulturschaffender. Da aber in der musikalischen Bildung bis jetzt nur Laienverbände gefördert wurden, ging er bis anhin leer aus. Da er aber sehr ähnliche Aufgaben wie der Schweizerische Musikerverband SMV wahrnimmt, mit 3000 Mitgliedern jedoch deutlich grösser ist und da seine Mitglieder die Grundlage für kulturelle Teilhabe schaffen, sind wir der Ansicht, dass der SMPV einen mindestens ebenso grossen Förderbetrag, natürlich gekoppelt an eine Leistungsvereinbarung, zu Gute hätten. Dafür wären wir Ihnen sehr dankbar. Es würde uns unsere Arbeit, die im Augenblick noch praktisch vollumfänglich ehrenamtlich geleistet wird, deutlich erleichtern.

Wir könnten dann die dringend notwendige Professionalisierung unseres Verbandes angehen, vermehrt Weiterbildungen anbieten und unsere gewerkschaftliche Arbeit vertiefen. Dies alles ist im Augenblick aufgrund mangelnder Ressourcen nur beschränkt möglich.

Ganz herzlichen Dank für die wohlwollende Prüfung dieses für uns dringlichen Anliegens!

Es freut uns sehr, dass die Umsetzung des Art. 67a der Bundesverfassung vorangetrieben wird und in der kommenden Legislaturperiode die Begabtenförderung umgesetzt werden soll und dass dies in Zusammenarbeit mit den Kantonen geschehen soll. Da musikalische Bildung eine kantonale Kompetenz ist, ist dies eine umsichtige Entscheidung, die wir sehr begrüssen. Etwas konsterniert haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Bund zwar mit Musikorganisationen zusammenarbeiten will, jedoch nur die Musikschulen und die Musikhochschulen erwähnt, den SMPV dagegen nicht, obwohl es ja gerade die Musiklehrer*innen sind, die Begabung erkennen und fördern. Sie können deshalb entscheidend zur Gestaltung der musikalischen Begabtenförderung beitragen. Die Musikschulen und Musikhochschulen sind, bildlich gesprochen, die Gefässe, in denen Begabtenförderung stattfindet, wir dagegen füllen diese Gefässe mit Inhalt. Wir wären sehr gerne bereit, auch bei dieser Ausarbeitung von Anfang an mitzuarbeiten und unser grosses Know-How beizusteuern. Wir hoffen in diesem Sinne, dass die ausschliessliche Erwähnung der beiden Institutionen Musikschulen und Musikhochschulen nicht abschliessend gemeint ist.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, wonach mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor auch nur ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

Weiter haben wir mit grosser Freude zur Kenntnis genommen, dass ein Augenmerk auf die unbefriedigende Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden gelegt wird. Viele Kulturschaffende in der Schweiz werden nicht nach geltenden Empfehlungen entlohnt. Dasselbe lässt sich auch von freischaffenden Musiklehrpersonen und vereinzelt leider auch von Angestellten sagen. Es herrscht ein enormer Preisdruck im freien Markt, der an den Landesgrenzen (Genf, Tessin u.a.) noch verstärkt wird, und wir würden es sehr begrüssen, wenn geeignete Instrumente geschaffen würden, diesen Tarifdruck zu mindern. Wir wären auch hier sehr gerne bereit, unser Wissen beizusteuern und bei der Ausarbeitung dieser Instrumente mitzuarbeiten, zumal der SMPV Richtlinien zur angemessenen Entlohnung von Musiklehrpersonen für jeden Kanton publiziert, sei es für eine Einzelstunde, für ein Semester oder auch für die Leitung eines Musiklagers.

In diesem Zusammenhang möchten wir uns den Forderungen des Schweizerischen Musikerverbandes (SMV) anschliessen:

Auch wir sind überaus erfreut darüber, dass die Erkenntnis der - trotz erfolgreicher Arbeit - ungenügenden Einkommenssituation vieler Kulturschaffender Einzug in die Kulturbotschaft gehalten hat. Wir stellen in den letzten Jahren im freischaffenden Bereich eine steigende Tendenz zu absolut lächerlichen Gagen fest, die tief unter unseren Minimaltarifen liegen, gerade auch bei Projekten mit öffentlichen Geldern notabene.

Daher begrüssen wir sehr, dass BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten. Dies war seit jeher eine der zentralen Forderungen des SMV und ist es immer noch. So erwarten wir eine konsequente Umsetzung ohne Wenn und Aber.

Dass der Bund hier den ersten Schritt tun will, ist bemerkenswert. Da sein Anteil an der Kulturförderung jedoch lediglich ca. 10% beträgt, ist die geplante Zusammenarbeit mit den Kantonen und Städten, die den Löwenanteil tragen, zentral, und zwar idealerweise nicht nur mit den „interessierten“, sondern mit allen, im Sinne einer wahren gesamtschweizerischen Kulturpolitik.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstreben soll, ist unseres Erachtens selbstverständlich – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Zudem erachten wir eine angemessene Vertretung aller demographischen Gruppen, insbesondere auch der Migrant*innen und Menschen mit Behinderungen in allen relevanten Bereichen als unabdingbar.

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuloten gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und wir finden es wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know-How vorhanden ist und da diese bereits über bedeutende Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Der SMPV ist sehr gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

Wir erachten es zudem als dringend notwendig, die Umsetzung der Grundsätze für den Zugang der Jugend zum aktiven Musizieren voranzutreiben: Musikschultarife für Kinder und Jugendliche müssen deutlich unter denjenigen von Erwachsenen liegen und die wirtschaftliche Situation der Eltern muss zwingend berücksichtigt werden. Wie Sie bereits richtig festgestellt haben, ist diese Umsetzung noch sehr lückenhaft, zumal gerne vergessen wird, dass mit einem zahlbaren Musikunterricht das Kind noch nicht über ein zwingend benötigtes Instrument und dazugehörende Noten verfügt.

Zudem ist die im gleichen Abschnitt erwähnte Talentkarte für musikalisch begabte Jugendliche etwas verwirrend, handelt sich es dabei doch unserer Ansicht nach um ein anderes Anliegen.

Die Nationalbibliothek NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung der Digitalisierung der Medien wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

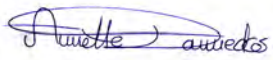
Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc. klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Und zum Schluss möchten wir darauf hinweisen, dass es für uns unverständlich ist, warum ausgerechnet in der Musik die Bildung nicht in der Bildung wie in allen anderen Fächern verortet wird. Musikalische Bildung müsste in der Bildung verortet werden. Und sie müsste, nachdem Sie ja unter Punkt 2.1.2. von den erfolgreichen innovativen Zusammenarbeitsformen zwischen Kunst, Wissenschaft und Technologie sprechen, wo die Kreativität zur Entwicklung neuer Technologien etc. unabdingbar ist, bereits in der Primarschule gefördert und die entsprechende Schulfächer mit musikischem und handwerklichem Inhalt eher aufgewertet und ausgebaut werden.

Wir bedanken uns herzlich für Ihre Kenntnisnahme und Ihre Arbeit und bitten Sie höflich, unsere Anliegen und Anstösse bei Ihren Anträgen an die Räte zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in blue ink, reading 'Annette Dannecker'.

Annette Dannecker
Co-Präsidentin SMPV

A handwritten signature in black ink, reading 'Paola de Luca'.

Paola de Luca
co-présidente SSPM



Eidgenössischer Orchesterverband EOV-SFO

Johannes Reinhard

Strättlingerweg 6

3626 Hünibach

eov-verband@eov-sfo.ch

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Hünibach, 19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Eidgenössische Orchesterverband EOV-SFO bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. Der Eidgenössische Orchesterverband EOV-SFO vereint 191 Mitgliedsorchester mit insgesamt über 6'000 Musizierenden. Sein Ziel ist es, das Musizieren in Amateur- und Jugendorchestern zu fördern und zu ermöglichen.

Wir beurteilen diejenigen Aspekte der Kulturbotschaft 2021-2024, welche vornehmlich das Laienmusizieren und dessen Nachwuchsförderung direkt betreffen. In unsere Vernehmlassungsantwort fliessen unsere langjährigen Erfahrungen aus der praktischen Arbeit ein.

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der lau-

fenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüßen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 des Verfassungsartikels angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüßen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, das Wort «vollständig» durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln.

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hochehrfrohlich. Auch wenn dies primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfliessen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Grundzüge

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrucklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüßen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen wird. Es ist erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit und der breiten Basisarbeit und Verankerung oftmals wesentlich wirkungsvoller. An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie sich professionelles Kulturschaffen und jenes der Laien gegenseitig unterstützen.

→ Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüßen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hochehrföhrlich. Wir unterstötzen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüssen.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur unterstötzen wir grundsätzlich. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt. Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und hilfreiche Massnahme.

Im Bereich «Förderung von Organisationen kulturell tätiger Laien» begrüssen wir die inhaltliche Kontinuität. Deren Arbeit ist auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgelegt, was eine finanziell kontinuierliche Förderung verlangt. Wir unterstötzen die geplanten Massnahmen und Verbesserungen.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» weiter oben gemacht haben.

Wir begrüssen den geplanten Aufbau von Angeboten zur Talentförderung und die skizzierten Massnahmen.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen. Die nicht konsequente Umsetzung des KFG 12a durch die Träger der Musikschulen zeigt, dass hier noch Handlungsbedarf besteht.

→ Es bräuchte hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und der Art. 12a KFG angepasst werden muss. Mögliche Massnahmen sind aufzuzeigen.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Der Eidgenössische Orchesterverband begrüsst es, dass Art. 12 KFG um den Absatz 4 erweitert wird. Allerdings ist die vorgeschlagene „kann“-Formulierung viel zu unverbindlich.

→ Wir beantragen deshalb, dass folgende Formulierung gewählt wird:

⁴ *Er (der Bund) fördert musikalisch Begabte mit spezifischen Massnahmen.*

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen. Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.
- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.



VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Johannes Reinhard
Präsident EOVSFO

René Roshardt
Finanzen EOVSFO

1. Umsetzung KuBo 2016-2020

Wir stimmen der in Ziffer 1.4.1 des Berichts erläuterten Umsetzung des Programms «Jugend und Musik» zu. Die Umsetzung des Programms «Jugend und Musik» ist ein grosser Erfolg. Die anderen Bereiche können wir nicht beurteilen.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die drei übergreifenden Handlungsachsen haben sich bewährt und geben eine umfassende Leitlinie für die Kulturförderung vor. Die Weiterführung dieser Handlungsachsen führt zu Kontinuität und Planungssicherheit für die beteiligten Organisationen. Die Kulturelle Teilhabe ist ein wichtiger Pfeiler der Kulturpolitik zu deren Verankerung in der Basis.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wir beurteilen nur Kapitel 1.4.2.1, d.h. den Bereich «Kulturelle Teilhabe». Die geplante und skizzierte Talentförderung ist aus unserer Sicht wichtig und richtig und soll talentierten und ambitionierten Jugendlichen eine nationale Plattform bieten.

Aus unserer Sicht sollte die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbereich heute selbstverständlich sein. Eine statistische Erhebung, um allfälligen Handlungsbedarf zu identifizieren, sehen wir als zielführend an.

4. Revision Filmgesetz

Keine Bemerkungen.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Mit der vorgeschlagenen Formulierung für Art. 12 Abs. 4 sind wir so nicht einverstanden. Die «Kann»-Formulierung ist viel zu unverbindlich. Stattdessen beantragen wir folgende Formulierung:

⁴ *Er (der Bund) fördert musikalisch Begabte durch spezifische Massnahmen.*

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir erachten den für die Kulturbotschaft 2021-2024 vorgesehenen Finanzrahmen von 942.8 Millionen Franken als angemessen und als Weiterführung der in der laufenden Periode bewährten Kulturförderung.



Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 19. September 2019

**Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren
2021–2024 (Kulturbotschaft)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns, dass Sie uns die Gelegenheit geben, zur Kulturbotschaft Stellung zu nehmen. Gerne machen wir davon Gebrauch.

Der Schweizerische Musikerverband SMV ist die Gewerkschaft der Mitglieder der schweizerischen Berufsorchester und der freischaffenden Berufsmusikerinnen und Berufsmusiker aller Sparten.

Allgemeine Würdigung der Vorlage

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt. Ebenso begrüssen wir die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung».

Obwohl wir erfreut zur Kenntnis nehmen, dass der Bundesrat eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt, deutet unsere Erachtens die Absicht, lediglich 0.3% seiner Gesamtausgaben für Kulturförderung einzusetzen (worin noch artfremde Ausgaben für die Schweizerschulen in Höhe von 90.4 Mio. inbegriffen sind), auf eine beschränkte Wertschätzung der Kultur hin, und dies in einem Land, dessen verfassungsmässiger Zweck u.a. die Förderung der kulturellen Vielfalt ist.

Hingegen sind wir überaus erfreut darüber, dass die Erkenntnis der trotz erfolgreicher Arbeit ungenügenden Einkommenssituation vieler Kulturschaffender Einzug in die Kulturbotschaft gehalten hat. Wir stellen in den letzten Jahren im freischaffenden Bereich eine steigende Tendenz zu absolut lächerlichen Gagen fest, die tief unter unseren Minimaltarifen liegen, gerade auch bei Projekten mit öffentlichen Geldern notabene.

Daher begrüssen wir sehr, dass BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten. Dies war und ist seit jeher eine der zentralen Forderungen des SMV. So erwarten wir eine konsequente Umsetzung ohne Wenn und Aber.

Dass der Bund hier den ersten Schritt tun will, ist bemerkenswert. Da sein Anteil an der Kulturförderung jedoch lediglich ca. 10% beträgt, ist die geplante Zusammenarbeit mit den Kantonen und Städten, die den Löwenanteil tragen, zentral, und zwar idealerweise nicht nur mit den „interessierten“, sondern mit allen, im Sinne einer wahren gesamtschweizerischen Kulturpolitik.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstreben soll, ist selbstverständlich – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Zudem erachten wir eine angemessene Vertretung aller demographischen Gruppen, insbesondere auch der Migrant*innen in allen relevanten Bereichen als unabdingbar.

Wir begrüssen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei Auslandsengagements auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Allerdings werden für eine effektive Umsetzung zusätzliche Mittel nötig sein.

Ebenfalls stellen wir erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum Beachtung geschenkt wird, indem das Thema *Begabtenförderung* und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüssen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an. Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, erscheint uns selbstverständlich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

Vorbemerkungen

Die Vernehmlassungsunterlagen enthalten neben der Botschaft/dem Erläuternden Bericht auch einen Fragenkatalog. Jedoch decken die sechs Fragen nur Teilbereiche der Botschaft ab, weshalb sich unsere Stellungnahme an der Struktur der Botschaft orientiert und an den jeweiligen Stellen auf die entsprechenden Fragen des Fragenkatalogs verweist.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass im Erläuternden Bericht an verschiedenen Stellen von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht immer klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

1 Grundzüge der Vorlage

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüßen es grundsätzlich, dass sich die Kulturförderung des Bundes am Kulturbegriff der UNESCO orientiert.

Ad 1.2 Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungssuchende hilfreich sein dürfte.

Ad 1.3 Nationale Zusammenarbeit in der Kulturpolitik

Wir begrüßen ausdrücklich die geplante Fortsetzung der Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen, Städten und Gemeinden im Rahmen des nationalen Kulturdialogs und erwarten, dass die hochwillkommene «Absicht von BAK und Pro Helvetia, ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung zu verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten» (vgl. 2.1.2), in diesem Rahmen prioritär traktandiert wird, um nicht nur mit den «interessierten Kantonen und Städten eine Praxis zur Angemessenheit der Entschädigung [zu] entwickeln» (ebda.), sondern mit allen, im Sinne einer wahren gesamtschweizerischen Kulturpolitik. Der SMV verfügt seit Jahrzehnten über gesamtschweizerische Minimaltarife (Tarifordnungen A-D, <https://smv.ch/service/tarife/>).

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016-2020

Fragenkatalog: 1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich beurteilen wir die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als positiv. Sie ist in vielen Punkten nicht abgeschlossen, weshalb der Bundesrat richtigerweise auf Fortsetzung und Kontinuität setzt.

Nach wie vor aber wurden aber die Organisationen der Kulturschaffenden in vielen Bereichen nicht oder zu wenig mit einbezogen. Eine Zusammenarbeit wäre schon ab der ersten Entwicklungsstufe von neuen Überlegungen und Strategien sinnvoll und nicht einfach erst in Form von Einladungen zu Anhörungen etc. Dies führte auch zu Umsetzungen, die weit an der Realität und den Bedürfnissen des Kulturschaffens in unserem Land vorbei gehen.

Höchst problematisch war die Umsetzung im Bereich der Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender: In der *Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender* wurden Einschränkungen eingeführt, die verschiedene Verbände dazu zwangen, innert kürzester Zeit überstürzte Fusionen einzuleiten und wesentliche, teils zentrale identitätsstiftende Aktivitäten aufzugeben, um überleben zu können. Dies hat vielerorts einen enormen Arbeitsaufwand generiert, wodurch die Ressourcen für die Tätigkeit zugunsten des eigentlichen Verbandszwecks stark eingeschränkt wurden. Absolut unrealistisch war die Streichung der Ausnahme des Erfordernisses der gesamtschweizerischen Tätigkeit im Theaterbereich, der traditionell in den verschiedenen Sprachregionen grundverschieden organisiert ist und sich jeweils auf eine Landessprache konzentriert. Dies war effektiv ein Angriff auf die kulturelle Vielfalt und ein

übermässiger Eingriff in die Organisationsfreiheit der Verbände, was ausser grossem Schaden nichts gebracht hat. Was die Umsetzung dann noch vollumfänglich ad absurdum führte, war der Umstand, dass Organisationen aus diesem schon sehr knapp bemessenen Kredit Unterstützung erhielten, welche die in dieser Verordnung aufgeführten Bedingung nicht erfüllten.

In der Evaluation werden vorwiegend Massnahmen erwähnt, die neu eingeführt oder verstärkt wurden. Keine Erwähnung finden Massnahmen, die in der Kulturbotschaft 2016 beabsichtigt, jedoch nicht umgesetzt wurden.

Es war vorgesehen, Literaturzeitschriften mit der Ausschreibung von mehrjährigen Leistungsvereinbarungen zu unterstützen. Mit dem Ziel der Förderung des Austauschs und des Zugangs zur Literatur. Diese wichtige Massnahme fiel Sparbeschlüssen der Eidg. Räte zum Opfer. Paradoxerweise führten zudem die neuen Anforderungen in der *Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender* de facto zur Einstellung der einzigen schweizerischen Zeitschrift über das zeitgenössische Musikschaffen «Dissonanz». Diese wurde von einer kulturellen Organisation herausgegeben, die nicht zuletzt gerade wegen dieser Tätigkeit aus dem Kreis der Unterstützungsberechtigten fiel und heute nicht mehr existiert (STV).

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich.

Andererseits ist wenig zu spüren von Bemühungen zur Integration der Schweiz in Kulturprojekte der Europäischen Union (Creative Europe etc.). So sind Schweizer Kulturschaffende weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen Europäischen Festivals und Wettbewerben ausgeschlossen, während Kulturschaffende anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, offenbar zur Teilnahme zugelassen sind. Aus Sicht des SMV ist dieser unhaltbare Zustand unbedingt zu beseitigen.

Der Start des Programms J+M war für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021-2024

Fragenkatalog: 2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt. Ebenso begrüssen wir die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung».

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung

erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich «regelmässig überprüft und diese ggf. anpasst». Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden muss, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

Fragenkatalog: 3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich sind wir mit der Prioritätensetzung, die auf Kontinuität setzt, einverstanden.

Ad 1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Es ist erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass auch die Organisationen der professionellen Musiker*innen, wie etwa der SMV, in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Grundsätzlich müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Zudem erachten wir eine angemessene Vertretung aller demographischen Gruppen, insbesondere auch der Migrant*innen in allen relevanten Bereichen als unabdingbar.

Ad 1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Wir haben Mühe zu verstehen, was der Aufbau und Betrieb von Schweizerschulen im Ausland in der Kulturbotschaft zu suchen hat, handelt es sich doch hierbei ganz eindeutig um einen Bildungs- und nicht um einen Kulturförderungsauftrag.

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf

sehen.

Ad 1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Der Markt in der kleinen Schweiz ist für viele Musiker*innen zu beschränkt, um sich ein vernünftiges Auskommen zu erarbeiten; soll der Aktionsradius durch Tournées im Ausland erweitert werden, stellt sich sofort das Problem der dort zumeist noch tieferen Gagen, wodurch sich Auslandstournées in den meisten Fällen wirtschaftlich überhaupt nicht lohnen. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, wären direkte Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei Auslandsengagements sehr zu begrüßen.

Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral: Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

2 Die einzelnen Förderbereiche der Kulturpolitik

Ad 2.1 Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Wir teilen die Einschätzung des Bundes, dass «die Förderung des professionellen Kunst- und Kulturschaffens [...] eine wichtige Aufgabe der staatlichen Kulturförderung [ist]» voll und ganz. Primäre Voraussetzung für professionelles Kunst- und Kulturschaffen ist die politische und gesellschaftliche Einsicht, dass professionelle Kunst- und Kulturschaffende Berufsleute sind wie

andere auch und deshalb für ihre Arbeit eine angemessene Entschädigung erhalten müssen, damit sie von ihrem Beruf leben können.

Daher begrüßen wir die «Absicht von BAK und Pro Helvetia, ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung zu verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten» (vgl. 2.1.2), ausdrücklich und erwarten deren konsequente Umsetzung.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüßen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten (vgl. Vorbemerkungen oben).

Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Die stetige Überprüfung und *Anpassung der Werkbegriffe an die künstlerische Entwicklung* begrüßen wir grundsätzlich. Dies darf aber nicht in Amtsstuben, sondern muss in stetigem Austausch und Diskurs mit den Kunst- und Kulturschaffenden und deren Organisationen geschehen. Auch muss darauf geachtet werden, dass keine terminologische Konfusion entsteht mit dem Werkbegriff des URG. Eine definitorische Ausweitung des allgemeinsprachlichen Begriffs darf nicht zu einer Aufweichung des immaterialgüterrechtlichen Begriffs führen.

Ebenso begrüßen wir die Bestrebungen zu *innovativen Zusammenarbeitsformen*. Die Kunst darf hier aber nicht zum Wasserträger von Technologie und Industrie verkommen. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit muss für die Kunst- und Kulturförderung der öffentlichen Hand, bei allen Werkbegriffen, der künstlerische Wert als der einzige Förderkriterium betrachtet werden. Ökonomische, technologische oder wissenschaftliche Bewertungen dürfen dabei keine Rolle spielen. Auch in diesem Abschnitt ist nur von «Kunst», nicht von «Kultur» die Rede; dies ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

Die Erkenntnis, dass die *Einkommenssituation vieler Kunstschafter* trotz erfolgreicher Arbeit ungenügend ist, können wir voll und ganz bestätigen. Wir stellen in den letzten Jahren im freischaffenden Bereich eine steigende Tendenz zu absolut lächerlichen Gagen fest, die tief unter unseren Minimaltarifen liegen, gerade auch bei Projekten mit öffentlichen Geldern notabene.

Daher begrüßen wir sehr, dass BAK und Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten. Dies war seit jeher eine der zentralen Forderungen des SMV und ist es immer noch.

Die bisherigen Bemühungen, dass Finanzhilfeempfänger die Sozialversicherungsbeiträge korrekt abrechnen sollten, waren richtig und wichtig. Allerdings sind diese Beiträge offensichtlich vom Einkommen abhängig, weshalb Kulturschaffende mit geringem Einkommen

dadurch allein nicht genügend abgesichert sind. Umso wichtiger ist der Einsatz für angemessene Entschädigungen und Gagen.

Dass der Bund hier den ersten Schritt tun will, ist bemerkenswert. Da sein Anteil an der Kulturförderung jedoch lediglich ca. 10% beträgt, ist die geplante Zusammenarbeit mit den Kantonen und Städten, die den Löwenanteil tragen, zentral, und zwar idealerweise nicht nur mit den «interessierten», sondern mit allen, im Sinne einer wahren gesamtschweizerischen Kulturpolitik (vgl. 1.3).

Der SMV verfügt seit Jahrzehnten über gesamtschweizerische Minimaltarife (Tarifordnungen A-D, <https://smv.ch/service/tarife/>) und ist z.Z. daran, neue Tarife für weitere Anwendungsgebiete zu entwickeln. Selbstverständlich stehen wir dem Bund für die «Zusammenarbeit mit der Szene» sehr gerne zur Verfügung.

Leider ist auch in diesem Abschnitt – wie schon früher erwähnt – durch die verwendeten Formulierungen nicht klar, ob diese Initiative nur den «Kunst»-Schaffenden, oder allen Kulturschaffenden zugute kommen soll; aus unserer Sicht muss sie selbstverständlich für alle Sparten gleich gelten.

Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt. Allerdings müssen die dafür vorgesehenen Mittel zusätzlich eingestellt werden, um die Mittel für die «künstlerischen Autoren [und Interpreten] im engeren Sinn» nicht zu schmälern, ohne die letztendlich kein Werk entsteht oder aufgeführt wird.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert.

Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Wir begrüssen ausdrücklich die von Bund und Pro Helvetia in Angriff genommenen und für die Zukunft geplanten Massnahmen im Bereichen der Interkulturalität. Die «mangelnde Durchlässigkeit des Fördersystems» zeigt sich indes nicht nur in den erwähnten Bereichen, sondern auch in der mangelhaften angemessenen Vertretung der nicht-schweizerischen demographischen Minderheiten in Kulturinstitutionen und Stiftungsräten.

Generell wäre im Bereich der Interkulturalität die vertiefte Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Organisationen anzustreben. So etwa mit dem Verein *Artlink*, der im Bereich Interkulturalität grosse Erfahrungen und personelle Kompetenzen ausweist.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ebenso begrüssen wir die Absichten, die bisherige Praxis der Unterstützung von kulturellen Vermittlungsprojekten in Richtung der kritischen Kunst- und Kulturrefektion weiterzuentwickeln. Allerdings muss auch dies mit zusätzlichen Mitteln geschehen, denn die Förderung der Kunst- (und Kultur-) vermittlung darf nicht zu Lasten der Förderung des Kulturschaffens finanziert

werden. Es kann nicht sein, dass den Urheberinnen und Urhebern Mittel entzogen werden, um ihre Werke zu vermitteln.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschafterns Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist deren unkoordiniertes Nebeneinander.

Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

2.1.5 Organisationen professioneller Kulturschaffender

Wir begrüssen, dass Organisationen professioneller Kulturschaffender weiterhin unterstützt werden. Ohne finanzielle Unterstützung des Bundes wären viele dieser Organisationen in sehr beschränktem Rahmen handlungsfähig. Diese Organisationen sind nebst der in der Kulturbotschaft beschriebenen Aktivitäten, als Dialogpartner für Behörden und Institutionen, so auch für den Bund und die Pro Helvetia unerlässlich.

Wie früher erwähnt (vgl. 1.4.1), war die Umsetzung im Bereich der Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender in der laufenden Kulturbotschaft höchst problematisch: In der *Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender* wurden Einschränkungen eingeführt, die verschiedene Verbände dazu zwangen, innert kürzester Zeit überstürzte Fusionen einzuleiten und wesentliche, teils zentrale identitätsstiftende Aktivitäten aufzugeben, um überleben zu können. Dies hat vielerorts einen enormen Arbeitsaufwand generiert, wodurch die Ressourcen für die Tätigkeit zugunsten des eigentlichen Verbandszwecks stark eingeschränkt wurden. Ob die derart fusionierten Organisationen «eine stärkere Kohäsion zwischen den professionellen Kulturschaffenden sicherstellen», sei dahingestellt.

Absolut unrealistisch war die Streichung der Ausnahme des Erfordernisses der gesamtschweizerischen Tätigkeit im Theaterbereich, der traditionell in den verschiedenen Sprachregionen grundverschieden organisiert ist und sich jeweils auf eine Landessprache konzentriert. Dies war effektiv ein Angriff auf die kulturelle Vielfalt und ein übermässiger Eingriff in die Organisationsfreiheit der Verbände, was ausser grossem Schaden nichts gebracht hat. Hier sind, in Absprache mit den betroffenen Verbänden, dringend Anpassungen vorzunehmen.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir begrüssen die Fortsetzung und den Ausbau der Massnahmen in diesem Bereich. Insbesondere begrüssen wir, dass künftig auch die Sparte Musik davon profitieren soll und dass die infolge von Teuerungskorrekturen erfolgten Kürzungen im Bereich der **internationalen Wettbewerbsfähigkeit** in der kommenden Kulturbotschaft kompensiert werden sollen; wir erwarten, dass die entsprechenden Mittel wieder zumindest dem ursprünglich geplanten Betrag entsprechen werden.

Die Weiterführung der beschriebenen Unterstützung von **internationalen Kooperationsprojekten** begrüssen wir. Hier erwarten wir jedoch vermehrte Anstrengungen für die Beteiligung an Projekten der europäischen Union (Festivals, Wettbewerbe, Vertriebskanäle etc.). Aktuell sind Schweizer Kulturschaffende weitgehend von solchen Massnahmen ausgeschlossen. Wo solche Beteiligung nicht erreicht werden können, sind zusätzliche finanzielle Mittel für Ersatzmassnahmen bereit zu stellen.

Im Bereich der **Promotionsmodelle**, die wir im Grundsatz begrüssen, sollte mehr Rücksicht auf bereits bestehende Strukturen genommen und die Zusammenarbeit besser gepflegt werden. Nicht Konkurrenz sondern Kooperation sollte der Leitgedanke sein. Es ist durchaus auch denkbar, dass die Promotionsaufgaben an bereits bestehende Organisationen wie z.B. Swiss Music Export mittels Leistungsvereinbarung delegiert werden.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen:

Den Ausführungen unter *Ausgangslage und Herausforderungen* haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen. Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit folgenden Präzisierungen:

Austausch über die Sprachregionen: Wir unterstützen die Absicht, dass neu auch der Austausch unter Veranstaltern innerhalb der Schweiz unterstützt werden soll. Allerdings darf dies nicht zulasten der bestehenden Austauschmassnahmen geschehen, daher müssen die dafür notwendigen Mittel zusätzlich budgetiert werden.

Wettbewerbsfähigkeit: Unter *Herausforderungen* wird völlig zu Recht auf die «oftmals prekäre Gagensituation im Ausland bzw. die im Vergleich dazu hohen Lebens[haltungs]kosten in der Schweiz» als Nachteil für die internationale Verbreitung des Schweizer Musikschaffens hingewiesen. Als *Massnahmen* dagegen werden weiter unten speziell eine «Beteiligung an den Kosten für Booking und Diffusionsarbeit» erwähnt, nicht aber eine Unterstützung der Gagen der Musikschaffenden. Dies muss aus unserer Sicht der primäre Fokus sein. Nur mit existenzsichernden Gagen können Berufsmusiker*innen ihren Beruf auf Dauer ausüben.

Im Filmbereich soll die heutige *Reinvestitionspflicht* der Fernsehveranstalter auf Online-Filmanbieter ausgedehnt werden. Dies unterstützen wir voll und ganz, beherrschen die ausländischen Streamingplattformen doch den Markt zunehmend. Allerdings ist dies im Musikbereich genauso: Der Grossteil der Vertriebsserträge fällt den internationalen Streaminganbietern zu, die jedoch keinerlei Produktionsunterstützung in der Schweiz leisten (und zumeist auch keine Steuern zahlen). Die Major Labels, die früher Schweizer Produktionen finanziert haben, haben sich davon immer mehr zurückgezogen, auch weil sie einen grossen Teil ihrer ehemaligen Einkünfte an die Plattformen verloren haben. Daher schlagen wir eine vergleichbare Regelung auch für den Musiksektor vor.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im

Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt. Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» zu den Kapiteln 1.4.1 und 1.4.2.1 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen: Bekanntlich hat die aktuelle Formulierung das Potenzial, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

Es braucht deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Ad 2.6.3 Schweizerschulen im Ausland

Fragenkatalog: 5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die [...] sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Wie bereits erwähnt haben wir Mühe zu verstehen, was der Aufbau und Betrieb von Schweizerschulen im Ausland in der Kulturbotschaft zu suchen hat, handelt es sich doch hierbei ganz eindeutig um einen Bildungs- und nicht um einen Kulturförderungsauftrag.

Die vorgeschlagene Anstellung der Lehrpersonen über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes unterstützen wir, wenn dies der Verbesserung der Anstellungsbedingungen dient.

3 Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen

Fragenkatalog: 5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) [...]?

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Mit den Gesetzesanpassungen Art. 1 Bst. a Ziff. 1; Art. 12 Abs. 4 und Art. 17 sind wir einverstanden.

Die Streichung des Bundesbeitrages an die Bundeshauptstadt und somit von Art. 18 stellen wir in Frage.

Ad 3.2 Filmgesetz

Fragenkatalog: 4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Grundsätzlich begrüssen wir die Absicht, dass vom Bund unterstützte Filme in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein sollen. Allerdings lehnen wir die in verschiedenen Medien wiederholt gemachte Äusserung eines leitenden Mitarbeiters des Bundesamtes für Kultur, dass diese gratis zugänglich gemacht werden sollen, vehement ab. Ob es für die Zugänglichmachung einen speziellen Gesetzesartikel braucht, stellen wir in Frage. Eine verbindliche Verpflichtung zur elektronischen Zugänglichmachung der audiovisuellen Werke für Empfänger von Bundesbeiträgen kann in einer Verordnung oder einem Reglement festgelegt werden. So wie bereits heute ein Auswertungsplan im Rahmen der Auswertungskaskade verlangt wird. Festzulegen ist allenfalls, dass der Bund Mittel für die elektronische Auswertung zur Verfügung stellen kann. Den Gesetzesartikel in der vorliegenden Form (Art 19a im Filmgesetz) lehnen wir ab.

Wir begrüssen die beabsichtigte Gleichstellung von Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, mit Fernsehveranstaltern. Mit der Verpflichtung, dass diese 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen haben, sind wir vollumfänglich einverstanden. Zusätzlich regen wir eine entsprechende Regelung für den Musiksektor an (vgl. 2.3.5).

Ebenso einverstanden sind wir damit, dass Online-Filmeanbieter verpflichtet werden sollen, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten. Hier ist allenfalls auch eine Quote für Schweizer Filmproduktionen ins Auge zu fassen.

4 Massnahmen und Finanzen

Fragenkatalog: 6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Über die vorgesehenen Erhöhungen der Finanzmittel sind wir sehr erfreut und begrüssen diese ausdrücklich. Wir betrachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehen Mittel immer noch als viel zu bescheiden. Dass der Bund vorschlägt, lediglich 0.3% seiner Gesamtausgaben für Kulturförderung einzusetzen (worin noch artfremde Ausgaben für die Schweizerschulen in Höhe von 90.4 Mio. inbegriffen sind), deutet auf eine beschränkte Wertschätzung der Kultur hin, und dies in einem Land, dessen verfassungsmässiger Zweck u.a. die Förderung der kulturellen Vielfalt ist.

Insbesondere für neue oder in der aktuellen Botschaft gekürzte Aufgaben der Pro Helvetia - Unterstützung für Tournéeen auch ausserhalb von Europa, Ausweitung von zu unterstützenden Werkarten, Erweiterungen auf weitere Mitwirkende (Kuratorinnen, Produzentinnen etc.),

Internationale Kooperationsprojekte, Ausgleich der Kürzungen im Bereich der Internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Austausch unter Veranstaltern über die Sprachregionen, Erschliessung oder Systematisierung der Unterstützung neuer Gattungen etc. - dürften die Mittel keineswegs ausreichend sein. Diese neuen Aufgaben dürfen aber nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.

Zudem sind in verschiedenen Bereichen zu (z.B. Beitrag Literaturzeitschriften, Beitrag Bundeshauptstadt) zusätzliche Beiträge einzustellen. Diese Beiträge dürfen aber nicht auf Kosten bereits vorgesehener Beiträge erfolgen. Hingegen muss der vorgesehene Finanzrahmen insgesamt entsprechend erhöht werden.

Wir bedanken uns für die Einbindung ins Vernehmlassungsverfahren und bitten Sie unsere Rückmeldung in die weitere Behandlung des Geschäftes einfließen zu lassen.

Mit freundliche Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Aeschbacher', written in a cursive style.

Barbara Aeschbacher
Zentralsekretärin SMV

A R S ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DIE PROVINZIALRÖMISCHE FORSCHUNG IN DER SCHWEIZ
A R S ASSOCIATION POUR L'ARCHÉOLOGIE ROMAINE EN SUISSE
A R S ASSOCIAZIONE PER L'ARCHEOLOGIA ROMANA IN SVIZZERA

c/o Ines Winet

Wechselwiesenstrasse 8

8051 Zürich

ars@archaeologie-schweiz.ch

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Bundesrat

Alain Berset

Inselgasse 1

CH-3003 Bern

Per Mail eingereicht an: StabsstelleDirektion@bak.admin.ch

Zürich, 19. September 2019

**Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024
(Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019**

**Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für die provinzialrömische Forschung in der Schweiz
ARS**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019 äussern zu können und stellen Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zu.

Die Arbeitsgemeinschaft ARS vertritt mit ihren rund 400 Mitgliedern als Fachverein die provinzialrömische Forschung der Schweiz. Die ARS fördert die wissenschaftliche Erforschung der provinzialrömischen Archäologie, die Information und Koordination zwischen den beteiligten Institutionen sowie Personen und setzt sich für archäologische, insbesondere provinzialrömische Belange gegenüber den Behörden sowie der Öffentlichkeit ein. In dieser Rolle ist die ARS eine der Organisationen, welche für das archäologische Kulturerbe der Schweiz Stellung bezieht.

Wir äussern uns in der vorliegenden Stellungnahme primär zu den Themenbereichen der Botschaft, die das Kulturerbe betreffen. Sie folgt in ihrem Aufbau den gestellten Fragen.

Grundsätzliche Erwägungen zum Mittel und der Wirksamkeit der Kulturbotschaft 2016-2020

Die Kulturbotschaft hat sich in den vergangenen Jahren als geeignetes und wertvolles Steuerungsinstrument der Kulturpolitik erwiesen. Besonders hervorzuheben ist dabei die im Sinne einer Verbundaufgabe gestärkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden: eine Zusammenarbeit die sich als grundlegendes und tragendes Element der nationalen Kulturpolitik und einer strategischen Ausrichtung von Kulturförderung und -pflege etabliert hat.

Der vorliegende Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 baut in den wesentlichen Zügen auf der Kulturbotschaft 2016-2020 auf und sichert damit die Kontinuität. Die bereits in der Botschaft 2016-2020 erkannten Megatrends und die daraus abgeleiteten Handlungsfelder der «Kulturellen Teilhabe», des «Gesellschaftlichen Zusammenhalts» und der «Kreation und Innovation» bilden nach wie vor Handlungsgrundlage und Rückgrat.

Das Instrument der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen hat sich in der vergangenen Periode als wertvolle Grundlage und Stütze namentlich für die Arbeit der kantonalen Fachstellen für Archäologie und Denkmalpflege erwiesen. Es ist ausserordentlich begrüssenswert, diese Instrumente in der bewährten Form beizubehalten.

Als weitere bedeutende Ereignisse, die in der Kulturbotschaft 2016-2020 nicht vorgesehen waren, aber im Sinne dieser sind und während der Periode der Kulturbotschaft umgesetzt wurden, gelten zu erwähnen; die Teilnahme am Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018, das von der Europäischen Kommission unter dem Motto «Sharing Heritage» ausgerufen wurde, und die Durchführung von einer Vielzahl von Aktionen durch verschiedene Schweizer Kultur-Organisationen, die Ratifizierungen der Übereinkommen zum Schutz des Unterwassererbes und des Rahmenübereinkommens über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention von 2005). Mit der Ratifizierung dieser Übereinkommen bekannten sich Bundesrat und Parlament zur Bedeutung, zum Schutz und zur Wertschätzung der nicht erneuerbaren Ressource Kulturerbe.

Anzuführen ist schliesslich der Schwerpunkt «Baukultur», welcher mit der 2018 verfassten, auf hohe Qualität einer sehr breit aufgefassten Baukultur abzielende und von zahlreichen Staaten mitunterzeichneten «Davos Declaration» national wie international verankert wurde.

Zu den einzelnen Fragen und Themenbereichen

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Zur Umsetzung der Kulturbotschaft haben wir uns bereits oben einleitend geäussert. Den genannten positiven Effekten steht die Tatsache gegenüber, dass die realen Mittel in Folge der Teuerungskorrekturen im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 *de facto* nicht den ursprünglich gesprochenen Mitteln entsprachen.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die Kulturbotschaft 2021-2024 setzt auf Kontinuität. Die drei bereits in der Botschaft 2016-2020 definierten Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation» werden weiterverfolgt. Wir begrüssen diese Kontinuität, zumal sie die Zielsetzungen der bereits erwähnten Konvention von Faro aufnehmen und damit in der Schweizer Kulturpolitik verankern und konsolidieren. Allerdings fehlt in der Botschaft nicht nur der konkrete Bezug auf die Faro-Konvention, sondern es fehlen auch entsprechende Massnahmen zur Teilhabe am Kulturerbe. Dies ist zu bedauern und muss aus Sicht der ARS unbedingt ergänzt werden.

3. Zur Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Weiterentwicklung der Massnahmen folgt den definierten Handlungsachsen. Wir haben dazu folgende Bemerkungen:

3.1. Kulturelle Teilhabe durch Teilhabe am Kulturerbe ergänzen

Bei den Massnahmen im Bereich «Kulturelle Teilhabe» (S. 12) fehlt indes die Teilhabe am kulturellen Erbe – und damit genau der Inhalt der Faro-Konvention. Die Massnahmen müssen aus unserer Sicht zwingend um Massnahmen zur Förderung der Teilhabe am kulturellen Erbe ergänzt werden.

3.2. Anmerkungen zu den Konzepten und Massnahmen im Bereich «Baukultur»

Von erheblicher Tragweite ist das Massnahmenbündel, welches das in der Kulturbotschaft 2016-2020 eingeführte Konzept der «Baukultur» betrifft und zu dessen Umsetzung derzeit eine interdepartementale Strategie «Baukultur» erarbeitet wird. – Zur Strategie hat die ARS gesondert Stellung genommen. –

Wir begrüssen grundsätzlich die Entwicklung dieses Bereichs und den gewählten interdisziplinären und breit vernetzten Ansatz. Vor dem Hintergrund des demografischen Drucks, raumplanerischer Zielsetzungen wie der inneren Verdichtung der Siedlungsgebiete sowie dem Schutz des Kulturlandes ist das Ziel der Entwicklung einer hohen Qualität der zeitgenössischen Baukultur ausgesprochen zu begrüssen. Nur so kann die Qualität und Integrität der gebauten Umwelt – und damit auch der historischen Siedungslandschaft in der Schweiz – gewahrt, entwickelt und zu einem gewissen Mass auch «repariert», d.h. Qualitätsmängel situativ behoben und Substanzverlust (in geringem Rahmen) kompensiert werden.

Als grundlegend erachten wir hierbei die vorgesehenen Massnahmen im Bereich Forschung, Wissen und Vermittlung (S. 36) sowie die angestrebte Stärkung der multisektoriellen und interdisziplinären Zusammenarbeit. Indessen stehen hier die Massnahmen und Ziele betreffend der zeitgenössischen Baukultur alleine: es fehlen gleichwertige Massnahmen und Ziele zum historischen Erbe. Eine Strategie zum baukulturellen Erbe (subsummierend Ortsbildschutz, Denkmalpflege und Archäologie) ist demnach ebenfalls zeitnahe zu erarbeiten und vorzulegen.

Grösste Vorbehalte haben wir indes bezüglich der neuen Begrifflichkeit der Baukultur, die nun von der zeitgenössischen Baukultur bis hin zur Archäologie alle Bereiche umfassen soll (s.u.).

3.3. Zur Begrifflichkeit der «Baukultur» und Umbenennung der Sektion «Denkmalpflege und Heimatschutz» des BAK in «Sektion Baukultur»

Neu sollen unter dem Begriff und Konzept der «Baukultur» auch die Fachbereiche Archäologie und Denkmalpflege subsummiert werden,

Der Begriff der «Baukultur» umfasst gemäss der «Davos Declaration» von 2018 *«die Summe der menschlichen Tätigkeiten, welche die gebaute Umwelt verändern»*. Liest man die «Davos Declaration» aufmerksam, so muss konstatiert werden, dass das archäologische Erbe sowie historische Denkmäler und Kulturlandschaften lediglich implizit *«als Denkmäler und andere Elemente des Kulturerbes»* erwähnt werden. Sowohl die «Davos Declaration», der derzeit zur informellen Anhörung aufliegende Entwurf der erwähnten Strategie «Baukultur» als insbesondere auch die hier zur Diskussion stehende Kulturbotschaft 2021-2024 sind damit erstaunlich indifferent, was das Kulturerbe als Bestandteil der «Baukultur» betrifft. Das archäologische Erbe wird in allen genannten Dokumenten nie explizit als Bestandteil von «Baukultur» genannt. Es ist deshalb zu befürchten, dass sowohl in der Politik als auch in der breiten Öffentlichkeit keine spontane Konnotation von «Baukultur» mit dem Kulturerbe und insbesondere dem archäologischen Erbe erfolgt – und was nicht miterwähnt und explizit mitgemeint ist, droht schnell auch vergessen zu gehen.

So sehr also der ganzheitliche und sowohl den Bestand, das zeitgenössische Bauen sowie die aktuellen Belange nicht zuletzt der Raumplanung einbeziehende Ansatz des Konzepts «Baukultur» im Grundsatz zu begrüßen ist, so sehr ist für uns die begriffliche – und die daraus vermeintlich oder faktisch ablesbare inhaltliche – Vernachlässigung, ja Benachteiligung des archäologischen Kulturerbes ein erheblicher und nicht zu tragender Mangel.

Die Archäologie erforscht unsere Vergangenheit anhand materieller Reste, die mehrheitlich im Boden bewahrt sind, doch der puristische Überbegriff «Baukultur» riskiert, dass die Archäologie in ihrer Bedeutung missverständlich aufgefasst und damit unterbewertet und ignoriert wird: zum einen, indem sie auf Bauten vergangener Epochen reduziert wird, zum anderen, indem das kulturelle Bodenarchiv ausschliesslich in seiner Wirkung auf die zeitgenössische Bautätigkeit miteinbezogen wird. Der Begriff der «Baukultur» marginalisiert somit einen substanziellen, ja gar den mehrheitlichen Teil unseres kulturellen Erbes und einen wesentlichen Zuständigkeitsbereich von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden! Es ist zu befürchten, dass der begrifflichen Marginalisierung ein faktischer Bedeutungsverlust der Bereiche Archäologie und Denkmalpflege folgt.

Hierbei erscheint es uns besonders stossend, dass in der 2017 durch das BAK realisierte «Situationsanalyse zur Kommunikation in den Bereichen Denkmalpflege, Archäologie und Ortsbildschutz in der Schweiz» festgestellt wurde, dass eine bessere Kommunikation im Bereich der drei genannten Disziplinen ein Desiderat sei. Aus Sicht der Archäologie geschieht nun mit dem oben erwähnten Begriff «Baukultur» anstatt einer Verbesserung eine massive Verschlechterung.

Ablehnend stehen wir aufgrund der oben gemachten Äusserungen auch der Namensänderung der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege des BAK in «Sektion Baukultur» gegenüber. Wir können einerseits die stipulierte belastete Wahrnehmung der bisherigen Bezeichnung allenfalls ansatzweise nachvollziehen. Die neue Bezeichnung hingegen führt nicht nur zu einer Verschleierung der tatsächlichen Handlungs- und Aufgabenbereiche, sondern sie grenzt Denkmalpflege und insbesondere Archäologie geradezu aus! Zudem ergibt sich eine schwer erklärbare Diskrepanz der Bezeichnungen zwischen der Behörde auf Bundesebene, die für die Belange von Archäologie und Denkmalpflege zuständig zeichnet, und den kantonalen und städtischen Fachstellen, die nach wie vor als Denkmalpflege und Kantonsarchäologie bezeichnet werden und auf diese Weise diese Fachbereiche gegenüber Bauherren, Behörden und der Öffentlichkeit repräsentieren. Energie in diesbezügliche Aufklärungsarbeit in Zukunft stecken zu müssen, schmerzt nur schon beim Gedankenspiel. Ist doch die Manpower der archäologischen und der denkmalpflegerischen Fachstellen – die in vielen Kantonen alles andere als üppig bezeichnet werden kann – für so viele andere grundlegende Arbeiten dringend notwendig.

Da die Namensanpassung der Sektion Baukultur auch mit einer Erweiterung oder Verlagerung der Aufgaben, so namentlich mit der Förderung der zeitgenössischen Baukultur, verbunden ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Handlungsschwerpunkte der Sektion und damit auch die Mittelverteilung verschieben werden. Es ist folglich zu vermuten, dass die traditionellen, namentlich und inhaltlich nun bereits verschwindenden Aufgabenbereiche Archäologie und Denkmalpflege künftig von substanziellen Mittelkürzungen betroffen sein könnten.

Wir fordern deshalb, dass die Änderung der Bezeichnung der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege nochmals breit reflektiert wird. Sollte die Umbenennung dennoch umgesetzt werden, so muss – soll die

Bezeichnung «Baukultur» verwendet werden – aus unserer Sicht zwingend der Zusatz «Archäologie und Denkmalpflege» hinzugefügt werden.

Des Weiteren muss die Mittelsprechung für die neu definierte Sektion auch die zusätzlichen Aufgaben abdecken. Dies sollte ohne Umlagerung von Mitteln erfolgen. Wir kommen unter Punkt 6. darauf zurück.

3.4. Nationaler Kulturdialog

Zu begrüßen ist auch die Fortsetzung des «Nationalen Kulturdialogs». Diese Form der Zusammenarbeit, die alle Staatsebenen einbindet, hat sich in den vergangenen Jahren durchaus bewährt. Die Fortführung dieses Instruments, die zu einer intensivierten Zusammenarbeit und einem regelmässigen Austausch unter den Fachstellen des Bundes, der Kantone und Städte führt, hat beispielsweise zur Erarbeitung der ersten Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie geführt.

3.5. UNESCO Welterbe

Aus unserer Sicht unverständlich ist, dass im vorliegenden Entwurf der Kulturbotschaft und namentlich bei der Erläuterung der Massnahmen an keiner Stelle die von der UNESCO bezeichneten Welterbestätten benannt werden. Die Schweiz hat als Unterzeichnerin des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturguts (Konvention von Paris 1972) hier die Verpflichtung, sich für den Schutz, die Erhaltung und Erschliessung dieser Stätten einzusetzen. Während dies für die Naturerbestätten bereits umgesetzt wird, besteht in Bezug auf die Kulturerbestätten hier noch erheblicher Nachholbedarf. Wir beantragen deshalb, dass in Analogie zu den Naturerbestätten auch für die UNESCO-Kulturerbestätten ein eigenes Finanzierungsgefäss geschaffen und dieses entsprechend alimentiert wird.

4. Revision Filmgesetz

Die vorgesehene Revision des Filmgesetzes betrifft den Interessensbereich der ARS nicht. Wir enthalten uns deshalb einer Stellungnahme.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wir begrüßen namentlich die Aufnahme und gesetzliche Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Kulturförderungsgesetz – dies auch und gerade im Sinne der Faro-Konvention.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Die Arbeitsgemeinschaft für die provinzialrömische Forschung in der Schweiz begrüsst grundsätzlich, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 für die Kulturpolitik keine Mittelkürzungen vorsieht. Vor dem Hintergrund der insbesondere durch die Umsetzung des Konzepts «Baukultur» und der damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben- und Förderbereiche (Stichwort «zeitgenössische Baukultur») ist zu befürchten, dass letztendlich den traditionellen Bereichen des Denkmal- und Heimatschutzes Mittel entzogen werden. Es scheint uns unmöglich, mit gleichbleibenden Mitteln zusätzliche Handlungsbereiche abzudecken.

Gesamthaft können die vorgesehenen Mittel nicht als ausreichend für alle angestrebten Fördermassnahmen und für die betroffenen Bereiche erachtet werden.

Bereits in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 wurde festgehalten, dass über 100 Mio. Franken notwendig wären, um unser Kulturerbe nachhaltig zu sichern (S. 37). Die Kulturbotschaft 2016-2020 sah denn im Mittel 22,2 Mio. Franken pro Jahr für den Teilbereich «Erhaltung schützenswerter

Objekte, Archäologie» vor, also den Bereich, welcher das Kulturerbe sichert und der Nachwelt erhält. Der vorliegende Entwurf sieht im Rahmenkredit «Baukultur» für den Teilbereich «Erhaltung» nur noch 21,2 Mio. Franken vor.

Die vorgesehenen Mittel reichen somit kaum aus, um den Erhalt und die Pflege unserer Denkmäler und archäologischen Fundstätten sicherzustellen. Die massive Unterfinanzierung steht im überdeutlichen Kontrast zur bau- und bodendenkmalpflegerischen Realität: der Verlust des kulturellen Erbes schreitet ungebremst und vielerorts undokumentiert fort.

Wir fordern deshalb, dass sich die Bemessung der Mittel für den Bereich «Erhaltung» am für das letzte Jahr der Kulturbotschaft 2016-2020 festgelegten Betrag (23,3 Mio. Franken) orientiert und dieser Betrag für die Jahre 2021-2024 – inklusive der Anpassung an die Teuerung – fortführt. Nur so können die Aufgaben in den Bereichen Denkmalpflege und Archäologie sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen und Gemeinden weiterhin wahrgenommen und damit der unwiederbringliche Verlust von kulturellem Erbe verhindert werden.

Im Hinblick auf die Umsetzung der «Strategie Baukultur» muss aus unserer Sicht zwingend die Einbindung und die Alimentierung der Bereiche Denkmalpflege und Archäologie offengelegt werden. Ebenso fehlen uns in diesen Bereichen konkrete Massnahmen und Zielvorgaben. – Sollten die geplanten Vorhaben der vorgelegten Strategie Baukultur den heutigen Mittelbedarf übertreffen, dürfen allfällige Mittel-Umverteilungen nicht zu Ungunsten des baukulturellen Erbes erfolgen, sondern es sind höhere Mittel einzufordern.

Fazit bzw. Anträge der Arbeitsgemeinschaft für die provinzialrömische Forschung in der Schweiz ARS

- Ergänzung der Handlungssachse «Kulturelle Teilhabe» um den Begriff der Teilhabe am kulturellen Erbe nach der Definition der Konvention von Faro.
- Das Aussetzen der angestrebten Umbenennung der Sektion Denkmalpflege und Heimatschutz des BAK bzw. Anpassung des Namens in «Sektion Baukultur, *Archäologie und Denkmalpflege*»; damit eingehend die zeitnahe Erarbeitung einer Teilstrategie zum baukulturellen Erbe.
- Die Aufstockung der vorgesehenen Finanzmittel auf Basis der in der Kulturbotschaft 2016-2020 für deren letztes Geltungsjahr vorgesehenen Beträge.
- Die Sicherung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für die UNESCO-Weltkulturerbestätten.

Wir bedanken uns für die Aufmerksamkeit, die Sie unserer Stellungnahme entgegenbringen, und stehen Ihnen gerne für Fragen oder weitere Auskünfte zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Ines Winet, Präsidentin ARS



Cédric Grezet, Vizepräsident ARS

Im Namen der eidgenössischen Jury für Tanz (BAK)
Simona Travaglianti (Präsidentin)

19. September 2019

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
Herr Alain Berset
Frau Isabelle Chassot
Hallwilerstrasse 15
3003 Bern

Via E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024

Die Eidgenössische Jury für Tanz möchte zu folgenden vier Punkten der Kulturbotschaft 2021-24 Stellung nehmen:

1. Grundsätzliches, Fortsetzung der Bestrebungen bezüglich der Sparte Tanz in Anlehnung an die Kulturbotschaft 2016-2021
2. Bedeutung eines regionalen, nationalen und internationalen Verständnisses des Schweizer Tanzes, Randregionen
3. Fusion der Tanzpreise mit den Theaterpreisen
4. Bedeutung Digitalisierung / Schweizer Archiv der Darstellenden Künste (SAPA)

1. Grundsätzliches, Fortsetzung der Bestrebungen bezüglich der Sparte Tanz in Anlehnung an die Kulturbotschaft 2016-2021

Die Bedeutung für das Verständnis und die Unterstützung des professionellen Tanzschaffens in der Schweiz wurde in der Kulturbotschaft 2016-2021 hervorgehoben. Darin wurden die Eigenheiten des Tanzes (z. Bsp. Internationalität) und spezifische Notwendigkeiten seiner Förderung (nicht nur punktuelle Werkbeiträge, sondern mehrjährige, kooperative Fördervereinbarungen mit Städten und Kantonen), Produktionsbedingungen und Verbreitungsmöglichkeiten angesprochen. Wir rechnen damit und es ist eines unserer grössten Anliegen als eidgenössische Jury für Tanz, dass diese Eigenheit des Tanzes auch in Zukunft stets mitbedacht und die damit einhergehenden Förderrichtlinien und -instrumente für den Tanz sorgfältig aufrechterhalten und noch weiter verstärkt werden. Wir stehen dafür als eidgenössische Jury für den Tanz natürlich ständig in einer beratenden Funktion für alle Fragen und Anliegen zur Verfügung.

Die Tanzszene ist in der Schweiz relativ jung. Erst seit einigen Jahren gibt es hierzulande die Möglichkeit, sich überhaupt als Tänzerin oder Tänzer in einer öffentlichen Kunsthochschule ausbilden zu lassen. Nicht nur diese Bedingung trägt dazu bei, dass derzeit das aktuelle Tanzschaffen sich auf einer Gratwanderung befindet: Teils wendet es sich explizit von der (neo-)klassischen Balletttradition ab und verschreibt sich experimentellen, performativen Formen, die nicht als pure Tanzkunst aufgefasst und erkannt werden. Oft entstehen daraus projektbasierte Produktionen, die dem Körper und der Bewegung eine zentrale, ja

ausschlaggebende Funktion zuschreiben. Es ist nicht selten zu beobachten, dass diese Ansätze auf einer interdisziplinären und gattungsüberschreitenden Arbeitsweise basieren und letztlich bei der Auswahl der Förderkategorien ihren angebrachtesten Platz im Bereich des Tanzes finden. Diese Tendenzen sind keine schweizerische Eigenheit des Tanzes, sondern sind auch international im Gange. Daran orientiert sich die Schweizer Tanzszene, daran nimmt die Schweizer Tanzszene teil. Dass mit solchen Formen eine breite und weitläufige Anerkennung seitens sowohl des Publikums wie auch von Veranstaltern und der Kulturförderung durchaus Reibungsflächen aufweist, ist eine Tatsache. Wir sind der Auffassung, dass dies nicht als Schwierigkeit, sondern als Potential der Tanzkunst zu verstehen ist: Die entstehenden Werke greifen oft gesellschaftlich brisante Themen auf, stellen Normen und Traditionen aus und ermuntern, die eigene Position als Mensch in der heutigen Gesellschaft kritisch zu hinterfragen.

Tanz ist, wie die zeitgenössischen Künste generell, eine Ausdrucksform, deren Zugang seitens der Zuschauer häufig als schwierig und herausfordernd bezeichnet wird. Wir sind davon überzeugt, dass der Tanz einen wichtigen gesellschaftlichen Stellenwert einnimmt: Er hat die Kraft, den Menschen für eine offene, tolerante und emanzipierte Welt zu eröffnen, sie zu vereinen und ins Gespräch zu bringen.

2. Bedeutung eines regionalen, nationalen und internationalen Verständnisses des Schweizer Tanzes, Randregionen

Für die Schweizer Tanzszene ist es unabdingbar, auf einer internationalen Ebene und im internationalen Kontext zu agieren. In den letzten Jahren sind erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen: Schweizer Tanzschaffende kommen nach einer Ausbildung oder nach langen Schaffensjahren im Ausland in die Schweiz zurück und etablieren sich hier. Gleichzeitig ist ein Zuzug von ausländischen Künstlerinnen und Künstlern zu verzeichnen, welche die Schweiz als ihren Ausbildungs-, Schaffens- und Wohnsitz wählen. Für uns als eidgenössische Jury für Tanz ist dies ein klares Zeichen dafür, dass die Schweiz mittlerweile und aufgrund der bisherigen Fördermassnahmen im Bereich des Tanzes einen fruchtbaren, attraktiven und ansprechenden Nährboden für das aktuelle Tanzschaffen darstellt. Diese Situation aufrechtzuerhalten ist besonders wichtig: Nur so bleibt die Tanzszene dynamisch und weltorientiert, attraktiv und lebendig.

Eine Schwierigkeit für die Tanzcompagnien ist die Finanzierung, sowohl aus öffentlicher Hand wie auch aus privaten Gefässen. Als eidgenössische Jury für Tanz wurde uns nicht selten bewusst, dass regionale Finanzierungsmöglichkeiten bestimmte Tanzproduktionen an ihre Grenzen bringen und auch deren Weiterentwicklung hemmen. Viel zu oft werden Aufführungen entwickelt, die nur an einem einzigen Aufführungsort an zwei oder drei Abenden gezeigt werden (siehe hierzu auch Ergebnisse im Panorama Tanz 2017). Wir betrachten die Schweiz als kleines Land, das Ressourcen bereitstellt und gerade aufgrund seiner Einzigartigkeit eine verstärkte Kohäsion und Solidarität im Bereich des professionellen Tanzschaffens entfalten soll: Es soll weder in die Falle der unüberlegten Überproduktion getappt werden, sondern die Choreographen, Tänzerinnen und Tänzer benötigen Zeit und Ressourcen, um künstlerische Recherchen und Reflektionen vorantreiben zu können. Noch soll eine Entfremdung unter Tanzschaffenden, zwischen den Szenen und Sprachregionen (mit ihren je eigenen Theatersystemen) stattfinden. Vielmehr sehen wir künftig ein grosses Potential darin, die Tanzschaffenden und Szenen zu solidarisieren und enger zusammen zu bringen. Dies betrifft auch die Fördermassnahmen: Wir empfinden es als ausserordentlich wichtig, die Fördermassnahmen und eingesetzten Mittel für den Tanz *national* aufzufassen und zu gestalten. Nur so können geeignete Austauschmomente stattfinden; nur so können Tanzcompagnien aus ihrer Region heraustreten, national und international ausstrahlen. Es benötigt überregionale, national gedachte Koproduktions-, Diffusions- und Recherchemöglichkeiten. Nur so können Akteure des Tanzbereiches effizient arbeiten, ihre Werke auf angebrachte Art und Weise produzieren und vorstellen und die Erfahrungen sammeln, die für eine nachhaltig gedachte Karriere benötigt werden.

Unsere Tätigkeit als Mitglieder der eidgenössischen Jury für Tanz bringt uns schweizweit in unterschiedlichste Veranstaltungsorte, von den Ballungszentren der Schweizer Grossstädte bis in ländliche Regionen. Wir sind uns sicher, dass eine umsichtige Konzeption der Verbreitung des Schweizer

Tanzschaffens gerade in Randregionen äusserst lohnend ist und mit den bestehenden – vielleicht noch zu entwickelnden und zu schärfenden – Kontextualisierungsmöglichkeiten, eine breite Begeisterung für die Tanzkunst geschaffen werden kann.

Die Ballettensembles der festen, Schweizer Stadttheater sind für die Tanzszene von zentraler Bedeutung. Sie können heute sieben gut funktionierende Strukturen und bemerkenswerte Choreographien vorweisen. Ihre Erhaltung und Unterstützung sind von zentraler Bedeutung für die gesamte Schweizer Tanzszene. Für die Zukunft können wir uns als innovativen Schachzug seitens der Förderpolitik eine Unterstützung im Sinne einer engen Zusammenarbeit von fester und freier Szene wünschen und die Kulturförderpolitik nur dazu ermuntern, konzipiert solche Fördermittel auszuarbeiten.

3. Fusion der Tanzpreise mit den Theaterpreisen

Der Tanz, seine Professionalität, Ausdrucksmöglichkeiten und Ästhetiken liegen uns als eidgenössische Jury für Tanz am Herzen. Es ist unser erstrangiges Anliegen, für seine verdiente Sichtbarkeit, Anerkennung und spezifische Identität als Kunstsparte einzustehen. Mit der Fusion der Tanz- und Theaterpreise zu den Preisen der darstellenden Künste freuen wir uns als Tanzjury darauf, genau diese Sichtbarkeit und Anerkennung des Tanzes weiterhin zelebrieren und vorantreiben zu können. Unser Anliegen ist es, die Tanzszene an einer gemeinsamen Preisverleihung angemessen ins Licht zu rücken und seine Bedeutung im Bereich der darstellenden Künste hervorzuheben. Auch geht es darum die Berufskategorie der Tänzerin und des Tänzers weiterhin zu würdigen und seine Spezifität und Andersartigkeit (im Vergleich zu anderen Darstellern der Darstellenden Künste) zu betonen. Wir betrachten ferner die Publika, die an einer gemeinsamen Preisverteilung anwesend sind, als besonders wichtig und verstehen es als Chance, mit Menschen, die das schweizerische, professionelle Tanzschaffen nur am Rande verfolgen, in Kontakt zu treten und dafür gewinnen zu können.

Die Sichtbarkeit und Anerkennung des Tanzes sind, wie gesagt, unser zentrales Anliegen. Die Zusammenlegung der Theater- und Tanzpreise stellt insbesondere für den Tanz ein Risiko dar und es wird in Zukunft ein Kernanliegen sein, für die Bedeutung des Tanzes, seiner Spezifität als Kunstsparte und seine Verschiedenartigkeit im Verlauf der Berufskarriere (von der Ausbildung, über die möglichen Weiterbildungen und allfällige Umschulungen am Ende einer Tänzerkarriere) verstärkt einzustehen. Ableitend machen wir uns stark dafür, dass der Tanz nicht verschwindet: Spezialisten aus dem Tanzbereich sollen in Juries und Gremien vorsitzen; Tanz darf nicht aus den Förderkategorien und in einer breit gefassten Kategorie der darstellenden Künste verschwinden; in der Programmierung von Theatern und Festivals soll der Tanz seinen festen Platz behalten und die Möglichkeit für nationale Gastspiele erhalten; die Ballettensembles dürfen aus den Strukturen der Stadttheater nicht verschwinden, sie garantieren der Tanzszene ein breites Publikum und ermöglichen damit auch Interesse für experimentellere Tanzformate zu generieren. Ferner stehen wir für das Nebeneinander der verschiedenen Ausdrucksformen des Tanzes ein. Von (neo-)klassischem Ballett, modernem Tanz, zeitgenössischem Tanz und Urban Dance: Gerade diese Verschiedenheit macht den Reichtum des Schweizer Tanzes aus!

4. Bedeutung Digitalisierung: Schweizer Archiv der Darstellenden Künste (SAPA)

Der Tanz hat als Kunstsparte eine individuelle Geschichte, Traditionen und etliche Akteure, die zu seiner heutigen Form beigetragen haben. Auch hier in der Schweiz. Wissensgeschichte und Traditionen, Pioniere und Akteure tragen genauso zu der Stärke des Schweizer Tanzschaffens, zu seiner Sichtbarkeit und zu seiner Anerkennung bei wie die aktuellen Akteure (Kunstschaffende, Kulturförderer und Veranstalter).

Digitalisierung, einer der fünf identifizierten Megatrends, der in der Kulturbotschaft 2021-2024 genannt wird, betrifft den Tanz in ganz besonderem Masse in Bezug auf die Erhaltung und Sicherung seines Wissens und seiner Geschichte. Die flüchtige und prozessorientierte Tanzkunst kann mit heutigen,

digitalen Möglichkeiten auf ideale Weise festgehalten und archiviert werden. Die Digitalisierung verbessert den Forschungsgegenstand Tanz und kann Wissensbereiche zu erschliessen, die das aktuelle Tanzschaffen betreffen. Wir haben in den letzten Jahren als Jury die Preise «Kulturerbe Tanz» vergeben dürfen. Erfolg und Resonanz zeigen wie wichtig diese für die Schweiz innovative Massnahme ist: Die bisher fünfzehn realisierten Projekte zeigen eine sehr frische, unterschiedliche und mehrschichtige Art und Weise im Umgang mit dem «Kulturerbe Tanz». Diese Blicke in die Vergangenheit, um die Gegenwart zu befragen, sind wichtig für den Tanz wie für die Gesellschaft allgemein.

Das Archiv, das diese vielfältige Arbeit und Reflektion ermöglicht, ist das Schweizer Archiv der Darstellenden Künste (SAPA). Unser Kulturerbe umfasst etliche Kulturgüter, darunter auch den Tanz mit seinen Ausdrucksformen und Ästhetiken, mit seinen Pionieren und Akteuren, mit seinen Diskursen und Krisen, mit seinen Geschichten und Traditionen, mit seinen Tendenzen und Bewegungen.

Es ist ein wesentliches Anliegen der eidgenössischen Jury für Tanz, dass der Megatrend der Digitalisierung im Bereich des Tanzes dem Archiv der Darstellenden Künste (SAPA) zugute kommt. Das SAPA leistet eine fundamentale und immens wichtige Arbeit. Mit seinen Standorten in Lausanne, Bern und Zürich ist es auf nationaler Ebene ideal verteilt, um die Geschehnisse in den jeweiligen Sprachregionen zu erfassen. In Bern ist die Verbindung zum Institut für Theaterwissenschaft ideal. Die Studierenden und Mitarbeitenden dieses in der Schweiz einzigen Instituts beziehen dank und durch das SAPA Material für Forschung, Unterricht und Vermittlung für den Tanz im Spezifischen und für die darstellenden Künste im Allgemeinen. Die Standorte in Lausanne und Zürich stehen mit den Ausbildungsstätten für den Tanz in der Schweiz (Manufacture in Lausanne und ZHdK in Zürich) ebenfalls in idealer Verbindung und ermöglichen eine fundamentale Zusammenarbeit.

Kunstschaffende haben ferner häufig ihre Archive und Materialien bei sich zu Hause. Der Einblick bleibt beschränkt und privat. SAPA mit seiner professionellen Struktur und den ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht dieses Wissen zu sichern und aktuellen wie späteren Generationen zur Verfügung zu stellen. Damit setzt SAPA bedeutsame Bausteine, um den Tanz in der Gesellschaft zu verankern und zu stärken. Denn ein Archiv der darstellenden Künste kann nur als lebendiges Archiv wahrgenommen werden und funktionieren. Damit dies gewährleistet bleibt und SAPA nicht an seiner Lebendigkeit verliert, sondern Vitalität dazu gewinnt, ist es uns als eidgenössische Jury für Tanz ein zentrales Bestreben, dass das SAPA für seine so wertvolle Arbeit, die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt und auf keinen Fall gekürzt werden.

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

20.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank, dass Sie dem Verein Schweizer Bar und Club Kommission (SBCK) die Möglichkeit bieten, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021- 2024 Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft stellt ein wichtiges Leitbild für die Kulturförderung in der Schweiz dar. Sie definiert dabei nicht nur die nationale, sondern beeinflusst auch in einem hohen Masse die Förderung auf regionaler und kommunaler Ebene.

Im Blick auf die Kulturbotschaft 2017 – 2020 lässt sich feststellen, dass sich die zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Als Dachverband der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche, sind wir irritiert darüber das es in keiner Art und Weise, z.B. in Form von Hearings, die Möglichkeit gab unsere Bedürfnisse und Anliegen bei der Ausformulierung der Kulturbotschaft 2021 – 2024 auszuführen. Es überrascht uns deshalb nicht, dass aus Sicht der Schweizer Bar und Club Kommission, die Kulturbotschaft 2021- 2024 ein grosses Defizit aufweist. Denn in keiner Art und Weise, werden auf den rund 80 Seiten, Musikspielstätten (Clubs. Konzert- Eventlokale aber auch Bar mit einer kleinen Bühne) oder Popmusikfestival als Förderungsfähig aufgeführt. Unerklärlich, denn

- ohne Spielstätten, keine Auftrittsmöglichkeiten, da bringt auch die beste Nachwuchsförderung nichts!
- bei den Spielstätten und Festivals handelt es sich um einen eigenen Kosmos, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, Kreation und Innovation im höchsten Mass gefördert wird
- es handelt sich um einen niederschweligen Zugang zur Kultur, den jedes Jahr Millionen von meist jungen Bewohnerinnen der Schweiz eine kulturelle Teilhabe ermöglichen
- Festivals und Grossevents den kulturellen Austausch und den Zusammenhalt innerhalb der Schweiz, sowohl unter den Gästen als auch bei den Musikern fördert.

- Grossevents wie die Street Parade oder das Paléo Festival, auch von Kulturfachständigen aus dem Ausland besucht werden, was wiederum den Export von Schweizer Musik ins Ausland fördert ohne das dabei kostenintensive Showcases an ausländischen Festivals nötig sind.


Der Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche muss aus kultureller Perspektive als Ganzes betrachtet werden, und zwar als ein Ökosystem aus Künstlern, aus den Bereichen Musik, Licht und Design, von Labels und Veranstaltungsorten. Gerade heute befindet sich die Popmusikveranstaltungsbranche in der Schweiz zunehmen unter Druck, die Hauptgründe dafür sind:

- Steigende Gagen von Künstler*innen auf einem globalen Markt
- Erhöhte Aufwände für Miete, Infrastruktur, Sicherheit und Personal
- Steigender Druck innerhalb der Städte, infolge Gentrifizierung und sich ändernden Nachbarschaften und daraus resultierenden Lärmklagen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen der Schweizer Bar und Club Kommission eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Für die Prüfung dieser Stellungnahme möchten wir uns bedanken. Wir bitten Sie unsere Anträge der den zuständigen Ratsmitgliedern zukommen zu lassen, um sie bei der weiteren Bearbeitung der Kulturbotschaft berücksichtigen zu können. Gerne sind wir auch bereit im Rahmen eines Hearings, auch mündlich dazu Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen, im Namen der Schweizer Bar und Club Kommission

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Marc Blickenstorfer'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Marc Blickenstorfer
Präsident



Informationen zum Vernehmlassungspartner

Informationen zum Vernehmlassungspartner

Name: Schweizer Bar und Club Kommission
Organisationsstruktur: Verein
Adresse: C/o. Alexander Bücheli, Rotachstrasse 24, 8003 Zürich
Ort: Zürich
Kanton: Zürich
Kontaktperson: Alexander Bücheli
Telefon: +41 76 574 49 76
E-Mail: a.buecheli@gmail.com
Web: www.sbck.ch

Kurze Beschreibung des Vernehmlassungspartners:

Die Schweizer Bar und Club Kommission (SBCK) ist ein Zusammenschluss lokaler Bar- und Clubkommissionen. Sie vertritt sieben lokale Kommission aus Lausanne, Genf, Winterthur, Luzern, Zürich, St. Gallen und Bern mit insgesamt rund 250 Mitgliedern. Dabei handelt es sich um Bars, Clubs und Einzelveranstaltungen, zu deren Inhalt kuratierte Musikveranstaltungen gehören und die Millionen von Menschen in der Schweiz eine kulturelle musikalische Teilnahme ermöglichen.

Inhaltsverzeichnis

- I. Grundsätzliche Würdigung
- II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 S. 5 - 8
- III. Rückmeldung zu einzelnen Förderbereiche
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkung

S. 8 - 12 IV. Spezifische Änderungsvorschläge zur Verordnung (AS 2019)

I. Grundsätzliche Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüßen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur sind aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche schlicht zu wenig. Vor allem wenn man bedenkt wie wichtig Kultur für die Identifikation, aber auch für die Zufriedenheit unserer Bevölkerung ist. Zudem rechnen wir damit, dass in der sich rasant wandelnden Schweiz, Gentrifizierung, Raummangel, zukünftig mit einem finanziellen Mehraufwand in Bezug auf die Verbreitung von Kunststücken und den kulturellen Austausch zu rechnen ist.

→ Wir fordern deshalb, auch aufgrund der finanziell ausgezeichneten Lage der Schweiz, eine substantielle Erhöhung der Kulturausgaben des Bundes.

Wir stellen ebenfalls, dass erfreulicherweise in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Doch sind alle diesbezüglichen Formulierungen sehr vage und es besteht die Gefahr, dass vor allem Begabte welche mit klassischen Instrumenten musizieren, als besonders Förderungsfähig betrachtet werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass

- *es einen Hinweis darauf braucht, das neue Formen des musizieren, wie mittels PC oder auch DJing, Unterstützungsfähig sind.*
- *nicht nur Musikschulen und Musikhochschulen sondern auch die Veranstaltungsbranche zur Zusammenarbeit eingeladen wird. Um zu verhindern, dass. Künstlerinnen ohne Konsumenten ausgebildet werden.*

Nicht einverstanden sind wir mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der

Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Wie aufgeführt, gilt es noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ *Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.*

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert. Es besteht aber die Gefahr das der dadurch allenfalls entstehende Mehraufwand, nur einseitig auf Kosten der Veranstaltungsbranche, übertragen wird. Dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei der Popmusikveranstaltungsbranche um einen Globalen, jetzt schon überhitzten Markt, handelt.

→ *Wir beantragen deshalb, im Bereich der Musik auf einheitliche Richtlinien zu verzichten, um die nicht jetzt schon stetig ansteigende Teuerung weiter anzuheizen.*

Abgesehen davon erscheint uns aber die Kulturbotschaft 2021- 2024 als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Da es sich bei den Spielstätten und Festivals um einen eigenen Kosmos handelt, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, erachtet die Popmusikveranstaltungsbranche, demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden»

und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. Gerade die Relevanz des Programms J+M für die Popmusikveranstaltungsbranche ist noch nicht gegeben. Dies hat damit zu tun, dass neue Formen des Musizieren, beim J+M Programm noch zu wenige einbezogen sind und keinen Rücksicht auf die Konsumentinnen, denn tatsächlichen Markt genommen wird. So gesehen fällt für uns das Fazit tendenziell eher negativ aus. Gerne ist die Popmusikveranstaltungsbranche dem BAK behilflich dabei, das Programm fortlaufend den Marktgegebenheiten anzupassen.

Mit keinem Wort wird die Wichtigkeit der Popmusikveranstaltungsbranche für die Verbreitung der Kultur im Inland gewürdigt. Alleine der Swiss Music Guide, von der SUISA, weist 400 Locations, Festivals und über 550 Eventlabels aus. Welche mit tausenden von Konzerten, der wichtigste Player ist, wenn um die Verbreitung von Kultur im Inland geht. Dabei fördern diese Veranstaltung auch die kulturelle Identität und den nationalen Austausch zwischen den Gästen und den Musikern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche fehlen hier ganz klar Ausführungen dazu, in wie fern die fortschreitende Urbanisierung, die Entwicklung innerhalb der Städte Auswirkungen auf die Veranstaltungsbranche hat. Spielstätte und Festivals leiden immer mehr darunter, dass der Raum in den Städten für Lärm- und Publikumsintensive Kunst fehlt und die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Ruhestörungen abnimmt. Neben stetig steigenden Kosten, besteht die Gefahr, dass ohne spezifische Förderung die Anzahl an Spielstätten und Festivals in den nächsten Jahren abnehmen wird.

oder sich die Kosten für die kulturelle Teilnahme erhöhen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik und die Veranstaltungsbranche ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident und ist dabei seit Jahren innerhalb der Wirtschaftsförderung, innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Begriff Kreativwirtschaft, ein Thema.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist. Zudem wäre es wünschenswert das ausgewiesen würde, in welchen musikalischen Bereiche, Talente gefördert worden sind.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich, Beispielsweise die Popmusikveranstaltungsbranche, in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Hier fehlen grundsätzliche Überlegungen dazu in wie fern die Veranstaltungsbranche einen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Handelt es sich doch um einen niederschweligen Zugang zur Kultur und Konzert, sowie Tanzanlässe, werden meist von den Gästen als positive Erlebnis

wahrgenommen. Gefördert wird dieser gesellschaftliche Zusammenhalt, durch eine Vielzahl von Gratis-Events die allen, egal über welches Budget sie verfügen, offen stehen. Der Gesellschaftliche Zusammenhalt wird übrigens auch dadurch gefördert, dass vor allem an Festivals und nicht kommerziellen Live-Musikclubs eine Vielzahl von Freiwilligen tätig sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass die Popmusikveranstaltungsbranche für die gesellschaftlichen Zusammenhang von grosser Wichtigkeit ist.

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist die Schweizer Bar und Club Kommission gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüssen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Zudem weisen wir auch darauf hin, dass dabei nicht nur Anlässe im Ausland eine wichtige Rolle spielen, sondern auch Inländische Veranstaltungen als Leuchtturm Veranstaltungen entwickelt werden können, zu welcher sich Fachpersonen aus dem In- und Ausland einfinden.

Die Systematische Förderung von Kreation und Innovation ist im Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche gang und gäbe. Gibt es in diesem Bereich seit jeher Kooperation mit der Wirtschaft und stellen gerade die Musikveranstaltungsbranche wichtige Orte für die Entwicklung und den Test von technischen Innovationen dar.

→ Wir fordern deshalb, dass ein stärkeres Augenmerk auf den Austausch, den Knowhow-Transfer, zwischen den unterschiedlichen Bereichen, auch mit der Wirtschaftsförderung, damit nicht dasselbe, jeweils für unterschiedliche, Bereiche entwickelt wird.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU, dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musik- und Veranstaltungssektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen. Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, auch den Zugang ausländischer Künstler zu hiesigen Festivals, Wettbewerben u. dgl. Zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musik- und Veranstaltungssektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik, Veranstaltungsbranche, ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Einzelne Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Bei diesem allgemeinen Abschnitt geht vergessen, dass Kultur, beispielsweise Musikveranstaltungen auch einen positiven Einfluss auf die individuelle Zufriedenheit hat, handelt es sich doch um Veranstaltungen, welche durchaus positive Erlebnisse hervorrufen.

→ Wir fordern deshalb, den ersten Satz folgendermassen zu ergänzen; fördern den Dialog, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die individuelle Zufriedenheit.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Popmusikveranstaltungsbranche bewusst miteinbezogen wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Dabei solle auch auf die Expertise der Veranstaltungsbranche

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden und auch von der Kreativwirtschaft die Rede sein.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert. Aus der Sicht Popmusikveranstaltungsbranche, welche jetzt schon einem überhitzten Marktes ausgesetzt ist, ist es unabdingbar, dass eine solche Entschädigungsrichtlinie gemeinsam unter Einbezug der aktuellen globalen Marktsituation entwickelt wird. Es ist zu verhindern, dass durch einen Anstieg der Gagen bei geförderten Veranstaltungen, sich die Gagen weiter verteuern.

Kritisch stehen wie der Forderung gegenüber, dass die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Da es gerade im Bereich der modernen elektronischen Musik quasi unmöglich ist, festzustellen wo der

kreative Prozess begonnen hat oder nicht. Wir denken hier

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüssen das die erwähnten Fördermassnahme für Festivals und Veranstaltungen weitergeführt werden sollen. Bei der tagtäglichen Verbreitung von Kunstwerken spielen gerade Spielstätten, wie Clubs, Bars und Konzertlokale eine wichtige Rolle.

→ Wir fordern, dass neben Festivals und Veranstaltungen, auch Spielstätten wie Clubs, Bar und Konzert- und Eventlokale als Förderungsfähig in Bezug auf die Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland bezeichnet werden.

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Da dieser Austausch innerhalb der Popmusikbranche, nicht nur an Festivals bereits geschieht, bietet sich die Schweizer Bar und Club Kommission hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

*→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf. Hier soll nochmals auf die wichtige Rolle von Festivals eingegangen werden, da diese nicht nur den Austausch zwischen den Musikern, sondern auch zwischen den Besucher*innen teils aus allen Sprachregionen der Schweiz fördert.*

In Bezug auf die Förderung der Schweizer Volkskultur, sehen wir das Problem dort, wo es darum geht, wer definiert wann was als Volkskultur bezeichnet werden soll. Was ist mit der Schweizer Space und Rockmusik, aus den 70er Jahren oder der Zürcher Technomusik? Die übrigens schon in die UNESCO Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen worden ist.

→ Wir fordern hier eine genauere Definition dafür was aus musikalischer Sicht als Volkskultur bezeichnet werden soll, wer dies entscheidet und ob die Einteilung zumindest periodisch überprüft werden.

Die Schweizer Bar und Club Kommission hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise. Vor allem in Bezug auf die Marktrelevanz dieser Preise gibt es grosse Unterschiede und das Potential ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft.

→ Wir fordern, weniger ist mehr, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden und dabei auch die Bedürfnisse des Marktes berücksichtigt werden.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Aus Sicht der Schweizer Bar und Club Kommission fehlt hier ein starkes Statement für inländische Leuchtturmveranstaltungen welche ausländische Fachpersonen in die Schweiz locken. Gute Beispiele sind ein Paléo Festival oder eine Street Parade welche Jahr für Jahr, Fachpersonen aus dem In- und Ausland, anziehen.

→ Wir fordern das zur Förderung der Schweizer Kultur im Ausland und für den internationalen Kulturaustausch auch Leuchtturm Veranstaltungen im Inland als Förderungsfähig bezeichnet werden.

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen der Veranstaltungsbranche vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

2.3 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen.

Ad 2.3.2 Design und Interaktive Medien

Musikspielstätten spielen eine wichtige Rolle wenn es um die Entwicklung von Design und Interaktiven Medien geht. Beispielsweise von Visuals, abgestimmt auf die Musik und den Ort. Doch Musik spielt auch eine wichtige Rolle, wenn es um das Gesamterlebnis eines Games geht, auf diese wichtigen Schnittstellen wird in keiner Weise eingegangen, aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche wird dadurch brach liegendes Potential verschenkt. Weshalb kurz auf die Wichtigkeit von Musik, Spielstätten für die Förderung des kreativen und künstlerischen Schaffens im Bereich Design und interaktiven Medien eingegangen werden soll.

2.3.5 Musik

Ausgangslage und Herausforderungen

Bei den aktuellen Herausforderungen fehlt die heutige Situation der Musikveranstaltungsbranche in der Schweiz. Sowohl Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations als auch Festivals stehen zunehmen unter Druck. Nicht nur aufgrund der Situation auf dem globalen Musikmarkt (explorierende Gagen), den stetig steigenden Kosten für Sicherheit, Personal und Infrastruktur sondern vor allem auch deshalb, weil sich die Städte, urbane Zentren, im Umbruch befinden. Gerade die Gentrifizierung der Innenstädte, führt zunehmen dazu, dass der Platz für schall- und publikumsintensive Kultur, die auch in der Nacht stattfindet, immer knapper wird. Lärmklagen sind an der Tagesordnung, stossend ist dabei, dass schon eine klagende Person genügt um Administrativmassnahmen wie ein Musikverbot auszusprechen. Dreht sich diese Spirale weiter, ist mit einem sterben von Musikspielstätten zu rechnen, wie dies Beispielsweise im Ausland schon der Fall ist. Oder die immer höheren Kosten, würden auf die Eintrittspreise abgewälzt, was wiederum den niederschweligen kulturelle Zugang, die Teilhabe, gefährdet. Die Kulturbotschaft 2021 – 2024 sollte deshalb präventiv gegen dieses drohende Worstcase Szenario einwirken.

→ Wir fordern deshalb dezidiert, dass die aktuell schwierige Situation für Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten und Festivals als aktuelle Herausforderung im Bereich der Musikkultur aufgeführt wird.

Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations spielen bei der alltäglichen Verbreitung von Kunstwerken eine wichtige Rolle. Leider ist unter Austausch im Inland nur von Konzertreihen und Festivals die rede.

→ Wir fordern deshalb das bei den Herausforderungen nicht nur vom Austausch sondern auch von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist. Das nicht nur Festivals und Konzertreihen sondern auch Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten aufgeführt werden.

Bei Internationale Verbreitung und Austausch, fehlen uns die Einzelkünstler und DJ's, sind hier nur Bands, Ensembles und Orchester aufgeführt. Gerade Einzelkünstler aus dem Bereich Sing und Song

Writting aber auch Schweizer DJ weisen international durchaus ein grosses Potential auf.

→ Wir fordern deshalb, um der aktuellen Situation auf Musikmarkt gerecht zu werden, dass auch Tourneen von Einzelkünstler und DJ's aufgeführt werden.

Des weiteren weisen wir darauf hin, dass das Ziel nicht nur die Präsenz im Rahmen von Musikmessen und Festivals im Ausland die rede sein soll. Sondern das es auch Sinn machen würde, als Herausforderung den Auf- oder besser gesagt Ausbau eine Schweizer Festivals oder Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, zu welchem Fachpersonen aus dem Ausland, anreisen.

→ Wir fordern deshalb, dass als Herausforderung, dass schaffen eines Schweizer Leuchtturm Events, mit internationaler Ausstrahlung, aufgenommen werden soll.

Ziele und Massnahmen

Austausch im Inland

Wie begrüssen das der Austausch unter den Veranstaltenden in der Schweiz gefördert werden soll. Gerne unterstützen wir als Schweizer Bar und Club Kommission, mit unseren Mitgliedern, diese Bestrebungen, z.B. in einer Koordinierenden Funktion.

→ Wir fordern dezidiert, dass nicht nur vom Austausch sondern auch weiterhin von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist und um die Situation für Spielstätten und Festivals zu entschärfen, deren Förderung und die Stärkung deren Position bei urbanen Nutzungskonflikten als Ziel formuliert wird (Beispiele sind hier der Adgent of Change in England oder das schaffen urbaner Wohnzonen). Nicht zu vergessen

Internationale Verbreitung und Promotion

→ Wir fordern, dass als weiteres Ziel das schaffen oder der Ausbau eines Festivals/Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, der Fachpersonen aus dem Ausland anzieht.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Aufgrund der Wichtigkeit von Musikspielstätten und Festivals in Bezug auf kulturelle Teilhabe unser Bevölkerung, liesse sich die unter 2.3.5 aufgeführten aktuellen Herausforderungen für Bar, Club, Event- und Konzertlokale ausgeführten Herausforderungen auch in diesem Kapitel aufführen. Eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, stellt immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe dar.

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie

denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welche bei Musikfestivals aber auch bei nichtkommerziellen Musikbetrieben eine wichtige Rolle spielen.

→ Wir begrüssen, dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde. Kritisch sehen wir die Projektorientierung, eine solche schliesst durchaus Förderungsfähige Regelangebote, wie z.B. bestehende Spielstätte oder Festivals, aus.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung», ist es uns wichtig festzuhalten, dass sich diese auch immer am Markt orientieren und auch moderne Musikdarbietungsarten wie musizieren mit dem PC, Laptop oder DJing beinhalten soll. Weshalb eine enge Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsbranche zwingend ist, um zu verhindern, dass nur Talente, ohne ein tatsächliches Marktbedürfnis ausgebildet und gefördert werden.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen. Dass eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe ist.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir, sie sind richtig und dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Da sich Musikbildung und Begabtenförderung immer auch am tatsächlichen Markt orientieren soll, muss die Zusammenarbeit nicht nur mit der Volksschule, sondern auch mit Popmusik- und anderen Verbänden gestärkt werden.

→ Wir fordern, dass als Ziel nicht nur die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Volksschulen sondern auch mit den Musikverbänden, aufgeführt wird.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz unterstützen. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen von Musik-Spielstätten und -Festivals, ist in Bezug auf die Verbreitung, von künstlerischen Werken und beim Kulturaustausch national mit einem finanziellen Mehraufwand zu rechnen ist, um den Status Quo, Anzahl an Musikspielstätten und Festivals, beizubehalten. Zudem ist es aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche stossend, wenn der Beitrag für die Förderung im Ausland höher ausfällt, als für das Inland vorgesehen ist.

→ Wir beantragen deshalb, dass die Unterstützung für die Verbreitung, Kulturaustausch und Promotion im Inland mindestens gleich hoch ausfällt als der für das Ausland vorgesehene Betrag (45.8 CHF statt 32.1 Millionen pro Jahr).

Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen.

→ Wir beantragen deshalb, vor allem für den Aufbau eines Schweizer Leuchtturm Musikevents oder -Messe, bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen der Schweizer Bar und Club Kommission eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als



www.sbck.ch

Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a long horizontal stroke.

Marc Blickenstorfer
Präsident



**Bund Schweizer Architekten
Fédération des Architectes Suisses
Federazione Architetti Svizzeri**

Pfluggässlein 3 CH–4001 Basel
T +41 (0)61 262 10 10 F + 41 (0)61 262 10 09
mail@bsa-fas.ch www.bsa-fas.ch

per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch
christina.haas@bak.admin.ch

Bundesrat Alain Berset
Eidgenössisches Departement des Inneren
Bundesamt für Kultur
3003 Bern

Basel, 19. September 2019

**Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)
Strategie Baukultur – Interdepartementale Strategie zur Förderung der Baukultur
Stellungnahme des Bundes Schweizer Architekten BSA**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung über die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) eine Stellungnahme abgeben zu dürfen. Gleichzeitig äussern wir uns gerne in der informellen Anhörung zur Strategie Baukultur.

Der Bund Schweizer Architekten vereinigt knapp 1000 Mitglieder – verantwortungsbewusste Architektinnen und Architekten, die sich seit über hundert Jahren dazu verpflichten, sich mit der Gestaltung unserer Umwelt kritisch auseinanderzusetzen und sich mit der Verwirklichung von wertvoller Architektur, Städtebau und Raumplanung befassen.

Der BSA begrüsst sowohl die Stossrichtung der Kulturbotschaft 2021-2024 wie auch die Strategie Baukultur. Er möchte in seiner Stellungnahme vor allem auf drei Punkte hinweisen:

- Der BSA unterstützt die Schaffung eines neuen Bereichs «Baukultur».
- Er empfiehlt dem Bund, einen Fonds für Projekte im Bereich der Baukultur einzurichten.
- Die Förderung der Qualität auf allen Ebenen (Produktion – Beratung – Sensibilisierung) sollte im Mittelpunkt aller gemeinsamen Bestrebungen zur Baukultur stehen.

Der Bund Schweizer Architekten BSA freut sich, dass mit der Aufnahme der Baukultur in die Kulturbotschaft 2016-2020, mit der bahnbrechenden *Davos Declaration* und schliesslich mit der nun präsentierten Strategie Baukultur der kulturelle Wert der Arbeit der Architektinnen und Architekten voll anerkannt wird. Die Förderung der Baukultur ist nachgerade der Zweck des BSA und seine Mitglieder engagieren sich seit jeher tagtäglich für dieses Thema.

Der BSA bietet dem Bund jede Mithilfe an, um zusätzliche Initiativen und Massnahmen zu entwickeln, die zur Förderung und Umsetzung der Baukultur beitragen. Weiter steht der BSA auch zur Verfügung, um politische Strategien einzuführen, die Baukultur als vorrangiges Ziel haben.

Der BSA trägt deshalb die breit abgestützte Grundposition der Organisationen im Bereich der Baukultur mit. Er unterstützt ausdrücklich das ganzheitliche Verständnis von Baukultur, das ebenso das baukulturelle Erbe wie das zeitgenössische baukulturelle Schaffen der Gegenwart und Zukunft in seiner Ganzheit umfasst. Dies betrifft das Gebaute ebenso wie das Ungebaute, die Architektur, die Freiräume und die Planung. Die Kulturbotschaft (2021–24) sowie die Strategie Baukultur des Bundes werden grundsätzlich begrüsst. Bedauerlich ist allerdings, dass die vorgesehenen finanziellen Mittel sich nicht mit den Zielsetzungen des Aktionsplans Strategie Baukultur decken.

Um mittel- und langfristig tatsächlich eine Förderung der Baukultur erreichen zu können empfiehlt der BSA dem Bund, einen Fonds nach dem Vorbild des Fonds Landschaftsschutz einzurichten. Der Fonds kann gezielt Projekte im Bereich der Baukultur anstossen und unterstützen und damit die bereits vorhandenen Ressourcen in der Zivilgesellschaft optimal nutzen.

Baukultur: jung, aber schon reif!

Wir freuen uns über die bemerkenswerte «Karriere» des Begriffs *Baukultur*. Anfangs des Jahrzehnts wurde er zunächst nur im kleinen Kreis verwendet, doch dank des unermüdlichen Einsatzes verschiedener Verbände gelangte er bereits in die Kulturbotschaft 2016-2020 und entfaltete dort eine erfreuliche Wirkung. Mit der Etablierung eines neuen, ganzheitlichen Verständnisses von Baukultur sowie mit der 2018 lancierten *Davos Declaration* hat das Bundesamt für Kultur BAK energisch die Initiative ergriffen. Die *Baukultur* ist jung, hat aber schon in kurzer Zeit eine stattliche Reife erreicht!

Gleichzeitig entwickelten auch die Architektinnen und Architekten im BSA ihr Verhältnis zu ihrer Rolle im kulturellen und zivilgesellschaftlichen Umfeld weiter. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass die Baukultur in der neuen Kulturbotschaft bei der Handlungsachse «Gesellschaftlicher Zusammenhang» gleich zu Beginn genannt wird. Der dort betonte Schwerpunkt auf Vermittlung und Kompetenzförderung wird vom BSA unterstützt.

Der BSA begrüsst die in der neuen Kulturbotschaft angekündigte Zusammenführung der Bereiche Heimatschutz und Denkmalpflege sowie zeitgenössisches Bauen unter dem gemeinsamen Dach «Baukultur». Damit wird der ganzheitliche Gedanke der Baukultur betont und nach innen und aussen getragen. Der Begriff der Baukultur eignet sich gut, um Brücken zur Politik, zu Behörden und zur Zivilgesellschaft zu schlagen. Diese Brücken sind nötiger denn je, um die anstehenden Entwicklungen meistern zu können.

Produktion – Beratung – Sensibilisierung

Der BSA ist sehr erfreut darüber, dass in der Strategie Baukultur Qualität als übergeordnetes Ziel festgelegt ist. Wir sind davon überzeugt, dass baukulturelle Qualität durchaus beurteilt und implementiert werden kann. Im Vordergrund stehen für uns drei Ebenen: Produktion, Beratung und Sensibilisierung.

Qualität in der Produktion hat unweigerlich ihren Preis. In der Schweiz mit ihrem hohen Qualitätsbewusstsein ist diese Tatsache hinlänglich bekannt. Durch die Intervention der Wettbewerbskommission WEKO beim SIA geraten allerdings die Honorare der Architektinnen und Architekten unter Druck. Ihre zentrale Rolle als Agenten und Akteure der Baukultur muss korrekt entschädigt werden. Der BSA ruft deshalb alle in der Strategie Baukultur vereinten Bundesstellen dazu auf, die Grundsätze fairer Honorare weiterhin zu berücksichtigen.


Entscheidend für die Qualität des Produkts ist gerade auch bei der Baukultur die Qualität des Prozesses. Für den BSA stehen deshalb seit einigen Jahren die «Instrumente der Baukultur» im Mittelpunkt des Interesses: Wie lässt sich konkret die baukulturelle Qualität verbessern und nachhaltig sichern? Unsere Mitglieder stehen Politik und Behörden mit ihrem Fachwissen jederzeit mit ihrem Fachwissen zur Verfügung. Architekturwettbewerbe gehören zu den etablierten Instrumenten und es freut den BSA sehr, dass sie in der *Davos Declaration* an prominenter Stelle genannt werden. Der offene Wettbewerb bleibt weiterhin das ideale Instrument zur Förderung eines breiten Diskurses über die Baukultur. In den Städten und Gemeinden übernehmen Stadtbildkommissionen und Gestaltungsbeiräte wichtige Rollen in diesem Prozess der Qualitätssicherung. Unser Anliegen ist es, diese und andere «Instrumente der Baukultur» zu identifizieren und zu stärken. Architektinnen und Architekten bringen spezifische Kompetenzen mit, um ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu übernehmen; die Aufgabe des BSA ist es, dieses Potenzial bei unseren Mitgliedern und in der Disziplin als Ganzes zu fördern.

Die dritte Ebene betrifft schliesslich die baukulturelle Sensibilisierung der breiten Bevölkerung: Baukultur muss so selbstverständlich Teil des Alltags werden wie alle anderen kulturellen Felder wie etwa Musik und Film. Dieser Diskurs sollte in der Breite und Tiefe geführt werden, überall in der Schweiz – und dafür braucht es finanzielle und infrastrukturelle Mittel. Der BSA stellt mit grosser Genugtuung fest, dass das Bundesamt für Kultur sowohl mit der Kulturbotschaft 2021-2024 wie auch mit der Strategie Baukultur die strategische Bedeutung der Sensibilisierung erkannt und erste Schritte in die Wege geleitet hat. Ein Bewusstsein gegenüber baukulturellen Qualitäten ist Ausdruck einer offenen und sich weiter entwickelnden Gesellschaft. Die Verbreitung und Vermittlung dieser Werte sind in unserer gemeinsamen Verantwortung: Mit der Unterstützung des Bundes können die zahlreichen Initiativen und Engagements im Land die qualitätsvolle räumliche und bauliche Entwicklung fördern.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüssen



Ludovica Molo, Zentralpräsidentin BSA



Caspar Schärer, Generalsekretär BSA



Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Biel, 20. September 2019

BSJB Kultur: Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) zu äussern. Wir konzentrieren uns in der Stellungnahme auf zwei Punkte, welche den Gemeindeverband Kulturförderung Biel-Seeland-Berner Jura (BSJB Kultur) betreffen.

BSJB Kultur wurde am 23. Juni 2015 gegründet. Damit beteiligen sich sämtliche Gemeinden an der Finanzierung von Kulturaktivitäten in der Region. Seine Hauptaufgabe besteht darin, für die Gemeinden die Leistungsverträge für die gemeinsame Unterstützung von Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung abzuschliessen. Für die Vertragsperioden 2016-2019 und 2020-2023 unterstützen die Gemeinden des Verbands insgesamt 23 Kulturinstitutionen. Neun Kulturinstitutionen haben ihren Standort in Biel, zwei im Seeland und 12 im Berner Jura. Damit leistet BSJB Kultur-Culture seinen Beitrag zum reichen und vielfältigen Kulturangebot in der Region.

Grundsätzlich bewertet BSJB Kultur die Kulturbotschaft 2021-2024 mit ihrem Schwerpunkt auf inhaltlicher Kontinuität positiv. Wir bitten Sie die folgenden Punkte zu berücksichtigen.

1. Ambitioniertere Ziele für den Sprachaustausch setzen

Als einzige zweisprachige Region im Kanton Bern sind für uns die Förderung der Zweisprachigkeit und der Schutz der frankophonen Minderheit gerade im kulturellen Bereich von herausragender Bedeutung. Wir begrüssen, dass das Thema «Sprachen und Verständigung» in der Kulturbotschaft ein hohes Gewicht hat und die im Rahmen der laufenden Kulturbotschaft eingeführte Strategie «Austausch und Mobilität» weitergeführt werden soll.

Für den Sprachaustausch von Schüler*innen und Lernenden innerhalb der Schweiz wurde das Ziel formuliert, bis zum Ende der Periode (2024) 4-6% der Schüler*innen und Lernenden pro Jahr zu erreichen. Aktuell liegt der Anteil bei 2%. Wir erachten dieses Ziel als zu moderat. Die gemeinsame Vision von Bund und Kantonen beinhaltet, dass alle jungen Menschen im Verlauf ihrer Ausbildung oder bis zum Übergang in das Arbeitsleben mindestens einmal an einer länger dauernden Austausch- und Mobilitätsaktivität teilnehmen. Hierfür wäre ein Anteil von 10% der Schüler*innen und Lernenden notwendig, die jährlich an einem Sprachaustauschprogramm teilnehmen. Aus Sicht von BSJB Kultur sollte deshalb ein deutlich ambitionierteres Ziel angestrebt werden, für dessen Umsetzung auch Leuchtturmprojekte in Pilotregionen vorzusehen sind. Die entsprechenden finanziellen Mittel sind bereitzustellen.



2. Keine Abschaffung des Bundesbeitrags für die Stadt Bern

Seit mehr als 50 Jahren erhält die Stadt Bern eine Vergütung für kulturelle Leistungen, welche in der Bundeshauptstadt erbracht werden. Als Sitz der Eidgenossenschaft und der diplomatischen Vertretungen hat Bern eine Funktion inne, die gewisse Aufwendungen nach sich zieht. Und doch hat die Eidgenossenschaft die Absicht, diese Kompensationszahlungen abzuschaffen. Aus Sicht von BSJB Kultur ist eine Abschaffung dieses Beitrages kulturpolitisch nicht gerechtfertigt und wäre ein falsches Signal nicht nur für die Stadt Bern, sondern auch für den Kanton und die ganze Region. Aus diesem Grund ist BSJB Kultur der Meinung, dass die Eidgenossenschaft die Kompensationszahlungen an die Bundeshauptstadt aufrechterhalten sollte.

Freundliche Grüsse

Jürg Räber
Präsident BSJB Kultur



Département fédéral de l'intérieur
Office fédéral de la culture
Direction
Hallwylstrasse 15
3003 Berne

Bienne, le 20 septembre 2019

BSJB Culture: prise de position sur le message culture 2021–2024

Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de l'opportunité de nous exprimer quant au message sur l'encouragement de la culture pour les années 2021–2024 (message culture). Nous nous concentrons dans cette prise de position sur deux points concernant le Syndicat de communes pour l'encouragement des activités culturelles Bienne-Seeland-Jura bernois (BSJB Culture).

BSJB Culture a été créé le 23 juin 2015. Ainsi, toutes les communes participent au financement des activités culturelles de la région. Sa tâche principale consiste à conclure des contrats de prestations pour les communes en vue du soutien commun d'institutions culturelles d'importance régionale. Pour les périodes contractuelles 2016–2019 et 2020–2023, les communes membres du syndicat soutiennent un total de 23 institutions culturelles. Neuf institutions culturelles ont leur siège à Bienne, deux dans le Seeland et 12 dans le Jura bernois. Ainsi, BSJB Culture fournit sa contribution à l'offre culturelle riche et variée de la région.

En principe, le BSJB Culture évalue de manière positive le message culture 2021–2024 avec ses points forts sur la continuité du contenu. Nous vous prions toutefois de prendre en compte les points suivants.

1. Fixer des objectifs plus ambitieux pour l'échange linguistique

En tant qu'unique région bilingue du canton de Berne, l'encouragement du bilinguisme et la protection des minorités francophones ont une importance primordiale pour nous, surtout dans le domaine culturel. Nous saluons le fait que le sujet «Langues et compréhension» ait une importance élevée dans le message culture et que la stratégie «Échange et mobilité» soit poursuivie dans le cadre du message culture en cours.

Concernant l'échange linguistique pour des élèves et apprentis en Suisse, l'objectif a été formulé d'atteindre 4 à 6 % des élèves et apprentis par an jusqu'à la fin de la période (2024). Actuellement, la part est de 2%. Nous considérons cet objectif comme trop modéré. La vision commune de la Confédération et des cantons comprend que tous les jeunes participent au moins une fois à une activité prolongée d'échange et de mobilité au cours de leur formation ou jusqu'au passage à la vie professionnelle. Pour cela, une part de 10% des élèves et apprentis, qui participent à un programme d'échange linguistique annuel, serait nécessaire. C'est pourquoi, du point de vue du BSJB Culture, un objectif nettement plus ambitieux devrait être visé, des projets phares sont à prévoir dans des régions pilotes pour sa mise en œuvre. Les moyens financiers correspondant doivent être mis à disposition.



2. Pas de suppression de la contribution fédérale à la Ville de Berne

Depuis plus de 50 ans, Berne perçoit une rémunération pour les prestations culturelles qu'elle fournit en sa qualité de capitale fédérale. En tant que siège de la Confédération et des représentations diplomatiques, Berne a en effet une position qui entraîne des dépenses spéciales. La Confédération a pourtant l'intention de supprimer cette compensation. Du point de vue du BSJB Culture, cette suppression n'a pas de justification convaincante sur le plan de la politique culturelle et serait un signe très négatif non seulement pour la Ville de Berne, mais également pour tout le canton et ses régions. C'est pourquoi BSJB Culture estime que la Confédération devrait continuer à assumer la compensation qu'elle verse à sa ville fédérale.

Veuillez croire, Mesdames, Messieurs, en l'assurance de notre parfaite considération

Jürg Räber
Président BSJB Culture

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Schönenberg/Aarau, 19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Die Interessen Gemeinschaft Akkordeon (IG Akkordeon) bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus ihrer Sicht relevanten Themen. Die IG Akkordeon vereint 51 Mitglieder und ist daran interessiert den Austausch zwischen Akkordeonlehrpersonen und anderen Akkordeonspieler/innen zu fördern und zu unterstützen. Sie organisiert u.a. fachspezifische und allgemein musikalische Weiterbildungsangebote, fördert Unterrichtsliteratur für das Akkordeon, bietet Kammermusikurse für Kinder/Jugendliche und Erwachsene an und betreibt eine Plattform rund um „unser“ Instrument. Die IG Akkordeon ist Mitglied im Schweizer Musikrat.

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabten-

förderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüßen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an.

Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie des Ineinanderfließens von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Wie der SMR schon in seinem Positionspapier zur neuen Kulturbotschaft vom 30. August 2018 formulierte, erachtet der Musiksektor demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hochehrfroh. Auch wenn dies primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfließen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüßen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrucklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüßen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von

ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden. Bei Bedarf ist der Schweizer Musikrat, bei dem praktisch sämtliche nationalen Musikorganisationen und – verbände zusammengefasst sind, gerne bereit, eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum Institutionellen Abkommen haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen auf-

grund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller.

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fließender werden.

→ Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüßen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüßen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Der Schweizer Musikrat bietet hier gerne seine Expertise an.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hocherfreulich. Wir unterstützen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein

wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüßen.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Die IG Akkordeon bietet sich hier gerne mit ihrem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Der Schweizer Musikrat hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüßen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüßen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaflens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise.

→ Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform

als wenig effektiv und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Verweis auf die auf Seite 4 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung der Digitalisierung der Bücher wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

→ Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

→ Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

→ Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt

würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» auf den Seiten 2 – 4 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

→ Es bräuchte hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio. CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.

Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.

- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio. CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio. CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz vollumfänglich unterstützen. Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

→ Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio. CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

→ Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio. CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

Wir können uns den Voten, kritischen Gedanken und Anträgen des Schweizer Musikrates vollumfänglich anschliessen.

Bei Ihnen bedanken wir uns für die Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Mit herzlichen Grüssen

Yolanda Schibli Zimmermann
Präsidentin der Interessen Gemeinschaft Akkordeon

Bundesamt für Kultur BAK
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Per E-Mail an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 17. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 – 2024 (Kulturbotschaft) –
Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Erläuternden Bericht zur Kulturbotschaft 2021-2024. Davon machen wir gern mit den folgenden Überlegungen und Anträgen Gebrauch.

Vorab ist festzuhalten, dass **Swissfilm Association** die Stellungnahme des Dachverbands CinéSuisse, dem sie angehört, mitträgt und unterstützt – auf den Inhalt dieser Eingabe wird also verwiesen.

Einleitende Zusammenfassung

Die Kulturbotschaft setzt einen wichtigen Meilenstein in der Kulturpolitik des Bundes und wird die audiovisuelle Landschaft in der Schweiz über Jahre massgeblich prägen.

Davon werden auch Produzenten und Produzentinnen in den Bereichen Auftrags- und Werbefilm betroffen sein, deren Anliegen die **Swissfilm Association** als Branchenverband vertritt.

Die Swissfilm Association begrüsst das klare Engagement des Bundes für das audiovisuelle Schaffen in der Schweiz, das sich bekanntlich bei weitem nicht auf die Filmförderung durch Finanzhilfen beschränkt. Kreatives Filmschaffen und eine lebendige audiovisuelle Kultur in der Schweiz setzen einen prosperierenden, gesunden Produktionsstandort voraus. Das gilt ganz generell für jede Form und Sparte audiovisueller Produktion: Produktionsunternehmen schaffen Arbeitsplätze für Filmtechnikerinnen, Verdienst- und Entfaltungsmöglichkeiten für Regisseurinnen, Autoren und Darsteller, und tragen massgeblich zur audiovisuellen Kultur und Kommunikation in unserem Land bei. Das alles macht die Filmproduktion zu einem zentralen Gegenstand der Kulturpolitik, für den gemäss Art. 71 der Bundesverfassung der Bund in erster Linie zuständig ist.

Die Swissfilm Association hat bereits in der Vergangenheit (zuletzt in ihrer Stellungnahme zuhanden des UVEK zum BGeM im vergangenen Herbst) politische **Anliegen zur Stärkung der Branche** vorgebracht, die an ihrer Aktualität nichts eingebüsst haben.

Diese betreffen zwar zentral die Beziehungen zwischen der unabhängigen Produktionsbranche der Schweiz und der SRG, als gebührenfinanziertem, privilegiertem und zugleich mit Service Public beauftragtem dominierendem Medienunternehmen des Landes. Mitglieder des Verbandes, der einen grossen Teil der audiovisuellen Produktion in der Schweiz umfasst, sind unter anderem Auftragnehmer für verschiedenste Arte und Formate der Produktion von Filmen, Dokumentationen, Sendungen und anderem audiovisuellem Material.

Nachdem sich nun aber abzeichnet, dass gewisse Regelungen im Verhältnis zwischen Sendunternehmen und einheimischer Filmbranche mit entsprechenden Bestimmungen im zu revidierenden Filmgesetz (FiG) zusammengefasst werden könnten, liegt es nahe, unsere Anliegen dem Gesetzgeber auch im Zusammenhang mit der Kulturbotschaft vorzubringen.

1. Nötig ist eine gesetzliche Grundlage für eine Auslagerung von Produktionen der SRG an die unabhängige audiovisuelle Branche (Auftrags- und Koproduktionen), über bloss Zusammenarbeit hinaus (vgl. Motion Fluri, 16.4027).
2. Dabei ist audiovisuelle Industrie so zu umschreiben, dass dies (neben bloss film-technischen Betrieben und Produktionsdienstleistern) vor allem die unabhängigen schweizerischen Hersteller audiovisueller Produktionen, also die Produzenten, erfasst.
3. Zentral für die Wirksamkeit der Regelung ist, dass eine zuständige Behörde Mindestanteile für die Auslagerung festlegen kann.
4. Einer Regelung im Gesetz bedarf es auch zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen, die aus der privilegierten Situation der SRG herrühren.

Im Einzelnen:

Der Bundesrat hatte bereits mit seinem Vernehmlassungsentwurf zum BGeM vorgesehen, die SRG als gebührenfinanzierten, dominierenden Service-Public-Akteur der schweizerischen Audiovisionslandschaft zu einer verstärkten, auch in Zahlen und Volumen bestimmbareren Zusammenarbeit mit dem lebendigen Produktionsmarkt in der Schweiz zu veranlassen.

Kehrseite dieser Gebührenfinanzierung und der Privilegien der SRG ist, dass sie als wichtiger Auftraggeber die audiovisuelle Produktionslandschaft stark beeinflusst, ja teils beherrscht. Dieser besonderen Verantwortung der SRG als Marktteilnehmer und Auftraggeber audiovisueller Produktionen ist gleichfalls ein rechtlicher Rahmen zu geben.

Diese Anliegen bleiben wichtig und müssen weiter verfolgt werden: Nachdem der Bundesrat auf das BGeM-Projekt verzichtet, drängen die seit langem ungenügend beachteten Verhältnisse zwischen SRG und unabhängiger Produktion weiter nach klaren rechtlichen Regeln.

Mit der Annahme der Motion Fluri vom 15.12.2016 (Geschäftsnummer 16.4027) hatten die eidgenössischen Räte dem Bundesrat hierzu einen klaren Handlungsauftrag erteilt. Nahegelegender Weise wäre dies in der für kommendes Jahr in Aussicht gestellten Revision des RTVG vorzunehmen.

Nun schlägt der Dachverband CinéSuisse in seiner Vernehmlassung zur Kulturbotschaft vor, mit der geplanten Investitions-Verpflichtung der Online-Anbieter auch die entsprechenden Investitions- und Zusammenarbeits-Verpflichtungen der Sender, derzeit im RTVG (dort Art. 7 Abs. 1 und 2) geregelt, im FiG zusammenzuführen.

Sollte sich der Gesetzgeber dazu entschliessen, so würde das eine Gelegenheit bieten, für die Anliegen der Swissfilm Association hier, im Filmgesetz, schnell und einfach eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Das RTVG enthält im Kern medienrechtliche Regelungen; die Schaffensbedingungen der Filmbranche kommen dort nur am Rande vor.

Die Werbe- und Auftragsfilmproduktion ist zweifellos ein eminent wichtiger Bereich des Film-schaffens und der Filmkultur in der Schweiz. Nicht nur prägen solche Filme die audiovisuelle Kommunikation im Lande, und heben sich durch Authentizität und Nähe zum Geschehen von der globalen Bewegtbild-Flut ab.

Sie tragen gemäss verschiedenen Studien (zuletzt: BfS Filmproduktion 2013) auch weit mehr als die Hälfte an Umsatz und Wertschöpfung der gesamten Filmproduktion bei. Das heisst, dieser Bereich bietet den Nährboden (Jobs, Talent Pool, Unternehmen, Infrastruktur, Investitionen), auf dem das einheimische Filmschaffen gedeiht.

Völlig zu Recht gehört er denn auch per se zum Regelungsgegenstand des FiG (vgl. Legaldefinition für «Film», Art. 2 Abs. 2). Er ist lediglich von Finanzhilfen ausgeschlossen (Art. 16 Abs. 1 FiG), wären ansonsten aber sogar Fördermassnahmen zugänglich (Art. 16 Abs. 2 *e contrario*).

Massnahmen, die den unabhängigen Produzentenmarkt in der Schweiz unterstützen und fördern, sind auch von der Gesetzgebungskompetenz aus Art. 71 Abs. 1 (Filmproduktion) und Abs. 2 (Förderung der Vielfalt) der Bundesverfassung gedeckt. Tatsächlich nehmen das EDI und das BAK ihre Zuständigkeit für solche Unterstützung auch wahr, etwa durch das Patronat über den Schweizer Auftrags- und Werbefilmpreis «Edi.». Deshalb sollte das BAK unsere hier vorgebrachten Anliegen unterstützen.

Die Verpflichtungen der SRG aus (derzeit) Art. 24 Abs. 4 lit. d und Art. 25 Abs. 3 RTVG wären von einer Überführung in das FiG wohl nicht betroffen. Andererseits ist die SRG ist aber selbstverständlich ein eminent bedeutsamer Kulturträger in der Schweiz (wozu der Bericht zur Kulturbotschaft zu recht ausführt: «Die SRG SSR spielt ebenfalls eine gewichtige Rolle in der Förderung [‘Pacte de l’audiovisuel’].»).

In welchem Gesetz auch immer die einzelnen Pflichten der SRG letztlich geregelt werden (FiG, RTVG oder beide), darf keine Neuregelung dazu führen, ihre Rechtspflicht zur Zusammenarbeit mit unabhängigen Auftragsproduzenten und audiovisueller Industrie (Art. 27 ihrer Konzession vom 29.8.2018) aufzuweichen.

Im Gegenteil – sollte sich der Gesetzgeber nicht zur (Mit-) Regelung dieser Anliegen im FiG entschliessen, wäre allerdings die Regelung mittels einer punktuellen Anpassung des RTVG in sehr naher Zukunft geboten. Auch diese könnte, als kulturpolitische Aufgabe und im Rahmen von Art. 71 BV, im Rahmen der Kulturbotschaft, oder dann im Rahmen der für 2020 in Aussicht gestellten RTVG-Revision, vorgenommen werden.

1. Vielfalt und Fairness durch vermehrte Auftragsproduktionen

Mit Art. 28 Abs. 2 Entwurf-BGeM sollte eine vertiefte, wirksame Zusammenarbeit der SRG mit dem lebendigen unabhängigen schweizerischen Markt für (Auftrags-) Produktionen und produktionsnahe Dienstleistungen erstmals gesetzlich verankert werden, wie mit der Motion Fluri verlangt. Dieses Anliegen ist auch nach dem Verzicht auf das BGeM weiter zu verfolgen.

Ein Pfeiler der Zusammenarbeit ist die Erteilung umfassender Aufträge für die Entwicklung, Gestaltung und Produktion ganzer Sendungen an unabhängige Produktionsunternehmen. Indem diese Sendungen in eigener produktionsnaher und unternehmerischer Verantwortung entwickelt und hergestellt werden, tragen sie zur Vielfalt des Programmangebots bei. Dieser Pfeiler ist angemessen zu berücksichtigen (vgl. schon den erläuternden Bericht zum E-BGeM, S. 37).

Eine solche Regelung wird benötigt.

Davon profitieren beide Seiten:

Mit der Beauftragung unabhängiger Produzenten kann die SRG auf einen grossen Pool an Ideen, Konzepten und Talenten zurückgreifen. Das kommt der Vielfalt und Ausgewogenheit der Programmgestaltung der SRG (Filme, Serien, Reportagen, Showformate, Talk-Shows und andere Sendeformate) zugute.

Auftragsproduktionen tragen zur Eigenständigkeit der Landeskultur bei: Bewegtbild-Kommunikation (z. B. Image-, Porträt-, Schulungsfilme für Auftraggeber der Wirtschaft, aber auch Universitäten, Ferienregionen, NGOs und Kultureinrichtungen; Werbung; Show-, Quiz- und Reportagesendungen) beeinflussen Sehgewohnheiten und kommunikative Codes – die audiovisuelle Kultur des Landes schlechthin hat. Gegenüber der globalen Bewegtbild-Sprache ist die einheimische Produktion näher an Präferenzen, Bedürfnissen, Mentalität und Lebensumfeld der Schweizerinnen und Schweizer, und schafft Authentizität.

Die Auftragsvergabe an Unternehmen unter Wettbewerbsbedingungen steigert die Effizienz der Programmproduktion und entlastet die SRG von Infrastruktur- und Investitionsbedarf und unternehmerischen Risiken.

Umgekehrt kann und muss die SRG mit ihren grossen Ressourcen zur Gesundheit dieses Marktes beitragen, Investitionen und kreative Entwicklungen fördern, indem sie grössere Teile ihres audiovisuellen Programmbedarfs im Auftrag herstellen lässt. Dies trägt zu einem produktiven Umfeld für die schweizerische audiovisuelle Kultur und Wirtschaft bei.

Zentral ist, dass das Volumen der Auftragsvergabe geregelt und notfalls vorgegeben werden kann. Defizite in der Transparenz und der Planbarkeit der Auftragsvergabe können so behoben, die Grundlage für technische Investitionen und kreative Entwicklungsarbeit der unabhängigen Branche, zumal im kleinen Markt der Schweiz, geschaffen und verbessert werden.

Dies hat sich vielerorts als wirkungsmächtiger Treiber für Innovation, Breite, Vielfalt und Effizienz der Programmproduktion erwiesen. Beispielhaft ist die BBC, welche nach wie vor eine Vorreiterrolle in Qualität und Vielfalt öffentlich finanzierter TV-/Medienangebote einnimmt und eigentliche Fernseh-Kultur begründet hat: Sie ist verpflichtet, 25% ihrer Produktionsleistungen an unabhängige Anbieter zu vergeben. Weitere 25% muss sie ausschreiben, wobei sie selbst mitbieten kann. In der Realität führt das zur externen Vergabe von 40-45% des Produktionsvolumens. Ähnliche erfolgreiche Zusammenarbeit mit unabhängigen Produzenten besteht bei anderen führenden öffentlich-rechtlichen Sendeunternehmen in Europa – wie etwa den deutschen ARD und ZDF.

Entscheidend wird sein, dass die Konzessionsbehörde Vorgaben zum Mindestanteil der Auslagerung machen kann, wenn dies in der Zusammenarbeitsvereinbarung nicht gelingt.

Eine gesetzliche Bestimmung (falls im RTVG: z. B. als neuer Art. 27 Abs. 2) sollte folgendes besagen:

Die SRG arbeitet bei der Produktion von audiovisuellen Inhalten mit der unabhängigen schweizerischen audiovisuellen Industrie zusammen. Die [zuständige Behörde] regelt die Einzelheiten der Zusammenarbeit in der Konzession; sie kann die SRG verpflichten, einen Mindestanteil der Produktion (Auftragsproduktion und Koproduktionen von Medieninhalten und technische Leistungen) bei unabhängigen schweizerischen Unternehmen einzukaufen.

2. Verhinderung von Marktverzerrungen

Ein weiteres Problem ist in der Motion Fluri angesprochen: Die Marktverzerrung bei Produktions- und Dienstleistungen durch die Dominanz und Gebührenprivilegierung der SRG als Anbieterin. Dieses Problem ist untrennbar mit der Zusammenarbeit SRG – audiovisuelle Branchen verknüpft.

Dazu führt die Motion aus, dass *die Medienordnung des RTVG der SRG zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Medienmarkt bestimmte Beschränkungen in ihrem Marktauftritt auferlegt, indessen bis heute unberücksichtigt geblieben ist, das auch die unabhängige Branche der Auftragsproduktionen und filmtechnischen Dienstleistungen wettbewerbsverzerrender Konkurrenz durch die gebühren- und monopolprivilegierten Infrastrukturen der SRG-Unternehmen ausgesetzt ist.*

Die SRG unterhält privilegiert und gebührenfinanziert die mit Abstand grössten Infrastrukturen für audiovisuelle Produktionen im Lande und baut diese aus. Zugleich ist sie gehalten, wirtschaftlich zu agieren und diese Infrastrukturen auszulasten. Wenn ihre Einheiten hierfür Produktions- (Dienst-) Leistungen am Markt anbieten (z.B. Aufnahme- und Produktionsdienstleistungen von technischem Equipment bis zur kompletten Auftragsproduktion von Unternehmensfilmen und Werbespots) und in Konkurrenz zu unabhängigen Anbietern treten, sind Wettbewerbsverzerrungen kaum vermeidlich (Stichworte: intransparente Preisbildung durch interne Fixkostenverrechnung; Tiefpreise wegen Grenzkosten; Skalenvorteil und verzerrte Risiko-/Amortisationsstruktur durch Gebührenfinanzierung und Grundaustlastung). Das bedrängt den lebendigen, aber kleinen Anbietermarkt solcher Leistungen in der Schweiz. Das wiegt um so schwerer, als die SRG zugleich als dominanter Abnehmer solcher Leistungen in einer Doppelrolle auftritt.

Solchen Marktverzerrungen ist Einhalt zu gebieten. Die SRG muss sich bei Markt-Angeboten vernünftige Zurückhaltung auferlegen. Anders als im Medienmarkt (Art. 74 RTVG), hat der Gesetzgeber diesen Auswirkungen des Gebührenmodells bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Naheliegend wäre eine Verständigung, auch Selbstbeschränkung, im Rahmen der Branchen-Zusammenarbeit. Das darf indessen nicht mit dem Wettbewerbsrecht in Konflikt geraten (Art. 5 Abs. 3 lit. c Kartellgesetz). Es bedarf einer Rechtsgrundlage für eine Marktordnung (Art. 3 lit. a des Kartellgesetzes). Diese kann an der bereits bestehenden Bestimmung in Art. 74 RTVG (konzessionsfremde Tätigkeiten im Medienmarkt) anknüpfen. Eine solche Grundlage für Einschränkungen ist auch für den Markt für Auftragsproduktionen und Produktions-

dienstleistungen erforderlich; zumal, wenn dies primär durch die Beteiligten in der Zusammenarbeitsvereinbarung geregelt werden sollte (vgl. Art. 27 der aktuellen Konzession der SRG).

Mögliche Bestimmung zur SRG-Konzession (falls im RTVG: z. B. als neuer Art. 29 Abs. 3):

In der Konzession nicht festgelegte Tätigkeiten der SRG und von ihr beherrschter Unternehmen dürfen keine nachteiligen oder verzerrenden Auswirkungen auf Produktions- und Dienstleistungsmärkte haben, in denen die SRG mit unabhängigen Anbietern im Wettbewerb steht. Die SRG und die unabhängige schweizerische audiovisuelle Industrie können hierüber im Rahmen ihrer Zusammenarbeit nach Art. [27 Abs. 2] Regelungen betreffend bestimmte Angebote der SRG vereinbaren. Kommt keine Einigung zustande, kann [die zuständige Behörde] Regelungen erlassen; sie kann die SRG verpflichten, bestimmte Angebote einzuschränken.

Wir danken Ihnen noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme und verbleiben

mit besten Grüßen

SWISSFILM ASSOCIATION



Peter Beck, Präsident



Rita Kovacs, Geschäftsführerin



Bundesamt für Kultur,
Stabsstelle Direktion
Per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

**Groupement Suisse du
Film d'Animation**
Kanzleistrasse 126
CH-8004 Zürich
+41 44 240 1909
info@swissanimation.ch
www.swissanimation.ch

Zürich, 20. September 2019

VERNEHMLASSUNG ZUR KULTURBOTSCHAFT 2021-2024: STELLUNGNAHME GSFA

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung zu nehmen, bedanken wir uns herzlich.

Das Groupement Suisse du Film d'Animation GSFA ist Mitglied von Cinésuisse, dem Dachverband der Schweizerischen Film- und Audiovisionsbranche. Wir unterstützen die Vernehmlassungsantwort von Cinesuisse vom 23. August 2019.

Wir sind ebenfalls Mitglied von Suisseculture, dem Dachverband der Fach- und Berufsverbände der professionellen Kulturschaffenden der Schweiz. Wir unterstützen dessen Stellungnahme vom 18.9.2019 zur Vernehmlassungsvorlage.

Wir begrüssen es sehr, dass der Bund in der neuen Kulturbotschaft auf Kontinuität setzt und den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen besondere Beachtung schenkt. Nachfolgend erlauben wir uns, einige Punkte besonders hervorzuheben oder zu ergänzen.

Für die wohlwollende Würdigung unserer Anliegen danken wir Ihnen im Voraus sehr. Wir stehen zu Ihrer Verfügung.

Freundliche Grüsse

Jonas Raeber, Präsident

Monica Stadler, Geschäftsleiterin



Position des Groupement Suisse du Film d'Animation GSFA zur Kulturbotschaft 2021-2024

Die Kulturbotschaft 2021-2024 konsolidiert das Erreichte, setzt auf Kontinuität und weitet da und dort den Kulturbegriff und die Zuständigkeiten aus. Wir begrüssen, dass die Hauptanliegen der aktuellen Kulturbotschaft in der nächsten eine Fortsetzung finden.

Aber nicht nur die rasanten technologischen Veränderungen und die grossen internationalen Herausforderungen durch den Ausschluss aus Creative Europe führen zu finanziellem Mehrbedarf, auch die Ausweitung des Werkbegriffs, die Erweiterung auf weitere Mitwirkende und die Unterstützung neuer Gattungen führen zu Kosten, die nicht aus den bestehenden Mitteln finanziert werden können.

Die Verbände der professionellen Kulturschaffenden sind die ersten Ansprechpartner des BAK – sie bieten gerne Hand und Expertise, wenn es um die Erarbeitung neuer Massnahmen und deren Umsetzung geht. Mit der Unterstützung der Verbände in allen Kultursparten bereitet der Bund über die Sektion Kulturelle Organisationen auf nachhaltige Weise den Boden für einen konstruktiven Austausch zwischen der Kreativbranche und dem Staat.

Der Wert der Tätigkeit Kulturschaffender kann nicht hoch genug geschätzt werden. Die Einkommenssituation vieler Künstlerinnen und Künstler ist aber trotz erfolgreicher Arbeit ungenügend. Das hat die umfassende Umfrage von Suisseculture jüngst leider wieder bestätigt. Wir befürworten deshalb die Absicht des Bundes, ab 2021 Fördergelder an die Bedingung zu knüpfen, dass die Entschädigungsrichtlinien der Branchenverbände eingehalten werden. Das soll aber nicht dazu führen, dass Projekte nicht zustande kommen: flankierend muss mit der Bereitstellung von Mehrmitteln dafür gesorgt werden, dass die zu erwartenden höheren Budgets tatsächlich auch finanziert werden können. Wir begrüssen es, wenn «low budget» der Vollkostenrechnung Platz macht, und geldwerte Leistungen in den Finanzierungsplänen sichtbar werden.

Transparente Beurteilung

Mit Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, wie schnell anfangs 2019 im Filmgesetz ein Punktesystem zur Förderung minoritärer Koproduktionen eingeführt werden konnte.

Unser Entwurf für ein solches Punktesystem mit transparenten Kriterien zur Begutachtung von Animationsfilmprojekten befindet sich hingegen seit Jahren bei der Sektion Film in Evaluation. Diese ist hoffentlich bis zum Ende der laufenden Kulturbotschaft abgeschlossen – aber wir bekräftigen hier gerne noch einmal unsere Überzeugung, dass transparente Kriterien und eine klar kommunizierte Bewertung von Gesuchen massgeblich zur Steigerung der Akzeptanz der Arbeit der Sektion Film innerhalb der Branche, zu einer Reduktion der Kosten und einer Qualitätssteigerung der Einreichungen und Verfahren führen.



Gleichbehandlung

Gerne wiederholen wir unseren Wunsch, dass Filme mit gewichtigen Budgets und grossen geplanten Ausgaben in der Schweiz ungeachtet ihrer Länge in den Genuss aller Förderungen des Bundes kommen sollen. Beispielsweise rechnen kurze Animationsfilme oft mit Budgets, die ähnlich hoch sind wie die von langen Dokumentarfilmen.

Es darf keine Ungleichbehandlung aufgrund der Länge des Endprodukts geben.

Wir unterstützen zudem die Position der filmtechnischen Betriebe: der Standortnachteil Schweiz (hoher Frankenkurs, teurer Produktionsstandort, kein Mitglied von Creative Europe etc.) muss vom Bund kompensiert werden. Ein geeignetes Anreizsystem für die Branche (siehe FTB), eine Verpflichtung für staatsnahe Unternehmen (Cinémathèque u.a.), Media-Ersatzmassnahmen – das sind wichtige Pfeiler einer Politik, die den internationalen Rahmenbedingungen Rechnung trägt, in denen sich unsere audiovisuelle Kreativindustrie behaupten muss.

Zugang zum Filmerbe

Es ist auch dem GSFA ein grosses Anliegen, das Filmerbe einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir unterstützen deshalb alle Bestrebungen zur Digitalisierung, Archivierung und Präsentation unserer Werke.

Bevor allerdings dem Publikum besserer (und bezahlter) Zugang ermöglicht wird, müssen wir Filmschaffenden selbst besseren Zugang zu den Archiven haben. Dass wir für ein Digitalisierungsprojekt zum 50-Jahr-Jubiläum unseres Verbands Archivmaterialien in der Cinémathèque nicht sichten konnten ist hoffentlich nur dem Umstand geschuldet, dass die Cinémathèque neue Räumlichkeiten bezog. Der Zugang zu den Archiven muss jederzeit gewährleistet sein.

Für Kinder

In der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2017-2020 haben wir gewünscht, dass es für Filmprojekte nicht mehr ein Malus sondern ein Bonus ist, wenn sie für Kinder konzipiert sind. Mit Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, dass Kindern – und damit dem Publikum und den Kulturschaffenden der Zukunft – auch in der nächsten Kulturbotschaft zentrale Bedeutung zukommt und zwischenzeitlich das Filmemachen für Kinder an Akzeptanz gewonnen hat. Ein Gewinn für alle.

Groupement Suisse du Film d'Animation GSFA

CC an Ivo Kummer, Leiter der Sektion Film

zK. Partnerverbände

t. Theaterschaffende Schweiz
zuhanden Regionalgruppe Bern
Progr, Atelier 157
Waisenhausplatz 30
3011 Bern

Bern, 19. September 2019

Stellungnahme von t. Theaterschaffende Schweiz Regionalgruppe Bern zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Grundsätzlich beurteilen wir die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft sowie die Arbeit der Pro Helvetia und des BAK als positiv. Ein fundamentales Problem stellt jedoch der fehlende Einbezug der Kulturverbände dar. Die Kulturverbände kennen die Realität und Bedürfnisse der Kulturschaffenden in unserem Land am besten. Ihre Vorstände, Arbeitsgruppen und Gremien bestehen aus aktiven Kulturschaffenden mit konkretem Knowhow und guter Vernetzung. Dieses Wissen wurde vom BAK wie auch von Pro Helvetia bisher zu wenig in die Analyse, Entwicklung und Umsetzung von neuen Fördermodellen oder Plattformen einbezogen. Wir bedauern dies und wünschen uns hier eine vermehrte Zusammenarbeit. t. steht für solche Kooperationen auf jeden Fall zur Verfügung.

1.4.2.1 Kulturelle Teilhabe

Kulturelle Teilhabe in der ursprünglichen Bedeutung befasst sich vor allem mit der Erschliessung von neuen Formen des Publikums von Kulturinstitutionen oder -initiativen. Genau diese Fragen stellen sich beim Veranstellen von Stücken/Performances aus anderen Sprachregionen. Die Kulturbotschaft legt grossen Wert auf Überwindung der Sprachregionen, also auf die Auswertung von deutschsprachigen Theaterstücken in der Romandie oder im Tessin und umgekehrt. Gleichzeitig beschränken sich ihre Massnahmen im «sprachbasierten Theater» aber auf «Übersetzung und Übertitelung», was für eine kulturelle Teilhabe nicht ausreicht.

Die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Theater ist ein zentrales Thema für uns. Wir sind dazu mit verschiedenen Organisationen in Kontakt (female act, Helvetiarockt) und unterstützen die vorgesehene Datenerhebung der Pro Helvetia zu Frauen im Kulturbereich explizit.

1.4.2.2 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Um gesellschaftlichen Zusammenhalt über die sprachregionalen Grenzen hinweg zu erreichen, ist ein hohes und vor allem gemeinsames Engagement nötig. Warum werden Stücke so selten in anderen Sprachregionen gespielt? Wieso finden Stücke aus anderen Sprachregionen kein Publikum? Bei welchen Stücken/Gruppen/Veranstaltern/Formaten klappt es gut (zB. Festivals)? Warum klappt es? Erst wenn die Situation systematisch und konkret analysiert wurde, können sinnvolle Massnahmen entworfen und umgesetzt werden. Dies bedingt Gespräche vor Ort mit aktiven Playern aus der jeweiligen Szene. Ideal wäre ein Fachperson, die im Tessin, in der Romandie sowie in der Deutschschweiz (nicht nur in Städten) mit

Veranstalter*innen und Theatergruppen spricht, um die konkreten Schwierigkeiten zu erörtern. Wir wünschen uns gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht nur über die Sprach-, sondern auch über die Institutionsgrenzen hinweg.

Das Theater ist als direkte, publikumsnahe Kunstform prädestiniert für Lösungen in der Überwindung von Sprachgrenzen. Übersetzungsbeiträge sind hilfreich, nützen aber als Hauptmassnahme nicht, um regionale Grenzen zu überwinden.

Wir wissen genau, dass es keine Entwicklung ohne konkrete Kenntnis und Einbindung der regionalen Gegebenheiten geben wird. Daher sind persönliche Gespräche mit unterschiedlichen Akteur*innen und nachhaltige Vernetzung unabdingbar. t. stellt sein Knowhow und seine Kontakte dafür gerne zur Verfügung.

2.1.4 Schweizer Theaterpreise

t. Regionalgruppe Bern unterstützt die Entwicklung eines breitenwirksamen Festivals. Denn die Sichtbarmachung der freien Schweizer Theaterszene ist eines unserer wichtigsten Ziel der nächsten Jahre.

Grundsätzlich begrüssen wir die Vergabe von Preisen auf Bundesebene auch im Bereich Theater. Den Schweizer Theaterpreisen fehlt jedoch die nachhaltige Wirkung. Abgesehen von der einmaligen Preisübergabe erhalten die Träger*innen der Schweizer Theaterpreise kaum Aufmerksamkeit. Analog zur Lesereise in der Literatur schlagen wir vor, dass die Theater-Preisträger*innen als Gesprächspartner oder Referentinnen an nationale oder internationale Festivals eingeladen werden. Eine andere Möglichkeit wäre auch eine Tour innerhalb der Schweiz. Und natürlich wünschen wir uns eine Preisverleihung mit Ausstrahlung. Dafür böten sich Festivals geradezu an (zB. La Bâtie, Auawirleben, o.a.). Das Schweizer Theatertreffen konnte diese Ausstrahlung bisher nicht erreichen. Das dürfte unter anderem auch mit dem jährlich wechselnden Ort zu tun haben. Dieses «Wandern» ist zwar nachvollziehbar (Einbindung aller Sprachregionen), funktioniert aus unserer Sicht aber nicht. Es ist unmöglich, in nur einem Jahr und für nur eine Durchführung ein gutes, regional verankertes Festival aufzubauen. Besser schiene uns das Schweizer Theatertreffen:

- für jeweils vier Jahre an einen Ort bzw. eine Sprachregion zu vergeben;
- mit echter Einbindung der freien Theaterszene (auch in der Auswahlkommission);
- für die Sichtbarkeit des Schweizer Theaterschaffens;
- und in Zusammenarbeit mit regionalen, lokalen Akteuren.

2.1.5 Organisation professioneller Kulturschaffender

Wir begrüssen sehr, dass die Organisationen professioneller Kulturschaffender weiterhin vom Bund unterstützt werden. Ohne diese Unterstützung wäre t. nur beschränkt handlungsfähig. Wir sind einerseits Lobbyisten und Dienstleisterinnen für unsere Mitglieder, die als Freischaffende dringendst darauf angewiesen sind. Andererseits sind wir Dialogpartner für Behörden und Institutionen.

Durch den Einsatz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die regelmässigen Beratungen von Theaterschaffenden sind wir über die aktuellen Tendenzen, Probleme und Bedürfnisse der Theaterszene bestens informiert.

Generell möchten wir vorschlagen, die Zusammenarbeit mit den Verbänden bereits zu Beginn von neuen Überlegungen und Strategien anzustreben, und nicht erst gegen Ende eines Prozesses. Wir haben oft das Gefühl, man werde einfach vor vollendete Tatsachen gestellt.

Wir vermissen das Vertrauen in unsere Arbeit und in unser Wissen, gerade wenn es um die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte geht. Wir wünschen uns einen kontinuierlichen Dialog mit klar bezeichneten Stellen/Personen. t. ist seinerseits gerne bereit, sein Knowhow und seine Kontakte im Dialog mit dem Bund einzusetzen. Wir bieten uns ausdrücklich an, im Rahmen einer Arbeitsgruppe Gefässe/Regeln für diesen verbesserten Dialog mitzuentwickeln. Ihre Ansprechpartnerinnen seitens t.: Claudia Galli (Geschäftsführerin) sowie die Präsidentin Sandra Künzi (Spoken-Word-Autorin, Performerin, Juristin, Mitglied der Eidg. Schiedskommission für Urheber- und verwandte Schutzrechte).

2.3.3 Darstellende Künste

Sichtbarkeit des freien Theaterschaffens: Aus Sicht von t. fehlen in der Kulturbotschaft Massnahmen zur Sichtbarmachung des freien Schweizer Theaterschaffens. Es gibt keine Plattform, die zeigt, welche Theatergruppen und Theaterschaffende es in der Schweiz gibt und welche Theaterproduktionen aktuell gespielt werden. Pro Helvetia setzt sich u.a. das Ziel, freie Theaterproduktion national und international zu exportieren. Das begrüssen wir sehr. Als Vorstufe müsste aber eine bessere Sichtbarkeit des freien Theaterschaffens auf nationaler Ebene erreicht werden. Wir können uns verschiedene Formate oder Plattformen vorstellen, die wir gerne mit Pro Helvetia diskutieren und entwickeln möchten. In diesem Zusammenhang begrüssen wir konkrete Vorschläge aus der Szene wie etwa die von t.Zürich vorgeschlagene «Bundesbühne» oder auch die aus Theaterkreisen stammende Idee eines «Maison du Futur» als Kompetenzzentrum für digitales Storytelling. Was ist die freie Theaterszene? Was leistet diese, wer arbeitet wie, was bringt es der Gesellschaft? Wer und welche Formen sind gemeint? Gerade weil die Förderung der darstellenden Künste primär auf kommunaler und kantonaler Ebene geschieht, ist eine gesamtschweizerische Übersicht und Sichtbarmachung von Nöten. Dies sollte mit Initiative und Mitteln des Bundes geschehen. Nur so können wir die angestrebte Sichtbarkeit des freien Theaterschaffens im In- und Ausland erreichen.

Oeffentliche Debatten über Kunst und Kultur sind nötig. Aus unserer Sicht sind Kulturberichterstattung und Kulturkritik «öffentliche Plattformen» und damit Teil einer modernen Kulturpolitik. In der Kulturbotschaft fehlt die vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Thematik. Die nächste Förderperiode wäre ideal, um neue Modelle im Sinn von Pilotprojekten zu unterstützen. Wir denken dabei beispielsweise an die Bemühungen von ch-intercultur (ehem. Schweizerische Feuilletondienst SFD).

Wir begrüssen es sehr, dass künftig auch Werkbeiträge in Form von Recherchebeiträgen erfolgen sollen. Dies ermöglicht den Schweizer Theaterschaffenden gerade auch international konkurrenzfähigere Produktionen zu erarbeiten.

Grundsätzlich begrüssen wir den Fokus auf Vermittlung und Promotion von Theaterproduktionen über die Sprachgrenzen hinweg. Für uns stellen sich viele Fragen im Bereich «Publikumsarbeit» und «Publikumsanbindung». Viel wichtiger als «Untertitelung» erscheint uns die Entwicklung von Instrumenten zur Suche geeigneter Spielstätten, zum Aufbau eines nachhaltigen Netzwerkes und zur Gewinnung eines Publikums für Produktionen aus anderen Sprachregionen.

4. Weitere Gesetzesanpassungen

Archive 2.4.2.3: SAPA (Schweizer Archiv der Darstellenden Künste) ist für die Schweizer Theaterschaffenden von grosser Bedeutung und garantiert nicht nur das Gedächtnis der

darstellenden Künste der Schweiz, sondern ist auch für Forschung und Wissenschaft zentral. Bisher umfasst das Archiv über 60'000 professionelle Theaterproduktionen. Wir sprechen uns daher deutlich gegen eine mögliche Kürzung der Beiträge an SAPA aus. Mit Blick auf den Akzent «Digitalisierung» (Ziff. 1.4.2.) müsste der Beitrag an SAPA deutlich erhöht statt gesenkt werden, damit das Archiv seine Bestände endlich digitalisieren kann.

5. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir begrüssen die geplante Aufstockung der Mittel für Kultur. Die Kulturbotschaft sieht jedoch einige Ausweitungen vor. Diese neuen Aufgaben dürfen nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden (Archive, Förderung neuer Theaterformen, Diffusion).

Bundesbeitrag an Bern: Wir fordern den Bund auf, die Kulturabteilung an die Stadt Bern beizubehalten. Wir finden es befremdend, dass die Streichung dieses Beitrages ohne den Einbezug betroffener Stellen geplant wurde. Der Bund soll die einzige Abteilung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten. Dies ist auch im Interesse der Kulturschaffenden.

Die Stadt Bern ist seit 1848 die Bundesstadt der Schweiz, sie versteht sich als Politikzentrum der Schweiz und als Bühne für die politische Auseinandersetzung und den Dialog. Damit nimmt die Stadt Bern auch eine wichtige Funktion für den nationalen Zusammenhalt ein. Bern als Bundesstadt wird von den diplomatischen Vertretungen und der Bundesverwaltung geprägt. Bundesverwaltung und ausländische Vertretungen sind steuerbefreit, dies gilt auch für die Liegenschaftssteuern. Der Bundesbeitrag an die speziellen kulturellen Aufwendungen ist die einzige Abteilung für die Stellung als Bundesstadt und Standort internationaler Organisationen sowie diplomatischer Vertretungen, die der Stadt Bern zukommt. 2019 beträgt der Beitrag des Bundes an die Stadt Bern als Bundesstadt Fr. 1 016 100.00. Als Vergleich: Der Bund unterstützt das internationale Genf ab 2020 mit einem jährlichen Beitrag von durchschnittlich 25,95 Millionen.

Trotz dem in der Kulturbotschaft geplanten Ausgabenwachstum von durchschnittlich 8,85 Millionen Franken pro Jahr wird die im internationalen Vergleich sehr bescheidene Kulturabteilung an die Bundesstadt Bern gänzlich gestrichen. Der Bundesrat geht noch weiter: Er will nicht nur die Abteilung streichen, sondern plant sogar die Streichung von Artikel 18 des Kulturförderungsgesetzes (KFG), der einzigen Gesetzesgrundlage, die eine Abteilung vorsieht.

Die Leistungsvereinbarungen über die Verwendung des Bundesbeitrags für besondere kulturelle Aufwendungen wurde jeweils mit dem Bundesamt für Kultur ausgehandelt. Auf ausdrücklichen Wunsch des BAK wurden auch für die aktuelle Leistungsvereinbarung 2016–2020 Änderungen vorgenommen. Die Leistungsvereinbarung kann durchaus diskutiert werden, sollte sich jedoch an den besonderen kulturellen Ansprüchen an eine Bundesstadt orientieren.

Die Stadt Bern bietet der Politik, der Verwaltung und der internationalen Community vielfältige Unterstützung und Plattformen, damit das politische Leben reibungslos von statten gehen kann. Dazu gehören Netzwerkaktivitäten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung sowie Empfänge für die diplomatische Gemeinschaft. Zum politischen und gesellschaftlichen Leben gehören natürlich auch kulturelle Angebote und kulturelle Auseinandersetzung. Das Kulturangebot der Stadt Bern soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann.



THEATERSCHAFFENDE SCHWEIZ
PROFESSIONNELS DU SPECTACLE SUISSE
PROFESSIONISTI DELLO SPETTACOLO SVIZZERA

Vorsitz tpunkt.zürich

Regionalgruppe Zürich des Verbands Theaterschaffende Schweiz

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz

zuerich@tpunkt.ch / tpunkt.ch/zuerich

Bundesamt für Kultur

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 18. September 2019

INPUT Vorsitz t.zuerich

zum Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021- 2024

Ergänzung zu der Stellungnahme von t.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir möchten die Stellungnahme vom 15. September von t. (Theaterschaffende Schweiz) ergänzen mit ein paar Präzisierungen. t. unterstützt die Konzeptionen “Maison du futur” und “BundesBühne”, die von unserer lokalen t. Zürich Regionalgruppe aus in die Vernehmlassung eingeflossen sind (siehe Seite 7 der Stellungnahme) Wir präzisieren hier diese Ideen und den Kontext, aus dem sie entstanden sind. Die folgenden Inputs sind aktualisierte Versionen der Inputs, die Ende Juni auch an unseren Zentralverband gegangen sind und die im August auch an einer Sitzung mit allen lokalen Vorsitze von t. in Olten besprochen wurde.

1. Mehr Aufmerksamkeit durch gesamtschweizerische Visionen

Wir finden es ist an der Zeit, für das gesamtschweizerische Theaterschaffen grössere Visionen in Angriff zu nehmen.



Das Theaterschaffen in der Schweiz befindet sich in der herausfordernden Situation, in einem vielsprachigen Land stattzufinden. Wir sehen darin ein Potential, das für das sprachbasierte und andere Formen des Theaters noch viel zu wenig zu genutzt wird.



THEATERSCHAFFENDE SCHWEIZ
PROFESSIONNELS DU SPECTACLE SUISSE
PROFESSIONISTI DELLO SPETTACOLO SVIZZERA

Vorsitz tpunkt.zürich

Regionalgruppe Zürich des Verbands Theaterschaffende Schweiz

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz

zuerich@tpunkt.ch / tpunkt.ch/zuerich

- Wir begrüßen die Massnahmen des Bundes, zwecks Verbreitung in den anderen Sprachregionen Übersetzungen und Übertitelungen von Theaterprojekten vermehrt zu unterstützen. Wir halten es jedoch auch für notwendig, den kulturellen und intellektuellen Wert der Vielsprachigkeit des Schweizer Theaters wesentlich stärker zu fördern. Wir glauben, dass die Mehrsprachigkeit die Sprachregionen immer noch zu stark trennt und eine gegenseitige Beachtung bzw. Zusammenarbeit verhindert. Für die Schaffung einer Kultur des wechselseitigen Interesses und Austauschs, der gemeinsamen Produktion und Forschung im gesamtschweizerischen Theaterschaffen braucht es mächtigere Massnahmen.
- Wir sehen das Schweizer Theatertreffen als ein wertvolles Instrument, um «Einblick in das gesamtschweizerische Theaterschaffen zu bieten». Das heutige Format ist aber eine exklusive und auf wenige Produktionen und Tage im Jahr beschränkte Veranstaltung, die keine Nachhaltigkeit entwickelt und auch den Regionen wenig bringt. *Eine nachhaltig starke Entwicklung sowie die Förderung der nationalen und internationalen Wahrnehmung des schweizerischen Theaterschaffens erfordern die Schaffung einer einschneidenden Massnahme (siehe BundesBühne)*
- Zudem ist - wie man aus der Kulturbotschaft herauslesen kann - die Digitalisierung ein grosses Thema bei den kommenden Förder-Schwerpunkten des Bundes. Wir finden, dass sich das Theater offensiver in dieses Feld bewegen muss, denn gerade die konkrete praktische Nutzung digitaler Techniken (ob es nun Motion Capturing ist, VR, oder Hologramme) erfordern gerade die Mitarbeit der Theaterschaffenden. Schweizer Pioniere wie Gilles Jobin oder Bernhard Mikeska (u.a) weisen da den Weg. Ebenso stellen sich SAPA (Schweizer Archiv der darstellenden Künste) ähnliche Probleme, wie sie die Filmszene beschäftigt (BIG DATA, Digitalisierung von Bändern, Erstellung von Meta-Daten-Systeme etc). Junge, innovative und in der Schweiz situierte Startups wie "SPECTYOU" (www.spectyou.com) suchen Lösungen für ähnliche technische Probleme wie die nationalen Archive und/oder geplanten nationalen Streaming-Plattformen. Diese Probleme und Fragestellung der Digitalisierung erfordern also eine **Vernetzung des Wissens**, eine Konsolidierung der Interessen von Praxis, Wirtschaft und Forschung. Gleichzeitig ist ein grosses Problem, dass wir von Förderprogrammen



THEATERSCHAFFENDE SCHWEIZ
PROFESSIONNELS DU SPECTACLE SUISSE
PROFESSIONISTI DELLO SPETTACOLO SVIZZERA

Vorsitz tpunkt.zürich

Regionalgruppe Zürich des Verbands Theaterschaffende Schweiz

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz

zuerich@tpunkt.ch / tpunkt.ch/zuerich

wie “Kreatives Europa” (siehe auch Stellungnahme von SUISSECULTURE von 18. September, *1.4.3.2 Multilaterale Ebene*) ausgeschlossen sind und das wohl auf längere Zeit. Wichtig an einem “Maison du futur” ist übrigens *immer* die Anbindung der Forschung an die Aufführungspraxis, weshalb bei zu jedem anzudenkenden “Maison du futur” IMMER auch das Prototyping neuer Aufführungsformen gehören wird und die Zusammenarbeit von Forschungsstätten mit “Häusern der Performanz” wie Theatern, Kinos, etc. Erst diese Verbindung von Forschung und Praxis macht dann das “Maison du futur” aus. Wir freuen uns, dass die HKB die Dringlichkeit der Situation erkannt hat uns unsere Idee eines “Maison du futur” mit einem Letter of Intent stützt und dass die grossen Verbände CineSuisse und t. die Idee aufgenommen haben (siehe CineSuisse Punkt 7 “Innovation”) und Stellungnahme von t. (Seite 7)

Die grundsätzlichen Ideen führten nun zu den folgenden Konzeptionen

A) “MAISON DU FUTUR” - Prototypingphase 2021-2024

In der Filmszene besteht - wie sich in der Vorbereitung zur Vernehmlassung zeigte - seit langem die Forderung an den Bund nach einem “Centre national de l’audiovisuel”. In einem Gespräch von t. Zürich und SWISS FICTION MOVEMENT mit der SGDA (Swiss Game Developer Association) wurde klar, dass sich die Gamedesignerinnen wiederum ein nationales Zentrum für Game-Entwicklung vorstellen könnten. So entwickelten wir das Konzept eines “Maison de la convergence”, das einen erweiterten Storytelling-Begriff pflegt. Der Begriff “Konvergenz” wurde dann verworfen, auch wegen seiner komplexen Geschichte im Zusammenhang mit der SRG. “Maison du futur” erschien uns dann als bindende Vision und diese Idee setzte sich dann im folgenden über SWISS FICTION MOVEMENT auch bei den Filmverbänden (siehe Stellungnahme CineSuisse) und bei dem Theaterverband t. durch. Folgende Kurzdefinition entstand aus vielen Konzeptionsgesprächen, u.a haben wir die Idee auch im Frühjahr 2018 mit Emilia Pasquier beim EDI besprochen (damals noch unter dem Namen “Maison de la convergence”). Wir gehen langfristig von mehreren “Maisons du futur” aus, die aber



THEATERSCHAFFENDE SCHWEIZ
PROFESSIONNELS DU SPECTACLE SUISSE
PROFESSIONISTI DELLO SPETTACOLO SVIZZERA

Vorsitz tpunkt.zürich

Regionalgruppe Zürich des Verbands Theaterschaffende Schweiz

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz

zuerich@tpunkt.ch / tpunkt.ch/zuerich

2021-2024 in Bern in einer Prototyping-Phase in einem “Maison du futur” in Bern lanciert werden

Kurzdefinition “Maison du futur” -

“Maison du futur” - Das “Maisons du futur” ist ein nationales Innovationszentrum für die Künste, in dem alle Formen des audiovisuellen und performativen Erzählens (Film, Game, Theater, Musiktheater, Film, Tanz,, Literatur) in Kombination mit neuen Mitteln wie Artificial Intelligence (AI), Extended Reality (XR, inkl. Virtual und Augmented Reality) oder Big Data entwickelt und vorgestellt werden.. Auch die Archivierung, Restauration und Sichtbarmachung des erzählerischen Erbes werden in dem “Maison du futur” erforscht. Die Vermittlung, der niederschwellige Zugang und eine kulturelle Teilhabe breiter Teile der Gesellschaft sind von Beginn an essentiell. Dazu stellt das “Maison du futur” für Showings und Tests die Infrastruktur zur Verfügung. Die Entwicklung und Vermittlung der digitalen Technologien kann so permanent praktisch vorgeführt und getestet werden und steht immer in Verbindung mit der konkreten Produktions- und Rezeptionspraxis innerhalb der Branchen. Die Erforschung aller Erzählformen der Zukunft wird gebündelt, woraus nationale Kompetenzzentren entstehen, von dem sowohl alle Kultur-Branchen als auch Wirtschaftssektoren profitieren und sich so international abheben können und konkurrenzfähig bleiben.”

Das Konzept “Maison du futur” war im Juli 2019 auch Schwerpunkt eines Moduls bei EMAA an der Universität Zürich und wurde dort von internationalen Expertinnen besprochen und weiterentwickelt. Die Resultate dieses Think-Tanks liegen t. Zürich vor und können jederzeit vorgestellt werden. Mit der Unterstützung der Verbände ist es nun möglich, einen konkreten Zeitplan und ein Budget der ersten vier Jahre zu entwickeln - und ab Dezember 2019 dem Bundesrat vorzustellen.



THEATERSCHAFFENDE SCHWEIZ
PROFESSIONNELS DU SPECTACLE SUISSE
PROFESSIONISTI DELLO SPETTACOLO SVIZZERA

Vorsitz tpunkt.zürich

Regionalgruppe Zürich des Verbands Theaterschaffende Schweiz

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz

zuerich@tpunkt.ch / tpunkt.ch/zuerich

B) BundesBühne | Théâtre Fédérale | Teatro federale
Zentrum für das gesamtschweizerische Theaterschaffen
(Prototypingphase 2021-2024)



Definition:

*Die BundesBühne soll ab 2025 ein Ort sein, der das ganze Jahr über Produktionen aus allen Teilen der Schweiz präsentiert. Auf dem Programm stehen Produktionen aus den Stadttheatern wie aus der Freien Szene. Das Haus wird alle vier Jahre von einem neuen Leitungsteam kuratiert. Das Team setzt sich zusammen aus Künstler*innen aus allen vier Landesteilen. Die BundesBühne bietet neben dem nationalen Spielplan auch die Möglichkeit Produktionsstätte zu sein für nationale Produktionen. Ausserdem betreibt sie aktiv Forschung in Fragen der Produktion, Präsentation und Verbreitung von vielsprachigen Produktionen. Damit schliesst sie eine Lücke, die für die internationale Zusammenarbeit im Bereich Darstellende Kunst von grosser Bedeutung ist.*

Die BundesBühne könnte - in den Jahren 2021-2024 - zuerst “nur” als ein erweiterter Innovationshub des “Schweizerischen Theatertreffens” existieren. Das Schweizerische Theatertreffen würde so eine Aufwertung erfahren, echtes *Publikumsfestival* in der Hauptstadt werden. Finanziert könnte man die BundesBühne in dieser Prototypingphase aus Anteilen aus der Bundesmillion, der aktuell die Kürzung droht - und aus den gleichen Mitteln, die bisher in das Schweizerische Theatertreffen investiert wurden. Die Vorteile einer dauerhaften Präsenz des Theatertreffens in der Hauptstadt wäre auch, dass sich die Gastrobetriebe und der Tourismussektor in Bern dauerhaft einrichten können auf dieses stark leuchtende Festival in der Hauptstadt. Eine langfristige Konzeption der BundesBühne ab 2025 könnte ergebnisoffen auch Forschungs- und Planungsgegenstand des “Maison du futur” (siehe oben) sein. Denn die Planung einer solchen BundesBühne ist zwingend auch aus der Sicht des



THEATERSCHAFFENDE SCHWEIZ
PROFESSIONNELS DU SPECTACLE SUISSE
PROFESSIONISTI DELLO SPETTACOLO SVIZZERA

Vorsitz tpunkt.zürich

Regionalgruppe Zürich des Verbands Theaterschaffende Schweiz

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz

zuerich@tpunkt.ch / tpunkt.ch/zuerich

“Storytellings” und der Marktanalyse vorzunehmen und das sorgfältig und detailliert auf Basis eines zeitgenössischen Kulturmanagements

2. Eine stärkere Stimme für die darstellenden Künste

Es gilt Massnahmen festzulegen für eine stärkere Gewichtung der Theaterschaffenden auf Bundesebene. Dies kann durch Kooperationen mit anderen Kulturverbänden und Partner*innen geschehen. Die Frage ist auch, ob es nicht auf lange Sicht für die Stärkung unserer Position auf Bundesebene einen «Dachverband Darstellende Künste» braucht (ähnlich wie cinésuisse.ch für den Film).

Wir wünschen uns sehr mit diesen Inputs die Vorschläge unseres Dachverbands zu stärken und verbleiben mit freundlichen Grüssen

t. Zürich, 18. September 2019

t. Zürich

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz



THEATERSCHAFFENDE SCHWEIZ
PROFESSIONNELS DU SPECTACLE SUISSE
PROFESSIONISTI DELLO SPETTACOLO SVIZZERA

Vorsitz tpunkt.zürich

Regionalgruppe Zürich des Verbands Theaterschaffende Schweiz

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz

zuerich@tpunkt.ch / tpunkt.ch/zuerich

HKB

Hochschule der Künste Bern
Haute école des arts de Berne
Bern University of the Arts

HKB | Fellerstrasse 11 | 3027 Berne

Samuel Schwarz
Swiss Fiction Movement
c/o M. Bischofberger
Heinrichstrasse 125
8005 Zurich

Berner Fachhochschule
Hochschule der Künste Bern HKB
Hochschule der Künste Bern

Thomas Beck
Direktor

Fellerstrasse 11
3027 Berne

Telefon 031 848 38 38

thomas.beck@hkb.bfh.ch
www.hkb.bfh.ch

9. Juli 2019

to whom it may concern

Wir haben mit Samuel Schwarz vom *Swiss Fiction Movie* die Konzeption eines «Maison du futur» besprochen, die Idee eines zukünftigen Konvergenzzentrums für die audiovisuellen Künste. Das Ziel, ein solches Konvergenzzentrum in der Hauptstadtregion zu etablieren, halten wir als multidisziplinäre Kunsthochschule für verfolgenswert.

Die in der vorliegenden Kulturbotschaft erwähnte verstärkte systematische Förderung von Design und interaktiven digitalen Medien (siehe 4.2.1 der Botschaft) könnte Grundlage für die Inbetriebnahme eines Prototyps eines *Maison du futur* bereits in den Jahren 2021-2024 sein. Wichtig erscheint uns, dass ein solches Maison einem erweiterten Filmbegriff verpflichtet ist. So wird insbesondere auch die Literatur als Keimzelle vieler Narrative verstanden – ist also Teil eines konvergenten Filmbegriffs. Das *digitale Storytelling* könnte in diesem Zusammenhang zu einer Kernkompetenz des *Maison du futur* in der Hauptstadtregion werden – und könnte sowohl der Literaturszene als auch der Wirtschaft wichtige Impulse geben.

Insbesondere die Vernetzung mit Institutionen, die sich auf andere Kern-Gebiete der Digitalisierung konzentrieren, wäre sinnvoll. Die Nutzung bestehender Netzwerke halten wir in der Phase 2021-24 für essentiell und könnte für die Kulturbotschaft 2025 und für eine Ausdifferenzierung einer *Maison du futur*-Konzeption wichtige Erkenntnisse liefern.

Unter den oben genannten Bedingungen unterstützt die HKB das Projekt eines derartigen *Maison du futur*, in anderen Kontexten auch «Centre national de l'audiovision» genannt. Gerne bringen wir uns mit diesem *Letter of Intent* in das entsprechende Vernehmlassungsverfahren ein.

Freundliche Grüsse

Hochschule der Künste Bern HKB

Prof. Dr. Thomas Beck
Direktor HKB



Berner Fachhochschule
Haute école spécialisée bernoise
Bern University of Applied Sciences



THEATERSCHAFFENDE SCHWEIZ
PROFESSIONNELS DU SPECTACLE SUISSE
PROFESSIONISTI DELLO SPETTACOLO SVIZZERA

Vorsitz tpunkt.zürich

Regionalgruppe Zürich des Verbands Theaterschaffende Schweiz

Susanne Abelein | Noemi Egloff | Florian Herzog | Matthias Nüesch | Matthias Schoch | Samuel Schwarz

zuerich@tpunkt.ch / tpunkt.ch/zuerich

GRUPPE AUTOREN REGISSEURE PRODUZENTEN
GROUPE AUTEURS RÉALISATEURS PRODUCTEURS

G A R P

ARF/FDS

Association suisse des scénaristes et réalisateurs de films (ARF)
Verband Filmregie und Drehbuch Schweiz (FDS)
Associazione svizzera regia e sceneggiatura film (ARF)

SFP Swiss Film
Producers'
Association

fd·s filmdistribution schweiz
filmdistribution suisse
filmistribuzione svizzera



Bundesamt für Kultur
StabsstelleDirektion@bak.admin.ch

Bern, 20. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme der Branchenvereinbarung Produktion/Distribution

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet.

Die Branchenvereinbarung Produktion/Distribution vereint die Verbände IG, GARP, SFP, ARF/FDS sowie fds im Bestreben, die Vielfalt und die Qualität des Filmangebotes sowie das Filmschaffen in der Schweiz zu fördern und die Filmkultur zu stärken. Folgende Anliegen innerhalb der Kulturbotschaft 2021-24 sind aus Sicht der Branchenvereinbarung Produktion/Distribution im Hinblick auf diese Zielsetzung von zentraler Bedeutung:

1. Abgabe und Territorialitätsprinzip für Online-Anbieterinnen

Die Branchenvereinbarung Produktion/Distribution begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Die bis anhin geltende Ungleichbehandlung von Fernsehveranstalterinnen, die bereits nach geltendem Recht eine entsprechende Abgabe leisten müssen, und genannten Online-Anbieterinnen ist nicht haltbar. Die Digitalisierung und die damit verbundene rasante Veränderung des Medienkonsumverhaltens hat die Filmlandschaft, den Markt, aber insbesondere auch die Produktion und Auswertung der Filme massiv verändert. Nachdem sich das geplante Gesetz über die elektronischen Medien verzögern wird, muss der Online-Bereich im Filmgesetz geregelt werden, denn das Filmgesetz ist heute nicht mehr alleine für die Belange des Kinofilms zuständig, sondern bewegt sich zunehmend in

Richtung eines Gesetzes über den Film unabhängig von der eigentlichen Auswertung. So muss neben dem traditionellen linearen Fernsehen auch ein Umgang mit den neuen Online-Angeboten gefunden werden. Die Branchenvereinbarung Produktion/Distribution begrüsst daher, dass Online-Anbieterinnen dieselben Pflichten haben sollten wie die Anbieterinnen von linearen Fernsehprogrammen. Sie müssen – neben der Entrichtung von film- und urheberrechtlichen Abgaben – einen Anteil ihres Umsatzes insbesondere für die Förderung der neuen Auswertungsformen für Schweizer Filme zur Verfügung stellen.

Im Weiteren kann die Branchenvereinbarung Produktion/Distribution die neu nach Auswertungskanal getrennte Strukturierung des Filmgesetzes mittragen, wenn die bisherigen Regeln entsprechend übernommen werden ins neue Kapitel 3a für die Online-Auswertung, was im vorgelegten Entwurf offenbar vergessen ging. Insbesondere sind die Regeln zur Angebotsvielfalt und zur Territorialität (u. a. Art. 19 FiG) entsprechend auch im Kapitel 3a aufzunehmen und dahingehend zu präzisieren, dass auch der Online-Einverleiher (analog dem Kinoverleiher) für das ganze Gebiet der Schweiz sämtliche Digitalrechte (wie z. B. und nicht abschliessend: TVOD, EST, SVOD, ER) exklusiv für alle in der Schweiz zur Online-Verwertung gelangenden Sprachversionen besitzt. Gleichzeitig ist die Gelegenheit zu nutzen, um endlich griffige Sanktionen vorzusehen bei Zuwiderhandlungen sowohl im Kino- als auch im Online-Auswertungsbereich (Ergänzung von Art. 29 FiG). Begrüssenswert wäre sodann, dass auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern, und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe Instanz – das BAK – überprüft werden.

2. Schweizer Film: VoD beim BAK: Kein Gratiszugang

Die Branchenvereinbarung Produktion/Distribution begrüsst die Idee des BAK, für die Bevölkerung einen niederschweligen Online-Zugang zum Schweizer Filmerbe zu schaffen. Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte muss angemessen entschädigt werden. Das Parlament hat erst gerade in der Sommersession einen Versuch, im Bereich der wissenschaftlichen Publikationen im Rahmen der URG-Revision die Rechteinhaber zu enteignen, sehr deutlich verworfen. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für den Konsumenten, die mehrfach geäussert wurden, werden von der Branchenvereinbarung Produktion/Distribution entschieden bekämpft. Die Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet das Werk und fördert eine Haltung, die eine Gratisnutzung von Filmen im Internet reklamiert. Wie beim Buch ist gegen eine für den Konsumenten unentgeltliche Nutzung des Werks an wenigen, dedizierten Orten (wie z. B. in der Cinémathèque) nichts einzuwenden. Die Erstellung der Plattform muss kostenneutral erfolgen, d. h. es dürfen keine Mittel aus den Filmförderungskrediten verwendet werden. In diesem Sinne und zugunsten der Konsumentinnen wäre eine Zusammenführung der drei geplanten Plattformen/Editionen (BAK, SRG, Migros/Solothurn) nach wie vor wünschenswert.

3. Quote für Europäische Filme

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien wird die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme, davon ein angemessener Anteil Schweizer Filme, im Angebot sämtlicher Filmanbieterinnen gefordert. Somit soll hinsichtlich einem zukünftigen Wiederbeitritt ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden.

4. Standortvorteil Mehrsprachigkeit nutzen und ausbauen

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

Analog gilt dieser Hinweis auch für die Autodeskription für Schweizer Filme, wofür ein neuer Fördertatbestand im Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) zu schaffen ist, beispielsweise über Art. 74.

Im Namen der Branchenvereinbarung Produktion/Distribution danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und Anregungen.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag der **Branchenvereinbarung Produktion/Distribution**



Thomas Tribolet, Sekretär SFP und Rechtskonsulent GARP

SFP – Swiss Film Producers' Association
Zinggstrasse 16
3007 Bern
(info@swissfilmproducers.ch)
++41 31 370 10 60

Beilage: Fragenkatalog



SCHWEIZERISCHER VIDEO-VERBAND
ASSOCIATION SUISSE DU VIDÉOGRAMME
SWISS VIDEOGRAM ASSOCIATION

Per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Pratteln, 19. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Schweizerische Video-Verband (SVV) wurde 1981 gegründet und vertritt die Interessen der massgeblichen schweizerischen DVD/Video-Programmanbieter. Zu den Mitgliedsfirmen gehören die Tochterunternehmen der US-Studios, sowie unabhängige Anbieter.

Der SVV:

- unterstützt die Weiterführung der Kulturpolitik entlang der Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“, «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und „Kreation und Innovation“ und unterbreitet im Bereich Film Vorschläge zu deren Umsetzung;
- befürwortet eine Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer im Bereich der Filmauswertung;
- erachtet es als wichtig, für den Bereich Film die Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 zu erhöhen.

Unsere Stellungnahme gliedert sich wie folgt:

- A Allgemeine Bemerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Film in der Schweiz
- B Anliegen und Forderungen vom SVV
- C Stellungnahme zu den expliziten Fragen des Fragenkatalogs

A. Allgemeine Bemerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Film in der Schweiz

„Filme werden in den nächsten Jahren noch stärker als bisher über Online-Plattformen bezogen und auf mobilen Geräten konsumiert“ (Botschaft, Ziff. 2.3.6.1). Die Feststellung ist richtig. Es wird aber nur ungenügend aufgezeigt, welche dramatischen Änderungen die Veränderung der Sehgewohnheiten des (Film-) Publikums auf den Markt hat: Bisher wichtige Akteure verschwinden (Tonbildträgerindustrie), zentrale Pfeiler der schweizerischen Filmpolitik verlieren an Bedeutung (lineares Fernsehen, Kino) während neue Akteure eine starke oder dominante Position einnehmen. Wenn in Ziff. 1.2 der Botschaft ausgeführt wird, die Kulturpolitik des Bundes beruhe im Wesentlichen auf dem Zusammenspiel der vier Institutionen BAK, Schweizerische Nationalbibliothek, Pro Helvetia und Schweizerisches Nationalmuseum, mag das aus Sicht der Verwaltungsorganisation des BAK stimmen. Faktisch aber haben Politikbereiche, die in die Zuständigkeit des BAKOM (lineares Fernsehen, elektronische Medien) oder des IGE (Urheberrecht) fallen, einen grösseren Einfluss auf die Kulturpolitik als die vom BAK verwalteten Förder- und Regulierungsmassnahmen.

Der SVV fordert vom Bund eine kohärente Kulturpolitik über alle relevanten Politikbereiche, insbesondere im Bereich Film. So beschädigt beispielsweise der Grundsatz der internationalen Erschöpfung oder der Verzicht auf das Erfordernis der legalen Quelle im Urheberrecht die Entwicklung der schweizerischen Kulturindustrie. Als besonders störend erachtet der SVV die vom Institut für Geistiges Eigentum explizit befürwortete Straffreiheit beim Download aus illegaler Quelle. Der Radio- und Fernsehgebühr und den Investitionsverpflichtungen im Bereich der elektronischen Medien kommt wegen der Vielsprachigkeit der Schweiz eine eminente Bedeutung zu. Politikbereiche übergreifende Programme der EU, wie „Digital Single Market“ oder „Creative Europe“, haben grosse Auswirkungen für die Kulturpolitik der Schweiz. So dürfte ein Verbot des Geoblocking für audiovisuelle Inhalte in der EU (wie in der EU aktuell geprüft) für die Schweiz faktisch zur Folge haben, dass die Schweiz als lizenzrechtliches Territorium verschwindet.

Der SVV verlangt vom Bund und insbesondere vom BAK aus kulturpolitischen Gründen ein konsequentes Eintreten für ein lizenzrechtliches Territorium Schweiz und eine deutliche Stärkung des Engagements für die Zugänglichkeit kultureller Werke (insb. Filmen) in allen Landessprachen. An diesen Forderungen misst der SVV die vorgelegte Revision des Filmgesetzes.

B. Anliegen und Forderungen vom SVV

1. Der SVV stellt den Antrag während der Geltung der Kulturbotschaft 2021-2024 die rechtlichen Rahmenbedingungen für Filmproduktion und Filmauswertung departementsübergreifend zu prüfen und mit der Gesetzgebung im Ausland und den vorhersehbaren Entwicklungen im Ausland, namentlich in der EU, zu vergleichen und aufzuzeigen, welche Änderungen der schweizerischen Gesetzgebung den Schweizer Markt stärken könnten. Eine grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung wird vom SVV angeregt.
2. Die vorgeschlagene Ergänzung von Art. 10 FiG überzeugt nicht. In der Begründung zur Gesetzesänderung wird ausgeführt:

Die Institutionen sind meist als gemeinnützige Stiftungen oder auf Vereinsbasis organisiert, so dass allfällige Überschüsse als Reserven für die geförderten Zwecke zur Verfügung bleiben. Bei gewinnorientierten Unternehmen und Institutionen, die im Besitz von solchen Unternehmen sind, ist dies nicht garantiert. Sie sollen deshalb von der Subventionierung durch Betriebsbeiträge ausgeschlossen werden. Projektbezogene Subventionen bleiben auch für gewinnorientierte Unternehmen weiterhin möglich.

Auch in Leistungsvereinbarungen mit nicht gewinnorientierten Unternehmen muss sichergestellt werden, dass Bundesmittel effektiv und effizient eingesetzt werden, so ist beispielsweise zu prüfen, ob Organe der Institutionen nicht übermässige Vergütungen beziehen oder Dritten nicht Aufträge zu übersetzten Preisen vergeben werden. In der Kulturvermittlung ist der Bund auf die Zusammenarbeit mit Privaten angewiesen – auch mit Verleihern und Kinos. Diese können unabhängig von der Organisationsform (z.B. Einzelfirma) und der Gewinnstrebigkeit wertvolle und förderungswürdige Arbeit leisten.

Die vorgeschlagene Änderung ist ersatzlos fallen zu lassen. Die Zweckmässigkeit der Mittelverwendung ist in den Leistungsvereinbarungen abzusichern.

3. Die nach Auswertungskanälen getrennte Strukturierung des Filmgesetz' lehnen wir ab, wenn die bisherigen Regeln nicht expressis verbis ins neue Kapitel 3a für die online-Auswertung übernommen werden (insb. Art. 19 FiG).
4. Die Revision von Art. 24 Abs. 1 FiG betreffend Meldepflichten lehnt der SVV ab. Es besteht ein hohes öffentliches Interesse, dass die Auswertungsergebnisse von Filmen, die in der Produktion gefördert wurden, bekannt sind. Dazu gehören insbesondere auch die Resultate in der Auslandsauswertung. Die Produktionsunternehmen wären auch in der Lage, die Verkäufe von Tonbildträgern zu melden. In der politischen Argumentation für die Filmförderung sind Zahlen über Auswertungsergebnisse essentiell.
5. In das Registrierungsformular des BAK (Art. 23 und Art. 24g) ist eine Erklärung aufzunehmen, welche die mit der Registrierung verbundenen Verpflichtungen unter Hinweis auf die Strafandrohungen aufzählt und den Unterzeichnenden die Erklärung abnimmt, sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten zu wollen. Die Bestimmung von Art. 23 Abs. 3 FiG (Mitglieder der GL müssen in der Schweiz Wohnsitz haben) ist in Art. 24g zu überführen. In der Bundesverwaltung sind mehr Ressourcen bereit zu stellen, damit der Vollzug der Bestimmungen sichergestellt und insbesondere ohne Verzug die in den Art. 27 und 28 FiG genannten Strafverfahren in die Wege geleitet werden können, nicht nur gegen die Mitglieder der Geschäftsleitung, sondern gegen die Unternehmen selbst. Es ist wichtig, die Vollzugsaufgaben gleich von der Geltung der Revisionsbestimmungen

an zu priorisieren. Richtigerweise stellt die neue Bestimmung von Art. 15 Abs. 2 lit c Mittel für diesen Verwendungszweck frei.

6. Die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, sollte fortan im FiG geregelt werden. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe Instanz, das BAK, überprüft werden.
7. Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Der Standortvorteil der Mehrsprachigkeit ist zu nutzen und auszubauen.

Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

8. Die Filmpolitik des Bundes hat bis anhin zur Erreichung des Ziels „Angebotsvielfalt“ und der übergeordneten Ziele „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftliche Teilhabe“ einerseits von den Distributoren und Kinos einen eigenen Beitrag eingefordert (Art. 17ff FiG) und andererseits staatliche Beihilfen an Akteure gewährt, die durch besondere Massnahmen zur Zielerreichung beigetragen haben. Je weniger eigene Beiträge der Branche der Bund über Marktregulierungen einfordert, desto mehr direkte finanzielle Hilfen wird er zur Erreichung der kulturpolitischen Ziele einsetzen müssen.

Am Prinzip der Eigenleistungen der Kinoauswertungsbranche soll im Grundsatz offenbar auch nichts geändert werden; die Art. 20 -22 FiG (Evaluation der Angebotsvielfalt im Kinobereich; Nachbesserung, Abgabe, Befreiung von der Abgabe) werden unverändert im Gesetz belassen.

Der SVV unterstützt das Nebeneinander von Marktregulierung und staatlichen Beihilfen. Für die Zukunft wäre es aber wünschenswert, wenn das von Art. 17 FiG vorgesehene Instrument der Branchenvereinbarung vom BAK in der konkreten Umsetzung der kulturpolitischen Zielsetzungen stärker unterstützt würde, sowohl politisch als auch durch staatliche Beihilfen. So sollten die Angebote zur Bildung im Bereich Film für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden durch die Unterstützung von Initiativen aus der Branche für neue Formen von Unterrichts- und Freizeitangeboten, für nationale Jugendkinotage oder für Schweizer Filmproduktionen, die sich explizit an Kinder und Jugendliche richten und auch entsprechend für die Auswertung konzipiert werden.

Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss erhalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein.

C. Stellungnahme zu den expliziten Fragen des Fragenkatalogs

1. Die **Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020** erfolgte bezüglich des per 01.01.2016 in Kraft getretenen und revidierten Art. 19 FiG mit angezogener Handbremse. Das BAK trat Interventionen von ausländischen Akteuren zu wenig entschlossen entgegen und liess auch gegenüber inländischen Bedenkenträgern ein interessantes, kreatives Engagement für die vom Gesetzgeber (vgl. Kulturbotschaft 2016-2020, S. 602-603) intendierte

Zielsetzung vermissen. Das Filmgesetz ist seit seiner Schaffung 1962 nicht nur ein Instrument der Kulturförderung, sondern auch der Marktregulierung.

2. Die **Beibehaltung der drei Handlungsachsen** und deren Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“ ist richtig, muss aber im Bereich Film mit zusätzlichen und massiven Massnahmen zur Überwindung der Barrieren zwischen den Landessprachen verstärkt werden.
3. „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bedingen sich wechselseitig. Im Sinne der **Weiterentwicklung der Massnahmen** beantragen wir im Bereich Film alle vom Bund geförderten Produktionen zumindest in den drei hauptsächlich gesprochenen Landessprachen zugänglich zu machen. Die Förderungstatbestände des Sprachengesetzes sind auf die ganze sprachgebundene Kulturproduktion der Schweiz auszuweiten und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel massiv aufzustocken. Wenn die Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ effektiv im Bereich Film umgesetzt werden sollen, lohnt es sich, die in der Produktion unterstützten Filme mit einem zusätzlichen Aufwand von im Schnitt wohl rund CHF 50'000.00 in den Landessprachen zugänglich zu machen.

Bei der Handlungsachse „Kreation und Innovation“ ist für die Verbreitung, den Marktzugang und die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Filmen eine vom Filmkredit unabhängige Untertitelungs- und Synchronisationsförderung vorzusehen. Können Sprachfassungen für die Zielmärkte eines Schweizer Films zur Verfügung gestellt werden, senkt sich das Risiko eines ausländischen Filmverleihers erheblich, den Film in sein Angebot aufzunehmen.

4. Bei der **Revision des Filmgesetzes** nehmen wir zu den gestellten Fragen wie folgt Stellung:
 01. Wir befürworten die Erweiterung der Datenbank der vom Bund unterstützten Filme mit einer für die Bevölkerung kostenlos zugänglichen und nachgeführten Information über welche elektronischen Abruf- oder Abonnementsdienste das Werk abgerufen werden kann. Der Rechteinhaber entscheidet über die Vertriebswege und die Konditionen des Zugangs zum Werk. Der Gratiszugang zum Film für die Bevölkerung, ausserhalb der klar definierten Schranken des Urheberrechts für Wissenschaft und Bildung, devalorisiert das Werk und leistet einem in der Schweiz bedauerlicherweise weit verbreiteten Verständnis Vorschub, urheberrechtlich geschütztes Eigentum (content; software) müsse gratis zu haben sein, weil ja schon die hardware gekostet habe. Staatliche Beihilfen legitimieren den Bund nicht, in den Markt für Endverbraucher einzugreifen!
 02. Lineare und nicht lineare Angebote, freie und kostenpflichtige Angebote werden zunehmend von den gleichen Anbietern für den Markt bereitgestellt. Der Konsument entscheidet, ob und wieviel er bereit ist für die Angebote zu bezahlen. Es rechtfertigt sich daher klassische Fernsehveranstalter und elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste im Filmgesetz grundsätzlich gleichzustellen.
 03. Es ist richtig, sich die Option einer späteren Teilnahme am MEDIA-Programm der EU offenzuhalten und deshalb einzelne Bestimmungen zu übernehmen, vor allem wenn sie in der Schweiz schon erfüllt werden, wie beispielsweise die Quote bezüglich europäischer Filme für Online-Filmeanbieter. Auch wenn nicht Bestandteil der Vernehmlassungsvorlage, weist der SVV darauf hin, dass eine Quote in der Kinobewertung der Zielsetzung (Förderung der Verbreitung europäischer und schweizerischer Filme) schädlich wäre. Die Bereitstellung eines Vorführungstermins im Kino ist – ungleich mit einem Listenplatz eines Online-Filmeanbieters - mit hohen Kosten verbunden und die Sitzplatzauslastung entscheidet, ob der Betrieb rentabel ist. Wenn der Schweizer Film im Kino bessere Chancen haben soll, ist seine Visibilität bei der Bevölkerung mit einem Bündel an Massnahmen zu steigern, das direkt auf die Auswertung zielt.

Zu Bereichen, die mit den Fragestellungen nicht abgedeckt wurden, verweisen wir mit Nachdruck auf die oben unter B, 1-5 gemachten Ausführungen zur Revision des Filmgesetzes.


5. Bei den **weiteren Gesetzesanpassungen** beschränken wir uns darauf hinzuweisen, dass im Sprachengesetz (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen ist, der es ermöglicht, alle Schweizer Filme in mindestens drei Landessprachen zugänglich zu machen. Wie oben unter Ziff. 3 ausgeführt, könnten die Handlungsachsen

„Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ im Bereich Film effektiv umgesetzt werden, wenn in der Produktion unterstützte Filme mit einem zusätzlichen Aufwand von im Schnitt rund CHF 50'000.00 in den Landessprachen zugänglich gemacht werden. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes ein neuer Fördertatbestand zu schaffen. Die Massnahme würde auch dem Export der Filme ins gleichsprachige Ausland zugutekommen. Der Standortvorteil der Mehrsprachigkeit ist zu nutzen und auszubauen.

6. Die **Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024** sind insgesamt zu knapp bemessen. Die Handlungssachsen „Kulturelle Teilhabe“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sollten mit mehr Breitenwirkung umgesetzt. Dazu gehört die Bereitstellung eines in der Schweiz geschaffenen kulturellen Angebots, das für alle Sprachgruppen verständlich ist und breite Bevölkerungskreise dazu einlädt, sich über Kultur auszutauschen. Im Bereich Film ist dieser Ort das Kino.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Video-Verband



Franz Woodtli
Präsident



Patrick Schaumlechner
Vizepräsident

Swiss Film Producers' Association
Schweizerischer Verband der FilmproduzentInnen
Association Suisse des producteurs de films
Associazione svizzera dei produttori di film

Telefon ++ 41 (0)31 370 10 60
Telefax ++ 41 (0)31 370 10 61
E-Mail info@swissfilmproducers.ch
www.swissfilmproducers.ch

Per E-Mail an
StabsstelleDirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Bern, 20. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024; Stellungnahme SFP

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft eröffnet und dem SFP die Möglichkeit zu einer Stellungnahme eingeräumt, wofür wir uns bedanken.

Der SFP ist ein Verband von 38 Schweizer Filmproduktionsfirmen. Unsere Mitglieder produzieren Filme, die sowohl für die Kino-, die Fernseh- wie auch die Onlineauswertung vorgesehen sind. Dabei gehört es heute zu den zentralen Aufgaben einer Produktionsfirma, auch zu klären, welche Auswertungsform denn für den jeweiligen Film die Geeignetste ist. Deshalb begrüsst der SFP auch alle Bestrebungen, die eine Optimierung der verschiedenen Auswertungskanäle zum Ziel haben.

Der SFP arbeitet eng mit anderen Partnern der Filmbranche zusammen und unterstützt die Vernehmlassung von CinéSuisse vom 23.08.2019 zur Kulturbotschaft vollumfänglich. Sofern vereinzelt Abweichungen bestehen, wird dies explizit genannt.

1. Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024

In der neuen Kulturbotschaft wird gerade für den Filmbereich erkannt, dass die Online-Auswertung geregelt werden muss. Wir begrüssen und unterstützen diesen Entscheid sehr. Die Kulturbotschaft hält ebenfalls fest, dass die Digitalisierung eine sehr grosse Herausforderung ist, auch dem stimmen wir zu. Die Kulturbotschaft hat aber einen grossen Mangel, sie geht nämlich davon aus, dass die neuen Herausforderungen zu keinen zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen für den Bund führen. So können aber die neuen Aufgaben, die auf den Bund zukommen, gar nicht bewältigt werden.

Der Bund stellt aber nicht nur zu wenig Gelder zur Verfügung für künftige Herausforderungen. Bis heute ist das Fördermodell Succès Cinéma mit zu wenigen Mitteln ausgestattet, so dass gerade erfolgreiche Filmjahre immer dazu führen, dass Gutschriften für die Produktion von neuen Filmen gekürzt werden. Mit dieser Politik wird die Vielfalt und der kulturelle Erfolg des Schweizer Films zu wenig gefördert. Wir ersuchen deshalb darum, dass der Filmkredit jährlich um mindestens CHF 2 Mio. erhöht wird, damit wenigstens das heutige System auch tatsächlich so umgesetzt werden kann, wie dies gesetzlich vorgesehen ist.

2. Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

Mit dem Bundesamt für Kultur und seiner Sektion Film verfügt die Schweiz über einen verlässlichen und zentralen Filmförderer. So hat das Bundesamt für Kultur sofort reagiert, als der Bund nicht mehr im europäischen Förderprogramm MEDIA mitwirken konnte. Die Sektion Film hat auch rasch darauf reagiert, dass minoritäre Koproduktionen gegenwärtig zu wenig gefördert werden. Trotz dieser guten Zusammenarbeit unterstützt der SFP den Vorstoss von CinéSuisse sehr, dass im Zusammenhang mit der kommenden Kulturbotschaft durch den Bund eine Expertengruppe ernannt wird, welche die Filmförderung des Bundes vertieft analysieren soll. Vergleiche mit allen unseren Nachbarländern zeigen, dass die hiesigen Förderstrukturen heute nicht mehr optimal sind und angepasst werden müssen. Insbesondere die Reinvestitionsverpflichtung, welche künftig für Online-Anbieter vorgesehen ist, bedingt unseres Erachtens dringend einer Überarbeitung der aktuellen Strukturen. Der Bund soll deshalb eine Expertengruppe, bestehend aus Mitgliedern der Filmbranche und der Verwaltung, damit beauftragen Vorschläge zu unterbreiten, wie die künftige Struktur der Filmförderung aussehen könnte. Dabei sind auch die Möglichkeiten anderer Förderstellen wie der SRG SSR mit einzubeziehen. Ziel der neuen Organisation muss insbesondere auch die Bündelung der Kräfte sein, so dass von der Entwicklung über die Herstellung bis zur Auswertung der Filme eine effiziente und zielgerichtete Förderstruktur geschaffen wird. Erfahrungen, welche unsere Nachbarländer mit der Fokussierung und Auslagerung der Filmförderung aus der Zentralverwaltung gemacht haben, sind dabei mit zu berücksichtigen.

3. Reinvestitionspflicht und Territorialitätsprinzip für Online-Anbieterinnen

Der SFP begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Nachdem sich das geplante Gesetz über die elektronischen Medien verzögern wird, muss der Online-Bereich im Filmgesetz geregelt werden, denn das Filmgesetz ist heute nicht mehr alleine für die Belange des Kinofilms zuständig, sondern bewegt sich zunehmend in Richtung eines Gesetzes über den Film, unabhängig von der Auswertungsform. So muss neben dem traditionellen linearen Fernsehen auch ein Umgang mit Online-Angeboten gefunden werden. Wir begrüssen daher, dass Online-Anbieterinnen dieselben Pflichten haben sollen wie die Anbieterinnen von linearen Fernsehprogrammen. Sie müssen – neben der Entrichtung von film- und urheberrechtlichen Abgaben – einen Teil ihres Umsatzes für die Entwicklung und Herstellung von Schweizer Filmen zur Verfügung stellen.

Begrüssenswert wäre sodann, dass auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt

wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern, und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe kompetente Instanz – das BAK – überprüft werden.

Die von den Online-Anbieterinnen entrichteten Urheberrechtsentschädigungen sollen nicht angerechnet werden dürfen: Im Entwurf ist aufgeführt, dass auch die Urheberrechtsentschädigung als Investition in den Schweizer Film gilt (Art. 24c Abs. 2 lit. b). Das ist falsch, eine Urheberrechtsentschädigung ist nicht ausschliesslich für Schweizer Filmproduktionen vorgesehen. Im Gegenteil, der Grossteil der durch die Verwertungsgesellschaften eingezogenen Urheberrechtsentschädigungen fliesst ins Ausland. Die Bestimmung zur Förderung des Schweizer Films aber ist eine ausschliesslich schweizerische Regelung. Diese Bestimmung muss deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Sodann muss das gesamte Online-Angebot erfasst werden, inkl. IPTV. Mit dem Hinweis in Art. 24b, wonach „Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten“, verpflichtet sind, 4 % ihrer Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden, muss sichergestellt sein, dass sämtliche Angebote, welche weder unter das heutige RTVG fallen noch als Kino gelten, erfasst werden. Das bedeutet, dass auch IPTV (Internet-Fernsehen) hier erfasst werden muss, sofern es nicht unter das RTVG fällt. Wichtig in diesem Zusammenhang ist klarzustellen, dass es keine vierte Auswertungsmöglichkeit eines Filmes gibt. Es muss die lückenlose Aufteilung der Auswertung garantiert werden auf die drei Bereiche Kinoauswertung, Fernsehauswertung und Onlineauswertung.

In Art. 24d wird zudem aufgeführt, was als Bruttoeinnahmen gilt. Dabei wird folgerichtig aufgeführt, dass auch Werbeeinnahmen darunter fallen. Die Frage ist allerdings, ob mit der Aufzählung der Aufnahmeposten in Art. 24d sämtliche wirtschaftlichen Vorteile aus der Filmauswertung erfasst werden. Es gibt bereits heute Angebote, welche für Nutzerinnen und Nutzer unentgeltlich sind, und zudem wird es Fälle geben, in welchen auch die Berechnung der „aus der Schweiz zufließenden Bruttoeinnahmen“ schwierig zu bewerkstelligen sein wird. Wir beantragen deshalb die Einführung eines weiteren Absatzes in Art. 24d:

Art. 24d Abs. 3 (neu): *Sofern die Errechnung der Bruttoeinnahmen nicht sinnvoll oder möglich ist, orientiert sich die Abgabe an den Kosten für die Bereitstellung des Filmangebots in der Schweiz.*

Im Weiteren können wir die neu nach Auswertungskanälen getrennte Strukturierung des Filmgesetzes mittragen, sofern die bisherigen Regeln entsprechend ins neue Kapitel 3a für die Online-Auswertung übernommen werden, was im vorgelegten Entwurf vergessen ging. Insbesondere sind die Regeln zur Angebotsvielfalt und zur Territorialität (u. a. Art. 19 FiG) entsprechend auch im Kapitel 3a aufzunehmen und dahingehend zu präzisieren, dass auch die Online-Einverleiherin (analog der Kinoverleiherin) für das ganze Gebiet der Schweiz sämtliche Digitalrechte (wie z. B. und nicht abschliessend: TVOD, EST, SVOD, ER) exklusiv für alle in der Schweiz zur Online-Verwertung gelangenden Sprachversionen besitzt. Gleichzeitig ist die Gelegenheit zu nutzen, um endlich griffige Sanktionen vorzusehen bei Zuwiderhandlungen sowohl im Kino- als auch im Online-Auswertungsbereich (Ergänzung von Art. 29 FiG).

4. Schweizer Film und öffentliche Zugänglichmachung

In Art. 19a Abs. 1 ist neu vorgesehen, dass Filme fünf Jahre nach ihrer Veröffentlichung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Diese Bestimmung führt zu grossen Irritationen, denn sie kann so interpretiert werden, dass der Bund hier sozusagen ins Privateigentum eingreift. Im Bericht zur Kulturbotschaft ist zwar aufgeführt, dass die Urheberrechte selbstverständlich gewahrt blieben, nichts erwähnt aber ist vom eigentlichen Eigentum des Films und den entsprechenden Nutzungsrechten und -verpflichtungen.

Insbesondere Bestrebungen in Richtung Gratisnutzungen wären fatal. Die kostenlose Nutzung von Filmwerken entwertet diese und muss unbedingt verhindert werden. Kommt hinzu, dass die Bestimmung nicht die eigentlich aktuellen Probleme löst. Heutzutage produzierte Filme stehen nach der Kino- und TV-Auswertung in der Regel bereits heute online zur Verfügung, selbstverständlich gegen Entgelt. Ein Problem aber sind die alten Filme. Hier fehlen die Mittel, diese umfassend zu digitalisieren, und hier ist dringend eine Anpassung notwendig. Wir beantragen deshalb, die erwähnte Bestimmung ersatzlos zu streichen.

5. Angemessener Anteil von Schweizer Filmen im Angebot

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien wird die Festlegung einer Quote von 30 % europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieterinnen gefordert. Somit soll hinsichtlich einem zukünftigen Wiederbeitritt ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden.

Als Ergänzung soll ebenfalls ein Anteil an Schweizer Filmen festgelegt werden. Art. 24a Abs. 1 FiG ist deshalb mit folgendem Satz zu ergänzen: *Dabei ist ein Anteil von 20 Prozent für Schweizer Filme vorzusehen.*

6. Kino

Die Bedeutung des Kinos als Kulturvermittlerin kommt auch in der neuen Kulturbotschaft 2021-2024 zu wenig zum Ausdruck. Das Kino ist nicht nur ein Ort sozialer Begegnungen, es ist auch der Ort, an welchem die kulturelle Teilhabe am Film generell und insbesondere am Schweizer Filmschaffen stattfindet. Dies trifft auf Kinos jeder Grösse zu. Die Kinos in kleineren Orten leisten hier einen besonders grossen Effort, und das wird vom Bund zu wenig gewürdigt. Es braucht hier neue Unterstützungsmassnahmen und eventuell auch neue Unterstützungsformen.

7. Standortvorteil Mehrsprachigkeit nutzen und ausbauen

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser In-

strumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

8. Zusammenarbeit mit Europa

Der SFP begrüsst die in den Punkten 1.4.3.2 und 2.3.6.4 genannte Anpassung und Verstetigung der MEDIA-Ersatzmassnahmen sowie das Ziel, am Creative Europe-Folgeprogramm teilzunehmen. Ein möglichst rascher Wiedereintritt in ein künftiges europäisches Kulturförderprogramm (MEDIA, Creative Europe) scheint uns eminent wichtig. In der Zwischenzeit muss der Bund die entsprechenden Ersatzmassnahmen aufrechterhalten.

Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss in vollem Umfang erhalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein und inhaltlich an die Veränderungen des Marktes angepasst werden können.

Im Namen des SFP danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

SFP – Swiss Film Producers' Association

Heinz Dill
Präsident

Thomas Tribolet
Sekretär



Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Vernehmlassungsantwort der CVP Stadt Bern

Die CVP Stadt Bern nimmt als betroffene Kommunalpartei Stellung zur vorgesehenen Streichung von Artikel 18 (Bundesmillion), der Ausrichtung des Bundesbeitrags an die Stadt Bern.

Die CVP Stadt Bern setzt sich für ein vielseitiges Kulturangebot der Bundeshauptstadt ein. Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Die Streichung der sogenannten Bundesmillion würde namhafte Institutionen mit überregionaler Ausstrahlung wie Konzert Theater Bern oder das historische Museum um zwei der Hauptbegünstigten zu nennen, empfindlich treffen und hätte schmerzhaftige Konsequenzen programmatischer oder personeller Art. Kultur Stadt Bern hat nämlich bereits signalisiert, dass die Stadt für diesen Betrag nicht in die Bresche springen kann.

Zudem sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass auch das Parlament mit der Aufnahme von Artikel 18 in das KFG klar signalisiert hat, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll.

Von der Streichung des Artikel 18 KFG ist somit abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt weiterhin ausrichten.

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

20.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank, dass Sie dem Verein Nacht Gallen St.Gallen die Möglichkeit bieten, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021- 2024 Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft stellt ein wichtiges Leitbild für die Kulturförderung in der Schweiz dar. Sie definiert dabei nicht nur die nationale, sondern beeinflusst auch in einem hohen Masse die Förderung auf regionaler und kommunaler Ebene.

Im Blick auf die Kulturbotschaft 2017 – 2020 lässt sich feststellen, dass sich die zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Als Teil der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche, sind wir irritiert darüber das es in keiner Art und Weise, z.B. in Form von Hearings, die Möglichkeit gab unsere Bedürfnisse und Anliegen bei der Ausformulierung der Kulturbotschaft 2021 – 2024 auszuführen. Es überrascht uns deshalb nicht, dass aus Sicht von Nacht Gallen, die Kulturbotschaft 2021- 2024 ein grosses Defizit aufweist. Denn in keiner Art und Weise, werden auf den rund 80 Seiten, Musikspielstätten (Clubs. Konzert- Eventlokale aber auch Bar mit einer kleinen Bühne) oder Popmusikfestival als Förderungsfähig aufgeführt. Unerklärlich, denn

- ohne Spielstätten, keine Auftrittsmöglichkeiten, da bringt auch die beste Nachwuchsförderung nichts!
- bei den Spielstätten und Festivals handelt es sich um einen eigenen Kosmos, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, Kreation und Innovation im höchsten Mass gefördert wird
- es handelt sich um einen niederschweligen Zugang zur Kultur, den jedes Jahr Millionen von meist jungen Bewohnerinnen der Schweiz eine kulturelle Teilhabe ermöglichen
- Festivals und Grossevents den kulturellen Austausch und den Zusammenhalt innerhalb der Schweiz, sowohl unter den Gästen als auch bei den Musikern fördert.

- Grossevents wie die Street Parade oder das Paléo Festival, auch von Kulturfachständigen aus dem Ausland besucht werden, was wiederum den Export von Schweizer Musik ins Ausland fördert ohne das dabei kostenintensive Showcases an ausländischen Festivals nötig sind.

Der Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche muss aus kultureller Perspektive als Ganzes betrachtet werden, und zwar als ein Ökosystem aus Künstlern, aus den Bereichen Musik, Licht und Design, von Labels und Veranstaltungsorten. Gerade heute befindet sich die Popmusikveranstaltungsbranche in der Schweiz zunehmend unter Druck, die Hauptgründe dafür sind:

- Steigende Gagen von Künstler*innen auf einem globalen Markt
- Erhöhte Aufwände für Miete, Infrastruktur, Sicherheit und Personal
- Steigender Druck innerhalb der Städte, infolge Gentrifizierung und sich ändernden Nachbarschaften und daraus resultierenden Lärmklagen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen von Nacht Gallen eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Für die Prüfung dieser Stellungnahme möchten wir uns bedanken. Wir bitten Sie unsere Anträge der den zuständigen Ratsmitgliedern zukommen zu lassen, um sie bei der weiteren Bearbeitung der Kulturbotschaft berücksichtigen zu können. Gerne sind wir auch bereit im Rahmen eines Hearings, auch mündlich dazu Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüssen, im Namen von Nacht Gallen



David Gadze
Präsident

Informationen zum Vernehmlassungspartner

Name: Nacht Gallen
Organisationsstruktur: Verein
Adresse: c/o David Gadze Boppartswhofweg 4, 9014 St.Gallen
Ort: St.Gallen
Kanton: St.Gallen
Kontaktperson: David Gadze
E-Mail: david.gadze@nachtgallen.ch
Web: www.nachtgallen.ch

Kurze Beschreibung des Vernehmlassungspartners:

Der Verband Nacht Gallen ist eine Vereinigung von Clubs, Bars und Veranstaltern, welche im St. Galler Nachtleben tätig sind. Nacht Gallen ist als Verein gemäss Art. 60 ff. OR konstituiert. Er vertritt die Anliegen seiner Mitglieder auf städtischer Ebene, bringt sich kantonal und national in diversen Gremien ein. Er sieht sich als Bindeglied zwischen den im Nachtleben aktiven Kulturunternehmen und den Behörden, der Politik und der Öffentlichkeit.

Nacht Gallen ist eine Anlaufstelle, über welche verschiedene Anliegen im Zusammenhang mit dem Nachtleben direkt und in beide Richtungen behandelt werden können. Er ist politisch neutral, nicht gewinnorientiert und unabhängig von staatlichen Stellen.

Inhaltsverzeichnis

- I. Grundsätzliche Würdigung
- II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 S. 5 - 8
- III. Rückmeldung zu einzelnen Förderbereiche
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkung

S. 8 - 12 IV. Spezifische Änderungsvorschläge zur Verordnung (AS 2019)

I. Grundsätzliche Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüßen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur sind aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche schlicht zu wenig. Vor allem wenn man bedenkt wie wichtig Kultur für die Identifikation, aber auch für die Zufriedenheit unserer Bevölkerung ist. Zudem rechnen wir damit, dass in der sich rasant wandelnden Schweiz, Gentrifizierung, Raummangel, zukünftig mit einem finanziellen Mehraufwand in Bezug auf die Verbreitung von Kunststücken und den kulturellen Austausch zu rechnen ist.

→ Wir fordern deshalb, auch aufgrund der finanziell ausgezeichneten Lage der Schweiz, eine substantielle Erhöhung der Kulturausgaben des Bundes.

Wir stellen ebenfalls, dass erfreulicherweise in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Doch sind alle diesbezüglichen Formulierungen sehr vage und es besteht die Gefahr, dass vor allem Begabte welche mit klassischen Instrumenten musizieren, als besonders Förderungsfähig betrachtet werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass

- *es einen Hinweis darauf braucht, das neue Formen des musizieren, wie mittels PC oder auch DJing, Unterstützungsfähig sind.*
- *nicht nur Musikschulen und Musikhochschulen sondern auch die Veranstaltungsbranche zur Zusammenarbeit eingeladen wird. Um zu verhindern, dass. Künstlerinnen ohne Konsumenten ausgebildet werden.*

Nicht einverstanden sind wir mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der

Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Wie aufgeführt, gilt es noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ *Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.*

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert. Es besteht aber die Gefahr das der dadurch allenfalls entstehende Mehraufwand, nur einseitig auf Kosten der Veranstaltungsbranche, übertragen wird. Dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei der Popmusikveranstaltungsbranche um einen Globalen, jetzt schon überhitzten Markt, handelt.

→ *Wir beantragen deshalb, im Bereich der Musik auf einheitliche Richtlinien zu verzichten, um die nicht jetzt schon stetig ansteigende Teuerung weiter anzuheizen.*

Abgesehen davon erscheint uns aber die Kulturbotschaft 2021- 2024 als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Da es sich bei den Spielstätten und Festivals um einen eigenen Kosmos handelt, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, erachtet die Popmusikveranstaltungsbranche, demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden»

und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. Gerade die Relevanz des Programms J+M für die Popmusikveranstaltungsbranche ist noch nicht gegeben. Dies hat damit zu tun, dass neue Formen des Musizieren, beim J+M Programm noch zu wenige einbezogen sind und keinen Rücksicht auf die Konsumentinnen, denn tatsächlichen Markt genommen wird. So gesehen fällt für uns das Fazit tendenziell eher negativ aus. Gerne ist die Popmusikveranstaltungsbranche dem BAK behilflich dabei, das Programm fortlaufend den Marktgegebenheiten anzupassen.

Mit keinem Wort wird die Wichtigkeit der Popmusikveranstaltungsbranche für die Verbreitung der Kultur im Inland gewürdigt. Alleine der Swiss Music Guide, von der SUISA, weist 400 Locations, Festivals und über 550 Eventlabels aus. Welche mit tausenden von Konzerten, der wichtigste Player ist, wenn um die Verbreitung von Kultur im Inland geht. Dabei fördern diese Veranstaltung auch die kulturelle Identität und den nationalen Austausch zwischen den Gästen und den Musikern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche fehlen hier ganz klar Ausführungen dazu, in wie fern die fortschreitende Urbanisierung, die Entwicklung innerhalb der Städte Auswirkungen auf die Veranstaltungsbranche hat. Spielstätte und Festivals leiden immer mehr darunter, dass der Raum in den Städten für Lärm- und Publikumsintensive Kunst fehlt und die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Ruhestörungen abnimmt. Neben stetig steigenden Kosten, besteht die Gefahr, dass ohne spezifische Förderung die Anzahl an Spielstätten und Festivals in den nächsten Jahren abnehmen wird

oder sich die Kosten für die kulturelle Teilnahme erhöhen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüßen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik und die Veranstaltungsbranche ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident und ist dabei seit Jahren innerhalb der Wirtschaftsförderung, innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Begriff Kreativwirtschaft, ein Thema.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüßen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist. Zudem wäre es wünschenswert das ausgewiesen würde, in welchen musikalischen Bereiche, Talente gefördert worden sind.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich, Beispielsweise die Popmusikveranstaltungsbranche, in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Hier fehlen grundsätzliche Überlegungen dazu in wie fern die Veranstaltungsbranche einen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Handelt es sich doch um einen niederschweligen Zugang zur Kultur und Konzert, sowie Tanzanlässe, werden meist von den Gästen als positive Erlebnis

wahrgenommen. Gefördert wird dieser gesellschaftliche Zusammenhalt, durch eine Vielzahl von Gratis-Events die allen, egal über welches Budget sie verfügen, offen stehen. Der Gesellschaftliche Zusammenhalt wird übrigens auch dadurch gefördert, dass vor allem an Festivals und nicht kommerziellen Live-Musikclubs eine Vielzahl von Freiwilligen tätig sind.

→ *Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass die Popmusikveranstaltungsbranche für die gesellschaftlichen Zusammenhang von grosser Wichtigkeit ist.*

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ *Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist Nacht Gallen gerne bereit, seine Expertise einzubringen.*

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ *Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Zudem weisen wir auch darauf hin, dass dabei nicht nur Anlässe im Ausland eine wichtige Rolle spielen, sondern auch Inländische Veranstaltungen als Leuchtturm Veranstaltungen entwickelt werden können, zu welcher sich Fachpersonen aus dem In- und Ausland einfinden.*

Die Systematische Förderung von Kreation und Innovation ist im Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche gang und gäbe. Gibt es in diesem Bereich seit jeher Kooperation mit der Wirtschaft und stellen gerade die Musikveranstaltungsbranche wichtige Orte für die Entwicklung und den Test von technischen Innovationen dar.

→ *Wir fordern deshalb, dass ein stärkeres Augenmerk auf den Austausch, den Knowhow-Transfer, zwischen den unterschiedlichen Bereichen, auch mit der Wirtschaftsförderung, damit nicht dasselbe, jeweils für unterschiedliche, Bereiche entwickelt wird.*

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU, dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musik- und Veranstaltungssektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen. Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, auch den Zugang ausländischer Künstler zu hiesigen Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musik- und Veranstaltungssektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik, Veranstaltungsbranche, ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Einzelne Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Bei diesem allgemeinen Abschnitt geht vergessen, dass Kultur, Beispielsweise Musikveranstaltungen auch einen positiven Einfluss auf die individuelle Zufriedenheit hat, handelt es sich doch um Veranstaltungen, welche durchaus positive Erlebnisse hervorrufen.

→ Wir fordern deshalb, den ersten Satz folgendermassen zu ergänzen; fördern den Dialog, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die individuelle Zufriedenheit.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet

wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Popmusikveranstaltungsbranche bewusst miteinbezogen wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüßen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Dabei solle auch auf die Expertise der Veranstaltungsbranche

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden und auch von der Kreativwirtschaft die Rede sein.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert. Aus der Sicht Popmusikveranstaltungsbranche, welche jetzt schon einem überhitzten Marktes ausgesetzt ist, ist es unabdingbar, dass eine solche Entschädigungsrichtlinie gemeinsam unter Einbezug der aktuellen globalen Marktsituation entwickelt wird. Es ist zu verhindern, dass durch einen Anstieg der Gagen bei geförderten Veranstaltungen, sich die Gagen weiter verteuern.

Kritisch stehen wie der Forderung gegenüber, dass die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Da es gerade im Bereich der modernen elektronischen Musik quasi unmöglich ist, festzustellen wo der kreative Prozess begonnen hat oder nicht. Wir denken hier

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüssen das die erwähnten Fördermassnahme für Festivals und Veranstaltungen weitergeführt werden sollen. Bei der tagtäglichen Verbreitung von Kunstwerken spielen gerade Spielstätten, wie Clubs, Bars und Konzertlokale eine wichtige Rolle.

→ Wir fordern, dass neben Festivals und Veranstaltungen, auch Spielstätten wie Clubs, Bar und Konzert- und Eventlokale als Förderungsfähig in Bezug auf die Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland bezeichnet werden.

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Da dieser Austausch innerhalb der Popmusikbranche, nicht nur an Festivals bereits geschieht, bietet sich Nacht Gallen hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

*→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf. Hier soll nochmals auf die wichtige Rolle von Festivals eingegangen werden, da diese nicht nur den Austausch zwischen den Musikern, sondern auch zwischen den Besucher*innen teils aus allen Sprachregionen der Schweiz fördert.*

In Bezug auf die Förderung der Schweizer Volkskultur, sehen wir das Problem dort, wo es darum geht, wer definiert wann was als Volkskultur bezeichnet werden soll. Was ist mit der Schweizer Space und Rockmusik, aus den 70er Jahren oder der Zürcher Technomusik? Die übrigens schon in die UNESCO Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen worden ist.

→ Wir fordern hier eine genauere Definition dafür was aus musikalischer Sicht als Volkskultur bezeichnet werden soll, wer dies entscheidet und ob die Einteilung zumindest periodisch überprüft werden.

Nacht Gallen hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst

dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise. Vor allem in Bezug auf die Marktrelevanz dieser Preise gibt es grosse Unterschiede und das Potential ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft.

→ Wir fordern, weniger ist mehr, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden und dabei auch die Bedürfnisse des Marktes berücksichtigt werden.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Aus Sicht von Nacht Gallen fehlt hier ein starkes Statement für inländische Leuchtturmveranstaltungen welche ausländische Fachpersonen in die Schweiz locken. Gute Beispiele sind ein Paléo Festival oder eine Street Parade welche Jahr für Jahr, Fachpersonen aus dem In- und Ausland, anziehen.

→ Wir fordern das zur Förderung der Schweizer Kultur im Ausland und für den internationalen Kulturaustausch auch Leuchtturm Veranstaltungen im Inland als Förderungsfähig bezeichnet werden.

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen der Veranstaltungsbranche vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

2.3 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen.

Ad 2.3.2 Design und Interaktive Medien

Musikspielstätten spielen eine wichtige Rolle wenn es um die Entwicklung von Design und Interaktiven Medien geht. Beispielsweise von Visuals, abgestimmt auf die Musik und den Ort. Doch Musik spielt auch eine wichtige Rolle, wenn es um das Gesamterlebnis eines Games geht, auf diese wichtigen Schnittstellen wird in keiner Weise eingegangen, aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche wird dadurch brach liegendes Potential verschenkt. Weshalb kurz auf die Wichtigkeit von Musik, Spielstätten für die Förderung des kreativen und künstlerischen Schaffens im Bereich Design und interaktiven Medien eingegangen werden soll.

2.3.5 Musik

Ausgangslage und Herausforderungen

Bei den aktuellen Herausforderungen fehlt die heutige Situation der Musikveranstaltungsbranche in der Schweiz. Sowohl Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations als auch Festivals stehen zunehmen unter Druck. Nicht nur aufgrund der Situation auf dem globalen Musikmarkt (explorierende Gagen), den stetig steigenden Kosten für Sicherheit, Personal und Infrastruktur sondern vor allem auch deshalb, weil sich die Städte, urbane Zentren, im Umbruch befinden. Gerade die Gentrifizierung der Innenstädte, führt zunehmen dazu, dass der Platz für schall- und publikumsintensive Kultur, die auch in der Nacht stattfindet, immer knapper wird. Lärmklagen sind an der Tagesordnung, stossend ist dabei, dass schon eine klagende Person genügt um Administrativmassnahmen wie ein Musikverbot auszusprechen. Dreht sich diese Spirale weiter, ist mit einem sterben von Musikspielstätten zu rechnen, wie dies Beispielsweise im Ausland schon der Fall ist. Oder die immer höheren Kosten, würden auf die Eintrittspreise abgewälzt, was wiederum den niederschweligen kulturelle Zugang, die Teilhabe, gefährdet. Die Kulturbotschaft 2021 – 2024 sollte deshalb präventiv gegen dieses drohende Worstcase Szenario einwirken.

→ Wir fordern deshalb dezidiert, dass die aktuell schwierige Situation für Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten und Festivals als aktuelle Herausforderung im Bereich der Musikkultur aufgeführt wird.

Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations spielen bei der alltäglichen Verbreitung von Kunstwerken eine wichtige Rolle. Leider ist unter Austausch im Inland nur von Konzertreihen und Festivals die rede.

→ Wir fordern deshalb das bei den Herausforderungen nicht nur vom Austausch sondern auch von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist. Das nicht nur Festivals und Konzertreihen sondern auch Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten aufgeführt werden.

Bei Internationale Verbreitung und Austausch, fehlen uns die Einzelkünstler und DJ's, sind hier nur Bands, Ensembles und Orchester aufgeführt. Gerade Einzelkünstler aus dem Bereich Sing und Song Writting aber auch Schweizer DJ weisen international durchaus ein grosses Potential auf.

→ Wir fordern deshalb, um der aktuellen Situation auf Musikmarkt gerecht zu werden, dass auch Tourneen von Einzelkünstler und DJ's aufgeführt werden.

Des weiteren weisen wir darauf hin, dass das Ziel nicht nur die Präsenz im Rahmen von Musikmessen und Festivals im Ausland die rede sein soll. Sondern das es auch Sinn machen würde, als Herausforderung den Auf- oder besser gesagt Ausbau eine Schweizer Festivals oder Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, zu welchem Fachpersonen aus dem Ausland, anreisen.

→ Wir fordern deshalb, dass als Herausforderung, dass schaffen eines Schweizer Leuchtturm Events, mit internationaler Ausstrahlung, aufgenommen werden soll.

Ziele und Massnahmen

Austausch im Inland

Wie begrüssen das der Austausch unter den Veranstaltenden in der Schweiz gefördert werden soll. Gerne unterstützen wir als Nacht Gallen, mit unseren Mitgliedern, diese Bestrebungen, z.B. in einer Koordinierenden Funktion.

→ Wir fordern dezidiert, dass nicht nur vom Austausch sondern auch weiterhin von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist und um die Situation für Spielstätten und Festivals zu entschärfen, deren Förderung und die Stärkung deren Position bei urbanen Nutzungskonflikten als Ziel formuliert wird (Beispiele sind hier der Adgent of Change in England oder das schaffen urbaner Wohnzonen). Nicht zu vergessen

Internationale Verbreitung und Promotion

→ Wir fordern, dass als weiteres Ziel das schaffen oder der Ausbau eines Festivals/Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, der Fachpersonen aus dem Ausland anzieht.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Aufgrund der Wichtigkeit von Musikspielstätten und Festivals in Bezug auf kulturelle Teilhabe unser Bevölkerung, liesse sich die unter 2.3.5 aufgeführten aktuellen Herausforderungen für Bar, Club, Event- und Konzertlokale ausgeführten Herausforderungen auch in diesem Kapitel aufführen. Eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, stellt immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe dar.

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in

diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welche bei Musikfestivals aber auch bei nichtkommerziellen Musikbetrieben eine wichtige Rolle spielen.

→ *Wir begrüßen, dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde. Kritisch sehen wir die Projektorientierung, eine solche schliesst durchaus Förderungsfähige Regelangebote, wie z.B. bestehende Spielstätte oder Festivals, aus.*

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung», ist es uns wichtig festzuhalten, dass sich diese auch immer am Markt orientieren und auch moderne Musikdarbietungsarten wie musizieren mit dem PC, Laptop oder DJing beinhalten soll. Weshalb eine enge Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsbranche zwingend ist, um zu verhindern, dass nur Talente, ohne ein tatsächliches Marktbedürfnis ausgebildet und gefördert werden.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen. Dass eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe ist.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir, sie sind richtig und dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Da sich Musikbildung und Begabtenförderung immer auch am tatsächlichen Markt orientieren soll, muss die Zusammenarbeit nicht nur mit der Volksschule, sondern auch mit Popmusik- und anderen Verbänden gestärkt werden.

→ *Wir fordern, dass als Ziel nicht nur die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Volksschulen sondern auch mit den Musikverbänden, aufgeführt wird.*

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK

für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ *Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.*

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz unterstützen. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen von Musikspielstätten und -Festivals, ist in Bezug auf die Verbreitung, von künstlerischen Werken und beim Kulturaustausch national mit einem finanziellen Mehraufwand zu rechnen ist, um den Status Quo, Anzahl an Musikspielstätten und Festivals, beizubehalten. Zudem ist es aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche stossend, wenn der Beitrag für die Förderung im Ausland höher ausfällt, als für das Inland vorgesehen ist.

→ *Wir beantragen deshalb, dass die Unterstützung für die Verbreitung, Kulturaustausch und Promotion im Inland mindestens gleich hoch ausfällt als der für das Ausland vorgesehene Betrag (45.8 CHF statt 32.1 Millionen pro Jahr).*

Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen.

→ *Wir beantragen deshalb, vor allem für den Aufbau eines Schweizer Leuchtturm Musikevents oder -Messe, bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.*

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen von Nacht Gallen eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als

Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'David Gadze', with a stylized flourish at the end.

David Gadze
Präsident



Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit
Fondation pour la collaboration confédérale
Fondazione per la collaborazione confederale
Fundaziun per la collavuraziun federala

Bundesrat Alain Berset

stabsstelledirektion@bak.admin.ch
(als Word & PDF)

Bern, 20. September 2019

Stellungnahme der ch Stiftung zur Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die ch Stiftung dankt Ihnen für die Gelegenheit, zur Kulturbotschaft 2021–2024 Stellung nehmen zu können. Die vorliegende Stellungnahme wurde im September 2019 vom Leitenden Ausschuss der ch Stiftung auf dem Zirkularweg verabschiedet.

1. Ausgangslage und grundsätzliche Einschätzung

Die ch Stiftung wurde 1967 gegründet und wird von allen 26 Kantonen getragen. Sie ist eine etablierte Institution auf den Gebieten Föderalismus und Verständigung. Wir setzen uns ein für den Erhalt der Vielfalt in der Schweiz und sind bestrebt, immer wieder von Neuem aufzuzeigen, was die Schweiz zusammenhält. Im Fokus stehen dabei nicht zuletzt kulturelle und sprachliche Fragen. In diesem Sinn fühlt sich die ch Stiftung von den beiden in der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgeschlagenen strategischen Handlungsachsen "Kulturelle Teilhabe" und "Gesellschaftlicher Zusammenhalt" stark angesprochen und begrüsst diese ausdrücklich.

Mit Blick auf unsere eigenen Projekte und Programmschwerpunkte äussern wir uns in der vorliegenden Stellungnahme zu den Fragen 1, 2 und 6. Für die politische Einschätzung seitens der Kantone verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK).

2. Fragenkatalog

*1. Wie beurteilen Sie die **Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020** durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum?*

Die ch Stiftung kooperiert seit mehreren Jahren mit der Kulturstiftung Pro Helvetia. Unsere Erfahrungen sind sehr positiv:

Mit dem Projekt „**ch Reihe**“ fördert die ch Stiftung seit 1974 den Literaturaustausch zwischen den vier Sprachregionen der Schweiz. Die Förderung der ch Reihe besteht einerseits in der Begleitung von Übersetzungen ausgewählter, zeitgenössischer Literatur aus der Schweiz in andere Landessprachen und andererseits in einem Zuschuss an die Druckkosten. Gleichzeitig unterstützt Pro Helvetia im Regelfall die Arbeit der Übersetzerin respektive des Übersetzers finanziell. In den vergangenen 45 Jahren konnten so mit Unterstützung von Pro Helvetia über 300 ausgewählte Werke von Schweizer Autorinnen und Autoren in andere Landessprachen übersetzt werden und unter dem Label "ch Reihe" erscheinen. Aus unserer Sicht setzt Pro Helvetia mit diesen Förderbeiträgen einen unverzichtbaren Akzent in der Schweizer Literaturlandschaft und leistet so einen wichtigen Beitrag zum Austausch zwischen den Sprachregionen.

Neben der Förderung von literarischen Übersetzungen setzt sich die ch Stiftung mit Veranstaltungen für den kulturellen und sprachlichen Brückenschlag ein. So organisiert sie in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen – darunter Pro Helvetia – alle zwei Jahre ein Literaturfestival, bei dem das Übersetzen als Kunst- und Handwerk im Mittelpunkt steht. Das letzte Festival – **aller-retour: Festival für Übersetzung und Literatur** – gastierte am 9. März 2019 in der Literaturstadt Olten. Pro Helvetia hat den Anlass von Anbeginn inhaltlich mitgetragen und zudem mit einem namhaften Beitrag unterstützt. Wir sind überzeugt, dass die Veranstaltungsreihe das Potenzial hat, ein noch breiteres und auch jüngeres Publikum zu erreichen und werden dazu entsprechende Massnahmen einleiten. Hier zählen wir auch weiterhin auf die Unterstützung von Pro Helvetia.

Die ch Stiftung hat viele Jahre im Rahmen der Förderung des schulischen Austauschs eng mit dem Bundesamt für Kultur zusammengearbeitet. Mit dem Wechsel dieses Mandats verlor diese Kooperation an Bedeutung. Aufgrund überschneidender Zielsetzung böte sich eine erneute Intensivierung der Zusammenarbeit indes an, etwa in den Bereichen Kulturschaffen sowie Kultur und Gesellschaft.

*2. Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen **Handlungsachsen der Kulturpolitik** des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung»?*

Die ch Stiftung **unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen**, allen voran der Bereiche "Kulturelle Teilhabe" und insbesondere "Gesellschaftlicher Zusammenhalt". Die Verständigung in der mehrsprachigen und kulturell vielfältigen Schweiz sowie der interne Zusammenhalt stellen in Zeiten der Globalisierung und dem wirkungsmächtigen Megatrend der Digitalisierung eine zunehmend grössere Herausforderung dar. Aus Sicht der ch Stiftung sind hier in den nächsten Jahren zusätzliche Anstrengungen nötig.

In den Augen der ch Stiftung trägt die aktuelle Kulturbotschaft einem Aspekt zu wenig Rechnung: Es stellt sich die Frage, wie sich der tiefgreifende Strukturwandel in der Schweizer Medienlandschaft auf die sprachliche, kulturelle und soziale Vielfalt und die Verständigung

auswirken wird. Medien spielen nicht nur eine wichtige Rolle bei der Informationsvermittlung über Kultur in der Schweiz. Sie haben auch eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Sprach- und Kulturräumen. Letztlich sind Medien auch selbst Kulturproduzenten. Aus Sicht der ch Stiftung greift es deshalb zu kurz, wenn die Thematik wie in der Kulturbotschaft nur unter dem Blickwinkel der Kunstvermittlung respektive der Kulturkritik abgehandelt wird. Der diesbezügliche Fokus müsste in diesem Sinne ausgeweitet werden auf die Bereiche Verständigung und kulturelle Teilhabe.

Die ch Stiftung hat das Thema "**Medienwandel und Föderalismus**" in diesem umfassenden Sinn neu in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Ziel ist eine systematische Erarbeitung und Bewirtschaftung des Themas. Um das Thema wirkungsvoll zu lancieren, veranstaltet die ch Stiftung im Sinne eines Kick-offs am 18. November 2019 eine Tagung. Mit Vertreterinnen und Vertretern aller staatlichen Ebenen, der (Medien-)Wissenschaft, den Medienorganisationen sowie der Zivilgesellschaft soll ein gemeinsames Verständnis für die Thematik erarbeitet und sollen mögliche Handlungsfelder für die ch Stiftung ausgelotet werden. Ein Workshop wird sich schwerpunktmässig dem Thema "Medien, kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit in der föderalen Schweiz" widmen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich auch das Bundesamt für Kultur längerfristig an dieser Diskussion beteiligen und diesen Aspekt auch in seiner Förderpolitik berücksichtigen würde.

In jedem Fall ist aus unserer Sicht eine **Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Kultur, Pro Helvetia und der ch Stiftung im Bereich der Medien prüfenswert**. Unter Ziffer 1.4.2.1 steht, dass "zusammen mit Partnerinstitutionen (Hochschulen, Kulturinstitutionen, Verbände, Medien usw.) (...) die kritische Kunst- und Kulturreflexion gestärkt und dabei insbesondere die Bedeutung neuer Medien (digitales Schreiben und Publizieren) berücksichtigt werden" sollen. Die ch Stiftung ist an einem Einbezug in diesen Prozess interessiert.

6. Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Die kantonalen Investitionen zuhanden der Kulturförderung betragen 1.17 Milliarden Franken pro Jahr (Zahlen von 2016). Das entspricht knapp 40 Prozent der öffentlichen Finanzierung der Kultur in der Schweiz. Zusätzlich schütten die Kantone weitere Gelder aus den Lotteriefonds zur Förderung kultureller Vorhaben aus. Die Projekte der ch Stiftung im Bereich Kultur sind ein Puzzleteil davon. Die Mittelaufstockung vonseiten Bund im Zuge der neuen Kulturbotschaft begrüßen wir in diesem Zusammenhang: Zusammengezogen belaufen sich die Zahlungsrahmen und Verpflichtungskredite des Bundes auf 942.8 Millionen Franken jährlich, was im Vergleich zum Jahr 2020 einem realen Wachstum von 1.9 Prozent pro Jahr entspricht.

Die ch Stiftung erachtet Aktivitäten im Bereich Bildung und Jugend als besonders nachhaltig und zukunftsgerichtet. Hier setzen wir denn auch einen Schwerpunkt: Mit unserem **Projekt „ch Reihe an den Schulen“** sprechen wir ein junges Lesepublikum für die Schweizer Gegenwartsliteratur aus den anderen Sprachregionen an, sensibilisieren Schüler- und Lehrerschaft allgemein für Fragen des Austauschs über sprachliche Grenzen hinweg und versuchen auf diesem Weg, bei Kindern und Jugendlichen Interesse und Freude an der Arbeit des Übersetzens zu wecken. Gleichzeitig fördert das Projekt die Freude am Lesen und den Zugang zu Büchern im Allgemeinen. Wir finanzieren und vermitteln Besuche von Autorinnen-Übersetzer-Teams an Schulen. Übersetzerin und Autor erhalten dabei dasselbe Honorar; die ch Stiftung begrüsst in diesem Sinne

die auf Seite 25 des erläuternden Berichts aufgestellte Forderung, wonach **Übersetzerinnen und Übersetzer den Autorinnen und Autoren (punkto Honorar) gleichgestellt** werden sollen.

Wir arbeiten in diesem Programm mit Mittelschulen in der ganzen Schweiz zusammen und beobachten eine wachsende Nachfrage nach solchen Begegnungen. Hier wäre ein zusätzliches finanzielles Engagement des Bundes sehr erwünscht, zumal dieses Projekt nachweislich einen wichtigen Beitrag zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts der Schweiz leistet.

Die ch Stiftung bedauert deshalb, dass in der Förderperiode 2021–2024 die finanziellen Mittel für den Tätigkeitsbereich Sprachen und Verständigung unter dem durchschnittlichen Wachstum der Kulturbotschaft bleiben: Während Zahlungsrahmen und Verpflichtungskredite der gesamten neuen Kulturbotschaft im Vergleich zum Jahr 2020 real um 1.9 Prozent pro Jahr wachsen, **stagnieren die Investitionen im Bereich Sprachen und Verständigung.**

3. Schlussbemerkungen

Die ch Stiftung hält die in der Kulturbotschaft vorgeschlagenen Massnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit, des kulturellen Brückenschlags, der literarischen Übersetzung und letztlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts für unverzichtbar. Zum Erhalt dieser Vielfalt, zum Erhalt einer Schweiz mit ihren unterschiedlichen Regionen, Sprachen, Kulturen und Mentalitäten ist nicht zuletzt das föderalistische Gestaltungsprinzip zentral. Dafür wird sich die ch Stiftung auch in Zukunft einsetzen. Wir hoffen, hierbei unsere Zusammenarbeit mit dem Bund weiter vertiefen zu können.

Die ch Stiftung dankt für die Berücksichtigung der vorliegenden Stellungnahme und verbleibt mit freundlichen Grüßen.

ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit



Pascal Broulis
Präsident ch Stiftung

Kopie:

- Stiftungsratsmitglieder
- Generalsekretärin EDK
- interne Zirkulation ch Stiftung

p.schori@chstiftung.ch
0313203014

ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit
Haus der Kantone
Speichergasse 6, Postfach
CH-3001 Bern

Tel. +41 31 320 16 16
info@chstiftung.ch
www.chstiftung.ch



Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit
Fondation pour la collaboration confédérale
Fondazione per la collaborazione confederale
Fundaziun per la collavuraziun federala

Monsieur Alain Berset
Chef du Département fédéral de l'intérieur

stabsstelledirektion@bak.admin.ch
(Word & PDF)

Berne, le 20 septembre 2019

Prise de position de la Fondation ch sur le message culture 2021-2024

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Fondation ch vous remercie de lui avoir donné la possibilité de se prononcer sur le message culture 2021-2024. Le Comité directeur de la Fondation ch a adopté la présente prise de position en septembre 2019 par voie de consultation écrite.

1. Contexte et appréciation générale

Créée en 1967 et financée par les 26 cantons, la Fondation ch est une institution reconnue dont la mission est de défendre le fédéralisme et la compréhension. Elle défend la pluralité et met en lumière ce qui unit la Suisse, en se concentrant notamment sur les questions culturelles et linguistiques. Aussi la fondation se sent-elle directement concernée par les deux axes du message « participation culturelle » et « cohésion sociale », et y souscrit explicitement.

Dans la présente prise de position, la Fondation ch s'exprime sur les questions 1, 2 et 6, car elles concernent ses axes de travail et ses projets. S'agissant de l'appréciation politique des cantons, nous renvoyons à la prise de position de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP).

2. Questionnaire

*1. Comment jugez-vous la **mise en œuvre du message culture** 2016-2020 par l'Office fédéral de la culture (OFC), Pro Helvetia et le Musée national suisse ?*

La Fondation ch coopère depuis plusieurs années avec la fondation culturelle Pro Helvetia et l'expérience est très positive.

Avec son projet **Collection ch**, la Fondation ch encourage depuis 1974 les échanges littéraires entre les quatre régions linguistiques du pays. Pour ce faire, elle accompagne le processus de traduction d'œuvres contemporaines suisses dans les diverses langues nationales et contribue aux frais d'impression. Pro Helvetia assume quant à elle la rémunération du traducteur. Ainsi en 45 ans, plus de 300 ouvrages ont été traduits et sont parus sous le label « Collection ch » avec le soutien de Pro Helvetia. De notre point de vue, Pro Helvetia façonne le paysage littéraire de notre pays et contribue indéniablement aux échanges entre les différentes régions linguistiques.

En plus de promouvoir la traduction littéraire, la Fondation ch organise aussi des événements qui ont pour objectif de dépasser les barrières culturelles et linguistiques. Elle a notamment monté avec ses organisations partenaires – parmi lesquelles Pro Helvetia – un festival de littérature mettant à l'honneur la traduction, activité à mi-chemin entre travail artisanal et production littéraire. La dernière édition de ce festival bisannuel nommé **aller-retour** a eu lieu le 9 mars 2019 à Olten. Pro Helvetia a soutenu le projet dès le début et apporté une contribution financière importante. Convaincue qu'aller-retour a le potentiel pour toucher un public plus large et plus jeune, la Fondation ch entend déployer des mesures en ce sens et compte pour cela sur le soutien de Pro Helvetia.

La Fondation ch et l'Office fédéral de la culture (OFC) ont collaboré étroitement pendant de nombreuses années dans le cadre de l'encouragement des échanges scolaires. Cette coopération a toutefois perdu de son sens lorsque ce mandat nous a été retiré. Dans la mesure où beaucoup de leurs objectifs respectifs se rejoignent, il serait judicieux que la fondation et l'OFC intensifient à nouveau leur collaboration, par exemple dans les domaines Création culturelle ou Culture et société.

2. Comment jugez-vous le maintien des trois axes d'action de la politique culturelle fédérale (« participation culturelle », « cohésion sociale » et « création et innovation ») et l'ajout de l'accent « numérisation » ?

La Fondation ch est **favorable au maintien des trois axes d'action de la politique culturelle fédérale**, et plus particulièrement la « participation culturelle » et la « cohésion sociale ». À l'ère de la mondialisation et de la numérisation toujours plus marquée, la cohésion et la compréhension entre des régions différentes tant culturellement que linguistiquement constituent un défi croissant. Par conséquent, la fondation estime qu'il faudrait consentir à davantage d'efforts ces prochaines années.

Toutefois, il est une question sur laquelle le message ne se penche pas suffisamment, à savoir : quelles conséquences la transformation structurelle qui frappe aujourd'hui le secteur des médias aura-t-elle sur la diversité linguistique, culturelle et sociale de la Suisse et sur la compréhension au sein de la population ? S'ils jouent un rôle central de vecteurs de l'information, les médias font également le lien entre les aires linguistiques et culturelles. En fin de compte, ils sont eux aussi créateurs de culture. Aborder ce sujet sous l'angle de la diffusion ou de la critique culturelle

uniquement, comme c'est le cas dans le message, est trop réducteur. Il conviendrait de mettre l'accent sur la compréhension et sur la participation culturelle.

La **transformation des médias dans un État fédéral** figure désormais au programme de travail de la Fondation ch. L'idée est de parvenir à formuler et à suivre ce sujet de manière systématique. La fondation organise le 18 novembre 2019 une rencontre à laquelle sont conviés des représentants de tous les échelons institutionnels, des sciences (des médias), des organisations médiatiques et de la société civile. L'objectif est de forger une compréhension commune de cette thématique et d'identifier des champs d'action. L'un des ateliers sera consacré à l'impact de la concentration des médias sur la diversité culturelle et sur le plurilinguisme. Nous serions reconnaissants à l'OFC de participer lui aussi à cette discussion et de tenir compte de cette question dans sa politique d'encouragement.

Dans tous les cas, **il conviendrait d'examiner l'opportunité d'une collaboration entre l'OFC, Pro Helvetia et la Fondation ch dans le domaine des médias.** Le point 1.4.2.1 prévoit que « des projets modèles seront développés en partenariats avec d'autres institutions (hautes écoles, institutions culturelles, associations, etc.) [...] ; une attention particulière sera ici portée aux nouveaux médias (écriture et publication numériques) ». La Fondation ch souhaiterait être impliquée dans ce processus.

6. Comment évaluez-vous les ressources financières affectées à la mise en œuvre du message culture 2021-2024 qui s'élèvent à un montant total de 942,8 millions de francs ? Comment évaluez-vous les priorités établies par rapport aux moyens prévus ?

La participation cantonale à la promotion culturelle se chiffre à quelque 1,17 milliard de francs chaque année (chiffres de 2016), soit presque 40 % du financement public de la culture. À cela s'ajoutent les aides provenant du Fonds de loterie que les cantons allouent à la promotion de projets culturels. Les projets de la Fondation ch ne représentent donc qu'une infime partie de l'argent dédié à la culture. Dans ce contexte, nous nous félicitons de l'augmentation des fonds fédéraux prévue par le message : mis bout à bout, le plafond des dépenses et les crédits d'engagement s'élèvent à 942,8 millions de francs annuels, soit une hausse réelle de 1,9 % par rapport à 2020.

La Fondation ch considère les activités liées à l'éducation et à la jeunesse comme un investissement pour l'avenir, et en a fait l'un de ses axes de travail. Avec le projet **Collection ch dans les écoles**, elle sensibilise les jeunes lecteurs à la littérature suisse contemporaine, invite les élèves et le corps enseignant à se saisir de la question des échanges par-delà les frontières linguistiques et essaye d'éveiller chez les jeunes un intérêt pour le travail de traduction. Plus globalement, le projet a pour vocation de faire naître le plaisir de la lecture et de promouvoir l'accès aux livres. Pour ce faire, la Fondation ch finance et organise des rencontres auteurs-traducteurs dans des classes ; la rémunération est la même pour les auteurs que pour les traducteurs. Aussi se félicite-t-elle de la mesure proposée à la page 25 du rapport explicatif qui veut que **les traducteurs et les auteurs soient mis sur un pied d'égalité (en ce qui concerne les honoraires)**.

Nous collaborons pour ce programme avec des écoles secondaires de toute la Suisse et constatons une augmentation des établissements intéressés par ce type de rencontres. Une participation financière supplémentaire de la Confédération serait la bienvenue, d'autant plus qu'il est indéniable que ce projet contribue à l'encouragement de la cohésion sociale.

Par conséquent, la Fondation ch déplore que les moyens alloués au secteur Langues et compréhension sur la période d'encouragement 2021-2024 restent en deçà de l'augmentation moyenne prévue par le message : alors que le plafond des dépenses et les crédits d'engagement connaissent une hausse réelle de 1,9 % par rapport à 2020, **les investissements en faveur des langues et de la compréhension stagnent.**

3. Remarques finales

La Fondation ch tient pour indispensables les mesures proposées par le message culture 2021-2024 pour promouvoir le plurilinguisme, le rapprochement des cultures, la traduction littéraire et, en fin de compte, la cohésion sociale. Le principe d'organisation fédérale a un rôle central à jouer dans la préservation de cette diversité – régionale, linguistique, culturelle. Nous continuerons de nous engager en ce sens et espérons pouvoir encore renforcer notre collaboration avec la Confédération.

En vous remerciant d'avance de l'attention que vous voudrez bien porter à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Fondation ch pour la collaboration confédérale



Pascal Broulis
Président Fondation ch

Copie :

- Membres du Conseil de fondation
- Secrétaire générale CDIP
- Circulation interne Fondation ch

p.schori@chstiftung.ch
0313203014

ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit
Haus der Kantone
Speichergasse 6, Postfach
CH-3001 Bern

Tel. +41 31 320 16 16
info@chstiftung.ch
www.chstiftung.ch



**Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Chef du Département fédéral de l'intérieur
Inselgasse 1
3003 Berne**

Eingereicht per Mail an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern/St. Gallen, 13. September 2019

Vernehmlassung zur integralen Strategie Baukultur

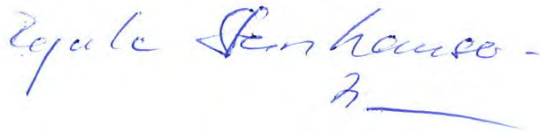
1. Die vom Bundesamt für Kultur im Eidg. Departement des Innern entwickelte und zur Vernehmlassung vorgelegte «Strategie Baukultur» ist ein vorzügliches Dokument. Dass damit die Qualität der gebauten Umwelt endlich von den Bundesbehörden systematisch in den Blick genommen wird, wird von unserer Organisation sehr begrüsst, und die Weiterbearbeitung und Umsetzung der «Strategie Baukultur» wird von uns sehr empfohlen.
2. An sich ist der Bund nicht der Hauptverantwortliche für die Baukultur in der Schweiz, sondern es sind die Kantone mit der Richtplanung, den Baugesetzen und den Umsetzungen verschiedener baurelevanter Bundes- und Kantonsgesetze sowie vor allem die Gemeinden als wichtigste Bewilligungsorgane für Bauvorhaben. Die Vorteile dieses föderalistischen Ansatzes sind die Möglichkeit der Achtung lokaler Traditionen und vor allem die Bürgernähe; der eminente Nachteil hingegen ist, dass die dezentralen Entscheidungsträger oft wenig Kenntnisse von Baukultur haben und dem Druck von einzelnen Mächtigen oder der Wirtschaft zu stark ausgesetzt sind. Seinerseits nimmt der Bund mit dem Raumplanungsrecht, dem Umweltschutzrecht, den Politiken und Erlassen zum Verkehr, zur Energie, zum Wohnen oder zum Kulturgüterschutz vielfältig, aber meist nur punktuell Einfluss auf die Baukultur, allerdings bisher kaum in einem sehr entwickelten Sinne. Die Vorlage «Strategie Baukultur» zeigt, dass beim Bund ein erhebliches Potential an Möglichkeiten der «Kulturförderung» steckt.
3. Die Ziff. 4 der Studie weist auf diverse Defizite des heutigen Bauens hin. Doch die Feststellungen im Bericht sind unvollständig. Es herrscht heute fast überall eine grosse Uneinlichkeit in der Gestaltung und Ausführung der Bauten. Gründe sind vor allem, dass Proportionen und Materialien der einzelnen Bauten nicht auf die umgebenden Gebäude, seien diese überlieferte oder kürzlich geschaffene, Rücksicht nehmen bzw. sich mit diesen abstimmen. Es kann und soll heutzutage kein bestimmter Kanon der Baukultur gefordert werden. Doch es

geht nicht an, dass Neubauten fast durchwegs nur als Einzelobjekte, nicht aber schwerewichtig in der Ausrichtung auf den gesamten gebauten Raum gestaltet werden. Besonders missachtet werden die Verpflichtung eines Baus, einen Beitrag zur Mitgestaltung der umgebenden Freiräume zu leisten, und gering ist in der Regel der Respekt der umgebenden Kultur- und Architekturgüter, die im Bewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner oft sehr lebendig sind. Einordnen und Angleichen galt lange Zeit als Kernforderung der Bauordnungen; heute aber wird ein falsch verstandener Liberalismus der Beliebigkeit gepflegt, ja als Fortschritt empfunden. Diese Rücksichtslosigkeit und dieses sich bewusst Nichteinordnen-Wollen wird in breiten Bevölkerungsschichten sehr wohl als störend empfunden und missbilligt, doch als Preis für die individuelle Freiheit hingenommen. Wie in allen anderen Kulturbereichen ist es auch beim Bauen keine Lösung, wenn jede und jeder so bauen darf, wie sie oder er will, und wenn die breiten Baukulturerfahrungen und die Qualitätserkenntnisse in der Baukultur von den Behörden und den Bauherrschaften einfach beiseitegeschoben werden.

4. Immer noch stammen grosse Teil der Bauten in der Schweiz aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Dieses Gut an Baukultur ist sicher oft im Einzelnen nicht besonders herausragend, aber als Ensemble und vor allem im Ortsbild sind die älteren Bauten meist unersetzlich. Darauf wird heute kaum mehr Rücksicht genommen, nicht zuletzt, weil vorwiegend standardisierte, kulturell indifferente computerbasierte Bauten geschaffen werden oder architektonische Eigenwilligkeit angestrebt wird. Vorbehalten bleiben vielerorts nur noch die Schutzvorschriften für seltene Baudenkmäler und für die keineswegs häufigen Ortsbilder von nationaler Bedeutung, und auch diese sind nur im ihrem engen Perimeter geschützt. Das reicht bei weitem nicht aus, um wichtige Ortsteile qualitativvoll zu entwickeln. Hierzu müssen besondere Strategien der Förderung von «Baulandschaften» diskutiert werden; Ziff. 4 des Strategieberichts sollte noch vertieft werden. Eine besondere Gefährdung der tradierten Bauten, auch z.B. qualitativvoller Wohnbauten aus der Nachkriegszeit, bilden heute die – unbestreitbar notwendigen – Massnahmen zur Verdichtung der bebauten Zonen. Dazu müssen unbedingt noch konkrete Kriterien der Bewahrung überlieferter Baukultur entwickelt werden.
5. Das Paket an Massnahmen, das Ziff. 9 des Strategieberichts vorschlägt, ist begrüssenswert, gerade auch in der Vielfalt. Allerdings sind diverse Vorhaben mehr auf öffentliche Aufmerksamkeit ausgerichtete Massnahmen; diese sind sicherlich für die Sensibilisierung der Verantwortlichen wichtig, ihre Wirkung bleibt aber ungewiss. Unseres Erachtens braucht es auch rechtlich zwingende Massnahmen. Wir beantragen vor allem eine Revision des Raumplanungsrecht, bei der «allgemeine Qualitätskriterien für die Gestaltung der bebauten Umwelt» ins Gesetz eingebracht werden und mit denen für die Gestaltung der Siedlungsräume mehr Aufmerksamkeit gefordert wird. Mit einer Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes sollte zum einen die Pflicht zum Ortsbilder-Schutz über den Schutz der nationalen Ortsbilder hinaus ausgedehnt werden und zum anderen die «Verträglichkeit des Bauens» (auch der Verkehrs- und Energieträger!) mit den geschützten Landschaften zu einem wesentlichen Kriterium gemacht werden.
6. Insgesamt muss der Bund schliesslich entschlossen dazu beitragen, dass dem Kulturgüterschutz, der Denkmalpflege und der Archäologie, der verantwortungsvollen Orts- und Landschaftsplanung sowie der Qualitätsförderung bei neuen Bauten auf allen Staatsebenen viel mehr Mittel und Mitarbeitende zur Verfügung stehen als dies bisher der Fall ist. Die in diesen

Gebieten engagierten Menschen sind die wirklichen Förderer der Baukultur, weil sie die Geschichte mit der Gegenwart verbinden und für eine respektvolle nachhaltige Bauentwicklung eintreten; sie sind es vor allem, die von vorneherein mit einem kulturellen Ansatz die zukünftige Baukultur mitgestalten.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. phil. Regula Steinhauser-Zimmermann
Präsidentin SGKGS



Prof. em. Dr. iur. Rainer J. Schweizer
Vorstandsmitglied SGKGS

Per E-Mail an
StabsstelleDirektion@bak.admin.ch

Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Zürich, 19. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme GARP

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Die GARP Gruppe Autoren Regisseure Produzenten dankt für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesamtes für Kultur für die Kulturbotschaft 2021 bis 2024 Stellung zu beziehen.

Die GARP ist der grösste Schweizer Verband, der Filmproduzenten, Autoren und Regisseure aus allen Sprachregionen vertritt.

Die GARP hat den Entwurf des Bundesamts für Kultur an ihrer letzten Vorstandssitzung diskutiert und erachtet die Stossrichtung der enthaltenen Vorschläge als sinnvoll und relevant. Die GARP steht hinter der Stellungnahme von CinéSuisse und möchte zudem speziell auf folgende Punkte hinweisen, die in unseren Augen für die Filmproduktion essenziell sind:

1. Allgemeine Bemerkungen

Mit der neuen Kulturbotschaft wird davon ausgegangen, dass für den Filmbereich kaum zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen werden. Das ist unseres Erachtens ein Problem. Der Bund stellt zu wenige Mittel zur Verfügung für künftige Herausforderungen, wie beispielsweise die Digitalisierung des Filmerbes. Zudem ist bis heute das Fördermodell Succès Cinéma mit zu wenigen Mitteln ausgestattet, so dass gerade erfolgreiche Filmjahre immer dazu führen, dass Gutschriften für die Produktion von neuen Filmen gekürzt werden. Mit dieser Politik wird die Vielfalt und der kulturelle Erfolg des Schweizer Films zu wenig gefördert. Wir ersuchen deshalb darum, dass der Filmkredit jährlich um mindestens CHF 2 Mio. erhöht wird, damit wenigstens das heutige System auch tatsächlich so umgesetzt werden kann, wie dies gesetzlich vorgesehen ist.

2. Reinvestitionspflicht und Territorialitätsprinzip für Online-Anbieterinnen

Wir begrüssen die vorgesehene Verpflichtung für Internet-Anbieter zu einer **Reinvestition in die Schweizer Film- und Audiovisionsbranche** eines Teils ihres in der Schweiz erwirtschafteten Umsatzes. Diese Verpflichtung gilt bereits für öffentliche und private Fernsehanstalten und ist für den Schweizer Film von essenzieller Bedeutung.

Die Urheberrechtsentschädigung darf nicht angerechnet werden

Im aktuellen Vorschlag des Bundesamtes für Kultur ist aufgeführt, dass auch die Urheberrechtsentschädigung als Investition in den Schweizer Film gilt (Entwurf Art. 24c, Abs. 2 lit b). Das ist falsch, eine Urheberrechtsentschädigung ist nicht ausschliesslich für Schweizer Filmproduktionen vorgesehen. Im Gegenteil, der Grossteil der durch die Verwertungsgesellschaften eingenommenen Urheberrechtsentschädigungen fliesst ins Ausland. Die Bestimmung zur Förderung des Schweizer Films aber ist eine ausschliesslich schweizerische Regelung. Diese Bestimmung muss deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Das gesamte Onlineangebot muss erfasst werden, inkl. IPTV

Mit dem Hinweis in Art. 24b, wonach „Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten“, verpflichtet sind, 4 % ihrer Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden, muss sichergestellt sein, dass sämtliche Angebote, welche weder unter das heutige RTVG fallen noch als Kino gelten, erfasst werden. Das bedeutet, dass auch IPTV (Internet-Fernsehen) hier erfasst werden muss, sofern es nicht unter das RTVG fällt. Wichtig in diesem Zusammenhang ist klarzustellen, dass es keine vierte Auswertungsmöglichkeit eines Filmes gibt. Es muss die lückenlose Aufteilung der Auswertung garantiert werden für die drei Bereiche

- Kinoauswertung
- Fernsehauswertung
- Onlineauswertung

Die GARP erachtet es als sinnvoll, dass auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern, und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe kompetente Instanz, das BAK, überprüft werden.

3. Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

Wir unterstützen den Antrag von CinéSuisse, in der Kulturbotschaft 2021-2024 den Auftrag zu formulieren, dass der Bund eine Expertengruppe mit der Überprüfung der aktuellen Filmförderstrukturen beauftragen soll. Der Auftrag an die Expertengruppe ist, die Möglichkeiten und den Umfang für die Schaffung eines „Filmförderfonds“ zu prüfen. Dabei sind insbesondere die Entwicklungen unserer Nachbarländer mit einzubeziehen. So haben Frankreich (CNC), Deutschland (FFA) oder Österreich (ÖFI) je Strukturen geschaffen, die einerseits eine engere Zusammenarbeit mit anderen Förderinstitutionen (wie etwa Fernsehanstalten) erlauben und andererseits in der Budgetierung und Vergabe von Mitteln (Darlehen) über einen grösseren Spielraum verfügen. Ziel ist

- a) eine Bündelung und Koordination der Kräfte der wichtigsten Akteure der verschiedenen Herstellungs- und Auswertungsphasen gemäss gemeinsam zu erarbeitenden Zielsetzungen;
- b) eine Fokussierung und Flexibilisierung des Begutachtungssystems im Sinne einer Projektbegleitung mit offener, unterstützender Kommunikation.

Die vom Bund eingesetzte Expertengruppe soll aus Expertinnen und Experten aus der Sektion Film sowie aus der Filmbranche (Kreation, Herstellung, Auswertung) zusammengesetzt werden. Zudem ist eine Person beizuziehen, welche die verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen kennt (allenfalls jemand vom Bundesamt für Justiz) und so die rechtlichen Möglichkeiten bestmöglich ausloten kann. Zudem ist es sinnvoll, auch eine Person der SRG beizuziehen, da in der neuen Struktur auch eine intensive Zusammenarbeit mit der SRG gesucht werden muss.

4. Leistungsvereinbarungen

Der Bund sieht neu vor, dass Leistungsvereinbarungen über mehrere Jahre neu nur noch mit Institutionen möglich sind, die selber kein gewinnorientiertes Unternehmen oder die nicht im Besitz eines gewinnorientierten Unternehmens sind. Wir können das grundsätzlich nachvollziehen, allerdings muss es möglich sein, dass gerade selektive Projektbeiträge auch an gewinnorientierte Unternehmen möglich sind.

5. Kinoförderung

Die Bedeutung des Kinos als Kulturvermittlerin kommt auch in der neuen Kulturbotschaft 2021-2024 zu wenig zum Ausdruck. Das Kino ist nicht nur ein Ort sozialer Begegnungen, es ist auch der Ort, an welchem die kulturelle Teilhabe am Film generell und insbesondere am Schweizer Filmschaffen stattfindet. Dies trifft auf Kinos jeder Grösse zu. Die Kinos in kleineren Orten leisten hier einen besonders grossen Effort, und das wird vom Bund zu wenig gewürdigt. Es braucht hier neue Unterstützungsmassnahmen und eventuell auch neue Unterstützungsformen.

6. Anteil von europäischen und Schweizer Filmen im Angebot

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien wird die Festlegung einer Quote von 30 % europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieterinnen gefordert. Damit soll hinsichtlich eines zukünftigen Wiederbeitritts ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden.

Als Ergänzung soll in diesen 30 % ein Anteil von 20 % Schweizer Filme festgesetzt werden.

7. Gender

Ebenfalls sind die Kommissionsmitglieder von der Wichtigkeit eines griffigen **Gender-Artikels** in der Kulturbotschaft überzeugt.

Als weitergehende Gender-Massnahme empfehlen wir, für die Entwicklungs- und Herstellungsgesuche einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern zu installieren, welcher der Einschränkung von Filmschaffenden mit familiärer Verantwortung entgegenwirkt.

Diese Beiträge dürfen nicht zulasten des bestehenden Budgets gehen, ansonsten wäre die Massnahme für Frauen und Männer mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern im Film kontraproduktiv.

8. Zugang zu den Filmen

In Art. 19a, betreffend Zugang zu den Filmen, die „mit einem namhaften Betrag“ durch das BAK unterstützt wurden, sollte präzisiert werden, dass dieser Artikel jene Filme betrifft, die nicht bereits online verfügbar sind. Die jeweilige Situation muss von Fall zu Fall mit den Rechteinhabern geprüft werden, und es müssen klare und umsetzbare Vorgaben formuliert werden. Eine allfällige nicht-exklusive Nutzung resp. Verfügbarmachung der Filme durch den Bund kann erst angegangen werden, wenn diese die kommerzielle Auswertung des Films in keiner Weise beeinträchtigt oder behindert.

Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte muss angemessen entschädigt werden. Das Parlament hat erst gerade in der Sommersession einen Versuch, im Bereich der wissenschaftlichen Publikationen im Rahmen der URG-Revision die Rechteinhaber zu enteignen, sehr deutlich verworfen. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für den Konsumenten, die mehrfach geäußert wurden, werden von der Eidgenössischen Filmkommission entschieden bekämpft. Die Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet das Werk und fördert eine Haltung, die eine Gratisnutzung von Filmen im Internet reklamiert. Wie beim Buch ist gegen eine für den Konsumenten unentgeltliche Nutzung des Werks an wenigen, dedizierten Orten (wie z. B. in der Cinémathèque) nichts einzuwenden.

9. Internationale Zusammenarbeit

Es ist der Schweizer Filmbranche ein wichtiges Anliegen, möglichst bald wieder Teil des MEDIA-Programms Creative Europe zu werden (resp. des Nachfolgeprogramms ab 2020). Die Konsequenzen des Ausschlusses sind nicht nur für die Schweizer Filmproduktion und die internationalen Koproduktionen spürbar. Die Nachteile zeigen sich vor allem auch bei der Auswertung der Schweizer Filme im Ausland. Es fehlen zurzeit auch klare Strategien, wie die Auswertung bzw. die Visibilität des Schweizer Films und die internationalen Koproduktionen mit der Schweiz gestärkt werden können. Diese Hindernisse können nur teilweise durch die MEDIA-Ersatzmassnahmen und den FiSS abgefedert werden. Ein Wiedereintritt der Schweiz ins MEDIA-Programm Creative Europe ist jedoch in absehbarer Zeit unmöglich. Gerade deshalb kann das Ziel der **Wiedereingliederung der Schweiz in das Europäische MEDIA-Programm** in der Kulturbotschaft nicht mit genügend Nachdruck erwähnt werden.

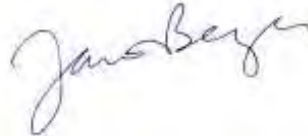
Im Namen der GARP danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und Anregungen.

Mit freundliche Grüßen

GARP Gruppe Autoren Regisseure Produzenten



Elena Pedrazzoli, Co-Präsidentin



Jacob Berger, Co-Präsident



→ Antworten GARP – Gruppe Autoren Regisseure Produzenten, 8034 Zürich

Bern, 29. Mai 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft); Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Mit dem 2016 neu eingeführten Instrument der Filmstandortförderung soll vor allem erreicht werden, dass Dreharbeiten – aber auch die filmtechnische Verarbeitung von Schweizer Filmen und internationalen Koproduktionen – auch tatsächlich in der Schweiz durchgeführt werden. Das neue Instrument ist sehr erfolgreich und bewährt sich gut. Es zeigt sich allerdings, dass bisher alleine dank diesem Instrument nicht mehr internationale Koproduktionen entstanden sind, dafür braucht es zusätzlich einen Support durch die selektive Förderung. Hier hat das Bundesamt für Kultur aber reagiert und will nun verstärkt sicherstellen, dass internationale Koproduktionen auch in der selektiven Förderung gestärkt werden. Das neue Instrument hat aber relativ hohe Schwellenwerte, die dazu führen, dass Filmprojekte aus dem Tessin und der Romandie oft nicht berücksichtigt werden können, weil sie zu klein sind. Hier müssen Anpassungen geprüft werden. Die aktuell für dieses Instrument zur Verfügung stehenden Mittel von jährlich CHF 6 Millionen sind aber zu bescheiden, hier muss in den nächsten Jahren eine finanzielle Erhöhung notwendig sein.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Was den Bereich «Kulturelle Teilhabe» anbelangt, so sind wir erfreut, dass das BAK die Chancengleichheit für Frauen und Männer im Kulturbereich als wichtiges Ziel erachtet und begrüssen es, dass hier weitere Massnahmen (insbesondere statistische Erhebungen) getroffen werden sollen. Den Bereich Film erachten wir diesbezüglich in einer Vorreiterrolle, da neben der Erhebung von Daten im Bereich der Filmförderung schon etliche weitere Massnahmen vom BAK getroffen wurden. Als weitergehende Gender-Massnahme wäre es sinnvoll, für die Entwicklungs- und Herstellungsgesuche einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern zu installieren, welcher der Einschränkung von Filmschaffenden mit familiärer Verantwortung entgegenwirkt. Diese Beiträge dürfen nicht zulasten des bestehenden Budgets gehen, ansonsten wäre die Massnahme für Frauen und Männer mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern im Film kontraproduktiv (vgl. hierzu Stellungnahme CinéSuisse, Ziff. 11).

Die Digitalisierung des Schweizerischen Filmerbes bedarf einer verstärkten Koordination und des Einsatzes von Bundesmitteln.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

GARP stellt den Antrag, in der Kulturbotschaft 2021-2024 die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung einzubringen. Ziel ist die Mandatierung einer ausgewählten Arbeitsgruppe, die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst.

Das Bedürfnis nach einer Reform und Neuaufstellung der Schweizer Filmförderung wird von allen Akteurinnen und Branchenverbänden des Schweizer Filmschaffens als zentrales und vordringlichstes Anliegen gesehen (vgl. ausführliche Begründung in der Stellungnahme von anderen Verbänden der Filmbranche).

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Zugang zum Filmerbe (Art. 19a FiG)

GARP begrüsst die Idee des BAK, einen Online-Zugang für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe zu schaffen. Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte muss angemessen entschädigt werden. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für die Konsumentenden, die mehrfach geäussert wurden, werden von GARP abgelehnt. Die Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet das Werk und fördert eine Haltung, die eine Gratisnutzung von Filmen im Internet reklamiert. Bei neuen Filmen ist der Online-Zugang aber heute in der Regel unproblematisch; schwierig ist es bei älteren Filmen, die nicht über die notwendigen Formate verfügen. Hier sind durch den Bund zusätzliche Mittel bereitzustellen, um die Digitalisierung dieser Filme zu ermöglichen.

Investitionspflicht für Online-Anbieterinnen (Art. 24b ff. FiG)

GARP begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Online-Anbieterinnen sollen dieselben Pflichten haben wie die Anbieterinnen von linearen Fernsehprogrammen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass der Bund neu sämtliche Auswertungen, die nicht als Fernsehen (RTVG) oder Kino gelten, in die Pflicht nimmt. Begrüssenswert wäre diesbezüglich, dass auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern, und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe, kompetente Instanz, das BAK, überprüft werden.

Weiter verlangt GARP Anpassungen im vorgeschlagenen Gesetzestext in Art. 24c (Anrechenbare Aufwendungen) und Art. 24d FiG (Bruttoeinnahmen) sowie eine Ergänzung des Kapitel 3a (vgl. Stellungnahme CinéSuisse, Ziff. 2).

Vielfalt des Filmangebots (Art. 24a FiG)

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien wird die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieterinnen gefordert. Somit soll hinsichtlich eines zukünftigen Wiederbeitritts ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden.

Als Ergänzung soll in diesen 30% ein angemessener Anteil an Schweizer Filmen festgeschrieben werden. Art. 24a Abs. 1 ist deshalb um folgenden Satz zu ergänzen: *Dabei ist ein angemessener Anteil für Schweizer Filme vorzusehen.*

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1 ff. des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Nebst den unter Frage 4 geforderten weiteren Anpassungen des Filmgesetzes erachtet GARP eine Ergänzung des Sprachengesetzes als notwendig:

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung wie auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Seit Jahren ist das an sich bestens etablierte Filmfördermodell Succès Cinéma unterdotiert. Gerade in Jahren mit einigem Erfolg müssen Succès-Cinéma-Gutschriften leider sehr oft gekürzt werden, und damit wird das mit dem Modell geplante Ziel leider nicht erreicht. Für die Sicherstellung des Modells Succès Cinéma sind deshalb die jährlichen Mittel des Filmkredits um mindestens CHF 2 Mio. zu erhöhen.

Zürich, 19. September 2019

GARP – Gruppe Autoren Regisseure Produzenten, 8034 Zürich



Per Mail an :
stabstellendirektion@bak.admin.ch
Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3005 Bern

Bern, 19. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Verein Schweizer Theatertreffen bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 Stellung nehmen zu können und nimmt diese Gelegenheit hiermit sehr gerne wahr.

Der Verein Schweizer Theatertreffen organisiert seit 2014 gemeinsam mit seinen Partnertheatern in jährlich wechselnden Städten und Regionen des Landes eine nationale Veranstaltung, in deren Zentrum eine Werkschau von sieben bis zehn ausgewählten, bemerkenswerten Theaterproduktionen aus allen Sprachregionen steht. Durch ein reichhaltiges Rahmenprogramm ist das Theatertreffen zu einer Plattform für die Schweizer Theater-schaffenden aus allen Kultur- und Sprachregionen geworden und regt zu Austausch, Diskurs und gegenseitiger Wertschätzung an. Seit 2014 steht das Theatertreffen in Partnerschaft mit dem Bundesamt für Kultur, das jeweils im Rahmen des Theatertreffens die Schweizer Theaterpreise verleiht.

Allgemeine Würdigung der Vorlage

Wir begrüssen die grundsätzliche Stossrichtung der Kulturbotschaft, die bereits in der vergangenen Finanzierungsperiode definierten Handlungsachsen beizubehalten und halten es für sinnvoll, die künftigen Massnahmen entlang der in der letzten Kulturbotschaft identifizierten Megatrends auszurichten.

Wir freuen uns, dass der Bundesrat ein gegenüber der vergangenen Finanzierungsperiode leicht erhöhtes Kulturbudget beantragt und möchten uns dafür bedanken. Wir sind uns bewusst, dass dies angesichts der gegenwärtigen politischen Herausforderungen und Kräfteverhältnisse keine Selbstverständlichkeit ist, wir teilen aber die Zweifel mit vielen Kulturakteuren, dass diese Mittel ausreichen, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.



Im Folgenden möchten wir unsere Äusserungen auf diejenigen Punkte beschränken, die für das Schweizer Theatertreffen von besonderem Interesse sind.

Professionelles Kunst- und Kulturschaffen im Allgemeinen

Wir begrüssen es ausserordentlich, dass sich der Bund neben den Gemeinden und den Kantonen weiterhin der Förderung des professionellen Kunst- und Kulturschaffens widmet und darin eine wichtige Aufgabe der staatlichen Kulturförderung sieht. Dabei teilen wir seine Einschätzung der Bedeutung, die das Kunst- und Kulturschaffen für das gesellschaftliche Selbstverständnis, den Dialog und den gesellschaftlichen Zusammenhalt einnimmt (S. 15).

Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir freuen uns, dass der Bundesrat im kulturellen Austausch zwischen den verschiedenen Landesteilen ein grosses Potential für die künstlerische Entwicklung in allen Sparten sieht (S.16). Diesen Gedanken teilen wir selbstverständlich, steht er doch im Zentrum der Ziele und Visionen unserer eigenen Veranstaltung. Auch die Förderung des kulturellen Austauschs zwischen unterschiedlichen Kulturakteuren oder Kulturräumen innerhalb einer Sprachregion erachten wir als wichtig und förderungswürdig.

Für beide Anliegen würden wir uns aber mehr finanzielle Mittel und eine Schärfung respektive Konkretisierung der Massnahmen wünschen. Insbesondere bedauern wir, dass sich die Massnahmen für die zusätzliche Förderung des Austauschs und der Promotion innerhalb einer Sprachregion offenbar auf zeitgenössischen Tanz und Zirkus zu beschränken scheinen (S. 24). Weiter nehmen wir zwar sehr erfreut zur Kenntnis, dass der Bund die Unterstützung von Übersetzungen und Übertitelungen von Theaterproduktionen, die national auf Tour gehen, verstärken will (S. 24), fordern darüber hinaus aber, dass der Bund auch ausdrücklich Plattformen und Veranstaltungen im Bereich Theater unterstützt, die dem Austausch, der Verbreitung und der Bildung von Netzwerken, sowohl auf nationaler Ebene als auch innerhalb der Sprachregionen, dienen.

Schweizer Preise

Wir begrüssen die Vergabe von Preisen in allen Kultursparten und teilen die Ansicht, dass diese nicht nur ein wichtiges Instrument der Unterstützung von Kunst- und Kulturschaffenden darstellen, sondern auch deren Promotion auf nationaler und internationaler Ebene dienen.

Wir freuen uns, dass die Verleihung der Schweizer Theaterpreise im Rahmen des Schweizer Theatertreffens in der Kulturbotschaft als positiv hervorgehoben wird und wir möchten der Feststellung beipflichten, dass die Partnerschaft zwischen Theaterpreis und Theatertreffen eine wertvolle Plattform für Treffen und Austausch geschaffen hat (S. 17). Umso bedauernswerter und als widersprüchlich erachten wir daher die in der Kulturbotschaft formulierte Absicht, künftig die Theaterpreise losgelöst vom Theatertreffen und gemeinsam mit den Tanzpreisen unter dem Titel Schweizer Bühnenpreise zu vergeben an einer Veranstaltung, «die den Bühnenkünsten gewidmet ist und auch Zirkus, Strassentheater, Performance oder Figurentheater umfasst» (S. 17). So sehr wir auch der Ansicht sind, dass allen diesen Kunstformen und -sparten berechnete Anerkennung gebührt, so wenig sinnvoll erscheint es uns, sie unter dem Dach einer gemeinsamen Veranstaltung zusammenfassen zu wollen – einer Veranstaltung, die unseres Wissens überdies noch geschaffen werden müsste. Unserer Ansicht nach ginge dabei insbesondere die oben erwähnte Schaffung von



Plattformen, die dem gezielten und konstruktiven Austausch von Anliegen unter den Professionellen der jeweiligen Sparten dienen, verloren.

Schlussfolgerungen

Im Anschluss an die obigen Ausführungen möchten wir festhalten, dass das Schweizer Theatertreffen wichtige Anliegen und Ziele der Kulturförderpolitik des Bundes aufnimmt und teilt. Es ist die einzige nationale Veranstaltung im Bereich des Theaters, die alle Sprachregionen vereint und sich sämtlichen Produktionsformen (institutionelles «Stadttheater» und freie Szene) öffnet. Das Theatertreffen ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem beliebten Treffpunkt der professionellen Theaterschaffenden der gesamten Schweiz geworden, welche die Einladung zu gemeinsamen Reflexionen rund um das zeitgenössische Schweizer Theater angenommen haben, und es ist zu erwarten, dass es den Aspekt einer Plattform für die Professionellen in den folgenden Jahren erfolgreich ausbauen wird.

Durch seinen wandernden Charakter bringt das Theatertreffen das Schweizer Theater-schaffen dem Publikum in verschiedenen, durchaus auch peripheren Regionen des Landes näher. Gleichzeitig erlaubt es den Veranstaltungsorten, sich als Kulturregionen in den Fokus der Schweizer Theaterszene zu rücken. Dies ist hervorragend gelungen anlässlich des Theatertreffens 2019 im Wallis.

Obwohl die noch junge Veranstaltung in den letzten Jahren Erfolge verzeichnen konnte und sich wachsender Beliebtheit erfreut, möchte sich das Theatertreffen in produktivem Austausch mit allen Akteuren des Schweizer Theaterschaffens stetig weiterentwickeln. Um dies tun zu können, braucht das Theatertreffen jedoch Planungssicherheit. Neben den gewichtigen Beiträgen, welche die Partnertheater, die Städte und Kantone der jeweiligen Durchführungsorte sowie private Stiftungen sprechen, ist das Theatertreffen auf eine kontinuierliche Finanzierung durch den Bund angewiesen. Obwohl in der Kulturbotschaft nicht ausdrücklich erwähnt, drohen dem Theatertreffen ab 2021 durch die geplante Trennung von der Verleihung der Schweizer Theaterpreise gewichtige Kürzungen der Bundesbeiträge, was die weitere Existenz der Veranstaltung aufs Äusserste in Frage stellen würde.

Wir bitten deshalb den Bundesrat, Möglichkeiten zu prüfen, um eine längerfristige Unterstützung durch den Bund zu gewährleisten und dem Theatertreffen somit die notwendige Planungssicherheit zu bieten, und wir möchten insbesondere dazu anregen, das Theatertreffen in der Kulturbotschaft 2021-2024 zu verankern.

Wir danken Ihnen, wenn Sie unseren Überlegungen und Anregungen bei der Überarbeitung der Kulturbotschaft Beachtung schenken.

Plinio Bachmann
Präsident

Kathrin Lötscher
Geschäftsleiterin



association
suisse
des diffuseurs,
éditeurs et
libraires

18 av. de la Gare
CP 529 CH - 1001 Lausanne
T +41 (0)21 329 02 65
F +41 (0)21 329 02 66
asdel@bluewin.ch / www.asdel.ch

Message Culture 2021-2024

Réponse de l'Association suisse des diffuseurs, éditeurs et libraires (ASDEL) à la consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames et Messieurs les parlementaires,

Nous vous remercions de nous avoir invités à commenter l'ébauche actuelle du message Culture 2021-2024.

L'ASDEL – prochainement Livresuisse –, est l'association romande de l'interprofession du livre : nous fédérons quelque 120 membres et représentons les intérêts d'une part très significative des métiers du livre en Suisse romande, en étroite collaboration avec les associations partenaires de Suisse alémanique (SBVV), du Tessin (ALESI) et le «Swiss Independent Publishers» (Swips).

Nous commentons principalement les points relatifs au secteur du livre.

A. Réponses au questionnaire

1. Mettre en œuvre le message culturel 2016-2020

Comment jugez-vous la mise en œuvre du message culturel 2016-2020 par l'Office fédéral de la culture (OFC), Pro Helvetia et le Musée national suisse (cf. point 1.4.1 du rapport explicatif) ?

Sur le principe, nous estimons que la mise en œuvre du message culturel a été un succès jusqu'à présent. Dans sa prise de position sur le message Culture 2016-2020, nos associations professionnelles avaient déjà fait une évaluation positive de ses objectifs et de son contenu. Et il nous apparaît cohérent de se concentrer sur le maintien et la poursuite des mesures, ainsi que d'y apporter des améliorations lorsque nécessaire. Les travaux de l'Office fédéral de la culture (OFC) et de Pro Helvetia sont largement appréciés et à de nombreux égards.

2. Axes d'action de la politique culturelle de la Confédération

Comment jugez-vous le maintien des trois axes d'action précédents de la politique culturelle fédérale ("participation culturelle", "cohésion sociale" et "création et innovation") et l'ajout de l'accent "numérisation" (cf. point 1.4.2 du rapport explicatif) ?

Nous soutenons l'idée que les trois axes précédents de la politique culturelle de la Confédération doivent être maintenus, tout comme doit être ajouté le volet numérique. La continuité et l'efficacité sont ici des objectifs partagés.

Nous voudrions par contre souligner que, malgré toutes les raisons justifiant l'accent mis sur la numérisation, il convient de veiller tout autant à ne pas négliger le volet analogique. Trop souvent, selon notre expérience, les critères de qualité et de pertinence sont trop peu pris en compte dans les projets numériques. La culture analogique a sa place et continuera d'avoir sa place dans l'avenir ; elle est souvent le fondement de toute numérisation et ne doit pas devenir secondaire. Et donc toute aide à la création numérique ne devrait en aucun cas se faire au dépens des aides existantes.

3. Poursuite du développement des mesures

Comment évaluez-vous la fixation des priorités en ce qui concerne la poursuite du développement des mesures au cours de la période de financement 2021-2024 (cf. sections 1.4.2.1 à 1.4.2.3 du rapport explicatif) ?

Nous saluons et encourageons les efforts de Pro Helvetia pour améliorer la coopération internationale et les échanges culturels avec d'autres pays.

4. 4e révision de la Loi sur le cinéma

A l'avenir, les films soutenus par le gouvernement fédéral seront plus facilement accessibles au public une fois l'exploitation commerciale terminée (cf. point 3.2 du rapport explicatif). Êtes-vous d'accord ? (...)

Sur le principe, rien ne s'oppose à l'idée de l'Office fédéral de la culture de créer un accès facile au patrimoine cinématographique suisse, à condition que les droits d'auteur soient respectés et que l'utilisation du contenu soit dûment rémunérée.

Par contre, nous sommes préoccupés par l'idée d'une promotion de la libre utilisation des productions culturelles subventionnées, comme semble l'encourager le responsable de la section cinéma de l'OFC. C'est parfaitement incompréhensible que d'encourager l'esprit de gratuité des productions culturelles sur Internet : qui, au sein de l'Office fédéral de l'agriculture, songerait à exiger du lait gratuit pour les consommateurs au titre que les agriculteurs suisses sont fortement subventionnés ? Avec de telles postures, on prend le risque de détruire des marchés culturels (encore) fonctionnels. C'est rendre un bien mauvais service à la création culturelle professionnelle – qui, dans de nombreux cas, dépend de subventions – et ceci bien au-delà de l'industrie cinématographique.

5. Autres ajustements législatifs

Comment évaluez-vous les nouvelles adaptations législatives (cf. ch. 3.1 ss. de l'exposé des motifs) et l'engagement proposé d'enseignants dans les écoles suisses à l'étranger par une institution fédérale de droit public (cf. ch. 2.6.3 de l'exposé des motifs) ?

Nous n'avons pas de commentaire particulier à cet égard.

6. Ressources financières pour la mise en œuvre du message Culture 2021-2024

Comment évaluez-vous les ressources financières affectées à la mise en œuvre du message Culture 2021-2024 (cf. point 4 du rapport explicatif), qui s'élèvent à CHF 942,8 millions ?

Comment évaluez-vous les priorités fixées en ce qui concerne les ressources financières fournies ?

Notre association se félicite de l'augmentation prévue des ressources financières pour la mise en œuvre du message Culture 2021-2024. Toutefois, nous estimons que les ressources financières prévues sont encore trop faibles et, dans une certaine mesure, discutables en termes de pondération – c'est particulièrement le cas avec le sous-financement apparent du secteur de la littérature. Dans le contexte d'une nouvelle augmentation de l'aide au domaine du cinéma et à celui de la promotion des éditeurs de presse – jusqu'à 100 millions de francs prévus dans le projet de nouvelle loi sur les médias –, les associations professionnelles du secteur du livre sont en faveur des augmentations annuelles suivantes dans le domaine de la littérature :

- 350 000 francs pour la promotion de l'édition,
- 1,5 million d'euros pour la promotion de la librairie pour ses services de médiation et de promotion culturelles (voir pages 5 et 6),
- 150 000 francs suisses pour les revues littéraires, comme prévu dans le dernier message Culture,
- et un montant en soutien au Schweizer Buchpreis et au nouveau Prix national du livre pour la jeunesse que l'Institut suisse jeunesse et médias (ISJM) organise à partir de 2020

en collaboration avec le SBVV et les Journées littéraires de Soleure ; ce dernier montant pourrait être financé sur le budget des prix littéraires fédéraux.

Pour les autres domaines, l'Asdel sollicite une augmentation annuelle totale de CHF 2 millions au budget prévu pour le message Culture 2021-2024. Les subventions supplémentaires ne devraient pas être versées aux dépens de celles déjà attribuées.

B. Rétroaction et demandes sur des domaines particuliers du message culturel

• 1.2.4 : Prix suisses

Les Prix suisses de Littérature sont prestigieux mais manquent de visibilité tant au niveau de leur promotion que des choix élitistes qui parfois les caractérisent. Sans remettre nullement en cause les rémunérations qui bénéficient aux lauréats, le budget de ces prix nous semble très élevé avec une part trop importante affectée à la production de supports ou d'objets trop luxueux. Notre association soutient nos collègues du SBVV dans leur volonté de faire vivre parallèlement le Schweizer Buchpreis qui prend également en compte la notion de succès auprès du public, et qui mériterait à nos yeux un soutien de la Confédération. L'ASDEL soutient l'initiative de l'ISJM, du SBVV et les Journées littéraires de Soleure qui lancent ensemble un prix national du livre pour enfants et adolescents, décerné dès 2020, et c'est la raison pour laquelle nous sollicitons également un soutien fédéral pour l'organisation de ce nouveau prix à dimension nationale.

• 2.3.4 : Littérature

a) Promotion de l'édition

Nos associations professionnelles se réjouissent que l'aide structurelle à l'édition introduite avec le message Culture 2016-2020 soit maintenue. Ce soutien encourage et récompense l'important rôle culturel et le nécessaire travail des éditeurs de livres dans ce pays. Le modèle de financement, qui vise à attribuer à des structures professionnelles sur la base de critères clairs et transparents, économiquement raisonnables, est un exemple internationalement reconnu en termes de politique de financement contemporaine. Comme l'indique à juste titre le message Culture actuel, le système a fait ses preuves et apporte une contribution importante au soutien et à la promotion de la diversité du paysage éditorial en Suisse et donc à la création littéraire. Cela inclut la prise en compte continue de tous les genres littéraires pertinents sur le plan culturel, comme cela a été mis en œuvre avec l'aide structurelle à l'édition de 2016 – c'est-à-dire la fiction et la non-fiction (par exemple les essais sur des sujets historiques, politiques, sociaux ou relatifs à la science), la poésie, les livres pour enfants et adolescents, les bandes dessinées ou les romans graphiques. Dans le projet de message Culture 2016-2020, une contribution annuelle de 2 millions de francs a été affectée à la promotion de l'édition, soit quelque 1,6 million de francs versés chaque année aux maisons d'édition. C'est nettement moins que les 4,5 millions de francs estimés en 2009 par le groupe de travail fédéral dirigé par le professeur Thomas Geiser, pour le projet «Succès livre et littérature», quant à un nécessaire soutien durable aux éditeurs suisses (voir rapport final du 6 août 2009 à l'Office fédéral de la consommation (OFAC)). Depuis lors, dans le contexte de statut minoritaire de nos cultures respectives (en France, en Allemagne ou en Italie), la situation économique des éditeurs suisses s'est plutôt détériorée (notamment avec le référendum contre le prix réglementé du livre et la faiblesse de l'euro).

Maintenant que l'aide mise en place en 2016 s'est avérée très efficace pour la performance culturelle des éditeurs, l'ASDEL avec les autres associations professionnelles sollicitent une augmentation annuelle de CHF 350'000.– des moyens financiers prévus à cet effet.

b) Bourses nationales

L'ASDEL se félicite des mesures prévues pour promouvoir les importants échanges nationaux. Le message Culture 2021-2024 souligne l'importance de la traduction des œuvres d'auteurs suisses dans les autres langues nationales, et apporte un financement à ces traductions. Les associations professionnelles soutiennent cette mesure et l'ASDEL souhaite insister sur la volonté exprimée dans le message d'élargir «le portefeuille au-delà des traductions littéraires». Nous demandons que le financement des traductions bénéficie à la non-fiction, avec des critères transparents. Il est ici à nouveau essentiel que l'élargissement de cette aide ne se fasse pas aux dépens de celle à la traduction pour la fiction.

Dans sa forme actuelle, cependant, la subvention à la traduction reste à mi-chemin : alors que les coûts de traduction et de relecture du texte traduit dans les autres langues sont partiellement couverts par des contributions à l'éditeur original ou aux traducteurs, les subventions à l'impression ne sont guère disponibles à l'éditeur preneur de licence. Or les coûts de production liés à la publication de l'édition en langue étrangère ne peuvent presque jamais être amortis sur la base des tirages opérés. Notre association soutient également la demande des "Éditeurs indépendants suisses" (Swips) d'étendre les subsides à la traduction de la Confédération aux frais d'impression de l'éditeur de licence concerné et de les compléter ainsi. Certes une telle aide existe aujourd'hui mais elle est restreinte à un choix de titres de la collection CH. Dans le message Culture 2021-2024, le montant du budget devrait donc être étendu en conséquence et l'ordonnance correspondante adaptée. Par ailleurs, la volonté soulignée d'aligner la rémunération des traducteurs sur celle des auteurs nous interroge dans la mesure où souvent les traducteurs sont aujourd'hui souvent mieux rémunérés de leur travail que ne le sont les propres auteurs.

c) Diffusion et promotion internationales

Les activités formulées à ce jour dans le message Culture et les mesures prévues pour la distribution et la production internationales sont au cœur du paysage du livre suisse. L'ASDEL se félicite des mesures prévues et est très satisfaite du soutien apporté par Pro Helvetia.

- Mesures complémentaires dans le domaine de la littérature

a) Primes pour les services d'intermédiation et de promotion dans le secteur du livre

La librairie – pour les nombreux éditeurs et auteurs suisses – offre un service décisif en mettant à la disposition du public les livres d'importance régionale ou nationale, et ceci de diverses manières : tout d'abord en achetant les livres dans son assortiment et en leur offrant une visibilité (le marché du livre est avant tout un marché d'approvisionnement), par l'organisation de toutes sortes d'événements, par l'établissement de listes de recommandations, etc.

C'est la librairie qui établit le contact avec le lecteur pour la promotion de l'auteur, de la traduction et de l'édition. Les librairies bien assorties constituent le lieu essentiel de la diffusion du livre et, avec les bibliothèques, elles en sont les intermédiaires les plus importants. Déjà dans le Message Culture 2016-2020, l'OFC a attiré l'attention sur leur «rôle important dans la médiation littéraire» et posé le fait incontestable que les libraires sont des «acteurs culturels à part entière». C'est pourquoi les associations professionnelles proposent un modèle de promotion pour soutenir le rôle décisif, dans le cadre de la politique culturelle, que jouent les librairies suisses dans les domaines de la médiation et de la promotion – bouclant ainsi le dernier maillon de la chaîne du livre.

Le SBVV a développé un modèle basé sur les principes de l'aide structurelle à l'édition et sur le modèle des aides à la librairie du canton de Genève que l'Asdel soutient pleinement et revendique. Comme pour l'aide à l'édition, les critères doivent être transparents, fondés

sur des normes professionnelles, les décisions doivent être intelligibles et les récompenses pluriannuelles et donc prévisibles.

Résumé d'un modèle de promotion des services intermédiaires et promotionnels dans le secteur du livre

Dans un premier temps, les libraires doivent prouver qu'ils satisfont aux exigences professionnelles pour pouvoir bénéficier d'un financement ; les conditions préalables seraient, par exemple, la preuve qu'ils sont une société suisse, qu'ils réalisent un chiffre d'affaires annuel minimal, qu'ils gèrent un magasin avec des heures d'ouverture régulières, avec une part minimale de livres disponibles dans les langues nationales dans leur assortiment, etc. Seules les entités répondant à ces critères seraient admissibles à un tel modèle de financement.

Dans un deuxième temps, les différentes activités et services de la librairie dans le domaine de la médiation et de la promotion seraient répertoriées dans un catalogue de services. En fonction du nombre de points obtenus, les candidats recevraient des primes de l'ordre de CHF 5'000 ou CHF 10'000 par an. Par exemple, les critères suivants seraient évalués :

- La librairie dispose d'un assortiment dans lequel les auteurs et éditeurs suisses sont présents et maintenus (définir un pourcentage minimal).
- La librairie organise au minimum quatre à cinq manifestations par an (lectures ou groupes de lecture, tables rondes, rencontres avec des auteurs, etc.)
- La librairie offre des services de conservation (listes de recommandations, présélections pour les bibliothèques et les écoles, conseils de livres personnalisés ou production de courtes critiques sur divers canaux, réseaux, blogs de livres, etc.)
- L'entreprise forme des apprentis libraires et assure ainsi la transmission des connaissances de base de la médiation littéraire professionnelle.

Le modèle développé par le SBVV n'implique que peu d'efforts administratifs pour tous les partenaires et pourrait être mis en œuvre dans toute la Suisse dans un court laps de temps, de sorte qu'un soutien à la médiation culturelle et aux services de promotion dans le secteur du livre pourrait très bien être mis en œuvre dès 2021.

Sur les besoins financiers : les associations professionnelles estiment qu'il y a environ 140 librairies en Suisse alémanique, une bonne trentaine en Suisse romande et quelque 10 au Tessin, qui répondent aux critères d'entrée professionnels et proposent les services de vente correspondants. Multiplié par une prime moyenne de CHF 7'500.-, cela représente un besoin de financement d'environ CHF 1,35 million. Si l'on ajoute les frais d'administration et une petite réserve, l'aide à la médiation et à la promotion de la librairie s'élèverait à CHF 1,5 million par an.

b) Règlements d'achat

Le modèle de soutien le plus simple, le plus efficace et le moins cher – parce qu'il est déjà préfinancé par l'argent des contribuables – pour les auteurs, les éditeurs et les libraires suisses demeure celui où les institutions publiques telles que les écoles, les bibliothèques ou l'administration acquièrent systématiquement les livres dans les librairies suisses. L'argent est ainsi investi dans l'écosystème suisse du livre et promeut les auteurs, éditeurs et libraires suisses sans l'apport d'un seul franc supplémentaire.

C'est pourquoi l'ASDEL demande à la Confédération de prendre des mesures et d'édicter des recommandations concernant la politique d'achat de livres avec l'argent du contribuable : les institutions publiques telles que les bibliothèques, les écoles et l'administration doivent acheter leurs livres dans les librairies locales.

c) Revues littéraires

L'ASDEL soutient la demande de l'Association suisse des auteurs (AdS) d'aider les revues littéraires à hauteur de 150 000 francs suisses par an, comme il avait été décidé par le Parlement dans le cadre du Message Culture 2016-2020, mais finalement non mis en œuvre. Il

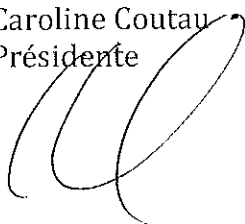
était prévu de soutenir les revues littéraires en lançant des appels d'offres pluriannuels de services dans le but de promouvoir l'échange et l'accès à la littérature.

(d) Développement des statistiques culturelles

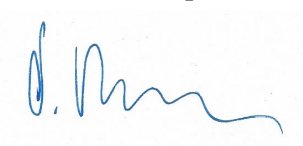
Les statistiques sont parfois mentionnées dans ce message Culture. Il est toutefois frappant de constater le peu de données fiables disponibles sur le marché culturel suisse par rapport à d'autres secteurs économiques et à l'étranger. Pour le marché suisse du livre, pratiquement aucune donnée n'est collectée par l'Office fédéral de la statistique. C'est pourquoi le SBVV demande à l'OFC de jeter les bases, dans le cadre du message Culture 2021-2024, et de prendre des mesures avec l'OFS et les différentes associations culturelles afin de combler cette lacune à moyen terme.

Pour l'Association suisse des diffuseurs, éditeurs et libraires (ASDEL)

Caroline Coutau
Présidente

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping loops.

Olivier Babel
Secrétaire général

A handwritten signature in blue ink, featuring a series of connected, flowing strokes.

Lausanne, le 12 septembre 2019



Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

20.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank, dass Sie dem Verein Bar & Club Kommission Zürich die Möglichkeit bieten, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021- 2024 Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft stellt ein wichtiges Leitbild für die Kulturförderung in der Schweiz dar. Sie definiert dabei nicht nur die nationale, sondern beeinflusst auch in einem hohen Masse die Förderung auf regionaler und kommunaler Ebene.

Im Blick auf die Kulturbotschaft 2017 – 2020 lässt sich feststellen, dass sich die zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Als Dachverband der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche, sind wir irritiert darüber das es in keiner Art und Weise, z.B. in Form von Hearings, die Möglichkeit gab unsere Bedürfnisse und Anliegen bei der Ausformulierung der Kulturbotschaft 2021 – 2024 auszuführen. Es überrascht uns deshalb nicht, dass aus Sicht der Bar & Club Kommission Zürich, die Kulturbotschaft 2021- 2024 ein grosses Defizit aufweist. Denn in keiner Art und Weise, werden auf den rund 80 Seiten, Musikspielstätten (Clubs. Konzert- Eventlokale aber auch Bar mit einer kleinen Bühne) oder Popmusikfestival als Förderungsfähig aufgeführt. Unerklärlich, denn

- ohne Spielstätten, keine Auftrittsmöglichkeiten, da bringt auch die beste Nachwuchsförderung nichts!
- bei den Spielstätten und Festivals handelt es sich um einen eigenen Kosmos, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, Kreation und Innovation im höchsten Mass gefördert wird



- es handelt sich um einen niederschweligen Zugang zur Kultur, den jedes Jahr Millionen von meist jungen Bewohnerinnen der Schweiz eine kulturelle Teilhabe ermöglichen
- Festivals und Grossevents den kulturellen Austausch und den Zusammenhalt innerhalb der Schweiz, sowohl unter den Gästen als auch bei den Musikern fördert.
- Grossevents wie die Street Parade oder das Paléo Festival, auch von Kulturfachständigen aus dem Ausland besucht werden, was wiederum den Export von Schweizer Musik ins Ausland fördert ohne das dabei kostenintensive Showcases an ausländischen Festivals nötig sind.

Der Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche muss aus kultureller Perspektive als Ganzes betrachtet werden, und zwar als ein Ökosystem aus Künstlern, aus den Bereichen Musik, Licht und Design, von Labels und Veranstaltungsorten. Gerade heute befindet sich die Popmusikveranstaltungsbranche in der Schweiz zunehmen unter Druck, die Hauptgründe dafür sind:

- Steigende Gagen von Künstler*innen auf einem globalen Markt
- Erhöhte Aufwände für Miete, Infrastruktur, Sicherheit und Personal
- Steigender Druck innerhalb der Städte, infolge Gentrifizierung und sich ändernden Nachbarschaften und daraus resultierenden Lärmklagen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen der Bar & Club Kommission Zürich eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Für die Prüfung dieser Stellungnahme möchten wir uns bedanken. Wir bitten Sie unsere Anträge der den zuständigen Ratsmitgliedern zukommen zu lassen, um sie bei der weiteren Bearbeitung der Kulturbotschaft berücksichtigen zu können. Gerne sind wir auch bereit im Rahmen eines Hearings, auch mündlich dazu Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen, im Namen der Bar & Club Kommission Zürich

Alexander Bücheli
Geschäftsführer



Informationen zum Vernehmlassungspartner

Informationen zum Vernehmlassungspartner

Name:	Bar & Club Kommission Zürich
Organisationsstruktur:	Verein
Adresse:	BCK, Rotachstrasse 24, 8003 Zürich
Ort:	Zürich
Kanton:	Zürich
Kontaktperson:	Alexander Bücheli, Geschäftsführer
Telefon:	+41 76 574 49 76
E-Mail:	buecheli@bckzh.ch
Web:	www.bckzh.ch

Kurze Beschreibung der Bar & Club Kommission Zürich:

Die Bar & Club Kommission Zürich ist eine im Jahr 2011 gegründete Interessengemeinschaft von Kulturunternehmen, die im Zürcher Nachtleben tätig sind. Als Dachverband setzt sich der Verein für die Anliegen und Interessen der Zürcher Bars, Clubs sowie Eventveranstalter ein und vertritt diese gegenüber der Politik, Wirtschaft und der breiten Öffentlichkeit. Die Bar & Club Kommission vertritt gegenwertig die Interessen von über 120 Bars, Clubs und Eventveranstalter aus der Stadt Zürich.

Bars und Clubs als Kultur- und Wirtschaftsfaktor

Wie eine Erhebung der Wirtschaftsdaten aus dem Jahr 2014 zeigt, erzielten unsere Mitglieder einen Umsatz von rund 200 Millionen Schweizer Franken pro Jahr. Im Rahmen von 9'660 kulturellen Veranstaltungen, wurden 18'804 Künstler*innen gebucht. 50% stammten dabei aus dem Raum Zürich, 25% aus der restlichen Schweiz und ebenfalls ein Viertel aus dem Ausland. Wie wichtig die Bars und Clubs für die kulturelle Teilnahmen sind, zeigt sich in der Anzahl an Besucherinnen, welche 2014 bei 4 Millionen Gästen lag. Diese wurden betreut von 2'836 Angestellten.

Quelle: Nachtleben in Zürich, Wirtschaftsdaten 2014

Inhaltsverzeichnis

- I. Grundsätzliche Würdigung
- II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 S. 5 - 8
- III. Rückmeldung zu einzelnen Förderbereiche
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkung

S. 8 - 12IV. Spezifische Änderungsvorschläge zur Verordnung (AS 2019)

I. Grundsätzliche Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

0.3 % der Bundesaussgaben für die Kultur sind aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche schlicht zu wenig. Vor allem wenn man bedenkt wie wichtig Kultur für die Identifikation, aber auch für die Zufriedenheit unserer Bevölkerung ist. Zudem rechnen wir damit, dass in der sich rasant wandelnden Schweiz, Gentrifizierung, Raummangel, zukünftig mit einem finanziellen Mehraufwand in Bezug auf die Verbreitung von Kunststücken und den kulturellen Austausch zu rechnen ist.

→ *Wir fordern deshalb, auch aufgrund der finanziell ausgezeichneten Lage der Schweiz, eine substantielle Erhöhung der Kulturaussgaben des Bundes.*

Wir stellen ebenfalls, dass erfreulicherweise in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Doch sind alle diesbezüglichen Formulierungen sehr vage und es besteht die Gefahr, dass vor allem Begabte welche mit klassischen Instrumenten musizieren, als besonders Förderungsfähig betrachtet werden.

→ *Wir beantragen deshalb, dass*

- *es einen Hinweis darauf braucht, das neue Formen des musizieren, wie mittels PC oder auch DJing, Unterstützungsfähig sind.*
- *nicht nur Musikschulen und Musikhochschulen sondern auch die Veranstaltungsbranche zur Zusammenarbeit eingeladen wird. Um zu verhindern, dass. Künstlerinnen ohne Konsumenten ausgebildet werden.*

Nicht einverstanden sind wir mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «volumfänglich» umgesetzt sei. Wie aufgeführt, gilt es noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert. Es besteht aber die Gefahr, dass der dadurch allenfalls entstehende Mehraufwand, nur einseitig auf Kosten der Veranstaltungsbranche, übertragen wird. Dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei der Popmusikveranstaltungsbranche um einen globalen, jetzt schon überhitzten Markt, handelt.

→ Wir beantragen deshalb, im Bereich der Musik auf einheitliche Richtlinien zu verzichten, um die nicht jetzt schon stetig ansteigende Teuerung weiter anzuheizen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die Kulturbotschaft 2021- 2024 als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Da es sich bei den Spielstätten und Festivals um einen eigenen Kosmos handelt, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, erachtet die Popmusikveranstaltungsbranche, demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Besonders erfreut sind wir darüber, dass sich die Kulturbotschaft an demjenigen der UNESCO orientiert. Die Zürcher Technokultur ist seit 2017 Teil des immateriellen UNESCO-Kulturerbes. Auch hier zeigt sich, wie gross die Wechselwirkung zwischen Clubs und Musik ist, ohne das Zürcher Nachtleben wäre die Entwicklung der Technokultur in Zürich nie in diesem Rahmen möglich gewesen!

→ Wir beantragen, dass die Zürcher Technokultur als Teil des immateriellen UNESCO-Kulturerbes in der Kulturbotschaft 2021 – 2024 aufgeführt wird.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. Gerade die Relevanz des Programms J+M für die Popmusikveranstaltungsbranche ist noch nicht gegeben. Dies hat damit zu tun, dass neue Formen des Musizieren, beim J+M Programm noch zu wenige einbezogen sind und keinen Rücksicht auf die Konsumentinnen, denn tatsächlichen Markt genommen wird. So gesehen fällt für uns das Fazit tendenziell eher negativ aus. Gerne ist die Popmusikveranstaltungsbranche dem BAK behilflich dabei, das Programm fortlaufend den Marktgegebenheiten anzupassen.

Mit keinem Wort wird die Wichtigkeit der Popmusikveranstaltungsbranche für die Verbreitung der Kultur im Inland gewürdigt. Alleine der Swiss Music Guide, von der SUISA, weist 400 Locations, Festivals und über 550 Eventlabels aus. Welche mit tausenden von Konzerten, der wichtigste Player ist, wenn um die Verbreitung von Kultur im Inland geht. Dabei fördern diese Veranstaltung auch die



kulturelle Identität und den nationalen Austausch zwischen den Gästen und den Musikern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche fehlen hier ganz klar Ausführungen dazu, in wie fern die fortschreitende Urbanisierung, die Entwicklung innerhalb der Städte Auswirkungen auf die Veranstaltungsbranche hat. Spielstätte und Festivals leiden immer mehr darunter, dass der Raum in den Städten für Lärm- und Publikumsintensive Kunst fehlt und die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Ruhestörungen abnimmt. Neben stetig steigenden Kosten, besteht die Gefahr, dass ohne spezifische Förderung die Anzahl an Spielstätten und Festivals in den nächsten Jahren abnehmen wird oder sich die Kosten für die kulturelle Teilnahme erhöhen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik und die Veranstaltungsbranche ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident und ist dabei seit Jahren innerhalb der Wirtschaftsförderung, innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Begriff Kreativwirtschaft, ein Thema.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist. Zudem wäre es wünschenswert das ausgewiesen würde, in welchen musikalischen Bereiche, Talente gefördert worden sind.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich, beispielsweise die Popmusikveranstaltungsbranche, in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Hier fehlen grundsätzliche Überlegungen dazu in wie fern die Veranstaltungsbranche einen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Handelt es sich doch um einen niederschweligen Zugang zur Kultur und Konzert, sowie Tanzanlässe, werden meist von den Gästen als positive Erlebnis wahrgenommen. Gefördert wird dieser gesellschaftliche Zusammenhalt, durch eine Vielzahl von Gratis-Events die allen, egal über welches Budget sie verfügen, offen stehen. Der Gesellschaftliche Zusammenhalt wird übrigens auch dadurch gefördert, dass vor allem an Festivals und nicht kommerziellen Live-Musikclubs eine Vielzahl von Freiwilligen tätig sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass die Popmusikveranstaltungsbranche für die gesellschaftlichen Zusammenhang von grosser Wichtigkeit ist.

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist Bar & Club Kommission Zürich gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ *Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Zudem weisen wir auch darauf hin, dass dabei nicht nur Anlässe im Ausland eine wichtige Rolle spielen, sondern auch Inländische Veranstaltungen als Leuchtturm Veranstaltungen entwickelt werden können, zu welcher sich Fachpersonen aus dem In- und Ausland einfinden.*

Die Systematische Förderung von Kreation und Innovation ist im Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche gang und gäbe. Gibt es in diesem Bereich seit jeher Kooperation mit der Wirtschaft und stellen gerade die Musikveranstaltungsbranche wichtige Orte für die Entwicklung und den Test von technischen Innovationen dar.

→ *Wir fordern deshalb, dass ein stärkeres Augenmerk auf den Austausch, den Knowhow-Transfer, zwischen den unterschiedlichen Bereichen, auch mit der Wirtschaftsförderung, damit nicht dasselbe, jeweils für unterschiedliche, Bereiche entwickelt wird.*

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU, dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musik- und Veranstaltungssektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen. Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, auch den Zugang ausländischer Künstler zu hiesigen Festivals, Wettbewerben u. dgl. Zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die



Wettbewerbsfähigkeit des Musik- und Veranstaltungssektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik, Veranstaltungsbranche, ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Einzelne Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Bei diesem allgemeinen Abschnitt geht vergessen, dass Kultur, beispielsweise Musikveranstaltungen auch einen positiven Einfluss auf die individuelle Zufriedenheit hat, handelt es sich doch um Veranstaltungen, welche durchaus positive Erlebnisse hervorrufen.

→ Wir fordern deshalb, den ersten Satz folgendermassen zu ergänzen; fördern den Dialog, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die individuelle Zufriedenheit.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Popmusikveranstaltungsbranche bewusst miteinbezogen wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden



sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Dabei solle auch auf die Expertise der Veranstaltungsbranche

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ *Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden und auch von der Kreativwirtschaft die Rede sein.*

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert. Aus der Sicht Popmusikveranstaltungsbranche, welche jetzt schon einem überhitzten Marktes ausgesetzt ist, ist es unabdingbar, dass eine solche Entschädigungsrichtlinie gemeinsam unter Einbezug der aktuellen globalen Marktsituation entwickelt wird. Es ist zu verhindern, dass durch einen Anstieg der Gagen bei geförderten Veranstaltungen, sich die Gagen weiter verteuern.

Kritisch stehen wie der Forderung gegenüber, dass die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Da es gerade im Bereich der modernen elektronischen Musik quasi unmöglich ist, festzustellen, wo der kreative Prozess begonnen hat oder nicht. Wir denken hier

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüßen, dass die erwähnten Fördermassnahmen für Festivals und Veranstaltungen weitergeführt werden sollen. Bei der tagtäglichen Verbreitung von Kunstwerken spielen gerade Spielstätten, wie Clubs, Bars und Konzertlokale eine wichtige Rolle.

→ *Wir fordern, dass neben Festivals und Veranstaltungen, auch Spielstätten wie Clubs, Bar und Konzert- und Eventlokale als Förderungsfähig in Bezug auf die Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland*



bezeichnet werden.

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Da dieser Austausch innerhalb der Popmusikbranche, nicht nur an Festivals bereits geschieht, bietet sich die Bar & Club Kommission Zürich hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

*→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf. Hier soll nochmals auf die wichtige Rolle von Festivals eingegangen werden, da diese nicht nur den Austausch zwischen den Musikern, sondern auch zwischen den Besucher*innen teils aus allen Sprachregionen der Schweiz fördert.*

In Bezug auf die Förderung der Schweizer Volkskultur, sehen wir das Problem dort, wo es darum geht, wer definiert wann was als Volkskultur bezeichnet werden soll. Was ist mit der Schweizer Space und Rockmusik, aus den 70er Jahren oder der Zürcher Technomusik? Die 2017 in die UNESCO Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen worden ist.

→ Wir fordern hier eine genauere Definition dafür was aus musikalischer Sicht als Volkskultur bezeichnet werden soll, wer dies entscheidet und ob die Einteilung zumindest periodisch überprüft werden.

Die Bar & Club Kommission Zürich hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschafterns Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise. Vor allem in Bezug auf die Marktrelevanz dieser Preise gibt es grosse Unterschiede und das Potential ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft.



→ *Wir fordern, weniger ist mehr, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden und dabei auch die Bedürfnisse des Marktes berücksichtigt werden.*

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Aus Sicht der Bar & Club Kommission Zürich fehlt hier ein starkes Statement für inländische Leuchtturmveranstaltungen welche ausländische Fachpersonen in die Schweiz locken. Gute Beispiele sind ein Paléo Festival oder eine Street Parade welche Jahr für Jahr, Fachpersonen aus dem In- und Ausland, anziehen.

→ *Wir fordern das zur Förderung der Schweizer Kultur im Ausland und für den internationalen Kulturaustausch auch Leuchtturm Veranstaltungen im Inland als Förderungsfähig bezeichnet werden.*

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen der Veranstaltungsbranche vorbeikonzipiert.

→ *Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.*

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

2.3 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäußert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen.

Ad 2.3.2 Design und Interaktive Medien

Musikspielstätten spielen eine wichtige Rolle wenn es um die Entwicklung von Design und Interaktiven Medien geht. Beispielsweise von Visuals, abgestimmt auf die Musik und den Ort. Doch Musik spielt auch eine wichtige Rolle, wenn es um das Gesamterlebnis eines Games geht, auf diese wichtigen Schnittstellen wird in keiner Weise eingegangen, aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche wird dadurch brach liegendes Potential verschenkt. Weshalb kurz auf die Wichtigkeit von Musik, Spielstätten für die Förderung des kreativen und künstlerischen Schaffens im Bereich Design und interaktiven Medien eingegangen werden soll.

2.3.5 Musik

Ausgangslage und Herausforderungen

Bei den aktuellen Herausforderungen fehlt die heutige Situation der Musikveranstaltungsbranche in der Schweiz. Sowohl Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations als auch Festivals stehen zunehmen unter Druck. Nicht nur aufgrund der Situation auf dem globalen Musikmarkt (explorierende Gagen), den stetig steigenden Kosten für Sicherheit, Personal und Infrastruktur sondern vor allem auch deshalb, weil sich die Städte, urbane Zentren, im Umbruch befinden. Gerade die Gentrifizierung der Innenstädte, führt zunehmen dazu, dass der Platz für schall- und publikumsintensive Kultur, die auch in der Nacht stattfindet, immer knapper wird. Lärmklagen sind an der Tagesordnung, stossend ist dabei, dass schon eine klagende Person genügt um Administrativmassnahmen wie ein Musikverbot auszusprechen. Dreht sich diese Spirale weiter, ist mit einem sterben von Musikspielstätten zu rechnen, wie dies Beispielsweise im Ausland schon der Fall ist. Oder die immer höheren Kosten, würden auf die Eintrittspreise abgewälzt, was wiederum den niederschweligen kulturelle Zugang, die Teilhabe, gefährdet. Die Kulturbotschaft 2021 – 2024 sollte deshalb präventiv gegen dieses drohende Worstcase Szenario einwirken.

→ *Wir fordern deshalb dezidiert, dass die aktuell schwierige Situation für Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten und Festivals als aktuelle Herausforderung im Bereich der Musikkultur aufgeführt wird.*

Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations spielen bei der alltäglichen Verbreitung von Kunstwerken eine wichtige Rolle. Leider ist unter Austausch im Inland nur von Konzertreihen und Festivals die rede.

→ *Wir fordern deshalb das bei den Herausforderungen nicht nur vom Austausch sondern auch von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist. Das nicht nur Festivals und Konzertreihen sondern auch Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten aufgeführt werden.*

Bei Internationale Verbreitung und Austausch, fehlen uns die Einzelkünstler und DJ's, sind hier nur Bands, Ensembles und Orchester aufgeführt. Gerade Einzelkünstler aus dem Bereich Sing und Song



Writting aber auch Schweizer DJ weisen international durchaus ein grosses Potential auf.

→ Wir fordern deshalb, um der aktuellen Situation auf Musikmarkt gerecht zu werden, dass auch Tourneen von Einzelkünstler und DJ's aufgeführt werden.

Des weiteren weisen wir darauf hin, dass das Ziel nicht nur die Präsenz im Rahmen von Musikmessen und Festivals im Ausland die rede sein soll. Sondern das es auch Sinn machen würde, als Herausforderung den Auf- oder besser gesagt Ausbau eine Schweizer Festivals oder Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, zu welchem Fachpersonen aus dem Ausland, anreisen.

→ Wir fordern deshalb, dass als Herausforderung, dass schaffen eines Schweizer Leuchtturm Events, mit internationaler Ausstrahlung, aufgenommen werden soll.

Ziele und Massnahmen

Austausch im Inland

Wie begrüssen das der Austausch unter den Veranstaltenden in der Schweiz gefördert werden soll. Gerne unterstützen wir als Bar & Club Kommission Zürich, mit unseren Mitgliedern, diese Bestrebungen, z.B. in einer Koordinierenden Funktion.

→ Wir fordern dezidiert, dass nicht nur vom Austausch sondern auch weiterhin von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist und um die Situation für Spielstätten und Festivals zu entschärfen, deren Förderung und die Stärkung deren Position bei urbanen Nutzungskonflikten als Ziel formuliert wird (Beispiele sind hier der Adgent of Change in England oder das schaffen urbaner Wohnzonen). Nicht zu vergessen

Internationale Verbreitung und Promotion

→ Wir fordern, dass als weiteres Ziel das schaffen oder der Ausbau eines Festivals/Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, der Fachpersonen aus dem Ausland anzieht.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Aufgrund der Wichtigkeit von Musikspielstätten und Festivals in Bezug auf kulturelle Teilhabe unser Bevölkerung, liesse sich die unter 2.3.5 aufgeführten aktuellen Herausforderungen für Bar, Club, Event- und Konzertlokale ausgeführten Herausforderungen auch in diesem Kapitel aufführen. Eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, stellt immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe dar.

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir

grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welche bei Musikfestivals aber auch bei nichtkommerziellen Musikbetrieben eine wichtige Rolle spielen.

→ *Wir begrüssen, dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde. Kritisch sehen wir die Projektorientierung, eine solche schliesst durchaus Förderungsfähige Regelangebote, wie z.B. bestehende Spielstätte oder Festivals, aus.*

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung», ist es uns wichtig festzuhalten, dass sich diese auch immer am Markt orientieren und auch moderne Musikdarbietungsarten wie musizieren mit dem PC, Laptop oder DJing beinhalten soll. Weshalb eine enge Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsbranche zwingend ist, um zu verhindern, dass nur Talente, ohne ein tatsächliches Marktbedürfnis ausgebildet und gefördert werden.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen. Dass eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe ist.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir, sie sind richtig und dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Da sich Musikbildung und Begabtenförderung immer auch am tatsächlichen Markt orientieren soll, muss die Zusammenarbeit nicht nur mit der Volksschule, sondern auch mit Popmusik- und anderen Verbänden gestärkt werden.

→ *Wir fordern, dass als Ziel nicht nur die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Volksschulen sondern auch mit den Musikverbänden, aufgeführt wird.*

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung



von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ *Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.*

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz unterstützen. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen von Musik-Spielstätten und -Festivals, ist in Bezug auf die Verbreitung, von künstlerischen Werken und beim Kulturaustausch national mit einem finanziellen Mehraufwand zu rechnen ist, um den Status Quo, Anzahl an Musikspielstätten und Festivals, beizubehalten. Zudem ist es aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche stossend, wenn der Beitrag für die Förderung im Ausland höher ausfällt, als für das Inland vorgesehen ist.

→ *Wir beantragen deshalb, dass die Unterstützung für die Verbreitung, Kulturaustausch und Promotion im Inland mindestens gleich hoch ausfällt als der für das Ausland vorgesehene Betrag (45.8 CHF statt 32.1 Millionen pro Jahr).*

Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen.

→ *Wir beantragen deshalb, vor allem für den Aufbau eines Schweizer Leuchtturm Musikevents oder -Messe, bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.*

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.



VI. Schlussbemerkungen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen der Bar & Club Kommission Zürich eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Alexander Bücheli
Geschäftsführer

Stellungnahme zur Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021-2024

Vorspann

Im Jahr 2000 wurde der Verein Lichtspiel / Kinemathek Bern gegründet. Unsere Mission ist der aktive und nachhaltige Einsatz für die Erhaltung und breite Vermittlung des audiovisuellen Kulturerbes. Ohne unseren Einsatz und unsere Arbeit wären in den letzten Jahren Tausende von historischen Filmdokumenten und Geräten zerfallen oder vernichtet worden.

Die bei uns archivierten Filme werden regelmässig bei öffentlichen und privaten Vorführungen im Lichtspiel einem breit gefächerten Publikum auf historischen Geräten vorgeführt. So wurden schon 40% unserer aktuell 25'000 Kurzfilme mindestens ein Mal gezeigt. Wir vermitteln eine lebendige und vielfältige Kinogeschichte auch an ein junges Publikum, welches sonst mit dem audiovisuellen Erbe kaum in Kontakt kommt. Unsere Datenbank ist frei zugänglich und international vernetzt.

Kulturelle Teilhabe

Wir leben diese Teilhabe tagtäglich und sind Träger des Labels „Kultur inklusiv“, womit ein Engagement gewürdigt wird, das ganz spezifisch auf einen niederschweligen und inklusiven Zugang zur Kultur abzielt: Einbindung von SeniorInnen und Arbeitslosen in den Arbeitsalltag, Schaffung von Praktikumsplätzen, kostenlose Beratung für alle, Kollekte (mit Richtpreis) anstatt eines obligatorischen Eintrittspreises und Weiteres gehören ohnehin zu unserem Selbstverständnis.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Durch die rege Zusammenarbeit mit soziokulturellen Gruppen, Institutionen, Museen und anderen Organisationen findet in Veranstaltungen, Workshops und anderen Aktivitäten bei uns ein Austausch zwischen verschiedensten Menschen statt.

Digitalisierung

Digitale Archivierung, Restaurierung und Vorführung bedeuten auch für uns einen grossen personellen und finanziellen Aufwand. Wir mieten einen modernen Kinobeamer, damit wir Filme vorführen können, die nur noch in digitaler Form verfügbar sind. Wir archivieren aktuelles Filmschaffen und unsere restaurierten Filme auf digitalen Trägern und digitalisieren ausgewählte Filme aus unserem Archiv, um sie vor dem Zerfall zu retten und wieder zugänglich zu machen.

Wir nehmen Stellung

Generell bedauern wir, dass es kein einheitliches Kapitel mehr gibt zum «audiovisuellen Kulturerbe» (dies im Gegensatz zur "Baukultur" und zum "Immateriellen Kulturerbe". Das Audiovisuelle ist aufgespalten in Teilbereiche: Filmerbe, Foto, Ton (Fonteca), obschon gerade auch im Rahmen der Digitalisierung ein Austausch und eine koordinierte Erhaltungspolitik sehr wichtig wären.

"In Zukunft will der Bundesrat den Zugang zum Schweizer Filmerbe verbessern... Das filmische Erbe wird durch die Cinémathèque suisse bewahrt, restauriert und zugänglich gemacht."

Neben der Cinémathèque suisse existiert seit 20 Jahren in Bern die Kinemathek Lichtspiel, welche sich um die Erhaltung und Vermittlung des filmischen Erbes kümmert. Das Lichtspiel ist eine gleichwertige Einrichtung und ebenfalls Mitglied der FIAF (Fédération Internationale des Archives du Film) und der ACE (Association des Cinémathèques Européennes). Das Lichtspiel legt, ergänzend zur Cinémathèque suisse, den Fokus besonders auf kleinere Filmproduktionen, Amateur- und Privatfilme sowie Filmtechnik und wertet so die Archivierung des audiovisuellen Erbes sinnvoll aus.

"Die Erhaltung des Schweizer Filmerbes gehört zu den Kernaufgaben des Bundes. Damit auch künftige Generationen einen Zugang zum Schweizer Filmerbe erhalten können, fördert der Bund seit über sechzig Jahren die Stiftung Cinémathèque suisse."

Der Bund sollte zur Erhaltung des Filmerbes unbedingt auch die Kinemathek Lichtspiel fördern, weil diese seit Jahren einen ebenfalls sehr wichtigen Beitrag zur Archivierung und Vermittlung leistet und eine schweizweit einzigartige Sammlung pflegt.

"Die Periode 2016–2020 umfasst in finanzieller Hinsicht neben den ordentlichen Betriebsbeiträgen des Bundes eine Zusatzfinanzierung (7,2 Millionen Franken) für die Umsetzung eines digitalen Filmarchivs der Cinémathèque suisse."

Auch das Lichtspiel tätigt für den Aufbau und die Pflege des digitalen Archivs grosse Investitionen und benötigt entsprechende Unterstützung.

"Mit Betriebsbeiträgen an die Netzwerke Dritter fördert der Bund Kompetenzzentren, die seit 2018 wie folgt definiert werden: Ein Netzwerk erbringt national und international anerkannte Expertiseleistungen zu Gunsten anderer Kulturinstitutionen in den Bereichen Erschliessung, Erhaltung oder Vermittlung des kulturellen Erbes. Die Tätigkeit eines Netzwerkes muss gesamtschweizerisch ausgerichtet sowie national und international vernetzt sein."

Wir können nicht nachvollziehen, wie die Liste der Netzwerke erweitert wurde.

Die Kinemathek Lichtspiel erfüllt alle Kriterien für ein Netzwerk und ist im Bereich Konservierung und Vermittlung sehr gut in nationalen und internationalen Netzwerken integriert, wie z.B. Memoriav, Verband Schweizer ArchivarInnen, Universitäten und Hochschulen, European Film Gateway, Europeana und Interreg. Wir beraten und unterstützen viele regionale und nationale Archive im Bereich Konservierung, Digitalisierung und Erschliessung. Die Datenbank des Lichtspiels ist online und ohne Beschränkung zugänglich.

Wir sind auch gegen eine Kürzung der Fördergelder von Memoriav, diese würde auch die Kantone betreffen, weil dann weniger Fördermittel in die Kantone fliessen können. Zudem werden alle im Kapitel "Netzwerke Dritter" genannten Institutionen im Rahmen der allgemeinen BAK-Strategie (Digitalisierung, digitale Langzeitarchivierung) neue, zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen.

Dies kann nicht "budgetneutral" sein, deshalb plädieren wir dafür, dass auch die "Netzwerke Dritter" von der genannten Mittelaufstockung profitieren.

Unser Standpunkt zum Standort

Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das KFG klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Wir sind gegen eine Streichung des Artikels 18 KFG. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten.

Lichtspiel / Kinemathek Bern

Sandrainstrasse 3

3007 Bern

www.lichtspiel.ch

info@lichtspiel.ch

T 031 381 15 05

Zürich, 19. September 2019

Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion

Per E-Mail an
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

**Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft);
Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zur Kulturbotschaft 2021–2024 Stellung nehmen zu dürfen. Visarte ist der Berufsverband der professionellen visuellen Künstlerinnen und Künstler in der Schweiz. 1866 gegründet, ist er auch der älteste und zugleich grösste Berufsverband Kulturschaffender. Dem entsprechend nimmt Visarte in erster Linie zu den Themen, die die bildende Kunst betreffen, Stellung. In Bezug auf die allgemeineren Themen der Kulturförderung unterstützen wir die Stellungnahme unseres Dachverbands Suisseculture.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Grundsätzlich wird die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 positiv bewertet. Insbesondere die neue Vergabe von Werkbeiträgen an bildende Künstlerinnen und Künstler durch die Pro Helvetia ist erfreulich.

Im Grossen und Ganzen wird Visarte sowohl vom BAK wie von der Pro Helvetia immer mehr als Partner wahrgenommen. Der Austausch ist erfreulich und für beide Seiten essentiell. Dennoch müsste Visarte bei der Entwicklung neuer Fördergefässe und Aktivitäten im Bereich der bildenden Kunst früher und besser eingebunden werden. So könnten Doppelspurigkeiten, zum Beispiel im Bereich Künstlerhonorare oder Kunst und Kind, vermieden und die Aktionen besser koordiniert werden. Durch die Nähe zu den Künstlerinnen und Künstler sind wir mit ihrer Lebensrealität vertraut, kennen ihre Bedürfnisse und können sie in eine Zusammenarbeit einbringen.

Im Bereich der bildenden Kunst ist von Bemühungen zur Integration der Schweiz in Projekte der Europäischen Union kaum etwas zu spüren. So sind Schweizer Künstlerinnen und Künstler weiterhin von der Teilnahme an Europäischen Programmen ausgeschlossen, während Kunstschafter anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören offenbar zur Teilnahme zugelassen sind (z.B. Norwegen und Liechtenstein oder den EU-Beitritt erst verhandelnde Staaten wie Serbien oder die Türkei).

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Dass die gegebenen Handlungssachsen weitergeführt und -entwickelt werden, beurteilen wir grundsätzlich positiv, da so eine Kontinuität in der Fördertätigkeit des Bundes beibehalten wird. Doch dürfen die Handlungssachsen nicht isoliert, sondern müssen in ihrer Wechselbeziehung betrachtet werden.

Die Kulturbotschaft sollte sich stärker an der Praxis und den Bedürfnissen der einzelnen Kultursparten orientieren. Auch dafür wäre ein stärkerer Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Szene wichtig. Grundsätzlich ist die Kulturbotschaft noch zu weit entfernt von der Arbeitsrealität der Künstlerinnen und Künstlern – hier wäre eine Annäherung sehr wünschenswert.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Grundsätzlich sind wir mit der Prioritätensetzung auf Kontinuität einverstanden. Zu den Eingangskapiteln der Kulturbotschaft (Kap 1 und 2) möchten wir zunächst allerdings festhalten, dass die visuelle Kunst nur einmal explizit erwähnt wird. Dagegen werden z.B. die Musik 80 Mal, das Theater 47 Mal, der Tanz 38 Mal, die Literatur 30 Mal, die Games 18 Mal und der Film 12 Mal erwähnt. Die visuelle Kunst muss in der Kulturbotschaft das gleiche Gewicht bekommen wie die anderen Sparten.

Einige wichtige Massnahmen fehlen aus unserer Sicht in der Kulturbotschaft:

Zu 1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Die inhaltliche Erweiterung der Kunstvermittlung durch die Pro Helvetia mit dem Ziel, eine verstärkte Förderung der kritischen Diskurse über das zeitgenössische Kunstschaffen zu etablieren, begrüssen wir sehr. Insbesondere die kritische Reflexion in Form der Kunstkritik bedarf dringend der Förderung, da sie in den letzten Jahren in der Schweiz nahezu aus allen Medien verschwunden ist. Wenn über Kunst berichtet wird, dann höchstens affirmativ beschreibend, populistisch und wenig differenziert.

Zur «Kulturellen Teilhabe» möchten wir festhalten, dass heute ein grosser Teil der Kommunikation über Bilder stattfindet – diese sind gerade auch angesichts der

Sprachenvielfalt in der Schweiz ein zentraler Bestandteil der Verständigung. Um Bilder richtig einordnen zu können und sie richtig zu verstehen, braucht es Bildkompetenz, die ebenso vermittelt werden muss wie Kompetenzen in den Bereichen Musik oder Literatur. Wir erachten es deshalb als dringend notwendig, dass sich das BAK auch dem Thema «Bildkompetenz» annimmt.

Zu 1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Mit der Baukultur wird ein wichtiges Thema aufgenommen. Wir begrüßen deswegen die interdepartementale Strategie des Bundes zur Baukultur sehr. Um die Lebensqualität und kulturelle Identitäten von Städten, Agglomerationen, Dörfern und Siedlungen der Zukunft zu stärken, muss die Politik die zeitgenössische Baukultur fördern und unterstützen. An dieser Stelle soll betont werden, dass Baukultur nicht nur Denkmalpflege meint, sondern auch die Gegenwart berücksichtigen und vor allem in die Zukunft gerichtet sein muss. Verbunden mit der Baukultur möchten wir auch auf die grosse Bedeutung von Kunst und Bau bzw. Kunst im öffentlichen Raum und ihren Beitrag zur Ausformung kultureller Identität hinweisen (vgl. auch 2.3.1).

Zu 1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Verschiedentlich wird in der Kulturbotschaft 2021–2024 die Bedeutung der Promotion Schweizer Kunschtchaffender im Ausland durch die Pro Helvetia betont (z.B. 1.2.2 oder 1.4.1). Unter Verbreitung, Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit (Pro Helvetia) steht: «Gezielte Verbreitungs- und Promotionsaktivitäten sind zur Erhöhung der Präsenz von Schweizer Kulturschaffenden auf Plattformen (wie Messen oder Festivals) im internationalen Kulturbetrieb von zentraler Bedeutung.» Diese Aussage unterstützen wir absolut. Sie steht aber (noch) im Widerspruch zur aktuellen Bestimmung der Pro Helvetia, die Messeauftritte im Bereich der visuellen Kunst als Nachwuchsförderung betrachtet und eine Altersgrenze von 35 Jahren festlegt. Ist die Aussage in der Kulturbotschaft so zu verstehen, dass die Altersgrenze aufgehoben wird und Messeauftritte allen bildenden Künstlerinnen und Künstlern ermöglicht werden sollen? Wir würden diese Änderung sehr begrüßen. Generell ist heute Nachwuchsförderung nicht mehr mit einer Altersgrenze zu beziffern, sie entspricht der heutigen Realität von Ausbildung und Berufseinstieg nicht mehr.

Zu 1.4.3.2 Multilaterale Ebene

Der Bundesrat hat bisher ausserhalb des audiovisuellen Bereiches zu wenig Anstrengungen unternommen, um ein Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union über die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm 2021 bis 2027 zu erreichen. Zwar wurden Kompensationsmassnahmen für den Medienbereich eingerichtet; für den Kulturbereich, der am 1.1.2015 in das Programm «Kreatives Europa» hätte eintreten sollen, fehlen solchen Massnahmen bis heute. Die Kulturverbände

fordern den Bundesrat auf, aktiv das Verhandlungsmandat zur Aufnahme der Schweiz in das europäische Kulturprogramm voranzutreiben und auszuarbeiten.

Europa ist ein Kulturraum, zu dem auch die Schweiz gehört. Der transeuropäische Kulturaustausch ermöglicht europäischen Kulturschaffenden einen intensiven Austausch, von dem die Schweizer Kulturschaffenden ausgeschlossen sind. Die Teilnahme am europäischen Kulturprogramm ist für die Schweizer Kulturschaffenden elementar wichtig. Die Situation wie sie sich seit 2014 zeigt, stellt eine erhebliche Benachteiligung dar. Diese kann durch Kompensationsmassnahmen lediglich etwas erleichtert werden, ersetzt aber keineswegs die volle Beteiligung.

Die Programme «Horizon» und «Erasmus+» sind ebenfalls für den Kulturbereich ausgesprochen wichtig, da sowohl Forschungsvorhaben als auch individuelle künstlerische Mobilität innerhalb Europas mit diesen Programmen gefördert werden. Die vollständige Teilnahme auch an diesen Programmen ist für den Schweizer Kulturbereich von enormer Bedeutung.

Zu 2. Die einzelnen Förderbereiche der Kulturpolitik

Zu 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Entwicklung Werkbegriff

Die stetige Überprüfung und Anpassung der Werkbegriffe an die künstlerische Entwicklung begrüssen wir grundsätzlich. Dies muss aber in stetigem Austausch und Diskurs mit den Kunst- und Kulturschaffenden und deren Organisationen geschehen. Deren Fachwissen und direkten Bezug zu den Kunstschaffenden sind bei der Ausarbeitung und Anpassung der Werkbegriffe und der Förderkriterien aktiv miteinzubeziehen.

Innovative Zusammenarbeitsformen

Ebenso begrüssen wir die Bestrebungen zu innovativen Zusammenarbeitsformen. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit muss aber für die Kunstförderung der öffentlichen Hand bei allen Werkbegriffen der künstlerische Wert als einziges Förderkriterium betrachtet werden. Ökonomische, technologische oder wissenschaftliche Bewertungen dürfen dabei keine Rolle spielen.

Einkommenssituation und Entschädigungen von Kulturschaffenden

Wir sind sehr erfreut, dass das Thema Künstlerhonorare in die Kulturbotschaft Eingang gefunden hat. Die Einkommenssituation und die soziale Sicherheit gehören für die Kulturverbände zu den zentralsten Themen. Nachdem der Bund seit einigen Jahren in Bezug auf die Altersvorsorge in der Kunstförderung mit gutem Beispiel voran geht, ist sein Vorsatz, künftig auf eine angemessene Entschädigung der Kulturschaffenden hinzuwirken, folgerichtig und ein wichtiges Zeichen für alle Kunstinstitutionen.

Heute werden in Ausstellungen nicht nur im Atelier geschaffene Werke ausgestellt, sondern immer mehr ortsspezifische Arbeiten gezeigt. Diese sind in der Realisierung aufwändig, können nicht einfach in einer anderen Ausstellungssituation wieder präsentiert werden und sind kaum verkäuflich. Hier sind angemessene Entschädigungen für die geleistete Arbeit der Künstlerinnen und Künstler unabdingbar.

Wir möchten an dieser Stelle festhalten, dass Visarte 2010 das Modul «soziale Sicherheit» erarbeitet hat und es seither an verschiedenen Hochschulen unterrichtet. Ausserdem hat Visarte schon 2016 eine Honorarleitlinie für die Vergütung von Leistungen bildender Künstler/innen herausgegeben. Die in der Kulturbotschaft geäusserte Behauptung, es gäbe im Bereich der Visuellen Künste keine Empfehlungen des Branchenverbands, ist falsch. Die Honorarleitlinie von Visarte wird zurzeit aktualisiert – im Austausch mit Pro Helvetia und verschiedenen Institutionen – sowie selbstverständlich den zuständigen Mitarbeiterinnen des BAK.

Unterstützung von Mitwirkenden in künstlerischen Prozessen

Dass im Bereich der visuellen Kunst auch Kuratorinnen und Kuratoren vermehrt unterstützt werden sollen, begrüssen wir sehr, zumal seit einigen Jahren auch sie – wenn sie unabhängig sind – zu den Aktivmitgliedern von Visarte gehören. Wir möchten jedoch festhalten, dass diese Unterstützung zusätzliche Finanzen bedingt. Die Förderung darf nicht einfach verlagert werden.

Zu 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbereich

Den Abschnitt zur Chancengleichheit von Frauen und Männern unterstützen wir sehr. Die Aussagen decken sich mit unseren Beobachtungen im Kunstbereich. In diesem Zusammenhang hat sich Visarte auch das Schwerpunktthema «Kunst und Kind» gesetzt. Unter anderem wird untersucht, ob und wie Künstlerinnen und Künstler mit Kindern von Förderinstitutionen unterstützt werden. Bund und Pro Helvetia sollten diesen Aspekt im Bestreben um Chancengleichheit ebenfalls berücksichtigen.

Kunstvermittlung

Wie unter 1.4.2.1 und 2.1.2 angemerkt, begrüssen wir die Förderung der Kunstvermittlung, insbesondere der kritischen Kunstreflexion und der freien Kuratorinnen und Kuratoren. In den letzten Jahren haben sich Kunstvermittlerinnen und Kunstvermittler vermehrt zusammengeschlossen und betonen ihre wichtige Rolle im Kunstbetrieb. Gleichzeitig halten wir fest, dass die Förderung der Kunstvermittlung nicht zu Lasten der Förderung des Kunstschaffens finanziert werden darf. Die Kunstförderung muss immer noch in erster Linie die Kunstschaffenden im Blick haben. Es kann nicht sein, dass den Urheberinnen und Urhebern Mittel entzogen werden um ihre Werke zu vermitteln, zumal sie selber die wirkungsvollsten Kunstvermittler sind. Kunstschaffen und Kunstvermittlung dürfen sich nicht konkurrenzieren. Für die

Förderung der Kunstvermittlung müssen entsprechend zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Zu 2.1.4 Schweizer Preise

Aufgrund regelmässiger Analysen seien Anpassungen vorgenommen worden. «Für die *Schweizer Kunstpreise* wurde der Schwerpunkt auf die Kategorien Architektur und Kritik/Edition/Ausstellung gelegt [...]». Dieser Satz irritiert uns sehr. Heisst das, dass der *Kunstpreis* (Swiss Art Award) nicht mehr in erster Linie oder gar nicht mehr an Künstlerinnen und Künstler geht? Die Preise immer mehr weg von den Kunstschaffenden hin zu den Vermittlern zu vergeben, wäre eine fatale Entwicklung und würde dem eigentlichen Fördergedanken der Kunst widersprechen. Diese Schwerpunktsetzung muss dringend überdacht werden.

Mit solchen Entwicklungen geht unserer Meinung nach auch die Marginalisierung der Eidgenössischen Kunstkommission einher, die in der Kulturbotschaft kaum mehr erwähnt wird. Wir bedauern den Bedeutungsverlust der EKK in der Kunstlandschaft der Schweiz sehr – offenbar hat dies auch zur Folge, dass die Preise für die bildende Kunst nicht mehr als solche zu verstehen sind. Dies schwächt die ganze Sparte der visuellen Kunst.

Zu 2.1.5 Organisationen professioneller Kulturschaffender

Für die KUORs waren die Entwicklungen in den letzten Jahren nicht einfach, viele waren zu Veränderungen und Fusionen gezwungen, alle mussten sich dem äusserst aufwändigen Ausschreibungsverfahren unterziehen. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Arbeit der KUOR für die professionellen Kunstschaffenden in der Schweiz, deren Arbeits- und Einkommenssituation mehr als prekär ist, von grosser Bedeutung ist. Es ist daher absolut zentral, dass die Organisationen professioneller Kulturschaffender auch die Organisationen der Menschen, die Kunst schaffen, bleiben. Eine Unterstützung von Vereinigungen anderweitig subventionierter Institutionen über den KUOR-Kredit würde die professionellen Künstlerinnen und Künstler schwächen und schon dem Namen der Organisationen professioneller Kulturschaffender widersprechen.

Zu 2.3.1 Visuelle Künste

Förderung des künstlerischen Schaffens

Generell ist zu diesem Kapitel zu sagen, dass sich das künstlerische Schaffen in den letzten Jahren stark verändert hat. Viele Künstlerinnen und Künstler sind nicht mehr nur Werkschaffende, sondern auch Betreiberinnen von Kunsträumen und Forscher. Die Aufgaben zwischen Urheber und Vermittlerin, zwischen Kunsthändlerin und Kunsthistoriker sind heute nicht mehr klar verteilt, die Grenzen verwischen zuse-

hends. Dies hat aber umgekehrt auch zur Folge, dass sich immer mehr als Vermittlerinnen oder wissenschaftlich Ausgebildete als Kunstschafter verstehen und Anspruch auf Kunstförderung erheben. Diesen Entwicklungen gilt es auch in der Kulturbotschaft Rechnung zu tragen.

Die Vergabe der Werkbeiträge durch die Pro Helvetia begrüßen wir sehr, ebenso die drei Unterstützungskategorien. Die Unterstützung von unabhängigen Kunsträumen und Off-Spaces ist eminent wichtig. Sie bieten meistens die ersten Ausstellungsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler – und werden oft auch von ihnen betrieben, insbesondere nachdem in den letzten Jahren viele kleinere und mittlere Galerien aus wirtschaftlichen Gründen verschwunden sind.

Die erwähnten Herausforderungen, insbesondere die angemessenen Honorare für Kunstschafter, sind von grosser Bedeutung. Für entsprechende Empfehlungen arbeiten wir gerne mit Pro Helvetia zusammen.

Kunst am Bau

Kunst und Bau: Mit Kunst und Bau wird in der Kulturbotschaft ein für viele visuellen Kunstschafter ein existentiell wichtiges Standbein in ihrem Kunstschaffen angesprochen. In den letzten Jahren haben immer mehr Kantone das «Kunst-am-Bau-Prozent» aus ihren Kulturförderungsgesetzen gestrichen und auch bei Bundesbauten wurde auf Kunst am Bau verzichtet. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass der Bund sich in der Kulturbotschaft zu Kunst am Bau bekennt und damit eine Vorbildrolle einnimmt.

Kunst im öffentlichen Raum: Aufgrund der starken urbanen Transformation erlangt auch die Kunst im öffentlichen Raum eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Die künstlerische Gestaltung von Plätzen, Parks, Grünanlagen etc. prägt die Wahrnehmung des Lebensraums der Bewohnerinnen und Bewohner des Landes entscheidend mit. Es ist darum wichtig, dieses Potenzial verantwortungsvoll zu nutzen. Die Kulturbotschaft sollte diese, auch für die Zukunft relevante, Thematik entsprechend würdigen bzw. Massnahmen initiieren, um den öffentlichen Raum durch Kunst aufzuwerten.

Weitere Anliegen von Visarte

Performance

In den letzten Jahren hat die performative Kunst kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig sind neue Raumbedürfnisse für temporäre und performative Kunstaktionen wie auch die Performance Kunst entstanden. Solchen Kunstformen sollte in Zukunft in der Förderung mehr Beachtung geschenkt werden.

In diesem Sinn unterstützt Visarte die Stellungnahme von PANCH – Performance Art Network CH.

Pro Helvetia

Seit Jahren stellen wir immer wieder fest, dass in den Gremien der Pro Helvetia (Stiftungsrat, Fachkommission sowie Expertinnen und Experten) die Urheberinnen und Urheber massiv untervertreten sind. Dass bei den Expertinnen und Experten der visuellen Kunst gerade ein Künstler zwei Vermittlern und einer Vermittlerin gegenübersteht, ist ein grobes Missverhältnis. Mit wenigen Ausnahmen wie zum Beispiel beim Design oder der Fotografie, haben Urheberinnen und Urheber kaum eine Stimme. Hier fordern wir in nächster Zeit dringend nötige Anpassungen.

4. Revision Filmgesetz

Vgl. Stellungnahme von Suisseculture.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Entsprechend den Ausführungen zur Bildkompetenz (siehe zu 1.4.2.1 «Kulturelle Teilhabe» beantragen wir, dass Art.15 KFG (Lese- und Literaturförderung) mit dem Begriff «Förderung der Bildkompetenz» ergänzt wird. Dies hätte eine Signalwirkung auf die Kantone, die in diesem Bereich an erster Stelle in der Pflicht stehen.

Art. 18 und die Streichung des Bundesbeitrags an die Bundeshauptstadt lehnen wir ab.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

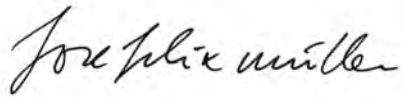
Über die vorgesehenen Erhöhungen der Finanzmittel sind wir sehr erfreut und begrüßen diese ausdrücklich. Wir betrachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Finanzmittel immer noch als zu bescheiden. Insbesondere im Hinblick auf die laufenden grossen technologischen Veränderungen und die grossen Herausforderungen durch den Ausschluss aus Creative Europe.

Ebenso dürften die Mittel nicht ausreichend sein für neue Aufgaben der Pro Helvetia – als da sind: Unterstützung für Tourneen oder innovative Ausstellungsformate auch ausserhalb von Europa, Ausweitung von Werkbegriffen, Erweiterungen auf weitere Mitwirkende (z.B. Kuratorinnen und Kuratoren), Erschliessung oder Systematisierung der Unterstützung neuer Gattungen . Diese neuen Aufgaben dürfen nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten gehen, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.


Kunst ist ein weiter Begriff. Für Visarte steht Kunst im Kontext des Bundesamtes für Kultur vor allem für kreative Arbeit, die nicht zunehmend von kultureller Bildung oder soziokultureller Themen verdrängt werden darf. Wir erwarten daher, dass das BAK nur Aufgaben im kulturellen Bildungsbereich übernimmt, wenn dafür nicht bei der

Förderung der Kuntschaffenden und ihrer berechtigten Interessen gespart wird. Visarte erwartet, dass das Bundesamt für Kultur in den nächsten Jahren den interdepartementalen Dialog, um die Bereiche der Kulturförderung zu schärfen und bei anderen Aufgaben mit den entsprechenden Departementen und Bundesämtern verstärkt zusammenarbeitet.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Felix Müller
Präsident Visarte Schweiz



Regine Helbling
Geschäftsführerin Visarte Schweiz



Regio Basiliensis

Verein für die
trinationale
Zusammenarbeit

Geschäftsstelle
Secrétariat général
St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel
Fon +41 61 915 15 15
Fax +41 61 915 15 00
info@regbas.ch
www.regbas.ch

20. September 2019 MF

Bundesamt für Kultur
"Vernehmlassung Kulturbotschaft"
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme der Regio Basiliensis

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verein Regio Basiliensis dankt Ihnen für die Möglichkeit, sich zum Vernehmlassungsentwurf „Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)“ vom 29. Mai 2019 zu äussern. Gerne möchten wir Ihnen folgende Einschätzungen und Überlegungen zur vorliegenden Botschaft geben.

Der Oberrheinraum erstreckt sich über die Ländergrenzen Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz hinweg. Die Region ist durch Binnen- und Aussengrenzen der Europäischen Union, zwei Sprachen sowie verschiedene Verwaltungssysteme geprägt. Hier treffen zwei Sprachräume und die Kulturen dreier Länder aufeinander. Diese Gegensätze machen den besonderen Reichtum der Region aus und sind zugleich auch eine Herausforderung für das gegenseitige Verständnis. Die Dreiländerregion bietet links und rechts des Rheins eine Fülle von kulturellen Einrichtungen wie Theater und Museen, historische Sehenswürdigkeiten, Freizeiteinrichtungen bis hin zu Konzerten und Festivals, die Bürger am Oberrhein miteinander in Kontakt bringen.

In der Förderperiode 2021–2024 will der Bund der Entwicklung und der Erhaltung der kulturellen Beziehungen und der Beziehungspflege zu den Nachbarländern besondere Beachtung schenken. Dieses Vorhaben ist sehr zu begrüßen. Als erfolgreiches Beispiel für eine grenzüberschreitende Förderung des Kulturaustausches kann das Projekt TRPTIC genannt werden. Dank des Projekts von Pro Helvetia konnten von Herbst 2013 bis in den Frühling 2014 am Oberrhein neue Formen der Zusammenarbeit der Kulturinstitutionen

Präsidentin/Présidente Dr. Kathrin Amacker
Geschäftsführer/Secrétaire général Dr. Manuel Friesecke
Bankverbindung/Liaison bancaire: UBS AG Basel
Kto. 10361415.0, Bank-Clearing 0292
BIC: UBSWCHZH80A, IBAN: CH9000292292103614150

gefördert und die Vernetzung unter den Künstlerinnen und Künstlern vertieft werden.

Eine Teilnahme am EU-Rahmenprogramm "Kreatives Europa" (MEDIA / Kultur) 2021-2027 ist anzustreben. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag, um die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas zu schützen, zu entwickeln und zu fördern. Die aktuell geltenden Schweizer Media-Ersatzmassnahmen, können die anfallenden Nachteile nicht ausgleichen.

Die Region Oberrhein als gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum bedarf einer kontinuierlichen Verbesserung der gegenseitigen Kenntnis der Menschen und ihrer Kulturen beiderseits des Rheins ein. Ein Kernanliegen bildet dabei das Beherrschen der Sprache des Nachbarn, weil dadurch interkultureller Austausch und trinationale Kooperation erst ermöglicht werden.

Mehrsprachigkeit bildet eine unabdingbare Basis für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, interkulturelle Begegnungen, einen integrierten Arbeitsmarkt und erhöhte Mobilität in der Oberrheinregion und ist deshalb konsequent zu fördern. Einem Rückgang der Bilingualität, wie er sich zur Zeit Schweizweit abzeichnet, ist deshalb entschieden entgegen zu wirken, denn er bedeutet einen massiven Rückschritt. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der Kulturbotschaft der Förderung der Verständigung und des Austauschs zwischen den Sprachgemeinschaften in der Schweiz sehr zu befürworten. Die Mehrsprachigkeit sowie die Sensibilisierung auf die Notwendigkeit derselben sind frühzeitig zu unterstützen.

Ebenfalls begrüsst wird die vom Bundesrat vorgeschlagene systematische Förderung von Kreation und Innovation. Eine der zentralen Herausforderungen und zugleich Chancen der Kultureinrichtungen und -initiativen besteht in der Digitalisierung. Nur durch eine Weiterentwicklung auch im digitalen Bereich bleiben kulturelle Angebote attraktiv und können ihren Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten. Entsprechende Massnahmen müssen aber, trotz der vorgesehenen Ausweitung des Fördergebiets auf Regionen ausserhalb Europas, auch im grenzüberschreitenden Kontext möglich sein.

Mit freundlichen Grüssen

Regio Basiliensis



Dr. Kathrin Amacker
Präsidentin



Dr. Manuel Friecke
Geschäftsführer

Herr
Bundesrat Alain Berset
Vorsteher des Departements des Innern EDI
3003 Bern

per Email an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 20. September 2019

Vernehmlassung zur Botschaft über die Förderung der Kultur für die Periode 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

EspaceSuisse ist ein Raumplanungsverband, dem sämtliche Kantone, gut die Hälfte der Schweizer Städte und Gemeinden sowie zahlreiche weitere Akteure der Raumplanung angehören. Als Planungsverband, der sich seit vielen Jahren intensiv mit der Siedlungsqualität und damit auch der Baukultur beschäftigt und Städte und Gemeinden in Fragen der Siedlungsentwicklung berät, nehmen wir die Gelegenheit gerne wahr, uns zur Kulturbotschaft 2021-2024 zu äussern. Aufgrund unserer raumplanerischen Aktivitäten nehmen wir jedoch lediglich zum *Förderbereich Baukultur* und dessen Ausgestaltung sowie den *damit verbundenen Finanzierungsfragen* Stellung und verzichten auf die Beantwortung der übrigen von Ihnen aufgeworfenen Fragen.

Förderbereich Baukultur

EspaceSuisse begrüsst die vom Bund beabsichtigte Etablierung eines neuen, ganzheitlichen Verständnisses von Baukultur, das neben dem baukulturellen Erbe auch die zeitgenössische Baukultur umfasst. Die im Förderbereich Baukultur gesetzten Akzente – baukulturelle Vermittlung, Beratung, Forschung und Schaffung von Plattformen für den baukulturellen Diskurs (auch über die Schweiz hinaus) – scheinen uns richtig und zielführend. Äusserst erfreulich ist auch die vom Bund unter Federführung des Bundesamts für Kultur angestrebte interdepartementale Strategie Baukultur.

Interdepartementale Strategie Baukultur

Die Strategie Baukultur enthält jedoch – in Erfüllung des Postulats 12.3658 WBK-N, Entwicklung einer «Strategie zeitgenössische Baukultur» – lediglich Massnahmen zur Förderung der *zeitgenössischen* Baukultur. Massnahmen des Bundes in anderen Bereichen der Baukultur – wie Ortsbildschutz, Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz – sind nicht Gegenstand des in der Strategie enthaltenen Aktionsplans. Um einem umfassenden Verständnis von Baukultur sowie den rechtlichen Grundlagen des Natur- und Heimatschutzes (Artikel 78 BV und NHG) Rechnung zu tragen, ist daher nach Meinung von EspaceSuisse ergänzend zur (Teil-) Strategie zeitgenössische Baukultur eine Teilstrategie «Baukulturelles Erbe» zu erarbeiten. Neue grosse Herausforderungen wie sie sich beispielsweise bei der Umsetzung von RPG 1 (Innenentwicklung und Verdichtung), RPG 2 (Bauen ausserhalb der Bauzone), der Energiestrategie und Zweitwohnungsgesetzgebung stellen, erfordern auch eine zeitgemässe Strategie für das baukulturelle und archäologische Erbe. Begrüssenswert sind in diesem Zu-

sammenhang die auf Seite 27 der Kulturbotschaft aufgeführten Bestrebungen, das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung (ISOS) besser zugänglich zu machen und die Information über dessen Ziele, Funktion und rechtlichen Stellenwert zu verstärken.

Finanzierungsfragen

Die Förderung der Baukultur, wie sie mit der Kulturbotschaft und der interdepartementalen Strategie angestrebt wird, muss mit den hierfür nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Der in Aussicht gestellte Rahmenkredit Baukultur soll für die Jahre 2021 bis 2024 rund 105 Millionen Franken betragen. Er fällt damit hinter das in der Kulturbotschaft 2016 – 2020 in Aussicht gestellte Rahmenkredit (132,6 Mio. Franken) zurück und dies bei stark erweiterten Aufgaben und neuen grossen Herausforderungen. Von den 105 Millionen Franken sind rund 85 Millionen Franken für den Erhalt schützenswerter Objekte sowie für die Archäologie vorgesehen. Dies sind gut 21 Millionen. Franken jährlich; netto gesehen ist dies ein rückläufiger Betrag. Nur rund 20 Millionen Franken (5 Mio. Franken jährlich) sollen für die Bereiche «Organisationen, Forschung, Ausbildung und Vermittlung» zur Verfügung stehen. Für die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen der Strategie Baukultur werden knapp 800'000 Franken pro Jahr beantragt. Diese Finanzmittel vermögen die hohen Erwartungen an die Förderung der Baukultur, wie sie in der Kulturbotschaft und der Strategie Baukultur zum Ausdruck gebracht werden, nicht zu erfüllen. Sie sind nach Meinung von EspaceSuisse zu erhöhen, damit die vorgegebenen Zielsetzungen erfüllt werden können. Es ist wenig glaubwürdig, wenn die Schweiz neue Konventionen ratifiziert, beim Thema «Baukultur» eine internationale Vorreiterrolle übernehmen und Vorkehrungen zur Förderung der zeitgenössischen Baukultur treffen will, zugleich aber die dafür nötigen finanziellen Mittel nicht bereitstellt.

Für die uns eingeräumte Möglichkeit, zur Kulturbotschaft Stellung zu nehmen, danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

EspaceSuisse



Jean-François Steiert
Präsident



Lukas Bühlmann
Direktor

Schweizerische Eidgenossenschaft
Herr Bundesrat Alain Berset
Vorsteher des Eidg. Departements des Innern
Schwanengasse 2
3003 Bern

p.A. **stabsstelledirektion@bak.admin.ch**

CC an Ivo Kummer, Leiter der Sektion Film: ivo.kummer@bak.admin.ch

Zürich, 19. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft): Stellungnahme des ARF/FDS

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Mai 2019 eröffnete der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024, zu dem der Verband Filmregie und Drehbuch Schweiz ARF/FDS eingeladen wurde. Wir bedanken uns dafür und nehmen im Folgenden gerne zu den Punkten, die den Film- und Audiovisionsbereich betreffen, Stellung. Unsere allgemeinen Bemerkungen zur Stossrichtung und den Prioritäten des Entwurfs für die Kulturbotschaft 2021-24 haben wir in den beiliegenden Antworten zum Fragekatalog bereits dargelegt.

Der Verband Filmregie und Drehbuch Schweiz ARF/FDS vertritt die Interessen der unabhängigen Schweizer Filmschaffenden und engagiert sich national und international für die ‚Diversité culturelle‘ und die Anerkennung und Wahrung der Urheberrechte. Ebenso setzt er sich für gute Rahmenbedingungen, klare Spielregeln und einfache Strukturen der verschiedenen Stellen der Filmförderung ein, um Vertrauen und Transparenz in der Zusammenarbeit zu schaffen sowie kulturelle und kreative Entfaltungsmöglichkeiten zu fördern. Ihm gehören heute über 300 unabhängige professionelle RegisseurInnen und DrehbuchautorInnen an, die in der Schweiz leben und arbeiten oder einen biografischen Bezug zur Schweiz haben.

1. Anmerkungen zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024

Der ARF/FDS erachtet den vom BAK erarbeiteten Entwurf zur Kulturbotschaft als sehr gute Grundlage. Wir sind erfreut über die grosse Wertschätzung des Kunst- und Kulturschaffens durch den Bundesrat sowie dafür, dass die Anliegen der Kulturschaffenden zur Kenntnis genommen worden sind und in konkret formulierten Vorhaben ihren Platz gefunden haben. Dies insbesondere auch im Bereich Film- und Audiovision (u.a. Investitionspflicht für Onlineanbieter).

Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich für den guten und kontinuierlichen Austausch, insbesondere mit dem Vorsteher der Sektion Film und der Direktion des Bundesamtes für Kultur. Der ARF/FDS ist überzeugt, dass die vorgesehene Erhöhung der finanziellen Mittel gerechtfertigt und das vorgesehene durchschnittliche Ausgabenwachstum von 2,9% pro Jahr für die gesamte Förderperiode 2021-2024 als ein zu begrüssendes Signal zu Gunsten der Kultur notwendig sind.

2. Allgemeine Anliegen

Aufbauend auf übergeordneten Megatrends wie Globalisierung, Digitalisierung, Urbanisierung und Individualisierung hat der Bundesrat 2016 die drei zentralen Strategieachsen „innerer Zusammenhalt“, „kulturelle Teilhabe“, „Kreation und Innovation“ definiert. Der ARF/FDS unterstützt diese Zielsetzungen sehr und ist überzeugt, dass die Kulturbotschaft dadurch einer nationalen Kulturpolitik ein fassbares Profil zu verleihen vermag. Durch das erneuerte Bekenntnis zu diesen Werten in der vorliegenden Kulturbotschaft wird der unverzichtbare gesellschaftliche Wert der Kunst und Kultur betont und gestärkt. Zu Recht erwähnt die Kulturbotschaft, dass die Digitalisierung des Filmmarktes sowie die rasante Veränderung des Medienkonsumverhaltens die prägendsten Einflussfaktoren für das Schweizer Filmschaffen darstellen (Pkt. 2.3.6 des erläuternden Berichtes).

Insbesondere wegen der Digitalisierung und ihren Folgen ist es unseres Erachtens eine zentrale Aufgabe einer nationalen Kulturpolitik, sich weiterhin für die Wahrung der Urheberrechte einschliesslich deren Abgeltung bei Nutzungen von geschützten Werken einzusetzen. Ebenfalls sollte sie sich entschieden für die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden sowie **existenzsichernde Honorare und Löhne** auf allen Ebenen aussprechen. Bezüglich des letzten Punkts teilen wir die unter Punkt 2.1.2 ('Künstlerisches Schaffen') des erläuternden Berichts geäusserte Kritik, dass die spartenspezifischen Honorar- und Gagenempfehlungen oft nicht oder nur teilweise umgesetzt werden und «die Einkommenssituation vieler Kunstschaftender trotz erfolgreicher Arbeit ungenügend <ist>». Diese Aussage hat auch für die Filmschaffenden ihre volle Gültigkeit und wir begrüssen die Absicht des Bundes sehr, ab 2021 Finanzhilfe an die Bedingung zu knüpfen, dass die Entschädigungsrichtlinien der Berufsverbände eingehalten werden. Die Einschränkung auf Veranstalter erachten wir als zu eng gefasst und schlagen folgende textliche Anpassung vor:

Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden: Die Einkommenssituation vieler Kunst- und Kulturschaffender ist trotz erfolgreicher Arbeit ungenügend. Zu wenige hauptberuflich arbeitende Kunst- und Kulturschaffende erhalten für ihre ~~insbesondere in institutionellen Kontexten (Kunstaussstellungen, Lesungen in Literaturhäusern usw.) erbrachten~~ Leistungen angemessene Entschädigungen. Grund dafür ist die system-bedingte Praxis unregelter Arbeitsverhältnisse. Zwar gibt es verschiedene Honorar- oder Gagenempfehlungen von spartenspezifischen ~~Verbänden und~~ Interessensgemeinschaften, jedoch werden diese von ~~Auftraggebern und~~ Veranstaltern nicht oder nur teilweise umgesetzt. Auch in Zukunft soll im Kulturbereich ein freier Markt zwischen Angebot und Nachfrage bestehen. Jedoch wird der Bund dort, wo er Finanzhilfen spricht, künftig auf eine angemessene Entschädigung der Kulturschaffenden hinwirken.

(Erläuternder Bericht, S.16, Ziff. 2.1.2)

3. Anliegen bezüglich der Förderinstrumente «Filmförderung», «Filmkultur» und «Filmerbe»

Der ARF/FDS begrüsst die zu den drei Förderinstrumenten aufgeführten Ziele und Massnahmen und schlägt für die kommende Förderperiode die im Folgenden erläuterten Ergänzungen und Korrekturen vor. Gleichzeitig möchten wir auf die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung hinsichtlich der Kulturbotschaft 2025ff. hinweisen.

3.1 Reflexion Förderstrukturen in einer ausgewählten Arbeitsgruppe

In Übereinstimmung mit allen im Dachverband CinéSuisse vertretenen AkteurlInnen und Branchenverbänden stellt der ARF/FDS den Antrag, explizit die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung zu erwähnen. Die Begründung ist in der beiliegenden Begründung formuliert (vgl. Anhang 1).

Dazu sollte eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die dem Bundesrat bis 2022 konkrete Vorschläge unterbreiten wird, welche in der Kulturbotschaft 2025-2028 zur Umsetzung führen müssen.

Die Arbeitsgruppe wird die Möglichkeiten und den Umfang für die Schaffung eines „Filmförderfonds“ prüfen. Dies auch im Vergleich mit unseren Nachbarländern, die wie zum Beispiel Frankreich (CNC), Deutschland (FFA) oder Österreich (ÖFI) Strukturen geschaffen haben, die einerseits eine engere Zusammenarbeit mit anderen Förderinstitutionen erlauben (wie Fernsehanstalten) und andererseits in der Budgetierung und Vergabe von Mitteln (z.B. Darlehen) über einen grösseren Spielraum verfügen. Ziel ist:

- a. Bündelung und Koordination der Kräfte der wichtigsten Akteure der verschiedenen Herstellungs- und Auswertungsphasen gemäss gemeinsam zu erarbeitenden Zielsetzungen
- b. Fokussierung und Flexibilisierung des Begutachtungssystems im Sinne einer Projektbegleitung mit offener, unterstützender Kommunikation (vgl. Begründung, Anhang 1, Abs. d)

Die vom Bund eingesetzte Arbeits- resp. Expertengruppe sollte aus Expertinnen und Experten aus der Sektion Film sowie aus der Filmbranche (Kreation, Herstellung, Auswertung) zusammengesetzt werden. Zudem ist eine Person beizuziehen, welche die verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen kennt (allenfalls jemanden vom BA für Justiz) und so die rechtlichen Möglichkeiten ausloten kann. Zudem ist es sinnvoll, auch eine Person der SRGSSR beizuziehen, da in der neuen Struktur auch eine intensive Zusammenarbeit mit der SRG gesucht werden muss.

3.2 Investitionspflicht für Online-Anbieterinnen (Art. 24b ff. FiG)

Der ARF/FDS begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Nachdem das geplante Gesetz über die elektronischen Medien nicht zustande gekommen ist, muss der Onlinebereich im Filmgesetz geregelt werden, denn das Filmgesetz ist heute nicht mehr alleine für die Belange des Kinofilms zuständig, sondern bewegt sich zunehmend in Richtung eines Gesetzes über den Film, ungeachtet der Auswertungsform. So muss neben dem traditionellen linearen Fernsehen auch ein Umgang mit Online-Angeboten gefunden werden. Der ARF/FDS unterstützt daher die Idee, dass Online-Anbieter dieselben Pflichten haben sollen wie die Anbieter von linearen Fernsehprogrammen. Sie müssen – neben der Entrichtung von film- und urheberrechtlichen Abgaben – einen Anteil ihres Umsatzes für die Entwicklung und Herstellung von unabhängigen Schweizer Filmen zur Verfügung stellen.

Wir teilen die diesbezüglich innerhalb der CinéSuisse erarbeiteten gesetzlichen Anpassungen und

Korrekturvorschläge (Regelung Investitionsverpflichtungen der Fernsehveranstalter im FiG, Ausdehnung der Vorschrift auf gesamten Onlinebereich inkl. IPTV, Territorialitätsprinzip) integral und verweisen für Details wir auf die Stellungnahme von CinéSuisse (S.2., Pkt.2).

3.3 Filmerbe: Online-Zugang für Schweizer Bevölkerung

Der ARF/FDS begrüsst die Idee des BAK sehr, einen Online-Zugang für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe zu schaffen und somit die Visibilität des Schweizer Filmschaffens zu erhöhen. Dies soll sich jedoch nicht – wie im Entwurf (Ziff. 2.3.6.3 des erläuternden Berichts) formuliert – nur auf die vom BAK geförderten Filme beschränken, sondern möglichst alle in der Schweiz hergestellten Filme umfassen.

Bei der Nutzung der Filme müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Filmrechte angemessen entschädigt werden.

Die im Vorfeld angedeutete Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet das Werk und fördert eine Haltung, die eine Gratisnutzung von Filmen im Internet verlangt. Wie beim Buch ist gegen eine unentgeltliche Nutzung von Werken an wenigen, dedizierten Orten (wie z.B. in der Cinémathèque oder in der Nationalbibliothek) nichts einzuwenden.

Die Erstellung der Plattform muss kostenneutral erfolgen, d.h. es dürfen keine Mittel aus den Filmförderungskrediten verwendet werden. Im Sinne der KonsumentInnen und zur Finanzierung wäre eine Zusammenführung von geplanten Plattformen/Editionen wünschenswert.

Viel wichtiger als die Plattform wird allerdings die digitale Aufbereitung der Filme sein. Der ARF/FDS unterstützt die Forderung der CinéSuisse für einen separat finanzierten Digitalisierungsfonds, der die flächendeckende Digitalisierung unseres Kulturgutes (inkl. Film) sicherstellt (vgl. unten, Pkt. 3.6).

3.4 Vielfalt des Filmangebots (Art. 24a FiG)

In Anlehnung an die EU-AVMD-Richtlinien unterstützt der ARF/FDS die Festlegung nach einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieter. Somit soll hinsichtlich eines zukünftigen Wiederbeitritts ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden. Als Ergänzung soll in diesen 30% ein angemessener Anteil an Schweizer Filmen festgeschrieben werden.

In Bezug auf *Abruf- oder Abonnementsdienste* schlagen wir vor, dass der Art. 24a¹ zugunsten des Schweizer Filmschaffens wie folgt geändert wird:

„1 Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, müssen zur Förderung der Angebotsvielfalt sicherstellen, dass mindestens 30 Prozent der Filme europäische Filme **und ein angemessener Anteil Schweizer Filme** sind. **Letztere müssen** besonders gekennzeichnet und gut auffindbar **sein**.“

(Art. 24a¹ FiG)

Weiter wird in der neuen Kulturbotschaft zu Recht die wachsende Bedeutung der Filmfestivals für die Angebotsvielfalt in der Schweiz betont (vgl. Ziff. 2.3.6 des erläuternden Berichts und FiG, Art.8, Abs.1d *neu*). Dies sowohl für die Promotion und die Vermittlung wie auch für die Auswertung von Filmen. Der ARF/FDS teilt die Einschätzung, dass die Festivals viel zur kulturellen Teilhabe beitragen und dadurch am Publikumserfolg der Filme massgeblich beteiligt sind. Deshalb sollten vom Bund zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um die spezifischen Leistungen der Schweizer Filmfestivals zugunsten des Schweizer Films und der Nachwuchsförderung noch stärker zu unterstützen bzw. durch finanzielle Anreize zu belohnen.

3.5 Verarbeitungsstandort Schweiz

Die Filmstandortförderung Schweiz FiSS funktioniert – vorbehältlich der minoritären Koproduktionen – bisher weitgehend gut und ist ein geeignetes Instrument, die Ziele der Standortförderung zu erreichen. Im Sinne der Zielsetzung der Kulturbotschaft, die minoritären Koproduktionen im Rahmen des FiSS zu stärken, sind die Bonifizierungsanreize hierfür entsprechend zu erhöhen und die Zutrittsschwellen (Mindestbudget, anrechenbare Kosten) nach Gattung und Region anzupassen bzw. zu differenzieren.

Der ARF/FDS unterstützt weiter die von CinéSuisse erarbeiteten Vorschläge, wettbewerbsverzerrende direkte und indirekte Infrastrukturbeihilfen und Fördersysteme anderer Länder zu kompensieren, damit die internationale Konkurrenzfähigkeit der TechnikerInnen gesichert ist und das Restaurationswissen erhalten bleibt (vgl. Stellungnahme CinéSuisse, S.4, Pkt.6).

3.6 Innovation in Produktion, Auswertung und Archivierung

Die an verschiedenen Stellen beschriebenen komplexen Fragestellungen der Digitalisierung erfordern sowohl die Ausbildung als auch die Förderung von Kompetenzen. Dafür sollen die technischen Fragestellungen praxisnah erforscht werden.

Der ARF/FDS unterstützt die Forderung von CinéSuisse und weiteren KulturakteurInnen zur Schaffung eines Digitalisierungsfonds, welcher durch die Erträge aus den 5G-Lizenzen finanziert werden soll (vgl. Motion Savary, 19.3649). Dieser Digitalisierungsfonds soll für notwendige Innovationen zur Verfügung stehen, das betrifft im Bereich des Films insbesondere auch die dringend notwendigen Mittel für die Digitalisierung von Filmen, insbesondere von älteren Formaten. Die heute für diesen Bereich zur Verfügung stehenden Mittel sind bei weitem nicht genügend, um notwendigen Veränderungen zu finanzieren.

Innovation ist auch in Bezug auf die Sehgewohnheiten und den Einbezug des jungen Publikums gefragt. Der ARF/FDS begrüsst, dass der Bund im Bereich „Filmkultur“ (Ziff. 2.3.6.2. des erläuternden Berichts) weiterhin Institutionen, welche die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für das Medium Film zum Ziel haben, unterstützt. Dazu zählen auch die Filmpublikationen sowie die Weiterbildung der Filmschaffenden, namentlich durch die Stiftung FOCAL, welche sich in ihren Weiterbildungsangeboten verstärkt den Themen „junges Publikum“ und „digitaler Konsum“ widmen soll. Die Unterstützungsbeiträge an diese für das Schweizer Filmschaffen wichtigen Institutionen sind entsprechend zu erhöhen.

Innovation im Bereich „Filmkultur“ ist schliesslich auch in der Ausrichtung des Schweizer Filmpreises QUARZ gefragt, den der Bund in Zusammenarbeit mit der SRG SSR und den Städten Zürich und Genf sowie dem Kanton Genf ausrichtet. Die Publikumswirksamkeit dieses für die Visibilität des Schweizer Filmschaffens zentralen Anlasses und insbesondere der begleitenden Wochen der Nominierten in Zürich und in Genf kann und muss weiter erhöht werden.

3.7 Kino

Die Bedeutung des Kinos als Kulturvermittlerin kommt auch in der neuen Kulturbotschaft 2021-2024 zu wenig zum Ausdruck. Die Kleinkinos auf dem Land sowie die Arthouse-Kinos in den Städten leisten einen speziell wichtigen Beitrag für die Filmkultur: Sie sind nicht nur ein Ort sozialer Begegnungen, sondern – nebst den Festivals – derjenige Ort, an welchem die kulturelle Teilhabe am Film generell und insbesondere am Schweizer Filmschaffen stattfindet.

Der ARF/FDS unterstützt die Forderung des Studiofilmverbandes, Bemühungen der Kinos, Schweizer Filme länger zu programmieren und stärker zu promoten durch neue Unterstützungsmassnahmen und -formen zu belohnen. Dies kann z.B. mittels modifizierter Kriterien bestehender Förderungen und/oder einer substantiellen Unterstützung für besonders engagierte und innovative Kinobetriebe erfolgen – z.B. solche, welche Angebote für den Filmnachwuchs und/oder zur Filmbildung des jungen Publikums anstreben.

3.8 Standortvorteil Mehrsprachigkeit nutzen und ausbauen

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Der ARF/FDS fordert, dass im Interesse der Vielfalt eine systematische Auswertung aller geförderten Filme in allen Schweizer Sprachregionen erfolgt. Dazu braucht es auch eine Förderung der genannten Verfahren.

Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugutekommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln.

3.9 Gender Diversity

Was den Bereich «Kulturelle Teilhabe» angeht, begrüssen wir sehr, dass das BAK die Chancengleichheit für Frauen und Männer im Kulturbereich als wichtiges Ziel erachtet und neuerdings mit der Erhebung von Gender-Daten in der Filmförderung kontinuierlich evaluiert.

Als weitergehende Gender-Massnahme empfehlen wir, für die Entwicklungs- und Herstellungs-Anträge einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern zu installieren, welcher der Einschränkung von Filmschaffenden mit familiärer Verantwortung entgegenwirkt.

Diese Beiträge dürfen nicht zulasten des bestehenden Budgets gehen, ansonsten wäre die Massnahme für Frauen und Männer mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern im Film kontraproduktiv.

3.10 Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind sehr wichtige und dringliche Themen, denen sich auch die Filmindustrie stellen muss. Angefangen bei den Filmschulen über die Filmproduktion und -auswertung bis hin zur Bewahrung des Filmerbes: Die Verantwortung für Nachhaltigkeit im Filmsektor ist bereichsübergreifend und bedarf dringender Aufklärung, Innovation sowie einer regelmässigen Anpassung an neueste Techniken und Lösungen.

Um die Filmproduktion diesbezüglich so rasch wie möglich zukunftsfähig zu machen und somit so nachhaltig und „grün“ zu produzieren wie möglich, ist eine Integration dieses Themas in die jetzige Kulturbotschaft nötig - mit dem Ziel, dass darauf aufbauend in der Filmförderverordnung Sofortmassnahmen geprüft werden (z.B. bei der Begutachtung von Gesuchen) und spätestens in der nächsten Kulturbotschaft konkrete Ideen und verbindliche Umsetzungsvorschläge verankert werden.

3.11 Vernetzung mit Europa

Der ARF/FDS begrüsst die geplanten Anpassungen und die Verstetigung der MEDIA-Ersatzmassnahmen (vgl. Ziff. 1.4.3.2 und 2.3.6.4 des erläuternden Berichts) sowie das Ziel, am Creative Europe-Folgeprogramm teilzunehmen.

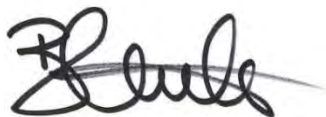
Ein möglichst rascher Wiedereintritt in ein künftiges europäisches Kulturförderprogramm (MEDIA, Creative Europe) scheint uns eminent wichtig. In der Zwischenzeit muss der Bund die entsprechenden Ersatzmassnahmen aufrechterhalten.

Der bisherige Kredit für die MEDIA-Ersatzmassnahmen muss in vollem Umfang erhalten bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Audiovisionsbranche und die Kompatibilität mit dem wichtigen europäischen Umfeld zu stützen. Die Massnahmen sollten als Teil der internationalen Strategie des Bundes komplementär zum gesamten Schweizer Fördersystem sein und inhaltlich an die Veränderungen des Marktes angepasst werden können.

Im Namen des Vorstandes des ARF/FDS danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Anregungen in der Kulturbotschaft 2021 - 2024.

Mit freundlichen Grüssen

Für den ARF/FDS



Barbara Miller
Präsidentin



Roland Hurschler
Geschäftsleiter

Anhang: Ausführungen zu Punkt 3.1, Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

Anhang 1: Ausführungen zu Punkt 1, Grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung

A. Begründung

a. Grundlegende Veränderungen verlangen Anpassungen

In der Geschichte des Films stehen wir an einem Wendepunkt. Die Digitalisierung hat die Bedingungen der Filmherstellung und Filmauswertung in grundlegender Weise verändert. Mit dem Auftreten einer Vielzahl von Online-Anbietern ist eine komplett neue Marktsituation für die Finanzierung und Auswertung von Filmen entstanden. Dies verlangt nach einer Flexibilisierung und Dynamisierung der Filmförderung. Zudem müssen die neuen Online-Anbieter, wie in der Kulturbotschaft vorgesehenen, in die Filmförderung eingebunden werden.

Angesichts der elementaren Veränderung, die die Filmwirtschaft herausfordert, sind die Förder- und Produktions- und Auswertungsstrukturen neu zu überdenken. Dabei muss der Bund Garant für die Zukunft des filmischen Schaffens in der Schweiz und dessen wichtiger kultureller Bedeutung bleiben.

b. Stärke durch gemeinsame Ausrichtung

Genauso wie sich jedes Unternehmen heute strategisch ausrichten muss, um sich international zu behaupten, orientieren sich immer mehr nationale Filmförderungen an Zielen, die sie für die Branche als Ganzes anstreben. Sie sehen ihre Aufgabe in der Förderung der gesamten audiovisuellen Landschaft und gehen damit über die Förderung von Einzelwerken deutlich hinaus. Zwar unterstützt das BAK das Filmschaffen auch auf bestimmte Ziele hin, insbesondere jenes der Vielfalt und Qualität, doch können diese nur auf Einzelwerke appliziert werden. Länder mit strategisch ausgerichteter Filmförderung schaffen weitergehende Förderinstrumente und motivieren die Akteure damit zu konsequentem Handeln.

Zur gemeinsamen Ausrichtung und Zielsetzung gehört auch die SRG SSR als weiterer wichtiger Partner des Schweizer Filmschaffens. Die Wandlung des Film- und Fernsehkonsums verändert die Rolle des Fernsehens grundlegend, weshalb die Zusammenarbeit neu strukturiert werden muss. Der Einbezug der SRG SSR in die Diskussion über eine mögliche Reform der Filmförderung ist somit eine weitere, zentrale Aufgabe. Ebenso die Zusammenführung von Filmgesetz – und RTVG in einem umfassenden Audiovisionsgesetz, welches die Gleichbehandlung aller Medien garantiert.

c. Stärke durch prozesshafte Herangehensweise

Die Anforderungen an die Herstellung von Spiel, Dokumentar- und Animationsfilm haben sich im Zuge der Digitalisierung und der Medialisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens stark verändert und sind markant gewachsen. Hinzu kommen diverse neue Formate. Für die Filmförderung ist dies eine grosse Herausforderung, die eine zeitgemässe, kontinuierliche Kommunikationsstruktur zwischen Filmförderung, Filmherstellung und Filmvertrieb bedingt. Dies von der Stoffentwicklung bis hin zur Auswertung. Auch die Talententwicklung, die Weiterbildung und die Promotion gehören dazu.

Je mehr diese Teilbereiche in der Förderung unabhängig voneinander strukturiert und auf verschiedene unabhängige (zum Teil vom BAK finanzierte) Institutionen verteilt sind, desto weniger kann die Filmförderung den ganzen Prozess der Filmherstellung als Partner begleiten und stärken.

d. Stärke durch partnerschaftliche Aufstellung

Die aktuelle Projektförderung beschränkt sich im Wesentlichen auf die Evaluierung der schriftlichen Anträge. Zwar können die Unterlagen durch ein persönliches Gespräch mit der entsprechenden Kommission ergänzt werden und bei komplexeren Projekten besteht mit dem BAK ein Austausch über die Produktionsveränderungen. Dies reicht aber nicht aus. Angesichts der Vielfalt der audiovisuellen Werke und Auswertungsmöglichkeiten muss die Filmförderung viel weitergehende Kommunikationsformen in Betracht ziehen und entwickeln. Filmförderungen, welche den Filmschaffenden professionelle Begleitung zur Verfügung stellen, pflegen einen kontinuierlichen Austausch, bieten einen vielfältigen Input und

unterstützen dadurch die Filmherstellung. Von einer engen Zusammenarbeit profitieren beide Seiten. Insbesondere wird der Entscheid zu verfrühten Entscheidungen minimiert und offene Fragen werden bis zur Fertigstellung in konstruktivem Austausch erörtert.

Es lohnt sich, die in Europa angewandten Modelle partnerschaftlicher und dynamischer Film-förderungen genau zu analysieren und daraus Anregungen und Möglichkeiten für die Schweiz abzuleiten.

e. Stärke durch Synergien

Es gibt in der Schweiz eine Vielzahl von öffentlichen Institutionen, die sich für ein vielfältiges Angebot und deren Verbreitung engagieren. Dazu gehören Swiss Films, die Cinémathèque Suisse, MEDIA Desk Suisse, FOCAL und die Schweizer Filmakademie. Die Vielzahl der Institutionen mit jeweils eigenen Zielsetzungen erschweren die Zusammenarbeit. Die einzelnen Institutionen arbeiten zu isoliert, ohne in einen gemeinsamen, koordinierten Prozess einbezogen zu sein. Zwar sind sie mit dem BAK durch einen Leistungsvertrag verbunden, einen frühen Einbezug in den Prozess der Entwicklung und Herstellung von Filmen wird dadurch aber nicht garantiert, da sich der Bund als politische Instanz, nicht in die inhaltlichen Fragen einmischt. Der Einsatz erfolgt aufgrund der Parzellierung oft nacheinander statt gleichzeitig. Dieser Verzettlung der Filmförderung ist durch die Schaffung neuer Strukturen entgegenzuwirken, so dass effiziente Synergien ermöglicht werden.

f. Stärke durch adäquate Rechtsform

Die weitreichenden Veränderungen der Filmwirtschaft veranlasste in den letzten Jahren immer mehr nationale Filmförderungen, ihre Struktur zu überdenken und neu aufzustellen. Nur noch in ganz wenigen Ländern erfolgt die Förderung direkt durch eine Regierungsstelle, neben der Schweiz sind dies Italien, die Türkei und Cypern. In Europa sind inzwischen die meisten nationalen Filmförderungen als öffentlich Einrichtungen organisiert, die administrativ unabhängig aufgestellt sind, aber unter der Kontrolle oder der direkten Aufsicht eines Ministeriums stehen. In einigen Ländern tritt die nationale Fördereinrichtung als öffentliche oder private Stiftung bzw. als Verein auf.

Die oben genannte Förderstruktur verhilft vor allem kleineren Ländern, wie das in Dänemark, Serbien oder Rumänien der Fall war, zu einer dynamischen und flexiblen Filmförderung, was die Anerkennung und Sichtbarkeit der Filme erhöht hat.

B. Schlussbemerkung

Das Schweizer Filmschaffen wird in der europäischen Filmlandschaft zu wenig wahrgenommen. Der Ausschluss aus dem Media Programm erschwert zudem die internationale Zusammenarbeit und schwächt seine Stellung auf dem globalen Markt. Eine Dynamisierung und Flexibilisierung durch die Schaffung zeitgemässer Förderstrukturen wie sie in vielen europäischen Ländern realisiert wurden, ist deshalb anzustreben.

Der Wandel der gesamten medialen Landschaft und die Wandlung des Medienkonsums verändert die herkömmlichen Herstellungs- und Auswertungsbedingungen für Filme grundlegend. Sie hat neue, teilweise gigantische Marktplayer hervorgebracht, welche eine Neustrukturierung der Filmförderung dringend notwendig macht.

Die Branche ist sich der grossen Herausforderung bewusst. Sie ist bereit, sich dem medialen Umbruch zu stellen. Gemeinsam mit dem BAK möchte sie die Möglichkeiten einer administrativen Auslagerung der Filmförderung oder anderer struktureller Rechtsformen prüfen, um die bestmögliche Filmförderung für die Zukunft zu finden. Dies mit dem Ziel, die den neuen Anforderungen entsprechenden Voraussetzungen und damit den möglichst grossen kreativen Raum für die Herstellung und die Visibilität wertvoller Schweizer Filme zu schaffen.



Bern, 29. Mai 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft); Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage Antworten Verband Filmregie und Drehbuch Schweiz ARF/FDS

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziff. 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Der ARF/FDS beurteilt die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als positiv und würdigt die Arbeit der Pro Helvetia und des BAK. Da sie aber in vielen Bereichen noch nicht abgeschlossen ist, begrüssen wir es, dass der Bundesrat auf Fortsetzung und Kontinuität setzt.

Wir schliessen uns in diesem Zusammenhang dem Anliegen des Dachverbands Suisseculture an, dass angesichts der schwindenden Bedeutung der traditionellen Medien **verstärkte Anstrengungen im Bereich mediale Vermittlung** nötig sind. Der im vorliegenden Entwurf in diesem Zusammenhang formulierte Fokus auf Plattformen ist in unseren Augen jedoch zu eng gefasst. Dadurch besteht das Risiko, dass Kunst- und Kulturdebatten durch Kunst- und Kulturmarketing ersetzt werden und die nötige, alle Sparten und Regionen umfassende kunstkritische und kulturpolitische Auseinandersetzung wegfällt. Wir begrüssen deshalb auch, dass zur «Förderung der Verständigung und des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften» auch «Presseagenturen von nationaler Bedeutung, die Informationen über die vier Sprachregionen vermitteln», unterstützt werden sollen (vgl. Ziff. 2.6.2 des erläuternden Berichts).

Ebenso möchten wir die Bedeutung der **Vernetzung des Schweizer Kulturschaffens auf europäischer Ebene** betonen, sei es durch die Arbeit der Pro Helvetia (Promotionsmodell), sei es im Filmbereich durch die Fortsetzung der MEDIA-Ersatzmassnahmen (vgl. Pkt. 3.11 unserer Stellungnahme). Wir unterstützen das Anliegen von Suisseculture und CinéSuisse zur verstärkten Integration der Schweiz in Projekte der Europäischen Union und fordern, dass alles dafür Nötige unternommen wird, um wieder zum Programm Creative Europe zugelassen zu werden.

Im Filmbereich erachten wir das 2016 neu eingeführte Instrument der **Filmstandortförderung Schweiz FiSS** als erfolgreich und sehr wertvoll für die Standortförderung hinsichtlich der filmtechnischen Verarbeitung sowie zur Akquisition von mehr Dreharbeiten in der Schweiz. Wir begrüssen die geplanten Korrekturmassnahmen, die sicherstellen sollen, dass mehr internationale, insbesondere *minoritäre*, Koproduktionen dank dieses Fördertools in die Schweiz geholt werden können (vgl. Pkt. 3.3 unserer Stellungnahme).

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziff. 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Die Kontinuität in diesen drei übergreifenden Handlungsachsen erachten wir als sehr sinnvoll. Im Bereich «Kreation und Innovation» soll indes auch der Film explizit berücksichtigt werden.

Was den Bereich «Kulturelle Teilhabe» angeht, begrüssen wir sehr, dass das BAK die **Chancengleichheit für Frauen und Männer** im Kulturbereich als wichtiges Ziel erachtet. Dem Bereich Film kommt diesbezüglich eine Vorreiterrolle zu. Wir sind erfreut, dass auf Anregung von mehreren Filmorganisationen unter der Federführung des ARF/FDS und FOCAL die Erhebung von Gender-Daten



im Bereich Filmförderung institutionalisiert wurde. Daneben wurden etliche unterstützende Massnahmen in diesem Bereich vom BAK bereits in die Wege geleitet. Zusätzliche Anstrengungen sind hier in unseren Augen nötig (vgl. Pkt. 3.9 unserer Stellungnahme).

Im Weiteren begrüsst der ARF/FDS die Absicht, die «**Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche** sowie weitere spezifische Zielgruppen» in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe einzubinden und mit den Kantonen zu koordinieren. Unter den Titeln «Kinokultur» (2.3.6.2) und «kulturelle Teilhabe» (2.6.1) sollte sich der Bund in der neuen Kulturbotschaft dazu verpflichten, die schulische und ausser schulische Filmbildung für Kinder, Jugendliche und das junge Publikum bis 25 Jahre zu stärken und insbesondere Initiativen zur Förderung von Kompetenzen zur Filmnutzung und –analyse zu unterstützen. Ebenso wäre die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu fördern, welche künstlerisch anspruchsvolle Filme und insbesondere Schweizer Produktionen einem jüngeren Publikum besser zugänglich machen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziff. 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

In Übereinstimmung mit dem Dachverband Suisseculture unterstützen wir die stetige Überprüfung und Anpassung des Werkbegriffes an die künstlerische Entwicklung. Diese sollte in stetigem Austausch mit den Vertretern der Kunst- und Kulturschaffenden erfolgen. Im Zentrum der Kunst- und Kulturförderung der öffentlichen Hand muss aber immer der künstlerische Wert als Förderkriterium stehen. Ökonomische, technologische oder wissenschaftliche Bewertungen dürfen dabei nicht in den Vordergrund geraten.

Die **Ausweitung der Fördertätigkeit auf neue Bereiche** erachten wir nur dann als sinnvoll, wenn dafür zusätzliche entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Sie darf nicht zu Lasten der bestehenden Kultursparten gehen.

Die Erkenntnis der trotz erfolgreicher Arbeit **ungenügenden Einkommenssituation vieler Kuntschaffender** können wir bestätigen und erachten diese als zentrales Element der neuen Kulturbotschaft. Dem unter Punkt 2.1.2 ('Künstlerisches Schaffen') des erläuternden Berichts thematisierten Missstand, dass die spartenspezifischen Honorar- und Gagenempfehlungen von Veranstaltern – im Filmbereich von Auftraggebern oder Produktionsfirmen – oft nicht oder nur teilweise umgesetzt werden, ist dringendst Abhilfe zu schaffen. Wir begrüssen die Absicht des Bundes sehr, ab 2021 Finanzhilfe an die Bedingung zu knüpfen, dass die Entschädigungsrichtlinien der Branchenverbände eingehalten werden. Für den Bereich Regie und Drehbuch wird der ARF/FDS im kommenden Jahr auf aktuellen Umfrage- und Statistikwerten beruhende Empfehlungen zu Händen des BAK erarbeiten.

Für den Filmbereich erachtet der ARF/FDS nebst den genannten Punkten eine **grundlegende Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung** als vordringlichstes Anliegen. Ziel ist die Mandatierung einer Arbeitsgruppe, unter Einbezug der betreffenden BranchenvertreterInnen, die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst (vgl. Pkt 3.1 der ARF/FDS-Stellungnahme), dies unter Einbezug der Auswertungskanäle.

Wir begrüssen, dass **Organisationen professioneller Kulturschaffender** weiterhin im bisherigen Umfang unterstützt werden. Ohne diese finanzielle Unterstützung des Bundes sind die meisten dieser Organisationen nur in sehr beschränktem Rahmen handlungsfähig. Diese Organisationen sind nebst der in der Kulturbotschaft beschriebenen Aktivitäten als Dialogpartner für Behörden und Institutionen, so auch für Bund und Pro Helvetia, unerlässlich. Nach wie vor werden sie oft zu wenig oder zu spät in kulturpolitische Entwicklungsprozesse miteinbezogen. Die Verbände der professionellen Kulturschaffenden sollten standardmässig Teil von Arbeitsgruppen sein, wenn es um die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte in den entsprechenden Kultursparten geht.



4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziff. 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziff. 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziff. 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Zugang zum Filmerbe (Art. 19a FiG):

Der ARF/FDS begrüsst die Idee des BAK sehr, einen Online-Zugang für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe zu schaffen und somit die Visibilität des Schweizer Filmschaffens zu erhöhen.

Bei der Nutzung müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Filmrechte angemessen entschädigt werden. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für die KonsumentInnen lehnen wir ab. Die Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet das Werk und fördert eine Haltung, die eine Gratisnutzung von Filmen im Internet verlangt.

Insbesondere bezüglich der Digitalisierung älterer Filme, die nicht über die notwendigen Formate verfügen, sind durch den Bund zusätzliche Mittel bereitzustellen. Der ARF/FDS unterstützt die dazu nötigen Massnahmen und eine separate Finanzierungsstrategie (vgl. Pkt. 3.3 der ARF/FDS-Stellungnahme).

Investitionspflicht für Online-Anbieterinnen (Art. 24b ff. FiG):

Der ARF/FDS begrüsst die neue Förderpflicht für alle Unternehmen, welche Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den unabhängigen Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Online-Anbieter sollen dieselben Pflichten haben wie die Anbieter von linearen Fernsehprogrammen. Der ARF/FDS unterstützt die Forderung von CinéSuisse, dass der Bund neu sämtliche Auswertungen, die nicht als Fernsehen (gemäss RTVG) oder Kino gelten, in die Pflicht nimmt. Ebenso, dass die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalter neu im FiG und nicht mehr im RTVG geregelt ist. Dies aus Synergiegründen sowie um eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieter zu verhindern. Dem BAK sind die nötigen personellen Ressourcen zur Erfüllung der Kontrollpflicht zur Verfügung zu stellen.

Vielfalt des Filmangebots (Art. 24a FiG):

Der ARF/FDS unterstützt die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieter. Somit soll hinsichtlich eines zukünftigen Wiederbeitritts ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden.

Als Ergänzung soll in diesen 30% ein angemessener Anteil an Schweizer Filmen in Online-Angeboten festgeschrieben werden. Zusätzlich sollen Streamingdienste zur Hervorhebung dieser Werke in ihren Angebotskatalogen verpflichtet werden.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziff. 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziff. 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Mit den genannten Gesetzesanpassungen sind wir einverstanden. Wir sind gegen die Streichung des Bundesbeitrages an die Bundeshauptstadt (Art. 18).



In Ergänzung zu den genannten Gesetzesanpassungen unterstützen wir die Forderung von Cinésuisse nach einer **systematischen Auswertung von geförderten Filmen in allen Schweizer Sprachregionen**. Dies im Interesse der Vielfalt und zur verbesserten Auswertung der Schweizer Filme im Ausland. Dazu ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand für die Untertitelung bzw. die Synchronisation dieser Werke zu schaffen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziff. 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Über die vorgesehenen Teuerungsanpassungen und punktuellen Erhöhungen der Finanzmittel sind wir erfreut. Wir betrachten jedoch die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Mittel nach wie vor als zu bescheiden. Die **rasanten technologischen Veränderungen** und die grossen **internationalen Herausforderungen durch den Ausschluss aus Creative Europe** bedürfen zusätzlicher finanzieller Anstrengungen.

Deshalb sind wohl auch die Mittel für neue Aufgaben der Pro Helvetia – insbesondere die Erschliessung sowie Systematisierung der Unterstützung neuer Gattungen – nicht ausreichend. Diese neuen Aufgaben dürfen nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.

ARF/FDS, Verband Filmregie und Drehbuch Schweiz.

Zürich, im September 2019



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

Haus der Musik – Gönhardweg 32 – CH-5000 Aarau
Tel. +41 62 824 54 04 – Fax +41 62 824 54 06
scv@usc-scv.ch – www.usc-scv.ch

Stabstelle Direktion
Bundesamt für Kultur
Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021-2024
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Aarau, 19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktor

Beiliegend finden Sie die Stellungnahme der Schweizerischen Chorvereinigung SCV zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024.

Mit freundlichen Grüssen

Isabelle Schmied

Schweizerische Chorvereinigung
Sekretärin



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

Schweizerische Chorvereinigung SCV

Haus der Musik
Gönhardweg 32
5000 Aarau
scv@usc-scv.ch

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Aarau, 17. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Die Schweizerische Chorvereinigung SCV bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus ihrer Sicht relevanten Themen. Die Schweizerische Chorvereinigung vereint rd 43.000 singende Mitglieder und zielt auf die Förderung aller Aktivitäten, welche die vokale Musikszene in der Schweiz unterstützen. Gemeinsam mit 20 kantonalen Chorverbänden, dem Verein Schweizer Kinder- und Jugendförderung SKJF und dem nationalen Auswahlensemble Schweizer Jugendchor SJC engagiert sich die SCV für die Zukunft des Singens in der Schweiz und in Europa.

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüßen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein. Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrünnen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an. Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Grossen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie des Ineinanderfliessens von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Wie der SMR schon in seinem Positionspapier zur neuen Kulturbotschaft vom 30. August 2018 formulierte, erachtet der Musiksektor demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre; dieser Haltung schliesst sich die SCV an

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hochehrfreulich. Auch wenn dies primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfliessen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrünnen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnenorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor im Bereich der Nachwuchsförderung ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrucklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüßen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Wir möchten darauf hinweisen, dass exzellente Nachwuchsarbeit in Musikorganisationen geleistet wird. Wir möchten betonen, dass in der Praxis der musikalischen Talentförderung der Amateurbereich (musikalische Ausbildung und Förderung von High Talents) eine wichtige Rolle spielt, den es neben den Musikschulen zu unterstützen gilt.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist die SCV gerne bereit, ihre Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden. Wir würden es begrüßen, wenn der Schweizer Musikkart, bei dem praktisch sämtliche nationalen Musikorganisationen und – verbände zusammengefasst sind, eine koordinierende Funktion übernehmen könnte.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikkartes zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU InstA. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller.

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fließender werden.



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

→ Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen dringend mehr Gewicht bekommen müssen.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hoch erfreulich. Wir unterstützen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüssen.



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit sparten-spezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Die SCV bietet sich hier gerne mit ihrem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Der Schweizer Musikrat hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir. Es wäre zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise.

→ Wir fordern, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten wenigstens aufeinander abgestimmt werden können.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Verweis auf die auf Seite 4 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung der Digitalisierung der Bücher wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

→ Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

→ Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

→ Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann und Fragen wie Chancengleichheit, Abbau von Zugangsbarrieren angegangen werden können. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» auf den Seiten 2 – 4 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

→ Es bräuchte hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;
3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.

Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.

- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz vollumfänglich unterstützen. Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

→ Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

→ Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen

Die SCV begrüsst und unterstützt alle Anstrengungen, im Kultursektor für Teilhabegerechtigkeit, Chancengleichheit und eine umfassende Nachwuchsförderung besorgt zu sein. Der Austausch der Generationen, der unterschiedlichen Bildungsmilieus und der Sprachregionen in der Schweiz ist Grundlage für die Weiterentwicklung des kulturellen Erbes und unabdingbar für ein friedliches Zusammenleben in unserem Land und in Europa. Wir möchten die Bedeutung des Kultursektors für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung betonen und die Notwendigkeit, mehr Mittel bereitzustellen, ausdrücklich unterstreichen.



Schweizerische Chorvereinigung
Union suisse des chorales
Unione svizzera dei cori
Uniun svizra dals chors

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a series of loops and a trailing line.

Anna E. Fintelmann 17.9.2019

Vize-Präsidentin Schweizerische Chorvereinigung SCV

Dagmar Kopše

Direktwahl: 034 429 92 23

dagmar.kopse@burgdorf.ch

Präsidialdirektion

Gemeinderat | Stadtrat | Marketing | Kultur | Personal

EDI

Bundesamt für Kultur BAK

Daniel Zimmermann

3003 Bern

19. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Kulturbotschaft für die Jahre 2021-2024 Stellung zu nehmen. Als Mitglied der Städtekonferenz Kultur unterstützen wir die Stellungnahme des Schweizerischen Städteverbandes.

Als kleine Stadt mit Zentrumsfunktion im Emmental, die aktiv eine vielfältige und lebendige Kulturszene fördert, betonen wir zusätzlich zwei Punkte:

- Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, weiterhin ausrichten. Die Streichung des Bundesbeitrages würde nicht nur die Stadt Bern selber treffen, sondern hat Einfluss auf den ganzen Kanton. Im Kanton Bern gilt für die Kulturförderung das Subsidiaritätsprinzip. Müsste wegen dem Wegfall der Bundesmillion der Kanton Bern vermehrt Mittel an Projekte in der Stadt Bern sprechen, besteht die Gefahr, dass diese für die subsidiäre Kulturförderung in den Städten gekürzt werden. Dies würde zu Lasten des kulturellen Schaffens insbesondere in kleineren Städten und Gemeinden gehen. Von der Streichung des Artikels 18 KFG ist deshalb abzusehen.
- Wir begrüßen die Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Kulturförderungsgesetz. In Städten wie Burgdorf, die sich zwischen Stadt und Land befinden, sind solche Traditionen fester Bestandteil der Identität.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

Für die Kulturkommission

Stefan Berger
Stadtpräsident

Dagmar Kopše
Kulturbeauftragte

VEREIN KUNSTHALLE BERN

Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion BAK
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Bern, 18. September 2019

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Der Verein Kunsthalle Bern lehnt die in der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgeschlagene Streichung des Art. 18 Kulturförderungsgesetz (KFG) ab und fordert, von dieser Streichung abzusehen.

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne lassen wir Ihnen die Antwort des Vereins Kunsthalle Bern zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) zukommen. Wir äussern uns zur Frage 5 (Weitere Gesetzesanpassungen), insbesondere zur Streichung von Art. 18 Kulturförderungsgesetz (KFG): die Einstellung der Kulturabteilung an die Stadt Bern per 2021. Wir teilen die Auffassung des Bundesrats nicht, dass keine Grundlage für eine entsprechende Abteilung besteht.

Die Kunsthalle Bern

Die Gründung der Kunsthalle Bern geht auf eine Initiative der Berner Künstlerschaft zurück. Mit grossen Engagement wurde dank dieser Initiative das Gebäude, im Baurecht auf einem Grundstück der Stadt Bern, vom Verein erbaut und seit dieser Zeit als Kunsthalle betrieben.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1918 versteht sich die Kunsthalle Bern als ein Ort für die Produktion, Präsentation und Vermittlung von zeitgenössischer Kunst in der Bundeshauptstadt. Die Kunsthalle Bern, ein Haus mit internationaler Reputation und einem weltweiten Netzwerk, bietet dem Publikum die Möglichkeit, ästhetische und gesellschaftliche Fragestellungen nah an den Themen der Gegenwart zu verhandeln. Die Kunsthalle ist als Verein organisiert, der von der Stadt Bern grosszügig mitgetragen wird, jedoch einen Eigenfinanzierungsgrad von 20% aufweist und somit auf zusätzliches Fundraising angewiesen ist.

Weltruhm erlangte die Kunsthalle Bern bereits früh mit Einzelausstellungen bedeutender Künstlern wie Paul Klee, Alberto Giacometti, John Moore, Jasper Johns, Sol LeWitt, Bruce Nauman oder Daniel Buren und mit thematischen Ausstellungen wie Harald Szeemanns *When Attitudes Become Form* – Ausstellungen mit denen Kunstgeschichte geschrieben wurde und noch immer wird.

Die Kunsthalle Bern steht als dynamischer Ort, der sich bei jeder Ausstellung neu verwirklicht. In ihrer Arbeit stärkt sie auch die Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen wie der Hochschule der Künste Bern oder dem Institut für Kunstgeschichte der Universität Bern, als auch mit nationalen und internationalen Kooperationen wie der ETH Zürich oder dem Getty Research Institute Los Angeles, ja, mit jeder ihrer Ausstellungen entstehen immer wieder neue Zusammenarbeiten mit durchschnittlich zwanzig wechselnden Partner*innen aus dem In- und Ausland.

Seit dem hundertjährigen Jubiläum der Kunsthalle Bern im letzten Jahr steht zudem die temporäre Kunsthalle Bar – ein von Künstler*innen konzipierter Pavillon – vor dem Gebäude unter einem Baum. Dieser Raum in Sichtweite des Bundeshauses und am Brückenkopf des Kirchenfeld-Quartiers dient als innovative Ergänzung zur Institution und ist ein Angebot an die Öffentlichkeit, das rege von zahlreichen lokalen und internationalen Besucher*innen und durchaus auch von Bundesrät*innen genutzt wird.

Die Kunsthalle ist durch ihr internationales Programm regelmässig in Kontakt mit diversen Botschaften, die in Bern ansässig sind, und nimmt ihre Rolle als Kulturvermittlerin und Gastgeberin für die lokale, nationale und internationale Politik ernst. So empfing die Kunsthalle 2018 u.a. zusammen mit der Stadt Bern und dem Bundesamt für Kultur den Corps Diplomates in ihren Räumen und anschliessendem Apéro auf der Bar und erhielt viele euphorische Rückmeldungen der verschiedenen, oft ebenfalls im Quartier ansässigen Diplomat*innen.

Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Kultur

Die aktuell laufende Leistungsvereinbarung über die Verwendung des Bundesbeitrags für besondere kulturelle Aufwendungen zwischen der Stadt Bern und dem Bundesamt für Kultur (2016–2020) beinhaltet einen jährlichen Betrag von CHF 60'000 zugunsten der Kunsthalle Bern.

Dieser Betrag ergänzt auf substanzielle Weise die Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Vermittlungstätigkeit der Kunsthalle Bern. Ohne diesen Betrag wären schmerzhaft Einsparungen für unsere Institution notwendig.

Kulturelle Leistungen der Bundeshauptstadt für die Politik und die Verwaltung

Die Stadt Bern bietet der Politik, der Verwaltung und der internationalen Gemeinschaft vielfältige Unterstützung und Plattformen, damit das politische Leben reibungslos von statten gehen kann. Dazu gehören Netzwerkaktivitäten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung sowie Empfänge für die diplomatische Gemeinschaft. Zum politischen und gesellschaftlichen Leben gehören natürlich auch kulturelle Angebote und die kulturelle Auseinandersetzung. Das Kulturangebot der Stadt Bern soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann.

Antrag Verzicht auf Streichung von Art.18 KFG

Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das KFG klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Von der Streichung des Artikel 18 KFG ist daher abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt weiterhin ausrichten.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen,

Verein Kunsthalle Bern

Sabina Lang Co-Präsidentin



Florian Dombois Co-Präsident



Kontakt für weitere Auskünfte:

Sabina Lang und Florian Dombois vorstand@kunsthalle-bern.ch

Verein Kunsthalle Bern, Helvetiaplatz 1, 3005 Bern

BeTa (Verein Berner Tanzschaffende)
3000 Bern
www.be-ta.ch

Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion BAK
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Bern, 18. September 2019

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Der Verein Berner Tanzschaffende (BeTa) lehnt die in der Kulturbotschaft 2021-2024 vorgeschlagene Streichung des Art. 18 Kulturförderungsgesetz (KFG) ab und fordert, von dieser Streichung abzusehen.

Sehr geehrter Herr Berset, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne unterbereiten wir Ihnen die Antwort des Vereins BeTa (Berner Tanzschaffende) zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft). Wir äussern uns zu Frage 5 (Weitere Gesetzesanpassungen), insbesondere zur Streichung von Art. 18 Kulturförderungsgesetz (KFG): die Einstellung der Kulturabteilung an die Stadt Bern per 2021. Wir teilen die Auffassung des Bundesrats nicht, dass keine Grundlage für eine entsprechende Abgeltung besteht.

Die Stadt Bern bietet der Politik, der Verwaltung und der internationalen Community vielfältige Unterstützung und Plattformen, damit das politische Leben reibungslos von statten gehen kann. Dazu gehören Netzwerkaktivitäten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung sowie Empfänge für die diplomatische Gemeinschaft. Zum politischen und gesellschaftlichen Leben gehören natürlich auch kulturelle Angebote und kulturelle Auseinandersetzung. Das Kulturangebot der Stadt Bern soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann.

Antrag Verzicht auf Streichung von Art.18 KFG

Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das KFG klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Von der Streichung des Artikel 18 KFG ist daher abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt weiterhin ausrichten.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse
Verein Berner Tanzschaffende



Irene Andreetto (Präsidentin)

DAMPFZENTRALE BERN

Die Dampfzentrale Bern nimmt in verschiedenen Bereichen national eine Pionierrolle ein. So durch die 2018 eingeführte und schweizweit einzigartige kooperative Leitungs- und Führungsstruktur, aber auch durch besonders kreative Formate für den engen Austausch mit Kulturschaffenden aus dem In- und Ausland sowie die Entwicklung von neuen Kulturvermittlungsmodellen. Diese innovativen Herangehensweisen wecken Aufmerksamkeit in der ganzen Schweiz. Die Dampfzentrale ist somit in ständigem Austausch mit Kulturhäusern im In- und Ausland.

Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Kultur

Die Leistungsvereinbarung über die Verwendung des Bundesbeitrags für besondere kulturelle Aufwendungen wurde jeweils mit dem Bundesamt für Kultur ausgehandelt. Auf ausdrücklichen Wunsch des BAK wurden auch für die aktuelle Leistungsvereinbarung 2016–2020 Änderungen vorgenommen. Infolgedessen wurde vereinbart, dass das Angebot der Dampfzentrale mit jährlich CHF 80'000 aus dem Beitrag des Bundes an seine Bundesstadt ergänzt wird: Ein wichtiger Beitrag zum Gesamtbudget der Dampfzentrale, der vollumfänglich in Produktionsformate und innovative Vermittlungsgefässe fliesst.

Leistungen der Stadt Bern zuhanden der Politik, Verwaltung und internationalen Gemeinschaft

Die Stadt Bern bietet der Politik, der Verwaltung und der internationalen Community vielfältige Unterstützung und Plattformen, damit das politische Leben reibungslos von staten gehen kann. Dazu gehören Netzwerkaktivitäten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung sowie Empfänge für die diplomatische Gemeinschaft. Zum politischen und gesellschaftlichen Leben gehören natürlich auch kulturelle Angebote und kulturelle Auseinandersetzung. Das Kulturangebot der Stadt Bern soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann.

Antrag Verzicht auf Streichung von Art.18 KFG

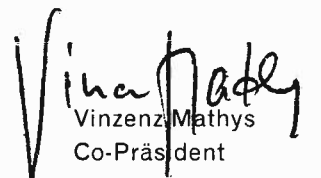
Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das KFG klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Von der Streichung des Artikel 18 KFG ist daher abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt weiterhin ausrichten.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse

Verein Dampfzentrale Bern



Melanie Mettler
Co-Präsidentin



Vinzenz Mathys
Co-Präsident

Kontaktperson für weitere Auskünfte:

Melanie Mettler, Telefon: +41 79 312 25 21, Mail: melanie.mettler@grunliberale.ch

DAMPFZENTRALE BERN

Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion BAK
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Bern, 18. September 2019

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Der Verein Dampfzentrale Bern – Träger des grössten Mehrspartenhauses für freie zeitgenössische Kultur der Bundeshauptstadt – lehnt die in der Kulturbotschaft 2021-2024 vorgeschlagene Streichung des Art. 18 Kulturförderungsgesetz (KFG) ab und fordert, von dieser Streichung abzusehen.

Sehr geehrter Herr Berset, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne bereiten wir Ihnen die Antwort des Vereins Dampfzentrale Bern zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft). Wir äussern uns zu Frage 5 (Weitere Gesetzesanpassungen), insbesondere zur Streichung von Art. 18 Kulturförderungsgesetz (KFG): die Einstellung der Kulturabgeltung an die Stadt Bern per 2021. Wir teilen die Auffassung des Bundesrats nicht, dass keine Grundlage für eine entsprechende Abgeltung besteht.

Die Dampfzentrale Bern

Der Verein Dampfzentrale Bern ist Trägerschaft der Kulturstätte Dampfzentrale in Bern. Die Dampfzentrale ist das grösste Mehrspartenhaus für freie zeitgenössische Kultur mit internationaler Strahlkraft. Seit Jahren zeigt die Dampfzentrale Kultur, welche weit über die Stadt-, Kantons- und Landesgrenzen hinaus wahrgenommen wird. Das Industriebäude an der Aare ist das grösste Gastspiel- und Koproduktionshaus der Stadt für Bühnenkünste und Musik. Die Dampfzentrale Bern ist zudem national und international bekannt für ihre Festivalkultur, insbesondere das Tanzfestival «Tanz in Bern» und das Musikfestival «Saint Ghetto».

MARZILISTR.47 3005 BERN
+41 31 310 05 40
INFO@DAMPFZENTRALE.CH
WWW.DAMPFZENTRALE.CH

Bundesamt für Kultur
Leiter Direktionsgeschäfte und Recht
Herr Daniel Zimmermann
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

Basel, 19.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021- 2024


Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist uns ein Anliegen, als PANCH Performance Art Network CH zur Kulturbotschaft 2021-2024 des BAK Stellung zu nehmen und dabei aus Sicht der Performance Kunst auf für uns wichtige Punkte hinzuweisen.

Wir danken Ihnen für Ihre freundliche Kenntnisnahme und Berücksichtigung der beiliegenden Stellungnahme. Sie ist auch Grundlage für unser Gespräch mit Vertreter*innen des BAK am 23.9.2019.

Mit freundlichen Grüssen

PANCH Performance Art Network CH



Judith Huber (Präsidentin PANCH)



Valerian Maly (AG Performative Archive)



Pascale Grau (Vorstand PANCH und AG Performative Archive)

Beilage erwähnt

Kopie an: Benno Widmer, Danielle Nanchen, Claudia Rosiny (alle BAK)

Bundesamt für Kultur
Leiter Direktionsgeschäfte und Recht
Herr Daniel Zimmermann
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern
Mail: daniel.zimmermann@bak.admin.ch

Basel, 19.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrte Damen und Herren

PANCH, das Performance Art Network CH nimmt – auf der Basis langjähriger Erfahrungen aus der schweizweit gelebten Praxis im Bereich der Performance Kunst – Stellung zur Kulturbotschaft 2021-2024.

Das Performance Art Network CH wurde 2014 als Interessensvertretung für die Performance Kunst und die Performance Künstler*innen in der Schweiz gegründet. Der Verein PANCH mit hundertzwei Mitgliedern setzt sich aus Akteur*innen (Künstler*innen, Veranstalter*innen, Wissenschaftler*innen) zusammen, die der Performance Kunst zugewandt sind. In unterschiedlichen Formaten (Netzwerktreffen, Denkpools, Symposien, Generalversammlung) lädt der Verein dazu ein, aktuelle Themen aufzugreifen, um gemeinsam ein fundiertes Nachdenken anzuregen und die Wahrnehmung von und über Performance Kunst zu schärfen. Das Performative als gelebte und vitale Kunstform konstituiert sich als eine zeitbasierte, prozessorientierte Kunstform immer wieder neu und ist daher per se immer zeitgenössisch.

Die Performance Kunst – einst als eine Kunstform verstanden, die klassische Disziplinen wie die Bildende Kunst, die Musik, den Film (z.B. „expanded cinema“) oder den Tanz erweiterte – gilt sie heute als eigenständige künstlerische Disziplin, was sich z.B. in der Vergabe des „Performancepreis Schweiz“ äussert. Performance Kunst wirkt weiterhin in die Felder der Bildenden Kunst, der Musik, des Tanzes, des Theaters, der Literatur und auch in die Kleinkunst hinein und ist inter- und transdisziplinär. Sie bildet inzwischen einen eigenen Kanon und eine eigene Geschichte. Als solche ist sie heute ein bedeutender Teil des kulturellen Erbes geworden. Im Besonderen auch, weil die Schweiz – wie kaum ein anderes mitteleuropäisches Land – über eine ungebrochene, Jahrzehnte lange Geschichte der Performance Kunst verfügt. Die Schweiz hat eine vergleichsweise vielfältige

Performance Kunst-Szene, die sich in zahlreichen Festivals manifestiert und es gibt einzelne Studiengänge an Kunsthochschulen sowie unterschiedliche Veranstaltungs- und Reflexionsformate in hoher Dichte.

Es ist für uns erfreulich, dass Performance als Kunstform in der Kulturbotschaft explizit genannt wird und damit eine Anerkennung durch das Bundesamt für Kultur auf nationaler, kulturpolitischer Ebene erfahren hat (S. 8, FN 7). Dies ist ein wichtiges Signal und verortet die Performance Kunst sowohl im Unterstützungsbereich des BAK – beispielsweise durch das PANCH-Projekt im Rahmen der Kulturellen Debatten *Archive des Ephemerer* (2017-2019), als auch bei dem von Pro Helvetia lancierten Projekt *Eurovision* (2018-2020), das durch PANCH realisiert wird¹. Erfreulich ist auch, dass Performance Kunst von VISARTE, dem Berufsverband Visuelle Kunst, entsprechend unterstützt wird und der Performance Kunst die nötige Bedeutung entgegen gebracht wird.

Die Nennung der Performance Kunst in der Kulturbotschaft sowohl im Kontext der bildenden Künste (S. 8; S. 19), als auch im Bereich der darstellenden Künste (S. 17), die so unter anderem mit Bundesmitteln subventioniert, durch die Stiftung SAPA gesammelt, gepflegt und vermittelt wird, bildet die alltägliche Realität dieser sehr diversen Kunstform ab. Damit tragen die Stiftung SAPA und das Netzwerk PANCH zur Umsetzung der drei Leitziele des Bundes im Sinne der Förderung und Ermöglichung der *kulturellen Teilhabe*, dem *gesellschaftlichen Zusammenhalt* sowie der *Kreation und Innovation* bei.

Dennoch gilt es, den oben genannten und im Folgenden aufgeführten Besonderheiten der Performance Kunst noch deutlicher Rechnung zu tragen. So besteht einerseits der dringende Bedarf, die Performance Kunst mit den spezifischen Anforderungen entsprechend zu fördern und dies in den Förderinstitutionen, Archiven, Museen sowie in Sammlungen und deren Strategien und Konzepten zu implementieren. Andererseits sind die spezifischen Bedingungen der Performance Kunst zu berücksichtigen, die sich in diversen ausserinstitutionellen Aktivitäten zeigen. In unserer Stellungnahme gehen wir auf folgende drei Themenfelder ein, die unmittelbar mit der *kulturellen Teilhabe*, dem *gesellschaftlichen Zusammenhalt* sowie der *Kreation und Innovation* verknüpft sind:

1. Die gesellschaftspolitische Relevanz von Performance Kunst

Aktualität: Performance Kunst ist als eine zeitbasierte, prozessorientierte Kunst immer „am Puls der Zeit“, ortsspezifisch und dadurch aktuell im Hier und Jetzt verankert. So lässt sich auch das wachsende Interesse an der Performance Kunst im Kunstkontext erklären. *Kreation und Innovation* sind der Performance Kunst per definitionem eigen, da sie auf ihre Lebenswelt Bezug nimmt. Wichtig ist hier

¹ Für ein umfassendes Bild zu PANCH-Activities:
Performative Archive: <https://panch.li/panch-activities/performative-archives/>
<https://panch.li/panch-activities/eurovision/>

die Unterscheidung zu dem englischen Begriff „performing arts“, welcher ein nicht deckungs-gleiches Feld, nämlich das der performativen, der aufführenden und darstellenden Künste wie Tanz, Musik, Theater explizit beschreibt. Performance Kunst ist dagegen als eine „Kunst der (realen) Handlung“ eine lebendige, sich ständig transformierende und entgrenzende Kunstform, die zwischen den Genres osziliert.

Eigenzeit und Eigenraum: Zu den Besonderheiten der Performance Kunst zählt der nicht hierarchisierende, nicht vordefinierte Raum, der ein Wesensmerkmal der normierten Bühnen- oder Konzerträume ist. Oft werden neben den offiziellen Kunstorten informelle Räume wie Brachen, der öffentliche Raum, stillgelegte Industriegelände, die ohne spezifische Infrastruktur ausgestattet sind oder keine Vorprägungen (und damit Infrastrukturausschlüsse) haben, genutzt, angeeignet und durch die künstlerische Präsenz neu bewertet. So entstehen auch speziell „in situ“ (vor Ort und auf die Situation bezogen) Werke, wobei die Dokumentation eine wichtige Rolle spielt. Die wandelbaren, ungewohnten Aufführungsformate reichen von 1-Sekunden-Performances bis zu „long duration“-Performances, die sich über Tage hinziehen können und gerade als eigene Zeit-Raum-Gefüge eine besondere Ansprache oder auch Einbeziehung des Publikums ermöglichen; Kreation wird zur Innovation, da die Wahrnehmung und Erfahrung als bleibender Eindruck für alle Beteiligten erweitert wird.

Demokratische und soziale Kunstform: Performance Kunst ist eine demokratische, soziale Kunstform. Sie ermöglicht die *kulturelle Teilhabe* nicht nur der Kunstschaffenden sondern auch des Publikums. Sie lädt ein, Ungewohntes, Fremdes und Diverses mitzudenken und daran zu partizipieren. Sie fördert den *gesellschaftlichen Zusammenhalt* über kulturelle Grenzen und Generationen hinweg und übt als künstlerische Praxis gemeinsam mit dem Publikum immer wieder, grundlegende Elemente und Fragestellungen einer demokratischen Gesellschaft neu ein. Die konventionelle Kette Werk – Interpret*in – Aufführung wird in der Performance Kunst durchbrochen: Der/die Performer*in ist sowohl Autor*in, Interpret*in und Darsteller*in in Personalunion und das Publikum ist oft in direkter oder indirekter Teilhabe als Augenzeug*in oder partizipierend eingebunden.

2. Kulturelles Erbe (Archiv) und Rezeption der Performance Kunst (Diskurs, Kunstkritik)

In Folge des Zusammenbruchs der ästhetischen Konventionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und der daraus entstandenen Kunstrichtungen wie dem Dadaismus, der experimentellen Musik, dem „expanded cinema“ aber auch – und vor allem mit dem neuen Verständnis von den „Materialien“ Körper-Raum-Zeit in aktionistischer Handhabung – in den visuellen Künsten, fanden seit den 1950er-Jahren Künstler*innen in einer Aktionskunst zusammen, die sich als prozessuales, „fliessendes“ Ereignis verstand: Performance Kunst.

Spätestens seit den 1950er Jahren kann eine eigene Schweizer Performance Kunst-Szene benannt und nachgezeichnet werden. Die zahlreichen, oft informell und nicht-institutionell verbundenen

Akteur*innen schreiben eine eigene Geschichte, die sich in vielfältigen Formen und Formaten zeigt. Ihren Niederschlag finden die Aufführungen in zahlreichen, aus Künstler*innen-Perspektive angelegten und organisierten Veranstaltungen und Festivals sowie in deren „wilden“ Archiven.

Das kulturelle Erbe von Performance Kunst soll künftig vom Bund, den Kantonen, Städten und Gemeinden erkannt und gefördert werden. Dazu gehört die Überlieferung, Archivierung und Zugänglichmachung von Performance Dokumenten für die Öffentlichkeit, Forschung und Weiterschreibungen jeglicher Art.

Als integraler Bestandteil der schweizerischen Kulturpolitik soll Performance Kunst Eingang in die Sammlungskonzepte von staatlichen Archiven finden und dort als eigenständige Kunstform anerkannt werden, welche – wie jede Kunstform – spezifische Sammlungsbedingungen mit sich bringt. Dafür sind vom Bund, den Kantonen, Städten und Gemeinden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Stiftung SAPA soll gestärkt oder eine entsprechende Institution speziell geschaffen werden, um diesen Auftrag auf einem hohen qualitativen Niveau zu ermöglichen. Die Vielfalt im Sinne des skizzierten Verständnisses von kultureller Teilhabe, gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie Kreation und Innovation sollen damit berücksichtigt werden. Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen stellen die Basis für die professionelle Sicherung, Pflege und Vermittlung des kulturellen Erbes der Performance Kunst Geschichte in der Schweiz dar.

Digitalisierung, Vernetzung und Zugänglichkeit

Darüber hinaus braucht es zusätzliche Mittel, um die Pflege und Vernetzung digitaler Datenbanken zu ermöglichen, in denen Performance Kunst verzeichnet ist. Gerade bei ephemeren Kunstformen bedeutet Sichtbarkeit und Zugänglichkeit auch eine Auffindbarkeit im Internet, weshalb immer viele Memoinstitutionen, aber auch die Forschungsagencies (SNF, Swissuniversities, etc.) die Vernetzung der unterschiedlichen Datenbanken nahelegen. Mit Blick auf die Performance Kunst finden sich bisher grosse Desiderate und die begrenzten Mittel scheinen für die Erleichterung des analogen wie auch digitalen Zugangs nicht zu reichen. Das Wissen, welches in vielen bereits digitalisierten Dokumenten (Videos, Bilder etc.) der Schweizerischen Performance Kunst gespeichert und z.T. archivarisches erschlossen ist, bleibt damit bisher sowohl den Künstler*innen, Akteur*innen und der Öffentlichkeit als auch der Lehre und Forschung kaum oder nur sehr erschwert zugänglich, da die disziplinäre wie interdisziplinäre Vernetzung fehlt. Gerade mit Blick auf die internationale Vernetzung kommt den bestehenden wie auch den derzeit aufgebauten digitalen Systemen eine zukunftsweisende Funktion zu, auch mit Blick auf die in einer globalen Welt dezentralen, sich wechselseitig korrigierenden und relativierenden Informationsflüsse.

Es bietet sich hierbei an, zu prüfen, welche Einrichtung für eine derart zentrale und wichtige Aufgabe geeignet scheint. Denkbar wäre ein **zentrales Register, welches** – vergleichbar zu anderen **Kulturgüterlisten** oder auch der Verzeichnung der Helvetika – vom Bund betrieben und gepflegt

wird und welches die vielerorts betriebenen Bemühungen bündelt, um ihre Wirkung zu forcieren und die bestehenden Mehrwerte synergetisch nutzen zu können.

3. Förderungen, Produktionsbedingungen und Vermittlung von Performance Kunst

Performance Kunst erfährt heute zwar vermehrt Aufmerksamkeit. Trotzdem erkennt PANCH mit Blick auf die aktuellen Förderoptionen strukturelle Schwächen, was die Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen der Performance Kunst und ihrer „Produktions-“ und Präsentationsbedingungen sowie ihre Einmaligkeit, Kurzfristigkeit und Kontextbezogenheit betrifft. Traditionell gedachte Kategorien (Darstellende Künste/Bildende Kunst) decken die spezifischen Bedürfnisse, Herausforderungen und Rahmenbedingungen der Performance Kunst kaum ab, so dass finanzielle, aber auch konzeptionelle Lücken entstehen und die Verantwortlichkeiten oft unscharf sind. Eine nachhaltige Förderpolitik braucht mithin Anpassungen auf allen Ebenen, damit die Produktionsprozesse angemessen beschrieben und gefördert werden können. Dabei sollten die Unterschiede zwischen Performance Kunst und Theater, Tanz oder Musik sowie den klassischen Gattungen der bildenden/visuellen Künste berücksichtigt werden. Die nötigen Anpassungen umfassen den gesamten künstlerisch-kulturellen Kreislauf der Performance Kunst. Von den Förderrichtlinien über die Präsentationsbedingungen, von der Produktion/Dokumentation/Akquisition bis zu den Beurteilungskriterien in den Archiven ist das Spezifische, das Nachleben und Wirken dieser ephemeren Kunstform zu berücksichtigen. Ein wesentlicher Teil dieser Spurensicherung basiert im Übrigen auch auf einer ausführlichen Berichterstattung. Deshalb spricht sich PANCH explizit dafür aus, Medienpartnerschaften zu fördern, welche die Berichterstattung und Kritik der Performance Kunst ermöglichen. Einzelne Initiativen von Berichterstattungen über Performance Kunst, wie beispielsweise im Kunstbulletin, gilt es auszubauen.

Zukunft: Schweizerisches Zentrum für Performance Kunst

Künftig, aber aus der gebotenen Situation heraus in naher Zukunft, braucht es ausserdem einen physischen Ort der anschaulichen Vermittlung für Performance Kunst: Ein schweizerisches Zentrum für Performance Kunst ist notwendig, in dem geforscht, rezipiert, gesammelt und, ergänzend zu institutionellen Archiven oder Sammlungen, Werke zur Performance Kunst über ihre Dokumente rezipiert, aktualisiert, historisiert und weitergeschrieben werden können. PANCH stellt sich hierbei einen lebendigen Ort im Sinne eines Modellarchivs² vor.

PANCH – SAPA

Abschliessend möchten wir darauf hinweisen, dass eine Kürzung der finanziellen Mittel von SAPA in Bezug auf die BAK-Leitziele fatal wäre. SAPA konnte dem Auftrag, auch die Performance Kunst in

² Vgl. hierzu das SNF Forschungsprojekt *Ein Modell-Konzept zur Dokumentation und Aktualisierung von Performancekunst*, Institute for Cultural Studies in the Arts (ICS), Zürcher Hochschule der Künste ZHdK (Laufzeit: April 2010 bis Juni 2012): <http://archivperformativ.zhdk.ch>

ihre Sammlung aufzunehmen, mangels personeller und finanzieller Ressourcen bis heute nur marginal nachkommen.

Die benötigten Subventionen des Bundes würden SAPA in die Lage versetzen, dauerhafte Sicherungs- und Vermittlungsstrategien auch für die Performance Kunst in der Schweiz zu implementieren. Daher schlägt PANCH eine Stärkung von SAPA und eine zukünftige paritätische Aufteilung der Finanzierung vor, die – neben der Infrastruktur – die Subventionen zu gleichen Teilen für Tanz, Theater und Performance Kunst einsetzt.

Zusammenfassendes Fazit

1. Performance Kunst hat als zeitbasierte, prozessorientierte, ortsspezifische, demokratische und soziale Kunstform eine gesellschaftspolitische Relevanz, die Kunstschaffenden und dem Publikum eine *kulturelle Teilhabe* ermöglicht und über kulturelle Grenzen und Generationen hinweg zu *gesellschaftlichem Zusammenhalt* beiträgt. Es ist notwendig den besonderen Anforderungen der Performance Kunst in den Förderinstitutionen Rechnung zu tragen und sie in Archiven, Museen sowie in Sammlungen zu implementieren.

2. Dem *kulturellen Erbe* der Performance Kunst wird bisher nur unzureichend Rechnung getragen. Die Überlieferung, Archivierung und Zugänglichmachung von Performance Kunst und ihren Dokumenten für die Öffentlichkeit, Forschung und Weiterschreibung soll künftig von Bund, den Kantonen, Städten und Gemeinden gefördert werden. Für ein zentrales Register, das die Vernetzung digitaler Datenbanken koordiniert, sollen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

3. Die aktuelle Förderpolitik beinhaltet strukturelle Schwächen für die Anliegen der Performance Kunst. Als eigenständige künstlerische Disziplin benötigt die Performance Kunst nachhaltige Förder Richtlinien, die auf ihre Produktionsprozesse, Präsentationsbedingungen, Dokumentation und Vermittlung angepasst sind. So soll ein Schweizerisches Zentrum für Performance Kunst dem Sammeln, Rezipieren, Forschen und der anschaulichen Vermittlung dieser Kunstform dienen.

Wir freuen uns auf einen weiterführenden kulturpolitischen Dialog und danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

PANCH Performance Art Network CH

Herrn Bundesrat Alain Berset

Chef EDI

Freiburg, 20. September 2019

Uebersetzung

impressum-Positionspapier betreffend die Vernehmlassung zur Botschaft über die Förderung der Kultur für die Periode 2021 - 2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir sind dankbar für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft des 29. Mai 2019, Stellung beziehen zu dürfen.

Unsere Stellungnahme konzentriert sich auf die Tatsache, dass der Journalismus – entgegen der Kulturdefinition der UNESCO – in der Kulturbotschaft nicht als kulturelles Gut betrachtet wird. impressum hat sich in Bezug auf die Anerkennung dieses Kulturguts bereits an das EDI gewandt, bisher jedoch ohne Erfolg. Wenn der Journalismus leidet, müssen auch andere Bereiche der Kultur leiden. Die Medienkrise ist momentan so gross, dass man sich fragen muss, ob dieses Kulturgut nicht bald verschwinden wird. Es ist deshalb von grosser Dringlichkeit, dass der Bund Massnahmen ergreift, um dieses Szenario zu verhindern.

Die Antworten auf die folgenden Fragen müssen in diesem Sinne verstanden werden.

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016 – 2020

Das grösste Manko bei der Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 besteht darin, dass der Journalismus nicht als gefährdetes Kulturgut berücksichtigt wurde. Gewiss, die verschiedenen Sprachregionen werden unterstützt, wie beispielsweise die rätoromanische und die italienischsprachige Presse, und es wurde ein Projekt lanciert, um bis im Jahr 2020 eine Stiftung zu gründen, welche eine abwechslungsreiche rätoromanische Medienlandschaft gewährleisten soll (Botschaft, S. 42). Auch der SDA-Regionaldienst des italienischsprachigen Teils des Graubündens wird unterstützt. Dies ist alles zu begrüßen aber **impressum** wünscht sich aus folgenden Gründen mehr Unterstützung für die Medien.

Nimmt man die Kulturdefinition der UNESCO, welche sich auf der Website des Bundesamts für Kultur finden lässt und welche die Grundlage für das Kulturförderungsgesetz bildet, sowie für dessen Verordnung und Vollziehungsverordnungen, dann schaffen Journalistinnen und Journalisten und Pressefotografinnen und Pressefotografen Kultur und sind Urheber von urheberrechtlich geschützten Werken. Sie ermöglichen einer grossen Anzahl von Menschen einen Zugang zur Kultur. Artikel und

Pressefotografien sind Kulturgüter und Journalistinnen, Journalisten, Pressefotografinnen und – fotografen sind Kulturakteure im Sinne des Kulturförderungsgesetzes und seiner Verordnung. Dies ist in den Zielen des Gesetzes ersichtlich (Art. 3 lit. a, d und e des KFG). Auch die Dachverbände dieser Kulturakteure sollten im Rahmen des Förderungskonzepts unterstützt werden.

Der Journalismus spielt eine wichtige Rolle in der Kultur und der kulturellen Vielfalt, der Meinungsvielfalt, der Ausübung der Grundrechte und ist sehr wichtig für den kulturellen Zusammenhalt, sowie für den Austausch von kulturellen Produkten innerhalb der Schweiz, zwischen den verschiedenen Sprachregionen und Kulturen. Eine gute Zeitung und ein/e professionelle/r Journalist/in gehören zu den Grundbedingungen des kulturellen Schaffens.

Der unabhängige Journalismus, sei es in Form der Kulturberichterstattung, des Lokaljournalismus, des politischen Journalismus oder in Form von Kolumnen, Reportagen, Essays usw. stellt selber ein wichtiges Kulturgut dar. Entsprechend verstehen sich die Journalistinnen und Journalisten in Übereinstimmung mit dem Journalistenkodex als Kulturschaffende, die aufklären und die den Werten der Aufklärung und der demokratischen und föderalistischen Tradition der Schweiz verpflichtet sind.

Die Medienkrise wird dadurch beschleunigt, dass es für die deutschsprachige Schweiz immer noch keinen neuen Gesamtarbeitsvertrag gibt, sowie durch die Kürzung des Budgets für die freien Journalistinnen und Journalisten, durch die Massenentlassungen und durch das Verschwinden von Zeitungen wie L'Hebdo im Jahr 2017 und Le Matin im Jahr 2018 oder der Giornale del Popolo im Tessin, während der Geltungsdauer der letzten Kulturbotschaft. Die Budgets des Ressorts „Kultur“ sind gefährdet, soweit diese noch bestehen, sowie auch die Vielfalt. Die Situation ist sehr besorgniserregend.

All diese Ereignisse, die Ausdruck der Krise sind, finden trotz zahlreicher parlamentarischer Vorstösse statt, ohne dass die Bundes- oder Kantonsbehörden aktiv werden. Doch es besteht dringend Handlungsbedarf. Die Westschweiz und das Tessin sind besonders betroffen.

Deshalb fordert **impressum**, dass die Handlungsachsen (2. Frage) und die bevorzugten Projekte (3. Frage) dem Journalismus durch die Unterstützung der Zeitungen und Redaktionen Rechnung tragen, so dass diese auch in den Jahren 2021 bis 2024 weiterbestehen können.

2. und 3. Die Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes und die Weiterentwicklung der Massnahmen

impressum fordert, dass unter "**gesellschaftlicher Zusammenhalt**" ein spezifisches Kapitel für den gefährdeten Journalismus hinzugefügt wird. Zeitungen, die zwar noch existieren, aber unter ernsthaften Schwierigkeiten leiden, sollten unterstützt werden.

Auch die Achse „**Kreation und Innovation**“ sollte den Journalismus miteinbeziehen. Denn das, was diese beiden Begriffe beinhalten, brauchen die Medien um der Krise zu entfliehen.

Da der digitale Übergang gefördert werden muss, unterstützt **impressum** die Hinzufügung des Schwerpunkts "**Digitalisierung**", erweitert ihn aber auch auf den Journalismus.

4. Weitere gesetzliche Änderungen

Der neue Art. 1, lit. a, Ziff. 6 sollte der Vollständigkeit halber mit „Der Journalismus“ ergänzt werden.

Da es sich seit Jahren als schwierig erweist, den Journalismus durch das Kulturgesetz zu fördern, plädieren wir dafür, dass dies nun gesetzlich verankert wird (obwohl wir der Meinung sind, es sei auch möglich den Journalismus zu unterstützen ohne dies ausdrücklich im Gesetz zu erwähnen). Die explizite Erwähnung des Journalismus wird jedoch, insbesondere unter den Begriffen „gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „Kreation und Innovation“ und „Digitalisierung“, die verschiedenen Massnahmen zur Förderung verdeutlichen, die möglich sind.

Wir sind der Meinung, dass das derzeitige Gesetz den Journalisten, sowie auch anderen Künstlern, eigentlich schon verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten bietet. So könnten Artikel und Recherchen, wie jedes andere Kulturprodukt gefördert werden. Eine sich in Schwierigkeit befindende Zeitung, die für eine Sprachregion von erheblicher Bedeutung ist, könnte genauso unterstützt werden, wie der digitale Übergang einer bestehenden Zeitung oder die Schaffung einer Neuen. Es wäre auch denkbar eine Auszeichnung zu schaffen und zu finanzieren. Aus unserer Sicht, sieht das Kulturförderungsgesetz diese Punkte bereits heute vor.

Kommentar zu den Zielen des Gesetzes (Art. 3)

Der Journalismus trägt zur Verwirklichung aller Ziele des Gesetzes bei: Er stärkt den Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt in der Schweiz, er fördert ein vielfältiges und qualitativ hochstehendes Kulturangebot, schafft günstige Rahmenbedingungen für Kulturschaffende sowie für kulturelle Institutionen und Organisationen (wobei auch die Dachorganisationen der Kulturschaffenden unterstützt werden sollten) und er ermöglicht und erleichtert der Bevölkerung den Zugang zur Kultur, sowie auch das Bekanntmachen von Schweizer Kulturschaffenden im Ausland.

Kommentar zu den Kriterien des Art. 6

Diese Norm besagt, dass ein gesamtschweizerisches Interesse vorliegt, wenn „ein Kulturgut für die Schweiz oder für die verschiedenen Sprach- und Kulturgemeinschaften der Schweiz von wesentlicher Bedeutung ist“ (Lit. a). Das ist beim Journalismus der Fall. Besonders der gefährdete Journalismus in der Romandie und derjenige im Tessin fallen unter diese Bestimmung.

Wir sollten die Begriffe "Kulturvermittlung" unter Lit. e so verstehen, dass auch die Verbreitung der Kultur durch die Zeitungen darunter fällt. Denn welche anderen Kulturgüter ermöglichen diesen Zugang, so wie die Medien?

Kommentar zum Art. 8

Es sollte auch beachtet werden, dass das Kulturgut „Journalismus“ Teil der bevorzugten Projekte ist, die im Artikel 8 des Kulturförderungsgesetzes festgelegt sind (Lit a: Projekte, die der Bevölkerung den Zugang zur Kultur ermöglichen oder erleichtern und Lit. b: Projekte, die einen besonderen Beitrag zur Bewahrung oder Entwicklung der kulturellen oder sprachlichen Vielfalt leisten).

Kommentar zum Art. 14

Diese Bestimmung bildet die Grundlage für die Förderung der Dachverbände von Journalistinnen und Journalisten und Pressefotografinnen und -fotografen.

Zu den in der Kulturbotschaft enthaltenen Vorschlägen über die Gesetzesänderungen, die das Kino betreffen, haben wir keine Bemerkungen.

Weitere Anmerkungen in Bezug auf die Kulturbotschaft

Auf Seite 16 der Kulturbotschaft wird auf die Entwicklung der Medien und den Rückgang der Rezensionen hingewiesen. Auf der Seite 52 wird deshalb vorgeschlagen, die künstlerische Vermittlung zu stärken.

Stattdessen schlägt **impressum** eine stärkere Unterstützung des Kulturjournalismus vor, denn ohne ihn gibt es keine Kultur. Die Stärkung des Kulturjournalismus, insbesondere der Kulturabteilungen in allgemeinen Zeitschriften, erreicht ein grösseres Publikum als mit der Unterstützung der künstlerischen Vermittlung erreicht werden könnte.

Auf Seite 38 der Botschaft wird über die Unterstützung der Leseförderung in Schulen und Bibliotheken berichtet. **impressum** schlägt vor, dass auch Mittel zur Förderung des kritischen Lesens von Zeitungen (Zeitungen und Multimedia) in den Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Auf Seite 42 der Kulturbotschaft steht, dass (unter anderem) die Medien ein wichtiges Instrument zur Erhaltung von Minderheitensprachen sind. In Bezug darauf möchten wir spezifizieren, dass die Medien für die Förderung aller Sprachen wichtig sind.

Auf Seite 20 ist geplant, Fotografie, einschliesslich Dokumentarfotografie, zu unterstützen. An dieser Stelle müsste man auch die Pressefotografie erwähnen. **impressum** ist der Meinung, dass diese stärker unterstützt werden muss.

Als letzte Bemerkung die Frage, ob es nicht angebracht wäre, bei Pro Helvetia eine Sektion zur Unterstützung der Journalisten zu schaffen. Die EMEK hat in ihrer Studie über die Unterstützung der Medien, vom 7. August 2014, auf Seite 21 Pro Helvetia als eigenständige Institution erwähnt.

Der Berufsverband **impressum**, Mitglied von Suisseculture, ist dankbar, dass er die Gelegenheit erhalten hat, seinen Standpunkt darzulegen. Der Verband steht für ein Treffen zur Verfügung, sollte Bedarf an einem Treffen mit den Verantwortlichen dieses Dossiers bestehen. **impressum** hofft sehr, dass seine Anliegen und seine Forderungen gehört werden, die eine kulturell und gesellschaftlich wichtige Branche betreffen.

Mit freundlichen Grüssen

Urs Thalmann, Geschäftsführer

Dominique Diserens, Zentralsekretärin

Monsieur le Conseiller fédéral

Alain Berset, Chef du DFI

Fribourg, le 20 septembre 2019

Prise de position d'impressum – Les journalistes suisses sur le Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024 (message culture)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons l'avantage de prendre position dans le cadre de la consultation ouverte sur le Message culture le 29 mai 2019.

Toute notre prise de position est axée sur le point que presque aucunement le journalisme n'est considéré – contrairement à la définition de la culture de l'Unesco – comme un bien culturel par le Message culture. impressum s'est déjà adressé au DFI dans le sens d'une prise en compte de ce bien culturel, mais sans succès jusqu'ici. Or, non seulement le journalisme est un bien culturel, mais les autres domaines de la culture souffriraient si le journalisme continue à souffrir. La crise subie par les médias est telle aujourd'hui qu'on se demande si ce bien culturel ne va pas disparaître. C'est de toute urgence que la Confédération doit entreprendre des actions pour éviter une telle situation.

C'est dans ce sens qu'il faut comprendre les réponses aux questions posées.

1. Mise en œuvre du message culturel 2016-2020

La lacune majeure dans la mise en œuvre du message culture 2016-2020 c'est qu'elle n'a pas tenu compte du journalisme comme bien culturel, qui plus est en péril. Certes pour la période actuelle, pour le soutien aux langues, la presse romanche et la presse italophone, il existe une aide et le projet de créer une fondation pour garantir un paysage médiatique romanche varié dès 2020 (Message, p. 42) ainsi qu'une aide pour le service régional de l'ATS pour les Grisons italophones. Certes c'est à saluer mais impressum souhaite une aide de plus grande ampleur pour le journalisme pour les raisons qui vont suivre.

Si l'on prend la définition de la culture de l'Unesco se trouvant sur le site de l'Office de la culture, notion de base sous-tendant la loi, son ordonnance et ses règlements d'exécution, journalistes et photographes de presse font de la culture, sont auteurs au sens de la législation concernant le droit d'auteur, donnent accès à la culture, la transmettent au plus grand nombre. Articles et photographies de presse sont des biens culturels. Journalistes et photographes de presse sont des acteurs culturels au sens de la loi sur l'encouragement à la culture et son ordonnance. Ces acteurs culturels sont visés directement par les buts de la loi (art. 3 lett.a, art. 3 lett. e, art.3 litt. d). Les organisations faîtières de ces acteurs culturels devraient être soutenues selon le Régime d'encouragement.

Le journalisme remplit une fonction importante dans la culture et la diversité culturelle, la pluralité des opinions, l'exercice des droits fondamentaux, la cohésion culturelle de la Suisse ainsi que pour la transmission de produits culturels en Suisse, entre les régions linguistiques et culturelles de la Suisse. Le journalisme est important pour encourager les buts de loi sur la culture. Un bon journal et professionnel appartient aux conditions de base de la création culturelle. Le journalisme apporte une contribution importante pour l'accès non seulement à l'art, mais aussi à la culture.

Der unabhängige Journalismus, sei es in Form der Kulturberichterstattung, des Lokaljournalismus, des politischen Journalismus oder in Form von Kolumnen, Reportagen, Essays etc. stellt selber ein wichtiges Kulturgut dar. Entsprechend verstehen sich die Journalist(inn)en in Uebereinstimmung mit den Journalistenkodex als Kulturschaffende, die aufklären und die den Werten der Aufklärung und der demokratischen und föderalistischen Tradition der Schweiz verpflichtet sind.

Toujours l'absence de CCT en Suisse alémanique, la réduction des budgets pour les Libres, les licenciements collectifs qui se suivent au pas de charge, la disparition de journaux comme L'Hebdo en 2017 et Le Matin en 2018, ou encore du Giornale del Popolo au Tessin durant la durée d'application du dernier Message culturel, la crise a pris une cadence très forte. Les budgets des rédactions de rubriques culturelles sont menacés si ces rubriques existent toujours. Le tableau est très noir. La diversité aussi est mise en danger.

Tous ces événements de crise ont lieu sans qu'encore les autorités fédérales ou cantonales prennent des mesures, malgré les nombreuses interventions parlementaires. Pourtant, il est urgent d'agir. La Suisse romande et le Tessin sont particulièrement touchés.

C'est pourquoi **impressum** – Les journalistes suisses demande que les axes d'action (question No 2) et les priorités (question no 3) prennent en compte de manière décisive le journalisme en soutenant les titres et rédactions pour que ce dernier vive encore en Suisse durant les années 2021 à 2024.

2 et 3. Axes d'action de la politique culturelle de la Confédération et poursuite du développement des mesures

impressum – Les journalistes suisses demande à ce que sous « **cohésion sociale** » soit ajouté un chapitre spécifique au journalisme en danger. Les journaux existants encore, mais souffrant de graves difficultés doivent être encouragés.

« **Création et innovation** », avec cet axe doivent aussi être encouragées la création et l'innovation dans le journalisme ; c'est dont ont tant besoin les journaux pour se sortir de la crise.

impressum est en faveur de l'ajout de l'accent « numérisation », **mais en l'élargissant là aussi au journalisme**. Il faut en effet encourager la transition numérique, période charnière pour le journalisme.

5. Autres modifications législatives

Nouvel art. 1^{er} litt. a, ch. 6 : pour toute clarté ajouter à ce nouveau ch. 6, « le journalisme ».

Etant donné qu'il a été difficile depuis des années de tentative de faire en sorte que le journalisme soit encouragé par la loi sur la culture, nous plaçons pour que cela figure en toutes lettres dans les objets de la loi. (Mais nous sommes d'avis aussi que le journalisme peut être aidé sans le mentionner expressément dans la loi). La mention expresse du journalisme rendra toutefois clair alors les

différentes actions possibles d'encouragement sous les termes « cohésion », « Création et innovation » et « numérisation », notamment.

Nous sommes d'avis sinon que la loi actuelle permet divers soutiens pour le journaliste, comme pour les autres artistes. Ainsi, des articles, des enquêtes pourraient être encouragés comme n'importe quelle autre production culturelle. Un titre en difficultés qui a une importance notable au niveau d'une région linguistique pourrait aussi être soutenu de même que la transition numérique d'un titre existant ou encore des journaux en ligne existant ou la création de tels titres. Nous sommes d'avis aussi que les rubriques culturelles elles-mêmes de titres existants ou en projet pourraient être aidées. Enfin, il serait aussi faisable de créer et financer un prix. Voilà donc ce que permet la loi actuelle pour le journalisme, à notre sens.

Commentaire sur les buts de la loi (art. 3)

Le journalisme contribue à la mise en œuvre de tous les buts de la loi : renforcement de la cohésion et de la diversité culturelle de la Suisse ; promotion d'une offre culturelle variée et de qualité ; création de conditions favorables aux acteurs culturels et aux institutions et organisations culturelles (étant admis que les organisations faîtières des acteurs culturels que sont les journalistes et les photographes de presse soient encouragées, aussi) ; faciliter l'accès de la population à la culture et faire connaître la création culturelle suisse à l'étranger.

Commentaire sur les critères généraux (art. 6)

Cette disposition dit qu'il y a intérêt national, notamment quand « un bien culturel est d'une importance prépondérante pour la Suisse ou pour une communauté culturelle ou linguistique du pays » (litt. a) : c'est le cas du journalisme. Le journalisme romand, particulièrement en difficultés, et le journalisme tessinois peuvent être visés par cette disposition.

On devrait comprendre les termes de « médiation culturelle » sous la litt. e, comme comprenant aussi la diffusion de la culture par des journaux, car quels sont les biens qui donnent davantage accès à la culture ?

Commentaire sur l'art. 8

On notera aussi que le bien culturel « journalisme » entre dans les priorités déjà fixées par la loi en son article 8 (permettre à la population d'accéder à la culture ou lui faciliter cet accès (litt. a)) ; (contribuer de façon notable à la sauvegarde ou au développement de la diversité culturelle et linguistique (litt.b)).

Commentaire sur l'art. 14

Cette disposition est la base pour que les organisations faîtières des journalistes et des photographes de presse soient encouragées.

Les propositions de changement de la loi contenues dans le Message concernant pour la plupart le cinéma n'appellent de ce fait de notre part pas de remarque particulière.

Autres commentaires notamment sur le Message

En p. 16 du Message, il est relevé l'évolution des médias et le recul de la critique. En p. 52, il est proposé en conséquence le renforcement de la médiation artistique.

En lieu et place, **impressum** propose un soutien fort au journalisme culturel, car, sans ce dernier, il n'y a pas de culture. Renforcer le journalisme culturel, en particulier les rubriques culturelles dans les

journaux généralistes permet une large audience, plus grande que le soutien proposé par le Message à la médiation artistique.

En p. 38 du Message, il est fait état du soutien à la promotion de la lecture dans les écoles et les bibliothèques. **impressum** propose que des moyens pour favoriser la lecture critique de journaux (journaux et multimédia) dans les écoles soient prévus.

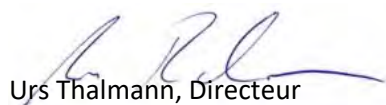
En p. 42, il est écrit dans le Message que les médias sont un (autre) instrument important pour préserver les langues minoritaires. A cet effet, nous préciserions que les médias sont importants pour la promotion de toutes les langues.

En p. 20, il est prévu de soutenir la photographie, dont la photographie documentaire. A cet effet, nous préciserions également la photographie de presse. **impressum** est d'avis qu'elle doit être soutenue de manière accrue.

Comme dernière remarque, nous nous demandons s'il n'est pas opportun de créer une section propre de Pro Helvetia pour l'aide aux journalistes avec des moyens substantiels. La COFEM dans son étude sur l'aide aux médias du 7 août 2014 p. 21 avait évoqué Pro Helvetia comme institution indépendante.

impressum – Les journalistes suisses, aussi membre de Suisseculture, est reconnaissant de l'occasion qui lui est donnée de faire valoir son point de vue. L'organisation professionnelle des journalistes est à la disposition le cas échéant pour une rencontre avec les responsables de ce dossier à l'administration. **impressum** espère vivement être entendue sur ses demandes qui concernent une branche très importante de la société et de la culture.

Veuillez croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre considération distinguée.



Urs Thalmann, Directeur



Dominique Diserens, Secrétaire centrale

Herrn Bundesrat Alain Berset
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Zürich, 20. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024, Filmgesetz Art. 10 Abs. 2

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Gerne nutze ich die Vernehmlassung der Kulturbotschaft 2021–2024, um auf eine geplante Gesetzesänderung hinzuweisen, die mich irritiert. So sollen in Zukunft Filmfestivals, die „gewinnstrebig“ oder „im Besitz von gewinnstrebigen Unternehmen“ sind, von einer Unterstützung ausgeschlossen werden. Dieser Passus (Filmgesetz Art. 10 Abs. 2) scheint einzig und allein auf das Zurich Film Festival (ZFF) gemünzt zu sein, weshalb ich ihn für nicht sinnvoll erachte.

Seit 2012 führt der (nicht gewinnorientierte) Verein [Forum Filmmusik](#) zusammen mit dem ZFF und dem Tonhalle-Orchester Zürich einen [internationalen Filmmusikwettbewerb](#) durch, an dem jedes Jahr Hunderte von Komponistinnen und Komponisten aus aller Welt teilnehmen. Eine Jury mit international renommierten Persönlichkeiten aus der Film- und Musikbranche nominiert aus diesen Einreichungen fünf Kompositionen, die vom Tonhalle-Orchester in einem Filmmusikkonzert uraufgeführt werden. Dieses Filmmusikkonzert hat sich als wichtige Veranstaltung in der schweizerischen Kulturlandschaft etabliert. Es sensibilisiert die kulturinteressierte Öffentlichkeit für den Stellenwert der Filmmusik und erfüllt somit eines der primären Ziele der Kulturbotschaft. Wenn unser Kooperationspartner ZFF von einer Unterstützung des BAK ausgeschlossen wird, ist es mehr als fraglich, ob der Wettbewerb noch durchführbar ist.

Kommerzielle Verleiher, kommerzielle Kinogruppen und kommerziell orientierte Film- und Musikproduktionsfirmen können Subventionen erhalten. Aber ein Filmfestival, das unbestritten einen kulturellen Mehrwert erbringt, von dem sowohl die Schweizer Bevölkerung als auch das schweizerische Musik- und Filmschaffen profitiert, soll keine Unterstützung erhalten, weil es mit einem kommerziellen Unternehmen assoziiert ist? Das ist für mich unverständlich.

Aus diesen Gründen möchte ich Sie, verehrter Herr Bundesrat, bitten, diesen missglückten Passus (Filmgesetz Art. 10 Abs. 2) aus der Vernehmlassung zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Pierre Funck
Präsident Forum Filmmusik



Per Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

Vernehmlassung der Radgenossenschaft betreffend Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, Stellung zu nehmen zur Kulturbotschaft 2021-2024.

Die Radgenossenschaft ist die vom Bund unterstützte Dachorganisation der Schweizer Jenischen und Sinti. Wir beschränken uns auf Punkte, die diese Thematik betreffen:

1. Selbstbezeichnung „Jenische, Sinti, Roma“

Sehr begrüßen wir, dass im Bundesgesetz über die Kulturförderung Artikel 17. gemäss der Botschaft des Bundesrats Punkt 2.6.4 die unspezifische Bezeichnung „Fahrende“ ersetzt werden soll durch die Eigenbezeichnungen Jenische und Sinti und unter der nomadischen Lebensweise auch Roma einbezogen werden sollen. Dies ist eine Konsequenz der Anerkennung dieser Minderheiten durch den Bundesrat nach Bezeichnung gemäss der Selbstbenennung, in Beantwortung einer entsprechenden Petition aus dem Kreis der Minderheiten.

2. Radgenossenschaft als Ansprechpartner

Wir erachten als sinnvoll und angemessen, dass im Entwurf zur Botschaft unter Punkt 2.6.4 (Seite 45) die Radgenossenschaft der Landstrasse in der Kulturbotschaft erwähnt und vom Bund unterstützt wird. Ein klarer Ansprechpartner erleichtert allen Beteiligten das Handeln. Während die Bundes-Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende den Schwerpunkt auf die Vermittlung mit und zwischen Behörden legt, ist die Radgenossenschaft als NGO die direkte Interessenvertreterin der anerkannten nationalen Minderheit der Jenischen und Sinti selber. Die Radgenossenschaft ist die Dachorganisation der Jenischen und Sinti, das heisst, sie pflegt Kontakt zu allen Organisationen der Minderheiten, vertritt alle Gruppen – ob Sesshafte oder sogenannte Fahrende – und behandelt alle Fragen, von Fragen des Lebensraums über soziale Anliegen bis zu den Anliegen der Kultur.



3. Plätze und Lebenssituation

Unter Punkt 1.4.2.2. (Seite 13) Entwicklungen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes wird im Entwurf zur Botschaft die Unterstützung des Bundes für die Verbesserung der Lebenssituation fahrender Minderheitsangehöriger erwähnt; so sollen Stand- und Durchgangsplätze durch Beiträge des Bundes unterstützt werden. Dazu ist zu ergänzen:

a) Spontanhalt

Unseres Erachtens muss unter diesem Punkt 1.4.2.2 auch der sogenannte Spontanhalt erwähnt werden. Der Bund muss sich, sich, gestützt auf die Grundsätze von Vertragsfreiheit und Gewerbefreiheit, für die Bewahrung des sogenannten Spontanhaltes einsetzen, welcher auf freien Vereinbarungen mit Grundbesitzern basiert. Dieser Spontanhalt droht durch Vorschriften auf kommunaler Stufe zusehends eingeschränkt zu werden, was dem europäischen Minderheitenschutzabkommen und den Menschenrechten widerspricht und insofern auch den Bund betrifft.

Der Spontanhalt ist auch unter Punkt 2.6.4 (Seite 45) der Botschaft im gleichen Sinn zu erwähnen.

b) Minderheitenschutzabkommen und Menschenrechte

Ebenfalls erwähnt werden sollen auch an dieser Stelle das europäische Minderheitenschutzabkommen und die Menschenrechte. Die Erfahrung zeigt, dass die Schaffung von Halteplätzen an geeigneten Orten durch Kommunen ohne stichhaltige Begründung abgelehnt wird; dies widerspricht dem europäischen Minderheitenschutzabkommen und den Menschenrechten und kann vom Bund nicht untätig hingenommen werden.

Namentlich die Menschenrechte sind zudem auch unter Punkt 2.6.4 (Seite 45) der Botschaft im gleichen Sinn zu erwähnen. Und es ist der Hinweis auf den Minderheitenschutz im gleichen Sinn auch unter Punkt 2.6.4 (Seite 4) im Abschnitt „Ziele und Massnahmen“ zu wiederholen.

Wir fügen hinzu: Angesichts der katastrophalen Geschehnisse in diesem Bereich, welche schlicht die Existenzgrundlage der Minderheiten in deren traditionellen Lebensformen gefährdet, ist die Schaffung einer Bundeskompetenz ins Auge zu fassen. Das Department des Innern wird bei dieser Gelegenheit aufgefordert, sich dazu Gedanken zu machen.

c) Situation hat sich verschlechtert

Unter Punkt 2.6.4. (Seite 45) des Botschaftsentwurfs wird gesagt, die Verhältnisse für die betroffenen Minderheiten hätten sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten „nicht wesentlich verbessert“. Das ist beschönigend und deutlich falsch. Alle Akteure stimmen darin

RAD GENOSSENSCHAFT DER LANDSTRASSE



überein, dass sich die Situation namentlich bezüglich Lebensraum klar „verschlechtert“ hat. Diese Wahrheit muss leider auch in der Botschaft zum Ausdruck gebracht werden. Es genügt als Begründung, hier summarisch darauf hinzuweisen, dass die Anzahl Halteplätze sich vermindert hat, dass der sogenannte Spontanhalt erschwert wird, dass die Kommunen praktisch generell die Schaffung eines Halteplatzes ablehnen.

4. Förderung der Kultur der Jenischen und Sinti

a) Massnahmenabschnitt Kulturförderung

Es fehlt unter Punkt 2.6.4 des Botschaftsentwurfs (Seite 45) unter „Ziele und Massnahmen“ ein Abschnitt „Förderung der Kultur der Jenischen und Sinti“. Dies ist unbedingt nachzutragen und zu detaillieren, zur Begründung siehe die folgenden Punkte.

b) Erfahrungen verlangen nach Korrekturen

Grundsätzlich braucht es mehr finanzielle Mittel zur Finanzierung von Projekten der Direktbetroffenen. Wir widersprechen der Aussage unter Punkt 2.6.4 (Seite 45), dass sich die Unterstützung von Projekten „bewährt“ hat; es kann allenfalls gesagt werden, dass die Unterstützung von Projekten „Erfahrungen gebracht“ hat, „auf denen weiterzuarbeiten ist“. Der Text ist in diesem Sinn zu berichtigen. Die Erfahrungen werden im folgenden substantiiert.

c) Spracherhalt, Schulbildung und Berufsbildung

Neben den Zielsetzungen Bewahrung der jenischen Sprache ist auch die Förderung der schulischen Bildung und von beruflichen Anlehen zu nennen.

d) Zu geringe Dotierung des „Kulturfonds“

Eine „Erhöhung der Mittel für Kulturprojekte der Direktbetroffenen“ ist anzuviseieren und unter Punkt 2.6.4, „Ziele und Massnahmen“ (Seite 45) ausdrücklich zu erwähnen.

Unter Punkt 2.6.4 des Botschaftsentwurf (Seite 45) wird der Fonds für die Unterstützung von Kulturprojekten bei der Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“ erwähnt. Gewiss steht beim Stiftungs-Kulturfonds, wie er hier genannt sei, Geld für Projekte der nationalen Minderheiten der Jenischen Sinti und der Roma zur Verfügung, aber relativ wenig kommt ihnen als Endnutzern tatsächlich zugut. Ein Kulturfonds von Fr. 50 000.- jährlich, der bei der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende eingerichtet worden ist, reicht bei weitem nicht hin, um dringliche Bedürfnisse zu decken. Aus Eigenmitteln können die jenisch-sintischen Minderheiten diese Bedürfnisse nicht decken. Es ist zu berücksichtigen, dass kaum ein Jenischer nach den Verfolgungen durch die vom Bund unterstützte Aktion "Kinder der Landstrasse" mit ihren Familienzerreissungen und Identitätszerstörungen die Chance hatten, ohne Traumata durchs Leben zu kommen und zu einem Wohlstand zu kommen, der es nun erlauben würde, eigene jenische Kultur- und Wohlfahrtsstiftungen zu gründen, wie dies bei andern Minderheiten eher der Fall ist.

RAD GENOSSENSCHAFT DER LANDSTRASSE



Die Radgenossenschaft verlangt, dass die Mittel zur Direktfinanzierung von Projekten der Jenischen und Sinti von 50 000 auf 200 000 pro Jahr aufgestockt werden. Im Gegenzug ist bei der Unterstützung von Kantonen mit Finanzmitteln zur Schaffung von Halteplätzen Zurückhaltung zu üben, namentlich in jenen Fällen, wo die Kantonsfinanzen grosse Überschüsse ausweisen. Ohnehin sind erfahrungsgemäss in fast allen Fällen nicht die Finanzen der Grund, warum Plätze nicht geschaffen werden. Die Erhöhung der Mittel für Kulturprojekte der Direktbetroffenen ist anzuvisieren und unter Punkt 2.6.4, „Ziele und Massnahmen“ (Seite 45) zu nennen. Allenfalls sind die für die Subventionierung der Kantone bereitgestellten Mittel zu kürzen.

e) Sicherung des Kulturerbes

Die Erfahrung hat leider gezeigt, dass der geringe Betrag von Fr. 50 000 pro Jahr eher geeignet ist, Zwiespalt unter den Jenischen zu säen als ihre Kultur voranzubringen. Im Innern der Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“ findet leider ein unwürdiges Gerangel um das wenige Geld statt. Bedenkt man, dass der Bund die „Feckerchilbi“ und andere Kulturanlässe der Jenischen in die Liste der lebendigen Traditionen (Siehe Liste der lebendigen Traditionen, Nr. 116, Nomadische Kultur der Schweizer Jenischen und Sinti) aufgenommen hat, ohne dafür einen Sockel-Finanzierungsbetrag zu gewährleisten, muss man feststellen, dass Kulturförderung in diesem Bereich leider oft nur ein Lippenbekenntnis ist. Für die Förderung der zweijährlich stattfindenden Feckerchilbi ist ein Extra-Beitrag zu sichern, und die Liste der lebendigen Traditionen mit Wallfahrten und der sogenannten Feckerchilbi ist in der Botschaft ist an dieser Stelle unter Punkt 2.6.4, Ziele und Massnahmen (Seite 45) ausdrücklich zu erwähnen.

f) Prozessvorhaben im Interesse der Minderheiten

Als Projekte, die aus den Kulturgeldern finanziert werden können, sollen zudem ausdrücklich auch Prozessvorhaben, die mit Anwalts- und andern Verfahrenskosten verbunden sind, genannt werden und ermöglicht werden, soweit sie im Interesse der Minderheitenkollektive stehen oder im Einzelfall von grundsätzlichem Interesse sind. Den Minderheiten-Selbstorganisationen stehen heute keine ordentliche Quellen zur Finanzierung von Rechtsverfahren zur Verfügung. Solche sind aber leider oft notwendig, um die Interessen der Minderheiten und namentlich die Menschenrechte zu schützen.

g) Ergänzende Kulturförderung durchs BAK

Es ist nicht logisch, wenn der Förderbetrag für Kulturprojekte insgesamt durch die Bundesstiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“ verwaltet und verteilt wird; die Bundesstiftung betrachtet sich schwerpunktmässig und ihrem Namen entsprechend als für „Fahrende“ zuständig; die Förderung der Kultur betrifft aber gerade auch die sesshafte Mehrheit der

RAD GENOSSENSCHAFT DER LANDSTRASSE



Jenischen und Sinti, die einen grossen Bedarf haben, nach der Kulturzerstörung durch die vom Bund unterstützte jahrzehntelange Aktion „Kinder der Landstrasse“ den Anschluss an ihre Kultur wiederzufinden. Die Stiftung ist vom Selbstverständnis und ihrem Auftrag her nicht darauf ausgerichtet und nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Minderheit in ihrer Gesamtheit zu kennen und zu beurteilen. Die Radgenossenschaft verlangt, dass die Hälfte des Kulturbetrages durch das Bundesamt für Kultur verwaltet wird, das eher in der Lage ist, Kulturprojekte der Minderheit insgesamt zu beurteilen. Die Notwendigkeit der Unterstützung von Kulturprojekten durch das BAK ist in einem Abschnitt „Förderung der Kultur der Jenischen und Sinti“ ausdrücklich zu erwähnen.

h) Transparenz der Mittelverteilung

Generell zu erhöhen ist die Transparenz der Verteilung der projektbezogenen Gelder innerhalb der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. Bund und Stiftung müssen verpflichtet werden offenzulegen, welche Projekte sie mit welchen Beträgen unterstützen. Dies, um Gerüchten und Querelen zu begegnen, die sich notwendigerweise aus mangelnder Information entwickeln. Protokollteile über Beschlüsse von Stiftungsratssitzungen sind zu veröffentlichen, gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip der öffentlichen Verwaltung, das auch für dieses bundeseigene Stiftung zu gelten hat. Die Klarlegung des Einsatzes der Fördermittel ist in der Botschaft des Bundesrates zu nennen.

Freundliche Grüsse
Radgenossenschaft der Landstrasse

Daniel Huber
Präsident

Willi Wottreng
Geschäftsführer

Kopien an:
Bundesamt für Kultur, Fiona Wigger
Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende, Simon röthlisberger

Bundesamt für Kultur
stabstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-24: Stellungnahme SJW

Sehr geehrte Frau Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Das SJW Schweizerische Jugendschriftenwerk nimmt die Einladung des Bundesamts für Kultur gerne an, seine Einschätzung zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021–24 hiermit kund zu tun. Das SJW ist eine einzigartige schweizerische kulturelle Institution. Seit 1931 beschäftigt sich das SJW mit Leseförderung. In einem den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausgerichteten Verlagsprogramm erscheinen jedes Jahr rund 20 bis 30 Publikationen in allen Landessprachen. Damit ist das SJW ein wichtiger Player in der Leseförderung, der vielfältige Themen – u.a. auch die kulturelle Vielfalt und den Austausch zwischen den Sprachregionen – in Buchprojekten für Kinder und Jugendliche umsetzt.

In den nachfolgenden Ausführungen beschränken wir uns auf das Thema der Leseförderung, die unsere Kernkompetenz darstellt.

Fragekatalog 1: Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Das SJW erachtet grundsätzlich die Förderziele der Kulturbotschaft 2016–2020 als sehr positiv. Die damit einhergehende Formulierung der strategischen Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes mit ihren drei strategischen Handlungsachsen hat sich gemäss unserer Einschätzung bewährt.

Fragekatalog 2: Handlungsachsen der Kulturpolitik

Das SJW begrüsst die Kontinuität der drei strategischen Handlungsachsen für die künftige Kulturpolitik und nimmt zu den einzelnen Handlungsachsen und den Ergänzungen wie folgt Stellung:

Kulturelle Teilhabe

Was die «Kulturelle Teilhabe» und insbesondere die Leseförderung betrifft, können wir bestätigen, dass die Unterstützung durch das BAK eine zentrale Stütze für das SJW darstellt.

Wir unterstützen deshalb die vorgeschlagenen Massnahmen für die Leseförderung (Kulturelle Teilhabe 2.6.1) vollumfänglich. Zudem begrüssen wir die Massnahmen im Bereich der innovativen Literaturformen, die insbesondere die Förderung von Comics und illustrierten Kinderbüchern vorsieht.

Ein klares Bekenntnis zur Leseförderung und damit auch ihre explizite Erwähnung wäre (unter 1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe») wünschenswert.

Das SJW begrüsst eine Intensivierung der Nationalen Austauschaktivitäten (1.4.2.2) und möchte darauf hinweisen, dass unter dieser wichtigen Handlungsachse der Bereich der Leseförderung als stimulierendes Werkzeug für den Austausch von Jugendlichen eine wichtige Rolle spielt. Bereits werden mehrsprachige und zweisprachige SJW Publikationen als Mittel der Annäherung in den Schulen eingesetzt und von der Plattform *movetia.ch* empfohlen.

Ergänzung Digitalisierung

Die vom Bundesamt für Kultur geplante Schaffung einer digitalen Plattform zur Koordination und Information zum Thema Leseförderung (2.6.1) erachtet das SJW als nicht dringlich. Wir wollen in diesem Zusammenhang auf die bereits existierenden Institute (SIKJM und Bibliomedia Schweiz) verweisen, die diese vermittelnden Aufgaben wahrnehmen. Hingegen erachtet das SJW die Durchführung von Netzwerktreffen als anregend und informativ. Wichtige Player in diesem Zusammenhang wären auch Gemeinden und Kantone, die wichtige lokale Akteure vernetzen und fördern könnten.

Fragekatalog 6: Finanzmittel

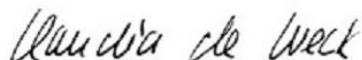
Mit der Kulturbotschaft 2016–2020 wurde ein Ausbau der Leseförderung mit Einzelvorhaben angestrebt. Das klassische Verlagswesen ist weiterhin und zunehmend unter Druck. Diese Entwicklung würde einen Ausbau der Unterstützung von Organisationen, welche in der Leseförderung tätig sind, bedingen. Die Ausführungen im erläuternden Bericht lassen vermuten, dass die Unterstützung der Leseförderung im gleichen Umfang wie 2019 (4,6 Mio.) erfolgen würde. Tatsächlich fällt das Budget für die Jahre 2020 und 2021 geringer aus (2020–21; 4,5 Mio.). Wünschenswert wäre im Gegenteil eine substanzielle Erhöhung, welche der grossen Bedeutung, die der Leseförderung zugesprochen wird, entspricht, nämlich 4,8 Mio. (gemäss Ankündigung KB 2016–2020) für die Jahre 2021–2024.

Vor dem Hintergrund der geplanten Erhöhung der Finanzmittel für die Jahre 2021–2024 auf 942,8 Mio. Franken würden wir es begrüssen, wenn der Beitrag für die Leseförderung im Jahr 2021 um mindestens 0,1 Mio. auf neu mindestens 4,6 Mio. erhöht wird. Eine Unterstützung der Organisationen, die in der Leseförderung tätig sind, mit Strukturbeiträgen erachten wir dabei als eine der sinnvollsten Massnahmen.

Im Namen des SJW danken wir für die Chance der Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und freuen uns auf eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kultur.

Mit freundlichen Grüssen

SJW Schweizerisches Jugendschriftenwerk



Claudia de Weck
Stiftungsratspräsidentin



Regula Malin
Verlagsleitung



Bundesamt für Kultur
Vernehmlassung Kulturbotschaft
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Prof. Dr. Barbara Flückiger
Telefon +41 44 634 35 37
Telefax +41 44 634 49 10
baflueckiger@gmail.com

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021–2024

Barbara Flückiger, Professorin, Universität Zürich, Projektleitung ERC Advanced Grant *FilmColors*¹ und ERC Proof of Concept *VeCoScan*²

Sehr geehrte Damen und Herren

Erneut identifiziert die Kulturbotschaft die Digitalisierung als einen Megatrend der Jahre 2021–2024. Dies betrifft, wie die Kulturbotschaft weiter ausführt, insbesondere den Film, dessen Produktion, Zirkulation und die damit verbundenen Wertschöpfungsketten. Mit den neuen Plattformen zur Distribution von Filmen haben sich die globalen Machtverhältnisse massiv verschoben: Der Zugang, die kulturelle Teilhabe und die Sichtbarkeit der schweizerischen Produktionen erfordern daher digitale Instrumente.

1. Zugang:

Nach wie vor fehlt eine **nationale Strategie**, die den nachhaltigen Zugang zu analog wie auch digital gedrehten Filmen sichert. Obwohl die Kulturbotschaft entsprechende Massnahmen für die geförderten Filme vorsieht, die «nach der Erstauswertung der Allgemeinheit online zugänglich» werden sollen, steht ein **Konzept zur Selektion** des zu digitalisierenden Filmerbes nach wie vor aus. Die in der Kulturbotschaft genannten Prioritätskriterien «Dringlichkeit des Zerfalls und der Nachfrage» sind ungenügend. Sie werden der Vielfalt der Filmwerke und deren kultureller, gesellschaftlicher oder politischer Bedeutung nicht gerecht. Die mit dieser Aufgabe betraute Cinémathèque suisse erfüllt die nötigen Anforderungen nicht. Weder existiert eine ausformulierte Strategie, noch findet ein nennenswerter Austausch mit anderen Akteuren statt. Daher fordern wir eine **nationale Selektionskommission**, in der alle relevanten Interessensgruppen vertreten sind, welche die Priorisierung **nach international gültigen, wissenschaftlichen Standards** vornimmt.

¹ Das Forschungsprojekt *FilmColors. Bridging the Gap Between Technology and Aesthetics* wird seit 2015 bis 2021 vom Europäischen Forschungsrat (ERC) mit dem renommierten Förderungsinstrument Advanced Grant in der Höhe von 3.1 Millionen CHF unterstützt. Es befasst sich mit einer der bisher ungelösten Fragen der Digitalisierung von Filmen, nämlich der Übertragung von historischen Filmfarben in die digitale Domäne nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten. <https://www.film.uzh.ch/de/research/projects/verbund/ercfilmcolors.html>

² Das Forschungsprojekt ERC Proof of Concept: *Development of a New Versatile Archival Film Scanner (VeCoScan)*, ebenfalls vom Europäischen Forschungsrat (ERC) mit dem renommierten Förderungsinstrument Proof of Concept seit 2018 gefördert, entwickelt einen wissenschaftlich fundierten multispektralen Filmscanner für analoge Archivfilme. <https://www.film.uzh.ch/de/research/projects/verbund/vecoscan.html>

2. **Digitalisierungsoffensive:**

Ein Grossteil der vor der Jahrtausendwende produzierten Schweizer Filme ist nur auf analogen Trägern verfügbar und damit heute faktisch nicht zugänglich – weder dem breiten Publikum noch der wissenschaftlichen Forschung. Wenn das Schweizer Filmerbe international sichtbar sein soll, ist eine umfassende Digitalisierungsoffensive der analog gedrehten Filmbestände erforderlich. Diese Offensive darf nicht zulasten anderer Förderinstrumente wie der Film- und Vertriebsförderung finanziert, sondern soll – wie in der **Motion 19.3649 von Géraldine Savary** vorgeschlagen – mit **Einnahmen aus der 5G-Frequenzzuteilung** umgesetzt werden. Ausserdem muss die nationale Digitalisierungsoffensive auch die grossen Bestände des Schweizer Fernsehens, des Lichtspiels / Kinemathek in Bern und der zahlreichen Kantons- wie Firmenarchive berücksichtigen.

3. **Erhaltung und Stärkung des Wissens in der Schweiz:**

Unsere Forschung im Rahmen der Projekte DIASTOR (gefördert von der Kommission für Technologie und Innovation, heute Innosuisse), sowie ERC Advanced Grant *FilmColors* und ERC Proof of Concept *VeCoScan* hat gezeigt, dass die heute gebräuchlichen Digitalisierungsworkflows weder wissenschaftlichen Anforderungen genügen noch nachhaltig sind. Die Kulturbotschaft fordert, dass «das in der Schweiz vorhandene Restaurationswissen genutzt bzw. verstärkt werden» soll. Dies bedeutet, dass **bestehende Dienstleister unterstützt** und **wissenschaftliche Erkenntnisse** in die Digitalisierungspraxis einfließen müssen, denn die Technologien und Formate sind einem dauernden Wandel unterworfen. Kompetenzzentren wie *Maison du futur* (siehe Stellungnahme CinéSuisse, Punkt 7, Innovation), die Wissenschaft und Praxis verbinden, sind ein möglicher Weg, die komplexen Fragestellungen im Austausch mit verschiedenen Instanzen zu bündeln.

4. **Langzeitsicherung von digitalen Filmen:**

Für die Langzeitsicherung von digitalen Filmen wurde in der Kulturbotschaft 2016–2019 eine **Ausbelichtung auf Film** vorgeschlagen. Die Kulturbotschaft 2021–2024 bezeichnet diesen Ansatz als die «sicherste, aber kurzfristig kostspieligste Art der Aufbewahrung». Diese Formulierung bedarf einer Korrektur, denn im Verhältnis zu den Produktionskosten, zum potenziellen Verlust der Filme und zu den hohen personellen sowie finanziellen Aufwendungen der Pflege und Migration digitaler Assets sind diese **Kosten als gering einzuschätzen**.

5. **Erhalt von technischen Infrastrukturen und Know-how:**

Ohne Know-how im Umgang mit analogen Filmen ist keine Digitalisierung historischer Bestände möglich. Die grösste Bedrohung des Filmerbes besteht heute in der Tatsache, dass sich die für Restauration und Digitalisierung notwendige **technische Infrastruktur** in Auflösung befindet. In den vergangenen Jahren wurden in diesem Bereich massenhaft qualifizierte



Fachkräfte entlassen und Infrastrukturen vernichtet. Mittlerweile **gibt es in der Schweiz nur noch ein Filmlabor** und einige vereinzelte Betriebe, die analogen Film in Kinoqualität bearbeiten und digitalisieren können. Ein **struktureller Beitrag des Bundes ist dringend notwendig**, um das letzte Labor in der Schweiz kontinuierlich zu erhalten, denn diese Infrastrukturen verschwinden weltweit. Neben der strukturellen Unterstützung muss die **Cinémathèque suisse** dazu verpflichtet werden, die **Steuergelder** für Digitalisierung, Restaurierung und Sicherung von Filmen **bevorzugt bei Schweizer Anbietern auszugeben**. Es ist deutlich kostspieliger, aufwendiger und anspruchsvoller, eine solche gewachsene Infrastruktur nach ihrer Zerstörung wieder neu aufzubauen, als sie zu erhalten (vergleiche auch die Forderung von CinéSuisse, Punkt 6, Verarbeitungsstandort, Swissness).

Zürich, 20.9.2019

Prof. Dr. Barbara Flückiger, Seminar für Filmwissenschaft, Universität Zürich

Eidgenössisches Departement des Innern
Herrn Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Aarau, 20. September 2019

Stellungnahme CH Media zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Direktorin Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet. Gerne nehmen wir dazu nachfolgend Stellung.

CH Media ist eines der führenden Schweizer Medienunternehmen. Neben diversen Digitalplattformen, Tages- und Wochenzeitungen sowie Zeitschriften betreibt CH Media auch regionale und nationale Radio- und Fernsehstationen. Zudem ist CH Media seit Anfang 2019 mehrheitlich an der Impuls Media Group AG beteiligt. Die IMG vereint die Bereiche Kino-Filmverleih, Home Entertainment, Video on Demand (VoD), TV und Co-Produktion unter einem Dach.

Filmförderung

Die Kulturbotschaft sieht vor, die heutigen Förderungsmassnahmen grundsätzlich im bisherigen Rahmen weiterzuführen. Dazu gehört auch die Beibehaltung der geltenden Praxis, wonach Sachleistungen (insbesondere Gratis-Werbeleistungen) bei der Filmförderungsabgabe von Fernsehveranstaltern (Art. 7 Abs. 2 RTVG) anrechenbar sind. Diese Anrechenbarkeit ist für die Fernsehveranstalter von zentraler Bedeutung, weshalb wir die Fortführung der heutigen Praxis sehr begrüssen.

Aus unserer Sicht besteht jedoch an anderer Stelle unmittelbarer Handlungs- und Anpassungsbedarf. Die heute geltende Filmförderungsverordnung (FiFV) will zwar das Schweizer Filmschaffen fördern, kann aber Projektbeiträge ausschliessen, wenn ein zu enger Bezug zu einem Fernsehveranstalter, einem Medienunternehmen oder zu Aus- und Weiterbildungsinstitutionen besteht. Diese Regeln sind nicht zielführend und entsprechen nicht mehr der heutigen konvergenten Medienrealität. Die Rahmenbedingungen von Medienunternehmen haben sich durch die Digitalisierung und Globalisierung radikal geändert. Heute sind neue Konstrukte und Kooperationen nötig, um sicherzustellen, dass kulturelle Inhalte überhaupt noch produziert werden und ihren Weg zum Publikum finden. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit Unternehmen an der Schnittstelle zwischen Kultur, Medien und Wirtschaft.

So steht in unserem Fall die Verbindung der Impuls Media Group zu CH Media der Erfüllung des Kulturauftrags bestimmt nicht im Weg. Die Wirkung der Filmförderung und die kulturelle Teilhabe kann dadurch unter Umständen gar verstärkt werden, können sich doch Synergien zwischen einem der wichtigen Schweizer Medienunternehmen und dem Medium Film ergeben. Es gibt jedenfalls keinen sachlichen Grund, die Filmförderung derart von der Medienwelt zu isolieren.

Gleichzeitig ist nachvollziehbar, dass bei geförderten Projekten die inhaltliche Unabhängigkeit gewährleistet werden soll. Filmprojekte sollen in eigener Verantwortung entwickelt und produziert werden. Diese Unabhängigkeit kann aber mit anderen Massnahmen sichergestellt werden. Der generelle Ausschluss von Medienunternehmen und die Anknüpfung am Beteiligungsverhältnis ist dafür nicht das richtige Mittel. Es wäre an der Zeit, die entsprechenden Bestimmungen der Filmförderungsverordnung anzupassen oder zu streichen.

Leistungsvereinbarungen im Bereich der Filmkultur

Die Kulturbotschaft übernimmt leider in einem anderen Bereich eine vergleichbare Sichtweise wie in der heutigen Filmförderungsverordnung. So sieht der aktuelle Entwurf eine Revision des Filmgesetzes (Art. 10 Abs. 2) vor, wonach künftig Leistungsvereinbarungen mit gewinnorientierten Unternehmen bzw. mit Organisationen, die im Besitz von gewinnorientierten Unternehmen sind, ausgeschlossen sein sollen. Die vorgeschlagene Änderung würde den Abschluss von Leistungsvereinbarungen übermässig einschränken und wäre zudem nicht konsistent mit der allgemeinen Subventionspolitik.

Weder die Gesellschaftsform noch die Eigentumsverhältnisse sind für die effiziente Umsetzung kulturpolitischer Ziele entscheidend. Ob durch eine Förderung die angestrebten Ziele erreicht werden und ob die Mittel dafür zweckmässig verwendet werden, kann durch die entsprechende Ausgestaltung von Leistungsvereinbarungen abgesichert werden.

Auch hier soll die Notwendigkeit einer programmlich-inhaltlichen Unabhängigkeit nicht in Frage gestellt werden. Diese kann aber durch geeignete Massnahmen gesichert werden - dafür braucht es keine Gesetzesänderung.

Wir lehnen die vorgeschlagene Anpassung von Art. 10 Abs. 2 Filmgesetz deshalb ab.

Im Namen von CH Media danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen,



Axel Wüstmann
CEO CH Media



■ Schweizer Syndikat Medienschaffender ■ Syndicat
suisse des mass media ■ Sindacato svizzero dei mass
media ■ Sindicat svizzer dals meds da massa

Bundesamt für Kultur (BAK)

Stabsstelle Direktion

Per E-mail an

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

**Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft);
Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Sehr geehrte Frau Chassot

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns, zur aktuellen Vorlage für die Kulturbotschaft Stellung nehmen zu dürfen. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr.

Die Mediengewerkschaft Schweizer Syndikat Medienschaffender (SSM) vertritt rund 3000 Mitglieder, welche hauptsächlich im Bereich der elektronischen Medien arbeiten (private und lokale Radio- und Fernsehstationen sowie Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG). Das SSM ist eine interprofessionelle Gewerkschaft mit einem hohen Anteil an Medienschaffenden und einem wachsenden Anteil an Freischaffenden. Im SSM organisieren sich Mitglieder aus unterschiedlichen Berufsgruppen (Journalist*innen, Fotograf*innen, Kameraleute, Tontechniker*innen, Filmschaffende, Sprecher*innen, Drehbuchautor*innen, Produzent*innen, Buchautor*innen, Moderator*innen, Bühnentechniker*innen, Regisseur*innen, Büroangestellte etc.) und allen Landesteilen. Innerhalb des SSM werden alle vier Landessprachen gesprochen. **Das SSM setzt sich nicht nur für gewerkschaftliche, sondern auch medien- und kulturpolitische Anliegen ein.**

Als erstes möchten wir festhalten, dass wir sehr erfreut sind, dass im Bereich **Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbetrieb** Handlungsbedarf erkannt wurde und begrüßen die dazu geplanten Massnahmen. Allerdings wünschen wir uns konkrete Zielvorgaben (paritätische Unterstützung) in Bezug auf die «angemessene Beteiligung», wie wir sie bei der selektiven Filmförderung bereits kennen.

In unserer Stellungnahme äussern wir uns hauptsächlich zur Filmförderung und Kulturberichterstattung, da viele unserer Mitglieder in diesen Bereichen tätig sind. Das SSM ist Mitglied bei Suisseculture und in engem Austausch mit den Mitgliedsorganisationen und -verbänden. Wir unterstützen die ausführlichen Stellungnahmen zur Kulturbotschaft von Suisseculture und A*dS, in die wir Einsicht hatten, vollumfänglich. Ebenfalls unterstützen wir die Stellungnahme von ch-intercultur (ehemals Schweizer Feuilletondienst SFD). Im Folgenden einzelne Ergänzungen aus unserer Sicht.

3.2 Filmgesetz

Wir begrüßen die Ergänzung von Art. 10 des Filmgesetzes durch den Abschnitt 2. Wir finden es richtig, dass gewinnorientierte Unternehmen und Institutionen, wie beispielsweise das Zurich Filmfestival (ZFF) in Zürich, von der Subventionierung durch Betriebsbeiträge ausgeschlossen werden. Es ist unserer Meinung nach aber ebenso wichtig, dass künftig auch projektbezogene Subventionen für gewinnorientierte Unternehmen ausgeschlossen werden. Die Abgrenzung zwischen Projekt- und Betriebsbereich lässt sich in der Praxis nie messerscharf bewerkstelligen. So besteht in der Praxis eine grosse Gefahr, dass der Betrieb durch Projekte quersubventioniert wird. In diesem Sinne bitten wir Sie, das Filmgesetz, Art. 10, entsprechend zu ergänzen und die Subventionsmöglichkeiten für gewinnorientierte Unternehmen und Institutionen komplett zu unterbinden.

Seit 2016 gehört das ZFF der NZZ Mediengruppe. Die NZZ Mediengruppe ist ein potentes Medienunternehmen und ein wichtiger Akteur auf nationaler wie auch internationaler Ebene. Es ist nicht per se schlecht, wenn sich private Unternehmen im Kulturbereich engagieren. Das ZFF ist gut aufgestellt: es hat viele Sponsoren aus der Wirtschaft, ein potentes Medienunternehmen und gleichzeitig einen einflussreichen Medienpartner (der zudem eine konstante Kulturberichterstattung über das eigene Filmfestival garantieren kann) hinter sich. Wenn nun das ZFF ebenfalls einen Teil der öffentlichen Subventionen beansprucht, verschafft es sich einen weiteren Vorteil. Da die finanziellen Mittel der öffentlichen Kulturbudgets beschränkt sind (und das kleine Wachstum dem Bevölkerungswachstum hinterherhinkt), wird damit der Anteil an öffentlicher Unterstützung für die vielen kleineren und innovativen Filmfestivals in allen Sprachregionen der Schweiz kleiner. Wir befürchten, dass ein Wettbewerb mit ungleich langen Spiessen lanciert wird, bei dem letztendlich einige Festivals auf der Strecke bleiben. **Wir befürchten langfristig einen kulturpolitischen Kahlschlag.**

Kulturberichterstattung

Die Autor*innen der Kulturbotschaft stellen richtig fest, dass «die Entwicklungen in der Schweizer Medienlandschaft (...) zu einem Rückgang der Kulturkritik in den traditionellen (Print-)Medien» (S. 17) geführt haben. Sie halten ebenfalls richtig fest, dass das Verständnis der Kulturvermittlung inhaltlich erweitert werden müsse mit dem Ziel, «eine verstärkte Förderung der kritischen Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen zu etablieren» (S. 12). Kultur ist auf die kritische Reflexion in der Öffentlichkeit angewiesen, um überhaupt wahrgenommen zu werden und eine gesellschaftliche Wirkung entwickeln zu können. Medien nehmen diesbezüglich eine wichtige Vermittlerrolle ein, die sie aber, wie oben richtig festgestellt wird, immer weniger wahrnehmen. Wir vermissen darum in der Kulturbotschaft 2021 bis 2024 vorwärtsweisende konzeptuelle Neuausrichtungen und konkrete Massnahmen, wie auf die medialen Veränderungen reagiert werden könnte. Unserer Meinung nach ist eine verstärkte Förderung kulturkritischer Reflexion in der Öffentlichkeit dringend nötig. Nur mit einer informierten, kritischen Öffentlichkeit kann eine lebendige Kulturszene entstehen.

In ihren Stellungnahmen schlagen ch-intercultur und A*dS konkrete Massnahmen vor, die wir sehr unterstützen. Im Folgenden zitieren wir (in kursiver Schrift) aus den prägnanten Stellungnahmen von ch-intercultur und A*dS.

So fordert **ch-intercultur** eine Unterstützung von Presseagenturen im Bereich der Kulturberichterstattung sowie Unterstützung von bereits bestehenden, gut vernetzten Plattformen:

Unter dem Titel «Ziele und Massnahmen» (S. 43) figuriert die versprochene Unterstützung für «Presseagenturen von nationaler Bedeutung» aber nicht mehr, und insgesamt geht die Kulturbotschaft die nötige Schaffung und Erhaltung einer lebendigen kulturellen Öffentlichkeit zu sehr nur unter dem Gesichtspunkt einzelner «Promotionsplattformen» an. Ein solchermassen verkürztes Verständnis trägt dazu bei, dass Kunst- und Kulturdebatten durch Kunst- und Kulturmarketing ersetzt werden und die

nötige alle Sparten umfassende kunstkritische und kulturpolitische Auseinandersetzung in eine Vielzahl getrennter Teilöffentlichkeiten fragmentiert wird.

Dem gegenüber wäre grundsätzlich nach den gesetzlichen Grundlagen und den finanziellen Ressourcen zu fragen, die es erlauben, den beklagten Informationsdefiziten dadurch zu begegnen, dass Foren und deren Vernetzung gefördert würden, die die Schaffung einer breiten, alle Sparten übergreifenden Öffentlichkeit für Fragen der Kunst und Kultur erlaubten. Voraussetzung dazu wäre, dass die Frage der Medien als integraler Teil der Kulturpolitik verstanden und angegangen wird.

A*dS fordert konkret eine finanzielle Unterstützung von Literaturzeitschriften sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit und Unterstützung von bereits bestehenden Kulturplattformen:

*Literaturzeitschriften befinden sich in einer prekären Situation, was sich auch auf die Bedingungen für die Schreibenden auswirkt (u.a. Honorierung). Literarische Zeitschriften sind aber zum einen wichtige Plattformen für die literarische Auseinandersetzung. Zum anderen – und für Autoren und Übersetzerinnen zentral – bieten sie, neben journalistischen und wissenschaftlichen Sekundärtexten, auch Raum für literarische Texte aller Gattungen, auch experimenteller Natur. Zudem übernehmen Literaturzeitschriften insbesondere die wichtige Rolle, eine der wenigen Einstiegsmöglichkeiten für junge Autorinnen und Autoren, Übersetzer und Übersetzerin bieten zu können. Doch ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand dürfte die Situation der Literaturzeitschriften noch prekärer werden, Auflösungen wären kaum zu vermeiden und angemessene Honorierung für Autor*innen und Übersetzer*innen wäre kaum zu erwarten. Daher fordert der A*dS, dass die strukturelle Unterstützung von Literaturzeitschriften als Bundesaufgabe wieder in die Kulturförderung aufgenommen wird. Finanziell wäre mindestens der in der Kulturbotschaft 2016–2020 vorgesehene Beitrag angemessen, also 150'000 Fr. pro Jahr, insgesamt 600'000 Fr. für vier Jahre. Schliesslich wäre der Dialog mit den föderalen Partnern dringend, damit auch Kantone und Städte die Förderung von Literaturzeitschriften künftig in ihre Förderstrategien einbeziehen.*

*Der A*dS sieht jedoch die Entwicklung eigenständiger Online-Promotionsplattformen seitens Pro Helvetia kritisch. Wir erwarten vielmehr, dass die Schweizer Kulturstiftung mit bestehenden Plattformen innerhalb der Branchen zusammenarbeitet und deren allfällige Erweiterung entsprechend den Bedürfnissen aus der Branche unterstützt. Eine Konkurrenz mit bestehenden Plattformen ist daher zwingend zu vermeiden. Im Bereich Literatur verweisen wir insbesondere auf die bestehende, breit vernetzte Plattform LiteraturSchweiz.ch. Zudem ist bei solchen Projekten Transparenz bei den Kriterien zu garantieren.*

Wir hoffen auf eine wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen und weitergehende Klärungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Judith Stofer
Fachsekretärin Gruppe Private SSM



Jérôme Hayoz
Zentralsekretär SSM

VATG

Vereinigung des Archäologisch - technischen Grabungspersonals der Schweiz
Association suisse du personnel technique des fouilles archéologiques

ASTFA

www.vatg.ch , www.astfa.ch

Zuhanden von
Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesrat
Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Roland Eberle
Präsident der Kommission für Umwelt,
Raumplanung und Energie
3003 Bern

Eingereicht per Mail stabstellen@direktion@bak.admin.ch

Bern, 17. September 2019

**Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)
vom 29. Mai 2019**

**Stellungnahme der Vereinigung des archäologisch-technischen Grabungspersonals der Schweiz
VATG/ASTFA**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) äussern zu können und beziehen hiermit dazu Stellung:

Die Vereinigung des archäologisch-technischen Grabungspersonals der Schweiz VATG/ASTFA umfasst rund 200 Mitglieder, die hauptberuflich auf archäologischen oder bauanalytischen Untersuchungen arbeiten. Gegründet als Berufsverband organisiert der VATG/ASTFA Aus- und Weiterbildungen und bereitet auf diese Weise Aspirantinnen und Aspiranten auf die Fachprüfung zur Erlangung des eidgenössischen Fachausweises als Grabungstechnikerin/Grabungstechniker vor. Durch unser Aus- und Weiterbildungsangebot stellen wir sicher, dass archäologische und bauanalytische Untersuchungen professionell und nach gesamtschweizerischen Standards durchgeführt werden.

Grundsätzliche Erwägungen zum Mittel und der Wirksamkeit der Kulturbotschaft 2016-2020

Die Kulturbotschaft hat sich in den vergangenen Jahren als geeignetes und wertvolles Steuerungsinstrument der Kulturpolitik erwiesen. Besonders hervorzuheben ist dabei die im Sinne einer Verbundaufgabe gestärkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden: eine Zusammenarbeit die sich als grundlegendes und tragendes Element der nationalen Kulturpolitik und einer strategischen Ausrichtung von Kulturförderung und -pflege etabliert hat.

Der vorliegende Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024 baut in den wesentlichen Zügen auf der Kulturbotschaft 2016-2020 auf und sichert damit die Kontinuität. Die bereits in der Botschaft 2016-2020 erkannten Megatrends und die daraus abgeleiteten Handlungsfelder der «Kulturellen Teilhabe», des «Gesellschaftlichen Zusammenhalts» und der «Kreation und Innovation» bilden nach wie vor Handlungsgrundlage und Rückgrat.

Das Instrument der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen hat sich in der vergangenen Periode als wertvolle Grundlage und Stütze namentlich für die Arbeit der kantonalen

Fachstellen für Archäologie und Denkmalpflege erwiesen. Es ist ausserordentlich begrüßenswert, diese Instrumente in der bewährten Form beizubehalten.

Als weitere bedeutende Ereignisse im Sinne und während der Periode der Kulturbotschaft 2016-2020 zu erwähnen sind die Ratifizierungen der Übereinkommen zum Schutz des Unterwassererbes und des Rahmenübereinkommens über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention von 2005). Mit der Ratifizierung dieser Übereinkommen bekannten sich Bundesrat und Parlament zur Bedeutung, zum Schutz und zur Wertschätzung der nicht erneuerbaren Ressource Kulturerbe. Anzuführen ist schliesslich der Schwerpunkt «Baukultur», welcher mit der 2018 verfassten, auf hohe Qualität einer sehr breit aufgefassten Baukultur abzielende und von zahlreichen Staaten mitunterzeichneten «Davos Declaration» national wie international verankert wurde.

Zu den einzelnen Fragen und Themenbereichen

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Zur Umsetzung der Kulturbotschaft haben wir uns bereits oben einleitend geäußert. Den genannten positiven Effekten steht die Tatsache gegenüber, dass die realen Mittel in Folge der Teuerungskorrekturen im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 *de facto* nicht den ursprünglich gesprochenen Mitteln entsprachen.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Die Kulturbotschaft 2021-2024 setzt auf Kontinuität. Die drei bereits in der Botschaft 2016-2020 definierten Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation» werden weiterverfolgt. Wir begrüßen diese Kontinuität, zumal sie die Zielsetzungen der bereits erwähnten Konvention von Faro aufnehmen und damit in der Schweizer Kulturpolitik verankern und konsolidieren. Allerdings fehlt in der Botschaft nicht nur der konkrete Bezug auf die Faro-Konvention, sondern es fehlen auch entsprechende Massnahmen zur Teilhabe am Kulturerbe. Dies ist zu bedauern und muss aus Sicht des VATG unbedingt ergänzt werden.

3. Zur Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Weiterentwicklung der Massnahmen folgt den definierten Handlungsachsen. Wir haben dazu folgende Bemerkungen:

3.1. Kulturelle Teilhabe durch Teilhabe am Kulturerbe ergänzen

Bei den Massnahmen im Bereich «Kulturelle Teilhabe» (S. 12) fehlt indes die Teilhabe am kulturellen Erbe – und damit genau der Inhalt der Faro-Konvention. Die Massnahmen müssen aus unserer Sicht zwingend um Massnahmen zur Förderung der Teilhabe am kulturellen Erbe ergänzt werden.

3.2. Anmerkungen zu den Konzepten und Massnahmen im Bereich «Baukultur»

Von erheblicher Tragweite ist das Massnahmenbündel, welches das in der Kulturbotschaft 2016-2020 eingeführte Konzept der «Baukultur» betrifft und zu dessen Umsetzung derzeit eine interdepartementale Strategie «Baukultur» erarbeitet wird.

Wir begrüßen grundsätzlich die Entwicklung dieses Bereichs und den gewählten interdisziplinären und breit vernetzten Ansatz. Vor dem Hintergrund des demografischen Drucks, raumplanerischer Zielsetzungen wie der inneren Verdichtung der Siedlungsgebiete sowie dem Schutz des Kulturlandes ist das Ziel der Entwicklung einer hohen Qualität der zeitgenössischen Baukultur ausgesprochen zu begrüßen. Nur so kann die Qualität und Integrität der gebauten Umwelt – und damit auch der historischen Siedlungslandschaft in der Schweiz – gewahrt, entwickelt und zu einem gewissen Mass

auch «repariert», d.h. Qualitätsmängel situativ behoben und Substanzverlust (in geringem Rahmen) kompensiert werden.

Als grundlegend erachten wir hierbei die vorgesehenen Massnahmen im Bereich Forschung, Wissen und Vermittlung (S. 36) sowie die angestrebte Stärkung der multisektoriellen und interdisziplinären Zusammenarbeit. Indessen stehen hier die Massnahmen und Ziele betreffend der zeitgenössischen Baukultur alleine: es fehlen gleichwertige Massnahmen und Ziele zum historischen Erbe. Solche sind ebenfalls zu erarbeiten und vorzulegen.

Grösste Vorbehalte haben wir indes bezüglich der neuen Begrifflichkeit der Baukultur, die nun von der zeitgenössischen Baukultur bis hin zur Archäologie alle Bereiche umfassen soll (s.u.).

3.3. Zur Begrifflichkeit der «Baukultur» und Umbenennung der Sektion «Denkmalpflege und Heimatschutz» des BAK in «Sektion Baukultur»

Neu sollen unter dem Begriff und Konzept der «Baukultur» auch die Fachbereiche Archäologie und Denkmalpflege subsummiert werden,

Der Begriff der «Baukultur» umfasst gemäss der «Davos Declaration» von 2018 *«die Summe der menschlichen Tätigkeiten, welche die gebaute Umwelt verändern»*. Liest man die «Davos Declaration» aufmerksam, so muss konstatiert werden, dass das archäologische Erbe sowie historische Denkmäler und Kulturlandschaften lediglich implizit *«als Denkmäler und andere Elemente des Kulturerbes»* erwähnt werden. Sowohl die «Davos Declaration», der derzeit zur informellen Anhörung aufliegende Entwurf der erwähnten Strategie «Baukultur»¹ als insbesondere auch die hier zur Diskussion stehende Kulturbotschaft 2021-2024 sind damit erstaunlich indifferent, was das Kulturerbe als Bestandteil der «Baukultur» betrifft. Das archäologische Erbe wird in allen genannten Dokumenten nie explizit als Bestandteil von «Baukultur» genannt. Es ist deshalb zu befürchten, dass sowohl in der Politik als auch in der breiten Öffentlichkeit keine spontane Konnotation von «Baukultur» mit dem Kulturerbe und insbesondere dem archäologischen Erbe erfolgt – und was nicht miterwähnt und explizit mitgemeint ist, droht schnell auch vergessen zu gehen.

So sehr also der ganzheitliche und sowohl den Bestand, das zeitgenössische Bauen sowie die aktuellen Belange nicht zuletzt der Raumplanung einbeziehende Ansatz des Konzepts «Baukultur» im Grundsatz zu begrüssen ist, so sehr ist für uns die begriffliche – und die daraus vermeintlich oder faktisch ablesbare inhaltliche – Vernachlässigung, ja Benachteiligung des archäologischen Kulturerbes ein erheblicher und nicht zu tragender Mangel.

Die Archäologie erforscht unsere Vergangenheit anhand materieller Reste, die mehrheitlich im Boden bewahrt sind, doch der puristische Überbegriff «Baukultur» riskiert, dass die Archäologie in ihrer Bedeutung missverständlich aufgefasst und damit unterbewertet und ignoriert wird: zum einen, indem sie auf Bauten vergangener Epochen reduziert wird, zum anderen, indem das kulturelle Bodenarchiv ausschliesslich in seiner Wirkung auf die zeitgenössische Bautätigkeit miteinbezogen wird. Der Begriff der «Baukultur» marginalisiert somit einen substanziellen, ja gar den mehrheitlichen Teil unseres kulturellen Erbes und einen wesentlichen Zuständigkeitsbereich von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden! Es ist zu befürchten, dass der begrifflichen Marginalisierung ein faktischer Bedeutungsverlust der Bereiche Archäologie und Denkmalpflege folgt.

Ablehnend stehen wir deshalb auch der Namensänderung der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege des BAK in «Sektion Baukultur» gegenüber. Wir können einerseits die stipulierte belastete Wahrnehmung der bisherigen Bezeichnung allenfalls ansatzweise nachvollziehen. Die neue Bezeichnung hingegen führt nicht nur zu einer Verschleierung der tatsächlichen Handlungs- und Aufgabenbereiche, sondern sie grenzt Denkmalpflege und insbesondere Archäologie geradezu aus! Zudem ergibt sich eine schwer erklärbare Diskrepanz der Bezeichnungen zwischen der Behörde auf Bundesebene, die für die Belange von Archäologie und Denkmalpflege zuständig zeichnet, und den kantonalen und städtischen Fachstellen, die nach wie vor als Denkmalpflege und Kantonsarchäologie

¹ Bundesamt für Kultur: Strategie Baukultur. Entwurf vom 06.06.2019.

bezeichnet werden und auf diese Weise diese Fachbereiche gegenüber Bauherren, Behörden und der Öffentlichkeit repräsentieren.

Da die Namensanpassung der Sektion Baukultur auch mit einer Erweiterung oder Verlagerung der Aufgaben, so namentlich mit der Förderung der zeitgenössischen Baukultur, verbunden ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Handlungsschwerpunkte der Sektion und damit auch die Mittelverteilung verschieben werden. Es ist folglich zu vermuten, dass die traditionellen, namentlich und inhaltlich nun bereits verschwindenden Aufgabenbereiche Archäologie und Denkmalpflege künftig von substanziellen Mittelkürzungen betroffen sein könnten.

Wir fordern deshalb, dass die Änderung der Bezeichnung der Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege nochmals breit reflektiert wird. Sollte die Umbenennung dennoch umgesetzt werden, so muss – soll die Bezeichnung «Baukultur» verwendet werden – aus unserer Sicht zwingend der Zusatz «Archäologie und Denkmalpflege» hinzugefügt werden.

Des Weiteren muss die Mittelsprechung für die neu definierte Sektion auch die zusätzlichen Aufgaben abdecken. Dies sollte ohne Umlagerung von Mitteln erfolgen. Wir kommen unter Punkt 6. darauf zurück.

3.4. Nationaler Kulturdialog

Zu begrüßen ist auch die Fortsetzung des «Nationalen Kulturdialogs». Diese Form der Zusammenarbeit, die alle Staatsebenen einbindet, hat sich in den vergangenen Jahren durchaus bewährt. Die Fortführung dieses Instruments, die zu einer intensivierte Zusammenarbeit und einem regelmässigen Austausch unter den Fachstellen des Bundes, der Kantone und Städte führt, hat beispielsweise zur Erarbeitung der ersten Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie geführt.

3.5. UNESCO Welterbe

Aus unserer Sicht unverständlich ist, dass im vorliegenden Entwurf der Kulturbotschaft und namentlich bei der Erläuterung der Massnahmen an keiner Stelle die von der UNESCO bezeichneten Welterbestätten benannt werden. Die Schweiz hat als Unterzeichnerin des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturguts (Konvention von Paris 1972) hier die Verpflichtung, sich für den Schutz, die Erhaltung und Erschliessung dieser Stätten einzusetzen. Während dies für die Naturerbestätten bereits umgesetzt wird, besteht in Bezug auf die Kulturerbestätten hier noch erheblicher Nachholbedarf. Wir beantragen deshalb, dass in Analogie zu den Naturerbestätten auch für die UNESCO-Kulturerbestätten ein eigenes Finanzierungsgefäss geschaffen und dieses entsprechend alimentiert wird.

4. Revision Filmgesetz

Die vorgesehene Revision des Filmgesetzes betrifft den Interessensbereich des VATG nicht. Wir enthalten uns deshalb einer Stellungnahme.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wir begrüßen namentlich die Aufnahme und gesetzliche Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Kulturförderungsgesetz – dies auch und gerade im Sinne der Faro-Konvention.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Der VATG begrüsst grundsätzlich, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 für die Kulturpolitik keine Mittelkürzungen vorsieht. Vor dem Hintergrund der insbesondere durch die Umsetzung des Konzepts «Baukultur» und der damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben- und Förderbereiche (Stichwort «zeitgenössische Baukultur») ist zu befürchten, dass letztendlich den traditionellen Bereichen des Denkmal- und Heimatschutzes Mittel entzogen werden. Es scheint uns unmöglich, mit gleichbleibenden Mitteln zusätzliche Handlungsbereiche abzudecken.

Gesamthaft können die vorgesehenen Mittel nicht als ausreichend für alle angestrebten Fördermassnahmen und für die betroffenen Bereiche erachtet werden.

Bereits in den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 wurde festgehalten, dass über 100 Mio. Franken notwendig wären, um unser Kulturerbe nachhaltig zu sichern (S. 37). Die Kulturbotschaft 2016-2020 sah denn im Mittel 22,2 Mio. Franken pro Jahr für den Teilbereich «Erhaltung schützenswerter Objekte, Archäologie» vor, also den Bereich, welcher das Kulturerbe sichert und der Nachwelt erhält. Der vorliegende Entwurf sieht im Rahmenkredit «Baukultur» für den Teilbereich «Erhaltung» nur noch 21,2 Mio. Franken vor.

Die vorgesehenen Mittel reichen somit kaum aus, um den Erhalt und die Pflege unserer Denkmäler und archäologischen Fundstätten sicherzustellen. Die massive Unterfinanzierung steht im überdeutlichen Kontrast zur bau- und bodendenkmalpflegerischen Realität: der Verlust des kulturellen Erbes schreitet ungebrems und vielerorts undokumentiert fort.

Wir fordern deshalb, dass sich die Bemessung der Mittel für den Bereich «Erhaltung» am für das letzte Jahr der Kulturbotschaft 2016-2020 festgelegten Betrag (23,3 Mio. Franken) orientiert und dieser Betrag für die Jahre 2021-2024 – inklusive der Anpassung an die Teuerung – fortführt. Nur so können die Aufgaben in den Bereichen Denkmalpflege und Archäologie sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen und Gemeinden weiterhin wahrgenommen und damit der unwiederbringliche Verlust von kulturellem Erbe verhindert werden.

Im Hinblick auf die Umsetzung der «Strategie Baukultur» muss aus unserer Sicht zwingend die Einbindung und die Alimentierung der Bereiche Denkmalpflege und Archäologie offengelegt werden. Ebenso fehlen uns in diesen Bereichen konkrete Massnahmen und Zielvorgaben.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, unsere Bemerkungen und Anliegen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens einbringen zu können und das Interesse, das Sie unserer Stellungnahme entgegenbringen. Bei Fragen stehen wir Ihnen jederzeit sehr gerne zu Ihrer Verfügung.

7. Anträge des VATG/ASTFA

Zusammenfassend möchten wir unsere Anträge nochmals festhalten:

- Ergänzung der Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe» um den Begriff der Teilhabe am kulturellen Erbe nach der Definition der Konvention von Faro.
-
- Das Aussetzen der angestrebten Umbenennung der Sektion Denkmalpflege und Heimatschutz des BAK bzw. Anpassung des Namens in «Sektion Baukultur, Archäologie und Denkmalpflege».
-
- Die Aufstockung der vorgesehenen Finanzmittel auf Basis der in der Kulturbotschaft 2016-2020 für deren letztes Geltungsjahr vorgesehenen Beträge.

VATG

Vereinigung des Archäologisch - technischen Grabungspersonals der Schweiz

Association suisse du personnel technique des fouilles archéologiques

www.vatg.ch , www.astfa.ch

ASTFA

- Die Sicherung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für die UNESCO-Weltkulturerbestätten.

**Antrag: Die Vereinigung des archäologisch-technischen Grabungspersonals der Schweiz
VATG/ASTFA beantragt die vorgesehene Revision klar abzulehnen.**

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung

Freundliche Grüsse



Christof Blaser
Präsident des VATG/ASTFA

Eidg. Departement des Inneren EDI

stabsstelledirektion@bak.admi.ch

Datum 20. September 2019

Ihr Kontakt René Gerber / Claude Ruey
Betrifft **Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset, sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, Ihnen nachfolgend unsere Überlegungen und Vorschläge zum Entwurf der „Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)“ mitteilen zu können.

ProCinema, der Schweizerische Verband für Kino und Filmverleih setzt sich für den Film im Kinosaal ein. Seit einigen Jahren führen wir den „Tag des Kinos“ durch. 2019 haben wir die erste generische Kino-Image-Kampagne lanciert und wollen die Bevölkerung zu vermehrten Kinobesuchen motivieren. Wir unterstützen verschiedene Institutionen, die im Bereich der „Nachwuchsförderung“ und Filmvermittlung bei Kindern und Jugendlichen tätig sind: z.B. die Zauberlaterne, La petite Lanterne, #cine oder Kinokultur in der Schule. Alle aufgeführten Massnahmen erbringen wir aus eigenen Mitteln, ohne Fördergelder der öffentlichen Hand.

Als Mitglied von CinéSuisse, dem Dachverband der audiovisuellen Branche unterstützen wir deren Stellungnahme.

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021-2024

Unsere Anliegen für zusätzliche Massnahmen und Unterstützungen, welche im Entwurf nicht enthalten sind, stehen ausserhalb des vorgeschlagenen Zahlungsrahmens und erfordern somit zusätzliche Mittel. Generell sind wir der Meinung, dass der vorgeschlagene Zahlungsrahmen für eine kohärente Umsetzung der Kulturbotschaft, insbesondere im Bereich Film nicht ausreicht und entsprechend erhöht werden muss.

Kino

Die Kinos und ihre Bedeutung werden in der Kulturbotschaft zwar erwähnt, im Bereich der finanziellen Unterstützung wird Ihnen jedoch die notwendige Wichtigkeit nicht beigemessen. Die Kinoauswertung ist die Grundlage für den Erfolg eines Films, auch für weitere Auswertungsformen. Wir sind aber der Meinung, dass es für den Vertrieb von Filmen in den Kinos nicht genügend Unterstützung gibt.

Wir plädieren deshalb für die Schaffung eines eigenen Kapitels "Kino" in der Kulturbotschaft.

Kino ist nicht nur ein Ort sozialer Begegnungen, es ist auch der Ort, an welchem die kulturelle Teilhabe am Film generell und insbesondere am Schweizer Filmschaffen stattfindet. Das Kino steht im Zentrum der Auswertung eines Films und es garantiert seine Sichtbarkeit. Es ist die wichtigste Plattform für die Entwicklung der einheimischen Produktion. Erst durch einen Kinostart wird ein Schweizer Film national für die breite Bevölkerung wahrnehmbar.

Kinos in kleineren Orten leisten hier einen besonders grossen Effort und das wird vom Bund zu wenig gewürdigt. Auch die Innenstadt-Kinos sind in der jüngeren Vergangenheit zunehmend unter Druck geraten. Und dies, obwohl in den letzten Jahren massiv in Technik, Ausstattung, Komfort und Dienstleistungen investiert wurde. Bei der ersten Welle der Digitalisierung konnten einige Kinos von der finanziellen Unterstützung des BAK's profitieren. Allerdings müssen in nächster Zukunft viele Betriebe die Projektionsanlagen, aus technischen Gründen erneuern (Digitalisierung 2.0). Ohne erneute Unterstützung werden etliche Kinos die grossen Investitionen nicht erbringen können.

Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, dass es für Kinos jeder Grösse und an allen Standorten neue Unterstützungsmassnahmen und eventuell auch neue Unterstützungsformen braucht.

Die Kinos müssen im Subventionssystem einen angemessenen Platz erhalten. Der Vertrieb in den Kinos muss besser unterstützt werden. Das derzeitige System bietet dafür nicht genügend Unterstützung.

Verleih

Aus Verleihsicht ist es zwingend, dass der Bund und insbesondere das BAK aus kulturpolitischen Gründen für ein lizenzrechtliches Territorium Schweiz entsteht. Eine deutliche Stärkung des Engagements für die Zugänglichkeit kultureller Werke (z.B. Filme), in allen Landessprachen, ist unabdingbar.

Schweizer Film

Als erster Teil der Auswertungsbranche für Schweizer Kinofilme (vom Bund gefördert oder nicht gefördert) sind wir an einem starken Schweizer Film interessiert. Somit unterstützen wir jede Anstrengung des Bundes, welche dazu beiträgt, die Vielfalt und den Erfolg des einheimischen Filmschaffens zu beleben und für das Publikum attraktiv zu gestalten.

Zusammenarbeit mit Europa

ProCinema begrüsst und unterstützt alle Massnahmen des Bundes, welche einen raschen Wiedereintritt der Schweiz in das Folgeprogramm von Creative Europe ermöglichen. Die Teilnahme an künftigen, europäischen Kulturförderprogrammen erscheint uns für die gesamte audiovisuelle Branche sehr wichtig und muss vom Bund mit aller Kraft vorangetrieben werden. Bis dieses Ziel erreicht ist, muss der Bund die aktuellen Ersatzmassnahmen aufrechterhalten.

Filmvermittlung bei Kindern und Jugendlichen

Angebote im Bereich Film für Kinder und Jugendliche müssen ausgebaut und vom Bund stärker unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für Initiativen aus der Branche für neue Formen von Unterrichts- und Freizeitangeboten, die sich explizit an Kinder und Jugendliche wenden und auch entsprechend für die Auswertung konzipiert werden.

Grundlagen Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung (Antrag 1 Cinésuisse)

Im Besonderen möchte ProCinema betonen, dass wir den Antrag 1 von Cinésuisse befürworten. Wir unterstützen das Anliegen, in der Kulturbotschaft 2021ff eine Expertengruppe vorzusehen, welche die grundlegenden Abklärungen führt, um ein künftiges „Centre National de l’Audiovisuel“ zu schaffen.

Mit freundlichen Grüssen

ProCinema

A handwritten signature in black ink, appearing to be "C. Ruey".

Claude Ruey
Präsident

ProCinema

A handwritten signature in black ink, appearing to be "R. Gerber".

René Gerber
Generalsekretär

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft); Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

1.4.2.1) Die Filmstandortförderung muss weitergeführt werden. Um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, werden jedoch mehr Mittel benötigt.

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

1.4.2) Die drei Handlungssachsen (bereits 2016–2020) sollen beibehalten werden: „Kulturelle Teilhabe“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und „Kreation und Innovation“.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

1.4.2.1) ProCinema stellt den Antrag, in der Kulturbotschaft festzuhalten, dass die Bundesfilmförderung einer grundlegenden Analyse zu unterziehen sei. Dies soll u.a. durch eine ausgesuchte Arbeitsgruppe geschehen, welche sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst.

-ProCinema unterstützt alle Massnahmen, welche die angestrebte Chancengleichheit für Frauen und Männer im Kulturbereich sicherstellen.

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

-3.2 Art 10 Leistungsvereinbarungen

ProCinema ist mit den vorgeschlagenen Änderungen nicht einverstanden. Der Entwurf der Kulturbotschaft sieht in Artikel 10 eine Revision des Filmgesetzes vor, die künftig Leistungsvereinbarungen mit gewinnorientierten Unternehmen oder mit Organisationen, die zu gewinnorientierten Unternehmen gehören, ausschliessen soll. Wir halten eine solche Verordnung nicht für wirksam und lehnen diesen Vorschlag ab. Die Änderung würde den Abschluss von Leistungsvereinbarungen unangemessen einschränken und wäre auch mit der allgemeinen Subventionspolitik unvereinbar. Wir können verstehen, dass eine private Organisation, die staatliche Subventionen erhält, keinen Gewinn erzielen sollte. Allerdings ist weder die Struktur der Firma noch die ihres Eigentümers entscheidend für die effektive Umsetzung kulturpolitischer Ziele.

Leistungsvereinbarungen sollen weiterhin mit juristischen Personen abgeschlossen werden können; unabhängig von Rechtsform und/oder Zweck. Die Zweckmässigkeit der Mittelverwendung soll in den Leistungsvereinbarungen abgesichert werden. Eine Gesetzesänderung ist dafür nicht erforderlich.

-3.2 Art 19a) Zugang zum Filmerbe

VoD beim BAK: Gegen einen niederschweligen Online-Zugang für Schweizer Filme, welche vom Bund unterstützt wurden oder werden, ist nichts einzuwenden. Dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Urheberrechte respektiert werden und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden (kein Gratiszugang für Konsumenten). Zudem darf kein Film als VoD angeboten werden, dessen Kinoauswertung noch nicht beendet ist.

-3.2 Art. 24 Abs 1) Meldepflicht

ProCinema lehnt die vorgeschlagene Revision ab. Bei Filmen, welche in der Produktion gefördert wurden, besteht ein grosses Öffentliches Interesse an den Auswertungsergebnissen, sowohl in der Schweiz, wie auch im Ausland. Auch wenn der Verkauf von Tonbildträgern in den letzten Jahren abgenommen hat, sind diese Zahlen in der politischen Argumentation für die Filmförderung wichtig.

-3.2 Art. 24a) Vielfalt des Angebots: (Europäische Quote 30%)

ProCinema unterstützt - auch mit Bezug auf die „EU-Quoten-Richtlinien“ - die Forderung nach einer Quote von 30% europäischer Filme für alle Anbieter und somit auch für die Kinos. Im Durchschnitt wurden seit 2010 pro Jahr ca. 40% Filme aus dem EU-Raum in den Schweizer Kinos gezeigt. Eine solche Quote wird von der Kinobranche somit schon länger erfüllt.

Eine Quote von Schweizer Filmen (gemessen an der Gesamtanzahl neuer Titel, die pro Jahr ins Kino kommen), scheint uns nicht zielführend. Seit 1995 betrug der Anteil der Schweizer Filmtitel im Durchschnitt 12.85%. 2010 lag die Jahresquote mit 19% am höchsten. Allerdings lag im selben Jahr der Marktanteil des Schweizer Films trotzdem „nur“ bei 5.45%.

Dies zeigt das Problem im Kino deutlich auf. Es gibt bereits heute zu viele „erfolglose“ (gemessen an den Besucherzahlen) Schweizer Filme. Es braucht dringend mehr Visibilität für den Schweizer Film im Kino und somit mehr Unterstützungsgelder für diesen Auswertungsteil.

Eine allfällige Quote (egal ob für europäische oder Schweizer Filme) dürfte auf keinen Fall pro Leinwand erhoben werden. Die einzig mögliche Messmethode ist gesamtschweizerisch, oder pro Sprachregion.

-3.2 Art. 24b FiG) Berücksichtigung des Schweizer Filmschaffens

(Investition in den Schweizer Film): ProCinema begrüsst es, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten verpflichtet werden sollen, 4% ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Dabei dürfen jedoch die Urheberrechtsentschädigungen nicht Bestandteil dieser Abgabe oder Investition sein.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie

die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Procinema vertritt die Meinung, dass alle Filme, welche vom BAK unterstützt werden, in mindesten drei Landesprachen (D/F/I evtl. situativ auch Englisch) verfügbar gemacht werden sollten. Dies kann durch Untertitelung, wie auch durch Synchronisierung erfolgen. Aus unserer Sicht, könnte dies die Lancierung von Schweizer Filmen in anderen Landesteilen, aber auch im gleichsprachigen Ausland fördern (Stichworte dazu sind Angebotsvielfalt und kulturelle Teilhabe). Es gilt, den Standortvorteil der Mehrsprachigkeit in der Schweiz zu nutzen und auszubauen.

Die dafür notwendigen Mittel sind nicht bei der Produktionsförderung einzusparen, sondern sind dem Zahlungsrahmen «Sprachen und Verständigung» zu entnehmen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Alle Forderungen von ProCinema und allfällig zusätzlich zu ergreifende Massnahmen (ausserhalb des Entwurfs) sind nicht im vorgeschlagenen Zahlungsrahmen enthalten und erfordern somit zusätzliche Mittel.

Generell sind wir der Meinung, dass der vorgeschlagene Zahlungsrahmen für eine kohärente Umsetzung der Kulturbotschaft, insbesondere im Bereich Film, nicht ausreicht und entsprechend erhöht werden muss.

Konkrete Vorschläge sind: Eine substantielle Erhöhung der „Succès Cinema“ Beiträge für Kino und Verleih. Die Schaffung eines Fonds für die finanzielle Unterstützung



Schweizerischer Verband für Kino und Filmverleih
Association Suisse des exploitants et distributeurs de films
Associazione Svizzera per il cinema ed il noleggio

Postfach 399 3000 Bern 14 info@procinema.ch T +41 (0)31 387 37 00
Schwarztorstr. 56 Switzerland www.procinema.ch

der Kinos zur „Digitalisierung 2.0“. Die Aufstockung der Mittel, im Bereich Filmvermittlung bei Kindern und Jugendlichen.

ProCinema

A handwritten signature in black ink, appearing to be "C. Ruey".

Claude Ruey
Präsident

ProCinema

A handwritten signature in black ink, appearing to be "R. Gerber".

René Gerber
Generalsekretär

SOLOTHURNER FILMTAGE JOURNEES DE SOLEURE GIORNATE DI SOLETTA SOLOTHURN FILM FESTIVAL

Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Solothurn, 16. September 2019

Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme Solothurner Filmtage

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021 – 2024 eröffnet. Die Solothurner Filmtage möchten hiermit die Gelegenheit wahrnehmen, sich auch direkt zur Kulturbotschaft 2021 – 2024 äussern, ergänzend zur Stellungnahme von CinéSuisse, welcher sich die Solothurner Filmtage im Rahmen der Conférence des Festivals anschliessen.

Vorab unterstreichen wir die Bedeutung der Förderung von Filmfestivals sowie die umsichtige Unterstützung der Solothurner Filmtage durch das Bundesamt für Kultur.

Aus Sicht der Solothurner Filmtage sind die in der erfolgsabhängigen Filmförderung geplanten Neuerungen bezüglich der Eintritte in inländischen Festivals eminent wichtig: Die Festivals bieten heute eine qualitativ und auch quantitativ zunehmend relevante Plattform für anspruchsvolle Filme. Sie haben an Bedeutung gewonnen als Auswertungsform für ein breites Publikum. Wir begrüssen eine Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik und ProCinema und hoffen, dass Succès Festival Suisse zügig umgesetzt werden kann.

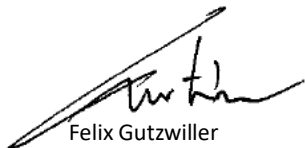
Die Solothurner Filmtage begrüssen die neuen Regelungen bezüglich der Online-Plattformen sowie zur Festivalförderung. Wir erachten diese als wichtige Weichenstellung für die Zukunft des Schweizer Filmschaffens, seiner Produktion, seiner Sichtbarkeit und Vermittlung.

Mit der Plattform filmo, einem Projekt des Vereins CH.Film, operativ im Auftrag ausgeführt von den Solothurner Filmtagen und in der Anschubfinanzierung getragen von Engagement Migros, bieten wir neuen Plattformen auch Hand, ihre Online-Plattformen von Anfang mit prägendem Schweizer Filmschaffen zu bespielen. Alle Filme der Edition sind in drei Sprachen und digitalisiert aufbereitet.

Bezüglich Art. 10 FiG Absatz 2 sind die Solothurner Filmtage Teil der Stellungnahme der Conférence des Festivals. Die Direktion und der Vorstand der Gesellschaft Solothurner Filmtage haben zu Handen der Conférence des Festivals einstimmig beschlossen, den Artikel 10 wie vorgesehen zu unterstützen.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse.

Mit freundlichen Grüssen



Felix Gutzwiller
Präsident der Solothurner Filmtage



Anita Hugi
Direktorin der Solothurner Filmtage



Ville de Lausanne

Municipalité

case postale 6904 – 1002 Lausanne

Confédération Suisse
Département Fédéral de l'Intérieur
Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset

Par courriel :
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

dossier traité par GJ/mk
notre réf. C.13/2019/09 – ec
votre réf.

Lausanne, le 19 septembre 2019

Message culture 2021-2024 – Position de la Ville de Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Le 29 mai 2019, le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation pour le Message sur l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024. Nous vous remercions par la présente de l'occasion qui nous est donnée de nous exprimer sur ce message et vous prions de trouver ci-dessous la prise de position de la Ville de Lausanne.

1. Mise en œuvre du message culture 2016-2020

Dans le domaine « Culture et économie », la Ville de Lausanne partage l'idée du fort potentiel résidant dans les industries créatives. Ce potentiel devrait être pris pleinement en considération par les structures traditionnelles d'encouragement à l'économie et incomber prioritairement à celles-ci. L'investissement financier important de Pro Helvetia dans les domaines concernés – également pour ce qui est du développement des ressources prévu pour la période 2021-2024 – prêterait le développement des moyens financiers octroyés aux autres disciplines artistiques. Pour un tel secteur, une mutualisation des moyens à l'échelle régionale ou nationale nous semblerait pertinente, à l'image du soutien à la production cinématographique. Il nous semblerait opportun de prévoir la mise en œuvre d'une politique fédérale de soutien particulière, dédiée spécifiquement à ces industries créatives.

Parmi les nouvelles mesures mises en œuvre pour la diffusion de la culture à l'étranger, les collaborations entre Pro Helvetia, les cantons et les villes ont donné des résultats très encourageants à l'image du projet Sélection suisse en Avignon. Aussi, le travail des différentes antennes de Pro Helvetia (bureaux de liaison et centres culturels) a permis à de nombreux artistes de pouvoir présenter leur travail dans des régions émergentes ou emblématiques. Il est à regretter que le financement de ces présentations se fasse encore en grande partie sur les fonds cantonaux et communaux dédiés à la diffusion. Globalement, les moyens fédéraux mis à disposition de ces mesures de diffusion sont insuffisants pour favoriser un réel impact.

2. Axes d'action de la politique culturelle de la Confédération

Les axes d'action de la politique culturelle fédérale se basent sur une analyse des grandes tendances qui ont une influence majeure sur le processus de transformation de la société. Le message culture 2021-2024 continue de faire référence aux cinq megatrends identifiés dans le message culturel précédent. Si ces tendances restent d'actualité, il est étonnant que la transition climatique n'apparaisse pas au nombre de celles-ci et ne fasse pas l'objet d'un axe d'action spécifique alors

que les questions de durabilité se posent avec de plus en plus d'acuité dans les différents domaines culturels.

Aussi, l'égalité des chances entre hommes et femmes, considérée dans le cadre de l'axe « participation culturelle », mérite une réflexion en profondeur, notamment à la source, soit dans les domaines de la pratique artistique en milieu scolaire et de la formation artistique.

De manière plus générale, la compétence de la Confédération étant de promouvoir les actions et intentions présentant un intérêt national, la question d'un soutien structurel direct aux institutions culturelles d'importance nationale mériterait une mise à l'agenda. Ainsi, la création d'un outil de soutien, conséquemment doté, spécifique aux grandes institutions œuvrant dans le domaine des arts de la scène et de la musique, sur le modèle des soutiens apportés par l'OFC aux musées, collections et réseaux de tiers d'importance nationale est très attendue de la part des grandes villes suisses. Une telle politique de soutien permettrait de seconder subsidiairement les subventions cantonales et communales particulièrement importantes et valoriser le travail conséquent de ces institutions jouant un rôle majeur pour la production culturelle du pays (par exemple à Lausanne, le Théâtre de Vidy), pour l'image de la Suisse à l'étranger (par exemple à Lausanne, le Béjart Ballet et le Théâtre Vidy) ou encore pour la cohésion culturelle du pays (par exemple à Lausanne, le festival Label Suisse).

3. Poursuite du développement des mesures

3.1. Développement dans le domaine de la participation culturelle

La Ville de Lausanne partage le souci majeur que constitue le défi d'une participation culturelle accrue et transversale aux différentes couches sociales et communautés qui constituent notre pays.

En ce qui concerne l'écrit et le livre, la participation culturelle doit être à nos sens spécifiquement encouragée autant en ce qui concerne la pratique de l'écriture que la pratique de la lecture. A ce titre, l'idée d'un programme « Jeunesse et littérature » qui encouragerait les jeunes sur les deux tableaux mériterait d'être lancée, sur le modèle du programme « Jeunesse et musique ». La pratique de l'écriture en amateur, par le biais d'ateliers d'écriture, prouve ses bienfaits depuis de nombreuses années auprès de divers publics, de générations et de milieux socioculturels divers.

3.2. Développement dans le domaine de la cohésion sociale

La Ville de Lausanne s'inscrit parfaitement dans la stratégie développée sous l'égide de l'OFC dans le domaine de la protection du patrimoine bâti. L'ISOS s'est notamment révélé un outil très utile dans la défense par la Ville de son patrimoine bâti. La Ville soutient donc pleinement les développements prévus dans ce domaine.

La Ville accueille également avec intérêt le souhait de mettre sur pied avec les villes et les cantons des réseaux d'échanges interrégionaux par discipline. Elle espère notamment bénéficier de l'appui renforcé de la Confédération dans le projet Label Suisse qui cherche à valoriser l'ensemble des musiques suisses et à mieux faire connaître la diversité de la création helvétique dans ce domaine.

En matière de littérature, ces efforts gagneront à être intensifiés. Sachant que la littérature circule très mal entre les régions linguistiques du pays, les villes suisses devraient être davantage impliquées dans la circulation des œuvres et idées portées par les écrivain·e·s suisses de chacune des régions linguistiques. Ainsi, pour ne prendre que l'exemple du Prix suisse de littérature, les villes romandes, qui connaissent parfaitement leur public et leur collectivité, pourraient être davantage des partenaires dans le rayonnement des auteur·e·s lauréat·e·s, par le biais d'accueil de tournées, de rencontres et d'actions de communication auprès de la population.

3.3. Développement dans le domaine de la création et de l'innovation

La Ville de Lausanne se réjouit de l'élargissement au domaine de la musique des mesures prises par la Confédération pour renforcer la compétitivité des artistes suisses à l'étranger.

La Ville de Lausanne espère le développement des conventions de soutien conjoint dans le domaine du théâtre et, à titre exploratoire dans un premier temps tout au moins, de la musique. Ces conventions sont le gage d'un accompagnement efficace pour les compagnies et les artistes. Elles s'inscrivent dans un rapport de confiance qui leur permet une meilleure planification et une prise de risques artistiques plus intéressante.

La Ville de Lausanne estime qu'en matière de promotion des activités des éditeurs et des auteur-e-s, des actions supplémentaires seraient à mettre en route pour renforcer leur présence sur les plateformes et événements internationaux.

Des axes thématiques pluridisciplinaires, ainsi que des actions thématiques pluridisciplinaires, mêlant cinéma, littérature, musique, sont à imaginer pour renforcer le dynamisme et la diffusion de la création suisse.

3.4. Disciplines et domaines d'encouragement à la culture

La Ville de Lausanne rejoint le souhait de la Confédération de définir un système de rémunération convenable pour les artistes et se réjouit également qu'une réflexion sur une prévoyance sociale plus adéquate pour les acteurs culturels indépendants fasse l'objet d'un échange au niveau national. La question de la création d'un véritable statut de travailleurs culturels intermittents mériterait également d'être mise à l'ordre du jour de la Confédération.

Toute mesure contraignante permettant de garantir une meilleure rémunération des artistes et des acteurs culturels devrait obligatoirement être accompagnée d'une augmentation des moyens financiers dans les domaines concernés, ce qui ne nous semble pas être le cas dans la planification budgétaire 2021-2024. L'inclusion dans le champ des acteurs culturels de fonctions jusqu'à présent connexes (« personnes collaborant à des processus artistiques ») devrait également être accompagnée d'une augmentation des ressources budgétaires nécessaires à leur prise en compte.

Dans le domaine des arts visuels, au sein duquel coexistent un modèle de rémunération basé sur la vente potentielle d'œuvres et un modèle basé sur des prestations (création, exposition, etc.), le conditionnement de l'octroi de soutiens au respect de rémunérations spécifiques imaginé par la Confédération devrait faire l'objet au préalable d'une étude d'impact et en cas d'implémentation de moyens financiers dédiés supplémentaires.

La Ville de Lausanne encourage également le principe d'un soutien aux organisations d'acteurs culturels professionnels afin de permettre aux autorités subventionnant la culture de bénéficier d'interlocuteurs qui soient représentatifs des différents domaines. A ce titre, les particularités régionales et linguistiques méritent une attention particulière. Pour exemple, le domaine du théâtre s'inscrit dans un fonctionnement structurel et artistique radicalement différent en Suisse romande et en Suisse allemande. La possibilité de soutenir dans un tel domaine une association régionale nous semble ici pleinement justifiée.

3.4.1. Arts visuels

Il est heureux que Pro Helvetia bénéficie de fonds supplémentaires depuis 2016 pour intégrer les arts visuels dans son système d'encouragement. Aussi, le soutien apporté aux espaces dédiés à l'art est venu combler une lacune et la Ville de Lausanne le salue. Dans ces deux domaines, l'aide apportée par la Confédération, tout comme celle des cantons et des communes, devrait être augmentée pour combler le retard par rapport aux autres disciplines.



La prise en compte de la notion de recherche artistique dans ce domaine, qui illustre une évolution importante de la pratique artistique et de la perception politique des arts visuels, devrait également faire l'objet d'une augmentation des moyens financiers qui y seraient dévolus.

3.4.2. Economie créative

Les mesures mises en œuvre dans le domaine du design et des médias interactifs mériteraient d'être étendues aux autres domaines de l'industrie créative. Globalement, les potentialités économiques de la culture peinent à être considérées par les structures traditionnelles de soutien à l'économie. Un positionnement affirmé de la part de la Confédération permettrait de valoriser la notion d'entrepreneuriat culturel et de faciliter les investissements publics et privés liés au développement économique.

Pour exemple, les musiques actuelles, au demeurant largement absentes du Message culture alors qu'elles sont considérées comme un bien culturel et économique de première importance dans nombre de pays européens, recèle également de réelles potentialités économiques.

3.4.3. Arts de la scène

Dans ce domaine, une extrême précarité frappe aujourd'hui les artistes et les acteurs culturels, tout du moins en Suisse romande, comme le démontrent bon nombre de sondages et d'études (par exemple de l'état de leur prévoyance sociale). Les spectacles sont programmés moins longtemps, les temps de répétitions sont raccourcis, les conditions de travail sont en baisse alors que la formation professionnelle induit une augmentation importante de compagnies et d'artistes professionnels. Les artistes sont trop souvent contraints de multiplier les créations pour continuer à exister. Encourager, en amont, le travail de recherche ainsi que, en aval, une meilleure diffusion des spectacles permettrait aux projets d'atteindre un meilleur niveau de qualité et une plus grande « durabilité ». Les mesures envisagées dans ce domaine semblent donc aller dans le bon sens. Elles devraient cependant être clairement accompagnées de moyens financiers supplémentaires, sans quoi une plus grande précarisation sera indirectement stimulée.

L'extension du champ de soutien de la création scénique au théâtre musical et au cirque contemporain est saluée mais devrait également être accompagnée de moyens financiers supplémentaires. Par ailleurs, la notion distincte de l'humour devrait également figurer dans le champ des soutiens possibles ou tout du moins faire l'objet d'une réflexion approfondie sur ses critères d'éligibilité.

3.4.4. Littérature

La Ville de Lausanne salue l'encouragement de la création artistique et le soutien à l'édition apportés par la Confédération. La Ville de Lausanne souhaite que les domaines de l'édition non fiction, soit du documentaire, de l'essai, de la vulgarisation sociologique, historique et patrimoniale soient davantage soutenus et encouragés par la Confédération.

3.4.5. Musique

Le Message culture axe l'essentiel de son action dans ce domaine au soutien à la diffusion (nationale et internationale). Un renforcement marqué des soutiens fédéraux à Swiss Music Export permettrait un réel investissement dans le potentiel culturel et économique de la talentueuse scène musicale du pays, sur le modèle des réussites notoires de pays de taille modeste tels l'Islande, la Norvège, la Suède, le Danemark, la Belgique, parmi d'autres.

Reste que dans ce domaine (et particulièrement dans celui des musiques actuelles), c'est bien souvent le travail de création qui n'est pas rémunéré. Une réflexion concertée avec les villes et les cantons dans ce domaine serait urgente à mener.



Un soutien financier aux structures accompagnantes (management, labels, édition, etc.) sur le modèle des contributions structurelles aux maisons d'édition suisses serait opportun, afin de favoriser un encadrement plus professionnel aux musicien·ne·s et in fine l'éclosion de davantage de nouveaux talents au niveau international.

3.4.6. Culture et patrimoine cinématographique

La Ville de Lausanne partage le point de vue de la Confédération sur le rôle des festivals dans la diversité de l'offre cinématographique. Elle espère en ce sens un élargissement du nombre des manifestations bénéficiant de contrats de prestation et un assouplissement des critères de soutien ne permettant actuellement pas à des manifestations comme le Lausanne Underground Film Festival (LUFF) ou le Festival Cinémas d'Afrique de bénéficier d'un soutien de la Confédération, alors qu'ils œuvrent l'un et l'autre avec brio à faire vivre un pan de la production cinématographique largement délaissé par les réseaux de diffusion commerciaux.

Dans le domaine du patrimoine cinématographique d'hier, d'aujourd'hui et de demain, la Ville de Lausanne se réjouit d'entendre la Confédération reconnaître le rôle essentiel de diffusion joué par la Cinémathèque suisse. L'affectation d'une partie de son budget au Cinéma Capitole, lieu emblématique dédié à devenir à l'issue des travaux de rénovation la vitrine publique de son activité et de ses fonds cinématographiques, en serait une concrétisation tangible.

3.4.7. Patrimoine culturel

La Ville de Lausanne salue le soutien apporté par la Confédération à un choix de musées considérés d'importance nationale. Elle considère le nombre de musées soutenu comme restreint, ce qui implique une fluctuation régulière des budgets de fonctionnement concernés. La Ville de Lausanne émet le souhait que le nombre de musées soutenus puisse être élargi dans le cadre de la période 2021 à 2024, avec une augmentation proportionnelle des moyens financiers à la clé.

4. Ressources financières pour la mise en œuvre du message culture 2021-2024

Il est à regretter que les moyens destinés à soutenir les domaines d'activité traditionnels de Pro Helvetia n'augmentent pour ainsi dire pas. Le Message culture insiste même sur le fait que Pro Helvetia devra être plus sélectif dans ses soutiens en raison de l'intégration de nouveaux domaines de soutien tels que le design et les médias interactifs et de l'élargissement du champ des soutiens à la diffusion au secteur musical. A l'heure où les créateurs suisses commencent à trouver une large reconnaissance internationale, cette décision est autant regrettable qu'incompréhensible.

De la même manière, les moyens supplémentaires apportés à l'OFC ne sont pour l'essentiel en lien qu'avec les nouvelles mesures liées à la formation musicale ou à la politique des langues, ou découlent de transferts depuis d'autres départements (SAPA).

Au final, avec un budget culturel représentant à peine 0.3% de ses dépenses, la Confédération reste loin des investissements consentis dans le domaine culturel par d'autres pays européens. Un renforcement conséquent des budgets octroyés aux domaines de soutien traditionnels serait essentiel et refléterait la formidable santé de la création suisse.

En vous remerciant vivement de l'attention accordée à nos réponses et remarques, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Au nom de la Municipalité

Le syndic
Grégoire Junod



Le secrétaire
Simon Affolter



Schweizer Musikrat SMR
Stefano Kunz, Leiter Politische Arbeit
Gönhardweg 32
5000 Aarau

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Aarau, 20. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Schweizer Musikrat bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. Der Schweizer Musikrat SMR vereint als Dachorganisation der Musik in der Schweiz aktuell 54 Mitglieder, welche das gesamte Spektrum von Tätigkeiten und Stilen im Bereich der Musik repräsentieren und insgesamt rund 650'000 Aktive vereinigen.

Der SMR vertritt die Interessen des Schweizer Musiklebens im In- und Ausland und arbeitet dafür mit Bundes- und kantonalen Behörden und anderen Institutionen zusammen.

Er fördert zusammen mit seinen Mitgliederorganisationen insbesondere das Musikschaffen sowie die ausübenden Musikerinnen und Musiker, die Vielfalt des musikalischen Angebotes, die musikalische Bildung in allen Altersgruppen sowie die Aus- und Weiterbildung und die Forschung in allen Belangen des Musiklebens.

Gliederung der Ausführungen

- I. Allgemeine Würdigung
- II. Grundzüge
- III. Förderbereiche, Ziele und Massnahmen
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

I. Allgemeine Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn

diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.41 % der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der enormen Wertschöpfung, welche der Kreativsektor unterdessen generiert, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Zugleich halten wir fest, dass wir grössere Mittelverschiebungen zwischen den Förderbereichen, die bei den Betroffenen zu Sparmassnahmen führen würden, ablehnen. In diesem Fall müsste der Antrag auf Erhöhung der Mittel erweitert werden.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht des Musiksektors der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüssen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an.

Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «volumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, den Passus «volumfänglich» zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Dabei meinen wir in der Gesamtbetrachtung feststellen zu können, dass insbesondere Pro Helvetia bestrebt ist, dem ständig zunehmenden vernetzten Denken und Handeln sowie des Ineinanderfliessens von Bereichen, Sparten und Stilen in ihren Fördermassnahmen Rechnung zu tragen. Wie der SMR schon in seinem Positionspapier zur neuen Kulturbotschaft vom 30. August 2018 formulierte, erachtet der Musiksektor demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hocherfreulich. Auch wenn dies primär professionelle Kulturschaffende betrifft, wird dies eine Sensibilisierung dort bewirken, wo professionelles und Laien-Kulturschaffen ineinanderfliessen, was wir als wichtig und richtig erachten.

II. Grundzüge

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüßen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laubahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUIISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen, deren Chancen zu nutzen und den Risiken bzw. den negativen Auswirkungen möglichst früh zu begegnen, deutlich verstärkt werden müssen. Aus diesem Grund fordert der SMR in seinem Positionspapier zur nKuBo auch eine breite Debatte über die Gewichtung zwischen fairer Entschädigung der Urheber- und Interpretenrechte einerseits und der Internetfreiheit andererseits.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen und mindestens die Schnittstellen zu privaten Anbietern definiert werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es auszuprobieren gilt. Grundlage davon müsste aber eine Erhebung sein, welche bestehenden Netzwerke es schon gibt und wie diese genutzt werden können. Es wäre befremdend, wenn mit öffentlichen Geldern bestehende Netzwerke, welche den angestrebten Zweck zumindest teilweise erfüllen, konkurrenziert würden. Dann scheint es uns auch wichtig, dass durch diesen neuen Ansatz der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Gerne vermitteln wir hier allfällige Kontakte.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüssen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv einzusetzen. Der Schweizer Musikrat ist gerne bereit, dabei eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU InstA. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, ist aus unserer Sicht ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir teilen die Ausführungen in diesem allgemeinen Abschnitt. Allerdings liesse sich insbesondere der erste Satz vollumfänglich auch z.B. auf das Laienmusizieren übertragen:

«Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren des gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der Identitätsbildung, fördern den Dialog und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»

Gerade was die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrifft, sind die Laienorganisationen aufgrund der Freiwilligkeit oftmals wesentlich wirkungsvoller.

An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fließender werden.

→ Wir rufen deshalb die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich diese Tatsache immer wieder vor Augen zu halten und ihr in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden müsste. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Der Schweizer Musikrat bietet hier gerne seine Expertise an.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert und hocherfreulich. Wir unterstützen vorbehaltlos die Absicht von Pro Helvetia und BAK, die Finanzhilfen des BAK ab 2021 mit der Bedingung zu verknüpfen, dass bei den Entschädigungen die Empfehlungen der relevanten Branchenverbände berücksichtigt werden müssen. Ebenfalls erfreulich ist, dass künftig die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, den wir selbstredend ebenfalls sehr begrüssen.

Da sich dieses Kapitel auf das professionelle Schaffen bezieht und um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen, ist es aus unserer Sicht unerlässlich, die Aussage bezüglich Berücksichtigung der Branchenverbandsempfehlungen dahingehend zu präzisieren, dass für das Laienmusizieren eine andere Lösung gefunden werden muss, da sonst viele Dirigenten nicht mehr in der Lage sein werden, sich z.B. eine Dirigentin / einen Dirigenten leisten zu können.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit sparten-spezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert.

→ Zugleich scheint es uns aber wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Der Schweizer Musikrat hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig ziel-führend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise.

→ Wir fordern, dass hier im Minimum ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, wenigstens die Aktivitäten aufeinander abzustimmen.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unum-gänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen des Musiksektors vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der inter-nationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun fol-genden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu neh-men:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Ver-weis auf die auf Seite 5 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung der Digitalisierung der Bücher wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

→ Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

→ Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

→ Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten Wichtigkeit und der enormen Grösse dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung» haben wir grundsätzlich keine Einwände, verweisen aber auch hier auf die Aussagen, die wir insbesondere zu den Themen «Programm J+M» sowie «Begabtenförderung» auf den Seiten 2 – 4 gemacht haben.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft haben wir darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

→ Es braucht aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir vorbehaltlos:

1. Überprüfung der J+M-Ausbildung und der Zulassungskriterien;
2. Stärkung der Zusammenarbeit des Programms J+M mit der Volksschule;

3. Vereinfachung und Zentralisierung der Prozesse zur Anmeldung zur J+M-Ausbildung sowie zur Einreichung von Gesuchen.

Sie sind richtig und u.E. dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren.

Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Entsprechend freuen wir uns darüber.

Ebenso vorbehaltlos unterstützen wir die Einführung eines Programms zur Begabtenförderung.

Die Ausführungen, die unter dem Titel «Musikschultarife» gemacht werden, empfinden wir hingegen als verwirrend, werden doch die beiden Themen «Musikschultarife» sowie «Talentkarte» miteinander vermischt. Das schafft Unklarheit.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

- Musikalische Bildung: Wir erachten die beantragten Zusatzmittel von durchschnittlich 2.1 Mio CHF pro Jahr als adäquat. Sie sollten ausreichen, um einerseits das Programm J+M voranzutreiben und andererseits das Programm «Talentkarte» aufzubauen.

Wichtig ist uns hierbei, dass z.B. aufgrund von Sparvorgaben die Einführung der Begabtenförderung nicht plötzlich auf die lange Bank geschoben wird.

- Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

- Kulturelle Organisationen und kulturell tätige Laienorganisationen: Das BAK hat, nachvollziehbar, begonnen, mit den Organisationen, welche Strukturgelder erhalten, Leistungsvereinbarungen

abzuschliessen. Dabei sind die zu erreichenden Ziele verbindlich. Somit müssen auch die zugesagten Mittel für die vereinbarte Periode verbindlich sein. Es kann nicht sein, dass diese Beiträge aufgrund von Sparvorgaben während der Vertragsperiode gekürzt werden.

→ Wir fordern deshalb, dass künftig die in den Vereinbarungen zugesagten Unterstützungsgelder während der Vertragsperiode unangetastet bleiben. Sonst ist eine vernünftige Budgetierung nicht möglich.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz vollumfänglich unterstützen. Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

→ Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.

→ Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen / Übersicht Anträge

Im Sinne einer Übersicht führen wir nachstehend alle unsere Anregungen, Forderungen oder Anträge nochmals auf:

Seite 2, Allgemeine Würdigung:

- Wir beantragen, den Passus «vollumfänglich» zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Seite 4, Entwicklungen Kulturelle Teilhabe:

- Wir weisen mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen und mindestens die Schnittstellen zu privaten Anbietern definiert werden.

Seite 5, Entwicklungen Gesellschaftlicher Zusammenhalt:

- Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Gerne vermitteln wir hier allfällige Kontakte.

Seite 5, Entwicklungen Kreation und Innovation:

- Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer

Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv einzusetzen.

Der Schweizer Musikrat ist gerne bereit, dabei eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Seite 6, Kulturpolitik des Bundes im Ausland, Multilaterale Ebene:

- Wir fordern den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.
- Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Seite 6, Kunst und Kulturschaffen:

- Wir rufen die Akteure der Kultur in Politik und Verwaltung aller drei Staatsebenen auf, sich die Tatsache, dass die Grenzen zwischen professionellem Kulturschaffen und jenem der Laien immer fließender werden, immer wieder vor Augen zu halten und dem in der Kulturpolitik entsprechend Rechnung zu tragen.

Seite 6, Nachwuchs:

- Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Seite 7, Künstlerisches Schaffen:

- Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden.

Seite 7, Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland:

- Es scheint uns wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Seite 8, Schweizer Preise:

- Wir fordern, dass hier im Minimum ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, wenigstens die Aktivitäten aufeinander abzustimmen.
- Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Seite 8, Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch:

- Wir sehen bei der Plattform swissmusic.ch dringenden Handlungsbedarf.

Seite 8, Schweizerische Nationalbibliothek:

- Wir sind bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass die Digitalisierung von Büchern sogar intensiviert werden müsste.
- Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.
- Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände

verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Seite 9, Kulturelle Teilhabe:

- Es braucht aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass beim Art 12a KFG Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Seite 10, Kulturelle Teilhabe, Abschnitt Musikschartarife:

- Wir beantragen, dass dieser Abschnitt neu zu formulieren sei.

Seite 10, Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG,

- Wir beantragen, dass der Betrag, welcher für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, mit der Botschaft an die Räte von 1 auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.
- Wir fordern, dass künftig die in den Vereinbarungen mit den Kulturellen Organisation und den kulturell tätigen Laienorganisationen zugesagten Unterstützungsgelder während der Vertragsperiode unangetastet bleiben. Sonst ist eine vernünftige Budgetierung nicht möglich.

Seite 11, Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024:

- Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.
- Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganze Förderperiode.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen und Anträge zu berücksichtigen. Für allfällige Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizer Musikrat



Rosmarie Quadranti
Präsidentin



Stefano Kunz
Leiter Politische Arbeit



Interessengemeinschaft unabhängige Schweizer Filmproduzenten
Groupe d'intérêt des producteurs indépendants de films suisses
Comunità degli interessi dei produttori indipendenti di film svizzeri
Pool of independent Swiss film producers

c/o Advokatur Gartenhof, Matthias Münger, Gartenhofstrasse 15, Postfach 9819, 8036 Zürich
info@independentproducers.ch, www.independentproducers.ch

Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

**Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024:
Stellungnahme IG unabhängige Schweizer Filmproduzenten**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Mai 2019 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet und der IG unabhängige Schweizer Filmproduzenten die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt, wofür wir uns bedanken.

Die IG, deren Mitglieder Filme wie «Die Göttliche Ordnung», «Zwingli», «Female Pleasure», «Blue My Mind», «Eldorado» oder «Wolkenbruch» und TV-Serien wie «Quartiers des Banques» oder «Wilder» produzierten, setzt sich seit ihrer Gründung im Jahr 2009 für die Verbesserung der Produktionsbedingungen in der Schweiz ein, um so den künstlerischen und kommerziellen Erfolg des Schweizer Films im In- und Ausland zu stärken.

Die Interessen der IG im Bereich Filmförderung sind im Wesentlichen in der Stellungnahme von CinéSuisse zur Kulturbotschaft 2021-2014 abgebildet. Diese wird zum integrierenden Bestandteil der vorliegenden Eingabe erklärt. Insbesondere unterstützt die IG folgende zentralen Anliegen:

1. Reform und Neuaufstellung der Schweizer Filmförderung gemäss Anhang 1 zur Stellungnahme von CinéSuisse

Die IG unterstützt den Antrag von CinéSuisse, die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung in die Kulturbotschaft 2021-2024 einzubringen. Dies mit dem Ziel der Mandatierung einer ausgewählten Arbeitsgruppe, die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst.

Die IG sieht das Bedürfnis nach einer Reform und Neuaufstellung der Schweizer Filmförderung als zentrales und vordringlichstes Anliegen. Grund dafür ist, dass die Schweizer Filmproduktion in der europäischen Filmlandschaft zu wenig wahrgenommen wird. Der Ausschluss aus dem Media Programm erschwert zudem die

internationale Zusammenarbeit und schwächt die Stellung der Schweizer Filmproduktion auf dem globalen Markt. Schliesslich verändert der Wandel der Medienlandschaft und des Medienkonsums die herkömmlichen Herstellungs- und Auswertungsbedingungen für Filme grundlegend. Eine Dynamisierung und Flexibilisierung durch die Schaffung zeitgemässer Förderstrukturen wie sie in vielen europäischen Ländern realisiert wurden, ist deshalb anzustreben.

Die IG möchte gemeinsam mit dem BAK die Möglichkeiten einer administrativen Auslagerung der Filmförderung oder anderer struktureller Rechtsformen prüfen, um die bestmögliche Filmförderung für die Zukunft zu finden.

2. Reinvestitionspflicht und Territorialitätsprinzip für Online-Anbieter

Die IG begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren, oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Nachdem sich das geplante Gesetz über die elektronischen Medien verzögern wird, muss der Onlinebereich im Filmgesetz geregelt werden, denn das Filmgesetz ist heute nicht mehr alleine für die Belange des Kinofilms zuständig, sondern bewegt sich zunehmend in Richtung eines Gesetzes über den Film, unabhängig der Auswertungsform. So muss neben dem traditionellen linearen Fernsehen auch ein Umgang mit Online-Angeboten gefunden werden. Die IG begrüsst daher, dass Online-Anbieter dieselben Pflichten haben sollen wie die Anbieter von linearen Fernsehprogrammen. Sie müssen – neben der Entrichtung von film- und urheberrechtlichen Abgaben – einen Anteil ihres Umsatzes für die Entwicklung und Herstellung von Schweizer Filmen zur Verfügung stellen.

Diesbezüglich sollen, entgegen dem Vorschlag im Entwurf, die von den Online-Anbietern entrichteten Urheberrechtsentschädigungen nicht angerechnet werden dürfen. Eine Urheberrechtsentschädigung ist nicht ausschliesslich für Schweizer Filmproduktionen vorgesehen. Im Gegenteil, der Grossteil, der durch die Verwertungsgesellschaften erfassten Urheberrechtsentschädigungen, fliesst ins Ausland. Die Bestimmung zur Förderung des Schweizer Films ist aber eine ausschliesslich schweizerische Regelung. Folglich muss Art. 24c Abs. 2 lit. b des Entwurfs ersatzlos gestrichen werden.

Sodann muss das gesamte Onlineangebot erfasst werden, inkl. IPTV (Internet Fernsehen). Mit dem Hinweis in Art. 24b des Entwurfs, wonach „Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten“, verpflichtet sind, 4% ihrer Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufzuwenden, muss sichergestellt sein, dass sämtliche Angebote, welche weder unter das heutige RTVG fallen, noch als Kino gelten, erfasst werden. Das bedeutet, dass auch IPTV hier erfasst werden muss, sofern es nicht unter das RTVG fällt. Wichtig in diesem Zusammenhang ist klarzustellen, dass es keine vierte Auswertungsmöglichkeit eines Filmes gibt. Es muss die lü-

ckenlose Aufteilung der Auswertung garantiert werden auf die drei Bereiche: Kinoauswertung, Fernsehauswertung, Onlineauswertung.

Schliesslich erachtet es die IG als sinnvoll, auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalter, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieter verhindern, und die Einhaltung der Regeln könnte durch dieselbe Instanz (BAK) überprüft werden.

3. Angemessener Anteil von Europäischen und Schweizer Filmen im Angebot

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien fordert die IG die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieter. Somit soll hinsichtlich einem zukünftigen Wiederbeitritt ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden.

Als Ergänzung soll in diesen 30% ein angemessener Anteil an Schweizer Filmen festgeschrieben werden. Art. 24a Abs. 1 ist deshalb um folgenden Satz zu ergänzen: „Dabei ist ein angemessener Anteil für Schweizer Filme vorzusehen.“

Nebst den vorerwähnten sowie den weiteren Punkten gemäss Stellungnahme von CinéSuisse zur Kulturbotschaft 2021 - 2024 erachtet die IG folgende Ergänzungen als wichtig:

4. Revision Filmgesetz betreffend Filmfestivals

Das BAK plant eine Revision von Art. 10 des FiG. Nach dem Vorschlag des BAK sollen gewinnstrebige Unternehmen, oder Unternehmen, die im Besitz oder unter dem Einfluss von gewinnstrebigen Unternehmen sind, von Leistungsvereinbarungen ausgeschlossen sein. Mit anderen Worten sollen gewinnorientierte Unternehmen im Bereich Film von einer Subventionierung durch Betriebsbeiträge ausgeschlossen werden. Grund dafür ist, dass das BAK befürchtet, allfällige Überschüsse könnten zweckentfremdet werden.

Mit diesem Revisionsvorschlag zielt das BAK unmittelbar auf das „Zürich Film Festival“ (ZFF), welches sich im Besitz der NZZ-Mediengruppe befindet. Auf Drängen des BAK hat das ZFF erst letztes Jahr personelle Wechsel im Verwaltungsrat vorgenommen und seine organisatorischen Strukturen angepasst. Ebenfalls wurde ein statutarisches Gewinnausschüttungsverbot installiert. Damit hat das ZFF die damals gestellten Anforderungen erfüllt. Nun wird versucht, die Unterstützung des ZFF über eine Revision des FiG abzustellen. Die IG erachtet dieses Vorgehen als treuwidrig und stellt sich klar hinter das ZFF sowie die diesbezügliche Initiative von Andres Bruetsch, ehemaliger Vize-Präsident der Zürcher Filmstiftung.

5. 10-Punkte Plan betreffend neuer Förderinstrumente

Im Februar 2019 hat die IG dem BAK ihren 10-Punkte Plan zur Weiterentwicklung der Förderinstrumente übermittelt. Im Rahmen ihrer Vernehmlassung zur Kulturbotschaft erinnert die IG an diese Punkte, welche im Anschluss an die Diskussion um die strategische Ausrichtung der Filmpolitik aufgegriffen werden sollten.

6. Erhöhung Filmkredit

Succès cinéma ist seit Jahren unterdotiert, es gibt gerade in erfolgreichen Jahren erhebliche Kürzungen der Gutschriften. Damit kann sich das ursprünglich entwickelte System der Gutschriften gar nicht wirklich etablieren. Deshalb muss der Filmkredit jährlich um CHF 2 Mio. erhöht werden.

7. Kinoförderung

Die Bedeutung des Kinos als Kulturvermittlerin kommt auch in der neuen Kulturbotschaft 2021-2024 zu wenig zum Ausdruck. Das Kino ist nicht nur ein Ort sozialer Begegnungen, es ist auch der Ort, an welchem die kulturelle Teilhabe am Film generell und insbesondere am Schweizer Filmschaffen stattfindet. Dies trifft auf Kinos jeder Grösse zu. Die Kinos in kleineren Orten leisten hier einen besonders grossen Effort, und das wird vom Bund zu wenig gewürdigt. Es braucht hier neue Unterstützungsmassnahmen und eventuell auch neue Unterstützungsformen.

Für eine Evaluation geeigneter Massnahmen und einer entsprechenden Zuteilung oder Umverteilung von Mitteln halten wir eine Arbeitsgruppe mit Produzenten, Verleihern und Kinobetreibern für angebracht. Die mit der Digitalisierung einhergehenden Herausforderungen der Filmdistribution und die strukturellen Probleme der Kinos sind ganzheitlich zu betrachten.

Im Namen der IG danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und Anregungen.

Freundliche Grüsse

IG unabhängige Schweizer Filmproduzenten



Jean-Marc Fröhle,
Co-Präsident



Rajko Jazbec
Co-Präsident



Zürich, 20. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft); Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Mit dem 2016 neu eingeführten Instrument der Filmstandortförderung soll vor allem erreicht werden, dass Dreharbeiten aber auch die filmtechnische Verarbeitung von Schweizer Filmen und internationalen Koproduktionen auch tatsächlich in der Schweiz durchgeführt werden. Das neue Instrument ist sehr erfolgreich und bewährt sich gut. Es zeigt sich allerdings, dass bisher alleine dank diesem Instrument nicht mehr internationale Koproduktionen entstanden sind, dafür braucht es zusätzlich einen Support durch die selektive Förderung. Hier hat das Bundesamt für Kultur aber reagiert und will nun verstärkt sicherstellen, dass internationale Koproduktionen auch in der selektiven Förderung gestärkt werden. Das neue Instrument hat aber relativ hohe Schwellenwerte, die dazu führen, dass Filme aus dem Tessin und der Romandie oft nicht berücksichtigt werden können, weil sie zu klein sind. Hier müssen Anpassungen geprüft werden. Die aktuell für dieses Instrument zur Verfügung stehenden Mittel von jährlich CHF 6 Millionen sind aber zu bescheiden, hier muss in den nächsten Jahren eine finanzielle Erhöhung notwendig sein.

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Was den Bereich «Kulturelle Teilhabe» anbelangt, so sind wir erfreut, dass das BAK die Chancengleichheit für Frauen und Männer im Kulturbereich als wichtiges Ziel erachtet und begrüssen es, dass hier weitere Massnahmen (insbesondere statistische Erhebungen) getroffen werden sollen. Den Bereich Film erachten wir diesbezüglich in einer Vorreiterrolle, da neben der Erhebung von Daten im Bereich der Filmförderung schon etliche weitere Massnahmen vom BAK getroffen wurden. Als weitergehende Gender Massnahme wäre es sinnvoll, für die Entwicklungs- und Herstellungs-Anträge einen Budgetposten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienmitgliedern zu installieren, welcher der Einschränkung von Filmschaffenden mit familiärer Verantwortung entgegenwirkt. Diese Beiträge dürfen nicht zulasten des bestehenden Budgets gehen, ansonsten wäre die Massnahme für Frauen und Männer mit Kindern oder pflegebedürftigen Familienmitgliedern im Film kontraproduktiv (vgl. hierzu Stellungnahme CinéSuisse, Ziff. 11).

Die Digitalisierung des Schweizerischen Filmerbes bedarf einer verstärkten Koordination und dem Einsatz von Bundesmitteln.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Die IG stellt den Antrag, in der Kulturbotschaft 2021-2024 die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung einzubringen. Ziel ist die Mandatierung einer ausgewählten Arbeitsgruppe die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst.

Das Bedürfnis nach einer Reform und Neuaufstellung der Schweizer Filmförderung wird von allen Akteur_innen und Branchenverbänden des Schweizer Filmschaffens als zentrales und vordringlichstes Anliegen gesehen (vgl. ausführliche Begründung in der Stellungnahme von anderen Verbänden der Filmbranche).

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Zugang zum Filmerbe (Art. 19a FiG):

Die IG begrüsst die Idee des BAK, einen Online-Zugang für die Bevölkerung zum Schweizer Filmerbe zu schaffen. Dabei müssen selbstverständlich die Urheberrechte respektiert und die Nutzung der Inhalte angemessen entschädigt werden. Bestrebungen in Richtung Gratisnutzung für die Konsument_innen, die mehrfach geäussert wurden, werden von der IG abgelehnt. Die Möglichkeit zur Gratisnutzung entwertet das Werk und fördert eine Haltung, die eine Gratisnutzung von Filmen im Internet reklamiert. Bei neuen Filmen ist der Online-Zugang aber heute in der Regel unproblematisch, schwierig ist es bei älteren Filmen, die nicht über die notwendigen Formate verfügen. Hier sind durch den Bund zusätzliche Mittel bereit zu stellen um die Digitalisierung dieser Filme zu ermöglichen.

Investitionspflicht für Online-Anbieterinnen (Art. 24b ff. FiG):

Die IG begrüsst, dass Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, verpflichtet werden sollen, vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen. Online-Anbieterinnen sollen dieselben Pflichten haben wie die Anbieterinnen von linearen Fernsehprogrammen, wichtig ist in diesem Zusammenhang dass der Bund neu sämtliche Auswertungen die nicht als Fernsehen (RTVG) oder Kino gelten in die Pflicht nimmt. Begrüssenswert wäre diesbezüglich, dass auch die Förderungsverpflichtung der Fernsehveranstalterinnen, welche heute in Art. 7 Abs. 2 RTVG verankert ist, fortan im FiG geregelt wird. Dies würde eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Filmanbieterinnen verhindern und das Einhalten der Regeln könnte durch dieselbe, kompetente Instanz, das BAK, überprüft werden.

Weiter verlangt die IG Anpassungen im vorgeschlagenen Gesetzestext in Art. 24c (Anrechenbare Aufwendungen) und Art. 24d FiG (Bruttoeinnahmen) sowie eine Ergänzung des Kapitel 3a (vgl. Stellungnahme CinéSuisse, Ziff. 2).

Vielfalt des Filmangebots (Art. 24a FiG):

In Anlehnung an die EU-Quoten-Richtlinien wird die Festlegung einer Quote von 30% europäischer Filme im Angebot sämtlicher Filmanbieterinnen gefordert. Somit soll hinsichtlich einem zukünftigen Wiederbeitritt ins MEDIA-Programm EU-Kompatibilität hergestellt werden.

Als Ergänzung soll in diesen 30% ein angemessener Anteil an Schweizer Filmen festgeschrieben werden. Art. 24a Abs. 1 ist deshalb um folgenden Satz zu ergänzen: Dabei ist ein angemessener Anteil für Schweizer Filme vorzusehen.

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1 ff. des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Nebst den unter Frage 4 geforderten weiteren Anpassungen des Filmgesetzes, erachtet die IG eine Ergänzung des Sprachengesetzes als notwendig:

Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist für die Filmauswertung eine besondere Herausforderung (auch im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten) und ein bedeutender Kostenfaktor. Die hiesige Auswertungsbranche hat andererseits Kompetenz und Erfahrung sowohl in den Bereichen der Untertitelung als auch der Synchronisation („Dubbing“) von audiovisuellen Werken. Die systematische Auswertung in allen Schweizer Sprachregionen muss im Interesse der Vielfalt auch über die Förderung dieser Instrumente erfolgen. Für zusätzliche Bundesbeiträge ist in Art. 18 oder 19 des Sprachengesetzes (SR 441.1) ein neuer Fördertatbestand zu schaffen, der auch der Auswertung von Schweizer Filmen im Ausland („Exportförderung“) zugute kommt. Langfristig kann sich aus dieser Kompetenz ein Hub auch für die Veredelung von ausländischen Filmwerken entwickeln. Daran hat die Schweiz ein wirtschaftliches und kulturelles Interesse.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

Die IG vertritt die in der Stellungnahme ausführlich dargelegten Anliegen. Es versteht sich, dass Forderungen und allfällige damit verbundene Massnahmen, die im vorgelegten Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 noch nicht enthalten sind, ausserhalb des im Entwurf enthaltenen Zahlungsrahmens liegen und daher zusätzliche Mittel erforderlich machen.

Positionierung der lokalen Verbände für Tanzschaffende zur Stellungnahme von Danse Suisse (Kulturbotschaft 2021-2024)

Wir lokalen Verbände der Tanzschaffenden der Deutschschweiz unterstützen die Stellungnahme von Danse Suisse vollumfänglich und möchten besonders folgende Punkte unterstreichen:

A. Allgemeines

[3] *Die wachsende Bedeutung der ProduzentInnen und Produktionsleitungen in vielen Kunstsparten – gerade auch im Bühnentanz – wird in der Botschaft kaum erwähnt. Sie nimmt unter anderen zu in der Folge der stetig höheren Ansprüche, die von der Förderung an Projektbeschreibungen und Geschäftspläne gestellt werden. Hier sind ein Einhalt und eine Überprüfung der herrschenden Anforderungen geboten.*

[4] *Ebenso wenig thematisiert wird in der Produktionsförderung das Verhältnis zwischen jungen, arrivierten und alten Kunstschaftern: Bei kontinuierlich wachsender Zahl gut ausgebildeter KünstlerInnen, aber praktisch gleichbleibenden Fördermitteln wächst die Konkurrenz. Folglich drängen sich Überlegungen zur schärferen Auswahl auf, die sich auf die „Karrieren“ und Berufsbiographien stark auswirken können und deshalb sorgfältig – und sinnvollerweise im Rahmen des Kulturdialogs – diskutiert werden müssen. Weiter wie bisher ist keine Option.*

[6] *Es müssten kontinuierliche Dialogmöglichkeiten mit den Bundesstellen und Kantonen geschaffen werden z.B. in einem Gefäss des Nationalen Kulturdialogs. Die Verbände sollten standardmässig Teil von Arbeitsgruppen sein, wenn es um die Entwicklung und Umsetzung neuer Konzepte geht.*

In der Umsetzung der Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung von Organisationen professioneller Kulturschaffender sind, im Dialog mit den betroffenen Organisationen, Anpassungen vorzunehmen.

[8] *Frühförderung von Talenten: Durch die Verankerung der musikalischen Nachwuchsförderung in der Bundesverfassung ist es in der Sparte Musik möglich, für diesen spezifischen Bereich Bundessubventionen zu erhalten. Wir begrüssen dies sehr, würden uns aber wünschen, dass auch für die anderen Kunstsparten, nicht zuletzt aus Gründen der Gleichbehandlung, entsprechende Massnahmen geschaffen werden.*

B. Zum Tanz

Im Entwurf zur neuen Kulturbotschaft wurden nun Theater, Tanz, Musiktheater und Zirkus unter dem Begriff „Darstellende Künste“ zusammengefasst. Wir lehnen die Zusammenfassung dieser verschiedenen Sparten unter dem Begriff „Darstellende Künste“ ab. Diese Zusammenfassung verunmöglicht eine Profilierung der Identität dieser verschiedenen Bereiche des Kunst- und Kulturschaffens. Zudem wird die Kulturbotschaft den sehr unterschiedlichen Berufskarrieren und Produktionsweisen in diesen Kunstbereichen dadurch nicht gerecht. Wir fordern, dass auch in den „Darstellenden Künsten“ diversifiziert die je sparteneigenen Bedürfnisse von Theater, Tanz, Musiktheater und Zirkus definiert und berücksichtigt werden.

In der Botschaft fehlen jegliche Hinweise auf Besonderheiten, die unsere Sparte von allen anderen unterscheiden, es ist zwingend, dass diese berücksichtigt werden.

[4] Die Lokalen Verbände sind mit der vorgesehenen Neuerung bei den Tanzpreisen (Ziffer 2.1.4, Seite 17) nicht einverstanden. Wir unterstützen die Forderung von Danse Suisse, dass die Eigenständigkeit der Sparte Tanz durch die Verleihung von Preisen an herausragende Tanzwerke, Choreograf*innen und Tänzer*innen beibehalten wird.

Zum Fragenkatalog:

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wir stellen uns voll und ganz hinter die Beurteilungen und Forderungen von Danse Suisse.

Hier wollen wir ein paar Punkten besonderen Nachdruck verleihen:

Wir finden es sehr stossend, dass die gewaltige Arbeit, die Danse Suisse zur Qualitätssicherung der in den letzten sechs Jahren entstandenen Ausbildungsgänge für Tanz leistet, nicht angemessen honoriert wird. Zudem ist es für uns unverständlich, warum Danse Suisse nicht anstelle einer dritten Landessprache Englisch nutzen darf. Englisch ist die Arbeitssprache der Tanzschaffenden. Dies gilt global. So werden beispielsweise auch nationale Treffen von reso Tanznetzwerk Schweiz auf Englisch, nicht auf Deutsch oder Französisch, abgehalten, um den Röstigraben zu überwinden.

Die lokalen Verbände für Tanzschaffende leiden unter der Unterfinanzierung des Dachverbandes. Danse Suisse fehlen die Ressourcen um koordinative Aufgaben unter den Vereinen zu übernehmen oder um regelmässig Weiterbildungen für professionelle Tanzschaffende zu veranstalten. Zudem fehlen Danse Suisse die Mittel, um lokale Interessengemeinschaften für den Tanz finanziell zu unterstützen, wie das im Bereich Theater möglich ist.

Auch wehren wir uns dagegen, dass für die Bemessung der Beiträge die absolute Zahl der Mitglieder einer Kulturellen Organisation als Basis dient. Der Tanz ist in der Schweiz, nicht wie in unseren Nachbarsländern, bereits in der Schule (im freiwilligen Bereich) verankert. Staatlich unterstützte Ausbildungen und die damit einhergehende Anerkennung des Tanzes als Berufsfeld, gibt es erst seit wenigen Jahren. Ausserdem tragen die kurze Dauer der Karriere und die grosse Mobilität von Tanzschaffenden dazu bei, dass es insgesamt weniger Tanzschaffende gibt als andere darstellende

Künstler und dass nicht alle von ihnen Mitglieder bei Danse Suisse sind. Trotzdem leistet Danse Suisse essentielle Arbeit für den Tanz in der Schweiz, die chronisch unterfinanziert ist.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Insbesondere die Förderung der Verbreitung von Tanzwerken auch innerhalb einer Sprachregion durch die Pro Helvetia ist für die lokalen Vereine sehr wichtig. Wir empfehlen ebenfalls, dass eine Zusammenarbeit mit bestehenden Institutionen geprüft wird, statt mehr teure Verwaltungsstrukturen innerhalb der Pro Helvetia aufzubauen.

Auch wünschen wir uns konkrete Zielvorgaben in Bezug auf die Chancengleichheit. Insbesondere soll darauf geachtet werden, dass Frauen auch in Führungspositionen im Bereich Tanz angemessen vertreten sind.

Die Tanzvermittlung steckt in der Deutschschweiz noch in den Kinderschuhen. Hier müssten vermehrt Anstrengungen gemacht werden sowohl bei den Leistungsaufträgen an subventionierte Gruppen wie auch bei der Förderung expliziter Vermittlungsprogramme.

2.4 Kulturerbe

2.4.2.3 Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

Das SAPA ist die einzige Institution, die sich der Erhaltung und Dokumentierung von Tanzwerken widmet. Dies ist besonders für die flüchtigste aller darstellenden Künste von zentraler Bedeutung. Für Tanzwerke existieren keine Libretti, Scripts oder Notationen. Film- und Videoaufnahmen sind oft die einzigen Spuren, die Tanzaufführungen hinterlassen. SAPA muss unbedingt ausreichend Mittel erhalten, um die vom Zerfall bedrohten Videokassetten zu digitalisieren und sie für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir stellen uns hinter die folgenden Forderungen von Danse Suisse:

- Beitrag an das SAPA
- Vermehrte Unterstützung von Kulturvermittlung und kultureller Teilhabe
- Erhöhung des KuOr-Beitrags, damit die Aufnahme neuer Organisationen nicht eine Kürzung der aktuellen Subventionen oder gar den Ausschluss von Organisationen professioneller Kulturschaffender nach sich zieht.
- Gewährung des Teuerungsausgleiches auf den Subventionen im gleichen Umfang wie in der Bundesverwaltung

- Stärkere Unterstützung von Danse Suisse für die in Kapitel B der Stellungnahme Danse Suisse beschriebenen Aufgaben.

Position zu Art. 2.1.4. Schweizer Preise

Wir unterstützen die Forderung nach eigenständigen Preisen für die eigenständige Kunstsparte Tanz.

Wir haben Verständnis dafür, dass die vermehrt auftretenden Überlagerungen verschiedener darstellerischer Ausdrucksformen und die Entwicklung neuer Formen auch bei der Förderung und der Verleihung von Preisen berücksichtigt werden soll. Die Kunstsparte Tanz bleibt aber weiterhin lebendig und soll auch in ihrer Einzigartigkeit für die Öffentlichkeit sichtbar sein. Auch ist es uns wichtig, dass die Preise an herausragende Tänzer*innen beibehalten werden. Ihr Beitrag zur Kreation eines Tanzwerkes ist fundamental und geht weit über die reine Interpretation hinaus.

Zürich, 20.9.2019

tiw
tanzinwinterthur



T>NZLOBBY
IG TANZ ZÜRICH

BETA VEREIN BERNER
TANZSCHAFFENDE

TANZBÜRO BASEL

**Spettabile
Ufficio federale della
cultura
Hallwylstrasse 15
3003 Berna**

Per Mail a: stabsstellendirektion@bak.admin.ch

Bellinzona, 20.9.2019

**Messaggio Cultura 2021-2024:
Risposta alla consultazione dell'Associazione Librai e Editori della Svizzera italiana (ALESI)**

Egregio Consigliere Federale signor Alain Berset,
Signore e signori,

vi ringraziamo di averci invitati a commentare la bozza attuale del messaggio Cultura 2021-2024. Siamo molto lieti di poter cogliere questa occasione.

L'Associazione Librai e Editori della Svizzera italiana (ALESI) è l'erede delle due precedenti associazioni professionali, la Società Editori della Svizzera italiana (SESI) e l'Associazione Librai della Svizzera italiana (ALSI) che nel 2019 si sono unite. Rappresentiamo gli interessi di quasi tutti i librai ed editori della Svizzera italiana e lavoriamo in stretta collaborazione con le associazioni partner della Svizzera romanda (ASDEL), e della Svizzera tedesca (SBVV e SWIPS).

Commenteremo soprattutto i punti relativi al settore del libro.

A. Risposte ai questionari:

1. La messa in pratica del messaggio culturale 2016-2020

Come ritenete la messa in pratica del messaggio culturale 2016–2020 da parte dell'Ufficio federale della cultura (UFC), di Pro Helvetia e del Museo nazionale svizzero (cf. punto 1.4.1 del rapporto esplicativo)?

In linea di principio, riteniamo che la messa in pratica del messaggio culturale sia stata un successo. Nella presa di posizione a proposito del messaggio culturale 2016–2020, le allora precedenti due associazioni avevano già fatto una valutazione positiva degli obiettivi e dei contenuti. Naturalmente si tratterà ora di perseguire gli stessi obiettivi e apportare alcuni miglioramenti anche nel periodo 2021-2024.

Il lavoro sia dell'Ufficio federale della cultura (UFC) sia di Pro Helvetia è stato in generale apprezzato dall'ALES e speriamo che il dialogo costruttivo possa continuare se non addirittura migliorare ancora grazie a un maggior coinvolgimento nei progetti legati al settore del libro.

2. Assi d'azione della politica culturale della Confederazione

Come giudicate il mantenimento dei tre assi d'azione precedenti della politica culturale federale ("partecipazione culturale", "coesione sociale" e "creazione e innovazione") e l'aggiunta del punto "digitalizzazione" (cf. punto 1.4.2 del rapporto esplicativo)?

L'ALESI sostiene l'idea che i tre assi precedenti della politica culturale della Confederazione debbano essere mantenuti, è pure ben vista l'aggiunta del punto "digitalizzazione". La continuità e l'affidabilità sono in questo caso anche i nostri obiettivi.

D'altra parte, vorremmo sottolineare che, nonostante le ragioni che giustificano l'accento messo sulla digitalizzazione, secondo noi conviene innanzi tutto continuare a porre l'attenzione e a non trascurare il lato analogico. Troppo spesso, secondo la nostra esperienza, i criteri di qualità e di pertinenza sono presi troppo poco in considerazione nei progetti digitali. La cultura analogica ha il suo ruolo e continuerà ad averlo anche in futuro; spesso è proprio la cultura analogica il fondamento di tutta la digitalizzazione e non deve quindi diventare secondaria.

3. Proseguimento dello sviluppo delle misure

Come valutate le impostazioni delle priorità per quel che concerne il proseguimento dello sviluppo delle misure nel corso del periodo di finanziamento 2021 – 2024 (cf. sezioni da 1.4.2.1 a 1.4.2.3 del rapporto esplicativo)?

Noi apprezziamo in particolar modo gli sforzi di Pro Helvetia per migliorare la cooperazione internazionale e gli scambi culturali con altri paesi.

4. 4a revisione della Legge sul cinema

In futuro, i film sostenuti dal governo federale saranno più facilmente accessibili al pubblico una volta terminato l'uso commerciale (cf. punto 3.2 del rapporto esplicativo) Siete d'accordo? (...)

Di principio non c'è nulla da opporre all'idea dell'Ufficio federale della cultura di creare un accesso facile al patrimonio cinematografico svizzero, a condizione che i diritti d'autore siano rispettati e che l'utilizzo dei contenuti sia remunerato in giusta misura.

Siamo però preoccupati dall'idea di una promozione dell'utilizzo libero e gratuito delle produzioni culturali sovvenzionate. Il rischio, secondo noi, è quello di danneggiare i mercati culturali che ancora funzionano, indebolendo proprio la creazione culturale professionale. Nel campo del libro questo sarebbe un danno.

5. Altri adattamenti legislativi

Come valutate i nuovi adattamenti legislativi (cf. cap. 3.1 e seg. dell'elenco dei motivi) e l'impegno proposto di insegnanti nelle scuole svizzere all'estero da parte di una istituzione federale di diritto pubblico (cf. cap. 2.6.3 dell'elenco dei motivi)?

Nessun commento.

6. Risorse finanziarie per la messa in pratica del messaggio Cultura 2021-2024

Come valutate le risorse finanziarie destinate alla messa in pratica del messaggio Cultura 2021 – 2024 (cf. punto 4 del rapporto esplicativo) che ammontano a CHF 942,8 milioni?

Come valutate le priorità fissate per quel che concerne le risorse finanziarie fornite?

Ci rallegriamo dell'aumento previsto di risorse finanziarie per la messa in pratica del messaggio Cultura 2021 – 2024 e lo accogliamo positivamente. Tuttavia riteniamo che le risorse finanziarie previste siano ancora troppo poche e, in un certo senso, discutibili in termini di distribuzione – in

particolare per quel che riguarda in generale il settore della letteratura e in particolare quelle per la difesa della cultura e della lingua italiana in Svizzera. Nel contesto di un nuovo aumento degli aiuti nell'ambito cinematografico e a quello della promozione degli editori di giornali – fino a 100 milioni di franchi previsti per il progetto della nuova legge sui media – l'ALESi e le altre organizzazioni legate al settore del libro domandano i seguenti aumenti annuali nel settore della letteratura:

- 350 000 franchi supplementari per la promozione dell'editoria,
- 1,5 milioni per la promozione e il finanziamento delle librerie per i loro servizi di mediazione e di promozione culturale secondo il modello studiato dalla nostra consorella SBVV,
- 150 000 franchi per le riviste culturali, come già previsto nel precedente Messaggio cultura,
- una somma per il sostegno al Premio nazionale del libro per la gioventù che l'Istituto svizzero media e ragazzi (ISMR) organizza a partire dal 2020 in collaborazione con la SBVV e le Giornate letterarie di Soletta. La somma potrebbe essere finanziata col budget dei premi federali.
- 100'000 franchi supplementari per il fondo di aiuto alla lingua e alla cultura italiana al Canton Ticino, volto soprattutto allo sviluppo strutturale e alla formazione digitale degli operatori dell'editoria privata e della libreria. Il Dipartimento Educazione, Cultura e Sport, potrebbe allocare questa somma, ad esempio, alla CIIP (Conferenza intercantonale dell'istruzione pubblica) permettendo di allargare gli strumenti di formazione (come Livre+) anche agli operatori attivi professionalmente sul territorio ticinese che sono attualmente esclusi.

Per gli altri ambiti, l'ALESi domanda un aumento annuale totale di 2 milioni di franchi da aggiungere al budget previsto per il messaggio Cultura 2021-2024. Le sovvenzioni supplementari non dovranno essere versate a scapito di quelle già attribuite.

B. Riconcontro e richieste su ambiti particolari del messaggio Cultura

• 1.2.4: PREMI SVIZZERI

I Premi svizzeri di letteratura sono considerati prestigiosi anche se talvolta soffrono di scelte troppo elitarie che faticano poi a raggiungere la libreria e i lettori. Il budget per la comunicazione potrebbe esser rivisto perché sembra sproporzionato all'impatto ottenuto presso il pubblico.

L'ALESi sostiene per contro anche la creazione di un premio nazionale del libro per bambini e ragazzi, che partirà nel 2020 organizzato congiuntamente dall'ISMR, dalla SBVV e dalle Giornate letterarie di Soletta.

• 2.3.4: LETTERATURA

a) Promozione dell'editoria

L'ALESi si rallegra che l'aiuto strutturale all'editoria, introdotto con il messaggio Cultura 2016 – 2020 sia mantenuto. Questo sostegno incoraggia e ricompensa l'importante ruolo culturale e il lavoro degli editori di libri nel nostro paese. Il modello di finanziamento, che mira ad attribuire aiuti strutturali a case editrici professionali sulla base di criteri chiari e trasparenti, è un esempio internazionalmente riconosciuto in termini di politica di finanziamento contemporanea. Come indica giustamente il messaggio culturale attuale, il sistema ha dimostrato la sua efficacia e apporta un contributo importante al sostegno e alla promozione della diversità del panorama editoriale svizzero e di conseguenza alla diversità culturale. Questo include la presa in considerazione continua di tutti i generi letterari pertinenti sul piano culturale, com'era stato fatto con l'aiuto strutturale all'editoria del 2016 – vale a dire la fiction, la non fiction (per esempio i saggi storici, politici, sociali o relativi alle scienze), la poesia, i libri per bambini e ragazzi, i fumetti o le graphic novel.

A proposito delle risorse finanziarie previste in questo caso: nel messaggio Cultura 2016 – 2020, un contributo annuale di 2 milioni era stato destinato al sostegno dell'editoria. Questa era nettamente inferiore dei 4,5 milioni di franchi stimati nel 2009 dal gruppo di lavoro federale diretto da Thomas Geiser, professore di diritto commerciale a San Gallo, per il progetto "Successo libri e letteratura" come sostegno durevole necessario agli editori svizzeri (vedi rapporto finale del 6 agosto 2009 all'Ufficio federale della Cultura (UFC)). Da allora la situazione economica degli editori svizzeri (a

causa dell'abolizione dei prezzi fissi del libro e della debolezza dell'euro) è peggiorata. Ora, visto che l'aiuto elargito nel 2016 si è rivelato molto efficace per la prestazione culturale degli editori, l'ALESi, congiuntamente alle altre associazioni di categoria, sollecita un aumento di 350'000 franchi di aiuti finanziari in questa direzione.

b) Borse nazionali

L'ALESi si felicita delle misure previste per promuovere gli scambi nazionali importanti. Il messaggio cultura 2021 – 2024 sottolinea l'importanza della traduzione di opere di autori svizzeri nelle altre lingue nazionali e porta un finanziamento a queste traduzioni. L'ALESi è soddisfatta di queste misure ma chiede al contempo di allargare il campo al di là delle traduzioni letterarie e di sostenere anche quelle a carattere non-fiction secondo criteri da definire..

c) Diffusione e promozione internazionale

Le attività formulate finora nel messaggio cultura e le misure previste per la distribuzione e la produzione internazionale sono di centrale importanza per il mondo del libro svizzero. L'ALESi è contenta delle misure previste ed è molto soddisfatta del sostegno dato da Pro Helvetia.

• MISURE COMPLEMENTARI NELL'AMBITO DELLA LETTERATURA

a) Premi per i servizi di intermediazione e di promozione nel settore librario

La libreria – per numerosi editori e autori svizzeri – offre un servizio decisivo mettendo a disposizione del pubblico i libri di importanza regionale o nazionale e lo fa in diverse modi: innanzi tutto acquistando i libri e mettendoli nel proprio assortimento e offrendo loro così una visibilità (il mercato del libro è prima di tutto un mercato basato sull'offerta), organizzando ogni sorta di evento, stilando classifiche o liste di consigli alla lettura e ancora attraverso altre numerose attività.

È la libreria che stabilisce il contatto con il lettore per la promozione dell'autore, della traduzione e dell'editore. Le librerie ben assortite costituiscono un luogo essenziale per la diffusione dei libri e, insieme alle biblioteche, sono gli intermediari più importanti. Già nel messaggio Cultura 2016 – 2020, L'UFC aveva posto l'attenzione sul loro “ruolo importante nella mediazione letteraria” e stabilito il fatto incontestabile che le librerie sono degli “attori culturali a pieno titolo”.

È per questo che l'ALESi sostiene il modello di promozione, proposto da SBVV, per sostenere il ruolo decisivo delle librerie svizzere negli ambiti della politica culturale, della mediazione e della promozione, completando come ultimo anello la catena del libro.

Il modello sviluppato è basato sui principi dell'aiuto strutturale all'editoria e su quello degli aiuti al mondo librario del canton Ginevra. Come per l'aiuto all'editoria i criteri devono essere trasparenti, fondati su delle norme professionali, le decisioni devono essere comprensibili e i sostegni essere pluriennali e dunque prevedibili.

Riassunto di un modello di promozione dei servizi intermediari e promozionali nel settore dei libri

In un primo tempo i librai dovranno dimostrare di soddisfare alcune esigenze professionali per poter beneficiare di un finanziamento; le condizioni preliminari potrebbero essere, per esempio, la prova che si tratta di una società svizzera, che realizza una cifra d'affari minima, che gestisca un negozio con orari di apertura regolari, che abbia un quantitativo minimo di libri disponibili nelle lingue nazionali nel proprio assortimento, ecc. Solamente le entità che rispondono a questi requisiti potrebbero essere ammesse a un modello di finanziamento di questo tipo.

In un secondo tempo, le differenti attività e servizi della libreria nell'ambito della mediazione e della promozione saranno registrati in un catalogo di servizi. In funzione del numero di punti ottenuti, i candidati riceveranno dei premi nell'ordine di CHF 5'000 o CHF 10'000 all'anno. Per esempio saranno valutati i seguenti criteri:

- La libreria dispone di un assortimento nel quale gli autori e editori svizzeri sono presenti e mantenuti (definire una percentuale minima).
- La libreria organizza al minimo quattro manifestazioni all'anno (letture, gruppi di letture legati alle manifestazioni locali, serate in biblioteca, ecc.)
- La libreria offre dei servizi di fidelizzazione (liste di consigli, preselezioni per le biblioteche o le scuole, consigli di libri personalizzati o produzione di brevi recensioni su diversi canali, in rete, blog di libri, ecc.)
- L'azienda forma apprendisti librai e assicura così la trasmissione delle conoscenze di base della mediazione letteraria professionale.

Il modello sviluppato dalla SBVV non implica che pochi sforzi amministrativi per tutti i partners e potrebbe essere messa in pratica in tutta la Svizzera in un breve periodo di tempo, in modo che il sostegno alla mediazione culturale e ai servizi di promozione nel settore librario potrebbe benissimo essere messo in pratica dal 2021.

Per quanto riguarda i bisogni finanziari: noi stimiamo che ci sono circa 140 librerie in Svizzera tedesca, 30 in Svizzera romanda e una decina in Ticino, che rispondono ai criteri professionali di ammissione e propongono i servizi di vendita corrispondenti. Moltiplicati per un premio mediano di CHF 7'500, significa un bisogno di finanziamento di circa CHF 1,35 milioni. Se aggiungiamo i costi di amministrazione e una piccola riserva, l'aiuto per la mediazione e la promozione alla libreria ammonterebbe a CHF 1,5 milioni all'anno.

b) Regolamenti per gli acquisti

Il modello di sostegno più semplice, più efficace e meno caro – perché è già prefinanziato grazie ai soldi dei contribuenti – per gli autori, per gli editori e per i librai svizzeri rimane quello in cui le istituzioni pubbliche come le scuole, le biblioteche o le amministrazioni acquistino i libri sistematicamente nelle librerie svizzere. Il denaro è così investito nell'ecosistema svizzero del libro e promuove gli autori, gli editori e i librai svizzeri senza dover aggiungere un solo franco supplementare.

È proprio per questo che l'ALESi richiede alla Confederazione di prendere delle misure e di emanare delle raccomandazioni concernenti la politica degli acquisti dei libri con i soldi dei contribuenti: le istituzioni pubbliche come le biblioteche, le scuole e l'amministrazione devono acquistare i loro libri nelle librerie locali.

c) Riviste letterarie

L'ALESi sostiene la richiesta della Associazione svizzera degli scrittori (AdS) di aiutare le riviste letterarie con una somma di 150'000 franchi all'anno, come già deciso dal parlamento nell'ambito del messaggio Cultura 2016 – 2020, e alla fine mai messo in pratica. Era previsto di sostenere le riviste letterarie aprendo dei concorsi pluriennali di servizi con lo scopo di promuovere lo scambio e l'accesso alla letteratura.

(d) Sviluppo delle statistiche culturali

Le statistiche vengono ogni tanto menzionate in questo messaggio Cultura. È tuttavia sorprendente constatare come siano pochi i dati affidabili disponibili sul mercato culturale svizzero in confronto ad altri settori economici e all'estero. Per il mercato svizzero del libro, praticamente non viene raccolto alcun dato dall'Ufficio federale della statistica. È per questa ragione che la SBVV domanda all'UFC di porre le basi, nell'ambito del messaggio Cultura 2021 – 2024, e di prendere delle misure con l'UFC e le differenti associazioni culturali al fine di colmare questa lacuna in tempi brevi.

Associazione Editori e Librai della Svizzera italiana (ALESi)

Mauro Paolucci
(Presidente)

Fabio Casagrande
(Delegato e coordinatore del settore editori)

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
3003 Bern

(eingereicht per Email in Word- und PDF-Fassung
an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch)

Bern, 20. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Der Schweizerischer Verband der Telekommunikation (asut), repräsentiert betroffene Fernmelde-dienstanbieterinnen, welche Abruf- und Abonnementsdienste für Filme in der Schweiz anbieten. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und reichen unsere Stellungnahme fristge-recht ein.

Einleitende Bemerkung

Mit der Kulturbotschaft 2021 - 2024 will der Bundesrat die bisherige Kulturförderung weiterentwickeln und dabei die grossen gesellschaftlichen Trends wie Globalisierung oder Digitalisierung berücksichtigen. Für die Telekommunikationsbranche in der Schweiz ist dabei die Ausweitung der Filmförderung im Entwurf zum Filmgesetz (eFiG) auf den Onlinebereich von Bedeutung. Insbesondere die Quote für europäi-sche Filme (eFiG Art. 24a), eine Reinvestitionspflicht in das Schweizer Filmschaffen (eFiG Art. 24b-f) sowie die Registrierungspflicht (eFiG Art. 24g-i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1) haben direkte Auswir-kungen auf unsere Mitglieder.

Einschätzung aus Sicht der Telekommunikationsbranche

Der Bundesrat schlägt vor, dass Online-Filmanbieterinnen, die sich an das Schweizer Publikum richten, neu einer Quotenregelung für europäische Filme von 30% bei ihrem Filmangebot einhalten müssen. Zu-dem müssen 4% des Bruttoumsatzes mit Online-Filmen für das Schweizer Filmschaffen aufgewendet werden oder eine entsprechende Ersatzabgabe geleistet werden.

asut und ihre Mitglieder sind der Auffassung, dass diese Auflagen das Online-Filmangebot in der Schweiz schmälern wird. Zudem werden Schweizer Anbieterinnen gegenüber internationalen Unterneh-men ohne Geschäftssitz in der Schweiz schlechter gestellt. Aus folgenden Gründen lehnt asut daher die vorgeschlagenen Änderungen des Filmgesetzes (Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1) ab.

Negative Auswirkungen auf das Filmangebot

Online-Filme entsprechen einem breiten Bedürfnis der Schweizer Bevölkerung und werden von vielen Fernmeldediensteanbieterinnen in Ergänzung zu einem Internetanschluss angeboten. Dabei handelt es sich einerseits um klassische Fernsehprogramme (linear oder zeitverzögert) oder um Abrufdienste für Filme. Letztere umfassen eine grosse Vielfalt an Filmtiteln. Neben aktuellen Filmen werden auch Klassiker, Spartenfilme oder spezielle Angebote für Personen mit Migrationshintergrund angeboten. Um die Quote zu erfüllen müssen die Anbieterinnen zusätzliche Filme ins Angebot aufnehmen, für die allenfalls gar keine Nachfrage besteht. Dies schwächt die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen, die sich in einem direkten Wettbewerb mit internationalen Filmanbieterinnen befinden. Zudem besteht die Gefahr bei kleineren Unternehmen, dass diese ihr Online-Filmangebot reduzieren und nicht-europäische Filme aus dem Sortiment nehmen. Dies hätte aber deutlich negative Auswirkungen auf das Filmangebot in der Schweiz.

Ungleichbehandlung der Schweizer Anbieterinnen und Wettbewerbsverzerrungen

In vielen Online-Bereichen stehen Schweizer Anbieterinnen in einem direkten Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen. Viele dieser Unternehmen haben keinen Geschäftssitz in der Schweiz und die Durchsetzung Schweizer Vorschriften kann faktisch nicht erzwungen werden. Insbesondere die Förder-/Ersatzabgaben werden daher ausschliesslich Schweizer Unternehmen betreffen und es ist zu erwarten, dass der Mehraufwand auf die Kundinnen und Kunden überwälzt werden. Dies führt zu einer weiteren Wettbewerbsverzerrung, welche die Attraktivität von Schweizer Anbieterinnen schmälert und letztlich dazu führt, dass sich das Schweizer Publikum stärker an ausländischen Anbieterinnen orientiert. Daran kann aber auch das Schweizer Filmschaffen kein Interesse haben.

Administrativer Aufwand

Viele Online-Filmangebote in der Schweiz werden durch Fernmeldediensteanbieterinnen erbracht. Das «Filmgeschäft» ist dabei nur ein kleiner Teil des gesamten Dienstleistungsangebotes (wie Telefonie, Internet, Mobilfunk, mobiles Internet, Speicherdienste etc.). Neben der Registrierung und der Berichterstattung müssten diese Unternehmen zukünftig getrennte Kostenrechnungen und Einnahmenezusammenstellungen führen, um die getätigten Investitionen ins Schweizer Filmschaffen zu belegen oder die Ersatzabgabe zu berechnen. Für kleine und grosse Anbieterinnen werden diese bürokratischen Vorgaben einen grossen Aufwand an personellen und finanziellen Ressourcen nach sich ziehen, so dass die Endkundenpreise im Online-Filmbereich deutlich mehr als 4% zunehmen werden.

Zuletzt stellen sich grundsätzliche Fragen zu Verfassungsmässigkeit der im eFiG vorgeschlagenen Auflagen. Gemäss Art. 71 der Bundesverfassung ist die Förderung der Filmproduktion und Filmkultur Aufgabe des Bundes und er kann dazu Vorschriften erlassen. Nicht vorgesehen ist jedoch die Erhebung einer zusätzlichen «Steuer» (Ersatzabgabe) bei privaten Unternehmen zur Finanzierung dieser Fördermassnahmen. Insbesondere wenn diese Unternehmen die Verbreitung von Online-Filmen nicht als eigentlichen Geschäftszweck betreiben, sondern als eine Dienstleistung unter vielen, die auf ihren Telekommunikationsnetzen beruhen.

Aus den vorgehenden Überlegungen lehnen wir die geplanten Änderungen im Entwurf des Filmgesetzes ab.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Peter Grütter
Präsident

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur BAK
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

per E-Mail (stabsstelledirektion@bak.admin.ch)

Zürich, 20. September 2019

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 / Änderungen Filmgesetzgebung

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. Mai 2019 wurde die Vernehmlassung zur Botschaft über die Förderung der Kultur für die Periode 2021-2024 eröffnet (nachfolgend „Kulturbotschaft“). Gerne nimmt Teleclub hiermit die Möglichkeit wahr, fristgemäss zur Kulturbotschaft Stellung zu nehmen und sich namentlich zu den darin vorgeschlagenen Änderungen des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG) zu äussern. Für die Gewährung der Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

1. Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Teleclub ist als Betreiberin verschiedener Video on Demand-Dienste, wie „Teleclub on Demand“ und „Teleclub Play“, von den geplanten Änderungen in der Filmförderung direkt betroffen. Als Anbieterin von linearen Diensten, insbesondere auch von Filmprogrammen wie „Teleclub Cinema“, „Teleclub Action“ oder „Teleclub Emotion“ leistet Teleclub im Rahmen der geltenden medienrechtlichen Bestimmungen für private TV-Anbieter im Rahmen des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (Art. 7 Abs. 2 RTVG) – regelmässig mittels der Koproduktion und dem Ankauf von Schweizer Filmen – einen der betragsmässig grössten Beiträge an die Förderung des Schweizer Filmschaffens. Teleclub ist ausserdem bereits heute dafür besorgt, dass die europäische Filmproduktion in ihrem linearen und nicht-linearen Angebot im Rahmen des Durchführbaren und mit angemessenen Mitteln berücksichtigt wird.

Teleclub bekennt sich in diesem Sinne zur Förderung der Vielfalt des Filmangebots und zu einer Weiterführung der Förderung des Schweizer Filmschaffens in angemessenem Rahmen. Die im Rahmen der Vernehmlassung zur Diskussion gestellten Neuerungen



Teleclub AG
Hauptsitz
Löwenstrasse 11
Postfach
8021 Zürich

Tel. +41 44 225 25 25
www.teleclub.ch

Teleclub AG
Sende- und
Produktionszentrum
Müllerenstrasse 3
8604 Volketswil
Tel. +41 44 947 52 52

Teleclub SA
Rte d'Englisberg 15 A
1763 Granges-Paccot
Tél. +41 26 350 60 30



Ein Unternehmen der
CineTrade-Gruppe

führen indes zu Ineffizienzen und Doppelspurigkeiten und damit Mehrfachbelastungen, sind nicht zielführend, teilweise gar kontraproduktiv und zudem auch aus rechtlichen Überlegungen in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die Vorlage wird von Teleclub daher aus den nachstehend näher dargelegten Gründen als Ganzes abgelehnt.

2. Gründe für die Ablehnung der Vorlage

a) Verstärkung der Benachteiligung inländischer Anbieter sowie Wettbewerbsverzerrungen als Folge fehlender Durchsetzbarkeit

Gemäss der Vorlage sollen aus Gründen der Chancengleichheit neu auch ausländische Anbieter in die Filmförderungspflichten eingebunden werden (vgl. Kulturbotschaft, Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen, S. 47). Dies ist an sich begrüssenswert, vorausgesetzt, dass mit dem gewählten Regulierungsansatz die Chancengleichheit oder Gleichbehandlung auch effektiv verwirklicht werden kann. Dies ist nach Auffassung von Teleclub aber gerade nicht gewährleistet. Aufgrund des Territorialitätsprinzips ist es höchst unwahrscheinlich, dass die Bestimmungen diesen ausländischen Anbietern gegenüber jemals durchgesetzt werden können, was im Übrigen auch in der Kulturbotschaft mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass die Durchsetzung bei Diensteanbietern ausserhalb Europas schwierig sein dürfte, selber zugestanden wird (a.a.O., S. 47). Der Wettbewerbsdruck durch ausländische Anbieter und mithin Anbieter ausserhalb Europas gegenüber Schweizer Anbietern von linearen und nicht-linearen Diensten wie Teleclub nimmt stetig zu. Die ausländischen OTT-Streaminganbieter wie z.B. Netflix, Amazon, Disney, HBO, Apple, Sky etc. agieren dabei auf einem ungleich grösseren (globalen, paneuropäischen oder sprachterritorialen) Markt und verfügen damit über eine erheblich grössere Marktmacht als ein Schweizer Anbieter, der in einem vergleichsweise kleinen und dreisprachigen Markt bestehen muss. Die Gewährleistung von gleichen und fairen Wettbewerbsbedingungen für in- und ausländische Anbieter muss daher Voraussetzung für die Einführung der Neuerungen sein. Da in der Vorlage ein effektiver Durchsetzungsmechanismus gegenüber ausländischen Anbietern fehlt, führt dies faktisch zu einer Verstärkung der Diskriminierung inländischer Anbieter, was nicht hinnehmbar ist. Dies gilt sowohl für die geplante Einführung einer Quotenregelung für europäische Filme als auch für die geplante Einführung einer Reinvestitions- und Ersatzabgabepflicht zugunsten des Schweizer Films.

b) Ungerechtfertigte Mehrfachbelastungen durch Doppelspurigkeiten

Laut Kulturbotschaft (S. 28) wird mit der Vorlage auf die Herausforderung reagiert, dass sich der Filmkonsum zunehmend von den herkömmlichen TV-Diensten auf Abrufdienste (in der Kulturbotschaft „Online-Dienste“ genannt) verschiebe. Eine massvolle Fortentwicklung der bisherigen Filmförderung erscheint durchaus als legitim. Der

vorgeschlagene Regulierungsansatz mit Regelungen zu den Filmförderungspflichten im RTVG einerseits sowie dem Filmgesetz andererseits ist aus Sicht von Teleclub jedoch zu verwerfen, da er ineffizient ist und dem Umstand, dass im Rahmen des Angebots von TV-Diensten aufgrund bestehender gesetzlicher Regelungen bereits Filmförderung geleistet wird, keinerlei Rechnung trägt. Bei einer Umsetzung der Vorlage wären neu parallel zwei Bundesämter (Bundesamt für Kultur/BAK und Bundesamt für Kommunikation/BAKOM) unabhängig voneinander für den im Wesentlichen gleichen Regelungsinhalt, nämlich die Filmförderung mittels Reinvestitions- und Ersatzabgabepflicht, zuständig (notabene mit je eigener Entwicklung einer Behördenpraxis). Die zur Diskussion stehende Regulierung für On Demand-Dienstanbieter führt damit faktisch zu einer Mehrfachbelastung der betroffenen Dienstanbieter wie Teleclub. Eine Gesamtregulierung der Reinvestitions- und Ersatzabgabepflichten zur Förderung des Schweizer Filmschaffens wird von Teleclub daher als zwingend erachtet.

In diesem Zusammenhang ist ausserdem zu beachten, dass der durch die geplanten Neuerungen beim BAK entstehende erhebliche zusätzliche Verwaltungs- und Administrativaufwand neu auch durch die Einnahmen aus der Filmförderung, darin eingeschlossen die Einnahmen aus der Ersatzabgabe der TV-Anbieter, finanziert werden soll. Die Abgaben, welche die TV- und On Demand-Dienstanbieter für die Förderung des Schweizer Filmschaffens zahlen, würden dem Filmschaffen demnach im entsprechenden – und in Anbetracht der zahlreichen neu geplanten Aufgaben des BAK voraussichtlich sehr erheblichen – Umfang somit gar nicht mehr zufließen, sondern vielmehr für den Aufbau und Durchführung von neu geschaffenen Verwaltungsaufgaben, die zumindest teilweise parallel auch vom BAKOM wahrgenommen werden, verwendet.

c) Falscher Regulierungsansatz – mangelnde Wirksamkeit

Die Einführung einer harten Mindestquote für europäische Filme ist aus Sicht von Teleclub nicht geeignet, den damit angestrebten Zweck der Förderung der Vielfalt und der Qualität zu erfüllen. Eher ist davon auszugehen, dass eine entsprechende Vorschrift schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt haben wird. Diese Einschätzung teilt im Übrigen auch das BAKOM, welches in einer Stellungnahme vom 23. August 2013 an die Europäische Kommission im Zusammenhang mit der öffentlichen Konsultation zum Grünbuch vom 24. April 2013 über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt explizit Folgendes festgehalten hatte:

„Die in der AVMD-Richtlinie enthaltene Quotenregelung erachten wir als nicht effizient. Sie kann sich kontraproduktiv auf den Wettbewerb auswirken und betroffene Anbieter daran hindern, innovative und neue Geschäftsmodelle einzuführen. Zudem kann die Ausstrahlung von europäischen Werken zu einer Alibi-Übung verkommen.“

Teleclub lehnt die vorgeschlagene Quotenregelung als nicht zielführenden oder gar kontraproduktiven Regulierungsansatz deshalb ab.

d) Ungenügende verfassungsmässige Grundlage

Die Förderung des Schweizer Filmschaffens ist Staatsaufgabe und grundsätzlich aus allgemeinen öffentlichen Mitteln zu finanzieren, falls dies dem politischen Willen entspricht. Filmförderung ist eine hoheitliche Aufgabe des Bundes, welcher dazu Finanzhilfen und andere Formen der Unterstützung leisten kann. Für die Heranziehung von privaten Rechtssubjekten für die Filmförderung im Sinne der Vorschläge in der Kulturbotschaft fehlt indes eine genügende verfassungsrechtliche Grundlage, soweit es um Anbieter von nicht-linearen Angeboten geht. Die Einführung einer Reinvestitions- und Ersatzabgabepflicht für On Demand-Dienstanbieter ist daher auch aus diesem Grund abzulehnen.

Im Folgenden wird zu einzelnen Bestimmungen des Vernehmlassungsentwurfes zum Filmgesetz (E-FiG) zusätzlich Stellung genommen für den Fall, dass an dem geplanten Teilrevisionsvorhaben trotz den hiervor angebrachten grundsätzlichen Vorbehalten und dargelegten Bedenken festgehalten werden sollte:

3. Stellungnahme zu einzelnen Änderungen

a) Zu Art. 10 Abs. 2 E-FiG: Ausschluss von Leistungsvereinbarungen

Gemäss Art. 20 Abs. 2 E-FiG soll der Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit „gewinnstrebigen Unternehmen“ oder mit Unternehmen oder Institutionen, „die im Besitz von gewinnstrebigen Unternehmen sind oder unter deren Einfluss stehen“, künftig ausgeschlossen sein. Gemäss Kulturbotschaft (Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen, S. 46), bezweckt die Änderung sicherzustellen, dass subventionierten Unternehmen „allfällige Überschüsse als Reserven für die geförderten Zwecke zur Verfügung bleiben“. Sachlich erscheint uns dies nachvollziehbar und richtig. Eine Gesetzesänderung ist dafür indes nicht notwendig. Entscheidend für eine effiziente Umsetzung kulturpolitischer Ziele und das Erreichen der durch die Förderung angestrebten Ziele sind die zweckmässige Verwendung der Mittel. Ob durch eine Förderung die angestrebten Ziele erreicht werden und ob die Mittel dafür zweckmässig verwendet werden, kann und soll durch die entsprechende Ausgestaltung von Leistungsvereinbarungen abgesichert werden.

Die vorgeschlagene Änderung droht zudem, den Abschluss von Leistungsvereinbarungen übermässig einzuschränken. Weder die Gesellschaftsform noch die Eigentumsverhältnisse sind für die effiziente Umsetzung kulturpolitischer Ziele entscheidend.

Gänzlich unklar bleibt sodann, wie das Ausschlusskriterium „unter deren Einfluss stehen“ gemessen werden soll. Die geplante Änderung ist überdies auch nicht konsistent mit der allgemeinen Subventionspolitik. Weder das Subventionsgesetz noch bspw. das RTVG sehen ähnliche solche Einschränkungen für Leistungsvereinbarungen vor. Die geplante Anpassung wird von Teleclub daher abgelehnt.

b) Zu Art. 15 Abs. 2 E-FiG: Verwendungszweck Einnahmen

Einnahmen aus der Lenkungsabgabe zur Förderung der Angebotsvielfalt gemäss Art. 21 FiG, Beiträge von TV-Veranstaltern (Reinvestitions- und Ersatzabgabepflicht gemäss Art. 7 Abs. 2 RTVG) sowie allfällige Leistungen und Zuwendungen Dritter mussten bisher zweckgebunden für die Filmförderung gemäss Art. 3 bis 6 FiG verwendet werden (Art. 15 Abs. 2 i.V.m. Art. 15 Abs. 3 FiG). Mit der geplanten Ergänzung von Art. 15 Abs. 2 FiG soll das BAK die genannten Einnahmen sowie die geplante neue Ersatzabgabe der On Demand-Dienstanbieter (Förderungs- bzw. Ersatzabgabe gemäss Art. 24b ff. E-FiG) nicht mehr nur zweckgebunden für die Filmförderung, sondern neu auch für Aufgaben im Zusammenhang mit der Erhebung der Abgabe sowie Aufgaben im Zusammenhang mit den – mit erheblichem zusätzlichem administrativem Aufwand verbundenen – Vollzugstätigkeiten im Zusammenhang mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen für die On Demand-Diensteanbieter (Quotenregelung, Förderung des Schweizer Filmschaffens, Registrierungs- und Meldepflichten, Jahresberichterstattung) verwendet werden. Unklar bleibt, ob die Einnahmen aus der Ersatzabgabe der TV-Anbieter ebenfalls für den Vollzug von Art. 7 Abs. 2 RTVG, der zumindest teilweise dem BAK obliegt (Art. 6 Abs. 2 RTVV), aufgewendet werden (können). Die Einführung einer Reinvestitions- und Ersatzabgabepflicht wird von Teleclub aus den bereits genannten Gründen abgelehnt. In jedem Fall aber ist abzulehnen, dass von Diensteanbietern für die Förderung des Schweizer Filmschaffens geleistete Beiträge dem Schweizer Filmschaffen nicht vollumfänglich direkt und vollumfänglich zugutekommen.

c) Zu Art. 19a Abs. 2 E-FiG: Zugang zum Filmerbe

Dem Bund soll mit Art. 19a Abs. 2 E-FiG die Möglichkeit gegeben werden, die vom Bund unterstützten Filme nach Ablauf von fünf Jahren seit ihrer Veröffentlichung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Gemäss Kulturbotschaft (Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen, S. 46) soll dies Filme betreffen, deren Herstellung mit einem namhaften Beitrag des Bundes unterstützt worden sind. Für die geplante Verwertungsmöglichkeit durch den Bund „nach Abschluss der kommerziellen Nutzung“ soll eine gesetzliche nicht-exklusive Lizenz für eine nicht gewerbliche Nutzung geschaffen werden. In der Förderperiode 2021-2024 sollen gemäss Kulturbotschaft die „noch offenen Fragen, insbesondere die verschiedenen Umsetzungs- und Vergütungsmöglichkeiten für das Zugänglichmachen, mit den Rechteinhabern und den

Förderpartnern des BAK (namentlich SRG SSR) zu klären sein". In Anbetracht dessen, dass die Umsetzungsmöglichkeiten noch nicht geklärt sind, erachtet Teleclub die vorgeschlagene gesetzliche Regelung als verfrüht bzw. zu weit gehend. Die Betätigung des Bundes als On Demand-Diensteanbieter darf nicht in Konkurrenz zu den privaten Anbietern erfolgen (namentlich kein Gratisangebot). Sie darf auch nicht zu einer Entwertung der von den privaten Anbietern – häufig über die Periode von fünf Jahren hinaus – erworbenen Rechte führen.

Gemäss Kulturbotschaft sollen die offenen Fragen im Dialog geklärt werden. Teleclub befürwortet dies und steht als massgebender Akteur im Bereich der Filmförderung für eine Teilnahme an diesem Dialog zur Verfügung.

d) Zu Art. 24a E-FiG: Vielfalt des Filmangebots

Wie eingangs ausgeführt, ist Teleclub bereits heute dafür besorgt, dass die europäische Filmproduktion in ihrem linearen und nicht-linearen Angebot im Rahmen des Durchführbaren und mit angemessenen Mitteln berücksichtigt wird. Die geplante Einführung einer starren Quotenregelung für On Demand-Dienste wird von Teleclub aber abgelehnt, weil er wie bereits erwähnt nicht zielführend oder gar kontraproduktiv ist und zu einer verstärkten Diskriminierung der inländischen gegenüber den ausländischen Anbietern, mithin den dominierenden US-amerikanischen OTT-Streaminganbietern, führt. Völlig unklar bleiben in Anbetracht der tatsächlichen Marktgegebenheiten zudem die in Art. 24a Abs. 3 E-FiG vorgesehenen Ausnahmerebestimmungen, insbesondere die Ausnahmen „wegen der Art der angebotenen Filme“ oder „wegen der thematischen Ausrichtung des Angebots“ oder „weil Angebote Dritter unverändert weitergeleitet werden“, womit einer drohenden Ungleichbehandlung zusätzlich Vorschub geleistet wird. Starre Quoten stellen ausserdem einen unangemessenen Eingriff in die Präferenzsouveränität der Kunden / Konsumenten dar.

e) Berücksichtigung des Schweizer Filmschaffens (Art. 24b – 24e E-FiG)

Teleclub leistet seit mehr als dreissig Jahren einen der betragsmässig grössten Beiträge von privaten Diensteanbietern an die Förderung des Schweizer Filmschaffens und bekennt sich, wie eingangs ausgeführt, in diesem Sinne zur Förderung der Vielfalt des Filmangebots und zu einer Weiterführung der Förderung des Schweizer Filmschaffens in angemessenem Rahmen. Die im Rahmen der Vernehmlassung zur Diskussion gestellte Einführung einer Reinvestitions- und Ersatzabgabepflicht für On Demand-Diensteanbieter wird von Teleclub indes abgelehnt, weil der gewählte Regulierungsansatz mangels Vereinheitlichung mit den bestehenden Förderpflichtigen gemäss RTVG bzw. mangels Gesamtregulierungsansatz der Pflichten zur Förderung des Schweizer Filmschaffens zu Doppelspurigkeiten (z.B. zufolge unterschiedlicher Berechnungskriterien/

Bemessungsgrundlagen für die massgeblichen Bruttoeinnahmen oder einer je nach zuständigem Amt entwickelten eigenen Behördenpraxis) und dadurch einer ungerechtfertigten Mehrfachbelastung führt und weil für die geplante Neuerung keine genügende verfassungsmässige Grundlage besteht.

Des Weiteren wird, wie ebenfalls bereits erwähnt, die Benachteiligung inländischer Anbieter durch die fehlende Durchsetzbarkeit der Reinvestitions- und Abgabepflicht bei ausländischen Diensteanbietern verstärkt, was zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führt. Im Zusammenhang mit den ausländischen Anbietern irritieren dabei die Ausführungen in der Kulturbotschaft (Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen, S. 46), wonach die Reinvestitions- bzw. Ersatzabgabepflichten für ausländische Unternehmen gelten, sofern sich deren Dienste *gezielt* an das Schweizer Publikum richten. Eine solche Interpretation ist zumindest aus dem vorgeschlagenen Wortlaut von Art. 24b Abs. 2 E-FiG alles andere als naheliegend. Da entsprechende Anbieter ihre Dienste auf Grund der international beschränkten Bedeutung des Schweizer Marktes regelmässig nicht gezielt auf das schweizerische Publikum ausrichten, würden diese bei einer entsprechenden Lesart von der Filmförderungspflicht gar nicht erfasst. Ein solches Verständnis stünde jedoch in offensichtlichem Widerspruch zu den mit der Kulturbotschaft verfolgten Bestrebungen, insbesondere auch die grossen ausländischen, primär amerikanischen Streamingplattformen bzw. nicht-lineare Abrufdienste zur Filmförderungspflichten zur verpflichten. Ähnlich unklar wie die Ausnahmebestimmungen zur vorgeschlagenen Quotenregelung bleiben auch die Ausnahmebestimmungen zu der vorgeschlagenen Reinvestitions- und Ersatzabgabepflicht (Art. 24e Abs. 3 E-FiG).

Widersprüchlich ist die Vorlage auch insoweit, als gemäss Kulturbotschaft zwar mit der Neuerung auf die neuen Entwicklungen im Markt, nämlich die Herausforderung, dass sich der Filmkonsum zunehmend von den herkömmlichen TV-Diensten auf On Demand-Dienste verschiebe, reagiert werden soll (Kulturbotschaft, S. 28), gleichzeitig aber die geplante konkrete Regelung nicht zeitgemäss und gar restriktiver als die gemäss RTVG bestehende Regelung ausgestaltet ist. In Anbetracht der aktuellen Medienkonsumgewohnheiten der Konsumenten hinsichtlich audiovisueller Dienste und sich auflösender Grenzen zwischen linearem TV und nicht-linearen Angeboten nicht mehr zeitgemässen Differenzierung zwischen linearen und nicht-linearen Filmangeboten ist der gewählte Regulierungsansatz verfehlt. Zudem sollen, obwohl dies aus dem vorgeschlagenen Wortlaut von Art. 24c E-FiG nicht hervorgeht, Aufwendungen für Serien – und damit just solche Filme bzw. Formate, welche für On Demand-Dienste von massgebender Bedeutung sind – nicht an die Filmförderungspflicht anrechenbar sein (Kulturbotschaft, Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen, S. 48).

f) Zu Art. 24g E-FiG und Art. 27 Abs. 1 E-FiG: Registrierungspflicht

Die geplante Registrierungspflicht für die Anbieter von On Demand-Diensten in der Schweiz ist gemäss Kulturbotschaft (Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen, S. 48) Anknüpfungspunkt für die Kontrolltätigkeit über die Einhaltung der neuen Vielfaltsaufgaben und der Meldepflicht. Ausländische Anbieter, die nicht im Handelsregister in der Schweiz eingetragen sind, müssen zudem ein Zustelldomizil angeben. In Anbetracht der Zunahme der ausländischen Anbieter ist aus formeller Sicht die Einführung einer Registrierungspflicht mit Zustelldomizil nachvollziehbar. Unklar bleibt, wie in Anbetracht des fehlenden Durchsetzungsinstrumentariums die Registrierungspflicht überhaupt durchgesetzt werden soll. Dies wird in der Kulturbotschaft in Bezug auf die geplante Quotenregelung ausdrücklich festgehalten. In Bezug auf die geplante Registrierungspflicht kann offensichtlich nichts anderes gelten. Ein griffiges Instrumentarium wäre aber Voraussetzung dafür, dass die neuen Gesetzesbestimmungen materiell auch durchgesetzt werden können und damit die auch in diesem Punkt drohende Benachteiligung der inländischen Anbieter effektiv verhindert werden kann. Wie die gemäss Art. 27 Abs. 1 E-FiG vorgesehene Busse bei Nichtnachkommen der Registrierungspflicht bei ausländischen Anbietern durchgesetzt werden soll, bleibt ebenso offen.

g) Zu Art. 24h E-FiG und Art. 28 Abs. 1 E-FiG: Berichterstattungspflicht

Die Berichterstattung durch die On Demand-Dienstanbieter und deren Kontrolle durch das BAK sind, dies kann aus den Erfahrungen mit den ähnlichen gemäss RTVG geltenden Pflichten festgehalten werden, mit hohem administrativem Aufwand und entsprechenden Kosten verbunden. Das betreffend die geplante Registrierungspflicht Ausgeführte gilt hinsichtlich der Problematik der Durchsetzung gegenüber ausländischen Akteuren und der daraus folgenden Ungleichbehandlung der inländischen Anbieter auch für die Berichterstattungspflicht.

h) Zu Art. 24i E-FiG und Art. 28 Abs. 1 E-FiG: Meldepflicht

Gemäss Kulturbotschaft (Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen, S. 48) wurde die Pflicht der Anbieter von On Demand-Diensten zur Meldung der Anzahl Abrufe pro Filmtitel aus dem bisherigen Art. 24 Abs. 3bis FiG übernommen. Art. 24 Abs. 3bis FiG, der nunmehr aufgehoben werden soll, verpflichtete hingegen nicht primär die Anbieter von On Demand-Diensten, sondern parallel auch den Inhaber der entsprechenden Verwertungsrechte (Lizenzgeber). Warum die Meldepflicht neu allein für den Dienstanbieter gelten soll, ist nicht nachvollziehbar, verfügt doch allein der Rechteinhaber über sämtliche Daten, die im Rahmen der Meldepflicht gemäss Art. 16a FiV zu liefern sind, einschliesslich der Abrufzahlen der Dienste der Anbieter, an welche er

entsprechende Rechte lizenziert hat. Gerne verweisen wir diesbezüglich auf die Stellungnahme von Teleclub vom 22. Oktober 2015 im Rahmen der Anhörung zur E-FiV. Wir schlagen erneut vor, die Bestimmung über die Meldepflicht dahingehend anzupassen, dass die Meldung durch den Inhaber der Verwertungsrechte (und nicht den Dienstanbieter) zu erfolgen hat.

Abschliessend erlauben wir uns den Hinweis, dass sich Teleclub als Gruppengesellschaft der Swisscom der separaten Vernehmlassungseingabe der Swisscom AG im Übrigen vollumfänglich anschliesst.

Wir danken Ihnen nochmals für die Einräumung der Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Anregungen. Für eventuelle Fragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Teleclub AG



Claudia Christen
Leiterin Rechtsabteilung

Anette Gehrig
Cartoonmuseum Basel
St. Alban-Vorstadt 28
Ch – 4052 Basel

Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Office fédéral de la culture
Hallwylstrasse 15
3003 Berne

Lausanne, le 14 septembre 2019

**Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024
(message culture) : réponse à la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral, Cher Monsieur,

Le Réseau BD Suisse, la Swiss comics artists association et Fokus illustration vous remercient de nous donner la possibilité de nous exprimer sur le projet de Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024.

Nos associations, récemment créées, reflètent la vitalité de la bande dessinée et de l'illustration et sont représentatives des métiers de la création, de la production et de la diffusion dans ces domaines artistiques. C'est à ce titre que nous souhaitons prendre position sur le Message, afin d'initier un dialogue avec la Confédération que nous espérons constructif et fructueux.

Tout d'abord, nous nous réjouissons du fait que la bande dessinée et l'illustration soient explicitement mentionnées, à plusieurs reprises, dans le Message, et fassent l'objet de nouvelles mesures de soutien. Nous saluons cette avancée avec enthousiasme.

Il s'agit d'un premier pas vers la reconnaissance de ces pratiques en tant que formes d'art à part entière, un geste qui nous donne l'espoir de les voir prochainement pleinement inscrites dans les dispositifs d'encouragement de la Confédération. Cet engagement nous semble légitime dans la mesure où la bande dessinée et l'illustration sont désormais inscrites au rang des traditions vivantes suisses, et que le genevois Rodolphe Töpffer (*1799 – 1846) est honoré de par le monde comme l'inventeur de la bande dessinée. La Suisse est ainsi reconnue comme le berceau de cet art séquentiel, ce qui est à notre sens une belle source de fierté. De plus, une nouvelle formation publique dans le domaine de la bande dessinée et de l'illustration s'est créée il y a trois ans, l'Ecole supérieure de bande dessinée et illustration (ESBDI) basée à Genève, qui répond à une demande accrue de la part de jeunes souhaitant approfondir les langages de la narration par l'image dessinée.

Réseau BD Suisse
Comic Netzwerk Schweiz
Réseau bande dessinée Suisse
Rete fumetto Svizzera
Comics Network Switzerland

SCAA
 **Swiss Comics
Artists Association**

fokus
illustration

Nous relevons que la bande dessinée et l'illustration apparaissent, tantôt ensemble, tantôt séparément, dans le Message. Il serait souhaitable que toutes deux soient systématiquement nommées, quand cela est pertinent. En effet, bien que parentes, ces deux formes d'art sont à mettre sur un pied d'égalité ; elles ne sont pas interchangeables, l'une n'inclut pas l'autre et vice-versa.

En ce qui concerne la bande dessinée, le fait d'apparaître tantôt dans le domaine des arts visuels, tantôt dans celui de la littérature, peut créer une impression de confusion. Nous souhaiterions que cet ancrage pluriel soit plus clairement assumé, voire transcendé par la création d'une catégorie propre pour la bande dessinée et l'illustration. Un traitement spécifique qui ne renierait pas pour autant l'héritage de ces pratiques vis-à-vis des arts du texte et de l'image.

Depuis la création de nos associations, les échanges entre artistes des différentes régions linguistiques suisses dans les domaines de la bande dessinée et l'illustration se sont sensiblement intensifiés, avec des impacts concrets : expositions de jeunes illustratrices et illustrateurs suisses à Bologne et à Genève, rencontres professionnelles régulières à Genève, Lausanne, Lucerne et Bâle dans le cadre du Réseau BD Suisse et de la Swiss comics artists association, projet de stand suisse au Festival d'Angoulême, etc.

Cette circulation a un impact direct pour le public suisse, qui a de plus en plus souvent l'opportunité de découvrir les artistes des autres régions linguistiques suisses, ainsi que pour la visibilité de ces artistes à l'international. C'est pourquoi nous nous réjouissons tout particulièrement que le Message affirme la volonté de soutenir les réseaux intercantonaux et interrégionaux qui œuvrent à renforcer la cohésion sociale et la diffusion de la création (1.4.2.2 et 2.3.1). En ce qui concerne la relève, l'intention de développer les partenariats et réseaux en Suisse et à l'étranger (2.1.1) va dans le même sens. De même, nous accueillons avec satisfaction l'augmentation du soutien à la promotion internationale dans le domaine de la littérature (2.3.4), en formulant le souhait que cet engagement accru se concrétise aussi dans nos domaines.

Nous saluons bien évidemment avec enthousiasme la décision de verser des contributions à la création pour les formes littéraires intégrant images, textes ou nouveaux médias (bande dessinée, romans graphiques, livres d'enfants illustrés etc., 2.3.4). Si nous comprenons l'intention qui est d'ouvrir le champ traditionnel du soutien à la littérature à des œuvres au statut hybride, nous nous posons la question de la pertinence de la désignation « nouvelles formes littéraires ». En effet, la bande dessinée a été inventée au 19^e siècle et la tradition du livre illustré est plus ancienne encore. Tout en soulignant la diversité des formes en présence et l'importance de les appréhender toutes, nous demandons expressément que des expert.e.s compétent.e.s en bande dessinée et en illustration soient désignés pour examiner les dossiers reçus dans les différents jurys.

Nous regrettons en revanche qu'il n'existe à ce jour pas de prix suisse pour la bande dessinée. Afin de pallier à ce manque et d'établir une meilleure visibilité de la bande dessinée dans les différentes régions de Suisse, le Réseau BD Suisse, associé à la SCAA, travaille actuellement à la création d'un dispositif de prix, avec l'ambition de leur donner une envergure et une résonance nationales. La finalité de cette initiative qui se veut rassembleuse et à laquelle nous souhaitons associer les cantons et les villes, serait à terme la consolidation des prix au sein du programme de la Confédération, signe d'une réelle reconnaissance de la création suisse en bande dessinée. D'autre part nous nous réjouissons de la création d'un Prix spécial

littérature enfance et jeunesse. Cette nouvelle distinction s'inscrirait en complémentarité de l'initiative de l'ISJM visant à récompenser annuellement un livre jeunesse de qualité, laquelle mériterait un soutien financier de la Confédération.

Enfin, les revues présentant l'actualité de la création sont des vecteurs importants pour la diffusion des médias littéraires, dont font partie la bande dessinée et l'illustration. La Suisse peut s'enorgueillir de titres de renommée internationale (comme Strapazin), et de nouvelles propositions novatrices (Ampel Magazin etc.). A ce titre, nous souhaitons qu'un soutien adéquat soit proposé pour permettre à de telles initiatives de perdurer et de se développer.

Comme vous le savez, l'Office fédéral de la culture sera présent lors du premier Symposium sur le 9^e art qui aura lieu à Bâle le 25 octobre prochain. Nous nous réjouissons énormément de cette opportunité de développer ensemble des nouveaux modes d'action et de poursuivre ainsi le dialogue initié.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, cher Monsieur, l'assurance de notre meilleure considération.

Réseau BD Suisse

Anette Gehrig
Présidente

Swiss comics artists association

Tom Tirabosco
Président

Fokus Illustration

Anne Crausaz
Présidente

Réseau BD Suisse
Comic Netzwerk Schweiz
Réseau bande dessinée Suisse
Rete fumetto Svizzera
Comics Network Switzerland

S C A A
 **Swiss Comics
Artists Association**

fokus
Illustration



schweizerischer berufsverband der zirkusschaffenden
association suisse des professionnels des arts du cirque
associazione svizzera professionisti arti circensi

Office Fédéral de la Culture

À l'attention de la Direction
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Monthey, le 19 septembre 2019

Prise de position de ProCirque concernant le message culture 2021-2024

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Cet été, nous avons pris connaissance de la mise en consultation du prochain message culture et c'est avec plaisir que nous vous partageons notre prise de position.

Avec l'association ProCirque – qui regroupe plus de 200 membres actifs professionnel-le-s du cirque dans toute la Suisse – nous œuvrons depuis fin 2013 à la reconnaissance de cet art et nous nous engageons activement pour améliorer les conditions de travail de nos membres. C'est donc un plaisir non dissimulé et **une grande satisfaction que nous avons ressentis en découvrant que le cirque était apparu dans le message culture 2021-2024.**

L'entrée du cirque dans le message culture est, pour la scène circassienne suisse, à marquer d'une pierre kilométrique qui n'est pas sans rappeler celle posée en France, lorsque le cirque fût reconnu comme forme artistique à part entière et ainsi transféré du Ministère de l'agriculture¹ à celui des affaires culturelles. C'était en 1978. Depuis, la France est devenue une réelle terre de cirque constamment citée comme exemple à l'international. Ce dynamisme circassien – largement soutenu par Jack Lang à l'époque – a, en 40 ans, indéniablement eu des influences positives en Europe et en Suisse. L'intérêt croissant du cirque dans notre pays n'est plus à démontrer ; il est l'un des témoins de cette bénéfique influence.

Aujourd'hui, il s'agit d'accompagner au mieux la croissance de la scène circassienne suisse pour permettre aux artistes de travailler et évoluer dans un contexte favorable, avec des moyens adaptés. Si vous avez pointé assez justement certains aspects de notre discipline, permettez-nous de commenter et compléter certains points.

¹ La présence fréquente des animaux dans le cirque expliquait le lien avec le Ministère de l'agriculture.

1. Mise en œuvre du message culture 2016–2020

Nous n'étions pas directement concernés par le précédent message mais nous avons profité de ces quatre années pour améliorer, au niveau fédéral, la prise de conscience et la perception de notre discipline. **Nous tenons ici à saluer l'écoute de l'OFC et de Pro Helvetia avec qui nous avons pu mener de fructueuses discussions** et nous sentons aujourd'hui une bonne connaissance du terrain de la part de ces interlocuteurs.

2. Axes d'action de la politique culturelle de la Confédération

Ces trois axes semble avoir fait leurs preuves ces dernières années et ProCirque soutient cette vision du Conseil fédéral. **Il est à souligner que le cirque s'inscrit parfaitement dans ces trois axes**, comme l'a d'ailleurs déjà bien soulevé Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset en signant le préface du récent répertoire suisse du cirque et des arts de rue² :

Les artistes de rue et circassiens ne craignent pas d'aller à la rencontre du public en positionnant la culture en dehors des lieux consacrés [...]. La diversité des disciplines présentées et leur gratuité attirent en outre un public de tous âges et de tous milieux. En démocratisant l'art, les comédiens, circassiens ou musiciens de rue favorisent la participation culturelle et soutiennent ainsi l'un des trois axes prioritaires du Message culture de la Confédération.

M. Alain Berset, Conseiller fédéral et Chef du Département fédéral de l'intérieur²

Les autres axes ne sont pas en reste : le cirque est depuis toujours un grand facteur de cohésion sociale ; en témoigne le public particulièrement hétérogène qui le fréquente ainsi que sa popularité auprès de nombreux praticiens amateurs dans le pays. **Le cirque fait également preuve d'un dynamisme et d'une capacité d'innovation rare** ; la transition en quelques 40 années du cirque traditionnel vers la diversité du cirque contemporain d'aujourd'hui en est une excellente preuve.

3. Poursuite du développement des mesures

Par souci de lisibilité et d'efficacité, vous trouverez nos commentaires et suggestions par ordre chronologique des chapitres évoqués.

§1.4.2.2 Développements en matière de cohésion sociale

Nous aimerions vous rendre attentifs que le cirque est une discipline particulièrement désignée pour les échanges interrégionaux et multilingues. En effet, par sa grande accessibilité au-delà de toute langue et sa popularité historique auprès d'un large public, le cirque atteint intrinsèquement toutes les couches sociales. En outre, ses nombreuses disciplines lui offrent une grande polyvalence et nous ajouterions donc explicitement cette discipline à ce point.

² Le répertoire 2019 de ProCirque de la FARS peut être consulté en ligne sur procirque.ch.

§1.4.2.3 Développements en matière de création et d'innovation

Il nous paraît ici impératif d'expliciter le cirque lorsque vous évoquez un *renforcement de la compétitivité des œuvres*. Le cirque, art nomade et international par excellence, sera immanquablement une discipline qui fera voyager les artistes suisses de plus en plus au niveau international. ProCirque défend des conditions de travail équitables entre les différentes disciplines des arts de la scène et il convient de **mieux soutenir la tournabilité des créations circassiennes helvétiques. Des programmes et soutiens adaptés aux spécificités du cirque seraient en ce sens bienvenus.**

§2.1.4 Prix suisses

ProCirque soutient la nouvelle appellation *Prix suisses des arts de la scène* qui est indéniablement plus inclusive et permet aux autres formes d'arts de la scène de se sentir concernées par ces prix. Nous sommes également très satisfaits de voir apparaître *les arts circassiens* dans les arts mentionnés.

§2.1.5 Organisations d'acteurs culturels professionnels

Avec ProCirque, nous avons suivi de près le processus de fusion des associations théâtrales avec lesquelles nous entretenons de réguliers échanges. Certaines d'entre elles nous avaient également approchés pour connaître notre intérêt à une fusion interdisciplinaire. Si nous sommes convaincus que les artistes ne réfléchissent pas avec des frontières et que les circassiens continueront à travailler intensément avec d'autres formes d'arts et à collaborer avec des artistes de tous horizons, **il nous paraît cependant primordial de maintenir en Suisse une association professionnelle dédiée aux arts du cirque et à ses multiples réalités.** Le cirque n'est pas du théâtre, le cirque n'est pas de la danse.

Depuis sa création en 2013, ProCirque réalise un travail conséquent et en parfaite cohésion avec les valeurs défendues par le message culture³. Nous avançons sur de nombreux fronts malgré des ressources minimales mais sommes en phase avec les réalités du terrain et pallions en partie à l'absence de dispositifs présents pour les autres arts (tenue de statistiques et enquêtes, pour ne citer qu'un seul exemple).

Nous nous positionnons donc de manière claire en faveur d'un programme de soutien aux organisations d'acteurs culturels (KUOR) qui prenne en compte les spécificités des différentes disciplines et qui sache adapter ses critères en fonction de la pertinence de ces derniers par rapport à chacune des organisations.

§2.3.3 Encouragement de la politique culturelle > Arts du spectacle

Dans ce long chapitre, vous évoquez très justement le contexte dans lequel évoluent les arts du cirque en Suisse. Le nombre limité de lieux d'accueil pour le cirque contemporain est effectivement un point qui fait défaut dans notre pays ; les lieux de création, de répétition et d'entraînement nécessiteraient également un meilleur soutien. Souvent, ces derniers ne parviennent pas à accéder à des subventions adéquates pour permettre aux compagnies de créer dans de bonnes conditions. De leur côté, les compagnies peinent encore à réunir les fonds nécessaires à la création et la diffusion de leurs œuvres.

³ Nos rapports annuels (disponibles sur procirque.ch) peuvent mieux vous renseigner sur l'activité de ProCirque.

Nous l'évoquions auparavant, le cirque n'est pas du théâtre, le cirque n'est pas de la danse. **Si nous voyons d'un très bon œil que le cirque ait rejoint le message culture dans la catégorie *Arts du spectacle*, il est primordial que des dispositifs spécifiques à cette discipline soient déployés dans les années à venir.**

Par exemple, décliner une forme de Sélection Suisse à Avignon (SCH) dans d'autres festivals nous semble une excellente idée ! Le Fringe Festival d'Edinburgh est notamment évoqué mais nous vous suggérons aussi de **réfléchir à des festivals tels que CIRCA⁴ à Auch qui est une réelle institution au niveau du cirque international et qui opérerait comme une vitrine très efficace pour les artistes et compagnies suisses.** Le cirque – avec son temps de montage souvent un peu plus long que pour d'autres arts et des spécificités techniques généralement exigeantes (points d'accroche, hauteur sous plafond, etc.) – a un besoin accru de dispositifs qui lui sont propres.

Enfin, il nous semble également important de mentionner notre intérêt à une meilleure durabilité des spectacles créés. Dans les arts du cirque, la création originale d'un spectacle prend un temps considérable et les circassiens mettent parfois des années à développer des techniques spécifiques. Les compagnies souhaitent donc ensuite tourner au maximum leurs projets mais sans pour autant s'enlever le droit de retravailler leurs œuvres au fur et à mesure. **ProCirque défendrait des soutiens ponctuels pour permettre aux artistes de retravailler des spectacles existants ;** ce serait là une manière parmi d'autres de mieux rééquilibrer le rapport création-diffusion.

4. Révision de la loi sur le cinéma

Aucun commentaire.

5. Autres modifications législatives

Aucun commentaire.

6. Ressources financières pour la mise en œuvre du message culture 2021–2024

Nous sommes évidemment très enthousiastes face à l'augmentation globale des ressources financières et espérons vivement que ces dernières profiteront également au cirque qui nécessite une attention toute particulière pour son sain développement en Suisse.

7. Perspectives d'avenir

Nous aimerions encore ajouter ici une pensée plus globale en reprenant l'image de la pierre kilométrique. Si l'apparition du cirque dans le message culture est très appréciable, nous

⁴ CIRCA, Festival de cirque actuel, Auch (France), www.circa.auch.fr

devons tous rester conscients que la route n'est pas terminée et que cette pierre-là n'est pas le sommet d'un col, mais bien la première prière d'un long parcours vers une meilleure reconnaissance, une juste considération et un soutien adéquat pour cet art hautement dynamique en Suisse.

Une étape importante serait l'établissement d'un *masterplan du cirque en Suisse*, un outil bienvenu pour nous permettre de nous projeter dans la prochaine décennie.

Réalisée conjointement entre ProCirque, l'OFC, l'OFS⁵, Pro Helvetia et d'autres partenaires à convenir, cette étude permettrait non seulement de mieux saisir l'état des lieux du cirque en Suisse, mais aussi de pouvoir identifier les bonnes mesures concrètes à mener, développer les justes outils spécifiques au cirque et ainsi mieux structurer la scène circassienne suisse. Tout cela nous permettrait d'améliorer les conditions de travail des artistes dans notre pays et, ce faisant, rattraper notre grand retard par rapport à la plupart des pays voisins. Nous diminuerions par la même occasion la fuite de talents circassiens suisses à l'étranger, un phénomène auquel nous faisons encore trop souvent face.

Le comité de ProCirque se tient à votre entière disposition pour commencer dès à présent un dialogue qui nous mènera à la concrétisation de cette dernière proposition et qui permettra au prochain message culture 2025 de l'intégrer à temps.

Tout en vous remerciant sincèrement de l'attention portée à notre prise de position et nos suggestions, nous vous présentons, Madame, Monsieur, notre considération distinguée.

Pour l'association ProCirque
Stefan Hort, président



⁵ À ce jour, l'Office fédéral des statistiques n'a malheureusement jamais réellement étudié les pratiques liées aux arts du cirque et se cantonne dans les autres arts de la scène.

SONART – Musikschaftende Schweiz

Geroldstrasse 33

8005 Zürich

christoph.trummer@sonart.swiss

info@sonart.swiss

www.sonart.swiss

Bundesamt für Kultur

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

[Ort], [Datum]

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Verein SONART – Musikschaftende Schweiz bedankt sich herzlich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 Stellung zu nehmen und äussert sich gerne nachstehend zu den aus seiner Sicht relevanten Themen. SONART vereint über 1500 Mitglieder und zielt auf die beruflichen und politischen Rahmenbedingungen für professionelle freischaffende Musikerinnen und Musiker in der Schweiz.

Das Wichtigste in Kürze:

- **SONART dankt dem Bund für die wertvolle, unerlässliche Unterstützung** des Kulturschaffens in der Schweiz und insbesondere auch für den Bereich der Kulturellen Organisationen. Ohne diese Unterstützung wäre unsere Arbeit für die freischaffenden Musiker*innen der Schweiz nicht machbar. Herzlichen Dank!
- SONART ist im grossen Ganzen **einverstanden mit den Prioritäten der Kulturbotschaft des Bundes** und begrüsst sowohl die angestrebte Kontinuität, wie auch die nötige Aufstockung des Budgets. Die Schweiz ist hier mit 0,3 % des Haushaltsbudgets nach wie vor eher bescheiden unterwegs, insbesondere für ein wohlhabendes Land mit einer derart lebendigen Kulturszene.
- SONART sorgt sich, dass der **Ausbau der Aufgaben des BAK im Bereich der musikalischen Bildung und der Soziokultur auf Kosten der Kurationsförderung gehen könnte**. Die neuen Aufgaben sind also nur machbar, wenn auch der erhöhte Kredit gesprochen wird. Generell erwarten wir, dass der Bund davon absieht, eigentliche Bildungsaufgaben im BAK zu verorten – so wichtig sie auch uns erscheinen.

- SONART begrüsst das Bewusstsein des BAK in Bezug auf die abnehmende **Kulturberichterstattung**. Wir stimmen überein, dass hier eine Priorität gesetzt werden soll, wünschen uns allerdings noch konkretere Massnahmen und Ziele, als sie momentan in der Kulturbotschaft formuliert sind.
- SONART wünscht sich vom BAK in der neuen Förderperiode im Vergleich zur letzten **eine flexiblere Verordnung**. Insbesondere soll der Bund den kulturellen Organisationen nicht vorschreiben, welche Aufgaben sie für ihre Mitglieder übernehmen ausserhalb des mit dem BAK verabredeten und von ihm finanzierten Leistungskatalogs.

Inhaltsverzeichnis

.....	1
Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 - 2024	1
1. Zu den Fragen aus der Vernehmlassungsvorlage.....	3
1.1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020.....	3
1.2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes.....	4
1.3. Weiterentwicklung von Massnahmen.....	4
1.4. Revision Filmgesetz	5
1.5. Weitere Gesetzesanpassungen	5
1.6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024	5
1.6.1. Grundsätzliche Haltung	6
1.6.2. Unsere grosse Sorge: Das Förderbudget darf nicht auf Kosten der Bildung oder anderer Bereiche schrumpfen!	6
2. Allgemeine Würdigung.....	7
3. Zu den konkreten Artikeln	8
Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes	8
Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes	8
Ad 1.2.2 Pro Helvetia	8
Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020.....	8
Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024.....	9
1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»	9
1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»	9
1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation».....	10
4. Schlussbemerkungen.....	15

1. Zu den Fragen aus der Vernehmlassungsvorlage

1.1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Grundsätzlich beurteilen wir die bisherige Umsetzung der Kulturbotschaft als positiv. Sie ist in vielen Punkten nicht abgeschlossen wodurch der Bundesrat richtigerweise auf Fortsetzung und Kontinuität setzt. Die Arbeit der Pro Helvetia und des Bundesamtes für Kultur ist aus Sicht von SONART durchaus positiv zu würdigen.

Nicht zuletzt aufgrund der Massnahmen des BAK's konnte in der Sparte Musik die Fusion der drei Vorgängerverbände Tonkünstlerverband, Schweizer Musik Syndikat und Musikschaffende Schweiz in den Verband SONART – Musikschaffende Schweiz realisiert werden. Die genreübergreifende Interessenswahrung insbesondere der freischaffenden Musiker*innen erachten wir als sehr effizient und sie widerspiegelt das Wirken in der Szene. SONART wurde im Fusionsprozess denn auch proaktiv vom BAK begleitet und unterstützt. Bereits heute kann gesagt werden, dass der Fusionsprozess erfolgreich war und der Verband bereits eine erste Etablierungsetappe hinter sich hat. In diesem Prozess sind aber auch Fehlentwicklungen zu bemerken, so z.B. die Auflösung der eminent wichtigen Fachzeitschrift «Dissonance», welche wir als wichtige Plattform für einen vertieften inhaltlichen Diskurs erachten.

Vielleicht die grösste Herausforderung von SONART bilden die enorm knappen Mittel für die erbrachten Leistungen. Um eine noch bessere Etablierung und Vergrösserung des Verbandes zu erreichen, sind wir auf die breiten Aktivitäten angewiesen. Mittelfristig kann dies aber mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen inklusive Drittmittel kaum erbracht werden.

Nach wie vor wurden aber die Organisationen der Kulturschaffenden in vielen Bereichen zu wenig mit einbezogen. So kam es zu Umsetzungen theoretisch begrüssenswerter Ziele, die in der konkreten Form weit an der Realität und den Bedürfnissen des Kulturschaffens in unserem Land vorbei gehen.

So wurden in der Verordnung über die **Unterstützung von KuOr** Einschränkungen eingeführt, mit welchen die diese Verbände teils gezwungen wurden, Aktivitäten aufzugeben, welche zwar nicht explizit im Leistungskatalog des Bundes vorgesehen sind, die aber für die Mitglieder grosse Bedeutung hatten. Besonders irritierend war der Umstand, dass Organisationen aus diesem schon sehr knapp bemessenen Kredit Unterstützung erhielten, die nicht eine einzige der in dieser Verordnung aufgeführten Bedingung erfüllten.

Die sehr technokratische Ausrichtung und Umsetzung der Verordnung wurde der lebendigen Szene der KuOr nicht gerecht, und wurde richtigerweise auch in den Medien kritisiert, nicht nur in Bezug auf die KuOr, auch in Bezug auf Museen, wo ähnlich unpassende und teilweise unsinnige Leitplanken gesetzt wurden.

Dies war vor allem deshalb schade, weil der KuOr-Kredit an sich eine hochgeschätzte Einrichtung der Schweizer Kulturpolitik ist, dank der ein enger Kontakt zwischen den Behörden und den Kulturszenen ermöglicht wird. Aus unserer Sicht dürfte der Bund die Chancen dieser Nähe öfter ausschöpfen.

Mehrfach wurde etwa in der Kulturbotschaft 2016 das **Verschwinden der medialen Vermittlung in den traditionellen Medien** festgestellt. Es wurden Massnahmen vor Allem in Bezug auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Literaturzeitschriften aber auch in anderen Kulturbereichen vor allem im Bereich elektronischer Medien und Plattformen angekündigt.

Es war in der Kulturbotschaft 2016 auch vorgesehen, **Literaturzeitschriften mit der Ausschreibung von mehrjährigen Leistungsvereinbarungen** zu unterstützen. Mit dem Ziel der Förderung des Austauschs und des Zugangs zur Literatur. Diese wichtige Massnahme fiel Sparbeschlüssen der Eidg. Räte zum Opfer. Paradoxerweise wurde durch die Verordnung über das Förderungskonzept für die Unterstützung der KuOr zudem die Einstellung der einzigen Zeitschrift über das zeitgenössische Musikschaffen «Dissonanz» erzwungen, die vom nicht mehr unterstützten STV herausgegeben wurde.

Vielfach wird in der Kulturbotschaft 2016 die **grosse Bedeutung der Vernetzung des Schweizer Kulturschaffens auf europäischer Ebene** hervorgehoben. Die grosse Arbeit der Pro Helvetia auf diesem Gebiet bewerten wir grundsätzlich positiv und ist zwingend auszubauen. SONART ist dazu in regem Kontakt mit Pro Helvetia, damit dieses Netzwerk auch aus Sicht der Musikschaaffenden optimal gestärkt werden kann

Wenig zu spüren ist von Bemühungen zur Integration der Schweiz in Projekte der Europäischen Union. So sind Schweizer Kulturschaaffende weiterhin von der Teilnahme an zahlreichen Europäischen Festivals und Wettbewerben ausgeschlossen, während Kulturschaaffende anderer Nationen, die ebenfalls nicht der EU angehören, offenbar zur Teilnahme zugelassen sind.

1.2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

SONART unterstützt die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes. Ebenso die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung». Kontinuität in der eingeschlagenen, grundsätzlich begrüssenswerten Kulturpolitik des Bundes, ist erwünscht

1.3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Grundsätzlich begrüssen wir die definierten Weiterentwicklungen. Nirgends angemessen abgebildet finden wir die Kultur-Berichterstattung. Die schwindende Kulturberichterstattung, sei dies in den öffentlichen TV-Sendern, in Zeitschriften, in Fachorganen etc. bedeutet nicht nur für die betroffene Sparte eine grosse Gefahr, sondern ebenso für die Kulturelle Teilhabe und für die Entwicklungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dieser Aspekt ist in der Kulturbotschaft dringend aufzunehmen. Es muss Aufgabe der nationalen Kulturförderung sein, dieser Entwicklung Beachtung zu schenken und entsprechende Massnahmen zu definieren.

1.4. Revision Filmgesetz

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Auch für die Musikszene ist eine lebendige und gedeihende Filmszene wichtig, da viele Brücken zwischen diesen Sparten bestehen. Wir begrüssen die Absicht, dass durch den Bund unterstützte Filme in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein sollen, grundsätzlich (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Allerdings lehnen wir die in verschiedenen Medien wiederholt gemachte Äusserung eines leitenden Mitarbeiters des Bundesamtes für Kultur, dass diese gratis zugänglich gemacht werden sollen, vehement ab. Ob es für die Zugänglichmachung einen speziellen Gesetzesartikel braucht, stellen wir in Frage. Eine verbindliche Verpflichtung zur elektronischen Zugänglichmachung der audiovisuellen Werke für Empfänger von Bundesbeiträgen kann in einer Verordnung oder einem Reglement festgelegt werden. So wie bereits heute ein Auswertungsplan im Rahmen der Auswertungskaskade verlangt wird. Festzulegen ist allenfalls, dass der Bund Mittel für die elektronische Auswertung zur Verfügung stellen kann. **Den Gesetzesartikel in der vorliegenden Form (Art 19a im Filmgesetz) lehnen wir ab.**

Wir begrüssen die beabsichtigte Gleichstellung von Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, mit Fernsehveranstaltern. Mit der Verpflichtung, dass diese 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den unabhängigen Schweizer Film investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen müssen, sind wir vollumfänglich einverstanden (Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Ebenso sollten aber auch «Video sharing platforms» und soziale Medien zur Investition in die nationale AV-Produktion verpflichtet werden.

Ebenso einverstanden sind wir damit, dass elektronische Filmanbieter verpflichtet werden sollen, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Hier ist allenfalls auch eine Quote für Schweizer Filmproduktionen ins Auge zu fassen. Zusätzlich sollten Online-Filmanbieter zur Herausstellung dieser Werke in den Katalogen verpflichtet werden.

1.5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

Mit den Gesetzesanpassungen Art. 1 Bst. a Ziff. 1; Art. 12 Abs. 4 und Art. 17 sind wir einverstanden.

Die Streichung des Bundesbeitrages an die Bundeshauptstadt und somit von Art. 18 lehnen wir ab.

1.6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)? Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die vorgesehenen Finanzmittel?

1.6.1. Grundsätzliche Haltung

Über die vorgesehenen Erhöhungen der Finanzmittel sind wir sehr erfreut. Wir betrachten die zur Umsetzung der Kulturbotschaft vorgesehenen Finanzmittel immer noch als zu bescheiden. Insbesondere für neue Aufgaben der Pro Helvetia --Unterstützung für Tourneen auch ausserhalb von Europa, Ausweitung von zu unterstützenden Werkbegriffen, Erweiterungen auf weitere Mitwirkende (Kuratorinnen, Produzentinnen etc.) Erschliessung oder Systematisierung der Unterstützung neuer Gattungen - dürften die Mittel nicht ausreichend sein. Diese neuen Aufgaben dürfen aber nicht auf Kosten bisheriger Tätigkeiten umgesetzt, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.

Zudem sind in verschiedenen Bereichen (z.B. Beitrag Literaturzeitschriften, Beitrag Bundeshauptstadt) zusätzliche Beiträge einzustellen. Diese Beiträge dürfen aber nicht auf Kosten bereits vorgesehener Beiträge erfolgen. Der vorgesehene Finanzrahmen soll insgesamt entsprechend erhöht werden.

Wir sehen, dass einerseits grosse Aufgaben neu in der Kulturbotschaft aufgenommen werden, insbes. die Umsetzung des Art. 67 a u.a. mit dem zusätzlichen beantragten realen Wachstum von 1.9% können diese Aufgaben kaum wahrgenommen werden, was zwingendermassen zum Leistungsabbau in anderen Bereichen führt. Ebenso besteht die grosse Gefahr, dass bei einer Kürzung der beantragten Mittel die bisherigen Leistungen in der direkten Kulturförderung eine massive Streichung zu erwarten haben. Wir fordern deshalb, dass die bisherigen Leistungen in der direkten Kulturförderung mindestens eingehalten werden. (vergl. auch 1.5.)

Bei «Kulturaustausch international» sind wir der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen. Wir beantragen deshalb:

- Bei «Ausbau und Erweiterung der Massnahmen hinsichtlich Marktzugang und Wettbewerbsfähigkeit» seien 2 Mio CHF Mehrmittel zur Verfügung zu stellen, also CHF 500'000 pro Jahr. Sonst besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Massnahmen keine oder kaum Wirkung erzielen.
- Bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» seien 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

1.6.2. Unsere grosse Sorge: Das Förderbudget darf nicht auf Kosten der Bildung oder anderer Bereiche schrumpfen!

Im Budget ist gut sichtbar, dass sich die zusätzlich beantragten Mittel auf ganz konkrete Aufgaben beziehen, insbesondere den Ausbau der Begabtenförderung.

Wie bereits ausgedrückt, begrüssen wir grundsätzlich die zusätzlichen Massnahmen in diesem Thema. Wir stellen aber in Frage, ob dieser Bereich überhaupt in der Kulturbotschaft abgehandelt werden muss. Talentförderung ist mehrheitlich eine Bildungsaufgabe. Es scheint uns wichtig und richtig, dass hier auch das Bildungsbudget seinen Beitrag leistet.

Dies umso mehr aufgrund folgender Sorge:

Die neuen Aufgaben, die sich das BAK vornimmt, und für die das zusätzliche Budget beantragt wird, sind

nicht nur unter der Bedingung vorgesehen, dass diese Budgetaufstockung auch erfolgt. Sollte das Parlament zwar den neuen Aufgaben zustimmen, aber weniger Geld sprechen, besteht die Gefahr, dass auf Kosten eines kulturellen Bildungsbereiches bei der Kulturförderung an sich gespart werden muss. Das wäre aus unserer Sicht ganz und gar inakzeptabel.

Wir verlangen, dass das BAK nur Aufgaben im kulturellen Bildungsbereich übernimmt, wenn dafür nicht bei der Förderung der Kulturschaffenden und ihrer berechtigten Interessen gespart werden muss. Ansonsten sehen wir es in der Verantwortung des EDI, die Finanzierung der wichtigen musikalischen Förderung aus anderen Budgets sicherzustellen.

Wir verweisen auch auf das **Postulat Quadranti 19.3725**, in dem diese Problematik der Zuweisung von Aufgaben an nur ein Departement aufgegriffen wird.

Kultur ist in der Tat ein weiter Begriff. Für SONART steht «Kultur» im Kontext des Bundesamtes für Kultur vor allem für kreative Arbeit in allen künstlerischen Bereichen. Uns ist es ein zentrales Anliegen, dass die Förderung der kreativen Arbeit und ihrer Rahmenbedingungen nicht zunehmend verdrängt wird von kultureller Bildung oder soziokulturellen Themen. Diese sind selbstverständlich auch von grosser Bedeutung für die Gesellschaft, sie sind aber mit dem beschränkten Budget, das dem BAK zur Verfügung steht, nicht angemessen bearbeitbar.

2. Allgemeine Würdigung

Obschon wir der Auffassung sind, dass 0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur schlicht zu wenig ist, nehmen wir doch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Angesichts der guten Ertragslage des Bundes und angesichts der grossen Bedeutung der Kultur im Allgemeinen und der Musik im Besonderen in fast allen Bereichen des täglichen Lebens, sollte diese moderate Erhöhung unbestritten sein.

Wir stellen ebenfalls erfreut fest, dass in der neuen Kulturbotschaft der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angesprochen werden soll. Zwar sind alle diesbezüglichen Formulierungen noch sehr vage. Aber wir freuen uns auf die Konkretisierung und begrüßen es, dass die Musikorganisationen dabei miteinbezogen werden sollen. Gerne bieten wir dazu unsere Mitarbeit an. Allerdings vertreten wir die Meinung, dass der Art. 67a BV in erster Linie im Bildungsbereich verankert werden muss. Es geht nicht an, dass die ohnehin knappen Mittel für die Kultur mit Bildungsaufgaben belastet werden.

Dass auch die Kantone in diesen Umsetzungsschritt eingebunden werden sollen, ist besonders bemerkenswert und erfreulich.

Gar nicht einverstanden erklären können wir uns hingegen mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere unter Absatz 1 noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

Abgesehen davon erscheint uns aber die ganze Vorlage im Großen und Ganzen als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Positiv fällt uns auch auf, dass die Förderer sich zunehmend der Tatsache stellen, dass traditionelle Genre- und Sparten-grenzen zunehmend verschwimmen. Es ist von grosser Bedeutung, dass die Förderungsinstrumente so ausgelegt sind, dass sie diese lebendige Entwicklung abbilden und erfassen können.

Schliesslich gilt es, einen Aspekt der neuen Kulturbotschaft noch besonders zu würdigen:

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert und hocherfreulich.

3. Zu den konkreten Artikeln

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnenorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Der Start des Programms J+M war für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich.

Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. So gesehen fällt für uns das Fazit doch eher durchgezogen aus. Wir anerkennen aber die stetigen Bemühungen des BAK, das Programm fortlaufend zu verbessern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Auch im Bereich der Musik darf die Erschliessung neuer und weiterer Wirkungsgebiete in Zukunft ein Thema sein.

Aus unserer Sicht ist die Verbreitung der Schweizer Kultur im Ausland die unbestrittene Hauptaufgabe des Kulturförderung des Bundes, zusammen mit der direkten Projektförderung.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird betont, wie wirkungsmächtig sich die Digitalisierung erweist. Vor diesem Hintergrund genügt es u.E. nicht, wenn Pro Helvetia ihre Förderinstrumente in diesem Bereich laufend überprüft und diese ggf. anpasst. Wir sind vielmehr der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der grossen Auswirkungen der Digitalisierung die Anstrengungen deutlich verstärkt werden müssen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen – so lange nicht das Budget für Kreation deshalb gekürzt werden muss.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als gut. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. SONART ist gerne bereit, seine Expertise einzubringen und im Austausch mit dem BAK die Chancen und Schwierigkeiten der landesweiten Vernetzung zu diskutieren und daraus gemeinsame Projekte abzuleiten und aufzubauen – es ist eine unserer Kernaufgaben, und gleichzeitig eine unserer grossen Herausforderungen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Es ist daher aus unserer Sicht zu prüfen, wie die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure etwa im Bereich des Musikexportes zusammengefasst werden können, mit dem Ziel, dass die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden.

Bei Bedarf ist der Schweizer Musikat, bei dem neben SONART praktisch sämtliche weiteren nationalen Musikorganisationen und – verbände zusammengefasst sind, gerne bereit, eine koordinierende Funktion zu übernehmen.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme unseres Musik-Dachverbandes Schweizer Musikat zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU InstA. Dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musiksektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen.

Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musiksektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik ausgedehnt werden.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Wir begrüßen die Fortsetzung und den Ausbau der Massnahmen in diesem Bereich. Insbesondere begrüßen wir, dass die infolge von Teuerungskorrekturen erfolgten Kürzungen im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in kommenden Kulturbotschaft 2021 ausgebaut und erwarten dass die entsprechenden Mittel wieder zumindest dem ursprünglich geplanten Betrag angepasst werden.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüßen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Musiksparte bewusst miteinbezogen und andererseits die Schnittstelle zur vorgesehenen Einführung der Talentkarte mitgedacht wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüßen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Der Schweizer Musikrat, bei dem neben SONART auch Verbände aus dem Musikbildungsbereich Mitglieder sind, bietet hier gerne seine Expertise an.

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Die stetige Überprüfung und Anpassung der Werkbegriffe an die künstlerische Entwicklung begrüßen wir grundsätzlich. Dies darf aber nicht in Amtsstuben, sondern muss in stetigem Austausch und Diskurs mit den Kunst- und Kulturschaffenden und deren Organisationen geschehen.

Nicht nur interdisziplinär ist in der Musik viel in Bewegung, auch innerhalb der Musiksparte verschwimmen traditionelle Genregrenzen zunehmend. Aus dieser Perspektive ist es erstaunlich, dass die interne Organisation und die Förderung bei der Pro Helvetia nach wie vor Genres zugeordnet wird.

Die Erkenntnis, dass die Einkommenssituation vieler Kuntschaffender, trotz erfolgreicher Arbeit, ungenügend ist, können wir voll und ganz bestätigen. Wir begrüßen sehr, dass das BAK und die Pro Helvetia ab 2021 ihre Finanzhilfen mit der Bedingung verbinden, dass die Finanzhilfeempfänger die Richtlinien der relevanten Branchenverbände zur Entschädigung von Kulturschaffenden einhalten und in Zusammenarbeit mit der Szene sowie mit den interessierten Kantonen und Städten eine Praxis angemessener Entschädigungen entwickeln.

Die Absicherung im Bereich der sozialen Sicherheit sollte ebenfalls Teil der Förderstrategie sein. Das BAK sollte auch hier verwaltungsintern eine Beobachterrolle einnehmen, also das Monitoring, und fallweise

auch bei Revisionen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze aktiv werden. Veranstalter und Produzenten müssen auch im Kontext der Förderung in die Verantwortung genommen werden, was die soziale Sicherheit ihrer Künstlerinnen und Künstler betrifft.

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Im Bereich der Promotionsmodelle, die wir im Grundsatz begrüssen, sollte mehr Rücksicht auf bereits bestehende Strukturen genommen und die Zusammenarbeit besser gepflegt werden. Nicht Konkurrenz- sondern Kooperation sollten der Leitgedanke sein. Es ist durchaus auch denkbar, dass die Promotionsaufgaben vor Ort an bereits bestehende Organisationen wie z.B. Swiss Music Export mittels einem Leistungsauftrag delegiert werden.

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. SONART bietet sich hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch wie bereits erwähnt nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Musik und Migration ist ein wichtiges Thema. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

In diesem Bereich ist die vertiefte Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Organisationen anzustreben. So mit dem Verein «Artlink», der im Bereich Interkulturalität grosse Erfahrungen und personelle Kompetenzen ausweist. Es ist zu prüfen, ob hier nicht Aufgaben im Leistungsauftrag delegiert werden können, anstatt innerhalb der Pro Helvetia teure Parallelstrukturen aufzubauen.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir. Es wäre sogar zu prüfen, ob statt «angemessen» nicht eher von «ausgewogen» die Rede sein müsste.

Ebenso begrüssen wir die Absichten im Bereich der Kunstvermittlung. Im Bereich von Vermittlungsprojekten muss aber die geäusserte Absicht zur Zusammenarbeit mit Partnern auch tatsächlich und auf gleichberechtigter Ebene ernsthaft erfolgen. Kunstschaffen und Kunstvermittlung dürfen sich nicht konkurrenzieren. Zudem darf die Förderung der Kunstvermittlung nicht zu Lasten der Förderung des Kunstschaffens finanziert werden. Es kann nicht sein, dass den Urheberinnen und Urhebern Mittel entzogen werden, um ihre Werke zu vermitteln.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Aus Sicht von SONART besteht ein Missverhältnis zwischen den Preissummen und Gestehungskosten, also dem Budget, das für Promotion und Veranstaltungen aufgewendet wird. Wir würden begrüssen, dass sich hier das Verhältnis zu Gunsten der Preissumme verschoben werden.

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise. Wir würden begrüssen, dass hier ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, die Aktivitäten aufeinander abzustimmen.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.1.5 Unterstützung der Organisationen professioneller Kulturschaffender

Als Empfänger dieser Unterstützung möchten wir gerne herausstreichen, wie essenziell die Bundesgelder für unseren Verband sind. Wir danken herzlich für die Unterstützung, ohne die eine nennenswerte Arbeit im Dienst unserer Mitglieder nicht möglich wäre.

Nach der vollzogenen Fusion ist nun auch SONART gut aufgestellt für die nächste Förderperiode und wir beabsichtigen selbstverständlich wieder ein Gesuch zu stellen und zählen auf die kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem BAK.

Zwei Bemerkungen wollen wir uns erlauben:

Erstens: Wir stehen zu den Prioritäten, die der Bund für die Förderung der KuOr gesetzt hat. Aus unserer Sicht findet sich aber in der Verordnung zur ablaufenden Kulturbotschaft eine Definition, die dringend angepasst werden muss: Die Forderung, dass die Verbände der professionellen Kulturschaffenden «mehrheitlich» jene Arbeit tun, die nach den Kriterien des BAK unterstützt wird. Es spricht nichts dagegen, dass der Bund definiert, welche Arbeiten der Verbände er unterstützen will. Wenn die Verbände aber im Auftrag ihrer Mitglieder auch Weiteres tun, dann sollen sie dafür nicht bestraft werden. Aus unserer Sicht kann der Bund entscheiden, welche Projekte und Inhalte er mitträgt, aber die Definition des Verbandszwecks und allfällige weitere Prioritäten liegen -statutengetreu- in der Hand der Mitglieder, die den Verband ja ausmachen.

Konkret geht es um das Beispiel des ehemaligen STV, der aufgrund seiner Tätigkeiten im Promotions- und Vermittlungsbereich aus der Förderung gefallen ist. Das Problem ist gelöst, die Fusion hat stattgefunden. Nichtsdestotrotz besteht in der zeitgenössischen Szene seither ein grosses Vakuum, weil der STV da eine Aufgabe übernommen hatte, die nun niemand mehr erfüllen kann. Sollte SONART also mit Drittmitteln Projekte im Bereich Promotion und Vermittlung übernehmen (oder ein anderer Verband in ähnlicher Weise zusätzliche Aufgaben machen), so braucht das das BAK nicht zu kümmern, so lange die Leistungsvereinbarungen eingehalten und keine Bundesmittel zweckentfremdet werden.

Zweitens: Gerade in Bezug auf das obenstehende Beispiel ist es erstaunlich, dass der Bund zwar die kulturelle Teilhabe zu einem obersten Ziel erklärt, gleichzeitig aber den KuOr, welche einen sehr direkten Draht zu ihren Mitgliedern haben, nicht erlauben will und sie nicht darin fördern will, ihren Teil beizutragen.

Wir verweisen auch auf den sehr wichtigen Punkt der medialen Berichterstattung zur Kultur: Die wichtige Zeitschrift Dissonanz musste eingestellt werden aufgrund dieser fragwürdigen Prioritätensetzung des Bundes. Wir sind also erfreut, dass hier in Zukunft mehr getan werden soll, und wir wollen uns gerne mit einbringen.

Drittens: Gemäss Art. 43 KFG (Kapitel 3, Abschnitt 3) ist die Pro Helvetia von der Besteuerung durch den Bund, Kantone und Gemeinden befreit. Wir fordern, dass ein kongruenter Artikel für die KuOr erschaffen wird. Schliesslich müsste es ja im Interesse des Bundes sein, dass die vom Bundesamt für Kultur unterstützten Verbände steuerbefreit sind, damit diese erforderlichen Drittmittel erreichen können (Steuerbefreiung bei Legaten, Schenkungen, Sponsoring für Private und Firmen, etc.).

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ad 2.3.5 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche - Musik

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen:

Den Ausführungen unter «Ausgangslage und Herausforderungen» haben wir nichts hinzuzufügen, als dass wir die gemachten Einschätzungen teilen.

Ebenfalls vollumfänglich anschliessen können wir uns den formulierten Zielen und Massnahmen – mit Verweis auf die auf Seite 4 zu Ad 1.4.2.3 gemachten Aussagen.

Ad 2.4.3 Schweizerische Nationalbibliothek

Die NB wird richtigerweise als Gedächtnisinstitution der Nation bezeichnet. Sie trägt, wie richtig festgehalten wird, zusammen mit anderen Bibliotheken, Archiven und Museen, zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Schweiz bei. Gerade im Hinblick auf die Erhaltung des kulturellen Erbes ist die konsequente Weiterführung der Digitalisierung der Bücher wichtig, auch wenn diese kostenintensiv ist.

→ Allerdings sind wir bezüglich der Ziele und Massnahmen der Auffassung, dass diese Arbeiten sogar intensiviert werden müssten.

→ Soll die NB ihrer Aufgabe als nationale Gedächtnisinstitution gerecht werden, muss die Musik zwingend wieder integriert werden. Es kann nicht sein, dass dieser wichtige und umfangreiche Bereich nicht Teil der NB ist. Schon jetzt ist es kaum möglich, sich einen Überblick über die musikalische Fachliteratur zu verschaffen, da die Bestände über das ganze Land verstreut sind.

→ Die Tatsache, dass bis heute völlig unklar ist, wer denn für die Fachliteratur der Musik überhaupt zuständig ist, führt, zusammen mit den föderalen Strukturen, dazu, dass viele wertvolle Bestände verloren gehen. Wir fordern deshalb bezüglich des Bereichs Musik eine nationale Gesamtschau, welche die offenen Fragen wie Zuständigkeiten, Aufbewahrung, Erfassung, etc., klärt und die notwendigen Massnahmen initiiert.

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe können wir grundsätzlich unterstützen. Es wäre wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welches im Rahmen unserer gesellschaftlichen Entwicklungen eine immer grössere Dringlichkeit erfährt.

Dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde, ist eine solche konkrete und sicher hilfreiche Massnahme.

Die Thematik der Musikschultarife und damit verbunden die Problematik der in Art. 12a KFG formulierten gesetzlichen Regelung wurde hingegen noch nicht angesprochen:

Bereits in der Vernehmlassung zur jetzigen Kulturbotschaft wurde darauf hingewiesen, dass die aktuelle Formulierung das Potenzial hat, die Intention von Art. 67a BV eines verbesserten Zugangs zum Musizieren ins Gegenteil zu drehen. Das wäre dann wirklich verheerend. Glücklicherweise, muss man fast sagen, wurde offenbar diese neue Bestimmung bis jetzt kaum umgesetzt – was umgekehrt aber auch wieder

staatspolitisch ein sehr bedenkliches Zeichen ist. Die Aussage des letzten Satzes in diesem Abschnitt, dass zu entscheiden sei, wie die Umsetzung verbessert werden könne, empfinden wir deshalb als zu vage.

→ Es bräuchte hier deshalb aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis, dass hier Handlungsbedarf besteht und dieser Artikel angepasst werden muss.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen.

4. Schlussbemerkungen

Wir bedanken uns herzlich für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Doran".

Marianne Doran
Präsidentin SONART - Musikschaffende Schweiz

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur BAK
Hallwylstrasse 15
3003 BERN

Per E-Mail: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Datum	19. September 2019	Seite
Ihr Kontakt	Stefan Gilgen / +41 58 223 29 78 / stefan.gilgen@swisscom.com	1 von 6
Thema	Kulturbotschaft 2021-2024 / Vernehmlassung Swisscom zu Änderungsvorschlägen Filmgesetzgebung	

Sehr geehrte Damen und Herren

Bezugnehmend auf das Vernehmlassungsverfahren zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 vom 29. Mai 2019 (nachfolgend "Kulturbotschaft") nimmt Swisscom hiermit die verdankenswerterweise eingeräumte Möglichkeit gerne wahr, um sich dazu fristgemäss mit der vorliegenden Stellungnahme einzubringen. Entsprechend der Betroffenheit fokussieren sich die nachfolgenden Ausführungen dabei auf die im Vernehmlassungsentwurf zur Diskussion gestellten neuen bzw. erweiterten Filmförderungspflichten (Quotenregelung für europäische Filme gemäss Art. 24a des Vorentwurfes zum Filmgesetz [nachfolgend "VE-FiG"] und Reinvestitions- bzw. Ersatzabgabepflichten gemäss Art. 24b ff. VE-FiG).

1. Grundposition Swisscom zu den gemäss Kulturbotschaft vorgeschlagenen Filmförderungspflichten sowie zur Unterstützung des einheimischen Filmschaffens

Der Swisscom-Konzern bekennt sich zum Schweizer Filmschaffen und ist bereit, dieses auch in Zukunft mit verschiedenen Massnahmen zu unterstützen und auf diesem Wege einen angemessenen Beitrag zur kulturellen Angebotsvielfalt im einheimischen Filmwesen zu leisten. Im Rahmen von langfristig orientierten Partnerschaften tritt Swisscom beispielsweise als Hauptsponsor resp. Sponsor der Filmtage Solothurn und des Filmfestivals Locarno auf, welche wichtige Plattformen für das Schweizer Filmschaffen darstellen. Als Gruppengesellschaft des Swisscom Konzerns wendet sodann die Teleclub AG (nachfolgend "Teleclub") in ihrer Funktion als Programmveranstalterin im Rahmen der Erfüllung von rundfunkrechtlichen Pflichten seit mehr als 30 Jahren 4% der Bruttoeinnahmen zugunsten des Schweizer Filmschaffens auf, namentlich durch die Produktion, Koproduktion und den Ankauf von Schweizer Filmen.

Wie im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassung aufgezeigt wird, erachtet Swisscom jedoch den mit der Kulturbotschaft im Bereich der Filmförderungspflichten vorgeschlagene Regulierungsansatz hinsichtlich einer Quotenregelung für europäische Filme sowie der Reinvestitions- bzw. Ersatzabgabepflichten für Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste anbieten, zufolge beschränkter effektiver Durchsetzungsmechanismen als nicht zielführend, teilweise sogar als kontraproduktiv und zudem auch aus rechtlichen Überlegungen in mehrfacher Hinsicht als problematisch. Jedenfalls führen die zur Diskussion gestellten Anpassungen bzw. Neuerungen im Filmgesetz faktisch dazu, dass im internationalen Kontext zu Lasten der Schweizer Anbieter neue Wettbewerbsverzerrungen und Benachteiligungen zu gewärtigen sind. Auf Grund der unklaren Tragweite des Adressatenkreises der neuen Filmförderungspflichten

in Verbindung mit der nicht mehr zeitgemässen Differenzierung zwischen linearen und nicht-linearen Filmangeboten besteht zudem gerade für Swisscom als Anbieterin eines umfassenden ICT- und Contentangebots die potenzielle Gefahr von ungerechtfertigten Doppel- bzw. Mehrfachbelastungen.

Auch wenn sich Swisscom im Sinne der einleitenden Ausführungen explizit zu einer angemessenen Unterstützung des einheimischen Filmschaffens bekennt, sieht sie sich unter Verweis auf die nachfolgenden Überlegungen veranlasst, die im Rahmen der Kulturbotschaft zur Diskussion gestellten Filmförderungspflichten in der vorgeschlagenen Form als Ganzes abzulehnen.

2. Erweiterte bzw. neue Filmförderungspflichten gemäss Kulturbotschaft

2.1. Zur Ausgangslage und den Herausforderungen im Allgemeinen

Swisscom teilt grundsätzlich die Einschätzung im Erläuterungsbericht zur Kulturbotschaft in Bezug auf die Ausgangslage sowie zu den Herausforderungen, mit welchen sich das einheimische Filmschaffen sowie die audiovisuelle Branche im Zuge der als Megatrend qualifizierten Digitalisierung konfrontiert sieht¹.

Aus einer übergeordneten Gesamtsicht muss jedoch konstatiert werden, dass die Digitalisierung des Filmmarktes mit verschiedenen positiven Aspekten einhergeht. Durch die von der Digitalisierung begünstigte zunehmende Konvergenz von Fernseh- und Internetdiensten hat sich der Markt für audiovisuelle Dienste beträchtlich und schnell weiterentwickelt und erfolgte eine weitere Ausdifferenzierung und Marktdurchdringung vielfältiger audiovisueller Inhalte über verschiedenste Verbreitungsplattformen, wobei gleichzeitig auch das Medienkonsumverhalten massgebliche Änderungen erfahren hat. Damit hat sich auch das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der substanziellen Zunahme des Filmkonsums in nicht-linearer Form erscheint es zwar nachvollziehbar, eine Ausdehnung der Filmförderungspflichten auf elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste zur Diskussion zu stellen. Eine massvolle Fortentwicklung der bisherigen Filmförderung erscheint insofern durchaus legitim und das filmpolitische Anliegen, auch ausländische Anbieter in die Filmförderungspflichten einzubinden, aus Gründen der Gleichbehandlung und im Sinne der Sicherstellung eines sog. "level playing field" begrüssenswert. Wie aber nachfolgend im Einzelnen aufzuzeigen ist, erachtet Swisscom indessen den vorgeschlagenen Regulierungsansatz weder zweckmässig noch zielführend noch effektiv wirksam.

2.2. Nicht zeitgemässer und ineffizienter doppelspuriger Regulierungsansatz mit Filmförderungspflichten sowohl in der Radio- und TV-Gesetzgebung als auch der Filmgesetzgebung

Laut den Erläuterungen zur Kulturbotschaft soll mit den vorgeschlagenen Filmförderungspflichten für Anbieter von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten auf die Herausforderung reagiert werden, dass sich der Filmkonsum zunehmend von den herkömmlichen (linearen) Fernsehprogrammen auf die (nicht-linearen) Abrufdienste (in der Kulturbotschaft auch "Online-Dienste" genannt) verschiebe². Dem Umstand, dass im Rahmen des Angebots von linearen Fernsehprogrammen aufgrund bestehender gesetzlicher Regelungen³ - insbesondere schwergewichtig durch Teleclub - bereits seit Jahrzehnten Filmförderung geleistet wird, trägt die Vorlage indessen nur ungenügend Rechnung.

¹ Vgl. Erläuternder Bericht zur Kulturbotschaft vom 29. Mai 2019, S. 2 und S. 27 f.

² Erläuternder Bericht zur Kulturbotschaft vom 29. Mai 2019, S. 28.

³ Vgl. Art. 7 Abs. 2 RTVG i.V.m. Art. 6 RTVV.

Ganz allgemein erachtet Swisscom den vorgeschlagenen doppelspurigen Regulierungsansatz mit Regelungen zu den Filmförderungspflichten im RTVG⁴ einerseits (Fernsehprogramme bzw. sog. lineare Dienste) sowie dem FiG⁵ andererseits (nicht-lineare Abruf- bzw. Onlinedienste) als ineffizient und nicht mehr zeitgemäss. Angesichts der aktuellen Medienkonsumgewohnheiten hinsichtlich audiovisueller Dienste lösen sich die Grenzen zwischen linearen Fernsehprogrammen und nicht-linearen (Abruf)Angeboten vermehrt auf und eignet sich die (Nicht)Linearität eines Angebots kaum mehr als massgebliches Abgrenzungs- bzw. Aufgreifkriterium für Filmförderungspflichten.

Zudem führt der mit der Kulturbotschaft zur Diskussion gestellte Regulierungsansatz dazu, dass zwei Bundesämter (Bundesamt für Kultur/BAK und Bundesamt für Kommunikation/BAKOM) unabhängig voneinander zuständig wären. Damit verbunden wären Ineffizienzen sowie die Gefahr von Doppelspurigkeiten bzw. Widersprüchlichkeiten (z.B. zufolge unterschiedlicher Berechnungskriterien/Bemessungsgrundlagen für die massgeblichen Bruttoeinnahmen oder einer je nach zuständigem Amt entwickelten eigenen Behördenpraxis). Zudem wäre absehbar, dass der fehlende einheitliche Regulierungsansatz zu einer Zusatzbelastung der von den Filmförderungspflichten betroffenen Adressaten führen würde⁶.

Der nicht mehr zeitgemässe Regulierungsansatz führt dabei im Ergebnis dazu, dass insbesondere inländische Anbieter - wie beispielsweise Teleclub, welche sowohl lineare Fernsehprogramme als auch nicht-lineare Abrufdienste bereitstellt - sowohl im Vergleich zu Fernsehprogrammen mit ausländischen Werbefens-tern als nun neu zusätzlich auch im Vergleich zu (ausländischen) Anbietern von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten weiter benachteiligt werden und nicht hinnehmbare Wettbewerbsnachteile zu gewärtigen hätten.

Bereits aus diesen Gründen lehnt Swisscom die mit der Kulturbotschaft vorgeschlagene Ausdehnung der Filmförderungspflichten als nicht zweckmässige gesetzgeberische Herangehensweise bzw. als verfehlten Regulierungsansatz ab. Swisscom erachtet eine gesamtheitliche Betrachtungsweise sowie eine einheitliche Filmförderung in einem einzigen Rechtserlass mit einer einzigen zuständigen Behörde als sachlich geboten und zwingend notwendig.

2.3. Adressatenkreis: Anbieter von "elektronischen Abruf- oder Abonnementsdiensten"

Die neu vorgeschlagenen Vorschriften zur Förderung der Vielfalt des Filmangebots ausserhalb der Kinos (Art. 24a ff. VE-FiG) richten sich an "*Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten*". Aus rechtlicher Sicht und mit Blick auf das Legalitätsprinzip, das Bestimmtheitsgebot sowie die Rechtssicherheit bzw. Voraussehbarkeit problematisch erscheint dabei vorab bereits, dass der angesprochene Adressatenkreis nicht restlos klar auf Gesetzesstufe abgegrenzt werden kann.

Der vorgeschlagene Regulierungsansatz nimmt primär auf Anbieterinnen von Streaming- und Video-on-demand- (VoD) bzw. Online-Plattformen ins Visier, wobei Unternehmen in die Pflicht genommen werden sollen, "*... welche die zum Abruf angewählten Filme auswählen, also eine redaktionelle Verantwortung für ihre Angebote tragen, nicht hingegen Plattformen, welche nutzergenerierte Inhalte zur Verfügung stellen*" ("*Video Sharing Plattformen*")⁷.

Der von der Kulturbotschaft erkannte gesetzgeberische Handlungsbedarf fokussiert offenbar v.a. auf grosse Streaming-Plattformbetreiber bzw. Film-/Videoplattformanbieter⁸, wobei aber insbesondere auch in den Medien⁹ berechtigterweise darauf hingewiesen wurde, dass der persönliche Anwendungsbereich der neuen Filmförderungspflichten unklar ist. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle erwähnt, dass jedenfalls

⁴ Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) vom 24. März 2006, SR 784.40.

⁵ Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG) vom 14. Dezember 2001, SR 443.10.

⁶ In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass der durch die Neuerungen beim Bundesamt für Kultur entstehende erhebliche zusätzliche Verwaltungsaufwand neu durch die Einnahmen aus der Filmförderung finanziert werden soll.

⁷ Erläuternder Bericht zur Kulturbotschaft vom 29. Mai 2019, S. 47.

⁸ In den Medien ist vor diesem Hintergrund auch von einer "Lex Netflix" die Rede.

⁹ Vgl. Artikel "Der Bund" vom 31. Mai 2019, S. 29.

IPTV-Plattformanbieter, welche dem Publikum Medienangebote zum (linearen oder zeitversetzten bzw. nicht-linearen) zum Konsum aufbereiten und über die entsprechenden Kommunikationsnetze bzw. Verbreitungskanäle als gebündeltes Gesamtangebot zugänglich machen, nicht als Anbieterinnen von elektronischen Abruf- oder Abonnementsdienste im Sinne von Art. 24a ff. VE-FiG gelten können. Für entsprechende Forderungen, die Filmförderungspflichten für Online-Angebote explizit auch auf Fernmeldedienstanbieterinnen, welche Medienangebote im Rahmen von Plattformen wie Swisscom TV oder Sunrise TV anbieten, auszudehnen¹⁰, fehlt eine genügende gesetzliche Grundlage¹¹. Zudem würden solche – überspannte – Verpflichtungen gerade bei Swisscom zu nicht akzeptablen Doppel-/Mehrfachbelastungen führen.

Unklar bzw. irritierend ist zudem, dass die Erläuterungen festhalten, die Reinvestitions- bzw. Ersatzabgabepflichten für ausländische Unternehmen, welche elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste in der Schweiz anbieten, müsse sich *gezielt* an das Schweizer Publikum richten¹², obwohl eine solche Interpretation alles andere als naheliegend erscheint¹³. Da entsprechende Anbieterinnen ihre nicht-linearen Dienste auf Grund der international beschränkten Bedeutung des Schweizerischen Marktes regelmässig nicht gezielt auf das Schweizerische Publikum ausrichten, würden diese bei einer entsprechenden Lesart gar nicht von der Filmförderungspflicht erfasst. Ein solches Verständnis stünde jedoch in eklatantem Widerspruch zu den mit der Kulturbotschaft verfolgten Bestrebungen, insbesondere auch die grossen ausländischen, primär amerikanischen Streamingplattformen bzw. nichtlineare Abrufdienste von den Filmförderungspflichten zu erfassen.

2.4. Faktische Wettbewerbsverzerrungen durch fehlende Durchsetzbarkeit im internationalen Kontext ("Inländerdiskriminierung")

Obschon der VE-FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Förderungspflichten sowie die damit verbundenen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten¹⁴, ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Die neuen Auflagen führen jedenfalls faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen und verschlechtern deren Position gegenüber ausländischen Diensteanbieterinnen (Netflix, Youtube, Amazon, etc.) weiter. Dabei hilft es auch wenig, wenn hinsichtlich der Quotenregelung eine Angleichung an den Regulierungsansatz der AVMD-Richtlinie angestrebt wird. Der VoD-Markt wird nicht von europäischen Unternehmen dominiert, sondern vor allem von grossen US-amerikanischen Streamingplattform-Anbieterinnen wie Amazon, Netflix, The Walt Disney Company, etc.

Auch der erläuternde Bericht zur Kulturbotschaft erkennt berechtigterweise die Durchsetzungsschwierigkeiten¹⁵ und warnt insofern vor zu hohen Erwartungen in Bezug auf die Wirksamkeit und Effektivität des neuen Regulierungsansatzes. Festgehalten werden muss, dass die Filmförderungspflichten gegenüber den massgeblichen ausländischen Anbieterinnen letztendlich nicht umgesetzt werden können und mithin ein effektiver Durchsetzungsmechanismus fehlt. Der gewählte Regulierungsansatz führt im Ergebnis zu einer weiteren, nicht hinnehmbaren Inländerdiskriminierung und ist insofern aus Sicht von Swisscom auch aus diesen Überlegungen abzulehnen.

¹⁰ Vgl. z.B. Eingabe Interessengemeinschaft unabhängige Schweizer Filmproduzenten vom 11. Oktober 2018 im Rahmen der Vernehmlassung zum neuen Bundesgesetz über elektronische Medien, S. 3 f.

¹¹ So auch Antwort des Bundesrates vom 18. März 2019 zur Frage NR Jacques-André Maire, Swisscom soll auch in den Film investieren (Geschäfts-Nr. 19.5237).

¹² Erläuternder Bericht zur Kulturbotschaft vom 29. Mai 2019, S. 47.

¹³ Sollte sich die Voraussetzung der für das schweizerische Publikum "zielgerichteten" Angebote an der Vorgabe gemäss Art. 13 Abs. 2 der AVMD-Richtlinie orientiert haben, wonach die Angebote "auf Zuschauer in ihrem Gebiet abzielen", ist darauf hinzuweisen, dass die beiden angesprochenen Sachverhalte klar unterscheiden und nicht miteinander vermengt werden dürfen.

¹⁴ Vgl. Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 VE-FiG.

¹⁵ Erläuternder Bericht zur Kulturbotschaft vom 29. Mai 2019, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

2.5. Zur Verfassungs- und Rechtmässigkeit der Reinvestitions- bzw. Ersatzabgabepflichten gemäss Art. 24b ff. VE-FiG

Mit Blick auf die Reinvestitions- und Ersatzabgabepflichten gemäss Art. 24b ff. VE-FiG erscheint aus rechtsstaatlicher Sicht im Weiteren die Tatsache problematisch, dass sich die entsprechenden Filmförderungs-pflichten auf keine hinreichende verfassungsrechtliche bzw. gesetzliche Grundlage stützen können.

Die Förderung des Schweizer Filmschaffens ist Staatsaufgabe und grundsätzlich aus allgemeinen öffentlichen Mitteln zu finanzieren, falls dies dem politischen Willen entspricht und das (Film)Gut aus Gründen von gesellschaftlichen Überlegungen zu fördern ist¹⁶. Filmförderung ist eine hoheitliche Aufgabe des Bundes, welcher dazu Finanzhilfen und andere Formen der Unterstützung leisten kann¹⁷. Für die Heranziehung von privaten Rechtssubjekten für die Filmförderung im Sinne der Vorschläge in der Kulturbotschaft fehlt jedenfalls eine genügende verfassungsrechtliche Grundlage, soweit es um Anbieterinnen von nicht-linearen Angeboten im Bereich des Filmwesens geht¹⁸.

2.6. Zur Quotenregelung gemäss Art. 24a VE-FiG

Die im Sinne eines freiwilligen autonomen Nachvollzuges der AVMD-Richtlinie¹⁹ vorgeschlagene sog. Quotenregelung gemäss Art. 24a VE-FiG, wonach elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste im Sinne der Förderung der Angebotsvielfalt mindestens 30 Prozent europäische Filme beinhalten müssen, welche zudem besonders gekennzeichnet und gut auffindbar sind, erachtet Swisscom als nicht zielführend.

Die Einführung einer europäischen Pflichtquote wird nach dem Dafürhalten von Swisscom in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher ist davon auszugehen, dass eine entsprechende Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben wird. Insofern birgt die Quotenregelung nicht unbeachtliche Risiken, welche den gewünschten Effekt der Angebots- bzw. Kulturförderung zunichte machen oder zumindest in Frage stellen könnten.

Diese Einschätzung teilt im Übrigen auch das BAKOM, welches in einer Stellungnahme an die Europäische Kommission im Zusammenhang mit der öffentlichen Konsultation zum Grünbuch über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt explizit Folgendes festhielt:

„Die in der AVMD-Richtlinie enthaltene Quotenregelung erachten wir als nicht effizient. Sie kann sich kontraproduktiv auf den Wettbewerb auswirken und betroffene Anbieter daran hindern, innovative und neue Geschäftsmodelle einzuführen. Zudem kann die Ausstrahlung von europäischen Werken zu einer Alibi-Übung verkommen.“²⁰

Bedauerlicherweise finden sich in den Erläuterungen zur Kulturbotschaft keine Hinweise auf die entsprechende Ausführungen und Grundhaltung des BAKOM und werden die Gründe bzw. Legitimation für den offenbar innerhalb der Bundesverwaltung in der Zwischenzeit stattgefundenen Sinneswandel nicht transparent ausgewiesen. Aus Sicht von Swisscom überzeugt der vom BAKOM vertretene Standpunkt zum heutigen Zeitpunkt nach wie vor und sind keine Gründe ersichtlich, weshalb die damalige Einschätzung heute als überholt gelten sollte. Als nicht zielführender oder gar kontraproduktiver Regulierungsansatz, welcher zugleich einen unangemessenen Eingriff in die Präferenzsouveränität der Kunden darstellt, lehnt Swisscom deshalb die vorgeschlagene Quotenregelung ab.

¹⁶ In diese Richtung zielt denn auch beispielsweise die vom Ständerat jüngst angenommene Motion Savary 19.3649, Rechtliche Grundlagen für einen Digitalisierungsfonds, womit ein Teil der aus allgemeinen Mitteln zu äufnenden Fonds der Digitalisierung für die audiovisuelle Produktion in der Schweiz, namentlich für den Schweizer Film, zugeteilt werden soll.

¹⁷ Art. 3 FiG.

¹⁸ Art. 93 BV kann lediglich als Grundlage für Filmförderungspflichten im Bereich von linearen Angeboten (Fernsehprogramme gem. RTVG) herangezogen werden.

¹⁹ EU-Richtlinie 2018/1808 über audiovisuelle Mediendienste vom 14. November 2018.

²⁰ Stellungnahme BAKOM vom 23. August 2013 zum Grünbuch vom 24. April 2013, S. 3.

3. Fazit und Schlussbemerkungen

Unter Verweis auf die vorliegend dargelegten Bedenken sowie den entsprechend angebrachten grundsätzlichen Vorbehalt sieht sich Swisscom im Ergebnis veranlasst, die mit der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft zur Diskussion gestellten Änderungen des Filmgesetzes abzulehnen. In diesem Sinne sind gleichzeitig auch sämtliche der in Ziffer 4 des Fragenkataloges zur Kulturbotschaft adressierten Fragestellungen verneinend zu beantworten.

Abschliessend erlauben wir uns den Hinweis, dass die **Teleclub AG** als direkt betroffene Adressatin der Filmförderungspflichten eine **separate Vernehmlassungseingabe** einreichen wird, welche sich zu den mit der Kulturbotschaft vorgeschlagenen Filmförderungsmassnahmen detailliert auseinandersetzt. Zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten kann integral auf die entsprechende Stellungnahme von Teleclub verwiesen werden, welcher sich Swisscom hiermit vollumfänglich anschliesst.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung der Anliegen sowie Überlegungen von Swisscom bedanken wir uns im Voraus bestens. Gerne stehen wir bei Bedarf für Fragen bzw. weitergehende Diskussionen zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Swisscom AG
Konzernrechtsdienst



Patrick Dehmer
General Counsel



Stefan Gilgen
Senior Counsel



hdk

Zürcher Hochschule der Künste
Rektorat

Prof. Dr. Thomas D. Meier

Rektor

Telefon +41 43 446 20 00

thomas.meier@zhdk.ch

Toni-Areal, Pfingstweidstrasse 96
Postfach, CH-8031 Zürich

www.zhdk.ch

Per Mail an:
Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024. Stellungnahme der Zürcher Hochschule der Künste

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne beteiligt sich die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) an der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021–24.

A. Allgemeine Vorbemerkungen

Als grösste Kunsthochschule der Schweiz vertritt die ZHdK mit dieser Stellungnahme die Interessen der in Ausbildung stehenden Künstler/-innen und Designer/-innen in den Bereichen Bildende Kunst (inkl. Fotografie), Darstellende Künste (Tanz, Theater), Film, Musik, Kunstvermittlung und Design im Hinblick auf ihre spätere Tätigkeit in den jeweiligen Berufsfeldern im öffentlichen Sektor einerseits und in der Kreativwirtschaft andererseits. Zudem ist die ZHdK über das Museum für Gestaltung, das zu ihrem Portfolio gehört, in einem direkten Sinn betroffen von den vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich der Museen. Entsprechend wird lediglich auf ausgewählte Fragen aus dem Fragenkatalog und ausgewählte Punkte der Vorlage der eingegangen.

B. Rückmeldungen zum Fragenkatalog

Frage 2 «Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes»

Grundsätzlich befürwortet die ZHdK die weitgehende inhaltliche Kontinuität der Botschaft 2021–24 bzw. die Beibehaltung der drei Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation». Sie begrüsst die Ergänzung mit der neuen Akzentsetzung «Digitalisierung».

Frage 3 «Weiterentwicklung von Massnahmen»

Die ZHdK unterstützt die Stossrichtung der Handlungsachse «Kulturelle Teilhabe» (Ziff. 1.4.2.1). Insbesondere ist die erweiterte Förderung der Kunstvermittlung um die kritische Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen relevant. Im Bereich Musik wird die Förderung des musikalischen Nachwuchses begrüsst.

Bezogen auf die Handlungsachse «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» (Ziff. 1.4.2.2) erachtet die ZHdK die Bemühungen um eine verbesserte Verbreitung von künstlerischen Werken in den Bereichen Musik, Tanz und Theater als begrüssenswert.

Die ZHdK befürwortet es, dass die Entwicklungen in der Handlungsachse «Kreation und Innovation» (Ziff. 1.4.2.3) mit Themen wie Marktzugang, Wettbewerbsfähigkeit oder systematischer Förderung erneut in die Kulturbotschaft Eingang gefunden haben. Es ist jedoch nicht ausreichend, wenn die Förderprogramme den Künstler/-innen lediglich Zugang zu einer eingeschränkten Zahl wissenschaftlicher Institutionen (CERN, ETHZ, EPFL) ermöglichen. Hier wäre eine breitere Formulierung, die den Zugang zu wissenschaftlichen Institutionen generell fördert, zielführend. Spannende und innovative Schnittstellen zwischen Kunst, Technologie und Wissenschaft finden sich zudem auch in der Kreativwirtschaft bzw. in deren Unternehmen. Es soll daher geprüft werden, ob weitere Partner für entsprechende Förderprogramme in Frage kommen.

Frage 4 Revision Filmgesetz

Die ZHdK unterstützt die in der Frage formulierten Vorschläge. Lediglich, dass Online-Filmanbieter verpflichtet werden sollen, eine Quote von 30 Prozent für europäische Filme vorzubehalten, beurteilt die ZHdK skeptisch.

C. Rückmeldungen zu einzelnen Punkten

Nachwuchs (Ziff. 2.1.1)

Die ZHdK begrüsst die Beibehaltung sowie Weiterentwicklung des Schwerpunkts Nachwuchsförderung aus der letzten Finanzierungsperiode entlang den Bedürfnissen und Potentialen der Sparten ausdrücklich.

Künstlerisches Schaffen (Ziff. 2.1.2)

Der Hinweis auf «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von der ZHdK unterstützt. Technologische Entwicklungen wirken sich auf Erkenntnis-, Kurations- und Produktionsprozesse aus. Der Werkbegriff wird dadurch teilweise neu definiert.

Kunstvermittlung (Ziff. 2.1.3)

Der Vermittlungsbegriff ist richtigerweise breit gedacht. Die ZHdK begrüsst es, dass mediale Vermittlungskompetenzen und entsprechende Angebote aufgebaut werden, um die öffentliche kritische Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen zu fördern.

Visuelle Künste (Ziff. 2.3.1)

Allgemein

Die ZHdK schlägt im ersten Abschnitt folgende Ergänzungen vor (unterstrichen): «Die Schweiz verfügt über eine vielfältige Kunstlandschaft mit herausragenden, international erfolgreichen Künstlerinnen und Künstlern sowie bedeutenden Kunstinstitutionen und Hochschulen, welche zeitgenössische Kunst zeigen und lehren.»

Ziele und Massnahmen

Die ZHdK begrüsst die aufgeführten Massnahmen, insbesondere die als eigenen Punkt aufgeführte Förderung von künstlerischer Recherchearbeit.

Auch die Massnahme «Angemessene Honorare für Künstler/-innen», welche die Unterstützung von Ausstellungen und Publikationen durch den Bund von einer angemessenen Entschädigung der beteiligten Künstler/-innen abhängig macht, wird explizit unterstützt.

Design und Interaktive Medien (Ziff. 2.3.2)

Allgemein

Der Bereich Design befindet sich an der Schnittstelle zwischen Kultur und Wirtschaft. Entsprechend stellt der Innovationstransfer eine grosse Herausforderung dar. Hier fehlen die institutionellen Werkzeuge, das Know-how sowie geeignete Formate und Fördermassnahmen. Vor diesem Hintergrund erachtet die ZHdK es als zielführender, wenn die Förderinstitutionen von einem erweiterten Designbegriff ausgehen würden, der nicht auf den traditionellen und einengenden Kategorien «Produkt», «Kommunikation» und «Medien» basiert, sondern den Designbegriff und die Designpraxis integrativ versteht. Gerade die unbesetzten Lücken zwischen den traditionellen Disziplinen versprechen ein grosses Innovationspotential.

Die Digitalisierung bietet nicht nur im Bereich Game Design eine grosse Chance, sondern auch im Bereich der Visuellen Kommunikation (Augmented Reality, Digital Editorial Design), der Illustration (Knowledge Visualization, Data Visualization, Information Design, Social Media) oder des Product Designs (Additive Fertigungsverfahren).

Ziele und Massnahmen

Die ZHdK begrüsst die aufgeführten Massnahmen, namentlich die verstärkte Unterstützung von Forschung und Produktion in Design sowie die spezifische Förderung von Game Design. Zudem soll die im Bereich der Visuellen Künste erwähnte Massnahme der künstlerischen Recherche (vgl. Ziff. 2.3.1) auch im Design explizit erwähnt werden. Sie ist essentiell für die Weiterentwicklung der Designdisziplinen.

Darstellende Künste (Ziff. 2.3.3)

Allgemein

Nach wie vor wird von abgegrenzten Sparten und Förderbereichen wie Tanz und Theater gesprochen. Disziplinenübergreifende performative Zugänge werden lediglich subsumiert. Die heute an vielen Orten zu beobachtende Öffnung zu anderen Künsten ermöglicht neue Spielformen und -orte. Beim Compagniensystem und den Gastspielhäusern in den Benelux-Staaten und Frankreich ist das gut erkennbar. Der grosse Erfolg des «nouveau cirque» ist ein konkretes Beispiel dafür. Wir schlagen deshalb eine offenere Begrifflichkeit vor, die neue interdisziplinäre Formen performativer Arbeit explizit in die Förderung einschliesst.

Ziele und Massnahmen

Die Förderung neuer Disziplinen wie Musiktheater, zeitgenössischer Zirkus etc. wird ausdrücklich begrüsst. Wir weisen jedoch darauf hin, dass dafür zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen sind und diese Unterstützung nicht zu Lasten der bestehenden Förderung von Tanz und Theater gehen darf.

Die ZHdK begrüsst die Idee der Vergabe von Recherchebeiträgen für Produktionen der freien Szene. Die Förderung der künstlerischen Recherche, wie sie im Abschnitt zu den Visuellen Künsten erwähnt wird (vgl. Ziff. 2.3.1), soll jedoch *generell* für die Darstellenden Künste explizit erwähnt und gefördert werden. Sie ist für deren Weiterentwicklung essentiell.

Die Förderung der internationalen Verbreitung und Promotion sowie die Förderung von Tourneen werden positiv vermerkt. Dabei sollen diese Massnahmen nicht nur den zeitgenössischen

Tanz, das Musiktheater und den Zirkus betreffen, sondern es sind auch *sprachbasierte* Darstellende Künste zu berücksichtigen. Zur Unterstützung der Innovation des Bereichs der Darstellenden Künste ist sicherzustellen, dass die Fördermittel nicht ausschliesslich an arrivierte, sondern auch an neue, explorativ und experimentell arbeitende Gruppen gehen.

Die ZHdK begrüsst auch die Förderung der inländischen Verbreitung von künstlerischen Produktionen über die Sprachgrenzen hinweg. Allenfalls wäre für *alle* Sparten der Darstellenden Künste zu überlegen, Laboratorien für Recherchearbeiten einzurichten, die auch die Organisation der Künstler/-innen stärken würden.

Musik (Ziff. 2.3.5)

Die ZHdK schliesst sich der Stellungnahme der Konferenz der Musikhochschulen Schweiz (KMHS) an und verweist auf die Eingabe der KMHS. Die künstlerische Recherche soll zudem auch im Bereich der Musik als eigenen Punkt explizit erwähnt und gefördert werden.

Film (Ziff. 2.3.6)

Filmförderung (Ziff. 2.3.6.1)

Allgemein

Die ZHdK sieht die Notwendigkeit einer grundlegenden Analyse und Reflexion der Bundesfilmförderung. Ziel sollte die Mandatierung einer ausgewählten Arbeitsgruppe aus Branche, Ausbildung und Forschung sein, die sich mit der Erarbeitung zeitgemässer Förderstrukturen in einer optimalen Rechtsform befasst. Es wäre empfehlenswert, diesbezüglich die in Europa angewandten Modelle partnerschaftlicher und dynamischer Filmförderungen zu analysieren und daraus Anregungen und Möglichkeiten für die Schweiz abzuleiten.

Ziele und Massnahmen

Die ZHdK begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen. Bei der Entrichtung von Abgaben sollte ein angemessener Anteil der Innovationsförderung zugesprochen werden.

Wie in den Visuellen Künsten, dem Design, den Darstellenden Künsten und der Musik kommt der künstlerischen Recherche auch im Bereich Film eine wachsende Bedeutung zu. Sie soll ebenfalls explizit erwähnt und gefördert werden.

Filmkultur (Ziff. 2.3.6.2)

Allgemein

Grundsätzlich gilt es zu bedenken, dass das Primat der linearen Erzählweise nicht mehr gilt. Die Fragmentierung auf unzählige Formen, Plattformen und Formate führt ausserhalb des Kinos zu einer Diversifikation mit grossen Auswirkungen. Deshalb sollten neue Kommunikationsstrukturen zwischen Filmförderung, Filmherstellung und Filmvertrieb entwickelt werden. Institutionen wie die ZHdK oder Initiativen wie das «Maison du futur» bieten ausgezeichnete Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Erprobung neuer Produktions- und Kooperationsmodelle.

Ziele und Massnahmen

Die ZHdK begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen.

Filmerbe der Schweiz (Ziff. 2.3.6.3)

Ziele und Massnahmen

Die ZHdK begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen. Zusätzlich wäre im Sinne der Bündelung der Ressourcen der Aufbau *einer* nationalen Plattform für das Filmerbe wünschenswert. Eine solche Streaming-Plattform erfordert eine Vernetzung nach neuesten technischen Verfahren und frei zugängliche Filmdatenbanken.

Internationale Zusammenarbeit (Ziff. 2.3.6.4)

Ziele und Massnahmen

Die ZHdK begrüsst die genannten Anpassungen und Massnahmen.

Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter (Ziff. 2.4.2.2)

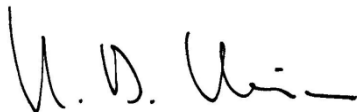
Ziele und Massnahmen

Das Beibehalten von Betriebsbeiträgen an Museen wird begrüsst. Eine öffentliche Ausschreibung für diese Beiträge wird als sinnvoll erachtet. Das Prozedere müsste jedoch optimiert werden, indem die Ausschreibung breiter erfolgt, die Bewertungsraster und das Vorgehen für die Jurierung transparenter werden und mehr Zeit zwischen Ausschreibung und Eingabe zur Verfügung gestellt wird.

Die ZHdK schlägt vor, dass der thematische Fokus der Projektbeiträge künftig näher an den aktuellen Herausforderungen der Mehrheit der Museen liegt und zum Beispiel Projektbeiträge für Vermittlung, Partizipation oder kulturelle Teilhabe sowie für Vorhaben im Bereich der Digitalisierung und Innovation vergeben werden. Dies stünde auch besser im Einklang mit den Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes (Kulturelle Teilhabe, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Kreation und Innovation sowie Digitalisierung).

Bestem Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für weiterführende Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Rektor ZHdK



Neuchâtel, le 19 septembre 2019

Consultation Message culturel OFC - Retour de la FARS

Chère Madame, Cher Monsieur,

À la lecture du rapport explicatif destiné à la consultation du futur message culturel, la Fédération des arts de la rue suisse (FARS), représentant quelque 125 compagnies de danse, théâtre, cirque et marionnettes travaillant en espace public, souhaiterait soumettre quelques modifications.

En effet, si nous entretenons de bons rapports avec les villes de moyenne et grande importance, l'Office fédéral de la culture, Pro Helvetia, la SSA, Artos et la Corodis, force est de constater que nous avons des difficultés à renforcer nos relations avec les Cantons. Au stade de notre développement, il devient capital que nous puissions mener des démarches auprès des Autorités cantonales, en vue d'une reconnaissance des arts en espace public.

Or, il ressort de nos tentatives que nous ne pourrions y parvenir sans une reconnaissance fédérale préalable, qui n'aurait besoin que d'une mention claire des arts en espace public dans ledit message pour exister. Dans cette perspective, le message culturel de la Confédération constitue donc un appui essentiel et nécessaire pour nous permettre d'entamer ces discussions avec les Cantons sur une base solide et de faire progresser la situation des artistes se produisant dans l'espace public.

Le récent changement concernant les modalités des Prix suisses, incluant désormais les arts en espace public, et l'éditorial de Monsieur le Conseiller fédéral et chef du Département fédéral de l'intérieur Alain Berset, à l'occasion de la parution d'un annuaire professionnel national regroupant cirque et arts en espace public en 2019, nous paraissent aller dans le sens de notre démarche.

Nous joignons à cet envoi l'éditorial en question, avec quelques passages surlignés, ainsi que les modifications que nous proposons pour le Message.

En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à cette lettre. Nous restons à votre entière disposition pour tout complément d'information, nous vous adressons, chère Madame, cher Monsieur, nos salutations les meilleures.

Pour la Fédération des Arts de Rue Suisses

Jennifer Wesse

Présidente

&

Thomas Houle

Coordinateur

Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024 (message culture)

Rapport explicatif destiné à la consultation

du 29 mai 2019

Condensé

Par le présent message, le Conseil fédéral définit l'orientation stratégique de la politique culturelle de la Confédération pour la période de financement de 2021 à 2024. Celle-ci s'inscrit dans la droite ligne des orientations définies dans le message culture 2016–2020. Les trois axes stratégiques d'action que sont la «participation culturelle», la «cohésion sociale» et la «création et innovation» seront maintenus. Les mesures introduites durant la période en cours seront poursuivies et ponctuellement développées. Le message culture 2021–2024 est donc placé sous le signe de la continuité. Le Conseil fédéral demande des ressources financières à hauteur de 942,8 millions de francs pour mettre en œuvre la politique culturelle de la Confédération sur la période de 2021 à 2024. Cela correspond à environ 0,3 % des dépenses de la Confédération.

Contexte

La loi sur l'encouragement de la culture prévoit un message pluriannuel relatif au financement des activités culturelles de la Confédération (message culture). Le premier message culture concernait la période 2012 à 2015. Le deuxième message culture traitait de la politique culturelle de la Confédération sur la période 2016 à 2020. À la différence du premier message culture 2012–2015, sa durée d'application avait exceptionnellement été de cinq ans. Cette prolongation a permis de faire coïncider la validité du présent message culture 2021–2024 avec la législature. Le message culture comprend les dépenses de transfert de l'Office fédéral de la culture (OFC) ainsi que les budgets de Pro Helvetia et du Musée national suisse (MNS).

Contenu du projet

Dans le message culture 2016–2020, le Conseil fédéral a pour la première fois défini trois principaux axes d'action qui guideront la future politique culturelle fédérale. Ils ont pour nom «participation culturelle», «cohésion sociale», «création et innovation». L'adoption de ces trois axes d'action est le résultat d'une analyse contextuelle dans le cadre de laquelle le Conseil fédéral a identifié cinq tendances globales («mégatrends») qui ont une influence majeure sur le processus de transformation de la société. Ces tendances sont la «mondialisation», la «numérisation», le «changement démographique», l'«urbanisation» et l'«individualisation». Elles se sont confirmées ces dernières années. Les grandes tendances et les défis qui leur sont associés n'ayant pas fondamentalement changé ces dernières années, la Confédération poursuivra sa politique culturelle selon les trois axes d'action qu'elle s'est fixés. L'orientation de la politique culturelle du présent message culture s'inscrit donc pour l'essentiel dans la droite ligne des contenus privilégiés jusqu'ici. Il s'agit de poursuivre dans la voie des mesures introduites au cours de la période de financement 2016 à 2020.

Cette continuité dans les contenus (cf. ch. 1.4.2) s'accompagnera néanmoins ponctuellement d'un développement de mesures déjà existantes. Le Conseil fédéral entend par exemple introduire à partir de 2021, en collaboration avec les cantons et les associations de musique (en particulier les écoles et les hautes écoles de musique), un programme de promotion des talents musicaux afin de mettre complètement en œuvre au niveau fédéral la disposition constitutionnelle sur la formation musicale (art. 67 Cst.). Il est prévu par ailleurs d'intensifier les échanges scolaires entre les différentes régions linguistiques.

Le Conseil fédéral souhaite également contribuer à améliorer la qualité de l'environnement bâti par des mesures appropriées dans le domaine de la culture du bâti. En ce qui concerne l'axe d'action «création et innovation», il conviendra de développer le programme «culture et économie» et ses axes prioritaires que sont le design et les médias interactifs (jeux vidéo) qui a été mis en place avec succès au cours de la période de financement 2016 à 2020. Enfin, le Conseil fédéral entend donner au MNS les moyens nécessaires pour mener à bien les nouvelles activités qu'entraîne l'extension des bâtiments.

Le montant total des plafonds de dépenses et des crédits d'engagement demandés dans le message culture s'élève à 942,8 millions de francs. Par rapport au plan financier 2020, cette somme correspond à une croissance annuelle moyenne de 2,9 % par an (y compris 1 % de renchérissement). La croissance réelle, de 1,9 % par an en moyenne, entraîne, par rapport au plan financier 2020, une augmentation des ressources de 35,4 millions de francs au total, pour l'ensemble de la période d'encouragement 2021 à 2024. Sur une base annuelle, les crédits demandés correspondent à environ 0,3 % des dépenses fédérales.

Table des matières

1 Les grandes lignes du projet	6
1.1 Le point sur la politique culturelle	6
1.1.1 Objet du projet de loi	6
1.1.2 Développement de l'encouragement fédéral de la culture	6
1.1.3 Objectifs de l'encouragement fédéral de la culture	6
1.1.4 Le financement de la culture en Suisse	7
1.2 Les acteurs de la politique culturelle de la Confédération	7
1.2.1 Office fédéral de la culture	7
1.2.2 Pro Helvetia	8
1.2.3 Bibliothèque nationale suisse	9
1.2.4 Musée national suisse	9
1.3 Coopération nationale en matière de politique culturelle	10
1.4 Politique culturelle de la Confédération	10
1.4.1 Évaluation du message culture 2016-2020	10
1.4.2 Politique culturelle de la Confédération 2021-2024	12
1.4.3 Politique culturelle de la Confédération à l'étranger	13
1.5 Classement d'interventions parlementaires	14
2 Les différents domaines d'encouragement de la politique culturelle	14
2.1 La création culturelle et artistique professionnelle en général	14
2.1.1 La relève	15
2.1.2 Création artistique	15
2.1.3 Diffusion, promotion et échanges en Suisse	16
2.1.4 Prix suisses	16
2.1.5 Organisations d'acteurs culturels professionnels	17
2.2 Diffusion de la culture suisse à l'étranger et échanges culturels internationaux	17
2.3 Disciplines et domaines d'encouragement	19
2.3.1 Arts visuels	19
2.3.2 Design et médias interactifs (jeux vidéo)	20
2.3.3 Arts du spectacle	22
2.3.4 Littérature	24
2.3.5 Musique	25
2.3.6 Cinéma	27
2.4 Patrimoine culturel	30
2.4.1 Musée national suisse	30
2.4.2 Activités de l'Office fédéral de la culture dans le domaine des musées et collections	31
2.4.3 Bibliothèque nationale	34
2.5 Culture du bâti	35
2.6 Culture et société	37
2.6.1 Participation culturelle	37
2.6.2 Langues et compréhension	40
2.6.3 Écoles suisses à l'étranger	43
2.6.4 Yéniches, Sinti et nomadisme	44
3 Commentaire des modifications législatives	45
3.1 Loi sur l'encouragement de la culture	45
3.2 Loi sur le cinéma	45
3.3 Loi sur la Bibliothèque nationale	47
3.4 Loi sur les langues	48
4 Mesures et finances	48
4.1 Office fédéral de la culture	48
4.1.1 Remarques préliminaires	48
4.1.2 Plafond de dépenses pour les aides financières de l'OFC en vertu de la loi sur l'encouragement de la culture	48
4.1.3 Plafond de dépenses pour le cinéma	49
4.1.4 Plafond de dépenses pour les aides financières de l'OFC en vertu de la loi sur le transfert des biens culturels	49
4.1.5 Crédit-cadre Culture du bâti	49
4.1.6 Plafond de dépenses pour la politique des langues et de la compréhension	50
4.1.7 Plafond de dépenses pour les écoles suisses à l'étranger	50
4.2 Pro Helvetia	51
4.2.1 Priorités nécessitant des ressources supplémentaires pour le crédit-cadre 2021-2024	51
4.2.2 Plafond de dépenses alloué à Pro Helvetia pour la période 2021 à 2024	53
4.3 Musée national suisse	53
4.4 Aperçu des finances	54
4.5 Évolution des finances	54

5	Conséquences	54
5.1	Conséquences pour la Confédération	54
5.1.1	Conséquences financières	54
5.1.2	Conséquences sur l'état du personnel	54
5.1.3	Autres conséquences	54
5.2	Conséquences pour les cantons et les communes, ainsi que pour les centres urbains, les agglomérations et les régions de montagne	54
5.3	Conséquences économiques	54
5.4	Autres conséquences	55
6	Relation avec le programme de la législature	55
7	Aspects juridiques	55
7.1	Constitutionnalité et légalité	55
7.2	Compatibilité avec le droit international	55
7.3	Forme de l'acte à adopter	56
7.4	Frein aux dépenses	56
7.5	Conformité à la loi sur les subventions	56

Annexes

A	Modification de la loi sur l'encouragement de la culture (<i>projet</i>)
B	Modification de la loi sur le cinéma (<i>projet</i>)
C	Modification de la loi sur la Bibliothèque nationale (<i>projet</i>)
D	Modification de la loi sur les langues (<i>projet</i>)
E	Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses pour les aides financières de l'Office fédéral de la culture sur la base de la loi sur l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024 (<i>projet</i>)
F	Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine du cinéma pour la période 2021 à 2024 (<i>projet</i>)
G	Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine du transfert des biens culturels pour la période 2021 à 2024 (<i>projet</i>)
H	Arrêté fédéral allouant un crédit-cadre au domaine de la culture du bâti pour la période 2021 à 2024 (<i>projet</i>)
I	Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine des langues et de la compréhension pour la période 2021 à 2024 (<i>projet</i>)
J	Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine des écoles suisses à l'étranger pour la période 2021 à 2024 (<i>projet</i>)
K	Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses à la fondation Pro Helvetia pour la période 2021 à 2024 (<i>projet</i>)
L	Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au Musée national suisse pour la période 2021 à 2024 (<i>projet</i>)

Tableau des abréviations

AFF	Administration fédérale des finances
BN	Bibliothèque nationale suisse
CERN	Organisation européenne pour la recherche nucléaire
CICP	Communauté d'intérêts pour la culture populaire Suisse et Principauté du Liechtenstein
CSEC	Commission de la science, de l'éducation et de la culture
Cst.	Constitution fédérale du 18 avril 1999
DFAE	Département fédéral des affaires étrangères
DFI	Département fédéral de l'intérieur
Directive SMA	Directive de l'UE sur les services de médias audiovisuels
EPFL	École polytechnique fédérale de Lausanne
EPFZ	École polytechnique fédérale de Zurich
FPFM	Fondation suisse pour la promotion des échanges et de la mobilité
ICCROM	Centre international d'études pour la conservation et la restauration des biens culturels
ISOS	Inventaire fédéral des sites construits d'importance nationale à protéger en Suisse
LBNS	Loi du 18 décembre 1992 sur la Bibliothèque nationale
LCin	Loi du 14 décembre 2001 sur le cinéma
LEC	Loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture
LESE	Loi du 21 mars 2014 sur les écoles suisses à l'étranger
LLC	Loi sur les langues du 5 octobre 2007
LMC	Loi du 12 juin 2009 sur les musées et les collections
LPN	Loi fédérale du 1 ^{er} juillet 1966 sur la protection de la nature et du paysage
LRTV	Loi fédérale du 24 mars 2006 sur la radio et la télévision
LTBC	Loi du 20 juin 2003 sur le transfert des biens culturels
MNS	Musée national suisse
OFC	Office fédéral de la culture
OFCL	Office fédéral des constructions et de la logistique
OFJ	Office fédéral de la justice
OFS	Office fédéral de la statistique
OISOS	Ordonnance du 9 septembre 1981 concernant l'Inventaire fédéral des sites construits à protéger en Suisse
SAPA	Fondation Archives suisses des arts de la scène
SEFRI	Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation
SRG SSR	Société suisse de radiodiffusion et de télévision
UE	Union européenne
UNESCO	Organisation des Nations unies pour l'éducation, la science et la culture

Message

1 Les grandes lignes du projet

1.1 Le point sur la politique culturelle

1.1.1 Objet du projet de loi

La loi fédérale sur l'encouragement de la culture (LEC)¹ est entrée en vigueur le 1er janvier 2012. La LEC définit les tâches de la Confédération en matière d'encouragement de la culture et délimite les compétences entre l'Office fédéral de la culture (OFC) et la fondation Pro Helvetia ainsi que le financement et le pilotage de la politique culturelle de la Confédération. S'agissant du pilotage et du financement, la LEC prévoit un message pluriannuel relatif au financement de l'encouragement fédéral de la culture.

Le premier message culture concrétisant les nouvelles mesures de financement et de pilotage couvrait la période 2012 à 2015. Le deuxième message culture traitait de la politique culturelle de la Confédération sur la période 2016 à 2020. Sa durée d'application a été de cinq ans, à titre tout à fait exceptionnel, pour que la période de validité du message culture 2021-2024 coïncide avec la législature et faire en sorte que celui-ci soit traité au Parlement la même année que les autres projets financiers importants de la Confédération.

1.1.2 Développement de l'encouragement fédéral de la culture

La Confédération a commencé de promouvoir la culture peu après la création de l'État fédéral moderne. Elle alloue des aides financières dans les domaines de l'archéologie et des monuments historiques depuis 1886. Le Musée national suisse ouvre à Zurich en 1898 et la Bibliothèque nationale suisse est fondée en 1895. Entré en vigueur en 1887, l'arrêté fédéral concernant l'avancement et l'encouragement des arts en Suisse est la première norme de droit qui permet à la Confédération d'attribuer des bourses et d'acquérir des œuvres d'art.

Une autre étape importante dans l'encouragement fédéral de la culture est franchie à la veille de la Seconde Guerre mondiale. L'Assemblée fédérale approuve le 5 avril 1939 la création de la fondation Pro Helvetia. Instituée à l'origine sous la forme d'une «communauté de travail», Pro Helvetia avait pour rôle de contribuer à maintenir et à promouvoir les valeurs culturelles suisses afin de faire contrepoids à la propagande d'État des puissances de l'Axe, l'Allemagne et l'Italie. En 1949, Pro Helvetia devient une fondation de droit public.

Pendant longtemps, les activités de soutien susmentionnées n'étaient pas explicitement inscrites dans la Constitution. L'action culturelle de la Confédération à l'intérieur du pays reposait sur une compétence non écrite qui découlait du droit constitutionnel coutumier ou tacite. Les activités culturelles de la Confédération à l'étranger et les échanges culturels internationaux se fondaient par contre sur sa compétence constitutionnelle en matière de politique extérieure. Les premières dispositions sur la culture, limitées à certains domaines, font leur entrée dans la Constitution à la fin des années 1950: en 1958, l'art. 27ter (art. 71 de l'actuelle Cst.) sur le cinéma; en 1962 l'art. 24sexies (art. 78 de l'actuelle Cst.) sur la protection de la nature et du paysage; en 1962, l'art. 45bis (art. 40 de l'actuelle Cst.) sur les relations avec les Suisses et Suissesses de l'étranger, qui permet de soutenir les écoles suisses à l'étranger.

La volonté de développer une politique culturelle plus ambitieuse au niveau fédéral date de la fin des années 1960. En 1969, le chef du Département fédéral de l'intérieur (DFI) charge un groupe indépendant d'experts présidé par le conseiller national Gaston Clottu de rédiger un rapport sur la question. Ce rapport devait donner un aperçu des mesures prises pour promouvoir la culture au niveau fédéral et soumettre des propositions pour développer cette politique culturelle. Publié en 1975, le rapport intitulé «Éléments pour une politique culturelle en Suisse» engage une vaste réflexion sur le rôle des pouvoirs publics dans le domaine de la culture. Parmi les principales revendications du rapport figure la création d'un article culturel dans la Constitution qui attribuerait à la Confédération les compétences nécessaires à un engagement accru dans le domaine culturel.

Il a fallu plusieurs tentatives et la révision totale de la Constitution fédérale en 1999 avant de voir l'encouragement fédéral de la culture faire son entrée explicite dans la loi fondamentale, avec la création de l'art. 69, (en dehors des domaines du cinéma; de la protection de la nature et du paysage; des écoles suisses à l'étranger et de l'art. 116 sur les langues, totalement révisé en 1996 [actuel art. 70 Cst.]). La culture reste en premier lieu du ressort des cantons (art. 69, al. 1, Cst.). Mais la Confédération dispose dès ce moment-là d'une compétence générale de promouvoir les activités culturelles présentant un intérêt national et de soutenir les arts, en particulier dans le domaine de la formation (art. 69, al. 2, Cst.).

Le 23 septembre 2012, le peuple et les cantons ont accepté une nouvelle disposition constitutionnelle d'encouragement de la formation musicale. Le nouvel art. 67a Cst. entend renforcer la formation musicale à plusieurs niveaux. La Confédération et les cantons doivent s'engager à promouvoir à l'école un enseignement musical de qualité (dans le respect de la répartition actuelle des compétences dans le domaine scolaire entre la Confédération et les cantons). Tous les enfants et les jeunes doivent avoir la possibilité de pratiquer la musique, et les jeunes particulièrement doués bénéficieront de mesures de soutien spécifiques.

1.1.3 Objectifs de l'encouragement fédéral de la culture

La Confédération s'inspire de la définition de la culture donnée par l'Organisation des Nations unies pour l'éducation, la science et la culture, (UNESCO): «La culture, dans son sens le plus large, est considérée comme l'ensemble des traits distinctifs, spirituels et matériels, intellectuels et affectifs, qui caractérisent une société ou un groupe social. Elle englobe, outre les arts et les lettres, les modes de vie, les droits fondamentaux de l'être humain, les systèmes de valeur, les traditions et les croyances.»²

Conformément à la définition de la culture au sens large donnée par l'UNESCO, encourager la culture ne doit pas se limiter à promouvoir la création artistique et à préserver le patrimoine culturel. L'UNESCO comme la Confédération considèrent que la culture joue un rôle central dans la formation de la cohésion sociale. Cependant, la culture n'est pas un domaine politique autonome, même si tout acte humain est culturel. Aussi faut-il dans la pratique établir une distinction entre une définition sociologique large de la culture et une définition pratique plus étroite. Cette distinction s'établit premièrement sur la base de la législation fédérale en matière culturelle et en second lieu à travers les priorités politiques et financières définies dans le message culture.

¹ RS 442.1

² Déclaration de Mexico sur les politiques culturelles. Conférence mondiale sur les politiques culturelles, Mexico City, 26 juillet - 6 août 1982.

1.1.4 Le financement de la culture en Suisse

En Suisse, le financement de la culture par les pouvoirs publics joue un rôle décisif. L'Office fédéral de la statistique (OFS) publie régulièrement des données sur le financement étatique de la culture.³ Selon les chiffres les plus récents (2016), les dépenses culturelles des pouvoirs publics atteignent bon an mal la somme totale de 3 milliards de francs. Les communes sont les bailleurs de fonds les plus importants, pourvoyant plus de la moitié des fonds destinés à la culture (51,1 %, soit 1,56 milliard de francs). Les dépenses des cantons en la matière représentent 38,4 % (1,17 milliard de francs) de la somme totale. La Confédération participe à hauteur de 10,5 % environ (320 millions de francs) au financement public de la culture en Suisse.

Le secteur privé (entreprises, fondations, particuliers, etc.) complète l'action de la Confédération, des cantons et des communes en la matière en encourageant lui aussi la culture. La Société suisse de radiodiffusion (SRG SSR) a quant à elle un mandat légal clair de service public dans le domaine de l'encouragement de la culture. Les loteries jouent elles aussi un rôle très important dans l'encouragement de la culture en Suisse. Les loteries autorisées rapportent annuellement aux cantons plus de 500 millions de francs, que les autorités compétentes (gouvernement, Parlement, offices, commissions de répartition) peuvent redistribuer, entre autres, pour encourager des projets culturels. Le soutien privé à la culture revêt une importance capitale dans le paysage culturel suisse. Ainsi la Suisse compte plus de 13 000 fondations d'utilité publique ayant un capital conjoint estimé à quelque 100 milliards de francs.⁴ Les fondations d'utilité publique distribuent chaque année au total environ 2 milliards de francs. La culture est avec la formation, la recherche, la santé et le social un des principaux bénéficiaires de l'action des fondations d'utilité publique.⁵ L'économie privée complète l'action des fondations d'utilité publique en dépensant quelque 370 millions de francs par an pour la culture, 50 % de cette somme étant accordés sous la forme du sponsoring.⁶

1.2 Les acteurs de la politique culturelle de la Confédération

La politique culturelle et l'encouragement de la culture reposent pour l'essentiel sur la synergie entre les quatre institutions suivantes: l'OFC, la Bibliothèque nationale suisse (BN) qui est une unité organisationnelle de l'OFC, la fondation Pro Helvetia et le Musée national suisse (MNS).

1.2.1 Office fédéral de la culture

Collaborateurs (fin 2018): 97,0 équivalents plein temps

Budget annuel (budget 2019, y c. domaine propre): 194,1 millions de francs

Selon l'art. 29 LEC, l'OFC est l'instance administrative spécialisée de la Confédération en matière de politique culturelle. Il coordonne les activités des intervenants culturels de la Confédération et assume les missions étatiques, au sens strict du terme, relevant de la souveraineté fédérale, soit l'amélioration des conditions cadres institutionnelles, l'élaboration d'actes législatifs dans le domaine culturel, la représentation de la Confédération au sein des instances et des groupes de travail spécialisés nationaux ainsi que les relations internationales en collaboration avec le DFAE. En sa qualité d'instance technique spécialisée, l'OFC est également responsable de l'élaboration de bases en matière de politique culturelle (évaluations, études, traitement de statistiques culturelles). La BN est une institution de l'OFC (cf. ch. 1.2.3).

Culture du bâti

L'OFC est l'organe spécialisé de la Confédération en matière de protection des monuments historiques, d'archéologie et de protection des sites et il est chargé à ce titre de la culture du bâti contemporaine à l'échelon fédéral. Les domaines de la protection du patrimoine et des monuments historiques ainsi que de la culture du bâti contemporaine sont désormais regroupés sous l'expression générique de «culture du bâti». L'OFC coordonne la stratégie interdépartementale pour la culture du bâti. En collaboration avec les cantons, il soutient la conservation, l'acquisition, l'entretien, la recherche et la documentation des sites archéologiques, des monuments historiques et des sites construits. Il s'assure que les exigences du patrimoine, de l'archéologie et de la protection des sites sont prises en compte dans l'accomplissement des tâches de la Confédération et il établit des expertises portant sur les objets placés sous protection fédérale. En outre, l'OFC entretient un réseau d'experts indépendants dans le domaine de la culture du bâti et il élabore des savoirs fondamentaux d'intérêt national dans ce domaine.

Cinéma

L'OFC soutient le cinéma, l'accès à la culture cinématographique et la conservation du patrimoine cinématographique. Le cinéma suisse est soutenu dans son orientation nationale et internationale par des contributions au développement, à la production et à la distribution ainsi que par un Prix du cinéma suisse qui en honore les talents. L'OFC prend des mesures incitatives en faveur des entreprises de distribution et d'exploitation de films afin de garantir une offre variée de haute qualité dans toutes les régions linguistiques.

Le renforcement de la participation culturelle dans le domaine du cinéma se focalise sur les festivals, les publications et la médiation. La Cinémathèque suisse conserve, restaure et diffuse le patrimoine cinématographique. Des mesures de formation continue et de promotion des films en Suisse et à l'étranger complètent ces mesures d'encouragement.

Culture et société

L'OFC encourage la participation de la population à la vie culturelle. Il arrête notamment des mesures dans les domaines suivants: formation musicale, promotion de la lecture, culture amateur, patrimoine culturel immatériel. Il soutient des projets relatifs à la participation, des organisations d'amateurs actifs dans le domaine culturel ainsi que des manifestations et des projets destinés à un large public et dirige par ailleurs le programme «Jeunesse et musique». Afin de préserver et de développer la diversité linguistique et culturelle, l'Office fédéral de la culture est responsable de la promotion des deux langues minoritaires que sont l'italien et le romanche ainsi que de l'intercompréhension des communautés linguistiques, de la diffusion de la formation suisse dans les écoles suisses à l'étranger et du soutien des Yéniches et des Manouches suisses.

Création culturelle

L'OFC est en charge des *Prix suisses* remis dans les disciplines de l'art, du design, des arts de la scène, de la littérature, de la musique et des beaux livres, et contribue à la promotion des lauréats en Suisse et à l'étranger. La Confédération honore par ce moyen l'excellence des créateurs et de leurs œuvres. L'OFC accorde aussi des aides structurelles pluriannuelles à des maisons d'édition actives dans le domaine culturel. Pour

³ Financement de la culture par les collectivités publiques, consultable sur: www.bfs.admin.ch > Trouver des statistiques > Culture, médias, société de l'information, sport > Culture > Financement de la culture > Financement public de la culture

⁴ Der Schweizer Stiftungsreport 2018, Bâle et Zurich 2018, p. 5ss.

⁵ Georg von Schnurbein: Der Schweizer Stiftungssektor im Überblick – Daten, Tätigkeiten und Recht, Bâle 2009, p. 35 ss.

⁶ Office fédéral de la statistique: Financement de la culture par les entreprises, Neuchâtel 2003, p. 32 ss.

contribuer à l'amélioration des conditions cadres des acteurs culturels, l'OFC accorde des soutiens structurels aux organisations d'acteurs culturels professionnels.

Musées et collections

L'OFC gère quatre musées (Collection Oskar Reinhart am Römerholz à Winterthour, Musée des automates à musique à Seewen, Museo Vela à Ligornetto, Musée du couvent St-Georges à Stein am Rhein) ainsi que les Collections d'art de la Confédération (Collection d'art de la Confédération et Collection de la fondation Gottfried Keller).

Il alloue des contributions d'exploitation à des musées, des collections et des réseaux de tiers ne dépendant pas de la Confédération et à des projets de conservation du patrimoine culturel meuble ainsi qu'aux primes d'assurances pour les prêts à d'importantes expositions temporaires en Suisse.

L'OFC gère le Service spécialisé transfert international des biens culturels, qui lutte contre le vol, le pillage ainsi que l'exportation et l'importation illicites des biens culturels et qui alloue des contributions pour sauvegarder le patrimoine culturel particulièrement menacé. L'OFC gère également le Bureau de l'art spolié, qui est le centre de compétence de la Confédération pour les questions en rapport avec les œuvres d'art volées sous le nazisme.

1.2.2 Pro Helvetia

Collaborateurs (fin 2018): 77,2 postes à plein temps (dont 48,1 en Suisse et 29,1 à l'étranger répartis sur six pays: France, Afrique du Sud, Russie, Chine, Inde et Égypte)

Budget annuel (budget 2019): 41,1 millions de francs

Fondée en 1939, Pro Helvetia a le statut de fondation de droit public de la Confédération depuis 1949. Complétant les activités d'encouragement déployées par les cantons et les villes, la fondation soutient la création et l'art contemporains en Suisse, cherche à les diffuser et à les promouvoir à l'étranger et elle cultive les échanges aux plans national et international.

À l'exception du cinéma, Pro Helvetia apporte un soutien à toutes les disciplines artistiques⁷, y compris à des projets interdisciplinaires et interculturels. En principe, seuls des projets d'importance nationale ou internationale sont soutenus. Les critères déterminants sont la qualité artistique et la diversité culturelle. Bon an mal an, 1500 projets culturels de toutes les régions linguistiques de Suisse sont soutenus. La fondation peut en plus initier ses propres projets sur des thèmes culturels actuels.

Pro Helvetia veille à diffuser des œuvres et des projets d'artistes suisses à l'étranger et elle soutient des mesures de promotion pour permettre aux artistes d'établir des contacts avec des organisateurs de programmes et des spécialistes à l'étranger et d'agrandir leur réseau. La fondation contribue ainsi de manière prépondérante à la mise sur pied de quelque 5 000 événements artistiques labellisés Suisse dans plus de 120 pays.

Le lien entre la promotion en Suisse et à l'étranger permet à Pro Helvetia de prodiguer aux artistes un soutien cohérent à la carrière. C'est aussi une contribution essentielle à d'importants échanges artistiques et sociaux entre cultures.

Le mandat légal de Pro Helvetia englobe les domaines suivants:

- *Relève*: La promotion de la relève sert à l'acquisition et à l'approfondissement d'expériences professionnelles et à l'établissement de réseaux correspondants. Elle comprend trois volets: identification des talents, développement de leur potentiel et confrontation avec les critiques et le public.
- *Création artistique*: Des contributions à la création et à la production d'œuvres sont allouées à des artistes et des acteurs culturels d'importance suprarégionale. Elles visent à favoriser la production d'œuvres, y compris expérimentales, de haute qualité (créations, prototypes et produits, etc.) dans les différentes disciplines artistiques. Pro Helvetia soutient en particulier des projets en rapport avec les nouveaux médias et les nouvelles technologies.
- *Échanges culturels en Suisse*: Pro Helvetia soutient des projets artistiques et des manifestations contribuant à la diffusion des œuvres et à la compréhension entre les régions. Cela comprend des contributions à des tournées, des lectures, des concerts, des expositions, des traductions et des festivals.
- *Échanges culturels, diffusion et promotion de la culture suisse à l'étranger*: Pro Helvetia gère et finance neuf antennes de par le monde. Il s'agit des bureaux de liaison du Caire, de Johannesburg, de Moscou, de New Delhi et de Shanghai et du Centre culturel suisse à Paris, géré par la fondation. Les bureaux de liaison entretiennent des contacts avec les partenaires locaux, jouent le rôle d'intermédiaires locaux et régionaux et proposent des programmes de résidence et d'échanges. Pro Helvetia participe également au financement de l'Istituto Svizzero de Rome, du Swiss Institute de New York et du Swissnex à San Francisco. Pour ouvrir de nouveaux marchés dans de nouvelles régions, Pro Helvetia lance régulièrement des programmes d'échanges internationaux, le dernier en date étant «Coincidencia» en Amérique du Sud, qui a établi de nouveaux partenariats au Brésil, en Argentine, en Colombie et au Chili notamment.

Pro Helvetia alloue des contributions à des manifestations, des projets et des traductions afin de diffuser l'art et la culture suisses à l'étranger et d'encourager les échanges culturels avec d'autres espaces culturels. Afin de permettre aux artistes suisses de mieux se positionner dans les réseaux et sur les marchés internationaux et d'accroître leur visibilité auprès des organisateurs de manifestations en Suisse et à l'étranger, la fondation met en œuvre des mesures de promotion au niveau international et finance la présence suisse à diverses manifestations dans le monde.

Initiatives thématiques: Pro Helvetia contribue à identifier les principaux développements et défis de l'encouragement de la culture, à développer des mesures appropriées et à stimuler l'innovation par le biais de programmes spécifiques de financement et de recherche.

Médiation artistique: La fondation soutient des projets novateurs à caractère exemplaire qui rapprochent le public des œuvres et des processus artistiques et favorisent la conduite d'une réflexion indépendante et critique sur les arts.

⁷ Architecture, arts visuels, BD, design, photographie, médias numériques interactifs, jazz, musique classique contemporaine, littérature, théâtre musical, performance, pop, danse et théâtre, y compris cirque contemporain et culture populaire novatrice.



1.2.3 Bibliothèque nationale suisse

Collaborateurs (fin 2018): 143,7 équivalents plein temps

Budget annuel (budget 2019): 35,7 millions de francs

La BN a été fondée en 1895. Elle est une institution de l'OFC gérée par convention d'objectifs et de gestion des ressources depuis l'introduction du nouveau modèle de gestion de l'administration fédérale (NMG).

La Bibliothèque nationale suisse collectionne, répertorie, conserve et rend accessibles toutes les informations imprimées ou numériques ayant un lien avec la Suisse. La loi du 18 décembre 1992 sur la Bibliothèque nationale suisse (LBNS) constitue sa base légale.⁸ La BN veille à ce que les publications suisses soient accessibles aux chercheurs, suisses ou étrangers, et que les publications suisses soient conservées de manière sûre et durable, contribuant ainsi à préserver la mémoire de la Suisse en collaboration avec d'autres institutions. Elle collabore étroitement avec les bibliothèques cantonales et universitaires en Suisse et à l'étranger en particulier avec les bibliothèques nationales européennes. La BN est une bibliothèque publique et donc accessible à tous sans restriction.

Collections

Les collections de la BN comprennent plus de cinq millions de documents. La plus riche d'entre elles est la collection Helvetica, qui compte quelque quatre millions de publications suisses, la plupart sous forme imprimée. La BN gère d'autres importantes collections (notamment les Archives littéraires suisses, le Cabinet des estampes, le Centre Dürrenmatt Neuchâtel et la Phonothèque nationale suisse).

Depuis 2001, la BN collectionne aussi les documents qui ne sont disponibles que sous forme numérique, que ce soit sur Internet ou sur supports de données. En matière d'archivage à long terme des publications numériques, et plus particulièrement des sites Internet et des documents sonores, la BN est reconnue pour jouer en Suisse un rôle de pionnier.

Utilisation

La BN est ouverte à toutes les personnes pendant les jours ouvrables, et ses catalogues peuvent être consultés en ligne à tout moment. Pour autant que cela soit possible du point de vue des droits d'auteur, la BN publie les textes et les documents iconographiques sur différentes plateformes bien fréquentées et accroît ainsi la visibilité de ses collections. Les documents protégés par le droit d'auteur sont accessibles sur 56 stations audiovisuelles réparties sur toute la Suisse. Les principaux usagers de la BN sont les étudiants et les chercheurs en histoire, en littérature et en histoire de l'art.

Les Archives littéraires suisses inventorient et étudient des collections choisies, en coopération avec des institutions partenaires. Les inventaires sont mis en ligne et les résultats des recherches publiés.

La BN organise régulièrement des expositions et des manifestations sur des questions actuelles qu'elle traite dans la perspective de ses collections.

1.2.4 Musée national suisse

Collaborateurs (fin 2018): 184,9 équivalents plein temps

Contributions fédérales annuelles (budget 2019): 30,6 millions de francs

Les musées historiques et historico-culturels de la Confédération le Musée national de Zurich, le Château de Prangins, le Forum de l'histoire suisse à Schwyz forment avec le Centre de collections d'Affoltern am Albis le groupe muséal du MNS. Le MNS est un établissement de droit public, rattaché au DFI en tant qu'unité décentralisée. Conformément aux art. 4 et 7 de la loi du 12 juin 2009 sur les musées et les collections (§LMNS)⁹, il a pour mandat de présenter l'histoire de la Suisse, de proposer une réflexion sur les identités suisses et d'assumer la fonction de centre de compétence pour la conservation, la recherche en conservation et la logistique de collection et de dépôt.

Exploitation

Les musées du MNS emploient des collaborateurs de professions très diverses qui ne s'occupent pas seulement des expositions et des collections, mais travaillent également dans les domaines de la surveillance, de la construction, de la bibliothèque, de la vente, de la finance, de l'informatique, du droit, du marketing, de la communication, du personnel, du nettoyage, de la technique, de l'événementiel et de la médiation. Le MNS forme également des apprentis à différents métiers. Les personnes qui y font un stage ont l'occasion de découvrir le travail d'un musée en participant à des projets d'exposition et de collection.

Collection

Depuis son ouverture en 2007, le Centre des collections d'Affoltern am Albis s'est établi comme un site de référence en matière de stockage, de gestion et de conservation des objets. Avec ses quelque 860 000 objets de la préhistoire à nos jours, il abrite la plus grande collection d'histoire culturelle de Suisse. Il regroupe sur deux sites couvrant une surface totale d'environ 25 000 m² un ensemble de dépôts, d'ateliers et de laboratoires pour le stockage, la conservation et la restauration de la collection. Durant la période 2021 à 2024, il est prévu de réunir en un même lieu les deux sites actuels du Centre des collections, ce qui permettra d'en optimiser la gestion. Les collections constituent le point de départ des activités de recherche et d'exposition du MNS. Un concept de collection mis à jour chaque année constitue la base des décisions relatives aux nouvelles acquisitions.

Expositions

Un objectif important de la période de financement 2016 à 2020 était d'atteindre de nouveaux segments de public. Le programme du MNS comprend des expositions permanentes sur l'histoire de la Suisse ainsi que des expositions temporaires sur des collections ou sur des thèmes culturels et historiques d'actualité. De par leur diversité, les choix thématiques ont intéressé et attiré de nouveaux groupes de visiteurs. La rénovation et l'agrandissement du bâtiment et les possibilités d'exposition offertes par ces nouveaux espaces ont permis au Musée national de Zurich de gagner fortement en attractivité.

Suite à sa modernisation, le MNS touche un public très varié: L'offre pour les familles a été élargie par des expositions spécialement conçues pour celles-ci. De nouveaux formats ont été mis en place en marge des expositions, tels que des ateliers d'une demi-journée destinés aux classes scolaires et aux enseignants. D'autres événements visent plus particulièrement un public adulte.

⁸ RS 432.21

⁹ RS 432.30

Des projets sont régulièrement réalisés en partenariat avec des institutions suisses et étrangères dans les domaines des expositions, de la recherche en conservation et de l'analyse d'objets. Ces coopérations, par exemple avec le Musée de l'histoire allemande à Berlin, la Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana ou l'École polytechnique fédérale de Zurich (EPFZ), renforcent la mise en réseau nationale et internationale du MNS et permettent de financer en partenariat des projets de recherche et des expositions. Des modules de formation sur la conservation du patrimoine culturel et la muséologie sont également proposés aux hautes écoles.

1.3 Coopération nationale en matière de politique culturelle

Le «Dialogue national sur la culture», fondé en 2011 par la Confédération, les cantons, les Villes et les communes, est la plateforme commune où les différents niveaux de l'État se réunissent pour discuter des questions de politique culturelle. Son objectif est de renforcer la collaboration entre les divers échelons étatiques en matière de politique culturelle. Conformément à la convention conclue entre les partenaires, on cherche à atteindre ce but par l'échange d'informations et par l'harmonisation et la coordination des mesures décidées ensemble.¹⁰

La coopération entre les différents niveaux étatiques telle qu'elle est pratiquée dans le cadre du «Dialogue culturel national» a fait ses preuves. Le message culture 2016-2020 a souligné l'importance de cette coopération. Pour la période de financement 2016 à 2020, le «Dialogue culturel national» a adopté un programme de travail couvrant la même période que le message culture de la Confédération. Fin 2018, d'importants résultats avaient été obtenus dans le cadre du «Dialogue culturel national». Les partenaires ont par exemple développé des éléments pour une stratégie coordonnée visant à renforcer la participation culturelle en Suisse; une publication conjointe sur ce thème est prévue à l'horizon 2019. Le «Dialogue culturel national» a également discuté des conditions et des critères d'attribution des contributions d'exploitation de l'OFC aux musées dans le cadre de l'appel d'offres lancé au printemps 2017. À la fin de 2018, une statistique nationale sur les monuments historiques et l'archéologie a pour la première fois été publiée en collaboration avec les services compétents des cantons et des villes. En outre, la Confédération, les cantons, les villes et les communes ont adopté des recommandations communes pour mieux coordonner la promotion de la lecture et le soutien aux traductions littéraires et aux lectures d'auteurs. Enfin, le «Panorama Danse» devrait être publié à l'été 2019; il donnera un aperçu de la promotion actuelle de la danse en Suisse et constituera une importante base de discussion pour en dessiner les contours futurs.

Au cours de la période 2021 à 2024, la coopération avec les cantons, les villes et les communes sera poursuivie dans le cadre du «Dialogue culturel national». Le programme de travail pour la prochaine période de financement sera discuté et défini conjointement au cours de l'année 2020.

1.4 Politique culturelle de la Confédération

1.4.1 Évaluation du message culture 2016-2020

Le message culture 2016-2020 a apporté un certain nombre d'innovations qui s'articulaient autour des trois axes stratégiques d'action suivants: participation culturelle, cohésion sociale, création et innovation. En mai 2018, le DFI a remis aux commissions compétentes des Chambres fédérales un rapport intermédiaire portant sur la mise en œuvre des nouveautés susmentionnées depuis le 1^{er} janvier 2016. Le rapport constatait que la plupart des innovations avaient été introduites dans les temps prévus. En raison de la correction du renchérissement et du programme de stabilisation 2017-2019 adoptés par le Parlement, certaines d'entre elles n'ont cependant pas pu être introduites, ou pas dans toute la mesure ou à la date initialement prévue. Les différentes mesures annoncées dans le rapport intermédiaire de mai 2018 pour poursuivre la mise en œuvre des innovations sont en voie de réalisation. Voyons ce qu'il en est en particulier des six thèmes suivants pour lesquels des moyens supplémentaires plus ou moins importants étaient prévus durant la période 2016 à 2020.

- *Échange d'élèves, d'apprentis et d'enseignants (OFC)*: Sur la base de la Loi fédérale sur les langues nationales et la compréhension entre les communautés linguistiques (Loi sur les langues; LLC)¹¹, la Confédération soutient les échanges scolaires en Suisse. Les échanges et la mobilité contribuent de manière essentielle à la compréhension entre communautés linguistiques et culturelles. Ils permettent aux jeunes de prendre la mesure de la diversité culturelle suisse, d'améliorer leurs connaissances linguistiques, leurs compétences sociales et leurs perspectives professionnelles. Le Conseil fédéral se fixe comme objectif à long terme de permettre au plus grand nombre possible de jeunes de participer une fois au moins à un projet d'échange durant leur scolarité.¹² Afin d'améliorer la cohérence dans la promotion des activités d'échange, la Confédération et les cantons ont créé en 2016 la «Fondation suisse pour la promotion des échanges et de la mobilité» (FPEM) et adopté en novembre 2017 une «Stratégie échanges et mobilité».¹³ Les conditions structurelles d'un renforcement qualitatif et quantitatif des échanges et de la mobilité étaient ainsi créées. En 2017, un nouveau programme d'échange de classes d'école a été mis en place grâce aux ressources supplémentaires accordées dans le message culture 2016-2020 pour la promotion des échanges à l'intérieur du pays. En 2018, 8576 enfants et jeunes avaient déjà pu bénéficier de ce programme (dans le cadre de 129 projets d'échange). La demande pour le programme témoigne de la nécessité à la fois de ce type d'offres et du soutien de la Confédération.
- *Promotion de la place cinématographique suisse (OFC)*: La PICS – Promotion de l'investissement dans la cinématographie en Suisse – soutient des projets cinématographiques reconnus comme coproductions internationales avec participation suisse ou comme films suisses, dont la réalisation a un impact économique en Suisse. De 2016 à fin 2018, la Confédération a soutenu 67 projets de films pour un montant total alloué de 16 millions de francs. À la fin de 2018, cet outil d'encouragement avait permis d'investir 66 millions de francs de plus dans la production de films en Suisse. La promotion de l'investissement dans la cinématographie a généré au total 555 jours de tournage dans différentes régions de Suisse. Ces chiffres attestent que l'objectif est atteint et que la promotion de l'investissement dans la cinématographie a permis d'accroître la valeur ajoutée générée en Suisse. Mais ce résultat positif doit être partiellement relativisé: Le nouvel instrument n'a pas permis jusqu'ici à la Confédération d'augmenter suffisamment la part de coproductions minoritaires réalisées en Suisse. Aussi la Confédération va-t-elle adapter les critères d'encouragement pour favoriser davantage ces coproductions (cf. ch. 2.3.6.1).
- *Programme «Jeunesse et Musique» (J+M)*: Le 23 septembre 2012, le peuple et les cantons acceptaient à une large majorité une nouvelle disposition constitutionnelle permettant d'encourager la formation musicale. Entre autres mesures destinées à mettre en œuvre ce nouvel art. 67^a Cst., le message culture 2016-2020 annonçait la création d'un programme «Jeunesse et musique». Le but de ce programme développé en étroite collaboration avec les organisations de musique est de soutenir des camps et des cours de musique pour enfants et

¹⁰ Ch. 1 de l'accord du 25 octobre 2011 scellant le «Dialogue culturel national».

¹¹ RS 441.1

¹² FF 2015 8575, ici 8576.

¹³ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Langues et société > Langues > Loi et Ordonnance sur les langues > Echanges scolaires

adolescents. Sa mise en place se fait par étapes depuis 2016. À la fin de 2018, 710 moniteurs J+M avaient été certifiés et 593 cours et camps J+M organisés. Fin 2018, environ 20 000 enfants et adolescents y avaient déjà participé. Le programme est encore en phase de développement, et la demande ne cesse d'augmenter. Une évaluation externe réalisée au cours de l'année 2018 accorde une bonne note au programme et ne voit que quelques rares points à améliorer (cf. 2.6.1).

- *«Culture et économie» (Pro Helvetia):* Afin de développer sa nouvelle stratégie d'encouragement au design et aux médias interactifs, la fondation a développé un modèle de soutien à plusieurs niveaux. Elle noue d'importants contacts avec les représentants de l'économie privée et de l'industrie et évalue l'intérêt et le potentiel de ces derniers à collaborer et à cofinancer respectivement des mesures d'encouragement et des projets. Des partenariats avec des villes et des cantons intéressés, avec des représentants de l'industrie, de la technologie et avec d'autres acteurs privés se sont concrétisés, d'autres sont en cours. Le soutien de projets artistiques, novateurs et économiquement prometteurs est assuré par des appels d'offres. La fondation envoie également des délégations de designers et de développeurs suisses aux principales plateformes internationales afin de leur assurer une présence et une visibilité ainsi qu'un accès facilité aux principaux marchés. Le positionnement international des labels «Swiss Games» et «Design Switzerland» est par ailleurs renforcé par la création de leur site Internet respectif. En réponse au postulat Fehr 15.3114, le rapport du Conseil fédéral intitulé «Les jeux vidéo. Un domaine de la création culturelle en développement» reconnaît en 2018 le potentiel culturel des médias interactifs et fournit un aperçu sur la situation actuelle et la promotion en Suisse.¹⁴ La fondation a en outre procédé à une évaluation de l'intégration de ces mesures d'encouragement dans ses activités régulières.
- *Mesures de diffusion de la culture à l'étranger (Pro Helvetia)* Pour la période de financement 2016 à 2020, Pro Helvetia entend optimiser les instruments de soutien existants et introduire de nouvelles mesures pour renforcer la culture suisse à l'étranger.

Présence régulière sur des plateformes internationales: Avec les ressources supplémentaires disponibles depuis 2016, Pro Helvetia soutient la présence suisse à d'importants festivals et manifestations dans tous les domaines afin de renforcer la visibilité des artistes à l'étranger. Il a ainsi été possible d'intensifier la présence suisse en tant qu'invitée d'honneur à des salons et foires, de conclure des accords assurant une présence sur plusieurs années à de telles manifestations et d'améliorer la qualité des présentations. Chaque année, une trentaine de présences sont cofinancées, qui permettent à nombre d'artistes suisses invités de conclure des engagements.

Partenariats et coopérations: La fondation a intensifié ses partenariats avec diverses institutions culturelles européennes pour offrir aux artistes suisses de nouvelles possibilités de coopération et leur ouvrir de meilleures chances de diffuser leurs œuvres. Dans le domaine de la musique nouvelle, Pro Helvetia participe par exemple à un projet commun, porté par des institutions partenaires françaises et allemandes, qui encourage les échanges et la diffusion de nouvelles œuvres entre ces deux aires linguistiques. Suite à un appel de candidatures lancé en 2017/2018, douze projets d'acteurs artistiques suisses d'horizons divers ont par ailleurs été soutenus dans le cadre de coopérations d'envergure entre partenaires suisses et européens.

Compétitivité: Afin de renforcer la compétitivité au niveau international dans le secteur des arts de la scène, la fondation a introduit des mesures visant à encourager la diffusion de tournées en Europe, à renforcer la professionnalisation et le réseautage des responsables de tournées et à intensifier les activités de promotion auprès des organisateurs internationaux.¹⁵ Il a ainsi été possible de donner aux compagnies actives au niveau international de meilleures cartes dans un environnement compétitif.

Conquête de nouvelles régions et de nouveaux marchés: La fondation a lancé en 2017 «Coincidencia», un programme d'échanges avec l'Amérique du Sud pour ouvrir de nouveaux débouchés artistiques dans une région du monde dynamique sur le plan culturel. Elle a créé des réseaux avec des institutions et des artistes locaux, institué une équipe à Zurich et désigné des coordinateurs sur place à São Paulo, Buenos Aires, Bogotá et Santiago du Chili. Depuis 2018, les cinq bureaux de liaison existants ont commencé à étendre progressivement leur rayon d'action à des pays environnants afin d'ouvrir de nouveaux espaces et de nouveaux marchés et de renforcer ainsi les échanges culturels et la diffusion de la culture suisse.

Développement d'un modèle de promotion: En 2017, un nouveau modèle de promotion a été introduit dans les grandes métropoles culturelles que sont Berlin et Londres pour mieux aider les artistes suisses à se profiler au niveau international: dans chacune de ces villes, une coordinatrice, assistée de spécialistes en différentes disciplines, a été désignée avec pour mandat de mieux attirer l'attention sur la production d'art suisse et de procurer aux artistes plus d'opportunités de présentations, voire d'engagements subséquents (dans les domaines de la littérature, de la danse, du théâtre et de la musique) grâce à des activités ciblées de promotion et de réseautage.

- *Agrandissement et assainissement du Musée national suisse (MNS) à Zurich pour la période 2016 à 2020:* Le défi majeur pour la période 2016 à 2020 était de terminer les travaux d'assainissement et d'agrandissement du Musée national suisse (MNS) à Zurich: Les travaux de rénovation de l'aile des arts décoratifs et de l'aile côté cour étaient achevés à l'été 2016 dans les délais prévus et à un coût inférieur au plafond budgétisé. Le cadre financier sera également respecté en ce qui concerne les travaux de rénovation en cours dans les ailes ouest et est. Ces deux ailes devraient rouvrir en 2019 et en 2020. Le projet de rénovation et d'agrandissement du Musée national suisse à Zurich s'achèvera ainsi en 2020 comme prévu.

Cela veut dire que d'ici là toutes les ailes placées sous protection auront été mises aux normes en matière de statique et de protection contre l'incendie et qu'elles seront équipées de systèmes domotiques et de climatisation de pointe, avec un accès garanti pour les personnes en situation de handicap. La nouvelle annexe abrite un auditorio, une bibliothèque et trois nouvelles salles d'exposition multifonctionnelles. Ces dernières sont équipées de dispositifs d'accrochage, de connexions électriques au sol et d'un système modulaire d'armoires murales et de vitrines. Ces conditions ultramodernes font que de prestigieuses institutions internationales ont recommencé à prêter des œuvres depuis l'exposition inaugurale. Les expositions attirent beaucoup l'attention, en Suisse comme à l'étranger. Le nouveau bâtiment et l'ancien bâtiment rénové sont appréciés des visiteurs et la fréquentation est élevée. Le regain d'intérêt dont bénéficie le nouveau Musée national bénéficie à l'ensemble du groupe de musées.

Avant l'ouverture de l'annexe, le Musée national accueillait en moyenne 218 430 visiteurs par an, ce chiffre est passé à 289 000 entre 2016 et 2018. Le nombre de visites guidées pour classes d'école a également progressé (de 1261 à 1400). Les consultations en ligne des collections ont triplé au cours de ces trois ans, ce qui est un autre indice clair de l'attrait croissant du musée. Les ventes à la boutique du musée ont doublé, et le chiffre d'affaires du restaurant a été multiplié par dix. Et comme les chiffres ne sont pas tout, le MNS a également évalué la satisfaction de ses visiteurs: interrogés sur l'efficacité du service aux caisses, l'amabilité du personnel et la qualité de l'accueil en général, entre 82 et 88 % des visiteurs se disent satisfaits. Il s'agit là d'un bon début, mais c'est aussi le signe que la qualité du service peut encore être améliorée.

¹⁴ Consultable sous: www.parlement.ch > Objets > Numéro d'objet > 15.3114

¹⁵ S'agissant de ces mesures d'encouragement, le Conseil fédéral renvoie à sa réponse à la question Ruiz 15.1006 Ruiz «Franc fort. Comment les compagnies indépendantes de danse et de théâtre sont-elles soutenues?».

Dans le message culture 2016–2020, le Conseil fédéral a pour la première fois défini sur la base d’une analyse contextuelle trois axes d’action qui guideront la future politique culturelle fédérale.

Le Conseil fédéral a identifié cinq tendances globales («méga-trends») qui ont une influence majeure sur le processus de transformation de la société: mondialisation, numérisation, changement démographique, urbanisation et individualisation. Ces cinq grandes tendances se sont confirmées ces dernières années. Parmi elles, la «numérisation» est particulièrement affirmée: elle se développe rapidement et conditionne aujourd’hui tous les domaines de la société. Dans certains secteurs culturels, la révolution numérique et les changements technologiques qu’elle entraîne ont une influence sur l’ensemble de la chaîne de valeur. Ainsi dans les domaines du cinéma, de la musique et des médias interactifs, la production, la promotion, la diffusion et la conservation des produits culturels sont déjà en grande partie numériques. La numérisation gagne aussi énormément de terrain dans d’autres secteurs (littérature, etc.), au moins à certaines étapes de la création de valeur. La numérisation s’accompagne également d’une réorientation des flux d’argent vers des plateformes commerciales actives au niveau mondial. Les opportunités et les risques que représente la numérisation pour le secteur culturel ont déjà été exposés dans le message culture 2016–2020 et demeurent inchangés.

Les grandes tendances et les défis qui leur sont associés n’ayant pas fondamentalement changé ces dernières années, il n’y a pas lieu de modifier le cap fixé en matière de politique culturelle. Les trois axes stratégiques d’action que sont la «participation culturelle», la «cohésion sociale» et la «création et l’innovation» doivent être maintenus et les mesures introduites durant la période en cours poursuivies et intensifiées.

Pour ce qui est des développements de la numérisation, il est prévu dans les années 2021 à 2024 que Pro Helvetia continue d’examiner régulièrement leur impact sur les instruments d’encouragement dans toutes les disciplines concernées et qu’elle adapte ces instruments si nécessaire. Les diverses plateformes en ligne que la fondation a créées ces dernières années sont exemplaires des développements en la matière. Introduit avec succès en 2016, le programme «culture et économie», axé sur le soutien au design et aux médias interactifs (jeux vidéo), est intégré dans les activités de soutien ordinaires. Dans ce contexte, la Confédération entend, dans la prochaine période de financement, intensifier les mesures qui sont de nature à valoriser le grand potentiel que représentent les jeunes designers et les jeunes développeurs de jeux et à accompagner ces jeunes talents sur le chemin menant à la reconnaissance internationale. Il est entre autres également prévu que l’OFC poursuive la saisie numérique des œuvres importantes de ses musées et de ses collections (cf. ch. 2.4.2.1) et fasse en sorte que les films réalisés avec son soutien soient accessibles en ligne au public après leur première exploitation. Le MNS aura de plus en plus affaire à des objets culturels nés numériques et terminera sa transformation numérique dans les domaines du marketing et de la communication. La Bibliothèque nationale suisse poursuivra le développement de sa propre collection numérique ainsi que ses efforts en coopération avec ses partenaires pour conserver à long terme le patrimoine numérique suisse et le mettre à la disposition du public (cf. ch. 2.4.3).

Sur le plan des contenus, la prochaine période de financement s’inscrit dans la continuité de celle qui s’achève, avec des accents particuliers mis dans certains domaines. Les changements correspondants sont décrits en détail au chapitre 2. Dans un souci de meilleure lisibilité et de clarté, les changements nécessitant des fonds supplémentaires par rapport au message culture 2016–2020 sont regroupés ci-dessous selon les axes d’action de la politique culturelle.

1.4.2.1 Développements en matière de «participation culturelle»

L’axe d’action «participation culturelle» sera développé comme suit au cours de la période de financement 2021 à 2024:

- *Formation musicale (OFC):* Le programme «Jeunesse et musique» a été lancé avec succès en 2016. Il faut le renforcer pour répondre à la forte demande. Le mandat constitutionnel concernant la promotion des talents musicaux n’a pas encore été mis en œuvre. En collaboration avec les cantons et les associations de musique (en particulier les écoles de musique et les hautes écoles de musique), une promotion spécifique des talents musicaux est prévue à partir de 2021. Sur le modèle de ce qui se fait dans le domaine du sport, des «cartes de talents» seront attribuées pour soutenir un millier de talents musicaux à l’échelle suisse.
- *Des chances égales pour femmes et hommes dans le secteur culturel (OFC et Pro Helvetia):* La politique culturelle de la Confédération a pour objectif d’assurer une représentation appropriée des femmes et des hommes dans tous les domaines pertinents (formation, subventions, programmation, représentation dans les institutions culturelles, etc.) et de développer des instruments à cet effet. Des enquêtes statistiques approfondies sont prévues pour la prochaine période de financement afin d’établir les domaines où il y a lieu d’agir.
- *Médiation artistique (Pro Helvetia):* En matière de promotion de la médiation artistique, il s’agit d’élargir l’éventail des contenus pour renforcer le soutien à la réflexion critique sur l’art contemporain. Des projets modèles seront développés en partenariat avec d’autres institutions (hautes écoles, institutions culturelles, associations, etc.) en vue de renforcer la réflexion critique sur les productions artistiques et la culture; une attention particulière sera ici portée aux nouveaux médias (écriture et publication numériques).

1.4.2.2 Développements en matière de «cohésion sociale»

L’axe d’action «cohésion sociale» de la politique culturelle de la Confédération sera développé comme suit au cours de la période de financement 2021 à 2024:

- *Culture du bâti (OFC):* Le Conseil fédéral adoptera probablement d’ici 2020 la stratégie interdépartementale pour la culture du bâti. Divers services fédéraux participent à l’élaboration de cette stratégie sous l’égide de l’OFC. La stratégie a pour but de prendre en compte de manière compréhensive la culture du bâti dans toutes les tâches de la Confédération ayant un impact sur l’organisation du territoire; elle prévoit un plan d’action recensant les mesures à prendre par des offices fédéraux concernés. Axées sur la médiation et la promotion des compétences en matière de culture du bâti, les mesures de l’OFC s’inscrivent dans une stratégie globale visant à favoriser un développement de qualité de l’environnement bâti dans une Suisse confrontée à une urbanisation croissante.
- *Activités d’échange au plan national (OFC):* Comme le Conseil fédéral l’indiquait dans le message culture 2016–2020, il faut faire en sorte que le plus grand nombre possible de jeunes puissent participer à un projet d’échange au moins une fois au cours de leur scolarité. Actuellement seulement 2 % environ des élèves de l’école obligatoire et des établissements de formation générale de degré secondaire II participent à de tels échanges. Les activités d’échange seront donc intensifiées à l’avenir. Les fonds supplémentaires demandés seront affectés sur la base de la stratégie d’échange et de mobilité adoptée conjointement par la Confédération et les cantons en novembre 2017.
- *Écoles suisses à l’étranger (OFC):* L’école suisse de Pékin a été reconnue provisoirement par le Conseil fédéral en 2017. Pendant la phase de démarrage, à savoir jusqu’à fin 2020, l’OFC peut financer cette nouvelle école par le biais du crédit existant. Dès que cette

reconnaissance sera définitive, l'OFC aura besoin de ressources supplémentaires relativement modestes. À noter également que les enseignants suisses des écoles suisses à l'étranger seront engagés par un établissement de droit public de la Confédération. Des fonds supplémentaires peu importants seront nécessaires pour assurer le fonctionnement de cet établissement.

- *Aires d'accueil pour Yéniches, Manouches et Roms (OFC)*: Le Plan d'action Yéniches, Manouches et Roms de 2016 rappelle que l'amélioration de la situation des minorités nomades en Suisse passe par la création d'aires d'accueil supplémentaires. La Confédération soutiendra financièrement la création de telles aires.
- *Assurer l'activité muséale (MNS)*: L'ouverture du nouveau bâtiment du site de Zurich était l'un des principaux objectifs de la période 2016 à 2020. Les travaux d'extension du musée étaient terminés à l'été 2016, dans les délais prévus et à un coût inférieur au plafond budgétisé. Les crédits d'exploitation nécessaires à l'exploitation du nouveau bâtiment n'ont cependant pas été alloués dans la mesure initialement prévue dans le message culture 2016-2020. Une augmentation de ces crédits d'exploitation au-delà des prévisions initiales est nécessaire, faute de quoi le musée ne pourra remplir la totalité de ses tâches dans la durée.
- *Échanges culturels / diffusion des créations artistiques (Pro Helvetia)*: Les mesures prises dans le cadre du message culture 2016–2020 pour promouvoir les échanges culturels devraient être poursuivies sans changement de cap notable. Les échanges entre les différentes couches sociales, les communautés culturelles et les catégories démographiques à l'intérieur de chaque région linguistique pourraient être davantage encouragés. Dans ce but, la Confédération prévoit d'étudier la possibilité de mettre sur pied en collaboration avec les villes et les cantons intéressés des réseaux d'échange interrégionaux par disciplines, qui pourraient contribuer à améliorer la diffusion des créations artistiques, notamment dans les domaines de la musique, de la danse et du théâtre.

1.4.2.3 Développements en matière de création et d'innovation

L'axe d'action «création et innovation» de la politique culturelle de la Confédération sera développé comme suit au cours de la période de financement 2021 à 2024:

- *Diffusion, accès au marché et compétitivité (Pro Helvetia)*: Des activités ciblées de diffusion et de promotion sont d'une importance capitale pour espérer renforcer la présence des acteurs culturels suisses sur les plateformes d'art internationales (foires, festivals). Les activités mises en route ces dernières années portent leurs fruits. Durant la prochaine période de financement, il s'agira de répondre à la demande croissante pour la culture suisse d'une part en intensifiant les activités de diffusion (promotion accrue des tournées, des spectacles invités et des axes thématiques) et d'autre part en élargissant au domaine de la musique et de l'espace extra-européen les mesures qui ont été prises en 2016 pour renforcer la compétitivité et qui se limitent jusqu'à présent aux domaines de la danse et du théâtre et au continent européen.
- *Coopérations et échanges culturels internationaux (Pro Helvetia)*: La plupart des artistes suisses exercent aujourd'hui également leur activité hors de Suisse. D'où la nécessité de renforcer le soutien aux projets de coopération internationale, en particulier en Europe, pour favoriser leur insertion dans les réseaux internationaux. En outre, des séjours de recherche et en atelier leur permettront de développer des réseaux individuels et de réaliser de nouvelles expériences de production et de médiation.
- *Promotion systématique de la création et de l'innovation (Pro Helvetia)*: Les interfaces entre l'art, la technologie et la science prennent de plus en plus d'importance et recèlent un grand potentiel pour de nouveaux modèles de coopération et d'affaires, notamment dans le cadre de la numérisation. Les universités et l'industrie, par exemple, recherchent de plus en plus les compétences des artistes pour lancer de nouveaux processus de création, de recherche et de production. Les acteurs de la promotion de la culture doivent s'intéresser à de nouvelles tendances artistiques, soutenir des projets correspondants et expérimenter ainsi de nouvelles façons de promouvoir la culture. C'est pourquoi les artistes doivent être davantage encouragés, au cours de la période de financement actuelle, à coopérer avec des institutions œuvrant dans le domaine de la technologie et des sciences comme l'EPFZ, l'EPFL ou le CERN, afin d'y développer des projets concrets.

1.4.3 Politique culturelle de la Confédération à l'étranger

Le travail culturel de la Confédération à l'étranger est articulé sur deux axes distincts: les mesures de collaboration institutionnelles et celles relatives à la diffusion et à la promotion de la culture suisse à l'étranger. Le premier axe, développé dans le présent chapitre, relève de la compétence de l'OFC tandis que le second, développé dans le chapitre 2.2, relève de la compétence de Pro Helvetia. L'OFC concentre son engagement sur des échanges de nature politique, l'établissement des conditions-cadres y relatives et la représentation de la Suisse dans diverses plateformes multilatérales. Le travail de Pro Helvetia privilégie les échanges culturels et artistiques. Le domaine du cinéma fait cependant exception car il relève de la compétence de l'OFC.

Dans l'accomplissement de ses tâches de politique culturelle à l'étranger, le DFI collabore avec le DFAE. Le DFAE met à disposition son réseau de représentations extérieures et diverses plateformes de promotion. Il est également en charge de l'entretien des contacts auprès des organisations concernées dans le domaine multilatéral. La compétence relative aux contenus étant détenue par le DFI, des mécanismes de coordination et d'échange d'informations réguliers permettent d'assurer une bonne collaboration entre les deux départements.

La Confédération est à l'origine de différentes initiatives et accents posés sur la scène internationale sur des thèmes culturels porteurs:

- Au cours de la période 2016 à 2020, le thème de la culture du bâti (Baukultur) a été développé au niveau international. En janvier 2018, la Confédération a organisé une conférence informelle des ministres de la culture à Davos sur ce thème. Elle occupe depuis lors un rôle de tête de file dans ce domaine, notamment au travers de la publication d'une *Déclaration de Davos sur la culture du bâti* approuvée par tous les participants à la conférence. La Confédération entend maintenir sa position de pionnière sur ce sujet au cours de la période de la période 2021 à 2024 en continuant à le promouvoir sur la scène internationale.
- Une stratégie pour la protection du patrimoine culturel en danger a été développée de concert avec le DFAE. Cette stratégie a pour but de positionner la Suisse dans un contexte international de menaces accrues contre le patrimoine, que cela soit dû aux conflits armés ou aux catastrophes naturelles.
- La Confédération a établi des stratégies internationales sectorielles pour encadrer les différents domaines d'encouragement de la politique culturelle à l'étranger. C'est le cas pour la promotion du film, les écoles suisses à l'étranger et le transfert des biens culturels. Ces stratégies établissent des objectifs et priorités qui continuent à orienter les actions menées dans ces différents secteurs au cours de la période 2021 à 2024.

1.4.3.1 Plan bilatéral

Au cours de la période 2016 à 2020, la Confédération a étendu son réseau d'accords de coopération culturelle, à la fois généraux et sectoriels. Une convention culturelle a été signée avec la Chine en janvier 2017. Elle s'appuie sur un mémorandum d'entente (MoU) sur la coopération culturelle de 1999. La Confédération a conclu des accords techniques sectoriels dans le domaine du transfert des biens culturels (Pérou et Mexique), de la coproduction cinématographique (Mexique et révision des accords avec la Communauté française de Belgique et le Canada) et des écoles suisses à l'étranger (Mexique).

Au cours de cette même période 2016 à 2020, la Confédération a lancé un projet de «Panorama international» qui a pour but de recenser et d'offrir une vision d'ensemble de la coopération culturelle existante entre la Suisse et l'étranger aux niveaux cantonal, régional et interurbain. Les cantons sont habilités à conclure des traités relevant de leur compétence, ce qui est le cas de la culture, et à traiter directement avec les autorités étrangères de rang inférieur (art. 56 Cst). Ce projet vise ainsi une meilleure mise en valeur des liens culturels entretenus par les cantons avec l'étranger, une augmentation des synergies et de la coordination au niveau national ainsi qu'une meilleure planification stratégique.

Au cours de la période 2021 à 2024, la Confédération entend porter une attention particulière au développement et à la pérennisation de ses relations culturelles avec les États voisins. Elle vise notamment une plus grande régularité dans les réunions de niveau institutionnel avec l'Allemagne, l'Autriche, la France et l'Italie. Ces réunions ont pour vocation de faire le point sur les relations existantes et d'identifier les sujets sur lesquels une avancée peut être envisagée.

1.4.3.2 Plan multilatéral

Au niveau multilatéral, la Confédération est représentée ou collabore avec les plateformes internationales suivantes:

- *Union européenne (UE)*: En Europe, le principal organisme de promotion culturelle est l'Union européenne, notamment au travers de son programme «Europe créative» (programmes MEDIA et Culture). Le Conseil fédéral s'est investi pour conclure un accord avec l'Union européenne sur une participation au volet 2014 à 2020 de ce programme. Cet objectif n'a pas pu être atteint. Des mesures compensatoires ont par conséquent été mises en place sur le plan national (voir ch. 2.3.6). Le prochain volet de ce programme se déroulera entre 2021 et 2027. Le Conseil fédéral examinera une participation à ce nouveau volet et, le cas échéant, élaborera un mandat de négociation correspondant. Les mesures compensatoires établies durant la période précédente seront ajustées et pérennisées.
- *UNESCO*: L'UNESCO fait actuellement face à des difficultés financières importantes suite au retrait de certains de ses membres. Ces difficultés induisent un recentrement nécessaire sur les tâches premières de l'organisation et notamment sur la gestion des conventions dont elle est dépositaire. La Confédération s'engage en ce sens en faveur de l'application des Conventions du patrimoine mondial, du transfert des biens culturels, de la diversité des expressions culturelles et du patrimoine culturel immatériel qu'elle a ratifiées. Elle continue notamment à présenter des dossiers de candidature à la liste représentative du patrimoine culturel immatériel de l'humanité au rythme d'un dossier national par année ainsi qu'à s'associer aux candidatures multinationales pertinentes. Au cours de la période 2016 à 2020, le Conseil fédéral a demandé au Parlement de ratifier la ratification de la Convention sur la protection du patrimoine culturel subaquatique. Le message correspondant a été transmis au Parlement pour une mise en œuvre durant la période 2021 à 2024. La perception de l'action de la Suisse au sein de l'UNESCO est largement positive. Durant la période 2021 à 2024, la Confédération entend consolider sa position en présentant sa candidature pour des positions-clés au sein des comités intergouvernementaux pertinents. Ce positionnement permettra de lutter contre la politisation croissante que connaissent ces comités.
- *Conseil de l'Europe*: Le Conseil de l'Europe fait face à des restructurations pour correspondre à un budget considérablement allégé. Il mène une réflexion tendant à recentrer son travail sur ses tâches et principes fondamentaux. La Confédération s'engage pour que la place de la culture au sein de cette organisation soit pérennisée. Le Conseil de l'Europe est en effet un forum majeur en terme d'échanges et de coopération culturels en Europe. La Confédération s'y engage au sein du Comité directeur pour la culture, le patrimoine et le paysage ainsi qu'au sein du programme Eurimages. En 2019, le Conseil fédéral a demandé au Parlement de ratifier la Convention de Faro sur la valeur du patrimoine culturel pour la société. Le fonds culturel du Conseil de l'Europe EURIMAGES revêt également une importance considérable pour la facilitation et le soutien aux coproductions cinématographiques, la diffusion des œuvres et les échanges techniques entre ressortissants des États membres. Au cours de la période 2021 à 2024, la Confédération continuera à s'engager pour la bonne application des conventions du Conseil de l'Europe qu'elle a ratifiées.
- *Organisation internationale de la Francophonie (OIF)*: La Confédération s'engage également au sein de l'Organisation internationale de la Francophonie. Elle participe aux conférences ministérielles et le DFI accompagne la mise en œuvre des politiques culturelles de l'organisation.

1.5 Classement d'interventions parlementaires

La transmission du message culture au Parlement permet de classer les interventions suivantes:

Le postulat 15.4117 (Semadeni) demande un bilan de la situation du romanche et de l'italien dans les régions linguistiques concernées et dans toute la Suisse, et la présentation de propositions adaptées dans le but d'améliorer les instruments de promotion de ces langues. Le présent message répond au postulat (cf. ch. 2.6.2).

La motion 17.4308 (Regazzi) demande une clarification des critères d'inscription dans l'Inventaire fédéral des sites construits à protéger en Suisse. La clarification s'est faite par une adaptation de l'ordonnance du 9 septembre 1981 concernant l'Inventaire fédéral des sites construits à protéger en Suisse (OISOS)¹⁶ et par des recommandations du DFI concernant la mise en œuvre de cette ordonnance (cf. ch. 2.5).

2 Les différents domaines d'encouragement de la politique culturelle

2.1 La création culturelle et artistique professionnelle en général

L'art et la culture sont des facteurs essentiels du sentiment social et de la formation de l'identité, car ils favorisent le dialogue et renforcent la cohésion sociale. La confrontation avec les différentes formes d'art – architecture, design, cinéma, photographie, arts visuels, médias interactifs (jeux vidéo, avant tout), littérature, musique, danse, théâtre, **cirque, etc.** – développe le sens esthétique individuel ainsi que la capacité

¹⁶ RS 451.12

personnelle à communiquer, s'exprimer et juger. La création culturelle et artistique contemporaine aborde de façon critique les limites de la perception et nourrit la discussion sur les valeurs individuelles et collectives.

Promouvoir la création culturelle et artistique professionnelle est une tâche importante de l'encouragement étatique de la culture. La diversité des formes d'expression, de production et de présentation artistique ne contribue pas seulement à l'épanouissement et à la formation des individus, mais est aussi la caractéristique d'une société ouverte, ce dont bénéficient les prestations de l'Etat en matière d'innovation.

2.1.1 La relève

Dans de nombreuses disciplines artistiques, la Suisse dispose d'établissements de formation importants et de réputation internationale. Le passage de la formation à l'activité professionnelle est une phase importante de toute carrière artistique. Promouvoir la relève revêt donc une importance cruciale. Les mesures d'encouragement de la Confédération (Pro Helvetia) ont pour but l'acquisition de la pratique professionnelle et de l'expérience artistique ainsi que leur premier approfondissement. Les instruments disponibles vont de l'encouragement à la création aux offres de mise en réseau et de promotion, en passant par des programmes de résidence et de coaching.

Développer la promotion de la relève était l'une des priorités de la période de financement 2016 à 2020. Un bon exemple a été entre autres la participation de Pro Helvetia en tant que partenaire principale de «Premio», concours destiné à la relève et qui permet la production et la diffusion de spectacles de jeunes artistes de toutes les régions linguistiques en collaboration avec 35 institutions de théâtre de tout le pays. Dans le domaine des arts visuels, un nouvel instrument d'encouragement a été créé; il permet aux commissaires d'exposition de rencontrer des jeunes artistes suisses. D'autres exemples des nouvelles mesures d'encouragement sont les résidences dans des institutions culturelles internationales ou l'élaboration d'un nouveau programme de mentorat pour les jeunes auteurs et autrices avec présentation de la première œuvre.

Dans la promotion de la relève, les facteurs décisifs de succès sont les contacts avec des partenaires réputés ainsi que le soutien à différentes phases du processus créatif. C'est pourquoi l'on développera à partir de 2021 les partenariats et réseaux en Suisse et à l'étranger, en tenant compte des besoins et des potentiels des disciplines respectives. Le but est de positionner durablement les jeunes artistes aux niveaux national et international.

2.1.2 Création artistique

L'encouragement par la Confédération de la création artistique contemporaine concerne aussi bien les genres consacrés que la création professionnelle hors des disciplines traditionnelles (littérature dite performative, bande dessinée, jeux vidéo, médias interactifs, création et collaboration interdisciplinaire, etc.). L'encouragement fédéral de la création contribue à ce qu'il en résulte une foison d'œuvres de haute **qualité**. Les contributions à la création sont un élément essentiel d'une promotion systématique des carrières. Elles s'inscrivent dans la continuité des mesures de promotion de la relève et permettent aux artistes talentueux de réaliser leurs œuvres pour un public national et international.

Évolution de la notion d'œuvre: Sous l'influence des progrès technologiques et des modes transdisciplinaires de travail, la notion contemporaine d'œuvre d'art ne cesse d'évoluer. Réfléter ces développements, vérifier constamment les instruments d'encouragement de chaque discipline et les adapter, si nécessaire, représente un défi important pour l'encouragement fédéral de la culture.

Encouragement de nouvelles créations numériques: La numérisation transforme les conditions dans lesquelles s'exerce la création culturelle et artistique à toutes les étapes de la création de valeur, conception, production, distribution ou exploitation. Les technologies numériques peuvent aboutir à de nouveaux genres et à de nouvelles formes d'œuvres d'art, par exemple dans le domaine des médias interactifs. La Confédération soutiendra la genèse de créations authentiquement numériques ou adaptera les modèles d'encouragement existants là où cela est nécessaire.

Formes novatrices de collaboration: Les liens entre art, science et technologie jouent un rôle croissant dans la création culturelle. D'une part, les innovations technologiques suscitent l'intérêt des artistes, par exemple dans le domaine de l'intelligence artificielle ou de la robotique. De l'autre, les chercheurs ont besoin du savoir et des compétences des artistes pour lancer de nouveaux processus de connaissance, de création et de production aux interfaces concernées. Avec ses hautes écoles, la Suisse offre des conditions idéales pour élaborer et tester les modèles correspondants de production et de collaboration. Pour l'encouragement fédéral de la culture (Pro Helvetia), il s'agit d'exploiter de façon ciblée les potentiels au confluent des domaines de l'art, de la technologie et de la science. À cet effet, on cherchera à créer des instruments d'encouragement spécifiques. Il s'agit également de tester de nouvelles possibilités de collaboration des usagers aux processus de création et de décision, ce conjointement avec des institutions partenaires des mondes de la culture, de la recherche et de l'industrie.

Revenu et rémunération des acteurs culturels: Sur le plan du revenu, la situation de nombreux artistes reste insatisfaisante malgré le succès de leur travail. Un trop petit nombre d'artistes de métier touchent des rémunérations convenables pour leurs prestations, en particulier celles fournies dans un cadre institutionnel (exposition, lecture publique dans une maison de la littérature, etc.). La raison en est la pratique liée au système des rapports de travail non réglementés. Il existe certes diverses recommandations en matière d'honoraires ou de cachets, émises par des communautés d'intérêts spécifiques à telle ou telle discipline, mais elles ne sont pas appliquées par les organisateurs ou ne le sont que partiellement. À l'avenir, le marché devra certes rester libre entre l'offre et la demande culturelle. Là où elle octroie des aides financières, toutefois, la Confédération s'engagera désormais en faveur d'une rémunération convenable des acteurs culturels. C'est pourquoi, à partir de 2021, l'OFC et Pro Helvetia assortiront leurs aides financières d'une condition stipulant que les bénéficiaires d'aide financière doivent se conformer aux directives des associations faîtières respectives en matière de rémunération des acteurs culturels. Des dérogations à ce principe pourront se justifier dans des cas fondés (miniproductions de jeunes artistes, par exemple). Là où il n'y a pas de recommandations des associations faîtières (arts visuels, par exemple), l'OFC et Pro Helvetia élaboreront un système définissant des rémunérations convenables, ce avec le concours des milieux concernés ainsi que des villes et cantons intéressés.

Soutien des personnes collaborant à des processus artistiques: À part l'auteur proprement dit d'une œuvre d'art, le monde actuel de la culture connaît toute une série d'activités et de fonctions connexes indispensables à la réussite d'un processus artistique (commissaires d'exposition, relecteurs, dramaturges, mentors, gestionnaires de diffusion, etc.). Le défi auquel est confronté l'encouragement fédéral de la culture consiste à accorder aussi un soutien convenable aux activités qui ont un impact sur la création artistique et sa diffusion. À partir de 2021, l'encouragement de la Confédération tiendra plus fortement compte des fonctions et activités qui ont une influence décisive sur le processus créatif et la diffusion des œuvres d'art, même si elles ne correspondent pas à la définition étroite du terme «créateur culturel».

2.1.3 Diffusion, promotion et échanges en Suisse

La diffusion et la promotion en Suisse de l'art et de la culture sont des conditions essentielles d'une vie culturelle active et d'une confrontation approfondie avec sa propre culture et avec d'autres. Dans une Suisse plurilingue, les échanges culturels entre les différentes parties du pays sont importants pour la compréhension mutuelle et recèlent un fort potentiel de développement artistique dans toutes les disciplines.

Échanges et promotion

Par tradition, les instruments existants de la Confédération sont axés sur l'encouragement des échanges culturels entre les communautés linguistiques. Au niveau national, il n'existe en revanche guère de mesures d'encouragement favorisant les échanges entre collectivités culturelles, régionales et sociales au sein même des régions linguistiques respectives (par exemple entre groupes sociaux, culturels ou démographiques différents, ou entre espaces culturels régionaux et urbains). Vu ce contexte, quelque trente festivals et manifestations organisés dans toutes les parties et régions linguistiques du pays ont été soutenus de façon accrue, lors de la période de financement 2016 à 2020, s'ils présentaient la création culturelle suisse, en particulier dans les régions périphériques. Il s'agissait de festivals et manifestations d'envergure et d'importance nationale au sein de leur discipline respective, et organisés la plupart du temps hors des grands centres urbains.

Cette mesure d'encouragement en faveur des festivals et manifestations sera reconduite. Pour pouvoir encourager encore davantage les échanges entre groupes sociaux et culturels différents au sein d'une même région linguistique, la Confédération (Pro Helvetia) examinera en outre s'il est possible de lancer avec les villes et les cantons intéressés des réseaux interrégionaux spécifiques à telle ou telle discipline, qui contribueraient à une meilleure diffusion des œuvres d'art. Ce projet concerne en particulier les domaines de la musique, de la danse et du théâtre, où les potentiels existants sont encore sous-exploités.

Culture populaire

Dans le cadre des échanges intérieurs, la Confédération (Pro Helvetia) soutient la culture populaire suisse. Sont privilégiés les projets qui interprètent la tradition de façon novatrice et qui importent pour le développement de la culture populaire suisse. Les projets d'une certaine ampleur peuvent être soutenus directement par Pro Helvetia, les plus modestes par le *Fonds Pro Helvetia pour la culture populaire* (FPHCP), qui est géré sur mandat de la fondation par la *Communauté d'intérêts pour la culture populaire suisse et liechtensteinoise* (CICP). Pour mieux tenir compte des besoins spécifiques de la culture populaire, les critères d'éligibilité du FPHCP ont été révisés et les fonds alloués relevés au cours de la période d'encouragement 2016 à 2020. La vérification et l'adaptation constante des critères d'éligibilité permettront, avec le concours de la CICP, de réagir aux exigences changeantes qui caractérisent l'évolution de la culture populaire.

Interculturalité

Dans le cadre de l'axe d'action «Participation culturelle», la fondation Pro Helvetia s'est attaquée au cours de la période d'encouragement 2016 à 2020 aux défis de la société interculturelle et de ses effets sur la création culturelle professionnelle. À cet effet, Pro Helvetia a mis au point, d'entente avec les villes et les cantons, un catalogue de différentes mesures destinées à sensibiliser les acteurs culturels au thème et à ses défis, à édifier des réseaux et à mettre en œuvre des actes concrets de promotion et des projets pilotes. Les défis se situent à trois niveaux:

- *Déficits structurels du marché de la culture:* Le marché de la culture manque d'expérience et de compétences quant à la manière de gérer les effets de la société interculturelle. Des mesures d'encouragement ciblées favoriseront les processus institutionnels de sensibilisation et d'ouverture interculturelle (personnel, programme, communication, publics cibles, etc.) et soutiendront le développement de compétences interculturelles.
- *Manque d'échanges d'expériences:* Pour différentes raisons, il n'y a pas d'échanges entre acteurs culturels et promoteurs sur la manière de gérer le problème, ou alors ils sont insuffisants. La Confédération (Pro Helvetia) contribue à un débat sur la politique culturelle dans le domaine de la diversité qui soit proche de la pratique et encourage le soutien d'instruments, de cadres d'échanges et de réseaux appropriés.
- *Manque de porosité du système d'encouragement:* Promouvoir la participation culturelle de personnes issues de la migration et solliciter leur potentiel culturel n'est pas encore pris en compte suffisamment dans le système public d'encouragement. Aussi la Confédération s'engage-t-elle de façon accrue en faveur de l'encouragement de projets pilotes et d'instruments destinés à gérer le sujet de l'interculturel.

Égalité des chances des femmes et des hommes dans le domaine culturel

Le but de la politique culturelle de la Confédération est que les sexes soient représentés convenablement dans tous les domaines importants (formation, subventionnement, programmation, représentation dans les institutions culturelles, etc.) et qu'il existe des instruments d'encouragement correspondants. Sur la base de premières statistiques relevées entre autres dans le domaine du cinéma, il appert que l'égalité des sexes n'est encore atteinte ni dans l'encouragement ni sur le marché de la culture. Afin d'établir concrètement la nécessité d'intervenir, il faudra procéder à des relevés statistiques approfondis lors de la prochaine période d'encouragement, ce avec le concours des villes et cantons intéressés et avec des représentants des intérêts culturels. Sur la base des résultats de ces relevés, des mesures concrètes seront élaborées au cours même de la période d'encouragement 2021 à 2024; elles permettront aux instances d'encouragement d'examiner leurs activités sous l'angle de l'égalité des chances et de les développer dans ce sens.

Médiation culturelle

Le débat public et la réflexion individuelle sur l'art et la culture sont des conditions essentielles de la médiation et de la réception de la création artistique contemporaine, quelle que soit la discipline. L'évolution du monde médiatique suisse entraîne un recul de la critique d'art dans les médias traditionnels (de presse). Par ailleurs, les forums de discussion correspondants restent encore largement à créer dans l'espace numérique. À partir de 2021, la pratique actuelle de soutien des projets de médiation culturelle sera affinée en direction de la réflexion critique sur l'art et la culture. Avec le concours de partenaires tels que les institutions et associations culturelles, les médias, les universités et hautes écoles, l'on élaborera des mesures susceptibles de favoriser les compétences médiatiques et d'instaurer les offres correspondantes; il s'agit de promouvoir la réflexion critique publique sur la création artistique contemporaine et de viser de façon ciblée divers segments du public (public traditionnel, jeune, interculturel, etc.). Ce faisant, il faudra tenir compte en particulier de l'importance des nouveaux médias et des nouvelles technologies (écriture et publication numérisée).

2.1.4 Prix suisses

En décernant des prix, la Confédération honore les créateurs suisses et attire sur eux l'attention nationale et internationale. En plus du soutien financier qu'ils apportent aux lauréats, les *Prix suisses* constituent également une reconnaissance officielle. Les *Prix suisses* sont ainsi à la fois un instrument de soutien et un instrument de promotion. Ils sont de deux ordres: des *Prix suisses* récompensant une œuvre particulièrement novatrice et originale, et des *Grand Prix* honorant la carrière de créateurs.

Durant la période 2016 à 2021, la Confédération a des *Prix suisses* dans les disciplines de l'art, du design, du théâtre, de la danse, de la littérature, de la musique, des beaux livres et du cinéma (pour les *Prix du cinéma suisse* cf. ch. 2.3.6).

La désignation des lauréats est établie sur recommandation des commissions extraparlimentaires nommées par le Conseil fédéral (art et design) ou des jurys fédéraux nommés par le DFI (théâtre, littérature, danse, musique). Le jury pour *Les plus beaux livres suisses* est nommé par l'OFC.

Les Prix suisses sont remis lors de cérémonies publiques, en présence des lauréats, et souvent en lien avec des manifestations importantes du domaine concerné. Les *Prix suisses d'art et de design* sont remis dans le cadre d'Art Basel, les *Prix suisses de théâtre* se sont associés aux *Rencontres du théâtre suisse*, et les *Prix suisses de musique* sont attribués dans le cadre de *LabelSuisse* tous les deux ans, en alternance avec d'autres manifestations. Ces partenariats font des cérémonies de remise des *Prix suisses* des plateformes de rencontres et d'échanges.

Les *Prix suisses* ont été régulièrement analysés et plusieurs adaptations ont été effectuées. La dénomination des prix a été unifiée, leur dotation systématisée, de même que leur communication. Un accent particulier a été posé sur les catégories de l'architecture et de la critique/édition/exposition pour les *Prix suisses d'art*, et un *Prix spécial littérature enfance et jeunesse* a été mis en œuvre pour la littérature. Plus particulièrement, une analyse des *Prix suisses de théâtre* et des *Prix suisses de danse* a démontré la nécessité d'adaptations plus radicales dans ces deux disciplines. D'une part, contrairement aux autres disciplines, la danse connaît une attribution biennale des prix. D'autre part, la frontière entre les disciplines est de plus en plus poreuse comme en témoigne la réunion des *Archives suisses de la danse* et de la *Collection suisse de théâtre* sous un seul toit, *Swiss Archive of the Performing Arts (SAPA)*. Dès 2021, les *Prix suisses de la danse* et les *Prix suisses de théâtre* seront remis conjointement chaque année sous le titre *Prix suisses des arts de la scène*. Les dénominations *Prix suisses de théâtre* et *Prix suisses de danse* perdureront. Ils seront remis lors d'une manifestation unique dédiée aux arts de la scène et intégrant aussi les arts circassiens, le théâtre de rue, les performances, ou encore les spectacles de marionnettes. La Confédération renoue ainsi avec la tradition de l'*Anneau Hans-Reinhart* qui couronnait les créateurs du théâtre et de la danse.

Les *Prix suisses* représentent un label de qualité pour des œuvres et des créateurs, tant à l'intérieur des frontières qu'à l'étranger. Les mesures actuelles – concours, cérémonies et expositions ouvertes au public et en lien avec des manifestations d'envergure, communication ciblée, outils de promotion adaptés aux disciplines concernées – seront maintenues dans leur forme adaptée. La promotion au niveau international en collaboration avec les acteurs de la Confédération sera intensifiée.

2.1.5 Organisations d'acteurs culturels professionnels

Les organisations d'acteurs culturels représentent les professionnels de la culture et œuvrent à l'amélioration de leurs conditions de création. Ces organisations sont soutenues sur la base d'un concours et bénéficient de soutiens structurels au travers de contrats de prestations valables pour l'entier de la période financière.

Les conditions de soutien ont été revues et recentrées au cours de la période d'encouragement 2016 à 2020. Le soutien se concentre désormais sur les organisations d'envergure nationale engagées dans l'amélioration des conditions de création de leurs membres. Les organisations issues d'une même discipline ont été invitées à se rapprocher, notamment via des fusions, pour renforcer leur représentativité au niveau national. Les fusions réalisées ont permis de passer de 18 associations soutenues lors de la période précédente à 11 associations soutenues lors de la période 2016 à 2020. Ces dernières sont légitimées dans leur rôle et assurent une meilleure cohésion entre les acteurs culturels professionnels suisses.

Le principe d'un soutien aux organisations d'acteurs culturels professionnels sera reconduit. Un nouveau concours pour la période 2021 à 2024 sera mis en œuvre.

2.2 Diffusion de la culture suisse à l'étranger et échanges culturels internationaux

La diffusion de la culture et les échanges culturels sont les deux tâches essentielles de Pro Helvetia à l'étranger. Comme elles recouvrent différents buts et méthodes, elles exigent des mesures d'encouragement qui se complètent.

- *Diffusion de la culture suisse*: Pour que les acteurs suisses puissent s'imposer sur le marché international de la culture, la Confédération encourage la diffusion de leurs travaux à l'étranger par différentes mesures. Le but est de promouvoir leur carrière artistique et de les faire connaître au niveau international.
- *Échanges culturels internationaux*: Les projets d'échanges entre acteurs de différentes cultures tiennent compte de leur contexte culturel ou social respectif. Vu les inégalités structurelles, ils exigent un travail de mise en place à moyen et long terme entre les acteurs culturels et doivent être lancés de façon ciblée.

Pour la diffusion de la culture et les échanges culturels internationaux, Pro Helvetia recourt à divers instruments:

- *Contributions à des projets*: En font partie entre autres les contributions aux présentations publiques (expositions, tournées, festivals, séries de concerts, tournées de lecture), aux présences dans des forums, aux traductions littéraires, et l'encouragement des échanges scientifiques internationaux.
- *Mesures de promotion*: En font partie les présentations de création artistique suisse destinées à des organisateurs internationaux, les présences à des foires spécifiques et à des rencontres en réseau, ainsi que l'élaboration de matériel d'information et de promotion sous forme numérique ou analogique.
- *Antennes à l'étranger*: Pro Helvetia entretient un réseau d'antennes (cf. ch. 1.2.2) pour promouvoir la présence d'artistes suisses à des manifestations importantes et les échanges avec les institutions culturelles locales (festivals, espaces dédiés à l'art, salles de concert, musées, théâtres, etc.). Ces antennes proposent aussi des programmes de résidence.
- *Programmes d'échanges internationaux*: Par ces programmes, Pro Helvetia ouvre de nouveaux réseaux aux acteurs culturels suisses dans les régions du monde présentant un intérêt particulier. Elle permet ainsi en même temps aux acteurs culturels internationaux de découvrir la production culturelle et artistique suisse.

L'OFC et *Swiss Films* soutiennent la diffusion internationale d'œuvres cinématographiques, Pro Helvetia celle des œuvres de toutes les autres disciplines. En outre, Pro Helvetia organise les participations de la Suisse à des manifestations internationales importantes comme la *Biennale d'art et d'architecture de Venise* ou à des foires du livre. Le DFAE, avec la Direction du développement et de la coopération (DDC), Présence Suisse et ses représentations à l'étranger, ainsi que le Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI), avec *swissnex*, complètent les activités mentionnées. Cette collaboration contribue à une mise en œuvre coordonnée des mesures et garantit l'exploitation optimale des ressources.

Contexte et défis

Lors de la période d'encouragement 2016 à 2020, de nombreuses mesures ont été mises en œuvre pour aménager plus efficacement la diffusion et les échanges culturels.

- *Diffusion et promotion:* Pour attirer l'attention des décideurs internationaux sur la production artistique et culturelle suisse, des commissaires d'exposition étrangers sont invités en Suisse de façon ciblée à des manifestations importantes afin d'assister en personne à des représentations, des concerts, des lectures publiques ou des expositions et s'entretenir avec les artistes impliqués. Ces rencontres personnelles aboutissent régulièrement à ce que des créateurs suisses ou leurs œuvres soient invités à l'étranger; dans le meilleur des cas, elles débouchent sur des collaborations à plus long terme. Les plateformes virtuelles gagnent aussi de plus en plus d'importance pour la diffusion internationale. Vu leur qualité artistique élevée et grâce aux mesures de promotion accrues de la Confédération, l'intérêt pour l'art et la culture suisse a manifestement augmenté.
- *Compétitivité internationale:* Malgré leur excellente qualité, les projets issus de Suisse ne sont souvent pas compétitifs sur le plan financier, parce que les coûts de production (salaires et cachets) et de diffusion des œuvres sont très élevés par rapport à d'autres pays européens. Pour des raisons économiques, plusieurs organisateurs étrangers ne sont pas en mesure d'inviter et de présenter les créateurs suisses et leurs œuvres. Au cours de la période d'encouragement 2016 à 2020, la Confédération a donc adopté des mesures pour renforcer la compétitivité internationale dans le domaine des arts du spectacle, mesures qui allaient du soutien de tournées en Europe à une promotion accrue auprès d'organismes internationaux, en passant par des offres de professionnalisation et de mise en réseau pour responsables de tournées. De cette façon, les groupes actifs au niveau international ont pu bénéficier de conditions de départ plus favorables dans un contexte de plus en plus compétitif.¹⁷ En raison de la correction du renchérissement cependant, les fonds prévus pour ces mesures en 2016-2020 n'ont pas été disponibles dans la quantité initialement fixée.
- *Présence aux manifestations à l'étranger et dans les forums internationaux:* Dans le monde artistique, les foires, festivals et conférences internationales ont une grande importance en tant que lieux de rencontre et de négociation. Être présent régulièrement à ces manifestations est indispensable pour le développement de la carrière des créateurs et sert à trouver de nouveaux engagements, nouer des contacts personnels, lancer des projets avec des partenaires internationaux et entretenir le dialogue avec les responsables de programmes. Les œuvres et les projets présentés dans un tel cadre bénéficient en règle générale d'une attention particulière. Grâce aux fonds supplémentaires votés par le Parlement pour la période d'encouragement 2016 à 2020, Pro Helvetia a soutenu la présence de créateurs suisses à d'importants festivals et manifestations internationaux de toutes les disciplines. C'est ainsi qu'a été intensifiée la présence de la Suisse comme pays invité et qu'ont été possibles des manifestations mettant l'accent sur la Suisse (comme le festival de théâtre d'Avignon ou jazzhead! Bremen), des conventions de présence pluriannuelle (avec différents festivals de musique et foires du livre), ou des présentations améliorées dans des foires spécialisées (Tanzmesse Düsseldorf, par exemple). De cette manière, il a été possible de cofinancer quelque trente apparitions par an, suivies de nombreux engagements pour les artistes suisses présentés.
- *Ouverture de nouvelles régions et marchés pour les acteurs culturels:* Les évolutions économiques et géopolitiques entraînent des changements constants sur les marchés en croissance. Dans ce contexte, Pro Helvetia a lancé en 2017 le programme d'échanges Coincidencia entre la Suisse et l'Amérique du Sud. Pour le mettre en œuvre, elle a engagé une équipe à Zurich ainsi que des coordinateurs à São Paulo, Buenos Aires, Bogotá et Santiago du Chili, et créé des réseaux avec des institutions et artistes locaux. Les bureaux de liaison déjà existants de Pro Helvetia couvrent chacun de vastes territoires (Afrique australe, pays arabes, etc.), où le contexte culturel et politique est soumis parfois à de fortes variations. Les tâches et objectifs des antennes doivent ainsi être revus régulièrement, adaptés au contexte régional et conçus de manière aussi souple que possible. Lors de la période en cours, les bureaux de liaison ont élargi délibérément leur rayon d'action à d'autres pays afin de renforcer l'ouverture de nouvelles régions et de nouveaux marchés pour les échanges culturels et la diffusion de la culture suisse.
- *Résidences:* Les bureaux de liaison de Pro Helvetia proposent aux acteurs culturels suisses des séjours de recherche ou en atelier dans les pays couverts. Vu la demande croissante, l'offre, limitée jusqu'ici aux pays abritant un bureau de liaison, sera élargie géographiquement et assouplie, de façon à ce que les résidences proposées répondent toujours aux exigences et besoins des créateurs suisses contemporains et que de nouveaux espaces culturels s'ouvrent.
- *Soutien de projets de coopération internationale:* Dans l'idée d'intensifier et de créer de nouvelles coopérations avec des institutions culturelles d'Europe, la fondation a lancé en 2016–2020 dans les pays partenaires de nouveaux partenariats, qui augmentent les possibilités de collaboration pour les créateurs suisses et pour la diffusion de leurs œuvres. Ainsi Pro Helvetia participe par exemple avec des institutions partenaires françaises et allemandes à un projet de promotion commune dans le domaine de la musique nouvelle, projet qui favorise les échanges et la diffusion d'œuvres nouvelles entre les deux espaces linguistiques. En outre a été lancée en 2018 une mise au concours unique, par laquelle douze projets de coopération d'acteurs culturels suisses ont été soutenus avec des partenaires européens.
- *Modèles de promotion pour les métropoles européennes:* En 2016–2020, de nouveaux modèles de promotion ont été inaugurés dans les métropoles culturelles de Berlin et de Londres, modèles qui offrent aux créateurs suisses un soutien supplémentaire pour améliorer leur diffusion internationale. Sur place, une coordinatrice locale ainsi que divers spécialistes des disciplines concernées ont été chargés d'assurer aux créateurs suisses une plus grande visibilité et de leur procurer des possibilités d'apparitions et d'engagements consécutifs par des actions ciblées de promotion et de réseautage (domaines concernés: littérature, danse, théâtre et musique).

Objectifs et mesures

Les mesures d'encouragement actuelles seront reconduites. Les défis exposés seront relevés comme suit au cours de la période de financement 2021 à 2024:

- *Diffusion et promotion:* Des fonds supplémentaires destinés à l'encouragement de tournées et de projets prioritaires vont prolonger concrètement l'intérêt toujours croissant de l'étranger pour la culture suisse. Les invitations de responsables de programmes, commissaires d'exposition, éditeurs internationaux, etc. seront développées et étendues à d'autres multiplicateurs. Les sites Internet lancés ces dernières années dans les domaines Musique et Arts du spectacle ont fait leurs preuves en tant qu'instruments de promotion et sources d'informations pour les contacts internationaux et seront encore développés. Restent des lacunes à combler dans les domaines Littérature (bibliothèque virtuelle de traductions de littérature suisse), Arts visuels et Design.
- *Compétitivité internationale:* Pour que les créateurs suisses restent compétitifs en comparaison internationale, il faut dans toutes les disciplines un soutien financier plus fort et géographiquement plus étendu de leurs projets à l'étranger (tournées, concerts, lectures

¹⁷ Le Conseil fédéral renvoie aux mesures précitées dans sa réponse à la question 15.1006 Ruiz («Franc fort. Comment les compagnies indépendantes de danse et de théâtre sont-elles soutenues?»).

publiques, représentations, etc.). Les mesures introduites en 2016 pour renforcer la compétitivité internationale doivent donc être étendues aussi à d'autres domaines et régions hors d'Europe lors de la prochaine période d'encouragement.

- *Présence aux manifestations à l'étranger et dans les forums internationaux:* Les présences mises en place avec succès ces dernières années seront étendues à d'autres régions cibles et à d'autres contenus. Pour tenir meilleur compte du marché international de l'art et des besoins de promotion des créateurs, Pro Helvetia a l'intention d'assurer systématiquement la représentation des œuvres suisses dans les principaux forums internationaux.
- *Ouverture de nouvelles régions et de nouveaux marchés pour les créateurs:* Suite aux résultats positifs du programme *Coincidencia*, Pro Helvetia examine la possibilité d'établir un bureau de liaison en Amérique du Sud. Les bureaux de liaison actuels préciseront en outre leur rayon d'action dans leur région respective et l'élargiront si possible. Le maillage avec un plus grand nombre de partenaires intéressants permet de renforcer les échanges et la présence de projets artistiques suisses dans les régions respectives.
- *Intensification et assouplissement des résidences:* Les possibilités de séjours en atelier seront étendues géographiquement et adaptées aux besoins des créateurs. Il s'agit d'une part d'assouplir les offres de résidence des antennes, de l'autre d'instaurer la possibilité pour le créateur d'organiser lui-même une résidence, y compris hors de pays disposant d'antennes.
- *Soutien de projets de coopération internationale:* Sur la base des expériences faites avec le soutien unique réalisé pendant la période 2016 à 2020, les projets de coopération internationale seront soutenus de façon accrue, en particulier ceux réalisés avec des partenaires européens.
- *Développement des modèles de promotion pour les métropoles européennes:* Les modèles de promotion mis au point pour les métropoles européennes seront assouplis et étendus à d'autres régions cibles. L'on renforcera ainsi la visibilité des projets suisses d'art et de culture dans des régions particulièrement dynamiques du point de vue culturel, pour faire connaître aux responsables de programmes les œuvres ou créateurs concernés.

2.3 Disciplines et domaines d'encouragement

2.3.1 Arts visuels

La Suisse bénéficie d'une scène artistique très variée, comptant des artistes éminents aux succès internationaux ainsi que d'importants établissements artistiques présentant l'art contemporain. Dans les arts visuels, la Confédération soutient des projets des disciplines Arts plastiques, Photographie, Nouveaux médias, Performance, Vidéo, Architecture et Bande dessinée.

Contexte et défis

Relève

Cf. ch. 2.1.1.

Encouragement de la création artistique

Grâce aux fonds supplémentaires disponibles depuis 2016, Pro Helvetia est en mesure d'accorder aussi des contributions à la création dans le domaine des arts visuels, ce qui a comblé une lacune essentielle dans le système d'encouragement. S'inspirant de l'encouragement pratiqué par les villes et les cantons, la fondation a créé trois catégories de soutien (1° contributions aux recherches et travaux préliminaires en vue d'une création; 2° contributions uniquement à la production; 3° contributions à la production d'une œuvre et présentation publique). Ces modes de soutien visent différentes étapes de la genèse d'une œuvre et garantissent une promotion de la carrière et un encouragement à la création cohérents, couvrant tous les stades de la création. Lors des mises au concours successives réalisées jusqu'ici, il a été possible de soutenir des projets de toutes les parties du pays ainsi que de tous les domaines des arts visuels, y compris la photographie et l'art médiatique.

Un soutien qui a fait ses preuves est celui consacré aux espaces dédiés à l'art, avec des contributions aux programmes annuels ainsi qu'à des projets aidant les jeunes artistes qui exposent à récolter de premières expériences professionnelles. En ce qui concerne le soutien aux présences sur les foires internationales, l'ouverture aux galeries internationales en tant que candidates a également fait ses preuves. Les jeunes artistes présentés aux foires ont pu profiter entre autres d'achats de leurs œuvres par des collections importantes ainsi que d'invitations à des expositions.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Encouragement des recherches artistiques:* Jusqu'ici, les recherches qui ont pour effet de renforcer la qualité de la création artistique sans pour autant aboutir à une œuvre d'art n'étaient guère prises en compte dans l'encouragement. Nous parlons là de méthodes de travail artistique fondées sur une recherche approfondie, souvent à caractère scientifique.
- *Honoraires convenables pour les artistes:* Dans les arts visuels, il manque largement de rémunérations convenables pour les artistes qui participent à des expositions ou à des publications.
- *Encouragement du travail des commissaires:* L'activité de commissaire d'exposition, qui est à la jonction entre artistes, institutions et public, contribue largement à la perception et au maillage national et international de la scène artistique. Ces personnes manquent cependant souvent de moyens financiers ainsi que du temps nécessaire pour se livrer à des recherches approfondies.

Achats d'œuvres pour la Collection d'art de la Confédération

La Confédération achète des œuvres d'art depuis 1887. Ces achats se font sur recommandation de la Commission fédérale d'art, et les œuvres sont entreposées à la Collection fédérale d'art.

Kunst am Bau

Les projets de «Kunst am Bau» visent à intégrer l'art à des bâtiments voués à la représentation, politiquement significatifs et ayant valeur de symboles pour un large public. Des concours de «Kunst am Bau» sont organisés sous la présidence de la Commission fédérale d'art par l'Office fédéral des constructions et de la logistique (OFCL), en collaboration avec l'OFC.

Échanges en Suisse

Le monde suisse des expositions se distingue par une grande diversité. Des institutions réputées montent des expositions d'importance nationale et internationale, mais en même temps de nouveaux espaces dédiés à l'art s'ouvrent à la marge, qui découvrent de jeunes artistes, leur permettent de faire leurs premières expériences d'exposants et mettent à leur disposition un espace expérimental.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Encourager les réseaux intercantonaux*: Il est capital que chacun, où qu’il soit, connaisse la création artistique suisse dans les différentes régions du pays. Dans les disciplines comme l’architecture, la bande dessinée et la performance, la présence au-delà des frontières linguistiques est insignifiante par rapport à son potentiel, et elle est en général difficile à instaurer.
- *Architecture*: En tant que discipline artistique, l’architecture influence notre vie et le fonctionnement de la société. Elle a un effet immédiat sur l’aménagement de l’espace public ou dans les domaines socioculturels. Pour l’encouragement fédéral de la culture, il s’agit d’en reconnaître l’importance de manière encore plus ciblée et de la soutenir en encourageant délibérément les thématiques d’ordre architectural.
- *Encourager la photographie dans tout ce qui la constitue*: La multiplicité des disciplines photographiques (photographie d’art, photographie documentaire, photographie appliquée, etc.) est trop peu prise en compte par l’encouragement de la culture.
- *Réflexion critique*: Cf. ch. 2.1.3.

Diffusion internationale et promotion

Il a été possible de développer encore la présence d’artistes suisses dans les forums internationaux, entre autres par le biais de partenariats réguliers avec d’importantes biennales. Grâce à des mesures de promotion active supplémentaires, des artistes suisses ont pu présenter leurs œuvres à l’étranger.

Dans le détail, le défi à relever pour la période 2021 à 2024 est le suivant: s’ils veulent connaître le succès dans leur carrière, il est essentiel que les artistes se présentent dans des cadres institutionnels et internationaux, et s’imposent dans l’un ou l’autre réseau professionnel. Étant donné la forte concurrence internationale, il est difficile et malaisé de positionner à l’étranger des artistes ou des architectes suisses dans des biennales, expositions et forums réputés. Il faut également des efforts particuliers pour lancer des échanges critiques de savoir sur l’art suisse, la photographie et l’architecture lors de manifestations publiques.

Objectifs et mesures

En complément aux mesures actuelles d’encouragement, la réponse aux défis exposés sera la suivante pendant la période de financement 2021 à 2024.

Relève

Cf. ch. 2.1.1.

Encouragement de la création artistique

- *Encouragement des recherches artistiques*: Les recherches artistiques servant à approfondir un processus artistique ou à élargir une pratique artistique seront admises de façon accrue dans l’encouragement de la Confédération.
- *Honoraires convenables pour les artistes*: La Confédération répondra au problème des rémunérations convenables pour le travail artistique par des mesures appropriées. Le soutien à des expositions et à des publications dépendra désormais de la qualité de la rémunération proposée aux artistes impliqués. Sont examinés des systèmes d’incitation et des recommandations enjoignant aux organisateurs ou institutions de verser aux artistes des honoraires et rémunérations convenables.
- *Encouragement du travail des commissaires*: La pertinence du travail des commissaires sera prise en compte dans la mesure où la Confédération soutiendra des réseaux et travaux spécifiques aux niveaux national et international. Les travaux de recherche approfondis réalisés par des commissaires d’exposition, qui sont indispensables pour les expositions monographiques et thématiques, seront désormais encouragés comme faisant partie du processus artistique.

Échanges en Suisse

- *Encourager les réseaux intercantonaux*: Dans un choix de disciplines, à savoir la bande dessinée, la performance et l’architecture, seront lancés et soutenus des réseaux intercantonaux avec le concours de partenaires intéressés; ils contribueront à une meilleure diffusion de ces disciplines.
- *Architecture*: Dans le domaine de l’architecture seront encouragés de façon accrue les projets qui ont pour objet la discussion entre l’art et l’architecture ainsi que les échanges internationaux. Il importe ici d’accorder un soutien thématique ciblé aux publications documentées sur l’architecture suisse et son importance en tant que discipline artistique.
- *Encourager la photographie dans tout ce qui la constitue*: En photographie, les mesures d’encouragement seront adaptées à l’évolution actuelle de ce média, de manière à ce que des projets des domaines de la photographie documentaire et appliquée puissent aussi être soutenus de façon accrue.
- *Réflexion critique*: Cf. ch. 2.1.3.

Diffusion internationale et promotion

- *Encourager la participation et la présence d’artistes suisses dans les forums internationaux*: Participer et être présent dans les forums internationaux est indispensable pour une carrière artistique. À cause des transformations dynamiques du marché de l’art, les mesures lancées avec succès ces dernières années seront développées et affinées.

2.3.2 Design et médias interactifs (jeux vidéo)

Sous le titre «Nouveaux modèles de coopération – culture et économie», la Confédération a mis au point pendant la période 2016 à 2020 un modèle d’encouragement censé permettre à une génération de créateurs, la plupart du temps jeunes et actifs dans les domaines du design et des médias interactifs (jeux vidéo, en premier lieu), de positionner avec succès leurs projets novateurs et de haute qualité sur le marché. Il en est résulté un modèle d’encouragement à plusieurs échelons, soutenant l’élaboration d’un concept, la confection de prototypes, la production et la diffusion. Pro Helvetia a réalisé plusieurs mises au concours de projets à soutenir. Grâce à des partenariats avec l’encouragement de l’innovation et de l’économie, les développeurs et designers des deux sexes bénéficient d’un accès au savoir entrepreneurial. Des mesures ciblées de mise en réseau avec des partenaires internationaux du monde industriel, avec des éditeurs et des investisseurs sont complétées par des offres de mentorat et de coaching avec des spécialistes internationaux.

Dans le domaine du design, la Confédération a aussi étendu ses activités à l’encouragement de produits, en plus de l’encouragement d’expositions et de publications pratiqué jusqu’ici. Dans celui des médias interactifs (jeux vidéo), la Confédération soutient des jeux vidéo novateurs, basés aussi sur de nouvelles technologies comme la réalité virtuelle ou la réalité augmentée (VR/AR) et qui présentent un potentiel commercial national et international. Par une présence accrue dans les foires et festivals nationaux et internationaux, ainsi que par l’introduction

de plateformes numériques (*SwissGames* et *DesignSwitzerland*), l'on est parvenu, dans les deux domaines, à renforcer la visibilité des jeunes créateurs suisses tant en Suisse qu'à l'étranger. De nombreux projets soutenus par Pro Helvetia ont reçu des distinctions internationales et ont été salués par la presse internationale.

Dans l'industrie des jeux vidéo, la Suisse occupe une place de pionnière aux points de vue créatif et technologique. Dans son rapport «Les jeux vidéo. Un domaine de la création culturelle en développement», le Conseil fédéral a reconnu que ce domaine de haute qualité, nouveau venu dans l'encouragement de la culture, méritait d'être soutenu durablement¹⁸.

Contexte et défis

Relève

- *Design*: Cf. ch. 2.1.1.
- *Médias interactifs (jeux vidéo, en premier lieu)*: En Suisse, les créateurs du domaine des médias interactifs sont en règle générale des diplômés très bien formés des hautes écoles d'art et de design ou des écoles polytechniques (EPFZ et EPFL). Ce secteur encore relativement jeune, en comparaison internationale, souffre cependant d'un manque de savoir-faire entrepreneurial, en premier lieu en matière de production, ainsi que de possibilités de financement limitées, qui se bornent à de rares institutions. La Suisse ne dispose ni de maisons d'édition d'une certaine taille, ni d'autres investisseurs pour aider les jeunes créateurs à préfinancer et commercialiser leurs produits.

Encouragement de la création artistique

- *Design*: Le nouveau modèle d'encouragement qui considère les différents stades de la chaîne de valeurs doit évoluer et être adapté selon les besoins des créateurs et les règles du marché.
- *Médias interactifs (jeux vidéo, en premier lieu)*: Les œuvres de développeurs suisses se distinguent par un taux d'innovation élevé quant au contenu et à la conception. Développer des contenus interactifs est toutefois un travail coûteux, du fait qu'il est partagé entre différents métiers spécialisés pendant d'assez longues périodes.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Recherche et production en design*: Les coûts d'élaboration et de production élevés de nouveaux produits restent un des enjeux du domaine. Dans l'innovation artistique ou technologique, les processus de recherches sont longs et complexes, engageant des spécialistes avec des compétences très diverses.
- *Stimuler les financements de projets en design par des tiers*: La production, telle qu'une collection dans le domaine de la mode, et l'accès au marché restent des opérations coûteuses qui nécessitent, au-delà du renforcement des mesures d'encouragement de la Confédération, des financements supplémentaires.
- *Structuration durable et à long terme du domaine des médias interactifs (jeux vidéo, en premier lieu)*: L'encouragement des développeurs devrait être rendu plus attrayant par l'ouverture de possibilités de financement supplémentaires, ce pour éviter le départ des créateurs à l'étranger.

Échanges en Suisse

Des mesures d'accompagnements permettent de développer les compétences entrepreneuriales des créateurs, nécessaires à la réalisation des projets. Des présences lors de foires commerciales ou de rencontres professionnelles en Suisse facilitent l'accès aux marchés à de nouveaux produits. La Confédération soutient aussi des projets de recherche dans le domaine du design. Il s'agit d'expositions, d'échanges de connaissances ou de publications qui thématisent les aspects esthétiques, culturels et les valeurs sociétales de la création dans le domaine du design.

Dans le détail, le défi à relever pour la période 2021 à 2024 est le suivant:

- *Présentation Design*: Le design suisse étant réputé pour sa qualité et son caractère innovant, les opportunités d'en présenter la qualité au travers d'expositions ou de publications sont en augmentation.
- *Mise en réseau, constitution de savoir et professionnalisation des développeurs suisses*: Pour améliorer les conditions-cadres de la production indigène, il importe de renforcer les forums (*Game Jams*, festivals, conférences, etc.). Celles-ci servent au réseautage, aux échanges de savoir et à la professionnalisation du secteur. L'on y met des idées à l'épreuve, discute de façon critique, partage ses expériences de projets achevés avec d'autres acteurs et y génère de nouvelles idées.
- *Réflexion critique*: Cf. ch. 2.1.3.

Diffusion internationale et promotion

Le design et les médias interactifs sont d'excellents ambassadeurs des qualités traditionnellement considérées comme suisses, telles que la maîtrise technologique et esthétique, et l'innovation. Les marchés internationaux étant très compétitifs, il s'agit de promouvoir la visibilité et la reconnaissance du design et de la création de jeux vidéo suisses. Grâce à la mise en place d'instruments de promotion en collaboration avec le DFAE, Swissnex, des partenaires de l'économie et de la promotion des exportations, l'impact de ces présences a été renforcé.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Encourager la participation aux forums internationaux*: Pour les créateurs suisses, être présent dans les forums internationaux est d'une importance décisive pour leur visibilité internationale et les échanges entre spécialistes. Le maillage ciblé (match-making) avec l'industrie internationale entraîne des partenariats qui aident les développeurs ainsi que les designers suisses à réaliser leurs produits et à les diffuser avec succès.
- *Encourager l'accès au marché*: L'un des principaux défis qu'affrontent les développeurs et les designers est d'accéder à des marchés internationaux déjà très disputés. Un facteur crucial pour la conquête de nouveaux marchés importants (l'Asie, par exemple) est la constitution d'un savoir dès le stade de l'élaboration d'un projet; on y parvient par des mesures de coaching et de mentorat destinées à améliorer les compétences en matière de publication, de marketing ou de conquête de telle ou telle communauté.

¹⁸ Rapport du Conseil fédéral en réponse au postulat 15.3114 Jacqueline Fehr «Rapport sur le potentiel que représente [le secteur des jeux vidéo] pour la culture, la science et l'économie».

Achats d'œuvres

La Confédération achète, sur recommandation de la Commission fédérale de design, des œuvres qui sont entreposées au Musée de design et d'arts appliqués (MUDAC) et au Museum für Gestaltung Zürich. Cette pratique sera reconduite lors de la prochaine période d'encouragement.

Objectifs et mesures

En complément aux mesures actuelles d'encouragement, la réponse aux défis exposés sera la suivante pendant la période de financement 2021 à 2024:

Relève

- *Structuration durable et à long terme:* Des programmes spécifiques de mentorat ainsi que le maillage et la collaboration avec des acteurs internationaux de l'industrie des jeux vidéo et du design permettent de positionner davantage la relève au niveau international et de développer durablement les deux domaines.

Encouragement de la création artistique

- *Renforcement de l'aide à la recherche et à la production en design et médias interactifs:* Une jeune scène suisse est en expansion dans ce domaine. Afin de soutenir l'expérimentation et la prise de risques qui permettent l'émergence d'une création innovante, la Confédération doit renforcer son soutien financier pour l'encouragement à la recherche et à la création.
- *Stimuler les financements par des tiers:* Les mesures favorisant la mise en contact des créatifs avec des éditeurs et producteurs ainsi que l'accès à des investissements privés doivent être reconduites et approfondies.

Échanges en Suisse

- *Renforcer les ponts entre l'industrie et les designers:* Pour promouvoir durablement le développement du milieu, il est indispensable d'encourager le maillage entre l'industrie et les designers et développeurs. La formule de *match-making* sera développée et intensifiée, de même que les partenariats existants seront renforcés et développés.
- *Mise en réseau, constitution de savoir et professionnalisation:* Seront soutenus les échanges nationaux ainsi que la systématisation de la collaboration des organisateurs. En outre les forums suisses déjà existants pour la promotion et le réseautage des créateurs seront exploités plus intensément, et l'on encouragera leur évolution en direction de références internationales.
- *Réflexion critique:* Cf. ch. 2.1.3.

Diffusion internationale et promotion

- *Encourager la participation et la visibilité des développeurs et designers suisses dans les forums internationaux:* Seront consolidées et développées les mesures actuelles destinées à améliorer la visibilité internationale des studios suisses de design et de jeux vidéo, et à diffuser leurs produits au niveau international.
- *Encourager l'accès au marché:* Différentes mesures faciliteront l'accès des designers et développeurs de jeux vidéo au marché international. Les mesures déjà existantes (coaching et mentorat, présence dans les foires, etc.) seront consolidées et développées. Les activités de promotion correspondantes aux États-Unis et en Europe seront approfondies et étendues à de nouveaux marchés (Asie, par exemple).

2.3.3 Arts du spectacle

Dans les domaines du théâtre, de la danse, du théâtre musical et du cirque moderne, la Confédération soutient la création d'œuvres des compagnies indépendantes, la diffusion et la promotion d'œuvres en Suisse et à l'étranger, la traduction et le surtitrage d'œuvres, ainsi que la mise en réseau des acteurs suisses avec des organisateurs et coproducteurs internationaux.

Contexte et défis

L'encouragement public des compagnies indépendantes concentre ses ressources sur la production de nouvelles œuvres. Il n'y a que peu de possibilités de soutien pour les reprises ou pour des recherches approfondies. L'on investit en outre trop peu dans la diffusion, en particulier au sein même des régions linguistiques. Avec pour résultat la création de pièces de bonne qualité, mais qui ne sont pas exploitées – ou alors chichement – et qui n'atteignent qu'un public restreint. Il serait plus satisfaisant sur le long terme d'encourager de façon ciblée les projets présentant un potentiel de diffusion nationale et internationale, et d'investir davantage dans leur diffusion. Une enquête mandatée par le *Dialogue culturel national* sur les fonds publics investis dans la danse en 2017, *Panorama Danse*, confirme clairement en chiffres le déséquilibre entre l'encouragement de la production et celui de la diffusion. Pour le théâtre, ces chiffres ne sont pas disponibles actuellement, mais la situation devrait être comparable.

Relève

Cf. ch. 2.1.1.

Encouragement de la création artistique

Pro Helvetia soutient la création d'œuvres (productions) par des compagnies indépendantes (comédiens indépendants sans engagement fixe dans une institution). En complétant l'encouragement cantonal et communal, cet encouragement à la création contribue à ce que naissent des œuvres de haute qualité, susceptibles d'être diffusées en Suisse et à l'étranger.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Encouragement à la création dans le théâtre musical et le cirque contemporain:* Les domaines du théâtre musical et du cirque contemporain connaissent une évolution dynamique et suscitent l'intérêt des organisateurs et du public. C'est pourquoi des productions de théâtre musical ont été soutenues pour la première fois de façon ciblée, par des réallocations temporaires de fonds, au cours de la dernière période de financement, alors que ce n'a été que ponctuellement le cas pour le cirque contemporain. Les deux domaines manquent de moyens pour un soutien systématique à long terme.
- *Compagnies indépendantes obligées de produire:* Il n'y a encore que trop peu de possibilités de financer des recherches approfondies en vue de nouvelles œuvres ou des répétitions pour reprendre des œuvres à succès.

Échanges en Suisse

Pro Helvetia soutient les tournées dans les régions linguistiques autres que la région originale. Pour les tournées au sein même de la Suisse alémanique et de la Suisse italienne, il n'existe cependant pratiquement pas de possibilités de soutien, alors qu'en Suisse romande, il est possible de tourner nettement davantage grâce au soutien de la *Commission romande de diffusion des spectacles* (CORODIS).

Diffuser le théâtre parlé dans les autres régions linguistiques de Suisse reste une gageure permanente. C'est pourquoi Pro Helvetia soutient les traductions et surtitrages de pièces et a intensifié ce soutien au cours de la période actuelle de financement.

Dans le domaine de la danse, le défi réside dans le nombre limité de théâtres et de festivals qui programment régulièrement des spectacles dansés. Hors des cinq plus grandes villes, il n'y a en particulier que peu d'organismes permanents de spectacles de danse et, en outre, ceux-ci sont la plupart du temps mal dotés financièrement. Ces dernières années, des projets pilotes de *Reso – Réseau Danse Suisse* ont lancé des échanges entre les centres et les régions périphériques. Ces projets sont des réussites, mais ils restent ponctuels. Dans le domaine du cirque contemporain, la situation est comparable, pour ne pas dire pire.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Frontières linguistiques*: Dans le théâtre parlé, la diffusion dans les autres régions linguistiques est encore insuffisante. Il est plus difficile pour une production théâtrale d'être présentée dans une autre région linguistique de Suisse que dans les pays limitrophes de même langue.
- *Nombre limité de lieux d'accueil pour la danse et le cirque contemporains*: Hors des centres urbains, le nombre des lieux d'accueil possibles est très limité, et la plupart d'entre eux ne sont pas suffisamment dotés, financièrement parlant, ce qui complique les tournées.
- *Fonds publics limités pour la diffusion*: Il manque de moyens pour mieux exploiter et diffuser les productions de théâtre, en particulier en Suisse alémanique et au Tessin.

Diffusion et promotion internationale

De nombreuses compagnies suisses connaissent le succès, leurs productions sont de haute qualité et la demande internationale est forte. Or même si les occasions de tourner augmentent, les fonds d'encouragement prévus à cet effet ne suffisent plus. À cela s'ajoutent de nouveaux domaines comme le théâtre musical et le cirque contemporain, soutenus ces dernières années avec des fonds très modestes, mais dont il faut consolider l'encouragement des tournées.

Pro Helvetia soutient les tournées à l'étranger. Elle soutient en outre des compagnies indépendantes de danse et d'art dramatique triées sur le volet par des conventions de soutien de trois ans, conclues conjointement avec les villes et cantons respectifs. Ces conventions ont largement contribué à la professionnalisation et à la présence internationale des compagnies suisses, notamment dans le domaine de la danse. Ce succès s'accompagne de la multiplication des acteurs, pour lesquels les fonds disponibles ne suffisent plus.

En Europe, qui est le marché étranger le plus important pour les arts du spectacle, on travaille de façon très marquée en réseaux internationaux, tendance qui s'est encore accentuée ces dernières années grâce aux activités de soutien de l'UE. Les compagnies suisses restent ici largement exclues. Un autre grand problème auquel celles-ci font face est le coût élevé de la vie en Suisse et le niveau comparativement faible des cachets à l'étranger. Pour cette raison, Pro Helvetia a adopté deux nouvelles mesures au cours de la période actuelle de financement: 1° ont été soutenues pour la première fois de façon ciblée des coopérations internationales entre institutions suisses et européennes pour faciliter l'accès des compagnies aux réseaux mentionnés; 2° est soutenu le travail de diffusion lors de tournées en Europe, ce qui contribue à la compétitivité et à la professionnalisation des compagnies indépendantes et renforce leur position sur le marché.

L'offre internationale de productions et d'œuvres ne cessant de croître, il faut des mesures ciblées pour assurer aux compagnies suisses l'attention des responsables de programmes étrangers. C'est pourquoi Pro Helvetia soutient en Suisse des forums (comme les *Swiss Dance Days*) et des invitations d'organismes de Suisse et de l'étranger. Au cours de la période actuelle de financement ont été lancées en outre différentes mesures nouvelles à l'étranger, comme un forum au festival d'Avignon ou une présence à la *Tanzmesse Düsseldorf*.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Augmentation des tournées internationales*: Les fonds disponibles ne suffisent pas pour financer le potentiel de tournées existant.
- *Accès limité aux réseaux européens*: Il manque un encouragement continu des coopérations entre compagnies suisses et institutions européennes.
- *Compétitivité internationale*: Les nouvelles mesures adoptées lors de période actuelle de financement pour renforcer les compagnies indépendantes se limitent pour l'instant aux tournées en Europe et sont sous-dotées par rapport au potentiel existant. Pour renforcer durablement la compétitivité des compagnies indépendantes, il faut élargir la portée financière de l'instrument.
- *Visibilité dans un contexte en transformation et en expansion constante*: Les mesures heureuses comme la *Sélection suisse en Avignon* ne sont pas encore introduites pour toutes les régions et marchés pertinents. Se pose en outre le problème de la souplesse de réaction aux nouvelles tendances (et marchés).

Objectifs et mesures

En complément aux mesures actuelles d'encouragement, la réponse aux défis exposés sera la suivante pendant la période de financement 2021 à 2024:

Relève

Cf. ch. 2.1.1.

Encouragement de la création artistique

- *Encouragement à la création dans le théâtre musical et le cirque contemporain*: Les nouveaux encouragements à la création dans le domaine du théâtre musical seront reconduits et consolidés. Pour le **cirque**, l'encouragement à la création sera systématisé et intégré dans l'encouragement existant pour la danse et le théâtre.
- *Compagnies indépendantes obligées de produire*: Afin d'offrir davantage de possibilités et d'espace pour créer des œuvres artistiques plus mûres et plus approfondies, l'on examinera l'éventualité de verser aussi des aides à la création sous forme de contributions à la recherche.

Échanges en Suisse

- *Frontières linguistiques*: La Confédération apportera un soutien accru aux traductions et surtitrages de projets d'art dramatique partant en tournée en Suisse afin de faciliter leur diffusion dans les autres régions linguistiques.
- **Nombre limité de lieux d'accueil pour la danse et le cirque contemporains**: Afin de mieux exploiter les productions de danse et de cirque contemporain, l'on examinera conjointement avec les villes et cantons intéressés comment mieux soutenir la diffusion de productions, y compris à l'intérieur d'une même région linguistique.

Diffusion et promotion internationale

- *Augmentation des tournées internationales*: La croissance du monde suisse de la danse, du théâtre, du théâtre musical et du cirque, ainsi que l'intérêt croissant pour leurs productions, exigent le développement du soutien aux tournées internationales.
- *Accès limité aux réseaux européens*: Le soutien de coopérations entre institutions et organisateurs de Suisse et d'Europe introduit au cours de la période actuelle de financement à titre de projet pilote sera reconduit et pérennisé.
- *Compétitivité internationale*: Les mesures introduites avec succès au cours de la période actuelle de financement pour renforcer la compétitivité des compagnies indépendantes en Europe seront étendues aux tournées hors d'Europe et dotées des fonds correspondants.
- *Visibilité dans un contexte en transformation et en expansion constante*: Les plateformes de promotion ayant fait leurs preuves, comme la *Sélection suisse en Avignon*, seront consolidées. En outre, les présences sur ces plateformes seront étendues à d'autres régions présentant un potentiel élevé pour les arts du spectacle suisses. Il faudra examiner par exemple l'éventualité d'une plateforme à l'*Edinburgh Fringe Festival*. Sera également développée la promotion du cirque contemporain et d'œuvres destinées au public jeune. D'autres mesures doivent être réévaluées constamment et éventuellement adaptées pour réagir en souplesse aux nouvelles tendances, régions et manifestations.

2.3.4 Littérature

La Confédération soutient des maisons d'édition, la création d'œuvres littéraires contemporaines, leur traduction, la diffusion et la promotion d'œuvres en Suisse et à l'étranger, les tournées de lecture et résidences d'écrivains et d'écrivaines ainsi que de traducteurs et traductrices littéraires.

Contexte et défis

Relève

Cf. ch. 2.1.1.

Encouragement de la création artistique

De 2016 à 2020, la Confédération a encouragé, à raison de quelque vingt contributions par an, les auteurs et autrices d'une œuvre littéraire. Ont pu être pris en compte tous les genres littéraires, et ce dans les quatre langues nationales. En faisait aussi partie un projet pilote de contribution à la création en littérature dite performative. Des fonds supplémentaires alloués pendant la période d'encouragement écoulée ont permis de soutenir par des contributions à la création des traducteurs et traductrices révélant des textes littéraires à un autre milieu linguistique et culturel.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Nouvelles formes littéraires*: Un défi est d'encourager convenablement et en continu les formes novatrices de littérature, qui ne connaissent pas seulement le niveau textuel, mais ont aussi une composante visuelle ou performative (bande dessinée, romans graphiques, livres d'enfants illustrés, etc.) et s'adressent souvent à de nouveaux groupes cibles.
- *Recherches thématiques ou formelles coûteuses*: Au début du travail d'écriture, les créateurs littéraires manquent souvent de la marge financière leur permettant des recherches d'ordre thématique ou stylistique. Nécessaire pour le développement artistique, cette partie du travail d'écriture n'est pas soutenue actuellement par la Confédération.
- *Mise sur pied d'égalité des traducteurs et des auteurs*: Les traducteurs et traductrices littéraires, qui, contrairement aux auteurs et autrices, ne reçoivent pas jusqu'ici d'honoraires convenables pour leurs apparitions sur le marché littéraire, seront désormais mis sur pied d'égalité avec les auteurs et rémunérés convenablement.

Soutien à l'édition

La vitalité du monde éditorial suisse est une des grandes forces de la culture suisse et se traduit par un nombre étonnant de maisons d'édition (surtout de taille petite et moyenne) avec des pratiques et traditions diverses selon la région linguistique. Ce contexte particulier exerce sur la littérature suisse et les échanges linguistiques une influence bénéfique impossible à ignorer. Malheureusement les difficultés économiques chroniques et l'incertitude générale qui pèsent sur le marché du livre redimensionnent les projets des maisons d'édition, qui se retrouvent souvent obligées de réduire au minimum les coûts et de remettre en question des activités moins visibles et pourtant cruciales, comme la recherche, le travail d'édition proprement dit, l'examen des manuscrits, les rapports avec les auteurs et la médiation. Entré en vigueur pour la première fois en 2016, le soutien fédéral à l'édition consiste en contributions structurelles destinées aux maisons d'édition suisses qui privilégient un travail éditorial de qualité et ont donc un impact profitable sur tout le monde culturel suisse. En 2016–2020, 48 maisons d'édition ont obtenu un soutien structurel, alors que 22 recevaient des prix d'encouragement en 2016–2018 et 36 en 2019–2020. Toutes ces aides ont été accordées sur concours. Une enquête de l'OFC sur le soutien à l'édition démontre que de bons résultats ont été obtenus.¹⁹

Échanges en Suisse

Les festivals soutenus par la Confédération permettent des échanges entre acteurs suisses des domaines du livre et de la littérature ainsi que la rencontre du public suisse avec les littératures allophones des différentes parties du pays.

Les traductions contribuent de façon déterminante aux échanges entre les régions linguistiques. C'est pourquoi, au cours de la période d'encouragement 2016 à 2020, la Confédération a poussé le développement et l'intensification de son soutien à la traduction et aux traducteurs, ce en dialogue avec tous les acteurs. Étaient visés quatre objectifs: 1° améliorer la qualité; 2° augmenter la quantité; 3° mieux promouvoir et diffuser les œuvres traduites; 4° accentuer la diversité de l'offre et élargir le portefeuille au-delà des traductions littéraires. Les nouveaux instruments d'encouragement ont fait leurs preuves et seront reconduits.

¹⁹ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Création culturelle > Littérature > Soutien à l'édition

Diffusion et promotion internationale

Le travail de traduction joue aussi un rôle décisif au niveau international. Il s'agit entre autres de soutenir les activités de médiation dans le domaine des licences (*12 Swiss Books*, par exemple) ainsi que de subventionner des honoraires de traduction pour les maisons d'édition internationales qui publient des traductions de livres suisses. En outre, la Confédération participe à des réseaux internationaux de traduction comme *Traduki* (traductions dans l'espace des Balkans), *Books first* et *New Books in German* (pour l'espace anglophone).

En ce qui concerne la promotion internationale, la Confédération a soutenu des présences de maisons d'édition suisses dans des forums internationaux, notamment dans les foires du livre. Celles-ci confèrent une certaine visibilité et renforcent les liens des auteurs et autrices suisses avec les milieux littéraires internationaux. C'est pourquoi Pro Helvetia a conclu avec les associations suisses d'éditeurs une convention de prestations qui leur permet de se rendre à des foires internationales. Des apparitions de la Suisse comme pays invité (*Francfort en français* à la foire du livre de Francfort en 2017; foire internationale du livre d'enfants à Bologne en 2019) valent à la littérature suisse une attention internationale. En complément des foires du livre, la Confédération soutient aussi des projets de promotion du livre suisse à l'étranger qui sont soit thématiques, soit liés à un genre particulier. Depuis 2018, la Confédération encourage en outre de façon accrue la promotion de traductions existantes (apparitions communes d'auteurs et de traducteurs, présence à des festivals de traduction et séries de manifestations internationales).

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Désavantage concurrentiel des Suisses sur le marché international du livre et de la littérature*: Les auteurs et autrices suisses dépendent de leurs maisons d'édition pour leur ouvrir le marché international. Pour les maisons d'édition suisses, qui sont la plupart du temps de taille moyenne ou petite, le défi consiste à professionnaliser leur exploitation en termes de marketing et de promotion malgré leur situation économique tendue. Les traducteurs et traductrices suisses, dont le travail est coûteux en comparaison internationale, doivent rester compétitifs, financièrement parlant.
- *Lutte pour l'attention internationale*: La présence de maisons d'édition suisses aux foires internationales du livre et dans d'autres forums assure une certaine visibilité et renforce les liens des auteurs et autrices suisses avec les milieux littéraires internationaux. Des apparitions de la Suisse comme pays invité (*Francfort en français* 2017, Bologne 2019, Québec 2020) valent à la littérature suisse une forte attention et améliorent ses chances commerciales. Ces apparitions nécessitent désormais elles aussi de gros moyens financiers.
- *Concurrence sur le marché des licences*: En matière de diffusion internationale, la traduction joue un rôle décisif. Les maisons d'édition internationales qui publient des traductions de livres suisses peuvent bénéficier d'un encouragement fédéral d'un montant égal aux honoraires de traduction usuels en Suisse. Cette incitation financière prend de plus en plus d'importance pour que la littérature suisse reste attrayante sur le marché international des licences.

Objectifs et mesures

En complément aux mesures actuelles d'encouragement, la réponse aux défis exposés sera la suivante pendant la période de financement 2021 à 2024:

Relève

Cf. ch. 2.1.1.

Encouragement de la création artistique

- *Nouvelles formes littéraires*: Pour les formes littéraires intégrant images, textes ou nouveaux médias seront désormais versées des contributions à la création. Il sera tenu compte à l'avenir des conditions de genèse particulières des genres littéraires dits performatifs en assouplissant et en ouvrant les instruments d'encouragement.
- *Recherches thématiques ou formelles coûteuses*: Les recherches consacrées à préparer un processus d'écriture ou à élargir la pratique artistique sont admises dans l'encouragement de la Confédération.
- *Mise sur pied d'égalité des traducteurs et des auteurs*: La Confédération a l'intention de garantir aussi des honoraires de présence convenables aux traducteurs et traductrices.

Soutien à l'édition

Les mesures de soutien seront reconduites, avec un seul concours pour toute la période, tant pour l'attribution de soutiens structurels que pour les primes d'encouragement. En outre, les maisons d'édition au bénéfice d'une subvention seront dans l'obligation de déposer gratuitement leurs ouvrages publiés durant la période à la BN. L'ordonnance concernant les maisons d'édition sera adaptée en conséquence.

Échanges en Suisse

Les nouvelles mesures d'encouragement à la traduction instaurées depuis 2016 (programmes de mentorat pour la relève, contributions à la relecture de traductions, ateliers, instruments de promotion) seront développées et pérennisées. Un encouragement particulier ira à la relève des traducteurs suisses.

Diffusion et promotion internationale

- *Désavantage concurrentiel des Suisses sur le marché international du livre et de la littérature*: En matière de promotion internationale, les maisons d'édition suisses seront soutenues de façon à continuer de professionnaliser leurs apparitions. Les traducteurs et traductrices seront rémunérés plus convenablement pour leur travail.
- *Lutte pour l'attention internationale*: La promotion internationale (présence à des foires et comme pays invité, formules de promotion inédites) sera soutenue davantage.
- *Concurrence sur le marché des licences*: La Confédération pérennisera ses mesures en faveur de la traduction internationale d'œuvres suisses et renforcera la collaboration dans les réseaux internationaux de traduction.

2.3.5 Musique

La Confédération soutient la création et la diffusion en Suisse et à l'étranger de nouvelles œuvres de musique classique contemporaine, de jazz, de pop et de musique populaire. L'objectif est d'augmenter la diversité et l'audience tant nationale qu'internationale des musiques suisses et de soutenir rigoureusement les créateurs musicaux dans leur carrière professionnelle.

Contexte et défis

Relève

Cf. ch. 2.1.1.

Encouragement de la création artistique

Pro Helvetia accorde des contributions à la création aux compositeurs et compositrices, et encourage la création d'œuvres nouvelles en versant des contributions aux premières auditions réalisées dans le cadre de festivals et de séries de concerts importantes. Dans les domaines de la pop et du jazz, Pro Helvetia soutient l'élaboration et la diffusion du nouveau répertoire musical par des contributions aux supports sonores (numériques et analogiques). À la nécessité exprimée dans le *message culture 2016–2020* de pouvoir encourager convenablement les formes d'art interdisciplinaires, la fondation a répondu en introduisant un encouragement coordonné des nouvelles formes de théâtre musical.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Extension de la notion d'œuvre*: De nombreuses formes novatrices de création musicale (œuvres collectives ou spécifiques à un lieu, installations sonores et autres formes d'art sonore, œuvres multimédiales, collaborations internationales, etc.) ne sont pas prises complètement en compte jusqu'ici par l'encouragement à la création, celui-ci étant axé sur des auteurs purement individuels, sur la reproductibilité et sur la création d'un nouveau répertoire. En outre les processus de travail artistique impliquant des recherches approfondies ne sont pratiquement pas pris en compte jusqu'ici dans l'encouragement.
- *Contributions à la création dans le théâtre musical*: Les contributions à la création introduites en 2016 permettent de soutenir les meilleurs projets présentant un potentiel de diffusion nationale et internationale. Les conditions structurelles encadrant les productions de théâtre musical continuent cependant à rester faibles en comparaison internationale.

Échanges en Suisse

En plus d'encourager des œuvres et des premières auditions, Pro Helvetia soutient aussi bien dans les centres urbains que dans les régions périphériques les festivals et séries de concerts qui, dans leur programmation, accordent une place particulière à la création musicale d'autres régions linguistiques.

Dans le détail, le défi à relever pour la période 2021 à 2024 est le suivant: les échanges de projets musicaux entre les différentes régions linguistiques de Suisse n'ont lieu que dans une mesure limitée. Il est plus difficile pour de nombreux créateurs musicaux de se produire dans une autre région linguistique de Suisse que d'effectuer une tournée dans un pays limitrophe de même langue.

Diffusion et promotion internationale

Pro Helvetia soutient les tournées de groupes, d'ensembles et d'orchestres suisses, de même que les exécutions par des ensembles et orchestres étrangers de compositions suisses contemporaines. Dans la collaboration avec des festivals internationaux, Pro Helvetia soutient des programmes ciblant spécifiquement la musique suisse. Au cours de la période de financement écoulée, la bonne expérience faite avec le projet pilote *Œuvres suisses* a permis de passer à un encouragement continu des orchestres, en privilégiant l'exécution de créations suisses contemporaines, ainsi qu'à une présence internationale accrue des orchestres. Pour diffuser la production musicale suisse, Pro Helvetia entretient en outre des coopérations avec des institutions d'encouragement et des réseaux d'organismes internationaux, comme le fonds *Impuls neue Musik* et l'association française *Jazzé Croisé*. Dans le cadre de l'encouragement du jazz, les groupes suisses qui montent sont soutenus dans le développement de leur carrière internationale. Le programme comprend le soutien aux tournées, du coaching et des aides à la promotion. Avec le concours de la fondation SUISA, Pro Helvetia aide les créateurs suisses de tous les genres musicaux à être présents dans les foires internationales spécialisées. La fondation complète entre autres leur promotion par des CD de démonstration ainsi que des plateformes numériques, et contribue à la visibilité et à la diffusion dans le monde entier de la création musicale suisse en invitant des organisateurs internationaux aux festivals suisses. Dans le domaine pop, Pro Helvetia participe financièrement aux activités de *Swiss Music Export*.

Dans le détail, les défis à relever pendant la période 2021 à 2024 sont les suivants:

- *Soutien aux tournées et festivals internationaux*: Les mesures de promotion prises jusqu'ici ont eu un effet sensible ces dernières années, d'où un intérêt accru pour la musique suisse et un nombre concomitant plus élevé d'invitations et engagements internationaux. Il faudra tenir compte de cette tendance.
- *Compétitivité*: La diffusion internationale de la production musicale suisse est freinée respectivement par la précarité fréquente des cachets versés à l'étranger et par le coût élevé de la vie en Suisse.
- *Promotion*: Pour les créateurs suisses, il est décisif de pouvoir élargir leur rayonnement à l'étranger. Leur présence régulière dans les foires et les festivals phares de l'étranger est efficace et indispensable au développement de leur carrière. La diffusion de la création musicale suisse continue d'exiger un travail de promotion ciblé.
- *Coopérations*: Les coopérations avec des institutions internationales aident les créateurs suisses à trouver de nouvelles occasions de se produire et valent une attention accrue à la musique suisse. Dans la perspective d'un encouragement durable, il est très important de conclure de nouvelles coopérations et de les étendre à d'autres régions.

Objectifs et mesures

En plus des mesures actuelles d'encouragement, il sera répondu comme suit aux défis exposés pendant la période de financement 2021 à 2024:

Relève

Cf. ch. 2.1.1.

Encouragement de la création artistique

- *Extension de la notion d'œuvre*: Les formes ne correspondant pas à la notion d'œuvre utilisée jusqu'ici dans le domaine musical (œuvres collectives ou spécifiques à un lieu, installations sonores et autres formes d'art sonore, œuvres multimédiales, etc.) ainsi que les processus impliquant une recherche approfondie seront désormais pris en compte dans l'encouragement à la création.
- *Théâtre musical*: L'encouragement à la création dans le théâtre musical sera consolidé et développé. Il sera pris en particulier des mesures favorisant la diffusion intercantonale et la présence internationale.

Échanges en Suisse

- *Échanges au-delà des régions linguistiques*: Afin d'encourager davantage l'audience des musiques provenant d'autres régions linguistiques, les échanges entre organisateurs au sein même de la Suisse seront aussi soutenus.

- *Soutien aux tournées et festivals internationaux*: Pour répondre à l'intérêt croissant de l'étranger pour la musique suisse, des fonds supplémentaires seront alloués à sa diffusion (soutien de tournées, programmes de festivals internationaux ciblant spécifiquement la Suisse).
- *Compétitivité*: La compétitivité des créateurs suisses en matière de tournées internationales sera améliorée par des mesures appropriées, comme la participation aux coûts de *booking* et de diffusion.
- *Promotion*: Les forums mis en place ces dernières années et les mesures nouvellement lancées seront reconduites, assouplies et étendues à d'autres régions. Les invitations d'organismes étrangers seront développées et étendues à d'autres multiplicateurs et partenaires de coopération.
- *Coopérations*: De nouvelles coopérations avec des acteurs internationaux (institutions d'encouragement, réseaux d'organismes, etc.) favoriseront un meilleur maillage des créateurs suisses et leur donneront accès à des nouvelles possibilités de créer et de se produire.

2.3.6 Cinéma

La Suisse connaît une forte création cinématographique et une culture cinématographique non moins vivante. Sur les quelque 10 000 films de fiction produits chaque année dans le monde, environ 500 sont projetés dans les cinémas suisses. En 2016 et 2017, le nombre des spectateurs est resté stable (quelque 13,8 millions d'entrées), pour chuter à 12 millions en 2018. Les écrans des cinémas multiplex, qui attirent quelque 40 % des spectateurs, sont dominés essentiellement par les superproductions américaines. Par rapport aux pays voisins, la Suisse dispose encore, dans toutes les régions, d'un grand nombre de cinémas petits et moyens, qui offrent une programmation variée. Grâce à la numérisation de la projection, les petits cinémas et ceux de la campagne ont le même accès que les grands centres à tous les films, contrairement à autrefois.

La politique fédérale du cinéma a pour but d'encourager la création helvétique ainsi que la diversité et la qualité de l'offre cinématographique, de renforcer la culture cinématographique suisse, enfin de conserver et rendre accessible le patrimoine cinématographique. Cette politique se fonde sur trois piliers: 1° encouragement du cinéma (production et exploitation); 2° culture cinématographique (festivals, formation continue, promotion); 3° patrimoine cinématographique. L'efficacité et l'opportunité de ses instruments sont évaluées régulièrement.

La numérisation du marché du cinéma – de la production à l'archivage à long terme, en passant par l'exploitation – ainsi que le changement foudroyant des habitudes des consommateurs de médias sont les facteurs qui affectent le plus la création cinématographique suisse. Tous les acteurs, des salles de cinéma aux entreprises de distribution, doivent ne pas se laisser distancer par les innovations techniques permanentes et les nouvelles habitudes de consommation. Enfin les festivals de cinéma jouent en Suisse un rôle toujours plus affirmé en ce qui concerne la diversité de l'offre, la promotion, la médiation et l'exploitation des films. Ils contribuent à la participation culturelle et ont donc une part décisive dans le succès des films auprès du public.

2.3.6.1 Encouragement du cinéma

Contexte et défis

L'encouragement fédéral du cinéma se fonde sur trois instruments: 1° aide sélective; 2° aide liée au succès; 3° investissement dans la cinématographie en Suisse. L'aide sélective prend en compte la diversité et la qualité de la production cinématographique et de l'exploitation qui en est faite. L'aide liée au succès tient compte du nombre d'entrées en salle et du succès dans les festivals internationaux. L'investissement dans la cinématographie en Suisse renforce la compétitivité internationale de la place audiovisuelle suisse.

Étant donné sa fragmentation linguistique, le marché suisse du cinéma est trop petit pour fonctionner selon une pure logique d'économie de marché. La Confédération y joue donc un rôle central en tant que principal mécène. SRG SSR joue également un rôle important dans l'encouragement (*Pacte de l'audiovisuel*). Les autres chaînes nationales et régionales de télévision qui diffusent des films dans leurs programmes sont aussi tenues de contribuer au soutien du cinéma suisse. Quant aux grands services en ligne qui offrent des films, il manque actuellement une obligation correspondante de soutenir la production indigène.

Au niveau régional, différentes instances cantonales et intercantionales, comme la *Fondation zurichoise pour le cinéma*, la *Fondation romande pour le cinéma* (*Cinéforum*) et les instances bernoises ou bâloises soutiennent l'élaboration et la production de films suisses.

Au cours de la période 2016 à 2020, l'encouragement fédéral du cinéma a été adapté dans différents domaines. On a notamment mis en place le nouvel instrument dit de l'investissement dans la cinématographie en Suisse qui instaure des incitations financières afin que les coproductions transfrontalières avec participation suisse et les films «purement» suisses soient réalisés davantage en Suisse et y génèrent leur création de valeur (cf. ch. 1.4.1).

Introduit en 2012, l'encouragement des *treatments* (esquisses de scénario) a cessé en 2017 suite au programme de stabilisation de la Confédération. Des comités dont la composition change tous les deux ans ont été créés pour l'examen des requêtes. À partir de 2019, les demandes de coproductions minoritaires ont été évaluées par des expertises individuelles et par un système de points où les aspects liés à la production sont pondérés plus fortement.

Une attention particulière a été vouée à la question de l'égalité de l'accès à l'encouragement (pour les femmes et la relève). Dans l'aide sélective, à qualité égale, les projets présentés par les femmes et les jeunes réalisateurs sont privilégiés depuis 2016.

Ces prochaines années, la recherche de films sur les plateformes virtuelles et leur consommation sur des appareils mobiles ne feront qu'augmenter. Le cinéma traditionnel continuera toutefois à jouer un rôle important en tant que lieu d'expérience communautaire. Étant donné la durée toujours plus courte de la première exploitation d'un film, l'accès large et à long terme des films constituera un défi pour le grand public. Pour améliorer la visibilité de la production cinématographique suisse, il convient de renforcer la coopération internationale. Il faudra veiller alors en particulier à l'équilibre entre les productions minoritaires et majoritaires, c'est-à-dire celles financées majoritairement en Suisse.

Cela dit, l'encouragement du cinéma devra notamment affronter les défis suivants ces prochaines années:

- La diminution, ces dernières années, des coproductions transfrontalières minoritaires compromet les coproductions majoritaires avec l'étranger. L'introduction, à partir de mi-2016, de l'investissement dans la cinématographie en Suisse n'a pas encore réussi à inverser la tendance. Cet instrument n'incite pas encore assez à tourner des coproductions minoritaires en Suisse.
- Dans le domaine des instruments d'encouragement, l'introduction de critères spécifiques pour encourager l'égalité d'accès au soutien du cinéma a fait ses preuves. Il faudra cependant surveiller l'égalité des chances dans la durée.

- En matière d’élaboration internationale de projets, trop peu de films suisses de fiction parviennent à franchir les frontières linguistiques et nationales. Les projets internationaux doivent être préparés ensemble dès le stade de la conception.
- La durée d’exploitation toujours plus courte des films, le nombre croissant deancements simultanés de films et la concurrence toujours plus forte des services en ligne exigent une refonte de l’aide à la distribution. Conçu pour balayer large, l’encouragement actuel desancements de films doit être aménagé de façon plus ciblée.
- Contrairement aux chaînes de télévision, les fournisseurs de films en ligne n’ont actuellement aucune obligation d’encourager la production indigène. Étant donné le glissement croissant vers la consommation de films en ligne, il convient de viser l’égalité de traitement de tous les acteurs en matière de soutien obligatoire.

Objectifs et mesures

Les mesures actuelles d’encouragement seront reconduites au cours de la période 2021 à 2024, moyennant d’éventuelles adaptations ponctuelles. La réponse aux défis exposés précédemment sera la suivante:

- Dans le domaine de l’encouragement du cinéma, l’investissement dans la cinématographie en Suisse instaurera des incitations plus fortes pour les coproductions minoritaires afin que davantage de tournages puissent être réalisés en Suisse plutôt qu’à l’étranger. Dans le domaine de l’aide liée au succès, les entrées réalisées lors de festivals indigènes de cinéma seront aussi prises en compte, de même que la consommation de films en ligne.
- L’encouragement du cinéma sera conçu pour favoriser l’égalité des chances. Les critères actuels de promotion de la relève et de renforcement des cinéastes femmes seront reconduits et documentés.
- Dans le film de fiction, la collaboration internationale au stade de l’élaboration de scénarios et de projets sera renforcée par des mesures appropriées. L’aide à la distribution sera axée davantage sur la contribution des entreprises de distribution à la diversité de l’offre (cf. ch. 3.2). À l’ère numérique, les salles de cinémas et les entreprises de distribution fournissent justement une contribution importante à la participation culturelle et à l’ancrage local du cinéma.
- L’obligation faite aujourd’hui aux chaînes de télévision de réinvestir pour l’achat ou le financement de productions de films suisses sera étendue aux fournisseurs de films en ligne (cf. ch. 3.2).
- La diversité de l’offre sur Internet sera renforcée par l’introduction de quotas de films européens, ce qui nécessitera des adaptations correspondantes de la législation (cf. ch. 3.2).

2.3.6.2 Culture cinématographique

Contexte et défis

Dans le domaine de la culture cinématographique, la Confédération soutient 1° les organisations qui contribuent à la promotion du cinéma suisse dans des festivals suisses et étrangers; 2° les institutions qui ont pour objet de sensibiliser les enfants et les jeunes au cinéma; 3° les publications sur le cinéma et la formation continue des cinéastes. Le domaine de la culture cinématographique comprend aussi le soutien des principaux festivals suisses de cinéma. En fait encore partie la remise du *Prix suisse du cinéma*, ce avec le concours de la SRG SSR, des villes de Zurich et Genève, et du canton de Genève. Pour la période du *message culture 2016–2020*, le domaine de la culture cinématographique a été piloté par des conventions de prestations de quatre ans. Le soutien de projets individuels a cessé suite au programme de stabilisation de la Confédération.

Les défis à relever dans le domaine de la culture cinématographique sont les suivants:

- La concentration des médias et des entreprises ainsi que de nouveaux modèles de financement ont modifié les anciennes structures des organisations à but non lucratif, en particulier celles des festivals de cinéma. L’indépendance matérielle et économique de ces festivals doit toujours rester une condition d’éligibilité.
- L’évolution de la consommation de films sur différentes plateformes confronte à certains défis la diffusion de films destinés aux enfants et aux jeunes ainsi qu’à d’autres groupes cibles.

Objectifs et mesures

Les mesures actuelles d’encouragement seront reconduites au cours de la période 2021 à 2024, moyennant d’éventuelles adaptations ponctuelles. La réponse aux défis exposés précédemment sera la suivante:

- Les conditions-cadres de l’encouragement des festivals de cinéma seront adaptées de façon à ce que les gains retirés des activités subventionnées ne puissent être utilisés que pour le but fixé (cf. ch. 3.2).
- Le domaine de la diffusion de films destinés aux enfants et aux jeunes ainsi qu’à d’autres groupes cibles spécifiques sera intégré dans la stratégie de l’OFC en matière de participation culturelle et coordonné avec les cantons. Les nouvelles habitudes de consommation numérique seront prises en compte lors de l’élaboration des critères d’éligibilité.

2.3.6.3 Patrimoine cinématographique suisse

Contexte et défis

Conserver le patrimoine cinématographique suisse est une des tâches essentielles de la Confédération. Pour que les générations futures y aient accès elles aussi, la Confédération soutient depuis plus de 60 ans la fondation *Cinémathèque suisse* (*Cinémathèque*), dont le siège est à Lausanne, et le bâtiment d’archives à Pentaz. La collection de la Cinémathèque fait partie des toutes premières archives cinématographiques du monde. Ses fonds historiques se composent en grande partie de bobines de films (analogiques). S’y ajoutent depuis 2012 les films produits purement numériquement. La Cinémathèque a entre autres pour tâches fondamentales de collectionner, conserver, faire connaître et diffuser les films nationaux et internationaux ayant un rapport avec la Suisse (*Helvetica*). La charte correspondante, qui accorde nettement la priorité aux *Helvetica*, a été établie au cours de la période 2016 à 2020.

Du point de vue financier, la période 2016 à 2020 comprend un financement supplémentaire de 7,2 millions de francs pour créer les archives numériques de la Cinémathèque, financement qui s’ajoute aux contributions ordinaires à l’exploitation. Étant donné le passage universel à la

production numérisée à partir de 2012, il devenait indispensable de constituer une nouvelle infrastructure numérique. Ces archives permettront d'archiver les films numériques d'origine et assureront désormais l'accès au patrimoine cinématographique.

Dans le domaine du patrimoine cinématographique, la Confédération fait face aux défis suivants:

- En raison de la numérisation, la gestion du patrimoine cinématographique devient toujours plus exigeante parce que, d'une part, le nombre des films produits et le volume des données ont augmenté de façon exponentielle et que le risque de perdre des données a crû par rapport au film analogique; de l'autre, les fonds de films analogiques doivent toujours être entretenus. La seule masse des données numériques et la limitation des ressources humaines et financières posent des défis redoutables aux archivistes.
- À l'heure qu'il est, les archives cinématographiques ne disposent pas encore de normes confirmées pour conserver des informations filmiques numérisées pendant plusieurs décennies, voire siècles. C'est pourquoi les films analogiques (bobines), d'une durée de conservation de plus de 100 ans, passent aujourd'hui encore pour le moyen d'archivage le plus sûr – mais le plus coûteux, à court terme. L'archivage numérique à long terme en est à ses tous débuts et exige une stratégie claire.

L'accès du grand public aux films est une autre gageure. Une fois leur exploitation terminée, les films sont souvent difficiles à trouver.

Objectifs et mesures

Les mesures actuelles d'encouragement seront reconduites au cours de la période 2021 à 2024, moyennant d'éventuelles adaptations ponctuelles. La réponse aux défis exposés précédemment sera la suivante:

- La Cinémathèque doit numériser sa collection en permanence pour améliorer l'accès des différents publics visés (grand public, écoles, chercheurs, etc.) aux films. Étant donné le volume de films à traiter, la Cinémathèque doit réaliser cette numérisation selon des critères clairs, notamment d'après l'urgence de la détérioration et en fonction de la demande. Les fonds photochimiques seront également entretenus selon les mêmes priorités. La Cinémathèque adapte son concept de collection aux normes les plus récentes et aux innovations techniques correspondantes.
- Quant à l'archivage à long terme, la Cinémathèque s'efforce de garantir des normes durables, qui offrent une certaine protection des investissements réalisés par les contributions fédérales. Une adaptation des bases légales est nécessaire afin que les films soutenus par la Confédération soit accessibles au public après le début de leur exploitation commerciale (*cf.* ch. 3.2).
- En matière de restauration de films, le grand nombre de ces derniers et la limitation des ressources font qu'il est indispensable de prioriser le concept de collection. Sur ce point, il faudra aussi exploiter le savoir-faire disponible en Suisse, ou le faire plus systématiquement.

2.3.6.4 Coopération internationale

Contexte et défis

La création cinématographique est inconcevable sans la coopération internationale. Coproduire à deux ou plusieurs pays permet de mieux financer un projet et améliore l'accès au marché des pays respectifs grâce à la reconnaissance mutuelle comme production nationale. Dans les cinémas étrangers, les coproductions à participation suisse sont projetées deux fois plus que les films suisses «purs». C'est pourquoi la Suisse a conclu des accords bilatéraux de coproduction avec tous ses voisins ainsi qu'avec le Canada, le Luxembourg et la Communauté française de Belgique. S'y est ajouté en 2018 un nouvel accord bilatéral entre la Suisse et le Mexique. Plusieurs des films produits aujourd'hui en Suisse sont des coproductions.

La Suisse est membre du fonds de soutien au cinéma du Conseil de l'Europe, *Eurimages*, qui encourage les coproductions internationales. Ces dernières années, les rentrées annuelles dues à ce programme ont toujours dépassé le montant de la contribution fédérale.

De 2006 à 2013, la Suisse participait au programme européen MEDIA. Depuis 2014, l'UE a regroupé au sein programme-cadre «Europe Créative» les sous-programmes MEDIA (pour le secteur cinéma) et Culture (pour les secteurs culturel et créatif), menés jusque-là de manière autonome. Après la votation du 9 février 2014 sur l'initiative populaire «Contre l'immigration de masse», l'UE a suspendu provisoirement les négociations sur la participation de la Suisse au programme «Europe Créative», pour les reprendre au niveau technique au printemps 2014. Parce que certains points restent à régler, aucun accord n'a été trouvé. La participation de la Suisse au programme «Europe créative» présuppose son alignement sur les directives de l'UE sur les services de médias audiovisuels (directive SMA)²⁰. L'UE fait en outre dépendre la participation de la Suisse de la conclusion d'un accord institutionnel. Étant donné le temps écoulé, il n'est plus réaliste d'envisager de participer au programme en cours, vu qu'il arrive à échéance à fin 2020. Une participation lors de la prochaine période du programme 2021–2027 est actuellement à l'étude. Depuis 2014, il existe des mesures nationales de compensation qui adoucissent quelque peu les effets les plus perniciose de la non-participation au sous-programme MEDIA. Diverses nouvelles mesures d'encouragement contenues pour la première fois dans le programme MEDIA 2014–2020, comme l'encouragement des jeux vidéo et des médias, ne sont pas couvertes par les mesures de compensation. Il n'est pas non plus prévu de développer les mesures de compensation existantes.

En matière de coopération internationale dans le domaine du cinéma, les défis à relever sont les suivants:

- Depuis fin 2013, la Suisse ne fait plus partie du programme européen de soutien au cinéma MEDIA. Même si les désavantages financiers subis par le secteur du cinéma suisse ont pu être adoucis en partie par l'introduction rapide de mesures nationales de compensation à partir de l'été 2014, la disparition des réseaux européens exige un repositionnement international de la Suisse.
- La conception effective et la mise en œuvre de conditions-cadres «sveltes» pour la coopération internationale exigent des échanges avec les principales institutions d'encouragement des États contractants respectifs.

Objectifs et mesures

Les mesures actuelles d'encouragement seront reconduites au cours de la période 2021 à 2024, moyennant d'éventuelles adaptations ponctuelles. La réponse aux défis exposés précédemment sera la suivante:

- Participer au programme européen *Europe créative* et, à nouveau, au sous-programme MEDIA à partir de 2021 restent des buts visés.
- Entretemps, la poursuite des mesures nationales de compensation adoucira les désavantages financiers résultant de la non-participation à ce programme et préservera la compétitivité internationale des cinéastes suisses.

²⁰ Directive 2010/13/UE du Parlement européen et du Conseil du 10 mars 2010 visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des États membres relatives à la fourniture de services de médias audiovisuels. JO L 95 du 15.4.2010, p.1.

- La promotion à l'étranger de la production cinématographique suisse (fondation *Swiss Films*) ainsi que la formation continue internationale (fondation FOCAL) seront harmonisées plus sciemment avec la stratégie internationale de la Confédération.

2.4 Patrimoine culturel

2.4.1 Musée national suisse

Le Musée national suisse (MNS) regroupe sous son égide trois établissements – le Musée national de Zurich, le château de Prangins et le Forum de l'histoire suisse (Schwytz) – ainsi que le Centre des collections d'Affoltern am Albis. Les trois musées fédéraux présentent l'histoire de la Suisse des débuts à nos jours et expliquent par des expositions permanentes et temporaires les identités suisses ainsi que la diversité de l'histoire et de la culture de notre pays.

Contexte et défis

Les collections du MNS reflètent l'artisanat et l'artisanat d'art ainsi que l'histoire culturelle de la Suisse. Elles sont entreposées au Centre des collections (ouvert au public) et servent de source et de point de départ à tout travail de recherche ou d'exposition. Le Centre des collections est devenu un centre de compétence reconnu hors de Suisse pour sa structuration des dépôts, sa sauvegarde des objets, son analyse des matériaux et ses recherches en matière de conservation. Ses dépôts et ateliers se trouvent à deux adresses à Affoltern am Albis. Dans son rapport aux Chambres fédérales, le Conseil fédéral constate que le MNS remplit le mandat défini dans la LMC ainsi que les objectifs stratégiques du Conseil fédéral qui en découlent.

Le Musée national de Zurich est le musée d'histoire le plus fréquenté de Suisse; ses expositions permanentes présentent l'histoire suisse de la préhistoire au XXI^e siècle. Situé au bord du Léman, à Nyon, le château de Prangins – le plus grand château toujours existant du XVIII^e siècle, avec son parc et son jardin potager – fait revivre aux visiteurs l'époque des Lumières dans l'optique d'un baron et de son domaine. À Schwytz, le Forum de l'histoire suisse est l'un des principaux musées d'histoire de l'espace alpin; c'est un établissement moderne, voué à la discussion, dont l'exposition permanente présente la genèse des premières *Landsgemeinden*.

Infrastructures et sites

L'entrepôt des collections du MNS à Affoltern am Albis est réparti sur deux sites (à la Lindenmoosstrasse et à la Zeughausstrasse). Afin d'optimiser le portefeuille immobilier de la Confédération et l'exploitation du Centre des collections, un rassemblement centralisé est prévu sur le site de la Lindenmoosstrasse, ainsi qu'un agrandissement correspondant. Quelque vingt ans après l'ouverture du site romand du MNS, les salles d'exposition du château de Prangins ne sont plus au niveau technique d'autres sites, d'où des surcoûts évitables d'exploitation.

Musées et numérisation

Grâce à la numérisation des collections, leur accessibilité sur les portails en ligne – comme les collections en ligne du MNS ou divers portails nationaux et internationaux de musées et de recherche – s'est améliorée de façon significative. Une partie des collections peut aussi être consultée dans les centres d'études de Zurich et de Prangins. Cette offre s'adresse en particulier aux professionnels comme source d'inspiration, mais aussi aux hautes écoles pour la formation sur l'objet.

Le MNS communique en et hors ligne par de nombreux canaux utilisés par les groupes cibles correspondants. Avec l'augmentation des prestations de communication, il devient de plus en plus important de vérifier la pertinence des groupes cibles. Pour assurer ce contrôle, le MNS s'efforce de diffuser de plus en plus de contenus sur ses propres canaux numériques, ce qui nécessite un déplacement progressif de l'analogique au numérique des ressources allouées aux activités de marketing et de communication.

Visiteurs

Atteindre de nouveaux groupes cibles fait évidemment partie des tâches essentielles des années à venir. L'évolution constante de la société déploie ses effets. Les attentes et les exigences des visiteurs de musées ont changé, elles augmentent constamment et deviennent de plus en plus hétérogènes. La politique d'exposition du MNS vise toute la population de Suisse ainsi que les visiteurs de l'étranger.

Travail muséal holistique

Dans la perspective d'un renforcement de l'exploitation, une analyse a été effectuée, qui postulait des surcoûts de 6 millions de francs pour les bâtiments et les usagers, liés à l'agrandissement de musée. Dans le cadre du *message culture 2016–2020*, le Parlement a entériné la somme de 4,46 millions par an pour l'exploitation accrue du MNS. Or pour la période en cours, le MNS dispose effectivement de 6,5 millions de moins que ce que le Parlement avait décidé à l'origine dans le cadre du *message culture 2016–2020*, en raison d'adaptations au renchérissement. Les adaptations correspondantes affectent le domaine des expositions et celui de la gestion des collections.

Objectifs et mesures

À fin 2020, le Musée national suisse aura bouclé toutes les étapes du grand projet *Nouveau musée*, y compris le passage au nouveau statut juridique d'établissement de droit public, l'extension et l'assainissement du Musée national de Zurich ainsi que le déménagement de toutes collections des dépôts décentralisés à ceux d'Affoltern am Albis. Une fois le «grand projet» conclu, le MNS passera en 2021 de la phase de mise sur pied à celle de consolidation.

Infrastructures et sites

Les deux sites du Centre des collections d'Affoltern am Albis seront fusionnés, ce qui permettra au MNS d'en regrouper toutes les activités en un seul endroit et à la Confédération d'employer l'immeuble vide à d'autres fins.

Les salles d'exposition du château de Prangins seront, conformément aux moyens à disposition, assainies et rééquipées. Ces adaptations doivent permettre au MNS de monter des expositions avec une technique adéquate et durable, d'exposer des prêts de grande valeur et d'entamer des coopérations avec des musées de réputation internationale.

Musées et numérisation

La tendance majeure à la numérisation a eu des conséquences pour le MNS dès l'aube des années 2000. Les débuts de la «collection en ligne» remontent à 2003. À l'avenir, le concept de collection du MNS cherchera aussi à conserver les biens culturels d'origine numérique (*digitally born*).

Vu la segmentation de notre société, il convient d'entreprendre des efforts particuliers dans le domaine de la formation et de la médiation, notamment à l'égard des enseignants des écoles primaires, des écoles professionnelles, des gymnases, des hautes écoles spécialisées et des universités. Le MNS collaborera avec l'agence *Movetia* dans le cadre de programmes nationaux d'échanges.

Travail muséal holistique

Pour garantir un travail muséal durable, les quatre sites du MNS doivent être des destinations incontournables pour qui veut en savoir plus sur l'histoire et l'identité de la Suisse. La diversité du pays et la persistance des récits en cours exigent la conception d'expositions différentes et thématiquement attrayantes, le travail des conservateurs et restaurateurs sur les collections avant toute exposition, enfin le maillage avec les partenaires suisses et étrangers. Les profils des expositions doivent être constamment réaffinés pour renforcer l'attrait des établissements, ce qui entraînera une fréquence intéressante du public.

Les objectifs suprêmes du MNS pendant la période d'encouragement 2021 à 2024 sont de poursuivre avec succès la voie empruntée par un travail muséal engagé et d'actualité, incluant la participation culturelle et la cohésion, mais aussi les échanges entre les régions linguistiques et culturelles de Suisse, ainsi que d'identifier à temps les nouveaux potentiels et de les exploiter.

2.4.2 Activités de l'Office fédéral de la culture dans le domaine des musées et collections

Avec plus de 1100 musées, la Suisse dispose d'un réseau dense et varié d'établissements dotés de collections importantes. Depuis 2017, la Confédération établit une vue d'ensemble annuelle des différents établissements et de leurs chiffres-clés.²¹ Avec une moyenne de plus de 13 millions de visiteurs par an et de multiples contributions à la conservation, l'étude et la médiation du patrimoine culturel matériel et immatériel, l'offre des musées connaît une forte résonance.²²

Dans le domaine des musées et collections, la Confédération assume un rôle important. D'une part, elle gère ses propres musées et collections. De l'autre, elle soutient financièrement un choix de musées, collections et réseaux de tiers d'importance nationale. Enfin elle gère un centre de compétence pour l'art spolié à l'époque du national-socialisme, afin de trouver des solutions justes et équitables pour les œuvres d'art spoliées, et contribue par les travaux du service spécialisé Transfert international des biens culturels à lutter contre le commerce illégal des biens culturels volés et pillés.

En raison des différents développements sociaux et technologiques, les musées et collections de Suisse affrontent des défis variés, qui concernent en premier lieu la numérisation, la conception des activités de médiation, le concept de collection et la gestion opérationnelle. La gestion responsable du patrimoine culturel, juridiquement et éthiquement parlant, est un autre défi d'une forte pertinence, en particulier dans le domaine de l'art spolié à l'époque du national-socialisme, des biens culturels provenant de fouilles archéologiques clandestines et des biens culturels issus du contexte colonial.

2.4.2.1 Exploitation des musées et collections

Contexte et défis

Pour les quatre musées relevant de l'OFC (1° collection Oskar-Reinhart «Am Römerholz», Winterthur; 2° Museo Vincenzo Vela, Ligornetto; 3° musée des automates à musique, Seewen; 4° musée du couvent St-Georges, Stein am Rhein) ainsi que les «collections d'art de la Confédération» (constituées par la Collection fédérale des beaux-arts et les collections de la fondation Gottfried-Keller), on relèvera les défis suivants:

- *Numérisation:* Les collections d'art de la Confédération comptent quelque 28 100 œuvres. En réponse au postulat 12.4055 Bulliard, le grand public pourra consulter d'ici 2020, en ligne et gratuitement, au moins 1000 œuvres, dont 200 accompagnées d'un commentaire explicatif dans trois langues nationales. Ces travaux ne couvriront cependant qu'une fraction de l'ensemble des collections de la Confédération.
- *Activités de médiation:* Concevoir une offre de médiations attrayantes et participatives qui s'adresse à des groupes différents et nouveaux de visiteurs reste une tâche essentielle des musées de la Confédération.
- *Infrastructures:* La collection Oskar-Reinhart «Am Römerholz» ne peut présenter dans ses salles qu'une partie de ses fonds et ne dispose en particulier pas de surfaces libres pour des expositions temporaires. La Confédération a reçu une offre de donation comprenant la partie sud-ouest du parc et des bords inscrits à la protection des monuments (actuellement propriété privée). Accepter cette offre représenterait une plus-value considérable pour une exploitation muséale moderne.
- *Concept de collection et gestion opérationnelle:* En 2018 et 2019, les musées et collections d'art de la Confédération ont renouvelé leurs «concepts de collection et stratégies d'exploitation» selon des directives uniformes et les ont harmonisés entre eux ainsi qu'avec des tiers. Pour les collections d'art de la Confédération, un nouveau modèle de contrôle des collections a été introduit en 2018 sur recommandation de l'Administration fédérale des finances (AFF).²³ Ces modèles seront mis en œuvre et adaptés périodiquement aux futures conditions-cadres.
- *Gestion responsable du patrimoine culturel:* Respecter des conditions-cadres visionnaires en matière de traitement éthique et juridique du patrimoine culturel est une obligation contraignante pour les musées et collections de la Confédération gérés par l'OFC.

Objectifs et mesures

- *Numérisation:* La saisie informatique des œuvres importantes des musées et collections de la Confédération gérés par l'OFC sera reconduite pour les rendre accessibles en ligne et gratuitement au grand public. En plus des commentaires des œuvres, les indications mises à jour sur la provenance des œuvres d'art seront aussi consultables en ligne.
- *Activités de médiation:* Pour ce qui est de la conception des médiations offertes, figurent en tête de liste non seulement les expositions temporaires, mais encore des offres plurilingues pour différents groupes de visiteurs (classes d'école, personnes issues de la migration, personnes âgées et personnes connaissant des difficultés d'accès aux offres muséales).

²¹ Consultable sous: www.bfs.admin.ch > Trouver des statistiques > Culture, médias, société de l'information et sport > Culture > Musées

²² Consultable sous: www.bak.admin.ch > Thèmes > Statistiques culturelles > Statistique de poche de la culture en Suisse 2018

²³ Consultable sous: www.efv.admin.ch > Publications > Culture et sport

- *Infrastructures*: Pour la collection Oskar-Reinhart «Am Römerholz», le but est d'améliorer les conditions régissant les activités de médiation. À ce sujet, il faudra trancher sur l'offre de donation sur la base d'une étude de faisabilité. Une éventuelle acceptation de la donation entraînerait des coûts de suivi pour lesquels une requête séparée serait déposée dans le cadre du *Message sur les constructions civiles*, dans la mesure où les coûts dépasseraient 10 millions de francs.
- *Concept de collection et gestion opérationnelle*: Les concepts de collection et stratégies d'exploitation des musées et collections de la Confédération seront mis en œuvre, ce qui implique une vérification annuelle ainsi que l'adaptation périodique des directives à d'éventuels changements.
- *Gestion responsable du patrimoine culturel*: Les musées et collections de la Confédération gérés par l'OFC mettent en œuvre les directives légales et déontologiques concernant la gestion des biens culturels et tiennent compte de toutes dernières connaissances.

2.4.2.2 Aides financières aux musées et collections de tiers

Contexte et défis

Par ses contributions à l'exploitation de musées et collections de tiers, la Confédération soutient des établissements d'importance nationale. Ces contributions servent à financer des mesures de conservation, de sauvegarde et de médiation du patrimoine culturel.

En 2017 a eu lieu une première mise au concours publique des contributions à l'exploitation de musées et de collections. Sur cette base, la Confédération a sélectionné treize musées pour un soutien financier.²⁴ Financièrement parlant, les contributions oscillent entre 5 et 7 % des charges d'exploitation du musée soutenu. La question d'un remplacement éventuel des contributions à l'exploitation par des contributions à des projets a été examinée, puis rejetée par le groupe de travail «Politique des musées» du *Dialogue culturel national*, parce que les contributions à l'exploitation sont plus difficiles à faire financer par des tiers que celles à des projets.

À part les contributions à l'exploitation, la Confédération verse encore deux autres sortes d'aides financières dans le domaine des musées. 1° Par des *contributions aux primes d'assurance*, elle soutient des musées indépendants devant assurer des prêts pour d'importantes expositions. Étant donné l'augmentation de la valeur des grandes œuvres d'art, les primes d'assurance sont devenues ces dernières années une surcharge financière considérable pour de nombreux musées. L'OFC a examiné la pratique d'octroi de contributions aux primes d'assurance dans le cadre d'un rapport du 22 décembre 2016 à l'intention de la Commission pour la science, la formation et la culture du Conseil des États (CSEC-E).²⁵ Ce rapport conclut que le système actuel est plus efficace que l'introduction d'une garantie d'État et qu'il doit donc être reconduit.

2° Les *contributions à des projets* servent à la conservation du patrimoine culturel, les thèmes soutenus étant fixés périodiquement par la Confédération. Lors du précédent *message culture* ont ainsi été soutenus des projets servant à clarifier et publier la provenance d'œuvres d'art, en particulier dans le domaine de l'art spolié à l'époque du national-socialisme.

Objectifs et mesures

Les *contributions à l'exploitation de musées et de collections de tiers* seront de nouveau mises au concours publiquement pour la nouvelle période, moyennant tout au plus de légères adaptations des critères d'éligibilité. Cette mise au concours aura lieu en 2020, avec effet à partir de 2023. Les *contributions aux primes d'assurance* seront également remises au concours pour la période 2021 à 2024. Il en ira de même des *contributions à des projets*, encore qu'il faille examiner ici si le thème des recherches de provenance doit être maintenu pour toute la période d'encouragement.

2.4.2.3 Contributions à l'exploitation de réseaux de tiers

Contexte et défis

Par ses *contributions à l'exploitation de réseaux de tiers*, la Confédération soutient des centres de compétence définis comme suit depuis 2018: un réseau fournit des expertises reconnues aux niveaux national et international en faveur d'institutions culturelles actives dans les domaines de l'étude, de la conservation ou de la médiation du patrimoine culturel. L'activité d'un réseau doit concerner toute la Suisse et être maillée nationalement et internationalement.

Les réseaux actuellement soutenus sur cette base par la Confédération comprennent l'*Association des musées suisses* (depuis 2014), la fondation *Passeport Musées suisses* (depuis 2014) et le *Musée alpin suisse* (soutenu en tant que réseau depuis 2019). S'y ajoutent les réseaux soutenus par la Confédération dans le domaine du patrimoine audiovisuel: l'association *Memoriav* (depuis 2010), la fondation *SAPA* (soutenue par l'OFC depuis la fusion, en 2017, de deux institutions déjà soutenues auparavant par la Confédération, la *Collection suisse de la danse* et la *Collection suisse du théâtre*) et la *Fondation suisse pour la photographie* (soutenue par la Confédération depuis sa naissance en 1971).

Pour les réseaux soutenus par la Confédération dans le domaine du patrimoine audiovisuel (*Memoriav*, *SAPA* et *Fondation suisse pour la photographie*), les défis à relever sont les suivants:

- *Numérisation et accès*: Pour le patrimoine audiovisuel, c'est le domaine de l'archivage numérique qui exige en particulier de nouvelles compétences spécialisées pour mieux étudier ce fonds important et le rendre accessible au grand public suisse et étranger.
- *Archivage à long terme*: Ces prochaines années, les institutions actives dans le domaine du patrimoine audiovisuel seront confrontées à des questions concernant l'archivage numérique à long terme. Ces questions portent sur les domaines sélection, technique et financement.
- *Collections*: Il s'agit de développer et entretenir les collections de façon ciblée, compte tenu des ressources limitées.
- *Collaboration institutionnelle*: La gestion du patrimoine audiovisuel exige une collaboration intense avec d'autres institutions spécialisées.

²⁴ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Actualités > Actualités 2017 > La Confédération soutient actuellement 13 musées avec des contributions d'exploitation Statistiques culturelles

²⁵ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Patrimoine culturel > Musées, institutions culturelles, collections > Actualités

Objectifs et mesures

Au cours de la période 2021 à 2024, la Confédération continuera de soutenir les réseaux subventionnés jusqu'ici. Il est encore prévu de soutenir l'association *Bibliosuisse* à partir de 2021, vu que celle-ci joue un rôle essentiel dans l'établissement de normes en matière de bibliothéconomie et de mise en réseau. Le régime d'encouragement doit être adapté à la nouvelle notion de réseau et les conventions de prestations conclues avec les bénéficiaires d'aides financières aménagées en conséquence. Une catégorie d'encouragement particulière sera créée pour les réseaux du patrimoine audiovisuel. Dans ce domaine précis, la Confédération continuera de soutenir l'association *Memoriav*, la *SAPA* et la *Fondation pour la photographie suisse*. Aux réseaux du patrimoine audiovisuel s'appliqueront en particulier les objectifs et mesures suivants:

- *Numérisation et accès*: Il s'agit de renforcer les compétences numériques spécialisées et d'élaborer une politique d'accès cohérente, tendant à ouvrir autant que possible à tous les collections soutenues par la Confédération.
- *Archivage à long terme*: L'archivage à long terme du patrimoine audiovisuel devra être garanti par des mesures appropriées. Il s'agira en particulier d'assurer l'harmonisation avec les institutions impliquées dans le sujet.
- *Collections*: Le mandat de collection devra être centré sur les *Helvetica* et basé sur des critères uniformes. L'archivage des documents analogiques sera priorisé en fonction des contenus. Pour la *Fondation pour la photographie suisse*, il s'agit de réorganiser et de restructurer les locaux actuels, d'autant plus que les archives connaissent déjà des problèmes de capacité et qu'il est prévisible que des fonds importants y seront remis ces prochaines années.
- *Collaboration institutionnelle*: Les réseaux collaborent avec des institutions suisses et étrangères afin d'élaborer et d'approfondir les meilleures pratiques possibles en matière de collection, de préservation et de médiation tout en ménageant les ressources.

La nouvelle admission, à partir de 2021, de *Bibliosuisse* au nombre des réseaux soutenus par la Confédération et les besoins financiers supplémentaires requis par la *Fondation pour la photographie suisse* en matière de locaux et d'archivage analogique font que les moyens financiers limités disponibles pour les réseaux devront être redistribués.

2.4.2.4 Art spolié à l'époque du national-socialisme

Contexte et défis

L'OFC gère le *Bureau de l'art spolié*, qui est le centre compétent au niveau fédéral pour les questions liées à l'art spolié à l'époque du national-socialisme. Le DFI et le DFAE ont analysé pour la dernière fois les travaux de la Confédération en la matière pendant la période 2011–2016 et en ont publié les conclusions.²⁶ Leur rapport établit les nécessités d'intervenir suivantes: 1° les institutions doivent étudier systématiquement les provenances indiquant un changement de détenteur pendant la période 1933–1945; 2° les résultats des recherches de provenance doivent être publiés et l'accessibilité aux archives améliorée; 3° dans les cas d'art spolié à l'époque du national-socialisme, il faut chercher des solutions justes et équitables conformes aux normes internationales, soit les *Principes de la conférence de Washington applicables aux œuvres d'art confisquées par les nazis* (Principes de Washington). Pour la Confédération, le facteur déterminant pour qualifier une œuvre d'art spolié à l'époque du national-socialisme est de savoir si le changement de détenteur pendant la période 1933–1945 avait un effet confiscatoire.

Entre 2017 et 2020, la Confédération aura mis à jour les recherches de provenance concernant ses propres musées et collections, et les résultats seront publiés. La Confédération tient également à ce que les propriétaires publics et privés de biens culturels continuent leurs recherches de provenance et mettent à disposition les fonds nécessaires. Pendant la période 2016 à 2020, elle a mis elle-même à disposition des musées et collections de tiers 2 millions de francs pour l'étude et la publication des provenances d'œuvres d'art, en particulier dans le domaine de l'art spolié à l'époque du national-socialisme (cf. ch. 2.4.2.2), ce qui a permis de réaliser 27 projets. Les résultats ont été publiés et sont consultables en ligne.²⁷

Objectifs et mesures

Par les travaux du *Bureau de l'art spolié*, la Confédération continue de s'engager pour que les collections suisses soient examinées systématiquement afin de déceler d'éventuels changements de détenteurs pendant la période 1933–1945 et pour que les musées publient les résultats correspondants afin de retrouver les propriétaires d'avant-guerre ou leurs héritiers. La Confédération continue de soutenir financièrement ces recherches de provenance par des contributions à des projets (cf. ch. 2.4.2.2). Elle s'engage pour l'amélioration de l'accessibilité aux archives et pour les échanges avec le commerce de l'art et les collectionneurs privés. Dans les cas d'art spolié à l'époque du national-socialisme, il convient de chercher des solutions justes et équitables conformes aux directives internationales en vigueur.²⁸

2.4.2.5 Transfert international des biens culturels

Contexte et défis

Dans le domaine du transfert international des biens culturels, les travaux ont pour but de préserver le patrimoine culturel mobile en Suisse et à l'étranger. Ils doivent garantir que la Suisse ne soit pas utilisée abusivement comme place de transbordement pour le transfert illégal de biens culturels. Avec la loi fédérale sur le transfert international des biens culturels (LTBC)²⁹, la Suisse dispose de la base légale requise, fondée elle-même sur la *Convention de l'UNESCO* (1970).

Au cours de la période d'encouragement 2016 à 2020, soucieuse de protéger le patrimoine culturel, la Confédération a conclu avec le Pérou et le Mexique des conventions bilatérales sur l'importation et le retour des biens culturels. Elle a soutenu en outre des projets de protection de biens culturels particulièrement menacés (ateliers pour des pays arabes sur les mesures de protection à prendre pour le patrimoine culturel en cas de conflit et de catastrophe naturelle). Au niveau international, la conclusion de conventions bilatérales et le soutien de projets pour préserver le patrimoine culturel menacé ont bien montré que la Suisse s'engage en faveur des échanges légaux de biens culturels et qu'elle lutte activement contre les activités illégales en la matière.

²⁶ «Rapport DFI/DFAE du 19 octobre 2016 sur l'état des travaux de la Confédération pour la période de 2011 à 2016 en matière d'art spolié à l'époque du national-socialisme», consultable sous: www.bak.admin.ch > Patrimoine culturel > L'art spolié

²⁷ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Patrimoine culturel > L'art spolié > La recherche de provenance pour les musées en Suisse > Recherches de provenance de tiers

²⁸ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Patrimoine culturel > L'art spolié > La recherche de provenance pour les musées en Suisse > Bases internationales

²⁹ RS 444.1

Objectifs et mesures

Il faut continuer de conclure des conventions bilatérales de façon ciblée et en fonction du degré d'urgence. Les contributions allouées à la préservation du patrimoine culturel mobile seront reconduites et mises au concours annuellement. Seront soutenus en priorité les projets servant à protéger et préserver des biens culturels mobiles particulièrement menacés. Les projets dans ou avec les pays avec lesquels la Suisse a conclu une convention bilatérale sur l'importation et le retour des biens culturels seront prioritaires.

2.4.3 Bibliothèque nationale

La Bibliothèque nationale (BN) est l'une des mémoires de la Confédération. Elle transmet sous forme imprimée et numérique les textes, images et sons ayant un rapport avec la Suisse. Avec d'autres bibliothèques, archives et musées, elle contribue à préserver le patrimoine culturel suisse.

Contexte et défis

Bâtiment

Après la création des magasins souterrains est (1997) et ouest (2009) ont été installées dans l'ancienne «tour des livres» du bâtiment, construit en 1931, des places de travail pour le public et les collaborateurs, ainsi que des salles de lecture pour les collections spéciales. En 2017, des mesurages ont révélé que cette partie centrale du bâtiment ne répondait plus aux normes désormais en vigueur concernant la sécurité sismique et nécessitait des mesures complètes d'assainissement. L'utilisation du bâtiment n'est donc possible que de façon limitée pendant une phase intérimaire (jusqu'à fin 2023 au moins). Il faut trouver des solutions de remplacement pour plus de 50 emplois administratifs ainsi que des salles de lecture, avec leurs collections et leurs infrastructures, après quoi l'exploitation de tout le bâtiment sera totalement exclue pendant plusieurs années. Il a déjà été possible de trouver un endroit approprié et central en ville de Berne: pendant l'assainissement, toute l'exploitation sera abritée dans le bâtiment encore occupé par l'Office fédéral de l'informatique et de la télécommunication (Monbijoustrasse 74), et les prestations de services destinées au public y seront également fournies aussi complètement que possible.

Collection numérique

De nos jours, le volume des informations publiées par voie numérique excède de beaucoup celui des informations imprimées. La réponse à cette évolution consiste à développer la collection des *e-Helvetica*. Sont collectionnées les publications numériques qui sont consultables exclusivement en ligne et n'existent pas sur support physique. À titre d'exemples, citons les sites Internet, les livres électroniques (*e-books*), les revues électroniques ou les documents sonores électroniques. Ces publications numériques paraissent sous des formes toujours nouvelles, complexes et mouvantes, ce qui exige une adaptation perpétuelle des opérations de collecte et de stockage. À l'heure qu'il est, seule une partie infime des publications numériques est collectée. Développer la collection numérique entraîne de fortes charges et des coûts de suivi notables.

Pour ce qui est des documents conservés sous forme analogique, le public s'attend à ce qu'ils puissent être consultés en ligne partout et en tout temps. Un programme de numérisation permet à la population intéressée d'avoir accès en ligne à une quantité croissante de journaux, revues, livres, images et documents sonores numérisés. Grâce à une collaboration étroite avec les bibliothèques cantonales et les maisons d'édition, ont pu être numérisés jusqu'ici plus de 31 000 volumes, soient presque 20 millions de pages. Malgré les ressources élevées engagées par la BN et ses partenaires cantonaux et privés, seul environ 1 % des fonds analogiques sont aujourd'hui numérisés. La numérisation du patrimoine culturel analogique continuera d'exiger des moyens humains et financiers considérables.

Archivage numérique à long terme

Exploiter des informations numériques fait aujourd'hui partie de notre quotidien. Ce qui ne va pas de soi est la sauvegarde et l'exploitabilité à long terme de ces données. Vu leur masse, il faut tirer au clair avec les acteurs de tous les échelons fédéraux qui conserve quelles données. Garantir à long terme la conservation et l'exploitabilité des données numériques est une affaire complexe. Étant donné le montant des coûts, la tâche ne peut être maîtrisée qu'en coopérant. Sont sollicitées ici non seulement les bibliothèques cantonales et les archives d'État, mais encore la BN et les Archives fédérales, qui sont les institutions mémorielles de la Confédération.³⁰

Objectifs et mesures

En complément aux mesures actuelles d'encouragement, la réponse aux défis exposés sera la suivante pendant la période de financement 2021 à 2024:

Bâtiment

Un projet de construction sera lancé sous l'égide de l'OFCL; il exigera de porter une attention particulière au traitement du bâtiment, qui est inscrit aux monuments historiques. Pendant l'intérim, il s'agira de préserver le mieux possible l'exploitation et l'usage des collections, que ce soit sur place ou en ligne. Les mesures d'assainissement sont une chance de moderniser la structure de la bibliothèque tout en préservant soigneusement sa qualité architecturale. Le retour au bâtiment de la Hallwylstrasse 15 est prévu vers 2027.

Collection numérique

La *Stratégie numérique BN 2019 et au-delà*, en voie d'élaboration, fixera les limites du sort réservé par la BN à la transformation numérique. Il s'agit ici de définir le concept de collection des publications numériques proprement dites, d'établir les priorités en matière de numérisation du patrimoine culturel analogique, de faire avancer le développement des procédures administratives numérisées, d'adopter une politique d'ouverture des données (*open data policy*) et de réglementer la gestion des dispositions liées aux droits d'auteur et à la protection des données. Pour faire avancer le développement de la collection numérique, l'introduction d'un dépôt obligatoire des publications numériques (dépôt légal) est à l'étude. Après son établissement définitif, la stratégie mentionnée sera mise en œuvre tout au long de la période d'encouragement 2021 à 2024.

Archivage numérique à long terme

Depuis 2017, la Confédération est engagée avec les acteurs cantonaux dans la réalisation d'un réseau transversal qui assure la sauvegarde et la disponibilité à long terme du patrimoine numérique suisse. Vu le caractère urgent des mesures de conservation de la mémoire numérique de la Suisse, ces efforts seront reconduits énergiquement au cours de la période d'encouragement 2021 à 2024. Pour administrer, transmettre et préserver à long terme sa propre collection numérique, la BN mettra en service un système d'archivage à long terme au cours de la période d'encouragement 2021 à 2024.

³⁰ Cf. D. Burda, A. Dugga Winterleitner et B. Estermann, *Digitale Langzeitarchivierung in der Schweiz. Ergebnisse einer Studie im Auftrag der Schweizerischen Nationalbibliothek*, Berne 2017.

2.5 Culture du bâti

Les monuments, sites construits et sites archéologiques sont considérés comme des ressources de la société et de l'économie. Notre patrimoine culturel contribue à ce que la population se sente enracinée et chez elle. Les belles vieilles villes, les quartiers intacts ainsi que les villages et paysages cultivés bien conservés sont aussi un facteur de succès important du tourisme suisse. La manière dont nous traitons le milieu bâti dans notre pays est décisive pour l'évolution future de notre espace vital. L'importance sociale du patrimoine culturel et l'intérêt à le préserver n'ont de sens que sous l'angle d'une considération qualitative intégrée de tout l'environnement bâti. C'est pourquoi il est nécessaire de jeter un regard culturel nouveau et élargi sur l'environnement bâti. Ainsi, le concept de «culture du bâti» envisage la conservation et l'entretien du patrimoine culturel comme ne faisant qu'un avec la création contemporaine. La culture du bâti comprend donc toutes les activités humaines qui transforment l'espace vital construit. Les efforts communs en faveur d'une conception voulue, concertée et exigeante de tous les témoins construits témoignent de la qualité de la culture du bâti d'une société. Tous les résultats des actions sur le terrain – du détail artisanal à la planification d'ouvrages d'infrastructure à impact paysager, en passant par l'architecture – sont autant d'expressions de la culture du bâti. Celle-ci concerne donc aussi les processus de conception, soit non seulement la conception architecturale et structurelle des bâtiments et des ouvrages d'ingénierie, mais encore les mesures de planification et de construction dans les lotissements et l'aménagement du paysage. Le but ultime est d'arriver à une forte culture du bâti, qui améliore la qualité de notre environnement construit pris comme un tout. Cette conception holistique de la culture du bâti a été enregistrée en janvier 2018 dans la *Déclaration de Davos – Vers une culture du bâti de qualité pour l'Europe*³¹, adoptée à l'invitation de la Suisse par les ministres européens de la culture lors d'une conférence tenue dans le cadre du *Forum économique mondial 2018*. Cette déclaration est à la base de la future politique fédérale du patrimoine culturel.

Divers développements globaux vont affecter particulièrement l'environnement bâti. Dans le contexte d'un environnement de plus en plus vulnérable, les effets du changement climatique, la perte massive de biodiversité, la numérisation, le futur approvisionnement énergétique et l'évolution démographique auront une grande influence sur la manière de construire en Suisse et exigeront des approches novatrices. Pratiquer une culture du bâti de qualité peut ainsi être interprété aussi comme une contribution à la réalisation complète de l'agenda 2030 de développement durable de l'ONU et de ses objectifs globaux de développement durable («Sustainable Development Goals»).

Contexte et défis

La Suisse se distingue par une grande diversité culturelle et naturelle. En matière d'environnement bâti, de paysages cultivés, de villes et villages, et quelles que soient les réalités économiques, sociales et politiques des différentes régions, il est indiscutable qu'une tendance inquiétante se manifeste: la qualité architecturale diminue, comme l'a exposé le Conseil fédéral dans son rapport en réponse au postulat 16.4028 Fluri «Préserver la physionomie des localités suisses»³². S'il existe d'éminents exemples isolés d'architecture et d'ingénierie contemporaine, l'on observe ailleurs une banalisation du bâti. De vastes parties de la Suisse de tous les jours souffrent de zones de construction médiocre. Ce problème ne concerne pas seulement les zones urbaines, mais aussi et surtout l'espace rural et les agglomérations. La Confédération a réagi à la croissance du mitage, notamment en révisant la législation sur l'aménagement du territoire et cherche à contrer cette évolution négative en encourageant un développement urbain de qualité à l'intérieur du milieu bâti. Pour parvenir à l'amélioration visée de la qualité de l'environnement bâti, les aspects culturels doivent être rééquilibrés face à une pratique de planification et de construction axée aujourd'hui fortement sur les logiques technique et économique. Ces aspects culturels doivent revenir au centre de l'attention lors du développement et de l'évaluation du milieu bâti, surtout en période de changements globaux rapides, ce pour satisfaire aux exigences sociétales en matière de bien-être et pour améliorer à long terme la qualité de vie de la population.

Stratégie interdépartementale en faveur de la culture du bâti

Le *message culture 2016–2020* introduisait la notion de culture du bâti et annonçait l'élaboration d'une stratégie interdépartementale en faveur de celle-ci. Pour élaborer cette stratégie, un groupe de travail interdépartemental réunissant les quinze services fédéraux concernés a été convoqué sous la direction de l'OFC. Dans cette nouvelle stratégie, le Conseil fédéral fixe des objectifs et mesures stratégiques pour améliorer la culture du bâti au niveau fédéral. Le projet en sera disponible pour une audition officielle en même temps que le projet de consultation du *message culture*.³³

Au cours de la législature 2020–2023, le plan de mesures et d'action de la stratégie fédérale en matière de culture contemporaine du bâti sera mis en œuvre par tous les services fédéraux impliqués, et la stratégie pour la période suivante (2024–2027) sera élaborée. Grâce aux mesures projetées par tous les services fédéraux impliqués, cette stratégie fédérale vise en particulier à :

- institutionnaliser à l'OFC le groupe de travail interdépartemental consacré à l'encouragement de la culture du bâti;
- développer généralement les compétences en matière de culture du bâti, ce aussi bien parmi les autorités qu'auprès des maîtres d'ouvrage, des planificateurs, des exécutants et du grand public;
- améliorer durablement la qualité de la construction et de la planification;
- renforcer la collaboration interdisciplinaire et multisectorielle;
- renforcer la participation sociale.

Pour chaque service fédéral, les mesures concrètes et les moyens requis seront fixés séparément, selon le projet de stratégie et sous réserve de l'approbation du Conseil fédéral, dans les messages de financement et les budgets respectifs. Le présent *message culture 2021–2024* ne comporte que les mesures concernant l'OFC. Celles-ci comprennent notamment les efforts fournis pour développer les compétences des autorités, l'encouragement d'une vaste éducation générale à la culture du bâti, l'encouragement de la discussion et le renforcement de la recherche interdisciplinaire en matière de culture du bâti.

Recherche, savoirs, médiation culturelle

Le *message culture 2016–2020* constatait une «crise de la transmission» dans le domaine du patrimoine culturel. Ce terme désignait le déclin de la volonté de se livrer à une confrontation différenciée avec sa propre histoire et, en conséquence, le manque d'acceptation vis-à-vis des mesures de protection du patrimoine culturel. Pour y remédier, la Confédération a créé un domaine prioritaire «Relations publiques et savoirs». Y ont été élaborées des bases, comme la *Statistique suisse des monuments*³⁴, créée avec le concours de l'OFS, ou des exemples de bonnes pratiques ainsi qu'une analyse approfondie de questions de communication et de participation.³⁵ Des enquêtes représentatives ont fourni des

³¹ Consultable sous: www.davosdeclaration2018.ch

³² Rapport du Conseil fédéral du 15 décembre 2016 en réponse au postulat 16.4028 Fluri «Préserver la physionomie des localités suisses».

³³ Consultable sous: www.bak.admin.ch > stratégie-culture du bâti

³⁴ Office fédéral de la statistique OFS, Les monuments historiques de Suisse: premiers résultats. Statistique des monuments 2016 et statistique des pratiques culturelles, Neuchâtel 2018.

³⁵ Office fédéral de la culture OFC, Analyse de la situation en matière de communication dans les domaines de la conservation des monuments historiques, de l'archéologie et la protection des sites construits en Suisse, Berne 2017. Consultable sous: www.bak.admin.ch > Patrimoine culturel et monuments historiques > Bases > Stratégie de communication

constats quant à la valeur sociale de la culture du bâti contemporain et historique.³⁶ La Confédération a soutenu des projets de recherche applicable à la pratique, des projets pilotes et des publications. Elle a participé en outre de façon déterminante aux campagnes de sensibilisation *Année du jardin 2016* et *Année du patrimoine culturel européen 2018*.

Ces dernières années, les objectifs et les stratégies d'une politique complète de la culture du bâti ont été formulés dans divers textes de différente nature. En parallèle, il faut aussi approfondir scientifiquement les bases requises pour leur mise en œuvre. Il convient de dégager plus clairement et de proclamer l'importance et les prestations de la culture du bâti pour la société. Parallèlement, la Confédération encouragera plus fortement l'intérêt pour la culture et la qualité de l'espace, et permettra aux gens d'y participer davantage.

Expertises et conseils

Des prises de position de la Confédération sur de nombreux projets de construction et d'aménagement contribuent au développement d'une culture du bâti de qualité. L'accompagnement croissant des projets dès les premières phases de développement est une tendance positive à poursuivre en vue d'une meilleure planification. De même, les quelque 200 expertises, mises à disposition des cantons au cours de la période précédente, ont permis de garantir la qualité des travaux réalisés sur l'ensemble du territoire suisse dans les domaines de l'archéologie et de la conservation du patrimoine bâti. Face à la pression grandissante sur le patrimoine culturel due à la forte activité de construction, l'activité de la Confédération dans ce domaine reste importante. Le dialogue avec les différents secteurs concernés doit être renforcé, afin de viser une meilleure prise en compte des valeurs patrimoniales de nos villes et villages.

Inventaire fédéral des sites construits d'importance nationale à protéger en Suisse (ISOS)

L'ISOS catalogue et analyse les principaux sites construits de Suisse ayant une incidence sur la culture du bâti. L'ISOS ne recense pas des monuments individuels, mais des sites entiers. Il présente une analyse globale du tissu bâti en tenant compte des rues, des places, des jardins et autres espaces verts ainsi que du lien que ce dernier entretient avec le paysage environnant. L'inscription d'un site dans l'ISOS signale qu'il mérite spécialement d'être conservé intact. Unique inventaire des sites au monde à porter sur l'ensemble du territoire d'un État, l'ISOS contribue à la préservation de la diversité architecturale de la Suisse. En permettant de comprendre l'évolution et de cerner l'identité des sites, l'Inventaire fédéral encourage une culture du bâti de qualité.

S'il définit ce qui mérite d'être conservé, l'ISOS n'équivaut pas à une mesure de protection absolue mais constitue une base de décision. Les cantons et les communes jouissent, eux, d'une marge de manœuvre et sont tenus de le prendre en compte lors de l'établissement de leurs planifications respectives.

Pour améliorer l'acceptation et l'applicabilité de l'ISOS en tant que base de planification, la Confédération a pris différentes mesures ces dernières années. Elle a publié des documents sur l'ISOS; la question de la compatibilité de celui-ci avec les dispositions de la loi sur l'aménagement du territoire promouvant le développement de l'urbanisation à l'intérieur du milieu bâti a été étudiée en 2015, sur mandat du Conseil fédéral, et cette compatibilité a été confirmée dans le rapport publié par l'ARE.³⁷ Pour 2020, la Confédération prévoit de publier des recommandations concrètes quant à la manière de traiter les qualités des sites construits dignes de protection en cas de développement urbain à l'intérieur du milieu bâti. Enfin la Confédération a organisé des forums de discussion et des colloques, et à partir de 2019, elle offrira une formation spécifique sur l'ISOS avec le concours d'*EspaceSuisse*. En 2019–2020, le potentiel touristique des sites ISOS sera exploité dans la campagne de *Suisse Tourisme* «La Suisse historique».

Comme annoncé dans le *message culture 2016–2020*, l'*ISOS 2016*, élaboré jusqu'ici à l'extérieur, a été intégré à l'administration. Cette intégration a fait ses preuves et s'avère avantageuse du point de vue tant des prestations que de l'organisation, de la logistique et des finances.

Depuis 2017–2018, l'*Inventaire fédéral* des Grisons et du canton de Genève est en révision. La méthode de saisie a été modifiée au cours d'un processus participatif et la présentation de l'ISOS adaptée aux nouvelles normes techniques et numériques. L'ISOS sera également révisée et précisée en 2019. Elle comprendra désormais des principes déterminants pour la sélection des objets.

La confrontation différenciée avec le milieu bâti reste un grand défi, et l'ISOS est la base appropriée pour la pesée des intérêts. Aussi les efforts pour renforcer l'information sur les buts et le sens de l'ISOS ainsi que pour encourager la participation correspondante doivent-ils être reconduits.

Aides financières pour la conservation des objets à protéger et les interventions archéologiques

Dans son rapport en réponse au postulat 16.4028 Fluri «Préserver la physionomie des localités suisses» ainsi que dans sa *Stratégie touristique* du 17 décembre 2017, le Conseil fédéral souligne l'importance de la conservation du patrimoine bâti. Sans les contributions des pouvoirs publics, il est cependant souvent impossible de restaurer correctement des bâtiments historiques et d'en garantir la conservation à long terme.

Dès les *messages culture 2012–2015* et *2016–2020*, il avait été exposé que, pour éviter des pertes importantes du patrimoine construit et archéologique de Suisse, le besoin effectif en fonds fédéraux serait supérieur à 100 millions de francs. La situation n'a pas changé, vu qu'en particulier, la prescription imposant le développement à l'intérieur du milieu bâti a augmenté le coût des interventions archéologiques à la charge des cantons. Ces prochaines années, les travaux probablement plus nombreux de restauration du patrimoine culturel récent augmenteront également la demande d'aide financière étant donné leur quantité. L'efficacité et l'organisation des contributions fédérales en faveur des mesures de protection des monuments et des interventions archéologiques ont été évaluées dans le cadre du *Dialogue culturel national*. Le rapport³⁸ atteste à la Confédération une mise en œuvre efficace et conforme de sa tâche. Des améliorations ponctuelles seront mises en œuvre au cours de la période à venir.

Affaires internationales

Au cours de la période 2016 à 2020, la Suisse a reconduit et intensifié sa participation active au débat international sur la culture du bâti. L'adoption, en 2018 et sous l'égide de la Confédération, de la *Déclaration de Davos – Vers une culture du bâti de qualité pour l'Europe* et l'engagement consécutif de la Suisse dans ce domaine ont eu en particulier un grand écho international. La participation de la Suisse à l'initiative *Année du patrimoine culturel européen 2018* a accru la visibilité internationale de la Suisse en tant que partenaire crédible et compétent.

Dans le domaine du patrimoine mondial de l'UNESCO, la Suisse a révisé sa *Liste indicative* en 2017. En 2018, le Conseil fédéral a soumis aux Chambres la ratification de la *Convention-cadre du Conseil de l'Europe sur la valeur du patrimoine culturel pour la société* (convention de Faro) ainsi que de la *Convention de l'UNESCO sur la protection du patrimoine culturel subaquatique* (UNESCO 2001). En ratifiant ces deux

³⁶ Office fédéral de la culture OFC, *La culture du bâti pour tous?*, Berne 2018; Enquête sur «Heimat» – identité – monument historique, Berne 2015; Enquête sur l'importance du patrimoine en Suisse, Berne 2014. Tous consultables sous: www.bak.admin.ch > Patrimoine culturel et monuments historiques > Bases > Sondages

³⁷ Office fédéral du développement territorial ARE, *ISOS et densification*, rapport du groupe de travail, Berne 2016. Consultable sous: www.are.admin.ch > Médias et publications > Publications > Villes et agglomérations

³⁸ Schwenkel, Christof; Duarte, Marcelo; Rieder, Stefan, *Untersuchung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege*. Bericht zuhanden des BAK, Interface Politikstudien Forschung Beratung, Lucerne 2018. Consultable sous: www.bak.admin.ch > Patrimoine culturel et monuments historiques > Aides financières

instruments, la Suisse soutient une politique moderne du patrimoine culturel et renforce la sécurité juridique internationale. Le réseau mis sur pied par la Suisse dans ce domaine et sa forte réputation doivent être entretenus par une présence constante et une participation active aux discussions et décisions internationales pour rester utiles au renforcement des intérêts suisses et à la communication des positions helvétiques. Étant donné la limitation des ressources disponibles, il faudra néanmoins fixer des priorités.

En résumé et tous domaines confondus, les défis à relever lors de la prochaine période sont les suivants:

- *Renforcer une compréhension intégrée de la culture du bâti*: Afin de faire échec à la perte croissante de qualité architecturale dans de vastes parties de Suisse, il convient de promouvoir une compréhension intégrée de la culture du bâti en mettant en place des mesures de médiation et d'éducation.
- *Surmonter la crise de transmission en matière de patrimoine culturel*: La reconnaissance du patrimoine culturel en tant que ressource et l'acceptation des instruments de protection correspondants continuent d'être insuffisantes. Il faut poursuivre les mesures destinées à les améliorer, notamment les aides de mise en œuvre pour l'application de l'inventaire fédéral ISOS et le renforcement de la collaboration avec les planificateurs et les constructeurs.
- *Prioriser les mesures*: Vu les exigences croissantes, l'écart ne cesse de se creuser entre les tâches du service spécialisé de la Confédération et les ressources dont il dispose. Il convient donc de se concentrer davantage sur les projets d'intérêt national, que ce soit au niveau de l'octroi des aides financières ou des tâches d'expertise.

Objectifs et mesures

La période 2021 à 2024 est placée sous le signe de la transformation du domaine Patrimoine culturel et monuments historiques en domaine de la culture du bâti. En conséquence, les tâches existantes seront reconduites, mais complétées par des mesures conformes à la nouvelle orientation d'encouragement d'une culture intégrée du bâti.

Recherche, savoirs, médiation culturelle

L'encouragement fédéral de la recherche, des savoirs et de la médiation culturelle comprend tous les aspects relevant de la culture du bâti et priorise les projets qui soutiennent les objectifs de la *Convention de Faro*.

Seront appliquées les nouvelles mesures suivantes:

- *Médiation en matière de culture du bâti*: Sur la base de la stratégie de communication et de participation élaborée dans le cadre du *message culture 2016–2020* ainsi que d'une analyse de la situation actuelle et des besoins en matière d'éducation à la culture du bâti, la Confédération élabore des mesures d'encouragement de la médiation culturelle du bâti. Elle peut soutenir des projets de tiers correspondants.
- *Forums de la culture du bâti*: La Confédération renforce le dialogue sur la culture du bâti en favorisant activement les échanges entre profanes et spécialistes, et en soutenant les plateformes participatives et les réseaux.
- *Collaboration transversale et multisectorielle*: La Confédération encourage les nouvelles formes et formules de collaboration entre autorités, secteur privé et société civile qui intègrent tous les participants dans la responsabilité de la culture du bâti.

Expertises et conseils

Étant donné la limitation des ressources, il faut prioriser les activités d'expertise et de conseil en fonction de la portée nationale des questions et des intérêts. La Confédération poursuit les expertises mises à disposition des cantons. Elle s'engage désormais à offrir des services de conseil supplémentaires aux communes en matière de culture du bâti; celles-ci bénéficient en effet d'une marge de manœuvre substantielle concernant la gestion de la culture du bâti et l'encouragement de procédures garantissant la qualité, mais elles ne savent souvent pas l'exploiter complètement.

Inventaire fédéral des sites construits d'importance nationale à protéger en Suisse (ISOS)

Les travaux de recensement de l'ISOS seront reconduits et les possibilités d'exploitation numérique améliorées. Pour renforcer la compréhension politique et sociétale de l'ISOS et de son application correcte, des mesures de formation et d'information correspondantes seront réalisées.

Aides financières

Les aides financières pour les mesures de protection des monuments et les interventions archéologiques seront reconduites sous leur forme éprouvée (conventions-programmes avec les cantons et interventions isolées). La Confédération continue de soutenir les organisations et projets d'intérêt national. La limitation des ressources impose cependant une priorisation plus stricte.

Affaires internationales

La participation de la Confédération au niveau international (UNESCO, Centre international d'études pour la conservation et la restauration des biens culturels, Conseil de l'Europe et autres organismes européens) sera reconduite.

Seront notamment réalisées les mesures suivantes:

- *Politique internationale de la culture du bâti*: Établie dans la *Déclaration de Davos 2018*, la notion de culture du bâti sera approfondie au niveau européen et restera reconnaissable en tant qu'initiative helvétique. La Confédération poursuivra l'initiative politique et scientifique internationale qu'elle a entamée en 2018 et en formalisera les résultats dans le cadre d'une seconde conférence ministérielle.
- *Candidature au patrimoine mondial*: La Confédération accompagne la préparation de la candidature du pont du Salginatobel (Schiers/GR) au patrimoine mondial et la déposera à l'UNESCO.

2.6 Culture et société

2.6.1 Participation culturelle

Permettre à une partie aussi large que possible de la population de participer à la vie culturelle est un des trois axes d'action stratégiques de la politique culturelle de la Confédération. Renforcer la participation culturelle signifie stimuler la rencontre individuelle et collective avec la culture, favoriser la conception active et partagée de la vie culturelle, et enfin cultiver son propre besoin d'expression culturelle. Qui participe à la vie culturelle prend conscience de ses propres racines culturelles, développe sa propre voix et contribue ainsi à la diversité culturelle de la Suisse. Par analogie avec l'encouragement de la participation politique, sociale ou économique, le but de l'encouragement de la participation culturelle est de renforcer la cohésion sociale.

Contexte et défis

Pour mettre en œuvre une politique de renforcement de la participation culturelle, il faut la collaboration et les échanges entre les différents échelons de l'État et les différents domaines politiques qui s'occupent d'inclusion et de participation (égalité des personnes handicapées, égalité des sexes, encouragement des enfants et des jeunes, personnes âgées, migration et intégration, protection contre la discrimination, etc.).

Dans le cadre du *Dialogue culturel national*, un groupe de travail a été chargé de développer la participation culturelle. Il a pour but de sensibiliser les instances d'encouragement de la Confédération, des villes et des cantons au thème de la participation culturelle et de montrer comment celle-ci peut être renforcée. Sous l'égide de ce groupe, un colloque national spécialisé s'est tenu en 2017; un second est prévu en 2019, qui s'accompagnera de la publication d'un manuel. Parallèlement, diverses villes et cantons ont introduit le sujet dans leurs stratégies et mesures d'encouragement et l'ont traité dans le cadre de leurs manifestations. À partir de ces travaux et de ces réflexions, il a même été possible de porter le thème de la participation culturelle au niveau international. Dans sa déclaration finale, la Conférence 2017 des ministres de la culture des pays francophones à Abidjan (Côte d'Ivoire) a souligné la pertinence sociétale d'une politique culturelle inclusive; au Sommet 2018 de l'*Organisation internationale de la francophonie*, à Erivan (Arménie), une résolution sur la participation culturelle a été approuvée sur proposition de la Suisse.

Les considérations qui suivent concernent les domaines d'encouragement voués à la création non-professionnelle, donc très spécifiquement l'activité culturelle d'une large population: amateurs, encouragement de projets de participation culturelle, promotion de la lecture, formation musicale, patrimoine culturel immatériel. Les mesures de renforcement de la participation culturelle dans d'autres domaines, comme les musées ou les bibliothèques, sont abordées dans les chapitres correspondants.

Culture amateur

La culture amateur et le monde associatif permettent une large participation active à la culture et une animation partagée de la vie culturelle. Ils forment la base d'un paysage culturel vivant et diversifié, et sont importants pour la sauvegarde et le développement de la culture quotidienne et des traditions. Les sociétés de musique et de chant, les groupes de théâtre et de nombreuses autres institutions et réseaux promeuvent les possibilités d'expression culturelle et éveillent l'intérêt pour l'art et la culture. Les associations, en tant que piliers de la culture populaire et des pratiques culturelles amateurs, créent des liens sociaux et sont garantes de la cohésion sociale. Les associations nationales soutenues par la Confédération fournissent une contribution essentielle aux échanges culturels et à la collaboration entre les différentes communautés linguistiques de Suisse.

Au cours de la période d'encouragement 2016 à 2020, la Confédération a renforcé son soutien à la culture amateur. Celui-ci repose sur deux piliers:

- *Encouragement d'organisations d'amateurs actifs dans le domaine culturel (art. 14 LEC):* La Confédération soutient les organisations d'amateurs actifs dans le domaine culturel dans le but de promouvoir l'accès à la culture et la pratique de la culture par les amateurs. Au cours de la période 2016 à 2020, neuf associations nationales d'amateurs ont obtenu une contribution structurelle annuelle pour des prestations en matière de formation ou de perfectionnement, de médiation, de conseil, ainsi que pour la représentation de leurs membres dans la vie publique.
- *Encouragement de manifestations et de projets culturels destinés à un large public (art. 16 LEC):* Dans le but d'encourager la culture grand public pendant la période 2016 à 2020, la Confédération soutient différentes manifestations et projets d'envergure nationale (comme la Fête fédérale de yodleurs, la Fête fédérale des tambours et fifres, ou encore des productions de théâtre amateur pour les 100 ans de la Grande Grève ou les 600 ans de Nicolas de Flüe). Au cours de la période d'encouragement 2021 à 2024, la Confédération soutiendra financièrement, sur la base de l'art. 16 de la LEC et dans la mesure du possible, un projet intercommunal afin de présenter la vie culturelle des villes de Suisse.

L'orientation générale des mesures fédérales d'encouragement dans le domaine de la culture amateur a fait ses preuves, car celles-ci sont parvenues à renforcer le monde associatif des amateurs actifs dans le domaine culturel et à fournir une contribution substantielle à la réalisation de manifestations et projets d'envergure nationale destinés à un large public.

Encouragement de projets de participation culturelle

Pour renforcer la participation de la population à la vie culturelle, une nouvelle disposition d'encouragement, liée à l'axe d'action «Participation culturelle» du *message culture 2016–2020*, a été inscrite dans la LEC. Conformément à l'art. 9a LEC, la Confédération peut verser des aides financières à des projets d'intérêt national ou ayant caractère de modèle qui promeuvent l'activité culturelle propre et autonome de groupes cibles spécifiques et écartent les obstacles à la participation à la vie culturelle. Peuvent encore être soutenus ou réalisés les projets qui contribuent aux échanges et au développement de savoirs, ainsi qu'au renforcement des compétences en matière de participation culturelle.

Ce nouvel instrument a permis d'élaborer divers projets à caractère de modèle. Grâce au soutien de la Confédération, il a aussi été possible de mettre en œuvre des projets d'encouragement de la participation culturelle dans des institutions communales ou cantonales.

Promotion de la lecture

Lire et écrire sont des compétences fondamentales pour le développement du savoir et de la pensée, l'accès à la formation et l'intégration professionnelle, mais aussi pour la participation active à la vie culturelle. L'encouragement de la Confédération ne se limite cependant pas aux seules compétences de la lecture et de l'écriture, mais vise spécifiquement à promouvoir le plaisir de lire et la lecture comme compétence culturelle, ainsi qu'à favoriser l'accès, en particulier des enfants et des jeunes, aux livres et à la culture de l'écrit.

Au cours de la période 2016 à 2020 et conformément à l'art. 15 LEC, la Confédération soutient d'une part les organisations et institutions nationales œuvrant dans le domaine de la promotion de la lecture. De l'autre, il a été possible d'encourager des projets visant à intégrer les écoles, les bibliothèques et de nouveaux publics (jeunes et adultes), ainsi qu'à mettre les acteurs en réseau.

Étant donné qu'en Suisse la promotion de la lecture ne relève pas uniquement de la Confédération, il est très important que la Confédération, les cantons, communes, bibliothèques et autres acteurs aient des échanges réguliers et se coordonnent étroitement. À cet effet, un groupe de travail du *Dialogue culturel national* a été chargé de la promotion de la lecture. Ses recommandations comprennent: 1° création d'une plateforme numérique de coordination et d'information en matière de promotion de la lecture; 2° soutien d'une journée d'action Promotion de la lecture; 3° réalisation d'une rencontre régulière en réseau; 4° facilitation de l'accès aux offres de formation et de perfectionnement pour les bibliothèques communales et cantonales. La Confédération met en œuvre les recommandations qui la concernent depuis 2016 déjà: d'une part par la réalisation de deux colloques nationaux (2016 et 2018), qui ont suscité un vif intérêt de la part des spécialistes, de l'autre en soutenant la Journée de promotion de la lecture de l'*Institut suisse Jeunesse et Médias* (ISJM). La faisabilité d'une plateforme d'information sur la promotion de la lecture sera examinée conjointement par la Confédération et les cantons.

Formation musicale

Le 23 septembre 2012, peuple et cantons ont approuvé à une forte majorité une nouvelle disposition constitutionnelle sur l'encouragement de la formation musicale. Le nouvel art. 67a Cst. est mis en œuvre progressivement.

Pour la période d'encouragement 2016 à 2020, trois nouveautés essentielles ont été annoncées: 1° renforcement des mesures existantes de soutien des formations musicales, concours musicaux et festivals de musique d'envergure nationale (relèvement substantiel du fonds d'encouragement); 2° lancement d'un programme «Jeunesse et musique» (J+M) pour soutenir les camps et cours de musique destinés aux enfants et aux jeunes; 3° introduction de directives tarifaires pour les écoles de musique subventionnées par l'État pour assurer l'égalité d'accès aux enfants et aux jeunes.

- *Soutien des formations musicales, concours musicaux et festivals de musique d'envergure nationale*: Grâce aux fonds supplémentaires disponibles, la Confédération a pu soutenir de nombreux projets nationaux promouvant la formation musicale des enfants et des jeunes à travers leur propre activité musicale. Avec sept organisations existant depuis de nombreuses années et orientées sur le long terme, la Confédération a conclu des conventions de prestations pour la période 2018-2020.
- *Programme «Jeunesse et musique»*: Le programme «Jeunesse et musique» (J+M) a été lancé en 2016. Depuis fin 2016, il offre des cours de certification pour moniteurs et soutient financièrement des camps et cours de musique depuis 2017. À fin 2018 ont été certifiés un total de 710 moniteurs, tandis que 593 cours et camps avaient été réalisés. Dans l'ensemble, le programme J+M a permis d'atteindre quelque 20 000 jeunes et enfants jusqu'à fin 2018. À partir de 2019, la Principauté du Liechtenstein participe également au programme sur la base d'un accord interétatique conclu en mai 2018, ce moyennant la compensation financière des charges sur la base des coûts effectifs. Le programme J+M est toujours en voie de développement. En 2018, une première évaluation des résultats a révélé que l'organisation et les processus opérationnels étaient conçus de façon judicieuse et efficace.³⁹ Les principales recommandations concernent l'examen des critères d'admission pour la certification des moniteurs et l'adaptation des modules de formation, l'enracinement accru du programme dans l'instruction primaire ainsi que l'amélioration de la procédure de dépôt des requêtes. Le principal défi à relever réside dans la croissance évidente du programme à laquelle il faut s'attendre ces prochaines années (nombre de moniteurs, de participants, de cours, de camps et de formations continues). Or cette croissance ne saurait être absorbée dans le cadre financier existant.
- *Écolages dans les écoles de musique*: À l'art. 12a LEC, le Parlement a édicté les principes régissant l'accès de la jeunesse aux activités musicales: les écoles de musique subventionnées par l'État doivent offrir à tous les jeunes jusqu'à la fin du niveau secondaire II des écolages clairement inférieurs à ceux pratiqués pour les adultes. En fixant les écolages, elles doivent en outre tenir compte de la situation économique des parents et des besoins accrus de formation des élèves doués en musique. L'art. 12a LEC est entré en vigueur le 1^{er} janvier 2016. Une évaluation de la mise en œuvre des directives de la Confédération sur la fixation des écolages est actuellement en cours. Ces conclusions suggèrent que les nouvelles directives légales n'ont été mises en œuvre que de façon lacunaire. Si ces conclusions venaient à se confirmer, les possibilités d'améliorer cette mise en œuvre seront étudiées.

Les nouveautés citées n'ont permis de mettre en œuvre le mandat constitutionnel concernant l'encouragement de la formation musicale que dans le domaine partiel de l'instruction du grand public. Les mesures spécifiques d'encouragement des enfants et des jeunes musicalement doués sont encore en souffrance (art. 67a, al. 3, Cst.).

Sauvegarde du patrimoine culturel immatériel

En 2008, la Suisse a ratifié la *Convention de l'UNESCO pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel*, qui a pour but d'une part de préserver, d'encourager et d'étudier les formes d'expression culturelle traditionnelles comme la musique, le théâtre, les légendes, la danse ou l'artisanat. De l'autre, il s'agit de renforcer la sensibilisation de la population à l'importance du patrimoine culturel immatériel pour la vie sociale, de même que sa participation à la vie culturelle.

- *Mise en œuvre en Suisse*: La mise en œuvre en Suisse de la *Convention de l'UNESCO* consiste essentiellement à gérer un inventaire du patrimoine immatériel suisse (*Liste des traditions vivantes*) et à encourager des projets qui sensibilisent la population à l'importance du patrimoine culturel immatériel et à sa valeur pour la société.⁴⁰ La Confédération a établi cet inventaire avec le concours des cantons. Il a été publié en 2012 et mis à jour en 2017, et est accessible sous forme de site Internet, avec des descriptions détaillées ainsi que du matériel sonore et des illustrations. À titre d'accompagnement, la Confédération a soutenu et organisé divers projets de médiation des traditions vivantes (proposés par des musées, des centres de compétence ou des écoles) ainsi que des projets d'approfondissement des savoirs afférents (par exemple dans le domaine de l'artisanat traditionnel).

Sous l'étiquette «Traditions vivantes», le sujet du patrimoine culturel immatériel a trouvé un écho positif auprès du grand public. Plusieurs identités et particularités nationales et régionales se définissent par des éléments du patrimoine immatériel. Cependant, l'importance de ce patrimoine ne se reflète pas dans la législation: alors que la sauvegarde du patrimoine culturel matériel a droit à sa loi spécifique (loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage, LPN⁴¹), le patrimoine culturel immatériel n'y est pas mentionné expressément. Étant donné la pertinence de ce patrimoine du point de vue de la politique culturelle, en particulier comme vecteur de la participation culturelle, et le grand intérêt que le public manifeste à son égard, il semble indiqué de créer une base légale spécifique (cf. ch. 3.1).

- *Coopération internationale*: Depuis 2012 la Suisse s'engage dans les organismes compétents de l'UNESCO en faveur de la coopération internationale pour sauvegarder le patrimoine culturel immatériel. En octobre 2014, sur recommandation d'un groupe d'experts, le Conseil fédéral a désigné huit traditions vivantes comme candidates à la *Liste représentative du patrimoine culturel immatériel de l'humanité* de l'UNESCO. De 2015 à 2018, un dossier a été déposé chaque année auprès de l'UNESCO. En outre, la Suisse a participé à des candidatures multinationales sous l'égide de pays voisins. En tout, à fin 2018, trois candidatures avaient été admises à la *Liste représentative* («Fête des vigneron de Vevey», «Carnaval de Bâle», «Gestion du danger d'avalanches»), à quoi s'ajoute encore une candidature internationale à participation suisse («Construction de murs en pierres sèches»).

Il faut s'attendre à de nouvelles impulsions importantes après la ratification de la *Convention-cadre du Conseil de l'Europe sur la valeur du patrimoine culturel pour la société* (Convention de Faro). Cette convention promeut une politique moderne du patrimoine culturel et constitue une base solide pour l'orientation future d'une politique intégrée de sauvegarde du patrimoine culturel qui mette au centre de l'attention les prestations de ce patrimoine pour la société et qui renforce la collaboration, la coresponsabilité et la participation de la population au patrimoine culturel (cf. ch. 2.5).

³⁹ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Thèmes > Jeunesse et Musique

⁴⁰ Premier rapport périodique du 15 décembre 2014 sur la mise en œuvre par la Suisse de la Convention de l'UNESCO pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel.

⁴¹ RS 451

Objectifs et mesures

L'écho positif renvoyé par les cantons, les villes, les services privés d'encouragement de la culture et les organisations de la société civile montre que le renforcement de la participation culturelle est reconnu comme tâche essentielle de la politique culturelle. La participation culturelle doit rester un pilier central de la stratégie culturelle fédérale pour la période 2021 à 2024.

Pour ancrer durablement la participation culturelle dans la politique culturelle à tous les échelons de l'État et dans le système suisse d'encouragement, il faut en particulier approfondir davantage la documentation des bons exemples, la réflexion sur l'encouragement pratiqué et les échanges d'expériences. Le groupe de travail du *Dialogue culturel national* est le forum idéal: c'est là que devront être menées les réflexions stratégiques pour ancrer durablement la participation culturelle dans le système suisse d'encouragement.

Les mesures dans les domaines de la culture amateur, de l'encouragement de projets de participation culturelle et de promotion de la lecture ont fait leurs preuves et seront reconduits au cours de la période 2021 à 2024. Des nouveautés sont prévues dans deux domaines suivants:

Formation musicale

- *Programme «Jeunesse et musique» (J+M)*: Depuis le lancement du programme J+M en 2016, le nombre des moniteurs certifiés, des camps et cours de musique soutenus ainsi que des enfants et jeunes touchés croît constamment et rapidement. Pour la période d'encouragement 2021 à 2024, il faut s'attendre à une croissance qui ne pourra être absorbée avec les moyens financiers alloués jusqu'ici. Il faut des fonds supplémentaires pour continuer à développer le programme et lui assurer un ancrage durable. Pour le début de la période 2021 à 2024 sont prévues en particulier les améliorations suivantes: 1° vérifier la formation J+M et les critères d'admission; 2° renforcer la collaboration du programme J+M avec l'instruction primaire; 3° simplifier et centraliser les formalités d'inscription à la formation J+M et celles de dépôt de requêtes.
- *Promotion des jeunes musicalement doués*: Dans la perspective de la période 2021 à 2024 et pour mettre en œuvre l'art. 67a, al. 3, Cst. concernant le soutien à apporter aux enfants et aux jeunes musicalement doués, le Conseil fédéral entend fixer des principes et introduire des mesures spécifiques d'encouragement. Il se basera sur un projet-cadre élaboré avec le concours des cantons et des organisations musicales (écoles de musique et hautes écoles de musique, en particulier), projet qui portera sur la promotion graduée des enfants et des jeunes musicalement doués de l'enfance à la maturité. Sera soutenue d'une part la mise sur pied de programmes cantonaux de promotion des jeunes doués, avec des financements incitatifs uniques; de l'autre, par analogie avec l'encouragement du sport, il sera introduit une «carte talent», qui permettra aux jeunes gens doués d'accéder aux programmes cantonaux de promotion. Ces programmes doivent comprendre des mesures d'encouragement portant les unes sur les contenus (enseignement supplémentaire, cours de groupe, etc.), les autres sur les structures (horaire quotidien adapté, mentorat, etc.). Le projet-cadre fixera les conditions et les modalités du soutien. Les mesures de la Confédération peuvent agir comme complément et non comme redondance par rapport aux mesures cantonales ou aux bourses fédérales accordées dans le domaine artistique aux étudiants étrangers. Pour mettre en œuvre la promotion des jeunes musicalement doués, il faut des ressources humaines et financières supplémentaires (cf. ch. 3.1).
- *Écolages dans les écoles de musique*: La révision de la LEC entrée en vigueur en 2016 devait assurer l'égalité d'accès des jeunes aux activités musicales. Une évaluation montre que l'art. 12a LEC n'a pas été mis rigoureusement en œuvre jusqu'ici. Pour répondre aux défis exposés et mettre mieux en œuvre l'art. 67a, al. 3, Cst., les organismes responsables des écoles de musique (cantons, communes) doivent fournir des efforts supplémentaires. La Confédération soutiendra la mise sur pied d'offres pour les jeunes musicalement doués dans les écoles de musique dans le cadre de l'introduction de la carte talent.

Sauvegarde du patrimoine culturel immatériel

Au chapitre du contexte (voir plus haut), il a été exposé que la mise en œuvre en Suisse de la *Convention de l'UNESCO pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel* avait été lancée avec succès et que la Convention s'y était bien établie. À ce jour, cependant, l'auto-organisation et la collaboration entre les différents organismes responsables en la matière ne sont que faiblement développées. La Confédération renforcera ces organismes dans leurs activités de sauvegarde du patrimoine immatériel par des mesures appropriées de sensibilisation et de mise en réseau. Le patrimoine culturel immatériel devra en outre être inscrit explicitement dans la LEC en qualité de domaine d'activité (cf. ch. 3.1).

Les huit traditions que le Conseil fédéral a choisies pour être candidates aux listes de l'UNESCO auront probablement été déposées d'ici 2022. Le Conseil fédéral fixera la suite des opérations au cours de la période 2021 à 2024. Il s'avère en outre nécessaire d'élaborer des lignes directrices pour la participation de la Suisse aux candidatures internationales. *Last but not least*, il faudra rédiger au cours de la période 2021 à 2024 le prochain rapport de la Suisse concernant sa mise en œuvre de la *Convention de l'UNESCO pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel*. Ce rapport sera l'occasion d'une réflexion stratégique globale sur la mise en œuvre de la convention en Suisse.

2.6.2 Langues et compréhension

La coexistence des quatre langues nationales, et la diversité culturelle qu'elles représentent, constitue un pilier de l'identité et du fonctionnement de notre pays. Le plurilinguisme représente une caractéristique essentielle et constitutive de notre État. Les débats nourris sur l'enseignement des langues à l'école ou les discussions sur la diversité médiatique démontrent l'intérêt de la population pour ces enjeux touchant à la cohésion nationale et à la compréhension entre les communautés linguistiques.

La promotion des langues par la Confédération se base essentiellement sur la LLC et son ordonnance d'application. Ces normes mettent en œuvre le mandat constitutionnel de promotion des langues nationales. Elles ont comme objectifs de renforcer le quadrilinguisme suisse, de consolider la cohésion nationale, d'encourager le plurilinguisme individuel et institutionnel ainsi que de sauvegarder et promouvoir le romanche et l'italien.

Contexte et défis

Les principaux domaines d'encouragement de la loi sur les langues ont été présentés de façon détaillée dans le *message culture 2016–2020*.

- *langues officielles de la Confédération*: amélioration des compétences linguistiques du personnel de la Confédération et de la représentation des communautés linguistiques au sein de l'administration fédérale;
- *promotion de la compréhension et des échanges entre les communautés linguistiques*: encouragement des échanges scolaires; encouragement de l'enseignement des langues nationales et de la connaissance de la langue première chez les personnes allophones; soutien de la recherche appliquée dans le domaine du plurilinguisme; soutien à des agences de presse d'importance nationale et à des organisations nationales qui encouragent la compréhension entre les communautés linguistiques;
- *soutien aux cantons plurilingues* (Berne, Fribourg, Grisons et Valais) pour les tâches particulières liées au plurilinguisme qui incombent à leurs autorités politiques et judiciaires, à leur administration et à leur système scolaire;

- *sauvegarde et promotion des langues et cultures italienne et romanche* dans les cantons du Tessin et des Grisons.

En 2016, le Conseil fédéral a mis en consultation un projet de révision de la LLC qui visait l'harmonisation de l'enseignement des langues à l'école obligatoire en y précisant la place des langues nationales. L'enseignement des langues en Suisse s'appuie principalement sur la stratégie de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) pour l'enseignement des langues de 2004, dont les éléments fondamentaux ont été intégrés au concordat HarmoS de 2007, et sur les objectifs nationaux de formation pour la deuxième langue nationale et l'anglais, adoptés par la CDIP en 2011. Le Conseil fédéral avait introduit cette consultation, car l'enseignement d'une deuxième langue nationale au niveau primaire était remis en question dans certains cantons. Au vu des décisions prises dans les cantons en question de ne pas supprimer l'enseignement d'une deuxième langue nationale à l'école primaire, le Conseil fédéral a renoncé à proposer une révision de la loi.

Les mesures en cours dans le domaine des langues et de la compréhension s'inscrivent dans la continuité du soutien de la Confédération depuis l'entrée en vigueur de la LLC en 2010. En raison du programme de stabilisation de la Confédération pour les années 2017–2019, le soutien aux cantons plurilingues a dû être considérablement réduit pendant la période d'encouragement 2016 à 2020.

Échanges scolaires

Les échanges scolaires à l'intérieur de la Suisse sont un instrument central de promotion des compétences linguistiques individuelles et de la compréhension entre les communautés linguistiques. Les jeunes améliorent ainsi leurs connaissances linguistiques, leurs compétences sociales et matérielles, et par là même leurs perspectives sur le marché du travail. Ils découvrent en outre la diversité linguistique et culturelle de la Suisse. Au niveau sociétal, les échanges scolaires et la mobilité fournissent une contribution importante à la compréhension entre les communautés culturelles et linguistiques ainsi qu'à la qualité et au développement de l'espace éducatif suisse.

C'est pourquoi promouvoir les échanges scolaires était déjà une priorité pour la Confédération et les cantons au cours de la période 2016 à 2020. Différentes interventions parlementaires y étaient également consacrées.⁴² Le rapport du Conseil fédéral⁴³ en réponse au postulat 14.3670 de la CSEC-N du 28 août 2014 «Concept pour un programme d'échanges linguistiques» donne un aperçu détaillé des travaux réalisés dans la période 2016 à 2020 par la Confédération, dont les principaux éléments peuvent être résumés ainsi:

- En 2016, la Confédération (représentée par le SEFRI, l'OFC, l'Office fédéral des assurances sociales OFAS) et les cantons (représentés par la CDIP) ont créé la FPEM. Avec la création de cette fondation commune et de son agence de promotion *Movetia*, la Confédération et les cantons ont réalisé un pas important pour une plus grande cohérence en matière d'échanges et de mobilité.
- *Movetia* soutient les projets d'échanges sur mandat de la Confédération et offre information, conseil et encadrement liés aux activités d'échanges. Dans le domaine des échanges scolaires en Suisse, *Movetia* a développé en 2017 un nouveau programme pour les classes grâce aux moyens financiers supplémentaires accordés à ce domaine dans la période 2016–2020. Ce programme a rencontré un grand succès (cf. ch. 1.4.1).
- En novembre 2017, la Confédération (le DFI et le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche) et les cantons (CDIP) ont adopté une «Stratégie échanges et mobilité»⁴⁴. L'objectif est de renforcer les échanges et la mobilité d'un point de vue quantitatif et qualitatif en vue d'atteindre des taux de participation plus élevés. La stratégie pose le cadre nécessaire pour une coopération efficace entre la Confédération, les cantons et les autres acteurs du domaine des échanges et de la mobilité.

La mise en œuvre de la stratégie «Échanges et mobilité» exige un renforcement supplémentaire du dispositif de soutien et le relèvement correspondant du fonds d'encouragement 2021–2024. Une amélioration de la disponibilité des données dans le domaine des échanges et de la mobilité est nécessaire.

Langues et cultures italienne et romanche

Ayant constaté que le statut de l'italien en Suisse était menacé, surtout dans l'enseignement, le Conseil fédéral a décidé de mettre en place, par son message culture 2016–2020, une série de mesures pour la promotion de l'italien. Un accent particulier a été porté sur le soutien de projets de promotion de la langue et de la culture italienne dans les écoles. Plusieurs projets de sensibilisation à l'italien et la création de nouveaux matériaux didactiques actuels et cohérents avec les plans d'études ont été soutenus. Un soutien a été accordé pour la création de nouveaux programmes de maturité bilingue avec l'italien (programmes des cantons de Vaud et Berne).

En avril 2017, l'Agence télégraphique suisse (ATS) lançait un service régional pour les Grisons italophones. L'ATS gère ce service sur mandat du canton des Grisons, grâce à des fonds fédéraux et cantonaux alloués pour la promotion linguistique. L'établissement du service régional remonte à des interventions parlementaires aux niveaux fédéral et cantonal.⁴⁵ Le service régional pour les Grisons italophones comprend des annonces dans les domaines politique, économique, social et culturel, annonces qui sont mises gratuitement à disposition de tous les médias italophones du canton.

Malgré les efforts menés pour préserver les langues minoritaires, le romanche et l'italien restent sous pression. Le romanche, en particulier, recule comme langue principale. Les causes sont de différente nature: faible croissance démographique dans les zones périphériques et de montagne, exode vers les vallées et les régions urbaines, arrivées d'allophones (liée en particulier à la viabilisation touristique des régions de montagne), fusions de communes par-dessus les frontières linguistiques, transformation du paysage médiatique (disparition de la presse quotidienne romanche), faible acceptation de la langue véhiculaire *Rumantsch Grischun*, etc. La question se pose de savoir comment améliorer par des mesures efficaces l'encouragement des langues et cultures italienne et romanche. C'est pourquoi la Confédération a mandaté une évaluation externe en 2018 pour vérifier l'impact de son aide financière.⁴⁶ Par cette évaluation, le Conseil fédéral répond du même coup à un postulat demandant un rapport sur la situation des deux langues minoritaires de Suisse.⁴⁷

L'évaluation révèle que la situation de l'italien diffère considérablement de celle du romanche. L'italien est certes une langue minoritaire en Suisse et aux Grisons, mais il est la langue principale du Tessin et de l'Italie; aussi n'est-il pas nécessaire de soutenir des mesures de développement de la langue (dictionnaires, grammaires, traductions), contrairement au romanche. D'autre part, les romanchophones se ressentent comme complètement bilingues. En tant que langue de tous les jours, le romanche est mis sous pression dès que le contexte est plurilingue, par exemple dans les communes bilingues, lors de communications des autorités ou d'assemblées communales.

⁴² Motion Trede Aline / Graf Maya (14.3949) «Allouer 50 millions de francs aux échanges linguistiques»; postulat Fehr Jacqueline (14.4234) «Langues nationales. Améliorer les compétences linguistiques des futurs enseignants»; motion Marchand-Balet (17.3306) «Apprentissage d'une deuxième langue nationale. Crédit pour la promotion des échanges linguistiques»; motion Bulliard (18.3632) «Renforcer l'apprentissage de langues nationales durant la formation professionnelle».

⁴³ Rapport du Conseil fédéral du 14 décembre 2018. Consultable sous: www.bak.admin.ch > Langues et société > Langues

⁴⁴ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Langues et société > Langues > Loi et Ordonnance sur les langues > Echanges scolaires

⁴⁵ Question Semadeni (14.1083) «Soutien à l'information destinée aux Grisons italophones»; mandat Albertin du 11.12.2014 au Grand Conseil grison.

⁴⁶ Rapport d'évaluation du Centre pour la démocratie (Aarau) sur mandat de l'OFC. Consultable sous: www.bak.admin.ch > Langues et société > Langues

⁴⁷ Postulat Semadeni (15.4117) «Allegra, vive le romanche et l'italien!».

En conséquence, les défis qu'affrontent les deux langues minoritaires diffèrent. Dans le cas du romanche, c'est l'existence même de la langue qui est en jeu, et les enfants et les jeunes jouent un rôle-clé dans sa transmission. Étant donné l'exode de la population vers les centres urbains, l'encouragement ne peut se limiter aux régions traditionnelles d'expression romanche. Dans le *message culture 2016–2020*, le Conseil fédéral annonçait déjà vouloir examiner des mesures pour l'encouragement du romanche en dehors du territoire où il est parlé. L'évaluation confirme le bien-fondé de cette intention.

Les médias sont un autre instrument important pour préserver les langues minoritaires. En liaison avec la cessation imminente de la parution du quotidien *La Quotidiana* à partir de 2019, la Confédération et le canton des Grisons ont lancé avec la *Lia Rumantscha* le projet *Medias rumantschas 2019*, destiné à soutenir et développer le paysage médiatique romanche. Le but du projet est de garantir un paysage médiatique varié à partir de 2020.

Pour l'italien parlé aux Grisons, le principal défi consiste à devenir une langue officielle de même rang que les autres (par exemple comme langue de travail dans l'administration ou le système de la santé). Dans la vie quotidienne hors de Suisse italienne, l'italien ne joue en revanche qu'un rôle modeste malgré son importance culturelle et économique (après l'Allemagne et les États-Unis, l'Italie est le troisième partenaire commercial de la Suisse). En transmettant des compétences culturelles et linguistiques dans les langues nationales, l'école contribue à la cohésion nationale. Troisième langue nationale, l'italien a donc aussi sa place dans l'enseignement en Suisse alémanique et romande. L'offre doit en être garantie et renforcée.

Soutien à des organisations

La Confédération soutient des organisations actives dans le domaine de la compréhension entre les communautés linguistiques et des agences de presse d'importance nationale diffusant des informations portant sur les quatre régions linguistiques. Les activités de ces organisations sont variées: publications, mesures de sensibilisation, organisation de conférences, recherche, échanges. Ces activités se recoupent déjà souvent avec des activités soutenues dans d'autres domaines de promotion de la LLC. Les potentiels de synergie ne sont pas suffisamment exploités.⁴⁸ Le défi consiste en la recherche de synergies afin de rendre les différents domaines de soutien plus cohérents et complémentaires.

Objectifs et mesures

Les objectifs de la promotion des langues et de la compréhension sont inscrits dans la LLC et demeurent valables pour la période d'encouragement 2021 à 2024. Afin de répondre aux défis mentionnés, certaines mesures en cours doivent être renforcées, respectivement réorientées, notamment dans les domaines d'encouragement suivants.

Échanges linguistiques

La stratégie «Échanges et mobilité» a pour objectif de promouvoir les échanges et la mobilité afin de toucher davantage d'élèves. La vision commune de la Confédération et des cantons implique qu'au cours de leur formation ou jusqu'à la transition vers le monde du travail, tous les jeunes prennent part au moins une fois à une activité d'échange et de mobilité de longue durée.

Pour mettre en œuvre la stratégie «Échanges et mobilité», le Conseil fédéral a l'intention de poursuivre les objectifs définis dans le *message culture 2016-2020* en cours:

- renforcer l'encouragement d'échanges individuels et de classes dans le cadre des programmes d'échanges *Movetia*;
- permettre l'élaboration d'un programme d'échanges pour les futurs enseignants et les enseignants déjà formés grâce à *Movetia*;
- permettre l'élaboration d'un programme d'échanges dans la formation professionnelle de base grâce à *Movetia*.

En parallèle, il faut développer les prestations de services de l'agence *Movetia*, notamment par la création d'une plateforme de médiation pour les participants. La Confédération établit, avec le concours des cantons, une statistique concernant les échanges et de mobilité en Suisse. À cette fin, les cantons fournissent les données correspondantes sous forme normée. La loi sur les langues sera adaptée en conséquence (cf. ch. 3.5). Ensuite, l'ordonnance sur les langues du 4 juin 2010⁴⁹ (OLang) sera adaptée pour axer plus clairement les dispositions régissant la promotion des échanges scolaires sur les objectifs de la stratégie «Échanges et mobilité».

Langues et cultures italienne et romanche

Mandatée par l'Office fédéral de la culture, l'évaluation de la promotion du romanche et de l'italien révèle que la promotion des langues minoritaires ne peut se limiter à leur région d'expression traditionnelle. Les mesures nouvelles adoptées dans le précédent message, pour l'enseignement notamment, ont fait leurs preuves. Elles doivent dès lors être reconduites. Afin d'ancrer durablement la promotion des langues minoritaires que sont l'italien et le romanche hors de leur région d'expression traditionnelle, il faut à moyen terme une adaptation de la base légale qui permettrait aussi à la Confédération un soutien direct et non plus – comme dans le libellé actuel – par l'intermédiaire des cantons des Grisons et du Tessin (art. 22 LLC). Les mesures énoncées ci-dessous sont mises en œuvre sans moyen supplémentaire par rapport à l'enveloppe financière accordée.

- *Langue et culture italienne*: Afin d'encourager les jeunes à choisir l'italien dans leur parcours scolaire, la Confédération soutient des projets culturels et de sensibilisation dans les écoles et des projets pilotes visant la création de filières bilingues avec l'italien.⁵⁰ Pendant la période 2016 à 2020, le soutien aux projets pilotes de filières bilingues s'est limité au niveau secondaire II (gymnase). Durant la période 2021 à 2024, le soutien sera maintenu et un élargissement au niveau du cycle d'orientation sera étudié.
- *Langue et culture romanche*: 1° Sur la base des besoins recensés, la Confédération soutiendra des offres d'instruction en romanche pour les enfants en âge scolaire et préscolaire habitant hors du canton des Grisons; des premiers projets pilotes seront mis en œuvre à partir de 2020 (mise sur pied, par exemple, d'une offre de cours de langue et de culture romanche sur la base de l'art. 16 let. c de la LLC). 2° La Confédération soutiendra et financera (avec le concours du canton des Grisons) la mise en œuvre du projet *Medias Rumantschas*, qui a pour but d'organiser et d'assurer des contributions journalistiques pour la population romanche et qui prévoit de transformer l'*Agentura da Novitads Rumantscha* (ANR) en une fondation *Fundaziun Medias Rumantschas* (FMR) financée par les pouvoirs publics, et dont la rédaction collaborerait étroitement avec celle de la *Radiotelevision Svizra Rumantscha* (RTR). 3° Dans le cadre de la convention de prestations conclue avec le canton des Grisons, la Confédération travaillera à une priorisation accrue des projets des organisations soutenues (notamment la *Lia Rumantscha*) et à une concentration sur le secteur de l'instruction des ressources engagées (auxiliaires d'enseignement, par exemple).

⁴⁸ Rapport d'évaluation d'Interface sàrl sur mandat de l'OFC concernant le projet «Forum» du *Forum Helveticum* de juillet 2016. Consultable sous: www.bak.admin.ch > Langues et société > Langues

⁴⁹ RS 441.11

⁵⁰ Mise en œuvre de la motion Semadeni (14.3143) «Stratégie destinée à promouvoir les écoles dispensant un enseignement dans deux langues nationales».

Afin d'exploiter les potentiels de synergies entre les différentes mesures soutenues par la LLC et de rendre les activités des organisations de compréhension complémentaires aux autres mesures, les critères de soutien seront réexaminés. Les activités des organisations devront être focalisées sur certaines tâches particulières non couvertes par les autres domaines, notamment la sensibilisation de la population au plurilinguisme et la mise en réseau des acteurs actifs dans le domaine.

2.6.3 Écoles suisses à l'étranger

Le réseau des écoles suisses à l'étranger se fonde sur la loi fédérale sur la diffusion de la formation suisse à l'étranger (loi sur les écoles suisses à l'étranger, LESE)⁵¹, entrée en vigueur en 2015. Sur cette base, la Confédération soutient 18 écoles suisses dans le monde entier, à Bangkok, Barcelone, Bergame, Bogota, Catane, Curitiba, Lima, Madrid, Milan (avec filiale à Côme), Mexico (avec filiales à Cuernavaca et Querétaro), Pékin, Rome, Santiago, São Paulo, Singapour. Les écoles suisses à l'étranger sont des écoles privées d'utilité publique, confessionnellement neutres et fréquentées par des enfants suisses, des enfants du pays hôte et des enfants d'États tiers. L'enseignement se fonde sur le *Plan d'études 21* et est plurilingue. Les écoles suisses se voient comme des lieux de rencontre entre la Suisse et le pays hôte respectif, et constituent dans ce sens une carte de visite de la culture et de la formation suisse à l'étranger.

À l'échelle mondiale, quelque 8 000 écoliers et écolières fréquentent une école suisse, dont 1 700 ressortissants helvétiques. Les aides financières de la Confédération couvrent en moyenne approximativement un quart du budget d'exploitation des écoles. Le reste est financé par les écolages que versent les parents. Les cantons de patronage assument la surveillance pédagogique et soutiennent les écoles de plusieurs manières (contributions aux infrastructures, formations continues, matériel didactique, etc.).

Contexte et défis

En révisant la loi sur les écoles suisses à l'étranger (LESE), la Confédération a réagi aux tendances actuelles d'un réseau en constante évolution. La nouvelle LESE garantit aux écoles suisses une exploitation plus souple et renforce en même temps la diffusion de la culture et de la formation suisse à l'étranger. En outre la formation professionnelle de base ainsi que la fondation de nouvelles écoles suisses peuvent être soutenues. À la mise en œuvre, les nouveaux critères d'éligibilité ont généralement fait leurs preuves.

Lors de la période d'encouragement écoulée, deux jalons ont pu être atteints:

- En 2016, le DFI a adopté une stratégie pour le développement du réseau des écoles suisses.⁵² Elle fixe les objectifs, priorités géographiques et valeurs de référence de l'encouragement fédéral: 1° étendre le réseau des écoles suisses dans les régions qui s'avèrent prioritaires pour la collaboration en matière de culture et de formation; 2° approfondir la coopération avec les écoles des pays voisins de la Suisse; 3° créer les bases d'une collaboration avec des écoles privées suisses à but lucratif.
- Au début de l'année scolaire 2017–2018 s'est ouverte à Pékin la 18^e école suisse. Les échanges culturels avec la Chine pourront donc continuer à s'approfondir. Le Conseil fédéral a reconnu provisoirement cette école jusqu'en 2020. Elle devra alors prouver qu'elle dispose entretemps d'une base solide d'élèves.

Le contexte dans lequel évoluent les écoles suisses ayant continué de changer, il se pose de nouveaux défis:

- *Engagement de personnel enseignant suisse:* Pour garantir la qualité de la formation, la loi impose aux écoles suisses que l'enseignement dispensé au jardin d'enfants et dans les branches définies dans les plans d'études suisses le soit par une majorité de personnes habilitées à enseigner en Suisse (art. 3 LESE). Or les directives des pays hôtes en matière de fiscalité et d'assurances sociales compliquent de plus en plus le recrutement d'un tel personnel. Sur le plan des conditions d'engagement, il existe fréquemment un fort différentiel entre la Suisse et le pays hôte (niveau de salaire, imposition du revenu, droit à la prévoyance, etc.). Pour assurer la pérennité des écoles suisses à l'étranger et celle d'un personnel qualifié, il faut trouver une nouvelle solution durable pour l'engagement et le statut de ce personnel enseignant suisse.
- *Fondation de nouvelles écoles suisses:* Il y a dans différents pays un intérêt pour la fondation d'une école suisse. Le législateur a souhaité expressément la possibilité d'étendre le réseau. Le soutien de la fondation et de la construction de nouvelles écoles (*cf.* art. 14, al. 2, let. e. LESE) ne peut cependant être octroyé au détriment d'écoles existantes.
- *Collaboration avec des écoles privées à but lucratif:* En plus des écoles subventionnées par l'État (essentiellement les écoles françaises et allemandes à l'étranger), des promoteurs commerciaux se pressent sur le marché. Dans plusieurs pays émergents, il s'est donc formé un marché des écoles privées en pleine expansion. À côté des écoles suisses officiellement reconnues, d'autres sont apparues qui ont un rapport avec la Suisse et signalent leur intérêt pour coopérer avec la Confédération et les cantons, devenir partie du réseau mondial des écoles suisses et proposer des diplômes reconnus en Suisse. Étant donné les bases légales en vigueur, la Confédération n'a toutefois pratiquement aucune possibilité de coopérer avec des écoles à but lucratif, car la reconnaissance officielle postule l'utilité publique des organismes responsables.

Objectifs et mesures

Le soutien éprouvé des écoles suisses reconnues dans le cadre actuel et les coopérations avec les écoles françaises et allemandes à l'étranger seront reconduits. La stratégie d'extension du réseau sert de ligne directrice lors de l'accompagnement d'autres écoles sur la voie d'une éventuelle reconnaissance officielle.

Afin de relever les défis exposés, les objectifs et mesures suivants sont prévus au cours de la période 2021 à 2024:

- *Engagement de personnel enseignant suisse:* La Confédération crée les bases requises pour offrir des conditions d'engagement attrayantes au personnel enseignant pendant un engagement à l'étranger. Elle y parvient en centralisant le détachement⁵³ d'enseignants suisses auprès d'une agence de droit public de la Confédération. Bénéficiant de rapports de travail de droit public par l'intermédiaire de l'agence, les personnes correspondantes restent, dans la plupart des cas et sous réserve de leur reconnaissance par le pays hôte, soumises au droit du travail, au droit fiscal et au droit des assurances sociales suisses, même s'ils travaillent à l'étranger et sauf s'ils ont la nationalité du pays dans lequel ils travaillent.

⁵¹ RS 418.0

⁵² Office fédéral de la culture, Développement du réseau des écoles suisses à l'étranger, Berne, 2016.

⁵³ Être détaché signifie que les salariés qui travaillent dans un État d'accueil restent soumis au droit du travail, des impôts et des assurances sociales du pays de détachement. Le statut de salarié détaché doit être reconnu tant par l'État de détachement que par celui d'accueil. La reconnaissance par l'État d'accueil postule l'existence d'un rapport de travail de droit public (avec la Confédération, un canton ou une corporation de droit public de la Confédération ou des cantons).

La façon dont sera concrètement réglé l'engagement du personnel enseignant par une agence de la Confédération dépend des conclusions d'un examen encore en cours: l'administration élabore à l'intention du Conseil fédéral un projet à soumettre en consultation concernant la nouvelle structure d'organisation et de gestion de l'agence nationale (Fondation suisse pour la promotion des échanges et de la mobilité FPPE/Movetia) qui tiendra compte des principes du gouvernement d'entreprise de la Confédération et qui pourrait ainsi porter sur la transformation de l'agence en un établissement de droit public. Il s'agira également d'examiner dans ce contexte, avec la participation du DFI, si cette organisation pourrait aussi se charger du recrutement des enseignants des écoles suisses à l'étranger. Par ailleurs, il faut s'assurer que la Suisse puisse exercer son propre droit fiscal à l'égard du personnel enseignant détaché à l'étranger. Cela requiert une base légale qui passe par l'adaptation de la loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (LHID) ainsi que la loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (LFID, RS 642.11).

- *Fondation de nouvelles écoles suisses*: Il convient d'assurer le financement de l'école suisse de Pékin, reconnue jusqu'ici pour une période limitée, ce qui nécessite un relèvement du cadre financier correspondant.
- *Collaboration avec des écoles privées à but lucratif*: Au cours de la période 2021 à 2024, la Confédération élaborera un modèle de prise en compte des écoles à caractère commercial qui présentent un lien évident avec la Suisse au sens de la LESE. Elle répondra ainsi aux développements futurs sur le marché international des écoles privées. Le modèle sera fondé sur une séparation de la reconnaissance des écoles, d'une part, et de leur subventionnement, de l'autre. Désormais les écoles à caractère commercial pourront aussi être reconnues comme faisant partie du réseau des écoles suisses, mais seules celles à caractère non lucratif pourront être soutenues par des fonds publics. L'introduction du modèle doit être prévue pour la période de financement 2025–2028.

2.6.4 Yéniches, Sinti et nomadisme

Les Yéniches et les Sinti sont une minorité nationale reconnue au sens de la convention-cadre correspondante du Conseil de l'Europe⁵⁴. La Suisse s'est engagée à soutenir les conditions générales qui permettent à ces minorités d'entretenir et de développer leur culture. Ce principe s'applique notamment au mode de vie nomade et au yéniche, reconnu comme langue minoritaire au sens de la *Charte européenne des langues régionales ou minoritaires*⁵⁵. La Confédération soutient la *Radgenossenschaft der Landstrasse* (Association des gens de la route), organisation des Yéniches et Sinti qui s'occupe de documenter leur histoire, d'entretenir le yéniche et d'aborder les questions liées au mode de vie nomade. La Confédération finance encore la fondation *Assurer l'avenir des gens du voyage suisses*, créée en 1997 pour entretenir le dialogue entre les autorités et les représentants des minorités et chercher des solutions au manque d'aires d'accueil.

À part les minorités des Yéniches et des Sinti, qui comptent quelque 35 000 personnes, il faut encore mentionner celle des Roms. La Suisse compte quelque 80 000 Roms, dont la majorité a émigré de différents pays des Balkans depuis les années 1970 et vit sédentairement.

Contexte et défis

Malgré l'engagement des organisations soutenues par la Confédération, la situation des minorités ne s'est pas améliorée substantiellement ces dernières années et décennies, en particulier en ce qui concerne le nombre d'aires d'accueil disponibles ainsi que l'acceptation sociale. Le nombre des aires disponibles recule depuis des années et ne couvre de loin pas tous les besoins des minorités nomades. La pression sur la rareté des aires d'accueil est encore accentuée par la présence de Roms et Sinti étrangers, provenant majoritairement d'Allemagne, de France et d'Italie, qui traversent la Suisse pendant les mois d'été avec leurs caravanes à la recherche de travail et s'y établissent pour quelques semaines. Le principal défi consiste donc à préserver et créer les aires de transit et de séjour requises pour le mode de vie nomade.

Pour s'attaquer à ce défi, le DFI a chargé en 2015 un groupe de travail composé de représentants de la Confédération, des cantons et des organisations des minorités d'élaborer un plan d'action qui englobe tous les aspects de la vie: aires d'accueil, formation, affaires sociales, culture. Le rapport correspondant⁵⁶ est une étude complète, qui énumère tous les sujets pertinents et les mesures appropriées; de ce point de vue, c'est un jalon pour la suite du travail.

La mise en œuvre du plan d'action est en cours et se concentre sur les mesures que la Confédération peut réaliser de sa propre compétence: 1° reconnaissance des Yéniches et Sinti suisses sous leur dénomination propre (adaptation du vocabulaire de l'administration fédérale); 2° encouragement de projets en faveur de leur langue et culture (création d'un fonds de soutien de projets à la fondation *Assurer l'avenir des gens du voyage suisses*); 3° réorganisation de cette même fondation pour lui assurer une meilleure visibilité et en renforcer le rôle d'interface entre les autorités et les minorités. En plus de cela, il ressort de ce qui a été dit plus haut les défis particuliers suivants:

- *Augmentation du nombre d'aires d'accueil*: Dans plusieurs domaines, la Confédération dépend de la coopération des cantons pour arriver à des résultats probants. Il y a en particulier une responsabilité partagée quant aux aires d'accueil, les cantons étant en principe compétents pour la création d'aires de transit et de séjour, alors que la création d'aires de transit pour les Roms étrangers de passage en Suisse nécessite des solutions suprarégionales.
- *Abandon de la notion de «gens du voyage»*: Jusqu'à il y a peu, on utilisait la notion générale de «gens du voyage» pour tous les membres des minorités des Yéniches, des Sinti et des Roms, qu'ils fussent sédentaires ou nomades. Entre-temps l'usage a changé. Les minorités veulent être plus être désignées par «gens du voyage», mais par leurs dénominations propres, «Sinti», «Yéniches», «Roms».

Objectifs et mesures

Le soutien d'organisations et de projets (culture, langue, sensibilisation des groupes sociaux majoritaires) a fait ses preuves. La Confédération poursuivra ces mesures d'encouragement dans le cadre pratiqué jusqu'ici. Pour la période d'encouragement 2021 à 2024 sont à prévoir en outre les objectifs et mesures suivants:

- *Augmentation du nombre d'aires d'accueil*: Même si tous les Yéniches et Sinti ne voyagent pas en caravane, leur identité se base sur le nomadisme. Pour préserver ce pilier essentiel des points de vue culturel et économique, il faut améliorer durablement la situation des places d'accueil. Pour cela, il faut d'une part des initiatives supplémentaires de sensibilisation des autorités et du grand public. Les principaux partenaires de la Confédération sont ici la fondation *Assurer l'avenir des gens du voyage suisses* et la *Radgenossenschaft der Landstrasse* (Association des gens de la route).

Il est indubitable que pour augmenter le nombre des aires d'accueil, il faudra aussi des efforts accrus de la part des cantons et des incitations correspondantes de la Confédération. Dans la ligne de son plan d'action, la Confédération s'engagera d'une part en faveur d'une offre plus large d'aires de transit pour les Roms étrangers et mettra à disposition les terrains et moyens financiers requis.

⁵⁴ RS 0.441.1

⁵⁵ RS 0.441.2

⁵⁶ Consultable sous: www.bak.admin.ch > Langues et société > Yéniches et Manouches > Plan d'action

L'élaboration d'un modèle selon l'art. 13 de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (LAT)⁵⁷ et la mise en œuvre de celui-ci constitueront une priorité du travail des années à venir. D'autre part la Confédération soutiendra par des incitations financières les cantons occupés à créer des aires d'accueil plus petites pour les Yéniches et les Sinti.

- *Abandon de la notion de «gens du voyage»*: Les minorités qui demandent d'être désignées par leur propre dénomination seront entendues. À cet effet, il faudra adapter le libellé de l'art. 17 LEC (*cf.* ch. 3.1).

3 Commentaire des modifications législatives

3.1 Loi sur l'encouragement de la culture

Art. 1, let. a, ch. 1

Le patrimoine culturel immatériel (par exemple la musique, la danse, les coutumes, les fêtes ou les techniques artisanales traditionnelles) est une composante importante de notre patrimoine culturel. En témoignent notamment la «Liste des traditions vivantes en Suisse» (*cf.* ch. 2.6.1) et les trois éléments suisses inscrits dans la «Liste représentative du patrimoine culturel immatériel de l'humanité» de l'UNESCO (la Fête des Vignerons de Vevey, le Carnaval de Bâle, la gestion du danger d'avalanches). Malgré son importance considérable, le patrimoine culturel immatériel ne fait pour l'instant l'objet d'aucune mention dans la LEC. Le patrimoine culturel immatériel sera désormais expressément inscrit à l'art. 1 LEC.

Art. 12, al. 4

L'art. 67a Cst. prévoit que la Confédération et les cantons encouragent la formation musicale, en particulier des enfants et des jeunes (al. 1). La Confédération est en outre tenue de fixer les principes applicables à l'accès des jeunes à la pratique musicale et à l'encouragement des talents musicaux (al. 3). L'introduction du programme «Jeunesse et musique» pendant la période d'encouragement 2016 à 2020 a été une première étape, axée sur l'encouragement de l'accès à la musique, en vue de la mise en œuvre de la disposition constitutionnelle. La Confédération doit maintenant prévoir des mesures spécifiques pour les talents musicaux (*cf.* ch. 2.6.1). Le champ d'application de l'actuel art. 12 LEC ayant une portée relativement limitée, l'encouragement des talents sera désormais expressément mentionné dans l'art. 12, al. 4, LEC.

Art. 17 Yéniches, Manouches et mode de vie nomade

La teneur de l'actuel art. 17 LEC est la suivante: «La Confédération peut prendre des mesures pour permettre aux gens du voyage de mener la vie qui correspond à leur culture.» Dans le cadre du plan d'action «Yéniches, Manouches, Roms», la Confédération a annoncé vouloir renoncer à l'avenir à l'emploi du terme «gens du voyage», jugé discriminatoire. Pour cette raison, l'art. 17 LEC doit être adapté. L'intitulé et la disposition doivent mentionner explicitement dans quel domaine la Confédération intervient. D'abord, elle peut promouvoir la culture des minorités suisses Yéniches et Sinti officiellement reconnues comme telles par le Conseil fédéral. Elle peut aussi prendre des mesures en vue de permettre le mode de vie nomade, sans tenir compte de la nationalité ou de l'ethnie des minorités concernées. En effet, les besoins des communautés nomades suisses (principalement Yéniches et plus rarement Sinti) et étrangères (principalement Roms) doivent pouvoir être pris en compte.

Art. 18

La Confédération cessera de verser une indemnité pour la culture à la ville de Berne en 2021 (*cf.* ch. 4.1.2). La disposition de la LEC y relative sera par conséquent supprimée.

3.2 Loi sur le cinéma

Art. 8 Encouragement du cinéma

Dans le domaine de l'exploitation de films, il faut apporter dans la LCin une précision relative à la diversité de l'offre.

Art. 10 Conventions de prestations

Les institutions qui reçoivent des subventions pour des tâches d'intérêt public qu'elles accomplissent de manière régulière reçoivent des contributions d'exploitation fixées dans des conventions de prestations pluriannuelles. La plupart de ces institutions sont des fondations d'utilité publique ou des associations. Les éventuels excédents peuvent donc être mis de côté pour un usage futur de même nature. Tel n'est pas le cas pour les entreprises à but lucratif et les institutions qui appartiennent à de telles entreprises. Les entreprises et les institutions à but lucratif ne sont donc plus éligibles aux contributions d'exploitation. Elles peuvent en revanche continuer à bénéficier de contributions à des projets.

Art. 15, al. 2

La portée de la disposition sur les recettes en vigueur est élargie afin de prendre en compte l'extension de l'obligation de réinvestissement aux fournisseurs de films en ligne (art. 24b). Il est en outre précisé que les recettes peuvent être affectées à l'encouragement du cinéma (let. a) et au contrôle ou à la perception des dépenses liés aux tâches (biens et services, personnel, informatique, etc.) (let. b et c). Ces deux solutions sont comprises comme des taxes d'incitation et de remplacement. Elles laissent les acteurs privés libres de soutenir, par leur politique d'entreprise, la création cinématographique suisse ou de payer une taxe (selon l'art. 21 de la LCin). L'objectif de ces taxes n'est pas de générer des recettes au profit de la Confédération mais d'inciter les acteurs à investir dans la création cinématographique suisse. La possibilité de la perception d'une taxe découle de l'art. 71 (Cinéma) de la Constitution fédérale.

Art. 19a Accès au patrimoine cinématographique

La nouvelle disposition vise à rendre les films financés par des fonds publics accessibles au public une fois leur exploitation commerciale terminée. Les films dont la réalisation est promue par la Confédération déposés à la Cinémathèque. Depuis 2003, ces films sont soumis à une obligation de dépôt. Le premier paragraphe de l'art. 19a de la LCin ne met à jour que les pratiques de longue durée. Le paragraphe 2 ancre de

façon nouvelle le principe selon lequel les films financés doivent être à la disposition du public. En principe, l'exploitation commerciale d'un film est terminée au plus tard cinq ans après sa sortie. Si, à l'avenir, la Confédération venait à allouer une contribution substantielle pour la réalisation de films, celle-ci serait assortie, outre l'obligation de dépôt, d'une condition supplémentaire: la Confédération devrait pouvoir mettre les films à la disposition de la population (licence non exclusive pour utilisation à des fins non commerciales) une fois leur exploitation commerciale terminée. Ces films ne pourraient ainsi être mis à la disposition du public avant 2026. Pendant la période d'encouragement 2021 à 2024, il faudra clarifier certains points les détenteurs des droits des films et les partenaires de soutien de l'OFC (la SRG SSR notamment) – et, en particulier, les différentes possibilités de conversion et de rémunération en vue de la mise à la disposition du public. Pour les autres films déposés à la Cinémathèque – dont ceux qui n'ont pas été soutenus par la Confédération ou qui l'ont été avant 2003 –, des clarifications doivent avoir lieu durant la législature à venir afin de savoir si ces films doivent être rendus plus largement accessibles et, si oui, par quels moyens. L'accès complet au patrimoine cinématographique suisse n'est possible que si ces points sont clarifiés lors de la discussion.

Art. 24 al. 1, 3bis et 5

L'obligation de communiquer pour les entreprises actives dans le domaine du cinéma est adaptée: 1) pour les entreprises de production, elle n'a jamais été appliquée et doit de ce fait être levée; 2) pour les entreprises qui exploitent des films en dehors des salles de cinéma, elle sera désormais traitée dans le nouveau chapitre 3a; 3) l'obligation de communiquer pour les films vendus sur support physique est abandonnée, car les ventes sont en forte baisse et l'ajustement des données représente un trop gros investissement par rapport à l'importance des ventes, ce en raison notamment des structures de vente (communications multiples des données et grand nombre de très petits détaillants).

Chapitre 3a: Dispositions visant à promouvoir la diversité de l'offre cinématographique hors des cinémas

Le chapitre 3 de la LCin porte d'une part sur les obligations imposées aux cinémas et aux entreprises de distribution pour protéger la diversité de l'offre et d'autre part sur l'obligation d'annoncer les films pour les besoins statistiques. Un nouveau chapitre 3a est créé, qui définit les obligations visant à protéger la diversité de l'offre de films proposés en Suisse par voie électronique. Y figurent l'obligation d'affecter une part de la programmation à des films européens (quotas européens), l'obligation de consacrer une part des recettes brutes au cinéma indépendant suisse et l'obligation d'annoncer les visionnements payants de films.

Les diffuseurs de télévision nationaux sont aujourd'hui déjà tenus de réserver la majeure partie de leur temps d'émission à des œuvres européennes. Cette réglementation s'inscrit dans les engagements internationaux pris par la Suisse (cf. Convention européenne sur la télévision transfrontière CETT⁵⁸), qui sont mis en œuvre de manière différenciée dans la loi sur la radio et la télévision (LRTV). Une obligation analogue sera inscrite dans la LCin (art. 24a) pour les entreprises qui proposent des services non linéaires (films à la demande ou par abonnement). Dans plusieurs pays européens, des obligations similaires ou semblables sont déjà imposées aux diffuseurs de télévision et aux diffuseurs de films en ligne. La réglementation proposée est de nature à favoriser une diversification aussi grande que possible de l'offre. Elle est en outre conforme à la directive européenne sur les services de médias audiovisuels (SMA), laquelle n'est toutefois pas contraignante pour la Suisse. En vigueur depuis 2016, la disposition qui impose aux fournisseurs de films en ligne d'annoncer à des fins statistiques le nombre de films payants visionnés annuellement a été déplacée dans le nouveau chapitre 3a (art. 24i).

Les contrôles visant à s'assurer que les fournisseurs de films en ligne respectent les obligations destinées à protéger la diversité de l'offre (quotas européens, prise en compte de la création cinématographique suisse, obligation d'annoncer les visionnements payés) s'effectuent sur la base d'un registre dans lequel sont tenues de s'inscrire toutes les entreprises qui proposent des films par voie électronique. Un tel registre public existe déjà pour les cinémas et les entreprises de distribution (cf. registre des cinémas et registre des distributeurs à l'art. 23). C'est à l'OFCOM qu'il incombera, comme actuellement, de surveiller que les obligations en matière d'encouragement du cinéma imposées aux diffuseurs de télévision dans la LRTV sont respectées.

Art. 24a Diversité de l'offre cinématographique

L'art. 24a oblige les diffuseurs de films en ligne à faire figurer 30 % de films européens dans leur catalogue de programmation. Cela correspond au seuil prévu dans la directive SMA (al. 1) de l'UE. L'obligation concerne les entreprises qui choisissent les films qu'elles proposent à la demande et qui assument donc une responsabilité rédactionnelle pour leur offre; ne sont donc pas concernées les plateformes (dites «de partage vidéo») qui mettent à disposition uniquement des contenus générés par les utilisateurs. Les entreprises ayant leur siège à l'étranger sont elles aussi soumises à cette obligation (al. 2). Les entreprises ayant leur siège dans un pays voisin sont de toute manière soumises aux dispositions de la directive SMA. Selon le principe du pays d'origine, la surveillance incombe aux autorités de l'État où l'entreprise a son siège. Pour ce qui est des entreprises installées hors de l'Europe, les possibilités de contrôle risquent par contre d'être limitées et il pourrait être difficile d'exercer une surveillance depuis la Suisse. Cela dit, les expériences faites depuis l'introduction en 2016 de l'obligation d'annoncer les visionnements payants montrent que les entreprises étrangères sont très intéressées à respecter la législation des pays auxquels leur offre est destinée.

Il est prévu d'exempter de cette obligation les entreprises à faible chiffre d'affaires (al. 3). Comme pour l'actuelle loi sur la radio et la télévision, les exemptions seront définies par voie d'ordonnance (chiffre d'affaires de 1 million de francs, 12 films de fiction, d'animation ou documentaires par an).

Art. 24b Prise en compte de la cinématographie suisse

L'al. 1 élargit le champ d'application de l'obligation de réinvestissement, à laquelle sont déjà astreints les diffuseurs de télévision nationaux et de programmes destinés aux régions linguistiques, conformément à l'art. 7, al. 2, LRTV. Désormais, les entreprises qui proposent des films par le biais de services électroniques à la demande seront elles aussi soumises à cette obligation. Il est prévu, au niveau de l'ordonnance, d'exempter de l'obligation d'investissement les entreprises qui ont un faible chiffre d'affaires ou qui ne diffusent qu'un nombre limité de films (jusqu'à 12 films de fiction, d'animation ou documentaires par année), comme c'est actuellement le cas dans l'ordonnance sur la radio et la télévision (ORTV) (cf. art. 24e al. 2). Pour des raisons de proportionnalité, d'autres exemptions sont à prévoir. Elles devront elles aussi être concrétisées dans l'ordonnance. Le critère permettant de déterminer si une entreprise est soumise à l'obligation ou non n'est pas sa nationalité, mais son public-cible. L'obligation vaut aussi pour les entreprises étrangères, pour autant que leur offre s'adresse expressément au public suisse (al. 2). La réglementation proposée vise à garantir l'égalité des chances pour les fournisseurs de films suisses et étrangers. Elle est donc plus stricte que la réglementation relative aux fenêtres publicitaires étrangères à la télévision, qui, dans la pratique, ne sont pas soumises à l'obligation de promouvoir des films suisses en vertu de la LRTV.

Art. 24c Dépenses imputables

Les dépenses imputables pour la production cinématographique suisse sont décrites de manière détaillée afin de garantir la sécurité juridique aux entreprises concernées. Sont considérés comme des productions cinématographiques suisses les films suisses au sens de l'art. 2, al. 2, L Cin et les coproductions internationales reconnues officiellement par la Suisse et les autorités des pays concernés. Sont imputables les acquisitions de droits d'exploitation numérique effectuées dans le but de proposer des productions indépendantes suisses et des coproductions officielles. L'obligation d'investir dans la création cinématographique indépendante inclut la production de films de commande, pour autant que les mandataires et les cinéastes impliqués soient indépendants du mandant. Contrairement à la pratique en vigueur pour les diffuseurs de télévision, les prestations en nature (en particulier les prestations publicitaires gratuites) sont exclues. Dans la mesure où les fournisseurs de films soumis à l'obligation d'investissement sont éligibles à des subventions à la culture et au cinéma, les dépenses imputées doivent être réduites à hauteur du montant de la subvention.

Art. 24d Recettes brutes

Cette disposition décrit les bases de calcul de l'obligation d'investissement (al. 1). Pour les entreprises ayant leur siège à l'étranger et qui s'adressent au public suisse, c'est le chiffre d'affaires réalisé en Suisse qui est déterminant (al. 2). Il faut donc distinguer le chiffre d'affaires généré en Suisse du chiffre d'affaires total des entreprises ayant leur siège à l'étranger. Les entreprises qui ont leur siège à l'étranger doivent, tout comme les entreprises suisses, déclarer leurs recettes brutes réalisées en Suisse (art. 24h, al. 1).

Art. 24e Taxe de remplacement

Les modalités et la procédure relatives à la taxe de remplacement sont à régler au niveau de l'ordonnance (al. 1). La loi prévoit déjà certaines exonérations de la taxe de remplacement (al. 2). L'ordonnance devra également contenir des dispositions relatives aux films à prendre en considération: ne doivent être considérés comme «films» que les films de fiction, d'animation et documentaires qui pourraient être projetés au cinéma. Selon la pratique actuelle, les séries, les sitcoms, les soaps et les émissions de télé réalité, de même que les reportages et les émissions d'information traitant de sujets d'actualité ne sont pas considérés comme des «films» entraînant l'obligation d'investir dans la production cinématographique suisse. Par conséquent, les coûts de production de ces films ou les coûts d'acquisition des droits ne sont pas non plus imputables, même s'il s'agit de productions indépendantes. Afin d'éviter des cas de rigueur pour les entreprises plus petites, mais non exemptées de l'obligation, le Conseil fédéral peut, par voie d'ordonnance, ramener à 2 % la part qui doit être consacrée à la production cinématographique suisse (al. 2).

Art. 24f Assistance administrative

Les fournisseurs de films en ligne soumis à l'obligation doivent déclarer leurs recettes brutes et leurs dépenses imputables à l'OFC (art. 24h). Si les entreprises ne respectent pas leur obligation de remettre des rapports, d'autres autorités suisses doivent être en mesure de fournir une assistance administrative. L'Administration fédérale des contributions (AFC) dispose par exemple d'informations sur les recettes réalisées en Suisse par les entreprises. Elle peut, dans certains cas, être autorisée à transmettre ces informations à l'OFC (art. 74, al. 2, let. b, loi sur la TVA).

Art. 24g Enregistrement obligatoire

Comme c'est déjà le cas pour les cinémas et les entreprises de distribution, l'enregistrement est un préalable à toute activité visant à vérifier que les exigences relatives à la diversité de l'offre cinématographique et à l'obligation d'annoncer sont respectées. Le caractère public du registre est aussi garant d'une certaine transparence. Les entreprises dont le chiffre d'affaires n'est pas assez élevé pour qu'elles soient soumises à l'obligation de prendre en compte le cinéma suisse doivent elles aussi s'enregistrer.

Art. 24h Rapports

Les données que doivent fournir les entreprises servent à contrôler le respect des exigences relatives à la diversité de l'offre cinématographique (pourcentage de films européens et prise en compte du cinéma suisse).

Art. 24i Obligation d'annoncer

Depuis l'entrée en vigueur de la L Cin, les entrées de cinéma payantes sont recensées dans la statistique du film et du cinéma (art. 24). Depuis 2016, la statistique recense également le nombre de films visionnés par le biais de services électroniques; l'obligation d'annoncer est reprise de l'actuel art. 24, al. 3^{bis}. Ces données sont regroupées par film puis publiées par l'OFS (al. 2). L'OFC utilise ces données pour évaluer la diversité de l'offre et pour calculer les bonifications de l'aide liée au succès.

Art. 27 et 28

Les dispositions pénales des art. 27 et 28 sont adaptées en fonction des nouvelles obligations (obligation d'enregistrer et obligation d'annoncer et de remettre des rapports pour les fournisseurs de films en ligne).

Art. 33 let. f

L'existence d'aires linguistiques communes fait que l'offre de médias disponibles en Suisse est de plus en plus faite pour dépasser les frontières. Le constat est le même au niveau de l'utilisation, les films étant coproduits par plusieurs pays. Cela nécessite des instruments de coordination et un échange d'informations entre les autorités concernées. La compétence du Conseil fédéral de signer des traités internationaux dans le domaine du cinéma devrait donc être étendue afin de pouvoir renforcer les conditions-cadres favorisant la compétitivité de la place audiovisuelle suisse.

3.3 Loi sur la Bibliothèque nationale

Art. 14

La Commission de la Bibliothèque nationale suisse a essentiellement pour mandat, conformément à l'art. 14 LBNS, de suivre le développement de la bibliothéconomie. «Bibliosuisse» est la nouvelle association faitière nationale des bibliothèques de Suisse. Dorénavant, les questions primordiales concernant la bibliothéconomie seront discutées au sein de cette nouvelle association. C'est pourquoi la Commission de la Bibliothèque nationale pourra être dissoute en 2021.

3.4 Loi sur les langues

Art. 25 Rapport et statistiques

Le pilotage de la promotion des échanges et de la mobilité en Suisse nécessite des données fiables sur les projets d'échanges soutenus par la Confédération dans le cadre de la loi sur les langues et sur les activités soutenues par les cantons. Pour cela, la participation des cantons est indispensable. La modification apportée à l'art. 25 permettra de garantir cette participation. Le projet de révision totale de la loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation (LCMIF) mis en consultation comprend une disposition similaire à propos des relevés statistiques concernant les échanges et la mobilité au niveau international.

4 Mesures et finances

Remarque préliminaire: Les plafonds de dépenses et les crédits sont arrondis à la centaine de milliers de francs dans le présent chapitre et dans les projets d'arrêtés de financement. Cela peut parfois donner l'impression que les montants additionnés sont erronés.

4.1 Office fédéral de la culture

4.1.1 Remarques préliminaires

Les ressources financières demandées pour le domaine d'activité de l'OFC ont été calculées en se basant en grande partie sur un principe de continuité par rapport au message culture 2016-2020 (pour les détails, voir ch. 4.5). Les cinq plafonds de dépenses existant jusqu'à présent et le nouveau crédit-cadre Culture du bâti ont été majorés en tenant compte d'un renchérissement annuel de 1 %. Cette majoration sera ajustée au renchérissement réel; les ressources prévues pourront donc être augmentées ou réduites en fonction de ce paramètre. En outre, des mesures supplémentaires ayant des incidences financières sont prévues dans certains domaines d'activité de l'OFC. Quant à leur substance, ces mesures ont été décrites au chapitre 2; on présentera ci-dessous leurs conséquences financières.

Jusqu'à présent, la Fondation SAPA a été soutenue financièrement communément par le SEFRI et l'OFC. Dès 2021, la SAPA ne sera, au niveau fédéral, soutenu que par l'OFC. Les moyens engagés jusque-là pour le SEFRI seront transférés à l'OFC.

Certains changements touchant à des aspects budgétaires ne font pas l'objet du message culture, puisqu'ils concernent le domaine propre de l'OFC: acquisition des prestations externes nécessaires à la mise en œuvre de certaines mesures. Une fois que les priorités auront été définies en fonction des crédits disponibles, ces acquisitions seront compensées dans le domaine propre de l'OFC.

4.1.2 Plafond de dépenses pour les aides financières de l'OFC en vertu de la loi sur l'encouragement de la culture

Toutes les activités déployées par l'OFC en vertu de la LEC sont financées dans le cadre du plafond de dépenses LEC. Pour la période 2021 à 2024, un renchérissement annuel de 1 % est prévu pour tous les domaines d'activité relevant du plafond de dépenses LEC. Aucun autre ajustement ayant des incidences sur le plan financier de la Confédération n'est prévu pour la période 2021 à 2024, à l'exception des mesures suivantes:

- *Musées, collections et réseaux de tiers:* Dans ce domaine d'activité, on procédera à un transfert partiel des aides financières dans le secteur des réseaux, qui n'aura pas d'incidence sur le budget (première contribution octroyée à «Bibliosuisse» et augmentation de la contribution à la Fondation suisse pour la photographie). Le crédit comprend le transfert de moyens du SEFRI vers l'OFC d'environ 450 000 francs par année en vue du soutien de la Fondation SAPA.
- *Formation musicale:* Dans le domaine d'activité «Formation musicale», l'OFC demande des ressources supplémentaires de 2,1 millions de francs par an en moyenne. Ces fonds doivent permettre en premier lieu de continuer à répondre à la forte demande de camps et de cours de musique destinés aux enfants et aux jeunes dans le cadre du programme «Jeunesse et musique». D'autre part, ils doivent répondre au besoin de développer un encouragement spécifique des jeunes talents (*cf.* ch. 2.6.1). Le programme «Jeunesse et musique» étant introduit progressivement par étapes, il est prévu de développer ce crédit de manière échelonnée.
- *Yéniches, Manouches et mode de vie nomade:* L'amélioration des conditions de vie des minorités nomades de Suisse passe par la création de nouvelles aires d'accueil, qui doivent être cofinancées par la Confédération. Pour la période 2021 à 2024, cette tâche nécessitera en moyenne 625 000 francs par année (*cf.* ch. 2.6.4).
- *Projets et manifestations:* Les fonds destinés à l'encouragement de projets en faveur du patrimoine culturel immatériel (*cf.* ch. 2.6.1) seront augmentés, par le biais de transferts au sein du crédit concerné.
- *Indemnité versée à la ville de Berne pour la culture:* La ville de Berne est depuis 1848 siège de l'Assemblée fédérale, du Conseil fédéral, des départements et de la Chancellerie fédérale. Depuis les années 1970, la Confédération la soutient financièrement pour les prestations culturelles particulières qu'elle fournit en tant que «ville fédérale». Cette aide financière s'élève actuellement à près d'un million de francs par an, ce qui correspond à quelque 3 % des dépenses culturelles de la ville de Berne. Dès 2021, la ville de Berne cessera de recevoir cette indemnité et la base légale sera abrogée (*cf.* ch. 3.1). Il n'est pas évident que, tout compte fait, son statut de ville fédérale cause à Berne un préjudice financier. Un groupe de travail tripartite (formé de représentants de la Confédération, du canton de Berne et de la ville de Berne) est déjà arrivé à cette conclusion il y a un certain nombre d'années⁵⁹. Le Contrôle fédéral des finances (CDF) est arrivé au même constat en 2019. Dans ces circonstances, la reconduite du versement d'indemnités à la ville de Berne pour la culture ne se justifie pas.

⁵⁹ Rapport du groupe de travail «Statut de ville fédérale» du 19 août 2003, pp. 6 ss.

Tableau synoptique

des aides financières allouées en vertu des art. 9a, 10, 12 à 15, 16, al. 1 et 2, let. a, et art. 17 LEC
(arrondies en millions de francs)

	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Prix, distinctions, acquisitions	(3,2)	3,2	3,2	3,3	3,3	12,9
Promotion de la littérature (maisons d'édition)	(1,8)	1,8	1,9	1,9	1,9	7,5
Musées, collections et réseaux de tiers	(13,3) _s	13,5	13,6	13,7	13,9	54,7
Participation culturelle (encouragement de projets)	(1,0)	1,0	1,0	1,0	1,0	4,0
Formation musicale	(4,2)	4,4	5,8	7,0	8,4	25,6
Promotion de la lecture	(4,5)	4,5	4,6	4,7	4,7	18,5
Yéniches et Manouches	(0,7)	0,7	1,2	1,8	1,8	5,5
Organisations culturelles	(3,3)	3,3	3,3	3,4	3,4	13,4
Manifestations et projets	(1,0)	1,0	1,1	1,3	1,3	4,6
Indemnité versée à la ville de Berne pour la culture	(1,0)	0	0	0	0	0
Plafond de dépenses LEC	(34,1)	33,4	35,7	38,0	39,6	146,7

4.1.3 Plafond de dépenses pour le cinéma

Toutes les activités déployées par l'OFC en vertu de la LCin sont financées dans le cadre du plafond de dépenses Cinéma. Comme jusqu'ici, les mesures compensatoires suppléant au programme d'encouragement «MEDIA» de l'UE ne sont pas comprises dans le plafond de dépenses Cinéma, de même que les contributions au fonds d'encouragement «Eurimages» du Conseil de l'Europe, d'un montant annuel de 0,7 million de francs.

Pour la période 2021 à 2024, un renchérissement annuel de 1 % est prévu pour tous les domaines d'activité relevant du plafond de dépenses Cinéma. Aucun autre ajustement ayant des incidences sur le plan financier de la Confédération n'est prévu pour la période 2021 à 2024.

La politique cinématographique de la Confédération est axée sur deux domaines d'intervention prioritaires fixés par la loi: l'encouragement de la création cinématographique et la promotion de la culture cinématographique (cf. ch. 2.3.6.1 s). La structure des crédits présentée ci-dessous se base sur ces deux grands domaines d'intervention. L'aide financière octroyée à la Cinémathèque suisse (cf. ch. 2.3.6.3) est comptabilisée à part, au sein du même plafond de dépenses.

Tableau synoptique

des aides financières allouées en vertu des art. 3 à 6 LCin
(arrondies en millions de francs)

	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Encouragement de la création cinématographique	(32,1)	32,4	32,7	33,1	33,4	131,6
Culture cinématographique	(9,9)	10,0	10,1	10,2	10,3	40,8
Cinémathèque suisse	(9,5)	9,6	9,7	9,8	9,9	39,1
Plafond de dépenses LCin	(51,5)	52,1	52,6	53,1	53,6	211,4

4.1.4 Plafond de dépenses pour les aides financières de l'OFC en vertu de la loi sur le transfert des biens culturels

Toutes les activités d'encouragement déployées par l'OFC en vertu de la LTBC sont financées dans le cadre du plafond de dépenses Transfert des biens culturels (cf. ch. 2.4.2.5). Elles s'adressent à des projets visant à protéger et conserver des biens culturels particulièrement menacés et à des projets d'organisations internationales spécialisées dans la protection des biens culturels (p. ex. UNESCO, ICCROM, Conseil international des musées – ICOM). Pour la période 2021 à 2024, un renchérissement annuel de 1 % est prévu pour toutes les activités relevant du plafond de dépenses LTBC. Aucun autre ajustement ayant des incidences sur le plan financier de la Confédération n'est prévu pour la période 2021 à 2024.

Tableau synoptique

des aides financières allouées en vertu de l'art. 14 LTBC
(arrondies en millions de francs)

	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Plafond de dépenses Transfert des biens culturels	(0,8)	0,8	0,8	0,8	0,8	3,1

4.1.5 Crédit-cadre Culture du bâti

Les aides financières destinées à la conservation des objets dignes de protection (monuments historiques) et aux interventions archéologiques ainsi que celles affectées au soutien des organisations, des projets de recherche, de la formation et des relations publiques en vertu des art. 13, 14 et 14a LPN sont financées par le crédit-cadre Culture du bâti. Pour la période 2021 à 2024, un renchérissement annuel de 1 % est prévu pour

ces aides financières. L'OFC sollicite des ressources supplémentaires s'élevant à 800 000 francs en moyenne annuelle pour la mise en œuvre des nouvelles mesures de l'office dans le cadre de la stratégie interdépartementale de la culture du bâti. Aucun autre ajustement ayant des incidences sur le plan financier de la Confédération n'est prévu pour la période 2021 à 2024.

Tableau synoptique

des aides financières allouées en vertu des art. 13, 14 et 14a LPN
(arrondies en millions de francs)

	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Conservation d'objets à protéger, archéologie	(20,6)	20,9	21,1	21,3	21,5	84,8
Organisations, recherche, formation et relations publiques	(4,3)	4,3	4,8	5,4	6,0	20,5
Crédit-cadre Culture du bâti	(24,9)	25,2	25,9	26,7	27,5	105,3

4.1.6 Plafond de dépenses pour la politique des langues et de la compréhension

Toutes les activités déployées par l'OFC en vertu de la LLC sont financées dans le cadre du plafond de dépenses Politique des langues et de la compréhension. Pour la période 2021 à 2024, un renchérissement annuel de 1 % est prévu pour tous les domaines d'activité relevant du plafond de dépenses LLC. Aucun autre ajustement ayant des incidences sur le plan financier de la Confédération n'est prévu pour la période 2021 à 2024, à l'exception de la mesure suivante:

Dans le domaine d'activité «Mesures en faveur de la compréhension», l'OFC demande des ressources supplémentaires de 2,5 millions de francs par an en moyenne. Ces fonds sont nécessaires à la mise en œuvre de la stratégie «Échanges et mobilité» adoptée par la Confédération et les cantons en novembre 2017 (cf. ch. 2.6.2). Ils doivent permettre d'encourager financièrement les projets d'échanges de l'agence *Movetia* à l'intérieur du pays, notamment les échanges scolaires (individuels ou par classes) et les échanges d'enseignants. Ces programmes étant introduits progressivement par étapes, il est prévu de développer le crédit de manière échelonnée.

Tableau synoptique

des aides financières allouées en vertu des art. 14 à 22 LLC
(arrondies en millions de francs)

	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Promotion de la culture et de la langue au Tessin	(2,5)	2,5	2,5	2,5	2,6	10,1
Promotion de la culture et de la langue aux Grisons	(5,3)	5,4	5,4	5,5	5,5	21,8
Mesures favorisant la compréhension	(6,7)	7,3	8,4	9,9	12,0	37,6
Plafond de dépenses Politique des langues et de la compréhension	(14,5)	15,2	16,3	18,0	20,1	69,6

4.1.7 Plafond de dépenses pour les écoles suisses à l'étranger

Toutes les activités déployées par l'OFC en vertu de la LESE sont financées dans le cadre du plafond de dépenses pour les écoles suisses à l'étranger. Pour la période 2021 à 2024, un renchérissement annuel de 1 % est prévu pour tous les domaines d'activité relevant du plafond de dépenses LESE. En outre, l'OFC sollicite une élévation du plafond de dépenses de 0,7 million de francs en moyenne annuelle afin de financer les mesures suivantes:

- *École suisse de Pékin*: L'école suisse de Pékin, jusqu'ici reconnue provisoirement, devrait être reconnue définitivement, ce qui entraînera une augmentation du plafond de dépenses annuel de 0,5 million de francs (cf. ch. 2.6.3).
- *Recrutement d'enseignants suisses*: L'OFC demande des ressources supplémentaires de 0,2 million de francs en moyenne annuelle afin de financer le fonctionnement d'un établissement de droit public ayant pour vocation de recruter et d'engager des enseignants suisses pour le compte des écoles suisses à l'étranger (cf. ch. 2.6.3).

Tableau synoptique

des aides financières allouées en vertu des art. 10 et 14 LESE
(arrondies en millions de francs)

	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Plafond de dépenses Écoles suisses à l'étranger	(21,4)	22,1	22,5	22,8	23,0	90,4

4.2

Pro Helvetia

4.2.1

Priorités nécessitant des ressources supplémentaires pour le crédit-cadre 2021–2024

Les activités déployées par Pro Helvetia en vertu de la LEC sont financées par le crédit-cadre Pro Helvetia. Les prestations de Pro Helvetia reposent sur des principes de gouvernance d'entreprise et de responsabilité du résultat; en outre, elles sont soumises à des processus internes de contrôle et de pilotage appropriés.

Les ressources financières demandées pour le domaine d'activité de Pro Helvetia ont été calculées en se basant en grande partie sur un principe de continuité par rapport au message culture 2016–2020. En outre, des mesures supplémentaires ayant des incidences financières sont prévues dans certains domaines d'activité. Quant à leur substance, ces mesures ont déjà été décrites au chapitre 2; elles seront encore commentées ci-dessous.

L'accomplissement des nouvelles tâches définies par le message culture 2016–2020 et de celles prévues par le message culture 2021–2024 nécessitent à moyen terme des mesures de politique du personnel entraînant une hausse des coûts de personnel: de 10,6 millions de francs en 2021, ils passeront à 11,0 millions de francs en 2024, renchérissement inclus, ce qui correspond à une augmentation moyenne de 1,5 % par an. Au total, les coûts de personnel prévus pour la période 2021 à 2024 sont de 43,2 millions de francs. Les charges de fonctionnement et les charges d'exploitation s'élèvent à 2,4 millions de francs pour 2021. Pour tenir compte du renchérissement prévisible, un budget de 2,5 millions a été prévu pour ce poste en 2024, ce qui représente une hausse moyenne de 1,4 % par an. Ces chiffres se basent sur une évaluation réalisée au début de 2019. Les besoins supplémentaires résultent principalement de l'augmentation des charges de loyer liée à la rénovation de l'immeuble abritant le siège de la fondation et de la hausse correspondante des frais liés au bâtiment, à l'exploitation et à l'administration.

Pour la période 2021 à 2024, un renchérissement annuel de 1 % est prévu pour tous les domaines d'activité de la fondation. En raison de la limitation des ressources supplémentaires et de la croissance des demandes de soutien, Pro Helvetia devra en outre, pour certains domaines, établir des priorités plus ciblées dans l'allocation des ressources. La présentation du crédit-cadre obéit à une nouvelle structure budgétaire, pour deux raisons: l'intégration des nouveautés du précédent message dans le programme ordinaire de la fondation d'une part, les modifications structurelles résultant du développement de l'organisation d'autre part.

Des ajustements ayant des incidences sur le plan financier de la Confédération sont prévus pour la période 2021 à 2024, en relation avec les mesures suivantes:

Renforcement de la création artistique: de la promotion de la relève à l'excellence

Dans le cadre de l'encouragement de la création d'œuvres artistiques, Pro Helvetia accordait jusqu'ici des contributions à la création dans les domaines de la musique, de la littérature, de la danse, du théâtre, des médias numériques et interdisciplinaires et des arts visuels (y compris la photographie). Le nouveau message culture prévoit d'élargir l'éventail des domaines encouragés en y ajoutant le design et les médias interactifs (jeux vidéo), actuellement soutenus dans le cadre du programme «culture et économie» et qui seront intégrés dans la promotion ordinaire de la fondation. La fondation comblera ainsi une lacune importante dans le système d'encouragement.

Dans le cadre de toutes ses activités d'encouragement, la Confédération vise à mettre femmes et hommes sur un pied d'égalité; c'est aussi le cas dans l'encouragement de la création artistique. Malheureusement, les artistes de sexe féminin ne bénéficient pas encore d'une situation comparable à celle de leurs collègues masculins. La Confédération entend intervenir dans ce domaine en prenant des mesures concrètes au cours de la prochaine période de financement.

En complément aux mesures prévues par le message culture 2016–2020 et afin d'assurer une optimisation constante des instruments déjà mis en place, Pro Helvetia prendra les mesures suivantes afin de renforcer la création artistique:

- *Promotion systématique du design et des médias numériques interactifs (jusqu'ici «culture et économie»):* Le programme «culture et économie», mis en place au cours de la période 2016 à 2020, comprend deux domaines d'encouragement prioritaires, le design et les médias interactifs (jeux vidéo); en fonction du grand nombre de demandes de soutien et du succès international des travaux des designers et des créateurs de jeux vidéos de notre pays, ces deux domaines seront intégrés dans les activités de soutien ordinaires de la fondation. Cette mesure tient compte de la réponse du Conseil fédéral au postulat Fehr 15.3114, «Jeux vidéo. Rapport sur le potentiel que représente ce secteur pour la culture, la science et l'économie». La Confédération a déjà confirmé qu'elle entendait continuer de soutenir les jeunes designers et créateurs de jeux au moyen de mesures d'encouragement qui les aident à acquérir une reconnaissance internationale et qu'elle souhaitait donc développer la stratégie de promotion appliquée jusqu'ici. À l'avenir, il importera de mettre encore mieux à profit les potentiels importants des acteurs de ces domaines en développant une promotion de la relève qui les accompagne dans leur développement, tant artistique que commercial, au moyen de mesures adéquates. Dans ce but, Pro Helvetia prévoit de poursuivre et d'intensifier sa collaboration avec les hautes écoles, l'industrie et les organes de promotion de l'innovation et de promotion économique. Jusqu'ici, la fondation disposait d'un montant de 2,0 millions de francs pour le design et les médias interactifs (jeux vidéo), soit seulement 1,0 million de francs par discipline. Cette somme ne permet pas d'assurer aux créateurs suisses de talent un soutien suffisant pour leur permettre de se positionner sur la scène internationale.

Moyens supplémentaires nécessaires:

La poursuite et le renforcement de la promotion coordonnée du design et des médias interactifs (jeux vidéo) aux niveaux de l'encouragement de la création, de la diffusion, des échanges culturels et de la promotion en Suisse et à l'étranger nécessitent des moyens supplémentaires d'un montant total de 1,8 million de francs, soit 450 000 francs par année en moyenne.

- *Promotion systématique de la création et de l'innovation:* Les interfaces entre art, technologie et science prennent une importance croissante pour la création artistique et l'industrie créative, car les artistes et les créateurs combinent de plus en plus leur pratique artistique avec une activité de recherche dans les domaines scientifiques ou techniques. En outre, les hautes écoles et les entreprises cherchent aujourd'hui à mettre à profit les compétences des artistes, afin d'ouvrir de nouvelles voies à la recherche. Cette évolution laisse entrevoir un grand potentiel en matière de nouvelles formes de collaboration, de nouveaux modèles d'affaires et de nouvelles formes d'expression, notamment dans le contexte de la numérisation. Les coopérations que Pro Helvetia a pu nouer ponctuellement avec des partenaires de la recherche et de la formation (EPFZ, EPFL et CERN) durant la période de financement en cours doivent être renforcées par un soutien accru aux artistes qui travaillent avec ces partenaires. De plus, Pro Helvetia développera de nouveaux instruments d'encouragement, en collaboration avec des partenaires de la science et de la technologie, afin de promouvoir et de diffuser des projets innovants. Cette dernière mesure est une nouveauté, car jusqu'ici aucun poste n'était prévu au budget pour cette activité.

Moyens supplémentaires nécessaires:

Dans ce domaine, les moyens supplémentaires nécessaires représentent une somme totale de 2 millions de francs, soit 500 000 francs par année en moyenne, en tenant compte du fait que les nouvelles mesures seront introduites de manière échelonnée.

- *Égalité des chances entre femmes et hommes dans le domaine de la culture:* La politique culturelle de la Confédération cherche à promouvoir une représentation équilibrée des personnes des deux sexes dans tous les domaines importants (formation, subventionnement, programmation, représentation dans les institutions culturelles, etc.) et à développer des instruments d'encouragement permettant d'atteindre cet objectif. Afin de déterminer quelles interventions s'imposent, des enquêtes statistiques approfondies seront réalisées au cours de la prochaine période de financement et des mesures adéquates seront examinées et développées, en collaboration avec les villes, les cantons et les représentants des milieux culturels.

Moyens supplémentaires nécessaires:

Des moyens supplémentaires d'un montant total de 300 000 francs, soit 75 000 francs par année, sont prévus pour réaliser des études ainsi que pour élaborer des recommandations en faveur de l'égalité des chances entre femmes et hommes dans le domaine de la culture.

Renforcement de la cohésion en Suisse

Compte tenu du caractère toujours plus tranché des différences à l'intérieur de la société, qui se répercutent sur la production et sur la réception de la culture, il est plus que jamais nécessaire d'intensifier les échanges entre les différents groupes culturels et linguistiques, afin de renforcer la cohésion sociale. Dans ce but, Pro Helvetia prévoit les mesures suivantes:

- *Médiation artistique:* L'encouragement de la médiation artistique sera remodelé sur le fond. Dans le cadre d'une collaboration avec des institutions partenaires (hautes écoles, institutions culturelles, associations, etc.), la réflexion critique sur les productions artistiques sera renforcée à l'aide de projets modèles, en accordant une attention particulière aux nouveaux médias (écriture et publication numériques). Cet élargissement de l'encouragement de la médiation artistique sera financé en ajustant les critères appliqués jusqu'ici à ce domaine.
- *Échanges culturels / diffusion des créations artistiques:* Les mesures d'encouragement des échanges culturels prévues par le message culture 2016–2020 et appliquées jusqu'à ce jour seront en grande partie reconduites. Les échanges entre les différentes couches sociales, les différentes communautés culturelles et les différents groupes d'âges à l'intérieur de chaque région linguistique pourraient être davantage encouragés. Dans ce but, la Confédération prévoit d'étudier la création, en collaboration avec les villes et les cantons intéressés, de réseaux d'échange interrégionaux par disciplines, qui pourraient contribuer à améliorer la diffusion des créations artistiques, notamment dans les domaines de la musique, de la danse et du théâtre.

Échanges culturels internationaux (diffusion et promotion, renforcement de la présence internationale)

Les artistes suisses dépendent de leur présence sur la scène internationale, en raison de l'exiguïté du marché intérieur. Une telle présence est essentielle au succès de leur carrière, elle leur permet d'assurer le financement de leur travail et une meilleure exploitation des œuvres. Cependant, l'accès au marché international n'est pas aisé: les conditions financières sont dures et la concurrence est rude. Il importe donc d'intensifier l'encouragement de la présence des artistes suisses sur ce marché. Dans ce but, Pro Helvetia a commencé, ces dernières années, de développer de nouveaux instruments d'exportation spécifiques. Le coût de la vie et les coûts de production très élevés dans notre pays constituent un désavantage concurrentiel important pour les créateurs suisses. Pro Helvetia se fixe donc pour objectifs de renforcer à l'avenir la compétitivité financière des acteurs culturels suisses en allouant des contributions plus élevées à leurs projets à l'étranger, d'intensifier les partenariats institutionnels avec les pays voisins et de développer les mesures de promotion en tenant compte des nouveaux défis.

Afin de renforcer la présence de la culture suisse à l'étranger, Pro Helvetia reconduira et optimisera les instruments actuellement en place; la fondation introduira en outre de nouvelles mesures:

- *Développement et élargissement des mesures concernant l'accès au marché et la compétitivité:* En raison du coût de la vie et des coûts de production en Suisse, il est très onéreux d'inviter un spectacle suisse à l'étranger; de ce fait, les productions suisses, malgré leur qualité, sont peu concurrentielles sur le marché international, ce qui constitue un défi de taille pour les troupes de notre pays. Afin de remédier à cette situation, la Confédération a apporté son soutien au travail de diffusion durant la période de financement actuelle, contribuant à sa professionnalisation et à l'amélioration de la planification stratégique des troupes indépendantes. Cette mesure a été couronnée de succès, mais elle n'a porté que sur des tournées en Europe et s'est limitée à des spectacles de danse et de théâtre. En dehors d'Europe, le problème reste donc entier. La diffusion internationale de la création musicale suisse est entravée par le fait que les montants des cachets versés à l'étranger sont souvent très modestes, alors que le coût de la vie en Suisse est élevé. Les mesures introduites en 2016 afin de renforcer la compétitivité des acteurs culturels suisses ont déjà produit des effets très positifs; il convient maintenant d'élargir leur champ d'application au domaine de la musique et aux pays extra-européens. En outre, Pro Helvetia entend développer la présence et la visibilité des créateurs suisses et de leurs œuvres sur les principales plates-formes internationales et étendre le modèle de promotion déjà développé pour les métropoles européennes à d'autres régions cibles. Une participation aux coûts supplémentaires entraînés par le travail de diffusion devrait par ailleurs améliorer l'attractivité financière des tournées internationales pour les musiciens suisses.

Moyens supplémentaires nécessaires:

Les moyens supplémentaires prévus pour permettre l'introduction des mesures susmentionnées s'élèvent au total à 1,2 million de francs, soit 300 000 francs par an en moyenne.

- *Soutien de projets de promotion et de coopération:* Des échanges culturels internationaux durables, compris comme une mise en valeur de la création culturelle au-delà des frontières, supposent constamment de nouvelles formes de production et de coopération. Ces formes nouvelles n'occupent pas encore la place qui leur reviendrait au sein des activités d'encouragement de Pro Helvetia. Ce constat s'applique tant aux projets provenant des pays où la fondation a des antennes (projets de suivi de résidences, spectacles invités et tournées) qu'à ceux développés dans d'autres pays. Pour cette raison, la fondation prévoit d'encourager à l'avenir des projets de coopération internationale avec des artistes suisses et internationaux, notamment en Europe. De plus, elle prévoit, afin d'améliorer la diffusion des œuvres des créateurs suisses à l'étranger, d'introduire de nouveaux modèles de promotion destinés à des régions situées à l'extérieur des grandes métropoles européennes, mais qui s'illustrent par une dynamique culturelle particulièrement forte. Ces nouveaux modèles devront permettre à des artistes prometteurs de trouver de nouveaux engagements et de nouer de nouvelles coopérations.

Flexibilisation des offres de résidences: Les séjours de travail et de recherche en atelier permettent aux artistes et aux acteurs culturels suisses de se constituer leurs propres réseaux et de faire de nouvelles expériences, tant dans le domaine de la production que dans celui de la diffusion. Les bureaux de liaison de Pro Helvetia proposent des séjours de ce type dans leurs pays d'accueil respectifs. Face au développement actuel de la vie culturelle au niveau mondial, les créateurs culturels ont besoin d'une extension géographique et d'une flexibilisation de cette offre. Il s'agit de compléter les lieux de résidence actuels par de nouveaux ateliers géographiquement bien ciblés et d'ajuster l'offre aux besoins des créateurs en assouplissant les offres de résidence des antennes extérieures et en proposant des bourses qui permettent aux acteurs culturels d'organiser eux-mêmes leurs voyages et leurs séjours de recherche.

Moyens supplémentaires nécessaires:

Les moyens supplémentaires prévus pour permettre l'introduction des mesures susmentionnées s'élèvent au total à 0,9 million de francs, soit 225 000 francs par an en moyenne.

4.2.2 Plafond de dépenses alloué à Pro Helvetia pour la période 2021 à 2024

Tableau synoptique

des aides financières allouées en vertu des art. 11, 16, al. 2, let. b, et des art. 19 à 21 LEC
(arrondies, en millions de francs)

	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Promotion de la relève et encouragement à la création*	(5,8)	6,0	6,4	6,7	7,0	26,1
Diffusion, échanges culturels et promotion en Suisse**	(7,0)	7,1	7,6	8,4	9,0	32,1
Diffusion, échanges culturels et promotion à l'étranger***	(11,7)	11,1	11,3	11,5	11,9	45,8
Antennes à l'étranger (y c. coûts de pers. et d'expl.)****	(9,2) ⁸	8,4	8,6	8,6	8,7	34,3
Personnel, biens et services	(8,9)	10,4	10,6	10,8	11,1	42,9
Plafond de dépenses Pro Helvetia	(42,6)	43,0	44,5	46,1	47,7	181,3

* y c. promotion de la traduction (part consacrée à l'encouragement de la relève et de la création), culture et économie (part consacrée à l'encouragement de la relève et de la création) et encouragement systématique de la création et de l'innovation

** y c. promotion de la traduction (en Suisse), médiation culturelle, culture et économie (en Suisse), société interculturelle et égalité des chances entre femmes et hommes dans le domaine de la culture

*** y c. promotion de la traduction (à l'étranger) et culture et économie (à l'étranger)

**** sans culture et économie et société interculturelle, contrairement au message culture 2016-2020; sans imputation des coûts de personnel générés en Suisse pour la gestion des antennes

4.3 Musée national suisse

En vertu de l'art. 17 LMC, la Confédération alloue une aide financière annuelle au Musée national suisse (MNS) pour la réalisation de ses tâches. Les prestations du MNS reposent sur des principes de gouvernance d'entreprise et de responsabilité du résultat et sont soumises à des processus de contrôle et de pilotage appropriés. Le MNS a réussi à augmenter sa rentabilité en améliorant la fréquentation, la gestion de ses locaux, les locations et les achats et en exploitant les capacités du Centre des collections.

La mise en exploitation du nouveau bâtiment du site de Zurich était un des principaux objectifs de la période 2016 à 2020. L'agrandissement du musée et la rénovation de l'aile des arts décoratifs et de l'aile côté cour se sont achevés en été 2016, dans les délais prévus et à un coût inférieur au plafond budgétisé. Le musée n'a cependant pas reçu l'intégralité du crédit d'exploitation, car celui-ci a subi, dans la période en cours, des coupes d'un montant total de 6,5 millions de francs, en raison d'une adaptation au renchérissement. Afin d'assurer durablement une activité muséale complète sur les quatre sites du Musée national suisse, le présent projet prévoit une compensation partielle des adaptations susmentionnées.

Compte tenu du coût salarial (renchérissement inclus), les charges de personnel passeront de 23,75 millions de francs en 2021 à 24,48 millions de francs en 2024. Pour la période budgétaire 2021 à 2024, les charges de personnel prévues sont de 96,47 millions de francs au total, soit 24,12 millions de francs en moyenne annuelle. Les charges de fonctionnement et les charges d'exploitation s'élèveront à 13,75 millions de francs en 2021. En tenant compte du renchérissement prévu, le budget des charges de fonctionnement et des charges d'exploitation sera de 55,91 millions de francs pour la période d'encouragement 2021 à 2024, soit 13,98 millions de francs par an en moyenne. Ces chiffres se basent sur une évaluation réalisée en été 2018.

Tableau synoptique

des aides financières allouées en vertu de l'art. 17 LMC
(arrondies en millions de francs)

	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Plafond de dépenses MNS	(31,7)	32,0	33,1	34,3	35,5	135,0

4.4 Aperçu des finances

Le tableau suivant présente un aperçu des plafonds de dépenses et des crédits d'engagement (crédit-cadre Culture du bâti) sollicités.

Crédit	(2020)	2021	2022	2023	2024	2021–2024
Plafond de dépenses LEC	(34,1)	33,4	35,7	38,0	39,6	146,7
Plafond de dépenses Cinéma	(51,5)	52,1	52,6	53,1	53,6	211,4
Plafond de dépenses Transfert des biens culturels	(0,8)	0,8	0,8	0,8	0,8	3,1
Crédit-cadre Culture du bâti	(24,9)	25,2	25,9	26,7	27,5	105,3
Plafond de dépenses Politique des langues et de la compréhension	(14,5)	15,2	16,3	18,0	20,1	69,6
Plafond de dépenses Écoles suisses à l'étranger	(21,4)	22,1	22,5	22,8	23,0	90,4
Plafond de dépenses Pro Helvetia	(42,6)	43,0	44,5	46,1	47,7	181,3
Plafond de dépenses MNS	(31,7)	32,0	33,1	34,3	35,5	135,0
Total	(221,4)	223,7	231,5	239,5	248,0	942,8

4.5 Évolution des finances

Le montant total des plafonds de dépenses et des crédits d'engagement demandés dans le message culture s'élève à 942,8 millions de francs. Par rapport au plan financier 2020, cette somme correspond à une croissance annuelle moyenne de 2,9 % (y compris 1 % de renchérissement et la cession de crédit du SEFRI à l'OFC). La croissance réelle, de 1,9 % par an en moyenne, entraîne, par rapport au plan financier 2020, une augmentation des ressources de 35,4 millions de francs au total, pour l'ensemble de la période d'encouragement 2021 à 2024. L'affectation de ces ressources a été décrite et motivée dans le chapitre 2 et dans le présent chapitre. L'ensemble des ressources financières demandées pour la période 2021 à 2024 correspond à un volume de crédit de 235,7 millions de francs en moyenne annuelle, ce qui correspond à près de 0,3 % des dépenses de la Confédération.

5 Conséquences

5.1 Conséquences pour la Confédération

5.1.1 Conséquences financières

Le montant total des plafonds de dépenses et des crédits d'engagement demandés dans le message culture s'élève à 942,8 millions de francs. La croissance réelle, de 1,9 % par an en moyenne, entraîne, par rapport au plan financier 2020, une augmentation des ressources de 35,4 millions de francs au total, pour l'ensemble de la période d'encouragement 2021 à 2024.

La mise en œuvre de différentes mesures nécessite en outre l'acquisition de prestations externes (cf. ch. 4.1.1).

5.1.2 Conséquences sur l'état du personnel

Le présent projet entraîne, pour l'OFC, des besoins supplémentaires en matière de personnel à hauteur de 2 équivalents plein-temps. Ce besoin en personnel supplémentaire se justifie par la mise en œuvre de nouvelles mesures dans les domaines d'activité suivants: augmentation des tâches de surveillance dans le domaine du cinéma (0,6 équivalent plein-temps), culture du bâti (0,8 équivalent plein-temps), encouragement des jeunes talents en musique (0,6 équivalent plein-temps). Les coûts induits par le personnel supplémentaire nécessaire comprennent les cotisations de l'employeur et les allocations familiales, et s'élèvent en tout à 352 000 francs par an (soit 176 000 francs par emploi plein-temps et par année). Les places de travail supplémentaires correspondantes seront intégrées à l'infrastructure actuelle sans mesures de construction.

5.1.3 Autres conséquences

Le projet ne produit pas d'autres conséquences pour la Confédération. Il n'a notamment aucun effet direct dans le domaine des constructions ni dans celui de l'informatique.

5.2 Conséquences pour les cantons et les communes, ainsi que pour les centres urbains, les agglomérations et les régions de montagne

L'encouragement fédéral de la culture est complémentaire à l'encouragement qui se fait aux autres échelons étatiques. Le projet n'a pas de caractère contraignant pour les autres échelons étatiques. Il n'a en particulier pas de conséquences en matière de finances et de personnel (augmentation ou diminution des charges) pour les cantons et les communes, ni pour les villes, les agglomérations et les régions de montagne. Cette question n'a donc pas été traitée dans le détail.

5.3 Conséquences économiques

Le secteur de la culture et de la création est en Suisse un facteur économique important. Il emploie plus de 275 000 personnes dans plus de 71 000 entreprises, ce qui représente 10,9 % des entreprises et 5,5 % des emplois de Suisse. En 2013, il a généré une valeur ajoutée brute

d'environ 22 milliards de francs, ce qui correspond à 3,9 % de l'ensemble de la valeur ajoutée brute du pays⁶⁰. L'offre culturelle variée de la Suisse produit par ailleurs des effets importants, notamment pour la qualité de vie de la population, les choix d'implantation d'entreprises et le tourisme. En encourageant une large offre culturelle, la Confédération prend en compte la valeur économique de la culture en Suisse.

Le projet entraîne certaines conséquences pour les fournisseurs de films en ligne: Depuis 2006, les diffuseurs de programmes de télévision nationaux ou destinés aux régions linguistiques sont tenus par la loi d'investir au moins 4 % de leurs recettes brutes dans le cinéma suisse ou de s'acquitter d'une taxe correspondante (art. 7, al. 2, LRTV). Jusqu'ici, les fournisseurs de films en ligne n'étaient pas soumis à cette obligation. Le projet prévoit de remédier à cette inégalité de traitement (*cf.* ch. 2.3.6.1 et 3.2).

5.4 Autres conséquences

Le projet contribue à l'amélioration de la qualité de l'environnement construit en prévoyant différentes mesures dans le domaine de la culture du bâti (*cf.* ch. 2.5). Il n'a par contre manifestement pas de répercussions ou pas de répercussions substantielles sur d'autres secteurs, tels que la politique extérieure par exemple.

6 Relation avec le programme de la législature

[sera complété après la consultation].

7 Aspects juridiques

7.1 Constitutionnalité et légalité

L'Assemblée fédérale est habilitée à voter les présents arrêtés fédéraux (arrêtés de crédit) en vertu de l'art. 167 Cst. Les compétences d'édicter les arrêtés fédéraux découlent de l'art. 27, al. 3, let. a (mesures selon la LEC qui sont du ressort de l'OFC ou de Pro Helvetia), b (Transfert des biens culturels, Cinéma, Langues et compréhension, Écoles suisses à l'étranger et Musée national suisse), et c (Patrimoine culturel et monuments historiques), LEC.

Les dispositions suivantes forment la base matérielle de l'utilisation des crédits alloués dans les arrêtés fédéraux:

- Mesures selon la LEC qui sont du ressort de l'OFC: art. 10, 11a, 12 à 15, 16, al. 1 et 2, let. a, 17 et 18 LEC;
- Cinéma: art. 3 à 6 LCin;
- Transfert des biens culturels: art. 14 LTBC;
- Patrimoine culturel et monuments historiques: art. 13, 14 et 14a LPN;
- Langues et compréhension: art. 14 à 22 LLC;
- Écoles suisses à l'étranger: art. 10 et 14 LESE;
- Mesures selon la LEC qui sont du ressort de Pro Helvetia: art. 11, 16, al. 2, let. b et 19 à 21 LEC;
- Musée national suisse: art. 7 LMC.

En vertu de l'art. 163, al. 1, Cst., la modification de la LEC, de la LCin, de la LBNS et de la LESE relève de la compétence de l'Assemblée fédérale. La modification de la LEC se fonde sur les art. 67a, al. 1, et 69, al. 2, Cst., celle de la LCin sur l'art. 71, al. 1 et 2, et 93, Cst (*cf.* aussi le message relatif à la révision totale de la LRTV⁶¹). L'adaptation de la LBNS se base sur l'art. 69, al. 2, Cst., celle de la LESE sur l'art. 40, al. 1, et 69, al. 2, Cst.

7.2 Compatibilité avec le droit international

Les modifications prévues dans la loi sur le cinéma (*cf.* ch. 3.2) sont compatibles avec le droit international. La nouvelle directive européenne sur les services de médias audiovisuels (directive SMA) est entrée en vigueur en Europe fin 2018. Cette directive n'est pas contraignante pour la Suisse. Cette dernière est intéressée à participer au programme culturel de l'UE «Europe créative». Sa participation au sous-programme MEDIA rendrait probablement nécessaire l'alignement de la législation suisse sur la directive SMA. Les modifications législatives prévues par le présent message sont compatibles avec la directive SMA.

La directive SMA prévoit l'introduction de quotas pour les films européens que les fournisseurs de films en ligne doivent faire figurer dans leur catalogue de programmation. Elle prévoit également la possibilité d'une obligation de prendre en compte la production cinématographique nationale. Les obligations relatives aux fenêtres publicitaires et aux fenêtres de programmes étrangers qui s'adressent au public suisse sont également autorisées par la directive SMA.

En vertu de la directive SMA, le principe du pays d'origine s'applique aux États membres de l'UE. Cependant, le droit de l'État diffuseur est fortement relativisé pour les offres audiovisuelles transfrontalières qui s'adressent au public d'un autre État. Une décision de l'autorité de concurrence de l'UE⁶² restreint ce principe du pays d'origine si, comme dans le cas présent, l'objectif est de ne pas de discriminer les fournisseurs nationaux par rapport aux fournisseurs étrangers. En outre, comme indiqué plus haut, la directive SMA révisée a prévu ces obligations pour les États membres de l'UE. On peut donc partir du principe que la Suisse peut, elle aussi, faire valoir de façon indirecte l'article de la directive en faisant référence à la décision susmentionnée de l'autorité de concurrence.

⁶⁰ Statistique de poche de la culture en Suisse, Office fédéral de la culture, 2018.

⁶¹ FF 2003 1425, en particulier 1519 et 1606.

⁶² Décision (UE) 2016/2042 de la Commission du 1^{er} septembre 2016 relative au régime d'aides SA.38418 - 2014/C (ex 2014/N) que l'Allemagne entend mettre en œuvre pour soutenir la production et la distribution cinématographiques, JO L 314 du 22.11.2016, p. 63.

7.3 Forme de l'acte à adopter

Le projet comprend huit arrêtés fédéraux simples (arrêtés de crédit) au sens de l'art. 63, al. 2, Cst., ainsi que cinq modifications de lois fédérales existantes.

7.4 Frein aux dépenses

En vertu de l'art. 159, al. 3, Cst., les dispositions relatives aux subventions, ainsi que les crédits d'engagement et les plafonds de dépenses doivent être adoptés à la majorité des membres de chaque conseil lorsqu'ils entraînent une nouvelle dépense unique supérieure à 20 millions de francs ou de nouvelles dépenses périodiques de plus de 2 millions de francs.

Les arrêtés fédéraux annexés ouvrent des plafonds de dépenses et un crédit-cadre qui dépassent les valeurs seuils constitutionnelles. L'art. 159, al. 3, Cst. s'applique donc à tous les arrêtés fédéraux du présent message. De plus, l'art. 12, al. 4, LEC proposé est soumis au frein aux dépenses.

7.5 Conformité à la loi sur les subventions

Les décisions de financement proposées dans le cadre du présent message sont régies par les dispositions de la loi du 5 octobre 1990 sur les subventions⁶³. En vertu de l'art. 5 de la loi sur les subventions, le Conseil fédéral doit contrôler périodiquement les aides financières et les indemnités. L'examen des subventions dont les arrêtés de financement sont présentés au Parlement dans le cadre de messages spéciaux périodiques se fera dans le cadre de la discussion de ces messages. Les trois points-clés de l'examen des subventions (importance pour les objectifs visés par la Confédération, pilotage financier et matériel et procédure d'octroi des contributions) pour chaque plafond de dépense sont exposés ci-dessous.

1 Plafond de dépenses LEC	
Importance pour les objectifs visés par la Confédération	<p>Le plafond de dépense contient neuf crédits concernant des champs d'activités très divers. L'importance et les objectifs des divers crédits sont exposés en détail au ch. 2. Les crédits et tâches du plafond de dépenses apportent une contribution importante à la réalisation des objectifs de la politique culturelle de la Confédération suivants:</p> <ul style="list-style-type: none">– <i>Conservation du patrimoine matériel et immatériel en Suisse</i> («Musées, collections, réseaux de tiers» et «Manifestations et projets»).– <i>Encouragement d'une offre culturelle diverse et de grande qualité</i> («Prix, distinctions et acquisitions», «Promotion de la littérature», «Organisations culturelles» et «Prix et manifestations»).– <i>Participation culturelle de toutes les couches de la population</i> («Participation culturelle», «Formation musicale», «Promotion de la lecture» et «Yéniches et Manouches»).
Pilotage financier et matériel	<p>Les conditions et les critères d'allocation des aides financières sont réglés dans la LEC et dans son ordonnance d'application ainsi que dans plusieurs régimes d'encouragement du DFI. Des montants maximum contraignants existent pour quelques domaines.</p>
Procédure d'octroi des contributions	<p>À l'exception des contributions aux frais d'exploitation octroyées à des réseaux et des distinctions («Grand Prix»), toutes les aides financières sont allouées sur demande, sur la base d'une décision ou d'une convention de prestations.</p>
2 Plafond de dépenses Cinéma	
Importance pour les objectifs visés par la Confédération	<p>L'encouragement fédéral du cinéma se fonde sur trois piliers: l'encouragement de la <i>production cinématographique</i>, de la <i>culture cinématographique</i> et du <i>patrimoine cinématographique</i>. Ces trois piliers permettent à la Confédération de soutenir l'ensemble du cycle de vie du cinéma suisse, de la production à la conservation en passant par la diffusion. Il est nécessaire que la Confédération encourage le cinéma dans la continuité afin de produire des films suisses de grande qualité, de maintenir la part de marché du cinéma suisse dans un environnement audiovisuel international âprement disputé et de sauvegarder le cinéma suisse pour les générations futures. Sans l'encouragement fédéral du cinéma, la qualité et la diversité de l'offre de la création cinématographique suisse ne pourraient être garanties. Les films ont une importance majeure pour l'identité d'un pays.</p>
Pilotage financier et matériel	<p>Les conditions et les critères d'octroi d'aides financières dans le domaine du cinéma sont réglés dans la LCin et dans son ordonnance d'application. En principe, la contribution fédérale allouée à l'encouragement d'un projet de film ne peut pas dépasser le 50 % de l'ensemble des coûts du projet en question.</p>
Procédure d'octroi des contributions	<p>Les aides financières sont allouées sur demande, sur la base d'une décision ou d'une convention de prestations.</p>
3 Plafond de dépenses Transfert des biens culturels	
Importance pour les objectifs visés par la Confédération	<p>Les aides financières visées à l'art. 14 LTBC servent à soutenir des projets de protection et de conservation de biens culturels meubles particulièrement menacés. Sont prioritaires les projets réalisés dans des États liés à la Suisse par une convention bilatérale conclue sur la base de l'art. 7 LTBC. Ce soutien est nécessaire pour que les biens culturels menacés notamment par des conflits puissent être préservés de la destruction.</p>
Pilotage financier et matériel	<p>Les conditions et les critères d'allocation des aides financières dans le domaine de la conservation du patrimoine culturel sont réglés dans la LTBC et dans son ordonnance d'application. Les aides financières ne peuvent pas dépasser le 50 % de l'ensemble des coûts du projet en question.</p>
Procédure d'octroi des contributions	<p>Les aides financières sont allouées sur demande, sur la base d'une décision.</p>

⁶³ RS 616.1

4	Crédit-cadre Culture du bâti
Importance pour les objectifs visés par la Confédération	<p>Les aides financières du domaine Culture du bâti se répartissent entre deux thèmes:</p> <p><i>Les aides financières à la conservation d'objets à protéger</i> sont allouées en collaboration avec les cantons. Sans les contributions des pouvoirs publics, beaucoup de propriétaires ne pourraient pas restaurer de manière adéquate les bâtiments historiques et établir une documentation scientifique les concernant. La conservation à long terme du patrimoine bâti de la Suisse serait menacée.</p> <p><i>Les aides financières au soutien d'organisations, de projets de recherche, de la formation, du travail de médiation et de la culture du bâti</i> permettent à la Confédération de soutenir des activités et des projets ciblés de portée nationale qui font notamment connaître le patrimoine architectural à la population.</p>
Pilotage financier et matériel	Les conditions et les critères d'allocation des aides financières dans le domaine de la culture du bâti sont réglés dans la LPN et dans son ordonnance d'application. Des taux maximaux sont prévus pour les <i>aides financières à la conservation d'objets à protéger</i> . La contribution fédérale est liée à un co-financement adapté des cantons et communes. Lorsqu'elle alloue des <i>aides financières au soutien d'organisations, de projets de recherche, de la formation, du travail de médiation et de la culture du bâti</i> , la Confédération assume en principe au maximum 50 % des coûts du projet.
Procédure d'octroi des contributions	<i>Les aides financières à la conservation d'objets à protéger</i> sont allouées d'une part dans le cadre de conventions-programmes conclues avec les cantons et d'autre part sur demande, sur la base d'une décision au cas par cas. Les <i>aides financières au soutien d'organisations, de projets de recherche, de la formation, du travail de médiation et de la culture du bâti</i> sont allouées sur demande, sur la base d'une décision ou d'une convention de prestations.
5	Plafond de dépenses Langues et compréhension
Importance pour les objectifs visés par la Confédération	Le plurilinguisme est une caractéristique essentielle de la Suisse. La Confédération et les cantons ont pour tâche commune de veiller à la conservation et à l'encouragement de la richesse linguistique du pays. Les mesures fédérales d'encouragement de la compréhension et des échanges entre communautés linguistiques ainsi que les mesures de conservation et d'encouragement des langues et cultures romanches et italiennes sont liées à la notion d'intérêt national et contribuent de façon déterminante au maintien de la cohésion sociale en Suisse.
Pilotage financier et matériel	Les conditions et les critères d'octroi d'aides financières dans le domaine des langues et de la compréhension sont réglés dans la LLC et dans son ordonnance d'application.
Procédure d'octroi des contributions	L'octroi d'aides financières aux organisations actives dans le domaine de la compréhension entre les communautés linguistiques ainsi qu'à des projets se fait sur demande. Les contributions aux cantons plurilingues sont allouées sur la base d'une convention-programme ou d'une convention de prestations. L'octroi d'aides financières à des organisations et à des projets se fait sur la base d'une convention de prestations ou d'une décision.
6	Plafond de dépenses Écoles suisses à l'étranger
Importance pour les objectifs visés par la Confédération	La Confédération reconnaît actuellement 18 écoles suisses à l'étranger. Ce sont des établissements de formation privés qui servent un but d'utilité publique et sont neutres sur le plan confessionnel. Ils sont fréquentés par des élèves suisses, des élèves du pays de résidence et des élèves de pays tiers. Les écoles suisses à l'étranger sont des vecteurs de la culture et de la formation suisses. Elles jouissent d'une excellente réputation dans tous les pays où elles se trouvent et donnent de la Suisse une image positive durable.
Pilotage financier et matériel	Les conditions et les critères d'octroi d'aides financières sont réglés dans la LESE et dans son ordonnance d'application. Jusqu'à présent, les écoles suisses à l'étranger étaient soutenues par des contributions d'exploitation forfaitaires. Le calcul des contributions s'effectuait sur la base du nombre d'élèves, du nombre d'enseignants éligibles et du nombre de langues d'enseignement. Avec la création d'un établissement pour l'affectation d'enseignants suisses, le calcul des contributions devrait également être revu.
Procédure d'octroi des contributions	Les aides financières sont allouées sur demande, sur la base d'une décision.
7	Plafond de dépenses Pro Helvetia
Importance pour les objectifs visés par la Confédération	Les tâches de la fondation suisse pour la culture Pro Helvetia sont réglées dans la LEC. Conformément au mandat que lui donne la LEC, la fondation encourage l'art et la création culturelle suisses d'importance nationale ou internationale en complément de mesures cantonales et communales. Les moyens financiers demandés sont nécessaires pour garantir la qualité et la diversité de l'offre culturelle en Suisse et contribuent à renforcer l'identité culturelle et la cohésion nationale. Une réduction des contributions affaiblirait la compétitivité internationale de la culture suisse et donc de l'image innovante de la Suisse à l'étranger.
Pilotage financier et matériel	Le Conseil fédéral fixe les objectifs stratégiques de la fondation pour quatre ans. Il contrôle chaque année leur degré de réalisation sur la base du rapport du conseil de fondation. Les conditions et les critères d'octroi d'aides financières sur demande à des tiers sont réglés dans l'ordonnance du 23 novembre 2011 sur les subventions de la Fondation Pro Helvetia ⁶⁴ .
Procédure d'octroi des contributions	Les contributions sont allouées sur demande.

8	Plafond de dépenses MNS
Importance pour les objectifs visés par la Confédération	<p>Le MNS est une institution ouverte au public au service de la société et de son développement qui acquière, conserve, étudie, diffuse et expose des objets culturels et historiques à des fins de recherche, d'éducation et de plaisir. Par son activité, le MNS fournit une contribution essentielle à la réflexion sur nos racines et notre identité. La réflexion sur son propre passé est indispensable pour façonner l'avenir.</p> <p>Le MNS poursuit et remplit trois tâches:</p> <ul style="list-style-type: none"> – présentation de l'histoire de la Suisse et de ses relations avec l'étranger; – réflexion sur l'identité de la Suisse; – centre de compétences pour d'autres musées en Suisse.
Pilotage financier et matériel	Le Conseil fédéral fixe les objectifs stratégiques du MNS pour quatre ans et définit en complément du message culture les tâches prioritaires et l'utilisation des moyens financiers du groupe de musées. Les rapports et le contrôle de l'utilisation des ressources ainsi que du degré de réalisation des objectifs sont effectués chaque année.
Procédure d'octroi des contributions	Le MNS n'alloue aucune contribution à des tiers.

**Loi fédérale
sur l'encouragement de la culture
(Loi sur l'encouragement de la culture, LEC)**

Modification du ...

I

La loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture⁶⁵ est modifiée comme suit:

Art. 1, let. a, ch. 1

La présente loi régit:

- a. L'encouragement de la culture par la Confédération dans les domaines suivants:
 - 1. sauvegarde du patrimoine culturel matériel et immatériel,

Art. 12, al. 4

⁴ Elle peut arrêter des mesures spécifiques pour promouvoir les talents musicaux.

Art. 17 Yéniches, Manouches et mode de vie nomade

La Confédération peut prendre des mesures pour promouvoir les cultures yéniche et manouche et pour rendre possible un mode de vie itinérant.

Art. 18

Abrogé

II

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

Loi fédérale sur la culture et la production cinématographiques (Loi sur le cinéma, LCin)

Modification du ...

I

La loi du 14 décembre 2001⁶⁶ est modifiée comme suit:

Remplacements d'expressions

¹ Dans l'art. 14, al. 1, «office compétent» est remplacé par «Office fédéral de la culture (OFC)».

² Dans les art. 14, al. 2, 15, al. 3, 20, al. 1, et 23, al. 3, «office compétent» est remplacé par «OFC».

Art. 8, titre et al. 1

Encouragement du cinéma

¹ Les aides financières sont allouées:

- a. sur la base de critères de qualité (aide sélective);
- b. sur la base de critères liés au succès (aide liée au succès);
- c. sur la base de critères liés au site (aide liée au site); ou
- d. en proportion de la contribution apportée à la diversité et à la qualité de l'offre cinématographique dans toutes les parties du pays (promotion de la diversité).

Art. 10, al. 2

² Sont exclues les conventions de prestations avec des entreprises à but lucratif ou avec des entreprises et des institutions appartenant à des entreprises à but lucratif ou qui sont sous l'influence de telles entreprises.

Art. 15, al. 2

² Le produit de la taxe visant à promouvoir la diversité de l'offre, les contributions de diffuseurs de télévision et de fournisseurs de films en ligne ainsi que les éventuelles contributions et dons de tiers sont portés au compte financier. Ils sont affectés:

- a. aux tâches définies aux art. 3 à 6;
- b. aux tâches liées à la perception de la taxe;
- c. aux tâches liées à l'exécution du chapitre 3a.

Art. 19a Accès au patrimoine cinématographique

¹ Les films soutenus par la Confédération sont déposés à la Cinémathèque suisse.

² Ils peuvent être rendus accessibles au public cinq ans après la date de leur sortie.

Art. 24 al. 1, 3^{bis} et 5

¹ et 3^{bis} *Abrogés*

⁵ Les données visées aux al. 2 et 3 sont publiées périodiquement.

Titre suivant l'art. 24

Chapitre 3a: Dispositions relatives à la promotion de la diversité de l'offre cinématographique hors des cinémas

Section 1: Diversité de l'offre cinématographique

Art. 24a

¹ Les entreprises qui diffusent des films par le biais de services électroniques à la demande ou par abonnement en s'adressant à un public suisse doivent, en vue de la promotion d'une offre variée, s'assurer qu'au moins 30 % des films diffusés soient des films européens et que ces films soient facilement identifiables et retrouvables.

² L'obligation visée à l'al. 1 est aussi applicable aux entreprises dont le siège se trouve à l'étranger et s'adressant à un public suisse.

³ Le Conseil fédéral peut exempter des entreprises de l'obligation visée à l'al. 1 si:

- a. elles n'atteignent pas un chiffre d'affaires minimal donné;
- b. elles n'exploitent qu'occasionnellement des films; ou

⁶⁶ RS 443.1

- c. l'obligation semble disproportionnée ou si son observation semble impossible, par exemple à cause de la nature du film diffusé, de l'orientation thématique de l'offre ou parce que l'offre d'un tiers est transmise sans être changée.

Section 2: Prise en compte de la création cinématographique suisse indépendante

Art. 24b Principe

¹ Les entreprises qui diffusent en Suisse des films par le biais de services électroniques à la demande ou par abonnement doivent affecter annuellement 4 % au moins de leurs recettes brutes à la création cinématographique suisse indépendante ou acquitter une taxe de remplacement correspondante.

² L'obligation visée à l'al. 1 est également applicable aux entreprises dont le siège se trouve à l'étranger et s'adressant à un public suisse.

Art. 24c Dépenses imputables

¹ Ne sont considérées comme dépenses que les prestations financières consenties pour l'acquisition, la production ou la coproduction de films suisses et de coproductions reconnues entre la Suisse et l'étranger et qui rapportent à des tiers indépendants ayant leur siège ou leur domicile en Suisse.

² Sont imputables les dépenses affectées à:

- a. l'acquisition des droits d'exploitation en ligne de l'offre des ayants droits et au versement des rémunérations dues aux sociétés de gestion agréées pour l'utilisation des films selon la loi du 9 octobre 1992 sur le droit d'auteur⁶⁷;
- b. la production de films de commande par des sociétés de production suisses indépendantes avec la participation de cinéastes indépendants;
- c. la coproduction de films dans le cadre d'un accord de coproduction avec une société de production suisse indépendante avec la participation de cinéastes indépendants.

³ Sont à déduire des dépenses les éventuelles subventions à la culture et au cinéma allouées par la Confédération, les cantons ou les communes ainsi que par des institutions dépendant essentiellement de celles-ci ou financées par des redevances publiques.

Art. 24d Recettes brutes

¹ Sont réputées recettes brutes la totalité des revenus que les films rapportent à l'entreprise, notamment:

- a. les rémunérations pour l'utilisation ou l'acquisition des films proposés;
- b. les recettes de la publicité;
- c. les rémunérations pour l'utilisation des données;
- d. les subventions et les redevances publiques.

² Pour les entreprises ayant leur siège à l'étranger, seules les recettes brutes réalisées en Suisse sont déterminantes.

Art. 24e Taxe de remplacement

¹ Le Conseil fédéral régit la procédure de fixation et de perception de la taxe de remplacement ainsi que la collaboration et l'échange de données avec les autorités étrangères. Il tient compte de l'intérêt légitime des entreprises à ce que leurs secrets d'affaires ne soient pas divulgués.

² Il peut exempter des entreprises de la taxe de remplacement ou réduire la part d'investissement à 2 % si:

- a. elles n'atteignent pas un chiffre d'affaires minimal;
- b. elles n'exploitent qu'occasionnellement des films; ou
- c. l'obligation semble disproportionnée ou si son observation semble impossible, par exemple à cause de la nature du film diffusé, de l'orientation thématique de l'offre ou parce que l'offre d'un tiers est transmise sans être changée.

Art. 24f Entraide administrative

Les autorités suisses mettent gratuitement à la disposition de l'OFC les données qui peuvent être d'importance en vue de l'exécution du présent chapitre. Les données seront accessibles individuellement, sur des listes ou sur des supports de données.

Section 3: Obligation d'enregistrer et d'annoncer

Art. 24g Enregistrement obligatoire

¹ Les entreprises qui diffusent des films par le biais de services électroniques à la demande ou par abonnement en s'adressant à un public suisse doivent être inscrits dans un registre public de la Confédération.

² Si l'entreprise n'est pas inscrite au Registre suisse du commerce, un domicile de notification doit être indiqué et les personnes responsables nommées.

³ Les modifications doivent être signalées sans délai à l'OFC.

Art. 24h Obligation d'annoncer et rapports

¹ Les entreprises visées à l'art. 24g, al. 1, doivent chaque année:

- a. remettre à l'OFC un rapport qui indique si les obligations définies par l'art. 24a sont remplies et, si oui, comment.
- b. communiquer à l'OFC les données nécessaires au contrôle des obligations définies à l'art. 24b, notamment le montant de leurs recettes brutes ainsi que les dépenses qu'elles font valoir pour l'acquisition, la production ou la coproduction de films suisses et de coproductions reconnues entre la Suisse et l'étranger.

² Les entreprises exemptées en vertu des art. 24a, al. 3, ou 24e communiquent à l'OFC si les conditions justifiant l'exemption sont toujours réunies.

Art. 24i Obligation d'annoncer

¹ Les entreprises qui diffusent en Suisse des films payants par le biais de services électroniques à la demande ou par abonnement sont tenus d'annoncer à la Confédération le nombre de visionnements par titre de film.

² Les données sont publiées périodiquement.

Art. 27 al. 1

¹ Quiconque, intentionnellement, ne se conforme pas à l'enregistrement obligatoire visé aux art. 23 ou 24e est puni d'une amende.

Art. 28 al. 1

¹ Est puni d'une amende quiconque, en sa qualité de membre de la direction d'une entreprise, soit omet, malgré un avertissement, de communiquer les données visées aux art. 24, 24h ou 24i, soit donne intentionnellement de fausses indications.

Art. 33 let. f

Afin de promouvoir les relations internationales dans le domaine cinématographique, le Conseil fédéral peut conclure des accords internationaux ou des contrats de droit privé concernant notamment:

- f. la coopération administrative, la protection des données et l'imputation des contributions financières et des taxes liées aux activités transfrontalières.

II

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

**Loi fédérale
sur la Bibliothèque nationale suisse
(Loi sur la Bibliothèque nationale, LBNS)**

Modification du ...

I

La loi du 18 décembre 1992 sur la Bibliothèque nationale⁶⁸ est modifiée comme suit:

Section 5 (Art. 14)

Abrogé

II

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

**Loi fédérale
sur les langues nationales et la compréhension entre les communautés linguistiques
(Loi sur les langues, LLC)**

Modification du ...

I

La loi du 5 octobre 2007 sur les langues⁶⁹ est modifiée comme suit:

Art. 25, titre et al. 3 et 4

Rapport, évaluation et statistiques

³ Elle établit, avec la participation des cantons, une statistique sur les échanges scolaires visés à l'art. 14.

⁴ Les cantons mettent à la disposition de la Confédération les données standardisées nécessaires à l'établissement de la statistique visée à l'al. 3.

II

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

⁶⁹ RS 441.1

Arrêté fédéral**allouant un plafond de dépenses pour les aides financières de l'Office fédéral de la culture sur la base de la loi sur l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024**

du ...

*L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,*vu l'art. 167 de la Constitution⁷⁰,vu les art. 9a, 10, 12 à 15, 16, al. 1 et 2, let. a, 17, 18 et 27, al. 3, let. a, de la loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture⁷¹,vu le message du Conseil fédéral du ...⁷²,*arrête:**Art. 1*

¹ Un plafond de dépenses de 146 700 000 francs destiné aux aides financières de l'Office fédéral de la culture pour la période 2021 à 2024 est approuvé.

² Le montant du plafond de dépenses se fonde sur l'indice suisse des prix à la consommation en décembre 2019 (x points; décembre 2015: 100 points) et sur une estimation du renchérissement de 1 pour cent pour 2021 et les années suivantes.

Art. 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

⁷⁰ RS 101

⁷¹ RS 442.1

⁷² FF ...

Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine du cinéma pour la période 2021 à 2024

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 167 de la Constitution⁷³,
vu l'art. 27, al. 3, let. b, de la loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture⁷⁴,
vu les art. 3 à 6 de la loi du 14 décembre 2001 sur le cinéma⁷⁵,
vu le message du Conseil fédéral du ...⁷⁶,
arrête:

Art. 1

¹ Un plafond de dépenses de 211 400 000 francs destiné au domaine du cinéma pour la période 2021 à 2024 est approuvé.

² Le montant du plafond de dépenses se fonde sur l'indice suisse des prix à la consommation en décembre 2019 (x points; décembre 2015: 100 points) et sur une estimation du renchérissement de 1 pour cent pour 2021 et les années suivantes.

Art. 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

⁷³ RS 101
⁷⁴ RS 442.1
⁷⁵ RS 443.1
⁷⁶ FF ...

**Arrêté fédéral
allouant un plafond de dépenses au domaine du transfert des biens culturels pour la période 2021 à 2024**

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 167 de la Constitution⁷⁷,

vu l'art. 27, al. 3, let. b, de la loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture ⁷⁸,

vu l'art. 14 de la loi du 20 juin 2003 sur le transfert des biens culturels⁷⁹,

vu le message du Conseil fédéral du ...⁸⁰,

arrête:

Art. 1

¹ Un plafond de dépenses de 3 100 000 francs destiné au domaine du transfert des biens culturels pour la période 2021 à 2024 est approuvé.

² Le montant du plafond de dépenses se fonde sur l'indice suisse des prix à la consommation en décembre 2019 (x points; décembre 2015: 100 points) et sur une estimation du renchérissement de 1 pour cent pour 2021 et les années suivantes.

Art. 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

⁷⁷ RS 101

⁷⁸ RS 442.1

⁷⁹ RS 444.1

⁸⁰ FF ...

Arrêté fédéral allouant un crédit-cadre au domaine de la culture du bâti pour la période 2021 à 2024

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 167 de la Constitution⁸¹,

vu l'art. 27, al. 3, let. c, de la loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture⁸²,

vu les art. 13, 14 et 14a de la loi fédérale du 1er juillet 1966 sur la protection de la nature et du paysage⁸³,

vu le message du Conseil fédéral du ...⁸⁴,

arrête:

Art. 1

¹ Un crédit-cadre de 105 300 000 francs destiné au domaine de la culture du bâti pour la période 2021 à 2024 est approuvé.

² Le montant du plafond de dépenses se fonde sur l'indice suisse des prix à la consommation en décembre 2019 (x points; décembre 2015: 100 points) et sur une estimation du renchérissement de 1 pour cent pour 2021 et les années suivantes.

Art. 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

⁸¹ RS 101
⁸² RS 442.1
⁸³ RS 451.0
⁸⁴ FF ...

**Arrêté fédéral
allouant un plafond de dépenses au domaine des langues et de la compréhension pour la période
2021 à 2024**

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 167 de la Constitution⁸⁵,

vu l'art. 27, al. 3, let. b, de la loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture⁸⁶,

vu les art. 14 à 22 de la loi du 5 octobre 2007 sur les langues⁸⁷,

vu le message du Conseil fédéral du ...⁸⁸,

arrête:

Art. 1

¹ Un plafond de dépenses de 69 600 000 francs destiné au domaine des langues et de la compréhension pour la période 2021 à 2024 est approuvé.

² Le montant du plafond de dépenses se fonde sur l'indice suisse des prix à la consommation en décembre 2019 (x points; décembre 2015: 100 points) et sur une estimation du renchérissement de 1 pour cent pour 2021 et les années suivantes.

Art. 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

⁸⁵ RS 101

⁸⁶ RS 442.1

⁸⁷ RS 441.1

⁸⁸ FF ...

Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine des écoles suisses à l'étranger pour la période 2021 à 2024

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 167 de la Constitution⁸⁹,

vu l'art. 27, al. 3, let. b, de la loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture⁹⁰,

vu les art. 10 et 14 de la loi du 21 mars 2014 sur les écoles suisses à l'étranger⁹¹,

vu le message du Conseil fédéral du ...⁹²,

arrête:

Art. 1

¹ Un plafond de dépenses de 90 400 000 francs destiné au domaine des écoles suisses à l'étranger pour la période 2021 à 2024 est approuvé.

² Le montant du plafond de dépenses se fonde sur l'indice suisse des prix à la consommation en décembre 2019 (x points; décembre 2015: 100 points) et sur une estimation du renchérissement de 1 pour cent pour 2021 et les années suivantes.

Art. 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

⁸⁹ RS 101

⁹⁰ RS 442.1

⁹¹ RS 418.0 (BBl 2014 2869)

⁹² FF ...

**Arrêté fédéral
allouant un plafond de dépenses à la fondation Pro Helvetia pour la période 2021 à 2024**

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 167 de la Constitution⁹³,

vu les art. 11, 16, al. 2, let. b, 19 à 21 et 27, al. 3, let. a, de la loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture⁹⁴,

vu le message du Conseil fédéral du ...⁹⁵,

arrête:

Art. 1

¹ Un plafond de dépenses de 181 300 000 francs destiné au financement des activités de Pro Helvetia pour la période 2021 à 2024 est approuvé.

² Le montant du plafond de dépenses se fonde sur l'indice suisse des prix à la consommation en décembre 2019 (x points; décembre 2015: 100 points) et sur une estimation du renchérissement de 1 pour cent pour 2021 et les années suivantes.

Art. 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

⁹³ RS 101

⁹⁴ RS 442.1

⁹⁵ FF ...

Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au Musée national suisse pour la période 2021 à 2024

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 167 de la Constitution⁹⁶,

vu l'art. 27, al. 3, let. b, de la loi du 11 décembre 2009 sur l'encouragement de la culture⁹⁷,

vu l'art. 7 de la loi du 12 juin 2009 sur les musées et les collections⁹⁸,

vu le message du Conseil fédéral du 28 novembre 2014⁹⁹,

arrête:

Art. 1

¹ Un plafond de dépenses de 135 000 000 francs destiné au financement des activités du Musée national suisse pour la période 2021 à 2024 est approuvé.

² Le montant du plafond de dépenses se fonde sur l'indice suisse des prix à la consommation en décembre 2019 (x points; décembre 2015: 100 points) et sur une estimation du renchérissement de 1 pour cent pour 2021 et les années suivantes.

Art. 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum.

⁹⁶ RS 101

⁹⁷ RS 442.1

⁹⁸ RS 432.30

⁹⁹ FF ...

Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Chef du Département fédéral de l'intérieur
Inselgasse 1
3003 Berne

Et par courriel :
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Prise de position de l'ECAL-Ecole cantonale d'art de Lausanne sur le Message culture 2021-2024

Renens, le 20 septembre 2019

Monsieur le Conseiller fédéral,

Dans le cadre de la procédure de consultation du Message culture 2021-2024, l'ECAL/Ecole cantonale d'art de Lausanne tient à relever d'emblée l'engagement et la détermination de la Confédération pour la promotion et le développement de culture dans notre pays.

De manière générale, le présent message au même titre que le précédent laisse clairement transparaître l'ambition de profiler la Suisse parmi les acteurs culturels les plus en vue sur le plan international, avec des moyens financiers revus à la hausse pour la période 2021-2024 et nous nous en réjouissons.

Nous souhaitons toutefois attirer votre attention sur certains points essentiels, également mis en évidence par un grand nombre de professionnels, artistes et designers, auprès desquels j'ai pris conseil.

Article 1.4.2.3 Développements en matière de création et d'innovation

Nous nous réjouissons de la *Promotion systématique de la création et de l'innovation (Pro Helvetia)*, partant du principe que *les interfaces entre l'art, la technologie et la science prennent de plus en plus d'importance et recèlent un grand potentiel pour de nouveaux modèles de coopération et d'affaires, notamment dans le cadre de la numérisation.*

Qu'en est-il toutefois du domaine du design ? Pour quelle raison celui-ci n'est-il pas nommément cité et placé sur un pied d'égalité avec le domaine de l'art ?

Article 2.1.1 La relève

Quelle est la place accordée aux hautes écoles d'art et design au niveau de la relève et comment celles-ci seront-elles incluses et consultées ? A ce stade,

rien ne semble concrètement prévu, alors même que les écoles sont des acteurs majeurs de la scène artistique et culturelle helvétique et assurent la promotion de la relève et des nouvelles générations de créateurs via de nombreuses productions et expositions en Suisse et à l'étranger.

Article 2.1.4 Prix suisses

Nous saluons, en premier lieu, l'existence de nombreux prix pour la culture et les arts en général. Il est cependant indiqué au terme du chapitre que *La promotion au niveau international en collaboration avec les acteurs de la Confédération sera intensifiée*. Qu'en est-il exactement ? Des marchés sont-ils d'ores et déjà identifiés et visés ?

Le domaine des nouveaux médias/outils numériques étant par ailleurs valorisés par le présent Message Culture, nous estimons nécessaire de faire évoluer les catégories du Prix suisse du Design en y ajoutant une catégorie dédiée aux médias interactifs, ainsi que de promouvoir les candidatures et nominations de projets issus de ce domaine.

Article 2.3.1 Arts visuels

Il y a quelques années, la Photographie jouissait d'un statut à part entière. Elle a depuis lors été « reléguée » et intégrée aux Arts Visuels, notamment au sein de Pro Helvetia, une intégration forcément problématique car limitant cruellement les actions spécifiques et importantes qui devraient être réalisées à travers ce médium.

Selon le présent message, l'un des défis pour la période 2021-2024 porte sur l'encouragement de *la photographie dans tout ce qui la constitue, la multiplicité des disciplines photographiques (photographie d'art, photographie documentaire, photographie appliquée, etc.) n'étant pas suffisamment prise en compte par l'encouragement de la culture*.

Nous relevons la pertinence de l'objectif, même si la définition des genres photographiques pourrait encore être plus précise. Malheureusement, la seule mesure proposée pour relever ce défi, consiste en des *efforts particuliers pour lancer des échanges critiques de savoir sur l'art suisse, la photographie et l'architecture lors de manifestations publiques*. Ceci est à nos yeux insuffisant.

Au moment où la Photographie est un des médiums les plus répandus et abondamment utilisés notamment à travers le monde numérique (outils et logiciels spécifiques, réseaux sociaux, etc) elle est toujours considérée dans ce Message culture de manière bien trop traditionnelle voire caricaturale, alors même que ce document affirme une volonté visant l'encouragement dans tout ce qui la constitue. Cela met en évidence un manque de transversalité et perméabilité avec la création numérique.

Par ailleurs, le rattachement de l'Architecture aux Arts Visuels demeure à notre avis totalement erroné. Compte tenu de son importance, il faudrait faire de l'Architecture une discipline autonome, au même titre que ce Cinéma et –on l'espère bientôt– la Photographie.

Article 2.3.2 Design et médias interactifs (jeux vidéo)

L'utilisation répandue du jeu vidéo est l'héritage du programme « Game Culture » qui avait été mis en place en 2010-2012. Ce programme avait été très bénéfique pour les développeurs de jeu suisses, et il est depuis lors considéré comme l'exemple à suivre, car s'inscrivant dans le domaine de l'industrie (au même titre que le cinéma).

Cela fait pourtant quelques années que les acteurs de la scène des médias interactifs s'accordent à dire qu'il n'y a aucune catégorie adaptée pour les projets de médias interactifs au sein de l'OFC/Pro Helvetia. Le terme de « jeux vidéo » systématiquement cité dans ce présent Message n'est absolument pas représentatif des « Médias interactifs ». Il n'incarne qu'une des multiples formes d'application que peut prendre un projet interactif et exclut par exemple la plupart des projets développés dans une école comme l'ECAL à travers son BA Media & Interaction Design. C'est un raccourci qui fait apparaître un manque d'expertise de la part de l'OFC/Pro Helvetia, dans ce domaine en particulier.

Ainsi, pour quelle raison se limiter au seul soutien des jeux vidéo ? N'y aurait-il pas un moyen de lister de manière plus exhaustive les disciplines du numérique (AR/VR/XR, AI, machine learning, electronics, etc.) ?

A titre d'exemple, voici un résumé des différents champs auxquels s'inscrivent les projets de diplômes 2019 du BA Media & Interaction Design de l'ECAL. Le jeu vidéo ne représente qu'une petite partie du domaine, et le bilan sur plusieurs années est également sans appel :

- 6 projets en Design d'Interface/Outils web/XR
- 3 projets en Application interactive (devices, VR)
- 2 projets en Installation interactive
- 1 projet en Jeu vidéo

Hormis via les « jeux vidéo », les médias interactifs semblent donc n'avoir leur place qu'à travers des formats simplifiés, en étant rattachés à d'autres domaines reconnus, comme par exemple le Design Graphique pour l'utilisation d'outils de type Réalité Augmentée, web design, etc. Dès lors, à l'ECAL, pour qu'un projet de Media & Interaction Design puisse être aujourd'hui éligible pour les Prix du Design Suisse, il doit concourir dans la catégorie Design Graphique, ce qui est absurde !

En vous remerciant de nous offrir la possibilité de nous exprimer dans ce contexte et de l'attention que vous porterez à ces quelques éléments essentiels à nos yeux, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de nos sentiments les meilleurs.



Alexis Georgacopoulos
Directeur

per E-mail:

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Herrn Bundesrat Alain Berset
Eidg. Departement des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Bern / Zürich, 20. September 2019

Vernehmlassung: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Aktion Medienfreiheit engagiert sich als überparteiliche Vereinigung seit vielen Jahren für liberale Rahmenbedingungen in der Medienpolitik. Da im Rahmen des vorliegenden Entwurfs zur Kulturbotschaft auch erhebliche Eingriffe in die Medienfreiheit vorgesehen sind, äussert sich die Aktion Medienfreiheit im Rahmen dieser Vernehmlassung.

Die Aktion Medienfreiheit lehnt den Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 in der vorliegenden Form ab. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Angebotsvielfalt im Internet durch neue Vorschriften eingeschränkt und die Anbieter mit neuen Abgaben belastet werden sollen.

Die Bund verweist darauf, dass nationale Fernsehveranstalter bereits heute verpflichtet sind, den überwiegenden Teil ihres Programms europäischen Werken vorzubehalten. Während man bei öffentlich finanzierten und mandatierten Sendern über solche Bestimmungen diskutieren kann, sind sie bei privaten Anbietern strikte abzulehnen. Diese Regelungen sind nicht, wie der Bundesrat ausführt, „im Interesse eines möglichst vielfältigen Filmangebots“ – im Gegenteil.

Die Idee, eine „Investitionspflicht“ für alle Online-Plattformen, welche Streamingdienste anbieten, vorzusehen, ist falsch – ebenso wie die Androhung einer Strafsteuer von 4%, wenn die Quoten nicht eingehalten werden. Werden die Anbieter gezwungen, „in das einheimische Film-schaffen“ zu investieren, verringert dies die Angebotsvielfalt für die Konsumenten.

Statt die europäischen Filmemacher zu ermutigen, ihre Inhalte über leistungsfähige Streaming-plattformen anzubieten, beschränken sich die innovativen Ideen der Verwaltung auf Regulierung, Einführung von Quoten, Besteuerung und Kontrolle. Dies unterstreicht einmal mehr die Bedeutung der Freiheitsrechte: Die Medienfreiheit soll die Medien vor staatlichen Eingriffen schützen. Die Kulturbotschaft 2021-2024 dokumentiert, wie aktuell und wichtig dieses Anliegen ist.

Mit freundlichen Grüssen

AKTION MEDIENFREIHEIT

Der Präsident a.i.

Gregor Rutz
Nationalrat

Der Vizepräsident:

Christian Wasserfallen
Nationalrat



Département fédéral de l'Intérieur
Office fédéral de la Culture
M. Daniel Zimmermann
Droit et économie de la culture
Hallwylstrasse 15
3003 Berne

stabstelledirektion@bak.admin.ch

Genève, le 20 septembre 2019

Objet

Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024 (message culture) / Consultation

La directrice

Isabelle Naef Galuba

isabelle.naef-galuba@ville-ge.ch

Monsieur le Directeur, cher Monsieur,

Tout d'abord je vous remercie sincèrement pour avoir adressé au Musée Ariana, musée suisse de la céramique et du verre, le rapport explicatif sur le message culture 2021 à 2024 ainsi que les questions y relatives, et pour nous avoir ainsi intégré au processus de consultation. Le Musée Ariana fait partie des treize musées – cités au point 3.4.2.2 du rapport – qui reçoivent une aide financière de la Confédération pour la période 2018-2022. Les activités et les objectifs poursuivis dans le cadre de cette aide sont définis dans une convention de prestations signée entre le Musée Ariana et l'Office fédéral de la culture.

Le Musée Ariana est une institution muséale appartenant à la Ville de Genève depuis 1890 et actuellement gérée au sein du Département municipal de la culture et du sport. A ce titre, on peut considérer que la prise de position de notre musée est intégrée dans la réponse développée qui vous est parvenue par le biais de l'Union des villes suisses et de sa Conférences des villes en matière culturelle.

Néanmoins, en tant qu'institution désormais subventionnée par la Confédération et parce que vous nous avez sollicités directement, le Musée Ariana a souhaité vous adresser une brève réponse à la consultation, avec l'accord de la direction du Département municipal de la culture et du sport, et concernant uniquement le périmètre de notre musée vis-à-vis du message sur l'encouragement à la culture pour 2021-2024.

Le Musée Ariana est un lieu de référence dans le domaine de la céramique, du verre et du vitrail, au plan national et international. En tant que service public, orienté par une politique culturelle municipale, il garantit la conservation d'un patrimoine culturel, artistique, historique et industriel, il étudie ses collections et diffuse ses savoirs. Concernant ses activités pour les publics, l'Ariana se positionne comme un vecteur de l'intégration sociale et du « vivre ensemble », comme un outil d'éducation artistique et historique, comme un lieu d'intérêt et d'attraction touristiques et comme un lieu d'accueil et de plaisir pour ses publics.



AVENUE DE LA PAIX 10
CH-1202 GENEVE
T +41(0)22 418 54 50
F +41(0)22 418 54 51

PAPIER ÉCOLOGIQUE 100% RÉCYCLÉ

ariana@ville-ge.ch
www.ariana-geneve.ch
TPG BUS 5-11-22 ET TRAM 15 (ARRÊT NATIONS)
BUS 8-28-F-V-Z (ARRÊT APPIA)

Grâce au soutien financier de la Confédération, le Musée Ariana a pu commencer en 2018 et 2019 à consolider et développer ses missions, citées plus haut, et à les inscrire encore plus clairement dans les trois axes de la politique culturelle de la Confédération : la participation culturelle, la cohésion sociale de même que la création et l'innovation.

Nous pensons qu'il est bienvenu de poursuivre encore des actions autour de ces trois axes pour la période 2021-2024 afin d'inscrire le plus durablement possible des pratiques culturelles concernant et intégrant des publics très diversifiés. Il est évidemment important et indispensable que les actions de médiation culturelle soient largement orientées vers tous les publics scolaires, sachant que les jeunes sont l'avenir de notre société. Le Musée Ariana réalise des activités et des projets participatifs pour et avec le public des écoles (degrés obligatoire et post-obligatoire) depuis de nombreuses années. De plus depuis 2012, notre institution s'est progressivement tournée vers de nouveaux publics, et parfois de manière pionnière. Elle accueille et collabore en « accès pour tous » différents groupes de visiteurs et visiteuses qui ne connaissaient pas ou accédaient peu ou pas aux offres muséales, par exemple les personnes souffrant d'un handicap physique ou mental, les personnes âgées ou la petite enfance, les personnes issues de la migration, etc. En outre, les artistes que nous exposons, toutes et tous sources de création et d'innovation, ont également été invités par nos soins à collaborer directement avec nos publics.

Parmi d'autres mesures qui favorisent l'accès durable et gratuit à notre patrimoine culturel et historique, nous avons également pu augmenter le travail de numérisation et de mise en ligne de nos collections sur notre propre site web mais également en intégrant notre présence sur le site de museums-online.ch, la plate-forme commune pour les collections des musées suisses.

Après la mise en œuvre de l'ensemble des activités citées ci-avant, nous avons reçu de nombreux retours très positifs du grand public, et aussi des participants à nos différentes activités, sur l'intérêt et la bonne dynamique de partage et d'échanges culturels qui continue à se développer au Musée Ariana. Le renforcement de ces actions grâce au soutien de la Confédération dans notre institution est donc réellement visible et prometteur.

Le Musée Ariana souhaite donc poursuivre ses activités dans cette même voie et pérenniser ces pratiques culturelles participatives porteuses de cohésion sociale pendant plusieurs années.

En vous souhaitant une bonne réception de cette lettre et dans l'attente de prendre connaissance du message définitif concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024, je vous prie de recevoir, Monsieur le Directeur, cher Monsieur, l'assurance de ma parfaite considération et mes meilleurs sentiments.



Isabelle Naef Galuba

Copie à Carine Bachmann, directrice du Département de la culture et du sport, Ville de Genève

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Herrn Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Per E-Mail eingereicht an: stabstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 20. September 2019

*Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) vom
29. Mai 2019*

Vernehmlassungsverfahren: Stellungnahme von ICOMOS Suisse

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 und nehmen gerne die Gelegenheit wahr, Ihnen die Sicht von ICOMOS Suisse zu unterbreiten.

ICOMOS Suisse ist die Landesgruppe des von der UNESCO vor rund 50 Jahren gegründeten Weltkulturrats. Unsere Mitglieder arbeiten fast ausschliesslich im Bereich der Erforschung und der Erhaltung unseres gebauten Kulturgutes sowie archäologischer Fundstellen und Stätten. Wir setzen unser Fachwissen auch in der Beratung und Weiterbildung ein und pflegen engen Kontakt mit der internationalen Vereinigung.

Entsprechend unserer inhaltlichen Ausrichtung fokussiert sich die Stellungnahme von ICOMOS Suisse vornehmlich auf die Kulturerbe Politik.

Grundsätzliche Bemerkungen

Die Kulturbotschaft des Bundes ist ein wertvolles Steuerungsinstrument der eidgenössischen Kulturpolitik und trägt zu einer klaren strategischen Ausrichtung in den drei Handlungsebenen: kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kreation und Innovation bei. Sie sichert damit auch mittelfristig die Ziele des Bundes in diesen Bereichen.

ICOMOS Suisse begrüsst, dass die Kulturbotschaft 2021-2024 weitgehend auf eine inhaltliche Kontinuität ausgerichtet ist, was im Sinne einer gewünschten Planungssicherheit ist. Wir bemängeln aber auf

der anderen Seite, dass durch die Subsumierung von Denkmalpflege und Archäologie im Oberbegriff Baukultur, deren Stellung und Bedeutung geschwächt wird. Es gilt darüber hinaus zu bedenken, dass mit der Umbenennung auch der föderalen Ausgestaltung der denkmalpflegerischen Anliegen keinerlei Rechnung getragen wird, wenn auf den verschiedenen Stufen unterschiedliche Bezeichnungen bestehen. Gerade auch für die Archäologie dürfte es schwierig werden sich, unter dem Begriff Baukultur ihrer Aufgabe entsprechend, darstellen zu können.

Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020

Die Integration des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung in das Bundesamt für Kultur stärkt dessen Bedeutungen und darf als wichtiger Schritt zur Stärkung unserer Kulturlandschaft angesehen werden. Im Bereich Denkmalpflege und Archäologie konnten dazu mit der Teilnahme am Kulturerbejahr 2018, der Ratifizierung der Konvention zum Schutz des Unterwasserkulturerbes sowie die bevorstehende Unterzeichnung der Faro-Konvention, drei bedeutende Anliegen verwirklicht werden. ICOMOS erachtet diese Massnahmen als äusserst wichtig und erhofft sich davon auch eine nachhaltige Wirkung für das baukulturelle Erbe.

Mit der Einladung der europäischen Kulturminister nach Davos und der daraus entstandenen Deklaration zur Baukultur wurde auch der Schritt nach aussen eingeschlagen. ICOMOS Suisse begrüsst diese Initiative ausserordentlich. Die Pionierrolle des Bundes für eine qualitätsvolle Baukultur, die auch in der kommenden Förderperiode fortgeschrieben werden soll, verankert das Bewusstsein für einen sorgsamen Umgang mit dem gebauten Kulturerbe.

Wir bedauern hingegen, dass wegen den durch das Parlament beschlossenen Teuerungskorrekturen, die zur Verfügung stehenden Mittel tiefer lagen als ursprünglich in der Kulturbotschaft festgelegt wurden.

Kulturbotschaft 2021-2024

Baukultur

Voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2020 wird der Bundesrat die interdepartementale Strategie zur Baukultur verabschieden. Sie hat die umfassende Berücksichtigung der Baukultur bei allen raumwirksamen Aufgaben des Bundes zum Ziel. Damit diese umgesetzt werden können, ist auch ein Massnahmenplan Teil der Strategie. Im Sinne der Qualitätssteigerung der baulichen Entwicklung der Schweiz ist hier explizit die Aufgabe der Kompetenzförderung im Bereich Baukultur zu erwähnen. Die angestrebte Etablierung eines neuen, ganzheitlichen Verständnisses von Baukultur, das neben dem baukulturellen Erbe auch zeitgenössische Baukultur berücksichtigt und die Vision einer hohen Baukultur ist erfreulich. Wir begrüssen, dass der Bundesrat damit strategische Bedeutung von Baukultur erkennt. Folgerichtig ist daher die Weiterentwicklung der bisherigen Massnahmen im Bereich Baukultur geplant. Baukultur soll umfassend bei allen raumwirksamen Aufgaben des Bundes berücksichtigt werden. Dabei ist zu beachten, dass das gebaute Kulturerbe immer als Ausgangspunkt gelten soll. Die Bemühungen des Bundes um eine Verankerung des ISOS als Mittel der Interessenabwägung sind in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu begrüßen.

Die Pionierrolle des Bundesamtes für Kultur wird gerade auch in Bezug auf die Erarbeitung der interdepartementalen Strategie Baukultur gestärkt. Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch kritisch

angemerkt werden, dass ein umfassendes Verständnis von Baukultur, welches das gebaute Kulturerbe sowie die Weiterentwicklung einer qualitätsvollen zeitgenössischen Baukultur umspannt, sowohl in der Kulturbotschaft wie auch in der Strategie Baukultur nicht konsequent beschrieben wird. Unklar bleibt beispielsweise die Abgrenzung der Begriffe Baukultur und Architektur.

Kritisch anzumerken ist, dass eine beachtliche Diskrepanz zwischen Erwartung und effektiven zur Verfügung gestellten Mittel besteht. Insbesondere die im Rahmen des Aktionsplanes «Strategie Baukultur» eingestellten finanziellen Mittel stehen im Widerspruch zu den formulierten Zielsetzungen.

Umbenennung Sektion «Denkmalpflege und Heimatschutz»

ICOMOS Suisse stellt mit Bedauern fest, dass die Umbenennung der Sektion «Denkmalpflege und Heimatschutz», die letztlich ihre Begründung im Natur- und Heimatschutzgesetz findet, noch vor der Erarbeitung einer umfassenden Bundesstrategie «Baukultur» vorgeschlagen wird. Wenn damit auch der stipulierten Tradierungskrise der Denkmalpflege entgegengewirkt werden soll, halten wir dies nicht für einen bereits jetzt angezeigten Schritt. Erst wenn eine umfassende Bundesstrategie «Baukultur» vorliegt, ist dies anzugehen. Es ist darüber hinaus zu bedenken, dass mit der Umbenennung auch der föderalen Ausgestaltung der denkmalpflegerischen Anliegen keinerlei Rechnung getragen wird, wenn einerseits auf Stufe Bund von einer Sektion «Baukultur» gesprochen wird und auf kantonaler Ebene von «Fachstelle für Denkmalpflege». In der Bezeichnung findet sodann die Archäologie deutlich weniger Geltung als in der Bezeichnung «Denkmalpflege und Heimatschutz»; ja sie wird geradezu marginalisiert. Ein möglicher Ansatz unter Einbezug der «Baukultur» in die Umbenennung der Sektion könnte sein: «Sektion für Baukultur, Archäologie und Denkmalpflege».

Digitalisierung

Die Digitalisierung, auf welche der Bund mit der neuen Kulturbotschaft einen besonderen Akzent als Transversalthema legt, hat besonders für die Gedächtnisinstitutionen einen hohen Stellenwert und wird zunehmend zur Voraussetzung für andere Bereiche wie die Konservierung, die Vermittlung und die Teilhabe. Aus diesem Grund begrüßen wir es sehr, dass auch Digitalisierungsprojekte Dritter künftig vom Bund unterstützt werden.

Finanzielle Mittel

Der Bundesrat verspricht die Kultur künftig stärker zu fördern und die finanziellen Mittel im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt leicht zu erhöhen. Wir stellen jedoch mit Bedauern fest, dass für die Denkmalpflege, die Archäologie und den Ortsbildschutz keine zusätzlichen Mittel gesprochen werden sollen, obwohl der erforderliche Finanzbedarf in der Kulturbotschaft selbst, wie den Kulturbotschaften 2012-2015 und 2016-2020 als viel höher ausgewiesen wird. Gerade angesichts des Umstandes, dass der Finanzbedarf für Denkmalpflege, Archäologie und Ortsbildschutz bereits seit mehreren Jahren anerkannter Weise höher ist, ist die vorgeschlagene Finanzhilfe für die Erhaltung von schützenswerten Objekten und für archäologische Massnahmen, die sogar unter hinter jener der vorherigen Förderperiode liegt, unverständlich. Auch wenn die finanziellen Mittel nicht allein ausschlaggebend für die Erhaltung unseres baulichen Erbes sind, so stellt deren Förderung doch oft ein wichtiger Impuls zur nachhaltigen Sicherung dar.

Für das UNESCO-Welterbe ist in der Kulturbotschaft ein zusätzlicher Förderbereich mit einem angemessenen Kredit einzurichten. Obwohl der Bund im Bereich des UNESCO-Welterbes die tragende Rolle spielt, wird dieser Bereich unter den Massnahmen der Kulturbotschaft nicht speziell erwähnt. Die Welterbestätten sind jedoch in ihrer wichtigen Aufgabe der Vermittlung und Teilhabe zu unterstützen.

Der Aktionsplan «Strategie Baukultur» soll im Rahmen der bestehenden Ressourcen umgesetzt und über den Rahmenkredit «Baukultur» finanziert werden. Sollen die ambitionierten Ziele auch erreicht werden, so dürften die vorgesehenen Mittel wohl kaum ausreichen. ICOMOS Suisse empfiehlt darum dringend, dafür zusätzliche Mittel bereit zu stellen um den ohnehin zu knappen Plafond für die Erhaltung des baukulturellen Erbes nicht zu schmälern.

Wir danken für die Gelegenheit der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Niklaus Ledergerber
Präsident ICOMOS Suisse



Pro Infirmis, Fachstelle Kultur inklusiv, Schwarztörstrasse 32, 3007 Bern
www.kulturinklusiv.ch, kontakt@kulturinklusiv.ch, Telefon 058 775 15 50

Trägerschaft:
pro infirmis

Bundesamt für Kultur (BAK)
Per Mail an:
StabsstelleDirektion@bak.admin.ch

Bern, den 19. September 2019

Stellungnahme der Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis zur Vernehmlassung des Entwurfs der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 – 2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben am 29. Mai 2019 das Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet. Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zum vorliegenden Entwurf Stellung zu nehmen.

Die **Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis** setzt sich seit 2016 für die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein, indem sie Kulturinstitutionen berät, und mit ihnen individuelle Massnahmen für mehr Inklusion erarbeitet. Aktuell tragen über 65 Kulturinstitutionen in der ganzen Schweiz das Label «Kultur inklusiv». Sie ermöglichen dank verbesserter Zugänglichkeit und partizipativer Mitarbeit Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam am Kulturleben teilzunehmen, und es mitzugestalten. Vor diesem Hintergrund äussern wir uns gerne zu ausgewählten Punkten des Entwurfs zur Kulturbotschaft 2021-2024.

Beantwortung ausgewählter Fragen des Fragekatalogs zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016 – 2020

Mit der Kulturbotschaft 2016-2020 sprach sich der Bundesrat dafür aus, die **kulturelle Teilhabe** zu fördern.

- Die Fachstelle Kultur inklusiv ist sehr erfreut, dass in der Kulturbotschaft 2016-2020 die kulturelle Teilhabe zum übergeordneten kulturpolitischen Ziel erklärt worden ist, und dass in jener Förderperiode Anstrengungen zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen unternommen worden sind. Mit der Ratifikation der Behindertenrechtskonvention der UNO (UNO-BRK) verpflichtete sich die Schweiz zur Umsetzung dieser Forderungen.¹ Wir sind überzeugt, dass eine langfristige Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes, der Kantone und der Gemeinden auf kulturelle Teilhabe unabdingbar ist, um **das Recht jedes Menschen** und insbesondere auch von Menschen mit Behinderungen **auf kulturelle Teilhabe** einzulösen.

¹ Rechtliche Grundlagen für die Handlungssachse „Kulturelle Teilhabe“: Art. 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948), Art. 9a des Bundesgesetzes über die Kulturförderung (2009), Art. 16 des Behindertengleichstellungsgesetzes (2004) sowie Art. 30 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNO-BRK, 2014).

Die Fachstelle Kultur inklusiv zieht zur Umsetzung der Kulturbotschaft folgende **Zwischenbilanz**:

1.1 Rückmeldung zu den unter Punkt 1.4.1. aufgeführten sechs Themenschwerpunkten

Die **Erweiterung und Sanierung des Landesmuseums Zürich** (S. 10 und 11) zeigt exemplarisch auf, wo nach wie vor Handlungsbedarf besteht:

- Bei der Sanierung des Gebäudes und dem Erweiterungsbau wurden die Anliegen von Menschen mit Behinderungen erst auf öffentlichen Nachdruck umgesetzt. Der Eingangsbereich wurde erst nachträglich und unter grossem Kostenaufwand barrierefrei zugänglich gemacht. Hier fehlt nach wie vor die Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen - auch bei den Vertreter/innen des Bundes als Auftraggeber/innen. Die auf S. 10 und 11 genannten „behindertengerechten Installationen“ reichen für die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nicht aus. Sie benötigen neben den klassischen Zugangshilfen auch inklusive Vermittlungsformate und Möglichkeiten zur partizipativen Mitgestaltung. Die Fachstelle Kultur inklusiv ist gerne bereit, hier aktiv Verbesserungen einzubringen.

1.2 Kulturpolitische Kooperation und Pilotprojekte

Die Handlungsachse der „Kulturellen Teilhabe“ und deren Koordinations- und Fördermassnahmen trugen entscheidend zur **Vernetzung und Professionalisierung von wichtigen Pilotprojekten** bei, zum Beispiel:

- Der Nationale Kulturdiallog (Bund, Kantone, Städte) leitete erste kulturpolitische Schritte zur Vernetzung und Professionalisierung des Arbeitsfeldes ein (zwei Tagungen, ein Handbuch, einen zukünftigen Leitfaden für die Projektförderung).
- Im Bereich der kulturellen Inklusion von Menschen mit Behinderungen konnte die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis als Pilotprojekt nationale und sprachregionale Leistungen mit massgeblicher Unterstützung auf Bundesebene lancieren.
- GiM - Generationen im Museum engagiert sich national und sprachregional für Museumsprojekte, die durch Menschen unterschiedlichen Alters mitgestaltet werden.
- Lapurla - Kinder folgen ihrer Neugier entwickelt national und sprachregional Projekte zwischen Kulturinstitutionen und Kitas, welche die kulturelle Teilhabe von Kindern von 0 bis 4 Jahre fördern.

1.3 Anpassungen in der Kulturförderung

Die **Langfristigkeit der Leistungen von wichtigen Pilotprojekten** ist jedoch noch **nicht gewährleistet**:

- **Pilotprojekte**, die über das Fördergefäss „Kulturelle Teilhabe“ und über weitere Fördergefässe des Bundes unterstützt werden, befinden sich am Ende ihrer Aufbauphase. Die Leistungen müssen nun evaluiert werden. Wichtige, professionell geführte Projekte sollten auch in den kommenden vier Jahren mit Fokus auf die Mitgestaltung durch die Projektpartner/innen sowie auf die Wirkungsmessung weiter gefördert werden. Nur so können sie längerfristige, bedarfsgerechte Leistungen entwickeln, die auch einen Mehrwert für alle Kulturschaffenden und Kulturnutzenden bilden.
- **Kulturförderung** ist nach wie vor weitgehend produktorientiert. Sie unterstützt künstlerische Produktionen sowie deren Erhaltung und/oder Präsentation. Die Produzent/innen sind häufig meist etabliert (weiss, hoch gebildet, ohne Behinderungen); sie reproduzieren Distinktionsmechanismen. Bei Projekten der kulturellen Teilhabe geht es jedoch auch um Mitgestaltung, Infragestellung und Aushandlung von Privilegien, Rezeption und Wirkung. **Querschnittprojekte**, die zwischen der Hochkultur und anderen gesellschaftlichen Bereichen angesiedelt sind, haben vier Merkmale: sie sind hybrid; ihnen liegt eine aktivierende Vorgehensweise sowie das Versprechen einer Wirkung zugrunde; ergebnisoffene Prozesse stehen im Vordergrund. Staatlichen Kulturförderstellen fehlt

nach wie vor das Instrumentarium für die Beurteilung von Projekten der kulturellen Teilhabe, um die Eingaben kompetent einschätzen zu können. Sie verfügen ausserdem über zu wenige Kooperationen mit Förderstellen anderer gesellschaftlicher Bereiche, um hybride Vorhaben gemeinsam einzuschätzen und zu finanzieren. Deshalb sollten **Kooperationen** zwischen den drei Staatsebenen, zwischen staatlichen Förderstellen in den Bereichen Kultur und Soziales und zwischen öffentlicher und privater Förderung stattfinden, **damit Projekte ihre Wirkung entfalten können**.

- Da die Kulturfördergelder beschränkt sind, muss der Verteilschlüssel zwischen reinen Produktionsbeiträgen und prozesshaften Teilhabe-Projekten überdacht werden. Es braucht eine **adäquate und nachhaltige Umverteilung der Fördergelder zugunsten der Teilhabe**. Diese Umverteilung sollte nicht nur in der Projektförderung stattfinden, sondern sich auch in den Vereinbarungen der öffentlich getragenen Kulturinstitutionen niederschlagen. Denn kulturelle Inklusion sollte weitgehend eine öffentlich finanzierte Aufgabe sein. Der Bund sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen, indem er diesen Prozess in seiner eigenen Kulturförderung vollzieht, und im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs die Kantone und Gemeinde dazu anregt, dasselbe zu tun.

1.4 Die kulturelle Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung

Der Bericht „**Stärkung kultureller Teilhabe in der Schweiz**“ des Vereins „Kulturvermittlung Schweiz“ (2015)² sah Massnahmen zur Stärkung der kulturellen Teilhabe von **Menschen mit Behinderungen** vor:

- Zugang zu kulturellen Institutionen für Menschen mit Behinderungen als Kulturschaffende
- Beauftragung der Kultureinrichtungen, klar und verständlich über ihre Angebote zu informieren und dabei die Bedürfnisse von hör- und sehbehinderten Menschen zu beachten
- Mitarbeit von Menschen mit Behinderungen in Kultureinrichtungen
- Produktion unter Mitwirkung oder Mitgestaltung von Künstler/innen mit Behinderungen
- Kulturprojekte zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (Abbau baulich-technischer Hindernisse, Beseitigung von Barrieren bei der Information, behindertenspezifische Kulturveranstaltungen)
- Behindertenorganisationen als wichtige Stakeholder der Handlungsachse „Stärkung der kulturellen Teilhabe“.

Die Fachstelle Kultur inklusiv anerkennt, dass Massnahmen der Handlungsachse „Kulturelle Teilhabe“ Menschen mit Behinderungen zugute gekommen sind. Ab 2016 wurden zum Beispiel über das **Fördergefäss „Kulturelle Teilhabe“** wichtige Projekte für und/oder mit Menschen mit Behinderungen gefördert:

- Die **Fachstelle Kultur inklusiv** konnte sich als national und regional agierendes Pilotprojekt positionieren. Sie begleitet Kulturinstitutionen aus allen Sparten und Kantonen, die inklusive Massnahmen mit Partner/innen aus dem Behindertenbereich über vier Jahre hin entwickeln. Die Inklusion ist ganzheitlich, denn die Kulturinstitutionen verpflichten sich zu Massnahmen in fünf Handlungsfeldern: das Kultur- und Vermittlungsangebot, der inhaltliche Zugang, der bauliche Zugang, Arbeitsmöglichkeiten und die Kommunikation.
- **Weitere Projekte** mit aktiver Beteiligung von Menschen mit Behinderungen wurden unterstützt: Ich seh's anders!, Clousiana Orchestra, Der Tanz des Lebens- Leben ohne Tanz, Oltner Schauspielsseminar für Gehörlose, La Visite und Über die Verhältnisse.

² Der Bericht wurde im Auftrag der Arbeitsgruppe Kulturelle Teilhabe des Nationalen Kulturdialogs verfasst.

- Mit Art. 65 in der Verordnung des EDI über die **Filmförderung** vom 21. April 2016 wurde der behinderungsgerechte Zugang als Voraussetzung für Fördergelder des Bundes festgeschrieben.

Trotz des im Bericht von 2015 ausgewiesenen Handlungsbedarfs im Bereich der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen legte der Bund gemäss Kapitel 1.4.1 in der Förderperiode 2016-2020 den Schwerpunkt – zumindest ressourcenmässig – auf sechs andere Themen.

- Die Fachstelle Kultur inklusiv bedauert dies, denn **das Recht von Menschen mit Behinderungen auf selbständige Teilnahme am kulturellen Leben ist** in der Schweiz noch **nicht eingelöst**.

- *Die Fachstelle Kultur inklusiv zieht eine gemischte Bilanz zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2016-2020.*
- *Die Handlungsachse „Kulturelle Teilhabe“ hat einen Beitrag zur Verbesserung der Teilhabe an Kultur für unterschiedliche Gruppen, unter anderem Menschen mit Behinderungen, geleistet.*
- *Für Menschen mit Behinderungen ist das Recht auf selbständige Teilnahme am kulturelle Leben nicht eingelöst: vom Bund unterstützte wichtige Pilotprojekte sind noch nicht nachhaltig, und anderen Themen bildeten in der Kulturbotschaft 2016-2020 Förderschwerpunkte.*
- *Die Fachstelle Kultur inklusiv ist überzeugt, dass eine langfristige Ausrichtung der öffentlichen Kulturpolitik auf kulturelle Teilhabe unabdingbar ist, um gemäss der UNO-BRK das Recht jedes Menschen und insbesondere auch von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe einzulösen. Dies wird folgendermassen erreicht: durch die nachhaltige Förderung von wichtigen Projekten; durch Kooperationen, um Projekte richtig einzuschätzen und mitzufinanzieren; durch die Umverteilung der Geldern in Richtung Teilhabe.*

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes 2021-2024

- Die Fachstelle Kultur inklusiv begrüsst die Weiterführung der drei Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sowie „Kreation und Innovation“ (S. 12). Allerdings **sollte die kulturelle Teilhabe** von Menschen mit einer Behinderung als Künstler/innen, Besuchende und Mitarbeitende in Kulturinstitutionen **in allen drei Handlungsachsen von Anfang an mitgedacht und mitfinanziert werden**. Bei der „Digitalisierung“ sollten z. B. nicht nur die Erfassung und Erhaltung von Kulturgut im Bereich der Sammlungen gefördert werden. Ebenso stark muss das Vermittlungspotenzial durch neue Technologien weiterentwickelt, verbreitet und etabliert werden. Gerade für Menschen mit Behinderungen erschliessen technische Hilfsmittel auch kulturelle Angebote (Einsatz von Gebärdensprach-Avataren, automatische Untertitelung, Virtual- und Augmented Reality; vgl. dazu das Horizon 2020 Forschungsprojekt ARCHES Accessible Ressources for Cultural Heritage EcoSystems). Im Sinne der Inklusion bilden diese technischen Neuerungen einen Mehrwert für alle Kulturnutzer/innen.
- Die Fachstelle Kultur inklusiv fordert grundsätzlich, dass bei der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 eine **Akzentuierung auf die Umsetzung des in der UNO-BRK verankerte Recht von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe und Inklusion** vorgenommen wird. Als wichtige Herausforderungen erachtet die Fachstelle Kultur inklusiv erstens den Einbezug von Menschen mit Behinderungen als Expert/innen (als Künstler/innen, Besuchende, Mitarbeitende), zweitens die Entwicklung von Kooperationen zwischen den Akteuren der Kultur und dem Sozialen, drittens die Bekanntmachung von inklusiven Angeboten bei potentiellen Nutzer/innen.

- In der Kulturbotschaft 2021-2024 werden Menschen mit Behinderungen kaum erwähnt und geraten damit bei der Auseinandersetzung mit den einzelnen Themen aus dem Fokus. Die Fachstelle Kultur inklusiv fordert, **dass Menschen mit Behinderungen in der Kulturbotschaft 2021-2024 entweder ein eigenes Kapitel / ein eigener Abschnitt gewidmet wird**, oder dass auf ihre speziellen Bedürfnisse in den einzelnen Kapiteln hingewiesen wird, ähnlich wie bei der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern (S. 12) oder beim Schwerpunkt der Interkultur von Pro Helvetia in der Förderperiode 2016-2020. (S. 16)
- **Im Sinne von Diversität und Inklusion sollte der Bund auch kulturelle Teilhabe** allgemein und besonders für und von Menschen mit Behinderungen **in seine Kulturpolitik einbetten** und mit adäquaten Ressourcen ausstatten: auf allen Ebenen seiner Förderpraxis und in diejenige von Pro Helvetia, in die Vereinbarungen der Kultureinrichtungen, die dem Bund unterstellt sind, die er führt oder fördert sowie in weiteren Förderbereiche (musikalische Bildung, Leseförderung, Laienkultur, immaterielles Kulturgut). (S. 7, 2.1 Akteure der Kulturpolitik des Bundes)
- Die Fachstelle Kultur inklusiv lädt den **Bund ein, eine Vorbildfunktion zu übernehmen, indem er seine eigenen Institutionen verpflichtet**, im Rahmen des Labels «Kultur inklusiv» und mit adäquaten und langfristigen Ressourcen die kulturelle Inklusion für und durch Menschen mit Behinderungen über vier Jahre hin zu gewährleisten.
- Die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sollte in der **staatlichen Kulturpolitik** und im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs konsequent als **Querschnittsthema** mitgedacht werden, denn es gilt, den Nachteil von Menschen mit Behinderungen als Künstler/innen, als Besuchende und als Mitarbeitende auszugleichen. (S. 10 / S. 38)

- ➔ *Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis begrüsst die Weiterführung der strategischen Handlungsachsen der Kulturbotschaft 2016-2020 in der Kulturbotschaft 2021-2024 und rät, „kulturelle Teilhabe“ in allen drei Achsen von Anfang an mitzudenken und zu finanzieren.*
- ➔ *Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis wünscht sich, dass bei der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024 einen Schwerpunkt auf die Umsetzung des in der UNO-BRK verankerten Rechts von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe gelegt wird. Dies wird folgendermassen erreicht: durch die Einbettung von kultureller Teilhabe im Sinne von Diversität und Inklusion in die Kulturförderung des Bundes sowie als Querschnittsthema, durch das vorbildliche Engagement des Bundes in seinen eigenen Institutionen.*
- ➔ *Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis wünscht sich, dass der Bund im Bereich der kulturellen Teilhabe eine Vorbildfunktion übernimmt.*

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Die Fachstelle Kultur inklusiv begrüsst es sehr, dass die kulturelle Teilhabe ein zentraler Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes für die Jahre 2021-2024 bleiben soll.

Die Fachstelle Kultur inklusiv regt an, **Menschen mit Behinderungen** bei den geplanten Massnahmen wie folgt **stärker zu berücksichtigen**:

- In der interdepartementalen Strategie zur Baukultur sollte der **baulichen Zugänglichkeit** ein Kapitel gewidmet werden. (S. 13)
- Im Rahmen der kulturpolitischen Debatte, dem Aufbau und dem Einsatz von Fördergefässen für Projekte der kulturellen Teilhabe sind Menschen mit Behinderungen konsequent miteinzubeziehen.

hen. Darüber hinaus geht es grundsätzlich um **mehr Diversität und Inklusion** (Interkultur, Chancengleichheit). (S. 16-17)

- Wie bei „Interkulturalität“ sollte Pro Helvetia die **Professionalisierung und Vernetzung von inklusiven Theater- und Tanzensembles aus der Schweiz** in Zusammenhang mit IntegrART vom Migros Kulturprozent unterstützen. Nachdem dieser Bereich vernetzt wurde und internationale Ensembles regelmässig im Rahmen von STEPS und IntegrART präsentiert wurden, ist es angebracht, professionelle und pionierhafte Ensembles, die in der Schweiz tätig sind, zu fördern. Dasselbe gilt für mir'arts, das **Netzwerk, welches bildende Künstler/innen mit einer kognitiven Behinderung** in der Romandie begleitet. (S. 17)
- Der **Schwerpunkt „Kunstvermittlung“ von Pro Helvetia sollte Fragen zur Diversität und zur Inklusion machtkritisch behandeln** und dazu mit Künstler/innen und Vermittler/innen zusammenarbeiten, die selbst Betroffene mit Behinderungen oder Migrationserfahrung, usw. sind. (S. 17)
- Es ist zu prüfen, ob ein **Schweizer Preis „Inklusive Kultur“** geschaffen werden kann, mit dem inklusive Kulturinstitutionen oder Anbieter von Massnahmen ausgezeichnet werden. Bei der Festsetzung der Kriterien für den Preis sowie in der Jury müssen Kulturexpert/innen mit Behinderungen einbezogen werden. (S. 17)
- Der Bund setzt sich für eine **angemessene Entschädigung der Kulturschaffenden** ein, was die Fachstelle Kultur inklusiv begrüsst. Die Fachstelle Kultur inklusiv verlangt, dass auch Expert/innen mit Behinderungen als Künstler/innen, Vermittler/innen und Beratende angemessen entschädigt werden. In diesem Zusammenhang sollte unbedingt auch die Absicherung durch Sozialversicherungen mitbedacht werden sollte. (S. 20)
- **Audiodeskription und Untertitelung von Filmen** müssen in der Filmförderung ein wichtiges Kriterium sein, unabhängig von der Fördersumme. Die Sensibilisierung von Festivals und Projektträgern, bei denen Filmvermittlung eine grosse Rolle spielt (Cinémathèque, Roadmovie, usw.), sollte ebenso gefördert werden. Denn diese unsichtbare Arbeit ist entscheidend, damit ein Angebot sein Publikum erreicht. Der Anbieter von Audiodeskription und Untertitelung Regards Neufs vermittelt zum Beispiel inklusive Filmkultur aktiv an grossen Filmfestivals der Schweiz, jedoch ohne finanzielle Unterstützung für diesen Bereich ihres Engagements. (S. 28-29)
- Die Fachstelle Kultur inklusiv begrüsst die Förderung von **sprachregionalen Netzwerken** für eine bessere Verbreitung und Vermittlung von Theater, Tanz, und Musik. Sie fordert jedoch, dass mit Anbietern von inhaltlichen Zugangsmassnahmen wie z. B. Ecoute Voir und Sourds & Culture in der Romandie beim Aufbau der Netzwerke zusammengearbeitet wird, damit Inklusion in den Performing Arts einer Sprachregion strategisch vorangetrieben wird. In der Deutschschweiz müssen professionelle Anbieter von inhaltlichen Zugangshilfen im Bereich der Performing Arts aufgebaut werden, was mit den interregionalen Netzwerken koordiniert werden muss. (S. 13)
- **Modellhafte und in ihrer Sprachregion anerkannte Anbieter von inklusiven Leistungen** wie etwa in der Romandie Ecoute Voir (Audiodeskription und Übertitelung) Sourds & Culture (Gebärdensprachverdolmetschung), 1001 feuilles (Museums- und Theatervermittlung durch Kulturexpert/innen mit einer kognitiven Behinderung) **sollten über das Fördergefäss „Kulturelle Teilhabe“ unterstützt werden**, auch um die Kulturinstitutionen einer Sprachregion zu verpflichten, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Die Erfahrungen aus der Romandie zeigen, dass Kulturinstitutionen oft nicht bereit sind, die Angebote mitzufinanzieren, und manchmal für Audiodeskription und Gebärdensprachverdolmetschung in den Performing Arts billigere Anbieter aus Frankreich suchen. (S. 13)

- **Der Bund sollte die ihm unterstellten Kulturbetriebe sowie Betriebe, die er mitsteuert oder fördert, dazu verpflichten, das Label «Kultur inklusiv» zu beantragen.** Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen sollte in der Strategie, den Massnahmen und dem Budget verankert sein. Ein/e Inklusionsbeauftragte/r sollte den Ausbau von Massnahmen sowie die nötigen internen Sensibilisierungen und Weiterbildungen durch bezahlte Kulturexpert/innen mit Behinderungen koordinieren. Der Bund sollte auch sicherstellen, dass Förderbeiträge für kulturelle Teilhabe oder Inklusion den Abteilungen und Mitarbeitenden, die solche Aufgaben wahrnehmen, zukommt, und nicht ins Budget für Ausstellungen, Kommunikation oder Marketing überführt werden. (S. 31-33)
- Zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Kultur gehört auch ihr aktiver Einbezug in Diskussionen über die Ausgestaltung des kulturellen Lebens. Entsprechend sollten **Expert/innen mit Behinderungen sowie auch Selbstvertreter/innen von weiteren Gruppen in der Arbeitsgruppe „Kulturelle Teilhabe“ des Nationalen Kulturdialogs** neben Vertretern aus der Kulturförderung und auch aus der Sozialförderung vertreten sein. (S. 38)
- Damit möglichst viele Menschen Freude am Lesen haben können, braucht es Texte in einfacher und Leichter Sprache. Die Fachstelle Kultur inklusiv fordert den Bund auf, sich im Rahmen der **Leseförderung** für solche Textarten einzusetzen sowie die Zusammenarbeit der Fachgebiete „einfache Sprache“, „Leichte Sprache“ und „Grundkompetenzen Lesen und Schreiben“ zu fördern. Für die Entwicklung und Mitfinanzierung dieser Massnahmen müssen Kooperationen mit weiteren in diesem Feld tätigen Bundesstellen aufgebaut oder verstärkt werden, beispielsweise mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. (S. 39)
- Im Bereich der **musikalischen Bildung** sollte neben der Talentförderung auch die Unterstützung für inklusiven Musikunterricht für Menschen mit Behinderungen gewährleistet werden. Projekte mit Modellcharakter wie Tabula Musica, Bern oder Musik trotz allem, Basel sollten dazu die nötige finanzielle Basis über alle Staatsebenen erhalten.
- Die Gehörlosengemeinschaft ist eine sprachliche und kulturelle Minderheit der Schweiz. Es ist an der Zeit, dass **die Sprachenförderung des Bundes die vier Gebärdensprachen miteinschliesst und fördert.** (S. 41)

Zudem schlägt die Fachstelle Kultur inklusiv folgende **weitere Massnahmen** vor:

- Damit Menschen mit Behinderungen professionell als Künstler/innen tätig sein können, muss der Zugang zu entsprechenden Bildungsinstitutionen und deren Inhalte barrierefrei sein.
- Menschen mit Behinderungen sind teilweise auf Assistenz angewiesen. Für Assistenzpersonen sollen kostenlose Plätze an kulturellen Anlässen zur Verfügung gestellt werden. Blindenführhunde sollten in den Aufführungsraum mitgenommen werden können.
- Damit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungsformen Aufführungen der darstellenden Künste offenstehen, sind für sie Plätze nahe bei der Bühne zu reduzierten Preisen zu reservieren.
- Inklusive Kultureinrichtungen sollten die Möglichkeit haben, eine staatliche Finanzierung der nachteilsausgleichenden Kosten für die Inklusion von benachteiligten Projektpartner/innen zu erhalten. Ein entsprechender Fonds ist nach dem Vorbild der Stadt Bern einzurichten.
- Weiter sollte der Bund im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs kantonale Förderstellen dazu ermutigen, nach dem Vorbild von „Schule und Kultur“-Fachstellen neue Fachstellen „Kultur und Gesellschaft“ zu eröffnen, mit einer Steuergruppe, welche unter anderem Expert/innen aus dem kulturellen und dem sozialen Bereich sowie Kulturexpert/innen mit und ohne Behinderung zuzieht.

- *Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis erachtet es als unabdingbar, dass Menschen mit Behinderungen bei der Umsetzung der dritten Kulturbotschaft noch besser miteinbezogen werden (s. obige Massnahmen).*
- *Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis regt an, dass die kulturelle Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung auch in folgenden Bereichen gefordert und gefördert wird: in der Baukultur; in der Filmförderung; bei Pro Helvetia für die Förderung von inklusiven Schweizer Ensembles, in der sprachregionalen Netzworkebildung sowie im Schwerpunkt „kritische Kulturvermittlung“; in den Kulturinstitutionen, die dem Bund gehören und die er fördert; in den Bereichen Leseförderung und musikalische Bildung.*
- *Die Fachstelle Kultur inklusiv regt an, modellhafte und in ihrer Sprachregion anerkannte Anbieter von Inklusionsmassnahmen über das Fördergefäss „Kulturelle Teilhabe“ zu fördern.*
- *Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis erwartet, dass Menschen mit Behinderungen bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Massnahmen als Expert/innen in eigener Sache einbezogen und für diese Expert/innentätigkeit angemessen entschädigt werden.*
- *Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis wünscht sich, dass Kulturexpert/innen mit Behinderungen in der Arbeitsgruppe „Kulturelle Teilhabe“ angemessen vertreten sind.*
- *Die Fachstelle Kultur inklusiv rät zur Bildung eines Fonds für die Finanzierung der nachteilsausgleichenden Kosten für die Inklusion von benachteiligten Projektpartner/innen.*
- *Die Fachstelle Kultur inklusiv rät, über den Nationalen Kulturdialog Kantone und Städte für eigene Fonds für den Nachteilsausgleich sowie für den Aufbau von „Kultur und Gesellschaft“-Fachstellen zu sensibilisieren.*
- *Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis erachtet als unabdingbar, dass die vier Gebärdensprachen der Schweiz bei Massnahmen der Sprachförderung mitberücksichtigt werden.*

4. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Die Fachstelle Kultur inklusiv ist dezidiert der Meinung, dass das in der UNO-BRK verankerte Recht von Menschen mit Behinderungen auf kulturelle Teilhabe nicht ressourcenneutral eingelöst werden kann. Dasselbe gilt für weitere Bereiche der kulturellen Inklusion (z. B. Menschen mit Migrationserfahrung).

Die Fachstelle Kultur inklusiv erwartet, dass **adäquate Mittel für die Stärkung der kulturellen Teilhabe** eingesetzt werden, indem der **Bund**:

- einen **adäquaten Anteil seines Kulturbudgets** für die Förderung von kultureller Teilhabe einsetzt.
- **wichtige nationale und sprachregionale Initiativen**, die vernetzend, professionalisierend, bedarfsgerecht und wirkungsorientiert arbeiten, langfristig und adäquat unterstützt.
- **seine eigenen Kulturinstitutionen** über ihre Vereinbarungen und die Zuteilung von adäquaten Budgets dazu verpflichtet, ihre Leistungen in Hinblick auf kulturelle Teilhabe langfristig weiterzuentwickeln. Das bedeutet eine Umverteilung der Gelder: weniger Produktionen, mehr Teilhabe.
- **seine eigenen Kulturinstitutionen** dazu verpflichtet, das Label «Kultur inklusiv» zu beantragen, und die guten Praxisbeispiele aus dieser Zielsetzung im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs als Vorbilder für ähnliche Initiativen auf Kantons- und Gemeindeebene vorstellt.

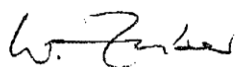
- in Zusammenarbeit mit weiteren öffentlichen Förderstellen auf Bundesebenen einen **Fonds für den Nachteilsausgleich bei inklusiven kulturellen Projekte** aufbaut, und die Erkenntnisse aus dieser Zielsetzung im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs als Vorbilder für ähnliche Initiativen auf Kantons- und Gemeindeebene vorstellt. (S. 10)
- **im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs finanzielle Kooperationsmöglichkeiten auslotet und ermöglicht.** Dies könnte einen ersten Schritt in Richtung eines **nationalen Kompetenzzentrums** für kulturelle Teilhabe für weitere Förderperioden bilden (S. 10):
 - Zwischen Kulturförderstellen der drei Staatsebenen
 - Zwischen Kultur- und Sozialförderstellen auf jeder Staatsebene, etwa über die Einrichtung von Fonds für den Nachteilsausgleich oder über „Kultur und Gesellschaft“-Fachstellen.
 - Zwischen wichtigen staatlichen und privaten Förderstellen; dabei geht es vor allem darum, sich von den privaten Förderstellen, welche Projekte der kulturellen Teilhabe ganzheitlich unterstützen,³ methodisch beraten zu lassen, etwa für die Wirkungsplanung und -messung (siehe z. B. Mercator Schweiz und Drosos).

→ Die Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis erachtet als unabdingbar, dass Mittel für die Stärkung der kulturellen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen für 2021-2024 eingestellt werden: im Kulturbudget allgemein; für wichtige nationale und sprachregionale Projekte; in den eigenen Institutionen; über einen Fonds für den Nachteilsausgleich bei inklusiven kulturellen Projekten; über den Aufbau von Kooperationen im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

Fachstelle Kultur inklusiv von Pro Infirmis



Walter Zuber
Kantonaler Geschäftsleiter
Pro Infirmis Bern



Sara Stocker
Deutschschweiz &
Tessin



Nicole Grieve
Romandie &
Tessin



Paola Pitton
Kommunikation &
Publikationen

³ Ganzheitlich heisst hier, dass die Förderung von Kultur und Sozialem nicht wie bei öffentlichen Förderstellen getrennt verläuft.

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur

Eingereicht per E-Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 20. September 2019

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom 29. Mai 2019 wurden interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. ICTswitzerland, der Dachverband der ICT-Wirtschaft, nimmt diese Gelegenheit wahr und unterbreitet Ihnen im Folgenden seine Stellungnahme, welche sich auf die relevanten Aspekte für die Schweizer ICT-Wirtschaft beschränkt.

Einleitende Bemerkungen

ICTswitzerland ist der Dachverband der ICT-Wirtschaft. Der 1980 gegründete Verband umfasst 31 grosse und mittlere Unternehmen sowie 21 Verbände. ICTswitzerland vertritt deren Anliegen gegenüber der Öffentlichkeit, den Behörden und anderen Verbänden, bezweckt die Förderung und Weiterentwicklung der digitalen Technologien sowie die Aus- und Weiterbildung von ICT-Fachkräften. Zudem setzt sich ICTswitzerland für die Erkennung und Abwehr von Cyberrisiken ein. In der Schweiz werden in allen Wirtschaftsbranchen und in der öffentlichen Verwaltung rund 200'000 ICT-Fachkräfte beschäftigt (2017). Mit einer Bruttowertschöpfung von CHF 29.7 Mrd. (2015) ist die ICT-Kernbranche die siebtgrösste Wirtschaftsbranche der Schweiz.

Mit der Kulturbotschaft 2021-2024 will der Bundesrat die bisherige Kulturförderung weiterentwickeln und dabei die grossen gesellschaftlichen Trends wie Globalisierung und Digitalisierung berücksichtigen. Für die ICT-Wirtschaft der Schweiz ist hierbei die Ausweitung der Filmförderung im Entwurf zum Filmgesetz (E-FiG) auf den Onlinebereich von Bedeutung. Namentlich sind es die Reinvestitionspflicht in das Schweizer Filmschaffen (E-FiG Art. 24b-f), die Quote für europäische Filme (E-FiG Art. 24a) sowie die Registrierungs- und Meldepflicht (E-FiG Art. 24g-i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1).

Grundsätzliche Bemerkungen

ICTswitzerland anerkennt den Wert des Schweizer Kulturschaffens und beobachtet die durch die Digitalisierung entstehenden Innovationen in der Kulturbotschaft mit Interesse. Der Fokus der Kulturbotschaft auf den «digitalen Wandel in der Kulturförderung» scheint zeitgemäss und richtig. ICTswitzerland ist überzeugt, dass dieser Wandel in erster Linie Chancen für die Schweizer Kulturschaffenden bietet. Digitalisierung ist ein wichtiger Motor für das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Leider schlägt der Bundesrat in der Kulturbotschaft in Bezug auf die Filmförderung einen anderen Weg ein und reagiert auf die digital getriebenen Veränderungen von Angebot- und Nachfrage mit einem wirtschaftsfeindlichen und kontraproduktiven Ansatz.

Der Bundesrat schlägt vor, dass Online-Filmanbieter, welche sich «an das Schweizer Publikum richten», neu 4% ihres Bruttoumsatzes in das Schweizer Filmschaffen investieren müssen oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu leisten haben. Weiter sollen sie beim Filmangebot eine Quotenregelung von 30% für europäische Filme berücksichtigen müssen und werden mit aufwändigen Registrierungs- und Meldepflichten belegt.

ICTswitzerland lehnt den Entwurf zum Filmgesetz entschieden ab. Wir sind der Ansicht, dass die Vorschläge zur Ungleichbehandlung der Wirtschaftsteilnehmer und zu Wettbewerbsverzerrungen führen, die Schweizer Konsumenten noch mehr belasten und das Online-Filmangebot in der Schweiz schmälern.

Stellungnahme zum Entwurf zum Filmgesetz

ICTswitzerland lehnt den Entwurf zum Filmgesetz (E-FiG Art. 24a-i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1) aus folgenden Gründen ab:

Systemwidrige Einführung von Spezialabgaben

Die Reinvestitionspflicht in das Filmschaffen in der Höhe von 4% des Bruttoumsatzes stellt eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten dar und kommt einer Einführung von Spezialabgabe/-steuer für einzelne Unternehmen der ICT-Wirtschaft gleich. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso ausgewählte Firmen der Privatwirtschaft solcherart für die Subventionierung anderer Wirtschaftsteilnehmer aufkommen sollten.

An dieser Stelle entstehen auch grundsätzliche Fragen zu Verfassungsmässigkeit der vorgeschlagenen Auflagen. Gemäss Art. 71 der Bundesverfassung ist die Förderung der Filmproduktion und Filmkultur Aufgabe des Bundes und dieser kann dazu Vorschriften erlassen. Nicht vorgesehen ist jedoch die Erhebung einer zusätzlichen «Steuer» (Ersatzabgabe) bei privaten Unternehmen zur Finanzierung dieser Fördermassnahmen. Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt; auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Entsprechend haben auch Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten. Im erläuternden Bericht wird der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die dem Radio und TV-Gesetz unterstellt sind.

Hier bewegen wir uns jedoch im Bereich des Service Public, womit durch BV Art. 93 eine weitere Verfassungsgrundlage besteht. Der Vergleich ist unzulänglich und darf nicht als Begründung dienen, derart in die Rechte der Online-Filmanbieter einzugreifen. Nicht zu vergessen ist zudem, dass viele der betroffenen Unternehmen die Verbreitung von Online-Filmen nicht als eigentlichen Geschäftszweck betreiben, sondern als eine Dienstleistung unter vielen, die auf Telekommunikationsnetzen beruhen.

Ungleichbehandlung der Schweizer Wirtschaftsteilnehmer und Wettbewerbsverzerrung

In vielen Online-Bereichen stehen Schweizer Anbieterinnen im direkten Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen. Die neuen Auflagen führen zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Anbieterinnen. Es handelt sich eben nicht, wie in der Presse gerne geschrieben, um eine «Lex Netflix» oder «Lex Amazon» (die wir indes ebenfalls ablehnen würden). Denn obwohl in den betreffenden Artikeln jeweils aufgeführt wird, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten, ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips höchst fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden könnten. Zudem ist die Bezeichnung «an das Schweizer Publikum richten» äusserst unklar.

Die Förder-/Ersatzabgaben werden daher wohl vor allem Schweizer Unternehmen treffen und es ist zu erwarten, dass der Mehraufwand auf den Endkunden überwälzt wird. Dies führt zu einer weiteren Wettbewerbsverzerrung, welche die Attraktivität von Schweizer Anbieterinnen schmälert und letztlich dazu führt, dass sich das Publikum stärker an ausländischen Anbieterinnen orientiert. Daran kann auch das Schweizer Filmschaffen kein Interesse haben.

Negative Auswirkungen auf das Filmangebot

Online-Filme entsprechen einem breiten Bedürfnis der Schweizer Bevölkerung und werden in der Schweiz oft von Fernmeldediensteanbieterinnen in Ergänzung zu einem Internetanschluss angeboten (klassische Fernsehprogramme und Abrufdienste). Die Abrufdienste umfassen eine grosse Vielfalt an Filmtiteln und bieten neben neuen Filmen auch Klassiker, Spartenfilme oder spezielle Angebote für Personen mit einem Migrationshintergrund. Mit einer verpflichtenden 30% Quote für europäische Filme müssten die Anbieterinnen zusätzliche Filme ins Angebot aufnehmen, für die allenfalls gar keine Nachfrage besteht. Dies schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen, die sich in einem direkten Wettbewerb mit internationalen Filmanbietern befinden. Zudem besteht bei kleineren Unternehmen die Gefahr, dass sie ihr Online-Filmangebot reduzieren und nicht-europäische Filme aus dem Sortiment nehmen. Dies hätte negative Auswirkungen auf das Filmangebot in der Schweiz.

Immenser administrativer Aufwand

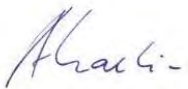
Neben der geforderten Registrierung und der Berichterstattung müssten die betroffenen Unternehmen zukünftig getrennte Kostenrechnungen und Einnahmenezusammenstellungen führen, um die getätigten Investitionen ins Schweizer Filmschaffen zu belegen oder die Ersatzabgabe zu berechnen. Diese bürokratischen Vorgaben werden einen grossen Aufwand an personellen und finanziellen Ressourcen nach sich ziehen, sodass die Endkundenpreise deutlich mehr als 4% im Filmbereich zunehmen würden.

Schweizer Konsumenten werden erneut zur Kasse gebeten

Es ist zu erwarten, dass die betroffenen Unternehmen die aufgebürdete Subventionierungspflicht und die administrativen Aufwände auf die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten übertragen werden. Vor allem die jüngeren Generationen, welche zunehmend nicht-lineare Medieninhalte nutzen, werden damit wiederholt zur Kasse gebeten: Sie zahlen bereits eine geräteunabhängige Haushaltsabgabe für Radio und Fernsehen («Billag-Gebühr»), aufgrund der laufenden Urheberrechtsrevision zusätzliche Urheberrechtsabgaben auf VoD und sie finanzieren nicht zuletzt mit ihren Steuern die Filmförderung des Bundes. Die wachsende Forderungs- und Subventionsmentalität sollte auch im Interesse der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten an dieser Stelle gestoppt werden.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Andreas Kaelin
Geschäftsführer ICTswitzerland

Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 19. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024: Stellungnahme Cineducation.ch

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 29. Mai 2019 und der Möglichkeit sich als Dachverband von Projekten und Institutionen, die sich im Bereich der Filmbildung und Filmvermittlung in der Schweiz betätigen, eine Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021-2024 abgeben zu können.

Allgemeine Bemerkungen

Generell erachten wir den Entwurf zur Kulturbotschaft 2021-2024 in seinen Grundzügen als eine gute Grundlage und befürworten die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „Kreation und Innovation“ sowie neu die Ergänzung durch den Akzent „Digitalisierung“.

Lebens- und Medienwelten sind heute untrennbar miteinander verbunden. Insbesondere audiovisuelle Medien sind durch die Digitalisierung in verschiedensten Formen und verschiedenen Kanälen ständig verfügbar und in unserem Alltag präsent. Dies gilt in besonderem Masse für Kinder und Jugendliche, die unter diesen Bedingungen und Möglichkeiten der medialen Alltagskultur aufwachsen und zunehmend auch aktiv mit ihren mobilen Endgeräten Filme produzieren und in der sozialen Kommunikation einsetzen. Angesichts dieses Stellenwerts und Potenzials des Films in der Gesellschaft sollte die Ausbildung der Kenntnisse und des Wissens sowie der kreative Umgang mit Filmen mehr gefördert werden. Filmbildung als Leitmedium des 21. Jahrhunderts kommt als Gegenstand der Bildung ein wichtiger Stellenwert zu. Allerdings wird der Film selbst, sein didaktisches und soziales Potenzial, seine medialen Eigenschaften, seine spezifische Sprache mit Bildern und Tönen, seine Geschichte bis anhin noch zu wenig thematisiert, wozu die Kulturbotschaft 2021-2024 einen Anlass bietet, dies zum Guten zu ändern.

Förderung der Filmkultur

Im Zusammenhang mit der Förderung der Filmkultur sind wir erfreut, dass unter dem Kapitel Filmkultur (vgl. 2.3.6.2) nun explizit „Institutionen, welche die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für das Medium Film zum Ziel haben“ erwähnt sind. Ausserdem begrüssen wir die neuen, jetzt konkret ausgesprochenen Ziele und Massnahmen sehr, dass zukünftig die Filmvermittlung für Kinder und Jugendliche sowie weiterer spezifischen Zielgruppen in die Strategie des BAK zur kulturellen Teilhabe eingebunden und mit den Kantonen koordiniert werden sollen.

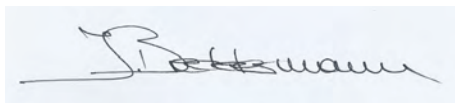
Damit enthält das Kapitel Filmkultur eine wichtige Basis, um der Verbreitung der Filmkultur und der Vertiefung des Filmverständnisses gemäss Art. 5.a FiG das gleiche Gewicht wie anderen Formen (film)kultureller Aktivitäten einzuräumen. So selbstverständlich wie die Leseförderung in der Kulturbotschaft unterstützt wird, muss heutzutage angesichts der immensen Quantität audiovisueller Produkte, auch das Lesen und Verstehen von bewegten Bildern gefördert werden. Der Zahlungsrahmen im Kapitel 4.1.3 (S. 50) zeigt die momentane Gewichtung der Bereiche auf. Für die Filmproduktion wird zwei Drittel mehr Budget zur Verfügung gestellt als für die Filmkultur bzw. für die Filmvermittlung. Die zur Verfügung gestellten Mittel müssten für diese beiden Bereiche gleich sein, denn wenn die Filmvermittlung nicht intensiviert durchgeführt werden kann, wird das Publikum der Zukunft in den Kinos ausbleiben, wie die neuesten Trendzahlen aus dem Jahr 2018 zeigen (Kap. 2.3.6, S. 27). Auch ein Interesse am Schweizer Film lässt sich längerfristig nur durch Filmbildung im schulischen und ausserschulischen Rahmen gewährleisten. Dies steht auch im Kontext des Lehrplans 21. In diesem Zusammenhang begrüssen wir auch die Bemühungen, Schweizer Filme online zugänglich zu machen.

Kulturelle Teilhabe

Wir legen dringend nahe, im Kapitel der Kulturellen Teilhabe (2.6.1) – nebst expliziter Fördermassnahmen von Laienkultur, Projektförderung Kultureller Teilhabe, Leseförderung, Musikalische Bildung und Bewahrung des immateriellen Kulturerbes – unbedingt „*Filmbildung und Filmvermittlung*“ zu ergänzen. Die audiovisuelle Kompetenz ist eine Grundlage für die in der Botschaft ausgeführten kulturellen Teilhabe, was in der heutigen Zeit der Digitalisierung, um so wichtiger geworden ist. Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene sollten audiovisuelle Produkte auf möglichst unterschiedliche Weise vermittelt bekommen und Informationen aus ihnen ziehen können. Sie sollen ihnen aber auch kritikfähig begegnen können und ihren Inhalten nicht nur ausgeliefert sein. Gerade auch benachteiligte und beeinträchtigte junge Menschen oder junge Menschen mit Migrationshintergrund erhalten durch bewegte Bilder einen erleichterten Zugang zur Kultur, was ganz neue Chancen eröffnet. Auch durch Produktion eigener Bilder können sie ihre persönliche Denk- und Sichtweise mitteilen oder auch reflektieren. Dazu braucht es systematische Vorgehensweisen im schulischen und ausserschulischen Bereich für Kinder und Jugendliche einerseits sowie Ausbildungen von Lehrpersonen und Weiterbildungen für Erwachsene andererseits. Filmvermittlung, sowohl praktische als auch analytische, kann die individuelle und kollektive Auseinandersetzung mit der schweizerischen und der eigenen Kultur im positiven Sinne stärken. Sie ermöglicht ausserdem auch die aktive Mitgestaltung des kulturellen Lebens und den kulturellen Selbstausdruck, wie es eine der strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes der „Kulturellen Teilhabe“ vorsieht. Auf diesem Boden würden auch die vom Bund unterstützten Institutionen und jene, die es bedauerlicherweise nicht sind, aber das nationale und internationale Filmerbe erhalten und zeigen, auf mehr Interesse stossen. So könnten auch jene Kinos und Festivals Subventionen erhalten, die durch vergünstigte Ticketpreise das Schweizer Filmerbe für Zuschauer und Zuschauerinnen attraktiv machen. Filmvermittlung muss neue Wege gehen, aber jeder investierte Franken fliesst mehrfach zurück.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruss



Julia Breddermann
Für den Vorstand des Vereins cineducation.ch



Basel, 19. September 2019

KULTURBOTSCHAFT 2021–2024: VERNEHMLASSUNG DES VEREINS BAOBAB BOOKS

Sehr geehrte Frau Chassot,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, am Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021–2024 Stellung zu nehmen.

Baobab Books setzt sich seit 30 Jahren für die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen ein und verbindet dieses Anliegen der Integration sowie der Sprachenförderung bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Den drei Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kreation und Innovation» können wir aufgrund unserer Erfahrungen und Erkenntnisse aus der praktischen Arbeit vorbehaltlos unterstreichen. Wobei diese drei Schwerpunkte aus unserer Sicht insbesondere dann Tiefenwirkung zeigen, wenn sie untereinander verknüpft werden. Insgesamt würden wir uns wünschen, dass insbesondere der Verlagsförderung und der Leseförderung angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen auf dem Markt und der hohen gesellschaftlichen Relevanz eine finanziell grössere Förderung zugesprochen würde

In dieser Stellungnahme beziehen wir uns im Detail gemäss unserem Tätigkeitsfeld auf die Bereiche Literatur, Leseförderung und die Kulturelle Teilhabe.

Literatur (2.3.4)

Wir sind erfreut über die explizite Benennung der Formen visueller und performativer Literatur, da insbesondere illustrierte Kinder- und Jugendliteratur (Bilderbücher, Graphic Novels etc.) auch heute noch nicht die ihr angemessene Wahrnehmung, Förderung und Rezeption erhält. Nicht zuletzt in Hinblick auf die «Kulturelle Teilhabe» sollte diese Literatursparte eine gleichwertige Aufmerksamkeit zukommen, denn eine lebendige, aktuelle und vielfältige Kinder- und Jugendliteratur leistet einen grundlegenden Beitrag zu diesem Handlungsschwerpunkt.

Als Fachstelle, die sich im Besonderen mit übersetzter Literatur beschäftigt, begrüssen wir die Hervorhebung der Rolle der Übersetzerinnen und Übersetzer. Angemessene Honorierung dieser Arbeit bedingt jedoch auch entsprechende Fördermittel, da eine finanzielle



Gleichstellung mit den Autorinnen und Autoren für Schweizer Verlage wirtschaftlich nicht tragbar wäre.

Wir plädieren im Weiteren für eine Fortsetzung und einen Ausbau der nationalen und internationalen Promotion in Form der Verlagsförderung sowie den Messeauftritten und weiteren Aktivitäten. Wichtig scheint uns hierbei die Kontinuität: erfolgreiche internationale Verbreitung erfordert einen erweiterten Zeitrahmen anstelle punktueller Aktivitäten.

In Bezug auf die Förderung des Lizenzmarktes stellen wir eine Lücke fest zwischen dem «Schweizerischen Verlagsschaffen» und der Übersetzungsförderung für «Schweizer Bücher». Die Diversität unserer Gesellschaft bringt Werke von Autorinnen und Autoren hervor, die durch das Engagement eines Schweizer Verlags überhaupt erst übersetzt und publiziert – und danach im internationalen Lizenzgeschäft angeboten werden. Da die Ursprungssprache trotz einer Erstveröffentlichung in einem Schweizer Verlag aber manchmal keine Landessprache ist, fallen solche Werke durch das Raster. Hier wäre eine Erweiterung des Definitionsrahmens erwünscht – gerade auch im Sinne der «kulturellen Teilhabe».

Kulturelle Teilhabe (2.6.1)

Wir begrüßen die Kontinuität im Bereich der Leseförderung. In der Botschaft zur Kulturförderung wird festgehalten, dass «Lesen und Schreiben grundlegende Fähigkeiten von Wissen und Denken (...) und eine Grundvoraussetzung für eine aktive kulturelle Teilhabe» sind. Die nachfolgenden Erläuterungen und Vorschläge erscheinen jedoch zu knapp.

Mit Erstaunen haben wir die Zuordnung der Leseförderung zum «nicht-professionellen Kulturschaffen» aufgenommen. Wir vermuten, dass damit breitenwirksame Aktionen in der Bevölkerung angesprochen sind, wie beispielsweise Vorlesetage o.ä. Allerdings scheint uns diese Zuschreibung angesichts der hohen Professionalität verschiedenere Akteure, den wissenschaftlichen Aktivitäten und der gesellschaftspolitischen Wichtigkeit und Komplexität des Themas unangemessen.

Es fällt zudem auf, dass die Empfehlungen der Arbeitsgruppe zum Thema Leseförderung vor allem im Bereich von Aktionen und der Vernetzung liegen. Eine gelingende und nachhaltige Leseförderung erfordert jedoch vor allem gute finanzielle Rahmenbedingungen für die professionellen Akteure aber auch die Nutzer solcher Angebote. Die Wirkung eines einzigen Aktionstages stellen wir in Frage, da unserer Ansicht nach die Mittel für längerfristig angelegt Programme und Strukturen besser eingesetzt wären. Allenfalls wäre in diesem Punkt eine Verbindung zur Verlagsförderung prüfenswert: wenn Schweizer Kinder- und Jugendbuchverlage im Rahmen der Leseförderung beispielsweise Schul- oder Gemeindebibliotheken mit garantierten Abnahmen beliefern könnten (siehe Modell Norwegen), wäre das eine effektive Verbindung der Verlags- und der Leseförderung sowie der kulturellen Teilhabe.



Die Schaffung einer digitalen Plattform sehen wir nicht als dringlich, da wir den Nutzen nicht erkennen können. Es gibt bereits verschiedene Plattformen (Bibliomedia, Education 21, SIKJM, kantonale Anbieter etc.) und auch die Vernetzung/Verlinkung unter den zentralen Akteuren in der Schweiz wird bereits heute praktiziert. Eine vom Bund ausgerichtete Plattform könnte trotz der zu erwartenden hohen Kosten wohl kaum einen effektiven Mehrwert in der Leseförderung schaffen. Wir erachten die Dringlichkeit der Mittelzufuhr vor allem bei der Umsetzung von konkreten Aktivitäten professioneller und erfahrener Anbieter im Bereich der Leseförderung.

Netzwerktreffen sind sicher willkommen, wir erachten diese aber nicht als zentral in der Leseförderung, zumal die meisten Akteure untereinander im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits einen Austausch oder sogar Kooperationen pflegen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürg Schönenberger
Präsident Verein Baobab Books

Sonja Matheson
Geschäftsleiterin Baobab Books

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

20.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank, dass Sie dem Verein Bar und Club Kommission Pro Nachtleben Bern (BuCK PNB) die Möglichkeit bieten, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021- 2024 Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft stellt ein wichtiges Leitbild für die Kulturförderung in der Schweiz dar. Sie definiert dabei nicht nur die nationale, sondern beeinflusst auch in einem hohen Masse die Förderung auf regionaler und kommunaler Ebene.

Im Blick auf die Kulturbotschaft 2017 – 2020 lässt sich feststellen, dass sich die zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Als Dachverband der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche, sind wir irritiert darüber dass es in keiner Art und Weise, z.B. in Form von Hearings, die Möglichkeit gab unsere Bedürfnisse und Anliegen bei der Ausformulierung der Kulturbotschaft 2021 – 2024 auszuführen. Es überrascht uns deshalb nicht, dass aus Sicht der BuCK PNB, die Kulturbotschaft 2021- 2024 ein grosses Defizit aufweist. Denn in keiner Art und Weise, werden auf den rund 80 Seiten, Musikspielstätten (Clubs, Konzert- Eventlokale aber auch Bar mit einer kleinen Bühne) oder Popmusikfestival als Förderungsfähig aufgeführt. Unerklärlich, denn

- ohne Spielstätten, keine Auftrittsmöglichkeiten, da bringt auch die beste Nachwuchsförderung nichts!
- bei den Spielstätten und Festivals handelt es sich um einen eigenen Kosmos, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, Kreation und Innovation im höchsten Mass gefördert wird
- es handelt sich um einen niederschweligen Zugang zur Kultur, den jedes Jahr Millionen von meist jungen Bewohnerinnen der Schweiz eine kulturelle Teilhabe ermöglichen

- Festivals und Grossevents den kulturellen Austausch und den Zusammenhalt innerhalb der Schweiz, sowohl unter den Gästen als auch bei den Musikern fördert.
- Grossevents wie die Street Parade oder das Paléo Festival, auch von Kulturfachständigen aus dem Ausland besucht werden, was wiederum den Export von Schweizer Musik ins Aus-land fördert ohne das dabei kostenintensive Showcases an ausländischen Festivals nötig sind.

Der Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche muss aus kultureller Perspektive als Ganzes betrachtet werden, und zwar als ein Ökosystem aus Künstlern, aus den Bereichen Musik, Licht und Design, von Labels und Veranstaltungsorten. Gerade heute befindet sich die Popmusikveranstaltungsbranche in der Schweiz zunehmen unter Druck, die Hauptgründe dafür sind:

- Steigende Gagen von Künstler*innen auf einem globalen Markt
- Erhöhte Aufwände für Miete, Infrastruktur, Sicherheit und Personal
- Steigender Druck innerhalb der Städte, infolge Gentrifizierung und sich ändernden Nachbarschaften und daraus resultierenden Lärmklagen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen der BuCK PNB eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Für die Prüfung dieser Stellungnahme möchten wir uns bedanken. Wir bitten Sie unsere Anträge der den zuständigen Ratsmitgliedern zukommen zu lassen, um sie bei der weiteren Bearbeitung der Kulturbotschaft berücksichtigen zu können. Gerne sind wir auch bereit im Rahmen eines Hearings, auch mündlich dazu Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen, im Namen der Bar- und Clubkommission Pro Nachtleben Bern.

Max Reichen
Co-Präsident

Informationen zum Vernehmlassungspartner

Name:	Bar- und Clubkommission Pro Nachtleben Bern
Organisationsstruktur:	Verein
Adresse:	Sandrainstrasse 25
Ort:	Bern
Kanton:	Bern
Kontaktperson:	Max Reichen
Telefon:	+41 78 917 34 64
E-Mail:	max@buck-bern.ch
Web:	www.buck-bern.ch

Kurze Beschreibung des Vernehmlassungspartners:

Die Bar- und Clubkommission PNB vertritt die Stadtberner Club- und Barbetreiber. Sie vertritt gut 50 Mitglieder auf allen Staatsebenen. Die Mitgliederbetriebe zählen pro Jahr über eine Million zahlende Eintritte von grösstenteils jungen Menschen aus der ganzen Schweiz.

Inhaltsverzeichnis

- I. Grundsätzliche Würdigung
- II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 S. 5 - 8
- III. Rückmeldung zu einzelnen Förderbereiche
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkung

S. 8 - 12 IV. Spezifische Änderungsvorschläge zur Verordnung (AS 2019)

I. Grundsätzliche Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur sind aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche schlicht zu wenig. Vor allem wenn man bedenkt wie wichtig Kultur für die Identifikation, aber auch für die Zufriedenheit unserer Bevölkerung ist. Zudem rechnen wir damit, dass in der sich rasant wandelnden Schweiz, Gentrifizierung, Raummangel, zukünftig mit einem finanziellen Mehraufwand in Bezug auf die Verbreitung von Kunststücken und den kulturellen Austausch zu rechnen ist.

- *Wir fordern deshalb, auch aufgrund der finanziell ausgezeichneten Lage der Schweiz, eine substanzielle Erhöhung der Kulturausgaben des Bundes.*

Wir stellen ebenfalls, dass erfreulicherweise in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angesprochen werden soll. Doch sind alle diesbezüglichen Formulierungen sehr vage und es besteht die Gefahr, dass vor allem Begabte welche mit klassischen Instrumenten musizieren, als besonders Förderungsfähig betrachtet werden.

Wir beantragen deshalb, dass

- *es einen Hinweis darauf braucht, das neue Formen des musizieren, wie mittels PC oder auch DJing, Unterstützungsfähig sind.*
- *nicht nur Musikschulen und Musikhochschulen sondern auch die Veranstaltungsbranche zur Zusammenarbeit eingeladen wird. Um zu verhindern, dass Künstlerinnen ohne Konsumenten ausgebildet werden.*

Nicht einverstanden sind wir mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Wie aufgeführt, gilt es noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

- *Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.*

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert. Es besteht aber die Gefahr, dass der dadurch allenfalls entstehende Mehraufwand, nur einseitig auf Kosten der Veranstaltungsbranche, übertragen wird. Dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei der Popmusikveranstaltungsbranche um einen globalen, jetzt schon überhitzten Markt, handelt.

- Wir beantragen deshalb, im Bereich der Musik auf einheitliche Richtlinien zu verzichten, um die nicht jetzt schon stetig ansteigende Teuerung weiter anzuheizen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die Kulturbotschaft 2021-2024 als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Da es sich bei den Spielstätten und Festivals um einen eigenen Kosmos handelt, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, erachtet die Popmusikveranstaltungsbranche, demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnenorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. Gerade die Relevanz des Programms J+M für die Popmusikveranstaltungsbranche ist noch nicht gegeben. Dies hat damit zu tun, dass neue Formen des Musizieren, beim J+M Programm noch zu wenige einbezogen sind und keinen Rücksicht auf die Konsumentinnen, denn tatsächlichen Markt genommen wird. So gesehen fällt für uns das Fazit tendenziell eher negativ aus. Gerne ist die Popmusikveranstaltungsbranche dem BAK behilflich dabei, das Programm fortlaufend den Marktgegebenheiten anzupassen.

Mit keinem Wort wird die Wichtigkeit der Popmusikveranstaltungsbranche für die Verbreitung der Kultur im Inland gewürdigt. Alleine der Swiss Music Guide, von der SUISA, weist 400 Locations, Festivals und über 550 Eventlabels aus. Welche mit tausenden von Konzerten, der wichtigste Player ist, wenn um die Verbreitung von Kultur im Inland geht. Dabei fördern diese Veranstaltung auch die kulturelle Identität und den nationalen Austausch zwischen den Gästen und den Musikern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche fehlen hier ganz klar Ausführungen dazu, in wie fern die fortschreitende Urbanisierung, die Entwicklung innerhalb der Städte Auswirkungen auf die Veranstaltungsbranche hat. Spielstätte und Festivals leiden immer mehr darunter, dass der Raum in den Städten für Lärm- und Publikumsintensive Kunst fehlt und die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Ruhestörungen abnimmt. Neben stetig steigenden Kosten, besteht die Gefahr, dass ohne spezifische Förderung die Anzahl an Spielstätten und Festivals in den nächsten Jahren abnehmen wird oder sich die Kosten für die kulturelle Teilnahme erhöhen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüssen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik und die Veranstaltungsbranche ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident und ist dabei seit Jahren innerhalb der Wirtschaftsförderung, innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Begriff Kreativwirtschaft, ein Thema.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüssen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf

hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist. Zudem wäre es wünschenswert das ausgewiesen würde, in welchen musikalischen Bereiche, Talente gefördert worden sind.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

- *Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich, Beispielsweise die Popmusikveranstaltungsbranche, in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.*

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Hier fehlen grundsätzliche Überlegungen dazu in wie fern die Veranstaltungsbranche einen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Handelt es sich doch um einen niederschweligen Zugang zur Kultur und Konzert, sowie Tanzanlässe, werden meist von den Gästen als positive Erlebnis wahrgenommen. Gefördert wird dieser gesellschaftliche Zusammenhalt, durch eine Vielzahl von Gratis-Events die allen, egal über welches Budget sie verfügen, offenstehen. Der Gesellschaftliche Zusammenhalt wird übrigens auch dadurch gefördert, dass vor allem an Festivals und nicht kommerziellen Live-Musikclubs eine Vielzahl von Freiwilligen tätig sind.

- *Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass die Popmusikveranstaltungsbranche für die gesellschaftlichen Zusammenhang von grosser Wichtigkeit ist.*

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

☐ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese

Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist die Schweizer Bar und Club Kommission gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

- *Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Zudem weisen wir auch darauf hin, dass dabei nicht nur Anlässe im Ausland eine wichtige Rolle spielen, sondern auch Inländische Veranstaltungen als Leuchtturm Veranstaltungen entwickelt werden können, zu welcher sich Fachpersonen aus dem In- und Ausland einfinden.*

Die Systematische Förderung von Kreation und Innovation ist im Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche gang und gäbe. Gibt es in diesem Bereich seit jeher Kooperation mit der Wirtschaft und stellen gerade die Musikveranstaltungsbranche wichtige Orte für die Entwicklung und den Test von technischen Innovationen dar.

- *Wir fordern deshalb, dass ein stärkeres Augenmerk auf den Austausch, den Knowhow-Transfer, zwischen den unterschiedlichen Bereichen, auch mit der Wirtschaftsförderung, damit nicht dasselbe, jeweils für unterschiedliche, Bereiche entwickelt wird.*

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikkrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU, dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musik- und Veranstaltungssektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen. Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, auch den Zugang ausländischer Künstler zu hiesigen Festivals, Wettbewerben u. dgl. Zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musik- und Veranstaltungssektors unabdingbar.»

- *Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.*

- *Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik, Veranstaltungsbranche, ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.*

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Einzelne Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Bei diesem allgemeinen Abschnitt geht vergessen, dass Kultur, beispielsweise Musikveranstaltungen auch einen positiven Einfluss auf die individuelle Zufriedenheit hat, handelt es sich doch um Veranstaltungen, welche durchaus positive Erlebnisse hervorrufen.

- *Wir fordern deshalb, den ersten Satz folgendermassen zu ergänzen; fördern den Dialog, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die individuelle Zufriedenheit.*

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

- *Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Popmusikveranstaltungsbranche bewusst miteinbezogen wird.*

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Dabei solle auch auf die Expertise der Veranstaltungsbranche

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

- *Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden und auch von der Kreativwirtschaft die Rede sein.*

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert. Aus der Sicht Popmusikveranstaltungsbranche, welche jetzt schon einem überhitzten Marktes ausgesetzt ist, ist es unabdingbar, dass eine solche Entschädigungsrichtlinie gemeinsam unter Einbezug der aktuellen globalen Marktsituation entwickelt wird. Es ist zu verhindern, dass durch einen Anstieg der Gagen bei geförderten Veranstaltungen, sich die Gagen weiter verteuern.

Kritisch stehen wie der Forderung gegenüber, dass die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Da es gerade im Bereich der modernen elektronischen Musik quasi unmöglich ist, festzustellen, wo der kreative Prozess begonnen hat oder nicht. Wir denken hier

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüssen, dass die erwähnten Fördermassnahme für Festivals und Veranstaltungen weitergeführt werden sollen. Bei der tagtäglichen Verbreitung von Kunstwerken spielen gerade Spielstätten, wie Clubs, Bars und Konzertlokale eine wichtige Rolle.

- *Wir fordern, dass neben Festivals und Veranstaltungen, auch Spielstätten wie Clubs, Bar und Konzert- und Eventlokale als Förderungsfähig in Bezug auf die Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland bezeichnet werden.*

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Da dieser Austausch innerhalb der Popmusikbranche, nicht nur an Festivals bereits geschieht, bietet sich die Schweizer Bar und Club Kommission hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

- *Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf. Hier soll nochmals auf die wichtige Rolle von Festivals eingegangen werden, da diese nicht nur den Austausch zwischen den Musikern, sondern auch zwischen den Besucher*innen teils aus allen Sprachregionen der Schweiz fördert.*

In Bezug auf die Förderung der Schweizer Volkskultur, sehen wir das Problem dort, wo es darum geht, wer definiert, wann was als Volkskultur bezeichnet werden soll. Was ist mit der Schweizer Space und Rockmusik, aus den 70er Jahren oder der Zürcher Technomusik? Die übrigens schon in die UNESCO Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen worden ist.

- *Wir fordern hier eine genauere Definition dafür was aus musikalischer Sicht als Volkskultur bezeichnet werden soll, wer dies entscheidet und ob die Einteilung zumindest periodisch überprüft werden.*

Die Schweizer Bar und Club Kommission hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüssen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüssen wir.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise. Vor allem in Bezug auf die Marktrelevanz dieser Preise gibt es grosse Unterschiede und das Potential ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft.

- *Wir fordern, weniger ist mehr, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden und dabei auch die Bedürfnisse des Marktes berücksichtigt werden.*

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Aus Sicht der Schweizer Bar und Club Kommission fehlt hier ein starkes Statement für inländische Leuchtturmveranstaltungen welche ausländische Fachpersonen in die Schweiz locken. Gute Beispiele sind ein Paléo Festival oder eine Street Parade welche Jahr für Jahr, Fachpersonen aus dem In- und Ausland, anziehen.

- *Wir fordern das zur Förderung der Schweizer Kultur im Ausland und für den internationalen Kulturaustausch auch Leuchtturm Veranstaltungen im Inland als Förderungsfähig bezeichnet werden.*

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen der Veranstaltungsbranche vorbeikonzipiert.

- *Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.*

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

2.3 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen.

Ad 2.3.2 Design und Interaktive Medien

Musikspielstätten spielen eine wichtige Rolle wenn es um die Entwicklung von Design und Interaktiven Medien geht. Beispielsweise von Visuals, abgestimmt auf die Musik und den Ort. Doch Musik spielt auch eine wichtige Rolle, wenn es um das Gesamterlebnis eines Games geht, auf diese wichtigen Schnittstellen wird in keiner Weise eingegangen, aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche wird dadurch brach liegendes Potential verschenkt. Weshalb kurz auf die Wichtigkeit von Musik, Spielstätten für die Förderung des kreativen und künstlerischen Schaffens im Bereich Design und interaktiven Medien eingegangen werden soll.

2.3.5 Musik

Ausgangslage und Herausforderungen

Bei den aktuellen Herausforderungen fehlt die heutige Situation der Musikveranstaltungsbranche in der Schweiz. Sowohl Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations als auch Festivals stehen zunehmen unter Druck. Nicht nur aufgrund der Situation auf dem globalen Musikmarkt (explorierende Gagen), den stetig steigenden Kosten für Sicherheit, Personal und Infrastruktur sondern vor allem auch deshalb, weil sich die Städte, urbane Zentren, im Umbruch befinden. Gerade die Gentrifizierung der Innenstädte, führt zunehmen dazu, dass der Platz für schall- und publikumsintensive Kultur, die auch in der Nacht stattfindet, immer knapper wird. Lärmklagen sind an der Tagesordnung, stossend ist dabei, dass schon eine klagende Person genügt um Administrativmassnahmen wie ein Musikverbot auszusprechen. Dreht sich diese Spirale weiter, ist mit einem sterben von Musikspielstätten zu rechnen, wie dies Beispielsweise im Ausland schon der Fall ist. Oder die immer höheren Kosten, würden auf die Eintrittspreise abgewälzt, was wiederum den niederschweligen kulturelle Zugang, die Teilhabe, gefährdet. Die Kulturbotschaft 2021 – 2024 sollte deshalb präventiv gegen dieses drohende Worstcase Szenario einwirken.

☐ Wir fordern deshalb dezidiert, dass die aktuell schwierige Situation für Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten und Festivals als aktuelle Herausforderung im Bereich der Musikkultur aufgeführt wird.

Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations spielen bei der alltäglichen Verbreitung von Kunstwerken eine wichtige Rolle. Leider ist unter Austausch im Inland nur von Konzertreihen und Festivals die rede.

- *Wir fordern deshalb das bei den Herausforderungen nicht nur vom Austausch sondern auch von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist. Das nicht nur Festivals und*

Konzertreihen sondern auch Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten aufgeführt werden.

Bei Internationale Verbreitung und Austausch, fehlen uns die Einzelkünstler und DJ's, sind hier nur Bands, Ensembles und Orchester aufgeführt. Gerade Einzelkünstler aus dem Bereich Sing und Song Writing aber auch Schweizer DJ weisen international durchaus ein grosses Potential auf.

- *Wir fordern deshalb, um der aktuellen Situation auf Musikmarkt gerecht zu werden, dass auch Tourneen von Einzelkünstler und DJ's aufgeführt werden.*

Des weiteren weisen wir darauf hin, dass das Ziel nicht nur die Präsenz im Rahmen von Musikmessen und Festivals im Ausland die rede sein soll. Sondern das es auch Sinn machen würde, als Herausforderung den Auf- oder besser gesagt Ausbau eine Schweizer Festivals oder Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, zu welchem Fachpersonen aus dem Ausland, anreisen.

- *Wir fordern deshalb, dass als Herausforderung, dass schaffen eines Schweizer Leuchtturm Events, mit internationaler Ausstrahlung, aufgenommen werden soll.*

Ziele und Massnahmen

Austausch im Inland

Wie begrüssen das der Austausch unter den Veranstaltenden in der Schweiz gefördert werden soll. Gerne unterstützen wir als Schweizer Bar und Club Kommission, mit unseren Mitgliedern, diese Bestrebungen, z.B. in einer Koordinierenden Funktion.

- *Wir fordern dezidiert, dass nicht nur vom Austausch sondern auch weiterhin von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist und um die Situation für Spielstätten und Festivals zu entschärfen, deren Förderung und die Stärkung deren Position bei urbanen Nutzungskonflikten als Ziel formuliert wird (Beispiele sind hier der Agent of Change in England oder das schaffen urbaner Wohnzonen). Nicht zu vergessen*

Internationale Verbreitung und Promotion

- *Wir fordern, dass als weiteres Ziel das schaffen oder der Ausbau eines Festivals/Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, der Fachpersonen aus dem Ausland anzieht.*

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Aufgrund der Wichtigkeit von Musikspielstätten und Festivals in Bezug auf kulturelle Teilhabe unser Bevölkerung, liesse sich die unter 2.3.5 aufgeführten aktuellen Herausforderungen für Bar, Club, Event- und Konzertlokale ausgeführten Herausforderungen auch in diesem Kapitel aufführen. Eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, stellt immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe dar.

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten

Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welche bei Musikfestivals aber auch bei nichtkommerziellen Musikbetrieben eine wichtige Rolle spielen.

- *Wir begrüssen, dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde. Kritisch sehen wir die Projektorientierung, eine solche schliesst durchaus Förderungsfähige Regelangebote, wie z.B. bestehende Spielstätte oder Festivals, aus.*

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung», ist es uns wichtig festzuhalten, dass sich diese auch immer am Markt orientieren und auch moderne Musikdarbietungsarten wie musizieren mit dem PC, Laptop oder Djing beinhalten soll. Weshalb eine enge Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsbranche zwingend ist, um zu verhindern, dass nur Talente, ohne ein tatsächliches Marktbedürfnis ausgebildet und gefördert werden.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen. Dass eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe ist.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir, sie sind richtig und dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Da sich Musikbildung und Begabtenförderung immer auch am tatsächlichen Markt orientieren soll, muss die Zusammenarbeit nicht nur mit der Volksschule, sondern auch mit Popmusik- und anderen Verbänden gestärkt werden.

- *Wir fordern, dass als Ziel nicht nur die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Volksschulen sondern auch mit den Musikverbänden, aufgeführt wird.*

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

- *Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.*

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz unterstützen. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen von Musik-Spielstätten und -Festivals, ist in Bezug auf die Verbreitung, von künstlerischen Werken und beim Kulturaustausch national mit einem finanziellen Mehraufwand zu rechnen ist, um den Status Quo, Anzahl an Musikspielstätten und Festivals, beizubehalten. Zudem ist es aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche stossend, wenn der Beitrag für die Förderung im Ausland höher ausfällt, als für das Inland vorgesehen ist.

- *Wir beantragen deshalb, dass die Unterstützung für die Verbreitung, Kulturaustausch und Promotion im Inland mindestens gleich hoch ausfällt als der für das Ausland vorgesehene Betrag (45.8 CHF statt 32.1 Millionen pro Jahr).*

Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen.

- *Wir beantragen deshalb, vor allem für den Aufbau eines Schweizer Leuchtturm Musikevents oder -Messe, bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.*

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen der Schweizer Bar und Club Kommission eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse,

Max Reichen
Co-Präsident

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Bundesamt für Kultur
Herr Daniel Zimmermann
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20.9.2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024
Stellungnahme der Interessengemeinschaft «Langer Tisch Baukulturelle Bildung Schweiz»

Namhafte Institutionen aus dem Bereich der Baukulturellen Bildung haben sich zusammengeschlossen zur «Interessengemeinschaft Langer Tisch Baukulturelle Bildung Schweiz». Als Interessengemeinschaft begrüssen wir die vorliegenden Entwürfe zur Kulturbotschaft 2021–24 und zur Strategie Baukultur des Bundes grundsätzlich. Eine Gesamtsicht auf die raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes, insbesondere im Bereich der Baukulturellen Bildung, ist dringend und richtig. Mit den bereitgestellten Finanzmitteln können die hohen Erwartungen jedoch nicht erfüllt werden.

Der Bund nimmt auf vielfältige Art und Weise Einfluss auf die raumwirksame Gestaltung der Schweiz. Mit der laufenden Kulturbotschaft (2016–2020) hat er deutlich aufgezeigt, dass ein grosser Handlungsbedarf besteht, diese Aktivitäten auf ihre Qualität hin zu prüfen und Massnahmen zur Förderung der Baukultur und der Baukulturellen Bildung zu ergreifen.

Der vorliegende Entwurf der nächsten Kulturbotschaft (2021–24) will das dringend nötige Engagement des Bundes zur Koordination und Qualitätssicherung seiner raumwirksamen Aktivitäten in die Zukunft weiterführen und nimmt neu im Massnahmenplan der Strategie Baukultur den Bereich Baukulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche auf. Dies begrüssen wir ausserordentlich. Jedoch entsprechen die hierfür geplanten Finanzmittel bei weitem nicht dem notwendigen Bedarf, ausser sie dienen lediglich als Anstoss zu bedeutenden Mitteln der Kantone und Gemeinden, die bei der Bildung von zentraler Bedeutung sind. In Anbetracht der hohen Relevanz von Kulturbotschaft und Strategie Baukultur für eine qualitätsvolle und umfassende Entwicklung der Baukulturellen Bildung in der Schweiz schliessen sich die unterzeichnenden Organisationen zu einem starken Bündnis zusammen und erklären:

Ja— zu einem ganzheitlichen Verständnis von Baukultur, das ebenso das baukulturelle Erbe wie das zeitgenössische baukulturelle Schaffen der Gegenwart und Zukunft in seiner Ganzheit umfasst und auch die Baukulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche einschliesst. Die Kulturbotschaft (2021–24) sowie die Strategie Baukultur des Bundes werden grundsätzlich begrüsst.

Aber— zum vorgeschlagenen Finanzplan im Bereich Baukultur, insbesondere im Bereich Baukulturelle Bildung. Die Zielsetzung des Aktionsplans Strategie Baukultur deckt sich hier nicht mit den vorgesehenen Mitteln. Die vorgesehenen finanziellen Mittel reichen nicht aus, um Baukulturelle Bildung umfassend zu fördern.

Die unterzeichnenden Institutionen halten fest:

1. Sie stehen hinter der Etablierung einer interdepartementalen Strategie Baukultur, die sämtliche raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes umfasst, diese an den Anforderungen an eine hohe Baukultur misst und Baukulturelle Bildung als notwendige Massnahme in den Aktionsplan aufnimmt. Die eingeläutete Aufbruchstimmung über die Departemente hinweg ist sehr begrüssenswert.
2. Anzumerken ist, dass die Umsetzung der Förderung von Baukultureller Bildung in einem ganzheitlichen und nachhaltigen Sinn sowohl finanziell als auch politisch noch weitgehend unklar ist. Die Förderung durch den Bund ist ein erster wichtiger Schritt und ein deutliches Zeichen. Es handelt sich hier jedoch nur um die Spitze des Eisberges. Insbesondere für die Baukulturelle Bildung ist es wichtig, auch auf der kantonalen Ebene als förderungsrelevanter Bereich wahrgenommen zu werden. Aus Sicht der unterschreibenden Institutionen ist die Erarbeitung einer Teilstrategie Baukulturelle Bildung mit Hilfe von unterstützenden Massnahmen durch den Bund deshalb unerlässlich. Der Bund sollte jedoch nicht nur als Vorbild dienen, sondern auch die Kantone einbinden und diese zu eigenem Handeln anregen, da die wichtigsten Kompetenzen im Bildungsbereich bei den Kantonen liegen.
3. Mit der kürzlich erfolgten Ratifizierung der «Konvention von Faro», ist der Bund auf nationaler Ebene neue Verpflichtungen eingegangen. Die «Konvention von Faro» beinhaltet insbesondere den Willen, das Potenzial des Kulturerbes zu aktivieren, neue Zugänge zu schaffen und innovative Formen der Aneignung und Teilhabe zu ermöglichen. Mitwirkung und Mitverantwortung der Bevölkerung soll dadurch gestärkt werden. Baukulturelle Bildung ist die Grundlage für das Verständnis von Baukultur und Kulturerbe. Die erfolgreiche Lancierung der «Deklaration von Davos» im letzten Jahr, die eine hohe Baukultur für Europa einfordert, spricht der Schweiz eine internationale Pionier- und Führungsrolle zu. Die Erklärung ist ein Meilenstein für die Anerkennung der kulturellen Relevanz von Baukultur. Diese beiden Bekenntnisse verlangen auf nationaler Ebene einen Finanzrahmen sowie konkrete Massnahmen, die sich an den Ambitionen messen lassen müssen.

Folgende Institutionen tragen diese Grundposition:

Archijeunes

Baukulturvermittlung für Kinder und Jugendliche
Sensibilisation des jeunes à l'environnement construit
Mediazione della cultura del costruito per le nuove generazioni

Architektur Forum Ostschweiz



KONFERENZ BILDSCHULEN SCHWEIZ



www.drumrum-raumschule.ch

fundaziun nairs

Künstlerhaus
Kunsthalle
Kulturlabor



K'WERK
BILDSCHULE
SCHULE
FÜR
GESTALTUNG
BASEL



pädagogische hochschule schwyz

S AM SCHWEIZERISCHES
ARCHITEKTURMUSEUM/
SWISS ARCHITECTURE
M U S E U M



SCHWEIZER HEIMATSCHUTZ
PATRIMOINE SUISSE
HEIMATSCHUTZ SVIZZERA
PROTECCIUN DA LA PATRIA



ZAZ Zentrum Architektur Zürich

Zeughaus Teufen 

ZIEGELEI
museum



Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

20.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlichen Dank, dass Sie dem Verein Kultur & Gastronomie (K&G) die Möglichkeit bieten, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021- 2024 Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft ist ein wichtiges Leitbild für die Kulturförderung in der Schweiz und definiert nicht nur die nationale, sondern auch die regionale und kommunale Förderung in einem hohen Masse. Mit Blick auf die Kulturbotschaft 2017 – 2020 lässt sich feststellen, dass sich die zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährt haben. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Als kantonaler Interessenverband und Mitglied des Dachverband der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche, sind wir erstaunt darüber, dass es keine Möglichkeit gab, unsere Bedürfnisse und Anliegen bei der Ausformulierung der Kulturbotschaft 2021 – 2024 anzubringen. Es überrascht deshalb nicht, dass diese aus unserer Sicht ein grosses Defizit aufweist. Schliesslich werden nirgends auf den rund 80 Seiten, Musikspielstätten (Clubs, Konzert- Eventlokale, Bars mit einer kleinen Bühne) oder Popmusikfestival als Förderungsfähig aufgeführt. Unerklärlich, denn

- ohne Spielstätten, keine Auftrittsmöglichkeiten, da bringt auch die beste Nachwuchsförderung nichts!
- bei den Spielstätten und Festivals handelt es sich um einen eigenen Kosmos, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, Kreation und Innovation im höchsten Mass gefördert wird
- es handelt sich um einen niederschweligen Zugang zur Kultur, den jedes Jahr Millionen von meist jungen Bewohnerinnen der Schweiz eine kulturelle Teilhabe ermöglichen
- Festivals und Grossevents den kulturellen Austausch und den Zusammenhalt innerhalb der Schweiz, sowohl unter den Gästen als auch bei den Musikern fördert.
- Grossevents wie die Street Parade oder das Paléo Festival, auch von Kulturfachständigen aus dem Ausland besucht werden, was wiederum den Export von Schweizer Musik ins Ausland fördert ohne das dabei kostenintensive Showcases an ausländischen Festivals nötig sind.



Der Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche muss aus kultureller Perspektive als Ganzes betrachtet werden, und zwar als ein Ökosystem aus Künstlern, aus den Bereichen Musik, Licht und Design, von Labels und Veranstaltungsorten. Gerade heute befindet sich die Popmusikveranstaltungsbranche in der Schweiz zunehmend unter Druck, die Hauptgründe dafür sind:

- Steigende Gagen von Künstler*innen auf einem globalen Markt
- Erhöhte Aufwände für Miete, Infrastruktur, Sicherheit und Personal
- Steigender Druck innerhalb der Städte, infolge Gentrifizierung und sich ändernden Nachbarschaften und daraus resultierenden Lärmklagen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen des Verein Kultur & Gastronomie (K&G) eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Für die Prüfung dieser Stellungnahme möchten wir uns bedanken. Wir bitten Sie unsere Anträge der den zuständigen Ratsmitgliedern zukommen zu lassen, um sie bei der weiteren Bearbeitung der Kulturbotschaft berücksichtigen zu können. Gerne sind wir auch bereit im Rahmen eines Hearings, auch mündlich dazu Stellung zu beziehen.

Gerne senden wir Ihnen im Anhang die in Zusammenarbeit unseres Dachverbands SBCK, mit Petzi und Fachverbänden erarbeitete detaillierte Stellungnahme. Für weitere Nachfragen oder Hearings in anderer Form stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen und herzlichem Dank

Stefanie Klär, Co-Präsidentin K&G

info@kulturundgastro.ch

079 379 66 19

Inhaltsverzeichnis

- I. Grundsätzliche Würdigung
 - II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 S. 5 - 8
 - III. Rückmeldung zu einzelnen Förderbereiche
 - IV. Gesetzesänderungen
 - V. Massnahmen und Finanzen
 - VI. Schlussbemerkung
- S. 8 - 12 IV. Spezifische Änderungsvorschläge zur Verordnung (AS 2019)

I. Grundsätzliche Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

0.3 % der Bundesaussgaben für die Kultur sind aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche schlicht zu wenig. Vor allem wenn man bedenkt wie wichtig Kultur für die Identifikation, aber auch für die Zufriedenheit unserer Bevölkerung ist. Zudem rechnen wir damit, dass in der sich rasant wandelnden Schweiz, Gentrifizierung, Raummangel, zukünftig mit einem finanziellen Mehraufwand in Bezug auf die Verbreitung von Kunststücken und den kulturellen Austausch zu rechnen ist.

→ *Wir fordern deshalb, auch aufgrund der finanziell ausgezeichneten Lage der Schweiz, eine substanzielle Erhöhung der Kulturaussgaben des Bundes.*

Wir stellen ebenfalls, dass erfreulicherweise in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Doch sind alle diesbezüglichen Formulierungen sehr vage und es besteht die Gefahr, dass vor allem Begabte welche mit klassischen Instrumenten musizieren, als besonders Förderungsfähig betrachtet werden.

→ *Wir beantragen deshalb, dass*

- *es einen Hinweis darauf braucht, das neue Formen des musizieren, wie mittels PC oder auch Djing, Unterstützungsfähig sind.*
- *nicht nur Musikschulen und Musikhochschulen sondern auch die Veranstaltungsbranche zur Zusammenarbeit eingeladen wird. Um zu verhindern, dass. Künstlerinnen ohne Konsumenten ausgebildet werden.*

Nicht einverstanden sind wir mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «volumfänglich» umgesetzt sei. Wie aufgeführt, gilt es noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.



→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert. Es besteht aber die Gefahr, dass der dadurch allenfalls entstehende Mehraufwand, nur einseitig auf Kosten der Veranstaltungsbranche, übertragen wird. Dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei der Popmusikveranstaltungsbranche um einen globalen, jetzt schon überhitzten Markt, handelt.

→ Wir beantragen deshalb, im Bereich der Musik auf einheitliche Richtlinien zu verzichten, um die nicht jetzt schon stetig ansteigende Teuerung weiter anzuheizen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die Kulturbotschaft 2021- 2024 als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Da es sich bei den Spielstätten und Festivals um einen eigenen Kosmos handelt, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, erachtet die Popmusikveranstaltungsbranche, demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüßen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden» und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der



bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. Gerade die Relevanz des Programms J+M für die Popmusikveranstaltungsbranche ist noch nicht gegeben. Dies hat damit zu tun, dass neue Formen des Musizierens, beim J+M Programm noch zu wenige einbezogen sind und keinen Rücksicht auf die Konsumentinnen, denn tatsächlichen Markt genommen wird. So gesehen fällt für uns das Fazit tendenziell eher negativ aus. Gerne ist die Popmusikveranstaltungsbranche dem BAK behilflich dabei, das Programm fortlaufend den Marktgegebenheiten anzupassen.

Mit keinem Wort wird die Wichtigkeit der Popmusikveranstaltungsbranche für die Verbreitung der Kultur im Inland gewürdigt. Alleine der Swiss Music Guide, von der SUIA, weist 400 Locations, Festivals und über 550 Eventlabels aus. Welche mit tausenden von Konzerten, der wichtigste Player ist, wenn um die Verbreitung von Kultur im Inland geht. Dabei fördern diese Veranstaltung auch die kulturelle Identität und den nationalen Austausch zwischen den Gästen und den Musikern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUIA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche fehlen hier ganz klar Ausführungen dazu, in wie fern die fortschreitende Urbanisierung, die Entwicklung innerhalb der Städte Auswirkungen auf die Veranstaltungsbranche hat. Spielstätte und Festivals leiden immer mehr darunter, dass der Raum in den Städten für Lärm- und Publikumsintensive Kunst fehlt und die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Ruhestörungen abnimmt. Neben stetig steigenden Kosten, besteht die Gefahr, dass ohne spezifische Förderung die Anzahl an Spielstätten und Festivals in den nächsten Jahren abnehmen wird oder sich die Kosten für die kulturelle Teilnahme erhöhen.



So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüßen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik und die Veranstaltungsbranche ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident und ist dabei seit Jahren innerhalb der Wirtschaftsförderung, innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Begriff Kreativwirtschaft, ein Thema.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüßen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist. Zudem wäre es wünschenswert das ausgewiesen würde, in welchen musikalischen Bereiche, Talente gefördert worden sind.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ *Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich, Beispielsweise die Popmusikveranstaltungsbranche, in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.*

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Hier fehlen grundsätzliche Überlegungen dazu in wie fern die Veranstaltungsbranche einen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Handelt es sich doch um einen niederschweligen Zugang zur Kultur und Konzert, sowie Tanzanlässe, werden meist von den Gästen als positive Erlebnis wahrgenommen. Gefördert wird dieser gesellschaftliche Zusammenhalt, durch eine Vielzahl von Gratis-Events die allen, egal über welches Budget sie verfügen, offen stehen. Der Gesellschaftliche Zusammenhalt wird übrigens auch dadurch gefördert, dass vor allem an



Festivals und nicht kommerziellen Live-Musikclubs eine Vielzahl von Freiwilligen tätig sind.

→ *Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass die Popmusikveranstaltungsbranche für die gesellschaftlichen Zusammenhang von grosser Wichtigkeit ist.*

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ *Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist der Verein Kultur & Gastronomie (K&G) gerne bereit, seine Expertise einzubringen.*

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüssen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ *Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Zudem weisen wir auch darauf hin, dass dabei nicht nur Anlässe im Ausland eine wichtige Rolle spielen, sondern auch Inländische Veranstaltungen als Leuchtturm Veranstaltungen entwickelt werden können, zu welcher sich Fachpersonen aus dem In- und Ausland einfinden.*

Die Systematische Förderung von Kreation und Innovation ist im Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche gang und gäbe. Gibt es in diesem Bereich seit jeher Kooperation mit der Wirtschaft und stellen gerade die Musikveranstaltungsbranche wichtige Orte für die Entwicklung und den Test von technischen Innovationen dar.

→ *Wir fordern deshalb, dass ein stärkeres Augenmerk auf den Austausch, den Knowhow-Transfer, zwischen den unterschiedlichen Bereichen, auch mit der Wirtschaftsförderung, damit nicht dasselbe, jeweils für unterschiedliche, Bereiche entwickelt wird.*

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU, dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musik- und Veranstaltungssektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen. Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, auch den Zugang ausländischer Künstler zu hiesigen Festivals, Wettbewerben u. dgl. Zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musik- und Veranstaltungssektors unabdingbar.»

→ *Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.*

→ *Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik, Veranstaltungsbranche, ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.*

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Einzelne Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Bei diesem allgemeinen Abschnitt geht vergessen, dass Kultur, beispielsweise Musikveranstaltungen auch einen positiven Einfluss auf die individuelle Zufriedenheit hat, handelt es sich doch um Veranstaltungen, welche durchaus positive Erlebnisse hervorrufen.

→ *Wir fordern deshalb, den ersten Satz folgendermassen zu ergänzen; fördern den Dialog, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die individuelle Zufriedenheit.*



Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Popmusikveranstaltungsbranche bewusst miteinbezogen wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Dabei solle auch auf die Expertise der Veranstaltungsbranche

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden und auch von der Kreativwirtschaft die rede sein.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert. Aus der Sicht Popmusikveranstaltungsbranche, welche jetzt schon einem überhitzten Marktes ausgesetzt ist, ist es unabdingbar das eine solche Entschädigungsrichtlinie gemeinsam unter Einbezug der aktuellen globalen Marktsituation entwickelt wird. Es ist zu verhindern, dass durch einen Anstieg der Gagen bei geförderten Veranstaltungen, sich die Gagen weiter verteuern.

Kritisch stehen wie der Forderung gegenüber, dass die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Da es gerade im Bereich der modernen elektronischen Musik quasi



unmöglich ist, festzustellen wo der kreative Prozess begonnen hat oder nicht. Wir denken hier

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüßen das die erwähnten Fördermassnahme für Festivals und Veranstaltungen weitergeführt werden sollen. Bei der tagtäglichen Verbreitung von Kunstwerken spielen gerade Spielstätten, wie Clubs, Bars und Konzertlokale eine wichtige Rolle.

→ Wir fordern, dass neben Festivals und Veranstaltungen, auch Spielstätten wie Clubs, Bar und Konzert- und Eventlokale als Förderungsfähig in Bezug auf die Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland bezeichnet werden.

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Da dieser Austausch innerhalb der Popmusikbranche, nicht nur an Festivals bereits geschieht, bietet sich der Verein Kultur & Gastronomie (K&G) hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

*→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf. Hier soll nochmals auf die wichtige Rolle von Festivals eingegangen werden, da diese nicht nur den Austausch zwischen den Musikern, sondern auch zwischen den Besucher*innen teils aus allen Sprachregionen der Schweiz fördert.*

In Bezug auf die Förderung der Schweizer Volkskultur, sehen wir das Problem dort, wo es darum geht, wer definiert wann was als Volkskultur bezeichnet werden soll. Was ist mit der Schweizer Space und Rockmusik, aus den 70er Jahren oder der Zürcher Technomusik? Die übrigens schon in die UNESCO Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen worden ist.

→ Wir fordern hier eine genauere Definition dafür was aus musikalischer Sicht als Volkskultur bezeichnet werden soll, wer dies entscheidet und ob die Einteilung zumindest periodisch überprüft werden.

Der Verein Kultur & Gastronomie (K&G) hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüßen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüßen wir.



Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise. Vor allem in Bezug auf die Marktrelevanz dieser Preise gibt es grosse Unterschiede und das Potential ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft.

→ Wir fordern, weniger ist mehr, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden und dabei auch die Bedürfnisse des Marktes berücksichtigt werden.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Aus Sicht des Verein Kultur & Gastronomie (K&G) fehlt hier ein starkes Statement für inländische Leuchtturmveranstaltungen welche ausländische Fachpersonen in die Schweiz locken. Gute Beispiele sind ein Paléo Festival oder eine Street Parade welche Jahr für Jahr, Fachpersonen aus dem In- und Ausland, anziehen.

→ Wir fordern das zur Förderung der Schweizer Kultur im Ausland und für den internationalen Kulturaustausch auch Leuchtturm Veranstaltungen im Inland als Förderungsfähig bezeichnet werden.

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen der Veranstaltungsbranche vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

2.3 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäußert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen.

Ad 2.3.2 Design und Interaktive Medien

Musikspielstätten spielen eine wichtige Rolle wenn es um die Entwicklung von Design und Interaktiven Medien geht. Beispielsweise von Visuals, abgestimmt auf die Musik und den Ort. Doch Musik spielt auch eine wichtige Rolle, wenn es um das Gesamterlebnis eines Games geht, auf diese wichtigen Schnittstellen wird in keiner Weise eingegangen, aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche wird dadurch brach liegendes Potential verschenkt. Weshalb kurz auf die Wichtigkeit von Musik, Spielstätten für die Förderung des kreativen und künstlerischen Schaffens im Bereich Design und interaktiven Medien eingegangen werden soll.

2.3.5 Musik

Ausgangslage und Herausforderungen

Bei den aktuellen Herausforderungen fehlt die heutige Situation der Musikveranstaltungsbranche in der Schweiz. Sowohl Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations als auch Festivals stehen zunehmen unter Druck. Nicht nur aufgrund der Situation auf dem globalen Musikmarkt (explorierende Gagen), den stetig steigenden Kosten für Sicherheit, Personal und Infrastruktur sondern vor allem auch deshalb, weil sich die Städte, urbane Zentren, im Umbruch befinden. Gerade die Gentrifizierung der Innenstädte, führt zunehmen dazu, dass der Platz für schall- und publikumsintensive Kultur, die auch in der Nacht stattfindet, immer knapper wird. Lärmklagen sind an der Tagesordnung, stossend ist dabei, dass schon eine klagende Person genügt um Administrativmassnahmen wie ein Musikverbot auszusprechen. Dreht sich diese Spirale weiter, ist mit einem sterben von Musikspielstätten zu rechnen, wie dies Beispielsweise im Ausland schon der Fall ist. Oder die immer höheren Kosten, würden auf die Eintrittspreise abgewälzt, was wiederum den niederschweligen kulturelle Zugang, die Teilhabe, gefährdet. Die Kulturbotschaft 2021 – 2024 sollte deshalb präventiv gegen dieses drohende Worstcase Szenario einwirken.

→ *Wir fordern deshalb dezidiert, dass die aktuell schwierige Situation für Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten und Festivals als aktuelle Herausforderung im Bereich der Musikkultur aufgeführt wird.*

Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations spielen bei der alltäglichen Verbreitung von Kunstwerken eine wichtige Rolle. Leider ist unter Austausch im Inland nur von Konzertreihen und Festivals die rede.



→ *Wir fordern deshalb das bei den Herausforderungen nicht nur vom Austausch sondern auch von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist. Das nicht nur Festivals und Konzertreihen sondern auch Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten aufgeführt werden.*

Bei Internationale Verbreitung und Austausch, fehlen uns die Einzelkünstler und DJ's, sind hier nur Bands, Ensembles und Orchester aufgeführt. Gerade Einzelkünstler aus dem Bereich Singer & Songwriting aber auch Schweizer DJ weisen international durchaus ein grosses Potential auf.

→ *Wir fordern deshalb, um der aktuellen Situation auf Musikmarkt gerecht zu werden, dass auch Tourneen von Einzelkünstler und DJ's aufgeführt werden.*

Desweiteren weisen wir darauf hin, dass das Ziel nicht nur die Präsenz im Rahmen von Musikmessen und Festivals im Ausland die rede sein soll. Sondern das es auch Sinn machen würde, als Herausforderung den Auf- oder besser gesagt Ausbau eine Schweizer Festivals oder Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, zu welchem Fachpersonen aus dem Ausland, anreisen.

→ *Wir fordern deshalb, dass als Herausforderung, dass schaffen eines Schweizer Leuchtturm Events, mit internationaler Ausstrahlung, aufgenommen werden soll.*

Ziele und Massnahmen

Austausch im Inland

Wie begrüssen das der Austausch unter den Veranstaltenden in der Schweiz gefördert werden soll. Gerne unterstützen wir als Verein Kultur & Gastronomie (K&G), mit unseren Mitgliedern, diese Bestrebungen, z.B. in einer Koordinierenden Funktion.

→ *Wir fordern dezidiert, dass nicht nur vom Austausch sondern auch weiterhin von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist und um die Situation für Spielstätten und Festivals zu entschärfen, deren Förderung und die Stärkung deren Position bei urbanen Nutzungskonflikten als Ziel formuliert wird (Beispiele sind hier der Agent of Change in England oder das schaffen urbaner Wohnzonen). Nicht zu vergessen*

Internationale Verbreitung und Promotion

→ *Wir fordern, dass als weiteres Ziel das schaffen oder der Ausbau eines Festivals/Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, der Fachpersonen aus dem Ausland anzieht.*

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Aufgrund der Wichtigkeit von Musikspielstätten und Festivals in Bezug auf kulturelle Teilhabe unser Bevölkerung, liesse sich die unter 2.3.5 aufgeführten aktuellen Herausforderungen für Bar, Club, Event- und Konzertlokale ausgeführten Herausforderungen auch in diesem Kapitel aufführen. Eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, stellt immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe dar.



Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welche bei Musikfestivals aber auch bei nichtkommerziellen Musikbetrieben eine wichtige Rolle spielen.

→ *Wir begrüssen, dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde. Kritisch sehen wir die Projektorientierung, eine solche schliesst durchaus Förderungsfähige Regelanbieter, wie z.B. bestehende Spielstätte oder Festivals, aus.*

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung», ist es uns wichtig festzuhalten, dass sich diese auch immer am Markt orientieren und auch moderne Musikdarbietungsarten wie musizieren mit dem PC, Laptop oder DJing beinhalten soll. Weshalb eine enge Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsbranche zwingend ist, um zu verhindern, dass nur Talente, ohne ein tatsächliches Marktbedürfnis ausgebildet und gefördert werden.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen. Dass eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe ist.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir, sie sind richtig und dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Da sich Musikbildung und Begabtenförderung immer auch am tatsächlichen Markt orientieren soll, muss die Zusammenarbeit nicht nur mit der Volksschule, sondern auch mit Popmusik- und anderen Verbänden gestärkt werden.

→ *Wir fordern, dass als Ziel nicht nur die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Volksschulen sondern auch mit den Musikverbänden, aufgeführt wird.*

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.



V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ *Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.*

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz unterstützen. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen von Musik-Spielstätten und -Festivals, ist in Bezug auf die Verbreitung, von künstlerischen Werken und beim Kulturaustausch national mit einem finanziellen Mehraufwand zu rechnen ist, um den Status Quo, Anzahl an Musikspielstätten und Festivals, beizubehalten. Zudem ist es aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche stossend, wenn der Beitrag für die Förderung im Ausland höher ausfällt, als für das Inland vorgesehen ist.

→ *Wir beantragen deshalb, dass die Unterstützung für die Verbreitung, Kulturaustausch und Promotion im Inland mindestens gleich hoch ausfällt als der für das Ausland vorgesehene Betrag (45.8 CHF statt 32.1 Millionen pro Jahr).*

Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen.

→ *Wir beantragen deshalb, vor allem für den Aufbau eines Schweizer Leuchtturm Musikevents oder -Messe, bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.*

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen des Verein Kultur & Gastronomie (K&G) eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung



von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen und herzlichem Dank

Stefanie Klär, Co-Präsidentin K&G

Bern, 20. September 2019 vl

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrter Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Aufgefordert von Dritten nehme ich gerne Stellung zu der Kulturbotschaft 2021 – 2024, wie von Ihnen aufgerufen. Ich schreibe im Namen vom Verlag interwerk gmbh, der «ensuite – Zeitschrift zu Kultur & Kunst» publiziert, die Podiumsveranstaltungen der Berner Kulturkonferenz organisiert und neu die Vorbereitungen für den Dachverband «Kulturrat Schweiz» erarbeitet. Ich bin selbst Mitglied bei den Verbänden SUIA, ProLitteris, Syndicom (Vorstand Freischaffende), SSM.

Hauptsächlich möchte ich als Chefredaktor, Kulturredaktor (Journalist mit Berufsregistereintrag BR) und Verleger antworten. Die nationale Zeitschrift «ensuite», unterdessen die grösste Kulturzeitschrift der Schweiz, steht im 17. Jahrgang und findet zunehmend Verbreitung im europäischen Raum (Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Italien). Der Transparenz halber möchte ich klarstellen, dass mein Geschäftspartner, Yves Fischer, Vizedirektor vom Bundesamt für Kultur, stiller Teilhaber der interwerk gmbh ist. Er ist aber in keiner Weise in den Betrieb involviert, noch haben wir uns je über die Kulturbotschaft unterhalten. Er hatte im Vorfeld keine Kenntnisse über, oder Einfluss auf diese Stellungnahme.

Unser Verlag erhält die indirekte staatliche Presse-Förderung für Printmedien in der Schweiz, finanziert sich über Anzeigen, AbonnentInnen und Zuwendungen von Privatpersonen – wir haben immer noch Schulden abzubauen, sind aber selbsttragend unterfinanziert (Selbstausschüttung). Wir haben in den Gründungsjahren insgesamt maximal 160'000 Franken an lokalen Kulturförderbeiträgen (hauptsächlich Projektbeiträge) der Stadt und Kanton Bern erhalten, weitere Gesuche wurden abgelehnt unter dem Aspekt der Presseförderung. Journalistisch arbeiten wir nach den «Rechten und Pflichten von Journalisten» vom Schweizerischen Presserat. Die Redaktion arbeitet mit vielen Verbänden, Verlagen, VeranstalterInnen, Ausstellern, Filmverleiher, Konzertveranstalter, Tourismusorganisationen zusammen, kennt viele Kulturschaffende persönlich. Wir kennen ebenso die Politik und PolitikerInnen und arbeiten mit vielen Ämtern, Kulturstellen, Förderern, Stiftungen zusammen. Seit einigen Jahren senden wir unsere Zeitschrift an alle StänderätInnen, NationalrätInnen, BundesrätInnen, an die Gemeinde- und Kantonsräte von Basel, Bern und Zürich. Wir pflegen Kontakte mit den Nachbarsländern und deren Kulturverbänden und den Behörden der EU. Vor allem aber produzieren und schreiben wir für unser LeserInnen, dem Publikum, welches sich für das Kulturangebot der Schweiz interessiert.

In 17 Jahren haben wir insgesamt 336 Magazine produziert, plus 52 Veranstaltungskalenderbüchlein, vier Bücher, 2 Webseiten (www.ensuite.ch, www.kulturagenda.ch), einer nationalen Veranstaltungsdatenbank und haben KulturInfoScreens für den öffentlichen Raum geschaffen. In der Redaktion arbeiten zurzeit rund 40 Personen mit,

insgesamt haben seit der Gründung über 186 Personen bei uns gearbeitet. Pro Ausgabe erstellen wir rund 70 Kulturartikel, im Jahr rund 750, das sind im Schnitt pro Jahr rund 3 750 000 Zeichen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass ich mit dieser Stellungnahme, in Kombination mit meiner Erfahrung, den einen oder anderen Input liefern kann. Wenn ich von Kultur spreche, ist Kunst, als hierarchischer Unterbegriff, mitgemeint.

executive summary

Als Verlag ist es mir wichtig, zuerst auf die in der Kulturbotschaft erwähnte «Verbreitung und Promotion von Kunst und Kultur im Inland» einzugehen und gleichzeitig die «Rechte und Pflichten von Journalisten», definiert vom Schweizerischen Presserat, zu erwähnen. Es erklärt die direkte Kausalität zwischen der massiv schwindenden Kulturberichterstattung in den Medien, der aussterbenden Mediengattung der Kulturkritik und der kaum noch öffentlich-kritisch stattfindenden Auseinandersetzung mit dem inländischen Kulturschaffen. Da hilft es nicht, dass das Bundesamt für Kultur Presseagenturen unterstützen will, die unter zusätzlichen Auflagen und vom BAK mitfinanziert Artikel produzieren. Es fehlen schlicht die renommierten Medien und Kanäle, und entsprechend die LeserInnen, wo jene Artikel publizieren und gelesen werden könnten. Aber vor allem muss die Kritik und die Kulturberichterstattung unabhängig sein – auch im Auftrag – sonst produzieren wir an der Leserschaft vorbei. Es gilt: Wir haben in der Schweiz nicht ein journalistisches Problem, sondern ein Vertriebsproblem: WIE erreichen wir mit der Berichterstattung die Bevölkerung?

Darum ist es nicht damit getan, Auftragsartikel auf Blogs zu veröffentlichen. Die Abos für die Texte von Presseagenturen sind teuer. Kleinverleger können diese kaum bezahlen, da sie zu wenig Werbeeinnahmen generieren. Es wäre auch nicht sehr zukunftsorientiert, wenn das BAK die Verleger subventioniert, damit diese das subventionierte Kulturpaket der schon subventionierten Presseagenturen (Beispiel SDA) abonnieren können. Die mitgliederfinanzierte Presse (Online-Webseiten mit Bezahlschranke), deren LeserInnen werden es nicht goutieren, wenn ihre Redaktion nicht selbst schreibt. Entsprechend müssen wir unbedingt gemeinsam versuchen, einen finanziellen Kreislauf in die kulturelle Berichterstattung zu bringen. Und es darf ebenso wenig sein, dass das Bundesamt «Kulturwerbung und PR» als «Kulturvermittlung» verkauft – das hat einfach nichts damit zu tun. Kulturwerbung ist Werbung. PR ist PR. Kulturvermittlung ein nicht einheitlich undefinierter «Allesmöglichkeitsbegriff».

Eine Internetseite hat eine Lebensdauer von ungefähr 5 Jahren – danach wird der öffentliche Zugang zum Inhalt kritisch. Im Gegensatz dazu bleiben Druckerzeugnisse locker 100 Jahre bestehen, gerade Zeitschriften. Diese professionellen Verlage pflegen ihre Archive. Umso mehr überrascht es, dass die neue Kulturbotschaft kein Augenmerk auf die gedruckte Kulturpresse wirft. Im Gegenteil: Die neue Kulturbotschaft möchte mehr digitalisieren und verflüchtigt oder manipuliert damit unsere Kulturgeschichte. In der Recherche ist es heute schwierig geworden, Informationen aus den letzten 30–40 Jahren zu finden. Klingt trotz Google und Wikipedia absurd, doch hat die Fake-News-Debatte vom letzten Jahr die Situation gut erklärt. Digitalisierung heisst auch kontrollierte Selbstdarstellung. Das BAK unterstützt genau diese Strategie.

Wenn selbst Kulturmedien (müsste offiziell definiert werden) beim Bundesamt für Kultur nicht als Kulturgut der Kulturvermittlung oder als öffentliche Kulturgeschichtsarchive deklariert werden, dann brauchen wir auch keine «Verkaufsförderung» (Verbreitung und Promotion von Kunst und Kultur im Inland) für das heimische Kulturschaffen. Die Definition vom BAK und das Verständnis für die Situation von Kulturmedien, degradiert die Leistungen von des nationalen Kulturschaffens zur reinen Unterhaltungsindustrie ohne Wirkung und Sinn. Kultur wird zu einem Produkt, welches zu vermarkten ist. Und konsequent weitergedacht, bräuchten wir keine Kulturförderung mehr, weil so alles zu einer konventionellen marktwirtschaftlichen Produktion zählte. Doch das stimmt per Kulturdefinition so nicht.

Der zweite Punkt, den ich dieser Kulturbotschaft dem Bundesamt für Kultur ans Herz legen möchte: Das gesamte Paket zur Förderung der Kultur betrifft nur die Produktion, nicht das Publikum oder Gesellschaft. Klar, in der Argumentation würde man sagen: Wir tun es für die Gesellschaft. Aber diese müsste sich ebenso engagieren und in einer adäquaten Form in dieser Diskussion vertreten sein. Auf der Adressliste eingeladenen Institutionen, die zu Stellungnahmen für diese Kulturbotschaft angeschrieben wurden, sind keine «PublikumsvertreterInnen». Mit anderen Worten: Die Kulturbotschaft vom BAK ist ein reines Konzept der Wirtschaftsförderung der kreativen Kulturbranche und nur auf die Herstellung von Kunstformen bezogen. Ein Monolog sozusagen. Was gänzlich fehlt, sind Instrumente, Dialoge, Analysen über die Frage, ob diese Förderung uns gesellschaftlich weiterbringt. Denn dies ist der einzige Sinn und Zweck unserer Kulturförderung und das BAK hat hier in der bundesrätlichen Instanz eine klare Vorbildfunktion. Das ist nicht nur ein Problem beim BAK, sondern bei fast der gesamten Kulturförderung in der Schweiz: Wir fragen nur, was die ProduzentInnen brauchen, um Ihre Ideen umzusetzen, nicht aber, was das Publikum damit anzufangen versteht und bräuchte, um daraus etwas weiter entstehen zu lassen. Wir fördern ohne Resonanzkasten, die Produktionen werden nicht überprüft, analysiert und eventuell korrigiert. Die Annahme, dass die Branche sich diesbezüglich selbst konstituiert, ist falsch. Auch die subventionierte Kulturproduktion richtet sich in erster Linie nach dem Geldfluss.

Diese beiden Punkte haben sehr viel gemeinsam und zeigen, wie wir in der Schweiz mit «Kultur» und «Kunst» umgehen und was sie uns bedeutet und wert ist. Die vorliegende Kulturbotschaft bietet irgendwie wenig Hilfe.

Antworten

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Wie beurteilen Sie die Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020 durch das Bundesamt für Kultur (BAK), Pro Helvetia und das Schweizerische Nationalmuseum (vgl. Ziffer 1.4.1 des erläuternden Berichts)?

Es ist zu begrüßen, dass die Kulturbotschaft zu einem so detaillierten Werk gewachsen ist. Es ist allerdings zu befürchten, dass die «vielen Definitionen», wie die Vergangenheit zeigt, schlussendlich doch in einer Auslegeordnung der jeweils amtierenden Personen hängen bleiben. Es ist ein juristisch orientiertes Werk, ohne wirklich selbst «Kultur» oder eben «Geist» zu haben. Im Gegenteil: «In der Kulturförderungspraxis muss daher zwischen einem weiten soziologischen und einem engeren praktischen Kulturbegriff unterschieden werden. Diese Abgrenzung erfolgt erstens durch die Bundesgesetzgebung im Kulturbereich und zweitens – im Sinne einer kulturpolitischen und finanziellen Prioritätensetzung – durch die Kulturbotschaft.» (1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes)

Und damit käme ich gleich auf die im *executiv summary* erwähnte Kritik: Mit der «Kultur in der Schweiz» hat diese Kulturbotschaft nicht viel zu tun. Es ist einzig ein Finanzierschlüssel, um Projekte zu bewilligen oder abzulehnen und sich juristisch auf sauberem Terrain zu bewegen. Als Kulturbotschaft der Schweiz kann das nicht funktionieren, wohl aber als Kulturproduktionsplan des Bundes. Zwischen einer inhaltlichen und philosophischen Abhandlung und eben Theorie/Botschaft, wäre der Dialog massgebend und die daraus entstehenden Visionen. Mit der Reduktion auf die Finanzierung ist das zu einseitig.

Im Wesentlichen ginge es aus meiner Sicht um den Einbezug der BürgerInnen dieses Landes, wie wir diese informieren über «unsere Kultur», wie dieser Dialog und Entwicklung unseren Alltag begleiten und beleben könnten/sollten. Die BürgerInnen sind jene, welche diese Produktionen indirekt bezahlen. Doch werden Sie im Feedback-Prozess gar nicht miteinbezogen. Ebenso verhält es sich im Pressebereich mit der Kulturkritik: Die ist gar nicht erwünscht. Das ist insofern irritierend, als dass die fehlende Kulturberichterstattung seit Jahren beweint wird, noch in der letzten Kulturbotschaft andiskutiert wurde,

und jetzt fast ganz weggefallen ist, oder einfach der ProHelvetia überlassen wird. Das lässt die Vermutung zu, dass das BAK sich nicht auf die momentan laufende Mediendiskussion einlassen will, es aber trotzdem tut mit den immer noch bestehenden dubiosen Sprachgesetz- und Unterprojekten (zum Beispiel Filmpublikationen). Das Medien- oder Presseverständnis vom BAK heisst: «Verbreitung und Promotion von Kunst und Kultur im Inland» (2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland).

Es ist geradezu auffallend, dass sich die Kulturbotschaft nur um den Austausch von Kulturschaffenden im Inland und dem Ausland unter sich bemüht. Die gesamte gelebte Kultur der Schweiz wird nicht als offene Kulturplattform im Dialog unterstützt, die Kulturpresse sich selbst überlassen, oder aber es läuft auf der kontrollierten Selbstdarstellungs-Promotionsschiene.

2. Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes

Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?

Die Definition der Handlungsachsen ist grundsätzlich zu begrüßen. Was fehlt ist ein durchdachtes Konzept dieser Achsen. Die «Digitalisierung» also Handlungsachse erst heute hinzuzufügen, kommt 30 Jahre zu spät und das Grundthema ist längst in einer neuen Dimension angekommen: Was kommt danach? Mit der Definition «Digitalisierung» sind wir wieder nur auf die Produktion und die Produzenten bedacht, nicht aber auf die kulturelle Wirkung und die Inhalte. Das Theater ist heute technisch wieder in einer Experimentierphase, die vor 30 Jahren bereits stattgefunden und schon damals als unbrauchbar definiert zurückgelassen wurde. Doch mit der Angst, den Prozess der Digitalisierung zu verpassen, denken wir nicht mehr darüber nach, worum es geht: Die Digitalisierung ist nur eine Veränderung der Arbeitsprozesse, nicht der Inhalte. Die Digitalisierung verändert unsere alltäglichen Abläufe, nicht aber uns als Menschen. Ein Film auf Celluloseacetat oder digitalisiert betrachtet ändert das Drehbuch nicht.

Bezüglich der Herstellung in der Produktion hat die Digitalisierung in der Tat enorme Vergünstigung gebracht. Heute können wir mit einem Computer, der maximal 100 Franken kostet (Raspberry Pi3 in der Luxusvariante), Webseiten, Games, Printerzeugnisse herstellen in bester Qualität. Die Einsparungen von Menschen durch diese Maschinen sind enorm. Allerdings interessieren sich Computer nicht für Kultur und machen sie auch nicht. Daher ist es sinnvoller, wenn man statt von «Digitalisierung» von der «technischen Kultur» reden würde.

Die Verkäufe von Langspielplatten sind in diesem Jahr zum ersten Mal höher als die CompactDisks-Verkäufe. Ein analoges Medium löst seine digitalisierte Weiterentwicklung ab – das hat Symbolcharakter, der unsere Zukunft ganz gut beschreibt, denken wir an den Klimawandel und die veränderte Beziehung von Mensch und Natur. Der Streamingbereich wiederum hat sich in der Preisspirale so nach unten gedreht, dass die zukünftige Finanzierung kaum möglich sein wird. Spotify und selbst Netflix kennen dieses Problem. Fachpersonen warnen bereits, dass wenn die Server eines Streamingdienstes abgestellt werden, die «User» alle ihre gesammelten «Kulturgüter» verlieren. Und bei der grössenwahnsinnigen Monopolzielen der Digitalindustrie, wo nur «the one and only» überlebt, kann das verheerende Folgen mit sich bringen.

Wenn wir in der Kulturbotschaft der Digitalisierung ein so grosses Gewicht geben, missachten wir bezüglich journalistischer Erzeugnisse, dass auch heute noch 2/3 der LeserInnen PrintleserInnen sind und nur 1/3 Online-LeserInnen. Bei den Kosten sieht es umgekehrt aus: Die digitale Produktion und Vertrieb kosten 2/3; Print und Vertrieb analoger Medien nur 1/3 (Verlegerkongress 2018, Ringier, Tamedia

und NZZ). Insofern muss in der Kulturbotschaft die Sinnfrage der Digitalisierung ein Thema sein, diese neue Industrialisierung nicht einfach als einziges Zukunftsmodell zu definieren. In 2.3.6.3 Filmerbe Schweiz gibt es dazu eine gute kritische Passage bezüglich der Archivierbarkeit und weiteren Problemen.

Gleiche Gedanken wären wichtig für die kulturellen Berichterstattung einfließen zu lassen. Wie im *executiv summary* erwähnt ist gerade diese Archivierung und Flüchtigkeit der digitalen Welt im kulturkritischen Pressebereich ein Problem, das sich ebenso in die Präsentation der Schweiz im Ausland niederschlägt: Wer ein Kulturmagazin sucht, findet ausgerechnet in den ersten Positionen der Suchmaschinen unser Magazin «ensuite», welches nicht in das Schema «Verbreitung und Promotion von Kunst und Kultur im Inland» der Behörden passt.

Die Fokussierung auf die Digitalisierung wird bezüglich der Ausbildung und in der Nachwuchsbildung der Kulturberichterstattung neue Probleme fordern: Wenn heute alle publizieren können, wie ihnen die Nase gewachsen ist, wird die kritische Berichterstattung – gerade unter der Idee von «Promotion und Vertrieb» – zum Problem. Es werden bereits jetzt durch die Kulturförderung Gelder gesprochen oder sind gesprochen worden, die nur dem Selbstzweck der Promotion genügen mussten. Als schönes Beispiel möchte ich an dieser Stelle den Blog www.theaterkritik.ch nennen, der mit 70'000 Franken vom BAK unterstützt wurde und nach zwei Jahren, 140 Kritiken über 70 Theaterstücken, ersatzlos verschwand, ebenso die erstellten Artikel und das Archiv. (Interessant zu vergleichen, was wir mit unserer Zeitschrift produzieren und veröffentlichen, ebenso in finanzieller Hinsicht, in Print und Online.)

Schlussnote: Es macht inhaltlich gesehen überhaupt keinen Sinn, die «Digitalisierung» als eigene Handlungsachse zu definieren. «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt», «Kreation und Innovation» und dann «Digitalisierung» (hier könnte auch «Holzverarbeitung» stehen) – sind inhaltlich wie praktisch keine gleichwertigen Handlungsachsen und **schliessen die analogen Bereiche kategorisch in eine zweite Klasse aus.**

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wie beurteilen Sie die Prioritätensetzung in Bezug auf die Weiterentwicklung von Massnahmen in der Förderperiode 2021–2024 (vgl. Ziffern 1.4.2.1 bis 1.4.2.3 des erläuternden Berichts)?

Uns betreffen vor allem die Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»). Es irritiert, dass man hier von Entwicklung spricht, nachdem alle drei Punkte seit je auf dem Programm stehen – und von einer Entwicklung nicht wirklich die Rede sein kann. Dazu fehlt die nötige Abhandlung oder Erkenntnisse aus der Vergangenheit. Zum Beispiel gerade im Bezug auf die Presse – Spuren aus der laufenden Mediendiskussion sind hier nicht vorhanden und nicht vorgesehen. Der Wettbewerbs- oder dieses Talentkartenmodell klingt nach einem schwierigen Leistungsprogramm, ein Wettstreit unter Kulturschaffenden. Und das hat mit Kulturschaffen wenig zu tun – mehr mit Leistungs- und Produktionsgesellschaft. Aber fehlen der Schweiz nicht eher die Visionen und ist das Leistungsprinzip nicht langsam «out of date»?

Allerdings ist beim Punkt Kunstvermittlung endlich eine Art «kritische Reflexion über das zeitgenössische Kulturschaffen» zu erkennen. Sogleich aber wird der gute Wille wieder zunichte gemacht: Es werden nur Partnerinstitutionen zugelassen. Das heisst, statt einer Definition, liefert das BAK hier ein Zensurmodell. Die Kriterien müssten hier unbedingt definiert werden, wer als Partner NICHT in Frage kommt. Jetzt wird eine unkonkrete, schwammige Definition in den Raum gestellt und schlussendlich wird ein Bauchgefühl entscheiden, wer hier dazugehört und wer nicht. Wenn die Kritik nur dann mitfinanziert wird, wenn es passt, dann muss gerade **diese bewusste Definitionslosigkeit aufs Schärfste verurteilt werden.**

Diese Art von Presseförderung ist problematisch, weil es nicht mit der Sprachengesetz-Publikationsförderung (CH-Interkultur) und der «Presseagenturen»-Philosophie der Kulturbotschaft funktionieren kann und ebenso wenig mit der Definition von «Promotion und Vertrieb» zu vereinen ist. Insofern fehlt hier die fachliche und tiefere Auseinandersetzung mit dem Thema, hat man einen dubiosen Mittelweg gesucht und diesen schlussendlich das Problem der ProHelvetia zu überlassen. Das taugt als Konzept nicht und ist höchst gefährlich.

In der Vergangenheit wurden zum Beispiel Hochschulen unterstützt, die bezüglich den Publikationen keine Öffentlichkeit ausserhalb den Hochschulen erreichten. Private Blogs, oder eben kleine Vereine, die sich einen finanziellen Vorteil mit einer Idee im Internet breit machen wollten, wurden unterstützt, während die effektiven und funktionierenden Kulturmedien oder -Redaktionen, als «kommerziell» definiert, in der gesamten «Digitalisierungs-» und Vertriebsproblematik (zum Beispiel schwindender Kioskverkauf) sich selbst überlassen wurden. Mit dieser Passage in der Kulturbotschaft werden ausgerechnet die professionellen Medienbetriebe bestraft. Sie erhalten neue und unerfahrene Projekte und Teams als Konkurrenz, ohne dass eine gemeinsame Absprache stattfindet und zum Beispiel die Ressourcen zusammengeführt werden. Die Menge der Publikationen ist dem BAK wichtiger, als der Erhalt von Qualität und Berufsgruppe.

Verbände sollten nicht als Partnerinstitutionen «kritische Reflexionen» machen. Wenn jeder Kulturverband seine Mitgliederzeitung als «kritisches Medium» definiert, wird das zur Endlosschleife. So tragen Filmzeitschriften bereits einen Sonderstatus (werden nicht erwähnt in der Kulturbotschaft) in diesem Presseförderungszyklus, weil man damit das Filmfördergeld mit entsprechenden Veröffentlichungen rechtfertigen will. Und je mehr man weiterdenkt, umso mehr Zeitschriften und Formate werden aus unterschiedlichen Töpfen gefördert und in Zukunft noch weitere Ansprüche an neue Töpfe richten.

Das ist chaotisch. Das muss unbedingt überdacht, neu definiert und überarbeitet werden. (Passage: 1.4.2.1. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe», Kulturvermittlung (ProHelvetia))

4. Revision Filmgesetz

Vom Bund unterstützte Filme sollen in Zukunft nach Abschluss der kommerziellen Nutzung für die Bevölkerung leichter zugänglich sein (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden? Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?

Das betrifft uns nicht, klingt aber nach guten Ideen. Ich vermute allerdings, dass mit der geplanten Zugänglichkeit nur die «Klickrate» etwas erhöht, der Schweizer Film aber nicht wirklich besser wahrgenommen wird. Für JournalistInnen ist aber jeglicher einfachere Zugang zu Kulturmaterial willkommen. Man muss sich aber bewusst sein, dass nachträglich kaum noch eine kommerzielle Nutzung möglich sein wird und die Filme im digitalen Raum, auch in der Urheberrechtssituation, Probleme erhalten (Downloads, Kopien, etc...).

5. Weitere Gesetzesanpassungen

Wie beurteilen Sie die weiteren Gesetzesanpassungen (vgl. Ziffer 3.1ff des erläuternden Berichts) sowie die vorgeschlagene Anstellung von Lehrpersonen an den Schweizerschulen im Ausland über eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes (vgl. Ziffer 2.6.3 des erläuternden Berichts)?

zu Art. 18

Soweit mir bekannt, gibt es in der Schweiz keine «Bundeshauptstadt», und ausgerechnet dies ist ja auch die Begründung, warum Bern keine Kulturabteilung mehr erhalten soll. Bitte korrigieren.

Aber ich bin der Überzeugung, dass Bern keine Kulturabteilung mehr erhalten sollte, solange nicht klar ist, wofür das Geld wirklich eingesetzt wird. Zum momentanen Zeitpunkt finanziert sich Bern damit die konventionelle lokale Kulturförderung. Es gibt nur ganz wenige spezifische Projekte, die aus diesem Geld finanziert werden und diese haben fast ausschliesslich lokalen Charakter, keine nationale oder internationale Ausstrahlung oder Teilhabe. Ich bin allerdings der Meinung, dass dies wieder ändern könnte, wenn Bern sich anstrengt und ein entsprechendes Projekt vorlegt. Diese Chance hat man Bern bereits eingeräumt und sie wurde nicht wahrgenommen. Zu momentanen Zeitpunkt spricht deswegen keine vernünftige und demokratische Idee für diese Kulturabteilung und ist ersatzlos zu streichen.

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024

Wie beurteilen Sie die zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 vorgesehenen Finanzmittel im Umfang von insgesamt 942,8 Millionen Franken (vgl. Ziffer 4 des erläuternden Berichts)

Soweit kann ich nichts bemängeln. Mehr Geld für Kultur heisst nicht, bessere Kultur oder besseres Verständnis dafür. Insofern wären Inhalte – und vor allen die Diskussion über Inhalte – wichtiger, aber nicht in Bezug mit dem Geld. Das sehe ich auch ein. Das BAK zeigt aber keine Lösung.

Aus verlegerischer Sicht wäre zu erwähnen, dass mit den Mehrsubventionen an Museen und Institutionen, oft mit dem Aspekt «Werbung, Promotion und Vertrieb» das Gegenteil von dem ausgelöst wird, als geplant: Das Geld wird in neues Personal investiert, in Anstellungen und nicht Anzeigen oder externe Partnerdienstleistungen (Beispiel Grafiker für Layouts, man stellt die Fachpersonen gleich selber an). Das hat zur Folge, dass die Institutionen das subventionierte Geld bei sich belassen, in eigene, intern produzierte Werbeprojekte investieren, die unter «normalen» (nicht subventionieren oder geförderten) Bedingungen nicht möglich wären. So produziert beispielsweise das Landesmuseum der Schweiz ein eigenes Kulturmagazin mit PR-Artikeln, die wie journalistische Erzeugnisse scheinen, und platziert darin Anzeigen von anderen subventionierten Institutionen, in einem Gegengeschäftsmodell ohne finanziellen Geldfluss. Wir wurden schon angefragt vom Landesmuseum, ob wir nicht auf einen solchen Gegendeal eintreten möchten. Dabei wollten wir sie für unseren Ausstellungskalender gewinnen. Das wurde abgelehnt – weil zu teuer! (CHF 360 im Jahr). Im Gegenzug bot man uns das Anzeigengegengeschäft an: Wir hätten in dem öffentlich-subventionierten Kulturmagazin vom Landesmuseum ein Inserat erhalten – aber kein Geld. Für uns mach sowas keinen Sinn – und es ist eine falsche Entwicklung, wenn wir in der Schweiz die Kulturmedien ernst nehmen wollen.

So suggerieren die Institutionen den Geldgebern, dass man durchaus Anzeigen und Promotion macht. Es sind gerade die Daten, die man der Kulturförderung als Beleg vorlegt. In Wirklichkeit hat aber die breite Öffentlichkeit davon nichts gesehen (solche Magazine liegen oft nur vor Ort auf oder werden an die «Freude der Institution» oder Vereinsmitglieder gesendet – oft sogar noch subventioniert über die indirekte Post-Pressesubvention vom Bund), zumindest solange private Verlage sich nicht darauf einlassen. Parallel dazu wird die Presse überrollt mit Anfragen zur Berichterstattung zu Ausstellung,

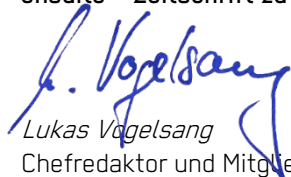
Themen und Personen – natürlich gratis. Die Pressebetriebe erhalten keine Anzeigen mehr aus dem Kulturbetrieb – der Finanzfluss ist unterbrochen, der Geld-Kreislauf kaputt. Es ist insofern bei der Finanzierung zu überlegen, wie man damit umgehen will. Einerseits will das BAK mehr Promotion und Vertrieb, andererseits eine Art kritische Berichterstattung/Reflexion, aber es läuft alles über Staatsgeld, alles über die Werbebudgets, alles über koordinierte PR. Wer wirklich kritisch ist, erhält keine Anzeigen – auch nicht vom BAK oder ProHelvetia und so auch nicht in Zukunft. Die privaten Verlage werden stark unter Druck gesetzt durch diese Massnahmen.

Diese Strukturen sind denkbar ungünstig gelegt und man spürt, dass diese Fragen nicht durchdacht sind. Jeder investierte Franken hat eine Ursache und eine Folge. Beim Thema Presse/Medien sind die Folgen sichtbar und werden seit Jahren genannt. Das BAK hat sich bisher nicht wirklich diesem Dialog gestellt. Es ist unbedingt nötig, dass sich das BAK, das EDI, mit dem UVEK und BAKOM einigen und dann gehört dies in diese Kulturbotschaft hinein. Das ist jetzt dringend, weil die kritische oder professionelle Presse sich sonst aus der Kulturbranche verabschiedet. Ein solcher Schaden würde die Schweiz sehr teuer zu stehen kommen.

Insofern ist der Beitrag «Kulturelle Teilhabe (Projektförderung) zu klein oder zu gross. Unter meinen vorangehenden Einwände müsste hier aber vor allem das Konzept besser werden.

Mit freundlichem Gruss

ensuite – Zeitschrift zu Kultur & Kunst



Lukas Vogelsang

Chefredaktor und Mitglied der Verlagsleitung

20. Sep. 2019

Registratur GS EDI

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Bern

Kunstraum Baden
Haselstrasse 15
5401 Baden, 18. 09. 2019

Claudia Spinelli
Leiterin Kunstraum

Telefon +41 56 200 84 49
claudia.spinelli@baden.ch
www.baden.ch

Baden, 18. 09. 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–24

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Der Kunstraum Baden ist eine städtische Institution mit Fokus auf Förderung, Präsentation und Vermittlung von zeitgenössischer Kunst. Als Leiterin derselben habe ich die aktuelle Kulturbotschaft 2021–24 mit grossem Interesse und – leider - einiger Enttäuschung gelesen: Ausstellungshäuser und Kunstinstitutionen sind darin quasi inexistent.

Ich begrüssen sehr, dass an die Vermittlung von zeitgenössischer Kunst auf der Ebene der Kunstkritik gedacht wurde und dafür neue, insbesondere digitale Plattformen zur kritischen Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Kunst ermöglicht werden sollen. Ebenfalls begrüssenswert ist der Plan, kuratorische Arbeit und Recherchen gezielt zu fördern. Beide Aspekte stellen wichtige Schritte dar, eine öffentliche Debatte über zeitgenössische Kunst anzuregen.

Ein Aspekt ging dabei allerdings verloren, nämlich dass die Ausstellungshäuser und Kunstinstitutionen den Rahmen für die Präsentation und die Basis für die Kunstkritik bilden. Ausstellungen ermöglichen in erster Linie, bildende Kunst öffentlich sichtbar zu machen. Ausserdem ist die Ausstellung ein wichtiger Aspekt der Kulturförderung, da sie den Künstler*innen den Schritt aus dem Atelier in die Öffentlichkeit ermöglicht. Mitteltgrosse Ausstellungshäuser – meist ohne eigene Sammlung – müssen daher ebenfalls von den finanziellen Gefässen des Bundes profitieren können.

Ich schätze ausserdem, dass endlich die prekäre Situation von Künstler*innen wahrgenommen und deshalb die Forderung nach einem Honorar laut wird. Allerdings

verfügen die Ausstellungshäuser nicht automatisch über ein Budget, das diese Honorare ermöglichen würde.

Ich plädiere deshalb dafür, dass Kunstinstitutionen in der Kulturförderung einen festen Stand haben. Denn ohne Räume gibt es auch keine öffentliche Präsentation von Kunst. Ich wünsche mir, dass die Kunstinstitutionen in die diskursiven Überlegungen einbezogen werden, damit die Notwendigkeit der angemessenen Vergütung der Künstler vorangetrieben und diskutiert werden kann.

Ich hoffe, Ihnen einen Blick auf die Dimension von Ausstellungsbetrieben innerhalb der Förderungspolitik eröffnet zu haben. Ich würde mich freuen, wenn die Ausstellungshäuser und Kunsträume in der Kulturpolitik mitgedacht werden..

Mit freundlichen Grüßen und Danke für die Kenntnisnahme.



Claudia Spinelli
Leiterin Kunstraum Baden

Mitglied VSIZK/AISAC
Verein Schweizer Institutionen für zeitgenössische Kunst / Association des institutions
Suisses pour l'art contemporaine

Département fédéral de l'intérieur
Office fédéral de la culture
Etat major Direction
Hallywylstrasse 15
3003 Berne
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Neuchâtel, le 2 septembre 2019

Consultation au sujet du Message culture pour la période 2021-2024

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions vivement de nous donner l'occasion de prendre position sur le Message culture 2021-2024.

En préambule, nous tenons à souligner que la coopération nationale en matière de politique culturelle est fondamentale. Le dialogue culturel national, plateforme d'échange entre la Confédération, les cantons et les villes, doit être maintenu et développé. Le Message culture pour la période 2021-2024 mentionne l'importante question du revenu des artistes : nous suggérons par exemple qu'un groupe de travail du dialogue culturel national y soit dédié pour que Confédération, cantons et villes co-élaborent des pistes d'action.

L'orientation de la politique culturelle 2021-2024 s'inscrit dans la continuité. Les trois axes d'action définis dans le Message 2016-2020 (à savoir la participation culturelle, la cohésion sociale, ainsi que la création & l'innovation) sont maintenus ; cela nous semble logique sachant que ces thèmes sont toujours d'actualité. Nous saluons aussi l'accent mis sur la transformation numérique et l'accroissement prévu des moyens financiers dévolus à l'encouragement culturel pour la période 2021-2024, soit une augmentation des ressources de 35,4 millions de francs. Signalons au passage que notre politique culturelle communale est en phase avec le message 2021-2024 : la cohésion sociale et la participation constituent deux axes importants de notre action dans le champ du soutien à la culture.

Dans le domaine de la participation culturelle, nous nous réjouissons de la consolidation du programme Jeunesse et Musique (en lien avec l'article constitutionnel sur la formation musicale accepté à une large majorité par le peuple et les cantons en 2012), ainsi que l'accent mis sur l'égalité des chances pour les hommes et les femmes dans le domaine culture. Le projet de lancement d'enquêtes statistiques est à souligner ; cela doit se faire en étroite collaboration avec les villes.

En ce qui concerne la cohésion sociale, nous considérons que les activités de soutien aux échanges culturels sont cruciales. Une amélioration du soutien à la diffusion est particulièrement nécessaire dans les domaines du théâtre, de la danse et de la musique. A notre sens, c'est bien Pro Helvetia qui doit jouer le rôle principal dans ce domaine-là. Par ailleurs, nous saluons le lancement d'une stratégie interdépartementale d'encouragement de la culture du bâti. Cette dernière favorise la qualité de vie des citoyens de nos villes, et permet de créer des valeurs communes.

Au sujet des développements en matière de création et d'innovation, nous sommes d'avis que les villes ne doivent pas cofinancer des plateformes pour les artistes à l'étranger. Une claire répartition des tâches semble essentielle : les villes et les cantons s'occupent de promotion de la culture au niveau local, Pro Helvetia se charge de la représentation des artistes à l'étranger. D'une manière générale, nous nous efforçons nous aussi, à l'échelle de la région, de soutenir des projets interdisciplinaires innovateurs dans lesquels des artistes collaborent avec des scientifiques pour, par exemple, développer des panneaux photovoltaïques intégrant des photographies d'art.

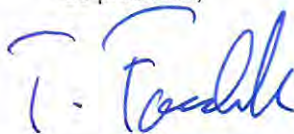
Par ailleurs, nous saluons particulièrement la révision de la loi sur le cinéma. Le projet de contribution obligatoire des plateformes numériques à la production audiovisuelle indigène, qui s'inspire du modèle de l'Union européenne, est pertinent. La Ville de Neuchâtel accorde d'ailleurs une place importante à la création cinématographique, puisque la Lanterne Magique et le NIFFF, deux acteurs importants du 7^{ème} art en Suisse, y ont leur siège.

Enfin, pour le surplus, nous nous rallions à la prise de position conjointe de la Conférence des villes en matière culturelle (CVC) et de l'Union des villes suisses (UVS).

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, veuillez agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs, l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL COMMUNAL:

Le président,



Thomas Facchinetti

Le chancelier,



Rémy Voirol

Annexes : Invitation du DFI à une consultation du Message culture
Message culture 2021-2024
Position conjointe de la CVC et de l'UVS

Copie à : Service cantonal de la culture, Etat de Neuchâtel

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur BAK
3003 Bern

(eingereicht per Email in Word- und PDF-Fassung an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch)

Wallisellen, 20. September 2019

Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2019 die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 eröffnet und interessierte Kreise zur Stellungnahme eingeladen. Als Anbieterin von Abruf- und Abonnementsdiensten und somit als direkt betroffenes Unternehmen nimmt UPC Schweiz GmbH (nachfolgend „UPC“) diese Gelegenheit der Meinungsäusserung wahr und wir reichen Ihnen hiermit fristgerecht unsere Stellungnahme ein.

A. Ausgangslage und generelle Bemerkungen zur Vorlage

In der Kulturbotschaft 2021-2024 formuliert der Bundesrat die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik des Bundes in der Förderperiode 2021-2024. Während die drei bestehenden strategischen Handlungsachsen „Kulturelle Teilhabe“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sowie „Kreation und Innovation“ beibehalten werden sollen, möchte der Bundesrat sich verstärkt auf den „digitalen Wandel in der Kulturförderung“ fokussieren.

Die Digitalisierung führt, wie in vielen Bereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel. Dieser Wandel äussert sich im Bereich der Kultur jedoch in erster Linie positiv: einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeit und sinkende Kosten für die Content-Produktion, andererseits durch eine grössere Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Mit der Kulturbotschaft 2021-2024 sieht der Bundesrat nun u.a. Änderungen des Filmgesetzes vor, mit welchen mittels **Einführung von Quoten und einem Finanzierungssystem ein Fördermodell für europäische und schweizerische Filme** entsteht. **Wir lehnen diese Änderungen aus den nachgenannten Gründen vollumfänglich ab:**

a) Negativer Effekt auf die Digitalisierung im Content-Bereich

Das vorgeschlagene Fördermodell hemmt unseres Erachtens die positiven Effekte der Digitalisierung im Content-Bereich. In diesem Zusammenhang machen wir auf die Stellungnahme der Eidgenössischen Medienkommission EMEK zum neuen Gesetz über elektronische Medien aufmerksam. Die EMEK kritisierte an der Vorlage grundsätzlich, sie vermöge es nicht, die Herausforderungen durch die **Digitalisierung für die Schweizer Medienlandschaft** zu meistern. In Art. 12 VE-BGeM sah der Bundesrat Förderungspflichten für Anbieterinnen von Fernsehprogrammen ohne Leistungsauftrag vor. Anbieterinnen, deren Programme Spiel-, Dokumentar- oder Animationsfilme enthalten, sollten mindestens vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen für den Ankauf, die Produktion oder die Koproduktion von Schweizer Filmen aufwenden, andernfalls erhebt das BAKOM eine Förderungsabgabe von bis zu vier Prozent der Bruttoeinnahmen. Die EMEK erachtete diese Förderungs-Vorgabe als einen relativ starken Eingriff in die Wettbewerbsfreiheit für Anbieter ohne Förderbeiträge, solange nicht sichergestellt sei, dass alle Anbieter gleich behandelt werden. Sodann verlangte die EMEK, dass alle Marktteilnehmer gleich zu behandeln seien.¹

b) Fehlende Verfassungsmässigkeit

Das Finanzierungsmodell für schweizerische und europäische Inhalte, wie es nun mittels Änderungen des Filmgesetzes vorgesehen ist, bedeutet auch eine inakzeptable Übertragung von Verantwortung an Anbieterinnen von Abruf- und Abonnementsdiensten – dies ohne verfassungsmässige Grundlage. In der schweizerischen Praxis sind dies grösstenteils Fernmeldediensteanbieterinnen (FDA), die von den neuen Pflichten betroffen wären. Die Übertragung der Förder- und Finanzierungsverantwortung gefährdet deren Kerngeschäft – die Verbreitung und die Zugänglichmachung von digitalen Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur. Die FDA investieren heute jährlich Milliarden in den Netzausbau (dies ohne Mittel des Bundes, der Kantone und Gemeinden) und erhöhen damit die verfügbaren Bandbreiten. Diese Infrastruktur bildet die notwendige Grundlage für die heute übertragenen Informationen und damit die unabdingbare Basis für eine weitere Digitalisierung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leistungen.

¹ Stellungnahme vom 11. Oktober 2018 der Eidgenössischen Medienkommission EMEK zur Vernehmlassung zum neuen Gesetz über elektronische Medien, S. 2.

c) Fehlende Wirksamkeit und damit eintretende Inländer-Ungleichbehandlung

Die Vorgaben gemäss Entwurf des Filmgesetzes sollen zwar auch für ausländische Anbieterinnen von Abruf- und Abonnementsdiensten gelten. Aufgrund des Territorialitätsprinzips ist die Durchsetzung ihnen gegenüber jedoch fraglich. Somit resultiert daraus eine fehlende Wirksamkeit und eine massive Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der schweizerischen Anbieterinnen.

d) Adressatenliste

Weiter bemängeln wir, dass das vernehmlassende Amt bzw. der Bundesrat mit den Änderungen vorsieht, neue Akteure, konkret die Anbieterinnen von Abruf- und Abonnementsdiensten, zur Finanzierung einer Schweizer Filmförderung zu verpflichten. Auf der Liste der Vernehmlassungsadressaten sind neben den gesetzlich vorgeschriebenen Adressaten unter „Weitere Interessierte“ zwar eine grosse Anzahl von Akteuren genannt. Es fehlen jedoch sämtliche direkt betroffene Akteure wie die Fernmeldediensteanbieterinnen mit Abruf- oder Abonnementsangeboten und deren Verbände wie Suissedigital und Swissstream.

In der Folge führen wir unsere Argumentation im Zusammenhang mit den einzelnen Bestimmungen weiter aus. Im Übrigen verweisen wir auch auf die Stellungnahme unseres Branchenverbandes Suissedigital, welche wir vollumfänglich mittragen.

B. Einschätzungen und Anträge zu den vorgesehenen Änderungen im Filmgesetz

UPC bietet seinen Kunden ein eigenes Video-On-Demand-Angebot (nachfolgend „VOD“) und ist somit als Anbieterin von Abruf- und Abonnementsdiensten direkt von den vorgesehenen Änderungen im Entwurf des Filmgesetzes („E-FiG“) betroffen.

1. Förderung der Vielfalt des Filmangebots durch eine „Europäische Quote“ (Art. 24 a E-FiG)

Die Änderungen des Filmgesetzes sehen neue Vorschriften zur Förderung der Vielfalt des Filmangebots ausserhalb des Kinos vor. Gemäss Art. 24a E-FiG müssen Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, zur Förderung der Angebotsvielfalt sicherstellen, dass mindestens 30 Prozent ihres Filmangebots aus europäischen Filmen besteht und dass diese Filme besonders gekennzeichnet und gut auffindbar sind. Dieser Pflicht unterliegen auch Unternehmen, die ihren Sitz im Ausland haben, sich jedoch an das schweizerische Publikum richten.

Hiermit wird freiwillig die Quotenregelung aus der AVMD-Richtlinie der EU ins Schweizerische Recht übertragen. Dass dies nicht die beste Möglichkeit der Förderung der Herstellung, Distribution, Verfügbarkeit und Marktattraktivität europäischer Werke sei, bemängelte das BAKOM bereits 2013. In einer entsprechenden Stellungnahme an die Europäische Kommission fürchtete es einen kontrahierenden Effekt auf die Angebotsvielfalt resp. die Kulturförderung: „Die in der AVMD-Richtlinie enthaltene Quotenregelung erachten wir als nicht effizient. Sie kann sich kontraproduktiv auf den Wettbewerb auswirken und betroffene Anbieter

daran hindern, innovative und neue Geschäftsmodelle einzuführen. Zudem kann die Ausstrahlung von europäischen Werken zu einer Alibi-Übung verkommen.”²

Wir stellen zudem in Frage, wie diese Pflicht, wie im Entwurf vorgesehen, gegenüber ausländischen Unternehmen durchgesetzt werden kann (Territorialitätsprinzip). Letztere werden argumentieren, ihr Angebot richte sich nicht gezielt an ein Schweizer Publikum. Der Bundesrat selbst hält im Erläuternden Bericht zur Botschaft fest, dass die Kontrollmöglichkeiten und die Durchsetzbarkeit bei Unternehmen ausserhalb Europas aus der Schweiz heraus eher schwierig sein dürfte.³ Faktisch führt diese Pflicht deshalb zu einer Ungleichbehandlung von schweizerischen und ausländischen Anbieterinnen. Eine Situation, die die EMEK, wie vorab aufgeführt, bereits in einem früheren Kontext bemängelte. Besonders bei Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste zur Verfügung stellen, ist dies besonders stossend, da sich schweizerische Anbieter bereits heute einer sehr starken ausländischen Konkurrenz ausgesetzt sehen (z.B. Netflix, Amazon etc.).

Zusätzlich zu den Vorschlägen des Bundesrates hinsichtlich einer europäischen Quote von 30% fordern schweizer Filmschaffende 20% schweizerische Inhalte. Auch diese „Schweizerische Quote“ lehnen wir aufgrund der bereits genannten Gründe ab. Hinzu kommt in diesem Zusammenhang, dass die Anzahl schweizerischer Werke prozentual schlicht zu klein ist, um eine derartige Quotenreglung in der Praxis überhaupt umsetzen zu können. Dies gilt insbesondere für Anbieterinnen mit einer grossen und somit vielfältigen Film-Mediathek.

UPC richtet sich mit seinem Video-On-Demand-Angebot an eine breite Kundschaft und berücksichtigt dabei auch europäische und schweizerische Filme und TV-Serien. Seit Anfang Jahr sind wir Partner im Projekt „Filmo“ (www.filmo.ch/partner). Dabei werden periodisch eine neue Auswahl wichtiger Schweizer Filme einer breiten Öffentlichkeit über die Mediatheken der grossen Schweizer (VOD-)Anbieterinnen zugänglich gemacht. Quartalsweise (jeweils nach einem der vier grossen Filmfestivals) kommen so jeweils 10 neue Filme dazu. Im Rahmen der Nutzungsauswertung stellen wir jedoch fest, dass Produktionen aus den USA einen überproportional grossen Anteil der VOD-Nutzung ausmachen.

Die Quotenregelung betrifft jene Anbieter besonders hart, welche ihrem Publikum ein möglichst grosses Angebot an Filmen bieten. Dies, da Anbieter mit generell mehr Inhalten prozentual mehr nicht-rentable Inhalte einkaufen müssen. Es werden also hauptsächlich diejenigen Schweizer Anbieter ins Visier genommen, welche

² Brief des BAKOM an die Europäische Kommission. Öffentliche Konsultation – Grünbuch über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (2013)

³ Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft). Erläuternder Bericht zum Vernehmlassungsverfahren vom 29. Mai 2019, S. 47.

mit ihrem Angebot der ausländischen Konkurrenz tendenziell am ehesten die Stirn bieten können und den wesentlichsten Anteil der Angebotsvielfalt tragen.

Eine Quotenregelung führt somit zusammengefasst spätestens mittelfristig zu einem Abbau der Anbietervielfalt, da inländische Anbieter sich einer noch stärkeren ausländischen Konkurrenz ausgesetzt sehen und verdrängt werden. Dies widerspricht einerseits dem in der Kulturbotschaft genannten Ziel der Förderung der Angebotsvielfalt und andererseits auch dem Zweck des Filmgesetzes gemäss Art. 1 FiG selbst.

Es ist gänzlich von der Quotenregelung abzusehen und Art 24a E-FiG zu streichen.

2. Förder- und Finanzierungsmodell für das unabhängige Schweizer Filmschaffen (Art. 24b-f E-FiG)

Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, müssen gemäss Art. 24b E-FiG jährlich mindestens 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen. Diese Pflicht gilt auch für Unternehmen, die ihren Sitz im Ausland haben, sofern sich ihr Angebot gezielt ans Schweizer Publikum richtet. Als Bruttoeinnahmen gelten dabei gemäss Art. 24d E-FiG sämtliche Einkünfte, die dem Unternehmen im Zusammenhang mit seinem Filmangebot zufließen (Entgelte für die Nutzung oder den Erwerb angebotener Filme, Einnahmen aus Werbung etc.).

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung (BV), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Verfassungsmässig besteht somit die Möglichkeit, dass **der Bund** die Schweizer Filmproduktion und –kultur fördern kann. Die Verfassung sieht aber nicht die Möglichkeit vor, dass **Dritte** anstelle des Bundes in einem Gesetz dazu verpflichtet werden können, eine jährliche Förderabgabe für das Schweizer Filmschaffen zu leisten. Demnach weist auch das aktuell geltende Filmgesetz völlig korrekt keine so lautende Interpretation der Verfassungsgrundlage auf (vgl. namentlich Art. 3 im 2. Kapitel Filmförderung FiG). Die BV enthält keine Grundlage dafür, die Aufgabe der Kulturförderung auf Private zu übertragen.

Weiter gilt es zu erwähnen, dass das Parlament in der laufenden Revision des Urheberrechts für Video-On-Demand-Anbieter (also Anbieter von Abruf- und Abonnementsdiensten) bereits eine zusätzliche kollektive Urheberrechtsabgabe beschlossen hat.⁴ Dies mindert weiter die Rentabilität und somit auch Attraktivität von in der Schweiz betriebenen Abrufdiensten. Zudem: gemäss einer entsprechenden Motion von G.Savary (SP/VD), welche vom Ständerat in der laufenden Session angenommen wurde, soll der Bundesrat eine rechtliche Grundlage für einen Digitalisierungsfonds schaffen, der mit den Einnahmen aus der 5G Frequenzuteilung finanziert wird. Die damit eingenommenen rund 380 Millionen Franken sollen u.a in die

⁴ Vgl. aktuelle Fahne zur Revision der Urheberrechtsgesetzes Art. 13a und 35a URG in der parlamentarischen Differenzbereinigung (<https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2017/20170069/N4%20D.pdf>).

Digitalisierung des Schweizer Films fließen.⁵ Eine weitere finanzielle Unterstützung durch eine Förderabgabe sprengt den Rahmen.

Letztlich führt dies in der Praxis auch zu ungleichlangen Spiessen und benachteiligt schweizerische Anbieter gegenüber ausländischen, da die Regelung gegenüber ausländischen Anbieterinnen aufgrund des Territorialitätsprinzips nicht durchgesetzt werden kann. Ein Anbieter wie Netflix wird argumentieren, sein Angebot richte sich nicht gezielt ans Schweizer Publikum.

Die Vorgaben bezüglich Aufwendungen für unabhängiges Schweizer Filmschaffen resp. die alternative Ersatzabgabe führen zu einer Benachteiligung der Schweizerischen Anbieter, welche im Markt bereits ein gefährdete Stellung gegenüber den grossen internationalen Anbietern innehaben. Weiter fehlt für dieses Finanzierungsmodell schlicht die verfassungsmässige Grundlage.

Art 24b-f E-FiG sind zu streichen.

3. Registrierungs-, Berichterstattungs- und Meldepflicht (Art. 24i-g E-FiG)

Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, müssen sich gemäss Art. 24g E-FiG in ein öffentliches Register des Bundes eintragen. Art. 24h E-FiG präzisiert die Berichterstattungspflichten: Anbieter müssen dem Bundesamt für Kultur jährlich Bericht darüber erstatten, wie sie ihren Verpflichtungen gemäss Art. 24a Abs. 1 E-FiG (Quotenregelung) nachkommen. Zur Kontrolle der Einhaltung der Verpflichtungen gemäss Art. 24b E-FiG müssen die Unternehmen dem BAK jährlich die nötigen Angaben melden (die erzielten Bruttoeinnahmen sowie die geltend gemachten Aufwendungen für den Ankauf, die Produktion oder die Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannten schweizerisch-ausländischen Koproduktionen). Der Entwurf sieht in Art. 24i E-FiG zudem weiterhin vor, dass diese Unternehmen dem Bund Angaben zur Anzahl Abruf pro Filmtitel machen müssen. Wer vorsätzlich der Registrierungspflicht nach Art. 23 oder 24g nicht nachkommt, wird gemäss Art. 27 Abs. 1 mit Busse bestraft. Wer es als Mitglied der Geschäftsleitung eines Unternehmens trotz Mahnung unterlässt, die geschuldeten Angaben nach Artikel 24, 24h oder 24i zu liefern oder vorsätzlich falsche Angaben macht, wird mit Busse bestraft.

Diese Pflichten führen zu einem administrativen Mehraufwand und einer unnötigen Bürokratisierung sowohl auf Seiten der Anbieterinnen wie auch der Behörden. In der Praxis tragen wiederum vorwiegend Schweizer Unternehmen diesen Aufwand, da die Registrierungs-, Berichterstattungs- und Meldepflichten bei ausländischen Anbietern nicht durchgesetzt werden können. Zusätzlich fällt dabei auf, dass diese Vorgaben dem in anderen Bereichen zu beobachtenden Trend widerspricht, die bürokratischen Hürden für Unternehmen

⁵ Vgl. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20193649>

abzubauen. So wurde im kürzlich revidierten Fernmeldegesetz die Registrierungspflicht für Fernmeldedienstanbieterinnen aufgehoben.

*Um den damit verbundenen bürokratischen Aufwand zu vermeiden, ist von den Registrierungs-, Berichterstattungs- und Meldepflichten abzusehen: **Art 24i-g E-FiG sind zu streichen.***

*Folglich sind auch die dafür vorgesehen Bussen bei Nichteinhaltung und somit **Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 zu streichen resp. in ihrer bestehenden Form beizubehalten.***

Im Anhang finden Sie zudem unsere Antworten zum Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

UPC Schweiz GmbH



Nadine Zollinger

General Counsel & Chief People Officer



Liliane Ackle

Regulatory Affairs Manager

Anhang I:

Antworten zu Ziffer 2 und 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Ziffer	Frage	Antwort
2	Wie beurteilen Sie die Beibehaltung der drei bisherigen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes («Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation») und die Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» (vgl. Ziffer 1.4.2 des erläuternden Berichts)?	Eine Ergänzung durch den Akzent «Digitalisierung» erachten wir grundsätzlich als sinnvoll. Unseres Erachtens hat das mit Änderung des Filmgesetzes vorgeschlagene Fördermodell jedoch einen negativen Effekt auf die Digitalisierung im Content-Bereich . Es bedeutet einen starken Eingriff in die Wettbewerbsfreiheit für Anbieter und führt zu einer Benachteiligung und Schwächung schweizerischer Anbieter. Dies führt spätestens mittelfristig zu einem Abbau der Anbietervielfalt und widerspricht somit dem Ziel der Förderung und dem Zweck des Filmgesetzes generell.
4	Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
4	Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Bundesamt für Kultur (BAK)
Hallwylstrasse 15
CH-3003 Bern

(per E-Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch)

Renens, 20. September 2019

STELLUNGNAHME KULTURBOTSCHAFT 2021-2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Frau Direktorin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Mai 2019 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, bis zum 20. September 2019 zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (die "**Kulturbotschaft**") Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft enthält Regulierungskonzepte und -ideen, die in erheblichem Ausmass in die verfassungsmässigen Rechte unserer Mitglieder eingreifen, welche auch als Anbieter von Video-on-Demand-Plattformen tätig sind.

Wir danken Ihnen deshalb für die Möglichkeit der Meinungsäusserung und nehmen diese hiermit gerne wahr. Wir unterstützen die Stellungnahme von Swisstream wie folgt:

Unsere Position zu den geplanten Änderungen des Filmgesetzes

Der Bundesrat will sich in seiner Kulturbotschaft 2021-2024 verstärkt auf den "digitalen Wandel in der Kulturförderung" fokussieren. Die Digitalisierung führt, wie in allen Lebensbereichen, auch in der Kulturlandschaft zu strukturellem Wandel, äussert sich dort jedoch in erster Linie positiv: Einerseits durch steigende Wirtschaftlichkeitsgewinne und sinkende Kosten für die Inhaltsproduktion, andererseits durch dadurch begünstigtes Wachstum der Angebotsvielfalt im Kulturwesen.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Fördermodell mittels Einführung von Quoten ist aus unserer Sicht keine adäquate Reaktion auf diese Effekte der Digitalisierung.

Die Erweiterung des Finanzierungsmodells mit neuen Abgaben auf elektronische Abruf- und Abonnementsdienste bedeutet darüber hinaus eine inakzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten auf unsere Mitglieder.

Deren Kerngeschäft – die Verbreitung und Zugänglichmachung von (kulturellen) Inhalten und Angeboten über eine zuverlässige Infrastruktur – wird damit in verfassungswidriger Weise gefährdet.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Art. 24a – i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 des Filmgesetzes infolge

- **fehlender Verfassungsmässigkeit,**
- **fehlender Wirksamkeit, und**
- **der damit eintretenden Inländerungleichbehandlung**

vollumfänglich ab.

Dies aus den folgenden Gründen:

1. Vorbemerkungen zur direkten Betroffenheit und zum Angebot von elektronischen Abruf- und Abonnementsdiensten

Ein Teil unserer Mitglieder, bei welchen es sich um Fernmeldedienstanbieterinnen mit Sitz in der Schweiz handelt, stellt ihrer Kundschaft eine Videothek zum Abruf zur Verfügung (Video-on-Demand, "**VoD**"). Dabei handelt es sich um den in der Kulturbotschaft erwähnten elektronischen Abruf- und Abonnementsdienst.

Der Wettbewerbsdruck durch die meist direkt in der Filmwirtschaft verankerten, kapitalstarken internationalen Over-the-Top-Anbieter, wie z.B. Netflix, Sky Ltd. (mit Sky Show), Amazon (mit Amazon Prime), The Walt Disney Company (nächstens mit Disney+) ist gross. Die Fernmeldedienstanbieterinnen betreiben diese Dienste daher in erster Linie, um ihrer Kundschaft ein möglichst umfassendes Paket an linearen und nicht-linearen audiovisuellen Inhalten bieten zu können.

Es ist aus unserer Sicht daher falsch, Abgaben vom Umsatz der Dienstbetreiber abhängig zu machen. Die geplanten Abgaben stellen für die Betreiber derartiger Dienste zusätzliche Betriebskosten dar, welche die Attraktivität der Bereitstellung solcher inländischen Videotheken stark mindern wird.

2. Gründe für die Ablehnung der Revision des Filmgesetzes

Die Kulturbotschaft sieht durch Änderungen des Filmgesetzes (nachfolgend "**E-FiG**") vor, dass Unternehmen, die für Schweizer Konsumenten über elektronische Abruf- und Abonnementsdienste Filme anbieten, einerseits eine Quote von 30% an europäischen Filmen (nachfolgend "**europäische Pflichtquote**") im angebotenen Repertoire einhalten (vgl. Art. 24a E-FiG) und andererseits 4% der jährlichen Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe leisten (vgl. Art. 24bff. E-FiG) müssen.

Dabei sollen die Kosten für den Erwerb der entsprechenden Online-Auswertungsrechte als Aufwendungen für den Schweizer Film angerechnet werden können (vgl. Art. 24c Abs. 1 und Abs. 2 lit. a E-FiG). Für beide Auflagen sieht der das E-FiG Ausnahmen vor, welche später in der Filmverordnung durch den Bundesrat konkretisiert werden sollen (vgl. Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG).

2.1. Fehlende verfassungsmässige Grundlage

Zu den verfassungsmässigen Grundlagen für die Einführung einer europäischen Pflichtquote beim Filmangebot sowie einer prozentualen Abgabe auf den Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen äussert sich der erläuternde Bericht zur Gesetzesvorlage nicht¹.

¹ Vgl. Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft) – Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren (nachfolgend erläuternder Bericht), dort insbesondere Ziff. 7.1 zur Verfassungs- und Gesetzmässigkeit der Änderungen, S. 56

Das Filmgesetz stützt sich im Bereich Filmwesen auf Artikel 71 der Bundesverfassung ("BV"), wonach der Bund die Schweizer Filmproduktion und Filmkultur fördern kann (Abs. 1) sowie Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen kann (Abs. 2). Die Verfassung bietet demnach im Bereich Filmförderung die Möglichkeit der Förderung von Schweizer Filmproduktion und -kultur durch den Bund. Eine neue gesetzliche Verpflichtung von Marktteilnehmern, die Kultur über eine jährliche Abgabe für das Schweizer Filmschaffen zu fördern, lässt sich dagegen nicht auf Art. 71 BV stützen.

Das Legalitätsprinzip – im Abgaberecht ein verfassungsmässiges Recht – wird demnach durch die Einführung einer finanziellen Abgabe für private Unternehmen im Filmbereich verletzt, auch wenn diese als Ersatzabgabe konzipiert ist und nur dann zur Anwendung gelangen soll, wenn die durch das Unternehmen für das Filmschaffen in der Schweiz aufgewendeten Mittel nicht ausreichend sind. Im Übrigen haben etwa Kinos weder in der Vergangenheit noch zukünftig eine solche bedingungslose Abgabe zu leisten. Im erläuternden Bericht wird diesbezüglich der Bezug zu den Fernsehveranstaltern gemacht, die gemäss Radio- und TV-Gesetz mindestens 4% ihrer Einnahmen für das Schweizer Filmschaffen aufwenden müssen². Anders als vorliegend existiert im Hinblick auf die Fernsehveranstalter mit Art. 93 BV aber eine weite Verfassungsgrundlage mit entsprechenden Service Public-Aufträgen und -Finanzierungsmodellen. Dies ist mit der vorliegenden Situation nicht zu vergleichen. Zudem sind Fernsehveranstalter nicht mit Anbietern elektronischer Abruf- und Abonnementsdienste vergleichbar: Die Fernsehveranstalter stehen der Schweizer Filmproduktion viel näher, da sie regelmässig selbst audiovisuelle Inhalte produzieren. Demgegenüber produzieren unsere Mitglieder als VoD-Anbieter keine Inhalte; sie erwerben lediglich die entsprechenden Auswertungsrechte und vermarkten bzw. verbreiten diese.

2.2. Mangelnde Wirksamkeit

Die Einführung einer europäischen Pflichtquote für VoD-Anbieter wird in der Konsequenz weder die Vielfalt noch die Qualität des Filmangebots fördern. Eher wird eine solche Vorschrift zum zwingend anzubietenden Filmsortiment schädliche Auswirkungen für die Filmvielfalt und den Schweizer Film haben.

Durch die Digitalisierung wurde das mögliche Inventar an zugangsfähigem audiovisuellem Inhalt aus allen Ecken der Welt vervielfacht, was eine grosse kulturelle Bereicherung für das Publikum darstellt.

Diejenigen VoD-Anbieter, welche ihrer Kundschaft nun eine möglichst grosse Auswahl an verschiedenen Inhalten anbieten, würden durch die in Art. 24a E-FiG vorgesehene Quotenregelung besonders hart getroffen. Zu den angebotenen Filminhalten, die wahrscheinlich ohnehin schon abseits des Mainstreams liegen und deshalb nicht sonderlich einträglich sind, müssten sie nun – um die vorgegebene Quote einhalten zu können – weitere tendenziell nicht nachgefragte Filme mit einer vorbestimmten Herkunft in ihr Angebot aufnehmen oder aber ihr Angebot insgesamt verkleinern, um die Quote zu erreichen. In dieses Bild passt die Einschätzung des Bundesamts für Kommunikation, welches bereits im Jahr 2013 in einer Stellungnahme zur geplanten europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) eine Quotenregelung für das Angebot elektronischer Filmanbieter als nicht zielführend erachtete³.

Schliesslich ist anzumerken, dass es bei einem insgesamt grossen Filmangebot dann tatsächlich auch noch möglich sein muss, 30% davon mit Inhalten europäischer Provenienz zu bestücken. VoD-Anbieter mit kleinem Angebot fahren dann besser, weil sie mit wenigen rentablen Mainstream-Filmen

² Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24b, S. 47

³ Schreiben BAKOM vom 23.08.2013 an die Europäische Kommission zum Grünbuch der Europäischen Union über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt (öffentliche Konsultation)

aus Europa die Anforderung erfüllen können, was dem Ziel einer grossen Filmvielfalt jedoch diametral entgegensteht und eine durch die Vergrösserung der Verbreitungskapazitäten erreichte kulturelle Vielfalt wieder zunichtemacht.

2.3. Fehlende Durchsetzbarkeit

Die beiden Bestimmungen – europäische Pflichtquote und Förder- bzw. Ersatzabgabe – sind schliesslich auch deshalb abzulehnen, weil sie eine substantielle Wettbewerbsverzerrung bewirken würden.

Obschon das E-FiG in den einschlägigen Bestimmungen jeweils vorsieht, dass die neuen Auflagen auch für Unternehmen mit Sitz im Ausland gelten (Art. 24a Abs. 2 und Art. 24b Abs. 2 E-FiG), ist es aufgrund des Territorialitätsprinzips fraglich, ob die Bestimmungen diesen ausländischen Unternehmen gegenüber jemals durchgesetzt werden können. Die neuen Auflagen führen daher faktisch zu einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung der Schweizer Unternehmen. Auch der erläuternde Bericht erkennt hier Durchsetzungsschwierigkeiten⁴.

Um die Auflagen umsetzen und die Abgabe in der Schweiz erheben zu können, wird auf Seiten der Schweizer Anbieter, aber auch auf Seiten der Behörden ab dem Tag der Inkraftsetzung eine neue Bürokratie benötigt, welche in erster Linie nur die Schweizer Unternehmen (und damit indirekt die Kunden Schweizer Unternehmen) belasten wird:

- Führung getrennter Kostenrechnungen, da Geldleistungen für den Rechteerwerb, die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen und anerkannter schweizerisch-ausländischer Koproduktionen, die an unabhängige Dritte mit Sitz oder Wohnsitz in der Schweiz fliessen, gemäss Art. 24c E-FiG als anrechenbare Aufwendungen bei der Berechnung der Ersatzabgabe gelten (d.h. ein einfacher VoD-Anbieter in der Schweiz muss erstens die Details der Produktion eines bestimmten Films kennen und zweitens dann seinen Filmlieferanten dazu bringen, die Preise für die Online-Auswertungsrechte dieser Schweizer Filme separat auszuweisen);
- Führung getrennter Einnahmenezusammenstellungen, da nicht nur das Entgelt der Konsumenten für den VoD-Dienst bei den massgebenden Bruttoeinnahmen zur Berechnung der Höhe der Ersatzabgabe einzubeziehen sind, sondern auch Einnahmen aus Werbung sowie für die Nutzung von Daten, all dies gemäss dem erläuternden Bericht⁵ nur bezogen auf Spiel-, Animations- und Dokumentationsfilme; Serien, Soaps, Reality-Shows und Reportagen sollen dabei nicht berücksichtigt werden, Art. 24e E-FiG;
- Jährliche Berichterstattungspflichten, Art. 24h E-FiG;
- Registrierungspflicht, Art. 24g E-FiG.

Ein weiteres Risiko einer Wettbewerbsverzerrung ist der weite Katalog von Ausnahmen, die der Bundesrat nach Art. 24a Abs. 3 und Art. 24e Abs. 2 E-FiG vorsehen kann.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Nachfolgend erlauben wir uns, für den Fall, dass das Gesetzgebungsprojekt weiterverfolgt wird, Kommentare und Anträge zu den einzelnen Bestimmungen anzubringen.

⁴ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47: „Bei Unternehmen ausserhalb Europas dürfen die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt und die Durchsetzung aus der Schweiz heraus eher schwierig sein.“

⁵ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

3.1. **Ausnahmeregelungen**

Der Gesetzesentwurf sieht für die europäische Pflichtquote (Art. 24a E-FiG) sowie die Förder- bzw. Ersatzabgabe (Art. 24e FiG) die Möglichkeit vor, dass der Bundesrat Ausnahmen beschliesst. Wenn ein Regime mit Ausnahmefällen trotz unserer grundsätzlichen Kritik beibehalten werden sollte, sollten diese Ausnahmefälle unseres Erachtens konkret und klar auf Gesetzesstufe geregelt sein. Nachfolgend werden lediglich zwei Ausnahmefälle besprochen, da die anderen vorgesehenen und beispielhaft genannten Ausnahmekonstellationen – i) Filme werden nur vereinzelt gezeigt/angeboten und ii) die Verpflichtung erscheint unverhältnismässig oder unmöglich, weil es sich um eine thematisch oder anderweitig sehr spezialisierte Auswahl an angebotenen Filmen handelt –, für unsere Mitglieder von vornherein nicht anwendbar sein werden, da deren Angebot nicht nur einzelne Filme enthält und im Grundsatz kommerziell ausgerichtet, also thematisch offen, ist.

3.1.1. **Ausnahme Mindestumsatz**

Sowohl bei der europäischen Pflichtquote, als auch bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe sieht der Entwurf Mindestumsätze vor, die in der Ausführungsverordnung zu konkretisieren sind. In Anlehnung an die Radio- und Fernsehgesetzgebung soll gemäss Erläuterungen für die europäische Pflichtquote eine Umsatzschwelle von einer Million CHF⁶ gelten; bezüglich Förderabgabe werden im erläuternden Bericht keine konkreten Angaben gemacht, einzig die Anmerkung, dass (um Härtefälle für kleinere Unternehmen zu vermeiden⁷) die Abgabe um die bereits im Gesetz vorgesehenen 2% ermässigt werden könne. Es kann angenommen werden, dass der gleiche Mindestumsatz (eine Million CHF) auch relevant für die Frage der Reduktion der Förder- bzw. Ersatzabgabe sein wird.

Grundsätzlich ist hierzu anzumerken, dass die Höhe der Bruttoeinnahmen kein Hinweis auf die effektive Ertragssituation des Angebots ist. Anders verhielte es sich nur, wenn als Messgrösse die Nettoeinnahmen berücksichtigt würden. Weiter bezieht sich die referenzierte Ausnahme für Fernsehveranstalter aufgrund der Radio- und Fernsehgesetzgebung auf die Messgrösse Betriebsaufwand⁸, was nicht vergleichbar ist mit den Bruttoeinnahmen. Wahrscheinlich wurde vorliegend aus Praktikabilitätsgründen die leichter messbare Grösse Bruttoeinnahmen gewählt. Dagegen ist aus pragmatischen Gründen nichts einzuwenden, jedoch erscheint die massgebende Umsatzschwelle zu tief. Aus Sicht der Praxis existiert eine Korrelation zwischen erzieltm Umsatz sowie den Möglichkeiten, auf das Angebot der Rechteinhaber Einfluss nehmen zu können. Je höher der erzielte Umsatz ist, desto stärker ist die Marktkraft und damit der Hebel, Lieferanten zu einem massgeschneiderten Angebot in Bezug auf Preise und Filmauswahl zu bewegen. Die Ausnahmeregelung sollte unseres Erachtens darüber hinaus auch einen Anreiz ent- und erhalten, das VoD-Geschäft weiter aus der Schweiz heraus zu betreiben, ohne dass zusätzliche Abgaben fällig werden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir eine jährliche Umsatzschwelle von 2.5 Millionen CHF als gerechtfertigt, wobei wir hier gemäss Gesetzesentwurf vorschlagen, den Betrag erst auf Verordnungsstufe festzusetzen, damit dieser leichter den Entwicklungen entsprechend angepasst werden kann. Aufgrund der angespannten Ertragssituation schlagen wir jedoch vor, dass diese Unternehmen dann bei der Förder- bzw. Ersatzabgabe ganz auszunehmen sind und nicht nur die Abgabe halbiert wird.

⁶ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24a E-FiG, S. 47

⁷ Erläuternder Bericht a.a.O. zu Art. 24e E-FiG, S. 48

⁸ Art. 6 Abs. 1 lit. b RTVV

3.1.2. Ausnahme Weiterleitung Angebote Dritter

Der erläuternde Bericht enthält keine weiteren Angaben zu dem in Art. 24a Abs. 3 lit. c und Art. 24e Abs. 2 lit. c FiG genannten Ausnahmefall. Ein Teil unserer Mitglieder vermarktet regelmässig VoD-Angebote Dritter in eigenem Namen. Sie haben deshalb auch nur beschränkt Einfluss auf Preisgestaltung und Titelauswahl und fallen daher unter die Ausnahmegeneralklausel, wonach für sie die Verpflichtung als unverhältnismässig oder deren Einhaltung als unmöglich erscheint. Es ist aus unserer Sicht im Gesetz klarzustellen, dass dies auch dann gilt, wenn die Fernmeldedienstanbieterinnen einen von einem Dritten bereitgestellten Dienst im eigenen Namen "weiterleiten".

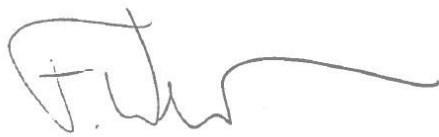
3.2. Meldepflichten

Gemäss dem erläuternden Bericht zur Kulturbotschaft wurde die Pflicht der Anbieter von On Demand-Diensten zur Meldung der Anzahl Abrufe pro Filmtitel aus dem bisherigen Art. 24 Abs. 3^{bis} FiG übernommen. Art. 24 Abs. 3^{bis} FiG, der nunmehr aufgehoben werden soll, verpflichtete hingegen nicht primär die Anbieter von On Demand-Diensten, sondern parallel auch den Inhaber der entsprechenden Verwertungsrechte (Lizenzgeber). Warum die Meldepflicht neu allein für den Dienstanbieter gelten soll, ist nicht nachvollziehbar, verfügt doch allein der Rechteinhaber über sämtliche Daten, die im Rahmen der Meldepflicht gemäss Art. 16a FiV zu liefern sind, einschliesslich der Abrufzahlen der Dienste der Anbieter, an welche er entsprechende Rechte lizenziert hat. Deshalb schlagen wir vor, die Bestimmung über die Meldepflicht gemäss dem vorgeschlagenen Art. 24i Abs. 1 FiG dahingehend anzupassen, dass die Meldung durch den Inhaber der Verwertungsrechte (und nicht den Dienstanbieter) zu erfolgen hat.

Abschliessend danken wir Ihnen bestens für Ihre Kenntnisnahme. Im Falle von Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Salt Mobile SA



Felix Weber
Regulatory Affairs Manager

Antworten zu Ziffer 4 des Fragenkatalogs zur Vernehmlassungsvorlage (Revision Filmgesetz)

Frage	Antwort
Im Weiteren sollen Unternehmen, die Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, wie bereits heute die Fernsehveranstalter verpflichtet werden, 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen in den Schweizer Film zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu bezahlen (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein
Schliesslich sollen Online-Filmeanbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs europäischen Filmen vorzubehalten (vgl. Ziffer 3.2 des erläuternden Berichts). Sind Sie damit einverstanden?	Nein

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
3003 Bern

Per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

Kulturbotschaft 2021-2024 – Swico Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, unsere Position zur Kulturbotschaft 2021-2024 darzulegen und reichen Ihnen hiermit gerne unsere Stellungnahme ein.

1. Legitimation und Betroffenheit

Swico ist der Wirtschaftsverband der ICT- und Online-Branche und vertritt die Interessen etablierter Unternehmen und Startups in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Seine 600 Mitgliedfirmen beschäftigen 56'000 Mitarbeitende und erwirtschaften jährlich einen Umsatz von 40 Milliarden Franken. Sie decken alle Wertschöpfungsstufen digitaler Geschäftsmodelle ab und umfassen insbesondere Hardware, Software, Hosting, IT-Services, Consulting, Digitalmarketing und -kommunikation.

Mit der Kulturbotschaft 2021-2024 will der Bundesrat die bisherige Kulturförderung weiterentwickeln und sich verstärkt auf den digitalen Wandel fokussieren. Für unsere Mitglieder insbesondere relevant dabei ist im Entwurf zum Filmgesetz die Ausweitung der Filmförderung auf den Onlinebereich (vgl. Art. 24a-i, Art. 27 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1).

2. Unverhältnismässige bürokratische Verpflichtungen

Der Bundesrat schlägt im Entwurf zum Filmgesetz vor, dass Unternehmen, die in der Schweiz Filme über elektronische Abruf- oder Abonnementsdienste anbieten, jährlich mindestens 4 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen für das unabhängige Schweizer Filmschaffen aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen. Diese Pflicht gilt auch für Unternehmen, die ihren Sitz im Ausland haben, sofern sich ihr Angebot gezielt ans Schweizer Publikum richtet. Als

Bruttoeinnahmen gelten dabei sämtliche Einkünfte, die dem Unternehmen im Zusammenhang mit seinem Filmangebot zufließen (Entgelte für die Nutzung oder den Erwerb angebotener Filme, Einnahmen aus Werbung etc.).

Viele Online-Filmangebote in der Schweiz werden durch Fernmeldedienstanbieterinnen erbracht. Das «Filmgeschäft» ist dabei jedoch nur ein kleiner Teil des gesamten Dienstleistungsangebotes (wie z.B. Telefonie, Internet, Mobilfunk, mobiles Internet, Speicherdienste etc.). Neben der Registrierung und der Berichterstattung müssten diese Unternehmen zukünftig getrennte Kostenrechnung und Einnahmenezusammenstellungen führen, um die getätigten Investitionen ins Schweizer Filmschaffen zu belegen oder die Ersatzabgabe zu berechnen. Für kleine und grosse Anbieterinnen bedeuten diese bürokratischen Vorschriften einen grossen Aufwand an personellen und finanziellen Ressourcen, so dass die Endkundenpreise wohl deutlich mehr als 4% im Filmbereich zunehmen würden.

3. Zusätzliche Abgaben

Die Förderung der Filmproduktion und Filmkultur ist gemäss Art. 71 Bundesverfassung Aufgabe des Bundes. Dieser kann Vorschriften zur Förderung der Vielfalt und der Qualität des Filmangebots erlassen. Nicht vorgesehen in diesem Zusammenhang ist jedoch die Erhebung einer zusätzlichen Abgabe (Ersatzabgabe) bei privaten Unternehmen zur Finanzierung dieser Fördermassnahmen. Die geplante Reinvestitionspflicht in das Filmschaffen in der Höhe von 4% des Bruttoumsatzes stellt eine nicht akzeptable Übertragung von Finanzierungspflichten an private Unternehmen dar und ist entschieden abzulehnen.

Aus vorstehenden Gründen lehnen wir die vorgeschlagenen Änderungen des Filmgesetzes ab und danken Ihnen für eine Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Swico



Christa Hofmann
Head Legal & Public Affairs

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Bundesamt für Kultur
Herr Daniel Zimmermann
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Per E-Mail an:
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021–2024
Stellungnahme von Archijeunes zum Thema Baukultur

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung über die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen.

Baukulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche in der ganzen Schweiz unterstützen, fördern und vernetzen ist das Kernanliegen unseres Vereines. Wir haben die aktuelle Kulturbotschaft 2021–24 aus diesem Blickwinkel gelesen und äussern uns im Folgenden zum Bereich Baukultur (2.5), insbesondere zu den Massnahmen und Finanzierungsfragen in Bezug auf die Vermittlung.

Archijeunes begrüsst die beabsichtigte Konsolidierung eines umfassenden Verständnisses von Baukultur, dass an die Kulturbotschaft 2016–2020 und die «Deklaration von Davos» im Januar 2018 anknüpft. Eine höhere Qualität der gebauten Umwelt anzustreben ist dringend und richtig.

Es freut uns ausserordentlich, dass besonderes Augenmerk auf einen umfassenden Kompetenzaufbau in baukulturellen Fragen auf verschiedenen Ebenen, die Förderung der baukulturellen Vermittlung und Bildung sowie des Diskurses zur Baukultur und die Unterstützung von Beratungs- und Schulungsangeboten gelegt wird.

Wir begrüssen insbesondere die Förderung von Forschung, Wissen und Vermittlung des Bundes. Die Umsetzung von neuen Massnahmen zur Förderung der baukulturellen Vermittlung ist erfreulich. Ob jedoch die Höhe der geplanten finanziellen Mittel für eine umfassende Förderung ausreichen, ist fraglich.

Ebenfalls begrüssenswert ist die Absicht des Bundes, ein dialogisches Baukulturverständnis zu festigen, indem er den Austausch zwischen Fachleuten und Laien aktiv fördert.

Um eine hohe Qualität etablieren zu können, braucht es eine umfassende Vermittlung und Bildung auf verschiedenen Ebenen. Für eine nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich ist eine stufengerecht vermittelte baukulturelle Bildung bereits für Kinder und Jugendliche notwendig.

Deshalb plädieren wir dafür, dass baukulturelle Bildung im Gesetz und in den Lehrplänen verankert wird. Ohne gesetzliche Grundlage wird es keine Umsetzung innerhalb der Schulausbildung geben können. Nur eine systematische baukulturelle Bildung führt langfristig und nachhaltig zu einer Veränderung der Wahrnehmung in Bezug auf die gebaute Umwelt.

Wir plädieren ausserdem dafür, ausreichende finanzielle Ressourcen im Bereich Organisationen, Forschung, Ausbildung und Vermittlung (4.1.5) zur Verfügung zu stellen, um eine hohe Qualität auch im Bereich Vermittlung etablieren zu können. Mit der kürzlich erfolgten Ratifizierung der «Konvention von Faro» und der erfolgreichen Lancierung der «Deklaration von Davos» im letzten Jahr hat der Bund seinen Willen bekundet, eine hohe Baukultur sowie Aneignung und Teilhabe am Kulturerbe zu fördern und zu unterstützen. Sowohl Mitwirkung als auch Mitverantwortung der Bevölkerung sollen gestärkt werden. Voraussetzung für dieses Bewusstsein ist eine baukulturelle Bildung, die das Verständnis für Baukultur und Kulturerbe systematisch vermittelt. Deshalb müssen gerade hier ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Schliesslich plädieren wir für die Erarbeitung einer Teilstrategie Baukulturelle Bildung. Die Förderung durch den Bund ist ein erster wichtiger Schritt und ein deutliches Zeichen. Es handelt sich hier jedoch nur um die Spitze des Eisberges. Insbesondere für die Baukulturelle Bildung ist es wichtig, auch auf der kantonalen Ebene als förderungsrelevanter Bereich wahrgenommen zu werden. Aus unserer Sicht ist die Erarbeitung einer Teilstrategie Baukulturelle Bildung mit Hilfe von unterstützenden Massnahmen durch den Bund deshalb unerlässlich. Der Bund sollte nicht nur als Vorbild dienen, sondern auch die Kantone einbinden und diese zu eigenem Handeln anregen, da die wichtigsten Kompetenzen im Bildungsbereich bei den Kantonen liegen.

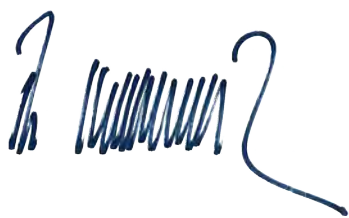
Archijeunes bietet gerne Mithilfe an bei der Akzentuierung der baukulturellen Vermittlung und Bildung sowie den Plattformen für den baukulturellen Diskurs. Archijeunes ist daran interessiert, politische Strategien zu entwickeln, die die baukulturelle Bildung in der breiten Bevölkerung verankern.

Wir tragen deshalb die breit abgestützte Grundposition der Organisationen im Bereich der Baukultur mit und haben darüber hinaus die Interessengemeinschaft «Langer Tisch Baukulturelle Bildung» formiert, die gemeinsam für eine Stärkung der baukulturellen Bildung eintritt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und Kenntnisnahme.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Thomas Schregenberger
Präsident Archijeunes



Kathrin Siebert
Geschäftsführerin Archijeunes



Swiss Institute Office
117 2nd Avenue, #2,
New York, NY 10003
USA

20 September 2019

Daniel Zimmermann
Office fédéral de la culture
Hallwylstrasse 15
3003 Berne

Monsieur,

A l'occasion de la consultation sur le projet de message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024, je me permets de vous écrire pour attirer votre attention sur la situation du Swiss Institute, institution phare pour le rayonnement de la culture contemporaine suisse à l'échelle mondiale.

Etabli à New York en 1986, le Swiss Institute est une institution indépendante à but non lucratif, qui propose un programme d'expositions d'art contemporain internationalement reconnu pour son exigence et sa qualité ; le Swiss Institute est également un lieu incontournable de prospective artistique, qui favorise et entretient le dialogue culturel entre la Suisse et les Etats-Unis.

Peu après sa création, le Swiss Institute a bénéficié du soutien de l'Office Fédéral de la Culture, complété puis remplacé par une subvention de Pro Helvetia. Si la part de fonds publics suisses dans le budget annuel du Swiss Institute a un temps dépassé la moitié, elle décline continuellement depuis 2011 du fait d'une stagnation des budgets de Pro Helvetia et représentera moins de 17% pour l'année fiscale 2019. Si cette tendance continue pour le message culture 2021-2024, la part de fonds publics suisses dans le budget annuel du Swiss Institute, bien que significative et essentielle, passera en dessous de 10% en 2024.

Le Swiss Institute a ouvert en 2018 dans un nouveau bâtiment du East Village, en plein cœur créatif de Manhattan. Cette initiative d'envergure a fait l'objet d'une campagne de levée de fonds à hauteur de 5 millions de Francs suisses, assurée à 99% par des fonds privés et grâce à de nombreux partenariats avec de grandes sociétés suisses. Dorénavant, le SI accueille 50,000 visiteurs annuels -la Kunsthalle suisse la plus fréquentée au monde.

Sans un appui accru de la Confédération, le Swiss Institute, dont les sources de financement sont restreintes par son nom même, ne saurait continuer de promouvoir l'énergie créative helvétique avec la vivacité qu'elle mérite.

Même si cette lettre ne répond pas directement aux interrogations du questionnaire, j'espère que vous pourrez apporter la voix du Swiss Institute à la consultation pour le message culture 2021-2024. Nous demeurons en effet convaincus de la nécessité d'une participation publique de plus d'un tiers du budget de cette institution portant haut les couleurs de la Suisse et de sa culture.

Je vous prie d'agréer, Monsieur, l'expression de ma considération respectueuse.

Simon Castets, Directeur

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

20.09.2019

Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021 - 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank, dass Sie dem Verein Safer Clubbing Schweiz die Möglichkeit bieten, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021- 2024 Stellung zu nehmen.

Die Kulturbotschaft stellt ein wichtiges Leitbild für die Kulturförderung in der Schweiz dar. Sie definiert dabei nicht nur die nationale, sondern beeinflusst auch in einem hohen Masse die Förderung auf regionaler und kommunaler Ebene.

Im Blick auf die Kulturbotschaft 2017 – 2020 lässt sich feststellen, dass sich die zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüssen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

Als Dachverband der Schweizer Popmusikveranstaltungsbranche, sind wir irritiert darüber das es in keiner Art und Weise, z.B. in Form von Hearings, die Möglichkeit gab unsere Bedürfnisse und Anliegen bei der Ausformulierung der Kulturbotschaft 2021 – 2024 auszuführen. Es überrascht uns deshalb nicht, dass aus Sicht von Safer Clubbing Schweiz, die Kulturbotschaft 2021- 2024 ein grosses Defizit aufweist. Denn in keiner Art und Weise, werden auf den rund 80 Seiten, Musikspielstätten (Clubs. Konzert- Eventlokale aber auch Bar mit einer kleinen Bühne) oder Popmusikfestival als Förderungsfähig aufgeführt. Unerklärlich, denn

- ohne Spielstätten, keine Auftrittsmöglichkeiten, da bringt auch die beste Nachwuchsförderung nichts!
- bei den Spielstätten und Festivals handelt es sich um einen eigenen Kosmos, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, Kreation und Innovation im höchsten Mass gefördert wird
- es handelt sich um einen niederschweligen Zugang zur Kultur, den jedes Jahr Millionen von meist jungen Bewohnerinnen der Schweiz eine kulturelle Teilhabe ermöglichen
- Festivals und Grossevents den kulturellen Austausch und den Zusammenhalt innerhalb der Schweiz, sowohl unter den Gästen als auch bei den Musikern fördert.

- Grossevents wie die Street Parade oder das Paléo Festival, auch von Kulturfachständigen aus dem Ausland besucht werden, was wiederum den Export von Schweizer Musik ins Ausland fördert ohne das dabei kostenintensive Showcases an ausländischen Festivals nötig sind.

Der Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche muss aus kultureller Perspektive als Ganzes betrachtet werden, und zwar als ein Ökosystem aus Künstlern, aus den Bereichen Musik, Licht und Design, von Labels und Veranstaltungsorten. Gerade heute befindet sich die Popmusikveranstaltungsbranche in der Schweiz zunehmen unter Druck, die Hauptgründe dafür sind:

- Steigende Gagen von Künstler*innen auf einem globalen Markt
- Erhöhte Aufwände für Miete, Infrastruktur, Sicherheit und Personal
- Steigender Druck innerhalb der Städte, infolge Gentrifizierung und sich ändernden Nachbarschaften und daraus resultierenden Lärmklagen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen von Safer Clubbing Schweiz eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Für die Prüfung dieser Stellungnahme möchten wir uns bedanken. Wir bitten Sie unsere Anträge der den zuständigen Ratsmitgliedern zukommen zu lassen, um sie bei der weiteren Bearbeitung der Kulturbotschaft berücksichtigen zu können. Gerne sind wir auch bereit im Rahmen eines Hearings, auch mündlich dazu Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen, im Namen des Vereins Safer Clubbing Schweiz



Alexander Bücheli
Projektmanager

Informationen zum Vernehmlassungspartner

Informationen zum Vernehmlassungspartner

Name: Safer Clubbing Schweiz
Organisationsstruktur: Verein
Adresse: Postfach 2070, 8031 Zürich
Ort: Zürich
Kontaktperson: Alexander Bücheli, Projektmanager
Telefon: +41 76 574 49 76
E-Mail: info@saferclubbing.ch
Web: www.saferclubbing.ch

Kurze Beschreibung der Bar & Club Kommission Zürich:

Safer Clubbing Schweiz ist ein 2004 gegründeter Verein von Kulturunternehmen, die im Nachtleben tätig sind. Safer Clubbing setzt sich für eine lebendige Tanzkultur auf hohem Niveau ein und vertritt deren Anliegen auf politischer und behördlicher Ebene. Safer Clubbing stärkt zudem die Eigenverantwortung der Clubbesucher, damit ein mündiger, informierter Umgang mit Substanzen, Alkohol und Sexualität möglich wird. Neben der Förderung der Qualität setzen sich Safer Clubbing aktiv für die Anliegen ihrer Mitglieder ein. Safer Clubbing ist offizieller Verhandlungspartner der SUISA. Safer Clubbing nimmt sich aber auch zahlreichen weiteren Anliegen auf politischer und behördlicher Ebene an, mit dem Ziel, gemeinsame Lösungsstrategien zu entwickeln.

Inhaltsverzeichnis

- I. Grundsätzliche Würdigung
- II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024 S. 5 - 8
- III. Rückmeldung zu einzelnen Förderbereiche
- IV. Gesetzesänderungen
- V. Massnahmen und Finanzen
- VI. Schlussbemerkung

S. 8 - 12 IV. Spezifische Änderungsvorschläge zur Verordnung (AS 2019)

I. Grundsätzliche Würdigung

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass sich die drei zentralen Handlungsachsen «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation» bewährten. Sie haben der laufenden Kulturbotschaft eine klare, nachvollziehbare Struktur gegeben, weshalb auch wir es begrüßen, wenn diese beibehalten wird und nun eine Vertiefung der drei Bereiche folgt.

0.3 % der Bundesausgaben für die Kultur sind aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche schlicht zu wenig. Vor allem wenn man bedenkt wie wichtig Kultur für die Identifikation, aber auch für die Zufriedenheit unserer Bevölkerung ist. Zudem rechnen wir damit, dass in der sich rasant wandelnden Schweiz, Gentrifizierung, Raummangel, zukünftig mit einem finanziellen Mehraufwand in Bezug auf die Verbreitung von Kunststücken und den kulturellen Austausch zu rechnen ist.

→ *Wir fordern deshalb, auch aufgrund der finanziell ausgezeichneten Lage der Schweiz, eine substantielle Erhöhung der Kulturausgaben des Bundes.*

Wir stellen ebenfalls, dass erfreulicherweise in der neuen Kulturbotschaft zumindest aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche der Umsetzung von Art. 67a BV wiederum grosse Beachtung geschenkt wird, indem das Thema «Begabtenförderung» und damit der Absatz 3 angegangen werden soll. Doch sind alle diesbezüglichen Formulierungen sehr vage und es besteht die Gefahr, dass vor allem Begabte welche mit klassischen Instrumenten musizieren, als besonders Förderungsfähig betrachtet werden.

→ *Wir beantragen deshalb, dass*

- *es einen Hinweis darauf braucht, das neue Formen des musizieren, wie mittels PC oder auch DJing, Unterstützungsfähig sind.*
- *nicht nur Musikschulen und Musikhochschulen sondern auch die Veranstaltungsbranche zur Zusammenarbeit eingeladen wird. Um zu verhindern, dass. Künstlerinnen ohne Konsumenten ausgebildet werden.*

Nicht einverstanden sind wir mit der Formulierung im zweitletzten Abschnitt der Seite 2, dass mit der

Umsetzung von Absatz 3 der Art. 67a «vollumfänglich» umgesetzt sei. Wie aufgeführt, gilt es noch verschiedene Aspekte anzugehen, bevor ansatzweise von einer vollständigen Umsetzung gesprochen werden kann.

→ Wir beantragen deshalb, diesen Passus zu streichen und durch das Wort «weiter» zu ersetzen.

Die explizite Berücksichtigung der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden sowie die Ausweitung der Förderung auf jene, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen, ist bemerkenswert. Es besteht aber die Gefahr das der dadurch allenfalls entstehende Mehraufwand, nur einseitig auf Kosten der Veranstaltungsbranche, übertragen wird. Dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei der Popmusikveranstaltungsbranche um einen Globalen, jetzt schon überhitzten Markt, handelt.

→ Wir beantragen deshalb, im Bereich der Musik auf einheitliche Richtlinien zu verzichten, um die nicht jetzt schon stetig ansteigende Teuerung weiter anzuheizen.

Abgesehen davon erscheint uns aber die Kulturbotschaft 2021- 2024 als ausgewogen und als eine geeignete Grundlage, um das kulturelle Leben in unserem Land weiterzuentwickeln. Da es sich bei den Spielstätten und Festivals um einen eigenen Kosmos handelt, bei welchen Musik, mit visuellen Künsten, Design und interaktive Medien zusammenkommen, erachtet die Popmusikveranstaltungsbranche, demgegenüber die Förderkategorien des Bundesamtes für Kultur als noch zu starr, weshalb eine Anpassung vor diesem Hintergrund wichtig wäre.

II. Grundzüge der Kulturbotschaft 2021 – 2024

Ad 1.1.3 Ziele der Kulturförderung des Bundes

Wir begrüssen es, dass sich der verwendete Kulturbegriff an demjenigen der UNESCO orientiert. Dies erscheint uns nur folgerichtig, sieht sich doch die Schweiz als aktives Mitglied der UNESCO.

Ad 1.2. Akteure der Kulturpolitik des Bundes

Die Ausführungen über die verschiedenen Akteure der Kulturpolitik des Bundes sind informativ und verständlich. Dabei wird insbesondere bei BAK und Pro Helvetia nachvollziehbar, wie die Aufgabenteilung zwischen den beiden Institutionen aussieht, was gerade für Unterstützungsempfänger hilfreich sein dürfte.

Ad 1.2.2 Pro Helvetia

Wir erachten den laufbahnorientierten Ansatz von Pro Helvetia nach wie vor als sehr sinnvoll und zielführend.

Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, dass in diesem Abschnitt manchmal von «Kunstschaffenden»

und dann wieder von «Kunst- und Kulturschaffenden» die Rede ist. Bei der Verwendung des ersten Begriffs ist nicht klar, ob dieser jeweils exklusiv gemeint ist, was bedeuten würde, dass bei den entsprechenden Passagen ausschliesslich der Bereich der bildenden Kunst gemeint ist. Manchmal scheint dies der Fall zu sein, manchmal nicht. Um Missverständnisse zu vermeiden, wäre es deshalb hilfreich, konsequent von «Kunst- und Kulturschaffenden» oder «Kulturschaffenden» zu sprechen.

Ad 1.4.1 Evaluation der Kulturförderung 2016–2020

Wir sind der Auffassung, dass, soweit wir das beurteilen können, die in der laufenden Kulturbotschaft verwendeten Mehrmittel gut und wirksam eingesetzt wurden / werden.

Der Start des Programms J+M war dabei für den Musiksektor ein sehr erfreulicher und zentraler Moment. Die Zahlen bezüglich zertifizierter Leitenden, teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie durchgeführter Kurse sind eindrücklich. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich Akzeptanz und Bekanntheit des Programms nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht und dieses immer wieder auf wackligen Beinen steht. Gerade die Relevanz des Programms J+M für die Popmusikveranstaltungsbranche ist noch nicht gegeben. Dies hat damit zu tun, dass neue Formen des Musizieren, beim J+M Programm noch zu wenige einbezogen sind und keinen Rücksicht auf die Konsumentinnen, denn tatsächlichen Markt genommen wird. So gesehen fällt für uns das Fazit tendenziell eher negativ aus. Gerne ist die Popmusikveranstaltungsbranche dem BAK behilflich dabei, das Programm fortlaufend den Marktgegebenheiten anzupassen.

Mit keinem Wort wird die Wichtigkeit der Popmusikveranstaltungsbranche für die Verbreitung der Kultur im Inland gewürdigt. Alleine der Swiss Music Guide, von der SUISA, weist 400 Locations, Festivals und über 550 Eventlabels aus. Welche mit tausenden von Konzerten, der wichtigste Player ist, wenn um die Verbreitung von Kultur im Inland geht. Dabei fördern diese Veranstaltung auch die kulturelle Identität und den nationalen Austausch zwischen den Gästen und den Musikern.

Mit den Massnahmen zur Verbreitung der Kultur im Ausland ist es Pro Helvetia zusammen mit Partnern wie dem Swiss Music Export SME oder der Stiftung SUISA gelungen, die Sichtbarkeit Schweizer Kulturschaffender im Ausland wahrnehmbar zu erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Entsprechend scheint es uns wichtig, dass diese Massnahmen auf alle Kultursparten ausgeweitet werden.

Ad 1.4.2 Kulturpolitik des Bundes 2021–2024

Aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche fehlen hier ganz klar Ausführungen dazu, in wie fern die fortschreitende Urbanisierung, die Entwicklung innerhalb der Städte Auswirkungen auf die Veranstaltungsbranche hat. Spielstätte und Festivals leiden immer mehr darunter, dass der Raum in den Städten für Lärm- und Publikumsintensive Kunst fehlt und die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Ruhestörungen abnimmt. Neben stetig steigenden Kosten, besteht die Gefahr, dass ohne spezifische Förderung die Anzahl an Spielstätten und Festivals in den nächsten Jahren abnehmen wird

oder sich die Kosten für die kulturelle Teilnahme erhöhen.

So sehr wir das Programm «Kultur & Wirtschaft» begrüßen und als sehr wichtig betrachten, so sehr sind wir der Überzeugung, dass dieses Programm zwingend auf den Bereich Musik und die Veranstaltungsbranche ausgeweitet werden müsste, ist doch die Nähe der schöpferischen Prozesse in der Musik zu innovativen Prozessen in der Wirtschaft evident und ist dabei seit Jahren innerhalb der Wirtschaftsförderung, innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Begriff Kreativwirtschaft, ein Thema.

1.4.2.1 Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe»

Wir begrüßen es sehr, dass das Programm J+M einerseits ausgebaut und andererseits die Förderung musikalischer Talente mit einer sogenannten «Talentkarte» an die Hand genommen werden soll. Bei der Zahl von 1'000 Talenten scheint es unserer Meinung nach sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass dies pro Jahr gemeint ist. Zudem wäre es wünschenswert das ausgewiesen würde, in welchen musikalischen Bereiche, Talente gefördert worden sind.

Wie bereits früher erwähnt, ist es erfreulich, dass Musikorganisationen und die Kantone bei der Einführung der musikalischen Talentförderung miteinbezogen werden sollen. Dass dabei insbesondere auf die Musikschulen und die Musikhochschulen verwiesen wird, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dieser Verweis kann aber Befürchtungen wecken, dass ausschliesslich Organisationen aus dem Bereich der musikalischen Bildung gemeint sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass es für das Gelingen dieses Förderprogramms unabdingbar ist, dass sowohl der Laienbereich als auch der Profi- und Wirtschaftsbereich, Beispielsweise die Popmusikveranstaltungsbranche, in die konkrete Ausarbeitung miteinbezogen werden.

Dann erlauben wir uns in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass wir die Einführung eines Talentförderprogramms unter dem Titel «Kulturelle Teilhabe» fragwürdig finden. Wie andernorts schon mehrfach erwähnt, müsste ein solches Programm bei der Bildung und nicht bei der Kultur angesiedelt sein. Aber nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.», werden wir es bei diesem Hinweis belassen und uns konstruktiv bei der Einführung einbringen.

Dass die Kulturpolitik des Bundes eine angemessene Vertretung der Geschlechter anstrebt, ist richtig, wichtig und unbestritten – ebenfalls die Erhebung des Handlungsbedarfs. Dabei erachten wir aber die Überprüfung aller Kultursparten und insbesondere den Einbezug derer Verbände als Voraussetzung.

1.4.2.2 Entwicklungen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt»

Hier fehlen grundsätzliche Überlegungen dazu in wie fern die Veranstaltungsbranche einen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Handelt es sich doch um einen niederschweligen Zugang zur Kultur und Konzert, sowie Tanzanlässe, werden meist von den Gästen als positive Erlebnis

wahrgenommen. Gefördert wird dieser gesellschaftliche Zusammenhalt, durch eine Vielzahl von Gratis-Events die allen, egal über welches Budget sie verfügen, offen stehen. Der Gesellschaftliche Zusammenhalt wird übrigens auch dadurch gefördert, dass vor allem an Festivals und nicht kommerziellen Live-Musikclubs eine Vielzahl von Freiwilligen tätig sind.

→ Wir weisen deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass die Popmusikveranstaltungsbranche für die gesellschaftlichen Zusammenhang von grosser Wichtigkeit ist.

Die Idee, den Austausch zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Sprachregion durch die Bildung von Netzwerken zu fördern, erachten wir als interessante Idee, die es unbedingt auszuprobieren gilt. Wichtig scheint uns dabei aber, dass dadurch der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg nicht vernachlässigt wird, da wir in diesem Bereich noch immer einen grossen Handlungsbedarf sehen. Und:

→ Wir finden es enorm wichtig, dass beim allfälligen Aufbau von Netzwerken die nationalen und kantonalen Verbände miteinbezogen werden, da dort sehr viel Know how vorhanden ist und diese bereits über z.T. enorme Netzwerke verfügen. Es wäre unverständlich, wenn diese Potenziale nicht genutzt würden. Falls erwünscht, ist Safer Clubbing Schweiz gerne bereit, seine Expertise einzubringen.

1.4.2.3 Entwicklungen «Kreation und Innovation»

Wir sind sehr erfreut und begrüßen es, dass Pro Helvetia in der neuen Förderperiode beabsichtigt, einerseits die bisherigen Verbreitungsaktivitäten zu intensivieren und andererseits die Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch auf den Bereich Musik auszuweiten. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl von ausgezeichneten Schweizer Musikerinnen und Musikern wahrnehmbar und deutlich zunimmt, sind dies zwei sehr wichtige Massnahmen.

→ Damit sich die volle Wirkung dieser Massnahmen entfalten kann, scheint es uns zentral, dass die vorgesehenen Bemühungen koordiniert und möglichst gebündelt erfolgen. Zudem weisen wir auch darauf hin, dass dabei nicht nur Anlässe im Ausland eine wichtige Rolle spielen, sondern auch Inländische Veranstaltungen als Leuchtturm Veranstaltungen entwickelt werden können, zu welcher sich Fachpersonen aus dem In- und Ausland einfinden.

Die Systematische Förderung von Kreation und Innovation ist im Bereich der Popmusikveranstaltungsbranche gang und gäbe. Gibt es in diesem Bereich seit jeher Kooperation mit der Wirtschaft und stellen gerade die Musikveranstaltungsbranche wichtige Orte für die Entwicklung und den Test von technischen Innovationen dar.

→ Wir fordern deshalb, dass ein stärkeres Augenmerk auf den Austausch, den Knowhow-Transfer, zwischen den unterschiedlichen Bereichen, auch mit der Wirtschaftsförderung, damit nicht dasselbe, jeweils für unterschiedliche, Bereiche entwickelt wird.

Ad 1.4.3.2 Kulturpolitik des Bundes im Ausland - Multilaterale Ebene

Für den Musiksektor ist der Zugang zum Programm Creative Europe zentral. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Schweizer Musikrates zum Institutionellen Abkommen Schweiz – EU, dort wird auf Seite 4 festgehalten:

«Nebst der Personenfreizügigkeit ist für den Musik- und Veranstaltungssektor der Zugang zu den Förder- und Forschungsprogrammen der EU wie Creative Europe und Horizon 2020 (bzw. dem Nachfolgeprogramm) elementar und ein Muss, da sie für den Sektor gleichbedeutend mit dem Marktzugang sind. Auch wenn diese Programme rein rechtlich gesehen keinen Bezug zum InstA haben, stellt ihn die EU eben doch her – ob uns das nun passt oder nicht. Wir werden dies nachstehend verdeutlichen. Bei diesen Programmen geht es nicht einmal in erster Linie darum, EU-Fördergelder zu erhalten, sondern Zugang zu Festivals, auch den Zugang ausländischer Künstler zu hiesigen Festivals, Wettbewerben u. dgl. zu haben, welche oft aus den erwähnten Fördergefässen mitfinanziert werden. Die Schweizer Präsenz auf diesen Plattformen ist für die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Musik- und Veranstaltungssektors unabdingbar.»

→ Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bund auf, alles zu tun, dass die Schweiz in der neuen Förderperiode von 2021 – 2027 Teil der europäischen Förder- und Forschungsprogramme werden kann.

→ Sollte dies nicht gelingen, müssten die Kompensationsmassnahmen des Bundes auch auf den Bereich Musik, Veranstaltungsbranche, ausgedehnt werden, wobei der Forschung dies kaum nützen dürfte.

Dass die bisherigen Kompensationsmassnahmen verstetigt werden sollen, finden wir eigentlich ein bedenkliches Signal. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass dem Bund gar nicht so viel an einer Teilnahme an den europäischen Förder- und Forschungsprogrammen liegt, was für uns absolut unverständlich wäre.

III. Einzelne Förderbereiche

Ad 2.1 Kunst und Kulturschaffen

Bei diesem allgemeinen Abschnitt geht vergessen, dass Kultur, Beispielsweise Musikveranstaltungen auch einen positiven Einfluss auf die individuelle Zufriedenheit hat, handelt es sich doch um Veranstaltungen, welche durchaus positive Erlebnisse hervorrufen.

→ Wir fordern deshalb, den ersten Satz folgendermassen zu ergänzen; fördern den Dialog, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die individuelle Zufriedenheit.

Ad 2.1.1 Nachwuchs

Grundsätzlich begrüssen wir es sehr, dass der Nachwuchsthematik ein separater Abschnitt gewidmet

wird. Wir sind deshalb mit den Ausführungen in diesem Abschnitt auch durchaus einverstanden, finden es aber falsch, in der ersten Zeile nur von «Kunstsparten» zu sprechen. «Kultursparten» schiene uns hier korrekter, gelten doch die Aspekte, wie sie im dritten Abschnitt beschrieben werden, und die wir vollumfänglich unterstützen, für alle Kultursparten.

→ Zentral ist hier aus Sicht des Musiksektors, dass einerseits die Popmusikveranstaltungsbranche bewusst miteinbezogen wird.

Ad 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

Wir begrüssen es sehr, dass innovative Zusammenarbeitsformen geprüft, entsprechende Förderinstrumente eingeführt und Institutionen aus Forschung und Industrie miteinbezogen werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verbindung von Kultur, Technologie und Wissenschaft schon viel früher gesucht werden sollte. Ein Ansatz, den der Musiksektor sieht, besteht in der sukzessiven Einführung von Projekten in der Volksschule, in denen kreative Prozesse sowie deren Steuerung bzw. Nutzung erlebt und geübt werden können. Dabei solle auch auf die Expertise der Veranstaltungsbranche

Wenn die Wirtschaft immer mehr Kreativität fordert, oder sogar künstlerische Fähigkeiten bei Führungskräften, dann muss mit der Erschliessung dieser Fähigkeiten bereits in der Volksschule begonnen werden. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, weshalb aus Sicht der Musik- und Kulturverbände die musischen, kreativen und handwerklichen Fächer in den Schulen wieder mehr Gewicht bekommen müssten.

Im Abschnitt «Innovative Zusammenarbeitsformen» wird von den Potenzialen zwischen den Bereichen Kunst, Technologie und Wissenschaft gesprochen. Die Verwendung des Begriffs «Kunst» ist aus unserer Sicht zu einschränkend.

→ Vielmehr müsste konsequent der Begriff «Kultur» verwendet werden und auch von der Kreativwirtschaft die Rede sein.

Dass sich die Kulturbotschaft explizit mit der Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden auseinandersetzt, ist bemerkenswert. Aus der Sicht Popmusikveranstaltungsbranche, welche jetzt schon einem überhitzten Marktes ausgesetzt ist, ist es unabdingbar, dass eine solche Entschädigungsrichtlinie gemeinsam unter Einbezug der aktuellen globalen Marktsituation entwickelt wird. Es ist zu verhindern, dass durch einen Anstieg der Gagen bei geförderten Veranstaltungen, sich die Gagen weiter verteuern.

Kritisch stehen wie der Forderung gegenüber, dass die Förderung auf jene Personen ausgeweitet wird, welche kreative Prozesse und die Verbreitung künstlerischer Werke massgeblich mitprägen. Da es gerade im Bereich der modernen elektronischen Musik quasi unmöglich ist, festzustellen wo der kreative Prozess begonnen hat oder nicht. Wir denken hier

Ad 2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Wir begrüßen das die erwähnten Fördermassnahme für Festivals und Veranstaltungen weitergeführt werden sollen. Bei der tagtäglichen Verbreitung von Kunstwerken spielen gerade Spielstätten, wie Clubs, Bars und Konzertlokale eine wichtige Rolle.

→ Wir fordern, dass neben Festivals und Veranstaltungen, auch Spielstätten wie Clubs, Bar und Konzert- und Eventlokale als Förderungsfähig in Bezug auf die Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland bezeichnet werden.

Die zwei Ideen, den Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen vermehrt auch innerhalb einer Sprachregion zu fördern und die Verbreitung künstlerischer Werke mit spartenspezifischen interregionalen Netzwerken zu verbessern, finden wir interessant und prüfenswert. Da dieser Austausch innerhalb der Popmusikbranche, nicht nur an Festivals bereits geschieht, bietet sich Safer Clubbing Schweiz hier gerne mit seinem bestehenden Netzwerk vermittelnd und unterstützend an.

*→ Zugleich scheint es uns sehr wichtig zu sein, dass die Bemühungen, den kulturellen Austausch über die Grenzen der Sprachregionen hinaus zu fördern, konsequent weitergeführt werden, sehen wir hier doch nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf. Hier soll nochmals auf die wichtige Rolle von Festivals eingegangen werden, da diese nicht nur den Austausch zwischen den Musikern, sondern auch zwischen den Besucher*innen teils aus allen Sprachregionen der Schweiz fördert.*

In Bezug auf die Förderung der Schweizer Volkskultur, sehen wir das Problem dort, wo es darum geht, wer definiert wann was als Volkskultur bezeichnet werden soll. Was ist mit der Schweizer Space und Rockmusik, aus den 70er Jahren oder der Zürcher Technomusik? Die übrigens schon in die UNESCO Liste der immateriellen Kulturgüter aufgenommen worden ist.

→ Wir fordern hier eine genauere Definition dafür was aus musikalischer Sicht als Volkskultur bezeichnet werden soll, wer dies entscheidet und ob die Einteilung zumindest periodisch überprüft werden.

Safer Clubbing Schweiz hat erkannt, dass Musik und Migration ein wichtiges Thema ist und begonnen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Dass der Thematik Interkultur nun auch im Rahmen der neuen Kulturbotschaft vermehrt Rechnung getragen werden soll, begrüßen wir.

Auch die angemessene Vertretung der Geschlechter in allen Bereichen der Kulturpolitik und der Förderinstrumente begrüßen wir.

Ad 2.1.4 Schweizer Preise

Wie allseits bekannt, gibt es in der Schweiz mindestens drei grosse oder grössere Musikpreise, nebst

dem Schweizer Musikpreis des BAK den Swiss Music Award und den Prix Walo. So sehr diese drei Preise helfen, die enorme Vielfalt des Schweizer Musikschaffens Jahr für Jahr der Öffentlichkeit zu zeigen, so wenig zielführend ist aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche das unkoordinierte Nebeneinander dieser drei Preise. Vor allem in Bezug auf die Marktrelevanz dieser Preise gibt es grosse Unterschiede und das Potential ist sicherlich noch nicht ausgeschöpft.

→ Wir fordern, weniger ist mehr, dass hier mindestens ein Dialog in Gang gesetzt wird, mit dem Ziel, dass die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden und dabei auch die Bedürfnisse des Marktes berücksichtigt werden.

Dann könnte die Formulierung zum Schweizer Musikpreis so verstanden werden, dass dieser lediglich alle zwei Jahre verliehen wird. Eine etwas andere Formulierung wäre deshalb hilfreich.

Ad 2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Aus Sicht von Safer Clubbing Schweiz fehlt hier ein starkes Statement für inländische Leuchtturmveranstaltungen welche ausländische Fachpersonen in die Schweiz locken. Gute Beispiele sind ein Paléo Festival oder eine Street Parade welche Jahr für Jahr, Fachpersonen aus dem In- und Ausland, anziehen.

→ Wir fordern das zur Förderung der Schweizer Kultur im Ausland und für den internationalen Kulturaustausch auch Leuchtturm Veranstaltungen im Inland als Förderungsfähig bezeichnet werden.

Wir sind erfreut darüber, dass für die Verbreitung und die Promotion mehr Mittel eingesetzt werden sollen. Um die positive Entwicklung bezüglich des Interesses an Schweizer Kultur nicht zu bremsen, ist dies unumgänglich.

Nicht teilen können wir hingegen die Einschätzung, dass sich die Webseiten wie etwa swissmusic.ch als Promotionsinstrumente und Informationsquellen bewährt haben. Wir erachten im Gegenteil diese Plattform als wenig effektiv und an den Bedürfnissen der Veranstaltungsbranche vorbeikonzipiert.

→ Wir sehen deshalb bei dieser Plattform dringenden Handlungsbedarf.

Umso mehr unterstützen wir hingegen die vorgesehenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

2.3 Die einzelnen Sparten und Förderbereiche

Da wir uns bereits in den vorhergehenden Kapiteln zu den meisten Themen, die in diesem und den nun folgenden behandelt werden, bereits geäussert haben, erlauben wir uns, eher summarisch Stellung zu nehmen.

Ad 2.3.2 Design und Interaktive Medien

Musikspielstätten spielen eine wichtige Rolle wenn es um die Entwicklung von Design und Interaktiven Medien geht. Beispielsweise von Visuals, abgestimmt auf die Musik und den Ort. Doch Musik spielt auch eine wichtige Rolle, wenn es um das Gesamterlebnis eines Games geht, auf diese wichtigen Schnittstellen wird in keiner Weise eingegangen, aus der Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche wird dadurch brach liegendes Potential verschenkt. Weshalb kurz auf die Wichtigkeit von Musik, Spielstätten für die Förderung des kreativen und künstlerischen Schaffens im Bereich Design und interaktiven Medien eingegangen werden soll.

2.3.5 Musik

Ausgangslage und Herausforderungen

Bei den aktuellen Herausforderungen fehlt die heutige Situation der Musikveranstaltungsbranche in der Schweiz. Sowohl Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations als auch Festivals stehen zunehmen unter Druck. Nicht nur auf aufgrund der Situation auf dem globalen Musikmarkt (explorierende Gagen), den stetig steigenden Kosten für Sicherheit, Personal und Infrastruktur sondern vor allem auch deshalb, weil sich die Städte, urbane Zentren, im Umbruch befinden. Gerade die Gentrifizierung der Innenstädte, führt zunehmen dazu, dass der Platz für schall- und publikumsintensive Kultur, die auch in der Nacht stattfindet, immer knapper wird. Lärmklagen sind an der Tagesordnung, stossend ist dabei, dass schon eine klagende Person genügt um Administrativmassnahmen wie ein Musikverbot auszusprechen. Dreht sich diese Spirale weiter, ist mit einem sterben von Musikspielstätten zu rechnen, wie dies Beispielsweise im Ausland schon der Fall ist. Oder die immer höheren Kosten, würden auf die Eintrittspreise abgewälzt, was wiederum den niederschweligen kulturelle Zugang, die Teilhabe, gefährdet. Die Kulturbotschaft 2021 – 2024 sollte deshalb präventiv gegen dieses drohende Worstcase Szenario einwirken.

→ Wir fordern deshalb dezidiert, dass die aktuell schwierige Situation für Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten und Festivals als aktuelle Herausforderung im Bereich der Musikkultur aufgeführt wird.

Spielstätten wie Bars, Clubs, Konzert- und Eventlocations spielen bei der alltäglichen Verbreitung von Kunstwerken eine wichtige Rolle. Leider ist unter Austausch im Inland nur von Konzertreihen und Festivals die rede.

→ Wir fordern deshalb das bei den Herausforderungen nicht nur vom Austausch sondern auch von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist. Das nicht nur Festivals und Konzertreihen sondern auch Musikspielstätten wie Bars, Clubs, Konzert-, Eventlokalitäten aufgeführt werden.

Bei Internationale Verbreitung und Austausch, fehlen uns die Einzelkünstler und DJ's, sind hier nur Bands, Ensembles und Orchester aufgeführt. Gerade Einzelkünstler aus dem Bereich Sing und Song Writting aber auch Schweizer DJ weisen international durchaus ein grosses Potential auf.

→ *Wir fordern deshalb, um der aktuellen Situation auf Musikmarkt gerecht zu werden, dass auch Tourneen von Einzelkünstler und DJ's aufgeführt werden.*

Des weiteren weisen wir darauf hin, dass das Ziel nicht nur die Präsenz im Rahmen von Musikmessen und Festivals im Ausland die rede sein soll. Sondern das es auch Sinn machen würde, als Herausforderung den Auf- oder besser gesagt Ausbau eine Schweizer Festivals oder Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, zu welchem Fachpersonen aus dem Ausland, anreisen.

→ *Wir fordern deshalb, dass als Herausforderung, dass schaffen eines Schweizer Leuchtturm Events, mit internationaler Ausstrahlung, aufgenommen werden soll.*

Ziele und Massnahmen

Austausch im Inland

Wie begrüssen das der Austausch unter den Veranstaltenden in der Schweiz gefördert werden soll. Gerne unterstützen wir als Safer Clubbing Schweiz, mit unseren Mitgliedern, diese Bestrebungen, z.B. in einer Koordinierenden Funktion.

→ *Wir fordern dezidiert, dass nicht nur vom Austausch sondern auch weiterhin von der Verbreitung von Musik im Inland die rede ist und um die Situation für Spielstätten und Festivals zu entschärfen, deren Förderung und die Stärkung deren Position bei urbanen Nutzungskonflikten als Ziel formuliert wird (Beispiele sind hier der Adgent of Change in England oder das schaffen urbaner Wohnzonen). Nicht zu vergessen*

Internationale Verbreitung und Promotion

→ *Wir fordern, dass als weiteres Ziel das schaffen oder der Ausbau eines Festivals/Musikmesse zu einem internationalen Leuchtturmevent, der Fachpersonen aus dem Ausland anzieht.*

Ad 2.6.1 Kulturelle Teilhabe

Aufgrund der Wichtigkeit von Musikspielstätten und Festivals in Bezug auf kulturelle Teilhabe unser Bevölkerung, liesse sich die unter 2.3.5 aufgeführten aktuellen Herausforderungen für Bar, Club, Event- und Konzertlokale ausgeführten Herausforderungen auch in diesem Kapitel aufführen. Eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, stellt immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe dar.

Die Ausführungen zur kulturellen Teilhabe und insbesondere zur Laienkultur können wir grundsätzlich unterstützen. Allerdings fallen diese angesichts der erwähnten dieses Bereichs eher bescheiden aus. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die grundsätzlichen Aussagen, die in der Einleitung dieses Kapitels gemacht werden, vertieft und vor allem mit konkreten Massnahmen ergänzt würden, wie denn z.B. die Laienkultur im Hinblick auf die kulturelle Teilhabe gestärkt werden kann. Erwähnt sei in

diesem Zusammenhang z.B. das Thema «Milizarbeit» bzw. «Freiwilligenarbeit», welche bei Musikfestivals aber auch bei nichtkommerziellen Musikbetrieben eine wichtige Rolle spielen.

→ Wir begrüssen, dass in der laufenden Förderperiode die Projektförderung Kulturelle Teilhabe eingeführt wurde. Kritisch sehen wir die Projektorientierung, eine solche schliesst durchaus Förderungsfähige Regelangebote, wie z.B. bestehende Spielstätte oder Festivals, aus.

Zu den Ausführungen im Abschnitt «Musikalische Bildung», ist es uns wichtig festzuhalten, dass sich diese auch immer am Markt orientieren und auch moderne Musikdarbietungsarten wie musizieren mit dem PC, Laptop oder DJing beinhalten soll. Weshalb eine enge Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsbranche zwingend ist, um zu verhindern, dass nur Talente, ohne ein tatsächliches Marktbedürfnis ausgebildet und gefördert werden.

Bezüglich der Ziele und Massnahmen wiederholen wir gerne unsere Aussage, dass wir die Beibehaltung der Kulturellen Teilhabe als zentralen Pfeiler der kulturpolitischen Strategie des Bundes vollumfänglich bejahen. Dass eine Förderung von Musikspielstätten und Festivals, immer auch eine Förderung der kulturellen Teilhabe ist.

Die drei Zielsetzungen für das Programm J+M unterstützen wir, sie sind richtig und dazu geeignet, das Programm in der nächsten Förderperiode zu stärken bzw. zu stabilisieren. Dass für das Programm mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, ist aus unserer Sicht nur konsequent. Da sich Musikbildung und Begabtenförderung immer auch am tatsächlichen Markt orientieren soll, muss die Zusammenarbeit nicht nur mit der Volksschule, sondern auch mit Popmusik- und anderen Verbänden gestärkt werden.

→ Wir fordern, dass als Ziel nicht nur die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Volksschulen sondern auch mit den Musikverbänden, aufgeführt wird.

IV. Gesetzesänderungen

Ad 3.1 Kulturförderungsgesetz

Im Sinne einer ersten Umsetzung von Absatz 3 in Art. 67a BV und damit verbunden die möglichst rasche Einführung eines Programms zur Förderung von Begabten unterstützen wir die Erweiterung von Art. 12 KFG mit einem vierten Absatz, in welchem die Begabtenförderung explizit festgehalten wird. Entsprechend stimmen wir dem Entwurf in Anhang A zu.

V. Massnahmen und Finanzen

Ad 4.1.2 Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des BAK gestützt auf das KFG

Übersicht über die Beiträge: Wir sind der Auffassung, dass die 1 Mio CHF pro Jahr, welche dem BAK

für Projekte im Rahmen der Kulturellen Teilhabe zur Verfügung stehen soll, deutlich zu wenig ist. Angesichts der gemachten Aussagen in dieser Botschaft über die Wichtigkeit der Kulturellen Teilhabe müsste dieser Betrag verdoppelt werden.

→ Wir beantragen deshalb, dass dieser Betrag mit der Botschaft an die Räte auf 2 Mio CHF pro Jahr erhöht wird.

Zu den übrigen Beiträgen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Ad 4.2.1 Pro Helvetia, Schwerpunkte mit Finanzmehrbedarf Rahmenkredit 2021–2024

Wir können allgemein festhalten, dass wir die beantragten Mehrmittel für die verschiedenen Schwerpunkte im Grundsatz unterstützen. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen von Musik-Spielstätten und -Festivals, ist in Bezug auf die Verbreitung, von künstlerischen Werken und beim Kulturaustausch national mit einem finanziellen Mehraufwand zu rechnen ist, um den Status Quo, Anzahl an Musikspielstätten und Festivals, beizubehalten. Zudem ist es aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche stossend, wenn der Beitrag für die Förderung im Ausland höher ausfällt, als für das Inland vorgesehen ist.

→ Wir beantragen deshalb, dass die Unterstützung für die Verbreitung, Kulturaustausch und Promotion im Inland mindestens gleich hoch ausfällt als der für das Ausland vorgesehene Betrag (45.8 CHF statt 32.1 Millionen pro Jahr).

Bei «Kulturaustausch international» sind wir aber der Meinung, dass die beantragten Erhöhungen nicht ausreichen.

→ Wir beantragen deshalb, vor allem für den Aufbau eines Schweizer Leuchtturm Musikevents oder -Messe, bei «Unterstützung von Promotions- und Kooperationsprojekten» 300'000 CHF pro Jahr Mehrmittel zur Verfügung zu stellen – also 1,2 Mio CHF für die ganz Förderperiode.

Zu den übrigen Posten haben wir keine weiteren Bemerkungen.

VI. Schlussbemerkungen

Gerade eine nationale Kulturbotschaft, sollte aus Sicht der Popmusikveranstaltungsbranche eine wichtige Funktion spielen, gar eine Pionierrolle einnehmen, wenn es um die kulturelle Anerkennung von Spielstätten (Club, Bars mit Bühne, Konzert- und Eventlocation) und Festivals geht. Eine solche Anerkennung würde die Veranstaltungsbranche stärken und sie befähigen mit den aktuellen Herausforderungen, wie steigende Kosten, sowie zunehmende Nutzungskonflikte im urbanen Raum, umzugehen. Weshalb wir im Namen von Safer Clubbing Schweiz eine Integration der Spielorte der Popmusikveranstaltungsbranche, die auf kuratierte Musik setzen, in die Kulturbotschaft 2021 – 2024 und eine Bezeichnung von Spielstätten und Festivals als Förderungsfähig fordern und als

Herausforderung im Bereich Musik, soll auf die Schwierigkeit von Spielstätten, im Rahmen sich stetig wandelnden urbanen Zentren, eingegangen werden.

Wir bedanken uns für Ihre Arbeit und bitten Sie, bei Ihren Anträgen an die Räte unsere Überlegungen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Alexander Bücheli
Projektmanager

Service de Presse suisse

Präsidentin
Anne-Lise Delacrétaz
Chemin du Mollendruz 2
1007 Lausanne

Künstlerische Leiterin
Ruth Gantert
Sihlfeldstrasse 20
8003 Zürich

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)
Stellungnahme des SPS

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset,
sehr geehrte Frau Chassot,
sehr geehrte Damen und Herren,

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben von Ende Mai 2019 möchten wir Ihnen für die Möglichkeit danken, zum Entwurf der «Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)» Stellung nehmen zu können.

Der Service de Presse Suisse hat zum Ziel, die Schweizer Literaturen in allen vier Landessprachen bekannt zu machen und den kulturellen Austausch über die Sprachgrenzen hinaus zu fördern. Dazu engagiert er sich schwerpunktmässig in den folgenden vier Bereichen:

a) Das Jahrbuch *Viceversa Literatur / Viceversa littérature / Viceversa letteratura*

Das Buch umfasst ca. 300 Seiten und erscheint im Mai 2019 in drei Sprachen, auf Deutsch bei Rotpunktverlag (Zürich), auf Französisch bei den Éditions d'en bas (Lausanne) und auf Italienisch bei den Edizioni Casagrande (Bellinzona). Rätoromanische Texte sind ebenfalls im Original und in der jeweiligen Übersetzung der Ausgabe vorhanden. Es präsentiert rund fünfzehn Autorinnen und Künstler und gibt einen Überblick über das literarische Schaffen der Schweiz.

b) Die dreisprachige Internet-Plattform www.viceversaliteratur.ch

Die Website widmet sich den Schweizer Literaturen. Sie unterhält laufend aktualisierten Datenbanken zu Autoren und Übersetzerinnen, die mit Biografien und Bibliografien vorgestellt werden. Pro Monat erscheinen 6-8 Artikel zu Neuerscheinungen: Literaturkritiken, Fokus-Artikel zu bestimmten Themen, Interviews. Eine Kurzzusammenfassung dieser Artikel wird in die jeweils anderen Landessprachen übersetzt. Ausserdem enthält die Website Informationen zu aktuellen Ereignissen und Veranstaltungen und stellt literarische Zeitschriften und Verlage vor.

c) Die «Collection bilingue»

In Zusammenarbeit mit dem Centre de traduction littéraire in Lausanne und den Éditions d'en bas veröffentlicht der Service de Presse Suisse pro Jahr einen zweisprachigen Lyrikband, deren Autor und/oder Übersetzerin Schweizer sind.

d) Literatur- und Übersetzungsvermittlung

Der Service de Presse Suisse organisiert Lesungen und stellt Autoren, Übersetzerinnen und Literaturkritiker an Veranstaltungen in allen Landesteilen vor. Dafür arbeitet er mit Festivals, Buchsalons und Literaturveranstaltern zusammen (Salon du livre de Genève, Eventi letterari sul Monte Verità, Solothurner Literaturtage, Babel, festival di letteratura e traduzione a Bellinzona, ChiassoLetteraria, Zürich liest, u.a.).

Der Service de Presse Suisse hat die Kulturbotschaft aufmerksam gelesen und mit anderen Akteuren im Bereich der Schweizer Literatur diskutiert (insbesondere mit Vertreterinnen des Verbands der Autorinnen und Autoren der Schweiz A*dS, des Centre de traduction littéraire, des Übersetzerhauses Looren, sowie mit ch-Interkultur CIC).

Wir verweisen auf die Stellungnahmen der Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auf die umfassende Stellungnahme des A*dS, und möchten nur noch drei Punkte im Speziellen hervorheben:

Zu 2.1.2 Künstlerisches Schaffen

«Die Herausforderung für die Kulturförderung des Bundes besteht darin, auch diesen Tätigkeiten, die sich zugunsten des künstlerischen Schaffens und seiner Verbreitung auswirken, eine angemessene Unterstützung zukommen zu lassen.»

Im Bereich der Literatur sind es die Literaturzeitschriften, die wesentlich zum künstlerischen Schaffen und zu dessen Verbreitung beitragen. Autoren können darin Neues wagen und ihre Texte erstmals veröffentlichen, (Nachwuchs-)Literaturkritikerinnen befassen sich mit der

literarischen Kreation, setzen sich damit auseinander und verbreiten sie, Übersetzer erhalten Gelegenheit, ihre Arbeit (manchmal erstmals) zu präsentieren und Erfahrungen zu sammeln, Verlegerinnen machen darin Entdeckungen, die zu Buchpublikationen führen. In diesem Zusammenhang bedauern wir es sehr, dass die bei der letzten Kulturbotschaft kurzfristig gestrichene Unterstützung der Literaturzeitschriften nicht wieder eingesetzt wird.

Zu 2.1.4 Schweizer Preise

Wir sind glücklich über die Schweizer Literaturpreise, welche die ganze Schweiz in ihrer sprachlichen und kulturellen Vielfalt abbilden. Die Lesetournee der Preisträgerinnen und Preisträger mit der eigens geschaffenen Publikation erlaubt es, Autoren und Übersetzerinnen einem gesamtschweizerischen Publikum in mehrsprachigen Veranstaltungen vorzustellen, was sich sehr positiv für alle Beteiligten und für die Preise auswirkt.

Wir begrüßen auch die Schaffung eines *Spezialpreises Kinder- und Jugendliteratur*. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass dessen Jury sich aus fachkompetenten Mitgliedern im Bereich Kinder- und Jugendliteratur zusammensetzen soll (und daher von der Jury der Literaturpreise getrennt werden muss).

Zu 2.3.4 Literatur

Gleichstellung Übersetzerinnen und Übersetzer mit Autorinnen und Autoren: Wir begrüßen die finanzielle Gleichstellung der literarischen Übersetzerinnen und Übersetzer bei Auftritten. Dies entspricht auch unserer aktuellen Praxis.

Grundsätzlich sind wir einverstanden mit den Massnahmen im Bereich Literatur, wie sie in der Kulturbotschaft 2021–2024 an verschiedenen Stellen ausgeführt sind. Wir sind überzeugt, dass die Kohäsion der Schweiz wesentlich mit dem kulturellen und sprachlichen Austausch verbunden ist und möchten deshalb auch von unserer Seite die Wichtigkeit der Unterstützung all dieser Möglichkeiten des Austausches zwischen den Landesteilen und mit dem Ausland betonen.

Mit vielem Dank für die gute Zusammenarbeit und mit freundlichen Grüßen,

R Jankot

Eidgenössisches Departement des Inneren
Bundesamt für Kultur
Stabsstelle Direktion
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Wernetshausen, 20.9.2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Übersetzerhaus Looren bietet professionellen Literaturübersetzerinnen und -übersetzern aus allen Ländern einen Ort für die konzentrierte Arbeit und für den fachlichen und kreativen Austausch. Mit Aufenthaltsstipendien und Weiterbildungen fördern wir literarische Übersetzerinnen und Übersetzer, mit unserem Veranstaltungsprogramm machen wir sie als Urheberinnen und Sprachkünstler sichtbar. Wir sind in allen Landesregionen sowie international aktiv und verstehen uns als Lobby für die Übersetzerzunft. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Nachwuchsförderung.

Mit der Verleihung des Spezialpreises Vermittlung 2019 an das Centre de traduction littéraire de Lausanne und an das Übersetzerhaus Looren hat das Bundesamt für Kultur unser Engagement gewürdigt. Dafür möchten wir uns bei dieser Gelegenheit erneut bedanken.

Wir bedanken uns ebenfalls für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2021-2024 eine Stellungnahme abgeben zu können. Wir möchten uns zur laufenden Periode sowie zu einzelnen Punkten des Vernehmlassungsberichts wie folgt äussern:

Ausgangslage – Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Durch die neu bereitgestellten Mittel haben wir gemeinsam mit dem Centre de traduction littéraire de Lausanne zusätzlich zu unserem bisherigen Engagement einen erfolgreichen Schwerpunkt für die Nachwuchsförderung ins Leben gerufen, der von der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia massgeblich unterstützt wird. Damit können wir einen Auftrag der Kulturbotschaft 2016–2020 erfüllen und einen Beitrag an die Zukunft des Metiers in der Schweiz leisten, wo es bisher kaum Aus- und Weiterbildungsangebote im Bereich Literaturübersetzung gab. Wir beabsichtigen, die Nachwuchsförderung in Zukunft weiter auszubauen.

Seit 2016 hat sich die Situation der Übersetzerinnen und Übersetzer in der Schweiz verbessert. Die Fördertätigkeit von Pro Helvetia hat grossen Anteil an daran. Sie ist ebenso die treibende Kraft der qualitativen wie auch quantitativen Steigerung von Übersetzungen von Werken der Schweizer Literatur weltweit.

In Zusammenarbeit mit Organisationen, die sich für die Interessen der Übersetzerinnen und Übersetzer einsetzen (AdS, CTL, Übersetzerhaus Looren) wurden Förderrichtlinien implementiert, welche Übersetzer den Autoren zunehmend gleichstellen. Diese haben Pioniercharakter und wurden von mehreren kantonalen und städtischen Förderstellen ebenfalls übernommen.

Zum Vernehmlassungsbericht für die Periode 2021-2024

1.4. Kulturpolitik des Bundes

1.4.3.2 Multilaterale Ebene

Das Programm „Kreatives Europa“, das ab 2021 bis 2027 neu aufgelegt wird, bietet ein grosses Finanzierungspotential für international ausgerichtete Institutionen wie das Übersetzerhaus Looren, einerseits im Bereich Mobilität für Kulturschaffende, andererseits bei den Kooperationsprojekten, für die sich mehrere Organisationen gemeinsam bewerben können. Das europäische Netzwerk der Übersetzerzentren RECIT, in dem das Übersetzerhaus Looren Mitglied ist, wird mögliche Kandidaturen (einzelner Mitglieder oder des gesamten Netzwerks) in Erwägung ziehen, sobald die Antragsbedingungen publik gemacht sind.

Nachdem wir bereits 2012–2014 als Partner am Mentoratsprojekt „Fabrique euroréenne des traducteurs“ im Programm „Lifelong Learning“ der Europäischen Kommission erfolgreich teilnehmen konnten, war es ein herber Rückschlag, als die Schweiz 2014 von den Programmen der EU ausgeschlossen wurde.

Wir sind der Überzeugung, dass ein länderübergreifender Austausch für das schweizerische und das europäische Kulturschaffen dringend nötig sind, und dass eine Förderung mit europäischen Mitteln auch Schweizer Akteuren bedeutende neue Möglichkeiten eröffnet.

Aus diesen Gründen halten wir es für unabdingbar, dass der Bund nicht lediglich „prüft“, sondern dezidiert darauf hinarbeitet, dass die Schweiz dem Programm „Kreatives Europa“ beitreten kann.

2.1.1. Nachwuchs

Wir plädieren erstens für eine Aufhebung der Altersobergrenze von 35 Jahren bei der Definition des Nachwuchses und damit für einen Verzicht auf eine Alterslimite für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger. In allen Kunstsparten folgt der berufliche Einstieg öfters nicht den üblichen Linien einer Karriere. Beim Übersetzen, für das es wenige (und in der Schweiz keine) offiziellen Ausbildungsgänge gibt, ist besonders evident, dass ganz unterschiedliche Wege zu diesem Metier

führen. Heute steht der Akademisierung der künstlerischen Ausbildungen der Trend zum lebenslangen Lernen gegenüber. Der Verzicht auf eine Altersgrenze hält eine Tür für später berufene Kunstschaffende offen und diskriminiert sie nicht aus Altersgründen.

Zweitens wird bei der Definition des Nachwuchses auch Bezug genommen auf den Zeitpunkt des Abschlusses der Ausbildung. Für das Übersetzen lässt sich dieser Bezug nicht anwenden, da es in der Schweiz gar keine vollwertige Ausbildung für das literarische Übersetzen gibt.

2.1.4 Schweizer Preise

Bei den Schweizer Literaturpreisen plädieren wir für einen Einbezug der Übersetzung bei den „kleinen“ Preisen. Der alle zwei Jahre an einen Übersetzer/eine Übersetzerin verliehene Grand Prix für ein Lebenswerk leistet einen relevanten Beitrag an die Anerkennung der Übersetzung als Wortkunst. Als nächster Schritt drängt sich der Einbezug der Übersetzung für ein spezifisches Werk aus einer beliebigen Ausgangssprache in eine Schweizer Landessprache als Zielsprache auf. Mindestens einer der sieben Schweizer Literaturpreise für ein Einzelwerk sollte eine Übersetzung berücksichtigen.

2.2 Verbreitung der Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

In den letzten Jahren konnte weltweit eine Zunahme von Residenzorten für Künstlerinnen und Künstler aller Sparten beobachtet werden. Mit dem Ausbau der Förderung von Residenzaufenthalten bei gleichzeitiger Flexibilisierung der Bedingungen folgt die Kulturförderung des Bundes einem Trend, der auf individuelle Bedürfnisse und Eigeninitiative eingeht und auf unnötige programmatische oder formale Vorgaben verzichtet. Das ist sinnvoll und begrüßenswert.

2.3.4 Literatur

Das Übersetzerhaus Looren befürwortet nachdrücklich das Vorhaben des Bundes, die Weiterführung der Gleichstellung zwischen Autorinnen/Autoren und Übersetzern/Übersetzerinnen auch im Bereich öffentlichen Auftritten voranzutreiben und Übersetzern/Übersetzerinnen „**angemessene Auftrittshonorare**“ zu garantieren.

Das Übersetzerhaus Looren befürwortet die Weiterführung der **strukturellen Verlagsförderung** durch den Bund. Dieses Instrument hat sich als tauglich erwiesen und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur vielfältigen Schweizer Verlagslandschaft in allen Sprachregionen. Insbesondere für kleinere und mittlere unabhängige Verlage ist sie von vitaler Bedeutung.

Das Übersetzerhaus Looren begrüsst die geplante Weiterführung bzw. den **Ausbau der Förderung von Übersetzerinnen und Übersetzern**, insbesondere des Nachwuchses im Inland und eine angemessenere Entschädigung von Schweizer Übersetzerinnen und Übersetzern, die im internationalen Buchmarkt tätig sind.

Das Übersetzerhaus Looren schliesst sich der Forderung des AdS an, die **Literaturzeitschriften**, die in der laufenden Periode Opfer von Sparmassnahmen geworden sind, wieder ins Portfolio aufzunehmen. Es gibt verschiedene intellektuell hochstehende Publikationen (digital oder Print), die der abnehmenden Kraft der traditionellen Feuilletons eine anspruchsvolle Betrachtung der literarischen Produktion entgegen stellen und damit einen relevanten Beitrag zum kritischen Diskurs über Sprache und Literatur leisten, aber unter prekären Bedingungen leiden.

Das Übersetzerhaus Looren unterstützt die Forderung des SBVV, dass in Zukunft auch **Buchhandlungen** im Rahmen etwa ihrer Veranstaltungstätigkeit von einer Förderung durch den Bund profitieren sollen und damit in ihrer Vermittlungstätigkeit unterstützt werden.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme dieser Stellungnahme und grüssen freundlich

Beatrice Stoll



Präsidentin
Verein Übersetzerhaus Looren

Dr. Gabriela Stöckli



Geschäftsleiterin
Übersetzerhaus Looren



Bundesamt für Kultur
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, am 20.09.2019

Stellungnahme von SPECTYOU - der digitalen Plattform für Schauspiel, Tanz und Performance - Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft in den Jahren 2021-2024

Das Thema Digitalisierung als einer der Kernpunkte der Kulturbotschaft 2021-2024 ist aufgrund der ausgesprochen schnellen Entwicklung der digitalen Mittel in vielen Punkten nicht ohne weiteres über einen längeren Planungszeitraum konkret zu fassen. Noch vor ca. einem Jahr war die Ausgangslage eine andere, mittlerweile gibt es immer mehr Initiativen, die sich das Ziel gesetzt haben, das Internet wieder für sich selbst, für die Bürger zu nutzen, es nicht den grossen Internet-Firmen zu überlassen und es über die Einrichtung hochprofessioneller digitaler Plattformen mit kulturellen Inhalten zu füllen. Deshalb freuen wir uns über die Gelegenheit, als digitale Kulturinstitution in unserer Stellungnahme neue Entwicklungen und potentiellen Förderbedarf dieser neuen digitalen Medien in die Diskussion einzubringen.

1.4.2.1 und 4.2 Kulturelle Teilhabe

Wir begrüssen es sehr, dass die Förderung der Kunstvermittlung einen hohen Stellenwert in der Kulturbotschaft 2021-2024 einnimmt und dass eine kritische Reflexion über das zeitgenössische Kunstschaffen unterstützt wird. Auch, dass hierbei die Bedeutung der neuen Medien stärker berücksichtigt werden soll. Allerdings bezieht sich die Einbindung digitaler Medien an dieser Stelle in erster Linie auf digitales Schreiben und Publizieren, wir möchten anregen, auch die neu entstehenden digitalen Formen der Information und der reflektierenden Auseinandersetzung – wie z.B. digitale Plattformen – in die Kulturbotschaft aufzunehmen und stärker zu berücksichtigen. Kulturelle Teilhabe findet heute immer häufiger auch über neue Technologien statt, erstens mittels eines verbesserten Überblicks über die Kulturlandschaft und zweitens über neue Formen der kreativen Interaktion. So werden z.B. im interdisziplinären Bereich von darstellenden Künsten und Gaming neue Narrative erfunden und können auf breiter Ebene von einem erweiterten Personenkreis angewendet werden (wie z.B. Virtual und Augmented Reality, Künstliche Intelligenz etc.).

1.4.2.2 Kulturaustausch

Auch der Kulturaustausch kann sowohl innerhalb der Sprachregionen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen, kulturellen oder demographischen Gruppen als auch national und international deutlich durch eigene digitale Plattformen unterstützt werden.



Von Theaterschaffenden konzipierte, aufgebaute und betriebene Plattformen (wie z.B. SPECTYOU) für den Bereich der Darstellenden Künste tragen zu einer deutlich verbesserten Information über die Produktionen und Werke anderer als auch zu einem lebendigen Austausch untereinander bei. Eine eigene digitale Umgebung zu schaffen für Kunstschaffende, die bisher auf

1.4.2.3. Entwicklungen „Kreation und Innovation“

Wir befürworten sehr die zusätzliche Aufmerksamkeit auf neue digitale Medien in der Förderung von Kreation und Innovation. Vor allem die Förderung von Schnittstellen zwischen Kunst, Technologie und Wissenschaft im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist sehr zukunftsweisend. Die oben erwähnte Verwendung neuer Technologien und die enge Kooperation mit Hochschulen, die daraus entstehende Entwicklung ganz eigener künstlerischer Projekte und Ausdrucksformen bedarf neuer Wege der Kulturförderung. Die Auswirkungen der Vergabe von Fördermitteln im Bereich "Gaming" macht deutlich, dass auch andere der vielfältigen interaktiven Medien mithilfe von Förderungen von grossem Nutzen für die Entstehung vorbildhafter Projekte und für die Kulturvermittlung sein können.

Von den Künstlern selbst geführte digitale Medien bieten die Möglichkeit, „traditionelle“ kulturelle Ausdrucksformen mit neuen Technologien zu verknüpfen und damit neue, zeitgemässe Narrative zu erschaffen – und gleichzeitig das kulturelle Erbe zu bewahren und zugänglich zu machen. Wir begrüssen die Offenheit des BAK und von Pro Helvetia, in dieser Hinsicht neue Wege der Kulturförderung zu suchen.

2.1.3 Verbreitung, Promotion und Austausch im Inland

Dem Rückgang der Kulturkritik in Schweizer (Print-)Medien mit dem Aufbau digitaler Diskussionsräume zu begegnen, unterstützen wir sehr. Digitale Orte der Information und des Austauschs können unter anderem digital affinen Menschen einen lebendigen Eindruck in die Vielfalt der Kulturlandschaft geben. Wir möchten aber aus eigener Erfahrung anmerken, dass es für eine qualitativ hochwertige Kulturvermittlung von eminenter Bedeutung ist, wie die digitalen Medien betreut werden. Fundierte Kenntnisse, regelmässige Aktualisierung und redaktionelle Betreuung sind auch hier wesentliche Faktoren für die Vermittlung und Rezeption des zeitgenössischen Kunstschaffens.

2.2 Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und internationaler Kulturaustausch

Gleiches gilt für die Verbreitung von Schweizer Kultur im Ausland und den internationalen Kulturaustausch. Neben erhöhten Gastspieltätigkeiten, Tourneen und Festivals kann eine digitale Plattform wie SPECTYOU, die u.a. Produktionen Schweizer



Theater und Gruppen in ganzer Länge präsentiert, die nationale und internationale Sichtbarkeit von Produktionen und Werken deutlich erhöhen. Viele gute Produktionen finden z.B. nicht genügend Publikum, weil sie nach der Premiere nur wenige Male gespielt werden, sie sind nach der letzten Vorstellung verschwunden. Mit digitalen Mitteln kann man viele Projekte, die national und international zu wenig wahrgenommen wurden, gezielt fördern und stärker in deren Verbreitung investieren.

Digitale Plattformen kennen keine Ländergrenzen, deshalb wäre – neben dem verstärkten Besuch von Konferenzen oder Festivals des internationalen Kulturbetriebs – die Präsenz von Schweizer Kulturschaffenden auf europaweit zugänglichen digitalen Plattformen von zentraler Bedeutung. Die Teilnahme an Tourneen, Gastspielen und Festivals kann damit nicht ersetzt, aber die Sichtbarkeit kann erhöht werden. Nachdem die Schweiz momentan nicht am "Creative Europe"-Programm beteiligt ist, kann eine europaweite digitale Präsenz bewirken, dass z.B. Jurys und Gastspielorte anderer Länder sich umfassend über die Schweizer Produktionen informieren können. Sowie anders herum Schweizer Künstler sich über die neuesten Tendenzen im Ausland ein eigenes Bild machen und sich inspirieren lassen können. Geeignete Partner für internationale Kooperationsprojekte können so leichter gefunden und kontaktiert werden.

In diesem Zusammenhang sehr positiv ist die Unterstützung von Pro Helvetia für die Über-(oder Unter-)titelung von Inszenierungen. Auch wenn dies nach Möglichkeit nicht die alleinige Massnahme für einen sprachregionen- und länderübergreifenden Kulturaustausch sein sollte, wird dadurch die Verbreitung Schweizer Produktionen in andere Länder wesentlich verbessert. Der Zugang zu internationalen Netzwerken, Kulturmärkten und zur Aufmerksamkeit ausländischer Programmverantwortlicher, der für Schweizer Künstler auch aufgrund der hohen Lebenskosten im Inland und der vergleichsweise geringen Gagenangebote im Ausland erschwert ist, wird damit wesentlich vereinfacht.

2.6.1 Immaterielles Kulturerbe

Die Bewahrung vor allem des immateriellen Kulturerbes und die lebendige kulturelle Teilhabe ist eine grosse Herausforderung für die Gesellschaft. Die Vergänglichkeit z.B. der Darstellenden Künste als ihr Charakteristikum zu akzeptieren und ihr trotzdem entgegenzuwirken, um sie möglichst authentisch einem schwindenden kulturellen Gedächtnis zu erhalten, ist paradox, aber aus unserer Sicht wichtig. Mit sensibler und von Künstlern für Künstler geschaffenen Plattformen können wir mit dem digital gesammelten Material dieses flüchtige Kulturerbe erhalten und leicht zugänglich zur Verfügung stellen. Mit dem digitalen Zugang lässt sich ein an der Lebenswelt u.a. von Jugendlichen orientiertes Angebot der kulturellen Teilhabe realisieren und in den Alltag integrieren. Menschen, die aus gesundheitlichen oder geographischen Gründen von der Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ausgeschlossen sind, können so wieder ein Stück weit mehr daran teilhaben.

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Herrn Alain Berset, Bundesrat, Vorsteher des EDI
Frau Isabelle Chassot, Direktorin des Bundesamtes für Kultur BAK

stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Bern, 20. September 2019

Stellungnahme des Vereins der Museen im Kanton Bern zur Kulturbotschaft 2021-24

Sehr geehrter Bundesrat Berset
Sehr geehrte Direktorin Chassot

Gern nehmen wir die Möglichkeit wahr, uns am Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 zu beteiligen.

Wir tun dies in direkter und klarer **Unterstützung der Stellungnahme des Verbands der Museen der Schweiz (VMS)**, an deren partizipativer Ausarbeitung mmBE teilgenommen hat.

Die regionalen Museumsverbände der Schweiz setzen sich für die aktive Vernetzung einer lebendigen Museumslandschaft ein und richten ihre Tätigkeiten vor allem auch auf die Qualitätsförderung kleinerer, nicht-subventionierter Häuser aus. Dem gelungenen Zusammenspiel von grossen und kleineren Museen kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund möchte mmBE im Einklang mit der Stellungnahme des VMS auf die folgenden Punkte besonderes Gewicht legen.

Explizite Wertschätzung der Rolle und Vielfalt der Museen

Die Museumslandschaft der Schweiz ist äusserst lebendig, widerspiegelt die Vielfalt der Schweiz und erfüllt in ihrer Gesamtheit wichtige Aufgaben als Bindeglied zwischen Vergangenheit und Gegenwart, als Bewahrer von Kultur(gut) und Traditionen. Museen bieten Raum für zukunftsgerichtete gesellschaftliche Diskurse, positionieren sich als integrative, lebendige und moderne Bildungsinstitutionen und sind nicht zuletzt vielerorts ein Wirtschafts- und Standortfaktor. Dies alles gilt längst nicht nur für die grossen Häuser. Gerade Orts- und Regionalmuseen zeichnen sich hier durch die Nähe und die direkte Einbindung und Teilhabe der lokalen Bevölkerung aus.

Diese Rolle angemessen zu würdigen und sich damit auch zur Vielfalt der Museen bekennen, erachten wir als Aufgabe der Kulturbotschaft. Es geht dabei auch um eine Wertschätzung der oft auf freiwilliger Basis geleisteten und auf direkter Partizipation aufbauenden Kulturarbeit. Durch die Signalwirkung, die einer Kulturbotschaft bei Entscheidungsgremien auf kantonaler und kommunaler

Ebene zukommt, gehört eine entsprechende Wertschätzung zu den Fördermöglichkeiten, die das Bundesamt für Kultur hat und nutzen sollte.

Vermehrter Einbezug des Kooperations- und Vernetzungsgedankens

In der Arbeit mit seinen Mitgliedern erfährt mmBE immer wieder ganz konkret, wie wertvoll und qualitätssteigernd Kooperationen und Vernetzungen unter Museen sind. Ein Austausch unter Museen führt zu gegenseitigen Impulsen und fördert die Nutzung von Synergien. Wir sind überzeugt, dass Subventionierungen, die mit einem Kooperationsgedanken verbunden sind, eine nachhaltige Breitenwirkung erzielen. In diesem Sinne unterstreichen wir das Anliegen des VMS, dass die Kooperation der Institutionen des Bundes insbesondere mit den kleineren Museen gefördert werden sollte. Darüberhinaus sollte dieser Gedanke auch bezüglich der Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter berücksichtigt werden.

Für starke Netzwerke mit Breitenwirkung

Direkt daran anschliessend begrüssen wir die intendierte Fortsetzung der Förderung der Netzwerke, die mit ihren Leistungen zur Stärkung und Unterstützung zahlreicher Institutionen beitragen. Sowohl der VMS, der Schweizer Museumspass, sowie das Alpine Museum der Schweiz, aber auch die Netzwerke im Bereich des audiovisuellen Erbes erbringen für die Schweizer Museumslandschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt wesentliche Dienstleistungen. Die geplante Fortsetzung ihrer Förderung erscheint vor der von ihnen erreichten Breitenwirkung mehr als gerechtfertigt. Auch die Absicht der Erweiterung um den Verband Biblosuisse und die vorgesehenen Akzentsetzungen werden unsererseits als sinnvoll eingeschätzt.

Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass durch die Erweiterung und den zusätzlichen Finanzbedarf der Fotostiftung eine «Umverteilung» der Mittel im Bereich der Netzwerke vorgesehen ist, die im hinteren Teil der Botschaft als Kürzung der Mittel der bereits bestehenden Netzwerke deklariert wird.

Eine solche Kürzung hat unweigerlich eine Schwächung der Netzwerke zur Folge. Gerade auch im Fall des Alpen Museums der Schweiz, das sich um seine weitere Neuausrichtung ebenso bemüht wie verdient gemacht hat, würde ein weiteres Mal ausgebremst und auch beim VMS mit dem die Regionalverbände eng zusammenarbeiten, dürfte das erreichte Niveau an Dienstleistungen bei einer Kürzung kaum halten können. Eine Reduktion der Breitenwirkung ihrer Subventionierung wäre die Folge, worunter als erstes wiederum die kleinen Institutionen leiden würden.

Will man künftig mehr Netzwerke fördern und besondere Akzente setzen, dann gehört aus unserer Sicht ganz klar dazu, dass auch die Mittel dafür gesprochen werden. Alles andere läuft der Absicht entgegen, die mit der Förderung der Netzwerke und dem Anspruch an die Erfüllung der ihnen zuerkannten Aufgaben verfolgt wird.

Mit bestem Dank für Ihre Kenntnisnahme und freundlichen Grüssen



Heidi Lüdi
Präsidentin mmBE



Dr. phil. Susanne C. Jost
Leiterin Geschäftsstelle mmBE

Adolf D. Flüeli
Oberfeldstrasse 93
8408 Winterthur

Vorab per email an stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Herrn Daniel Zimmermann
Leiter Direktionsgeschäfte und Recht BAK
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Stellungnahme zur Vernehmlassung Kulturförderung 2021 bis 2024

Winterthur 20. September 2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Bezugnehmend auf die titelerwähnte Vernehmlassung nehmen wir aus Sicht des würdigen Erhalts eines einzigartigen und vielfältigen historischen Schweizer Kulturgutes wie folgt Stellung:

Ziel: Die drei zentralen Handlungsachsen für die zukünftige Kulturpolitik des Bundes lauten: «Kulturelle Teilhabe», «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kreation und Innovation».

Antrag 1:

Zur Förderung dieser drei Kriterien beantrage ich 3% der Budgets von CHF 942.8 Mio, d.H. einen Betrag CHF 28.28 Mio. um im Zeitraum von 2021 bis 2024 einem Fokusprojekt der Kultur, dem potentiellen UNESCO-Weltkulturerbe Flugplatz Dübendorf- der Wiege der Schweizer Luftfahrt- eine würdige Aufarbeitung der äusserst vielfältigen kulturellen und historischen Faktenlage zwecks Erarbeitung und Einreichung eines Dossiers zur Kandidatur für das UNESCO-Weltkulturerbe vorzugsweise im Jahr 2025 zu ermöglichen.

Antrag 2:

Die Bedeutung des Flugplatzes Dübendorf sei anlässlich des 110 jährigen Gründungsjubiläums im Jahre 2020 im Rahmen der „Europäischen Tage des Denkmals“ im September 2020 im Kontext der geplanten Thematik der „Vertikalen“ im Sinne der idealen und vollständigen Erschliessung der 3. Dimension zu thematisieren.

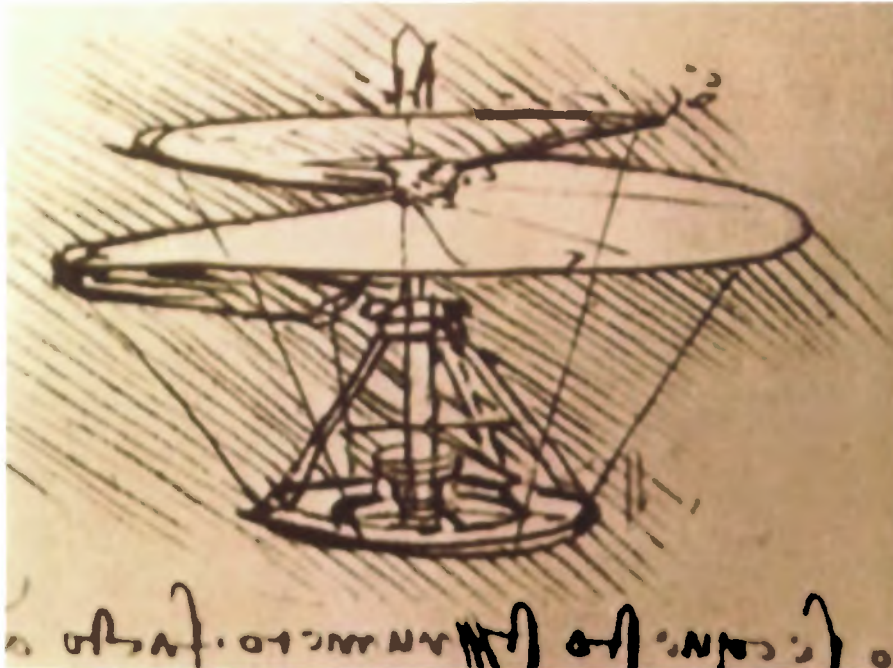
Begründungen:

Der 1910 zivil gegründete Flugplatz Dübendorf <https://www.youtube.com/watch?v=JbMaQyh9HuI> stellt eine einzigartige Stätte der Kultur, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes sowie der Kreation und Innovation dar:

- der Kultur, z.B. Walter Mittelholzer, Luftaufnahmen der Schweiz, Expeditionen nach Persien und Afrika, Verfilmung derselben, Publikationen, Vorträge, Bücher, der Luftpost und der Aerophilatelie
- des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, z.B. 1919, vor hundert Jahren, mit dem Aufbau der ersten Luftpostverbindungen Dübendorf-Bern-Lausanne-Genf-Lausanne-Bern-Dübendorf
- der Kreation und Innovation z.B. den Vorstoss an die Stratosphäre mit dem Gasballon zum Höhenweltrekord von 16940 m/Meer durch Auguste Piccard am 18. August 1932

Darstellung der historischen Vielfalt und der Bedeutung der Aviatik und des Flugplatzes Dübendorf:

- bedeutendster historischer Verkehrsweg zur Erschliessung der 3. Dimension der Schweiz, dem Fliegen in einer schwach tragenden dünnen Lufthülle, einem uralten bereits von Leonardo da Vinci mit dessen Erfindungen postulierten Traum der Menschheit



Luftschaube von Leonardo da Vinci

- bedeutende 1910 zivil gegründete und weltweit vermutlich die älteste noch substantiell erhaltene historische Anlage mit historischen Bauten der Luftfahrt, welche uns in einer ersten Phase die Erschliessung Europas und in einer 2. Phase den Anschluss an den interkontinentalen Luftverkehr ermöglichte
- dem Aufbau der ersten Luftpostverbindungen Dübendorf-Bern-Lausanne-Genf-Lausanne-Bern-Dübendorf und dem Kulturgut der Aerophilatelie

<https://www.magazin-lupe.ch/archiv/lupe-1-2019/1919-2019-schweizer-luftverkehr/>

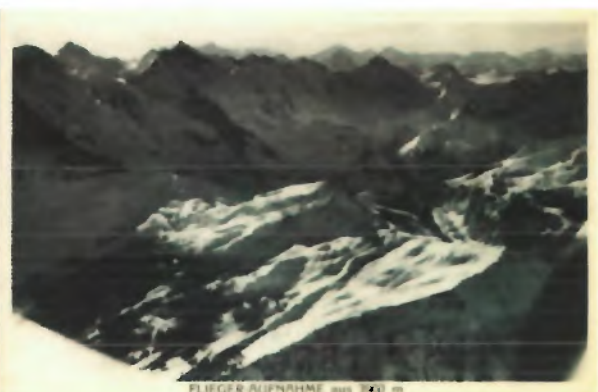
- Ueber 100'000 von Flugaufnahmen von Walter Mittelholzer zeigen die Vielfalt der Schweiz, Europas, Asiens und Afrika aus völlig neuen Perspektiven. https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Mittelholzer

Bildquelle: Bildarchiv der ETH-Bibliothek http://ba.e-pics.ethz.ch/#1568320387076_1

Bilderauswahl: Selektion über Filter: Walter Mittelholzer



Dübendorf 1920



Mönch-Jungfrau-Kl. Scheidegg und Lauterbrunnental,
Blick nach Südwesten (SW)

- Der Name SWISSAIR war zur Zeit von deren Gründung als Schweizer Luftverkehrsgesellschaft am 26. März 1931 sowohl revolutionär als auch visionär
- Ebenso die Gestaltung des Schriftzuges, des Logos der Swissair

Swissair®

- Die vielfältigen Aspekte der Technikgeschichte und der frühen Kunst des Schweizer Flugzeugbaues



Adolf Schädler's Dädalus 1914 in Bern



1919 SWS-C1 der Wagonfabrik Schlieren

- Der Schweizer Flugpionier und Flugzeugbauer Alfred Comte betrieb am Zürichsee eine Flugzeugfabrik. Dessen vorzügliches Flugzeug AC-4 von 1928, welches ab 1930 auch bei der SWISSAIR zum Einsatz kam.



Der 1954 geborene Fotograf [Michel Comte](#) ist ein Enkel von Alfred Comte.

Themenvorschlag Europäische Tage des Denkmals 12./13. September 2020

2020: Jubiläum 110 Jahre der zivilen Gründung des Flugplatzes Dübendorf

Am 24. Februar 1910 das Zürcher Initiativkomitee zur Schaffung eines Flugfeldes in Dübendorf.

Am 14. März 1910 wurde bereits ein Pachtvertrag zur Errichtung eines zivilen Flugfeldes abgeschlossen, und danach am 1. Oktober 1910 eine Gesellschaft „Aerodrom Zürich- Dübendorf“ gegründet.

Der Flugplatz Dübendorf ist höchstwahrscheinlich der älteste **zivil** gegründete **Flugplatz der Welt!**



*Die erste Zürcher Flugwoche in Dübendorf 22. bis 26. Oktober 1910:
Chailley auf «Voisin»-Doppeldecker und Legagneux auf «Blériot»-Eindecker
über dem in aller Hast planierten Ried.*

Vom 22. bis 26. Oktober 1910 wurde auf dem in kürzester Zeit neu errichteten Flugfeld ein erstes internationales Flugmeeting durchgeführt. <https://www.youtube.com/watch?v=JbMaQyh9Hul>

1914 wählte der Bund Dübendorf als Standort für einen Militärflugplatz und übernahm das vorerst gepachtete Gelände einige Zeit danach im Jahr 1918 käuflich in den Besitz der Eidgenossenschaft.



Flugzeuggeschwader in Linie aufgestellt auf dem Flugplatz Dübendorf während dem 1. Weltkrieg

Nach dem Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde am 31. Juli 1914 wurde der Kavallerie-Instruktor und Pilot Theodor Real Aufstellung einer Fliegertruppe betraut. Dieser beschlagnahmte drei Flugzeuge in Bern an der Landesausstellung. Die ersten zehn ausgebildeten schweizerischen Piloten, darunter acht Romands, rückten zum Teil mit ihren eigenen Flugzeugen und Mechanikern in der Nähe von Bern ein und bildeten die neugeschaffene Fliegertruppe. Der Flugpionier Oskar Bider wurde zum Chefpiloten ernannt, und die Ausbildung der neuen Fliegertruppe auf dem Flugplatz Dübendorf konzentriert.

1. Die Entwicklung des Flugplatzes Dübendorf und des internat. Luftverkehrs nach dem 1. Weltkrieg



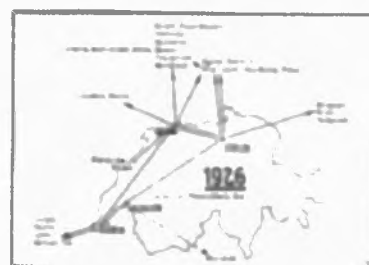
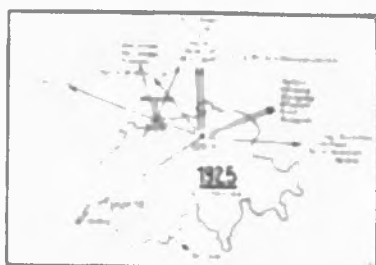
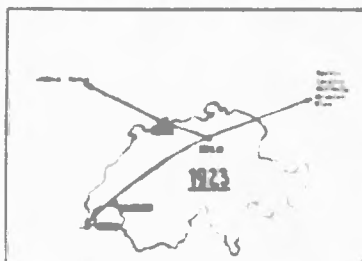
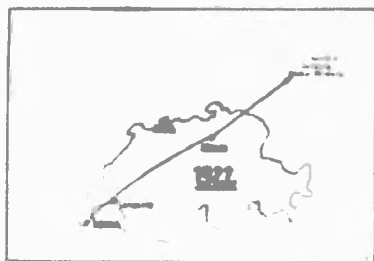
Am 8. Januar 1919 fand der erste Militärpostflug von Dübendorf nach Bern statt. In Zusammenarbeit mit der eidgenössischen Flugplatzdirektion Zürich führte die schweizerische Oberpostdirektion einen Luftpostverkehr Zürich- Genf ein, dessen Betrieb am 30. April 1919 seinen Anfang nahm, mit Zwischenlandungen in Bern und Lausanne. Die Flugzeiten betrugen 50 Minuten Dübendorf- Bern, 40 Minuten Bern- Lausanne, 30 Minuten Lausanne- Genf, 25 Minuten Genf- Lausanne, 30 Minuten Lausanne- Bern, 45 Minuten Bern- Dübendorf.

Am 15.12.1919 wurde die Fluggesellschaft Ad Astra Aero gegründet, am 27. Januar 1920 wurde der erste Bundesratsbeschluss betreffend Ordnung im Luftverkehr per 1. April 1920 in Kraft gesetzt.

Am 1. März 1920 traten erste provisorische Luftfahrtabkommen mit Frankreich und England in Kraft. Im August 1923 wurde die Handley-Page Flugverbindung London-Paris-Basel-Zürich eröffnet.

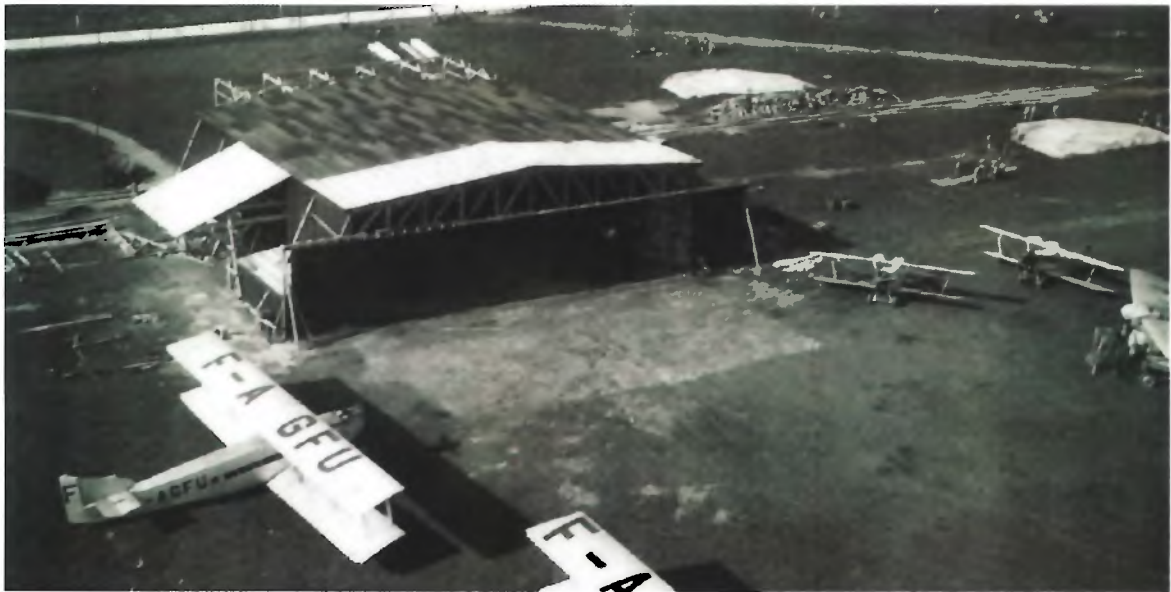
Die Entwicklung des internationalen Luftverkehrs der Schweiz 1922—1926.

(Zusammengestellt von Dr. W. Düllfus, Zentralsekretär des Schweiz. Aero-Clubs, Bern.)

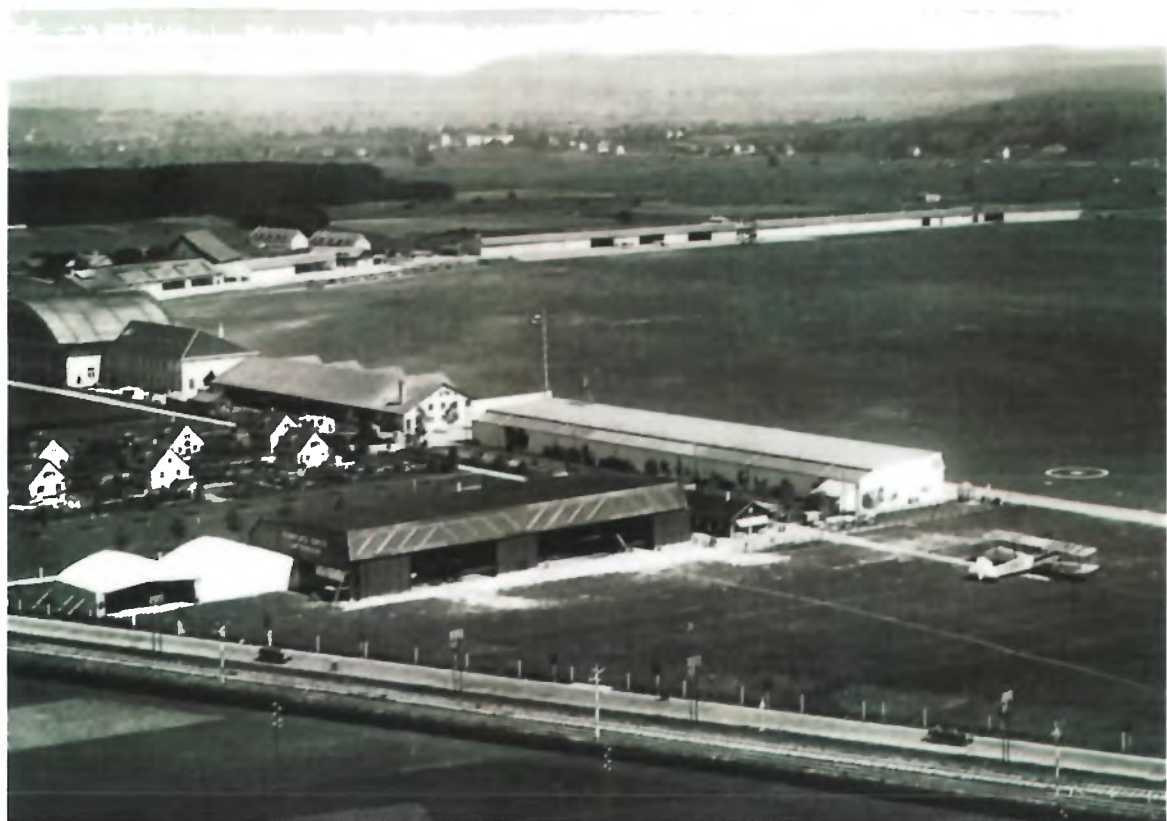


Jahr	Flug-Kilometer am Kurs	Passagiere (zahlende)	Post kg	Fracht kg	Gepäck (zahlende) kg
1922	81,890	122	140		
1923	148,619	1158	515		2,877
1924	506,692	3231	21,328	6,066	7,917
1925	1,072,800	7870	18,735	63,807	32,228

Die Tabelle zeigt die rasante Entwicklung mit einer Verdreizehnfachung der Flugstrecken in 4 Jahren



Hangar der Stadt Zürich auf dem Militärflugplatz Dübendorf für Linienflugzeuge des Zivilluftverkehrs, insbesondere für die englischen Handley-Page- Maschinen, erstellt 1923.
Der Hangar war vom Abflugplatz ungefähr 1 km entfernt.



Hölzerner Doppelhangar (heute JU-AIR-Halle 9) und rechts daneben das Stationsgebäude, 1926 durch Stadt und Kanton Zürich auf dem Militärflugplatz Dübendorf gemeinsam erstellt.





Flugplatz Zürich- Dübendorf (zirka 1925)



Dornier Merkur CH-142 der Ad Astra Aero (zirka 1927) beförderte max. 7 Passagiere mit 150 km/h



Passagierflugzeuge Dornier-Merkur und Fokker F-III, Ad Astra-Aero CH-171 und Balair CH-155, vor Hangar und Abfertigungsbaracke, Passagiere und Zuschauer, Flugplatz Dübendorf ca. 1927

Immer schneller, bequemer und sicherer



*Ein neuer sechsplätziger Fokker (1 Wright, 900 PS) der Swissair.
Un nouveau Fokker (3 moteurs Wright 900 C.V.) à 6 places de la Cie. Swissair.*

Vor 88 Jahren, am 26. März 1931 wurde die Swissair – Schweizerische Luftverkehr AG durch die Fusion der Fluggesellschaften Ad Astra Aero (Gründungsjahr 1920) und Balair (Gründungsjahr 1925) rückwirkend auf den 1. Januar durch Balthasar «Balz» Zimmermann und den Schweizer Flugpionier Walter Mittelholzer in Dübendorf gegründet.

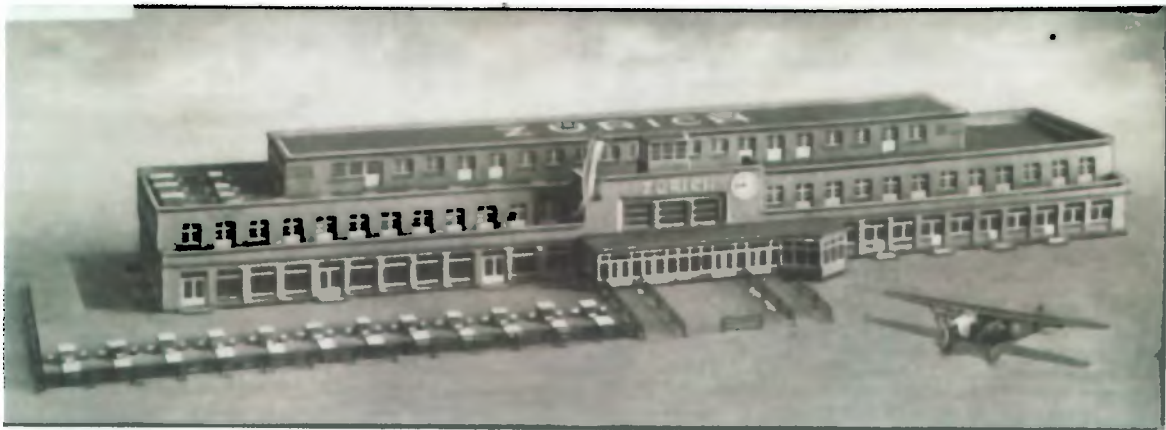
<http://www.srf.ch/news/flughafen-zuerich/videos/gruendung-swissair>



*Schnell-Verkehrsflugzeug Lockheed-Orion 5-B der «Swissair». Motor Wright-Cyclone 575 PS.
(Mit einziehbarem Fahrgestell.)*

Vor 87 Jahren kaufte die Swissair am 17. April 1932 zwei 4-plätzig Lockheed L-9 Orion, damals das erste Verkehrsflugzeug mit einziehbaren Rädern.

Die Orion fasste 4 Passagiere und war rund 100 km/h schneller als die Flugzeuge der europäischen Konkurrenz und wurde auf der «Expresslinie» Zürich–München–Wien eingesetzt.



Modell des Stationsgebäudes für den neuen Zürichflugplatz Zürich-Dübendorf.

Am 22. Juli 1932 wurde das neue Aufnahmegebäude des Flughafens Zürich- Dübendorf mit einem internationalen Flugmeeting eingeweiht.



AA. Internationales Flugmeeting 1932.



Viermotoriges britisches Langstreckenflugzeug Handley Page H.P.42W G- AAXF *Helena* der Imperial Airways, welches bereits in den 1930-er Jahren die **Strecke London- Paris- Basel- Zürich** im **Linienbetrieb** bediente.

Grösster Doppeldecker, 4 Motoren à 490 PS, Leergewicht 8047kg, Fluggewicht 12700kg, 4 Besatzungsmitglieder und 24 Passagiere.

Länge 28,09m, Spannweite 39,62m, Rumpf in Ganzmetallbauweise, Flügel Sperrholzbeplankt.



Internationales Flugmeeting 1932



Swissair-Direktor Walter Mittelholzer in der Türe der Douglas DC-2 115-B, HB-ITA



Am 1. April 1935 setzte die SWISSAIR erstmals grosse 14-plätzig Douglas-Schnellflugzeuge ein

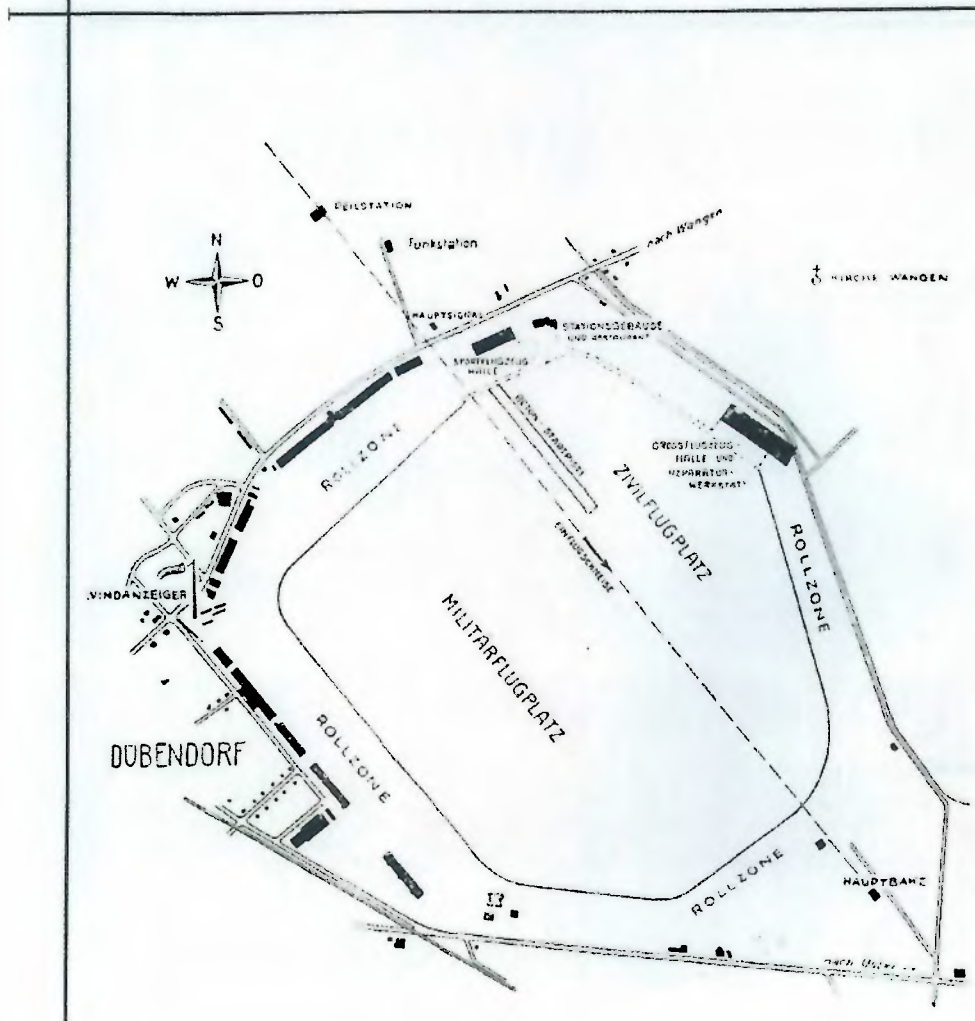


Flugplatz Dübendorf mit den historischen zivilaviatischen Hangars sowie einer Gruppe DC-3 und der DC-4 HB-ILA Swissair sowie einer DC-2 HB-ITO, Luftbild aus Osten, im Hintergrund Wangen

Video: Die Flotte der Swissair- Flugzeuge ab 1931 und deren Einsatz ab Dübendorf (Sequenz von 0.50 bis 13.20 Minuten) Quelle : <https://www.youtube.com/watch?v=ppXXA4tBzoc>

2. Epochale funktionale Verkehrsinfrastruktur in hervorragender architektonischer Ausführung

4 AUFNAHMEGEBÄUDE DES ZIVILFLUGPLATZES DÜBENDORF-WANGEN VON 1932



1932 Das Gelände des Flugplatzes Dübendorf (Bildquelle Studie Pit Wyss 1996)



Flugplatz Dübendorf mit dem historischen Aufnahmegebäude und verschiedensten Flugzeugen der Swissair, v.l.n.r DC-3, de Havilland D.H.89 Dragon-Rapide, DC-3, Junkers JU-86

AUFNAHMEGEBÄUDE DES ZIVILFLUGPLATZES DUBENDORF-WANGEN VON 1932



Bildnummer 10494



Fotos aus dem Archiv der Swissair

Bildnummer 10481

1932 Das neue Aufnahmegebäude (Bildquelle Studie Pit Wyss 1996)

Planunterlagen aus der Schweizerischen Bauzeitung vom 16. September 1933

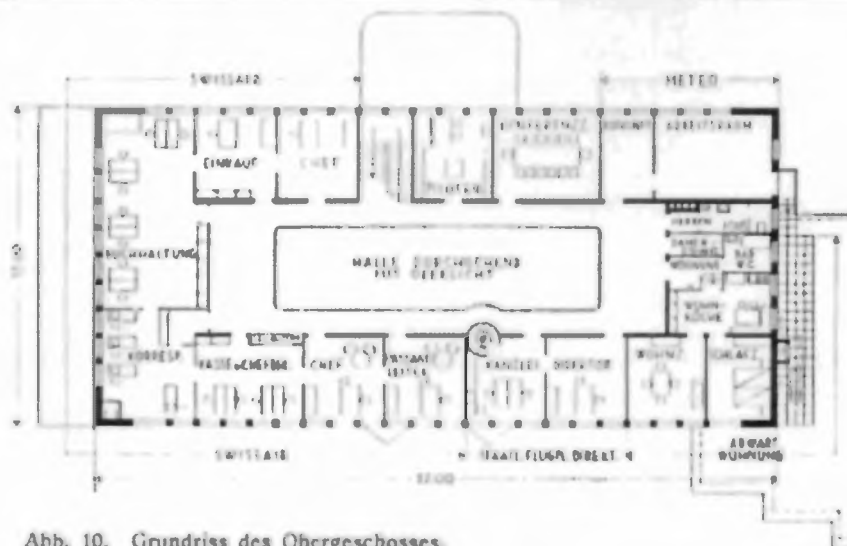
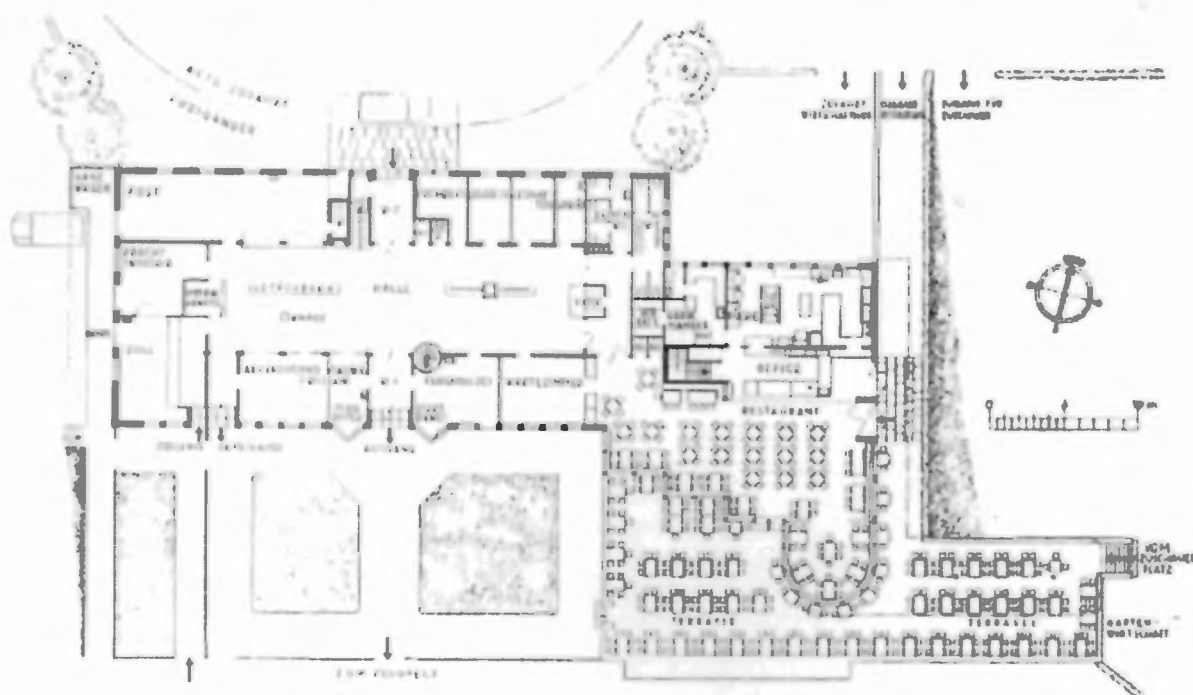
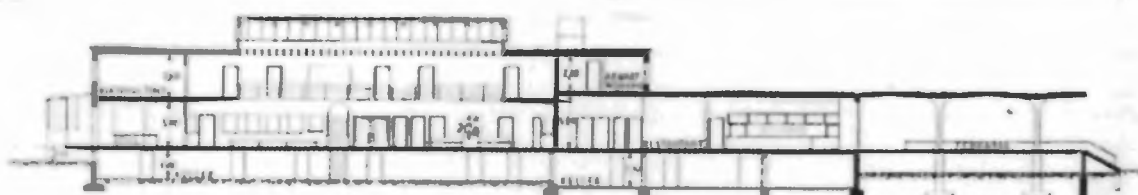


Abb. 10. Grundriss des Obergeschosses,



1932 Das neue Aufnahmegebäude (Bildquelle Studie Pit Wyss 1996)



Bildnummer 10414



Fotos aus dem Archiv der Swissair

Bildnummer 10533



Die SWISSAIR Fokker VII- B auf dem zugefrorenen See bei St. Moritz 1932



Internationaler Flugplatz Zürich- Dübendorf ca. 1935



Internationaler Flugplatz Zürich- Dübendorf ca. 1935



Internationaler Flugplatz Zürich- Dübendorf ca. 1937



SWISSAIR DC-3 in Dübendorf ca. 1937



Aufnahme des Interkontinentalverkehrs 1947 mit dem Erstflug der SWISSAIR DC-4 nach New York



Erstes Swissair Interkontinental- Langstreckenflugzeug DC-4 in Dübendorf ca. 1948



Erstes Swissair Interkontinental- Langstreckenflugzeug DC-4 in Dübendorf ca. 1948



Der Flugplatz Dübendorf 1951 Bildquelle: LW



Der Flugplatz Dübendorf ca. 2010 Bildquelle: LW

3. Kultur

Es stellt sich nun die Frage, haben wir in der Schweizer Aviatik auch Pioniere wie le Corbusier? Die Antwort lautet ja, Walter Mittelholzer, Pilot, Luftbildphotograph, diverse Expeditionen.

Im Winter 1924/25 flog Mittelholzer unter grossen Schwierigkeiten nach Teheran. Die Reise mit zwei Notlandungen dauerte einen Monat. Seine Flüge gelten als technische Höchstleistungen für jene Zeit.



Die Schweizer Medienereignisse der 1920er Jahre waren Walter Mittelholzers Afrikaflüge. Die Flüge dienten vor allem der Luftfotografie und Kartographie. So unternahm er 1926/27 mit der Dornier Merkur CH-171 die erste transkontinentale Wasserflugexpedition von Zürich über Ägypten nach Südafrika. Dieser Rekordflug führte über 20'000 km von Dübendorf nach Kapstadt.



Eine Weltpremiere: die erste Überfliegung des Kilimanjaro (5895 m/M) durch Walter Mittelholzer (8. Januar 1930) <http://blogs.ethz.ch/digital-collections/2012/03/30/eine-weltpremiere-die-erste-uberfliegung-des-kilimanjaro-durch-walter-mittelholzer-8-januar-1930/>

Die Photographie des Kraters des Kibo erfolgte auf zirka 6500m/M ohne Sauerstoff, da Gewicht gespart wurde. Diese Höhe zu erklimmen, war theoretisch mit der Fokker F.VIIb-3 m mit deren eher dürrtigen Motorisierung von 3x300 PS trotz minimaler Zuladung gar nicht möglich. Unter geschickter Nutzung von Aufwinden gelang dem äusserst erfahrenen Alpenflieger Walter Mittelholzer jedoch dieses Kunststück.



Mittelholzer photographiert.

Was des Fliegers Auge erstmals erblickte:
Der Finkenhuberater des Kibo im Kilimandscharomassiv, eine Aufnahme von
Walter Mittelholzer aus 6500 m Flieghöhe



1926. Walter Mittelholzer und Zinsmeier nach ihren Weltrekordflügen mit dem Dornier-Merkur.



1930. Walter Mittelholzer wird bei seiner Rückkehr vom Tschadsee-Flug in Dübendorf begeistert empfangen.

Dokumentarfilme von Walter Mittelholzer

- 1924: Im Junkers-Flugzeug über Spitzbergen <https://www.youtube.com/watch?v=QggxblYmQhM>
- 1934: Abyssinia
- 1947: Pionier der Lüfte

Photographien von Walter Mittelholzer Quelle: <http://www.fotostiftung.ch>



Mittelholzer trat als Fotograf (das Handwerk hatte er sich autodidaktisch angeeignet) in die von Oskar Bider geleitete Militärpilotenschule ein. 1917 erwarb er das zivile Fliegerbrevet. Mit seinem Fluglehrer Alfred Comte 1919 gründete Mittelholzer die erste schweizerische Luftverkehrsgesellschaft Ad Astra Aero, die 1931 mit der Balair (1925 gegründet) zur Swissair fusionierte und deren erster Präsident und Flugkapitän Mittelholzer war. 1923 Rettungsaktion für den Polarforscher Roald Amundsen auf Spitzbergen. Mittelholzers Expeditionsflüge in Persien und Afrika, über die er Filme drehte und vielübersetzte Bücher mit eigenen Fotografien publizierte, waren Medienereignisse und machten ihn international bekannt. 1924 wurde Mittelholzer Teilhaber der von Lazar Wechsler gegründeten **Praesens Film AG**. Höhepunkte seiner Expeditions- Laufbahn waren u.a. 1927, als er mit einem Wasserflugzeug den afrikanischen Kontinent von Nord nach Süd durchquerte, und 1930 die erste Ueberflug des Kilimanjaro.

Video über Walter Mittelholzer Kurzfassung 3 min, aus 15 min. Walter Mittelholzer - Pionier der Lüfte | 1947 | Historische Filme der Condor Films Zürich <https://www.youtube.com/watch?v=8zdlA08B50E>



Das ursprünglich in Dübendorf erstellte Mittelholzerdenkmal (derzeit in Kloten beim Hügel Butzenbühl)





Walter Mittelholzer als Militärpilot zirka 1918

Mittelholzer ist auch ein Pionier der Flugfotografie, die er als erster in der Schweiz für kartografische Zwecke einsetzte. Mittelholzer überflog 1930 als erster den Kilimanjaro, die Gipfelaufnahmen machten ihn weltberühmt. Er war auch ein begeisterter Alpinist und stürzte 1937 auf einer Klettertour an der Stangenwand in Österreich zu Tode. Mittelholzer flog in 40 verschiedenen Flugzeugen rund 9000mal und brachte rund 40 000 Fotos zurück. Diese liegen bei der Stiftung Luftbild Schweiz in Dübendorf, deren Archiv im Jahr 2013 von der ETH Zürich übernommen wurde.

EINZELPUBLIKATIONEN

«Die Walliser Bergriesen» (Schreibmappe), Goessler, Zürich 1923;
 «Im Flugzeug dem Nordpol entgegen. Junkers'sche Hilfsexpedition für Amundsen nach Spitzbergen», Orell Füssli, Zürich 1924;
 «Die Schweiz aus der Vogelschau», Rentsch, Erlenbach 1924;
 «Persienflug», Orell Füssli, Zürich 1926; «Afrika-Flug» (mit René Gouzy und Arnold Heim), Orell Füssli, Zürich 1927;
 «Alpenflug», Orell Füssli, Zürich 1928;
 «Ansichtskarten aus dem Hochgebirge der Schweiz», Wilhelm Pleyer, Zürich 1930;
 «Mittelmeerflug», Rascher, Zürich 1930;
 «Kilimandjaro-Flug», Orell Füssli, Zürich 1930;
 «Tschadseeflug», Schweizer Aero-Revue, Zürich 1932;
 «Fliegt mit der Swissair», Swissair, Kloten 1933;
 «Abessinien-Flug», Schweizer Aero-Revue, Zürich 1934;
 «Flying Adventures», Blackie & Son, London 1936; H. Koenig,
 «Rotarier Walter Mittelholzer, 1894-1937», Tschudy, St. Gallen 1937;
 «Fliegerabenteuer», Brockhaus, Leipzig 1938;
 «Die grossen Flugabenteuer», Orell Füssli, Zürich 1977;
 «Schweiz/Suisse 1917-1937. Flugaufnahmen von Walter Mittelholzer», Orell Füssli, Zürich 1988;
 «Deutschlandflug», Berlin Verlag, Berlin 1998,
 «Im Sog des Bodensees», Edition Isele, Eggingen 2009.

SAMMELPUBLIKATIONEN

«Der Kampf ums Matterhorn», Engelshorns, Stuttgart 1929;
 «Luftfahrer voran!», Franck'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1936;
 «Navigationskurs für Fluglehrer», o. V., Dübendorf 1937;
 «Flieger erobern die Berge», Nymphenburger, München 1956;
 «Aus der Pionierzeit des Zivilluftfahrt», Buchdruckerei, Wattwil 1972;
 «Photographie in der Schweiz von 1840 bis heute», Niggli, Teufen 1974; Hans Amann,
 «Ostschweizer Erfinder und Pioniere», Zollikofer, St. Gallen 1988;

«St. Galler Flugpioniere», Raiffeisenbank, St. Gallen 1990; Walter Borner, «Von Mittelholzer zu Baltensweiler», Swissair, Zürich 1992; «Photographie in der Schweiz von 1840 bis heute», Benteli, Bern 1992; «Luftbild Kanton Zürich», AS Verlag, Zürich 1996; Sylvia Bärtschi-Baumann, «Chronisten des Aufbruchs. Zur Bildkultur der St. Galler und Appenzeller Fotografen 1839-1950», Offizin, Zürich 1996; «Der Kanton Zug und seine Fotografen 1850-2000», Zürcher Druck und Verlag, Rotkreuz 2001; «Bilderstreit. Durchbruch der Moderne um 1930» (Kat.), Limmat, Zürich 2007; «Aufbruch in die Gegenwart. Die Schweiz in Fotografien 1840-1960», Limmat Verlag, Zürich 2009; Paul Hugger (Hg.), «Welten aus Fels und Eis. Alpine Fotografie in der Schweiz, Geschichte und Gegenwart», NZZ Libro, Zürich 2009; Hugo Ruoss, «100 Jahre Luftfahrt in der Schweiz», Eigenverlag, Kloten 2010.

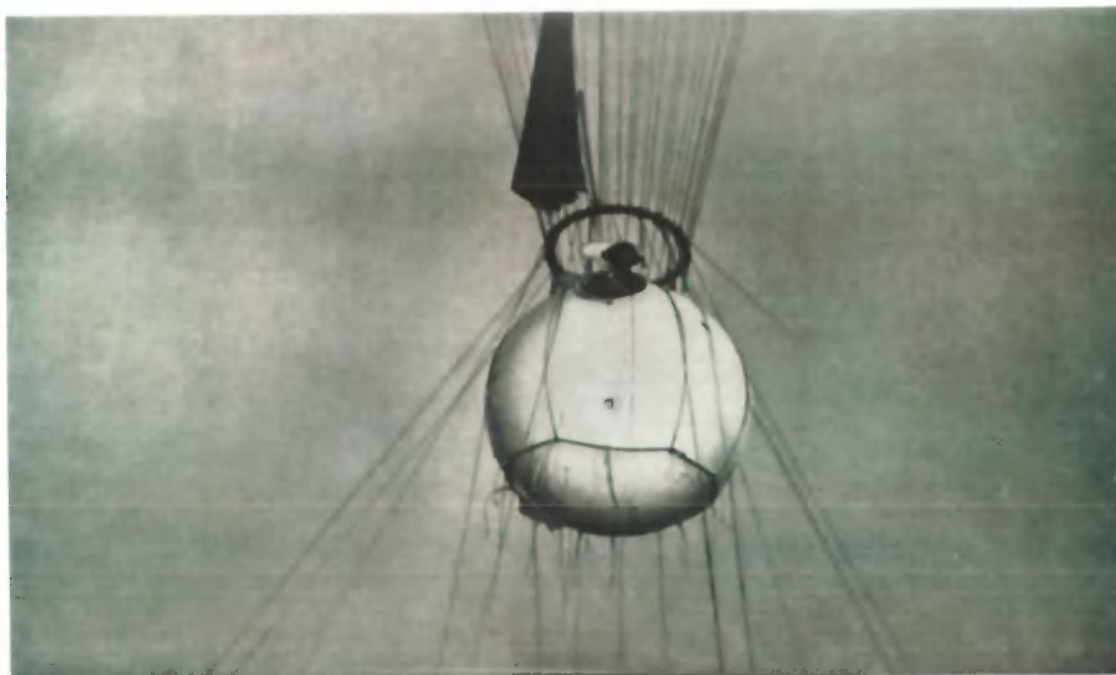
GRUPPENAUSSTELLUNGEN

Kunsthhaus/Schweizerische Stiftung für die Photographie, Zürich 1974 («Photographie in der Schweiz von 1840 bis heute», Wanderausstellung); Kunsthhaus, Zürich 2006/07 («In den Alpen»); Musée de l'Elysée, Lausanne 1986 («Les années difficiles, 1919-1939»); Historisches Museum, St. Gallen 1988 («Ostschweizer Erfinder und Pioniere»); Kunsthhaus, Zürich 2006 («In den Alpen»); Fotostiftung Schweiz, Winterthur 2007/08 («Bilderstreit. Durchbruch der Moderne um 1930»); Landesmuseum, Zürich 2009 («Aufbruch in die Gegenwart. Die Schweiz in Fotografien 1840-1960»).

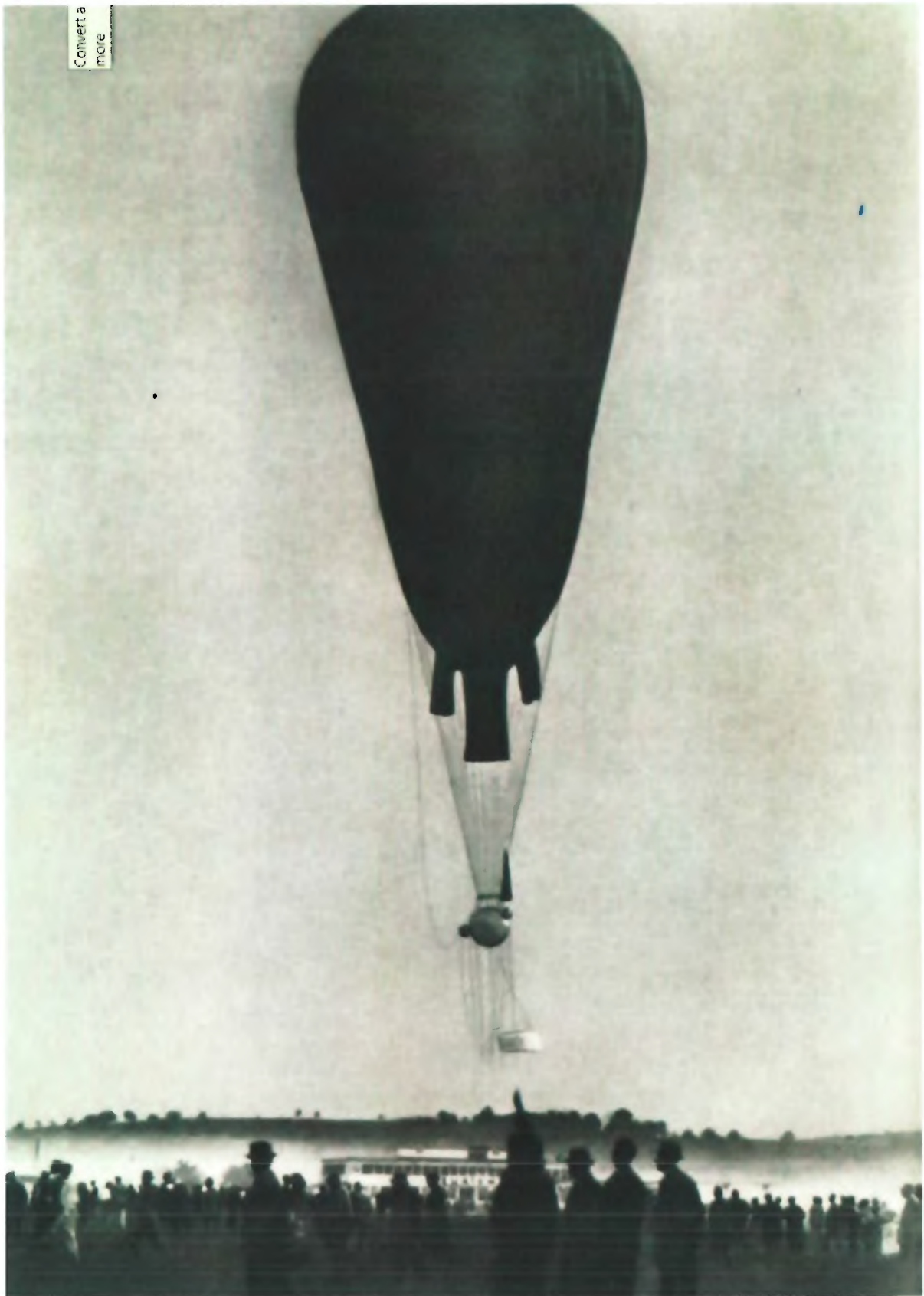
4. Weitere epochale Pionierleistungen welche ab dem Flugplatz Dübendorf erbracht wurden

Am 18. August 1932 stieg Auguste Piccard mit dem belgischen Physiker Max Cosyns (1906–1998) zum zweiten Mal mit einem Gasballon auf, diesmal in Dübendorf in der Schweiz.

Sie stiessen dabei an den Rand der Stratosphäre vor und stellten (geometrisch 16.940 Metern und barometrisch 16.201 Meter) einen neuen Weltrekord auf, welcher über Jahrzehnte bestehen blieb.



1932. 1932. In der frühen Morgenstunde des 18. August stieg Piccards Gondel leicht und lautlos gegen den fahl-blauen Himmel.



18. August 1932: Von Dübendorf aus startet Prof. Piccard zum zweiten Mal in die Stratosphäre. Diesmal endet der Flug mit einer Landung am Gardasee.

Der Höhenballon Piccard CH 113.

Von Dr. Andras, Konstrukteur des Ballons.

Der Ballon hat 14.000 m³ Inhalt bei 30 m Durchmesser. Er ist in der nebenstehenden Zeichnung dargestellt, und zwar komplett mit angehängter Kabine, die aber außerdem noch in etwas vergrößertem Maßstabe gesondert dargestellt ist. Die Füllung zum Start beträgt etwa ein Sechstel des gesamten Inhalts, und zwar ist das Füllgas Wasserstoff. Diese Füllung reicht aus, um das gesamte tote Gewicht zu tragen und außerdem auch noch mehrere 100 kg freien Auftrieb zu gewähren. Damit steigt der Ballon zwangsläufig bis zu seiner Prallhöhe, die sich auf ca. 14.000 m errechnet; nach Ballonabgabe in dieser Höhe kann er dann noch ca. 2000–3000 m weiter steigen. Der Ballast besteht aus Bleisard und befindet sich im Innern der Kugelgondel, aus der er mittels einer Schkassenvorrichtung beliebig abgegeben werden kann. Die Ausführung des Ballons entspricht im allgemeinen der eines normalen Freiballons. Die Hülle besteht aus einfachem, einseitig gummiertem, gelbem Ballonstoff. Sie besitzt am unteren Pol einen Stoffansatz von 2,5 m Durchmesser, der mit Hilfe eines besonderen Ringes in die Ballonhülle eingeklemmt wird und an seinem unteren Ende den Pöschelring aufnimmt. Zu beiden Seiten dieses großen Ansatzes sind noch zwei weitere Stoffstützen von 1,5 m Durchmesser angebracht, die bei der Fahrt offen bleiben. Durch den einen Stutzen wird die Ventilleine, durch den anderen die Reißleine geführt. Die Anordnung ist deswegen so getroffen, damit beide Leinen getrennt voneinander und vollständig klar liegen. Das Ventil ist ein normales Freiballon-Ventil mit Hubbegrenzung und am oberen Pol eingesetzt. Es kann von außen durch Ziehen an der Leine, aber auch vom Innern der Kugelgondel aus bedient werden. Es befindet sich im Innern eine Handkurbel, die mit einer außerhalb der Kugelgondel befindlichen Rillenscheibe über die Ventilleine läuft und mit ihr verbunden ist. Durch Drehen dieser Handkurbel dreht sich auch die Rillenscheibe und bewirkt damit das Aufwickeln der Ventilleine, wodurch das Ventil sich öffnet. Die Reißbahn hat Dreiecksform wie

beim normalen Freiballon. Sie besteht aus doppeltem Ballonstoff und ist am Ventilring zweifach gesichert. Der Ballon ist aus Gewichtsgründen netzlos. Zur Aufnahme der Kugelgondel ist an der unteren Kalotte des Ballons ein Paraboltragsgurt angeordnet, von dem 32 Auslaufseile ausgehen. Diese laufen an einem sogenannten Korbring, wo sie mittels Knebel mit den Korbringseilen verbunden werden. Diese Knebel sitzen so hoch, daß sie mit der Ventil- und Reißleine nicht in Berührung kommen können. Der Ring selbst ist ein normaler, kräftiger Freiballoning, an dem die aus starkem Aluminiumblech gebaute Kugelgondel hängt. Diese besitzt zwei große Mannlöcher, durch die die beiden Insassen ein- und aussteigen können. Beim Abstieg des Ballons werden diese Mannlöcher etwa in 4000–5000 m Höhe vom Innern aus geöffnet, um dann von hier aus den Ballon führen

zu können. Reißleine und Pöschelansatzseile liegen oberhalb der Kugel in greifbarer Nähe. Die Insassen können auch auf die obere Fläche der Kugelgondel gelangen, um bei der Landung von hier aus mit dem dort untergebrachten Sandballast zu manövrieren. In der Gondel befindet sich der größere Teil der Instrumente. Um von innen aus nach außen sehen zu können, sind über die Gondel sogenannte „Bullaugen“ verteilt. Das Schleppseil ist 100 m lang und am Stahling befestigt. Die Kugelgondel wiegt einschließlich Besatzung, Instrumenten und Ballast ca. 1300 kg, der Ballon ca. 800 kg.

Die Füllung und der Start des Ballons erfolgen nicht wie beim Freiballon mit Hilfe des Netzes und Umbängen von Sandsäcken, sondern auf folgende Weise:

Am oberen Drittel der Ballonhülle ist ein sogenannter Lochtaschengurt angebracht; an demselben befinden sich 32 endlos geknebelte Doppelseile, die in zwischen-geschaltete Gänsefüße eingreifen. Am Ende der Gänsefüße laufen diese Doppelseile durch Ringkassen und sind auf der Erde mit der gleichen Anzahl Erdanker verbunden. Diese bestehen aus sehr starken, federartig gewundenen Eisenstäben, die in die Erde tief eingeschraubt werden. Der erwähnte Lochtaschengurt ist für diesen Montagezweck des Ballons außerordentlich geeignet, weil die über der Lochtasche befindliche endlose Leine beliebige Richtungen annehmen kann; in jedem Falle geht die resultierende durch das Lochtaschenmittel, so daß eine ganz gleichmäßige Verteilung der Kräfte auf den Gurt gewährleistet ist. Es ist dies besonders wichtig: beim Start des Ballons werden die Befestigungsknoten am Erdanker gelöst und die Seile dann, wenn der Ballon an den Hochlufttönen von der Haltemannschaft gehalten wird, herausgezogen. Der Ballon bleibt somit fest in der Hand der Füllmannschaft und das Anheben der Kugelgondel und das Hochlassen ist gewährleistet. Die Füllung des Ballons erfolgt durch einen seitlich unter dem Äquator angeordneten Füllansatz von 30 cm Durchmesser, der nach der Füllung geschlossen wird. Um wäh-



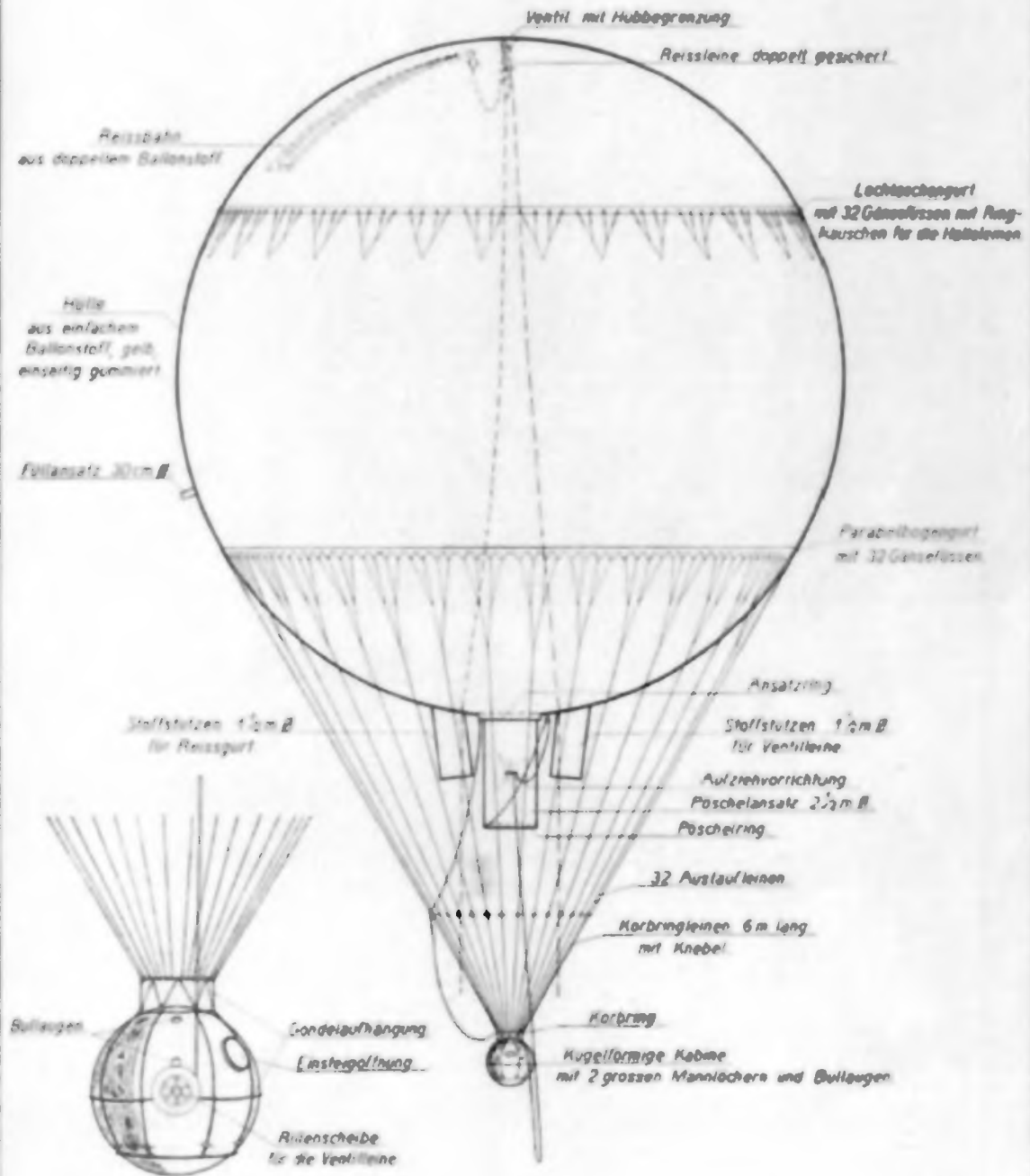
Die riesige Ballonhülle.

rend des Aufstieges das Eindringen von Luft zu verhindern und um damit eine Verschlechterung des Gases zu vermeiden, bleibt der oben erwähnte 2,5 m große Pöschelansatz geschlossen. Er wird erst geöffnet beim Abstieg des Ballons in einer Höhe von 4000–5000 m, wodurch dann die Luft in den fallenden Ballon eindringt und den Füll in der bekannten Weise brennt. Die Fallgeschwindigkeit des Ballons ist nicht allzu groß wegen der bedeutenden Fläche, die der Ballon auch dann noch hat, wenn er schon ziemlich weit gefallen ist und nur noch in seinem oberen Teil gefüllt ist. Der Flächendurchmesser beträgt in diesem Falle immer noch ca. 26 m. Die Kugelgondel hat 2,10 m Durchmesser und enthält neben den bereits erwähnten Instrumenten noch Sauerstoffflaschen und Vorrichtungen, die die verbrauchte Luft in der luftdicht abgeschlossenen Kugel-

Hohenballon von Professor Piccard.

14 000 cbm Inhalt 30 m Ø

Ganze Höhe 46 m





Zu nebenstehenden Bild:

Der Stratosphärenballon.

1. Ventil
2. Reißleine
3. Reißbahn
4. Lochlaschengurt
5. Ballonhülle, einseitig gummiert
6. Parabelbogengurt
7. Füllansatz
8. Ansatzring
9. Stoffstützen für Reißgurt
10. Stoffstützen für Ventilleine
11. „Puschelansatz“ mit Aufziehvorrichtung
12. 32 Auslaufleinen
13. Korbhängeleinen
14. Korbhänge
15. Aluminium-Kugelgondel

Anmerkung der Redaktion:

Da Prof. Piccard bei seinem Start 2500 m³ Wasserstoffgas eingefüllt hatte, ergibt sich folgende Berechnung:

Die Steigkraft des Ballons war:

$$2500 \times 1,18 = 2968$$

Gewicht des Ballons mit Kabine,

Benutzung und Ballast 2150

Steigkraft des Ballons kg 918

Die Normalhöhe mit den angegebenen Gewichten wäre nach obigen Voraussetzungen 17180 Meter gewesen.

Die Gondel.

Um wissenschaftliche Forschungen in beträchtlicher Höhe anzustellen, wurde untenstehende kugelförmige, hermetisch abgeschlossene Aluminiumgondel konstruiert. Sie bietet Raum für 2 Mann Besatzung und enthält ferner alle Meßinstrumente und Apparate, die für den Stratosphärenflug erforderlich sind.

gondel ständig regenerieren. Zu erwähnen ist noch, daß die Kugelgondel zur Hälfte schwarz gefärbt ist, während die andere Hälfte blank ist; dies aus dem einen Grunde, weil Schwarz die Sonnenstrahlung absorbiert und somit das Innere der Kugelgondel erwärmt wird, während der blanke Teil die Strahlung reflektiert. Um abwechselnd diese beiden Flächen der Strahlung auszusetzen, ist ein Motor mit Propeller am Ballon aufgehängt, der von der Kabine aus bedient werden kann und der eine entsprechende Drehung des Ballons verursacht oder erwirkt. Es wird also dadurch eine Temperaturregelung im Innern der Kabine ermöglicht.

Nachfolgend noch eine kurze Andeutung über die Berechnung des Höhenballons:

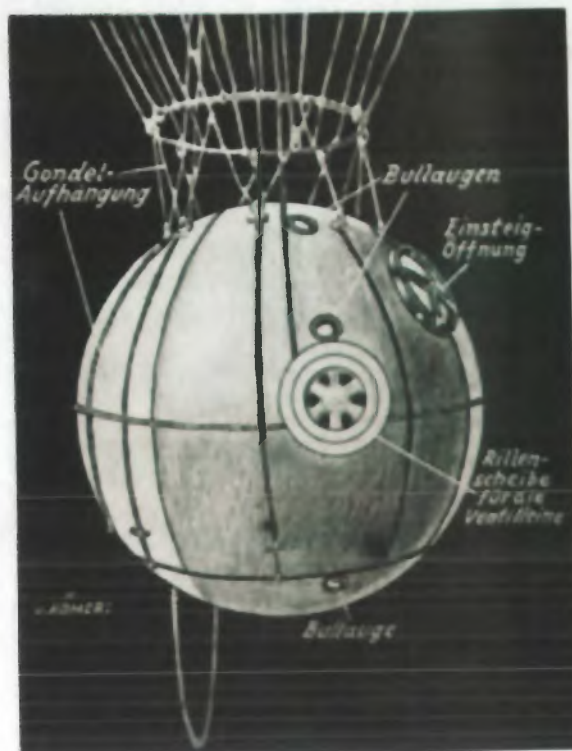
Volumen des prallen Ballons = 14.000 m³.

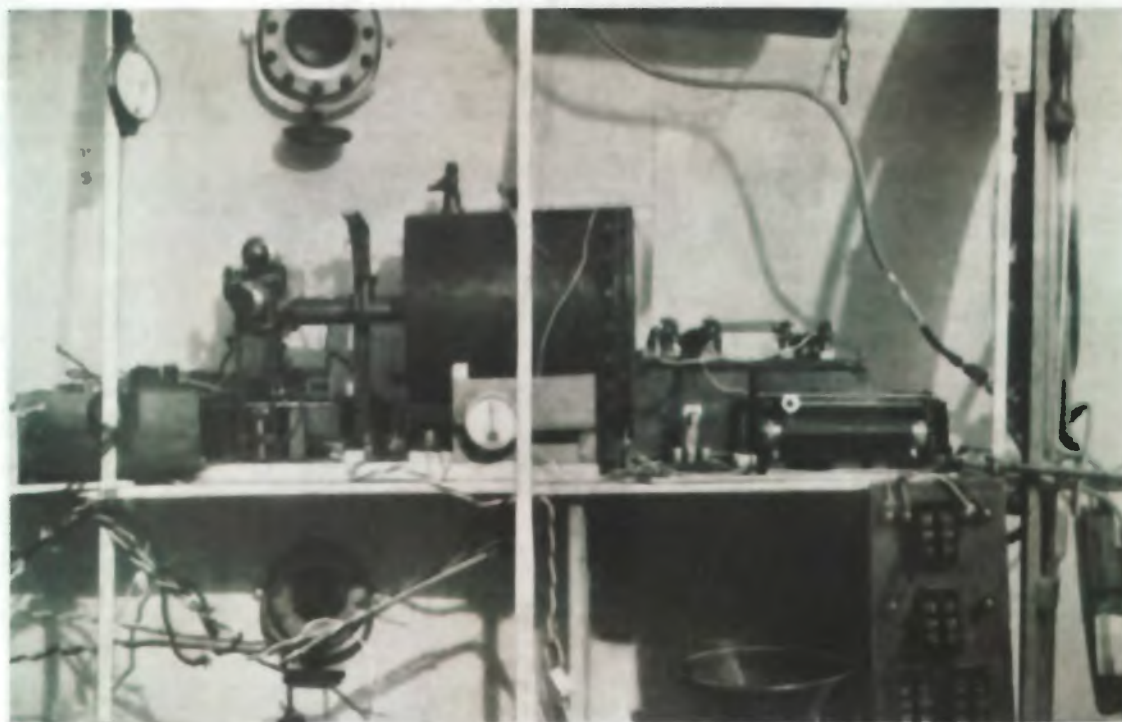
Gewicht von Hülle und Kabine mit Besatzung und Ballast = 2150 kg; Tragkraft des zur Verwendung gekommenen Wasserstoffes bei 0 Grad = 1,18 kg pro m³. Daraus ergibt sich die Tragkraft des mit 2200 m³ gefüllten Ballons am Boden zu $2200 \times 1,18 = 2596$ kg.

Die Steigkraft des Ballons errechnet sich dann zu $2596 - 2150 = 446$ kg.

Die Normalhöhe des Ballons, d. i. die größte Höhe, die der Ballon mit den angegebenen Gewichten erreichen konnte, vorausgesetzt, daß Gas- und Lufttemperatur = 0 Grad beträgt, errechnet sich nach der Höhenzahl von Emden zu $n = \frac{V T_0}{G} = 14.000 \times \frac{1,18}{2150} = 7,68$.

Diese Höhenzahl $n = 7,68$ entspricht nach der Tabelle der Höhenzahlen von Emden einer Normalhöhe von 16.290 m.





Testanricht aus dem Inneren des Gondellaboratoriums.

In der Mitte: Elektrische Einrichtung für die Gesamtionisation von Kohlesäure unter 6 Atmosphären Druck. Links: Elektrometer, rechts: Schalttafel, elektrische Widerstände und Quecksilberthermometer. Links oben und unten: zwei Ballungen.



Im Millionen: Prof. Piccard in der Gondel.

Links: Der historische Start am 27. Mai 1931 um 03.56 Uhr.

Photo: Deutsche Press-Photo-Zentrale und Schindler-Ausbezug.

5. Schutzgut

Der Kanton Zürich verfügt mit dem 1910 zivil gegründeten Flugplatz Dübendorf über eine Perlenkette von historisch bedeutsamen Bauten und aussergewöhnlich universellen Werten der Luftfahrt welche sich halbreisförmig um das Areal des aus der Gründerzeit erhaltenen Flugplatzgeländes erstrecken, ISOS.

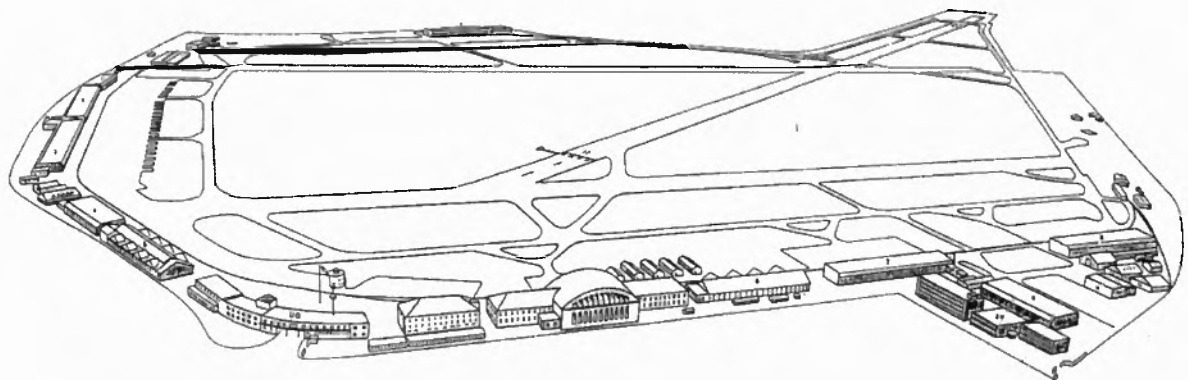
Die Halle 6 wurde 1916 erbaut, das Zwischengebäude 1917, die Halle 5 1918, die Halle 1 1922, das Werkstattgebäude 1922/23 als Spannbetonkonstruktion, die Hallen 2, 3, 4 und 7 1925, das Aufnahmegebäude, Halle 10, 11, 12 1932, das Unterrichtsgebäude 1939/1940 und das Flieger-Flab Museum 1988.

Somit bietet sich das Ensemble dieser historischen Gebäude geradezu an, ergänzend zum militärischen Flieger-Flab Museum, als Museums- Panorama der Zürcher und Schweizer Zivilluftfahrt aufzuwerten, mit einem SWISSAIR- Museum, sowie Hallen mit den Werken von Alfred Comte, Walter Mittelholzer etc. sowie der Würdigung von dessen vielseitigen Schaffens durch Rückführung des Mittelholzerdenkmales.

H3 H2 H1

Empfangsgebäude

H12 H11 H10 (ehemalige Hallen für Grossflugzeuge)



H4 H5

Unterrichtsgebäude

Werkstattgebäude

H6

H7

H8

H9

Die Anlage der historischen Bauten aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts stellt mit deren halbkreisförmig um das damalige grasbedeckte Start- und Landefeld mit ovalem Grundriss Anordnung eine einzigartige pionierhafte harmonisch- funktionale Einheit mit zivil- und militärischer Nutzung dar. Diese Anordnung ermöglichte mit den damaligen seitenwindempfindlichen Heckradflugzeugen eine günstige Start- und Landerichtung jeweils gegen den Wind einzunehmen. Eine das ovale Start- und Landefeld umfassende und weitgehend befestigte Rollzone ermöglichte eine logische Funktionalität für den Zugang zu den verschiedenen Hallen und Gebäuden und für die Abfertigung der Flugzeuge. Dieses Konzept wurde auch im 1926 eröffneten und 2008 stillgelegten Flughafen Berlin Tempelhof erfolgreich angewandt.

Materielle Schutzgüter:

- Ensemble der historischen ziv./mil. Flugplatzanlage & deren Bauten als epochales Gesamtwerk
- Höchstwahrscheinlich global ältester zivil gegründete erhaltene ehemalige Verkehrsflugplatz
- Dübendorf kann als Vorreiter der Europäischen Flugplatzbauwerke dargestellt werden, **ISOS**
- Im Gegensatz zu anderen Flugplätzen als historische Substanz noch fast vollständig erhalten.
- Die Anlage des Flugplatzes Dübendorf verkörpert die grossen Herausforderungen des 20. Jh.
- Die Hervorragende Einbettung in die Landschaft des oberen Glatttals und des Kantons Zürich
- Die historischen Hangars (auch Hallen genannt) sowie das Fliegermuseum Dübendorf

Immaterielle Schutzgüter:

- Höhenweltrekord Auguste Piccard als historische Höchstleistung der damaligen Wissenschaft
- Die Schweiz und deren Pioniere als wegweisender Staat der Europäischen Luftfahrtentwicklung
- Über mehr als 100 Jahre gewachsener und betriebener zivil/militärischer Flugplatz inkl. UeG
- Die Werke Walter Mittelholzers als Filmer, Photograph, Autor und aviatischer Expeditionsponier
- Kompakter Mix einer über 100 Jahre historisch gewachsener zivil- und militärischer Nutzung
- Die Luftfahrt verkörpert ein neues Phänomen in der Geschichte der menschlichen Mobilität
- Das vorgeschlagene Gut verkörpert den Geist der internationalen aviatischen Verbindungen

Kommission für die Vermittlung
Schweizerischer Bildung im Ausland (KVSBA)
Aldo Magno, Präsident
c/o Dienststelle Gymnasialbildung des Kantons Luzern
Bahnhofstrasse 18
6002 Luzern

Eidgen. Departement des Inneren EDI
Bundesamt für Kultur (BAK)
Herr Daniel Zimmermann
Leiter Direktionsgeschäfte und Recht BAK
Hallwilstrasse 15
3003 Bern

Luzern, 20. September 2019

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren '21 – '24 (Kulturbotschaft)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit Stellung zu nehmen zu den Belangen des
Schweizerschulwesens im Ausland (Kapitel 2.6.3 und 4.1.7), die Teil der aufgelegten
Kulturbotschaft sind.

Rekrutierung von Schweizer Lehrpersonen:

- Wir begrüssen es, dass der Bund Vorkehrungen prüft, um die Anstellungssituation von Schweizer Lehrkräften an den Schweizerschulen zu verbessern. Damit kann der Bund einen Beitrag leisten, angemessene Anstellungsbedingungen zugunsten der Schweizerschulen im Ausland zu bieten und erhöht so für die rekrutierten Lehrpersonen die Rechtssicherheit hinsichtlich der Sozialversicherungen, der Steuern und dem Arbeitsrecht.
- Ob die Agentur *Movetia* durch Umwandlung ihrer Rechtsform in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit dieser Aufgabe betraut werden kann, werden wohl die weiteren Abklärungen zeigen. Gerne möchten wir in diesem Zusammenhang auf die Dringlichkeit des Geschäfts hinweisen, zumal eine Verzögerung der Arbeiten dazu führen könnte, dass die Schulen ihre labilen Anstellungsverhältnisse mit den damit verbundenen Risiken noch länger weiterführen müssten.

Neugründung von Schweizer Schulen:

- Der Bund sprach im Dezember 2017 provisorisch eine befristete Anerkennung für die *Swiss School of Beijing* für die ersten drei Betriebsjahre aus. Es ist folgerichtig, dass nun die definitive Anerkennung der 18. Schweizerschule erfolgt, was zu einer Erhöhung des Kreditrahmens führt.

Zusammenarbeit mit gewinnorientierten Schulen im Ausland:

- Das BAK beabsichtigt in der kommenden Legislaturperiode ein Modell auszuarbeiten, wie künftig auch kommerzielle Bildungsanbieter mit einem klaren Schweizbezug in

das Netz der Schweizerschulen aufgenommen werden können ohne dass Subventionen fliessen. Derzeit spricht nichts dagegen, diese Konzeptarbeiten voranzutreiben. Gleich wohl möchten wir bereits heute auf ein mögliches Problem hinweisen: Wenn weitere Bildungsanbieter mit dem Label *Swissness* in den internationalen Bildungsmarkt drängen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die derzeitigen Schweizerschulen Marktanteile verlieren. Heute schon gibt es Regionen, in denen die Schweizerschulen sich in einem Verdrängungswettbewerb mit internationalen Schulen befinden. Entsprechend soll das Konzept dergestalt sein, dass keine künftigen Folgeprobleme eingehandelt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Kommission für die Vermittlung Schweizerischer Bildung im Ausland
KVSBA

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'A. Magno', written in a cursive style.

Aldo Magno
Präsident



Arbeitskreis Denkmalpflege
Groupe de travail protection du patrimoine
Gruppo di lavoro protezione del patrimonio

Arbeitskreis Denkmalpflege AKD
Christian Coradi, Co-Präsident
Amt für Denkmalpflege Thurgau
Ringstrasse 16
8510 Frauenfeld

christian.coradi@tg.ch
+41 58 345 67 07

Eidg. Departement des Innern EDI
Herrn Bundesrat
Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Zürich, 22. September 2019

Vernehmlassung zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019

Eingereicht per Mail an: stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) vom 29. Mai 2019 äussern zu können und stellen Ihnen hiermit unsere Stellungnahme zu.

Der Arbeitskreis Denkmalpflege AKD ist die Vereinigung der Angestellten an öffentlichen Fachstellen der Schweiz in den Bereichen Denkmalpflege und Kulturgütererhaltung. Die Organisation vertritt fachliche Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Institutionen in der Öffentlichkeit und in den Medien. Der 1990 gegründete AKD ist ein Verein mit rund 330 registrierten Mitgliedern.

In Entsprechung zur thematischen Ausrichtung des AKD beschränkt sich die Stellungnahme auf die denkmalpflegerischen Aspekte. Nach der Beantwortung der gestellten Fragen äussern wir uns zum Konzept „Baukultur“ und zu einem weiteren Aspekt.

Beantwortung der Fragen zur Vernehmlassungsvorlage

1. Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020

Als gelungene Umsetzungen beurteilen wir von den in der Kulturbotschaft 2016–2020 vorgesehenen Vorhaben die Integration des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) in das Bundesamt für Kultur.

Besonders hervorzuheben sind zudem weitere in der Kulturbotschaft nicht vorgesehene, jedoch umgesetzte Vorhaben, wie die Teilnahme am Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018 und die Durchführung einer Vielzahl von Aktionen, u.a.

- die Organisation einer informellen Kulturministerkonferenz zum Thema Baukultur im Januar 2018 im Vorfeld des WEF und die Verabschiedung der Davos Declaration;
- die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention 2005).

Wir bedauern hingegen, dass wegen der durch das Parlament beschlossenen Teuerungskorrekturen sowie des Stabilisierungsprogramms 2017–2019 die tatsächlichen Voranschlagskredite tiefer lagen als ursprünglich in der Kulturbotschaft 2016–2020 vom Parlament festgelegt und auf die Umsetzung verschiedener Vorhaben verzichtet werden musste. Namentlich wurde darauf verzichtet, Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der Baukultur zu ergreifen.

Im Weiteren konnte erstmals in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik eine nationale Statistik zu Denkmalpflege und Archäologie erstellt werden. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass diese Statistik keine Antwort zum Finanzmittelbedarf der Denkmalpflege liefert – wie von der ständerätlichen WBK 2015 gefordert.¹

2. Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Der AKD nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die kulturpolitische Stossrichtung der Kulturbotschaft 2021–2024 auf inhaltlicher Kontinuität basiert. Wir stimmen der weitgehenden inhaltlichen Kontinuität mit einer punktuellen Weiterentwicklung bisheriger Massnahmen zu. Demzufolge begrüssen wir es, dass die in der Förderperiode 2016–2020 beschlossenen Massnahmen fortgesetzt werden sollen.

3. Weiterentwicklung von Massnahmen

Wir begrüssen die Massnahmen zur Vermittlung sowie zur Kompetenzförderung im Bereich Baukultur.

4. Filmgesetz

Betrifft das Tätigkeitsgebiet des AKD nicht.

5. Gesetzesanpassungen

Die Verankerung des immateriellen Kulturerbes im Art. 1 des Kulturförderungsgesetzes betrachten wir angesichts seiner hohen Bedeutung als richtig.

¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

6. Finanzmittel zur Umsetzung der Kulturbotschaft 2021-2024

Wir werten es als positives Signal, dass der Vernehmlassungsentwurf im Vergleich zum Finanzplan 2020 den Teuerungsausgleich sowie Mehrausgaben von insgesamt 35,4 Mio. Franken für die Finanzperiode 2021-2024 vorsieht und sind erfreut über die Wertschätzung, die der Bundesrat damit gegenüber der Kultur und dem Kulturerbe zum Ausdruck bringt.

Zu den Prioritätensetzungen in den einzelnen Bereichen haben wir folgende Bemerkungen und Anträge:

1. Antrag zum Rahmenkredit «Baukultur» (4.1.5): Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen

Die rückläufigen Finanzhilfen zur Erhaltung schützenswerter Objekte (Denkmalpflege) und zur Durchführung archäologischer Massnahmen stehen im Widerspruch zum selbstdeklarierten ganzheitlichen Verständnis von Baukultur (2.5).²

Aus den nachfolgend dargelegten Gründen ist für denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen innerhalb des Förderbereichs «Baukultur» über die vier Jahre insgesamt zumindest ein Kredit von 100 Mio. Franken einzustellen; dies in Entsprechung zum vorgesehenen realen Wachstum von jährlich 1,9% und zur angenommenen Teuerung von 1% (siehe Rubrik 4.5, S. 55).³ Im Durchschnitt stünden dann für die Erhaltung schützenswerter Objekte und archäologische Massnahmen pro Jahr 25 Mio. Franken zur Verfügung. Diese Summe entspricht den Leistungen des Bundes im Jahr 2018 an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen.⁴

Verbundaufgabe Archäologie und Denkmalpflege

Der Bereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» ist seit der NFA 2008 zwischen Bund und Kantonen als Verbundaufgabe geregelt. Die finanzielle Verantwortung wird in diesem Bereich von den Kantonen im Verbund mit dem Bund getragen. Diese Bundesbeiträge werden seither im Rahmen von Programmvereinbarungen mit den Kantonen und mittels Einzelverfügungen gesprochen. Im Bericht vom 28. September 2018 über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen stellt der Bundesrat fest, dass «durch die subsidiäre Beteiligung des Bundes (...) die Effektivität der Finanzhilfen im Bereich des kulturellen Erbes erhöht» werde. Dies wirke der in der Kulturbotschaft 2016–2020 beklagten «Tradierungskrise» entgegen. Die Teilentflechtung zwischen Bund und Kantonen habe sich bewährt.⁵

² Entwurf Kulturbotschaft 2021-2024, S. 35-38.

³ Diese Berechnung fusst auf den beschlossenen Mitteln für archäologische und denkmalpflegerische Massnahmen des Parlaments in der Höhe von CHF 23,3 Mio. für das Jahr 2020, siehe: Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016-2020 (Kulturbotschaft), BBl 2015 497, S. 613.

⁴ Jahresbericht Bundesamt für Kultur 2018, S. 54-55.: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/das-bak/jahresberichte/jahresbericht-2018--bundesamt-fuer-kultur.html>

⁵ Bericht vom 28. September 2018 über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, S. 19-21: <https://kdk.ch/uploads/media/Ber-4313-6-Aufgabenteilung-Bund-Kantone-20180928.pdf>. - Siehe dazu die Empfehlungen, Aussagen zu Finanzierung und Finanzmittelbedarf im Evaluationsbericht von Schwenkel, Christof et al. Untersuchung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege. Bericht zuhanden des BAK. Luzern 2018.

Die öffentlichen Ausgaben für den Bereich «Denkmalpflege und Archäologie» betragen 265,7 Mio. Franken bzw. 8,7% der gesamten öffentlichen Kulturförderung (Bund, Kantone und Gemeinden, 2016). Auf der Ebene der Kantone sind es sogar 17,7% der Kulturausgaben, die diesem Bereich zukommen, das sind nominal 47 Mio. Franken.⁶ Der Bund leistete 2016 (im Datenerhebungsjahr der Denkmalstatistik) im Rahmen von Programmvereinbarungen und Einzelverfügungen 25,5 Mio. Franken an denkmalpflegerische und archäologische Massnahmen.⁷

Zwischen 1995 und 2002 wurde das Budget des Bereichs «Heimatschutz und Denkmalpflege» von 48 auf 36 Mio. Franken gekürzt und 2003 erneut um 12 Mio. Franken zu Gunsten des Films.⁸

Diese Einsparungen würden durch die ab 2008 mit der Einführung der NFA geleisteten ungebundenen Ausgleichszahlungen des Bundes an die Kantone wettgemacht, jedoch hätten die Kantone diese Mittel nicht für den Bereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» eingesetzt, argumentierte SR Eder anlässlich der Eintretensdebatte zur Kulturbotschaft 2016–20 vom 12.3.2015.⁹

Es liegt jedoch in der Natur der **ungebundenen** Ausgleichszahlungen, dass sie nicht in einem bestimmten Budgetposten auftauchen.

Gesetzliche Grundlagen und ausgewiesener Finanzmittelbedarf

Seit 2009 wird der spezialgesetzlich geregelte Kulturbereich «Heimatschutz und Denkmalpflege» über das Kulturförderungsgesetz geregelt und in den Kulturbotschaften jeweils ein Rahmenkredit für diesen Bereich gestützt auf Art. 16a NHG festgesetzt.

Zur Vorbereitung der ersten Kulturbotschaft setzte 2009 der damalige Direktor des Bundesamtes für Kultur eine «Groupe de réflexion» ein, um Fragen rund um die Programmvereinbarungen mit den Kantonen und zum Finanzmittelbedarf zu klären.¹⁰ Zum damals ermittelten Finanzbedarf wurde in den Kulturbotschaften 2012–2015 und 2016–2020 wie auch im jetzigen Entwurf (Kapitel 2.5 Baukultur) ausgeführt, dass «der Bedarf an Bundesmitteln bei über 100 Mio. Franken läge, um massgebliche Verluste zu verhindern». Auch wenn die 2018 erschienene Denkmalstatistik dazu keine detaillierten, aktuellen Zahlen liefert,¹¹ dürften die damals von ausgewiesenen Fachpersonen errechneten Grössenordnungen immer noch zutreffen. Dies umso mehr, als die aktuelle Zinspolitik und die damit verbundenen erhöhten Aktivitäten im Bausektor,

⁶ Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018. S. 4: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.6949761.html>

⁷ Jahresbericht Bundesamt für Kultur 2016, S. 49–51: <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/das-bak/jahresberichte/jahresbericht-2016--bundesamt-fuer-kultur.html>

⁸ Siehe dazu die Debatte der Sommersession vom 16.6.2003 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=28347>

⁹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

¹⁰ Die auf Einladung des BAK-Direktors Jean-Frédéric Jauslin einberufene «Groupe de réflexion», ein beratendes Gremium des BAK, setzte sich zusammen aus Daniel Zimmermann (Chef Rechtsdienst BAK), Johann Mürner (Sektionschef Heimatschutz und Denkmalpflege BAK), Georg Carlen (KSD), Stefan Hochuli (KSKA), Uta Hassler (ETHZ), Bernard Wicht (Sekretär EDK), Philippe Biéler (Präsident Schweizer Heimatschutz) und Philipp Maurer (Büro Bausatz, mit Studie beauftragtes Büro).

¹¹ SR Eder beklagte die missliche Datenlage anlässlich der Sitzung SR 12.3.2015: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=30568#votum5>

die Umsetzung von RPG 1 (Stichwort: Siedlungsentwicklung nach innen) und der Energiestrategie 2050 zu einer Zunahme von im Baubewilligungsprozess verlangten denkmalpflegerischen und archäologischen Massnahmen führen.

Intaktes Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen und ist beliebt

Das intakte Natur- und Kulturerbe erbringt wertvolle Leistungen für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt. Namentlich sind Weiler, Dörfer, Städte und Landschaften eine bedeutende Quelle für die regionale und lokale Identität, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Lebensqualität bei und sind ein wesentlicher Standortfaktor für den Tourismus. So lautet das Fazit des Berichts «Schweizer Ortsbilder erhalten», den der Bundesrat in Erfüllung eines Postulats von Nationalrat Kurt Fluri am 17. Januar 2018 verabschiedet hat.¹² Der Bericht untersucht die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Leistungen des natürlichen und kulturellen Erbes und belegt dessen Relevanz für Aspekte, wie Aufenthaltsqualität, soziale Kohäsion, Standortattraktivität, Wertsteigerungs- und Umsatzpotentiale für die einzelnen Anspruchsgruppen.¹³

Die Tourismusstrategie des Bundes (15. November 2017) nennt unter den vier Hauptzielsetzungen, dass die Rahmenbedingungen für den Tourismus zu verbessern sind, wozu auch die landschaftlichen und baukulturellen Qualitäten gehören. Denn die hohe Dichte an Attraktionen sei eine Stärke und bilde das Fundament des Schweizer Tourismus. Zu diesen Attraktionen zählen insbesondere die attraktiven Landschaften sowie die historischen Stätten.¹⁴

Im Bericht «Cultural Heritage counts for Europe» wurden diese Leistungen – basierend auf vielen Einzelstudien – für Europa nachgewiesen.¹⁵ Im Sinne der Strategie für nachhaltige Entwicklung des Bundes 2016-2019 und der UNO-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung gilt es die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und umweltrelevanten Leistungen des Natur- und Kulturerbes zu erhalten.¹⁶

Baudenkmäler und archäologische Stätten sind bei der Bevölkerung beliebt, wie dies jüngst auch von der Denkmalstatistik 2018 bestätigt wurde.¹⁷ Auch lässt sich das festgestellte Interesse als deutliches Zeichen für die Bedeutung dieses Bereichs in Bezug auf die definierten Handlungsachsen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Kulturelle Teilhabe» lesen.

¹² Schweizerischer Bundesrat: Schweizer Ortsbilder erhalten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4028 Fluri vom 15. Dezember 2016. Bern 2018.

¹³ Schweizerischer Bundesrat: Schweizer Ortsbilder erhalten. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4028 Fluri vom 15. Dezember 2016. Bern 2018, S. 14, 17 und 19.

¹⁴ Schweizerischer Bundesrat: Tourismusstrategie des Bundes. Bern 2017, S. 3, 13.

¹⁵ CHCFE Consortium: Culture Heritage Counts for Europe. Brussels, Krakow 2015.

¹⁶ Schweizerischer Bundesrat: Strategie zur nachhaltigen Entwicklung 2016-2019. Bern 2016. www.eda.admin.ch/post2015/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html (abgerufen am 29. April 2018).

¹⁷ Denkmäler in der Schweiz: erste Ergebnisse. Denkmalstatistik 2016 und Statistik des Kulturverhaltens. Neuenburg 2018., S. 28-29.

2. Antrag für die UNESCO Weltkulturerbestätten

Für das UNESCO-Welterbe ist in der Kulturbotschaft ein zusätzlicher Förderbereich mit einem angemessenen Kredit einzurichten. Obwohl der Bund im Bereich des UNESCO-Welterbes eine massgebliche Rolle spielt, ist das UNESCO-Welterbe unter den Massnahmen in der Kulturbotschaft nicht speziell erwähnt. Laut dem Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt erkennt jeder Vertragsstaat an, «dass es in erster Linie seine Aufgabe ist, Identifizierung, Schutz, Erhaltung und Erschliessung des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen (...) Kultur- und Naturgutes (...) sicherzustellen. Er wird hierfür alles in seinen Kräften Stehende tun, unter vollem Einsatz seiner eigenen Hilfsmittel.» Die Kulturerbestätten erhalten im Gegensatz zu den Naturerbestätten bisher keine finanzielle Unterstützung des Bundes.

3. Antrag zur Umsetzung des Aktionsplans Strategie Baukultur

Der ambitionierte Aktionsplan mit den 41 Massnahmen soll gemäss den entsprechenden Aussagen im Rahmen der bestehenden Ressourcen umgesetzt werden, ein Mehrbedarf beim Bundesamt für Kultur soll über den Rahmenkredit «Baukultur» finanziert werden.¹⁸ Der AKD ist der Auffassung, dass der Finanzrahmen den hohen Ambitionen entsprechend angepasst werden muss. Damit soll auch ausgeschlossen werden, dass sich die Etablierung dieses wichtigen neuen Politikbereichs zu Ungunsten des Bereichs der Denkmalpflege und des baulichen Erbes auswirkt.

Stellungnahme zu weiteren Themen

1. Baukultur (vgl. Punkt 2.5 der Kulturbotschaft)

Neu wird die bisherige Bezeichnung «Heimatschutz und Denkmalpflege» unter dem prägnanten Begriff «Baukultur» zusammengefasst, wie dies bereits durch die Kulturbotschaft 2016–2020 vorbereitet war.

Inhaltlich durchaus nachvollziehbar wurde diese begriffliche Erweiterung damit begründet, dass die Verdichtung und die energetischen Sanierungen in den Siedlungsgebieten den Druck auf historische Bauten und Anlagen erhöhten und eine Herausforderung für die Baukultur darstellten.

In Erfüllung des Postulats 12.3658 der WBK-N («Zeitgenössische Baukultur in der Kulturbotschaft 2016–2019») wurde geprüft, ob die zeitgenössische Baukultur im Rahmen des Bereichs Heimatschutz und Denkmalpflege gefördert werden kann und demzufolge die Massnahmen definiert, eine interdepartementale Strategie Baukultur zu entwickeln.

Dieser Entwurf zur interdepartementalen Strategie zur Förderung der Baukultur liegt nun zeitgleich mit dem Entwurf der Kulturbotschaft 2021–2024 zur informellen Anhörung vor. Im Rahmen dieses Verfahrens hat der AKD gesondert dazu Stellung genommen. Die Kernaussagen wie auch der Bedarf an finanziellen Mitteln sind im vorliegenden Entwurf integriert.

¹⁸ Strategie Baukultur, S. 46. - Entwurf Kulturbotschaft 2021–2024, S. 51.

Der AKD begrüsst die vorliegende Strategie Baukultur und insbesondere das ihr zu Grunde liegende ganzheitliche Verständnis von Baukultur, das sowohl das baukulturelle Erbe wie auch das zeitgenössische baukulturelle Schaffen umfasst.

Damit die Strategie mit ihrer Vision, den strategischen Zielen und insbesondere dem Konzept Baukultur («Der Umgang mit dem historischen Bestand und das zeitgenössische Schaffen bilden eine Einheit.») konsequent und glaubwürdig umgesetzt werden kann, braucht es zwingend eine Ergänzung des vorgeschlagenen Aktionsplans oder ein zweites separates Dokument, um auch den Bereich der Denkmalpflege – wie im übrigen auch der Archäologie und der Ortsbildpflege – miteinzubeziehen.

Die vorgeschlagene neue Bezeichnung für die Sektion beinhaltet offensichtlich auch eine Akzentverschiebung der Tätigkeiten der Sektion, die aus dem Aufbau eines neuen Politikbereichs gemäss der Strategie Baukultur folgt.

Angesichts des Fehlens eines vergleichbaren Aktionsplans sind die Auswirkungen dieser Akzentverschiebung auf den Bereich der Denkmalpflege nicht abzuschätzen. Solange ein solcher Aktionsplan oder eine Ergänzung der Strategie Baukultur fehlt, ist unseres Erachtens ein Namenswechsel der Sektion abzulehnen, da die Denkmalpflege als Fachgebiet nicht vollständig im Konzept «Baukultur» aufgeht und somit die Gefahr einer Marginalisierung des Fachgebiets innerhalb der Sektion nicht auszuschliessen ist. Aus der Sicht des AKD wäre es eine überzeugende Entscheidung, den Doppelcharakter der Sektion mit einem Namen wie «Denkmalpflege und Baukultur» auszudrücken.

2. Kulturgüterschutz

Die im Rahmen des Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket 2014 (KAP 2014) gestrichenen Mittel für Beiträge an Sicherstellungsdokumentationen des Kulturgüterschutzes sollten wieder zu Verfügung gestellt werden.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) unterstützte von den 1970er Jahren bis 2015 die Ausarbeitung solcher Dokumentationen mit einer Kostenbeteiligung von 20%. Neben grossen, prestigeträchtigen Projekten waren es vorab kleinere Projekte, die auf diese Weise unterstützt wurden. Der Verlust dieser Bundesbeiträge traf unmittelbar Museen, Archive, Bibliotheken, Archäologische Dienste und Denkmalpfleger hart.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Kenntnisnahme, die Sie unserer Stellungnahme entgegenbringen.

Freundliche Grüsse



Christian Coradi
Co-Präsident AKD



Saskia Roth
Co-Präsidentin AKD

Konzert Theater Bern | Postfach | CH-3001 Bern

Bundesamt für Kultur
Stabstelle Direktion BAK
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Bern, 18.09.2019

ANTON STOCKER
VORSITZENDER DER
GESCHÄFTSLEITUNG A.I.

Fon +41 (0) 31 329 51 32
anton.stocker@konzerttheaterbern.ch

Stellungnahme zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024 (Kulturbotschaft)

Konzert Theater Bern, das grösste Vierspartenhaus der Schweiz – lehnt die in der Kulturbotschaft 2021-2024 vorgeschlagene Streichung des Art. 18 Kulturförderungsgesetz (KFG) ab und fordert von dieser Streichung abzusehen.

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne unterbreiten wir Ihnen die Antwort der Stiftung Konzert Theater Bern zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft). Wir äussern uns zu Frage 5 (Weitere Gesetzesanpassungen), insbesondere zur Streichung von Art. 18 Kulturförderungsgesetz (KFG): die Einstellung der Kulturabteilung an die Stadt Bern per 2021.

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates nicht, dass keine Grundlage für eine entsprechende Abgeltung bestehe.

Konzert Theater Bern ist parallel zu seinem breiten Kulturangebot partizipativ offen für unterschiedliche Interessen und Zusammenarbeiten. Ob modern inszenierte Oper, Schauspiel Übersetzung in Gebärdensprache oder Seniorinnen und Senioren beim Tanz: Konzert Theater Bern interessiert sich für die Bedürfnisse seines Publikums, spricht mit neuen und altbewährten Formaten unterschiedliche Menschen an und lädt sie ein, an der Kultur teilzunehmen und durch ihr eigenes Mitgestalten daran teilzuhaben.

Mit über 100 Musikerinnen und Musikern sowie den festen Ensembles im Musiktheater, Schauspiel und Tanz ist Konzert Theater Bern das grösste Vierspartenhaus der Schweiz mit überregionaler und internationaler Ausstrahlung.

Das Stadttheater ist immer wieder ein gefragter Ort für nationale Anlässe und wird gerne auch für geschlossene Veranstaltungen (Diplomatie, Ehrungen, Auszeichnungen, etc.) gebucht. Anfragen, welche wir nach Möglichkeit gerne in unsere Disposition einpflegen.

Die Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Kultur

über die Verwendung des Bundesbeitrags für besondere kulturelle Aufwendungen wurde jeweils mit dem Bundesamt für Kultur ausgehandelt. Auf ausdrücklichen Wunsch des BAK wurden auch für die aktuelle Leistungsvereinbarung 2016–2020 Änderungen vorgenommen. Infolgedessen wurde vereinbart, dass das Angebot von Konzert Theater Bern mit jährlich CHF 400'000 aus dem Beitrag des Bundes an seine Bundesstadt ergänzt wird: Ein wichtiger Beitrag zum Gesamtbudget von Konzert Theater Bern, der vollumfänglich in Partizipationsprojekte und Vermittlungsgefässe fliesst.

Leistungen der Stadt Bern zuhanden der Politik, Verwaltung und internationalen Gemeinschaft

Die Stadt Bern bietet der Politik, der Verwaltung und der internationalen Community vielfältige Unterstützung und Plattformen, damit das politische Leben reibungslos von statten gehen kann. Dazu gehören Netzwerkaktivitäten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung sowie Empfänge für die diplomatische Gemeinschaft. Zum politischen und gesellschaftlichen Leben gehören natürlich auch kulturelle Angebote und kulturelle Auseinandersetzung.

Das Kulturangebot der Stadt Bern soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann.

Antrag Verzicht auf Streichung von Art. 18 KFG

Die Stadt Bern hat als Sitz der Bundesregierung und von diplomatischen Vertretungen eine Stellung, die besondere Aufwände mit sich bringt. Das Parlament hat mit der Aufnahme von Artikel 18 in das KFG klar signalisiert, dass die Stadt Bern für ihre besonderen kulturellen Aufwendungen einen Beitrag des Bundes erhalten soll. Von der Streichung des Artikel 18 KFG ist daher abzusehen. Der Bund soll die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lässt, auch weiterhin ausrichten.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse



Nadine Borter
Stiftungsratspräsidentin KTB



Anton Stocker
Vorsitzender der Geschäftsleitung a.i.

Kunsthhaus Glarus

Postfach 665
CH-8750 Glarus
office@kunsthhausglarus.ch
+41 55 640 25 35

An:
Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Bundesamt für Kultur
Herrn Bundesrat Alain Berset
Frau Isabelle Chassot, Amtsvorsteherin Bundesamt für Kultur
Inselgasse 1
3003 Bern
stabsstelledirektion@bak.admin.ch

Glarus, den 20.09.2019

Vernehmlassung Kulturbotschaft 2021 – 2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Frau Chassot

Das Departement des Innern hat interessierte Kreise eingeladen zur Teilnahme an der Vernehmlassung für die Kulturbotschaft 2021–2024. Das Kunsthhaus Glarus trägt mit seiner bedeutenden Sammlung und attraktiven Wechsausstellungen wesentlich zur Bewahrung und Vermittlung des bildkünstlerischen Erbes unseres Landes bei und wird national wie international wahrgenommen. Aus diesen Gründen betrifft die Kulturpolitik des Bundes das Kunsthhaus Glarus ganz unmittelbar. Deshalb erlauben wir uns, uns mit unseren spezifischen Anliegen in die Vernehmlassung einzubringen.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Kulturbotschaft 2021–2024 die kontinuierliche Kulturförderung des Bundes fortsetzen will. Dafür sind wir dankbar, lebt doch die Kulturpflege und –förderung von einer langfristigen Perspektive und von entsprechender Verlässlichkeit. Zugleich werden wichtige gesellschaftliche Megatrends wie kulturelle Teilhabe, Digitalisierung und Globalisierung als zukünftige Handlungsfelder präzise herausgearbeitet. Damit beschäftigen sich auch die Kunstmuseen seit längerer Zeit intensiv. Wir begrüßen explizit die vorgesehenen punktuellen Budgeterhöhungen, die den zusätzlichen Projekten des Bundes in diesen Bereichen zugute kommen.

Zu drei Aspekten der Kulturbotschaft möchten wir uns im Detail einbringen:

1. Finanzhilfe an Museen und Sammlungen Dritter (2.4.2.2): Versicherungsbeiträge / Betriebsbeiträge

Wir begrüßen explizit die punktuelle Unterstützung des Bundes in Bereichen, die die Möglichkeiten einzelner Häuser übersteigen, namentlich die Förderung mittels Beiträgen an die Versicherungsprämien für Ausstellungen. Diese Unterstützung ist zielgerichtet und kommt mit attraktiven Kulturangeboten unmittelbar dem Publikum zugute. Angesichts der exorbitanten Versicherungssummen, die internationale Ausstellungen heute verursachen, ist indes eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Bundesmittel dringend notwendig. Mit den zurzeit zur Verfügung gestellten Mitteln lassen sich Versicherungsprämien grosser international beachteter Ausstellungen nicht einmal mehr ansatzweise finanzieren, während im Ausland Staatsgarantien für die entsprechenden Entlastungen sorgen. Damit entsteht ein Standortnachteil für Schweizer Kunstmuseen im internationalen Ausstellungswesen. Ein Optimierungspotential orten wir zudem bei der Antrags- und Bewilligungspraxis was Zeitpunkt der Ausschreibung sowie tatsächlich gesprochener prozentualer Beitrag der Versicherungskosten pro Gesuch betrifft.

Wir begrüssen es, dass der Bund sich subsidiär und längerfristig finanziell bei Museen von nationaler Bedeutung engagieren will, die nicht in seiner eigentlichen Verantwortung liegen. Die Betriebsbeiträge an einzelne Ausstellungshäuser binden sehr viele Mittel und damit widerspricht ihre zeitliche Begrenzung einer langfristigen kontinuierlichen Kulturförderung. Positiv ist, dass diese Beiträge vornehmlich für die Bereiche Sammlung und Vermittlung vorgesehen sind, zwei Aufgabengebiete, für die kaum anderweitig Drittmittel generiert werden können. Wir begrüßten zudem eine angemessene Vertretung von Kunstmuseen unter den durch Betriebsbeiträge unterstützten Institutionen sowie grössere Transparenz der Entscheidungsfindung dieser Fördermassnahme, insbesondere bezüglich Zusammensetzung der Expertenkommission und der Kriterien für Zusage respektive Ablehnung der Gesuche.

2. Förderung des künstlerischen Schaffens (2.3.1.): Ausstellungshonorare

Das Kunsthhaus Glarus begrüsst grundsätzlich alle Bemühungen um eine angemessene Entschädigung von Kunstschaffenden. Obwohl Kunstmuseen nicht primär Institutionen mit Förderungsauftrag sind, unternehmen wir indes bereits heute freiwillig grosse Anstrengungen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, indem wir Ausstellungen organisieren, Produktionen finanzieren, Publikationen herausgeben und damit den Kunstschaffenden eine Präsentationsplattform bieten, letztlich also Sichtbarkeit ermöglichen. Zudem erwerben wir Kunstwerke für unsere Sammlung und tragen damit direkt zur Unterstützung der Kunstschaffenden bei. Diese Vorleistungen der Kulturinstitutionen werden in der Kulturbotschaft bedauerlicherweise nicht anerkannt.

Die Forderung nach Ausstellungs- und Publikationshonoraren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar, sollte indes auch im Licht der oben aufgeführten Leistungen diskutiert werden. Zudem befürchten wir, dass die Unterstützung mittels Ausstellungshonoraren nicht die gewünschte Wirkung erzielen wird und letztlich sogar kontraproduktive Konsequenzen zeitigt. So werden die grossen Ausstellungen weiterhin den bereits erfolgreichen Kunstschaffenden gewidmet. Diese haben eine Förderung mittels Ausstellungshonoraren aufgrund des Marktwertes ihrer Kunst nicht nötig. Zu befürchten ist, dass namentlich die Unterstützung des regionalen Schaffens mittels entsprechender Ausstellungsangebote gefährdet wird, da diese sich durch Honorare deutlich verteuern. Wo zusätzliche Finanzen für Honorare fehlen, gehen diese zulasten von Produktionszuschüssen oder Sammlungserwerbungen.

Daher ist es aus Sicht von Kunsthhaus Glarus notwendig, dass Ausstellungsinstitutionen, nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Kunsthallen und Off-Spaces, sich bei der Ausgestaltung von Ausstellungs- und Publikationshonoraren mit ihren Anliegen aktiv einbringen können und als wesentliche Akteure in die laufenden Diskussionen einbezogen werden.

3. Entwicklungen «Kulturelle Teilhabe» (1.4.2.1): Visuelle Kompetenz

Die Kulturbotschaft setzt Akzente bei der kulturellen Teilhabe, der Digitalisierung und Globalisierung. Insbesondere im Bereich der Musik setzt sie aufgrund der am 23. September 2012 bei einer Volksabstimmung angenommenen Verfassungsbestimmung einen Schwerpunkt beim Ausbau der musikalischen Bildung, was das Kunsthhaus Glarus erfreut zur Kenntnis nimmt. Wir stellen jedoch fest, dass das bedeutsame gesellschaftliche Thema der visuellen Kompetenz in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. Seit es die Datenmengen ermöglichen, sind Bilder auch in den neuen Kommunikationstechnologien allgegenwärtig. Die hohe Emotionalität, die mit einem Bild innerhalb eines Augenblicks erzeugt werden kann, wird mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt und instrumentalisiert. Es ist noch immer selbstverständlich, dass ein Bild zunächst einmal Realität zeigt. Doch es bedarf sowohl der Bildung als auch der Übung, in einem Bild nicht nur den Realitätsbezug zu erkennen, sondern auch das Potential zu Manipulation. Auf der Produktionsseite von Bildern beherrschen wir die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten verhältnismässig schnell und intuitiv. Auf der Rezeptionsseite ist unsere Bildkompetenz dagegen ungleich weniger gut entwickelt: Anstatt Bilder grundsätzlich kritisch zu hinterfragen, wird ihnen viel zu häufig zunächst einmal ‚blind‘ vertraut. Es ist für eine kritische und mündige Gesellschaft elementar wichtig, Bilder verstehen und deuten zu können. Dazu bedarf es einer Bildkompetenz, die insbesondere auch auf der Rezeptionsseite funktioniert.

Der Lehrplan 21 fordert unter Bildnerischem Gestalten die Bildkompetenz. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Bedeutung dieser Kompetenz aus oben genannten Gründen weit über das Fach Bildnerisches Gestalten hinausreicht. Die Praxis der Kunstvermittlung im Museum zeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Bild fördert die Sprachentwicklung, liefert Denkanstösse und macht das Bewusste vom Unbewussten unterscheidbar. Ein Museum ist so gesehen ein 3-D-Bilderbuch, das unsere komplexen Lebenswelten vermittelt. Das Museum

Kunsthaus Glarus

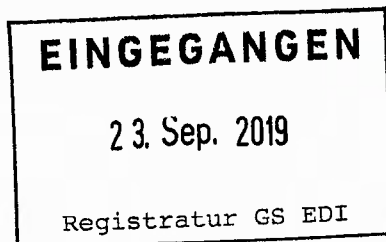
verfügt als Institution über entsprechende Vermittlungskompetenz. In diesem Sinne liegt im Bereich Kulturelle Teilhabe bei den Museen ein grosses Potential, das Eingang in die Kulturbotschaft finden sollte.

Die Kunsthaus Glarus würde sich freuen, wenn die vorgebrachten Anliegen in die weiteren Diskussionen zur Kulturbotschaft 2021–2024 einfließen würden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Auskünfte jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Welter', written in a cursive style.

Judith Welter
Direktorin



VSA-AAS

Verein Schweizerischer Archivarinnen und Archivar
Association des archivistes suisses
Associazione degli archivisti svizzeri
Associaziun da las archivarias e dals archivaris svizzers
www.vsa-aas.ch

VSA-AAS
c/o Büro Pontri GmbH
Postfach
CH-3322 Urtenen-Schönbühl

t +41 (0)31 312 26 66

info@vsa-aas.ch
www.vsa-aas.ch

Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Chef du Département fédéral de l'intérieur (DI)
Inselgasse 1
3003 Berne

Berne, le 19 septembre 2019

**Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024 (message culture)
– prise de position**

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Loi sur l'encouragement de la culture prévoit un message pluriannuel relatif au financement des activités culturelles de la Confédération (Message culture), qui fixe les objectifs stratégiques que la Confédération entend atteindre dans le domaine de la politique culturelle au cours de la période considérée et les moyens budgétaires à allouer pour y parvenir. Les cercles intéressés sont par ailleurs invités à faire part de leurs remarques et commentaires sous la forme d'une prise de position.

En préambule, l'Association des archivistes suisses (VSA-AAS), qui défend pourtant les intérêts professionnels de près de 1000 membres institutionnels et individuels, issus tant du public que du privé, constate avec étonnement et regrets qu'elle ne figure pas, pour la troisième fois depuis 2010, sur la liste des destinataires de la procédure d'audition, malgré l'engagement pris par Mme Isabelle Chassot, cheffe de l'Office fédéral de la culture, de réparer cet oubli dans une correspondance adressée le 20 août 2014 : « Le fait que votre Association ne figure pas sur la liste des participants sur le message culture 2016-2019 est une erreur pour laquelle je vous présente toutes mes excuses ».

Cette absence paraît d'autant plus regrettable et incompréhensible que les Archives, au sens traditionnel d'institution gérant et conservant de l'information publique ou privée, sont, à ce titre, détentrices d'un patrimoine culturel unique, qui figure, pour certains de ses éléments, dans *L'Inventaire suisse des biens culturels d'importance nationale*. En ce sens, les institutions en charge du patrimoine culturel national ne sauraient se limiter à celui détenu par les institutions fédérales traditionnelles (Musées et Bibliothèque nationale ou encore Archives littéraires). Tout en insistant sur le fait que l'une des missions essentielles des Archives consiste à contribuer à la sécurité du droit, à la bonne gouvernance et à la transparence, l'Association des archivistes suisses souhaite par ailleurs impérativement rappeler le rôle culturel et patrimonial qu'exercent les Archives. En ce sens, elles s'engagent très régulièrement dans ce dernier axe, notamment par l'intermédiaire de projets de médiation culturelle ou de journées Portes ouvertes. Elles se sont également très fortement mobilisées lors de l'Année du patrimoine culturel 2018 en tant que partenaires du projet.

Cela étant, l'Association des archivistes suisses prend la liberté de réparer cet oubli et souhaite réagir au projet de Message 2021-2024, de manière à compléter et enrichir les réflexions des autorités par la prise en compte du paysage archivistique suisse. Notre intention est de contribuer à l'élargissement de cette politique, qui devrait dépasser le domaine des institutions culturelles compris dans le projet de Message, surtout à l'heure où la révolution numérique rend de plus en plus poreuses les frontières traditionnelles entre les institutions de conservation du patrimoine.



Politique culturelle de la Confédération

L'Association des archivistes suisses partage l'analyse de la Confédération pour ce qui concerne le contexte et les cinq tendances globales qui ont une influence décisive sur les processus de transformation de la société. En ce sens, elle tient à souligner et à approuver la continuité proposée pour les trois axes d'actions principaux par rapport au Message précédent.

L'Association des archivistes suisses souhaiterait par contre attirer l'attention sur un domaine qui lui paraît mal traité dans le projet de Message 2021-2024, d'autant plus qu'il est amputé de l'un de ses composants principaux : le patrimoine culturel. Ce dernier ne saurait en effet se limiter à être simplement un élément des axes précités. Depuis près de trente ans, la Confédération a développé une politique de sauvegarde du patrimoine culturel, qui a accompagné la diversification des modes de création artistique, littéraire ou musicale et des supports de ces productions. Dans le domaine spécifique des archives, elle a notamment donné une forte impulsion à la sauvegarde des archives audiovisuelles, par l'intermédiaire de la fondation de Memoriav, ou à celle des archives des arts de la scène, en demandant la fusion des collections consacrées à la danse avec celles du théâtre au sein de la fondation SAPA (*Swiss Archive of the Performing Arts*). Or, du point de vue de la sauvegarde du patrimoine culturel, le projet de Message 2021-2024 laisse entrevoir un coup d'arrêt, qui se traduit entre autres par la dilution de la thématique dans plusieurs chapitres. Il est difficile d'identifier la ligne politique défendue par la Confédération en la matière. De même, la stagnation des moyens financiers destinés aux réseaux de tiers et l'élargissement des bénéficiaires mettent en danger des institutions telles que SAPA ou Memoriav, précisément au moment où ces domaines nécessitent des moyens accrus pour garantir la conservation du patrimoine unique et irremplaçable que ces institutions collectent et conservent sur des supports de plus en plus complexes à gérer. L'Association des archivistes suisses demande ainsi qu'une politique plus affirmée, couplée à des moyens financiers renforcés, soit définie en matière de collecte, de conservation et de mise en valeur du patrimoine culturel national.

Patrimoine culturel

Une politique globale pour la collecte, la sauvegarde et la mise en valeur du patrimoine culturel au niveau fédéral fait clairement défaut dans le projet de Message 2021-2024. En témoigne l'éclatement des différents éléments et acteurs de cette politique dans le projet ; le soutien à la Cinémathèque suisse s'inscrit dans le chapitre dédié à l'encouragement du cinéma, tandis que l'association Memoriav et la fondation SAPA sont intégrés dans le domaine « réseaux ». Il paraît dès lors essentiel à l'Association des archivistes suisses que le Message culture apporte des réponses plus élaborées que le projet proposé.

L'Association des archivistes suisses demande par ailleurs d'élargir la perspective du patrimoine culturel, conformément au sens que lui donne l'UNESCO, et de reconnaître enfin que, malgré toute l'autonomie organisationnelle nécessaire, les Archives suisses, qu'elles soient publiques ou privées, génèrent également un impact culturel important par leurs activités. De ce point de vue, elles doivent être pleinement incluses dans le Message culture à la fois en tant que destinataires de la procédure de consultation et en tant que porteuses de culture.

Numérisation

La numérisation accélérée de la société en général et du patrimoine culturel en particulier rend de plus en plus poreuses les frontières disciplinaires traditionnellement établies entre les différents acteurs de la conservation du patrimoine. Elle doit les pousser à trouver de nouvelles formes de collaboration et de coopération, en-dehors des schémas existants, de manière à assurer la transmission de la mémoire de notre temps aux générations à venir.

L'Association des archivistes suisses relève ainsi avec plaisir la très forte attention portée au patrimoine culturel numérique dans le projet de Message 2021-2024, que ce soit du point de vue de sa collecte, de son traitement, de sa gestion et de sa conservation à long terme, ainsi que de sa mise en valeur de manière



à en permettre la réappropriation par les publics les plus larges possible. Elle entend néanmoins rappeler à ce propos que les archivistes, en tant que spécialistes en matière de gestion de l'information, disposent d'une expertise connue et reconnue voire décisive dans ce domaine, qui pourrait être mobilisée dans le cadre de collaborations à certains projets évoqués dans le cadre du projet de Message, que ce soit en termes d'élaboration de stratégie, de gestion opérationnelle ou de retours d'expériences.

Si la Confédération prévoit de soutenir *Bibliosuisse* à partir de 2021, dans la mesure où celle-ci joue un rôle essentiel dans l'établissement des normes en matière de bibliothéconomie et de mise en réseau, pourquoi ignorerait-elle dès lors l'Association des archivistes suisses, qui pourrait, en raison de ses compétences, exercer le même rôle dans le domaine de la conservation du patrimoine et apporter une contribution décisive dans la résolution des défis qui se posent, des points de vue de la numérisation, de l'archivage à long terme et de l'accès, au patrimoine cinématographique suisse (cf. point 2.3.6.3), au patrimoine culturel détenu par le Musée national suisse (cf. point 2.4.1), par la Bibliothèque nationale suisse (cf. 2.4.3) ou par les réseaux de tiers (cf. point 2.4.2.3) ? Pourquoi ne saisisait-elle pas l'occasion du Message culture 2021-2024 pour trouver de nouvelles formes de collaboration avec les Archives suisses, qu'elles soient publiques ou privées, dans le domaine numérique ? Pourquoi continuerait-elle à relever ces défis de manière individuelle, alors que des solutions imaginées collectivement pourraient permettre d'y répondre de manière innovante, au-delà des frontières disciplinaires ? L'Association des archivistes suisses entend en tous les cas saisir cette occasion pour lancer un appel à une meilleure compréhension mutuelle et à une collaboration renouvelée.

Dans l'espoir que vous pourrez prendre notre prise de position en considération et en réitérant notre soutien plein et entier au projet de Message 2021-2024, nous vous prions de recevoir, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de notre parfaite considération.

Dr. Claudia Engler
(Présidente jusqu'en septembre 2019)

Alain Dubois
(Président dès septembre 2019)

Mehr transversale Aktionen und vielfältige Sensibilisierungsmassnahmen für die Schweizer Mehrsprachigkeit

Die führenden Organisationen im Bereich der Sprachen und der Verständigung in der Schweiz tätig begrüssen die in der neuen Kulturbotschaft 2021-2024 vorgeschlagene Kontinuität und die Betonung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Sprachaustausches. Sie fordern mehr transversale Aktionen und unterschiedliche Sensibilisierungsmassnahmen, um eine positive Vision der Schweizer Mehrsprachigkeit zu fördern.

Die unterzeichnenden Organisationen legen eine gemeinsame Stellungnahme vor und erklären somit ihren Willen, koordiniert zu arbeiten. Betreffend *Kulturbotschaft 2021-2024*, halten sie folgende Punkte fest:

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Beibehaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als Schwerpunkt wird geschätzt. Dabei spielt die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften eine wichtige Rolle: Es ist zentral, die Einstellung zur Mehrsprachigkeit und zu den Minderheitensprachen in der Schweiz zu verbessern. Zwischen den im Gesetz verankerten Prinzipien und der Realität des Zusammenlebens besteht aktuell eine Lücke.

Sprachaustausch und die Verbreitung des künstlerischen Schaffens sind in diesem Zusammenhang wichtige Massnahmen. Darüber hinaus ist ein transversales Vorgehen erforderlich, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Organisationen, die im Bereich der Verständigung tätig sind, haben hier eine wichtige Rolle zu spielen.

Kulturelle Teilhabe

Die Beibehaltung der kulturellen Teilhabe als Handlungsachse wird ebenso begrüsst: sie ermöglicht es, der kulturellen Vielfalt unseres Landes Ausdruck zu geben.

Digitalisierung

Es ist erforderlich, dass die Sprachen als wesentliches Element der Reflexion über Digitalisierung wahrgenommen werden. Der Umgang mit den Sprachen wird direkt vom digitalen Wandel beeinflusst. Die Berücksichtigung von Sprachen bereits in der Festlegung einer Strategie ermöglicht es zudem, integrativ über digitale Inhalte nachzudenken und die vielfältige Kreativität der Schweiz zur Geltung zu bringen.

Schulischer Austausch

Eine wirksame Politik bezüglich schulischem Austausch erfordert umfangreiche Ressourcen und zuverlässige Statistiken. Die Unterzeichnerorganisationen begrüssen hier eine kohärente Strategie. Sie ersuchen die Kantone, diese Massnahmen mit Überzeugung zu ergreifen, um konkrete Verbesserungen in diesem Bereich zu ermöglichen.

Eine bessere kulturelle und sprachliche Verständigung in der Schweiz wird jedoch durch den Schulaustausch allein nicht gewährleistet. Zudem werden Sprachaufenthalte in der Regel als eine Erweiterung des Unterrichts geplant: Italienisch und Rätoromanisch sind hier gegenüber dem Deutsch und dem Französischen benachteiligt, da sie in anderen Regionen kaum unterrichtet werden.

Aus diesem Grund fordern die unterzeichnenden Organisationen eine Vielfalt von

	<p>Austauschmodellen (z.B. Sensibilisierungswochen, Tandems, digitale Medien, etc.). Die Stärkung der Austauschmassnahmen für ein Zielpublikum ausserhalb der obligatorischen Schule (Lehrerinnen und Lehrer, Auszubildende) wird begrüsst. Ebenfalls fordern die Organisationen den Bund auf, eine stärkere Kohärenz zwischen seinem kulturellen Handeln einerseits und den sprachlichen Anforderungen im Bereich der Berufsbildung andererseits zu gewährleisten.</p>
Promotion Italienisch und Rätoromanisch	<p>Die vorgeschlagenen Prinzipien und Massnahmen werden positiv aufgenommen, wobei Vorbehalte hinsichtlich der begrenzten finanziellen Mittel zu ihrer Konkretisierung bestehen.</p> <p>Zwischen den auf Bundesebene vorgestellten Zielen und dem in den Kantonen bestehenden Bildungsangebot in Sachen Italienisch und Rätoromanisch besteht eine Diskrepanz. Eine stärkere Abstimmung zwischen dem Handeln der Kantone und des Bundes sowie die Entwicklung alternativer Lehrmodelle sind wünschenswert, um das Ziel der Erhaltung und Förderung dieser beiden Minderheitensprachen optimal zu erreichen.</p>
Verständigungs- organisationen	<p>Der Wunsch, die Akteure zu vernetzen, um eine höhere Effizienz zu erreichen, wird von den Unterzeichnerorganisationen geteilt. Es bestehen Bedenken, dass die neue Förderpolitik bewährte Projekte gefährden könnte. Die unterzeichnenden Organisationen beantragen deshalb, in den Überarbeitungsprozess der Förderkriterien einbezogen zu werden.</p>
Verbreitung künstlerischer Werken	<p>Die Verbreitung von schweizerischen künstlerischen Werken innerhalb des Landes ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Die in diesem Zusammenhang geplanten Massnahmen werden begrüsst.</p> <p>In diesem Sinne wäre es wünschenswert, dass die vom Bund unterstützten grösseren Werke (z.B. Filme, Ausstellungen, etc.) in allen Amtssprachen zugänglich sind.</p>
Massnahmen Bildung	<p>Eine wesentliche Massnahme zugunsten der schweizerischen Mehrsprachigkeit besteht darin, die Kohärenz der Ausbildungssysteme vom frühesten Alter bis zur Hochschulbildung zu gewährleisten - insbesondere die Aufrechterhaltung von Lehrstühlen, die mit den Landessprachen verbunden sind. Eine interdepartementale Zusammenarbeit innerhalb der Bundesverwaltung ist hier wünschenswert.</p>

Diese Stellungnahme wird von folgenden Organisationen unterstützt:



Die Unterzeichnerorganisationen behalten sich das Recht vor, sich zusätzlich zu dieser gemeinsamen Stellungnahme individuell zu äussern. / 18.09.2019

Plus de transversalité et des mesures de sensibilisation variées pour le plurilinguisme helvétique

Les principales organisations actives dans le domaine des langues et de la compréhension en Suisse se félicitent de la continuité proposée par le nouveau Message Culture 2021-2024 et de la part belle faite à la cohésion sociale et aux échanges linguistiques. Elles en appellent à plus de transversalité et à des mesures de sensibilisation variées pour favoriser une vision positive du plurilinguisme suisse.

Les organisations signataires transmettent une position commune et témoignent à cette occasion de leur volonté de travailler de manière coordonnée. Au sujet de la proposition de *Message Culture 2021-2024*, elles retiennent les points suivants :

Cohésion sociale	<p>Le maintien de la cohésion sociale comme axe principal est reçu très positivement. La compréhension entre les communautés linguistiques joue ici un rôle majeur : il est essentiel de faire évoluer les attitudes vis-à-vis du plurilinguisme et des langues minoritaires en Suisse. Pour l'heure, on constate un décalage entre les principes exprimés dans la loi et la réalité du vivre-ensemble.</p> <p>Les échanges linguistiques et la diffusion de la création artistique sont des mesures importantes dans ce cadre. De plus, une action transversale touchant l'ensemble de la société est nécessaire. Les organisations actives dans le domaine de la compréhension ont un rôle de sensibilisation important à jouer ici.</p>
Participation culturelle	<p>Le maintien de la participation culturelle comme axe principal est également salué : celle-ci permet l'expression de la diversité culturelle de notre pays.</p>
Numérisation	<p>Les langues doivent impérativement apparaître comme élément majeur de la réflexion sur la numérisation. Les pratiques linguistiques sont directement influencées par l'évolution digitale. De plus, la prise en compte des langues dès la conception stratégique permet de penser les contenus numériques de manière inclusive et de refléter la riche créativité de la Suisse.</p>
Echanges linguistiques	<p>Une réelle politique des échanges nécessite des moyens conséquents et des statistiques fiables. Les organisations signataires saluent ici une stratégie cohérente. Elles invitent les cantons à porter ces mesures avec conviction afin de permettre des améliorations concrètes dans ce domaine.</p> <p>L'échange scolaire ne pourra cependant pas assurer à lui seul une meilleure compréhension culturelle et linguistique en Suisse. De plus, les séjours linguistiques s'inscrivant en règle générale dans le prolongement de l'enseignement en classe, l'italien et le romanche sont ici défavorisés par rapport au français et à l'allemand, car peu enseignés dans les autres régions.</p> <p>Dans cette optique, les organisations signataires en appellent à une variété des modèles d'échanges (par exemple: semaines de sensibilisation, tandems, supports numériques, etc.). Le renforcement des mesures d'échanges en faveur</p>

	<p>d'un public hors de la scolarité obligatoire (enseignants, apprentis) est salué. Les organisations invitent en outre la Confédération à d'avantage de cohérence entre, d'un côté, sa politique des échanges et, de l'autre, les exigences linguistiques qu'elle énonce dans le secteur de la formation professionnelle.</p>
Promotion italien et romanche	<p>Les principes et mesures proposées sont reçus positivement, avec une réserve concernant les moyens limités devant permettre leur concrétisation.</p> <p>Un décalage existe entre les objectifs présentés au niveau fédéral et l'offre d'enseignement existante dans les cantons en faveur de l'italien et du romanche. Une plus grande harmonisation entre l'action des cantons et de la Confédération, ainsi que le développement de modèles d'enseignement alternatifs sont souhaitables pour une réalisation optimale des objectifs de sauvegarde et de promotion de ces deux langues minoritaires.</p>
Organisations de la compréhension	<p>La volonté d'une mise en réseau des acteurs en vue d'une plus grande efficacité est partagée par les organisations signataires. Celles-ci s'inquiètent que la nouvelle politique de soutien mette en difficulté des projets ayant fait leurs preuves. Les organisations signataires demandent à être impliquées dans le processus de réexamen des critères de soutien.</p>
Diffusion de la création	<p>La diffusion de la création artistique helvétique au sein du pays est importante pour la cohésion nationale. Les mesures prévues en ce sens sont saluées.</p> <p>Dans cet esprit, il serait souhaitable que les grandes créations soutenues par la Confédération (par ex. films, expositions, etc.) soient accessibles dans les langues officielles.</p>
Mesures formation	<p>Une mesure essentielle en faveur de la diversité linguistique suisse est de garantir la cohérence des systèmes de formation du plus jeune âge jusqu'aux études supérieures - et notamment le maintien des chaires universitaires liées aux langues nationales. Une collaboration interdépartementale au sein de l'administration fédérale est ici souhaitable.</p>

Cette prise de position est soutenue par les organisations suivantes :



Les organisations signataires se réservent le droit de s'exprimer individuellement en complément à la présente prise de position commune. / 18.09.2019

Più trasversalità e misure di sensibilizzazione più diversificate per il plurilinguismo elvetico

Le principali organizzazioni attive nel campo delle lingue e della comprensione in Svizzera si felicitano per la continuità proposta dal nuovo Messaggio sulla cultura 2021-2024 e per i capitoli riservati alla coesione sociale e agli scambi linguistici. Per favorire una visione positiva del plurilinguismo svizzero, esse chiedono però più trasversalità e misure di sensibilizzazione più diversificate.

Le organizzazioni firmatarie inviano una presa di posizione comune e attestano in questo modo la loro volontà di lavorare in modo coordinato. In merito alla proposta di *Messaggio sulla cultura 2021-2024* si evidenziano i seguenti aspetti:

Coesione sociale

La conferma della coesione sociale come asse principale è recepita positivamente. La comprensione fra le comunità linguistiche riveste in questo caso un ruolo maggiore: è essenziale far evolvere le attitudini nei confronti del plurilinguismo e delle lingue minoritarie in Svizzera. Attualmente si constata uno scollamento tra i principi espressi nella legge e la realtà vissuta.

In quest'ottica, gli scambi linguistici e la diffusione della creazione artistica sono delle misure importanti. Inoltre un'azione trasversale riguardante l'insieme della società è ritenuta necessaria. Le organizzazioni attive nell'ambito della comprensione hanno un ruolo importante di sensibilizzazione da svolgere.

Partecipazione culturale

Il mantenimento della partecipazione culturale come asse principale è condiviso: essa permette l'espressione della diversità culturale nel nostro paese.

Digitalizzazione

Le lingue devono essere obbligatoriamente considerate come elemento maggiore nella riflessione sulla digitalizzazione. Le pratiche linguistiche sono direttamente influenzate dall'evoluzione digitale. Inoltre il considerare le lingue sin dalla concezione strategica permette di definire i contenuti numerici in modo inclusivo e di riflettere la ricchezza creativa della Svizzera.

Scambi linguistici

Una concreta politica di scambi richiede mezzi conseguenti e statistiche attendibili. Le organizzazioni firmatarie auspicano una strategia coerente. Esse invitano i cantoni a sostenere queste misure con convinzione in modo di permettere dei concreti miglioramenti in questo campo.

Lo scambio scolastico non può da solo assicurare una migliore comprensione culturale e linguistica in Svizzera. Inoltre i soggiorni linguistici per l'italiano e il romancio, iscrivendosi in termini generali come prolungamento dell'insegnamento in classe, sono sfavoriti in rapporto al francese e al tedesco poiché poco insegnati nelle altre regioni linguistiche.

In quest'ottica le organizzazioni firmatarie auspicano l'adozione di una varietà di modelli di scambio (ad esempio: settimane di sensibilizzazione, tandem, supporti numerici, ecc.). Il rafforzamento delle misure di scambio in favore di chi ha già terminato l'obbligo scolastico (docenti, apprendisti) è condiviso. Le

**Promozione
dell'italiano e
del romancio**

organizzazioni invitano pure la Confederazione a una maggior coerenza, da un lato, tra la sua politica degli scambi e, dall'altro, le esigenze linguistiche definite nel settore della formazione professionale.

I principi e le misure proposte sono valutati positivamente, con la riserva dei limitati mezzi stanziati per permetterne la concreta attuazione.

Uno squilibrio esiste tra gli obiettivi presentati a livello federale e l'offerta esistente nei cantoni a favore dell'italiano e del romancio. Una maggiore armonizzazione fra l'azione dei cantoni e quella della Confederazione, come pure lo sviluppo di modelli alternativi d'insegnamento, sono auspicati per una realizzazione ottimale degli obiettivi di tutela e di promozione di queste due lingua minoritarie.

**Organizzazioni
attive
nell'ambito
della
comprensione**

La volontà di una messa in rete degli attori in vista di una migliore efficacia è condivisa dalle organizzazioni firmatarie. Esse sono preoccupate che la nuova politica di sostegno possa mettere in difficoltà i progetti che hanno dato fin qui buona prova. Le organizzazioni firmatarie chiedono di essere coinvolte nel processo di riesame dei criteri di sostegno.

**Diffusione della
creazione
artistica**

La diffusione della creazione artistica nel nostro paese è importante per la coesione nazionale. Le misure previste in quest'ambito sono condivise.

In quest'ottica sarebbe auspicabile che le grandi creazioni artistiche sostenute dalla Confederazione (ad esempio film, esposizioni, ecc.) siano fruibili nelle lingue ufficiali.

**Altre misure
formative**

Una misura essenziale in favore della diversità linguistica svizzera è quella di garantire la coerenza del sistema formativo dall'inizio della scolarità agli studi superiori, in particolare con il mantenimento delle cattedre universitarie riferite alle lingue nazionali. Una collaborazione interdipartimentale nell'amministrazione federale è quindi auspicata.

Questa presa di posizione è sostenuta dalle seguenti organizzazioni:



Le organizzazioni firmatarie si riservano il diritto d'esprimersi individualmente a complemento della presente presa di posizione in comune. / 18.09.2019

Dapli acziuns transversalas e differentas mesiras da sensibilisaziun per la plurilinguitad svizra

Las pli impurtantas organisaziuns svizras activas sin il sector da las linguas e da la chapientscha beneventan la cuntinuitad che la nova missiva da cultura 2021-2024 propona ed approvan l'impurtanza ch'ella attribuescha a la coesiun sociala ed al barat linguistic. Ellas pretendan dapli acziuns transversalas e differentas mesiras da sensibilisaziun per promover ina vista positiva sin la plurilinguitad svizra.

Las organisaziuns signataras preschantan ina posiziun communabla e mussan la voluntad da coordinar lur lavur. Ellas suttastritgan ils suandants puncts da la *missiva da cultura 2021-2024* proponida:

Coesiun sociala	<p>Ins considerescha sco fitg positiva la voluntad d'accentuar la coesiun sociala. La chapientscha tranter las cuminanzas linguisticas gioga ina rolla impurtanta: la tenuta envers la plurilinguitad ed envers las linguas minoritaras en Svizra sto sa midar. Per il mument datti ina largia tranter ils princips definids en la lescha e la realitad da la convivenza.</p> <p>Il barat linguistic e la derasaziun da la producziun artistica èn impurtantas mesiras en quel regard. Plinavant dovri in proceder transversal che includa tut la societad. Las organisaziuns activas sin il sector da la chapientscha linguistica giogan qua ina rolla impurtanta.</p>
Participaziun culturala	<p>Ins beneventa era l'intenziun da mantegnair la participaziun culturala sco accent principal: uschia pon ins mussar la diversitad culturala da noss pajais.</p>
Digitalisaziun	<p>Igl è impurtant che las linguas sajan in element central en la reflexiun davart la digitalisaziun. Il diever linguistic vegn influenzà directamain dal svilup digital. Cun resguardar las linguas gia en la concepziun strategica pon ins far patratgs a moda inclusiva davart ils cuntegns digitals e reflectar la gronda creativitat da la Svizra.</p>
Barat linguistic	<p>Ina politica da barat efectiva pretenda vastas resursas e statisticas fidablas. Las organisaziuns signataras beneventan en quel connex ina strategia coerenta. Ellas supplitgeschan ils chantuns da prender questas mesiras cun persvasiun per pussibilitar meglieraments concrets sin quel sector.</p> <p>Il barat scolastic na po però betg garantir sulet in meglierament da la chapientscha culturala e linguistica en Svizra. Per regla mo cumpletteschan segiurns linguistics l'instrucziun. Il rumantsch ed il talian èn pia dischavantiads en cumparegliaziun cun il franzos ed il tudestg, perquai ch'els vegnan instruids darar en las autras regiuns.</p> <p>Da quel punct da vista pretendan las organisaziuns signataras numerus programs da barat (per exempel: emnas da sensibilisaziun, tandems, medias digitalas, etc.). Ins beneventa il schlargiament da mesiras da barat per in public interessà che ha gia terminà il temp da scola obligatoric (scolasts, emprendists). Plinavant giavischan las organisaziuns da la Confederaziun da garantir ina coerenza pli accentuada tranter ses agir cultural d'ina vart e las exigenzas linguisticas sin il</p>

	sectur da la furmaziun professiunala da l'autra vart.
Promoziun dal rumantsch e talian	<p>Ins considerescha sco positivs ils princips e las mesiras proponidas. I dat però resalvas areguard ils meds finanzials che stattan a disposiziun.</p> <p>Igl exista ina largia tranter las finamiras preschentadas sin nivel federal e la purschida da furmaziun rumantscha e taliana existenta en ils chantuns. Giavischabel fiss in'armonisaziun tranter chantuns e Confederaziun sco er il svilup da models d'instrucziun alternativs per pudair mantegnair e promover las duas linguas minoritaras.</p>
Organisaziuns da chapientscha	Las organisaziuns signataras sustegnan l'idea da colliar ils acturs per dapli effizienz. Ellas teman che la nova politica da promoziun pericliteschia projects cumprovads. Las organisaziuns signataras vulan vegnir integradas en il process d'examinaziun dals criteris da promoziun.
Derasaziun da la creaziun	<p>Derasar la creaziun artistica svizra a l'intern dal pajais è impurtant per la coesiun naziunala. Las mesiras ch'ins prevesa en quel connex èn bainvegnidas.</p> <p>En quel senn admett'ins il giavisch che la Confederaziun rendia adina accessiblas en las linguas uffizialas las grondas ovras ch'ella promova (p.ex. films, exposiziuns, etc.).</p>
Mesiras furmaziun	Ina mesira impurtanta en favur da la diversidad linguistica è da garantir la coerenza dal sistem da furmaziun e quai a partir dal pli bass fin al pli aut stgalim – en spezial da mantegnair las professuras liadas a las linguas naziunalas. Ina collavuraziun interdepartamentala a l'intern da l'administraziun federala è desiderabla en quel connex.

Las suandantas organisaziuns sustegnan questa posiziun:



Las organisaziuns signataras resalvan il dretg da s'exprimer individualmain ed a moda complementara a questa posiziun communabla. / 18.09.2019



theater für junges publikum
théâtre jeune public
teatro per un giovane pubblico
teater per public giuven

Zürich, September 2019

ASSITEJ Schweiz/Suisse/Svizzera/Svizra
Giessereistrasse 5
CH-8005 Zürich
info@assitej.ch

**Stellungnahme der ASSITEJ Schweiz/Suisse/Svizzera/Svizra
zur Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024
(Kulturbotschaft)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit der Neudefinition der Förderrichtlinien des BAK ohne dessen finanzielle Unterstützung ist die ASSITEJ Schweiz Suisse Svizzera Svizra eine aktive kulturelle Organisation. Daher möchten wir uns auch ungefragt an der Vernehmlassungsphase zur Kulturbotschaft beteiligen – so, wie wir uns wünschen, dass der Nationale Dialog zwischen dem BAK und ALLEN kulturellen Organisationen geführt werden sollte.

Die Mitglieder des Schweizerischen Verbandes für Kinder- und Jugendtheater begrüßen und unterstützen den vorgelegten Entwurf in seinen Grundüberlegungen und Grundzielen.

Doch wie bereits in den vorangegangenen Entwurfs- und Berichtsperioden bedauern wir, dass Kindern und Jugendlichen immer noch nicht ein exklusiver Stand eingeräumt wird.

Um dem Nachdruck zu verleihen, verzichten wir auf Detailrückmeldungen zu einzelnen Kapiteln. Da sehen wir uns in der Stellungnahme von Suisseculture, deren Mitglied wir sind, absolut vertreten.

Stattdessen plädieren wir ganz entschieden für folgenden Aspekt:

- **ASSITEJ beantragt, dass in der Kulturbotschaft 2021-2024 (und allen künftigen) dem politischen Fakt «Charta der Rechte des Kindes auf Kunst und Kultur» (Siehe Anlage) ein eigener Raum gegeben wird. Die Schweiz hat 1996/97 mit der Genehmigung durch die Bundesversammlung entschieden, dass Kinder ein Recht auf Kunst und Kultur haben. Dies muss in einer Kulturbotschaft explizit ausgewiesen werden – mit konkreten Projekten und Zielen.**

Kinder und Jugendliche stehen vor ganz besonderen Aufgaben und Herausforderungen. Die Entwicklung des gesellschaftlichen Gemeinwesens hängt in entscheidendem Masse davon ab, wie Heranwachsende heute Gesellschaft erfahren, wie sie gesellschaftliche Verantwortung bei den Erwachsenen wahrnehmen und wie sie zu deren Übernahme selbst bereit sind, um zu Gestalterinnen und Gestaltern der Zukunft zu werden. Dass sie die eigene Verantwortung erkannt haben und sich in einem neuen Umfang und Ausmass Gehör verschaffen als noch vor ein paar Jahren, begrüßen wir.



Aufgabe der heute politisch Verantwortlichen in allen Bereichen ist es, dafür Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass in einem engen Zusammenspiel aller Generationen die Zukunft des Planeten Auswirkungen auf das tägliche Agieren haben muss.

Dazu leisten Kunst und Kultur einen ganz entscheidenden Beitrag. Insofern sind Kinder und Jugendliche Adressaten, Publikum und Akteure heutiger Kulturlandschaft.

Kunst allgemein und Theater insbesondere auf Grund seiner besonderen Kommunikationssituation eröffnet Räume, in denen die Komplexität der Welt Gegenstand ist. Sie wird in verschiedensten Varianten und Perspektiven untersucht. Der kollektive Ansatz im Theater/Tanz beim Produzieren wie Rezipieren lässt urdemokratische Denk- und Handlungsweisen kennenlernen und erproben für alle Beteiligten – und dies in allen Facetten der darstellenden Künste.

Auch bezogen auf den ansonsten so zentral behandelten Aspekt der kulturellen Teilhabe halten wir es für erforderlich, Anpassungen vorzunehmen. Im Theater für junges Publikum ist kulturelle Teilhabe seit Jahren ein selbstverständlicher Teil des künstlerischen Arbeitens. Andere Sparten können davon lernen. Die Förderung der Kunstvermittlung darf nicht zu Lasten der Förderung des Kunstschaffens finanziert werden.

Auch dazu sind in der o.g. „Charta der Rechte des Kindes auf Kunst und Kultur“ zentrale Positionen formuliert. (siehe Anlage)

Für den Vorstand

G.M./ P.F.



Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Zürich, 25. September 2019 / HW/FB/va

**STELLUNGNAHME DES SCHWEIZERISCHEN ISRAELITISCHEN GEMEINDEBUNDS SIG
ZUR KULTURBOTSCHAFT 2021-2024 IM RAHMEN DES VERNEHMLASSUNGSVERFAHRENS**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Dachverband der jüdischen Gemeinden der Schweiz bezweckt der Schweizerische Israelitische Gemeindebund SIG die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Juden in der Schweiz und gewährleistet deren Vertretung. Gerade bei den Fragen, die den Umgang mit NS-Raubkunst und Fluchtgut betreffen, beobachten wir die Politik und Massnahmen des Bundes mit grosser Aufmerksamkeit.

Im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2021-2024 möchten wir uns sowohl zu den Themen NS-Raubkunst und Provenienzforschung als auch zur kulturellen Vielfalt und zum immateriellen Kulturerbe in Bezug auf das Vermittlungsprojekt Doppeltür im aargauischen Surbtal äussern.

1) NS-RAUBKUNST UND PROVENIENZFORSCHUNG

a) Grundlagen und Begrifflichkeiten

Wir begrüssen, dass die Sammlungen des Bundes nicht nur vollständig auf ihre Provenienz hin untersucht, sondern die Resultate auch publiziert worden sind. Der Bund geht mit gutem Beispiel voran. Allerdings erwarten wir, dass der Bund seinen Einfluss auch auf öffentliche und private Museen, private Sammler, Archive, Auktionshäuser und Bibliotheken geltend macht.

Wir erachten es als positiv, dass das Bundesamt für Kultur, wie es im „Glossar NS-Raubkunst“ schreibt, „in Wahrnehmung seiner ethischen und moralischen Verantwortung davon ausgeht, dass unabhängig jeglicher Kategorisierung jeder Einzelfall einer umfassenden Prüfung bedarf.“

Wir anerkennen auch die Wichtigkeit der Aussage von BAK-Direktorin Isabelle Chassot, die in einem Radiointerview 2015 sagte, dass, obwohl die Schweiz die Unterscheidung zwischen „Raubkunst“ und „Fluchtgut“ mache, der Begriff „NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter“, präziser und in spezifischen Fällen angemessener sei. Hierbei ist das Kunstmuseum Bern bereits mit gutem Beispiel vorangegangen, indem es nur noch den Terminus „NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter“ verwendet. In diesem Sinne und auch im Geiste der von der Schweiz 2009 unterschriebenen Erklärung von Terezin ist es für uns von höchster Priorität, dass in erster Linie der Bund, aber auch Museen, Archive, private Sammler, Auktionshäuser und Bibliotheken die deutsche Lesart „NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter“ übernehmen und sowohl auf „Raubkunst“ als auch auf „Fluchtgut“ bzw. „Fluchtkunst“ anwenden.

Der heute gebräuchliche Begriff „in seiner Wirkung konfiskatorisch“ verkennet die oft existentielle Notlage, in der sich viele Flüchtlinge, beispielsweise bei einem Verkauf eines Kunstwerkes in der Schweiz zwischen 1933-1945, befanden.

b) Provenienzforschung

2.4.2.2 Finanzhilfen an Museen und Sammlungen Dritter

Der SIG sieht die Notwendigkeit, dass der Bund für die Förderperiode 2021-2024 wiederum substantielle Mittel für Projekte bereitstellt, die der Abklärung und Publikation der Provenienzen von Kunstwerken dienen, insbesondere im Bereich der NS-Raubkunst. Diese Forschung soll vom Bund auch weiterhin finanziell mit Projektbeiträgen in der Höhe von mindestens CHF 2 Mio. unterstützt werden. Wir stellen fest, dass diese Forschungen bei weitem nicht abgeschlossen sind. Zahlreiche Museen in der Schweiz scheuen sich davor, ihre Bestände auf die Provenienz hin zu untersuchen. Entsprechend sollten in der nächsten Ausschreibung wiederum möglichst viele Museen Anreize finden, beim Bund Projekte im Bereich der Provenienzforschung einzureichen. Wir verstehen, dass die Digitalisierung für die Provenienzforschung sehr wichtig ist und man diese beiden Bereiche sogar verknüpfen könnte. Es wäre allerdings falsch, wenn mit dem „Umsatteln“ der Gelder zum Beispiel auf Digitalisierung verstanden werden könnte, dass alle Museen ihre Arbeit gemacht hätten. Es darf nicht der falsche Eindruck entstehen, dass es keinen Handlungsbedarf mehr für weitere Provenienzforschung gibt. Wir sind davon überzeugt, dass die Gelder auch weiterhin für Provenienzforschung eingesetzt werden müssen. Auch hier ist es wichtig, dass der Bund seinen Einfluss auf allen Stufen geltend macht.

Da derzeit weder die definitive Zweckbestimmung, noch die Höhe der bereitgestellten Mittel bekannt ist, erwarten wir, dass diese aufgeschlüsselt und ausgewiesen werden.

2.4.2.4 NS-Raubkunst

Wir unterstützen die Bereitschaft des Bundes, sich mit den Arbeiten der Anlaufstelle Raubkunst aktiv dafür einzusetzen, dass die Sammlungsbestände in der Schweiz systematisch auf Kunstwerke mit einem Handwechsel im Zeitraum 1933–1945 untersucht und die entsprechenden Resultate publiziert werden. Hier erwartet der SIG allerdings, dass der Bund mehr Druck auf Museen, Auktionshäuser, Archive, Bibliotheken und Sammlungen Privater ausübt. Besonders bezüglich der intensiven und oft schwierigen Suche von Erben von NS-verfolgungsbedingten Verlusten sollen sich Bund, aber auch Museen, Auktionshäuser, Archive, Bibliotheken und private Sammler eng an die Erklärung von Terezin zu halten.

Es ist für uns schwierig nachzuvollziehen, dass allfällige Erben von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kunst- und Kulturgütern diese proaktiv suchen und herausverlangen müssen. Die Schweizer Museen, Auktionshäuser, privaten Sammler, Archive und Bibliotheken sollen aktiv zur Identifizierung und Auffindung „NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter“ beitragen, indem die überprüften Informationen an die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste weitergegeben und in deren Internet-Webseite „LostArt.de“ veröffentlicht werden.

Des Weiteren regen wir an, dass in bundeseigenen, aber auch in öffentlichen und privaten Museen ausgestellte Kunstwerke mit umstrittener oder nicht geklärter Provenienz durch eine Hinweistafel ausgewiesen werden. Wir erachten es als überaus wichtig, dass Museumsbesucher*Innen, die mit dem Thema nicht vertraut sind, informiert und sensibilisiert werden können.

Die Schweiz nahm während des Zweiten Weltkriegs als Drehscheibe von Raubkunst eine Schlüsselposition ein und hat heute diesbezüglich eine besondere historische Verantwortung. Deshalb erwarten wir sowohl einen sensiblen und umsichtigen Umgang mit der Thematik als auch eine konsistente und konsequente Politik.

c) Historische Forschung

Der Forschungsstand bezüglich Raubkunst und Provenienzforschung in der Schweiz ist nicht mehr aktuell. Die wichtigen Grundlagen dafür wurden vor zwanzig Jahren geschaffen. Wir regen an, dass das BAK in Zusammenarbeit mit dem Historischen Dienst des Bundes den heutigen Forschungsstand aktualisieren lässt.

Die Konferenz von Terezin liegt mittlerweile zehn Jahre zurück. Es wäre richtig und wichtig, wenn der Bund eine weitere internationale Zusammenkunft initiieren würde; als Zeichen der Wahrnehmung seiner ethischen und moralischen Verantwortung und als Zeichen des politischen Willens, in der Aufarbeitung von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern eine massgebende und exemplarische Rolle zu spielen.

d) Zusammenfassung

- Es soll ausschliesslich der „Begriff NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter“ in Bezug auf Raubkunst, Fluchtgut und Fluchtkunst verwendet werden.
- Es ist eine Notwendigkeit, dass der Bund für die Förderperiode 2021-2024 wiederum substantielle Mittel für Projekte bereitstellt, die der Abklärung und Publikation der Provenienzen von Kunstwerken dienen, insbesondere im Bereich der NS-Raubkunst.
- Schweizer Museen, Auktionshäuser, private Sammler, Archive und Bibliotheken sollen aktiv zur Identifizierung und Auffindung „NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter“ beitragen, indem die überprüften Informationen an die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste weitergegeben und in deren Internet-Webseite „LostArt.de“ veröffentlicht werden.
- In bundeseigenen, aber auch in öffentlichen und privaten Museen sollen ausgestellte Kunstwerke mit umstrittener oder nicht geklärter Provenienz durch eine Hinweistafel ausgewiesen werden.
- Der Forschungsstand bezüglich Raubkunst und Provenienzforschung in der Schweiz soll aktualisiert werden.
- Der Bund soll zehn Jahre nach der Konferenz von Terezin eine internationale Nachfolgekonferenz initiieren, um in der Aufarbeitung von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern eine massgebende und exemplarische Rolle zu spielen

2) KULTURERBE UND KULTURELLE VIELFALT: PROJEKT DOPPELTÜR

Das jüdische-christliche Vermittlungsprojekt „Doppeltür“ (www.doppeltuer.ch) hat zum Ziel, das bedeutende kulturelle Erbe im aargauischen Surbtal sichtbar und erfahrbar zu machen. Auf Anordnung der Eidgenossenschaft waren während 250 Jahren bis 1866 die beiden Surbtaler Dörfer die einzigen Orte mit Bleiberecht für Juden und das Zentrum jüdischen Lebens in der damaligen Schweiz. Für den SIG, der sich für die Erhaltung und Vermittlung des jüdischen kulturellen Erbes in der Schweiz einsetzt, ist sein Engagement für Projekt „Doppeltür“ selbstverständlich.

Die beiden Gemeinden Lengnau und Endingen und vor allem das herausragende und intakte architektonische Ensemble sind nicht nur in Anbetracht ihrer Bedeutung für die Geschichte der Jüdinnen und Juden und des reichen Kulturerbes einzigartig in der Schweiz. Die Geschichte ist keine jüdische oder Aargauer Geschichte, sondern Teil der Schweizer Geschichte. Entsprechend sind wir davon überzeugt, dass die Erhaltung dieses Erbes und seine Vermittlung von nationaler Bedeutung sind.

Das Vermittlungsprojekt Doppeltür, das den Bogen zu aktuellen Themen wie Toleranz, Umgang mit Minderheiten, Migration, Ausgrenzung, Integration und interkultureller Dialog spannen wird, soll einen Impact auch auf heutige Generationen haben und ist von höchster Bedeutung.

„Doppeltür“ greift mehrere Ziele der Kulturförderung des Bundes auf: Die Erhaltung und den Schutz des materiellen Kulturerbes in der Schweiz. Die Erhaltung und den Schutz von immateriellen Kulturgütern, insbesondere des Surbtaler Jiddischs auch mit Bezug auf die Sprachenförderung. Lebendige Traditionen, die es zu erhalten gibt, im Sinne gelebter jüdischer Kultur im Surbtal. Die Verbesserung der kulturellen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Vielfalt stärken.

Aus all diesen Gründen ist der SIG überzeugt, dass der Bund das Projekt „Doppeltür“ sowohl mit einem ideellen als auch mit einem finanziellen Engagement unterstützen sollte.

Freundliche Grüsse

SIG, Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund



Dr. Herbert Winter
Präsident



Francine Brunschwig
Geschäftsleitungsmitglied, Kultur

CGSO/WRK, Bd de Pérolles 33, 1700 Fribourg
Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Département fédéral de l'intérieur

*Prise de position envoyée par e-mail
stabsstelledirektion@bak.admin.ch*

Fribourg, le 25 septembre 2019

**Message concernant l'encouragement de la culture pour la période de 2021 à 2024
(message culture): prise de position de la CGSO**

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale (CGSO) a pris connaissance avec intérêt de l'objet cité en référence et a validé la prise de position suivante. Plusieurs domaines du Message soumis à consultation touchant des thèmes pour lesquels les Gouvernements de Suisse occidentale se sont déjà engagés, notamment lors de la consultation au sujet de la Loi sur les médias électroniques ou au travers de la politique des langues, la CGSO souhaite vous faire part de ses considérations sur les points suivants:

2.3.6 Cinéma

La CGSO salue l'introduction d'un quota de 30% pour les films européens sur internet, de même que l'obligation de réinvestir pour l'achat ou le financement de productions de films suisses imposée aux fournisseurs de films en ligne. La CGSO suggère par ailleurs d'étudier l'élargissement de cette mesure aux plateformes de partage de vidéo et aux médias sociaux. Il faudra cependant veiller à ne pas isoler la Suisse lors de cette mise en œuvre en suivant de près les décisions des pays voisins et de l'Union européenne (en particulier la directive européenne sur les services de médias audiovisuels, DSMA).

2.6.2 Langues et compréhension

Région bilingue, avec près de 40% de germanophones, la Suisse occidentale soutient le développement des activités nationales d'échange: les échanges d'élèves et d'enseignants contribuent fortement à promouvoir et à renforcer l'enseignement dans les langues nationales. Par ailleurs, les activités d'échanges permettent de découvrir des aspects culturels propres aux autres régions linguistiques, ce qui favorise la compréhension mutuelle. Les cantons fournissent déjà une participation importante en finançant les activités d'échange des écoles et les mesures de coordination nécessaires à cet effet, mais aussi les échanges d'étudiants dans le cadre du financement intercantonal des hautes écoles. Les moyens prévus ne semblent pas suffisants si la Confédération souhaite atteindre son objectif à terme (2018: 8'500 élèves, 2021: 12'000 élèves, 2024: 18'000 élèves) et doivent être augmentés, mais sans que cela ne se fasse au détriment des autres objets dans le message.

Le développement d'autres mesures ou projets simples d'échanges scolaires, ainsi que le soutien à la consolidation des postes de coordinateurs cantonaux ou le développement de réseaux inter-écoles permettraient aussi de créer une dynamique favorable aux échanges.

La CGSO vous remercie de l'attention portée à ce courrier et de la suite que vous lui donnerez dans la version finale du rapport. Elle vous prie d'être assuré, Monsieur le Conseiller fédéral, de sa parfaite considération.



Roberto Schmidt
Conseiller d'Etat
Président de la CGSO



Sylvie Fasel Berger
Secrétaire générale
de la CGSO



*Chochyètâ kantonale
di patêjan fribordzê*

WWW.patoisants.ch

Vuadens, le 20 septembre 2019

Office fédéral de la culture

M. Daniel Zimmermann

Daniel.Zimmermann@bak.admin.ch

Message culture 2021-2014, prise de position

Préambule

Le patois fait partie du patrimoine culturel immatériel. La Suisse entend, par l'Office fédéral de la Culture, s'engager en faveur de l'application de la Convention du patrimoine culturel immatériel qu'elle a ratifiée. En reconnaissant le 7 décembre 2018 le **francoprovençal** comme langue minoritaire (langue régionale), le Conseil fédéral a suivi les recommandations européennes en la matière et il en découle des responsabilités et des devoirs de la part des Autorités qui doivent appuyer le dynamisme des associations et contribuer au travail de maintien et de régénération de la langue de nos racines entrepris auprès des jeunes générations.

Dans le cadre de la consultation, nous avons pris connaissance de documents disponibles en ligne.

Dans le Rapport explicatif il est relevé (1.2.1) que l'Office fédéral de la culture arrête notamment des mesures dans le domaine du patrimoine culturel et immatériel en «soutenant des projets relatifs à la participation des organisations d'amateurs actifs dans le domaine de la culture ainsi que des manifestations et des projets destinés à un large public». S'agissant du soutien aux langues minoritaires- en particulier l'italien et le romanche-, nous attendons que des mesures similaires soient développées afin de garantir, par exemple, **l'enseignement facultatif du patois francoprovençal dès l'école primaire** (soutien financier à la rédaction de moyens didactiques et formation d'enseignants), mesures contribuant concrètement à garantir le maintien, la diffusion et la promotion de notre patois.

Ad 2.1.1 **La relève** Abordée sous l'angle de la création artistique, son soutien doit continuer à encourager la création de littérature, de pièces de théâtre et de textes mis en musique **en patois**, ce

qui permet de renouveler le répertoire actuellement disponible et de procéder, dans cette langue vivante, aux adaptations du vocabulaire à la société actuelle.

Nous prenons note par ailleurs que des mesures d'encouragement sont prévues en faveur de **festivals** et manifestations dans le domaine du **théâtre**. Nous proposons que dans nos régions, il soit demandé que figure systématiquement au programme de telles manifestations une **pièce en patois**.

Culture populaire: nous notons à satisfaction que les mesures d'éligibilité concernant les projets auprès du Fonds Helvetia pour la culture populaire ont été révisées.

Ad 2.1.4: **Prix suisses** A quand un **prix suisse des dialectes** (littérature, théâtre, musique)? Nous appelons de nos vœux une **maison des patois** contribuant à sa manière à la cohésion nationale et à la compréhension des identités différentes mais complémentaires qui forment notre pays; ce lieu permettrait de valoriser et de divulguer les travaux du Glossaire des patois romands, très confinés au monde scientifique, et de rapprocher cet organisme du monde des locuteurs actuels.

S'agissant des **échanges culturels internationaux**, il convient d'inclure le patois francoprovençal puisque l'arpitan et ses variantes sont communs non seulement aux régions de Suisse romande, mais aussi à la France voisine (Savoie) et à la proche Italie du Nord (Vallée d'Aoste, nord du Piémont).

Ad 2.34 **Littérature:** le soutien bienvenu aux traducteurs doit être appliqué également aux personnes traduisant du français vers le **patois** (création de nouveaux documents) ou **du patois** vers le français (connaissance et exploitation du patrimoine littéraire disponible- dont le théâtre).

Ad 2.6.1 **Sauvegarde du patrimoine culturel immatériel.** Nous notons que la Suisse s'engage à gérer un inventaire du patrimoine immatériel (liste des traditions vivantes dont fait partie notamment le théâtre en patois) et à encourager des projets qui sensibilisent la population à l'importance du patrimoine culturel immatériel et à son importance pour la société. Nous nous félicitons que désormais le patrimoine culturel immatériel puisse disposer d'une base légale spécifique.

Par ailleurs, nous demandons que le **patois soit inclus dans les nouveaux domaines de culture amateur qui bénéficieront des mesures proposées par le Message Culture à partir de 2021.**

Ad 2.6.2 **Langue et compréhension:** dans le mandat constitutionnel concernant la promotion des langues nationales, les mesures doivent également être appliquées aux langues minoritaires; reconnu depuis fin 2018 **comme langue minoritaire**, le **francoprovençal** doit pouvoir bénéficier du soutien pour son enseignement à caractère facultatif dès le niveau primaire.

Nos associations et autres fondations s'occupant du patois font partie intégrante de cette culture amateur qui, aux yeux de l'Office fédéral de la culture, est importante pour la sauvegarde et le développement de la culture quotidienne et de la tradition (p. 38 du Rapport explicatif).

En matière de patois francoprovençal, continuer à soutenir ceux qui ont envie de le parler n'est pas suffisant; notre patois est constitutif d'une identité au même titre que les dialectes de Suisse alémanique et doit être enseigné dès le niveau primaire de manière facultative.

Une partie importante du patrimoine reconnu qu'est le chant choral fribourgeois fait la part belle au patois et souvent les chanteurs et directeurs ne connaissent pas le sens des textes mis en musique. Comment vivifier le théâtre patois si l'on ne trouve plus de locuteur pour le jouer ? Les locuteurs directs vieillissant, le relais doit être pris par l'enseignement de cette langue qui, bien que vernaculaire, possède pourtant sa littérature, une grammaire, des traducteurs. Il est proposé qu'un état des lieux soit réalisé via l'Institut de plurilinguisme de l'Université de Fribourg et **nous souhaitons être associés à cette étude**. Mais sont attendus surtout des soutiens destinés à nous aider à continuer à parler patois et à perpétuer les traditions qui le mettent à l'honneur.

Nous comptons que la reconnaissance officielle de la Confédération couronnant une démarche entamée en 2013 déjà entraîne des mesures de soutien à la hauteur des espérances placées en nos Autorités. Il faut que les instruments annoncés se matérialisent rapidement afin de ne pas faire retomber l'engouement actuel pour ce langage et le dynamisme des locuteurs.

Parler patois fut interdit dans les écoles fribourgeoises entre 1881 et 1961. Bien que la numérisation et la diffusion de documents audiovisuels existants soient traitées, en fonction de leur moyens, par MEMORIAV et certaines bibliothèques/médiathèques cantonales (Fribourg, Valais, etc.), notre patois doit retrouver ses lettres de noblesse et le Message culture de la prochaine législature doit y contribuer, comme s'y est engagé notre Gouvernement en apposant la signature de la Suisse sur le document européen en décembre dernier.

Marcel Thuerler, président/préjiden



p.o. Carmen Buchillier,

membre de la Société cantonale des patoisants/minbro dè la chochyèta kantonale di patèjan



ECOLE DE MUSIQUE
DU JURA BERNOIS

Département Fédéral de l'intérieur
M. Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Berne

Saint-Imier, le 20 septembre 2019

Message concernant l'encouragement de la culture pour la période 2021 à 2024 (message culture)
Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Les instances de l'Ecole de Musique du Jura bernois (EMJB) ont pris connaissance avec grand intérêt du Message culture de la Confédération et, dans le cadre de la procédure de consultation, nous vous faisons part de ce qui suit :

1. Points 4.4 et 4.5. Aperçu et évolution des finances. Tout d'abord, nous constatons avec grande satisfaction que le volume des dépenses et des crédits d'engagement demandé dans le Message culture s'élève à CHF 942,8 millions et qu'il en résulte une augmentation de CHF 35,4 millions de ressources pour la culture. Nous vous remercions de cet effort considérable et allons entreprendre, à notre niveau, ce qui est possible pour que ce Message soit politiquement soutenu ceci d'autant plus que les moyens qu'il met en œuvre sont susceptibles de développer substantiellement notre école (voir chiffre 3 ci-dessous).
2. Points 1.4.2.1, 2.6.1 et 2.6.2 Formation musicale et écolage dans les Ecoles de musique. L'EMJB est une école de formation organisée sous la forme d'une association. La somme totale de son budget s'élève à CHF 2,5 millions. Ce dernier est financé pour 24% par le canton, 42% par les 37 communes du Jura bernois et 34% par l'écolage des parents. Notre école rassemble 932 élèves (2018) et son corps enseignant compte 57 personnes titulaires d'un titre tertiaire (HES, Universités) représentant 15 EPT. En plus de sa mission de formation, notre école participe également activement aux activités culturelles du Jura bernois.

3. Points 2.6.1 et 2.6.2 Objectifs et mesures, formation musicale, promotion des jeunes musicalement doués, écolage dans les écoles de musique. Depuis 2015, l'EMJB développe une filière intensive rassemblant nos meilleurs élèves et étudiants. Cette filière compte 11 participants (2019). Elle permet à nos élèves les plus motivés de bénéficier de deux cours instrumentaux individuels chaque semaine. Diverses autres cours complémentaires de groupe (solfège, musique de chambre, ateliers, orchestre) leur sont en outre accessibles dans le cadre d'un prix forfaitaire.

Le financement de cette filière intensive est réglementé par le contrat de prestations établi avec les communes du Jura bernois qui, outre leur participation régulière définie par la loi sur les écoles de musique du canton de Berne (LEMu), supportent de manière solidaire la charge de la deuxième leçon instrumentale hebdomadaire.

Le Message culture indique que « l'axe d'action participation culturelle » sera développé durant la période 2021 à 2024 en renforçant le programme jeunesse et musique en particulier en ce qui concerne la promotion des talents musicaux. Le Message culture précise qu'une promotion spécifique des talents musicaux est prévue à partir de 2021 en collaboration avec les cantons et les associations de musique notamment avec les Ecoles de musique par la distribution de « cartes de talents » (page 12, Message culture). Les mesures mentionnées à la page 40 du Message culture pour atteindre cet objectif mentionne l'élaboration d'un projet-cadre qui portera sur la promotion graduée des enfants et des jeunes musicalement doués de l'enfance à la maturité.

Nous saluons et soutenons l'organisation des deux mesures :

- l'introduction des cartes de talents et
- la mise sur pied de programmes cantonaux de promotion de jeunes doués avec des financements incitatifs uniques.

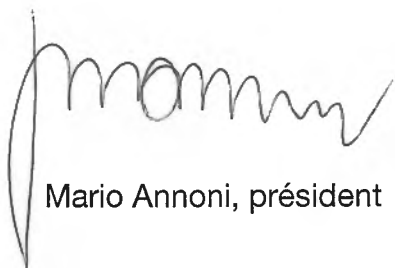
4. Point 2.6.2 Ecolage dans les Ecoles de musique. Notre filière intensive assure un enseignement sur plusieurs points totalement en accord avec les objectifs du Message culture conformément au règlement adhoc de notre Ecole (EMJB : règlement de la filière intensive du 20.3.18). Notre règlement prévoit notamment un enseignement supplémentaire, des horaires quotidiens adaptés, etc, et un financement supplémentaire par les communes. L'EMJB poursuit la réalisation des buts mentionnés à l'art. 12a LEC et soutient toutes les mesures de la Confédération visant à diminuer les écolages. Cet objectif est également poursuivi par le programme d'encouragement cantonal de l'Association des Ecoles de musique bernoises (ABEM).

En conclusion, les mesures décrites par le Message culture pour la promotion des jeunes talents musicaux et des jeunes doués en musique sont nécessaires et réalisables comme le prouve l'EMJB dans le Jura bernois.

Notre Ecole se met à votre disposition pour vous présenter en détail notre filière intensive, de même qu'elle est très intéressée à participer avec l'OFC à la préparation de projets-pilote si de tels projets étaient prévus.

En vous remerciant de votre engagement pour la promotion de la culture et en particulier en faveur de l'enseignement de la musique aux élèves doués et aux talents, nous vous présentons, Monsieur le Conseiller fédéral, nos meilleures salutations.

Ecole de musique du Jura bernois :

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'mannoni', with a long, sweeping vertical stroke on the left side.

Mario Annoni, président

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'P. Krüttli', with a stylized 'P' and 'K'.

Philippe Krüttli, directeur

Annexe : Règlement filière intensive EMJB



Per Mail an: stabsstellendirektion@bak.admin.ch
Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Bundesamt für Kultur
Hallwylstrasse 15
3005 Bern

20. September 2019

Kulturbotschaft 2021 – 2024; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Schweizerische Bühnenverband SBV und orchester.ch, der Verband der Schweizer Berufsorchester, bedanken sich für die Möglichkeit, sich zum Entwurf der Kulturbotschaft 2021 – 2024 vernehmen zu lassen und nehmen diese Gelegenheit gerne wahr.

Im Allgemeinen

Wir unterstützen die Stossrichtung der Kulturbotschaft, insbesondere halten wir es für richtig, die künftigen Massnahmen entlang der bereits im Rahmen der letzten Botschaft identifizierten strategischen Handlungsachsen und Megatrends auszurichten.

Wir nehmen auch erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat wiederum eine leichte Erhöhung des Kulturbudgets beantragt. Etwas ernüchternd sind allerdings die eigenen Feststellung von Bundesamt für Kultur und Pro Helvetia, dass die eingesetzten Mittel in gewissen Bereichen wohl auch in Zukunft nicht reichen werden, um die gewünschte Wirkung zu erzielen. Wir erlauben uns deshalb auf folgende drei Aspekte zu fokussieren, die wir als besonders wichtig erachten.

Mehr Engagement für Austausch und Promotion innerhalb der Sprachregionen

Wir pflichten der Feststellung bei, dass auf nationaler Ebene zurzeit keine geeigneten Fördermassnahmen zur verbesserten Verbreitung von künstlerischen Werken in den Bereichen Musik, Tanz und Theater innerhalb der jeweiligen Sprachregion bestehen (vgl. S. 13, 16 u. 23). Die daraus abgeleitete Massnahme, prüfen zu wollen, ob für eine verbesserte Verbreitung mit interessierten Städten und Kantonen Netzwerke initiiert werden können (vgl. S. 16 u. 53), erachten wir aber als zu wenig konkret. Zudem scheint die Massnahme auf zeitgenössischen Tanz und Zirkus eingeschränkt zu werden (vgl. S. 24), was wir ablehnen.

Mehr Mittel zur Förderung der kritischen Reflexion über Kunst

Wir teilen die Sorge des Bundesrates, dass die Entwicklungen in der Medienlandschaft zu einem Rückgang der Kulturkritik in den traditionellen Medien führt (vgl. S. 17). Die Unterstützung von kulturellen Vermittlungsprojekten in Richtung der kritischen Kunst- und Kulturreflexion (vgl. S. 17), befürworten wir absolut und sind gerne bereit, soweit als möglich unseren Beitrag dazu zu leisten. Auch hier bleibt die Botschaft aber zu wenig konkret und es werden keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt (vgl. S. 53). Wir ermutigen den Bundesrat deshalb, konkretere Massnahmen zu formulieren und zusätzliche Mittel für diesen Bereich bereitzustellen.

Zusätzliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Es ist richtig, dass das Schweizer Kunstschaffen oft wegen der hohen Kosten für die Produktion (Löhne und Gagen) international nicht konkurrenzfähig ist (vgl. S. 18) und der stärkeren finanziellen Unterstützung bedarf (vgl. S. 19). Das trifft in besonderem Masse für die personalintensiven darstellenden Künste, besonders Theater- und Orchesterproduktionen zu. Um dieser Tatsache effektiv entgegenwirken zu können, muss sich die Pro Helvetia deshalb auch an den Personalkosten beteiligen können, und nicht nur an den für eine Tournee oder ein Gastspiel entstehenden zusätzlichen Kosten, wie dies heute geschieht. Neben einer grundsätzlichen Erhöhung der Fördermittel erachten wir eine Ausweitung der Unterstützungsmöglichkeit deshalb als unerlässlich.

Im Detail

Um Redundanzen zu vermeiden, äussern wir uns in der Folge jeweils abschliessend zu einem Thema. Die Reihenfolge richtet sich danach, wann ein Thema in der Botschaft zum ersten Mal aufgenommen wird.

Nationale Zusammenarbeit in der Kulturpolitik

Um eine möglichst kohärente nationale Kulturförderung zu erreichen, ist eine Zusammenarbeit der verschiedenen Staatsebenen notwendig. Der im 2011 ins Leben gerufene «Nationale Kulturdialog» bildet einen wichtigen Pfeiler für diese Zusammenarbeit. Wir unterstützen deshalb, dass der «Nationale Kulturdialog» auch in der kommenden Förderperiode fortgesetzt werden soll (vgl. S. 10). Nach unserer Auffassung darf sich der Bund in organisatorischer Hinsicht aber durchaus stärker für die Plattform einsetzen und entsprechend Ressourcen dazu zur Verfügung stellen.

Musikalische Bildung

Wir unterstützen die Absicht, dass das Programm «Jugend und Musik» verstärkt werden soll (vgl. S. 12 u. 40). Ebenfalls befürworten wir die Einführung von «Talentkarten» für die spezifische musikalische Talentförderung (vgl. S. 12, 41 u. 46). Konsequenter Weise werden dafür Mehrmittel zur Verfügung gestellt (vgl. S. 49) und eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Begabtenförderung geschaffen (vgl. S. 46). Wir teilen auch die Feststellung, dass der chancengerechte Zugang der Jugend zum Musizieren noch nicht konsequent umgesetzt wird und dazu zusätzliche Anstrengungen durch die Träger der Musikschulen notwendig sind (vgl. S. 41). In Zukunft sollte sich der Bund allerdings nicht nur für die musikalische, sondern für die schulische Grundbildung in allen Kunstrichtungen, insbesondere in Tanz und Theater stärker einsetzen. Nur mit einer ausgeglichenen Berücksichtigung aller Kunstformen kann eine frühe Vermittlung tatsächlich gelingen.

Einkommenssituation und Entschädigung von Kulturschaffenden

Wir teilen die Besorgnis des Bundesrates, dass die Einkommenssituation vieler Kulturschaffenden trotz hervorragender Ausbildung und Arbeit prekär ist. Diese Feststellung gilt für die ganze Schweiz, verstärkt jedoch für die Romandie und das Tessin, weshalb wir in diesem Kontext auch auf die Stellungnahme der CORODIS zu diesem Thema verweisen.

Kunstvermittlung

Wie bereits vorstehend als eines unserer drei Kernanliegen formuliert (vgl. «Mehr Mittel zur kritischen Reflexion über Kunst»), unterstützen wir, dass die Förderung der Kunstvermittlung in Richtung der kritischen Kunst- und Kulturreflexion weiterentwickelt wird. Die Botschaft bleibt aber zu vage, was dagegen unternommen werden soll. Wir wünschen uns diesbezüglich mehr Klarheit. Ebenso wenig können wir uns vorstellen, dass die angetönte Umverteilung (Anpassung der Kriterien zur Kunstvermittlung, vgl. S. 53) ausreicht, um die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen bereitzustellen. Wir erachten es deshalb als unerlässlich, dass die Pro Helvetia für diese Entwicklung der Vermittlungsförderung zusätzliche Mittel erhält.

Kulturaustausch und Verbreitung von künstlerischen Werken

Innerhalb dieses Themenkreises möchten wir gleich nochmals auf zwei unserer eingangs erwähnten Kernanliegen verweisen.

Wie bereits unter «Mehr Engagement für Austausch und Promotion innerhalb der Sprachregionen» hervorgehoben, befürworten wir eine verbesserte Verbreitung von künstlerischen Werken in allen Bereichen von Musik, Tanz und Theater innerhalb der jeweiligen Sprachregion. Dazu braucht es allerdings konkretere als die vorgeschlagenen Massnahmen und vor allem sind dafür zusätzliche Mittel bereitzustellen. Zudem lehnen wir es ab, diese zusätzliche Förderung von vornherein auf zeitgenössischen Tanz und Zirkus einzuschränken. Keinesfalls darf dieses zusätzliche Engagement auf Kosten der bereits praktizierten Förderung des kulturellen Austausches zwischen den Sprachregionen (wie bspw. die Übersetzungen und Übertitelungen von Stücken) erfolgen. Im Gegenteil sprechen wir uns dafür aus, dass im Bereich des Austausches zwischen den Sprachregionen die Massnahmen nicht nur fortgesetzt, sondern ausgeweitet und ebenfalls mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden.

Trotz ausgezeichneter Qualität bleibt die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Kunstschaffens ungenügend. Wir stehen deshalb für eine «zusätzliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit» ein. Gerade bei den personalintensiven darstellenden Künsten, wie Theater- und Orchesterproduktionen, reicht die heutige Praxis der Pro Helvetia, sich ausschliesslich an den aufgrund der Tourneetätigkeit zusätzlich anfallenden Kosten zu beteiligen, nicht aus. Neben einer grundsätzlichen Erhöhung der Fördermittel braucht es deshalb eine Ausweitung der Unterstützungsmöglichkeit.

Neuer Schweizer Bühnenpreis

Laut Botschaft hat die Analyse der Schweizer Theaterpreise und der Schweizer Tanzpreise die Notwendigkeit umfassender Anpassungen aufgezeigt, weshalb eine Verschmelzung der beiden Preise ab 2021 zum Schweizer Bühnenpreis vorgeschlagen wird (vgl. S. 17). Diese Auffassung ist für uns nicht neu. Wie wir bereits in einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesamt für Kultur geäussert haben, teilen wir sie aber immer noch nicht. Die beiden Kunstrichtungen sind zu bedeutend und zu eigenständig, als dass sie zusammengelegt werden könnten. Die Tanzszenen und die Bedeutung des Tanzes

als Kunstform haben sich in der Schweiz in neuerer Zeit sehr positiv entwickelt. Eine Zusammenlegung droht diese Errungenschaft wieder zunichte zu machen und würde der heutigen Realität zuwiderlaufen. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass die Preise weiterhin getrennt verliehen werden. Obwohl die Botschaft positiv hervorhebt, dass die Schweizer Preise oft im Rahmen von wichtigen Veranstaltungen des betreffenden Bereichs stattfinden, so bspw. die Schweizer Theaterpreise im Rahmen des Schweizer Theatertreffens (vgl. S. 17), plant das Bundesamt für Kultur, ab 2021 die Schweizer Theaterpreise nicht mehr im Rahmen des Theatertreffens zu verleihen. Dies erachten wir nicht nur als inkonsequent, sondern auch als kontraproduktiv für das noch junge Schweizer Theatertreffen, das erst daran ist, seinen festen Platz in der Bühnenwelt definitiv zu finden. Wir ersuchen den Bundesrat deshalb, von diesem Plan Abstand zu nehmen und die Schweizer Theaterpreise auch künftig im Rahmen des Schweizer Theatertreffens zu verleihen. Zudem haben wir davon Kenntnis erhalten, dass das Bundesamt für Kultur die finanzielle Unterstützung des Theatertreffens ab 2021 einzustellen gedenkt. Ohne diese Mittel wird das Theatertreffen nicht überleben, weshalb wir uns dafür einsetzen, dass das Bundesamt für Kultur das Theatertreffen auch künftig unterstützt.

Organisationen professioneller Kulturschaffender

Wir stellen erfreut fest, dass der Bundesrat die in der Periode 2016–2020 unterstützen Organisationen als in ihrer Funktion legitimiert qualifiziert und befürworten, dass am Prinzip der Unterstützung festgehalten wird (vgl. S. 17). Bisweilen wünschten wir uns, besonders vor wichtigen Entscheidungen, den direkteren Dialog mit der höchsten Leitungsebene von Pro Helvetia und vom Bundesamt für Kultur.

Kulturerbe: Betriebsbeiträge an Netzwerke Dritter

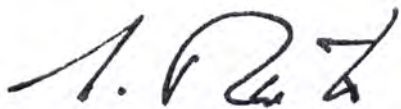
Wir teilen die Besorgnis der SAPA, dass die ab 2021 vorgeschlagene Umverteilung der Bundesmittel existenzielle Auswirkungen auf die SAPA haben könnte. Die SAPA übernimmt eine wichtige Funktion für die Geschichtsschreibung der ephemeren darstellenden Künste, weshalb wir uns dafür einsetzen, dass die Bundesmittel an die SAPA unverändert bleiben.

Bewahrung des immateriellen Kulturerbes

Wir pflichten dem Bundesrat bei, dass die Bedeutung des immateriellen Kulturerbes im Gegensatz zum materiellen auf normativer Ebene nicht ausreichend abgebildet ist (vgl. S. 40), und unterstützen die Absicht, diese Lücke durch eine gesetzliche Grundlage zu schliessen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Märki
Präsident SBV



Toni J. Krein
Präsident orchester.ch

